König Ludwig II.

Das Neue Bayern.

Illustrierte Geschichte

des bayerischen Lands und Volks

von der Wiedervereinigung Altbayerns bis auf die Neuzeit

von

Dr. M[athieu] Schwann.

Mit zahlreichen Illustrationen nach ersten Meistern.

Stuttgart

Süddeutsches Verlags-Institut.

1894.

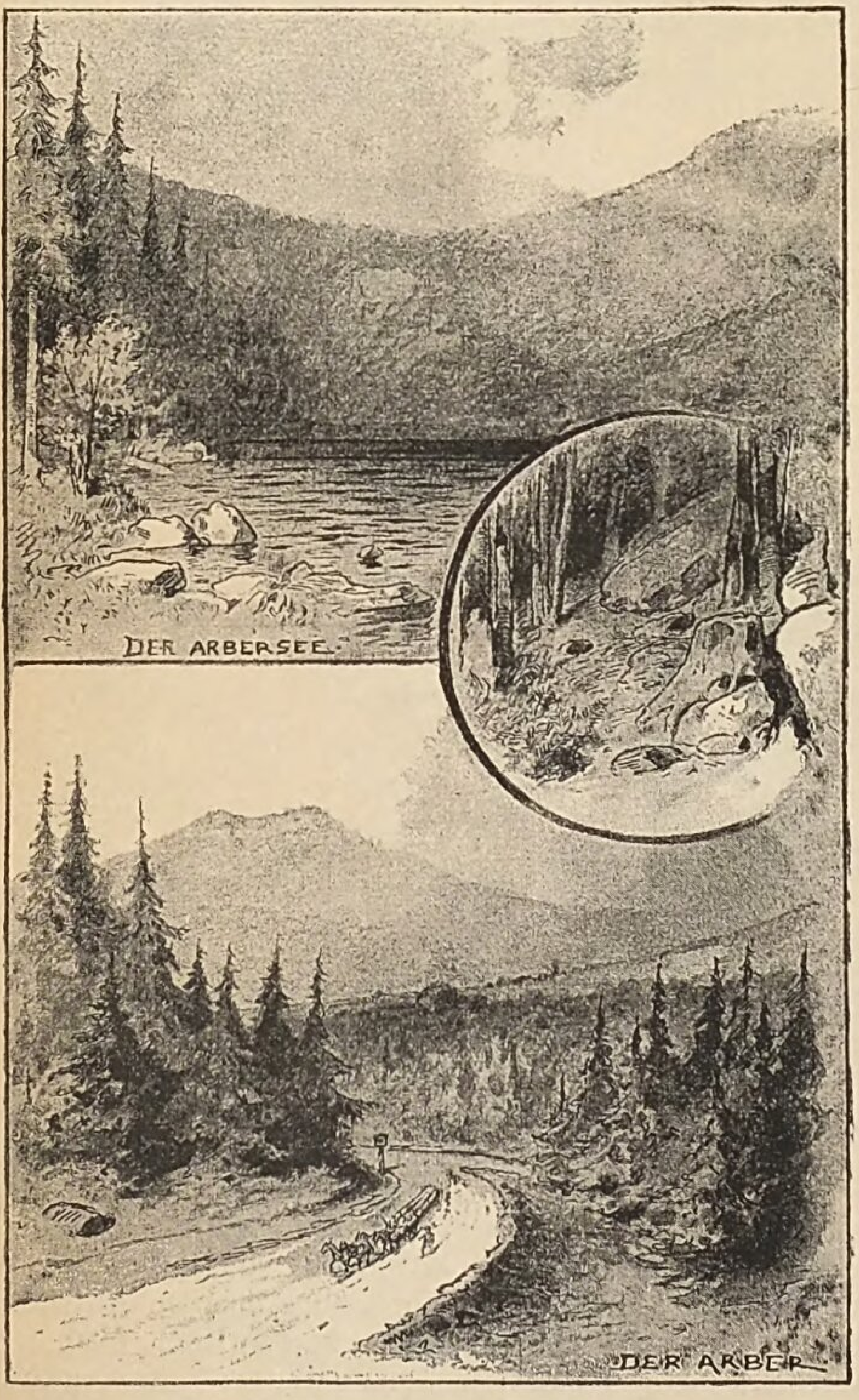


Einleitung.

Der Eintritt Bayerns in die neue Zeit fällt zusammen mit dem Abschluß einer großen Entwicklungsepoche, welche Stamm und Land seit ihrer ersten Verbindung durchlaufen. Sehen wir nur zurück auf die alte Ausdehnung des Volkes, welches an der Adria selbst Fuß zu fassen suchte und die Etsch hinab nach der Mark von Verona vordrang; sehen wir im Osten seine Marken vorgeschoben zu den Oberläufen der Sau und Drau, der Mur und Raab, dem Mündungsgebiet der Thaya und March; erinnern wir uns, wie der Bayernstamm die Kolonisierung Böhmens in Angriff nahm, und seiner hier eine gemeinsame Aufgabe mit dem Stamme der Sachsen harrte, und nehmen wir nun den Wanderstab zur Hand, um das Herzogtum Bayern zu umwandern, wie es in die Neuzeit eintritt, so wird uns klar, daß die bayerische Entwicklung im Mittelalter ihrem Wesen und Erfolge nach eine durchaus negative genannt werden muß. Ein fortwährendes Zurücktreten der bayerischen Grenzen hatten wir zu verzeichnen. Auf den Kämmen des Böhmer Waldes war zuletzt die bayerische Kolonisation stehen geblieben, seitdem das Herzogtum Oesterreich mit dem bayerischen Herzogtum den Kampf um die Vorherrschaft im Südosten aufgenommen. Hier saßen nun jene Adelsgeschlechter, die das Verhältnis der Dienstmannschaft gesprengt hatten, in welchem sie einst zu den Herzogen standen. Eine innere und äußere Entwicklung greifen da mit ihren Folgen in einander ein. Die Dienstleute, die militärischen Kolonisatoren lockern das innige Dienstverhältnis, sie werden Ritter und treten in die Reihen des Adels, ja, sie streben zuletzt nach der Reichsfreiherrlichkeit — und die äußere Entwicklung, die Kolonisation, kommt dieser egoistisch pointierten inneren Entwicklung gegenüber zum Stillstand. Das war die natürliche Folge.

Wir wandern von Windorf an der Donau östlich gegen Unter-Haselbach zur Ilz und folgen der fortwährend sich verengernden Thalschlucht aufwärts gen Tittling und

Schönberg, über Grafenau und St. Oswald zum Lusen. Von seiner mit Granittrümmern übersäten Scheitelfläche wenden wir den Blick zurück auf den Weg, den wir gegangen. Er gibt uns ungefähr die Richtung, in welcher damals die Grenze des niederbayerischen Landes gegen das Bistum Passau verlief. An den schönen Burgruinen, die uns von nah und fern entgegenleuchteten, erkannten wir die Kultur, die einstens hier geherrscht und verging. Vom Lusen zum Rachel, dann hinab nordwestlich gen Zwiesel, zum Falkenstein, zum Arber, dem „König des Waldes“! Wir blicken hinaus über den stillen Wald, das Auge gleitet hinab in die böhmischen Thäler, wir erkennen die dunkeln mühevollen Pfade, die hier eine Kultur hätte beschreiten müssen zugleich im Kampfe gegen eine über mächtige Natur wie gegen ein feindliches Volk. Und wenn wir so die gewaltige Stärke dieser natürlichen Wald- und Bergmauer erkannt haben, dämmert uns vielleicht eine Ahnung auf, warum die bayerische Kolonisation mit ihrer kriegerischen Spitze wohl die Höhen erreichte, aber bis zur Höhe auch ihre Stoßkraft einbüßte. Hier hätte es eines ununterbrochenen frischen Nachschubes bedurft, den zu leisten der bayerische Stamm allein zu schwach war. Wie anders lag da vor der Sachsengrenze das Wendenland mit seinen weiten Ebenen! Ununterbrochen vollzog sich dort der Zug über die Grenze. Dem flüchtigen Rosse des Kriegers folgte der Warenzug des Kaufmanns, der Pflug des Bauern, die Apostelschar der Mönche. Und hier? Jede Wendung des Weges zerriß die Kette; in kleinen Schwärmen erreichten die Ritter wohl die Höhen, der Kaufmann zog einsam und scheu durch die still träumenden Thäler, der Bauer ließ vom Pfluge, denn die Axt allein vermochte ihm hier vorab zu dienen, und statt der Möchsscharen gerieten nur einzelne Einsiedler in die öde Waldeinsamkeit, in der sie dann vollends zu Waldmenschen wurden. Vom Arber zum Ossa! Burgtrümmer decken seinen Gipfel. Wie mag der Blick des Burgherrn begehrlich hinabgeflogen sein in die böhmischen Thäler, aber dem Blicke zu folgen, war nur bei keckem Raubritte möglich. Wir stehen an der Peripherie des einstigen bayerischen Volkskörpers. Die letzten Verzweigungen seiner Nervenfasern vermitteln hier nur mehr die Berührung mit einer andern Welt. Diese Welt selbst noch mit eigenem Leben zu durchdringen und



Der Arber und der Arbersee.

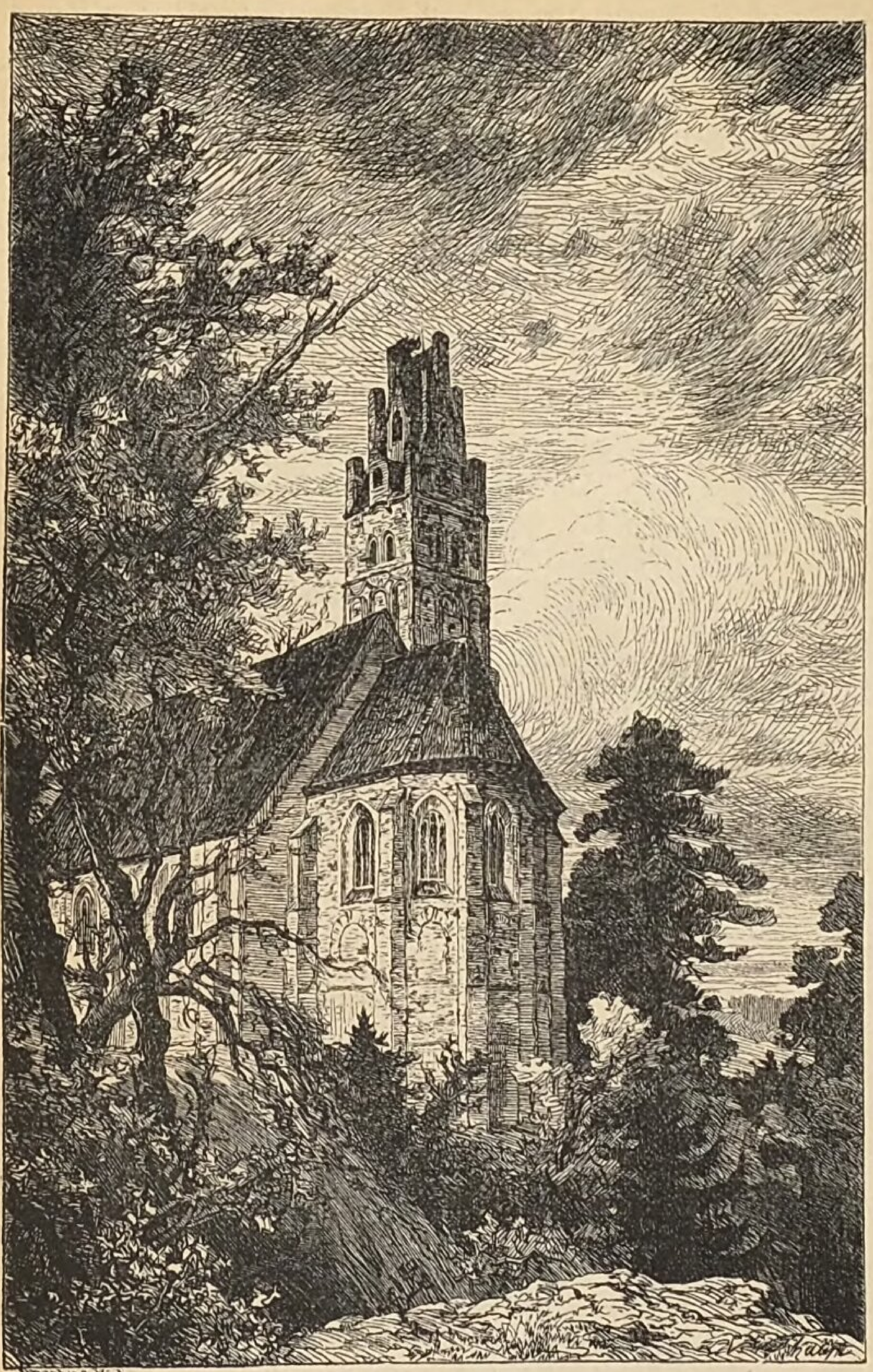
in sich aufzunehmen, lag das pulsierende Herz des Volkes zu fern. Vom Ossa gegen Eschelkam und Furth, und wir haben das Ziel unserer Nordwestwanderung erreicht, denn die Pfalz, die junge Pfalz, gehört nun nicht mehr zum bayerischen Gebiet. Die Verbindung mit Franken und Thüringen, die Straße zum Sachsenlande, auf der so oft sich der bayerische und sächsische Krieger friedlich und feindlich getroffen, ist nun zerrissen. Diese geographische Trennung Bayerns von dem politisch unternehmungsfrohen und dem kulturell beweglichsten Teile des deutschen Volkes wird auf die fernere Entwicklung Bayerns von hoher Bedeutung sein, denn „was ist das Hauptgesetz, das wir bei allen großen Erscheinungen der Geschichte bemerkten? Mich dünkt, dieses: daß allenthalben auf unserer Erde werde, was auf ihr werden kann, teils nach Lage und Bedürfnis des Ortes, teils nach Umständen und Gelegenheiten der Zeit, teils nach dem angeborenen oder sich erzeugenden Charakter der Völker."

Wir wenden uns südwestlich in der Richtung auf Regensburg, biegen aber, bevor wir hier die Donau erreichen, östlich aus, um den Fluß etwa bei Aholfing zu überschreiten, folgen dann dem Stromufer aufwärts bis Abach, umwandern das Gebiet bis Kelheim, die Grafschaft Abensberg, das Gebiet von Ingolstadt, um von hier in geschwungener Linie gegen Westen den Lech etwa bei Nieder-Schönfeld und Rain zu erreichen. Der wilde Sohn der Berge bildet nun mit geringer Unterbrechung bis Füssen und Hohenschwangau die Grenze des damaligen Bayern gegen die Markgrafschaft Burgau und das Bistum Augsburg. Der Ammergau, die Grafschaft Eschenlohe, das mächtige Waldgebiet des Walchensees und die Jachenau, die Aemter Tölz und Wolfratshausen, die Herrschaft Hohenwaldeck, das Amt Audorf stellten bis zum Innufer die Wacht Oberbayerns gegen Tirol. Oestlich vom Inn lagen als Hüter der Südgrenze Niederbayerns gegen das Erzbistum Salzburg und die Probstei Berchtesgaden die Gebiete von Rosenheim, Marquartstein, Miesenbach und Reichenhall. Von Reichenhall gegen Tittmaning, von hier nach Osten ausschweifend und die Grafschaft Schärding umfassend, zog sich die Grenze gegen Oesterreich zur Donau, welche in der Nähe des heutigen Obernzell erreicht wurde.

Aber auch in sich war das also umschriebene Gebiet kein geschlossenes Ganzes. Die alte getrennte Entwicklung zwischen Bayern-München, Bayern-Landshut, Bayern-Ingolstadt und Bayern-Straubing machte sich namentlich in dem größeren Gegensatz von Ober- und Niederbayern immer noch sehr fühlbar. Wohl war das letztere, fast ausschließlich bisher ein Land der ritterlichen und bäuerlichen Kultur, in dieser engen Geschlossenheit seiner Interessen durch den Erbfolgekrieg aufs tiefste erschüttert worden, wohl waren namentlich die Ansprüche des Adels und seine egoistische Begehrlichkeit in engere Grenzen zurückgewiesen worden, allein es fehlte der Natur des Landes an sich jedes zur städtischen Kultur energisch fortführende Element, und selbst in Oberbayern war die städtische Kultur wohl im stande, einer einseitig bäuerlichen einigermaßen das Gegengewicht zu halten, aber zu einer befruchtenden Einwirkung auf Niederbayern war auch sie zu schwach. Wir werden vielmehr erkennen, daß die bäuerliche Kultur Niederbayerns sich als hemmendes Schwergewicht für die weitere Entwicklung der städtischen Kultur in Oberbayern erwies, daß wir den Hinzutritt ganz anderer kulturellen Machtfaktoren abwarten müssen, um Bayern der Stagnation seines Lebens entwachsen zu sehen.

Wenden wir die Blicke rückwärts auf das alte Bayern, erinnern wir uns, wie es einstens dastand als mächtigster Gegner des fränkischen Reiches, dann als mächtigster Schützer desselben und später noch als gefürchtetster Rivale des sächsischen Stammes, und sehen wir nun, was von alledem übrig geblieben ist, so möchte es scheinen, daß die Zukunft für Bayern nur die volle Auflösung seines Sonderlebens bringen könnte. So möchte es scheinen, wenn wir zwei Faktoren außer acht lassen: die natürliche Beschaffenheit des Landes selbst und die Entwicklung des wittelsbachischen Hauses.

Wo die Paar über Mehring kommend die Hügelkette bei Friedberg durchbricht und quer durch den Lechrain ihr Thal gegraben, um über Aichach und Schrobenhausen sich selbständig der Donau zu übergeben, da erhob sich einst auf dem nordöstlich von Aichach vorspringenden Hügel die Burg der Wittelsbacher. Nach Altwittelsbach zog das Geschlecht, als es seinen alten Stammsitz Scheyern den Benediktinern übergeben hatte. Von dem



Altwittelsbach.

neuen Stammsitze empfing es seinen Namen. Bis dicht in die Nähe der Wittelsbacher Heimat ziehen sich die Siedelungen der Schwaben, und keineswegs ohne Bedeutung für die Entwicklung des bayerischen Volkes scheint uns diese Herkunft der Herrscherfamilie aus dem westlichen, Schwaben benachbarten Bayern. Unter den Saliern traten die Wittelsbacher zuerst energischer in die bayerische Geschichte ein. Sie begannen den Wettlauf mit dem schwäbischen Geschlechte der Welfen, und als in dem Kampfe Sachsens mit den Saliern sich endlich der Sieg auf die Seite des ersteren neigte, als das Königtum der deutschen Aristokratie die ersten Zugeständnisse machen mußte, hatten die Welfen als Herzoge, die Wittelsbacher als Pfalzgrafen in der bayerischen Geschichte festen Fuß gefaßt. Die Rivalität beider Geschlechter war von Anfang an eine ausgesprochene. Wohl erlangten die Welfen den Vorsprung, aber an ihrer Ferse hing das Pfalzgrafengeschlecht, welches der königlichen Herrschaft in Bayern trotz der Selbständigkeit der Herzoge eine Thüre offen hielt. Und als dann der Kampf der Sachsen mit dem Reiche sich auswuchs zu einem Kampf der Welfen mit dem neuen Königsgeschlecht der Staufer, trat Wittelsbach der beabsichtigten Vereinigung Sachsens mit Bayern entgegen und stellte sich energisch auf die Seite der staufischen Könige. Hier lagen wohl die Lebensbedingungen des wittelsbachischen Hauses für den Augenblick, aber in der Zukunft lagen sie auf welfischer Bahn, welche Bayerns Entwicklung selbständig zum Ziele zu führen versprach. Ein Gegensatz war geschaffen, der Gegensatz des wittelsbachischen Hauses zum bayerischen Lande. Wohl trat dann Wittelsbach nach dem Sturze der Welfen an deren Stelle, aber das bayerische Herzogtum, wie es einstens und noch unter den Welfen bestanden hatte, fiel ihm nicht zu. Mehr wie eine erweiterte wittels=

bachische Grafschaft nahm sich dieses zertrümmerte Herzogtum aus, von dessen Oberherrlichkeit sich alles, was nur notdürftig auf eigenen Füßen zu stehen vermochte, frei zu machen suchte. So rächte es sich an den Wittelsbachern, daß sie die Interessen des Herzogtums nicht als die ihrigen erkannt hatten, daß sie im glutheißen Ringkampfe mit den Welfen jedes Mittel gebilligt hatten, was leider nicht nur die welfische, sondern auch die herzogliche Macht zu beschneiden fähig schien. Nun übernahmen sie selbst diese dezimierte herzogliche Gewalt und erfuhren, daß der erste Schritt zur Geltendmachung derselben den Kampf bedeutete. Bischöfe und Grafen schlugen sich mit den ersten Wittelsbachern um ihre Selbständigkeit, aber diesen kam das Glück zu Hilfe. Bis auf wenige starben die alten Adelsgeschlechter aus, und am Ende des Zeitraums waren die Wittelsbacher selbst unbestritten die älteste und zugleich erlauchtetste Adelsfamilie des ganzen Landes. Mit dem Kampf um die Herrschaft im Innern vermengte sich ein zweiter Kampf, der Kampf Bayerns und Wittelsbachs um ihre Existenz. Wohl versuchten die neuen Herzoge den welfischen Spuren zu folgen, sie setzten sich in der Pfalz fest, sie richteten ihr Auge auf die welfischen Besitzungen im Norden. Da zogen die Staufer sie von dieser Bahn zurück und bemühten sich, Wittelsbach in ihrer Gefolgschaft zu erhalten. Es gelang. Wittelsbach wurde Erbe der Staufer und im staufischen Interesse that es, was es im eigenen, im Interesse seines Landes hätte thun müssen: es griff in die schwankenden Verhältnisse des Ostens ein. Die Teilung des Interesses brachte die Teilung der Energie. So blieb der Erfolg aus. Böhmen rang sich zu nationalem Leben empor, es kam freiwillig der Kultur des Westens entgegen, während Oesterreich, Kärnten und Steiermark unter die Herrschaft Habsburgs traten. Da kam Ludwig der Bayer. Ihm fiel die Aufgabe zu, diesem selbstherrlichen Werden im Osten und Südosten in der Erhebung Bayerns einen Damm entgegenzusetzen. Mit Oesterreich kämpfte er um die deutsche Krone, mit Böhmen um Tirol, und ebenso verlegte er, der alten Welfenpolitik nach dem Norden folgend, der böhmischen Krone den Weg in die Hinterländer der deutschen Hansa: er nahm Besitz von Brandenburg und Holland. Gleichzeitig aber hatte sich die bayerische Entwicklung von der pfälzischen getrennt. Den Wittelsbachern den gewonnenen Vorsprung wettzumachen, gaben sich nun Luxemburg und Habsburg an die Arbeit. Luxemburg warf die Wittelsbacher aus der Mark Brandenburg, Habsburg bemächtigte sich Tirols, beide Mächte versuchten die bayerische Herrschaft von dem fränkisch-schwäbischen Städtegebiet fernzuhalten, und das gelang. Die Wittelsbacher blieben auf ihre erweiterte Grafschaft beschränkt, das alte bayerische Herzogtum schien seiner vollen Auflösung entgegenzugehen. Teilung über Teilung erfolgte, aber diese Teilungen hatten einen positiven Erfolg. Das bayerische Volk und Land wuchs mit dem wittelsbachischen Hause zu einem Ganzen zusammen. Der Kampf um die Existenz beseitigte allmählich den alten Gegensatz, und die Interessen des Herrscherhauses flossen zusammen mit denjenigen des bayerischen Herzogtums.

Schon in der Zeit der Kämpfe gegen Böhmen und Oesterreich war es den bayerischen Bischöfen gelungen, sich von der herzoglichen Oberherrlichkeit vollkommen zu emanzipieren. Als aber nun nach dem Untergang der luxemburgischen Dynastie der Gegensatz einheitlicher und klarer wurde, belebte sich auch dieses stille Ringen um die geistlichen Gebiete von neuem. Das Ende dieser vielfachen langen Kämpfe war das bewußte Hervortreten des Gegensatzes Wittelsbachs zu Habsburg, Bayerns zu Oesterreich. Bayern trat unter einem Herzoge zu einer Einheit zusammen, der Grund ward gelegt, von dem aus die Beseitigung dieses Gegensatzes vorgenommen werden konnte. Werfen wir nun auf die geographischen Verhältnisse um Bayern einen Blick, so wird uns allein aus den jetzt vorliegenden natürlichen Verhältnissen klar, nach welcher Richtung die bayerische Territorialentwicklung sich fürderhin vornehmlich zu bewegen hat.

Im Osten war Bayern begrenzt durch Böhmen und Oesterreich. Die Erwerbung Böhmens steht bereits auf dem Programm der Habsburger. Gegen Habsburg wird Bayern hier sein Interesse zu vertreten haben. Es wird die Frage sein, welche der beiden Mächte in den zwischenliegenden Gebieten der Bistümer Passau und Salzburg das Uebergewicht erringen wird. Das Regensburger Bistum ist wie das Freisinger zum großen

Teil bereits von der umliegenden bayerischen Herrschaft aufgesogen. Es ist unwahrscheinlich, daß hier andere Mächte noch einmal Fuß zu fassen vermögen. Im Süden hatte Habsburg durch die Erwerbung Tirols, des Zillerthals und Kufsteins die Verbindung seiner östlichen mit seinen schwäbischen Besitzungen bewerkstelligt. Im Westen grenzte Bayern zunächst an das weitgedehnte Gebiet des Bistums Augsburg; nördlich desselben drang die habsburgische Markgrafschaft Burgau an den Lech; die Gebiete der schwäbischen Reichsstädte, der Fürstabtei Kempten, der Grafen von Waldburg, Montfort, Königseck, Kirchbach und Oettingen, der Herren von Mindelheim und Heidenheim lagen zerstreut einerseits zwischen Augsburgischem Gebiet und Bayern, andrerseits zwischen den Gebieten der aufstrebenden Habsburger, Württemberger und Ansbacher. Vom Norden her hatte die Jungpfalz ihre Herrschaft hineingeschoben zwischen das Gebiet der bayerischen Wittelsbacher und das Bistum Eichstätt. Sie war von Bayern losgetrennt und erhielt ihre Bestimmung von der Rheinpfalz. So war die Lage Bayerns im Anfang der neuen Zeit. Im Osten und Süden stand jedem Fortschritt Habsburg entgegen. Dasselbe Habsburg umfaßte Bayern bereits im Südwesten, und wie im Osten die Bistümer Passau und Salzburg, so mußten hier im Westen Augsburg und Eichstätt den ersten Stoß etwa feindlicher Gegenbewegungen aufnehmen. Das Auftreten Habsburgs gefährdete hier im Westen aber ebenso die weitere Entwicklung Württembergs. Ein gemeinsames Interesse wird diese Macht mit der bayerischen haben und von Zeit zu Zeit zu gemeinsamer Aktion beider führen. Und wie hier Habsburg und Württemberg erobernd gegen Osten vorzubringen suchten, so hatten die Hohenzollern von Norden her gen Süden das gleiche Streben. Bisher waren sie von bayerischem Gebiete zurückgehalten worden durch die kühne Verteidigung der Nürnberger, andererseits durch das mannhafte Auftreten der verbündeten Wittelsbacher. Aber sie werden ebenso auch keinen Schritt Bayerns auf Eichstätter, Bamberger und Würzburger Gebiet ohne Kampf zugeben, und für solche Fälle des Kampfes wird die Zerissenheit des bayerischen Hauses selbst, der Gegensatz zwischen den bayerischen Wittelsbachern und den Pfälzern und Neupfälzern stets von hoher Bedeutung sein. Fassen wir alle diese Umstände ins Auge, den großen Gegensatz Habsburg-Wittelsbach, den nicht minder bedeutenden Wittelsbach-Hohenzollern, die Einschränkung durch Württemberg, die Feindschaft gegen die Pfälzer, das gemeinsame Interesse aller der kleinen Grafen, Herren und Städte in Schwaben und Franken, und in erster Linie der Bischöfe an der Aufrechterhaltung der augenblicklichen Verhältnisse, so empfinden wir deutlich, daß die bayerische Politik zu einer konservativen Rolle verdammt ist, daß diese sodann die Stagnation des bayerischen Lebens unfehlbar im Gefolge haben muß. Erst wenn sich eine Weltmacht erhebt, der es rätlicher und vorteilhafter erscheinen möchte, mit einem, statt mit hundert Herren zu paktieren, erst wenn eine europäische Revolution diese haltlos gewordenen Zustände in sich zusammensinken läßt, wird Bayern der Weg freigegeben werden, und diese Weltmacht, das wissen wir schon jetzt, kann niemals Habsburg sein, sie könnte nur dann Hohenzollern sein, wenn dieses Haus selbst aus seiner alten natürlichen Gegnerschaft gegen Bayern und Bayerns Entwicklung unbedingt hinausträte. Die Entscheidung der Zukunft kann also nur heißen: Untergang Bayerns oder Erhebung Bayerns auf die natürliche Bahn seines Werdens. Lautet das Urteil in letzterem Sinne, so wird die Grenze gegen Westen und Norden sich öffnen, und Oesterreich-Habsburg wird endgültig von jedem weiteren Vordringen in bayerisches Gebiet abgehalten werden.

Aber auch noch eine weitere Thatsache wird uns klar. Kann Bayern niemals mit einem deutschen Reiche rückhaltlos sympathisieren, welches von Habsburg vertreten wird, so wird es, so lange dies der Fall ist, nur einen bayerischen, keinen deutschen Patriotismus kennen. Seine Existenzbedingungen liegen außerhalb des deutschen Reiches, so lange dieses selbst der bayerischen Fortentwicklung als erstes Hindernis im Wege steht. Wir haben also den Gegensatz in der bayerischen Entwicklung selbst. Einerseits ist sie konservativ, muß es sein ganz und unbedingt, da Bayern selbst die Macht nicht besitzt, die allgemeine deutsche Entwicklung in andere Bahnen zu lenken, andrerseits wird Bayern die Hand eines jeden nehmen müssen, der ihm verspricht, der bayerischen Entwicklung einen neuen Weg zu bahnen und sie aus der Ummauerung herauszuführen, in welche sie hilflos ein-



Ansicht von München (Anfang 17. Jahrhundert)
auf dem im bayerischen Nationalmuseum befindlichen, nach dem Karton des P. Candid gewobenen Gobelin: „Monat August". Reproduktion des Stiches von Amling.

gezwängt wurde. Und da nun die Verhältnisse sich einmal so schwierig gestaltet, wird uns des ferneren klar, daß Bayern ohne vorherige territoriale Veränderung auch in seinem geistigen, religiösen und kulturellen Leben unbedingt auf der alten Stufe verharren muß. Die bäuerliche Kultur wird so lange ihr Uebergewicht bewahren, als es Bayern nicht gelingt, seine Grenzen dem städtischen Verkehr in weit größerem Maße zu öffnen. Das aber ist abhängig von jener territorialen Machtverschiebung einerseits, von dem Fortschritt der Verstandesbildung andrerseits, und beide hinwiederum sind innig verbunden mit der großen geistigen und materiellen Revolution, die unabwendbar kommen muß und kommen wird. Die europäische Revolution, der die Entwicklung zudrängt, seitdem das bürgerliche Element durch den Feudalismus aus der Bahn seines natürlichen Werdens geworfen ward, wird Bayern emporheben oder zerschmettern, je nachdem es ihr die Hand reicht oder sich ihr in den Weg wirft. Die Gesetze, nach denen Bayerns fernere Entwicklung vor sich gehen muß, sind uns damit in ihren Grundlinien klar vor Augen gerückt. Die Folge wird zeigen, wie Bayern im einzelnen Falle zu dieser großen Bewegung Stellung nimmt.

Sehen wir nun auf die innere Verfassung des bayerischen Landes, so steht an der Spitze der Herzog, ihm gegenüber die Landstände, gebildet aus Adel, Bürgern und Prälaten. Die Landstände hatten Einfluß auf die innere, wie auf die äußere Regierung. Sie bewilligten die Steuern und erhoben sie, ja sie versuchten selbst Einfluß auf ihre Verwendung zu gewinnen. Landwirtschaftliche Maßregeln, Verbesserungen und Abänderungen der Rechtspflege, Handelsbestimmungen, Beschlüsse über das Münzwesen, über die Markt- und Sittenpolizei fielen in ihr Rechtsgebiet. Aber das Recht regelmäßiger, periodischer Tagung vermochten sie nicht zu erlangen. Die Herzoge beriefen die Stände, wann es ihnen gutdünkte. Im Beginn unserer Zeit war es bereits üblich geworden, daß nur ein ständischer Ausschuß zusammentrat, nicht mehr die Gesamtheit der Stände. In dem Ausschuß behauptete anfangs der Adel das Uebergewicht. Erst seit dem Landshuter Tage vom Jahre 1507 wurde die Gleichheit hergestellt: 32 Mitglieder aus jedem Stande; die vom Adel wurden von Prälaten und Städten, die Mitglieder dieser Stände vom Adel gewählt. Auf zwei Umstände ist hier hinzuweisen. Zunächst ist zu betonen, daß die Bischöfe und reichsfreien Klöster sich an den bayerischen Landtagen nicht beteiligten; infolge dessen war auch der weltliche Klerus nicht vertreten. In seinen Angelegenheiten sprach also eine außerbayerische Macht ein entscheidendes Wort mit. Der Stand der Prälaten ward allein von den Vorstehern der zur Landschaft gehörigen 79 Klöster gebildet. Ein zweites Moment ist die gegenseitige Wahl der Ausschußmitglieder. Dadurch ward eine freie Ergänzung aus dem fließenden Leben heraus verhindert und die Möglichkeit einer Interessengemeinschaft angebahnt, welche wohl dazu angethan war, die Interessen des Landes und der Allgemeinheit in die zweite Linie zurücktreten zu lassen.

Die Vereinigung des ganzen Landes war erst jetzt erfolgt. Die herzogliche Macht stellte sich damit sofort als eine einheitliche dar, während die Macht der Stände sich erst zu einer einheitlichen herauszubilden hatte. Es läßt sich denken, daß dies infolge der bisher andauernden territorialen Zersplitterung keineswegs so schnell von statten ging, und so erlangte die herzogliche Macht mit ihrer Geschlossenheit von vornherein ein natürliches Uebergewicht. Das muß auf die fernere Entwicklung der bayerischen Verfassung von bedeutendem Einfluß sein, und zwar um so mehr, als die natürliche Beschaffenheit des bayerischen Landes den einzelnen Ständen keinen Machtzuwachs, keine wirkliche Fortentwicklung gestattet.

Werfen wir nämlich einen Blick auf die topographischen Verhältnisse des bayerischen Landes, so fällt uns zunächst der Mangel an schiffbaren Strömen auf. Wohl durchströmt die Donau von der Lech- bis zur Innmündung das bayerische Gebiet, allein dieses Gebiet selbst besaß in der damaligen Zeit nur sehr geringe Exportfähigkeit. Die bayerischen Donaustädte Ingolstadt und Straubing vermochten nur mühsam mit den außerbayerischen zu konkurrieren, einer Führerschaft, einer Beherrschung des Gebietes gar nicht zu gedenken. Donauwörth, Neuburg, Regensburg, Passau standen hier voran. Die bayerischen Drillinge Lech, Isar, Inn waren für größere Schiffe nicht fahrbar. Auch fehlte ihnen das eine, das ein Fluß, soll er handel- und verkehrerzeugend sein, haben muß: der Charakter einer

völkerverbindenden Straße. Ihr Lauf beschränkte sich in seinen hierbei in Betracht kommenden Strecken auf bayerisches Gebiet. Nur die Floßfahrt gedieh auf ihnen zur größten Bedeutung. Der natürliche Reichtum des Landes trat somit für den Welthandel nur spärlich in Fluß, da es an Verkehrsstraßen fehlte, welche denselben den großen Stapelplätzen näher gerückt hätten. Dieser natürliche Reichtum bestand aber in erster Linie in den prächtigen Waldungen des bayerischen Landes, dann in dem Salzreichtum der Bergwerke von Reichenhall, Traunstein, Rosenheim, wie in den Erzlagern der Alpen und des bayerischen Waldes. Hier entwickelte sich denn auch der Bergbau schon sehr früh, während die mächtigen Kohlenflötze am Alpenrande und die Glashüttenwerke des bayerischen Waldes erst in späterer Zeit Bayern in den großen Handel hineinführten. Im Landgericht Grafenau liegt bei Hartmannsreut das verlassene Bergwerk Rendelmoos, wo einst nach Silber, Kupfer und Blei geschürft wurde, jedoch ohne bedeutenden Erfolg. Auch am Rauschenberg und im Garmisch standen einst Bleiwerke in großem Betrieb. Erhalten aber hat sich aus jener Zeit vor allem der Bergbau in der Lam und in Bodenmais. In der Lam suchte man nach Silber und Kupfer, fand aber meist Schwefelkies und Eisen, während in Bodenmais der Bergbau zu Anfang des sechzehnten Jahrhunderts in hoher Blüte stand. Hier fand sich am Fuße des Arbers der Magnet- und Schwefelkies, und der Silberberg bei Bodenmais, der dem Mineralogen reiche Schätze bietet, deutet mit seinem Namen auf das, was man hier vermutete. Bald erhob sich denn auch die Siedelung zur „freien Bergstadt", die ihre Bergfreiheiten für lange Zeit bewahrte.

Aber diese ganze Industrie weist mit ihrer allgemeinen Einwirkung auf das Land in die Zukunft, für die damalige Zeit blieb das Wachstum der größeren Städte, München, Landshut, Ingolstadt, maßgebend. Sehen wir auf München, so macht es schon aus der Ferne mit seinen Türmen und Thoren den Eindruck einer starken Stadt. Schon seit dem 13. Jahrhundert sind alle Gewerbe innerhalb seiner Mauern vertreten, und bald ordnen sich die einzelnen in Zünfte. Da finden wir die Zunft der Schuhmacher und Lederer, der Schneider und Tuchscherer, der Hutmacher, der Weber, der Bäcker. Die Schäffler und Ringler, die Würfler und Maler folgten im fünfzehnten Jahrhundert, und schon setzt auch jener Betrieb mit Kraft ein, der heute Münchens Ruf über die ganze Welt verbreitet hat: die Bierbrauerei. Und da wir es mit einem wachsenden Gemeinwesen zu thun haben, so mag es uns gestattet sein, etwas vorzugreifen. Aus dem, was ward, läßt sich rückschließend wohl erkennen, was einst gewesen. Deshalb mag eine Stelle eines aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts stammenden Lobspruches hier Platz finden:

„Die Iser rinnt hin für der Stadt,
des die Burgerschaft großen Nutzen hat.
Dieses Wasser treibt für und für
dreizehn Mühlen, das sag ich dir,
darzu auch fünf Sch ffmühlen rund,
drey Hämmer klopfen schier all Stund
Kupfer; auch viel ander Sachen
thut man auf diesen Hämmern machen.
In der Statt ist vil zu bekummen
was Eins will haben in einer Summen,
dann es ist so ein weite Statt
die siben und fünfzig große Gassen hat,
darinn man kann zu allen Zeiten
mit Lust fahren und auch reiten.
Deren andern wären zu zeigen an
gar vil, die ich nit all nennen kan.
Auch kan ich dir sagen, daß's in der Statt
Zweiundvierzig Weinhäuser hat,
vierzehn thun der Methschenken sein
die das süße Trank sieden fein,
darzu zwen und siebenzig Bierbräuer,
die sieden gut Bier, wie fort auch heuer.
Darzu auch zweiundsechzig Becken,
die bachen gut Brod, Semel und Wecken.
Vergessen hätt' ich schier noch eins,

welches denn noch auch ist kein kleins,
daß's da zwölf offne Bad thun han,
Darinn man sich kan putzen lan."

Im Münchener Leben nahmen die beiden großen Jahrmärkte, die Jakobidult und bei Dreikönigsdult bereits damals einen hervorragenden Platz ein. Was die Einwohnerzahl betrifft, so stehen uns von den Jahren 1580 und 1688 die ersten bestimmteren Nachrichten zu Gebote. 1580 betrug die Zahl der Einwohner 20,000, 1688 dagegen 26,000. Schließen wir von diesem Wachstum auf hundert Jahre zurück, so hätte München unter Albrecht IV etwa 14,000 Einwohner gehabt, eine Zahl, welche indes etwas zu niedrig ausfallen dürfte. — Die zweite Stadt, welcher wir erwähnen wollen, ist Ingolstadt. Wie Münchens Emporblühen mit der Erhebung zur Residenz und Hauptstadt des vereinigten Bayerlandes in unmittelbarem Zusammenhang steht, so Ingolstadts allmähliches Sinken mit dem Verluste dieses Charakters. Einstweilen aber behielt Ingolstadt seine Bedeutung als Universitätsstadt und erlangte eine neue als Festungsstadt. Die Kämpfe um Ingolstadt sind in der Folgezeit nicht wenig zahlreich. — Ueber Landshut liegen uns ebenso nur wenige Nachrichten vor. Das Zunftwesen war hier bedeutend entwickelt. „Da gab es bereits einen Satz der Bäcker, Bierbrauer, Fragner, Zinngießer, Weinschenken, Fleischhauer, Fischer, Floßleute, Maurer, Zimmerleute, Käufler, Müller, Lederer, Schuster, Krämer, Kürschner, Tuchscherer, Wattmanger, Wollwirker, Loderer, Weber, Schlosser, Sporer, Goldarbeiter. Die Innung der bürgerlichen Schneidermeister bildete eine eigene Zeche und Bruderschaft mit besonderen Gesetzen und Gewohnheiten. Mit Auswärtigen sollte kein Bürger in irgend eine Verbindung treten, was es für eine Kaufmannschaft sei, bei Strafe an Leib und Gut." Veit Arnpeckh meldet von der Landshuter Bevölkerung, daß sie Meister in allen Arten von Kunstwerken und scharfsinnige Mechaniker besaß. „Insbesondere von den Bürgern, sagt er, sie seien redliche, ehrliche Männer und in allerlei Dingen so geschickt und bewandert, als hätten sie Gottesgelehrtheit und Rechtswissenschaft studiert."



Holzknechte am Triftbach.

Aus diesen Angaben erkennen wir einerseits, daß das bayerische Städteleben bis zum Beginn der neuen Zeit hinsichtlich der innern Entwicklung tapfer Schritt gehalten hatte, aber in Beziehung auf die allgemeine bayerische Entwicklung war es doch zu geringwertig, es besaß zu wenig elementare und dynamische Schwere, um einen bedeuten-

den, umgestaltenden Einfluß zu gewinnen. Mag man sich nun auch wundern, daß in Bayern das Nationalgetränk in jener Zeit noch Wein war, so war dies doch meist Bayerwein, der an der Donau bei Kelheim und an der Isar von Landshut abwärts seine Heimat hatte. Wohl kamen auch fremde Weine ins Land, so namentlich aus Südtirol, Franken und Oesterreich, aber zu einem Weinhandel im großen führte diese Einfuhr nicht. Ebenso ist das Verbot der Landshuter, sich mit fremder Kaufmannschaft einzulassen, bezeichnend für die fast rein interne Entwicklung der bayerischen Städte. Man verzichtete sozusagen freiwillig auf das einzige Mittel der Hebung des bayerischen Städtelebens, auf das Mittel einer ausgedehnten Konkurrenz. Auch die späteren Angaben, wie wir sie in Merians Topographie finden, daß es in Bayern 34 Städte und 94 Märkte gegeben habe, täuschen uns über den kulturellen Wert dieser Städte nicht. Es waren das Plätze, an denen der bayerische Bauer seine Waren und Produkte umsetzte und austauschte, sie besaßen in erster Linie Bedeutung nur für den innern Verkehr, und infolgedessen war diese Bedeutung mehr eine rein ökonomische als eine kulturelle.

Nahmen doch die mächtigen Waldungen Bayerns damals sicher noch weit mehr als ein Drittel des ganzen bayerischen Landes ein, während fünf Prozent des Gesamtareals auf die Gewässer und Oedungen fallen. Wiesen und Weiden bedecken nun fast ein Viertel der gesamten Bodenfläche, während die Aecker ein Drittel derselben in Anspruch nehmen. Also Ackerbau und Viehzucht stehen obenan. Der Reichtum des Waldes ist für den allgemeinen Verkehr nur erst in sehr geringem Maße erschlossen, wenn auch die Flößerei auf den bayrischen Seen und Flüssen eine hohe Bedeutung besaß. Im Gebiete des bayerischen Edelgeschlechts der Closener lag der „Gerner“ Markt, der einst von Kaufleuten aus Nürnberg und Augsburg bezogen wurde. Hier setzten sie ihre Waren ab und nahmen die Produkte der bayerischen Landwirtschaft dafür in Empfang. Ein einziger Bauer aus dem Schärdinger Gebiet trieb im Jahre 1501 über 200 Kühe und 2000 Schweine zum Verkauf hierher. Wir erkennen, was Viehzucht, und namentlich noch immer die altgermanische Schweinezucht, und Landwirtschaft damals hier und dort zu leisten vermochten. Andrerseits aber war die allgemeine Produktion der Landwirtschaft doch wieder nicht so bedeutend, um auf ihr einen ausgedehnten Handel begründen zu können. Denn sobald man sich einmal erlaubte, mehr an das Ausland abzugeben, fühlte man dies in den Städten sofort, und von hier aus erhoben sich dann die vielfachen Klagen über die Ausfuhr des Mastviehs und ebenso des Getreides. So kam es natürlich zu Ausfuhrverboten, dem sichersten Zeichen, daß die landwirtschaftliche Produktion von Lebensmitteln in keiner Weise die Notdurft des Landes bedeutend überstieg. Sehen wir nun von dem Treiben an einzelnen Stapelplätzen ab, so von dem Salzhandel der Grafenauer nach Böhmen, dem Kelheimer Salzhandel und Schiffbau, der Woll- und Leinenweberei in Thann im Simbacher Gebiet, dem Fruchthandel in der „Schmalzgrueben“ Bayerns im Thungau, dem Braugewerbe und Salzhandel in Vilshofen und manchen andern derartigen Industriebetrieben, so erkennen wir, daß wohl ein reger Verkehr und Handel allenthalben herrschte, daß aber auch dieser Verkehr über die bayerischen Grenzen nur wenig hinausgriff. In dem deutschen Kaufhaus zu Venedig stritten Nürnberg und Regensburg um den Vorrang. Nach Oesterreich und Wien behaupteten der Holzhandel, die Weberei in Wegscheid und Griesbach, die Schmelztiegelfabrikation in Obernzell von dem bischöflichen Passau aus den Vorsprung.

Wenn wir nun auf dieses in sich festgefügte Leben der Bayern blicken, denen die Natur gab, was sie brauchten, so möchte man leicht zu dem Schlusse kommen, daß das Volk unbedingt mit der Zeit zu höherem Wohlstand sich hätte emporheben müssen. Aber fast das Gegenteil hiervon war der Fall. Wohl haben die Kriegsnöte, die in gewissen Abständen stets wieder über das Land hereinbrachen, viele Keime vernichtet, viel Hab und Gut zerstört, aber auch in den Zeiten des Friedens blieb Bayern ziemlich von der Kapitalwirtschaft befreit. Und wir können die Ursache hiervon nur in dem Gleichgewicht der Produktionskraft des Landes und dem Wachstum der Bevölkerung suchen. Das letztere hob auf, was die Natur etwa mehr gab, das Verhältnis blieb gleich, vielmehr die zerstörenden Mächte verringerten allmählich den gemeinen Wohlstand. Dieser



Ansicht von Landshut (Anfang des 17. Jahrhunderts)
auf dem im bayerischen Nationalmuseum befindlichen, nach dem Karton von P. Candid gewobenen Gobelin: „Monat Oktober“. Reproduktion des Stiches von Amling.

ökonomische Wandel erreichte die Grenze nicht, wo die Armut und mit ihr die Knechtschaft und Sklaverei des Volkes beginnt, er erreichte aber ebensowenig jene Grenze, an welcher die Sorge um die täglichen Bedürfnisse vom Volke zurückweicht, wo ein gesicherter Reichtum die Muße bringt und mit der Muße die erhöhte Arbeit auf dem idealen Gebiete der Kunst und Wissenschaft, der allgemeinen Kultur. Die Produktion überstieg in Bayern das Maß der Konsumtion nur um weniges, es entstand kein Ueberschuß, vermittelst dessen jene kulturelle Arbeit in intensiver Weise wäre ermöglicht worden. Wenn wir nun trotzdem am herzoglichen Hofe der kulturellen Arbeit eine steigende Aufmerksamkeit und Fürsorge gewidmet sehen, so lag der Antrieb hierzu nicht in dem positiven Leben des bayerischen Volkes selbst, sondern in fremden Existenzbedingungen. Der Druck von außen machte sich fühlbar, er hielt auch die bayerische Entwicklung in einer gewissen Spannung und verhinderte so ein vollkommenes Zurücktreten auf die Kulturstufe des Ackerbaus. Daß die Kulturarbeit nicht dem Leben des bayerischen Volkes entstammte, zeigt deutlich die Thatsache, daß sie zunächst meist von nicht einheimischen Kräften geleistet wurde, denn noch konnte die bayerische Landwirtschaft die vorhandenen Kräfte nicht entbehren. Um einen Teil dieser Kräfte frei zu machen, bedurfte es einer Steigerung des künstlichen Betriebs, welcher bei gleicher Bodenfläche und verminderter Arbeitsleistung einen gleich hohen oder noch gesteigerten Ertrag sicherte. Erst mit der Zeit, da dieser Wandel sich zu vollziehen beginnt, werden auch die einheimischen Kräfte in umfassenderem Maße frei werden können. Die Städte wachsen und mit ihnen der Wohlstand und die geistige Arbeit. Daß aber diese Kulturarbeit ebensowenig dem allgemeinen Wohlstand entfloß, beweist am besten der Umstand, daß sie das bayerische Fürstenhaus fortgesetzt in Schulden stürzte, Schulden, die man ihm sehr verargt und sehr genau vorgerechnet hat, die aber dennoch nötig waren, sollte auch nur die Möglichkeit eines dereinstigen selbständigen Kulturfortschritts dem Volke erhalten bleiben. Daß etwas erreicht, daß etwas geschaffen wurde, muß uns für die nächste Zeit unbedingt die Hauptsache sein. Wie solches erreicht wurde, ist vollkommen nebensächlich. Denn nur zwei Wege giebt es: entweder das Volk ist im stande, selbstthätig und selbstschöpferisch vorzugehen, oder es ist nicht dazu im stande und dann muß es den Druck ertragen, welcher mit einer aufgezwungenen Kulturarbeit stets verknüpft ist. Aber der wahre Fortschritt hängt wenn auch in erster Linie von dem Reichtum der Natur, so doch später mehr noch von der Energie der Menschen ab. „Lebendige Menschenkräfte sind die Triebfedern der Menschengeschichte.“ Auf die Energie aber haben verschiedene Mächte einen tiefgehenden Einfluß. Zunächst ist die Beständigkeit der Arbeit unmittelbar vom Klima bedingt. Und sehen wir nun nach Bayern hinein, so finden wir gerade hier die bedeutendsten klimatischen Verschiedenheiten, einen merkwürdigen Wechsel der klimatischen Verhältnisse auf kleinem Gebiete, wie dies ähnlich nur in den benachbarten Alpenländern der Fall ist. Von den tief eingeschnittenen Thälern und ihrer infolge der geschützten Lage beträchtlichen Wärme bis zu den Regionen des ewigen Schnees — welcher Unterschied der klimatischen Verhältnisse auf so engem Raume! Da ruht die Arbeit tage- und wochenlang und läßt dem Spiel und der Freude Zeit, dann setzt sie wieder ein mit erhöhter Macht und fordert den größten Aufwand menschlicher Kraft. Es ist klar, daß es bei solcher Verschiedenheit und so jähem Wechsel nicht zu einer gleichwertigen Entwicklung der Energie im ganzen Volke kommen, daß infolge dessen jene Verdichtung der Volkskräfte zu einem ununterbrochenen Drang nach vorwärts, nach geistiger und kultureller Entfaltung nicht erzeugt werden konnte, wie wir dies in Gegenden von einheitlicheren klimatischen Verhältnissen beobachten. Jedes Flußthal, jedes in sich geschlossene kleine Terrain behauptete hier eine relative Selbständigkeit seiner Entwicklung, und gerade diese Thatsache führte zu jenem buntbewegten, man möchte sagen elementaren Volksleben, wie sonst kaum irgendwo auf deutscher Erde. Hier erhielt sich ein vollkommen individualistisches Sonderleben, und noch heute weist der Reichtum und die Abwechslung der Volkstrachten vielsagend auf diese Periode der bayerischen Entwicklung zurück. In Bayern gibt es keine bayerische Volkstracht, es gibt nur eine Menge Volkstrachten, und jedes Thal, jede Wendung der Gebirgszüge und Straßen bringt uns infolge der Verschiedenheit der Trachten wie des Wechsels selbst in der Hantierung ein

anderes farbenreiches Bild. Dieser Umstand mag nicht wenig dazu beigetragen haben, daß das bayerische Land in unserer Zeit zum Eldorado der deutschen Maler wurde. Natürlich hemmte diese Vielseitigkeit im kleinen die Energie des Volkes im großen. Wir sahen bereits im ersten Bande, wie ihm schon sehr früh die offensive Kraft der Jugend verloren ging, wir verfolgten dann im zweiten Bande, wie nach dieser Einbuße auch die Initiative im eigenen Leben sich nicht zu behaupten vermochte und dem bayerischen Gesamtleben abhanden kam, und wir werden nun im dritten Bande bemerken, wie infolge dieser örtlichen und natürlichen Interessenzersplitterung das Herauswachsen Münchens zur Metropole des Landes und Pflegstätte aller geistigen Arbeit mit ungeahnten Schwierigkeiten verknüpft war, wie die Centralisierung des bayerischen Lebens sich nur sehr schwerfällig und langsam zu vollziehen vermochte, und derselben alle jene kleinen Städte und Märkte, welche dem inneren Verkehr entstammten und genügten, das Gegengewicht hielten, wie dann diese bäuerliche Uebermacht auch den Charakter der Hauptstadt unverhältnismäßig lange und bis dicht an unsere Zeit heran in seiner Einseitigkeit gefangen hielt und ihr den Charakter einer Landstadt unverkennbar aufprägte.

Andrerseits erhalten wir mit diesem Ausblick ein anderes Schätzungsmaß für das natürliche Werden Bayerns in der nächsten Zeit. Wir lernen begreifen, warum Bayern zur Domäne seiner Fürsten zu werden bestimmt schien. Denn hier stand dem vielgliedrigen und vielgeteilten Volkswesen ein einheitliches Interesse, ein einzelner, in sich geschlossener Wille gegenüber. Und wenn wir von hier aus den Blick auf die Pflege der Kunst und Wissenschaften durch die Wittelsbacher werfen, so müssen wir gestehen, daß diesem manchmal so kraß und einseitig hervorgekehrten Willen mehr als eine bloße Liebhaberei zu Grunde lag, daß er vielmehr in dem instinktiv gefühlten Bedürfnis ruhte, einerseits dem bayerischen Volke ein verbindendes und gemeinsam gepflegtes Arbeitsgebiet zu schaffen, andrerseits das bayerische Kulturleben dem allgemeinen deutschen und europäischen Kulturleben gegenüber auf einer möglichst hervorragenden und weithin sichtbaren Höhe zu erhalten und auf diese Weise dem bayerischen Volke den reformatorischen Geist zu bringen und zu erwecken, den man in der Weise, wie er geboten wurde, abgelehnt hatte. Was das Volk nicht leistete und auch nicht leisten konnte, mußten seine Fürsten thun, und sie thaten es, wenn auch vielfach einseitig und auf Kosten des Volkes, so doch auch immer im Interesse desselben. Es war eine Kapitalanlage, von der erst die Zukunft die Renten zu ziehen vermochte.

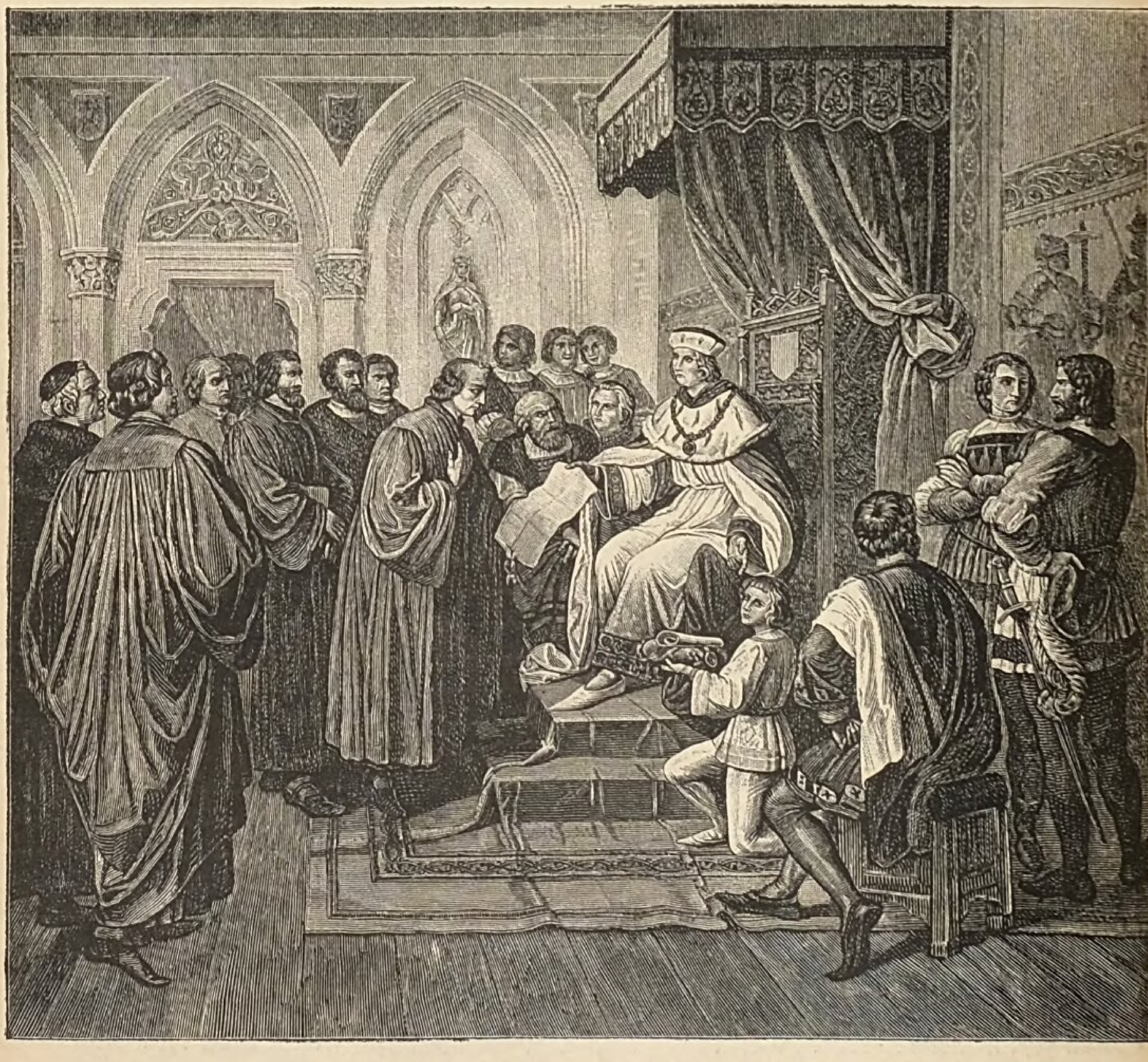
Die Natur des Bodens, das Klima des Landes hielten den Gesamtwillen, die Energie des Volkes im Banne. Halten wir hieran fest, so werden wir ferner begreifen, warum die politischen und militärischen Aktionen der bayerischen Fürsten meist jenen negativen Ausgang nahmen, der die bayerische Geschichte bis zum Ende des 18. Jahrhunderts charakterisiert. Wir finden von hier aus jenen vermittelnden Standpunkt, der Verdienst und Schuld aus ihrer extremen Einseitigkeit heraustreten und gleichheitlicher verteilen läßt. Es mußte ein Zusammenwachsen des Volkswillens erzeugt, es mußte ferner ein Zusammenwachsen des Volks- und Herrscherwillens hervorgerufen werden, und erst damit ward jene positive Kraft geschaffen, welche allein zu neuer positiver Arbeit und zu positiven Resultaten zu führen vermochte. Diese Einigung aber ließ sich ohne schwere Kämpfe nicht erzielen. Jene großen kulturellen Mittel und Mächte, welche uns heute zu Gebote stehen, fehlten eben der damaligen Zeit noch fast vollkommen, sie sollten erst geschaffen werden. Und so blieb nichts als das Bewußtwerden und die energische Hervorkehrung der Gegensätze, welche das Wirken der Dynastie und mit ihr die Entwicklung des bayerischen Volkes beengten, aufhielten und lahmlegten. Der eine äußere Gegensatz trat, wie wir sahen, am Schlusse der alten Zeit, im 15. Jahrhundert, bereits in Thätigkeit, er ward als solcher gefühlt und erkannt und hieß: Habsburg-Wittelsbach. Der andere innere Gegensatz machte sich in derselben Zeit bemerkbar. Die von der Vergangenheit überkommene und zur Einseitigkeit drängende ständische Zersetzung des Volks mußte aufgehoben, es mußte namentlich die egoistische Interessenpolitik des bayerischen Adels gebrochen und derselbe in den Dienst des Volkes und Landes zurückgezwungen werden. Es ist klar, daß damit die Selbständigkeit der Landstände überhaupt einen Stoß erlitt und

daß von hier aus der Verfall derselben und das Emporblühen der Fürstenmacht ununterbrochen zu verfolgen ist.

Die natürlichen Bedingungen, welche das bayerische Leben fortan beeinflußten, haben wir so in kurzem Ueberblick kennen gelernt. In feste Grenzen eingeschlossen, vermag sich ein äußeres Wachstum des bayerischen Volkskörpers nicht mehr zu vollziehen. Und wenn die innere Volkskraft von Zeit zu Zeit den Punkt wieder erreicht, von dem aus sie die äußeren Grenzen zu durchbrechen strebt, genügt ein Druck der außenstehenden Mächte, um sie auf jenes Maß zurückzuführen, welches innerhalb der einmal gezogenen politischen Grenzen fortzuleben sich begnügt. Mit dieser Einklemmung des äußeren Wachstums ist natürlich auch jede kulturelle Fortentwicklung lahmgelegt, und so treten wir hier in Bayern vor eine jener seltenen Erscheinungen im Völkerleben, wo die natürliche Kraft eines Volkes stark genug ist, sich gegen eine Masse feindlicher Elemente während einer langen Zeit zu behaupten, wo aber diese natürliche Kraft gleichzeitig nicht stark genug ist, die entgegenstehenden Hemmnisse zu einer weiteren Entwicklung zu beseitigen. In einem solchen Falle tritt natürlich die Entwicklung eines Volkes vollkommen auf den geographischen Boden, den es seine Heimat nennt, zurück. Birgt er die Elemente einer weiteren Kulturentwicklung in sich, wird das Volk an kultureller Macht gewinnen und so allmählich in den Stand treten, die Sphäre seines Einflusses zu erweitern. Birgt aber der heimatliche Boden die einer kulturellen Fortentwicklung günstigen Elemente nicht in sich, wird das Volk zu Grunde gehen, es sei denn, daß eine äußere Macht ihm zu Hilfe kommt, welche in einer gewaltigen Revolution die bisherigen Verhältnisse niederringt, die Hemmnisse beseitigt und die natürlichen Bedingungen zur Fortentwicklung dem Volke schafft, die es sich selbst zu schaffen nicht die Macht hatte. Diese Erkenntnis aber gibt uns den allein möglichen und allein gerechten Maßstab, den wir an Bayerns zukünftige Außenpolitik anzulegen vermögen. Er ist allein im stande, weil allein dem realen Leben entnommen, einer romantischen Phraseologie wirksam die Spitze zu bieten.

Nun aber sind die Folgen dieser Stagnation der äußeren Entwicklung auf geistigem Gebiete zu betrachten. Schon in den beiden ersten Bänden der Geschichte ward wiederholt darauf hingewiesen, daß Kirche und Religion keineswegs als diejenigen Elemente zu betrachten sind, welche den Fortschritt der Civilisation bedingten. Sie sind nicht Erzeuger dieser Entwicklung, sondern werden von ihr getragen. Die Kirche befand sich jedesmal im Fortschreiten, wenn sie ein wesentliches Element der allgemeinen Kultur darstellte, d. h. wenn sich Persönlichkeiten fanden, die, den Geist und das Werden des betreffenden Zeitalters erfassend, die Kirche mit dieser allgemeinen Bewegung in innige Verbindung brachten und ihre latenten Kräfte für diese Bewegung lösten. So müssen wir schließen, daß auch die kirchliche Entwicklung in Bayern unbedingt an die allgemeine Entwicklung des Volkes geknüpft ist und für sich keinen Privatweg zu wandern vermag. Hier vermag eine außerbayerische Revolution nichts, denn die Grundbedingungen zu einer allgemeinen Fortentwicklung fehlen dem bayerischen Leben. Es fehlt damit ebenso die natürliche Notwendigkeit zu einer tiefgreifenden Umgestaltung der kirchlichen und religiösen Verhältnisse. Von neueren Geschichtschreibern ist diesen sich gegenseitig bedingenden Bewegungen im Völkerleben große Aufmerksamkeit gewidmet worden; es ward festgestellt, daß wenn ein Volk sich ganz selbst überlassen wäre, seine Religion, seine Litteratur und seine Regierung nicht die Ursachen, sondern die Folgen seiner Civilisation sein würden. „Aus einer gewissen Bedingung der Gesellschaft folgen naturgemäß gewisse Ergebnisse. Diese Ergebnisse können freilich durch manche äußere Einflüsse getrübt werden; ist dies aber nicht der Fall, so kann unmöglich ein sehr gebildetes Volk, welches Denken und Zweifeln gelernt hat, eine Religion annehmen, deren auffallende Widersinnigkeiten der Vernunft und dem Nachdenken Hohn sprechen. Es giebt viele Beispiele von Völkern, die ihre Religion wechseln, aber es gibt kein Beispiel eines fortgeschrittenen Volkes, welches freiwillig eine zurückgebliebene Religion annimmt, so wenig als es ein Beispiel von einem zerfallenden Volke giebt, welches seine Religion verbessert hätte. Es ist natürlich richtig, daß eine gute Religion auf die Bildung günstig einwirkt und eine schlechte ungünstig; wenn jedoch von außen keine Einmischung stattfindet, wird kein Volk jemals finden, daß seine Religion schlecht sei,

bis es ihm die Vernunft sagt. Ist aber die Vernunft unthätig und die Erkenntnis stillstehend, so wird es dies niemals finden. Ein Land, welches in seiner alten Unwissenheit verbleibt, wird auch immer in seiner alten Religion verbleiben.“ Sehen wir nun, wie sich die Entwicklung Bayerns zu diesem allgemeinen Gesetze stellt, so wiederholen wir hier, daß die politische Entwicklung sich das ganze Mittelalter hindurch auf der Verfallslinie bewegte, daß diesen Verfall auch alle die großen Anstrengungen seiner Fürsten nicht aufzuheben vermochten. Freilich gründete Ludwig der Reiche die Universität Ingolstadt. Allein ihr Wirken war ein zu junges, um bereits nach einer Generation die weiteren Kreise des bayerischen



Ludwig der Reiche stiftet die Hochschule zu Ingolstadt (1472).
Nach dem Gemälde von Guggenberger im königlichen Nationalmuseum zu München.

Volkes belebend zu durchdringen, und als dann der Kampf ausbrach, war es natürlich, daß die überwiegend der alten Zeit angehörenden geistigen Mächte die jungen besiegten und sich an dieser Universität festsetzten. Freilich ward der Versuch stets erneuert und noch unter dem weisen Albrecht mit großer Energie erneuert, die bayerische Entwicklung mit der städtischen Entwicklung in unmittelbare Verbindung zu bringen. Der Versuch scheiterte wie früher auch dieses letzte Mal. Und damit trat jene andere Bedingung in ihr Recht ein: das bayerische Volk blieb sich selbst überlassen, soweit dies überhaupt damals noch auf dem Kontinente möglich war; die natürlichen Bedingungen des bayerischen Landes behaupteten das Uebergewicht über die Entwicklung des Volkes. Jener Prozeß, welcher mit der Zurückweisung Bayerns aus dem kurfürstlichen Rate der deutschen Nation, seit

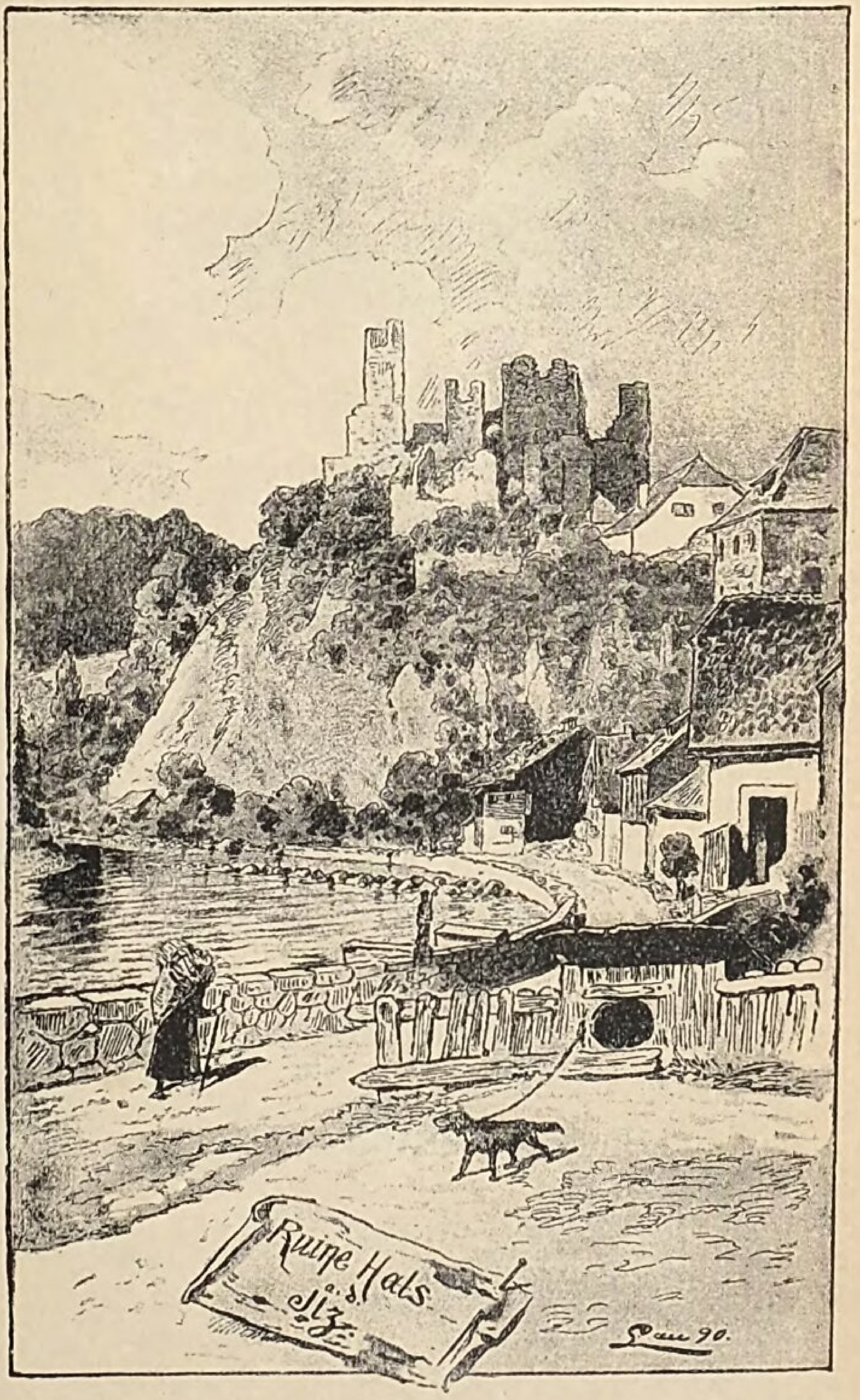
dem Auftreten der Habsburger und der goldenen Bulle Karls IV begonnen hatte, kam zu seinem natürlichen Abschluß. Wir betrachten den Protestantismus nun nicht von vornherein als eine bessere Religion, aber die Bedingungen, welche ihn hervorriefen, waren dieselben, welche das städtische Leben Deutschlands erzeugt und bisher beherrscht hatten. Er entsprach mit seinem Prinzipe des Individualismus gerade jenem Prinzipe, welches dem Städteleben Deutschlands seinen eigentümlichen Charakter gegeben hatte. Ein Vergleich der territorialen Ausdehnung des Protestantismus mit derjenigen der deutschen Städtebündnisse, vornehmlich der Hansa, überzeugt wohl von dieser Thatsache. In Bayern aber war das städtische Leben nur in sehr beschränktem Maße zur Entwicklung gekommen. Zu Beginn der neuen Zeit behauptete unbestreitbar die bäuerliche Kultur hier noch vollkommen das Uebergewicht. Die religiöse Bewegung, vor der wir nun stehen, wird deshalb wohl in Bayern eingreifen, aber jenes natürliche Gegengewicht zu überwältigen, wird sie, wenn nicht andere Faktoren hinzutreten, kaum im stande sein. Es fehlen eben dieser von außen hereingetragenen geistigen Bewegung im bayerischen Denken alle natürlichen Vorbedingungen, welche eine Ausbreitung und eine Herrschaft derselben ermöglicht hätten. Und so treten wir vor die zweite Thatsache, daß für Bayern eben wegen dieses Mangels gerade die katholische Religion die bessere war, da sie dem bisherigen Werden des Volkes weit mehr entsprach, als der aus städtischer Kultur hervorgegangene Protestantismus.

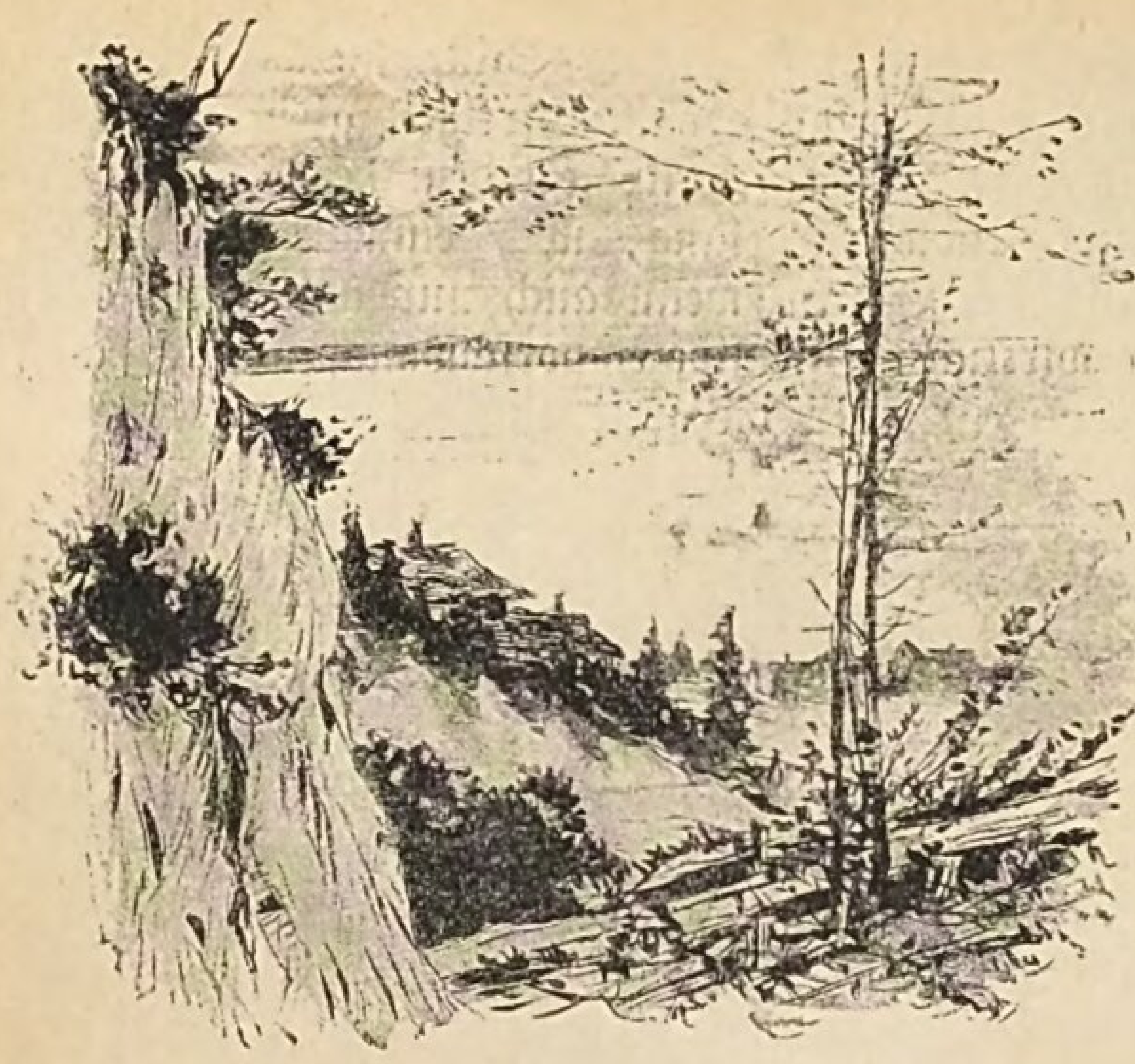
Wir müssen einen Augenblick zurücksehen. Der Eintritt des Christentums bedeutet in der Menschheitsentwicklung den Anfang einer neuen Periode. Aber der christliche Geist ist ebenso als die duftende Blüte, als die neues Leben in sich bergende Frucht einer älteren Periode der menschlichen Geistesentwicklung zu betrachten. Die Völker der älteren Periode, der eben diese Frucht Dasein und Pflege verdankte, vermochten dieselbe für sich nicht mehr zu bergen. So fiel sie den jungen Eroberern des europäischen Kontinents zu, welche, was Kultur anbetraf, noch weit tiefer standen, als jene älteren Völker. Aber auch weit natürlicher und von Entartung ferner war die Bildung dieser jungen Völker, und so kam es, daß sie der neuen Religion alsbald und ohne große Schwierigkeiten zufielen. Nachdem aber diese Verbindung sich äußerlich vollzogen hatte, trat ebenso bald zu Tage, daß sie als Anfang, nicht aber als Ende eines großen Prozesses zu betrachten sei, des Prozesses der Einwirkung des christlichen Geistes auf den barbarischen — und dieses hinwiederum auf jenen. Die gesellschaftlichen Zustände der jungen Völker wurden durch die Aufnahme der neuen Religion keineswegs umgestaltet, die Kluft blieb bestehen, welche zwischen dem Christentum, als der höchsten Frucht aller bisherigen Kultur, und dem Barbarentum, als dem natürlichen Zustande jedes ungebildeten Volkes, vorhanden war. Das Christentum sah sich genötigt, auf diese geistige und kulturelle Minderwertigkeit Rücksicht zu nehmen. So blieb der alte Aberglaube bestehen und rann nur in neue Kanäle. „Die neue Religion ward durch die alten Thorheiten verderbt. Der Anbetung von Götzen folgte die von Heiligen, die Verehrung der Jungfrau trat an die Stelle des Kultus der Cybele, heidnische Ceremonien wurden in christliche Kirchen eingeführt; nicht bloß der Mummenschanz des Götzendienstes, sondern auch seine Lehrsätze traten bald hinzu und wurden dem Geiste der neuen Religion einverleibt, bis nach Verlauf weniger Zeitalter des Christentum so abenteuerliche und widerwärtige Formen angenommen hatte, daß seine besten Züge verloren und die Spuren seiner einstigen Schönheit vernichtet waren." Der französische Kulturhistoriker Maury betont die Notwendigkeit, daß sich die Kirche von neuem dem groben, ungebildeten und unwissenden Geiste der Barbaren annäherte. Damit aber war der Kirche für lange Zeit die Möglichkeit genommen, die Grundsätze ihrer Lehre in das praktische Leben zu übertragen, sie vermochte das einst Gelehrte nicht anders zu erhalten und vor vollkommener Depravation zu schützen, als daß sie es in unerschütterliche Dogmen einkapselte und so langsam die Völker zu diesen Dogmen zu erziehen suchte. Mit dieser Festlegung des Lehrbegriffs aber schnitt sich die Kirche jede Möglichkeit ab, denselben dereinst weiter zu entwickeln und zu entfalten. In dem Augenblick also, wo diese Weiterentwicklung möglich und damit notwendig wurde, ward sie gleichbedeutend mit dem Austritt aus der Kirche. Das ewig Menschliche seiner Herkunft, das, was das Christentum einst zum Siege geführt und als wunderbarste Frucht aller bisherigen Entwicklung

des menschlichen Geistes charakterisiert hatte, rang indes in dem Leben und Wirken, dem Denken und Schaffen großer Männer aus der Dämmerung immer wieder zum Sonnenlicht empor und ließ auch diese Zeiten der Finsternis mit Lichtstrahlen erhellen, welche das Vertrauen auf den dereinstigen Tagesanbruch im Volksgemüte wach erhielten. Die großen Reformatoren waren es, welche die europäische Menschheit zu allen Zeiten gehabt, die ihr in keinem Jahrhundert gefehlt, welche über das Dogma und den Wortlaut hinaus zu dem lebendigen Geiste drangen, dem jene einst entstammten.

Die Abnahme des Aberglaubens nun steht im innigsten Zusammenhange mit der Zunahme des Wissens. So lange der europäische Geist nicht aus seiner kindlichen Ohnmacht erwachte, war an eine Entfernung des Aberglaubens nicht zu denken, ja es ward die christliche Religion, wie wir sahen, zunächst zu einem Verfalle verurteilt, da sie unter Völker geworfen wurde, deren Unwissenheit den Aberglauben verlangte und in die christliche Religion hineintrug. Diese Völker entstellten mit ihrem natürlichen Aberglauben ein System, das sie in seiner ursprünglichen Reinheit aufzunehmen absolut unfähig waren. Es ist nun klar, daß dort, wo die Macht, welche die Natur des Landes auf ein Volk ausübt, zu einem Teile aufgehoben wird, wo das Leben sich andere Bedingungen schafft, als die des rein natürlichen Abhängigseins von den Gaben der Natur, daß dort, wo mit der Zunahme der Menschen in größeren Siedelungen der Welthandel und -verkehr seinen Einfluß auszuüben beginnt, auch die Gewohnheit der Menschen zunimmt, „den Stoff des Denkens von der Beschäftigung in ihrem Leben zu entnehmen und desto weniger Aufmerksamkeit denjenigen Eigentümlichkeiten der Natur zuzuwenden, welche eine so reiche Quelle des Aberglaubens sind, und von welchen in allen außereuropäischen Kulturstaaten der Fortschritt des Menschen gehemmt ward." Können wir nun auch heute keineswegs den Stand der Civilisation bei den einzelnen europäischen Kulturvölkern nach ihrem jeweiligen Glaubensbekenntnis taxieren, so aber wohl den der damaligen Civilisation nach der Aufnahme einer neuen Religion oder der allmählichen Umformung der alten. Ein solcher Wechsel der religiösen Anschauungen war nur möglich, wenn sich die ganzen materiellen Grundlagen des Volkslebens und damit der geistige Zustand des Volkes geändert hatten. Das letztere war in Bayern nicht der Fall, also war das erste von selbst unmöglich. Wir aber weisen von hier in eine weit zurückliegende Zeit. Was war Regensburg einst? Die Perle der deutschen Städte. Hier blühten Handel und Gewerbe in einer Zeit, da der Norden Deutschlands noch im Schatten des Urwaldes schlief. Hier schlug ein Ludwig der Deutsche seinen Königssitz auf, Königs- und Herzogsstadt, Hauptstadt des Bayerlandes, Metropole des östlichen Frankenreiches — das war Regensburg. Und jetzt? Es ist der Sitz eines Bischofs und gehört nicht mehr zum bayerischen Lande. An dem allmählichen Verfalle der Stadt ließe sich der Verfall des alten Bayern verfolgen. Weit im Osten wuchs Wien empor, und in dem Augenblick, wo Wien die alte Hauptstadt des Südostens überflügelt, sehen wir das bayerische Leben den bisherigen natürlichen Mittelpunkt aufgeben und verlieren, es weicht zurück über die Donau und tastet nach einem neuen Mittelpunkt. Ingolstadt? Nein! Die schwäbischen Städte haben bereits den Vorsprung weiter im Westen. Landshut? Straubing? Sie treten als junge Pflanzstätten einer neuen Kultur in die Konkurrenz mit älteren, stärkeren Rivalen. München? Auch ihm stand an der Wiege ein zweideutiger Genius: die alte Pflanzstätte Freising sah mit Argwohn auf das junge Leben. Hier sind die Vertreter der alten Kultur: Regensburg, Passau, Salzburg, Freising, Augsburg — lauter Bischofsstädte. Und gegen diese priesterliche Kultur versucht sich das bayerische Leben umsonst. Alles Stürmen der Herzoge gegen diesen festen Mauergürtel ward abgeschlagen. Eine Ueberwältigung, eine Unterwerfung der bischöflichen Herrschaften war unmöglich. Es war die Frage, ob eine Konkurrenz möglich sei? Aber auch diese Frage ward bis zum Schluß der alten Zeit nicht unbedingt entschieden. „In München tritt das Kunstleben nun ebenbürtig neben das regensburgische." Aber dieses letztere war im Verfall begriffen. So ward die Annäherung möglich. Ob München die Höhe erreichen wird, ist eine Frage der Zukunft. Ein langer Kampf steht uns noch bevor, ein Kampf, in dem das alte Motiv gegen die priesterliche Kultur immer noch eine Rolle spielen wird, und je nach der allgemeinen Lage manchmal sogar eine hoch bedeutsame Rolle.

Wir brauchen kaum daran zu erinnern, daß mit diesem Stillstand des äußeren und kulturellen Wachstums in Bayern auch der Verfall der Volksfreiheit gleichen Schritt hielt. Aber es ist hier doch ein Unterschied zu machen. Als es dem hervorragendsten Wittelsbacher des Mittelalters, dem Kaiser Ludwig, gelang, noch einmal zur großen äußeren Politik die Bahn zu gewinnen, als sich Bayern wenn auch nur halb entschlossen und mit geteilter Energie noch einmal zu wirklicher Offensive emporschwang, kam es auch in der Gesetzgebung zu regerem Leben. Nun ist aber die freie und selbständige Gesetzgebung eines Volkes das sicherste Zeichen seiner Unabhängigkeit und des aus ihr entspringenden positiven Wollens. Jener energische Ansatz in Bayern blieb indes vereinzelt, und die Stille, welche nach dem Tode des Kaisers auf gesetzgeberischem Gebiete eintrat, läßt deutlich erkennen, wie jene Energie mehr ein Werk Ludwigs, als des positiven Lebens seines Volkes war. Rascher setzte nach ihm die Zersetzung seines Volkes ein, die Gegensätze wurden schärfer, und mit der Machtmehrung des Adels und der Bürgerschaft, mit der Zunahme der Burgen und Städte wurden die Unfreien enger auf das Land und den Feldbau beschränkt. Der Bauer trat in Gegensatz mit Herren und Bürgern, und um seinen Stand legte sich die dämmernde Atmosphäre der Unfreiheit und Abhängigkeit. Schon in der einfachen Thatsache, daß der Bauer in den Landständen keine eigene Vertretung hatte, daß er mithin an der eigentlichen Rechtsbildung keinen direkten Anteil mehr nahm, wird der Rückgang seiner freiheitlichen Stellung offenbar. Von jenem großen Umschwung, welcher die vollkommene Verschiebung der einstigen Verhältnisse allein darthut, von dem Umstande, daß am Anfang der bayerischen Geschichte das Volk selbst der rechtbildende Faktor war und von oben her gewissermaßen nur kodifiziert wurde, was sich längst im Volksleben ausgebildet und eingebürgert hatte, daß demgegenüber am Ende des Mittelalters der Fürst als unbestrittener Gesetzgeber dasteht, findet man nirgendwo eine genügende Darstellung. Auch die Gesetzgebung belebte sich in Bayern wieder, als sich unter den Landshutern Ludwig und Georg und dem Münchener Albrecht IV die äußere Politik neu belebte, allein der Landesfürst und seine Juristen drängen bereits gewaltig in den Vordergrund. Daß sich damit zugleich




Ein Blick auf den Kochelsee.

die Klagen der Landstände gegen die fremden Gelehrten mehrten, deren Verwendung „bei ihren Vorfahren unerhörte und den Landesgebräuchen widerwärtige Rechte" bringe, ist nur natürlich. Von gleichem Gewicht aber wie diese Stimme für das landheimische Recht und die auf ihm begründete Freiheit ist wohl die Stimme der Gegenpartei der herzoglichen Räte, welche den größeren Rechtsverstand der Doktoren betonte und ihre Fähigkeit, „förmlicher und rechtmäßiger" Urteil zu sprechen, als die Laien. Wohl fühlte man auf der einen Seite den drohenden Eingriff in die alte Freiheit, aber auf der andern Seite erkannte man ebenso, daß diese Freiheit ihre natürliche Berechtigung fast verloren hatte, da die Rechtsbildung der Laien immer schwächer wurde, und jene Unfähigkeit zu Tage trat, die stets mit dem Verfall der allgemeinen Volkskraft und des Volkslebens Hand in Hand zu gehen pflegt. Man bildete eben kein Recht mehr, sondern sprach nur die alten Formeln nach, und da war es schließlich gleichgültig, woher man diese Formeln nahm. So enthüllt sich hier jene merkwürdige Thatsache vor unsern Augen, daß ein fremdes Recht an eine Person, hier ein ganzes Volk, herantritt in dem Augenblick, wo dasselbe den eigenen Halt verloren und verlernt hat, in seinem Leben zugleich seine fernere Rechtsentwicklung darzuthun. Das Steuer des heimischen Rechts war durch allzulange Abnützung und verzögerte Erneuerung unbrauchbar geworden. So geriet das Volk unter Vormundschaft.

Wer nun die Gesetzesverordnungen jener Zeit durchläuft, wird erkennen, daß ein beträchtlicher Teil derselben sich mit einer gewissen Bevormundung an die Bauernschaft wendet. Und da ist es denn das Land, welches diesem Teile der Bevölkerung zu Hilfe kam. Was wollte man in den Bergen viel verordnen? Daß hier „die Freiheit wohne", fühlte man sehr wohl, und die Klage der Landstände, daß die Bauernknechte sich allenhalben erheben und in das Gebirge laufen, bestätigt uns dies zur Genüge. Hier war eine Grenze der staatlichen Bevormundung. Hier half kein Befehl, kein Gesetz, hier konnte nur langsame und mühsame Kulturarbeit helfen. Und wenn Albrecht IV sich auch genötigt sah, die leichter erreichbaren Wälder vor vollkommener Verödung zu schützen, so griff er das Werk doch auch von der andern Seite an: er baute Straßen und bemühte sich so, neue fast unangetastete Gebiete dem Verkehr und der Kultur zu erschließen. Wer hat nicht gerne kurze Rast gemacht, wenn er vom blaudämmernden Kochelsee aufwärts den Kesselberg hinanwanderte und fast auf der Höhe des Jochs jenen Gedenkstein in der Felswand erblickte, der ihm von dem Erbauer der Straße, von Herzog Albrecht IV erzählte? Gewiß aber hat sich der Erbauer damals nicht träumen lassen, daß erst nach der Wende von fast vier Jahrhunderten über diese Straße ein wirkliches Leben in die stille Waldeinsamkeit einziehen werde. Albrecht IV hat den Walchensee erschlossen, erst das 19. Jahrhundert aber hat den Träumenden wachgeküßt. Auch noch andere Bergstraßen stammen aus jener Zeit, aber selbst bei diesem Anlasse trat der Unterschied zwischen der Entwicklung Nieder- und Oberbayerns zu Tage. Albrecht IV sorgte als weitblickender vorurteilsfreier Fürst für die unerläßlichsten Bedingungen des Handels und Verkehrs, für gute, fahrbare Straßen. Er sah und fühlte, was Bayern fehlte, was seinen Eintritt in die neue Zeit verzögerte, und Ludwig von Landshut, der Führer der adeligen Domänenbesitzer in Niederbayern, „nahm an diesen Straßenbauten Anstoß".

In den Bergen und in den Städten schlug die Freiheit des Volks ihre Lager auf,



Ansicht von Ingolstadt (Anfang 17. Jahrhundert)
auf dem im bayerischen Nationalmuseum befindlichen, nach dem Karton des P. Candid gewobenen Gobelin: „Monat September“. Reproduktion des Stiches von Amling.

und wer von den vielfachen Vergünstigungen der Bauern in und vor dem Gebirge hört, wird begreifen, daß diese Gebiete ihre Anziehungskraft auf die mehr bedrückten Volksklassen der Ebene, wo sich allmählich der Unterschied zwischen hörigen (zinsbaren) und leibeigenen Bauern verwischte, behaupteten. Andrerseits aber entsprang der Rivalität der Städte und Fürsten mit den adeligen Grundherren jener oftmals erneute Versuch, das Los der Bauernschaft zu heben, dieselbe vor allzugroßer Ausbeutung durch den Adel zu bewahren. Es ergingen Befehle gegen die fortgesetzte Begebung in Leibeigenschaft, ja das Recht der Edelleute, Eigen- und Vogtleute anzunehmen, wurde bestritten. Im großen und ganzen jedoch richteten sich diese Maßregeln gegen die Ausläufer eines Prozesses, der sich bereits in der Vergangenheit abgespielt hatte. Adel und Geistlichkeit hatten dem Volke genommen, was zu nehmen war, und von jener alten Freiheit germanischer Landsiedler in früheren Zeiten waren nur mehr schwache Reste übrig. Die getroffenen Maßregeln konnten so nur davor bewahren, daß der Bauer nicht vollkommen in Knechtschaft und Rechtlosigkeit versank. So endigte der Prozeß, den wir beginnen sahen mit der Zurückdrängung und der Abkehr des freien Mannes vom Kriegshandwerk. Der Verlust der waffenstarken Offensive hatte den Verlust der rechtlichen und ökonomischen Initiative zur unbedingten Folge, und an der Wende der Zeiten steht der bayerische Bauer auf jener Grenze, wo entweder seine volle Abhängigkeit oder seine Wiedererhebung erfolgen muß. Wir werden sehen, daß der Gang der allgemeinen Entwicklung ihm die Behauptung dieses Standpunktes ermöglichte und ihm so wenigstens die Fähigkeit für die Zukunft erhalten blieb, aus der eingenommenen Defensivstellung noch einmal wieder hervorzutreten.

Auch auf dem Gebiete der Rechtsbildung sehen wir also die gleiche Entfaltung. Auf der einen Seite der Drang, Schritt zu halten mit dem Wechsel der Zeitverhältnisse, auf der andern Seite das naive Bestreben einer in der alten Unwissenheit verharrenden Menge, an dem Altgewohnten festzuhalten. Und wenn wir auch heute mit geklärtem Verstande rückwärts sehen und jene alten germanischen Rechtsbräuche wieder verstehen lernen, so waren dieselben doch damals dem Verständnis des Volkes ebensosehr abhanden gekommen, wie ihm das Verständnis seiner großen nationalen Dichtungen verloren gegangen war. Mit dem Erlöschen des eigenen natürlichen Lebens hatten die alten Formeln ihre natürliche Berechtigung verloren, und wer etwa das Aufkommen des römischen Rechts bedauern möchte, sieht nicht die Folgen, welche ein Beharren in jenen für die damalige Entwicklung veralteten und vollkommen unbrauchbar gewordenen Formeln unfehlbar gehabt hätte. Das römische Recht konnte doch wenigstens als neues Ferment für die deutsche Rechtsentwicklung dienen und hat auch als solches gedient. Es sei uns gestattet, an dieser Stelle einen klassischen Zeugen anzurufen, dessen Erbschaft in Deutschland bisher nur ungenügend angetreten wurde. „Die Wissenschaft der Rechte", sagt Herder in seinen Ideen zur Geschichte der Menschheit, „diese praktische Philosophie des Gefühls der Billigkeit und des gesunden Verstandes, hat, da sie mit neuem Lichte zu scheinen anfing, mehr als Mystik und Spekulation zum Wohl Europas beigetragen und die Rechte der Gesellschaft fester gegründet. In Zeiten ehrlicher Einfalt bedarf man vieler geschriebenen Gesetze nicht, und die rohen deutschen Völker sträubten sich mit Recht gegen die Spitzfindigkeit römischer Sachführer; in Ländern anderer policierten, zum Teil verdorbenen Völker wurden ihnen nicht nur eigene geschriebene Gesetze, sondern bald auch ein Auszug des römischen Rechts unentbehrlich. Und da dieser gegen eine fortgehende, mit jedem Jahrhundert wachsende, päpstliche Gesetzgebung zuletzt nicht hinreichte, so war es gut, daß man auch das ganze Corpus der römischen Rechte hervorzog, damit sich der Verstand und das Urteil erklärender und thätiger Männer an ihnen übte. Nicht ohne Ursache empfahlen die Kaiser dies Studium ihren, zumal italienischen, hohen Schulen: denn ihnen ward's eine Rüstkammer gegen den Papst; auch hatten alle entstehenden Freistädte dasselbe Interesse, es gegen den Papst, Kaiser und ihre kleinen Tyrannen zu gebrauchen. Unglaublich also vermehrte sich die Zahl der Rechtsgelehrten: sie waren als gelehrte Ritter, als Verfechter der Freiheit und des Eigentums der Völker, an Höfen, in Städten und auf Lehrstühlen im höchsten Ansehen, und das vielbesuchte Bologna ward durch sie die gelehrte Stadt. Was Frankreich in der Scholastik war, ward Italien durch Empor-

bringung der Rechte: das altrömische und das kanonische Recht wetteiferten miteinander; mehrere Päpste selbst waren die rechtsgelehrtesten Männer. Schade, daß die Erweckung dieser Wissenschaft noch auf Zeiten traf, in welchen man die Quellen unrein fand und den Geist des alten römischen Volkes nur durch einen trüben Nebel entdeckte. Schade, daß die grübelnde Scholastik sich auch dieser praktischen Wissenschaft anmaßte, und die Aussprüche der verständigsten Männer zu einem verfänglichen Wortgespinst machte. Schade endlich, daß man ein Hilfsstudium, eine Uebung der Urteilskraft, nach dem Muster der größesten Verstandesmänner des Altertums, zur positiven Norm, zu einer Bibel der Gesetze in allen, auch den neuesten und unbestimmtesten Fällen annahm. Damit war jener Geist der Chikane eingeführt, der den Charakter fast aller europäischen Nationalgesetzgebungen mit der Zeit beinahe ausgelöscht hätte. Barbarische Büchergelehrsamkeit trat an die Stelle lebendiger Sachkenntnis, der Rechtsgang ward ein Labyrinth von Förmlichkeiten und Wortgrübeleien; statt eines edlen Richtersinnes ward der Scharfsinn der Menschen zu Kunstgriffen geschärft, die Sprachen des Rechts und der Gesetze fremde und verwirret gemacht, ja endlich mit der siegenden Gewalt der Oberherrn ein falsches Regenten-Recht über alles begünstigt. Die Folgen davon haben auf lange Zeiten gewirket." Die angegebenen traurigen Folgen konnten, wie wir sehen werden, nicht ausbleiben, aber ebenso wie sie war das Aufkommen des römischen Rechtes selbst eine Notwendigkeit. Dasselbe allein vermochte der europäischen Bevölkerung jene Verstandesschulung, jene Logik des Denkens zu bringen, welche ihr zur weiteren kulturellen Fortentwicklung unumgänglich notwendig waren.

Diese orientierende Skizze würde nicht vollständig sein, wollten wir nicht auch noch jener Anstalten und Erfindungen kurz gedenken, welche in erster Linie ein neues Wachstum zur Civilisation, einen vollkommenen Umschwung in den alten Anschauungen und Gewohnheiten hervorzurufen vermochten. Alle Veränderungen im Leben eines Kulturvolkes hängen in letzter Linie von drei Dingen ab: „erstlich von dem Umfang des Wissens seiner tüchtigsten Männer, zweitens von der Richtung dieses Wissens, d. h. von den Gegenständen, auf welche es sich bezieht, und drittens besonders von der Ausdehnung, in welcher dieses Wissen verbreitet ist, und von der Freiheit, mit der es alle Klassen der Gesellschaft durchdringt."

Betrachten wir zunächst das Wissen und wie man zu ihm gelangt, so führt der Weg zu ihm unfehlbar durch den Zweifel, die Skepsis. Erst wenn der Glaube und die Autorität, welche bisher das jugendliche Denken gefangen hielten, eine Erschütterung erfahren hat, wird jene Bedingung zum Wissen, wird der Zweifel geschaffen. Es ist klar, daß auch ihm Veränderungen im Volksleben voranzugehen haben, und als eine erste und bedeutendste derselben erkennen wir jene Loslösung des Volkslebens selbst von dem elementaren Zwange seiner heimatlichen Natur. Von heute auf morgen wird ein gläubiges Naturvolk nicht vom Zweifel erfaßt. Aber wenn mit der allmählichen Umänderung seiner Lebensbedingungen sich auch seine Lebensgewohnheiten und damit seine Anschauungen ändern, wenn sich der Geist loslöst von der Scholle und sich der Macht der Naturerscheinungen entzieht, wird dieser Wandel eintreten. All' jene Vorbedingungen aber werden geschaffen durch das Zusammenströmen der Menschen in Städten. Und so sind „die Städte in Europa gleichsam stehende Heerlager der Kultur, Werkstätten des Fleißes und der Anfang einer besseren Staatshaushaltung geworden, ohne welche dies Land noch jetzt eine Wüste wäre." Das Zusammenleben vieler Menschen auf kleinem Raume machte Verfassungen notwendig, die Rivalität der Städte untereinander erzeugte in der einzelnen Stadt jenen Gemeingeist, der als erste Grundlage einer menschlichen Kulturarbeit notwendig ist. Der Sinn für Ordnung wurde geweckt, eine Polizei sorgte für Aufrechterhaltung derselben, die Haushaltung erhielt eine festere Regel und damit die Bürgerfreiheit einen soliden Grund; die gesteigerte Arbeitsamkeit lenkte zu Erfindungen, und diese hinwiederum bereicherten das allgemeine Wissen. Werfen wir nur einen Blick auf den größten Städtebund der deutschen Hansa, wie er Beziehungen schuf von Stadt zu Stadt, von Land zu Land, so werden wir Herder zustimmen, wenn er sagt, er habe Europa mehr zu einem Gemeinwesen gemacht, als alle Kreuzfahrten und römischen Gebräuche: „denn

über Religions- und Nationalunterschiede ging er hinaus und gründete die Verbindung der Staaten auf gegenseitigen Nutzen, auf wetteifernden Fleiß, auf Redlichkeit und Ordnung. Städte haben vollführt, was Regenten, Priester und Edle nicht vollführen konnten und mochten: sie schufen ein gemeinschaftlich-wirkendes Europa". Die Städte des Mittelalters mit ihren Zünften wurden die Schule, in welcher der Menschengeist zu einer anderen Auffassung des Lebens heranreifte, und so müssen wir gestehen, daß die Städte bei einer ungehinderten Fortentwicklung auch unbedingt zur Schaffung jener zweiten Vorbedingung mitwirken mußten, das Wissen selbst auf die verstandesmäßige Durchforschung des allgemein Menschlichen, der natürlichen Gesetze des Menschenlebens hinzulenken. Aber so rein und ununterbrochen wie chemische Prozesse pflegen sich die Bewegungen im Völkerleben nicht zu vollziehen. Da kommt es zu Reibungen, zu Vor- und Gegenstößen, infolgederen manche Entwicklung in ihrem Laufe gehemmt, in ihrer Richtung abgelenkt wird. Diesen Kampf der Städte um ihre gedeihliche Fortentwicklung verfolgten wir im zweiten Bande, wir sahen, wie ihr Bemühen, das Land und Volk im großen zu gewinnen, durch Adel und Fürsten gehindert wurde, und stehen jetzt vor dem Resultate, daß die alten Mächte noch einmal ihre ganze Kraft zusammenfassen, und wenn es ihnen auch nicht gelang, jene Zeiten der priesterlichen und ritterlichen Kultur in Europa von neuem zur Herrschaft zu führen, so war es doch die Folge des Kampfes, daß ein rein theologischer Geist zunächst emporbrang und während des ganzen 16. Jahrhunderts die Entwicklung der europäischen Völker beherrschte.

Jener dritte bewegende Faktor nun, die Ausdehnung, in welcher das Wissen verbreitet ist, und die Freiheit, mit der es alle Klassen der Gesellschaft durchdringt, besitzt nun ebenfalls, wie sich leicht erkennen läßt, in dem Zusammenwohnen der Menschen in Städten die günstigste und natürliche Vorbedingung. Und in den Städten sind es wieder die Schulen in erster Linie, und in den mittelalterlichen Städten besonders die Zünfte, in welchen die Verbreitung des Wissens praktische Förderung erhält. Zur Erhaltung, Fortpflanzung und Erweiterung der Technik in jedem Gewerbe waren gerade diese kleinen verbündeten Körper, die Zünfte, ungemein geschickt. Hier waren die Vorschulen zu den Erfindungen, hier entwickelte sich jener Geist der Ordnung und Sauberkeit und nicht minder der Solidität, welche wir an seinen Produkten noch heute bewundern. Wo sich die ganze Zunft gleichsam für die Arbeit des einzelnen verbürgte, da vermochten Pfuscherei und mit ihr „der Mangel des Gefühls an Meisterehre" nicht aufzukommen. Und wie sich aus diesem Gefühl des einzelnen der Patriotismus und Stolz der ganzen Bürgerschaft herausbildete, dafür haben wir in den gotischen Domen, den Rat- und Zunfthäusern, ja selbst an den Chroniken und Stadtverfassungen noch heute die eindringlichsten Zeugen. Schon diese Ausbildung, welche dem Jüngling und Mann in seinem Fache geboten wurde, wies darauf zurück und ließ die Notwendigkeit erkennen, die Kunst der Erziehung und Vorbildung bereits bei dem Kinde zu beginnen. So blühten die Stadtschulen empor und trugen bald für das städtische Leben prächtige Früchte. Die Vorbildung ward also geschaffen, und es bedurfte nun nur noch großer Centralpunkte, zu denen nicht nur alle Einzelarbeit zu einer höheren Wertung hinstrebte, sondern von denen auch wieder die befruchtenden und wärmenden Strahlen eines höheren allgemeinen Wissens hinausdrangen. Diese Centralpunkte wurden in den Universitäten geschaffen. Aber wenn auch diese Universitäten einerseits eine Klasse von Menschen erzeugten, welche infolge ihres Wissens der rohen Unwissenheit des Adels imponierend gegenüberzutreten vermochten, wenn es ihnen auch andrerseits gelang, die bisherige Einseitigkeit der Bildung, die eine geistliche war und ausschließlich Geistlichen zu teil wurde, zu heben, so waren jene Universitäten doch zugleich politische Körper und hinter ihnen standen in halber Dämmerung weitere politische Mächte. Gerade dieser Umstand scheint uns die Ursache davon gewesen zu sein, daß diesen „Festungen und Bollwerken der Wissenschaft" trotz der ungeheuern Achtung, welche dem einzelnen Gelehrten entgegengebracht wurde, das allgemeine Vertrauen sich nur sehr langsam und durchaus nicht in ununterbrochenem Fortschritte zuwandte. Wie aber sollten diese Universitäten vor Einseitigkeit, vor einer Verbohrung in Wort- und Formelkram bewahrt bleiben? Das konnte offenbar nur geschehen, wenn sie den breitesten



Venezuela in Südamerika 1528 für die Welser erobert.

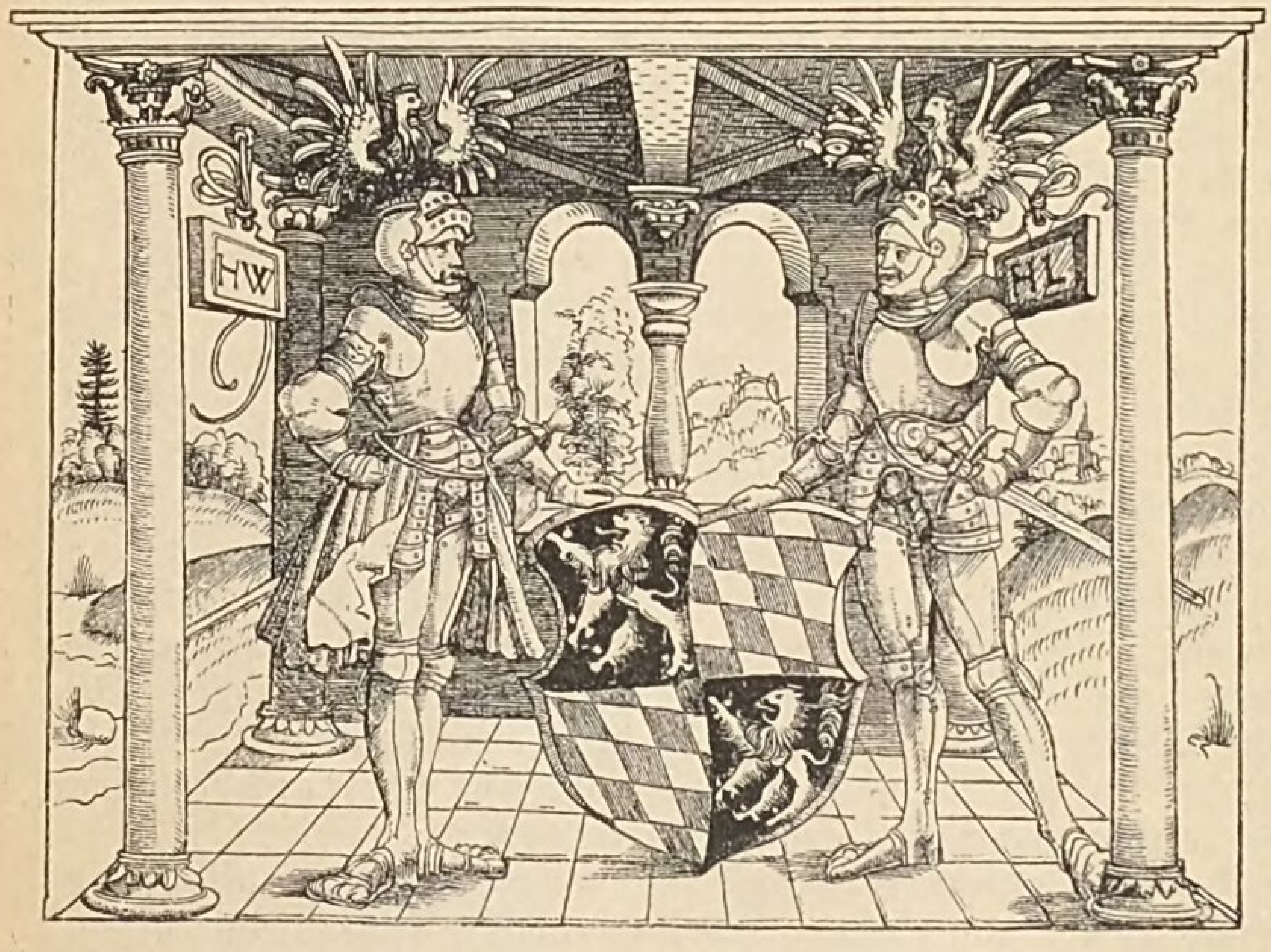
Nach dem Gemälde von A. Bauer.

Standpunkt und die allgemeinste und umfassendste Verbindung mit dem fließenden Leben selbst gewannen. Und hier traf sie eben das gleiche Mißgeschick, wie es das Städteleben überhaupt getroffen hatte: die Städte waren durch die alten Mächte einer früheren Kultur vom Lande abgeschnitten worden, der Bürger stand zu Beginn der neuen Zeit in direktem Gegensatz zum Bauern, das Städteleben und die städtische Kultur fanden auf dem Lande, bei dem großen Volke keinen Eingang. — Wenden wir nach diesem Ausblick ins Allgemeine unsere Aufmerksamkeit nun auf Bayern zurück, so bedarf es nur der Erinnerung an das oben über die Städte Bayerns Mitgeteilte, um erkennen zu lassen, daß die bayerische Geistesentwicklung noch sehr im Anfang einer neuen Periode stand. Ist das städtische Leben unbedingt als erste Grundlage jener drei Bewegungsfaktoren, der Wissenserzeugung, der Wissensrichtung und der Wissensverbreitung, zu betrachten, so müssen wir schließen, daß für diese Entwicklung in Bayern das Feld nur erst sehr schwach bestellt war. Schon die einfache Thatsache, daß von den bayerischen Städten keine ein hervorragendes Stadtrecht ausgebildet hat, spricht eine deutliche Sprache. Ebenso war zu einer Wissenserzeugung in weiterem Maße das bayerische Städteleben lange nicht intensiv genug; der Mangel dieser Intensität ruft zugleich die Besorgnis wach, ob das Städteleben elementare Kraft genug haben wird, die Gedanken- und Wissensrichtung des ganzen Volkes in neue Bahnen zu lenken, und wenn auch zur Wissensverbreitung der eine Pol erst jüngst geschaffen worden war, so fehlte der Universität Ingolstadt gegenüber doch der andere Pol, die Volksschule in Stadt und Land. Auf diesen Faktor haben wir im zweiten Bande verwiesen und dort wenn auch nicht den gänzlichen Mangel, so doch die qualitative und quantitative Unzulänglichkeit der bayerischen Volksschule dargethan. Damit aber berühren wir jenen zweiten Punkt, an welchem es der Universität Ingolstadt unmöglich wurde, die ihr gestellte Aufgabe zu lösen. Sie sollte die Verbindungsstelle werden, an der das allgemeine Geistesleben sich mit dem bayerischen austauschte und gegenseitig befruchtete. Indem nun aber im bayerischen Volksgeiste der Drang zu höherem und größerem Wissen nur unvollkommen erwachte, ward der Universität jener vorwärts und ins Weite strebende Geist beschnitten, ihr Flug ward gehemmt und aus einer Verbindungsanstalt ward eine Trennungsanstalt, an welcher sich der reaktionäre Geist festsetzte. Nicht hereingezogen, sondern ferngehalten wurde fortan das außerbayerische Geistesleben vom bayerischen Volke, es mußte sich eine andere Thüre suchen, an der es hereinzukommen vermochte, und die Folgen dieser Thatsache, die an sich so natürlich und notwendig aus den allgemeinen Verhältnissen hervorging, werden wir noch genugsam kennen lernen.

Erst von neueren Geschichtschreibern ist darauf aufmerksam gemacht worden, daß die Geschichtschreibung eines Volkes als vornehmlichster Gradmesser seiner geistigen Entwicklung anzusehen sei. Nicht nur der Stoff zur Geschichtschreibung wächst beständig mit der Ausbreitung und dem ernsten Streben der Forschung, sondern auch vornehmlich die Auffassung historischer Thatsachen verändert sich fortwährend mit der fortschreitenden allgemeinen Geistesentwicklung. „Zwischen der Art, wie die Menschen die Vergangenheit betrachten, und derjenigen, wie sie ihre Gegenwart ansehen, muß immer eine gewisse Uebereinstimmung herrschen. Beide Anschauungen nämlich sind in Wirklichkeit nur verschiedene Formen derselben Denkungsart und stellen daher in jedem Zeitalter eine gewisse Sympathie und Verbindung miteinander dar.“ In den beiden vorangehenden Bänden wurde die bayerische Geschichtschreibung bisher verfolgt und namentlich im zweiten Bande ward am Schlusse dem Stande der bayerischen Geschichtschreibung zu Ende des Mittelalters einige Aufmerksamkeit gewidmet. Das Resultat war kein erfreuliches, aber wir erkannten auch die Ursache davon. Es schien uns natürlich, daß die städtische Geschichtschreibung in Bayern mit ihren geringen Ansätzen alsbald ins Stocken geriet; es schien uns ebenso natürlich, daß die politische Belebung erst wieder einheitlichere Gesichtspunkte schuf, von denen aus eine Belebung der Geschichtschreibung erfolgen konnte. Aber über den niedrigen Stand bloßer Berichterstattung vermochte sie sich trotzdem nicht zu erheben. Wir sehen davon ab, daß man einen Gedanken, wie ihn Herder dreihundert Jahre später faßte, indem er als den letzten, ohne Zweifel höchsten Entwurf der Geschichte den Entwurf der Nemesis hinstellte, der aus allen Staatsverhüllungen die reine Menschengeschichte

herauslöst, damals weder faßte noch fassen konnte, aber den einen Punkt möchten wir hier klarstellen, an welchem die Erhebung zu einer wirklichen Geschichtschreibung bis zum Ende des 16. Jahrhunderts scheiterte und allenthalben scheitern mußte: es war die allgemeine Leichtgläubigkeit, die den Geist aller Geschichtschreiber, auch der hervorragendsten, bis zu einem gewissen Grade schwächte. Was dieser Leichtgläubigkeit gegenüber die Arbeit und das Werk eines Aventin bedeutete, der mit unsagbarem Fleiße daranging, die alten Quellen der Geschichtschreibung vorab wieder einmal zu erschließen, werden wir an geeigneter Stelle erwähnen. Also auch nach dieser Seite schließen sich unsere Erkenntnisse über den geistigen und kulturellen Zustand des bayerischen Volkes bei Beginn der Neuzeit zusammen.

Die Erfindungen! Wer wollte sie alle nennen und wer mit wenigen Worten ihre Bedeutung darthun! Nur einiges läßt sich hier in kurzem sagen. Die Erfindung ist eine solche vom subjektiven Standpunkt betrachtet. Der Erfinder erfindet etwas, von dem die Menschheit bisher keine Kenntnis hatte. Insofern diese Erfindung aber in ihren Grundbedingungen auch schon lange vor der Kenntnisnahme durch den Menschen bestand, verliert sie den Charakter der Erfindung und wird zum Fund.



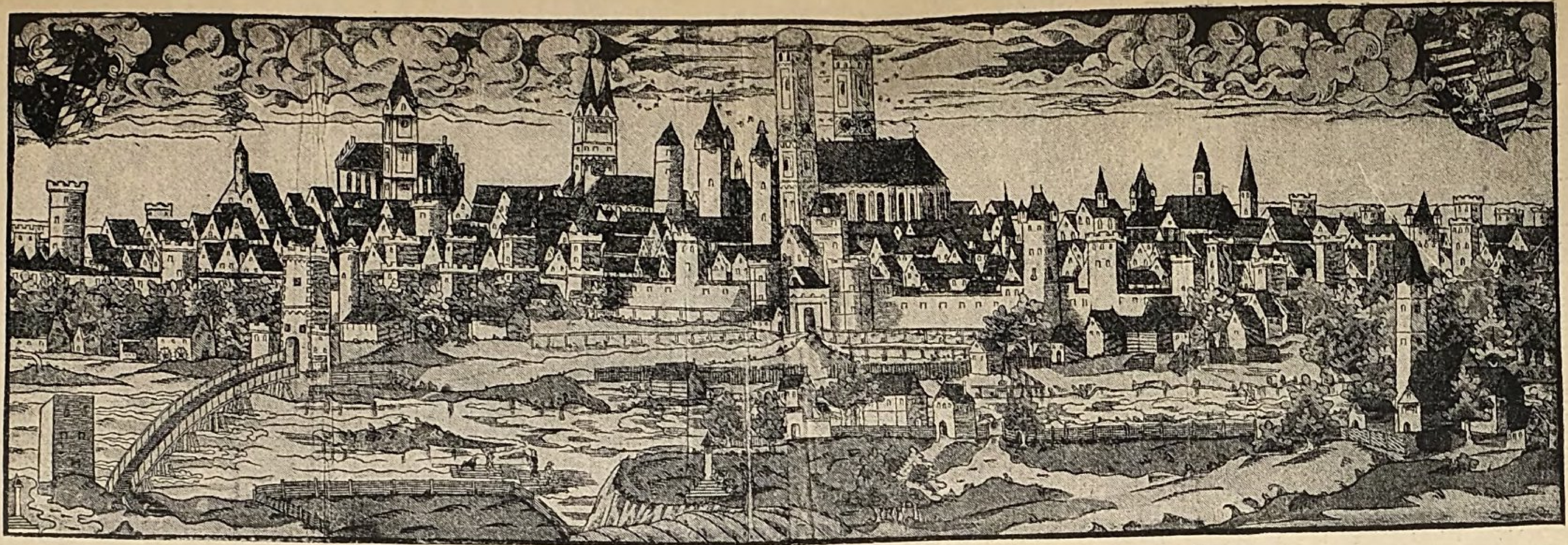
Bayerisches Wappen aus der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts.

Dieser Fund liegt am Wege. Millionen mögen vorübergegangen sein, ohne ihn zu beachten, ohne ihn überhaupt zu sehen, endlich kommt einer, von einer Ahnung, von dem Bewußtsein gelenkt, er werde auf diesem Wege etwas finden, das er eben haben und verwerten muß, und er entdeckt den Fund. Woher die Unachtsamkeit der einen, woher die Aufmerksamkeit der andern? Sie lassen sich nur aus dem geistigen Zustand der beiden Parteien erklären, und damit haben wir das Gesetz der Erfindung. Keine Erfindung wird gemacht, bevor die menschliche Fortentwicklung ihrer bedarf. Wenn der Menschengeist zu einem jener Grenzreviere gelangt ist, in denen die alten Bahnen sich verlaufen und eine neue Richtung eingeschlagen werden muß, dann stellt sich die Erfindung ein. Der Wandel also ist nicht durch die Erfindung bedingt, er ist einzig und allein durch das Wachstum des menschlichen Geistes bedingt, aber der Wandel wird durch die Erfindung ermöglicht. An der Spitze aller Erfindungen nun, welche den Wandel vom Mittelalter zur Neuzeit ermöglichten, steht diejenige des Schießpulvers. „Unglaublich viel hängt im neuen Zustand von Europa von dieser Erfindung ab, die den Rittergeist mehr als alle Konzilien besiegt, die Gewalt der Regenten mehr als alle Volksversammlungen befördert, dem blinden Metzeln persönlich erbitterter Heere gesteuert, und der Kriegsart, die sie hervorbrachte, auch selbst Schranken gesetzt hat." Das erscheint auf den ersten Blick parador. Aber es ist dennoch so. Das Schießpulver ist trotz seiner furchtbaren Zerstörungskraft ein Mittel der Civilisation, ein Beförderer des Friedens in eminentem Sinne geworden. Sehen wir nun zurück in die Jugendzeit der Völker, so werden wir einen Kultus des Krieges finden, der uns doch vollkommen abhanden gekommen ist. Tüchtigkeit war ohne Tapferkeit nicht denkbar, ja es verband

sich mit Tüchtigkeit der ausschließliche Begriff der Tapferkeit. Die ganze jüngere Litteratur eines Volkes bewegt sich auf diesem Boden des Helden- und Heroenkults und spricht somit von selbst für die Denk- und Auffassungsweise der Völker in ihrer Jugendzeit. Mag nun auch die Kriegsrüstung Europas immerhin gerade in unserer Zeit furchtbarer sein, als sie jemals war, alle Einsichtigen werden zugestehen, daß es nur noch einen wirklichen Grund zum Kriege giebt, und dieser eine Grund liegt außerhalb Europas, er liegt in der Barberei außereuropäischer Völker. Dem Schutze der Kultur, der Erhaltung des Friedens ist die Denkkraft selbst unserer Krieger gewidmet, und wo etwa der Schwerpunkt auf die reine körperliche Bravour gelegt werden möchte, kann man sicher sein, eine Denkkraft überhaupt nicht anzutreffen. Gerade der Gegensatz, in welchem sich die natürliche Kraft des kleinen Europa gegenüber der unendlich und unerschöpflich scheinenden Kulturkraft der barbarischen Völkermassen befand und befindet, ward die Ursache zur Ausbildung einer Kriegskunst, wie wir sie heute haben. Kunst und Wissen müssen ersetzen, was an natürlicher Kraft fehlt. So ward das Gleichgewicht, so ward selbst das Uebergewicht über die Barberei hergestellt und ermöglicht. Den ersten Umschwung nun, der dem Kriege möchte man sagen seinen Selbstzweck nahm, rief die Erfindung des Schießpulvers hervor. Sehen wir zurück, wie einst Europa ein großes Heerlager bildete, in dem zuletzt alle Stände aufgingen, wie sich diesem einen Stande gegenüber nur etwa die Geistlichkeit als besonderen Stand kennzeichnete, so läßt sich begreifen, warum die wahre Kultur so lange hintangehalten wurde. „Da gab es viele Priester und Krieger, viele Prediger und Schlachten; aber da gab es auf der andern Seite weder Handel noch Verkehr, noch Manufakturen; da gab es keine Wissenschaft und Litteratur, die nützlichen Künste waren ganz unbekannt, und selbst die höchsten Stände der Gesellschaft waren nicht bloß mit den gewöhnlichsten Bequemlichkeiten, sondern auch mit den geziemenden Bedürfnissen eines gebildeten Lebens unbekannt.“ Erst mit der Festsetzung der einzelnen Völker innerhalb bestimmter Grenzen, mit der Siedelung kam die Notwendigkeit der kulturellen Arbeit. Der Krieger hing die Waffe hin und griff zum Pfluge. Und diesem großen Bauernstande gegenüber entwickelte sich nun ein besonderer Kriegerstand. Dieser hatte gegen Ende des Mittelalters seine Rolle ausgespielt, seine Aufgabe war erfüllt, aber er hatte noch die Macht und mit dieser Macht stellte er sich nun der mittlerweile fortgeschrittenen Kultur in den Weg. Da ward das Schießpulver erfunden, im vierzehnten Jahrhundert gelangte es zur Geltung und allgemeinen Anwendung. Aber diese Anwendung erforderte Geld und Uebung. Die Kriegskunst wurde verwickelter und kostspieliger, damit ward das Monopol dem alten Ritterstande genommen, ihm trat ein neuer Kriegerstand gegenüber, der sich allmählich in stehenden Heeren konsolidierte. Die alte Miliz, aber auch die alte Reiterzunft gerieten in Verfall und neue Kräfte wurden für die kulturelle Arbeit frei. „So wurden allmählich ungeheure Menschenmassen der alten kriegerischen Sitten entwöhnt und sozusagen zum bürgerlichen Leben gezwungen; ihre Kraft wurde für die allgemeinen Zwecke der Gesellschaft und für die Pflege der Künste verwertet, die sie früher vernachlässigt hatten. Das Resultat war, daß der europäische Geist, anstatt sich wie bisher einzig mit Krieg oder Theologie zu beschäftigen, nun einen Mittelweg einschlug und jene großen Zweige der Wissenschaft erzeugte, denen die neuere Civilisation ihren Ursprung verdankt.“ Natürlich fand diese Erfindung in Bayern fast gleichzeitig wie in den übrigen Ländern Europas Eingang und Ausbildung. Und am Ende der vergangenen Epoche konnten wir bereits darauf hinweisen, daß der weise Albrecht die Not der Zeit erkannte und auf Schöpfung eines stehenden Heeres dachte. Er gelangte mit dieser Absicht nicht zum Ziele, so wenig wie er den bayerischen Adel vollkommen zu überwältigen vermochte. Bayerns Entwicklung blieb also auch hier noch zum großen Teile an die bewegenden Faktoren der Vergangenheit geknüpft.

Daß sich die mit größerer Energie einsetzende kulturelle Arbeit nun auch zugleich das Mittel ihrer möglichsten Verbreitung schuf, ist nur natürlich. Die Buchdruckerkunst, diese Schöpferin des ersten und grundlegenden Mittels eines allgemeinen geistigen Verkehrs, steht wie die Erfindung des Schießpulvers am Schlusse der alten Zeit. Ein ferneres, nicht nur bedingtes, sondern auch bedingendes Element des geistigen Fortschritts war die

Einlenkung in die Bahnen politischer Oekonomie. Diese mächtige Bewegung gehört allerdings erst der allerneuesten Zeit an, allein ihre Anfänge, die praktische Anwendung der von ihr gelehrten Grundgesetze fallen bereits in frühere Zeit. In den Städten zuerst fühlte man das Bedürfnis nach einer geordneten ökonomischen Grundlage. Diese Notwendigkeit ward ebenso bald von den fürstlichen Höfen erkannt, und wenn auch in dünnen Fäden und kleinen Ansätzen ward der Geist allmählich und allgemeiner auf die Erkenntnis und Ausgestaltung der ökonomischen Gesetze hingelenkt. — Zum Schlusse endlich das Verkehrswesen! Wir können hier nur darauf hinweisen, wie die Kaufmannschaft, der Aufschwung des Handels, allmählich den friedlichen Verkehr unter den Völkern anbahnte, wie sie die notwendigen Mittel schuf zur weiteren und immer großartigeren Ausgestaltung dieses Verkehrs, wie der Schiffbau emporblühte und mit den Meerfahrten das Auge der Menschen wieder auf die Gestirne, als die natürlichen Wegweiser der Seefahrer, gelenkt wurde, wie der Kompaß in Gebrauch kam und so endlich jene gewaltigen Fahrten unternommen werden konnten, die einem Christoph Columbus und seinen Schülern und Nachfolgern ein ewiges, unvergängliches Denkmal im Gedächtnis der Menschen errichteten, wie die also erweiterte Kenntnis unserer Erde wirkte auf die volle Umgestaltung der bisherigen Anschauungen, wie dann Schluß auf Schluß und Entdeckung auf Entdeckung folgte am Himmel und auf Erden und so Stein zu Stein gefügt wurde zu dem gewaltigen Baue unserer heutigen Wissenschaft und Civilisation. „Mehre den Verkehr, so entfernst du die Unwissenheit und verringerst so den Haß!" Unter den zahlreichen Wohlthaten des fortschreitenden Wissens giebt es wenig bedeutendere, als diese Erfindungen, welche der Verkehrserleichterung unter den Völkern gewidmet waren. Hier ist die Waffe, die schönste und herrlichste, der Kultur. Auf der Bahn des Verkehrs schreitet die gegenseitige Kenntnisnahme der Völker einher, auf ihr werden die Vorurteile in die Erde gestampft, Urteile ausgeglichen, neue Anregungen geboten und gefordert, der natürliche Rassen- und Völkerhaß wird vermindert und die gegenseitige Achtung gehoben. Und an der Grenze der Zeiten steht im kontinentalen Bayern ein Mann, der Straßen baute. Es ist immer wieder derselbe Albrecht, dessen offenem Auge, dessen gesundem Fühlen keine Notwendigkeit entging, der überall Hand anzulegen versuchte, wo ein Wegweiser mit ausgestrecktem Arme hinüberwies in eine neue Zeit. Und dieser Mann fand in Bayern Feindschaft und Widerspruch im vollsten Maße. Die Entwicklung des Volkes klammerte sich fest an die alten, bisher dominierenden Mächte. Aber ob wir wollen oder nicht, es gibt eine Macht, erhaben über unsere Neigungen, erhaben über unsere Vorurteile und mächtig und voll sieghafter Kraft: die Macht der wachsenden Menschenkultur. Ihr kann sich auf die Dauer keiner entziehen, und wie auch die Fluten strömen, bald vorwärts, bald zurück, „mitten unter ihrem endlosen Schwanken gibt es Eins und nur dies allein, das für immer währet. Die Thaten schlechter Menschen bringen nur zeitweilige Uebel hervor, die Thaten guter nur vergängliches Gute, und schließlich schwindet das Gute und das Böse allzumal und wird durch die nachfolgenden Geschlechter aufgehoben, in die unaufhörlichen Bewegungen späterer Zeitalter verschlungen. Aber die Entdeckungen großer Männer bleiben uns immer, sie sind unsterblich, enthalten jene ewige Wahrheiten, die den Sturz der Reiche überleben, entziehen sich den Kämpfen eifersüchtiger Religionen und sind Zeugen des Verfalls aller Glaubensrichtungen. Diese haben ihr verschiedenes Maß und ihren verschiedenen Standpunkt. Der eine setzt die Meinungen dieses Zeitalters, der andere diejenigen des folgenden fest. Sie vergehen wie ein Traum, sie sind das Erzeugnis einer Phantasie, die nicht einmal einen Schatten zurückläßt. Die Entdeckungen des Genius bleiben allein; ihnen verdanken wir alles, was wir haben, sie sind für alle Geschlechter und für alle Zeiten; niemals jung und niemals alt tragen sie in sich selbst den Samen eines zukünftigen Lebens, fließen sie in unvergänglichem und stetigem Strome weiter, sie sind wesentlich bereichernd und erzeugen Fortsetzungen in ununterbrochenem Laufe, beeinflussen so die fernsten Nachkommen und bringen nach dem Verlauf von Jahrhunderten noch größere Wirkungen hervor, als sie im Augenblick ihrer Verkündigung zu thun vermochten." Mit diesen Worten des großen englischen Kulturhistorikers Buckle wollen wir die kurze einleitende Skizze beschließen. Mögen sie in uns



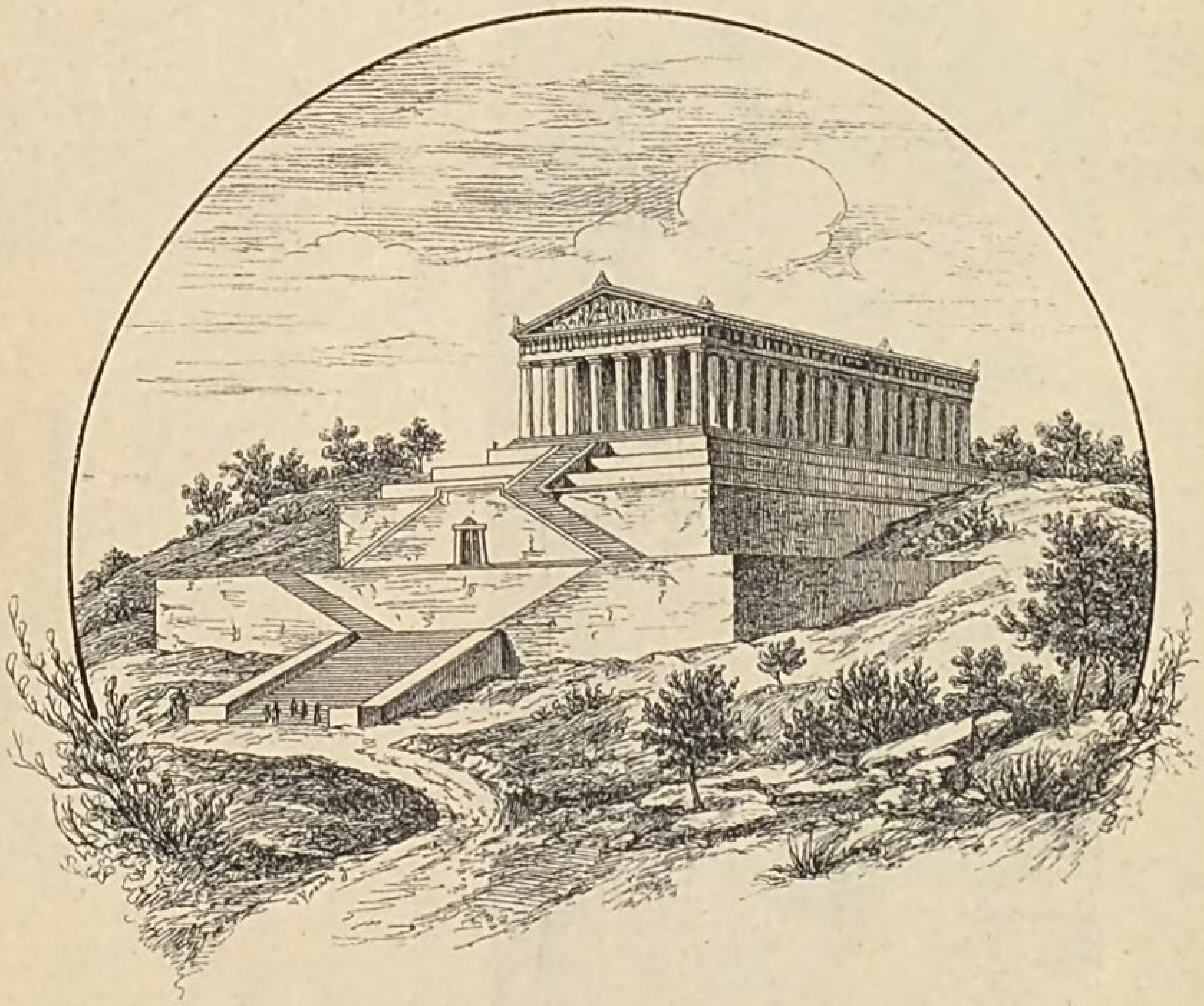
München nach einem Holzschnitt H. Weigels in Nürnberg vom Jahr 1571 (mit dem Lobspruch von Hanns Sachs).

Ein Lobspruch der Fürstlichen Stadt München.

Mvnchen der Stat im Bayerland
Am Fluß der Yser weit bekand
Hat erstlich tren vrsprung fürwar
Als man zelt neun Hundert Jar
Vnd zwey vnd sechtzig nach Christi Geburt
Von Hertzog Heinrich anfenglich wurd
Gebaut ein Pruck vbert Yser dar
Als Otto der erst Keiser war
Darzu bawt er ein Stetlein klein
Da solt fort die Landstrassen sein
Des sich beschwert Bischoff Albrecht,
Verklagt den Bischoff zu Freysing schlecht
Bey Keiser Otto dieser ding
Weil jm so viel drob ab gieng
An seinen Zöln vnd Freiheit
Da schaffet der Keiser zu der zeit
Das man forthin solt die Landstrassen
Nach alter gwonheit bleiben lassen
Als aber Hertzog Heinrich starb
Sein Son Ernst das Hertzogthum erwarb
Der bey dem Keiser erworben hat
Auß dem Stetlein zu machen ein Stat
Das verwilligt der Keiser eben
Doch gen Freysing etlich Gelt zu geben
Mit solch Keiserlicher Freyheit
Hat die Stat München vor zeit
Von Hertzog Ernst anfang genommen
Vnd ist zu solchem auffnemmen kommen
Von tag zu tage jmmerdar
Als man Tausent zwey hundert Jar
Vnd Siebentzig jar gezelt hat
Theilt in zwo Pfahr die Herliche Stat
Bischoff Conrad zu Freysing weit
Nach dem zu Hertzog Ludwigs zeit
Welcher Römischer Keiser war
Der hat die Stat erweitert gar
Hat die Vorstat vnd vil gebew
Eingefangen mit der Statmawer new
Barfuser vnd Augustiner
In der Stat bawet beide Clöster
Dieser Keiser begraben war
Vor vnser Frawen Chor Altar
Wie das sein Keiserliche Kron
Sampt seinem Titel zeiget an
So ist Stat München obgenand
Die Namhafftigst im Bayrland
Darinn die Burgerschafft on wandel
Den meisten theil treibt Kauffmans handel
In der gemein find man noch heut
Scharffkünstner, handwercker vnd wercklent
Darinn sind auch herlich vnd weit gassen
Vnd schöne Heuser vbermassen
Die Gotsheuser wol geziert vnd groß
Vnd auch ein wolgebawtes Schloß
Darinn ein Fürstlicher hoff weit
Ein Löwen Garten zu bereit
Mit Thürnitz, Sälen vnd Cantzeley
Mit Kamern, Kelern, Gwelben frey
Lustig, artlich mit allen gemachen
Was man darff zu Fürstlichen sachen
Da jetzt im Bayerlande weit
Regierender Fürst ist vnser zeit
Der Durchleuchtig Hertzog Albrecht
Mit seinem Adel from vnd grecht
Da im Land alle Straß gemein
Werden gehalten sauber vnd rein
Das dem Fürsten grün, plüe vnd wachs
Sein Fürstlich lob wünscht Hanns Sachs.

Gedruckt zu Nürmberg, bey Hans Weigel,
Formschneider. 1571.

nachklingen, wenn wir taghelle Zeiten zu durcheilen haben, mögen sie uns nachklingen, wenn uns der Weg durch die Schatten tiefer Dämmerung führt! Das Bewußtsein, daß es Tag werden muß, bleibt in uns lebendig auch in dunkelster Nacht. Und wenn wir hier und dort und vielleicht an vielen Punkten die Arbeit von Männern scheitern sehen, die Bewegungen des Volkes versanden in der Trockenheit der umgebenden Ufer, eine neue Welle wird kommen, welche die Ufer befruchtend überspült und sie zum Ertrage zwingt, neue Männer werden erstehen, die das zurückgehaltene Leben des Volkes weiterführen, weiter bis in unsere Tage, in denen Bayern endlich die Stellung unter den civilisierten Völkern sich errungen, um die es Jahrhunderte lang gearbeitet, gelitten, gestrebt und sich gemüht. Der Genius ist ihm erschienen, und die Thaten dieses Genius werden dauern für alle Zeit, sie werden fortwirken in ununterbrochener Kette und emporziehen zur Mitarbeit alles, was einer Arbeit fähig ist. Ob wir wollen oder nicht— der Genius kam! Und Bavaria winkt mit dem Kranze. Füllen möge sich die Ruhmeshalle, bis kein Platz mehr ist, bis ihre Marmormauern sich zu dehnen und zu wachsen beginnen, um mehr und mehr, um das ganze bayerische Land und Volk mit ihren Weihehallen zu umschließen!



Bayern und die Reformation.

Als Albrecht IV starb, stand sein Schwager Maximilian auf der Höhe seines Ruhmes und seiner Popularität. Der Landshuter Erbfolgekrieg, die glücklichen Erfolge in Ungarn, welche die habsburgische Erbfolge dort befestigten, der Tod seines Sohnes Philipp von Kastilien (1506) durch den „die Möglichkeit der Universalmonarchie eines deutsch-römisch-spanischen Königs, welche die deutschen Stände bisher unzweifelhaft in Besorgnis gehalten hatte", in weite Ferne geschoben wurde, wirkten zusammen, um die Stände zu größerem Entgegenkommen zu bewegen. Der venezianische Krieg aber, den Maximilian im Jahre 1508 begann, brachte ihm Unglück und mit ihm erhob sich die Opposition von neuem. Maximilian schloß unverzüglich mit dem Papste, Ferdinand dem Katholischen und dem so sehr gehaßten Frankreich die Ligue von Cambrai gegen die Venezianer (1508). Auch dieser Bund brachte nur Unheil für Maximilian. Denn obgleich die Aussicht vorhanden schien, jetzt in Italien mit den geplanten Eroberungen zum Ziele zu kommen, so mochte man in Deutschland wohl fühlen, daß über den etwaigen Gewinn der Streit unter den Verbündeten von neuem losbrechen werde. Auf dem eilends nach Worms berufenen Reichstag (April 1809) versagten die Stände dem Kaiser jede Hilfe. Die ganze Opposition stand ihm wieder gewappnet gegenüber. Der Mißerfolg aber ist nicht einseitig in dieser Weigerung zu suchen. Maximilian selbst hatte die Betreibung der Hilfe, an der sein ganzes Werk hing, seinen Kommissären überlassen und war nach wenigen Tagen wieder fortgestürmt, um an der italienischen Grenze seine Vorkehrungen zu treffen. So erhoben sich denn die Klagen von allen Seiten. Die Städte waren längst wieder aus der mitberatenden Stellung hinausgeworfen, welche sie zu Zeiten des Kurfürsten Berthold noch einmal eingenommen hatten; sie sollten nur bezahlen. Ja noch mehr, der Krieg mit Venedig hatte den süddeutschen Handel auf das empfindlichste getroffen; dazu war Maximilian gegen die großen Kaufmannsgesellschaften mit Strafforderungen vorgegangen, deren Einseitigkeit offen in die Augen springt. Erkannte man auch den tieferen Grund der allgemein fortschreitenden Preissteigerung, welche sich diese großen Handelsgesellschaften zu nutze machten, nicht, so fühlte man doch das eine in der Kaufmannschaft selbst, daß die Steigerung keineswegs das Werk rein kaufmännischer Willkür war. Auch die Fürsten waren ungehalten über Maximilians einseitiges Vorgehen. Wir müssen Halt machen.

Die Verbindung des Hauses Habsburg mit Burgund, wie sie durch Maximilian zustande gebracht worden war, hatte diese Macht in den direkten Gegensatz zu Frankreich



Kaiser Maximilian. Von Albrecht Dürer.

gebracht. Dieser Gegensatz teilte sich nun auch weit intensiver wie bisher dem deutschen Reiche mit, an dessen Spitze Maximilian stand. Man sah das ganze Werden des deutschen Volkes plötzlich vor ein Hindernis gestellt, welches überwunden werden mußte. Die Gegensätze im Innern erhielten eine Verstärkung durch die Gegensätze nach außen. Es wäre nun darauf angekommen, zugleich mit der innern Reform die Stellung des Reiches



Herzog Wilhelm IV von Bayern.

nach außen zu präzisieren. Dieser Aufgabe war Maximilian in keiner Weise gewachsen. Während er den Gegensatz gegen Frankreich mit vollem Feuer aufrechterhielt, brachte er es nicht fertig, aus dem Gegensatze Habsburgs zu den Mitgewalten im Reich, aus demjenigen des Kaisertums zu den Ständen herauszutreten. Statt sich zu mildern, wurden die Gegensätze im Innern fortwährend schärfer. Eine starke Centralgewalt! Berthold hatte dahin gestrebt. Die Fürsten hatten für das Opfer ihrer Unterwerfung unter das Regiment einen starken Anteil an seiner Besetzung eingetauscht. Maximilian aber war und

mit halber Seele bei dieser Arbeit; bald stand er auch zu dieser sich bildenden Centralgewalt im vollen Gegensatz. Anstatt in sie einzutreten und die Gelegenheit zu schaffen und zu wirken zu ergreifen und zu erweitern, zog er sich mißtrauisch zurück, und die Summe der Centralgewalt fiel den Oligarchen zu. Dieser Oligarchenbund aber war an sich lebensunfähig. Auch ohne Kaiser und Reichstag und ohne ihren Reichsrat hätten die Fürsten bloß durch ihre eigene Vereinigung auf immer dem Einheitsbedürfnis des Reichs genugthun müssen. „Das haben wohl städtische Aristokratien, aber nicht die deutschen Fürsten und überhaupt nie eine Korporation von Landherren vermocht, weil es der unbezwinglichen Natur der Dinge widerspricht.“ Gab es nun keinen Ausweg? — Doch! Aber Maximilian sah ihn nicht. „Die hochaufgeschossenen Kräfte der Demokratie, die fast überall im Abendlande damals der Monarchie den Sieg erringen half und die auch in Deutschland zwischen Fürstentum und Kaisertum die Wahl längst getroffen hatte, standen Maximilian zu Gebote, selbst wenn er nicht der volkstümliche Herr seiner Zeit gewesen wäre. Sie bedurften nur der Organisation als Unterhaus am Reichstag, um der Aristokratie die Wage zu halten und der Einheit der Nation so gut wie der Autorität des Kaisers als unzerstörbare Grundlage zu dienen. Das Werk war ohne Zweifel so schwer wie großartig, aber möglich war es, und entsprach dem alten deutschen Recht nicht minder als den thatsächlichen Zuständen der Gegenwart.“ „Rechnet man,“ sagt Cornelius in seiner Meisterrede über die deutschen Einheitsbestrebungen, „den Reichsadel und die Masse der landsässigen Standesgenossen, die als Feldobersten und Hauptleute zu dienen gewohnt waren, und die Bauerschaften, welche der halben Welt die Landsknechte lieferten, und die Städte mit Geld, Geschütz und Orlogschiffen; und rechnet man, wie es sein muß, auch alle die Landschaften mit, die hinter der Bewegung zurückblieben, weil sie zu rasch kam, und alle die städtischen Bevölkerungen, welche an der kirchlichen Bewegung sich genügen ließen, weil die Zeit eher als die Lust am Fortschritt vorüber war: so erhält man eine Summe von Kräften, groß genug, nicht bloß um das Reich in eins zusammenzuballen, sondern Europa in Trümmer zu schlagen, wie ein Spielzeug“. Wo war der Meister, der diese Masse von Kräften in die Hand genommen und zu einem Organismus verbunden hätte?! Er kam nicht. Und so erhielten die auswärtigen Mächte das Uebergewicht und zerrten an den Kräften des deutschen Volkes, zerrten und rissen sie auseinander und vermehrten so das Wachstum ins Wilde, dem nichts mehr Einhalt gebieten konnte, als die grausame Oekonomie der Natur, die mit Gewitter und Hagelsteinen niederwirft, was zuviel, was zur Herstellung der durchbrochenen Harmonie untauglich ist.

Maximilian hatte nur Unglück in Italien. Die politische Reformbewegung geriet vollends in Stillstand. Auf den Reichstagen zankten sich König und Stände herum, und die Bestimmung, welche man auf dem Kölner Reichstag vom Jahre 1512 traf, das Reich in zehn Kreise zu teilen und Kreishauptleute zur Handhabung des Landfriedens zu ernennen, kam nicht zur Ausführung. Ueberall ein Drang vorwärts zu einheitlichen und größeren Zielen, und überall ergab sich aus dieser Bewegung nur ein um so größerer Egoismus, eine um so ungezügeltere Selbstsucht. Auch in Bayern trat diese Erscheinung sofort nach dem Tode Albrechts zu Tage.

Für Albrechts ältesten, aber noch unmündigen Sohn Wilhelm IV hatte Herzog Wolfgang, der einzig überlebende Bruder Albrechts, mit einer ständischen, aus sechs Mitgliedern bestehenden Regentschaft die Regierung übernommen. Der Druck war gewichen, der bisher auf den Ständen und namentlich auf dem Adel des Landes geruht, und sofort kam es von dieser Seite zu einem erneuten Vorstoß. Um einem ähnlichen Falle vorzubeugen, wie er einst unter Albrecht IV eingetreten war, wo man über die alten Landesfreiheiten und ihre Erläuterung in den heftigsten Zwist geraten war, wurde Herzog Wolfgang nun dahin gebracht, eine Erklärung der Landesfreiheiten zu geben, in der namentlich die Bestimmungen unsere Aufmerksamkeit erregen, welche von der Aemterbesetzung handeln. Die besten Aemter sollte der Fürst mit Edeln vom Lande besetzen, die Zahl der gelehrten Räte sollte eingeschränkt werden; die Rentämter sollten von edlen oder ehrbaren Landleuten besetzt werden, und aus ihnen seien gleicherweise die Richter zu nehmen. Eine fernere Bestimmung schaffte den bisher von den Fürsten namentlich an

Kindern der Adeligen geübten Heiratszwang beiseite und mit ihm die letzte Erinnerung an das alte Ministerialenverhältnis. Das wurde offen gefordert, während der Adel zugleich die Bauernschaft mehr in seine Gewalt zu bekommen trachtete. Er benützte die Vogteirechte, die er an Stelle des Herzogs übte, um den Bauer zu Knechtsdiensten zu zwingen, von der Arbeit und dem Gute des Bürgers und Bauern zahlte der Adel seine Steuern, das adelige Gut aber ward der Besteuerung entzogen. Auf diese Art wurden die Freiheiten bezahlt, welche alsdann vom herzoglichen Hofe für den Adel herausgepreßt wurden.


Siegel Herzog Wilhelms IV. von Bayern.

Im Jahre 1511 trat Wilhelm IV die Regierung an. Er war ein Fürstensohn, der bereits in der Atmosphäre des Kampfes zwischen Fürst und Landständen seine ersten Eindrücke empfangen hatte. Nach diesen Eindrücken verfuhr er nun selbstherrisch und rücksichtslos. Da aber trat ihm die alte Praxis entgegen, die Macht des selbständig emporstrebenden Fürsten durch Teilung zu brechen. Die Stände verbanden sich gegen ihn mit der Herzogin-Mutter Kunigunde und dem jüngeren Bruder Ludwig. Das Ziel war, diesem die Mitregierung zu verschaffen. Auf dem ersten Landtage des Jahres 1514 mußte Wilhelm in die Mitregierung seines Bruders willigen. Nun glaubten Adel und Stände gewonnenes Spiel zu haben. Ein Ausschuß suchte die alte ottonische Handfeste (S. Bd. II 332) wieder hervor, dann Sigismunds kaiserlichen Konfirmationsbrief und die Bundbriefe der Stände. Ein neuer Bundbrief wurde darüber errichtet, daß die Stände zum Schutz ihrer Freiheiten beisammen bleiben sollten. Dieses eigenmächtige Vorgehen der Stände aber rief den Widerspruch auf anderer Seite wach: Kaiser Maximilian trat für die Rechte und die Macht seiner Neffen ein. Er verbot den Ständen, so beschwerend für ihre Fürsten zu handeln, hielt ihnen vor, daß sie sich ermächtigt, Albrechts Verordnung und des Kaisers Konfirmation des Primogeniturgesetzes zu brechen, und sich nun selber bei ihren vermeinten Freiheiten schützen wollten. Gegen den Ausgleich zwischen den beiden Herzogen schien Maximilian an sich nichts einwenden zu wollen, „aber daß die Landschaft sich der fürstlichen Obrigkeit, Herrlichkeit und Verwaltung annehme, sei wider menschliche Vernunft, Recht und Billigkeit, eine Neuerung, die keineswegs zu erleiden: denn wo das sein sollte, könnte kein Regiment, Ordnung, Aufenthalt noch Wesen in der Welt bestehen, sondern alle Dinge müßten zur Zerstörung wachsen.“ Da trat der Landtag am 8. Mai 1514 wieder zusammen, von den beiden herzoglichen Brüdern berufen. Nun aber zeigte sich ebenso, welche Gründe Maximilians Besorgnis erregt hatten. Eine kaiserliche Gesandtschaft erschien, welche den Herzogen den Wunsch eröffnete, mit den Ständen nicht zu unterhandeln. Wieder ward das eigenmächtige Vorgehen der Stände heftig getadelt, so namentlich der Bruch der Verordnung Albrechts IV, „die doch Bayern zur zweiten Macht nach Oesterreich in Deutschland habe erheben wollen.“ Den gegenüber aber gewannen die Stände die Fürsprache der Herzogin-Mutter. Sie habe keine Bastarde, sondern Fürsten geboren, meinte sie stolz und treuherzig, und die Landschaft habe recht gehandelt. Wilhelm aber trat nun zurück; Klagen erhoben sich gegen sein „streitig und eigenwilliges Gemüt, der in seiner Jugend alles selber verstehen will.“ Die Gegensätze mehrten sich, als in eben dieser Zeit auch Herzog Wolfgang starb. (Mai 1514). Es kam bis zur Rüstung. Dabei standen Ludwig und der Landesausschuß zusammen gegen Wilhelm, der am Kaiser einen Rückhalt fand. Ein abermaliger Spruch Maximilians erregte Ludwigs Unmut nur noch mehr, ließ aber auch zugleich den tieferen Grund erkennen, warum der Kaiser einer Verhandlung mit den Ständen aus dem Wege ging. Man erinnerte sich des ehrlichen Maklers zwischen Albrecht IV und Ruprecht von der Pfalz (Vgl. Bd. II 634), und diesmal gewann das wittelsbachisch-bayerische Interesse die Oberhand: Wilhelm und Ludwig vereinigten sich zu gemeinschaftlicher Regierung, und das erste Gelöbnis, das sie einander leisteten, war, nach dem Tode ihres kaiserlichen

Oheims alles wiederzuerobern, was einst zu Bayern gehört und dann abhanden gekommen war. Auch machte sich Ludwig im geheimen verbindlich, keine Ehe einzugehen, damit sich die Teilung und Doppelregierung nicht über seine Lebzeiten erstrecke.

Die landständische Bewegung in München findet namentlich ihren Ausdruck in der im Jahre 1514 von seite der Landstände veranstalteten Sammlung der Freibriefe, welche unter dem Titel „Des löblichen Haus und Fürstenthumbs Obern und Niedrn Bayrn freyheiten von einem regierenden Fürsten von Bayrn auf den andern, gemeinen Land verneut und bestettigt u. s. w." in Druck erschien zu jedermanns Kunde. Auf dem Landtag des nächsten Jahres (1515) aber trat Herzog Wilhelm dieser Bewegung direkt entgegen. Es kam zu keiner Verständigung. Im Jahre 1516 trat man in Ingolstadt abermals zusammen, und hier zeigte sich bereits das Uebergewicht der Herzoge in dem Prozeß und der Hinrichtung des Hieronymus von Stauff zu Ehrenfels, der beschuldigt ward, an der Spitze des Adels Unfrieden unter den herzoglichen Brüdern erregt zu haben. Namentlich aber die Klage der Fürsten, daß der Adel ihr Einkommen benachteilige, indem er Scharwerk haben wollte auf den Vogtgütern und Neuerungen über die Maut und das Ungeld eingeführt habe, kam hier zur Beratung. Und ob auch der Landschaftsausschuß sich äußerst sperrig zeigte, die Fürsten hielten fest an ihren Forderungen. Die Beratung über die adeligen Rechte auf den Vogtgütern wurde verschoben, aber nachdem sich die Ingolstädter Bürgerschaft ins Mittel gelegt hatte, wurde den Herzogen die Erbhuldigung geleistet.



Sabina von Baiern, Herzogin von Württemberg.

Auf den beiden letzten Landtagen war aber auch eine andere Angelegenheit zur Sprache gekommen. Es war ein Sendschreiben der bayerischen Prinzessin Sabine, der entflohenen Gemahlin Herzog Ulrichs von Württemberg, an die württembergische Landschaft verlesen worden; es wurden dann 1516 weitere Sendschreiben der Prinzessin und ihrer Mutter Kunigunde an die bayerischen Stände verlesen; diese Angelegenheit führt uns aus Bayern hinaus. Die dritte Tochter Herzog Albrechts IV, Sabine, hatte sich im Jahre 1511 mit dem jungen Herzog Ulrich von Württemberg vermählt. In dem schwäbischen Nachbarlande lagen die Verhältnisse ähnlich wie in Bayern. Eine Regentschaft hatte auch hier während der Minderjährigkeit Ulrichs das Regiment geführt; dem wenig einheitlichen Regiment gegenüber setzte dann das Streben der einzelnen Stände nach größerer Selbständigkeit mit um so kräftigerer Energie ein, als ein immer weiter greifender Einfluß Habsburgs ins Land drang. Dieser Einfluß erhielt sich auch noch in den ersten Jahren von Ulrichs selbständiger Regierung. Maximilians

Plan ging dahin, Württemberg mit Bayern inniger zu verbinden. Er bewirkte die Heirat Ulrichs mit der bayerischen Prinzessin, die zugleich eine Nichte Maximilians selbst war. Also ein Familienbund in Süddeutschland! Sehen wir zurück! Friedrich III schuf einst den schwäbischen Bund. Mit ihm durchdrang der österreichische Einfluß ganz Schwaben und umklammerte Württemberg von allen Seiten. Eberhard I sah sich zum Eintritt in den Bund genötigt. Dann kam der Krieg des Bundes gegen Bayern (1492), welches dem Vordringen des österreichischen Einflusses mit aller Energie entgegengetreten war. (Vgl. Bd. II S. 608 ff.) Bayern mußte dem Bunde beitreten. Gegen Ende des Jahrhunderts kam es dahin, daß Maximilian den Wunsch, Württemberg für Habsburg zu erwerben, offen auszusprechen wagte. Es war dieselbe Zeit (1498), als er auch den jungen Ulrich mit seiner Nichte verlobte. Also die österreichischen Länder, die bayerischen, die Länder des schwäbischen Bundes, Württemberg sollten zu einem Ganzen zusammentreten, dessen Seele Habsburg war. Die Verschiebung dieses Verhältnisses trat im Jahre 1512 ein, ein Jahr nach der Heirat Ulrichs, der Herzog löste sein Verhältnis zum Bunde, und so schwang sich Bayern an die führende Stelle in demselben. Bayern gegen Württemberg — so kam es, als sich die Heirat Ulrichs mit Sabine als ein naturwidriges Diplomatenstück erwies, als Ulrich sich dem heftigsten Gegner Bayerns, der Kurpfalz, zuwandte. Maximilian konnte sich um diese Dinge nicht mehr ernstlich bekümmern, da die auswärtigen Verhältnisse seine volle Aufmerksamkeit und Kraft in Anspruch nahmen. Aber wir sehen und werden weiter sehen, wie die Bewegung in den einzelnen Territorien wuchs, wie sie allmählich alles gemeinschaftliche Leben in Frage stellte.

„Wären die Versuche, der Nation eine Verfassung zu geben, gelungen, so würde eine lebhafte innere Bewegung unvermeidlich gewesen sein, ehe sich alles der neu entstandenen centralen Gewalt gefügt und untergeordnet hätte; daß aber diese Versuche unternommen wurden und nicht gelungen waren, daß man an dem Bestehenden gerüttelt und eine lebendige Einheit nicht zustande gebracht, mußte eine allgemeine Gärung veranlassen." Man fühlte diese Gärung nahen und suchte ihr vorzubeugen, aber nicht nach einheitlichem Plane, sondern jeder in seiner Weise und für sich. In den Fürstentümern erhob sich, wie wir in Bayern und Württemberg erkannten, die Landeshoheit zu selbständigerer Macht. Der Kampf mit den Ständen ist fast allenthalben entbrannt, und er wird je nach der Verschiedenheit der Persönlichkeiten und Verhältnisse bald so bald anders entschieden. Aber die Macht der Landesfürsten wächst, sie wächst auf Kosten der Freiheit nach unten, der Unterordnung nach oben. Dieser Macht gegenüber beginnt die Ritterschaft, der Adel, eine separatistische Bewegung. Das Reichsfreiherrntum steht nicht nur in Bayern und Württemberg auf dem Programm. Je weniger Aussicht aber vorhanden ist, diese und andere Pläne auszuführen, je mehr sich die engende Gewalt des werdenden Staates um die freie Bewegung der einzelnen legt, um so mehr kommt es zu gewaltsamen Versuchen und Zuckungen, welche die Umschnürung zu durchbrechen drohen. Das Raubwesen steht in so großartiger Blüte, wie kaum je zuvor in den dunkelsten Zeiten des Mittelalters. Es giebt keinen Landfrieden mehr im weiten deutschen Lande, die Unsicherheit der Straßen ist schlimmer denn je. Zersprengt ist die alte Verfassung, und in ihrer ständischen Zersplitterung macht die Nation den Eindruck eines zerfallenden Organismus. Die neuen Kräfte stehen noch nicht fest, die alten verlieren den Halt zwischen ihnen und umsonst ringen Ritterschaft und Bauerntum, sich in den bisherigen Verhältnissen zu behaupten. „Die Reichsritterschaft, welche in eine schwäbische, fränkische, bayerische und rheinische Gruppe zerfiel, sträubte sich auf das entschiedenste gegen die Versuche der Stände, sie in die neu entworfene Steuer- und Gerichtsverfassung hineinzuziehen." Aber die militärischen Neuschöpfungen Maximilians eröffneten dem Adel noch einmal ein neues Feld. Die neuen Gedanken fielen hier auf einen aufgebrochenen Boden, der nun in eine mächtige Gärung hineingeriet. Es schien, als sollte sich diese ganze drückende Masse noch einmal in den Dienst und an die Spitze des nationalen Lebens stellen.

Eine ähnliche Wandlung vollzog sich damals in der deutschen Bauernschaft. Auch hier war es die militärische Neuerung, welche der Bauernschaft das Mittel zur Aktion verschaffte. In die Reihen der Landsknechte eilten die jüngeren Söhne hinein, sie lernten

die Waffen wieder handhaben und traten mit dieser und anderer Kenntnis und dem ansteckenden Triebe einer neuen Lust unter ihre alten Genossen zurück. Nitzsch hebt hervor, daß in jener Zeit bei den Bauern von einem bewußten Gegensatz gegen das Bürgertum nichts mehr zu spüren gewesen sei. Aber auch dieses Bürgertum war längst keine einheitliche Masse mehr. Die Kaufleute und Bankiers hatten das materielle Uebergewicht und drückten mit demselben auf die untern Klassen des Bürgertums, wie draußen vor



Raubritter im Hinterhalt.

den Thoren die adeligen Grundherren auf die Bauernschaft. So wurde ein einheitliches Interesse der Unterdrückten geschaffen, und gerade dadurch erneuerte sich noch einmal wenn auch — eine schwache Möglichkeit, das städtische Leben mit demjenigen der Bauernschaft in innigere fruchtbringende Verbindung zu bringen und den hemmenden, das ganze Leben der Nation aufhaltenden Einfluß der älteren Kulturmächte, Adel und Geistlichkeit, auf die Bauernschaft definitiv zu brechen. Noch einmal tauchen die Pfahlbürger auf den Reichstagen auf, und noch einmal gelingt es den Städten und Handelsgesellschaften hier, den Einfluß und das Uebergewicht des Adels wenigstens von diesem beschränkten Teile der Bauernschaft fernzuhalten (1512). Es war die schwäbische Bauernschaft im weitesten Sinne, welche seit dem letzten Viertel des vorigen Jahrhunderts bald hier bald dort aus ihrer passiven Stellung hervortrat und Einfluß auf den Gang der Dinge zu gewinnen suchte. Neben der Zersetzung in kleine Territorien, wie sie auf dem Boden des Schwabenstammes eingetreten war, neben der Nähe der Eidgenossen wirkte hier vor allem die Mannigfaltigkeit und Energie einer städtischen Kultur auf die Haltung der Bauern. Schon 1461 brach ein Aufstand im Allgäu aus. 1493 warfen die vereinigten Bürger und Bauern im Elsaß den Bundschuh auf. Was sie verlangten, sagten sie in bestimmten

Artikeln, von denen uns weniger die ihr eigenes materielles Interesse betreffenden Forderungen interessieren, als die eine, die von jetzt ab stets wiederkehrt: kein Herr und Haupt, als der römische König. Es ging diese Forderung gleicherweise gegen den Adel, wie gegen das weltliche und geistliche Fürstentum, und namentlich auf religiösem Gebiete kam es dabei schon früh zu merkwürdigen Kundgebungen. Aus dem natürlichen Bedürfnis des gemeinen Mannes erwachte der Drang zu unvermittelter Einheit der deutschen Nation. Aber Maximilian verstand die Kundgebung nicht. Er gebot zu strafen, zu schleifen und zu vierteilen und das Vermögen der Uebelthäter einzuziehen Im Jahre 1503 brach der Bauernaufruhr im nördlichen Schwarzwaldgebiet aus und im Jahre 1514 erhob sich im Remsthal der gemeine Mann. In Schorndorf hatte diese Bewegung ihren Mittelpunkt, die ihr Ende fand, als Ulrich von Württemberg sich mit seinen Ständen vereinigte, welche für Württemberg den Tübinger Vertrag, die Grundlage der späteren württembergischen Verfassung, als Preis davontrugen. So wurde der Aufstand der Bauernschaft, des „armen Konrad", blutig unterdrückt. Wo war ein Verständnis für die Not des kleinen Mannes, auf den alles drückte? Wir finden in Bayern ein Einschreiten der Herzoge seit dem Jahre 1516 zu Gunsten der Bauernschaft, und wir können annehmen, daß gerade die Vorgänge im Nachbarlande die Furcht erzeugt, welche die Augen der oberen auf diese Not der unteren Bevölkerung lenkte. Allein zu wirklich produktiven Maßregeln, zu einer Ausnützung und Organisierung dieser Kräfte der Demokratie gegen die verrotteten Zustände in den oberen Gesellschaftsschichten kam es nicht.

Der Kaiser war vielbeschäftigt. Es geschah nichts gegen die allgemeine Unzufriedenheit, die beständig wuchs, weil eben nichts geschah. Wohl berief Maximilian noch einen Reichstag für das Jahr 1513. Allein er eilte hinweg, noch ehe die Beratungen begonnen. Stets derselbe unruhige, an nichts haftende, nirgendwo seine ganze Kraft einsetzende Mann! Der Reichstag löste sich auf. Ebenso ging es im Jahre 1517 in Mainz. Wieder kein Kaiser anwesend, nur kaiserliche Kommissäre! Sie verlangten eine stattliche Hilfe zur Bekämpfung der Unruhen; der fünfzigste Mann sollte ausgehoben werden. Allein die Stände fürchteten den gemeinen Bauersmann. So groß war bereits das Uebel, daß man eine allgemeine Meuterei prophezeite. Der Reichstag ging ohne Beschluß — auch diesmal — auseinander.

Fürwahr, es zeigte sich, daß von den alten Gewalten keine Rettung zu erwarten war. Wir werden sehen, wie die Kräfte, auf denen die bisherige Kultur beruht hatte, nach einander in kurzen Stößen sich noch einmal Bahn zu brechen suchen, aber erliegen, bis zuletzt die eine einzige Frage, welche schon jetzt die Gemüter tief bewegte, alle andern zurückdrängt und beherrscht: die religiöse Frage. Alles Ringen auf politischem und sozialem Gebiet blieb vergeblich — da warf die steigende materielle und geistige Not die Bevölkerung Deutschlands auf das religiöse Gebiet zurück. Hier flossen alle Bestrebungen zusammen, und so entwickelte sich diese Bewegung mit einer ungeahnten Energie. Mußte es so kommen? — Ja, und unbedingt! Es gab keinen Ausweg. Die realen Kenntnisse waren in keiner Weise genügend vorhanden und verbreitet, um der realen Not in ihren Erscheinungen, wie in ihrem innersten Wesen zu begegnen. Hier und da gab es wohl einen hellen Kopf, der wie Hutten darauf hinwies, daß „der Fürsten Trägheit, die Unerfahrenheit in den Wissenschaften und der Aberglaube des gemeinen Mannes" das Hemmnis aller gedeihlichen Entwicklung sei, allein selbst solche Gedanken durchfuhren nur wie zuckende grelle Blitze die dämmernde Atmosphäre, sie gaben noch kein ruhiges, gleichmäßiges, befruchtendes Licht. Und wo wäre wohl daran zu denken gewesen, daß sich jene Hemmnisse auf dem Wege ruhiger Entwicklung würden beseitigen lassen! Wo war denn der Wille, und wenn der Wille vorhanden war, wo war die Fähigkeit, diese allgemeine Unwissenheit einer ruhigen Lebensweisheit entgegenzuführen? Wo aber das Wissen zu Ende geht, da fängt die Mystik und der Aberglaube an. Und nicht von heute auf morgen setzte diese religiöse Bewegung, welche dem mehr und mehr durchdringenden Gefühle eigenster Ratlosigkeit entsprang, ein. Das Wachstum und die großartige Mehrung der Wallfahrten, Bruderschaften, frommen Stiftungen, welche gegen die Notwendigkeit einer Revolution noch heute ins Feld geführt werden, sind gerade ein beredtes Zeichen dieser allgemein

steigenden geistigen und materiellen Not, einer Not, gegen die alle diese Mittel auch nicht das geringste auszurichten vermochten. Sie entsprangen dem naiven Denken des Volkes geradeso, wie ihm die Beschwörungsformen des alten Naturglaubens entsprungen waren. Und eine Grenze gibt es ebenso, an der auch alle gemeine Wohlthätigkeit versagt, unnütz wird und geradezu schädlich wirkt. Denn Wohlthätigkeit hebt keine Armut, hat sie nie



Papst Leo X.

gehoben und wird sie niemals heben. Die Armut wird weiterwachsen und die Grenze überschreiten, wo die Wohlthätigkeit ihre krassesten Erscheinungen zu paralysieren vermag. Dieser mystische Wohlthätigkeitssinn hatte mit der Zeit ein Drittel des gesamten Grundbesitzes in die Hand der Kirche gebracht. Diese aber hatte ihren einstigen Beruf, nicht nur eine religiöse, sondern sogar in erster Linie eine soziale Anstalt zu sein, vollkommen vergessen, und so finden wir dort, wo die radikalen Gedanken naturgemäß zuerst auftauchten, in dem Verstande des gemeinen Mannes, neben den radikal-religiösen Forderungen,

wie Abschaffung der Beichte, Beschränkung der klerikalen Macht u. s. w., auch die ersten radikal-sozialen Forderungen. Hier, in den untern Kreisen der Bevölkerung erscholl zuerst der Ruf nach Säkularisation der geistlichen Güter, aber der Sinn des gemeinen Mannes blieb dabei nicht stehen, er machte keinen Unterschied zwischen geistlichen und weltlichen Privilegien, sondern ging gegen beide in gleicher Weise vor. Das Ende dieser Bewegung ist vorauszusehen. Entweder es herrscht in den obern Gesellschaftsschichten eine so tiefe Einsicht, daß sie der Bewegung von untenher zu begegnen vermag, nicht indem sie dieselbe brutal niederwirft, sondern indem sie sich der Leitung dieser elementaren Kräfte zu bemächtigen versteht, oder aber es herrscht diese Einsicht nicht und dann wird die Gewalt entscheiden. Früher oder später wird der Radikalismus von unten dem Radikalismus von oben, dem Despotismus, erliegen.

„Die beiden großen Gewalten, welche die politischen Geschicke bisher bestimmt hatten, Kaisertum und Papsttum, hatten ihren Charakter vollständig geändert. Maximilian hat sich den Kaisertitel beigelegt, ohne die Krone in St. Peter zu empfangen, aber auch ohne dem Einspruch des Papsttums gegen diese Neuerung zu begegnen. — Das letztere ging unter Julius II vollständig auf in dem Bestreben, eine militärische Tyrannis in der Mitte des italienischen Staatensystems zu begründen. Es war unter Alexander VI, Julius II und dem Medicäer Leo X vollkommen frei von religiösen Ideen, umgeben von einer rein intellektuellen Bildungsatmosphäre, in welcher der überlieferte Glaube ebenso schnell verwitterte, wie die einfachsten Normen der Sittlichkeit ins Wanken gerieten. Mit dieser Verweltlichung der obersten Kirchenämter hielt die Entartung der niederen Bestandteile der Hierarchie gleichen Schritt; die humanistische Bewegung wirkte wie ein zersetzendes Gift auf alle kirchlichen Kreise; die Mönchsorden — die älteren wie die jüngeren — hatten ihre alte Disziplin vollkommen verloren. Wie der Einfluß des Kaisertums, so war jetzt auch der Einfluß des Papsttums auf die occidentalen Staatswesen gebrochen: selbst die Ditmarschen haben damals die Ungültigkeit kirchlicher Privilegien behauptet."

Nitzsch zieht eine Parallele zwischen dem Zustand Deutschlands um jene Zeit und demjenigen des römischen Reiches zur Zeit der Völkerwanderung; er weist darauf hin, wie in beiden Zeiträumen eine gleiche Auflösung der alten politischen Institute, ein gleicher Verfall der bisherigen kirchlichen Kultur, dieselbe ständische Zersetzung der Nation in eine herrschende und leibeigene Schicht zu Tage tritt, wie gegen das Römerreich die Germanen, gegen Deutschland die Türken von außen anstürmen.

In der Kirche hatte die Entwicklung zur Priesterherrschaft mit der Abwendung von einem geistigen, innerlich religiösen Leben zu den Aeußerlichkeiten eines raffinierten Kultus gleichen Schritt gehalten. Die Lehre von den sieben Sakramenten ward erst sehr spät kirchlich sanktioniert, und derselbe Mann, den wir einst zum Halbgöttertum emporstreben sahen, der gleiche Innocenz III (vgl. Bd. II 163—205), der in der Erweiterung der weltlichen Machtbefugnisse des Papsttums seine Lebensaufgabe erblickte, war der Verkündiger jener Lehre von der „Brotverwandlung", wie er das Gebot zur jährlichen Beichte erließ. Ebenso erhielt noch im 13. Jahrhundert die Lehre von der Wandlung ihr eigenes Fest. Das Fronleichnamsfest, das höchste Fest der katholischen Kirche, ward im Jahre 1264 durch die Bulle Urbans IV als allgemeines Kirchenfest angeordnet. Schon in diesen Thatsachen zeigt sich die Wechselwirkung zwischen der innern und äußern Entwicklung in der Kirche, zwischen der Entfaltung äußerer Macht und der Entwicklung der Lehre selbst. In der folgenden Zeit wurden diese Ansätze weiter ausgebildet; von Petrus Lombardus (gest. 1164) über Alexander von Hales, Albertus Magnus bis zu Thomas von Aquino läßt sich die Ausbildung der Lehre von dem Gnadenschatz der Kirche, „dem Schatze überschüssiger Verdienste Christi und der Heiligen", verfolgen. Als Gregor VII einst die Kirche zu gewaltigem Kampfe gegen die absolute Gewalt der weltlichen Herrschaft hinausführte, als er versuchte, das Priesteramt nicht nur seinem Rechte, sondern auch seiner Pflicht nach zur Basis einer neuen Weltentwicklung zu machen, sah er sich durch die Verhältnisse vom Wege abgedrängt. Es gelang ihm nicht, die Unantastbarkeit des priesterlichen Charakters von der moralischen Beschaffenheit des mit demselben Bekleideten abhängig zu machen. (Vgl. Bd. II S. 3.) Seit jener Zeit nun hatte sich die Idee von

einem absoluten Priestertum, das nur an der Weihe hänge und von dem Geweihten niemals genommen werden könne, vollkommen ausgebildet. Zwischen Gott und der Menschheit stand die Priesterschaft, sie vermittelte jeden Verkehr mit der Gottheit, sie auch war allein Herrin und Verwalterin des sogenannten Gnadenschatzes der Kirche. Alle diese Wandlungen hatten sich nicht ohne Widerspruch vollzogen, den vollen Widerspruch aber zu wecken vermochten sie erst dann wieder, als jene Ideen zu verblassen begannen und die Priesterschaft selbst zur Profanierung derselben fortschritt, als auch das dem religiösen Gemüte Heiligste zum Handelsartikel pfäffischer Habsucht degradiert wurde. Wir sehen die Bestrebungen der Mystik, zur Innerlichkeit des Glaubens zurückzuführen



Erasmus von Rotterdam. Nach Holbein.

(Bd. II S. 650 ff.), wir erkannten den Widerspruch der englischen und böhmischen Reformatoren, die Begründung der „Herrschaft" auf dem Grunde des „Dienstes", der Dante in seinem Buche von der Monarchie gleicherweise Ausdruck verlieh (vgl. Bd. II S. 482 ff.); wir vernahmen die warnende Stimme des Kardinals Julian, als er dem Papste Eugen IV über die Stimmung des deutschen Volkes berichtete (vgl. Bd. II 523 f.); wir sahen die immer wiederkehrenden wogenden Bewegungen unter leichter Decke, die das Nahen des Ausbruchs verkündeten, aber wie mit Blindheit geschlagen taumelte man fort über den wankenden Boden, und alles Wollen und Streben versank in dem öden Getriebe der Selbstsucht. Jede Regung einer andern Anschauung ward mit blindem fanatischem Eifer unterdrückt. Stumpfsinn und Aberglaube nahmen in erschreckender Weise zu, die Wundersucht trieb noch einmal ihre Blüten, wie in jenen Zeiten, da die Horden der Magyaren und die Raubschiffe der Normannen den Occident bedrohten. „Alles war ein einziges Gebilde, aus den Keimen, welche die früheren Jahrhunderte gepflanzt, eigentümlich emporgewachsen, wie sich geistliche und weltliche Macht, Phantasie und dürre Scholastik, zarte Hingebung und rohe Gewalt, Religion und Aberglaube verschlangen, umfaßten, und durch ein geheimes Etwas, das allen gemeinsam war, zusammengehalten wurden; — mit dem Anspruch der Allgemeingültigkeit für alle Geschlechter und Zeiten, für diese und jene Welt, und doch zu dem markiertesten Partikularismus ausgebildet, unter alle den Angriffen, die man erfahren, und Siegen, die man erfochten, unter diesen unaufhörlichen Streitigkeiten, deren Entscheidungen dann immer wieder Gesetze geworden waren." Es war kein Gedanke mehr an die Wiedererkenntnis jener natürlichen Grundlage, von welcher man einstens ausgegangen war. Die Quelle des Christentums floß unrein durch die Zusätze, welche eine spätere Entwicklung in sie hineingeleitet. Die Bibel war den Laien verboten. So war die Lage, als größere Volkskreise durch die bereits vorgenommenen Bibelübersetzungen zu innigerer Anteilnahme allmählich herangezogen wurden; so war die Lage noch immer, als nun eine gelehrte und populäre Litteratur zu gleicher Zeit einsetzte, von denen die erstere sich an die Quellen zurückbegab und auch die Theologie zwang, den Weg zu den Griechen und Hebräern zu nehmen, von denen die letztere aber sich an den gesunden Menschenverstand wandte und mit kerndeutscher und natürlicher Kraft Front gegen die unnatürlichen Mißbräuche machte. Es war die Zeit, da ein Sebastian Brant an jenen natürlichen Grundsatz wieder erinnerte, an den einst auch Gregor VII hinan- und vorbeigedrängt wurde: „denn Gott achtet des Opfers nicht, das in Sünden mit Sünden geschicht!" Zurück zu jenem Kreuzweg, an dem einst der Menschengeist in die Irre gegangen!

Länger als ein Jahrhundert hatte man auf Reform gehofft. Mit Maximilians Regierungsantritt hatte sich diese Hoffnung noch einmal neu belebt. Aber Maximilian stürzte sich in die große Politik und da war an keine Reform mehr zu denken. Das Konzil von Pisa (1511) ließ kaum eine Spur zurück. Wohl klang es noch einmal herauf, wie aus der Zeit der großen Konzilien, von Absetzung des Papstes, Abschaffung der Annaten, Beschränkung der Palliengelder und all der unter allen möglichen Namen eingeführten und stets wachsenden Finanzforderungen des päpstlichen Hofes; wohl stand auch Maximilian auf der Seite der Reformatoren, aber es blieb alles beim alten. Es zeigte sich, daß auch ein Konzil nicht mehr zu helfen vermochte, daß der abendländischen Menschheit jener große Geist abhanden gekommen war, der eine Kirchenversammlung über das Niveau einer Parteiversammlung hätte erheben können. Nur eins brachte das Konzil hervor: es lenkte aller Augen nur noch mehr und intensiver auf die vorhandenen Schäden und enthüllte die Ohnmacht, welche alle leitenden Kreise gefesselt hielt, klar und deutlich. Kein Kaiser, kein Papst, kein Konzil, kein Reichstag vermag mehr zu helfen — was nun? Nicht einmal aufzuhalten vermögen diese Mächte den allgemeinen Verfall, denn fortgesetzt und immer lauter ertönen die Klagen über Rom und Kaiser, über Reichstag und Regiment, über geistliche und weltliche Machthaber. Alles schreit gegeneinander, nur eines schreitet fort, beständig fort, die Verarmung, die geistige und materielle Not des Volkes. Ganze Dörfer verschwinden, ganze Distrikte veröden — das geistliche Gut wächst dabei, es wächst wie das Besitztum der großen Kaufleute, aber es wächst auch auf

der andern Seite durch die Untergrabung eines selbständigen Lebensgrundes der Kraftfond der Revolution. Haben wir nun einmal diese Lage und sehen wir, daß alle sogenannten Reformen nichts nützen, daß jede Reform wieder scheitert an dem Dogma von der Hierarchie, an dem Evangelium der Selbstsucht, so wäre es doch wunderbar, wenn der Kampf gegen das Dogma selbst ausgeblieben wäre, wenn man sich mit Wallfahrten und Bruderschaften, mit Gebeten und Gelübden begnügt hätte, wenn der einstmals feste Glaube an die durch solche Mittel herabgerufene Hilfe Gottes nicht Schlag auf Schlag erschüttert worden wäre, wenn mit dieser Erschütterung nicht ebenso die Sucht nach einem Ausweg aus dem Chaos, nach einem neuen Halt jenen turbulenten Drang nach Selbstbelehrung erzeugt hätte, den wir dann bei Sebastian Brant, bei Geiler von Kaisersberg und andern klar schauenden Männern gerügt finden. Aber schon die kolossale Mehrung der Bibelübersetzungen — Janssen zählt ihrer bis zum Jahre 1512 fünfzehn in hochdeutscher und fünf in niederdeutscher Mundart — zeigt, wohin das Denken des Volkes ging. Auf einmal und aus eigenem Antriebe suchte man nun nachzuholen, was Jahrhunderte lang versäumt worden war.



Johannes Reuchlin.

Aber nicht im Gegensatz zu der damaligen Geistesentwicklung, sondern im engsten Zusammenhang mit ihr muß man solche Männer betrachten, nicht untersuchen, ob sie

etwa die Grenze des Dogmas überschritten oder innerhalb desselben stehen geblieben sind, denn das Volk, der gesunde Menschenverstand, der stets radikal ist, kennt keine künstlichen Grenzen, und all die Warnungen und Abmahnungen vor Ausschreitungen und Uebertreibungen verhallen und fallen nicht ins Gewicht gegenüber dem Tadel, den auch die Gemäßigtesten den vorhandenen Zuständen angedeihen lassen. Diese Zustände sah und begriff das Volk, und warum man nicht rücksichtslos gegen dieselben vorgehen sollte, verstand es nicht. So entsprang in jener Zeit eine Litteratur des gesunden Menschenverstandes, „allem Thun und Treiben der verschiedenen Stände, Alter, Geschlechter tritt in der deutschen Litteratur jener Tage der nüchterne Menschenverstand gegenüber, die gemeine Moral, die nackte Regel des gewöhnlichen Lebens, die aber eben das zu sein behauptet, ‚wodurch die Könige ihre Kronen haben, Fürsten ihre Länder, alle Gewalten ihre rechtliche Geltung'". Es ist ein durchaus demokratisch-oppositioneller Zug, der durch alles hindurchgeht, und bei dieser großen Uebereinstimmung fallen die mehr oder weniger großen Nüancen, für welche eben der gemeine Verstand kein Verständnis besitzt, nicht ins Gewicht.

Zu einer ähnlichen Entwicklung kam es nun auch in der gelehrten Litteratur. Schon früher (Vgl. Bd. II 652 ff. 679 ff.) lernten wir die ersten Bewegungen einer neuen Geistesbildung in Deutschland kennen. Sie empfing ihren Anstoß und Inhalt zunächst von Italien. Aber aus der anfänglich rein theologischen Atmosphäre trat sie alsbald in eine wissenschaftliche ein, und noch bevor sie sich hier endgültig festzusetzen vermochte, ward sie genötigt, in den Tageskampf hinauszutreten. Die wissenschaftliche Vertiefung litt unter dieser Polemik bedeutend, und an ihre Stelle trat nur zu oft die Virtuosität des Spottes. Aber der nationale Gedanke ward dabei mit Feuer ergriffen und führte die Humanisten zur deutschen Sprache und damit zu einer Annäherung an die populäre Litteratur zurück.

Ein erneuter Vorstoß des Romanismus hatte sich seit lange vorbereitet mit der Arbeit der römischen Rechtsgelehrten. Am kaiserlichen Hofe, an den Höfen der Fürsten, selbst in den Städten thaten diese Studien ihre Wirkung. „Daß diese romanisierende Bewegung durch die Begründung des Reichskammergerichts gefördert wurde, ist unzweifelhaft." Aber sollte es nicht auch auf diesem Gebiete eine deutsche Opposition geben, wie auf allen andern? Diese Opposition findet sich nun auch in erster Reihe bei den Humanisten selbst. Schon Reuchlin will den „Rechtsapothekern" keine Anerkennung zollen, Hutten preist die Sachsen am baltischen Meere glücklich, „weil sie gesund an Körper und Geist, in alter Sitte und Einfachheit lebend keine Aerzte brauchen und keine Juristen dulden." Ulrich Zasius, selbst Jurist, wie Reuchlin, tritt den Traditionen und Interpretationen der Italiener und Franzosen gegenüber, er will das Studium des römischen Rechts nur aus den Quellen betrieben sehen und gelehrt soll nur werden, „was nützlich, heilsam und den Sitten Deutschlands entsprechend sei." Ob nun an den Gebieten des Sachsenspiegels, ob an dem richtigen Gefühl der Idealisten, wo die Flut des römischen Rechts zurückgestaut wird — wir erkennen überall die nationale Opposition.

Es war die Frage, ob es bei dem bloßen Eifer der Humanisten für die alten Lateiner bleiben soll, oder ob auch hier die gesunde Natur den Weg weiter zurückweist über die Römer hinaus zu den Völkern, auf deren Kultur wieder die lateinische beruhte, in erster Linie zu Griechen und Hebräern? Ob so dem romanischen Vorstoß seine Spitze abgebrochen werden wird und an die Stelle des beschränkten Lateinertums mehr die universelle Menschenkultur tritt? Es zeigten sich dazu schon bald die Anfänge. Wir brauchen nur die Namen Reuchlin und Melanchthon zu erwähnen, wir brauchen nur daran zu erinnern, daß dann das wirkliche Wachstum der griechischen und hebräischen Studien in Deutschland mit der religiösen Reform Hand in Hand ging, um die doppelte Form der deutschen Opposition in ihrem Grundwesen zu erkennen. Hier zwei Söhne des schwäbischen Städtegebiets, dort der sächsische Bauernsohn, hier die Vertiefung in die griechische und hebräische Sprache, dort die durch dieses Studium ermöglichte deutsche Bibel Luthers — so vereinigt sich das Werk dieser Männer zu einem mächtigen Fundamente der wissenschaftlichen, religiösen und populären Opposition gegen den Romanis-

mus in jeder Form. Wonach man suchte, wird gerade in einer echten Humanistenrede, die den übergetretenen Juden Adrianus zum Verfasser hat, klar betont. Er preist da die einzelnen Sprachen, die Sprache der Hebräer aber nennt er „die Sprache der noch unbefleckten Natur, die nach dem Ursprung der Welt ihren Anfang nahm." Also zurück an die Urquelle — es ist die gleiche Losung immer und überall. Und ebenso, wie sich dieses Grundprinzip trotz aller phrasenhaften und polemischen, trotz aller mystischen und phantastischen Umhüllungen stets wieder bemerkbar macht, ebenso fließen aus ganz Deutschland die kleinen und großen Geistesadern zusammen zu jenem mächtigen Strome, der eine Neubefruchtung des deutschen Bodens unfehlbar zur Folge haben mußte.



Hans Sachs.

In Rotterdam ward um das Jahr 1467 Desiderius Erasmus geboren. Seine erste Bildung empfing er in der Schule der Brüder zum gemeinsamen Leben in Deventer unter des Alexander Hegius Leitung. Bis zu seinem vollendeten 42. Lebensjahre finden wir ihn in klassische Studien vertieft, als Mönch und Lehrer, im Kloster und in der Welt. Er studierte in Deutschland und Paris, England und Italien, und mit seinem Widerwillen gegen das Mönchsleben verband sich bald der gleiche gegen die Scholastik, diese reine Wissenschaft der Cölibatäre. Sein Name war bereits weitberühmt, und wohin er noch nicht gedrungen, da trug ihn sein 1511 erschienenes Werk „Lob der Narrheit" hin, in welchem er die ganze menschliche Gesellschaft mit ihren Thorheiten einer ironischen Kritik unterzieht. Sein positivstes Werk aber ist seine 1516 in Basel erschienene Ausgabe und Erklärung des griechischen neuen Testaments, das für die Folgezeit und die in ihr anhebende Bewegung von kaum schätzbarer Bedeutung wurde. Der Boden war bereitet, aus dem Luther hervorging, allein Erasmus war ein Mann der älteren Periode, er trat in das sechste Dezennium seines Lebens, als diese jugendliche Bewegung ansetzte und über den Schwankenden, der nicht vorwärts konnte und nicht rückwärts wollte, stürmend hinwegbrauste. Wie ihm für die deutsche Sprache das Gehör abging, so für die nationale Bewegung, der er ohne zu wissen so mächtig vorgearbeitet hatte, das tiefere Verständnis. Als Erasmus 1521 seinen Wohnsitz nach Basel verlegte, machte er diese

Stadt zu einem Wallfahrtsort der Humanisten. Er war ein Mann für sich und blieb es, trotz der humanistischen, trotz der reformatorischen Bewegung, und obgleich er keine eigentlich positiv schöpferische und pfadfindende Natur war, zeigte er mit seinem Lebenswerke doch weit eher über seine Zeit hinaus, als in sie hinein. Man hat ihn als Nichtprotestanten und Nichtkatholiken, als Heiden, damals und heute angegriffen, vielleicht käme man mit dem „Menschen“ besser aus, denn seine Größe, seine Schwächen, wie sein Schicksal weisen auf diesen Standpunkt der Beurteilung als den allein billigen.

Neben Erasmus steht Reuchlin. Wie jener Philologe und reproduzierender Philosoph, so dieser Aesthetiker. Er war 1455 in Pforzheim geboren, studierte in Freiburg, Paris, Basel, ging nach Italien und fand später lange Jahre Gelegenheit, in Württemberg sein eigentliches Brotfach, die Jurisprudenz, praktisch auszuüben. Auf allen damals gepflegten Wissensgebieten bewandert, zeigte sich doch die Neigung seiner Natur am deutlichsten in seinen philosophischen (mystischen) und hebraistischen Arbeiten. Er vertiefte sich in die jüdische Geheimlehre der Kabbalah und gab ein Werk über sie heraus. Mag immerhin das Resultat dieser Studien belächelt werden, Geiger betont mit Recht dem gegenüber Reuchlins großes Verdienst um die Wiedererweckung der hebräischen Sprache. „Nicht in Einzelheiten besteht der Wert derartiger Werke, und daher wird ihr Wert auch nicht beeinträchtigt durch den Umstand, daß viele dieser Einzelheiten falsch und die richtigen, statt selbständig erforscht zu sein, fremden Werken entnommen sind, sondern in dem Hinweis auf eine uneröffnete Wissensquelle und in der Begeisterung für die neue Erkenntnis. Durch die hebräische Sprache wird die Bibel neu erschlossen, der Urtext, der so gut wie gänzlich vernachlässigt worden war, in seiner Reinheit hergestellt und die Vulgata in ihrer absichtlichen oder bloß durch Unwissenheit verursachten Verderbnis bloßgelegt. ‚Unser Text liest so, die hebräische Wahrheit aber lautet anders‘, oder ‚ich weiß nicht, was unsere Interpreten geträumt haben, was sie schwatzen‘, mit solchen und ähnlichen Ausdrücken weist Reuchlin alle alten Uebersetzer, besonders die Vulgata zurecht. In diesem kühnen Auftreten gegen eine Jahrhunderte hindurch fast für heilig gehaltene Uebertragung liegt der großartige Wert von Reuchlins hebräischen Studien; hier wagt nicht nur der Laie theologische Subtilitäten zu ergründen, sondern hier setzt der furchtlose Denker die Wissenschaft an die Stelle des Glaubens.“ Wohl hätte sich Reuchlin nicht träumen lassen, daß ihn diese Wissenschaft noch in seinem Alter in einen Kampf verwickeln sollte, welcher epochemachend für die deutsche Geschichte geworden. Die Meinungsverschiedenheiten zwischen Reuchlin und dem Exjuden Pfefferkorn, der mit allem Ingrimm Antisemitismus trieb und gegen die jüdische Litteratur agitierte, gediehen zu einem Kampf Reuchlins mit den Dominikanern in Köln. Um Reuchlin scharten sich die Humanisten zum erstenmal, und der Streit begann, „nicht zwischen Judengönnern und Judenfeinden, sondern zwischen Humanisten und Dunkelmännern, der alte Kampf zwischen Theologie und Wissenschaft, das Verlangen des Rechtes freier Meinungsäußerung gegenüber inquisitorischer Verketzerungssucht.“ Nach dem Erscheinen von Reuchlins „Augenspiegel“ gegen den „Handspiegel“ Pfefferkorns zeigte es sich, daß dieser nicht allein stand. Die Kölner Geistlichkeit nahm die Sache in die Hand, bis ein römisches Gericht zu Gunsten Reuchlins entschied. So hatte der Streit bereits fünf Jahre gedauert, als ein Buch erschien: epistolae obscurorum virorum, die „Dunkelmännerbriefe“ (1516), in denen das ganze Treiben der Gegner Reuchlins auf das erbarmungsloseste mit Hohn und Spott übergossen wurde. Fragen wir heute nach der Bedeutung dieser Streitschriften, wie sie herüber- und hinüberflogen und ganz Deutschland in Atem hielten, so möchte das Urteil nicht allzu hervorragend ausfallen. Aber ihre Bedeutung für die damalige Zeit ist eine unbestreitbare, sie geht bei diesen Briefen besonders aus dem Jubel auf der einen Seite und dem heftigen Aufschrei der Kölner Dominikaner hervor. Der Schlag saß, und nicht mit Unrecht ward Reuchlin als Triumphator gefeiert, denn alle Urteile von Schiedsrichtern vermochten in diesem Kampfe nichts mehr auszurichten. Die öffentliche Meinung gab ihm recht. Das Buch stammte aus dem Erfurter Humanistenkreis, dessen Führer Mutian, ein Gothaer Kanonikus, war. Neben Mutian sei der feine Spötter Crotus Rubeanus erwähnt, der neben Ulrich von Hutten an der Herausgabe der Dunkelmännerbriefe vornehmlich beteiligt war.

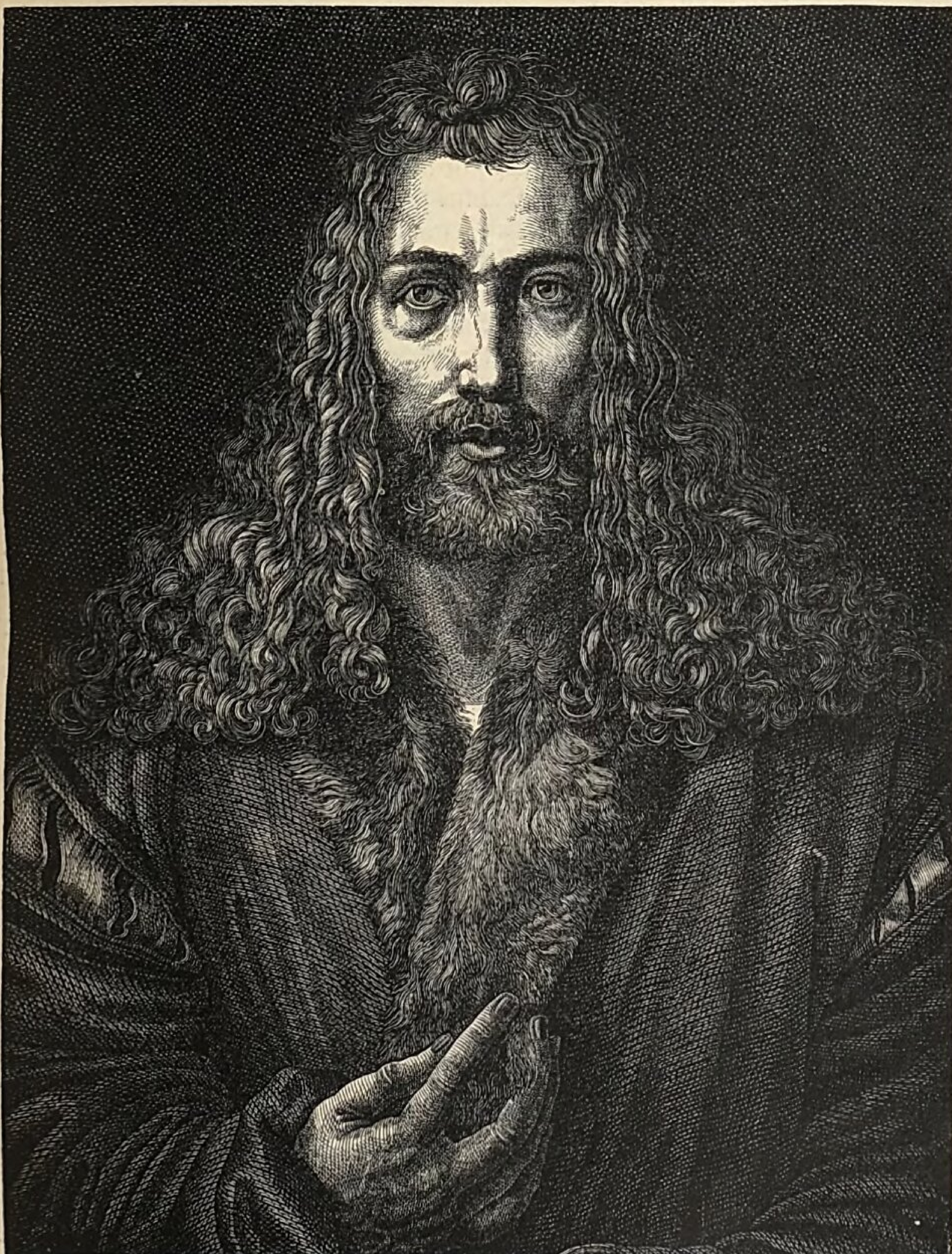
Ulrich von Hutten ist am 21. April 1488 auf Schloß Steckelberg in Franken geboren. Vom Vater dem geistlichen Stande bestimmt, genoß er in Fulda den ersten Unterricht. An seiner Natur lernte auch er, wie Erasmus, wie Crotus Rubeanus und viele andere, den Zwang einer mißbrauchten Autorität kennen, die den Menschen zu Dingen nötigt, zu denen er nicht geschaffen ist. Aber der Zwang rief in ihm die Opposition wach. Er entfloh aus dem Stifte und ging auf die Wanderschaft. Diese führte ihn auf verschiedene Universitäten. Er durchschweifte Deutschland im Norden und Süden, lernte vieler Menschen Sitten kennen und manche Gefahr bestehen. Nach Italien kam er und Rom, und von da brachte er in die Heimat den grimmigen Haß gegen die geistliche und päpstliche Herrschaft mit. In die daheim entbrannten Kämpfe sprang er mit Ungestüm hinein. 1517 ward er von Kaiser Maximilian zum Dichter gekrönt, und als solcher trat er in die Dienste des Erzbischofs Albrecht von Mainz, aber nicht für lange. Der Kampf rief ihn und im Kampfe ist er gefallen. Wie kaum einem hat ihm Mit- und Nachwelt sein freies, jeder Rücksicht entbundenes Leben und Denken heimgezahlt, mehr als alle seine Genossen hat ihn dieses Leben selbst mit all seinem Elend, Krankheit und Leid heimgesucht. Sein Uebereifer in allem war es, der ihn vernichtete, aber wärmer als in den meisten Schriften seiner Zeitgenossen berührt uns darum auch die Begeisterung, mit welcher er das Wiedererwachen der Wissenschaften, die Blüte der Studien, das frische Regen der Geister begrüßte: „O Jahrhundert, o Wissenschaften, es ist eine Freude zu leben!" Ahnungsvoll greift er in die Zukunft, aber sein Arm ist zu kurz, seine Macht, sein Können zu gering, er sucht nach Hilfsmitteln und instinktiv gleitet er in die Vergangenheit zurück, in der die Größe des Rittertums sich ihm darstellte. So ward er trotz der Kenntnis des realen Lebens, trotz der Klarheit, mit welcher er oft geradezu intuitiv auf ferne Ziele zeigte, zum Romantiker. Die Zeiten des Rittertums waren endgültig vorbei, auch Hutten vermochte sie nicht wiederzurufen. An einer neuen Krankheit, „der französischen", die den ohne Führer und Helfer ins Leben stürmenden Jüngling befallen, ist Hutten 1523 auf der Insel Ufnau in äußerster Dürftigkeit und Verlassenheit gestorben. „Ein schweres Leiden, das die damalige ärztliche Kunst nicht zu heilen vermochte" — in diesen Worten ist Huttens Unglück, ist das Unglück Deutschlands beschrieben. Die alten Rezepte versagten.



Johannes Pfefferkorn.

„Die geistige Bewegung der Zeit hat ihre unvergänglichen Spuren in den Schöpfungen des Nürnbergers Albrecht Dürer und des Augsburgers Hans Holbein d. j. hinterlassen." Die Kunst hatte etwas Neues zu sagen. Sie emanzipierte sich von ihrer alten Bestimmung, vorhandenen Ideen Gestalt zu verleihen und griff kühn und selbstherrlich

zur Hervorbringung und Schöpfung neuer Gedanken. So gehören diese Künstler in diesen Kreis, sie sind Mitschöpfer einer neuen Zeit, und wie Hans Sachs aus den Uebersetzungen der Alten, aus der Bibel und den Schriften der Reformatoren den Reichtum seiner Gedanken nahm und dafür in Selbstgesehenem und Selbsterlebtem den realen Aus-



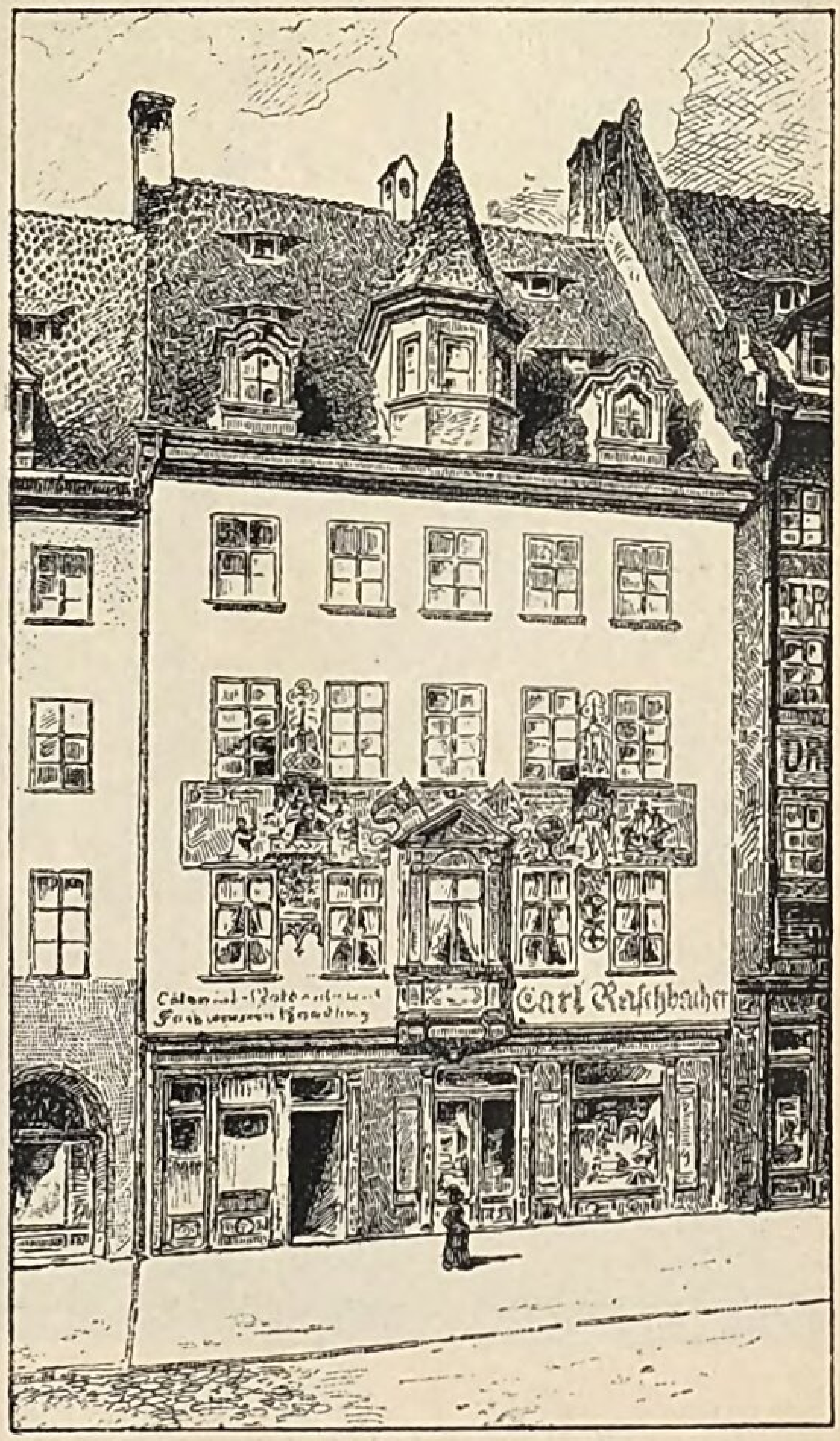
Albrecht Dürer. Selbstporträt in der Pinakothek zu München.

druck suchte, so wuchsen auch jenen Künstlern die Ideen und Gedanken der Menschen aller Zeiten zu Bildern zusammen, in denen sich Allgemeines und Besonderes, Ideales und Reales, Gedanke und Form auf eine Weise durchdrang, die uns heute noch ebenso unmittelbar packt, wie sie es ehemals gethan. Namentlich Dürers Kupferstiche „voll unerschöpflichen Gedankenreichtums" sind ein Geschenk des Genius an das deutsche Volk, an seine geliebte Nürnberger Vaterstadt.

Südwestdeutschland war der Schauplatz, auf dem sich alle diese regen Geisteskräfte tummelten. Von Johannes Müller aus Königsberg in Franken (Regiomontan) ging die Verbesserung der Algebra aus, die höhere wissenschaftliche Ausbildung der Trigonometrie und der Gebrauch der Tangenten. Seine astronomischen Beobachtungen und Kalenderverbesserungen verbreiteten seinen Ruf weit in Europa. Sein Schüler Martin Behaim aus Nürnberg, der auf Wunsch König Johanns von Portugal die afrikanischen Entdeckungsfahrten als fachmännischer Begleiter mitmachte, „verbesserte die den Seefahrern vorgeschriebene Methode der Breitenbestimmung instrumentell durch Mitteilung des Jakobstabes, rechnerisch durch die Einführung der Ephemeriden des Regiomontan, welche die äquatoriale Abweichung des Sonnenmittelpunktes für die Mittagsstunde eines jeden Tages im Jahre mit bis dahin unerreichter Schärfe in Rechnung zu bringen gestattete.“ Gewiß ist die soziale Einwirkung der großen Kaufmannsgesellschaften in den Städten des deutschen Südwestens eine vielfach ungünstige gewesen, sie aber waren auch die Vermittlerinnen Deutschlands mit dem mächtigen Handel Spaniens und Burgunds, sie ermöglichten die Teilnahme der Deutschen an dem ost- und westindischen Verkehr und brachten also eine Förderung und Teilnahme an den wissenschaftlichen und mechanischen Arbeiten der seefahrenden Völker in das Innere Deutschlands, welche auf rein theoretischem Wege niemals zu erreichen gewesen wäre. Sehen wir ferner, wie diese sozialen Gegensätze, die Reibung alter und neuer politischer Institute auf die Erweckung neuer politischer Ideen wirkte, so müssen wir sagen, die Menschheitsentwicklung bediente sich wieder einmal zu ihrem Fortschritt ihres einzigen und unfehlbaren Mittels — der gesteigerten sozialen Not. Ist es nicht merkwürdig, daß nun noch einmal diese Gebiete, auf deren Besitz einst die Herrschaft der Staufer in Deutschland vornehmlich geruht, mit einer Großzügigkeit sondergleichen an die Spitze der Nation treten trotz ihrer sozialen Gegensätze, trotz ihrer politischen Zersplitterung? Sollte sich in diesem doppelten, so verschiedenen und doch wieder so gleichartigen Hervortreten nicht ein Naturgesetz darstellen, welches diese Volksteile zwang, aus dem Innern Deutschlands heraus den Verkehr mit den andern europäischen Völkern, mit den außereuropäischen Weltteilen stets wieder zu erneuern und so indirekt für Deutschlands Entwicklung zu wirken? Und wenn wir uns erinnern, welche oppositionelle Haltung diesen Volksteilen der Schwaben und Franken gegenüber die Sachsen einst einnahmen (Vgl. Bd. I und II), und betrachten nun den Gegensatz des norddeutschen Lebens zu diesen schwäbischen Verhältnissen, so wird uns klar, daß hier von einer Willkür nicht die Rede ist, sondern die Konsequenzen gezogen werden, wie sie in einer vielhundertjährigen Vorentwicklung vorbedingt waren.

„In Norddeutschland fehlte die Reichsritterschaft und die Nähe einer Bauernschaft, wie die schweizerische . . . . Das deutsche Fürstentum war hier seiner Ritterschaften vollkommen Herr geworden, es hatte sich überall in ständischen Verfassungen mit ihnen und den Städten auseinandergesetzt; der Bauernstand behauptete insbesondere in den ostelbischen Kolonisationsgebieten von Anfang an eine freiere Stellung, als auf dem alten Boden der süd- und westdeutschen Hofrechte. In den Städten fehlten die Kaufmannsgesellschaften und die großen Bankhäuser des Südens. Die Seeplätze, Lübeck an der Spitze, waren mit den niederländischen Städten in einen erbitterten Kampf geraten, welcher ihre Kräfte lähmte, ihre Einigkeit zerriß. Lübeck nötigte Dänemark im Jahre 1512 dazu, den Vorrang der lübischen Privilegien vor den niederländischen anzuerkennen; aber zugleich war Danzig mit den letzteren in ein offenes Bündnis getreten.“ (Nitzsch.) Wohl pries Hutten die Sachsen glücklich, weil sie keine Aerzte brauchten und keine Juristen duldeten, zugleich aber erschienen ihm die Universitäten Frankfurt an der Oder, Greifswald und Rostock als Sitze moderner Barbarei. Und damit stimmt überein, daß die geistige Bewegung des Südwestens, die humanistische, wie die künstlerische und juristische an diesen Gebieten zurückstaute. Damit stimmt überein, daß gerade aus dem Gebiete der Wettiner, wo die süddeutsche Kultur Eingang gefunden, nun ein spontaner Gegenschlag erfolgte, als sich die Gegensätze in dem Stamme der Sachsen selbst begegneten. Wohl wurde im Jahre 1483 die Albrechtsburg in Meißen vollendet, das schönste Schloß des damaligen Deutschland; wohl führte 1488 Herzog Albrecht das römische Recht durch das

Leipziger Hofgericht ein; wohl fand die Malerei durch Lukas Kranach in Sachsen Eingang, wohl drang auch der Humanismus mit Melanchthon an die 1502 durch Friedrich den Weisen gegründete Universität Wittenberg: aber wie sich von der sächsischen Kanzlei die neuhochdeutsche Sprache über die ganze Nation verbreitete, wie das sächsische Fürstenhaus schon damals dem Reiche gegenüberstand, wie dies später bei sämtlichen Fürsten der Fall war, so ward die Wittenberger Universität ein national-deutsches Institut, so drang von ihr hinweg die deutsche Opposition gegen den Romanismus und romanisierenden Humanismus ins Land, so entsprang in jenen Gegenden an Mittelelbe und Saale, der Heimat des Heliand wie der ottonischen Monarchie, dem Werbeplatz Ottos von Nordheim, dem Kernland der welfischen Opposition, dem Geburtslande des Sachsenspiegels wie der deutschen Mystik, die deutsche Reformation. Was der Heliand in naiver Weise verkündigt: das Christentum muß deutsch werden; was der ottonischen Monarchie gelang: die Verbindung der Ost- und Nordsachsen mit dem westdeutschen Leben; was Otto von Nordheim gewollt und Lothar erreichte: die Bewahrung des sächsischen Selbstlebens vor westdeutscher Ueberflutung; was die welfische Opposition bezweckte: die Fernhaltung der romanisierenden hierarchischen Herrschaft von weltlichem Gebiet, und was zuletzt der Sachsenspiegel und die deutsche Mystik in so eigentümlicher Weise dargethan: die gelungene Erhaltung dieses sächsischen Selbstlebens und Selbstdenkens: all diese verschlungenen Elemente der alten sächsischen Opposition, der wir in der früheren Darstellung eine vornehmliche Aufmerksamkeit widmeten, traten nun wieder in Wirkung, und ihr Erfolg war wieder derselbe: das spezifisch-sächsische Kulturelement gab den deutschen Kulturelementen im Westen und Süden eine neue Richtung und einen festen Halt und schob jenen nivellierenden und retrograden Bestrebungen einen Damm entgegen. Der Ruf der Sachsen fand allenthalben Antwort, wo sich auf deutschem Boden ein selbstthätiges deutsches Leben zu behaupten vermocht hatte. War es Willkür, war es Zufall, daß alle die seit länger als einem Jahrhundert hervorgewachsenen oppositionellen Kräfte nun in eine Richtung zusammendrängten, in dem Augenblick zusammendrängten, wo das westdeutsche Geistesleben sich in seiner potenziertesten Gestalt den sächsischen Grenzen näherte und dieselben überschritt? War es Zufall oder Willkür, daß die in Sachsen also hervorgerufene und nun eintretende Bewegung sich sofort in dieser antiromanischen Weise äußerte, daß sie, möchte man sagen, mit elementarem Fanatismus alles zurückwies, was mit Romanischem nur in Verbindung stand? Der Humanismus hatte seine Unfähigkeit erwiesen, Deutschlands Kräfte zu einem großen Ziele zu vereinen, er sah sich genötigt, nach der populären Seite Konzessionen zu machen, wodurch er an Tiefe verlor. Was haben wir von der nun eintretenden sächsischen Bewegung zu erwarten? Wird sie nun vermögen, was früher stets mißlang oder nur halb gelang? Und wenn es ihr nicht gelingt, so wird die Kluft weiter werden, die bis-



Martin Behaims Geburtshaus in Nürnberg.

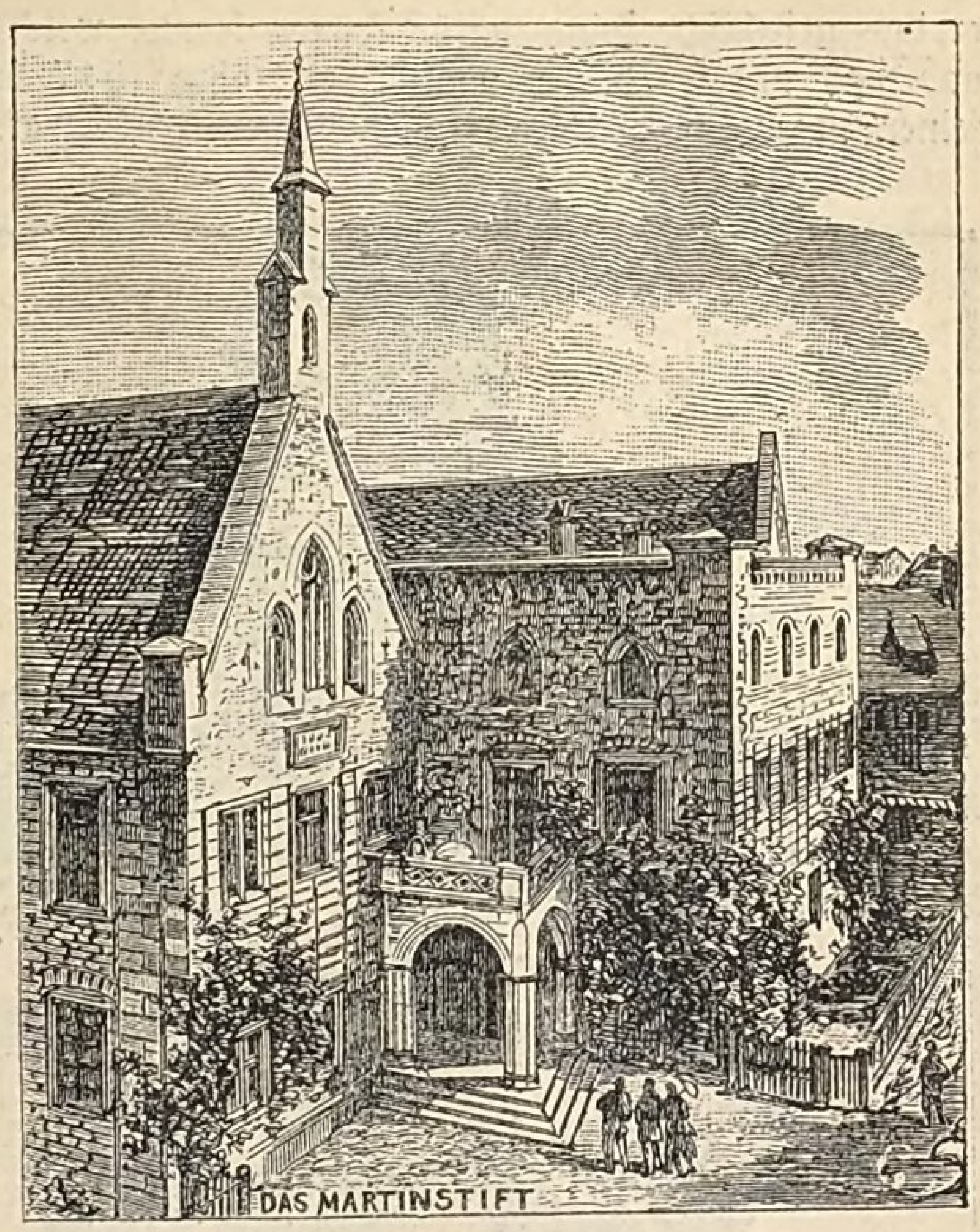
her schon Sachsen vom deutschen Reiche getrennt. Die sächsische Entwicklung wird in eine Einseitigkeit einlenken, die zunächst weder ihr noch Deutschland Früchte zu bringen vermag. Und Bayern? Wir kennen seine Stellung Sachsen gegenüber, wir verfolgten sie aus den Zeiten Karls des Großen, über die Ottonen, die Salier und Otto von Nordheim, die Welfen und Ludwig den Bayer. Mit unbeugsamer Konsequenz ging diese Entwicklung ihren Weg. Sie wird ihn weiter gehen.



Martin Behaim.

Martin Luther ist geboren zu Eisleben in der Grafschaft Mansfeld den 10. November 1483. Er nennt sich selbst „eines Bauern Sohn"; seine Vorfahren sind „rechte Bauern gewesen." Diese eigene Angabe Luthers ist nicht genau, denn sein Vater war Bergmann, nicht Bauer. Schon mit seinem Vater, Hans Luther, hatte sein Geschlecht den alten Kulturboden verlassen und versucht, sich ein neues Lebenselement, dasjenige der damals hoch aufblühenden Bergindustrie, zu schaffen. Mit Luther vollzog sich ein weiterer Fortschritt; er ward in Mansfeld, wohin sein Vater übergesiedelt war, der Stadtschule übergeben und für eine andere Laufbahn, die des gelehrten Juristen, vorbereitet. So besuchte er die Schule der Brüder zum gemeinsamen Leben in Magdeburg, dann die Schule zu Eisenach und im Jahre 1501 trat er an der Universität Erfurt in den dort bestehenden Humanistenkreis. Vollkommen in jenen Gegenden der alten sächsischen Opposition empfing also Luther seine ersten Eindrücke. Im Jahre 1505 erlangte er die Magisterwürde, und also am Scheideweg angelangt, wo er sich den engeren Berufsstudien hätte widmen sollen, trat er plötzlich aus dem bisherigen Kreise aus und entschied sich für's Klosterleben. Am 17. Juli 1505 schlossen sich hinter ihm die Pforten des Erfurter Augustinerklosters. Indem Luther diesen Schritt that gegen den Willen seiner Eltern, gegen die Erwartungen seiner Freunde, allein einem, wie er glaubte, inneren Drange folgend, „indem er fromm werden wollte und einen gnädigen Gott kriegen", versucht er noch einmal, jenen Boden wiederzugewinnen, den sein Geschlecht mit seinem Vater verlassen. Es war umsonst. Jene stillgläubige Seelenruhe, wie sie der Kindheit des einzelnen, wie der eines Geschlechtes und Volkes beschieden ist, fand er auch im Kloster nicht wieder. Sein Geschlecht und sein Geist waren der Atmosphäre der Kindheit entwachsen, und so brachte ihm das Klosterleben mit seiner Ruhe und Einseitigkeit, indem es seine Natur

vollkommen auf sich selbst zurückstellte, nur den Kampf, den durch diese Einseitigkeit erhöhten und furchtbaren Kampf einer ihrem natürlichen Boden entrissenen Natur, der den Menschen nicht mehr läßt, bis er ihn umgeschaffen und zur Individualität, zur eigenen Ueberzeugung geführt oder aber — vernichtet hat. In solchem Kampfe hilft keine Lehre, keine Bußübung, kein Beichtvater und Ratgeber. Er will durchgerungen sein allein bis zum Ende, und von der Höhe überspanntester Hingebung und Askese bis zur herandämmernden Nacht des Wahnsinns und der hoffnungslosen Verzweiflung warf es den einsamen Grübler in der Klosterzelle. All sein Studieren war nichts als ein Suchen des eigenen Geistes nach einem Ausweg. In diese trostlose, chaotisch gärende Dämmerung fielen dann Lichtstrahlen, einzeln, dann mehr und mehr, an denen sich der Geist des Geplagten hinaufrankte bis zur Helle des Tages. Ein alter Klosterbruder sprach ihm von der seligmachenden Kraft des Glaubens. Luther hielt fest, er las Augustin; die furchtbare Gerechtigkeit des alten Judengottes, der seine Phantasie bisher beschäftigt, wandelte sich in die liebevolle Barmherzigkeit und Milde des gekreuzigten Heilandes. So erreichte Luther sein fünfundzwanzigstes Jahr, als er von dem Augustinerprovinzial Staupitz an die Universität Wittenberg berufen wurde. (1508). Nach einer Romreise und einem abermaligen Aufenthalt in Erfurt, welche in die Zwischenzeit fallen, wurde er 1512 in Wittenberg Doktor der Theologie.



Das Martinsstift zu Erfurt.

„Lange debattierende Versammlungen, wie die Konzilien von Konstanz und Basel, dienen nicht dazu, Oppositionsideen zu konzentrieren, sondern zu verflüchtigen. Die Reformation ist hervorgegangen aus der Not, aus dem Bedürfnis, aus der Arbeit und den inneren Kämpfen einer einzigen Seele", und wir dürfen diesen Worten des trefflichen Nitzsch hinzufügen: einer Seele, welche sich plötzlich mit ihrer Entwicklung vor die Fragen gestellt sah, vor welchen die Entwicklung des sächsischen Volkes angelangt war. So mußte die Antwort, welche Luther für sich fand, zur Antwort für sein ganzes Volk werden.

Luther war kein Humanist. Er hatte die humanistischen Studien getrieben, sie erfüllten ihn nicht; er hatte in humanistischen Kreisen verkehrt. Seine Abwendung von ihnen enthielt einen ersten, unbewußten und stillschweigenden Protest. Mit einer geradezu ruralen Derbheit that Luther diesen Schritt, mit derselben elementaren Kraft zog es ihn nun in jenes mystische Halbdunkel zurück, in dem einst die Geister eines Eckhart, eines Suso und Tauber geweilt. „Er war eine Natur wie Bernhard von Clairvaux oder der heilige Norbert, ein zweiter Augustin, dessen Kämpfe er in sich selbst erlebte." Aber nicht in der Klosterzelle, nicht auf dem Katheder ist er geworden, sondern im Leben selbst. Sein ganzes Wissen war ein inneres Erlebnis, darum vermochte er auch lebenweckend zu wirken. Es zeigt sich das allenthalben. Bei seinen späteren Studien begegnet sich sein natürliches Ahnen mit dem natürlichen Geiste, der in den alten Schriften lebte. So ward ihm das lateinische Wort „Poenitenz", das zugleich den Begriff der Buße und Genugthuung in sich schloß, erst in seiner ursprünglichen und reinen Bedeutung klar, als

er das griechische Wort dafür kennen lernte, welches „Sinnesänderung" bedeutete. Eins gab das andere, bis er endlich im Jahre 1517 mit dem ersten umfassenden Bekenntnis seiner innern Erlebnisse vor die Allgemeinheit trat. Und auch dieser Schritt entstammte mit seiner Rücksichtslosigkeit und wahrheitstrebenden Konsequenz der zum Selbstdenken erwachten bäuerlich-naiven Natur.



Luther nach Cranach.

Wir haben hier nicht die theologischen Subtilitäten zu verfolgen, welche im Laufe der Zeit zu Tage gefördert wurden, nur auf einige hervorragende und prinzipielle Unterschiede muß verwiesen werden. Schon im Jahre 1516 kam Luther der Zweifel, ob der Mensch durch äußere Werke die Gnade erlangen könne. Wie sehr die Lehre der Kirche durch die Praxis verunstaltet war, zeigt allein der Umstand, daß ihm dieser Gedanke überhaupt aufstieg. Denn wären die äußern Werke die Bethätigung eines wirklichen und tiefgründenden innern Glaubens gewesen, er würde kaum dahin gekommen sein, sie zu verwerfen. So aber weist er darauf hin, daß nur Erleuchtung des Geistes, die Befeuerung des Willens, die Betonung des Bewußtseins, in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Ewigen zu stehen, nicht aber ein gedankenloses, abergläubisches Thun den Menschen zur Gnade zu führen vermöge. Die Fortsetzung dieses Gedankens führte ihn dann an den Zweifel über die Macht des Ablasses, und er setzte sich hier in direkten Gegensatz mit der Lehre des

Thomas von Aquin und seiner Schüler, welche behaupteten, daß nicht einmal ein Geistlicher, sondern nur ein Legat des Papstes dazu nötig sei, um aus dem Schatz der Kirche Ablässe zu erteilen „und zwar auch für eine weltliche Leistung, wofern dieselbe nur zu etwas Geistlichem diene.“ Damit that Luther nichts Außergewöhnliches. Die Lehre von der Rechtfertigung durch Christum wurde in jener Zeit fortwährend betont, in den Lehr- und Gebetbüchern begegnet sie uns, aber gerade diese fortwährende Betonung zeigt wieder, daß sie eben nicht verstanden, daß von der Kirche selbst eine ganz andere Praxis gehandhabt wurde. Dieses Motiv aber, daß Luther sich gegen die Praxis und Autorität der Kirche erhebe, ward von allen Seiten, Freunden wie Gegnern, alsbald erfaßt. Aus seiner mystisch umhüllten Lehre drang jenes Recht der persönlichen Selbstbestimmung, die Freiheit von tyrannischem und künstlich erzeugtem Druck, die von der höchsten sittlichen Bedeutung erfüllte Idee von der Freiheit der Wahl der Autoritäten empor, und das war es, was alsbald die ganze Welt in Bewegung setzte.

„Nur in geistiger Unfreiheit, nur in unnatürlicher Unterwürfigkeit unter die Gewalt der dogmatistischen Phrase kann man“ — sagt Ernst Kuhn — „die reformatorische Losung der ‚Rechtfertigkeit aus dem Glauben‘ als blindes Schibbolet mißbrauchen. Nichts anders ist der große Sinn dieser lange verdunkelten Offenbarung — als die einzig der Geistesnatur entsprechende Entwicklung des sittlich-religiösen Lebens ‚aus der Innerlichkeit des Gewissens‘. Auf diesem Grunde nährt sich das religiöse Bewußtsein nicht mehr von der Stupefaktion, sondern gedeiht als freier Geist, der die widernatürlichen Menschenkräfte durchdringt und zur humanen Arbeit der Kultur adelt. Nun scheucht der Zauberbann des Fetischs nicht die Klarheit des wissenschaftlichen Erkennens, nicht die reine Freude an künstlerischer Anschauung, nicht die Lust an geordneter Arbeit, nicht die Unbefangenheit des Samariterdienstes aus den Menschenseelen. Die Kräfte des Geistes sind den widernatürlichen Banden enthoben: eine jede ringt sich empor zum Lichte, daraus sie geboren. Das Urrecht der Naturwahrheit war der kristallhelle Born, aus dem das neue Leben, thatkräftig und entwicklungsreich, sich ergänzte.“ Eine Versöhnung der in den Staub getretenen Menschennatur mit der in's Bodenlose geratenen Kultur — das war die tiefere Idee der Reformation, und wir haben nur zu fragen, in wie weit diese Idee durch das Auftreten der Reformatoren verwirklicht wurde.

Im Herbste 1517 verkündigte der Dominikaner Tetzel in der Nähe von Wittenberg den Ablaß des Papstes Leo X. Von der einkommenden Summe hatte der Papst dem damaligen Erzbischof von Mainz, Kardinal Albrecht von Brandenburg, einen Teil zugesagt, um mit demselben seine Schulden bei Fugger zu bezahlen, welche er zum Ankauf des Palliums hatte machen müssen. Es waren 30,000 Gulden. Den predigenden Dominikaner begleiteten Fuggerische Agenten, welche das Geld in Empfang nahmen. Luther fühlte sich berufen, gegen dieses Vorgehen zu predigen. Er warnte und drang darauf, daß man sich nicht solle mit dem Ablaß genügen lassen, sondern daß man fortfahren solle, selbst nach der Gnade zu streben. Die Sache aber wurde schlimmer, und Luther trat mit seinen Warnungen vor die Allgemeinheit. Am 31. Oktober 1517 schlug er an der Schloßkirche zu Wittenberg seine 95 Thesen an.

Ein Teil dieser Thesen geht gegen die übertriebenen Behauptungen Tetzels, ein anderer gegen den Gnadenschatz der Kirche und seine Verwendung, ein dritter Teil spricht sich dahin aus, daß die vollkommene Reue auch ohne Ablaßbrief den Sünder von Strafe und Schuld befreie. Das Schärfste, was in den Thesen enthalten ist, sind direkte Anklagen gegen den Papst und die Kirche. „Es war der spontane Protest eines in sich selbst ruhenden religiösen Gewissens gegen die verwegenste Konsequenz der herrschenden kirchlichen Doktrin“, aber Luthers Stellung änderte sich mit diesem Schritt plötzlich und vollkommen. Er trat in den Mittelpunkt des deutschen Denkens. Innerhalb 14 Tagen waren die Thesen in ganz Deutschland verbreitet, binnen vier Wochen kannte sie die ganze Christenheit. Mit der Zustimmung erhob sich der Widerspruch. Die Dominikaner, die alten Rivalen der Augustiner, erhoben sich für ihren Mitbruder Tetzel. Luther fand seinerseits die Unterstützung der Augustiner und eines Teiles der Franziskaner. Man blieb bei der Widerlegung nicht stehen, sondern Schritt weiter dazu fort, Luther als Ketzer

zu denunzieren. Luther wurde nach Rom citiert, der Kurfürst Friedrich von Sachsen trat für ihn ein, und so erklärte sich Leo X damit einverstanden, daß sein Legat am Reichstag, der Kardinal Thomas Vio di Gaeta, genannt Cajetan, die Sache in Ordnung bringe. Die päpstliche Angelegenheit war da in guten Händen, denn Cajetan hielt „die Kirche für die geborene Magd des Papstes“. Auch in der Ablaßfrage hatte er sich bereits vernehmen lassen und stimmte dabei mit der Anschauung seines Meisters Thomas unbedingt überein. Nun kam er als Legat zum Reichstag, um mit dem Kaiser eine Türkensteuer zu betreiben und zugleich gegen die böhmische und deutsche Ketzerei vorzugehen. Luther wurde nach Augsburg berufen. Er benahm sich nach den kirchlichen Formalitäten. Cajetan forderte Widerruf, Luther behauptete, von dem ihm zur Last gelegten Irrtümern nichts zu wissen. Es kam zu Unterredungen (12.—14. Oktober 1518), aber der Kardinal konnte mit der deutschen „Bestie“ nicht fertig werden. Am 20. Oktober floh Luther aus Augsburg nach Zurücklassung einer feierlichen Berufung von dem übel unterrichteten Papst an den besser zu unterrichtenden. Ein päpstliches Breve hielt die kirchliche Ablaßlehre in ihrer starrsten Form aufrecht; der zum Ketzer degradierte Luther appellierte an ein allgemeines Konzil.



Der herzoglich bayerische Kanzler Leonhard von Eck.

Was die Ablaßfrage anging, so war eine große Mehrheit auf Luthers Seite. Ein neuer Gesandter des Papstes erkannte das, als er Ende 1518 nach Deutschland kam mit dem Auftrage, zuerst zu sehen, Luther in seine Gewalt zu bekommen und nach Rom zu bringen. Miltitz, der Gesandte, konnte nicht an Gewalt denken. Er betrat den persönlichen Weg, und so wurden in den ersten Wochen des Jahres 1519 in Altenburg verschiedene Konferenzen abgehalten. Der Kurfürst von Trier wurde zum Schiedsrichter bestimmt, Luther ließ sich zu einem Waffenstillstand bewegen, der von beiden Seiten eingehalten werden sollte, er versprach ein unterwürfiges Schreiben an den Papst und ein beruhigendes Schreiben an das christliche Volk. Der Streit schien damit gehoben.

Der Reichstag zu Augsburg war der letzte, den Maximilian erleben sollte. Wie in der Ahnung davon finden wir ihn mit dem Plane beschäftigt, seinem Enkel Karl, dem Könige von Spanien, die Nachfolge zu sichern. Dazu bedurfte er des guten Willens der Kurie, denn bevor Karl zum römischen Könige erwählt werden konnte, mußte Maximilian selbst zum Kaiser gekrönt sein. Und er trug sich mit dem Gedanken, sich vom Papste krönen zu lassen. Aber seine Phantasie schweifte weiter. Immer noch dachte er an eine „Einigung der christlichen Völker unter dem römischen Kaiser deutscher Nation zur Verteidigung der Türken“. Das im März 1517 in Rom versammelte Laterankonzil kam

dem Wunsche Maximilians entgegen; ein Jahr später verkündete Leo X den Kreuzzug gegen die Türken und den fünfjährigen Frieden. Der Legat Thomas Vio ging ab, um auf dem Reichstag für diese Sache zu wirken. Es ist ein seltsames Schauspiel der Selbsttäuschung, welches sich hier vor unsern Augen enthüllt. Kaiser und Papst träumen von der alten Macht, das Abendland in Bewegung zu setzen, ein Dominikaner giebt diesem Traume Ausdruck, er redet von Konstantinopel und Jerusalem, die alte Idee bricht durch, das christliche Reich auszubreiten bis zu den Enden der Welt. Ist es nicht merkwürdig zu sehen, wie diese Ideen sich immer noch mit einer Konsequenz und Gleichheit wiederholen, die, wenn auch einst aus den natürlichen Verhältnissen der abendländischen Entwicklung hervorgegangen, jetzt doch schon vollkommen in das Reich einer überlebten Theorie gehörten? War nicht einst Konrad III durch einen Bernhard von Clairvaux in die gleiche Gedankenrichtung getrieben worden, und war es nicht damals ebenso Sachsen, das Sachsenland Heinrichs des Löwen, welches sich dieser Idee in gleicher Weise versagte, wie sich ihr jetzt die deutschen Fürsten versagten? Noch einmal finden wir Kaiser und Papst im Bunde, aber die Mittelsperson, ein heiliger Bernhard, fehlt, und der Pomp, mit dem dieser Bund sich offenbarte, läßt ihn als unwahr, als eine Tragikomödie erscheinen. So kam es, daß nur sehr wenige diesen Bund ernst nahmen und hinter ihm andere Motive witterten. Und gewiß hatte der Kaiser seine alten Pläne noch nicht aufgegeben, den Plan einer Reichskriegsverfassung wie den einer ausgiebigen Reichssteuer; daß er sich aber nun zur Durchführung dieser Pläne mit dem Papste verband, machte die Stände erst recht aufsässig. Damals wie früher wäre die erste Frage gewesen, wie soll diese Steuer erhoben werden? Und da blieb jede Antwort aus. Wohl kam es schließlich zu einem sonderbaren Beschluß, aber auch ihm hängten die Fürsten die Bedingung an, mit ihren Unterthanen Rücksprache nehmen zu wollen. Und nun drehte der Kaiser sich um. Er behauptete, die Fürsten seien an die Bewilligungen ihrer Unterthanen nicht gebunden, sondern diese hätten einfach zu gehorchen. Wenn diese aber nicht gehorchten? — Dann hätte der Kaiser seine Macht einsetzen müssen, den Fürsten zum Gehorsam zu verhelfen. Er hätte dann die Erhöhung der Fürstenmacht selbst bewerkstelligen müssen und wäre zum Schluß in eine um so größere Abhängigkeit von dem erstarkten Fürstentum geraten. — Ebenso erfuhr Maximilian damals den Widerspruch der Kurfürsten hinsichtlich der Macht des Reichskammergerichts. Sie erklärten demselben nicht unterworfen zu sein. — So endete der Augsburger Reichstag vom Jahre 1518 mit einer entschiedeneren Niederlage für das Kaisertum, als jemals. „Als Maximilian am 12. Januar 1519 starb, befand sich die deutsche Verfassung, wie bei seinem Regierungsantritt, in einem Zustand vollkommenster Zersetzung.“ Papsttum und Kaisertum hatten in Deutschland ihre Macht verloren, als sich zeigte, daß sie ihren Regierungspflichten nicht mehr zu genügen vermochten. Die entschiedene und einseitige Hervorkehrung des habsburgischen Interesses hatte die Opposition in allen Fürstenhäusern geweckt. Sie stellten sich nun ebenso entschieden auf den Standpunkt ihres vermeintlichen Interesses. Das Geschlecht der Reformatoren älterer Ordnung, das einst um Berthold von Mainz sich geschart, war bis auf wenige ausgestorben, an seine Stelle waren die reinen Egoisten getreten. „Das Leben der Nation zeigte die Tendenz, sich von seinem bisherigen Mittelpunkt zurückzuziehen und in den einzelnen Landschaften eine sich selber genügende, autonome Gewalt zu erschaffen.“ Demgegenüber stand dem Kaisertum nur die Macht der Demokratie zur Verfügung; den Bund mit ihr einzugehen, sehen wir bei Friedrich III wie bei Maximilian wenn auch ungenügende Ansätze; Maximilians Nachfolger schlug diesen Bund definitiv aus. So ging es fort ohne Aufenthalt, ohne Rücksicht — den Gang der Notwendigkeit. Die demokratische Macht trat in das Stadium der Revolution.

Wir hörten von der Verabredung, welche die wittelsbachischen Brüder für den Fall, daß ihr Oheim gestorben sei, getroffen hatten. Aber noch ehe sie daran denken konnten, in die Offensive hinauszutreten und zur Eroberung der verlorenen Gebiete zu schreiten, drängte sie ihr Schwager Ulrich von Württemberg in eine andere Bahn. Zweimal war dieser unruhige und gewaltthätige Fürst bereits in die Acht erklärt worden, beidemal blieb sie unvollzogen. Seine Gemahlin Sabine war zu ihren Brüdern geflohen

als Ulrich im Jahre 1515 seinen früheren Liebling Hans von Hutten erschlagen hatte. Ulrich von Hutten rief damals seine Verwandten und Freunde gegen den Mörder unter die Waffen. Aber der Herzog suchte und fand an Maximilian einen Rückhalt. Nun aber überfiel er noch im Sterbemonat des Kaisers (Januar 1519) die Reichsstadt Reutlingen, zwang sie zur Uebergabe und machte sie zu einer württembergischen Landstadt. Da traten der schwäbische Bund und an seiner Spitze die Herzoge von Bayern in die Schranken. Sie bewährten sich als Herren der süddeutschen Verhältnisse. Im April und Mai wurde ganz Württemberg erobert, Ulrich wurde landesflüchtig und begab sich in die Pfalz. Ein Versuch, im August sein Herzogtum wiederzu erobern, endete wenige Monate später mit einer zweiten Verjagung. Die Ritterschaft unter der Führung des Franz von Sickingen hatte sich an diesem Kriegszug des Bundes gegen einen deutschen Fürsten lebhaft beteiligt, gleichzeitig aber sehen wir auch in Bayern das Fürstentum die Gelegenheit benützen, seine Macht den Ständen gegenüber zu erweitern. Die Herzoge beriefen einen Landschaftsausschuß nach München, um sich von ihm eine eilende Hilfe bewilligen zu lassen. Die Städte bewilligten die Forderung mit dem Hinzufügen, daß hieraus kein neuer Brauch entstehe. Aber der am 3. Mai 1519 zu Landshut zusammentretende Landtag verwies den Herzogen ihr Vorgehen, da ein Ausschuß keine Macht zu Bewilligungen habe, sondern nur als Rat angesehen werden könne. Fürderhin werde sich die Landschaft an eine derartige Bewilligung nicht mehr gebunden erachten. Auch die beiden Forderungen, den etwaigen Ueberschuß der bewilligten Summe mit den Ständen verwahren zu dürfen sowie die Anlage nicht auf die erschrecklich belegten Hintersassen abzuwälzen, „deren Rufen zu Gott dem Allmächtigen Unglück über Land und Stände herabziehen müsse“, vermochten die Herzoge nicht durchzusetzen.



Ulrich von Hutten als Ritter.

Gleichzeitig war nun die Frage der Neuwahl an das Reich herangetreten. Wohl nirgendwo verrät sich die rein passive und defensive Haltung der Städte deutlicher, als eben bei dieser Gelegenheit. Wie sie das Schicksal des ihnen „kraft Kriegsrecht frei anheimgefallenen“ Württemberger Landes fast lediglich von der Frage abhängig machten, wer die Kriegskosten, welche der schwäbische Bund aufgewandt hatte, bezahlen sollte, und die Vormundschaft über die unmündigen Kinder Ulrichs, Christof und Anna, den beiden österreichischen Erzherzogen, Karl und Ferdinand, sowie dem Herzoge Wilhelm von Bayern übertrugen, so nahmen sie gleichfalls bei der Frage der Kaiserwahl eine vollkommen abwartende Haltung an. Aber auch das Fernbleiben der bayerischen Herzoge von den

Verhandlungen über die Kaiserwahl muß auffällig erscheinen. Es wurde dies bisher in der verschiedensten Weise ausgelegt, ja dahin gedeutet, daß sie sich selbst mit dem Gedanken an Erwerbung der Krone getragen hätten. Uns scheint jedoch die Rückwirkung einer aufgenötigten Politik hier mitzuspielen. Bayern war zum Eintritt in den Bund genötigt worden. (Vgl. Bd. II. 612 ff.) Es bedeutete dies eine vollkommene Zurückweisung auf der Bahn gegen die Machterweiterung Oesterreichs im Südwesten. Nur um die habsburgische Macht im Bunde zu paralysieren, trat Albrecht IV in den Bund. Jetzt sah Bayern seine Politik gebunden. Die offene Feindschaft Habsburgs herauszufordern, vermochte es nicht, ob auch jener Wiedereroberungsplan diesen Gedanken verfolgt hatte; den Bund lediglich in das bayerische Interesse zu ziehen, ihm die bayerische Politik aufzunötigen, vermochte man ebensowenig, und nun durch Betreiben der Wahl eines Habsburgers die Macht dieses Hauses abermals zu erhöhen, konnte man Bayern am allerwenigsten zumuten; vor einem Bündnis mit Frankreich aber hielt gerade der schwäbische Bund zurück, der eben in Ulrich auch den Parteigänger Franz' I bestraft hatte. So hielt Bayern zurück. Jede Initiative war ihm verwehrt. Es konnte sich für die Herzoge nur darum handeln, mit dem neu erwählten Könige, mochte es sein, wer wollte, sich auf möglichst guten Fuß zu stellen.

Nach langen Verhandlungen und schmählichem Feilschen, bei welchem die Selbstsucht der deutschen Kurfürsten in einer geradezu erschreckenden Weise zu Tage trat, wurde am 28. Juni 1519 Maximilians Enkel, Karl, zu Frankfurt gewählt. Aber die Kurfürsten entwarfen zugleich eine Wahlkapitulation: „Karl sollte kein fremdes Kriegsvolk ins Reich führen, keine fremden Hauptleute über deutsche Truppen setzen, keinen Reichstag außerhalb Deutschlands berufen, die Verhandlungen nur in deutscher Sprache führen, ein Reichsregiment einsetzen und für die wichtigsten Regierungsmaßregeln, Kriege, Bündnisse, Reichstagsberufungen, Steuern, an die Zustimmung der Kurfürsten gebunden sein; er sollte endlich — und dies war ein Schachzug gegen die deutschen Städte — die großen Kaufmannsgesellschaften verbieten." Jene Antipathie aber, welche wir bereits zur Zeit des Baseler Konzils und der kurfürstlichen Neutralität zu Tage treten sahen (Vgl. Bd. II. 534 ff), jenes Mißtrauen der Fürsten gegen die kurfürstlichen Oligarchen, welches zum erstenmal in Bayern sich zu regen begann, als mit Albrecht II und Friedrich III Habsburg sich zum deutschen Königsgeschlechte emporschwang, empfing nun neues Leben. Die Gründe, welche die bayerischen Herzoge zum Anschluß an den neuen König zwangen, wurden damit nur vermehrt. Den Gegensatz zwischen dem bayerischen und kurfürstlichen Interesse zur Thatsache gemacht zu haben, war das Werk des ersten Königs aus dem habsburgischen Hause. Wir sehen, wie nun diese damals geschaffene Thatsache fortwirkt.

Die Siege des Bundes, die Parteinahme der Schweizer für Karl hatten Habsburgs Uebergewicht in Süddeutschland über Franz I entschieden. Bayern sah sich zum Verzicht auf die eigenen Pläne und zum Anschluß an Habsburg gedrängt; denn nur in dem Bunde stand eine Macht aufrecht, welche dem Uebergewicht der Kurfürsten entgegenzutreten vermochte. So war denn das erste Resultat der Neuwahl für Bayern, daß es sich durch die österreichischen Kommissäre aus seiner Stellung in dem eroberten Württemberg verdrängt sah. Das Land wurde für Habsburg erworben; „den kaiserlichen Kommissären wurde auch die Verfügung über den künftigen Aufenthalt des jungen Christof völlig überlassen, man bestand nicht einmal auf der Forderung, daß seine etwaige Verbringung von dem ihm für jetzt zum Verbleib angewiesenen Innsbruck an einen andern entfernteren Ort von der Genehmigung Bayerns abhängig zu machen sei." Also selbst auf das Recht der Mitvormundschaft verzichtete man in Bayern vollkommen. Kein Wunder, daß man von österreichischer Seite den Herzog Wilhelm wie einen kaiserlichen Beamten mit der magern Summe von 3500 Gulden abfand für die als Oberfeldherr des Bundes geleisteten Dienste. Habsburg hatte den Vorsprung, es hatte vollkommen die Uebermacht, und zum Schlusse mußte sich Bayern dazu bequemen, für die Verlängerung des Bundes, der nach des Kanzlers Leonhard von Eck Meinung Bayern keinen Nutzen bot, seine eigenen Kräfte einzusetzen, da der Versuch Bayerns, mit Sachsen eine innigere Verbindung zu gewinnen, gescheitert war.

Im Juni 1520 landete Karl V in Vlissingen. Man kann sich denken, mit welcher Spannung er allenthalben in Deutschland erwartet wurde. Jeder hoffte in ihm den Retter aus der eigenen und der allgemeinen Not begrüßen zu können. Aber Karl war ein junger Mann; er wußte selbst noch nicht, was er wollte, und er sollte andern helfen! Der Kanzler Leonhard von Eck riet für möglichst engen Anschluß an Karl, aber das solle nicht ohne hohen Vorteil geschehen. Betreffs der Verlängerung und Erweiterung des schwäbischen Bundes war er der Meinung, die bayerischen Herzoge sollten zurückhalten und die Initiative dem Kaiser überlassen. Wenn der auf Verlängerung dränge, solle man ihm entgegenkommen und dabei suchen, eine Pension oder eine einflußreichere Stellung im Reiche zu gewinnen. Durch Karls Hilfe eine Stellung in der Reichsregierung zu erhalten, war der Gedanke Herzog Wilhelms, denn nur so vermochte er den kurfürstlichen und speziell den Einfluß des pfälzischen Reichsvikariats von seinem Lande und seiner Regierung fern zu halten. Der Spanier aber verhielt sich äußerst kühl und zurückhaltend, und so blieb der Herzog auf seine zweifelhafte Stellung an der Spitze des schwäbischen Bundes beschränkt.

So war der erste Reichstag gekommen, den Karl für Januar 1521 nach Worms angesagt hatte. Es war ein entscheidender Moment in der deutschen Geschichte. Wir begleiteten Luthers Angelegenheit bis zum Abschlusse jenes Waffenstillstandes mit dem päpstlichen Kammerherrn Karl von Miltitz. Luther sollte schweigen, aber die Gegner auch. Das geschah nun nicht. Es zeigte sich, daß die Sache bereits weit über das persönliche Belieben hinausgewachsen war. Luthers Gegner Dr. Eck von Ingolstadt hatte mit dem Wittenberger Professor Karlstadt eine theologische Disputation verabredet. Eck setzte aber auch einige Thesen gegen Luther unter die seinigen, so daß dieser sich veranlaßt sah, aus seiner Reserve herauszutreten. Im August 1518 war Melanchthon, ein Verwandter und Schüler Reuchlins, an die Universität Wittenberg berufen worden. Er lehrte die griechische und hebräische Sprache. Der Humanismus zog in die junge Hochschule ein und mit ihm die Reform des Studiums. Ein Angehöriger der jüngeren Generation war Melanchthon bereits in der Atmosphäre des theologischen Denkens erwachsen. Seine Natur erschloß sich nun voll und ganz an der Seite des älteren Genossen, „er stellte das Rüstzeug seiner philologischen Gelehrsamkeit rückhaltlos in den Dienst der evangelischen Forschung.“ In der Zeit nun, da man in Frankfurt sich zur Kaiserwahl rüstete, traten die Gelehrten in Leipzig zur Disputation zusammen (27. Juni bis 16. Juli 1519). Auf der Pleißenburg fand der Kampf unter dem Vorsitz Herzog Georgs von Sachsen statt. Luther ging nun gleich weiter, indem er sagte, daß die päpstliche Gewalt auf Dekreten der letzten vier Jahrhunderte beruhe. Gegen die päpstliche Gewalt seien die elfhundert Jahre vorher und die heiligen Schriften. In der Vorbereitung zu seiner Verteidigung drang sich ihm dieser Gedanke immer lebhafter auf, er sah zuletzt im Papste den leibhaftigen Antichrist, und Rom erschien ihm als das sündige Babel. Zuerst disputierten sich eine Woche lang Eck und Karlstadt herum. Dann kam Luther. Eck war ein sehr gelehrter Mann und ein durchaus geschickter Disputator, besaß ein ungeheueres Gedächtnis und hatte seine Sache gegenwärtig. Luther anderseits war ein recht abgemagerter, abgearbeiteter Mönch, von mittelgroßer schlanker Gestalt. Lebendig und ergreifend an ihm war nur das Auge. In dem Kampfe vom 4. bis 8. Juli hatte Eck die Oberhand. Er war eben in einer fertigen Wissenschaft zu Hause und disputierte aus ihr heraus. Luther dagegen war im Werden, noch lange nicht fertig, er hatte stets zu fürchten, daß er mehr sage in der Hitze, als er verantworten konnte. Als nun Eck auf die Husiten kam und Luthers Verwandtschaft mit ihnen hervorhob, wies Luther darauf hin, daß unter den Thesen Husens mehrere sehr christliche seien. Daraufhin nannte Eck ihn einen Ketzer, weil er die Beschlüsse eines rechtmäßigen Konzils anzutasten wage. Kurz, Luther wurde geschlagen. Wohl gelangte er dahin, wohin er früher oder später unbedingt hingelangen mußte, aber daß Eck ihn dahin brachte, wohin er ihn haben wollte, bedeutet den Sieg des Ingolstädter Professors. Luther nahm nur das Gefühl mit hinweg, daß schlecht disputiert worden sei, nicht aber daß Eck recht habe. Nur tiefer und tiefer arbeitete er sich in seine Anschauung hinein. Er mußte vorwärts. Klar war ihm nur das eine,

daß die gegenwärtige Kirche von Grund aus reformiert werden müsse. Das Volk aber überlegte nicht, wohinaus das führte, es sah nur, daß es gegen die Pfaffen, gegen die Welschen ging.

Mit der Leipziger Disputation trat Luther in ein neues Studium seiner Entwicklung. Das bisherige Schwanken hatte ein Ende. Der Gegner hatte ihn auf die brennenden Punkte aufmerksam gemacht. Luther begab sich an die Arbeit, dieselben klar zu stellen. Ganz von selbst trat dem wissenschaftlich Forschenden, dem in die Wirklichkeit der Vergangenheit Dringenden der Humanismus zur Seite. Aller und jeder Reformation hatte sich bisher das Dogma von der päpstlichen Gewalt als unerschütterlicher Fels in den Weg gestellt. Luther mußte die Konsequenz ziehen, er mußte an dieses Dogma selbst hinan, er mußte nicht mehr ahnen und glauben, sondern wissen und beweisen. Man hat damals und später, selbst bis in unsere Zeit behauptet, wenn Luther bei der Bekämpfung der Mißbräuche stehen geblieben wäre, die Welt würde ihm als ihrem Erretter zugefallen sein. Das aber ist eine Illusion. Bei einer Reformation giebt es kein Stehenbleiben. Wer sie halb oder nur teilweise vollziehen will, wird sie gar nicht vollziehen, sondern nur einer Revolution vorarbeiten. Luther fühlte das. Er ging weiter.



Johannes Eck.

Wir erkannten bereits den Gegensatz zwischen Eck und Luther; es knüpfte sich daran der größere zwischen Ingolstadt und Wittenberg. Die junge bayerische Universität stand am Scheideweg. Wir wissen, welche Richtung sie unfehlbar einschlagen muß. Die Gegner arbeiten beide in der eingeschlagenen Richtung weiter, Eck für Rom, Luther für seine Ueberzeugung und seine Sache. Und diese Sache ward Deutschlands Sache.

Unter den niederen Ständen machten damals die Reichsritter am meisten von sich reden. Franz von Sickingen war unter ihnen. In der Vertretung der Stände, in der Handhabung des Regiments bedeuteten sie formell nichts. Das war ein Uebelstand, zumal Sickingen mit seinem Heere vor Frankfurt die Wahl des Habsburgers durchgedrückt hatte, zumal bei der Ritterschaft damals die Repräsentation der Volksstimme lag. Die früheren Bedingungen seines Daseins waren dem Ritterstande entzogen worden. Er stand auf den Trümmern seines alten Besitztums, auf den Trümmern seiner einstigen Macht. Ihm drohte die Gefahr, gänzlich zu verarmen und zu voller Bedeutungslosigkeit herabzusinken. Ein legales Mittel, seine Stellung zu bessern, besaß der niedere Adel nicht.

Die Fürstenmacht von oben, die Kaufmannsgesellschaft neben ihm drückten mit stetig wachsendem Schwergewicht auf seine Existenz. Vom jungen Kaiser erwartete man alles. Aber der ließ lange auf sich warten. Die Not wuchs allenthalben, die Verhältnisse verschlimmerten sich, die Neigung zur Selbsthilfe wuchs und an allen Ecken brachen Fehden und Raubzüge aus. Jetzt trat Ulrich von Hutten auf und riß die Führerschaft an sich. Das Jahr 1518 hatte eine besondere Wendung für ihn gebracht. Auf dem Reichstag zu Augsburg hatte er sich in die zwischen Deutschland und der Kurie schwebenden Fragen hineingearbeitet. Er trat unter die Reichsritter zurück und begann den Kampf gegen Rom. Mit Sickingen schloß er bei dem Württembergischen Handel innige Freundschaft. Die Ebernburg wurde zum Mittelpunkt der adeligen Agitation. Zunächst kämpfte Hutten in der begonnenen Weise weiter. Er schrieb lateinisch. Er glaubte an eine nationale Erhebung. Den Adel, den Kaiser, die Fürsten, das Volk rief er zum Kampf gegen Rom und für die Freiheit der Selbstbestimmung auf. 1519 erschien sein Vadiscus. Das Ziel dieser Schrift ist eine ins Schwarze gemalte Schilderung der römischen Zustände, denen er die Beschwerden der deutschen Nation gegenüberstellte. Ein zweiter Dialog folgte. Da trat Hutten mit Luther in Verbindung, er glaubte an ihm ein Werkzeug für seine Ideen gewonnen zu haben.



Franz von Sickingen.

Luthers Streit war weitergedrungen. Er hatte das Wittenberger Lokal längst verlassen und stand im Mittelpunkt der Tagesfragen. Die Humanisten traten zu ihm in Beziehung, die einen offen für ihn, die andern vorsichtig, mißtrauisch beobachtend, wie Erasmus. Sie fühlten, daß auch ihren Bestrebungen hier eine Umwandlung, eine Reform nahe. Die Menschenfreiheit sollt zur christlichen Freiheit werden. Ebenso gewann Luther einen Bundesgenossen im deutschen Adel. Sickingen, Schaumburg versprachen ihm ihren Schutz und befreiten ihn von der Menschenfurcht. Die Opposition schien zu einem großen Bunde zusammen zu wachsen. Im Jahre 1520 erschienen Luthers drei reformatorische Hauptschriften. Die erste „an den christlichen Adel deutscher Nation von des christlichen Standes Besserung" erschien im August. Ihr war im März eine lateinische Schrift vorausgegangen, welche die Apologie Walrams von Naumburg für Heinrich IV gegen Gregor VII zur Grundlage hatte. Man sieht, wie die Opposition den Weg zu ihrer historischen Vergangenheit wiedersucht. Die neue Schrift war in deutscher Sprache geschrieben, sie entwickelte das Programm der deutschen Reformation: alle Christen seien Priester, die Geistlichen müßten der Obrigkeit unterworfen sein, das Cölibat sei verwerflich, die Bistümer sollten frei sein von den Eingriffen und Verpflichtungen Roms, für die

Deutschen sei ein Primas zu bestellen, das Papsttum solle nur eine Instanz bleiben zwischen den verschiedenen Primaten und Patriarchaten, um deren Konflikte beizulegen;" vor allem aber besitze der Papst kein Recht auf weltliche Herrschaft. Wer diese Schrift liest, wird den Einfluß begreifen, den sie alsbald gewann. Sie ist das erste unvergängliche Denkmal eines unverfälschten deutschen Wahrheitsmutes gegen alle Verdrehung und Lüge, sie ist eine Proklamation der gesunden Vernunft und des natürlichen Rechts gegen formale Verkommenheit und kulturellen Irrsinn und verkündet als neues Programm unerschrocken den Kampf gegen die Entmündigung des Volkes, der Nationalität und des Individuums. Dieser ersten Schrift folgten zwei weitere: „von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche", ein Angriff auf die Lehre von den sieben Sakramenten, und „von der Freiheit eines Christenmenschen". Der Krieg war erklärt. Aber auch die Gegner hatten nicht geruht. Eck war nach Rom geeilt, eine Verteidigungsschrift dem Papste zu überreichen und den Bannfluch gegen Luther zu betreiben. Wie die Sachen nun standen, mußte die Verurteilung erfolgen. Noch ehe Karl in Deutschland erschien, war die Sache so weit gediehen: am 16. Juni 1520 wurde der Bann über Luther verhängt. Im September erschien Eck mit der Bulle in Deutschland. Ein und vierzig Sätze Luthers waren verurteilt worden, Luther wurde zum Widerruf binnen 60 Tagen aufgefordert, andernfalls sollte der Bann in Wirkung treten. In Mainz und Köln wurde Eck mit der Bulle durchgelassen, anderswo wurde er übel empfangen. Im Sturmschritt ging es weiter, hier verbrannte man Luthers Schriften, dort übergab Luther (10. Dezember 1520) die römische Rechtsordnung, die päpstliche Bulle, die Schriften Ecks und andrer dem Feuer.

Unter dem Eindruck dieser Thatsachen blieb kein selbständiger Platz für Hutten neben Luther. Wohl hatte Hutten Luther zu sich hinübergezogen, aber indem Luther diesen Schritt that, that er ihn auch schon über Hutten hinaus. Hutten wandelte im Schatten seines Herrn. Jetzt griff er zur deutschen Sprache und schrieb Gedichte an das deutsche Vaterland. Er stellte sich in den direkten Dienst der lutherischen Sache. Aber auch jetzt verleugnete er seine Herkunft nicht. Er hat die Empfindung, daß alle guten Mittel versagen, er ruft zu den Waffen und appelliert an die Gewalt. Es war der traurige Trugschluß einer kaum zum Selbstdenken erwachten Generation, aber ebenso die unbedingte Konsequenz der damaligen Verhältnisse. Hier ein positives Wollen, welches durch die ihm gegenüberstehende starre Negation immer weiter ins Extrem hinausgedrängt wird, dort die starre negative Macht, welche in ihrer geistigen Unproduktivität nach dem Gewaltmittel greift, das junge Leben zu erdrücken, zu ersticken und zu erwürgen. An diesem Punkte entsprang das Unglück. Es gab keine Macht, die hätte Einhalt gebieten können. Die einzelnen Fürsten konnten nicht mehr wehren; sie gingen mit der Strömung. So kam die Zeit des Wormser Reichstags.

„Der Kaiser war bisher in Spanien. Ende Januar 1521 traf er in Worms ein. Seine Stände aber drängen ihre partikularistischen Angelegenheiten in den Vordergrund. Es muß daher ein neuer Mittelpunkt geschaffen werden. Der Kaiser aber ist an seine Wahlkapitulation gebunden. Die Kurfürsten haben in dieser Kapitulation für sich gesorgt, indem sie ein Reichsregiment zur Bedingung machten. Es muß aber jetzt für die Nation selbst gesorgt werden. Die Bildung eines Unterhauses ist dasjenige, was man von dem jungen Kaiser erwartet. Eine solche neue durchgreifende Organisation wird auch auf die kirchliche Sache einwirken. Jedoch diese Frage war eine brennende. Es muß auf dem Reichstag eine energische Antwort speziell für diese Frage gefunden werden. Im Januar war bereits ein neuer definitiver Bann gegen Luther geschleudert worden. Man verlangte, daß der Bann durch die Reichsacht verstärkt und vollstreckt werde. Aber das konnte der Kaiser nicht, da das Volk auf Luthers Seite stand. Ein Erfassen der Sachlage, ein großer Geist, eine Kraft, die des Geistes Willen vollstreckt, eine Gesinnung, die zur Nation führt und in dieser und dem Glück derselben die höchste Selbstbefriedigung findet: das war es, was jetzt not that, das aber fand man bei Karl, der, umgeben von fremden Räten, im Kampfe mit Frankreich lag, nicht. Deutschland war Karl V ein Einsatz im Spiele der Politik. Das Land hatte den größten Staatsmann nötig. Die Zukunft, die Existenz Deutschlands standen auf dem Spiel; die kirchliche Revolution war schon da; der Kaiser aber dachte an alles andere eher, als an Deutschland.

Wir dürfen sagen, „wirklich revolutionäre Leidenschaft lag offenbar nicht in dem Charakter der deutschen Bewegung.“ Jeder erwartete das Heil vom jungen Kaiser. Der sollte alles machen. Mit einem wahrhaft naiv-bürgerlichen Vertrauen kam man ihm in Deutschland entgegen. Aber wie für die deutsche Sprache besaß Karl auch für dieses Leben nur ein halbes Verständnis. Er war kein Deutscher, sondern Romane. Von seinem Lehrer, Adrian von Utrecht, einem wissenschaftlich gebildeten Manne war er den Reformideen zugeführt worden, allein auf die Individualität des deutschen Charakters nahmen diese Ideen keine Rücksicht. Sie hielten sich an das Muster der spanischen Reform, wie sie Fimenez durchgeführt hatte. Diese spanische Theologie war in gewissem Sinne freisinnig, sie gewann für die Theologie des 16. Jahrhunderts eine besondere Bedeutung, aber gerade ihre spanisch-romanische Uniformität stand ihr in Deutschland als Hindernis im Wege. Trotzdem hatten die Spanier für den Reformator Luther Sympathie. Die Idee des Beichtvaters Karls V. war es, daß die Reformation in Deutschland eingeführt werde. Glazion setzte sich deshalb mit dem Kurfürsten von Sachsen und mit Sickingen in Verbindung. Umsonst! Vor drei Jahren wäre eine Vermittlung vielleicht möglich gewesen. Jetzt nicht mehr. Luther hatte seinen Weg gefunden, er ging ihn fort in der festen Ueberzeugung, daß er der rechte sei. Daß er der Einladung Sickingens, auf die Ebernburg zu kommen, nicht folgte, zeigt, wie er sich instinktiv davon fern hielt, seine Sache in den Dienst einer Partei, einer einzelnen Volksklasse und ihrer Bestrebungen zu stellen. Die Wege Luthers und des deutschen Adels gingen bereits auseinander.

Alexander und Caraccioli waren als Legaten nach Deutschland gekommen, um die Vollziehung der Bulle, die Unterdrückung der lutherischen Ketzerei zu betreiben. Jetzt nahm Alexander sein Werk am Reichstag auf. Er forderte einfach die Exekution der Bulle gegen Luther und seine Anhänger. Er verfolgte die alte römische Politik, entgegenstehende Meinungen mit Blut zu ersticken Es war die Politik, welche einst Böhmen zu einer Wüste gemacht hatte, nun sollte sie auch in Deutschland zur Anwendung kommen. Karl V. vermochte das für Deutschland nicht ohne weiteres zuzugeben, abgesehen davon, daß seine Natur der Gewaltthat abgeneigt war. Er bedurfte des Papstes, er bedurfte aber auch der Geneigtheit der deutschen Stände. Luthers Sache wurde zum politischen Handelsartikel. Leo X. war dem Wunsche des Kaisers in Spanien entgegengekommen: er hatte die Breven zurückgenommen, welche er vor dem auf Ansuchen der aragonischen Stände zur Beschränkung der Inquisition erlassen hatte. Karl V. bedurfte aber auch ferner der Geneigtheit des Papstes wegen seines sich immer feindlicher gestaltenden Verhältnisses zu Frankreich. Ebenso aber bedurfte er der Deutschen, und so gab er den Forderungen der Stände nach, vor endgiltiger Verurteilung Luther zu verhören.

Neben diesen kirchlichen Verhandlungen gingen die politischen einher. Der Kaiser mußte in die Errichtung eines Reichsregiments willigen. Die Kurfürsten suchten in demselben den Vorrang zu behaupten. Sie verlangten sechs Stimmen für sich, zwei für den Kaiser, der außerdem den Vorsitzenden ernennen sollte, zwei für die Fürsten, sechs für die Stände (Reichskreise), für Prälaten, Herrn und Städte je zwei Stimmen. Die Kurfürsten also sollen regieren, während die andern nicht viel hereinzureden haben. Der Reichsrat führt die Regierung immer, auch in des Kaisers Anwesenheit. Der bedeutet in dem oligarchischen Bunde nur wenig. Deshalb will er das nicht. Er verlangt eine größere Berücksichtigung, sechs Stimmen für sich und den alleinigen Eidschwur aller Regimentsbeisitzer. Das waren viele Differenzen. Man hielt an, aber schließlich mußte es doch zu einer Abwickelung kommen. So beschloß man ein provisorisches Regiment für $1\frac{1}{2}$ Jahre mit dem Sitz in Nürnberg, bis zur definitiven Ordnung der Sache auf einem künftigen Reichstag. Der Kaiser ernannte den Präsidenten, zwei Räte für seine österreichischen und burgundischen Erblande, zwei weitere Räte als obersten Reichsstand; dazu die sechs Stimmen des Kurvereins; ein Kurfürst sollte immer anwesend sein und vierteljährlich abgelöst werden; ebenso lösten von sechs geistlichen und sechs weltlichen Fürsten vierteljährlich einer den andern in der Stimmführung ab, so daß das Fürstentum mit zwei Stimmen vertreten war; Prälaten und Reichsritterschaft führten je eine Stimme, die Reichsstädte zwei; die übrigen sechs Stimmen vertraten die sechs Reichskreise: den fränkischen, bayerischen, schwä-



Kaiser Karl V im 31. Lebensjahre. Nach dem Kupferstich von Bartel Beham.

bischen rheinischen, westfälischen und sächsischen. Dieser Entwurf ist die Grundlage der späteren Reichsverfassung geblieben. Was seine Tendenz war, zeigt sich in dem Schreiben des in Worms anwesenden Herzogs Wilhelm an seinen Kanzler Eck deutlich: „denn etlicher Kurfürsten Praktika und Fürnehmen steht, wie sie alles Regiment im Reich der hohen deutschen Nation an sich brächten, und mit uns und andern Fürsten und Reichsständen ihres Gefallens handelten, dadurch mehr Zerrüttung denn Gutes machen möchten, das sie aber nicht wohl erheben können, so der schwäbische Bund erstreckt wird." Also das Fürstentum steht in Opposition zu dem neuen Institut, aber auch in Sachsen ist man nicht einverstanden mit dem Vorgehen der Mitkurfürsten, auch hier regt sich die alte Opposition. Der Kaiser selbst hat die Verlängerung des schwäbischen Bundes bereits ins Auge gefaßt. Er ist einer Meinung mit Bayern, beide erkennen im Bunde ein Gegengewicht gegen die Macht des Regiments. Die wichtigsten Angelegenheiten, namentlich in der äußern Politik, hatte der Kaiser behauptet. Die Bestimmung über den Abschluß von Bündnissen bei Erledigung der Lehen und anderes blieben ihm. Für den Romzug hatte man ihm 20000 Mann zu Fuß und 400 Pferde bewilligt, und eine neue Matrikel, die dann in der Folge maßgebend blieb, ward entworfen. Auch das Reichskammergericht war beibehalten worden, aber die Kompetenzen waren nicht genau begrenzt. Alles blieb künftiger besserer Regelung vorbehalten. So kam für die Nation nicht viel heraus. Die Kurfürsten hielten an ihrem Privatbund fest, wie der schwäbische Bund sich erneuerte. Ein gutes Regiment hätte das alles überflüssig gemacht. Trotzdem war es ein Schritt vorwärts. Es war ein Anfang. Die Möglichkeit, den Frieden aufrecht zu erhalten, war doch vorhanden. Es konnte eine Besserung, eine gute Fortentwicklung sich daran anknüpfen, wenn man festhielt, wenn man namentlich in der religiösen Angelegenheit zu einem Verständnis kam.

Am 16. April 1521 kam Luther unter kaiserlichem Geleite nach Worms. Zu befürchten war für ihn zunächst nichts, da die Nation auf seiner Seite stand. Trotzdem ging Luther nach Worms auf die Gefahr hin, wie er meinte, Märtyrer zu werden. Am 17. April wurde er vorgeladen, vor Kaiser und Reich zu erscheinen. Ihm gegenüber trat der kurhessische Offizial von Eck. Zwei Fragen wurden an Luther gestellt: ob er die Bücher geschrieben und ob er alles, was darin stehe, aufrecht erhalten wolle? Luther beantwortete die erste Frage mit „Ja," bei der zweiten bat er sich Bedenkzeit aus. Ein Tag wurde ihm bewilligt. Sein erstes Erscheinen machte keinen günstigen Eindruck. Am 18. April wurde er wieder vorgeladen. Er hielt eine wohlgesetzte Rede. Nichts wolle er widerrufen, wenn er nicht mit der hl. Schrift widerlegt würde. Ob er auch gegen gewisse Konzilbeschlüsse rede, war die an ihn gestellte Frage. Luther erwiderte, soweit er nicht durch die hl. Schrift oder durch helle Gründe überwiesen werde, denn dem Papst und dem Konzil allein glaube er nicht, werde er nichts widerrufen. Noch einmal gefragt, ob er sich einem Konzil unterwerfen könne, antwortete er: „Nein!" da gebot der Kaiser Halt. Auf ihn hatte Luther einen unangenehmen Eindruck gemacht. Am 19. April bestimmte er, daß gegen Luther vorgegangen werden müsse. Die Reichsstände baten um die Bewilligung, ihrerseits eine Verhandlung mit Luther beginnen zu dürfen. Der Kaiser gab nach. Es wurden Luther Vorschläge gemacht. Er wies sie zurück. Der Kurfürst von Trier bat Luther selbst um einen Vorschlag. Er antwortete: „Ist meine Sache nicht aus Gott, wird sie in Bälde untergehen; ist sie aber aus Gott, so wird man sie nicht können dämpfen!" Der Kaiser war entschlossen, den Führer der religiösen Opposition niederzuwerfen. Er befestigte sein Bündnis mit dem Papste. Am gleichen Tage, am 8. Mai, erhielt dieser Bund seinen Ausdruck im Wormser Edikt. Luther und seine Anhänger wurden in die Acht erklärt, über alle neuen Druckschriften eine Zensur verhängt. „In formloser Weise, nachdem die Kurfürsten von Sachsen und von der Pfalz bereits abgereist waren, ließ Karl die eben zufällig in seinem Hause versammelten Fürsten mit dem Inhalt dieser Verfügung bekannt machen. Man erstaunt über die grenzenlose politische Unbefangenheit der deutschen Fürsten, wenn man erfährt, daß die letzteren am 26. Mai dieses Edikt wirklich unterzeichneten," nachdem es bereits am 8. Mai — das Datum des Vertrags mit dem Papste —, da die Versammlung noch vollzählig war, ausgestellt worden. Luther hatte schon am 26. April Worms verlassen. Er war auf Be-

treiben seines Kurfürsten nach der Wartburg gebracht worden. „Mit diesem bloßen Mandat haben Kaiser und Stände eine Sünde an der Nation begangen, da es nicht die Reaktion war, welche man zu fürchten hatte, sondern die Revolution, die nun hereinzubrechen drohte.“ „Es ist aus mit der Luthertragödie,“ schrieb Erasmus damals, „allein ich fürchte, man wird den Sieg über Luther mißbrauchen.“

Wir stehen in der Zeit, da in Italien Macchiavelli sein Buch vom Fürsten schrieb. An sich betrachtet ist dieses Buch ein fürchterliches, im Zusammenhang der Thatsachen aber erscheint es als die ins System gebrachte Fürstenpraxis der damaligen Zeit. Diese Fürsten lebten, und sie lebten nicht bloß hier und dort, sondern stückweise fast in allen fürstlichen Gebietern der damaligen Zeit. Es ist das Streben der Fürstenmacht, sich mit allen Mitteln und rücksichtslos zur allein dominierenden zu erheben, ein damals fast allgemeines. Sehen wir aber auf die Verwirklichung dieses Fürstenideals, dieses politischen und menschlichen Scheusals, so müssen wir sagen, daß der deutsche reformatorische Geist auch ihr einen Damm entgegenzusetzen versuchte. Vor einem Jahrhundert wurde Hus trotz des kaiserlichen Geleites in Konstanz verbrannt, Karl V sah sich gezwungen, Luther sein Wort zu halten, er hielt es in einer Zeit, da eben Macchiavellis Buch nach dem Leben geschrieben worden war. Wie einst in früherer Zeit ein Otto I die sächsische Einfalt und Sittenreinheit nach Italien trug und dort der ins Bodenlose gesunkenen sittlichen Verwilderung einen Damm entgegenstellte, so trat nun der sächsische Bauernsohn dem italienischen Diplomaten gegenüber und erklärte den Staat nicht als Zweck, sondern als Mittel zu aller Kulturarbeit.



Landgraf Philipp von Hessen.

Auch die Herzoge von Bayern waren in Worms gewesen: neben Wilhelm, der bald wieder abreiste, Ludwig und der jüngere Bruder beider, Ernst, der Administrator des Bistums Passau. Der lutherischen Angelegenheit gegenüber verhielten sie sich in der Reserve. Sie beobachteten, was daraus wohl werden könne. Zur Klärung ihrer eigenen Stellung hatte der Wormser Reichstag nichts beigetragen. Sie sahen sich zurückgedrängt

und bereuten die kostspielige Reise, da alles, was sie erreichten, sich ebenso durch ihre Räte allein hätte machen lassen. Von einer Rücksichtnahme der Habsburger auf ihre Vettern nicht eine Spur! Die Verkündigung des Wormser Edikts ließen die Herzoge in den Hauptstädten ihres Landes zu, aber ebenso geben sie ihren Teil zu den Beschwerden, welche damals aus ganz Deutschland gegen die römischen Mißbräuche gesammelt wurden. Dagegen hatte der Kaiser den Herzog Wilhelm beauftragt, zu der Versammlung des schwäbischen Bundes nach Augsburg zu gehen und einer Verlängerung desselben seine Kräfte zu widmen. Wir wissen, daß diese Bundespolitik eine Bayern aufgenötigte war, in welcher die bayerischen Interessen nur sehr geringe Vertretung fanden. Daß also Wilhelm den Auftrag übernahm und es ihm auch nach längeren Verhandlungen gelang, eine abermalige Verlängerung des Bundes auf elf Jahre durchzusetzen (1522), zeigt, daß er den Weg zu einer selbständigen Politik noch nicht gefunden hatte.

Der Reichstag von Worms hatte keine Aenderung gebracht. Während das Reichsregiment ins Leben tritt, wird ihm gegenüber der schwäbische Bund, diese Separatmacht im Reiche, erneuert. Das Edikt gegen Luther bleibt ohne Wirkung. Die Bewegung geht weiter, die angedrohte Gewalt treibt sie fort ins Radikale. In Wittenberg sind die Augustiner in Aufruhr, die Masse wird angegriffen, Karlstadt steht an der Spitze, er ändert den Gottesdienst nach seinem Belieben. In Zwickau predigt der Tuchweber Nikolaus Storch und lehrt aus direkter göttlicher Offenbarung. Der Bildersturm geht los, ja, die Bildung selbst erscheint diesen Leuten als etwas Ueberflüssiges. — Ein ewiges Gesetz offenbart sich in diesem Thun, das bei allen derartigen Gelegenheiten stets wiederkehrt: der vernachlässigte Geist, bisher an leere Aeußerlichkeiten gebunden, wird unfähig, diese Aeußerlichkeiten als Leiter und Vermittler festzuhalten, er schlägt in Inspirationswut um, welche alle diese Mittel zur Erkenntnis als Hindernisse derselben betrachtet. Deshalb fort mit den Bildern, fort mit der Gelehrsamkeit, fort mit den Sakramenten, der Messe, mit allen äußerlichen Zeichen! Es ist die radikale Neuerungssucht der ungebildeten, vernachlässigten Masse, welche hier emporbringt und das Regiment an sich zu reißen sucht. Luther ist auf der Wartburg. Das Getöse bringt zu ihm hinauf. Er eilt hinab, predigt, redet zum Guten. Der Skandal wird abgeschafft, der Charakter der bisherigen Bewegung wird in Wittenberg wiederhergestellt. Aber die Zurückgewiesenen gehen fort, zerstreuen sich, sie tragen ihre „göttlichen Offenbarungen" in alle Welt hinaus, sie sind von jetzt ab bittere Gegner Luthers.

Karl V weilte in Spanien. Seine Heere kämpften in Italien gegen Frankreich. Mailand wurde wieder erobert (Nov. 1521), Frundsberg, schlug mit seinen deutschen Landsknechten die Schweizer des Franzosenkönigs bei Biccocca (April 1522), Genua wurde bald darauf genommen. Auch der andere Habsburger, Karls Bruder und Stellvertreter bei dem Reichsregiment, Ferdinand, sah seine Aufmerksamkeit nach außen abgelenkt, denn im August 1521 eroberte Sultan Soliman Belgrad. Ludwig II von Ungarn, der Schwager Ferdinands, ging dem Untergang seines Reiches entgegen.

Ende 1521 waren Reichsregiment und Kammergericht in Nürnberg versammelt. Die Abwesenheit Karls gab dem Regiment eine hohe Selbständigkeit. Deutschland war dem Kaiser nicht die Hauptsache, sondern nur eine verbündete Macht. Für das Regiment war gesorgt, aber für die Exekution seiner Mandate war nicht gesorgt. An Kräften dazu hätte es nicht gefehlt, diese waren im Ueberschuß vorhanden, aber indem man sie in die neue Organisation nicht einfügte, wuchsen sie ins Wilde. Wir wissen, daß der Adel auf den jungen Kaiser all seine Hoffnung gesetzt hatte; aber er wollte nicht bloß dienen, sondern auch für seine Dienste belohnt sein. Er hoffte darauf und sah sich getäuscht. Das Wasser stand ihm bis an den Hals. So gab es für ihn nur mehr eine Alternative: Fürstendienst oder Selbstbefreiung. Und da wirft es nun „ein eigentümliches Schlaglicht auf die Geschichte der vorhandenen Jahrhunderte, daß die allgemeine Erregung der Nation sich zuerst in einer Erhebung der Ritterschaft Luft machte. Dieser soweit zurückgedrängte Faktor der alten Kultur tritt plötzlich noch einmal in einer verzweifelten tumultuarischen Bewegung an die Oberfläche unseres politischen Lebens." Hutten und Sickingen stehen nun an der Spitze. Der letztere war ein Organisator des wilden Raubkriegs. Wo er seine Kraft an-

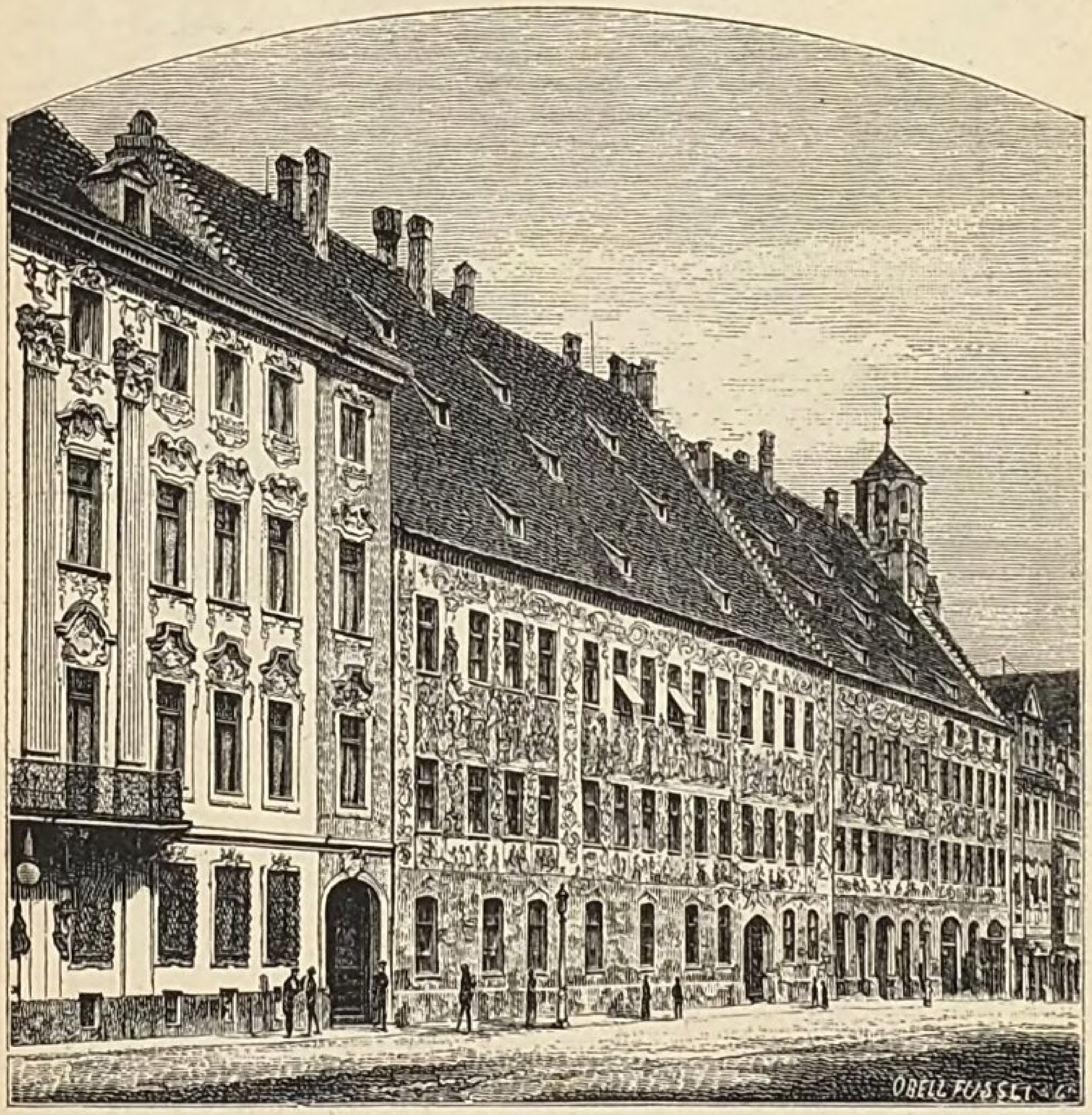
legte, mußte es sich rentieren und andere Reichsritter schlossen sich ihm bei seinen Unternehmungen an. Bisher hatte er genommen, wo es zu nehmen gab, bei den Bürgern, den Bischöfen, dem Kaiser, dem Könige von Frankreich. Hutten zog ihn nun in die großen Angelegenheiten der Nation. Karl V sah sich genötigt, mit beiden gut Freund zu bleiben. Hutten ging jetzt wieder seine eigenen Wege. Er widmete sich den Bestrebungen der Reichsritterschaft. In den Städten glaubte er die nötigen Bundesgenossen zu finden. Es *ging nicht* gegen den *Kaiser*, nicht gegen das *Reich*, sondern gegen die Fürsten. Ein zweiter Ziska — so dachte man von Sickingen. Aber es war nicht so. Jene Hingebung des böhmischen „Gottesstreiters" kannte Sickingen nicht. Im September 1522 zog Sickingen mit großem Heere gegen Trier. Der Kurfürst war sein persönlicher Feind. Außerdem galt er für einen hervorragenden Gegner Luthers. Den Kaiser fürchtete man nicht, man bildete sich sogar ein, daß ihm ein Gefallen geschehe, wenn es gegen die Fürsten ging. Sickingen kam nicht zum Ziel. Die Stadt war gut verteidigt, der Kurfürst ein tapferer Mann. Die Nachbarfürsten rüsteten, und Sickingens Freunde blieben aus. Auch die Städte ließen ihn sitzen. Er mußte zurück. Die Feinde kamen heran: Landgraf Philipp von Hessen, Kurfürst Richard von Greiffenklau, der Pfalzgraf bei Rhein. Sickingen vertraute auf seine Burgen. Aber dem schweren Geschütz der Feinde hielten sie nicht stand. Ende April 1523 beschossen ihn die Fürsten auf seiner Burg Landstuhl. Sickingen wurde schwer verwundet; er kapitulierte und starb. Die Bedeutung und Zukunft des Adels nahm er mit ins Grab (8. Mai 1523). Städte, Fürsten, schwäbischer Bund schlugen gegen die Reichsritterschaft los. Augsburg und Nürnberg, die Bankiersstädte, lieferten das Geschütz. Das Reichsregiment sah sich zu voller Ohnmacht verdammt. Der doppelten Revolution vermochte es mit all seinen Erlassen und Protesten nicht zu wehren. Der schwäbische Bund wollte von der Jurisdiktion des Reichsregiments nichts wissen, aber auch seine eigenen Interessen waren gespalten; Bayern bedurfte des Bundes, um das Reichsvikariat des Pfälzers zurückzuhalten, der Bund bedurfte der Fürsten, um dem Reichsregiment begegnen zu können. Seine Macht war ebenso



Georg von Frundsberg.

revolutionär, wie die der von ihm bekämpften Reichsritterschaft. Wohl schied diese nun aus der Opposition aus, aber die übrigen Kräfte von Stadt und Land blieben in ungeschwächter Bewegung. Noch immer war die Frage: wird die Zentralregierung sich behaupten, wird sie die Macht besitzen, das Wormser Edikt zu modifizieren, oder fallen lassen, oder wird man über alles hinweg auf die Sache selbst losgehen?

Im Spätherbst 1522 traten die Stände in Nürnberg zusammen. Es handelte sich einmal um die Türken, dann um die Existenz des Regiments. Eine Reform des Reichskriegswesens stand auf dem Programm. Sie sollte durch einen allgemeinen Reichszoll ermöglicht werden. Städte und Fürsten lagen im Kampfe mit einander. Das Regiment war in erster Linie eine kurfürstliche Vertretung. Mit ihm waren die Städte unzufrieden. Sie verlangten Teilnahme an der Beratung, Beseitigung der Wegelagerer, Aufhebung der Zölle und sonst noch mancherlei. Die Fürsten aber wiesen die Städte ab. Um so mehr sträubten sich diese nun gegen den geplanten Reichszoll. Eine leidenschaftliche Opposition erhob sich gegen denselben. Der kommerzielle Egoismus der Städte loderte hoch empor, um so mehr, als zugleich durch eine Verordnung des Regiments gegen die großen Kaufmannsgesellschaften vorgegangen wurde, welche bezweckte, die Konkurrenz der kleinen Kaufleute zu ermöglichen und so der Willkür in der Preissteigerung ein Ende zu machen. Das Gefühl, daß die Großkapitalisten ein Räuberhandwerk trieben, daß sie die Schuld an dem Ruin der kleinen Wirtschaften trügen, war ein allgemeines. So appellierten denn die Städte, „d. h. vor allem die Häuser Fugger und Welser“ an den Kaiser. Eine städtische Gesandtschaft ging nach Spanien. Karl V nahm die Zustimmung zur Erhebung eines Reichszolles zurück, er nahm ebenso den Beschluß gegen die Kaufmannsgesellschaften zurück. (August 1523). Die Möglichkeit, eine unabhängige Exekutivgewalt im Reiche zu errichten und mit ihrer Hülfe Ordnung zu schaffen, war damit abgeschnitten.



Das Fuggerhaus in Augsburg.

Dazu kam nun die lutherische Sache. Es war eine Majorität im Reichsregiment für Luther. Sie hatte bisher einen Rückhalt an der Reichsritterschaft und an den Städten gefunden. Die erstere lag in den letzten Zügen, die Städte gingen ihren eigenen Weg. Der neue Papst hatte mit dem Regiment zu unterhandeln begonnen. Noch im Dezember 1521 war Leo X gestorben. Im Januar folgte ihm Hadrian VI. Wir kennen ihn. Er war ein Deutscher, früher Professor in Löwen, dann Erzieher Karls V, dann wurde er in Spanien bei den Geschäften verwendet. Aber er war auch Dominikaner. Er wollte Reform und lebte wie ein deutscher Gelehrter auch als Papst. Die Hofhaltung des Mediceers verschwand. Tüchtige Männer zog er an sich heran. Er wollte vorwärts,

aber ihm entgegen stand die ganze Schar der Kurtisanen mit ihren Besitztiteln aus früherer Zeit. „Mit Generalmaßregeln war da nichts zu machen, man regelte also in einzelnen Fällen. Davon sah man draußen nichts oder sehr wenig. Und doch drängte es den Papst, vor die Nation hintreten und sagen zu können, die Reform sei im Gange. Sein Nuntius versprach dem Reichstag zu Nürnberg (1523) das Beste. Das war etwas Schönes und Großes für sich betrachtet, allein im Zusammenhang der Dinge, wie sie jetzt stehen, muß man sagen, daß aller gute Wille, alle Versprechungen zu spät kamen. Man glaubte der Kurie nicht mehr. Und so hatte das Entgegenkommen des Papstes den entgegengesetztesten Erfolg. Man hielt fest, was er sagte, aber man gab ihm nicht, was er wollte.“ Man erklärte (13. Januar 1523), es sei unmöglich, gegen Luther vorzugehen, die Bulle Leos X und das Wormser Edikt zu vollziehn. Es wurde an die Konkordate, an die Beschwerden erinnert. Luther sollte ruhig bleiben bis zum Konzil, aber das Evangelium sollte gepredigt werden. Die Sache des Evangeliums hatte sich längst von der Persönlichkeit getrennt und ging ihren eigenen Weg. Hadrian ist bald darauf gestorben. Aber wenn er auch länger gelebt hätte, mit der Reform wäre er doch nicht durchgedrungen. Der Widerstand, der ihm gegenüberstand, war zu groß. Eiferer, wie Dr. Eck, der damals im Auftrage der Herzoge von Bayern in Rom war, vermochten aus diesem Papste nicht genug herauszuschlagen. Eck rechnete bereits mit seinem Tode. Ebenso waren die Römer dem „deutschen“ Papste abgeneigt. Sie haßten ihn.

Die evangelische Bewegung floß mit den politischen Schicksalen der Nation zusammen. Das Streben des Reichsregiments, sich auf feste Füße zu stellen, stieß auf den stärksten Widerstand der Reichsstädte. Der Kaiser verwarf das Projekt, an dem das Leben der Centralregierung hing. Das Regiment hatte außerdem eine Anzahl Fürsten gegen sich. Die Opposition begann den Sturmlauf gegen das Regiment. Noch ehe es den Standpunkt über den Parteien erreicht hatte, sah es sich dazu verdammt, selbst Partei zu nehmen. Das war das Ende. Am 14. Januar 1524 wurde ein neuer Reichstag eröffnet. Die Parteien stellten sich zum Kampfe auf. Der Kurfürst von der Pfalz dachte an Abschaffung des Regiments, und das Reichsvikariat sollte an seine Stelle treten; der Bund wollte vom Regiment nichts wissen; die Fürsten wollten nur ein Regiment für andre, nicht für sich selbst und so fort. So kam es zunächst zu einer Neubesetzung, dann wurde der Sitz des Regiments nach Eßlingen verlegt. Hier ist es gestorben.



Papst Clemens VII.

Auf dem Reichstag erschien ein neuer Legat. Der päpstliche Stuhl war noch einmal von einem Medici besetzt: Clemens VII. Sein Legat war Lorenzo Campeggi. Der alte Zauber begann wieder. Der Legat wußte nichts von den Beschwerden, er wußte nichts von den Versprechungen Hadrians VI, er wußte nur, daß er auf Abstellung der Neuerungen dringen sollte. Aber wie? Das ging nur noch mit Gewalt oder gar nicht. Neben dem Legaten stand der Kaiser. Er war erzürnt über die Nichtbeachtung des Wormser Edikts. Die Reichs-



König Ferdinand I. im 29. Jahre
nach dem Kupferstichbildnis von Bartel Beham v. J. 1531.

städte hielten an seiner Verwerfung fest. So beschloß man, das Edikt auszuführen, soviel als möglich; ein Konzil sollte zusammentreten sobald als möglich; eine deutsche Synode sollte mittlerweile in Speier über die Neuerungen zu Rate gehen. Der Reichstag stand außerhalb der deutschen Verfassung, er war selbst revolutionär. Alles wankt, keiner weiß, woran er sich halten soll.

Zum zweitenmal war die politische Reformbewegung ohne Resultat verlaufen. Die Wandlung im Charakter der Städte hatte an diesem negativen Resultat den größten Anteil. In den Städten stand das Großkapital den kleineren Wirtschaften und dem Handwerk gegenüber. Das Kapital behauptete seine Uebermacht, aber der wunde Punkt war berührt worden. Es beginnt der Sturmlauf gegen die reaktionäre Macht der Kapitalisten von unten herauf. Die untere städtische Bevölkerung tritt in die Sphäre der Revolution. Es ist derselbe Boden, in den das neue Evangelium seine meisten Keime abgelagert hat. So vermischt sich die soziale Angelegenheit mit der religiösen. Die kirchlichen Interessen nehmen die Aufmerksamkeit aller in erster Stelle in Anspruch.

Eine Reformation war notwendig, aber nicht nur eine Reformation der Kirche, sondern ebenso der deutschen Verfassung. Man wollte aus der Zersplitterung heraus zu einem einheitlichen Leben. Das Volk verlangte danach. Diese Zersplitterung aber hatte der Kurie seither den größten Einfluß in Deutschland verschafft. Wir sahen wie dieser Einfluß zurückwich in den Zeiten eines Otto I, eines Konrad II, eines Friedrich I, wie ihm gegenüber eine nationale Erhebung selbst noch einmal unter Ludwig dem Bayer vorzudringen versuchte. Diese Zersplitterung zu erhalten, mußte das Bestreben der Kurie sein, und es war die Frage, ob sie auch jetzt dafür in Deutschland die notwendigen Anhaltspunkte finden werde.

Rom und die deutschen Fürsten haben das deutsche Kaisertum geknebelt. Im Bunde mit Rom waren die deutschen Fürsten mächtig geworden. Rom wollte das nicht, es wollte nur Unterwerfung der deutschen Kirche, damit die Unterwerfung Deutschlands selbst. So

mußte es mit dem weltlichen Fürstentum um die geistlichen Fürstentümer in Konkurrenz treten, denn das geistliche Fürstentum stand dem weiteren Wachstum des weltlichen Fürstentums entgegen. Zwei Wege gab es, dieses Wachstum zu befördern: entweder Beseitigung des geistlichen Fürstentums und Säkularisation, oder Eroberung des geistlichen Fürstentums in der Weise, daß man Fürstensöhne zu geistlichen Fürsten machte. Dem letzteren standen die adeligen Domkapitel sehr im Wege. Trotzdem setzte das Fürstentum seinen Willen durch. Der Adel geriet dadurch in Opposition gegen Fürstentum und Papsttum. So weit war man bis jetzt. Man stand vor dieser Frage. Es hing nun lediglich von Machtverhältnissen der weltlichen Fürsten ab, ob sie in der zweiten Weise, ob sie selbständig gegen Rom, oder auf dem Umwege mit Rom zur Unterwerfung des geistlichen Fürstentums zu gelangen suchen würden. Und da fällt unser Blick auf Bayern.

Hier hatte die Kirche mehr als die Hälfte des Landes in Besitz. Alle Bemühungen der Herzoge, das geistliche Fürstentum in Abhängigkeit zu erhalten, waren seit dem Sturze Heinrichs des Löwen erfolglos geblieben. Der Gedanke aber blieb lebendig. An eine Ausführung auf dem direkten Wege der Säkularisation war nicht zu denken. Dem stand nicht nur im Innern der Adel, sondern auch von außen Habsburg im Wege. Das würde nie eine derartige Machterweiterung Bayerns zugegeben haben. Auch an einen Anschluß an andere Fürsten war nicht zu denken. Bayern stand im Gegensatz zu den oligarchischen Bestrebungen der Kurfürsten, es stand innerhalb der Nation vollkommen isoliert. So blieb nur der Weg über Rom. Die religiöse Angelegenheit ward mit den politischen Angelegenheiten in Bayern verquickt. Zuerst begehrten die Herzoge das Recht der Klostervisitation und -reformation. Leo X, der die Bulle bereits hatte anfertigen lassen, starb darüber. Die Wendung der lutherischen Sache zur sozialen machte die Herzoge aufmerksam. Der Adel in Rebellion, sein Programm ging gegen die Fürsten, der Professor Eck warnte vor den lutherischen Ketzern, die den Ungehorsam gegen die Obrigkeit, Empörung und Aufruhr predigten. Bei Leo X hatte er mit Geld nachhelfen können, bei Hadrian VI war nur etwas zu erreichen, wenn man heiligen Eifer für die wahre Religion darzuthun vermochte. Als Eck später nach Rom ging, wurde er beauftragt, dem Papste den Eifer der Herzoge gegen Luther „wohl auszustreichen und einzubilden." Vom 5. März 1522 stammt das erste bayerische Religionsmandat. Bei seiner Abfassung und raschen Veröffentlichung hatte bereits die Eifersucht zwischen weltlicher und geistlicher Macht mitgespielt. Die Herzoge versuchten so, einem Eingreifen der letzteren, wie es der Erzbischof von Salzburg Matthäus Lang angekündigt hatte, zuvorzukommen und vorzubeugen. Dem Mandate wurde während des Jahres 1522 nur in sehr beschränkter Weise Folge gegeben. Eine energische Verfolgung der Ketzer knüpfte sich zunächst nicht daran, und die Herzoge behielten sich in jedem Falle die Entscheidung vor. Im Herbst 1522 brach Eck nach Rom auf. Aber wegen der Pest kehrte er in Trient um. Vom Nürnberger Reichstag schrieb Herzog Ludwig am 6. November 1522 über eine Zusammenkunft mit dem päpstlichen Legaten Chieregato: Der Papst sei gutes Willens gegen Bayern und ob es nicht gut sei, diese Stimmung zu benützen? Er erinnerte an die ausgebliebene Erlaubnis der Klostervisitation, „die Aebt zu setzen und zu entsetzen außerhalb der Ordinari," und was noch weiter in Betracht zu ziehen sei. Im Februar 1523 wirkte ein bayerischer Bevollmächtigter für die Ernennung des Herzogs Ernst, Ministrators des Bistums Passau, zum Coadjutor des kranken Bischofs von Eichstätt. Im März erschien Eck in Rom. Seine Instruktion bezog sich namentlich auf die Klosterreform und auf die Unterstellung der bayerischen Geistlichkeit unter ein Gericht heimischer Prälaten. Die bischöfliche Jurisdiktion sollte damit eingeschränkt werden. Im Juni erhielten die Herzoge die Vergünstigung, den fünften Teil der Kircheneinkünfte auf ein Jahr zur Bekämpfung der Glaubensfeinde zu erheben. Andere Begünstigungen, so auch die Erlaubnis, die Gerichtsbarkeit über die Geistlichen, den Ordinarien zu entziehen, folgten. Wohin die Pläne gingen, geht aus der Mahnung Ecks deutlich hervor, über die Vorkehrungen der Herzoge gegen die Lutherischen zu berichten, um den zurückhaltenden Papst den Herzogen williger zu machen. Ebenso sollte über Fälle von Nachlässigkeit der Bischöfe berichtet werden, damit sich also die Notwendigkeit, von weltlicher Seite einzuschreiten, ergebe. Auch gegen die Ketzer ging

man nun kräftiger vor, aber es war dabei auch darauf zu sehen, daß Bayern keine Sonderstellung einnehme und durch seine Strenge in Verruf komme. Am 14. September 1523 starb Hadrian VI. Eck hatte die Aufgabe, die erteilten Vergünstigungen von dem Nachfolger, Clemens VII bestätigen und womöglich erweitern zu lassen. Man kam ihm zu Hülfe mit einer Schilderung der Fortschritte der Ketzerei und dem Hinweis, wie und daß man bereits mit Strafen, selbst mit der Todesstrafe in Bayern dagegen eingeschritten sei. So kehrte Eck zurück (Februar 1524) mit der Ermächtigung, die Besteuerung der Geistlichkeit zum Zweck des Türkenkriegs noch weitere drei Jahre vornehmen zu dürfen.

Auf dem Fuße folgte dem bayerischen Gesandten der päpstliche an den Nürnberger Reichstag, Lorenzo Campaggi. Wir hörten, daß der Legat mit seinen Wünschen nicht durchdrang, daß beschlossen wurde, ein Nazionalkonzil solle einstweilen in Deutschland Ordnung zu schaffen suchen. Die bayerischen Herzoge hatten an diesem Beschlusse mitgearbeitet. Es trat uns vor Augen, wie der alte Kampf um die Territorialeinheit hier seine Fortsetzung fand zunächst in der Zurückdrängung der geistlichen Herrschaft von herzoglichem Gebiet. Nun aber trat der Legat jenem Beschlusse eines Nationalkonzils entgegen. Er kam auf den Gedanken, mit einer Einigung der katholisch gesinnten Fürsten zuvorzukommen. Erzherzog F e r d i n a n d hatte die Hand im Spiele. Der Papst gab seine Einwilligung, und zum 24. Juni ward der Konvent nach Regensburg berufen. Es wurde da die Reformation des geistlichen Standes und die Ausführung des Edikts verhandelt. Zuerst hatten die bayerischen Herzoge abgelehnt zu erscheinen, da auf dem Wege eines Bundes mit den Bischöfen, wie es hier geplant war, ihrer Territorialpolitik, welche die Unterwerfung des Klerus verfolgte, keine Förderung geboten wurde. Nun erschienen sie doch neben dem Erzherzog Ferdinand und einer Anzahl süddeutscher Bischöfe und schlossen sich den am 6. Juli erfolgten Abmachungen in ihrer Weise an. Was die Reformation des Klerus betrifft, so ward durch diesen Konvent nichts gebessert. Es dürfte dies um so weniger wunderbar erscheinen, als selbst unter diesen dem Namen nach Gleichgesinnten die Religion die politischen Interessenunterschiede nicht zu überbrücken vermochte. Man hat diesen Konvent als den Ursprung der Spaltung der deutschen Nation hingestellt. Es erscheint uns vielmehr als das Resultat einer seit Jahrhunderten eingeleiteten Entwicklung, da es wohl kein Zufall sein dürfte, daß gerade diejenigen Elemente hier vertreten waren, welche einst schon gegen den Welfen Heinrich den Löwen eine kompakte Opposition gebildet hatten. Die Gegensätze in der deutschen Entwicklung sind alt und festgewurzelt. Daß sie da sind und bald so bald anders in die Erscheinung treten, will nichts sagen. Es ist nur die Frage, ob sie sich auch jetzt noch mehr befestigen oder aber noch einmal in einer höheren Einheit zusammenschließen sollen? Das letztere scheint uns seit dem Konvent das Unwahrscheinlichere, denn er rückte der Gegenpartei den Gedanken nahe, auch ihrerseits ein größeres allgemeines Interesse obenan zu stellen und über die Nebeninteressen dominieren zu lassen. Indem man den Plan einer a l l g e m e i n e n Vereinbarung auf einem Nationalkonzil fallen ließ, wuchs mit den Bestrebungen der einzelnen Fürsten die allgemeine Anarchie.

Die Organisation von oben blieb aus. So setzte naturgemäß das Streben zur Organisation von unten ein. Die Fürsten stellten sich derselben entgegen, oder begünstigten sie, jenachdem. Wie sich in Bayern dieser Organisationsgedanke aussprach, haben wir gesehen. Die Not des Klerus verschaffte den Herzogen Einfluß auf die ihnen bisher vollkommen abgesperrten geistlichen Güter. Konsolidierung und Emanzipation der weltlichen Fürstenmacht — das war die Form, in welcher der Reformationsgedanke in Bayern Eingang fand. Die wirklich religiöse Form blieb hinter der Bedeutung dieses politischen Schrittes weit zurück. In Sachsen haben wir die Aktion aus einem produktiven, selbstständigen Leben heraus, in Bayern kommt es zur Reaktion, die nicht minder auf einem eigenartigen, wenn auch mehr negativ sich äußernden Volksleben beruht. „Eben damit aber riß man sich von der großen freien Entwicklung los, in der die deutsche Nation begriffen war,“ sagt Ranke. Bayern kann in die deutsche Entwicklung erst wieder fördernd eintreten, wenn es im obersten Rate der Nation eine vollgültige Stimme zurückgewonnen hat.

Nun vereinigte sich der Kaiser mit dem Papste zur Verhinderung jenes geplanten Nationalkonzils in Speier. Er verbot die Versammlung geradezu. Demgegenüber sehen wir die Städte auf einem Städtetag zu Speier und auf einem zweiten zu Ulm sich vereinigen — gegen das Wormser Edikt und für das Evangelium.

Aber auch eine andere Organisation setzten in der Zwischenzeit ein. Mit einer rein geistigen, äußerlich nicht erkennbaren Gemeinschaft begnügt sich eben das Leben nicht, welches zu körperhaften Formationen zwingt. Auch Luther mußte es erfahren. Der Widerstand der alten Kirche zwang die junge Kirche, sich einen Körper zu schaffen. Das ging wieder nicht ohne Widerstand von der Gegenseite, und dieser Widerstand reizte zu Ueberschreitungen und Gewaltthätigkeiten auch von Seite derer, die glaubten, mit der Macht des Wortes und der Wahrheit allein auskommen zu können. Aber gerade als man zu Formationen vorschritt, zeigte es sich, daß man mit dem vorhandenen Material lange nicht genugsam gerechnet hatte. War auch eine allgemeine Stimmung zu Neubildungen vorhanden, so genügte diese Stimmung doch bei weitem nicht, um die Gesinnung aller zu einer derartig reinen und „evangelischen" umzuwandeln, daß es hätte gelingen können, dem reinen Gedanken die reine Form zu geben. Alte Leidenschaften und Neigungen drängten mit ein und forderten Berücksichtigung, und so kam es, daß keineswegs rein religiöse oder nur Motive der Nächstenliebe in dieser Umwandlung sich bemerkbar machten, sondern mit einem Rigorismus, mit einer barbarischen Grausamkeit oft jene Grundsätze durchgeführt wurden, die sich in der Theorie ganz anders dargestellt hatten. Widerstand gebiert Widerstand, und Gewalt gebiert Gewalt, und zwar immer und ausnahmslos, wenn ein Gedanke ausgeführt werden soll, für dessen Aufnahme die Menge in keiner Weise genügend vorbereitet ist. Unter dem Kreuzfeuer der Päpstlichen und Radikalen, der Schwärmer und Anarchisten ward die evangelische Kirche geboren. Es ist kein Wunder, wenn ihr Charakter bei diesen Umständen kein reiner, in sich geschlossener zu werden vermochte. Jene Geistergemeinschaft sollte erst geschaffen werden. Sie war noch nicht vorhanden. In den deutschen, zumal oberdeutschen Städten setzte Bewegung mit Macht ein. Man reformierte und organisierte. Der Terrorismus der Menge, der Fanatismus der Prediger spielten dabei ihre Rolle. Insofern nun die Städte groß oder klein sind, war die Sache verschieden. In großen Städten war die weltliche Obrigkeit meist mächtig. In kleineren Städten aber war die Bürgerschaft nicht zufrieden mit einem mäßigen Nachgeben des Rates, sondern der Rat mußte sich fügen, da die Prädikanten dort an der Spitze standen. So ging es in den Jahren 1523 und 1524. Im Sommer 1524 drang die Bewegung über die Städte hinaus auf das Land, sie flutete zusammen mit einer sozialen und politischen Bewegung und brachte dieselbe zum Ausbruch. Es ist dieselbe Zeit, in der Landgraf Philipp von Hessen für das Evangelium gewonnen wurde, es ist dieselbe Zeit, in der auch Zwingli in Zürich den Sieg über die radikalen und wiedertäuferischen Elemente errang. (Oktober 1524.)

„Es ist so, daß die Elemente der Gährung keineswegs alle lutherisch sind. Luther steht zwar obenan, seine Schriften werden überall gelesen, sie wecken Beifall und Widerspruch, aber der Ton seiner Schriften ist ein andrer gegen früher: sie reizen nicht nur, sondern reizen auch auf." Der polemische Zug wird immer stärker in ihnen. Es handelt sich aber nicht nur um die Religion. Soziale, politische Elemente spielen mit. Auch ohne Luther wäre es zur Revolution gekommen, aber die Vermengung mit der kirchlichen Bewegung trug die revolutionären Gedanken überallhin. „So konnte es nicht ausbleiben, daß bei diesem beständigen Schwanken der Verhältnisse alle nicht fest organisierten Kräfte der Nation in eine fieberhafte Bewegung gerieten. Der Erhebung der Reichsritterschaft vom Jahre 1522 folgte Ende 1524 eine solche der Bauern. Die Vertreter der radikalen kirchlichen Richtung, welche von Luther bekämpft, von Fürsten und Städten zurückgewiesen wurden, wandten sich an die Bauernschaften, und ihre Predigten fielen auf einen fruchtbaren Boden. Die kleinen Stadtgemeinden und Dörfer zwischen Bodensee und Schwarzwald füllten sich mit wiedertäuferischen Elementen."

Sehen wir auf die Lage der Bauernschaft, auf den Gang der Bewegung: Reformation sollte sein, aber Reformation nicht an sich selbst, sondern am andern! Das war

der allgemeine Spruch. Es ist der Spruch einer durch den Egoismus blind gewordenen Gesellschaft. So wich die Reformation, da sie nirgendwo Fuß zu fassen vermochte, abwärts, aus den obern Ständen zu den untern, sie begann von unten hinauf, d. h. sie ward zur Revolution, an die Stelle der nationalen Arbeit trat die radikale. Sehen wir auf den Bauer selbst, so war er nicht der Mann, wie er es heute noch meistens ist: ein simpler Unterthan, der arbeitet und schweigt, der von seiner Arbeit und seinem Stumpfsinn nur Sonntags erwacht, um der Sammlung, dann aber auch der Fröhlichkeit und Ausgelassenheit in Kirche und Wirtshaus ein Opfer zu bringen, sondern der Bauer von damals „war ein Mensch, der den Kopf in die Höhe streckte, keck, hoffärtig, aufmerksam, voll Witz und Grobheit, ein Gegenstand der Satire." Nur in den Bergen und den weiten Bauernebenen Hinterdeutschlands hat sich der Schlag noch teilweise erhalten. In dem damaligen Bauer lebte keineswegs das ausgebildete Bewußtsein von dem Recht der Herrschaft und Obrigkeit, sondern er kannte auch noch sein eigenes Recht. Hierin war er vielfach verletzt worden, er fühlte, daß es mit seinem Rechte abwärts ging, daß er zum Sklaven werden solle. So war die Lage, als er durch das Landsknechtswesen wieder mit den Waffen vertraut wurde, als er eine Ahnung seiner Stärke erhielt. Der passive Widerstand ward zum aktiven, die Erinnerung an die alte Freiheit ward lebendig, er fühlte nicht, daß er sich gegen die Obrigkeit erhob, sondern meinte, mit Gleichen und Gleichberechtigten um sein Recht verhandeln zu können. Der gesunde Menschenverstand bewaffnete sich in der Bauernschaft. — Ein zweites Moment ist das Verhältnis der Bauernschaft zu den Städten. Wir sahen früher (vgl. Bd. II.), wie die städtische Entwicklung durch den Krieg mit den Fürsten und dem Adel aus ihrer natürlichen Bahn hinausgeworfen wurde, sie ward vom Lande abgeschnitten. Dieser Versuch, das freie Land zu gewinnen, setzte unter den verschiedensten Formen immer wieder ein. Jetzt hatte sich im Charakter der süddeutschen Städte selbst eine Wandlung vollzogen. In den kleineren Städten behauptete sich der demokratische Charakter, in den größeren lag die untere Bevölkerung im Kampf mit dem Großkapital. Das letztere suchte und fand seinen Rückhalt im Fürstentum, die erstere sah sich zu ihrer Verstärkung naturgemäß auf das Land angewiesen, ebenso wie sich den Großstädten gegenüber die kleineren Städte nur lebendig zu erhalten vermochten, wenn sie den Weg zur Landbevölkerung fanden und erschlossen. Wir haben also einen großen Bruchteil der städtischen Bevölkerung, der mit dem Lande sympathisiert, einen weit kleineren,



Landsknechte.

der zur fürstlichen Aristokratie hinneigt. Dazu kam jetzt das Evangelium. Seit 1523 war die evangelische Predigt allgemein in den Städten Oberdeutschlands. Diese Predigten schlossen weltliche Elemente in sich. Das Evangelium erhielt eine direkte Beziehung zu den weltlichen Dingen, bei Luther sowohl, wie bei seinen Gegnern. Die Radikalen sprachen von allgemeiner Umwälzung. Von ihnen bis zu Luther ging eine ganze Stufenleiter, wie von ihm wieder eine solche bis zu den Konservativen und Altgläubigen. Die Verwerfung des Zehnten, des Wuchers u. s. w. wurde in diesen Predigten vielfach behandelt. Wünsche der allerweitgehendsten Art verbanden sich damit. Die Phantasie des gemeinen Mannes wurde davon ergriffen. Wenn alle diese kostbaren Dinge im Evangelium gefördert werden, warum haben wir sie nicht?" Das ganze Oberland geriet in Gährung in der gleichen Zeit, als die Zentralregierung auseinanderbrach.

Auf dem Hohentwiel saß der vertriebene Ulrich von Württemberg. Frankreich sollte ihm helfen, sein Land wieder zu gewinnen. Jetzt fielen seine Blicke auf die Bauernschaft. Er glaubte, seine Zeit sei da. Seine Nähe hielt die Kräfte des schwäbischen Bundes gefesselt, der ihn vertrieben hatte. Ebenso machte sich in der Schweiz eine den Bauern günstige Bewegung bemerkbar. So gewann die Bewegung in Oberdeutschland Zeit, sich auszubreiten. Mit dem Jahr 1525 griff sie aus, das ganze Land zwischen Lech und Donau bis zu den Höhen der Alpen war mit aufrührerischen Elementen bedeckt. Das Allgäu, das Ries, das ganze Gebiet an der heutigen Eisenbahn Ulm-Friedrichshafen war voll von Gährung. Die Organisation begann. „In Memmingen kam es zu der sogenannten christlichen Vereinigung, Ordnungen wurden gegeben über Frieden und Recht, über die Verhältnisse untereinander und nach außen. Im Laufe des März gingen die Gesandtschaften zwischen Memmingen und Ulm, dem Sitz der Bundesregierung. Die Abfassung der zwölf Artikel fällt in diese Zeit. Wir stehen in der Mitte des Monats März. Damals erließ das Bauernparlament in Memmingen diesen ersten hochwichtigen Parlamentsbeschluß."

Ein zweiter Unterschied gegen früher ist nun, daß sich die Bauern auf das Evangelium beriefen. Das Evangelium gewann damit für die Bauern eine ungeheure Bedeutung. In den zwölf Artikeln wurde die freie Wahl der Pfarrer für die Gemeinden verlangt, dann die Aufhebung der kleinen Zehnten, der Leibeigenschaft und Frondienste, der übermäßigen Zinsen, der hohen Gerichtskosten, des Todfalles; dann wurde die Freigebung der Jagd und Fischerei gefordert, die Herausgabe aller nicht durch Kauf erworbenen Wälder an die Gemeinden. Im April griff der Aufstand nach Franken und Schwaben hinüber, nach dem Elsaß, dem Oberrhein, nach dem Thüringer Wald und dem Harz. Aber mehr als an dieser Ausdehnung lag einstweilen an der Ausdehnung nach Süden. Hier stand der schwäbische Bund, an seiner Spitze Bayern. Wenn es gelang, diese Gebiete mit fortzureißen, war an einen Widerstand nicht mehr zu denken. Aber wir kennen die Lage der bayerischen Bauernschaft. In dem bayerischen Gesamtleben hatte sie der neuen städtischen Kultur Stand zu halten vermocht, ihre Lage war keineswegs eine verzweifelte, wie im nachbarlichen Schwaben; in dem Kampfe mit Kaiser Maximilian war der Gegensatz des bayerischen Volkes zu Oesterreich deutlich zu Tage getreten, der Anschluß an Wittelsbach war gerade in der letzten Zeit dadurch inniger geworden, daß die Herzoge, wie wir auf den Landtagen sahen, Fürsprecher des gemeinen Mannes wurden; all diese entgegenstehenden moralischen und materiellen Mächte vermochten das alleinige Eindringen evangelischer Lehren und Anschauungen nicht zu überwältigen, zumal auch dem weitaus größeren Teile des Volkes das Streben der Reformatoren ein vollkommen unverständliches blieb. Es fehlte eben an den natürlichen Vorbedingungen zu einem solchen Verständnis. Und so haben wir denn hier das seltene Schauspiel, daß die Bauernschaft selbst gegen ihre Standesgenossen bei der Fahne der Fürsten blieb, aber wir haben damit auch einen charakteristischen Beleg dafür, daß Ideen und Predigten allein noch keine Revolution machen, sondern diese vielmehr das Produkt unhaltbarer sozialer und ökonomischer Verhältnisse ist. Am Peißenberg erhoben sich die bayerischen Bauern, um dem Eindringen der schwäbischen Bauernscharen mit Hilfe ihrer Fürsten zu wehren. Also Bayern stand fest, fest in der allgemeinen Auflösung, Bayern allein. Denn nach Oesterreich, Tirol und Salzburg flammte der Aufruhr

hinüber, wie nach Mitteldeutschland bis in die Thäler des Erzgebirges. In Norddeutschland kam es nur zu vereinzelten Ausbrüchen. An Bayern lehnte sich der schwäbische Bund. Hier war eine bewaffnete, widerstandsfähige Macht. Georg Truchseß von Wald-



Götz von Berlichingen.

burg durchzog Schwaben. Wenn das Heer geschlagen würde, hielt nichts mehr in Oberdeutschland, auch in Bayern nicht. Es kam dann zu einer allgemeinen Ueberschwemmung wie einst in Böhmen. Das waren die Aussichten Ende April und Anfangs Mai. Bisher haben wir zwei Stufen durchlaufen. Auf der ersten waren die Ziele dieselben, wie seit langer Zeit: Besserung der allgemeinen Lage des Bauernstandes. Auf der zweiten kamen allgemeine Forderungen, nicht radikal, aber sehr eingreifend, daneben das Evangelium.

Ein sozialer Umschwung stand bevor. Auf der dritten Stufe betreten wir das Gebiet der allgemeinen Politik. Das fällt zusammen mit dem Uebertritt der Bewegung nach Franken. Da wird eine allgemeine Reformation durch die Bauernschaft geplant. Die zwölf Artikel werden weit übergriffen.

Als am 11. April die Grafen von Hohenlohe auf dem Grünbühl den Bauern gegenüberstanden, wiesen diese Schiedsgericht und alle Vergleichsanträge zurück und betonten, nichts haben zu wollen, als was derselbe Haufen und diese Bauernschaft beschließt. Ein souveräner Wille, der von der Bauernschaft ausgeht: Wohin führt das? Wohl sind Ritter unter ihnen, so Götz von Berlichingen, Reste der alten Sickingischen Partei; wohl steht die Bürgerschaft der Städte hinter den Bauern; aber das alles genügt nicht. Man redet von Vertreibung der Pfaffen und Mönche, von allgemeiner Säkularisation. Dem entgegen macht sich im Taubergrund und im Odenwald eine gemäßigtere Stimmung geltend. Man will da nur die bereits errungenen Güter für das gemeine Wohl aufbewahren. Der Gedanke an durchgehende Organisation tritt in den Vordergrund. Ein durchgreifendes Programm zu einer neuen Reichsverfassung wird in Franken aufgestellt. Die Zukunft wird in's Auge gefaßt. „Fragen tauchen auf nach Behandlung der großen Fürsten, nach der Anlage der Eroberungen, nach Entschädigungen für diejenigen, welche Verluste erlitten, nach einer doppelten Vertretung des Volkes. Soll neben der allgemeinen Vertretung eine Vertretung der Fürsten und Edeln zugelassen werden? Dem Reformgedanken liegt eine allgemeine Säkularisation zu Grunde. Abschaffung der Steuern wird beschlossen; den Fürsten und Herrn soll die Gerichtsbarkeit genommen werden, mit den römischen Pfaffen sollen die römischen Juristen weiterwandern; der gemeine Mann soll in direktem Verbande mit dem Kaiser stehen. Das ist radikal. Aber wie kommt der Bauer zu solchen Gedanken? Gedanken, die in der Mehrzahl sehr lebensvoll sind, Gedanken von großer Güte und Tiefe, Gedanken, wie sie die neueste Zeit meist zur Wirklichkeit gestaltet?“

Da stoßen wir denn neben Wendel Hipler, dem Organisator, dem Manne der Mäßigung, auf eine Broschüre vom Jahre 1523, die sogenannte „Reformation des Kaisers Friedrich.“ Unter diesem historischen Pseudonym verbirgt sich ein andrer Verfasser. Es ist dies bezeichnend für die Bestrebungen und das Denken einzelner Neuerer. Aber wir sehen, wie neue Gedanken in's Volk gedrungen sind, weit idealer, aber auch weit reeller als die Phantasien eines Ulrich von Hutten. In Schwaben und Franken also sehen wir die Bauern wenig mit mystischen Elementen durchtränkt. Sie steuern auf reale Ziele los. Die religiöse Frage spielt nur soweit hinein, als man die Wahl der Pfarrer verlangt und das Recht, sie abzusetzen. Anders in Thüringen. Da ist Thomas Münzer unter die Bauern gefahren. Er ist in Böhmen gewesen und anderswo. Aber überall hatte er weichen müssen. Er ist Mystiker. Zu Luther steht er in direktem Gegensatz. Jetzt schlägt er in Mühlhausen an der Unstrut sein Lager auf. Zwei Bewegungen gehen neben einander her, die eine sozial, die andere religiös und mystisch. „In Franken denkt man an Deutschland, in Thüringen an die Welt, dort national, hier radikal kosmopolitisch.“ Es ist derselbe Gegensatz wie einst zwischen Prag und den böhmischen Bauern, dort die nationale städtische, hier die aus der Natur zum allgemeinen Menschentum strebende kindliche und naive Denkweise. Wie wird sich Luther dazu stellen? Er hatte sich um rein Weltliches bisher nicht gekümmert. Sein Bund mit dem Adel ward zerbrochen, als er die politischen Ziele desselben zu erkennen glaubte. Er hatte mit der weltlichen Obrigkeit paktiert und war zum Mann des passiven Gehorsams geworden. Daß er einst an die Gewalt appelliert hatte, daß er gegen die Fürsten losgefahren war, daß er selbst anfänglich noch für die Forderungen der Bauern und für Unterhandlungen eintrat, hatte, wie er glaubte, eine andere Ursache. Jetzt hatten die Bauern zur Gewalt gegriffen, Rohheiten, Unthaten, Bestialitäten verübt. Alle von Luther bekämpften Schwarmgeister waren in ihren Reihen, und so schrieb er wider die räuberischen und möderischen Bauern und rief die Obrigkeiten zum Schwerte. Im Mai brach der Sturm los. Bei Frankenhausen, im Elsaß, bei Würzburg, bei Sindelfingen, bei Königshofen, Sulzdorf und Ingolstadt schlugen die Fürsten und der schwäbische Bund auf die Bauern. Es wurde furchtbar

gemetzelt, gemordet, geschlachtet. Im Juni war alles vorbei. An hunderttausend Bauern waren erschlagen.

Noch einmal hatte der deutsche Bauernstand zu den Waffen gegriffen. Er rang nach einer neuen sozialen Stellung. Da traf ihn eine furchtbare Katastrophe. Alles politische Treiben und Denken hatte sich von den obern Ständen zurückgezogen in diese Massen des Volkes. Das brachte die Gedanken vor, wie es konnte, voll Egoismus, voll mystischer Dunkelheit. Es zog den kürzeren. Damit war alles zu Ende. Der deutsche Geist war in seiner letzten Zufluchtsstätte erschlagen worden. Das war ein großes Unglück. Denn die Nation wurde in ihrem politischen Treiben stumpf und trüb. Die Politik blieb auf enge, allein herrschende Kreise beschränkt. „Wir treten aus der Zeit der Volksbewegungen in die Zeit der Haupt- und Staatsaktionen." Der fürstliche Partikularismus blieb, obschon gegen ihn die ganze Bewegung eigentlich ging. Die Geschichte wird zur Fürstengeschichte. „Der deutsche Adel trat von da an immer mehr in das wirtschaftliche Leben ein; er baute die zerstörten Burgen nicht wieder auf — sie stehen noch heute als Ruinen auf dem ganzen Gebiet der bäuerlichen Bewegung — aber er zog in seine Pachthöfe hinab und trat seitdem den Bauernschaften mit dem vollen Bewußtsein und der Rücksichtslosigkeit seiner herrschenden Stellung gegenüber. Die Lasten des Bauernstandes wurden noch höher gesteigert, er versank in die vollständige Passivität und Barbarei einer an die Scholle gebundenen Arbeiterschaft."

Betrachten wir die Dinge im Zusammenhang, so sagen wir, es mußte so kommen. Die Kluft der Stände war zu groß, um sich überbrücken zu lassen, der Geist des Volkes zu sehr vernachläßigt, als daß er nun, da die Lebensnot unabweisbar an ihn herantrat, hätte nachholen können, was so lange versäumt worden war. Aber abstrakt betrachtet, war es denkbar, daß die Bauern Fuß gewannen in der deutschen Verfassung. Dadurch aber, daß nur die allerwenigsten den Begriff einer idealen Gewißheit zu fassen vermochten, kam es zu dem Anstreben der realen Gleichheit. Lauter Bauernhäuser! Es war das natürliche Ergebnis einer Revolution von unten. Wir fragen, warum kam es so? Und da fällt unser Blick auf die Elemente, welche nach der Bewegung ihren alten Platz behauptet hatten, vor allem auf Luther und die Obrigkeiten. Wir sahen, wie Luther zum Reaktionär wurde. Besaß er eine höhere Einsicht, eine gesundere Autorität, es hätte ihm gelingen können, das Gute zu retten, das Verwerfliche zu bannen. So aber griff auch er zum Mittel der Mönche, zum Fanatismus der Reaktion. Er predigte den Totschlag. Warum hatten nicht statt eines Karlstadt, Storch, Münzer andere solidere Elemente die Führerschaft bei den Bauern gewonnen? Warum wartete man mit der Belehrung des Volkes, bis es zu spät, bis der allgemeine Brand entzündet war? Wir sehen, es fehlte an dem richtigen staatsmännischen Blick überall, überall an der Fähigkeit und Macht, positiv schöpferisch vorzugehen. Und weil man das nicht hatte, mußte man den Spieß umdrehen gegen die Unmündigen und totschlagen, die zu belehren man vergessen hatte. Ob man mit den Waffen eine Meinung zu behaupten oder zu bekämpfen versucht, ist wohl einerlei. Ein natürliches Recht dazu giebt es nirgendwo. Nur der Gegensatz von Not und Unwissenheit ist es, der die Waffe schafft und stets geschaffen hat. So ward das Werk der politischen Reform auf Gewalt gestellt, und indem Luther das billigte, vernichtete er selbst den wirklichen und ertragreichen Boden der religiösen Reform. Der gemeine Mann, das Volk mußte Träger der neuen Geistesrichtung werden. Daß es das nicht ward, sondern in Stumpfsinn und Apathie versank, hat Deutschland gespalten und zerrissen.

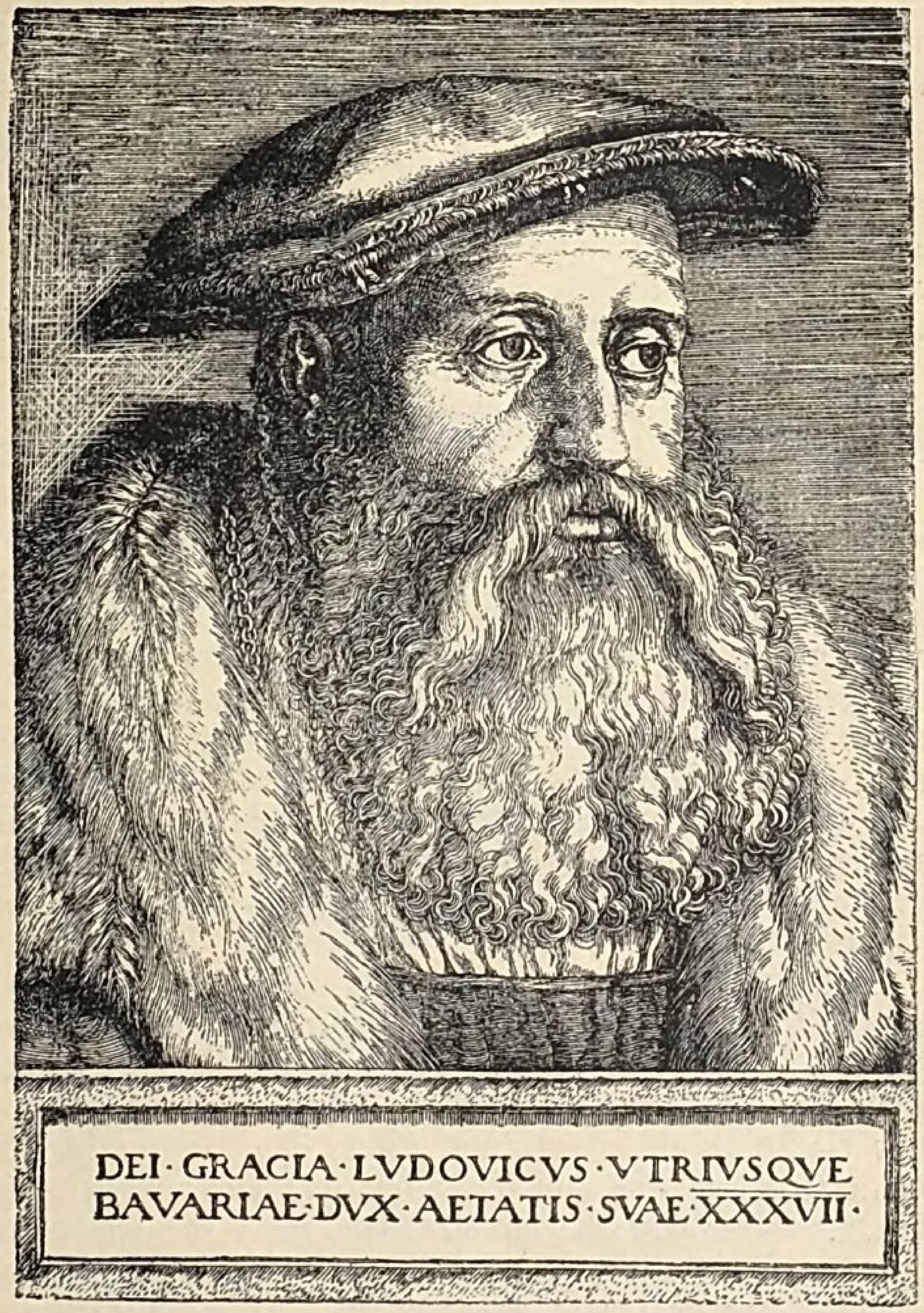
Während das Volk in Deutschland verblutete, erhob sich die Macht des habsburgisch-burgundischen Hauses zu ungeahnter Höhe. 1522 war Karl V Herr von Oberitalien. Es kam zu einer großen Combination der feindlichen Mächte gegen Frankreich. Selbst Karl von Bourbon wurde der Bundesgenosse Karls V. Aber vor Marsaille kam die siegreiche Bewegung zunächst zum Stehen. Man mußte zurück. Frankreich warf neue Truppenmassen nach Italien. Der Kampf begann abermals. Am 24. Februar 1525 wurde Franz I bei Pavia geschlagen und gefangen. Der Madrider Friede befriedigte Karl: er erhielt Mailand und die burgundischen Territorien Frankreichs. Ein Bund gegen die



Sebastian von Rotenhan verteidigt den Marienberg ober Würzburg gegen die aufrührerischen Bauern 1525.

Nach dem Gemälde von Schwoiser.

Türken gab der Einigung beider Herrscher Ausdruck. Das Glück des Kaisers schnellte auf einmal in die Höhe. Er glaubte alles erreichen zu können. Wir wissen aber, die Interessen Habsburgs sind nicht identisch mit denen des deutschen Volkes. Was Karl in Italien und Burgund durch die Hilfe seiner deutschen Verbündeten erlangte, war nicht für Deutschland, sondern für Habsburg gewonnen. Hier lag der lebendige Kern der deutschen Zukunft. Eine deutsche Macht mußte das Uebergewicht erlangen. Der Weg führte zur absoluten Monarchie. Dieses Ziel aber widersprach wie dem Ursprung des Reichs, so dem Geiste seiner Geschichte. Und so wird Habsburg auf diesem Wege, als Verteter der absoluten Monarchie mit dem Prinzip der aus dem Sonderleben zum Bundesleben strebenden deutschen Entwicklung in Konflikt geraten. Es ist natürlich, daß vor allem eine Macht das Wachstum Habsburgs mit sehr gemischten Gefühlen betrachtete: Bayern-Wittelsbach. Sie muß — die ganze geschichtliche Vergangenheit drängt darauf hin — dem territorialen Wachstum Habsburgs in Süddeutschland mit aller Macht entgegentreten. Dieser Zwang der Notwendigkeit dokumentierte sich bereits vollkommen während des Bauernaufruhrs in Tirol und dem Erzbistum Salzburg.



Herzog Ludwig von Bayern.

In Tirol duldete Erzherzog Ferdinand die vorläufige Säkularisierung des Bistums Brixen durch die Tiroler Landschaft. Er nahm es in die eigene Hand und ließ es bis auf weiteres verwalten. Die Stadt Füssen, bisher dem Bistum Augsburg gehörig, mußte sich dem Erzherzog ergeben; die Zillerthaler ließen von Salzburg und bekannten sich zu Ferdinand als ihrem Landesfürsten; das Stift Trient wurde für Ferdinand in Pflicht, Schutz und Schirm genommen; die Innthaler erboten sich, dem Erzherzog das Erzbistum Salzburg zu erobern. Da horchte man in Bayern auf. Man war nicht der Meinung, Salzburg so gutwillig fahren zu lassen. Der Kanzler Eck warnte zwar vor einem Kompromis mit der aufrührerischen Bauernschaft, allein der einmal angeschlagene Gedanke blieb lebendig. Als nun der in arger Bedrängnis sitzende Erzbischof Matthäus Lang von Bayern Hilfe begehrte, schlug man ihm dieselbe ab. Die Salzburger Bauern wollten von der Wiederherstellung der geistlichen Herrschaft nichts wissen, sie begehrten einen weltlichen Fürsten und dachten an einen Herrn von Bayern. Die Annahme war, es könne sich nur mehr um eine Verhütung der Säkularisation des Erzstiftes durch Oesterreich handeln. Einer Säkularisation durch Bayern aber stand ebenso Habsburg im Wege.

So beschritt man zunächst einen Mittelweg und versuchte, dem jüngsten der Brüder, Ernst von Passau, die Nachfolge in Salzburg zu verschaffen. Er sollte als Coadjutor an die Seite des bisherigen Erzbischofs treten. Auf diesem Wege glaubte Herzog Wilhelm den Erzbischof zur Abdankung und das Stift unter das Protektorat seines Hauses bringen zu können. Als sich nun Erzherzog Ferdinand in die Sache mischte, griffen die Herzoge auf die Salzburger Landschaft zurück. Im Einverständnis mit Bayern betrieb dieselbe die Absetzung des Erzbischofs und eine Neuwahl. Ferdinand aber durchkreuzte diese Pläne. Er wollte keinen Bayern in Salzburg, sondern selbst dort die Gewalt erlangen. Ein Plan, Salzburg zwischen Oesterreich und Bayern zu teilen tauchte auf. Da forderte Ernst in Bayern die Mitregierung, da eine Abfindung mit einem geistlichen Fürstentum, welches dem Untergang geweiht schien, nicht nach seinem Geschmacke war. Der Streit im eigenen Hause trieb Bayern auf die Seite des Erzbischofs zurück. Der schwäbische Bund, dessen Einmischung man bisher fern gehalten, sollte Bayern nun helfen, seine Pläne ganz oder teilweise durchzusetzen. Salzburg sollte in den Schutz des Bundes treten, von diesem aber die Oberleitung an Bayern übertragen werden. Ferdinand geriet ob dieses Vorgehens in den höchsten Zorn, aber Bayerns Pläne gingen dahin, neben der Coadjutorstelle für einen Wittelsbacher alle alten Zwistigkeiten beizulegen, ein Stück Salzburgischen Gebietes zu gewinnen, eine Summe Geldes und obendrein die Vogtei über das Erzstift selbst zu erlangen. Der Erzherzog war nicht imstande, seine Pläne durchzusetzen. Herzog Ludwig führte die Bundeshilfe herbei. Der Aufstand wurde beigelegt, der Streit wurde einstweilen dahin entschieden, daß Erzbischof und Kapital in ihre alten Rechte wieder eintreten, der Bund aber über die Beschwerden der Salzburger entscheiden sollte. Ein Wiederausbruch des Aufruhrs im folgenden Jahre endete mit blutiger Unterdrückung bei Radstatt (20. Juli 1526).

Aber auch ein andrer Gegensatz zwischen Bayern und Habsburg war in den Wirren dieser Zeit wieder lebendig geworden, der Gegensatz zwischen altem und jungem Fürstentum (vgl. Bd. II, 564 f.). Schon auf dem Nürnberger Reichstag 1524 war von bayrischer Seite der Versuch gemacht worden, die Einigkeit im Hause Wittelsbach wiederherzustellen. „Nur die Uneinigkeit der Linien Pfalz und Bayern habe das Haus Wittelsbach in eine so untergeordnete Stellung im Reiche und unter einen ‚nicht von gar so altem Stamme‘ gebracht.“ Der Gedanke an die Wahl eines römischen Königs tauchte auf. Die Herzoge Bayerns dachten an ihr eigenes Haus. Der König von Frankreich steckte dahinter. Aber Ferdinand trat auch hier neben Bayern. Er forderte seinen Bruder auf, ihn unverzüglich zum römischen König zu befördern. Merkwürdig ist die Furcht der österreichischen Partei vor der doppelten Eventualität, daß entweder die Massen einen König von Volkes Gnaden erheben oder die Kurfürsten eine Neuwahl betreiben würden. „Das deutsche Volk sei bereits von dem Gedanken erfüllt, daß jener Gebrauch, durch wenige käufliche Leute die deutschen Könige wählen zu lassen, abgethan, wenigstens die geistlichen Wähler entfernt werden müßten, und niemand wisse, ob nicht endlich, wenn es so fortgehe, dieser oder jener, auf die Stimmen der Massen und den Volkswillen gestützt, durch französische Hilfe und Ränke sich die königliche Krone aufsetzen werde.“ Fürwahr, Habsburg stand weiter vom Leben des deutschen Volkes entfernt, als man glauben möchte. Der Gedanke, sich selbst an die Spitze der demokratischen Bewegung zu stellen und sich von ihr zum Königtum emportragen zu lassen, kam Ferdinand nicht. Mit Geld und Intriguen zum Ziele zu kommen, war seinem fürstlichen Bewußtsein ein verständlicherer Plan. Einstweilen trat die Frage der deutschen Königswahl noch einmal zurück.

Es ist nur natürlich, wenn wir nach dem siegreichen Erfolge der Fürsten gegen den Aufruhr nun auch auf eine Mehrung strengerer Maßregeln gegen die Neugläubigen stoßen. Hatte man noch im Jahre 1523 mit Ausweisungen und Einsperrungen auszukommen versucht, so werden die Maßregeln jetzt ernster. Ein Webergeselle aus Ingolstadt wurde wegen seiner lutherischen Neigungen im Jahre 1523 ausgewiesen, das gleiche widerfuhr in jener Zeit andern. Das meiste Aufsehen aber erregte die Angelegenheit des Arsaiius Seehofer. Er war ein junger Mann. Zum Magister befördert begann er in seinen Vorlesungen zu Ingolstadt eine Propaganda für die lutherische Lehre, mit

der er in Wittenberg bekannt geworden war. Es kam zur Verhaftung, zum Verhör, aber Herzog Wilhelm behielt sich das Urteil vor. Er wies Seehofer das Kloster Ettal zum künftigen Aufenthalt an, nachdem er vor versammelter Fakultät Widerruf geleistet hatte. Aus Ettal ist Seehofer entflohen und hat dann später in Augsburg der Lehre Luthers seine Dienste gewidmet. Dieser Prozeß rief den Widerspruch auf der Gegenseite wach. Eine Frau, Argula von Grumbach, verdammte in Briefen an die Universität und den Herzog Wilhelm das Vorgehen gegen Seehofer; sie wollte es zur Disputation über die verdammten Sätze bringen. In Dietfurt predigte sie dem gemeinen Volk, aber ihr Gemahl verlor ihres Vorgehens halber die Stelle als Pfleger. Später ward sie aus Bayern verbannt. Noch in demselben Jahre 1523 floß in München das erste Ketzerblut. Ein Bäcker wurde wegen Ketzerei angeklagt und enthauptet. Weiter waren die Nachrichten über die Verfolgungen in Bayern gedrungen. Luther selbst griff zur Feder, Seehofer zu verteidigen. Der Ton der Schrift war ein ungemein gereizter. Wir erkennen, wie die Gegner immer weiter in's Extrem gerieten. Die verschärften Erlasse in Bayern, die strengere Handhabung derselben führten endlich dazu, daß man sich auch an Höherstehenden vergriff. Nicht nur an einen Bernhard Tichtel von Tutzing, einen Meßner Pankretz Schneider, einen Wagner Georg, einen Pfarrvikar Leonhard Käser, auch an einen Mann wie Aventin wagte sich der Fanatismus hinan. Hier steht ein deutscher Mann vor uns, der mit seinem bayerischen Patriotismus die deutsche Vaterlandsliebe wohl zu vereinigen wußte. In ihm treffen sich die geschiedenen Linien, auf denen sich damals das geistige Leben bewegte. Ja, wir behaupten, daß sich an dem jeweiligen Maße, in dem die Schriften dieses Mannes anerkannt oder verdammt wurden die ganze geistige Bewegung Bayerns bis in unsere Zeit beurteilen läßt. Und infolge dieser Bedeutung widmen wir dem Manne hier eine eingehendere Besprechung.

Boius Aventinus faciem sic gessit, & ora,
Atque habitu tali conspiciendus erat.
Magnus in historijs scriptor, veterum monumenta
Explicuit: vivet dum vagus orbis erit.



D O M
IOAN. AVENTINVS VIR SINGVLARI ERVDI.
FIDE AC PIETATE PRÆDITVS: PATRIÆ SVÆ
ORNAMENTO, EXTERIS ADMIRATIONI FVIT:
BOIORVM, ET GERMANIÆ STVDIOSISSIMVS:
RERVM ANTIQVARVM INDAGATOR SAGACISSIMVS:
VERÆ RELIGIONIS OMNISQ. HONESTI AMATOR.
CVI H M AD POSTERIT. MEMORIAM P. EST
⊕ V IDVS IAN. ANNO M. D. XXXIIII.

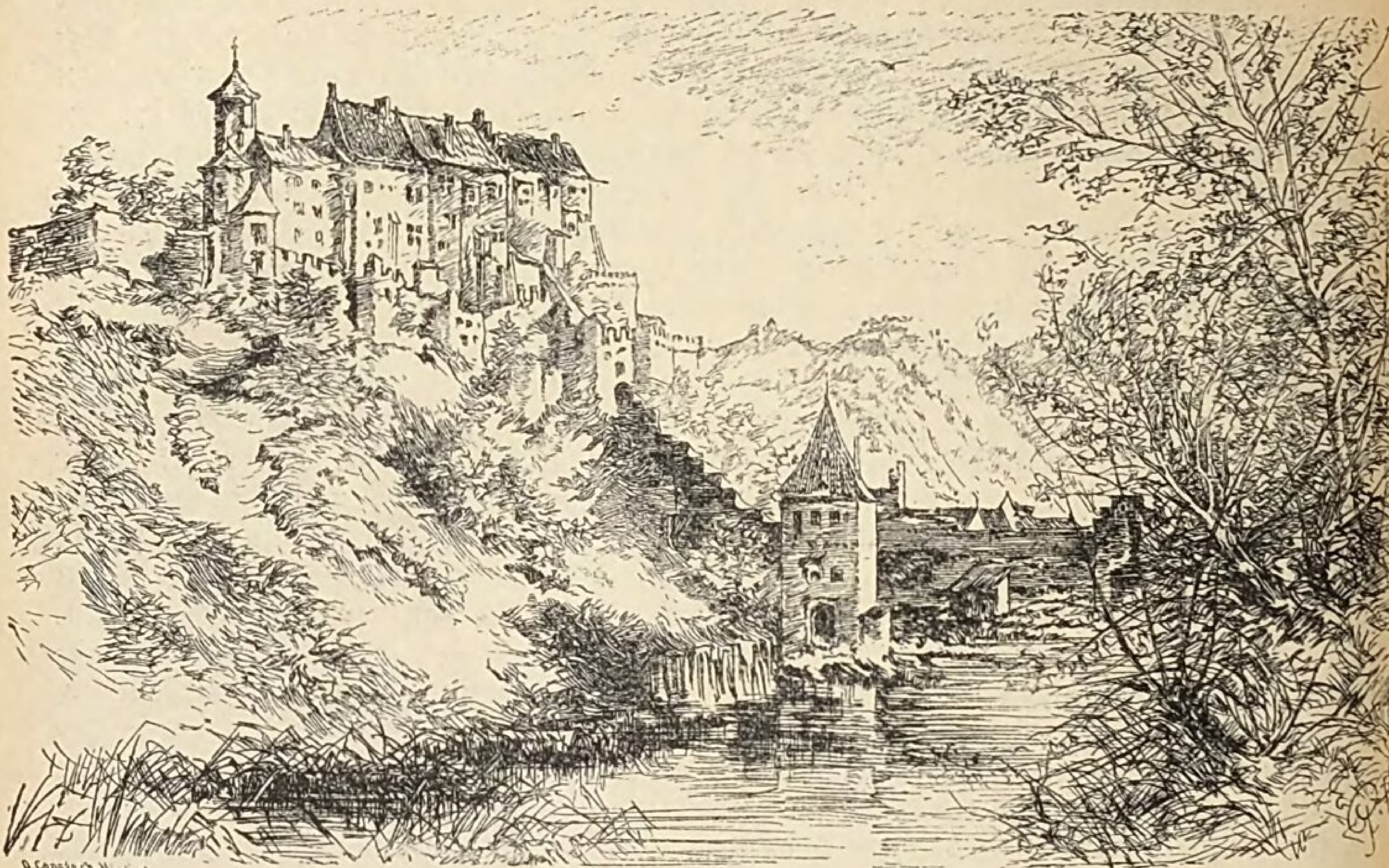
Johannes Turmair genannt Aventin.

Johannes Turmaier ist am 4. Juli 1477 in Abendberg geboren. Nach seiner Vaterstadt nannte er sich später Aventin. Er entstammte also jener mittleren Donauebene, welche gleichzeitig die Heimat eines andern Geschichtschreibers, Sebastian Franks von Donauwört, war. Während dieser indes auf reichsstädtischem und schwäbischem Boden seine Heimat hatte, lag Aventins Geburtsort südlich der Donau auf altbayerischem Boden,

dennoch aber an jener Grenze, wo der Frankenstamm seine Ausläufer nach Süden hinabstreckte. Mit achtzehn Jahren bezog Aventin die Universität Ingolstadt, folgte dann seinem berühmten Lehrer, dem Humanisten und Dichter Konrad Celtes nach Wien, begab sich 1501 nach Krakau, wo er sich vorwiegend mathematischen und naturwissenschaftlichen Studien widmete, und siedelte nach einem längeren Aufenthalt in Paris, wo er die Magisterwürde erwarb (1504), wiederum nach Wien über. Im Jahre 1507 kehrte Aventin nach Ingolstadt zurück. Seine Hoffnung auf eine Professur erfüllte sich nicht, da Albrecht IV schon im folgenden Jahre starb, aber noch vor Schluß brachte ihm dieses Jahr die Berufung nach München, um die Leitung der Erziehung der herzoglichen Prinzen, Wilhelms IV, Ludwigs und Ernsts zu übernehmen. In Burghausen, Landshut und München nahm Aventin in den folgenden Jahren seinen Aufenthalt. An dem Kanzler Dr. Leonhard von Eck gewann er sich einen teilnehmenden Schützer und Förderer. Im Jahre 1515 kam Aventin mit Herzog Ernst nach Italien und kehrte dann nach Ingolstadt zurück, wo er das folgende Jahr zubrachte, mit Studien und Arbeiten aller Art beschäftigt. Er war es, der hier an der oberen Donau den Grund zu einer neuen litterarischen Gesellschaft nach dem Muster der Wiener Donaugesellschaft legte, der leider nur ein kurzes Dasein beschieden war. Sich der Geschichte zu ergeben, alle Kräfte der Erforschung und Entdeckung der alten Quellen zu widmen, war mittlerweile das entscheidende Ziel seines Strebens geworden. Und merkwürdig, daß gerade die Veröffentlichung der „Lebensbeschreibung und Apologie Kaiser Heinrichs IV" ihm und seiner Anregung zu verdanken ist, ein Werk, welches die Kämpfe jener Zeit von deutschem Standpunkte und nicht mit den Augen des römischen Theologen zu beurteilen versucht. Im Jahre 1517 wurde Aventin zum bayerischen Historiographen ernannt und erhielt als solcher eine ausgedehnte Vollmacht zur Durchforschung der Archive, der Bibliotheken, namentlich der Klöster. Man kann sich denken, daß bei dieser Arbeit viel verhüllender Staub aufflog. Schon vier Jahre später (1521) waren aus solcher Thätigkeit die Annales Boiorum als erste und bedeutendste Frucht hervorgegangen. Mittlerweile aber hatte die reformatorische Bewegung auf religiösem Gebiete eingesetzt. Zeigte schon Aventin als Historiker, wie er den Geist seiner Zeit ergriff, so war er nun nicht der Meinung, mit seinem Schaffen in den Kreisen der Gelehrten stehen zu bleiben, sondern er beschloß, dem Volke seine Annalen als „bayerische Chronik" in deutscher Sprache zu bieten. Noch im Jahre 1522 begann er mit der Ausführung dieses Planes. War auch das erste Religionsmandat bereits ergangen, und hatte Reuchlin (1521) seine Stellung als Professor in Ingolstadt wieder aufgegeben, so ließen sich die Zeiten doch nicht so furchtbar an, um nicht eine Entscheidung nach einer andern Seite noch als möglich erscheinen zu lassen. Der Wandel erfolgte bekanntlich erst in den folgenden Jahren, und der Fanatismus traf auch den Vater der bayerischen Geschichtschreibung. In seiner Schrift „von den Ursachen des Türkenkriegs," die in den Jahren 1525 bis 1529 entstand, liegt die Weltanschauung Aventins offen. Diese Schrift ward der Oeffentlichkeit nicht so bald übergeben, so wenig wie seine beiden großen Geschichtswerke, aber in die Oeffentlichkeit war Aventins Anschauung der Dinge getreten. Er wurde am 7. Oktober 1528 verhaftet. Freunde, so der Kanzler Eck, so Herzog Ludwig selbst legten sich ins Mittel. Aventin erhielt die Freiheit wieder, aber aus dem ruhigen Gleichgewicht seiner bisherigen Stimmung war er jählings aufgerüttelt worden. Er dachte an Auswanderung in die Pfalz, nach Sachsen. Seinen Heimatsort Abendsberg gab er auf und siedelte nach Regensburg über. Ein letztes Werk — die Germania illustrata —, in dem sich der bayerische Geschichtschreiber zum deutschen vollends auszuwachsen versprach, beschäftigte seine Gedanken. Er begann das Werk. Da wurde er als Erzieher des Kanzlersohnes nach Ingolstadt berufen. Aventin nahm an. Zu Weihnachten 1533 besuchte er Regensburg noch einmal. Er ist hier nach kurzer Krankheit am 9. Januar 1534 gestorben.

Reformation auf allen Gebieten der Wissenschaft! Das war das Ziel der Zeit. „Von allen andern Studien aber, welchen wäre ein ähnliches Bestreben notwendiger gewesen, als den historischen? Da war ein unermeßlicher Stoff aufgesammelt; aber die früheren Epochen verhüllte die noch immer in fortgehender Entwicklung begriffene gelehrte

Fabel: die späteren kannte man nur höchst fragmentarisch, nach der Darstellung der jedesmal siegreichen Partei: die große kirchliche Fiktion hatte die wichtigsten Teile absichtlich verfälscht. Zu wahrhaft geistiger, lebendiger zusammenhängender Auffassung war nicht zu gelangen: der Geist, der nach echter Erkenntnis dürstet, schauderte doch vor diesen unbezwinglichen Massen. Einen Versuch, sie zu durchbrechen, machte eben in diesen Jahren Johann Aventin, ein Mann, der früher die literarische Richtung der Neuerung mitteilnehmend begleitet und sich jetzt der religiösen mit lebendigem Eifer hingab. Er ließ sich keine Mühe verdrießen, für seine bayerische Chronik, die zugleich einen allgemeinen deutschen, ja universal-historischen Inhalt hat, Bibliotheken und Archive zu durchsuchen, nur mit echten Urkunden wenigstens hier und da über die seichte und unglaubwürdige Tradition hinauszukommen . . . . . der Geist der nationalen Opposition gegen das Papsttum arbeitet gewaltig in ihm . . . . die Geschichte Gregors VII muß man noch heute bei ihm lesen: von den Wirkungen, welche die Herrschaft des hierarchischen Prinzips hervorgebracht, hat er einen großartigen Begriff, den er freilich nicht zu vollkommener Evidenz zu erheben vermochte. Ueberhaupt vollendete er nicht. Aber er begann die Arbeit der gründlichen Erforschung und lebendigen Durchdringung der allgemeinen Geschichte, in der wir noch heute begriffen sind." So schrieb Ranke über Aventin, über den Mann, der an der Grenze der Zeiten, wo sich eben das Leben der Stämme und Stände von dem aus der hierarchischen Epoche überkommenen Mittelpunkte Alldeutschlands zurückzuziehen begann, noch einmal mit wunderbar genialer Kraft die Geschichte Deutschlands zusammenfaßte, die in der mächtigen Bewegung zu einem gemeinsamen Mittelpunkte ihren Charakter hat. Er war der erste bayerische Landesgeschichtschreiber, er war der letzte Geschichtschreiber der deutschen Einheit für lange Zeit. Und aus dieser doppelten, aber in ihm zur Einheit gelangten Natur schrieb er seine bayerische Chronik in deutscher Sprache. Man hat ihm den Vorwurf gemacht, „zwischen einer bayerischen und deutschen oder gar allgemeinen Geschichte zu wenig unterschieden zu haben," man hat dies mit dem „Geschmacke der Zeit" zu erklären versucht, aber es ist doch auch demgegenüber die Ahnung aufgetaucht, „daß jene Grenzüberschreitung am ausgedehntesten bei den Jahrhunderten stattfindet, in welchen in dem Charakter der bayerischen Geschichte dazu einige Versuchung gegeben war." Wir wollen über diese philologischen Engherzigkeiten nicht streiten, sondern betonen, daß gerade der auf natürlicher und naturwissenschaftlicher Grundlage stehende Aventin zu diesem für ihn allein richtigen Vorgehen unbedingt getrieben wurde. Wo große Fragen den Menschengeist beschäftigen, bleibt kein Volk und kein Land in der Zone solcher Bewegung von ihr unberührt, und so führt es den Geschichtschreiber, will er anders kein einseitiges Machwerk liefern, von selbst in den Bereich dieser Wechselwirkung zwischen der Arbeit des allgemeinen Menschengeistes und derjenigen des einzelnen Volkes und Landes. So waren es denn naturgemäß die Zeiten Heinrichs IV und Friedrichs II, welche Aventin vornehmlich in die Allgemeinheit hinausführten. „Es ist ein große verenderung diser Zeit under disem König Hainrichen dem vierten geschehen mit on gros pluetvergießen und verderbung lant und leut an leib und sêl. Ist die erst aufruer zwischen den päbsten und dem Kaiser entsprungen." So führt Aventin in die Erzählung des ersten Kampfes der beiden Zentralgewalten ein. Eine große Veränderung war die Folge dieses ersten Kampfes. „Es wär vil davon zu schreiben, dörft eines ganzen puechs. Ist die ganz christenhait, das reich, Teutschland durch dise zwitracht dermaßen verderbt worden, das sis noch bis auf den heutigen tag nit überwunden, haben so lange Zeit her nichts trefflichs ausgericht. Es schreiben wider einander, schelten aneinander die päbst, die Saxen und der Kaiser, das ich mich es schamb zu schreiben und in das teutsch zu pringen; ist pesser, man weiß es nit, iedermann ergert sich nur ob sölchem schreiben, niemant pessert sich." Er ist es, der eine Fortsetzung der einst antikaiserlichen Normannenkämpfe in Süditalien in den späteren Kämpfen der Welfen erblickt; er ist es ebenso, der erkennt, daß die welfische Opposition das Reich zu Grunde richtete. Auch den Gegensatz der Sachsen zu Westdeutschland empfindet Aventin und gleicherweise wird der Verlust des hl. Landes als die Folge des Aufruhrs der Päpstlichen wider den Kaiser Friedrich II von ihm erkannt. „Zuletzt starb der Kaiser auch und ging das reich mit im zu poden.



Das Schloß zu Burghausen.

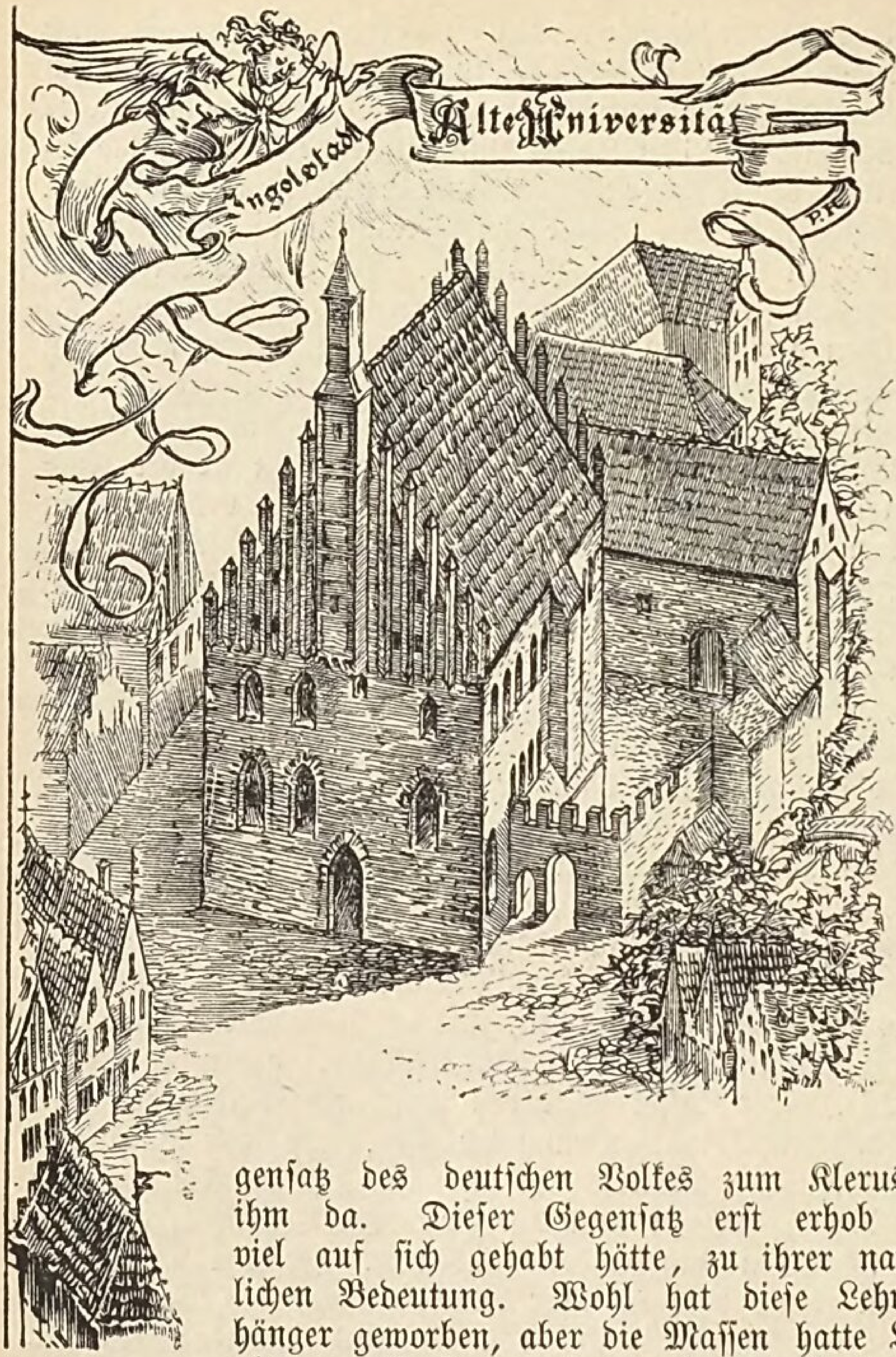
Seither hat es nie recht auf die füeß mögen komen; die Gwelphen haben's nie auf wöllen lassen." Die Welfen sind ihm die Bundesgenossen des Papstes. Aventin erkennt, wie gerade durch die päpstliche Politik das Reich in Trümmer ging, die kaiserliche Macht durch die der Fürsten und Stände zerteilt und besiegt wurde; er erkennt, wie an dem Bündnisse Frankreichs mit dem Papsttum Ludwig der Bayer scheiterte und kann sich bei dieser Gelegenheit nicht enthalten, seinen Blick in die Gegenwart zu werfen und einen Vergleich mit den Zeiten Karls V anzustellen. Wir sehen, ihm wächst die Geschichte zusammen, und wenn auch noch unklar und manchmal voll Irrtum, so ist sein Streben, die Dinge in ihrem Verlauf und ihrer natürlichen Entwicklung zu erkennen, doch ein so durchaus neues und scharf ausgeprägtes, daß man ihn wohl mit Recht an den Anfang der neuen Geschichtschreibung gestellt hat. Ein Bayer steht oben! Aber das damalige Bayern lehnte diesen seinen größten Sohn ab. Wie Aventin die Schwere seiner Zeit erfuhr, so seine Schriften, welche dem Drucke lange Jahre vorenthalten blieben und erst dann erschienen, nachdem sie durch den Eifer der Fanatiker auf das traurigste verstümmelt worden waren. Wir verstehen, warum es so kommen mußte und kam, aber ein Volk, welches einen Aventin erzeugt, liegt noch nicht im Sterben. Auch die Erkenntnis dieses Geschichtschreibers war noch nicht groß und tief genug, der separatistischen, zentrifugalen Zeitströmung in ihrem mächtigen Drange einen Damm entgegenzusetzen. Diese Bahn will ausgewandert sein bis zum Ende. Und wenn die Bewegung am Ziele angelangt ist, wird die Not zur Umkehr zwingen, und dann wird mit der Erkenntnis des Irrganges die Anerkennung Aventins erfolgen, des Genius, der am Scheideweg einst seinem Volke die Richtung zu weisen sich unterfing. Wenn Bayern sich selbst und Deutschland wiederfindet, wird es seinen Geschichtschreiber wiederfinden, und dann wird man darüber lächeln, daß auch er der Bayern Reis aus keltischem Stamme entsprießen ließ.

Es standen sich gegenüber die Forderung des Wormser Edikts und die nach Abstellung der Mißbräuche. Eine Vermittlung schien nur möglich, entweder durch ein Konzil, was aber nicht von Deutschland abhing, oder durch eine große gemeinsame Gefahr. Die Gefahr im Innern war einstweilen beseitigt. Da standen noch die Türken. Allein welcher Meinung man da war, zeigte Ferdinand selbst. Er empfand das Wachstum der türkischen

Macht nicht als eine dem Leben der deutschen Nation drohende Gefahr, „der das feindliche Ausland nicht ans Leben zu kommen vermöge," infolge der innern Zerrissenheit eher durch Selbstmord enden werde. Und wie sehr diese Sicherheit vor dem Auslande eine allgemeine war, zeigt sich darin, daß der im Sommer 1526 zu Speier zusammentretende Reichstag sofort wieder den innern Angelegenheiten, der religiösen Frage seine Aufmerksamkeit widmete. Die Geistlichkeit war zahlreich erschienen. Sie bildete gewissermaßen die Rechte; ihr gegenüber auf der Linken die Städte; in der Mitte die Fürsten. Die Städte verlangten Abstellung der Mißbräuche und verstanden darunter, alle gegen das Evangelium eingerichteten Gebräuche. Die Geistlichen gerieten in Aufregung, sie behaupteten, nicht von Mißbräuchen, sondern von den aufrührerischen Schriften und Predigten rühre die Bewegung. Das angenommen, woher rührten dann aber die Schriften und Predigten? Doch wohl wieder aus der Bewegung gegen die Mißbräuche, für welche sie der Ausdruck waren. Damit stimmt überein, daß selbst katholische Stimmen die Geistlichkeiten anklagten, nur ihren eigenen Nutzen im Auge zu haben. Im fürstlichen Ausschuß dem viele geistliche Mitglieder angehörten, kam es zu dem Beschluß, daß man das Abendmahl in beiden Gestalten, die Freiheit der Priesterehe zulassen könne, daß der Gottesdienst auch in deutscher Sprache abzuhalten sei, daß das Wort Gottes nach der Schrift gepredigt werde. Das ging weit, war aber nicht unkatholisch. Bis zum Konzil konnte man damit zufrieden sein. Der Kaiser aber hielt am Wormser Edikt fest. Wenn er aber nun einmal nichts anders als das wollte, so hätte er eben seine ganze Macht dafür einsetzen müssen. Konnte er das? War das seine Meinung? — Es traf sich, daß damals die kaiserliche Politik eine Wendung zu nehmen gezwungen wurde, welche gerade gegen das Wormser Edikt ging.

Im Madrider Frieden hatten sich Karl V und Franz I gegen Türken und Ketzer verbündet. Aber der Papst entband den französischen König seiner dem Kaiser geleisteten Eide. Damit zerfiel das Bündnis der beiden Monarchen, und an seine Stelle schob sich *ein* Bündnis des Königs mit dem Papste und der Republik Venedig gegen Karl, die Ligue von Cognac (22. Mai 1526). Der Kaiser hatte den Papst als Feind gegen sich. Er mußte alle Kräfte gegen die äußeren Feinde zusammennehmen. Es war die gleiche Zeit, da Herzog Wilhelm von Bayern den Plan wieder aufgriff, sich um die römische Königswürde zu bewerben. Und hier haben wir nun den mächtigen Dreiklang, auf dem sich die politische Symphonie der folgenden Jahrhunderte aufbaute. Frankreich und der Papst versprachen Bayern alles zu thun, was in ihrer Macht stünde, die Königswahl zu verwirklichen. Clemens VII versprach eine Hülfe von 100 000 Dukaten; Franz I bot seine volle Unterstützung an. „Die Verdrängung des habsburgischen Hauses vom Kaiserthrone rechnete man nämlich in Paris zu den hauptsächlichsten Aufgaben der französischen Politik." Und der Papst war seit der Ligue von Cognac mit Franz I ein Herz und eine Seele. Wir erkennen aber, wie Bayern darauf angewiesen war, wollte es sich gegen die wachsende Macht des Hauses Habsburg behaupten, fremde Hülfe in Anspruch zu nehmen; wir erkennen gleicherweise, welche Ursachen hier wirkten, um die katholische Haltung der bayerischen Fürsten in der Folgezeit immer energischer zu gestalten. Die uralten Gegensätze sind immer noch lebendig. Wie Rom einen Anschluß in Bayern suchte, als ihm die fränkische Kirche über den Kopf zu wachsen drohte, so zieht sich dieser Faden ununterbrochen fort durch die deutsche und bayerische Geschichte. Es ist stets der Gegensatz des bayerischen Stammes zu dem Aufschwung der königlichen Macht in Deutschland, an welchem die Intriguen der Kurie einen direkten Ansatzpunkt finden.

Gegenüber all diesen sich regenden feindlichen Bestrebungen sah sich das Haus Habsburg plötzlich in der äußersten Verlegenheit. Habsburg mußte einlenken. Es mußte einen Anschluß an die Entwicklung in Deutschland suchen. Karl V ergriff den Gedanken an ein Konzil, um auf die Kurie zu drücken. Die Strafbestimmung des Wormser Edikts sollte aufgehoben werden. Ferdinand vermittelte den Vorschlag in Deutschland, und so kam es zu dem merkwürdigen Beschluß, daß jeder Stand sich verhalten möge, wie er es gegen Gott und gegen den Kaiser zu verantworten gedenke. „Das Prinzip der Territorialentwicklung bemächtigte sich auch der religiösen Angelegenheit." Es ist also in



Deutschland der Partikularismus zum Herrn in der religiösen Frage gemacht worden. In den folgenden Jahren haben nun die einzelnen Stände in Deutschland, welche der neuen Lehre beipflichteten, sich in ihren Territorien kirchlich eingerichtet. Aus dem Flusse der Bewegung kommt es zu festen Formen; der Widerstand, den die Bewegung gefunden, zwang sie selbst zur Konsolidierung. Aber diese festen Formen sind nicht einheitlich, ja sie sind, wo sie dauernd wurden, nicht das, wovon man einstens geträumt hatte.

Wir sehen, Luther selbst bildete in dieser Bewegung nur eine Episode. Was Luther gethan, bleibt unanfechtbar, er hat einen Kern in der Bewegung für die verwandten Elemente geschaffen, aber die Bewegung selbst hat er so wenig zu einheitlichem Schlusse geführt, wie er sie hervorgerufen hat. Der große Gegensatz des deutschen Volkes zum Klerus und den Welschen war vor ihm da. Dieser Gegensatz erst erhob Luthers Lehre, die sonst nicht viel auf sich gehabt hätte, zu ihrer nationalen und damit weltgeschichtlichen Bedeutung. Wohl hat diese Lehre gewirkt und ihm viele Anhänger geworben, aber die Massen hatte Luther nicht. Die gingen wohl mit zum Umsturz, aber nach dem Umsturz verhielten sie sich der Lehre Luthers gegenüber sehr lau. Das ist ein Moment.

Luther hat in dem Bewußtsein vieler Menschen die Berechtigung der alten Kirche zerstört, aber neben ihm standen andere, welche ihre eigene Meinung hatten. Sie beugten sich nicht vor Luther, sondern gingen mit ihrem Anfang weiter, viel weiter wie er. Das ist ein zweites Moment.

„Die alte Kirche, die Grundlage des Lebens und Denkens der Wahrheit, stürzte zusammen unter der Wucht der Neuerungen. Broschürenweise kam die hl. Schrift unter die Leute. Da las man nicht Dogmen aus der Schrift und begann zu streiten, sondern man las das Leben heraus. Man sah das Leben der ersten Christen, und das war in den Wogen das rettende Brett. Daran klammerte man sich an. Demgemäß wollte man leben. Das führte zu dem Zusammenschluß verwandter Elemente. Ein Zug zum Zurückziehen aus der Welt lag darin."

Es erwachte der alte Traum vom Ende der Welt. Die chiliastischen Ideen drangen von neuem empor, sie nahmen eine ungeahnte Verbreitung. Man rüstete sich für die letzten Dinge. Die Niederlage der Zwickauer, des Thomas Münzer, hat diesen Glauben nicht vernichtet. Eine Religion des Herzens und Gemüts ging ihrer Ausbildung entgegen im direkten Gegensatz zu Luthers Lehre von der Rechtfertigung. Und wie Luther bei seinem Anfang nicht die volle Hingabe an seine Lehre fand, wie er mit dem Indifferentismus seiner Leute zu kämpfen hatte, so standen ihm andrerseits die Elemente der Sektiererei als direkte Feinde gegenüber.

Eine Fortsetzung der Volksbewegung hätte nicht zur lutherischen Kirche, sondern zur radikalen Umkehr geführt. Aber solche Sprünge macht die Weltgeschichte, die Entwicklung des Menschengeistes nicht. Sie bedarf der Mittelglieder, und so schob sie das Volk als kirchen- und staatengründendes Element zur Seite. Damit fiel das Amt der Kirchengründung von selbst Luther und den einzelnen Obrigkeiten zu. Aus diesem Bunde stammt die lutherische Kirche, die nicht rationalistisch, nicht ascetisch-mystisch, sondern orthodoxlutherisch ist, sich andrerseits aber der weltlichen Obrigkeit unterordnet. Anderswo ging man anders vor, so in Zürich, so in Straßburg. Auch Luther hatte seinerzeit andere Ideen. Das Subjekt war ihm die Gemeinde, nicht der Bischof. Die Gemeinde sollte ihren Hirten wählen, sie hat ein Vermögen für ihre Kirche und ihre Armen. Eine Synodal-Verfassung war das Ziel, eine Verfassung auf rein demokratischer, republikanischer Grundlage. Diese Verfassung kam in Deutschland anfänglich nur in Hessen zur Ausbildung, dann ist sie auch hier der lutherischen Ordnung gewichen, hat aber später wieder bei den Hugenotten und Presbyterianern in England Aufnahme gefunden. Im Sturme ging es dahin. Ganze Territorien fielen der neuen Kirche zu. Die Ordnung konnte nur mehr von oben herab gegeben werden. Ein landesherrliches Konsistorium trat an die Spitze, es regierte die neue Kirche und setzte die Priester ein. In den andern Ländern wuchs die neue Verfassung aus der Bewegung heraus. In Deutschland ging die Umwandlung mit zu raschem Schritt. Es blieb keine Zeit zu einer ruhigen und natürlichen Entwicklung. Der Obrigkeit fiel das Amt der religiösen Organisation zu. So fand hier nicht wie anderwärts der demokratische Geist eine Zufluchtsstätte in der Kirche. Andrerseits ist es klar, daß diejenigen Elemente, welche über Luther hinausgegangen waren, nicht langsam zurückgebracht werden konnten. Die Grenze war gezogen rasch und schroff, viele blieben draußen, eine Unmasse, und gegen diese begann nun die Verfolgung. Katholiken und Evangelische hatten einen gemeinsamen Feind: die Wiedertäufer. Sie wurden gehetzt wie flüchtiges Wild, und doch, sieht man von den Ausschreitungen ab, zu denen sie eben infolge der Gewalt, die man ihnen anthat, gedrängt wurden, war ein guter Kern in der Sache, etwas von dem alten weltentsagenden Zug der ersten Ordensstifter. Es ist die Folge des Schlages, welcher das Volk in dem Bauernkriege getroffen, daß sich diese Lehre so rasch verbreitete. Aus dem aktiven Leben war man hinausgeworfen worden, es folgte die Resignation auf dem Boden der Mystik. Das Leben der evangelischen und katholischen Christen zeigte zu viele Blößen. Man gründete das beschämende Gegenbild. Leben und Lehre der Wiedertäufer waren sehr einfach. Ein erwählter Hirte versammelte am Sonntag die Angehörigen zum Bibellesen, zur Taufe und um Brotbrechen zur Erinnerung an die Leiden Christi und zur Erweckung gegenseitiger Liebe. Die Lehre wurde im Leben streng ausgeführt. Ein Band der Liebe band die ganze Gemeinde in ihrer Zurückgezogenheit von weltlichen Dingen. Und gerade wegen dieser Einfachheit, wegen des Zusammenstimmens von Lehre und Leben fand die neue Lehre eine ungeheure Verbreitung in Oberdeutschland. Man schritt gegen sie ein, und



Grabmal Aventins bei St. Emmeran in Regensburg.

wie in Tirol und der Schweiz begannen in Bayern die Verfolgungen. Wer widerrief, ward nur geköpft, sonst verbrannt. In Sachsen wurde mit dem Schwerte gegen die Wiedertäufer eingeschritten, in der Schweiz warf man die Unglücklichen in's Wasser. Die Bewegung ward nicht unterdrückt, aber sie wurde der Führer beraubt. Zu einer ruhigen Entwicklung kam es nicht. „Sich selbst und den dunklen Trieben ihres Herzens überlassen fuhr die Unordnung unter die Leute, die Krankheit, der Wahnsinn.“ Man prophezeite und schwärmte, zu positiven Resultaten kam es nicht mehr — nur in Mähren, wo die Wiedertäufer ein Asyl fanden. In Oberdeutschland lief die Bewegung in ein stilles Sektenwesen aus, das nicht mehr viel von sich reden machte.

„Man übersieht den Charakter der deutschen Bewegung am deutlichsten,“ sagt Nitzsch, „wenn man sie mit der husitischen vergleicht. In Böhmen hatte den Herd der religiösen Opposition die Stadt Prag gebildet, welche eine Universität, eine königliche Residenz, die Centralstellen der Verwaltung in sich vereinigte: von hier aus hatte sich die religiöse Bewegung über die bäuerliche Bevölkerung des Landes verbreitet. Was die verschiedenen Stände zusammen hielt, das war die Notwendigkeit der Abwehr eines äußern Feindes, der gemeinsame Haß gegen die deutsche Kultur: in diesem Ringen konnten sich enthusiastische Charaktere wie Ziska entwickeln, welche den nationalen Kräften die für den Krieg einzig angemessene Organisation zu geben wußten. In Deutschland ergriff die Bewegung mit ihren Wirkungen ohne eigentliche feste Leitung ruckweise die einzelnen ständischen Schichten — die Fürsten, die Städte, die Reichsritterschaft, die Bauern —, sie richtete sich vollständig nach innen, da ein nationaler Feind sie nicht bedrohte; es kam nur darauf an, ihre Grundsätze und Resultate in die Verfassung einzufügen und durch dieselbe sicherzustellen. Daher dieses langsame und schwankende Fortschreiten in Verhandlungen und Kompromissen von Reichstag zu Reichstag, von Vertrag zu Vertrag.“

Eine Reihe von Städten und Territorien schritt nach dem Speierer Reichstag von 1526 zur Kirchenorganisation vor: Kursachsen, Hessen, Braunschweig, Ansbach, Bayreuth, Anhalt, Augsburg, Straßburg, Liegnitz, Breslau u. a. Die damals stattfindende Säkularisation des deutschen Ordensgebietes durch den Hochmeister Albrecht hat insofern für uns Interesse, als nun das brandenburgische Haus, welches nach Erweiterung seiner Machtsphäre in Sachsen (Magdeburg), am Rhein (Mainz) und in Franken (Würzburg, Bamberg) gestrebt hatte, nun eine dauernde Erweiterung nach Osten statt nach Westen erfuhr. Die Energie ward geteilt und abgelenkt, als am 10. April 1525 Albrecht von Preußen zu Krakau von König Sigismund von Polen mit dem preußischen Herzogtum erblich belehnt wurde. Das neue Herzogtum ward der neuen Lehre gewonnen. Es mußte so kommen und kam auch wie von selbst.

Fast gleichzeitig mit dieser Umwandlung an der Nordostgrenze vollzog sich eine solche an der Südostgrenze des Reichs. Wie dort das Haus Hohenzollern, so sah sich hier das Haus Habsburg energischer in die Verhältnisse des Ostens hineingezogen. Im Juni 1526 hatte Soliman der Prächtige die Sau überschritten, im Juli fiel Peterwardein, die Türken gingen über die Donau. Hier stießen sie in der Ebene bei Mohacs auf das ungarische Reiterheer. Am 29. August erlag dasselbe dem furchtbaren Angriff des türkischen Fußvolkes und der Artillerie. König Ludwig II fand auf der Flucht sein Ende. Zwei Königskronen wurden frei; die ungarische und böhmische. In Ungarn trat eine deutsche Partei für den Schwager des verstorbenen Königs, Erzherzog Ferdinand von Oesterreich ein, während eine „nationale“ Partei sich um den Woywoden von Siebenbürgen, Johann Zapolya, scharte. Das Doppelkönigtum ward eingeleitet. Ein Kampf mußte hier die Entscheidung bringen, und diese Entscheidung wird mit der Stellung Habsburgs überhaupt in engem Zusammenhang stehen.

In Böhmen dagegen traten neben Ferdinand andere Bewerber auf. Wir wissen, daß hier das alte Recht der freien Königswahl zuerst durch die längere Regierung eines westdeutschen Geschlechts, der Luxemburger, einen Stoß erlitten hatte. Als dieses Geschlecht mit Kaiser Sigismund ausstarb, geriet das Prinzip der freien Wahl mit demjenigen der Erbfolge in einen heftigen Konflikt. Wir kennen ebenso Bayerns Stellung und Haltung gegen Böhmen. Jetzt ward die damals unentschieden gebliebene Frage wiederum lebendig;

und so finden wir die Bayernherzoge als eifrigste Mitbewerber um die böhmische Krone. Neben den Bayern bewarben sich Brandenburg, Sachsen, Polen und selbst Frankreich. Aber diese Bemühungen traten bald zurück. Ernstlich kam nur die habsburgische und wittelsbachische Kandidatur in Frage. Ein Teil des böhmischen Adels wendete sich an



Liebesmahl der Wiedertäufer.

die Herzoge mit der Aufforderung, sich um die Krone zu bewerben. Herzog Wilhelm antwortete auf das an ihn erlassene Schreiben, „den Böhmen sei ein König angemessen, welcher ihnen wohlgesessen, vermögend und bereit sei, sich der Krone, der Einwohner und ihrer Gebräuche anzunehmen: ein welsches Regiment schlage den Deutschen und Böhmen nicht an; das habe man vielorts erfahren; der König von Polen sei zu weit entlegen; am geeignetsten sei ein deutscher Fürst; er und sein Bruder suchten die böhmische Krone nicht, um sich zu bereichern, da sie mit fürstlicher Nahrung von Gott begabt seien; Bayern und Böhmen seien einander so gelegen, daß sie einander Hülfe leisten könnten; er und sein Bruder seien bereit, sich mit den Ständen über eine Ordnung zu vergleichen, wie die böhmische Krone bei dem bayerischen Stamme erhalten werden könne; auch würden sie alle nachbarlichen Irrungen, besonders mit der Pfalz, ausgleichen. Das Schreiben schloß mit der Versicherung, daß er und sein Bruder sich dankbar erzeigen würden.“ Noch im September 1526 wurde der bayerische Rat Hans Weißenfelder nach Prag abgeordnet. Er nahm ausgedehnte Vollmacht mit und traf in Prag selbst das Wachstum der Stimmung für Bayern im besten Gange. Er konnte von der Abneigung berichten, welche in Böhmen gegen Erzherzog Ferdinand obwalte und war gutes Mutes um so mehr, als Frankreich ihm seine Unterstützung versprochen hatte für den Fall, daß es mit den eigenen Bewerbungen nicht zum Ziele gelange. Also auch hier wieder Frankreich; wie es einst hinter Luxemburg gestanden, so jetzt hinter Wittelsbach. Und diese seit so frühen Zeiten stets wiederkehrenden gleichmäßigen Bewegungen ist man immer noch naiv genug,

für ein Spiel des Zufalls oder dynastischer Willkür halten zu wollen? — Wir wissen, daß schon in weit entfernt liegenden Zeiten Bayern um das Recht der Kolonisation in Böhmen mit Sachsen in Rivalität trat. Die Spaltung des bayerischen Stammes in ein Ost- und Westreich teilte das alte Recht des Stammes gegen Osten. Es ist darum vollkommen natürlich, daß, wenn hier die Dinge in neuen Fluß geraten, auch Bayern in dieser Bewegung wieder Fuß zu fassen sucht, und das bewußte Vorgehen der bayerischen Politik in diesem Falle steht auf dem vollkommen natürlichen Boden der bayerischen Entwicklung selbst. Es ist eine Frucht, welche aus diesem Vorleben und nur aus diesem Vorleben hervorzugehen vermochte; es ist eine Welle, die in gleichmäßigen Zwischenräumen, wenn auch stets schwächer werdend, noch einmal die alten Ufer zu überspülen sucht. Wer diese aus dem inneren Leben des Bayernstammes hervorgegangene und von ihm getragene Bewegung nicht in ihrer Notwendigkeit zu erkennen vermag, hat keinen Blick für die natürliche Gesetzmäßigkeit in der Völkerentwicklung. Hierzu kam nun in der gleichen Zeit das aus derselben Notwendigkeit hervorgegangene Gefühl, der bisher fortwährend steigende Einfluß Habsburgs möchte dem selbständigen Bestande des Bayernstammes den Untergang bringen. Und diesen Gesichtspunkt betonte Weißenfelder in einem zweiten Schreiben vom 2. Oktober klar und deutlich: die Herzoge möchten vor den großen Kosten nicht erschrecken, da man dafür wohl eine Deckung finden werde; „werde aber auch kein Pfennig ersetzt, so sei zu bedenken, daß seine Fürsten, wenn ihnen die böhmische Krone zu teil würde, in andern Sachen durchdrücken, oder wenigsten in ihrem Fürstentum sicher sein könnten.“ Es handelte sich um Geld, als den bewegenden Faktor in diesem Spiele. Und daran fehlte es in Bayern. Wir sehen also wiederum, wie hier eine spätere Entwicklung das Recht einer früheren paralysierte. Das Recht, welches eine höhere Kultur giebt, besaß Bayern einst. Die aus dieser Entwicklung geflossenen natürlichen Ansprüche erhob es jetzt noch einmal, aber Bayern war nun nicht mehr Vertreter einer höheren Kultur, es hatte die städtische Entwicklung nicht mitgemacht, und so fehlte es ihm an Geld, an der Macht, welche die Ansprüche der Fürsten allein durchzusetzen vermochte. Es bedurfte fremder Hilfe, denn so glatt vollziehen sich die Prozesse im Völkerleben nicht, daß mit dem Verluste eines aus früheren Epochen und Machtverhältnissen, aus den natürlichen Lebensbedingungen hervorgegangenen Rechtes dieses vermeintliche Recht nun auch sofort fallen gelassen wird. Wir sehen also die Notwendigkeit ein, welche die bayerische Entwicklung aus ihrer Verbindung mit der deutschen immer weiter hinaus führte, eine Notwendigkeit, welche erst dann als Irrtum erkannt zu werden vermag, wenn das Ziel der Bahn erreicht ist.

Am 8. Oktober trat der böhmische Landtag in Prag zusammen, welcher über die Wahl entscheiden sollte. Am 23. Oktober sollte dieselbe vorgenommen werden. In der Zwischenzeit gelangte eine neue bayerische Gesandtschaft nach Prag, welche dem Landtag im Namen ihrer Herrn versprach, „daß diese bereit seien, die Schulden des Königreichs zu übernehmen, dasselbe im Falle einer Gefahr mit 15 bis 20000 Mann bayerischen Kriegsvolkes zu unterstützen, das Land nicht mit Ausländern zu regieren und jeden bei seinem Glauben zu lassen.“ Zugleich wirkten diese Gesandten durch Versprechungen und Verschreibungen, und die Wahl eines Wittelsbachers schien gesichert. Ein Appell des Erzherzogs an sein Recht „als Erbnachfolger des verstorbenen Königs“ ward im Sinne der alten böhmischen Wahlfreiheit abschlägig beschieden, da die Stände „Fug und Macht hätten, einen König nach ihrem Gefallen zu wählen.“ Bei den Ständen besaß Bayern das Uebergewicht. So blieb den Erzherzoglichen nur der Ausweg, durch Intriguen ihr Streben durchzusetzen. Einem Ausschuß von 24 Mitgliedern wurde auf ihr Betreiben die Wahl überlassen. In diesem Ausschuß war die Mehrzahl für Habsburg. So wurde der Erzherzog Ferdinand am 23. Oktober zum böhmischen Könige erwählt. Wie sicher man in Bayern gewesen, zeigt, daß noch am Abend, nachdem die Wahl bereits stattgefunden, aber noch nicht proklamiert worden war, die bayerischen Gesandten den Herzogen berichteten, einer von ihnen sei gewählt. Am folgenden Tage erst ergab sich das Gegenteil. Die Enttäuschung in München war groß. Man wußte, es war ein Kabinettssieg der österreichischen Politik. An der Mauer des habsburgischen Einflusses hatte sich



Regensburg im 15. Jahrhundert.

die heranrauschende Woge des bayerischen Lebens gestaut. Daß wir an diesem Punkte nun noch längere Zeit ein chaotisches wildes Branden vernehmen, ist so natürlich, als es unnatürlich gewesen wäre, wenn die Bewegung in Ruhe rückwärts gelenkt hätte. Mit den gleichen Waffen, mit denen Oesterreich Bayern bedient hatte, suchte nun der Kanzler Leonhard von Eck den habsburgischen Sieg für Bayern wettzumachen. „Ein ruchloses Spiel," meint man, habe derselbe damals im geheimen begonnen. Das kann nur der sagen, der glaubt, die Geschichte und Entwicklung der Völker hätte sich nach dieser oder jener einseitigen Anschauung und nicht nach den in ihr lebendigen eigenen Gesetzen zu vollziehen. Es war zunächst vollkommen natürlich, daß man in Bayern nun in allen Feinden Habsburgs die eigenen Freunde erblickte. Das Unglück der bayerischen Entwicklung war nur dasjenige, daß eben erst Habsburg einen Vereinigungspunkt seiner eigenen Entwicklung mit derjenigen des deutschen Lebens gefunden, also auch nach dieser Seite Bayern den Vorsprung abgewonnen hatte.

Wir erinnern uns der Vereinbarung in Speier über den Aufschub der Entscheidung der religiösen Frage, welche im Vordergrund des nationalen Lebens stand. Die nationale Bewegung gegen die spanische Herrschaft des Hauses Habsburg kam damit zu einem ersten Stillstand. Die Werbungen der kaiserlichen Hauptleute in Deutschland zum Kriege gegen Frankreich, gegen den Papst, gegen Rom hatten den glänzendsten Erfolg. So geriet Bayern in eine unnatürliche Lage. Es sah sich mit seiner Opposition gegen Habsburg allein und ausschließlich auf das Ausland angewiesen. Seine Angelegenheit verlor den rein deutschen Charakter und damit einen großen Teil ihrer natürlichen Berechtigung. Während die deutschen Landsknechte in Italien kämpften, knüpften die Herzoge von Bayern mit Johann Zapolya, dem Gegenkönige Ferdinands in Ungarn, ein Verständnis an. Eck hielt außerdem auf Frankreich sein Auge gerichtet, er freute sich, schrieb er an den französischen Gesandten in Jur (Januar 1527), daß es mit der kaiserlichen Sache in Italien schlecht stehe, er sah im Geiste den Kaiser aus Italien und den Erzherzog aus Deutschland gejagt, „was er, sobald in Italien die Kaiserlichen geschlagen sein würden, durch ‚ganz geringe Praktika' bewirken zu können hoffte." In dieser Hoffnung wurde er bestärkt durch die Agitationen, welche sich in Böhmen gegen Ferdinand erhoben hatten. Der Erzherzog glaubte, auf sein sogenanntes Erbrecht gestützt, sich der vor der Wahl gegebenen Versprechungen nicht erinnern zu brauchen, zudem war er nicht in der Lage, seine Versprechungen erfüllen zu können. Seine Anhänger sahen sich in ihren Erwartungen getäuscht; die Agitation gegen seine Krönung wurde immer mächtiger. Die Sachlage war so wie sie Eck in einem Briefe an den Erzherzog Wilhelm bezeichnete: „Gedenken Eur fürstliche Gnaden mein; ist Sach, daß die Kaiserlichen geschlagen werden, wollen wir den Erzherzog von der Krone auch bringen, davor soll ihme nichts, denn Gott allein helfen." Je mehr man den Zapolya gegen den Erzherzog hetze, um so besser wäre es; man solle ihn wissen lassen, daß der Erzherzog kein Geld und keine Macht habe, sondern ganz arm sei, und das Reich ihm nicht helfen werde. Es war dieselbe Zeit, als die Herzoge auf den Plan, die römische Königskrone zu erlangen, wieder lebhafter aufgriffen und sich an Frankreich um Unterstützung wandten.

Aber der Kaiser hatte den Weg nach Deutschland gefunden. Mit seinem Kriegszuge gegen den Papst hatte er die Sympathie der deutschen Landsknechte erobert. Gegen Rom — so lautete die Parole, unter der Frundsberg seine Scharen sammelte. Ende 1526 hatte er sich mit dem Connetable von Bourbon am Po vereinigt. „Gegen den Papst!" Das hielt die Scharen der deutschen Landsknechte und der spanischen Soldateska zusammen. „Das bloße Gerücht, daß der Zug gegen Rom fraglich geworden sei, bewirkte in ihrem Lager einen Aufruhr, welcher Frundsberg dergestalt erschreckte, daß er vom Schlage getroffen wurde." Am 6. Mai 1527 erstürmten die deutschen und spanischen Regimenter die ewige Stadt im ersten Anlauf; Clemens VII geriet in ihre Gefangenschaft. Der Traum des bayerischen Kanzlers verflog wie eine leichte Rauchwolke. Die Kräfte des Kaisers waren überlegen. Vor Neapel ward im folgenden Jahre Frankreichs Unglück voll. Von jetzt an war von Italien für Frankreich nicht mehr die Rede. Es war die Frage, ob Karl sich in dieser eben im deutschen Leben gewonnenen Position be-

haupten würde? Wenn er es nicht that, wenn er ihn aufgab, wird und muß Bayern den Versuch machen, an die verlassene Stellung vorzubringen.

Uebersehen wir die Machtstellung des Hauses Habsburgs in diesem Momente, so müssen wir gestehen, daß kein deutsches Königsgeschlecht jemals so in den Mittelpunkt aller kulturellen und materiellen Interessen gedrungen war. Neapel, Sizilien, Spanien bürgten für die Herrschaft im westlichen Mittelmeer, in Mittel- und Südamerika dehnte sich die spanische Macht unaufhaltsam aus, Habsburg besaß die Niederlande, „die Ausgangspunkte und Stapelplätze des indischen Verkehrs;" es stand in einiger Verbindung mit den Finanzmächten der süddeutschen Reichsstädte, die Welser beteiligten sich am atlantischen Handel und besetzten Venezuela; Böhmen, Schlesien, Mähren, die Lausitz, Ungarn im Osten, im Westen Württemberg waren mit den habsburgischen Erblanden vereinigt worden; in Ober- und Mittelitalien hatte die habsburgische Herrschaft die Vertretung der alten Reichsansprüche übernommen, Karl war Herr des Kirchenstaates, er war Herr des gefangenen Papstes. Diese Macht aber trug ein entschieden romanisches, ein spanisches Gepräge, und so war es im Grunde dasselbe Prinzip, welches in dem Streben Habsburgs zum Ausdrucke kam, wie wir es eben in Bayern sich beleben sahen: mit Hilfe des Auslandes seine Macht in Deutschland zu befestigen und zu erweitern. Es ist das territoriale Prinzip, welches hier wie dort nach Haltung ringt und gerade durch die Erfolge Habsburgs an Mächtigkeit gewinnt. Dieser Weg führte zur Eroberung. Die Frage der nächsten Zukunft war, ob es dem Hause Habsburg mit seinen außerdeutschen Hilfsmitteln gelingen würde, die unantastbare Herrschaft in Deutschland und damit in Europa zu gewinnen, ob es Kraft genug haben würde, nicht nur im Kampfe mit den ausländischen Gegnern, also mit den nationalen Mächten, sondern auch im Kampfe mit seinen fürstlichen Rivalen in Deutschland, also mit den territorialen Mächten — beide sind, wie wir wissen, seit es eine deutsche Geschichte giebt die natürlichen Verbündeten gegen die *romanische* Theorie eines römischen Imperiums gewesen — sich als Sieger zu behaupten. *Nur* eine konstitutionelle Verständigung, in welcher sich die Interessen Deutschlands mit den Interessen des übrigen Europa ausgeglichen hätten, in welcher Habsburg infolge seiner deutschen Stellung einerseits und seiner Weltstellung andrerseits die Vermittlerrolle übernommen hätte, wäre von Segen für alle Teile gewesen. Aber einerseits sahen wir bereits, daß Habsburg diese Rolle nicht zu erfassen vermochte, daß in Karl die romanisch-absolutistische, nicht die deutsch-individuelle Natur das Uebergewicht hatte, andrerseits erkannten wir, wie dieser Natur gegenüber sich alles selbständige Leben Deutschlands immer weiter von dem Wege der Versöhnung ab- und dem Extrem des partikularen Sonderinteresses zugedrängt sah.

Wir müssen im Auge behalten, daß das Recht des Selbsterkennens und Selbstlebens damals kein anerkanntes war, sondern erst nach Anerkennung rang. Das deutsche Leben aus der Unnatur politischer und einseitiger Ueberschrobenheit auf diese gesunde Wurzel der Einzelentwicklung zurückzustellen, war das unbewußte Streben aller oppositionellen Kräfte. Dieses Streben wurde von der Gegenpartei nicht als berechtigtes anerkannt. Nur die Not hatte die Kaiser bisher zu einzelnen vorläufigen Zugeständnissen bewogen. Jetzt aber war Karl Herr von Italien, Herr seiner Feinde. Er stand mit dem Papste in Verhandlungen, die zum Frieden führen zu wollen schienen; Frankreich sah sich über lang oder kurz zum Frieden gedrängt. Diese Erfolge Karls wirkten auf die Haltung seiner Anhänger auf dem zum Frühjahr 1529 nach Speier berufenen Reichstag zurück.

Hier war eine entschieden katholisch-konservative Majorität vorhanden. Dem jungen Leben sollte der Garaus gemacht werden. Man fühlte sich als Herrn und begann zu befehlen. Zum Ende mit den Sakramentierern und Täufern! Ferdinand kündigte im Namen des Kaisers das bevorstehende Konzil an. Bis dahin ward der Bewegung der Evangelischen Einhalt geboten. Es lag in dieser kaiserlichen Proposition „eine entschiedene Verurteilung der im Reiche geschehenen Vergewaltigung gegen die Katholiken." Nur eins hatte man vergessen: die von den Katholiken verübten Gewaltthaten gleicherweise „entschieden zu verurteilen." Wir sehen, die Berechtigung der einen Bewegung wird nicht, die der andern dagegen vollkommen anerkannt. Es ist der alte Grundsatz von der allein-

gültigen Autorität der Kirche, der hier zum Ausdruck gelangt. Dem natürlichen aktiven Weiterwachsen einer jugendlichen Bewegung sollte die Zukunft abgeschnitten, sie sollte zur Passivität verdammt werden, während der reaktionären Gegenpartei Handlungsfreiheit gewährt wurde. Diese jedem natürlichen Leben Hohn sprechende Anschauung weckte darum auch sofort den Widerspruch. Der Beschluß des Reichstages von 1526 war mit solchen Vorschlägen kassiert. Den Evangelischen wurde damit direkt an's Leben gegriffen. So zogen sie sich auf den Reichstagsabschied von 1526 zurück und hielten an demselben fest. Alle Milderungen der Gegenpartei wiesen sie von der Hand. Es kam zur „Protestation" gegen den Reichstagsabschied am 19. April 1529. Sie war unterzeichnet von dem Kurfürsten Johann von Sachsen, dem Markgrafen Georg von Brandenburg-Kulmbach, dem Landgrafen Philipp von Hessen, den Herzogen Ernst und Franz von Lüneburg und dem Fürsten Wolfgang von Anhalt. Vierzehn Städte schlossen sich den Fürsten an. Der Beschluß der Majorität wurde für unverbindlich, für null und nichtig erklärt. Ferdinand lehnte die Annahme des Protestes ab. So ward er in Form einer Appellation an den Kaiser und ein allgemeines oder deutsches Nationalkonzil am 25. April neu formuliert und veröffentlicht. Seitdem bildeten die Protestanten eine politische Partei. Habsburg hatte die eingenommene Stellung im deutschen Leben aufgegeben.



Ulrich Zwingli.

Aber auch die Protestanten waren keine geschlossene Macht. Da standen in erster Linie die Anhänger Luthers voll bitteren Grolles den Anhängern Zwinglis in Zürich gegenüber. Zu Zwingli hielt eine Reihe der oberdeutschen Städte. Der Landgraf Philipp suchte zu vermitteln. Er war keineswegs eine tief religiöse Natur, sondern nahm nur innern Anteil an der neuen Lehre, gewissermaßen wie ein Mäcen der neuen Religion. Er besaß Macht und Ehrgeiz, war ein diplomatisch geschulter Mann, im Erkennen rasch, im Ausführen fast zu schnell. Im Jahre 1529 erhielt er die Einigkeit unter den Protestanten und bewog den Kurfürsten Johann von Sachsen zu einem vorläufigen Verständnis mit den oberdeutschen Städten. Dem setzte sich Luther entgegen. Er wollte mit den Sakramentierern nichts zu thun haben. In heiligem Enthusiasmus hatte er einst sein Werk begonnen. Ein Träumer, wie er war, hatte er sich dem Gedanken hingegeben, die Welt werde den von ihm verkündeten Wahrheiten sofort und ohne weiteres zufallen. Aber da sah er sich von einem Hindernis vor ein anderes gestellt; nicht nur die Gegenparteien bereiteten ihm Schmer-

zen, sondern mehr noch die Lauheit seiner eigenen Leute. Das fraß in ihn hinein, es überschraubte die charaktervolle Eigenart seiner gesunden Natur zum ungesunden Eigensinn. Seine Seele war erfüllt von Bitterkeit und finsterer Schwermut, und nur selten fuhren wie Blitze durch dunkle Wolken aus der Gedankenarbeit dieses Mannes noch einmal leuchtende, wärmende Strahlen. Die Bewegung war über ihn hinausgeschritten, er sah sich dazu verdammt, Einhalt zu gebieten, seine ganze Natur sträubte sich gegen diesen Zwang, aber an der furchtbaren Arbeit des Lebens, im Ringen und Kämpfen hatte sich seine Kraft erschöpft, aus der jugendlich hoffnungsmutigen Offensive des der Siegessonne zujubelnden Helden sah er sich in die Defensive zurückgedrängt, er mußte suchen, sich zu behaupten.

In diese Zeit fiel das Marburger Religionsgespräch (1. bis 4. Oktober 1529). Philipp von Hessen hatte dasselbe eingeleitet und befürwortet. Er wollte eine Einigung der Gelehrten. Der Ausgang ist bekannt. An der Lehre vom Abendmahl scheiterte die Versöhnung Luthers mit Zwingli. Beide verwarfen die katholische Lehre von der Verwandlung, und während Luther an der mystischen Gegenwart des Leibes und Blutes Christi festhielt, sich von dem „ist“ nicht abdrängen ließ, ging Zwingli über ihn hinaus und hielt nur an einer symbolischen Bedeutung des Abendmahles fest. Er erklärte das „ist“ in dem Sinne von „bedeutet.“ Luther wies die dargebotene Hand schroff zurück. Aber noch ein anderes Motiv hatte bei diesem Versuche Philipps von Hessen mitgewirkt, das politische. Zwingli war der Bewegung vom religiösen zum politischen Gebiete mit seiner ganzen rationalistischen Natur entgegengekommen Ihm war ein Gedanke nur insofern von Wert, als er sich verwirklichen ließ. Und so flossen ihm beide Gebiete in eins zusammen. Luther aber hatte vor der Verquickung religiöser Motive mit politischen eine heilige Scheu bekommen, er war zu übel belehrt worden, und daß er sich nun ganz auf das religiöse Gebiet zurückzog, gab seiner Stellung eine ungleich größere Festigkeit, als der seines Gegners. Das Leben hatte ihn zu positiven Formationen gezwungen. Er trat aus der Bewegung heraus und formulierte seine Sätze fest und unerschütterlich. Zwingli stand dagegen noch vollkommen in der Bewegung. Auch er organisierte, aber es war nicht gesagt, daß diese Organisation nicht Ausgangspunkt zu weiteren Organisationen werden sollte. Sein Standpunkt war der natürlich richtige, aber Luthers Standpunkt war der von der Not erzwungene, der damals notwendige. Zudem stand Zwingli auf autonomem Boden, Luther aber im Reich. Es gab da eine Grenze, über welche hinaus einstweilen eine autonome Organisation unmöglich wurde.

Der Zwiespalt der Protestanten konnte indes von den Gegnern noch nicht ausgebeutet werden, da ein größeres Ereignis die Aufmerksamkeit Europas auf sich gerichtet hielt. Die Türken standen vor Wien. Aber in Wien lagen an 17000 Landsknechte. Maximilian hatte noch für treffliches Geschütz gesorgt. Die Stürme der Türken wurden abgeschlagen, am 16. Oktober hob Soliman die Belagerung auf. Das war ein Glück, aber auch eine Warnung für Deutschland.

Karl V war indessen in Italien beschäftigt. Franz I sah sich zum Frieden genötigt. Am 5. August 1529 schloß er mit dem Kaiser den Frieden zu Cambrai, nachdem bereits Clemens III am 29. Juni zu Bologna dem Kaiser die Friedenshand zu reichen gezwungen worden war. Zu Anfang des Jahres 1530 kamen Kaiser und Papst in Bologna zusammen. Am 24. Februar empfing Karl hier die Kaiserkrone aus der Hand des Papstes. Er war entschlossen, mit den Neuerern in Deutschland aufzuräumen. Die Appellation der protestierenden Stände wies er derb zurück. Ein Reichstag wurde nach Augsburg angekündigt. Am 15. Juni traf Karl V hier ein. Er war jetzt ein Mann, den das Leben erzogen; anders stand er da, wie einst auf dem Reichstag zu Worms. Er hatte die Macht, die Nation mußte sich an ihn mit ihren Hoffnungen anklammern. Darum zunächst Ordnung des religiösen Zwistes! Hätte sich der Kaiser an die Spitze der religiösen Bewegung gestellt, man wäre ihm in ganz Deutschland zugefallen. Das durfte, das konnte und wollte er nicht. So mußte er den Protestanten entgegentreten. Wird dazu seine Gewalt ausreichen? — Ja, wenn er entschlossen ist. Der Papst muß dann mit ihm unbedingt zusammenhalten. Vor allen Dingen kommt es auf das Konzil an. Clemens VII

hatte es versprochen. Wird er das Versprechen halten? Und wenn er es nicht hält, wird der Kaiser allein, ohne den Papst durchdringen? — Nein, denn der Kaiser hat nicht nur die Protestanten als Gegner sich gegenüber, sondern auch einen Teil der Katholiken. Seine politischen Gegner sind alle selbständigen Gewalten Europas, die ein mächtiges Kaisertum fürchten, auch der Papst, auch die katholischen Stände Deutschlands. Wir kennen das Verhältnis Wittelsbachs zu Habsburg und werden weiter unten über dessen Fortentwicklung zusammenhängend berichten. Das Resultat des Reichstags zu Augsburg war also zunächst für die Protestanten die feste und begrenzte Aufstellung ihrer



Die protestantischen Fürsten übergeben 1530 zu Augsburg Kaiser Karl V ihr Glaubensbekenntnis.
Nach dem Gemälde von Bauer.

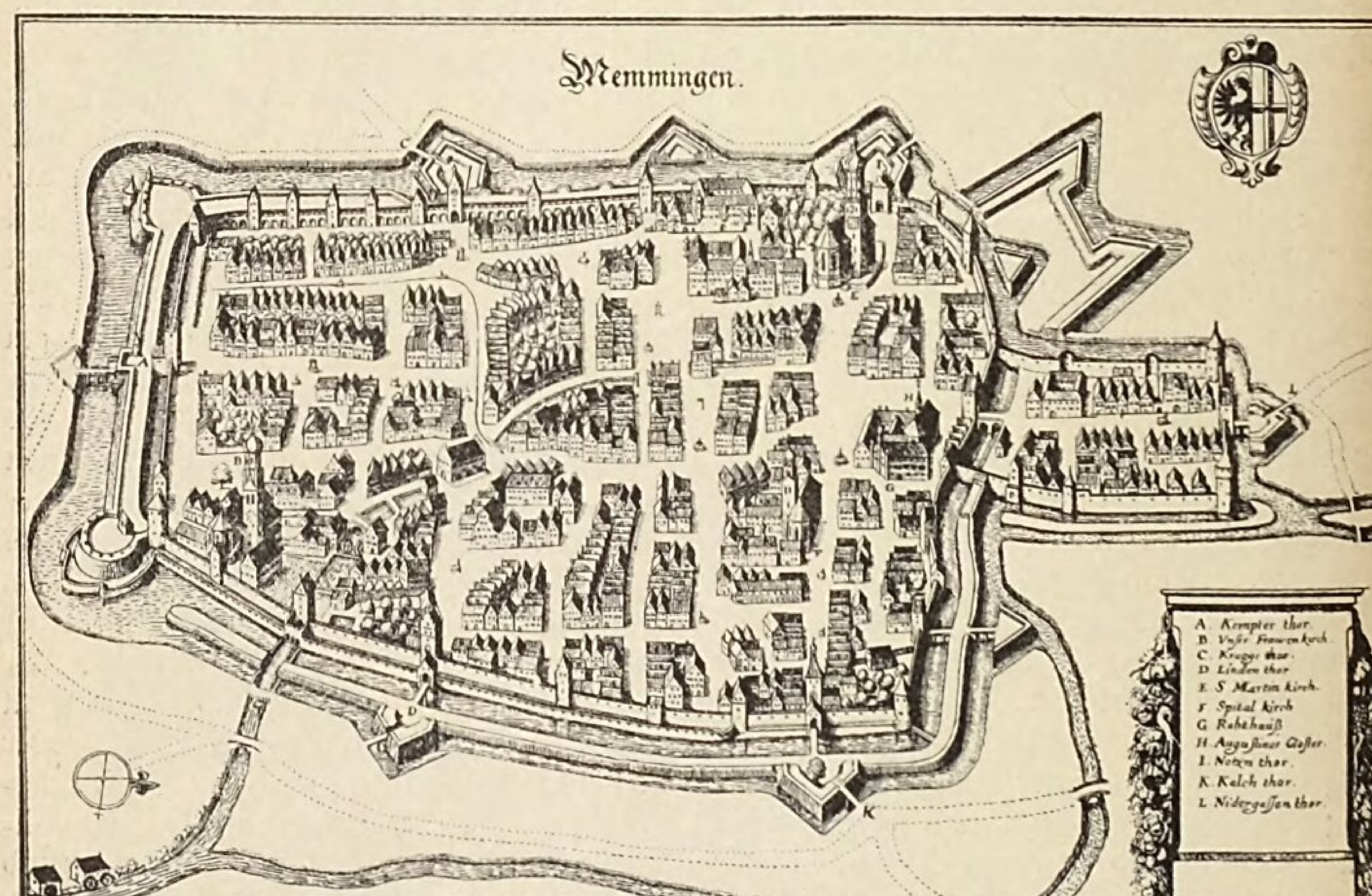
Lehre. Melanchthon überreichte die protestantische „Konfession“ dem Kaiser. Am 25. Juni wurde dieselbe auf dem Reichstag in deutscher Sprache verlesen. Der Gegensatz zu den Oberländern und Zürich hatte die Lutherischen zu dem größtmöglichen Entgegenkommen gegenüber den Altgläubigen bewogen. Es war umsonst. Nicht mit Rom gegen die Oberländer, sondern mit diesen gegen Rom — das war der natürliche Weg, und das Leben korrigiert, wie wir sehen werden, diesen falschen Schritt der Lutherischen. Die vier Städte Straßburg, Konstanz, Memmingen, Lindau überreichten ihr eigenes Glaubensbekenntnis, ebenso Zwingli. Die beiden letzteren wurden einfach zurückgewiesen. Auf die „Konfession“ Melanchthons wurde von den Katholiken durch Eck, Cochleus, Faber, Wimpina und andere eine Antwort, die „Confutatio,“ ausgearbeitet. Der Legat Campeggi hatte eine Disputation widerraten, man könne nur widerlegen und dann zur Unterwerfung auffordern.

Das geschah. Im Gegenfalle drohte der Kaiser mit Gewalt. Aber die katholischen Stände waren geteilt. Melanchthon hatte mit seiner Milde Gutes gewirkt bei den Ständen. Die wollten es nicht zu Gewalt und Krieg kommen lassen. Zudem war ein Teil der katholischen höheren Geistlichkeit für Unterhandlung. Der *Kaiser* war dagegen, aber die Spanier um ihn meinten, man solle gelinde verfahren. Der Kaiser gab weitere Verhandlungen zu. Ueber die ersten Punkte, Erbsünde, Rechtfertigung, kam man überein; bei der Messe und den Gelübden der Mönche stockte es. Man erkannte die trennende Kluft. Nicht das Dogma war der Grund, sondern das Prinzip, welches bei den evangelischen Gründungen obgewaltet; diese waren Produkte des Gegensatzes zu der Omnipotenz der Papstkirche. Die „Freiheit eines Christenmenschen" und die absolute Gewalt geistiger Bewunderung — das war es, woran alles scheiterte und scheitern mußte. Alle weiteren Bemühungen blieben erfolglos. Der Kaiser ging nicht ab von seinem strengkatholischen Standpunkt. Er war fertig und frug, ob Krieg sein solle? Das ging auch nicht. Er schob die Entscheidung hinaus. Er gewährte den Protestanten Bedenkzeit, sich zu unterwerfen. So endete der Reichstag von 1530 im November.

Ueber München hatte der Kaiser seinen Weg genommen, wo ihm ein prächtiger Empfang bereitet wurde. Dann begleiteten ihn die Herzoge nach Augsburg. Hier war es denn auch in der Sache der Königswahl zu einer Einleitung gekommen, welche alsbald zum Abschluß führte. Fünf Kurfürsten wurden für Ferdinand gewonnen, unter ihnen auch der Pfälzer Wittelsbacher mit 160000 Gulden. Aber auch die Landvogtei Hagenau ließ er sich verschreiben und dazu das Versprechen geben, daß ihm die Besitzungen zurückgegeben würden, welche er im Landshuter Erbfolgekrieg verloren hatte. Es war ein Handel, und auch der Kölner Erzbischof, der die Wahl eines Bayernherzogs in's Auge gefaßt hatte, ließ sich herumbringen. Nur der Kurfürst von Sachsen hielt zurück. Es war nicht nur seine Stellung an der Spitze der Evangelischen, welche den Kurfürsten Johann zur Reserve bestimmte, sondern die immer offener zu Tage tretende Tendenz der Habsburger zum Absolutismus. Sachsen blieb isoliert. Im Januar 1531 wurde Karls Bruder Ferdinand zu Köln von fünf Kurfürsten zum römischen Könige erwählt. Sachsen ließ durch den Kurprinzen Johann Friedrich Protest einlegen gegen die Wahl. Ueber die Stellung Bayerns zur Wahlfrage besitzen wir einen Bericht Kaspar Winzerers. Er erzählt von einer Unterredung Karls mit Herzog Wilhelm, die, wenn auch vielleicht in einzelnen Punkten übertrieben, doch die Anschauung Bayerns trefflich charakterisiert. Der König von Böhmen habe den Herzog auf dem Reichstag bei dem Kaiser zum höchsten verklagt; Karl habe sich nun in Gegenwart des Kardinals von Salzburg an Herzog Wilhelm gewendet und ihm vorgehalten, daß er sich von dem Herzog, seinem nächsten Freund und Vetter eines solchen Vergehens nicht versehen habe, wie es bei der böhmischen und römischen Königswahl zu Tage getreten sei; er wisse wohl, daß der Herzog mit Zapolya sondere Praktiken und so seinen Bruder Ferdinand in große Verlegenheit gebracht habe. Der Herzog habe darauf erwidert: „daß er und sein Bruder nach der Krone Böhmen getrachtet hätten, sei richtig: es hätten viele vom Herrn- und Adelsstande des Königreichs sie ersucht gehabt, sich darum zu bewerben: und er zweifle nicht, daß er dem Könige Ferdinand zuvorgekommen sein würde, wenn er eben so viel darum hätte verheißen und geben wollen; es sei auch nichts Neues, daß die Herzoge von Bayern Könige von Ungarn und Dänemark gewesen seien; er könne darum auch nicht denken, warum sie nicht eben sowohl nach der römischen Krone oder nach andern Königreichen trachten dürften: da es bekannt sei, daß die Herrn von Bayern römische Kaiser und Könige gewesen, dieweil die Herrn von Oesterreich noch Grafen gewesen; er habe nicht nach der römischen Krone getrachtet, um des Kaisers Bruder davon auszuschließen, sondern weil es gegen die Freiheit und Gewohnheit des Reiches sei, daß zwei, als Kaiser und König, zugleich regierten; der Kaiser werde sehen, daß viele Reichsstände dem Könige von Böhmen nicht gehorchen würden, und er sei der ersten einer, der dieses nicht thun wolle; er habe dem Kaiser geschworen, und werde ihn lebenslänglich für seinen Herrn erkennen; übertrage derselbe die Krone an Ferdinand, und werde dieser von allen Reichsständen angenommen, so werde er es auch thun; es könne dem Könige nicht wehren, sich römischen König zu nennen

doch sei derselbe nicht sein Herr; was Ungarn betreffe, so möge er wohl leiden, daß ein christlicher König in Ungarn sei, welcher der Ungarn und Türken Manier und Wesen kenne, und daß der König Johann König vor dem Ferdinand verbleibe; dieser habe ihn schon um 200 000 Gulden gebracht." Da sei der Kaiser ganz milde geworden, berichtet Winzerer. Zum Schluß aber habe der Herzog gesprochen: „Allergnädigster Kaiser und Herr, dieweyl ich bey gemeiner Versammlung des heiligen Reichs nit mein Gutdünken, als ich gegen Gott und die Welt zu verantworten mich getraue, reden und raten darf, so will ich ein andermal anheimlos bleiben und auf kein Reichstag kommen."

„Man darf wohl behaupten" — sagt Stumpf — , daß die Grundprinzipien der Politik beider Häuser (Bayern und Oesterreich) seit dieser Zeit sich gebildet haben; das Streben des einen, den kleineren Rivalen, dem es den Flug bereits abgenommen hatte, vollends zu zerstören — die Anneigung des andern an fremde Macht, teils um sich in



Memmingen im 15. Jahrhundert.

seinem Besitztum zu erhalten, teils auch um bei Gelegenheit Rache an der drückenden Uebermacht zu nehmen; Prinzipien, welche in der Natur der Verhältnisse liegen, in denen beide Häuser und Staaten erwachsen sind." Wir halten nun einen Augenblick und betrachten die Lage einmal aus einem andern Gesichtspunkt. Mag dies unhistorisch sein, so werden wir doch sehen, daß wir uns über die Tendenz der bayerischen Politik dabei besser verständigen und ihr gerechter werden. Wie, wenn Bayern die Krone Böhmens gewonnen hätte? Es gewann damit zugleich eine Kurstimme, es wurde durch dieselbe gezwungen, aus der einseitig bayerischen Anschauung in eine allgemeine deutsche hinauszutreten und an den Angelegenheiten des Reichs innigeren Anteil zu nehmen. Bayerns Macht würde bei der Wahl eines römischen Königs weit bedeutender ins Gewicht gefallen sein, es würde auch die römische Königskrone gewonnen haben. Dem aber hätte eine Verständigung einerseits mit Habsburg vorangehen müssen. Den Böhmen gestanden die Herzoge Religionsfreiheit zu, auf diesem Grunde würde sich die Einigung mit Sachsen vollzogen haben. Habsburg, im Osten isoliert, würde gezwungen worden sein, sich mit Bayern zu verständigen, mit dem es nunmehr ein gleiches Interresse gegen Osten gehabt hätte, da die Lebensinteressen Böhmens auf die gleiche Bahn wiesen, wie diejenigen

Habsburgs in Ungarn. Das einseitig habsburgische Interesse wäre durch Bayerns Aufschwung glücklich paralysiert worden, das Interresse des Gesamtbayernstammes würde zur Geltung gekommen sein über den Einzelinteressen seiner Regentenhäuser. Ganzbayern würde die natürliche Mauer des Deutschtums gegen Südosten wieder geworden sein und so hätte sich die Möglichkeit eines Zusammengehens im Reiche herausgebildet. Wir haben also Sachsen, Bayern, Habsburg in geeinigter Machtstellung. Das mußte auf den Westen zurückwirken. Auch hier wäre die Entscheidung in der Württembergischen Sache zu Gunsten Ulrichs oder Christophs entschieden worden. Bayern hätte durch den schwäbischen Bund eine Vermittlung seines Lebens mit demjenigen der Städtegebiete Schwabens und Frankens erhalten. Statt der dann eintretenden religiös-politischen Spannung wäre es auch hier zu einer Vermittlung gekommen. Das hätte weiter gewirkt nach dem Rhein. Wir wissen, daß der Brandenburger in Mainz dem Gedanken einer Säkularisation nicht fern stand; ebenso war der Kölner Erzbischof der neuen Lehre kein abgesagter Feind. Brandenburg hätte am Rhein Stellung genommen, es würde seinen Einfluß dort ausgedehnt haben, das Erzbistum Köln mit Westfalen würde sich diesem Aufschwunge Brandenburgs im Westen auf die Dauer nicht haben entziehen können. Damit aber hätte auch Brandenburg eine gesichertere Stellung gegen Osten genommen, seine Macht wäre groß genug gewesen, dem allzu mächtigen Emporstreben des slavischen Elementes ein Gegengewicht zu bieten. Kurz, wir sehen, alle die Tendenzen, welche von jetzt ab immer schärfer zu Tage traten, welche den Zwist innerhalb Deutschlands von Tag zu Tag mehrten, wären durch eine glückliche Erhebung Bayerns schon damals aktiv geworden, und es hätte sich die Möglichkeit geboten, langsam aus den alten verkommenen Zuständen in neue Verhältnisse hinüberzuleiten. Es war die Möglichkeit einer Fortentwicklung gegeben. Jetzt ward dieselbe abgeschnitten, abgeschnitten durch die auf gleicher Basis mit allen übrigen deutschen Fürstenmächten emporstrebende Macht des Hauses Habsburg, auf der Basis, mit Hilfe des Auslandes in Deutschland zur dominierenden Herrschaft zu gelangen. Statt jener Zertrümmerung des alten Reiches, wie sie nachmals Napoleon I. mit Gewalt vollzog, wäre es zu einer langsamen Abtragung der baufälligen Ruine gekommen, die Deutschen selbst hätten dieses Werk vollbringen und aus den Bausteinen sich ein neues Heim errichten können. So blieb alles der Gewalt überlassen. Der zwingenden, notwendigen Gewalt, der denn die Ueberstürzung und Unordnung auf dem Fuße folgen mußten. Wir kennen die Ursache, warum es in Bayern zu dieser Wendung nicht kommen konnte, die Herzoge standen allein, ihre Landschaft nahm an ihrer Politik keinen aktiven Anteil. Damit fehlte ihnen der gesunde, allein fruchtbringende Boden. Aber auch im übrigen Deutschland verdunkelte die Einseitigkeit, der Egoismus und das Mißtrauen den klaren Blick; es kam, wie es kommen mußte. Der Verfall dauerte fort, bis endlich eine fremde Macht die ganze Reichsherrlichkeit in die Luft sprengte. Es genügt uns, erkannt zu haben, wie die spätere Entwicklung Deutschlands sich bereits damals in ihren Einzelzügen hervordrängte und aus dem Leben des deutschen Volkes heraus nach Verwirklichung drängte. Die Mächte, welche dieser gesunden Fortentwicklung damals im Wege standen, waren die Träger der alten Kultur: das von romanisch-(spanisch) absolutistischen Ideen getragene Weltkaisertum, die auf hierarchisch-absolutistischen Gedanken ruhende Kirche.

Wer aber wollte die auf einem vollkommen richtigen, wenn auch durch den Egoismus getrübten, Instinkte beruhende Politik Bayerns verdammen? Wer kann bei dieser Einsicht noch von Landesverrat reden? Gewiß, die Mittel, welche zur Verwirklichung dieser Politik nunmehr in Anwendung kommen sollten, waren nicht gut. Aber sie waren das Resultat der Not, nicht der freien That. Es war ein Irrtum, dem man sich in Bayern hingab, aber an diesem Irrtum trug nicht Bayern allein Schuld, sondern mit ihm das ganze übrige Deutschland. Darum weg mit den Vorwürfen! Keine von allen in Deutschland maßgebenden Mächten ist von diesem Irrtum verschont geblieben; das positive Leben, zu welchem man sich in Niederdeutschland erhoben hatte, ward in seiner besten Kraft gebrochen; Luther und Sachsen sind nicht mehr positiv schöpferisch thätig, sondern befinden sich in der Defensive. Und so überall, keiner weiß den Weg, aus dieser

gegenseitigen Negation zu einem allgemeinen Fortschritt herauszukommen, es sind die alten Mächte, Kaisertum und Papsttum, es ist die alte Kultur, Bauerntum und Adel, welche sich an die Entwicklung anklammern und nicht mehr loslassen, bis diese selbst zur vollkommenen Negation ihrer natürlichen Berechtigung gelangt ist. Nur ein Flackern noch, nur noch der aufsteigende Qualm verraten, daß in der Seele des deutschen Volkes ein Feuer gelodert, mächtig genug, um Deutschland, ganz Europa von neuem umzuschmelzen. Der Guß blieb aus, wie Trümmer stehen die alten zerschlagenen Formen umher, rings um sie her ein wildes Keimen und Leben, das aufzunehmen die zerbrochenen Formen nicht mehr vermögen. So stehen diese da, ein Hindernis dieses Lebens, den Verfall überall durch den eigenen Verfall nur fördernd und beschleunigend — ein trauriges, jeden Deutschen in tiefster Seele ergreifendes Bild.

Die Verhältnisse hatten dahin geführt, daß man in der Institution des Kaisertums selbst die Not der Zeit zu erblicken begann. Sind auch die kategorischen Schlußfolgerungen, wie sie bei Janssen gezogen werden, keineswegs so klar als Ziel vor den Augen der damals Mithandelnden gestanden, so zeigen sie doch den Weg, welchen die Entwicklung der Dinge einzuschlagen begonnen hatte. „Es handelte sich um nichts geringeres, als um die Aufrichtung eines ‚evangelischen‘ Kaisertums nach Zertrümmerung des römischen Kaisertums deutscher Nation.“ Sagen wir eines ‚nationalen‘ Kaisertums“, und wir kommen der Sache näher! Los von Rom! Das war das Feldgeschrei, wie es von Zürich aus angestimmt und dann in Hessen namentlich aufgenommen wurde. In den Beratungen vom 22. bis 31. Dezember 1530 zu Schmalkalden kam es zu einem Verständnis der Protestierenden. Der Kurfürst Johann von Sachsen und sein Sohn Johann Friedrich, die Herzoge Ernst, Franz und Philipp von Braunschweig-Lüneburg, der Landgraf Philipp von Hessen, der Fürst Wolfgang von Anhalt, die Grafen Gebhard und Albrecht Mansfeld schlossen mit den Städten Straßburg, Ulm, Konstanz, Reutlingen, Memmingen Lindau, Biberach, Isny, Lübeck, Magdeburg und Bremen einen Defensivbund gegen die zu erwartenden Exekutionen des Reichskammergerichts und gegen etwaige Angriffe seitens des Kaisers oder der mit ihm verbündeten Fürsten ab. Bisher war man an dem Bedenken der Theologen, ob eine Verteidigung gegen den Kaiser erlaubt sei, hängen geblieben, jetzt erhob man sich über dieses Bedenken mit der Begründung, daß der Kaiser den Fürsten so gut verpflichtet sei, wie diese ihm; er sei ein gewählter Kaiser, kein geborener und „verhalte sich zu den deutschen Fürsten wie der Doge zu den venezianischen Nobili, wie der Konsul zum altrömischen Senat.“ Der neue Bund schloß sich dem Proteste Sachsens gegen die Erhebung Ferdinands zum römischen Könige an. Damit trat er aus seiner religiösen Fassung heraus und gab Gelegenheit, daß auch andere Stände auf diesem Grunde sich ihm zu nähern vermochten. Wir werden die Versuche Bayerns in dieser Richtung zu betrachten haben.

Zunächst haben wir einen Blick auf den Charakter der Konföderation selbst zu werfen. Wir wissen, es ist nicht der erste Bund, den Reichsstände unter einander zur Verfolgung gemeinsamer Zwecke abschlossen. Und doch enthält er ein neues, sehr bedeutsames Element, ein Element, welches weit mehr in die Zukunft, als in die Vergangenheit deutet. Wir sprechen es aus, die Aehnlichkeit der Verhältnisse ließ hier ein Gebilde entstehen, wie wir es später im norddeutschen Bunde wenn auch in weit ausgebildeterer Gestaltung erblicken werden. Daß sich der tiefgefühlte Gegensatz gegen die anschwellende Macht des Hauses Habsburg damals in religiöse Formen kleidete, lag an der Stimmung und geistigen Färbung der Zeit. „Die erste der deutschen Konföderationen war die rheinische gewesen; sie umfaßte Städte, Fürsten und Ritter, ihr Zweck war die Aufrechterhaltung des Friedens im Interesse des städtischen Verkehrs. Dann entstand im Norden die rein städtische Konföderation der Hansa zum gemeinsamen Schutz des deutschen Kaufmanns im Auslande. Gleichzeitig bildete sich im oberen Alemannien die Eidgenossenschaft, eine Verbindung städtischer und bäuerlicher Gemeinwesen zum Zweck des Friedens und der Verteidigung. Im innern Deutschland entstanden zuweilen — 1331 und 1376 — scheinbar gemischte Konföderationen, an welchen sich Städte, Ritter und Fürsten gleichmäßig beteiligten; aber ihr Ursprung war ein exklusiv städtischer, ihr

Zweck die Verteidigung der städtischen Selbständigkeit. Zuletzt im Jahre 1486 hatte sich der schwäbische Bund gebildet, aus Fürsten, Herrn und Städten. — Vergleichen wir die Leistungsfähigkeit dieser Einungen, so hat sich der bäuerlich-städtische Bund im



Schmalkalden.

Süden und der reinstädtische im Norden allerdings am längsten behauptet. Dagegen waren diejenigen Bündnisse, in welchen Fürsten und Städte vereinigt waren, zwar von kürzerer Dauer, aber in Folge der schärferen Mischung der Gegensätze produktiver an politischen Ideen."

Nun stehen wir vor einer neuen Konföderation, in welcher die alten Kräfte der Nation, Adel und Bauernschaft fehlten, ein Bund der Fürsten und Städte. Dieselbe suchte sich in die Reste der alten Bündnisse hineinzuschieben, im Norden in den der Hansa, im Süden in den schwäbischen Bund, im Südwesten in die Eidgenossenschaft. Philipp von Hessen war nicht nur Mitglied des Schmalkaldischen Bundes, er ließ sich damals in die Bürgerschaft von Zürich aufnehmen, Lübeck trat, wie wir sahen, sofort in den Schmalkaldischen Bund. Das Eindringen dieses neuen Elementes in die alten Bündnisse hatte nun zur Folge, daß diese sämtlich zersprengt wurden und die Schmalkaldischen Interressen die Oberhand gewannen. Wir stehen vor einer beginnenden Neugruppierung der deutschen Mächte, welche bisher das Prinzip der Autonomie und Selbständigkeit vertreten hatten, und diese Neugruppierung sollte für die fernere Entwicklung Deutschlands von größter Bedeutung werden.

Lübeck stand an der Spitze der Trümmer des alten Hansabundes. Es leitete die Angelegenheiten desselben nach rein lübischen Interessen. 1523 war es ihm gelungen, das Unionskönigtum der drei nordischen Reiche zu sprengen. Christian II wurde in Schweden wie in Dänemark gestürzt. Dort trat Gustav Wasa mit lübischer Hilfe an seine Stelle, hier Friedrich I, der Herzog von Schleswig-Holstein. Der gestürzte Christian II war Schwager des Kaisers Karl. Die holländischen Interessen wurden von den lübischen zurückgedrängt. Zunächst war die Stellung der beiden neuen Könige von Lübecks Gnaden abhängig. „Lübeck gewann im Norden eine Stellung, welche derjenigen der süddeutschen Geld- und Handelsplätze zum mindesten ebenbürtig war." Aber dieses Verhältnis war ein unnatürliches. Eine Stadt als Herrin der Entwicklung ganzer Völker — das ging nicht. Der schleswig-holsteinische Adel war der geborene Gegner Lübecks und der Städte. Lübeck suchte im Rücken einen Halt an den Schmalkaldenern. Es war klar, daß diese sich nicht von einseitig-lübischen Gesichtspunkten würden leiten lassen.

Der zweite Bund ist die Eidgenossenschaft. Hier hatten sich bäuerliche und städtische Kultur das Gleichgewicht gehalten bis zum Auftreten Zwinglis und der Reformation. Zwingli war nicht nur religiöser Reformer, sondern zugleich Politiker. Die einseitig demokratische Anschauung leitete ihn; er wollte die städtische Politik, seine Politik zur Herrschaft führen nicht nur gegenüber den Bauernkantonen, sondern auch nach auswärts. Er hoffte ge-

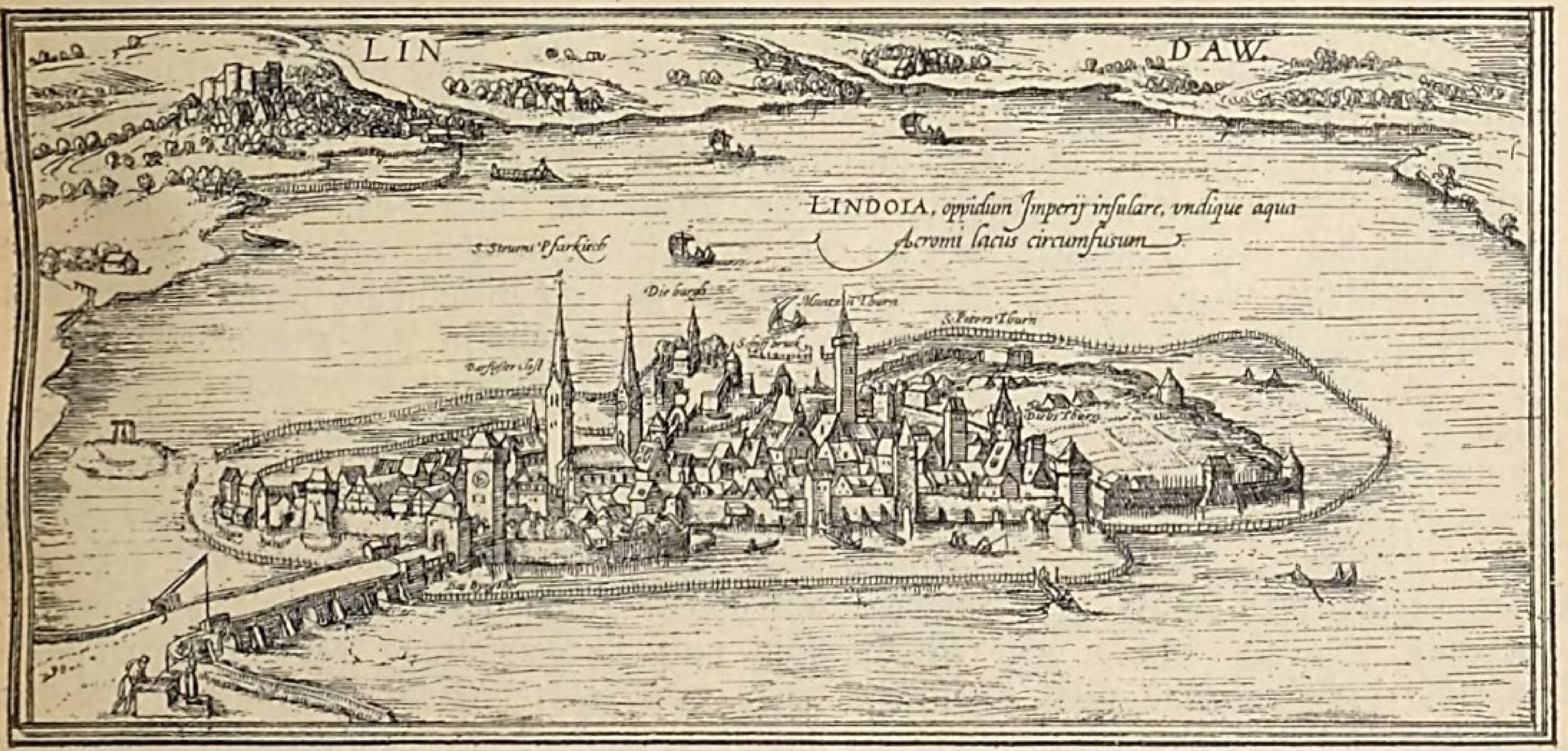
gen Schwaben hin eine Verstärkung der städtisch-schweizerischen Eidgenossenschaft. Wir wissen, daß in den oberländischen Städten die Zwinglianer dominierten, nicht die Lutherischen. Darauf stützte er sich. Als jetzt der Schmalkaldische Bund geschlossen wurde, waren die Schweizer Städte dagegen. Sie wollten einen Bund der Städte, mit Ausschluß der Fürsten. Die Demokratie sollte zur dominierenden Macht werden. In den Städten sollte der gemeine Mann über die Geschlechter dominieren, und so die Städte emporwachsen über die Aristokratie.

Der dritte Bund ist der schwäbische. An seiner Spitze ringen Habsburg und Wittelsbach um die Vormacht. Habsburg hat den Vorsprung durch die Besitznahme Württembergs, durch das Wachstum seiner Macht überhaupt. Habsburg ist streng katholisch und konservativ. Die Städte sind evangelisch. Hier muß es zur Trennung kommen. Aber auch Bayern ist katholisch, steht aber im Gegensatz zu Habsburg, noch mehr, seitdem Ferdinand böhmischer und römischer König geworden. Dieser Gegensatz ist der gleiche, wie bei den Schmalkaldenern, er ist derjenige der Fürsten gegen die katholische Majorität der Kurfürsten. Bayern hat nur einen Gedanken, das gefährliche Wachstum Habsburgs zurückzuschrauben. Aber Bayern ist katholisch. Bayern will selbst die römische Königskrone, aber bei den Schmalkaldenern hatte man einen Protestanten ins Auge gefaßt. Auf den Kurprinzen Johann Friedrich von Sachsen fielen die Blicke. Da müssen von beiden Seiten Konzessionen gemacht werden, Bayern muß in der religiösen Frage nachgeben, um in der Königsfrage das Uebergewicht zu erlangen. Ohne Konzessionen wird es zu nichts kommen.

Noch bevor es jedoch zu innigeren Verbindungen all dieser Elemente kam, brach der Krieg aus. Er trennt stets, statt zu binden, denn in ihm tritt die elementare Gewalt der natürlichen Verhältnisse unverhüllt und in ihrer ganzen schroffen Einseitigkeit zu Tage. Er macht die Interessen der Willkür verstummen und läßt die unversöhnlichen Gegensätze, neben ihnen aber auch die wirklichen natürlichen Interessen der verschiedenen Teile hervortreten. In Zürich stand Zwingli an der Spitze. Seit seinen Erfolgen im Thurgau, den er mit Waffengewalt reformierte (1529), ist er Diktator. Seine Ideen gehen weit. Er treibt deutsche, europäische Politik. Davon zogen ihn die Züricher zurück. Nun treibt er Züricher Politik. Zürich soll obenan stehn in der Schweiz und sich mit Zürichs Herrschaft das Evangelium ausdehnen. Dem stehen die fünf alten Orte entgegen, aber auch Bern hat kein Interesse an Zürichs politischer Machterweiterung. Obgleich reformiert hält es zurück. Was jetzt? Stehen bleiben? Zurückgehen? Zwingli dachte daran, er wollte abtreten. Das erschreckte alle — er blieb. Aber die Kraft der Bewegung war gebrochen. Das zeigte sich in der Haltung der fünf Orte. Zürich wollte sie zwingen. Es veranlaßte eine Getreidesperre. Der Krieg war da, aber Zürich war nicht gerüstet. Am 12. Oktober 1531 wurden die Züricher bei Kappel geschlagen. Zwingli fiel. Bern vermittelte den Frieden. Er besiegelte die Religionsspaltung. Glarus wurde wieder katholisch, in Solothurn restaurierte sich der Katholizismus; der Abt von St. Gallen wurde wiederhergestellt. Nur das Toggenburgische blieb protestantisch. Auch in den Aemtern teilte sich das Bekenntnis nach dem Bekenntnis der Vororte. Das war ein Sieg der Bauern und des Katholizismus über die Städte und das Evangelium. Der Rückhalt der oberdeutschen Städte war gebrochen, sie trieben von selbst von der Schweiz ab und dem Schmalkaldischen Bunde zu. Aber zugleich machte sich diese Niederlage der Städte im Bunde selbst bemerkbar. Die Fürsten erhielten das moralische Uebergewicht.

In Bayern liefen die Verhandlungen mit dem Könige von Ungarn Zapolya fort, aber auch darin waren Bayern und Sachsen verschiedener Meinung. Die Herzoge ermahnten den Ungarnkönig, bei den Türken dahin zu wirken, daß diese nicht gegen die deutsche Nation, sondern nur gegen Ferdinand zögen, aber Johann von Sachsen wollte die Türkennot nicht gegen das Haus Oesterreich ausgenützt wissen. Er war dem Angriff auf Habsburg überhaupt abgeneigt und glaubte, die Defensive würde ausreichen, sich gegen Willkür der Habsburger zu schützen. Dagegen rechnete man in Bayern wie in Hessen fortwährend und immer mehr mit einer Offensive gegen die Habsburger. Hier

loderte der Gedanke auf, den König Ferdinand aus Ungarn, Böhmen und Württemberg wieder hinauszuschlagen, und in der Glut dieses Gedankens schmiedete der Kanzler Eck seine Pläne. Schon im Februar 1531 finden wir den bayerischen Rat Weissenfelder in Torgau; er sollte erforschen, was man der Wahl Ferdinands halber thun wolle. Im August desselben Jahres begab sich der bayerische Kanzler selbst nach Gießen, um mit den Schmalkaldenern zu beraten. Und hier kam es denn bereits zu jener oben angedeuteten Annäherung. Die religiöse Frage bildete die Scheidewand. Sie zu entfernen kam man überein, den Kaiser um die Berufung eines Konzils anzugehen, wenn der Papst dasselbe hinausschiebe. „Würde aber der Kaiser aus einem oder dem andern Grunde dies unterlassen, so solle eine Ständeversammlung berufen werden, um sowohl von der Einigkeit in der Religion als von der Abstellung anderer Gebrechen zu verhandeln." Man sah also auch in Bayern ein, daß erst innerhalb der Nation eine Einigung erziehlt werden müsse; es war das Bedürfnis, auf positiven Boden zu gelangen, um von ihm aus mit Kaiser und Papst unterhandeln zu können. Auf Grund dieser vorläufigen Einigung Bayerns mit den Schmalkaldenern kamen alle Verbündeten am 24. Oktober in Saalfeld zusammen. Als Vertreter Bayerns war Weissenfelder anwesend. Es kam zu dem Beschluß, den Protest gegen die Wahl Ferdinands aufrecht zu erhalten und bei dem Kaiser



Lindau im 15. Jahrhundert.

auf Gehör zu bringen. Die Verbündeten gelobten sich, „für einen Mann zu stehen und zu bleiben, sich nie ohne des andern Wissen und Willen zu trennen: wenn sie darum „von Jemants wer der ware belaidigt oder sonst vergeweltigt werden solten oder wolten," so wollten sie mit Leib und Gut, Land und Leuten und allem Vermögen zusammenstehen und einander Hülfe leisten. Der Beitritt der Könige von Frankreich und England zum Bunde wurde bei den Verhandlungen vorgesehen. Auch in dieser nach der Hülfe des Auslandes ausschauenden Politik standen Bayern und Hessen obenan. Der bayerische Agent Bonaventura Kurß ging nach Frankreich, der hessische Rat Nikolaus Meyer nach England ab. Beide sollten miteinander im Einvernehmen bleiben. In welchen naiven Anschauungen man sich bei diesen Plänen mit dem Auslande bewegte, geht aus den Verhandlungen Kaspar Winzerers mit Zapolya hervor. Man wollte beiderseits in Oesterreich einfallen, auch die Türken sollten Kärnten und Kroatien überziehen, aber ihre Eroberungen nicht behalten, sondern zwischen Zapolya und den Herzogen teilen. Käme es doch zu einem Einfall der Türken in Deutschland, so sollten die Türken „drei Meilen weit dem Lande Bayern nicht nahe kommen." Das hieß denn doch mit wahrer Kindlichkeit den natürlichen Schwerpunkt der Macht verschieben, und es war ein Glück, daß es über Verhandlungen sowohl hier, wie mit Frankreich, einstweilen nicht hinauskam.

Eine andere Frage tritt nun an uns heran: wie standen denn die Herzoge ihrem Lande gegenüber? Ging das bayerische Volk ruhig mit auf diesem Wege einer ins Abenteuerliche sich auswachsenden Politik? Wir wissen die Antwort auch ohne geschichtliche Dokumente. Denn eine solche Politik ist nur da möglich, wo der gesunde Boden der Volksentwicklung bereits verlassen ist. Gerade das Schwergewicht dieser Volksentwicklung mußte die Luftpolitiker wieder zum Erdboden herabziehen, auf dem man Schritt für Schritt zu machen gezwungen und alles Fliegen und Flügelschlagen vergebens ist. Als der Bauernkrieg losbrach, hatten die Herzoge sich wohl gehütet, einen Landtag zu berufen, um in ihrer Politik nicht gehindert zu sein. Damals befanden sie sich, wie wir wissen, in einer mißlichen Lage. Es war vorauszusehen, daß die Landschaft diese Lage unfehlbar zur Erweiterung ihrer Befugnisse benützen würde. Aber den Herzogen gelang es, ohne Landschaft mit den Bauern fertig zu werden und den Krieg vom Lande fernzuhalten. Gerade dieser Erfolg nun machte sie, wie er ihr Ansehen erhöhte, kühner. Im folgenden Jahre (1526) kam die Türkennot. Da beriefen die Herzoge den Landtag eilends nach Ingolstadt (Oktober 1526). Die „Türkennot trat sofort zurück, und der Gegensatz der Herzoge und ihrer Stände rückte in den Vordergrund. Die Herzoge verlangten 20,000 Mann auf acht Monate. Das war viel, aber der „Türke" war noch viel mehr. Gleichzeitig aber verlangten die Herzoge, daß die durch eine Landsteuer zusammengebrachten Geldsummen unter Zuziehung einiger fürstlichen Räte verwahrt und verausgabt werde. Nicht einen Finger der Fürsten in die wohlgefüllte Landschaftskasse — das war die Tendenz der Landstände. Es kam zu einem Vergleich, da die Macht auf beiden Seiten fehlte, die eigene Absicht durchzusetzen. Den Herzogen wurden 100 000 Gulden bewilligt, und da dies eine außergewöhnliche Steuer sei, wurde von der Landschaft zugestanden, daß e i n herzoglicher Rat bei der Verwaltung und Verausgabung dieser Summe mitreden könne, wenn sich die Herzoge urkundlich zu dem Geständnis verpflichteten, daß solches eben nur für diesen besondern und außergewöhnlichen Fall zugestanden worden sei. Die Herzoge hüteten sich vor einer solchen Bescheinigung und verzichteten für diesmal auf ihr „Recht," das Steuergeld mit verwahren und verwalten zu dürfen. Im Januar 1529 trat wieder ein Landtag in München zusammen. Der „Türke" stand auch diesmal obenan. Dann wollten die Herzoge Geld, um eine auf Neuburg ruhende Schuld ihren drängenden pfälzischen Verwandten abtragen zu können. Es wurde viel gefordert. Der Herzog war bisher gewissermaßen der oberste Landstand gewesen. Jetzt suchte er, da man ihm als solchem eine Miterhebung und Mitverwaltung der Landsteuer, wie es billig gewesen wäre, nicht zugestehen wollte, von anderer Seite zu drücken. Die herzoglichen Brüder behaupteten, daß ihnen das Recht zustehe, ihre Kammerbauern auch ohne die Einwilligung der Stände zu besteuern, „diese aber rechtlich nicht befugt wären, die Erhebung und Verwaltung der Landsteuern ausschließlich zu besorgen, und daß selbe fortan unter Zuziehung fürstlicher Abgeordneten vorgenommen werden müßten." Es handelte sich also darum: entweder der Fürst tritt mit seinen Leuten selbständig der Landschaft gegenüber und entzieht diese seine Leute der landschaftlichen Rechtssphäre, oder aber die Landschaft versteht sich dazu, den Fürsten als obersten Landstand anzuerkennen und ihm demgemäß eine entsprechende Stellung in der Besteuerungs- und Verwaltungsfrage einzuräumen. Man hat darauf hingewiesen, daß die Landstände einfach mit der Erklärung, „daß, wer berechtigt sei, Steuern zu verwilligen, auch befugt sein müsse, die Art ihrer Erhebung und Verwaltung zu bestimmen," die Herzoge mit ihrer Forderung hätten aus dem Felde schlagen können. Aber so einfach lagen die Dinge nicht. Die Landschaft vertrat nicht nur ihre eigenen Hintersaßen, sondern auch die herzoglichen. Diese aber zu vertreten, lag wohl in erster Linie in der Rechtssphäre der Herzoge selbst. Und so wäre es also unbedingt darauf angekommen, sich eins mit den Fürsten, nicht aber im Gegensatz zu ihnen zu fühlen. Im Prinzip aber einigte man sich nicht. Es wurde wieder ein Notvergleich geschlossen. Die bewilligte Landsteuer von 100000 Gulden sollte wie bisher eingezogen (also von der Landschaft) und von der Landschaft unter Zuziehung eines herzoglichen Beamten von den Steuereinnehmern in Empfang genommen werden; die Hälfte eines etwaigen Ueberschusses sowie 40000 Gulden der früher erhobenen Türken-

steuer wurde den Herzogen zu freier Verfügung gestellt. Der prinzipielle Gegensatz war damit nicht aus der Welt geschafft, aber die Landstände hatten eine Schlappe erlitten. Auf dem folgenden Landtag, der im November 1531 zu Landshut zusammentrat, zeigte sich der alte Gegensatz in schroffster Gestalt. Die Stände lehnten eine Revision der gesamten Land-, Polizei- und Gerichtsordnung rundweg ab. Darauf erklärten die Herzoge, sie seien befugt, ohne Zustimmung der Stände Gesetze zu erlassen, weil diese sich dem von den Herzogen „aus freundlicher Rücksicht zu allem Ueberfluß" gestellten Begehren versagt hätten. Die Stände protestierten gegen dieses willkürliche Vorgehen laut und deutlich, ihre Vorfahren hätten ihre Rechte und Freiheiten von den Herzogen redlich erkauft und erworben. Die Herzoge aber ließen melden, von erkauften Freiheiten wüßten sie nichts, sondern nur von solchen, die ihnen ehedem aus Gnade bewilligt worden." Da verweigerten die Stände die geforderte Steuer.

Auf diesem Punkte standen die Dinge, als die Herzoge in den Schmalkaldener Bund eintraten. Sie mußten ihren Landständen, da es denn doch einmal zum Kriege mit den Habsburgern kommen konnte, Mitteilung von den getroffenen Verbindungen machen. Und so beriefen sie denn einige Mitglieder der Landschaft, ihnen über ihr Vorgehen Aufschluß zu geben. In zwei Beratungen legten die Herzoge ihren Standpunkt offen dar, und es interessiert uns namentlich die bei der zweiten derselben entwickelte Anschauung, insofern sie sich auf die Wahl Ferdinands bezieht. Zunächst gab man der Befürchtung Ausdruck, daß hier eine Erbmonarchie der Habsburger in Deutschland errichtet werden sollte. Damit aber würden die Fürsten zu Sklaven, die Freiheit Deutschlands wäre dahin. Ferdinand stünde hinter ihrem Bruder Ernst, der wieder seine Ansprüche auf den dritten Teil Bayerns erhöbe, von des Königs Seite habe sich Bayern nichts Gutes zu versprechen. Deshalb, wie sie es bisher nicht gethan hätten, wollten sie auch fernerhin Ferdinand nicht als römischen König anerkennen, und ein Verständnis mit Sachsen sei nicht zu verwerfen. Ferdinand sei nicht in der Lage, den Türken energischen Widerstand entgegenzustellen, die Abwehr falle also auf Bayern, „welches den Türken nicht gewachsen sei und auf Reichs- und Bundeshülfe wenig rechnen könne, so, daß durch des Königs unbedachtes Kriegen und gieriges Vornehmen sie, ihr Land und ihre Leute ins Verderben kommen müßten. Wollten sie aber des Königs Wahl anerkennen und nichts dagegen thun, so werde daraus folgen, daß die Kurfürsten künftig das Reich so oft und wie es ihnen gefällig wäre, verkaufen und ihnen und den andern Ständen einen Herrn geben würden." Wollte man nun auch jetzt dem Könige zu Willen sein, so habe man doch zu befürchten, daß er nach Besserung seiner Lage sich seiner alten Neigung wieder hingeben werde, denn er sei mehr gesonnen, die Herzoge zu unterdrücken, als sie bei ihrem Fürstentume, „welches ihm gelegener sei, als jedes andere," zu erhalten. Gegen alle diese Aussichten sei ein Bündnis mit Sachsen das Beste; es sichere vor den Türken, wie vor einem Angriffe des Königs Ferdinand, dem dann Zapolya und der Türke in den Rücken fallen würden. Ebenso seien Frankreich und England gegen den König gestimmt, sie würden mit Geld und Mannschaften helfen. Und also gerüstet, „könne man die bessere Gelegenheit abwarten, den bösen Brauch mit Verkaufung des Reichs in deutscher Nation nicht einwurzeln lassen, und die ihnen und den Nachkommen gedrohte Dienstbarkeit abwenden, Ehre und Friede im Reiche erhalten." Nur wenn man sich also stelle, sei zu erwarten, daß Kaiser Karl ein Einsehen haben und den Frieden möglicherweise erhalten werde.

Diese Anschauung war nun keineswegs so unnatürlich, sondern den obschwebenden Verhältnissen ziemlich entsprechend. Auch daß sich die Herzoge an ihr Volk wandten, entstammte einem gesunden Gefühl. Aber wir haben nach einer andern Richtung zu sehen. Stand das bayerische Volk hinter seinen Fürsten? — Ja, aber passiv! Von einer aktiven Uebernahme der ihm jetzt unbedingt zufallenden Rolle, von einem positiven Eintreten in die Politik der Fürsten war nichts zu merken. Und so war es nicht nur in Bayern, so war es allenthalben im deutschen Reich. Nirgendwo, mit Ausnahme der wenigen Städte, die dem Bunde der Schmalkaldener beigetreten waren und der fürstlichen Politik noch ein gewisses Gegengewicht hielten, hören wir von einem aktiven Ein-



Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen.

treten des Volkes in die Politik. Nirgendwo zeigt sich der feste Punkt, an den sich die fernere Entwicklung anlehnen konnte und ein Zusammenwachsen von Volk und Fürst zum einigen Staatsleben ermöglicht hätte. Das aber hatte einerseits die Folge, daß die Schmalkaldener nicht mit den Kräften des deutschen Volkes vorzugsweise die absolute Monarchie der Habsbuger abzuwerfen suchten, sondern mit auswärtiger Hülfe, und anderseits mußte es, wenn es gelang, den kaiserlichen Absolutismus fernzuhalten, dahin kommen, daß der fürstliche Absolutismus um so üppiger emporschoß. Die deutsche Nation muß durch Selbstmord enden! Wir hörten es, und es ist richtig. Die Städte hatten die Ritterschaft niederwerfen helfen, sie hatten die Bauernschaft im Stich gelassen, so war diese in den Radikalismus hinausgetreten. Die Kraft der Demokratie, die positive Schöpferkraft des Volkes war gebrochen. Der nächste Schlag mußte die Städte selbst treffen. Und so kam es. Wer ihn vollführt, ist gleich, ob der Kaiser, ob die Fürsten, der Weg geht über die Niederlage der Städte hinaus zum Despotismus, entweder des Kaisers oder der Fürsten. In Bayern haben wir das Beispiel: die Landstände versagten sich den Forderungen der Fürsten ganz und gar. Solche Forderungen entspringen aber niemals allein der Willkür oder nur unreinen Motiven, sondern diese sind erst Erzeugnisse der gegebenen Lage. Ein völliges Versagen, eine gänzliche Ablehnung der Zeitforderungen aber fällt stets zum absoluten Schaden der negativ Konservativen aus. Es kam, wie es kommen mußte. Der Verfall der positiven Vollkraft selbst schuf das fürstliche Uebergewicht, den fürstlichen Absolutismus. Und dieses Uebergewicht machte sich bereits in der Organisation der sächsischen Kirche geltend; es machte sich so stark geltend, daß die auf demokratischer Grundlage (Synodalverfassung) eingerichtete hessische Kirche wieder abgeschafft worden war. Reutlingen war von einem fürstlichen Heere im ersten Ansturm genommen worden; in der Schweiz hatte die Städte eben eine furchtbare Katastrophe getroffen; in Bayern sprachen die Herzoge von der „Gnade," nicht von dem Rechte der landständischen Freiheit. Der Anfang des Endes ist da. Die Flammenzeichen lodern allenthalben empor. Das deutsche Volk steht ratlos und kennt ihre Bedeutung nicht. Im Sturme ging es fort in der gleichen Richtung ohne Aufenthalt, ohne Hemmnis.

. Es läßt sich denken, daß die Versuche Karls, die Bayernherzoge mit seinem Bruder zu versöhnen, bei dieser Stimmung unfruchtbar blieben, zumal von dem Hofe Ferdinands eine Erbitterung gegen Bayern gemeldet wurde, welche den Herzogen für die Zukunft, für den Augenblick, da Ferdinand freie Hand bekam, nichts Gutes verhieß. Der Passauer war am Hofe zu Brüssel; hinter ihm stand Ferdinand und hetzte ihn gegen seine Brüder. Das war kein Mittel, welches zum Frieden führte. Herzog Wilhelm berief sich dem Kaiser gegenüber auf seine Warnungen zu Augsburg, er solle von der Wahl Ferdinands abstehen. Und zu dem war jetzt bereits die Württembergische Frage aufgerollt, welche Bayern erst recht von Habsburg trennte. Seiner Zeit hatten die Herzoge geschwiegen, als Habsburg das Herzogtum an sich nahm, sie hatten nicht die Macht einen Widerspruch zu erheben und ebensowenig sahen sie damals bereits klar, wohin ein solches Vorgehen Habsburgs führen würde. Jetzt aber war ihr Neffe Christoph herangewachsen, und die Frage, was mit dem Herzogtum Württemberg zu geschehen habe, wurde von Tag zu Tag lebendiger. Und es waren nicht die Bayern allein, welche sich für das württembergische Herzogtum verwendeten, auch viele andere Reichsfürsten mußten dahin streben, einen solchen „Präcedenzfall“ aus der Welt zu schaffen. Daß man einem widerspenstigen Fürsten sein Fürstentum ab- und ans Reich zurücknahm, war nichts Neues, unleidlich aber war es, daß ein solches Fürstentum vom Kaiser ruhig für seine Familie eingezogen wurde. Und auch in dieser Frage einte sich Bayern mit Hessen, wenn dieses auch für den vertriebenen Herzog Ulrich zu wirken suchte, während man in Bayern an dessen Sohn Christoph dachte. So drängte es auf allen Punkten zur Entscheidung. Immer mehr wuchs die religiöse Angelegenheit mit den politischen zusammen, und in diesen hat, wie wir sehen, das Fürstentum sich an die Spitze erhoben.

Auf einem Bundestag zu Lübeck (Januar 1532) sehen wir die Schmalkaldener bereits über ein Bündnis mit Zapolya beraten. Die bayerischen Herzoge rieten diesem ab, sich mit Ferdinand zu versöhnen, da Ferdinands Macht nicht zu fürchten sei. Der Kanzler Leonhard von Eck war in voller Thätigkeit. „Jetzt oder nie,“ so meint er, „könne man sich dem welschen Gehorsam entziehen.“ Herzog Ludwig arbeitete in Böhmen gegen die von Ferdinand begehrte Türkenhülfe. Es war dieselbe Zeit, da der Kaiser in Regensburg den Reichstag eröffnete. (17. April 1532). Der Türke rüstete. Zapolya begehrte die Hülfe der Bundesgenossen. Das kam den Schmalkaldenern sehr ungelegen, denn auf keinen Fall durften sie jetzt ihre Sache mit derjenigen der Türken vermengen. Am 8. Mai kamen sie in Königsberg zusammen und ließen sich vernehmen, die Sache beruhe jetzt darauf, daß der Zug der Türken gegen die Christenheit und vorzüglich gegen die deutsche Nation unterbleibe; alsdann werde kein Fürst gegen den König Johann Hülfe leisten. Aber der Türke ließ sich mit Verhandlungen nicht aufhalten. Im Juni brachen die Horden des Sultans in Ungarn ein. Mittlerweile waren Gesandte des Königs von Frankreich in München eingetroffen. An dem alten Stammsitze der Wittelsbacher, in Kloster Scheyern, wurden vom 26. bis 31. Mai 1532 Beratungen aller Bundesmitglieder gepflogen, und aus diesen Beratungen ging ein Bündnis mit Frankreich und Dänemark hervor, welches die einzelnen Leistungen der Mitglieder bestimmte und den König von Frankreich verpflichtete, behufs Ermöglichung der Rüstung die Summe von 100000 Sonnenkronen bei den bayerischen Herzogen zu hinterlegen. Während dieser Zeit liefen auch die Unterhandlungen mit den Habsburgern fort. Es wurden mehrfache Erklärungen hin- und hergegeben, von denen uns zunächst nur die beiden interessieren, daß Bayern zu „einiger Toleranz“ in Religionssachen riet, da die Lutherischen und Zwinglischen nicht von ihrem Glauben lassen würden, dann aber verweigerten die Herzoge, als die Sprache auf die Anerkennung Ferdinands kam, diese rundweg. Ferdinand wandte sich nun an seinen Bruder und begehrte von ihm, er solle den Herzogen einfach befehlen, ihm Gehorsam zu leisten, den sie schuldig seien. Das aber ist nicht der richtige Ton, wenn man etwas erreichen will und es zu erreichen selbst nicht die Macht hat. Ebenso schlang sich durch die Verhandlungen beider Teile der Kampf um Salzburg fort, auf welches Ferdinand Auge und Hand gerichtet hielt. Dazu gab er nicht einmal eine offene Zusage betreffs Abstellung der Intriguen des Passauers; „er

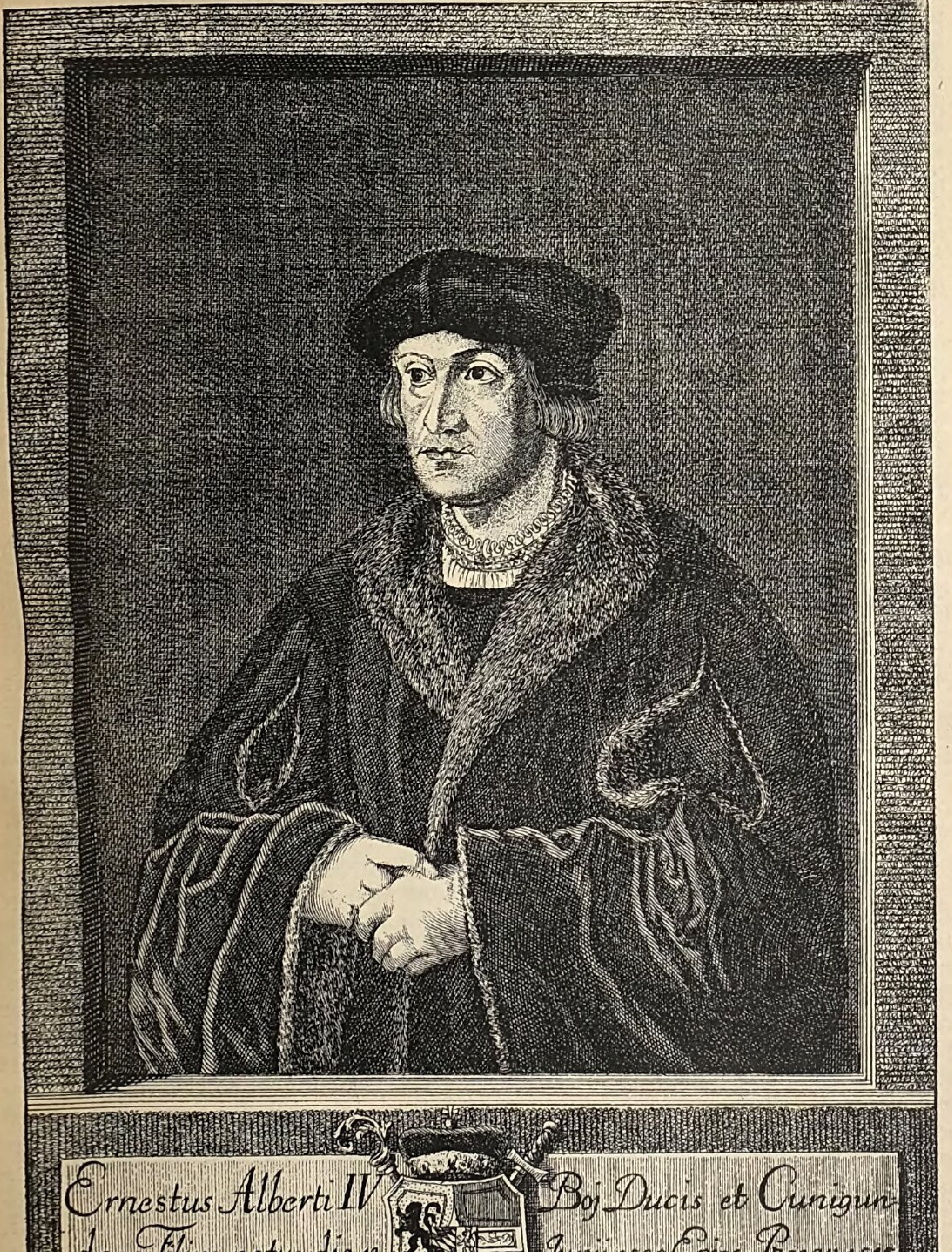
könne den Administrator Ernst wider Recht nicht hindern," ließ Ferdinand melden. Auch bei einer persönlichen Zusammenkunft des Kaisers mit Herzog Wilhelm (7. Juli) zu Abbach kam es zu keiner Verständigung.

Sehen wir zurück! Der Augsburger Reichstag von 1530 hatte den Protestanten eine Frist gestellt, binnen welcher sie sich unterwerfen sollten, die Frist war verstrichen, die Unterwerfung war nicht erfolgt, aber ein Vorgehen von kaiserlicher Seite erfolgte ebenso wenig. Da traten die Türken wieder auf den Plan. Sie zwangen zur Einigung. So ging vom Regensburger Reichstag der sogenannte „Nürnberger Religionsfriede" aus. Der Kaiser erkannte den Protestantismus bis zum Austrag der religiösen Streitigkeiten durch ein Konzil an; er verzichtete also auf das Wormser Edikt und die Unterwerfung, wie sie in Augsburg gefordert worden war, und befahl zugleich die Einstellung der Prozesse am Reichskammergericht gegen die Protestanten. So erhielt er die Beihülfe gegen die Türken. Von allen Seiten zogen Scharen die Donau hinab. Ein mächtiges Heer von mehr als 80000 Mann sammelte sich, und die Osmanen wichen zurück. (Herbst 1532).

Wir fragen nun, was geschehen mußte, um Oesterreich und Bayern einander wieder zu nähern? Und da ergiebt sich uns als Antwort, daß zunächst der Habsburgische Einfluß nach irgend einer Seite zurückzutreten hatte; es mußte sich ferner herausstellen, daß Bayern auch im Bunde mit den protestantischen Fürsten nicht zum Ziele gelangen werde. Indem die politische Grundlage seiner jetzigen Verbindung sich zu lockern beginnt, wird der religiöse Gegensatz zu den evangelischen Verbündeten empor dringen und eine stärkere Macht erlangen, er wird Bayern auf die Seite der katholischen Mächte zurückdrängen. Nun aber hatte die bayerische Politik eben eine Schlappe erlitten. Alle Agitationen des Kanzlers Leonhard von Eck hatten in der Stellung Habsburgs gegen Osten keine Veränderung hervorzubringen vermocht. Deutschland hatte dem Kaiser geholfen, seine Stellung gegen Osten zu behaupten, an der Politik Sachsens hatte der blindwütige Kriegseifer des bayerischen Kanzlers seinen Widerstand gefunden. Im Osten war einstweilen nichts zu machen, aber im Westen stand die Württembergische Frage noch offen. Hier stand zu gleicher Zeit die Verlängerung oder Auflösung des schwäbischen Bundes in Frage. Also Bayerns Politik wird sich hierher wenden, denn hier werden nun zunächst die bestehenden Gegensätze aktuell.

Derselbe Gegensatz, welcher im schmalkaldischen Bunde besteht, ist in den schwäbischen Bund gedrungen. Er vereinigt katholische und evangelische Mitglieder in sich. Die Städte sind fast ohne Ausnahme evangelisch, die Fürsten meist katholisch. Wir erinnern uns ferner, daß der Eintritt Bayerns in den Bund kein freiwilliger war, nicht seiner Politik entstammte, sondern der Resignation auf seine Politik. Bayern wird also zurückhalten. Dadurch aber wird das katholische Element des Bundes in seiner positiven Wirksamkeit gelähmt; es wird die Frage sein, ob es daraufhin den Schmalkaldenern gelingt, mit Hülfe der protestantischen Mitglieder des schwäbischen Bundes in diesen selbst hineinzubringen und also durch die Verstärkung des evangelischen Elements den Bund auseinanderzusprengen.

Die Verhandlungen Bayerns mit dem Kaiser zogen sich noch bis in den Oktober hinein. Sie führten zu keinem Resultat, aber die Sprache Karls V ward zuversichtlicher. Der Kaiser war nun in Italien. Im Februar 1533 kamen die Abgeordneten der Schmalkaldener in Koburg zusammen. Und da bemerken wir bereits ein Zurückhalten des bayerischen Abgeordneten. Er geht nicht mehr überallhin mit, wohin die Verbündeten wollen. Der Kaiser hatte Strafmandate wegen Ungehorsams gegen König Ferdinand erlassen. Die Sachsen und Hessen beantragten einen gemeinsamen Protest gegen diese Mandate. Der bayerische Abgeordnete aber schloß sich nicht an, sondern nahm den Protestentwurf nur an sich, um seinen Herrn zu berichten. Ebenfalls von jener Seite wurde eine persönliche Zusammenkunft der Fürsten in Anregung gebracht, um sich über die gegenseitige Hülfeleistung und anderes zu besprechen. Der bayerische Abgeordnete hielt abermals zurück, da er in dieser Sache kein Mandat habe. Die Absicht des bayerischen Rates Weissenfelder stand immer noch auf Krieg, aber Sachsen hielt zurück. Weissen-



Herzog Ernst von Passau.

selber meint, „der Kurfürst von Sachsen sei mehr geneigt, mit Schriften und Disputieren zu handeln, werde aber vielleicht auch zum Kriege zu bereden sein, wenn die Herzoge selbst mit ihm darüber unterhandeln wollten.“ Im März verhandelten die Herzoge in München mit einem französischen Gesandten, und hierbei trat ihre Neigung zur Offensive gegen Habsburg offen hervor, aber auch zugleich ihre Abneigung gegen die „der Religion wegen ihnen verhaßten Fürsten von Sachsen und Hessen.“ Die Herzoge verlangten zunächst, daß die versprochenen 100,000 Sonnenkronen bezahlt würden, dann würden sie sich am Kriege beteiligen, wenn der Angriff gegen Habsburg zugleich an verschiedenen Orten gemacht werde, und zwar durch den Ungarn in Unterösterreich, durch die Bundestruppen in Böhmen und Oberösterreich, durch Frankreich in den Niederlanden, Spanien und Italien, durch die Graubündtner in Tirol und durch Christoph von Württemberg. Also eine Offensive gegen Habsburg auf allen Seiten! Es ist klar, daß die Herzoge dem schmalkaldischen Bunde beitraten, um seinen defensiven Charakter in einen offensiven zu verwandeln; nur die Offensive konnte ihnen nützen, und so sehr waren sie jetzt zu derselben geneigt, daß sie sich erboten, den Krieg allein zu führen, wenn Frankreich die Hälfte der Kriegskosten bezahle. Das Gefühl also war vorhanden, daß sich die Interessen des schmalkaldischen Bundes mit den bayerischen nicht deckten. So lange man in der Defensive stand, traten diese Gegensätze nicht hervor. In dem Augenblick aber, wo man in die Offensive und damit in eine zu positiven Zielen strebende Politik eintrat, waren sie da. Sie wurden um so stärker, je weiter man auf dieser Bahn fortschritt.

Anfangs April 1533 fand die Zusammenkunft der Verbündeten in Nürnberg statt. Es kam da zu einer Erläuterung des Saalfelder Vertrags, bei der wir schon von außen bemerken, daß das fürstliche Element sich weit über das städtische erhob. Wir dürfen hierbei den Eintritt Bayerns wohl in Betracht ziehn. Hatte man im November und Dezember 1531, als man die Bundesverfassung zu Nordhausen einer Neuordnung unterzog, den zwei Stimmen Sachsens, den zwei Stimmen Hessens, der einen Stimme der übrigen Herrn und Fürsten vier Stimmen der Städte gegenübergestellt, so kam man jetzt in Nürnberg überein, daß Sachsen, Bayern, Hessen je zwei Stimmen und die andern alle zusammen nur eine Stimme führen sollten. Der defensive Charakter des schmalkaldischen Bundes blieb aber trotzdem erhalten, und so ängstlich beschränkte man sich einstweilen auf die Defensive, daß selbst der Gesandte Zapolyas sich mit Worten begnügen mußte. Außer Bayern dachte keiner der Verbündeten ernstlich an ein innigeres Einverständnis mit Zapolya. Dagegen hielt man an der materiellen Unterstützung durch Frankreich fest.

Es war dieselbe Zeit, da sich im April und Mai zu Mainz die Gegenpartei der Kurfürsten verabredete, unter keinen Umständen eine rechtliche Erörterung der Wahlsache zuzulassen, da man die Aufdeckung der bei der Wahl stattgehabten Intriguen und Niederträchtigkeiten zu fürchten hatte — sowohl auf kurfürstlicher wie auf kaiserlicher Seite. Im übrigen faßte man eine Gegenwehr ins Auge. Wie sehr die Gegensätze sich wieder verschärft, erkennen wir aus dem Vorgehen Ferdinands, der im Juni, da er sich versichert hatte, daß seine Wähler mit ihm in der Wahlsache einerlei Meinung und einerlei Interesses seien, einen Bund mit Herzog Ernst, dem Administrator von Passau gegen die wittelsbachischen Brüder abschloß, wonach Ernst sich mit seinem Stifte ganz in den Dienst des Hauses Habsburg stellte und Ferdinand ihm versprach, ihn in seinen Ansprüchen auf einen Teil Bayerns zu unterstützen. Wir erkennen, wie sich infolge des widrigen Ganges alle Verhältnisse sich verkehrten, wie deutsche Fürsten statt bei ihrem Volke, beim Auslande Hülfe suchten, wie dieses Volk selbst sich in Apathie und Mißtrauen zurückhielt, wie ein Bruder den Bruder verriet, ein Fürstensohn sein ganzes Haus, seine ganze Familie. Es herrschte eine babylonische Sprachverwirrung. Keiner verstand den andern mehr, jeder redete eine andere Sprache, wie mit Blindheit waren die Leute geschlagen, und in dieser Blindheit umarmten sie den, den sie zurückweisen, und wiesen zurück, den sie hätten umarmen sollen. Die Natur kehrt sich gegen sich selbst, sie wirft zu Boden ihren Vergewaltiger, wie den Unverständigen, der ihre Gebote nicht versteht, sie hält ein in ihrem erhabenen Gange und wendet den Schritt rückwärts, um die zu zerschmettern, welche ihren Schritt zu hemmen gewagt. Und das Wachstum unseres Volkes ging zurück, wir

erkennen es überall. aber es ging nicht zurück, weil der Frühling den Sommer brachte und dieser den fruchtreifen Herbst, sondern weil sich das junge Frühlingsleben nicht Bahn zu brechen vermochte, weil es erstickte in der Fülle seiner eigenen Triebe und erdrückt wurde von den dumpf starrenden Gebilden modernder Ruinen. Der Hauch der Verwesung ging über die Blüten, sie fielen ab, ohne Früchte angesetzt zu haben. Wem zittert das Herz nicht, wenn er all das vielversprechende Leben, welches der Lenz gebracht, vom tötlichen Reif getroffen zu Boden flattern sieht? Und wessen Auge sucht nicht und späht, ob sie denn alle, alle dahin sind, ob kein Blütenauge unter trautem Blätterschutz dem allgemeinen Verderben entging? Ja, einige sind erhalten, aber bis aus ihnen ein neuer Samen, und aus dem neuen Samen jene Fülle von Samenkörnern wieder gesammelt ist, die ein ganzes Land, ein ganzes großes Volksleben befruchten nud ernähren kann, werden Jahre stiller Arbeit und Mühe, Jahre voll in sich gekehrten Fleißes und herber Lebensentsagung dahingehen.

Auch während des ganzen Jahres 1533 liefen die Verhandlungen des Kaisers mit den Herzogen fort; sie führten zu keinem Resultat. Der Kaiser selbst begab sich aus Italien nach Spanien. Spanische Räte leiteten schon seit längerer Zeit fast ausschließlich die Angelegenheiten Deutschlands.

Bayern wollte Krieg gegen Habsburg. Hessen stand halb auf seiner Seite. Sachsen wollte von einem Kriege, der mit türkischer und ungarischer Hilfe ausgefochten werden sollte, nichts wissen. Erst gegen Ende des Jahres 1533 trat es diesem Gedanken näher, als Philipp von Hessen dem Kurfürsten Johann Friedrich, der seit dem vorigen Jahre seinem Vater Johann in der Regierung gefolgt war, vorstellte, wie Ferdinand selbst mit den Türken in Unterhandlung stehe. Es war dieselbe Zeit, da der kurze Friede des Kaisers mit dem Papste abermals in die Brüche ging, und Clemens VII sich wieder auf die Seite Frankreichs schlug. (Oktober 1533). So war die Lage, als man im Dezember 1533 zu Augsburg zusammenkam, um über die Forterxistenz oder Auflösung des schwäbischen Bundes zu beraten. Der Kaiser und König Ferdinand wünschten Verlängerung des Bundes. Aber das einseitig habsburgische Interesse ferner zu verfechten, war von den Bundesmitgliedern keiner gesonnen. Nun wäre es darauf angekommen, daß Bayern an die Spitze des Bundes getreten wäre und einen Versuch gemacht hätte, die auseinandergehenden Interessen der evangelischen und katholischen Mitglieder desselben zu versöhnen. Dem aber kam Landgraf Philipp von Hessen zuvor. Schon im November war er mit den Kurfürsten Albrecht von Mainz und Ludwig von der Pfalz wie mit dem Bischof Konrad von Würzburg übereingekommen, daß keiner von ihnen in den Bund, wenn er verlängert werde, ohne des andern Wissen und Willen eintreten sollte. Damit legte er diesen katholischen Ständen eine Zurückhaltung auf, und das protestantische Element gewann im Bunde das Uebergewicht. Bayern, schon bisher unentschieden, sah sich infolgedessen die Initiative ganz aus den Händen gewunden. Mit der Sache des schwäbischen Bundes aber war die Angelegenheit Württembergs enge verknüpft. Nur der Bund hatte bisher Habsburg ermöglicht, sich in diesem Herzogtum zu behaupten, er hatte die Angriffe Ulrichs von Württemberg zurückgewiesen, er hatte die Bauern niedergeworfen, hinter denen der vertriebene Herzog stand. So versuchten die bayerischen Herzoge, diese Angelegenheiten zu trennen. Die Sache Württembergs sollte dem Bunde künftig ganz fremd sein. Das war ein Schlag gegen Habsburg; der Kaiser und König Ferdinand vermochten daher in ein solches Vorgehen nicht zu willigen. So trat Bayern zurück, es verzichtete auf die Erneuerung des Bundes, wie er bisher bestanden hatte. Damit aber erhielt die protestantische Tendenz, den Bund zu sprengen, das Uebergewicht. Einerseits also wollte Bayern den Bund dem Einflusse Habsburgs entzogen sehen, andrerseits vermochte es selbst nicht, sich an die Spitze des Bundes zu schwingen. So drang Philipp von Hessen ans Ziel. Er dachte an die Wiedereinsetzung Ulrichs von Württemberg. Der war Bayerns Gegner. Gegen Ulrich schob man in Bayern dessen Sohn Christoph vor. Es kam darauf an, wer die Macht hatte, die Absicht des andern zurückzudrängen. Bayern verzichtete auf diese Macht, indem es den Bund sich selbst überließ. Das Ende war die Auflösung des Bundes und damit das Zurücktreten der

bayerischen Politik vor der hessisch-evangelischen. Landgraf Philipp hatte mit Bayern um die Wiedereinsetzung Ulrichs verhandelt. Dieser hatte sich zu Versprechungen herbeigelassen: Heidenheim an Bayern abzutreten, die Kosten des Kriegs zu bezahlen, die katholische Religion im Lande zu erhalten. Hier hätte Bayern nun mit aller Macht einsetzen müssen. Statt dessen verhielt es sich mehr und mehr passiv. So kam es, daß mit Ulrich, dem Schoßkind der Evangelischen, der Protestantismus in Schwaben das Uebergewicht erhielt. Der Kanzler Eck sah sich von der größeren Energie der hessischen Politik umgarnt, und Philipp von Hessen war klug genug, dem Ehrgeizigen ein Schmerzensgeld zu verabreichen.

Ein Versuch der bayerischen Herzoge, mit den katholischen Mächten der Nachbarschaft, namentlich aber mit den wittelsbachischen Vettern in der Neupfalz zu einem innigeren Verständnis zu gelangen (1533), schlug fehl. Dieser Bund sollte außer den Herzogen und Pfalzgrafen Otto Heinrich, Friedrich und Philipp die Bischöfe von Salzburg, Eichstätt, Augsburg, die Markgrafen von Brandenburg und einige Grafen, Ritter, Prälaten und Reichsstädte umfassen. Pfalzgraf Friedrich lehnte wie Würzburg dieses Bündnis ab, ebenso hielt der Markgraf von Brandenburg zurück. So stand Bayern isoliert; die erste Anregung eines engeren Bündnisses zwischen den Angehörigen des Hauses hatte keinen Erfolg. In den Jahren 1532 und 1533 hatten die Herzoge mit Philipp von Hessen über die Vertreibung der Habsburger aus Württemberg unterhandelt. Bayern dachte, wie wir wissen, an Christoph, Hessen an Ulrich. Aber der Landgraf konnte an ein Unternehmen nicht denken, bevor nicht der schwäbische Bund aufgelöst war, und bevor er nicht das Versprechen der bayerischen Herzoge hatte, ihm nicht entgegen sein zu wollen. Beides geschah noch im Jahre 1533. Der Landgraf erhielt freie Hand.

Im Januar 1534 kamen die Vertreter des schmalkaldischen Bundes in Augsburg zusammen. Ein französischer Gesandte war anwesend und versicherte den Bund der Hülfe Franz I. Es wurden Verabredungen für den Kriegsfall in Deutschland getroffen. Hessen und Bayern wollten den Krieg, Sachsen nicht', und so schrieb auch der Kurfürst von Sachsen dem Herzog Wilhelm, die in Augsburg abgeschlossene Konvention habe den Scheyerer Vertrag nicht nur erklärt, sondern auch erweitert. „Die vielen Kautionen und Verpflichtungen, welche die Verbündeten eingehen und erfüllen sollten, konnten, nach seiner Ansicht, nur dazu dienen, sich dem Könige von Frankreich zu Mehr zu verbinden, als sie mit der Pflicht, mit der sie vor Gott und der Welt der kaiserlichen Majestät verwandt seien, vereinigen könnten; sie seien nun anderthalb Jahre unbeschwert geblieben und er halte dafür, daß der liebe Gott sie auch die künftigen anderthalb Jahre bei der gerechten Sache erhalten werde; besonders wenn sie nichts vornehmen würden, wodurch sie sich selbst beschweren könnten.“ Sachsen warnte also vor dem Uebertritt aus der bisherigen Defensive in die Offensive und verweigerte demzufolge die Ratifikation der Augsburger Abmachungen. Während aber in Augsburg verhandelt wurde, war Philipp von Hessen mit Franz I in Bar le Duk zusammengekommen (Ende Januar 1534). Die beiden beschlossen den Krieg in Württemberg, ja einen Angriff in Oesterreich und der Lombardei. Sachsens Abmahnungen kamen zu spät. Aber auch Bayern sah sich durch dieses einseitige Vorgehen Philipps zur Entscheidung gedrängt: entweder Teilnahme am Krieg oder Neutralität. Noch einmal versuchten die Herzoge, auch ihrerseits einen neuen Rückhalt zu gewinnen. Am 4. Mai kam es in Eichstätt zu einer sogenannten Vereinigung zwischen ihnen, dem Kurfürsten Ludwig von der Pfalz, dessen Bruder Friedrich, dem Bischofe Weigand von Bamberg, den Markgrafen Georg und Albrecht von Brandenburg, den Pfalzgrafen Otto Heinrich und Philipp von Neuburg; aber dieser Bund gab keine Verstärkung für eine positive Politik, sondern hatte nur gegenseitigen Schutz zum Zweck, denn was die Wahl Ferdinands und die Württembergische Sache betraf, stand Pfalz auf der Seite Habsburgs, also Bayern gegenüber. Der Kurfürst Ludwig von der Pfalz war der eifrigste Verteidiger der Wahl Ferdinands, und Philipp von Neuburg war zudem kaiserlicher Statthalter in Württemberg. Alle Agitationen des Kanzlers Eck hatten keinen Erfolg. Der einzige Mann, der positiv gesichert war und seine Politik durchzusetzen

vermochte, war Philipp von Hessen. Er ließ dem französischen König melden: „der König werde die bayerischen Herzoge vergebens zu bewegen suchen, Kufstein und andere Orte in Tirol einzunehmen, denn die Herzoge seien ‚ihrer Landschaft nicht mächtig wie er; sie dürften auch keinen Krieg außer ihrer Landschaft Wissen und Willen fürnehmen, darum sei es nun alles allein im Grund der Sachen gelegen.'" Also innere und äußere Politik greifen in Bayern tief in einander ein. Die Herzoge können nicht, was sie wollen, sie müssen neutral bleiben. Acht Tage nach jener Vereinigung zu Eichstätt, am 12. Mai 1534 sprengte Landgraf Philipp das österreichische Heer bei Laufen am Neckar auseinander; im Juni erzwang er von Ferdinand den Frieden von Cadan. Herzog Ulrich erhielt sein Herzogtum als österreichisches Afterlehen zurück, die Bestimmungen des Nürnberger Friedens wurden wiederholt und aufs neue den Prozessen am Reichskammergericht Einhalt geboten. Dafür erkannte Johann Friedrich die Königswahl Ferdinands an. Natürlich gewann mit diesem Siege das Evangelium in Schwaben die Oberhand, und Ulrich führte die Reformation ein. Bayern, auch in der Frage der Königswahl isoliert, mußte sich fügen, und so kam es am 11. September zu dem Vertrage von Linz, in welchem auch die Herzoge sich mit Ferdinand verglichen. Eine Heirat des Prinzen Albrecht mit einer Tochter Ferdinands sollte den neuen Bund bekräftigen.

„Die Geschichte der Reformation ist zugleich die einer Neubildung von Staaten, die wir selten in solcher Vollständigkeit übersehen, als eben hier die politischen Faktoren, welche sich bisher feindlich gegenübergestanden hatten, vereinigten sich jetzt zur Erreichung derjenigen Ziele, aus denen der moderne Staat sich gebildet hat. Wie der alte Gegensatz zwischen Nürnberg und den fränkischen Hohenzollern, so würde jetzt auch die nicht minder tief gewurzelte Feindschaft zwischen den schwäbischen Reichsstätten und Württemberg durch ihre gemeinsame Stellung in den religiösen Angelegenheiten allmählich ausgeglichen." Betrachten wir diese Entwicklung vom bayerischen Standpunkte, so war die bayerische Entwicklung infolge ihres Festhaltens am Katholizismus von den protestantischen Städtegebieten Schwabens und Frankens ausgeschlossen; wollte Bayern an der städtischen Entwicklung ferner teilnehmen, vermochte es dies nur dort, wo der Katholizismus sich zum Teil oder ganz erhalten hatte, in den Bischofsstädten. Diese waren gezwungen, sich an Bayern zu lehnen, während die Reichsstädte an dem protestantischen Fürstentum einen Rückhalt suchen mußten. Die Entwicklung Bayerns ist uns also vorgezeichnet. In Schwaben und Franken besitzen vor allen Württemberg und Hohenzollern das Uebergewicht, in den Bischofsstädten, Augsburg, Eichstätt, Regensburg, Freising, dann aber auch wieder hinab am Rhein und in Westfalen wird der bayerische Einfluß eindringen, während im Osten und Südosten, namentlich in Salzburg, Oesterreich sein natürliches Uebergewicht behaupten und entfalten wird. Andrerseits zwingt die Gleichheit der religiösen Stellung Bayern, mit seinem alten Rivalen, Habsburg, gemeinsame Pfade zu wandeln. Dadurch wird seiner selbständigen politischen Entwicklung nach dieser Seite das Leben teilweise unterbunden. Der Rücktritt Sachsens aber von der zur selbständigen Entwicklung führenden Bahn der Offensive deutet auf das nahende Zurücktreten dieser alten Macht aus ihrer bisherigen Stellung. Sachsen wird in Nord- und Mitteldeutschland nicht mehr die ausschlaggebende Stellung zu behaupten vermögen, sondern den Vorsitz allmählich an jüngere Mächte abzutreten haben.

„Betrachten wir aber weiter den Fortschritt dieser Entwicklung, so hatte unzweifelhaft schon im Jahre 1534 das fürstliche Element in dieser reformatorischen Bewegung über das städtische ein politisches Uebergewicht erlangt. Der Bauernkrieg von 1525 war wesentlich durch die Fürsten beendigt worden, dagegen waren die Städte Zürich und Bern 1531 den Bauern der Vierwaldstätte vollständig erlegen. Die Restitution Ulrichs von Württemberg war durchaus ein Werk fürstlicher Waffen." (Nitzsch). Zudem war die demokratische, aus dem Städtegebiet des Oberlandes hergenommene Organisation der hessischen Kirche zu Gunsten der von Sachsen ausgehenden, von fürstlichen Gesichtspunkten beherrschten Kirchenorganisation geändert worden. Es war dieselbe Zeit, da das städtische Leben in Niederdeutschland in seiner Selbständigkeit von einer Reihe vernichtender Katastrophen betroffen wurde.

Wir wissen es, diese Gegenden stehen um einige Schritte der fremden Kultur ferner und der alten heimischen, deutschen Kultur näher. Als der reformatorische Gedanke die Grenzen Niederdeutschlands erreichte, kleidete er sich nicht in ein politisches oder soziales Gewand, wie im Westen, sondern in ein religiöses. Der Bauernaufstand in Thüringen und am Harz unterschied sich in diesem seinem Charakter bereits sehr scharf von demjenigen in Franken und Schwaben, und so ward denn auch jetzt in Niederdeutschland nicht das Bauerntum, sondern die untere städtische Bevölkerung Träger einer neuen Bewegung. Fast gleichzeitig geschah das an zwei Mittelpunkten, in Lübeck und Münster. Aber auch die Charaktere dieser beiden Bewegungen sind wieder verschieden. In Lübeck drang der demokratische Grundgedanke empor; das Evangelium ging nur mit; es handelte sich in dieser mächtigen Handelsstadt um eine politisch-religiöse Reform. Dagegen in Münster war nicht der Reformgedanke das Ziel, sondern die Neugeburt im radikalsten Sinne. Wir verstehen das. Lübeck stand auf einer politischen Vergangenheit; der Geist der Zeit wird hier die vorhandenen politischen Kräfte neu befruchten und weiter führen — ein paar Stufen nur, nicht gleich zu dem entfernten nebelhaften Ziel. Münster dagegen hat keine solche Vergangenheit; es liegt im Binnenlande, mitten in einer großen Bauernprovinz. Der Humanismus fand in den oberen Kreisen seiner Bevölkerung wohl eine eifrige Pflege, aber für eine eigene schöpferische Wirksamkeit war den Humanisten in ihrer westfälischen Heimat nur in sehr geringem Maße der Boden bereitet. Sie zogen hinaus, nach den Niederlanden, an den Rhein, nach Basel, Schlettstadt, Straßburg, Heidelberg. So hatte auch der Protestantismus in Westfalen nur langsam einzubringen vermocht; die Predigten regten an, aber eine allgemeine Umwälzung brachten sie nicht. Auf diesem Boden würde der Protestantismus allein sich mit der Zeit im Sande verlaufen haben. Aber mit dem Protestantismus drangen zugleich die Radikalen ein, die, überall vertrieben, sich nun in Münster sammelten. Sie brachten die Bewegung in Gang und führten sie durch. Ihr Evangelium war dem aus der natürlichen Fassung geratenen Sinn der unteren städtischen Bevölkerung gerade wegen seines exaltierten Zuges gemäßer, als das zielbewußte und zielbegrenzte Streben eines Luther. Zunächst also ist es das Evangelium, welches im Gefolge der demokratischen Bewegung in Niederdeutschland eindringt. Die demokratische Bewegung kommt zum Ziel; in den Städten dringt die Bevölkerung gegen den Rat, beseitigt ihn oder wandelt ihn um. Bis 1533 giebt es eine ganze Reihe evangelischer Städte in Niederdeutschland, so Bremen, Lübeck, Hamburg, Rostock, Lüneburg, Braunschweig, Stralsund, Soest, Lemgo, Minden, Münster u. a. Zwischendurch halten andere Städte zurück, so Köln, Aachen, Paderborn und Osnabrück. Das geht nicht. Entweder vorwärts oder rückwärts! In diesem Chaos kann man nicht bleiben. Das Land, der Bauer thut noch gar nicht mit; dagegen ist der Adel der geborene Feind dieser Bewegung, und er hat seine Macht auf dem Lande. Es handelt sich darum, ob die Bauernschaft sich der Bewegung anschließen wird. Die alte Frage, ob die städtische Kultur das Land und mit ihm das breiteste Volksleben gewinnen wird, tritt also abermals an uns heran, aber diesmal nicht, wie früher auf oberdeutschem sondern auf niederdeutschem Boden. Und wie seinerzeit in Oberdeutschland steht auch hier die Aristokratie der Demokratie als Gegner gegenüber. Wir wissen, daß nur in der Schweiz diese demokratische Bewegung zu einer Vereinigung der Städte mit dem Lande geführt hatte. In Schwaben und Franken war die Bewegung gescheitert; die einseitige Entwicklung der Städte aber hatte den Adel in eine unhaltbare soziale Lage gebracht; er ward zwischen Bürgertum und Fürstentum zerrieben. Damit kam die Bewegung in Oberdeutschland einstweilen zum Stehen. Wenn es nun hier in Niederdeutschland aus den gleichen Kreisen zu einer Gegenbewegung kommt, wird auch in Oberdeutschland die Sache wieder angehen. Es fragt sich nur, wer Sieger bleibt.

Der Adel Niederdeutschlands nun stand anders da, als derjenige Oberdeutschlands. In Niederdeutschland gab es keine Reichsritterschaft; das Fürstentum war der Ritterschaft Herr geworden, diese hatte festen Fuß in der Verfassung genommen, das Fürstentum selbst stand gleichsam als oberste Spitze des Adels da. Die Lebensbedingungen beider waren vielfach dieselben. Infolgedessen kam es auf niederdeutschem Boden auch nicht

zu jener zahllosen Zersplitterung in autonome Herrschaftsgebiete, wie in Schwaben und Franken, und so vermochte der Bauer sich hier, namentlich östlich der Elbe, eine freiere Stellung zu wahren. In diesen Verhältnissen wird nichts geändert werden, so lange in den Städten die Aristokratie die Herrschaft behält. In dem Augenblick aber, wo diese Herrschaft erschüttert oder gar gestürzt wird, stellt sich in Niederdeutschland alles auf den Kopf. Das geschah jetzt.

In Lübeck und Münster liegt die Entscheidung. Sehen wir zunächst auf Lübeck! Ende 1529 kam es hier zur Bewegung. Bis Juni 1530 war man so weit, daß man die Stadt evangelisch einrichten konnte. Ein Ausschuß aus der Bürgerschaft von 64 Mitgliedern, der sich durch weitere 100 Mitglieder verstärkte, war neben den Rat getreten. Im Oktober erkämpfte er sich eine entscheidende Stimme in der Beratung aller wichtigen Angelegenheiten. Der Rat war an seine Zustimmung gebunden. Jürgen Wullenweber stand an der Spitze des Ausschusses; im Jahre 1533 wurde er Bürgermeister. So hatte er alles, den Rat und den Ausschuß, an dessen Spitze er blieb. Wir kennen die Stellung Lübecks zu den drei nordischen Reichen. Früher hatte es auf Grund einer höheren Kultur die Herrschaft in der Ostsee gewonnen. Jetzt beruhte diese Herrschaft nur mehr auf seiner Macht, und das Interesse dieser Macht vertrat Lübeck mit immer schrofferer Einseitigkeit. Mit seiner Hilfe war das Unionskönigtum im Norden gesprengt worden. An die Stelle Christians II trat 1523 Gustav Wasa in Schweden, Friedrich I von Schleswig-Holstein in Dänemark. Christian II fand Hilfe bei den Holländern und seinem Schwager Karl V. 1523 segelte er an, um den verlorenen Thron wieder zu gewinnen. Mit Hilfe der lübischen Flotte ward er gefangen. Er ist nach 27 Jahren in der Gefangenschaft gestorben. Lübeck rüstete weiter gegen die Holländer. Da starb Friedrich I von Dänemark im April 1533. Sofort traten die aristokratischen Elemente des Nordens, der Adel von Holstein, der dänische Reichsrat, die Holländer zu einem Bunde zusammen. An der Spitze des holsteinischen Adels stand Christian, der Sohn des verstorbenen Friedrich I. Hier war der Hauptfeind, und gegen ihn, den Adel von Schleswig-Holstein, schritt nun Wullenweber vor. Er wendete sich an die Demokratie, an die Bauern in Jütland, auf Seeland, die Bürger von Kopenhagen, die Bürger und Bauernschaften von Schweden u. s. w. Als Rückhalt behielt Wullenweber den Gedanken im Auge, den gefangenen Christian II gegen die Feinde auszuspielen. Zudem hatte er die Hilfe Christophs von Oldenburg, er rechnete mit derjenigen Albrechts von Mecklenburg, denen beiden er die dänische Krone zeigte. Im Sommer 1534 begann der Krieg. — Diese ganze Politik Lübecks aber stand auf schwankendem Boden. Die natürlichen Verhältnisse drängten die nordische Stadt zu einer mächtigen Hervorkehrung der äußeren Politik. Dadurch aber isolierte sie sich von der inneren demokratisch-evangelischen Bewegung, welche an dieser Politik Lübecks kein Interesse hatte. So bekamen die Fürsten freie Hand. Christian III ward zum Könige von Dänemark gewählt; mit ihm vereinigten sich die fürstlichen und adeligen Elemente Skandinaviens und Norddeutschlands. Christof von Oldenburg mußte weichen; im Herbst 1534 sperrte Christian III mit einem holsteinischen Adelsheer die Trave. Das war genug. Lübecks Handel war gehemmt, die Opposition in der Stadt begann gegen die Führer. Die 164 mußten zurücktreten, Wullenweber aber blieb noch an der Spitze. Im November 1534 kam es zu einem Vertrag der kriegführenden Parteien, der eine Niederlage der Demokratie bedeutete. Der Feldherr Christians III, Johann Rantzau, griff die Jüten an, von da ging es gegen Fünen. Christoph von Oldenburg stand auf Seeland und rührte sich nicht. Das Ende war, daß die Konservativen überall die Oberhand behielten. Ein Kammergerichtsmandat und ein Hansetag kamen ihnen zu Hilfe. Es wurde der Beschluß gefaßt, den alten Rat und die abgesetzte Obrigkeit wieder einzusetzen, Wullenweber mußte fliehen (August 1535), aufgegriffen „wurde er das Opfer eines empörenden Justizmordes" (1537). Christian III schloß im Februar 1536 Frieden mit Lübeck. Mit der Unterwerfung Kopenhagens im Sommer ward sein Sieg vollständig. Das Fürstentum brach auch in Dänemark der Reformation die demokratische Spitze ab, mit der politischen Machtstellung Lübecks ging es zu Ende. Es wandte sich dem Ausbau seiner innern Verhältnisse zu und ward nach außen von den Holländern allmählich vollkommen überflügelt.

In der gleichen Zeit war auch in Münster die Entscheidung gefallen. Hier hatte der Protestantismus seinen vermittelnden Einfluß nicht zur Geltung zu bringen vermocht, und so war die Bewegung, da ihr das Gegengewicht einer historischen Tradition und Vermittlung fehlte, hinausgetreten in das Extrem und den Radikalismus. Die Protestanten mußten aus Münster weichen, die Wiedertäufer behielten die Oberhand allein. Jan Bockelsohn aus Leyden, ein viel gewanderter, phantastischer Mann wurde von der Bewegung emporgehoben an die Spitze. Er führte sein Volk in das Leben des Volkes Israel zurück. Als König ergriff er die Zügel im neuen Jerusalem. Religiös-kommunistische Ideen beherrschten die Gemeinde. Aber man war vergnügt, prophezeite und schwärmte und schlug die Stürme der Feinde ab. Das halbe Reich lag vor den Thoren Münsters. Der Adel, die Bischöfe, die Fürsten jeden Bekenntnisses — sie konnten die Stadt nicht bewältigen, bis Hunger und Verrat ihnen zu Hilfe kam. In der Johannisnacht 1535 drangen die Feinde in die Stadt. Man setzte sich zur Wehre. Von Haus zu Haus, von Straße zu Straße wurde gekämpft, zuletzt noch auf dem Markte, bis alles zu Ende war.



Johann von Leyden, König der Wiedertäufer.

Wir stehen am Schlusse der großen Volksbewegungen jener Zeit. Die Reichsritterschaft, die Bauernschaft und zuletzt die Städte sind in einzelnen Stößen von der Fürstenmacht niedergeworfen worden. Mit Reutlingen hatte die Katastrophe der Städte begonnen, dann kam Zürich, dann Lübeck und Münster. Ein Unterschied ist in dem Erfolge der beiden letzten Siege der Aristokratie. Im Norden hatte das Evangelium das Land erobert und zugleich das Fürstentum und den Adel selbst bezwungen; in Münster und Westfalen war das nicht der Fall. Hier war die Bewegung rasch fortgeschritten zu den äußersten Konsequenzen. Das Land konnte nicht mehr mitkommen. Der Adel hielt zurück. So traf die Reaktion im Norden nur die Demokratie, nicht das Evangelium. An dem hielt man fest. In Westfalen dagegen kam es zu einer vollständigen katholischen Restauration.

Wir stehen aber auch am Ende des positiv-schöpferischen reformatorischen Lebens. Wie es jetzt ist, wird es im Großen und Ganzen bleiben. Der Protestantismus wird sich einrichten, so gut es geht, der Katholizismus wird sich behaupten, so gut es geht. Was das Leben geschaffen, kann nur die Verneinung des Lebens vernichten, und zu dieser Verneinung wird keiner, kein Kaiser und kein König, kein König und Bischof den Willen und die Macht haben, denn mit ihrem Können sind sie selbst wieder auf das Volksleben angewiesen, das sie weder zu erzeugen, noch zu vernichten vermögen. Aber

die Verneinung wird trotzdem unbewußt versucht werden, und infolge dieses Versuches wird es noch zu einigen Verschiebungen und Regulierungen der natürlichen Machtverhältnisse kommen, im allgemeinen aber wird es so bleiben, wie es ist, bis der in Ohnmacht gesunkene Volkskörper neu zu atmen, bis seine schlummernde Seele wieder zu erwachen beginnt.

Die Lage ist folgende: Katholizismus und Protestantismus stehen im Gegensatz zu einander; für jenen arbeitet der Kaiser, für diesen die Schmalkaldener; ein Sieg des Katholizismus bedeutet in Deutschland die Unterwerfung des Fürstentums, die Einführung der absoluten Monarchie Habsburgs. Das wird man nicht dulden, das wird selbst die katholischen Fürsten auf die Seite der Gegner treiben. Es kommt also darauf an, was die Habsburger aus eigener Machtvollkommenheit zu erreichen vermögen. Um dies zu erkennen, werden wir auf drei Punkte vornehmlich unsere Aufmerksamkeit zu richten haben: auf die Stellung Habsburgs in Süddeutschland, auf sein Verhältnis zu den Schmalkaldenern, auf das Verhältnis des Kaisers zum Ausland. Die außerdeutsche Politik wird nach Deutschland herein wirken und die fernere Entwicklung in Deutschland mächtig beeinflussen.

Bayern stand isoliert. Nach allen Seiten sah es seine Politik scheitern, von allen Seiten sein eigenes Wollen zurückgedrängt und überflügelt, so in Württemberg, im Schmalkaldischen Bunde, in der Königsfrage, in Böhmen. Die Herzoge seien ihrer Landschaft nicht mächtig, wie er, schrieb Hessen. Wir begleiteten den Streit der Herzoge mit ihren Landständen bis zum Höhepunkt im Jahre 1531. Die Stände verweigerten den Herzogen die geforderte Landsteuer. Am Neujahrstage 1535 trat in Ingolstadt ein neuer Landtag zusammen. Die Stände betonten hier, daß sie allein das Recht hätten, über Maß und Ordnung ihrer Bewilligungen, die sie als ein freies Geschenk, nicht als eine Schuldigkeit betrachteten, zu bestimmen. So gingen die Herzoge ihren eigenen Weg. Den Bewegungen des deutschen Volkes war die letzte Spitze abgebrochen worden. Das machte sich nun auch in Bayern, wie anderwärts bemerkbar. Der Umschwung trat ein sofort und unaufhaltsam. Wie das kirchliche Regiment mit einer unnachsichtigen Schroffheit gehandhabt zu werden begann, so setzten sich die Herzoge nun selbstherrisch über die politischen Rechte ihrer Landschaft hinweg. Bald nach dem Schlusse des Ingolstädter Landtags schrieben sie ohne Wissen und Willen der Stände zwei Landsteuern und eine Ständeanlage kurz nach einander aus und ließen sie durch ihre Beamten erheben. Die Stände wagten nichts dagegen. Einige schüchterne Bemerkungen, dann war die Sache fertig. Wir treten in die Epoche des absoluten Fürstentums. Die Herzoge wollten „ihrer Landschaft mächtig werden," so oder so.

Das gleiche Motiv einer wachsenden ausschließlich fürstlichen Politik tritt uns nun auch anderwärts entgegen, so in dem damals abgeschlossenen kaiserlichen neunjährigen Bunde. Der schwäbische Bund hatte sich aufgelöst. Das Bemühen der Herzoge von Bayern hatte es zu jenem Defensivbunde von Eichstätt gebracht, in welchem das wittelsbachische Interesse überwog und das habsburgische gar nicht vertreten war. Das Bündnis erwies sich als lebensunfähig. Habsburg aber bedurfte eines neuen Bundes, der die Aufgabe des schwäbischen Bundes, die habsburgischen Länder des deutschen Südens zu schützen, willig übernahm. So ward am 30. Januar 1535 die neue Bundesurkunde in Ingolstadt unterzeichnet. Es vereinigten sich da zu gegenseitigem Schutz der Kaiser, der römische König, der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Bamberg, Eichstätt und Augsburg, die Herzoge Wilhelm und Ludwig von Bayern, die Markgrafen Georg und Albrecht von Brandenburg, die Pfalzgrafen Ottheinrich und Philipp von Neuburg. Das gänzliche Fehlen des städtischen Elements fällt uns hier sofort auf. Die Bayernherzoge hatten auf Ausschluß der Städte gedrungen, ebenso war Ulrich von Württemberg auf ihren Antrag nicht in den Bund aufgenommen worden. So ganz rein ließ sich indes diese Maßregel noch nicht durchführen. Am 21. April willigten die Herzoge in die Aufnahme Nürnbergs und seiner Gefolgschaft, der Städte Weissenburg und Windsheim. Im übrigen hielt man das städtische Element fern, ja man hatte noch die weitere Absicht, Unfrieden und Feindschaft zwischen den Städten selbst anzustiften. Wir erkennen die neue Richtung, in welche die fürstliche Politik eingelenkt war; die Ereignisse in Niederdeutschland wirkten auf Oberdeutschland zurück.

Trotz dieser Vereinbarungen Wittelsbachs mit Habsburg war doch der alte Gegensatz nicht aus der Welt geschafft. „Der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe" war Bayern auf diese Seite getreten, und wie Ferdinand sich nicht zufrieden geben konnte Bayern zur Passivität geführt zu haben, sondern immer daran dachte, einen aktiven, seinen Interessen sich fügenden Bundesgenossen zu gewinnen, so sah man in Bayern sehr wohl, daß eine engere Verbindung mit Habsburg nicht im Interesse Bayerns lag. Man möge sie richten, wie man wolle, die Sache werde keinen Bestand haben, meinte Herzog Ludwig. Jedoch trotz ihrer Abneigung gelang es Ferdinand weiteren Boden zu gewinnen. Am 22. April wurde ein Vertrag unterzeichnet, daß Wilhelms ältester Sohn Albrecht sich mit Maria, der Tochter Ferdinands, vermählen solle. Nach dem Aussterben des Mannesstammes in der habsburgischen Linie Karls V und Ferdinands sollten die männlichen Nachkommen dieser wittelsbach-habsburgischen Ehe in den habsburgischen Ländern des Südostens succedieren. Wir stehen hier vor dem Anfang jener Frage, die nach zwei Jahrhunderten aktiv werden und die politischen Angelegenheiten Deutschlands von neuem in Fluß bringen sollte. Schon allein diese Thatsache zeigt, was Wilhelm IV that, als er sich mit der Entwicklung des bayerischen Lebens also in die Gefolgschaft Habsburgs stellte, eine Gefolgschaft, die er ebenso widerwillig einging, wie einst Albrecht IV wider Willen sich in den schwäbischen Bund begab. Diese Notzüchtigung des bayerischen Lebens konnte nie und nimmer segensreiche Folgen haben, denn nur die volle Verzichtleistung auf Bayerns Selbständigkeit oder offene Empörung können ihr Ende sein.

Es war klar, daß unter diesen Umständen Frankreichs fortgesetzte Werbungen um Bayern keinen Erfolg mehr hatten, denn mit einem nunmehrigen Uebertritt auf Frankreichs Seite wären die Herzoge erst recht zu Dienern in fremder Sache geworden. So lockend auch das Anerbieten war, eine französische Prinzessin mit Albrecht, dem bayerischen Erbprinzen, zu vermählen, die Herzoge mußten verzichten. Ebenso dauerte Bayerns Verbindung mit Johann Zapolya fort, wenn auch einstweilen jede Aussicht auf ein aktives gemeinsames Vorgehen ausgeschlossen war. Auch mit den Plänen, Ulrich von Württemberg gefangen zu nehmen, den württembergischen Krieg wieder anzufangen und die Landschaft für Herzog Christoph zu bearbeiten, kam der Kanzler Eck jetzt zu spät. Der richtige Moment für ein aktives Vorgehen war versäumt worden, und ein solcher kehrt eben nie zweimal wieder. Der Plan eines gemeinsamen Vorgehens mit König Ferdinand gegen Ulrich zerstob, als dieser nach Wien zog und dort den Kadaner Friedensbestimmungen genüge leistete. Ebenso kam es zu einer Entfremdung zwischen Bayern und Hessen, denn die Schmalkaldener hatten bei weitem nicht jedes Interesse, die Macht Habsburgs zurückzuhalten, wie Bayern. Ihnen war es nur um Sicherheit zu thun, und die hatten sie einstweilen.

Einstweilen! — Sehen wir auf die allgemeine Lage! Das deutsche Leben strebt nach zwei Mittelpunkten, im Norden nach demjenigen Sachsens und Hessens, im Süden nach demjenigen Habsburgs. Bayerns Bemühungen, dieses Leben einheitlich in die eigenen Gaue zu leiten und so die eigene Macht zu haben und das selbständige Leben Bayerns zu mehren und für Deutschland zu befreien, erwiesen sich als erfolglos. Eine Konzentrierung des deutschen Lebens um den Mittelpunkt Bayern war unmöglich. Bayern sah sich selbst genötigt, in die Gefolgschaft des Habsburgers zu treten. Die Macht des Hauses Habsburg ist für den Kaiser die allein zuverlässige; diese Macht aber wird vom Kurlande in Schach gehalten. 1530 konnte Karl gegen die Schmalkaldener ziehen. Aber diese günstige Zeit dauerte nicht lang. Zuerst kamen die Osmanen und brachten den Nürnberger Religionsfrieden von 1532, dann kam Frankreich und half bei dem Fortschritt der Schmalkaldener in Württemberg. Bis eine solche Zeit, wie sie 1530 gewesen war, wiederkehrt, darf Karl V seine Konzessionen nicht zu weit ausdehnen, damit ihm der rechtliche Hebel nicht aus den Händen gewunden wird; andrerseits darf er die Sache nicht zu lange aufschieben. Der Nürnberger und Kadaner Friede hatte den Protestanten einstweilen Sicherheit gegeben. Aber diese Sicherheit beschränkte sich nur auf Sachsen und seine Verbündeten, nicht auf die Oberländer, deren Konfession zurückgewiesen worden war. Diese Sicherheit beschränkte sich ferner nur auf die Zeit bis zum Konzil. Wenn

dieses kommt, fallen die Konzessionen. Den Agitationen Frankreichs im Jahre 1535 begegnete König Ferdinand mit der Konzession, daß auch die später, nach dem Nürnberger Religionsfrieden zum Protestantismus Uebergetretenen Sicherheit vor dem Kammergericht haben sollten. So war Habsburg der Rücken gesichert. Karl V zog im Sommer 1535 gegen die türkischen Piraten von Tunis.

Das Konzil! — Wie stand es damit? Von Anfang an hatten die Evangelischen auf ein allgemeines Konzil gedrungen. Es kam nicht zu stande. Die Bewegung war fortgeschritten bis zum Ende. Sie hatte sich in einer Reihe protestantischer Gründungen kondensiert. Was war nun mit dem Konzil? — Es war überflüssig. Man war in Deutschland fertig. Ein Konzil konnte nichts mehr entscheiden; der Bruch war da, man hatte sich hineingefunden und war zufrieden. Und so wollte man lieber kein Konzil, denn alles, was abgethan und fertig schien, konnte dadurch nur noch einmal aufgeregt und verwirrt werden. So wendete sich die Sache. Nicht die Evangelischen, sondern die Katholiken forderten nun das Konzil, eben weil jene fertig waren, eben weil nur dadurch das Gewordene noch einmal in Frage gestellt werden konnte. Seit 1534 stand ein neuer Papst an der Spitze der Kirche, Paul III Farnese. Mit Clemens VII hatte man nichts erreicht. Er dachte an Italien und seine Familie Medici und ganz zuletzt an seine Pflichten als Kirchenoberhaupt. Jetzt kam Paul III. Er mußte etwas thun. Er traf Vorbereitungen für ein Konzil in Mantua für das Jahr 1537. Die Schmalkaldener aber lehnten ein solches ab, sie wollten ein freies, kein päpstliches, sie wollten ein Konzil in Deutschland. Der Kaiser hatte nicht die Macht durchzudrücken, dem Papste war es ohnedies nicht recht ernst, denn, wie Clemens VII an sein Haus Medici, dachte er



Papst Paul III.

zunächst an seine Familie Farnese. So war der Kaiser der einzige Mann in der Christenheit, auf den Verlaß war. Aber ihn hinderte fortwährend sein Verhältnis zu Frankreich.

Der Gegensatz des Hauses Habsburg zu Frankreich war seit dem Frieden von Camburay (1520) in ein neues Stadium getreten. Es war nicht mehr die Frage nach einer absoluten Unterwerfung Frankreichs unter das Weltkaisertum, sondern der Gegensatz hatte sich dahin reguliert, daß man nach einer gegenseitigen Bewegung und Anerkennung der Lebensinteressen suchen mußte. Franz I hatte sich zu dieser Anschauung noch nicht bekehrt, er hielt fest an der vollen Negation der habsburgischen Macht, aber Karl V lenkte allmählich mit seinen Gedanken in andere, reellere Bahnen. Es war ihm darum zu thun, Frankreich an sich heranzuziehen, und so machte er Konzessionen. Franz Sforza von Mailand war 1535 gestorben. Der Kaiser war geneigt, das Herzogtum Mailand einem nachgeborenen Sohne des Königs von Frankreich als kaiserliches Lehen zu übertragen. „Das war ein Akt selbstloser Weisheit. Aber so war Karl V. Er war früh maßvoll geworden, und doch half es ihm nichts.“ Franz I wollte mehr. Im Jahre 1536 begann der Krieg. Die deutsche Frage trat abermals zurück.

Die bayerische Politik schwebte in der Luft. Das feindliche Verhältnis der Herzoge gegen die Reformation, das sich fortwährend steigerte, löste alle ihre politischen Verbindungen auf. Wie sehr die bayerische Politik den festen Boden des natürlichen Interesses verloren hatte, zeigt sich an dem Geflatter der politischen Pläne Ecks in den folgenden Jahren. Mailand war erledigt. Die Bayern dachten das Herzogtum zu gewinnen. So boten sie dem Kaiser, um ihn günstig zu stimmen, Kriegshilfe gegen Frankreich an, und Herzog Ludwig reiste Ende März 1536 nach Rom zum Kaiser. Man gab eine Karte aus der Hand, ehe der Einsatz dafür deponiert war. Und so sah sich Ludwig bei dem folgenden Feldzug in der Provence darauf beschränkt, „nachzureiten und allein zu dienen, und vor der Thüre zu stehen und wenig zu schaffen.“ Das war spanische Manier, geborene Fürsten also zu behandeln, und verstimmte in Bayern. Trotzdem fanden die Lockungen Frankreichs in München nur geringes Gehör. Der Einfall des Kaisers in die Provence verlief unglücklich. Proviantmangel nötigte zum Rückzug. Der Krieg mußte fortgesetzt werden, da Franz I von Frieden nichts wissen wollte und einen Bund mit den Türken schloß, die im August 1536 Slavonien verheerten. Im Frühjahr 1537 fiel Clissa, das Bollwerk der Herrschaft Ferdinands in Kroatien, im Juli plünderte eine türkische Flotte an der apulischen Küste, im September drangen die Franzosen in Piemont vor. Deutsche Fürsten, deutscher Adel, deutsche Söldner standen im Dienste Frankreichs. So rächte sich das deutsche Fürstentum an der spanischen Manier gegenüber „des Kaisers gehorsamen Fürsten.“ Alle natürliche Entwicklung war in ihr Gegenteil verkehrt. Die bayerische Politik mußte abwarten, wie der Hase laufen würde, und so wünschten die Herzoge einstweilen den Unternehmungen Johann Zapolyas viel Glück. Zudem waren sie durch ihre Feindschaft gegen Ulrich von Württemberg, die sich unausgesetzt steigerte und zum Kriege auszubrechen drohte, in Schranken gehalten. Die den Habsburgern feindlichen Mächte in Deutschland paralysierten sich also zum Teil selbst.

Der kaiserliche neunjährige Bund konnte zu keinem Ansehen gelangen. Man beschränkte sich auf Beratungen für die Defensive. Am 12. Februar 1537 kam ein Teil der Fürsten, König Ferdinand, der Erzbischof von Salzburg, die Bischöfe von Eichstätt, Passau, Regensburg und Freising, die Herzoge Wilhelm und Ludwig von Bayern und der Pfalzgraf Friedrich zu Neumarkt in Passau zusammen und vereinigten sich zum Bunde gegen die Türken, welche, wie wir hörten, den Südosten bedrohten. Zu einem engeren und bestimmteren Bunde gegen die Schmalkaldener, wie man ihn von kaiserlicher Seite ins Auge gefaßt hatte, kam es indessen damals nicht. Gestützt auf den Erfolg dieses partiellen Reichstages wendete sich Ferdinand nun um Hilfe gegen die Türken an die norddeutschen Fürsten. Diese schlugen die Hilfe ab, da eine solche nur auf einem allgemeinen Reichstag beraten werden könne. Schon im März 1537 beriet dann ein königlicher Gesandter in München mit den Herzogen die Erweiterung des Bundes. Die Prälaten, Grafen, Herrn und die Reichsritterschaft sollten in denselben aufgenommen werden,

es würde sich ihnen wohl ein Teil der von den Fürsten bedrohten Städte anschließen, auch sei Aussicht, daß die sieben katholischen Orte der Schweiz in den Bund eintreten würden. Wir kennen die Anschauung der Herzoge über die Aufnahme der Elemente der Demokratie in den Bund. Es war natürlich, daß die Beratungen keinen Erfolg hatten. Nur eine Macht wuchs beständig fort im Reiche, die der Schmalkaldener. Die Zeit war noch nicht da, welche die Bayernherzoge zwang, sich nach größerem Schutze umzusehen. Wohl rüstete Ulrich von Württemberg, wohl war er seit 1536 Mitglied des schmalkaldischen Bundes, wohl hatte sich auch das einstige Verhältnis mit dem Landgrafen Philipp von Hessen bis zum feindseligsten Mißtrauen auf beiden Seiten gesteigert, aber unmittelbare Gefahr drohte Bayern noch nicht, und was die Herzoge auf die Seite Habsburgs gedrängt hatte — wir wissen es—, war nicht die Politik, sondern die Religion. Dieser Gegensatz aber, der religiöse, erhielt in diesen Jahren eine immer größere Verschärfung. Der kaiserliche Vizekanzler Matthias Held unterhandelte mit den Protestanten wegen des Konzils. Die lehnten dasselbe ab, ja dachten auf Berufung eines Gegenkonzils. Dazu aber bedurften sie vorab der inneren Einigung. Diese erfolgte im Mai 1536 zu Wittenberg, wenigstens äußerlich. Die Oberländer vereinigten sich mit Luther über die Wandlungslehre und dieser Einigung Ausdruck war die Wittenberger Konkordienformel. Im Februar 1537 kam es dann zu einem Bundestag der Schmalkaldener. Hier war es, wo Konzil und Türkenhilfe abgelehnt wurden, wo man den Plan eines protestantischen Gegenkonzils erwog. Luther und Melanchthon hatten zu diesem Bundestage die sogenannten „Schmalkaldischen Artikel" entworfen, welche den Gegensatz gegen Rom offen und klar hervorkehrten. Und dieser Gegensatz war eben schärfer, als je. Zu gleicher Zeit war ein päpstlicher Gesandter, der Bischof von Kapo d' Istria, Peter Paul Vergerius für das Konzil thätig. Als er in München darüber verhandelte, trat der religiöse Gegensatz offen hervor. Für Bayern war die Frage allmählich brennend geworden, wie man aus dem negativen Schwanken herauskommen möge. An die Schmalkaldener sich anzuschließen, konnte man nicht mehr denken, also an Habsburg, und mit Habsburg zum Angriff auf die Protestanten. In diesem Sinne machte der Herzog Wilhelm dem Legaten seine Vorschläge: das Konzil soll zusammentreten, der Kaiser sich vorher verpflichten, die Beschlüsse desselben durchzuführen unweigerlich und nötigenfalls mit Gewalt, „auch gegen die ganze deutsche Nation." Der Legat legte diese Forderung so aus, als ob sie in böser Absicht gegen Habsburg gemacht sei. „Die bayerischen Herrn sind seit Jahrhunderten Feinde des Hauses Oesterreich, und wenn sich auch manchmal ein Einverständnis unter ihnen kundthut, so dauert doch die Mißgunst in den Herzen und der verborgene alte Haß fort. Daher mag es dem herzoglichen Rate (Eck) gutgeschienen haben, den Kaiser und den König in die schwierige Lage zu bringen, daß gerade in Sachen des Konzils, der Gewissen und des Glaubens Se. kaiserliche und königliche Majestät eines Tages zu den Waffen greifen müßten gegen ein vereinigtes Deutschland." Wir glauben, der Legat sah falsch oder einseitig. Für Bayern galt es, die rings um das Wachstum des Volkes und Landes gelegte Umschnürung zu zerreißen; man hatte es gegen Habsburg versucht und war nicht zum Ziel gekommen, also nun mit Habsburg. Aber aus dem Schwanken mußte man heraus, man mußte einen Vergleich des Kaisers mit den Schmalkaldenern zu verhüten suchen, denn ein solcher isolierte Bayern vollkommen und gab es in fremde Gewalt. Nur eine entschiedene kaiserliche Politik kann Bayern helfen, denn dann wird die Vermittlung bei ihm sein. Auf diese Wendung der Anschauung deutet, wie wir sehen werden, die ganze Wandlung der bayerischen Politik in den nächsten Jahren. Die eigene politische Not, die Gefahr zwischen zwei Stühle zu geraten, sprach bei derselben wohl das entscheidende Wort.

Wir müssen uns einerseits erinnern, daß die Herzoge von Bayern auf das Herzogtum Mailand spekulierten. Das war nur durch den Kaiser zu haben. Andrerseits rückte ihnen ein anderes Ziel, welches sie in den letzten Jahren im Auge behalten hatten, gerade in dieser Zeit ferner. Mit Hilfe des schwäbischen Bundes hatten die Herzoge die Hand Oesterreichs von Salzburg ferngehalten. Auf der andern Seite lag Augsburg an Bayerns Grenzen. Die Bayernherzoge waren es, welche gegen die Aufnahme der

Städte in den neuen kaiserlichen Bund vor allem protestierten. Gerade Augsburg und Ulm sollten von diesem Bunde ausgeschlossen bleiben, „dieweil sie ihre Sachen und Büberey zu allein ihren Gefallen gerichtet, und bisher erhalten haben, deshalb die Fürsten, wenn man diese Städte aufnehme, mehr Gespött und Nachteil als Nutzen daraus haben würden.“ Also die Sache der Städte sollte im Fluß erhalten und nicht voreilig in feste Bahnen eingelenkt werden. Nun aber wandte sich Augsburg nach der andern Seite. Hatte es im kaiserlichen Bund keine Aufnahme gefunden, so gab es noch einen Bund, wo man Schutz suchen konnte, bei den Schmalkaldenern. Im Januar 1537 wurde die Sache fertig. Die katholischen wurden ausgewiesen aus der Stadt, Bischof, Kapitel und die ganze Klerisei mußten binnen acht Tagen ihre Kirchen, Häuser und Höfe verlassen, und auf dem Bundestag der Schmalkaldener erhielten die Augsburger den Schutz der Protestanten zugesagt. So standen die Dinge Anfangs 1537. Was Bayern mit Drohungen und Unterhandlungen hatte verhüten wollen, geschah dennoch. Auch von dieser Seite rückte eine fremde Macht bis dicht an die Thore Bayerns heran.

Von habsburgischer Seite schmiedete man nun zur gleichen Zeit an zwei Eisen: einmal wollte man Frieden mit Frankreich, andrerseits aber wollte man in Deutschland einen Bund, der im stande gewesen wäre, die von dem französischen Rückhalte losgetrennten Schmalkaldener im Zaume zu halten. Der kaiserliche Bund sollte einen positiven Charakter empfangen. Den guten Willen Bayerns suchte man mit dem Hinweis auf das Herzogtum Mailand lebendig zu erhalten. Der kaiserliche Vizekanzler Held schrieb Ende Februar 1538 an Herzog Wilhelm, wenn der Bund gegen die Protestanten zustande komme, könne auch die Sache, „um welche der Herr Weißenfelder zu Neapolis gewesen sei,“ noch in diesem Jahre zustande kommen. Nach einer Vorberatung in Speier, wo unter anderem beschlossen wurde, auch die Prälaten, Grafen, Herrn, Ritterschaft und einige schwäbische Städte zum Beitritt zu bewegen, kam man im Juni 1538 in Nürnberg zusammen. Hier kam es in den Tagen vom 10. bis 12. Juni zur Unterzeichnung „der christlichen Einung,“ in welche der Kaiser, der König, die Erzbischöfe von Mainz und Salzburg, die Herzoge Wilhelm und Ludwig von Bayern, Georg von Sachsen, Erich der ältere und Heinrich der jüngere von Braunschweig Wolfenbüttel eintraten. Der Bund sollte der Verteidigung des alten Glaubens dienen. Im Oberland wurde Herzog Ludwig, im sächsischen Bezirk Herzog Heinrich von Braunschweig zum Bundesobersten ernannt. — Schon im Februar 1538 war es den Habsburgern gelungen, sich mit König Zapolya von Ungarn zu verständigen. Derselbe entsagte allen seinen Bündnissen mit den Feinden des Kaisers, versprach diesem seine Unterstützung gegen die Osmanen und bestimmte, daß nach seinem Tode Ferdinand sein Erbe in den übrigen Teilen Ungarns sein solle. Und nun gelang es auch dem Papste, den Kaiser mit Frankreich zu verständigen. Am 18. Juni kam es zwischen den beiden Mächten zum Abschluß eines zehnjährigen Waffenstillstandes zu Nizza. Mit der Aussicht auf Mailand war es also einstweilen nichts. Am 22. März 1539 bestätigte Karl V von Toledo aus den christlichen Bund; er bestätigte damit abermals, daß er sich nicht als Kaiser an die Spitze zu stellen vermochte, sondern nur als Haupt einer Partei. Aber die Partei, an deren Spitze er stand, war sehr ungleich zusammengesetzt. Bayern hatte von Habsburg nichts zu erwarten, und die Brücke zu den Schmalkaldenern, wie morsch sie auch bereits geworden, ganz abzubrechen, hielt man keineswegs für gut. Ueber die württembergische Angelegenheit wurde in den Jahren 1538 und 1539 mit Hessen verhandelt. Ebenso suchte sich Bayern Sachsen wieder zu nähern. Der Landgraf Philipp war für ein Zusammengehen der deutschen Fürsten, er fand bei dem Kanzler Eck ein williges Ohr. Derselbe schlug dem Landgrafen vor, die Religionszwistigkeiten auf friedlichem Wege zum Ausgleich zu bringen, er glaubte Philipp von dem Herzog Ulrich von Württemberg abziehen zu können. Der Landgraf mißtraute den Plänen Ecks, setzte aber die Verhandlungen fort. Zeremonien, meinte Eck, sollten die Evangelischen für die Narren einführen damit das Werk der Einigung besseren Fortgang habe. Auch sonst hören wir von dem Kanzler in den ersten Monaten des Jahres 1540 Vorschläge machen, welche deutlich zeigen, daß er die religiöse Frage nicht mehr als trennendes Hindernis betrachtete. Anders aber stand es darin mit Herzog

Ludwig und seinem Rat Weissenfelder, anders mit einem Teil des bayerischen Adels; welche von Konzessionen an die Evangelischen nichts wissen wollten. Es leuchtet ein, daß die auf so ungleichartigen Anschauungen und Interessen errichtete christliche Einigung zu keiner positiven Politik zu gelangen vermochte. Was Bayern konnte, konnte Habsburg auch; auch der Kaiser begann in dieser Zeit mit den Protestanten ernstlicher zu unterhandeln. Es war das erstemal, daß ihm der Gedanke dauernd kam, sich mit den Evangelischen unmittelbar zu verständigen. Die bayerische und habsburgische Politik kreuzten sich also fortwährend auf ihren Wegen.

Am 17. April 1539 war Herzog Georg von Sachsen gestorben, ohne Söhne zu hinterlassen. Das Herzogtum ging an seinen Bruder Heinrich über, der bereits zur evangelischen Lehre übergetreten war. Noch in demselben Jahre führte Joachim II von Brandenburg sein Land dem Protestantismus zu. In Livland, Mecklenburg, selbst in Magdeburg und Halberstadt zog der Protestantismus ein. Erzbischof Albrecht von Mainz-Magdeburg verlegte fürderhin seinen Sitz von Halle nach Aschaffenburg. — 1540 starb Erich von Braunschweig-Kalenberg. Seine Frau Elisabeth, Prinzessin von Brandenburg, reformierte nach seinem Tode das Land nach dem Beispiel ihrer brandenburgischen Brüder. Ebenso suchte Christian III von Dänemark gegen den Kaiser einen Anhalt an den Schmalkaldenern. Gustav Wasa, der König von Schweden, neigte nach derselben Seite. — Der Herzog Karl Egmont von Geldern, der alte Todfeind der Habsburger, starb 1538. Sein Wunsch war, das Land den Franzosen zu übergeben. Die Stände wollten das nicht, wünschten aber ebenso ihr Land vor einer Vereinigung mit Habsburg-Burgund zu bewahren. Sie wandten sich an Wilhelm, den Erben von Jülich-Cleve-Berg. Der übernahm die Regierung in Geldern. Aber zum Schutz gegen Karl V wandte er sich an die Schmalkaldener und Heinrich VIII von England. Nur Herzog Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel blieb fest auf katholischer Seite. Eine europäische Macht schien im Norden zusammenwachsen zu wollen, die Verbindung mit Frankreich gegen Habsburg lag nahe. Karl V mußte sich vorsehen.

Der Bund zwischen Frankreich und den Osmanen war seit 1538 gelöst. Auf den Papst konnte sich der Kaiser nicht verlassen. Er betrat einen neuen Weg. Sollte eine Verständigung mit den Protestanten unmöglich sein? In Frankfurt ließ der Kaiser den Protestanten 1539 Eröffnungen machen. Er wollte einen Vergleich. In Hagenau wurde 1540 vorbereitend verhandelt. Herzog Ludwig begab sich dahin. Er hatte von dem kaiserlichen Vizekanzler Held das beruhigende Versprechen erhalten, daß der Gegenpartei keine Konzessionen gemacht werden sollten. Aber Karl dachte anders, wie sein Vizekanzler. Das erkannte der Herzog sehr bald. Die habsburgische Politik sprang der bayerischen abermals vor. In Hagenau kam es noch zu keiner Entscheidung. Im November trat man in Worms abermals zusammen. Granvella führte den Vorsitz. Melanchthon und Eck disputierten mit einander. Die Entscheidung wurde abermals aufgeschoben, da der Kaiser für den April 1541 einen Reichstag nach Regensburg ansagte.

Mittlerweile war das Verhältnis mit Frankreich wieder in seine alten Geleise geraten. Franz I schloß einen Bund mit Wilhelm von Geldern-Cleve gegen Habsburg. Zu gleicher Zeit drohte im Osten der Türke wieder. Johann Zapolya war im Juli 1540 gestorben. Es handelte sich für den König Ferdinand um die endgültige Besitznahme ganz Ungarns.

So lagen die Dinge, als man im April 1541 in Regensburg zum Reichstag zusammentrat. Der Kaiser mußte Rücksicht nehmen soviel als möglich. Ein neues Religionsgespräch wurde eröffnet. Auf der einen Seite standen Eck, Pflug und Gropper, auf der andern Melanchthon, Butzer und Pistorius. Ueber einiges kam man scheinbar überein. Der Kaiser hielt das fest; über das andere sollte ein Konzil entscheiden. Luther und die römische Kurie wirkten gegen die Einigung, die an sich unmöglich war, denn das evangelische Deutschland und das Papsttum waren zwei Dinge, die sich nicht mehr einigen ließen, und wenn alle Glaubensartikel beglichen worden wären. Die Protestanten aber erhielten eine geheime Deklaration, welche die Augsburger Beschlüsse von 1530 (Wiederherstellung des Wormser Edikts) kassierte. So hatten die Protestanten vor dem

Kammergericht einstweilen Ruhe. Der Kanzler Eck war außer sich über diese spanische Willkür, aber der Kaiser hatte, was er brauchte, die Hilfe der Protestanten gegen die Türken, er hatte außerdem bindende Zusagen von Seiten der Kurfürsten Joachim II und des Landgrafen Philipp in der jülichischen und der damit zusammenhängenden Angelegenheit gegen Frankreich. Der Herzog von Sachsen Johann Friedrich war nicht zum Reichstag gekommen.



Pfalzgraf Otto Heinrich.

Wir müssen einen Augenblick anhalten, denn wir stehen an einem ernsten Wendepunkt. Wahrheit und Treue liegen in der Gosse. Das ganze religiöse Reform-Werk hatte sich zur politischen Machtfrage ausgewachsen. Die Angelegenheiten Deutschlands, die ganze Zukunft liegen in den Händen der Diplomaten. Die Reformatoren haben es geduldet, daß der Bewegung im Volke zur Freiheit und Wahrheit die Spitze abgebrochen wurde. Sie haben sich damit selbst die Rute gebunden. Es war der Widerstand der Altgläubigen und Konservativen, welcher die Bewegung ins revolutionäre Extrem hinausdrängte. Das Schicksal aber einer jeden zur Revolution gedrängten Menge ist, daß ihr die Bewältigung von Fragen zur Aufgabe gestellt wird, für welche ihr Verständnis und ihre Kraft nicht ausreicht. Durch den Widerstand gegen die Reform wird eben das Leben eines Volkes zu einem rascheren Tempo genötigt, man gerät in Extreme, in den Radikalismus hinaus, es werden Zustände angestrebt, für welche die Gesellschaft eben noch vollkommen unreif ist, zu denen sie auf dem Wege der Reform eben erst hinanreifen sollte. So trägt die Revolution den Keim des Todes in sich. Auch die deutsche

Revolution scheiterte, damit verlor die reformatorische Bewegung jene sittliche Kraft, welche ihr im Anfang unwiedersteitbar eingewohnt hatte. Und hören wir nun einen Luther und seine theologischen Genossen über die Doppelehe Philipps von Hessen und andere Fragen verhandeln, wie sie die Lüge für erlaubt halten, sehen wir das ganze niedrige Treiben der Diplomaten, die Entartung und Rohheit aller Stände von den Fürsten bis hinab zu den untersten Volksschichten, so wissen wir, daß die Uhr dem Ablaufen nahe ist. Die Bewegung hat das natürliche Maß ihrer Energie erschöpft. In den Händen der Fürsten tanzen die Theologen, die „Verkündiger der göttlichen Wahrheit," wie Marionetten. Es ist ein trauriges, ein furchtbares Bild, welches wir da sehen, der Untergang der deutschen Ehrlichkeit und gesunden Sitteneinfalt durch die größere Kraft romanischer Lüge und Verkommenheit in jeder Form, ob wir nun unsere Augen auf den französischen König, auf die spanischen Diplomaten oder auf die römischen Theologen richten. Nur mit gleichen Waffen war gegen diese dreiköpfige Macht zu kämpfen, und so sehen wir die Reformatoren und Fürsten Deutschlands auf Lüge und Unnatur zurückgedrängt. Das war das Ende einer jugendlich kraftvollen Bewegung, das Ende der Erhebung zur geistigen Befreiung Deutschlands, dessen positive Schöpferkraft sich im negativen Kampfe gegen jene Mächte verzehrte und erschöpfte. Damit aber wurde das Ziel selbst — die deutsche Einheit — unerreichbar. Nur auf dem Leben des Volkes vermochte diese zu beruhen, niemals auf dem seiner Fürsten, aber jene positive Kraft, welche sich nun erschöpft hatte, wieder zu ersetzen und neuzubilden, dazu bedurfte es der Pflege im einzelnen, dazu, wie einst, der Mannigfaltigkeit und Vielheit der kulturellen Mittelpunkte. Es war natürlich, daß nicht Klöster, sondern Fürstenhöfe zu diesen Mittelpunkten wurden, denn einstens handelte es sich um die religiöse Heranbildung des Volkes zu einer gemeinsamen geistigen Genossenschaft, jetzt handelte es sich um die politische Heranbildung des Volkes zu einem großen politischen Staatswesen. Dazu bedurfte es zunächst der Zurückschneidung aller jener Triebe ins Wilde, welche dem Auswachsen der politischen Kleinkörper entstammten und sich gegenseitig in ihrem Wachstum behinderten. Adel und Bauerntum, die Mächte der älteren Kultur waren bereits zurückgedrängt, weder ein Junker- noch ein Bauernstaat konnten das Ziel der Zukunft sein. Aber auch das Städtetum war im Rückgang. Und wenn erst seine Macht gebrochen ist, bleibt das Fürstentum allein. Dann wird sich der Gegensatz zwischen geistlichem und weltlichem Fürstentum der Entscheidung nähern. Dann werden Groß- und Kleinfürstentum mit einander abzurechnen haben, und erst infolge dieser Ablenkung der fürstlichen Macht in eine andere Richtung, wird die Last von der Demokratie genommen werden, welche sie bisher zu Boden hielt, wird vor dem Leben des Volkes der Damm zurückweichen, der seine mächtige Neuentfaltung bis dahin zurückgehalten hatte. Gleichzeitig mit dieser innern Entwicklung wird sich die äußere vollziehn. Der sittliche Gedanke der deutschen Demokratie wird fortwachsen, er wird den Machtbau des spanischen, römischen und französischen Absolutismus untergraben, und wenn also die Romanen in den Kampf für die Völkerfreiheit eingetreten sind, dann erst kann das deutsche Leben sich wieder in jener positiven Richtung weiterentfalten, in der es durch den romanischen Absolutismus aufgehalten worden war.

Wittelsbach war der Erbe des staufischen Geschlechts. Wir sahen sein Ringen um diese Erbschaft, wir sahen sein Wollen scheitern in den großen Kathastrophen, welche den Machtbau Ludwigs des Bayern in kurzen Stößen zusammenwerfen. Aber Wittelsbach ward nicht vernichtet. Es behauptete sich in dem Kriege der Fürsten in den sechziger Jahren des 15. Jahrhunderts, es drang von neuem positiv vor, als Habsburg seine Unfähigkeit erwies, das deutsche Leben zu einem großen Gesamtleben zu einigen. Albrecht IV wurde zurückgeworfen, seine Söhne Wilhelm und Ludwig wurden ebenso zurückgeworfen, zunächst aus Böhmen, dann auf dem Wege zur römischen Königskrone. Habsburg, nicht mächtig genug, Herr in Deutschland zu werden, war doch zu mächtig, als daß eine andere Macht diesen Weg ins deutsche Leben hätte gewinnen können. Auch Wittelsbach war der Vertreter einer älteren Kultur, und so wurde es zurückgeworfen. Aber mit dem Können erlosch nicht der Wille. Es suchte nach einem Ausweg, seine Macht zu mehren und also in Deutschland die ihm gebührende Stellung wieder einnehmen

zu können. Mailand! Diese Aussicht führte die wittelsbachische Macht an die Seite Habsburgs zurück. Erst jetzt wurde Wittelsbach zu jenem wirklichen Vorkämpfer des Katholizismus, zu dem es von Anfang an hingeneigt hatte. Nur die böhmische, nur die deutsche Königskrone hätte Wittelsbach von diesem Pfade zurückzuhalten vermocht. Die Aussicht auf Mailand scheiterte. Es war eine Phantasie. Aber Wittelsbach suchte weiter, es suchte überall und verlor bei diesem Suchen die ganze natürliche Grundlage seiner Stellung aus dem Auge. Als am 5. Juli 1541 in Regensburg Herzog Philipp von Pommern mit Pommern belehnt wurde, legten die Wittelsbacher Verwahrung ein, da Kaiser Ludwig die Herzoge von Pommern nur belehnt habe unter der Bedingung, im Falle der Mannesstamm aussterbe, das Herzogtum an den Verleiher zurückfallen sollte. Wittelsbach betrachtete sich naturgemäß als Erben des Kaisers Ludwig, aber Brandenburg betrachtete sich als Erben und Rechtsnachfolger des damaligen Besitzers von Brandenburg, des Wittelsbachers Ludwig, und so protestierte es gegen die Auffassung der Wittelsbacher. Was wollten diese auch in Pommern.

Nachdem der Kaiser in Regensburg die Angelegenheiten der christlichen Einigung geordnet hatte und eine neue Urkunde verfaßt worden war, eilte er nach Italien, um hier einen Kriegszug gegen Algier zu betreiben, während er seinem Bruder Ferdinand die Abwehr der Türken überließ. Noch im Oktober 1541 erfolgte dann die Aussöhnung Bayerns mit Württemberg, denn Bayern nahm nun einen andern Plan wieder auf. Die alte Kurlinie in der Pfalz war dem Aussterben nahe. Weder Ludwig V, noch sein Bruder Friedrich II, noch deren Neffe Ottheinrich von Pfalz-Neuburg besaßen Söhne. So wäre nach dem Absterben dieser drei, die Pfalz-Simmernsche Linie zur Nachfolge gelangt, aber die Herzoge von Bayern, gestützt auf die Zugeständnisse Kaiser Maximilians betreffs der pfälzischen Kur, hofften die andern pfälzischen Linien von der Nachfolge ausschließen zu können. Also wieder ein neues Projekt: Es ist dasselbe Drängen und Suchen nach einem Ausweg, es ist das Gefühl, ersticken zu müssen, wenn dieser Ausweg für Bayern nicht gefunden wird. Aber in Bayern denkt man an alles andere eher, als an den alten, von der Geschichte längst gewiesenen Ausweg: Vereinigung mit Sachsen, um also den Rückhalt zu finden, dessen man zu einem Vorgehen in Westdeutschland unbedingt bedurfte. Der alte Kurs ist verloren. Wann wird Bayern ihn wiederfinden?

Auch in den folgenden Jahren änderten sich die Dinge zunächst nicht zu Gunsten der Habsburger. Im Sommer des Jahres 1541 war Karl V gegen Algier geschifft; er kehrte im November heim mit gänzlichem Mißerfolg. Zugleich hatten die Türken Ungarn genommen, das ungarische Reich sollte eine türkische Provinz werden. Die Marienkirche in Ofen ward in eine türkische Moschee verwandelt. An diesen Mißerfolgen Habsburgs richtete sich Franz I von Frankreich wieder empor. Im Jahre 1542 verband er sich mit den Türken, mit Christian III von Dänemark und dem Herzoge von Cleve-Geldern. Ein Reichsheer unter der Führung Joachims II von Brandenburg erreichte in dem gleichen Jahre die Mauern Ofens, aber er richtete nichts aus und mußte zurück. Im nächsten Jahre gewann Suleiman Stuhlweißenburg und Gran. Während dieser Zeit schritt der Protestantismus fort. Die Aebtissin von Quedlinburg reformierte ihr Stift, das Erzbistum Magdeburg trat über, im Erzbistum Köln versuchte 1542 der Erzbischof Hermann die Reformation durchzuführen, Naumburg, Meißen, Münster schienen dem Protestantismus verfallen, die Reformation drang den Rhein hinauf nach Süddeutschland, Regensburg, Pfalz-Neuburg traten zum Protestantismus über. Aber diese Schwankungen machten den Bund der Schmalkaldener nicht fester. Es traten die vielfachen trennenden Einzelinteressen immer deutlicher zu Tage, und als Karl V im Jahre 1543 wieder in Deutschland erschien, vermochte er, unbehindert von dieser Seite, gegen den Herzog Wilhelm von Cleve ins Feld zu ziehen. Er überrannte den Herzog, eroberte Düren und zwang Wilhelm zur Unterwerfung, zur Abkehr von Frankreich und Dänemark und zur Aufgabe von Geldern und Zütphen. Die Gefahr, welche mit dem Vordringen des Protestantismus den Niederlanden, der „wichtigsten finanziellen Position des Hauses Habsburg,“ drohte, war einstweilen beseitigt. Während hier ein Loch in den Bund der protestantischen Mächte gerissen wurde, hatten diese einen Vorteil in Nord-

deutschland erkämpft. Im Juli 1542 waren der Herzog von Sachsen und der Landgraf von Hessen über Heinrich von Braunschweig hergefallen und hatten denselben aus seinem Lande vertrieben. Die Reformation drang auch hier ein. Aber wir sehen, die Sache drängte zur Entscheidung. Die Gewalthätigkeiten der Protestanten, das Vorgehen des Kaisers in Gent und Geldern lassen den tiefen sittlichen Verfall aller Kreise des deutschen Volkes klar erkennen. An positive Schöpfungen ist nicht mehr zu denken, es fragt sich nur noch, wie weit die natürliche Energie des Protestantismus reichen wird, sich auszudehnen, wie weit andrerseits die Macht des Hauses Habsburg reicht, dem Protestantismus Schranken zu setzen.

Auch jetzt konnte Karl an einen Krieg gegen die Gesamtmacht der Evangelischen noch nicht denken. Er mußte aufschieben, bis die Gefahr von Frankreich und den Türken beseitigt war. Auf dem Reichstag zu Speier 1544 forderte er die Hülfe des Reiches gegen diese Feinde. Sie ward ihm gewährt, dafür machte der Kaiser den Protestanten weitere Zugeständnisse.

Bezold weist darauf hin, daß dem Kaiser gerade bei dem Feldzug gegen Cleve die Augen aufgegangen seien, „daß es ihm nicht bloß nicht mehr unmöglich vorkam, mit Gewalt einen solchen Hochmut zu bändigen, sondern daß ihm dies sehr leicht erschien, wenn er es unter geeigneten Zeitumständen und mit passenden Mitteln unternähme.“ Noch vor dem Reichstagsabschied begannen die Operationen gegen Frankreich. Die Protestanten ließen ihren alten Verbündeten fahren. Ein rein dynastischer Krieg begann, der mit einem rein dynastischen Frieden endete. Von Luxemburg und Lothringen her drangen die Kaiserlichen in Frankreich ein, während Heinrich VIII von England Boulogne belagerte. Rechts der Marne rückte Karl bis in die Nähe von Paris. Die Absicht war eine Demonstration. Zu einer Schlacht kam es nicht. Franz I bequemte sich am 17. September 1544 zum Frieden von Creszy. Piemont und Italien gab er auf, der Kaiser hielt an dem früheren Versprechen fest, entweder die Niederlande oder Mailand durch Vermählung mit einer Tochter Ferdinands an einen französischen Prinzen zu übergeben. Franz I trat dem Bunde gegen die Osmanen bei, auch wird er gegen die Ketzer helfen und auf ein Konzil dringen. Der Krieg Frankreichs mit England dauerte fort.

Jetzt konnte Karl gegen die Türken ziehen. Er dachte nicht daran. Deutschland lag näher, und in Deutschland wuchs die Macht des Protestantismus fort und fort. In Köln ward reformiert. Es war hohe Zeit, wenn der Kaiser für die Religion noch etwas thun wollte. Aber schon im Jahre 1543 war auch in Köln eine neue, noch junge, aber bald stärker werdende Macht eingerückt. Peter Canisius, der Gefährte des Ignatius von Loyola, schlug dort mit acht Genossen sein Lager auf. Die Jesuiten kommen. Es ist ein neuer Vorstoß des Romanismus gegen die deutsche Eigenart, und in Köln, im „deutschen Rom,“ fassen sie Fuß. Der Kaiser und der König von Frankreich sind geeint, Karl V faßt die Berufung des Konzils schärfer ins Auge. Er hatte den Protestanten in Speier versprochen, wenn ein solches nicht zustandekomme, durch einen Reichstag oder ein Nationalkonzil die Sache in Ordnung zu bringen. Jetzt sprang der Papst ein. Eine derartige rein weltliche Abmachung durfte er nicht zulassen. Zum Mai 1545 berief er das Konzil nach Trient. Im Dezember erst trat es zusammen. Und in die Zwischenzeit fiel in Deutschland der Reichstag von Worms (Mai 1545). Der Kaiser stand zwischen zwei Parteien. Er so wenig wie die Protestanten konnten die religiöse Entscheidung allein dem Papste überlassen. So ging er vorsichtig vor. Mit dem Papste verhandelte er über eine Hilfe gegen die Ketzer, welche Paul III versprach. Andrerseits war der Kaiser, wie Druffel sagt, „darauf bedacht den Papst zugleich mit dem Konzil und mit einer Religionsverhandlung durch Kollegium und Reichstag zu schrecken und ihn so seinem Willen gefügig zu erhalten.“ Die Protestanten wiesen in Worms die Beschickung des Trienter Konzils zurück. „Frei, christlich, deutsch“ sollte das Konzil sein, und dieses päpstliche Konzil war nichts weniger als das, aber auch die Protestanten kamen zu keiner festen Politik mehr. Wohl endete der Versuch des Herzogs Heinrich von Braunschweig, sein Land wieder zu erobern, im Oktober mit seiner Gefangenschaft in Hessen; wohl wurde Merseburg evangelisch; wohl trat der neue Kurfürst von der



Ignaz von Loyola.

Pfalz, Friedrich II nach dem Tode seines Bruders Ludwig V (1544) zum Protestantismus über, aber die Hauptsache blieb Köln. Hier mußten die Schmalkaldener alle Macht einsetzen, denn dieses Kurfürstentum gab den Portestanten im Kurfürstenrate das Uebergewicht. Statt dessen sehen wir die dynastischen Gegensätze auch hier das Uebergewicht behaupten. Brandenburg und Herzog Moritz von Sachsen stehen beiseite. Sie gehen nicht unbedingt mit den Schmalkaldenern; auch einige Reichsstädte, so Nürnberg, fürchten die wachsende Macht des Fürstentums und halten zum Kaiser. In dieser Zeit der Zersetzung des religiös-politischen Bundes der Schmalkaldener, in dieser Zeit der bevorstehenden Auflösung und des nahenden Kampfes ist Martin Luther gestorben.

Betrachten wir die beiden Porträts, welche Lukas Cranach von Luther gezeichnet, das eine vom Jahre 1520, das andere nach Luthers Tode: es ist ein gemeinschaftlicher und ein stark widersprechender Zug in diesen Köpfen. Gemeinschaftlich ist das tiefe seelenvolle Auge, der starke Bau der Stirne. Widersprechend ist die dort von innerem Feuer verzehrte hagere Gestalt des Mönches und die Fettleibigkeit des älteren Mannes. Dort der zu idealer Produktion hindrängende junge Asket, hier der schwerbewegliche Körper eines kranken Mannes .Und Krankheit hat auch die Züge des Antlitzes durchzogen. Wie Trauer und Mißmut lagert es über den schönen Augen, die Falten des Eigensinns und der Engherzigkeit ziehen sich zwischen ihnen durch, es ist kein reiner Zug, der dieses Gesicht überwebt, sondern die Kontraste sind stark ausgeprägt. In diesen Bildern zeigt sich die Charakterwandlung des Mannes. Das negative Element hat das Uebergewicht erhalten, negativ war der unauslöschliche Haß, den er gegen das Papsttum im Herzen trug bis zu seinem letzten Atemzuge, negativ das kleinliche Festhalten am Buchstabenglauben, wie es Zwingli gegenüber zu Tage trat, negativ ist der

Schatten, der den lichtvollen Glanz des Blickes überdeckt. Eine ganze Geschichte lebt in diesen Zügen, des Endes der deutschen, offensiven und jugendlichen Kraft. Als Luther in der Nacht vom 17. zum 18. Februar 1546 in seiner Geburtsstadt Eisleben, wohin den nie Ruhenden ein ärgerlicher Handel gerufen hatte, die Augen schloß, wich der Genius, der noch einmal versucht hatte, das deutsche Leben in positiver Richtung vorwärtszudrängen, in die Schatten der Nacht zurück. Schon im November 1545 hatte Ferdinand mit den Osmanen einen achtzehnmonatlichen Waffenstillstand geschlossen, der ihn zu Tributzahlungen verpflichtete. Die gewaltige Kraftanstrengung des deutschen Volkes in den letzten fünfzig Jahren endete mit einer einzigen großen Negation. Die alte Zeit ist zu Ende, eine neue setzt ein, und Sturm und Ungewitter fegen über die deutsche Erde, aus der sich mit kleinen Keimen neue positive Schöpfungen langsam zu erheben beginnen. Luther sah das Weltende kommen, er dachte an die Ueberschwemmung Deutschlands durch die Osmanen. Das Weltende kam nicht, aber lange Zeit wird es dauern, bis das deutsche Volk jenen Verlust positiver Kräfte wieder ersetzt hat, die es in diesem Weltkampfe einsetzte. Das Ergebnis ist; die Alleinherrschaft der römischen Kirche im Occident ist zerstört, aber ihre Herrschaft als solche ist nicht vernichtet; nicht in gewaltiger Offensive ward die Kraft des Osmanenreiches gebrochen, aber an der defensiven Widerstandsfähigkeit des deutschen Elements wird es seine Kräfte zu Tode ringen; die europäische Kultur wird der asiatischen die Spitze bieten, aber auch zugleich gezwungen werden, allmählich ihr altes Kolonisationswerk gegen Osten wieder aufzunehmen. So lange die offensive Macht der Osmanen nicht gebrochen ist, wird der Schwerpunkt der deutschen Entwicklung im Südosten liegen. In dem Augenblicke aber, wo die Türkengefahr zurücktritt, wird dieser Schwerpunkt sich verschieben nach Nordosten, denn hier ist die deutsche Entwicklung mit dem Absterben des deutschen Ordens zum Stehen gekommen, und das Zurücktreten des deutschen Elementes in die Defensive wird den Mächten des Ostens Zeit zur ungestörten Machtentfaltung lassen. Hat diese sich vollzogen, wird Deutschland die alte Bahn gegen Nordosten wieder betreten müssen, und erst dann wird der Traum Luthers zur Möglichkeit werden, Deutschland loszureißen von der Herrschaft des romanischen Geistes auf allen Gebieten und im deutschen Leben die eigene Natur und den eigenen Geist zu positiver Entfaltung zu bringen.

Karl V hatte freie Hand. Frankreich stand noch im Kriege mit England, die Türkengefahr war durch den Waffenstillstand zurückgedrängt. Er war zum Kriege entschlossen. Hinter ihm stand der Beichtvater Pedro de Soto, der unablässig zum Kriege trieb. Die spanischen Räte waren nicht einverstanden damit, ebensowenig König Ferdinand. Aber Karl ging vorwärts. Im Januar 1546 war in Regensburg ein neues Religionsgespräch zwischen dem Spanier Malvenda und Butzer eröffnet worden. Es kam zu keinem Resultat. Den folgenden Reichstag in Regensburg beschickten die Protestanten kaum mehr. Die Katholiken forderten Entscheidung der religiösen Sache durch das Konzil, die Protestanten lehnten dasselbe ab und hielten an dem Versprechen des Nationalkonzils fest. So schloß der Kaiser den Bund mit dem Papst (9. Juni 1546). Es gelang ihm in der gleichen Zeit, die Interessen des Fürstentums zu spalten und einen Keil in den religiösen Bund der Evangelischen hineinzutreiben. Ebenso griff er auf die Reichsritterschaft und die Reichsstädte zurück und zog einen Teil derselben an sich. So befestigt erwiderte der Kaiser einen Vortrag der protestantischen Stände am 13. Juni mit Lachen; auf die Frage, was die Rüstungen bedeuten sollen, erhielten sie am 16. Juni die Antwort, es gehe gegen die Ungehorsamen. Man wußte genug und ging sich zu rüsten.

Hier müssen wir Halt machen und uns nach Bayern umsehen. Die Vergewaltigung des Herzogs Heinrich von Braunschweig durch Hessen und Sachsen hatte den neunjährigen Bund getroffen, dessen Mitglied Heinrich war. Er wandte sich an die Bundesgenossen, Bayern und den Kaiser um Hilfe. Herzog Ludwig war der Meinung, man solle sie unverzüglich gewähren, damit nicht die Reihe auch an die andern katholischen Fürsten, auch an sie selbst komme. Herzog Wilhelm aber und sein Kanzler Eck waren anders gesinnt, sie wichen dem Gesuch des Braunschweigers einstweilen aus. Der Gegensatz

Ludwigs und seines Rates Weissenfelder zu Eck wurde lebafter. Aber in der gleichen Zeit unterhandelte Eck mit Hessen. Der Landgraf hatte schon 1541 die Errichtung eines Bundes zwischen Hessen, Sachsen und Bayern in Anregung gebracht. Man mißtraute ihm in Bayern, da damals eben die Sache gegen Braunschweig spielte. Im Februar 1543 aber kam Herzog Wilhelm auf diesen Gedanken zurück. Die Religion hinderte das Zusammenkommen des Bundes. So unterstützten die Bayernherzoge das Gesuch Heinrichs von Braunschweig an den Kaiser, erfuhren aber von dieser Seite, „es sei nicht so viel um die Religion oder um die Lutherei zu thun, sondern allein darum, ‚daß man auf beiden Seiten die Libertät zu hoch und zu fast suchen und derselben nach rechten wolle.'" Also die Libertät aller deutschen Fürsten stand dem Kaiser im Wege. Das war klar gesprochen. Dieser Bericht des bayerischen Agenten Kurß stammt aus dem Juni 1543. Aber schon Ende des vorigen Jahres hatte Bayern mit Ulrich von Württemberg Verhandlungen anknüpfen lassen, welche sich über die Herabwürdigung des Fürstentums verbreiteten. Der Haß des Fürstentums gegen das Städtetum trat dabei wieder deutlich zu Tage. Zu Dillingen kamen am 22. Februar die alten Todfeinde zusammen, versprachen sich gegenseitige Hilfe und faßten die Errichtung eines Bundes mit Brandenburg und Sachsen in's Auge. Neue Anfragen des Königs von Frankreich wurden mit Zurückhaltung beantwortet, wenn man auch zugestand, daß man sich auf des Kaisers Gerede nicht verlassen könne. Aber in demselben Jahre lief der kaiserliche neunjährige Bund zu Ende. Er ward sang- und klanglos begraben. In Speier kam es dann bei den Reichstagsverhandlungen im Jahre 1744 zu einer Anregung von kaiserlicher Seite, einen neuen Bund zu errichten. Sehen wir auf die Schmalkaldener, welche Norddeutschland beherrschten, sehen wir auf den Plan des neuen Bundes, welcher ganz Oberdeutschland, mit Ausnahme von Pfalz und Baden umschließen sollte, so zeigt sich uns klarer denn je die Neigung zum Auseinanderbrechen des deutschen Gesamtlebens. Nur drei Bischöfe, die von Bamberg, Eichstätt und Augsburg waren sofort zum Beitritt bereit, neben ihnen die Prälaten und zuletzt die Reichsstädte, welche indes die Religion ausgeschlossen wissen wollten. Bayern hielt ganz zurück, ebenso Württemberg, ebenso der Markgraf Albrecht von Brandenburg. Mit Württemberg kam Bayern überein, dem kaiserlichen Bunde nicht beizutreten (Juli 1544).

Im März aber war der Fall eingetreten, auf den Herzog Wilhelm und Eck gerechnet hatten. Kurfürst Ludwig V von der Pfalz war gestorben. Sein Bruder Friedrich II suchte in Speier die Belehnung mit dem Kurfürstentum nach. Da trat Herzog Wilhelm mit einem Proteste dazwischen, der indessen den Kaiser nicht abhielt, Friedrich die Belehnung zu erteilen. Herzog Ludwig wie viele andere waren über dieses Vorgehen Wilhelms und seines Kanzlers erbittert, aber wir erkennen, was Eck im Auge hat. Ein halbes Jahr später (Oktober 1544) finden wir einen hessischen Unterhändler, in dessen Gegenwart sich Eck ganz wunderlich ausließ: Wolle Herzog Wilhelm dem Kaiser nachgehen, so würde er nur unter das Joch geraten; wolle er für die Ehre und Wohlfahrt der deutschen Nation reden, so erlange er damit nur Ungnade und Gefahr; das Mißtrauen herrsche unter den Fürsten und werde sie noch alle verderben; die Lutherischen dürfe man nicht unterdrücken lassen, da die deutsche Nation dadurch geschwächt werde, und wenn jene niedergeworfen wären, käme die Reihe an die andern, an die katholischen Fürsten; mit dem Konzil komme man nicht mehr zur Einigkeit, da dort Vorschläge würden gemacht werden, welche Katholiken wie Protestanten in Deutschland gleich unannehmbar sein würden, es wäre besser, daß alle Katholiken sich für lutherisch erklärten und mit den Lutherischen in Bündnis träten. Ein Bündnis mit Hessen und Sachsen sei durchaus wünschenswert. — Was wollte Eck damit? Nötigte ihn der Gang der Politik endlich zu diesem Bekenntnis? Und wenn Eck vorwärts wollte, hätte er es wohl gekonnt? Herzog Ludwig zog an der andern Seite an Herzog Wilhelm, dem es wohl klar sein mochte, daß es mit Bayern zu Ende wäre, wenn der Kaiser nun doch einmal siegreich gegen die Lutherischen würde. Ein lutherisches Bayern war ein Unding an der Seite Oesterreichs; der norddeutsche Bund, den das Jahr 1866 vorbereitete, war für jene Zeit ein zu hoher Plan, aber wir erkennen das Gesetzmäßige dieser elementaren

Bewegung. Es gab schon damals keine Macht, welche nicht mit einem Ausschluß Habsburgs sympathisierte, denn Oesterreich wuchs sich zur selbständigen Macht aus, nur seine Beziehungen zu den Niederlanden, zu Tirol, zu den Reichsstädten hielten es noch im Reiche fest. Von ihm zu erwarten, daß es eine deutsche Politik treibe, war eine Illusion.

Auch im folgenden Jahre wurden die Unterhandlungen mit Hessen fortgesetzt; mit Württemberg erfuhr indes in dieser Zeit das Verhältnis eine Abweichung. Herzog Ulrich traute dem bayerischen Kanzler Eck nicht. Ein Anerbieten Frankreichs zur Vermählung des bayerischen Erbprinzen Albrecht mit einer französischen Prinzessin ward nicht angenommen; mit dem kaiserlichen Hofe wurden wegen der pfälzischen Kur und des Neuburger Landes Otto Heinrichs Verhandlungen gepflogen; selbst mit Brandenburg wurde ein abenteuerlicher Plan beredet, den Herzog Ludwig widerriet. Da ereilte der Tod den jüngeren Herzog Ludwig am 21. April 1545; der Vermittler Bayerns mit Württemberg war nicht mehr. Bayern war aus seiner Isolierung nicht herausgekommen. Mit den pfälzischen Vettern lag es im Streit, der Zwist im eigenen Hause drohte sogar nach dem Tode Herzog Ludwigs um dessen Erbschaft von neuem auszubrechen, da die Schwester Sabine und der Erzbischof Ernst von Salzburg — im Jahre 1540 war der frühere Administrator von Passau zum Erzbischof in Salzburg ernannt worden — Ansprüche auf die Erbschaft des Verstorbenen erhoben. So standen die Dinge, als der Kaiser sich zum Kriege gegen die Schmalkaldener rüstete. Jetzt mußte Bayern sich entscheiden



Schärtlin von Burtenbach.

Am 7. Juni 1546 schloß Herzog Wilhelm mit den beiden Habsburgern einen Vertrag ab. Aber vorsichtig hielten diese jede Einwirkung der gespaltenen Interessen auf denselben fern, denn der Wittelsbacher „setzte seinen Wunsch, als gleichberechtigter Bundesgenosse in den Krieg einzutreten, nicht durch, erhielt aber gegen die Zusage von Hilfsgeldern, Geschütz, Munition u. s. w. Aussicht auf die Kurwürde der pfälzischen Linie, falls deren Angehörige dem Kaiser gewaltsam Widerstand leisten würden." In die Kasse Ecks flossen abermals 2000 Kronen. Am 4. Juli ward alsdann die Vermählung des Prinzen Albrecht von Bayern mit Anna, der Tochter Ferdinands, in Regensburg feierlich begangen. So hatte nicht Norddeutschland, sondern Oesterreich in Bayern den Vorsprung gewonnen, und wie wenig man hier zur Verfolgung einer eigenen Politik ohne fremde Bundesgenossenschaft fähig war, zeigt die Thatsache, daß das herzogliche Land alsbald aus der Hand des Herzogs mit Beginn des Krieges in die Macht der Habsburger überging. Am 19. Juli schloß Karl V einen Bund mit Herzog Moritz von Sachsen ab. Auch für diesen stand außer anderem die Kurwürde in Sachsen in Aussicht, welche dem „Rebellen" Johann Friedrich genommen werden sollte. Am 26. Juni wandte sich Ulrich von Württemberg an Herzog Wilhelm mit der Anfrage, ob er auf die in Dillingen gegebenen Versprechungen gegenseitiger Hilfeleistung rechnen könne? Bayern war seiner nicht mehr mächtig, Eck gab eine zweideutige Antwort. Vor Bayern nicht sicher, ward also auch Württemberg in freier Aktion gehindert. Am 4. Juli kündigten Sachsen und Hessen

dem Herzöge an, gegen den Kaiser losschlagen zu wollen. Sie erhielten die Antwort, daß Wilhelm sich an einem Kriege gegen sie nicht beteiligen werde. Und nun sammelten sich die kaiserlichen Truppen in Bayern, während die Schmalkaldener von Norden heranrückten. „Die Verbindung fürstlicher Macht mit den städtischen Bollwerken des deutschen Südwestens gab den Protestanten eine militärisch überaus günstige Position; aber sie versäumten es, die Vorteile ihrer schnellen Kriegsbereitschaft mit Energie zu benutzen." Am 9. Juli nahm Schärtlin von Burtenbach im Dienste der oberdeutschen Städte die Stadt Füssen; am 10. Juli bemächtigte er sich der Ehrenberger Klause. Da rief Augsburg, welches Bayern fürchtete, ihn zurück. Es war der erste Schritt aus der Offensive zur Defensive. Freilich bemächtigte er sich mit Hilfe Württembergs noch der Städte Dillingen und Donauwörth, aber als nun die fürstlichen Truppen vom Norden heranrückten und sich am 3. und 4. August mit den Oberländern vereinigten, begann die Zwietracht. Der alte Krämergeist der Städte erwachte. Am 3. August verlangten die Verbündeten von Herzog Wilhelm, er solle das kaiserliche zu Rain und Ingolstadt befindliche Kriegsvolk fortschaffen. Bayern war in Not. Der Kaiser war mit seinen Truppen im Lande, die Verbündeten standen an der Grenze, und namentlich der Sachse trieb zum Angriff auf Bayern. Das Land schien die Kriegskosten für beide Teile bezahlen zu sollen. Herzog Wilhelm hielt zwischen beiden Parteien aus: „er habe," meldete er den Schmalkaldenern, „sich nie der Religion wegen bekümmert, sondern einem jeden seine Religion zu verantworten überlassen; es sei aber nicht in seiner Macht, die Kaiserlichen auszutreiben." Die Schmalkaldener kündeten ihm an, sie müßten ihn für ihren Feind halten. Da schickte der Herzog am 11. August Gesandte in das Lager der Protestanten und ließ erklären: „er habe sich neutral halten wollen, keinem Teile Werbung und Rüstung in seinem Lande verwehrt; es seien auch mehr Bayern bei dem bündischen als bei dem kaiserlichen Heere; der deutschen Freiheit habe er sich immer angenommen; die zu Rain liegenden Truppen seien nicht dem Kaiser sondern ihm verpflichtet und hätten Befehl, den Bündischen keinen Schaden zu thun." Wir sehen, die bayerische Politik war in eine Sackgasse geraten. Neutralität für eine solche Macht in der Mitte zweier Gegner ist immer ein Unding. Nun mußte man erwarten, ob die Verbündeten wegen des scheinbaren Anhangs an den Kaiser, oder ob die Kaiserlichen wegen des zweideutigen Spieles mit den Verbündeten über Bayern herfallen würden. Nicht der eigenen Haltung, sondern der allgemeinen Entwicklung der Verhältnisse verdankte Bayern seine Rettung.

Langsam setzten sich die Verbündeten Donau abwärts in Bewegung. Aber der Kaiser kam ihnen zuvor. Von Regensburg eilte er nach Ingolstadt und befestigte sich hier, um die Ankunft der Niederländer unter Maximilian von Büren abzuwarten. Bis zum 31. August war man endlich soweit, daß man eine Beschießung Ingolstadts in Angriff nahm. Ein ganzer Monat war verloren. Zu einem wirklichen Angriff kam es auch jetzt nicht. Vier Tage knallt es, dann zogen die Schmalkaldener ab. Sie traten vollkommen in die Defensive zurück. Weder den Kaiser noch den heranziehenden Büren hatte man über den Haufen geworfen. Die beiden vereinigten sich wohlbehalten in Ingolstadt und schritten nun sofort ihrerseits zum Angriff. Zurück, die Donau wieder hinauf! Neuburg, Donauwörh, Dillingen, Lauingen gingen verloren. Anfangs Oktober gab sich zweimal die Gelegenheit zur Schlacht. Sie wurde von beiden Teilen vermieden. Von Frankreich und England war keine Hilfe zu erwarten, denn des Kaisers Politik war immer noch so, bei einem etwaigen Angriff von fremder Seite sich sofort mit den Protestanten verständigen zu können. So hätte es noch lange fortgehen können. Aber die Kathastrophe kam schneller. Sie ward herbeigeführt durch den Herzog Moritz von Sachsen. Wir müssen nach ihm hinsehen.

Moritz war der Sohn des Herzogs Heinrich, der protestantisch war, der Neffe des Herzogs Georg, den wir unter den eifrigsten Gegnern Luthers fanden. Moritz war weder protestantisch noch katholisch, er war gar nichts, als ein Mann mit hellem, klarem Kopf, einem nicht sehr engen Gewissen und einer bedeutenden Fähigkeit für jene Diplomatie, wie sie sich in der spanischen Schule herausgebildet hatte. Einer jüngeren Generation

der deutschen Fürsten angehörig, kannte er nur das eine Gesetz: seinen eigenen Vorteil wie immer wahrzunehmen. Das konnte er. Gegen die Bestrebungen, das Herzogtum Sachsen dem Katholizismus zu erhalten, wandte sich Moritz an Hessen und heiratete die Tochter des Landgrafen Philipp, Agnes. Die Dinge bei den Schmalkaldenern gefielen ihm nicht. Er hatte eigene Ziele und wollte sie auf eigenen Wegen mit Hilfe der Schmalkaldener oder auch gegen sie erreichen. Es war für ihn nur die Frage, wie es am leichtesten ginge. Zunächst die sächsischen Bistümer! Da stand ihm der Kurfürst von Sachsen im Wege. Magdeburg, Merseburg, Halberstadt waren die Zankäpfel. So ging Moritz einstweilen mit dem Kaiser. Er leistete Kriegsdienste gegen die Türken, gegen Cleve, gegen Frankreich; er machte sich am kaiserlichen Hofe angenehm. 1545 wurde die Sache zweifelhaft. Heinrich von Braunschweig-Wolfenbüttel suchte sein Land wieder zu gewinnen. Moritz ging vorsichtig aus dem Wege. Er dachte an einen neuen Bund mit Hessen und Kursachsen und dem Kaiser. Der würde nichts dagegen haben, wenn man sich an den Bischöfen und Aebten etwas erholte. Das Ziel war Säkularisation so weit als möglich. Der Landgraf war geneigt, Kursachsen nicht. Man fürchtete diesen Vetter nicht, der dem Anscheine nach nur Sinn für Saufen und Jagen, für Weiber und sonstige Lebenslust hat. So ging Moritz nach Ravensburg 1546. Hier kam die Sache zum Klappen. Moritz wollte die Bistümer. Der Kaiser hielt zurück, nur auf Widerruf gab er zu. Zudem sollte sich Moritz dem Konzil unterwerfen. Das ging nicht. Zuletze wurde man einig: Moritz sollte helfen, wenn es zur Reichsacht über Kurfürsten käme und die Exekution übernehmen; dafür sollte er die Kurwürde und das halbe Kurland erhalten, die andere Hälfte hielt sich Ferdinand vor. Moritz wußte genug: nicht das halbe, sondern das ganze Land wollte er. Er hatte seine Stände im Hinterhalt. Er ging nach seinem Lande zurück, paßte scharf auf und wartete. Der Kaiser und Ferdinand drängten. Moritz ließ sie warten. „Die Stände wollten nicht.“ Werden die Schmalkaldener nicht kommen? Werden sie kein Anerbieten machen? Moritz wartete seinerseits darauf. Es kam nichts. Da reiste Moritz nach Prag zu König Ferdinand und erhielt alles: das ganze Land, die Kurwürde, das Versprechen, die Evangelischen einstweilen zu schonen und sich dem Konzil nur soweit unterwerfen zu müssen, als es die übrigen Fürsten thun würden. Am 27. Oktober schickte er seinen Absagebrief an seinen Vetter Johann Friedrich, am gleichen Tage sprach ihm der Kaiser die Kronwürde zu. Der Angriff erfolgte sofort. Moritz und Ferdinand eroberten das kursächsische Land.

Damit war noch nichts geschehen. Jetzt mußte es sich vielmehr zeigen, ob der protestantische Körper einen Kopf habe. Moritz und Ferdinand konnten aus Sachsen nicht fort. Hielt Johann Friedrich jetzt dem Kaiser gegenüber Stand, warf man diesen, so fielen seine Helfershelfer in Sachsen von selbst. Aber alle Versuche des Landgrafen scheiterten. Der Kurfürst hatte sein Gesicht im Rücken, er rannte ihm nach, sein Land zu schützen, die süddeutschen Reichsstädte waren überhaupt schon auf dem Punkte, die kostspielige Sache aufzugeben, alles stob auseinander, und der Kaiser hatte den Sieg, den Sieg ohne Schlacht.

Was die Fürsten mit allen Anstrengungen bisher nicht hatten zu wege bringen können, dem Kaiser gelang es, er that es für sie. So seltsam sucht sich die Entwicklung vorwärts doch immer wieder ihre Wege: das süddeutsche Bürgertum brach zusammen. „Es kapitulierten nicht allein die kleineren Reichsstädte — Nördlingen, Hall, Heilbronn, Eßlingen, Reutlingen —, sondern Ulm, Augsburg, Köln, Frankfurt, Straßburg. Es wiederholte sich das Schauspiel der Städtekriege: der Bund der Städte zerfiel auch diesmal, ‚wie ein Bund Stroh‘, aber ohne daß eine wirkliche Entscheidung gefallen war. Der Widerstand, welchen später Bremen und Magdeburg leisteten, beweist, daß ein solcher sehr wohl möglich war, so schwierig die Verhältnisse für den Augenblick lagen. Ulm, welches einst dem Angriff Heinrich Raspes, Albrechts und Karl IV widerstanden hatte, öffnete jetzt den Spaniern ohne Schwertstreich seine Thore. Allerdings wurden die Städte in ihren Kapitulationen, bei ihrer habenden Religion gelassen; aber sie mußten ungeheure Summen zahlen, von denen, wie Ranke bemerkt, die Hälfte im

Dienst der protestantischen Sache ausgereicht hätte, um die ganze Katastrophe zu verhindern.“ Aber auch an den Wandel im Charakter dieser Städte müssen wir uns erinnern. Da gab es eine Demokratie und neben ihr die großen Bankhäuser. Die erstere hatte nur ein gemeinsames Interesse, welches sie mit den Fürsten verband: die Religion den Charakter des Religionskriegs aber hatte Karl wohlweislich verdunkelt. Er sagte, darum handle es sich gar nicht. Wir sagen dazu: einstweilen! Und so übernahmen die Bankiers die Vermittlung. Sie bedurften des Kaisers wegen ihres spanisch-indischen Verkehrs, und der Kaiser bedurfte ihrer. So wurden „die merkantilen und Kapitalsinteressen der einzelnen Plätze wirksamer und einflußreicher, als die kirchlichen.“

Alles brach auseinander. In Köln versammelten sich die Stände. Der alte Erzbischof Hermann von Wied wurde abgesetzt und an seine Stelle der frühere Koadjutor Adolf von Schaumburg erhoben. Der Katholizismus kehrte mit ihm zurück und der Gehorsam gegen den Kaiser. In Münster hörte die Bewegung von selbst auf. In der Pfalz kam die protestantisierende Bewegung zum Stehen; Herzog Ulrich von Württemberg mußte den Frieden mit schwerem Gelde erkaufen. Er rief die Vermittlung Bayerns an. Wilhelm riet zur Unterwerfung unter die Gnade des Kaisers. So standen die Sachen in Süddeutschland.

Der Kaiser mußte zum Ende kommen, rasch und ohne Aufenthalt, denn in Böhmen drohte die Rebellion gegen Ferdinand, Frankreich und England hatten Frieden gemacht und schauten nach den Schmalkaldenern; der Papst ging seinen eigenen Weg, rücksichtslos und unbekümmert um den Kaiser. Mit Moritz von Sachsen war die Sache nicht klar. Er nannte sich noch nicht Kurfürst, redete davon, daß er Sachsen nur besetzt habe, damit kein anderer hereinkomme. Immer noch konnte er zu den Schmalkaldenern übertreten, denn immer noch stand er in der Mitte. Aber Johann Friedrich sah und hörte nichts mehr. An den „Judas“ wollte er heran. Bald hatte er sein Land wieder. Johann und Ferdinand mußten weichen. Johann Friedrich fiel in das Land seines Vetters und wirft diesen also noch einmal auf die kaiserliche Seite hinüber. Für Johann Friedrich galt es nun entweder eine herzhafte Offensive; dafür war der Boden in Böhmen bereitet, oder eine energische Defensive; dazu standen ihm seine Städte zur Verfügung. Hier mußte er sich verschanzen und aushalten. Der Kaiser mußte zur Belagerung schreiten, die ihn viel zu lange würde aufgehalten haben. Aber der Kurfürst hatte den Kopf verloren. Er zog mit seinem Heere im Lande umher, bis der Kaiser kam. Ueber Nördlingen, Nürnberg, Eger zog er heran. Es war mittlerweile April geworden. Am 22. erreichte Karl die Elbe bei Meißen. Johann Friedrich überschritt dieselbe um Mitternacht. Am andern Tage zog er gegen Wittenberg ab. Bei Mühlberg machte er Halt. Am 24. vor Tagesanbruch zogen die Kaiserlichen unter Alba und Moritz nach. Johann Friedrich feierte den Sonntag mit Anhören der Predigt und nahm ungestört sein Mittagsmahl. Dann brach er wieder auf. Aber die Kaiserlichen waren hinüber. Eine bequeme Furt war ihnen gezeigt worden. Die kaiserliche Reiterei ging hindurch und folgte den Fliehenden. Das Ende war da. Nach kurzem Kampfe an der Torgauer Haide stoben die Sächsischen auseinander, der Kurfürst selbst wurde gefangen.

„Nun wird es wohl gehen,“ meinte Karl V, als er den Gefangenen sah. Und es ging. Zu Wittenberg erfolgte die Kapitulation, der Kurfürst blieb in Haft; Moritz erhielt die Kurwürde, aber nicht das ganze Land; den Ernestinern blieben die thüringischen Lande westlich der Saale mit Gotha, Weimar, Eisenach, die heutigen sächsischen Herzogtümer die böhmischen Lehen der Ernestiner erhielt Ferdinand, von den Stiftern Magdeburg und Halberstadt war nicht mehr die Rede. Moritz mußte sich zufrieden geben.

Ein Gegner stand noch, der Landgraf Philipp von Hessen. Er bot Frieden an. Moritz und Joachim II von Brandenburg vermittelten. Tod und ewige Gefangenschaft wurden ausgeschlossen. Philipp sollte um Verzeihung bitten und seine Festungen schleifen. Außerdem Kriegsentschädigung. Der Landgraf ging in die Falle. Am 19. Juli leistete er zu Halle Abbitte. Am Abend war Gastmahl bei Alba. Als man sich spät in der Nacht wegbegeben wollte, erklärte Alba den Landgrafen für gefangen. Philipp und seine beiden Vermittler brausten auf. Es war umsonst. Der Spanier hatte den Sieg. „Ewige

Gefangenschaft nicht," aber Gefangenschaft sogar bis zum Sterbebett konnte Karl als sein formelles Recht darthun. Das war spanisch, aber die deutschen Fürsten wußten nun auch, woran sie waren.

Der Kaiser hatte nun alles, was er brauchte. Fast dreißig Jahre war er durch die gefährlichen Brandungen der deutschen Entwicklung hindurchgesteuert; er hatte sich zum Hafen hineingebracht; die Opposition lag am Boden. Luther war tot, die Führer der evangelischen Partei als Gefangene in seinen Händen. Mit ausgesuchter Härte behandelte er sie. Jetzt konnte er daran gehen, sein Werk zu vollenden, Deutschland eine Verfassung zu geben, Habsburg als Zentralmacht in diese Verfassung hineinzuschieben und so seiner Weltstellung einen Boden zu bereiten, der fest und sicher genug war, etwaigen noch folgenden Nachwellen und Erschütterungen Stand zu halten. Eine Macht stand dieser Entwicklung, der freien, sich selbst und nach ihren eigenen Bedürfnissen gestaltenden Bewegung im deutschen Leben gegenüber: der Romanismus und dieser zunächst in seiner ausgeprägtesten Verkörperung als Papsttum. Wird diese Macht jetzt beiseite treten? Wird sie Deutschland die Bahn seiner Entwicklung frei geben? Von Frankreich und England ist einstweilen kein Widerspruch zu erwarten. Die beiden Könige, die Träger der bisherigen Opposition gegen Habsburgs wachsende Macht, sind eben gestorben: Heinrich VIII am 28. Januar 1547, Franz I am 21. März. Also es handelt sich zunächst nur um den Papst und das Konzil. Karl muß sie seinem Willen gefügig machen. Seit dem Januar hat sich der Bruch mit Paul III vollzogen. Nicht, wie der Kaiser gefordert, hatte man in Trient zuerst die Reform in die Hand genommen, sondern die Feststellung der Dogmen. Im März erfolgte dann der Hauptschlag: Das Konzil ward von Trient nach Bologna verlegt, also dem Einfluß des Kaisers ferner gerückt. Mit dem Papst war einstweilen nichts anzufangen. Ohne den Papst war Karl gegen die Protestanten ohnmächtig; er konnte sie nicht nur mit Gewalt behandeln; ein Nachgeben gegenüber dem Papst hätte zu garnichts geführt,



Herzog Moritz von Sachsen.

am allerwenigsten zu einer Reform; ein Schisma, wie es in Aussicht stand, war das Allerschlimmste. Also Karl mußte wieder lavieren; er gedachte zunächst allein vorzugehen; seine Erfolge würden den Papst dann schon zwingen, näher heranzukommen.

Zunächst war die Sicherstellung Habsburgs in Deutschland notwendig. Schon zum 30. März waren die oberländischen und rheinischen Reichsstände nach Ulm geladen worden, um wegen der Errichtung eines neuen Bundes Beratung zu pflegen. Von Bayern begab sich der herzogliche Rat Dr. Wiguleus Hund dorthin. Seine Instruktion lautete ablehnend. Ebenso ablehnend verhielten sich die andern. Zum Juni wurde eine zweite Zusammmenkunft beschlossen. In der Zwischenzeit war in Norddeutschland die Entscheidung gefallen. So wurde der zweite Kongreß in Ulm sehr eifrig beschickt, aber der Antrag der kaiserlichen Kommissarien wurde abgelehnt von fast allen; „solche Partikularbündnisse seien nur Zertrennungen des Ganzen," am schwäbischen Bunde habe man das genugsam erfahren. Ohne Resultat schied man im Juli von einander, um sich zum Reichstag zu rüsten, der am 1. September 1547 in Augsburg zusammentrat. In diesem Sinne also dachte sich Karl die politische Reform. Nun, das war etwas Uraltes, gewiß nichts Neues. Es war die aufgewärmte Idee vom schwäbischen Bund, der zu einer Reichsliga erweitert werden sollte. Wenn das durchging, wahr wohl eine Organisation möglich; aber wie sollte sie erfolgen? Im habsburgischen Interesse? Das wird der Partikularismus nicht dulden. Es wird also das vielseitige Interesse der Stände in den Vordergrund treten. Das konnte Habsburg nicht zugeben, und wenn es nicht zugab, war es kein Bund mehr, sondern die absolute Monarchie. Hat Habsburg hierzu die Macht? Nein! — So ließ man die Sache fallen. Denken wir nun an Huttens Ideen, an die Ideen der Bauernführer! Wenn der Kaiser nun diese Bahn beschritt? Aber das politische Leben der Nation war ja erschlagen. Die Ritterschaft, die Bauern sind tot, die Demokratie in den Städten war eben niedergeworfen worden, und Karl reichte die Hand dazu, das demokratische Regiment ganz abzuschaffen und die alten städtischen Aristokratien wieder einzuführen. Die Bankiers kamen obenauf, sie erhielten in Süddeutschland das Regiment, so in Augsburg die Fugger. Die Städte entsagten der Politik und wurden rein merkantile Genossenschaften. So fehlten die Kräfte, welche zum Träger einer wirklichen Reform hätten herangezogen und verwertet werden können, und so blieb alles beim Alten. Der Kaiser regierte weiter, wie bisher, er ging von Sieg zu Sieg, aber es waren Kabinettssiege, Diplomatenkunststücke, von einem großen lebendigen, zusammenfassenden Gedanken merken wir nichts. Er war König von Spanien und Herr der Christenheit, daneben König von Deutschland. Für die deutsche Entwicklung besaß er kein Verständnis. Das ist das Unglück der Nation gewesen. Cornelius entwickelt diese Dinge in seiner Rede über die deutschen Einheitsbestrebungen mit eindringender Schärfe. Es gab in Deutschland keinen Mittelweg mehr: entweder die absolute Monarchie der Spanier, oder der Absolutismus des deutschen Fürstentums. Diesem gegenüber gab es für den Kaiser immer nur einen Halt: das Volk. „Aber das deutsche Volk, es fehlte dem Kaiser, wie früher der Kaiser dem Volk gefehlt hatte."

Neben den politischen Verhandlungen gingen in Augsburg die kirchlichen her. Das Konzil hatte sich dem Einfluß des Kaisers entzogen. Bis er hier wieder Fuß gefaßt hat und um hier wieder Fuß fassen zu können, war er entschlossen, die kirchliche Frage in Deutschland selbst vorläufig zu regeln. Das Abendmahl in beiderlei Gestalt, die Priesterehe, die Veränderung der Messe wurden den Protestanten gestattet. In der Oeffentlichkeit war man der Meinung, diese Regelung sollte für alle gelten, Katholiken und Protestanten. Im Mai 1548 wurde das „Augsburger Interim" als Reichsgesetz proklamiert. Aber die Katholiken wehrten sich, und die Protestanten wollten ebenso von dieser Verstümmelung ihres Bekenntnisses nichts wissen. Der Kaiser versuchte mit Gewalt durchzudrücken, und man gehorchte so ziemlich, wenn auch im Nordosten, namentlich in den Städten wie Bremen, Magdeburg, Lübeck die Zwischenreligion nicht angenommen wurde. Trotzdem muß man sagen, der Kaiser hatte einen großen Sieg in der Hand, und das mußte auch in Rom wirken. Der Primas der Farnesen mußte allmählich doch daran denken, dem Kaiser wieder nahe zu kommen.

In der gleichen Zeit gelang es Karl (Juli 1548), das Reich für die Verteidigung der Niederlande zu gewinnen. Als burgundischer Kreis traten diese habsburgischen Länder in die deutsche Verfassung, blieben aber von der Hoheit des Kammergerichts eximiert. Erreichte Karl auch das Ziel einer fortdauernden Reichssteuer nicht, so doch die Hinterlegung eines Kriegsschatzes.

Auch die Sache der pfälzischen Kur wurde in Augsburg wieder beraten. Ein erneuter Protest des Herzogs Wilhelm gegen die Belehnung der Pfälzer wurde vom Kaiser entgegengenommen und zu den Reichsakten gelegt. Die Bewerbung Wilhelms um das Neuburger Land des vertriebenen und entsetzten Pfalzgrafen Ottheinrich blieb ebenfalls ohne Resultat. Verständig ist, daß Karl jetzt nicht daran dachte, ein ohnehin starkes deutsches Fürstenhaus wie das der bayerischen Wittelsbacher noch mehr zu erheben. Wohin seine Pläne gingen, hatte er ja in Sachsen gezeigt, wo Moritz auch nicht einfach an die Stelle Johann Friedrichs trat. Und wie dort der Gegensatz der Ernestiner zu den Albertinern, so kam ihm hier derjenige der Pfälzer und der bayerischen Wittelsbacher nicht ungelegen. Aber noch weiter scheinen Karls Gedanken gegangen zu sein. Der in Mömpelgard weilende Herzog Christof von Württemberg, Ulrichs Sohn sollte in kaiserlichen Dienst gezogen werden. Er hielt vor, daß er gegen Herzog Wilhelm und das Haus Bayern nicht dienen könne und diese also ausnehmen müsse, worauf der Kaiser den Plan fallen ließ. Die fürstliche Libertät stand dem Kaiser im Wege.

Das zeigte sich schon bei der Einführung des Augsburger Interims. Die Prälaten und weltlichen Fürsten von katholischer Seite ließen dem Kaiser ein Bedenken gegen dasselbe einreichen. Der aber habe, meldete der Frankfurter Abgeordnete, die Fürsten ‚weiblich erputzet, mit Vermeldung, daß ihre Majestät ihnen die Artikel nicht habe zustellen lassen, daß sie ihr Gutdünken darüber anzeigen sollten, sondern daß sie es sich also wie es gestellt, gefallen lassen sollten.‘ Diese Zumutung war allzu stark, meint Janssen, und doch war es nur derselbe Versuch der Aufdrängung einer kaiserlichen Willensmeinung, wie er den Protestanten gegenüber schon mehrmals zu Tage getreten war. Am energischsten trat der Einführung des Interim der Herzog von Bayern entgegen. Er wollte in seinem Lande durchaus keine Neuerung gestatten. Aber noch mehr, er wollte auch der Einführung der Interimsreligion in seinen Nachbarstaaten soviel als möglich entgegentreten. Und da finden wir hinter dem Herzog den ersten Jesuiten, Nikolaus Bobadilla, der am Münchener Hofe Aufnahme gefunden und sich das Herz Wilhelms erobert hatte. Die katholische Reformation setzte ein. Wir werden auf ihre Anfänge zurückzukommen haben. Einstweilen erfuhr Bobadilla die Ungnade des Kaisers der ihn wegen seiner Haltung gegen das Interim aus Bayern und Deutschland hinaus, wies. Die Anregungen aber, welche der Herzog einmal empfangen hatte, wirkten fort, er sann über die Möglichkeit der Errichtung einer guten Pflanzstätte für katholische Geistliche und Prediger nach; er wirkte für diesen Gedanken, indem er sich an die bayerischen Bischöfe selbst mit dahin zielenden Vorschlägen wandte. Einstweilen lehnten die Bischöfe eine Mitarbeit ab. Erst als das Interim eingeführt werden sollte, kam es zu lebhafterer Bewegung und infolgedessen 1549 zu einer Provinzialsynode in Salzburg. Es wurde da viel geklagt und geredet, aber fast der einzige unter diesen Herrn, welcher an eine wirkliche Reformation dachte, war Herzog Wilhelm. Durch seine Abgeordneten ließ er seine Anschauung darlegen, daß der Hauptgrund des unter der höheren Geistlichkeit herrschenden Sittenfäulnisses die strenge Ausschließung Bürgerlicher von den Domherrn- und andern höheren geistlichen Stellen sei. Diese Erkenntnis führt uns den Zusammenhang der religiösen Verderbnis mit der Verkommenheit der sozialen Verhältnisse wieder lebhaft vor Augen. Der Adel behauptete die höchsten geistlichen Würden für sich allein, und so trug er seine eigene soziale Verkommenheit in die Kirche hinein, den Verfall derselben beschleunigend und vermehrend. Eine solche Gesellschaft konnte natürlich keine Autorität erlangen, und so blieben alle Versuche, die kirchliche Disziplin wieder in höheres Ansehen zu bringen, fruchtlos. So hatten sie die weltlichen Fürsten, wie wir sahen, genötigt gesehen, nun ihrerseits einen Versuch der Reform vorzunehmen, und das wieder wurde von der Geistlichkeit als „unbefugter Eingriff“ verworfen. In diesem Ringe be-

wegten sich die Verhandlungen der herzoglichen Gesandten mit der Geistlichkeit auf der Salzburger Synode. Der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Regensburg sandten eine Schrift an Herzog Wilhelm, in welcher die Beschwerden der Geistlichkeit gegen die Laien zusammengestellt waren. Der Herzog aber erwiderte: „Er hätte aus dem Ganzen ersehen, daß man von dieser Synode ebensowenig als bisher eine ernstliche Reformation zu hoffen hätte. Er könne bei dem allmächtigen Gott und bei der deutschen Nation bezeugen, daß, wenn die Geistlichen soviel zur Erhaltung der wahren Religion gethan hätten, wie er, der erschreckliche Abfall vom heiligen Glauben und die verderbliche Empörung sicher unterblieben wären. Die Geistlichen hätten nicht nur durch ihr ärgerliches Leben und verführerisches Predigen, sondern auch durch ihre Unwissenheit, da ein Blinder den andern führe und beide zusammen in die Grube fallen, dazu Anlaß gegeben, welches der Erzbischof von Salzburg und andre Bischöfe, in Hinsicht auf die heilige Schrift und die Eigenschaften ihres bischöflichen Amtes wohl beherzigen sollten."

„Der Herzog von Bayern scheint in dieser Zeit mehr mit dem Religionswesen, als mit der Politik sich beschäftigt zu haben." So meint Stumpf, und es ist richtig. Die bayerische Politik hatte ihre Bahn zu Ende gelaufen. Wir wollen auf sie zurückschauen. Albrechts IV positives Vorgehen war gescheitert. Habsburg wuchs heran mächtig und immer mächtiger, aber Habsburgs Macht ruhte zum allergeringsten Teil auf seiner Stellung in Deutschland. Sich als Mittelpunkt in das deutsche Leben hineinzuschieben, gelang Habsburg nicht. Die Opposition des Fürstentums hatte bewirkt, was sie bewirken konnte: sie hatte Habsburg den Weg zu diesem deutschen Leben verlegt. Aber weiter war auch sie nicht gekommen. Namentlich an dem vergeblichen Ringen Bayerns erkannten wir, daß seine Politik die der Defensive, nicht der Offensive war. Alle offensiven Pläne scheiterten, Bayern blieb, was es war, eine Macht neben vielen andern Mächten in Deutschland. Zu der Möglichkeit einer selbständigen, positiven Fortentwicklung war Bayern nicht gelangt. Wir erkannten die Ursachen einerseits in den Hindernissen, welche sich dieser Fortentwicklung von außen entgegenstellten und andrerseits in dem politischen Indifferentismus, welchen das Volk der auswärtigen Politik seiner Herzoge gegenüber zur Schau trug. Dieser Indifferentismus ward gesteigert durch das Entgegentreten der Fürsten gegen die religiöse Bewegung. Bayern schloß sich ihr gegenüber ab. Wir haben wohl viele Nachrichten, daß die neuen Lehren auch in Bayern eindrangen, daß trotz aller Vorkehrungen, Mandate und Strafen immer wieder Prediger der neuen Lehre sich in Bayern erhoben. Noch im Jahre 1549 sah Herzog Wilhelm sich genötigt, einer solchen Bewegung in Altötting entgegenzutreten und eine Visitation anzuordnen. Zugleich aber gelangte er in dieser Zeit auf positiven Boden. Der Plan war in ihm gereift, die Universität Ingolstadt mit den vorzüglichsten Lehrern des katholischen Bekenntnisses zu versehen, hier eine Pflanzschule für junge Geistliche zu schaffen, welche im stande wären, den Glauben der Väter zu verteidigen und seine Wahrheit wissenschaftlich dazuthun. Der Kanzler Leonhard von Eck begab sich nach Rom, um sich vom Papste und Ignatius von Loyola die dazu notwendigen Lehrkräfte zu erbitten, denn die alte Glaubensfeste Ingolstadt stand auf dem Sprunge, sich von dem katholischen Banne zu befreien. Seit dem Tode Johann Ecks, des Gegners Luthers, war die alte Festigkeit gar sehr erschüttert worden, und jene Glaubenslosigkeit und cynische Skeptik, welche immer im Gefolge eines Streiks um die bisherigen Glaubenswahrheiten einherziehen, schienen nun auch Bayern überwältigen zu wollen. Der Wunsch Wilhelms ward erfüllt. Im November 1549 langten die drei Mitglieder der Gesellschaft Jesu, Le Jay, Alfons Salmeron und Peter Canisius, in Bayern an. Schon am 26. November begannen sie ihre Vorlesungen, Le Jay über die Psalmen, Salmeron über den Römerbrief des Apostels Paulus und Canisius über Petrus Lombardus, den Meister der Sentenzen. Es zeigte sich aber alsbald, daß die drei neuen Lehrer nichts Ersprießliches zu leisten vermochten, wenn ihnen nicht ein eigenes Kollegium eingerichtet würde, worin sie die theologischen Zöglinge durch einen Kursus in der Philosophie gründlicher vorbereiten konnten. Wilhelm ging auf ihre Vorstellungen ein. Aber noch ehe er Hand an die Ausführung legen konnte, rief ihn der Tod ab (6. März 1550). In der Gruft der Münchener Frauenkirche ward sein Leichnam bestattet.

„Unstreitig lag es bei Wilhelm IV, Luthers Lehre nicht nur in Bayern, sondern auch im deutschen Reiche das Uebergewicht zu verschaffen. In unserm Vaterland, wo der Adel- und Bürgerstand im alten Kirchenglauben wankte, bedurfte es nur eines Winkes, oder vielmehr nur der landesherrlichen Erlaubnis, um dem Beispiel von Norddeutschland zu folgen. In Hinsicht auf das ganze deutsche Reich hätte Bayern nur die Partei des Reichsoberhauptes verlassen dürfen, und der Strom hätte alles mit sich fortgerissen." Diese Worte Winters eröffnen uns eine weite Perspektive. Einerseits zeigen sie uns offen, daß das Leben des bayerischen Volkes kein selbständiges und selbstschöpferisches war, sonst hätte man auf jene „Erlaubnis" von obenher hier so wenig gewartet, wie in Norddeutschland. Andrerseits erkennen wir, daß das Landeskirchentum nicht etwa ein Erzeugnis des Protestantismus, sondern das Erzeugnis einer Entwicklung war, deren Ursachen sich der Einwirkung der damals lebendigen Faktoren längst entzogen hatten. Auf einen dritten Punkt ferner weisen uns jene Worte Winters hin: auf die Gegensätze in Deutschland und die Stellung Bayerns zum deutschen Leben. Wenn es an Bayern lag, die ganze deutsche Entwicklung in den neuen Strom mit hineinzureißen, so müßten wir daraus folgern, daß Bayern die ausschlaggebende Macht in Deutschland gewesen ist. War sie das? Wir sagen: Nein! Warum nicht? Eben weil sein Leben ein positiv-schöpferisches nicht war. Wir sahen, daß Bayern so wenig im stande war, das Uebergewicht Habsburgs zurückzudrängen, als es im stande war, den Einfluß des Protestantismus von Süddeutschland fern zu halten. Seine Entwicklung war durch die habsburgische gehemmt, gehemmt auch in religiöser Beziehung. Wir werden dies noch mehrmals zu erkennen Gelegenheit haben. Ein anderes aber ist die Frage: wo lag damals naturgemäß der Schwerpunkt der deutschen Entwicklung? Und darauf müssen wir antworten: nicht im Osten, in Brandenburg und Oesterreich, nicht im Westen, in den burgundischen, lothringischen und rheinischen Ländern, sondern in jenem Mitteldeutschland, welches sich von den Mündungsgebieten der Weser und Elbe erstreckte über das hessische Bergland, über Taunus, Vogelsberg und Rhön, über Thüringer Wald und Fichtelgebirge bis zum sächsischen Erzgebirge, das sich erstreckte von hier südwärts den Main hinüber nach der schwäbisch-fränkischen Terrasse und dem deutschen Jura bis hinab zum Nordufer der Donau. Ziehen wir die Verbindung von der Elbe- zur Lechmündung, so haben wir die Mittellinie, welche durch das engere Gebiet der damaligen deutschen Entwicklung hindurchführt. Wird sich das deutsche Leben nach dieser Linie hin konsolidieren? Oder wird es von hier hinweg nach den Außenmarken strömen? Das war die Frage. Sie entschied sich eigentlich schon durch die Besitznahme des Kaiserthrones durch Habsburg und die Festsetzung desselben in den burgundischen Ländern. Es ist dieselbe Mittellinie, auf welcher sich seit der Vereinigung der deutschen Stämme von jeher die Gegenströmungen von Ost und West auszugleichen gesucht hatten. Und in diesem Kampfe handelte es sich, wie wir das bisher verfolgten, in letzter Linie immer darum, wohin sich Bayern würde ziehen lassen. Diesmal war das nicht anders. Und das Resultat war auch diesmal den früheren analog: jene Mittellinie fand nicht in dem Lechstrom ihre natürliche Fortsetzung, sondern dieser blieb, wie die Donau im Norden, die Trennungslinie, welche Bayern von dem übrigen deutschen Leben schied. Habsburg hielt Bayern diesseits des Lechs fest. Die Jesuiten kamen nach Bayern, und mit ihnen bereitete sich der Anschluß Bayerns an den Romanismus vor. Wir verstehen es nun, warum dieser wie am Mittelrhein in den Ländern der geistlichen Fürsten, so in Bayern und Oesterreich an der Südgrenze der germanischen gegen die romanischen Länder, von neuem Fuß zu fassen vermochte, ein Schicksal, wovor die Länder des Schwabenstammes nur infolge der dort eingetretenen vollkommenen Dezentralisation, welche dem deutsch-individuellen Leben Raum schaffte, verschont blieben. Es lag also nicht bei Wilhelm IV, Bayern protestantisch zu machen oder im Katholizismus zu erhalten, denn ein protestantisches Bayern an der Seite Habsburgs war undenkbar und unmöglich, so lange die religiösen Ansichten Karls V im habsburgischen Hause lebendig blieben. Wir verstehen es nun aber ebenso, daß Habsburg nur so lange die Vormacht Deutschlands zu bleiben vermag, als das deutsche Volk durch die offensive Kraft der Osmanen bedroht ist. Von



Karl V zu Pferd in der Schlacht bei Mühlberg. Nach Titian.

dem Augenblick, wo diese Offensivkraft ermattet, wird die Verschiebung des von Habsburg nach dem Südosten getragenen Schwergewichtes der deutschen Entwicklung sich unfehlbar in andrer Richtung vollziehen. Also der Türke half dem Romanismus, seine Herrschaft in einem Teile Deutschlands behaupten.

Den Grund des Mißlingens der herzoglichen Politik nach außen, die Ursache, warum Bayern nicht zu der ausschlaggebenden Macht in Deutschland zu werden vermochte, erkannten wir in dem Mangel an politischen Kräften für die positiv-schöpferische innere Entwicklung. Auf diese innere Entwicklung wurde Bayern nun zurückgeworfen,

dieser Mangel mußte ausgeglichen und ersetzt werden, bevor Bayern auf das deutsche Leben wiederum befruchtend zu wirken vermochte. Naturgemäß suchte man diesen Mangel durch Heranziehung auswärtiger Kräfte zu heben. Und damit eröffnet sich uns die Perspektive in die kulturhistorisch merkwürdige Zeit Albrechts V, auf das Eindringen der Jesuiten, aber auch dasjenige der Kunst in Bayern. Und hier haben wir die Thüre, zu welcher das außerbayerische Geistesleben (S. 25) auch nach Bayern wieder hereinzukommen vermochte.

Werfen wir zum Schluß einen Blick auf die innere Entwicklung Bayerns, so wird uns das Erlahmen eines positiv-schöpferischen Lebens vollkommen klar werden. Wir verfolgten die Stellung der Herzoge zu den Landständen bis zum Ende der dreißiger Jahre. Nach dem Landtage von 1532 war die Landschaft zwei Jahre hindurch nicht berufen worden. Erst zu Neujahr 1535 traten die Landstände wieder in Ingolstadt zusammen. Die von den Herzogen geforderte Geldhülfe ward nur bewilligt unter der Bedingung, daß die Erhebung und Verwaltung der Landsteuer allein „aus ihrer Mitte und ohne fürstliche Zuordnung“ geschehe. Die Herzoge forderten darauf die Beweise dafür, daß dies herkömmlich sei, und die Landschaft erwiderte: „die Stände bewilligten nicht aus Schuldigkeit, sondern nur aus Liebe die geforderten Steuern. Wer schenke, sei auch befugt, Maß und Ordnung seiner Gabe zu bemessen.“ Also die politische Anschauung, daß der Staat durch die Staatsbürger zu erhalten, daß diese zu seiner Erhaltung das ihrige beizutragen verpflichtet seien, vermochte man damals noch nicht zu erfassen. Das Gemütsleben, aus dem diese Verhältnisse erwachsen waren, machte sich auf beiden Seiten geltend. Die Herzoge sprachen von ihrer „Gnade,“ die Stände von ihrer „Liebe,“ an die beiderseitige Pflicht dachte keiner. In diesem Gegensatze aber tritt uns die politische Unproduktivität vollauf entgegen. Es kam nun einfach darauf an, wer über den andern die Gewalt gewinnen würde. Und da waren die Herzoge auf dem besten Wege.

Wir kennen ihre steigende Intoleranz gegen die neuen Lehren. Auf diesem Gebiete hatte die Landschaft den Herzogen vollkommen freie Hand gelassen, und Einspruch erhob sich von ihrer Seite über das Vorgehen der Herzoge gegen die religiöse Freiheit vieler ihrer Landesgenossen. Es ist klar, daß mit der Uebung des selbstherrlichen Waltens nach dieser Seite die Neigung dazu auch nach anderer Seite nur erstarken konnte und umsomehr erstarken mußte, als, wie wir wissen, die fürstliche Machtentwicklung in ganz Deutschland infolge der sich folgenden Niederlagen der Demokratie fortwährend im Steigen begriffen war. Dies zeigte sich alsbald. Ohne Zustimmung der Landstände erlaubten sich die Herzoge dreimal eine Steuer auszuschreiben und einzutreiben. Der im April 1537 zu Straubing zusammengetretene Landtag forderte deshalb eine urkundliche Versicherung, daß dieses Vorgehen ihm nicht zum Nachteil gereichen und künftighin unterbleiben solle. Das erstere bestätigten die Herzoge, das letztere nicht. Darüber wieder interpelliert, drohten sie, die Landschaft nach Hause zu schicken, wenn sie den Schadlosbrief nicht so wie er laute, annehme; „die Herzoge würden demungeachtet der Landschaft Herrn und Fürsten bleiben und Mittel finden, bei Land und Leuten zu bleiben.“ Darüber großes Erschrecken und Nachgeben von Seite des Landtags. Dieser Gemütsverfassung der Stände entsprach ihr weiteres Vorgehen. Sie bewilligten zwei Landsteuern für die beiden folgenden Jahre, sie bewilligten „wider alle Ordnung und Herkommen, daß ein kleiner Ausschuß die Erhebung jener Steuern überwache, sie gaben zu, daß alle einlaufenden Gelder von ihnen gemeinschaftlich mit den Herzogen in Verwahr genommen werden sollen. Auf dem Landtag des Jahres 1539 handelte es sich um die Befestigung Ingolstadts. Es ist, wie wir wissen, dieselbe Zeit, da der alte Offensivgedanke gegen Habsburg allmählich aufgegeben wurde, da die Herzoge von den Schmalkaldenern ins kaiserliche Lager und in den neunjährigen Bund hinübergetreten waren. Die Landschaft, welcher die Herzoge die ganze Befestigung zumuten wollten, gestand nur eine Beisteuer zu. Im Jahre 1541 sagte ein Landtagsausschuß den Herzogen 300 000 Gulden zu, welche in den beiden kommenden Jahren durch eine gemeine Landsteuer aufgebracht werden sollten. Dann wurde die Landschaft ohne weiteres beurlaubt, um zum 1. November 1542 wieder nach Ingolstadt berufen zu werden. Es wurde den Mitgliedern befohlen, daselbst „bei schwerer Ungnad und Strafe“ zu erscheinen.

Der Pfalzgraf Ottheinrich von Neuburg sah sich wegen Schulden genötigt, die Aemter Hiltpoltstein, Heideck und Allersberg zu versetzen. Damit diese wittelsbachischen Gebiete nicht in fremde Hände gerieten, gedachten die Herzoge, dieselben einzulösen. Aber auch darin zeigte sich die Landschaft sperrig. „Das Land sey zum höchsten ersteigert, das Bauernvolk in diesem Jahre schon zum drittenmal angelegt, es wäre gegen Gott unverantwortlich, wenn keine Milderung geschehe." Was die Veräußerung der drei Flecken betreffe, müsse man das Weitere den Herzogen anheimstellen. So machten die Herzoge den Vorschlag, einen Aufschlag auf etliche Waren zu schlagen, betonten aber, „wiewohl die Herzoge solches zur Mehrung ihres Kammerguts und des Fürstentums Wohlfahrt jederzeit zu thun Macht hätten, seien sie doch erbietig, diesen Anschlag diesmal mit Rat der Landschaft vorzunehmen." Die Landschaft erwiderte auf diese offenbare Mißachtung ihres guten Rechtes, mitzuraten, welches die Herzoge wieder als eine Gnadensache hinstellten, nichts. Sugenheim macht darauf aufmerksam, wie hier eine indirekte Steuer eingeführt werden sollte, welche, wenn jener Grundsatz der Herzoge, solche Anschläge beliebig machen zu können, keinen Widerspruch fand, die Abhängigkeit der Fürsten von den direkten Steuern bedeutend ermäßigte, ebenso aber das Steuerbewilligungsrecht der Stände nahezu illusorisch machte. Das ist wohl unzweifelhaft, aber die Sache hat auch eine andere Seite: die Politik der Herzoge vermochte sich niemals zu einer positiven und aktionsfähigen zu erheben, so lange sie des sicheren finanziellen Untergrundes entbehrte, so lange die Ständepolitik sich nicht zu einer wirklichen Landespolitik erhob, so lange nicht das gemeinsame Wohl, sondern das Wohlergehen der einzelnen Steuerbewilliger diese Politik beherrschte. Und da die Herzoge in dieser Richtung keine positive Förderung, keine wirkliche Mitarbeit fanden, suchten sie die im Wege stehenden Hindernisse zu umgehen. Das führte denn naturgemäß wieder zu der Einseitigkeit einer reinen Fürstenpolitik.

In den weiteren Verhandlungen bewilligten die Stände den Aufschlag auf Wein, Meth, Bier. Aus diesen Verhandlungen erfahren wir eine Thatsache, die an sich interessant ist: die bayerische Bierbrauerei setzte damals mit voller Macht ein. „Noch vor kurzem sei nicht der zehnte Teil Bierbräuer im Lande gewesen, deren izt ob 1000 lauter reiche Herren seyen." Aber auch eine andere Anschauung tritt da zu Tage; die Herzoge meinten, daß es besser sei, wenn auf dem Lande gar kein Bier gefunden würde, da so nur Laster und Schande daraus erfolge." Nun, die Entwicklung sucht sich ihre Wege selbst, und wie das allseitige geistige Erwachen die Buchdruckerkunst hervorrief, so jetzt das Bedürfnis nach Ruhe in Bayern die massenhafte Bereitung eines soliden Schlaftrunkes. — Die Kaufsumme für die drei pfälzischen Aemter wurde in der Höhe von 600 000 Gulden*) normiert. Im Mai des folgenden Jahres beriefen die Herzoge einen Ausschuß von nur 32 Mitgliedern und begehrten von ihm die sofortige Genehmigung einer Reichshülfe, die der Reichstag beschlossen. Der Ausschuß weigerte sich, da er zu solcher Genehmigung keine Befugnisse habe, bewilligte dann aber auf weiteres Dringen den Herzogen 16 000 Gulden, welche von der nächsten Auflage zurückbezahlt werden und für die Zukunft unverbindlich sein sollten. Nun traten die Herzoge mit einem weiteren Vorschlage hervor. Der Aemterkauf hatte sich zerschlagen. Sie begehrten also, der Ausschuß möge die eingeführte Trankſteuer trotzdem fortbestehen lassen, damit die Tilgung der durch die gefährlichen Zeiten verursachten Schulden der Herzoge vorzunehmen. Der Ausschuß wies dieses Ansinnen zurück. So trat im Juni 1543 der Landtag zusammen. Derselbe bewilligte den Herzogen die 600 000 Gulden aus der Trankſteuer auch zur Tilgung ihrer Schulden. Nun aber meinten diese, das Eingehen der Trankſteuer auch zur Tilgung ihrer Schulden. Nun aber meinten diese, das Eingehen der Trankſteuer sei unsicher. Darauf erbot sich die Landschaft, 300 000 Gulden durch eine Landsteuer und Ständeanlage aufzubringen, wenn die Herzoge auf Trankſteuer verzichten wollten. Die Landschaft wurde heimgeschickt, und die Herzoge machten aus dem „oder" ein „und," und trieben Land- und Trankſteuer ein.

*) d. h. rheinische Goldgulden, von denen $94^{10}/_{11}$ Stück damals noch auf die feine Mark giengen, so daß der rheinische Goldgulden ungefähr 3 Gulden 34 Kreuzer der späteren bayerischen Gulden enthielt, also jene 600,000 Gulden über 2 Millionen Gulden oder ca. $3^1/_2$ Millionen Mark ausmachten.

Auf dem Landtage des Jahres 1545 kam die Erbschaft und Schuldenlast des verstorbenen Herzogs Ludwig zur Sprache. Aber auch ein Vorstoß der Landschaft nach andrer Seite ist zu verzeichnen. Sie plante eine Bestätigung der Landesfreiheiten durch den Kaiser. Ebenso sollte ein genaues Register der Freibriefe angefertigt werden; dieselben sollten in Abschriften gesammelt, die Originalien aber überall bestens verwahrt werden. Von den Abschriften sei ein Exemplar in München, eines in Landshut unter Verschluß von vier Abgeordneten zu nehmen. Die Landschaft also trat förmlich in die Defensive über. Ebenso merkwürdig für den inneren Wandel ist eine Bittschrift des Adels, welche dem Herzoge eingereicht wurde. „Seit etlichen Jahren hätten sich die Kapitel und Stifter unterstanden, etliche Edelsitze und Hofmarchen an sich zu kaufen und meynen, sich mit demselben der Lasten zu entziehen; das Gleiche geschehe von Bürgern, ja es sey zu fürchten, der Adel würde so allmählich von seinen Sitzen in die Städte gedrungen; daher man den Herzog bitte, zur Erhaltung des Ritterstandes Einsehung zu thun.“ Also derselbe Prozeß wie er uns im 11. und 12. Jahrhundert in der Gegenbewegnng des lombardischen Bürgertums gegen den lombardischen Landadel begegnete! Wir erkennen den fortdauernden Verfall des Adels und seiner Verarmung, wir erkennen seine Furcht, vor der Thatsache, von seinen erhabenen Edelsitzen in die Städte, d. h. ins wirkliche, zeugende Leben wieder hineingezogen zu werden. Der Umschwung hat eingesetzt. Er geht fort, die alte Zeit ließ ihre alten Mächte im Stich; eine Einigung aller Stände nach der bürgerlichen Mittellinie schien bevorzustehen. Dies wird uns deutlicher, wenn wir zwei weiter auseinanderliegende Resultate der Bewegung ins Auge fassen. Nach der Landtafel des Jahres 1522 waren der eingerufenen Edelleute noch 808, der Prälaten 80, der Deputierten der Städte 32, der Märkte 74, während in dem letzten Landtage des Herzogs Wilhelm V (1593) die Zahl der eingerufenen Stände vom Adel nur noch 506, also um 300 weniger, der Prälaten, Städte und Märkte 124 betrug. Auch die Zahl der letzteren ist gesunken, allein nicht weil es weniger zu Berufende gegeben hätte, sondern weil der Verfall dieser Körperschaft sich gerade in der Nichtberufung und Nichtbeteiligung der Abgeordneten aus dem Bürgerstande aussprach. Bayern war auf dem Wege, den ausschließlichen Charakter eines Adels- und Bauernlandes von sich abzuthun; da aber diese Bewegung nicht dem positiven Aufleben des Bürgerstandes entsprang, kam sie ihm auch zunächst nicht zu gute, sondern die Negation des eigenen Lebens trieb Bayern in den Charakter eines Bauernlandes, und da die fürstliche Macht allein im Aufsteigen begriffen war, in den einer fürstlichen Domäne zurück.

Da traf die Landschaft ein unerwarteter Schlag. Da sie sich mit dem Gedanken trug, eine kaiserliche Bestätigung der Landesfreiheiten zu erwerben, kam ihr von dieser Seite der Befehl, die Schulden Herzog Ludwigs unverzüglich einzulösen (8. Juni 1546). Dazu sollten zwei volle Landsteuern gereicht werden, da der Kaiser keineswegs gesonnen sei, eine solche Schuldenlast auf dem Lehen des bayerischen Herzogtums ruhen zu lassen. Herzog Wilhelm also war mit einer Appellation an den Kaiser zuvorgekommen. Der Kaiser meldete der Landschaft ferner, daß die Trankſteuer „nicht aus eigenem Bewegen“ wieder aufgehoben werden dürfe, „sondern dem Herzoge fortwährend zur Steuer“ zu verabfolgen sei. Und nachdem dies geschehen, erließ Herzog Wilhelm am 16. Januar 1547 eine Schrift an den Kaiser mit der Bitte, den Ständen ihre Freiheiten zu bestätigen, aber nur insofern, als „solche Konfirmationen dem Kaiser, Reich, den Herzogen und seinen Erben an ihrer Obrigkeit und Gerechtigkeit unangegriffen sein solle; daß auch die Freiheiten nicht anders konfirmiert werden, als soviel sie im Gebrauche sind.“ Und selbst zu dieser Fürbitte hatte sich der Herzog nur durch die Not der Zeit bewegen lassen, da er der Ansicht war, „die Konfirmation der Freiheiten scheine unnötig, sei auch sonst nur durch Kaiser, die bayerische Fürsten gewesen, geschehen.“

Auf dem Landtage, der im Januar 1547 zu Landshut zusammentrat, empfangen wir dann auch aus den Verhandlungen das traurige Bild, welches die Landschaft vollkommen unfähig zeigt, die Notwendigkeit der Zeit zu begreifen. Alle Anfragen des Herzogs, wie er sich zu dem gegen die Schmalkaldener zu Felde liegenden Kaiser zu

halten habe, was zum Schutze des Landes geschehen solle, schoben die Stände auf die lange Bank und stellten es dem Herzoge anheim. Es ist ein Indifferentismus, der unglaublich erscheint, daß selbst in dieser Zeit das Volk als solches nicht zu regster Anteilnahme an der Gestaltung seiner politischen Verhältnisse zu erheben vermochte. Wir können das nur begreifen, wenn wir uns der Verstimmung des Adels gegenüber der wachsenden Fürstenmacht erinnern, wenn wir im Auge behalten, daß in einem Teile des bayerischen Volkes die Sympathien für das Evangelium und die Schmalkaldener fortwährend lebendig waren. Und dazu der Egoismus der Stände! Der Adel suchte sich möglichst vor allen Lasten zu wahren, der Bürgerstand trug sie doppelt, indem er einmal als Stand und außerdem gleich dem Landvolk zum Steuerzahlen herangezogen wurde. Fortwährend durchzieht die Verhandlungen der Landschaft die Klage, daß die Beschwerden nicht abgestellt würden. Aus alledem erkennen wir den vollkommenen Zerfall der alten Institute, auf denen bisher das Leben in Bayern geruht. Eine Verständigung lag in weiter Ferne, und wie die Fürstenmacht wuchs, zeigt sich allein in der Wiederherstellung der alten, aus der Ministerialzeit stammenden Befugnis, die Töchter des Adels- und Bürgerstandes nach herzoglicher Bestimmung zu vermählen, es zeigt sich in dem Versuche, die Geistlichkeit zur Steuerzahlung heranzuziehen, es zeigt sich in dem Gegenversuche der Bischöfe, die bayerische Geistlichkeit zur Reichssteuer heranzuziehen, wogegen sich dann allerdings der Herzog mit vollem Gewichte erhob. Die alten Fragen tauchten wieder auf, der Streit der Herzogs mit der geistlichen Obrigkeit drang in neuer Form empor Und nur ein Blick auf die sinnlose Hofhaltung der Fürsten jener Zeit belehrt uns weiter, in welcher Richtung die Oberherrlichkeit der Fürsten sich auszuwachsen begann. Es war die Zersetzung der alten natürlichen und sittlichen Grundlagen, auf welche dieser Verfall uns zurückführt, und mit ihm im engsten Zusammenhang steht die fortschreitende Aufnahme des römischen Rechts. Mehr wie in jeder andern Sache zeigt sich darin das Abweichen des deutschen Lebens von seinen alten natürlichen Bedingungen, die Knechtung des deutschen Volkes unter fremde Normen, das Eindringen des Romanismus. All das war nur möglich infolge der bereits begonnenen Zersetzung der deutschen Volkskräfte, und so trieben jene Früchte der Unsittlichkeit und Sittenlosigkeit empor, die sich in dem aktiven Leben der deutschen Fürsten und in dem passiven Indifferentismus des deutschen Volkes immer furchtbarer offenbarten. — Die steigende Macht der Fürsten in Bayern wird uns ferner ersichtlich durch die Errichtung und weitere Ausbildung dreier Zentral-Kollegien in München, des Hofrates, der Hofkammer und des geistlichen Rates. Der erstere bildete ein oberstes Appellationsgericht, ähnlich demjenigen, wie es dann 1559 von Kaiser Ferdinand für das Reich in dem kaiserlichen Reichshofrat errichtet wurde. Der Hofrat stand direkt unter dem Herzog, und seine Mitglieder waren meist gelehrte Juristen. Die Entwicklung der Hofkammer, welche zuerst als Deputation unter dem Hofrate stand, zu der Behörde, die im Jahre 1570 an die Spitze der Finanzverwaltung des ganzen Staates trat, zeigt uns das Zurücktreten des ständischen Einflusses auch auf diesem Gebiete. Der geistliche Rat, schon 1483 versuchsweise errichtet, entwickelte sich zum Leiter der kirchlichen Angelegenheiten und des Erziehungswesens und gewann nachmals eine große Bedeutung. Diese drei Kollegien fanden ihre Spitze nach oben im geheimen Rat, dessen Vorstand der Herzog selbst war. Also auf die Gebiete der Justiz, der Finanzen, der Erziehung und geistigen Kultur schob die fürstliche Macht ihre Vorposten hinaus. Der Umschwung ist ein totaler. Mit der Befestigung dieser Richtung muß es unbedingt zu einer Aenderung der bisherigen Entwicklung kommen. Das bayerische Leben mit seiner zentrifugalen Tendenz wird durch Fürstenmacht und außerbayerische Entwicklung in die zentripetalen Bahnen zurückgezwungen.

Das Leben eines Volkes neu zu erwecken, vermag kein Gesetz. Auch der Verfall schreitet fort, bis er das Maß seiner negativen Energie erschöpft hat, bis zu Moder wurde, was neuem Leben im Wege stand. So ist auch die Aufnahme des römischen Rechtes, obgleich man sie in damaliger Zeit als Rettungsakt betrachtete, doch nicht und noch lange nicht zu jener Produktivität gelangt, wie es in einer gesunderen Zeit wohl der Fall gewesen wäre. Zunächst erscheint uns das römische Recht nur als der Würg-

engel, der dem zu Grabe wankenden deutschen Rechtswesen vollends den Garaus machte. Schon im Jahre 1518 war es zu einer Promulgierung der „Reformation des bayerischen Landrecht“ gekommen, zwei Jahre später folgte die „Gerichtsordnung im Fürstentum Obern- und Niedern-Bayern.“ Der Wechsel war, daß die Geschworenen nun nicht mehr von der Gemeinde gewählt, sondern von dem Gerichtsherrn ernannt werden sollten; die bisherige Anteilnahme des Volkes an den Gerichtssitzungen schwand mit der Aenderung, daß dieselbe, die früher eine rege aktive gewesen, indem das Volk an der Rechtsbildung in den einzelnen Fällen sich beteiligte, zur reinen Passivität verdammt wurde. Der dritte Faktor, welcher die lebendige Rechtsbildung im Volke vollends vernichtete, war die Unverständlichkeit und Fremdheit der aus dem römischen Recht entlehnten Normen und Begriffe. Das ganze Volk konnte nicht die römischen Rechte studieren, und da man sich der bisher fortgepflanzten rechtlichen Traditionen immer weniger bediente, versanken diese in Vergessenheit und das Volk mit ihr in rechtliche Unwissenheit. Damit erwies sich der Zweck, welchen man hatte erreichen wollen, als verfehlt und unmöglich. Denn die Befruchtung des deutschen Rechtslebens durch die Kenntnisnahme des Fremden blieb aus. Was infolge des Verfalles des alten deutschen Rechtslebens unmöglich geworden, die Gerechtigkeit durch das Recht walten zu lassen, so zeigte sich nun auch, daß das Vornehmen verfehlt war, das römische Recht als das menschliche an sich zu betrachten — und es zur Erläuterung der deutschen Rechtsnormen zu Hülfe zu ziehen. Die Gerechtigkeit blieb in der Dämmerung stehen. Das Rechtsleben und die Rechtsentwicklung gerieten ausschließlich in die Gewalt der gelehrten Juristen. Die standen im Dienste des Hofes, und so ward aus dem Rechte eine erläuternde Paraphrase der Macht der Machthaber. Es war der letzte Vorstoß des Romanismus, den Deutschland zu überwinden hatte, und dieser Vorstoß führte das deutsche Leben an den Rand des Abgrunds. Die Hoffnungen eines Ulrich Zasius, der bemüht gewesen, den römischen toten Formen deutsches Leben einzuhauchen, erfüllten sich nicht. Der Romanismus blieb siegreich, siegreich in ganz Deutschland mit Ausnahme jener Gebiete, wo ein unabhängiges deutsches Leben sich zu erhalten vermochte, in den Gebieten des Sachsenspiegels und in der Schweiz.

Das sind die Aussichten, welche uns bei dem Tode Wilhelms IV. entgegenstarren. Eine sittliche Verwilderung des ganzen Volkes in allen Schichten war das Resultat jener Niederlage, welche die deutsche Volkskraft, das positiv-schöpferische Leben in den vergangenen Dezennien erlitten. Der Rückgang auf allen Gebieten dokumentirte sich in schrecklicher Weise. Wir brauchen nur ein Wort auszusprechen — Hexenverfolgung — um den Irrwahn, dem man verfiel, in seiner ganzen traurigen Bedeutung zu erfassen. Die allseitige Negation im Leben des deutschen Volkes riß ein, und wie es immer der Fall ist und immer der Fall sein wird, wo man sucht, das dem Tode Verfallene oder bereits Gestorbene als Herrscherin über das Leben zu erheben, da bricht der Wahnsinn empor, die Verneinung der Menschenvernunft und entzieht dem Leben die Möglichkeit seiner Entfaltung. Und mitten in dieser Verneinung stand nur ein sich bejahendes Element, das deutsche Fürstentum, aber es ruhte auf den Schultern der römischen Juristen und der römischen Jesuiten, den Vertretern dem Tode verfallener Lebensformen. Eine solche Wendung ist nicht die Folge dieser oder jener einzelnen That, sie trägt vielmehr die Ursache in sich selbst: das deutsche Volksleben erlosch, und erst mit dem Erlöschen seiner ursprünglichen Kraft gewannen die fremden Mächte die Kraft, es vollends aus seinem bisherigen natürlichen Boden herauszureißen. Es ist klar, daß auf solcher Grundlage, wie dieses in vollem Verfall begriffene Volksleben war, sich kein Neues, Positives zu erheben vermochte, daß zur Liebhaberei despotischer Willkür entarten mußte, was einst auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft für das allgemeine deutsche Leben emporzublühen versprach.

Wenige Tage nach dem Tode des Herzogs Wilhelm, „des Standhaften“ erfolgte das Ableben seines einflußreichen Kanzlers Leonhard von Eck (17. März 1550), ohne den, wie Wilhelm oft äußerte, ihm das Leben bitter gewesen wäre. Wir haben das furchtbare Ringen dieser Leute mit und gegen die um das bayerische Leben sich immer

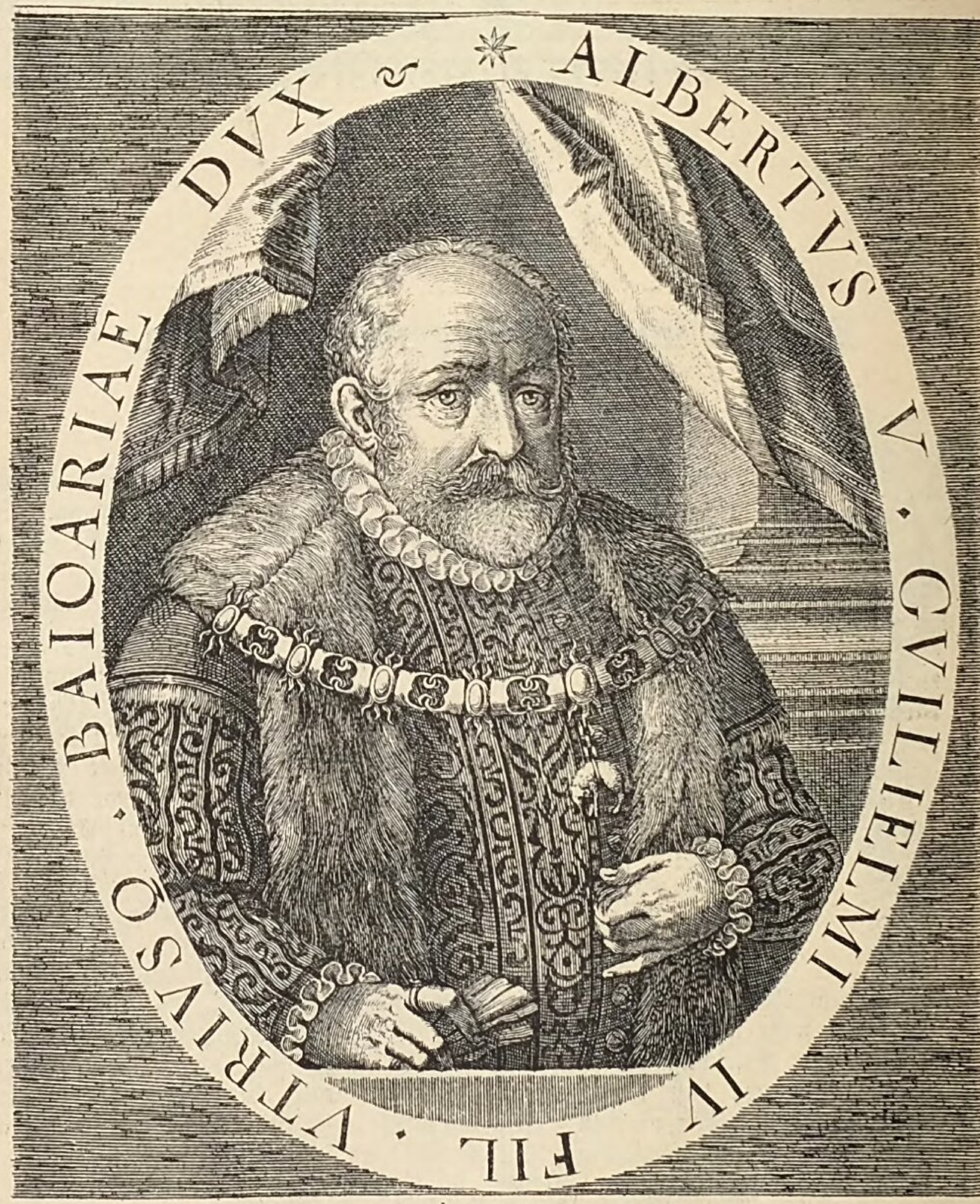
enger ziehenden Schranken verfolgt, wir mußten leider einsehen, daß all dieses Ringen umsonst war, umsonst, weil es nicht von einer positiven Lebensenergie des bayerischen Volkes getragen wurde. Das Todesjahr beider war zugleich dasjenige eines Mannes, der ihren Weg von früh auf gar oftmals durchkreuzte, des Herzogs Ulrich von Württemberg, der am 6. November aus dem Leben schied, während ihnen bereits vor einem Jahre (9. November 1549) der greise Papst Paul III., das Familienoberhaupt der Farnesen, vorangegangen war. Neue Persönlichkeiten treten in den Vordergrund. Und so schließen wir den Gang durch diese mächtig bewegte, von den großartigsten Gegensätzen durchlohte Zeit.

Bayern und die Gegenreformation.

In einer ungeheuer schwierigen Zeit übernahm nach dem Tode des Vaters der zweiundzwanzigjährige Herzog Albrecht V die Regierung. Sein Charakter war, wie nicht anders zu erwarten, noch nicht voll entwickelt. Dennoch traten bereits einige merkwürdige Züge desselben hervor. Am 21. April 1550 eröffnete er seinen ersten Landtag zu Landshut, um die Erbhuldigung der Stände entgegenzunehmen. Die Landstände aber ließen ihm erklären, zuvor habe die Bestätigung der ständischen Briefe und Landesfreiheiten zu erfolgen, dann habe man viele Beschwerden vorzutragen. Seien die Freiheiten bestätigt und die Beschwerden abgestellt, würde man die Erbhuldigung leisten. Der Herzog gab wegen der beiden Punkte bündige Versicherungen, und so legte die Landschaft dem Herzoge die frühere Bestätigung, wie sie zu Ingolstadt durch die Herzoge Wilhelm und Ludwig geleistet worden war, neben der Handfestordnung und einem Verzeichnis der Beschwerden vor. Die letzteren bezogen sich namentlich auf folgende Punkte: mancher bloße Gerichtshandel wurde zum Vicedomhandel gemacht; bei den Umritten würde es nicht mehr nach der Ordnung gehalten; bei dem Auszeigen des Holzes würden die Bauern durch die Jäger gedrückt; bei den Heiraten finde noch immer Zwang statt, so auch Neuerungen bei Zoll, Maut und Tafernen; mit Besetzung der Aemter werde es nicht nach der Freiheitserklärung gehalten, die bestimmte, daß keine Fremden, sondern Edle oder Ehrbare vom Lande zu den Aemtern herangezogen würden; viele Landleute würden verleumdet, fänden aber keine Audienz zu ihrer Rechtfertigung; Wildfuhren und Jagdbedrückungen mehrten sich täglich, sowie die Schmälerung des kleinen Waidwerks; die Weiberlehen würden geringer; die Prälaten noch vielfältig durch die Jäger beschwert, in ihre Jurisdiktion werde eingegriffen; die Rechte gegen die Bürger würden geschmälert, die Kanzleitaxen erhöht, Straßen und Stege nicht unterhalten; die Geistlichkeit halte sich nicht an die Ordnungen betreffs der Leichenkosten und Feiertage; die neue Landesordnung wolle doch einmal gegeben werden, und die Beamten seien anzuweisen, die Freiheiten zu beachten.

Das war eine lange Reihe, und es war ein großes Mißtrauen, welches man dem jungen Herrscher entgegenbrachte. Sehen wird auf den Inhalt dieser Beschwerden, so beziehen sie sich fast durchweg auf die beiden oberen Stände, Adel und Prälaten. Der Bürgerstand kommt in ihnen nicht zum Wort. Und dieses Mißtrauen wurde von Herzen empfunden, er protestierte gegen dasselbe, doch gab er abermalige Zusagen, und so ward

die Erbhuldigung am 30. April geleistet. Aber auch dabei machte der Adel Bedingungen. Es ist der alte Drang zur Reichsfreiheit, der in dem Vorbehalt zu Tage tritt, daß sich die Huldigung nicht auf die Grafschaften, Herrschaften, Pflichten, Regalien und Freiheiten erstrecken solle, womit man Kaiser und Reich zugethan sei, ja die von Ortenburg, Degenberg, Machslrain, Leining und Frauenhofen nahmen ihre unmittelbaren



Herzog Albrecht V von Bayern.

Herrschaften noch besonders aus. Dann kamen die Schulden und Kosten zur Verhandlung, und auch in diesem Punkte hielt die Landschaft zurück. Weit bedeutender aber erscheint uns der Vorschlag der Stände, jährlich zum 1. Mai acht Landleute an den fürstlichen Hof abzuordnen, welche dort drei Tage still liegen und die Beschwerden der Landleute entgegennehmen sollten. Die acht sollten Klägern zur Audienz und Abhülfe an die Hand gehen und über ihre Erfolge der Landschaft berichten. Unter diese acht sollte kein „mit hohen Aemtern Beladener" gewählt werden. Bei dringenden Beschwerden sollten sie auch im Laufe des Jahres an den Hof reiten und Abhülfe erwirken. Die

Gewählten sollten der Landschaft eidlich verpflichtet sein. Dies bedeutete also nicht mehr und nicht weniger als die Einsetzung einer demokratischen Aufsichtsbehörde neben der herzoglichen Regierung. Herzog Albrecht wies diesen seine „Hoheit schmälernden" Vorschlag rund ab, er sei so gesonnen, sich so zu halten, daß niemand Fug haben werde, sich zu beschweren. Wie hoch das Mißtrauen der Stände bereits gestiegen, zeigt uns dieser Vorschlag, aber auch Albrechts Mißtrauen tritt in der Motivierung seiner Ablehnung zu Tage, wenn er auch den Versuch machte, das Mißtrauen der Stände abzuschneiden. Die Landschaft beruhigte sich einstweilen, aber es war ein schlechter Anfang. Was sollte wohl für eine Saat emporgehen aus einem Boden, der die Elemente des Mißtrauens, dieses Giftes für alle gesunde und kräftige Entwicklung, in solchem Maße enthielt?

Folgen wir nun der bayerischen Entwicklung nach außen hin, so wissen wir, daß noch in der Zeit Herzog Wilhelms eine feste Richtung eingeschlagen worden war, daß ebenso der Agitator Bernhard von Eck vom Schauplatze abtrat, daß neue Personen am Ruder stehen, welche sich zunächst einmal selbst orientiren müssen. Große Veränderungen sind also für's erste nicht zu erwarten.

Albrecht V stand durch Politik und Verwandschaft neben König Ferdinand, seinem Schwiegervater. Der Tod Herzog Wilhelms weckte zwei alte Fragen wieder auf. Schon am 20. März 1550 richtete Erzbischof Ernst von Salzburg an Kaiser Karl die Bitte, ihm nun zu dem ihm in Bayern zustehenden Erbteil und zur Mitbelehnung zu verhelfen. Am 6. Juni aber ließ Herzog Albrecht seinem Oheim Ernst melden, daß „Praktiken um das Stift Salzburg stattfänden." Es handelte sich um einen Koadjutor für den Erzbischof, zu welchem Habsburg den Kardinal von Trient vorschlug. Am 7. März 1551 empfahl Albrecht dem Erzbischof dagegen, die Koadjutorie in Salzburg für einen seiner Söhne festzuhalten, da er dem Hause Oesterreich nicht weniger verwandt sei, als andere. Die Wünsche beider wurden nicht erfüllt. Der alte Zwist zwischen Bayern und Oesterreich, der dem Erzbischof einst bei seinen Ansprüchen einen Rückhalt geboten, ruhte und so scheiterten die Pläne Ernsts. Das Uebergewicht Oesterreichs machte sich aber auch dahin geltend, daß der Wittelsbacher abdankte und seine erzbischöfliche Macht dem Domkapitel zurückgab (1554). Er zog sich in die von ihm gekaufte Grafschaft Glatz zurück, wo er 1560 starb. Für einen bayerischen Prinzen war kein Platz mehr in Salzburg. Ebenso wie diese Fragen bedurfte diejenige betreffs der pfälzischen Kur einer Regelung und Entscheidung. Bisher waren die Versuche Bayerns, die Pfalzgrafen von der Nachfolge in der Kur auszuschließen, gescheitert. Als nun Albrecht auf dem Augsburger Reichstag von 1550 (20. September) die Belehnung mit Bayern erhalten hatte, nahm er die alten Versuche wieder auf. Aber von Kaiser und König war nichts zu erreichen, ebenso scheiterte der Plan, mit Kurfürst Friedrich von der Pfalz selbst in direkte Verhandlung zu treten. Dagegen berief dieser im März 1551 sämtliche Pfalzgrafen nach Heidelberg und erneuerte mit ihnen den früheren Vertrag zur Erhaltung der Kronwürde und der damit verbundenen Rechte bei dem Hause der Pfalzgrafen. Nun wandte sich Albrecht an den Herzog Christof von Württemberg um Vermittlung, und dieser bewog den Kurfürsten Friedrich, seine Räte auf den 12. August 1551 zu ihm zu senden. Desgleichen sandte Albrecht seine Räte Dr. Stockhammer und Eustach von Lichtenstein nach Württemberg. Sie waren instruiert, einen Wechsel der Kurie herbeizuführen, so daß nach erster Erledigung dieselbe an Herzog Albrecht fallen solle und nach dessen Tode wieder an einen Pfalzgrafen und so fort. Wäre dies nicht zu erreichen, sollte nach dem Tode des Kurfürsten Friedrich noch einmal ein Pfalzgraf folgen, dann aber die Kur an Bayern übergehen und in der Folge wechseln zwischen den jedesmaligen Ältesten der pfälzischen und bayerischen Linie. Die Stuttgarter Verhandlungen blieben ohne Erfolg. Eine zweite Zusammenkunft ward für November in Tübingen angesetzt. Die bayerischen Räte bekamen keine neuen Vorschläge mit, sondern sollten nur hören und sich Abschriften der von den Pfälzern vorgelegten Urkunden zu verschaffen suchen, welche den Vertrag von Pavia kassirt hätten. Dies geschah und die bayerischen Räte mußten selbst zugestehen, daß die Ansprüche ihres Herzogs unbegründet seien. Herzog Albrecht verstand sich denn auch dazu, seine Ansprüche auf die Kur allen Pfalzgrafen gegenüber fallen zu lassen,

„vorbehaltlich seiner Rechte und Gerechtigkeiten zur Kur“ (10. Dezember). So endete dieser unerquickliche Streit, der, wie wir wissen, von der überstürzten Hast des verstorbenen Kanzlers in Scene gesetzt worden war.

Ueber die Stellung Herzog Albrechts zur Religion führte Janssen folgende Worte an: „Albrecht war im Anfange ungleich viel mehr weltlichen Sinnes, denn sein Vater, liebte gute Trunke und Bankettiren und wollte in der Religion, als man das nannte, den Mittelmann spielen und im Lande gar so gut eigener Bischof sein, als die Fürsten Augsburgischer Konfession.“ Also ein Fürstenkind seiner Zeit, an dem die Entwicklung zum Landeskirchentum, welche bekanntlich lange vor der Reformation einsetzte, nicht spurlos vorübergegangen. Dieser halbe Indifferentismus der Religion gegenüber ist charakteristisch für jene Zeit, er zeigt das Bestreben, den Wert der Religion nicht nach ihr selbst, sondern nach seiner Bedeutung für die regierende Macht zu bestimmen. Die Idee des weltlichen Staates brach sich Bahn jeder Religionsform gegenüber. Daß diese Form dabei etwas Nebensächliches sei, erkennen wir an der Erzählung der Gaudentius, welche Janssen ebenso anführt. Herzog Albrecht habe einmal mit dem Kurfürsten von Sachsen ein Brettspiel begonnen unter der Bedingung, wenn er gewinne, so müsse der Kurfürst in Sachsen die katholische Religion wieder einführen, wenn er verliere, so müsse Albrecht Bayern dem Luthertum öffnen. Die darüber erschrockene Herzogin habe während des Spiels ihren Beichtvater, den Franziskaner Wolfgang Schmilkofer, einen unerschrockenen gewaltigen Prediger, rasch herbeigeholt, und dieser sei unangemeldet in das fürstliche Spielzimmer gedrungen, habe den Tisch mit dem Brettspiel umgestoßen und den Herzog angeredet: „So wollen also Ew. Durchlaucht den wahren allein seligmachenden Glauben, den Ihre Vorfahren seit vielen Jahrhunderten gepflegt und verteidigt haben, dem Zufall des Spiels überlassen? Stoßt mir eher Euer Schwert durch die Brust, als Ihr den Arm zu solch schmachvollem Spiel erhebt.“ Der Herzog, Anfangs sprachlos vor Erstaunen, habe zuletzt dem unerschrockenen Pater offenes Lob gespendet. — Ob blos eine Klosterlegende oder nicht, sie kennzeichnet die Stimmung in jenen jungfürstlichen Kreisen, als deren vornehmlichster Charakter der Kurfürst Moritz von Sachsen zu betrachten ist. Da konnte wohl die Religion zum Einsatz im Brettspiel werden. Ob Albrecht diesen Kreisen zuzuzählen ist, müssen wir verneinen; mag er immerhin dieser herrschenden Stimmung einmal einen Tribut gezollt haben, lange hat sie auf keinen Fall sein Denken beherrscht. Aber auch nach der andern Seite war er nicht übermäßig stimmungsvoll. Wo wir ihm auf religiösem Gebiet begegnen, sehen wir den praktischen Mann. „Persönliche



Herzog Christoph von Württemberg.

Gehässigkeit," sagt Lossen, „gegen Andersglaubende lag nicht in Albrechts Wesen. Zu seines Vaters und seines Oheims Zeit war in Bayern mit Feuer und Schwert gegen Wiedertäufer und andere Ketzer gewütet worden; unter Herzog Albrecht hat, soviel wir wissen, niemand um des Glaubens willen den Tod erlitten."

Diesen Charakterschilderungen tritt nun in neuester Zeit Knöpfler entgegen. Er meint, eine Beschuldigung der Frivolität und des Indifferentismus in Religionssachen wäre eine schwere Versündigung gegen die historische Wirklichkeit, wie sie in Albrechts Handlungen zu Tage tritt. Wir können diesem Urteile teilweise beistimmen, müssen aber dabei einerseits die Charakterentwicklung Herzog Albrechts selbst und andererseits die Gründe in Betracht ziehen, welche ihn sowohl bewogen, an der Religion seiner Väter festzuhalten, wie sich gegen Andersgläubige tolerant zu erzeigen. Als ersten Grund finden wir da seine Anschauung, daß eine Autorität für Glaubenssachen notwendig sei. Der Protestantismus hatte eine solche Autorität noch nicht geboren, während es in der katholischen Kirche eine Autorität gab, die sich obendrein durch Alter und Herkommen zu legitimieren vermochte. Andrerseits glauben wir nicht, daß Albrecht die religiösen Streitfragen jemals mit einem tieferen spekulativen Blick gestreift hat. Was er wollte, war eine Lehre, die den Wandel der Menschen heilsam beeinflusse. Das that weder die katholische Lehre noch die protestantische in jener Zeit. Der katholischen standen die Aeußerlichkeiten dabei im Wege, der protestantischen das radikale Absehen von den guten Werken, über die man sich nicht zu einigen vermochte. Daß die Werke nur Produkte einer Gesinnung sein sollen und können, und wo diese Gesinnung fehlt, nicht viel bedeuten, fühlte Albrecht wohl, und deßhalb verzichtete er wohl auf Gewalt, übte Nachsicht gegen Andersgläubige und behielt im Auge, durch Belehrung und Unterweisung jene Gesinnung wieder zu schaffen, aus der allein Ersprießliches hervorgehen konnte. Er wollte der Entwicklung Zeit lassen, ihren Weg zurückzufinden, dabei aber vermeiden, daß durch ein Eingehen in die Forderungen der Protestanten in seinem Lande dieselbe Schärfe der Gegensätze sich entfalte, wie sie sich anderswo zum Unheil aller vollzogen hatte. Er wollte keinen Streit im Lande. Und so forderte er seine Stände auf, sich vernünftig daran zu erinnern, falls er die Verkündigung des reinen, puren und lauteren Wortes gestatten und zulassen sollte, „nach welcher Konfession und nach wessen Verstand oder Auslegung es damit gemeint sei." „Gewißlich würden sich die Stände darüber noch viel weniger, denn die neuen gespaltenen Lehrer selbst untereinander vergleichen." Die Augsburger Konfession nenne er eine „Konfusion," und eine solch praktische Einsicht zwang ihn dazu, an dem Althergebrachten mit aller Bestimmtheit festzuhalten, wenn er auch zu einer gewaltsamen Reaktion nicht den Arm lieh. Es ist etwas von jener Gesinnung, welche ihm den Namen des „Großmütigen" eingetragen hat. Ein Punkt aber, der unser Urteil zu festigen vermag, muß hier ins Auge gefaßt werden.

Der Kampf um die Reformation hatte den Boden gewechselt; nicht mehr Deutschland, sondern Europa war zum Felde der Entscheidung geworden. Während die Jesuiten in Deutschland eindrangen, faßte der Protestantismus in Lüttich, Monts, Valenciennes, Metz Fuß, dann in der Franche Comté, dann folgten Savoyen, das Waadtland, kurz die romanisch-germanischen Grenzgebiete. Frankreich, die romanischen Länder galt es zu erobern, in Genf hatte Johann Calvin sein Generalquartier genommen. Von hier aus richtete er sein Auge, sein Denken und Wirken auf die ganze Christenheit. So trat die deutsche Reformation zurück, über ihr Schicksal mußte der Völkerkampf entscheiden; die deutsche Entwicklung erhielt ihre Direktive vom Ausland. Man fühlte das in Deutschland unbewußt, und so flaute die scharfe bisherige Bewegung in geschlossenen Massen allmählich ab. Es folgte der Kampf der Marodeure und Guerilleros, der Flacianer und Schwenkfeldianer, der Gnesiolutheraner und Philippisten, der Adiaphoristen und Interimisten und wie sie alle sich nennen mögen, der kleine Krieg mit all' seinem Schrecken, Schmutz und ohnmächtiger fanatischer Leidenschaftlichkeit.

Diese Ausbrüche eines erhitzten Fanatismus suchte Albrecht von seinem Lande fern zu halten, in der gesunden Einsicht, daß nicht in Bayern, sondern anderswo das Feld der Entscheidung lag. Die Zeiten hatten sich geändert. Nicht mehr wie in den zwan-

ziger Jahren konnte jetzt der Streit dadurch entschieden werden, ob Bayern übertrat oder nicht, und so kam es von selbst dahin, daß der Fanatismus in der Natur Albrechts nicht die Oberhand gewann, daß er die Verfolgungen einstellen konnte, welche vormals in Bayern stattgefunden. Wie die Entscheidung ausfallen würde, war einstweilen nicht abzusehen, und der Zwist unter den Protestanten deutete nicht gerade auf eine siegverheißende Zukunft. Die Entwicklung Bayerns wird sich also nach der Entwicklung außerhalb Bayerns zu richten haben. Auf die Stellungnahme des Herzogs in den einzelnen Fällen werden wir zurückkommen. Einstweilen genügt uns die Einsicht, daß die Charakterentwicklung Albrechts wohl von jenem Indifferentismus auszugehen vermochte, von dem ihn denn aber sehr bald die praktische Einsicht abbringen mußte. Er wollte keinen religiösen Streit im Lande: das war der Gesichtspunkt, von dem aus sein Thun von Anfang an beherrscht war. Von der Bekehrung eines Saulus zum Paulus ist also nicht zu reden.

Blicken wir nun auf das Reich! In den Jahren 1547 und 48 stand der Kaiser auf der Höhe seiner Macht. Aber beherrschte er die Dinge oder wurde er unbewußt von der bisherigen Entwicklung derselben beherrscht? Der passive Widerstand der Reichsstände gegen das spanische Regiment drängte ihn zu dem sogenannten burgundischen Vertrag vom Juli 1548, demzufolge die Niederlande als selbständiges Territorium aus dem Reichsverbande fast ausschieden, während das Reich die Pflicht der Verteidigung und des Schutzes übernahm und dem Regenten der Niederlande Sitz und Stimme im Reichstag einräumte. Ebenso ward die Ablösung Mailands bestätigt, welches, wie die Niederlande, mit der Krone Spanien vereinigt wurde. Was sollte das? Wird Spanien imstande sein, diese ferngelegenen Provinzen auf die Dauer zu behaupten? Und wenn es dazu nicht imstande ist? Dann hat der deutsche Kaiser dem auf das Reichsgebiet vordringenden Romanentum die Fahne vorangetragen. Dann wird in Mailand Italien, in den Niederlanden Frankreich der Erbe Spaniens sein, wenn nicht vorher eine deutsche Reaktion diesen kaiserlichen Fehltritt wieder auszugleichen vermag.

Gleichzeitig suchte Karl V Herr der Entwicklung in den deutschen Städten zu werden. In Augsburg und den süddeutschen Geldplätzen wurden die demokratischen Regierungen gestürzt und patrizische eingerichtet. In Augsburg übernahmen die Fugger das Regiment; Konstanz wurde mit den Waffen bezwungen; Magdeburg, die Hochburg des bürgerlichen Protestantismus ward in die Acht erklärt. Und nun Herr des Papsttums und damit Herr des Konzils zu werden, das blieb die letzte bedeutende Aufgabe des Kaisers. Paul III hatte sich wieder Frankreich zugewendet. Er war nicht der Meinung, dem Kaiser zum Siege über seine politischen Gegner zu verhelfen. Am 10. September 1547 war Pierluigi, des Papstes Sohn, in Piacenza ermordet worden. Der kaiserliche Statthalter hatte die Hand im Spiel. Das beschleunigte den Uebertritt der Farnesen auf die Seite Frankreichs. Das Zusammengehen mit dem Papst war in weite Ferne gerückt, und so kam das kaiserliche Interim. Wir wissen, daß es damit nicht recht gehen wollte. Katholiken und Protestanten widerstrebten ihm gleicherweise. Die Sache ging nicht vorwärts; da starb Paul III am 9. November 1549. Es folgte ihm nach langem Kampfe unter den Kardinälen der Kardinal del Monte als Julius III. Den Farnesen und Franzosen verdankte er seine Erhebung. Ihr Diener sollte er sein. Aber wenn er nun auch an seine Familie dachte? Dann war nicht die Familie Farnese, sondern der Kaiser sein bester Rückhalt. So kam es. Schon am 14. November 1550 berief er das aufgelöste Konzil zum 1. Mai des folgenden Jahres wieder nach Trient. Bald geriet der neue Papst mit den Farnesen in Kampf. Diese standen auf der Seite Frankreichs. So stellte sich der Papst auf die Seite Habsburgs. Der alte Gegensatz dieser Weltmacht zu Frankreich belebte sich von neuem, als in dieser Zeit der Kaiser vorangieng, die Successionsordnung im Reiche und in Spanien festzustellen, die errungene Machtstellung Habsburgs zu einer dauernden zu gestalten. Am 9. März 1551 kam es zwischen den beiden habsburgischen Linien zu einem Erbvergleich, wonach Ferdinand nach dem Tode seines Bruders Karl Kaiser, Karls Sohn, Philipp, römischer König und Reichsvikar in Italien werden sollte; nach dem Tode Ferdinands sollte dann Philipp Kaiser und Ferdi-

nands Sohn, Maximilian, römischer König werden. Also das Kaisertum sollte dem Anscheine nach zwischen den spanischen und deutschen Habsburgern abwechseln, der Wirklichkeit nach steuerte dieser Vertrag auf die Verbindung der spanischen Monarchie mit dem Kaisertum zu. Denn wie Karl wenig älter war, als Ferdinand, so waren die Söhne beider, Philipp und Maximilian, gleichalterig. Ferdinand blieb also voraussichtlich nicht lange Kaiser, dann kam der Spanier Philipp, und wenn der einmal starb, blieb für den gleichalterigen Maximilian, vorausgesetzt, daß er überhaupt noch lebte, nicht mehr viel Zeit übrig, den Kaiser zu spielen. Gutwillig hatte Ferdinand sich nicht in diesen Plan gefunden. Seine Wege führten ihn von denen seines Bruders ab. Ueber die dynastischen Gesichtspunkte schwangen sich die Landesinteressen empor, und Deutsch-Habsburg begegnete da auf halbem Wege der Opposition der deutschen Fürsten, welche ein abermaliges spanisches Kaisertum von Grund aus verabscheuten. So wuchs die deutsch-habsburgische Linie mehr in das deutsche Leben selbst hinein. Selbst der Protestantismus schien, wie wir sehen werden, in das deutsche Kaiserhaus eindringen zu wollen.


Papst Julius III

Während der Kaiser nach dieser Seite nur zweifelhafte Erfolge errang, hatte der Reichstag zu Augsburg ebenfalls nur ein halbes Resultat gebracht. Von den Kurfürsten waren nur zwei erschienen. an eine Durchführung des Augsburger Interims war nicht zu denken, und wenn auch im Reichstagsabschied (13. Februar 1551) die protestantischen Stände zusagten, Vertreter auf das Konzil zu schicken, so dachten sie doch daran, das Konzil in ihrem Sinne umzugestalten, bevor sie seine Spruchfähigkeit anerkannten. Alle diese Pläne scheiterten an der Fürstenverschwörung, welche in dieser Zeit vorbereitet wurde und im nächsten Jahre zum Ausbruche kam.

Es gab Mißvergnügte in Deutschland, viele, welchen die spanische Herrschaft an sich widerstrebte, ebenso viele, welche dem Machtaufschwunge Habsburgs ihre Kräfte gewidmet hatten und dafür nun sich nicht genügend belohnt sahen. Da waren die norddeutschen Fürsten, der Markgraf Hans von Brandenburg-Küstrin, sein Verwandter, der Sohn des uns bekannten Markgrafen Kasimir, ein Feind der Pfaffen und Städte; da war ein dritter Brandenburger, der Kurfürst Joachim II. selbst, dessen Herz nicht für den Kaiser schlug, und ein vierter, Albrecht, der Herzog von Preußen, der sich abseits hielt, wie Otto von Lüneburg, wie Albrecht von Mecklenburg. Direkte Gegner des Kaisers waren die Söhne des Landgrafen Philipp von Hessen. Dazu stiegen wieder Gewitter-

wolken am europäischen Himmel empor. Die Osmanen, die algerischen Seeräuber, England, Frankreich: überall gährte es. Der Krieg mit Frankreich in Italien drohte in unheimlicher Nähe. Wird es noch einmal zu einer Kombination all dieser feindlichen Elemente gegen Habsburg kommen? — Vielleicht, aber die Sache ist nicht wie früher. Habsburg selbst ist gespalten, die Zwietracht waltet im eigenen Hause, nur mühsam läßt sie sich nach außen verdecken. Und diese Zwietracht wirkt nach außen, zunächst nach Bayern. Albrecht von Bayern hatte keinen Grund, sich gegen Habsburg zu wenden, wie einst sein Vater Wilhelm, denn die gespaltene Macht des habsburgischen Hauses bedrohte ihn zunächst nicht. Zudem war er der Schwiegersohn König Ferdinands, er war Katholik wie dieser und wollte katholisch bleiben. Mit jenen protestantischen Mächten des Nordens hat er nichts mehr gemein. Also nicht gegen die Habsburger, sondern gegen die spanischen Habsburger wird der Kampf entbrennen.

Schon 1548 stand Otto von Lüneburg mit den Franzosen in Unterhandlung gegen den Kaiser. Die Sache hatte wenig Aussichten. 1549 regte sich Hans von Küstrin; er klopfte bei Hessen, bei Preußen, bei Frankreich an. Das letztere hielt zurück. 1550 kam in Norddeutschland ein Defensivbündnis zustande zwischen Hans von Küstrin, Albrecht von Preußen und Johann Albrecht von Mecklenburg. Der Herzog Otto von Lüneburg trat bei; in Frankreich wurde wieder gebohrt. Und Moritz, der neue Kurfürst von Sachsen, der mächtigste Fürst von Deutschland?

Er versteht zu schweigen und zurückzuhalten, bis die Dinge zu reifen beginnen. Dann greift er zu und pflückt mit, wo etwas zu bekommen ist. Und jetzt wurden die Dinge reif. Sein Schwiegervater Philipp von Hessen war noch immer in harter Gefangenschaft gehalten. Alles rief nach Befreiung des Landgrafen, für die Moritz sich verpfändet mit Wort und Ehre. Philipp erinnerte ihn daran, im anderen Falle müsse sich Moritz in Hessen als Gefangener stellen. Den Landgrafen befreien zu helfen, hätte Moritz nicht gezögert; aber mit ihm war noch ein anderer der Gefangene des Kaisers, der frühere Kurfürst Johann Friedrich, an dessen Stelle Moritz getreten. Der durfte nicht frei werden. Die Stellung des Kurfürsten Moritz hing vom Kaiser ab. Durch den war er geworden, was er war. Dankbarkeit? Der junge Kurfürst war kein „Schwachkopf". Aber die Schmalkaldener waren gegen Moritz, die öffentliche Meinung in seinem Lande war gegen Moritz. Das hielt ihn auf der Seite des Kaisers, aber dessen Macht noch mehr zu erhöhen, ihm weiter zu helfen, lag nicht in seinem Sinn. Wie also von ihm loskommen? Die Lage war ähnlich, wie vor dem schmalkaldischen Krieg. Moritz mußte Einfluß auf die Ziele der Verschworenen bekommen. Dann ging die Sache. Bis es dahin kam, mußte er sich den Weg zum Kaiser offen halten. Er suchte zu erfahren, was die Verbündeten wollten. Hessen mußte die Meinung Frankreichs zu erforschen suchen. Daran arbeitete Moritz während des Jahres 1550. Aber er kam nicht viel weiter. Hans von Küstrin hielt zurück, und Moritz hielt sich im stillen bereit. An seiner Seite stand der Markgraf Albrecht von Brandenburg-Kulmbach. Ueber ihn hatte Moritz die Führung genommen. Im Herbst 1550 schickte sich Moritz an, die Vollstreckung der Reichsacht über Magdeburg in die Hand zu nehmen. In Braunschweig war es zu einer Kollision gekommen. Der Herzog Heinrich von Braunschweig hatte Fehde mit seiner Hauptstadt, ihm zog Georg von Mecklenburg zu Hilfe. Der Kaiser trat dazwischen und hob die Fehde auf. Georg machte einen Vorstoß gegen Magdeburg, Moritz griff zu. Er bemächtigte sich der Söldner Georgs, nahm sie in seinen Dienst und ließ sie vor Magdeburg stehen. Im Oktober 1550 begann er die Belagerung. Der Augsburger Reichstag bewilligte ihm eine Beisteuer zum Kriege, der Kaiser ernannte ihn zum obersten Feldhauptmann der Reichsexekution gegen die geächtete Stadt. Das ging gegen die Evangelischen. Hans von Küstrin, der das Interim kategorisch abgelehnt hatte, mußte mit seinen Verbündeten der Stadt, „unseres Herrgotts Kanzlei", zu Hilfe eilen. In Verden sammelte sich ein Heer unter Albrecht von Mansfeld. Moritz kam ins Gedränge. Er wollte mit den Verbündeten Frieden nicht Krieg, aber die Verbündeten mißtrauten ihm. So zog er mit einem Teil seines Heeres gegen Mansfeld, sprengte die Haufen desselben, teilte aber noch vor dem Aufbruch seine Meinung offen mit (17. Dezember 1550), welche

dahinausging, daß er sich mit den Verbündeten verbinden wolle, wenn man ihm und seinem Willen Rechnung trage. Neben andern wollte er etwas sein und bleiben, und



Herzog Alba.

„ehe er sich dermaßen woll lassen erdrücken, so wollt er eher Wunder thun und, mit Züchten zu reden, dem Dietrichen, Francken und ihrem Schwarm eher gar in Hintersten kriechen, damit er unangefochten bleiben möge." Also eher dem Kaiser und der Königin Maria ergebener Diener wollte er sein, ehe er sich dem Willen anderer fügte, und was

das Mißtrauen bedeutete, das ihm die Fürsten bewiesen, wußte er sehr wohl. Wenn dieses Mißtrauen nicht überwunden werde, möchte er wohl sagen, Gott gebe Deutschland gute Nacht. Egoist vom Kopf bis zur Sohle, aber so voll klarer Anschauung der Lage der Dinge war dieser unheimlich verschlagene Mann, daß man wohl darauf verfallen konnte, ihn mit jenen alten germanischen Heldennaturen zu vergleichen, deren Typus die Dichtung in Hagen festgelegt. Dem Sieger Moritz gegenüber wurde nun auch Hans von Küstrin zugänglicher, umsomehr, als ihm anfangs 1551 eine Aufforderung von kaiserlicher Seite zukam, sich über sein Verhältnis zum Kaiser zu erklären. Im Februar brach Hans gen Dresden auf, um mit Moritz zu beraten. Damit trat Moritz an die Spitze der Fürstenverschwörung. Daß er es war, der die Bedingungen machte, ersieht man aus der Bestimmung des Vertrags, daß nicht eher etwas unternommen werden dürfe, als bis der Vertrag mit den Vettern in Weimar vorliege. Vor Johann Friedrich mußte Moritz sicher sein. Und kaum war er eingetreten, begann man von Hessen aus vorwärts zu drängen. Aber Moritz hielt zurück. Er hatte keine Eile. Die Vettern mußten zuerst zum Sprechen gebracht werden. Im Mai kamen die Verbündeten in Torgau zusammen. Da wurde beschlossen, daß man die Weimarer als Feinde betrachten wolle, wenn sie weder beitreten noch Neutralität versprechen wollten.

Nun war Moritz zufrieden. Sein Gesandter ging nach Frankreich. Er wußte, was Heinrich II wollte: nicht die Defensive, wie es im Vertrage hieß, sondern die Offensive der deutschen Fürsten gegen den Kaiser. Moritz versprach sie, und Heinrich II ging darauf ein. Er forderte für seine Subsidien die Abtretung der Städte Metz, Toul, Verdun und Cambrai, dann im Falle des Sieges die Schutzgewalt über die geistlichen Fürstentümer Deutschlands. Die Städte ließ Moritz fahren, von den geistlichen Fürstentümern hielt er die Hand der Franzosen fern, denn nach dieser Seite gingen die Absichten des Kurfürsten selbst und die seines Freundes Albrecht von Brandenburg-Kulmbach. Zur Offensive verband sich Moritz mit Frankreich; davon wollte Hans von Küstrin nichts wissen, und so schüttelte Moritz ihn ab. Mit Hans gingen Heinrich von Mecklenburg-Schwerin und Albrecht von Preußen. Der Franzose stutzte. Denn diese Zwietracht unter den Fürsten ließ nichts Gutes hoffen. Aber Moritz ging weiter. Er verlangte von Frankreich Geld, viel Geld. Der König hielt zurück. Moritz hielt fest bis zum Bruch. Im November 1551 öffnete ihm Magdeburg die Thore. Als Burggraf zog Moritz in die Stadt, die sich ihm auf die kaiserlichen Bedingungen hin ergeben hatte. Es war dieselbe Zeit, da Moritz dem Kaiser seinen Besuch versprach, da er seine Theologen zur Beschickung des Trienter Konzils aufforderte. Die Verbündeten gerieten in Angst. Am 15. Januar 1552 kam der Vertrag mit Frankreich auf Schloß Chambord zustande; am 14. Februar wurden zu Friedewalde die endgültigen Bestimmungen getroffen. Frankreich versprach 240000 Kronen für die drei ersten Monate, für jeden späteren 70000. Ende Februar fing es an unruhig zu werden. Der Kaiser horchte auf. Aber Moritz gab Versicherungen. Noch vor Mitte März fiel Heinrich II in Lothringen ein; er bemächtigte sich der Städte Metz, Toul, Verdun, während die Truppen der Hessen und Sachsen sich mit dem Markgrafen Albrecht im Fränkischen vereinigten. Ein Manifest ging vor den Fürsten her, das bekundete, sie wollten Deutschland von der „unerträglichen, viehischen, erblichen Servitut" befreien. Was man sonst wollte, zeigte Frankreich, sagte Albrecht, wenn er darauf verwies, daß man sich genötigt sehe, die übermäßige Gewalt der Geistlichen etwas zu verkürzen. Also Abrechnung mit Habsburg, Abrechnung mit den geistlichen Fürstentümern — die deutschen Fürsten waren dazu nur imstande, wenn sie sich an Frankreich anlehnten, wenn sie diesem einen Eingriff in das Reichsgebiet, den Raub einiger Städte erlaubten. So zeigt sich auch in diesem scheinbar positiven Vorgehen die negative Ohnmacht des deutschen Lebens.

Am 4. April 1552 kapitulierte Augsburg. Der Kaiser war vollkommen überrumpelt. Er wollte nach den Niederlanden. Der Weg war versperrt. Ferdinand ward von den Türken festgehalten, zudem hatte Moritz mit ihm unterhandelt bis jetzt, er unterhandelte weiter mit ihm. Aber es ging nicht alles so, wie die Verbündeten gedacht. Die Städte hielten sich den Fürsten gegenüber zurück. Nürnberg zahlte eine Kontribution, erlaubte

aber nicht den Durchzug. Ulm setzte sich zur Wehre. Markgraf Albrecht verwüstete das Gebiet der Stadt weit und breit. Dann zog er gegen Nürnberg und machte es hier ebenso. Rauchende Trümmer und Leichen zeichneten den Weg, den der fürstliche Mordbrenner gezogen. Er bedrohte die fränkischen Bischöfe. Bamberg und Würzburg zahlten ungeheure Kontributionen und traten ihm Teile ihres Gebietes ab. Moritz erkannte die Gefahr, welche in dem Egoismus seiner Verbündeten lag. Lange durfte das nicht so fortgehen, sollte nicht ganz Deutschland den Kaiser als Retter von Brand und Mord begrüßen. Auf der Höhe des Sieges brach er ab und erklärte sich zum Frieden bereit.

„Es ist eine eigentümliche Natur, dieser Moritz, so vollständig ohne Herz, so vollkommen Herr seiner selbst, berechnend, politisch, dabei ohne Leidenschaft, immer mit klarem Kopfe; keine Gemütswallung treibt ihn über das Maß hinaus, ein Mann nach dem Herzen Macchiavellis, das Ideal des Principe."

Mit König Ferdinand war Moritz nicht verfeindet, und Habsburg war gespalten. Ferdinand gieng mit seinem Sohne Maximilian seinen eigenen Weg. Auch jetzt noch erklärte sich der König zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Moritz bereit. Am 18. April fand dieselbe statt. Die Forderungen der Sachsen waren nicht übermäßig: Befreiung des Landgrafen Philipp, Friede ohne Konzil, Sraflosigkeit der Empörer, Sicherstellung gegen Johann Friedrich. Ferdinand sagte zu. Am 26. Mai sollte eine definitive Beratung in Passau stattfinden. Dann sollte der Waffenstillstand eintreten. Aber der Kaiser? Er wollte eine neue Verhandlung mit allen deutschen Fürsten. Das schadete nichts, wenn nur der Kaiser bis zum angesetzten Termin nicht wieder zu Kräften kam. Er rüstete. Ueberall fanden Werbungen für ihn statt. Moritz zog gegen Süden. Am 18. Mai kam er nach Füssen und sprengte am gleichen Tage das kaiserliche Kriegsvolk bei Reutte auseinander; am andern Tage bemächtigte er sich der Ehrenberger Klause. Der Kaiser floh über den Brenner. Am 23. Mai zog Moritz in Innsbruck ein, der Kaiser floh wieder bis Villach. Das Konzil stob auseinander, als die Protestanten den Boden Tirols betreten hatten. So kam die Zeit der Passauer Verhandlungen. „Die Protestanten standen in einer kriegerischen dominierenden Stellung von der Ostsee bis zum Brenner."

Neben dem König Ferdinand und Albrecht von Bayern waren in Passau der Erzbischof von Salzburg und der Bischof von Eichstätt gegenwärtig. Auch Moritz war da vom 1. bis 24. Juni, außerdem Gesandte der Kurfürsten, der Herzoge von Württemberg, Jülich, Braunschweig, Pommern, des Markgrafen Hans, des Landgrafen Wilhelm und Bischofs von Würzburg. Alle wollten den Frieden, nur der Kaiser wollte nicht. Er konnte sich sein ganzes Leben und Streben nicht selbst verneinen. Das einzige, wozu er sich schließlich verstand, war die Einwilligung in den Frieden bis zum nächsten Reichstag, auf dem über den religiösen Ausgleich noch einmal verhandelt werden sollte. Als diese Antwort in Passau anlangte, war Moritz nicht mehr da. Sollte er den Vertrag, wie er nun geworden, annehmen? Er hatte definitive Abmachungen angestrebt. Er hatte gefordert, daß der Friede Gültigkeit haben sollte auch ohne und gegen das Konzil; er hatte dem Protestantismus ein für allemal ein rechtlich gesichertes Dasein verschaffen wollen. Jetzt war alles wieder nur provisorisch bis zum nächsten allgemeinen Reichstag. Moritz lag vor Frankfurt, als die Gesandten von Passau mit dem Vertrage kamen. Eben hatte er eine Schlappe erlitten, denn die Stadt hielt sich tapfer. Und so unterzeichnete Moritz am 24. Juli. Damit trennte er sich von seinem Verbündeten, dem Markgrafen Albrecht, der nun auf eigene Faust gegen Mainz und Trier mordend und brandschatzend weiterzog. Der Markgraf stellte sich offen in den Dienst der Krone Frankreich, sie sollte ihm geben, was er bei Moritz, in Passau, wie früher beim Kaiser nicht gefunden hatte: sein fränkisches Herzogtum. Heinrich II aber fand den Markgrafen zu teuer. Und so gelang es Alba, den fürstlichen Bandenführer auf die Seite des Kaisers zu ziehen. Karl V bestätigte dem Margrafen die früher verworfenen Verträge mit den fränkischen Bischöfen. Es war dieselbe Zeit, daß die gefangenen Schmalkaldener frei gelassen wurden, und Johann Friedrich nach Sachsen zurückkehrte. Moritz weilte in Ungarn. Mit Ferdinand war er gegen die Osmanen gezogen. Hat nun Karl, der zum Kriege mit Frankreich

gegen Westen zog, Glück, kann es für Moritz sehr bedenklich werden. Aber Karl hatte kein Glück. Sein Sohn Philipp hatte ihm den Krieg durch die rasche Aufnahme von 500 000 Gulden ermöglicht. Am 20. November erschien Karl im Lager von Metz. Die Stadt hielt sich. Ohne Schlacht verlor der Kaiser bei 16 000 Mann. Er mußte ablassen und kehrte nach den Niederlanden zurück. Dieses schnelle Eingreifen der spanischen Habsburger trieb die österreichischen Habsburger nur noch fester an die Seite des Kurfürsten Moritz. Zudem hatte dieser seine Verbindung mit Frankreich lebendig erhalten.

Als der Kaiser gegen Frankreich zog, hatte er ein Mandat an die schwäbischen, bayerischen, fränkischen und rheinischen Kreisstände erlassen und dieselben aufgefordert, sich einander gegen jeden Friedensstörer zu unterstützen. Karl dachte weiter an die Errichtung eines oberdeutschen Bundes, der ihm einen ähnlichen Rückhalt bieten sollte, wie einst der schwäbische Bund. Herzog Albrecht von Bayern war der Meinung, man solle sich nach dem Schema des schwäbischen Bundes richten. Aber Christof von Württemberg war anderer Anschauung, da dieser Bund den Fürsten nicht viel genützt habe, diese hingegen nur Beschützer der Städte und Geistlichen gewesen seien. Die unvermögenden Geistlichen solle man aus dem Bunde lassen, „denn dieselbigen samt den Städten sich nachgehends drücken müssen und der Fürsten Lied singen.“ Von München aus kam nun ein anderer Vorschlag, der eines reinen Fürstenbundes gegen jede Vergewaltigung. Die Sache erhielt schnellen Fortgang, als nun Markgraf Albrecht von Brandenburg aus Lothringen zurückkehrte, um seine fränkischen Verträge zu verwirklichen, als Karl ebenso den alten Plan wieder aufgriff, seinem Sohne Philipp mit Hülfe Brandenburgs die Nachfolge zu verschaffen, da er niemanden wisse, „der nach seinem Tode dem Reiche fürständiger sein möge.“ Am 5. Februar kamen die Fürsten von Pfalz, Bayern, Württemberg und Jülich in Wimpfen zusammen, um die Lage der Dinge zu beraten. Auf dem Programm standen drei Fragen: die Fehde des Brandenburgers mit den fränkischen Bischöfen, die spanische Succession, die Ordnung der religiösen Angelegenheit ohne und selbst gegen den Papst. Einstweilen versuchte man den Brandenburger zum Waffenstillstand zu bewegen. Im März kamen alsdann die vier genannten Fürsten in Heidelberg abermals zusammen, und hier fanden sich außer ihnen der Markgraf Albrecht und der Bischof von Würzburg ein, der Bamberger schickte Gesandte. Mit Albrecht kam es zu keinem Verständnis. Da riefen die Fürsten die Kurfürsten von Mainz und Trier herbei, und so kam es am 29. März zum Abschluß des sogenannten Heidelberger Vereins, der jedem Mitglied den Beistand des Bundes bei kriegerischer Bedrängnis versprach. Auch die Abwehr der spanischen Succession kam zur Sprache. Und da tauchte dann auch schon am 2. April Moritz von Sachsen auf. Er erhielt die Zusage, wenn er gegen den Landfrieden angegriffen werde, würde der Bund ihm seinen Beistand nicht versagen. So zerfiel der Bund, den der Kaiser geplant hatte. Eine zweimalige Berufung der oberdeutschen Stände nach Memmingen hatte keinen Erfolg.

Markgraf Albrecht nahm den Krieg in Mitteldeutschland wieder auf, und während der Heidelberger Verein sich auf die Defensive beschränkte, rüstete sich Moritz zur Abwehr, denn der Markgraf kam ihm bedenklich nahe, als er Heinrich dem jüngeren von Braunschweig-Wolfenbüttel, der sich auf die Seite der fränkischen Bischöfe gestellt hatte, nach Niederdeutschland entgegenrückte. Eine Niederlage des Braunschweigers konnte für Moritz gefährlich werden, denn Albrecht, sein alter Freund und Bundesgenosse, war nun sein bitterster Feind und stand so halb im Dienste des Kaisers. Am 9. Juli trafen die Gegner bei Sievershausen aufeinander. Kurfürst Moritz sprengte nach blutigem Kampfe die Heerhaufen des Markgrafen auseinander. Aber er selbst empfing bei allzu hitziger Verfolgung die Todeswunde. Am 11. Juli ist er in seinem Zelte nach qualvollem Ringen verschieden. Der neueste treffliche Geschichtschreiber der Reformation, Leopold, schreibt von ihm mit folgenden Worten: „Viel zu früh ist dieses thatenreiche Leben erloschen, als daß wir über die letzten Ziele des hochbegabten und ehrgeizigen Johannes ein sicheres Urteil gewinnen könnten.“ Die sächsische Königskrone taucht wieder vor unsern Blicken auf, wie einst in den Zeiten des Nordheimers und Heinrichs des Löwen. „Wir werden,“ sagt Leopold weiter, „eine Gestalt wie Moritz sicherlich nicht mit einem neuen Historiker

als „Gauner“ abfertigen. Der Retter des Protestantismus findet mit all seinem fürstlichen Eigennutz und Wortbruch würdige Genossen nicht allein unter den Italienern der Renaissance, sondern auch unter den deutschen Kaisern und Großen längst vergangener Jahrhunderte. Seine beste Rechtfertigung aber ist der kaiserliche Gegner, den er so glücklich nachgeahmt, erst ausgenützt und dann hintergangen hat.“

Von seiner Niederlage durch Kurfürst Moritz vermochte Margraf Albrecht sich nicht wieder zu erholen. Er schloß Frieden mit August, dem Bruder und Nachfolger des gefallenen Moritz, und erlitt am 12. September eine abermalige Niederlage bei Steterburg durch Heinrich von Braunschweig, der sich dann auch mit seiner Stadt Braunschweig nach kurzer Belagerung verglich. Albrecht wandte sich wieder südwärts. Am 1. Dezember sprach das Kammergericht die Acht über ihn. Nach einem halben Jahr war er fertig. Schweinfurt, seinen alten Waffenplatz, mußte er aufgeben, bei Schwarzach wurde er am 13. Juni 1554 geschlagen, am 22. Juni fiel die Plassenburg, der Flüchtling trat auf französisches Gebiet über. Seine Rolle war ausgespielt. Die Wiederherstellung des fränkischen Herzogtums blieb ein Traum.

Zwei Dinge sind es, die uns bei diesen letzten Bewegungen auffallen: die Städte mußten sich drücken und der Fürsten Lied singen; ohne die Hilfe des Kaisers, ja teilweise gegen ihn, haben die Fürsten Deutschland die Ruhe wiedergegeben. Weder die Niederlage Albrechts, noch der Tod des bisherigen Hauptes der fürstlichen Opposition berührte die Lage der Dinge, wie sie sich seit 1552 gestaltet hatte. Auch der Kaiser vermochte daran nichts mehr zu ändern. Er war fertig. Das sagte uns schon das immer energischere Einlenken der kaiserlichen Politik in jene unsittliche Praxis, welche man seit dem Mühldorfer Siege bei ihm beobachten kann. Immer ungescheuter und frecher erhob die spanische Lügendiplomatie ihr Haupt. Das war keine Grundlage für eine gedeihliche Ordnung der deutschen Verhältnisse. Und wie die Bewegungen des Völkerlebens selbst solche Selbstherrscher unbewußt beherrschen, erkennen wir an den letzten diplomatischen Thaten Karls V. Der Protestantismus hatte England gewonnen. Er hatte einen Boden gefunden, der, möchte man sagen, unangreifbar war. Blieb er hier bestehen, war für eine deutsche Restauration nicht viel zu hoffen. Hier also versuchte Karl den Hebel einzusetzen. Anfang Juli 1553 starb König Eduard VI von England. Seine Nachfolgerin war Maria, eine Base Karls, eine Anhängerin des katholischen Bekenntnisses. Im Januar 1554 kam der Ehevertrag zwischen Maria und Philipp, dem Sohne Karls, zustande. England sollte wieder katholisch werden. Am 25. Juli 1554 ward in London die Hochzeit gefeiert. Die englische Ehe blieb kinderlos. Der alte Kaiser war um eine Enttäuschung reicher. Aber während er nach dieser Seite arbeitete, überließ er seinem Bruder Ferdinand die Ordnung der deutschen Verhältnisse. Die Entwicklung des deutschen Volkes warf die spanische Zwangsjacke ab und stieß den fremden Herrscher von sich.

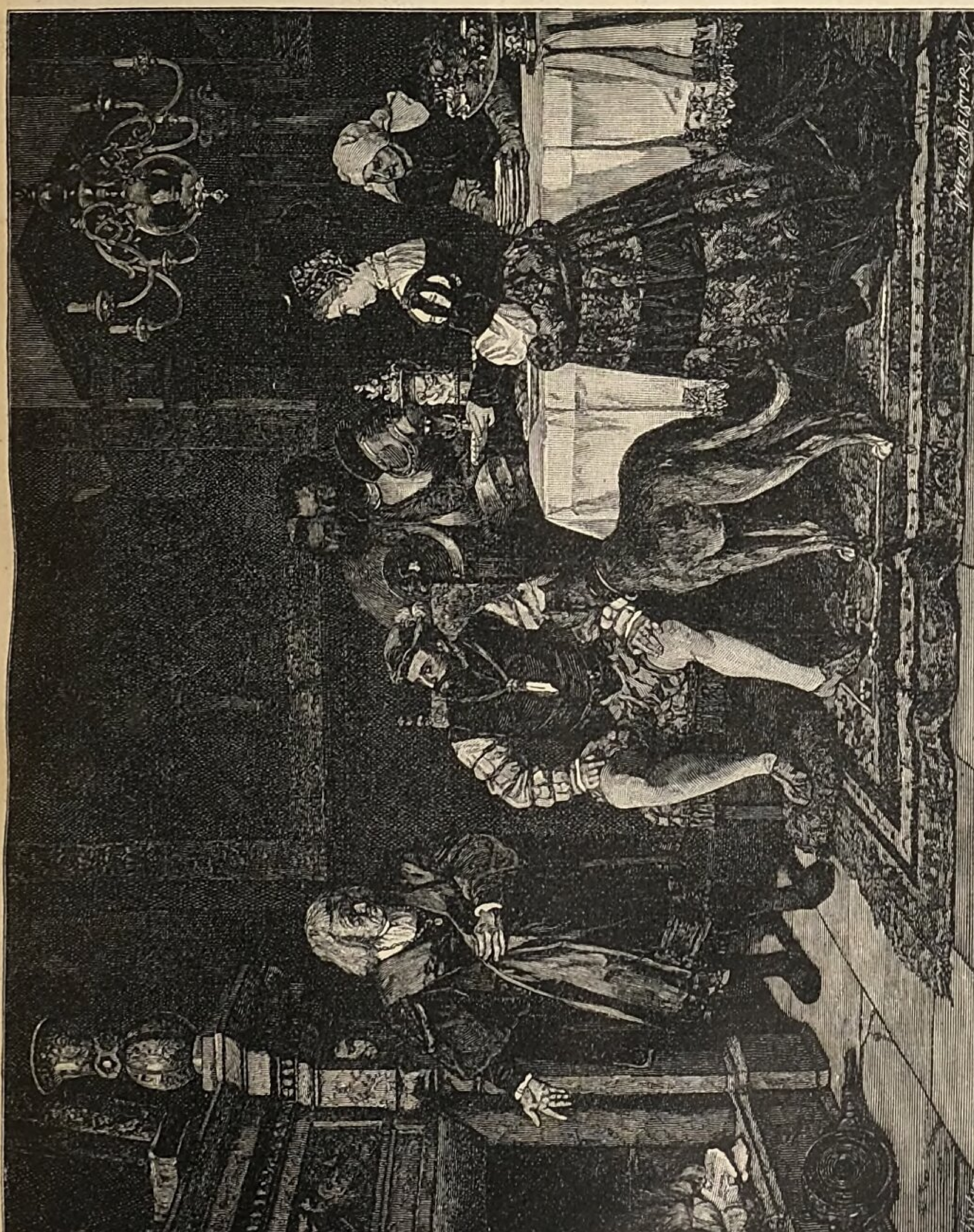
Der Heidelberger Verein war von katholischen und protestantischen Fürsten geschlossen worden. Alle Gegenanstrengungen der Habsburger, im Norden und Osten einen ihnen dienenden Bund zu schaffen, waren wie in Schwaben gescheitert. Ferdinand blieb nichts übrig, als in den Heidelberger Verein einzutreten. Diese Thatsache läßt uns erkennen, daß nicht mehr zu erreichen war, daß alle einseitigen katholisch-habsburgischen Pläne scheitern mußten, daß ebenso die Entscheidung für die nächste Zukunft nicht bei dem Kaiser, nicht bei den Theologen, sondern bei den Fürsten lag. Unter diesen Auspizien wurde am 5. Februar 1555 zu Augsburg der Reichstag eröffnet. Von den Kurfürsten war keiner persönlich anwesend. Also auch hier zeigt sich das Ergebnis der Rivalität zwischen Kurfürsten und Fürstentum. Die Fürsten entschieden in Augsburg. Von ihnen waren anwesend der Herzog Albrecht von Bayern, Herzog Christof von Württemberg, der Herzog von Savoyen und der Markgraf von Baden. Unter den wenigen geistlichen Fürsten stand der Kardinal Otto Truchseß von Augsburg obenan. Für die Protestanten war die Hauptsache ein unbedingter ewiger Friede. Kein Konzil, keine fremde Autorität sollten fürderhin die Macht haben, diesen Frieden zu verneinen. Diese Frage hatte eine ungemeine Tragweite.

„Von allgemeinem Standpunkte angesehen“, sagt Ranke, „war die Frage die: ob

es in der abendländischen Christenheit noch ein als unfehlbar betrachtetes höchstes Tribunal geben sollte, dessen Entscheidungen für jedermann verpflichtend seien und mit Gewalt durchgeführt werden müßten. Nicht allein die Allgemeingültigkeit dogmatischer Festsetzungen hing davon ab, sondern auch, und darin liegt noch mehr ihre welthistorische Bedeutung, alle freie Staatenbildung, zunächst das Bestehen der bereits in der germanischen Welt begonnenen minder kirchlichen Gründungen." König Ferdinand ging nun davon aus, zuerst die Beratung des Landfriedens betreiben, die religiöse Frage aber der Entscheidung eines Konzils vorbehalten zu wollen. Die Protestanten aber, welche sich auf einem Tage zu Naumburg (März 1554) geeinigt hatten, schoben die brennende Frage in den Vordergrund. Diese Meinung drang durch. Ohne vorherigen Vergleich sollte der religiöse Friede „ein beständiger, beharrlicher, unbedingter, für und für ewig währender" sein. Die bischöfliche Jurisdiktion wurde für die protestantischen Gebiete aufgehoben, die Säkularisationen genehmigt. Und die Zukunft? Was sollte geschehen, wenn auch ferner noch Uebertritte von der einen Religion zur andern stattfänden? Hier erinnerte sich der Protestantismus seiner Jugend und des voraussichtlichen Wachstums, hier erinnerte sich der Katholizismus seines Alters und seines voraussichtlichen Absterbens. Also die äußersten Gegensätze drängten noch einmal zum Bewußtsein empor. Die Katholiken forderten Stillstand der Bewegung, die Protestanten die Beseitigung aller rechtlichen Hindernisse ihrer Fortentwicklung. Diese Frage war nicht aus der Welt zu schaffen. Sie ließ sich nur umgehen. Jedes harte Anfassen derselben bedeutete Fortsetzung des Kampfes, Erbitterung, Fanatismus bis zum Ende. Und man wollte Frieden, nicht Kampf. So kam es zum „geistlichen Vorbehalt", Ferdinands Werk. Der Uebertritt eines Prälaten oder Bischofs sollte nicht den Uebertritt seines Gebietes zur Folge haben, sondern der Prälat könne übertreten, müsse dann aber auf seine hierarchischen Würden wie seine weltliche Herrschaft und seine Reichslehen verzichten. Folgerichtig hätte man nun zugestehen müssen, daß der Uebertritt von Unterthanen eines geistlichen Herrn ebenfalls gestattet sei, denn wenn dieser in dem einen Fall keine Macht über die Religion seiner Unterthanen haben sollte, so auch in dem andern nicht. Das aber wurde nicht zugestanden, sondern die Forderung der Protestanten, daß die evangelischen Unterthanen in den Gebieten katholischer Fürsten ihrer Religion wegen unbehelligt bleiben sollten, wurde nur durch eine private Deklaration König Ferdinands bewilligt, welche demgemäß einen offiziellen, verbindlichen Charakter nicht besaß. Selbst in den Reichsstädten sollten beide Religionen nebeneinander fortbestehen. Nur die Fürsten sollten Macht haben, über das Bekenntnis ihrer Unterthanen zu bestimmen. Diese konnten die Religion wählen, mußten aber aus dem Lande, wenn sie eine andere Religion als die des Landesherrn wählten. So erhielt das fürstliche Schlagwort: Cuius regio, eius religio (Zu wessen Land du gehörst, zu dessen Religion hast du dich zu bekennen!) seine gesetzliche Gültigkeit. Am 25. September kam es zur Veröffentlichung des Reichsabschiedes. Er erhielt außerdem neue Bestimmungen über die Exekution der Landfriedensordnungen. Nicht mehr der Kaiser ernannte die Kreisobersten. sondern die Kreise wählten dieselben fortan, und diesen Gewählten traten ständige Beigeordnete an die Seite. Also auch hier entschied das territoriale Prinzip über das monarchische und umsomehr, als selbst diese Ordnung bei auswärtigen Verwicklungen in Kraft treten sollte. Es war eine ständische Organisation, ein Bund, der an die Stelle der Monarchie, des Reiches trat.

Auf einen Umstand haben wir noch zu verweisen, die Behandlung der Städte auf diesem unvergeßlichen Reichstag. Ihre Proteste gegen die Parität innerhalb ihrer Mauern drangen nicht durch. „Auch hier, am Ende dieser großen reformatorischen Bewegungen tritt doch ein Resultat derselben deutlich ans Licht: der politische Verfall der deutschen Städte. Sie hatten sich bei der Gründung des schwäbischen Bundes die Teilnahme an den Reichsverhandlungen erkämpft, aber sie waren es gewesen, welche die Reformpläne des Reichsregiments von 1522 vereitelt hatten; sie waren in den schmalkaldischen Bund getreten, aber sie hatten dem Sieger die Thore geöffnet, als die Fürsten nicht mehr imstande waren, sie zu schützen. In beiden Fällen hatten sie dem merkantilen Interesse vor dem politischen den Vorzug gegeben. Ihre Teilnahme tritt im Jahre 1552 bei einer

großen politischen Bewegung zum erstenmal vollständig zurück. Auf dem Reichstage von Augsburg bewahrten sie eine vollständige Passivität, sie acceptierten unverändert die Beschlüsse der beiden anderen Stände." (Nitzsch.) Sie mußten der Fürsten Lied singen und sich drücken. Ein Jahrhundert nach dem zweiten großen Städtekrieg, der das Gleichgewicht



Karl V im Fuggerhaus in Augsburg
Anton Fugger verbrennt die Schuldscheine Karls V nach dem Gemälde von C. Becker.

beider Machtsphären noch einmal dargethan hatte, ward die fürstliche Macht zum Sieger über die städtische. Von hier aus muß eine Entwicklung beginnen, die ohne dieses Gegengewicht nach der demokratischen Seite das Fürstentum unbedingt zum Absolutismus führt, in der nicht mehr das Wohl des Volkes, sondern das fürstliche Belieben den Ausschlag giebt. Das Individuum, die Persönlichkeit war mit der neuen Zeit in die Weltgeschichte eingetreten, es verfolgte mit jugendlichem Kraftdrange die Bahn zu freier, ungehemmter und autonomer Entfaltung.

Dürfen wir nach dieser Darlegung noch von einem Ergebnis für das deutsche Volk reden? Von einem direkten und positiven wohl kaum. Der Baum des deutschen Wachstums war bis auf die Wurzel gespalten. Wir wissen, daß er absterben muß, mögen immerhin noch einige Aeste sich wieder neu belauben, mögen immerhin aus den Wurzeln zahllose wilde Triebe hervorsprießen! Es ist eine Frage der Zeit, wann er soweit morsch geworden, daß ein neues Unwetter Macht über ihn gewinnt und seine Trümmer vollends zu Boden wirft. Ast um Ast wird brechen und mit jedem neuen Fall wird nicht nur dem Boden neue Kraft zugeführt, sondern auch den Ablegern und Sprossen des alten Stammes ein Stück Licht und Luft freigegeben, so daß diese jungen Triebe sich um so freier und mächtiger zu entfalten vermögen. Sie auch werden erst den Samen der Reformation zum Keimen und Treiben zu bringen vermögen, für den die Heiligkeit des römischen Reiches kein geeigneter Boden mehr war.

Also Deutschland schied zunächst ohne großes positives Ergebnis aus dieser Bewegung. Das alte Reich hatte die Ohnmacht seiner Existenz von neuem dargethan. Auch das Eintreten des Romanentums hatte diesem Reiche keine neue Festigung zu geben vermocht. Um so größer war das Ergebnis für Europa. In England, Dänemark, Skandinavien, auf dem Boden, der sich seit je gegen die romanische Idee eines universellen Weltreichs am tapfersten zu schützen vermocht hatte, kam die Reformation zur Geltung. In Frankreich drang sie ein und gab der Entwicklung dieses Landes jenes Gegengewicht, welches sie vor einer Entartung und eventuellen Uebernahme der imperialistischen Tendenzen einstweilen bewahrte und ihr die Kraft erweckte, die in diese Richtung einlenkende Entwicklung Spaniens zurückzudämmen und zu einer mehr nationalen zu gestalten.

Die evangelische und demokratische Bewegung war in ihrem Gange gehemmt worden. Das war unnatürlich. Beide mußten danach streben, zum Ziele zu gelangen. In Deutschland gieng das zunächst nicht, also giengen Reformation und Demokratie aus Deutschland hinaus. Im Auslande zum Siege gelangt, würde sie auch in Deutschland wieder eindringen. Schon in der Entwicklung des Luthertums zeigte sich wie einst bei der Abfassung des Sachsenspiegels eine territoriale Spezialisierung. Das Luthertum war nichts für Europa. Es war für Sachsen und Niederdeutschland. Aber aus dem Schoße des Luthertums entsprang der Calvinismus. Er wurde eine Weltmacht. Und mit dieser neuen Weltmacht trat die alte des Katholizismus in den Kampf. So bewegt sich die Entscheidung des Kampfes aus Deutschland hinaus. Die deutsche Entwicklung wird an diejenige des Auslandes geknüpft, die deutsche Politik von derjenigen des Auslands beherrscht und bedingt. Das bedeutet für Deutschland die allgemeine Erniedrigung des deutschen Geistes, das tiefste Elend, die furchtbarste nationale Schmach. Für die deutsche Reformation war das Ergebnis ähnlich dem, wie wir es früher bei der böhmischen Reformation (Bd. II 527) feststellten. Damals führten wir die Worte Bezolds an: „Es ist das tragische Geschick mancher Völker, furchtbare Kämpfe zum Besten der ganzen Menschheit, aber mit Aufopferung ihrer vollen Kraft und Blüte durchzuführen.“ Dieses tragische Geschick traf nun auch das deutsche Volk.

Auch noch eine andere Spezialisierung tritt uns im Luthertum entgegen, diejenige der strengen Beschränkung auf das religiöse Gebiet. Wir aber sahen, wie der Reformgedanke ursprünglich kein religiös beschränkter war, daß er anfangs sogar kaum eine religiöse Färbung hatte. Der Reformgedanke war ursprünglich viel mehr politischer, sozialer und wissenschaftlicher Natur; erst als ihm auf diesen Gebieten der Politik, Gesellschaftsordnung und Wissenschaft eben durch die Religion die Bahn verlegt wurde, entwickelte er alle seine Kraft auf religiösem Gebiet. Dieser Uebertritt ins Mystische mußte rückgängig gemacht werden, denn es handelte sich ja zunächst nicht um die Ordnung der himmlischen Angelegenheiten, sondern um diejenige der irdischen. Und da war denn die Frage, ob die Fortbewegung der Reformation außerhalb Deutschlands dieses Zurücktreten aus der mystischen Sphäre auf das politische, soziale und wissenschaftliche Gebiet wieder ermöglichen würde. Schon bei Calvin sehen wir die Anfänge hierzu. Ihm gelang in Genf die Identifizierung seiner Kirche mit der politischen Gemeinde. Auch in Deutschland haben wir ein ähnliches, wenn auch verkrüppeltes Resultat. Der Fürst war die

lebendige politische Macht der Zukunft, er war mit dem Augsburger Religionsfrieden zugleich souveräner Herr der Religion. Also die Thüre, durch welche der Reformgedanke wieder auf irdischen Boden zurückgelangen kann, ist noch nicht ganz vernagelt. Gelingt es der politischen Bewegung der Zukunft und des Auslandes wiederum ins Volk zu dringen, wird das Ergebnis der religiösen Reform erst vollständig werden. Das eigene Gewissen des einzelnen wird alsdann zum religiösen Souverän. Die Persönlichkeit wird in die Geschichte eintreten nicht nur im Fürstenmantel, sondern in jedem Kleide. Es wird zur Erklärung der Menschenrechte kommen, es wird der Gedanke der Humanität das steckengebliebene Werk des Humanismus weiter zu führen haben. So eröffnet sich uns die lebendige Perspektive in die Zukunft.

An der sächsischen Grenze hatte bisher jede romanische, romantische und römisch-deutsche Bewegung die Reaktion hervorgerufen und sich in eine deutsche Aktion umgesetzt. Diesmal war es nicht anders. Und wie so oft dürfen wir auch diesmal den schließlichen Sieg der sächsisch-deutschen Bewegung erhoffen, wenn sie auch den Umweg über den germanischen Norden Europas und das Land der Angelsachsen einschlagen muß, um auf diesem Umwege ihre Annäherung an das romanische Naturell zu finden. Mit dem Siege der religiösen Reform in Sachsen und Niederdeutschland begann die Revolution ihre Weltwanderung: über England, wo sie zur religiös-sozial-politischen wurde, nach den romanischen Ländern, wo sie den religiösen Charakter abstreifte, um von hier nach Deutschland zurückzukehren, wo sie mit dem politischen Charakter zugleich den revolutionären ablegte und zur sozialen Reform sich umgestaltete. So greifen Vergangenheit und Gegenwart in ununterbrochener Kette ineinander. Wir aber erkennen, welche Bewegungen notwendig waren, um den klaren und realen Grundgedanken zum Bewußtsein der Menschen und zur Erkenntnis emporzutreiben; wir erkennen, wie die Pflege der Unwissenheit sich an allen Völkern rächt, wie sie zu Katastrophen und Notständen führt, um also das versagende Erkenntnisvermögen der Menschheit von neuem zu beleben und zu durchdringen. Erweiterung und Verbreitung des Wissens — es ist das erste Gebot aller Volksentwicklung, und dasjenige Volk, welches diesem Gebote nicht gehorcht, sich ihm nicht unbedingt und mit rastlosem Eifer widmet, muß unbedingt bei seinem ferneren Wachstum Verhältnissen begegnen, zu deren Entwirrung seine geistige Kraft und Können nicht ausreichen, es wird in Not und Elend geraten und Katastrophen anheimfallen, denen es vielleicht gänzlich erliegt, durch die es aber vielleicht auch zum Betreten der bisher vernachlässigten Bahnen gezwungen wird.

Einen Mann haben wir ganz aus den Augen verloren: den Kaiser. Was da geschehen war, bedeutete für ihn den Zusammenbruch seines Lebenswerkes. Und so zog er das Ergebnis mit der gleichen unbeugsamen Konsequenz, die ihn seit dem Beginn der dreißiger Jahre durch die europäische Politik hindurchgeführt: er dankte ab. Schon im Sommer 1554 hatte er die Ordnung der deutschen Verhältnisse seinem Bruder überlassen; fast in der gleichen Zeit übertrug er Neapel und Mailand seinem Sohne Philipp. Am 21. Oktober 1555 verzichtete er zu Gunsten desselben zu Brüssel auf die Souveränität des Ordens zum goldenen Vließ. Vor den niederländischen Ständen legte er wenige Tage später die Regierung über die Niederlande zu Gunsten Philipps nieder; am 16. Januar 1556 entsagte er der spanischen Krone, im Oktober 1556 dem Kaisertum. Im Kloster St. Just in Estremadura ist Karl V am 21. September 1558 gestorben.

Die Frage, welche man damals aufwarf und heute immer noch aufwirft, lautet, was geschehen wäre, wenn sich die spanische Herrschaft in Deutschland festgesetzt hätte? Schon die Form dieser Frage ist charakteristisch für die Wandlung der Dinge. Keinem fiel es ein, zu fragen, ob nicht Deutschland vielleicht die Herrschaft in Spanien gewinnne könne? Und doch stand Deutschland im Beginn des 16. Jahrhunderts an der Spitze Europas, wenn auch nicht mehr unbestritten. Bis zu diesem Grade der Selbstbejahung schwang sich das deutsche Leben nicht mehr empor. Dazu fehlte es bereits an der nötigen positiven Volksenergie. Man denke sich einmal den deutschen Adel in einem ähnlichen Verhältnis zu Karl V, wie seinerzeit die Ministerialität zu den Staufern; man denke sich, daß im Gefolge dieser unbesiegbaren deutschen Waffenmacht der deutsche Kaufmann,

der erste der damaligen Welt, die Kolonisierung der neuentdeckten Länder in Angriff genommen hätte, welch' eine Perspektive entdeckt sich dann vor unsern Augen! Und nur infolge des besagten Mangels konnte es zu der Umkehr jener Frage kommen, einer Umkehr, welche die Zurückdrängung des deutschen Lebens auf sich selbst, die Erschütterung seiner Weltstellung zur Folge hatte und haben mußte. Wir stehen also auf dem negativen Boden einer versagenden Volksenergie. Und wenn wir nach der ersten Ursache dieser Wendung forschen, so erscheint uns die Hemmung des deutschen Volkslebens, wie sie in den Städtekriegen zu Tage trat als solche. Sie warfen die Städte auf sich selbst zurück, schnitten sie von den breiteren Schichten der deutschen Bevölkerung ab. „Wenn eine Nation an Manufakturen und technischen Künsten reich ist," sagt David Hume in seiner prächtigen Abhandlung vom Handel, „so studieren sowohl die Landeigentümer als auch die Landwirte den Ackerbau wie eine Wissenschaft und verdoppeln ihren Fleiß und ihre Sorgfalt." Zu dieser gegenseitigen Befruchtung kam es in Deutschland nicht. Das Bürgertum und sein produktiver Geist hatte das Land nicht gewinnen und dort jene Mehrung der geistigen und produktiven Fähigkeiten wecken können, welche zur Erhaltung des volkswirtschaftlichen Gleichgewichts nötig waren. Fragen wir nach der Ursache hiervon, so ist es das religiöse, das mystische Denken, in dem der Geist der Landbevölkerung ausschließlich gefangen blieb. Aber die Kulturentwicklung läßt sich auf die Dauer nicht hemmen, und wenn sie gehemmt wird, rächt sie diese Hemmung durch Explosionen. Die religiöse Revolution wurde zur Notwendigkeit, seitdem sich der reformatorischen Fortentwicklung des religiösen zum verstandesmäßigen Denken die Religion einer älteren Kulturepoche als Hemmnis für das Wachstum des ganzen Volkes in den Weg stellte. Damit verlor das deutsche Leben seine mächtig fortzeugende Naturkraft, das städtische Leben geriet in Einseitigkeit, der Handel überwog, er verlor seine feste Grundlage, und die Kaufleute der süddeutschen Städte wie der Hansa, sahen sich genötigt, in den Dienst der romanischen Nationen des Westens zu treten. Erst diese Loslösung des deutschen Städtelebens von seiner nationalen Grundlage schaffte dann Raum zu jener Entwicklung der fürstlich territorialen Mächte, wie wir sie in dieser Zeit siegreich empordringen sahen, siegreich über die von ihrer politischen Grundlage abgerissenen, nur mehr egoistisch merkantilen Interessen folgenden Städte, siegreich aber auch über die Macht des spanischen Königtums, welches die entwurzelten deutschen Kräfte nur in seinen Dienst, in den Dienst der spanischen Interessen zu ziehen beabsichtigte. Das deutsche Leben fand einen neuen Halt in der fürstlichen Entwicklung, aber jene positiv fortzeugende Macht der Volksenergie war im Erlöschen. Es ist die Frage, ob das deutsche Element die Zeit überdauern wird, in welcher der Aufschwung des Romanentums den Höhepunkt überschreitet und sich zum Niedergang wendet, ob es in negativer Haltung jene Kraft des Wartens zu bethätigen vermag, die sich erst mit der Beseitigung und dem Verfall der entgegenstehenden Hindernisse, eben jener romanischen Kraftentfaltung, wieder in positiver Weise zu erheben vermag? Also die erschöpfte Energie vermag auch das Fürstentum dem deutschen Volksleben nicht wiederzugeben, aber es vermag ihm einen Halt zu verleihen, welcher sein völliges Erlöschen hinauszuschieben und eine dereinstige jugendliche Wiederbelebung zu ermöglichen imstande ist. Von dieser thatsächlichen Grundlage schreiten wir nun zur Betrachtung der kommenden Zeit.

Die deutschen Fürsten! Blicken wir auf ihre Gesamtheit, so müssen wir sagen, der lange Kampf hatte ihre Art vertieft und veredelt. Jene Elemente, die im Sturmwetter der Revolution ein fernes Ziel ahnungsvoll zu erreichen strebten, waren ausgeschieden. Moritz hatte über Magdeburg gesiegt. Albrecht von Brandenburg aber nicht über Nürnberg und Ulm. Dagegen hatte Albrecht die geistlichen Fürsten überwältigt, während Moritz hier auf die Ansprüche der französischen Krone stieß, welche die Protektorschaft über die geistlichen Fürstentümer Deutschlands verlangte. Diese also fanden gegen die Säkularisation den Schutz des Romanentums. Der Sieg des Fürstentums nach der einen Seite, nach der der Souveränität, wurde erkämpft, aber der nach der andern Seite, nach der des weltlichen deutschen Staates, wurde nicht erkämpft. Hier also hat das weltliche Fürstentum fortzuarbeiten, und gegen diese Seite werden sich die Angriffe der der deutschen

Entwicklung feindlichen Mächte richten. Die Thatsache aber, daß gerade jene Elemente ausgeschieden sind, welche nach der allgemeinen Säkularisation der geistlichen Fürstentümer und andererseits nach Umschaffung der Reichs- und Bischofsstädte in Landesstädte mit aller Energie gestrebt, läßt uns für ein siegreiches Vordringen des Fürstentums einstweilen nicht viel hoffen. Kompromisse nach allen Seiten, wie der Augsburger Reichstag sie geschaffen, das wird die Signatur der nächsten Zeit sein.

Der Heidelberger Verein lief im Jahre 1556 zu Ende. Herzog Albrecht von Bayern dachte an eine Verlängerung desselben, aber Christof von Württemberg wich aus. Man solle den nächsten Reichstag möglichst befördern, meinte er, so werde man den Unruhen am besten steuern. Aber auch König Ferdinand konnte von der alten Politik der Sonderbünde nicht lassen, und so kam im Juni 1556 zwischen ihm, dem Herzog von Bayern, dem Erzbischof von Salzburg und der Stadt Augsburg ein Bündnis zustande, welches die Verbündeten gegen Gewaltthat von außen schützen sollte. Es war dies der sogenannte „Landsberger Schirmverein". Derselbe sollte ein langes Dasein fristen (bis zum Jahre 1598), allein seine Haltung war keine positive, sondern bewahrte den defensiven Charakter. Das zeigte sich schon im ersten Jahre seines Bestehens. Als demselben im Mai 1557 die fränkischen Bischöfe von Bamberg und Würzburg nebst der Stadt Nürnberg beitraten, wurde der Bund wie vordem der Heidelberger in die fränkischen Wirren mit hineingezogen. Die Kriege Karls, die Raubzüge Albrechts von Brandenburg-Kulmbach, der eben gestorben war, hatten in Deutschland eine Masse Söldnerproletariats hervorgerufen, welches nun, der größeren Zielpunkte entbehrend, sich in kleinen Scharen zusammenthat und auf eigene Faust weiterwirtschaftete. In Franken war die geistliche Herrschaft furchtbar erschüttert worden, aber das fränkische Herzogtum, von dem Albrecht geträumt, war nicht zustande gekommen. Wohl aber ward der Adel aus seinem bisherigen Beharrungsleben noch einmal emporgerissen, und die Adelsbewegung griff nun weit über die fränkischen Kreise in die schwäbischen, wetterauischen, bayerischen und österreichischen Gebiete hinüber. Da hieß es für die Fürsten scharf aufpassen, daß ihre eben befestigte Herrschaft nicht wieder von dieser Seite erschüttert werde.

In Franken hielten die Händel Wilhelms von Grumbach, des ehemaligen Waffengenossen Markgraf Albrechts, aller Augen auf sich gerichtet, seitdem am 15. April 1557 der Bischof Melchior Zobel von Würzburg auf offener Straße von Grumbachischen Leuten ermordet worden war. Hinter Grumbach standen die Ernestiner von Sachsen, namentlich der dickköpfige Johann Friedrich der mittlere, welcher den Verlust der Kurwürde nicht verschmerzen konnte, und andererseits dauerten in diesen entfesselten Söldnerbanden die vaterlandslosen Neigungen zu fremdem, namentlich französischem Kriegsdienste fort. Wir sehen, daß diese ganze Bewegung für Deutschlands Fortentwicklung von höchster Bedeutung war, zumal die österreichisch-spanische Macht zugleich von zwei Seiten, von Frankreich und den Türken, bedroht wurde.

Der größte Teil Ungarns war noch in der Hand der Türken, die Grenzstädte Metz, Toul, Verdun, waren immer noch im Besitze Frankreichs. Im Jahre 1556 brach der türkische Krieg wieder aus; im Juli desselben Jahres schlossen Papst Paul IV und Heinrich II den Bund zur Vertreibung der Habsburger aus dem Königreich Sicilien. Der spanisch-französische Krieg entbrannte mit neuer Macht in Nordfrankreich und den Niederlanden.

Das waren für Ferdinand I, als er die Regierung übernahm, schwere Aufgaben. Und das Reich? Man verstand die Bedeutung dieser französisch-türkischen Feindschaft nicht mehr, man hielt dieselbe für eine mehr oder weniger rein habsburgische Angelegenheit. Philipp II blieb siegreich. Im April 1559 schloß er mit Frankreich den Frieden von Chateau-Cambresis, aber wie das Reich nicht seine Niederlande verteidigt hatte, sah er sich nicht verpflichtet, die Herausgabe der deutschen Städte von Heinrich II zu verlangen. Auf Grund dieses deutschen Besitzstandes versuchte nun vielmehr der Franzosenkönig, seine Hand noch tiefer in die Reichsangelegenheiten hineinzustecken, indem er eine Vertretung auf den deutschen Reichstagen verlangte. Da endlich wurde er abgewiesen. Eine Gesandtschaft gieng nach Frankreich, um die Rückgabe der eroberten Städte zu fordern. Das

hatte natürlich keinen Erfolg, aber ein anderes Hindernis trat der französischen Politik in den Weg — der Tod Heinrichs II (26. Juli 1559). Ein fünfzehnjähriger Knabe folgte — Franz II.

Die beiden Reichstage, welche Ferdinand im Jahre 1556 in Regensburg und 1559 in Augsburg abhielt, beschäftigten sich mit der Türkenhilfe. Sie ward gewährt, aber in vollkommen unzureichendem Maße. Zu einer dauernden Hilfe, wie sie hier notwendig war, zu einem Aufschwung des politischen Lebens aus dem alten schleppenden Gange ewiger Beratungen und Unterhandlungen kam es nicht. War eine Hilfe zugesagt, war, bis sie überhaupt einmal erhoben war, schon wieder eine andere notwendig geworden. Dabei konnte es natürlich zu keiner erfolgreichen Aktion kommen. Auch hier that die negative Kraft des deutschen Volkes das Beste. Man wartete und hielt aus, bis die offensive feindliche Energie selbst zu erlahmen begann. So geschah es jetzt bei den Osmanen. Dort drohte eine Zersetzung, und Ferdinand kam 1562 mit einem Frieden davon, der ihn abermals zu Tributzahlungen verpflichtete. Und sehen wir uns nun nach der Macht um, welche das positive deutsche Leben im Banne hielt, welche die ganze politische Entfaltung lahm legte, so müssen wir sagen, daß es die theologische Denkweise war, welche alles andere Denken und Leben beherrschte und zurückstaute. Das Volk selbst stand in seiner großen Mehrzahl diesem Treiben der Theologen mit Indifferentismus gegenüber. Es verstand nichts von den Weisheiten, die da offenbart wurden, und diese selbst waren am wenigsten imstande, sein geistiges Leben neu zu befruchten und zu siegreicher Entwicklung zu führen. Kein Wunder, daß bei diesem Mangel an jeglicher positiven Geistesnahrung das Volk verwilderte und versumpfte, es ward ihm ja von seinen geistigen Helden nichts geboten, an dem es sich hätte emporarbeiten können. Gewiß, in der einen großen Negation, welche die Reformation herbeigeführt hatte, in dem Abfall vom Papsttum, war man wohl in der weitaus größten Masse des Volkes einig. „Fürsten und Völker von Deutschland", sagt Soriano 1554, „sind beinahe samt und sonders von Ketzereien angesteckt. Die römische Kirche hat wenig Autorität und verliert dieselbe täglich mehr." „Vormals", sagt der Reichsvicekanzler Seld, „ward der römische Stuhl beinahe angebetet, jetzt wird er verachtet; vormals fürchtete man den päpstlichen Bann mehr als den Tod, jetzt lacht man desselben; „das römische Leben und Wesen ist jetzt in der ganzen Welt so wohl bekannt, daß beinahe jedermann, er sei wer er wolle, der alten oder neuen Religion, davor Abscheu hat." — „Es ist eine weit verbreitete Meinung", sagt Ranke, „die geistige Entwicklung der Deutschen in Litteratur und Poesie sei durch die Reformation aufgehalten worden. Allein war es nicht die kirchliche Bewegung, welche dem Meistergesange, dessen etwas langweilige Formen schon lange an die Stelle der alten Poesie getreten waren, erst seinen Inhalt gab? Der begeisterte Ausdruck des religiösen Gefühls und Tiefsinnes unserer Nation in dem protestantischen Kirchenliede, wäre er für nichts zu achten? Sinnesweise und Weltansicht des deutschen Bürgerstandes spricht Meister Hans Sachs ehrlich und anmutig, künstlich und belehrend aus; niemals hatte er wieder seinesgleichen; er gilt in seiner Art für alle Zeiten. Die Poesie der Rollenhagen und Fischart hat die ganze Kraft, Einfachheit, Wärme und Wahrheit des deutschen Geistes. — Man verkenne nicht das Verdienst der Chroniken des sechszehnten Jahrhunderts. Sie haben Studium, Vaterlandsliebe und den Ausdruck einer treuherzigen mannhaften Biederkeit, wie sie in Leben und Lehre so erwünscht und förderlich ist. — Es lebte noch ungeirrt der alte in seinem Grunde schaffende, ewig hervorbringende Geist der Nation. Jene tiefsinnigen Fabeln von Faust oder dem ewigen Juden, und wieder wie viele schöne und zartgedachte Volkslieder verdanken ohne Zweifel ihre Entstehung keinem andern als diesem Jahrhundert. — Der lebendige Geist des damaligen Deutschlands, gesund und noch sein eigen, schien noch den Augenblick zu erwarten, wo die theologischen Streitigkeiten sich beruhigen würden, um seine Kräfte auf allen großen Bahnen zu versuchen, die dem Menschen ehrenvoll und rühmlich sind." — Gewiß, er lebte noch, der schaffende Geist der Nation, aber ungeirrt? Und wenn der theologische Streit sich nicht beruhigt, wenn er stärker wird, wenn sich die Irrung mehrt, was dann? Wird dann der schöpferische Geist unseres Volkes die Energie noch haben, über diesen Streit zur Tagesordnung über-



Augsburgs Bli

Nach dem



16. Jahrhundert.

.F. Piloty.



Papst Paul IV.

zugehen, die Theologen sich selbst zu überlassen und in positiven Thaten sich jene Mittel zu schaffen, die geeignet sind, die hadernden Theologen an die Wand zu drücken? Konnte es dabei bleiben, daß der gemeine Mann die Kirche verließ, sobald die Predigt aus war? Konnte es dazu kommen, daß er gar nicht mehr in die Kirche hineinging, um von dem Streit unbehelligt und unbeirrt zu bleiben? Die Fürsten hatten die Macht in der Hand, und diese Macht sprach sich in dem Grundsatze aus: „du hast zu glauben, was dein Fürst glaubt!" Der Fürst wird also den gemeinen Mann schon wieder in die Kirche hineintreiben. Also selbst eine ablehnende Haltung dem theologischen Geiste gegenüber, der alles beherrscht, wird dem Volke auf die Dauer unmöglich sein. Es wird sich daran gewöhnen müssen, seine irdischen Angelegenheiten nach himmlischen Gesichtspunkten geleitet zu sehen.

Wir folgen Ranke weiter. Das Bild, welches er von den damaligen Zuständen Deutschlands entwirft, ist schön in seiner Art, aber es bedarf kräftigerer Schattierung. „Auch hat man wohl behauptet, mit dem Handel und Wohlstand der deutschen Städte sei es gegen die Mitte des sechszehnten Jahrhunderts schon durch die Einwirkung neu entdeckter Handelswege ziemlich am Ende gewesen." Handel und Wohlstand beruhten auf dem selbständigen politischen Leben der Städte. Dieses war zurückgeworfen worden. Wohl war die große städtische Katastrophe ohne vorhergehende Entscheidung erfolgt: Die Städte hatten dem Kaiser die Thore geöffnet. Aber sie hatten sich doch unterworfen. Die merkantilen Gesichtspunkte beherrschten die politischen. Damit ging es mit dem positiven und selbständigen Leben zum Ende. Und mit diesem Ende wird der Verfall des Wohlstandes und Handels, der eben auf jenem politischen Leben ruhte, von selbst kommen. Der Rücktritt in diese Defensive ist deutlich. Diese Beschränkung auf sich selbst vermag noch einmal ein mächtiges Emporflammen der alten bürgerlichen Kräfte zu bewirken, aber auf neue befruchtende, das ganze deutsche Geistesleben beherrschende Bahnen wird das städtische Leben nicht mehr hinausbringen. Die Fürsten stehen oben und nachgerade müssen die Städte deren Lied singen. Noch blühten Handel und Schiffahrt der Hansa, aber an dem Verkehr mit den neuen Ländern nahmen sie nur mit Erlaubnis der Spanier und Portugiesen teil, nicht selbständig, nicht auf eigene Faust, nicht als kolonisatorische Pfadfinder des deutschen Volkes. Freilich führte die alte Handelsstraße von der Donau zum Rhein noch über Nürnberg, und Nürnberg behauptete seine glanzvolle Stellung noch. Nicht minder Augsburg. Seine Wechsler waren noch die reichsten der Welt. Der Reichtum und die Macht der süddeutschen Handelsstädte hielt noch vor, es war nicht ausgeschlossen, daß sie zu neuer mächtiger Blüte eine Grundlage zu bilden vermochten. Aber wir sahen doch in dem Zurücktreten des politischen Geistes das allmächtige Unfruchtbarwerden des alten, die Welt beherrschenden deutschen Bürgerlebens. Und Lindau! Noch ging der Warenzug zwischen Danzig und Genua, zwischen Nürnberg und Lyon, zwischen Wien und Lyon über diese Stadt. Aber, wenn die Zeit kommt, daß die auswärtigen Mächte sich zu wirtschaftlicher Selbständigkeit erheben, wird Deutschland seine völkerverbindende und völkerbeherrschende Stellung verlieren, denn in der Erstarrung des politischen Lebens, in der Gleichgültigkeit, mit welcher man Türken und Franzosen gegenübertritt, erkennen wir die Abkehr von der einst mit so mächtigem Erfolge betretenen positiven Bahn. Deutschland wendete sich seinem inneren Leben zu. Es ward zurückgeworfen auf dieses Leben. Die deutsche Reformation war eine sächsische, sie ward keine Weltreformation. Der theologische Geist hielt das deutsche Leben gefesselt. Erst ein volles Zurücktreten auf die natürlichen Bedingungen des deutschen Lebens, eine Wiederverschmelzung dieses Lebens mit dem natürlichen Boden des deutschen Vaterlandes, eine Annäherung des Geistes der Stände aneinander, ein Fühlung-Gewinnen des städtischen Kulturlebens mit den breiteren Volksschichten, die sich als Hemmnis an das städtische Leben geheftet und es zur Einseitigkeit gedrängt, wird das deutsche Leben von neuem positiv zu befruchten imstande sein. Und diesen Weg betrat unbewußt, aber von einem starken und gesunden Triebe gelenkt, der sogenannte Egoismus des deutschen territorialen Fürstentums. Erst wenn der Hanseate und der süddeutsche Bankier aus seiner internationalen Stellung in das deutsche Volksleben zurückgezwungen ist, wird sich eine neue Entwicklung anzubahnen

vermögen. Und zu dieser Anbahnung erweist sich nicht das Kaisertum, das fortwährend von internationalen und veralteten Gesichtspunkten beherrscht wird, sondern das territoriale Fürstentum, welches aus dem Leben hervorging und in demselben wurzelte, als die von der Natur prädestinierte Macht der Zukunft.

Also zu einer Heranziehung und Heranbildung weiterer Volkskräfte hatte es die städtische Kultur nicht zu bringen vermocht. Damit verlor ihre internationale Stellung von selbst das rurale Schwergewicht, den einzig gesunden und ertragreichen Boden, die mächtige, jeder noch so üppigen Ausbildung der Krone gewachsene feste Wurzelkraft. Wohl hielt der natürliche Reichtum des deutschen Lebens noch vor. Die Bergwerke lieferten noch ungezählte Massen edlen Metalles. Aber nach Spanien ergoß bereits eine neue Quelle ihren Reichtum, deren Stromstärke fort und fort wuchs. Der jährliche Zufluß aus Amerika betrug in den Jahren 1492 bis 1500 an $1^1/_2$ Millionen Gulden, also in diesem Zeitraum bereits annähernd 12 Millionen; in der Zeit von 1500 bis 1545 jährlich 18 Millionen, also in dem ganzen Zeitraum 810 Millionen Gulden. Bei der Entdeckung Amerikas betrug nach der Schätzung Humboldts der europäische Münzschatz an 1020 Millionen Gulden. Wir sehen die Kraft, welche dem deutschen Reichtum sein Schwergewicht zu rauben fähig ist, wir erkennen die Macht, welche Deutschland aus seiner Centralstellung als europäische Handelsmacht herauszuheben vermag, denn jene spanische Einfuhr dauerte fort, sie mehrte sich und nahm in den Jahren 1545 bis 1614 einen Zuwachs von über 60 Millionen Gulden jährlich. In einem Jahrhundert vermehrte sich also der europäische Münzschatz fast um das Fünffache, und der Löwenanteil davon floß zunächst den Spaniern und Portugiesen zu. Das war der natürliche Grund, auf welchem die spanische Weltmacht erwuchs, vor der Deutschlands Reichtum allmählich in den Schatten trat. Das war die Macht, welche dem deutschen Fürstentum zu Hilfe kam, das politische Selbstleben der Städte allmählich zu brechen.

Im Jahre 1558 kam es zur Erneuerung des Kurvereins. Es war die letzte, welche geschlossen wurde. Und blicken wir von hier aus zurück auf die Bewegung der kurfürstlichen Politik seit dem Abtreten der luxemburgischen Dynastie, so müssen wir sagen, die Kurfürsten waren im Verlust. Diese Erneuerung des Kurvereins ist daher auch nicht anders als ein Kompromiß anzusehen, welches die eine, die geistliche und katholische Hälfte, mit der anderen, der protestantischen und weltlichen abschloß. Jene Bestrebungen Bayerns seit Albrecht III und des sich an Bayern anschließenden Fürstentums, die Uebermacht der Kurfürsten zu durchbrechen, hatten keinen direkten, wohl aber einen indirekten Erfolg. In der Reformationszeit sahen wir das geistliche Kurfürstentum zurücktreten, während das weltliche Fürstentum bedeutend in den Vordergrund trat. Die religiöse Spaltung des Kurfürstenkollegiums aber muß die politische nach sich ziehen, umsomehr, als jene Vormacht des weltlichen Fürstentums, als Bayern auf katholischer Seite stehen blieb. Hier wird das geistliche Kurfürstentum einen Rückhalt suchen müssen, wie sich das protestantische weltliche Fürstentum mit dem protestantischen Kurfürstentum durch die Politik verbunden sieht. Die Tendenz wird also zunächst nicht mehr sein wie früher, daß das Fürstentum als solches mehr mitbestimmend neben das Kurfürstentum tritt, sondern es wird sich fragen, ob das Kurfürstentum in protestantischem oder katholischem Sinne umgeschaffen werden soll. Und die letzte Tendenz wird Bayern zu der seinigen machen, da ihm hier der Weg gewiesen ist, auf katholischer Grundlage seinen Einfluß im obersten Rate der Nation zu begründen. Bayern also hat einen neuen Bundesgenossen zu seinem Ziele, den Gewaltakt Karls IV, der es aus dem Kurfürstenrate ausschloß, zu korrigieren, und dieser Bundesgenosse ist der Katholizismus. Die Erneuerung des Kurvereins ist demnach ohne aktuelle Bedeutung. Es bleibt die Frage, ob sich das Kurfürstenkollegium der Aufnahme neuer Mitglieder erschließen oder ob es im Sinne des territorialen Fürstentums aus seiner exklusiven Stellung vollends heraustreten und eine Befestigung derselben mehr nach den Anforderungen des nationalen Lebens selbst, als nach den Traditionen seiner internationalen Vergangenheit suchen wird?

Das sind die Aussichten, wenn die von der Reformation geschaffene Spaltung der Nation, wie sie jetzt besteht, erhalten bleibt. Anders aber wird die Sache sofort, wenn

eine neue Verschiebung eintritt. Wittelsbach ist konfessionell gespalten. Die Pfälzer sind protestantisch, die Bayern katholisch. Was in dieser Familie geschah, konnte auch anderwärts geschehen, so bei Habsburg. Was aber ist die Folge, wenn der Protestantismus in die Habsburgische Familie eindringt? Dann wird Bayern nicht mehr zu halten sein. Der Katholizismus wird auch hier verschwinden. Damit aber schwindet das bedeutendste Hemmnis, welches der Erkenntnis eines wittelsbachischen Gesamtinteresses im Wege steht. Nicht das gespaltene Habsburg, sondern das vereinigte Wittelsbach wird zur Vormacht im deutschen Süden und Südwesten werden Zwischen diesen beiden Möglichkeiten, über deren Bedeutung man sich nicht klar ist, die aber dennoch ihre lebendige Einwirkung fortwährend verspüren läßt, wird in der Folgezeit die Entwicklung Bayerns sich hin- und herbewegen.

Betrachten wir die Folgen, welche ein Festhalten Bayerns am Katholizismus haben muß! In dem Jahrzehnt von 1555 bis 1565 gewann Kurfürst August von Sachsen die sächsischen Bistümer Meißen, Merseburg und Naumburg und unterwarf sich seiner Landeshoheit; Johann II von Brandenburg unterwarf in der gleichen Zeit seiner Herrschaft die Bistümer Brandenburg, Havelberg und Lebus. Die Stifter Magdeburg und Halberstadt waren protestantisch; betreffs der Einreihung in ihr Gebiet konkurrierten hier die Mächte Brandenburg und Sachsen. Das letztere hatte den Vorsprung unter Kurfürst Moritz gewonnen. Dann trat Brandenburg vor. Das Königreich Dänemark schob seine Macht gegen Süden über die Bistümer Lübeck und Verden, Sachsen-Lauenburg drang in das Bistum Bremen ein, die Bistümer Schwerin und Ratzeburg fielen an Mecklenburg, Camin an Pommern. Nur Hildesheim blieb noch frei. Die Tendenz der Erweiterung der weltlichen Fürstenmacht war aber nun überall die gleiche, in katholischen wie in protestantischen Ländern. Den protestantischen Fürsten kam bei der Verwirklichung dieses Strebens eben ihr Bekenntnis zu Hilfe, während der Katholizismus da ein Hemmnis bildete. Außerdem wissen wir, daß die romanisierende Bewegung in Niederdeutschland nicht zu der Entwicklung gekommen war, wie in West- und Süddeutschland und ebenso in dem mit dem Erzbistum Köln verbundenen Herzogtum Westfalen. In Niederdeutschland war das weltliche Fürstentum doch in einem viel höheren Grade Herr seiner Bistümer geblieben. Bayern wird also auf diesem Wege nicht weiter kommen. Eine Machterweiterung durch Einverleibung der umliegenden Bistümer ist für Bayern ausgeschlossen. Denn diese würden an dem katholischen Oesterreich stets einen Rückhalt und womöglich bereitwilligen Abnehmer finden. Nur bis zu einem gewissen Punkte kann es da kommen, denn die Bischöfe und Aebte bedürfen des weltlichen Schutzes. Also so eine Art Protektorat wird vielleicht zu erringen sein, weiter nichts. Ein damit verknüpfter Umstand ist nun der, daß die Bistümer auf den großen Städten Süddeutschlands ruhen, Augsburg, Regensburg, Passau, Salzburg, Freising. Die Einverleibung dieser und anderer Städte würde das städtische Leben in Bayern verstärkt und die einseitige Macht der bäuerlichen Kultur aufgehoben haben. Das war nun nicht möglich. Also einen kulturellen Fortschritt, der das ganze bayerische Leben neubefruchtend durchbringt, haben wir nicht zu erwarten. Das Fürstentum muß sehen, wie es mit den von der Vergangenheit geschaffenen Kräften fortwirtschaftet. Und da dem bayerischen Leben die zeugungsfähigen Mittelglieder fehlen, welche die Kulturarbeit in die breiteren Schichten des Volkes zu tragen und also in festes und gesundes Erdreich einzusenken vermögen, wird diese Kulturarbeit eine einseitige, eine Treibhauspflanze, eine Spezialität des Fürstentums bleiben. Aber — und das ist wohl zu beachten — selbst durch diese Treibhauskultur wird es, wenn sie auch einstweilen keine Erweiterung zur Landeskultur erfährt und erfahren kann, möglich, daß wenigstens der Same erhalten bleibt für eine spätere Zeit, in der sich die Möglichkeit einer Erweiterung bietet. Wir halten daran fest: der Kulturfortschritt ist die Lebensaufgabe eines Volkes. Sie wird nach ihrer Erfüllung und Verwirklichung streben auf welchem Wege auch immer und durch welche Mittel auch immer. Hier zurückgedrängt, wird sie ihre Kräfte in andere Kanäle ergießen, ihr Wachstum wird dauern, dauern selbst bei einem scheinbaren Rückgang, bei einem Verfall des ganzen Volkes, denn auch in ihm zeigt sich ihre Macht, die Hindernisse, welche sich ihr in den Weg gestellt, auch

fortzuschaffen und beiseite zu räumen und aus dem Moder verfallender Elemente eine neue Nährkraft für sich selbst zu schaffen. Eine gänzliche Abschließung des bayerischen Lebens gegen das deutsche und allgemeine Kulturleben wird also nicht möglich sein. Auf der einen oder andern Seite wird die Verbindung erhalten bleiben, man wird in Bayern von diesem außerbayerischen Leben erfahren und wenn es selbst durch die Prohibitivlehren und Verbote der Jesuiten wäre. Diesen Irrgängen müssen wir nun zu folgen versuchen.

Mit dem Tode Wilhelms und seines Kanzlers Leonhard von Eck war der Druck gewichen, der auf dem bayerischen Leben bisher geruht und das Eintreten der bayerischen Entwicklung in die Bahnen der Reformatoren zurückgehalten hatte. Sofort bemerken wir denn auch ein Aufschnellen der niedergehaltenen Kräfte auf diesem Gebiete. Zum 3. September 1553 hatte Herzog Albrecht den Landtag nach Landshut berufen. Es handelte sich für ihn um Tilgung der vom Vater übernommenen Schuldenlast, welche infolge der Zeitwirren bisher nur stetig gewachsen war. Im Jahre zuvor war eine neue Landes- und Polizeiordnung erlassen worden, welche natürlich nicht imstande war, eine Erneuerung des Lebens selbst herbeizuführen. Im großen Ausschuß trat nun ein anderes Element hervor, der Disput und die Religion. Es wurde ein diesbezüglicher Antrag gefaßt, welcher „christliche Hirten" für das Volk verlangte; das böse Beispiel der Pfarrer helfe zum allgemeinen Verderben, nur fromme und gelehrte Männer seien anzustellen, um die eingerissenen Mißbräuche abzuschaffen und die Verkündigung des reinen Wortes Gottes zu ermöglichen. Ein engerer Ausschuß wurde für diese Sache gebildet, in dem es zu den lebhaftesten Debatten kam. Die Prälaten protestierten an sich gegen solches Vorgehen. Trotzdem kam es zu einem Antrag an den Herzog, welcher als Quell des Uebels den sündhaften Wandel und die Glaubenslosigkeit hinstellte. Bessere Hirten wurden verlangt, der Herzog möge darauf dringen, „daß das heilige Evangelium und die Hauptartikel der Sündenvergebung und Erlösung aus Verdienst Christi, der Nächstenliebe und der Fruchtbarkeit der guten Werke gepredigt, das heilige Sakrament des Altars, wie es seit vielen Jahrhunderten gehalten worden (d. h. unter beiden Gestalten) gereicht, die Mißbräuche abgestellt, und die Pfarrkirchen mit geschickten Seelsorgern bestellt werden." Daneben bat man den Herzog, nicht, wie man vernommen habe, eine Inquisition einzurichten, da eine solche Maßregel alle Einigkeit zerstören und dem Lande zu Schaden und Abfall und zum Hasse bei deutscher Nation gereichen würde." — Wir fragen hier gleich, ob hinter einem solchen Antrag die Stände geschlossen standen? Und da erfahren wir denn sofort, daß sich die Prälaten natürlich von demselben ausschlossen, daß aber auch der Bürgerstand seine tiefgehenden Differenzen mit den beiden andern Ständen hatte. Als sich Ligsalz im Namen des letzteren erhob und gegen die doppelte Besteuerungsart der Städte protestierte, erklärten ihm die andern Stände, man erkenne den Bürgerstand zwar als einen Stand an, aber nicht als einen gefreiten. In dem Augenblicke also, wo sich mit dem religiösen Antrag politische Elemente vermengen, werden die Stände ihre gesonderten Wege ziehen und nicht geschlossen vorgehen. Albrecht erwiederte auf den Antrag mit dem Hinweis auf die zum 17. Dezember berufene Salzburger Provinzialsynode, im übrigen wünsche er in Zukunft mit derartigen Dingen verschont zu bleiben. An der Religion könne er nichts ändern. Was die Inquisition betreffe, so wolle man ihn nur verdächtigen, seine Gedanken zielten nicht dahin. Die Landschaft aber ließ sich nicht irre machen, sondern drang abermals auf die Gestattung des Kelches für diejenigen, welche danach Verlangen trügen. Der Herzog meldete zurück, in Religionssachen habe es bis zur künftigen Synode und Reichsversammlung sein Bewenden.

Am 17. Dezember trat die Synode in Mühldorf zusammen. Knöpfler hat uns über dieselbe eingehenden Bericht erstattet, und wir müssen die einzelnen Punkte, welche man bei den Verhandlungen ins Auge faßte, etwas betrachten, da sie uns ein Bild von der geistigen Stimmung der Bevölkerung innerhalb der bayerischen Kirche geben. Die Unterthanen verlangten das Abendmahl unter beiden Gestalten, sie verachteten die Messe und verließen die Kirche nach der Predigt und vor der Wandlung, die Ohrenbeichte hielten sie für überflüssig, man solle auf „gemaine Peicht" absolvieren; von der Genug-



Kaiser Ferdinand I.

thuung für begangene Sünden hielten sie nichts, sie verachteten die Priester, verwarfen die Anrufung der Heiligen, verunehrten und zerstörten die Bilder und Kruzifixe, verwarfen die Fürbitte für die Verstorbenen und verlangten die Priesterehe. Ferner brachen sie die Fastengebote, verachteten die Kreuzgänge und Wallfahrten wie die übrigen Ceremonien der Kirche, hielten Winkelpredigten und predigten aus verbotenen Büchern, führten in die Kirche neue deutsche Lieder und Gesänge ein und unterließen das Sakrament der Oelung ganz. Zur Abstellung dieser Uebel empfahl die Synode strenge Zwangsmittel und Inquisition. Darauf konnte sich der Herzog, der eben bei seinem Landtage die herrschende Stimmung kennen gelernt hatte, nicht einlassen. Er schlug also zunächst eine Visitation der Geistlichen vor, dann ein Examen der Schulmeister vor ihrer Anstellung, wies aber dabei die bischöfliche Jurisdiktion über die Schulen seines Fürstentums zurück, da hier nur er zu disponieren habe. So kam ein wesentlich gemildertes Mandat zustande, welches über die falschen Prediger, die abgefallenen Mönche, die Bücher in den Pfarrhäusern, Klöstern und Schulen, dann über die Schulen und Lehrer selbst, über die von den Pfarrern und Predigern zu verwendenden Bücher und Postillen, über den Katechismus und manches andere Bestimmungen enthielt. „Auch bei den Laien sollen schlechte Bücher abgeschafft und für die von dem Buchhändler zu verkaufenden Bücher ein Katalog angefertigt werden. Die jährlichen und zweijährigen Visitationen und Synoden dürfen nicht unterlassen werden.“ Betreffs der Bekehrung der Abgefallenen wurde beschlossen, daß zunächst gütlich mit ihnen zu verhandeln und durch bessere Unterweisung in die rechte Bahn wieder einzulenken sei. Zugleich mit diesem Mandate erließ der Erzbischof eine Instruktion, welche sich in erster Linie an die Geistlichkeit selbst richtete. Sie verbreitete sich über die Prediger, Lehre und Bücher, über die Autorität der Kirche, über die Sakramente und einige andere Artikel. Die von den Reformatoren übersetzten Bibeln wurden verdammt, man solle sich an die älteren Verdeutschungen oder an diejenige von Eck und Dietenberger halten. Dann wurde eine Reihe von Büchern empfohlen, deren Aufzählung wir uns ersparen können „Sorglich dagegen zu meiden sind: Catechismus Lutheri und seiner Discipeln; dann die Postillen Lutheri, Spangenbergii, Corvini, Huberi.“ Ebenso zurückgewiesen wurden die neuen Bibelforschungen, denn „den Text der hl. Schrift habe die katholische Kirche unverfälscht überliefert.“ Es bedeutete das ein Festhalten an der Vulgata. In den letzten Artikeln verbreitete sich die erzbischöfliche Instruktion über die Lehren vom Glauben und den guten Werken, vom Fegfeuer, von der Anrufung der Heiligen, von der Verehrung der Bilder, von der Kirchengewalt, von den Ceremonien, die „des Menschen Blödigkeit helfen“ sollen.

Die Mühldorfer Beschlüsse blieben einstweilen ohne große Wirkung. Es fehlte an Kräften, welche sie hätten ins Dasein überzuführen vermocht. Die Unwissenheit und Rohheit der Geistlichen hatten einen solchen Grad erreicht, daß gegen sie mit Beschlüssen, Mandaten und Instruktionen nicht viel auszurichten war. An der einen Mandatsbestimmung, daß man auf die Schloßpfaffen des Adels ein wachsames Auge haben sollte, erkennen wir, wo die Neuerer in dem Gebiet der Erzdiöcese namentlich ihren Rückhalt fanden.

So kam es auf dem Landtage, der am 3. März 1556 in München eröffnet wurde, abermals zu einer Petition betreffs der Religion. Der Herzog hatte sich, als er von ihrer Vorbereitung vernahm, eine solche ausdrücklich verbeten. Der Landtag aber ließ erwiedern, er habe das Recht, seine Anliegen zur Sprache zu bringen, und so wurde eine Petition genehmigt, welche dahin lautete: „Wenn man sich gleich des fürstlichen Abschieds zu Landshut erinnere, so sei man doch — in Betracht, daß von dem Konzilium wenig Erörterung zu erwarten — um die Gewissen vor Verzweiflung zu bewahren, gezwungen, die früheren Bitten zu wiederholen und fürs erste zu bitten, daß Se. Gnaden Fürsehung treffen, daß die Kanzeln mit gottesfürchtigen Seelsorgern, die das Wort Gottes nach biblischer Lehre rein verkünden, dazu der Keuschheit oder ehelichem Stande nach, je nach der eigenen Gnade, ein Spiegel der Zucht seien, versehen würden; daß ferner gegen aufgestellte Lehrer nicht gleich mit Gewalt verfahren, sondern solche zur Verantwortung gelassen werden, daß ferner gnädig geduldet werde (bei so teueren

Zeiten, und da alles was mit Danksagung und Mäßigkeit genossen wird, die Seele nicht beflecken kann), daß sich jene, die hiezu notwendige Ursachen haben, in ihren Häusern an Fischtagen des Fleisches zu gebrauchen; daß endlich allen jenen, welche ihr Gewissen dazu bringet, gestattet werde, ohne Gefahr vor Strafe oder Ungnade das hochwürdige Sakrament des Altars unter beiden Gestalten zu genießen." Der Herzog hatte den Landtag berufen, weil er Geld bedurfte; man zeigte ihm nun an, daß man, bis der Herzog nicht sein Gemüt in der wichtigen Sache der Religion eröffnet habe, von einer weiteren Beratung nichts wissen und zu einer solchen nicht greifen wolle. Als Albrecht das vernahm, ließ er melden, er habe sich eines solchen Trotzes nicht versehen und begehre, daß die beiden Stände mit den Prälaten der Beratung der fürstlichen Proposition sich widmen sollten. Die Landschaft blieb fest. Sie lehnte das Begehren ab. Albrecht erwiederte, das sei Vermessenheit, zu der um so weniger Grund vorliege, „als der schon zu Landshut gegebenen Erklärung gemäß die hochwichtige Sache der Religion ganz auf den Beschlüssen des Reiches bewende." Aus den weiteren Anführungen Albrechts, in denen er sich darauf berief, „daß es ihm, als einem katholischen Fürsten nicht zustehe, in diesen Dingen der Kirche eigenmächtig vorzugreifen," erkennen wir seine Doppelstellung zwischen Reich und Kirche. Wer ist der Stärkere? Ihm wird sich Bayern unterwerfen; ein selbständiges Vorgehen lehnte Albrecht ab, wenn er auch betreffs des Abendsmahls unter beiden Gestalten und der Aufhebung des Fastengebotes einige Milderung in Aussicht stellte. Das genügte den Ständen nicht. Von der Mühldorfer Synode und dem Augsburger Reichstag (1555) habe man eine christliche Reformation erwartet. Die sei ausgeblieben, also sei von solchen Tagen überhaupt nichts zu erwarten. Deßhalb sehe man sich genötigt, selbst vorzugehen und so bitte man nochmals um Gewährung des Abendmahls unter beiden Gestalten, um Gestattung der Ehe für diejenigen Kirchendiener, welche die Gnade der Enthaltung nicht zuteil wurde und auf Aufhebung des Fastengebotes für diejenigen, deren Gesundheit und Vermögensumstände eine solche verlangten. Vor der Erledigung dieses Anbringens sei man an einem Eingehen auf die herzogliche Proposition gehindert. Nach mehrmaligem Schriftenwechsel erlangte der Landtag endlich am 31. März 1556 eine herzogliche Deklaration, in welcher sich Albrecht wieder darauf berief, daß es ihm nicht zustehe, in Sachen der Religion eine Neuerung oder Veränderung vorzunehmen und der allgemeinen christlichen Kirche hierin vorzugreifen. Von einer Bewilligung oder Zulassung etlicher Forderungen könne also nicht die Rede sein, doch wolle man die Versicherung geben, daß den anders Handelnden Strafe und Ungnade nicht treffen sollte bis auf fernere christliche und gebürliche Vergleichung der Religion." Wer also die Kommunion unter beiden Gestalten zu empfangen sich gedrungen fühle und einen Grund zu haben glaube, das Fastengebot nicht einzuhalten, sollte deshalb mit Strafe und Ungnade nicht beschwert werden. Oeffentliches Feilhalten des Fleisches aber bleibe an Fasttagen verboten. Dem Gewissen des Priesters sollte die Reichung des Abendmahls unter beiderlei Gestalt anheimgestellt bleiben, zwingen aber sollte ihn dazu niemand können. Geistliche und Beamte würden in diesem Sinne angewiesen und mit den Bischöfen darüber in Beratung getreten werden. Darauf ward eine Vereinbarung betreffs der herzoglichen Schulden getroffen. Diese aber machten im folgenden Jahre abermals eine Berufung des Landtags notwendig, welcher vom 2. bis 22. Dezember in Landshut tagte. Hier kam denn auch die Religionsangelegenheit wieder zur Sprache. Es fänden sich wenige Priester, welche das Abendmahl unter beiderlei Gestalt darreichen wollten. Der Herzog möge es denselben also ein für allemal befehlen. Das aber war gegen den offenbaren Sinn der Deklaration, und Albrecht verweigerte denn auch den Zwang nach dieser Seite. Wie bei dem vorigen Landtag auf den bevorstehenden Reichstag, so wurde bei diesem auf das bevorstehende Wormser Religionsgespräch verwiesen, dessen Beschlüsse man abwarten sollte. Gleichzeitig gab der Herzog einen zusammenfassenden Bericht über den Stand der Finanzen der Landschaft hinüber. Die Landschaft bat um bessere Anweisung der Beamten und geistlichen Obrigkeit, welche die Priester an der Austeilung der Kommunion unter beiderlei Gestalt hinderten, ebenso möge das öffentliche Aergernis abgestellt werden, welches die nicht verheirateten, aber im Konkubinat lebenden

Priester gäben, wenn der Herzog nicht in den Punkt der Priesterehe eingehen wollte. Der Herzog ließ erwiedern, daß es nicht in seiner Macht stehe, „die Beheirateten zum Priestertum kommen zu lassen, wiewohl, da es durch ordentliche Weg auch mit Maß und Ordnung zugegeben, S. G. mit nichten zugegen wären.“ Ueber die herzogliche Deklaration wurde also nicht hinausgegangen.

Anders gestalteten sich die Dinge auf finanziellem Gebiet. Albrecht hatte die Uebernahme und Verzinsung sämtlicher Schulden durch die Landschaft gefordert. Es waren über 800,000 Gulden. Die Landschaft erklärte sich dazu bereit, wenn auch nach langem Sträuben, nachdem der Herzog seinerseits sich zu Konzessionen bereit erklärt hatte. So kam es zum 60. Freiheitsbrief, welcher den Landständen vollkommene Edelmannsfreiheit gewährte. Demzufolge wurde die niedere Gerichtsbarkeit des Adels auch auf die einschichtigen, in den herzoglichen Landgerichten zerstreuten und bisher diesen untergeordneten Güter und Tafernen ausgedehnt. Den Rittern wurde ebenso vorzügliche Berücksichtigung bei Besetzung der Aemter versprochen, den Prälaten wurde namentlich die Zulassung der Verleibung auf ihren Gütern und die Beiordnung geistlicher Personen zu den Visitationen zugesagt, während den Städten und Märkten, welche Erweiterung ihres Burgfriedens, die niedere Gerichtsbarkeit, gefreite Zünfte und Handwerke begehrten, weitere Verhandlungen versprochen wurden.

Aus den Verhandlungen des Landtags erkannten wir das Eindringen der evangelischen Reformgedanken in Bayern. Ebenso aber erkannten wir, daß die Bewegung das Maß ihrer Energie bereits erfüllt hatte. Die Verhandlungen zogen sich auf das politische Gebiet hinüber, auf dem religiösen aber blieb es bei den geringen Konzessionen Albrechts. Er wartete auf die Entscheidung von Reich und Kirche, und wie er sein Vorgehen nach diesen äußeren Verhältnissen einzurichten gedachte, so kam es nun für die reformatorische Bewegung in Bayern darauf an, ob sie nach außen einen Rückhalt und eine Unterstützung finden würde.

Sehen wir zunächst auf den Protestantismus als einigendes und umfassendes religiöses Bekenntnis, so tritt uns wohl der Drang nach Einigkeit und Allgemeinheit in unverkennbarer Weise entgegen, aber ebenso müssen wir gestehen, daß der Kampf der Theologen und Fanatiker eher alles andere zu Tage förderte, als diese Einigkeit und den Fortschritt zu ihr. Es wirkte eben jene katholische Gesinnung nach, auf die man immer mehr zurückgedrängt worden war, welche ein festbestimmtes und begrenztes Dogma verlangte, und jene protestantische Gesinnung, wie sie einst Luther im allgemeinen Priesterthum und der Selbstforschung proklamiert hatte, war unvermerkt immer mehr abhanden gekommen. Ein Jahrhundert später mußte sie von Milton in England wieder neu entdeckt werden, welcher der Kirche, einer Synode und Versammlung die Fähigkeit absprach, „über den Sinn der Schrift für das Gewissen eines andern Menschen definitiv aburteilen zu können.“ Die von den Humanisten zu Boden getretene Scholastik hatte sich wieder aller Köpfe bemächtigt, und neben ihr reckte die abergläubische Borniertheit des Volkes ihr Gespensterhaupt wieder empor bis zu den Thronen der Fürsten. Zumal jetzt drang in „die damalige theologische Polemik mit der Schärfe zugleich der Ton des Pöbels ein,“ und von einem Selbstpriestertum war nirgendwo etwas zu merken. Eine Einigung? Wie war sie möglich? Herzog Christof von Württemberg dachte an eine große protestantische Synode. Sie war nicht möglich. Da faßte er den Plan, die protestantischen Reichsstände sollten sich unter sich vereinigen. Also eine protestantisch-politische Partei, wie einst der schmalkadische Bund! Davon wollte Kurfürst August von Sachsen nichts wissen, weil damit der Religionsfriede gefährdet werde. Die Verhandlungen zu Regensburg im Jahr 1556 führten zu keinem Ziel. Was man wollte, fühlte man wohl, aber gerade der Religionsfriede hatte dem einen Damm vorgeschoben. Der Protestantismus begehrte nach Freistellung der Religion, nach Beseitigung des geistlichen Vorbehalts. Und da tritt uns die territoriale Entwicklung des Protestantismus in den Weg. In Norddeutschland war er Sieger. Hier fühlte man das Bedürfnis nach Freistellung und Beseitigung des geistlichen Vorbehalts wenig. Desto mehr, je weiter man nach Westen und Süden vordrang, wo sich neben dem Protestantismus eine starke katholische

Macht erhalten hatte. Hier begehrte man nach unbedingter Freiheit und Fortentwicklung. So kam es, daß die Stimmungen ganz verschieden waren. In Kursachsen wollte man Frieden und demgemäß Stärkung des Reichs, da man hier die Entwicklung im Osten Deutschlands mit Besorgnis betrachtete. Eine ähnliche Stimmung waltete in Kurbrandenburg. In Kurpfalz und Württemberg dagegen wollte man freie Bahn für die protestantische Entwicklung. Das ging gegen den Religionsfrieden. So kam die Zeit, da man in Worms zu einem neuen Religionsgespräch zusammentrat (24. August 1557). Der Erfolg war ein offenkundiger Skandal. Der Zwiespalt blieb und ließ sich nicht mehr verheimlichen. Auch eine Beratung der protestantischen Fürsten unter sich, wie sie bei Gelegenheit der Uebertragung des Kaisertums auf Ferdinand I im März 1558 vorgenommen wurde, hatte nur einen zweideutigen Erfolg. Die herzoglich-sächsischen Theologen widersprachen der durch Melanchthon und die Württemberger getroffenen Vereinbarung; im Januar 1559 erschien das sogenannte sächsische Konsulationsbuch, in welchem die Dickköpfigkeit Johann Friedrichs und seiner streng lutherischen Theologen ihren Ausdruck fand. Am 3. März 1559 eröffnete Ferdinand in Augsburg seinen zweiten Reichstag. Er hielt an dem Gedanken einer Einigung fest. Im Reiche selbst war sie nicht zu erreichen, und so hoffte er auf das in Aussicht stehende Konzil. Er suchte die Protestanten für Beschickung desselben zu gewinnen. Die aber wiesen das ab. Kommt nun das Konzil, wird es ein katholisches sein; es wird mehr sein ein romanisches, bei dem das deutsche Element nur ungenügend vertreten ist. Vielleicht aber wird es eine Einigung der katholischen Mächte herbeiführen, und dieser Gegendruck wird auf den Protestantismus zurückwirken. Einstweilen also stellen wir fest, daß die religiöse Bewegung in Bayern an dem Protestantismus außerhalb Bayerns keinen Rückhalt fand und finden konnte, ja daß sie eher als eine Stärkung das Gegenteil in dem Zwiespalt der Protestanten außerhalb Bayerns fand.

Um so merkwürdiger ist für uns eine andere Erscheinung. „Als der Kurfürstentag im März des Jahres 1558 die Abdankung Karls V und die Nachfolge Ferdinand I genehmigte, befand sich die päpstliche Würde in den Händen Pauls IV, eines Hierarchen, in dessen bisheriger Wirksamkeit als Bischof und Kardinal zwei entgegengesetzte Richtungen sich durchkreuzt hatten.“ Einerseits wollte er die Reform der Kirche, andrerseits war er als neapolitanischer Edelmann ein geborener Feind der habsburgisch-spanischen Herrschaft. Jene Ansprüche des mittelalterlichen Papsttums, Herr der Kaiser, Könige und Fürsten, absoluter Monarch der Christenheit zu sein, lebte in ihm von neuem auf. Und von diesem Standpunkt geriet er mit den Kurfürsten, welche, ohne ihn zu fragen, die Abdankung eines lebenden Kaisers und die Uebertragung des Kaisertums auf einen andern genehmigt hatten, in Konflikt. Er forderte für sich das Recht, die Person des neuen Kaisers auf ihre Würdigkeit prüfen und die Wahl desselben anerkennen oder verwerfen zu dürfen. So versagte er dem kaiserlichen Gesandten den Empfang. Was sollte nun der katholische Kaiser thun? Er wandte sich an die Kurfürsten. Die Protestanten unter ihnen rieten ihm, sich um die päpstliche Anerkennung nicht zu kümmern; die geistlichen Kurfürsten wollten Gegenmaßregeln gegen Rom beraten. Ferdinand wandte sich dann an seinen Vizekanzler Seld, der ein Gutachten über den Fall ausarbeiten sollte. Und in diesem Augenblicke, da die prinzipielle Frage, um deren Entscheidung Deutschland das ganze Mittelalter hindurch gerungen, wieder auftauchte, da es sich darum handelte, festzustellen, ob die deutsche Volksentwicklung eine freie, souveräne, in sich getragene sei, oder ob sie die Sklavin einer außerdeutschen Autorität abzugeben habe, erwachte der Geist eines Mannes, der es verstanden hatte, seine bayerische Stammnatur hinauswachsen zu lassen in das allgemeine deutsche Leben und darüber hinaus in das Kulturleben Europas. „Vier und zwanzig Jahre schon umschloß den trefflichen Aventin die Stille des Grabes; da machte Seld von seinen Forschungen Gebrauch, um die angegriffenen Rechte des Reiches zu verteidigen“ (Reimann). Wir wissen, es ist die Zeit, da auch in Bayern selbst die Bewegung zur Reform einen immer entschiedeneren protestantischen Charakter angenommen hatte. In dem nun Aventin wieder lebendig wird, wird der katholische Vizekanzler Seld protestantisch. „Er rät seinem Herrn, die alten Canones der Kirchenväter und die Kon-

stitutionen, welche vor tausend und mehr Jahren von den römischen Kaisern gemacht worden, treulich zu befolgen und sich dagegen um die Satzungen der Päpste aus der Zeit, wo die Kirche an weltlicher Pracht und Herrlichkeit zu- und an geistlicher Zucht und Ehrbarkeit abgenommen, sowie um die Aussprüche ihrer Theologen und Kanonisten nicht zu bekümmern." Des Kaisers Macht stamme von Gott, nicht vom Papste, was einst Ludwig der Bayer in Bezug auf die Reichsrechte gefordert, nimmt nun Seld für seinen Kaiser in Anspruch. Ludwig der Bayer, Aventin, Ferdinand, Seld, die bayerische Reformbewegung, — wer möchte dieses Zusammentreffen für Zufall erklären? Strebt nicht immer wieder die Entwicklung eines Volkes zu den höchsten Prinzipien ihrer Selbstbejahung? Werden wir nicht stets in dem Augenblicke, wo sie es thut, ein derartiges Zusammentreffen geistiger Bestrebungen mit realen Volksbewegungen zu konstatieren haben? Also nicht im Protestantismus als geschlossener Macht, sondern in dem zu protestantischen Anschauungen gedrängten Denken der kaiserlichen Umgebung gewann die bayerische Bewegung zunächst einen unsichtbaren, aber wohl fühlbaren Rückhalt. Albrecht V mußte warten, wie sich diese Dinge entscheiden würden. Es war ebensowenig ein Zufall, daß Seld, wie Ritter darthut, zugleich auf die Beschlüsse des Konstanzer und Baseler Konzils zurückgriff, also auf die Zeit, in der man zuerst von deutscher Seite auf eine Reformation der Kirche bewußt gedrungen, wo man auf ein deutsches „Konkorbat" mit dem Papsttum hingearbeitet hatte. Der von diesen Konzilien vertretene Standpunkt war aber bekanntlich der, daß das Konzil über dem Papst stehe, und diese Anschauung war in Deutschland lebendig geblieben bis zu jener Zeit. Jetzt schien der alte Zwist zur Entscheidung zu drängen. Aventin wies den Weg zur Emanzipation des deutschen Volkes. Da starb Paul IV am 18. August 1559, und sein Nachfolger Pius IV erkannte Ferdinand an. Eine Entscheidung erfolgte nicht, denn Papst und Kaiser gingen ihr, als sie die Tragweite einer solchen erkannt, vorsichtig aus dem Wege.

Nur einen Umstand gab es noch, der der protestantischen Bewegung in Bayern und Oesterreich einen ferneren Halt gewährte. Maximilian, der voraussichtliche Erbe und Thronfolger Ferdinand I hegte protestantische Sympathien. Albrecht V mußte weiter warten, er mußte sehen, ob Maximilian, der in dieser Zeit offen seine protestantische Gesinnung zur Schau trug, sich selbst treu bleiben würde.

Als Ferdinand vom Augsburger Reichstag im Herbst 1559 nach Wien zurückkehrte, war die Bekehrung seines ältesten Sohnes das erste Werk, welches er mit aller Energie in Angriff nahm. Er wies Maximilian die Aussichten, welche er als Katholik habe; denn Philipp II von Spanien hatte nur einen Sohn und dieser Sohn, Don Carlos, war blödsinnig. Andrerseits drohte Ferdinand dem Hartnäckigen mit Erniedrigung und Verlust seines Erbes, und dieses Erbe war außer vielem anderen die Kaiserkrone. Maximilian war Habsburger. Sein Bekenntnis wird sich nach den politischen Aussichten richten, und diese gewannen in den folgenden Jahren unzweifelhaft. Wie die bayerische Bewegung fand auch der Protestantismus Maximilians an seinen protestantischen Gesinnungsgenossen keinen energischen Halt. Sie hofften alles von ihm, während er gerade ihrer Hilfe bedurfte.

Herzog Albrecht war nach der seinen Ständen gegebenen Deklaration sofort mit den Bischöfen in Verhandlung getreten. Diese aber scheuten offenbar vor der Kelchgewährung nicht nur, sondern erst recht vor einer Reformation zurück, der sie ihre Person und Stellung nicht hätten entziehen können. Erst im Februar 1558 beschlossen sie, einer beabsichtigten Visitation, zu der nicht bloß Albrecht, sondern von der andern Seite auch Kaiser Ferdinand drängte, zuzustimmen. Den Laienkelch lehnten sie wieder ab und betreffs der Visitation wollten sie nur vorgehen, wenn sich die rheinischen Erzbischöfe mit dem Salzburger verbänden. Erst auf wiederholt scharfes Einschreiten Albrechts, der ihnen ein Vorgehen auf eigene Faust androhte, wurden die Bischöfe zur Visitation williger, meinten aber doch, des Herzogs kirchlicher Eifer für die Visitation entstamme wohl mehr der Rücksichtnahme auf seine weltlichen Stände. Mehr als diese Zänkereien interessieren uns die wirklichen Zustände des bayerischen Klerus, für welche Knöpfler für den Zeitraum von 1519 bis 1567 Zeugnisse beibringt, für welche sich auch noch über diesen

Zeitraum hinaus weitere Zeugnisse beibringen ließen. Nur wenige genügen indeß. „Die Kleriker sind schlechter als die Laien, die sie zugleich mit sich selbst zu Grunde richten," sagte Bischof Berthold von Chiemsee im Jahre 1519. „Die Salzburger Reformationsformel vom Jahre 1562 klagt: Die Befreiung vom Examen führte viele Unkundige und Unerfahrene in den heiligen Stand, die geeigneter schienen, den Stall, als den Altar zu bedienen." Sie nennt Habsucht und Schwelgerei als die Hauptlaster, welche den geistlichen Stand und seine Würde allen verhaßt machen. Das Gebot des Conlibats und der Keuschheit schien ganz vergessen. Pius IV meinte in einem Schreiben an den Erzbischof von Salzburg, daß nicht nur die Ketzer, sondern auch die Katholiken den Klerus wegen seines schändlichen und nichtswürdigen Lebens verachteten. Unwissenheit und im Gefolge derselben alle Laster waren im Schwange. Es läßt sich wohl denken, daß es bei dem Volke, dessen Lehrer also beschaffen waren, hinsichtlich der ersteren nicht viel besser ausgesehen hat. Daß es nun auf solch' nivelliertem Boden ebenso gut zum Protestantismus, wie zur Herstellung des Katholizismus kommen konnte, läßt sich nicht bezweifeln, es fragte sich nur, wer den Vorsprung gewinnen würde. Ebenso war es klar, daß eine Visitation nötig war, und zu ihr traf man im Jahr 1558 die Vorkehrungen. Es ward eine spezialisierte Information für die Visitatoren entworfen, von welcher uns die auf die Lebenshaltung der Geistlichen bezüglichen Fragen wohl Aufschluß geben darüber, was man damals in Bayern finden konnte. Die Visitatoren hatten unter anderm zu erforschen, ob die Geistlichen „Wirthshausbesitzer, Trunkenbolde seien, ob sie bei den Laien in den Wirtshäusern öffentlich zechen; wie sie sich daselbst aufführen, ob sie schreien, jauchzen, rumoren, gott lestern, schlagen und fechten?" Dann folgen Fragen bezüglich des Konkubinats, welches fast durchweg im Gebrauch war. Dann: „Ob sie betrunken die Sakramenta administriert, Meß gelesen oder anderen Gottesdienst verrichtet? Morgens vor dem Celebrieren Suppe oder anderes essen oder Branntwein trinken? Es kamen da sonderbare Sachen zum Vorschein, die uns indessen erklärlicher werden, wenn wir stets die gänzliche Unwissenheit des Klerus im Auge behalten. Was da an Absolutionsformeln z. B. geleistet wurde, erinnert mit seinem Kauderwelsch schon mehr an die Beschwörungsformeln eines Zigeunerweibes. Knöpfler meint, ein sittlich intakter Priester sei eine Seltenheit gewesen. Aber war es wohl zu verwundern, daß diese Leute, die man nahm, wie man sie bekam, nichts vom Cölibat wußten oder wissen wollten, die also ihrem natürlichen Drange folgend eben dadurch als Priester und zur Keuschheit Verpflichtete mit ihrem eigenen Gewissen sofort in Konflikt gerieten? Und mit Recht schiebt derselbe Geschichtsforscher die Hauptschuld auf die Bischöfe. Die Frage wurde wieder lebendig, welche die katholische Kirche seit Jahrhunderten bewegt. Vermochte doch schon derselbe Papst Gregor VII, der eigentliche Begründer des Cölibats, sich nicht darüber zu entscheiden, ob zum Priester nur die Weihe oder auch ein priesterlicher Charakter notwendig sei? Ob nicht durch unpriesterliches Leben die Integrität des priesterlichen Charakters, die Kraft der Weihe verloren gehe? Ob nicht der Mann seine persönliche Würde auf das Amt zu übertragen habe, oder dieses auch den Unwürdigen würdig zu machen vermöge? Die Gleichgültigkeit der Bischöfe gegen die Erfüllung ihrer Pflichten aber war doch auch nur wieder die Konsequenz davon, daß sie zu „Pächtern" degradiert worden waren. Selbst Sklaven eines andern, was kümmerte sie es, wie es mit der Sache des Generalsklavenhalters stand! Unter Gregor VII begegneten wir dieser Klage, der Papst springe mit seinen Bischöfen wie mit Pächtern um, jetzt begegnen wir der Klage wieder, daß die Bischöfe nur „Generalvikare" des Papstes sein sollten, wie der Erzbischof Guerreno von Granada sich ausdrückt. Bei einem solchen Institut war keine dauernde Gesundheit möglich. Die Krankheit des Hauptes ward sofort zur Krankheit des ganzen Körpers, und wenn die Reformatoren ihren Zorn und Haß vor allem gegen Rom richteten, folgten sie dabei nur einem durchaus richtigen Triebe. Aber schon waren die Gesandten des Papsttums in Bayern an der Arbeit. Die Klagen gegen die Jesuiten ertönten bereits von allen Seiten, nicht nur von der der weltlichen Lehrer, sondern auch von der der Geistlichkeit. Albrecht bedurfte der Lehrer für sein Volk, und da sie ihm Deutschland nicht bot, nahm er seine Hilfe zum Ausland.

Nun ist es aber vollkommen falsch, wenn man die Untauglichkeit des Klerus als Hauptursache des religiösen Verfalls ansieht. Die Ursache lag tiefer. Erst der Verfall der Lehre, die Thatsache, daß die theologische Entwicklung in der katholischen Kirche zum Stillstand gekommen war, daß sie mit dem Wachstum des Völkergeistes nicht mehr Schritt zu halten vermochte, warf das theologische Wachstum aus der Kirche hinaus. Nicht die schlechten, sondern die besten Leute der alten Kirche, die Leute mit eigenem Leben und Denken sahen sich zum Austritt gezwungen, und dieses Entweichen der besseren Kräfte beschleunigte den rapiden Verfall des zurückbleibenden Klerus. Wir wissen, daß in Salzburg der Bauernkrieg nicht in jener blutigen Weise verlief, wie anderwärts. Die Opposition, wenn auch zurückgedrängt, blieb hier stark und lebendig, und jetzt trieb diese Opposition den Erzbischof Johann Jakob Küen, der 1560 dem Erzbischof Michael von Khüenburg gefolgt war, vorwärts. Es mußte etwas geschehen, wenn nicht das volle Chaos über Salzburg hereinbrechen sollte. Am 9. März 1562 trat eine Provinzialsynode in Salzburg zusammen, welche über das Ergebnis der Visitation und die Reformation beraten sollte. Es ist zu bemerken, daß sich auch jetzt die Bischöfe noch nicht bewogen fanden, persönlich zu erscheinen. Die von Passau, Regensburg und Freysing ließen sich durch Gesandte vertreten. Albrecht schickte ebenfalls Abgeordnete. Was die Bischöfe zur Reformation vorschlugen, war nicht viel, aber ihre Beschwerden gegen die Eingriffe der weltlichen Gewalt wurden in 40 Punkten zusammengestellt. Dagegen brachten die herzoglichen Gesandten ihre Beschwerden gegen die Nachlässigkeit der Bischöfe vor. Sie machten Vorschläge zur Reformation, deren meist negativen Charakter wir sofort erkennen, wenn wir anführen, daß gegen die Buchhändler wieder vorgegangen und die Censur schärfer gehandhabt werden sollte, daß man ferner Disputationsformeln verfassen und drucken lassen wollte, mit welchen der Geistliche gegen Zwinglianer, Wiedertäufer, Schwenkfeldianer, Calvinianer und Lutheraner zu operiren vermöchte. Also je ein Rezept gegen diese Krankheiten! Vom wirklichen theologischen Leben war in dieser Kirche auch keine Spur mehr, die katholische Theologie stand still; die Theologie selbst wuchs nicht mehr in der Kirche, sondern außer ihr und hier dann in allen Formen wild und üppig empor. Es ließe sich über die Unzucht der Priester, ihre Kleidung und weltliches Gebahren ein Langes und Breites erzählen, das wir uns indessen schenken können mit dem Hinblick darauf, daß, wo der innere schaffende, positive Geist erloschen ist, auch die Lebensäußerungen nur einen negativen Charakter aufzuweisen vermögen. Eins griff ins andere hinein. So behielten die Domherrn die besten Pfründen für sich und zogen das Einkommen derselben ein. Zur Verrichtung der geistlichen Funktionen hielten sie sich Lohndiener auf diesen Pfarreien, bemaßen ihnen den Lohn möglichst knapp, so daß diese sich nun wieder genötigt sahen, sich am Volke schadlos zu halten und ihre Schäflein weidlich zu scheren.

Ein positiver Vorschlag Herzog Albrechts zur Reform war der betreffs Hebung und Neuordnung des Schulwesens. Zu diesem Zwecke verwies er auf die Jesuiten, die er den Bischöfen zur Instruktion ungelehrter Geistlichen empfahl. Die Bischöfe aber waren für die herzoglichen Vorschläge nicht besonders begeistert. Sie zogen sich wieder auf die Beschwerden zurück, meinten, die Kommunion unter beiden Gestalten sei zuerst abzustellen und vor irgend einer Reform der Sitten sei der Glaube festzustellen. Behalten wir im Auge, daß dies das konsequente Vorgehen des Klerus seit den Konzilien von Konstanz und Basel war, daß gerade dieser Punkt die Entzweiung zwischen Papst und Kaiser zum Ausbruch brachte, als das Konzil zu Trient zusammentrat, so begreifen wir, daß von einer solchen Verhandlung nicht viel Lebendiges zu erwarten war. Es war ewig derselbe Krebsgang, den diese traurigen Theologen herbeiführten, welche mit der Reform hinten, nicht vornen, an der Schaffung eines gesunden und kräftigen Lebens begannen, welche die Blüte haben wollten, ohne für Stamm und Wurzel und Erdreich sorgen zu müssen. Erst der Glaube, dann die Sitten — das ist der Gedankengang einer starren Reaktion und Impotenz zu allen Zeiten. Man kam sich nicht näher und vertagte die Verhandlungen daher bis zum 7. Juni, und dann vertagte man sie weiter zum September, und dann ging man auseinander, ohne zu einem definitiven Entschluß gekommen zu sein.

Mittlerweile war das Konzil abermals in Trient zusammengetreten. Der neue Papst hatte die Wiederberufung des Konzils versprechen müssen. Wir wissen, daß es bereits zweimal 1545—47 und 1551—52 in Trient begonnen hatte, ohne zum Ende zu kommen. Beidemal hatte die Versammlung den päpstlichen Charakter bewahrt. Von einer souveränen Beschlußfassung des Konzils, wie sie die Konstanzer und Baseler Beschlüsse gefordert hatten, war keine Rede. So nahm man denn auch die Beratung der Glaubensartikel zuerst vor, wie es der Papst bestimmt hatte, und schob die Beratung der Reform, wie sie der Kaiser an erster Stelle verlangte, in den Hintergrund. Schon im April 1561 sollte das Konzil eröffnet werden, aber es fehlten die Teilnehmer. Langsam trafen sie ein, so daß erst im Januar 1562 die Sitzungen aufgenommen werden konnten. Bei den früheren Sitzungen waren die protestantischen Lehren bereits verurteilt worden. Es kam nun darauf an, ob dieses Konzil ein neues oder nur die Fortsetzung der früheren sein sollte. Spanien war für das letztere, also für die Verdammung der protestantischen Lehre, der Kaiser und Frankreich, welches eben mit den Protestanten die ersten größeren Konflikte zu bestehen hatte, dem der Religionskrieg drohte, waren für Neuberufung. Sie wollten die Möglichkeit der Beteiligung den Protestanten erhalten sehen. Der Papst und Philipp II drangen durch. Das Konzil blieb ein päpstliches, Deutschland beteiligte sich an demselben fast gar nicht. So gewann das Konzil den Charakter einer ausschließlich ultramontanen, romanischen Versammlung und damit den Schein, der Ausgangspunkt eines Bündnisses der Katholischen und romanischen Bündnisses werden zu wollen gegen Deutschland und die deutschen Protestanten. Damit war für den Kaiser die Notwendigkeit einer möglichen Zurückhaltung gegeben. Er forderte zunächst wieder sittliche Reform. Das war gleichbedeutend mit Reform der kirchlichen Verfassung. Griff man diesen Punkt energisch an, mußte es zu einer Entscheidung über die Baseler Beschlüsse kommen, ob Papst oder Konzil obenanstehe, ob der Papst sich dem Konzil zu fügen habe? Eine solche Entscheidung wird der Papst nicht dulden, das Reformwerk wird damit unmöglich, unmöglich um so mehr, als Kaiser Ferdinand sich windet zwischen zwei Anschauungen, die nicht zu vereinigen sind, als er infolgedessen das Reformwerk nur lässig betreibt. Der Papst und die Kurie wollten keine Reform, welche sich über sie selbst erstreckte. Und so begann denn das diplomatische Ränkespiel mit all seinen Schlichen und Tücken, und schon im Juli sprachen die Legaten davon, daß sie sich des Konzils entledigen wollten. Die spanischen Bischöfe protestierten gegen die Auslegung der päpstlichen Allgewalt, sie wollten eine Beschränkung der päpstlichen Macht über Amt und Person der Bischöfe, eine Zurückhaltung der willkürlichen Eingriffe in die Diöcesangewalt der Bischöfe. Die Franzosen kamen ihnen dabei zu Hilfe. Aber das Konzil tagte in Italien, und so oft eine diesbezügliche Frage in Diskussion stand, schob der Papst seine Italiener in Masse vor, welche dann jedesmal der päpstlichen Anschauung das Uebergewicht verschafften. „Es dreht sich alles um das schmutzige Interesse,“ meinte der spanische Gesandte Vegas. „Die päpstlichen Legaten,“ urteilte der kaiserliche Gesandte, „achten bei ihren Propositionen lediglich auf Erhaltung der Pracht und Schlemmerei der päpstlichen Kurie.“

Da machten die Mächte mehr Ernst. Spanien, Frankreich und der Kaiser drangen vereint auf Reform. Der Papst aber sprengte den Bund sofort, indem er nun seinerseits die Reformation des weltlichen Fürstentums in Aussicht stellte. Damit gewann er den Weg zu Separatverhandlungen mit den einzelnen Mächten. Sein Gesandter Morone ging nach Innsbruck zum Kaiser. Er bestach die kaiserlichen Räte und gelangte zum Ziel. (April 1563). Im Sommer 1563 war man soweit, daß man an Schluß des Konzils denken konnte, nicht weil alles erledigt, sondern weil alles in Frage gestellt war. Die Impotenz solcher Versammlungen zur Regelung der kirchlichen Streitfragen zur Herbeiführung einer Reform war abermals klar zu Tage getreten. Aber auch noch etwas war klar geworden und sollte immer noch klarer werden: das Papsttum hatte einen Versuch, die Protestanten zur Einigung mit der Kirche wieder zurückzuführen, nicht gemacht; es beharrte auf seinen alten mittelalterlich-hierarchischen Ansprüchen und forderte von der weltlichen Gewalt Unterwerfung oder Ausrottung der Ketzer. Die gegenseitige Verneinung des Papsttums und des Protestantismus blieb bestehen und wurde in Per-

manenz erklärt. Das mußte so oder so zur Gewaltthat, zu blutiger Entscheidung, zum Kampf mit den Waffen führen. Es gab keinen Ausweg, und der Kampf begann sofort. Neunzig Jahre und darüber hat er gedauert, bis Deutschland, das Ursprungsland der Reformation, zur Einöde geworden.

Wir müssen im Auge behalten, daß für die Haltung der Mächte, besonders des Kaisers, nicht nur die Reform allein maßgebend war, sondern daß die Kurie es verstand, politische Motive hineinspielen zu lassen und den allzugroßen Reformeifer etwas zu dämpfen. Die Wahl seines ältesten Sohnes Maximilian zum römischen Könige wurde damals von Ferdinand betrieben, und so blieb die Reform ein Handelsgeschäft, bei dem man nur soviel hergab, als bezahlt wurde. Im Dezember 1563 wurde das Konzil geschlossen.

Blicken wir auf seine Folgen! Eine Reform wurde nicht erzielt, aber es wurde zusammengefaßt, was noch zur Kirche gehörte. Der Jesuitenorden trat an die Spitze, und der Geist des Absolutismus und der unbedingten Verfügung über die geistigen und materiellen Kräfte der Kirche strebte zur Herrschaft. Diese Disziplin sollte erzielt werden durch einen streng geregelten Unterricht, durch energische Abweisung alles dessen, was die Geisterbewegung des letzten Jahrhunderts zu Tage gefördert. Eine Liste der verbotenen Bücher wurde angefertigt. Also die Reaktion in vollstem Maße! Fragen wir nach den positiven Zielen, welche man sich stellte, so begegnet uns keins von irgendwelcher Bedeutung. Die katholische Theologie war zu Ende, auch der Jesuitenorden vermochte ihr kein Leben einzuhauchen, seine That war und blieb eine That der Negation. Ganz in diesem Geiste beschwor der Papst die weltlichen Fürsten, die Ketzereien auszurotten; Gewalt und nur Gewalt erschien als einziges Rettungsmittel dieser von Leidenschaften durchwühlten Gesellschaft. Damit ist der Grundakkord angeschlagen, welcher der nun folgenden Entwicklung als Unterlage diente. Die Negation des Lebens, die Vergewaltigung aller jung zum Leben emporstrebenden Kräfte — das waren die natürlichen und von der Notwendigkeit eingegebenen Mittel einer Gesellschaft, von der das Leben selbst zurückzuweichen begann. Sieht man auf das Leben des Stifters des neuen Ordens, des Ignaz von Loyola, so wird einem ungetrübten Auge wohl nicht zweifelhaft bleiben, daß sich hier der persönliche Irrsinn als Gesellschaftsirrsinn zu konstituiren suchte. Die große Negation, welche der Romanismus dem deutschen Leben entgegengestellt hatte, führte zum Chaos aller und jeder Entwicklung. Zwei Lebensprinzipien rangen miteinander um den Sieg — der durch die Negation zum Egoismus gedrängte Individualismus des deutschen Volkes und der seines inneren fortzeugenden Lebens beraubte Universalismus der romanischen Völker und der Kirche, das Produkt einer jüngeren und einer älteren Kulturperiode und zweier verschiedenen Volkslebensalter. Nicht Wiedergewinnung der Protestanten, sondern gewaltsame Unterwerfung — das war die Generalanschauung der Trienter Versammlung, und gerade diese Stimmung verhinderte den Kaiser an einer energischen Aktion. Allzugroße Schärfe gegen die päpstlichen Anschauungen hätten ihn endgültig von der römisch-katholischen Seite hinweggedrängt, und andrerseits mußte er es vermeiden, den bereits argwöhnisch gewordenen Protestanten einen festen Anhaltspunkt dafür zu geben, daß es sich um eine katholische Konföderation gegen den Prostetantismus handle.

Sehen wir nun, wie sich Bayern dem Konzil gegenüber verhielt! Den Stand der Laienkelchfrage kennen wir. Zu Beginn des Jahres 1562 ging Dr. Sigmund Vichhausen über Trient nach Rom, um wegen des Zehnten, der Anhäufung der Pfründen und des Laienkelchs Zugeständnisse zu erlangen. Am 23. Juni traf er in München wieder ein, ohne zum Ziel gekommen zu sein. Indessen hatte Herzog Albrecht seine Gesandten an das Konzil abgeordnet (14. April). Es waren dies Dr. Augustin Paumgartner und der Jesuit Dr. Johann Cavillon. Paumgartner sollte die Reformanträge in einer Rede darthun. Er traf auf denselben Widerstand wie der österreichische Gesandte mit seinem Reformationslibell. Die päpstlichen Legaten verweigerten die Entgegennahme der Rede und die Vornahme des Libells, wenn nicht der Inhalt beider ihnen zuvor mitgeteilt würde. Das geschah und da meinten die päpstlichen Gesandten, man sollte die beiden Hauptpunkte vom Laienkelch und der Priesterehe weglassen. Albrecht aber bestand auf

der ganzen Rede. Paumgartner hielt sie und kehrte dann bald nach München zurück, bevor die Kelchfrage zur eigentlichen Verhandlung gekommen. Die Bemühungen Albrechts und des Kaisers um die Gestattung des Kelches blieben einstweilen ohne Erfolg. Der Papst hatte damals den Entschluß der Separatverhandlungen gefaßt, Morone sollte bekanntlich als Legat nach Deutschland gehen. Paumgartner verließ im November Trient, ohne etwas erreicht zu haben. Albrecht aber sandte eine neue Gesandtschaft an den Papst. Die Kardinäle waren natürlich gegen die Erlaubnis der Priesterehe und des Laienkelches; aber der Herzog war bereits weitergegangen. Im Frühjahr 1563 hatte er seine Stände berufen müssen, und da war auch die religiöse Frage wieder zur Sprache gekommen.

Die Landstände tagten vom 16. März bis 6. April 1563. Es handelte sich für den Herzog um die Tilgung einer alten Schuld von 300,000 und einer neuen von 500,000 Gulden. Die Landschaft übernahm dieselben, ließ aber die Gelegenheit nicht vorübergehen, ihr Anliegen betreffs der Religion wieder vorzubringen. In dem großen Ausschuß der Vierundsechzig traten dreierlei Meinungen zu Tage: die einen wollten die Religionsfrage umgangen wissen, die andern begehrten Vollzug der herzoglichen Deklaration von 1556, die dritten Zulassung der Augsburger Konfession von 1530. Nachdem darüber an die Landschaft zurückberichtet worden, faßte diese den Entschluß, den Herzog betreffs der Religionsfrage anzugehen. Der Herzog verwies auf seine Verhandlungen mit Rom und Trient. Deren Erfolg solle man abwarten. Er verspreche aber, „falls bis Johanni keine oder eine abschlägige Entscheidung komme, er Wege fürnehmen werde, den Gebrauch des Kelches während der Messe, nach abgelegter Beicht und ohne Aergernis für andere, zu sichern." Damit waren die Petenten natürlich nicht zufrieden. Aber Albrecht ließ sich nicht weiter drängen, ja er drohte mit der Zurücknahme der Deklaration und erklärte zum Schluß, „daß er aus jüngster Antwort ersehen, etliche aus den Landleuten wären mit der Resolution nicht zufrieden und seien der Augsburgischen Konfession anhängig. Sie möchten übrigens bedenken, daß er zufolge des Religionsfriedens nicht verpflichtet sei, andere Religionen in seinem Fürstentum zu dulden. Er sei denn auch entschlossen, ‚weder die Augsburgische, noch eine andere Konfession in seinem Lande seminiren zu lassen.'"

Das Versprechen Albrechts, bis Johanni nötigenfalls selbständig vorgehen zu wollen, rief in Trient und Rom große Aufregung hervor. Nikolaus Ormanetti erschien in München mit einem Abmahnungsschreiben des Papstes, dem bald darauf ein zweites folgte. Alles wurde zu Anfang Juni in Bewegung gesetzt, um den Herzog zurückzuhalten, selbst dieses geringfügige Zugeständnis zu erfüllen. Albrecht gab auf die Zurechtweisungen und Vorwürfe eine energische Antwort. Die Sache leide keine Verzögerung, es sei hohe Zeit, daß etwas geschehe und man den Zeitverhältnissen Rechnung trage. Vor seiner Abreise übergab Ormanetti ein neues Memorandum, in welchem die bekannten Gegengründe angeführt, außerdem aber indolente Behauptungen aufgestellt werden, wie etwa: „bekannt sei ferner, daß die Deutschen nicht aus Frömmigkeit nach dem Kelch verlangen, sondern weit mehr, weil sie das Schisma wollen. Besser sei, sich des Sakraments ganz zu enthalten, als dasselbe außerhalb der Kirche zu empfangen, wo weder Heil noch Leben zu finden." Derselbe liebenswürdige Herr schärfte Albrecht die Pflicht der katholischen Fürsten ein, nicht nur selbst in der kirchlichen Einheit zu verharren, sondern auch alle ihre Unterthanen in der Einheit des Glaubens zu erhalten. „Dazu seien die weltlichen Fürsten in der Kirche hauptsächlich aufgestellt, daß sie da, wo die Priester durch ihre Lehre nichts erreichen, die Hilfe der Disziplin leisten." Die Zeit aber, wo die Fürsten Polizeidiener in der Hand der Kirche waren, nahte ihrem Ende, und als nun der Kardinal Hosius am 31. Mai abermals in den Herzog mit einem Schreiben drang und unbedingten Gehorsam forderte, erwiederte Albrecht am 14. Juni: „Auf die verschiedenen falschen Gerüchte, wie auch auf die vom Kardinal zum Schutze der katholischen Religion angeführten Gründe des näheren einzugehen, liege ihm fern; zwei Punkte nur möchte er etwas mehr beleuchten: Die Vorgänge in Ingolstadt und die deshalb über ihn umlaufenden übeln Gerüchte." Seinen Verweisungen in Ingolstadt auf Papst und Konzil

habe man entgegenhalten, daß die spanischen und italienischen Väter von den deutschen Angelegenheiten nichts verstünden; sie verachteten die triftigsten Gründe des Kaisers wie des Herzogs und also sei von ihnen nichts zu erwarten. Diesen und ähnlichen Einwürfen habe er sich nicht verschließen können. Sehe man aber auf die uralten und bis zum heutigen Tage unverletzten Rechte der Deutschen, und zwar nicht bloß auf die Rechte der Machthaber, sondern auch auf die der Unterthanen, so werde man vieles erkennen, was nur den Deutschen eigentümlich und ihnen mit andern Völkern nicht gemeinsam sei. „Denn die Deutschen kennen die servile Furcht der Gallier, Spanier und Italiener nicht und sie sind nicht so sehr die Sklaven ihrer Fürsten, als vielmehr deren wegen ihrer Schätze und ihrer Macht geliebte Unterthanen, die, wenn die Not es erfordert, nicht um Söldnerlohn sich erheben, sondern freiwillig an die Seite ihrer Fürsten treten zur Vertheidigung von Herd und Altar." „Wohlerworbene Freiheiten und Privilegien hüten sie eifersüchtig und vermögen nicht einmal den Verdacht einer Gewaltherrschaft zu ertragen. Die Regierung deutscher Völker ist somit ganz anders geartet, als solcher, die freiwillig oder aus Zwang an sklavischen Sinn gewohnt sind." Auch in religiöser Hinsicht müsse man deshalb auf die eigenartige Lage Bayerns Rücksicht nehmen, da es rings von Häresien umgeben sei und solche sogar im eigenen Gebiete habe. — Und der Schluß des Schreibens: „Wenn man zu Rom und Trient der deutschen Nation, wo der Geist der Frömmigkeit noch keineswegs ausgestorben, den Laienkelch deshalb verweigern zu müssen glaube, weil daraus noch weit Schlimmeres erwachsen könnte, so möchte man fragen, warum man nicht auch die Ehe abschaffe, da in ihr schon recht verwerfliche Menschen erzeugt worden; oder warum das Priestertum nicht aufgehoben werde, da es schon viele zu erschrecklichen Verderben anderer mißbraucht haben; warum man nicht auch das Lesen der hl. Schrift verbiete, da hieraus nicht selten falsche und verderbliche Meinungen entstehen . . . . Ob denn die Kirche so altersschwach geworden, daß sie das, was sie einstens selbst verordnet, jetzt aus Nervosität oder Lebensüberdruß zum Heile der Gläubigen nicht mehr ändern zu können glaube?" — Ja, sie war so altersschwach geworden, daß nur noch die vollste Reaktion die Kirche retten zu können schien. Dem Geiste, wenn auch nicht dem Wortlaute nach erfolgten jene Verbote damals und später. Die Priester wurden „Pächter" oder „Vikare" des Papstes; die hl. Schrift wurde den Gläubigen nur in beschnittener und entstellter Weise gereicht; die Ehe — ihr ward die natürliche Grundlage gegenseitiger Zuneigung entzogen und an ihre Stelle die Uebereinstimmung in ein paar dürftigen Glaubensartikeln geschoben. Die Deutschen waren keine Sklaven, aber sie sollten es werden.

In diesen wüsten, vasenleeren Streitigkeiten erfüllt uns eine Anschauung, wie sie Herzog Albrecht da vertrat, mit freudiger Genugthuung. Die Bewegung des deutschen Geistes hatte seine Wange mit frischem Luftzuge gestreift; freilich sollte dieses deutsche Empfinden bald wieder im aufwirbelndem Sturme der Reaktion verschwinden. Bayern stand vor der Entscheidung. Wir wissen, wie sie ausfallen muß und wird. Die Lüge der Zeit hatte auch den Bayernherzog erfaßt; zwischen zwei Positionen suchte er durchzulavieren, so gut oder schlecht es eben gehen wollte, und wie man sich in Rom mit einem äußeren katholischen Schein begnügte, als es sich um die Wahl Maximilians handelte, wie Kaiser Ferdinand den Antrag auf eine von ihm doch so sehr gewünschte Reform der Kirche an Haupt und Gliedern nicht zu stellen wagte, wie der Papst ein Konzil berief, dem er die Hauptaufgabe, deretwegen es berufen war, entzog, so meinte Albrecht, als ihn im Frühjahr 1563 der arg bedrängte Erzbischof von Salzburg besuchte, man könne die Priesterehe nicht verbieten, aber auch nicht gestatten, es sei also Sorge zu tragen, daß die Leute das Aergernis meiden, und, wenn sie nicht keusch leben könnten, sollten sie doch vorsichtig sein. Die ökonomischen Verhältnisse spielten da bedeutend mit hinein. „Ohne Dienstboten könne nämlich der Pfarrer die Landwirtschaft nicht umtreiben, dabei müsse er aber befürchten, daß der Bauernknecht und die Haushälterin zusammenhausen und ihn betrügen, oder er müsse es selbst mit der Köchin halten." Die Pfarrgüter durch die Nachbarn und nicht mehr durch den Pfarrer umtreiben zu lassen, gehe auch schwer. Es hätte eine solche Maßregel übrigens einer Säkularisation nicht sehr unähnlich gesehen,

und so treffen wir auch hier wieder auf die beiden Fragen, wie sie seit Gregor VII die Kirche in Atem gehalten hatten, in Atem gehalten, weil die Lösung der einen Frage ohne diejenige der andern eben ein Unding war, weil die Konsequenz der Cölibatsforderung die Entäußerung von weltlichem Besitze ist, und diese Konsequenz zu ziehen, war die Kirche während des ganzen Mittelalters unfähig, wie ihr andrerseits die Durchführung des Cölibats niemals gelungen wäre, hätte sich nicht die kulturelle Entwicklung fortbewegt aus dem allgemeinen Bauerntum hinaus zu Industrie und Handel. Es ist kein Zufall, daß derselbe Papst, welcher mit dem Cölibat Ernst machte, der Verbündete der italienischen Kommunen war. Da also blieb es dem Leben vorbehalten, mit Zwang den Wandel zu schaffen, den man in eigener Kurzsichtigkeit zu schaffen versäumt hatte. An diesem Punkte ist, wie wir wissen, alle katholische Reform immer wieder gescheitert. Man braucht nur bei Knöpfler, dessen Darstellung wir hier gefolgt sind, zu lesen, auf welchen Schleichwegen der Papst dann endlich die Konzession des Kelches machte, wie er nach der im Juli zu Salzburg abgehaltenen Synode und der im gleichen Monate zu Wien gefaßten Beschlüssen dem Kaiser melden ließ, er solle keine Gesandtschaft schicken, sondern mit ihm die Sache in aller Stille abmachen, und man wird erkennen, wie man sich allerseits an den wunden Punkten vorbeizudrücken strebte. Am 16. April 1564 wurden dann die Breven abgefertigt, welche die Erlaubnis des Kelches nach Oesterreich und Bayern brachten, von der Priesterehe ward nichts erwähnt, wie abgemacht, man konnte sie nicht verbieten und wollte sie nicht gestatten, und in Bayern war man überhaupt der Ansicht, daß von der Reform des jetzigen Klerus nicht viel zu hoffen sei, denn „der Panther mutiert das Fell nit," meinte der Kanzler Simon Eck, der Neffe des uns wohl bekannten Dr. Johann Eck. Eine Ende August 1564 zu Salzburg versammelte Provinzialsynode beriet dann über die Ausführung der Kelchkonzession.

Bis hierher sehen wir den Herzog in energischer Weise die Mitte halten. Ueber die Deklaration wollte er nicht hinaus, aber er wollte sie ebensowenig der Kurie zulieb opfern. Die lange Verzögerung des Vollzuges seiner Deklaration aber hatte ihre Wirkungen geübt. Wie einst die politisch-soziale Bewegung vorwärts auf religiöses Gebiet drang und hier zunächst die volle Energie einer revolutionären Opposition entfaltete, so ging die Welle nun rückwärts vom religiösen Gebiet auf das politisch-soziale. Schon hörten wir davon, daß Herzog Albrecht sich gezwungen sah, seinen Ständen neue Konzessionen zu machen und einen neuen Freiheitsbrief auszustellen. Wir hörten ferner davon, daß auf dem letzten Landtag bereits eine Partei mehr forderte als den Laienkelch, daß man die Augsburgische Konfession verlangte; wir erkannten in den Darlegungen Albrechts selbst, daß der Geist der deutschen Bewegung ihn direkt erfaßt hatte, daß er wohl als Katholik, nicht aber als römischer Katholik dem Kardinal Hosius gegenübertrat. Es war klar, daß auf diesem Wege vorwärts nur die Trennung der deutschen Kirche von Rom lag, daß aber auf diesem Wege ebenso jeder Schritt rückwärts die Rückkehr zur römischen Sklaverei bedingte. Der Bewegung vorwärts brach man in Rom die Spitze ab, indem man Albrecht den Laienkelch gestattete. Nun kam es darauf an, ob er stehen bleiben, oder allmählich ganz zurücktreten würde. Zunächst waren die Jesuiten im Lande.*) Albrecht bedurfte ihrer, und sie zogen rückwärts. Zu Hilfe kam den Jesuiten dabei eine ganze Reihe äußerer Ursachen.

Zunächst die innere Konsolidierung des deutschen Protestantismus: Kam es dazu? — Man war an der Arbeit. In der Pfalz, in Württemberg, Hessen, Sachsen, in den Reichsstädten suchte man das Schulwesen wieder neu zu beleben und also eine festere Unterlage zu schaffen. Hand in Hand damit ging die Sorge für die Zucht der Sitten, Polizei- und Kirchenordnungen wurden erlassen. Freilich zeigte sich der Erfolg nicht sofort. Aber vielleicht kam er mit der Zeit doch. Die Hauptsache blieb die Beseitigung des dogmatischen Streites, die Beruhigung der theologischen Schreier. Am 19. April 1560 war Melanchthon gestorben. Ein Führer der vermittelnden Partei trat damit ab. Andrer-

*) Knöpfler meint, S. 149, dieser „weitgehende Entschluß der ‚intoleranten' Jesuiten" habe keine Bedeutung gehabt. Seine eigenen Darlegungen S. 159 ff. zeigen indes das Gegenteil. Ihr inquisitorischer Geist war es, der in Bayern zur Herrschaft rang.

seits hatte der Streit seinen Höhepunkt erreicht, an dem die Entscheidung fallen mußte für die theologische Selbstregierung der Kirche oder für fürstliches Kirchenregiment. Sie fiel und das letztere behielt den Sieg. Herzog Johann Friedrich von Sachsen verfügte die Absetzung des Flacius und seiner Mitgenossen. Die geschlossene Macht der Flacianer im Herzogtum Sachsen löste sich langsam auf. Im Januar 1561 traten die protestantischen Fürsten in Naumburg zusammen. Hier trafen auch die päpstlichen Gesandten ein, welche die Fürsten zur Beschickung des Konzils einluden. Sie erhielten eine abschlägige Antwort. Dann kam es zur Beratung der Augsburger Konfession. Man einigte sich für die Anerkennung der vom Jahre 1530, schickte ihr aber eine Erläuterung im Sinne der von 1540 voraus. Damit blieb die Abendmahlslehre unentschieden, und der Kalvinist Friedrich III von der Pfalz hielt seinem Bekenntnis also die Thüren offen. Johann Friedrich von Sachsen fühlte sich unbehaglich bei diesem zweideutigen Kompromiß. Er unterzeichnete nicht und wie er hielten die Niedersachsen, die echten starrköpfigen Lutheraner zurück. Der Zwist im protestantischen Lager dauerte also fort. Kurfürst Friedrich III schritt zur Befestigung der calvinischen Lehre in seinem Lande. 1562 erschien seine christliche Polizeiordnung, 1563 eine neue Kirchenordnung, 1564 die Ordnung des Kirchenrats und zugleich mit der Kirchenordnung der neue sogenannte „Heidelberger Katechismus." Abgesehen von der Prädestinationslehre Calvins enthielt er dessen dogmatische Ansicht. Olerian und Ursinn, Anhänger Calvins, dann der Kurfürst selbst waren seine Verfasser. In der Pfalz gelang die Einführung, aber in der Oberpfalz, wo das Luthertum die Herrschaft hatte, kam es zu bedenklicher Opposition. Die Oberpfälzer ließen es denn auch nicht einmal zur Publikation seiner neuen Kirchenordnung kommen, und da sie ihre lutherischen Geistlichen der Prüfung und Aufsicht des calvinischen Kirchenrats entzogen, so griff zugleich mit dem Hader der Bekenntnisse die kirchliche Anarchie um sich. Die Einwohner, ohnehin geistig verwahrlost, verfielen mitsamt ihren Geistlichen einer erschreckenden Rohheit."

Nicht nur, daß infolge dieses Vorgehens des päpstlichen Wittelsbachers der Zwist im protestantischen Lager sich verschärfte, der Calvinismus war der größere Feind des Katholizismus, und also kam es von dieser Seite nur zu einer stärkeren Reaktion gegen die Protestanten. Der Katholizismus hatte sich behauptet in den drei rheinischen Kurfürstentümern Mainz, Trier, Köln, katholisch war der Herzog von Jülich-Kleve und das Land des Bischofs von Lüttich. Aachen und Köln, die beiden großen Reichsstädte, waren katholisch. Nach Nordwesten schloß sich also das katholische Element mit der habsburgischen Herrschaft in Niederlanden zusammen. An diese Macht lehnten sich im Süden die Bistümer Worms und Speier, im Osten die westphälischen Bisthümer Münster, Osnabrück und Paderborn. Es war vorauszusehen, daß der Protestantismus versuchen würde, mit Hilfe seiner Anhänger in diesen Gebieten zum Siege zu kommen. 1559 kam es in Trier zu einer protestantischen Bewegung. Die protestantischen Fürsten wollten helfend eingreifen, kamen aber zu spät. Die Stadt unterwarf sich dem Erzbischof, und hinter diesem stand die Brüsseler Regierung. Im März 1560 wurde ebenso der protestantischen Bewegung in Aachen durch die Vereinigung Spaniens, des Herzogs von Jülich und des Kaisers ein Ende bereitet. Hier also stieß das Wachstum des Protestantismus auf Widerstand. Das hatte an sich nicht viel zu bedeuten, denn Kaiser, Kammergericht und kaiserlicher Hofrat waren im Grunde ohnmächtig der protestantischen Bewegung gegenüber. Drang der Protestantismus im Süden weiter, mußte es schließlich auch im Westen zum Umschwung kommen. Schon 1559 dachte der Erzbischof von Trier an einen großen Defensivbund der katholischen Machthaber, der sich an den Landsberger Bund anschließen sollte. Der Kaiser nahm den Plan auf, dachte aber dabei an einen Bund für Habsburg, und so scheiterte das Unternehmen. Ebenso drang der Bundesgedanke bei den Protestanten empor. Der Landgraf Philipp von Hessen betrieb die Ausführung. Kurfürst August von Sachsen hielt zurück. Er sah in einem solchen Bunde kein Heil, aus diesem Schwanken herauszukommen konnte erst gelingen, wenn die religiösen Gegensätze im Ausland sich verschärften und auf Deutschland zurückwirkten. Die bayerisch-religiöse Bewegung aber fand infolge dieser Zerrissenheit nirgendwo einen Rückhalt. So stand es bis zum Jahre 1562.

Da zeigte es sich, daß die auf religiösem Gebiet aufgehaltene oppositionelle Haltung sich auf dem politisch-sozialen Luft zu machen suchte. Der Grumbacher lebte noch. Hinter ihm stand immer noch der Herzog Johann Friedrich von Sachsen, und hinter beiden standen die Engel des Himmels, die ihnen die wunderbarsten Dinge prophezeiten. Der Eintritt des religiösen Wahnsinns macht sich hier deutlich bemerkbar. Der französische Religionskrieg von 1562 auf 63 brachte die deutschen Söldner wieder in Bewegung. Grumbach warb, und im Oktober 1563 zog er mit seinen Söldnern gegen seinen Feind, den Bischof von Wüzburg. Der fränkische Adel war, wie wir wissen, auf dem halben Wege zur Selbständigkeit liegen geblieben. Er hatte nur teilweise die Reichsunmittelbarkeit festzuhalten vermocht, über den andern Teil spannte sich die fürstliche Lehensherrschaft. Aber gerade in den geistlichen Gebieten stand der Adel nicht sehr freundlich zu seinen Lehensherrn, das arbeitete dem Eindringen des Protestantismus in seinen Reihen vor. Am 4. Oktober mußte sich Würzburg dem Grumbacher ergeben, der Bischof mußte einen Vertrag unterzeichnen, der Grumbach seine Erbgüter wiedergab; am 13. Oktober verhängte der Kaiser über den siegreichen Landfriedensberger die Acht. Aber die Exekution blieb aus, und Grumbach ließ sich und seinem Gönner Johann Friedrich von den Engeln ruhig weitere große Dinge prophezeien.

Aber der Adel war in Bewegung. In Franken und Schwaben focht er gegen die Lehenshoheit des territorialen Fürstentums, des geistlichen wie des weltlichen. Im Jahre 1560 hatte sich die schwäbische Ritterschaft eine neue Verfassung gegeben. Und an dieses Emporstreben des fränkischen und schwäbischen Adels schlossen sich gleiche Bestrebungen des landsässigen Adels in Bayern und Oesterreich an. Gerade der oppositionelle Adel war nun auch die Hauptstütze der protestantischen Bewegung in Süddeutschland. Wir wissen, welche Zugeständnisse Herzog Albrecht der religiösen Bewegung in seinem Lande gemacht hatte und sahen die Gegensätze sich verschärfen bis zum Landtage von 1563, wo eine geschlossene Partei offen die Augsburger Konfession verlangte, während der Herzog mit Zurücknahme der früheren Zugeständnisse drohte. Graf Joachim von Ortenburg, der die Reichsunmittelbarkeit für sich und sein Gebiet beanspruchte, stellte sich an die Spitze der Bewegung und drängte zur Entscheidung. Schon auf dem Landtage von 1563 hatte er versucht, die Wahl eines Ausschusses und die Beratung der herzoglichen Vorschläge zu hintertreiben, bis der Herzog das Zugeständnis gewährt habe, daß die Augsburger Konfession jedem im Lande freigestellt sei. Da sahen sich die Herren von der Mehrzahl der Stände im Stich gelassen. Neben dem Ortenburger standen namentlich Wolf Dietrich von Machslrain, Pankratz von Freyberg zu Hohenaschau, Achatz von Laimingen, der Sohn des früheren Kanzlers, Oswald von Eck, Hieronymus von Seiboltsdorf, Christof Paumgartner, Josef Fröschel zu Marzoll, Mathias Pelkhofen zu Wang und andere. Oswald von Eck, „ein Großtrinker" hielt die geistlichen Besitzungen für eine „süße evangelische Speise": der Herzog möge „davon den Hauptteil in seine Küche bringen, der Adel würde gleichwohl noch sattsam Brocken übrig behalten." Diese Herren hatten Gesinnungsgenossen in Oesterreich. Ueberall sah der verarmende Adel in der Einziehung des geistlichen Gutes ein Rettungsmittel gegen den drohenden Untergang. Der Ortenburger ließ sich dann auch durch jenen Mißerfolg in Ingolstadt nicht abhalten und öffnete in derselben Zeit, da der Grumbacher gegen Würzburg zog, seine Grafschaft der Augsburger Konfession. Am 3. Oktober 1563 berief er den abgefallenen Franziskanerpater Cölestin, am 17. fand der erste öffentliche protestantische Gottesdienst statt, am 25. Oktober ward durch ein Edikt die katholische Religion in der Grafschaft abgeschafft und die Augsburger Konfession eingeführt. Joachim forderte außerdem seine Gesinnungsgenossen, so den Machslrainer auf, in seiner freien Reichsherrschaft seinem Beispiel zu folgen. „Man müsse dem Teufel trutzig unter die Augen treten."

Die Bewegung des Adels war eine elementare. An Verabredungen oder Verschwörungen ist dabei nicht zu denken. Aber dazu konnte es kommen, wenn diese einstweilen noch lokalen, nur durch die gleiche Zeitbestimmung überall gleichzeitig hervorgerufenen Bewegungen fortwuchsen und miteinander innigere Fühlung gewannen. Auch in Bayern ist an eine Verschwörung nicht zu denken. Es sind noch erst mehr Stim-

mungsergüsse, die uns in den betreffenden Dokumenten begegnen. Und der „Teufel" war schnell bei der Hand. Das massenhafte Ueberlaufen des bayerischen Landvolks auf Ortenburgisches Gebiet zu den Predigten der Prädikanten veranlaßte Albrecht zu sofortigem Einschreiten. Am 2. November 1563 wurde der Ortenburger nach München citiert. Am 12. wurde die Vorladung wiederholt, am 16. erschien er mit seinem Vetter Grafen Ulrich in München. Er berief sich auf die Reichsunmittelbarkeit seiner Grafschaft. Darüber aber schwebte ein Prozeß am Kammergericht. Der Herzog erkannte dieselbe nicht an. Am 7. Dezember wurden die beiden Grafen entlassen mit der bündigen Weisung, die Neuerung abzustellen. Die Grafen kehrten sich nicht daran. Im Dezember noch ließ Albrecht das Schloß Ortenburg besetzen; im Februar 1564 wurden die Prädikanten ergriffen und über die Donau gebracht. Der Ortenburger wandte sich mit einer Klage auf Land- und Religionsfriedensbruch an die bayerischen Stände, dann nach Worms an die Gesandten der deutschen Fürsten. Albrecht fühlte sich in seinem Recht als Landesherr angegriffen. Er beschied den Grafen abermals nach München, der aber begab sich nach Wien zum Kaiser. Daraufhin befahl der Herzog die Beschlagnahme aller Besitzungen und Einkünfte des Grafen, und diese führte bei der Oeffnung des Schlosses Mattighofen zur Entdeckung des ganzen Briefwechsels zwischen dem Ortenburger und seinen Gesinnungsgenossen. Das sah nach einer Verschwörung aus. Ein Gerichtshof konstituierte sich in München im Juni 1564, die Kompromittierten wurden vorgeladen. Aber zu einem großen Prozeß wegen Landesverrats und Majestätsbeleidigung kam es nicht. Albrecht begnügte sich mit geringerer Genugthuung. Der Machslrainer, Seiboltsdorfer und Paumgartner leisteten Abbitte und versprachen Gehorsam, der Freyberger, Laiminger und Pelkofer mußten fußfällige Abbitte leisten, wurden dann einige Tage gefangen gehalten, nur der Freyberger erhielt schwerere Strafe; Fröschel wurde entlassen, Oswald von Eck wurde die Landsässigkeit aufgekündigt. Allen wurde die künftige Teilnahme an den Landtagen verboten, der Freyberger mußte seine Aemter niederlegen, auf sein Recht der Teilnahme an Landtagen verzichten und das Versprechen geben, außerhalb seinen Gerichten Hohenaschau und Wildenwart keine Nacht ohne herzogliche Erlaubnis zuzubringen. Damit war die Energie der Opposition auf religiösem wie politischem Gebiet niedergelegt. Mit dem Ortenburger, der sich an seine Standesgenossen in Schwaben und Franken wendete, kam es erst im Jahre 1565 zu einer Versöhnung, bei welcher Kurfürst August von Sachsen vermittelte. Es hatte sich gezeigt, daß der Adel nicht mehr Macht und Mittel besaß, eine Politik im Sinne der alten Zeit durchzuführen. Die schwachen Nachwellen früherer Flutungen verliefen im Sande.

Gleichzeitig hatte man in Bayern Gewißheit über die Zahl der Calixtiner verlangt. 1563 und 64 erforschten herzogliche Kommissäre das Land nach dieser Richtung, und es ergab sich das auffallende Resultat, daß die Kelchner zunächst weit geringer an Zahl waren, als man geglaubt, dann auch, daß ihre Anhänger über das Land sehr ungleich sich verteilten. Demgemäß beriet man denn auch im April 1564 in München, den Genuß des Kelches nicht einfach freizustellen, sondern nur dort nachzusehen, wo sich Calixtiner befänden; man beschloß aber auch, die „Schreier" zu entfernen und, was uns für die geistige Verfassung damaliger Zeit bemerkenswert erscheint, die Darreichung nicht „in deutscher Sprache" zu gestatten, „nicht bloß deshalb nicht, weil dadurch die göttlichen Worte mehr profaniert würden, sondern hauptsächlich, weil hierunter ‚der lutherisch irrig wahn' stecke, die Konsekration geschehe erst im Darreichen und das Sakrament sei ungenossen kein Sakrament." (Knöpfler). Die deutsche Sprache also eine Profanation des Göttlichen! In diesen Worten liegt der ganze Kampf der früheren Jahrhunderte ausgedrückt, der Kampf des deutschen Wesens mit einer auf das Romanentum zugeschnittenen Religion. Es ist derselbe Geist, der das Mittelalter beherrschte und die deutsche Litteratur und Kunst in ein lateinisches Gewand gezwungen hatte, es ist derselbe Geist, der die Deutschen schon in den Zeiten des Heliand zu Protestanten machte. — Positiver erscheint der Beschluß, neue Schulen zu errichten. „Die Errichtung neuer Jesuitenschulen wäre wohl nützlich, aber mit zu großen Unkosten verbunden, auch würde die zu diesem Zweck vorgenommene Unterdrückung anderer Klöster viel Unwillen erregen. Es sollen daher



Maximilian II.

mit Unterstützung der Städte und Flecken tüchtige Partikularschulen errichtet, dieselben nach den Jesuitenschulen eingerichtet und nur mit katholischen Lehrern besetzt werden." Die Bewegung in protestantischen wie in katholischen Ländern ist also im Grunde dieselbe, und von einem „künstlichen Hineintragen" dieser Bewegung in das Volk kann nicht geredet werden. Die geistigen Bedürfnisse desselben waren überall und in jeder Weise vernachlässigt worden, daher die Verwilderung, daher aber auch der Anhang, den jeder sofort gewinnen mußte, der diesem geistigen Bedürfnisse irgendwie entgegenzukommen schien. In protestantischen Ländern hob man die verkommenen Klosterschulen auf, um protestantische Schulen zu errichten, in Bayern vermochten die alten Klosterschulen ebensowenig mehr den Bedürfnissen der Zeit zu genügen. Man dachte, Jesuiten an ihre Stelle zu schieben. Jesuitenmissionen gingen ins Land, aber während die protestantische Lehre ein Erzeugnis des deutschen Gemütslebens war und sich ihr deshalb allein schon immer noch die Möglichkeit einer Fortentwicklung bot, versuchte man in Bayern von neuem ein fremdes Reis auf deutschen Stamm zu pfropfen. Es war kein selbständiges Leben, was hier zur Entwicklung drängte, sondern es kam nur noch zur Aussendung einiger wilder Triebe aus der Wurzel eines absterbenden Gebildes. Anderwärts pflegte man diese jungen Triebe und ließ das alte Gebilde ganz absterben, in Bayern versuchte man diesem durch Entfernung der Nebentriebe neue Kraft zuzuführen. Ob man das Ziel erreichen würde, mußte die Zukunft lehren.

Sehen wir auf die gleichzeitigen Ereignisse im Reich und im Ausland! Zunächst tritt uns da der Zerfall der deutschen Ordensprovinzen an der Ostsee gegenüber. 1559 hatte ein Gesandter der Schwertbrüder den Reichstag von Augsburg um Hilfe gegen die erstarkende Macht der Russen angerufen. Allein die livländischen Zustände waren nicht danach angethan, eine Aussicht auf baldige Ordnung zu eröffnen. Das einzige, was hätte Schutz gewähren können, wäre eine Anlehnung an einen der größeren deutschen Staaten im Nordosten Deutschlands gewesen und gerade einer solchen widerstrebten die livländischen Stände aus Furcht vor einer erblichen Fürstenmacht. Da sie sich einer deutschen Fürstenmacht nicht fügen wollten, mußten sie sich die Unterwerfung unter nichtdeutsche Fürsten gefallen lassen. Schweden, Polen, Rußland, Dänemark griffen zu und rissen sich um die Beute. 1562 kam es zum Kriege. Das Reich hielt sich den Kämpfen fern, aber Teile des Reichs schienen in dieselben hineingezogen zu werden. Die Herzogin Christine, die Mutter des Herzogs Karl von Lothringen, erhob als Tochter Christians II Ansprüche auf den dänischen Thron. Schweden stand gegen Dänemark. Ein Bündnis Lothringens mit Schweden gegen Dänemark stand in Aussicht. Kurfürst August von Sachsen aber war mit dem dänischen Königshause verschwägert. Im gegenüber stand wieder der Prätendent der sächsischen Kurwürde, Johann Friedrich mit seinem Getreuen Wilhelm von Grumbach. Eine allgemeine Revolution war in Aussicht. Sie kam nicht zum Ausbruch, denn der Westen hielt die Aufmerksamkeit der deutschen Politiker gefesselt.

Sich gegen das Reich und den Protestantismus zu schützen, versuchte die Königin Katharina von Frankreich eine Annäherung an Habsburg. Ferdinand hielt zurück. Der internationale Protestantismus wurde zur Gefahr. Die französischen Protestanten gerieten unter die Führung einer Adelspartei, welche dynastisch-politische Ziele verfolgte, der Adel schloß den Bund mit der protestantischen Bürgerschaft und so kam es 1562 zum ersten Religionskrieg in Frankreich. Der Papst griff in diesen Kampf mit Geldbeiträgen ein, Philipp von Spanien sandte Truppen gegen die französischen Ketzer, die Sache der Hugenotten wurde durch dieses Zusammengehen der katholischen Mächte zur gemeinsamen Sache der Protestanten. Das wirkte auf Deutschland zurück. Hessen, Pfalz, Württemberg traten mit den Hugenotten in Verbindung. Ferdinand sah sich zur Ohnmacht verdammt. Und als er gar daran dachte, die Verlegenheit der französischen Regierung zur Wiedergewinnung der entrissenen Grenzstädte zu benützen, schloß Katharina im März 1563 Frieden mit den Hugenotten. Das Edikt von Ambaise erteilte den Reformierten freie Religionsübung in ganz Frankreich mit Ausnahme von Paris. Es war dieselbe Zeit, da auch in den Niederlanden die protestantischen Elemente nach einer Vereinigung und Organisation zu streben begannen. Deutschlands Politik war gefesselt.

Die Wahrnehmung der deutschen Interessen wurde durch die religiöse Spaltung gehindert. Mit den protestantischen Kräften gegen eine katholische, aber politisch-freundliche Macht vorzugehen war für das katholische Habsburg unmöglich. So verflossen die Ziele und Bestrebungen in ein wirres Chaos. Eine feste deutsche Haltung war nicht mehr zu erreichen.

Gleichzeitig mit diesen innern und äußern Verwicklungen liefen die Bemühungen Ferdinands um die Nachfolge seines Sohnes Maximilian. Das größte Hindernis eines raschen und sicheren Erfolges auf diesem Wege lag bei Maximilian selbst. Es war seine offenkundige protestantische Gesinnung. Und hier setzte denn auch Ferdinand, wie wir hörten, zuerst seinen Hebel an. Bis zum Frühjahr 1560 war Maximilian soweit, daß er in die Entlassung seines Hofpredigers Pfauser willigte. Und so ging es denn Schritt für Schritt vorwärts, bis Maximilian den katholischen Anforderungen wieder genügte. Im Oktober 1561 hatte man sämtliche Stimmen der Kurfürsten für Maximilian gewonnen mit Ausnahme derjenigen Friedrich III von der Pfalz. Er dachte an einen König aus einem „andern" Hause. Aber die Majorität überwältigte ihn. Am 24. November 1562 wurde Maximilian zum römischen König einstimmig in Frankfurt gewählt. Auch diesmal hatten die protestantischen Kurfürsten jenen Artikel der Wahlkapitulation wieder bekämpft, der den Kaiser zum Schutz der römischen Kirche und des Papstes verpflichtete. Zuletzt war man darüber hinweggegangen. Aber eine Thatsache ist ins Auge zu fassen: Maximilian II wurde römischer König ohne die amtliche Mitwirkung des Papstes und ohne daß der regierende Kaiser von letzterem gekrönt war . . . . So lösen sich," sagt Reimann, „unter dem Einfluß der neuen Ideen vollends die Bande, mit denen die vergangenen Jahrhunderte das Kaisertum an das Papsttum geschmiedet hatten." Maximilian selbst hatte den Diplomaten nach allen Seiten gespielt. Die römische Krone, die in Aussicht stehende Krone Spaniens hatten seinen protestantischen Gemütsenthusiasmus gedämpft. Er gab Versicherungen den Protestanten, er gab sie den Katholiken, so daß die Gesandten Philipp II von Spanien für die Anerkennung Maximilians in Rom zu wirken vermochten. „Mit allem Nachdruck wies Philipp darauf hin, daß gerade der Verdacht wider Maximilians Orthodoxie jetzt endgültig zum Schweigen gebracht werden könnte und müßte, und falls Max selbst, meinte Philipp, Gewissensskrupel bei einer solchen Unterwerfung unter dem Papst hätte, so sollte er sich nur in die äußerlichen Zeichen kirchlichen Gehorsams fügen: Die innere Ueberzeugung würde sich schon bei fortgesetzter Uebung äußerlicher Praxis einfinden!" (Maurenbrecher.) Von einer „Bekehrung" wird man also nicht reden können. Die auf der Unwahrheit und dem „schmutzigen Interesse" aufgebaute Diplomatie jener Zeit befahl diese Schritte und machte die Wahrheit der eigenen Ueberzeugung zum Handelsartikel. Am 7. Februar 1564 erfolgte denn auch die offizielle Anerkennung Maximilians durch den Papst. Sehen wir auf dieses Resultat, so wird uns begreiflich, daß die katholische Sache damit in Deutschland einen neuen Halt gewann. Auch in Bayern wird sich der Wandel verspüren lassen, den dieses Heraustreten des Kaisers aus dem Ungewissen und dem Schwanken unfehlbar zur Folge haben mußte, um so mehr, als in der gleichen Zeit die Einsicht durchgedrungen war, daß die Entscheidung zunächst auf anderm Boden, als dem deutschen erfolgen werde: in Frankreich und den Niederlanden hatten die Kriege um die Religion begonnen.

War Karl V aus dem Leben geschieden mit dem bitteren Zweifel, ob sich seine deutschen Verwandten auf der Bahn des reinen Katholizismus halten würden, so trat der Tod an Ferdinand heran, als er diese Dinge geordnet sah. Maximilian war sein Nachfolger und Maximilian hatte sich entschlossen, dem Katholizismus in Deutschland durch seine eigene Haltung einen Rückhalt zu gewähren. Mit dieser Aussicht schied Ferdinand I am 25. Juli 1564 aus dem Leben.

Wir müssen einen Augenblick auf die Entwicklung der österreichischen Ländergruppe sehen, um zu erfahren, ob sich in dieser zweiten habsburgischen Periode hier ein fester Punkt herauszubilden vermochte, an den sich dann die neuen Gebilde aus der flutenden deutschen Entwicklung anzuschließen vermochten. Ferdinand war Herr der deutsch-österreichischen Erblande, er war zugleich Herr der Königreiche Böhmen und Ungarn. Seine Persön-

lichkeit einerseits, andererseits die gemeinsame Gefahr, welche von den Türken drohte, hielten diese verschiedenen Gebiete zusammen. Wurden sie nun auch innerlich zu einer Einheit? Zunächst nicht, denn die verschiedenen Ständeverfassungen blieben bestehen und erweiterten sich nach oben nicht zu einem gemeinsamen Reichstag. Wohl aber sah sich Ferdinand zu zusammenfassenden Einrichtungen genöthigt: der geheime Hofrat trat neben Ferdinand; er beriet über die Angelegenheiten der habsburgischen Länder, aber auch über die des Reichs. Neben den Hofrat trat die Hofkanzlei, welche sich ebenfalls an die Reichskanzlei anlehnte. Als dritte Behörde trat 1556 der Hofkriegsrat in's Leben, dem die Verteidigung des Landes zur Aufgabe fiel, und da er dazu Geld brauchte, entstand von selbst in der neugeordneten Hofkammer eine Art von Finanzministerium, welches nun auch die Beaufsichtung der einzelnen Landeskammern an sich zog. Man kann sich denken, daß diese Anfänge einer einheitlichen Staatsleitung überall auf Schwierigkeiten stießen, die sich aus der autonomen Selbständigkeit der einzelnen Landesteile von selbst ergaben. Wäre nun Ferdinand eines Elementes vollkommen sicher gewesen, die Möglichkeit einer strafferen Zusammenfassung hätte sich dann doch vielleicht gezeigt. Aber nur die gemeinsame Gefahr hielt dieses Staatswesen zusammen, ihm eine lebendige, alle Teile beherrschende Seele einzuhauchen, fand sich niemand. Und gehen wir von dem deutschen Standpunkte aus, so hätten die deutschen Elemente des österreichischen Reiches diesen festen Kern bilden müssen. So wäre die Möglichkeit entstanden, durch ihre Anlehnung an die deutschen Elemente des Reiches gegen Osten thatkräftiger aufzutreten, andererseits aber auch durch die Unterstützung der deutsch-österreichischen Kräfte durch die Böhmen und Ungarn einen größeren Einfluß im Reiche zu gewinnen. Als nun Ferdinand starb, teilten seine drei Söhne die österreichischen Länder: Maximilian erhielt die Königreiche Böhmen und Ungarn neben Oesterreich ob und unter der Ems, Ferdinand bekam Tirol und die österreichischen Vorlande bis ins Elsaß, Karl erhielt Innerösterreich, d. h. die Herzogtümer Steiermark, Kärnten und Krain nebst der Grafschaft Görz. Eine tonangebende Erhebung des deutschen Elements war damit ausgeschlossen, denn in dem Gebiete Maximilians hatte das nichtdeutsche Element entschieden das Uebergewicht. Die Herausbildung einer auf das Reich und nach außen erfolgreich wirkenden Zentralgewalt wurde durch diese Teilung furchtbar erschwert. Wir aber sehen, wie selbst in diesem Gebiete, wo eine von romanisch-monarchischen Gedanken erfüllte Herrscherpersönlichkeit so lange gewaltet, der deutsche Individualismus die Oberhand behielt und die Entwicklung in die territorialen Bahnen zurücktrieb. Eine zusammenfassende, auf das deutsche Leben mit aller Kraft und Stärke zurückwirkende Macht hat sich hier nicht entwickelt. Unter dem furchtbaren Druck der Türkennot wird vielleicht diese Einigung sich dereinst noch müssen vollziehen, im deutschen Reich aber werden mittlerweile die territorialen Neigungen und Interessen das Uebergewicht behaupten und sich unter dem Einfluß der außerdeutschen Entwicklung teils immer mehr zersplittern, teils in feste und entschiedene, aber vom Reiche abführende Bahnen hineingedrängt werden. Diese Unentschiedenheit aber und der Mangel eines einheitlichen positiven deutschen Lebens muß sich in allen Regierungshandlungen der einzelnen, wie der Gesamtheit bemerkbar machen. Wir können in diesen Wust der Einzelverhandlungen nicht sichtend eindringen, sondern werden im Folgenden mehr die allgemeine Gestaltung zu erfassen suchen, bis wir wieder einmal auf Keime stoßen, die ein kräftiges Fortleben zu ermöglichen und zu verbürgen scheinen.

„Als Maximilian, eben sein 37. Lebensjahr vollendend (geb. 31. Juli 1527), in die kaiserliche Regierung eintrat, war die Erwartung der Zeitgenossen vor allem auf die eine Frage gespannt, wie er sich in dem Gegensatz der Bekenntnisse entscheiden werde." So führt uns Ritter in die Darstellung der verwickelten Zeitereignisse ein, und seiner eindringenden Kenntnis überlassen wir im folgenden die Führung. Es läßt sich denken, daß gerade Bayern an dieser Entscheidung des Kaisers und seiner Haltung den einzelnen Bekenntnissen gegenüber einen hohen Anteil nahm. Wir finden diese Frage vielfach behandelt in den Berichten der österreichischen Räte am bayerischen Hof. Andererseits behalten wir im Auge, daß die bayerische Politik gerade infolge der österreichischen Machtzersplitterung, wie sie zuerst das Auseinandertreten der Habsburger in eine spanische und

deutsche Linie, dann dasjenige der deutschen Habsburger in drei Linien zur Folge hatte, die Möglichkeit einer freieren Bewegung gewann. Und so fand die katholische Haltung Herzog Albrechts allmählich jene innere Festigung, deren sie zu erfolgreichem Vorgehen gegen die protestantischen Neigungen im eigenen Lande, wie in den Nebenländern bedurfte. Das Verhältnis verschob sich so, daß Bayern nun nicht mehr auf ein Vorangehen Österreichs zu warten brauchte, sondern daß es selbständig vorgehen und dadurch auf die Haltung Österreichs zurückwirken konnte.

Schon im September 1563 hatte sich Albrecht an Maximilian gewendet und ihm bedeutet, die Zeit sei da, „daß es sich nicht also wie bisher wird lavieren lassen", und als nun Maximilian seinen ersten Reichstag abhielt, schrieb Albrecht ihm wieder (Mai 1566): „ich bitte E. M. bei Gott — denn höher kann ich nicht bitten — sie wolle doch einmal die Augen ihres Gemüts aufthun und sich gegen uns Katholische also erklären, daß wir nach langem herzlichem Begehren einmal mit gutem Grund wissen mögen, was wir doch an E. M. in causa religionis haben." Die Zeit war da, in welcher es sich entscheiden mußte, ob die Trienter Beschlüsse für das katholische Deutschland Gültigkeit erlangen, ob die Papstmacht auf deutschem Gebiet abermals zu einem entscheidenden Einfluß gelangen sollte?

Seit dem Januar 1566 hatte Pius V als Nachfolger des vierten Pius den römischen Stuhl bestiegen. Er war der Mann, welcher an energische Reform, an die Durchführung der Trienter Beschlüsse dachte; den Gedanken an Ausgleich mit den Protestanten hatte er aufgegeben. Festigung der eigenen Position und dann gewaltsame Unterwerfung der Gegner — das war von jetzt ab das Ziel. Nur in Bayern und den Gebieten der Salzburger Metropole hatte man auf der bereits berührten Salzburger Provinzialsynode vom August 1564 Stellung genommen zu den Beschlüssen des Trienter Konzils, und hinsichtlich ihrer erkannten sich die Bischöfe „zu gehorsamen ganz schuldig und willig und wollen auch denselben ad commodanda singula singulis, sovil inen immer möglich ist, nachkhomen." Das übrige katholische Deutschland, so auch der Kaiser, hatte sich bisher zu denselben nicht vernehmen lassen. Jetzt aber erschien ein päpstlicher Legat, Commendone, in Deutschland, welcher zunächst eins bewirken sollte, daß die geistlichen Fürsten die Weihen zu empfangen hätten, daß aber ferner von den einzelnen Inhabern der Seelsorgämter ein vorgeschriebenes Glaubensbekenntnis und die eidliche Verpflichtung zum Gehorsam gegen den römischen Stuhl zu verlangen sei. Den Anfang mit dieser Forderung hatte man bei dem 1562 neu erwählten Erzbischof Friedrich von Wied gemacht, dieser aber hatte dieselbe abgewiesen, da das Konzil vom Reich noch nicht anerkannt sei. Commendone erhielt nun den Auftrag, in dieser Richtung seine ganze Autorität einzusetzen.

Diesem zusammenfassenden Streben auf katholischer Seite gegenüber gelang es den Protestanten nicht, zu einer Einigung zu kommen. Ein im April 1564 zu Maulbronn zwischen pfälzischen und württembergischen Theologen veranstaltetes Religionsgespräch verlief wie alle früheren ohne Resultat. Friedrich III von der Pfalz, der eifrige Calvinist, blieb in Deutschland isoliert. Der fanatische Calvinismus des Pfälzers aber stand den Plänen Maximilians im Wege, da dieser in der Spaltung der Protestanten die Ursache erblickte, welche einer Einigung aller Bekenntnisse im Wege stand. Und so faßte der Kaiser den Gedanken, den Pfälzer mit Gewalt, womöglich mit der Reichsacht, zur Unterwerfung zu zwingen. Die Handhabe dazu bot ihm der Augsburger Religionsfriede. Als nun Maximilian sich an die einzelnen Fürsten wandte, um ihre Meinung zu hören, ob der Kurfürst Friedrich III unter dem Religionsfrieden stehe, riet ihm der Kurfürst von Mainz, die Protestanten selbst darüber entscheiden zu lassen, „ob das pfälzische Bekenntnis der Augsburger Konfession gemäß sei?" Der im März 1566 zu Augsburg versammelte Reichstag aber kam trotz des Drängens von kaiserlicher Seite in dieser Sache zu keinem Entschluß. Die Protestanten dachten wohl an Ausschließung des Pfälzers, allein der Kurfürst August von Sachsen verhütete sie. Dagegen übergab Maximilian die Forderung der Protestanten um Freistellung der Religion in dem bekannten Sinne, daß die Unterthanen eines katholischen Fürsten beliebig übertreten könnten, ohne in ihren Rechten gekränkt werden zu

können, daß auch den Geistlichen selbst der Uebertritt freistehen solle, dann die weiteren Forderungen eines Nationalkonzils und der Abstellung der Beschwerden den Katholiken, welche natürlich dagegen protestierten und unbedingt an den Entscheidungen des Trienter Konzils festgehalten wissen wollten. Also auf diesem Wege ging es nicht vorwärts. Maximilian mußte versuchen, den Protestantismus durch die Beseitigung des inneren Zwiespaltes aktionsfähiger zu machen. Er wandte sich also wieder gegen den Pfälzer, der in seiner Nachbarschaft und dazu in Gebieten, welche nicht unbestritten zur Pfalz gehörten, den Calvinismus eingeführt hatte. Am 14. Mai wurde ein Dekret gegen den Pfälzer erlassen, nachdem zuvor die Stände dem Kaiser ausnahmslos das Verfahren Friedrichs III als Gewaltakt bezeichnet. Da aber zeigte es sich, wer eine eigene Überzeugung hatte. Friedrich III blieb fest. Die Protestanten wollten von gewaltsamem Vorgehen gegen ihn nichts wissen, und der Reichstag schob die Entscheidung darüber, wie es mit Pfalz zu halten sei, einer Theologenversammlung zu. So gewann der Calvinismus in Deutschland Luft.

Übersehen wir die Gegensätze! Der Calvinismus in der Pfalz, welcher an Ausrottung des Katholizismus denkt; dieser in erster Reihe vertreten durch den andern Wittelsbacher in Bayern, der immer energischer auf die päpstliche Seite zurücktritt. Zwischen den extremen Gruppen einerseits die konservativen Protestanten, an der Spitze Kurfürst August von Sachsen, die vor allem die Wahrung des Friedens wollen, andrerseits, dem gleichen Ziele zustrebend, eine katholische Partei, die aber von dem exklusiv römischen Katholizismus nichts wissen mag. Sie fand ihren Rückhalt in dem Kaiser selbst, dann in dem Erzbischof Friedrich von Köln und dem Herzog von Jülich. Ihr Theologe war Georg Cassander. Er dachte und arbeitete für den Ausgleich in höherem christlich-lebendigen Geiste, nicht in dogmatischer Formalität. Was die Lehre angehe, so seien Irrtümer überall vorhanden, aber die Liebe vereinige alle zu einer großen christlichen Gemeinschaft, von der die römische Kirche nur ein Glied sei. Gegen diese „Halbkatholiken" richtete nun der römische Stuhl seinen ersten Angriff.

Rom verlangte die Anerkennung des Konzils. Es wollte Reform im Sinne des Konzils. Eine der Trienter Forderungen ging dahin, daß die Stellen in den Dom- und Kollegiatstiften zur Hälfte mit Gelehrten der Theologie oder des kanonischen Rechts zu besetzen seien. Dagegen wandte sich natürlich der deutsche Adel, der diese Stellen als sein Eigentum betrachtete. Eine zweite Forderung war die Vermeidung der Pfründenansammlung in einer Hand durch die Residenzpflicht, d. h. durch die Forderung der Anwesenheit und Selbstverwaltung des Pfründenbesitzers. Ferner verlangte Rom die Weihe der Bischöfe innerhalb dreier Monate. Auch diese Forderung stieß auf den Widerspruch der Aristokratie, wie die Absicht, den gesamten Klerus auf einen höheren Bildungsgrad zu erheben, den Widerstand der ganzen niedern Geistlichkeit wachrief. Trotzdem erlangte der päpstliche Legat Commendone die Zusage des Mainzer Metropoliten, welche im Namen aller Katholiken gegeben wurde, daß man sich den Trienter Dekreten betreffs der Lehre und des Gottesdienstes unterwerfen wolle, während die Ausführung der Disziplinargesetze aufgeschoben sein sollte. Darauf verlangte Commendone die Ablegung des Glaubensbekenntnisses von dem erwählten Erzbischof Friedrich von Wied. Der verweigerte dasselbe und dankte ab (September 1567). Der neu erwählte Graf Salentin von Isenburg aber versprach dem Papste Gehorsam zu leisten, nachdem der Trierer Erzbischof Jakob von Eltz mit der Ablegung des Eides bereits vorangegangen war.

Während die kirchlichen Angelegenheiten auf diese Wege gerieten, des Kaisers Vereinigungspläne also scheiterten, nahmen zugleich zwei andere Angelegenheiten die allgemeine Aufmerksamkeit in Anspruch. Die erste war der Türkenkrieg. Zu demselben hatte der Reichstag seine Hilfe bewilligt, aber gleichzeitig ward die Kraft der deutschen Ritterschaft, wenn überhaupt noch eine vorhanden war, durch den Kampf Augusts von Sachsen gegen Grumbach und seinen Zuhälter Johann Friedrich von Gotha gelähmt. Maximilian führte ein stattliches Heer gegen die Türken, welche im Juni vor Belgrad erschienen. Im August schritt Soliman zur Belagerung der von Zriny verteidigten Festung Szigeth. Alter, Anstrengungen und Klima brachen die Kraft des Türkenherrschers. Er starb noch

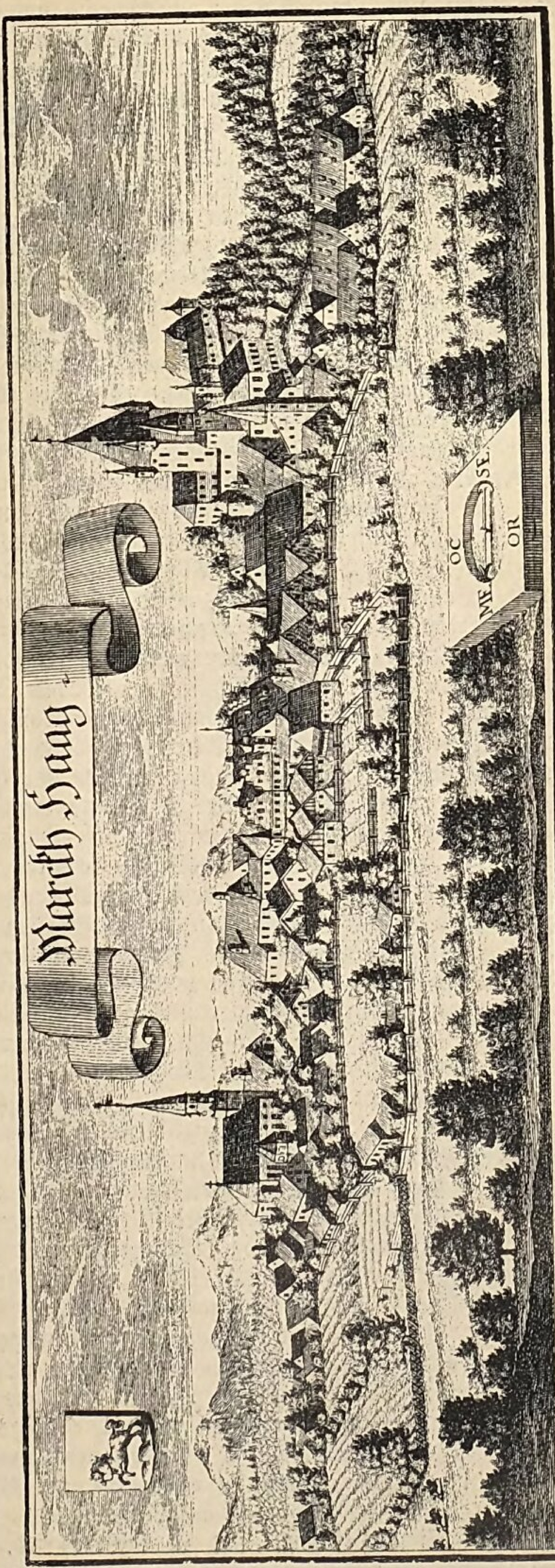
vor der Einnahme der Festung. Aber sein Heer eroberte sie, und Maximilian that nichts zu ihrem Entsatz. Die Türken zogen ab, das Heer der „Kreuzfahrer" ließ sie ziehen; ohne Erfolg kehrte man in die Heimat, und selbst der innerlich erschütterten Türkenmacht versprach der deutsche Kaiser im Frieden von 1568 die Fortzahlung des Tributs von 30 000 Dukaten.

In der gleichen Zeit schaffte Kurfürst August endlich in Sachsen Ruhe. Der Reichstag von Augsburg hatte die Exekution gegen Johann Friedrich und Wilhelm von Grumbach beschlossen. Am 12. Dezember erhielt August den Befehl zur Exekution. Am 13. April 1567 kapitulierte Gotha, die Aufrührer gerieten in Gefangenschaft. Johann Friedrich blieb in derselben bis zu seinem Tode 1595, während seine Helfer, so Wilhelm von Grumbach, hingerichtet wurden. Noch immer erwies sich das sächsische Land als eine lebensfähige und lebenskräftige Macht, aber die im Grunde doch vollkommen konservative Haltung des Kurfürsten zeigt, daß von hier aus eine Erneuerung des deutschen Lebens nicht mehr, wie in früheren Zeiten, zu erwarten war. Wir sahen, wie der letzte kühne Pläneschmied des sächsischen Landes, wie Kurfürst Moritz in die Defensive zurückgeworfen wurde. In der Defensive blieb sein Nachfolger August, der konservative Freund des habsburgischen Kaisers. Und immer mehr in die Defensive trat damit auch der Protestantismus zurück, seitdem im März 1567 der alte Landgraf Philipp von Hessen und im Dezember 1568 der Herzog Christof von Württemberg, die beiden eifrigsten Vorkämpfer einer protestantischen Einigung, gestorben waren. Immer weiter zur Offensive aber drang der Katholizismus vor, der in dem Vorgehen der auswärtigen Mächte einen starken Rückhalt fand. Wir kehren nach Bayern zurück.

In Italien hatte Herzog Albrecht einst seinen Geist erhoben an den Kunstwerken eines Sansovino und Titian, eines Benvenuto Cellini und Michel Angelo. Hier war ihm nach eingehender Vorbereitung in der Heimat — er hatte sieben Jahre lang an der Ingolstädter Universität studiert — der Sinn für die Herrlichkeiten der Künste aufgegangen, und er, einem Fürstenhause entstammend, welches unter den deutschen Standesgenossen trotz aller Wandlungen zu den ältesten und vornehmsten zählte, empfing hier den Trieb zu jener geistigen und künstlerischen Verschönerung des Lebens, den uns seine Werke verraten. Freilich ging mit dieser Liebe für das geistig Schöne nicht ein ökonomischer Sinn Hand in Hand. Den Zauber Italiens über Bayern auszugießen, hätte es einer materiellen Umwandlung des bayerischen Daseinsbodens zuerst bedurft, den wir als erstes Hindernis jedes Kulturfortschrittes erkannten. Italien war ein Städteland, Bayern ein Bauernland. Geistiges und künstlerisches Leben hier zu erwecken und zu erhalten, war nur möglich, wenn man alles schützte und pflegte, was zur Erweiterung des städtischen Lebens beizutragen vermochte. Und gerade da trat dem Fürsten seine katholische Gesinnung in den Weg, welche ihn zwang, in die geistige und materielle Entwicklung seiner Bürgerschaften einzugreifen und ihr selbständiges Leben zurückzudämmen. Die Verhandlungen auf den Landtagen, welchen wir uns nun zuwenden wollen, werden uns von diesem Widerspruche ein klares Bild geben.

Im Dezember 1565 trat ein Landtag zu München zusammen. Die religiös-oppositionellen Elemente sind, wie wir wissen, wenn nicht gänzlich ausgeschieden, so doch der Führung beraubt. Der herzogliche Rat Dr. Bärbinger eröffnete den Landtag, der Kammersekretär Prantstetter verlas die herzoglichen Vorschläge. Die Sammlung eines Schatzes sei notwendig wegen der dem Lande von innen und außen drohenden Gefahren. Der Rang, die Autorität und Reputation ließen eine merkliche Beschränkung des Hofhaltes nicht zu. Dazu komme die Teuerung, infolge deren die Besoldungen auf das Drei- bis Vierfache gestiegen seien. Der Herzog habe neue Schulden machen müssen. Darum möchten die Stände auf Mittel sinnen, den Rest der alten Schuld zu tilgen, die neue zu übernehmen, einen Vorrat zu bilden und das Kammergut zu bessern. Was diese letzte Forderung betrifft, so verstand man unter Kammergut damals in Bayern „alles landesfürstliche Einkommen aus den verschiedenen Regalien oder Hoheitsrechten sowohl, als aus der Lehensherrlichkeit und dem herzoglichen, aus ganzen Herrschaften, einzelnen Grundstücken und Rechtsamen bestehenden Familien-Privateigentum." Die Er-

trägnisse dieser Kammergüter waren die Herzoge verpflichtet zur Bestreitung der Hof-, Verwaltungs- und Staatsausgaben zu verwenden. Dazu aber reichte das Kammergut schon lange nicht mehr aus, und so mußten die Stände mit Steuerverwilligungen nachhelfen. Albrechts V Absicht ging aber dahin, die Einkünfte des Kammerguts ganz allein für Hof- und Regierungsausgaben zu verwerten, die Staatsausgaben aber den Ständen zuzuschieben. Zugleich aber wollte er das Kammergut selbst durch eine Ständezulage vermehren. Die Stände ließen erwidern, daß sie die alten Schulden zu tilgen und einen Vorrat anzulegen bereit seien, und zwar durch 1 1/2 Landsteuern in den nächsten zwei Jahren und eine Ständesteuer von 100000 Gulden. Neue Schulden zu übernehmen aber vermöge man nicht. „Neue Steuern seien dem verarmten Landmann nicht mehr zuzumuten; neue Aufschläge und Mauten würden aber dem Handel und Gewerbe die höchsten Nachteile bringen.“ Der Herzog hielt fest. Er meinte, eine Dopplierung oder Triplierung des Aufschlags würde die Ausländer zu großer Schonung der Inländer ins Mitleid ziehen; dabei wäre zu bedenken, ob man nicht auf das Getreide und anderes, was aus dem Lande geht, ebenfalls etwas schlagen sollte? — Wir suchen keine nationalökonomischen Einsichten in jener Zeit, aber über das was ihm und seinem Gewerbe förderlich war, war sich Bauer und Handwerksmann auch damals klar; er wußte sehr wohl, daß jede Behinderung des freien Verkehrs mit den Nachbarländern zuletzt doch am Lande selbst ausgehe, welches mit Ein- und Ausfuhrzöllen und Mauten dem freien Verkehr den Weg versperrte. Und so erwiderten denn auch die Landstände, „daß die herzoglichen Vorschläge zum Abbruche des Kammerguts und Verderben des Landes gereichen würden, denn hierdurch würde der Schweiß der Unterthanen — deren Fluch wider die, so sie unbillig belästigen, nicht leer abgehe — angerührt werden.“ Dazu drohe in dieser



Ansicht von Haag in Oberbayern aus Wenings Topographie.

Zeit allenthalben der Aufruhr. Mißwachs und Teuerung schufen die Stimmung dazu. „Die Erfahrung zeige auch, daß der Landmann durch zu viele Steuern roh und werklos werde und verzweiflungsvoll lieber müßig stehe, als seinen Schweiß für Fremde aufzuopfern. Die Verarmung des Bauers trage aber jene der andern Stände auf dem Rücken. Der Fürst solle bedenken, daß ihre Verarmung ihm selbst zum größten Schaden gereiche." Die Darlegungen nützten nichts. Der Herzog meinte, „daß die Stände den Schweiß der Unterthanen, wie sie's nennen, so hoch anziehen, sei sonderbar, da doch alle Stände in Bayern in besserem Aufnehmen und Wohlfahrt, als in irgend einem Lande des Reichs gesessen seien." Von dem vorgeschlagenen Aufschlag sei „eine Eröbung des Handels, wie das fremde Beispiel zeige, keineswegs zu fürchten." Und so übernahm die Landschaft sämtliche Schulden, 500000 Gulden vollständig, 131000 Gulden bloß zur Verzinsung und außerdem stellte sie 100000 Gulden dem Herzog zur Verfügung. Der Aufschlag auf Getränk wurde verdoppelt, in den folgenden zwei Jahren sollte eine Landsteuer von zwölf Pfennigen vom Pfund erhoben und eine Ständeanlage von 100000 Gulden hinzugefügt werden. Eine weitere Besserung des Kammerguts wurde abgelehnt. Der Landtag ward darauf am 17. Dezember besonders gnädig entlassen und dabei auf die wohlthuende Wirkung der Abwesenheit der Unruhestifter hingewiesen.

Bei dem folgenden Landtag, der im Januar 1568 in München zusammentrat, zeigten sich die Dinge indes schon in anderem Licht. Es handelte sich um das „kostbare Vorhaben", den ältesten Sohn Albrechts, Wilhelm, mit Renata, dem älteren Fräulein von Lothringen, zu vermählen, zu dem der Herzog eine austrägliche Hilfe brauchte; dann hatte Albrecht die Herrschaft Hohenschwangau um 170000 Gulden gekauft. Diese Summe sollte die Landschaft übernehmen. Dazu kamen andere Ausgaben, so namentlich für die Erwerbung der Grafschaft Haag, die Errichtung eines eigenen Hofstaates für die Herzoge Wilhelm und Ferdinand, die Promotion des Herzogs Ernst zu dem Stifte Freising und neue Schulden. Aber Herzog Albrecht hatte außerdem einen Schritt gethan, der die Stände in helle Aufregung versetzte. Er hatte seinen kaiserlichen Schwager Maximilian II vermocht, ihm ein Privilegium zu erteilen, welches ihn ermächtigte, den 1565 vom Landtag bewilligten „Aufschlag" zu verdoppeln und auf ewige Zeiten zu erheben, dann aber auch die Erträgnisse desselben lediglich als Kammergut betrachten, d. h. sie zur alleinigen Bestreitung der Hof- und Verwaltungsausgaben verwenden zu dürfen. „Und wiewohl wir wissen," heißt es in diesem Privilegium, „daß die bayerischen Stände durch ihre Freiheiten gegen neue Zölle, Mauten und Umgeld geschützt sind, so wollen wir doch alle diese Freiheiten, jedoch nur in diesem Falle und nicht weiter, als sich unsere Konzession erstreckt, gänzlich derogiert haben, so daß in keinem Falle, wie sie auch beschaffen, wie hoch es verpönt und bekräftigt, wie hoch und von wem sie auch konfirmiert seien, darnach geurteilt werden könne. Wir gebieten auch allen unsern Kurfürsten, Fürsten u. s. w., insonderheit den drei Ständen gemeiner Landschaft im oberen und niederen Bayern, daß sie Herzog Albrecht in Einnehmung dieses Aufschlags nicht hindern, noch sich dagegen ihrer Freiheiten gebrauchen sollen, bei unserer und des Reiches schwerer Ungnade und Strafe, dazu einer Pön, nämlich 50 Mark lötigen Goldes, die halb in unsere und des Reiches Kammer, halb in die Herzog Albrechts und seiner Erben fallen soll." Die Antwort der Stände ist näher zu betrachten. Im Falle eines Krieges wollten sie gerüstet sein. Die Botschaft von der Vermählung hätten sie mit Freude vernommen und bewilligten dazu 12000 Gulden. Für die Uebernahme der Erwerbsumme von Haag und Hohenschwangau könne man aber „bei dem durchgehenden Vermögensfall aller Stände" unmöglich Mittel finden. Das Verjagen so vieler Unterthanen wegen der Kommunion trage nicht wenig zur Verarmung der Städte und Märkte bei, sowie denn auch die Bauersleute haufenweise von ihren Gütern getrieben würden. „Was nun aber das kaiserliche Privilegium betreffe, so habe man es mit Entsetzen vernommen und hätte nie geglaubt zu erleben, daß man die Stände, welche jederzeit Gut und Blut dem Fürsten dargestreckt, in ihren Freiheiten also zurückzuschlagen im Werke habe." Man wolle nicht die Frage aufwerfen, ob das kaiserliche Privileg nicht zu kassieren sei, da ihm andere Privilegien im Wege ständen, aber man habe nach Aussage dieser früheren Briefe auch Macht, sich bei diesen

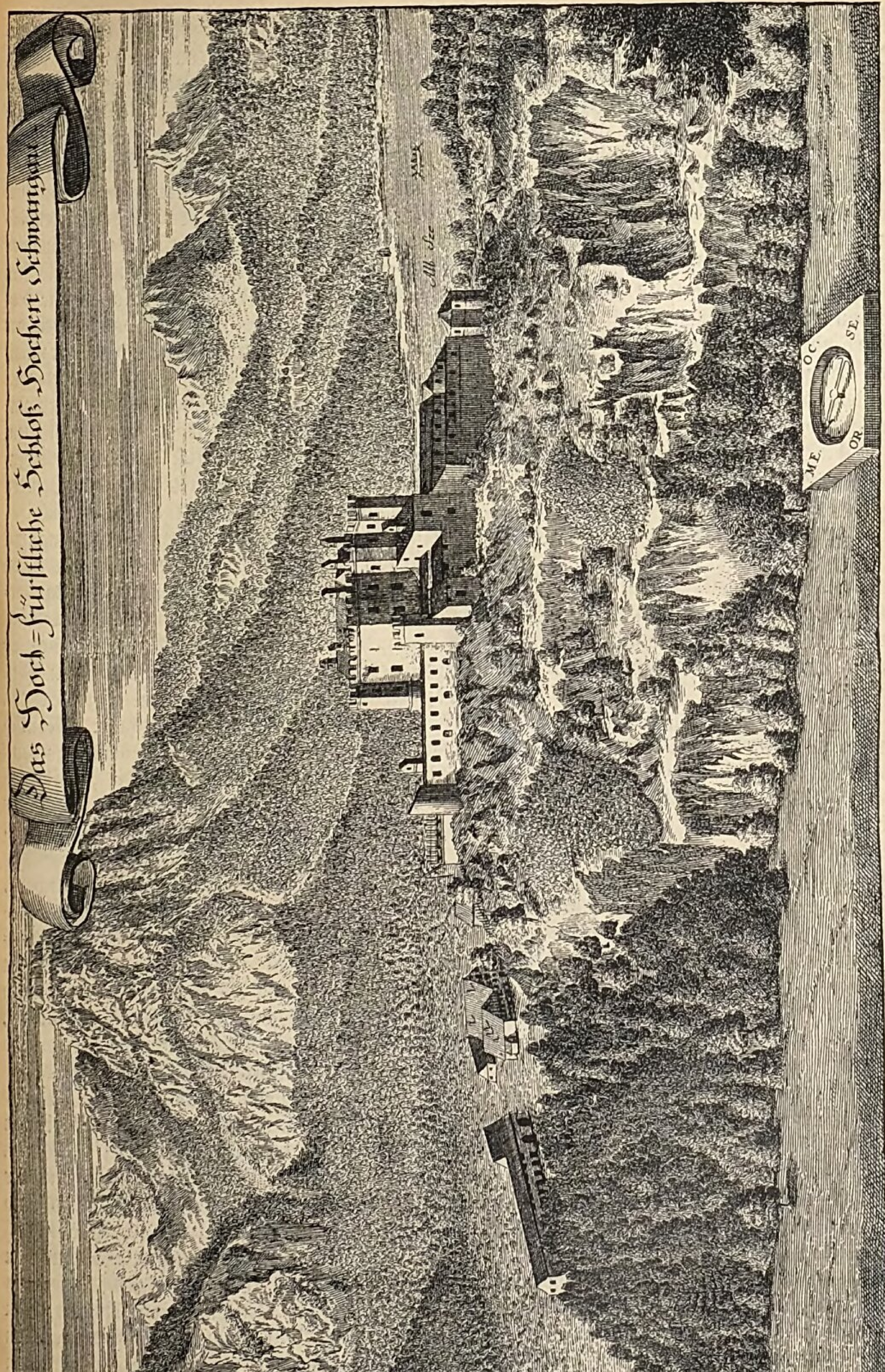
Freiheiten selbst zu handhaben und gegen die Verletzer zu verbinden. Jedenfalls habe der Herzog keine Ursache, sich eines solchen Reskripts zu bedienen. „Bei eintretenden Ersparungen würden auch die ordentlichen Intraden sicher hinreichen, die Reputation sei auch nicht an übermäßige Pracht, sondern an fürstliche Tugenden gebunden. . . . Die jetzt versammelten Stände wollten nicht ihre Nachkommen zu Sklaven machen, denn wenn sie heute diesen Eingriff gedulden, werde morgen ein anderer folgen." — Eine kaiserliche Gesandtschaft sollte dem Reskript mehr Nachdruck verleihen und zum Gehorsam gegen dasselbe auffordern. Die Antwort der Stände behandelte dieselben Punkte, wie sie Albrecht in seinem mitgeteilten Schreiben an den Kardinal Hosius behandelt hatte. Jetzt aber war Albrecht anderer Meinung. Er fand diese Antwort unbescheiden. — Sehen wir auf die Bedeutung dieses Privilegiums, so betonten die Stände richtig, daß eine Zustimmung dazu sie und ihre Nachkommen zu Sklaven mache. Dieser Gedanke aber schien dem Herzog jetzt gar nicht mehr so verwerflich, wie in der Zeit, da die Trienter Versammlung eine sklavische Unterwerfung der Deutschen forderte. Und Albrecht war, wie wir noch sehen werden, in diese Denkweise des Trienter Konzils eingetreten. Die Bayern sollten Sklaven werden. Mit den Freiheiten war nichts mehr zu machen. Der Herzog zog nur die Konsequenz einer Thatsache, und diese Thatsache war das Erlöschen des selbständigen Volkslebens. Denn als Albrecht den Ständen in scharfer Sprache ihre „Unbescheidenheit" verweisen ließ, als er betonte, daß dem Kaiser das Recht zustehe, gegebene Freiheiten auch wieder außer Kraft zu setzen, daß Maut, Zoll und Umgeld zu den Regalien gehören, mit denen der Fürst, nicht aber die Landschaft belehnt sei, daß man von einer Verbindung und Widersetzung der Stände vor dem gemeinen Haufen füglicher geschwiegen hätte, da man Wege finden würde, solche Verbindungen wieder aufzulösen, daß er, falls die Stände nicht gutwillig auf seine Vorschläge eingingen, sie selbst ins Werk setzen und dem Kaiser die Widersetzlichkeit der Landschaft melden werde: da war die Antwort der Stände nicht etwa eine Steuerverweigerung insgesamt, sondern ihr Widerstand brach lautlos zusammen. Jene Schrift sei nicht so schlimm gemeint gewesen, ließen sie sagen, in den Aufschlag könne man nicht willigen, man bitte den Fürsten, von seinem Privileg keinen Gebrauch zu machen, sondern sich mit den Ständen zu beraten, wie der augenblicklichen Notdurft abgeholfen werden könne. Das Ende vom Liede war, nachdem man sich noch einige Tage wegen Auslieferung des Privilegiums an die Stände, welche Albrecht zuerst zugesagt hatte, herumgestritten, daß die Stände dem Herzog 100 000 Gulden bar zur Verfügung stellten, ihm eine jährliche Kammergutbesserung von 40 000 Gulden bewilligten, den Kaufschilling von Hohenschwangau und Haag übernahmen, für die Hochzeit des Prinzen Wilhelm 100 000 Gulden und eine spezielle Verehrung für den Prinzen versprachen. Dagegen versicherte Albrecht, sich des Privilegs ohne Benehmen mit seinen hoffentlich willfährigen Ständen nicht bedienen zu wollen. Die Urkunde aber behielt er für sich, da sie bei ihm ebenso gut aufgehoben sei, wie bei der Landschaft und sein fürstliches Wort doch viel höher stehe, als ein toter Buchstabe. In der Hauptsache hatte Albrecht erreicht, was er wollte, die Trennung der Hof- und Verwaltungsausgaben von den Staatsausgaben; die letzteren fielen fürderhin lediglich dem Lande zur Last. Die fürstliche Macht in Bayern hatte mit dieser finanziellen Emanzipation einen gewaltigen Schritt vorwärts zum Absolutismus gemacht, die Stände aber einen ebenso großen zu ihrem eigenen Grabe.

Einen Punkt dieser Verhandlungen müssen wir nun noch einmal ins Auge fassen. Im Jahre 1572 mußte Albrecht zugestehen, daß das Land in Not geraten, nachdem er 1565 noch darauf verweisen konnte, wie in Bayern alle Stände besser gestellt seien, als im übrigen Deutschland. Wir hörten die Klagen der Stände über die Vertreibung der Utraquisten und anderer. Dieselbe traf zunächst den Handelsstand und zwar den größeren, der außer Landes mit der protestantischen Kaufmannschaft in Berührung kam und deren Ideen importierte. Diese Leute wurden nun ausgewiesen oder gingen von selbst. Bayern wurde durch diese fortgesetzte Schwächung seiner Kaufmannschaft wieder vollends zum Bauernlande, denn der Kaufmannsstand vermochte gerade hier am allerwenigsten eine Schwächung zu ertragen, ohne sofort das Ganze in Mitleidenschaft zu ziehen. Und sehen

wir auf die umliegenden Länder, so waren sie damals meist noch im stande, an Naturalien über den eigenen Bedarf zu produzieren. Nur der weiter greifende Kaufmann hätte also in Bayern für genügenden Absatz zu sorgen, die Bodenproduktion zu steigern vermocht. Die Kaufmannschaft ging zurück, und damit ging eben alles zurück, Manufakturen und Künste, die eben nur dort aufzukommen vermögen, wo ein aufblühender Handelsstand für lebhafte und gute Verkehrsstraßen sorgt. Bayern hatte nichts mehr auf den Markt zu bringen; sein Naturreichtum ward illusorisch, er verzinste sich nicht, und so sank die Produktion eines Überschusses, die Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes ganz von selbst. Auch die Landwirtschaft verfiel wieder, da man sich immer mehr auf die Produktion des absolut Notwendigen beschränkte, „der Landmann ward roh und werklos und stand verzweiflungsvoll lieber müßig,“ wie die Stände schon 1565 berichteten, als der Herzog es sonderbar fand, daß die Landschaft „den Schweiß der Unterthanen so hoch anziehe“. Das wirtschaftliche Leben Bayerns geriet aus dem Gleichgewicht, und damit berühren wir den Punkt, an dem auch Albrechts künstlerisches und wissenschaftliches Streben scheitern mußte. Für das Land, für das Volk blieben seine Bemühungen auf diesem Gebiete zunächst ohne Frucht, und man kann sagen, daß eine Straßenanlage seines gleichnamigen Ahnen auf das damalige Leben Bayerns intensiver gewirkt hat, als Albrechts V künstliche Befruchtungsversuche. Jedoch folgen wir zunächst der politischen Entwicklung mit raschen Schritten nach!

Wie Albrecht die Grafschaften Haag und Hohenschwangau an Bayern brachte, so verschaffte er sich die Anwartschaft auf die Wolffsteinischen Reichslehen, dann auf die Grafschaft Hohenwaldeck für den Fall des Absterbens des Maxlrainischen Mannsstammes und ebenso auf die Grafschaft Ortenburg. Aber trotz seiner kirchlichen Gesinnung wendete er den Blick auch nach anderer Seite. In den Jahren 1565 bis 1567 gelang es ihm, für seinen dritten Sohn, den dreizehnjährigen Ernst, Kanonikate in Salzburg, Würzburg, Köln und Trier zu erwerben; dem neugewählten Papst Pius V machte er im April 1566 den Vorschlag, seinen Sohn zum Administrator des Bistums Freising zu erheben, was der Papst trotz seines Reformeifers zugestehen mußte. Im Dezember 1566 erfolgte die Ernennung des herzoglichen Knaben zum Administrator von Freising. Von hier aus schritt der Wittelsbacher weiter. Er trat um die Besetzung der norddeutschen Bistümer mit den protestantischen Fürsten in Konkurrenz, und während sich bei Magdeburg und Halberstadt die Häuser Brandenburg, Sachsen und Braunschweig gegenseitig im Wege standen, gelang es dem Herzog Albrecht, für seinen Sohn Ernst im Bistum Hildesheim festen Fuß zu fassen. 1568 erfolgte die Wahl desselben zum Koadjutor. Im Jahre 1573 wurde seine Erhebung zum Bischof von Hildesheim Thatsache. Bayerns Entwicklung hatte einen energischen Schritt gegen Norden gemacht. Es war natürlich, daß sie sich auf dieser Bahn ohne fremden unmittelbaren oder mittelbaren Beistand nicht zu halten vermochte, und so müssen wir uns nach der Lage der Dinge im allgemeinen umsehen.

Die Niederlande! In den Zeiten Karls des Kühnen mußten wir ihnen eine eingehendere Aufmerksamkeit widmen. (Bd. II 582 ff.) Das Vorwiegen des Handels und der Industrie, der mächtige Aufschwung des Städtelebens hatten hier jene Rückwirkung auf die Landwirtschaft erzeugt, welche wir mit den Worten David Humes als die natürliche und wünschenswerte bezeichneten. In Flandern und Brabant kam es im fünfzehnten Jahrhundert zur Ausbildung eines neuen Ackerbausystems mit Fruchtwechsel und Stallfütterung. Man begann die Landwirtschaft „wie eine Wissenschaft“ zu betreiben. Das allein genügte aber nicht mehr. Die Nachbarländer mußten zur Ernährung des niederländischen Kaufmannslandes mit herangezogen werden. „Getreide und andere Produkte des Landes,“ schrieb die Statthalterin Margareta von Parma, „reichen nicht für den vierten Teil des Jahres aus“. Der Handel mußte nachhelfen. Frankreich, England und die Ostseeländer waren die ergiebig fließenden Nahrungsquellen der Niederlande, deren Handel und Gewerbe infolgedessen sich immer mächtiger entfaltete. Wir haben also hier im Gegensatz zu Bayern ein Land vor uns, dessen wirtschaftliche und kulturelle Bedeutung fast vollkommen auf der Blüte des Städtelebens und des Bürgertums beruhte.



Ansicht von Hohenschwangau. Kupfer aus M. Wenings Topographie.

Karl V hatte dies wohl eingesehen, er meinte, „der Wohlstand der Niederlande ist vorzüglich auf Kaufmannschaft begründet". Trotz dieser Einsicht aber hatte er auch diesem Lande gegenüber von seinen rein mittelalterlich feudalen Regierungsprinzipien nicht Abstand zu nehmen vermocht. Und doch war eine solche romanisch-hierarchische Regierungsweise hier je länger je mehr eine vollkommene Unmöglichkeit, sollte nicht das ganze reich entwickelte Leben des Landes vernichtet werden. Namentlich die religiöse Stimmung hatte den Kaiser zu Eingriffen veranlaßt, welche auf die Dauer zum Untergang oder zum Kampfe führen mußten. Man schätzt die Opfer der Inquisition in den Niederlanden bis zum Abgange Karls V auf 50 000 Menschen. Sein Nachfolger Philipp II von Spanien hielt an diesem System fest. Er besaß noch weniger staatsmännische Einsicht als sein Vater Karl, und wenn er auch zunächst in die Verfassung nicht eingriff, so konnte dies doch auf die Dauer gar nicht ausbleiben. Mit der Verfassung aber fiel das Leben der niederländischen Provinzen in das Nichts zurück. Seit dem Emporblühen der burgundischen Herzogsmacht hatte sich das Streben nach Zentralisierung in den Niederlanden erhalten, aber diese Zentralisierung sollte keine monarchisch-absolutistische sein, sondern eine ständisch-republikanische. Die im Jahre 1558 zuerst zusammengetretenen Generalstaaten, d. h. die Delegierten von dreizehn Provinzialständen, versuchten sich als eine Nebenregierung neben der königlichen Statthalterin festzusetzen und die Verwaltung der Steuern an sich zu nehmen. Mit dieser ersten That begann der Kampf gegen das spanisch-absolutistische Regiment. Ritter macht auf den Unterschied dieser ständischen Verfassung mit derjenigen Bayerns aufmerksam, er sieht den Grund der Stärke bei den niederländischen Ständen in der oligarchisch-aristokratischen Art, welche bei ihrer Zusammensetzung vorwaltete. „In Bayern und so vielen andern deutschen Fürstentümern krankte die ständische Verfassung an der Ueberzahl der berechtigten Adeligen und Städte, welche eine geordnete Verhandlung unmöglich machte und den Einfluß der Regierung auf die geringeren Mitglieder erleichterte. In Brabant tagten bei den Ständeversammlungen nur dreizehn Prälaten, vier Städte und aus dem Adel blos die alten und reichen Geschlechter. Aehnlich war in den andern Provinzen das Recht der Teilnahme beschränkt." Daneben war dann das Leben der niederen Volksklassen in mächtigen Zünften organisirt. Die Kräfte des Volkes hielten sich in den Niederlanden noch ziemlich das Gleichgewicht, bis auch jetzt hier die religiösen Gegensätze sich verschärften und die Zersetzung brachten. Politik und Religion vermengten sich hier, wie überall, und namentlich ein Schachzug Granvellas entfachte das Feuer der Opposition zu mächtiger Flamme. Anton Perrenot von Granvella, Bischof von Arras, war der Günstling Philipps II und dessen Vertrauter, Mitglied des Brüsseler Staatsrates und Lenker der Statthalterin Margareta. Durch eine Neueinteilung und Vermehrung der bischöflichen Sprengel sollte die niederländische Kirche in eine feste Einheit verbunden werden. Die Bischöfe wurden vom Könige ernannt; dadurch aber, daß Granvella versuchte, die großen Abteien den Bischöfen in die Hand zu spielen, wäre es zu einer bedenklichen Schwächung des selbständigen Prälatenstandes innerhalb der Provinzialstände gekommen. Nicht nur diese von ständischen Grundsätzen durchdrungenen Prälaten sollten abtreten, sondern auch an ihre Stelle Bischöfe in die Ständeversammlungen einspringen, die in diesem Falle nichts weiter als königliche Bedienten waren. Die Regierung kam nicht zum Ziele und trotz der Ernennung von elf Bischöfen und Erzbischöfen durch Pius IV (10. März 1561) scheiterte Granvellas Plan an der Hartnäckigkeit der ständischen Opposition. Und an der Spitze der Opposition stand bald der hohe niederländische Adel, vor allem Wilhelm Graf von Oranien, der Provinzialstatthalter von Holland-Seeland-Utrecht und der Statthalter des Hennegaus, Johann von Glymes, der Markgraf von Bergen-op-Zoom. Dem Oranier, der im Gegensatz zu den absolutistischen Absichten Granvellas für die Entwicklung der Generalstaaten eintrat, kam die Volksstimmung gegen die hierarchisch-absolutistischen Bestrebungen des Spaniers zu Hilfe. Oranien ward so von selbst zu einer Rücksichtnahme auf die protestantischen Elemente geführt, und diese Rücksichtnahme bewährte sich zuerst, als im Jahre 1562 König Philipp den Plan faßte, im Verein mit der französischen Regierung die Hugenotten zu erdrücken. Da stellte sich neben Oranien der Graf Lamoral von Egmont, dieser aber

weniger aus protestantischen Neigungen, als vielmehr infolge der Einsicht, daß die Niederlande nicht aus religiösen Gründen in einen unabsehbaren Krieg mit dem Auslande verwickelt werden sollten. Wir können nun diese Entwicklung nicht ins einzelne verfolgen, sondern wollen auf zwei Punkte noch einmal aufmerksam machen. Die niederländische Opposition war eine politische, insofern sie die Autonomie der Niederlande gegen den spanischen Absolutismus zu schützen bestrebt war. Dieser Absolutismus nahm zu seinem Gehülfen die Inquisition, und infolge davon durchsetzte sich die politische Opposition mit protestantisch-religiösen Elementen, sie ward naturgemäß auf die protestantische Seite hinübergedrängt. Auf diesem doppelten Grunde wuchsen die Gegensätze weiter. Zu ihnen aber gesellte sich ein dritter, ein sozialer, der namentlich in den Bewegungen des Adels zu Tage trat. Es lassen sich diese Erscheinungen nicht trennen, soviel auch eine Verschiedenheit der Motive im einzelnen obwaltete. Der große Gegensatz ist der Kampf des hohen Adels gegen die erdrückende Macht des Fürstentums und des Absolutismus. Von Albrecht von Brandenburg-Kulmbach angefangen setzte sich diese Bewegung fort und leuchtete bald hier bald dort empor, wie bei Johann Friedrich von Weimar und dem Grumbacher, so später bei Johann Casimir von der Pfalz, bei Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg, bei Oranien, bei Condé und Coligny in Frankreich. Zu dieser Bewegung einer zurückgesetzten, höheren Aristokratie stand der niedere Adel geteilt, so in Deutschland, in den Niederlanden, in Frankreich. In Bayern verfolgten wir einen Ausläufer dieser Bewegung in dem Kampfe des Ortenburgers gegen Albrecht. Dazu kam das große ethische Motiv der Gewissensfreiheit, im Calvinismus ins Romanische übersetzt und einen universalen Charakter annehmend, aber doch immerhin auf die deutsche Volksbewegung, auf den Gedanken der Demokratie mit seiner Wurzel zurückgreifend. Demgegenüber stand in Ostdeutschland der deutsche Individualismus, allerdings zunächst in die Defensive zurückgeworfen. Derselbe stellte sich jeder universalen Einigung in den Weg, so in Sachsen und Brandenburg, so auch in Bayern und Oesterreich, wo man sich, wie wir wissen, einer romanisch-katholischen Union nicht minder mit Bewußtsein entgegensetzte, wie dort einer romanisch-calvinischen, wie sie von der Pfalz aus propagiert wurde. Mitteldeutschland schien der Preis, um den der romanische Universalismus in doppelter Gestalt, als Calvinismus und Katholizismus, mit dem germanischen Individualismus rang. Und so haben wir zunächst das Resultat, daß sich die romanische Macht spaltete, sich mit ihren beiden Aeußerungen gegen sich selbst wendete, während andrerseits das deutsch-nationale, das individualistische Element durch diese Spaltung eine indirekte Stärkung erfuhr, sich aber von einer Beteiligung am Kampfe ängstlich zurückhielt. Brach sich die deutsche Volksbewegung an der Stärke der romanisch-absolutistischen Elemente, so trug sie doch andrerseits in diese wieder die Spaltung hinein.

Wir können nun nicht weiter, wenn wir nicht einen Augenblick den großen politischen Strömungen folgen, welche sich in Europa bemerkbar zu machen begannen. Karls V Plan der Vereinigung Spaniens mit England, seine Absicht, durch diese Vereinigung den Katholizismus in England wiederherzustellen, waren, wie wir wissen, gescheitert. Im Jahre 1559 bestieg Elisabeth, die Tochter Heinrichs VIII und der Anna Boleyn, den Thron Englands. Sie hatte zwei Feinde, den Spanier Philipp, den Verfechter des Katholizismus, und Maria von Guise, die Gemahlin des verstorbenen Königs Jakob V von Schottland, welche für ihre Tochter Maria Stuart die Regentschaft führte. Es war natürlich, daß sich die Königin Witwe an ihr Heimatland Frankreich, den alten Erbfeind Englands, anlehnte. Ein Jahr vor der Thronbesteigung Elisabeths vermählte sich Maria Stuart mit dem Dauphin von Frankreich, Franz II, der im folgenden Jahre zur Königswürde emporstieg. Maria Stuart nannte sich Königin von Frankreich, Schottland, England und Irland. Das Königtum der Elisabeth war bedroht. Eine französische Streitmacht erschien in Schottland. Elisabeth zwang sie 1560 mit Hilfe der schottischen Protestanten zum Abzug. Franz II und Maria mußten sich zum Frieden und zur Anerkennung Elisabeths bequemen. Da starb Franz II im Dezember 1560. Die Stellung seiner Gemahlin in Frankreich war erschüttert. Nur das schottische Königtum suchte sie sich zu retten. Elisabeth aber war weiter gegangen. Sie hatte eine Verbindung mit

Coligny und den französischen Hugenotten angeknüpft. Diesen gegenüber standen, wie wir wissen, die Krone Frankreich unter der Führung der Guisen, dann Spanien und der Papst. Da landete Maria in Schottland (August 1561) und sammelte die Katholiken um sich. Als schottische Königin betrieb sie ihre Nachfolge in England. Im Jahre 1565 trat Philipp offen auf ihre Seite. Frankreich unterstützte sie ohnedies. Aber die Ermordung ihres zweiten Gemahls Darnley (1567) und die Vermählung mit dem Mörder Bothwell wurde für Maria verhängnißvoll. Gefangen und zur Entsagung zu Gunsten ihres Sohnes Jakob VI gedrängt, floh sie 1568 nach England. Es war die gleiche Zeit, da in Frankreich der Religionskrieg wieder ausgebrochen war, da der Herzog von Alba mit zehntausend Spaniern nach den Niederlanden kam und sein Schreckensregiment gegen die Protestanten eröffnete. Das erschien alles wie ein einziges großes Bündnis der Katholiken zur Unterdrückung der Ketzer. Maria Stuart gibt uns nun den Anhalt zu weiterer Umschau. Sie war die Nichte der Guisen, unter denen der Kardinal Karl von Lothringen den größten Einfluß in Frankreich besaß. Die Guisen selbst bildeten eine Nebenlinie des lothringischen Herzogshauses. Herzog Renatus von Lothringen, der uns bekannte Gegner Karls des Kühnen von Burgund, hinterließ zwei Söhne, Anton und Claudius. Anton folgte in Lothringen, er warf 1525 die Bauernrevolution nieder, verfolgte die Protestanten und vermählte seinen Sohn Franz I 1540 mit Christine von Dänemark, der Nichte Karls V und der Tochter des entthronten Christian II von Dänemark. Anton starb 1544. Sein Sohn Franz I folgte ihm bereits im folgenden Jahre im Tode. Für sein unmündiges Kind Karl übernahm Christine die Regierung. Wir hörten von ihr bereits, als einer auch in die nordischen Gegensätze tief eingreifenden Persönlichkeit. — Der andere Sohn jenes Renatus von Lothringen, Claudius, war Stammvater der Guisen, und so vervollständigt sich uns das Bild dieser mächtigen Weltströmung, welche von diesen Persönlichkeiten getragen wurde. Das Papsttum, Spanien, Maria Stuart, Frankreich, die Familie Guise, Christine von Lothringen und Alba in den Niederlanden — alle werden trotz der politischen Verschiebungen im einzelnen von einer mächtigen Idee beherrscht, der Idee, den Katholizismus zu erhalten. Und denken wir uns nun diese Unmasse von Kräften einmal von einem Punkte aus gelenkt, denken wir sie uns organisirt durch den Organismus des Jesuitenordens, so wird uns das Leben klar, welches hier zur Gestaltung ringt. Kommt diese Idee zum Siege, so ist das germanische Kaisertum überflüssig, die nationale Forterxistenz der germanischen Elemente unmöglich geworden. Für uns aber liegt ein zweites, noch wichtigeres Interesse in dem Eintritt Bayerns in diese Weltströmung, wie er sich in der Vermählung Wilhelms, des bayerischen Erbprinzen, mit Renata, der ältesten Tochter jenes Franz I von Lothringen und der Christine von Dänemark offen ausspricht. Während die deutschen Habsburger, durch die Teilung an sich geschwächt, durch die Türkengefahr nach Osten mit Beschlag belegt, keine feste Stellung im europäischen Konzert zu gewinnen vermochten, schien dies Bayern gelingen zu wollen, allerdings auch auf Kosten der Familieneintracht, denn der pfälzische Wittelsbacher stand als einer der begeistertsten Führer auf der Gegenseite, im protestantischen Lager. Und hierhin haben wir nun den Blick zu lenken.

Wie dort, traten auch hier die politischen Absichten in den persönlichen Anlehnungen der Führer hervor. Im Jahre 1561 vermählte sich Wilhelm von Oranien mit Anna, der Nichte des Kurfürsten August von Sachsen, der Tochter des Kurfürsten Moritz. Im folgenden Jahr erschien er bei dem Kurfürstentag in Frankfurt und schlug den protestantischen Reichsständen eine Vermittlung zwischen den zum Kriege entschlossenen Königen von Dänemark und Schweden vor, da ein solcher nur die protestantische Sache zu schwächen vermöge, er arbeitete ferner für ein nachdrückliches Eintreten der deutschen Fürsten für die niederländischen Protestanten. Wir wissen, wie der pfälzische Wittelsbacher zu gleicher Zeit für die Hugenotten thätig war, wir wissen, wie Elisabeth von England nicht nur diese unterstützte, sondern auch in der Folge für die niederländischen Protestanten in die Schranken trat, und wir werden sehen, wie die Idee eines Bündnisses aller protestantisch-germanischen Mächte noch mehrmals auftauchte. Also auch hier eine Weltströmung, aber eine jener direkt entgegenlaufende. Setzen sich diese beide Strö-

mungen fest, und sie müssen sich festsetzen infolge der bereits hier und dort und immer blutiger emporlodernden Kämpfe, welche nicht nur die gerade Beteiligten, sondern auch die Gesinnungsgenossen fortwährend auf beiden Seiten in Atem halten, dann muß der europäische Krieg kommen, der Krieg zweier Kulturen, der die nationale Völkerentwicklung zurückhaltenden absolutistisch-romanischen gegen die individualistisch-germanische, der Krieg, an dem man in Deutschland durch den Religionsfrieden vorbeizukommen glaubte, und Deutschland, welches mit diesem Frieden von einer positiv weiterschaffenden Politik zurücktrat, wird alsdann entweder zur Wiederaufnahme einer solchen gezwungen, oder aber das Schlachtfeld werden, auf dem die beiden Strömungen gegeneinanderbrausen.

Bis zum Jahre 1566 hatte Wilhelm von Oranien sich äußerlich zur katholischen Religion gehalten. Da ging es nicht mehr, er mußte übertreten, wenn er mit seinem Plane, die Protestanten zu einigen, die Gegensätze zu überbrücken, zum Ziele gelangen wollte. Das geschah so um den Juli. Mitte August brach der Sturm los und verbreitete sich von Westflandern und Antwerpen aus mit rasender Schnelligkeit über Ostflandern, Brabant, Tournesis, Valenciennes, Mecheln, Holland, Utrecht, Seeland bis nach Friesland hinauf. Es war ein „Bildersturm" mit all seinen Greueln und fanatischen Rohheiten. Vom Lande aus eroberte der Protestantismus die Städte, das religiöse Denken überflutete noch einmal mit furchtbarer Gewalt das politische. Die Regierung war ohnmächtig. Sie bequemte sich zu Zugeständnissen: Aufhebung der Inquisition, Straflosigkeit dem Adel, keine Gewalt gegen die Predigten u. s. w. So gewann die Statthalterin Margareta den Oktober und mit ihm die Zeit, da ihr von Spanien aus Hilfe werden konnte. Davor wollte Oranien das Land schützen. Er warb bei den deutschen Reichsständen, bei den Hugenotten. Umsonst! Sein Bruder, Graf Ludwig von Nassau, warb in Deutschland weiter. Ohne Erfolg! Die Regierung hatte Zeit gewonnen, ihre Kräfte zu sammeln, ein Versuch der Calvinisten zum Aufstand mißglückte, der Schrecken ward wieder eingeführt; die Regierung verlangte im Dezember 1566 von den Führern der Ordonnanzbanden, dem Adel und den hohen Würdenträgern einen neuen Eid des unbedingten Gehorsams. Im März 1567 trat sie mit demselben an Oranien heran, er verweigerte ihn, legte alle seine Aemter nieder und begab sich nach seiner Grafschaft Nassau. Am 22. August erschien Alba als Regent in den Niederlanden, Margareta dankte ab. Die Menschenschlächtereien, welche nun vorgenommen wurden, erreichten bekanntlich mit der Hinrichtung der Grafen von Egmont und Hoorne den Höhepunkt. (Juni 1568.) An dem Blute der Gemordeten entzündete sich der Wille des niederländischen Volkes zum Kampf für die Freiheit. Die Vergewaltigung ihrer niederländischen Glaubensbrüder entflammte den Zorn der Hugenotten zum zweiten Religionskrieg (1567), und dieser wieder führte nach kurzem Frieden im Herbst 1568 den dritten französischen Religionskrieg herbei, eröffnet von Spanien, dem Papst und der französischen Regierung zur Vernichtung der Ketzer. Die Hugenotten und die Niederländer erhielten ihren gemeinsamen Feind, es war Spanien und die Regierung von Frankreich. Seit 1568 begann Oranien von den Sammelpunkten der niederländischen Flüchtlinge, von Wesel und seinem Schlosse Dillenburg aus, die Organisation der Abwehr.

Es war die gleiche Zeit, da auch vom Reiche aus Schritte geschahen, welche geeignet erschienen, der spanischen Bluttaktik in den Niederlanden ein Halt zu gebieten, denn wenn Alba glaubte, seine deutschen Glaubensgenossen stimmten seiner Politik zu, so irrte er. Die rheinischen katholischen Fürsten wollten Ruhe und Frieden in den Niederlanden, und Kurfürst August von Sachsen ging weiter, er wollte das Reich in Bewegung setzen, die Ordnung wiederherzustellen. Der Kaiser hatte eben seinem österreichischen Adel die Konfession frei gegeben (August 1568), er hielt dafür, daß die Freistellung der Religion auch in den Niederlanden das Beste sei. Mit dieser Gesinnung begann er die Unterhandlung mit Philipp über die Pazifikation der Niederlande. Als der Spanier nur Worte sah, wies er den Kaiser gründlich ab, ja er faßte ihn an seiner eigenen Politik und fand dabei die Hilfe des Papstes und des Herzogs Albrecht von Bayern. Auch diesmal behielt der Habsburger das Uebergewicht über den Kaiser, vor den dynastischen Interessen strich Maximilian die Segel. Die Mitwirkung Herzog Albrechts bei

diesen katholischen Reaktionsversuchen ist hinreichend aufgeklärt, um erkennen zu lassen, daß sich bei ihm ebenso, wie bei den meisten seiner Zeitgenossen, politische und territoriale Motive mit religiösen vermischten, und die Rolle, welche der Herzog in der Politik des Herzogs von Alba spielte, zeigt uns, wie groß der Einfluß des außerdeutschen Lebens auf die deutsche Entwicklung geworden. Da ist von einer erfolgversprechenden energischen Initiative, von einem Selbstleben auch nicht das mindeste zu verspüren. So hat auch Maximilian nur auf weiten Umwegen die Freistellung der Religion in Oesterreich teilweise durchzuführen vermocht, dabei ebensowenig kaiserlich handelnd, wie bei der nunmehr thatsächlich erfolgten Aufgabe der Reichshoheit über die Niederlande.

Wir haben ein Zeugnis über die Zustände im Reich, welches wohl der Beachtung wert ist. Orientieren wir uns also zunächst über die Gegensätze der großen Parteien! In Sachsen und in dem größten Teil von Niederdeutschland war die Reformation zur Aufnahme gelangt, aber diese Aufnahme bedeutete gleichzeitig den Rücktritt Sachsens aus seiner bisherigen positiven Bahn. Wir müssen im Auge behalten, daß die Reformationsbewegung eine doppelte Bedeutung hat. Einerseits war sie eine Emanzipation des nationalen Lebens von einer außernationalen Bevormundung; das war die fortschrittliche Seite. Andererseits warf das Mißlingen der Reformation, die Hemmung der Bewegung das nationale Denken vollständig in die Atmosphäre der religiös-theologischen Anschauungen zurück; es kam zu keiner Fortentwicklung aus der religiös-mystischen Denksphäre zur verstandesmäßigen, und hier haben wir die reaktionäre Seite. In diesem unausgefochtenen Kampfe war das sächsische Leben hängen geblieben, es hatte das Maß seiner natürlichen Energie erreicht, es trat in die Defensive zurück. In Sachsen herrschte eine konservative Politik, welche sich durch keine Bewegungen des Westens aus ihrer defensiven Haltung herausreißen zu lassen gesonnen war. — In Bayern haben wir ebenso eine konservative Politik, aber auf katholischer Seite. Zu einer nationalen Emanzipation des religiösen Denkens war es hier nicht gekommen. Das waren zwei große Gegensätze, welche indes einstweilen der Aktionsfähigkeit entbehren. Sehen wir von den weiter östlich gelegenen Fürstentümern ab, deren Entwicklung von derjenigen der östlichen Mächte, der Slaven, Ungarn und Türken mitbestimmt wurde, so war es nur Oesterreich, welches durch seine westlichen Besitzungen, wie durch die Kaiserkrone im Reiche wirklich festgehalten wurde. Aber Habsburgs Macht war keine geschlossene. Dazu ward seine Territorialpolitik durch die Reichspolitik beengt, wie diese durch die große äußere Politik. An eine Sammlung, ein Hervorwachsen aus eigener Kraft, an eine Aktionsfähigkeit im Großen war gar nicht zu denken. Wo wir Maximilian II diese Bahn betreten sehen, erfolgen nur Niederlagen, so gegen die Türken, so gegen die Spanier in den Niederlanden, so gegen Frankreich. Das Leben im westlichen Deutschland hatte also an keiner dieser Mächte einen festen Rückhalt. Es flutete alles durcheinander. Sehen wir auf die Wittelsbacher in der Pfalz! Die reformatorische Bewegung war hier eingedrungen. Mit dem Rücktritt Sachsens aber von seiner positiven Bahn erlangte der Romanismus in calvinischer und katholischer Gestalt im Westen das Uebergewicht. Das deutsche Leben verlor seinen Halt, und die Pfalz trat vollkommen unter den Einfluß des Auslandes. Ob wir den Veldenzer Georg Hans, ob wir den Zweibrückener Wolfgang, ob wir den Kurfürsten Friedrich III selbst und seinen Sohn Johann Kasimir ins Auge fassen, wir sehen nur ein Ringen und Kämpfen, festen Fuß zu behalten oder zu gewinnen, und welches Mittel dahin zu führen scheint, wird ergriffen, bald mit den Hugenotten gegen Frankreich, bald mit diesem gegen die Hugenotten, bald mit, bald gegen Alba; von Stetigkeit ist in dieser Politik nichts, als das calvinische Bekenntnis des Kurfürsten selbst. Gerade dieses aber entfremdete ihm die religiösen Verwandten in Deutschland selbst, es entfremdete ihm den eigenen Sohn, den Kurprinzen Ludwig, der in der Oberpfalz als Statthalter dem Luthertum gegen den Calvinismus des Vaters einen starken Rückhalt verlieh. Die Oberpfalz blieb lutherisch, was auch der Kurfürst in seinem heiligen Eifer vornahm. Hier also war ein offensives Element, aber es entbehrte der eigenen inneren Kraft und blieb auf die Hilfe des Auslandes angewiesen. Von einer Initiative des deutschen Lebens war auch hier keine Spur. Die offensive Kraft des Kurfürsten ruhte in seiner calvini-

schen Ueberzeugung, also nicht im deutschen, sondern im romanischen Geistesleben. Wer sollte in diesem Gewirr von Kräften Ordnung schaffen? — Die deutsche Politik blieb auf den Gang der Dinge im Auslande angewiesen.

„Daß im Reiche nicht kleine Unruhe zu besorgen," schrieb der Augsburger Bischof Kardinal Otto von Truchseß aus Rom am 29. Januar 1569 an Herzog Albrecht von Bayern, „ist wohl zu beklagen, und so viel desto mehr, daß die kaiserliche Majestät so lange zusieht und sich mit Ew. Liebden und andern Gehorsamen und Friedliebenden nicht dahin vereinigt und stärkt, daß Friede und Recht im Reiche möchte erhalten werden." Den Gegnern sei es, wie man deutlich sehe, nicht allein um die geistlichen Güter zu thun, sondern „sie trachten damit nach der kaiserlichen Krone, Zepter und Hoheit." Das sei ohne Zweifel ihre eigentliche Absicht, und man gebe ihnen dazu Ursache, Anreizung und Gelegenheit durch „Temporisieren, Simulieren, Stillsitzen und Nichtsthun". „Es ist sicherlich Zeit, daß wir vom Schlafe erwachen und mit Gottes Gnade das Unserige auch dazu thun. Gottlob ist noch so viel Vermögen und Gelegenheit vorhanden, daß wir uns wohl beschützen und bewahren könnten wider alle unrechtmäßige Gewalt, wenn mans nur mutig, männlich und förderlich angreift. Es wird doch sein müssen auf das Letzt, und könnte noch zur Zeit mit mehr Vorteil beschehen, als wenn man zuviel zusieht und die Unseren zuvor verderben und schwächen läßt. Ihre Praktiken innerhalb und außerhalb des Reichs liegen am Tage und sie nehmen täglich an Reputation, Vermessenheit, Trotz, Gewalt und Ungehorsam ohne Scheu zu; ihr Uebermut wächst dermaßen, daß sie alles, was sie gedenken, sich unterstehen dürfen." „Beim wahren Gott," schrieb Otto am 12. Februar weiter, „zu Wien ist man den Türken viel holder als den Pfaffen, seien es Legaten oder Bischöfe. Dahin ist es gekommen." „Ist es nicht zu erbarmen, daß man zu Wien alle Sache bewilligt wider die wahre Religion und meint, man solle sich mit Consentieren, Connivieren, Lavieren und Temporisieren selig und reich machen! Es ist erschröcklich. Wollte Gott, ich könnte nur ein paar Stunden bei Ew. Liebden sein und mit ihr allerlei conferieren. Der fromme Papst hat einen guten Fürsatz, Willen und Gemüt. Aber da ist keine Erfahrung. Doch ist kein Zweifel, wenn Se. Heiligkeit mit Ernst von den Katholiken ersucht würde, sie würde stattliche Hilfe, Rat und Beistand treulich thun. Fürwahr, man schläft zu lange und es wäre Zeit, zur Defension sich zu vergleichen und dazu sich vereinigen mit den wenigen, so gutherzig und



Renata von Lothringen, Gemahlin Herzog Wilhelms V von Bayern.
Kupfer nach Schwartz von Zimmermann.

beständig sind. Es wäre deren in- und außerhalb des Reichs noch eine gute Anzahl und nicht eine kleine Macht. Die Widerpartei feiert nicht: was sie gedenken, dürfen sie thun, für die Offension. Warum sollten die Gehorsamen nicht dürfen das Ihrige thun für die Defension, dieweil die Gelegenheit noch vorhanden, und die Not vor Augen. Die menschliche Furcht, Rücksicht und Gefahr, die man vorwendet, wird bei den Widersachern die Sache nur böser machen und Ursach geben, vorzudrücken. Wenn sie aber eine Gegenwehr etlicher weniger sehen würden, so möchte ihnen ihr Mutwille und Frevel desto leichter gedämpft werden. Könnte man beide höchste Häupter und die übrigen katholischen Potentaten allzumal mit einander vereinigen, so hätte man ein gewonnen Spiel. Wenn aber deren etliche sich nicht wollen einlassen, so dünkt mich: die übrigen, so in beständiger Gottesfurcht sind, sollten sich, so viele ihrer könnten, zu vereinigen kein Bedenken tragen und Gott dem Allmächtigen in einer so gerechten Sache vertrauen, so viel möglich für die Defension Verstand, Leib und Gut mit einander verbinden. Das wäre ein christliches wie wohl gewagtes Spiel. Aber gar nichts thun, einer auf den andern sehen, Furcht haben, ohne Rat und Mittel, und den Widersachern also Ursache geben zur Weiterung, die Feinde übler fürchten denn Gott: was kann es anders werden, denn ein verloren Spiel."

Diese Klage des Kardinals ist bezeichnend für die Lage der Dinge. Er mußte zugestehen, daß die weltlichen Angelegenheiten die Politik zu beherrschen begannen, — den Türken war man in Wien holder, als den Pfaffen — daß das religiöse Denken seine alte einigende Kraft vollauf verloren hatte; demselben wieder Einfluß zu verschaffen, riet er zu einem Defensivbunde, und doch wäre ein solches Bündnis von der Gegenpartei sofort als ein Bündnis zur Offensive angesehen und ausgegeben worden; er mußte ferner zugeben, daß die Politik des Reiches von der Entwicklung des Auslandes abhänge, denn die Gutherzigen und Beständigen außerhalb des Reiches sollten an der Umgestaltung mithelfen; ja, er ging noch weiter und verlangte jenes Weltbündnis des Katholizismus gegen die Feinde, vor dem die Protestanten in fortwährender Furcht und Angst dahinlebten. Jeder kleinste Schritt, der dahin zu führen schien, vermehrte die allgemeine Aufregung. Aber klar und deutlich steht es hier, daß nur ein Weltkrieg die Lage der Dinge zu klären vermochte. Weit bedeutsamer als all dieses ist indes der Beweis, daß auch auf dieser Seite die Religion nicht mehr den großen Einigungspunkt abzugeben vermochte, daß andere weltliche Interessen die religiösen überfluteten. Die Verweltlichung des Menschengeistes ging seine Bahn vorwärts trotz aller Hemmnisse und religiösen Parteien, der werdende Staat, das Produkt politischen, verstandesmäßigen Denkens, trieb in diesen Zersetzungsprodukten des religiösen Lebens seine ersten kräftigen Wurzeln, und gewann Schritt für Schritt das Uebergewicht über die Gemütsauffassung der Vergangenheit. Wir werden diesen Versuch, sich mit einer älteren Geistesrichtung auseinanderzusetzen und zu vergleichen, namentlich deutlich erkennen, wenn wir der Entwicklung Bayerns bis zum Abschluß des Konkordates gefolgt sind. Für unsere Auffassung der Dinge geben uns nun die Antworten Herzog Albrechts sofort die genügende Bestätigung. Er meint: „was sollen wir und andere gutherzige katholische Fürsten und Stände thun, wenn es dermaßen durch einander geht, wie Ew. Liebden wissen." Da man in Wien zurückhalte, ja die Gegenpartei begünstige, „so ist kein ander Mittel, als daß man es Gott befehle, denn da uns nicht Rat und Hilfe von oben herabkommt, können wir nicht sehen, wie menschliche Macht und Vernunft weiter helfen können." Die alte Kultur ließ mithin ihre Bekenner vollkommen im Stich. Zu der päpstlichen Heiligkeit versah sich Albrecht alles gnädigen und väterlichen Willens, und an die Hilfe des Papstes wollte er sich wenden, wenn ihn „in diesen gefährlichen und geschwinden Läufen eine Not angehen sollte", da er „niemand zu einiger Feindschaft Ursach gebe, als was der Religion halber beschieht." Den Weltbund mit den „hohen Potentaten" aber weist Albrecht zurück, da der Kaiser einem solchen Bunde zunächst im Wege stehe und die Schöpfung desselben in die eigene Hand zu nehmen, ihm nicht gebühre, „wie es denn wenig fruchtbar, und uns allerlei Gefahr darauf stehen würde". Außerdem gab Albrecht seiner Gegnerschaft zum pfälzischen Hofe Ausdruck.

Sehen wir hier den Kardinal von Augsburg an einer großen Bündnißpolitik für die Katholiken arbeiten, so vertrat der Kurfürst Friedrich III von der Pfalz eine gleiche Politik auf protestantischer Seite. Größere Bewegung war in beide Parteien in dem vorangegangenen Jahre gekommen, als Johann Kasimir, der Sohn Friedrichs III im Jahre 1567 den Hugenotten ein Heer zuführte, als dann im Oktober 1568 Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Zweibrücken-Neuburg zu gleichem Zwecke einen Vertrag mit Condé und Coligny schloß. 1569 rückten seine Truppen, an 17,000 Mann, in Frankreich ein. Da trat der Bündnißplan auf protestantischer Seite zu Tage. Der Landgraf Wilhelm von Hessen warf ihn auf, Sachsen sollte die Führung übernehmen, England und die protestantische Schweiz den Rückhalt bilden. Ein Defensivbund sollte es sein. Aber was hier gedacht wurde, hatte der nimmermüde Pfälzer bereits in Angriff genommen. Anfang 1568 trat Friedrich III mit Elisabeth von England in Unterhandlung. Elisabeth kam dem Plane entgegen. Ihr durch die Gefangennahme der Maria Stuart geschärfter Gegensatz zu den katholischen Mächten, die Aussicht, die Ostsee dem englischen Handel zu erobern und die spanischen Niederländer aus diesen Gewässern zu verdrängen, mußten sie für ein großes Bündnis erwärmen. Bis April 1569 war man so weit, den Umfang desselben feststellen zu können: England, die protestantischen Reichsfürsten, die bedeutendsten Hansestädte, Dänemark, Holstein und Schweden sollten zu einem großen Defensivbunde einander die Hand reichen. So meinte England. Aber Friedrich III wollte keine Defensive, er wollte die Offensive: Frieden für die Hugenotten, Vertreibung Albas — das stand für ihn im Vordergrund, Metz, Toul und Verdun sollten für Johann Kasimir den Franzosen entrissen werden. Wie aber stellte sich Sachsen zu dieser Politik? An Kurfürst August war die Bedeutung der Hugenottenkriege nicht spurlos vorübergegangen, die Befürchtung war in ihm aufgestiegen, der gesamten Protestantenschaft drohe Unheil von dem festeren Zusammengehen der katholischen Mächte. Im November 1568 verlobte er seine Tochter Elisabeth dem Sohne Friedrichs III, Johann Kasimir; einstweilen sah er den pfälzischen Zettelungen wohlwollend zu. Das Ende war, daß die Protestanten vom 8. September 1569 in Erfurt zur Beratung zusammentraten. Da wurde nun verhandelt über den Bund mit England, über ein Hilfegesuch der Hugenotten, über das Bündnis der Protestanten. Aber Brandenburg wies alles zurück. Ihm folgten die andern. Die pfälzische Politik ward abgeschlagen, auch von dem Kurfürsten August. Was Sachsen bedeutete, sehen wir nun klar. Eine Initiative gab es da nicht mehr. Aber denken wir uns einmal Sachsen wie einstens im Mittelpunkt der Opposition, von rechts und links würde der Anschluß erfolgt sein. Die Opposition hatte keinen Mittelpunkt mehr seit dem Rücktritt Sachsens in konservative Bahnen, der Pfälzer mit seiner künstlich gemachten Bewegung konnte dafür keinen Ersatz bieten; es fehlte an einem aus sich heraustreibenden deutschen Leben. Nirgendwo auf deutscher Erde gab es ein solches, welches kräftig genug gewesen wäre, die flutenden Kräfte an sich heranzuziehen und festzuhalten, und so schwankte alles, wie von seiner Wurzel gerissen, hin und her.

Dieselbe Stimmung nun, welche auf protestantischer Seite den Gedanken an ein allgemeines Bündnis wachrief, waltete, wie wir sahen, auf der Gegenseite ob. Auf beiden Seiten fürchtete man die Offensive der Gegner. Am 21. November 1569 teilte Herzog Albrecht seine Erfahrungen über den Erfurter Konvent an den Herzog von Alba mit. Die Protestierenden hielten das Bündnis Spaniens, Frankreichs, des Papstes und anderer für gewiß. Darum habe man sich gegenseitige Hilfe zugesagt: „In den septentrionischen Orten ist allenthalben das gemeine Geschrei, man müsse die evangelischen Christen nicht verlassen und man könne ihnen mit gutem Gewissen zu Hilfe kommen. Darauf auch das Volk von den Kanzeln gereizt und gehetzt wird, und sagen: die Papisten haben den Evangelischen ein Blutbad bestellt, darum man sich verhüten solle.“ Einstweilen jedoch reagierte die deutsche Politik nicht auf diese fanatisch-religiösen oder irreligiösen Gesichtspunkte. Herzog Albrecht war mit der Befestigung und Erweiterung des Landsberger Bundes beschäftigt. Im Juni 1569 wurde das Bündnis auf sieben Jahre verlängert. Namentlich von Nürnberg aus war Klage darüber geführt worden, „daß man von Seiten der evangelischen Fürsten, auch wohl der eigenen Unterthanen diesen

Verein der Religion zuwider und nachteilig ansehe. Wollte der Bund diesen Verdacht vermeiden, so mußte er für Aufnahme weiterer protestantischer Mitglieder Sorge tragen. Und so faßte man denn auch zunächst den Eintritt der rheinischen Kurfürsten, des Kurfürsten von Sachsen, der protestantischen Fürsten von Ansbach und Württemberg und der Reichsstädte Ulm, Straßburg und Frankfurt ins Auge. Aber neben diesen Verhandlungen gingen andere her, welche jene paritätische Absicht keineswegs verrieten. „Es war in den Monaten Januar und Februar 1569, in der Zeit, da Oranien mit seinen verhungerten und verwilderten Truppen von Lothringen nach dem Elsaß marschierte, als Herzog Albrecht von Bayern ein Gesuch an den Herzog von Alba richtete um Hilfeleistung im Falle der Not: er stellte diese Bitte nicht mit Rücksicht auf das wohlgedeckte bayerische Gebiet, sondern in seiner Eigenschaft als Haupt des Landsberger Bundes." (Ritter). Gleichzeitig bewarb sich der Kurfürst von Trier bei Alba um die Errichtung eines Bündnisses der rheinisch-westfälischen Fürsten. Diese beiden Vereinigungen sollten in einer weiteren Einigung mit einander Fühlung gewinnen. Aber Herzog Albrechts Pläne gingen weiter. Still und vorsichtig wandelte die bayerische Politik ihren Weg, Bayern als Centralmacht in das katholische Leben Deutschlands hineinzuschieben. Das ging nicht ohne die Hilfe Spaniens und des Herzogs von Alba. Und so schlug denn im Juni ein bayerischer Abgeordneter dem Herzog von Alba den Eintritt der spanischen Niederlande in den Landsberger Bund vor. Dieser Plan wurde von König Philipp und Alba mit Eifer aufgegriffen. Sie dachten an eine Verwendung der Bundeskräfte für den Krieg gegen die Protestanten. Das werden die protestantischen Mitglieder des Bundes nicht dulden. Aber wenn der Eintritt der Niederlande erfolgte, konnte Albrecht den Austritt der Protestanten wohl verschmerzen. Wie aber stand es mit den deutschen Habsburgern? Konnten sie ein solches Zusammengehen Bayerns mit den spanischen Verwandten wohl zugeben? Was wäre wohl geeigneter gewesen, den Kaiser aus seiner Stellung als „katholisches Oberhaupt" hinauszuschieben, als dieser Eintritt Spaniens in einen reichsständischen Bund? Bei diesem zweideutigen Vorgehen Albrechts, welches den protestantischen Fürsten wohl ebensowenig lange verborgen blieb, als dies bei Kaiser Maximilian der Fall war, war es wohl nicht zu verwundern, daß die Protestanten, vor allem Sachsen und Brandenburg den Eintritt in den Bund ablehnten. Bei dem nächsten Einigungstage im Dezember 1569 waren nur zwei neue Mitglieder gewonnen, die Kurfürsten von Mainz und Trier, und der erstere „nur mit halbem Herzen."

Gleichzeitig aber betrieb Herzog Albrecht einen andern Plan, die Nachfolge seines Sohnes Ernst im Kurfürstentum Köln. Erzbischof Salentin von Köln hatte den Beitritt zum Landsberger Bunde zugesagt unter der Bedingung, daß am Rhein ein eigener Oberst und zwar ein Kurfürst aufgestellt werde. Er dachte dabei an sich selbst. Herzog Albrecht hatte darauf nicht viel einzuwenden, denn wenn sein Sohn Ernst Kurfürst wurde, wurde er auch Oberst, und die ganze katholische Politik geriet so, wenn auch schlimmsten Falls nur indirekt, unter die Führung Bayerns. Beide Pläne wurden gleichzeitig betrieben. Alba war dafür. Der Papst Pius V war unentschlossen, der Kaiser aber dagegen. Anfang 1570 traf Herzog Albrecht in Prag mit Maximilian und dem Kurfürsten August von Sachsen zusammen. Und wie schon ein Schreiben aus dem Dezember 1569 gerügt hatte, „daß Albrecht aus freien Stücken die Traktation mit Alba angefangen, ihm aber, dem katholischen Oberhaupte, sie verheimlicht habe," so widersetzte sich der Kaiser auch jetzt der einseitigen Aufnahme der Niederlande in den Landsberger Bund mit aller Entschiedenheit. Maximilian wollte Frieden, nicht aber noch größere Spaltung und Trennung der Gemüter.

Wie aber sollte man das Reich vor immer größerer Zersetzung, wie vor der Anarchie der durchziehenden Söldnerbanden, wie vor den fortwährenden furchtbaren Rückwirkungen der Nachbarkriege schützen? Auf dem Reichstag zu Speyer im Jahre 1570 trug Maximilian darauf an, den Kriegswerbungen der ausländischen Fürsten Einhalt zu thun und gegen die Landfriedensbrüche, die durch die Frechheit des gardenden Kriegsvolks so leicht veranlaßt wurden, Rüstkammern in jedem Kreise anzulegen und einen Kriegsfond zu deponieren. Wäre Maximilian hierbei stehen geblieben, vielleicht hätte sein Antrag Erfolg

gehabt. Aber er ging weiter. An die Spitze sämmtlicher Kreise wollte er einen Generalobersten stellen, die Werbungen fremder Mächte im Reich sollten fortan einer besonderen kaiserlichen Erlaubnis bedürfen. Dieser Zusatz brachte den ganzen Reformplan zu Fall, zumal gerade in jener Zeit die Vermählung zweier Töchter Maximilians, der Erzherzoginnen Anna und Elisabeth, mit Philipp von Spanien und Karl IX von Frankreich vollzogen wurde. Den Protestanten stieg die Furcht auf, der Kaiser werde nun den Katholischen die Werbungen im Reiche gestatten, dagegen den Protestanten verbieten. So blieb es denn dabei, daß im Reiche werben konnte wer wollte. Daß dabei ein Kurfürst von der Pfalz den auswärtigen Protestanten zu Willen war, läßt sich denken, während wir falschen Angaben gegenüber, als hätten die Katholiken den Vorschlägen Maximilians zugestimmt, darauf hinweisen müssen, daß Herzog Albrecht an Alba schrieb, er werde, wenn er das Verbot fremder Werbungen nicht hintertreiben könne, trotzdem sein Land und die Nachbargebiete für die Werbungen Albas offen halten. Wir wissen daß dieser Diensteifer Herzog Albrechts mit seinem Streben um das Kölner Erzbistum zusammenhing, für welches er von Alba und Philipp II eine Förderung erwarteten. Alles das aber hat für den notwendig gewordenen Wandel innerhalb des Reiches nur nebensächliche Bedeutung. Die fortgesetzten Intriguen belehren uns nur über die hochgradige Impotenz des damaligen deutschen Lebens und seiner Führer. Von innen heraus war eine Konsolidirung der Verhältnisse nicht zu erwarten. Sie mußte, wie es schien, von außen kommen. Und da fallen unsere Blicke zunächst auf Frankreich.

Der Friede von St. Germain-en-Laye brachte den Hugenotten im August 1570 eine wesentliche Aenderung ihrer Stellung. Nicht nur daß ihnen die früheren Zugeständnisse (freie Religionsübung außer in Paris u. s. w.) erneuert wurden, sondern man gab ihnen gewissermaßen auch eine Sicherheit für deren Einhaltung, indem man ihnen gestattete, einige Festungen zur Sicherung ihrer Glaubensgenossen militärisch besetzt zu halten. Der Krieg gegen die Protestanten trat zurück, der Krieg gegen das spanisch-österreichische Uebergewicht rückte in den Vordergrund. Die französische Politik schien aus den religiösen Bahnen in bewußt politische überleiten zu wollen. Leider bedurfte sie dazu der protestantischen Hilfe, und Karl IX zögerte nicht, einen ihrer verwegensten Führer, den Grafen Ludwig von Nassau, in sein Vertrauen zu ziehen. Dem Nassauer folgte bald Coligny, das Haupt der Hugenotten, der auf den jungen König bedeutenden Einfluß erlangte. Es belebte sich infolgedessen sofort der Krieg in den Niederlanden. Am 1. April 1572 bemächtigten sich die Wassergeusen der Stadt Brielle an dem Ausfluß der Maas, Vlissingen und ein Teil von Seeland sagten sich von Spanien los, es folgte eine Reihe von Städten in Holland und Westfriesland, und endlich am 19. Juli 1572 erkannte die in Dortrecht abgehaltene Staatenversammlung von Holland den Prinzen von Oranien als Generalgouverneur und Statthalter des Königs an. Mit diesen Fortschritten der Protestanten, welche an der Politik Frankreichs einen Rückhalt gefunden hatten, verband sich nun in Frankreich ein weiterer Plan. Das Absterben des Königs Sigmund August von Polen stand bevor. Die Königin Katharina faßte den Entschluß, ihren zweiten Sohn Heinrich von Anjou, in Polen zum Könige und dann von hier aus zum deutschen Kaiser zu machen. Das Haus Valois sollte an die Stelle Habsburgs treten. Dazu aber bedurfte man der Hilfe der deutschen Fürsten, und von ihrer Entscheidung machte denn die französische Regierung auch die entschiedene Anteilnahme an dem Kriege der Niederländer gegen Spanien abhängig. Das hieß nun den Wind mit der Mühle treiben wollen. Der Rückschlag mußte kommen, und er kam in furchtbarer gräßlicher Gestalt. Die Hugenotten drängten vorwärts zum Kriege gegen Spanien, die Königin Katharina hielt zurück, sie hielt immer mehr zurück, seitdem die Frage in ihren Gesichtskreis rückte, ob sie oder ihr Nebenbuhler Coligny vom Platze zu weichen, die Herrschaft über den jungen unfähigen König aufzugeben habe. Die Politik der Krone saß fest. Nur ein Gewaltakt konnte sie wieder frei machen. Ein Mordanschlag auf Coligny — er schlug fehl. Die Hugenotten gerieten in Aufregung. Frankreich stand vor der Frage, ob es mit den Hugenotten den Krieg ins Ausland tragen oder ob ein neuer Bürgerkrieg werden solle? Der reformierte Adel strömte zur Hochzeit Margaretas, der Tochter Katharinas, mit dem

Könige Heinrich von Navarra, dem politischen Haupte der Hugenotten, massenweise nach Paris. Da trieb die Königin vorwärts. Ein Schlag sollte die ganze Gegenpartei vernichten. Es ward eine Bluthochzeit. In der Bartholomäusnacht vom 23. zum 24. August stürzte die blutgierige Meute der Guisen auf die wehrlosen Opfer. Die Zahl der in den nächsten Tagen in Frankreich niedergemetzelten Hugenotten belief sich auf mehr als 30000 Menschen.

Brachte nun diese meuchlerische That die gewünschte Klärung der Verhältnisse: den Bund der Katholiken auf der einen gegen den Bund der Protestanten auf der andern Seite? Keineswegs! Es zeigte sich vielmehr vollkommen deutlich, daß das politische Denken sich der absoluten Herrschaft des religiösen Empfindens doch weit mehr, als man ahnte, entzogen hatte. Wohl brach in Frankreich der vierte Religionskrieg aus, aber die französische Regierung hielt an dem Plane einer Unterstützung der Niederländer gegen Spanien fest. Ein Rückschlag erfolgte zwar zunächst auch in den Niederlanden, da das Ausbleiben der französischen Hilfe die Unternehmungen Oraniens scheitern ließ. Auch die deutschen Protestanten hielten zunächst zurück, aber die französische Politik gewann bald wieder Raum, es gelang ihr, die deutschen Fürsten von einem thatkräftigen Eintreten für ihre französischen Glaubensverwandten zurückzuhalten. Dann wurde wieder verhandelt über die gemeinsame Unterstützung der Niederländer, über ein Devensivbündnis Frankreichs mit den protestantischen Fürsten, über die Gewinnung der Kaiserkrone für das Haus Valois. Die Verhandlungen zogen sich bis zum Frühjahr 1574 hinaus. Da erfolgte eine Aenderung.

Nach dem Tode des Königs Sigmund August von Polen (7. Juli 1572) war es Frankreich geglückt, die polnische Königskrone für Heinrich von Anjou zu gewinnen. (9. Mai 1573). Die Lage der Verhältnisse war ähnlich, wie einstens da der Romanismus von Böhmen und Ungarn aus das deutsche Leben zu umfassen versuchte. (Vgl. Bd. II S. 326 ff. S. 352 ff.) Am 30. Mai 1574 aber starb Karl IX von Frankreich. Heinrich ließ Polen im Stich und eilte in seine Heimat, die Erbschaft des Bruders anzutreten. Als Heinrich III bestieg er den französischen Thron. Das polnische Abenteuer war rasch zum Ende gekommen. Ein neuer Aufstand der Hugenotten, die 1573 einen unsichern Frieden erlangt hatten, empfing den neuen König. Gleichzeitig aber hatte sich der katholische Adel selbst gespalten. Eine gemäßigte Partei schwenkte unter der Führung des jüngsten Sohnes der Königin Katharina, des Herzogs Franz von Alençon, von der extremen Partei der Guisen ab. Die Hugenotten selbst gewannen in dem Prinzen Heinrich von Condé, dem Sohne des 1569 gefallenen Prinzen Ludwig, einen neuen Führer. Frankreich hatte mit sich selbst zu thun. Seine auswärtige Politik, welche sich unter Coligny so mächtig zu entfalten versprach, verlor an Energie.

In Deutschland hatte indessen Friedrich III von der Pfalz ebenfalls den Weg zu den Hugenotten zurückgefunden. Es kam zu einem Bündnis beider Parteien. (September 1575). Johann Casimir rüstete für die Hugenotten, die Städte, Metz, Toul und Verdun sollten seine Belohnung sein. Es kam nicht dazu, aber der fünfte Religionskrieg endete im Mai 1576 für die Hugenotten günstig. Wir erkennen aber, daß seit der Bartholomäusnacht, seit dem Verluste der Stellung, welche die Hugenotten am Hofe und in der französischen Politik unter Coligny gewonnen hatten, an einen Sieg der einen Partei über die andere einstweilen nicht mehr zu denken ist. Nicht die religiösen, die politischen Konstellationen werden in der französischen Politik immer mehr ausschlaggebend sein. Das politische Denken aber vermag sich erst da emporzuringen, wo die religiöse Auffassung der Dinge in die zweite Linie zurücktrat. Und sehen wir nun, ob sich uns da in Deutschland ein Fortschritt offenbart.

Bayern stand an der Spitze der katholischen Gegenbewegung in Deutschland. Die politischen Bestrebungen Albrechts V deckten sich mit seinen religiösen Anschauungen. Die vollkommene Hemmung des nationalen Lebens und seiner Entwicklung brachte naturgemäß den kulturellen Stillstand und Rückgang. Mehr, als je zuvor trat das städtische Leben in den Hintergrund. Es hatte die Initiative verloren, es ward in die Defensive zurück-

geworfen. Demzufolge ward der Charakter des deutschen Landes wieder mehr und mehr der eines großen Bauernlandes. Mit diesem materiellen Rückgang war der kulturelle innig verknüpft. Der Boden ward zu einer katholischen Reaktion, zu einer Neusaat einer älteren Kultur, in immer größerem Maßstabe bestellt.

Unsere Blicke fallen auf die Abteien Fulda und Hersfeld. In diesem von protestantischem Leben umflossenen Gebiet, welches dem territorialen Machtbereich von Hessen und Sachsen verfallen schien, faßte zu Anfang der siebziger Jahre die Gegenreformation von neuem Fuß. Im Januar 1570 wurde in Fulda Balthasar von Dernbach zum Abte gewählt. Stillstand der lebendigen Volksentwicklung, Vernunftlosigkeit und Absolutismus in irgend einer Form sind stets Begleiterscheinungen derselben geistigen Bewegung. Im Kampfe um die Reinheit der Lehre war die Reinheit des Lebens abhanden gekommen. Es handelte sich infolgedessen zunächst nicht so sehr um eine Klarstellung der Glaubens- und Sittenlehre, wie um eine Erneuerung des Lebens und der Sitten selbst. Und in dieser Erkenntnis gewannen die Jesuiten den Vorsprung Daß sie an derselben festhielten, bewirkte die schnelle Verbreitung ihres Ordens. Aber an die Stelle des eigenen Urteils und der eigenen Erkenntnis, deren Stärkung der Protestantismus angestrebt, aber nicht erreicht hatte, setzten sie abermals eine fremde Autorität. Der geistliche Absolutismus trat neben seinen Zwillingsbruder, den weltlichen Absolutismus der Fürsten. Damit war dieser neuen Entwicklung das Ziel gesteckt, sie konnte nur mehr in eine Vereinigung beider hinauslaufen.

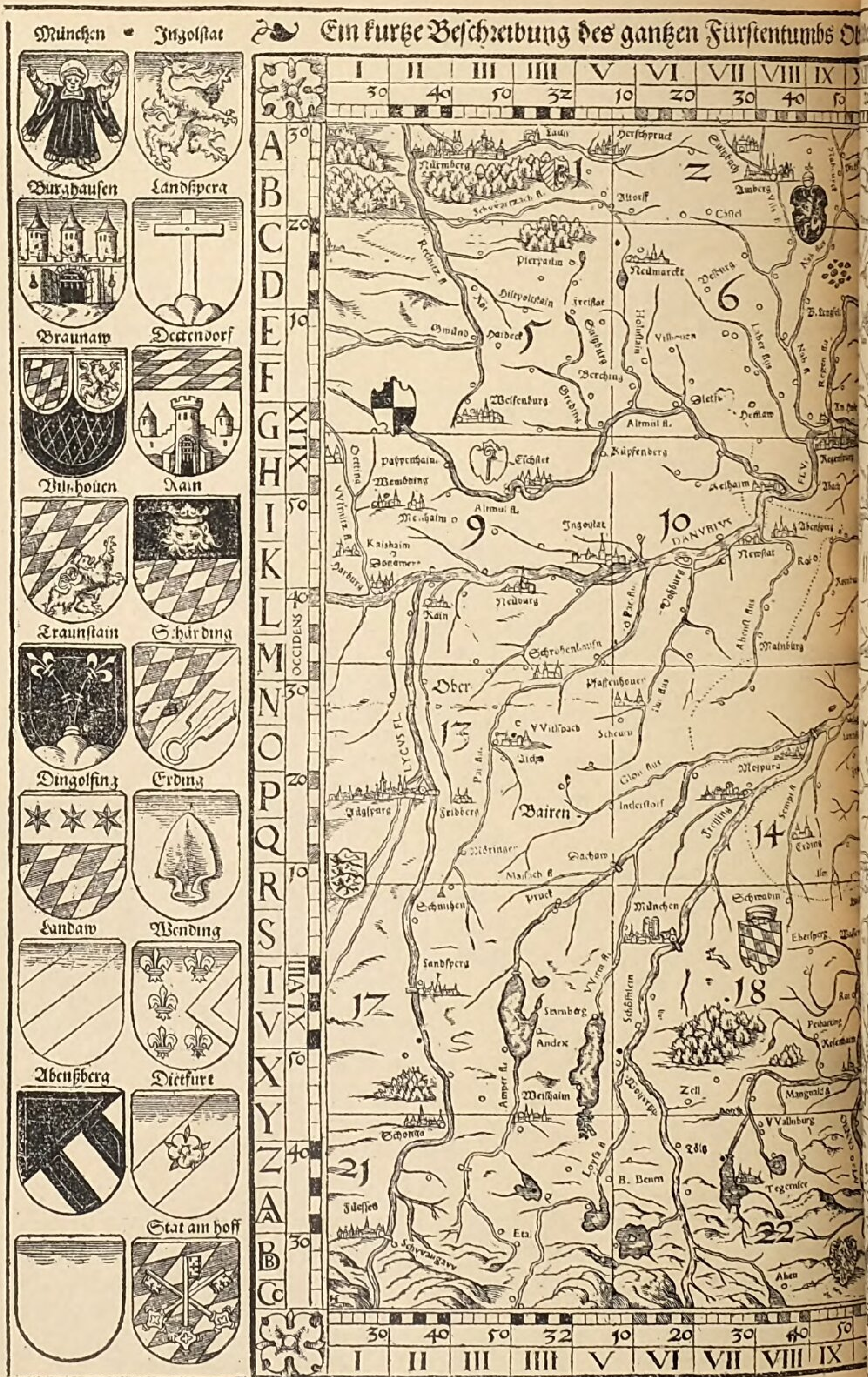
Wir wissen, welchen Rückhalt die Jesuiten an Herzog Albrecht in Bayern gefunden hatten. Ihrem Eifer ist es unfehlbar zuzuschreiben, daß der Herzog aus seiner anfänglich schwankenden Zwitterstellung zurücktrat und sich zum Schützer und Verfechter der katholischen Sache im Reiche aufwarf. Damit gelangte er zu einer festen Haltung in seiner Politik, „er und seine beiden Nachfolger wurden die weltlichen Führer des katholischen Deutschland, während der Einfluß des habsburgischen Kaiserhauses immer tiefer sank. In politischen wie in religiösen Dingen erhielt das kleine Herzogtum Bayern eine Bedeutung, als gehöre es zu den großen Mächten Europas.“ Die Jesuiten meinten, „wenn zunächst vom Hofe ein gutes Beispiel gläubigen, ehrbaren, sittenreinen Wandels ausgehe, so sei damit für das ganze Volk ein Anstoß gegeben, der auf Unzählige in allen Ständen nicht ohne Wirkung bleiben könne.“ Und sie konnten denn auch vom Münchener Hofe viel gutes berichten. „Man ist übermäßig prachtliebend, größere Eingezogenheit und Sparsamkeit wäre von hohem Nutzen für das Volk, aber sonstige Aergernisse sind verbannt; wer die Fürstenhöfe, weltliche und geistliche, kennt, weiß, was dieses zu bedeuten“, schrieb der Münchener Jesuit Friedrich Reinholt. Die Entwicklung des sittlichen Lebens geriet wiederum vollkommen unter die Führung der Theologie, es war nur eine Frage der Zeit, wann die Politik den gleichen Weg antreten würde, und sehen wir auf die Werbungen der Fürsten, die Jesuiten in die Hof- und Staatsangelegenheiten hineinzuziehen, so müssen wir sagen, daß diese Zeit in nicht allzugroßer Ferne lag.

„Wir sind in unserm Leben vielfältig daran gewöhnt worden“, schrieb Herzog Albrecht am 19. Juli 1573, „daß man von den Vätern der Societät Jesu nicht allein die allerabscheulichsten, sondern auch aberwitzigsten und ungereimtesten Dinge unter den gemeinen Mann streut und gar viele ernsthaftige Männer gelehrten und hohen Standes daran unbesehen glauben. Und doch muß der Wahrheit zur Steuer gesagt werden, daß all' solche Dinge fürwitzige und schändliche Erdichtungen sind, als man, so man der Sache auf den Grund gegangen und geht, allweg befindet. Wir und männiglich haben allzeit nicht anders befunden, denn daß die Väter der löblichen Societät in diesen unsern letzten armseligen Zeiten alles gethan haben und thun zur Pflegung von Recht und Gerechtigkeit, Auferbauung christlichen Volkes durch Lehr und Predigt, Dienst in den Spitälern und milde Gütigkeit gegen die Armen und Aussätzigen. Das ist alles vor aller Augen, aber es hilft Nichts nicht bei den unserer heiligen Religion Widerwärtigen. Und ist man selber, so man die Väter in ihren löblichen Werken schützt, ein Stein des Anstoßes und geht es weidlich über einen her; weiß nicht, was man alles erdichtet.“ Von dieser Ueberzeugung geleitet, unterstützte Albrecht das Streben der Jesuiten nach

allen Kräften. Im Jahre 1562 waren bereits die Statuten der Universität Ingolstadt durch ihre Beihülfe erneuert worden. Eine der Bestimmungen verbot namentlich alles Disputieren über Religionsgegenstände und gebot, daß sämtliche Lehrer zur österlichen Beichte und Kommunion und zum Gottesdienst an den Feiertagen der Kirche anzuhalten seien. Ein neues Element war in die Universität eingedrungen und der Kampf begann zwischen den alten und den neuen Professoren. Die Hauptklage jener ging dahin, daß die Jesuiten die ganze Universität unter ihre Herrschaft zu bringen suchten. Am 23. März 1565 kam es sodann zur Verlesung einer Bulle Pius V., welche allen Professoren und Dozenten in Ingolstadt das katholische Glaubensbekenntnis und den Eid des Gehorsams abverlangte. Drei Professoren widerstanden, unter ihnen der durch seine „Bayerische Landtafeln", eine Karte von Bayern in 24 Blättern, berühmt gewordene Philipp Apian, der Sohn des nicht minder berühmten Mathematikers Peter Apian. Er mußte sein Vaterland verlassen und starb 1589 in Tübingen. Er folgte auf dem Wege, den im Jahre 1533 der Pharmakologe Leonhard Fuchs von Wembing bereits in die Verbannung gewandert war, den Aventin ebenfalls vor wenigen Jahren zu wandern im Begriffe stand.

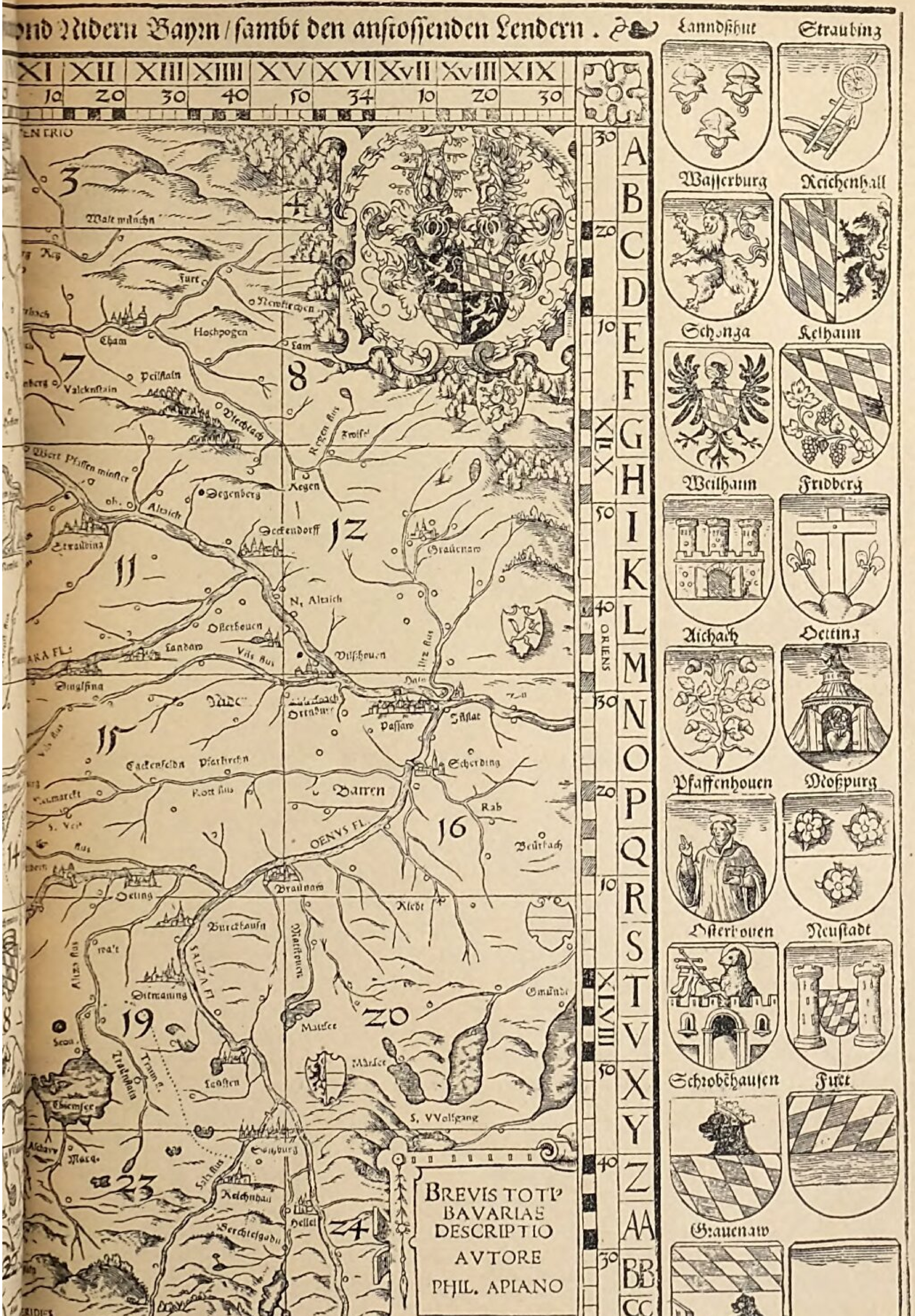
Auch andere Maßregeln wurden mit diesen ergriffen, ein fremdes Geistesleben von Bayern fernzuhalten und die katholische Religion zu stärken. So erschien im Jahre 1569 ein Verbot des Besuches protestantischer Schulen. Eine neue Schulordnung wurde im gleichen Jahre erlassen, in welcher der Geist der Absperrung bereits vollkommen zum Siege strebte, nicht allein darin, daß man z. B. die theologischen und geistlichen Schriften eines Melanchthon verbot, sondern auch seine „Grammaticalia, Rhetorica, Physica und was des Dings mehr." Denn obwohl die Form und Methode der jüngeren Gelehrten „etwas anmutig und leichter," als die, „so vor Jaren in Schulen bräuchig gewest," so soll die Jugend doch nicht aus solchen Büchern informiert werden, „da ja zu Zeiten neben den praeceptis und regulis verfürerische exempel eingemischt seindt." Die alten Historiker behielten ihr Recht, aber ihnen an die Seite wurden die geistlichen Historien gestellt, „aus denen die Knaben nit allein verloffene Sachen und bloße Geschichten, sondern auch die Wunderwerckh Gottes, der lieben Heiligen tugentlich Leben und alle Gottseligkeit lernen." Des größten bayerischen Historikers Werk aber, die Chronik Aventins, geriet unter die verbotenen Bücher. Wegen der alten Poeten wurde ferner eine Reformierung und Purgierung vorgeschlagen. Verboten sollten sein: „Ovidii metamorphoses et amatoria, Terentius, Catull und Juvenal bis solang sie wie Martialis aus einer Katholischen Werkstatt new und rain herfürgehen" . . . „Und insonderheit sollen hinfüran bey den Klöstern und Stiften in und außer der Convent allenthalben in den Fürstentumben Obern- und Nidern Bayerland gar kheine heidnische Autores in Poesie gelesen werden, derweil selbiger Orten Virgilius durch Hieronymum Vidam etc., Horatius durch Prudentium, Juvencum u. s. w., Ovidius durch Ambrosium, Novidium und vil andere christliche Katholische Poeten mer stattlich ersetzt werden. So kann man des Persii bey Hannards Satiris, so teglich haufenweis getruckht werden, wol geraten, also auch sich mit doctor Andreae Fabritii und Hieronymi Ziegleri und andrer mer christlichen Comoedien anstatt Plauti und Terentii gar wol betragen, so lang und vil die alten etwa auch mit Martialis mit einer züchtigeren Lauge gewaschen werden."

Hand in Hand ging mit diesen naiv reaktionären Bestrebungen auf dem Gebiete der Schule eine im Oktober 1569 für ganz Bayern in Aussicht genommene Inquisition. Mit einer Instruktion versehen zogen die herzoglichen Kommissäre ins Land, um sich über das Eindringen der Irrlehren zu unterrichten und Maßregeln gegen dieselben zu treffen. Schulen und Bücherläden sollten genau visitiert, alles Zweideutige abgeschafft werden. Ein Glaubensbekenntnis wurde von allen Geistlichen, Lehrern, Kirchendienern und Buchhändlern, dann von allen herzoglichen Beamten verlangt, und also vorbereitet erfolgte dann mit Beginn des Jahres 1571 das förmliche Verbot des Laienkelches für alle. Wie dieses strenge Vorgehen wirkte, erkennen wir allein aus einer Vorstellung des Münchener Magistrats vom 14. Dezember 1570, wo mitgeteilt wird, daß ein Teil der bessergestellten Bürger das Bürgerrecht bereits gekündigt, ein andrer es zu kündigen und



Übersicht der bayerischen L

Nach einem gle



dtafeln von Philipp Apian.

itigen Kupfer.

fortzuziehen im Begriffe stehe. Schon in den letzten zwei bis drei Jahren seien so viele vermögliche Leute fortgezogen, daß „wayt über 100000 Gulden aus der jerlichen Stadtsteuer khommen.“ Zögen auch vorgenannte Bürger noch fort, so werde sich diese Summe verdoppeln. Andrerseits nehme die Armut zu. „Der Stadt drohe völlige Verarmung, da man weit lieber in die Reichsstädte ziehe, wo man in Religions- und andern Sachen viel freier leben könne. Eine Entwertung der Grundstücke und Häuser sei bereits erfolgt und zahlreiche auf der Gant, „sodaß der Gantknecht schier nit Zeit oder Tag genug hat zum Aufstecken oder verganten.“ Handwerk und Gewerbe seien ebenso im Rückgang. Auf diese Klagen gab der Herzog die wenig tröstliche Antwort, daß Seine fürstlichen Gnaden hierin „nit das Irig, sondern allein die Ehre Gottes, der Unterthanen Heil und Seligkeit zu fördern begere.“

Schon die Schulordnung nahm Rücksicht auf die Auswahl der Bücher. Waren im Jahre 1565 die Druckorte angegeben worden, von denen aus Bücher eingeführt werden durften, so erschien bald darauf ein Katalog der erlaubten Bücher, der aber ebenso die verbotenen anzeigt. Zu den letzteren zählen: die Chronik Sleiderns, die türkischen Historien des Heinrich Müller, die Werke von Johannes Fox, Sebastian Frank, Flacius Illyricus u. a., „desgleichen auch die neuen Tractätl, die in Teufels Namen intituliert sind, als Hosenteufel, Spielteufel u. a.“ „Die Anschaffung von Büchern,“ sagt Heigel „wurde überhaupt möglichst erschwert; sogar Prälaten durften nur nach dem vom herzoglichen Inquisitionsgericht, das natürlich fast nur mit Jesuiten besetzt war, gutgeheißenem Verzeichnis die Auswahl treffen.“

Wir hörten schon früher von verschiedenen Versuchen der Herzöge, einen Religionsrat einzurichten, der unabhängig vom Hofrate alle die Kirche und Religion betreffenden Fragen verhandeln und erledigen sollte. Auf katholischem Boden stoßen wir also hier auf dasselbe Streben der weltlichen Macht, Herr der Kirche zu werden, wie wir es in protestantischen Ländern kennen lernten. Jetzt kam die Einrichtung des Religionsrates zustande. Am 5. Januar 1570 wurde derselbe als „geistliches Ratskollegium“ organisiert. Der Landhofmeister Ott Heinrich Graf zu Schwarzenberg erhielt den Vorsitz; ihm zur Seite standen außer dem Kanzler Simon Eck noch acht weitere Mitglieder. Der Kommission traten außerdem vier geistliche Berater zum Teil aus dem Jesuitenorden bei, ein Umstand, der, wie wir sehen werden, den weltlichen Charakter des Religionsrates zu vernichten und ihm einen rein theologischen zu geben nur zu geeignet war. Damit war das Inquisitionstribunal in Permanenz erklärt, da seine Mitglieder fast alle schon jener Inquisitionskommission angehört hatten, welche der Herzog im Jahre 1569 zur Untersuchung des religiösen Standes seiner Unterthanen niedergesetzt hatte. Die Macht dieses geistlichen Rates erstreckte sich vor allem auf Zulassung der präsentierten Priester. Indirekt kam also dem Herzoge das ganze Kirchenwesen allmählig in die Hand, denn man wies zurück, bis man Leute bekam, welche genehm waren, und schließlich waren nur solche genehm, die im Lande selbst ihre Bildung empfangen. So wirkte diese Veranstaltung zurück einerseits auf den Besuch der bayerischen Universität, andrerseits, da hier die Jesuiten die Oberhand hatten, auf den Einfluß des Jesuitenordens überhaupt. Wie schnell die Wandlung vor sich ging, zeigt sich bereits in der Reduktion der Mitgliederzahl des geistlichen Rates von 14 auf 7 im Jahre 1573. Jetzt trat ein Geistlicher als Präsident an die Stelle des weltlichen, und unter den Mitgliedern erhielt ebenso das geistliche Element eine Mehrung. So erhob sich hier neben der bischöflichen Gewalt und Jurisdiktion eine herzogliche. Klagen wurden laut, die dann schließlich zu dem Konkordate von 1583 führten, welches den Religionsrat fast vollkommen in eine Theologenversammlung umwandelte. An diesem einen Prozeß erkennen wir den Rückschritt der Politik unter die Herrschaft der Theologie.

Parallel mit diesen katholischen Restaurationsbestrebungen im eigenen Lande schritt Albrecht V äußere Politik dahin. In Fulda drang in den Jahren 1570—1576 trotz der Gegenanstrengungen der protestantischen Ritterschaft, trotz der Proteste der benachbarten protestantischen Fürsten von Sachsen, Hessen und Anspach die katholische Restauration durch. Herzog Albrecht stand hinter dem Abte Balthasar von Dernbach.

Wurde der letztere auch zur Abdankung gedrängt, so geriet doch die Leitung des Stiftes zunächst wieder in die Hand eines katholischen Fürsten, des Würzburger Bischofs Julius Echter von Mespelbrunn.

Im Jahre 1569 fiel Markgraf Philibert von Baden in der Schlacht bei Montcontour, wo er auf der Seite der Hugenotten gefochten hatte. Er war der Gemahl von Albrecht V Schwester Mechthilde, und Albrecht übernahm nun die Vormundschaft



Bildnis des Würzburger Bischofs Julius Echter von Mespelbrunn. Kupfer von Salver.

für den zehnjährigen Philipp, den er in München katholisch erziehen ließ. Nach Baden gingen der Landhofmeister von Schwarzenberg und einige Jesuiten ab, die katholische Religion wiederherzustellen. Den Protestanten blieb die „Freiheit“ der Auswanderung. So trat das badische Land für einige Zeit auf den Boden der alten Kirche zurück. — Sehen wir weiter, so finden wir, daß diese Fortschritte der katholischen Restauration auch andere Fürsten ermutigte. Im Jahre 1574 versuchte der Erzbischof von

Mainz, Daniel Brendel von Homburg, eine Wiederkatholisierung des Eichsfeldes. In Heiligenstadt zogen die Jesuiten ein. — Im Jahre 1572 war dem Papste Pius V Gregor XIII gefolgt. Er ist als der eigentliche Begründer der in Rom von den Jesuiten gestifteten Centralanstalt für Deutschland, des Kollegium Germanicum zu betrachten, welchem er durch reiche Geldspenden wie durch andere Zuwendungen erst zu einem wirklichen Leben verhalf (1574). „In demselben Jahre wurde in München das Kollegium Gregorianum in der Neuhausergasse gestiftet für arme studierende Jünglinge. Die Leitung erhielten die Jesuiten. Unter dieselbe Leitung traten zu gleicher Zeit das Gymnasium und Lyceum in München. Das erste Schuljahr wurde mit einem Theaterstück „Constantin“ beschlossen. „Das Theater stand unter freiem Himmel, die Spieler waren Studenten, bei Tausend an der Zahl. Der Hof, der Adel von Bayern, die Beamten, die Bürger und das Landvolk in großer Menge waren die Zuschauer.“ Von 400 Reitern begleitet zog der Sieger Constantin auf einem mit vier Rossen bespannten Triumphwagen über die „Milvische Brücke“ in die Stadt Rom ein. „Die ganze Versammlung ergriff ein Staunen; bald folgte ein allgemeiner Applaus; so was hatte man in Bayern noch nicht gesehen.“ — In Ingolstadt erbaute Albrecht den Jesuiten das Kollegium Albertinum, ein großes Seminar und Erziehungshaus, und erteilte ihnen die Rechte ordentlicher Professoren. In Landsberg wurde gleichfalls ein Jesuitenkolleg erbaut. Im Jahre 1576 fand die feierliche Ueberführung der Bennoreliquien von Meißen nach München statt. Benno wurde zum Schutzpatron des Bayerlandes erhoben. Diese Aufzählungen mögen genügen.

Von einem einheitlichen Geiste geleitet sehen wir hier auf katholischem Gebiete eine Restauration und Konsolidierung fortschreiten, welche die junge Bewegung des Protestantismus lahm zu legen, wenn nicht gar aufzuheben droht. Damit ist die Notwendigkeit des Kampfes gegeben, und in diesem Kampfe wird Bayern, wenn nicht alles täuscht, auf katholischer Seite die Führerrolle zufallen. Einen Umstand müssen wir dabei im Auge behalten, daß Bayern gezwungen ist, den Protestantismus von seinen Nachbargebieten fernzuhalten. In den Reichsstädten des oberen Donaugebietes, an der bayerischen Grenze gegen Franken und die Oberpfalz darf der Protestantismus nicht unbedingt siegreich werden, soll nicht die Katholisierung Bayerns fortwährend bedroht sein. So fand denn auch in Augsburg der Herzog seine treuesten Helfer wie ehedem an dem jüngst verstorbenen Kardinal Otto Truchseß, so nun an dessen Nachfolger, dem Bischof Johann von Augsburg.

Dieser immer mehr zur Einheit drängenden katholischen Bewegung gegenüber gewann der Protestantismus auch jetzt nicht die Fähigkeit einer Sammlung. Das protestantische Prinzip selbst stand dem im Wege. Während bei den Katholiken wiederum die Theologie die Politik zu leiten begann, versuchte bei den Protestanten die Politik den theologischen Anschauungen gegenüber sich zu behaupten. Dies zeigte sich namentlich bei dem in dieser Zeit immer entschiedeneren Zurücktreten Sachsens auf konservativen Boden. Trotz der Bartholomäusnacht lehnte Kurfürst August eine Verbindung aller Protestanten immer energischer ab. Für den Absolutismus der calvinischen Lehre war in Deutschland kein Feld, und von Sachsen aus begann nun der Streit des reinen Lutherthums gegen die versteckten Calvinisten und zweideutigen Melanchthonianer. Das begann so um das Jahr 1571 mit dem Erscheinen des neuen Wittenberger Katechismus, der calvinische Zweideutigkeiten in Sachsen einzuführen versuchte. Im Jahre 1573 starb der Herzog Johann Wilhelm von Sachsen. Kurfürst August bemächtigte sich der Vormundschaft über dessen unmündige Söhne und der Administration des Landes. Er begann damit, die Flacianer, seine alten kirchlichen Gegner, zu vertreiben. Kaum ein Jahr aber verging, als August die Erfahrung machte, daß ein Teil seiner ersten Theologen und Räte, so vor allem der Theologe Craco, der Leibarzt Dr. Peuzer, insgeheim calvinischen Anschauungen huldigte. Mit harter Strenge unternahm der Fürst die „Reinigung“ seiner sächsischen Kirche. Gefangenschaft, Folter und Ausweisung thaten das ihrige, in Thorgau wurde im Mai 1574 eine Glaubensformel vereinbart, welche die Abendmahlslehre auf die Anschauung Luthers zurückführte, daß der Leib Christi wirklich im

Abendmahl gegenwärtig sei und auch von Ungläubigen genossen werde. Damit trat das Luthertum in verschärften Gegensatz zu den Calvinisten, Sachsen entfremdete sich nicht nur den Hugenotten und Niederländern, sondern auch seinen eigenen Verwandten in der Pfalz. Dazu kamen unerquickliche Familienverhältnisse, welche die Feindschaft zwischen Sachsen, Pfalz und Oranien vermehrten und Friedrich III zu innigerem Anschluß an die Niederländer und Hugenotten trieben.

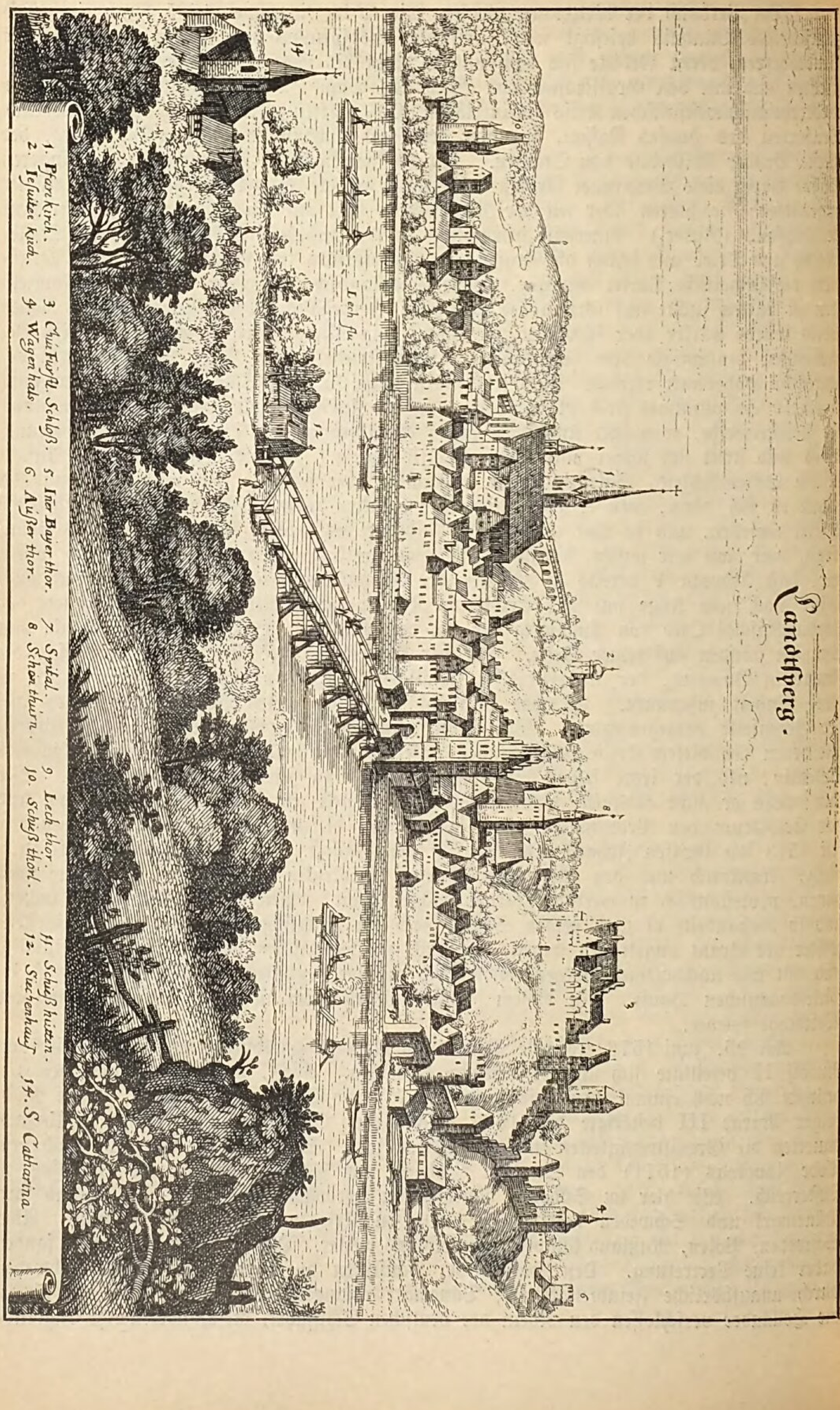
Unter diesen Zeichen der Einigung auf der einen, des verschärften Zwiespaltes auf der andern Seite trat die Frage einer neuen römischen Königswahl an die Kurfürsten heran. Das konservative Element hatte das Uebergewicht. Kursachsen, Kurmainz und Johann Georg von Brandenburg, seit 1571 Nachfolger seines Vaters Joachim II, nahmen Rudolf, den König von Ungarn, den ältesten Sohn Maximilians II in Aussicht. Köln und Trier traten bald bei, nur Friedrich III von der Pfalz hielt zurück. Vereiteln konnte er die Wahl nicht, aber vielleicht gelang es, durch Standhaftigkeit eine erweiterte Wahlkapitulation zu erzielen. So forderte er denn abermals Freistellung der protestantischen Religion. Den Katholiken ein gleiches Recht zuzugestehen, vermochte er nicht. Seine weiteren Forderungen gingen auf Ausdehnung des Augsburger Friedens auf die Bekenner der calvinischen Lehre, dann auf Aufhebung der Verpflichtung, welche dem Kaiser den Schutz des römischen Reiches auferlegte, und auf Verwendung der Annaten und Palliengelder für die Erfordernisse des Reiches. Nebenher ging eine Reihe politischer Forderungen. Aber der Pfälzer blieb isoliert. Nur eine Forderung wurde zugleich von Sachsen vertreten, die Aufnahme der Ferdinandeischen Deklaration in die Wahlkapitulation. Auf dieser Basis wurden am 11. Oktober 1575 die eigentlichen Verhandlungen zu Regensburg eröffnet. Zuvor aber hatten die Habsburger in Böhmen einen Schritt gethan, welcher die kirchlichen Angelegenheiten dieses Landes nicht zu klären, wohl aber zu verwirren vermochte. Hier hatte neben den Utraquisten und der Gemeinde der böhmischen Brüder das Luthertum festen Fuß gefaßt. Rudolf sollte böhmischer König sein, bevor er die Stimmen der Kurfürsten zum römischen Königtum erhielt. Und so brachten denn die böhmischen Protestanten die Forderung vor, daß Maximilian ihnen freie Religionsübung gewähre. Das schlug der Habsburger öffentlich ab, gab aber den Abgesandten der böhmischen Brüder und Lutheraner am 25. August die mündliche Versicherung, keinen in seinem Glauben bedrücken oder hindern zu wollen. So wurde Rudolf als König von Böhmen anerkannt und wiederholte seinerseits die Versicherung seines Vaters. Also auch in Böhmen bedürfen die religiösen Angelegenheiten einer Klärung und gesetzlichen Fixierung. Man schob sie der Zukunft zu.

Bei den im Oktober in Regensburg eröffneten Verhandlungen fehlte Friedrich von der Pfalz. Er war nur durch eine Gesandtschaft vertreten. Seine Forderungen wurden nicht beachtet. Brandenburg und Sachsen traten nur für die Aufnahme der Ferdinandeischen Deklaration ein. Die Katholiken widerstanden. Sie behaupteten, von jenem Aktenstücke nichts zu wissen und bestritten seine Verbindlichkeit. Der Kaiser machte den vermittelnden Vorschlag, diese Angelegenheit dem nächsten Reichstage zur Erledigung zu überlassen, und am 22. Oktober nahmen Sachsen und Brandenburg diesen Vorschlag an. Der Führer der pfälzischen Gesandtschaft, Kronprinz Ludwig, hatte insgeheim mit den beiden andern protestantischen Fürsten paktiert. Wir wissen, er widerstrebte dem Calvinismus seines Vaters. Am 27. Oktober wurde Rudolf einstimmig gewählt, am 1. November ward die Krönung zum römischen Könige vollzogen. Sofort schritt man alsdann zur Berufung des neuen Reichstages, welcher am 15. Februar 1576 in Regensburg eröffnet werden sollte.

Zwei Dinge waren auf's neue in den Gesichtskreis der Parteien getreten: der Kampf um Fulda hatte der Ferdinandeischen Deklaration eine höhere Bedeutung gebracht, „die weltlichen Kurfürsten forderten die Erneuerung der Satzung, durch welche den Ritterschaften und Kommunen ihre Religionsübung auch in den Gebieten katholischer Fürsten gesichert würde"; die Wirren in Köln brachten um eben diese Zeit den erneuten Ansturm gegen den geistlichen Vorbehalt, d. h. gegen die Pflicht eines geistlichen Amtsverwalters, auf seine Aemter zu verzichten, falls er zu einem andern Bekenntnis überzutreten gedachte.

„Der Verband der Wetterauer Grafen, wie er im November 1565 durch ein neues zehnjähriges Bündnis befestigt war, umfaßte eine Gruppe von kleinen protestantischen Landesherren, deren Gebiete sich vom untern Main bis über den Westerwald hinaus erstreckten und mit den Grafschaften von Wied und Sayn an den Rheinstrom und in den niederrheinisch-westfälischen Kreis hineinreichten. Es gehörten zu ihnen auch die verschiedenen Teilherren des Hauses Nassau, darunter der Graf Johann von Nassau-Dillenburg, der älteste Bruder Wilhelms von Oranien. Für die herkömmliche Versorgung ihrer jüngeren Söhne waren diese Wetterauer Grafen vornehmlich auf die Kapitel der rheinischen Bistümer angewiesen; sie hatten aber seit der Reformation dort mit einer doppelten Gegnerschaft zu kämpfen.“ (Ritter.) Einerseits bemächtigte sich der niedere ritterbürtige Adel der Stifter Mainz und Trier und schloß die Grafen aus, andererseits trat ihnen in Köln und Straßburg die katholische Partei entgegen, welche protestantische Bewerber von den Domkapiteln fern zu halten suchte auf Grund des geistlichen Vorbehalts. Diese Bewegung des hohen Adels wurde stärker oder schwächer, je nachdem ein Bischof erwählt wurde, der seine Bestrebungen begünstigte oder zurückwies. Unter Friedrich von Wied hatte sie einen bedeutenden Höhepunkt erreicht. Auch jetzt schien unter Kurfürst Salentin sich der Bewegung abermals ein günstiges Feld zu eröffnen, denn der Kurfürst hielt zurück mit dem Empfang der Priesterweihe, er machte Ausflüchte gegen die Ablegung des Trienter Glaubensbekenntnisses und stritt sich tapfer mit seinem Kapitel herum. Zugleich aber drang die Ansicht in die Oeffentlichkeit, Salentin wolle in näherer oder fernerer Zeit resignieren, und da fragte es sich denn, wen er zum Nachfolger erhalten sollte. Hier mußte die katholische Partei einsetzen, und sie that es unter der Führung des Hauses Bayern. Albrechts Sohn, Ernst, war, wie wir wissen, bereits Bischof von Freising und Hildesheim. Ebenso wissen wir, daß Albrecht V bereits in der Zeit der Abdankung Friedrichs von Wied und auch später noch sein Auge auf das Erzbistum Köln gerichtet hielt. In Rom arbeitete der Kardinalbischof Otto von Augsburg für ihn bei Pius V. Herzog Alba, der König von Spanien standen auf seiner Seite. In der Erwerbung des Erzstifts Köln flossen die Interessen Bayerns, der niederländisch-spanischen Politik und der katholischen Kirche zu einer Einheit zusammen. Es war natürlich, daß sich diesen Bestrebungen andere auf der Gegenseite entgegensetzten. Wie wenn man die Interessen der Wetterauer Grafen mit denen des diesem Kreise nahestehenden Salentin von Isenburg hätte vereinigen können? Salentin, als der letzte seines Stammes, gedachte zu heiraten und abzudanken. Wie nun, wenn er nicht abdankte, sondern das Stift behielt, eine fürstliche Braut nahm und das Erzbistum den Protestanten offen hielt? Auf diesem Wege der Politik finden wir seit 1573 die Grafen Johann und Ludwig von Nassau. Sie unterhandelten mit Kurpfalz, Frankreich und den Wetterauer Grafen. Salentin hielt zurück. Er dachte nicht daran, protestantisch zu werden, aber er dachte daran, seinen eigenen Vorteil zu suchen, und so verhandelte er nach beiden Seiten, nach der pfälzischen, wo ihm eine Kurfürstentochter als Braut angetragen wurde, wie nach der bayerischen, weiter. Wie eigentümlich und mit wie nachhaltigen Folgen wirkte doch auf die deutschen Verhältnisse der Zwist im wittelsbachischen Hause. In diesem Zwiste spiegelte sich in jener Zeit der Gang der Weltdinge wieder.

Am 25. Juni 1576 eröffnete Maximilian II. in Regensburg seinen letzten Reichstag. Rudolf II beteiligte sich an der Leitung desselben. Alles, was Deutschland bewegte, drängte sich noch einmal hier zusammen. 1574 war Selim II gestorben. Sein Nachfolger Murad III bestätigte den 1568 geschlossenen Waffenstillstand. Aber in Ungarn dauerten die Grenzstreitigkeiten mit den Türken fort. Siebenbürgen hatte sich nach dem Tode Zapolyas (1571) den Stephan Bathory zum Fürsten erwählt im Gegensatz zu Oesterreich. Wie hier im Südosten dauerten im Nordosten die Kämpfe um Livland fort. Dänemark und Schweden hatten sich 1570 im Frieden von Stettin geeinigt. Aber Schweden, Polen, Rußland kämpften um Livland weiter. Die deutschen Interessen fanden dabei keine Vertretung. Den Handel der Hanseaten auf dem Belt zerstörte Schweden durch unaufhörliche Feindseligkeiten; Dänemark erschwerte die Fahrt durch den Sund, die Holländer verschlossen den Rhein der deutschen Schiffahrt, die Handelsmacht Englands



Landsberg a. Lech im Jahre 1600. Nach Merian.

wuchs von Jahr zu Jahr und bedrohte die deutsche Kaufmannschaft mit völligem Untergang. Dazu kamen die Bestrebungen Frankreichs in Polen. 1572 war bekanntlich der Mannesstamm der Jagellonen mit Sigmund August erloschen. Polen hatte die gleichen Interessen mit Ungarn gegen die Türken; es hatte die gleichen Interessen mit den deutschen Ostseegebieten gegen die Russen. Dieser natürlichen Verbindung aber stellten sich die Mächte in den Weg, welche durch den Zwist emporgekommen waren und durch ihn zu gewinnen hofften. Die Königswahl in Polen fiel gegen Habsburg aus. Heinrich von Anjou wurde im Mai 1573 gewählt. Da starb Karl IX von Frankreich. Heinrich eilte nach Hause, das Erbe des Bruders in Besitz zu nehmen. Im Dezember 1575 schritt man in Polen zu einer neuen Königswahl. Sie fiel zwiespältig aus. Eine Partei, die katholische, wählte den Kaiser selbst, die andere den Fürsten Stephan Bathory von Siebenbürgen. Bathory gewann alsbald den Vorsprung; der Kaiser schleppte die polnische Frage in den Reichstag von 1576. Dazu kam nun Lübeck mit Beschwerden gegen Schweden, Rußland mit seiner Forderung auf Livland, Bathory selbst mit dem Ansinnen, ihm die polnische Krone zu lassen. Dazu kamen ferner die Angelegenheiten des Westens, vor allen der Niederlande.

Seit 1568 hatte Alba hier seine Herrschaft durch alle Schrecken zu befestigen versucht. Dazu strebte er die Mittel aus einer willkürlichen barbarischen Besteuerung des Landes zu gewinnen. Das Land selbst sollte die Steuern zu seiner eigenen Unterjochung aufbringen. Auf Einzelheiten vermögen wir hier nicht einzugehen. Genug, daß die Maßnahmen Albas die unmittelbaren Bedürfnisse des Lebens ohne Ausnahme und in erschreckender Höhe belasteten, daß sie tagtäglich in den gesamten Kleinverkehr eingriffen. So am eigensten Eigentum erfaßt, dazu fortwährend an Leben und Freiheit bedroht von einer räuberischen, zuchtlosen Soldateska teilte sich nach einer anfänglichen augenblicklichen Lähmung die Kraft des Widerstandes allen einzelnen mit. Die Verzweiflung trieb den Kampf aus einseitiger konfessioneller und ständischer Bahn hinaus und gestaltete ihn zum Kampfe um die Freiheit der Niederlande. Die Idee der Volkssouveränität tauchte auf. Von Frankreich aus in Schriften verfochten und verbreitet, fand sie in den Niederlanden Aufnahme. Herzog Alba legte im Dezember 1573 die Statthalterschaft nieder. Der Großkommandeur von Kastilien, Don Louis de Requesens y Cuniga wurde sein Nachfolger. Er schlug dem Könige einen Generalpardon und die Aufhebung des Blutrates vor, aber die strengen Plakate gegen die Ketzer blieben in Kraft, die fortdauernde Finanznot machte eine starke Regierung unmöglich. Der Fall Middelburgs in Seeland, die vorangehende Vernichtung der spanischen Flotte durch die Meergeusen gestaltete die Lage der Spanier zu einer verzweifelten. Das Geschick aber ward noch einmal aufgehalten durch den Sieg der Spanier auf der Mooker Heide (14. April 1574), wo Ludwig von Nassau, sein Bruder Heinrich und der junge Pfalzgraf Christof fielen und das ganze oranische Heer fast vollständig vernichtet wurde. Aber nun begannen die Meutereien der unbezahlten spanischen Soldaten, die bald allem ein Ende machten. Requesens starb plötzlich im März 1576. Der Staatsrat übernahm einstweilen die Regierung, d. h. sie glitt von ihm hinweg in die Hände der Staaten und großen Städte, welche sich nun selbst gegen die drohende Gefahr, der spanischen Soldatenräuberei zu verfallen, zur Wehre setzten. Das Bürgertum bewaffnete sich. Dann schritt man fort zu republikanischer Einigung. Die Generalstaaten sollten die Ordnung wieder herstellen und die Spanier entfernen. Die Burg von Antwerpen wurde demgegenüber zum Stütz- und Sammelpunkt der spanischen Herrschaft. Oranien war an der Arbeit, aber seine Aussichten waren eben in jener Zeit nicht die besten. Im Juni fiel Zieriksee in die Gewalt der Spanier, damit hatten sie den Schlüssel zu Seeland. Am 4. November 1576 folgte der Fall von Antwerpen, wobei ein Teil der Stadt in Flammen aufging, an 8000 Bürger erschlagen und von den meuternden Truppen die größten Schandthaten verübt wurden. Antwerpen, die wunderbare Stadt, hat sich von diesem Schlage nicht wieder erholt. Der Welthandel zog sich von ihr hinweg. Da traf der neue Statthalter, Don Juan von Oesterreich, ein unehelicher Sohn Karls V, der Sieger über die Morisken in Granada und die Türken bei Lepanto, in Luxemburg ein. Das war für Oranien

ein böses Ding. An Verständigung mit Philipp II war nicht zu denken. Er unterhandelte mit dem Herzog Franz von Alençon, dem Bruder Heinrich III von Frankreich, wegen Uebernahme der Herrschaft. Franz schien geneigt, aber die Generalstaaten ließen sich nicht fortreißen. Die Unterhandlungen mit Don Juan kamen in Gang, während eine dritte Partei nach einer anderen Richtung sah, nach dem Erzherzog Matthias, dem dritten Sohne des deutschen Habsburgers, des Kaisers Maximilian. Die niederländische Angelegenheit wuchs also abermals an das Kaisertum heran, und zum Ausdruck kam dies eben durch eine an den Regensburger Reichstag abgeordnete Gesandtschaft, welche den Kaiser bitten sollte, Philipp II ferner nicht mehr mit deutschen Kräften zu unterstützen.

Diesen großen Aufgaben gegenüber, die sich an ihn herandrängten, verhielt sich der Reichstag wie immer möglichst unproduktiv. Er versagte Maximilian die Unterstützung zur Behauptung der polnischen Krone, einen Angriffskrieg gegen die Türken verabscheute man. Der Kurfürst von der Pfalz hielt an seinen Forderungen fest: gesetzliche Bestätigung der Deklaration Ferdinands I und Aufhebung des geistlichen Vorbehalts. Von diesen Forderungen machte er seine Bewilligungen abhängig. Es kam auf Sachsen an. Und Kurfürst August empfing bei Beginn des Reichstags den Besuch seines Freundes Albrecht V von Bayern, dem es gelang, den Kurfürsten von einer Unterstützung der pfälzischen Forderungen zurückzuhalten. Unter der Führung des päpstlichen Legaten Giovanni Morone waren die Katholiken einig, die Forderungen der Protestanten ebenfalls zurückzuweisen. So kam es, daß Sachsens Politik die des Reiches blieb, nicht aber unter die Führung der Theologen trat. Der Kaiser erhielt die Hülfe gegen die Türken zugesagt in der Höhe von $4^1/_2$ Millionen Gulden. Demnach hatte sich abermals gezeigt, daß das deutsche Reich als solches nicht fähig war, seine Stellung den Nachbarmächten gegenüber zu behaupten. Seine staatliche Macht zerfiel mit dem Verfall der deutschen Handels- und Seemacht, wie er in den Ostseestädten, dann aber auch an der Nordsee und am Rheinstrom zu Tage trat. Dies zeigte sich namentlich in den unfruchtbaren Verhandlungen über die von Nordosten, von Lübeck, Schweden, Rußland, dann auch von den Niederlanden sich an das Reich herandrängenden Fragen. Es wurde beschlossen —, weiter zu verhandeln.

Als der Reichstagsabschied am 12. Oktober verlesen wurde, ist Maximilian II in Regensburg gestorben. Unter seiner Leitung war die Reichspolitik zu voller Unfruchtbarkeit erstarrt und nicht zum wenigsten trug daran gerade seine unsichere Haltung, wie sein zweideutiger Standpunkt in der religiösen Frage schuld. Von der Politik seines Hauses auf katholischem Boden festgehalten, geriet er mit seinen protestantischen Neigungen ins Gedränge. So gewann das konservative Element das Uebergewicht und zog die Reichspolitik in jene Bahnen der Unfruchtbarkeit, welche wir von Reichstag zu Reichstag sich stetig mehren sahen. Und doch schloß diese konservative Haltung keineswegs das ein, was wir Toleranz nennen, sondern sie war dem Calvinismus zum Hemmnis, dem Luthertum teilweise zum Verderben, dem Katholizismus zur Unterlage seiner neuen Kräftigung. Der Fortschritt der Katholiken mußte den Kampf bringen, den Kampf zunächst um das geistliche Fürstentum. Und dabei kam es nun sehr darauf an, auf welche Seite der neue Kaiser, Rudolf II, sich schlagen würde. Er war am spanischen Hofe erzogen worden, und diese Erziehung war streng katholisch. Seiner Abneigung gegen den Protestantismus gab er schon in Böhmen unverhohlenen Ausdruck. Und so begann er auch jetzt seine Regierungshandlungen als Kaiser mit der Säuberung seines Hofes von protestantischen Elementen. Schon gährte es in seinen Erblanden — die ersten Zeichen des nahenden Kampfes.

Zugleich aber erfuhr die protestantische Partei auch nach anderer Seite eine tiefgehende Veränderung. Wenige Tage nach dem Kaiser verschied sein hartnäckigster Gegner, der Beschützer und Vorkämpfer des Calvinismus in Deutschland, Kurfürst Friedrich III von der Pfalz, am 26. Oktober 1576. Wir können an diesem Todesfalle nicht vorübergehen, ohne kurz zu erwähnen, wie er die Pfalz zu einem Asyl vertriebener Hugenotten und Niederländer gemacht, wie er dadurch geistige und industrielle Kräfte ins Land zog, welche dem Lande vielfachen Nutzen brachten. Die heute blühende Stadt



Kurfürst Friedrich der Fromme nimmt die aus den Niederlanden vertriebenen Calviner auf und gründet durch sie die Neustadt Frankenthal 1572.

(Gemälde von Thiersch & Hövemeyer.)

Frankenthal darf diesen Wittelsbacher als ihren eigentlichen Gründer betrachten, denn hierher verlegte der Kurfürst eine niederländische Kolonie, welche aus der Fremde die rasch aufblühende Industrie der Tuch-, Sammet- und Seidenweberei importierte und so dem Städtchen zu rascher Aufnahme verhalf. Wohl berechtigt ist daher die Fixierung des Augenblicks, in welchem die Niederländer in der Pfalz landen, durch das Bild von Thiersch und Hövemeyer im bayerischen Nationalmuseum. Der Kurfürst, ihm gegenüber Peter Dathen, der Führer der Niederländer, und der greise Jakob Libart sind Porträts.

Um so trauriger berührt das Bild, welches die Thätigkeit seines Nachfolgers Ludwig bietet. Er begann sein Regiment mit harter Ausweisung der Calvinisten. Ein württembergischer Theologe, Professor Balthasar Bidenbach, wurde berufen, und die lutherische Reinigung begann. An 500 Geistliche und Lehrer wurden abgesetzt und des Landes verwiesen, an 400 Schüler folgten den Vertriebenen. Das Land ließ sich dieses Vorgehen gefallen, wohl ein Zeichen dafür, daß das geistige Leben der Bevölkerung über die engen theologischen Gesichtskreise bereits hinauszuwachsen begann. Aber auch im übrigen trat die pfälzische Politik aus ihren extremen offensiven Bahnen zurück und suchte Anschluß an Sachsen und die übrigen deutsch-protestantischen Mächte. Nur einer hielt an der Richtung Friedrichs III fest, sein jüngerer Sohn Johann Kasimir. In dem kleinen Fürstentum, welches ihm zugefallen war und namentlich aus den Aemtern Neustadt, Lautern und Böckelheim bestand, bereitete er den aus der Kurpfalz vertriebenen Calvinisten eine neue Heimstätte. Und von diesem Boden aus versuchte Johann Kasimir die Inaugurierung einer Politik, die, je weniger die materiellen Kräfte dazu ausreichten, um so verwegener und abenteuerlicher wurde. Als Motiv derselben ist natürlich nicht religiöse Ueberzeugung, sondern die Sehnsucht des kleinen Fürsten zu betrachten, größer zu werden und seine Macht zu mehren.

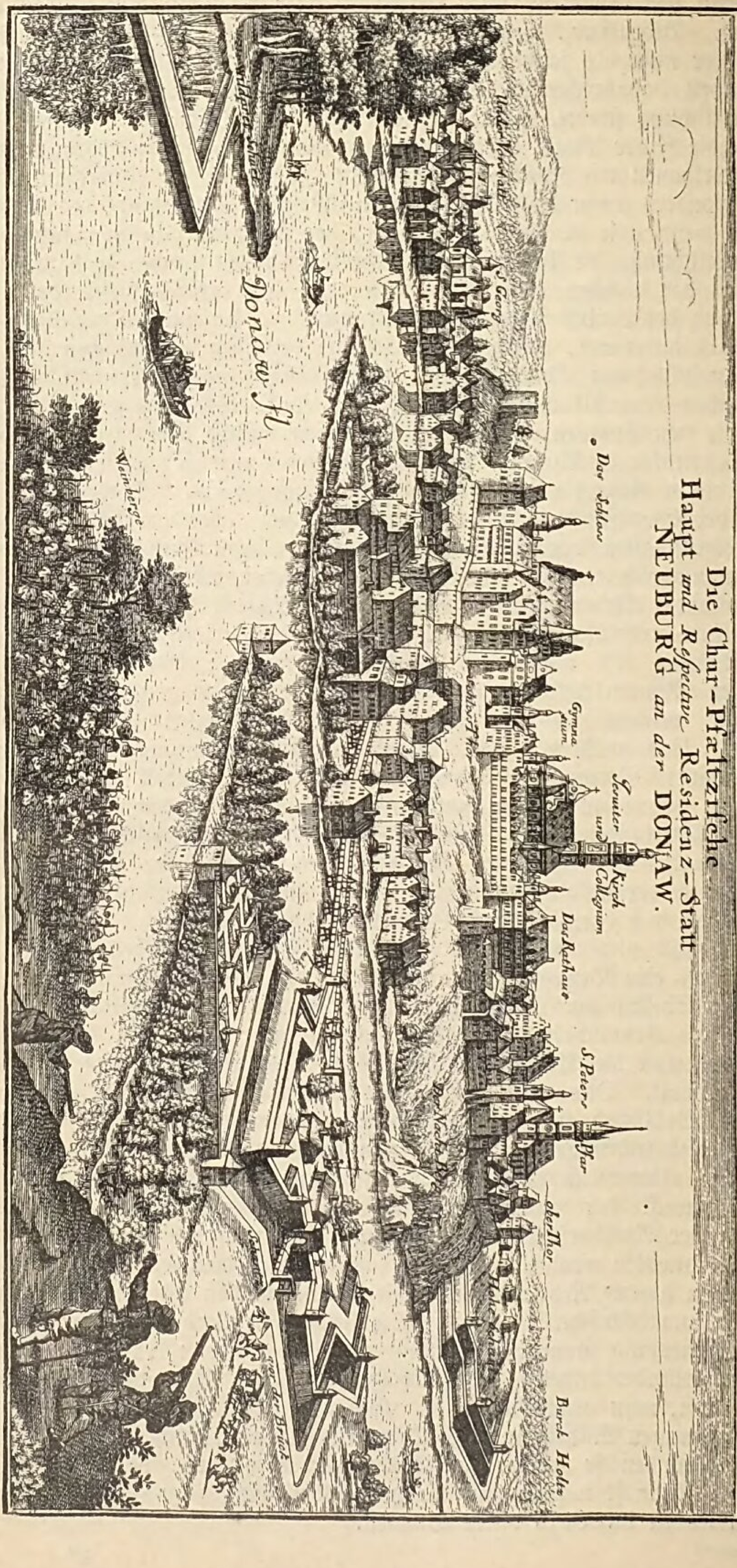
Mit der Herabminderung der calvinischen Macht in der Pfalz und damit in Deutschland zeigte sich aber eine andere Möglichkeit den deutschen Protestanten, betreffs der dogmatischen Verschiedenheiten endlich zu einem Ausgleich und zu einer Einigung zu gelangen. Und dieses Werk nahm nun Sachsen auf. Dr. Jakob Andreae stand da neben dem Braunschweiger Martin Chemnitz und dem Mecklenburger David Chyträus an der Spitze. Die Zwistigkeiten der Theologen einzuschränken, nahm Kurfürst August eine Versammlung der protestantischen Reichsstände in Aussicht. Schon im Mai 1576 hatte die Arbeit der Genannten in Torgau eine erste Einigungsformel zu Tage gefördert. Aber ihre allgemeine Annahme ging nicht so glatt von statten. Dennoch kam es bis Juni 1580 zu einer Durchführung des mehrfach geänderten Konkordienbuches bei einer Mehrzahl der deutsch-protestantischen Landeskirchen. Kursachsen, Brandenburg, Pfalz, Braunschweig, Mecklenburg, die sächsischen Herzogtümer, Ansbach, Württemberg, Pfalz-Neuburg und Baden einigten sich neben Magdeburg, Lübeck und Meißen. Um so entschiedener trat nun aber auch der Gegensatz der Melanchthonianer gegen diese strengen Lutheraner zu Tage. Neben Johann Casimir fand der Calvinismus nun in der Grafschaft Nassau-Dillenburg, wie in Bremen eine Stütze. Das eine ist sicher: Der Anschluß der meisten protestantischen Mächte führte den Protestantismus in konservative Bahnen hinüber und setzte ihn dem fortwährend aktionsfähiger werdenden Katholizismus gegenüber in Nachteil. Das zeigte sich namentlich in den Entscheidungen, welchen nun der Kampf um die geistigen Fürstentümer am Niederrhein zudrängte. Dieser Kampf aber ward durch die Entwicklung in den Niederlanden tiefgehend beeinflußt. Wir müssen uns also zunächst nach dieser Seite wenden.

Die „Pacification von Gent“ vom 13. November 1576 hatte die Provinzen Hennegau, Brabant, Flandern, Artois, Valenciennes, Lille-Douais-Orchies, Namür, Tournai, Utrecht und Mecheln in einem Bunde mit Holland und Seeland unter Oranien zusammengeführt. Vertreibung der Spanier, Aufhebung der Religionsplakate, Erhaltung der städtischen und provinziellen Privilegien war Hauptzweck des Bundes, dem alsbald auch Groningen, Overyssel, Friesland und Drenthe beitraten. Da erschien der neue Statthalter Don Juan. Es begannen die Unterhandlungen. Die angesehensten Edeln und fast alle Städte schlossen im Januar 1577 die Union von Brüssel und ihr gegenüber willigte Don Juan in die gestellten Forderungen und erließ am 12. Februar das „ewige

Edikt", demzufolge die Entfernung aller Spanier zugesagt wurde. Ein so glatter Friede zwischen dem neuen Statthalter und der katholischen Majorität war aber ebensowenig nach dem Sinne Oraniens, wie die ferneren Zumutungen nach dem Sinne Don Juans waren. Der Friede ließ sich nicht halten. Oranien war der Mann, auf den die bewaffneten Bürgerschaften ihr Vertrauen gesetzt. Der wachsenden Autorität dieses Führers einen Damm entgegenzusetzen, hatte sich eine Adelspartei unter der Führung des Herzogs von Arschot entschlossen, dem Erzherzog Matthias von Oesterreich die Statthalterschaft zu verschaffen. Demgegenüber schlug die Brüsseler Bürgerschaft vor, Oranien zum Statthalter von Brabant zu ernennen und sie drang durch. Oranien wurde der Generallieutenant des Erzherzogs, dieser blieb ein Werkzeug in der Hand Wilhelms, Don Juan konnte es zu keinem Ansehen mehr bringen. Wohl war es ihm geglückt, die staatische Armee mit den zurückgerufenen spanischen Truppen bei Gembloux völlig zu besiegen (31. Januar 1578), aber der Erfolg war der, daß sich die protestantische Partei nur mit um so heftigerer Erbitterung gegen die katholische erhob. Von den flämischen Städten ging eine Revolution aus, welche sich zu einem wirklichen Städtebündnis entwickelte und damit die natürliche Grundlage eines kräftigen Widerstandes gegen adelige und monarchische Vergewaltigung schuf. Mit der Demokratie aber erhob sich zugleich der Calvinismus, und dieser religiöse Zwiespalt drängte naturgemäß nun auch zu definitiver politischer Trennung der Niederlande. Wer den Katholizismus erhalten sehen wollte, wurde auf die Seite Spaniens zurückgedrängt, wer den Protestantismus zur Alleinherrschaft zu führen strebte, mußte sich von Spanien lossagen. Das bedeutete Fortsetzung des Kampfes, und da gelang es der staatischen Armee wohl, weitere Fortschritte der Spanier abzuwehren, aber ihrerseits die Offensive zu ergreifen und die Herrschaft Oraniens auszubreiten — dazu war sie nicht geschaffen. Oranien sah sich im August 1578 gezwungen, die Hülfe des Herzogs von Anjou anzunehmen. Das führte zu nichts. Ebensowenig brachte die durch England ermöglichte Hülfe Johann Kasimirs von der Pfalz im Jahre 1579 eine Entscheidung. Nur friedlicher Ausgleich konnte helfen, und da trat der Kaiser ein. Im Juli 1578 übertrug Philipp II. dem Kaiser Rudolf die Leitung der Friedensverhandlungen. Im Mai 1579 trat in Köln ein Friedenskongreß zusammen, bei welchem wir als Vertreter des Kaisers die beiden Kurfürsten von Köln und Trier, den Bischof von Würzburg, Bevollmächtigte des Herzogs von Jülich und den Grafen Otto Heinrich von Schwarzenberg vorfinden. Der letztere, früher bayerischer Landhofmeister, stand nun als kaiserlicher Hofmarschall in österreichischen Diensten. Aber da zeigte es sich, daß bereits fünf der niederländischen Provinzen nicht vertreten waren. Der Nachfolger Don Juans, der am 1. Oktober 1578 gestorben war, Alessandro Farnese, der Sohn der Herzogin Margareta von Parma, hatte seine eigenen Wege verfolgt. Kriegerisches Vorgehen und Sonderbündnisse mit den einzelnen Provinzen war sein Ziel. Die wallonischen Provinzen traten zu ihm über und schlossen am 17. Mai 1579 einen Frieden, welcher die Aufrechterhaltung der katholischen Religion zur Grundlage hatte. Diesen Bestrebungen hatte Oranien bereits am 23. Januar das Sonderbündnis der Provinzen Holland, Seeland, Utrecht, Geldern und Groningen entgegengesetzt. Diese „Utrechter Union" sollte denn auch zum Kernpunkt der protestantisch-demokratischen Entwicklung werden, wie jenes wallonische Bündnis zum Mittelpunkt der katholisch-monarchischen Bestrebungen wurde. Aber noch ein anderer Gegensatz trat nun hervor, der wohl als natürliche Grundlage des ganzen Zwistes angesehen werden kann: der nationale. In dem Bündnis der nördlichen Provinzen haben wir eine Defensivmacht vor uns, welche sich zur Aufgabe gestellt, den germanischen Charakter ihrer Angehörigen gegen den Romanismus zu behaupten. So zerfielen die Kölner Friedensverhandlungen von selbst, da der kaiserliche Vermittler sich fast ausschließlich zum Dolmetscher der spanisch-katholischen Wünsche machte. Damit aber trat die notwendig gewordene Trennung der Niederlande in den Vordergrund. Die südlichen Provinzen schlossen sich mehr und mehr an Alessandro Farnese an, während in den nördlichen Provinzen die Absetzung Philipps II. nun energisch ins Auge gefaßt wurde. Dabei spielten jene demokratischen Theorien, welche in die Litteratur bereits eingedrungen, eine große Rolle. Am 26. Juli 1581 erfolgte die Erklärung der General-

staaten, daß der König von Spanien seiner Herrschaft über die spanischen Niederlande verlustig gegangen sei. Bedeutsam, weniger als Ereignis in der niederländischen Entwickelung, die uns hier nicht als solche beschäftigt, aber umsomehr als Thatsache einer sich in die Allgemeinheit bahnbrechenden Geistesentwicklung, welche hier nach den ersten Formen ihrer Verwirklichung strebte, ist die Motivierung dieses Beschlusses: „Wenn der Fürst", so hieß es, „die seiner Macht durch Recht und Vernunft gesetzten Normen mißachtet, um seine Unterthanen wie Knechte zu behandeln, so dürfen die Unterthanen sich von ihm lossagen, besonders wenn diese Lossagung auf Beschluß der Stände des Reiches erfolgt und vollends, wenn, wie in diesen Provinzen, der Fürst nur angenommen wird gegen die eidliche Verpflichtung, die Privilegien und Herkommen des Landes zu beobachten, wenn endlich, wie in den meisten dieser Provinzen, auf dem Bruch dieses Vertrags zwischen Fürst und Land der Verlust seiner Herrschaft steht." „So wurden die Stände," fügt Ritter hinzu, „als diejenigen, welche die Regierung verleihen, überwachen und in bestimmten Fällen zurücknehmen können, den Landesfürsten gegenübergestellt." Den Uebergang zur wirklichen Republik bildete hier die freie Wahl des Herzogs von Anjou zum Herrscher über die von Spanien abgefallenen Provinzen, welche bald darauf zustande kam. Andererseits haben wir im Auge zu behalten, wie neben dem Siege der Demokratie der Calvinismus in diesen Gegenden zur Alleinherrschaft emporbrang. Theoretisch ward freilich das Prinzip der Gewissensfreiheit fortwährend gewahrt, aber wer hätte in jener aufgeregten, von Leidenschaften durchwühlten Zeit zwischen dem Katholiken und dem Freunde Spaniens zu unterscheiden und die Grenzlinie zu ziehen vermocht?

Auf niederländischem Boden gewann wie in der Schweiz die Volksentwicklung freie Bahn. Aus einer aristrokatischen Bewegung ward eine städtische. In Deutschland hatte die Aristokratie sich mit neuer Lebenskraft emporgearbeitet, als sie an der Spitze leibeigener Bauernschaften die Vertretung des neuen religiösen Bewußtseins übernahm, mit welchem sich die Nation seit Jahrhunderten zum ersten mal wieder erfüllt hatte. Und während nun die aristokratische Bewegung sich fortsetzte nach Polen, Dänemark, Norwegen, Schweden, und hier überall das deutsche Bürgertum zurücktrat, ohne an einem nationalen Ersatz zu finden, erfocht das Bürgertum in den Niederlanden seine erste mächtige Position. Zwischen diesen entgegengesetzten Bewegungen, der städtischen in den Niederlanden, der aristokratischen der Ost- und Nordländer, der absolutistischen des Südens stand die deutsche Entwicklung, ohne die Kraft zu haben, sich energisch nach einer Seite hin zu entfalten. Die deutsche städtische Kultur stand still und mit ihr das selbstthätig schöpferische Leben der Nation. Es läßt sich denken, daß eine Bewegung, wie sie sich in den Niederlanden vollzog, nicht ohne den tiefgehendsten Einfluß auf Deutschland bleiben konnte. Zunächst stellte sich den siegreichen Provinzen die Feindschaft der Habsburger in den Weg. Zu dem starren Hasse Philipps II trat nun die Abneigung Rudolfs II und seines Bruders Matthias gegen den jungen Freistaat. Dann aber hatten die Wirren am Niederrhein eine große Rückwirkung auf den Wohlstand der deutschen Nachbarländer gebracht. Die mit dem Kriege verbundenen Verkehrsstörungen und Räubereien hatten die deutschen Länder in tiefe Mitleidenschaft gezogen. Namentlich die Gebiete von Köln und Jülich hatten dies empfinden müssen. Andererseits erweckte der tapfere Widerstand des protestantischen Elements in den Niederlanden auch in der Nachbarschaft eine Stärkung des protestantischen Lebens. In Wesel, Köln, Aachen tauchten protestantische, ja calvinische Gemeinden auf. Um diese Mittelpunkte zog sich ein ganzes Netz calvinischer Gemeinden in den Dörfern und Städten des clevischen, jülicher und kölnischen Gebietes. Sie stellten die Verbindung her zwischen den Calvinisten in Ostfriesland, namentlich Emden, einerseits, und in der Pfalz andererseits. Vertriebene Niederländer bildeten da allenthalben den Kern. Es kam zu Provinzial- und allgemeinen Synoden, man organisierte sich. Gegen diese Fortschritte griff man von katholischer Seite mit strengen Maßregeln ein, allein seitdem es zweifelhaft wurde, ob die Spanier in den Niederlanden je wieder zu Herren werden würden, dämpfte man die Strenge. Man mußte Rücksicht nehmen auf die Handelsbeziehungen zu Holland-Seeland: die Rheinmündungen waren im Besitz dieser Staaten.



Neuburg a. D. Stich von Bodenehr. 17. Jahrhundert.

So schien von den Niederlanden aus der Protestantismus in Westdeutschland Fuß fassen zu wollen. Bei alledem kam es natürlich sehr darauf an, welche Gesinnungen die jeweiligen Herrscher in den niederrheinischen Gebieten beseelten. Von dem Herzog Wilhelm von Jülich-Cleve ist nicht viel zu sagen. Er war ein kranker Mann, einst ein Freund Cassanders, welcher eine Vermittlung der verschiedenen Konfessionen in einem höheren lebendigen Christentum anzubahnen suchte. Seine Töchter verheiratete er an protestantische Fürsten, so Marie Leonore dem Herzog Albrecht Friedrich von Preußen (1573), Anna dem Herzog Philipp Ludwig von Neuburg (1574), Magdalena dem Herzog Johann von Zweibrücken (1579). Das hinderte ihn nicht, seinen Söhnen eine ebenso streng katholische Erziehung zu teil werden zu lassen. Seinem ältesten Sohne Karl Friedrich war die Nachfolge bestimmt, für den

jüngeren Johann Wilhelm bewarb er sich um das Bistum Münster. Allein 1575 starb der Erbprinz Karl Friedrich in Rom an den Blattern. Johann Wilhelm mußte von der geistlichen Bahn zurücktreten. Zu seinem Nachfolger in Münster erkor sich Herzog Wilhelm von Jülich Cleve seinen Neffen, den Herzog Ernst von Bayern. Dem aber stellte das Kapitel den Erzbischof Heinrich von Bremen als Kandidaten entgegen. Die Wahl wurde verschoben. Johann Wilhelm behielt einstweilen die Verwaltung des Stiftes Münster. So blieb die Abwehr des Protestantismus in Jülich-Cleve, aber ebenso in Köln und Aachen eine laue. In Aachen gelang es den Protestanten sogar, mit Hilfe der Zünfte in den großen Rat einzudringen. Dem katholischen System Westdeutschlands drohte von den in Bewegung geratenen Volksmassen eine Durchlöcherung.

Zu dem gleichen Ziele aber strebte eine andere Bewegung: der Sturm des rheinischen Adels gegen die katholische Exclusivität des Erzstiftes Köln. Erzbischof Salentin hatte das Gleichgewicht zu erhalten gesucht zwischen den Bestrebungen Albrechts V in Bayern, der dem Katholizismus am Rhein eine Stütze zu geben verlangte durch die Erhebung seines Sohnes Ernst auf den Kölner Bischofsstuhl, und den Bemühungen der protestantischen Grafen der Wetterau, sich dieses Stift für ihre Angehörigen offen zu halten. Er hatte zugleich mit Spanien und dem diesem feindlichen Frankreich verhandelt. Da erfolgte am 13. September 1577 die lang erwartete Abdankung Salentins. Die Gegensätze stießen aufeinander. Spanisch oder antispanisch, katholische Restauration oder protestantische Freistellung war die Frage. Der Papst, der König von Spanien, der Kaiser, die Erzbischöfe von Mainz und Trier standen auf der Seite des Herzogs Ernst von Bayern. Denn Bayern allein konnte die Frage entscheiden. Das Domkapitel aber war zu einem großen Teil gegen den Wittelsbacher. Die Grafen der Wetterau waren seine geborenen Gegner. Die feindlichen Kräfte gerieten unter die Führung des Grafen Johann von Nassau, des ältesten Bruders Wilhelms von Oranien. Ihr Kandidat wurde Gebhard Truchseß von Waldburg, der Neffe des früheren Kardinalbischofs Otto von Augsburg, des Freundes Albrechts V. Er war so wenig Protestant, wie Herzog Ernst, aber er besaß keine persönliche Macht wie der Sohn des Bayernfürsten. Am 5. Dezember 1577 wurde Gebhard gewählt. Herzog Ernst unterlag. Gebhard erhielt trotz der Gegenbemühungen Bayerns die Bestätigung des Papstes. (19. März 1580.) Das war ein Sieg der protestantischen Partei, die dann auch sofort mit größerer Energie hervortrat. Die Einigung der Grafen wurde fester, man wollte vor allem den Zutritt des protestantischen Adels zu den Stiftern betreiben. Die Politik Johanns von Nassau aber ging weiter: er plante eine Vereinigung der Utrechter Union mit den protestantischen Grafen und die Verbindung dieser Mächte mit den protestantischen Schweizern. An Johann Kasimir gewann er einen Helfer für seine Pläne. Franken und Schwaben sollten in den Kreis der Agitation einbezogen werden, es galt nicht nur die Erweiterung reichsständischer Rechte, sondern auch die Ausdehnung der protestantischen Macht.

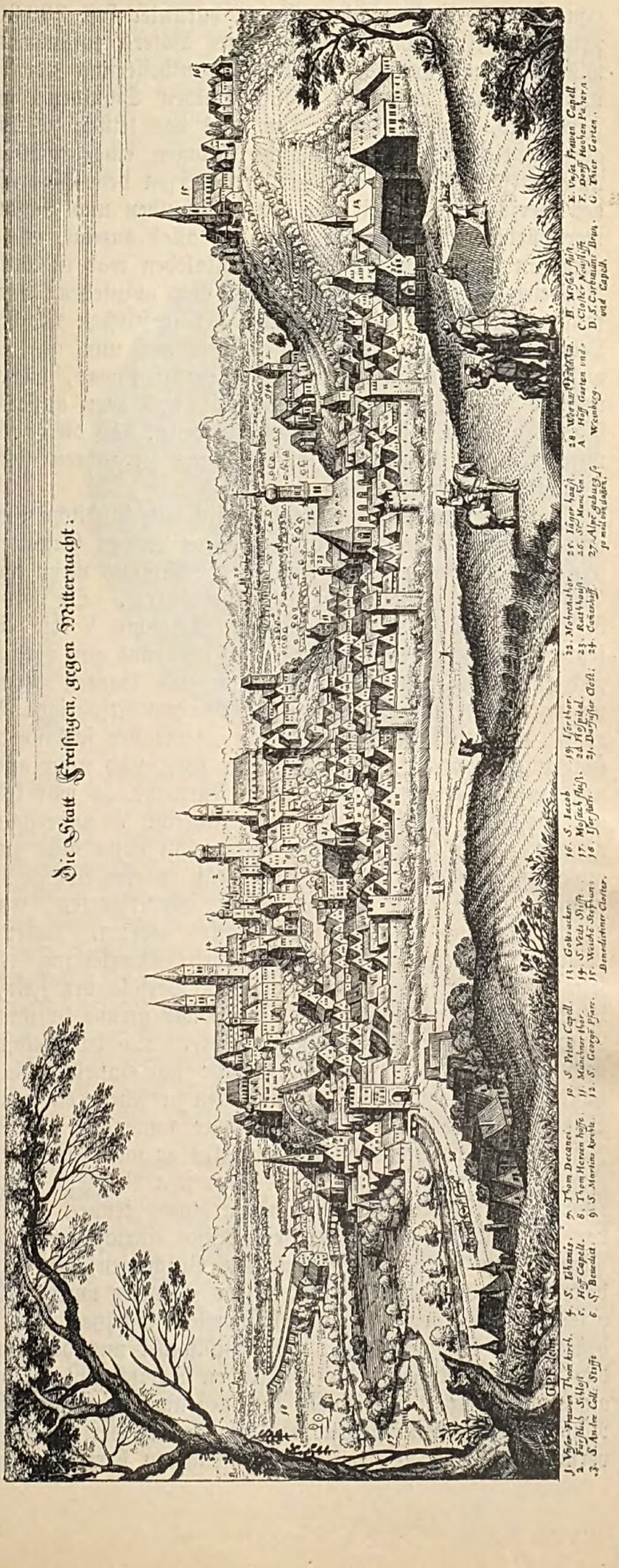
Da war es natürlich, daß man von katholischer Seite die Blicke auf diese Bewegung gerichtet hielt. Und wir müssen nun die Politik Bayerns näher ins Auge fassen. Wir wissen, daß die Erhaltung des Katholizismus in Bayern nur möglich geworden war durch die Zurückdämmung der Revolution von bayerischem Gebiete. Auf diesem gleichen Prinzip ruhte die bayerische Politik auch jetzt noch. Aber sie hatte die Farbe gewechselt, aus der früheren Defensive war sie in die Offensive hinausgetreten in dem Augenblick, als die offensive Kraft des Protestantismus zu erlahmen begann. Die Bahn einer katholischen Propaganda gegen Südosten war ihr verlegt worden, da Maximilian II den Protestanten in Oesterreich und Böhmen fortwährend Zugeständnisse gemacht hatte. Und doch kam es für Bayern darauf an, mit seiner katholischen Haltung nicht isoliert zu bleiben. Es mußte alles daran setzen, den Katholizismus da zu erhalten, wo er noch nicht vollkommen überwältigt war. Und da eröffnete sich ihm von selbst die Perspektive in die deutschen Bistümer. Noch drehte sich der Streit um Köln, da Herzog Albrecht einen Prozeß an der Kurie anhängig gemacht hatte gegen die Wahl Gebhards. Mit stürmischem Eifer ging Albrecht selbst in diesem Kampfe vor, er scheute selbst vor groben Briefen an Seine Heiligkeit nicht zurück. Zugleich arbeitete die bayerische Politik

weiter, das Stift Münster zu gewinnen. Dazu kamen Aussichten auf das Bistum Lüttich. Aber von diesen fernliegenden Plänen wurden die Blicke einen Augenblick abgewendet durch Vorgänge in der Nähe. Hans Jakob von Khuen-Belsay, der seit Ende des Jahres 1560 auf dem Salzburger Stuhle saß, ward am 24. Februar 1579 vom Schlage gerührt. Die Erledigung Salzburgs stand in Aussicht. Es galt das Stift für Ernst zu gewinnen. Aber eine habsburgische Konkurrenz war hier zu befürchten. — Am 22. Juni 1579 starb Bischof David Kölderer von Regensburg. Auch hier setzte die bayerische Politik sofort ein. Das Stift sollte dem Enkel Albrechts V, dem dreijährigen Sohne Wilhelms, Philipp, aufbehalten werden. Der Papst gab seine Dispens dazu, und so faßte das Haus Bayern in Regensburg Fuß. Wir fassen die Dinge zusammen: Köln, Münster, Lüttich, Hildesheim, Regensburg, Salzburg, Freising, überall sehen wir die Wittelsbacher bereits siegreich oder aber noch in dem Bestreben, sich festzusetzen. Es ist ein weiter Kreis, der da durch den Fortschritt der katholischen Restauration in die bayerischen Interessen hereingezogen wird. Aber in dem Augenblick, wo die weltliche Verwaltung des Stiftes Münster auf drei Jahre in die Hände des bayernfreundlichen Herzogs Johann Wilhelm von Jülich gelegt wurde, ist Herzog Albrecht von Bayern gestorben. Albrecht litt an einem Magen- und Nierenleiden, welches sich rasch verschlimmerte und seinen Tod in einem Alter von 52 Jahren am 24. Oktober 1579 herbeiführte: „zu München in der Neufest in der Langstuben in der Nacht zwischen 7—8 Uhr." Er fand sein Grab in der Frauenkirche zu München.

Der Kampf stand in Aussicht, als Albrecht starb, der Kampf um die Behauptung Westdeutschlands für die katholische Religion, zu dessen Einleitung die Politik Albrechts nicht das wenigste beigetragen hat. Aber der Bayernfürst stand nicht mehr da, wie ehedem, wo ein Philipp von Hessen nach Frankreich melden konnte, der Herzog sei seiner Stände nicht mächtig, wie er. Darin hatte sich das Blatt entschieden gewendet, und ehe wir weiter der Entwicklung der bayerischen Politik nach außen folgen, müssen wir auf Bayern zurücksehen, auf die Entwicklung des landständischen Lebens sowohl, wie auf die Schöpfungen Albrechts V auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft, welche seinen Namen mehr als alles andere berühmt gemacht haben.

Wir erinnern uns des Rückganges landständischer Macht seit dem Regierungsantritt Albrechts V. Auf den Landtagen zog sich die alte Angelegenheit mechanischer Steuerbewilligung unaufhörlich fort. Die Verhandlungen sind nicht mehr merkwürdig wegen eines prinzipiellen Kampfes, der dort zwischen Volksvertretung und fürstlichem Absolutismus gekämpft wurde, sondern höchstens wegen der eingestreuten Nachrichten, welche wir über die Zustände des Landes selbst erhalten. Im April 1570 trat der Landtag in München zusammen. Kostspielige Reisen, Vermehrung der Räte, Vermehrung der Ausgaben, beständige Abnahme der Einkünfte — so begann Herzog Albrecht den gewohnten Prolog. Die Hochzeit seines Sohnes Wilhelm habe 90 000 Gulden mehr gekostet, als das Land bewilligt, also im ganzen 190 000 Gulden. Die Kammergutsbesserung von 40 000 Gulden reiche bei weitem nicht aus. Und dieser fürstlichen Verschwendung gegenüber entwickelte die Landschaft das Bild „gänzlicher Erseigerung des Landes", der anhaltenden Teuerung, welche den Landmann zwinge, Haber, Kleie, selbst Baumrinde unter sein Brot zu mahlen. Dem Herzog ging das sehr nahe, aber er vermochte nicht abzusehen, wie er seinem fürstlichen Range gemäß ohne Geld regieren sollte. Und so bewilligten ihm die Stände schließlich 30 000 Gulden bar, 20 000 Gulden weitere Kammergutsbesserung, also statt der begehrten 100 000 Gulden diesmal vorerst 60 000, und dazu übernahmen sie 610 000 Gulden Schulden. Im folgenden Jahre machte der Herzog den Versuch, von einem Landtagsausschusse mehr zu erlangen, wurde aber abgewiesen, da nur die gesamte Landschaft neue Steuern bewilligen könne. Der Herzog mochte mit dem Hinweis recht haben, daß eine Einschränkung des Hofstaates um 100 000 Gulden allein nicht ausreiche, das Schuldenmachen zu verhüten, aber es fragte sich andrerseits, ob die dann bleibende Ausgabe von 320 000 Gulden jährlich für den Hofstaat — er kostete im Jahre 1571 420 000 Gulden — nötig war? Wir müssen dabei im Auge behalten, daß das Geld damals mindestens noch den zehnfachen Wert von heute besaß, daß also nach unserem

Geldmaße z. B. für die Küche 500 000 Gulden, für den Keller 320 000 Gulden, für die Hofschneiderei 310 000 Gulden, für die Besoldung der Hofleute 360 000 Gulden verausgabt wurden, daß die Hochzeit des Prinzen Wilhelm auf 1 900 000 Gulden zu stehen kam. Wir müssen dabei ferner im Auge behalten, daß dies von einer Bevölkerungszahl geleistet wurde, welche hoch angeschlagen nicht ein Fünftel des heutigen Bayern ausgemacht hat. An dem Gesichtspunkte einer weiteren Minderung des Hofstaates hielt denn auch der 1572 nach Landshut berufene Landtag fest. Der da in den Verhandlungen auftauchende Plan einer Schiffbarmachung der Isar erregt unser Interesse, wie man überhaupt, wenn auch vorläufig noch ohne positive Vorschläge, ins Auge faßte, den Wohlstand des Landes wieder zu heben. Das war nun ein vergebliches Bemühen, so lange es zu Beschlüssen kam, wie dem, den vom Herzog vorgeschlagenen Aufschlag auf Wein und Bier eintreten zu lassen, „doch daß die drey Stände für ihre Person davon befreyt seyen und der Aufschlag nur von öffentlich verschenktem Bier genommen wird.“ Es zeigte sich doch deutlich, daß an eine wirkliche Volksvertretung von seiten dieser Privilegierten nicht mehr zu denken war. Der Herzog erhielt denn auch schließlich alles: das Kammergut wurde jetzt auf 100 000 Gulden erhöht, als Heiratsgut der beiden herzoglichen Töchter wurden je 50000 Gulden ausgeworfen, die neuen Schulden im Betrage von 515 000 Gulden wurden von der Landschaft übernommen.



Freising im Jahre 1600. Nach Merian.

Der im Mai 1577 in München versammelte Landtag mußte eine neue Schuld von 848 000 Gulden übernehmen, darunter fast 300 000 Gulden Schulden, welche Erbprinz Wilhelm zum Entsetzen seines Vaters zusammengebracht hatte. Die Stände bewilligten dem Herzog die Kammergutbesserung von 100 000 Gulden auf Lebenszeit und bezahlten außerdem 8000 Gulden Schulden, welche der zweite Sohn, Herzog Ferdinand, gemacht hatte. Um alles das leisten zu können, sollten binnen zwölf Jahren acht gemeine und vier ständische Anlagen eingebracht werden; die privilegierten Stände unterwarfen sich nun auch für ihre Person dem Bieraufschlag. Dagegen hoffte man auf des Herzogs Lebenszeit mit neuen Schulden und Landtagen verschont zu bleiben. Eine merkwürdige Bitte, welche mehr als alles anzeigt, wie diese Volksvertretung ihren Beruf vergessen hatte. Das bayerische Volksleben war in Stillstand und Verfall geraten. Eine Neubelebung war nicht möglich und nicht abzusehen; denn des Herzogs auswärtige Politik faßte naturgemäß das Wachstum der fürstlichen Macht, nicht dasjenige des bayerischen Lebens ins Auge. Trotzdem müssen wir nun auf ein Werk des Herzogs hinblicken, welches unter günstigen Umständen geeignet war, diesem Leben neue Kräfte zu erwecken und es in die geistige Verbindung mit dem außerbayerischen Kulturleben wiederum hinauszuführen. Und da sehen wir denn, daß dieses Werk demselben Boden entstammte, über den die Landschaft so oft Klage zu führen sich gezwungen sah: der fürstlichen Prachtliebe Albrechts V.

Immer wieder hat die bayerisch-vaterländische Geschichtschreibung an diesem Punkte angesetzt und Albrecht V ist eine ihrer liebsten Gestalten geworden, vielleicht weil gerade sein Bild bisher von den Ranken des Mythus mehr umwoben blieb, als es in die klare Sehweite des Geschichtschreibers heraustrat. Ob wir den alten biederen Hofbeamten befragen, der zur Todesnachricht Albrechts V die einfachen rührenden Worte hinzusetzte: „Ist ein gottesfürchtiger, stattlicher und gar vernünftiger Herr gewesen, der gelehrte und kunstreiche Leute fast lieb hatte und Bayern zieren wollte von innen und außen"; ob wir Heigels Festschrift zum siebenhundertjährigen Wittelsbacher Jubiläum befragen, es ist die gleiche Anschauung, daß „heute der schönste Ruhm Albrechts V. ist, was den sparsamen ‚Vätern', die immer nur Kohl und nicht auch Rosen anpflanzen wollten, als unerlaubte Verschwendung galt." Fürwahr, es war keine günstige Zeit für Schöpfungen auf geistigem Gebiete, und daß Albrecht V unverstanden blieb und von seinen Zeitgenossen wenig Dank erntete, wäre selbst dann nicht zu verwundern, wenn der Kohl so ausgiebig gepflanzt worden wäre, daß er eine üppige Rosenzucht gestattet hätte, wie viel weniger dürfen wir das von einer Zeit erwarten, wo Not und Teuerung die Länder durchirrten und am Leben des Volkes zehrten. Unter diesem Gesichtspunkte wird also Albrechts Thätigkeit stets eine doppelte Beurteilung erfahren. Anders aber wird uns sein Werk erscheinen, wenn wir den Verfall der Zeit, des geistigen und künstlerischen Lebens selbst ins Auge fassen, wenn wir gerade in ihm die Ursache erblicken, die zu der Anlage fürstlicher Sammlungen führte. Wo das selbstthätige schöpferische Leben erlischt und mit diesem Erlöschen die Gefahr sich einstellt, die Errungenschaften früherer Jahrhunderte dem Untergange anheimfallen zu sehen, da wird sich auch stets der rückschauende Sammler einstellen. Albrecht V war nun einer der berühmtesten Sammler damaliger Zeit, und gerade als solcher wurzelte er mit seiner Neigung in der Notwendigkeit der Zeit. Das ist, wenn wir so wollen, sein Verdienst und wird es bleiben. „Er hatte in Italien die Herrlichkeiten der neuen Kunst kennen gelernt und wollte nach dem Muster der italienischen Fürstenhöfe seinen Hof einrichten." Man nannte ihn, wie Lorenzo di Medici, den Vater der Musen, den Prächtigen, den Goldbrunnen, der alle geistigen Gebiete überströme und befruchte; sein Zeitalter wurde als das mediceische in Bayern gepriesen. Die von ihm angesammelten Schätze bilden den Grundstock fast aller noch bestehenden Sammlungen. „Die Bibliothek und das Antiquarium, das Münzkabinet und das National-Museum, die königlichen Schatzkammern, die Pinakothek und was sonst noch an Sammlungen den Ruhm des gegenwärtigen Münchens bildet, wiederholt uns den Namen des großen Fürsten, des Begründers der neuen Zeit." In seiner „Kunstkammer" versammelte er diese Zeugen eines früheren herrlichen und das ganze Gebiet menschlicher

Thätigkeit schöpferisch umfassenden Lebens. Ins einzelne zu bringen, ist uns hier nicht gestattet, doch wollen wir versuchen, ein allgemeines Bild zu entwerfen.

Herzog Albrecht V kaufte die kostbaren Bibliotheken des Hartmann Schedel, des Johann Albert Widmannstedt und besonders des Hans Jakob Fugger um teures Geld an und erwarb dadurch einen unschätzbaren Hort von bibliographischen Seltenheiten, vorzüglich aber an griechischen, hebräischen, syrischen und arabischen Handschriften. Für die Erwerbungen antiker Bilderwerke und Münzen waren namentlich der kaiserliche Antiquar Jakob Strada aus Mantua und der Venezianer Nicolo Stoppio in Italien thätig. Daß der Herzog dabei manchmal übervorteilt wurde, läßt sich denken. Und ob auch die Gelder zum Ankauf später fast vollkommen versiegten, die Sammellust Albrechts versiegte nicht. Er wandte sich an die geistlichen und weltlichen Würdenträger mit dem Ersuchen, durch Verehrungen zur Verherrlichung und Vergrößerung seiner Kunstkammer etwas beizutragen". Daß dabei nicht einseitig vorgegangen und der Erwerbung von Kuriositäten und „von seltsamen und hierlands fremden Sachen" eine vorzügliche Beachtung geschenkt wurde, liegt wohl an der Zeitstimmung selbst. Jedenfalls erweiterten sich durch dieses Spiel die Kenntnisse der damaligen Zeit nicht unbedeutend. Freilich beschränkte sich diese Kenntnisnahme noch auf die Auserwählten, denn das Volk hatte zu den Sammlungen keinen Zutritt. Es war eine Gnade, die Kunstkammer besichtigen zu dürfen.



Schaumünze mit dem Brustbild Albrecht V vom Jahr 1558.

Das Prinzip des Individualismus, wie es von der neuen Geistesentwicklung der allgemeinen Autorität des Mittelalters gegenüber geboren worden war, hatte das ganze Sinnen und Denken von jenen idealen Höhenpfaden auf realere Bahnen zurückzuleiten versucht. Nicht das Verhältnis des Menschen zu Gott, sondern dasjenige des Menschen zum Menschen versuchte sich in den Mittelpunkt dieses Denkens zu schieben. Demgegenüber ward das bisher dominierende theologische Denken, da es sich der eindringenden und zunehmenden Verweltlichung nicht zu erwehren vermochte, von einer Ueberreizung und künstlichen Verzückung erfaßt, welche von dem idealen Spiritualismus der naiven Kindheitsjahre ebenso weit entfernt war, wie die in dem neuen wissenschaftlichen Denken zu Tage tretende Skeptik. Diese Sehnsucht nach Entfaltung der freien Individualität hatte nun nicht blos die protestantischen Gebiete erfaßt, sondern bildete gleicherweise die Grundstimmung in den katholischen Gebieten. Hier wie dort aber stellte sich ihr das Dogma, die Theologie in den Weg, hier wie dort kam es zu dem unmöglichen Versuche, dem Individuum seine Religion gesetzlich befehlen zu wollen, wohl der schlagendste Beweis dafür, wie sehr das religiöse Leben seinen alten Boden verloren hatte, wie es nicht mehr ein Produkt des inneren Lebens des Volkes und des einzelnen war, sondern von außen diesem Leben aufgezwungen werden sollte. Infolge dessen sehen wir denn auch namentlich die katholische Kirche zur Erhaltung der Kirchlichkeit immer mehr zu jenen äußeren Mitteln ihre Zuflucht nehmen, wie sie gerade das weltliche Wesen jener Zeit geboren. Der Pomp der Fronleichnamsprozessionen, die Massenwirkung der dekorativen Elemente nicht nur in der Baukunst, sondern ebenso beispielsweise in den Schauspielen, wie sie von den Jesuiten gepflegt werden, wurden immer mehr zu Hilfe genommen, das Auge des naiven Beschauers zu blenden. Und ob auch Trautmann darauf hinweist, daß mit diesen

Darstellungen eine großartig künstlerische Wirkung erzielt worden sei, so bestätigt er damit nur die Verweltlichung der Kunst, welche eine wahrhaft religiöse Wirkung zu erzielen nicht mehr vermochte. Daneben ward das Prinzip des Gehorsams in einer bisher unbekannten Weise von den Jesuiten entwickelt. Das Verhältnis des Menschen zum Menschen schien sich erschöpfen zu wollen in dem Verhältnis des weltlichen oder geistlichen Machthabers zu seinen Unterthanen. Denn dem ersteren kam die neue, das Recht des Individuums proklamierende Richtung zunächst einseitig und fast ausschließlich zu gute. Cuius regio eius religio — es ist der neueste und zugleich irreligiöseste Satz, den die geistige und materielle Zeitentwicklung zu Tage gefördert, es ist der Satz einer Notlage, der Defensive, der Störung aller freien individuellen Entwicklung, wie sie das vorangehende Zeitalter proklamiert hatte. Auf dem Wege zur Natur und der Erforschung der natürlichen Lebensbedingungen zurück, war man am Klassischen hängen geblieben, zu einer Rückleitung des antiken Lebens, zu einer Auslösung desselben in der Natur war man nicht mehr gekommen. Und da man nun den aus der Natur selbst hervorgegangenen Organismus der Antike nicht mehr zu enträtseln vermochte, bediente man sich ihrer als einer Schablone, die weder eine Seele hatte, noch eine solche aus der Zersetzung des abendländischen Geisteslebens vorerst zu empfangen vermochte. Die Verweltlichung der Theologie blieb immer noch die Aufgabe einer kommenden Zeit, aus dem Wust einer erstarrten Ueberlieferung mußte der Protestantismus erst sein eigenes Prinzip retten und von den anhaftenden Schlacken säubern, bevor es zu einer befruchtenden Fortentwicklung desselben und durch dasselbe zu kommen vermochte. Aus der spiritualistischen Sphäre, in welcher das geistige Leben in der Jugendzeit unseres Volkes naturgemäß geweilt hatte, mußte man hinaus in die reale Sphäre, wo das Verhältnis des Menschen zum Menschen, wo das Verhältnis des Menschen zur Natur seine Erforschung und Erörterung fand. In diese Sphäre vermochte man aber erst dann energisch einzudringen, als die Theologie sich bis zu dem Punkte erschöpft hatte, wo sie ihrem jugendlichen Ersatzmanne, der Naturforschung, den Vorrang in der geistigen Führung nicht mehr ernstlich streitig zu machen vermochte. Wir stehen in dieser Zeit noch nicht. Wir stehen in der Zeit der sogenannten katholischen Restauration. Mit welchen Mitteln diese Restauration in Bayern ins Werk gesetzt wurde, haben wir im Lauf der Erzählung gesehen. Damit stimmt es denn auch überein, daß die Kunstsammlungen Albrechts V dem Volke verschlossen blieben, sie waren ihm, wie Janssen sich ausdrückt, wenig mehr als ein verwunschener Schatz, und gerade an diesem Punkte, in der Thatsache, daß mehr eine fürstliche Liebhaberei, als ein absichtliches, auf die geistige Hebung seines Volkes mit allem weitschauenden Ernste Bedacht nehmendes Vorgehen Albrechts Eifer zu Grunde lag, wird auch sein Verdienst zu einem sehr relativen. Erst eine viel spätere Zeit hat den Zauber gelöst, der diese Schätze umwob.

Was für die damalige Zeit jedenfalls von weit höherer Bedeutung war, war die Beschäftigung, welche Albrecht V einer Schar strebsamer Künstler gab. Damit erhielt er die Kunstthätigkeit in Bayern selbst am Leben. „Er berief Baumeister, Bildhauer, Maler, Erzgießer, Musiker, Poeten, Sänger und Gelehrte an seinen Hof", und befruchtender noch wirkte seine Kunstliebe auf das Kunsthandwerk. Die Baukunst selbst, welche eben in jener Zeit den inneren Wandel von der Gothik zur Renaissance durchmachte, erhielt durch Albrecht weniger Anregung. Dennoch können wir hier nicht vorübergehen, ohne des schönen Schloßbaues in Landshut Erwähnung zu thun, zu dem die Wittelsbacher Wilhelm IV, Ludwig und Ernst in den Jahren 1536—43 die Veranlassung gaben. Es ist ein Denkmal jener Zeit, da die deutsche Bauweise der italienischen zu weichen begann, da selbst die deutschen Baumeister von den italienischen verdrängt wurden. Wäre es uns vergönnt, weiter auszugreifen, wir müßten dem geradezu Staunen erregenden Baueifer eines Bischofs Julius von Mespelbrunn eingehende Beachtung widmen, welcher diesen Mischstyl nach seiner Würzburger Diöcese verpflanzte und seiner Residenzstadt selbst das wunderbare Juliusspital mit der Kilianskirche, dann die Universität mit der Universitätskirche schenkte. In München nahm die Baukunst erst wieder unter Albrechts Nachfolger einen höheren Aufschwung. Dagegen stand das Kunsthandwerk gerade unter ihm in hoher Blüte. Hier verband sich Erfindungsgabe mit technischer Geschicklichkeit in

bewundernswerter Weise. War doch die Zeit der berühmten Pracht- und Schaustücke, womit die Fürsten ihre Paläste und Sammlungen anfüllten. „Gold- und Silberarbeiter, Tischler, Hafner, Juweliere, Gürtler und Plattner, sie alle wetteiferten, solche Prachtstücke, Geräte, Geschirre, Kästen, Tische, Oefen, Vasen, Waffen u. s. w. mit aller erdenklicher Zier, mit ungeahntem Reichtum auszustatten." „Wäre uns von Albrecht V gar nichts weiter bekannt, als die noch seinen Namen tragenden Prachtstücke der hiesigen Schatzkammer, so müßten wir von der Blüte und Bedeutung des Goldschmiedgewerkes unter ihm in Bayern die höchste Meinung gewinnen", sagt Stockbauer. „Aber wir haben noch andere Beweise für die staunenswerte Vollendung und den weltbekannten Ruhm dieser Erzeugnisse und der hiefür thätigen Künstler. Bekanntlich entstanden unter Albrecht V wie von Hefner-Alteneck nachweist, in München die Originalentwürfe für die Prachtrüstungen der französischen Könige, und ein Münchner Meister, Ambrosius Gemlich, machte das in der Ambraser-Sammlung befindliche Prachtschwert Kaiser Karls V, nach Zeichnungen von Hans Mielich, der nicht nur jene obengenannten Entwürfe größtenteils fertigte, sondern durch seine beispiellose Vielseitigkeit auf dem Gebiete der Dekoration dem ganzen Goldschmiedhandwerk damaliger Zeit den Stempel aufdrückte. Der Schatz der Michaelskirche, der Schmuck der Herzogin Anna, der Gemahlin Albrechts V, der Inhalt unserer Schatzkammer — alles wiederholt seinen Namen und mit demselben den Ruhm des bayerischen Herrschers."

Mit diesem Meister traten wir bereits auf das Gebiet der Malerei hinüber. Wie die andern Künste hatte sich auch diese dem Leben des Volkes entfremdet, sie war ihm vorangeeilt auf ein höheres Gebiet, und da sie eben hier des gesunden Rückhaltes an einem stets wachsenden und sie fortwährend neu befruchtenden geistigen Volksleben entbehrte, mußte sie sich an die Liebhaberei der Großen halten, was naturgemäß ihre innere Verflachung zur Folge hatte. Es fehlte ihr an einem eigenen, packenden Leben, und geschickte Nachahmung der großen Italiener, ausgezeichnete Technik und verblüffende Farbengebung blieb vorzugsweise das, was von den Künstlern erreicht und erstrebt wurde. Wirklichkeit, Darstellung der äußeren Form scheinen alleiniges Ziel, und daher trat denn auch die Porträtmalerei jetzt mit energischem Schritte in den Vordergrund. Das innerlich Fehlende suchte man durch Zahl und Größe, dann durch effektvolle Komposition zu ersetzen. Hand in Hand mit dieser mehr reproduktiven, sammelnden Kunstrichtung ging dann die Thatsache, daß die Anlage von Gemäldesammlungen nunmehr Modesache wurde. Neben den Fürsten stellten sich da die reichen Patrizier der Städte, so die Fugger in Augsburg, die Schiltl in Regensburg, die Imhof in Nürnberg.

Natürlich wuchs auch die Zahl der Maler mit der Ehrung und dem Verdienste, welches ihnen zuteil wurde. In München allein wären über achtzig Maler zu nennen. Die venetianische Schule beherrschte ihr Wirken, die Werke eines Titian und Tintoretto waren die Vorbilder, an denen man in Bayern sich erhob. Niederländer, Deutsche, Italiener mischten sich da in bunter Reihe. Die Kunst machte ihre ersten Schritte auf internationaler Bahn. Der Schmuck der Kirchen und Altäre, dann aber auch der Häuser innen und außen waren vornehmlich das Ziel der neuen Malerei. „Die Häuser in München waren lustig bemalt", sagt Merian. Nur einzelnes können wir hier nennen, so die Altarbilder des Hans von Aachen in der Michaels- und Frauenkirche in München (Bekehrung des hl. Paulus, Kreuzigung, Grablegung). Höher als er stieg Christof Schwarz (1550—1596) ein Bayer von Geburt. Er bildete sich in Venedig zum Maler. Lag der Wert der gotischen Bildwerke namentlich in dem Streben nach seelischem Ausdruck der Gesichtszüge, so werden diese nunmehr maniriert und geistlos, während bei Schwarz namentlich die Kunst der Komposition und das Kolorit hervortreten. Die Michaelskirche bewahrt seinen Sieg Michaels über Lucifer, die Pinakothek seine Madonna; dann sind zu nennen die Gemälde des Leidens Christi und der Propheten, welche er für den herrlichen Hochaltar in Ingolstadt fertigte. Ferner schmückte er mit Fresken eine Reihe von Münchner Häusern.

Als Porträt- und Miniaturmaler begegnet uns der schon genannte Hans Mielich, welcher namentlich die Bildnisse Albrechts und seiner Gemahlin, dann sein Selbstporträt

den Prachtbänden der Hofbibliothek vormalte, in denen die Musik des Orlando di Lasso zu den Bußpsalmen und die Mottetten des Cyprian von Rore enthalten sind. Sein Hauptwerk ist der Hochaltar der Frauenkirche in Ingolstadt, an welchem die ganze theologische und philosophische Fakultät mitgearbeitet, auch ein beredtes Zeugnis für die Verbindung der Kunst mit der Gelehrsamkeit und Wissenschaft, für das Schwinden naiver Anschauung und ursprünglicher Darstellungskraft. Neben Mielich wären noch manche zu nennen, allein erkannt zu haben, wie und in welchem Umfange auf diesem Gebiete gearbeitet wurde, möge uns genügen.



Hans Mielich. Nach einer Radierung von Jungwirth.

„Obgleich mein Name so verhaßt ist, daß ich befürchten muß, es könne ein Brief, den ich an dich, bester Ludwig, absende, nicht an seine Adresse gelangen und von dir nicht gelesen werden, so wird doch diese meine Sorge zurückgedrängt durch die Liebe zur Musik, mit der ich dich von Gott geschmückt und begabt weiß. Diese Liebe macht mir auch Hoffnung, es werde mein Schreiben dir nicht gefährlich werden. — Wer sollte denn auch selbst in der Türkei es tadeln, wenn jemand Kunstliebhaber ist und den Künstler lobt! Lobe und achte ich doch selbst deine bayerischen Herzoge (obgleich sie mir gerade nicht gewogen sind) vor allen andern in vorzüglicher Weise, eben weil sie die Musik so fördern und ehren.“ — So schrieb Luther am 4. Oktober 1530 von Koburg aus an Ludwig Senfl, den „musicus intonator“ (Vorsänger) der herzoglichen Kapelle in München, und wenn wir nun sehen, wie mit dem allmähligen Stillstand des bürgerlich-kulturellen Lebens sich der Fürsten eine edle Leidenschaft bemächtigt, die Künste und Wissenschaften auf das nachdrücklichste zu unterstützen, wie beispielsweise an dem Hofe eines Maximilian I, eines Maximilian II, dann noch eines Rudolf II ein geradezu verschwenderischer Luxus auf dem Felde des Mäcenatentums getrieben wird, so müssen wir gestehen, die Zeiten haben sich gewaltig geändert. Fernab sind wir jenen Tagen, obgleich kaum ein Jahrhundert verflossen, da ein Enea Silvio die deutschen Fürsten anklagte, für nichts weiter Sinn zu haben, als für Pferde und Hunde. Und gerade in dieser Thatsache erkennen wir den Einfluß der Renaissance, des Humanismus, der Reformation. Seit den Zeiten Sigismunds wissen wir von einer Kapelle von herzoglichen Sängern und Musikern am bayerischen Hofe. (Vgl. Bd. II. S. 702 ff.) Diese Liebe zur Musik fand am bayerischen Hofe eine

steigende Entwicklung. Aus dem kaiserlichen Dienste, wo Senfl der Nachfolger seines berühmten Lehrers Heinrich Isaak geworden war, trat er 1526 in bayerische Dienste über und blieb daselbst bis zu seinem Tode im Jahre 1555. Isaak und Senfl gehören unstreitig zu den bedeutendsten Musikern, welche das damalige Deutschland hervorgebracht hat. Sie zu katholisch-konfessionellen Musikern machen zu wollen, wie dies in jüngster Zeit geschehen ist, geht nicht an, denn dominierend über der konfessionellen und nationalen Zersplitterung trat die Internationalität der Kunst und Wissenschaft an die Spitze des geistigen Lebens in Europa, sie breitete sich über den Individualismus der Zeit aus, wie der Himmel, zu dem alles individuelle Werden emporstrebt. Auch die Tonkunst emanzipierte sich von der Herrschaft der Theologie. Und mag man noch soviele sogen. kirchliche Musiker und Komponisten anführen, nicht das religiöse, sondern das musikalische Empfinden gewann die Oberhand auch bei ihnen, mit ihren eigenen, keinem fremden Gebiet entlehnten Mitteln strebte die Musik die direkte Verbindung mit dem Ewigen zu gewinnen. Dies wird uns erst recht deutlich, wenn wir die Ausbildung der Instrumentalmusik in dieser Zeit ins Auge fassen. Sie entzog sich dem leitenden Worte und eroberte sich das ganze Gebiet frei flutender musikalischer Empfindung. Den Unterschied zwischen katholisch und evangelisch kennt die Kunst als solche nicht, der katholische Komponist Ludwig Senfl war der Lieblingskomponist Martin Luthers, er nahm keinen Anstand, mehrere für den protestantischen Gottesdienst bestimmte Gesänge in Musik zu setzen. Freilich gab es auch musikalische Konfessionalisten, bei denen das konfessionelle Element die Oberhand behielt. Sie traten deshalb auch als Künstler sofort in die zweite Reihe. Für uns aber ist es wichtig zu erkennen, wie sich der Geist der neuen Zeit der Tonfluten bediente, auch in Länder einzudringen, welche der speziell konfessionellen Wandlung die Thüre verschlossen, denn dieser Geist ließ sich nicht in eine dogmatische Formel bannen. Wie die Vertreter der andern Künste sich am bayerischen Hofe nach allen Nationalitäten mischten, so auch die Musiker. Es war ein neues Lebenselement, was sich in dieser Zeit auch auf dem Gebiete der Tonkunst bemerkbar machte und zur Entfaltung strebte, welches seinerseits dem gleichen geistigen Boden entstammte, aus dem die Bewegung auf den andern geistigen Gebieten hervorging. Das deutsche Kirchenlied eroberte sich einen Platz in der protestantischen Liturgie, aus einer bloß geduldeten Stellung in der alten Kirche schwang es sich zu einer berechtigten und führenden empor, das Leben des Volkes trat in unmittelbare Verbindung mit dem Gottesdienst. An das mächtige Wirken eines Luther knüpfte sich die Reform des Kirchengesanges direkt an.

Den höchsten Ruhm aber gewann sich in der Pflege der Musik der bayerische Hof unter Albrecht V. Senfls Nachfolger in München wurde Orlando di Lasso. Er ist wohl der bedeutendste Apostel der Niederländer für den deutschen Südwesten geworden. Im Jahre 1557 übernahm er den Dienst eines Direktors der Kammermusik in München, im Jahre 1562 wurde er oberster Kapellmeister. Albrecht V trug durch ganz Europa Sorge dafür, „excellent gute Singer, welche die Kapelle wohl zieren mögen", zu gewinnen. So wurde auch Lasso veranlaßt, einige seiner mit schönen Stimmen begabten belgischen Landsleute für den herzoglichen Dienst zu engagieren. Und wenn wir nun das herzliche Verhältnis betrachten, welches sich zwischen dem Fürsten und seinem Kapellmeister entwickelte, wie eine Reise Orlandos nach Frankreich dem Herzog schwere Sorge machte, wie er dann den infolge des plötzlichen Todes Karls IX unverhofft und bald wiederkehrenden Künstler mit unverhohlener Freude empfing, wie andrerseits diesen die Möglichkeit einer so raschen Rückkehr nach München glücklich machte, so müssen wir gestehen, daß Albrecht V es verstanden hat, seinem Mäcenatentum jenen unvergleichlich schönen Stempel wirklicher Freundschaft aufzuprägen, der allein ein derartiges Verhältnis in das helle Licht der Menschenwürde zu rücken vermag. Der Beruf des Fürsten tritt uns gerade bei diesem Wittelsbacher in einer Auffassung entgegen, daß uns sein Ruhm eines Medicäers auf deutschem Boden als ein wohlverdienter erscheinen muß. Auf der Grundlage dieses schönen Verhältnisses gedieh denn auch die Kraft des Künstlers zu ihrer unglaublichen Mächtigkeit. Während der Jahre 1563—1570 entstanden des Meisters weltberühmte Bußpsalmen sowie die herrlichsten seiner Magnificats. Anerkennung ward dem „Fürsten

unter den Musikern" von allen Seiten. Maximilian II verlieh ihm 1570 in Speyer den deutschen Reichsadel, 1571 schmückte ihn Papst Pius V mit seinem Orden zum goldenen Sporn. Wie Albrecht selbst „die Perle seiner Kapelle" zu schätzen wußte, geht schon allein aus dem unglaublichen Luxus hervor, mit welchem er die Bußpsalmen Orlandos ausstatten ließ. „Das kostbare Manuskript, eine Kopie auf Pergament nach des Meisters eigener Handschrift, besteht aus vier in Maroquin gebundenen Bänden in Groß-Folio mit Garnituren, Schildern und Schlössern von im Feuer vergoldetem, ciseliertem und emailliertem Silber, dessen Totalgewicht für sich allein 24 Pfund beträgt. Die Wappen, sowie die in ganzer Figur oder als Brustbilder ausgeführten Porträts des Herzogs Albrecht, des Meisters Lassus, des Malers Mielich, der alle Miniaturen hergestellt, von Quickelbergs, des Autors der Beschreibung des Inhalts der Bände, Frieshammers, des Kalligraphen, von dem auch die Initialen in Farben und Gold herrühren, des Goldschmieds Seyhkein, dem Verfertiger der Ornamente in Silber und Gold, des Buchbinders Ritter und Lindel's, der die Ausführung des Ganzen überwacht, bilden mit allem übrigen zusammen ein in seiner Art einziges Denkmal." Wir fügen hinzu: ein Denkmal, welches wohl nachhaltiger die Anerkennung und Ehrung der Nachwelt heischt, als alles, was Albrecht geschaffen, da es den Beweis liefert für die Thatsache, in welch' inniger Vereinigung sich dieser Fürst mit seinen Künstlern fühlte. Es ist ein Zeichen für die Wirkung, welche Orlandos Schöpfungen auf die Zeitgenossen ausübte, wenn wir vernehmen, daß die Sage sich an die Bußpsalmen knüpfte und sie mit der Macht ausstattete, das Gewissen eines königlichen Verbrechers, Karls IX von Frankreich, von der Unruhe zu befreien, welche die Bartholomäusnacht in dem Gemüte des unglücklichen Herrschers zurückgelassen hatte. Weit über zweitausend Werke sind dem Genius des niederländischen Musikers entsprungen, in denen sich die Charaktertiefe des germanischen Tonkünstlers offenbart. Man hat ihn mit Paläſtrina, dem Sohne des romanischen Südens verglichen und kam zu dem Bilde, daß der letztere den Menschen den Himmel zur Erde bringe, während der andere sie zu ewigen Höhen emporhebt. Am 14. Juni 1594 ist Orlando gestorben. Bei den Franziskanern ward er begraben. Ein Grabmal von rotem Marmor schmückte sein Grab. Im Jahre 1800 als der Kirchhof der Franziskaner einging, gelangte der Grabstein in den Besitz Heigels, eines warmen Bewunderers des Orlando, später fand er im Garten des National-Museums seine Stätte. Mit- und Nachwelt haben den unvergleichlichen Künstler aufs höchste gefeiert, und von seinem Ruhm floß nicht ein kleiner Teil auf seinen fürstlichen Freund und Gönner, auf Albrecht V, zurück.

Wir wollen nun, um die Darstellung nicht allzusehr zu zerreißen, die fernere Entwicklung des kulturellen Lebens noch eine Strecke weit unter der Regierung Wilhelms V verfolgen, um uns sodann auf das politische Gebiet zurückzubegeben und die Anknüpfung zu finden an den größten Politiker der Wittelsbacher, an Maximilian I. Kardinal Morone schrieb an den Nachfolger Albrechts V, an Herzog Wilhelm, daß ihn nicht wenig die Nachfolge Wilhelms tröste, da er in ihm den Eifer erkannt habe, mit welchem er die katholische Religion zu verteidigen und sich alle Tugenden anzueignen strebe. Aus alledem empfange er die gewisse Hoffnung, daß der Ruhm des Vaters hierin noch vom Sohn übertroffen werde. Dieser Huldigungsgruß allein zeigt uns die Gedanken, welche man in katholischen Kreisen hegte. Das Gleichgewicht einer großmütigen Gesinnung, wie es in dem Charakter Albrechts V immerhin und auch noch trotz der verschärften Tonart seiner letzten Regierungsjahre zu Tage getreten war, sollte aufgehoben und im Sinne ultramontaner Einseitigkeit verschoben werden. Herzog Wilhelm erfüllte den Wunsch seiner geistlichen Freunde. Er stand in dem Alter von 31 Jahren, als er die Regierung übernahm. Ein Zögling der Jesuiten, hatte er den Ideenkreis dieses Ordens in sich aufgenommen, und eigene Ideen, die ja dieser Orden für sündhaft betrachtete, führten ihn nicht über denselben hinaus. An seiner Tafel räumte er den Jesuiten den Ehrenplatz

ein, ihnen vertraute er die Erziehung seiner Kinder, aus ihrer Mitte wählte er seine Hof-prediger nnd seinen Beichtvater. Sein ganzes Leben richtete er nach dem Vorbilde des Ordens ein. Wie die Jesuiten brachte er täglich eine Stunde in geistlicher Betrachtung zu und wie sie erforschte er jeden Mittag und Abend sein Gewissen. Mindestens vier Stunden täglich widmete er, auf den Knieen liegend, dem Gebete; alle seine freie Zeit



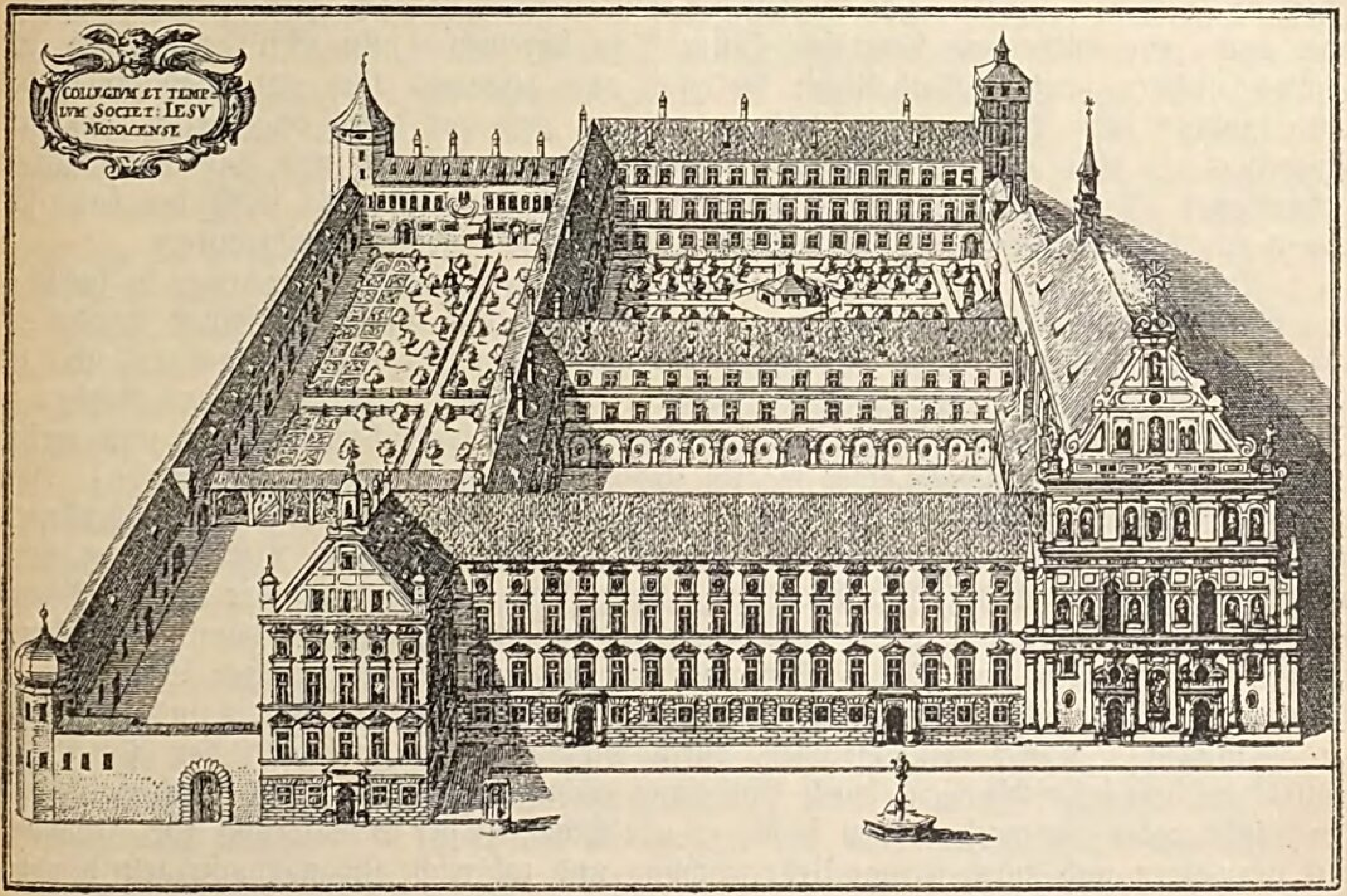
Herzog Wilhelm V.
Aus dem „Geschlecht-Register der durchlauchtigsten Hertzogen in Bayern". — Stich von Wolfgang Kilian. 1623.

füllte er mit dem Lesen frommer Bücher und namentlich der Heiligenlegenden des Surius aus; täglich hörte er mehrere Messen, und er beichtete und kommunizierte in jeder Woche einmal, in der Advents- und Fastenzeit, oder wenn ein Fest einfiel, zweimal. Mit größtem Eifer beteiligte er sich an Prozessionen und Wallfahrten uud machte, in rauhes Gewand gekleidet, die härtesten Bußübungen durch. Hand in Hand mit dieser Gesinnung ging seine Freigebigkeit. „Er gab immer mit voller Hand, denn das Geld war ihm wertlos."

Dazu kam seine Neigung zur Weichherzigkeit, die Werke ostentativer Selbstdemütigung, die Milde, mit der er allen Hülfsbedürftigen begegnete. Alle Fähigkeiten und Vorzüge, welche den Charakter seines Vaters geziert und sich dort zu einer wohlthuenden Harmonie ausgebildet hatten, erschienen in ihm zur Einseitigkeit verschoben und potenziert. Der negative Charakter ascetischer Entsagung lag wie ein Mehlthau über seinem ganzen Wesen.

2 500 000 Gulden Schulden hatte ihm sein Vater hinterlassen, dazu ein Testament, gemäß welchem er seinen Brüdern eine Apanage zu zahlen hatte, und das ihm außerdem auferlegte, die Hofkapelle beizubehalten, das Kollegium der Jesuiten in Ingolstadt zu vollenden und ihnen in München ein neues zu bauen. Wilhelm schritt zur Ausführung dieser Pläne in weitestem Umfange. Der Hofbibliothek brachte er einen Zuwachs von 11 000 Werken, er beschränkte aber die Ankäufe für die andern Sammlungen. Die Frohnleichnamsprozession wurde mit verschwenderischer Pracht in Scene gesetzt. Aber nicht nur im Inlande, sondern auch nach auswärts betrieb er mit allen Mitteln die katholische Propaganda. Wie er die Jesuitenmissionen in Ostindien mit großen Geldsummen unterstützte, so fand die damals aufkommende ultramontane Kampf- und Tageslitteratur an ihm ihren hervorragendsten Beförderer. Sehen wir einstweilen von dieser mehr politischen Richtung ab und wenden wir uns wieder dem inneren Leben Bayerns zu. Da war es wohl selbstverständlich, daß Wilhelm V die Kapelle und ihren berühmten Führer Orlando di Lasso beibehielt und ihn mit Auszeichnungen überhäufte. War Wilhelm doch selbst ein ausübender Musiker, dem in dieser Kunst nicht geringe Fertigkeiten nachgerühmt werden. Neben dem Fürsten der Musiker schmückten seinen Hof die Maler Peter Candid, die uns bereits bekannten Schwarz und Mielich, der mit Candid im Jahre 1586 aus Italien berufene Antonio Maria Viviani, dann der Baumeister und Bildhauer Wendel Dietrich, der Erzgießer Hans Krumper. Peter Candid wirkte zunächst bei der Ausmalung des anmutigen Grottenhofes der Residenz und verschiedener Kapellen mit. Seine Hauptwerke entstammen indes der Zeit Maximilian I. In der Folge fielen ihm die hervorragendsten Aufgaben zu. „Baumeister, Bildhauer, Maler, Stuckateure, Teppichwirker u. a. standen unter seiner Leitung und schufen nach seinen Entwürfen, so daß er schließlich dem gesamten Kunstschaffen Münchens das Gepräge verlieh." Wir wundern uns nicht, daß jene italienisierende, dem Volksleben vollkommen fremde Richtung sich in München eines besondern Rufes erfreute und von den Jesuiten wesentlich gefördert wurde, aber daß man sie ebenso in den protestantischen Ländern pflegte, ja vornehmlich pflegte, daß hier die Gothik in den Ruf einer papistischen Kunst geriet, zeigt doch, wie sehr der Protestantismus sich von seiner Grundlage, dem Volksleben, entfernt hatte, wie ihm, der sich in theologischer Hinsicht von romanischer Vormundschaft zu emanzipieren suchte, nun der Romanismus in dieser Form über den Hals kam. „Das Verhältniß", sagt Droysen, „schien völlig umgewandelt: der päpstliche Klerus ließ es sich angelegen sein, dem Volk näher zu treten, es zu belehren und zu bekehren; die lutherischen Professionstheologen hüllten sich hingegen in den pharisäischen Hochmut der alten katholischen Priesterkaste. Mit einem Wort: die neupapistische Kirche besaß in Fülle die Elemente, um populär zu werden; die evangelische entfernte sich vom Volke in demselben Maße, als sie orthodoxlutherischer wurde, und wurde ihm immer mehr entfrembet." Erst mußte ein Göthe geboren werden, der auf die Schönheiten des gothischen Stiles wieder aufmerksam machte, der erkannte, wie diese deutsche Kunstübung, gleich der der alten Griechen, dem religiösen Eifer nicht nur, sondern auch dem allgemeinen „National-Ehrgefühle" entwachsen war. Die antiken Formen waren wiedergeboren worden mit der Erstarkung der romanischen Völkerelemente, aber eine Vermählung derselben mit dem neuen Leben gelang nur für kurze Zeit den wenigen Genien, die diesem Leben selbst entstammten. „Keine Kunstperiode", sagt Riehl, „hat eine so spannenkurze Blüte gehabt, wie die ächte Renaissance; schon da sie zur Welt kam, trug sie das Muttermal der Manier auf der Stirne. Diese Manier in ihrer Fülle und Reife ist das Rococo." Daß es zu einem Zurückstreben zur Natur aus der Ueberkünstelung der Gothik gekommen war, war recht, aber daß man das Urbild der deutschen Natur in der Antike zu erkennen glaubte, war eine Idee, welche die Re-

naissance zum Barock führte. Verleugnung des natürlichen Empfindens war die Lebensluft der von den Jesuiten nicht nur, sondern von allen Theologen damaliger Zeit vertretenen Geistesrichtung. Deutsche Baumeister begannen den Schloßbau in Landshut, italienische vollendeten ihn; neben einem Bayer Christof Schwarz malte der italienisierende Niederländer Sustris auf der Trausnitz. Und für die von Wilhelm den Jesuiten erbaute Michaelskirche nahm der deutsche Baumeister Wendel Dietrich auf Weisung der Jesuiten die Kirche St. Gesu in Rom im Grundriß zum Vorbild. Es ist diese kolossale Kirche wohl eines der hervorragendsten Denkmäler, welche die Renaissance in Deutschland geschaffen. Die Façade ist mit zwei Portalen aus Rotmarmor und einem hohen Giebelbau geziert. Der Turm wurde etwas entfernt vom Chor gegen Norden gebaut, den ganzen einschiffigen Bau deckt ein massives Tonnengewölbe. Seitenkapellen zwischen den Wand-



Ansicht der Michaelskirche und des Jesuitenkollegiums in München.
Nach einem Kupfer aus dem 17. Jahrhundert.

pfeilern umkränzen den Innenraum, den außerdem Stuckaturen in überreichem Maße zieren. Anstoßend an die Kirche erbaute Wilhelm V das Jesuitenkollegium, wie auch die Maxburg zu den Werken dieses Fürsten zählt.

Wie den Künsten wandte Wilhelm V auch den Wissenschaften seine Fürsorge zu, allerdings jener einseitigen Wissenschaft, wie sie von den Jesuiten gepflegt wurde. An seinem Hofe finden wir als Präceptor seines Sohnes Maximilian den Dr. Johann Baptist Fickler, einen auf antiquarischem und numismatischem Gebiete kenntnisreichen Gelehrten. Neben der Rechtswissenschaft und der Kunde der heimatlichen Gesetzgebung pflegte Maximilian unter ihm die Geschichte, die lateinischen Klassiker, dann die italienische Lektüre. Von den zahlreichen schriftstellerischen Arbeiten des an sich geist- und geschmacklosen Mannes hat nur die Beschreibung des herzoglichen Münzkabinets heute noch einigen Wert. Sein Fanatismus in der Ketzerverfolgung mochte dem Geiste des Fürsten entsprochen haben, der die Mandate Albrechts V gegen das Lesen ketzerischer Bücher im Jahre 1580 durch ein weiteres vermehrte. Dasselbe kündigte an, daß jeder bei dem ein ketzerisches Buch befunden würde, „mit einer solchen Straf belegt werde, darob andere vil Tausendt ein abscheuchlich Exempel empfachen.“ Ausdrücklich wird auch hervorgehoben, daß von

solchem Verbot, schädliche Bücher zu lesen, auch der geistliche Stand, Prälaten, Pröpste, Dechanten, Pfarrer und gemeine Priesterschaft, nicht ausgenommen sein sollen. (Heigel.) Weit bedeutender als Fickler steht der schon unter Albrecht V am bayerischen Hofe weilende Hofratspräsident Dr. Wiguleus von Hundt mit seiner salzburgischen Geschichte und seinem bayerischen Stammenbuch da, von denen letzteres ein für die Genealogie geradezu epochemachendes Werk genannt werden muß. Die beiden rein wissenschaftlichen Arbeiten Hundts haben bis heute ihre Bedeutung nicht verloren. — Nennen wir noch den Freiherrn Hans Paul von Hörwarth-Hohenburg (bei Lenggries) mit seinen arithmetischen Universaltabellen dann den Jesuiten Dr. Michael Arrodenius, den Ordner des herzoglichen Archivs, so können wir die Reihe schließen. Bezeichnend für den Geist, der am Hofe Wilhelm V herrschte, ist allein der Auftrag, den Michael Arroden vom Herzoge empfing, „die bayerische Geschichte des Johann Aventin, des verdammten Schriftstellers, welche mehrere und verschiedene Irrtümer enthalte, zum Vorteil der Studierenden von den Irrtümern zu säubern" oder auch „ein volkhomene bayerische History" zu schreiben. „Zu Befürderung der ehrn Gottes, unserer heiligen Catholischen Religion und gemaines Nutz und wohlstandts des vatterlandts" sollte Arroden ein Werk verfertigen, „wie vor disem ungeverlich Johannes Aventinus, so aber aus rechtmeßigen ursachen verbotten und hin und wider manglhafft geschriben." Dieser Auftrag wurde allerdings nicht ausgeführt, da selbst der bayerische Agent in Rom Minuccio bei Minucci der Fähigkeit des Jesuiten mißtraute.

Wie Wilhelm V die Erziehung seiner Kinder den Jesuiten übertrug, so suchte er den Einfluß des Ordens auf die Erziehung der Laien und Geistlichen seines Landes auf alle Weise zu fördern. „In Ingolstadt vollendete er ihnen ein Gymnasium und ein Convict, stiftete ihnen ein Seminar, wohin er die bayerischen Klöster ihre Novizen zu senden nötigte, überwies ihnen die Lehrstühle der philosophischen Fakultät und verlieh ihnen ausgedehnte Befugnisse über die bei ihnen hörenden Studenten." (Stieve.) Aber auch ihren Enfluß auf weitere Volkskreise auszudehnen, stand er nicht an. Er überlieferte ihnen die besuchtesten Wallfahrtsörter, erbaute ihnen ein Kolleg in Altötting und überwies ihnen das Benediktinerstift Ebersberg. Dazu kam die Schenkung der Abteien Biburg und Münchsmünster und mit all diesen Begabungen natürlich auch die damit verbundenen Rechte, so vor allem das Recht, Sitz und Stimme auf den bayerischen Landtagen zu führen. Daneben schritt dann das Streben, die Reste des Protestantismus im Lande zu vernichten. „Durch sein Beispiel, durch Mehrung der Zahl und der Pracht der gottesdienstlichen Handlungen, durch Einsetzung tüchtiger Geistlichen und durch Herstellung der Zucht unter den vorhandenen suchte er alle Schichten der Bevölkerung zur Frömmigkeit anzueifern und durch strenge Ueberwachung und zahlreiche Zwangsmaßregeln bemühte er sich, sie im ‚kirchlichen Gehorsam' zu erhalten." München ward das deutsche Rom. Die marianische Kongregation wurde in Bayern eingeführt, der Verehrung der Heiligen widmete er sich mit andächtigem Eifer, dem Stifter des Jesuitenordens, dem Ignatius von Loyola, errichtete Wilhelm V, als der erste, einen Altar. Mit all ihren raffinierten Aeußerlichkeiten drängte sich diese ultramontane Kultur in das bayerische Leben hinein, selbst die Umgangsformen waren den berechnenden Meistern der jesuitischen Methode nicht nebensächlich. Dagegen aber ward gerade das von ihnen hintangesetzt, was ein nationales Leben zu erhalten und zu fördern versprach, der Unterricht in der Geschichte und die Pflege der deutschen Landessprache. Wie der Orden von seinem Angehörigen forderte, daß er die Bande, die ihn an Eltern, Familie und Freunde, Heimat und Vaterland knüpfen, zerreiße, mit allen Verhältnissen breche, aller natürlichen, dem Menschen einwohnenden Triebe der Liebe, der Dankbarkeit und Treue sich entäußere, seine persönliche Würde vernichte, um ganz in dem Orden aufzugehen, ganz dem Gehorsam, den er fordert, zu leben, in dem Orden Vaterland und Vaterhaus zu sehen, so dehnte er diese Anschauungsweise über die ganze Volksbildung aus. Sie war der düstere Himmel, unter dem kein frohes, freies Leben mehr zu gedeihen vermochte, aus dem kein leuchtender, wärmender Sonnenstrahl fiel. Der Krieg gegen den Individualismus, wie ihn das farbenglühende, in der Kultur der Schönheit und Sinnlichkeit sich erschöpfende Zeitalter des Humanismus und der Renaissance zu verwirklichen gestrebt hatte, erhielt in den as-

cetischen entsagenden Prinzipien des Jesuitenordens seine einheitliche und unerschütterliche Schablone.

Erst nachdem ein solcher Fürst die Regierung übernommen, der nicht mit Unrecht den Beinamen des „Frommen" erhielt, war es möglich, die, wie wir wissen, seit Alters sich hinziehenden Streitigkeiten zwischen der herzoglichen und geistlichen Gerichtsbarkeit beizulegen. An Albrecht V waren alle Bemühungen, ihn zum Verzicht auf die Hoheitsrechte zu bewegen, welche die bayerischen Herzoge über die Kirche ihres Landes ausübten, gescheitert. Der gehorsame Jesuitenschüler Wilhelm aber versprach dem Papste gleich nach seinem Regierungsantritt aus eigenem Antrieb, sich aller Eingriffe in die Gerichtsbarkeit und Immunität der Kirche zu enthalten. Nun wurden die Forderungen Roms im Wesentlichen bewilligt. Die bayerischen Fürsten behaupteten vordem kraft der landesherrlichen Gewalt die volle bürgerliche Gerichtsbarkeit über den Klerus, besonders die Regelung der geistlichen Verlassenschaften; der Klerus wurde zu den öffentlichen Lasten herangezogen; die Oberaufsicht über Verwaltung des Kirchenvermögens stand bei den Herzogen, ebenso die Einsetzung der Pfründenbesitzer in die Temporalien; die von den Bischöfen vorgeschlagenen Priester unterstanden einer landesherrlichen Prüfung, die Thätigkeit der Pfarrer und Seelsorger wurde streng überwacht. Gefängnis, Absetzung, Landesverweisung waren die Mittel gegen Sittenverderbnis und Zuchtlosigkeit des Klerus. Die Verhängung kirchlicher Strafen, der Vollzug kirchlicher, ja selbst päpstlicher Erlasse wurden von der landesherrlichen Gewalt überwacht. Wie wir wissen, war es der geistliche Rat, welcher als oberste Behörde mit der Wahrung der landesherrlichen Rechte in kirchlichen Dingen betraut war. Seine Wandlung aus einer weltlichen in eine überwiegend geistliche Behörde haben wir erwähnt. Das am 5. September 1583 zwischen Wilhelm V und dem Erzbischof von Salzburg, dann den Bischöfen von Passau, Regensburg, Freising, Eichstätt und Chiemsee nach fünfjährigen Verhandlungen abgeschlossene Konkordat brachte nun auch hierin eine Wandlung in römischem Sinne. Der päpstliche Nuntius Feliciano Ninguardo, Bischof von Scala hatte dabei die Vermittlung übernommen. Da wurde die Prüfung der Geistlichen durch die Bischöfe unter Zuziehung landesherrlicher Kommissäre vorgenommen, den Bischöfen wurde ein Visitationsrecht bei geistlichen Personen in Sachen der Religion und Disziplin zugestanden. Die Regierung teilte sich mit ihnen in die Oberaufsicht über die Verwaltung des Kirchenvermögens. Die bischöfliche Jurisdiktion erhielt eine Erweiterung gegen verbrecherische Geistliche, während die herzogliche Gerichtsbarkeit mehr zurücktrat. Trotz dieser Abmachungen aber übten die späteren bayerischen Herzoge, auch Wilhelm V selbst, bei Gelegenheit die Kirchenhoheitsrechte thatsächlich in kaum geringerem Umfange aus wie bisher. Einzelne unter diesen Rechten wurden sogar weiter entwickelt, wie denn unter Max Emanuel das landesherrliche Placet scharf ausgeprägt hervortritt. Auch die Klagen der Bischöfe verstummten keineswegs, und es zeigten sich, daß doch die persönliche Auffassung und Stellungnahme der Fürsten zu der Kirche bei Auslegung der getroffenen Bestimmungen eine große Rolle spielten.

Im Dezember 1579 berief Wilhelm V seinen ersten Landtag nach München. Da erklang bereits der Hinweis auf die am Rhein drohenden Kriegsläufte. Die Hauptsache waren natürlich die Finanzen. Fast 2½ Millionen Gulden Schulden hatte der Herzog von seinem Vater übernommen. Dazu kam nun eine neue Schuld von 616 000 Gulden. Die Stände brachten ihre Beschwerden vor, sie wiesen darauf hin, daß die Fremden übermäßige Besoldungen bezögen, der Garden seien zu viele, das Jagdpersonal zu groß, die Schneiderei sei durch die leidige Hoffart zum Uebermaß gestiegen, für unnütze Seide und Sammet kämen große Massen Silber und Gold aus dem Lande. Es könne nicht geholfen werden, wenn nicht alle überflüssigen Ausgaben abgestellt würden. Der Herzog gab einige Zusicherungen und so bewilligte ihm die Landschaft die bisherige Kammergutsbesserung auf vier weitere Jahre, übernahm von den 616 000 Gulden 400 000 gleichfalls zur Verzinsung auf vier Jahre, den beiden Brüdern des Herzogs, von denen Ferdinand die Verzinsung einer Schuld von 200 000 Gulden, Ernst eine Abfindung von 150 000 Gulden verlangt hatten, wurde eine Verehrung von je 20 000 Gulden zugesagt.

Man hat Wilhelms Persönlichkeit die Schuld an der Mißwirtschaft in Bayern zugeschoben, und gewiß wurde dieselbe auch durch die Persönlichkeit des Herzogs, der unbesehen Anweisungen gab und stets eine offene Hand hatte, bedeutend vergrößert. Der Hauptmangel der Verwaltung aber lag an der Unfähigkeit der Zeit, die Gesetze der politischen Oekonomie zu erfassen. Wir stehen in einer Zeit der Umbildung des Staatswesens aus den feudalen zu modernen Verhältnissen. Da schwirrten alle Anschauungen, alte und neue, durcheinander. „Die Folge davon", sagt Stieve, „waren in allen deutschen Gebieten während des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts Verwirrung, schleppender Geschäftsgang, Unordnungen aller Art und rasch fortschreitende Zerrüttung der Finanzen. Da durchzugreifen und abzuhelfen, bedurfte es so ungewöhnlicher Begabung, wie Maximilian I oder Kurfürst August von Sachsen besaßen." Alle Anstrengungen Wilhelms und seines vornehmsten Finanzrates Christof Neuburger waren vergeblich.

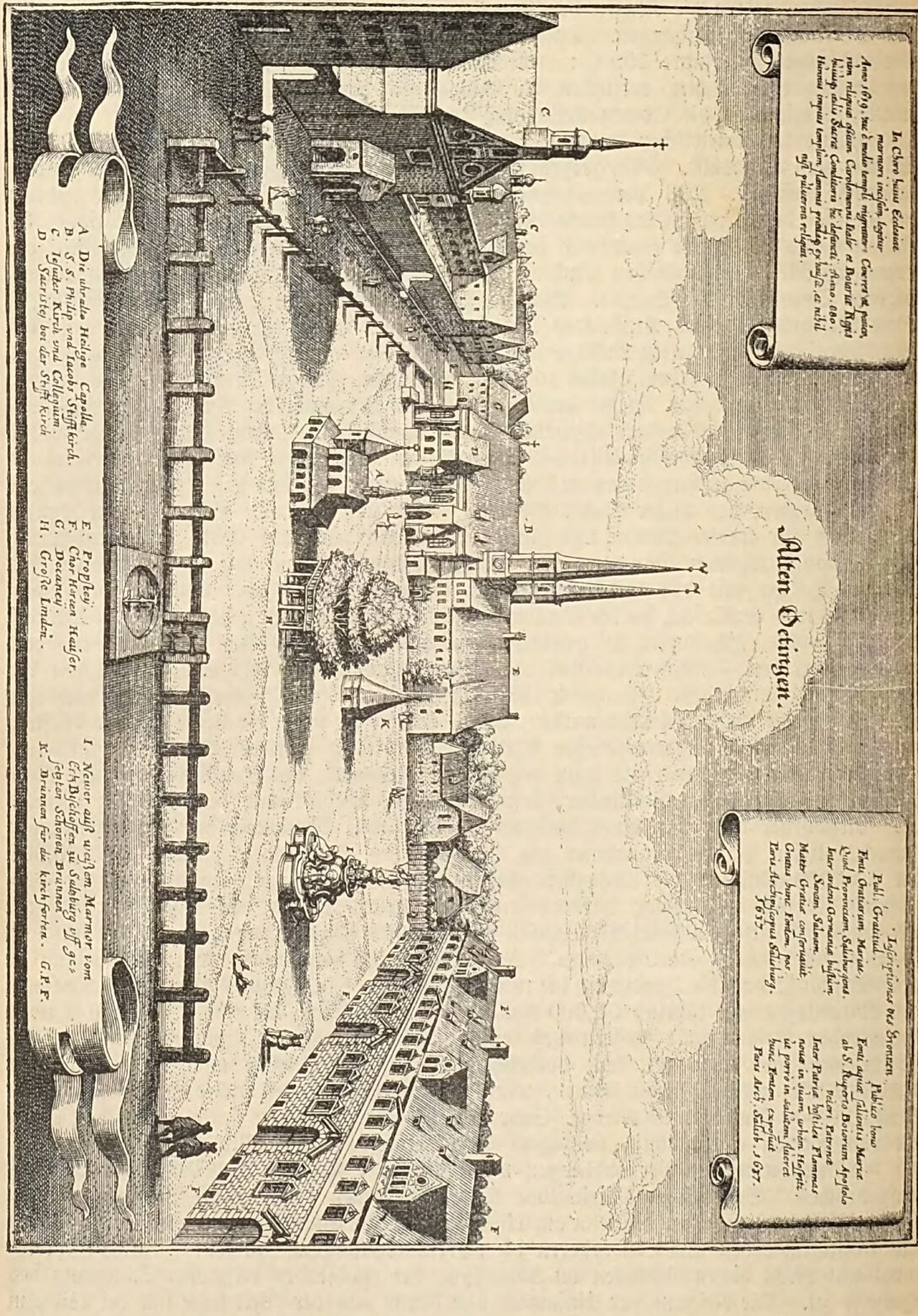
Im November 1583 traten die Landstände in München abermals zusammen. Aus den herzoglichen Vorschlägen ersehen wir einerseits, daß die Unruhen im Reich Bayern in tiefe Mitleidenschaft zogen, ferner erfahren wir, daß die Teuerung andauerte und der Verfall der Gewerbe und Handtierungen fortschritt. Es kam zu Auseinandersetzungen mit den Ständen wegen der Bauten für die Jesuiten, Auseinandersetzungen, welche dem Herzog gehässig und anzüglich erschienen. Der Gegensatz der Anschauungen aber trat namentlich in der herzoglichen Darlegung zu Tage, daß eine Privatperson wohl ihre Ausgaben nach den Einnahmen berechnen möge, während die Obrigkeit erfüllen müsse, was ihres Amtes sei, ohne der Kosten zu diesem Zweck zu schonen. Darauf erwiderten die Stände, daß der Fürst ebenso wie ein Privatmann darauf bedacht sein müsse, die Ausgaben mit den Einnahmen in's Gleichgewicht zu setzen, sie fügten hinzu, daß man von den Ausgaben für die herzogliche Wohnung nicht rede, wohl aber von den Nebengebäuden, „die niemanden Nutzen bringen, als denen, so sie angeben; die Kapelle in der Neuveste und die Kirche societatis Jesu hätten wohl auf gelegenere Zeit verschoben werden mögen." Aus diesen Einwürfen klingt etwas wie naive Erkenntnis jener Grundwahrheit, daß es nicht Sache des Staates ist, die Religion des Volkes zu schützen und für irgend eine Form des Glaubens und der Gottesverehrung mit staatlichen Mitteln Propaganda zu machen. Und so verweigerten die Stände denn auch konsequent jeden Beitrag zu den Bauten der Jesuiten; sie wahrten auf diese Weise allerdings nur theoretisch ihren Standpunkt, da der Herzog Schulden machte, die Bauten fortsetzen zu können und der Landschaft dann später die Uebernahme seiner Schulden aufbürdete. Diesmal übernahm die Landschaft nur die Verzinsung der alten Restschuld von 216 000 Gulden (400 000 hatte sie 1579 von den 616 000 übernommen) und besserte das Kammergut um 62 000 Gulden auf weitere vier Jahre.

Im Januar 1588, wo die Landschaft in München wieder zusammentrat, ließ Wilhelm V eine weitläufige Erzählung von der Verringerung seines Hofstaates machen. Alles das aber habe keine Verringerung der Schulden herbeigeführt. Die Landschaft möge nun sämmtliche Schulden übernehmen und das Kammergut ausgiebig bessern. Dazu möge sie Vorsorge treffen, daß die landschaftlichen Verhandlungen besser geheim gehalten würden, indem die Landschaftsbücher in allen Tändlerläden zum Verkauf ausgeboten würden. Man solle künftighin nur fünf Exemplare der Verhandlungen in Schrift ausfertigen. Die Oeffentlichkeit also war dem Fürsten unangenehm. Aber die Landstände schlugen sein Begehren ab. Wegen der Landschaftsbücher sollte es beim Alten bleiben. Drei Monate dauerten diesmal die Verhandlungen. Es kam dabei zu harten Kämpfen. Der Herzog berief sich darauf, daß ihm das Land durch Gottes Gnade erblich gehöre, die Landschaft erwiderte, darüber wolle sie nicht disputieren, aber was es mit der Verfügung über die Steuern und der Verwahrung der Vorräte für ein Bewenden habe, zeigten alle Landschaftsakten und die Schadlosbriefe. Das Resultat war: die Landschaft übernahm sämtliche Schulden, die alten wie die neuen. Die letzten beliefen sich auf 2 Millionen, die Gesamtsumme betrug 4 300 000 Gulden; sie besserte das Kammergut mit 70 000 Gulden, übergab dem Herzog eine Barschaft von 100 000 Gulden. Als Deckungsmittel wurden bestimmt: Fortdauer des vierfachen Weinaufschlags, vier Landsteuern und zwei Stände-

anlagen auf sechs Jahre, Erhöhung des Aufschlags auf Branntwein und Met. Dem Herzog Ferdinand wurde eine Barschaft von 40000 Gulden und die Uebernahme von 30000 Gulden Schulden bewilligt. Mit welchen Mitteln man den Einnahmen aufzuhelfen suchte, zeigen die Klagen der Kammer, daß die Rede umgehe, der Herzog wolle eine Getreidesperre verhängen. Daß diese Gerüchte nicht grundlos waren, erweisen die Verhandlungen im Jahre 1593, wo die Kammern die Abstellung des gegen die Freiheit des Landes eigenmächtig verfügten Aufschlags auf das Getreide zu den Bedingungen machte, Maximilian die Eventualhuldigung zu leisten.

„Aus unvermeidlicher Notdurft bewegt", rief Wilhelm V im November 1593 die Stände nach Landshut. Mit großem Gefolge begab sich der Herzog selbst in die niederbayerische Residenz. 238 Personen und 280 Pferde begleiteten ihn, 18 Personen bildeten das Gefolge der Herzogin, 29 Personen und 27 Pferde dasjenige Herzog Maximilians, 32 Personen und 35 Pferde begleiteten den Herzog Ferdinand. Wilhelm war entschlossen, der Unzulänglichkeit der fürstlichen Einkünfte ein Ende zu machen. Da aber traf er auf die bewegteste Opposition der Stände. Man wisse keine Mittel zur Erhöhung der Einkünfte. Ohne Befürchtung eines Aufstandes könne man dem Bauer, der ohnehin schon hart am Bettelstabe stehe, keine neue Auflage aufbürden, auch die andern Stände seien verarmt und verschuldet. Denn seit dem Jahre 1577 sei nun schon zum zwölften Mal der zwanzigste Teil des Vermögens als Steuer erhoben worden. Erhöhung des Aufschlags sowie Ausdehnung desselben auf andere Pfennigwerte sei unmöglich. „Man bitte den Herzog zu bedenken, daß die Steuerfähigkeit eines Landes nicht nach seiner Ausdehnung und seinem Ruhme, sondern nach seinen innern Quellen zu berechnen sei, und daß also zu verwundern sei, wie Bayern, das außer Salz, Getreide, Vieh und Schmalz nichts in den Handel bringt und für fremde Waren und Zinsen an Ausländer soviel Geld hinaussendet, sich habe so lange erhalten können." Zur Beratung der Not und wie ihr abzuhelfen sei, solle der Herzog mit dem großen Ausschuß an die Arbeit gehen. Wilhelm kam dieser Vorschlag sehr erwünscht, da die Verhandlungen so besser geheim gehalten werden konnten, denn er wollte „je länger je weniger zugeben — und sollte sich auch die Landschaft darüber zerstoßen —, daß seine und des Landes Handlungen und Schriften so wie bis jetzt freigegeben würden. Zumal in dieser Landschaft vielleicht noch Sachen von ihm möchten auf die Bahn gebracht werden, welche billig nicht unter die Leute kommen dürften, was auch nie Not, sondern bloßer Fürwitz wäre". So trat der Ausschuß zusammen. Der Herzog ordnete seinerseits dazu den Kanzler Hörwart, den Kammerpräsidenten Neuburger, den Hofkanzler Gailkircher, den Rentmeister Viehbek und den Sekretär Gewold ab. Neuburger legte nun einen Auszug der jährlichen Einnahmen und Ausgaben vor; danach beliefen sich die Einnahmen mit Einschluß des Salzhandels jährlich auf 280,000 bis 300,000 Gulden, die Ausgaben aber auf 635,000 Gulden, einschließlich der Verzinsung der seit dem letzten Landtag gemachten neuen Schuld von 1,500,000 Gulden. Es ergab sich also ein jährlicher Ausfall von 335,000 Gulden; der Herzog müsse demnach 5—600,000 Gulden jährlich haben. Nach langen Verhandlungen kam man endlich zu dem Beschluß, daß die Landschaft die neue Schuld von 1,500,000 Gulden auf sich nehme, das Kammergut mit jährlich 50,000 Gulden bis zur Tilgung der nun 4,700,000 Gulden betragenden Gesamtschuld bessern und einen Aufschlag von 24 Kreuzern auf die Salzscheibe bewilligen wolle mit dem Vorbehalt, sich mit dem Fürsten nach 12 Jahren über andere Mittel vergleichen zu können, wenn sich herausstelle, daß dieser Aufschlag auf das Salz 100,000 Gulden nicht ertrage. Sehr energisch aber verwahrte sich die Landschaft gegen die vom Herzog eigenmächtig vollzogene Getreidesperre, welche Wilhelm abstellen mußte.

Mitten unter den Verhandlungen war Wilhelm V zu einer Wallfahrt nach Altötting aufgebrochen. Sein Sohn Maximilian hatte unterdessen seine Stelle vertreten. Nach seiner Rückkehr ließ dann Wilhelm am 15. Dezember die Stände auffordern, seinem Sohne als künftigem Erben und Landesherrn die „Eventualhuldigung" zu leisten. Stieve schreibt wohl mit Recht diesen Gedanken an Abdankung der wachsenden religiösen Stimmung des Herzogs zu. Die Neigung zur Einsamkeit und Flucht aus der Welt hatte sich bei Wilhelm schon mehrfach gezeigt; dazu trat in den letzten Jahren körperliches Uebelbefinden, welches



Altötting im 17. Jahrhundert. Nach Merian.

er wie eine Mahnung auffaßte, an seine Heiligung zu denken. So bestrebte er sich, die Last der Regierungsgeschäfte abzuschütteln. Wir werden seinem Verlangen, sich vollkommener als bisher den Werken der Frömmigkeit zu widmen, „seinen Hang zur Bequemlichkeit und seinen Mangel an innerem großem Interesse für die weltlichen Angelegenheiten hinzufügen dürfen," sagt Stieve. Am 11. Januar 1594 leisteten die Stände dem Erbprinzen die Huldigung, nachdem sie zuvor demselben zur Teilnahme an einem Kriegszug gegen die Türken 30,000 Gulden zugesagt und ebenso dem Kurfürsten von Köln eine Verehrung von 25,000 Gulden zum Besuch des Reichstages, wie dem Herzog Ferdinand eine gleiche Summe bewilligt hatten. Die Doppelregierung aber vermehrte nur den Wirrwarr, und so mußte sich denn Wilhelm V endlich zur vollen Abdankung entschließen. Am 15. Oktober 1597 unterzeichnete er die bezügliche Urkunde, am 4. Februar 1598 ward der Regierungswechsel förmlich vollzogen, nachdem Kaiser Rudolf am 23. Dezember 1597 dem jungen Herzog die Belehnung erteilt hatte. Wilhelm V lebte seitdem in stiller Zurückgezogenheit, sich Werken der Barmherzigkeit und Frömmigkeit widmend, bis zu seinem Tode, der am 7. Februar 1626 erfolgte.

Wir haben uns nun zurückzuwenden und den Gang der Dinge in Deutschland, das Eingreifen der bayerischen Politik in denselben zu verfolgen. Ost- und Westeuropa sind in Bewegung. Die zweite Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts erfüllt im Westen der Kampf um die spanische Vorherrschaft, im Osten aber ringen Polen, Schweden, Dänemark, Rußland um die Herrschaft auf dem baltischen Meere. In der Mitte dieser Riesenbewegung liegt Deutschland, von der Natur bestimmt, in beiden Fragen den Ausschlag zu geben, von dem Geschick und seiner Entwicklung genötigt, zurückzuhalten, zuzuschauen. Dynastische, territoriale und religiöse Interessen haben im deutschen Leben das volle Uebergewicht, unter diesem Drucke staut das Volksleben zurück zur Apathie und vermag es zu keiner natürlichen Fortentwicklung zu bringen. Da kamen nun die Jesuiten nach Deutschland und schlossen einen Pakt mit den Bankerotteuren der Gesellschaft, sie errichteten Konvikte für „arme" Studenten, dazu traten ihre Erziehungsinstitute für die Söhne des Adels, an das immer noch selbstlebende Bürgertum wagten sie sich noch nicht heran. In seinem Gutachten von 1574 über Kirchenregiment und Freistellung der Religion im deutschen Reiche schrieb der kaiserliche Feldmarschall Lazarus von Schwendi: „Item so gehet er (der Papst) auch unaufhörlich damit um, daß er Trennung und Erbitterung im Reich zwischen beiden Teilen, den Katholischen und Lutherischen, möge anstiften. Dazu werden die Jesuiten wie ein vergiftet Instrument gebraucht, die man allein da und dort also unterstehet einzuflicken, damit sie die Gemüter gegen einander entzünden." Wir stehen einer andern Kirche gegenüber. Mit dem Tridentinum, dem Jesuitenorden, der Inquisition stand die römische Kirche gefestigt und gewaffnet da. Eine Reihe von Päpsten tauchte auf, welche den reformatorischen Gedanken nach einer Seite ergriffen. Ein Pius V (1566—1572), der die Mönchskutte der Dominikaner auch als Pontifex Maximus nicht verleugnete, ein Gregor XIII (1572—1585), der mit harter Entschlossenheit den Kampf gegen das Ketzertum aufnahm, dem die Frevel der Bartholomäusnacht wie eine Gott wohlgefällige Heldenthat erschienen, ein Sixtus V (1585—1590), der mit aller Umsicht und Strenge seinen kirchlichen Staat auf eine feste Grundlage stellte, — es waren dies doch andere Gestalten, als diejenigen, welche uns in früheren Zeiten begegneten. In einer strengeren Lebensführung erblickten sie die Vorbedingung für die Ausübung ihrer universellen Herrschaft. Diese namentlich auch von den Jesuiten mit allen Mitteln verfolgte Tendenz einer Neugestaltung des Lebens selbst erfaßte allmählig die unteren Kreise des Klerus. Freilich war es eine Methode, die nicht das Wachstum des menschlichen Geistes zum Ausgangspunkt und Ziele hatte, sondern die Reaktion auf allen Gebieten. Eine systematisch betriebene Ausdörrung des Geistes, die Schöpfung einer korrekten äußeren Religiosität kennzeichneten dieselbe. Nicht Empfindung, sondern Anempfindung war die Grundlage der jesuitischen Praxis. Das äußerte sich überall. Der manierierte Stil der bildenden Künste verriet diese Wandlung nicht weniger, als die ganz in den Dienst der Kirche zurücktretende Musik eines Palästrina, der den kirchlichen Kultus mit seinen wunderbaren Harmonien umrankte. Und dennoch bewahrte selbst ihn, der äußerlich auf die eben

damals errungene Freiheit der Tonkunst verzichtete, sein Genie vor einer Dienerschaft in grobmateriellem Sinne. In seiner naiv erfassenden Künstlerseele blieb die Musik Herrscherin, äußerlich im Dienste der Kirche, innerlich frei und sich selbst gehörend, war es nicht seine religiöse, sondern seine musikalische Empfindung und die großartige Fähigkeit, ihr Ausdruck zu verleihen, in der seine nie schwindende Größe lag.

Auf die Propaganda ward die Kirche gestellt. Ihr dienten die Päpste, wie die Jesuiten, ihr dienten nach und nach in immer weiterem Kreise noch andere Mächte. Was werden sollte, zeigten die Anschauungen, welche in einem Gutachten über den Augsburger Religionsfrieden niedergelegt sind, welches den Jesuiten Peter Canisius zum Mitverfasser hat. (1566). „Der Friede bestimme nicht, was sein solle, sondern nur, was kraft der unüberwindlichen äußeren Machtverhältnisse sei und so lange sein werde, als diese schlimme Lage andauern werde. Richtig verstanden gelte er nur bis dahin, wo die Katholiken größere Kraft gewonnen und sich zur vollständigen Rückforderung ihrer Rechte erhoben hätten." Es galt also zunächst größere Kraft zu gewinnen, und dem entsprechend finden wir nun einen mächtigen Umschwung der bisherigen Politik seit ungefähr dem Ende der sechsziger Jahre. Dieser Umschwung ist für keine der deutschen Mächte bedeutsamer gewesen, als für Bayern. Wir müssen sie deshalb kurz ins Auge fassen.

Der burgundische Kreis des deutschen Reiches, welcher unter spanischer Hoheit stand, war längs seiner ganzen deutschen Grenze vom westfälischen Kreise umspannt. Den Hauptbestandteil des letzteren bildeten die seit 1521 zu einem Gebiete vereinigten Herzogtümer Jülich, Cleve, Berg und die Grafschaft Mark, welche sich von der Ahr und Sieg zu beiden Seiten des Rheines abwärts zur niederländischen Grenze hinzogen und einen Teil des zum kurrheinischen Kreise gehörigen Erzbistums Köln umschlossen. Südlich grenzte das Gebiet des Jülicher Herzogs an das Erzbistum Trier und die Grafschaft Nassau, östlich an das Herzogtum Westfalen, welches zu Köln gehörte. Neben diesem weltlichen Gebiete umfaßte der westfälische Kreis noch eine Anzahl Bistümer, von denen das Bistum Münster an erster Stelle stand. Es zog sich, von Cleve im Süden, von den Niederlanden im Westen begrenzt, die Ems hinab bis zum Dollart. Links vom Rhein gehörte das Bistum Lüttich zum westfälischen Kreis, welches in den burgundischen Kreis eingelagert, den großen nördlichen Länderkomplex desselben von dem im Süden gelegenen Herzogtum Luxemburg abtrennte. Seiner Lage gemäß blieb Lüttich unter dem geistigen und materiellen Einfluß Spaniens. Östlich schlossen sich an Münster die Bistümer Osnabrück und Paderborn, das letztere im Süden begrenzt durch die zum oberrheinischen Kreise gehörige Landgrafschaft Hessen, im Osten von der Weser, welche hier das zum niedersächsischen Kreise zählende Herzogtum Braunschweig von dem westfälischen Kreise trennte. Nördlich von Paderborn begrenzten die Grafschaften Ravensburg, Lippe, Schaumburg, das Bistum Minden, die Grafschaften Hoya, Oldenburg und Ostfriesland die Bistümer Osnabrück und Münster, und rechts von der Weser gehörte außerdem zum westfälischen Kreis das Bistum Verden, im Norden dem niedersächsischen Erzbistum Bremen benachbart. So war das Erzbistum Köln fast ganz von dem westfälischen Kreise umschlossen, es bildete mit den Stiftern Westfalens, welche dem Kölner Metropolitanverbande angehörten, ein großes Gebiet.

Bis zum Ende der sechsziger Jahre nun war in diesem komplizierten Gebiete der Protestantismus in steter, wenn auch langsamer Aufnahme begriffen. Die Bischöfe der einzelnen Stifter hatten einesteils nicht den Willen, andernteils nicht die nötige Macht, dem Vordringen des Protestantismus energisch entgegenzutreten. Sie bekannten sich fast alle zu jener mittleren und vermittelnden Richtung, welche eine Wiedervereinigung der Konfessionen in's Werk zu setzen suchte. Wir müssen sagen, daß nur der nahe spanische Einfluß eben eine volle Protestantisierung dieser Gebiete bisher verzögert hatte. Mit dem Erscheinen Albas in den Niederlanden wurde das anders. Die katholische Propaganda setzte ein, wenn auch zunächst nur mit halbem Erfolg, so genügte das doch, um auch die protestantisch gesinnten Elemente in größere Bewegung zu bringen. Mehr Glück aber hatte die Propaganda, wie wir sahen, weiter östlich, im Bistum Hildesheim, in Fulda, in dem erzbischöflich Mainzischen Eichsfelde. Diese katholische Bewegung im Osten, die

niederländische im Westen — es mußte die Entscheidung auch für den westfälischen Kreis nahen.

Die Erwerbung des Bistums Freising für seinen Sohn Ernst, die Ausstattung desselben mit Kanonikaten in Salzburg, Köln, Würzburg und Trier hatte die Politik Albrechts V auf der Linie der damals üblichen fürstlichen Politik gehalten, die jüngeren Angehörigen der fürstlichen Häuser mit geistlichen Gütern zu versorgen. Anders ward dies in dem Augenblick, als zu der Bewerbung um das Bistum Hildesheim diejenige um das Erzbistum Köln hinzutrat, als Albrecht in derselben Zeit versuchte, den konfessionslosen Landsberger Bund in einen allgemeinen römisch-katholischen zu verwandeln, als er mit Alba um die Aufnahme der Niederlande in den Bund verhandelte, als er so die eigene Politik in den direkten Dienst des großen spanisch-ultramontanen Systems zu stellen versuchte. Auf diesem Wege sahen wir Albrecht Schritt für Schritt weiterwandeln und welchen Umfang seine Politik bei seinem Tode gewonnen, erinnern wir uns.



Herzog Ernst von Bayern.

Aber zu einer definitiven Entscheidung in der Frage der nordwestdeutschen Bistümer war es nicht gekommen. Herzog Ernst war von Köln wie von Münster einstweilen zurückgeschoben worden. Die Entwicklung war über die Bestimmungen des Jahres 1555 hinausgewachsen; fast von Tag zu Tag, möchte man sagen, ergaben sich Thatsachen, welche mit diesen Bestimmungen in Konflikt gerieten. Der Religionsfriede hatte den Kampf zum Stehen gebracht, entschieden hat er denselben nicht. Mit der Verschiebung der Machtverhältnisse bei den kämpfenden Parteien mußte sich die Fortsetzung des Kampfes als eine Notwendigkeit ergeben. Diese Verschiebung hatte ihren Anfang genommen, sie dauerte fort.

Unsere Blicke suchen den Kaiser. Was wird er thun? Auf welche Seite wird er treten? Oder wird er es überhaupt ablehnen, das Haupt einer Partei zu werden? Wird ihn sein Herrscherbewußtsein emporheben über die Parteien, und wird er in dieser Höhe den Ausgleich finden, der die Herrschaft theologischer Prinzipien in den politischen und Verfassungsangelegenheiten des deutschen Reiches zurückweist und allein den vaterländischen Bedürfnissen Rechnung trägt? — Stieve hat in seiner feingezeichneten Biographie

Rudolfs II den Charakter und die Krankheit dieses Mannes mit demjenigen des unglücklichen Königs Ludwig II von Bayern verglichen. Hier wie dort die höchste natürliche Veranlagung, hier wie dort eine Phantasie ursprünglich und ungezügelt von der Kenntnis und der Rücksichtnahme auf die realen Verhältnisse, hier wie dort die gleiche Unfähigkeit für ein hochgestecktes Wollen den Hebelpunkt zu einer Umformung der als krank empfundenen Verhältnisse in positiv schöpferischem Geiste zu finden, und infolge dieser Unfähigkeit dann ein Zurückziehen auf sich selbst, ein wachsender Hang zur Einsamkeit, ein Emporschwellen des persönlichen Wertgefühls, ein Unvermögen, mit hochstehenden Naturen zu verkehren. So erhob die ideale Phantastik den Kaiser vor sich selbst über alle andern empor, während der reale Zwang des Lebens ihn dem Einfluß von Bedienten unterwarf. Ein Mann, der für seine Person die Vermittlung mit dem Leben verloren hatte, eine absolutistische, von der Wirklichkeit losgelöste Natur, deren Leben zur Krankheitsgeschichte wird, „der gegenüber das Mitleid fast das Urteil verstummen macht.“ Von einer wirklich religiösen Gesinnung kann man bei Rudolf nicht sprechen, aber dennoch stand er als Sklave unter den Einflüssen einer Erziehung, die er in Spanien erhalten, in welcher das religiöse Element das dominirende war. Er zitterte vor der Osterbeichte, er war beherrscht von der fanatischen Romantik einer streng ultramontanen Gesinnung, und mit diesem hemmenden Schwergewicht belastet streifte sein nervös empfänglicher Geist in jene mystischen Grenzgebiete, welche sich zwischen den Zonen einer älteren überlebten Geistesentwicklung und einer neuen hinlagerten. Die Ahnung der Macht naturwissenschaftlicher Forschung beherrschte seinen mit dem ganzen Plunder spanisch-romanischer Glaubensphantastik beladenen Geist. „Vor allem die Astrologie und die Alchymie, in denen sich das chemische Experiment und die siderische Spekulation so dienstbeflissen dem menschlichen Aberglauben zur Verfügung stellten, besaßen in ihm den eifrigsten Anhänger.“ Er berief Tycho de Brahe zum Direktor seiner Sternwarte und ernannte Johann Kepler zu dessen Nachfolger. Allein jene mystische Dämmerung zu durchdringen und in der Tageshelle die Gespenster verwehen zu lassen, war das Licht dieser Wissenschaften noch lange nicht intensiv genug. Und so kam es, daß gerade das Geheimnis die Phantasie des Kaisers umspann und seine Thatkraft vollends lähmte. „So lebte er denn hin in der bedeutsamsten und verantwortlichsten Stellung dieser aufgeregten und entscheidungsvollen Zeit: nicht gefürchtet, wenig geachtet, ungeliebt, verfeindet mit seinen nächsten Verwandten, beherrscht von niedrigen Kreaturen, sagenhaft verschollen für seine Völker.“ Eine vollendete Disharmonie, welche alle disharmonischen Saiten des deutschen Lebens sofort zum Mitklingen brachte.

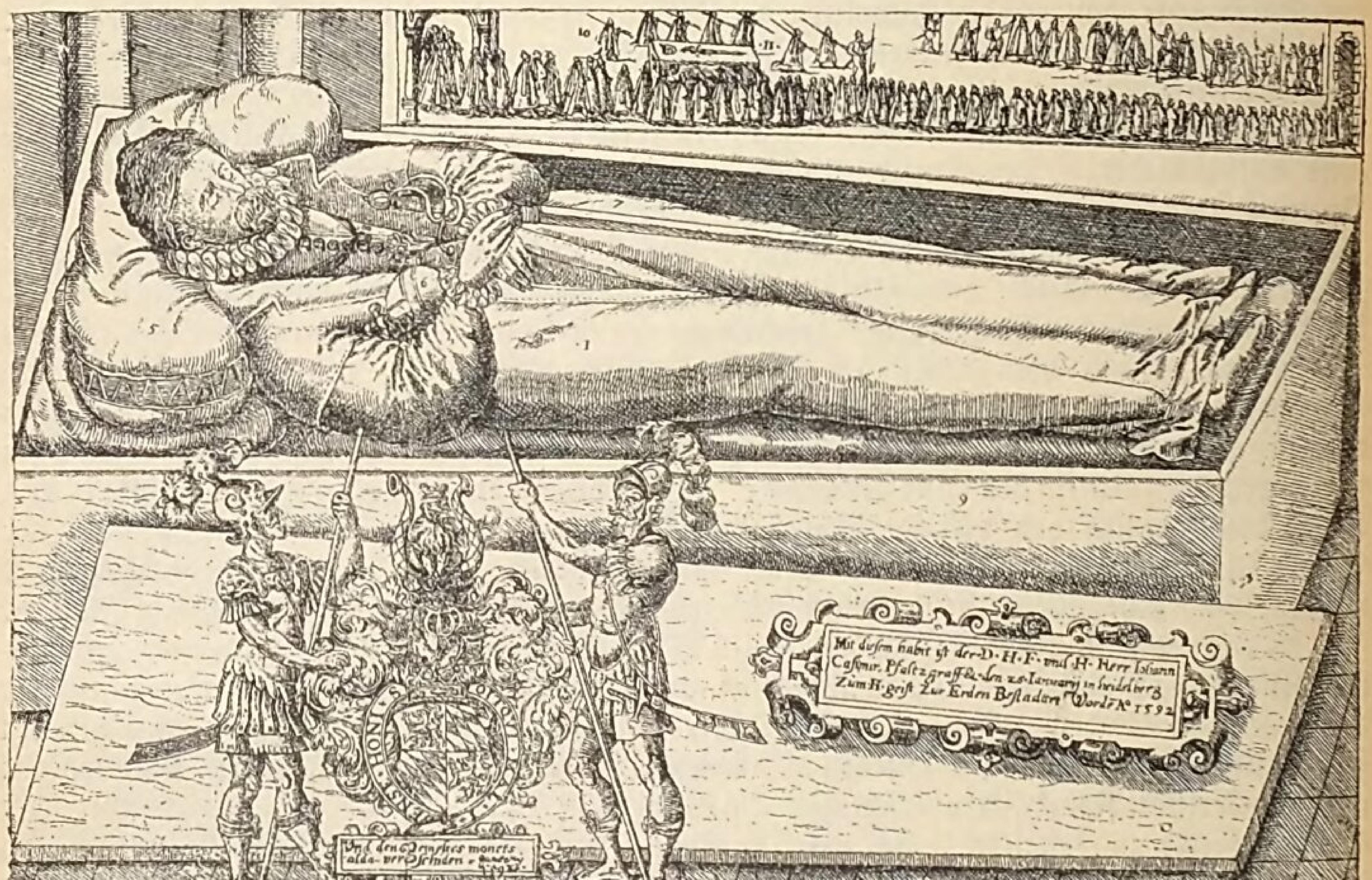
Sechs Jahre hatte Rudolf II seit seinem Regierungsantritt verstreichen lassen, ehe er sich zur Berufung seines ersten Reichstages entschloß. Nicht die Wirren im Reiche, sondern die von den Türken den habsburgischen Ländern drohende Gefahr hatte ihn endlich zu diesem Entschlusse bestimmt. Im Juli 1582 versammelten sich die Reichsstände um Rudolf II in Augsburg. Es war natürlich, daß sich sofort die eigenen Angelegenheiten der Stände in die Verhandlungen eindrängten, und da erregt denn zunächst ein scharfer Angriff der Ultramontanen auf die Reichsstandschaft evangelischer Bistumsverwalter unsere Aufmerksamkeit. Die Erzbischöfe von Magdeburg führten den Vorsitz im Fürstenrat, bis Kardinal Albrecht von Magdeburg-Mainz, der Brandenburger, es vorzog, das mit seiner Mainzer Stellung verbundene Direktorium im Kurfürstenrat auszuüben. So zog der Erzbischof von Salzburg (1530) die Führung des Fürstenrates an sich. Die Nachfolger Albrechts in Magdeburg hatten bisher ihrem Stift den früheren Vorrang nicht wieder zu gewinnen vermocht. Nun war seit 1566 abermals ein brandenburgischer Prinz, Joachim Friedrich, der Enkel des Kurfürsten Joachim II zum Administrator in Magdeburg gewählt worden. Es war natürlich, daß sich dieser evangelische Fürst für seine Stellung in einem evangelischen Bistum nicht um die früher notwendig gewesene Approbation des Papstes bewarb. Die Kaiser hatten sich nun bisher damit geholfen, solchen evangelischen Fürsten Lehensindulte zu erteilen, welche ihnen ihre reichsrechtliche Stellung sicherten. Joachim Friedrich aber hatte eine solche Belehnung nicht empfangen, und Rudolf II war nicht gesonnen, der Praxis seiner Vorgänger zu folgen, sondern er hielt

mit derartigen Indulten zurück und räumte der päpstlichen Approbation ihr Recht wieder ein. Das war ein unnatürlicher Zustand: protestantische Fürsten sollten sich um die Anerkennung des Papstes bewerben, der von ihnen so wenig wie von ihren Wählern als Kirchenoberhaupt anerkannt wurde. Joachim Friedrich war außerdem verheiratet. An den bisherigen Reichstagen hatte er keinen Anteil genommen, jetzt erschien er in Augsburg, um im Fürstenrat die Führung zu übernehmen. Da erhob sich Salzburg. Aber es bestritt dem Magdeburger nicht nur das Recht des Vorsitzes, sondern zugleich das Recht überhaupt, an den Verhandlungen teilzunehmen, da er weder vom Papste bestätigt, noch vom Kaiser mit den Regalien belehnt sei. Das Recht der Wahl und des Gewählten existierte für diese Leute also nicht. Der Streit kam an den Kaiser; hinter dem Salzburger standen die Katholiken geschlossen, sie drohten, den Reichstag zu verlassen, wenn der Magdeburger nicht weiche. Joachim Friedrich aber fand dementsprechend keineswegs den Beistand der Protestanten, da Kurfürst August von Sachsen die prinzipielle Entscheidung zu verhindern suchte. Joachim Friedrich verließ den Reichstag. Die Frage blieb unentschieden. Der Kaiser räumte dem Papste stillschweigend ein Recht ein, in der Ordnung rein deutscher Verfassungsfragen mitzusprechen.

Ein zweiter Zusammenstoß erfolgte. Die Protestanten brachten abermals ihre alten Forderungen vor, welche die pfälzische Politik bisher so energisch vertreten hatte: Aufhebung des geistlichen Vorbehalts, Freistellung der Religion, Anerkennung der Deklaration Ferdinands. Auch hier stellte sich die kursächsische Politik in den Weg. Pfalz und Brandenburg fielen ihr zu; aus einem geschlossenen prinzipiellen Vorgehen der Protestanten wurden Bittgesuche der einzelnen Stände. Die Beratung der Türkenhülfe stand im Vordergrund. Kurfürsten und Fürsten, die beiden oberen Kollegien bewilligten dem Kaiser die Summe von vierzig Römermonaten. Dagegen stellte sich das Kollegium der Städte in scharfe Opposition. Es wollte nur bewilligen, wenn die Beschwerden abgestellt würden, und eine dieser Beschwerden bildeten die Vorgänge in der Reichsstadt Aachen.

Trotz des im Jahre 1560 erlassenen Statuts, daß alle städtischen Aemter nur den Katholiken zugänglich sein sollten, war es in der Folge zu einer starken protestantischen Bewegung in Aachen gekommen. Im Jahre 1580 verlangten die Aachener Protestanten freie Religionsübung. Sie wurden abgewiesen. Alles kam auf die neuen Ratswahlen an. Kaiserliche Kommissäre erschienen im Mai 1581 in Aachen, um das Statut von 1560 aufrecht zu erhalten. Es war zu spät. Die Wahlen hatten stattgefunden und waren zwiespältig ausgefallen. Die Kommissäre forderten das Zurücktreten der Protestanten von ihren Aemtern. Der Tumult brach los, sie mußten weichen, und mit ihnen zog eine Anzahl katholischer Geistlicher und Ratsherrn. Der Kaiser hielt fest. Er blieb bei der Forderung: Entfernung der Protestanten. Die Aachener kümmerten sich nicht darum. Da ließ der Bischof von Lüttich seine Truppen gegen die Stadt marschieren. Zugleich rückte eine spanische Abteilung aus den Niederlanden in das Aachener Gebiet. Und nun stellten sich die Protestanten zusammen und behandelten die Aachener Sache gemeinsam. Rudolf II hatte die ungehorsame Stadt nicht zum Reichstage geladen, er beraubte Aachen also ohne Prozeß seiner Reichsstandschaft. Das war unerhört. Die Städte traten zusammen, nahmen die Aachener Gesandten in ihre Mitte auf und überreichten mit ihnen ihre Beschwerden. Keine Bewilligung ohne Abschaffung der Beschwerden! Es war nun die Frage, ob ein Stand für sich ein Recht der Protestation und Steuerverweigerung habe, auch wenn die andern Stände bereits bewilligt hätten. Der Kaiser verneinte dieses Recht. Er ließ durch seinen Vizekanzler Dr. Vieheuser sonderbare Reden halten. Der Kaiser habe das Recht, die Städte wegen ihres ungebührlichen Verhaltens nicht nur zu strafen, sondern auch aller Privilegien zu berauben. Wie Gott ihr Gott im Himmel sei, also Cäsar ihr Gott auf Erden. Die Räte und Bürger in den Reichsstädten seien dem Kaiser so unterthan, wie seine eigenen Unterthanen und wie einem jeden Fürsten seine Bauern. Die Städte beharrten diesen Phantasien gegenüber bei ihrer Auffassung, und die weltlichen Fürsten unter der Führung des Pfalzgrafen Johann Kasimir traten auf ihre Seite. So mußte der Kaiser trotz seiner göttlichen Omnipotenz kapitulieren. Im Reichstagsabschiede wurde Aachens nicht erwähnt, Sachsen und Trier sollten einen

gütlichen Ausgleich mit der Stadt versuchen. Die Türkenhülfe stand als Reichsbeschluß im Abschiede trotz des Protestes der Städte. Mit diesen wurde verhandelt, bis sie zahlten, ohne daß darüber entschieden worden war, ob sie die Zahlung freiwillig oder auf den Beschluß der beiden oberen Kollegien leisteten. — Zu prinzipiellen Entscheidungen hatte es also auch dieser Reichstag nicht gebracht, aber er hatte die tiefe Kluft offenbart, welche sich zwischen den verschiedenen Bekenntnissen hinzog, er hatte die Angriffslust der Katholiken gezeigt, die in Brandschriften den Kaiser zu rücksichtsloser Ausrottung der Ketzerei aufforderten. Die Katholiken hatten wegen der Magdeburger Session mit Sprengung des Reichstages gedroht, und dieser Entschluß war veranlaßt worden durch das Ueberein-



Pfalzgraf Johann Kasimir auf dem Paradebett.

kommen des Mainzer Erzbischofs Wolfgang von Dalberg mit Herzog Wilhelm V von Bayern. Hinter beiden stand der päpstliche Legat, der Kardinal Ludwig Madruzzi. Wir erkennen, wie es der Kurie hier seit langer Zeit zum ersten Mal wieder gelang, auf den Gang der Reichsangelegenheiten einen direkten Einfluß zu gewinnen.

Zu einem ganz andern Ausdruck sollten indeß diese Gegensätze erst in der nächsten Zeit kommen, in welcher im Erzbistum Köln der Ausbruch der sogenannten Stiftsfehde erfolgte. In dem Kampfe um das Erzbistum war die bayerische Politik unterlegen, die Entscheidung über das Bistum Münster wurde, wie wir sahen, hinausgeschoben, während in dem zweiten Bistum Salentins von Isenburg, in Paderborn, nun doch der Erzbischof Heinrich von Bremen-Osnabrück, aus dem Hause der protestantischen Herzoge von Lauenburg gewählt wurde (1577). Er war in Münster der Rivale Herzog Ernsts von Bayern gewesen. Zugleich wurde die bayerische Politik in Salzburg zurückgeworfen. Hier war ein Habsburger, der Erzherzog Matthias, als Rivale Ernsts aufgetreten, aber das Domkapitel wich dem alten Streit der beiden Fürstenhäuser aus und wählte im Juli 1580 einen Neffen des vorigen Erzbischofs, den Domprobst Georg von Küenburg zum Koadjutor. „So legten schon damals die Salzburger Domherren jene Meinung an den Tag, welche sie späterhin (1606) zum förmlichen Kapitelsstatut erheben wollten: daß fortan kein Herr aus den Häusern Oesterreich oder Bayern, ‚den anderen zu wissentlichem oder kundlichem Präjudiz‘ zum Erzstift erwählt werden sollte.“ Eine kleine Entschädigung

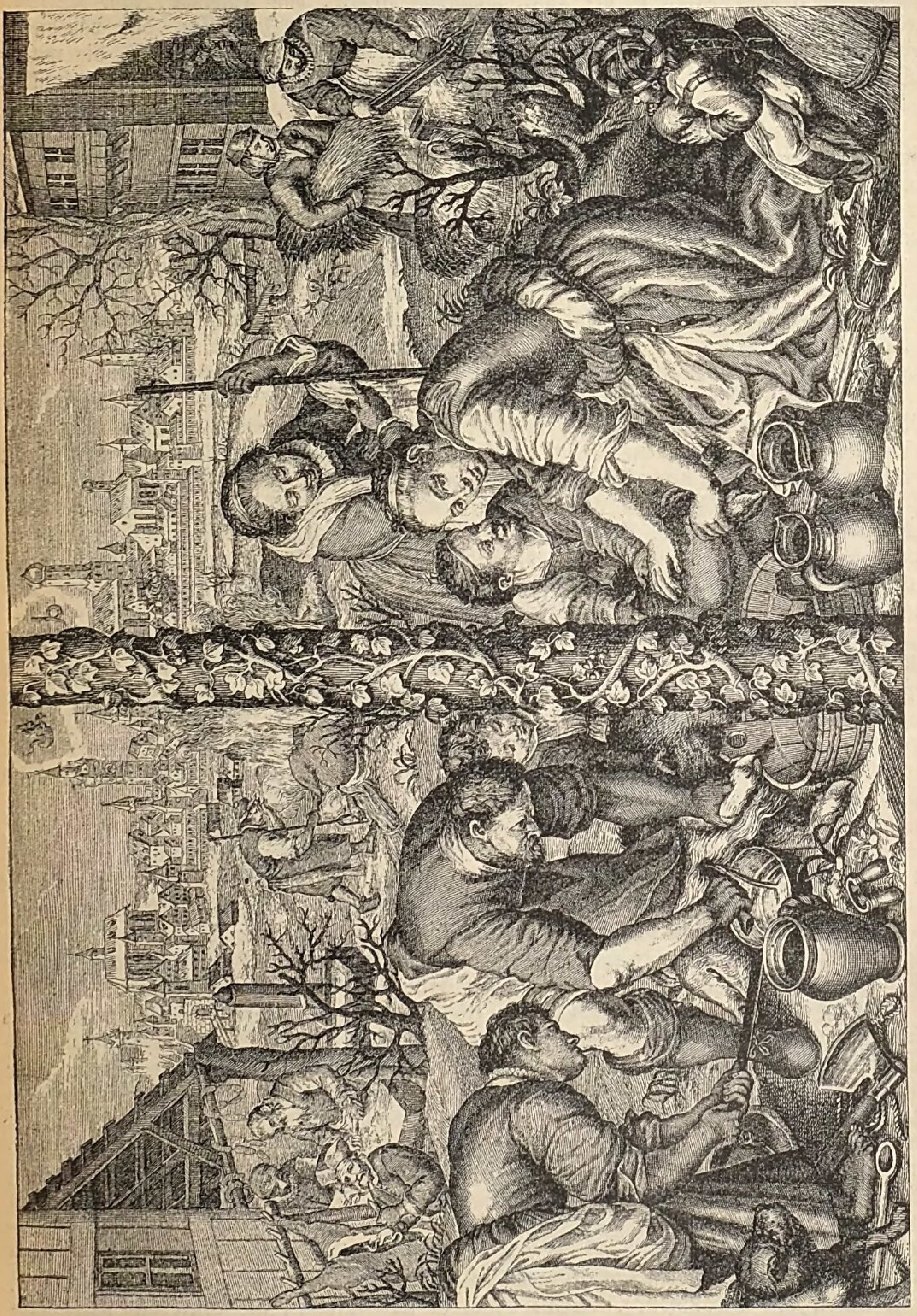
erhielt die bayerische Politik alsdann durch ihre Erfolge in Lüttich, wo es Herzog Ernst im Januar 1581 gelang, die Wahl auf sich zu lenken. Aber bald genug sollten auch die Dinge in Köln in neuen Fluß geraten und den Wittelsbachern endlich jene Erfolge bringen, um die sie nun fast zwanzig Jahre sich bemüht. Hier flossen nun jene beiden Fragen zusammen, welche die Gemüter auf dem letzten Reichstag so mächtig bewegt, die Fragen um den geistlichen Vorbehalt und um Erhaltung jenes katholischen Systems, wie wir es im nordwestlichen Deutschland in der Ausbildung begriffen fanden.

Wir sahen oben, wie die Wahl Gebhards ein mächtiges Anschwellen der protestantischen Regungen in Köln zu unmittelbarer Folge hatte. Die Pläne der Grafen und ihres Führers Johann von Nassau fanden eine mächtige Förderung durch das Verhalten des Kurfürsten selbst. Im Jahre 1579 entbrannte der Erzbischof in heißer Leidenschaft zu einer Stiftsdame des Klosters Gerresheim, der Gräfin Agnes von Mansfeld. An den Besitz der Nonne wagte er alles; er strebte alsbald über das Verhältnis einer freien Liebe hinüber zu ehelicher Verbindung mit der Geliebten. Gebhard dachte an Abdankung. Aber an seiner Seite standen der calvinische Graf Adolf von Neuenar, der protestantische Kapitular Hermann von Solms und seit 1581 Johann von Nassau. Sie wollten von Abdankung nichts wissen. Der Kurfürst sollte heiraten und trotzdem das Stift behalten. Köln sollte ein protestantisches Kurfürstentum werden. Als die Sache bis zu diesem Punkte gediehen, trat der Wittelsbacher Ernst mit der Besitznahme des Bistums Lüttich in den Mittelpunkt der großen Gegensätze. Was der Entschluß Gebhards bedeutete, zeigt uns allein die Thatsache, daß mit seiner Ausführung die Protestanten im Kurfürstenkollegium die Majorität gewannen. Aber abgesehen von dieser Aussicht hatte die Gegenpartei eine Handhabe an dem doppelten Widerspruch, in welchem ein solcher Plan mit der 1463 im Kölner Erzstift errichteten Erblandesvereinigung wie mit dem Religionsfrieden von 1555 stand. Die erstere untersagte dem Erzbischof jede einseitige Neuerung, sie befahl ihm die Erhaltung der katholischen Kirche und der bestehenden Ordnung und gab dem Kapitel die Macht, die Landstände im Gegenfalle zu berufen und sie des Gehorsams gegen den Erzbischof zu entbinden, bis dieser seinen Verpflichtungen nachgekommen. Fraglich waren nun beide Bestimmungen, die der Erblandesvereinigung wie des Religionsfriedens insofern geworden, als es im Kölner Stift einen nicht geringen Prozentsatz protestantischer Elemente gab, als ferner der im Religionsfrieden sanktionierte geistliche Vorbehalt der Oktroyierung durch das Reichsoberhaupt entstammte und von Anfang an von den Augsburger Konfessionsverwandten als unverbindlich zurückgewiesen worden war. Diese bisher unerledigt gebliebene theoretische Frage trat nun mit dem Kölner Fall plötzlich in die Praxis hinaus. Schon war es zu Reibereien zwischen Katholiken und Protestanten in Köln gekommen. Die letzteren hatten auf dem Reichstag in Augsburg Schutz gesucht, aber nichts erreicht. Gebhard hatte bisher zurückgehalten. Er wußte, daß auf eine Majorität innerhalb seiner Stände für sein Vorhaben nicht zu rechnen war. Die Hülfe mußte von auswärts kommen. Und diese suchte er sich nun zu sichern. Aber das ging sehr langsam. Sofort begegnete er allen möglichen Schwierigkeiten. Die Wetterauer Grafen, die bisherigen Dränger, scheuten vor einem offenen Eintreten für Gebhards Plan zurück. Er ging vorwärts, obgleich er nirgendwo sichere Zusagen erhalten hatte. Anfangs November 1582 setzte er sich in den Besitz von Bonn. Das Domkapitel unter Führung des Chorbischofs Friedrich von Sachsen-Lauenburg, der an Gebhards Stelle zu kommen hoffte, berief den Landtag zu Ende Januar 1583. Gebhard verkündigte hierauf seinen Uebertritt zum Protestantismus (um Weihnachten 1582). Eine spanische Abteilung eilte aus den Niederlanden herbei zum Schutz des Domkapitels; Gebhard seinerseits bewilligte nun Mitte Januar 1583 den Anhängern der evangelischen Lehre in seinem Stifte freie Religionsübung. Schlag auf Schlag waren die Ereignisse gefolgt, man stand vor dem Kriege. Aber mit jedem Schritt vorwärts wichen die Protestanten von Gebhards Seite um zehn Schritte zurück, während die Katholiken, Kaiser Rudolf, der Herzog von Jülich, Parma, die Stadt Köln dem Domkapitel ihre Hülfe zusagten. Befand sich doch Gebhard in der unangenehmen Lage, sich zwischen Reformierten und Lutheranern entscheiden zu müssen. Seine Neigung trieb ihn zu den ersteren, seine Klugheit zu den letzteren, und so machte

er nach beiden Seiten seine Beteuerungen. Er bekam nur Beteuerungen zurück. Nicht Hülfe ward ihm, sondern die evangelischen Fürsten versuchten mit Vorstellungen nach allen Seiten den Krieg hintanzuhalten. Keiner von ihnen fand seine Stellung in der Frage, keiner wagte es, diesem sogenannten Religionsfrieden mitsamt seinem geistlichen Vorbehalt direkt zu Leibe zu gehen und ihn in die Rumpelkammer zu werfen, in die er von Anfang an gehörte.

Wie anders ging das da auf der Gegenseite! Ende Januar 1583 trat der Landtag in Köln zusammen. Er erklärte sich für den Chorbischof und das Kapitel und gegen den Erzbischof. Die vier protestantischen Mitglieder des Kapitels schieden aus, aber der mächtigste von ihnen, der Erzbischof Heinrich von Bremen, der Bruder des Chorbischofs Friedrich von Sachsen-Lauenburg, ging nicht zu Gebhard, sondern nach Hause. So that Gebhard den letzten Schritt: am 2. Februar ließ er sich in Bonn von einem reformierten Geistlichen mit seiner Agnes trauen. Dann brach er nach Westfalen auf, wo sich der Mitte März berufene Landtag ganz für ihn erklärte. Der Krieg war da. Es war ein Raubkrieg, dessen Schwere das Land am härtesten zu empfinden hatte. Vom Waffenlärm erwachte endlich Friedrichs III, des Kurpfälzers Sohn, Kurfürst Ludwig. An ihm fand der längst auf dem Sprunge stehende Pfalzgraf Johann Kasimir nun einen Rückhalt. Der Pfälzer wandte sich an die evangelischen Stände. In Worms kam man überein, Truppen zu werben und sie unter Johann Kasimirs Befehl Gebhard zu Hülfe zu senden. In Erfurt ward noch im März eine zweite Versammlung gehalten. Da aber trat Sachsen und mit ihm Brandenburg von thätiger Hilfeleistung prinzipiell zurück. Kurfürst Ludwig folgte den beiden, er sandte an Gebhard nur noch jene Summe, welche nach den Wormser Vereinbarungen auf ihn gefallen war. Nur Johann Kasimir hielt fest. Er rüstete, aber was konnte seine Hülfe allein nützen?! Freilich der Kaiser verließ sich auf Spanien und Parma, und energischer als alle war Papst Gregor XIII. Seine Nuntien waren in voller Arbeit, am 22. März 1583 schleuderte er gegen Gebhard den Bann, er entband seine Unterthanen des Gehorsams. Was kommen würde, zeigte sich deutlich: Spanien und der Papst greifen in die deutschen Angelegenheiten ein, sie werden die Kölner Sache nach ihrem Sinn richten. Nun war es an der Zeit, daß die obersten Reichsgewalten diese Eingriffe zurückgewiesen hätten, daß sie eingetreten wären, die Freiheit und das Recht der deutschen Nation gegen fremde Vergewaltigung zu schützen. Aber Rudolf erkannte das Vorgehen des Papstes an, er forderte das Kölner Domkapitel zu sofortiger Neuwahl auf. Sein Kandidat war der des Papstes: Herzog Ernst von Bayern, der Bischof von Freising-Hildesheim-Lüttich. Freilich überragte dieser päpstliche Kandidat den protestantischen Gebhard an sittlicher Größe nicht um Haaresbreite. Er mußte zuvor der neuen Liebesbande entledigt werden, in denen er in Freising schmachtete. Aber das war einerlei. Wilhelm V setzte seinen Glaubenseifer für den lockern Bruder ein, und so gelang das Werk. Ein großer Sünder zwar, „aber man muß den Rock nach dem Leibe schneiden", meinte der päpstliche Nuntius. Die antibayerischen Gefühle der Wähler wurden mit Geld, Pensionen, Verheißungen und Korruptionen besänftigt. Am 23. Mai 1583 wurde Ernst einstimmig zum Erzbischof von Köln gewählt. Der Sieg der ultramontanen Partei dokumentierte sich dann namentlich in dem sofortigen Beschluß, daß fürderhin die Aufnahme in das Kölner Kapitel von der Ablegung des Tridentiner Glaubensbekenntnisses abhängig gemacht, die Protestanten also grundsätzlich ausgeschlossen werden sollten. Schon am 15. September erfolgte die Belehnung des Neugewählten durch den Kaiser.

Was fruchtete diesem geschlossenen Vorgehen gegenüber alle Erregung der Protestanten über die päpstliche Bannbulle? Was waren ihre Proteste dagegen? Worte, die Worte blieben und nicht zu Thaten wurden. Herzog Wilhelm von Bayern betrieb die Rüstungen für den Bruder auf das emsigste. Herzog Ferdinand erhielt die Führung der geworbenen Truppe. Und ob auch Johann Kasimir für Gebhard rüstete, er hatte kein Geld, er war kein Soldat. — Zwei Wittelsbacher, durch den Rheinstrom getrennt, im Kampfe miteinander um das Kölner Erzbistum! Denn auch Johann Kasimir hatte seine Verschreibung in der Tasche. Vereinigten sie sich, so hatten sie alles und noch viel mehr dazu. Wer hatte diese feindlichen Brüder getrennt? Die Religion? Sie vereinigt,



Ansicht von Straubing (Anf. 17. Jh.) auf dem im bayer. Nationalmuseum befindlichen, nach dem Carton des P. Candid gewobenen Gobelin: „Monat Dezember."
Reproduktion des Stiches von Amling.

wenn sie Religion ist. Die Politik? — Für Wittelsbach gab es nur eine Politik: Zusammenzustehen. Woher also diese Verwirrung, die aller Natur Hohn sprach? Wir können die Ursache getrost in der einen Thatsache suchen, daß feindliche, dem deutschen Leben fremde Tendenzen mächtiger waren, als alle nationalen Interessen, daß von diesen feindlichen Mächten die Interessen der Religion, der wittelsbachischen Politik, die natürlichen Bedingungen des ganzen deutschen Lebens fortwährend überschattet und verdunkelt wurden.

Der Krieg, welcher sich noch über ein Jahr lang verwüstend in den Rheinlanden hinzog, war ein schmachvoller, und Johann Kasimir klang die Todesnachricht seines Bruders Ludwig, der am 12. Oktober 1583 verschieden war, wie ein Erlösungsruf aus den Wirren, in welche er geraten, während Gebhard sein Leid in täglichen Räuschen zu begraben suchte. Johann Kasimir mußte nach Hause, da ihm mit dem Tode des Kurfürsten die Vormundschaft über dessen unmündigen Sohn Friedrich zufiel. Und als er das Feld geräumt, stürmten die Bayern und Niederländer unter Ferdinands Führung weiter. Das Schloß Godesberg sank am 7. Dezember 1584 in Trümmer. Die Stadt Bonn wurde eingeschlossen. Meutereien brachen unter der Besatzung aus. Am 28. Januar 1584 übergaben die Verräter die Stadt in die Gewalt des bayerischen Wittelsbachers.

Nun war auch in Westfalen für Gebhard kein Bleiben mehr. Die Bayerischen rückten ein. Eine Stadt ergab sich nach der andern. Nichts ward gerettet. Die protestantischen Geistlichen hatten bereits meist das Feld geräumt, sie blieben verbannt, von der Erlaubnis protestantischen Gottesdienstes war nicht mehr die Rede. Für Ernst fehlte nichts mehr, als die Aufnahme in das Kurfürstenkollegium und die darin eingeschlossene Anerkennung durch das Reich. Am 12. April 1584 trat eine Fürstenversammlung in Rotenburg an der Tauber zusammen. Sie blieb ohne Ergebnis. Da gingen Mainz und Trier selbständig vor. Sie nahmen den Erzbischof Ernst in das Kurfürstenkollegium auf, und Sachsen und Brandenburg traten nach einigem Sperren bei. (6. Februar 1585.)

Auf der so erfolgreich betretenen Bahn schritten die Katholiken sofort weiter. Die endgültige Entscheidung über das Bistum Münster stand noch aus, wie wir wissen. Im April 1584 nahm Erzbischof Ernst die frühere Bewerbung mit neuem Eifer auf. Es handelte sich zunächst um den Rücktritt Johann Wilhelms von Jülich von der Administration des Stiftes und um seine Vermählung. Der Papst und Bayern besorgten die Braut. Die Markgräfin Jakobe von Baden-Baden, die mit ihrem Bruder Philipp und ihren beiden Schwestern unter der Vormundschaft Albrecht V von Bayern eine streng katholische Erziehung genossen hatte, sollte dem Jülicher die Hand reichen. Und der Vater, Herzog Wilhelm von Jülich, willigte in diese Verbindung, welche dem Katholizismus auch in seinen Herzogtümern einen neuen Rückhalt gewährte. Es war natürlich, daß der Papst diesen Eifer des bayerischen Fürstenhauses für die katholische Kirche zu belohnen nicht anstand. Er hatte nichts dagegen einzuwenden, daß Erzbischof Ernst sich nun zu seinen vier Bistümern noch ein fünftes verschaffen wollte. Im Mai 1585 resignierte Johann Wilhelm von Jülich in Münster, und Herzog Ernst erlangte auch dieses Stift.

Aber schon waren neue Fragen zu erledigen. Eben war Erzbischof Heinrich von Bremen-Osnabrück-Paderborn gestorben (2. Mai 1585). In Bremen behauptete der Protestantismus seine Stellung. Das Bistum ging von der Familie Lauenburg über an den zehnjährigen Herzog Johann Adolf von Holstein-Gottorp, einen Verwandten des protestantischen dänischen Königshauses. — In Paderborn aber waren die Jesuiten eingedrungen. Wieder stand Erzbischof Ernst als Kandidat in erster Reihe. Doch das Kapitel wählte am 5. Juni 1585 den Dompropst Dietrich von Fürstenberg, den bisherigen Führer der katholischen Partei. — In Osnabrück fiel die Wahl nicht so entschieden aus. Graf Bernhard von Waldeck ging mit der Zeit. Bald nannte er sich protestantisch, bald katholisch, und so blieb das Stift vor einer fanatischen Reaktion bewahrt, ebenso wie Minden, wo 1587 auch ein Katholik gewählt wurde, der dies nur dem Namen nach war, Graf Anton von Schaumburg. Seine Wahl ist nur insofern als Sieg des Ultramontanismus aufzufassen, als der protestantische Herzog Heinrich Julius von Braunschweig, der Administrator von Halberstadt, in Minden abdanken mußte, da er weder die kaiser-

liche Belehnung, noch die päpstliche Anerkennung erlangen konnte. Wie Bremen blieb auch Verden dem Protestantismus erhalten. — Wohin aber die Entwicklung der bayerischen Politik strebte, erkennen wir bei einem Ausblick in die nächstfolgenden Zeiten. Als Erzbischof Ernst (1612) starb, folgte ihm in Köln, Lüttich, Münster und Hildesheim sein Neffe Ferdinand, ein Sohn Wilhelms V. 1618 gewann derselbe auch noch Paderborn. 1625 kam Osnabrück, 1629 Minden, 1630 selbst Verden an Franz Wilhelm, Grafen von Wartenberg, auch einen Neffen des Erzbischofs Ernst aus der von seinem Bruder Herzog Ferdinand begründeten Linie der Grafen von Wartenberg, so daß es damals ein wittelsbachisches Bischofsreich gab, welches mit dem Erzbistum Köln sämtliche westfälischen Bistümer umschloß. Immer wieder, wenn auch den Führern selbst unbewußt, vollziehen sich die Bewegungen des bayerischen Lebens gegen Norden. Aber immer mehr verblaßt bei diesen Bewegungen das einst kräftige und lebenswahre Prinzip einer Annäherung Bayerns an das außerbayerische Städteleben, einer Zurückdrängung des geistlichen Einflusses vom bayerischen und deutschen Leben. Dieses Fehlen einer lebendigen Ursache aber drückte dieser ganzen Politik von Anfang an den Stempel der Unhaltbarkeit auf. Ein 200jähriger Pfründengenuß war alles, was die Wittelsbacher mit derselben erreichten.

Trotz ihres elenden Verlaufes aber war die Kölner Fehde von höchster Bedeutung. Handelte es sich in den meisten dieser Bistümer doch nur darum, keinen streng fanatischen Herrn aufkommen zu lassen, um sie mit der Zeit und ohne große Revolutionen alle dem Protestantismus engegenzuführen. Nun aber kam zu den Erfolgen auf dem Reichstage von 1582 dieser glänzende Sieg der ultramontanen Reaktion, ein Sieg, der über das Prinzip des geistlichen Vorbehalts entschied und damit Deutschlands natürliche Fortentwicklung vollends zum Stillstand und dann zum Rückgang brachte. Herzog Wilhelm war sich dieser Bedeutung wohl bewußt, als er sagte, daß die Evangelischen in Köln siegreich „alle andern Erz- und Stifter profanieren und fressen würden.“ Der Erfolg in Köln entschied über den in den andern Bistümern. Die Kölner Stiftsfehde aber entschied über noch viel mehr: „sie gab dem Papst seinen alten Einfluß auf das Reich zurück; sie führte die Spanier über die Reichsgrenze; sie verstärkte die für die spanisch-päpstliche Propaganda so wichtige Stellung Bayerns im deutschen Nordwesten; sie sicherte den geistlichen Vorbehalt, sie hintertrieb die Bildung einer protestantischen Majorität im Kurkollegium.“ Sie brachte ferner in die katholische Restaurationsbewegung auf allen Seiten ein größeres Leben und eine höhere Zuversicht.

Das Aufleben der katholischen Reaktion trat nun zunächst in denjenigen Gebieten offen zu Tage, die, dem bayrischen Lande benachbart, an dem frommen Wittelsbacher einen allezeit bereiten Helfer hatten. Bisher war der Bischof Julius Echter von Mespelbrunn in seinem Würzburger Stift nicht aus der beobachteten Reserve herausgetreten. Im Jahre 1582 ward von ihm die neue Universität gegründet. Sie geriet unter die Führung der Jesuiten. Und schon im Jahre 1584 kam es zu einer Visitation sämtlicher Kirchen seines Hochstiftes. Die Protestanten wurden ausgewiesen, und ob auch die meist protestantischen Ritter und Edlen in Aufregung gerieten, die allgemeine Thaten- und Opferscheu hemmte jeden Widerstandsversuch, während Bischof Julius an Herzog Wilhelm einen Rückhalt fand. Er versprach ihm im Dezember 1586 seine und des Landsberger Bundes Hilfe. In weniger als zehn Jahren konnte das Würzburger Stift wieder als katholisch gelten. Und dieser von einer wirklich sittlichen Natur bezeugte Eifer wirkte weiter. Bischof Ernst von Mengersdorf in Bamberg (1582—1591) trat in die Fußstapfen seines geistlichen Nachbars. Im Jahre 1582 erhielten die Jesuiten ein Kollegium in Augsburg, im Jahre 1585 begründete der Augsburger Bischof an der Universität Dillingen ein päpstliches Seminar; in Salzburg unternahm der Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau (1587—1612) den ersten Sturmlauf gegen den weit ausgebreiteten Protestantismus. Aber seinem brutalen Vorgehen fehlte die innere sittliche und religiöse Grundlage. Es kam zu einer ersten „salzburgischen Emigration.“ Wilhelm V war es dann wieder, der sich mit Eifer der Sorge annahm, auf die Bischofsstühle von Augsburg und Eichstätt gutpapistische Leute zu bringen, wie er andrerseits seinen Schwager Karl von Inneröstereich auf die Bahn der Restauration trieb.

Die Kölner Stiftsfehde hatte die Gemüter auf beiden Seiten im höchsten Grade erhitzt, und es entwickelte sich eine geschäftliche Thätigkeit, welche die volle Auflösung des Reiches vorzubereiten schien. Daß wir gezwungen sind, fortwährend die Geschichte der Parteien zu erzählen, deutet mit voller Klarheit darauf hin, daß wir es mit einem Reiche und einem einheitlichen Volksleben nicht mehr zu thun haben. Verwahrten sich die Protestanten auf dem Deputationstage zu Worms im Jahre 1586 mit aller Entschiedenheit gegen die Verbindlichkeit der Mehrheitsbeschlüsse, sprengten sie den Deputationstag zu Frankfurt im Jahre 1590 durch ihre Forderung, daß das ganze Reich sich erheben solle zur Vertreibung der Spanier von deutschem Boden, drängten die Ereignisse im Auslande darauf hin, eine Einigung aller Protestanten zu betreiben, so belebten sich auf der Gegenseite ebenso die Bemühungen um ein großes katholisches Bündnis. Und im Mittelpunkt dieser Bemühungen sehen wir abermals den Herzog Wilhelm von Bayern. Eine Grundlage bestand aus früherer Zeit: der Landsberger Bund. Das schroffe Auftreten der Protestanten gegen den Kaiser und die katholischen Reichsstände seit dem Jahre 1585, ihre Zettelungen mit Frankreich, England, Dänemark, die Einmischung der protestantischen Reichsstände in die französischen Glaubenskämpfe, endlich die Entsendung eines Hülfsheeres von 16,000 Mann unter der Führung Christians von Anhalt nach Frankreich im Jahre 1591 ließen die heraufziehende Gefahr als eine allen Katholiken gemeinsame erscheinen. Allein Wilhelms Bemühungen um den Landsberger Bund scheiterten nicht nur an der Furcht vor dem Gegner und an der Gleichgültigkeit der katholischen Glaubensgenossen, sondern nicht minder an der eigenen Phantastik. Mainz und Trier lehnten den Eintritt in den Bund im Jahre 1588 ab, Bischof Johann Otto von Augsburg that dasselbe 1591, Wolf Dietrich von Salzburg dachte 1589 und 1590 an den Austritt aus dem Bunde, und Ernst von Bamberg vollzog denselben im gleichen Jahre wirklich (1590). Wie traumhafte Erinnerung an die altbayerische und altwittelsbachische Politik berührt es uns, wenn wir zwischen diesen unfruchtbaren Arbeiten Wilhelms plötzlich bei ihm den Gedanken auftauchen sehen, sich mit den pfälzischen Vettern, so vor allem mit Johann Kasimir, zu verständigen, wenn mit diesem Gedanken vereint ein anderer auftaucht, der Gedanke an Erwerbung der Kaiserkrone für sein Haus (1590). Er dachte daran, „durch allerlei Mittel und auch durch eine Heirat mit Johann Kasimir guten Verstand zu machen.“ Dieser Gedanke, meint Stieve, beweise, daß Wilhelm und seine Räte die Lage der deutschen Verhältnisse ganz und gar nicht erfaßten. Wir möchten diesen Beweis darin finden, daß Wilhelm diesen Gedanken alsobald wieder aufgab. Freilich eine Ausführung war unmöglich, so lange die Theologie Herrscherin der bayerischen und deutschen Politik blieb, so lange man daran glaubte, einen Johann Kasimir auf solche Art bekehren zu können. Aber mit Rücksicht auf die einstige Entwicklung Bayerns, auf seine natürlichen Lebensbedingungen war gerade dieser Gedanke einer Versöhnung mit der Pfalz ein durchaus gesunder und natürlicher und eben darum in jener Zeit allgemeiner Unnatur und Verwirrung ein durchaus illusorischer und unausführbarer.

Wie Wilhelm V nun mit den eigenen Bundesplänen nicht zum Ziele kam und ihre Verwirklichung immer lauer betrieb, ebenso zurückhaltend verhielt er sich selbst ähnlichen Vorschlägen gegenüber, welche von andrer Seite an ihn herantraten. Da war sein Schwager Karl von Lothringen. Er hatte an den Kämpfen Frankreichs teilgenommen und sich auf die Seite der heiligen Ligue gestellt. Von Spaniens Hülfe hoffte er die französische Krone. Aber im Jahre 1590 erkannte er, daß diese Hoffnung eine Täuschung sei. Dazu drohte ihm Heinrich IV, ihm drohten die deutschen Protestanten. Sich ganz in spanische Abhängigkeit zu begeben, wollte er vermeiden, und so suchte er einen Rückhalt in Deutschland zu gewinnen. Eine Liga der rheinischen Stände sollte sich bilden, und diese Liga dann in eine weitere Einigung mit dem Landsberger Bunde treten. Wilhelm V aber lehnte am 18. Januar 1591 das Gesuch seines Schwagers ab, dessen Pläne nun vollends in's Wasser fielen.

Trotzdem schritt Wilhelm V auf seiner Bahn weiter und strebte die Restauration des katholischen Glaubens allenthalben im Reiche an, wo sie nur einige Aussicht auf Erfolg versprach. Ihm gelang es unter der Mithülfe anderer den Markgrafen Jakob

von Baden-Hochberg zum Uebertritt zu gewinnen. Am 15. Juli 1590 schwur der Markgraf den Protestantismus ab und begab sich an die Katholisierung seines Gebietes. Das war ein Ereignis, welches die Aufregung in beiden Lagern aufs höchste steigerte. Aber der Markgraf starb bereits am 17. August, und nun erhob sich über die Erziehung seiner Töchter ein langwieriger Streit. Zum Vormund seiner Kinder hatte er neben seinem protestantischen Bruder Ernst Friedrich den bayerischen Herzog Wilhelm V und seinen gleichfalls katholischen Vetter, den Grafen Karl von Hohenzollern-Sigmaringen bestimmt. Seine Kinder sollten katholisch erzogen werden, und für den Fall, daß seine hochschwangere Gemahlin Elisabeth noch einen Sohn gebäre, sollte dieser die begonnene Gegenreformation im Lande vollenden. Ernst Friedrich störte sich nicht an diese Bestimmungen. Er ergriff Besitz von der Verwaltung und der Vormundschaft und ließ den am 3. September geborenen Knaben seines Bruders protestantisch taufen. Da rührten sich die Katholiken, an ihrer Spitze Wilhelm V. Ein langer Streit begann, den selbst der am 31. Mai 1591 erfolgte Tod des kleinen Ernst Jakob nicht zu schlichten vermochte, obgleich jetzt der Hochberger Landesteil unfehlbar auf Ernst Friedrich überging. Trotz mehrfacher kaiserlicher Entscheidungen wußte Wilhelm V die alleinige Vormundschaft über die Töchter Jakobs nicht zu erlangen. Erst am 19. November 1594 einigte man sich im Leonberger Vertrag über die Auslieferung der Mädchen zu bestimmter Frist an einen katholischen Ort. Ernst Friedrich hielt diesen Vertrag dann ebensowenig, und der Streit entsprang darauf noch einmal mit allem Grimme.



Papst Clemens VIII. Kupfer v. Sadler.

In diesen Streit griff ein anderer über, der um das Straßburger Bistum. Auch er entstammte dem Andrängen der Katholiken gegen die von den Protestanten errungenen Positionen, er war so recht eigentlich aus der Kölner Stiftsfehde herausgewachsen. Der vertriebene Gebhard sowohl, wie die mit ihm gebannten drei protestantischen Domherren in Köln waren zugleich Kapitularen im Straßburger Stift. Als der Bann über sie erging, erklärten die katholischen Mitglieder des Straßburger Hochstiftes sie ihrer Sitze und und Einkünfte verlustig. Aber die Domherren kamen von Köln nach Straßburg, bemächtigten sich der Stiftshäuser und brachten die Katholiken zum Weichen. Das erregte nun die Katholiken auf das äußerste, und namentlich der fromme Eifer trieb den bayerischen Herzog zum Einschreiten. Im Jahre 1586 forderte er gegen die Frevler die Reichsacht. Die Protestanten sannen auf die Wahl eines Protestanten als Nachfolger im Stifte, die Katholiken schlugen eine katholische Koadjutorwahl vor. Ein Sohn Wilhelms V ward dazu ausersehen, denn Philipp und Ferdinand waren beide bereits Domherren in Straßburg. Aber Wilhelm lehnte ab und schlug den jungen Kardinal Karl

von Lothringen, den Bischof von Metz vor. Von dem wollte das Kapitel nichts wissen. So blieb die Sache einstweilen stehen. Am 2. Mai 1592 aber starb Bischof Johann von Straßburg. Kaiser Rudolf wollte nun das erledigte Stift einstweilen mit Beschlag belegen. Papst Clemens VIII stimmte dem bei, und Erzherzog Ferdinand von Tirol sollte mit Wilhelm V die Beschlagnahme vollziehen. Da postulierten die Protestanten, auf den Rat der Stadt gestützt, am 30. Mai 1592 den jungen Markgrafen Johann Georg von Brandenburg, den Enkel des regierenden Kurfürsten und Sohn des Administrators von Magdeburg zum Administrator. Sofort stellte der Oheim Georg Friedrich von Ansbach dem Erwählten seine Hülfe zur Verfügung. Aber die Katholiken drängten nach. Am 9. Juni wurde Karl von Lothringen von ihrer Seite zum Bischof gewählt, und so entbrannte hier abermals der Streit um den geistlichen Vorbehalt, wie in Köln; auch hier führte er zum Waffengange, der das Stift furchtbar schädigte, ohne indes über die lokalen Grenzen hinauszuwachsen, denn der Lauheit der Protestanten stand die kaiserliche Unentschiedenheit ebenbürtig zur Seite. So kämpfte man denn, bis man nicht mehr kämpfen konnte, und die Not zum Waffenstillstand zwang. Dazu kam es am 27. Februar 1593. Eine kaiserliche Hauptkommission sollte den Streit entscheiden und das Stift in vorläufige Verwaltung nehmen. Nur einer blieb fest, Wilhelm V. Er forderte nach wie vor unbedingte Anerkennung des Lothringers und die Reichsacht gegen die Protestanten, und so verweigerte er die Bürgschaft, welche Bayern für die Beobachtung des Vertrags durch Lothringen leisten sollte. 1593 sollte nun in der Sache in Frankfurt beschlossen werden. Herzog Wilhelm war Feuer und Flamme für den Kardinal und das „katholische Recht.“ Aber in Frankfurt fehlten Brandenburg und die protestantischen Kapitulare, und so wuchs der Streit an den Reichstag hinan.

Alles wankte. Auf Kölner Gebiet schlugen sich Spanier und Niederländer herum, und es drohte ihr Kampf sich über das nordwestliche Deutschland auszudehnen. Kurfürst Ernst war hülf- und machtlos gegen die Fremden, der Kaiser ebenso. In Jülich verfiel Herzog Johann Wilhelm dem Wahnsinn. Sofort war Wilhelm V von Bayern entschlossen, die protestantischen Schwäger desselben von der voraussichtlichen Erbschaft auszuschließen. Rudolf II stellte sich auf die Seite der Katholiken, und so begann hier der Streit um die Regentschaft, der natürlich nicht geeignet war, die Spanier zur Aufgabe der von ihnen besetzten festen Plätze im Kölnischen zu bewegen. Die große Wendung war eingetreten; Bayern, von der Bahn zurückgeworfen, welche es seit dem Anfange des Jahrhunderts eingeschlagen, suchte immer wieder auf Umwegen in diese Bahn zurückzugelangen. War ihm die Führung in Deutschland nicht zugefallen, und mußte es seine dahin zielenden Bestrebungen, die wir als vollkommen natürliche erkannten (s. o. S. 100 ff.), zurückhalten, so übernahm es nun doch thatsächlich die Führung der katholisch gebliebenen Mächte Deutschlands. Die allgemeine deutsche Entwicklung hatte ihm die Bahn verlegt, an dieser allgemeinen Entwicklung rächte sich nun Bayern, indem es die allgemeine deutsche Entwicklung in seine fremden und unnatürlichen Bahnen zurückzuzerren suchte, in welche einzulenken es selbst war gezwungen worden. Und wie sehr Bayerns Streben, die Führung zu erlangen, ein natürliches und berechtigtes gewesen, zeigte sich nun, da es vor allen anderen die habsburgische Macht in diese Bahnen der Unnatur mit hineinzog und gerade dadurch auf das ganze deutsche Leben einen tiefgreifenden Einfluß gewann. Nicht Bistümer und geistliche Pfründen zu gewinnen war Bayerns natürliche Bestimmung, sondern die selbständige Gewalt der geistlichen Fürstentümer zu brechen war seit dem Eintreten Wittelsbachs an die Stelle der Welfen sein stets wiedererwachendes Streben; zu einem großen Volksleben jene Stammesteile wieder zu sammeln, die eine unglückliche Zeit ihm entrissen hatte, darin lag Leben und Zukunft des bayerischen Volkes. Nicht das katholische Leben der Bischofsstädte zu erhalten, war Bayerns natürlicher Beruf, sondern sein Leben in engste Verbindung mit der vorgeschrittenen städtischen Kultur zu bringen und so ein fortzeugendes Element dem eigenen Dasein einzufügen, war das alte, immer wiederkehrende Verlangen der bayerischen Politik. Wir müssen sehen, ob sich nun diese natürlichen Prinzipien im bayerischen Leben wieder Geltung zu verschaffen vermögen, ob sie imstande sind, sich aus rein dynastischer und theologischer Verdunkelung zum Tageslichte emporzuringen.

Zunächst wirkte die Hemmung der bayerischen Fortentwicklung auf die Entwicklung Oesterreichs zurück. Am 30. Juli 1599 starb Erzherzog Karl von Inneröſterreich. Wilhelm V wurde Mitvormund seines Sohnes Ferdinand. Karl hatte im Jahre 1572 den steierischen Landeshauptstädten Gewissensfreiheit bewilligt, ebenso den Herrn und Rittern, aber er war nicht gesonnen, das protestantische Bekenntnis in seinen Ländern freizugeben, sondern bestrebte sich vielmehr, den Protestantismus auf den Adel von Steiermark, Kärnten und Krain und dessen Unterthanen zu beschränken. In seiner Grafschaft Görz wies er die Protestanten aus. Trotzdem mußte er sich im Jahre 1578 zu weiteren Zugeständnissen und einer Auslegung der „Brucker Pazifikation" von 1572 verstehen, welche den Ständen volle Gewissens- und Religionsfreiheit zuzuerkennen schien. Natürlich waren Papst und Katholiken gegen diese Zugeständnisse, und Erzherzog Karl versprach, sie zurückzunehmen. Vor allem Wilhelm V und Ferdinand von Tirol trieben ihn zu diesem Wortbruch an. Aber es ging nicht, und so versuchte Karl die Restauration mit allerhand Praktiken. Darüber starb er. Die Jesuiten drängten nun dahin, die Regentschaft der fanatischen Erzherzogin Maria zu verschaffen. Natürlich stand Wilhelm V dabei auf Seite seiner Schwester. Kaiser Rudolf aber und die habsburgischen Erzherzoge waren ebenso beflissen, den bayerischen Einfluß auf Oesterreich fern zu halten. Es gelang ihnen. Erzherzog Ernst, der zweite Sohn Kaiser Maximilians II erhielt die Statthalterschaft, nachdem Rudolf II den Ständen zugesichert, daß Ernst es in der Religion so halten werde, wie die Stände es mit Karl verglichen hätten. Natürlich protestierte Wilhelm gegen alle Zugeständnisse an die Protestanten, aber auch er mußte sich dann zur Unterzeichnung einer unbedingten Vollmacht für Ernst verstehen, welche die inneröſterreichischen Landstände mit Berufung auf ihre Landesfreiheiten gefordert hatten. Freilich trieb ihn dabei sein katholischer Eifer sogar zu der Frage, ob die Landesfreiheiten auch jetzt noch zu respektieren seien, da sie den inneröſterreichischen Ländern doch erteilt worden seien, als sie noch katholisch waren. Noch einmal gelang es dann im Jahre 1593 den Habsburgern, den Einfluß Bayerns aus Oesterreich fern zu halten, als Erzherzog Ernst die Statthalterschaft in den spanischen Niederlanden übernahm und Erzherzog Maximilian an seine Stelle in Inneröſterreich trat. Eins aber gelang den Habsburgern nicht, Einfluß auf die Erziehung des jungen Ferdinand zu erlangen. Ihr widmete sich Wilhelm V um so eifriger. Da hielt er fest und ließ sich durch keine Gegenaktionen der Habsburger stören. Und ob auch Ferdinand nach der Meinung seines Oheims Ferdinand von Tirol von den Jesuiten „sehr eingenommen und durch sie etwas blöde, verzagt und schwach gemacht" wurde, er blieb Jesuitenschüler, bis er im Dezember 1596 für mündig erklärt wurde und die Regierung in Inneröſterreich antrat. Wilhelm V konnte von der weiteren Führung seines Mündels mit beruhigtem Gewissen zurückstehen, da sich derselbe als ein echter Zögling jesuitischer Praxis und bayerischen Restaurationseifers erwies. Ebenso aber hielt er sich der Restauration in Oesterreich unter und ob der Ens fern, welche vom Erzherzog Matthias in die Hand genommen worden war. Allenthalben gährte es. Die österreichischen Bauern kamen zum Aufstand, der Adel, die Bürgerschaften waren in Bewegung, aber der Katholizismus schritt fort und fort zum Angriff auf der ganzen Linie. Die Reise des bayerischen Erbprinzen Maximilian im Frühjahr 1593 kennzeichnet fast allein in ihren Hauptstationen den Geist der bayerischen Politik. Prag, Rom, Neapel, Loretto, Mailand, Einsiedeln. Von hier sollte Maximilian eine Zusammenkunft der französischen Liguisten in Rheims besuchen. Sie kam nicht zustande, und so begab sich Maximilian nach Nancy, wo er seine spätere Gemahlin, die Tochter Karls von Lothringen, kennen lernte. Von hier zurück direkt nach München. Kein protestantischer Fürst war eines Besuches gewürdigt worden, obschon ein Besuch des pfälzischen und des württembergischen Hofes zu Anfang beabsichtigt gewesen.

Wie sehr der Haß aber bereits allgemein die Gemüther gegenseitig verbittert hatte, zeigt sich an einer Thatsache, die mit der Religion eigentlich gar nichts zu thun hatte. Es war dies die Einführung eines neuen Kalenders. Die Verbesserung der Zeitrechnung, welche den Ausgleich zwischen dem astronomischen und dem bürgerlichen Jahre herbeiführen sollte, wäre unfraglich gut und nützlich gewesen. Aber daß der Papst sie durch

eine Bulle einzuführen, kraft seiner obersten Gewalt für die ganze Christenheit zu oktroyieren suchte, brachte nicht nur die Bauern, sondern die ganze Protestantenschaft in helle Aufregung. Im Februar 1582 erschien die Bulle, welche bereits für das gleiche Jahr die Auslassuug von elf Tagen anbefahl, so daß mit der Rechnung der Tage vom 4. sofort auf den 15. Oktober übergesprungen werden sollte. Daß diese Anordnung in der Hand des Papstes einen wesentlich kirchlichen Charakter annahm, war genügend, die ganze Leidenschaft der Evangelischen wachzurufen. Sie verweigerten die Annahme des neuen Kalenders, und so ergab sich das wunderbare Schauspiel, daß man in Europa nicht nur in den verschiedenen Ländern, sondern selbst innerhalb Deutschlands in den verschiedenen Gegenden länger als ein Jahrhundert einen verschiedenen Kalender besaß. Also selbst diese wirkliche Verbesserung hatte nur zur Folge, daß der Haß und die Zwietracht allenthalben einen bedeutenden Zuwachs erfuhren.

Bei dieser einseitig und fanatisch theologischen Geistesrichtung war es nur natürlich, daß auch die Presse den Charakter traurigster Zerrissenheit offenbarte. Was aber diese Erscheinung besonders merkwürdig machte, war der rasche Verfall der innern Prinzipien des Jesuitenordens, der dabei zu Tage trat. Eine „streitende Kirche" zu schaffen, war ja wohl der Zweck des Ordens. Aber wir hörten, wie ein Peter Canisius und andere dabei ihr Hauptaugenmerk auf die innere Heiligung richteten, wie sie betonten, daß nicht Polemik das Mittel sei, mit dem man gegen Andersgläubige vorzugehen habe, sondern Belehrung und Ueberzeugung. Positiv also, und nicht negativ war die Tendenz der ersten Jesuiten. Schon die zweite Generation des Jesuitenordens lenkte von diesem Grundsatze mehr und mehr ab. Sie geriet in das Fahrwasser jener traurigen Polemik, in welchem die protestantischen Theologen sich schon eine gute Weile tummelten, und damit begannen, wie dort bei den Nachfolgern eines Luther, so hier die hohen geistigen Ziele zu verblassen, welche den ahnungsvollen Blicken der Reformatoren beider Richtungen in ihren ersten Anfängen vorgeschwebt. Als das innere Feuer des Geistes versagte, griff man zum leblosen Leichnam äußerer Form. Der Gelehrtenkampf trat an die Stelle geistiger Arbeit. Auf Einzelheiten einzugehen ist hier nicht Raum, aber den negativen Geist, welcher in diesen Schriften zu Tage trat, zu charakterisieren, müssen wir in Kürze versuchen.

Schon in den siebenziger Jahren hatte der kaiserliche Hofrat Eder ein Buch verfaßt, welches sich „Evangelische Inquisition wahrer und falscher Religion" benannte (1573) und von Angriffen und höhnischen Bemerkungen gegen die Evangelischen strotzte. Die Veröffentlichung zog ihm den scharfen Tadel seines kaiserlichen Herrn Maximilians II zu, dagegen trat Herzog Albrecht V von Bayern auf seine Seite und drängte ihn nach dem Tode Maximilians zu einer Fortsetzung seiner Schrift, welche als „das guldene Flüß christlicher Gemain und Gesellschaft" 1579 zu Ingolstadt erschien. Schon in diesem Buche wurde die kasuistische Unterscheidung zwischen einem nur politischen und bürgerlichen und einem Religionsfrieden als solchem gemacht. Den ersten erklärte Eder für unantastbar, der zweite aber sei seit dem Konzil von Trient nur mehr so aufzufassen, daß sich die Ketzer der Entscheidung der geistlichen Obrigkeit zu unterwerfen hätten. Wer sich der Kirche und den Beschlüssen der Konzilien halsstarrig widersetze, sei mit dem Schwerte zu richten. Damit war denn die sogenannte Unantastbarkeit des bürgerlichen Friedens an sich hinfällig und nur mehr eine sophistische Redensart. Seit 1585 wurden die Protestanten unruhig, als sie die Wirkung solcher Schriften erfuhren. 1590 füllten Beschwerden über die Angriffe der Katholiken auf den Religionsfrieden die Klageschrift der weltlichen Kurfürsten. Der Angriff von katholischer Seite aber verstärkte sich. Im Jahre 1585 traten die Prager Jesuiten in die Polemik ein. Der württembergische Theologe Osiander fühlte sich zur Verteidigung der Protestanten berufen. Er sprach die Furcht vor einem allgemeinen Blutbade aus, welches die Jesuiten Deutschland zu bereiten im Begriffe stünden. Da sprangen 1586 die Ingolstädter Jesuiten Rosenbusch und Scherer in den Kampf gegen Osiander ein, und namentlich der erstere sagte gerade heraus, daß die Ausrottung des Protestantismus mit Stumpf und Stiel das Ziel der Jesuiten sei. Dem göttlichen und weltlichem Gesetze sei es gemäß, die Ketzer hinzurichten. Mit Be-

rufung auf Eder erklärte er den Religionsstreit durch das Konzil von Trient für entschieden und aufgehoben. Natürlich machte er dabei ebenso die innerlich unhaltbare Einschränkung, daß der Religionsfriede als ein politischer unverrückt bleiben solle und die Katholiken nicht an Gewalt dächten. Wenn man bei solchen Darlegungen nun heute noch behauptet, Haß und Argwohn hätten die Protestanten über diese stets gemachten Einschränkungen der Katholiken hinwegsehen lassen, so ist dies doch nur eine nicht sehr euphemistische Auslegung der Thatsache, daß die gesunde Vernunft derartigen Widersinn nicht zu fassen vermochte, sondern der Argwohn der Protestanten ein durchaus berechtigter war. Denn wohin eine solche Anschauung führte in dem Augenblick, wo andere Ereignisse den politischen Frieden zu erschüttern begannen oder wo die Katholiken sich stark genug fühlten, die Verhältnisse nach ihrer Anschauung zu wenden, das hatte man in Frankreich bei den Greueln der Bartholomäusnacht, wie in den Niederlanden unter der Herrschaft Albas genugsam erfahren.

Mit der gleichen Hitze ward nun von beiden Seiten die Frage der Freistellung der Religion und des geistlichen Vorbehaltes in Flugschriften erörtert. In solchem Zwiste verklangen die an die bessere Zeit der Reformation gemahnenden Ratschläge eines Katholiken, daß man zu den kirchlichen Würden ohne Rücksicht auf adelige oder bürgerliche Abstammung die Gelehrtesten und Frömmsten befördern solle, wie die Vorschläge eines Reformierten, die Protestanten zu den Stiftern zuzulassen, aber gegen Erblichmachung des Kirchengutes gesetzliche Vorkehrungen zu treffen und die bisher nach Rom bezahlten Annaten, Zehnten und andere Steuern zur Bildung eines Reichsschatzes und Reichsheeres zu verwenden. Widersprach doch an sich die Freistellung der Religion dem absolutistischen Zeitgeiste, wie er sich nun einmal herausgebildet und im Leben der abendländischen Bevölkerung mehr und mehr eingebürgert hatte. Mit Prügeln und Kerker, meinte der katholische Professor Lorichius in Freiburg, solle man gegen die Gewissensfreiheit vorgehen, die Freistellung erklärte er weiter für gotteslästerlich und unchristlich. Den gleichen Ton schlug der im Jahre 1586 in München erschienene Tractatus de autonomia des kaiserlichen Hofratssekretärs Andreas Erstenberger an. Wilhelm V hatte die Drucklegung unter falschem Titel betrieben, und die juristischen Erörterungen Erstenbergers machten denn auch auf der Gegenseite solchen Eindruck, daß die Protestanten sechzehn Jahre lang den Versuch einer ernstlichen Widerlegung nicht wagten. Das steigerte natürlich nur die Aufregung, und umso mehr, als nun auch zu tage trat, daß der Kaiser diesen Anschauungen beitrat. Im Jahre 1588 stellte er die Kammergerichtsvisitationen ein und wiederholte im folgenden Jahre den Befehl mit der Motivierung des „über den Religionsfrieden eingefallenen Mißverständnisses." Dieses Vorgehen Rudolfs war, wie Stieve bemerkt, gleichbedeutend mit der Aufgabe seiner Stellung über den Parteien. Er trat an die Spitze der Katholiken. An die Stelle der ständischen Visitation der Kammergerichtsurteile rückte die Kabinetsjustiz des ganz aus ultramontanen Mitgliedern bestehenden kaiserlichen Hofrates, der ursprünglich ein für die habsburgischen Erblande bestimmtes Kollegium war, und diese Wandlung ward herbeigeführt, als der Administrator von Magdeburg, Joachim Friedrich, für das Jahr 1588 in die Visitationskommission berufen werden sollte, so daß der kaiserliche Befehl einen direkten Zusammenhang mit dem 1582 begonnenen Angriff der Ultramontanen gegen die Reichsstandschaft der protestantischen Bistumsadministratoren gewann. Rudolf erkannte bald, welchen Hader er heraufbeschworen hatte. Aber seine Bemühungen um Wiedereinführung der Kammergerichtsvisitationen scheiterten an dem Widerstreben der Katholiken, die von Zugeständnissen an die Ketzer nichts wissen wollten. Mit kaiserlicher Hülfe hatte der Ultramontanismus bedeutend an Terrain gewonnen, welches aufzugeben er nicht mehr geneigt war. Mit kaiserlicher Hülfe war das Reichsrecht, diese letzte, höchste Darstellung der Reichseinheit, durchlöchert und mit Vernichtung bedroht worden, und eine Einigung schien mehr als je unmöglich. Daß Herzog Wilhelm den kaiserlichen Schritt billigte und emsig vor Zugeständnissen an die Gegenpartei abriet, bedarf keiner besondern Erwähnung.

Und zu all diesen Kämpfen im Innern des Reiches die Verwirrung im Auslande. Rang im Reiche die Politik vergebens nach Befreiung von den Fesseln der Theologie,

so vollzog sich im Auslande dieser Prozeß langsam und unmerklich. Da stand in Westeuropa Philipp II von Spanien neben dem Papsttum als Führer des Katholizismus. Er war der weltliche Arm der nach allgemeiner Anerkennung ringenden römischen Kirche. Und doch lag bereits seinem ganzen Wesen und Handeln ein dominierendes politisches Prinzip zu Grunde. Die Krone Spaniens sollte die erste Europas sein. Die habsburgische Universalmonarchie war sein oberster Glaubensartikel. Monarchisch und katholisch flossen ihm in einen Begriff zusammen, wie ja auch späterhin die Geschichte diese beiden Begriffe als untrennbar erwies. So entwickelte sich dieser spanischen Tendenz gegenüber ein Gemeininteresse aller Sondermächte, nicht nur der protestantischen, sondern auch der katholischen.

Die nördlichen Niederlande hatten ihre Unabhängigkeit erklärt (26. Juli 1581), Parma aber blieb Meister im Süden. Dynkirchen und Ypern fielen. Die Protestanten wurden vertrieben. Dann beraubte man sie ihres Führers. Im Juli 1584 ward Oranien von Balthasar Gerard meuchlings erschossen. Im September fiel Gent, im März 1585 Brüssel, dann Mecheln, Nymwegen, dann im August Antwerpen. Alles schien rettungslos verloren.

In Frankreich hatte das Edikt von Poitiers (1577) den Hugenotten neue Zugeständnisse gebracht. Heinrich III wollte sich der Macht der Guisen entziehen. So liebäugelte er mit der Gegenpartei. Der Herzog von Anjou warb um die Hand Elisabeths von England. Aber Anjou starb 1584, Heinrich III selbst war kinderlos, Heinrich von Navarra sein rechtmäßiger Erbe, und der war Protestant. Rom und Madrid waren entschlossen, den Ketzer nicht zur Herrschaft gelangen zu lassen. Die Guisen suchten die Lage für sich auszubeuten. Sie schlossen den Bund mit Philipp II und Gregor XIII gegen die Ketzer (August 1585). Da fiel Heinrich III um. Er trat zu den Guisen über. Das Edikt von Nemours (Juli 1585) beraubte die Hugenotten aller Zugeständnisse. Sixtus V erklärte Heinrich von Navarra für das Haupt der Ketzerei, unfähig der Thronfolge in Frankreich, verlustig all seiner Besitzungen. Nur der Kampf konnte entscheiden, und so entbrannte 1586 „der Krieg der drei Heinriche“, König Heinrichs III, Heinrichs von Guise und Heinrichs von Navarra. Heinrich von Guise, gestützt auf Spanien, gewann die Oberhand. Der König von Frankreich mußte sich diesem Bunde eines Vasallen mit einer fremden Macht fügen. König Philipp sah den Weg offen zu seinem Ziele. Die Niederlande schienen ihrem Geschick verfallen, in Frankreich kämpfte für ihn die heilige Ligua, Savoyen schritt vor zum Angriff auf das ketzerische Genf und Bern, in Deutschland errangen die Katholiken Erfolg auf Erfolg, der katholische Sigismund von Polen stand im Begriff, sein Erbrecht im protestantischen Schweden zu erfechten, dazu war Portugal in den Besitz Spaniens gekommen und mit ihm ein großes Stück der neuen Welt. Nur ein Feind stand noch: Elisabeth von England. Madrid und Rom reichten sich die Hände. In Rom ward das jesuitische Kollegium Anglicanum errichtet. Die Jesuitenschüler begannen ihre Heilsarbeit in England. Komplotte wurden geschmiedet zur Befreiung Maria Stuarts, zur Beseitigung Elisabets. Maria war davon unterrichtet, aber Walsinghan auch. Das Haupt der schottischen Königin fiel auf dem Schaffot (1587). Es war ein Schlag gegen das spanisch-römische System. Philipp schritt zum Angriff und der Angriff mißlang. Im Herbste 1588 war die spanische Armada vernichtet.

Aber noch lenkte der Ultramontanismus von seiner Bahn nicht zurück. Er schritt weiter. Im Jahre 1588 gelobte Heinrich III von Frankreich die Ausrottung der Ketzerei. Er stand willenlos unter der Herrschaft Heinrichs von Guise. Sich dieser Herrschaft zu entwinden, griff der charakterlose König zum Werkzeug der Banditen. Um Weihnachten 1588 ließ er Heinrich von Guise ermorden. So trat Philipp II direkt an die Spitze der französischen Liguisten. Heinrich III blieb nichts übrig, als sich den Hugenotten in die Arme zu werfen. Die Liguisten wurden zu Rebellen, Paris schloß seinem Könige die Thore. Während der Belagerung seiner Hauptstadt ereilte des Schicksal den König. Er ward von einem jungen Kleriker durch einen Dolchstoß ermordet. (Anfang August 1589).

Mit dem Tod des letzten Valois war Heinrich von Navarra rechtmäßiger König. Aber wo war sein Reich? Zerissen, zersplittert, im Kampfe getrennt, eine große Mehrzahl unter der Führung des Spaniers Philipp. Heinrich IV verzagte nicht. Bei Ivry erfocht er im März 1590 einen glänzenden Sieg. Er zog zur Belagerung von Paris. Spanien schickte Parma zum Entsatz der verbündeten Hauptstadt, aber der spanische Prätendent Kardinal Karl von Lothingen starb. Sein Stellvertreter war der Herzog Karl von Mayenne, der jüngere Bruder Heinrichs von Guise. Er führte den Kampf für den Katholizismus mit spanischer Hülfe fort. Frankreich sollte zum spanischen Vasallenstaat werden. 1591 erschien Parma wieder in Frankreich. Päpstliche Truppen unterstützten ihn. Da erhob sich Elisabet von England und erwog die Idee eines allgemeinen Protestantenbundes. Sie fand Anklang in Deutschland. Christian von Anhalt führte dem bedrängten Franzosenkönig aus Deutschland ein Heer zu. Im Dezember 1592 starb Parma, der siegreiche Führer der spanischen Heere.

Durchrüttelt vom grausamen Kampfe fanden nun endlich die Franzosen ihr vaterländisches Fühlen wieder. Der theologische Geist verblaßte, um so mehr, als sich Heinrich IV der Notwendigkeit fügte und zum Katholizismus zurücktrat. Damit wurde der Friede möglich. Im März 1594 öffnete Paris seinem Könige die Thore. 1595 ward er von Papst Clemens VIII anerkannt, Karl von Mayenne unterwarf sich mit dem Rest der Liguisten. So mußte auch Philipp II zurücktreten. Der Papst vermittelte. Im März 1598 kam es zum Frieden von Vervins zwischen Spanien und Frankreich. Im Mai erließ Heinrich IV das Edikt von Nantes, welches die Verhältnisse der Hugenotten dauernd ordnete und ihm die bürgerlichen Rechte zusicherte. Der ultramontane Vorstoß ward in Frankreich zum Stehen gebracht.

Das religiöse Element hatte zu Beginn des Kampfes ein starkes Ferment gebildet, es war zeitweise allein maßgebend. Dann nahm es ab, mehr und mehr schwang sich ein politisches Denken empor. Wenige Jahre vor der Veröffentlichung des Ediktes von Nantes schrieb Montaigne, der erste systematische Skeptiker auf französischer Erde, seine Essays, ihm folgte Charron mit seiner berühmten Abhandlung über die Weisheit, wo der Versuch gemacht wurde, ein System der Moral ohne Zuhilfenahme der Theologie aufzustellen. Der Geist des Skeptizismus hielt Schritt mit dem der Toleranz. Beide faßten in Frankreich Fuß und bereiteten jene Epoche vor, in welcher ein Kardinal Richelieu den weltlichen Staatsgedanken zu erfassen und durchzuführen vermochte und also einen Damm baute gegen die neuen katholisch-universalistischen Versuche des habsburgischen Hauses.

Diese furchtbaren Bewegungen in den Nachbarländern hatten ihre Wellen nach Deutschland hineingeworfen. Auch hier kam es zu Einigungsversuchen der protestantischen Elemente, welche einen Augenblick feste Gestalt zu gewinnen schienen, als nach dem Tode des Kurfürsten August von Sachsen (Februar 1586) die Möglichkeit einer Einigung der sächsischen Politik mit der pfälzischen Johann Kasimirs zu Tage trat. Kurfürst Christian I stand unter dem Einfluß des Kanzlers Dr. Nikolaus Crell, eines tüchtigen und überaus thätigen Geschäftsmannes. Wir empfangen den Eindruck, als ob das politische Denken zu vollem Leben erwachen wollte. Das theologische Gezänke ward verboten, die Hauptstreiter wurden ihrer Aemter entsetzt und zur Ruhe verwiesen. Der Einfluß des pfälzischen Schwagers trieb Christian vorwärts. Der Plan eines Verteidigungsbündnisses aller evangelischen Reichsstände tauchte am politischen Horizont auf (1590). Mit verschärfter Energie stellten die Protestanten ihre Forderungen auf dem Deputationstage zu Frankfurt (September 1590). Mit Gewalt sollten die Spanier vom Reichsboden vertrieben werden. Die Versammlung der Evangelischen zu Torgau (Januar 1591) beschloß die Aufstellung eines Hülfsheeres für Heinrich von Navarra. Mit England und Frankreich wurde unterhandelt. Alles schien auf dem besten Wege. Aber da trat das Schicksal hemmend in die Schranken. Am 5. Oktober 1591 starb Kurfürst Christian I von Sachsen. Ihm folgte sein achtjähriger Sohn Christian II unter der Vormundschaft des Ernestiners Friedrich Wilhelm, eines strengen Lutheraners. Die sächsische Politik lenkte in die alten Bahnen des Kurfürsten August zurück, der bürgerliche Kanzler Crell fiel dem Hasse des

Adels und der Lutheraner zum Opfer. Er ward verhaftet und nach zehnjährigem schmählichem Prozesse auf dem Marktplatz zu Dresden enthauptet. Das sächsische Leben stand wieder still. Es wirkte lähmend zurück auf die ganze Haltung der Protestanten und umsomehr, als nun auch Pfalzgraf Johann Kasimir am 16. Januar 1592 die Augen schloß. Einen Erfolg also hatte die große Bewegung des Protestantismus nicht gebracht. Alles, was erreicht worden war, beschränkte sich darauf, den Fortschritt des Ultramontanismus für einen Augenblick zum Stehen gebracht zu haben. Und so trat man in die Verhandlungen und Vorberatungen zu dem von Rudolf II angekündigten Reichstag.

Im Jahre 1587 lief die von dem Augsburger Reichstag (1582) bewilligte Türkenhülfe zu Ende. Die Gefahren im Südosten des Reiches steigerten sich von Jahr zu Jahr. Aber der Kaiser zögerte, einen neuen Reichstag zu berufen, er fürchtete den Zank der streitenden Parteien. Da am 13. August 1593 erklärte Murad III den Krieg. In den habsburgischen Ländern gährte es. Rudolf mußte Hülfe haben. Er entschloß sich zur Berufung des Reichstags nach Regensburg zum 1. Mai 1594. Weit mehr, als er gehofft hatte, kam man ihm von allen Seiten entgegen. Aber dieses Entgegenkommen hatte einen egoistischen Beigeschmack, am allerwenigsten entstammte es einem großen, umfassenden vaterländischem Gefühl. Jeder erhoffte von diesem Reichstag die Abstellung seiner Beschwerden, und in welch partikularistische Denkart man hineingeraten war, zeigen uns Episoden, wie die Sorge Wilhelms V von Bayern, seinen angenommenen Titel „Durchlaucht" den österreichischen Erzherzogen gegenüber zur Anerkennung zu bringen, ihren angemaßten Vorrang vor den Reichsfürsten also zu bestreiten; es zeigte sich dies ebenso in dem Vorgehen der Parteien.

Wir könnten die Geschichte des Reichstags von 1594 als für die Weiterentwicklung der deutschen und bayerischen Verhältnisse wenig bedeutsam übergehen, da auf ihm nichts zu Tage gefördert wurde, was aus den bisherigen stabil gewordenen Zuständen herauszuführen geeignet schien. Nur die Türkenhülfe ward dem Kaiser bewilligt, alle anderen Fragen wurden der Zukunft zugeschoben. Aber für die Erkenntnis, daß diese Fragen keine Lösung finden würden, wenn nicht eine große gemeinsame Gefahr an das Reich herantrat, welche ein Hinwegsehen über die innern Streitigkeiten ermöglicht hätte, für die Einsicht, daß zum Ausgleich der Gegensätze nicht Verhandlungen, sondern nur das Schwert dereinst führen würde, wenn die große gemeinsame Gefahr nicht eine Auslösung der furchtbaren Spannung zu erwirken vermochte, sind diese Reichstagsstreitigkeiten ungemein belehrend.

Schon seit dem Jahre 1590 hatte Herzog Wilhelm V an eine Zusammenfassung der Beschwerden der katholischen Stände gedacht und in diesem Sinne gearbeitet. Jetzt schien ihm die Zeit energischen Vorgehens gekommen. Ebenso suchte er für den endgültigen Ausschluß des Magdeburger Administrators, für die Wahrung der katholischen Interessen in Straßburg, in der Jülicher Regimentssache und in dem Badener Handel zu wirken. Dann sollte der Kaiser den neuen päpstlichen Kalender oktroyieren, die Katholiken sollten ferner versuchen, gemeinsam mit den Lutheranern gegen die Calvinisten vorzugehen. An allen Enden bohrte Wilhelm weiter, und mit welchen Absichten oder Ahnungen er sich gerade bei dieser feindlichen Anreizung gegen die Reformierten trug, deren Haupt, wie wir wissen, der pfälzische Wittelsbacher war, ist bisher nicht genugsam klar gestellt. War es nur das dunkle Bewußtsein, daß der Calvinismus das agressive und offensive Element innerhalb der evangelischen Partei darstellte, daß ein Wachstum desselben den Untergang des Katholizismus bedeute? — Als nun der Reichstag in Sicht trat, war es für Wilhelm V selbstredend, daß die katholischen Fürsten sich in voller Zahl einzufinden hätten. Die bayerische Landschaft mußte dem Erzbischof Ernst von Köln 25 000 Gulden bewilligen, um ihm die Reise nach Regensburg zu erleichtern. Wilhelm selbst wollte den Reichstag besuchen, stand aber zurück, als er befürchten mußte, wegen seiner Durchlauchtsideen und Präcedenzgelüste vor den habsburgischen Erzherzogen eine Abfuhr zu erleiden. So beorderte er seinen Sohn Maximilian nach Regensburg.

Der Kampf um den geistlichen Vorbehalt hatte, wie wir wissen, bisher nur im Erzstift Köln zu einem Erfolge für die Katholiken geführt. In Magdeburg und Straß-

burg blieb die Sache unentschieden. Aber jetzt trat sie mit neuer Schärfe in den Vordergrund. Schon in dem Ausschreiben zum Reichstag hatte der Kaiser diese Frage zu umgehen gesucht. Er hatte statt der Administratoren die Kapitel der evangelischen Stifter beschrieben. Dagegen protestierte Johann Friedrich von Magdeburg und schickte seinen Gesandten nach Regensburg. Es war die Frage, ob man sie zulassen sollte? Kurpfalz versammelte die Evangelischen um sich, und an die Spitze ihrer Beschwerden stellten sie den Ausschluß der evangelischen Administratoren vom Reichstag. Zwei Umstände aber waren der evangelischen Einigung im Wege. Einmal war die Furcht vor Spanien seit dem Tode Parmas gewichen und andrerseits war Kursachsen nach kurzem Aufschwung unter Christian I in die alten Bahnen einer thatlosen Reichsfreundschaft zurückgesunken. Die Verhandlungen um die Reichsstandschaft der Administratoren begannen und zogen sich lange unfruchtbar hin. Rudolf bedurfte der Hülfe der Protestanten, aber er konnte ebensowenig die Katholiken vor den Kopf stoßen. Der Reichstag schien unmöglich zu werden, da keiner zu Zugeständnissen sich herbeiließ. Bei dieser Aussicht fügte sich endlich Magdeburg. Seine Gesandten traten vorderhand zurück, behielten aber ihrem Herrn die Entscheidung vor. So konnte am 2. Juni der Reichstag eröffnet werden. Die kaiserlichen Vorschläge betrafen zunächst die Türkenhülfe, die Beschwerden der Protestanten wurden umgangen, zudem schlug Rudolf vor, alle übrigen Punkte von der Tagesordnung abzusetzen und auf einen Deputationstag zu verschieben. Darüber große Erregung bei den Protestanten. Aber auch jetzt kamen sie zu keiner Einigung, der Kaiser konnte über ihre geteilten Beschwerdeschriften hinwegsehen. Da kam nun die Magdeburger Angelegenheit abermals in Fluß. Joachim Friedrich wollte von einem Nachgeben nichts wissen. Er tadelte seine Gesandten deshalb und wies sie an, ihren Sitz in der Reichsversammlung einzunehmen. So erschien der magdeburgische Kanzler Dr. Meckbach am 13. Juli in der Sitzung. Salzburg erhob sich und wies ihn hinaus. Er ging nicht. Der Erzbischof faßte in seinem Grimm den Gesandten am Mantel, um ihn von seinem Sitze zu ziehen; dann besann er sich und forderte die Katholiken auf, den Saal zu verlassen. Das geschah. Der Reichstag schien abermals in Frage gestellt. Der Kaiser mußte mit Magdeburg verhandeln. Er schlug den Katholiken einen Weg vor. Die wiesen ihn ab. Sie forderten unbedingte Abweisung des Magdeburgers. Alles war in höchster Aufregung. Herzog Wilhelm beschwor den Kaiser in einem eigenhändigen Schreiben, „den unverschämten und vermessenen Knechten des Teufels nicht wider den Religionsfrieden zu bewilligen.“ Es war zu spät. Rudolf hatte beschlossen, durch Dekret die Sache einstweilen beizulegen. Die Magdeburger erklärten sich bereit, zu Ehren und Gefallen des Kaisers sich der Session diesmal zu enthalten, dagegen erklärte der Kaiser, daß die Sessionsenthaltung weder „dem Primat und Erzbistum Magdeburg an seinem Stand, Rechten und Gerechtigkeiten“, noch dem Administrator an seinen Prätensionen nachteilig sein sollen. So blieb die Frage abermals in der Schwebe. Der Reichstag nahm die Verhandlungen wieder auf. Er bewilligte dem Kaiser eine Türkenhülfe von 80 Römermoneten, d. h. etwa fünf Millionen Gulden, in den nächsten sechs Jahren zahlbar. Alle andern Fragen blieben unerledigt. So wurde am 19. August der Reichstag geschlossen, der es auf keiner Seite zu einem Resultate gebracht hatte. Nur die Türkengefahr hatte eine notdürftige äußere Einigung ermöglicht, sie hatte aber ebenso die Katholiken abgehalten, die Rolle des Angreifers im Großen zu übernehmen, welche man ihnen anfangs von Rom aus zugedacht hatte.

In kleinlichen Reibereien, so wegen des von Rudolf statt der Matrikel vorgeschlagenen gemeinen Pfennigs, dann wegen der Höhe der Bewilligung und zuletzt wegen der von Bayern erstrebten Anerkennung seines Durchlauchttitels, hatte sich indes gezeigt, wie Oesterreich und Bayern gegen einander gesinnt waren. Auf kaiserlicher Seite erwachte der Argwohn, Bayern wollte den Kaiser herabsetzen und sich einen Anhang bilden, um die Kaiserkrone zu gewinnen. Auf bayerischer Seite kam man dagegen zur Erkenntnis, daß Bayern nichts von dem Wohlwollen der Habsburger zu erwarten habe, „welche es mit um so größerer Eifersucht betrachteten, je leichter es zum Nebenbuhler um die Kaiserkrone werden konnte, und je mehr es die Nachbarschaft sein Streben nach Ab-

schließung des Territoriums und nach Vermehrung seiner Rechte und Einkünfte empfinden ließ. Bayern mußte sich selbst den Weg zur Erweiterung seiner Macht und seines Ansehens suchen." Und das that Wilhelm V auf der Bahn der Pfründensuche für die Mitglieder seines Hauses.

Die Sorge Wilhelms V für seinen Bruder Ernst haben wir kennen gelernt. Aber Wilhelm V besaß auch selbst eine Reihe von Söhnen, deren Zukunft er mit geistlichen Pfründen zu sichern bestrebt war. In Anbetracht dessen, daß diese Hauspolitik für uns nur geringes Interesse hat, können wir ihre Absichten und Erfolge rasch übersehen, wollen aber andrerseits darauf aufmerksam machen, wie die bayerisch-katholische Politik auf diesem Wege eine Macht zu begründen im Begriffe stand, die in der Hand eines wirklichen Politikers Deutschlands Geschicken eine andere Wendung hätten geben müssen. Die beiden Söhne Wilhelms, Philipp und Ferdinand besaßen schon früh Pfründen in den Kapiteln von Mainz, Trier, Köln, Salzburg, Straßburg, Würzburg und Passau. Philipp war außerdem, wie wir hörten, bereits als dreijähriger Knabe zum Bischof von Regensburg ernannt worden. Wilhelm aber strebte weiter. Er wollte für einen seiner Prinzen den Kardinalshut. Sixtus V hatte die Sache umgangen. Aber im Jahre 1592 wurde die Sache abermals angeregt, diesmal von päpstlicher Seite. Wilhelm V hielt nun zurück. In den Stiftern Deutschlands wollte man keine „Romanisten," und auf bayerischer Seite sah man bereits nach der Erwerbung von Mainz und Trier für die Prinzen aus. Drei Jahre später kamen indes direkte Aufforderungen von Rom, sich um das Kardinalat zu bewerben. Wilhelm scheute die damit verbundenen Kosten, er forderte die Zusicherung eines Einkommens von 25,000 Kronen jährlich. Außerdem aber war Philipp nicht so sehr versessen auf den geistlichen Stand. Dennoch fügte er sich dem Wunsche Roms und am 18. Dezember 1596 wurde Philipp Kardinal. Der Erfolg war kein großer, da der junge Kardinal bereits am 18. Mai 1598 zu Dachau an der Schwindsucht starb. Nun galt es, seine Pfründen wie sein Bistum Regensburg dem jüngeren Prinzen Albrecht zu sichern. Gleichzeitig aber erreichte der Kampf um ein anderes Bistum an Bayerns Grenzen, um Passau, den Höhepunkt.

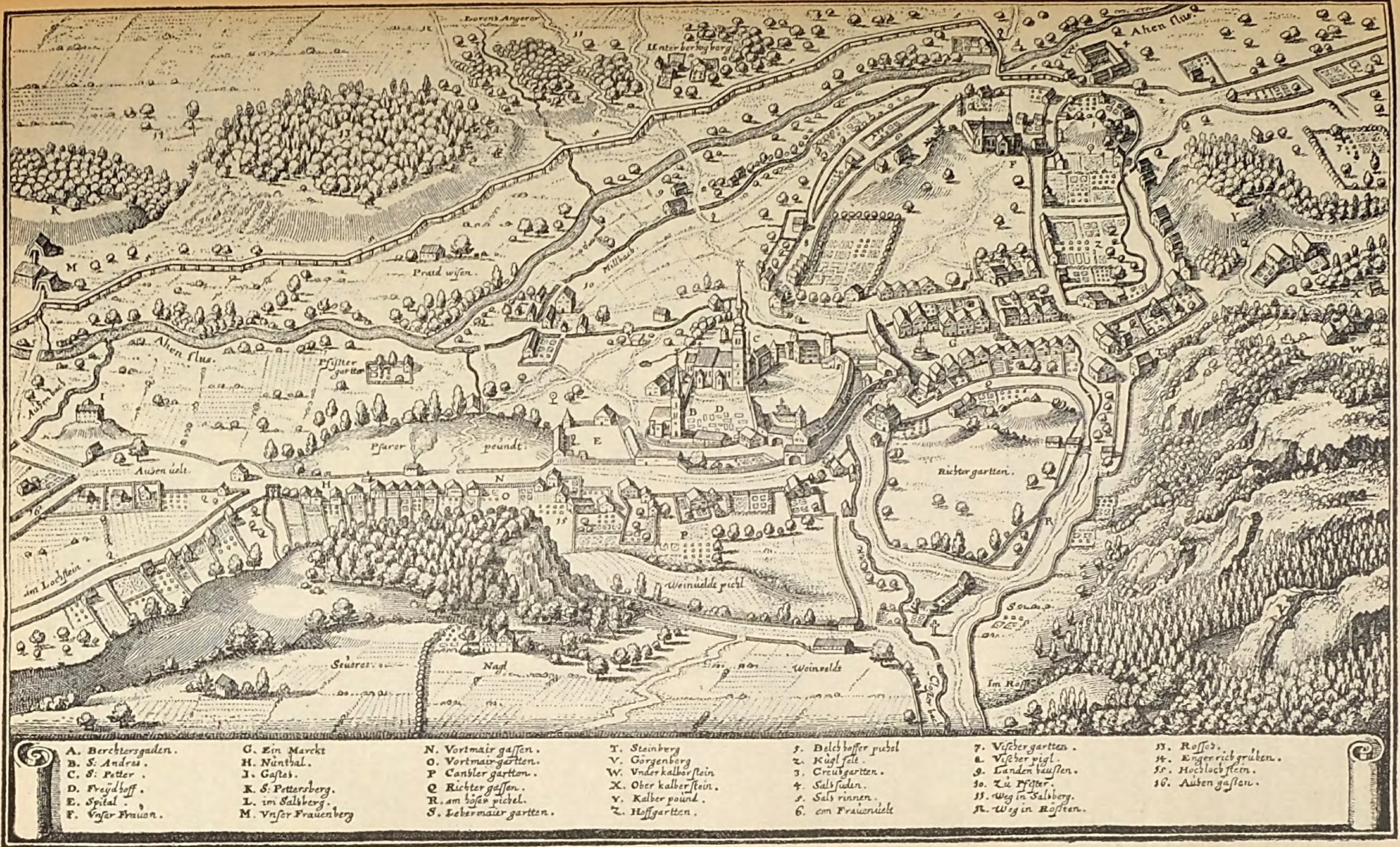
An der Erwerbung Passaus hatte Bayern nicht nur ein religiöses oder familiäres Interesse. Die Stadt war der Stapelplatz aller Waren, welche die Donau hinab gegen Osten geführt wurden, namentlich des bayerischen Salzes. Schon 1590 wollte Wilhelm seinem Sohne Ferdinand die Koadjutorstelle in Passau verschaffen. Aber Bischof Urban und die meisten Domherrn waren gegen Bayern. Zumal wollte man in Passau von der von Bayern so emsig betriebenen Einfuhr der Jesuiten nichts wissen. Alle weiteren Bemühungen Wilhelms scheiterten, denn auch Kaiser Rudolf widerstrebte natürlich einem Wittelsbacher auf dem Passauer Bischofsstuhl. Lagen doch die meisten passauischen Güter in den Erzherzogtümern und hätte Bayern also eine stete Handhabe gewonnen, in die Verhältnisse dieser Länder einzugreifen. Zu der Furcht vor einer Schmälerung der weltlichen Landeshoheit durch eine bayerisch-geistliche Jurisdiktion trat das Mißtrauen aller österreichischen Protestanten gegen Bayern und seine Jesuiten. So verständigte sich Kaiser Rudolf mit Urban, dem Domherrn Johann Jakob von Bamberg zum Koadjutor zu wählen. Der Passauer Offizial und Domprobst zu Wien Melchior Khlesl wirkte in habsburgischem Interesse. Das Ringen dauerte beiderseits durch die Jahre 1594 und 95. Urban ließ sich vernehmen, Bayern wollte die Stifter Oberdeutschlands erblich machen und ein neues Königreich Bojoarien errichten, und dieser unbestimmte Argwohn stieg, zumal in Bayern jetzt beschlossen worden war, daß Philipp das Bistum Passau mit seinem Bistum Regensburg vereinigen sollte, da Ferdinand zum Koadjutor seines Oheims in Köln ausersehen war. Der drohenden bayerischen Besitznahme trat Rudolf damit entgegen, daß er alle Güter und Einkünfte des Passauer Kapitels mit Beschlag belegte. Bayern suchte den Kaiser umzustimmen. Philipp reiste selbst nach Prag. Khlesl trieb den Kaiser weiter und dahin, daß er sich entschloß (Anfangs 1596), dem bayerischen Prinzen einen österreichischen Erzherzog entgegenzustellen. Erzherzog Leopold von Graz sollte Bischof von Passau werden. So ward das Ringen um das Stift zu einem dynastischen Kampfe zwischen Habsburg und Wittelsbach. Maria, Wilhelms Schwester,

stimmte der Wahl ihres Sohnes Leopold zu. Wilhelm war empört, aber er konnte es nicht verhindern, daß Ende 1597 die Koadjutorwahl doppelseitig ausfiel. Leopold und Ferdinand wurden gewählt. Nun hatte der Papst zu entscheiden. Der war für Bayern, aber er hielt zurück. Leopolds Bruder, Erzherzog Ferdinand erschien in Ferrara. Seine Aussichten, seine Stellung in der Zukunft — vielleicht Alleinherr in Oesterreich, vielleicht Kaiser — gaben den Ausschlag. In dieser höchsten Not machte Wilhelm V noch einen letzten Versuch, das Spiel zu gewinnen. Der fromme Mann griff zu einer Fälschung. Er schickte nach Ferrara an seinen Rat Speer einige Briefbogen teils mit eigener Unterschrift, teils mit der nachgeahmten Unterschrift seines sterbenden Sohnes, des Kardinals Philipp, und beauftragte Speer, diese Briefbogen mit Bitten an den Papst und die Vornehmsten der Kardinäle, daß Philipps Pfründen und das Bistum Regensburg auf Herzog Albrecht übertragen werden möchten, auszufüllen. Speer kam dem Auftrag nur insofern nach, als er dem Papste mitteilte, der Kardinal Philipp lasse vom Sterbebette aus den Papst bitten, seinen Bruder als Koadjutor von Passau zu bestätigen. Es war umsonst. Der Papst schlug den Prozeß nieder und erkannte Erzherzog Leopold als Koadjutor von Passau an (Juni 1598). Wilhelm wie sein Sohn Maximilian waren empört über dieses Vorgehen, und namentlich der letztere erging sich in bissigen Bemerkungen über den römischen Hof. Eine Frage aber ist wohl hier am Platze: was spielte bei Wilhelm dem Frommen die größere Rolle in diesem Prozesse, die Sorge für die Religion oder die dynastische Habgier? Wenn ersteres, warum kam ihm nie der einfache Gedanke, seine Söhne als schlichte Priester in den Jesuitenorden eintreten zu lassen? Davon hätte die Religion vielleicht mehr Vorteil, seine fürstliche Macht aber weit geringeren gehabt. Und wenn letzteres — dann ist uns dies ein nicht zu widerlegender Beweis, daß selbst diese fromme Natur sich nicht dem Zuge des Zeitgeistes zu entziehen vermochte, der zu einer Verweltlichung des ganzen Denkens, des politischen wie des religiösen, immer wieder und urmächtig hindrängte.

Diese Angelegenheit hatte eine länger andauernde Verstimmung zwischen Wilhelm und seiner Schwester, der Erzherzogin-Wittwe Maria, veranlaßt. Aber die bereits 1597 beschlossene Vermählung Erzherzog Ferdinands von Innerösterreich mit Maria Anna, der Tochter Wilhelms, kam nach einigen Schwankungen doch zustande. Am 23. April 1600 wurde die Hochzeit in Graz gefeiert. Auch in diesen Familienverbindungen zeigt sich der Zug der bayerischen Politik. Nachdem Albrecht IV von Bayern die Schwester Kaiser Maximilians I geehelicht, war nur mehr Albrecht V zu einem Bunde mit einer Habsburgerin gekommen. Der Zug des habsburgischen Geschlechtes ging zu den Verwandten in Spanien, und erst mit Karl II von Innerösterreich gewinnt das wittelsbachische Geschlecht wieder Eintritt in die Familie Habsburg. An die Ehe Karls II mit Maria von Bayern knüpfte sich nun die Ehe ihres Sohnes Ferdinand mit seiner Base Maria Anna von Bayern. Diese stets erneuerte Blutsverwandtschaft sollte für die Entwicklung beider Dynastien von größter Bedeutung sein.

Rascher war Bayern in der Probstei Berchtesgaden zum Ziel gelangt. Auch in der bei dieser Bewegung zu Tage tretenden Feindschaft zwischen Bayern und Erzbischof Dietrich von Salzburg zeigte sich, was man von Bayern fürchtete. Nach längerem unentschiedenem Kampfe wurde der bayerische Prinz Ferdinand am 12. Dezember 1594 nach dem Tode des bisherigen Probstes Pütrich Probst von Berchtesgaden. Die Reichsunmittelbarkeit des Stiftes ward in einem späteren Urteil des Reichshofrates anerkannt und die Forderung Salzburgs, die Lehenshoheit über Berchtesgaden zu erlangen, zurückgewiesen.

Sehen wir nun in die Runde der deutschen katholisch gebliebenen Bistümer, so wird es wohl kein einziges geben, wo Wilhelm V nicht versuchte, für seine Söhne irgend etwas zu erlangen. Ferdinand die Nachfolge in den Stiftern seines Oheims Ernst zu verschaffen, war ein naheliegender Gedanke. So wurde wegen der Koadjutorei in Freising und Münster schon früh verhandelt. Aber auch an die Erwerbung der Stifter Paderborn, Würzburg, Fulda und Ellwangen wurde gedacht, selbst das Deutschordenspriorat zu Venedig war Wilhelm nicht zu entlegen. Eine Domprobstei in Magdeburg wurde erstrebt,



Berchtesgaden.

der Plan, den Erzbischof Wolf Dietrich von Salzburg zur Abdankung zu bringen trat in Sehweite. Dann ward wieder eine Koadjutorie in Bamberg in's Auge gefaßt, das Bistum Eichstätt schien ferner für Bayern sehr gelegen. Neben diesen Bewerbungen für das eigene Haus glaubte Wilhelm das Recht und die Pflicht zu haben, überall dem aufstrebenden Katholizismus nachzuhelfen. Wir erkannten seine Einmischung in Steiermark, in Baden, in Würzburg, und wie hier ließ er es sich in Eichstätt, Augsburg und Freising, dann wieder in Bamberg angelegen sein, für die Wahl katholischer Prälaten zu wirken. Auf diesem Gebiete blieb Wilhelms Teilnahme rege, auch nachdem er die Landesregierung bereits seinem Sohne vollkommen übertragen.

Mehr als anderswo aber kam in dem Kurfürstentum Köln der Charakter der bayerischen Politik zum Ausdruck. Hier war Wilhelms Bruder an die Stelle Gebhards getreten, und es schien, als ob er seine Stellungnahme gänzlich im Sinne Gebhards zu verwirklichen bestrebt sei. Von geistlichem Leben zeigte dieser Wittelsbacher keine Spur. Ein hochbegabter Mann „erwarb er sich so großen Ruhm der Klugheit und Beredsamkeit, daß ihm zu seiner Zeit in Deutschland kein Fürst überlegen, in ganz Europa nur wenige gleich waren.“ Allen geistigen und künstlerischen Bestrebungen bewahrte er ein reges Interesse, aber zu keiner ernsten Lebensbeschäftigung erzogen, verpraßte er sein geistiges und materielles Gut in allen möglichen Arten von Freuden und in einer ausgedehnten Reihe von Liebschaften. Schon ging die Furcht im Lande umher, er werde mit seiner Gertrud von Plettenberg den gleichen Schritt wagen, den Gebhard vor ihm gethan, zu heiraten und protestantisch zu werden. Das Erzstift Köln zu sichern, schien nur gelingen zu können, wenn Ernst einen Koadjutor bestellte, und so begannen um 1590 die ersten Unterhandlungen darüber. Der Kampf des Bischofs mit seinem Domkapitel entbrannte unter Ernst zu großer Heftigkeit, zumal Ernst fast nur Ausländer zu Räten nahm, was in Köln auf's tiefste verletzte. Dazu kamen Händel mit dem Rate der Stadt, der einen der ersten Beamten des Kurfürsten trotz aller Einwendungen und Drohungen Ernsts öffentlich hinrichten ließ. Es war natürlich, daß unter diesen Umständen das katholische Leben in tiefen Verfall geriet. Eine wirkliche Regierung war ferner unmöglich infolge der Schuldenlast, welche Ernst von seinen Vorgängern übernommen und die er nur gewaltig zu vergrößern sich bestrebte. So blieb er den kämpfenden Parteien der Niederländer gegenüber ohne Einfluß und Macht. Mit dem Tode Parmas verlor er außerdem seinen letzten Rückhalt, er nahm endlich selbst den Gedanken an eine Koadjutorie ernstlich auf, ließ ihn dann wieder fallen und berief zum Februar 1593 einen Landtag. Hier fuhr die Lohe hell empor. Bis hart an den Bruch gingen beide Parteien, die erzbischöfliche und die des Domkapitels. Der Gedanke an Absetzung tauchte auf, und es zeigte sich deutlich, daß mit geistlichen Mitteln diesem Sonderleben der geistlichen Stifter nicht beizukommen war. Wie anders, wenn hier ein weltliches Regiment Fuß gefaßt hätte, wenn sich das Interesse des Stiftes mit demjenigen einer regierenden Familie verknüpft, die in der beiderseitigen Wohlfahrt ein gemeinsames Ziel ihres Strebens erblickt hätte. So behielt dieses fürstliche Regiment in geistlichen Stiftern nur fort und fort den Charakter eines Raubbaues mit der Tendenz, aus dem zeitweiligen Besitz soviel herauszuschlagen, als nur möglich, unbekümmert darum, was einst einem fremden Nachfolger bleiben werde. An welchem Punkte also eine bayerische Politik stets scheitern mußte, ist deutlich zu erkennen. Es war die Unvereinbarkeit einer von egoistischen und weltlichen Tendenzen getragenen Politik mit der geistlichen Vergangenheit dieser Stifter. Der Säkularisation in der einen oder andern Form trieben diese wurzellos gewordenen alten geistlichen Stiftungen von selbst entgegen. Bis zum Ende des Jahres 1593 war man auch in Rom zur Einsicht gelangt, daß nur die Aufstellung eines Koadjutors noch helfen könne. Und bis zum April 1595 erreichte denn auch Ernsts Neffe, Ferdinand das Ziel. Er wurde als Koadjutor in Köln gewählt. Das Leben des Stiftes lenkte in die Bahnen der Restauration energisch zurück.

Aber schauen wir nach einer andern Richtung, sehen wir wie Bayern für die Beförderung der Söhne seines Regentenhauses bezahlen mußte, sehen wir, wie Wilhelm sich um spanische Pensionen bewarb, wie Ernst eine solche genoß, wie Ferdinand dann bei

Heinrich IV um eine Pension bettelte, um endlich ein kärgliches Geld zu empfangen, wie Herzog Maximilian dieser französischen Soldnehmerei wiederstrebte und sein patriotisches Gefühl dabei nicht weniger in's Gedränge kam, wie seine katholische Haltung, so müssen wir gestehen, die Ausbreitung der wittelsbachischen Macht war nicht die Folge einer positiven Erhebung des bayerischen Lebens, sie war ein künstliches Produkt des allgemeinen Rückgangs, getragen von einer unbewußten, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelten Triebrichtung einer früheren Zeit, da es sich darum handelte, das bayerische Sonderleben mit dem hochentwickelten Leben der Städte und Bürgerschaften in innigere Verbindung zu bringen und also den aristokratisch-bäuerlichen Bann zu brechen. Der alte Trieb war noch vorhanden, aber die Tendenz, welche ihn zur Entwicklung führen sollte, war eine künstliche. Zu einer Entfaltung kam es nicht oder nur in der negativen Weise, daß die bayerische Politik, wohin sie ihren Schritt wandte, alles außerbayerische Leben nur noch mehr in Bahnen ihrer eigenen Unproduktivität zurückzog. Ein Aufschwung, ein Wachstum des bayerischen Lebens selbst war auf diesem Wege der Rekatholisierung Deutschlands nicht zu erwarten. Und mit dieser Erbschaft einer an sich unfruchtbaren und mit vollen Segeln auf den Sand laufenden Politik trat Maximilian I, der bedeutendste Fürstencharakter der nachfolgenden Zeit, an die Spitze seines Landes und der Regierung.

Maximilian I von Bayern.

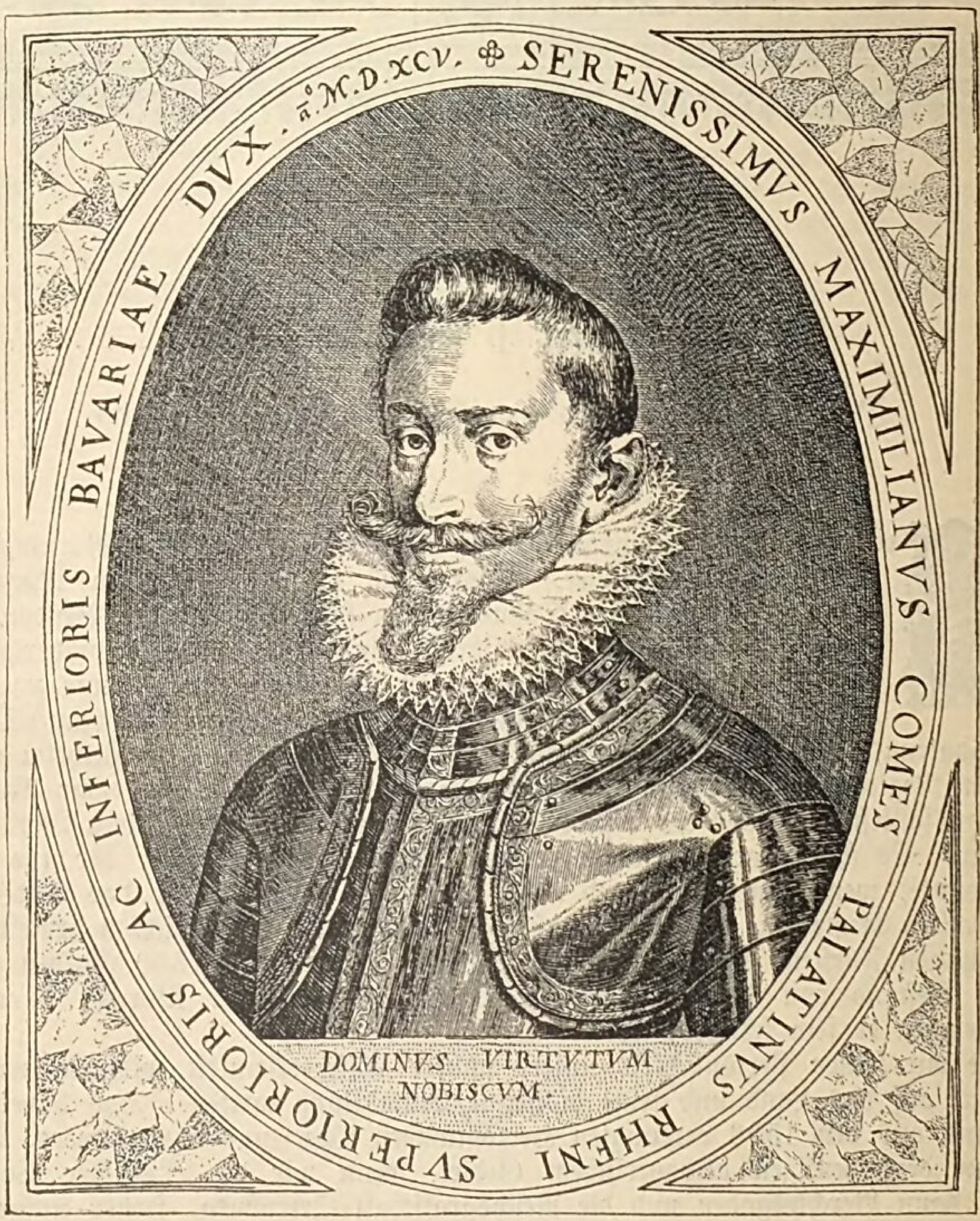
Das Zeitalter des dreißigjährigen Krieges.

Bei seinem Regierungsantritt (4. Februar 1598) stand Maximilian I in seinem 25. Lebensjahre. Geboren am 17. April 1573 in München, war er der älteste der vier Söhne Herzog Wilhelms. Seine Brüder, Philipp Wilhelm, Ferdinand und Albrecht sind uns auf dem bisherigen Wege schon oftmals begegnet. Von seinen Schwestern erlebten nur zwei, Maria Anna, die spätere Gemahlin Erzherzog Ferdinands von Inner-Österreich, und Magdalena, die nachherige Gemahlin des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm von Neuburg, den Regierungsantritt des Bruders. Schon seit vier Jahren war Maximilian der fast ausschließliche Leiter der inneren bayerischen Politik. Wie er das Land vorfand, wissen wir. Es stand vor dem vollkommenen finanziellen Bankerott, der nur verhütet werden konnte, wenn eine durch und durch energische Persönlichkeit das Ruder ergriff und mit allem Ernste eine Wandlung anstrebte. Eine solche Persönlichkeit erhielt Bayern in dem jungen Fürsten. Mit einer neuen Schuldenlast von 1663500 Gulden und dem kläglichen Bestand von 1220 Gulden 30 Kreuzer in dem von Albrecht V angelegten Schatze begann er sein schweres Werk.

Ehe wir seiner Persönlichkeit unsere nähere Aufmerksamkeit widmen, wollen wir einen Blick auf das Land und seine bisherige Entwicklung werfen. Das bayerische Gebiet bestand aus den 1506 vereinigten Herzogtümern Ober- und Niederbayern. Dieselben entsprechen dem heutigen altbayerischem Gebiet, wenn wir die Bistümer Passau und Freising, dann Berchtesgaden und die Reichsgrafschaft Ortenburg, ferner einige kleinere Bezirke abziehen und das heutige Innviertel Oberösterreichs hinzuzählen. Auf den ungefähr 500 Quadratmeilen bayerischen Landes saß eine Bevölkerung von etwa einer Million Einwohner. Eine in den ersten Jahren Maximilians gefertigte Landtafel nannte als mit ständischen Rechten begabte 593 Grafen, Freiherrn und Ritter, 104 Stifter und Klöster, 34 Städte, 93 Märkte, 1400 Hofmarken, d. h. Güter, deren Besitzer die niedere Gerichtsbarkeit über ihre Hintersassen ausübten. Die Zahl der Dörfer wurde auf 4700, die der Einöden oder Einzelhöfe auf 4130 und die aller Feuerstätten auf 120816 berechnet. 85 Landgerichte besorgten die Verwaltung der einzelnen Bezirke, ein Landrichter handhabte in denselben Recht und Polizei, ein Pfleger führte die Verwaltung. Die Landgerichte waren den vier Landesregierungen oder Rentämtern zu München und Burghausen für Oberbayern, zu Landshut und Straubing für Niederbayern untergeordnet.

Ein Rentmeister, ein Vitztum für die Handhabung der „Malifizgerichtsbarkeit“, ein Kastner für die Verwaltung der Getreideeinkünfte, ein Kanzler mit seinen adeligen und juristischen Räten bildeten die Regierung der drei letzten Rentämter, während in München ein Rentmeister, ein Kastner und Hofoberrichter sich mit den Hofbehörden in die Verwaltung teilten.

An der Spitze der Gesammtregierung stand die Hofkammer und der Hofrat. Ersterer unterstanden alle staatswirtschaftlichen Angelegenheiten, das ihr unterstellte Hofzahlamt besorgte die Verrechnung der Einkünfte und Ausgaben, die innere Kammer leitete die



Maximilian I von Bayern. (Jugendbildnis.)

privaten Geldangelegenheiten der Fürsten, während dem Hofrat alle nicht finanziellen Angelegenheiten, so Gesetzgebung, Rechtspflege und Polizei zufielen. Adelige und juristische Beisitzer teilten sich in ihre Geschäfte. Neben diesen Hofbehörden finden wir ferner den uns bekannten geistlichen Rat, dann den Kriegsrat. Ueber allen stand der geheime Rat, welchem die oberste Leitung und Aufsicht auf allen Gebieten oblag und sich aus dem Obersthofmeister, dem Oberstkanzler und einigen auserwählten Männern zusammensetzte. Geheimrat, Hofrat und Hofkammer hatten ihre eigenen Kanzleien; die des ersteren war dem Oberstkanzler, die des Hofrates dem Hofkanzler untergeben. Der Kammerkanzlei fehlte ein entsprechendes Haupt. Außer diesen Hofbehörden gab es noch „auswärtige

Räte und Diener", von denen die vornehmsten in Rom, Madrid, Prag und Wien residierten. So war der Staatsmechanismus beschaffen, und wir können leicht ermessen, daß sein Zuschnitt ein vollkommen monarchisch-absolutistischer geworden war.

Sehen wir auf das Leben des Landes, so bewegte es sich in den alten Formen. Kein neues Gebiet war ihm erschlossen, und ob auch berichtet wird, daß die bayerischen Märkte und Städte durchweg wohlgebaut gewesen, so war Bayern seinem eigentlichen Charakter nach doch ein Adels- und Bauernland geblieben. Es war zur Domäne seiner Fürsten bestimmt, denn Handel und Verkehr gruben dem Leben keine neuen Kanäle und die alten versandeten nach und nach. Mochte auch München zu den schönsten der deutschen Fürstenstädte zählen, so hatte es doch wenig Gewerbe, und der bayerische Handel war niemals von großer Bedeutung, jetzt aber sank er noch dazu fortwährend. Außer Getreide führte Bayern nur Salz und Vieh, namentlich Schweine aus, mußte aber dafür alle Erfordernisse eines behaglichen Lebens vom Auslande beziehen.

Drei Fragen drängten sich nun alsbald an den jungen Fürsten heran und zwar ungelöste Fragen, die er als Erbschaft einer früheren Zeit überkommen, von deren Lösung jetzt wie damals die gesunde Fortentwickelung Bayerns abhing. Seit dem Abgang der Staufer drehte sich um diese Fragen bewußt oder unbewußt die bayerische Politik. Die erste derselben betraf die Selbständigkeit der umliegenden bayerischen Bistümer und ihre Einverleibung in den bayerischen Staat. Die zweite Frage hatte die Reichsstädte West- und Süddeutschlands zum Mittelpunkt, die dritte Frage betraf die Kurwürde. Das bayerische Leben erlosch an dem Punkte, wo sich die Verschmelzung mit der städtischen Kultur als unmöglich erwies. Das bayerische Land blieb ein Adels- und Bauernland, seine Produktivität geriet damit in Stillstand. Eine Möglichkeit, die starren Bande, welche das bayerische Leben umschlossen, zu durchbrechen, zeigte sich noch einmal in der Zeit der Reformation. Wir wissen, daß Bayern den Durchbruch versuchte, daß er nicht gelang, daß damit der Katholizismus in Bayern sich neu befestigte und die alte Unproduktivität ihren Fortbestand erhielt. Diese katholisch-unproduktive Erbschaft hatte Maximilian von der früheren Zeit übernommen, bis zu seinem Regierungsantritt war es das strenge Festhalten an der alten Kirche wie der alten Denkart, welches der bayerischen Politik den Weg wie bisher verlegte. Wir erwarten nicht, daß er, der Jesuitenschüler, diese Sachlage erkennen und ändern wird. Es ist eine Thatsache, daß der Katholizismus Bayern nicht nur hinderte, seine Landeshoheit über die umliegenden geistlichen Fürstentümer auszudehnen, sondern daß er ebenso das bayerische Leben von dem Leben der meist protestantischen Reichsstädte zurückhielt und vollkommen isolierte, wie derselbe Katholizismus Bayern im Wege stand, sobald es ernstlich daranging, im obersten Rate der Nation, im Kurfürstenkollegium Sitz und Stimme zu erlangen. Denn ein bayerisch-katholisches Kurfürstentum gab dem Katholizismus im Kurkollegium das entschiedene Uebergewicht. Wollte Bayern also in allen drei Fragen zum Ziele gelangen, so gab es dazu nur zwei Wege. Es mußte entweder die theologische Richtung seiner Politik fallen lassen, Toleranz statt Fanatismus üben, die Protestanten eher begünstigen, als zurückstoßen und bekämpfen. Damit hätte Bayern alles erreichen können, aber der Weg war ihm versperrt infolge der früheren Entwicklung. Der andere Weg führte zur Stärkung des Katholizismus, zur Konzentrierung der eigenen Kraft, zu Kampf und Gewalt, und da war es fraglich, ob die eigene Kraft ausreichen würde, das ferngesteckte Ziel zu erreichen. Es ist dies uns umsomehr fraglich, als wir auf diesem Wege wohl die Möglichkeit sehen, einen vollkommen absolutistischen Staatsmechanismus zu schaffen, nicht aber die Möglichkeit, das bayerische Volk zu einem neuen, energischen und produktiven Leben zu erwecken. Und gerade das wäre nötig gewesen, sollte die Politik Erfolg und Bestand gewinnen. Wir werden sehen, daß die alten Lebensfragen Bayerns sich auch an Maximilian wieder herandrängten, daß er ihre Lösung versuchte, daß er sich als Politiker von großem Scharfblick bewährte, daß er aber andrerseits die negative und unproduktive Grundlage nicht wegzuschaffen vermochte, auf welche die Vergangenheit ihn gestellt. Alle seine Staatskunst vermochte das Defizit nicht zu ersetzen, welches in der früheren Entwicklung Bayerns zu einem ungeheuren negativen Faktor angewachsen war.

„Maximilians stets praktisch und nüchtern auf das nächste gerichteter Geist“ verbietet uns von vornherein den Entwurf eines genialen Gesamtbildes seiner Persönlichkeit. Diese Persönlichkeit wuchs mit ihren Aufgaben, er war Realpolitiker, von Fall zu Fall ging er vor, und so wundern wir uns nicht, daß gerade an ihn, der sich von den Ereignissen vielmehr ziehen ließ, als daß er sie zu programmmäßig festgestelltem Ziele zog, die alten Lebensaufgaben Bayerns mit einer Deutlichkeit herantraten, wie wir es seit Albrecht IV nicht mehr gesehen. Stieve hat uns in seinen „Ursprung des dreißigjährigen Krieges“ eine Menge von Einzelzügen aus dem Wesen Maximilians zusammengetragen, die uns indessen mehr zeigen, wie kompliziert diese Natur war, als sie uns zu einer einheitlichen Auffassung seiner Person führen. In welcher Umgebung und auf welchem Boden Maximilian erwachsen war, wissen wir. Sein Vater Wilhelm hatte es sich zur Aufgabe gestellt in Maximilian jenes Fürstenideal zu verwirklichen, welches seinem bigott-jesuitischen Geiste als höchste Vollkommenheit vorschwebte. „Von den Leibesübungen des Prinzen blieb das Schwimmen, von seinen Studien die Lesung der Klassiker, der „heidnischen Schwätzer und Fabelhansen, welche das Meiste mit heidnischer Phantasie-Götzen- und Buhlwerk oder doch anderem vergebenem Geschwätz und Fabeln zubringen“ ausgeschlossen. Alle „ketzerischen“ und nicht „gut katholischen“ Einflüsse, alle Eindrücke, welche die Frömmigkeit und die Verehrung gegen kirchliche Personen und Dinge mindern konnten, sollten auf's strengste ferngehalten werden. Die Art, wie die Jesuiten den religiösen Sinn ausbildeten, ihre Gebetbücher und Katechismen wurden ebenso wie ihre Lehrbücher und Unterrichtsweise als Muster aufgestellt. Maximilian sollte lernen, daß täglich die Messe zu hören das Nötigste sei; notwendiger als Essen, Trinken und Schlafen und was man der Natur und dem Leibe schuldet. Er wurde gewöhnt, zu verschiedenen Stunden und bei jeder Verrichtung bald knieend bald stehend lateinische Gebetchen, welche sein Lehrer verfaßte, zu verrichten, „alles, was zur Reizung christlicher Andacht dient, wie Büchlein, Bilder, Rosenkränze, Agnus Dei und dergleichen ordentlich zu halten und besonders die Agnus Dei, von welchen den Menschen Gnade und Segen widerfährt, mit Ehrerbietung zu gebrauchen, sowie vor dem Kreuze sein Haupt zu entblößen und etwas Nützliches dabei zu denken.“ Wallfahrten waren ihm heilige Erholungen, Heiligenbildchen die Belohnung für Fleiß und gutes Betragen. Sein Beichtvater, dessen Einflußnahme auf die Erziehung Herzog Wilhelm ausdrücklich wünschte, war ohne Zweifel ein Jesuit, und der Rektor des Münchener Kollegs wurde vielfach zu Rate gezogen.“ Diese Erziehungsmethode wäre wohl geeignet gewesen, eine schwächere Natur vollkommen lahm zu legen, aber wie in früherer Jugendzeit Maximilians Natur eine Auflehnung und Befreiung versuchte, was dann allerdings mit harten Mitteln verhindert wurde, so trat auch späterhin stets die eigene Natur des Fürsten wieder hervor, allerdings mit einer Härte und Kälte, die verständnislos an den Forderungen andrer Naturen und denen freier Menschlichkeit vorüberging. Was dazu hätte führen können, ihn vollends zum willenlosen Jesuitenknecht zu machen, brachte bei seiner Selbständigkeit und dem starken unaustilgbarem Gefühl des Herrschers nur eine größere Geschlossenheit des Charakters hervor, eines Charakters, dem das warmfließende Gefühlsleben für das menschlich Schöne erlosch und sich hinüberwandte auf das Gebiet religiöser Inbrunst. So ward der Wille, nach dieser Seite festgelegt, um so freier nach der andern des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Dort Knecht, hier Herrscher ganz und gar mußte ihm hier der Verstand ersetzen, was ihm durch die Festlegung seines Gemütslebens versagt war. Streng und korrekt in seinem äußeren Verhalten machte er seinen Hof frei von jenen Ausschweifungen in Trunk und geschlechtlichem Genuß, wie sie damals noch fast an allen deutschen Fürstenhöfen so außerordentlich im Schwunge waren. Hochbezeichnend aber für seine politische Stellung, wie für die politische Bedeutung, zu welcher er sein bayerisches Heimatland und sein wittelsbachisches Fürstenhaus wieder emporzuheben suchte, ist die Thatsache, daß unter ihm die Erinnerung sich belebte an jenen ersten deutschen Kaiser aus wittelsbachischem Geschlecht, unter welchem Bayern die natürliche Bahn seiner Entwicklung mit aller Energie zum ersten Mal seit dem Sturze der Welfen wieder zu gewinnen strebte. So verflechten sich wie von selbst und ungewollt Vergangenheit und Gegenwart mit einander, wenn das

Leben abermals die Wege sucht, die es einst, von seinen natürlichen Bedingungen getragen, einschlug. Wie Aventins Geschichtschreibung sich erhob, als das deutsche Leben auf Grund einer großen Volksbewegung zu einer Gesammteinigung und Emanzipation von fremder Vormundschaft strebte, wie Aventin stets wieder in Sehweite tritt, wenn jene politischen und geistigen Konstellationen sich erneuern wollen, so tauchte nun gleichzeitig mit der Unruhe Habsburgs über die bayerischen Bestrebungen, zur Kaiserkrone zu gelangen, auf bayerischem Boden die Geschichtschreibung über Ludwig den Bayer wieder aus ihrer Versenkung empor.

Der Dominikaner Abraham Bzovius hatte als Nachfolger des Baronius die Geschichte Kaiser Ludwigs behandelt und zwar so, wie sie nicht ein Geschichtschreiber, sondern ein papistischer Theologe behandeln wird, der in dem Kampfe Ludwigs mit dem Papsttum selbst Partei ergreift. Bis zu diesem Grade von Selbstverleugnung und Verleugnung seines Hauses und Ahnherrn ging aber Maximilians katholische Devotion keineswegs. Wie unter seiner Anregung die älteste Geschichte Bayerns durch den Augsburger Marx Welser eine neue Bearbeitung erfuhr, so gab Maximilian nun den Auftrag, die entstellte Darstellung des Bzovius zu widerlegen. Zunächst wandte er sich an seinen Geheimsekretär Dr. Christoph Gewold, einen Amberger Konvertiten, dessen Arbeit jedoch Maximilian nicht genügte. Sein Landschaftskanzler Johann Georg Hörwart von Hohenburg sollte nun die Sache in die Hand nehmen. Und es erschien auch unter seinem Namen ein „Ludovicus IV imperator defensus contra Bzovium“, welcher jedoch den Jesuiten Jakob Keller zum Verfasser hat. In Deutschland wie in Italien machte dieses Werk großes Aufsehen, da dasselbe sich nicht darauf beschränkte, „die Irrtümer und Entstellungen des Gegners mit größter Schärfe zu rügen, die Rechtmäßigkeit der Wahl Ludwigs nachzuweisen, ihm den Kaisertitel zuzusprechen und ihn als gerecht, fromm und gut katholisch zu preisen,“ sondern es wurde da geradezu erklärt, „daß die Behauptung der Päpste, ein römischer König dürfe vor ihrer Bestätigung seines Amtes nicht walten, der Begründung entbehre; daß die kaiserliche Gewalt von Gott und vom Volke, nicht aber vom Papste stamme und diesen in weltlichen Dingen nicht unterworfen sei; daß Ludwig mit Recht den Päpsten widerstanden und mit Recht ihren Bemühungen getrotzt habe; daß die Statthalter Christi als Menschen schlecht sein könnten und bisweilen gewesen seien und daß die Päpste wie an der Entstehung so an der traurigen Entwicklung des Streites mit Ludwig die Schuld trügen, indem sie teils von Herrschsucht und Haß verleitet, teils durch ihre ‚Kerkermeister‘, die Könige von Frankreich, gedrängt, die mehr als billigen und demütigen Anerbietungen des Kaisers fort und fort schnöde zurückgewiesen



J. G. Hörwart von Hohenburg.

hätten." (Stieve.) Maximilian gab sein Einverständnis mit diesen Ausführungen nicht nur dadurch zu erkennen, daß er das Werk auf dem Titel als von ihm veranlaßt bezeichnen ließ, sondern er zwang die Kurie auch, den Gegner zum Widerruf anzuhalten und errichtete dem mit den furchtbarsten Bannflüchen beladenen Ahnherrn jenes wunderbare Grabdenkmal in der Münchener Frauenkirche.

Maximilian war Politiker. Politischer Ehrgeiz trieb ihn zur Begünstigung der Geschichtschreibung, politischer Ehrgeiz aber trieb ihn noch mehr dazu, die Unabhängigkeit der weltlichen Macht vom römischen Hofe auf diese wie auf manche andere Art darzuthun. Von diesem Gesichtspunkte aus hatte die moderne Anschauung von der Fürstengewalt vollkommen Besitz von ihm ergriffen, und nur dieser Umstand erklärt uns die mächtigen Erfolge, welche Maximilian zu erringen vermochte, nur dieser Umstand erklärt uns die politische Fähigkeit dieses Fürsten, die Gegenwart zu beherrschen und in die Zukunft zu wirken. Es verkörpern sich in ihm zwei Perioden der bayerischen Entwicklung und streben in seiner Person nach einer Vereinigung; jene erste Periode der natürlichen Lebensentwicklung des bayerischen Volkes, wie sie sich noch in der Politik der Welfen, Ludwigs des Bayern, Albrechts IV aussprach, dann jene zweite, wie sie in dem Wesen der niederbayerischen Entwicklung namentlich, dann in den Persönlichkeiten eines Wilhelm IV und Wilhelm V zu entschiedenem Durchbruch gelangte. Nur die strenge äußere Trennung der Politik und Religion, wie er sie für sich durchzuführen versuchte, nur die scharfe Betonung einer verstandesmäßigen Behandlung aller an ihn herantretenden Fragen machten ihm die im Prinzip unmögliche Vereinigung jener beiden Richtungen bis zu einem gewissen Grade möglich. Und wollen wir mit einem Schlagwort an Maximilians Charakter herankommen, so müssen wir sagen: Fleiß und Gewissenhaftigkeit sind die Grundzüge seines Wesens, nicht Genialität, er war ein Techniker, kein Künstler.

Als Maximilian die Regierung antrat, standen des Reiches Angelegenheiten unbeweglich auf dem gleichen Punkte wie früher. Nur eins war gegen früher verschieden: die Spannung war größer geworden. Nicht lange mehr und es mußte zu einer Explosion kommen. Sehen wir zurück auf die Zeit vor einem Jahrhundert, und wir werden die Aehnlichkeit der Erscheinungen erkennen. Auch damals arbeitete alles an einer Reform. Die Reform blieb aus, und die Spannung wuchs, sie wuchs bis zur Revolution. Fast bis auf das Zeitmaß gleich geht auch nun die Entwicklung abwärts, abwärts bis zur Katastrophe. Maximilian sah die Mißstände im eigenen Lande und begab sich an ihre Beseitigung. Diese Arbeit hielt ihn während der ersten zehn Jahre seiner Regierung fast vollkommen gefesselt und auch dann noch blieb ihr ein großer Teil der Arbeitskraft des unermüdlichen Fürsten gewidmet. Der auf dem Reichstag von 1594 beschlossene Deputationstag war in Speier 1595 zusammengetreten. Aber sowohl der „Moderationstag", welcher die „Moderation" der auf dem Reichstag zu hoch eingeschätzten Stände behandeln sollte, wie der Deputationstag, dem namentlich in der Revision der Kammergerichtsurteile seine Aufgabe zugefallen war, zerschlugen sich an der alten Streitfrage betreffs der Anerkennung des Administrators von Magdeburg als berechtigten Vertreter des Stifts.

Zugleich aber war an der ungarischen Grenze eine große Wandlung eingetreten. Die tributären Fürstentümer, Moldau, Wallachei und Siebenbürgen, rissen sich von der türkischen Herrschaft los und schlossen ein Bündnis mit Kaiser Rudolf II (Anfang 1595). Damals bestieg nach Murads III Tode Mohammed III den türkischen Thron. Er begann den Krieg gegen die Wallachei. Aber der Erfolg blieb einstweilen aus, vielmehr gelang es den Kaiserlichen, die Festung Gran zu erobern. Da rüstete der Türke mit aller Macht und im Jahre 1596 wurde ein kaiserliches Heer von den Janitscharen an der Theißniederung von Mezö Keresztes vernichtet. Rudolf bedurfte weiterer Hilfe. Woher sollte sie kommen? Wieder einen Reichstag berufen? Der Kaiser versuchte an diesem Nationalunglück vorüberzukommen. Er wandte sich an die einzelnen Kreise. Und da kam nun von dieser Seite eine Anregung zurück, welche uns abermals die Zeiten Kaiser Maximilians I ins Gedächtnis zurück ruft. Es tauchte der Plan auf, die Kreiseinteilung des Reiches zur Grundlage einer militärischen Organisation zu machen. Alle zehn Kreise sollten durch ihre Ausschüsse zusammentreten, um gemeinschaftliche Anstalten zur Abwehr

des Feindes zu treffen. Ranke meint, dieser Plan hätte der Reichskriegsverfassung eine neue Energie verleihen können, wir glauben das nicht, da wir in der Geschichte kein Beispiel kennen, wo sich mit einem vielköpfigen Direktorium eine energische Kriegsaktion verband. Der geheime kaiserliche Rat traf wohl bei einer Beratung am 4. Dezember 1595 das Richtige, wenn er glaubte, die benachbarten Kreise, der schwäbische, bayerische, fränkische und obersächsische, dächten zunächst an die eigene Sicherung und an die Verteidigung des Reiches; damit aber sei Rudolf nicht geholfen. Außerdem aber hätte diese Organisation ihre großen Bedenklichkeiten gehabt, denn die Kreistage gaben den Reichsständen eine größere Selbständigkeit, sie drängten den kaiserlichen Einfluß nicht minder wie die Prärogative des Kurfürstenkollegiums zurück. Kaiser und Kurfürsten mußten einer durchgreifenden Kreisorganisation von vornherein widersprechen, denn einen allgemeinen Kreistag hätte auch Habsburg für seine Länder beschicken müssen, ohne daß ihm da wie bei den Reichstagen ein faktischer Vorrang zugefallen wäre. Die gleichen Lasten wären da auf den österreichischen Kreis wie auf die übrigen gefallen, ebenso aber auf den burgundischen, und es war keine Aussicht, daß Spanien seine Pflicht erfüllt hätte und dem Reiche beigesprungen wäre. So würde sich eine Kreisorganisation nur über einen Teil der Kreise erstreckt haben und notwendigerweise wäre damit die Führung dieser Organisation in andere Hände gefallen, als in die der Habsburger. Wer wohl in Süddeutschland den Vorrang erlangt haben würde, ist klar zu sehen: nicht Habsburg, sondern Maximilian von Bayern. So tauchte noch einmal das Gespenst eines ständischen Reichsregiments empor, welches allein genügte, die Kaiserlichen zu schrecken. Aber ein Unterschied besteht in diesem Plane gegen früher: nicht die Kurfürsten stehen bei dieser ständischen Bewegung an der Spitze — sie protestieren gegen dieselbe wie der Kaiser —, sondern die Fürsten, nicht aus dem gesunden Leben des gesamten deutschen Volkes heraus drängt dieser Plan zur Verwirklichung, sondern aus der Theorie einzelner Territorialherren.

Also wieder ein Reichstag! Es blieb nichts anders übrig. Und da erhob sich nun sofort wieder die Frage wegen Zulassung der evangelischen Bistumsadministratoren. Bei einer Zusammenkunft in Oberwesel (März 1597) stimmten die rheinischen Kurfürsten für den Reichstag. Es gelang dem Kaiser merkwürdig schnell, die Administratorenfrage zu beseitigen. Durch indirekte Gesandtschaft wurde Joachim Friedrich zur Einstellung der Session bewogen, ihm folgte Herzog Heinrich Julius von Braunschweig als Administrator von Halberstadt, und so sandten auch die übrigen Administratoren keine Vertreter nach Regensburg. Hier wurde der Reichstag am 20. Dezember 1597 eröffnet. Aber der Kaiser fehlte, er ließ sich durch seinen Bruder, den Erzherzog Matthias vertreten, und infolgedessen erschienen von den Reichsständen auch meist nur Gesandte. Die kaiserliche Proposition lautete nur auf die Hilfe gegen die Türken, und zwar wurde der Rest der Bewilligung von 1594 gefordert, dazu dann für die nächsten fünf Jahre der gemeine Pfennig, d. h. fünfmal dreißig Römermonate und außerdem auf mindestens fünf Monate ein „Nachzug" von 12 000 Mann zu Fuß und 4000 Reitern. Alle andern Fragen, d. h. alles, was das Reich betraf, sollte wieder auf einen Deputationstag verschoben werden.

Wir kennen die Lage in Deutschland. Die Parteien hielten sich bisher ziemlich das Gleichgewicht. Die protestantischen Eroberungen wurden durch das Aufleben des Katholizismus auf ein bestimmtes Maß zurückgeführt. Es konnte keine Verschiebung stattfinden, wenn nicht die eine Partei vor der andern einen Zuwachs erhielt. Ein Element des Wachstums aber lebte nur im Calvinismus. Die Reformierten mußten eine Stärkung erhalten. Die kann ihnen nur aus den Reihen des Luthertums werden, und das wiederum nur, wenn der Katholizismus das Luthertum ganz oder teilweise aus seiner Stabilität hinausdrängt zu neuer Aktion. Wäre die Reformation in Deutschland allseitig zum Siege gelangt, ihr theologischer Charakter würde sich bald überlebt und ausgelebt haben. Gerade in dem von der Reformation eingeleiteten Hinüberstreben aus einer mystischen in die verstandesmäßige Denkart zeigt sich deren Bedeutung. Aber der Katholizismus hielt sich in Deutschland, er wuchs und gegen ihn schritt die Reformation zum Calvinismus fort. In dem letzteren lebt das offensive Element. Erfährt er eine Verstärkung, wird es zur Aktion kommen. Und da fallen unsere Blicke auf eine Reihe von

Thatsachen, welche an sich nicht viel, in ihrer Gesamtheit sehr viel bedeuten. Kurfürst Friedrich IV rottete die lutherische Lehre in der Oberpfalz rücksichtslos aus; der Schwiegersohn Johann Kasimirs, Fürst Johann Georg von Anhalt, trat zum reformierten Bekenntnis über, ebenso Graf Philipp Ludwig von Nassau, ebenso Graf Ernst von Isenburg. Hier also regte sich etwas, und sofort trat die Polemik wieder in eine schärfere Haltung hinaus. Man fühlte in Deutschland, daß die ablaufende theologische Bewegung durch die Ver-



Maximilian I.

schärfung der Gegensätze sich neu belebe; man ahnte, wohinaus das führen mußte, und demgemäß ließ sich der Oberhofprediger Polycarp Leyser in Dresden aus. „Wenn zu erhalten wäre," meinte er naiv, „daß die katholischen Fürsten und Herrn die Jesuiten, und die Evangelischen die Calvinisten von sich hinwegthäten und einen jeden wieder an seinen Ort, daher er gekommen, die Jesuiten in Welschland, die Calvinisten in Schweiz und Frankreich heimschickten: es sollte im Reich teutscher Nation weit besser stehen, über dem goldenen Kleinod des Religionsfriedens beständiger gehalten, auch die Gemüter aller-

seits in ein besseres Vernehmen und Vertrauen gegen einander gesetzt werden. Denn ja gewisser als gewiß ist, daß alles Mißtrauen, so in ganz Deutschland gefunden wird, allein von den Jesuiten und Calvinisten herkommt.“ Ohne sie, glaubte er, werde es zwischen Katholiken und Lutherischen leicht zu einem „rechten Verstand und Einigkeit aus Gottes Wort“ kommen. Deutlicher konnte es wohl nicht gesagt werden, daß die deutsche Entwicklung, seitdem das sächsische Leben in die Reaktion zurückgetreten war und die Initiative aufgegeben hatte, ihren eigenen Kurs verloren hatte und unter den Einfluß der großen europäischen Gegensätze geraten war. Einstweilen behalten wir im Auge, daß das entscheidende Moment für die Zukunft sein wird, daß der Calvinismus infolge der ultramontanen Agitation eine Verstärkung erfährt.

Auf dem Reichstag selbst kam es wieder zu den alten Streitigkeiten, nur mit dem einen Unterschiede gegen früher, daß die ständische Bewegung, welche die Verwendung der Reichshilfe, die Oberaufsicht über das Heer und die Oberleitung einem ständischen Ausschuß der zehn Kreise zu übertragen strebte, in einem katholischen Mitglied des Fürstenrates ihren lebhaftesten Vertreter fand: in dem Erzbischof Dietrich von Salzburg. Als der Reichstag darüber zur Tagesordnung übergehen und dem Kaiser weitere Hilfe bewilligen wollte; erhob sich Salzburg zum Protest, da in Geldsachen keine Majoritätsbeschlüsse giltig seien. Dem fielen sofort die Pfälzer mit ihrem Anhang bei, während Bayern dagegen energisch protestierte. „Solle das Mehr überhaupt nicht binden, so könne man schließlich weder Papst noch Kaiser noch König wählen und über keine Reichsangelegenheit mehr entscheiden, denn mit der Zeit werde man das Ueberstimmen auch in Rechtssachen nicht zulassen . . . . Man möge doch nicht die Grundlage der Verfassung des Reiches und aller seiner Gebiete erschüttern und nicht alles Zusammenwirken unmöglich machen, noch Deutschland den Türken preisgeben, sondern, falls man sich beschwert fühle, auf dem herkömmlichen Wege Abhilfe suchen.“ Ja, wenn nur noch auf dem herkömmlichen Wege eine Abhilfe wäre zu erlangen gewesen! Aber die Majorisierung der Protestanten drohte wie auf dem Reichstage, auf den Deputations- und Moderationstagen, und so wurden sie von selbst in die radikalen Bahnen getrieben, die Reichsverfassung selbst zu bestürmen. Diese mußte geändert werden; wenn nicht, so blieb nur der Kampf. Am 6. April 1598 wurde der Reichstag geschlossen, nachdem die Stimmenmehrheit dem Kaiser sechzig Römermonate in drei Jahren zu zahlen bewilligt hatte. Die in der Zahlung säumigen Stände wurden mit des Reiches Acht bedroht.

Maximilian hatte sich bei den Reichsangelegenheiten sehr zurückgehalten. Nicht nur die Arbeit, welche ihm sein eigener Regierungsantritt damals bereitete, wirkte in dieser Richtung, sondern seine Natur war hierin von der seines Vaters vollkommen verschieden. Dann aber hatte Maximilian auch noch keine festen Ziele für seine äußere Politik gefunden. Während hier im Süden also zunächst eine gewisse Unentschiedenheit Platz griff, vollzog sich im Norden ein bedeutsamer Umschwung. In Brandenburg starb am 18. Januar 1598 der streng lutherische Kurfürst Johann Georg, und ihm folgte sein Sohn Joachim Friedrich, der Administrator von Magdeburg. Man hielt ihn für einen verkappten Calvinisten, und was dieses Mißtrauen bedeutete, können wir nach dem oben Gesagten ermessen.

Die innere Politik hielt den bayerischen Herzog einstweilen gefesselt. Er hatte erkannt, daß nur auf dem Boden einer vollen Reorganisation der bayerischen Verhältnisse die Hebung des politischen Einflusses gelingen konnte. Er war der Meinung, daß nur der etwas gelte, der entweder viel Land oder viel Geld hat. Die Finanzen zu ordnen und zu heben war daher seine erste Sorge, und wenn es damit erst besser stehe, „werden wir den geldgierigen Welschen wenig, sie aber uns nachlaufen.“ Und so hielt er denn zurück in Angelegenheiten, welche ihn weiter zu verwickeln geeignet waren, so im oberbadischen Streit, so in der jülicher Sache; er beschränkte ebenso die politische Korrespondenz und Vielgeschäftigkeit, welche unter seinem Vater zu so hoher Blüte gediehen. Hoch bezeichnend aber ist für ihn sein Verhalten gegenüber dem alten Landsberger Bunde. Am 17. Mai 1598 lief seine letzte Verlängerung zu Ende. Maximilian hatte die Unfruchtbarkeit dieses Bundes erkannt. Seit 1595 nahm er sich desselben daher auch nur

sehr lau an. Doch der damals entbrannte österreichische Bauernaufstand ließ ihn auf dem am 2. März 1598 eröffneten Bundestag noch einmal den Versuch machen, den Bund zu erhalten. Salzburg aber erklärte seinen Austritt, und so kam es denn nach einigen schwachen Versuchen, den Bund trotzdem zu verlängern, am 4. März 1599 zur Aufkündigung desselben durch Maximilian.

Der Herzog war Politiker. Instinktiv erfaßte er die augenblickliche Lage, ahnungsweise die Entwicklung der politischen Verhältnisse in der Zukunft. Einer solchen Natur aber sind Bündnisse, wie dieses Landsberger, mehr Hindernis als Förderungsmittel einer freien Gedanken- und Kraftentfaltung. So griff Maximilian auch nur da ein, wo ein Erfolg zu hoffen war, aber nicht blindlings überall, wie sein Vater, wo ein katholisches Interesse in Frage stand. Selbstzeitweilige Zugeständnisse an die Protestanten scheute er nicht, wenn größere politische Interessen dazu rieten. Welche Gedanken aber mußten ihm kommen, wenn er nach Osten sah, wenn er die steigende Wut der Osmanen, wenn er ihr gegenüber die steigende Unfähigkeit der Habsburger erblickte, diesem wilden Ansturme wirksam zu begegnen! Und dazu dann das dunkle Gefühl von der Unsicherheit der politischen Lage. Stieve leugnet die Wirklichkeit positiver politischer Pläne bei Maximilian. Und doch war Maximilian Politiker. Instinktiv that er, was notwendig war. Er fühlte die Beschränkung der eigenen Lage.



Alexander von Haslang.

Und wie er sich finanziell auf festen Boden zu stellen suchte, so trieb es ihn dazu, die Kräfte seines Landes auch militärisch zu organisieren. Von selbst drängte es ihn auf jenen zweiten Weg der Stärkung des Katholizismus und der Konzentrierung der eigenen Kraft. Wir erkennen die Anfangsstadien dieser Bahn in der finanziellen Besserung, welche Maximilian anstrebte, wir erkennen sie abermals in der Einrichtung einer bayerischen Landwehr.

Es macht einen bedeutsamen Eindruck auf uns, wenn wir nun allmählig nicht nur in Bayern und seiner Umgebung, sondern auch in der Pfalz und in nördlichen Reichsgebieten das Volk wieder zu den Waffen greifen sehen. Aber der Antrieb dazu lag nicht im Volksleben, sondern bei den Fürsten. Schon im Jahre 1595 hatte Maximilian eine

Musterung des Landvolks vorgenommen, im folgenden Jahre begann er die Befestigung von Schärding am Inn. Der erfahrene Alexander von Haslang stand dem Herzog bei der Wehrhaftmachung seines Landes zur Seite. Die erste Aushebung hatte eine Landwehr von 14,000 Mann Fußvolk ergeben, die Reiterei sollte von dem Adel und den Beamten gestellt werden. Das Fußvolk wurde bereits gleichförmiger bewaffnet und gekleidet; die Zeughäuser füllten sich wieder mit Waffen, Munition und schwerem Geschütz; in Ingolstadt wurde an der Befestigung fortgearbeitet, ebenso erhielten Burghausen und Braunau neue Festungswerke, und München ward mit neuen Wällen und Mauern umgeben. Zu Musterungsplätzen wurden die Städte München, Landshut, Straubing, Braunau und Pfaffenhoffen erwählt. Aber das ganze Werk blieb einstweilen, wie schon der Name „Landesdefensionswesen" besagt, der Verteidigung gewidmet. Damit wurden auch die Forderungen motiviert, welche Maximilian im Jahre 1605 an den Münchener Landtag brachte. Die Türken waren im Anmarsch auf Wien, die Festung Gran fiel in ihre Gewalt, als Maximilian zur Berufung der Landstände schritt. Nach einigem Widerstande erhielt er denn auch eine ansehnliche Hülfe bewilligt. Die herzogliche Hofkammer übernahm ein Drittel der zur Verteidigung notwendigen Summe, die Stände zwei Drittel in der Höhe von 500,000 Gulden. Dazu bewilligten die Stände eine Besserung des Kammerguts mit 150,000 Gulden. Von den Schulden Wilhelms übernahmen sie eine Million zur Verzinsung. Dazu sollten allemal in drei Jahren drei gemeine Landsteuern zu 12 Pfennigen vom Pfund des Vermögens und je im dritten Jahre eine ständische Anlage von 100,000 Gulden erhoben werden, dafür aber bezogen die Stände den erhöhten Aufschlag vom weißen und braunen Bier. Für den Notfall wurde einem ständischen Ausschuß die Berechtigung erteilt, eine halbe Steuer und ständische Anlage auszuschreiben und einzubringen. Der Herzog versprach dagegen die Berücksichtigung der Beschwerden. Namentlich der Rechts- und Polizeiordnung wandte er demnächst seine Aufmerksamkeit zu.

Zur Revision der Gesetzbücher der Herzoge Wilhelm IV und Albrecht V wurde vom Herzoge eine Kommission tüchtiger Juristen und Geschäftsmänner ernannt. Dieselben unterzogen sich der Arbeit und vollendeten sie in fünf Jahren. In den Jahren 1610 und 1611 kam es dann zur Redaktion der bisherigen Arbeiten, welche dem Landtage im folgenden Jahre vorgelegt wurden. Nachdem dieser sein Gutachten abgegeben, wurde das ganze unter dem Titel „Landrecht, Polizei-, Gerichts-, Malefiz- und andere Ordnungen der Fürstentümer Ober- und Niederbayern" 1616 gedruckt und am 24. Januar 1617 als bayerisches Landrecht durch herzogliches Mandat eingeführt. Das mächtige Werk enthielt in acht Abteilungen das summarische Prozeßverfahren, den Gantprozeß, die Gerichtsordnung, das Landrecht mit seinen Unterabteilungen für Personen-, Sachen- und Vertragsrecht, die Erklärung der Landesfreiheiten, die Land- und Polizeiordnung, die Forst- und Jagdordnung. Nebenher aber entwickelte Maximilian eine große Thätigkeit im Erlaß von Einzelverfügungen, welche das öffentliche und besonders das kirchliche Leben seiner Unterthanen zu regeln bestimmt waren.

„Für uns ist es schwer, Maximilian gerecht zu werden," meint Stieve, aber wir meinen, es sei nicht so schwer, denn Maximilian war kein Alltagschrist, der es sich mit einem nebelhaften Glauben bequem machte, sondern er hatte das Ideal des Jesuitenordens in sich aufgenommen und suchte mit eiserner Konsequenz ihm Wirklichkeit zu verleihen. In der Stärkung des katholischen Lebens, in der Konzentrierung der eigenen Kraft glaubte er die Mittel zu einer gesunden Existenz seines Volkes gefunden zu haben. Daher denn seine Mandate gegen die wenigen Protestanten, welche innerhalb der bayerischen Grenze noch ihre Wohnstätte hatten. Alle Mittel setzte er in Bewegung, sie zu bekehren, die Halsstarrigen aber mußten weichen, nachdem sie vorher mancherlei Chikanen und Strafen unterworfen worden waren. Stieve hat uns ein Bild dieses kirchlichen Polizeiregiments entworfen, in welchem namentlich das Vorgehen Maximilians gegen die Oberpfalz ihn in seinem heiligen, vor nichts zurückschreckendem Eifer zeigt. In alle Lebenszweige griff er unnachsichtig ein, und wie er den Bauern das Ausheiraten an sektische Orte untersagte, so verbot er dem Adel und der vornehmen Bürgerschaft, ihre Söhne zum Studium oder zur Erlernung von Sprachen, Handel und Künsten ins Ausland zu senden. Nur

an katholische Orte durften die jungen Leute geschickt werden. Daneben erschienen strenge Mandate gegen den Konkubinat der Geistlichen, gegen den Ehebruch, gegen Leichtfertigkeit. Das gemeinsame Baden beider Geschlechter nicht nur wurde verboten, sondern die kurzen Weiberröcke waren dem Fürsten ebenso anstößig, wie die Kniehosen der Bauern. Tanzen, Essen und Trinken wurde unter polizeiliche Kontrolle gestellt, gegen das Schwören, Fluchen und Gotteslästern ward mit schweren Strafen vorgegangen. Am traurigsten berührt uns die Spionage, welche Maximilian einführen ließ. „Den Angebern von Ehebruch versprach er ein Zehntel, denen von Gotteslästerung ein Drittel der über die Schuldigen zu verhängenden Geldstrafen." Daneben ließ er in allen Landgerichten, Städten und Märkten geheime Spione bestellen, welche die Beamten, Landsassen und Unterthanen in Bezug auf die Ausführung seiner Mandate zu überwachen hatten. Die Spione wurden dann wieder durch noch geheimere Spione in ihrem Treiben beobachtet. Und da blieb es nicht bei den Mandaterlassen. Vierteljährig hatten seine Rentmeister über die im letzten Quartal verhängten Strafen zu berichten, und kam es dann vor, daß einer weniger berichtete, als die andern, so bekam er den Zorn des Fürsten zu fühlen. „Wir werden uns auch nicht so leicht bereden lassen," schrieb er im Jahre 1599 an Hans Preu, den Rentmeister von Burghausen, „daß dergleichen Leute, so coricaeos und Ausspäher abgeben, um gebührende Besoldung und auf Vertröstung, daß sie mit Gelegenheit zu dem oder jenem Aemtel befördert werden sollen, nicht in guter Anzahl zu finden sein sollen, wenn nur deines Teils der gebührende Ernst und Nachforsch gehalten werde." „Er könne nicht glauben, daß gerade in diesem einen Bezirk die Leute so fromm und eingezogen lebten, und daher nur auf Nachlässigkeit Preus oder seiner Spione schließen, die er nicht dulden wolle." „Drückender und gehässiger, wie es so in Bayern geschah, ist das kirchliche Polizeiregiment wohl nie in einem deutschen Gebiete gestaltet worden," meint Stieve, und wir fügen hinzu, daß es in deutschen Gebieten auch wohl nur wenige Fürsten gegeben hat, welche es mit ihrer vermeintlichen Religion ernster nahmen, als Maximilian. Er war nach der Aussage eines Karmeliters „das größte, allezeit wider die Ketzereien geladene Stück, welches von dem himmlischen Konstabel also regiert wurde, daß es in dem Losbrennen auf seine Feinde mit großem wiederhallendem Knalle einen Schrecken verursachte." Aber was erreichte Maximilian mit seiner Strenge? Seine fort und fort erneuerten Mandate bekunden uns, daß die erhoffte Wirkung ausblieb, auch die Neigung zu Bacchus und Venus, die Aventin als Eigentümlichkeit seines Stammes bezeichnet, wurde nichts weniger als ausgerottet, und trotz allen Eifers der Jesuiten blieb es im Volke bei der furchtbarsten Unwissenheit in religiösen Dingen. Die gleichen Klagen erklingen darüber im Jahre 1608, wie zwanzig Jahre später. Aeußerliche Frömmigkeit, Aberglauben und Heuchelei waren die Früchte dieser Jesuitenzucht, die sich damit selbst das Urteil sprach, mochten immerhin die Jesuiten das Bayerland als das gottselige preisen.

Wir erkannten die Stimmung im Reiche, welche der Reichstag von 1597 zurückließ. Trieb der Türkenkrieg noch einmal das Einheitsbewußtsein der Stände empor, so zerriß dasselbe im Westen immer mehr infolge der niederländischen und französischen Kämpfe. Nun aber kam es hier im Westen zu einem bedeutenden Umschwung. Heinrich IV von Frankreich schloß am 2. Mai 1598 mit Spanien den Frieden von Vervins. Spanien erhielt gegen die Niederlande freie Hand, und nun sprang auch der Kaiser zur Aktion vor. Am 30. Juni 1598 sprach er die Acht über die Reichsstadt Aachen aus und beauftragte den Kurfürsten Ernst von Köln mit der Exekution. Der Kurfürst von Trier, der Herzog von Jülich, der belgische Statthalter Erzherzog Albrecht sollten den Kölner bei derselben unterstützen. Jülichsches und spanisches Kriegsvolk rückte heran, kurkölnische Kommissäre erschienen in Aachen, der protestantische Rat wurde abgesetzt, die vertriebenen Katholiken kehrten zurück, alle Aemter gelangten in die Hände der Papisten. Das war der Anfang einer unerhörten Vergewaltigung. Im Herbst 1598 brach ein spanisches Heer von 20,000 Mann unter der Führung des Admirals von Aragon, Franz Mendoza, über die niederländische Grenze in das Reichsgebiet ein. Die von den Holländern besetzte Festung Berg wurde erobert, Wesel mußte sich ergeben, die Jesuiten und die Restauration folgten dem spanischen Heere. Rees, Emmerich wurden besetzt, die Spanier bezogen Winter-

quartiere im Münsterischen, Clevischen und Märkischen. Wie eine siegreiche Räuberbande schalteten sie auf dem Boden des deutschen Reichs. Es war ein Ereignis in jener langen traurigen Reihe, die nun eröffnet wurde, welches Deutschland über das Schicksal hätte belehren können, dem es infolge seiner eigenen Ohnmacht und Zerrissenheit anheimfiel. Die fremden Nationen begannen ihre Schlachten auf deutschem Boden zu schlagen, ihre Heere auf ihm zu ernähren. Was nützte da alles Entsetzen und Deklamieren, was der Protestanten wiederholte Zusammenkünfte. Nicht drei Reichsstände vermochten sich über Mittel und Wege der Abhülfe zu einigen. Denn ob auch Pfalz zu einem Bündnis trieb, es kam nicht dazu, ob auch der Markgraf Georg Friedrich von Ansbach, der Herzog Heinrich Julius von Braunschweig, der Landgraf Moritz von Hessen endlich beschlossen, den Kampf selbständig aufzunehmen, sie wurden unter sich uneins und kamen zu keinem thatkräftigen Vorgehen. Und der Kaiser drohte mit seinem Zorn, er drohte mit der Acht, dem spanischen Statthalter gegenüber hatte er nur Worte, denn viel näherliegende Dinge warteten der Erledigung durch Habsburg. In Oesterreich unter und ob der Enns betrieb Rudolf seit der Beendigung des Bauernaufstandes die Unterdrückung des Protestantismus mit aller Energie; Erzherzog Ferdinand glaubte nun die Zeit zu gleichem Vorgehen in Inneröfterreich gekommen; gegen den Markgrafen Ernst Friedrich von Baden-Durlach wurde nun ein Strafmandat erlassen, welches die Auslieferung der Töchter Jakobs III an ihre katholischen Vormünder befahl. (Februar 1599); im März ward der Kardinal von Lothringen mit dem Bistum Straßburg belehnt, und Erzherzog Leopold zum Koadjutor von Straßburg ernannt. Da hatte es mit der Vertreibung der Spanier gute Weile. Man durfte froh sein, wenn sie überhaupt wieder abzogen, und sie thaten es nach ihrem eigenen Ermessen, ohne vom Reiche irgendwie zum Abzug bestimmt oder gezwungen worden zu sein. Bei dieser Gelegenheit hatte sich die Zerrissenheit der evangelischen Stände, die Ohnmacht der deutschen Reichskriegsverfassung in schreckenerregender Weise gezeigt.

Nun aber kam ein neuer Anlaß zum Streite unter den Parteien hinzu: die Bestimmung über das mittelbare Kirchengut. Ueber dasselbe hatte der Augsburger Religionsfrieden keine deutliche Entscheidung getroffen. Nach dem Grundsatz: weß das Land, deß der Glaube, hatte der Landesherr das Verfügungsrecht über die bis 1552 eingezogenen, seiner Hoheit unterstehenden geistlichen Güter. Wie aber stand es mit den nicht eingezogenen, wie mit den in die einzelnen Gebiete eingestreuten geistlichen Enclaven benachbarter geistlicher Reichsstände? Die protestantische Bewegung war da fortgeschritten über den angesetzten Zeitraum von 1552 hinaus. Man hatte säkularisiert wie vorher. Dazu aber war die Säkularisation auch fortgeschritten zu den mancherlei Klöstern und Stiftern der Cisterzienser und Franziskaner, welche weder selbst Reichsstand, noch einem Reichsstand unterworfen waren, sondern von der weltlichen Jurisdiktion eximiert, nur der Gerichtsbarkeit des Papstes unterstanden. Die Evangelischen behaupteten, daß gerade diese Klöster durch den Religionsfrieden nicht geschützt würden, da derselbe nur die Reichsstände beträfe, jene aber keine Reichsstände seien. Es waren nun seither von den Ordensoberen mehrfach Klagen beim Reichskammergericht eingereicht, von diesem aber zurückgewiesen worden, da es sich betreffs dieses Punktes nicht kompetent erachtete.*) Der Reichstag habe da zu entscheiden. Und der Reichstag hatte unter Ferdinand I und Maximilian II darüber keine Entscheidung getroffen. Jetzt aber tauchte plötzlich diese Frage auf. Das Reichskammergericht hatte vier dahin gehörige Klagen nicht mehr abgewiesen wie früher, sondern dieselben angenommen.

Im Jahre 1570 hatten die Reichsritter von Hirschau das Karmeliterkloster von Hirschau eingezogen. Der Provinzial des Karmeliterordens verklagte die Ritter 1593 beim Reichskammergericht.

Im Jahre 1573 hatte der Magistrat der Stadt Straßburg den Nonnen vom Margarethenkloster den katholischen Gottesdienst untersagt und sie in ihrem Einkommen beschränkt. Der Dominikanerprovinzial wandte sich ans Kammergericht.

*) An diesen Punkten ist klar ersichtlich, wie die Entwicklung der früheren deutschen Verfassung auf ein totes Geleise geraten war. Könige und Fürsten waren nach dieser Verfassung befugt, zu Vasallen der Kirche zu werden, aber der Papst war nicht zugleich, wie es doch analog hätte geschehen müssen, zum Reichsstand geworden. An dieser naturwidrigen Inkonsequenz entzündete sich nun der Streit.

Im Jahre 1598 zogen der Markgraf Ernst Friedrich von Baden-Durlach und Graf Philipp von Eberstein das Nonnenkloster Frauenalb ein. Der Bischof von Speier reklamierte das Kloster für sich beim Kammergericht, da er dessen geistlicher Oberherr sei.

Im Jahre 1557 war das Kloster Christgarten von dessen Prior an den Grafen von Oettingen abgetreten worden. Nun (1599) forderte der Generalvisitator des Karthäuserordens das Kloster und die seither bezogenen Einkünfte zurück.

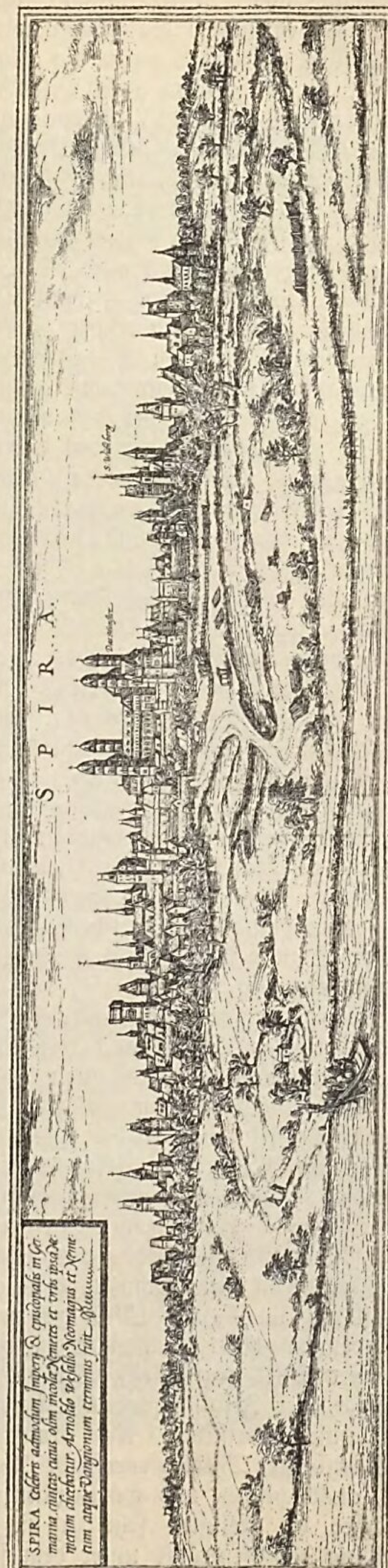
Das Kammergericht hatte in allen vier Fällen zu Gunsten der Kläger entschieden, und das war gleichbedeutend mit der Drohung, daß kein protestantischer Reichsstand in dem Besitz des seit 1552 eingezogenen Kirchen- und Klostergutes fortan mehr sicher sei. So erhielt der „Vierklosterstreit" eine allgemeine Bedeutung. Die Verurteilten hatten gegen das Urteil Revision eingelegt, und diese Revision sollte auf dem 1599 in Speier zusammentretenden Deputationstage ihre Erledigung finden. Der Deputationstag aber war auf Betreiben der Kurfürsten von Brandenburg und der Pfalz, wie des Herzogs von Braunschweig bis zum April 1600 verschoben worden. Erst im Sommer ward er eröffnet, und nun entbrannte der Streit. Die vier Verurteilten verlangten eine gleichheitlich zusammengesetzte Kommission, der Kurpfälzer aber ging weiter. Er bestritt dem Deputationstage überhaupt das Recht, in Religionssachen zu entscheiden. Solche gehörten vor den Reichstag. Dem Reichstag aber war ebenso im Jahre 1598 die Fähigkeit abgesprochen worden, in Religionssachen nach Stimmenmehrheit zu entscheiden. So gab es also für Religionssachen keinen obersten Gerichtshof nach dieser Anschauung, sie konnten nicht rechtlich, sondern nur durch Vergleich entschieden werden. Einstweilen kam es zu keiner Einigung, sondern man vertagte sich wieder bis zum Mai 1601.

„Zum zweiten Mal," sagte Droysen, „hatte eine der großen aus dem Religionsfrieden entspringenden Differenzen, sobald sie nur erst zu Tage trat, zu einer Erschütterung der höchsten Justizbehörde im Reich und damit des öffentlichen Rechtszustandes überhaupt geführt. Die Frage des geistlichen Vorbehalts hatte das Aufhören der regelmäßigen Visitationen des Kammergerichts bewirkt. Um so weniger autoritativ galten von da ab seine Urteilssprüche, um so mehr erhob man Beschwerde gegen sie, begehrte man Revision, hinderte oder verzögerte man damit die Vollstreckung. Sobald die Frage des mediaten Kirchenguts hervortrat, setzte der Angriff auch auf die außerordentlichen Visitationen desselben ein, die dem Deputationstage zugedacht waren, und auf die Revisionen, die mit diesen Visitationen verbunden wurden . . . . . Das Reichsrecht befand sich in einem stets wachsenden Auflösungsprozeß." Und als man bei der obersten Justizbehörde, bei dem Reichskammergericht, sein Recht nicht mehr finden konnte, begab man sich zum Kaiser. Damit kam der Reichshofrat, die kaiserliche Kabinetsjustiz, in Aufnahme. Der aber war ultramontan. Und so protestierten die Protestanten gegen seine Zuständigkeit. Den Protestanten fehlte also ein Gericht, bei welchem sie unparteiische Gerichtspflege hätten finden können. Blieb dieser unnatürliche Zustand erhalten, so konnte das nur dahin führen, daß man zur Selbsthilfe von dieser Seite vorschritt. Die Proteste aber hielten den Kaiser einstweilen nicht ab, seine Jurisdiktion in absolutistischem Sinne weiter zu befestigen. Aber die Protestanten kamen überein, die Revision der vier Klostersachen durch den Deputationstag nicht zuzulassen, sondern sie an den Reichstag zu verweisen. Dann aber sollte bei dem nächsten Reichstag eine Erklärung gegen alle Deputationstage und außerordentlichen Kammergerichtsvisitationen abgegeben und die Wiedereinführung der ordentlichen Visitationen gefordert werden. An den Kaiser ging ein Schreiben ab, welches die Anzeige enthielt, daß man sich den Urteilen seines Hofrates nicht unterwerfen werde. Rudolf II fühlte sich in seinen Befugnissen beschränkt und betonte demgegenüber ebenso schroff, daß die Befugnisse des Reichshofrates gerade so weit reichten, als sein Wille es verlange. Diesmal aber hielten die Protestanten fest. Als im Juli 1601 der Deputationstag in Speier wieder zusammentrat, fehlten die kurpfälzischen, die kurbrandenburgischen und die braunschweigischen Gesandten. Eine schriftliche Erklärung derselben lief ein, daß die Revision der vier Klostersachen dem Reichstag zu überweisen sei. Geschähe das nicht, würden sie und alle gleichgesinnten evangelischen Stände die Anteilnahme an der Revision überhaupt verweigern. Die Katholiken wurden von solcher Sprache aufs

äußerste betroffen, und so rieten die kaiserlichen Kommissäre selbst zur Auflösung des Deputationstages und zur Ueberweisung des Streitfalles an den Reichstag. Damit hatten die Pfälzer und die mit ihnen „korrespondierenden" Stände den Sieg. Die Revision und Vollstreckung des Kammergerichtsurteils war hintertrieben. „Der papistische Versuch, den Protestanten ihre eingezogenen geistlichen Güter zu entreißen, hatte zur Folge, daß die außerordentlichen Visitationen dieses Gerichts unmöglich gemacht wurden." Aber eine Erscheinung geht nebenher, welche von größter Bedeutung ist: es war der Fortschritt des Unabhängigkeitsstrebens der Reichsstände von Kaiser und Reich, eine Erscheinung, die in dem steigenden Verfall der kaiserlichen Macht und Gewalt ihr Gegenbild hat. In welche Zukunft man hineinsah, zeigt die Mitteilung Stieves, daß die Protestanten in den österreichischen Hausländern nur auf die Gelegenheit warteten, sich von Habsburg loszusagen, und daß der Kurfürst von der Pfalz sich bereits um die böhmische Krone bewerbe.

Da eroberten die Türken im Oktober 1600 die Festung Kanisza. Der Weg nach Graz, nach ganz Innerösterreich, nach den adriatischen Küstenländern und selbst nach Italien schien den Osmanen geöffnet und das um so mehr, als man hörte, daß der Türke mit den innerösterreichischen Protestanten anzuknüpfen suchte. Herzog Maximilian geriet durch diese Aussicht in Aufregung. Er wendete sich an Sachsen, an die geistlichen Kurfürsten, sowie an die Pfälzer, an den Markgrafen von Ansbach, den Pfalzgrafen von Neuburg und den Erzbischof von Salzburg und forderte sie auf, auf die Rettung des Reichs bedacht zu sein; er wandte sich an den Kaiser um schleunige Berufung eines Reichstags, an den Papst, den Kaiser zu demselben anzutreiben. Sigmund Bathory bemächtigte sich Siebenbürgens, verjagte den kaiserlichen Feldherrn Georg Basta und suchte Verständigung mit der Pforte. Der Kaiser hatte weder Truppen noch Geld. Er faßte den Gedanken auf, den Reichstag zu berufen.

Aber im Reiche war die Stimmung sehr verschieden. Der Kurfürst Joachim Friedrich von Brandenburg schob die Schuld an den Fortschritten der Türken, der innerösterreichischen Protestantenverfolgung und der Nachlässigkeit Erzherzog Ferdinands zu. Brandenburg stellte sich auf die Seite von Kurpfalz. Wir wissen, was die Verstärkung der Bewegungspartei bedeutete, was kommen mußte, wenn der Calvinismus Fortschritte machte. Und das geschah nun, denn auch Markgraf Ernst Friedrich von Baden-Durlach trat zum



Speier im 16. Jahrhundert.

Calvinismus über. Dazu begann nun der Franzosenkönig, Heinrich IV, eine stärkere Aktion. Er versicherte dem Papst wie dem Kaiser seine Bereitwilligkeit, in den Bund aller christlichen Fürsten gegen die Türken einzutreten. Aber das waren Worte. Heimlich hetzte er den Türken gegen Habsburg, und sein Gesandter erschien im Reich, um für die Kaiserwahl Heinrichs IV Stimmung zu machen. Das brachte den Vater Maximilians auf den Gedanken, ob nicht die Krone des Reichs für seinen Sohn zu haben sei? Aber über leise Verhandlungen kam es da nicht hinaus. Maximilian selbst entschied sich sehr schwer für die Aufnahme dieses Gedankens, der Wittelsbacher Ernst von Köln widerstrebte demselben an sich, da er sich für die Wahl des belgischen Statthalters, Erzherzog Albrechts engagiert hatte, und wenn auch der Speierer Domherr Adolf Wolf von Gracht, genannt Metternich, nach Heidelberg geschickt wurde, um bessere Beziehungen zu dem reformierten Wittelsbacher wieder anzubahnen, so kann uns dieses Emportauchen eines Strebens, die Bahn zu dem allgemeinen Wittelsbachischen Interesse zurückzugewinnen, wohl interessieren, aber auf Erfolg hoffen wir nicht. Die Wittelsbacher in Bayern und Kurpfalz residierten mit ihren Gedanken auf verschiedenen Sternen.

Die Kurpfälzer setzten eben damals mit erneuter Energie ihre Bestrebungen fort, die Bewegungspartei zum Kampf für ihre Forderungen zu einigen. Kamen sie damit auch einstweilen nicht zu einem greifbaren Ziele, so war doch die Erregung, welche die Ächtung Aachens, der spanische Einfall, der Klosterstreit, die Sprengung des Deputationstages und der Kampf gegen die Hofprozesse hervorgerufen hatte, auf allen Seiten eine große. Zur Verschärfung der Gegensätze kam es dann weiter durch die zweite Vermählung des blödsinnigen Herzogs Johann Wilhelm von Jülich mit der Herzogin Antonie von Lothringen (1599), welche dem Kampf um die Regierungsgewalt im Herzogtum sofort neue Nahrung gab. Dazu vermählte sich im Jahr 1601 die vierte Schwester Johann Wilhelms, Herzogin Sibylle, mit dem Markgrafen Karl von Burgau, dem Sohne Ferdinands von Tirol und der Philippine Welser, und es tauchte die Ansicht auf, daß diesem Habsburger die Jülicher Lande zugewendet werden sollten. Die Aufregung der protestantischen Kreise ward ferner vermehrt durch die schonungslose Restaurationsarbeit Ferdinands von Innerösterreich, dann des Kaisers in seinen Hauslanden. Dazu kam im Jahre 1602 die Wiedereinsetzung des Abtes Balthaser von Dernbach in sein Fuldaer Stift, dazu die Bekehrungsarbeit der Wittelsbacher Ernst und Ferdinand in Köln und den westfälischen Bistümern, dazu endlich die eben damals in Kaufbeuren in Angriff genommene Restauration der schwäbischen Reichsstädte, zu der sich Bayern unter dem Schutze einer den Protestanten so verhaßten Hofkommission entschloß.

Von hoher Bedeutung aber ist für uns das nochmalige Zurückgreifen zu einem bereits überlebten Mittel, zu einem Religionsgespräch, welches durch Herzog Maximilian von Bayern und dem Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg in Regensburg veranstaltet wurde. Die Tendenz Maximilians war wohl der Versuch einer Bekehrung des Pfalzgrafen, allein was früher stets erfolgt war, erfolgte nun auch hier: ein größerer Zwiespalt der Meinungen. Aus einer theologischen Fehde zwischen Fickler, dem Erzieher Maximilians und dem Neuburger Hofprediger, Jakob Heilbrunner, war es zu einer Korrespondenz zwischen den beiden Fürsten und zum Austausch von Streitschriften gekommen. Daran schloß sich eine Fehde des Philipp Heilbrunner in Lauingen mit dem Jesuiten Vetter, welche in arge Schmähungen ausartete, so daß der Pfalzgraf bei einem Besuche Maximilians im Herbst 1599 diesem den Vorschlag eines Religionsgespräches machte. Im November 1601 kam man zu besagtem Zwecke in Regensburg zusammen. Auf katholischer Seite traten als Streiter auf der Theologieprofessor Albrecht Hunger von Ingolstadt, der Jesuit Jakob Gretser, der Jesuit Adam Tanner und einige Münchener und Freisinger Geistliche. Auf protestanischer Seite stellten sich Jakob Heilbrunner und der Wittenberger Theologieprofessor Aegidius Hunnius mit mehreren neuburgischen, sächsischen, ansbachischen und württembergischen Theologen. Da gerieten nun im Laufe des Gespräches die Jesuiten sehr in die Enge, und am 8. Dezember hob Maximilian die Fortsetzung des Gesprächs unter dem schalen Vorwande auf, er könne nicht anhören, daß man den Papst als Antichrist bezeichne. Bei einem Nachgespräch zwischen den Brüdern



Philippine Welsers Abschied von Augsburg. Nach dem Gemälde von Alb. Schröder.

Heilbrunner und den Jesuiten Vetter und Johann Hylin sollten letztere beweisen, daß die von Vetter dem Reformator Luther vorgeworfenen Aeußerungen wirklich in seinen Schriften ständen. Vetter vermochte das nicht, aber Philipp Heilbrunner wies ihm in einem Dutzend von Fällen eine perfide Fälschung der lutherischen Aeußerungen nach. So verlief das Gespräch, wie zu erwarten, unfruchtbar für beide Teile. Nur die Polemik dauerte jetzt mit um so größerer Hitze in Streitschriften fort, sie dauerte fort, bis alles ins Wanken geriet, bis alle Begriffe von Recht und Unrecht ihren Boden und Halt verloren, bis die Stimmung im Volke also erregt wurde, daß der Katholik im Protestanten, der Protestant im Katholiken seinen persönlichen Todfeind sah, der auf nichts trachte, als ihn zu verderben. Und auch darin vollzog sich eine Umwandlung der Volksstimmung, daß man des unfruchtbaren Krieges gegen die Türken müde wurde und Kampfeifer und Opferwilligkeit zu erlöschen begannen. So näherte man sich der Zeit, in welcher der neue Reichstag in Regensburg zusammentreten sollte.

Herzog Maximilian hatte sich wie bisher in ziemlicher Reserve gehalten. Er hatte auch diesmal keinerlei Schritte gethan, eine Verständigung der katholischen Fürsten herbeizuführen. Als seine Vertreter gingen nach Regensburg der geheime Rat und Statthalter zu Ingolstadt, Freiherr Marquardt zu Königseck, die Kämmerer Heinrich von Haslang und Konrad von Bemelberg, der Kanzler zu Straubing, Dr. Johann Gabler und der Hofrat Dr. Matthäus Büttelmair. Die Instruktion der Gesandten enthielt namentlich die Weisung, für die Erhaltung der Mehrheit der Katholiken Sorge zu tragen. Der Stellvertreter des Kaisers, Herzog Matthias, erschien am 26. Februar 1603 in Regensburg, die kaiserliche Proposition konnte indes erst am 21. März zur Verlesung kommen, da die Gesandten Kurbrandenburgs auf sich warten ließen. Erst am 14. April begannen die Verhandlungen. „Nicht die Mißstände, von denen das Reich überwuchert wurde, sondern die Gefahren, in denen seine Erblande schwebten, waren es, die dem Kaiser wiederum das Verlangen erweckten, die Stände des Reichs zusammenzurufen." So gingen denn auch des Kaisers Forderungen vor allem auf eine ausgiebige Hülfe gegen die Türken. Er verlangte eine Armee von 16,000 Mann zu Fuß und 5000 Mann zu Pferde auf fünf Jahre, eine Forderung, die sich, in Geld ausgedrückt, auf nahezu 17 Millionen Gulden oder 282 Römermonate belief. In den Verhandlungen, auf die wir nicht weiter eingehen können, wurde diese Summe auf 86 Römermonate, welche in drei Jahren zu erlegen seien, herabgesetzt. Namentlich Bayern hatte zu dieser Vereinigung den Mittelpunkt abgegeben, da sich sein Angebot auf 75 Römermonate belief, während die Sachsen darüber hinausgingen und die Anhänger der Pfalz weit darunter blieben. Trotzdem bekam Maximilian Vorwürfe wegen der geringen Bewilligung vom Kaiser zu hören, aber er wies sie mit Unwillen zurück, da er der Meinung war, „seiner Vorfahren und seine Verdienste um das Reich und das Haus Oesterreich würden von diesem nicht gewürdigt und mit Undank vergolten."

Eine andere Erscheinung, als dieses Auftauchen der alten Dissonanz zwischen Habsburg und Wittelsbach, ist für uns von größerer Bedeutung. Es war die Differenz zwischen Kurfürstentum und Fürstentum. Namentlich Mainz ließ sich vernehmen, „daß der Fürstenrat bei diesem Reichstage fast in allem das prae haben wolle," und die Kaiserlichen mußten ausdrücklich versichern, daß ein Nachgeben der Kurfürsten der „Präeminenz" derselben nichts benehmen noch zu der Folgerung Anlaß geben solle, daß sie dem Fürstenrat beizufallen verpflichtet seien. Wir bemerken, wie sich das weltliche Element des Fürstentums von selbst Geltung zu verschaffen suchte, gegenüber dem geistlichen Elemente der Kurfürsten, und erkennen die stille Tendenz, welche in diesem natürlichen Werden lag.

Bei den Beratungen über das Justizwesen platzten die Meinungen der Parteien wiederum heftig aufeinander. Nach der pfälzischen Instruktion begriff „das Justizwesen fast alle gravamina in sich." Und bei diesen Beratungen stand der Vierklosterstreit an prinzipieller Bedeutung allen andern Fragen voran. So kam es denn auch hier zur schärfsten Formulierung. Es handelte sich darum, zu entscheiden, ob die Gültigkeit der nach 1552 erfolgten Einziehungen mittelbarer geistlicher Güter der gerichtlichen Entscheidung oder gütlicher Vergleichung der Religionsparteien unterstehe? Gehörte diese Ent-

scheidung vor das Kammergericht und die Revisionsinstanzen oder gehörte sie vor den Reichstag? Die Pfälzer wollten keine Religionssachen gerichtlicher Entscheidung unterstellt sehen. Und da stimmten ihnen fast alle evangelischen Stände bei. Sie erklärten denn auch mit den Kurbrandenburgern, daß die vier Klostersachen und alle ähnlichen die Religion betreffenden Prozesse von den Verhandlungen ausgeschlossen und gütlicher Vereinbarung vorbehalten bleiben müßten. Das konnten die Katholiken nicht zugeben, wollten sie sich nicht selbst des wenn auch einseitigen Rechtsschutzes für immer berauben. Aber die Protestanten blieben fest. Sie drohten den Reichstag zu sprengen, und so blieb dem Erzherzog nichts anders übrig, als zu retten, was zu retten war. Er machte den Vorschlag, über die bereits erledigten Punkte den Reichstagsabschied festzustellen, den Justizpunkt für jetzt ganz fallen zu lassen und ihn einem neuen Reichstag oder einer andern Versammlung zuzuschieben. Darein wurde gewilligt und der Reichstag am 3. Juli geschlossen.

„Die Korrespondierenden," sagt Stieve, „hatten ihren auf dem Speierer Deputationstage errungenen Sieg vervollständigt und gesichert." Die Wirksamkeit des Kammergerichts hing in jeder Hinsicht nur mehr von dem Belieben der Verurteilten ab, zumal im Jahre 1600 die Deputierten den Beschluß gefaßt hatten, daß, während die Revision schwebe, nicht mit der Exekution vorgegangen werden dürfe. Die Verbindlichkeit der Reichstagsabschiede und das Beschlußrecht der Mehrheit waren mit Erfolg bestritten, und es war das Beispiel gegeben worden, wie auch diese Reichsbehörde, die vollste Vertretung der Reichsgesamtheit, lahm gelegt werden könne. Es kam nur darauf an, die Revisionen in stetiger Schwebe zu erhalten; damit war die Gerichtsbarkeit des Kaisers aufgehoben, der Reichsverband gänzlich gelöst, die Territorialgewalten vollkommen unabhängig und selbständig gemacht. Alles drängte auf Lösung dieses unhaltbaren Zustandes durch die Gewalt. Und darauf wies der Erzherzog Matthias in seinem Bericht an den Kaiser deutlich hin.

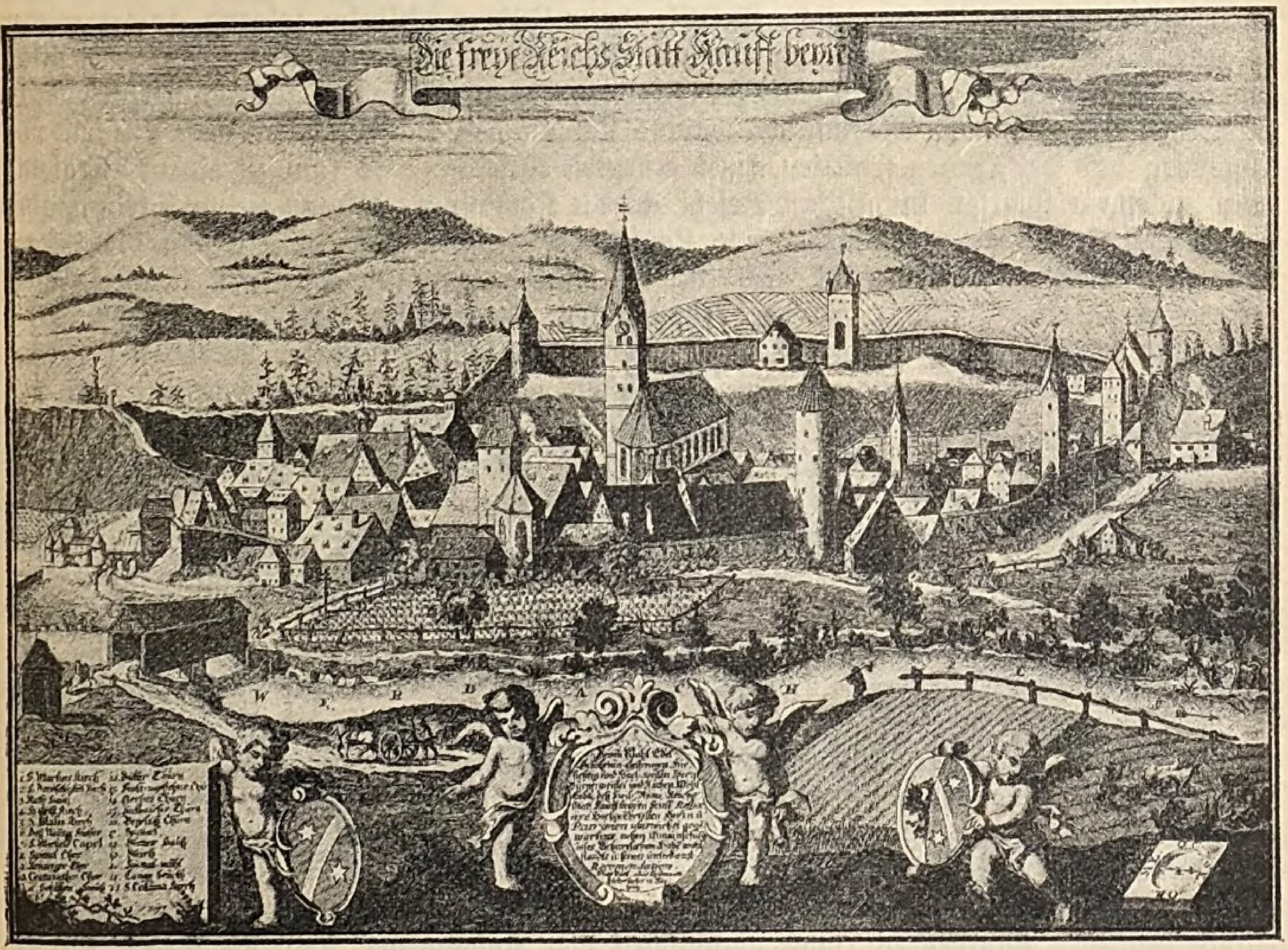
Man mußte auf Mittel denken, den allgemeinen Zusammenbruch zu verhüten. Der alte Bundesgedanke belebte sich wieder. Erzherzog Matthias empfahl dem Kaiser, es möge unter Rudolfs Vermittlung eine Vereinbarung zwischen den friedlich gesinnten evangelischen und katholischen Ständen zur Beobachtung und Aufrechterhaltung des Religionsfriedens getroffen und „eine gewisse Ordnung" errichtet werden, „kraft deren sie stets die sofortige Vollstreckung aller der Urteile und Erlasse zu unterstützen hätten, durch welche der Reichshofrat, so lange die Gerichtsbarkeit des Kammergerichts gesperrt sei, den Gehorsamen Schutz gewähre und den Ungehorsamen Widerstand leiste." Um seine Macht im Reiche besser verwenden zu können, sollte Rudolf mit den Türken Frieden schließen und den Reichshofrat ansehnlicher und stärker besetzen. Habsburg indessen bemächtigte sich des Bundesgedankens nicht, es ließ ihn frei, und noch weniger dachte Rudolf II an einen Frieden mit den Türken.

Der Bundesgedanke aber wurde von andern Kreisen aufgenommen. Die Gesandten der geistlichen Kurfürsten berieten darüber in Mainz im September 1603. Namentlich Kurfürst Ernst von Köln hielt an diesem Gedanken fest. Stimmen aus beiden Lagern mahnten immer energischer zum Zusammenschluß gegen die Feinde. So erschien im Jahre 1603 ein Buch des Kanonikus Johann Paul Windeck, welches in den Vorschlägen zur Unterdrückung der Ketzer „alle Maßregeln empfahl, welche die grausame Unduldsamkeit und Verfolgungssucht fanatischer Priester jemals erdacht hatte." Von der andern Seite folgten sich immer noch und mit gesteigerter Wut die Angriffe auf die Jesuiten. Und zu diesen Stimmungsergüssen trat nun wieder eine Reihe von Ereignissen, welche das Gefühl gegenseitiger Erbitterung bis zum Aufsprühen steigerte. Wieder drangen spanische Räuberbanden aus den Niederlanden den Rhein herauf (Februar 1604), immer noch erregten die Verhältnisse in Jülich die Besorgnis beider Parteien, in Straßburg drohte der Wiederausbruch des Krieges, erst im November 1604 kam es in Hagenau zu einem sogenannten Vergleich, der keinen befriedigte; in Paderborn wurde Ende April 1604 die evangelische Glaubensübung durch den Bischof mit Gewalt unterdrückt; in Mainz, in Ostfriesland waren die „Restauratoren" an der Arbeit, in Oesterreich überboten sich

Ferdinand und Kaiser Rudolf an rücksichtsloser Härte, während nun auch die Kühnheit der Ultramontanen in den gemischten Reichsstädten mächtig wuchs. Und da berühren wir nun den Punkt, an welchem die bisherige rein bayerische Politik Maximilians aus ihren Grenzen hinaustrat und in das Getriebe der großen europäischen Politik eindrang.

Wir erinnern uns des Sieges Karls V über die Schmalkaldener. Der Zusammenbruch der städtischen Macht erfolgte damals in ganz Westdeutschland. Es war ein Schlag, lange gefürchtet, lange vorauszusehen, eine Katastrophe, welche das Fürstentum seines mächtigsten und bisher erfolgreichsten Rivalen entledigte. Der Kaiser führte diesen Schlag, der dann mit aller Wucht auf ihn und die kaiserliche Macht zurückfiel, denn das Fürstentum gewann infolge der Niederlage des Bürgertums die freie Bahn der Entwicklung. Eins fehlte noch, um das Resultat vollkommen zu machen: die Verteilung der reichsstädtischen Beute. Auf dem alten staufischen Boden war die Zahl der Reichsstädte am größten. „Ihrer mehr als dreißig lagen eingestreut in den schwäbischen Kreis, dessen umfangreichste weltliche und geistliche Herrschaften die des Herzogs von Württemberg und des Bischofs von Augsburg waren." Die meisten dieser Städte waren bei jener Katastrophe aus einem kräftig emporstrebenden demokratischen Leben zu einer aristokratischen Restauration und daneben zur kaiserlichen Religion des Interim gezwungen worden. Als es dann zum Religionsfrieden kam, war der frühere Zustand noch lange nicht wiederhergestellt worden, sondern Protestanten und Katholiken befanden sich noch in vollem Kampfe. Und dieser Kampfzustand sollte nun durch den Religionsfrieden befestigt werden, da derselbe bestimmte, daß die Einwohnerschaft „friedlich und ruhig bei einander wohnen" und „jeder Teil den andern bei seiner Religion, Glauben, Kirchengebräuchen, Ordnungen und Ceremonien auch seiner Hab und Gütern friedlich bleiben lassen sollte." Ein ungestörter Fortgang der in den folgenden Jahrzehnten einsetzenden Entwicklung würde indes diese Städte dem Protestantismus wieder vollkommen überliefert haben. Als nun die katholische Reaktion einsetzte und in den letzten Jahren so mächtig erstarkte, trat sie auch in das Weichbild dieser Städte ein und brachte ihnen den Kampf, der außer ihren Mauern längst entbrannt war. Die Katholiken fanden, wie wir das bei Aachen erkannten, wie es jetzt wieder bei Dortmund geschah, den Beistand des Reichshofrates, so daß bei den Protestanten die Furcht erwachte, daß durch die Bedrückung „mit dergleichen geschwinden Hofprozessen," „die Reichsstädte bald kaiserliche Städte und die Fürstenstädte bald melioris conditionis sein würden, als sie." Wir aber wissen, daß neben dem Kaiser das Fürstentum steht; kommt es zu „Kaiserstädten," werden von der Beute die Fürsten ihren Teil verlangen. Wir wissen, daß die Frage der schwäbischen und fränkischen Reichsstädte eine Lebensfrage Bayerns ist, und wir erwarten nichts anders, als Bayern sofort auf der Bahn zu finden, sobald diese Frage in Fluß kommt. Das geschah jetzt, die bayerische Politik verfolgte die Aufgabe, den Katholizismus in Bayern zu erhalten. Sehr bald kam man indes zu der Einsicht, daß dazu mehr als ein bloß passives Verhalten, als Verteidigung innerhalb der eignen Grenzen notwendig sei. Schon Wilhelm V ließ sich verleiten, den Katholizismus überall zu schützen, wo er noch bestand. Die Folge davon war, daß seine innere Politik der größten Unfruchtbarkeit und Unordnung verfiel. Von diesen weitausgreifenden Pfaden lenkte Maximilian nun in engere Bahnen zurück. Die Angriffslinie des Protestantismus von seinen Landesgrenzen weiter wegzuschieben war sein Gedanke, und so schob ihn die religiöse Tendenz seiner Politik an die alte Frage der Reichsstädte hinan. Es war aber nicht das erste Mal, daß sich unter ihm der Einfluß des bayerischen Staates auf das Leben dieses kleinen autonomen Gemeinwesens Geltung zu verschaffen suchte, schon im Mai 1596 war es bei der Ausschreibung eines bayerischen Kreistages mit Regensburg zu einem Konflikt gekommen. Maximilian hatte die Kreisstände nach Landshut beschieden. „Es war ein ungewöhnliches Verfahren", sagt Stieve, „daß statt einer Reichsstadt die Landstadt eines Kreismitgliedes zum Versammlungsorte gewählt wurde." Aber trotz des Protestes der Städte setzte Maximilian seinen Willen durch. Mit Ausnahme von zwei Kreistagen die gelegentlich anderer Reichsversammlungen in Regensburg stattfanden, sowie des Mühldorfer Kreistages vom Jahre 1597 wurden von nun ab siebzig Jahre lang alle Kreistage in bayerischen Städten abgehalten.

Sehen wir von dieser stillen Ausbreitung des bayerischen Einflusses weiter auf die Beschwerden der katholischen Reichsstände bei dem Reichstage von 1594, dann auf die Einzelbeschwerde des Stiftes Augsburg, wie sie von Stieve mitgeteilt werden, so erkennen wir, daß außer den nun zunächst betroffenen Reichsstädten Kaufbeuren und Donauwörth noch eine ganze Reihe kleiner Reichsstädte in die Restaurationsarbeit eingeschlossen werden sollte. In Kaufbeuren fing man an. Da war es nach dem Religionsfrieden zu einer vollen Rückkehr zum Protestantismus gekommen. Nur wenige Katholiken gab es da mehr, und sie gehörten der ärmeren Schicht der Bevölkerung an. 1557 wurden den Protestanten zwei Gotteshäuser eingeräumt, dann erhielten sie die Mitbenützung der Pfarrkirche von St. Martin. Es war zu keinen größeren Unebenheiten gekommen, bis 1583 der Bischof



Kaufbeuren im 16. Jahrhundert.

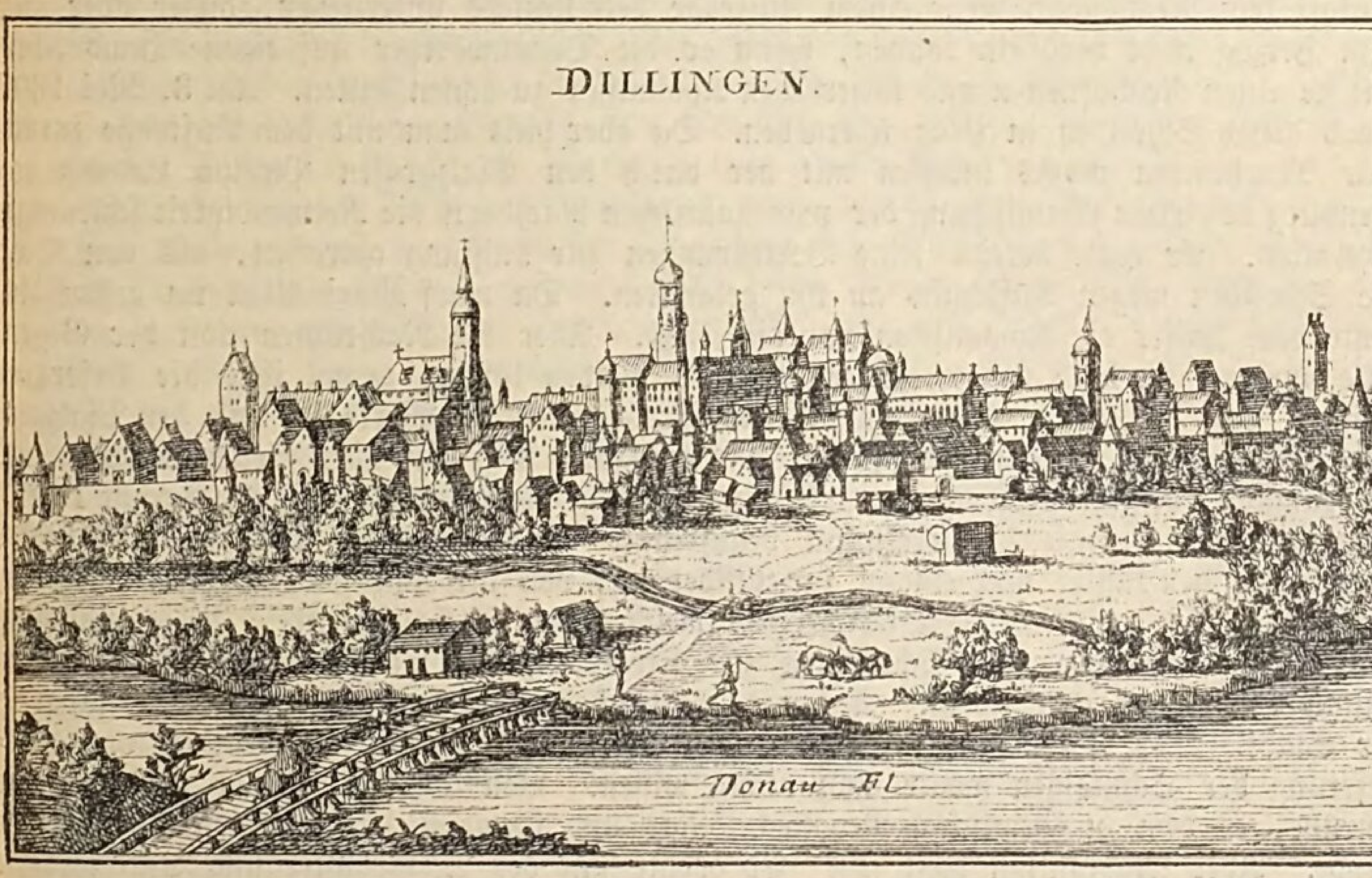
von Augsburg die Einführung des neuen Kalenders befahl. Von da ab wuchs die Spannung. Die Katholiken hatten Ursache, sich zu beschweren, sie wandten sich an den Reichshofrat, und nun mischte sich Wilhelm V in die Angelegenheit. Er erbot sich selbst, um „die katholische Religion nach Möglichkeit zu befördern, sich in dieser Sache neben dem von Augsburg gebrauchen zu lassen.“ Der Kaiser wollte die Sache in Güte abgethan wissen, aber Wilhelm V drängte zu entschiedenem Vorgehen. Der Rat von Kaufbeuren wurde vollständig überrumpelt, als am 11. September 1588 die Subdeligierten der kaiserlichen Kommission in der Stadt eintrafen. Die Bayern verlangten unbedingten Gehorsam gegen des Kaisers Befehl, die seit 1555 den Katholiken zugefügten Beeinträchtigungen einzustellen. Füge man sich nicht, „so sei die Axt schon an den Baum gelegt; es seien 500 pfert zu München, die werden balt da sein; man solle nur ja oder nein sagen.“ Der Rat forderte Bedenkzeit. Sie wurde abgeschlagen. Statt nun jede Verhandlung mit der Kommission abzulehnen und rechtlichen Austrag zu fordern, verschloß sich der eingeschüchterte Rat selbst den Rechtsweg, indem er der Kommission die geforderte schriftliche Erklärung gab, sich dem kaiserlichen Befehl zu fügen und die Pfarr-

kirche räumen zu wollen, wenn der Kaiser mit der einzureichenden Verantwortung nicht zufrieden sein sollte.

Nun galt es den Kaiser weiter zu treiben. Ein Gutachten des Kanzlers Nadler legt uns die Absichten des Münchener Hofes dar. Darin wurde betont, daß die Rückgabe sämtlicher ehemals katholischen Pfründen und Stiftungen zu bewirken sei. Das zu erreichen, müsse man gradatim vorgehen und zunächst eine neue Kommission ausbringen, welche die Besetzung des Rates wenigstens zur Hälfte mit Katholiken durchzusetzen habe. Sei das geschehen, könne man die Auslieferung der Stiftungen betreiben und werde „hernach paulatim weiter viel guter fruchten ervolgen.“ „Und da es der enden geriete, kann gleicher process mit Memmingen, Kempten und Biberach gehalten werden.“ Dazu kam es nun einstweilen nicht, denn der Kaiser hatte andere Sorgen, als diese. Aber wir sehen, wie auch hier die bayerische Politik, ihrem Führer Wilhelm folgend, sofort wieder zu generalisieren begann. Bis zum Jahre 1599 ward die Gelegenheit nicht wesentlich anders. Da trieb ein neuer fanatischer Pfarrer, Johannes Schenk, den Bayernherzog zu weiterem Vorgehen, und Maximilian wandte sich an den Kaiser. Der neue Bischof von Augsburg und der Herzog erhielten einen erneuten Auftrag. Es kam zu einem Vergleich, dann zu einem scharfen kaiserlichen Befehl an die Kommissäre und zu einem Strafmandat des Reichshofrates an die Stadt. Die Kaufbeurer beugten sich. Sie traten die Pfarrkirche ab, nahmen den neuen Kalender an und unterwarfen sich einer eingehenden Untersuchung der Stadtverfassung und der kommunalen Verhältnisse. Damit aber waren die Katholiken keineswegs zufrieden gestellt. Herzog Maximilian und der Ausburger Bischof stellten ihre weiteren Forderungen, welche einfach auf völlige Wiederherstellung und auf die vorwiegende Besetzung der städtischen Behörden mit Katholiken hinausliefen. Auch solle man künftighin die Ratswahlen stets von den Kommissären oder andern katholischen Fürsten überwachen lassen. Vor der Neuwahl sei ferner von den jetzigen Ratsfreunden und Beamten über den Haushalt Rechnung abzulegen. Diese Forderungen waren gleichbedeutend mit Aufhebung der kommunalen Selbständigkeit einer Reichsstadt, sie waren gleichbedeutend mit der Errichtung eines fürstlichen Protektorates über einem bisher freien Gemeinwesen. Der Kaiser ging darauf nicht ein. Aber wir sehen, wohin nun die Gedanken Maximilians gingen. Statt der ausschweifenden Tendenz eines Wilhelm V macht sich hier die zweckbewußte Beschränkung geltend, welche den gewonnenen Einfluß zu behaupten und zu verstärken sucht, eine politische Geistesgegenwart, welche dann in der Donauwörther Sache vollauf zur Wirklichkeit wurde. Was aber in Donauwörth zur endgültigen Entscheidung günstig war, war der Umstand, daß hier Bayern ohne Rivalen stand, während eine Einziehung Kaufbeurens wohl auf den Widerstand des bisher verbündeten Augsburger Bischofs gestoßen wäre. Ein Blick auf die Karte macht dieses Verhältnis deutlich: Kaufbeuren rings umschlossen von Augsburger und Kemptener Gebiet, Donauwörth isoliert zwischen einer Anzahl kleinerer staatlichen Gebilde, dort ringsum katholischer Einfluß, so daß von einer relativen Selbständigkeit der Stadt nicht viel zu fürchten war, hier die harte Reibung konfessionell verschiedener Staaten, die Nähe der protestantischen Grafschaft Oettingen, der protestantischen Neuburger Pfalzgrafschaft, der habsburgisch-katholischen Markgrafschaft Burgau: Maximilian mußte vorwärtsgehen bis zur Entscheidung, wollte er nicht, daß dies von anderer Seite geschehen würde.

In Donauwörth gab es ein Kloster zum heiligen Kreuz. Es stand wie eine Ruine aus alter Zeit in der protestantischen Stadt. Da zogen mit dem neuen Jahrhundert die Dillinger Jesuitenschüler ein und der Kampf begann damit, daß nun die öffentlichen Prozessionen trotz des Verbotes des Rates wieder in Szene gesetzt wurden. In der Bittwoche des Jahres 1605 aber trat der Stadtammann dem Zuge entgegen und befahl, die Fahne auf Klostergebiet hinüberzutragen. Dem widersetzte sich der Abt Leonhard. Die Fahne ward an ein Haus gelehnt und blieb dort stehen, bis sie den Kindern zum Spielzeug und vernichtet wurde. Der Abt aber wandte sich klagend an den Bischof Heinrich von Augsburg und dieser beförderte die Klage weiter an den Reichshofrat nach Prag. Von da kam dann im Oktober eine durchaus widerrechtliche Citation an den Rat, sich binnen dreißig Tagen bei Strafe der Acht wegen der Prozessionsstörung zu verant-

worten, und dazu ein Befehl, bis auf erfolgte rechtliche Entscheidung die Katholiken in Ausübung ihrer Ceremonien nicht mehr zu stören. Die Ratsherren in Donauwörth unterwarfen sich dem Befehl und reichten nur eine Berufung wegen falscher Anschuldigungen ein. Darauf ordnete der Abt zum Markusfeste 1606 abermals eine Prozession an. Der Rat warnte den Abt vor allem, was den evangelischen Bürgern ärgerlich sein könnte. Aber die Prozession selbst konnte in diesem Falle kaum anders als eine Demonstration von der protestantischen Bürgerschaft aufgefaßt werden, und so kam es denn auch zur Katastrophe. Das Volk lief zusammen und warf sich mit Knütteln und Steinen auf die zurückkehrenden Demonstranten. Wieder lief eine kaiserliche Citation und ein Mandat in schärferer Form ein. Aber der Rat schob alle Schuld auf den Stadtpöbel, dessen er nicht mächtig sei. Unklugerweise stellte sich die städtische Obrigkeit selbst ein Armuts- und Ohnmachtszeugnis aus und gab also dem kaiserlichen Hofe die Hand-



Dillingen im 16. Jahrhundert.

habe zum Eingreifen. Wenn der Rat den Katholiken keinen Schutz gewähren konnte, mußte der Kaiser dafür sorgen, und so wandte man sich an den, der sich eben in Kaufbeuren eines ähnlichen Geschäftes so prompt entledigt hatte, an Herzog Maximilian von Bayern. Der Herzog nahm den Auftrag an. Am 23. April 1607 erschienen zwei bayerische Bevollmächtigte in Donauwörth, welche von dem Rate einen Revers verlangen sollten, daß die altkirchliche Glaubensübung ferner nicht gestört werden sollte. Für das bevorstehende Markusfest (25. April) war wieder eine Prozession in Aussicht genommen, an welcher die bayerischen Kommissäre teilnehmen sollten. Da aber griffen die Bürger zu den Waffen. Es kam zu einem furchtbaren Tumult, zu Drohungen gegen die Kommissäre, zu Beschimpfungen des Kaisers und des Herzogs. Die Kommissäre mußten die Stadt verlassen, nachdem ihnen der Rat versprochen hatte, die Bürger binnen sechs Wochen zum Gehorsam gegen den kaiserlichen Befehl zu bringen.

Bald mußte der Rat indes einsehen, daß er mehr versprochen hatte, als er halten konnte. Die Bürgerschaft war gegen ihn. Er selbst suchte von dem Versprechen loszukommen. Dazu gewann er neuen Mut durch die Haltung der glaubensverwandten Stände. Der Pfalzgraf von Neuburg und die Stadt Ulm beriefen zum Mai 1607 eine Versammlung nach Nördlingen und diese versprach der bedrohten Stadt ihre Hilfe.

Obgleich die Donauwörther die Kompetenz des Reichshofrates bereits anerkannt hatten, wurde dieselbe nun von den Versammelten bestritten. Ein zweiter Einwand aber ward gegen die Berechtigung des Bayernherzogs zum Einschreiten in einem Reichskreis erhoben, dem er selbst nicht angehörte, geschweige denn als Oberster vorstand. Der Herzog von Württemberg war schwäbischer Kreisoberster und ihm hätte die Ordnung übertragen werden müssen. Er erhob denn auch laute Einsprache gegen den verfassungswidrigen Eingriff in sein Amt.

Herzog Maximilian aber ließ sich nicht einschüchtern. Der seinen Gesandten widerfahrene Schimpf trieb ihn, die Donauwörther Angelegenheit, auf welche er bis dahin wenig Gewicht gelegt hatte, mit größter Energie zu betreiben. Sofort wandte er sich an den Kaiser und forderte ihn in einem Schreiben auf, die im zweiten Mandat angedrohte „Schärfe" nun wirklich anzuwenden, d. h. die Acht über die Stadt zu verhängen, zu deren Vollstreckung sich Maximilian bereit erklärte. „Geschehe es nicht, so werde sich hinfort kein Reichsstand mehr einem Auftrage des Kaisers unterziehen, dieser aber auch dem Herzog nicht verübeln können, wenn er die Donauwörther auf eigene Hand lehre, wie sie einen Reichsfürsten und kaiserlichen Kommissär zu achten hätten. Am 3. Mai 1607 ward dieses Schreiben in Prag übergeben. Da aber hielt man mit dem Auftrage zurück. Für Maximilian wuchs indessen mit der durch den Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg bewirkten Einmischung der protestantischen Nachbarn die Notwendigkeit schleuniger Exekution. Er hatte bereits seine Vorkehrungen zur Rüstung getroffen, als von Prag die Schreiben wegen Aufschubs an ihn gelangten. Da warf Maximilian im ersten Unmute dem Kaiser die Kommission vor die Füße. Aber die Nachrichten von der Gegenseite mußten ihn bald wieder andern Sinnes werden lassen, zumal ihm die Besorgnis aufstieg, daß ein bewaffnetes Bündnis der Protestanten im Werke sei und der Pfalzgraf sich Donauwörths bemächtigen könne. Die Erregung stieg auf allen Seiten mächtig und so drängte es den Kaiser selbst zur Erklärung der Acht über Donauwörth (3. August 1607). Maximilian ward mit der Exekution beauftragt. Ein demütiges Schreiben des Rates aber bewog den Kaiser noch einmal zur Milderung: von der Acht sollte abgesehen werden, wenn der Rat den Revers unterschreibe, welcher den Katholiken freie Religionsübung versprach, wenn ferner die Schuldigen zur Strafe gezogen würden. So mußte Maximilian von neuem verhandeln. Anfangs September erschienen seine Bevollmächtigten in der Stadt. Der Rat wollte nachgeben, die Bürgerschaft nicht. Namentlich von Auslieferung der Schuldigen wollte man nichts wissen. Von Tag zu Tag steigerte sich die Unruhe, es kam zu förmlichen Revolten. Rat und Gemeinde gerieten in die bitterste Fehde. Aber Maximilian hielt fest. Er drohte mit der Achtsvollstreckung und forderte zu strikter Unterwerfung auf. Am 10. November erklärten sich endlich die Zünfte bereit, in seine Forderungen zu willigen. An demselben Tage aber erschien der pfalz-neuburgische Rechtsanwalt Dr. Roth in Donauwörth und überreichte dem Rat ein Schreiben der in Ulm versammelten protestantischen Nachbarstände, worin die Gemeinde aufgefordert wurde, standhaft zu bleiben. Mündlich sagte Dr. Roth: die Stadt solle sich nur in die Acht erklären lassen, die Stände würden ihr schon wieder heraushelfen. Zum Verderben der Stadt schlug dieser Rat durch. Die eben gefaßten Beschlüsse wurden wieder umgestoßen und dem Herzog eine Antwort erteilt, welche einer Abweisung seiner Forderungen vollkommen gleichkam. Da brach seine Geduld. Am 12. November proklamierte der Herold in Nordheim, einem bei Donauwörth gelegenen Dorfe, die Acht. Dann ritt er gen Ulm, Nördlingen, Neuburg, um sie auch hier zu verkündigen.

Maximilian war für den Fall vorgesehen. Noch vor Ausgang des Monats konnte ein Heer von 6000 Mann zu Fuß, 600 Pferden und 14 Geschützen den Marsch antreten. Es war eine militärische Macht, welche stark genug war, etwaigen Helfern der Geächteten gleichfalls zu begegnen. Aber keine Hand regte sich. Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg hatte bisher viel geredet und geschrieben, jetzt verdoppelte er seine Thätigkeit, aber ein Heer brachte er damit nicht auf die Beine. Die schwäbischen Städte zeigten ihre alte, uns längst bekannte egoistische Lethargie. Am 16. Dezember stand das bayerische Corps vor der Stadt. Eine furchtbare Bestürzung bemächtigte sich der bis

dahin immer noch vertrauensseligen Einwohnerschaft. Am 17. erfolgte die Uebergabe, nachdem ein Teil der Rädelsführer Tags zuvor entwichen. Am 18. wurde ein Galgen auf dem Marktplatz errichtet, Maximilian aber gab zu Hinrichtungen keine Zustimmung. Eine Besatzung blieb und unter ihrem Schutze begannen die bayerischen Jesuiten ihr Werk.

Durch die papistische Welt ging ein Jubel über diesen unblutigen Sieg, durch den, wie Herzog Maximilian dem Papste schrieb, „der kaiserlichen Majestät Autorität, Respekt und Gehorsam im heiligen Reiche nicht wenig stabiliert, zuvörderst aber der katholischen Religion ein sehr großer Behelf und Vorschub geschehen. Und ist damit den protestierenden Ketzerischen eine solche Demonstration gemacht, dergleichen sie nie verhofft hätten, inmaßen sie sich äußerst bearbeitet haben, solche zu verhindern, welches ihnen aber nicht geraten ist. Auch wird dieses Exempel zu viel guter und mehreren Konsequenz taugen.“ Wie sehr sich Maximilian in dieser Annahme irrte, sagt Stieve mit kurzen Worten. „Diese an sich geringfügigen Ereignisse wurden für die Entwicklung der deutschen Verhältnisse von entscheidender Bedeutung. Sie gaben den Anstoß zur Sprengung des Reichstages, bewirkten den Abschluß der Union und machten den Herzog Maximilian von Bayern zum Haupte der katholischen Partei, zum Gründer und Führer der Liga. Von da an nahmen die Dinge im Reiche die Wendung zum dreißigjährigen Kriege.“

Aus den eigenen Worten Maximilians aber ersehen wir, daß ihn diese donauwörthische Angelegenheit in die großen Gegensätze der deutschen und europäischen Entwicklung hinausführte. Die bayerische Politik faßte Fuß in der Politik Europas. Ehe wir mit ihr aber diese Richtung einschlagen, wollen wir das Schicksal Donauwörths kurz verfolgen. Schon ihrer geographischen Lage wegen konnte Maximilian nicht so ohne weiteres auf die Stadt verzichten. In ihr berührten sich drei Reichskreise. Mit ihrem Besitz hätte sich Bayern weiter donauaufwärts ausgedehnt und sich zwischen die evangelischen Gebiete der Grafschaft Oettingen und der Pfalzgrafschaft Neuburg hineingeschoben.“ Als man die Stadt besetzt hatte, mochte in Bayern die Ahnung aufgehen, daß man in ihr ein Thor in jenes schwäbische und fränkische Städtegebiet gewonnen, in welches die bayerische Entwicklung schon so lange und so oft vergebens einzudringen versucht hatte. Die Stadt bayerisch und katholisch zu machen, war der Wunsch Maximilians. Die bayerischen Räte, so namentlich Jocher, Rechberg, Donnersberg, Geilkircher, Gewold und Forstenheuser widerrieten ein direktes Vorgehen. Auf Umwegen, meinten sie, müsse Maximilian das Ziel zu erreichen suchen. Ebenso wiesen sie die Absicht einer gewaltsamen Katholisierung, wie sie von den Jesuiten betrieben wurde, zurück. Also auf Umwegen! Und sie fanden sich. Eine Polizeiherrschaft wurde begründet, welche den Anhängern des evangelischen Bekenntnisses das Festhalten an demselben bald unmöglich machen und verleiden sollte. Dazu drückte die Besatzung, welche bei den protestantischen Bürgern einquartiert wurde. Mit allen möglichen Chikanen ward das „gottgefällige“ Werk betrieben, und um so fester hielt Maximilian an der eingeschlagenen Richtung, als die Anstrengungen des Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg und anderer, ihm die Wege zu verlegen, ihn aufs äußerste erbitterten. Er mußte sehen, einen rechtlichen Titel zur vorläufigen Besitznahme Donauwörths zu erlangen, und dazu schien ihm die „Immissionsfrage,“ d. h. das Verlangen, daß ihm die Stadt als Pfand seiner Auslagen eingeräumt werde, am tauglichsten. Neun Monate dauerten die Verhandlungen darüber mit dem kaiserlichen Hofe, aber dann setzte Maximilian seinen Plan durch. Die Stadt wurde mit dem Vorbehalte von der Acht befreit, daß sie mit allen Gütern und Zugehörigkeiten dem Exekutor als Pfand in Händen bleiben sollte, bis die Exekutionskosten erstattet seien. Da nun Maximilian die Exekutionskosten ungebührlich hoch (400,000 Gulden) berechnet hatte, so daß die Stadt nicht einmal vermocht hätte die Zinsen einzulösen, da er es außerdem in der Hand hatte, das Pfandobjekt fortwährend mehr zu belasten, bedeutete die am 23. Juli 1609 erfolgte feierliche Immission der neuen Regierung nichts anders, als Uebergang der Stadt in den Besitz Maximilians. Denn das Reich allein hätte die Stadt auslösen können, und das Reich war zum Phantasiebegriffe geworden und wurde es immer mehr. In den Unterschriften der Ratsurkunden wurde auf herzoglichen Befehl der Zusatz „des hl. römischen Reiches



Philippine Welser. Nach dem Kupferstich von Eimmart.

Stadt" gestrichen, der alte, an die Eingliederung in die Reichsverfassung erinnernde Name „Schwäbisch-Wörth" wurde durch „Donauwörth" ersetzt, die alten zerstörten bayerischen Wappen, welche aus der Zeit stammten, da Donauwörth sich zum erstenmal in der Pfandschaft der Wittelsbacher befunden (1376—1459), wurden erneuert. Donauwörth war bayerische Landstadt, und das bayerische Polizeiregiment vernichtete mit dem Wohlstand die Neigung und Fähigkeit zu einer Rückkehr in die alte Freiheit. Der bäuerliche Charakter der bayerischen Entwicklung legte sich wie ein bleigrauer Himmel über die absterbenden Reste einer alten städtischen Kulturentwicklung.

Schon im Mai 1606 hatten die Reichsstädte auf einer Tagfahrt zu Worms darüber beraten, wie man sich der Hofprozesse erwehren könne, welche gerade gegen sie um politischer und kirchlicher Ursachen willen immer öfter und gewaltsamer ins Werk gesetzt würden. Da waren auch die Angelegenheiten von Kaufbeuren und Donauwörth zur Sprache gekommen, ebenso wurde auf Klagen von Dortmund und Hagenau erwidert. Man fühlte das Bedürfnis einer festeren Einigung, da die reichsstädtische Freiheit durch diese Prozesse des Hofrates, hinter welchem die Jesuitenpartei stand, bedroht schien. Aber bis zu jenem selbständigen Vorgehen, welches einstens die Städtebündnisse hervorgerufen hatte, reichte die Kraft und Freiheitsliebe der deutschen Bürgerschaften schon lange nicht mehr aus. Der Drang nach festerer Einigung machte sich indes auch anderswo geltend. Der Kurfürst von Mainz, Johann Schweikart von Kronberg, (seit 1604] arbeitete in derselben Zeit an einer Verständigung der Kurfürsten. Am 30. August 1606 trat eine Kurfürstenversammlung in Fulda zusammen. Da stießen die Gegensätze aufeinander. Pfalz dachte an die Nachfolge eines Protestanten in der Kaiserwürde. Sei sie aussichtslos, solle man die Wahl Erzherzogs Maximilians betreiben, der unter den Habsburgern der gemäßigtste schien. Maximilian sollte mit Böhmen ausgestattet werden, während Pfalz selbst an die Erwerbung der ungarischen Königskrone dachte. Dem französischen König aber tauchte der Gedanke auf, Maximilian von Bayern zum Kaiser wählen zu lassen, während Sachsen die Nachfolgeordnung dem Kaiser überlassen sehen wollte. An seinem Widerspruch scheiterten die pfälzischen Pläne wie bisher, und im ganzen führte die Fuldaer Versammlung zu keinem greifbaren Ergebnis. Trotzdem arbeiteten die rheinischen Kurfürsten fort. Im März 1607 einigte sich Pfalz mit den geistlichen Kurfürsten über die Wahl Erzherzogs Maximilians. Der aber spielte ein falsches Spiel, indem er den Kurfürsten seine Zusage gab, während er andererseit für Matthias sich weiter bemühte. Die Lage war also die: Rudolf hatte sich entschlossen, die Nachfolgeordnung scheinbar in die Hand zu nehmen. Sein Kandidat war Erzherzog Leopold von Inneröstereich; die vier rheinischen Kurfürsten wollten den Erzherzog Maximilian, Frankreich den Herzog Maximilian von Bayern, der Kandidat der österreichischen Protestanten war Erzherzog Matthias, während Erzherzog Albrecht, der Statthalter Belgiens mit Hülfe Englands die Krone zu gewinnen trachtete. Dem letzteren war außerdem Brandenburg nicht abgeneigt, da es von ihm eine Beförderung in der Jülicher Sache erhoffte.*) Rudolf II seinerseits machte wieder den Protestanten Zugeständnisse, so dem Kurfürsten von der Pfalz in seiner Testamentssache, welche den Ausschluß des nächstberechtigten, aber lutherischen Pfalzgrafen Philipp Ludwig von Neuburg von der Vormundschaft seines Sohnes Friedrich bezweckte.

---

*)

1. Ferdinand I
Deutscher Kaiser 1556—1564; verm. mit Anna von Böhmen-Ungarn.

- 2. Maximilian II, D. Kaiser 1564—1576, Gem. Maria, Tochter Karls V.
  - 3. Rudolf II D. Kaiser 1576 bis 1612.
  - Ernst † 1594 unverm.
  - 4. Matthias D. Kaiser 1612—1619, Gem. Anna v. Tirol, aber kinderlos.
  - Maximilian † 1618 unverm.
  - Albrecht Statthalter v. Belgien † 1621.
  - Anna, verm. mit Philipp II von Spanien.
  - Isabella verm. mit Karl IX von Frankreich.
- Ferdinand von Tirol, Gem. 1. Philippine Welser (ihr S. Karl von Burgau), 2. Katharina von Gonzaga-Mantua
  - Anna verm. mit Kaiser Matthias.
- Karl von Steiermark, Gem. Maria von Bayern.
  - 5. Ferdinand II D. Kaiser 1619—1637. Gem. 1. Maria Anna von Bayern. 2. Eleonore von Gonzaga.
    - 6. Ferdinand III D. Kaiser 1637—1657 pflanzt die Linie fort.
    - Leopold Wilhelm † 1662.
  - Max Ernst † 1616.
  - Leopold † 1633.
  - Karl † 1624.

Trotz aller Beratungen war man sich in keiner Sache näher gekommen, weder in der Nachfolgeordnung, noch in der der protestantischen Bistumsverwalter, noch in der Vierklosterfrage, noch in den Beratungen über das Justizwesen. Aber an allen Ecken mehrte sich der Zündstoff. Der Papst ermahnte jetzt sogar dazu, daß die katholischen Stände auf dem bevorstehenden Reichstag vor allem die Herausgabe der eingezogenen Klöster und Kirchengüter durchsetzen sollten, und während es in den ungarisch-türkischen Angelegenheiten fortwährend rückwärts ging, so daß Herzog Maximilian von Bayern die Kurfürsten bereits ermahnte, auf eigene Hand Maßregeln zur Sicherung des Reiches zu treffen, machte sich in der öffentlichen Meinung ein immer weiter greifendes Bedürfnis nach Frieden geltend. Dem Vorgehen Rudolfs gegen die Protestanten in seinen Ländern schob man von dieser Seite die Schuld an den ungarischen Unruhen zu. Dazu ward ein Gutachten Khlesls bekannt, welches es als Pflicht jeder Obrigkeit hinstellte, alle Ketzereien auszurotten, da der Passauer Vertrag und alle Vergleichsversuche lediglich Unheil, Aufruhr und Schädigung der katholischen Religion im Gefolge gehabt hätten. Nun kamen zu dem allem die gewaltsamen Katholisierungen im Reich, so in Dortmund, Kaufbeuren, Donauwörth; andern Städten, Biberach, Aalen und Hagenau drohte ein gleiches Geschick. So stand es auf dieser Seite. Auf der protestantischen erfolgte im Jahre 1606 die Besitznahme Hersfelds durch den Landgrafen Otto von Hessen-Kassel. Das Mißtrauen stieg fortwährend, selbst das reichstreue Sachsen geriet nun in einige Erregung. Von dort erschien eine Abhandlung über den Religionsfrieden; die Veröffentlichung von Schmähschriften setzte mit neuer Wut ein, gegen die Jesuiten wurde eine „Warnung" losgelassen, dann auf eine jesuitische Philippica eine „Antiphilippica" und so fort. Die Grundsätze Marianas über den erlaubten Fürstenmord dienten einer scharfen und erbitterten Polemik zur Unterlage. Und während man sich litterarisch in der Welt umzuschauen und die Schriften der Jesuiten in andern Ländern zu durchforschen begann, kam von England die Kunde, die Katholiken hätten versucht, das Parlament mit Pulver in die Luft zu sprengen. Daß die Jesuiten auch hiebei die Hand im Spiele hatten und von dem Anschlage wußten, war selbstredend. Im Westen Deutschlands drangen die Spanier wieder vor und faßten im Norden Westfalens und am Rhein Fuß. Sie gewannen im Jahre 1607 infolge eines Waffenstillstandes mit den Holländern freie Hand. Die Gefahr war um so größer, daß sie sich nun dem Reiche zuwenden würden. Die Aktionspartei erhielt einen neuen Zuwachs durch den Uebertritt des Landgrafen Moritz von Hessen zum Calvinismus, wodurch die Lutheraner aufs neue erregt und erbittert wurden. Alle Bemühungen der Pfälzer um eine Einigung der Protestanten waren bisher gescheitert. Da kam der Donauwörther Handel und drängte vorwärts. So war die Stimmung, als Rudolf II den Reichstag nach Regensburg berief.

Daß die Lehre der Jesuiten vom Tyrannenmord unter den Protestanten eine so große Aufregung hervorrief, hatte weniger in dieser Lehre selbst seinen Grund, da ihr auch protestantische Lehrer unter gewissen Bedingungen zugestimmt hatten, sondern der Hinterhalt, den diese Lehre in der jesuitischen Fassung erhielt, trieb die Opposition empor. Zunächst war es die extreme Fassung, in welcher diese Lehre bei Mariana erschien, einem Manne, der in seiner radikalen Denkweise bis zur äußersten Konsequenz furchtlos fortschritt, der aber eben darum auch manche ebenso aufgeklärten und gewiß hochmerkwürdigen Anschauungen vertrat, Anschauungen, in denen der Keim jener Geisteswandlung zu erkennen ist, die sich dann erst nach fast einem Jahrhundert in einem Locke offenbart. „Gewiß könne der Staat," meint Mariana, „von welchem die königliche Gewalt ihren Ursprung habe, wenn es die Sache erfordert, den König zur Verantwortung ziehen und ihm die Herrschaft nehmen, wenn er keinen Verstand annähme. Denn er hat dem Fürsten die Rechte der Gewalt nicht so übertragen, daß er sich nicht eine noch größere Gewalt vorbehalten hätte." Was aber, wenn die Anschauung von der Verantwortlichkeit und Absetzbarkeit der Fürsten durchdrang? Gewiß, alle diese Schriftsteller der Jesuiten beriefen sich im Interesse der Kirche auf die Lehre von einem „gesellschaftlichen Vertrag" zwischen Volk und Herrscher. Aber sie fühlten sehr deutlich, daß der Ausbreitung ihrer eigenen Herrschaft über das Volk gerade die festwachsende Fürstenmacht im Wege stand.

Fast alle zogen sie eine tiefe Scheidelinie zwischen Königen und Tyrannen und fast ohne Ausnahme teilten sie die letzteren in gesetzmäßige Herrscher, die nur eine Mißregierung führen und in Herrscher, welche sich die Autorität angemaßt. Aber alle gaben ebenso zu, daß die päpstliche Absetzung den königlichen Besitztitel aufhebe und den Herrscher aus der einen Klasse in die andere versetze. Erklärte man nun den Tyrannen als vogelfrei, so war damit dem Papste nach der alten scholastischen Ansicht eine Macht zuerteilt, die ihn über alle emporhob. Und diese Konsequenz zog Suarez denn auch vollkommen, indem er nicht nur das Recht des Papstes, einen ketzerischen Fürsten abzusetzen, sondern auch ebenso das Recht des Papstes betonte, daß ein also abgesetzter Fürst durch einen von ihm eigens Bevollmächtigten auf die Seite geschafft werden dürfe. Zu leugnen, daß der Papst derartige Strafen über Ketzer verhängen dürfe, ohne auf ihren Rang zu achten, heiße schon den Verdacht der Ketzerei auf sich laden; die Bestreitung des Todes als einer natürlichen Strafe für Ketzerei ward als Angriff auf das ganze System der Verfolgung angesehen, welches die Kirche eingeführt hatte. Mit solchen Grundsätzen aber war dem Fanatismus und einer päpstlichen Willkürherrschaft Thür und Thor geöffnet. Und gegen solche Aussichten erhob sich die wütende Opposition der Gegenpartei, die auch durch die Versicheruug des Paters Jakob Keller, des Rektors des Münchener Jesuitenkollegs, nicht beruhigt zu werden vermochte, daß die Jesuiten „bis dato die Henker gelitten, aber keinen vertreten hätten.“ Der ganze Streit aber zeigt, welcher gewaltigen Aenderung der Denkweise wir uns zu nähern beginnen, sie zeigt noch mehr, wie selbst die Werkzeuge starrster Reaktion stets unbewußt und ungewollt mitzuhelfen verdammt sind, ihren eigenen Standpunkt zu untergraben und einer künftigen Zeit den Eingang offenzuhalten. Denn was blieb übrig von dem Glauben an das Gottesgnadentum, wenn man denselben an das Gottesgnadentum der Fürsten im Volksgemüte untergrub und ihm von einem „sozialen Vertrage“ redete? Das alleinige Gottesgnadentum des Papstes etwa? Die Jesuiten glaubten es, aber die Entwicklung des Völkergeistes strafte diesen Glauben Lügen. Denn wo sich der Wandel vom Gemüts- zum Verstandesleben einmal vollzieht, vollzieht er sich radikal, der Glaube an das päpstliche Gottesgnadentum sinkt gleichzeitig und unfehlbar mit demjenigen an das Gottesgnadentum der Fürsten. Aus Marianas Werken klingen uns Anschauungen entgegen, welche einem Locke und Rousseau vorzugreifen scheinen. Aber wie lange wird es dauern, welche Wandlungen werden sich vollziehen müssen, bis



Melchior Khlesel.

diese Anschauungen sich geklärt und zu Wahrheiten und festen Resultaten der menschlichen Fortentwicklung zusammengeschlossen haben? Und wie wenig mochten die Jesuiten damaliger Zeit ahnen, daß ihr Streben, die Macht der Herrscher einzuschränken und die des Volkes zu mehren, ihre Entschiedenheit, das politische System mehr auf den Grundsätzen der Vernunft, als auf den Grundlagen der Autorität zu erbauen, ihre Neigung, Prinzipien zu verkündigen, deren Anwendung unvermeidlich die Grenzen des theologischen Gebietes überschreiten mußte, dereinst ihnen selbst und ihrem eigenen System die allerhärtesten Schläge zu versetzen geeignet waren! So können sie denn auch nur als unfreiwillige Vertreter und Vorbereiter des Liberalismus bezeichnet werden, denn ihr letztes Denken war weit entfernt von Völkerbefreiung und ging nur dahin, die Macht der weltlichen Fürsten zu vermindern, um auf ihren Ruinen die des Papstes und ihres Ordens emporzuführen. Nicht Beseitigung der Autorität, sondern Ersatz der bestehenden durch ihre eigene war ihr Ziel, ein Streben, welches gegen das protestantische Prinzip in eine nie zu überbrückende Gegnerschaft trat.

Die demokratischen Ideen blieben indes keineswegs auf die litterarischen Kreise beschränkt. Die fortschreitende Verarmung Deutschlands, eine Folge der verwüstenden Einfälle der Holländer und Spanier im Westen, der Kriege in Frankreich und den Niederlanden, welche den Handel nach diesen Gegenden lahmlegten, der Einschränkung der Hansa durch Dänemark, Schweden und Rußland, des energischen Aufblühens der englischen Kaufmannschaft unter Elisabeth, welche die Vorrechte der Hanseaten in London vernichtete und die Deutschen aus England auswies, der Aenderung der Handelswege und des Sinkens der venetianischen Macht, welche in Süddeutschland sich auf das empfindlichste bemerkbar machten, die Hemmung des Verkehrs durch die allenthalben gesteigerten Mauten der Territorialherren, der Münzverschlechterung, wie der Mißernten, Ungewitter und Ueberschwemmungen, welche sich seit langen Jahren fast jährlich folgten, dazu einer pestartigen Seuche, welche tausende hinwegraffte, und des unverhältnismäßigen Luxus in den oberen Ständen, zog endlich auch die Blicke des gewöhnlichen Mannes auf sich. Da wurden Betrachtungen angestellt über den Ueberfluß an Fürsten, Grafen und Herren in Deutschland, über ihre fortschreitende Verarmung, über die Not der Unterthanen, über die leidige Leibeigenschaft, „die eine Ursache ist, arme Lande und Leute zu machen," wie über den Verfall des Handwerks. Es kam zu Klagen, daß durch ganz Deutschland eine Bewegung gehe, „deren Ziel sei, das Reich in einen Freistaat nach dem Muster der Schweiz und der vereinigten Niederlande umzugestalten," welche in dem Aufstand der österreichischen Bauern seit 1595 eine Bestätigung zu erhalten schienen. Nirgend war ein Halt der allgemeinen Zersetzung geboten, die kaiserliche Regierung steuerte einer immer weiter greifenden Ohnmacht zu, von Frieden mit den Türken, wie ihn die öffentliche Meinung verlangte, wollte Rudolf II erst recht nichts wissen, seit er im Jahre 1603 ein kurzatmiges Kriegsglück erfahren. Aber die Türken kamen wieder, die habsburgische Macht schien dem Untergang verfallen.

Wie in Ober- und Unterösterreich führte Rudolf II die kirchliche und politische Reaktion in Böhmen ein. Es ging wie gegen die Protestanten gegen die ständischen Rechte und Freiheiten. Die Landesämter wurden mit Männern jesuitischer Richtung besetzt, die alten Gesetze gegen die Ketzer traten wieder in Wirksamkeit. Dem Kanzler Adalbert von Lobkowitz in Böhmen thaten es in Mähren der Kardinal Franz von Dietrichstein, der Oberstkämmerer Ladislaus von Berka noch zuvor. Das städtische Bürgerrecht wurde nur mehr Katholiken erteilt; der Vorkämpfer der Landesfreiheiten und der evangelischen Religion, Karl von Zierotin, mußte dem Olmützer Bischof weichen. Von den Anschauungen Melchior Khlesels und seinem Vorgehen im Erzherzogtum Oesterreich hörten wir bereits. Ihm gegenüber schlossen sich die Protestanten in Oesterreich ob und unter der Enns unter dem calvinischen Freiherrn Erasmus von Tschernembl zu einem Bunde zusammen (1603), und an seine Seite traten die Brüder Gotthard und Richard von Starhemberg. Wie es in Inneröstereich unter Ferdinand zuging, erfuhren wir des öfteren. Aber auch in Ungarn regte sich immer revolutionärer die kirchliche und nationale Opposition. Bischöfe und Katholiken regierten das Land. Alle Aemter und militärischen

Kommandos wurden von Deutschen besetzt. Im Februar 1604 wagte der Kaiser den Hauptschlag, indem er die Gesetze König Stephans I zum Schutze der katholischen Religion wieder in Wirksamkeit treten ließ. Die Erhebung des Stephan Bocskay in Siebenbürgen und Oberungarn und sein Bund mit den Türken war die Antwort. Bald ergossen sich seine Heiduckenbanden über die österreichische und mährische Grenze. Da schien es den Erzherzogen an der Zeit, zur Rettung ihres Hauses selbst einzugreifen. Erzherzog Maximilian hatte sich bereits früher vergeblich bemüht, den Kaiser zur Ordnung der Nachfolge zu bewegen. Auch jetzt zog sich Rudolf II, statt der drohenden Gefahr des Zusammensturzes zu begegnen, von allen Geschäften zurück. Die Erzherzoge wandten sich an die Kurfürsten um Mithilfe, sie riefen die Mitwirkung des Papstes und des Königs von Spanien an. Umsonst. An dem Argwohn und der Krankheit des Kaisers scheiterten alle Bemühungen.

In Maximilian von Bayern tauchte der alte Plan wieder auf, sich selbst um die Krone zu bewerben. Sein Oheim, Ernst von Köln, riet ihm davon ab, schlug ihm aber andrerseits ein Bündnis der Katholiken vor. Ein solches zu errichten, hatte auch Papst Paul V schon im Juni 1605 den Herzog auffordern lassen. Er war geneigt, „Deutschland und Ungarn durch ein unter dem Vorwande der Bekämpfung der Türken zu errichtendes Bündnis zu helfen.“ Wie Maximilian dem päpstlichen Winke nicht folgte, so lehnte er auch den Vorschlag seines Oheims ab. Ein Teil der Stände werde „schwer über schwer“ in ein neues Bündnis zu bringen sein, er selbst aber könne nicht an die Spitze treten, da es ihm an der Macht wie der Autorität dazu fehle. Der Politiker läßt sich den Kopf nicht warm machen. Maximilian wird erst vorgehen, wenn er selbst eines Rückhaltes bedarf gegenüber einer realen Macht, wenn außerdem die Gefahr, daß Habsburg an die Spitze des Bundes tritt, weiter in die Ferne geschoben ist. Die Autorität kam mit dem Erfolge in Donauwörth. Die Katholiken sahen auf ihn. Mit diesem Erfolge kam aber auch die Notwendigkeit, sich gegen protestantische Einungen vorzusehen, und mit der steigenden Ohnmacht der Habsburger schwand die Gefahr mehr und mehr, daß der Bund lediglich zum Werkzeug in der Hand Oesterreichs würde. Maximilian wird die Sache betreiben, wenn seine Zeit gekommen. Und sie kam.

Inzwischen hatte sich Rudolf II doch endlich zu einem Schritte bewegen lassen. Er gab seinem Bruder Matthias Vollmacht, mit Bocskay und den aufständischen Ungarn zu verhandeln und ernannte ihn zum Statthalter in Ungarn. Matthias ersuchte den Führer der evangelischen Stände, Stephan Illeshazy, um seine Vermittlung. So kam es am 23. Juni 1606 zum Wiener Frieden, welcher dem Adel und den Städten Freiheit der Religion zugestand, die Aemterbesetzungen und Güterkonfiskationen regelte und dem Stephan Bocskay das Fürstentum Siebenbürgen und sieben ungarische Gespanschaften ließ. Die Jesuiten aber behielten Zutritt in Ungarn. Rudolf II indes hatte insgeheim alle Bestätigungen widerrufen. Er träumte nur noch von Türkenkrieg und Rache an den rebellischen Ungarn. Diesen Plan auszuführen berief er nun einen neuen Reichstag zum 1. Dezember nach Regensburg. Dann schwankte er wieder und verschob den Reichstag. Die ganze Geschäftsführung am kaiserlichen Hofe stockte. Diese Unzuverlässigkeit bewog die Ungarn, sich ihrerseits vorzusehen. Sie forderten von Matthias nachträglich die Genehmigung der zurückgewiesenen Forderungen, und als nun am 29. Dezember 1606 Bocskay starb, wählten die Siebenbürger entgegen dem Vertrag mit dem Kaiser am 11. Februar 1607 den Sigmund Rakoczy zum Fürsten. Immer noch hielt der Kaiser die Herausgabe der Bestätigung des Friedens mit den Türken, der mittlerweile auch zustande gekommen war, zurück. Die Erzherzoge hatten sich entschlossen, die Regelung der Angelegenheiten ihres Hauses selbständig und selbst mit Gewalt vorzunehmen. Am 25. April 1606 hatten sie die Erklärung abgegeben, Matthias als Aeltesten des Hauses anzuerkennen und sich für seine Kaiserwahl zu verwenden. Es tauchte der Plan auf, Matthias mit Magdalene von Bayern zu vermählen. Aber es zeigte sich bald, wie der Familienzwist die Interessen der Habsburger spaltete. Nicht nur Bayern, welches der steiermärkischen Linie verbunden war, hielt gegen Matthias zurück, sondern auch die Haltung Ferdinands von Inneröfterreich war eine erbärmliche und seinen Verpflichtungen

unangemessene. Seine Mutter Maria drängte sich an den Kaiser und verschärfte mit ihren Eröffnungen den hochlodernden Unwillen Rudolfs II gegen seinen Bruder Matthias. Infolgedessen ernannte der Kaiser nun Ferdinand zum Kommissär für den bevorstehenden Reichstag. Dieser Zurücksetzung seines Bruders ließ Rudolf weitere Beschimpfungen folgen, so die Mitbewerbung des Kaisers selbst um die Hand Magdalenens von Bayern. Wollte Matthias zum Ziele, so konnte er dies nur, indem er seinen Rückhalt immer mehr an den ungarischen Ständen suchte. Er mußte zum Rebellen werden. Davon hielt ihn sein katholischer Eifer lange zurück, aber der Gang der Dinge zwang ihn endlich dazu, die Waffen aufzunehmen. So drohte der Krieg im habsburgischen Hause, als sich die Stände des Reichs im Januar 1608 zu Regensburg versammelten.

In den Kreisen der Protestanten hatte die Ernennung Ferdinands zum Reichstagskommissär nicht minder böses Blut gemacht. Da standen sie nun nebeneinander, die beiden Schüler der Ingolstädter Jesuiten, der eine ein trauriger Fanatiker, der andere ein Fürst voll Ehrgeiz und Thatkraft, der seinen Donauwörther Handel nunmehr wie einen Kampf mit der gesamten protestantischen Partei auffaßte. Es ging eine Unruhe durch die Reihe der Protestanten, wie seit dem Schmalkaldener Kriege nicht mehr. Selbst Sachsen zeigte dem Kaiser an, daß es die Ernennung Ferdinands von höchstem Nachteil halte. Es möchte durch Befolgung der jesuitischen Ratschläge zuletzt auch im Reich, wie leider in Ungarn, ein unauslöschliches Feuer angezündet werden. Bleibe es bei der Ernennung, werde es wohl dahin kommen, daß sich der Reichstag gänzlich zerschlage. Ganz ins Ungemessene stiegen die Befürchtungen der Protestanten, man glaubte, die Katholiken wollten nun weiter gehen von den kleinen Reichsstädten gegen die großen, gegen Ulm, gegen Nürnberg, und nach Unterwerfung dieser gegen die größeren, gegen die fürstlichen Reichsstände. Ein ungeheures Blutbad stehe in Aussicht. Und darin wurden sie bestärkt durch die Predigten der Jesuiten, welche sich vernehmen ließen, die Zeit sei gekommen, die Ketzer auszurotten. Man habe dazu nun Geld und Waffen. In Regensburg trat diese beiderseitige Stimmung offen zutage.

Auch Maximilian von Bayern zeigte nun eine ganz andere Haltung. Schon in der Instruktion, welche er seinen Gesandten mitgab, traten die allgemeinen Gesichtspunkte hervor. Seine Sache ist die katholische. Es nimmt uns ferner nicht wunder, zu sehen, wie die Abhängigkeit der drei geistlichen Kurfürsten von der kaiserlichen Macht bei ihnen wie bei den Sachsen eine Devotion gegenüber dem kaiserlichen Willen erzeugt hatte, wie wir sie vor hundert Jahren noch nicht kannten. Dieser Unselbständigkeit der geistlichen Fürsten gegenüber wuchs die Selbständigkeit der weltlichen Fürsten. Das Kurfürstentum verlor an Autorität umsomehr, als sich die größeren Fürstenhäuser in den Vordergrund schoben. Führer der katholischen Partei war unbestritten Maximilian von Bayern. „Für ihn war es nun die größte zugleich und politische Angelegenheit, die geistlichen Fürsten, die seine Interessen teilten, um sich zu vereinigen und mit sich fortzureißen, die gesamte katholische Majorität am Reichstag zusammenzuhalten und in seinem Sinne zu leiten."

Der Kaiser hatte die Aufstellung eines stehenden Heeres an der türkischen Grenze verlangt. Die Protestanten dachten nicht anders, als daß dasselbe ebenso gegen die ungarischen Protestanten gebraucht werden solle. Um das zu verhüten, forderten sie im Kurfürstenrate eine neue Bestätigung des Religionsfriedens vor jeder Bewilligung. Im Fürstenrate kam dieselbe Angelegenheit zur Sprache. Da trat die bayerische Gesandtschaft mit einem Gegenantrag hervor: „ob es gleich Unnoth sey, den Religionsfrieden als ein schon bestehendes Reichsgesetz, von welchem die Katholischen im mindesten abzuweichen nicht gemeynt sind, neuerdings zu bestätigen; so wolle man jedoch in dessen Renovation und Konfirmation willigen, aber nur mit dem ausdrücklichen Vorbehalte, daß dieser Renovation und Konfirmation die Klausul beigesetzt werden soll, daß alles wieder in den Stand gesetzt werde, wie es vor dem im Jahre 1555 (!) aufgerichteten Passauer Vertrage gewesen sey, daß alles, was seit diesem Vertrage von dem einen oder andern Teil gegen den klaren Inhalt dieses Religionsfriedens an Kirchen- und Stiftsgütern eingezogen wurde, zurückgegeben und jedem beschwerten Teil sein Recht vorbehalten werden sollte." Ueber diese Restitutionsklausel erhob sich nun der bitterste Streit. Ein ver-



Kaiser Matthias.

mittelnder Vorschlag Erzherzog Ferdinands wurde ebenso abgelehnt. Die Protestanten fürchteten sogar für ihre Sicherheit. Und so kam endlich der lang drohende Bruch. Er mußte kommen, umsomehr, als der Erzherzog selbst der Meinung war, daß es besser sei, der Reichstag „zerstoße“ sich, als daß etwas der Religion Gefährliches praktiziert werde. Ja, im Fürstenrate schritt man noch weiter ins Extrem, es wurde da behauptet, der Religionsfriede beziehe sich nicht auf die Städte. Es war dies wohl ein starker Nachklang der Donauwörther Exekution, der uns indes in die Gedankenwelt der fürstlichen Kreise einen tiefen Einblick eröffnet. „Die pfälzische Partei und die Mehrheit der protestantischen Stände war durch den Streit selbst und den dabei zu Tage getretenen Restaurationseifer der Katholiken, durch die fortgesetzten Drohungen und Schmähungen der Jesuiten und der Assistenzräte, durch den Abzug der Württemberger Gesandten, welchen die Session nach wie vor verweigert war (von den Katholiken, da der junge Herzog von Württemberg die Belehnung noch nicht empfangen), durch die Nachrichten aus Donauwörth, durch die verächtliche Weise, in welcher ein für die Stadt erlassenes Fürschreiben zu Prag aufgenommen wurde, durch die Entwicklung des österreichischen Hausstreites und durch damit zusammenhängende bayerische Rüstungen so sehr beunruhigt und erbittert, andererseits aber auch durch den Zwiespalt zwischen dem Kaiser und dem Erzherzog Matthias so sehr ermutigt, daß sie von einem Nachgeben nichts wissen wollte.“ Man beschloß, von Regensburg abzureisen. Das geschah nach Ueberreichung einer Beschwerdeschrift am 27. April 1608. Die Gesandten der Kurfürsten von Brandenburg und der Pfalz hatten hierbei die Führung übernommen.

Der Reichstag war gesprengt. Das bedeutete den Kampf. Die Donauwörther Sache hatte dazu den Anstoß gegeben, sie gab den weiteren Anstoß zu der nun von beiden Seiten ins Werk gesetzten Vorbereitung zum Kampf. Die Politik der Korrespondierenden hatte, wie wir wissen, seit lange das Ziel verfolgt, ein Verteidigungsbündnis zustande zu bringen. Der Plan war bisher an dem Zwiste der Lutheraner mit den Reformierten gescheitert. Die gemeinsame Gefahr, das Unvermögen der Reichsverfassung, den Parteien Schutz zu gewähren, überbrückten nun die theologische Kluft. Dazu schien die Zeit günstig, die Lage der Dinge in Böhmen, wo Kaiser Rudolf und sein Bruder Matthias sich mit Heeresmacht gegenüberstanden, dahin auszunutzen, mit Hilfe der Union eine bewaffnete Einmischung, eine Teilung der habsburgischen Monarchie zu bewerkstelligen. Dieser Gesichtspunkt wurde von Christian von Anhalt, dem Ratgeber des Kurfürsten Friedrich IV von der Pfalz, sofort aufgegriffen, als man nun im Mai 1608 zu Ahausen im Ansbachischen zur Beratung zusammentrat. Hier kam es am 14. Mai zum Abschluß der sogenannten Union, zu welcher sich zunächst der Markgraf Georg Friedrich von Baden, der Herzog Johann Friedrich von Württemberg, der Markgraf Joachim Ernst von Ansbach, der Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm von Neuburg, der seinen Vater Philipp Ludwig vertrat, und der Kurfürst Friedrich IV von der Pfalz vereinigten. Bundesdirektor und Befehlshaber wurde der Kurfürst von der Pfalz, Generallieutenant Christian von Anhalt. Man traf Bestimmungen, wie die Bundessteuern anzulegen und ein Bundesheer aufzustellen sei. Zwei Dinge sind hierbei für uns von höchstem Interesse. Der Bund von Ahausen erscheint als Wiederaufnahme des im Jahre 1537 abgeschlossenen Schmalkaldener Bündnisses, aber noch fehlt ihm die Teilnahme Norddeutschlands. Das Reich hatte seine Unfähigkeit bewiesen, den Frieden zu erhalten. So knüpfte man da wieder an, wo man vor dem Frieden stehen geblieben war. Aber der Beitritt der Städte? Wir wissen, daß damals die Städte ein großes Kontingent der Bundesmacht stellten. Jetzt gelang es den Unterhandlungen Anhalts, die Städte Ulm, Straßburg, Nürnberg zum Beitritt zu bewegen, und auch dies geschah nur unter stetem Hinweis auf das Schicksal Donauwörths. Es war das entscheidende Moment für den Eintritt der Reichsstädte in den Bund. Sie überwanden das Mißtrauen gegen das Uebergewicht der Fürsten in dieser Vereinigung, sie überwanden die Antipathie gegen die Ziele der fürstlichen Politik, welche dem Zustandekommen eines allgemeinen Protestantenbundes von vornherein ungünstig waren. Der Angriff durch die katholische Partei unter Bayerns Führung, den man allenthalben fürchtete, trieb den Wittelsbacher von der Pfalz zu der

Errichtung dieses Verteidigungsbundes. Im Januar 1610 verstärkte sich die Union durch den Beitritt des Landgrafen Moritz von Hessen-Kassel und des Kurfürsten Johann Sigmund von Brandenburg. Der letzte trat nun auch zum Calvinismus über und so geschah, was wir lange erwartet: die Verstärkung der Reformierten in Deutschland drängte zur Aktion, auf Grund deren sich Brandenburg an die Spitze der evangelischen Partei emporhob, während Sachsen auf seiner konservativen Bahn immer mehr isoliert und zur Annäherung an die katholische Gegenpartei gedrängt wurde.

Die drei Momente, welche wir für notwendig erachteten, um Maximilian I die Errichtung eines katholischen Bündnisses nahezulegen, waren nun eingetreten: sein Ansehen war ein allgemeines, er bedurfte der Sicherung gegenüber der Einigung der Gegner, es stand die Gefahr in weiter Ferne, daß der Bund unter das Szepter der Habsburger geraten würde. So finden wir ihn seit dem Regensburger Reichstag an der Arbeit. Schon im Juni 1607 hatte er dem Kurfürsten Ernst von Köln und dem Koadjutor Ferdinand vorgestellt, daß ein Katholikenbündnis notwendig sei. Er wollte die Initiative den Kurfürsten überlassen. Mainz aber hielt zurück und schob ihm dieselbe wieder zu. Jetzt faßte er die Sache an. Am 5. Juli 1608 kamen die geistlichen Kurfürsten in Andernach zusammen. Sie acceptierten die Idee Maximilians. Am 19. März 1609 vereinigten sich in München die Bischöfe von Augsburg und Konstanz, der Abt von Kempten und der Probst von Ellwangen mit Maximilian zum Bunde. Würzburg hielt noch zurück. Es wollte den Kurfürsten den Vortritt lassen und den Eintritt Oesterreichs abwarten. Maximilian aber drängte weiter. Am 5. Juli versammelten sich die Gesandten von Würzburg, Augsburg, Passau, Regensburg, Konstanz, Kempten und Ellwangen wieder zu München und so kam es am 10. Juli zum Abschluß des Vertrags, welcher den Grund zur Liga legte. Der Zweck des Bundes sollte sein: Verteidigung der katholischen Religion und des Friedens im Reich. An der Spitze des Bundes stand der Bundesoberst, der Herzog von Bayern, neben ihm drei Adjunkten für die drei oberländischen Kreise: die Bischöfe von Würzburg, Augsburg, Passau. Im Kriege erhielt der Bundesoberst die volle und freie Gewalt. Auf neun Jahre ward der Bund geschlossen, 30 Römermonate nach der Reichsmatrikel sollten zunächst erhoben werden. Vieles blieb unerledigt. Maximilian hatte lange nicht, was er wollte, aber er hatte einen Bund unter bayerischer Leitung. Das war an sich ein bedeutender Erfolg. Er rechnete außerdem auf den Eindruck, welchen die eben ernst werdende Jülicher Sache hervorrufen würde.

Am 14. Juni 1609 waren die Gesandten der drei geistlichen Kurfürsten zur Beratung zusammengetreten. Sie nahmen den Bund an und bestimmten, daß 20,000 Mann geworben und monatlich 300,000 Gulden erlegt werden sollten. Der Kaiser erhoffte die Hülfe Bayerns gegen seinen Bruder Matthias. Aber Maximilian hielt zurück. Er sah alles Heil in der Liga. Zuerst die Macht, dann die Politik, war sein Gesichtspunkt. Der spanische Gesandte unterstützte in Prag den Plan Maximilians. Spanien und der Papst sollten zu thätiger Hülfeleistung angetrieben werden. Der Papst versprach dieselbe, und so traten am 20. August die drei geistlichen Kurfürsten der Liga endgültig bei. Mainz wurde Mitbundesoberst, aber Bayern blieb allein Feldoberster. Nur einer hielt ganz zurück, der Erzbischof Wolf Dietrich von Salzburg. Zum 8. Februar 1610 wurde nach Würzburg ein allgemeiner Bundestag beschrieben. Im November 1609 trat Spanien dem Bunde bei, versprach zwei Regimenter zu Fuß und ein Regiment Reiter. Es gab sein Versprechen „auch wenn der Papst nichts thue und unbekümmert um die vom Haus Oesterreich samb den Kurfürsten.“ Das änderte sich allerdings bald. In Würzburg versammelten sich nun die Gesandten der drei Kurfürsten, Bayerns, Würzburgs, Bambergs, die von Passau, Regensburg, Konstanz, Augsburg, Kempten, Ellwangen, der schwäbischen Prälaten von Salmansweiler, Weingarten u. a., dann die der Prälaten von Kaisersheim und St. Emmeram. Es fehlten die Vertreter von Eichstätt, der schwäbischen Grafen und Reichsstädte, es fehlten ferner die Suffragane von Köln und der Mainzer Suffragan von Paderborn; aber vertreten waren ferner Straßburg, Worms, Speier und das Stift Odenheim.“

Sehen wir uns nach den weiteren Absichten und Verhältnissen um! Paderborn war verhindert durch die Nähe der Generalstaaten, in Osnabrück und Minden war der größere Teil der Domkapitulare protestantisch, Lüttich ließ sich entschuldigen, in Münster waren dieselben Schwierigkeiten wie in Minden und Paderborn, Utrecht war der Kölner Gewalt entzogen, Hildesheim stand in der Gewalt von Braunschweig. Köln wurde nun ermahnt, die Stifter Freising, Lüttich, Münster und Hildesheim zum Anschluß zu drängen. An Cambray, Metz, Toul und Verdun wurde bedauernd erinnert. Die rheinische Reichsritterschaft eröffnete gute Aussichten, mit den schwäbischen Grafen aber stand es bedenklicher, mit den Stiftern Basel, Murbach, Fulda sollte jetzt angeknüpft werden. Der Johannitermeister und Erzherzog Maximilian als Deutschmeister sollten eingeladen werden, ebenso Berchtesgaden. Oesterreich als solches sollte nicht beigezogen werden, so lange der Streit im Hause Habsburg dauerte, wohl aber beschloß man, daß Ferdinand von Inner-Oesterreich und Erzherzog Maximilian als Administrator von Tirol und der Vorlande eintreten könnten. Erzherzog Albrecht, der spanische Statthalter in Belgien sollte indes nur bedingungsweise eingeladen werden, ebenso blieb Leuchtenberg einstweilen ausgeschlossen. Den Beitritt der katholischen Reichsstädte, wie Rottweil, Ueberlingen, Ravensburg, Wangen und andere, sollte man anstreben, wie die Neutralität der protestantischen Reichsstädte, so Nürnbergs, Ulms, Straßburgs und Frankfurts. Dann ward wieder der Eintritt der paritätischen Städte Augsburg und Köln vorgesehen. Protestanten sollten nicht als Mitglieder aufgenommen werden. Von auswärtigen Mächten waren Spanien und der Papst zum Eintritt entschlossen, dann sollten eingeladen werden die Fürsten von Florenz, Urbino, Mantua, Parma, Savoyen und die Republik Venedig. Die katholischen Eidgenossen wollte man um Oeffnung der Päſſe ersuchen. Lothringen sollte wie Erzherzog Albrecht Mitglied werden auf die Bedingung gegenseitigen Schutzes gegen protestantische Angriffe. Die päpstlichen Nuntien sollten außerdem den Beitritt Polens betreiben. Frankreich sollte wenn nicht zur Hülfe doch zur Neutralität bewogen werden. In allen auswärtigen Fragen behauptete das Votum Bayerns nicht minder sein Gewicht, wie in den innern Angelegenheiten des Bundes. Als ersten Beitrag hatte Maximilian I fünfzig Römermonate verlangt, vierzig wurden bewilligt und außerdem zwei für die laufenden Ausgaben, für das zweite Jahr wurden zehn Römermonate bestimmt, für das dritte sechs. Die Opposition der Würzburger Gesandten, welche auf Beschränkung der Machtvollkommenheit des Bundesobersten hinarbeiteten, kam nicht zum Ziel. Mainz zeigte sich vor allen entgegenkommend, indem es Bayern das alleinige Direktorium bei der Beratung anbot und auch sonst den bayerischen Wünschen möglichst Rechnung trug. So kam das Werk am 18. Februar 1610 zu stande, „an welchem im Jahre 48(!) Luther der Urheber aller Zwietracht verschied." „Schritt für Schritt," sagt Cornelius, „läßt sich das beharrliche Streben des Herzogs wahrnehmen, die Liga ohne Zuthun des Hauses Oesterreich und ohne dessen Teilnahme zu gründen." Bei der ersten Beratung in Regensburg, wo Mainz den Vorsitz führt, sind österreichische Abgeordnete Teilnehmer. Als Maximilian darauf die Verhandlungen in die Hand nimmt, bleibt Oesterreich unberücksichtigt. Von Seiten Würzburgs, von Seiten der schwäbischen Fürsten wird immer wieder auf Oesterreich hingewiesen: Max ist taub, so daß vielleicht hierdurch die Verhandlungen eine Weile ins Stocken geraten. Dann weiß er auf dem Tage zu München sowohl wie zu Mainz die Zuziehung Oesterreichs weg und in die Zukunft zu schieben. Ohne Oesterreich kam der Bund zu stande, mit dieser Waffe in der Hand konnte Bayern seine Stellung zur Geltung bringen. Aber schon im Februar 1610 kündigten Rom und Spanien an, daß sie dem Bunde nichts leisten würden, so lange das Verhältnis zu Oesterreich nicht anders geordnet sei. Hier lag der Keim zum Konflikt.

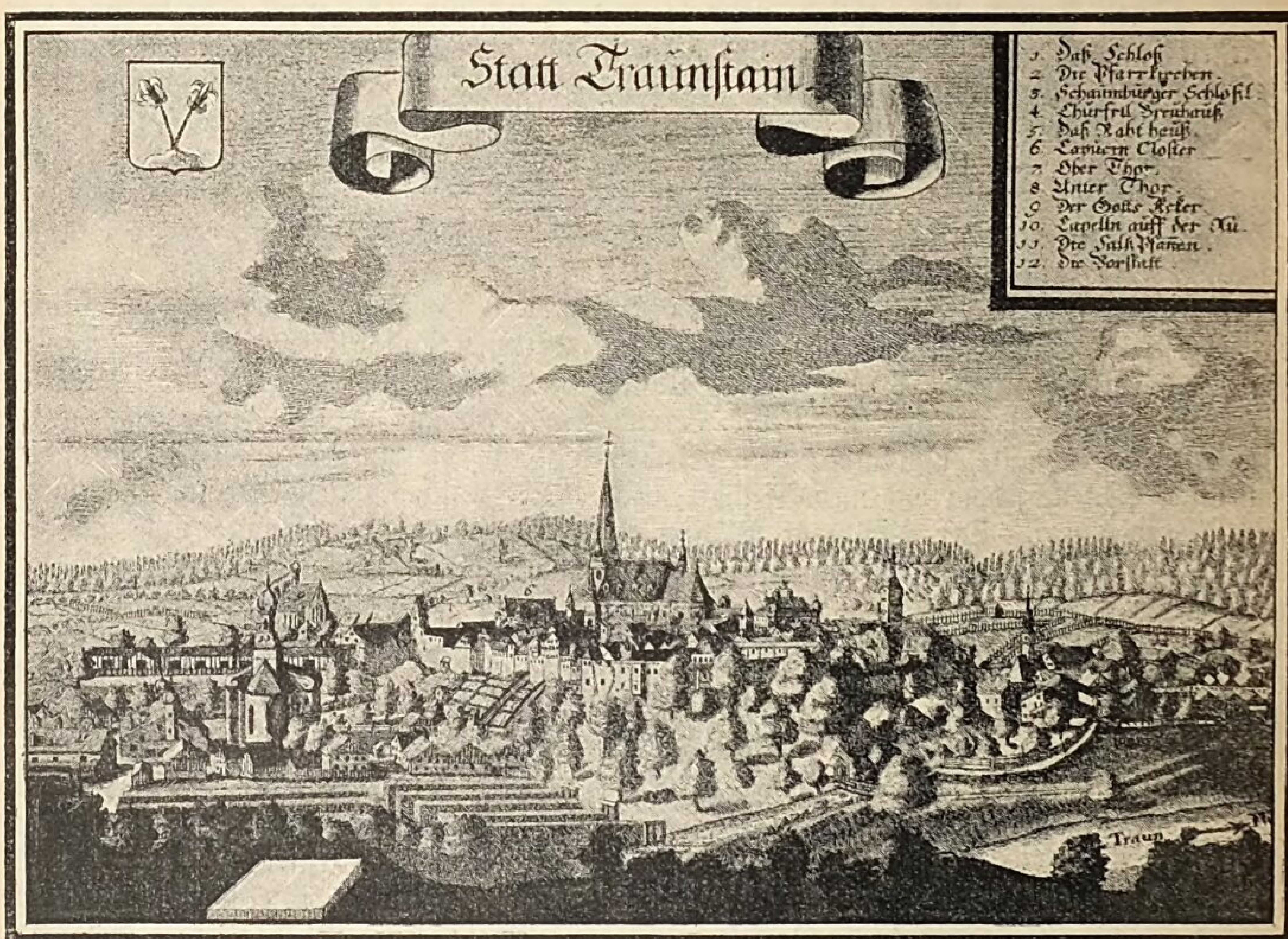
Schlag und Gegenschlag waren einander unmittelbar gefolgt, und wie der Donauwörther Handel den Anstoß gegeben hatte, so wirkte er auch noch fort und bestimmte die ersten Aktionen der Union gegen die Liga. Im Juli 1609 ging eine Gesandtschaft der ersteren unter Führung Christians von Anhalt nach Prag, den Kaiser zur Restitution Donauwörths zu bewegen, sowie gegen die Uebergriffe des Reichshofrats zu protestieren. Anhalt führte eine sehr energische Sprache und brachte den Kaiser zu dem Versprechen

vom 17. September, daß Donauwörth binnen vier Monaten dem Reich zurückgestellt werden solle. Als aber Maximilian davon in Kenntnis gesetzt wurde, fuhr er auf. Um die Stadt Donauwörth sei es ihm nicht zu thun, ließ er dem Kaiser antworten, es komme ihm nur auf Erstattung der Auslagen an. Könne man keine Barzahlung leisten, möge man ihm gegen Herausgabe der Stadt die an Tirol angrenzenden Herrschaften Kufstein, Kitzbühel und Rattenberg, welche ebenfalls wegen aufgewendeter Kriegskosten auf wohlbekanntem Wege von Bayern an das Haus Oesterreich gekommen, so lange als Unterpfand zur unbeschränkten Benützung einräumen, bis die Exekutionskosten bar bezahlt seien. Solche Vorschläge fand man am kaiserlichen Hofe unhöflich und grob, allein Maximilian meinte, ob man die Schilderung Anhalts über die kaiserlichen Hofräte, die Wegnahme der bayerischen Herrschaften durch Maximilian I unter die Kategorie der Höflichkeiten rechnen könne? Maximilian rechnete mit dem Ruin des Hauses Habsburg „in wenigen Jahren," und da schien es ihm geraten, für seine Aufwendungen eine Möglichkeit der Wiedererstattung offen zu halten. Vom kaiserlichen Hofe ward nun die Vorlage der Rechnungen über die Kosten der Exekution verlangt. Maximilian verweigerte sie, bis man ihm den nenne, der die Schuld bezahlen solle. Der Schuldner aber war der Kaiser, denn in seinem Auftrag hatte Maximilian gehandelt. Und daß der Kaiser sich als Schuldner bekennen würde, war nicht zu erwarten. So wurde die Ordnung der Angelegenheit der Zukunft zugeschoben.

Ernster aber traten die beiden Bündnisse in dem nunmehr entbrennenden Jülicher Erbfolgestreit einander gegenüber. Durch den kinderlosen Tod des Herzogs Johann Wilhelm wurden im Jahre 1609 die Herzogtümer Jülich, Cleve, Berg, die Herrschaften Mark und Ravensberg und die kleine Herrschaft Ravenstein an der Maas, die er zusammen besessen hatte, herrenlos. Da erhoben sich nun die Ansprüche auf die Erbschaft von allen Seiten, jedoch das unzweifelhaft meiste Recht besaß Kurfürst Johann Sigismund von Brandenburg. Der Pfalzgraf Philipp Ludwig von Neuburg machte nicht mindere Ansprüche geltend, dann kam der Kurfürst von Sachsen mit den seinigen, dann nach ihm noch einige andere. Die Sache war sehr verwickelt, und vergebens hatte man sie bisher zu ordnen gesucht. Neben die Rechtsfrage aber trat eine andere, die religiöse, die politische. Bei der Ausdehnung und Wohlhabenheit, bei der potitisch wichtigen Lage der Lande, deren Bewohner den drei großen Glaubensparteien angehörten, trat die schon ganz auf den Krieg zugespitzte Spaltung, welche damals die Völker und Fürsten von Westeuropa beherrschte und zerriß, erschreckend in den Vordergrund. Am kaiserlichen Hofe aber war man nicht gesonnen, die Macht Brandenburgs, dem ebenso die Erwerbung des Herzogtums Preußen in nächster Aussicht stand, sich gleichzeitig im Osten und hier am Rhein so bedeutend vermehren zu lassen. Man ahnte in dieser norddeutschen Macht das einstige persönliche Haupt der deutschen Protestanten, den Rivalen der Habsburger. Diese Anschauung kam klar zum Ausdruck in der Antwort, welche Jakob I von England dem brandenburgischen Gesandten erteilte, als dieser England um Beistand und Hilfe anrief. Um die Religion zu erhalten und fortzupflanzen müsse ein fürstlich Haus in Deutschland mächtig gemacht werden. „So viel kleine Fürsten bringen es dort zu keiner tüchtigen Leistung." Dieselbe Anschauung aber drängte das katholische Spanien dahin, für die Einziehung des freigewordenen Lehens in die Schranken zu treten, und das war der Standpunkt, den man am kaiserlichen Hofe alsbald einnahm. Eine vorläufige Sequestration der Lande durch den Kaiser sollte die Entscheidung in die Ferne schieben und die Besitznahme durch die Habsburger vorbereiten. Aber kaum hatte Johann Wilhelm die Augen geschlossen, als der Kurfürst von Brandenburg und der Pfalzgraf von Neuburg thatsächlich von den Landen, wie einer dem andern zuvorkommen konnte, Besitz ergreifen ließen. Der Kaiser erließ ein ernstliches Verbot gegen solche „Eigenmächtigkeit," und diese kaiserliche Einmischung bestimmte die beiden Fürsten, sich über die einstweilige gemeinsame Verwaltung der in Besitz genommenen Länder zu vergleichen (9. Juli 1609). Darauf aber ergingen abermals kaiserliche Befehle an die „Possedierenden," in denen auf die weitere Behauptung des Besitzes die Acht und Aberacht gesetzt wurde. Zwei Tage nach der Unterzeichnung des böhmischen Majestätsbriefes nahm Rudolf II seinen Neffen Leopold

an Sohnes Statt an; er sollte König von Böhmen werden und sein Nachfolger im Reich und alsdann Matthias stürzen und strafen. Zunächst aber ward ihm die Aufgabe, die possedierenden Fürsten aus Jülich zu vertreiben. Damit hoffte man die Grundlage zur Wiedereroberung Böhmens zu gewinnen. Es war ein abenteuerlicher Plan, und wir müssen nun, ehe wir der Entwicklung der Dinge in Jülich folgen, einen kurzen Blick auf die Verhältnisse der habsburgischen Länder werfen.

Auf einem Reichstag zu Preßburg (1. Februar 1608) hatten sich die ungarischen und österreichischen Stände mit Matthias vereinigt, den ungarischen und türkischen Frieden aufrecht zu erhalten gegen jedermann. Man rüstete, ihn zu verteidigen. Rudolf hatte das Gegenteil beschlossen und verwarf die Preßburger Uebereinkunft. So war die Re-



Traunstein im 16. Jahrhundert.

bellion fertig, und ihr schloß sich nun auch Mähren unter der Führung Zierotins und Karls von Liechtenstein an. Prälaten und Städte fügten sich dieser Entscheidung des mährischen Adels. Rudolf dachte an Gewalt. Aber es fehlten die Mittel. Böhmen hielt sich einstweilen noch ruhig. Nun rückte Matthias mit Heeresmacht heran und schlug wenige Stunden vor Prag sein Lager auf. Rudolf mußte mit dem verhaßten Bruder unterhandeln. Diese Gelegenheit benützten die Böhmen, dem Kaiser ihre Forderungen in fünfundzwanzig Artikeln vorzulegen. Obenan stand volle und allgemeine Religionsfreiheit. Rudolf mußte nachgeben. Er gewährte die Forderungen und verschob nur die Entscheidung über die Religionsfrage auf den nächsten Landtag. Ebenso willigte er in die Ansprüche seines Bruders. Im Vertrag von Lieben (25. Juni 1608) erhielt Matthias Ungarn, Oesterreich und Mähren, sowie die Zusicherung der Nachfolge in Böhmen. Der Türkenfriede von 1606 wurde endlich bestätigt. Nun wandten sich die Protestanten in Oesterreich und Mähren mit ihren Forderungen an Matthias. Namentlich das Privileg freier Religionsübung sollte nun auch vom Adel auf die Städte ausgedehnt werden. In Mähren und Ungarn kam Matthias zum Ziel, empfing die Huldigung und ward in

Ungarn gekrönt. In Oesterreich aber kam man nicht überein, Matthias wollte nichts mehr bewilligen, die Protestanten wollten nicht nachgeben und versagten die Huldigung. Tschernembl dachte daran, unter die Herrschaft Rudolfs zurückzukehren, wenn dieser mehr gewähre. Christian von Anhalt unterstützte diesen Plan. Er stellte die Hülfe der Union in Aussicht und spiegelte dem Kaiser die Möglichkeit vor, mit Hülfe der Protestanten die verlorenen Länder wieder zu gewinnen. Matthias gab endlich nach. Die „Resolution" vom 19. März 1609 sicherte allen Einwohnern Oesterreichs Freiheit des Gewissens und den adeligen Ständen freie Uebung des Gottesdienstes. Den Städten wurde letztere nicht ausdrücklich zugestanden, doch versprach Matthias, ihnen keinen Anlaß zu Beschwerden geben zu wollen. Nun huldigten auch die österreichischen Stände. Diese Vorgänge, die sich in jener Zeit auch an anderer Stelle in ähnlicher Weise abspielten, zeigen uns indes eine nicht nur religiöse, sondern auch eine eminent politische Tendenz. Der Adel hatte hier im Osten die Führung in der religiösen Opposition. Er benützte die Religion zur Behauptung und Erweiterung seiner ständischen Rechte. „Matthias' Nachgiebigkeit entband also seine Unterthanen von der katholischen Kirchengewalt, um sie der Willkür einiger hundert Adelshäupter zu überliefern." Es war die Monarchie, welche hier mit dem Streben des Adels nach einer Adelsrepublick im Kampfe stand. Und aus dem Grunde vor allem trat der Adel für die Religionsfreiheit der Städte ein, weil eben die Monarchie dem Adel gegenüber in der Bürgerschaft ihre Hauptstütze hatte. Andererseits müssen wir allerdings im Auge behalten, daß auch hier in der religiösen Opposition sich ein nationales Element bemerkbar machte. Matthias verfiel infolge seiner Zugeständnisse dem Kirchenbann. Er wandte sich um Absolution nach Rom. Die Räte aber sollten nur absolviert werden, wenn sie Matthias ihre Schuld bekannten, ihren Rat, der ihn zur Nachgiebigkeit bewogen hatte, in allen Teilen als falsch und die Resolution als nichtig bezeichneten, wenn sie den König ersuchten, bei erster Gelegenheit dieselbe zu wiederrufen. Diesen Einfluß einer fremden, der päpstlichen Macht, von der Entwicklung des Vaterlandes fern zu halten, konnten die Protestanten eben niemals Zugeständnisse genug fordern und erlangen, denn im letzten Grunde war es doch nur ihre eigene Macht, welche ihnen das Errungene dauernd sicherte.

Rudolf hatte die Böhmen mit ihren religiösen Forderungen auf einen Landtag verwiesen. Als nun die Forderungen erneuert wurden, war Rudolf zur Bewilligung nicht geneigt. Der päpstliche Nuntius, der Erzbischof von Prag, der Kanzler Lobkowitz, Wilhelm von Slawata, Jaroslaw von Martinitz bestärkten den Kaiser in seiner ablehnenden Haltung. Der Landtag wurde aufgelöst, aber die Stände blieben beisammen und tumultuierten. Da berief der Kaiser den Landtag abermals am 25. Mai 1609. Die Stände entwarfen ein Privileg, welches die religiöse Freiheit sicherstellte, beschlossen eine allgemeine Landesbewaffnung und die Einsetzung einer provisorischen Regierung. Herren, Ritter und Städte sollten je zehn Direktoren stellen. Da gewährte Rudolf die böhmischen Forderungen, er unterzeichnete jenes Privileg, „den Majestätsbrief" vom 9. Juli 1609.

So war die Lage, als am 11. Juli Erzherzog Leopold dem Kaiser seinen abenteuerlichen Plan entwickelte. Jülich, dann Böhmen, dann Matthias — so sollten die Schläge einander folgen. Leopold war, wie wir wissen, Bischof von Straßburg und Passau. Als solcher war er Mitglied der katholischen Liga. Verkleidet kam der fürstliche Abenteurer nach Jülich, der Kommandant übergab ihm die Festung (23. Juli). Es war dieselbe Zeit, in welcher sich die rheinischen Bischöfe zum Eintritt in die von Maximilian geschaffene Liga entschlossen. Die Jülicher Sache spielte denn auch bei diesem Entschluß sofort eine Rolle. Die Kurfürsten, von der Gefahr durchdrungen, die ihnen drohte, wenn die Jülicher Erbschaft in protestantische Hände geriet, wollten die Liga nach dieser Seite nutzbringend machen und bestimmten, daß ein Drittel von den Einkünften der Bundeskasse zur Unterstützung des Erzherzogs verwendet werden sollte. Das war nun nicht nach der Absicht Maximilians. Eine Verwendung der Liga in den habsburgischen Angelegenheiten konnte er nicht zugeben, wollte er nicht die Existenz der Liga auf das ernstlichste gefährden und sich selbst obendrein dem allgemeinen Haß der Protestanten ganz unnütz aussetzen.

Aber die Jülicher Sache wuchs schnell über die deutschen Kreise hinaus. Erzherzog Leopold wandte sich an Frankreich, Spanien und den Papst um Hilfe. Frankreich wies ihn rund ab. Hier zählten religiöse Motive in der Politik nicht mehr, umsomehr aber in Spanien. Hier war man auf dem Sprunge, sich für Leopold zu engagieren. Der Papst hielt zurück. Aber auch die bedrohten protestantischen Fürsten hatten sich an Frankreich und England um Hilfe gewendet, und Heinrich IV ersah die Gelegenheit, in die deutschen Dinge einzugreifen und seinen Gegner, das Haus Habsburg, auf das nachdrücklichste zu schwächen. Auf dem Unionstage zu Schwäbisch-Hall kam es am 11. Februar 1610 zu einem Bundesvertrag mit Frankreich. Heinrich IV versprach den Protestanten seine Hülfe. Es galt ihm, einen vernichtenden Schlag gegen Habsburg zu führen. Der Krieg wurde alsbald eröffnet. Der Markgraf von Ansbach, der Kurfürst von der Pfalz, der Markgraf von Baden fielen in die Gebiete der benachbarten geistlichen Fürsten ein, französische Truppen rückten gegen Jülich vor und an der Spitze eines großen Heeres gedachte Heinrich IV an den Niederrhein zu ziehen. Die Bistümer Bamberg und Würzburg, Speyer und Worms, Mainz und Straßburg litten hart unter der Kriegsnot. Maximilian hielt zurück. Er ward aufgefordert, mit ligistischen Truppen am Jülicher Erbfolgestreit teilzunehmen. Da legte er sein Bundesoberstenamt nieder. Wir müssen nach der Ursache sehen. Der Plan Heinrichs IV, ihn zum Nachfolger Rudolfs wählen zu lassen, konnte es nicht sein, denn Maximilian selbst verriet diesen Plan seinen Bundesgenossen, um zu zeigen, daß er mit der Gegenseite nicht unter einer Decke stehe. Das Gefühl, gegen das Gesamtinteresse des Hauses Wittelsbach zu handeln, wenn er die Partei Leopolds ergriff und den Pfalzgrafen Philipp Ludwig aus dem Besitze seines Erbschaftsteiles verdrängte, hat ihn auch kaum warm gemacht, denn der Pfalzgraf und der Herzog waren keine besonderen Freunde. Aber wir sehen, wie lähmend dieser religiöse Zwist im wittelsbachischen Hause auf Bayerns Politik wirkte. Maximilian war Politiker. Ohne sichere Garantie eines Ersatzes, eines Gewinnes wird er nicht zu haben sein.

Schon in den letzten Monaten des Jahres 1609 war alles auf allgemeinen Krieg gefaßt. Die Unierten fürchteten das Eingreifen Spaniens von den Niederlanden aus in dem Jülicher Erbfolgestreit. Sie rüsteten, Frankreich rüstete mit ihnen, der Herzog von Savoyen, die Holländer und Jakob I von England ergriffen die Partei der Unierten. Der Angriff erfolgte von ihrer Seite. Es war dieselbe Zeit, da Maximilian ernstliche Besorgnis um die eigene Sicherheit erwachte. Er glaubte sich der Donauwörther Expedition wegen bedroht. „Die Gefahr schien um so größer, als der Kaiser soeben im Passauischen ein Heer zu sammeln begann, welches schleunig zu zersprengen die Unierten sich getrieben fühlen konnten.“ So traf Maximilian Vorkehrungen zur Verteidigung. Zugleich aber wandte er sich direkt an die Unierten mit der Frage, ob sie ihm Donauwörth mit Gewalt entreißen wollten. Er erhielt ausweichende Antwort zurück. So berief er auf den 16. Mai die Liga-Adjunkten eilig nach München. Da zeigte es sich denn, daß man den Bundesobersten gerade gut genug hielt, für andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Der Papst und Spanien hatten, statt ihren Beitrag zu leisten, Maximilian mit Mißtrauen zu beobachten begonnen. Er wurde wegen ehrgeiziger Pläne verdächtigt; von den Bundesgenossen hatte noch kein einziger seine Bundesanlage eingeschickt. Gehandelt hatte bisher keiner und Maximilian sah sich auf sich selbst angewiesen. Da wäre es eine Thorheit gewesen, den ganzen Haß der Protestanten gegen sich herauszuforderen. Maximilian machte Vorschläge zu einer großen Bundesanleihe. Die Gesandten waren natürlich nicht „instruiert.“ Von Prag aus kam jetzt die Nachricht, der Papst und Spanien würden der Liga nichts leisten, wenn nicht das Haus Oesterreich zum Bundesobersten gemacht werde. Max erkannte darin den Bankerott der Liga. Seine Antwort war, daß er den Bundesgenossen seinen Entschluß verkündigte, das Bundesoberstenamt niederzulegen. Man bewog ihn, damit zu warten, bis der in sechs Wochen abzuhaltende Bundestag darüber beschlossen habe.

Während dies in München vor sich ging, hatten sich in Prag die Fürsten um Rudolf II versammelt. Rudolf wollte wieder in den Besitz der an Matthias verlorenen

Länder gelangen. Die befreundeten Fürsten sollten ihm dazu helfen. So beschloß er sie nach Prag zu einem Konvent zu laden. In dem Einberufungsschreiben wurden als Gegenstände der Beratung bezeichnet: die Vereinbarungen mit Matthias, die Wahl eines römischen Königs, die Restitution von Donauwörth und die Schlichtung der Jülicher Angelegenheit. Ende April 1610 fanden sich die geladenen Fürsten, die Kurfürsten von



Johann Tserclaes von Tilly.

Mainz, Köln, Sachsen, die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand, der Landgraf von Hessen-Darmstadt und der Herzog Heinrich Julius von Braunschweig in Prag ein. Den ganzen Sommer über tagte der Konvent. Maximilian hatte sich fern gehalten, weil eben damals seine Stellung an der Spitze der Liga in Diskussion gezogen wurde. In Prag kam es zu dem Beschluß, daß der Kaiser gegen die Ungehorsamen, d. i. gegen die Kurfürsten von der Pfalz und Brandenburg, gegen den Pfalzgrafen von Neuburg, gegen den Herzog von Württemberg und die Markgrafen von Baden und Ansbach mit der Acht und Exekution vorgehen sollte. Wer sollte nun die Exekution vornehmen? Natürlich Maximilian an der Spitze der Liga. Maximilian schlug das ab, nicht als Führer

der Liga, sondern als Generalfeldoberst des Kaisers wollte er die Sache in die Hand nehmen, wenn der Kaiser die nötigen Geld- und Kriegsbedürfnisse beschaffe und gegen die Friedensbrecher mit der Reichsacht vorgehe. Sein Gesandter Donnersberg ging nach Prag. In seiner Instruktion erhielt er die Weisung, dahin zu wirken, daß sich der Kaiser mit den gehorsamen Kurfürsten, Fürsten und Ständen des Reiches von beiden Konfessionen so geschwind wie möglich vereinige, um also den Frieden zu erhalten und die kaiserliche Autorität zur Geltung zu bringen. An die Spitze dieser Union sollte der Kaiser selbst treten, und, wenn er nicht selbst zu Felde ziehen wollte, sei der Herzog bereit, als sein Generalfeldoberster die Kommission auf sich zu nehmen. Maximilian selbst riet zu diesem Zwecke zu einer schärferen Besteuerung der Geistlichen. „Es sei nun einmal gewiß und sicher, daß man, da sich die Sache gegenwärtig nicht ohne einige Ungelegenheit zu Werk richten läßt, in Ewigkeit von diesem Kreuze und der calvinistischen Zunötigungen nimmermehr kommen würde, wenn man sich nicht mit einemmale etwas wehe thun wollte. Könnte man den Leuten da begreiflich machen, daß es besser wäre, sich selbst auf ein- und für allemal zur Ehre Gottes und zu Erhaltung der Religion etwas stark anzugreifen, und, ob's gleich wehe thut, sich zu mortifizieren und Gott dies Opfer zu bringen; so wäre der Sache bald Rat geschafft. Denn es wäre ja doch immer besser, ein Pfaffe gäbe ein- für allemal die Hälfte seines jährlichen Einkommens her, als daß er dann mehr als ein ganzes dem Feinde folgen lassen müßte. Dies beweise sich mit Würzburg. Hätte der Bischof das, was die württembergischen und ansbachischen Truppen ihm verdorben, zu seiner Verteidigung angewendet, so hätte er sie zum Lande hinaus und wer weiß wohin jagen können.“ Hier also drängten die Verhältnisse einen erzkatholischen Fürsten selbst zu der Einsicht, die Ansammlung des Nationalvermögens in der toten Hand zu verwerfen und die Unfruchtbarkeit einer solchen Anlage einzugestehen. In der gleichen Instruktion polemisierte er gegen die Auffassung des Papstes und Spaniens, der Herzog wolle als Bundesoberst eine monarchische Stellung über die Mitglieder des Bundes erstreben. Als „Bundeshaupt“ habe er nicht über die Stände selbst, sondern nur über deren Kriegsvolk das Kommando. Und doch war es gerade diese ständische Selbstherrlichkeit der Bundesgenossen, welche Maximilian im Wege stand. Gerade in dem, was er dem Papst und Spanien gegenüber bekämpfte, sah er das Heil der Liga. Entweder die Bundesgenossen stellten ihm ihre Kräfte zur unbedingten Verfügung, dann hätte er nicht nur sie, sondern auch sich selbst zu schützen vermocht, oder aber er verzichtete auf die Führung des Bundes. Aber der Widerstand einzelner geistlicher Stände gegen die alleinige Führung des Bundes durch Bayern belehrt uns über das Mißtrauen, mit dem man das Anwachsen dieses weltlichen Fürstenhauses betrachtete. Nur Oesterreich hätte den bayerischen Einfluß zu paralysieren vermocht, und so drängte denn auch die Entwicklung des Bundes immer mehr auf diesen Punkt zurück, auf die Ermöglichung des Eintrittes Oesterreichs.

Nur ein energisches Auftreten, dem nötigenfalls mit bewaffneter Macht Nachdruck gegeben werden könne, war nach Maximilians Meinung von Nutzen. Alles Herumziehen zog ihm als dem Führer nur die Gegner auf den Hals, ohne daß ihm von seinen Bundesgenossen eine Hilfe kam. Wie energisch Maximilian vorging, zeigt sein Verhalten in der Donauwörther Sache. Er war der Meinung, daß die Union getrennt werden könnte, daß vor allem die Reichsstädte von ihr lassen würden, wenn dieser Stein des Anstoßes entfernt würde. Demgemäß erklärte er sich nun bereit, Donauwörth gegen eine Bezahlung von 200000 Gulden herauszugeben, wenn außerdem der Kaiser die Bezahlung des Restes übernähme. Er ging noch weiter und gestand dem Erzherzog Ferdinand die Stelle eines Mitobersten im Bunde zu, suchte sich aber durch einen Revers zu sichern, daß der Erzherzog sich mit dem Titel begnüge. Aber in Prag war man nicht so thatbereit. Wohl kam es zur Belehnung Christians II von Sachsen mit der Jülicher Erbschaft, allein dieselbe hatte auf das Schicksal jenes Landes keinen Einfluß. Nicht von der Thätigkeit des kaiserlichen Hofes hing es ab, daß der große allgemeine Krieg noch einmal hinausgeschoben wurde, sondern von der Mörderhand Ravaillacs, welcher am 14. Mai dem Leben Heinrichs IV von Frankreich und damit allen Entwürfen und

Unternehmungen ein jähes Ende bereitete. In Frankreich lenkte man aus der Bahn der kühnen Politik Heinrichs zurück. Nur mit Mühe erlangten es die Unierten, daß das bereits ausgezogene französische Heer nicht zurückgerufen wurde und bei der Eroberung der Festung Jülich mitwirkte. Am 12. September 1610 mußten die Kaiserlichen die Festung räumen. Die abenteuerlichen Pläne Erzherzog Leopolds erlitten den ersten Stoß. Zwei Tage zuvor hatte man sich in Prag notdürftig geeinigt, daß Matthias dem Kaiser Abbitte leisten und die Lehensherrlichkeit desselben über Oesterreich anerkennen sollte. Die Feindseligkeiten sollten eingestellt, das Kriegsvolk entlassen und mit den Türken keine Unterhandlungen ohne des Kaisers Vorwissen begonnen werden. In der Donauwörther Sache kam der Fürstenkonvent über eine matte Erklärung nicht hinaus, die Nachfolge im Reich blieb ungeordnet und bald sollte sich zeigen, welches Flickwerk man zustande gebracht hatte.

Noch Ende Juli 1610 war Maximilian der Meinung, nach der Eroberung Jülichs würden sich die Unierten gegen Süden ziehen. Das Erzstift Köln schien von ihnen bedroht. Fort und fort trieb er zur Rüstung der Liga, da eine solche jetzt nach dem Tode des Franzosenkönigs ungleich aussichtsvoller war. Nur einer trat seiner Ansicht, daß schleunige Abwehr geboten sei, endlich bei, der Kurfürst Schweikhart von Mainz. Beide schrieben zum 16. August einen Bundestag nach Augsburg aus, der aber dann nach München verlegt wurde. Maximilian war gerüstet. Anfangs August hatte er eine Kriegskommission niedergesetzt aus dem Freiherrn Johann Tserklaes von Tilly, der nun in bayerische Dienste getreten war, dem Exekutor von Donauwörth, Alexander von Haslang, Theodor Viehbeck, Engelbert von Bönikhausen und Alexander de Grote. Und als nun die Gesandten der Kurfürsten von Mainz und Köln, der Bischöfe von Würzburg, Bamberg, Speyer, Straßburg, Konstanz, Augsburg, Regensburg, Passau; der Pröbste von Ellwangen und Bruchsal, des Abtes von Kempten und anderer schwäbischer Prälaten sich in München versammelten, erreichte Maximilian alles. Auf Bundeskosten sollte sofort ein Heer von 15000 Mann zu Fuß und 4000 zu Pferde geworben werden, außerdem sollte dem Bundesobersten freistehen, noch ein Regiment Knechte in Bestallung zu nehmen; die Werbung wurde Maximilian ganz freigegeben, zur Unterhaltung der Truppen wurde ein monatlicher Beitrag von zwanzig Römermonaten festgesetzt. Tilly wurde zum Feldmarschall ernannt, der Graf von Rittberg zum obersten Generalfeldzeugmeister oder an dessen Stelle der Herr von Mörsberg. Der Oberst von Haslang wurde Oberstwachtmeister. Dann beschloß man, Gesandte zu schicken nach Frankreich, an den belgischen Statthalter Erzherzog Albrecht, an den Deutschmeister Erzherzog Maximilian, an den Markgrafen von Burgau, an den Erzbischof von Salzburg und den Bischof von Eichstätt um Neutralität oder Beitritt zum Bunde. Aber die Union, gegen welche alle diese Anstalten getroffen wurden, empfing nun einen zweiten Schlag. Am 19. September starb der Kurfürst Friedrich IV von der Pfalz.

Das Schreiben, welches die Liga am 7. September an die Union hatte abgehen lassen, traf letztere ohne dirigierendes Haupt. Und so fanden die energischen Vorstellungen Maximilians Eingang. Von der Union kam eine Gesandtschaft nach München, welche Frieden anbot. Am 24. Oktober kam ein Vergleich dahin zustande, daß Maximilian auf die ihm übertragene Exekution verzichtete, daß beide Teile vom 15. November an ihr Kriegsvolk zu entlassen begännen, nur wegen der kaiserlichen Völker im Passauischen sollte man sich beiderseits in etwa sichern dürfen; in den Jülicher Erbfolgestreit wollte man sich nicht mehr mischen. Die Beschädigungen der Katholiken sollten gütlich oder auf dem Rechtswege verglichen werden. So ward noch einmal der Friede hergestellt, aber zwei Umstände geben uns zu denken. Eigenmächtig hatten die Stände des Reichs Krieg begonnen und Frieden geschlossen, von einer Mitwirkung des Kaisers war dabei keine Rede. Die Wittelsbacher standen an der Spitze der deutschen Angelegenheiten, an der Spitze der Union die Pfälzer, an der Spitze der Liga Maximilian von Bayern. Ein wirklicher Vertrag, ein rechter Friede hätte ihnen Deutschland vor die Füsse gelegt. Aber die Religion — und das ist der zweite Punkt —, der religiöse Haß machte auch diesen Vergleich zum illusorischen. Das geht schon allein daraus hervor, daß ein Vorschlag des

Erzbischofs von Mainz, die katholischen und reichstreuen lutherischen Stände in einem Bunde zu vereinigen, dessen Haupt der Kaiser, dessen Direktoren Mainz, Bayern, Sachsen und Braunschweig sein sollten, scheiterte, aber nicht allein an der Unschlüssigkeit Sachsens, welches anfangs diesem Bunde sehr geneigt war, sondern mehr noch an den Absichten der extremen katholischen Partei, welche unter bayerischer Leitung stand. Denn wir haben bekanntlich vier Parteien im Reiche: in der Mitte die toleranten Katholiken, an deren Spitze Mainz, neben ihnen die Lutheraner, welche zum Reich halten und den Frieden wollen unter der Führung des konservativen Sachsen, hinter jener aber die bayerisch-jesuitische Partei, hinter dieser die Aktionspartei der Reformierten. War die Liga, wie Maximilian versicherte, nur auf Verteidigung gestellt, so konnte der Beitritt der friedfertigen Lutheraner nur erwünscht sein. Aber Maximilian dachte an die Hilfe des Papstes und der spanischen Krone. Dieser Hilfe würde man sich berauben, wollte man mit Sachsen Hand in Hand gehen. Außerdem aber sei es nicht wünschenswert, die Protestanten darin einzuweihen, „wie willig oder unwillig, wie vermögend oder unvermögend jeder Stand, und folglich was für ein Kriegsnerv bei den katholischen Ständen vorhanden wäre." Also an Krieg, nicht an Frieden dachte dieser Fürst. Der Vergleich mit der Union war nur ein Waffenstillstand.

Maximilian war Politiker. Er ging den Ereignissen nach. Aber sobald eine Frage an ihn herantrat, faßte er sie an mit der ganzen zähen Energie seiner Natur. Jetzt tauchte die Salzburger Frage wieder am Horizont auf. Wir erinnern uns des alten Ringens zwischen Bayern und Oesterreich um dieses Stift. Diese Rivalität hatte im Jahre 1607 das Domkapitel bestimmt, ein Statut zu errichten, nach welchem die Wahl eines Prinzen aus den beiden Häusern für alle Zeiten ausgeschlossen sein sollte. Drei Gründe waren es vornehmlich, welche die Stimmung Maximilians gegen den damaligen Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau allmählich gereizt hatten. Der erste war die Opposition Salzburgs gegen die bayerische Vorherrschaft im Süden, der zweite die bisherige standhafte Weigerung des Salsburgers, Mitglied der Liga zu werden, der dritte das ärgerliche Leben des Erzbischofs, der nicht nur mit seiner Konkubine wie mit einer rechtmäßigen Gemahlin hauste, sondern auch, was man in Bayern sehr übel aufnahm, den Einfluß der Jesuiten von seinem Lande mit aller Energie fernhielt. Neben diesen Gründen schritt ein anderer, der den bayerisch-salzburgischen Salzhandel zur Grundlage hatte. Seit alter Zeit besaß Bayern die Ausfuhr des Salzburger Salzes, da Salzburg selbst keine offenen Grenzen hatte. Im Jahre 1594 hatte man sich über die Art dieser Ausfuhr geeinigt, aber dieser Vertrag wurde nun für Maximilian sehr lästig. Er wollte ihn los sein. Bayern war nach diesem Vertrag schuldig, das Halleiner Salz zu übernehmen. Maximilian war natürlich der Anschauung, daß es für Bayern besser sei, zunächst mehr eigenes, Reichenhaller Salz zu verschleißen und das fremde nur zur Deckung des Fehlbetrages zu verwerten. Aber er war an die jährliche Abnahme einer bestimmten Masse Salzes gebunden, und für jede nicht ausgeführte Salzfahrt mußte er an Salzburg 21,000 Gulden Entschädigung zahlen. Im Jahre 1609 erhielt nun Maximilian vom Kaiser die Erlaubnis, seine Mauten und Zölle zu verdoppeln. Diese Verdoppelung ließ er auch dem Salze gegenüber in Anwendung bringen. Damit ward der erzbischöfliche Salzhandel sehr geschädigt. Der Erzbischof fuhr auf, und es kam zum Bruch. Die Salzverträge wurden umgestoßen, Maximilian nahm die Kündigung an in der Meinung, Salzburg werde sich bald gezwungen sehen, seine Bedingungen anzunehmen. Da täuschte er sich. Wolf Dietrich gab sich ans Straßenbauen, um direkt mit Oesterreich und Böhmen in Verkehr treten zu können und die bayerische Durchgangsstation zu umgehen. Ebenso begann er einen direkten Salzhandel nach Tirol. Maximilian wollte dem Erzbischof in den Weg treten. Er wandte sich an den Papst und an Spanien um Vermittlung. Aber diesen Einspruch Fremder verbat sich der Erzbischof. Maximilian verlangte in Prag und Graz, man solle die habsburgischen Grenzen gegen Salzburg sperren. Aber er fand da keinen Anklang, und wäre Oesterreich frei gewesen, hätte es keine Rücksichten auf Bayern nehmen müssen, es wäre wohl um den bayerischen Salzhandel mit Salzburg geschehen gewesen. Bayern war in der Klemme. Er hatte nicht Salz genug, um die Nachfrage

zu befriedigen. Ein großer Teil seiner fränkischen Kundschaft verlief sich und wandte sich nach Sachsen. Dieser Abgang war für Bayern sehr empfindlich. In Deutschland schaute man auf. Die Union trat mit Salzburg in Verbindung und hetzte den Erzbischof weiter. Der griff zu den Waffen und besetzte das Berchtesgadener Land, ein altes bayerisch-salzburgisches Streitobjekt. Maximilian hatte den Kriegsfall. Er ließ seine Truppen marschieren, nahm Tittmoning, rückte weiter gen Laufen, der Erzbischof raffte zusammen, was er konnte und floh gen Kärnten (Oktober 1611). Ihm nach die bayerischen Reiter, die den Schwerbepackten bei seinem Uebertritt über die österreichische Grenze erwischten. In der Gefangenschaft ist Wolf Dietrich nach einigen Jahren gestorben.

Maximilian war Herr in Salzburg, das Domkapitel bat um Gnade und Schonung. Da brach die Entrüstung an allen Enden los. Es ging die Sage, Maximilian wolle das Stift behalten. Er aber retierirte. Ein solch offenbarer Gewaltakt war nicht nach seinem Geschmack. Auf Umwegen, wie in Donauwörth, das war ein besserer, gefahrloserer Weg. Ein bayerischer Prinz sollte an die Stelle des Erzbischofs treten. Aber in Oesterreich hatte man bereits mobil gemacht. Der Erzherzog Leopold sollte das Stift haben. Schon im Jahre 1607 hatte Herzog Ferdinand jenes Salzburger Statut, das die österreichischen Prinzen von Salzburg ausschloß, durch Papst Paul V kassieren lassen. Maximilian erfuhr das erst jetzt. Die Entscheidung lag am päpstlichen Hofe, und hier war man gegen das gewaltthätige Vorgehen Maximilians verstimmt. Aber Maximilian parierte. Die Religion mußte herhalten. Sein Gesandter in Salzburg, Dr. Jocher, wurde angewiesen, den Verbrechen Wolf Dieterichs nachzuspüren, um so den Papst von einem Eintreten für den Gefangenen abzuhalten. Eine lange Anklageliste ging nach Rom. Die Resignation Wolf Dietrichs wurde Thatsache, es mußte eine Neuwahl vorgenommen werden. Nun hatte Bayern das Stift, aber es hatte keinen Prinzen mehr dafür. Der Oheim Maximilians, Ernst von Köln, war eben recht zur Unzeit am 17. Februar 1612 gestorben, sein Neffe Ferdinand hatte genug zu thun, die Nachfolge in den Stiftern seines Oheims zu erlangen, und Herzog Albrecht hatte sich eben am 26. Februar mit Mechthilde, der Erbin der Landgrafschaft Leuchtenberg, vermählt. So konnte es sich nur um Installierung eines Bayern gewogenen Mannes handeln, und da wurde denn Marx Sittich Graf von Hohenems im März 1612 zum Erzbischof von Salzburg gewählt. Der Streit um Salzburg hatte also wieder einmal seine Erledigung nicht gefunden. Nur einen Salzvertrag hatte Maximilian gewonnen, der seinen Ansichten entsprach, er hatte außerdem das Versprechen des neuen Erzbischofs, Mitglied der Liga zu werden. Bis heute paradiert in den Geschichtsbüchern die schöne Phrase, Maximilian habe den Katholizismus in Salz-



Erzbischof Wolf Dietrich von Raitenau.

burg durch diesen Salzkrieg gerettet. Wir können darüber hinwegsehen, nur das eine ist von großem Interesse für uns, zu erkennen, wie die alten Existenzfragen der bayerischen Entwicklung immer wieder auftauchen, wie ihre Lösung immer wieder der Zukunft zugeschoben werden muß, da Bayerns Entwicklung zum Stillstand kam. Diese beiden Thatsachen bedingen sich gegenseitig in ihrer Negation, sie werden sich ebenso bedingen, wenn die Negation dereinst selbst negiert wird.

Für Bayern hatte dieser Salzstreit zur Folge, daß Maximilian durch einen braunschweigischen Mathematiker Heinrich Vollmar und seinen Hofbaumeister Simon Reiffenstuhl jene künstliche Wasserleitung anlegen ließ, in welcher die reichenhaller Sole durch sieben Druckwerke von Reichenhall bis zur Stadt Traunstein geführt wird. Diese Gegend war holzreicher und bot daher zum Versieden der Sole bessere Gelegenheit. Auch große Brunnenhäuser wurden gebaut und eine Straße an den Bergen hin durch die Felsen gesprengt. In den Jahren 1612—1616 wurde das Werk vollendet. Die Kosten desselben wurden zum Teil gedeckt durch die Kriegsentschädigung von 150000 Gulden, welche Maximilian von Salzburg erpreßte.

Der traurige Egoismus, in welchen die ständische Entwicklung in Bayern geraten war, der mächtige Verfall des kommerziellen und politischen Denkens in den Kreisen der Bürgerschaft wie des Adels traten namentlich hervor auf dem letzten Landtag, den Maximilian während seiner langen Regierung noch einmal am 10. Januar 1612 in München eröffnete. Es war da nur noch davon die Rede, daß die „Unterthanen" ihr unterthänigstes „rätliches Bedenken" äußern, das übrige aber der allergnädigsten Fürsorge seiner Durchlaucht überlassen sollten. Der Wille des Fürsten entschied, diese Art von „Volksvertretung" hatte vollkommen abgewirtschaftet. Von seiten Maximilians wurden Vorschläge dahin gemacht, daß die alte Schuldenlast nun ganz zu tilgen, das fürstliche Kammergut zu bessern, ein Teil der Kosten, welche die Liga und die bessere Befestigung Münchens erfordern, von den Ständen zu übernehmen seien. Die Stände gaben eine abschlägige Antwort, fügten sich aber dann doch, weil sie fürchteten, Maximilian würde sie nach Hause schicken und dann doch thun, was ihm beliebe. So wurde die Schlußschrift des Landtags am 24. Februar 1612 ausgefertigt. Die Stände versprachen Besserung des Kammerguts, die Uebernahme von zwei Drittel der für Rechnung der Liga gemachten Schulden, sie bewilligten Gelder zur Beschaffung von Wehr und Waffen und ebenso einen Beitrag auf neun Jahre für die Kasse der Liga. Hochbedeutsam aber ist die ebenso von den Ständen dem permanenten Ausschuß der „Sechszehner" nunmehr ausgestellte Vollmacht, in wesentlichen Landnöten die nötigen Gelder zu bewilligen. Der Bieraufschlag, den sie bisher von den fürstlichen Bräuhäusern bezogen hatten, wurde fallen gelassen, dem alten Herzog Wilhelm, dem Herzog Albrecht, dem Kurfürsten Ferdinand von Köln wurden die erbetenen Geldhülfen bewilligt. Dazu sollten in den nächsten neun Jahren sechs gemeine Landsteuern erhoben und keiner, auch die Geistlichen nicht, davon ausgeschlossen werden. Ebenso wurden von den Ständen drei Ständeanlagen zu je 100000 Gulden nach je drei Jahren für die Landschaftskasse bestimmt. Wichtiger als diese geschäftlichen Abmachungen ist für uns die Kenntnisnahme einzelner Thatsachen, welche auf dem Landtage zur Sprache kamen. Zunächst wies der Herzog darauf hin, daß die jährliche Geldausfuhr die Geldeinfuhr um ein bedeutendes übersteige. Wie dem abzuhelfen sei, möchten die Stände bedenken. Und da ließen sich diese nun vernehmen, um Geld ins Land zu ziehen, habe man Getreide, Salz, Pferde und Viehzucht, dann einige Handwerksgewerbe, wie Loden, Federith, Bettparchent und Leinwand. Also das bayerische Gewerbe war nur noch auf dem Gebiete der Weberei ausfuhrfähig, alles andere stellten die Landwirtschaft und die Salzwerke. Wir erkennen, wie der Rückgang zum reinen Bauerntum sich immer vollständiger vollzieht. Die Stände trugen wohl darauf an, die vorhandenen Gewerbe zu stärken und neue zu errichten, namentlich solle man sich bemühen, den einträglichen Eisenhandel wieder an Bayern zu bringen; sie wiesen darauf hin, daß die „Kommerzien" das vornehmste Mittel seien, ein Land zu bereichern, aber diese seien gerade in Bayern in vollkommenem Verfall begriffen und eine Hebung sei von der Furcht und Verzagtheit der Einwohner nicht zu hoffen, da die Gewerbsleute

nicht beliebt seien und in gebührendem Respekt gehalten, sondern von übler Nachrede verfolgt, durch starke Zölle und dergleichen gedrückt würden und man besorge, daß wirklich in Schwung gebrachte Gewerbe den Handwerksleuten wieder entzogen würden. Was man dabei im Auge hatte, geht aus der Klage der Stände gegen die starke Konkurrenz der fürstlichen Bierbrauereien hervor, von der man das Eingehen vieler Bräuhäuser und die Verarmung der Brauer befürchtete. Das damals verfaßte Beschwerdelibell zeigt uns außerdem zur Genüge, in wie bedeutendem Umfang die fürstliche Gewalt des Lebens in Bayern Herr geworden war. Da erklangen die Klagen der Geistlichen über Frondienste und Scharwerke, über die Zumutung, fürstliche Mandate von der Kanzel zu verkündigen u. s. w., da erhoben die Städte und Märkte Klage gegen die Beeinträchtigung bürgerlicher Gewerbe, über das Aufkommen der Krämerei und des Getreidewuchers, über Errichtung so vieler neuen Braustätten, über Handwerks- und Handelspfuscherei, über den Schmuggel, über die Errichtung von „Hofschenken" durch Zivil- und Militärbeamte, wo dann alle Verhöre abgehalten, alle Gerichtshändel geschlichtet würden, während die Parteien verpflichtet seien, dort zu zehren. Die Bürger, bei welchen dergleichen Schenken errichtet würden, müßten dann den fürstlichen Pflegern und Beamten jährlich eine gewisse Summe Geldes unter dem Titel einer Amtsnutzung bezahlen. Der wichtigste Klagepunkt aber betraf die Eingriffe der fürstlichen Regierung in die Autonomie und selbständige Verwaltung der Gemeinden, wodurch die bürgerlichen Magistrate in Städten und Märkten den bisherigen Einfluß verlieren mußten. So sehen wir den Verfall allenthalben und neben dem Verfall das Aufkommen des fürstlichen Absolutismus, der sich über alles auszudehnen sucht. Aber auch ein gewaltiger Fortschritt ist zu verzeichnen. Hatte noch Maximilians Vater den Ständen zur Antwort gegeben, daß eine Privatperson wohl ihre Ausgaben nach den Einnahmen berechnen möge, während die Obrigkeit erfüllen müsse, was ihres Amtes sei, ohne der Kosten zu diesem Zweck zu schonen, so ward nun von Maximilian die Anschauung kund, daß sowohl ihm, als dem Vaterlande und den Ständen „hoch und merklich viel daran gelegen", die Ausgaben nach den Einnahmen zu richten. Dazu aber sei eine gründliche Kenntnis des Betrages der Einnahmen und Ausgaben notwendig. Er forderte also die Landschaft zur Rechnungsablage auf. Damit griff er in ein altes Recht der Landschaft ein, welche eine Revision nicht zuzugeben brauchte, aber wir erkennen, daß eine gedeihliche Leitung und Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse damals eben nicht anders möglich war, als indem man in diesem Punkte Hand in Hand ging. Der Fehler war nur, daß diese Volksvertretung die innere Kraft nicht mehr besaß, die Verfügung und Verwaltung der Steuern vor Einseitigkeit zu bewahren. Diese Kraft war nur durch eine Wiederbelebung des Volkslebens selbst zu gewinnen, und solange diese Ohnmacht dauerte, war die fürstliche Bevormundung immer noch das kleinere der beiden Uebel. Wohl minderten sich die Ausgaben unter Maximilian nicht, aber die Ausgaben für seinen Hofhalt verminderte er um mehr als die Hälfte, während das Mehr der allgemeinen Ausgaben dem Lande zufloß. Und in dieser staatsmännischen Wirksamkeit liegt Maximilians unbestrittenes Verdienst. Es war der letzte Landtag für lange Zeit. Der Fürst war seiner Landschaft Herr geworden. Es war die Frage, ob es ihm nun auch gelingen würde, dem bayerischen Leben neue Bahnen zu eröffnen?

Während dies in Bayern vorging, hatte sich im Reich ein großer Umschwung vollzogen. Kaiser Rudolf II war am 20. Januar 1612 in Prag gestorben. Er hatte auch nach dem Vertrag mit Matthias das in Passau versammelte Kriegsvolk nicht abgedankt, sondern träumte immer noch von Rache an dem Bruder, der ihm fast alles genommen. Und als die Passauer Quartiere ausgesogen waren, zogen die zuchtlosen Banden, an 12000 Mann, unter der Führung des Obersten Ramée nach Oberösterreich. Erzherzog Leopold trieb weiter. Er hoffte auf Anschluß der österreichischen Protestanten. Die Astrologen hatten Rudolf Sieg verkündigt. Das alles war Unsinn. Aus Oesterreich zogen die Scharen nach Böhmen. Es galt ja die Unterwerfung dieses Landes. Budweis, Krummau, Jnhor fielen, am 13. Februar 1611 standen die Scharen Leopolds vor Prag. Maximilian von Bayern war um Beistand angegangen worden. Er lehnte es ab, da er wohl einsah, daß dieser Einfall dem Kaiser auch noch die Krone Böhmens kosten

werde. Auf der Prager Kleinseite kam es zu greuelvollen Kämpfen. Dann stockte das wahnsinnige Unternehmen. Die Böhmen rüsteten sich zur Gegenwehr. Wenzel von Kinsky errichtete mit den böhmischen Ständen eine provisorische Regierung von dreißig Direktoren. Sie riefen Matthias zum Schutz der Stadt herbei. Der rückte heran und die Passauer Räuber zogen ab. Matthias zog in Prag ein. Nach langen Verhandlungen mit den böhmischen Ständen wurde er am 23. Mai 1611 zum Könige von Böhmen gekrönt. Rudolf hatte nur mehr die Kaiserkrone, d. h. soviel wie nichts. Er mußte in die Resignation willigen, widerrief sie aber, da sie mit Gewalt erpreßt sei. Auch die Stände sahen sich von Matthias getäuscht. Die katholischen Besitzer behielten wie bisher die obersten Landesämter, die protestantische Partei fand auch bei dem neuen Könige ihre Rechnung nicht. Rudolf wandte sich an die Kurfürsten um Hülfe. Mitte Oktober 1611 trat ein Fürstentag in Nürnberg zusammen. „Die Herren Kur- und Fürsten vergaßen



Reichenhall im 16. Jahrhundert.

für die Zeit Not und Elend, berieten viel und vergnügten sich tapferlich mit guten Schmäusen und großen Banketten". Aber sie wurden manchmal durch „das trunkene Elend aufgehalten", das solchen unerhörten Gelagen folgte, persönlich im Rate zu erscheinen. Volle vier Wochen dauerte dieses fürstliche Amüsement, dann ging eine Gesandtschaft nach Prag, welche den Kaiser ersuchen sollte, zur Vornahme der Königswahl seine Zustimmung zu geben. Matthias sollte sein Nachfolger werden. Als Rudolf auch hier keine Hülfe fand, faßte er den abenteuerlichen Plan, sich an die Union zu wenden. Er stellte selbst den Uebertritt zum Protestantismus in Aussicht. Das war der Bankerott der bisherigen Regierungsweise Rudolfs. Es war der Bankerott seiner geistigen und politischen Fassungskraft, aber — und das sei hier betont — dieser Erfolg zeigte, an welcher Krankheit dieses Regiment, dieser Kaiser bisher gelitten, er zeigte, daß diese Krankheit nur noch, wenn überhaupt, durch ein Radikalmittel zu heilen war. Dieses Radikalmittel war der Krieg, eine unabsehbare Reihe von Kämpfen, welche durch einen solchen Schritt des Kaisers unfehlbar hätte eröffnet werden müssen. Dem Tode nahe faßte der kranke Kaiser diesen Plan, dem Tode nahe griff er die alten Heiratspläne wieder auf, um dem verhaßten Bruder den bösesten Streich zu spielen. Aber gleichzeitig schlossen die Erzherzoge einen neuen Familienvertrag (Dez. 1611), worin sie sich verpflichteten, künftige Zwistigkeiten in Güte beizulegen, nach Kräften die Kaiserwahl Matthias' zu betreiben und in ihren Gebieten nichts vorzunehmen, was der katholischen Religion

und dem Hause Habsburg Abbruch thun könnte. Die offensive Kraft der deutschen Ostmark war erloschen, Oesterreich fesselte seine Politik an die Vergangenheit, es lenkte mit seiner Entwicklung in konservative Bahnen zurück und trieb damit auch die Entwicklung Deutschlands abermals von sich ab und zu der eigenen im Gegensatz. Wir erkennen die Lage. In Deutschland kamen die Fürstentage auf, sie sind ein Zeichen der Zeit. Die Reichstage traten zurück. Im Hause Habsburg beschloß man Festhalten am Katholizismus. Der kranke Kaiser nur trennte sich von seinem Hause, dessen „Namen er nicht einmal mehr mochte aussprechen hören", er trat in Verbindung mit seinen bisherigen bittersten Gegnern und zeigte so trotz und alledem mit seiner kranken Erkenntnis in eine Zukunft, die zu fern lag, als daß er sie hätte herbeiführen können. So war die Lage, als Matthias die Nachfolge Rudolfs antrat. Mit unfreiwilliger Ironie meinten die württembergischen Räte: „Matthias sei der am meisten geeignete Nachfolger des Kaisers." Er war es, wenn man die Sache von der Seite auffaßt, daß an der bisherigen Art möglichst wenig geändert werden sollte. Hans Reinhard Bröncher, der Vitzum von Mainz, schrieb in jener Zeit: „Da nunmehr der Kaiser durch den Tod hinweggerafft, scheint die Gefahr eines großen Bürgerkriegs wieder hinausgeschoben. Auf wie lange, wird von denjenigen abhängen, welche ehrlich den Frieden wollen, seien sie katholische oder lutherische Stände. Raffen sie sich nicht zu gemeinsamer Verteidigung auf, so wird mit Hülfe auswärtiger Mächte eines Tages unerwartet die Kriegsfurie losbrechen." Und dann: „Finis Germaniae." Aber es gab vier Parteien im Reich. Hinter den friedliebenden katholischen und lutherischen Ständen standen zwei andere Mächte, zwei Elemente der Aktion und des jungen Lebens: die Reformierten und die Jesuiten. Sie ziehen weiter, wie bisher, sie ziehen in entgegengesetzter Richtung. Es kommt nur darauf an, daß sie an Kraft gewinnen, um den losen Zusammenhalt der Konservativen zu zerreißen. Und sie gewannen an Kraft. In das von Mainz vorgeschlagene Bündnis beider Konfessionen, der gemäßigten Katholiken und Lutheraner trat Sachsen nicht ein. An die Stelle dieses paritätischen Bundes war die bayerisch-katholische Liga getreten. Die Aktionspartei hatte einen ersten Sieg.

Im Mai 1612 traten die Kurfürsten in Frankfurt zur Kaiserwahl zusammen. Wohl hatte man daran gedacht, von dem Hause Oesterreich bei Besetzung des kaiserlichen Thrones auch wieder einmal abzusehen. Die Meinung wurde geäußert, man habe seit 1519 nicht wieder eine so volle Freiheit gehabt, wie jetzt. Und dieses Freiheitsgefühl brachte die Rückerinnerung an die damaligen ständischen Bestrebungen. Es wurde ein Vorschlag gemacht, nicht allein das Gericht, sondern auch die Regierung ständisch und zwar durch die Kurfürsten einzurichten. Die letzteren sollten eine Anzahl Personen vorschlagen, aus denen der Kaiser einen geheimen Rat bilden möge. „Der Vorschlag gehört in die Reihe der Erhebungen des ständischen Prinzips, die damals in aller Welt geschehen." Wir werden diese Bewegung im Auge zu behalten haben.

Der Hauptbewerber um die Kaiserkrone war Matthias, der König von Böhmen. Allein die geistlichen Kurfürsten mißtrauten ihm. Ihre Ratlosigkeit geht aus einem Schreiben des Kurfürsten von Köln an seinen Bruder Maximilian offen hervor. Doch gegen die Anregungen, welche von allen Seiten den Bayern-Herzog direkt aufzufordern schienen, sich um die Kaiserkrone zu bewerben, verhielt sich Maximilian kühl ablehnend. Was in der Seele dieses verschlossenen Politikers vorging, verrät sich nur manchmal in hingeworfenen Aeußerungen. So wies er die Aufforderung Ferdinands, Spanien und den Papst zum Einschreiten für die „Wahlfreiheit" der Kurfürsten zu bewegen, damit zurück, daß er wohl mit solchem Eingreifen nach der Meinung einiger Kurfürsten seine Befugnis überschreite, da er ja kein Kurfürst und daher nicht Standes und Amtes halber dazu befugt sei, sich solcher Sachen anzunehmen und den Kurfürsten ein- oder vorzugreifen. Andrerseits seien dem Papst und Spanien derartige Schritte im voraus verdächtig und würden dahin verstanden werden, als suche er hierunter sein Privatinteresse und „mehrere Hoheit." Und doch dürfen wir uns nicht dem Gedanken hingeben, als habe Maximilian nicht erkannt, wie günstig die Zeit zur Erneuerung seiner eigenen Ansprüche damals war. Nur eines hinderte ihn, solche direkt zu erheben, das Bewußtsein,

in eine Wahlkapitulation nicht willigen zu können, welche ihm als Glaubensverteidiger Fesseln auferlegt oder gar der Gegenpartei gegenüber zu Zugeständnissen gezwungen hätte. Die religiöse Einseitigkeit war das Hemmnis der bayerischen Politik, wie sie es seit den Tagen Wilhelms IV war. Und dann — darüber konnte man sich nicht täuschen — das absolutistische Wesen eines Maximilian wäre noch viel weniger wie Habsburg geeignet gewesen, der deutschen „Libertät", dem freiheitlichen Indifferentismus der deutschen Reichsstände und ihrem Egoismus Rechnung zu tragen. Die Herrschaft wohl, aber nicht diese altersschwache Kaiserherrlichkeit, die man ihm anbot, hätte einen Maximilian reizen können. So gelang es dem allmächtigen Minister Khlesel, die Bedenken der geistlichen Kurfürsten gegen die Wahl des Königs von Böhmen zu zerstreuen. Am 13. Juni 1612 wurde Matthias einstimmig gewählt.

Ueber die Wahlkapitulation war es zu heftigen Debatten gekommen. Die Streitpunkte blieben unausgetragen. Die neue kaiserliche Regierung begann mit denselben Schwierigkeiten, mit denen die alte geschlossen hatte. Reform der Rechtspflege, ein paritätisch zusammengesetzter Reichshofrat, regelmäßige Visitationen der Kammergerichtsurteile, Zulassung der protestantischen Bistumsadministratoren zur „Session", das waren die ersten Forderungen der protestantischen Kurfürsten gewesen. Ihnen war Khlesel weit entgegengekommen. Er, ein Jesuitenschüler, emanzipierte sich von dem engen Gesichtskreis der theologischen Politik und wollte dem Kaisertum die Stellung über den Parteien und dabei unabhängig vom Papsttum wiedergeben. Aber die geistlichen Kurfürsten und mit ihnen Maximilian von Bayern wollten von Zugeständnissen in dieser Richtung nichts wissen. Nicht am Kaiserhofe wurde das Schicksal der Nation entschieden, sondern die Entscheidung blieb in den Händen der Parteien.

Im April 1612 hatte der König von England mit der Union einen Vertrag auf sechs Jahre abgeschlossen, worin er sich zu einer Bundeshülfe von 4000 Mann verpflichtete. Diesem Bündnis folgte der engere Bund Englands mit dem pfälzischen Hofe. Im Februar 1613 wurde zu London die eheliche Verbindung des noch unmündigen Friedrich V von der Pfalz mit Elisabeth, der englischen Königstochter, vollzogen. Mit ungeheurem Aufwand wurde dieses Fest gefeiert, „der Wohlstand aber liegt gar darnieder im ausgemergelten Volk hört man Klagen, die ein steinern Herz rühren sollten; dabei ist landkundig, wie leer die Kassen des Kurfürsten sind und seine Schulden anwachsen." Das alles rührte die großen Herren nicht. Es war überall gleich, am Hofe zu Heidelberg, wie in Wien und Prag und anderswo, und niemals hat wohl äußerliche Prunksucht mehr dazu herhalten müssen, innere Hohlheit und Verkommenheit zu decken, wie in jener traurigen Zeit. Jakob I träumte von Königskronen für seinen Schwiegersohn. Der böhmische Thron ward für ihn in Aussicht genommen. Aber in Böhmen stand man vor dem Sturm. Der bayerische Agent Wilhelm Boden schrieb am 12. August 1612 von Prag an Maximilian: „Seit Rudolfs Absterben ist unter allen Ständen der Erbländer große Agitation. Ueberall regt sich der Geist des Republikanismus." Die demokratischen Bestrebungen wallten noch einmal mit sprühweißen Schaumwogen empor. Aber nicht das Volksleben, die Bürgerschaft, hatte die Führung, sondern der Adel. Da war kein gesunder Erfolg zu erwarten.

Khlesel nahm nun sofort diesen ständigen Bewegungen gegenüber Stellung. Die religiöse Frage war ihm doch nicht das wichtigste. Naturgemäß stellte er sich jeder Sonderbündelei in den Weg, welche nur dazu führen konnte, einseitige Interessen mit Gewalt zu vertreten. Er warnte den Kaiser vor einem Anschluß an Ferdinand von Inneröſterreich, der sich und sein Land dem römischen Stuhl unterworfen habe, er warnte aber noch mehr vor einer engen Verbindung mit Bayern, „das nach Wachstum und Herrschaft dürste und stete Aemulation gegen Oesterreich hege". Mit seinen Kompositionsvorschlägen wandte er sich an den Kurfürsten von Mainz, den wir als Führer der gemäßigten Katholiken erkannten. Khlesel meinte, man solle den Protestanten entgegenkommen, so bezüglich des geistlichen Vorbehalts, dann in der Frage der Bistumsadministratoren. Vor allem aber solle man die Union wie die Liga auflösen. In dem letzten Punkte gab ihm Johann Schweikart recht, aber er meinte, eine Auflösung müsse

gleichzeitig geschehen. Die Katholiken könnten nicht anfangen, ihr Bündnis aufzulösen, da ihnen dann jeder Schutz ihres Besitzes und Rechtes fehlen würde. Am entschiedensten aber trat Maximilian I dem Ansinnen des Wiener Hofes entgegen, der es wohl fühlte, daß Khlesels Streben, die Liga zu einem allgemeinen Bunde zu erweitern, den Eintritt des sächsischen Hauses in dieselbe zu betreiben und den Kaiser zum Haupte dieses Bundes zu machen, sich direkt gegen ihn und Bayern richtete. Er instruierte denn auch seinen Gesandten am Ligatage zu Frankfurt (März 1613) dahin, daß er sofort in seinem Namen auf das Bundesoberstenamt resignieren solle, wenn dieses Khleselsche Projekt zur Sprache komme. Auch gegen die übrigen Einigungsversuche des kaiserlichen Hofes machte Maximilian Front. „Man könne und dürfe dem vorgeblichen Besitzer des Erzbistums Magdeburg und andern Besitzern ähnlicher geistlicher Stiftungen auf Reichs- und andern Tagen weder Sitz noch Stimme gestatten.“ Es sei das dem Religionsfrieden zuwider. „Wollte man hierin mit Nachsicht verfahren, so würden die Protestanten gleich weitergreifen und eine völlige Freistellung aller Religionen fordern. Man würde auch mit den noch übrigen katholischen Stiftern auf gleiche Weise verfahren, und viele weltliche Stände würden sich als Erzbischöfe, Bischöfe und Aebte eindrängen. Dadurch müßte notwendig der deutsche alte Adel in seinen wesentlichen Vorrechten und Privilegien verkürzt werden, indem ihm überall der Zutritt zu geistlichen Präbenden abgeschnitten würde. Die Protestierenden würden auf diesem Wege die Majora erhalten. Denn nicht bloß um Magdeburg, sondern auch um die Bistümer Bremen, Halberstadt, Minden, Verden, Osnabrück, Lübeck, Ratzeburg, Hirschfeld, Meißen, Naumburg, Mörsburg, Havelberg, Brandenburg, Schwerin und Camin sei es zu thun, und wären mit diesen die Protestierenden im Fürstenrat um sechszehn Stimmen gestärkt. Im Kurfürstenrat wären zwar Paria, aber im Städterat schon wieder die Majora auf seiten der Protestierenden. Wenn dies gelitten würde, so würden die Protestierenden auf allen künftigen Reichstagen vorschlagen, schließen und exequieren, was ihnen beliebe, und in kurzer Zeit die katholische Religion aus ganz Deutschland verbannen.“ Wie innig sich politische und religiöse Gesichtspunkte bei Maximilian verschlangen, geht aus dieser Darlegung hervor. Er wollte nicht majorisiert sein, er wollte das „Recht des alten Adels“ gewahrt sehen, zu geistlichen Pfründen zu gelangen. Aber er bedachte nicht, daß die Entwicklung der Verhältnisse auch ihr Recht habe, daß, wenn einmal die Mehrzahl der deutschen Stände protestantisch war, sie unfehlbar das Recht hatten, zu verlangen, daß diese Thatsache auch in der Verfassung des Reiches zum Ausdruck komme.

Es war also die Reaktion, welche sich hier mit fanatischer Energie dem Leben entgegenwarf. Das Leben wird entweder sie vernichten oder von ihr vernichtet werden. Das ist die Aussicht.

Auch war Maximilian nicht der Meinung, daß die Katholiken wegen ihrer Ohnmacht nachgeben sollten. Würden die Katholischen, sagte er, nur fest und treu zusammenstehen, so sei für sie noch keine Gefahr, von den Unkatholischen in den Sack geschoben zu werden. Dabei aber dachte er wieder an die Hilfe der auswärtigen Mächte, des Papstes, Spaniens, der katholischen Schweizer, des Generalstatthalters der spanischen Niederlande, der italienischen Fürsten und des lothringischen Hauses, die eine völlige Unterjochung der Katholiken nicht dulden würden. Die Kriegsprobe sollte gemacht werden, da es eine ewige Schande sei, sich das Seinige ohne Schwertstreich nehmen zu lassen. So standen Maximilian und Khlesel einander gegenüber, und wie sich die Anhänger der Liga auf jenem Tage zu Frankfurt (März 1613) zusammenthaten und ihre Forderungen präzisierten, daß eine Erneuerung des Religionsfriedens keinem an einer Klage etwas benehmen, daß auf allen Reichs- und Deputationstagen in allen Religions- und Regierungssachen nach Stimmenmehrheit entschieden, daß die Session der Administratoren zurückgewiesen, die Kammergerichtsvisitationen wieder in Gang gebracht werden sollten, daß außerdem die Gerichtsbarkeit des kaiserlichen Hofrates als höherer Instanz befestigt werden müßte, so traten die Anhänger der Union in Rotenburg zusammen und beschlossen von allem das gerade Gegenteil. Es war abzusehen, daß der zum 24. April nach Regensburg berufene Reichstag schwere Arbeit haben würde.

Erst im August trat der Reichstag zusammen. Matthias hatte ein gewaltig Gefolge mit mehr denn achthundert Pferden mitgebracht, und sein Zug war „im Vergleich mit den ständischen, wie die Sonne gegen den Mond". Er trug ein weißes, golddurchwirktes, mit Perlen und Edelsteinen verbrämtes Gewand, einen kostbaren weißen Hut mit einem Reiherbusch, einen pomeranzfarbenen Mantel mit weißem Goldstück gefüttert; der Sattel und der Zaum seines Pferdes waren mit Perlen und Edelsteinen gestickt. Die Kaiserin fuhr in einem übergoldeten Wagen, auf welchem ein Löwe von Silber mit einer vergoldeten Krone stand; auch die Kutscher waren mit goldstückenen Kleidern angethan. Hinter einem der zwei Trompeter, welche blasend vorausritten, saß ein rotgeputzter Affe. So leitete sich die beginnende Tragikomödie mit einer stinkenden Lüge ein, denn die Kassen des Kaisers waren leer. Der spanische Botschafter und ein Bankier hatten einiges Geld hergeliehen, um die Kosten des Aufenthalts in Regensburg zu bestreiten. Das Prager Hofgesinde trank gekochtes Ochsenblut, um seine leibliche Notdurft zu stillen. Am Reichstag selbst kam es nur zu dem alten Streit. Es war ein klägliches Ende, als am 22. Oktober 1613 der Reichstagsabschied vollzogen wurde, ohne daß auch nur in einer der großen Fragen ein Schritt vorwärts gemacht worden war. Khlesel hatte die Nutzlosigkeit seiner Vermittlungsversuche einsehen müssen. Selbst der Appell an die Städte blieb unbeachtet. Regensburg hatte sich zur Union geschlagen. Man versprach den Städten die Restitution Donauwörths. Sie sollten dem Kaiser helfen, die Türkenhilfe gewähren. Die Städte lehnten ab. Vor Erledigung ihrer Forderungen könnten sie sich auf nichts einlassen; „insbesondere müßten die bewußten Exekutionsprozesse eingestellt werden, weil sonst der unentbehrliche Handelsverkehr gesperrt und innerliches Blutvergießen im Reich erfolgen würde." Und diese Abweisung erfuhr der Kaiser, als die Türken mit achtzigtausend Mann gegen seine Grenzen vorrückten und Bethlen Gabor mit einem türkischen Heer in Siebenbürgen einbrach. Nur die kaiserlich gesinnten Stände, unter ihnen die Fürsten von Sachsen und Hessen-Darmstadt, hatten dem Kaiser dreißig Römermonate bewilligt. Das war der letzte Reichstag für lange Zeit. Diese Kaisermacht hatte alles Vertrauen der Nation verloren, die Nation aber verlor in ihrem egoistischen Mißtrauen den gesunden Blick für die allgemeine politische Lage. In blindem Krämereifer taumelte man dem grinsenden Schicksal zu.

In Frankfurt hatte sich Maximilian I noch einmal bewegen lassen, das Bundesoberstenamt fortzuführen. In Regensburg aber war der Gegensatz Bayerns zum Hause Oesterreich offen zu Tage getreten. Immer noch laborierte die Liga an ihrem alten Grundübel. „Hochkatholische Worte führen die Bundesfürsten so ziemlich alle im Munde, aber das Zahlen, das Zahlen ist ihrer gar vielen ein schlechtes Gebet," sagte Maximilian. Wie auf Verabredung hielt man von allen Seiten mit den Bundesanlagen zurück. Der eine schützte dies, der andere das vor. Ja, von der Aebtissin Katharina von Buchau mußte Maximilian hören, „wie schimpflich es für sie wäre und welche Nachrede es veranlassen würde, wenn die Welt es erfahren sollte, daß sie ein Glied der katholischen Union wäre." Aus ihrer Ablehnung klingt das Mißtrauen gegen die Absichten Bayerns offen hervor, denn sie könne sich zu einer solchen Vereinigung um so weniger verstehen, als ihr noch nicht bewußt sei, ob der regierende Kaiser dieses Werk gutheiße oder nicht. Um der Bundeskasse aufzuhelfen, ließ nun Maximilian in Regensburg den Bundesmitgliedern eine Dezimation des Klerus vorschlagen. Die Geistlichen, zu deren Schutz das Werk besonders errichtet sei, sollten auf etliche Jahre den zehnten Teil ihrer Einkünfte hergeben, da das immerhin besser sei, „als einstens alles dahinten zu lassen". Auch könnten die ansehnlichen Einkünfte einiger unbesetzten geistlichen Stellen, mit welchen keine Seelsorge verbunden, zu einem Geldvorrat für Verteidigungszwecke bestimmt werden. Aber Khlesel gewann mit ganz anderen Vorschlägen in Regensburg Maximilian den Vorsprung ab. Die Liga aufzulösen war ihm nicht gelungen. So gedachte er sie in österreichische Gewalt zu bringen. Er fürchtete, daß Maximilian mittels der Gewalt, mit welcher er die Bundesstände beherrschte, für das österreichische Haus gefährlich werden möchte. Zwei Tage nach dem Reichstagsabschied wurde denn auch ein Bundesabschied unterzeichnet, welcher drei Kreisdirektorien errichtete und dem Herzog von Bayern das

alleinige Feldoberstenamt nahm. Das eine der Direktorien sollte bei Bayern bleiben, ein anderes, das rheinische, unter dem Erzherzog Albrecht von den Niederlanden, das dritte österreichische unter Erzherzog Maximilian von Tirol stehen. Also zwei habsburgische Erzherzoge gegen Maximilian! Eine solche Einrichtung mußte notwendig den bisherigen Einfluß Bayerns auf die Liga brechen. Dieselben Rivalitäten, welche einst den schwäbischen Bund gelähmt, traten nun wieder hervor, namentlich sollte der schwäbische Kreis dem Einfluß Bayerns entzogen und dem österreichischen Direktorium unterstellt werden. Für uns ist nun wichtig, die Gründe kennen zu lernen, mit welchen Maximilian gegen eine solche Einrichtung ankämpfte.

Zunächst wandte er sich gegen die beschlossene kaiserliche Oberdirektion, da dieselbe die Direktoren vollkommen machtlos machte. Die Stände würden auf den Kaiser hören und die Last den Direktoren allein bleiben, die kaiserlichen Minister würden die Bundesangelegenheiten nach ihrem Gefallen dirigieren und die Liga in den Aufruhr der österreichischen Unterthanen hineinziehen. Dann wandte er sich gegen das dreiköpfige Direktorium, welches nur noch mehr Verwirrung bringen müßte. Ferner sei die beabsichtigte Zuziehung protestantischer Mitglieder eine Benachteiligung der katholischen Religion, die Gewissensbedenken erregen müßte, da so nicht mehr der Bund auf den Schutz der katholischen Religion, sondern auf den Religions- und Profanfrieden gerichtet sei. An ein Zurückgewinnen der entrissenen Stiftsgüter könne man nicht mehr denken, wenn Protestanten Mitglieder der Liga würden. So beschloß Maximilian von der Führung zurückzutreten, denn er könne sich vor allem eine solche Degradierung nicht gefallen lassen, dann aber werde Bayern in dem ganzen Regensburger Abschied Oesterreich nachgesetzt, nur Oesterreich würde mit solcher Einrichtung seine Absichten erreichen, während Bayern fortwährend einer Majorisierung ausgesetzt sei. Daraus aber würde folgen, daß man alle ärgerlichen Geschäfte auf Bayern wälzen und dieses zum Exekutor Habsburgs würde. Da Bayern auf die in Mainz gelegene Bundeskanzlei keinen Einfluß habe, würden sich ferner die Stände ihrer Pflichten noch leichter und öfter entziehen, wie bisher, so daß also Bayern nur Verkleinerung und Schaden an seiner Reputation, aber gar keinen Vorteil zu erwarten habe. Maximilian fügte dem eigenhändig hinzu, daß bei der bisherigen Saumseligkeit der Stände unfehlbar die Folge sein würde, daß das geworbene Kriegsvolk nächstens dem Direktor ins Land rücke und sich so bezahlt zu machen suche. Die Stände würden nicht viel danach fragen, weil ja ihre Länder nicht beschwert sind, und den Direktor mit seinem Landschaden ruhig sitzen lassen. Dadurch würde das bayerische Land ins Verderben gezogen, ohne daß irgend einem damit geholfen wäre.

Andrerseits war aber Maximilian nicht der Meinung, aus der von ihm errungenen Stellung einfach zu Gunsten Habsburgs zu weichen, sondern er suchte sich gegen das österreichische Uebergewicht durch einen Separatbund zu sichern, den er zwischen den eifrigen und vermöglichen Ständen von Bamberg, Würzburg, Eichstädt, Augsburg und Ellwangen geschlossen wissen wollte. Dieser Bund könne dann mit den übrigen katholischen Ständen in Korrespondenz treten, aber die Frage wollte der Politiker offen gehalten sehen, wem für den Fall, daß „der Gegenteil ein Generalwerk“ machen wolle, die alleinige Direktion zu übertragen sei. Zu Anfang des Jahres 1614 ging der oberste Kanzler Joachim von Donnerberg an die Bischöfe ab. Aus seiner Instruktion spricht wiederum die Abneigung Maximilians, für Oesterreich die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Der Gesandte fand guten Willen, und so wurde für den März 1614 ein Bundestag nach Augsburg angesetzt. Der engere Bund unter bayerischer Führung kam zustande, und Maximilian war einstweilen gesichert. Im Juni trat in Bingen ein Bundestag der rheinischen Stände zusammen; es wurde beschlossen, an dem Regensburger Abschied festzuhalten und Lothringen zum Eintritt zu bewegen. Maximilian hatte seinen Zweck erreicht, durch die Absonderung dieser beiden Separatbünde war er in der Lage, mit Oesterreich um den Beitritt zum allgemeinen Bunde verhandeln zu können. Wir werden im Verlaufe dieses Ringkampfes weiter erkennen, welche Stellung die beiden Rivalen gegeneinander einnahmen.

Inzwischen hatte der Jülicher Erbfolgestreit eine Wendung genommen, welche für Bayern von höchster Bedeutung werden sollte. Am Hofe Philipp Ludwigs von Neu-

burg war der Gedanke erwacht, durch eine Vermählung Wolfgang Wilhelms mit der Tochter des Kurfürsten Johann Sigmund von Brandenburg das ganze Jülicher Erbe an das pfalz-neuburgische Haus zu bringen. Aber Brandenburg hielt zurück. Aus der Annäherung entwickelte sich eine um so größere Gereiztheit. Am Neuburger Hofe sah man sich um, wer wohl imstande sein würde, die pfälzischen Ansprüche energisch gegen Brandenburg zu vertreten. Und da fielen die Blicke Wolfgang Wilhelms auf Bayern. Eine Vermählung mit Magdalena, der Schwester Maximilians ward in Aussicht genommen. Der alte Pfalzgraf Philipp Ludwig billigte den Plan, da er nicht wußte, um welchen Preis Bayerns Hülfe erkauft werden sollte. Es war nicht mehr und nicht weniger, als die Rückkehr Wolfgang Wilhelms zum Katholizismus. Diese Bekehrungsgeschichte vollzog sich im tiefsten Geheimnis. Maximilian ward der Führer des Pfalzgrafen auf dem schwierigen Wege und am 19. Juli 1613 erreichte er das Ziel: Wolfgang Wilhelm legte das römisch-katholische Glaubensbekenntnis in München ab. Am 11. November folgte die Vermählung mit Magdalena. Ende des Jahres siedelten die Neuvermählten nach Düsseldorf über, und hier kam es nun alsbald zum Zusammenstoß.

Bisher hatten die beiden possedierenden Fürsten das Schloß in Düsseldorf gemeinsam bewohnt. Aber jetzt wollte der Brandenburger Georg Wilhelm der bayerischen Katholikin die Aufnahme verweigern. So begannen die Streitigkeiten. Sie teilten sich der Dienerschaft mit. Namentlich die Jesuiten im Gefolge der Pfalzgräfin wurden zum allgemeinen Aergernis. Es kam zu unangenehmen Auftritten. Der Pfalzgraf glaubte, eine möglichst rasche Veröffentlichung seines Glaubenswechsels werde ihm die Hülfe der Katholiken sichern. Aber Maximilian und Ferdinand von Köln hielten ihn zurück. Spanien und Frankreich sollten sich zunächst erklären. Indessen sah sich auch der Brandenburger nach weiterer Hilfe um. Die Holländer kamen und besetzten die Festung Jülich. Georg Wilhelm verlegte seine Residenz nach Cleve, Wolfgang Wilhelm bemächtigte sich Düsseldorfs, und nun bekannte er sich am 25. Mai 1514 öffentlich zur katholischen Religion. Der alte Pfalzgraf Philipp Ludwig überlebte diesen Schlag nicht lange. Am 12. August 1514 starb er zu Neuburg, nachdem er sich noch vorher bemüht hatte, die Freiheit der lutherischen Religion in seinem Neuburger Stammlande zu sichern. Sein Sohn konnte dieses Versprechen geben, da er es mit ruhigem Gewissen den Jesuiten überlassen konnte, die Lutheraner in Neuburg wie in Düsseldorf zu „bekehren.“ Für Bayern aber hatte diese Einmischung die Folge, daß sich an dem Jülicher Erbstreite der alte Gegensatz Wittelsbach gegen Brandenburg von neuem belebte.

Wir erinnern uns, daß Maximilian, als Erzherzog Leopold die Welt in Bewegung zu setzen suchte zur „Erhaltung der katholischen Religion“ in den Jülicher Landen, keine Hand rührte. Nun aber für den Pfalzgrafen, für seinen Schwager ward er plötzlich Feuer und Flamme. Nun stand die Religion in Gefahr. Weil die Generalstaaten „durch die gewaltthätige Einnahme der Festung Jülich die sämtlichen jülichschen Lande sich gleichsam impatroniert“ hätten und „von diesen Landen aus fast ohne Schwertstreich die rheinischen Erzstifter und Stifter einnehmen könnten“, so wurde auf einem Ligatage zu Ingolstadt im Juli 1614 einhellig beschlossen, dem Pfalzgrafen beizuspringen und das Feuer in des Nachbarn Haus zu dämpfen, damit es nicht auf das eigene überspringe. Es kam für Maximilian also doch sehr auf die Persönlichkeit an, die den Retter der Religion spielen wollte. Für den habsburgischen Erzherzog reichte seine katholische Begeisterung nicht aus, wohl aber für den katholisch gewordenen Wittelsbacher Pfalzgrafen. Aber wie bei dem Abschluß des Separatbundes sahen auch jetzt die Verbündeten Maximilians noch mit halbem Blick auf Oesterreich. Zunächst sollte ein Direktorentag abgehalten und der Kaiser davon benachrichtigt werden, damit er vermöge der Reichsabschiede und Exekutionsordnung gegen die Frevler vorgehe. Für Maximilian hatte dieser Bundestag den Erfolg, daß er sich faktisch als Bundesoberster behauptete und zwar unabhängig vom Einflusse Osterreichs, daß er überdies den Kreis seines Direktoriums beträchtlich erweiterte, da auch die Bischöfe von Regensburg und Passau in Ingolstadt vertreten waren und sich anheischig machten, die benachbarten Stände wieder dem engeren bayerischen Bunde zuzuführen. Wie sehr auch manche katholischen Stände, so vor allen Würzburg,

die feste Begründung des österreichischen Direktoriums wünschen mochten, so ward dasselbe doch durch den Uebertritt der meisten oberländischen Stände zum bayerischen Direktorium so gut wie aufgelöst. Was Khlesel hatte erreichen wollen, Bayern auf bayerisches Gebiet zu beschränken, geschah nun mit Oesterreich. Da mußte es zur Reaktion kommen.

Zum dritten Mal lehnte Maximilian die Aufforderung des Kurfürsten von Mainz ab, einer Versammlung der drei Bundesdirektoren beizuwohnen. Zunächst müsse sich das österreichische Direktorium einmal für sich konstituieren. Aber Erzherzog Maximilian wies darauf hin, daß zu seinem Direktorium einstweilen nichts als die österreichischen Erblande gehörten, da ja auch der schwäbische Kreis zum bayerischen Direktorium übergetreten sei. Wir erkennen, wohin die Tendenz der Habsburger geht.

Ein Konvent der Fürsten in Wesel sollte in der Jülicher Sache entscheiden. Der Konvent zerschlug sich. Der Krieg blieb im Gange. Er verschärfte sich, als nun die Spanier im Sommer 1614 aus den Niederlanden die deutsche Grenze überschritten. Wir müssen einen Blick auf die Verhältnisse in Norddeutschland werfen. Da hatte zunächst die Bewegung im Jülicher Lande ein Aufleben des Protestantismus in Aachen zur Folge. Es kam zum Aufruhr, und die Stadt verfiel abermals der Reichsacht. Kurfürst Ferdinand von Köln und Erzherzog Albrecht von den Niederlanden wurden mit der Exekution betraut. Ein Heer von 16,000 Mann unter Führung des Generals Ambrosius Spinola zog heran. Am 26. August 1614 mußte sich die Stadt ergeben. Der Katholizismus wurde wieder hergestellt. — Die Fürsten von Brandenburg und Neuburg hatten sich im Jahre 1610 an die Stadt Köln mit der Aufforderung gewendet, sie als rechte Erben der Jülicher Lande anzuerkennen und als Beschützer der Stadt anzunehmen. Der Rat sollte die Protestantisierung Kölns in Angriff nehmen und die Jesuiten vertreiben. Köln folgte dem nicht. Da wandelten im Jahre 1612 die possedierenden Fürsten das Köln gegenüberliegende Städtchen Mühlheim zu einer starken Festung um. Der Kölner Rat verwahrte sich dagegen. Die Fürsten aber ließen sich in dem begonnenen Werk nicht stören. Matthias verfügte die Zerstörung der neuen Protestantenstadt und Spinola zog nun von Aachen herbei und verrichtete den Auftrag. Dann bemächtigte sich Spinola der Städte Rheinberg und Duisburg wie der Festung Wesel, um den Holländern den Weg zu verlegen. Moritz von Oranien setzte sich dem gegenüber in den Besitz von Rees und Emmerich, welche er stärker befestigen ließ. In gleicher Zeit aber brachen Unruhen in Frankfurt und Worms aus, die sich namentlich gegen die „wucherischen" Juden richteten, Ereignisse, welche wir stets als Begleiterscheinungen nationalen Verfalls erkannten. Ebenso wurde die allgemeine Unruhe durch die Vorgänge in Niederdeutschland gesteigert. Und hier erhielt die Bewegung ihren ausgesprochenen Charakter als einer Nachwelle jener alten Rivalität zwischen Fürstentum und städtisch-bürgerlicher Autonomie, ein Charakter, den auch der Kölner Streit schon zum Teil hervortreten ließ.

Da lag die Stadt Braunschweig seit lange mit dem welfischen Herzog in Streit. Heinrich Julius starb im Sommer 1613, die Stadt verweigerte dem Sohne Friedrich Ulrich die Huldigung. Der rückte im Sommer 1615 mit Heeresmacht heran und verlangte Unterwerfung. Aber die korrespondierenden Hansestädte Lübeck, Bremen, Hamburg, Magdeburg und Lüneburg eilten der Belagerten zu Hülfe, während der Welfe sich an Christian IV von Dänemark wandte. Auf Betreiben der Hansestädte ließen die Generalstaaten den Prinzen Heinrich von Nassau mit 32 Fähnlein Reiter und 4000 Mann Fußvolk ins Braunschweigische einrücken. Im Jahre 1609 hatten die niederländischen Städte der Hansa ein Bündnis angeboten. Man unterhandelte mit Lübeck damals über einen ewigen Unterstützungs- und Kriegsbund. Noch einmal eröffnete sich damit dem deutschen Bürgertum die Möglichkeit, über den Ozean vorzudringen; noch einmal bot sich ihm die Aussicht, gelehnt an die Entwicklung der Niederlande, welche aus einer aristokratischen Bewegung in eine städtische gemündet war, der norddeutschen Aristokratie gegenüber zu fester Haltung zu gelangen. Es bezeichnet das geringe Selbstvertrauen der Hansa, daß sie auf eine solche Kombination nicht einging. Gegenüber den städtischen Republiken schritt die protestantische deutsche Aristokratie immer mächtiger vorwärts, während in den Niederlanden sich die Provinzen zu überwiegend städtischen Gemeinwesen ausbildeten und

der Einfluß der Aristokratie zurücktrat, und während damit gleichzeitig das Uebergewicht der niederländischen Flagge auf den fremden Meeren zu höchster Machtentfaltung emporstieg, geriet die Hansa in Deutschland in neuen Kampf mit den aristokratischen Mächten des Nordens, um die Herrschaft in der Ostsee. In diesen Kampf sprangen nun die Niederländer noch einmal hinein, und ihr Auftreten auf dem Kampfplatz ward von Lübeck und Hamburg mit Jubel begrüßt.

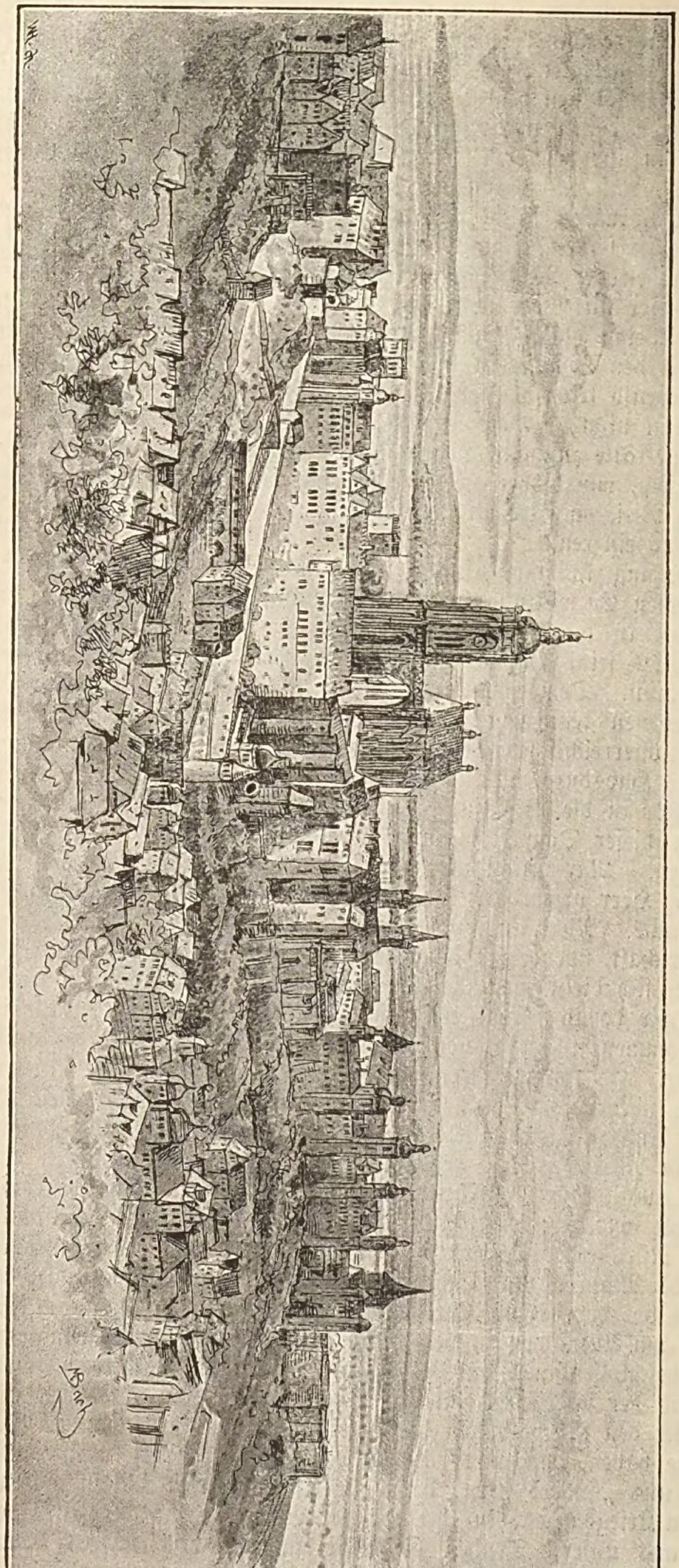
Umsonst rief Friedrich Ulrich nach fremder Hülfe, umsonst mahnte er: „die Städte gehen damit um, einen Fürsten nach dem andern zu ruinieren und eine Schweizerei einzurichten, daher es hohe Zeit, daß sich die Fürsten zusammenthun und den Sachen steuern," „aber es wollte sich niemand an die Sache groß kehren, insonderheit da die Gefahr größer ward, und die Macht der Städte auf die Beine kam. Was der König von Dänemark that, geschah nicht so sehr um des Herzogs willen, als aus Haß gegen die Städte und wegen seines eigenen Besten, in der Hoffnung, durch Eroberung der Stadt Braunschweig hernach seinen Willen mit Lübeck und andern Städten mehr zu schaffen." Der Herzog wurde zur Aufhebung der Belagerung genötigt. Er mußte mit der Stadt einen ungünstigen Vertrag schließen. Aber Kaspar Schoppe traf ins Schwarze, als er behauptete, „die Holländer durften in Wahrheit sich rühmen, sie seien allbereits so gut wie prinzipale Gebietiger und Meister am Rhein und im Norden des Reichs; die Hansa war gleich wie ohnmächtig ohne den Willen der Herren-Staaten." Die Gesandten der Holländer saßen auf Hansatagen an erster Stelle. Das Bündnis der Hansa mit den Holländern kam 1616 trotz der kaiserlichen Abmahnungen zustande. Daß der Kaiser ohnmächtig war, die norddeutschen Städte gegen dänische Vergewaltigung zu schützen, wußte auch Christian IV, der auf diesbezügliche Vorstellungen an Matthias die Antwort gelangen ließ: „nicht das Reich, sondern Dänemark habe zu allen Zeiten die Herrschaft über die Ostsee ausgeübt." Im Jahre 1615 hatte er die Freiheiten der Hansestädte aufgehoben und ihnen den Handel in seinem Reiche untersagt. Dann dachte er an Erwerbung des Erzbistums Bremen, aber die Hansa und die Holländer traten ihm in den Weg. Gegen diese demokratische Bewegung in Niederdeutschland rief Matthias am 21. März 1616 die Reichsstände an. „Es ist landkundig und offenbar, wie frei und weit seither, nachdem sich die Staaten des gewaltigen Reichs-Meerhafens zu Emden bemächtigt, ihr Uebermut, stetiges Fürbrechen und Gewaltübung im Reich bei den Erz- und Stiftern Köln, Münster, Paderborn, Hildesheim, in den Fürstentümern Jülich, Cleve und Berg, in den Graf- und Herrschaften Mörs, Ravensberg und anderwärts gestiegen und überhand genommen." Die vornehmsten Pässe am Rhein, Maas, Ems und Weser und durch den neuen Bund mit den Hansestädten auch der Elbe und des Oberstromes seien in der Gewalt der Holländer, sie näherten sich dem Herzen des Reichs. Die Frage wurde erwogen, warum sich die Holländer so sehr für die Stadt Braunschweig ins Zeug gelegt. Der Herzog sei doch verschwägert mit ihrem Bundesgenossen, dem Brandenburger; die Religion könne nicht die Ursache sein, da man in Braunschweig vom Calvinismus nichts wissen wolle. „Was könnt ihr nur für eine Ursache fürwenden, als den Haß des fürstlichen Regiments und die Liebe des volklichen Regiments? Ueberdies ist Magdeburg in euer Verbündnis aufgenommen. Ich möcht wohl wissen, warum eine Stadt, die so weit von euch entlegen ist, euer Bündnis begehrt? Ich weiß, was ihr antworten könnt: nämlich ihr streitet wider alle Fürsten für alle Städte."

Und die Fürsten horchten auf. In dem Schreiben eines württembergischen Rates an einen brandenburgischen Rat vom 29. November 1614 tauchte diese Besorgnis vor der Demokratie empor. Da wird vor einem zu engen Anschluß der Fürsten an die Holländer direkt gewarnt. Eine solche Union könne nur zum endlichen Ruin und Untergang der deutschen Libertät und Freiheiten und zum Verderben der Kurfürsten, Fürsten, Herrn und des Ritterstandes ausschlagen. „Denn es ist gewiß und gibt es auch der Generalstaaten Politik in allem zu erkennen, daß sie sowohl unter sich selbst, als in den Landen, die sie in ihre Devotion bringen, keine andere als nur eine demokratische Regierung leiden." Keinem Fürsten und Kurfürsten wollen sie im Range weichen, „ob sie gleich großenteils nur Kaufleute, Künstler und sonst sehr geringen Herkommens sind."

„Wer wollte sich je die Gedanken machen, daß sie solche stattlichen Erzbistümer und Bistümer, Stifter, Abteien und andere Güter wieder aus ihren Händen lassen und nicht vielmehr unter dem Vorwand ausgelegter Kriegskosten behalten, mit überflüssigen Garnisonen besetzen, befestigen, die Kriegskosten täglich erhöhen, und, da es unsere gnädigsten und gnädigen Fürsten und Herren denselben abzustatten unmöglich wäre, sich durch solches Mittel ohne einigen Verdacht in ihr Recht zu Herrn der pfäffischen Lande und Güter machen, uns die Feigen zeigen, und das Nachsehen mit Spott haben lassen würden?" Zur Ausbreitung ihrer Herrschaft würde nicht nur das fremde Volk in der Pfalz und einigen Reichsstädten gute Dienste leisten, sondern sie könnten sich auch die Erreichung ihres Zweckes durch das Bestreben der Reichsstädte erleichtern, „eine Universaldemokratie aufzurichten und alles, was dieser im Wege steht, auf die Seite zu schaffen." Der gute Mann besorgte, man könne vielleicht die Rechnung ohne den Wirt gemacht haben, wenn man vermeine, im Bunde mit den Holländern die Papisten und Pfaffen zu vertilgen. Das könne den Protestanten ebenso leicht passieren. Denn mit Hülfe der Generalstaaten gehe es nicht, ohne sie erst recht nicht, da die Papisten den Protestanten in allem weit überlegen wären, wenn sie ihre Kräfte zusammennähmen. Darum meinte er, es sei besser, „das ganze Werk sitzen zu lassen, wie bisher zu lavieren, sich mit der begehrten Erläuterung und Verbesserung des Religionsfriedens aufzuhalten und bis zu einer anderen bequemeren Gelegenheit zu temporisieren."

Wir mußten diese Bewegung ins Auge fassen, weil in ihr ein Moment der damaligen west- und niederdeutschen Entwicklung in die Erscheinung tritt, weil wir also zu erkennen vermochten, wie selbst in dieser wirrenvollen Zeit die natürliche Entwicklung eines Teiles des deutschen Volkes seine Bahnen einhielt, wie die alten Gegensätze immer noch lebendig und wirksam waren. Demgegenüber haben wir ein anderes Entwicklungsmoment in den östlichen Gebieten kennen gelernt, so namentlich in der aristokratisch-ständischen Bewegung in den österreichischen Erblanden. Wäre diese Bewegung weiter gegangen, so würde das Haus Habsburg auseinandergefallen und das katholische territoriale Fürstentum immer tiefer in die Bewegung der ständischen Aristokratie hineingezogen worden sein. Inmitten dieser Doppelbewegung aber gab es bereits einen festen Punkt: das Herzogtum Bayern. Maximilian war der ständisch-aristokratischen, wie der ständisch-bürgerlichen Bewegung Herr geworden. Das Schicksal Bayerns ist darum typisch für die Entwicklung Deutschlands. Nicht anders, als auf diese Weise der Begründung der fürstlichen absoluten Herrschaft über einer bäuerlichen, sowohl geistig wie materiell nivellierten Volksmasse werden sich die Gegensätze beseitigen lassen, denn trotz der demokratischen Bewegung müssen wir daran festhalten, daß die städtische deutsche Kultur in diesem Zeitraum bereits vollkommen stillstand, von ihr also keine Wiedergeburt des deutschen Lebens zu erwarten war. Es konnte sich nur mehr darum handeln, das sinkende Leben der Nation vollkommen zu vernichten und auf diesem nivellierten Boden vielleicht ein neues Leben zu beginnen. Und zu diesem Ziele trieben die Ereignisse mit aller Macht.

Bis zum Unionstage in Nürnberg (5. Februar 1615) hatten die Unierten nur gestrebt, ihr Bündnis weiter auszudehnen. Man war mit dem jungen Schwedenkönig Gustav Adolf in Korrespondenz getreten; französische, englische, dänische und holländische Gesandten erschienen jetzt in Nürnberg. Es wurde beschlossen, mit den protestantischen Ständen Böhmens, Oesterreichs, Mährens und Schlesiens in guten Beziehungen zu bleiben, und noch in demselben Jahre bat der Herzog Karl Emanuel von Savoyen, der nach dem Herzogtum Mailand trachtete, um Aufnahme in den Bund. Und nun auf einem Städtetag in Eßlingen (Oktober 1615) beschlossen auch die Reichsstädte, der Union beizutreten. Noch einmal kam hier der Gegensatz der städtischen und fürstlichen Politik zum Ausdruck. Ein Nürnberger Ratsherr widerriet den Reichsstädten die Beteiligung am Fürstenbunde. Der Eintritt würde nur zur Folge haben, daß man bald zu den Waffen greifen müsse. Die Fürsten und Herren werden uns „anders nicht, denn für eingemauerte Bauern achten" und die Leitung des gesamten Kriegswesens in ihre Hände bringen. „Auf dem Unsrigen wird man die Quartiere, aus unsern Truhen die Besoldungen, aus unsern Kornkasten den Proviant nehmen." Mit dem Kriegsvolk würden die Fürsten von den Städten



Das Schloß in Prag im Jahre 1618.

herauspressen, was ihnen gelüstet. Dazu würden Handel und Gewerbe stocken; die kaiserliche Acht würde die Städte und die Beschlagnahme ihre Waren im Auslande treffen. Bei einer Niederlage — „wer wird die Städte, welche allein vom Kaiser ihre Freiheit haben, beschützen?“ Ueber sie wird das ganze Bad ausgehen. Der Sieg aber würde nur dem Fürstentum Nutzen, den lutherischen Städten aber den Calvinismus bringen. Mit dem Versprechen eines jährlichen Beitrags von 45,000 Gulden traten trotzdem die Städte der Union bei. Aber wir erkennen, wie das städtische Leben gleich dem sächsischen in konservative Bahnen eingelenkt war, und ob man auch dem Bunde der Fürsten beitrat, die städtische Politik besaß nicht mehr eigne urwüchsige Kraft genug, mit der fürstlichen den Wettkampf aufzunehmen. Der Nürnberger Ratsherr sah das Kommende voraus. Die städtische Kultur stand still, die städtische Politik wird sich der fürstlichen zu fügen haben.

Während sich also die evangelische Union verstärkte, brach in der katholischen Liga der Zwist mit erneuter Heftigkeit aus. Erzherzog Maximilian, nicht zufrieden mit der ihm in Regensburg zuerkannten Stellung eines Mitdirektors, forderte nun, daß der Kreis des bayerischen Direktoriums beschränkt werde. Wenn nicht die katholischen Stände Schwabens und namentlich der Bischof von Augsburg in das öster-

reichische Direktorium eintreten würden, wolle er an der Union der Katholiken keinen Anteil haben. Auf einem Tage zu Ueberlingen (Frühjahr 1615) setzte er seine Forderungen zum Teil durch. Augsburg erklärte sich zum Eintritt in das österreichische Direktorium bereit, ohne dabei aus dem bayerischen scheiden zu wollen. Allein der Erzherzog trieb weiter, er wollte Augsburg ganz haben. Bis zu welchem Grade sich die österreichischen Forderungen verstiegen, zeigt ein Schreiben Maximilians an seinen Bruder Ferdinand von Köln (4. August 1616). „Der Erzherzog", heißt es da, „hat unlängst eine Schickung an mich gethan und hauptsächlich alle Land und Leute für Oesterreich angesprochen, welche über dem Lech liegen und wohnen, unter dem neuen unerhörten Vorwande, daß Bayern sich nur bis an den Lech erstrecke, und man von des Hauses Bayern wegen darüber nichts zu prätendieren habe." Bayern stand damals mit Christof von Fugger wegen Erwerbung der Herrschaft Mindelheim in Unterhandlung, welche denn auch im Jahre 1617 gegen Bezahlung von 600,000 Gulden an Maximilian überging. Aber das waren nicht die einzigen Streitpunkte. Auch der bayerische Salzhandel sollte beschränkt werden. Dazu fühlte sich Maximilian in seinem Besitz bedroht, der ja namentlich bei Schongau und Landsberg den Lech bedeutend überschritt.

Es war nicht die Religionssache allein, welche hier von Bayern vertreten wurde, sondern im Kampf mit Oesterreich trat die territoriale Tendenz der bayerischen Politik wieder hervor. Maximilian wollte hier im Westen freie Hand haben. Am 31. Oktober 1616 schrieb er seinem Bruder in Köln: denn sollt es dahin geraten, daß man von jedwedem österreichischen gesuchten und nicht erwiesenen Interesse, oder vielmehr ihrer ragion di stato wegen gleich alles mit Spott und Schaden müßte unterlassen, was ihnen nicht annehmlich noch gefällig; so haben Euer Liebden zu erachten, was für Disreputation und Schimpf nicht allein unser Haus zu gewarten, sondern auch, daß man sich von nun an einige Hoffnung nicht zu machen habe, das bayerische Territorium eine Spanne groß zu extendieren, mit was Recht und Fug es auch sein mag; welche österreichische gesuchte Souveränität über das Haus Bayern auch in andern Fällen zum schädlichen und schimpflichen Exempel wird vollzogen werden." Der Mann steht vor uns, der einst behauptete, alles politische Ansehen beruhe auf wohlgefüllten Kassen oder auf großem Länderbesitz. Der Mann steht vor uns, dem man von päpstlicher und spanischer Seite wegen des Strebens nach eigenem Wachstum mißtraute. Der Rivale Oesterreichs steht vor uns, der territoriale Souverän und Monarch, welcher die Souveränität des habsburgischen Kaiserhauses gleich seinen Vorfahren bekämpfte. Wie Oesterreich glaubte, Bayern habe nichts jenseits des Lechs zu suchen, so war Maximilian der Ansicht, daß Oesterreich seine Verstärkung im Osten suchen solle. Da sei, meinte er, noch das ansehnliche Erzstift Salzburg, die Stifter Trient, Brixen, Olmütz, Breslau und dergl. übrig, über welche das österreichische Direktorium sich erstrecken könne. Wir wissen aber, daß dieses Wünschen und Suchen einem andern Gesetze unterstand, als dem persönlichen Willen. Auf dem Wege gegen Osten war Oesterreich an ein Hindernis gekommen. Die Türken standen ihm im Wege. So lenkte die Bewegung zurück gegen Westen. Da stand Bayern. Hier ließ sich nichts machen, und so sprang die Bewegung über Bayern hinüber, im schwäbischen Kreis wurde Oesterreich zum Rivalen Bayerns. Und Mainz war für Oesterreich. Es riet zur Ueberlassung des Augsburger Stiftes an das österreichische Direktorium, und Maximilian fügte sich, kündigte aber zugleich an, daß er das Direktorium des bayerischen Ligakreises niederlege. (Anfang 1616.) Gleich dem Erzbischof von Salzburg wolle er nur nach Gutbefinden und ohne bestimmte Verbindlichkeit an der Liga teilnehmen, da er sich nicht entschließen könne, „wie Knechte der andern Befehle auf sich zu nehmen." Er betonte mit Nachdruck, daß nicht er in Gefahr sei, sondern die „ansehnlichen Erzbistümer, Bistümer und Stifter sind der Kranz, um den man streitet." Seinem Hause wachse aus der Erhaltung dieser Stifter kein Vorteil zu, ihr Besitz komme nicht dem Hause Bayern, „sondern vielmehr das Haus Bayern denselben Erzstiftern und Stiftern zu statten." Alle Bitten der Bischöfe blieben vergeblich. Maximilian beharrte bei dem Entschluß, den er gefaßt. Die Liga lag in Trümmern. Der Plan des Bischofs Khlesel hatte sich nach dieser Seite erfüllt. An die Stelle Bayerns war Oesterreich als Oberster der Liga ge-

treten. Der territoriale Rangstreit war einstweilen scheinbar zu Ungunsten Maximilians entschieden. Einstweilen! Aber Max konnte warten.

Die Rivalität zwischen Oesterreich und Bayern trat nun auch in den Reichsfragen offen zu Tage. Es handelte sich da um „Komposition" und „Succession." Das erste Fremdwort bezweckte den Vergleich der Gegner, einen Vertrag, der ähnlich dem passauischen den Frieden wieder herstellen und sichern sollte. Khlesel war der Meinung, die Katholiken sollten die Hand zu einem solchen Vergleiche bieten, denn vorher würden die Protestanten nicht für eine Nachfolgewahl im habsburgischen Sinne zu haben sein. Khlesels Politik blieb nun wieder eine Zeit lang in dieser Zwickmühle. Das Drängen des Erzherzogs Maximilian zur Ordnung der Nachfolge schob er zurück mit dem Hinweis auf die unerledigte Kompositionsfrage, und hier kam man nicht vorwärts, weil die geistlichen Kurfürsten, wie der Herzog von Bayern, von Vergleich nichts mehr wissen wollten. Indessen schritt die Parteiung ihren Weg. Eine erbitterte Feindschaft that sich zwischen Khlesel und den Erzherzogen Maximilian und Ferdinand auf, welche in ihm den Mann erkannt hatten, der seine Herrschaft über den Kaiser nicht durch die Wahl eines römischen Königs gefährdet sehen wollte.

Erzherzog Maximilian hatte den Plan gefaßt, mit Unterstützung der Höfe von Madrid und Brüssel solle auf Reichsboden eine Heeresmacht unter der Führung des Erzherzogs Ferdinand von Steiermark aufgestellt werden, „um die Ungehorsamen zu schrecken, die Parteilosen zur Erweisung ihrer Schuldigkeit zu bewegen und die Gehorsamen zu stärken." Die Liga sollte als Reserve hinter diese kaiserliche Macht treten. Zu Anfang des Jahres 1616 legte der Erzherzog seinen Plan dem Kaiser vor. Auf diese Weise sollte der Wahl Ferdinands von Steiermark der Weg geebnet werden. Die geistlichen Kurfürsten seien zur Wahl bereit, Sachsen werde zu haben sein, und wenn auch Pfalz und Brandenburg sich nicht beteiligen würden, so könne man doch zur Wahl schreiten, da sich die Minderheit der Mehrheit fügen müsse. „Die Designation seines Nachfolgers auf dem deutschen Thron", meinte der Erzherzog, „müsse sich der Kaiser unbeschadet der Wahl vorbehalten." Das hieß mit andern Worten: Die Kurfürsten können nicht wählen, wen sie wollen, sondern sie haben den zu wählen, der ihnen vom Kaiser vorgeschlagen wird. Also ein Bestätigungsrecht, kein Wahlrecht! Damit war das vermeintliche habsburgische Erbrecht offen ausgesprochen und betont. Die Denkschrift des Erzherzogs geriet den Gegnern in die Hände. Durch Christian von Anhalt erhielt Maximilian von Bayern Kunde von dem Plan. Er sprach seine Unzufriedenheit damit aus. Man habe den Gegnern versichert, die Liga sei ein bloßer Verteidigungsbund, hier aber sei offenbar Angriff der Zweck. „Dieser Umstand und daß die Gegner nun klar einsehen, es fehle nur an den Mitteln, nicht an dem Willen, ihnen zu schaden, werde diese aufs neue mißtrauisch und doppelt gefährlich machen." Aber Maximilian fürchtete auch für sich. Diese Heeresmacht sei für ihn, für das bayerische Haus und für andere Häuser weder nützlich noch gefahrlos, „da man bekanntlich bei den Streitigkeiten, welche er seit einiger Zeit mit dem Hause Oesterreich führe, ihm immer gewaltthätiger zusetze und nichts auf dem Wege Rechtes, sondern alles durch unumschränkte Machtvollkommenheit durchzusetzen suche." So schrieb Max am 23. August 1616 an seinen Bruder Ferdinand. Der war von diesen Aeußerungen nicht wenig betroffen, er frug an, „ob er sich etwa in Ansehung der Nachfolge geirrt habe? Maximilian habe ja nie einige Lust dazu bezeigt." Gewiß, Maximilian hatte kein Verlangen nach der Krone, aber es empörte ihn die Art und Weise, wie das Haus Oesterreich den deutschen Thron gleichsam als sein Eigentum an sich zu reißen suchte, wie es hochmütig jede etwaige andere Kandidatur von vorneherein abwies. Und wenn auch Maximilian seinem Bruder meldete, er solle sich betreffs der Wahl nicht abhalten lassen, da sich zu derselben „eben solches Subjekt (Ferdinand von Steiermark) in Mangel anderer selbst an die Hand gebe", so dürfen wir doch daran festhalten, daß Maximilian eine einstimmige Wahl, durch welche sich zugleich die Wähler zu seinem Schutze gegen Habsburg verpflichtet hätten, nicht würde abgelehnt haben.

Alles war in Aufregung und Verwirrung, als die geistlichen Kurfürsten am 14. November zu einer Tagsatzung in Koblenz zusammentraten. Da faßten sie den Beschluß,

die Wahl Ferdinands zu betreiben, aber auch Maximilian wieder für die Liga zu gewinnen. Max aber lehnte die dahin zielenden Anträge rund ab. „Nicht um Augsburg und Ellwangen sei es hauptsächlich zu thun, sondern um etwas ganz anderes: nämlich zu verhüten, daß er, das bayerische Haus und andere katholische Stände nicht Sklaven Oesterreichs würden." Dabei betonte er, daß seine Privatstreitigkeiten mit dem Erzherzog Maximilian „sich nicht wohl auf dem Wege der Güte" würden ausgleichen lassen. Der Streit um Mindelheim hatte namentlich Maximilians Unmut in hohem Grade erregt.

Auf dem Grunde dieses österreichisch-bayerischen Zwistes schien sich nun das Verhältnis der Wittelsbacher unter einander zu einem vertraulicheren gestalten zu wollen. Es ist dieselbe Erscheinung, der wir zuletzt noch bei dem Streite um Jülich begegneten. Kaum hatte Maximilian zu Anfang des Jahres 1616 sein Bundesoberstenamt niedergelegt, als ein Teil der Unierten beschloß, sich an ihn, statt an Oesterreich zur Wiederherstellung der allgemeinen Ruhe zu wenden. Er sollte das Haupt eines allgemeinen deutschen Bundes werden. Im Mai 1616 überbrachte der Herr von Freiberg zu Oeptingen die Vorschläge an Maximilian. Urheber des Planes waren der Kurfürst von der Pfalz und Christian von Anhalt. Baden und Württemberg stimmten den beiden zu. Der Plan ging dahin, daß ein Bund errichtet werde. An die Spitze des Bundes sollte Bayern treten. Das Bundeshaupt sollte zugleich das Haupt eines Bundesgerichtes sein. Dieses müßte paritätisch zusammengesetzt werden. Für den Fall der Nichteinigung sollte dem Bundesobersten die Entscheidung zustehen. Dann sollten die Reichspfandschaften, wie Schwaben und dergleichen, ausgelöst und dem Bundeshaupte übergeben werden. Nichts stände dem im Wege, als der Zweifel wegen der Religion. Wenn Bayern darüber beruhigende Versicherungen gebe, wäre alles in Ordnung. — Es war ersichtlich, dieser Plan richtete sich gegen die Wahl Ferdinands zum deutschen Kaiser. Und Maximilian wies ihn nicht kurz von der Hand, zumal man ja hier seinen Bestrebungen gegen Schwaben hin entgegenzukommen schien. Ferdinand von Köln wurde von den Unierten in die Sache eingeweiht. Er kam im August 1617 nach München, er unterhandelte mit Frankreich, und die neue Verbindung zwischen den Höfen von München und Heidelberg erregte alsbald allgemeines und öffentliches Aufsehen.

Wie hier die Wittelsbacher zu einander in engere Beziehungen traten, so auf der andern Seite die Habsburger. Es war die spanische Linie, mit der nun die Erzherzoge Maximilian und Ferdinand ein Abkommen trafen. Philipp III von Spanien hatte nämlich für sich selbst an Erwerbung der Kaiserkrone gedacht. Dann arbeitete der spanische Gesandte Don Zuniga in Prag für die Erhebung des zweiten Infanten Don Carlos. Auch glaubte Philipp III, als Sohn einer Tochter Kaiser Maximilians II, beim Erlöschen der männlichen Nachkommenschaft des Kaisers ein näheres Erbrecht auf die Kronen von Ungarn und Böhmen zu besitzen, als die steiermärkische Linie. Natürlich waren die deutschen Habsburger solchen Plänen entgegen. Aber der Zwist gab dem Minister Khlesel ein neues Mittel an die Hand, die Nachfolgeordnung abermals in die Ferne zu schieben. Der neue spanische Gesandte Graf Onate brachte die Sache wieder in Fluß. Ferdinand schloß mit ihm einen geheimen Vertrag (31. Januar 1617), worin dem Könige von Spanien für seine Unterstützung in der Nachfolgefrage jedes freiwerdende Reichslehen in Italien zugesichert wurde, dabei sollten in den Erbländern die männlichen Nachkommen des Königs den Vorzug vor den weiblichen Ferdinands haben, und ferner sollte der Elsaß an Spanien abgetreten werden. Spanien arbeitete nun für Ferdinand. Matthias und sein „Direktor" Khlesel mußten sich fügen. Zum 5. Juni 1517 wurde der böhmische Landtag einberufen, und Ferdinand wurde hier beinahe einstimmig als König „angenommen." Der Protest einiger Oppositionsführer, namentlich des Grafen Thurn gegen die Verletzung der böhmischen Wahlfreiheit kam nicht zur Wirkung. Ferdinand stellte den Protestanten eine Verschreibung aus, und so wurde er am 19. Juni feierlich gekrönt.

In der gleichen Zeit aber drängten auch die Unierten weiter in Maximilian. Jetzt forderten sie den Herzog in bestimmter Weise zur Annahme der Kaiserwürde auf. Die Stimmen von Kurpfalz und Köln seien ihm sicher, Brandenburg, Sachsen und Trier würden zu haben sein. Maximilian forderte für den Plan das Gutachten seiner Räte.

Die verwarfen ihn ganz und gar, erklärten ihn für eine calvinische Schlinge. Nicht das sei die Absicht der Calvinisten, dem Herzog die Krone oder Gutes zu gönnen, sondern nur demselben den äußersten Haß zuzuziehen und ihn als Mittel zu gebrauchen, um sich selbst der Krone, oder doch des Reichsvikariates zu bemächtigen. Und diese Diplomatenansicht behielt die Oberhand, ob die Verhandlungen gleich noch eine Weile fortgesetzt wurden. Was den Herzog zurückhielt, war die Befürchtung, mit dem Hause Oesterreich in Irrungen und so ganz in Abhängigkeit der Calvinisten zu geraten. Der Herzog würde der Gegenstand des Hasses der vielen Anhänger Oesterreichs werden, und dieses selbst habe die Macht, ihn auf mannigfache Weise zu bedrängen, so durch eine Handelssperre. Man solle sich nur an das Beispiel Ludwigs des Bayern erinnern. Aber wir dürften es bezweifeln, daß Maximilian auch der Ansicht seiner Räte war, die Unierten wollten ihn bloß an der Nase herumführen und als Mittel für ihre Zwecke gebrauchen. Früher wie später hat er es bewiesen, daß er sich wohl davor zu wahren wußte, nach der Pfeife anderer zu tanzen, und wäre das allein der Grund seiner Zurückhaltung gewesen, er würde es sicher darauf haben ankommen lassen. Der Hauptgrund, der Wittelsbach trennte, war die Religion. Hierin stand ihm Habsburg näher, als die pfälzischen Calviner. Noch im Februar 1618 kam Friedrich V von der Pfalz nach München, um seinen persönlichen Einfluß bei Maximilian geltend zu machen. Der aber stellte die Frage zurück. „Gott und der Zukunft" wolle er alles befehlen.

Hauptursache aber, warum Maximilian gar keine Eile zu haben schien, war wohl der Umstand, daß es ihm mittlerweile gelungen war, seine isolierte Stellung neu zu befestigen. Die Bischöfe von Bamberg, Würzburg, Eichstädt und der Probst von Ellwangen waren unausgesetzt in ihn gedrungen, sie in seinen besonderen Schutz zu nehmen. Und während die alte Liga völlig auseinanderbrach und das österreichische Direktorium es zu keinem Leben zu bringen vermochte, schuf Maximilian mit jenen geistlichen Fürsten einen neuen Kern, an den sich mit der Zeit noch andere Kräfte anzuschließen vermochten. Es wurde im Mai 1617 eine „vertrauliche nachbarliche Versicherung" getroffen. 35 Römermonate sollten zunächst in die Bundeskasse entrichtet, 35 weitere aber bereit gehalten werden. Der Herzog erhielt für den Kriegsfall die vollste und unbeschränkteste Gewalt. Der Bund war ein Verteidigungsbund, und die Genossen wurden verpflichtet, dem Herzoge Beistand zu leisten für den Fall, daß er von „irgend jemand, wer der auch sein möchte", angegriffen würde. Anzeige an den Kaiser erfolgte diesmal nicht. Die religiöse Tendenz trat zurück hinter der politischen, das Haus Oesterreich war es, gegen welches sich Maximilian in dieser Weise zunächst sicher stellte, denn über dessen rechtswidrige und gewaltthätige Handlungen ergossen sich damals seine Klagen, und von anderer Seite war keine Feindseligkeit zu erwarten. Sein Bruder Ferdinand bat um Aufnahme in diesen Bund. Max wies ihn ab, da es nicht in seiner Absicht liegen konnte, die Tendenz des Bundes durch Aufnahme andrer und ferner liegender Gesichtspunkte verschieben zu lassen.

Wir erkennen, wie die bayerische Entwicklung nach einem Ausweg suchte, wie Maximilian, wie die Persönlichkeit unter das Gesetz dieser Bewegung tritt, welche sich vollkommen analog der früheren vollzieht und vollziehen muß. Entweder wächst Bayerns Einfluß, angelehnt an die pfälzischen Verwandten, gegen Westen und Norden, über Schwaben und Franken, oder der Osten behauptet noch einmal sein Uebergewicht und zieht Bayern an die Seite Oesterreichs zurück. Das Hindernis der ersten Bewegung bildet die Religion, und daß man die Möglichkeit ins Auge faßte, den Kurfürsten von der Pfalz zum Katholizismus zurückzuführen, ist hochbezeichnend für das Streben einer Ausgleichung und Konsolidierung der wittelsbachischen Interessen. Wenn Kurpfalz katholisch würde, meinte man in Bayern, so sei das das einzige Mittel, „die Interruption des Hauses Oesterreich bei dem Reich zu erlangen." Dann aber sollte Kurpfalz die Kaiserwürde erstreben, und wenn es da reussiere, „so würden das bayerische und das pfälzische Haus ihre Macht bis in die Niederlande erstrecken." Eine solche Wendung war aussichtslos, aber die Korrespondenz der beiden Räte Jocher und Camerarius dauerte trotzdem fort bis Ende des Jahres 1619, und auch der pfälzische Rat Camerarius erinnerte an Ludwig den Bayer, aber in anderem Sinne, als es von Bayern geschehen war.

„Mir thut es im Herzen wehe“, schrieb er am 4. Januar 1619, „daß nicht im Reiche ein Held sich finden will, der Ruhe, Einigkeit und Vertrauen wiederherstellen, die von den Vätern ererbte Freiheit erhalten und den Nachkommen überliefern könnte. Doch es blühet ja noch das Geschlecht Ludwigs des Bayern, jenes großen Retters der deutschen Freiheit.“ Die Rollen schienen vertauscht. Sie vertauschten sich immer mehr. Nicht der bayerische Wittelsbacher, sondern der pfälzische sollte den Kampf gegen das habsburgische Haus diesmal übernehmen. Die Politik Bayerns war in Bewegung. Ohne Resultat wird sie sich nicht zur Ruhe begeben, aber wenn das andere Hindernis weichen, wenn Oesterreich seine Herrschaftsgelüste mäßigen wird, wird Maximilian unfehlbar auf diese Seite treten und dann — wird statt der Kaiserkrone ein anderes im Vordergrund erscheinen, die Kurwürde, wie es bisher stets der Fall war, wenn Bayern vom Kampfplatz gegen Habsburg freiwillig zurücktrat. Im Vorstoß, wie im Rückgang nimmt die politische Welle stets denselben Weg. Nach dieser kurzen Aussicht können wir an die Entwicklung selbst wieder herantreten.

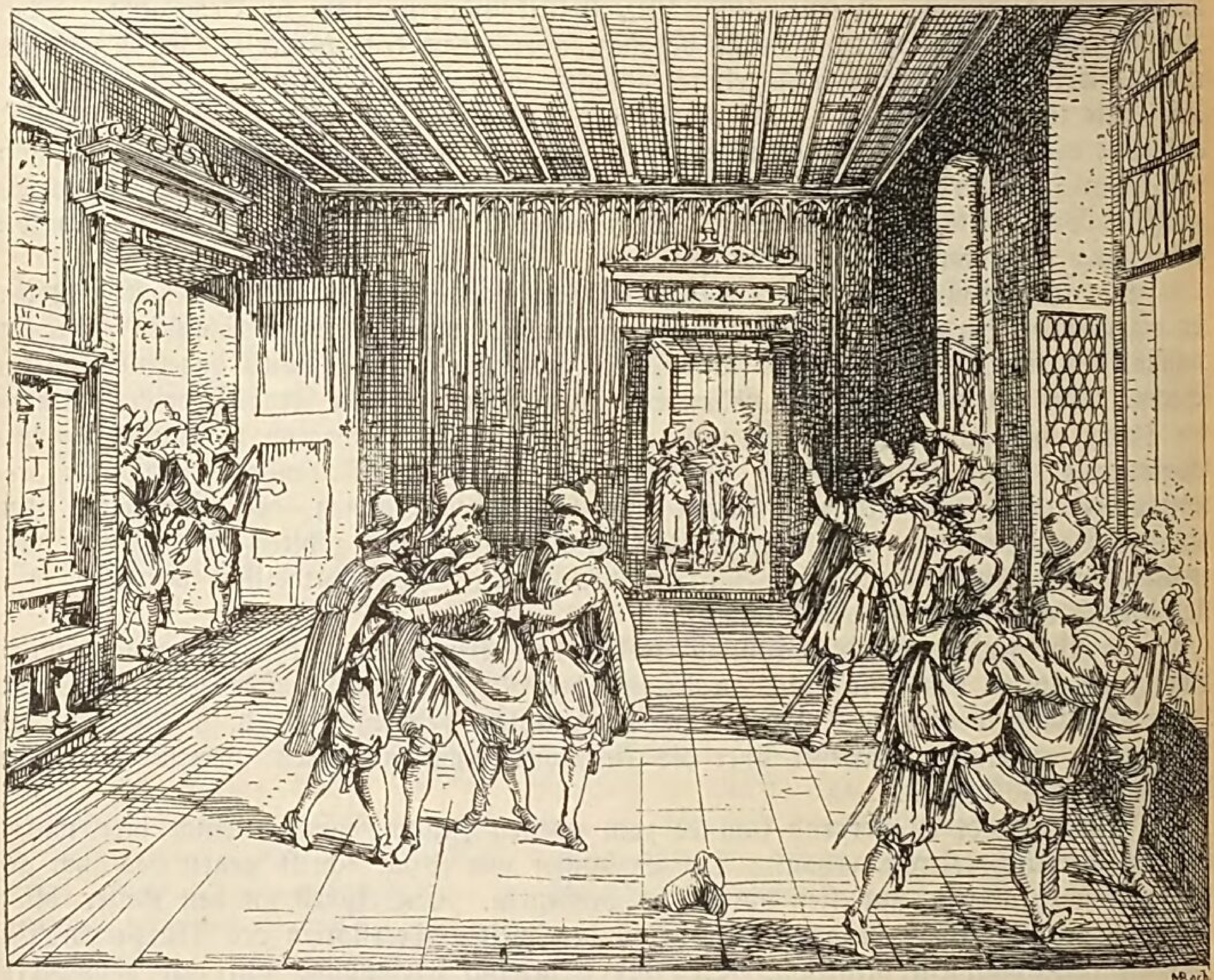
Die Entscheidung fiel in den habsburgischen Ländern. Der Majestätsbrief und der ihn ergänzende „Vergleich zwischen den katholischen und protestantischen Ständen“ war ein Resultat des Kampfes der religiös-ständischen Opposition. Vieles blieb dabei noch unentschieden. Aber an der Spitze der böhmischen Opposition stand der Graf Heinrich Matthias von Thurn, der keinen Schritt zurückweichen und das Unentschiedene zu entscheiden entschlossen war. Der Majestätsbrief gewährte das Recht des Kirchenbaues nur den drei höheren Ständen, den Herren, Rittern und königlichen Städten, der „Vergleich“ aber fügte die Bewohner der königlichen Güter hinzu. Nun aber zählten zu letzteren nach protestantischer Ansicht auch die geistlichen Besitzungen. Die Katholiken bestritten das. An dieser Frage entbrannte der Kampf.

Die Bürger der Stadt Braunau, welche dem Benediktinerabt von Braunau unterstanden, begannen den Bau einer protestantischen Kirche (1611). Der Abt klagte, und Kaiser Matthias verbot den Bau. Die sogenannten „Defensoren“, d. h. die von den Protestanten erwählten Aufseher über die kirchlichen Angelegenheiten, protestierten gegen das Verbot des Kaisers.

In der Stadt Klostergrab kam es zum zweiten Zusammenstoß. Auch hier wurde eine protestantische Kirche erbaut. Der Erzbischof von Prag schritt gegen das ihm gehörige Klostergrab ein und ließ die Kirche versiegeln. Ein Appell an den Kaiser blieb wirkungslos. Matthias begann vielmehr in den weiten Territorien des königlichen Besitzes die rücksichtsloseste Reaktion. Seit der Erhebung Ferdinands auf den böhmischen Thron beschloß man rascher vorwärts zu gehen. Auch die königlichen Städte sollten wieder katholisch gemacht werden. Ein Angriff auf die städtische Autonomie erfolgte zunächst in Prag, wo die Königsrichter die Oberaufsicht über die Verwaltung erhalten sollten. Nehmen wir hinzu, daß die Erhebung Ferdinands mit Ausschluß des böhmischen Wahlrechts und auf Grund des habsburgischen Erbrechts geschehen war, daß nun auch der Erzbischof von Prag mit größerer Kühnheit vorging und die Kirche in Klostergrab einfach niederreißen ließ (Dezember 1617), so erkennen wir, welch' bedeutende Nahrung der ständisch-religiösen Aufregung damit von selbst gegeben war, abgesehen davon, daß man von dem Fanatiker Ferdinand noch viel mehr erwartete. Am 16. Mai 1618 erhielt Ferdinand auch die Krone Ungarns. Auch hier blieb es unbestimmt, ob Wahl oder Erbrecht ihm dieselbe verschaffte. So fehlte nur noch die Kaiserkrone. Ein Kurfürstentag sollte zusammentreten. Aber Khlesel wußte ihn zu verhindern. Diese Frage blieb unerledigt, und die Parteien behielten Zeit, ihre Intriguen fortzuspinnen.

„Das Dröhnen der in Klostergrab stürzenden Kirchenmauern hallte in ganz Europa wider.“ Die böhmischen Protestanten dachten an Verteidigung; die Defensoren beriefen einen Protestantentag zum 21. März 1618. Kaiser Matthias weilte in Wien. Zehn Statthalter führten die Geschäfte in Böhmen, unter ihnen der Oberstburggraf Adam v. Sternberg, der Obersthofmeister Adam von Waldstein, der Oberstlandkämmerer Georg von Talmberg, der Oberstlandrichter Wilhelm von Slawata und der Burggraf von Karlstein, Jaroslaw von Martinitz. An sie richteten die versammelten Protestanten eine Ein-

gabe mit der Bitte um Abstellung der Beschwerden. Sie wurden abgewiesen. Eine neue Zusammenkunft zum 21. Mai wurde beschlossen und eine Eingabe an den Kaiser selbst. Der aber verbot die Abhaltung eines zweiten Protestantentages und drohte den Führern mit dem Gericht. Die Protestanten führten diese strenge Antwort auf die Statthalter, namentlich auf Slawata und Martinitz zurück, aber sie ging von Khlesel aus.



Slawata, Martinitz und Fabricius werden zum Fenster hinausgeworfen.

Der zweite Protestantentag trat trotz des Verbotes in Prag zur bestimmten Zeit zusammen. Die Revolution ward beschlossen. Graf Thurn drängte verwegen zum Angriff. Zu den Mitverschworenen gehörten Colonna von Fels, Wenzel von Ruppa, Albrecht Smiricky, Wenzel Budowec, Graf Schlick, Wilhelm von Lobkowitz, Paul von Rican und andere. Am 23. Mai kam es zur Aktion. Man zog bewaffnet aufs Schloß, um die Antwort auf das kaiserliche Verbot gegen den Protestantentag zu überbringen. Vier der Statthalter waren anwesend. Ein Streit wurde von den Verschworenen provoziert. Der Tumult wuchs. Sternberg und Diepold von Lobkawitz wurden aus dem Saale gedrängt. Gegen die andern, gegen Martinitz und Slawata war das Urteil schon vorher gefällt. Sie wurden von den Rebellen zum Fenster hinausgeworfen, und ihnen nach flog der Sekretär Philipp Fabricius, der einige schüchterne Verteidigungsreden gehalten. Trotz des Sturzes aus einer Höhe von 28 Ellen in den Schloßgraben blieben die drei „Gerichteten" ziemlich unversehrt, trotz des Kugelregens, der ihnen folgte, entkamen sie glücklich dem Schicksal, das man ihnen hatte bereiten wollen. Fabricius gelangte mit der frischen Neuigkeit nach Wien, Martinitz floh nach Bayern, Slawata blieb verwundet in Prag und wurde vor weiterem Unglücke bewahrt. Die böhmische Revolution war fertig. Sie bildete den Anfang des furchtbaren Krieges, der nun dreißig Jahre über Europa dahinwütete und Deutschland zur Trümmerstätte machte.

Am Tage nach dem „Fenstersturz" wurde eine provisorische Regierung von dreißig Direktoren eingesetzt. Die Herren, Ritter und Städte stellten je zehn der Direktoren. Aber die Organisation der Revolution ließ lange auf sich warten. Bei aller Tragik fehlte die Komik nicht, die sich namentlich in einem der öffentlichen Verteidigungsschreiben der Verschworenen offenbarte. Da heißt es in Beziehung auf das Verfahren gegen die kaiserlichen Statthalter Martinitz und Slawata: „ein Beispiel dieser Art sei an der Verfolgerin des Volkes Gottes, der Königin Jesabel, in heiliger Schrift vorhanden, auch sei es sonst bei den Römern und andern vornehmen Völkern allezeit gebräuchlich gewesen, daß sie die Störer des öffentlichen Friedens über Felsen und andere hohe Oerter heruntergestürzt hätten." Dieser litterarische Refrain zeigt uns, auf welchem Boden diese Revolution erwachsen. Dem Volksleben, wie jene erste böhmische Revolution, entstammte sie nicht. Und ob man auch dem Kaiser mitteilte, die That gelte keineswegs ihm, sondern seinen traurigen Ratgebern, so zog der „Generallieutenant" von Thurn doch schon Mitte Juni mit einer Armee der österreichischen Grenze zu, und die kriegerischen Operationen richteten sich zunächst gegen die drei dem Könige treu gebliebenen Städte Pilsen, Budweis und Krumau.

Dieser ersten Revolution folgte am kaiserlichen Hofe eine zweite. Wie die Böhmen glaubten, durch Entfernung mißliebiger Räte ihre Herrschaft begründen zu können, so die Erzherzoge Ferdinand und Maximilian. Sie richteten ihren Angriff auf Khlesel, den verhaßten Ratgeber des Kaisers. Dieser war zum Frieden und zu einem Vergleich mit den Böhmen geneigt. Ferdinand und Maximilian, dann namentlich der spanische Gesandte Onate, forderten Gewalt. Ferdinand glaubte den Aufstand als Wohlthat ansehen zu müssen, weil man dadurch dem Ungehorsam der Böhmen ein für allemal ein Ende machen könne. Khlesel schob man die Schuld an der schwankenden Haltung des Kaisers zu. Die Erzherzoge waren entschlossen, ihn zu entfernen. Aber nicht, wie die Böhmen, durch „Herabstürzen über hohe Oerter", und auch nicht, wie Erzherzog Maximilian vor zwei Jahren vorgeschlagen hatte, durch Gift, sondern durch Entführung und Gefangennahme des Kardinals ward der Anschlag ausgeführt und bemächtigten sich die Erzherzoge der steuer- und willenlosen Person des Kaisers. Am 20. Juli 1618 wurde Khlesel bei einem Besuche bei dem Erzherzog Maximilian gefangen genommen und nach Tirol gebracht. Der Kaiser sah ohnmächtig dem Sturz seines Günstlings zu. Es wurde ein Prozeß wegen Hochverrats und sonstiger Vergehen inszeniert, welchen der Papst an sich zog. Der Kardinal wurde zu lebenslänglicher Haft verurteilt und erhielt erst, nach Rom ausgeliefert, im Jahre 1627 die Erlaubnis zur Heimkehr. Damals wurde ihm sein großes konfisziertes Vermögen wieder ersetzt. Er starb am 18. September 1630 als hochbetagter Greis.

Wenige Monate nach dem Sturze Khlesels starb auch Erzherzog Maximilian, der unversöhnliche Gegner des Kardinals. Nur in einem Punkte hatten beide mit einander übereingestimmt: in ihrem Streben, die bayerische Macht und das Ansehen Herzog Maximilians niederzuhalten. Ihr Abtreten vom politischen Schauplatz ist darum thatsächlich gleichbedeutend geworden mit der Hinwegräumung eines ersten Hindernisses, welches der Verständigung zwischen Maximilian und Habsburg im Wege stand. Mochte Maximilian die Entfernung Khlesels nicht unangenehm sein, so erregte dieselbe doch anderswo großes Aufsehen, und der Kurfürst von Sachsen zeigte König Ferdinand gegenüber offen auf das Revolutionäre dieses Vorganges hin. Es sei ihm etwas seltsam, zu vernehmen, „daß solches alles ohne Begrüßung, Beliebung und Einwilligung des Kaisers, als des Hauptes, geschehen, und Ihre Majestät davon nicht eher Wissenschaft erlangt, bis cognitio und executio vorüber gewesen, weil gleichwohl der Kardinal einer des Kaisers vornehmster Diener und geheimen Rats Direktor gewesen." Die „seltsame" Begebenheit hinderte natürlich den Kurfürsten nicht, wie wir sehen werden, dem Könige seine Dienste gegen die böhmischen Revolutionäre zu widmen. Die „Staatsraison" erforderte, daß da ein Unterschied zwischen Revolution und Revolution gemacht wurde.

Der Sturz Khlesels bedeutete das Einsetzen der Gewalt gegen die Böhmen. Schon vordem war Bote über Bote nach München gekommen, um des Herzogs Hülfe gegen Böhmen zu erbitten. Aber auch die Böhmen selbst schickten eine Gesandtschaft an Maxi-

milian, wenn nicht Hülfe, so doch seine Neutralität zu erwirken. Maximilian hielt vorsichtig zurück. Die idealen Gesichtspunkte, welche man ihm gegenüber aufstellte, waren nicht hinreichend für ihn. Am 3. Juli 1618 schrieb König Ferdinand, er hoffe auf Maximilians Hülfe, „sintemal ich nichts umsonst oder gratis von meinem Herrn Bruder begehre.“ Max hielt zurück. Die Union entschied sich für Böhmen, Kurpfalz versprach den Utraquisten Unterstützung, man unterhandelte mit Savoyen wegen Annahme der böhmischen Königskrone. In Mähren, Schlesien, der Lausitz, ja selbst in Oesterreich wuchsen die Sympathien für die Aufständischen, die Holländer ermunterten sie, ihrem Beispiel zu folgen und eine Republik zu begründen. Wie sehr die deutsche Entwicklung ihre Bahnen verloren hatte, zeigt der eine Umstand, daß Habsburg im ganzen Reiche einstweilen auf keine Hülfe gegen Böhmen zu hoffen hatte, daß ihm diese Hülfe aus der Fremde, von Spanien, Brüssel, von Sigmund von Polen hätte kommen müssen. Im August erst waren die kaiserlichen Rüstungen soweit gediehen, daß 14,000 Mann nach Böhmen vorrücken konnten.



Pervetus ERNESTO stirps est a Saxone PETRO,
Belgica scit tellus pace sagoque bonum.

Ernst von Mansfeld.

Graf Dampierre und Khuen führten die beiden Abteilungen, Graf Buquoy eilte aus Flandern herbei und übernahm das Kommando. Aber das Landvolk war gegen die Kaiserlichen. Die Operationen rückten nicht vom Fleck. Ebensowenig war von Unterwerfung die Rede. Unter dem Grafen Ernst von Mansfeld rückte ein kurpfälzisches Heer den Aufständischen zur Hülfe herbei. Mansfeld trat in böhmische Dienste, die Union wollte den Schein der Neutralität wahren. Aber welch' gewaltiger Unterschied zeigt sich schon in diesen Anfängen, wenn wir der ersten böhmischen Revolution gedenken. Wo ist der „Gottesstreiter“ Ziska, der diese rebellischen und tumultuierenden Haufen zu organisieren verstünde? Mit fremden Kräften sollte die böhmische Freiheit gewahrt werden. Das war ein Unding. Savoyisches Geld diente zur Unterhaltung der pfälzischen Truppen

in böhmischem Dienste. Noch immer dachte der Kaiser an Frieden. Es wurde unterhandelt. Aber den Böhmen wuchs der Mut, als nun auch der brandenburgische Markgraf Johann Georg von Jägerndorf zur Hülfe herbeieilte. Graf Thurn warf die kaiserlichen Truppen zu verschiedenen Malen. Am 21. November erstürmte Mansfeld die treue Stadt Pilsen. Thurn rückte der österreichischen Grenze zu. Seine Scharen streiften bis in die Nähe der Stadt Wien.

In dieser wachsenden Not wandte sich der Kaiser mit immer dringenderen Bitten an Maximilian von Bayern. Max blieb unerschütterlich bei der Abweisung. Schon Anfangs September war er vom Wiener Hofe ersucht worden, den Frieden zwischen Habsburg und den Aufständischen vermitteln zu helfen. Auch das lehnte Max ab, er lehnte es mit der größten Entschiedenheit ab. Er habe von Vermittlung in Deutschland zwischen Protestanten und Katholiken nichts wissen wollen. Sollte er nun sein eigenes Verhalten Lügen strafen? Wenn man den Böhmen ihren Majestätsbrief bestätigen oder gar erweitern könne, würde man in Deutschland wohl mit Recht fragen, warum man den Protestanten hier nicht ebenso entgegenkomme? Dieser Vergleich mit Böhmen werde ein „Vorbild, Anreiz und Einleitung zu gütlichem Vergleich mit den Protestanten in Deutschland sein.“ Die Zeit Maximilians war gekommen. Er war nun auf einmal aus einem mißtrauisch und neidisch betrachteten Rivalen Habsburgs zum lieben Kinde der habsburgischen Politik geworden. Der Kaiser, König Ferdinand, der päpstliche Nuntius, Spanien, sie alle warben um seine Gunst. Max verweigerte immer noch die Teilnahme am Vermittlungsgeschäft. Endlich zu Anfang des Jahres 1619 ward er williger. Ferdinand stellte ihm am 7. Januar vor, daß die Erhaltung Habsburgs im Interesse Bayerns selbst und der katholischen Religion liege; „wenn wir aber erhalten werden, so bist du vergewissert, daß, wenn sich hernach occasiones zutragen werden, dein Bruder wohlmeinende Affektion wirklich in aller Freundschaft abtragen werde.“ Max war nun so weit, seine Bedingungen sagen zu können. Er that es. Zunächst dürfe man ihm nichts gegen die katholische Religion zumuten, jede Verantwortlichkeit für etwaigen Mißerfolg lehnte er ab, persönlich wollte er zunächst nicht an dem Vermittlungsgeschäft teilnehmen, dann aber müsse Oesterreich seine Rüstungen mit vollem Eifer weiter betreiben. Zu was aber Rüstungen, wenn ein Vergleich sein sollte? Max wies auf etwaigen Mißerfolg hin. Weiter sagte er nichts. Der rasche Tod des Kaisers am 20. März 1619 stellte das also begonnene Werk noch einmal in Frage. Zu der böhmischen trat nun die Frage der neuen Kaiserwahl.

Zuerst die Macht, dann die Politik! Maximilians ganzes Bestreben ging in dieser Richtung. Wie er die österreichischen Habsburger zur Rüstung trieb, so suchte er allenthalben die Katholiken zu bewaffnetem Bunde gegen die ketzerischen Rebellen zusammenzutreiben. Aber einen Punkt ließ er dabei nicht außer Acht: seine Stellung zum Hause Habsburg. Er erwog wohl, daß ein Sieg der Ketzer in Böhmen eine allgemeine Gefahr bedeute, er erwog, daß dieser Sieg die katholische Majorität im Kurfürstenkolleg vernichten müsse. Er trieb Spanien zur Hülfeleistung an, aber demselben Spanien zeigte er den Grund, warum Oesterreich nun so verlassen dastehe. Nichts als sein unbemessenes Herrschaftsgelüste sei die Schuld hiervon. Die österreichische Verwaltung liege ganz im Argen, österreichische, in den Reichssachen vollkommen unerfahrene Unterthanen stünden an der Spitze der Regierung im Reich. Kurfürsten und Fürsten würden nicht mehr gefragt, sie seien nur dazu da, Oesterreich zu helfen, wenn es durch eigene Schuld in Ungelegenheiten und Not gerate. Sollte diesem allgemeinen Uebel abgeholfen werden, so müsse zunächst der kaiserliche Staatsrat besser besetzt, dann aber müßten die Kurfürsten und Fürsten wieder zu den Beratschlagungen herangezogen werden, vor allem aber sei den Kurfürsten und Fürsten, den besten Freunden Ferdinands, ein ungeteiltes Vertrauen zu schenken, aller Argwohn müsse entfernt und die schädlichen Minister abgedankt werden. Dann aber seien die Geistlichen heranzuziehen, und der Papst müsse dahin wirken, daß sie die Hälfte oder den dritten Teil ihrer reichen Einkünfte dem Wohle des Ganzen zu opfern hätten. Spanien möge hierin seinen Einfluß gebrauchen. Aehnlich schrieb Max an den Papst, und während er so im Ausland um Hülfe warb, ging er daran, die Liga

wieder zu sammeln. Khlesel war weg, Erzherzog Maximilian war tot. Jetzt war vielleicht zu erreichen, was jene beiden verhindert hatten: ein Schutzbund der Katholiken unter ausschließlicher Führung Bayerns, denn sollte Oesterreichs Macht erhalten und neu befestigt werden, so war es notwendig, daß es sich herbeiließ, die Macht Maximilians gleicherweise entsprechend zu mehren. Anders war Max nicht zu haben. Er wollte kein Knecht anderer sein.

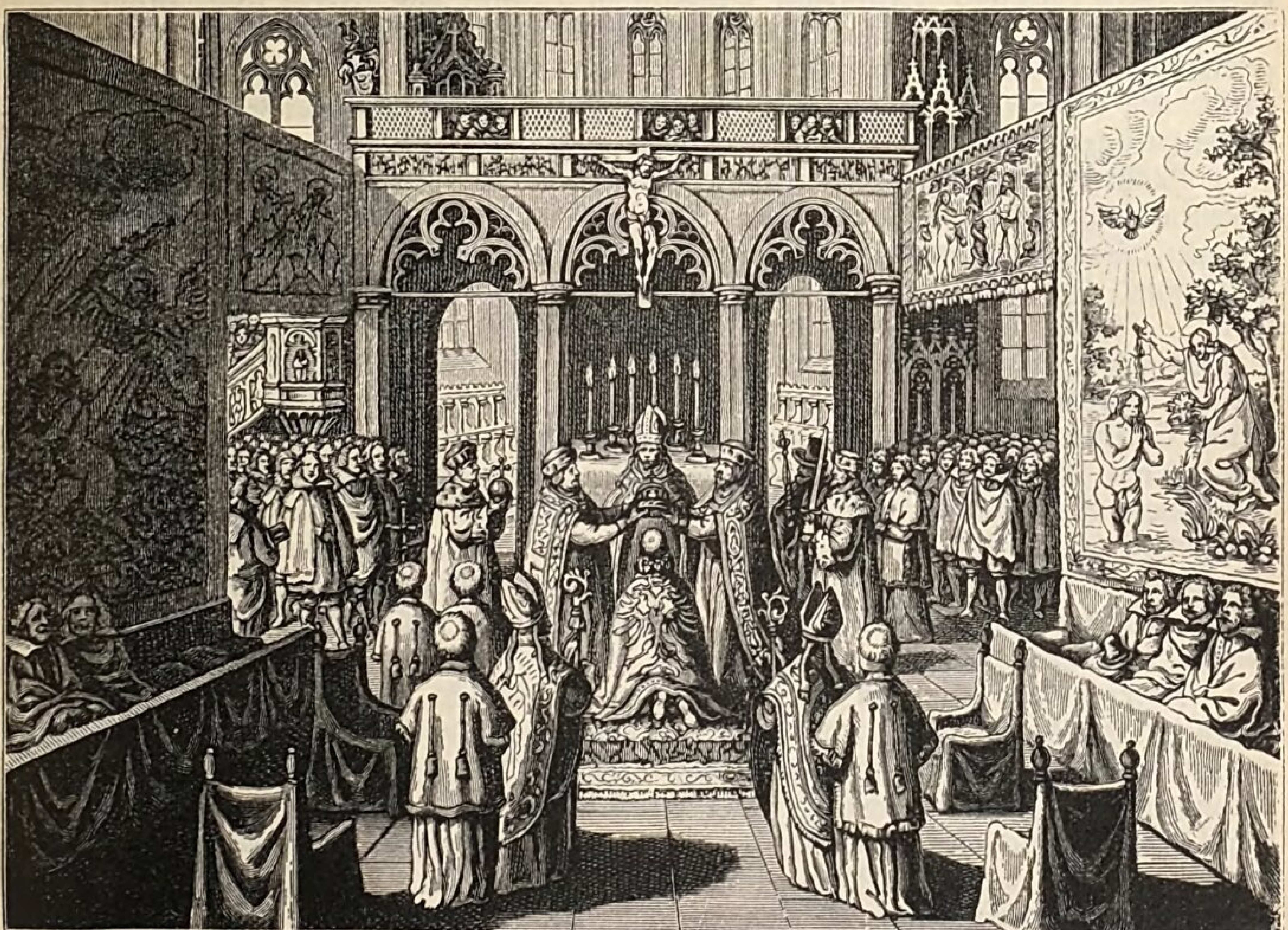
Erzherzog Leopold war schon zu Ende des vorigen Jahres (1618) in München erschienen, um im Namen des Kaisers Maximilian um Wiederherstellung der Liga zu ersuchen und ihn zu beruhigen wegen der Zumutungen, die man ihm früher von österreichischer Seite gemacht hatte. Er begab sich weiter an die Höfe der andern Ligamitglieder und trieb auch sie zu neuer Thätigkeit an. Der Kurfürst von Mainz berief eine Versammlung der rheinischen Stände nach Oberwesel. Am 26. Januar 1619 wurde hier die Wiederherstellung der alten Liga beschlossen. Mainz sollte Mitdirektor bleiben, aber dem Herzoge von Bayern sollte im Kriegsfalle die oberste Befehlshaberstelle gewahrt werden. Man wandte sich an Maximilian. Und nun machte er seine Bedingungen für den Fall, daß er die Leitung der Liga wieder übernehmen würde. Zunächst verlangte er solche Rüstungen zum Kriege, die einen entscheidenden Erfolg versprechen würden, dann müsse das Verhältnis zu Oesterreich und zum rheinischen Direktorium vorher auf das genaueste festgestellt werden.

Der Tod des Kaisers hatte alle Friedensverhandlungen mit den Böhmen zerrissen. Den freundlichen Anerbietungen Ferdinands mißtraute man. Selbst die österreichischen Stände erhoben Einspruch gegen Ferdinands Thronfolge und verlangten Abstellung ihrer Beschwerden. Ende April rückte Thurn in Mähren ein. Und nun vereinigten sich auch die mährischen Stände mit den Böhmen. Thurn zog gegen Wien. Die protestantischen Stände verhandelten mit ihm über Anschluß an die „Defension,“ und verlangten drohend vom Könige die Genehmigung der Konföderation mit den Böhmen. Die plötzliche Ankunft einer Schar Dampierre'scher Reiter unter dem Obersten von St. Hilaire rettete Ferdinand vor dem äußersten. Der gleichzeitige Angriff der Kaiserlichen unter Buquoy in Böhmen, die Niederlage des Mansfelders bei Nettolitz (10. Juni) bewirkten die Abberufung Thurns von Wien. Die Direktoren von Prag bedurften seiner zu ihrer eigenen Verteidigung. So bekam Ferdinand den Weg nach Frankfurt frei. Er eilte zur Kaiserwahl.

Noch einmal tauchten da kurz vor der Entscheidung die österreichischen Ansprüche auf, der Einfluß Maximilians auf die Liga sollte durch Beibehaltung eines dritten, des österreichischen Direktoriums unter Erzherzog Leopold beschränkt werden. Aber Ferdinand mäßigte diese Ansprüche bald. Das Mißtrauen Maximilians war abermals erwacht. Namentlich die Forderung Oesterreichs, daß ihm in Betreff der Liga Neutralität gewährt werde, erregte seinen Unmut. Alles das war für ihn nur ein Sporn, sich um so mehr vorzusehen und die Bedingungen festzulegen, unter denen er für Österreich eintreten wollte.

Mit dem Tode des Kaisers waren ebenso die Bestrebungen der beiden Parteien um die Kaiserwahl in ein neues und energisches Feuer geraten. Noch im April 1618 waren die Räte Jocher und Camerarius in Eichstätt zusammengetroffen, wo dieser Punkt zur Sprache kam. Der kurpfälzische Rat hielt daran fest, daß Maximilian die Kaiserkrone annehme. Jocher wies darauf hin, daß man zunächst Ferdinand durch eine Kapitulation binden solle. Maximilian war derselben Meinung. Das römische Reich müsse ohne eine solche Kapitulation „mutiert“ werden, denn dann sei es um die Freiheit der deutschen Stände und Kurfürsten geschehen, die Succession würde erblich, und die übrigen weltlichen Fürsten allgemach zu gemeinen Landständen degradiert werden. Das war der Berührungspunkt Maximilians mit der pfälzischen Politik: Wahrung der ständischen und territorialen Freiheit. Aber die Religion wog schwerer. Die kurpfälzische Partei kam bei Bayern nicht zum Ziel. Sie wandte sich an Savoyen, und da wurden nun die schwindelhaftesten Pläne ausgeheckt. Karl Emanuel träumte von der böhmischen Krone wie von der Kaiserkrone. Die Union, England, Frankreich, Holland und Venedig sollten

sich zum Sturze Habsburgs die Hand reichen. Allein Christian von Anhalt erkannte wie Venedig und Jakob I von England, daß diesen Plänen die Macht des savoyischen Herzogs am allerwenigsten entsprach. Kurpfalz wandte sich wieder an Maximilian. Friedrich V wiederholte seine frühere Aufforderung, Camerarius drängte immer lebhafter in den Herzog von Bayern. Der aber blieb in der angenommenen Reserve, er blieb ebenso ruhig den Werbungen des Wiener Hofes gegenüber. Auf die Kaiserwahl habe er keinen Einfluß, sie stehe den Kurfürsten zu. Bis zum letzten Augenblick hielt Maximilian an sich. Und doch ein Wort — und er hätte die Kaiserkrone gehabt. Aber hinter diesem großen Erfolge stand für den Politiker die weit größere Frage: was dann? Ja, wenn der Streit zwischen Habsburg und Kurpfalz ohne seine Mithülfe sich zu Gunsten



Krönung Kaiser Ferdinand II. (Aus Gottfried's Chronik.)

des Pfälzers entschieden hätte! Dann konnte Max die reife Frucht bergen, dann war Aussicht, daß er sich die Krone hätte bewahren können. Aber ob dann auch noch der Pfälzer willig gewesen wäre, sie herzugeben? Und wenn auch, dann aber nur gegen eine solche Sicherheit auf religiösem Gebiete, die Max niemals hätte zugestehen können noch wollen. Also auf dem Wege ging es nicht.

Am 19. Juli 1619 erschien Ferdinand in München. Die alten Jugenderinnerungen wurden wieder lebendig. Max versprach dem Könige die Hülfe der Liga für den Fall, daß die Union öffentlich für die Böhmen Partei ergreifen würde. Mit diesem Versprechen zog Ferdinand nach Frankfurt.

Hier lohten noch einmal die alten Gegensätze empor. Pfalz faßte von neuem Hoffnung, den Böhmenkönig vom Kaiserthrone fern halten zu können. Die Böhmen hatten Gesandte geschickt, welche die böhmische Kurstimme statt Ferdinands für sich beanspruchen sollten. Alles hing von der Entschließung Sachsens ab. Kursachsen aber hielt an Ferdinand fest. Die böhmischen Gesandten wurden zurückgewiesen, und Ferdinand am 28. August 1619 zum deutschen Kaiser gewählt. Trier wurde zuerst um seine

Stimme gefragt. Es nannte drei würdige Kandidaten, Albrecht von Brüssel, Ferdinand und Maximilian von Bayern, von diesen dreien erhielt Ferdinand die Stimme. Köln wählte Ferdinand direkt, aber mit der Motivierung, daß Maximilian die Würde nicht „affektiere," Pfalz stimmte für Maximilian, fügte aber hinzu, daß man sich der Mehrheit fügen würde; Kursachsen stimmte für Ferdinand, Brandenburg ebenso, aber mit dem Hinweis, daß man vernommen, Bayern wolle die Krone nicht. Darauf stimmte Mainz für Ferdinand und Ferdinand für sich selbst. So wurde Ferdinand gewählt. Wem er die Krone verdankte, war unzweifelhaft, dem Herzog von Bayern, denn vier Stimmen wären bis zur letzten Stunde für Maximilian zu haben gewesen, wenn dieser selbst energischer hervorgetreten wäre. Aber was Kurpfalz erstrebt, schlug nun in's Gegenteil um. Die neuhergestellten Beziehungen zwischen den Wittelsbachern ließen die Unvereinbarkeit ihrer politischen Richtungen erst deutlich erkennen und trieben Maximilian auf die Seite Habsburgs zurück. Die alte bäuerliche Kultur des Südens behauptete das Uebergewicht über die Kultur des Westens. Es war nur noch die Frage, ob es gelingen würde, die deutsche Entwicklung wieder vollends auf die Stufe einer abgelaufenen Kulturepoche zurückzuzwingen.

Während noch die Kurfürsten in Frankfurt verweilten, hatte die Revolution in Böhmen ihre letzten Schritte gethan. Im Juli hatten sich die böhmischen Stände versammelt, Ferdinand der Krone verlustig erklärt, die Freiheit der Königswahl wiederhergestellt und das Königtum zu Gunsten der herrschenden Aristokratie jeder Macht entkleidet. Es war die Frage, ob man Republik oder Neuwahl wolle? Man entschied sich für das letzte. Der Kurfürst Johann Georg von Sachsen lehnte die angebotene Würde ab, der Herzog Karl Emanuel von Savoyen kam so wenig ernstlich in Betracht, wie König Christian von Dänemark oder Bethlen Gabor von Siebenbürgen. Was kommen mußte, kam: Kurpfalz, so lange nach dem Wege selbständiger Entwicklung suchend, und von diesem Wege immer wieder zurückgedrängt durch die Macht der Reaktion, trat zur Revolution über. Am 26. August wurde Friedrich V von der Pfalz zum Könige der böhmischen Adelsrepublik ausgerufen. Der pfälzische Wittelsbacher übernahm die Rolle, welche die bayerischen Namensgenossen bisher beständig abgelehnt hatten oder zu übernehmen verhindert worden waren.

Aber was da geschehen, war ein Schlag ins Gesicht dem monarchischen und legitimistischen Denken der Zeit. Ein gewählter König war abgesetzt worden, ein anderer trat an seine Stelle. Es war kein Gefühl des Sieges, welches den pfälzischen Hof beherrschte, um so weniger, als der Schwiegervater Friedrichs V, als Jakob I von England selbst diesen Schritt zur Revolution durchaus mißbilligen mußte. Auch ein Unionstag zu Rotenburg blieb mit seiner Meinung im Zwielicht und sprach sich nicht offen für Friedrich aus. Dagegen verlieh noch Maximilian am 24. September seinem großen Bedenken dem Kurfürsten gegenüber offenen Ausdruck. Die Losreißung Böhmens vom Hause Oesterreich werde die größte Erschütterung von ganz Deutschland zur Folge haben. Für alle gekrönten Häupter und Fürsten würde diese Entthronung Ferdinands höchst bedenklich sein. Ebenso entschieden warnte Sachsen vor der Annahme des gefährlichen Königsreifes, aber alle Abmahnungen kamen zu spät. Am 28. September entschloß sich Friedrich V zur Annahme der böhmischen Krone.

Zum 25. August hatte Maximilian einen Konvent der Ligamitglieder nach Eichstädt berufen. Die Lage war nun anders. Einer der geistlichen Herren, der Bischof von Eichstädt selbst, hatte erfahren müssen, was es auf sich hatte, in der Nähe einer Brandstätte ungerüstet zu stehen. Ein Reitercorps des Grafen Philipp von Solms, welches aus den Niederlanden dem Könige Ferdinand nach Böhmen Hilfe bringen sollte, war auf eichstädtischem Gebiet von pfälzischen und ansbachischen Truppen zersprengt worden. Die Liga sollte nun helfen und dem Bischof Ersatz für seinen Schaden schaffen. So fand Maximilian das größte Entgegenkommen. Es wurde bestimmt, daß die Liga die Partei Ferdinands ergreifen sollte, wenn die Union sich mit den Böhmen verbünde.

Auch in Frankfurt hatten die geistlichen Kurfürsten bei den Hiobsposten aus Böhmen die Notwendigkeit endlich erkannt, energisch für die Wiederherstellung der Liga

zu arbeiten. Maximilian sollte die unumschränkte Leitung übernehmen. Noch in Frankfurt versprachen die Kurfürsten dem Kaiser ihre Hülfe. Und da begegnen wir nun dem ersten Gerücht, daß der Beschluß gefaßt worden sei, dem pfälzischen Kurfürsten die Kurwürde zu entreißen und dieselbe auf Maximilian zu übertragen.

Am 28. September entschloß sich Friedrich zur Annahme der böhmischen Krone, am 24. September warnte ihn Maximilian vor diesem Schritte, aber schon am 14. September schrieb der pfälzische Rat Camerarius nach München, „es mildere das Werk nicht, daß von Frankfurt beständig referiert werde, als wenn daselbsten Beschlüsse über die Aberkennung der Kurwürde des Pfalzgrafen und Uebertragung derselben auf den Herzog von Bayern vorgegangen wären. Sollte es sein, so könne er doch nimmermehr glauben, daß Ihre Durchlaucht in Bayern sich dazu bewegen lassen könnten." Am 20. September kam Camerarius mit einer zweiten indirekten Anfrage; er meinte, „zwischen Pfalz und Bayern werde die einmal aufgerichtete Vertraulichkeit wohl bleiben, es judizieren auch andere davon, was sie wollen. So lassen wir uns durch passionierter Leute Diskurs auch nicht irren, als ob man damit umginge, Pfalz um die Kur und dieselbe auf Bayern zu bringen." Am 1. Oktober wies Camerarius abermals darauf hin, daß die böhmische Wahl wohl unterblieben wäre, wenn Bayern, wie es Pfalz gewollt, zur Kaiserwürde gelangt wäre. Wegen der pfälzischen Kur mache er sich keine Sorge, denn ihm stehe das Fundament fest, das Pfalz und Bayern mit einander gelegt. Aber dieses wiederholte Hintupfen auf den brennenden Punkt zeigt uns, wie groß die Sorge war, die man sich am kurpfälzischen Hofe machte.

Offenbar haben wir es bei diesem Gerüchte mit einer Manipulation der österreichischen Diplomatie zu thun. Denn hier war der Hebelpunkt, an welchem die Arbeit einsetzen mußte, um Maximilian von Bayern aus seiner Reserve herauszutreiben. Auf der einen Seite Böhmen als protestantisches Königtum, auf der andern Seite ein katholisches Böhmen und die Kurwürde für Bayern, vielleicht außerdem noch ein Länderzuwachs — da hob sich die Schale der pfälzischen Freundschaft und schwer zog diejenige des Bündnisses mit Ferdinand hinab.

Als Kaiser Ferdinand Anfangs Oktober auf seiner Rückreise wieder nach München kam, wurde die Sache fertig. Gleichzeitig aber liefen nun Hiobsposten aus Ungarn in München ein. Gabriel Bethlen, der Fürst von Siebenbürgen, hatte mit Böhmen paktiert, überschritt anfangs September die ungarische Grenze, besetzte am 5. die Stadt Kaschau und marschierte dann weiter gegen Preßburg. Am 9. Oktober sandte er dem Grafen Thurn ein Hülfscorps von 10,000 Mann nach Mähren, Preßburg fiel bald darauf, Wien war bedroht, und Buquoy mußte aus Böhmen zum Schutze der Kaiserstadt herbeieilen. Nun war der Moment für Maximilian gekommen. Er benützte ihn.

Ferdinand bat den Jugendfreund um Hülfe, er bat ihn aufs inständigste, daß er die unumschränkte Leitung des katholischen Bundes auf sich nehmen möge. Der anwesende spanische Botschafter versprach seine Verwendung bei den Höfen von Madrid und Brüssel, der Graf Eitelfriedrich von Hohenzollern versicherte als Vertreter der geistlichen Kurfürsten die thätigste Teilnahme derselben. Alles stürmte auf Maximilian ein, ja Kaiser Ferdinand gab ihm die bestimmte Zusage, daß er, wenn Friedrich V auf dem Entschlusse, die böhmische Krone anzunehmen, beharren sollte, diesem die Kurwürde entziehen und auf Maximilian übertragen werde. Maximilian gab nun nach, aber er machte seine Bedingungen. Er übernahm die unumschränkte Leitung der Liga, aber mit der ausdrücklichen Bedingung, daß zunächst eine volle Kriegsausrüstung an Geld und Truppen erzielt werden müsse. Wäre so zuerst einmal die eigene und die Verteidigung der Bundesgenossen gesichert, wolle der Herzog dem Kaiser treu zur Seite stehen, wie er es nach Lage der Dinge, der Zeit und der Umstände für möglich und angenehm finde, er wolle helfen, so weit die erwähnte Vorbereitung, Mittel und Kräfte reichen, und Gelegenheit und Umstände es möglich machen würden. Da das aber noch ungewiß, könne er sich zu nichts Sicherem verbinden, ausgenommen, daß er für seine Person nichts unterlassen werde, was in seiner Macht stünde. Anders möge man sein Zugeständnis nicht auffassen. Aber auf keine Weise werde er sich in der unumschränkten, absoluten und

freien Leitung der Liga hindern lassen, weder durch den Kaiser noch durch andere Mitglieder des habsburgischen Hauses, noch möge man dulden, daß er von irgendwem gehindert, sondern vielmehr dafür sorgen, daß er auf alle mögliche Weise in dieser Leitung gefördert werde.

Da aber Maximilian durch Uebernahme der Leitung der Liga, durch die Hülfe und Förderung des Kaisers alle Feinde desselben und besonders die Unierten gegen sich reize und zu Feinden mache, solle ausdrücklich versichert werden, daß der Kaiser und sein Haus weder einen Vertrag, Aufschub, Waffenstillstand, noch irgend welche Friedenshandlung mit dem Gegner eingehen dürfe ohne Wissen, Zustimmung und Einwilligung des Herzogs. Zu gleichem verpflichte sich der Herzog seinerseits.

Würde der Herzog von Bayern ruhig bleiben und keine Partei ergreifen, so würde sein Land sicher sein vor den Feinden des Kaisers und vor andern. Sobald er sich aber für den Kaiser und sein Haus erkläre, setze er seine Person, sein Land, das allenthalben von Feinden umgeben sei, und all das Seine einem gefährlichen Ausgang und Zufällen aus und lade auf sich selbst ungeheuere Mühe, Arbeit und Sorge. Trotzdem wolle er auch noch alles thun, beisteuern und helfen für seinen Teil, soviel die übrigen katholischen Stände des Reiches thun, beisteuern und helfen. Da es aber zweifellos sei, daß es auch noch darüber bei einer solchen Unternehmung zu thun gebe, daß mehr aufgewendet und Schaden an Land und Gütern ertragen werden müsse, so müsse sich der Kaiser mit seinem ganzen Hause verpflichten, bei Verpfändung aller Güter ohne Ausnahme, dem Herzoge sowohl seinen Landschaden, als alle Auslagen, die Heer und Kriegsrüstung erfordere, gemäß der von ihm vorgelegten Rechnung zu ersetzen, und bis dies geschehen sei, solle ihm aus den österreichischen Gütern ein entsprechender Teil pfandweise eingeräumt werden.

Sollte es sich aber ereignen, daß Maximilian einen Teil seines Landes oder das ganze Land in diesem Kriege verlöre, so verspreche der Kaiser, sich alle Mühe zur Wiedererwerbung des Verlorenen zu geben; und für den Fall, daß Kaiser und Herzog für gut fänden, vor der Wiedererstattung Frieden zu schließen, oder auch für den Fall, daß der Krieg zwar beendigt, der Friede aber noch nicht vollzogen wäre, solle der Kaiser und sein Haus verbunden sein, aus der Masse der österreichischen Güter soviel zu ersetzen, als Bayern verloren habe.

Wenn der Herzog ferner durch seinen Kriegszug in den österreichischen Provinzen den Händen der Feinde etwas mit den Waffen entreiße und in seine Gewalt bringe, so solle das alles mit allen Nutzungen und Rechten als Pfand in seiner Gewalt bleiben und keiner ihn zwingen können, daraus zu weichen oder das Heer zu entfernen, bis die außerordentlichen Kosten und Schulden ersetzt seien, und zwar so, daß der Herzog und seine Erben in diesen Landesteilen keine andere Jurisdiktion und Oberhoheit anerkennen, als die persönliche Oberhoheit der österreichischen Herrn. Doch sollen von dieser Verpflichtung ausgeschlossen sein die Kammergüter, das Salz-, Maut- und Bergwerkswesen, wofern die übrigen Güter zu besagter Entschädigung ausreichen würden.

Endlich liege viel daran, daß der oberste Feldherr des Kaisers den Herzog von allen Unternehmungen und Absichten unterrichte und fleißig mit ihm Rücksprache nehme.

So ward der schriftliche Vertrag abgeschlossen. Maximilian hatte alles, was er wollte. Er hatte sich gegen Verluste gesichert, hatte die unbedingte Leitung der Liga, sein Urteil war bestimmend für etwaige Unternehmungen und den nötigen Einfluß auf die kaiserliche Regierung hatte er sich soviel als möglich gesichert. Und doch — es mag dies parador klingen — selbst in diesem Vertrage lag ein Zugeständnis an die Revolution, dieser Vertrag stand nicht eine Linie unter der Handlungsweise des Kurfürsten von der Pfalz. Denn war dieser ein Rebell gegen die kaiserliche Autorität, so war das Reich verpflichtet, den Kaiser als rechtlichen Inhaber der Krone Böhmen in seinem Besitz zu verteidigen. Es war verpflichtet dazu und hatte für seinen Schutz keine Entschädigung zu verlangen. Als Reichsstand wäre also auch Maximilian zur Hülfe verpflichtet gewesen, sobald er sich dem Urteile des Wiener Hofes über Friedrich V anschloß. Also nicht als Reichsstand mit seinem kaiserlichen Herrn, sondern als Souverän mit einem andern Souverän schloß Maximilian diesen Vertrag ab, wie dies schon der ganze Wort-

laut deutlich genug erkennen läßt. Die territoriale Souveränität erhielt durch diesen Vertrag eine mächtige Verstärkung und indirekt die kaiserliche Anerkennung. Wir erkennen hieraus, wie sich auch die Anhänger des Kaisers genau in der gleichen Richtung und zu dem gleichen Ziele bewegten, wie seine Gegner, die Mittel nur waren verschieden, mit denen man dem Ziele zusteuerte. Unabhängig und unbeeinflußt von allem persönlichen Wollen schritt die Entwicklung Deutschlands ihren Gang fort aus der kaiserlichen Universalherrschaft hinaus zu einem Bunde von selbständigen, zu Monarchien gewordenen Territorien, und die Anhänger des Kaisers halfen dieser Entwicklung nicht weniger die Wege bereiten, wie seine Gegner.

Aber was schriftlich abgemacht worden, war noch nicht alles, was Maximilian erreichte. Das mündliche Versprechen der Kurwürde hatte Maximilian, wie wir hörten, ebenfalls erhalten. Außerdem aber gab ihm Ferdinand die Zusage, daß Maximilian alles, was er im Reiche einnehmen würde, als Eigentum verbleiben sollte. Ferdinand schrieb darüber im folgenden Jahre, es solle dem Herzog als „Hypothek" verbleiben. Aber Maximilian berichtete zurück, von Hypothek sei keine Rede gewesen, sondern von Eigentum. Und darauf erklärte Ferdinand wieder, er habe das „Wörtlein Hypotheca" auch niemals anders verstanden, als Maximilian es erkläre. So schloß Ferdinand als „aufrichtiger und güettiger Brueder biß in Tott" mit seinem Jugendfreunde Maximilian ab, und durch dieses Bündnis ward Maximilian zum Retter des Hauses Habsburg in einer Zeit, „wo er sein eigenes Haus Wittelsbach über den Trümmern desselben hätte aufführen und zum herrschenden über ganz Deutschland machen können."


Friedrich V von der Pfalz.

Ferdinand gewann nun auch die Hülfe Spaniens, des Papstes, des Königs von Polen und des Großherzogs von Toscana und selbst Frankreich schien einen Augenblick zu ihm übertreten zu wollen, hielt dann aber zurück und suchte nur den Frieden zu vermitteln. Bei all diesen Werbungen war Maximilian unausgesetzt thätig. Aber am schwerwiegendsten war wohl der Erfolg, den Ferdinand und Maximilian bei dem Kurfürsten von Sachsen gewannen. Wenn dieser evangelische Reichsstand Ferdinand seine Hülfe zusagte, konnte man kaum sagen, daß der Krieg ein Krieg gegen Andersgläubige sei, daß er der Religion gelte, und dieser Umstand mußte dann auf die Entschließungen der Union von höchster Bedeutung werden.

Noch am 26. Oktober hatte Maximilian seinen pfälzischen Verwandten mit aller Eindringlichkeit von der Annahme der böhmischen Krone zurückzuhalten gesucht, am gleichen Tage stellten die geistlichen Kurfürsten Friedrich V das Verderbliche seines Planes noch einmal in einem Schreiben vor. Es war zu spät. Am 4. November wurde Friedrich V feierlich in Prag zum König von Böhmen gekrönt. Und als nun Mitte November auf den Ruf Friedrichs sich die Unionsgenossen in Nürnberg versammelten, da fehlten die Vertreter Sachsens, da fehlten außer ihnen die Gesandten der Hansastädte. Es wurde beratschlagt, ob man Friedrich V zu unterstützen habe? Die württembergischen Theologen hatten davon abgeraten, er sei Calviner und gehe sie nichts an. Die Reichsstädte hielten ebenfalls zurück. Was brachte ihnen ein Erfolg? Aber eine Niederlage gefährdete sie in allem. Ihr Anschluß an Friedrich V, ließ Maximilian ihnen vorstellen, würde weder

für das Gemeinwesen, noch für sie besonders von Vorteil sein. Nur Schaden und „Sperrung der Commerzien“ hätten sie zu erwarten und unnütze Geldausgaben. „Wie auch, und da man im Reich sogar überhand nehmen sollte, man ihrer endlich auch nicht verschonen, sondern die Libertät, welche die freien Reichsstädte haben, wohl umschneiden oder vielleicht gar nehmen würde.“ So kam es in Nürnberg zu keinem einheitlichen Beschluß. Nur den Schutz seiner pfälzischen Stammlande hatten die Unierten dem Kurfürsten zugesagt, während die Städte aufs eifrigste gegen die Anteilnahme am böhmischen Kriege protestierten. Wir halten daran fest, daß die städtische Politik zu einer positiven Stellungnahme nicht gelangte. Sie beschränkte sich auf die Defensive und verzichtete damit von selbst darauf, in dem großen Kampfe ihre eigene Sache und ihr eigenes Interesse mit höchster Energie zu vertreten. Damit war das Schicksal der Städte besiegelt.

Wie anders nimmt sich dagegen das Verhalten der fast gleichzeitig (seit Anfang Dezember) zu Würzburg versammelten Ligagenossen aus. Da setzte Maximilian alles durch. Es wurden Beschlüsse gefaßt über die Zahl der aufzubringenden Gelder und Truppen, es wurde bestimmt, daß man alles, selbst das letzte, an die gemeinsame Sache setzen wolle, bewegliche und unbewegliche Besitzungen, Kleinodien und Silbergeschirr, geweihte und ungeweihte Güter sollten nicht verschont werden. Ja, Maximilian dehnte den „Staatsbegriff“ so weit aus, daß man beschloß, alle Katholiken zur Liga zu treiben, namentlich aber die reichen Prälaten Schwabens, selbst Zwang sollte, wenn nötig, angewendet werden, denn da man die Sache des ganzen Katholizismus vertrete, sei jeder zu retten und zu konkurrieren schuldig und verbunden.

Union und Liga traten nun miteinander in Unterhandlung. Eine Gesandtschaft der ersten erschien in München. Sie wurde ausnehmend artig behandelt. Ihre Beschwerden und die Forderung sie abzustellen, schob Max zurück. So tauschte man gegenseitige Friedensversicherungen aus und rüstete dabei weiter. Von dem kriegerischen Vorhaben Maximilians konnten sich die Gesandten in München mit eigenen Augen überzeugen. Die Jesuiten polterten gegen allen Vergleich. Max rüstete fort, verhandelte aber ebenso hinhaltend weiter mit den Unierten. Was er bezweckte, wissen wir: entweder Sprengung des feindlichen Bundes oder aber Neutralität desselben. Unterdessen verhandelte Ferdinand mit Sachsen und einigen protestantischen Fürsten, an welche eigene Gesandte abgingen.

In Dresden wie in Hessen-Darmstadt fanden Ferdinands Vorstellungen Eingang. Anfangs Januar 1620 kam der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt nach Dresden, um sich mit dem Kurfürsten zu beraten. Johann Georg erklärte sich bereit, Ferdinand gegen Böhmen zu helfen. Doch müsse der Kaiser zuvor den protestantischen Ständen den ungestörten Besitz der ehemaligen katholischen Stifter, deren sie sich seit dem Passauer Vertrag bemächtigt hatten, zusichern. Diese Forderung schloß die weitere ein, daß die an den Besitz geknüpften Rechte, so das der Session der Administratoren, ebenfalls zu bestätigen seien. Darüber sollte der Landgraf mit der Liga verhandeln, und wenn die Sache im Reinen, solle eine Zusammenkunft der Ligafürsten mit dem sächsischen Kurfürsten veranstaltet werden. Der Landgraf berichtete darüber an den Kurfürsten von Mainz. Der setzte von den Anträgen die Ligagenossen in Kenntnis. Man versammelte sich zu Würzburg (18. Februar 1620), und da ließ Maximilian durch seine Gesandten erklären, er sei damit einverstanden, daß den Ständen der beiden sächsischen Kreise die Kirchengüter weder durch Gewalt noch im Prozeßwege entrissen werden sollten. Ihren Besitz wollte er nicht antasten, aber Sitz und Stimme auf dem Reichstag wollte er den Besitzern nicht zugestehen. Die Versammelten beschlossen demnach, den sächsischen Ständen den ruhigen Besitz der geistlichen Güter auf unbestimmte Zeit zuzusichern, doch könne man nicht für immer auf Wiedergewinnung verzichten, noch den gegenwärtigen Besitzern Sitz und Stimme in Reichsversammlungen einräumen. Die Einladung Sachsens zu gemeinsamer Beratung wurde angenommen.

Auch mit dem Kaiser hatte Kursachsen indessen verhandelt. Außer der Versicherung der protestantischen Stände in dem Besitz der geistlichen Güter erlangte Johann Georg von Ferdinand das Zugeständnis, daß er die Lutheraner in seinen Ländern nach erlang-

tem Siege nicht verfolgen, daß er ihm die Ober- und Niederlausitz für die Kosten der Unterstützung verpfänden und endlich daß er ihm ein deutsches Fürstentum, das bei der Aechtung der Gegner vakant würde, übertragen wolle. Auf die vier Forderungen antwortete Ferdinand, wegen der ersten müsse er die Entscheidung seiner ligistischen Freunde abwarten, dann solle der Majestätsbrief gegen diejenigen, die sich ihm unterwerfen würden, beobachtet werden, die Lausitz solle der Kurfürst als Pfand erhalten und nach Zeit und Umständen mit einem Fürstentum bedacht werden. Also auch hier war es, wie bei dem Vertrage mit Maximilian, das Reich, an welchem die großen Fürstenhäuser sich schadlos halten wollten. Nicht der Kaiser, sondern der Besitzer der habsburgischen Monarchie schloß diese Verträge.

Am 11. März versammelten sich die Kurfürsten von Mainz, Köln und Sachsen in Mühlhausen. Der Landgraf von Hessen-Darmstadt war anwesend, ebenso eine bayerische Gesandtschaft. Man kam überein, daß man dem Kaiser mit den Waffen helfen müsse. Johann Georg stellte nun seine Forderungen für die protestantischen Stände. Aber es wurde ihm nur bewilligt, daß die ober- und niedersächsischen (also nicht sämtliche protestantischen) Stände nicht aus ihrem Besitz verdrängt werden sollten, und selbst diese Begünstigung sollte nur so lange dauern, als sie ruhig bleiben, als sie dem Kaiser Gehorsam leisten und nicht Anspruch auf Sitz und Stimme im Reichstag erheben würden. Der lutherische Kurfürst gab sich damit zufrieden, er verpflichtete sich, der Liga und dem Kaiser zu helfen und die sächsischen Kreisstände für das Bündnis zu gewinnen. Aber noch einen besonderen Wunsch hatte Maximilian: die Aechtung des Kurfürsten von der Pfalz. Sie sollte sobald als möglich ausgesprochen werden, denn nur so konnte ihm die eröffnete Aussicht auf den Kurhut gesichert werden. Dem aber widersetzte sich Johann Georg durchaus. Es wurde beschlossen, dem Kaiser einstweilen von der Aechtung des Kurfürsten abzuraten, aber er solle Friedrich V mit der Acht bedrohen. Mit der Vollmacht, in die böhmischen Länder einzumarschieren, erhielt Sachsen noch einmal das Versprechen Ferdinands, daß ihm jede Verfolgung der Bekenner der Augsburger Konfession sowie jede Schmälerung des Majestätsbriefes fern liege. Nach solcher Beruhigung begab nun auch Sachsen sich an die Rüstung für Ferdinand.

Indessen arbeitete Maximilian nach allen Seiten fort. Von Spanien verlangte er Unterstützung der Liga und Einfall in die Unterpfalz. Ein eigener Gesandter, Leuker, traf Anfangs März in Madrid ein. Mit dem österreichischen Gesandten Khevenhiller und dem uns aus der Zeit Rudolfs II bekannten Don Zuniga bearbeitete er Philipp III und erhielt von ihm die Zusage auf die Forderungen Maximilians. Ebenso wurde der Papst Paul V zur Hülfe herangezogen. Auf einem Ligatage zu Ingolstadt (15. Juni 1620) trieb Max die Bundesgenossen zu erhöhter Anstrengung und gewann den Beistand der schwäbischen Stände. Dabei vermehrte und vervollkommnete er sein eigenes Heer mit unermüdlicher Sorgfalt. Nichts war ihm zu gering, um alles bekümmerte er sich, und wie er außer unzähligen andern die Verfügung traf, daß auf die Standarten „nicht Bagatellen oder poetische Sachen, sondern Heilige“ gemalt werden sollten, so meinte er, als ihm Vorschläge betreffs des Proviantwesens gemacht und dabei aufgestellt wurde, daß man für die 25000 Mann Truppen monatlich 24000 Eimer Bier haben müsse, sie würden nicht alle Bier trinken, „sondern mehr das liebe Wasser.“ Dann aber sei sicher zu gehen, daß die Bierbrauer keinen Schaden litten.

Vergleichen wir mit dieser emsigen, auf alles bedachten Thätigkeit auf der einen Seite, die ratlose Zerfahrenheit auf der andern, so werden wir erkennen, daß es sich hier nicht blos um ein Kriegsspiel einiger hoher Herrn handelte. Mit der Wahl Friedrichs V war einstweilen für Böhmen nichts gewonnen. Die Anarchie dauerte fort. „Allhier“, schrieb ein pfälzischer Sekretär Ende 1619 aus Prag, „ist noch zur Zeit lauter Konfusion. Es vergeht kein Tag, daß nicht ein oder zwei Menschen ermordet werden. Ehebruch und Hurerei ist von den vorigen N. N. dermaßen authorisiert worden, daß dem Uebel schwerlich gesteuert werden kann.“ Vergleichen wir damit die sittliche Haltung des böhmischen Volkes, als man sich anschickte, das Baseler Konzil zu besuchen (1432), wo von den Katholischen der Befehl erlassen wurde, daß keine Dirnen in den Straßen um-

herlaufen, nicht getanzt und gespielt werden dürfe, „indem alles dieses den Böhmen, die sich hoher Religiösität rühmen, anstößig wäre“, so erkennen wir den sittlichen Verfall und Rückgang in seinem vollen Umfang. Wir haben es hier mit dem Verfall einer ganzen Kultur, nämlich der städtischen, zu thun. Auf sie werden die Schläge niedersausen, zu denen man das Schwert erhoben. Die Entwicklung Bayern ist uns eine Vorbedeutung für alle und jede Entwicklung, in welche der sittlich ernste Fürst des Bayernstammes siegreich eingreifen wird. Zum Bauerntum zurück — so heißt das Losungswort, denn nur so ließ sich eine Wiederherstellung der alten religiösen Kultur, welche die bäuerliche Kulturepoche in Europa entwickelt hatte, erzielen. Es entsprach dieser Verkommenheit des geistigen und sittlichen Lebens, daß Friedrich V in seinem neuen Königreich nichts eiligeres zu thun hatte, als die Prager Domkirche ausräumen, allen Bilderschmuck entfernen, die Altäre niederreißen zu lassen und also dem Calvinismus in Böhmen einen „würdigen“ Eingang zu verschaffen. Es entsprach dieser Verkommenheit, daß man sich nicht begnügte, in aller Stille diese Vorkehrungen zu treffen, sondern daß man mit lärmendem Ungestüm auf die Empfindungen der Katholiken und Lutheraner losschlug, das Andenken der Heiligen verhöhnte, die Gräber ihres Schmuckes beraubte und selbst ihre Asche entweihte. Als ob es darauf jetzt angekommen wäre, seine Glaubenswut zu beweisen! Oder that nicht vielmehr durch solches Vorgehen die böhmische Revolution unwiderleglich dar, daß ihr jedes fortschreitende kulturelle Element abhanden gekommen war? Nicht Toleranz, sondern Fanatismus beherrschte sie; nicht die Begeisterung, wie einst, einer allgemeinen höheren sittlichen Anschauung zum Ausdruck zu verhelfen, war die Triebfeder dieser Bewegung, sondern kleinlicher ständischer und pfäffischer Egoismus; nicht in der Befreiung von einer theologischen Schulmeinung lag die vorwärts drängende Kraft dieser Bewegung, sondern in der persönlichen, tyrannischen Wut der Theologen und Stände. So sprach sich die Revolution selbst das Urteil. Kommt sie zum Siege, was wir nicht erwarten, so ist es kein Sieg, der für die Kultur einen Vorteil bietet, kommt es zur Niederlage, so muß die Reaktion fortschreiten bis zum letzten Ziel: Böhmen muß wieder katholisch, seine städtische Kultur muß zurückgedrängt werden bis zu ihren Anfängen, da sie sich eben dem reinen Bauerntum zu entwinden begonnen hatte.

Zwei Dinge blieben nun besonders für Maximilian zu betreiben: er mußte den Rücken sicher haben gegen etwaige Anschuldigungen, daß er den Religionsfrieden störe; dazu bedurfte er der kaiserlichen Acht gegen Friedrich V, andrerseits mußte er sich den Rücken sichern gegen das Heer der Union, und dazu bedurfte er eines Vertrags mit derselben. So lehnte er Friedrichs Gesuche um Vermittlung bei Ferdinand rund ab. Seit Anfang des Jahres 1620 betrieb er die Aechtung Friedrichs mit aller Energie, denn die Liga war ein Verteidigungsbund, wie man der Union so oft beteuert hatte, konnte also kaum anders, denn als Vollstreckerin eines kaiserlichen Exekutionsbefehles in dieser Sache vorgehen. Ferdinand beriet darüber mit Maximilian, er wollte bei den Kurfürsten zum Scheine anfragen, es werde dann doch noch bei ihm stehen, was er thun oder lassen wolle. Maximilian sah sich also schon hier gezwungen, der kaiserlichen Autorität auf Kosten der fürstlichen Libertät ein bedeutendes Zugeständnis zu machen. Aber es war außerdem noch die Frage, ob die pfälzische Kurwürde so ohne weiteres auf Maximilian überzugehen habe, wenn auch die Acht gegen Friedrich verhängt würde. Mußten da nicht die Kinder des letztern, oder zum wenigsten die Agnaten berücksichtigt werden? Schon meldete sich auch Maximilians Schwager, Wolfgang Wilhelm von Neuburg, um die freiwerdende Kur. Max erinnerte also den Kaiser an sein festgegebenes Versprechen, und Ferdinand versicherte Maximilian wiederholt, daß ihm sein Wort in Betreff der pfälzischen Kur heilig sei. Zunächst ging der Kaiser nun mit einer Drohung gegen Friedrich V vor (30. April 1620). Dann frug er wieder bei Maximilian an, wie nun die Achterklärung zu erlassen sei? Max hielt mit einem Gutachten in dieser sehr zweifelhaften Sache zurück, da Sachsen von der Aechtung nichts wissen wollte und es darauf ankam, sich die Bundesgenossenschaft Kursachsens zu erhalten. So rückte die Zeit vor. Es mußte, wenn überhaupt, der Krieg begonnen werden, und so begann er, ohne daß gegen Fried-

rich V mit der Reichsacht vorgegangen worden war. Aber in dem andern Punkte war Maximilian zum Ziel gekommen.

Die Lage Friedrichs hatte sich nicht gebessert, sondern es hatte sich gezeigt, daß alle die entworfenen Allianzpläne mit halb Deutschland, Frankreich, England, Holland und Venedig nicht viel mehr als Luftgebilde waren. In Nürnberg hatte die Union beschlossen, sich auf Deutschland zu beschränken und nur den Erblanden Friedrichs Schutz zu gewähren. Frankreich übernahm eine vermittelnde Rolle, in England aber war der König trotz der Volksstimmung, welche sich offen und laut für Friedrich erklärte, entrüstet über das revolutionäre Vorgehen seines Schwiegersohnes. Mit Venedig und Savoyen war man nicht viel weiter gekommen, und so hatte der Pfalzgraf nur einen opferwilligen Freund gewonnen, die Holländer, welche sich zu einer monatlichen Unterstützung mit 50000 Gulden entschlossen. Die böhmischen Kräfte blieben auf sich selbst angewiesen. Am 25. April endlich ward eine ungarisch-östereichisch-böhmische „Konföderation" abgeschlossen, derzufolge Bethlen wieder zu den Waffen greifen, Böhmen und Oesterreich die Ungarn mit Geld unterstützen sollten. Die Ungarn stellten sich nun wieder entschieden auf die Seite der Revolution, sie wählten am 20. August 1620 den Fürsten von Siebenbürgen zu ihrem Könige. Aber während Friedrich hier einige unsichere Bundesgenossen gewann, verlor er die Unterstützung der Union. Seit Ende Mai standen sich die Heere der Union und Liga an der Donau gegenüber. Bei Ulm lagerten die Unionstruppen in der Stärke von 13000 Mann, die Ligisten bei Lauingen und Günzburg fast in doppelter Zahl (24000 Mann). Der pfälzische Rat Camerarius erschien noch einmal in München, um Maximilian von einem Angriff auf Böhmen abzuhalten. Er zog unverrichteter Dinge wieder ab. An die Union aber sandte Maximilian zwei seiner Räte und bot Frieden an, d. h. er verlangte, daß die Union in Deutschland Frieden halten und kein ligistisches Gebiet angreifen sollte. Beide Teile sollten in Böhmen ihre Sache ausmachen. Aber die Union hatte bereits einer Unterstützung Friedrichs in Böhmen entsagt. Trotzdem nun die Union keineswegs die Versicherung erhielt, daß die Rheinpfalz ebenso vor einem Angriff bewahrt bleiben sollte, entschloß sie sich doch zu einem Vertrag mit Maximilian am 3. Juli 1620 zu Ulm, demzufolge sich Union und Liga gegenseitig verpflichteten, ihre Besitzungen nicht anzugreifen. Und schon rückten die Spanier unter Spinola gegen die Rheinpfalz heran. Der nahm nun die Union auf sich. Die Kräfte des Gegners waren gespalten, und Max hatte zu seinem Zuge nach Böhmen den Rücken frei. Er schickte sich sofort zur That an. Schon am 17. Juli 1620 stand das Ligaheer bei Schärding an der Grenze Oesterreichs.

In Böhmen und Niederösterreich hatte inzwischen der kleine Krieg seinen Fortgang genommen. Allein zu Entscheidungen kam es nicht. Nur mit unmenschlicher Härte und Grausamkeit wütete die unbezahlte Soldateska beider Parteien in den heimgesuchten Ländern, und während bayerische, spanische und sächsische Truppen dem Kaiser zu Hülfe zogen, waren die böhmischen Feldherren kaum mehr imstande, ihre Heerhaufen zusammenzuhalten. Revolte folgte auf Revolte, vor dem Einmarsch der Bayern brach der trotzige Widerstand der evangelischen Stände in Oesterreich ohnmächtig zusammen. Es ist ein trauriges Schauspiel, welches nun anhebt, in keiner Weise zu vergleichen mit jener gewaffneten Standhaftigkeit, welche einst der ersten böhmischen Revolution Sieg auf Sieg brachte.

Noch vor dem Einmarsch in Oesterreich hatte sich Maximilian mit einem Schreiben an den Kaiser gewendet, in welchem er diesem die Bedeutung seiner Handlungsweise noch einmal mit aller Eindringlichkeit zu Gemüt führte und seine Wünsche aussprach. Groß seien die Opfer, welche die Liga bringe. Sie erwarte daher, daß Oesterreich und Spanien sich feierlich verpflichteten, sie in ähnlichen Fällen auf ähnliche Weise zu unterstützen. Oesters habe die Regierung von Ober- und Niederösterreich sich bisher gegen mehrere Reichsstände, katholische wie protestantische, einen höchst anmaßenden Ton und mancherlei Ungerechtigkeiten erlaubt. Solchem Unfug möge der Kaiser in Zukunft steuern. Aehnliche Klagen erhebe man gegen den Reichshofrat. Es bitte daher der Herzog den Kaiser, daß dieser hohe Gerichtshof besonders die unnötige Verlängerung der Prozesse,

wie auch die Parteilichkeit bei Rechtsstreitigkeiten in Zukunft zu vermeiden suche. So erinnerte sich Max in der zwölften Stunde noch einmal der mannigfachen Unbill, welche er von Oesterreich hatte erdulden müssen.

Tilly führte das Heer der Ligisten, Maximilian begleitete dasselbe. Mit den Oberösterreichern war er schnell fertig. Eine zeitlang wiesen sie die bedingungslose Unterwerfung und Huldigung zurück, aber je näher Max an die Hauptstadt Linz heranrückte, um so williger zeigte man sich auf der Gegenseite. Nur ein paar tausend armer Bauern versuchten Widerstand zu leisten. Sie wurden geworfen und in ihren Reihen schrecklich gewütet. Am 20. August empfing Maximilian zu Linz die Huldigung der oberösterreichischen Stände. Bezüglich der Religion hatte er keine beruhigende Versicherung für sie, betreffs der politischen Privilegien aber erklärte er, daß die Huldigung ihnen so wenig wie der Hoheit und den Rechten des Kaisers präjudizierlich sein solle. Das Bündnis mit Böhmen wurde vernichtet. Der Kaiser hatte auf die Kunde von dem erfolgreichen Vordringen Maximilians die Anweisung gegeben, er möchte nun das Landvolk entwaffnen, die Protestanten ihrer kirchlichen Vorrechte berauben und die Urheber des Aufstandes zum Schrecken für andere streng bestrafen. „Die Prädikanten samt ihren verdammten Ketzereien sollten aus dem Lande gebracht und hingegen die katholische allein selig machende Religion gepflanzt werden.“ Max aber war nicht so ungestüm. Wir kennen ihn. Er liebt die Umwege, das langsamere Vorgehen, das ohne so großen Skandal zu gleichem Ziele führt. So wies er Ferdinand ab und nahm einstweilen von dem Lande ob der Enns Besitz. Er hatte ein erstes Pfand für seine Anstrengungen in Händen. Böhmen war nun das weitere Ziel.

Von Linz aus rückte Maximilian in Niederösterreich ein. Ein Teil der niederösterreichischen Stände hatte am 1. August Ferdinand die Huldigung geleistet, ein andrer Teil blieb in der Opposition und wählte den König von Böhmen zu seinem Schutzherrn. Als nun Maximilian einrückte, wurde von Wien aus ein Patent veröffentlicht, durch welches 33 Personen aus den angesehensten Geschlechtern des Landes ihres Lebens und Besitztums verlustig erklärt wurden. Damit nahmen jene Massenkonfiskationen ihren Anfang, welche später in Böhmen und Mähren einen so traurigen Abschluß fanden. Am 8. September vereinigte Maximilian seine Truppen mit Buquoy, dem Feldherrn des Kaisers. Christian von Anhalt zog sich vor ihnen gegen Mähren hin zurück. Ein Angriff Bethlens auf Wien wurde abgelenkt; nur 8000 ungarische Reiter sollten dem Fürsten von Anhalt zu Hülfe eilen. Aber sie eilten nicht und nahmen dann auch an der entscheidenden Schlacht keinen Anteil. Am 20. September überschritten die Kaiserlichen die böhmische Grenze und rückten gegen Budweis vor. Eine Reihe fester Plätze fiel in ihre Gewalt, nur Pilsen hielt sich, wo Mansfeld sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte. Wegen freiwilliger Uebergabe unterhandelte man mit dem Söldnerführer, der, ein echtes Kind jener wurzellos gewordenen Zeit, sich nicht länger für eine Sache oder Idee schlug, als diese ihm und seinen Truppen den Unterhalt gewährte. Vor den Kaiserlichen zogen sich die Böhmen auf Rokitzan zurück. Alle die furchtbaren Drangsale der neuen Kriegsführung, nach welcher „der Krieg den Krieg ernähren sollte“, ergossen sich über das unglückliche Land. Es war bei diesem Vorrücken, daß der bayrische General v. Haslang in die Gefangenschaft der ungarischen Reiter, die wie eine Räuberbande im Lande wüteten, fiel. Er war bereits am Fieber erkrankt und starb in wenigen Tagen aus Mangel an Pflege. Den Ungarn thaten es im Rauben und Plündern die Kaiserlichen noch zuvor. „Ich kann“, so schrieb Maximilian an Ferdinand, „Euer K. Majestät nicht verhehlen, daß derselben Armada, ungeachtet meiner vielfältigen, wohlmeinenden Erinnerungen, mit Rauben, Plündern und sonderlich dem hochschädlichen Brennen, ja sogar Niederhauung der unschuldigen erbärmlichen Katholischen beiderlei Geschlechts, so E. Maj. Protektion mit Verlangen erwartet, Ranzionieren der Gehorsamen, Entführung der Weibspersonen und Jungfrauen, noch immerdar ohne Unterschied der Orte, denn weder Kirchen noch Klöster verschont werden, auch unangesehen der Salva guardia fortfährt, mein eigenes Volk und Proviant angreift und spoliert und also übel hauset, daß der gemeine Mann aufs äußerste und höchste ruiniert und desperiert wird und in vielen Jahren nicht



Morgen vor der Schlacht am weißen Berge. Von Carl von Piloty.

mehr über sich kommen kann; da auch der Allmächtige den verhofften Sieg gnädigst verleihe, E. Maj. doch dessen bei so verderbtem und höchst devastiertem Königreich wenig zu genießen haben würden, zu geschweigen, daß inzwischen dieses so überhand nehmende mutwillige Landverderben sowohl E. Maj. als meinem Volk und Pferden an Proviant und Fourage einen merklichen Schaden bringt, und die Quartiere verderbt werden, daraus hernach der Mangel an Proviant notwendig erfolgen muß." Dergleichen Klagen über die kaiserlichen „Beschützer" kamen täglich von verschiedenen Orten, und teils war Maximilian selbst Augenzeuge des Berichteten.

Bei diesem barbarischen Vorgehen war es kein Wunder, daß sich die Bauern zusammenrotteten und in Truppen von 4—7000 Mann selbst zum Angriff vorgingen, zahlreiche Schlösser verwüsteten und raubten, was zu rauben war. Das böhmische Volk war zerissen. In seinen einzelnen Teilen kämpfte es gegen einander, selbst der Feind im Lande brachte keine Einigkeit der gespaltenen Nation. So hatte der von den Böhmen errichtete Kriegsrat unter andern die Aufhebung der Leibeigenschaft vorgeschlagen, um den gemeinen Mann zum Kampfe für die Freiheit opferwilliger zu machen. Allein diese kümmerliche Gedankenoase verfiel der allgemeinen Dürre, der Vorschlag widersprach den Standesvorurteilen des Adels, er wurde abgelehnt.

Die Unterhandlungen mit Mansfeld gestatteten dem kaiserlichen Heere, Pilsen unberücksichtigt zu lassen. Die Kaiserlichen zogen gegen Norden ab und schwenkten dann östlich gegen Prag ein. Christian von Anhalt folgte den Bewegungen des Feindes aufmerksam und zog mit seinen Truppen gegen Rakonitz voraus. Hier wollte er den Angriff und die Schlacht erwarten. Es gelang den Ligisten trotz mehrfacher Erfolge nicht, den Fürsten aus seiner festen Stellung zu verdrängen. So umging man den Feind und rückte gegen Prag vor (5. November). Eilig folgte Anhalt mit dem böhmischen Heere dem Gegner. In der Nacht vom 7. zum 8. November langte er auf dem weißen Berge an, einer eine Stunde von Prag gelegenen Anhöhe. Hier setzten sich die Böhmen fest und errichteten zwei Schanzen. Am folgenden Tage kamen die Kaiserlichen heran. Tilly war zur Schlacht entschlossen, Buquoy riet zum Angriff auf Prag. Während sich die Anführer noch berieten, erschien der Karmelitermönch Pater Dominicus und trieb zur Schlacht. Mit dieser geistlichen Hülfe schlug die Anschauung Maximilians und Tillys durch. Der Angriff wurde beschlossen. Das Kommando über die Ligisten führte Tilly, über die Kaiserlichen der Oberst Tiefenbach, da Buquoy einige Tage vorher verwundet worden war. Ligisten und Kaiserliche zählten etwa 27 000 Mann, die Böhmen mögen ziemlich in gleicher Anzahl gewesen sein, aber was Disziplin und moralischen Mut betraf, standen sie dem Feinde weit nach.

Am 8. November, einem Sonntag, entspann sich der Kampf um die Mittagszeit. In weniger als zwei Stunden war alles entschieden, das böhmische Heer in wilder Flucht. Es war kein Halt in den Reihen der Revolutionäre. Friedrich V hatte an der Schlacht keinen Anteil genommen. Tags vorher hatte er sich nach Prag begeben, und ob er gleich die Nachricht erhielt, daß die Schlacht unmittelbar bevorstehe, so hatte er doch noch zu allem Möglichen Zeit und kam schließlich gerade recht, um von den Schanzen Prags aus die Flucht seines Heeres mit ansehen zu können. Was nun? Standhalten oder Fliehen? Auf die demoralisirten Truppen war nicht mehr zu rechnen, auf die hingebende Verteidigung der Prager Bürgerschaft ebensowenig, der König selbst war kein Mann, für den man sich hätte begeistern können. Er begann zu unterhandeln. Die Antwort Maximilians blieb aus. Am andern Morgen fuhr der Wagen vor, der die Königin und die Kinder davonführen sollte. Da entsank dem König der Mut. Er stieg zu Pferde und ritt davon. Mit ihm die andern. Das Zeichen zur allgemeinen Flucht war gegeben. An der allgemeinen Erbärmlichkeit brach das pfälzische „Winterkönigtum" schmachvoll zusammen.

Die Siegeskunde rief in Wien ungeheuern Jubel hervor. Wenige Tage später langte eine Kiste an, welche das dem Kaiser zugefallene Beutestück enthielt. Es waren die Privilegien des Landes und der Majestätsbrief. „Es heißt, daß der Kaiser von dem Majestätsbrief selbst das Siegel herabgerissen und ihn der Mitte nach zerschnitten habe."



Herzog Maximilians I Einzug in

Nach dem



nach dem Siege am weißen Berge.
von Müller.

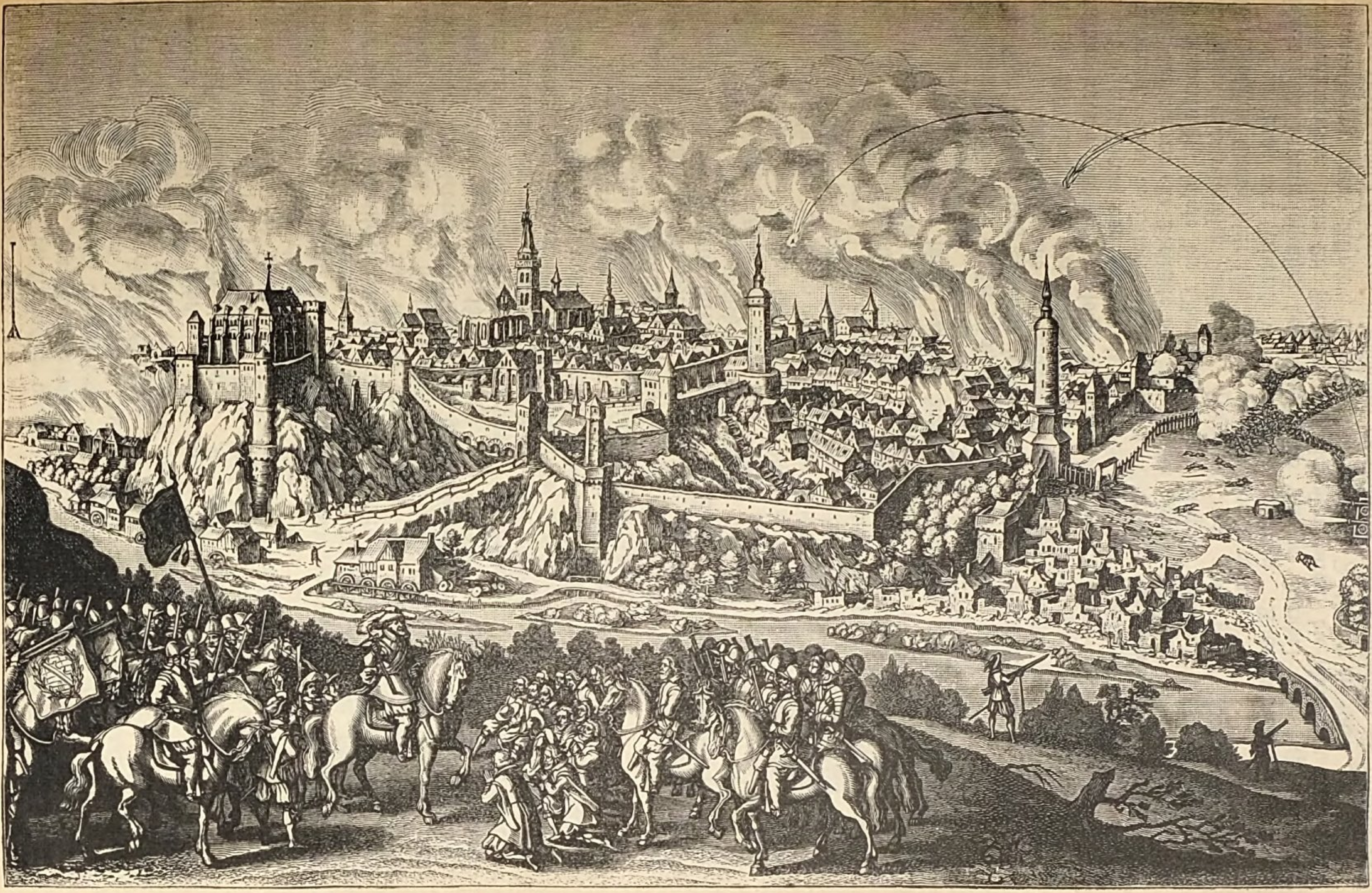
So hielt man in Wien die Kursachsen gegebenen Versprechungen. Das Schicksal Böhmens war damit angedeutet. Der Kapuzinerpater Sabinus hielt die Predigt während des Dankgottesdienstes, den man im Stephansdom veranstaltete. Er sprach über die Worte des Psalmisten: „Du wirst sie mit eiserner Rute züchtigen und wie ein irdenes Gefäß zertrümmern"; er erinnerte an die Drohung des Propheten gegen Ahab: „Weil du aus der Hand freigelassen den Mann in meinem Netze, so sei dein Leben für sein Leben und dein Volk für sein Volk", (Könige I. Kap. 20, V. 42). In Wien war man gesonnen, das Schicksal Ahabs von sich abzuwehren. Der Henker gab sich an die Arbeit.

Die Schlacht auf dem weißen Berge entschied über das Schicksal Böhmens, wenn auch die Erwerbung des Landes für Ferdinand damit noch nicht beendet war. Maximilian hatte sein Wort eingelöst, ihm vor allen dankte das habsburgische Haus seine Rettung und mehr als das, die Möglichkeit eines Machtaufschwunges, wie man ihn vor einem Jahre kaum zu träumen gewagt. Man hat die finanzielle Not des böhmischen Heeres und der böhmischen Staatsleitung als die erste Ursache der Niederlage angegeben. Die Ursache lag tiefer. Sie lag in der sittlichen und geistigen Verkommenheit, dem traurigen Egoismus aller, sie lag in dem Mangel einer wirklichen Volksbewegung, eines einheitlichen Volkslebens. Einst hatte der grundbesitzende Adel nach dem Ende der ersten Revolution nichts besseres zu thun gewußt, als das Volk in tiefe Knechtschaft hinabzudrücken und sich auf seine Kosten zu bereichern, jetzt fehlte dem revolutionären Adel das Volk, der auch jetzt noch zurückhielt, dem Volke seine Freiheit und ein eigenes Leben zurückzugeben. Die Bauern wandten sich gegen die Schlösser ihrer adeligen Zwingherrn. An diesem Zwiespalt im nationalen Leben Böhmens scheiterte die böhmische Revolution. Große Zeiten gebären große Männer. Daß den Böhmen kein Diktator, kein zweiter Ziska erstand, ist ein Zeichen der allgemeinen Erbärmlichkeit.

Der Lage der Verhältnisse gemäß forderte Maximilian von den Pragern unverweilte und unbedingte Unterwerfung. Sie erfolgte, und Maximilian und Buquoy hielten am Tage nach der Schlacht ihren Einzug in die Stadt. Mit dem Eintritt der Truppen war es um die Disziplin geschehen. Das Rauben und Plündern begann. Es ist hochbezeichnend, welche Schätze von Gold und Silber da im Schloßhof, auf den Straßen, in den Palästen der Reichen den kaiserlichen Räubern in die Hände fielen. Dem einzigen Herrn Wilhelm von Lobkowitz sollen siebenzehn Kisten voll Gold- und Silbergeräte genommen worden sein. Und dabei herrschte permanente Finanznot in der Kasse der Regierung und des Heeres! Es herrschte wohl weit mehr als diese der Mangel an Opfermut, ein trauriger Egoismus, die stets im Gefolge einer allgemeinen Verkommenheit die natürlichen Begleiterscheinungen bilden. Dem Sieger blieb so nur offenkundig zu vollstrecken, was das Leben längst gerichtet hatte. Und nur aus diesem Gefühle heraus läßt sich die Teilnahmslosigkeit, die sich nicht zu Thaten zu erheben vermochte, verstehen, der das Schicksal Böhmens in der nächsten Folgezeit allenthalben begegnete.

Der Unterwerfung Böhmens folgte diejenige Mährens auf dem Fuße. Eine Deputation ging nach Wien und bot Unterwerfung an. Keine Verzeihung, kein Versprechen, nur die Mitteilung, daß der Kaiser den Kardinal Dietrichstein zum Statthalter in Mähren ernannt habe. Gleichzeitig erfolgte die Unterwerfung Schlesiens und der Lausitz. Kurfürst Johann Georg von Sachsen hatte diesen Teil der habsburgischen Länder auf sich genommen. Am 5. Oktober erzwang er die Uebergabe der Stadt Bautzen. Anfangs November waren alle Edelleute der Niederlausitz zur Unterwerfung bereit. Dem Beispiel der Niederlausitz folgte die Oberlausitz. Der Kurfürst versprach ihnen Sicherung der politischen und religiösen Freiheiten. Ferdinand war zwar gegen jedes Zugeständnis. Aber Johann Georg hielt fest, und so gab Ferdinand nach.

Von Prag war Friedrich V nach Breslau geflohen. Auch hier dieselbe Jämmerlichkeit und Unentschlossenheit des Wahlkönigs wie der Stände! Er floh weiter ins Brandenburgische. Am 28. Februar 1621 schlossen darauf die schlesischen Stände mit Johann Georg einen „Akkord", in welchem die Schlesier Ferdinand als ihren „gewählten" König, Herrn und Oberherzog in Schlesien anerkannten, die Versicherung ihrer politischen und religiösen Freiheiten erhielten und eine Sühne von 300000 Gulden versprachen.



Bautzen zur Zeit der Belagerung durch den Kurfürsten von Sachsen (1620).

Der Kaiser war über diese Milde des Kurfürsten sehr aufgebracht, namentlich davon, daß er „gewählt“ sei, wollte er nichts mehr wissen. Aber Johann Georg ließ sich nicht stören. Er übernahm selbst die Garantie für die Erfüllung des Akkords. Und trotz mehrfachen Sträubens genehmigte endlich auch Ferdinand denselben nach seinem vollen Inhalt und Wortlaut. Die Stände Schlesiens wurden wie die der Lausitz vollkommen amnestiert. Keiner sollte in seinem Besitztum verletzt werden, nur der Markgraf von Jägerdorf, der Führer der schlesischen Revolution, verlor sein Fürstentum, und einige Edelleute wurden mit einer Geldstrafe belegt.

Um so radikaler verfuhr man in Böhmen, Mähren und Oesterreich. Das Wahlrecht der Böhmen sollte beseitigt, das habsburgische Erbrecht festgesetzt werden, von den Privilegien sollte der Vernichtung anheimfallen, was gegen die königliche Autorität verstieß, die Anhänger der böhmischen Brüderunität und die Kalviner sollten aus dem Lande vertrieben, die übrigen Protestanten unterdrückt werden, das Eigentum der Rebellen verfiel der Konfiskation. Nach diesem Plane begab man sich an die Arbeit. Der Fürst Karl von Liechtenstein erschien als Statthalter in Böhmen. Im März gelang es Tilly, Pilsen zu gewinnen. Mansfeld war in der Oberpfalz mit neuen Werbungen beschäftigt. Seine Soldaten übergaben indessen die Stadt dem Feinde. Und noch ehe der Boden des Landes ganz vom Feinde gesäubert war, begannen die Prozesse gegen die Teilnehmer am Aufstand. Am 20. Februar 1621 wurde eine Anzahl Herren, Ritter und Bürger verhaftet. Ein besonderer Gerichtshof wurde niedergesetzt. Die Gesetze und ordentlichen Gerichte des Landes wurden umgangen, damit die Willkür freien Spielraum habe. Am 21. Juni war man so weit, 27 der ersten Männer des Königreichs dem Henker zu überliefern, unter ihnen der Graf Andreas Schlick, Wenzel von Budowec, einer der Direktoren, der berühmte Dr. Jessenius. Letzterem wurde zuerst die Zunge ausgeschnitten, dann wurde er enthauptet, dann gevierteilt. Drei Bürgerliche wurden einfach aufgeknüpft. „Die traurigen Exekutionen bezeichnen den Abschluß der alten und selbständigen Entwicklung Böhmens, Söhne der bedeutendsten Adelsgeschlechter, hervorragende Bürger und Gelehrte, also die Repräsentanten seines gesamten Kulturlebens, endeten hier und mit ihnen ihre Bestrebungen.“ Ein Volksleben, das sich selbst verloren, fiel also der grausamen Rache des Siegers anheim. Aber wir haben dieser neu einsetzenden Entwicklung noch einige Schritte zu folgen, um zu erkennen, was man an die Stelle jener verlebten Volkskultur zu setzen sich bemühte.

Zunächst konfiszierte man die Güter der Rebellen, nach der Schätzung jener Zeit eine Summe von 5000000 Thalern, nach heutigem Geldwert mindestens sechsfach so viel. Das genügte nicht. Auch die übrigen Edelleute, auch die königlichen Städte, welche nur irgend eine Billigung des Aufstandes ausgesprochen hatten, sollten zur Strafe gezogen werden. Man wollte langsamer vorgehen, allein die Eiferer, der päpstliche Nuntius Caraffa, die jesuitische Kamarilla in Wien trieben unausgesetzt zu rascher Exekution. So besetzte man die Kirchen mit katholischen Geistlichen. Die Jesuiten zogen in Prag ein und übernahmen die Organisation des Klerus. Die Pfarrer sollten sich der katholischen Kirche anbequemen und sich ihrer Frauen nur mehr als Köchinnen bedienen. Das wurde in Prag abgeschlagen. Man mußte auf die Protestanten im Reich Rücksicht nehmen. Also nicht mit religiösen, sondern mit politischen Gründen wollte man gegen die protestantischen Geistlichen vorgehen. Alle sollten aus dem Lande gejagt werden, welche die Rebellion auf der Kanzel und in der Schule befördert, die Wahl Friedrichs verteidigt und seiner Krönung beigewohnt hätten. Da blieben nicht viele übrig, die sich nicht solcher „Verbrechen“ schuldig gemacht hatten. So begann man das Werk. Kommissare der Regierung durchzogen mit Soldaten das Land und wüteten gegen die Bekenner des Evangeliums. Die altberühmte Prager Universität wurde den Jesuiten ausgeliefert. Unter denen, die jetzt und in der Folgezeit das Land verließen — man rechnet weit über 30000 Familien — war auch Karl von Zierotin, der Führer der Mähren, und der berühmte Schulmann Johann Amos Comenius. Wenn das protestantische Volk den Verführungskünsten katholischer Priester widerstand, so begannen die Liechtensteiner Dragoner ihr Bekehrungswerk. Tausende trieben diese gespornten „Seligmacher“ unter

den entsetzlichsten Mißhandlungen zur Messe und Beichte. Bei alledem aber müssen wir stets im Auge behalten, daß es umgekehrt nicht besser gewesen wäre. Der siegreiche Calvinismus in Böhmen würde mit gleicher Härte gegen Katholiken und Lutheraner vorgegangen sein, denn so tief war der Geist des Protestantismus und der Reformation gesunken, daß er seinem pfäffischen Gegner nun auf der untersten Stufe geistiger Verkommenheit getrost hätte die Hand reichen können. Ende 1621 trat ein Konfiskationsgerichtshof zusammen. Warum man keine Gnade walten ließ, sagte die kaiserliche Instruktion selbst mit dürren Worten, indem sie die finanziellen Bedrängnisse des Kaisers als Grund angab, warum man den Schuldigen keine Verzeihung zu teil werden lassen könne. Und so sollte denn der Konfiskationsrat untersuchen, inwieweit die einzelnen „während der vergangenen Rebellion ein Kriegs-, Landes-, Hof-, Stadt- und Ratsamt innegehabt, welche Kommissionen in oder außerhalb des Landes sie verrichtet, ob sie die Konföderation beschworen und unterschrieben, ob sie den rebellischen Zusammenkünften beigewohnt und deren Beschlüsse approbiert, ob sie andere zu gleichmäßiger Rebellion aufgewiegelt, ob sie wider den Kaiser und dessen hochlöbliches Haus schmähliche und verkleinerliche Reden ausgestoßen oder ob sie sonst bei der Rebellion interessiert waren.“ Alle diese — und das waren eben alle mit Ausnahme der „wenigsten und ärmsten“ — sollten an Geld und Gut gestraft werden. Im Jahre 1622 begannen die Prozesse, sie endeten meist in den nächsten zwei Jahren. Das Urteil lautete immer, daß der Betreffende sein ganzes bewegliches und unbewegliches Vermögen von Rechts wegen verlieren sollte, daß ihn der Kaiser aber aus Gnade im Besitze der Hälfte, eines Drittels oder eines Viertels belasse. Alles Grundeigentum aber mußte aufgegeben werden. Es wurde abgeschätzt, natürlich möglichst gering, dann sollte von der abgeschätzten Summe der betreffende Teil dem Verurteilten ausbezahlt werden. Nun aber artete diese kaiserliche Gerichtspflege vollends in gemeinen Raub aus. Zunächst wurden diese Summen den Verurteilten in falschem Gelde ausbezahlt, denn der Kaiser hatte mit einem gewissen Hans de Witte einen Münzvertrag abgeschlossen, der ihn und einige hochgestellte Herren ermächtigte, aus einer Mark Silber viermal so viel Geld als bisher zu prägen. Die Herren aber blieben nicht bei der vierfachen Verschlechterung, sondern schritten bis zur zehnfachen fort. Nach dem Geschäfte sollte die schlechte Münze wieder außer Kurs und zu ihrem wahren Werte eingezogen werden. Aber selbst dieses Zwölftel oder Dreißigstel der an sich schon zu tief abgeschätzten Summe erhielten die Verurteilten nicht alle ausbezahlt, sondern man gab vielen einfach gar nichts. So wurde das böhmische Volksleben entwurzelt, es wurde aus dem vaterländischen Boden losgerissen, die Grundbesitzer wurden an den Bettelstab gebracht, den einzelnen Bürgern ward wie den Gemeinden ihr Vermögen genommen. So verfiel die böhmische Kultur dem erbärmlichen Zustand einer armseligen bäuerlichen Bevölkerung. „Das Weh, unter dem das Land seufzte, kann an Umfang und Tiefe nur mit jenem verglichen werden, das zur Zeit der Völkerwanderung den Bewohnern Galliens und Oberitaliens durch die fränkischen und longobardischen Sieger zugefügt wurde.“ (Gindely.)

Ebenso verfuhr man in Mähren. Der Besitz derjenigen, die nichts weiter verbrochen hatten, als dem „Afterkönig“ den Eid der Treue geleistet zu haben, sollte zu einem „Lehen- oder Bauerngut“ herabgesetzt und mit einem besonderen Zins belastet werden, dazu sollte man die städtischen Gelder konfiszieren. Kein Wunder, daß in einer Zeit von drei Jahren die Zahl der bewohnten Häuser in Mähren von 90 000 auf 30 000 herabsank. Die mährische Brüdergemeinde, jener Rest der deutschen Wiedertäufer, welche sich hier in einem stillen arbeitsamen Leben erhalten hatten, wurden vertrieben. Die einzelnen Gemeinden hatten eine kommunistische Einrichtung und bestellten die Felder oder betrieben ein Gewerbe, darunter die Tuchmacherei, auf gemeinsame Rechnung. An 20 000 Seelen belief sich ihre Zahl. Sie gehörten zu den besten Steuerzahlern des Landes. Nun wichen sie der Reaktion und wandten sich nach Ungarn.

In Schlesien kam es einstweilen nicht zu dieser grausamen Verfolgung des Sieges. Kurfürst Johann Georg von Sachsen stand dem im Wege. Anders aber war es in Oesterreich. Oesterreich ob der Enns war als Pfand im Besitz Maximilians. Die

Oberösterreicher baten ihn, die eingeleiteten Prozesse einstellen zu lassen. Er wies sie zurück, und als man sich auf die Rechte und Privilegien berief, meinte er, ob sich etwa der Landesfürst dem Willen der Stände fügen solle? So wurden denn auch hier die Konfiskationen eingeleitet. Man war entschlossen, Oesterreich ebenso zu behandeln wie Böhmen und Mähren. Alle, die an dem böhmischen Aufstand irgendwie teilgenommen, büßten dafür, die einen mit ihrem Leben, die andern mit ihren Gütern, „alle aber, die in der Heimat geblieben waren, mit ihrer Ueberzeugung, die sie dem absoluten Regiment zum Opfer bringen mußten."

Das war die Bedeutung des Sieges der bayerischen Waffen auf dem weißen Berge bei Prag, daß er die östlichen Gebiete der österreichischen Krone auf eine Kulturstufe vollends zurückwarf, welche dieselben in den Zeiten der Luxemburger, eines Podiebrad und Matthias Corvinus, wie noch in den Tagen Kaiser Maximilians I mit so großem Erfolg zu verlassen sich bestrebt hatten. Die Entwicklung des bayerischen Lebens wurde zum Typus für diese Länder, in denen die bäuerliche Kultur zugleich mit dem Katholizismus von neuem zum herrschenden Elemente erhoben wurde. Die Entwicklung des bayerischen Lebens drang abermals herrschend empor über das Leben der alten Kolonisationsgebiete des bayerischen Stammes. So rächte es sich an Oesterreich, daß es sich einstens und dann immer wieder der Entwicklung Bayerns zu städtischer Kultur in den Weg geworfen hatte. Diesen Abschluß fand nun der vielhundertjährige Kampf um Böhmen, den wir seit den Tagen Heinrichs I und des Liutpoldingers Arnulf in seinen wechselnden Phasen verfolgten, ein Kampf, in welchem nun durch das abermalige Zusammengreifen des Bayern- und Sachsenstammes eine Entscheidung zu Gunsten der deutschen Ostmärker herbeigeführt wurde, die aber dennoch nicht imstande war, das nationale böhmische Element vollkommen durch das deutsche zu ersetzen. Es zeigt sich dies, wie nirgendwo besser, besonders an jener Bestimmung der neuen Landesordnung, welche im Jahre 1627 nach dem „Rechte" der Eroberung in Böhmen eingeführt wurde und die deutsche Sprache als „gleichberechtigt" neben die böhmische stellte. So ward dem Sprachengesetz von 1615, welches der böhmischen Sprache die alleinige Herrschaft im Lande verschaffen wollte, der Todesstoß versetzt. „Gleichberechtigt!" Der Kampf war nicht zu Ende. Er wird demnach auch noch die Kräfte der Zukunft zu einem großen Teile in Anspruch nehmen, da die kolonisatorische Kraft der Ostmärker allein nicht ausreichte, denselben zu Gunsten des deutschen Elementes endgültig zu entscheiden.

Der Sieg auf dem weißen Berge war ein Sieg des verbündeten habsburgischen und wittelsbachischen Fürstentums über den protestantischen Adel der böhmischen Länder und seine innerdeutschen Verbündeten. Dieses aristokratische Element mußte in den Dienst des Volkslebens zurückgezwungen werden, bevor eine neue Lebensentfaltung beginnen konnte. „Unter dem Eindruck dieses furchtbaren Schlages beginnt nicht allein die protestantische deutsche Aristokratie — und zwar viel energischer das kleinere, als das größere weltliche Fürstentum — gegen diese Erhebung der katholischen Kräfte zu reagieren; es treten nach einander die großen Faktoren der europäischen Politik, die aristokratischen des Nordens, wie die absolutistischen des Südens, in die deutschen Kämpfe ein." Wir mußten diese erste Phase des dreißigjährigen Krieges etwas intimer betrachten, weil sich in ihr schon alle jene Elemente regen, mit denen wir in der Folge zu rechnen haben.

Wir haben oben gesehen, wie schwer es den Habsburgern wurde, den runden und klaren Preis zu nennen, den sie für Bayerns Hülfe zu zahlen sich entschlossen, wie lange sie da Maximilian mit allgemeinen Redensarten zu ködern suchten, daß sie sich dankbar erweisen und nichts gratis gethan haben wollten. Fast die gleichen Schwierigkeiten bot nun die Auslösung der endlich gegebenen Versprechungen. Wir dürfen voraussetzen, daß Maximilian wohl das Nachsehen gehabt haben würde, wenn er sich nicht zuerst und vor allem eines der habsburgischen Länder, Oberösterreichs, als Pfandes versichert hätte, wenn Habsburg nicht auch noch fernerhin auf seine Hülfe angewiesen gewesen wäre. Und doch war Ferdinand seinen habsburgischen Verwandten gegenüber sofort bereit gewesen, ihnen den Elsaß zu überlassen. So wundert es uns nicht, wenn jetzt nach Beseitigung der dringendsten Gefahr die alte Rivalität zwischen Habsburg und Wittels-

bach wieder aufzuleben beginnt. Es war der Wunsch Ferdinands, Maximilian möge auf die Erfüllung des wegen der Kur gegebenen Versprechens verzichten. Denn während dem „Winterkönige" die böhmische Krone abhanden kam, war auch das Verhängnis über seine Erblande hereingebrochen. Im Herbst 1620 zog der Marchese Spinola mit einem großen spanischen Heere den Rhein herauf. Die Haltung der Unierten wurde im Angesichte der Gefahr immer erbärmlicher. Das Unionsheer rührte sich nicht, als nun Spinola Mainz, Alzei, Oppenheim, Gelnhausen, Wetzlar und andere rheinische und wetterauische Städte besetzte. Ein holländisches Hülfsheer zog wieder nach Hause, als es die lahme Haltung der Unierten erkannt hatte. Nun kam die Kunde von der Prager Schlacht, damit schwand alle Kriegslust von selbst.

Die Haltung des Winterkönigs, seine überspannten Forderungen, welche er an Ferdinand stellte, drängten diesen weiter, „die erlangte Viktoria ohne Verzögerung zu prosequieren." Aber da war die Frage, wie weit seine Bundesgenossen mit ihm gehen würden, wie es möglich wäre, denselben weitere hinzuzufügen. Der Graf von Hohenzollern erschien in München, um anzufragen, in wie weit Ferdinand auf die Hülfe Bayerns und der Liga rechnen könne, wenn er den Pfalzgrafen ächten würde. Max hielt anfangs zurück, dann aber riet er offen zur Aechtung und versprach seine fernere Hülfe, wenn die Liga mit ihm aushärre. So schritt Ferdinand zur Acht. Am 22. Januar 1621 unterzeichnete er die betreffenden Patente, welche den Kurfürsten von der Pfalz wegen Hochverrats, Majestätsbeleidigung und Landfriedensbruchs und gleich ihm seine Genossen, Christian von Anhalt, den Markgrafen von Jägerndorf und den Grafen von Hohenlohe in die Acht erklärten. Es war ein Vorgehen ohne rechtliche und gerichtliche Form, ohne Vorladung und Verteidigung, es war ein Schritt von ungeheurer Tragweite, dessen Bedeutung wir im Hinblick auf Bayern nur ermessen können, wenn wir uns des Sturzes Heinrichs des Löwen erinnern. Das Bündnis der Kirche mit dem Kaisertum führte in beiden Fällen zur Verurteilung eines der angesehensten Reichsfürsten, das erste Mal kam Bayern an Wittelsbach, das zweite Mal erhielt Bayern-Wittelsbach die Kurwürde.

Maximilian hatte sich bereit erklärt, die Exekution zu übernehmen, um sich auf diese Weise der pfälzischen Länder zu bemächtigen und sie mit der Kur zu behalten. Aber er hatte einen Rivalen. Spanien war im Besitz der Unterpfalz. Nur die Oberpfalz war noch frei. Und in Wien war man der Meinung, ihm nur diese zu überlassen. Gegen eine Anweisung auf die Oberpfalz wollte man schon jetzt das von Maximilian besetzte Oberösterreich einlösen und Spanien mit der Unterpfalz für seine Hülfe danken. Da aber trat Max ein. Auf die Unterpfalz wollte er um keinen Preis verzichten. Er müsse die Exekution ablehnen. Nur wenn der Kaiser die Unterpfalz dem Pfalzgrafen zurückgeben würde, wolle er von derselben absehen. Also nicht Habsburg, sondern Wittelsbach sollte im Besitz dieses Landes bleiben. Das war die deutlich ausgesprochene Meinung Maximilians, und an ihr hielt er fest.

Die Union lag im Sterben. Durch Drohungen und Versprechungen brachte es die habsburgische Politik dahin, die eingeschüchterten Bundesfürsten zur Unterwerfung zu bringen. Der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt übernahm die Vermittlung. Es gelang ihm, den protestantischen Bund zu sprengen. Als Spinola von Wien den Befehl erhielt, die Unterhandlungen abzubrechen und weiter vorzurücken, sagten sich die reichsstädtischen Mitglieder von der Union los. Sie wollten ihr Schicksal nicht länger an das des Pfalzgrafen ketten. Damit entfiel auch den fürstlichen Mitgliedern der Mut. Der Landgraf Moritz von Hessen, der Markgraf von Brandenburg-Ansbach, der Herzog von Württemberg wichen Schritt für Schritt mit ihren Ansprüchen zurück. Am 12. April 1621 waren sie am Rande angelangt. Die Union fiel ins Grab. In dem sogenannten „Mainzer Akkord" gaben die Fürsten das Versprechen ab, ihre Truppen nicht gegen Spinola zu verwenden, die Pfalz zu räumen, den Kurfürsten nicht ferner zu unterstützen. Am 24. April kam es dann zu Heilbronn zur vollen Auflösung der Union. Ein allgemeines Hohn- und Spottlied erklang bei der Beendigung des Bündnisses, an welches man einst so große Erwartungen geknüpft hatte. „Ein beißendes Pamphlet der

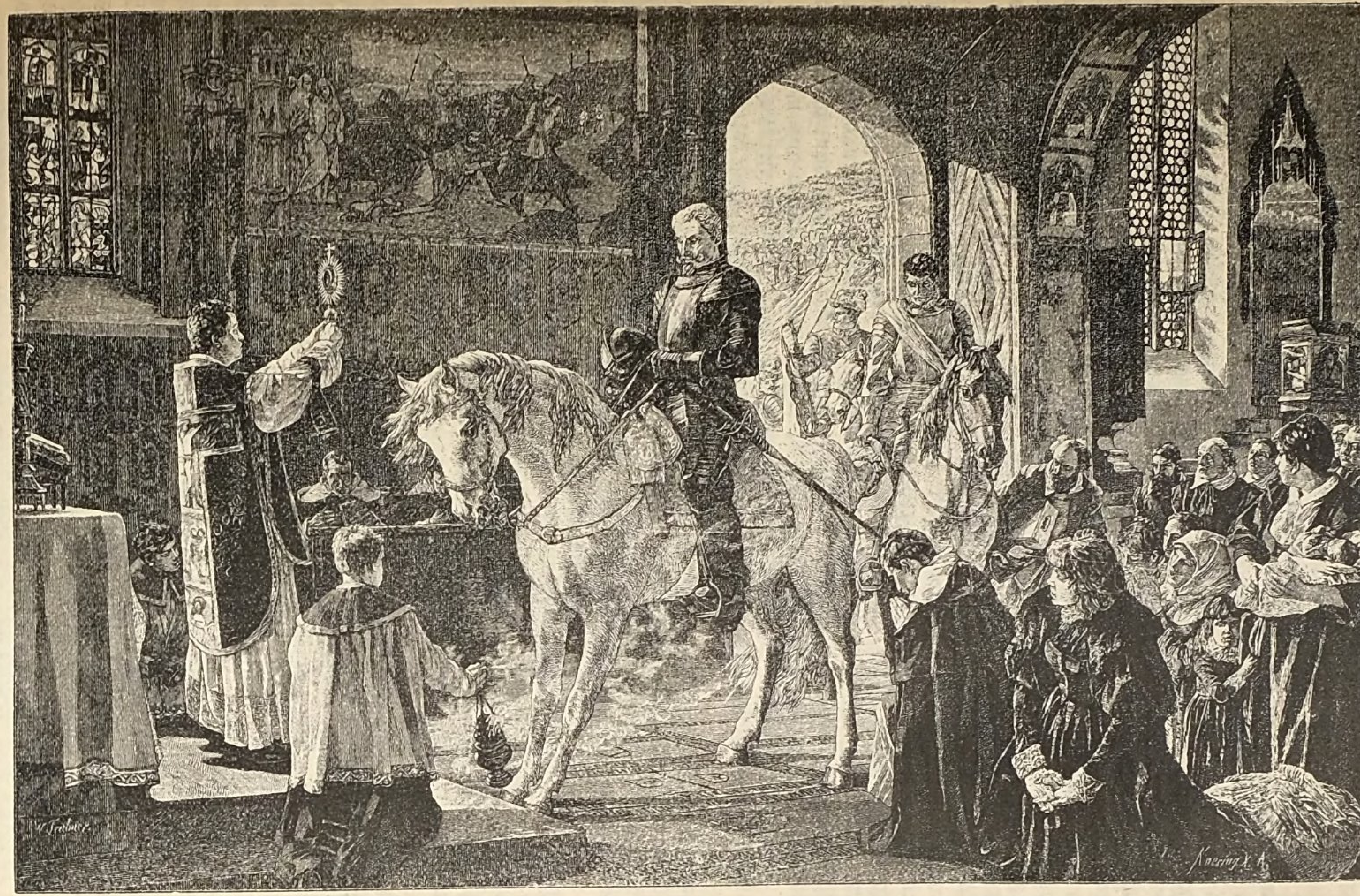
Zeit betitelt sich: ‚Ordentliches Verzeichniß deß, was die Evangelische Union letzterzeit Löbliches verrichtet hat.‘ Ueber jeder Seite steht die Jahreszahl und darunter das Fazit: Nichts, wiederum nichts, gar nichts, erst recht nichts und schließlich als Summa Summarum eine große Null."

Alle Verwendungen der unierten Fürsten, des Königs Christian IV von Dänemark, des Königs von England für den Pfalzgrafen waren vergeblich, vergeblich wie seine eigenen überspannten Friedensgesuche. Die bayerische Staatskunst that das Ihrige, jeden Gedanken an Versöhnung und Nachgiebigkeit zu verscheuchen; die päpstliche Kurie schürte mit fanatischem Eifer den Brand. Selbst Bethlen Gabor schloß nun wieder einmal Frieden mit Ferdinand (Dezember 1621), entsagte dem ungarischen Königstitel gegen Abtretung mehrerer ungarischer Gespanschaften und gegen einige andere Vergünstigungen. Der eigentliche Urheber der ganzen Bewegung, Fürst Christian von Anhalt, hatte nur noch den Gedanken, vom Kaiser Verzeihung und Frieden zu erlangen. Sein gleichnamiger wackerer Sohn bereitete ihm dazu allmälig den Weg. Wie ein gehetztes Wild floh der geächtete Pfalzgraf weiter von Breslau nach Küstrin, von Küstrin nach dem Haag zu seinem Oheim, Moritz von Oranien, der ihm den Aufenthalt in Holland gestattete.

Während Christian von Anhalt vom Schauplatze abging, trat ein Namensgenosse von ihm auf den Plan, der „tolle Halberstädter“. Abermals ein Sprosse jener kleineren niederdeutschen Fürstentümer, welche nun mit lebhaftem Eifer gegen die katholische absolutistische Erhebung des Südens zu reagieren begannen. Das ritterliche Wesen der Vergangenheit belebte sich in ihm von neuem, aber trotz der Einmischung bizarrer Ideen bereits mit einer Weisung in die Zukunft. Glühender Eifer für die Freiheit der Gedanken, wie sie im Protestantismus einst zu wurzeln begonnen hatten, ebenso warme jugendliche Liebe für die schöne Tochter König Jakobs I von England, die flüchtige Pfalzgräfin Elisabeth, trieben ihn zu den Waffen. Ihren Handschuh trug er am Hute, sein Wahlspruch war: Tout avec Dieu et pour elle. So trat der kühne Freibeuter aus dem bischöflichen Stillleben hinaus auf den Kriegsplan.

Der Krieg hatte seinen Fortgang genommen. Graf Mansfeld war aus Böhmen nach der Oberpfalz gezogen. Den Sommer und Herbst (1621) hindurch prügelte er sich dort mit den bayerischen Truppen Tillys herum. Unter dem „Reichsbanditen“ kämpften auch Friedrich und Wilhelm von Sachsen-Weimar, gleich dem ältesten der ernestinischen Brüder, Johann Ernst, streitbare Gegner des Hauses Habsburg. Die ganze starre Charakterfestigkeit der Ernestiner erneute sich noch einmal in diesem Enkel Johann Wilhelms. Amberg hatte Mansfeld zu seinem Hauptquartier gemacht. Maximilian brach auf, ihn zu vertreiben und sich der Oberpfalz zu bemächtigen. In Straubing hatte er bis Ende Juli 1621 ein neues Heer gesammelt. Er zog gegen die Stadt Cham, welche er am 25. September besetzte. Unterhandlungen Englands und Lord Digbys scheiterten wie die Bemühungen des neuen Königs Philipp IV von Spanien (seit März 1621) um die Restitution Friedrichs V an der Festigkeit Maximilians. Mit den bayerischen Truppen zogen die Jesuiten, Cham wurde wieder katholisch. In Schwarzenfeld vereinigte sich Maximilian mit Tilly. Eine Proklamation ging vor ihnen her an die oberpfälzischen Stände. Diese entschlossen sich zur Huldigung, wenn Maximilian in Religions- und politischen Sachen keine Neuerungen vornehmen wolle. Da, nun auch von dieser Seite bedroht, begann Mansfeld wieder einmal zu unterhandeln. Max nahm die Verhandlungen auf. Der englische Gesandte Digby eilte herbei und bewog Mansfeld zum Abbruch der Unterhandlungen. Es war diesem gelungen, den Gegner hinzuhalten und in die Unterpfalz zu entwischen. Die Oberpfalz fiel so bedingungslos in die Gewalt Maximilians, der am 22. Oktober in Amberg einrückte, die Huldigung empfing und den Freiherrn von Preysing wie den Oberstjägermeister von Wensin zu Statthaltern der Oberpfalz ernannte.

Noch einmal hatte es den Anschein genommen, als sollten die Vermittlungen Englands dem Kriege ein Ende machen und dem Kurfürsten von der Pfalz seine Länder erhalten. An Maximilians Widerstreben war diese Absicht des Wiener Hofes gescheitert.



Tillys Gebet vor der Schlacht in der Kirche von Wimpfen. Nach dem Gemälde von W. Trübner.

Zugleich damit aber entschloß sich nun Ferdinand, den Bedingungen des Münchener Bündnisses in Bezug auf die Uebertragung der Kur nachzukommen. Am 22. September 1621 stellte er ein Dokument aus, das vorläufig geheim bleiben sollte. In demselben erteilte er dem bayerischen Herzog die so heiß begehrte Kurwürde und behielt sich nur vor, den Zeitpunkt der Veröffentlichung zu bestimmen. Max war einstweilen gesichert. Der Krieg wurde fortgesetzt.

An die Stelle Spinolas, der in die Niederlande zurückkehrte, war in der Pfalz Ferdinand Gonsalvo de Cordova getreten. Dem Mansfelder nach zog nun Tilly mit 15,000 Mann, um sich mit Cordova zu vereinigen. Die pfälzischen Truppen waren heerend in das Bistum Speier eingefallen. Keine Entscheidungen fielen, um so mehr aber wüteten die Greuel der Verwüstung, Plünderung und Peinigung in den gesegneten Rheinthälern. Von beiden Seiten wurde darin Unmenschliches geleistet. Cordova hatte den Angriff der Pfälzer zurückgewiesen und bemächtigte sich zahlreicher Plätze. Zuletzt zog er vor das stark befestigte Frankenthal, mußte aber die Belagerung aufheben, als Mansfeld herankam. Dieser vereinigte sich nun mit dem englischen Oberst Horace de Veer, welchem die pfälzischen Truppen unterstanden. Ihre vereinte Macht betrug an 17—18,000 Mann. Am 8. November vereinigte sich Tilly mit den Spaniern. Aber zu Entscheidungen kam es nicht mehr, da der Winter den Operationen ein Ende machte.

Inzwischen war auch von Norddeutschland her Christian von Braunschweig mit seinen Banden in die Wetterau vorgedrungen. Aber der Landgraf Ludwig von Hessen widersetzte sich dem Durchzug und zwang, unterstützt von einem kaiserlichen Heere unter dem Befehle des Grafen Jakob von Anholt, den Halberstädter, sich im Dezember in den westfälischen Kreis zu werfen. Da fielen nun die reichen Stifter und Klöster den Söldnern zur Beute. Ein wahres Kriegsbacchanal ward aufgeführt. Lippstadt und Soest ergaben sich im Januar 1622, dann Hamm, Münster, Paderborn. Es war die Zeit, da der Nikolsburger Friede abgeschlossen wurde (6. Januar), demzufolge Bethlen und die Ungarn aus den Reihen der Feinde Ferdinands ausschieden. Stanislaus Thurzo, einst ein Hauptführer der ungarischen Aufständischen, wurde zum Palatin gewählt. Der Kaiser bestätigte die Wahl, da er die Zusicherung empfangen, Thurzo werde zum Katholizismus zurücktreten. Also auch hier das gleiche Resultat wie überall.

Den ganzen Winter über dauerte das schauerliche Einerlei der Streifzüge, Plünderungen, Brandschatzungen und kleinen Scharmützel im Elsaß, im Speierischen, im Neckarthal, im Breisgau. Da endlich im Frühjahr schien die Entscheidung zu kommen. Friedrich V eilte aus dem Haag herbei ins Mansfeldische Lager. Der hatte den Winter über im Elsaß gehaust. Nun überschritt er den Rhein, um sich gegen Tilly zu wenden. Der Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach, wieder ein Mitglied jener kleineren fürstlichen Aristokratie, schloß sich ihm an. Zwischen Mingolsheim und Wiesloch stand Tilly in befestigtem Lager; hier ereilte ihn die erste empfindliche Niederlage (27. April 1622). Aber unklugerweise trennten sich nun die beiden Sieger. Der Markgraf folgte den Neckar hinauf dem ligistischen Heere. Cordova eilte eilig Tilly zu Hülfe, nachdem dieser ihn gemahnt, daß „das Heil des Reiches auf dem Spiele stehe.“ 18,000 Mann Kaiserliche standen den 15,000 Mann des Markgrafen am 6. Mai bei Wimpfen gegenüber. Bei Sonnenaufgang begann der Kampf. Der Morgen brachte keine Entscheidung. Um 2 Uhr Nachmittags aber gingen Tilly und Cordova zum Angriff über. Nach fünfstündigem mörderischem Ringen fiel die Entscheidung für sie. Der Verlust des Markgrafen war groß. Alle Geschütze, die ganze Bagage, alle Mundvorräte und eine Summe von einer Million Thaler wurden Beute der Sieger. In die Markgrafschaft Baden ergossen sich nun die Kriegsgreuel in gleicher Weise, wie in die andern heimgesuchten Gebiete.

Inzwischen war Mansfeld in Hessen eingefallen, um dem von Paderborn heranrückenden Christian von Braunschweig den Durchzug zu ermöglichen. Darmstadt öffnete die Thore. Landgraf Ludwig wurde gefangen. Aber bei Höchst stellte Tilly den tollen Bischof. Es kam zur Schlacht am 20. Juni. Die ligistische Artillerie hatte das Uebergewicht. Des Braunschweigers Heer wurde geworfen; es löste sich auf in wilder Flucht. Die Hälfte der Armee ging verloren, sie fiel unter dem feindlichen Feuer oder ertrank

im Main. Auch hier wieder wie bei Wimpfen ward die ganze Kriegsausrüstung eingebüßt. Mit einem kläglichen Truppenreste traf Christian in Mannheim bei Mansfeld ein.

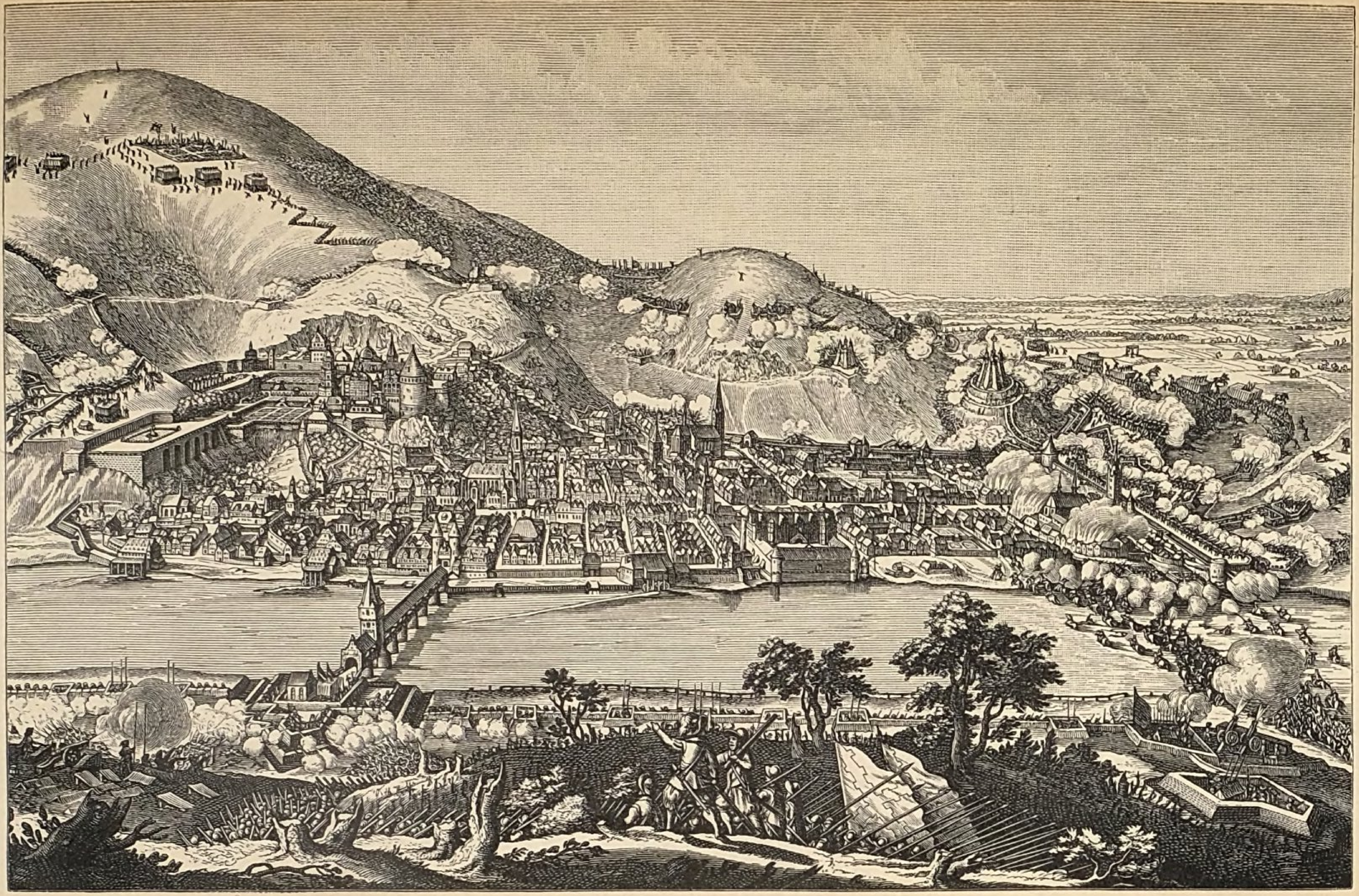
Des Pfalzgrafen kriegerische Rolle war einstweilen ausgespielt. Er kehrte nach dem Haag zurück und entließ durch ein Patent die beiden Heerführer Christian und Mansfeld aus seinen Diensten. Die kaiserliche Diplomatie hatte diesen Sieg errungen, der die Pfalz vollends in die Hände der Sieger lieferte. Sie war mit Beteuerungen und Versprechungen den Vermittlern von England und Dänemark unter die Augen gegangen. Als nun der Pfalzgraf die Waffen gestreckt, blieben die Versprechungen unerfüllt.

Mansfeld und Christian zogen nach dem Elsaß ab. Sie unterhandelten mit dem französischen Hofe und den Hugenotten, traten aber zuletzt in die Dienste der Generalstaaten. Den Weg nach Holland mußten sie sich mit den Waffen bahnen. Bei Fleurus im Hennegau warf sich ihnen Cordova entgegen. Aber mit schwerem Verlust brachen die deutschen Söldner durch (29. August). Christian von Braunschweig büßte in diesem elfstündigen Treffen die linke Hand ein. Ohne Schmerzenslaut ließ er sich im Angesichte des Heeres unter Pauken- und Trompetenschall den Arm abnehmen und Spinola melden, den andern habe er noch behalten, um sich an seinen Feinden zu rächen. Spinola wartete nicht darauf. Er hob die Belagerung von Bergen op Zoom auf, und so vereinigten sich die Deutschen mit Moritz von Oranien.

Die Pfalz war nun ohne Schutz. Nur die Besatzungen der drei Städte Heidelberg, Mannheim und Frankenthal widerstanden noch. Mit leichter Mühe bemächtigte sich Erzherzog Leopold des pfälzischen Gebietes auf dem linken Rheinufer. Tilly schritt Anfangs Juli zur Belagerung Heidelbergs. Am 19. September kapitulierte die Stadt. Unter Mord und Brand drangen die Kaiserlichen und Tilly'schen Scharen in die pfälzische Residenz. Am 2. November kapitulierte ebenso Mannheim. Die englischen Truppen, welche beide Plätze verteidigt hatten, durften abziehen. Nur Frankenthal behauptete sich noch. Es war die einzige Stadt, welche dem Pfalzgrafen geblieben war. Erst im nächsten Jahre fiel auch diese Festung in die Gewalt des Kaisers.

Auf Andringen des Papstes hatte Ferdinand im September 1621, wie wir hörten, die pfälzische Kur auf Maximilian übertragen. Die Sache mußte nun vollendet werden. Die kaiserliche Politik faßte das Ziel ins Auge. Der längst bedachte Entschluß, die Majorität im Kurfürstenkollegium den Katholiken zu verschaffen, sollte nun zur Ausführung kommen. Ein Fürstentag wurde nach Regensburg berufen. Im Dezember 1622 fanden sich die Geladenen zum Teil ein. Der Landgraf Ludwig von Hessen-Darmstadt war der einzige protestantische Fürst, der dieser Versammlung, welche die Rechte des Reichstags an sich zog, beiwohnte. Sachsen und Brandenburg ließen sich durch Gesandte vertreten. Jakob von England und der spanische Gesandte Don Onate wirkten für den Frieden. Sie wurden abgewiesen. Einer eigenen Gesandtschaft Maximilians an Frankreich war die Zustimmung zur Uebertragung der Kur an Bayern erteilt worden. Weitere Bündnisanträge Maximilians aber wurden von Frankreich einstweilen abgelehnt, da Max sich nur den Rücken sichern wollte zur endgültigen Regelung des von der Pfalz geraubten Besitzes. Den Friedensbemühungen in Regensburg aber traten die bayerischen Gesandten mit der Erklärung entgegen, daß ihr Herr Heidelberg und Mannheim nur dann aufgeben werde, wenn der Kaiser sein Versprechen bezüglich der Uebertragung der Kur erfüllen und den Ersatz für die aufgewendeten Kriegskosten leisten würde. Diese berechnete Maximilian auf 10 Millionen Gulden. Wer sollte sie zahlen? der Kaiser? Er hatte nichts und wollte nicht. Der Pfalzgraf? Jakob von England? Das alles war unmöglich. So behauptete Maximilian das Feld.

Am 17. Januar 1623 kam die kaiserliche Proposition zur Verlesung. Der Kaiser ließ melden, daß er den Pfalzgrafen wegen seiner Verbrechen der Kur entkleidet und sie auf Maximilian von Bayern übertragen habe, daß er den Letzteren nun feierlich damit belehnen wolle; dann forderte er ausreichenden Beistand gegen die Holländer, welche das Reich gefährdeten. Die Katholiken erklärten sich für Uebertragung der Kur an Bayern, die Protestanten dagegen. Außerdem erhoben die Pfalzgrafen Wolfgang



Die Belagerung Heidelbergs durch Tilly im Jahre 1622.

Wilhelm von Neuburg und Friedrich von Zweibrücken-Birkenfeld Ansprüche auf die Kur, die ihnen, als den nächsten Agnaten zufallen müsse, wenn Friedrich V derselben beraubt würde. Dem entgegnete Ferdinand von Köln mit dem wunderlichen Rechtssatz, daß wegen der Größe der pfalzgräflichen Verbrechen auch die Agnaten das Recht auf die Kur verloren hätten. Man sieht, es kam auf kein Rechtserkenntnis, sondern auf eine Vergewaltigung an. Dabei gewann zunächst nur der Kaiser, dem diese devote Versammlung damit das Recht zusprach, selbständig über die Würde und den Besitz eines Reichsfürsten zu entscheiden. Aber der Widerspruch Spaniens, die Zurückhaltung des Kurfürsten von Mainz, der zu vermitteln suchte, mußten berücksichtigt werden. So gab sich Maximilian, um die protestantischen Fürsten nicht allzusehr zu reizen, zufrieden, daß der Kaiser ihm die Kur zunächst auf Lebenszeit verlieh. Das übrige würde sich schon finden. Am folgenden Tage vereinbarte Ferdinand mit Maximilian ein Dokument, in welchem der Kaiser erklärte, daß er nun wegen der von Sachsen und Brandenburg erhobenen Opposition und um des Königs von England willen ihm nicht die erbliche Investitur erteile. Sollte der spätere Schiedsspruch gegen den Pfalzgrafen lauten, so würde die Zusage vom 22. September 1621 (erbliche Uebertragung) einfach in Kraft treten; würde er zu Gunsten des Pfalzgrafen ausfallen, dann verpflichte sich der Kaiser, den Herzog für seine Lebenszeit in Besitz der Kur zu lassen. Für den Fall, daß der Schiedsspruch zu Gunsten der Agnaten lauten sollte, erklärte der Kaiser, daß er sich an denselben nicht kehren, sondern thun werde, was der Billigkeit entspräche.

Am 25. Februar 1623 wurde Maximilian in feierlicher Weise mit der so heiß bestrittenen Kurwürde belehnt. Allein mit ungleichen Gefühlen wurde der Feiertag begangen. Auch Maximilian hatte lange nicht Alles erreicht, was er gewünscht, ja der Gegensatz Wittelbachs zu Habsburg tauchte selbst in dieser Zeit mit aller Schärfe empor.

Der Gegensatz zu Spanien war es, der Maximilian sich nach andrer Seite umschauen ließ. Denn Spanien wünschte die linksrheinische Unterpfalz zu behalten. Gemeinsam mit Erzherzog Leopold, der bekanntlich schon unter Rudolf II auf der Jagd nach einer selbständigen Herrschaft war und nun an Austritt aus dem geistlichen Stand — er war Bischof von Passau und Straßburg — und Heirat zu denken begann, hatte Spanien, die Pässe aus Italien nach Tirol, das Veltlin und das Engadin besetzt. Dazu verlangte Spanien von Kaiser und Liga Hülfe gegen die Holländer. Max aber stand auf der anderen Seite. Er wollte wohl, daß Spanien seine Macht für den Kaiser, die Religion und das Reich einsetze, nicht aber, daß durch diese Hülfe Habsburgs Interessen auf Kosten des Reiches gefördert würden. Ebensowenig wollte er Spaniens Einfluß auf die inneren Reichsangelegenheiten zugeben. So widerstrebte er der Uebergabe der Unterpfalz an Spanien, abgesehen davon, daß eine solche habsburgisch-katholische Machtmehrung am Rhein die Protestanten allenthalben hätte zu den Waffen treiben müssen. Dann aber sah er wohl ein, daß Frankreich die Behauptung der Pfalz und des Graubündtner Landes durch die Habsburger nicht dulden könne, daß also die Protestanten an Frankreich einen Helfer gewinnen würden, der ungemein zu fürchten war. Deshalb suchte er einerseits die Räumung der bezeichneten Gebiete zu bewirken, andrerseits knüpfte er mit Frankreich Beziehungen an, welche dasselbe von einer Unterstützung der Protestanten abhalten und der Liga einen Rückhalt gegenüber den Habsburgern verleihen sollten. Der Groll gegen Spanien mehrte außerdem den Widerstand, den dasselbe der Uebertragung der Kur an Maximilian entgegensetzte. Allein den Lockungen Frankreichs, sich von Spanien und dem Kaiser zu trennen, folgte Maximilian nicht. So mißglückte sein Wunsch, Frankreich zu einem Bunde mit der Liga zu gewinnen. Aber wir erkennen, wie hier der souveräne Herr Bayerns sich seine Souveränität zu wahren suchte, wie er auch jetzt wieder bestrebt war, die eigene Macht so fest zu stellen, daß es unmöglich sein würde, sie und ihn zu einem „Knechte“ Oesterreichs zu degradieren.

Nur einer hatte der Erhebung Maximilians zum Kurfürsten seinen ungeteilten Beifall gespendet, Papst Gregor XV. Mit einem Tedeum feierte er das Ereignis in der Peterskirche. Von der Engelsburg donnerten die Kanonen, die Kardinäle brannten Freuden-

feuer zu Ehren des bayerischen Kurfürsten, des Beschützers der römischen Kirche gegen die Ketzer ab. „In deiner erhabenen Würde," schrieb der römische Pontifex an Maximilian, „erkennt die allgemeine Kirche ihr eigenes Siegesgepräng. So möge denn nun die Tochter Sion Sack und Opfer der Betrübnis abwerfen und das Feierkleid der Fröhlichkeit anziehen. Unser Herz ist bei dieser Nachricht von Manna des Himmels und dem Strome der Wollust überschwemmt worden." Und Max hielt mit seinem Danke nicht zurück. Der sparsame Fürst that einen tiefen Griff in die Tasche — eines andern und schenkte auf Antrieb des päpstlichen Legaten Caroli Caraffa die wunderbare Bibliothek der Heidelberger Universität seinem päpstlichen Gönner. Es war nach dem Geständnis Caraffas ein Bücherschatz, der alle andern in Deutschland, vielleicht in Europa, an Menge der Werke und Seltenheit der Manuscripte übertraf. In 184 Kisten wurde dieses „Rüstzeug der protestantischen Wissenschaft" von Mauleseln über die Berge getragen, und jedes der geduldigen Tiere verkündete mit ruhmrediger Inschrift: „Ich bin von der Bibliothek, welche nach der Einnahme Heidelbergs zur Beute machte und dem Pontifex Maximus Gregor XV als Trophäe übersandte Maximilian, beider Bayern Herzog, des heiligen römischen Reiches Kurfürst." Selbst in dieser That kündigt sich uns wieder die Eigenart des bayerischen Waffensieges an, der das kulturelle Leben einer der ruhmvollsten Zeiten Deutschlands auf die Stufe einer älteren Epoche, der bäuerlichen nnd wissenschaftsleeren, zurückzutreiben gezwungen war.*)

Immer bedrohlicher gestalteten sich seit dem Ende des Jahres 1623 die Verhältnisse durch die Politik Spaniens und durch die Besorgnisse, welche die Erfolge der kaiserlichen Waffen bei den deutschen Protestanten und bei den auswärtigen Mächten hervorriefen. Der Gegensatz zu der spanisch-habsburgischen Politik verschärfte sich auch bei Maximilian weiter. Wohl drängte er einerseits den Kaiser und die Liga zu weiteren Rüstungen und rascherem Vorgehen wider die verdächtigen Stände, andererseits aber bemühte er sich ebenso, eine Verständigung mit Friedrich V herbeizuführen. Er gab seine Zustimmung zu der von England in Antrag gebrachten Errichtung einer achten Kurwürde, nur müsse man sie dem Pfalzgrafen übertragen. Von Brüssel aus wurde in dieser Sache mit England unterhandelt. Bayern erbot sich dabei, dem Pfalzgrafen zurückzugeben, was es dermalen in der Unterpfalz innehabe. Die Zurückgabe der Oberpfalz hänge nur von der Erstattung der Kriegskosten ab, dagegen aber solle der Pfalzgraf ein oder zwei Kinder am bayerischen Hofe erziehen lassen; durch eine Heirat könne dann die Einheit zwischen den beiden verwandten Häusern befestigt werden. Spaniens Mißtrauen und der wieder angehende Krieg zerrissen die Unterhandlungen. Aber wir erkennen, daß Maximilian nicht gesonnen war, Habsburg sich auf Kosten des Pfälzers verstärken zu lassen. Die Pfalz sollte nicht im Besitze der Spanier bleiben, wie uns andrerseits aus der Verwendung Maximilians für Friedrich V hervorzugehen scheint, daß er befürchtete, man würde von der Gegenseite jene achte Kur dem Erzherzog Leopold zuzuwenden sich bestreben. Zugleich setzte Max seine Unterhandlungen mit Frankreich ununterbrochen fort und nahm dessen Dienste für die Herstellung des Friedens in Anspruch.

Wie seit langer Zeit kein Kaiser hatte Maximilian sich die Einkünfte der deutschen Bischöfe und Prälaten dienstbar gemacht. Sie blieben an seiner Seite, da sie alles Vertrauen haben konnten, er werde in keine Aenderung willigen, welche der katholischen Kirche

*) Es ist ungemein charakteristisch, daß man diese litterarischen Schätze aus Deutschland wegschleppte und einem andern Lande überließ, und gewiß haben wir darüber keinen Zweifel, daß die Sehergabe, welche der bayerische Hofkaplan und „Historiker" Dr. Schreiber dem Kurfürsten in neidlos-christlicher Bewunderung mit der Behauptung andichtet: wenn Maximilian die Bibliothek nicht an die römische Kurie ausgeliefert hätte, so wäre sie entweder noch im dreißigjährigen Kriege von den Schweden geplündert, oder sicher 1693 durch die französischen Mordbrenner vernichtet worden, während sie durch die Schenkung an den Papst wenigstens der Wissenschaft gerettet wurde, nur ein romanisches Herz, sicher aber kein deutsches zu trösten vermag. Erst zwei Jahrhunderte später brachte Napoleon I einen kleinen Teil der Schätze nach der französischen Hauptstadt, von wo sie dann durch den Pariser Frieden ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückgestellt wurden. Das meiste der „für die Wissenschaft geretteten Schätze" modert noch heute im Vatikan. Statt zu dichten, würde es für deutsche Hofkapläne nicht verdienstvoller sein, wenn sie ihr Ansehen einsetzten, daß der Schatzretter den Schatz dem Eigenthümer wieder ganz zustellte?

und ihrer Stellung zum Nachteil gereichte. Auch bei dem Kaiser genoß er hohe Achtung. Ferdinand hörte auf sein Wort und seine Ratschläge. Er rechnete auf dem Regensburger Deputationstage mit Maximilian ab, der für die geleisteten Dienste den Ersatz von zwölf Millionen Gulden beanspruchte. Die Rechnung wurde anerkannt und ihm außer Oberösterreich auch die Oberpfalz als Pfand zugesprochen. Der neue Kurfürst kam dadurch in den Besitz eines Teiles der beschlagnahmten Kurlande. Ob er den Rest auch erlangen werde, überließ er der Zukunft. Einstweilen aber bemühte er sich fort und fort, die Unterpfalz nicht in den festen Besitz Spaniens gelangen zu lassen.

Dem Kurfürsten Johann Georg von Sachsen war es nicht gelungen, die beiden sächsischen Kreise auf die Seite des Kaisers herüberzuziehen. Auf eigene Faust hatte er die Unternehmung gegen Schlesien und die Lausitz betrieben. Schon in dieser Thatsache erkennen wir, wie die sächsischen Kreise führerlos geworden. Kursachsen stand nicht mehr an der Spitze, wie einst. Der Wandel begann sich zu vollziehen, der die Führerschaft der Evangelischen von Sachsen, welches bisher mit der Pfalz um dieselbe gerungen hatte, an Brandenburg bringen sollte, das nach dem Sturze des Pfälzers als einzige rivalisirende Macht übrig geblieben war. Einstweilen aber haben wir in den sächsischen Ländern noch die Anarchie. Und aus dieser heraus wuchs das Unternehmen des tollen Bischofs von Halberstadt. Aus ihr heraus wuchsen nun andere Bestrebungen, welche mit Umgehung Brandenburgs einer der nordischen Mächte, Dänemark oder Schweden, die Führerschaft verschaffen sollten. Die charakterlose Zaghaftigkeit des brandenburgischen Kurfürsten Georg Wilhelm bereitete also jene Kämpfe vor, welche sein größerer Nachfolger mit den nordischen Mächten zu bestehen hatte.

Auf einem niedersächsischen Kreistag war die Rüstung von 18,000 Mann beschlossen worden. Gleichzeitig stellten auch der Mansfelder und Halberstädter, sowie Herzog Wilhelm von Weimar wieder Werbungen an, die für das Frühjahr 1623 die Aufstellung einer bedeutenden Armee ermöglichen sollten. Diesen Vorgängen gegenüber hatte Maximilian zu weiteren Rüstungen getrieben, und als nun Christian von Braunschweig sich weder durch Drohungen noch durch Lockungen zum Niederlegen der Waffen bestimmen ließ, erhielt Tilly den Befehl, nach Norden vorzurücken. Die niedersächsischen Kreisstände gerieten in Aufregung. Sie suchten Christian zur Abrüstung oder zum Abzuge zu bewegen. Das Letztere geschah. Christian brach auf, um sich mit Mansfeld im Stifte Osnabrück zu vereinigen. Tilly folgte, er erreichte den Flüchtigen bei Stadtlohn und brachte ihm in zweistündigem Kampfe eine volle Niederlage bei (6. August 1623). Mansfeld hatte sich aus dem Münstrischen nach Ostfriesland zurückgezogen. Auch hier war seines Bleibens nicht. Er räumte den Holländern die festen Plätze ein und begab sich nach dem Haag, von da nach England, wo er neue Werbungen betrieb. Auch Bethlen hatte wieder zu den Waffen gegriffen. Aber am 18. November schloß er einen neuen Waffenstillstand mit dem Kaiser, der nach langen Verhandlungen am 8. Mai 1624 zum Frieden führte.

Zu Anfang des Jahres 1624 stand dem Kaiser in Deutschland keine nennenswerte feindliche Macht mehr gegenüber. Er konnte abrüsten. Aber Maximilian widerriet auch diesmal die Abrüstung, da die Feinde nur für den Augenblick ohnmächtig seien und an neuen Angriff dächten. Er hatte Recht. Der Pfalzgraf fand jetzt endlich die Unterstützung seines Schwiegervaters Jakob von England. Auch Frankreich war bereit, sich für Friedrich V zu verwenden. Es wollte die Vermittlung, das Schiedsrichteramt in den deutschen Streitigkeiten. Damit wäre der Einfluß des Kaisers lahmgelegt und an seine Stelle der Frankreichs erhoben worden.

In dem Kardinal Richelieu erhielt Heinrich IV seinen Nachfolger. Mit enthusiastischer Hingebung nahm er die Pläne des großen Königs wieder auf, die europäische Hegemonie den Habsburgern zu entreißen. Er führte sie durch. Jean Armand du Plessis, Kardinal und Herzog von Richelieu, war im Jahr 1585 geboren. Er widmete sich dem geistlichen Stande und erlangte bald das Bistum Luçon, als dessen Vertreter er 1615 im Parlament als Redner der geistlichen Kurie durch seine staatsmännische Auffassung der Verhältnisse die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich lenkte. 1616 wurde er durch die

Gunst der Königin Wittwe zum Staatssekretär der auswärtigen Angelegenheiten ernannt und mit dem Vorsitz in dem Ministerrate betraut. Allein mit der Uebernahme der Regierung durch den jungen Ludwig XIII fiel das Ansehen der Königin und ihres Günstlings. Er folgte der Königin in die Verbannung. Die Versöhnung des Königs mit seiner Mutter führte Richelieu zurück, er gewann das Vertrauen seines Königs und trat am 26. April 1624 in das französische Ministerium wieder ein, welches er bald durch seinen Geist und seine Energie vollkommen beherrschte. Sofort trat er mit Anträgen an die katholischen Fürsten Deutschlands heran, denen er den Schutz Frankreichs gegen Bethlen, die Türken, England und Spanien anbot. Aber Mainz wies ihn zurück, dasselbe that der Kurfürst von Bayern, der die tieferen Absichten Frankreichs durchschaute und nicht gesonnen war, Frankreich das Schiedsrichteramt in Deutschland zuzugestehen. Er erkannte die Gefahr, welche nicht blos die Habsburger, sondern auch Deutschland bedrohte. So griff Richelieu einem Napoleon I vor, und wir möchten wohl bedauern, daß er mit seiner Politik nicht zum Ziele kam, wenn wir die Erfolge der Revolution, welche zwei Jahrhunderte später die Grundlage der Neubelebung der deutschen Verhältnisse schuf, ins Auge fassen. Allein der Plan war verfrüht. In Deutschland gab es damals noch keine Macht, welche wie später Preußen vermocht hätte, der von Frankreich erstrebten Herrschaft über Deutschland ein Ziel zu stecken. Aber auch jetzt schon erkennen wir die Richtung der späteren Entwicklung.

England war aus seiner Reserve herausgetreten. Es schloß im Juni 1624 mit Holland eine Allianz, beschickte Dänemark und mehrere deutsche Fürsten, um sie zum Anschluß an dieses Bündnis zu bewegen, dessen Ziel war, den Pfalzgrafen wieder in seine Länder und Würden einzusetzen. Da trat der Kurfürst Georg Wilhelm von Brandenburg vor und nahm seinerseits die Arbeit für die Allianz auf. Er war der Schwager des Pfalzgrafen, er war Calvinist wie er, Haß und Besorgnis vor jeder Vergrößerung der habsburgisch-katholischen Herrschaft trieben den zaghaften Fürsten diesmal zu entschlossenem Vorgehen. Sein Rat Bellin reiste nach Kopenhagen und Stockholm, von da zum Prinzen von Oranien nach dem Haag. Die Generalstaaten waren bereits in Thätigkeit. Christian IV wie Gustav Adolf von Schweden waren beide entschlossen, die protestantische Fahne zu erheben, aber die Rivalität zwischen dem Dänenkönig und dem König von Schweden war noch nicht zu beseitigen. England bevorzugte Dänemark, Frankreich Schweden, letzterem aber entbrannte damals ein neuer Krieg mit Polen, so daß von der Teilnahme Gustav Adolfs an dem Kampfe des protestantischen Nordgermanentums mit den katholischen Südgermanen einstweilen nicht mehr die Rede war. So wurde Christian IV von dem niedersächsischen Kreise als Kreisoberster erwählt und mit der Führung der zu werbenden Armee betraut. Am 13. Dezember 1625 kam das „Haager Bündnis" zwischen England (seit März Karl I), Holland, Dänemark zum Abschluß. Für sich dachte Christian nun die Gelegenheit zu der lang ersehnten Erwerbung einiger norddeutschen Bistümer auszubeuten. Außerdem aber leistete England dem Mansfelder eine namhafte Unterstützung, auch Frankreich bezahlte ihm monatlich 60,000 Kronen, und so brachte dieser für sich bis zum Frühjahr 1625 wieder eine Armee von ungefähr 25,000 Mann auf die Beine. Brandenburgs Eifer aber war indessen wieder in eine kühle Reserve umgeschlagen. Namentlich auf Gustav Adolf hatte Georg Wilhelm gerechnet. Als dieser nun dem Bunde fern blieb, beschloß Brandenburg, den Dänenkönig nur mit Subsidien, nicht mit Truppen zu unterstützen. Außerdem wollte es den Angriff nicht gegen den Kaiser gerichtet sehen. Das war ein Unding. Brandenburg trat zurück und blieb neutral, Dänemark trat vor und übernahm die Führung der norddeutschen Protestanten.

Während man also auf dieser Seite zu einer größeren Einigung gelangte, dergegenüber die Einzelinteressen einstweilen etwas zurückgeschoben wurden, strebten auf der andern Seite die Einzelinteressen um so kräftiger empor und brachten eine gesteigerte Spannung zwischen den habsburgischen und ligistischen Tendenzen. Von Mai bis Oktober 1626 konferierten Spanien, Oesterreich, Bayern in Brüssel. Maximilian, von der großen Koalition der Gegner unterrichtet, trieb den Kaiser zu energischen Gegenrüstungen. Aber Ferdinands Kräfte waren erschöpft. Gegen Bethlen und die Türken

mußte er gerüstet bleiben, den Kampf gegen die Feinde im Norden sollten Spanien und die Liga übernehmen. Spanien war seinerseits bereit, wenn die Verbündeten ihm gegen die Holländer beistehen und einige feste Plätze an der Elbe und Weser und an der Ostsee besetzen würden, um den niederländischen Handel lahm zu legen. Eine Vergrößerung der habsburgischen Macht aber lag wieder nicht im Sinne Maximilians, er wollte Spaniens Hülfe nur so weit, als sie zur Erhaltung des 1623 geschaffenen Rechtszustandes nötig gewesen wäre. In dieser Zeit, da es sich erwies, daß Habsburgs Kräfte nicht ausreichten, der Einzelentwicklung in Deutschland erfolgreich die Spitze zu bieten, daß Oesterreich die Liga nicht beherrschte und beherrschen konnte, so lange das Uebergewicht des Kurfürsten Maximilian der bayerischen Rivalität so erfolgreichen Halt verlieh, erstand der kaiserlichen Autorität ein Retter in der Not, der ihren fast vergessenen Namen auch in Norddeutschland wieder in Erinnerung brachte.

Die Gestalt Albrechts von Wallenstein ist jedem Deutschen aus Schillers wunderbarer Dichtung bekannt. Aber er hieß eigentlich Waldstein und die Geschichte hat es mit einem andern, als mit jener dichterischen Idealgestalt zu thun. Wallenstein war 1583 geboren. Er entstammte einem altböhmischen Geschlechte und zwar einem wenig begüterten Nebenzweige desselben im Königgrätzer Kreise. Von den Jesuiten in Olmütz wurde der frühverwaiste Knabe erzogen und dem katholischen Bekenntnis gewonnen. Auf Reisen in Deutschland, Italien, Belgien, Frankreich und England bildete er jenen Kunstsinn aus, den er bei der fürstlichen Ausstattung seiner Schlösser später bekundete. Nach dem Tode seiner ersten Gemahlin, einer ältlichen Wittwe, fielen ihm reiche Mittel zu, welche ihm zu seinen späteren Finanzoperationen die Grundlage abgaben. Seine zweite Ehe mit der Gräfin Harrach brachte ihn in Verbindung und verwandschaftliche Beziehungen mit den ersten Ratgebern Ferdinands. Schon mehrfach hatte er sich auf den kaiserlichen Kriegszügen als Regimentsführer ausgezeichnet, als der böhmische Aufstand zum Ausbruch kam. Sogleich verließ er die Partei seiner Standesgenossen und schloß sich Ferdinand an. Der Aufstand wurde blutig niedergeworfen, die Konfiskationen setzten ein, und Wallenstein stellte sich in die vorderste Reihe derer, die aus dem radikalen Besitzwechsel ihren Vorteil zu ziehen suchten. Nach festem Plane ging er vor. Er kaufte Gut um Gut, blieb den Preis schuldig oder bezahlte mit jenem falschem Gelde, welches 1622 und 1623 geprägt wurde, denn er war Mitglied jener kaiserlichen Falschmünzergesellschaft, von der wir oben hörten. 1622 erhielt er bereits den Titel eines „Reichs- und Pfalzgrafen,“ er kaufte Ferdinand die Lehenshoheit über eine Anzahl Vasallen ab und gründete so seine Herrschaft Friedland, die 1624 zum Fürstentum erhoben wurde. Gleichzeitig aber mit dem Erwerb schritt die Organisation des Gewonnenen vor, und hier zeigte der Mann sein wunderbares Genie. Aus allen Ländern zog er geschickte Handwerker herbei. Waffenfabriken wurden angelegt, niederländische Meister und Gesellen traten als Waffenschmiede und Tuchweber in seine Dienste. Italienische Seidenweber brachten die Seidenindustrie nach Böhmen, der Bergbau wurde rationeller betrieben, bis in die kleinsten Einzelheiten drang sein ordnender Geist, und eine geregelte Verwaltung und Rechtspflege, die Einrichtung einer ständischen Verfassung, der Bau von Kirchen und Schulen sollten dem Werke Dauer verleihen. Als Landesfürst wirkte er in dem Geiste jenes aufgeklärten Despotismus, welcher dann die Signatur einer späteren Zeit bilden sollte. So schritt dieser Mann seiner Zeit voraus, und wie uns seine Thaten sein Genie, so verkündet seine hochgewölbte Stirne jene entschlossene selbst harte und rauhe Energie, welche im Kampfe um die gestellten Ziele rücksichts- und skrupellos vorwärts schreitet, während die tiefblickenden Augen ein Zug des Mystizismus umspielt, der einerseits in seiner Vorliebe für die astronomische Wissenschaft, die ihm zur Astrologie wurde, zum Ausdruck kam, andrerseits in der phantastischen Ausschmückung seiner Umgebung und seiner Wohnsitze. Die ungeahnten Erfolge entfesselten diese Wesensseite des Mannes immer mehr und schoben die Grenzen seines Strebens weiter und weiter hinaus, und so steigerte sich mit der wachsenden Kraft der Phantasie die Unfähigkeit, das Erreichbare und Wirkliche klar und in fester Begrenzung zu erkennen und zu erstreben. Gewaltige Pläne waren es, die diesen hervorragenden Geist durchzuckten und ihn weiter führten in jene ahnungsvolle Schattendämmerung, welche

stets die Grenzzonen zweier Kulturperioden umlagert und die in sie eindringenden Gestalten unsern forschenden Blicken nach kurzem Irrleuchten entzieht. So war dieser Mann ein geborener Gegner des historisch gebildeten Kurfürsten Maximilian, so bald er daran ging, den bisherigen großen Einfluß des bayerischen Fürsten auf Ferdinand durch den eigenen zu verdrängen. Der konservative, nüchterne und fast stets rückwärtsschauende Wirklichkeitssinn eines Maximilian und das furcht- und rücksichtslos vorwärts drängende Genie eines Waldstein mußten aufeinanderplatzen, sobald der letztere sich anschickte, die ihm und seiner Natur zugefallene Rolle zu spielen. Das geschah jetzt.

Wallenstein machte dem Kaiser den Antrag, auf eigene Kosten eine Armee von 15000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter zu werben. Im Juni 1625 nahm Ferdinand das Anerbieten an. Wallenstein wurde zum „Capo und General-Oberst-Feldhauptmann der kaiserlichen Armada" und wenige Tage darauf zum „Herzog von Friedland" ernannt. So begann er sein erstes Generalat 1625—1630 und verstand es, mit großem Blick ein neues System der Organisation und Erhaltung der kaiserlichen Armee durchzuführen. Schon im August hatte er ein kriegsgerüstetes Heer von fast 30000 Mann beisammen. Damit war der Grund gelegt zur Emanzipation der kaiserlichen Politik von Bayern. Schon in dem Gegensatz, in welchen Wallenstein sofort zu Tilly trat und der einer Vereinigung der beiden Feldherren im Wege stand, zeigt sich der beginnende Wechsel.



ALBERTVS D.G. DVX FRIDLANDIÆ S CÆS.MA.CAPIT.GEN.

Wallenstein.

Tilly stand in Niederdeutschland. An der unteren Elbe und Weser lag nun die Entscheidung. Ende Juli (1625) ging Tilly über die Weser, um seinen Angriff gegen den bei Hameln stehenden Dänenkönig zu richten. Ein Unglück, welches Christian IV traf und ihn zum Kampf unfähig machte, führte den Rückzug seines Heeres nach Norden herbei. Tilly folgte dem Abziehenden und besetzte eine Reihe Städte. Zu einem Zusammenstoß kam es einstweilen nicht.

Durch Franken und Thüringen war mittlerweile Wallenstein mit seiner Armee in Braunschweig eingerückt. Er besetzte die Bistümer Magdeburg und Halberstadt. Aber auch jetzt kam es nicht zur Entscheidung, da die niedersächsischen Kreisstände die begonnenen Unterhandlungen fortsetzten. Der Dänenkönig war von seinem Sturze wieder genesen. Die Kreisstände sprachen nun zuversichtlicher, zumal gerade in der Zeit dieser Verhandlungen in Braunschweig das erwähnte dänisch-holländisch-englische Bündnis zu stande kam (19. Dezember 1625), und sich auch gleichzeitig Frankreich zu bestimmten Geldleistungen an Dänemark verpflichtete. Die Unterhandlungen führten zu keinem Resultat. Am 8. März 1626 brach Christian von Dänemark dieselben ab.

Den Heeren Tillys und Wallensteins gegenüber verfügte der König von Dänemark neben seiner eigenen Armee über die niedersächsischen Kreistruppen, über das Kriegsvolk Mansfelds, Braunschweigs und Johann Ernsts von Sachsen-Weimar. Aber auf beiden Seiten kam es nicht zu gemeinsamen Operationen. Der Anfang des Kampfes brachte den kaiserlichen Waffen einen neuen Sieg. Wallenstein hatte den Elbepaß bei der Dessauer Brücke besetzt, einen strategisch ungemein wichtigen Punkt. Mansfeld, in der

Absicht, den Krieg auf das linke Elbe-Ufer hinüberzuspielen, griff die kaiserliche Schanze an, erlitt aber durch Wallenstein eine Niederlage, die ihm 4000 Mann kostete (25. April 1626). In der Mark ergänzte Mansfeld rasch die Lücken seines Heeres und brach alsdann in Schlesien ein, um seine Vereinigung mit Bethlen Gabor zu bewerkstelligen, der mittlerweile zum Schwager des Kurfürsten von Brandenburg avanciert war, dessen ältere Schwester dem Schwedenkönige Gustav Adolf vermählt war. Die Schlesier waren dem Mansfelder, den auch Herzog Johann Ernst von Weimar begleitete, günstig gesinnt, und so konnte er seinen Marsch nach Mähren ungestört fortsetzen. Wallenstein hatte dem Abziehenden seine Obersten Pechmann und Isolani nachgeschickt, bald folgte er diesen indes selbst mit dem übrigen Heere, nachdem er Tilly nur 8000 Mann kaiserlicher Truppen zur Bekämpfung des Dänenkönigs zurückgelassen hatte. Mansfeld zog weiter nach Ungarn, wo er sich am 15. Oktober mit Bethlen vereinigte. Wallenstein folgte. Zu Entscheidungen aber kam es nicht, da Wallenstein einer solchen auswich und dem Kaiser zu Unterhandlungen riet. Zunächst schien ihm das Schicksal einer Schlacht ungewiß, da er zu wenig Reiterei besaß und sein Fußvolk sehr gelitten hatte. Dann aber wollte er seine Armee für den Kampf in Deutschland erhalten, daß dort die Entscheidung lag, sagte ihm sein politischer Scharfblick nur zu wohl. Was er wollte, war eine starke militärische Monarchie in Deutschland und die Niederhaltung der oligarchischen Gelüste der katholischen Liga, namentlich des Kurfürsten von Bayern. In diesem Punkte traf er mit dem Gedankengang des leitenden kaiserlichen Ministers Eggenberg zusammen. Von der spanischen und jesuitischen Politik wollte er nichts wissen, da dieselbe eben in jener Zeit Resultate zu Tage förderte, welche für die Durchführung der politischen Pläne Wallensteins von höchster Gefahr waren.

Die Gegner des Kaisers hatten versucht, denselben durch eine neue Erhebung in seinen eigenen Ländern lahmzulegen. Der Aufstand brach los und nahm namentlich in Oberösterreich, wo sich den gedrückten und mißhandelten Bauern ein Teil des Adels anschloß, eine mächtige Ausdehnung. Ein Reformationsdekret vom Jahre 1624 hatte jede andere Religionsübung außer der katholischen untersagt. Die neu eingedrängten „Seelenhirten" führten nach der Aussage des bayerischen Statthalters in Oberösterreich meist ein „bübisches Leben". Ein zweites Dekret folgte, welches allen Einwohnern befahl, sich bis Ostern 1626 zur katholischen Kirche zu bekennen. Die Kinder der Edelleute sollten katholisch erzogen werden. Im Jahre 1625 beschloß ein anderes Dekret die Konfiskationen. Aber nur die sollten Gnade finden, welche sich den religiösen Verordnungen Ferdinands fügen, ihm alle geistlichen Vogteien und Lehenschaften abtreten und jedes autonome Regiment damit aufgeben würden, daß sie zu seinen Gunsten auf die Verfügung über die ständische Kasse verzichteten und eine Million Gulden Strafe zahlten. Gleichzeitig aber mit diesen kaiserlichen Brandschatzungen blieben die Stände zu Steuerzahlungen an den Kurfürsten von Bayern verpflichtet. So stand das Volk auf. Max glaube die Rebellion durch Strenge niederhalten zu können. Er befahl, alle Rädelsführer an den Straßen aufzuknüpfen. Der Auftrag wurde vollzogen. Nun sollten die Edelleute und Bauern Ostern 1626 das Abendmahl in den katholischen Kirchen empfangen. Die Widerspänstigen sollten auswandern oder durch Einquartierung williger gemacht werden. Das war zu viel. Am 17. Mai brach der Aufstand abermals los. Diesseits und jenseits der Donau rotteten sich die Bauern zusammen. An die Spitze trat der Bauer Stephan Fadinger und sein Schwager Zeller. Tausende strömten ihnen zu, das ganze Land erhob sich. Christian IV von Dänemark schickte den Prediger Scultetus nach Oberösterreich, um die erwünschte Bewegung weiter zu schüren. Ein Schlag nach dem andern traf die kaiserlichen und bayerischen Truppen. Schon am 20. Juni schloß Fadinger mit 50000 Mann die Stadt Linz ein. Aber da ereilte ihn das Geschick. An den Folgen einer Wunde starb er schon im Juli, wenige Tage später fiel auch sein Schwager. Im August begannen die Bauern zu unterhandeln. Im September kam es zu einem Waffenstillstand. Aber das Einrücken neuer bayerischer Streitkräfte trieb die Bauern nochmals zu den Waffen. Die Truppen Holsteins und des bayerischen Generals Lindlo wurden vernichtend geschlagen, ebenso erlitt der bayerische Statthalter Herbersdorf eine blutige

Schlappe. Die ganze elementare Gewalt altgermanischer Kriegführung lebte in diesen verzweifelten Bauernhaufen wieder auf. Im freien Feld und bei der Belagerung von Städten zeigten sie sich den organisierten Truppen nicht gewachsen. Aber in Scheinangriffen und Zurückweichen, bis der Feind in den Hinterhalt gelockt war, aus dem sie dann von allen Seiten mit zähester Todesverachtung auf ihn einstürzten, bewiesen sie sich als echte Söhne der germanischen Wälder und Berge.

Im November übernahm der Freiherr von Pappenheim die Leitung der kaiserlichen und bayerischen Truppen gegen die Bauern. Bei Efferding, Gmunden, Vöcklabruck und Wolfseck traf er sie mit vernichtenden Schlägen. Es war ein schrecklicher Krieg, ein Kampf disziplinierter Härte und Grausamkeit gegen eine todesmutige Bauernmacht, die mit elementarer Gewalt in tagelangem Ringen sich um Religion und Freiheit schlugen. Pappenheim blieb Sieger. In Linz begann der Henker das traurige Nachspiel. So ward der Katholizismus gerettet. Gerade 100 Jahre nach jenen furchtbaren Bauernkämpfen Südwest- und Mitteldeutschlands ereilte ein gleiches Geschick die Bauern der deutschen Ostmark.

Das Beispiel der oberösterreichischen Bauern hatte auch in Böhmen gezündet. Aber hier fehlte den Bauern der Rückhalt am Adel, der sich zu den Kaiserlichen schlug. So kam der Kampf hier bald zu Ende und führte im Jahre 1627 zu der Umgestaltung der alten böhmischen Landesverfassung. Nur den Katholiken ward der Schutz der Gesetze zugesichert. Der Grundsatz, nach welchem man verfuhr, war das Kriegsrecht. Das Land war mit dem Schwerte bezwungen worden, man konnte in demselben nach Gutdünken schalten. Mit dem härtesten Druck empfahl der kaiserliche Beichtvater P. Lamormain „den Leuten Verstand zu geben", und so walteten die kaiserlichen Reformationskommissäre mit grausamster Härte ihres Amtes. Am 24. November ließ sich der Kaiser die Huldigung und den Eid auf die neue Verfassung leisten, am 21. war dem die Krönung der Mantuanerin, der zweiten Gemahlin Ferdinands, vorausgegangen, und am 25. folgte die Krönung des jungen Ferdinand III, womit das alte böhmische Wahlrecht endgültig durch das habsburgische Erbrecht beseitigt wurde.

Inzwischen hatten Wallensteins Unterhandlungen mit Bethlen zum Frieden geführt. Auf dem Wege nach Venedig, wohin der fiebererkrankte Graf Mansfeld strebte, um sich Gesundheit und neue Subsidien zu holen, fand der nimmermüde Abenteurer seinen Tod. (29. November 1626.) In Spalatro wurde er begraben. Wenige Tage später erlag auch der Herzog Johann Ernst von Weimar dem Fieber, welches er sich in den sumpfigen Niederungen Ungarns zugezogen hatte. So ward die kaiserliche Macht nach dieser Seite frei.

Aber auch in Norddeutschland hatten die kaiserlichen Waffen den Sieg errungen. Tilly hatte Minden erstürmt, dann wandte er sich gegen Göttingen, welches nach siebenwöchentlicher Belagerung fiel (12. August), und als ihm jetzt Christian IV gegen Nordheim entgegenrückte, vereinigte sich Tilly mit den 8000 Mann, welche ihm Wallenstein zurückgelassen hatte, bei Geismar (22. August). Der Däne zog wieder zurück, Tilly ihm nach, am 27. August setzte sich der Feind bei Lutter am Barenberge fest. Tilly ging zum Angriff über, Christian erlitt eine vollständige Niederlage. Artillerie und Bagage fielen dem Sieger zur Beute. Christian ging über die Elbe zurück, bezog Quartiere in Holstein und Mecklenburg, die Ligisten blieben diesseits des Stromes, unterwarfen die Herzogtümer Braunschweig und Lüneburg, während die Wallensteinischen Regimenter in die Mark Brandenburg abzogen. So endete der Feldzug des Jahres 1626.

Der Sieg Tillys hatte den Verhandlungen in Brüssel, bei denen Maximilian hart zugesetzt wurde, sowohl durch die Forderungen Spaniens, als durch die Anerbietungen Frankreichs, ein rasches Ende bereitet. Maximilian war froh, daß diese Verhandlungen ohne bestimmtes Resultat abliefen. „Die Spanier," schrieb sein Gesandter Graf Preysing in Brüssel an Dr. Jocher, „gehen nur darauf aus, unserem Kurfürsten den Besitz der Unterpfalz zu entreißen, damit der Kaiser darüber zum Nutzen der Seinigen verfügen könne, und dann unter dem Vorwande eines neuen Bündnisses der katholischen Stände die gesamte Kriegsmacht dem unumschränkten Oberbefehl des Kaisers zu untergeben, welcher dieselbe zum Nutzen des österreichischen Hauses verwenden und auf diese Art sich in Deutschland den Weg zur Alleinherrschaft bahnen würde."

Die Diplomatie hatte den bayerischen Einfluß am kaiserlichen Hofe bisher nicht zu brechen vermocht. Wallenstein mußte es nun versuchen, sich und sein Werk trotz Bayerns und der Liga auf andere Weise durchzusetzen. Er begann damit im Frühjahr 1627.

Das Vorgehen Christians IV stützte sich materiell auf die Zusagen Frankreichs und Englands hinsichtlich einer ausgiebigen Unterstützung. Allein diese wurde nur sehr unvollkommen geleistet, da sich die beiden Mächte seit dem Ende des Jahres 1626 nicht nur gegenseitig in Krieg verwickelten, sondern Richelieu außerdem den Kampf mit den auf Englands Hilfe hoffenden Hugenotten aufnehmen mußte, während in England der große Kampf des Parlaments gegen den Despotismus Karls I begann, ein Kampf, der für die fernere Entwicklung ganz Europas von der höchsten Bedeutung werden sollte. Denn dieser Kampf war es, welcher der demokratischen Bewegung, wie sie durch die Reformation in Deutschland angefacht worden war, ihre Zukunft rettete. So blieb der Dänenkönig auf seine eigenen Kräfte angewiesen, die bei weitem nicht ausreichten, die gefaßten Pläne gegen die kaiserliche Macht zur Durchführung zu bringen.

Wallenstein hatte den Krieg in Ungarn beendet. In Mähren und Schlesien bezogen seine Truppen Winterquartiere. Dorthin hatten sich ebenso die Reste der Mansfeldischen Truppen zurückgezogen. Es galt, die Unterwerfung Schlesiens zu beenden. Ende Mai 1627 gab sich Wallenstein ans Werk. Er zog die kaiserlichen Truppen aus Böhmen an sich. Sein Plan war die Räumung Schlesiens, Unterstützung Tillys, dann Demütigung des Kurfürsten von Brandenburg. „Dieser Kurfürst hat lange genug die blinde Katze gegen Seine Majestät gespielt, man muß ihn lehren, wie er Seine kaiserliche Majestät respektieren soll."

Mit Schlesien war Wallenstein bald fertig. In Kosel erlitten die Dänen eine empfindliche Niederlage (Juli 1627). In wenigen Wochen war jeder Widerstand niedergeworfen. Wallenstein erkaufte vom Kaiser das Herzogtum Sagan und begab sich nach Lauenburg zu einer persönlichen Zusammenkunft mit Tilly. Dieser war über die Elbe gegangen. Christian IV vermochte nirgendwo erfolgreichen Widerstand zu leisten. Und als sich nun Wallenstein mit Tilly verband, fiel ganz Holstein ihnen zur Beute. Bei Aalborg wurde der Markgraf von Baden geschlagen (27. September 1627), ein Platz nach dem andern fiel in die Gewalt der Kaiserlichen, zuletzt Rendsburg und Flensburg. Christian zog sich auf die Inseln zurück. Bis zum Ende des Jahres war der ganze cimbrische Chersones in den Händen des kaiserlichen Feldherrn. Auch in Pommern rückten Wallensteinische Truppen ein, das Herzogtum Mecklenburg wurde besetzt und Wallenstein verlangte vom Kaiser, daß er die Herzoge ächte und ihn mit Mecklenburg belehne. Der Kaiser gab nach, am 19. Januar 1628 wurde Wallenstein zum Herzog von Mecklenburg erhoben. Schon dachte Wallenstein auch über die dänische Krone zu verfügen, dazu aber bedurfte er der Ausrüstung einer Kriegsflotte. Der Titel eines „Generals des Balthischen und Ozeanischen Meeres", den er damals erhielt, deutete auf die Pläne, mit welchen man sich in Wien trug.

Was sollte das alles? Anfangs hatte man den kaiserlichen Feldherrn nicht recht ernst nehmen wollen. Maximilian von Bayern hatte versucht, mit dem „wunderlichen Friedländer" in gutem Einvernehmen zu bleiben. Als nun die Dinge immer „wunderlicher" wurden, horchte man auf. Der Gipfelpunkt der Gewalt schien in Mecklenburg noch nicht erreicht. Man machte sich auf weitere Mißhandlungen seitens des kaiserlichen Günstlings gefaßt. Nicht nur die Protestanten, sondern auch die Katholiken sahen mit bewegter Besorgnis in die Zukunft.

Es war ein alter Gedanke der spanischen Politik, die Holländer wieder ihrer Herrschaft zu beugen und aus dem Besitz des Ostseehandels zu verdrängen. Die Hansa sollte nun dazu helfen. „Auf der breiten Basis der habsburgischen Macht schien der deutsche Handel, gedrückt und gesunken, einen neuen Aufschwung nehmen zu können; einer kleinen Anzahl deutscher Seestädte sollte der Gesamtgewinn des spanischen Verkehrs gesichert werden." Auf mehreren Hansatagen kam der Vorschlag eines Handelsvertrags mit Spanien zur Beratung. Spaniens Plan ging auf Hülfe der hansischen Seemacht gegen

Holland, in Wien dachte man daran, diese Flotte gegen Dänemark und wenn nötig, gegen Schweden zu verwenden. Ein großer Hansatag zu Lübeck (Februar—März 1628) nahm noch einmal Stellung zu diesen Fragen. Der Plan scheiterte an dem Mißtrauen der Städte gegen die Absichten Wallensteins. Schweifte seine Phantasie doch schon bis Konstantinopel aus, erschien doch das Gespenst des alten Kaisertums noch einmal, die Gemüter zu verwirren. Die Gedanken Wallensteins verließen den realen Boden und zerflossen im unbegrenzten Raum.

Einem aber war nicht ganz wohl bei diesen Plänen, einem Manne, auf den es hier in allererster Linie ankam: dem Kaiser Ferdinand. Flügel hätte er haben müssen, um dem Fluge des Genies zu folgen, oder zum mindesten das Vertrauen und den Mut des eigenen Untergangs, sich auf den Flügeln des andern davontragen zu lassen. Aber Ferdinand war ein armer Mann. Ihm drang es ins Bewußtsein, daß hier alle Schranken durchbrochen, alle Gesetze aufgehoben, sein kaiserlicher Eid auf das furchtbarste verletzt, das ganze Herkommen und die rechtliche Grundlage seiner eigenen kaiserlichen Stellung unterwühlt wurden. Ihm begann zu schaudern vor der Tiefe des Abgrunds, der sich vor seinen Augen aufthat, und doch hielt er an einem Herzenswunsche fest, zu dessen Erfüllung nicht minder große Anstrengungen und Gesetzwidrigkeiten hätten begangen werden müssen: an der Austilgung der Ketzer. Die Rücksicht auf diese kaiserlichen Wünsche mußte naturgemäß der Politik Wallensteins den Konflikt mit sich selbst bringen.

Schon zu Anfang des Jahres 1627 war Ferdinand entschlossen, einen neuen Deputationstag zu berufen. Die vier katholischen Kurfürsten richteten die Bitte an ihn, auch einem englischen und pfalzgräflichen Gesandten Zutritt zu gewähren. Das ging auf teilweise Wiederherstellung Friedrichs V. Es kam zu Unterhandlungen mit ihm. Von Wien aus stellte man als Bedingungen der Begnadigung die Forderungen auf, der Pfalzgraf solle dem Kaiser Abbitte leisten, die Uebertragung der Kur an Bayern anerkennen, die katholische Religion überall in der Unterpfalz dulden und dem Kaiser einen Schadenersatz zur Auslösung von Oberösterreich und der Lausitz leisten. An der Ablehnung namentlich der letzten Bedingung, die stets geldleere Kasse des Kaisers etwas aufzufrischen, fielen die Unterhandlungen.

Nun sollte der Kurfürstentag zusammentreten. Maximilian hatte die Anerkennung Sachsens und dann auch Brandenburgs als Mitkurfürst gefunden. Am 18. Oktober 1627 fanden sich die Kurfürsten von Köln und Sachsen mit den Gesandten des Kaisers und ihrer Genossen in Mühlhausen ein. Man beriet über die Bedingungen, unter denen der Friede mit Dänemark herzustellen sei, über die Entschädigung des Kaisers, die Beschaffung der Geldmittel, das Kriegsvolk zu entlohnen, über die Reichshülfe für den Fall, daß der Krieg fortgesetzt werden müsse. Es kam zu keinem Entschluß. Nur für den Fall des weiteren Krieges versprachen die Kurfürsten dem Kaiser ihre Hülfe.

Woher dieser erste bedeutende Mißerfolg der kaiserlichen Politik stammte, werden wir erkennen, wenn wir das Verhältnis Maximilians zu Wallenstein ins Auge fassen. Nicht nur die protestantischen Gebiete, auch die katholischen gerieten durch die unerhörten Werbungen Wallensteins in die furchtbarsten Drangsale. Die Werbeplätze für die kaiserliche Armee wurden nun auch auf die bischöflichen Gebiete verlegt, und diese mußten für erste Ausrüstung und Unterhaltung der Truppen herhalten. Zog eine Abteilung dann ab, wurde eine neue geworben und so fort, so daß die Belästigungen und Verluste kein Ende nahmen. Dabei wäre es aber bald dahin gekommen, daß die Bischöfe unfähig wurden, der Liga gegenüber ihren Pflichten zu genügen. Auf einem Ligatag in Würzburg (Februar 1627) war deshalb beschlossen worden, eine Gesandtschaft an den Kaiser um Abstellung dieser Werbungen zu schicken. Der Kaiser machte Versprechungeu, hielt sie aber nicht, und so dauerte die Not fort. Die Abweisung des Ligagesandten hatte Wallenstein, der damals noch in Wien weilte, bewirkt.

Zudem liefen von dem bayerischen Gesandten Leuker in Wien eben zu jener Zeit sehr beunruhigende Nachrichten am bayerischen Hofe ein: „man spreche von der Wiederaufrichtung der kaiserlichen Autorität in Deutschland und von der Notwendigkeit, die

kurfürstliche Gewalt einzuschränken." Dazu hätte man allerdings einer weit größeren Truppenmacht bedurft, und so schienen die unausgesetzten Werbungen Wallensteins ihre Erklärung zu finden. Welche Stimmung das bei den Kurfürsten ohne Ausnahme hervorrufen mußte, zeigte sich schon auf dem Mühlhausener Tage. Eine gemeinsame Klageschrift ging an den Kaiser, voll geradezu beleidigender Schmähungen gegen die räuberische Art und Weise, mit welcher die kaiserliche Machtmehrung verbunden war. Aber keiner der Kurfürsten hatte den Mut, diese Schrift selbst dem Kaiser zu überreichen, abgesehen davon, daß Maximilian, welcher die Schrift gleich den andern unterschrieben hatte, eine ganz eigentümliche Haltung zur Schau trug. Durch einen eigenen Gesandten ließ er sich wegen Anteilnahme an jenem scharfen Proteste in Wien entschuldigen. Er ließ erklären, „daß er es begreife, wenn der Kaiser sein Heer nicht reduziere und da einquartiere, wo er wolle, nur rate er ihm, Anordnungen zu treffen, daß den Ausschreitungen der Truppen ein Ende gemacht werde. Zwei Gründe veranlaßten den Kurfürsten zu dieser zweideutigen Rolle. Erstens fürchtete er, wenn der Kaiser seine Truppen von den katholischen Gebieten abberufen würde, so würden auch die Protestanten das gleiche Verlangen bezüglich seiner und der ligistischen Truppen stellen. Der zweite Grund war der, daß Maximilian bestrebt sein mußte, sich das Wohlwollen des Kaisers zu erhalten, denn noch immer war ihm die Kur nur persönlich übertragen, sein glühendster Wunsch war aber erblicher Besitz." (Gindely.) Noch war die Zeit nicht da, wo Maximilian sicher und rücksichtslos gegen die wallensteinischen Pläne hätte vorgehen können.

Auf dem Tage zu Mühlhausen war von den katholischen Kurfürsten auch die Frage angeregt worden, die seit dem Augsburger Religionsfrieden vorgenommenen Säkularisirungen der katholischen Kirchengüter wieder rückgängig zu machen. Früher hatte Maximilian von einem solchen Schritte abgeraten. Aber seit Ende 1627 betrieb er selbst die gewaltsame Unterdrückung des Protestantismus in der Ober- und Rheinpfalz und gleichzeitig begann er mit dem ganzen Gewichte seines Ansehens und Einflusses an dem Wiener Hofe für jene allgemeine Restitutionsforderung einzutreten. „Er glaubte, daß die Katholiken nunmehr die Macht besäßen, dieselbe zu verwirklichen und deshalb erschien es ihm als Pflicht, der Kirche das ihr nach seiner Auffassung widerrechtlich Entrissene zurückzugewinnen, Hunderttausende von Seelen vom ewigen Verderben zu erretten und dem Katholizismus für die Zukunft das Uebergewicht im Reiche zu sichern. Mit nicht minderem Eifer drang er daneben darauf, daß die Reformierten dem Wortlaute des Religionsfriedens gemäß im Reiche nicht länger geduldet werden sollten, denn die seit dem Ende des 16. Jahrhunderts bei Katholiken und Lutheranern immer allgemeiner herrschend gewordene Ansicht, daß jene ‚blutdürstige und aufrührerische Sekte' die Ursache aller Unruhen in Deutschland sei, hatte sich in Maximilian durch das Verhalten der Kurpfälzer seit dem Ausbruch des böhmischen Aufstandes und durch die Einsicht in ihr seit 1620 zu Prag erbeutetes Archiv zu unumstößlichem Grundsatz befestigt." (Stieve). Allein wir sind gewohnt, den religiösen Motiven Maximilians politische beigemengt zu sehen, und wie er sich von dem Mühlhausener Beschluß seiner Mitkurfürsten durch jene Beschönigung trennte, so dürfen wir wohl annehmen, daß die Absicht, die kaiserliche Macht gegen die Protestanten durch Eintreibung der verlorenen Kirchengüter zu beschäftigen und so von ihren extravaganten und fürstenfeindlichen Bahnen abzulenken einerseits, und andrerseits das Bewußtsein ihn beeinflußt haben, daß mit der Verdammung der Reformierten seine eigenen Aussichten, im Besitze der Kur zu bleiben, nur wachsen konnten. Auf diesem Felde setzte daher Maximilian zunächst die Hebel ein, denn auf dieser Bahn lag für ihn die endliche Bestätigung in dem bisher errungenen Besitz.

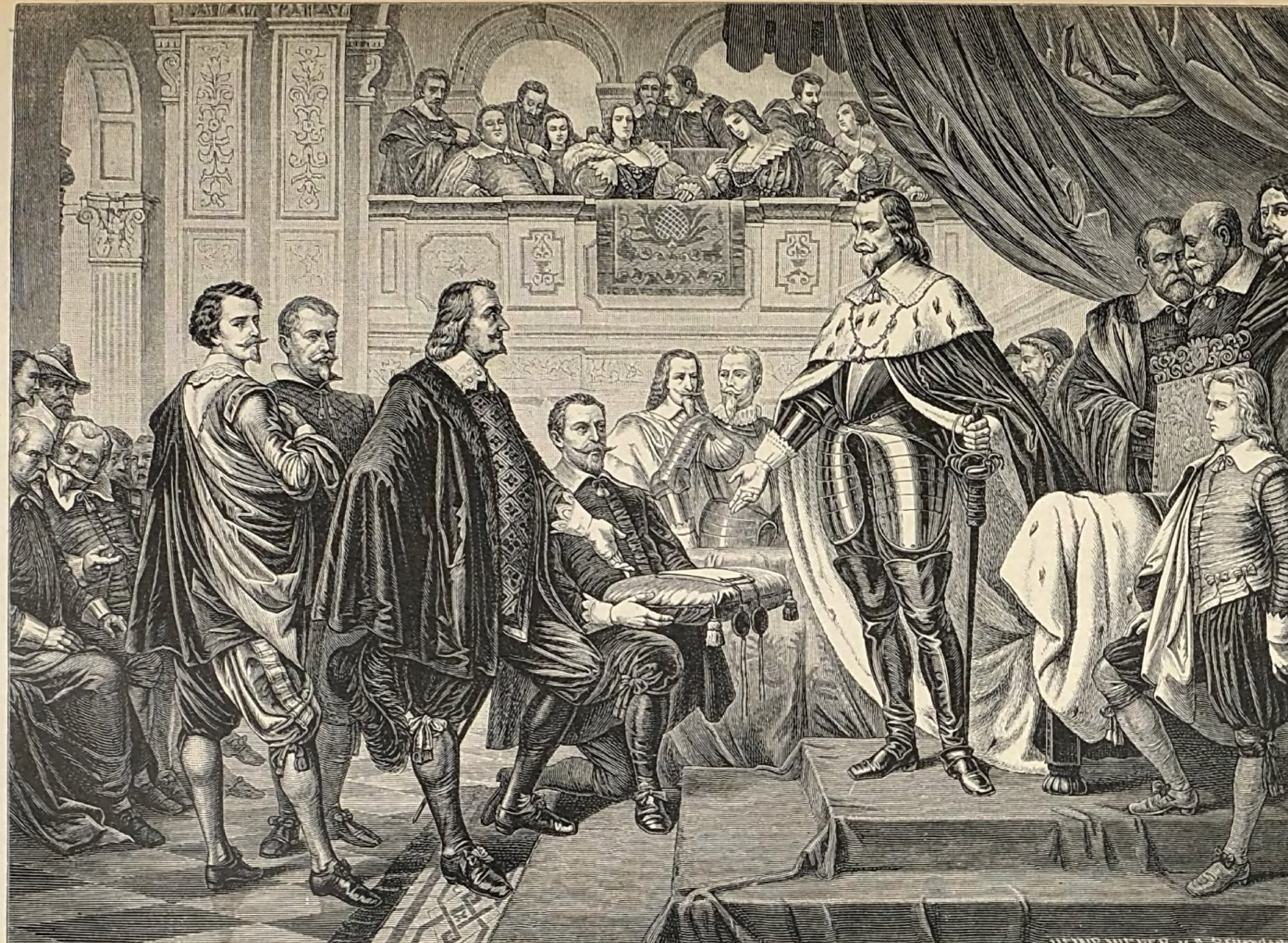
Graf Trauttmansdorff erschien zu Anfang des Jahres 1628 in München, um über die angeregten Fragen Rücksprache zu nehmen. Und hier kam denn am 22. Februar 1628 ein Vertrag zwischen Maximilian und Ferdinand zustande, nach welchem der Kurfürst als Entschädigung für seine dreizehn Millionen übersteigenden Auslagen die Oberpfalz und den am rechten Rheinufer gelegenen Teil der Unterpfalz in Form eines Kaufes übernahm, während er gleichzeitig auf die fernere Pfandschaft von Oberösterreich

verzichtete und das Land dem Kaiser zurückstellte. Der Kaiser aber ging weiter. Er ließ dem Kurfürsten entbieten, daß er ihm die Kur erblich übertragen wolle. Diese heimlich getroffene Entscheidung aber genügte Max bald nicht mehr. Im Juni ersuchte er den Kaiser, Brandenburg und Sachsen davon zu benachrichtigen, damit seine Würde zu allgemeiner Anerkennung gelange. Also wieder ein Versuch, den Protestanten gegenüber den Kaiser zum Vorschreiten zu bringen, die kaiserliche Macht zur Behauptung des eigenen Besitzes zu gebrauchen. Ferdinand aber hielt zurück. Was in München damals geschehen, erfuhr man in Deutschland erst einige Jahre später. Aus uraltem Wittelsbacher Gut bezahlte der Habsburger dem bayerischen Wittelsbacher seine Schulden. Daß Maximilian selbst nicht sehr feierlich gestimmt war, bezeigen seine wiederkehrenden Klagen über die Zumutungen Oesterreichs, daß er alles umsonst thun solle, und wo ein Gewinn für ihn herausschaue, Oesterreich ihm nur Prügel zwischen die Füße werfe.

Es war zu erwarten, daß unter solchen Umständen die gemeinsamen Klagen der Kurfürsten in Wien nicht die gewünschte Berücksichtigung finden würden. Statt Verminderung der Heeresmacht wurden Wallenstein neue Werbepatente ausgeteilt, um die kaiserliche Armee auf die Höhe von 130 000 Mann zu bringen. „Zu keiner Zeit", erzählt Gindely, „sah man am kaiserlichen Hofe trotz der steigenden Finanznot so rosig in die Zukunft, oder besser gesagt, nie trug man sich mit so weitgreifenden Plänen, wie im Jahre 1628. Man hatte Oberösterreich zurückerhalten und hoffte ein gleiches bezüglich der Lausitz; man bereitete das Restitutionsedikt vor, welches durch längere Zeit den kaiserlichen Einkünften zu gute kommen mußte, ja man dachte sogar an Eroberungen. Im Monat Dezember 1627 wurde der kaiserliche Gesandte am spanischen Hofe beauftragt, dem König Philipp IV Jütland und Schleswig, welche beide Länder man Dänemark entreißen wollte, zum Kauf anzubieten; im Januar 1628 änderte man den Auftrag dahin, daß man bloß Jütland verkaufen, Schleswig aber für sich behalten wollte. Man wollte sogar in der Aechtung einiger deutschen Fürsten fortfahren, nachdem der gegen die Herzoge von Mecklenburg geführte Streich, wie es schien, gelungen war. Die Vorteile dieser Aechtungen wären dem Kaiser wohl weniger zu gute gekommen (?), wie Waldstein, der sich auf diese Weise seine Dienste bezahlen lassen wollte. Waldstein war es auch, der den Kaiser in seine aggressive Politik hineintrieb, und in seinem Hauptquartier ertönten ähnliche drohende Worte, wie sie das Jahr zuvor Leucker an seinen Herrn berichtet hatte. ‚Man muß die Kurfürsten Mores lehren, die Succession im Reiche gebührt dem Sohne des Kaisers, es bedarf dazu der Wahl nicht, ich hoffe, dem Hause Oesterreich einen guten Dienst zu thun.'" So ließ sich der kaiserliche Feldherr ungescheut vernehmen. Man wollte an der Ostsee festen Fuß fassen, Stralsund sollte erobert und Lübeck zum Anschluß an die kaiserliche Politik bewogen werden. Der Genius der Revolution hatte Besitz ergriffen von dem Geiste des böhmischen Edelmannes, der unbewußt und ungewollt gleichsam zum Rächer seines Landes wurde an dem Reiche, dessen starrem Widerstand die eigene Entwicklung Böhmens nun zum zweitenmale erlegen war. Wir werden sehen, an welchem Punkte sein Genie scheitern, wo er selbst den Untergang finden mußte.

Die Klagen der Liga verhallten in Wien. Es kam dahin, daß Tilly einen Teil seiner Truppen selbst auf katholischem Gebiete einquartieren mußte. So steigerte sich der Unwille der Fürsten, aber er trieb erst zu wirklicher Aktion gegen Wien, als Maximilian sich nun selbst an die Spitze der Opposition stellte. „Der Umschwung in der bisherigen Haltung des Kurfürsten trat seit dem Frühjahr 1628 ein, seit ihm die Kur erblich übertragen worden war; jetzt wollte er nicht länger dulden, daß das alte deutsche Staatswesen, in dem er durch seinen Ehrgeiz und seine Tüchtigkeit eine so hervorragende Stellung erlangt hatte und das ihm deshalb genehm war, durch das Treiben eines Soldatenführers zu Grunde gerichtet werde." So begann der Ringkampf Maximilians mit Wallenstein.

Ein Bericht über die bedrohlichen Absichten Wallensteins ging an den Kurfürsten von Mainz, in welchem gleichzeitig der Vorschlag gemacht wurde, samt und sonders zum Kaiser zu reisen und ihm die nötigen Vorstellungen zu machen. Der Mainzer Kurfürst Georg Friedrich von Greifenklau (seit 1526) war für einen solchen Schritt nicht zu



Bayern erhält die Kurwürde zurück. 1628.

Nach dem Gemälde von Otto.

haben. Ein Kurfürstenkonvent sollte das Notwendige beraten. So ging Maximilian einstweilen allein vor. Ein Gesandter erschien in Prag, wo der Kaiser damals residierte (April 1628), um die Entfernung des kaiserlichen Volkes aus Schwaben und Franken zu fordern. Wolle Ferdinand nicht darauf eingehen, so könne man das nicht anders erklären, als daß es auf den Ruin der ligistischen Armee abgesehen sei. Max erreichte zunächst nichts. Dann erschien der kaiserliche Gesandte Collalto in München mit einer Anzahl Versprechungen, die natürlich nicht erfüllt wurden. Bei einer zweiten Zusammenkunft der katholischen Kurfürsten in Bingen kam man zu dem Entschluß, eine abermalige Gesandtschaft an den Kaiser abgehen zu lassen. Maximilian machte sich zum Wortführer seiner Genossen. Sein Gesandter Graf von Wolkenstein durfte sich sogar zu der Drohung versteigen, die Reichsstände würden für den Fall, daß das kaiserliche Heer nicht reduziert würde, sich gezwungen sehen, zu ihr und ihrer Länder Defensive und Konservation andere Mittel zu ergreifen, als noch länger unter der Diskretion der kaiserlichen Soldateska und ihrer Offiziere zu stehen." Der Kaiser gab wieder Versprechungen, die er nicht halten konnte. Denn wer hätte die nicht bezahlten Soldaten ablohnen sollen? Der Kaiser hatte kein Geld dazu. Er ließ also Wallenstein bitten, sein Möglichstes zu thun. Und der nahm dann auch die Entlastung Süddeutschlands in der Weise vor, daß er seine Regimenter nach Norddeutschland zog, und Tilly also nötigte, vollends auf katholischem Gebiete Quartier zu nehmen. Wohl fürchtete man auf Seite der Liga, daß Wallenstein systematisch das ligistische Heer zu Grunde richten und auf dessen Trümmern seine Allgewalt begründen wollte, aber Wallenstein wußte nun auch ebenso gut, wo sein nächster Feind stand. Mittlerweile aber waren Dinge eingetreten, welche eine Reduzierung des kaiserlichen Heeres und damit die Aussicht auf Frieden um ein Bedeutendes in die Ferne schoben.

Zur Ausführung seiner maritimen Pläne hatte Wallenstein die Notwendigkeit erkannt, die deutsche Küste durch Besetzung und Befestigung der mecklenburgischen und pommerischen Seeplätze zu sichern. Da lag ihm die Stadt Stralsund im Wege. Er schickte sich zur Belagerung an. Die Bürgerschaft aber hielt Stand. Der alte Geist der Hanseaten verjüngte sich noch einmal in der Stralsunder Bürgerschaft. Und wenn sie mit eisernen Ketten an den Himmel befestigt wäre, so wollte Wallenstein die Stadt haben. Aber alle seine Anstrengungen prallten ab an dem mannhaften Mute der Belagerten. Dänische und schwedische Truppen und Schiffe unterstützten die Bürgerschaft. Eine Kapitulation, welche der Rat aufsetzte, wurde von der Gemeinde verworfen; dagegen schloß die Stadt mit dem Schwedenkönig einen Vertrag, der die weitere Verteidigung ermöglichte. Die Dänen gingen ihrerseits nun auch wieder zum Angriff über. Sie bemächtigten sich der Insel Usedom und bedrohten die deutsche Küste. Ohne Flotte konnte Wallenstein nicht weiter. Nach sechsmonatlicher Belagerung mußten die Kaiserlichen von Stralsund abziehen. Die Dänen nahmen um dieselbe Zeit Wolgast (August 1628). Ihnen warf sich Wallenstein entgegen und zersprengte das dänische Heer in den sumpfigen Gegenden um Wolgast. (2. September 1628). Pommern und Mecklenburg waren einstweilen dem Kaiser gerettet. Wallenstein folgte den flüchtigen Dänen nach Holstein. Christian IV neigte zum Frieden. Wallenstein griff die Verhandlungen auf, da er ohne Flotte doch nicht endgültig mit den Dänen abrechnen konnte, und dieser Kampf ihn hinderte, andere größere Pläne zu verfolgen. Vorverhandlungen in Lübeck, welche von Januar bis Juni 1629 dauerten, führten zum Frieden mit Dänemark. Gustav Adolf, der Einschluß Schwedens und Stralsunds in den Frieden gefordert hatte, wurde zum Friedenskongreß nicht zugelassen. Das Resultat war, daß Christian IV die eroberten Länder Holstein, Schleswig und Jütland zurückerhielt und seinerseits auf fernere Einmischung in die deutschen Angelegenheiten, namentlich aber auf die niedersächsischen Stifter verzichtete. So schied Dänemark vom deutschen Schauplatze, der nun für einen andern frei wurde. Allerdings entfachte Wallenstein dem Schweden Gustav Adolf zunächst noch einmal ein Feuer in Polen, indem er diesem Hülfe sandte und so den Frieden Polens mit Schweden zurückzutreiben suchte. Das Bündnis Dänemarks mit Schweden zu vereiteln, hatte Wallenstein dem Dänenkönig trotz seiner anfänglichen hohen For-

derungen einen billigen Frieden bewilligt. Der Friede überhaupt aber entstammte seiner Besorgnis vor einem Bruch mit der Liga.

Wir erinnern uns, welche Anregung von Seiten der katholischen Kurfürsten, namentlich Maximilians, an den Wiener Hof betreffs Rückerstattung der säkularisierten Kirchengüter gelangte. Auf eine ganze Reihe von Bistümern in Norddeutschland war es dabei vor allem abgesehen. Der Kaiser hatte diesen Plan aufgegriffen und ließ nun zu Anfang des Jahres 1629 den katholischen Fürsten einen Entwurf zugehen, wie ein Restitutionsedikt abgefaßt werden könnte. Er verlangte darüber das Gutachten der Fürsten. Nur wenige warnende Stimmen erhoben sich gegen einen solchen Plan auf dieser Seite, und Maximilian schrieb darüber an Mainz, daß er an dem Edikt nichts auszusetzen habe. Zugleich aber tritt uns da in einem von ihm gemachten Vorschlag sein weiterer Gedankengang vor Augen. Er nahm eine alte Frage wieder auf, welche die Stellung der Reichsstädte betraf. Da meinte er, daß in solchen Städten, welche sich angelegen sein ließen, die Katholiken von den Stadtämtern auszuschließen und die freie Uebung der katholischen Religion zu beschränken, Reichsvögte aufzustellen wären, welche für die Rechte der Religionsparteien sorgen sollten. Abermals ein politischer Plan in religiösem Gewande! Denn er dachte dabei wohl nicht an österreichische Beamten, sondern daran, daß etwa der kreisausschreibende Fürst in seinem Kreise zum Reichsvogt ernannt werden sollte. Einstweilen versank dieser Vorschlag wieder im Wirrsal der Zeit. Aber daß er in Maximilians Seele weiterlebte, ist für uns hochbedeutsam zu erkennen.

Die eingelaufenen Gutachten bewogen den Kaiser zum Erlaß des so berüchtigt gewordenen „Restitutions-Edikts" (6. März 1629). Dasselbe besagte: 1. daß die Katholischen die mittelbaren Klöster und geistlichen Güter, welche zur Zeit des Passauer Vertrags oder später noch in ihrem Besitz gewesen, mit Fug und Recht zurückzufordern hätten; 2. daß die Augsburger Konfessionsverwandten, welche geistliche Stifter, Bistümer und unmittelbare Reichsprälaturen inne hätten, nicht für Bischöfe und Prälaten zu halten seien, denselben keine Session und Stimme auf dem Reichstag gebühre, auch die Regalien und Lehen nicht verliehen werden könnten; 3. daß auch den katholischen Ständen nicht verwehrt werden könne, in ihren Gebieten ihre Unterthanen zu ihrer Religion anzuhalten.

Das Restitutionsedikt war von doppelter Bedeutung. Es war nicht nur eine Proklamation des Sieges des Katholizismus über den Protestantismus, der, wenn durchgeführt, Norddeutschland mit einem gleichen Schicksal bedrohte, wie es die Protestanten in den österreichischen Ländern ereilt hatte, der infolge des radikalen Umschwungs der Besitzverhältnisse „Grabesstille" über Norddeutschland hätte ausbreiten müssen, sondern es war zugleich ein Sieg der Ligafürsten über Wallensteins absolutistisches Regiment, denn das Kaisertum verließ damit die Bahnen seines mächtigen Führers zum monarchischen Absolutismus und ließ sich in die Ideenkreise der ligistischen Partei hineinziehen. Daß Wallenstein diesen Schlag empfand, werden wir sehen.

Zur Exekution des Edikts wurden kaiserliche Kommissäre ernannt, welche die geistlichen Güter zurückfordern und ihre anderweitige Besetzung besorgen sollten. Auch wurde ihnen eingebunden, daß der Religionsfriede nicht die Reformierten einschließe. Etwaiger Widerstand sollte mit Militärgewalt gebrochen werden. Das Schicksal der Reichsstadt Donauwörth wurde zum Vorbild für das ganze protestantische Deutschland. In Augsburg und Kaufbeuren wurde mit der Restitution begonnen; an Württemberg ging der Befehl, zurückzustellen, was es seit 1555 den Katholiken genommen; in Norddeutschland faßte man zunächst die Erzstifter Magdeburg und Bremen, dann die Bistümer Minden, Verden, Halberstadt und Ratzeburg aufs Korn. Sachsen wollte man einstweilen verschonen, bei Brandenburg erst anfangen, wenn die Exekution anderswo weiter gediehen sei. Sachsen warnte vor einem allgemeinen Aufstand der Protestanten und ließ den Kaiser wissen, daß es sich zum Vollzug des Edikts nie hergeben werde. — Aber ob nicht ein allgemeiner Protestantenaufstand dem Wiener Hofe, wie er damals rechnete, erwünscht gewesen wäre? Hätte sich damit doch die politische „Berechtigung" zu diesem Schritte ergeben, die Wallenstein brauchte, die ihm bereits den Besitz von Mecklenburg eingetragen hatte.

Merkwürdigerweise hören wir da von einer Seite einen Protest gegen das Restitutionsedikt erklingen, von der wir es kaum vermuteten. Papst Urban VIII ließ den Kaiser zwei Jahre später wissen, „er habe jenes Edikt nicht gelobt . . . . jenes Edikt habe ihm nicht gefallen . . . . von den zurückgestellten Kirchengütern hätten die nichts erhalten, denen sie hätten ausgeliefert werden müssen, sondern die Fürsten hätten sich dieselben reserviert und vielleicht räche Gott das nun.“ Der Grund, warum man in Rom das Vorgehen des Kaisers mißtrauisch betrachtete, ist nach dieser Seite klar: dem Papst hatte die Gütereinziehung keinen Vorteil gebracht. Andrerseits aber hatten die Rüstungen Wallensteins es fertig gebracht, daß der Kaiser auch in Italien die lang vergessenen Rechte wieder vertreten konnte, als das Herzogtum Mantua im Jahre 1627 erledigt worden war. Da stießen zwei Kandidaten auf einander, ein kaiserlicher und ein päpstlicher, und der Papst hatte erkennen müssen, was von einer Wiederherstellung des Kaisertums, wie Wallenstein sie träumte, zu erwarten war. Eine überwiegende Kaisermacht in Europa fand wie zu allen Zeiten, so jetzt das Papsttum in der vordersten Reihe seiner Gegner. Aber wir dürfen überzeugt sein, daß man auch in Wien die Beraubung der Protestanten nicht deshalb vorzunehmen beschloß, damit sich die „Fürsten“ die Güter reservieren sollten. Daß das so kam, hing von andern Umständen ab.

Schon vor dem Erlaß des Restitutionsedikts hatte Wallenstein den Kaiser ermahnt, er möge die Stifter Magdeburg und Halberstadt mit Beschlag belegen und sie seinem Sohne Leopold Wilhelm übertragen. Wallenstein bedurfte der freien Verfügung über die Einkünfte dieser geistlichen Gebiete zur Erhaltung seines Heeres. Halberstadt war erledigt, d. h. der Kaiser hatte die vom Domkapitel vorgenommene Wahl nicht anerkannt. Eine Neuwahl unter dem Hochdruck des Kaisers und des päpstlichen Nuntius Caraffa brachte das Stift an Erzherzog Leopold Wilhelm.

Was mit Halberstadt geglückt war, sollte nun auch mit Magdeburg vorgenommen werden. Da war nach der Vertreibung des Administrators aus dem Hause Brandenburg ein Sohn des Kurfürsten von Sachsen postuliert worden. Der Kaiser verwarf diese Postulation und ließ das Erzbistum durch päpstlichen Gewaltspruch seinem Sohne Leopold Wilhelm übertragen. So sah das Restitutionsedikt sich vom Wiener Standpunkte aus an.

Die beiden Rivalen, Brandenburg und Sachsen, welche seit der Reformation sich um den Gewinn dieser Stifter bemüht hatten, waren nun aus dem Felde geschlagen durch einen Habsburger. Die Rivalität verlor ihre Spitze, die Gegensätze ihre bisherige Schärfe. Der Weg zu einer Einigung beider Häuser war geebnet. Wollten sie nicht beide die Stifter verlieren, so mußten sie sich gegen den dritten verbinden. Wir werden sehen, daß es dazu kam.

Wallenstein forderte nun von der Stadt Magdeburg Aufnahme und Unterhalt eines Regiments Fußvolk. Die Magdeburger schlugen das ab und rüsteten. Eine zweite Stadt stellte sich dem kaiserlichen Generalissimus in den Weg. Ende März 1629 verfügte Wallenstein die Blokade der Stadt. Aber Stralsund hatte gezeigt, was der Mut einer Bürgerschaft vermochte. Der alte protestantische Geist belebte sich hier zum andern Mal, er belebte sich in einer Stadt, die schon in den Tagen Karls V zum Bollwerk des Protestantismus gegen kaiserliche Vergewaltigung geworden war. Und diese Entschlossenheit wirkte weiter. Die Hansastädte traten für ihre Schwester ein, sie machten kein Hehl daraus, daß sie Magdeburg bewaffnete Hülfe bringen würden, wenn kein Vergleich zu Stande käme. Ebenso gerieten die Holländer in Aufregung, eine Gesandtschaft erhob gegen die fernere Bedrückung Magdeburgs Einsprache und drohte mit Gegenmaßregeln. So trat Wallenstein nach sechsmonatlicher Belagerung von der Stadt zurück. Er forderte 200 000 Thaler Buße, die Magdeburger bewilligten 150 000, den Rest übernahmen die hansischen Schwesterstädte. Dieses Zusammenstehen machte Eindruck auf den General. Er ließ sich vernehmen: „Nun wohlan, da wir sehen, daß sowohl die Stadt Magdeburg als die sämtlichen Hansastädte in kaiserlicher Devotion zu verharren bedacht sind, so wollen wir ihnen die ganze Summe aus Gnade erlassen, damit man sehe, daß wir den Krieg nicht wegen Geldes führen.“ Und er setzte hinzu: „Wir vernehmen, die

Hansastädte bilden sich ein, man wolle das kaiserliche Edikt wegen der Reformation der Religion exequieren. Das sind wir durchaus nicht gemeint; das Edikt kann nicht Bestand haben und wir versprechen den Hansastädten, daß ihnen das geringste deswegen nicht zugemutet werden soll, denn man kann den Religionsfrieden nicht also über den Haufen stoßen." Was sollte das? Was bedeutete dieser scheinbar offene Widerspruch des kaiserlichen Feldherrn gegen die kaiserliche Politik? Nun vor allem hatte Wallenstein seine maritimen Pläne nicht aufgegeben. Die Hansa zu gewinnen mußte so oder so sein Augenmerk bleiben. Dann aber stand diese Aeußerung gar nicht in so furchtbarem Widerspruch mit dem Edikt, wie man es in Wien auffaßte, wo man den Protestanten nur etwas nehmen wollte, wenn man es selbst behalten konnte. Wallenstein klopfte also nur die unberufenen Fürsten auf die Finger, die sich den freiwerdenden Besitz reservieren wollten. Schon Gindely vermutete, der Schlag habe der Liga gegolten, da sie es war, unter deren Einfluß der Kaiser diese Theologenpolitik inauguriert hatte. Es wird uns dies zur Gewißheit, wenn wir die Augen nach andrer Seite wenden.

Im November 1629 ließ sich Wallenstein dem Gesandten des Kurfürsten von Sachsen gegenüber vernehmen, daß er an dem Restitutionsedikt keinen Gefallen habe, sich zur Durchführung desselben „mit der unter sein Kommando gestellten Armee nie brauchen lassen werde und wenig danach frage, was der Fürst von Eggenberg, Pater Lamormain und andere ihres gleichen für Opiniones hätten, seine Absicht sei einzig und allein dahin gerichtet, die Reputation Seiner Majestät unseres allergnädigsten Herrn zu erhalten, das Reich zu konservieren und vor allen auswärtigen Feinden zu defendieren." Es sei genugsam bekannt, daß er bei seinen Dienern und Offizieren keinen Unterschied im Glauben mache, die Evangelischen zu den höchsten Kriegs- und Friedensämtern befördere und sein Vertrauen ihnen ebenso wie den Katholiken schenke.

Wir brauchen dieser Versicherung Wallensteins nicht aufs Wort zu glauben. Er war Politiker und als solcher erkannte er, daß die durch das Restitutionsedikt drohende Entzündung eines allgemeinen Religionskrieges ihm jetzt sehr unbequem werden und ihn in seinem ganzen Werke hemmen müsse. Aber während er also diese neue Bahn seiner Politik gegen die Liga einschlug, hatte er die alten Bahnen noch nicht verlassen. Gegen Brandenburg verharrte Wallenstein in der gleichen feindseligen Art, die er bisher bekundet hatte. Denn der Kurfürst Georg Wilhelm stand auf der Proscriptionsliste Wallensteins obenan. Georg Wilhelm aber ließ sich zu keinem herausfordernden Schritte verleiten, und während seine Gesandten beschimpft und sein Land haarsträubend verwüstet wurde, hielt er an sich und that nichts, was hätte Veranlassung geben können, gegen ihn, wie gegen die Mecklenburger, wie gegen den Pfalzgrafen zu verfahren.

Drei Tage, nachdem das Restitutionsedikt erlassen worden war, hatte auch eine Beratung der Ligamitglieder in Heidelberg ihr Ende gefunden (9. März 1629). Man hatte da den Entschluß gefaßt, wieder eine Gesandtschaft nach Wien zu senden, die ausgiebige Verminderung des kaiserlichen Heeres und die Milderung der an Dänemark zu stellenden Friedensbedingungen zu fordern. Gleichzeitig aber beschloß man, selbst unter den Waffen zu bleiben und sich den wallensteinischen Truppen nötigenfalls mit Gewalt zu widersetzen, wenn sie die Ligisten aus ihren Quartieren verdrängen würden. Die Gesandtschaft wurde in Wien wie immer mit ihren Forderungen abgewiesen, und Wallenstein parierte, wie wir hörten, den einen Schlag geschickt, indem er mit Dänemark Frieden schloß. Den andern, die Verminderung seiner Truppen betreffend, parierte er damit, daß man in Wien darauf hinweisen ließ, daß gerade der von der Liga gewünschte Erlaß des Restitutionsedikts und dessen Exekution eine solche nicht zulasse.

Im Oktober ging eine abermalige Gesandtschaft der vier katholischen Kurfürsten nach Wien, welche dem Kaiser die drohenden Gefahren sehr schwarz ausmalte und den Antrag stellte, daß vor allem die „mecklenburgische Sache auf mildere Wege gerichtet werden müsse." Der Hofkammerdirektor Mandl unterstützte diese Vorstellungen noch dadurch, daß er auf Befehl Maximilians sich persönlich nach Wien begab. Der Kaiser war ratlos. Er kannte sich nicht mehr aus. Bei den Klagen und Vorstellungen des bayerischen Gesandten brach er in Thränen aus. Der Erfolg aber war kein andrer wie

früher. Wallensteins Stellung in Norddeutschland, seine eigene Herrschaft in Mecklenburg beruhten auf seiner militärischen Macht. Davon konnte er sich nichts nehmen lassen, sollte nicht alles wieder zusammenbrechen.

Wallenstein parierte auch diesen ihm zugedachten Schlag noch einmal. Es war die Zeit, daß er jene Aeußerungen betreffs des kaiserlichen Ediktes machte, daß er also offenbar an den Protestanten einen Rückhalt gegen die Liga zu gewinnen hoffte. In Wien aber waren die Meinungen bereits geteilt. Auf dem Ligatag zu Mergentheim (Dezember 1629) war ein kaiserlicher Gesandter anwesend. Er forderte, daß der Kurfürst von Bayern 22 auf den Gütern der Reichsritterschaft in Schwaben und Franken einquartierte ligistische Reiterkompagnien entfernen und die ligistische Armee sich näher mit der kaiserlichen vereinigen möchte. Aus der letzten Forderung ging hervor, daß man die Absicht habe, die ligistische Armee unter den Oberbefehl Wallensteins zu stellen. Beide Forderungen wurden abgelehnt. Tilly bekam den Befehl, mit seiner Armee wachsam zu sein für die Sicherheit der Bundesstände und auf deren Verteidigung den ersten Bedacht zu nehmen.

Diese Beschlüsse wirkten in Wien einen Augenblick zu Gunsten der Liga. Am 23. März 1630 erging die Anfrage an Tilly, ob er das Oberkommando übernehmen wolle? Das bedeutete Absetzung Wallensteins. Tilly entschuldigte sich mit seinem „Alter und Inkapazität". So fiel die Sache und man hielt an Wallenstein fest, der außerdem Spanien auf seiner Seite hatte. In Wien beschloß man, die Kriegslast auf das Reich abzuwälzen; die Spanier träumten von einer absoluten Monarchie Habsburgs in Deutschland, sie glaubten, es könne dem Kaiser gelingen, daß ihm allein das Recht zuerkannt würde, in Deutschland Truppen aufzustellen. Es war klar, daß es zur Ausführung dieser Pläne nur einen Mann gab: Wallenstein. Ihm fiel also noch einmal der Sieg über die Ligafürsten zu.

Die Sache stand nun so, daß die Liga unter die Herrschaft Habsburgs treten sollte. Dazu bedurfte man eventuell der militärischen Macht Wallensteins, dazu bedurfte dieser ferner der Hilfe oder doch der Neutralität der Protestanten. Die Liga aber war entschlossen, Waffengewalt mit den Waffen zu bekämpfen und sich ihre Souveränität und Unabhängigkeit von Habsburg zu wahren. Es ist anzunehmen, daß Ferdinand vor diesem letzten Schritte zurückbebte, zurückbebte vor der ihm, dem Jesuitenschüler, furchtbar erscheinenden Aussicht, mit Hilfe der Ketzer die Unterwerfung seiner Glaubensgenossen durchzusetzen. Wallenstein bebte vor diesem Schritte nicht zurück. Also Sieg oder Untergang!

Die Entscheidung fiel in Regensburg. Dort versammelten sich im Juni 1630 die Kurfürsten zur Beratung der Reichslage. Der Kaiser war anwesend. Aber mit ihm trafen zwei Gesandte Richelieus ein. Am 29. Oktober 1629 war das letzte Bollwerk der Hugenotten, die Festung La Rochelle, nach heldenmütiger Verteidigung gefallen. Als politische Partei waren die Hugenotten vernichtet, aber Richelieu bestätigte ihnen die im Edikt von Nantes zugesagte freie Religionsübung. So hatte er Luft bekommen, den Habsburgern in dem um Mantua entbrannten Kriege energischer entgegentreten zu können. Und wie es der Absicht Spaniens entsprach, das deutsche Reich in die Kriege der Habsburger einerseits mit den Holländern, andererseits mit den Franzosen hineinzuziehen, so mußte Richelieu bedacht sein, die Anteilnahme des Reiches an diesen Kriegen fernzuhalten. Damit gewann er bei der Liga die Grundlage zu Unterhandlungen, denn wir wissen, daß keiner den habsburgischen Absichten energischer in den Weg trat, als Maximilian von Bayern. Andererseits aber hatte sich Wallenstein mit einer ansehnlichen Truppenmacht für den Kaiser im mantuanischen Erbfolgekriege engagiert. Frankreich und die Liga besaßen also in ihm einen gemeinsamen Feind. Es kam nun darauf an, die von Wallenstein gehoffte Verbindung mit den protestantischen Fürsten gegen die Liga zu hintertreiben. Und da schoben die französischen Unterhändler äußerst geschickt das gemeinsame Fürsteninteresse gegen den habsburgischen Absolutismus in den Vordergrund. Sie knüpften die Verbindung zwischen den katholischen und protestantischen Kurfürsten und waren die vertrauten Ratgeber und Freunde beider Parteien.

Maximilian war entschlossen, Wallenstein zu stürzen. An seine Seite trat Richelieu, indem er die einzelnen Kurfürsten ermahnen ließ, die Leitung ihrer Angelegenheiten ganz und gar dem Kurfürsten von Bayern zu überlassen. Am 3. Juli kamen die kaiserlichen Vorschläge zur Verlesung. Man wünschte zur besseren Ordnung des Heerwesens bezüglich der notwendigen Kontributionen, der Einquartierung und Durchzüge einen bestimmten Plan, durch den für alle Bedürfnisse vorgesorgt würde. Das war spanisch. Sachsen protestierte, da damit alle Reichsfreiheiten über den Haufen geworfen würden, und es eine unerhörte Neuerung wäre, wenn die freien Reichsstände dergestalt zu Kontributionen gezwungen würden.

Die weiteren Vorschläge des Kaisers verbreiteten sich über Herstellung einer „rechtschaffenen Konjunktion" unter den Reichsständen für den Fall, daß der Friede nicht zu stande käme; über den endgültigen Ausschluß des Pfalzgrafen von der Begnadigung, über die Vertreibung der Holländer vom Reichsboden und die Hilfe des Reichs zum mantuanischen Krieg. Die Kurfürsten trennten die Punkte und ihre Antwort darauf. Die erste betraf die kaiserliche Heeresverfassung. Wallenstein hatte sich von Memmingen aus an Maximilian um eine persönliche Zusammenkunft gewendet. Max schlug sie aus. Er ging vorwärts rücksichtslos. Frankreich stand an seiner Seite. Seit dem vorigen Herbst unterhandelte Maximilian mit Frankreich über einen Vertrag, der die Liga vom Kaiser trennen sollte. Max konnte jeden Augenblick abschließen, wenn es zwischen ihm und Ferdinand Wallensteins wegen zum Bruch kommen sollte. Unter seinem Einfluß ward die Antwort auf die erste Forderung des Kaisers festgestellt. Am 16. Juli gelangte der kurfürstliche Antrag an den Kaiser, er möge sich mit den Kurfürsten über die Stärke seiner Armee und über die Art und Weise der Besoldungen vergleichen und das Erpressungssystem der Offiziere abstellen. Daran knüpften die Kurfürsten die Bitte um die Entlassung Wallensteins. Ferdinand schlug die Bitte ab. Aber die Kurfürsten hielten fest. Sie ersuchten den Kaiser um die Ernennung eines neuen Feldhauptmanns, der „im Reiche deutscher Nation geboren und ein Stand und Mitglied desselben sei".

Wie in einem aufgeregten Bienenschwarm summte es in dem Regensburger Fürstenkreise und alles stach auf den einen Mann des Kaisers los. Aeußerungen des Generals wurden eifrig kolportiert, wie: „man bedürfe keiner Kurfürsten und Fürsten mehr, sondern wie in Frankreich und Spanien ein König allein, so soll auch in Deutschland ein Herr allein sein"; oder: „der Kaiser soll lieber bei seiner Jagd und Musik bleiben, als sich um Krieg und Soldaten bekümmern." Mainz ließ sich drohend vernehmen, die Versammlung werde resultatlos auseinandergehen, wenn der „Diktator" länger bleibe. Von Maximilian wird berichtet, er habe am heftigsten auf Wallensteins Absetzung gedrungen. Dieser Aufregung hielt Ferdinand nicht Stand. Aus Rom waren Depeschen angelangt, welche den Pater Lamormain von der Seite Spaniens weg hinüber zu den Wallensteinfeinden trieben. Einer nach dem andern trat von der Sache des Generals zurück. Der Kaiser war in einem Zustand wahrer Seelenangst. Am 1. August empfing er die vier Kurfürsten in persönlicher Audienz. Das gab den Ausschlag. Der kaiserliche Rat entschloß sich, den General zu opfern. Am 13. August wurde dieser Entschluß dem Kurfürstenkollegium mitgeteilt. Die Herren von Werdenberg und Questenberg erhielten den Auftrag, dem General die Entscheidung nach Memmingen zu bringen. Ferdinand trug ihnen auf, so schonend als möglich vorzugehen. Er ließ Wallenstein im eigenen Interesse bitten, sich in seinem Zorn nicht zu einem Gewaltstreich fortreißen zu lassen und sich zu Konzessionen bezüglich seiner Herrschaft in Mecklenburg zu verstehen. Als die kaiserlichen Gesandten in Memmingen anlangten, wußte der General sein Schicksal bereits. Er empfing sie zuvorkommend mit den ungemein charakteristischen Worten, aus den Sternen habe er bereits ersehen, was ihre Kommission sei und daß des Kurfürsten von Bayern Spiritus des Kaisers seinen dominiere, daher er dem Kaiser keine Schuld beimessen könne. Wehe nur thue es ihm, daß Seine Majestät sich seiner so wenig angenommen, aber er wolle Gehorsam leisten. — Wie Maximilian früher alle Schuld vom Kaiser hinwegnahm und sie Wallenstein zuschob, so geschah ihm nun von diesem. Die

Seelen dieser beiden Männer hatten mit dem Instinkt großer Naturen einander berührt, abgestoßen und sich als Todfeinde erkannt.

Man hat diese Verhandlungen in Regensburg die größte Diplomatenschlacht des Jahrhunderts genannt. Sie war mehr als das. Das deutsche Leben hatte sich selbst verloren. Es stand unter der Herrschaft fremder Nationen, fremder Geister. Jene Mahnung an den Kaiser, einen Feldhauptmann von deutscher Geburt und deutscher Reichsstandschaft zu ernennen, war so bieder wie möglich. Als ob auf allen deutschen Bäumen Feldherren vom Schlage eines Wallenstein gewachsen wären! Aber sie kennzeichnet uns Deutschlands Schicksal. Jene Möglichkeit, die wir unter Kaiser Maximilian I gegeben sahen, auf dem Wege der Eroberung und militärischen Macht die kaiserliche Monarchie in Deutschland zu begründen, schien unter Wallenstein noch einmal wiedergekehrt zu sein. Was er wollte, hatte Hand und Fuß. Das eiserne Zeitalter schuf ihm jene harte Rücksichtslosigkeit, welche ihn kühn über verblichene Pergamente und modernde Rechte hinwegschreiten ließ, um aus seiner Seele heraus ein neues deutsches Reich zu schaffen, welches in einem mächtigen Zentralwillen alle jene noch halb lebenden Kräfte vereinigen sollte, die in ihrer Isolierung und Zersplitterung notwendig dem Untergang anheimfallen mußten. Aber Wallenstein war kein Deutscher, und sein Kaiser war ein Betbruder. Man hat gesagt: ja, wenn der Kaiser sich selbst an die Spitze seiner Armee gestellt hätte, wenn er selbst den Kampf aufgenommen und nicht durch einen Diener wie Wallenstein hätte führen lassen, der nur sein eigenes Interesse im Auge hatte, dann hätte er sich dem Hasse seiner Gegner kühn entgegenstellen dürfen. Aber einst hatte Maximilian I versucht, diese Stellung einzunehmen. Er war gescheitert. Daß ein Deutscher das Reich umgestalten und das deutsche Leben von neuem befruchten könne, hatte sich damit als eine Unmöglichkeit erwiesen. Ein fremder Diktator mußte kommen, der das deutsche Bewußtsein von seinem tiefen Schlafe erweckte. Sehen wir nur einmal auf folgende Reihe: Maximilian I, Wallenstein, Friedrich der Große, Napoleon I. Der erste, ein Deutscher, hatte das Volk auf seiner Seite und scheiterte doch, er scheiterte an seiner Romantik und der Unfähigkeit, die Kräfte des Volkes für sein Ziel zu organisieren; der zweite war ein Fremder, das Volk stand ihm fern. Was er wollte, war eine Neuschöpfung der deutschen Verfassung in absolutistischem Sinne. Die fürstliche Oligarchie behauptete gegen ihn das Feld. Friedrich der Große, ein Deutscher, mit der Volksmeinung auf seiner Seite, trotzdem scheiterte auch sein Genie an den erstarrten Ruinen deutscher Verfassung. Das Volksleben aber trieb er zum Erwachen. Da kam der korsische Imperator, und seiner brutalen Rücksichtslosigkeit gelang endlich das Werk; die alte Verfassung brach unter seinem eisernen Fußtritt zusammen. Aber er richtete nicht wie Wallenstein seinen Hauptstoß gegen das Fürstentum, sondern gegen das Kaisertum. Und nun erst floß zusammen, was der Genius des großen Preußenkönigs vergebens erstrebt. Der Fremdling hatte den alten Schutt hinweggeräumt, und auf der gereinigten Stätte erblühte das deutsche Leben aufs neue und ergoß sich befruchtend in alle Glieder und Adern des Volkes. Mit diesem Ausblick erkennen wir, an welchem Hindernis die Pläne Wallensteins scheiterten: ihm fehlte das deutsche Volk. Das deutsche Leben hatte sich von den Habsburgern weggewendet. Hinter dieser Monarchie lag nicht die Zukunft, sondern die Vergangenheit. Wallensteins Werk hätte nicht dem freien Leben die Bahn geöffnet, sondern der Reaktion. Die deutsche Einheit auf dieser Grundlage war zur Unmöglichkeit geworden. An dem Indifferentismus des deutschen Volkes im allgemeinen, an der harten Opposition derjenigen Volksteile, in welchen sich ein deutsches Leben wenn auch kümmerlich erhalten hatte, stürzte der geniale Diktator. Stralsund und Mageburg — hier lag die Grenze seines Könnens. Und doch wie gewaltig erhebt er sich vor uns, wenn wir uns erinnern, daß diese ersten Mißerfolge ihn sofort dahin führten, Fühlung mit der deutschen Volksmeinung zu suchen. Aber statt ihm zu begegnen, zog sie sich mißtrauisch vor ihm zurück.

Wir kennen das Schicksal Deutschlands. Ohne freie Bahn, ohne den Sturz der alten Verfassung wird sich das deutsche Leben nicht mehr einigen können. Diesen Sturz herbeizuführen aber wird nur die Zeit oder die Gewalt eines Fremdlings vermögen, den



Gustav Adolf, König von Schweden.

sentimentale Vergangenheitsträume nicht beirren. Aber auch dieser Fremdling kann nur dann zum Ziele kommen, wenn mittlerweile das deutsche Leben in einzelnen Teilen die Kraft wiedergefunden hat, den Diktator sofort nach vollbrachtem Werk abdanken zu können und sich vor fremder Fessel zu bewahren. Damit ist uns das Ziel gesteckt, damit erkennen wir das ungewollte Verdienst Maximilians I von Bayern. Seine Energie brachte die kaiserliche Monarchie zum Sturz, sie führte den Zusammenbruch der Wallensteinischen Pläne herbei. Max wurde der Retter der territorialen Hoheit, er wurde zum Konservator der deutschen Reichsohnmacht. Das Schicksal verdammte ihn dazu, gleicherweise nicht nur für das Recht des katholischen, sondern auch des protestantischen Fürstentums einstehen zu müssen. Der Politiker mußte zu erhalten suchen, was der Jesuitenschüler am liebsten mit Stumpf und Stiel ausgerottet hätte.

Wie kaum an irgend einem Punkte der neuen bayerischen Entwicklung erkennen wir hier das gewaltige Dilemma, in welches diese Entwicklung seit den Tagen der Reformation geraten war. Dieser Zeitraum hatte gerade hingereicht, Bayern zu einer Macht umzugestalten, an welcher alle habsburgischen Vergrößerungspläne in der Zukunft anstoßen mußten, aber er hatte nicht hingereicht, Bayern die Kraft zu erwecken, welche dem deutschen Leben neue Bahnen hätte erschließen können. Der Katholizismus, der der alten bäuerlichen Entwicklung des bayerischen Lebens einen neuen Halt verliehen, war die Macht, welche Bayern auf dem Wege in die Zukunft, die mit ihr zur deutschen Zukunft hätte werden müssen, hemmte. So sah sich sein großer Fürst dazu verurteilt, einerseits an dem Werke der starrsten Reaktion, an der Untergrabung und Austilgung des Protestantismus mitzuarbeiten, andrerseits die Kräfte zu erhalten, welche diesem Protestantismus gerade jetzt Halt und Rettung verliehen.

„Maximilians Ansehen und Einfluß standen in ihrem Zenith.“ „Er ist so mächtig und gefürchtet,“ schrieb damals der pfälzische Agent Rusdorf, „daß der Kaiser, dessen Räte und die Kurfürsten zu ihm aufblicken und sich von seiner Autorität und Entscheidung abhängig fühlen. Ich hätte nie geglaubt, daß dieser Fürst so angesehen, so geehrt und geachtet sein könnte“ Allein wir kennen die unhaltbare Grundlage, auf welcher diese Größe sich aufbaute; wir erwarten den Rückschlag in dem Augenblick, wo Maximilian gezwungen sein wird, unzweideutig Stellung zu nehmen zu den bewegenden Fragen der Zeit; wir wissen, daß die Tage der Transaktionen vorüber sind. Versucht er es trotzdem damit, wird der Sturm über ihn und sein Land hereinbrechen.

In Regensburg wurde die Frage erwogen, wer an Wallensteins Stelle treten sollte? Die Kurfürsten schlugen Maximilian vor. Die kaiserlichen Minister nahmen das an, aber Max sollte unter ihre Leitung treten, seine Befugnisse sollten beschränkt werden. Der Kaiser verlangte demgemäß eine Vereinigung der kaiserlichen mit den ligistischen Truppen zu einer großen kaiserlichen Armee. Aber Maximilian wollte die selbstgeschmiedete Waffe nicht aus der Hand geben. Er sperrte sich gegen die kaiserlichen Zumutungen auf das heftigste. Endlich einigte man sich dahin, daß die kaiserliche Armee auf 40000, die ligistische auf 20000 reduziert werde. Den Unterhalt beider sollten die von den Kreistagen zu fordernden Kontributionen bestreiten, das oberste Kommando fiel an Tilly, der dem Kaiser und der Liga gleichmäßig verpflichtet wurde und sich mit einer beschränkten Gewalt zufrieden gab. Außerdem aber verlangte man von Ferdinand, daß er dem Kriege mit Frankreich und gegen die Holländer entsage. Nur mit knapper Not war Ferdinand also der Niederlage entgangen, sein Heer in ein ständisches verwandelt und den Kurfürsten von Bayern mit dessen unbeschränkter Leitung betraut zu sehen. Diese Rettung verdankte er der Landung Gustav Adolfs in Stralsund. Der neue Feind stand auf deutscher Erde. Man mußte sich einigen. In der mantuanischen Frage setzten die Kurfürsten ihren Willen durch. Unterhandlungen mit Richelieu begannen. Sie führten zu einem Frieden, der Frankreich in Italien befriedigte, es aber nicht veranlaßte, dem Schwedenkönig seine Unterstützung gegen den Kaiser zu entziehen.

Von dieser Gefügigkeit hoffte Ferdinand die Erfüllung seines Herzenswunsches, die Wahl seines gleichnamigen Sohnes zum römischen Könige. Allein die Kurfürsten waren einig in der Ablehnung. Richelieu ermahnte sie, ihre Stimme keinem andern Kandidaten

als dem Kurfürsten von Bayern zu geben. Einstweilen wurde die Wahl des jungen Ferdinand abgelehnt. Die spanische und wallensteinische Politik hatte nach allen Seiten nur Niederlagen erlitten. Ferdinand empfand diese Einbuße an Macht und Ansehen bitter, bitterer empfand Spanien die kränkende Behandlung, welche man ihm bei der Ablehnung seines Allianzantrages gegen die Holländer zu teil werden ließ.

Noch eine Frage kam in Regensburg zur Sprache, das Restitutionsedikt. Aber eine Einigung wurde nicht erzielt. So schloß der Kaiser den Konvent am 12. November.

Unter der Führung Bayerns hatte die fürstliche Macht einen entschiedenen Sieg über die kaiserliche davongetragen, aber die Nichteinigung in der Religionsfrage, die stillschweigende Ablehnung des französischen Vorschlags, den Bayernfürsten zum römischen Könige zu wählen, lassen uns erkennen, daß zu einer gemeinsamen positiven Stellungnahme die Energie der siegreichen fürstlichen Politik nicht ausreichte. So ging die Verfolgung des über den Kaiser errungenen Sieges in fremde Hände über und Maximilian sah sich die Initiative entrissen.

In der Haltung Frankreichs hatten die Kurfürsten den Mut zu ihrem energischen Vorgehen gefunden. Aber Frankreich war wenig damit gedient, die Habsburger aus ihrer Offensive hinausgeworfen und auf die eigenen Grenzen beschränkt zu sehen. Ein positiver Verlust an Macht und Einfluß allein konnte Richelieu zufrieden stellen. Der Angriff Schwedens sollte die böhmische Frage in neuen Fluß bringen. England und Holland sollten Frankreich und Schweden zu dieser Aktion die Hand reichen. Die deutschen Fürsten aber sollten in diesem Kriege gegen Habsburg Neutralität bewahren. Das war nicht zu erwarten. Weder die Protestanten würden den Sieg Schwedens ungenützt vorübergehen lassen, die ihnen durch die Exekution des Restitutionsedikts zugefügten Verluste wieder wett zu machen, noch konnte Maximilian es dahin kommen lassen, daß man ihm mit der Restitution des Pfalzgrafen den errungenen Besitz entziehe. Aber die Unterhandlungen mit Frankreich, welche Maximilian schon lange begonnen hatte, führten zu keinem klaren Ziel. Sie zogen sich hinaus, und Maximilian sah sich endlich gezwungen, ein Bündnis abzuschließen, was nur die Not ihm erpreßt und diese Not doch nicht linderte.

Anders gestalteten sich sofort die Verhandlungen Frankreichs mit Schweden. Wohl ließ Richelieu dem Schwedenkönige mitteilen, er stehe in Unterhandlung mit der Liga betreffs Neutralität derselben, und forderte ihn auf, sich jeden Angriffes auf ligistisches Gebiet zu entschlagen, aber Gustav Adolf erklärte, Zweck seiner Unternehmung sei Wiederherstellung der früheren Zustände in Deutschland. Wolle die Liga sich darin finden, werde er ihr Neutralität gewähren. Er setzte seinen Plan durch. Zu Bärwalde (23. Januar 1631) schloß er das Bündnis mit Frankreich, welches die „Restitution der Unterdrückten" zum Zweck hatte, sich also direkt des Pfalzgrafen gegen Bayern annahm.

Das dritte von Frankreich geplante Bündnis der deutschen Fürsten unter sich kam ebensowenig zustande, aber an seine Stelle trat ein Bündnis Brandenburgs mit Sachsen. Georg Wilhelm von Brandenburg lehnte die in Regensburg beschlossenen Kontributionen zur Unterhaltung des kaiserlichen Heeres ab und schlug Sachsen die Berufung eines allgemeinen Protestantenkonvents vor, um sich über gemeinsame Schritte zu beraten. Sachsen gab seine Zustimmung zu dem Konvent, und damit berühren wir den Punkt, der in diesem Ringen des Katholizismus mit dem Protestantismus schon seit so langen Jahren den Ausschlag gegeben hatte. Kam es jetzt zu einer Einigung, so mußten die Folgen ebenso bedeutend davon sein, wie früher die Folgen der Uneinigkeit waren. Jetzt aber war der Gegensatz Sachsens zu seinem kalvinischen Rivalen in der Pfalz beseitigt, der Gegensatz zwischen Sachsen und Brandenburg hatte durch die Verleihung des Stiftes Halberstadt und Magdeburg an den Habsburger Leopold Wilhelm von der augenblicklichen Schärfe viel verloren. Zuerst mußten die Stifter dem Protestantismus wiedergewonnen werden, ehe man sich über den Besitz derselben weiterstreiten konnte. So fanden Brandenburgs Bemühungen in Sachsen Eingang. Der erste bedeutendste Ansatz eines allgemeinen Protestantenbundes war damit geschaffen. Dieser Bund aber mußte unbe-

dingt an die Seite Gustav Adolfs treten, wenn die Katholiken an der Exekution des Religionsedikts festhielten.

Maximilian hatte mit Schrecken erkannt, auf wie weit aussehende Bahnen die Verkündigung und Exekution des Restitutionsediktes ihn gelockt hatte. Er versuchte zu hemmen. In Regensburg trug er darauf an, mit dem Vollzug des Edikts noch vierzig Jahre zu warten. Die Vorstellungen Sachsens, welches dem Kaiser rundheraus wissen ließ, daß es gemeinsame Sache mit seinen Glaubensgenossen mache müsse, um die Exekution des Ediktes zu hindern, mochten Maximilian in erster Linie hierzu bestimmt haben. Denn auf die Neutralität Sachsens kam alles an. Er hatte es sicher zu stellen gesucht gegen das Restitutionsedikt, er hatte selbst davon abgeraten, Kursachsen das Erzbistum Magdeburg zu entziehen, eine Verständigung mit Sachsen war all sein Denken und Streben. Allein jetzt sah er sich von dem Eigennutz und Glaubenseifer Ferdinands und dem übermütigen Fanatismus der meisten geistlichen Stände übertölpelt. Alles, wozu sich die Katholiken herbeiließen, war, daß sie mit den Protestanten einen Konvent im künftigen Mai in Frankfurt abhalten wollten; in diesem Aufschub allein verriet sich die egoistische Abneigung der Katholiken gegen jedes Zugeständnis.

Statt Friede entsprang neuer Krieg aus dieser Fürstenversammlung in Regensburg, und wie die Stimmung im Volke war, erkennen wir aus den Berichten, die uns seit fast fünfzehn Jahren immer wieder begegnen über wunderbare Naturerscheinungen, wie das nächtliche Geheul wilder Tiere, blutrote Flüsse, am Firmamente auf feurigen Rossen streitende Heere, gräßliche Schlachten, Niederlagen, Mißgeburten, Kometenerscheinungen u. s. w. Alles erhielt eine Vorbedeutung. Der Sieg der Kultur der Vergangenheit über diejenige der Zukunft drückt sich in dieser allgemeinen Verbauerung des Denkens mehr als genug aus. Die Menschen traten zurück unter den Einfluß der Naturerscheinungen, der Aberglaube wuchs himmelhoch, die Wissenschaft kleidete sich in ein mystisches Gewand, die Astronomie ward zur Astrologie, wie die Chemie zur Alchymie, der Hexen- und Zauberwahn erstieg den höchsten Gipfel. Dieser ganze krankhafte Verfall war nur möglich durch den gewaltsam erzwungenen Stillstand und dann folgenden Rückschritt der geistigen Entwicklung. Von städtischer Kultur zum Bauerntum, von der lichtvollen Bahn verstandesmäßiger Erkenntnis zu den Wahnideen religiösen Mystizismus, so ging der Weg, und dieser Krieg hatte nur noch eines zu erfüllen, um diesen Rückgang zum allgemeinen Bauerntum zur vollendeten Thatsache zu machen: die Zerstörung des städtischen Wohlstandes, die Verarmung des ganzen Volkes.

So wird uns erkennbar, warum die geistige Entwicklung auf diese Ab- und Umwege geriet und geraten mußte. Nur durch Dämmerung und Schattennacht führte der ihr aufgezwungene Weg zu neuem Tage. Langsam, ungeheuer langsam rückte sie vorwärts, krank an Leib und Seele, bis endlich der neue Morgen sie von der Knechtschaft der Naturerscheinungen befreite. Aber ein gewaltiger Unterschied bestand zwischen diesem Aberglauben geistiger Verkommenheit und jenem der Kindheit, zwischen diesem erzwungenen Bauerntum und dem natürlichen einer früheren Epoche, ein Unterschied, der sich namentlich in dem vollkommenen Mangel an elementarer Poesie und Gestaltungskraft ausspricht, wie sie nur die gesunde, vorwärts drängende Naivität der Kindheit zu geben vermag. Da kam es zu keinen Heldenliedern und Sagen, was das Volksgemüt in dieser Zeit schuf, trug den Stempel fratzenhafter Verzerrung und brutaler Rohheit. So gelangte man zum Bauerntum und seinen geistigen Begleiterscheinungen zurück, aber zur Kindheit und Naivetät gelangte man nicht mehr. Und in dieser Thatsache erkennen wir die ungeheure Widernatürlichkeit dieses Sieges katholischer Kultur, wir erkennen die Notwendigkeit, den Sieg und seine Folgen rückgängig zu machen, wenn nicht das ganze Volksleben dem Untergang verfallen sollte. Der Kampf mußte aufgenommen werden gegen den romanischen Absolutismus, der die Welt zu unterjochen strebte. Aber der Kampf wird bei dieser vollkommenen geistigen Entnervung des deutschen Elementes den germanischen Volkselementen kein neues Leben bringen, wenn es den letzteren nicht zugleich gelingt, eine neue Stätte gesunder Entwicklung zu finden. Und da fallen unsere Augen auf England. Wie einst das romanisch-katholische Regiment, da ihm innerer Verfall und

äußere Feinde den vollen Untergang drohten, innerhalb den Klostermauern von Cluny eine neue friedliche Heimstätte fand (Vgl. Bd. I S. 408), von der aus dann später eine Reformation der ganzen katholischen Kirche auszugehen vermochte, so eroberte sich nun der germanisch-protestantische Freiheitsgedanke eine neue Welt. „Die Auflösung des Parlaments von 1629 bezeichnete die dunkelste Stunde des Protestantismus, nicht nur in England, sondern in der ganzen Welt. Aber in dieser Verzweiflungsstunde gewannen die Puritaner ihren edelsten Sieg. ‚Sie wandten sich', um Cannings Worte in wahrerem und großartigerem Sinne zu gebrauchen, als er sie meinte, ‚sie wandten sich der neuen Welt zu, um das Gleichgewicht der alten wiederherzustellen'. Während der Jahre der Tyrannei, welche dem Schlusse von Karls drittem Parlament folgten, gründete die große puritanische Auswanderung die Staaten von Neu-England." Mochte Deutschland an den Abgrund geraten, der von ihm in begeistertster Zeit geschaffene und ins Leben gerufene Protestantismus wird fortbestehen und fortwirken in die Zukunft, er wird auch Deutschland das Leben wiederbringen, welches es in diesem furchtbarsten aller Kriege für immer einbüßen zu sollen schien. Aber auch jetzt erschien ihm ein Retter in der Not, welcher die hochaufgeschwollenen Bestrebungen der ultramontanen Theologenpolitik auf ein bestimmtes Maß zurückführte und die Kräfte brach, mit denen dieselbe zu dauerndem Siege zu gelangen suchte.

Gustav Adolf war im Jahre 1594 als Sohn König Karls IX von Schweden in Stockholm geboren. Eine sorgfältige Erziehung hatte die natürlichen Anlagen herangebildet und ihn als einen der ersten auf die Höhe damaliger Geistesbildung gehoben. Eine Heldennatur, blieb seine Vorliebe in erster Linie den kriegerischen und militärischen Dingen gewidmet, und auf diesem Wege drängte ihn namentlich die Sorge um seine Herrschaft und sein Land, der Zwang gegen das feindliche Polen gewappnet zu bleiben, zu einer militärischen Organisation und Reformation, durch die er die an Zahl schwachen Kräfte seines Landes zu einer ungeahnten Bedeutung emporhob. Schon in seiner äußeren Erscheinung verriet er den unverfälschten Sohn Nordgermaniens. Stattliche Größe, breite Schultern, blondes Haar und weiße Gesichtsfarbe gab die Natur ihm mit und stempelte ihn so auch äußerlich zu jenem Verfechter germanischer Lebensfreiheit, als den er sich nachmals erweisen sollte. „Wenn man sich nach einer geschichtlichen Persönlichkeit umsehen wollte," sagt Gindely, „die mit ihm zu vergleichen wäre, so könnte dies nur Alexander der Große sein. Ihr Charakter und ihre Entwicklung zeigen nicht jene moralischen Untiefen, die wir bei Männern wie Waldstein oder Napoleon finden, ihre glänzenden Erfolge verhüllten keine widrigen Schattenseiten, es sei denn, daß man auch ihnen ihren Ehrgeiz zum Verbrechen anrechnen wollte. Aber auch da haben beide vortreffliche Entschuldigungsgründe: der eine den Sieg der hellenischen Kultur über asiatische Barbarei, der andere die Verteidigung des Protestantismus vor dem in Deutschland drohenden Untergange."

Das habsburgische Ostseeprojekt hatte die Blicke des Königs auf Deutschland gezogen. Dieser Plan war nur durchzusetzen, wenn man Schweden direkt bekämpfte und niederwarf. Denn Gustav Adolf betrachtete sich als geborenen Herrn der Ostsee, „die doch seit der Heidenzeit unter die Krone Schweden gehört." Das Streben der altnordischen Wikingerkönige lebte in diesem Manne von neuem auf. Er versuchte in die Lübecker Friedensverhandlungen eingeschlossen zu werden, um die ihm verbündete Stadt Stralsund zu vertreten. Wir hörten, wie Wallenstein ihn zurückwies, wir hörten, wie der kaiserliche Feldherr alsdann den Polen eine Hülfsarmee hinübersandte von 16000 Mann, um den Frieden mit Schweden hintanzuhalten. Aber Gustav Adolf warf die Polen trotz der Kaiserlichen und zwang ihren König Sigismund zu einem mehrjährigen Waffenstillstand (26. September 1629). Damit bekam Schweden freie Bahn. Mit allem Ernste wandte sich Gustav Adolf den deutschen Angelegenheiten wieder zu.

Zunächst wandte er sich mit seinen kategorischen Forderungen an den Kaiser selbst. Sie lauteten in ihren Hauptpunkten auf Aufgabe jedes Einflusses auf die deutschen Ostseehäfen und Verzicht auf Errichtung einer Kriegsflotte; dann sollte der Kaiser seine Truppen aus den beiden sächsischen Kreisen zurückziehen und die ehemaligen Besitzer der

geistlichen Güter restituieren; mit seinen Strafen gegen Vergehungen gegen Kaiser und Reich sollte sich Ferdinand an das Urteil der Reichsstände binden. Diese Eingriffe in die kaiserliche Hoheit wurden abgewiesen, und so begann der Krieg.

Von seinen Ständen erhielt Gustav Adolf alles bewilligt, was er wollte. Mit Frankreich und den Niederlanden trat er in Unterhandlung, aber er wartete nicht, bis sie ihm beisprangen, sondern setzte sofort mit 13,000 Mann nach Deutschland über. Am 6. Juli 1630 landete er auf der Insel Usedom. Der Zwist zwischen der Liga und Wallenstein begünstigte seine ersten Unternehmungen. Wie Usedoms bemächtigte er sich der Insel Wollin, und fuhr dann der Stadt Stettin zu, um sich hier einen festen Waffenplatz auf deutscher Erde zu verschaffen. Gustav Adolf hatte gehofft, daß ihm sofort die unterdrückten Protestantenfürsten die Hand reichen würden. Da aber täuschte er sich. Brandenburg hielt zurück, es ermahnte ihn, sich auf friedlichem Wege mit dem Kaiser zu vergleichen. Ebenso verhielt sich der Herzog Bogislaw von Pommern, der die Auslieferung Stettins verweigerte und den Bündnisvertrag mit Schweden ausschlug. So erhielt die Unternehmung Gustav Adolfs von vornherein einen fast rein schwedischen Charakter. Nicht die deutschen Interessen bestimmten sein Vorgehen vorwiegend, sondern auf sich selbst gestellt schob sich eine radikale schwedische Politik an die Stelle der deutsch-protestantischen. Damit sehen wir bereits bis an das Ende dieser ganzen Bewegung, die nur so lange einen in sich geschlossenen Charakter zu tragen vermochte, als dieser Charakter in der genialen Persönlichkeit eines Gustav Adolf seine feste Verkörperung behielt.

Trotz des Widerstrebens erzwang Gustav Adolf die Auslieferung Stettins, er erzwang einen Vertrag mit dem Pommernherzog, nach welchem dem Könige Pommern nach dem Tode Bogislaws so lange verbleiben sollte, bis die Erben des Herzogs Schweden die Kriegskosten würden ersetzt haben. Voraussichtlicher Erbe des kinderlosen Bogislaw aber war der Kurfürst von Brandenburg, der damit einen neuen Grund erhielt, gegen Schweden seine Zurückhaltung zu bewahren. Freilich, hätte er gewußt, was kommen sollte, er würde seine Zaghaftigkeit wohl überwunden und durch festen Vertrag mit Schweden sich alle die Vorteile gesichert haben, die zu sichern ihm damals wohl möglich gewesen wäre.

Pommern ward nun alsbald von den Kaiserlichen gesäubert, und schon im September wandte sich Gustav Adolf gegen Mecklenburg. Aber noch einmal kehrte er zurück, um den Kaiserlichen, welche in Greifenhagen nnd Gartz feste Lager besaßen und durch Mangel und grimmige Kälte arg mitgenommen waren, eine entscheidende Schlacht zu bieten. Greifenhagen wurde erstürmt, Gartz von den Kaiserlichen geräumt. Mit diesen Erfolgen gewann sich Gustav Adolf die feste Unterstützung Frankreichs. In Bärwalde in der Mark Brandenburg, wohin der Schwedenkönig sein Hauptquartier verlegte, kamen am 23. Januar 1631 die Verhandlungen zum Abschluß. Frankreich verpflichtete sich zu einer jährlichen Unterstützung mit 400,000 Reichsthalern.

Es war ein Unglück für die kaiserliche Politik, daß gerade in dieser Zeit die oberste Kriegsleitung einem Mann anvertraut worden war, der wegen Alters nicht nur der nötigen Energie entbehrte, sondern auch andrerseits der Liga verpflichtet blieb, so daß die Verhandlungen, welche Maximilian mit Frankreich wieder aufgenommen, nun auch auf die kaiserliche Kriegsführung hemmend einwirkten. Maximilian hatte mit Schweden um einen Neutralitätsvertrag unterhandeln lassen. Der kam nicht zustande, da Max den Kaiser nicht vollkommen im Stich lassen wollte. Wohl aber kam es nun im Mai 1631 zu einem Bündnis Maximilians und der Liga mit Frankreich, in welchem sich beide Parteien gegenseitige Hülfe gegen jeden Feind zusagten. Ferner verpflichtete sich Ludwig XIII, Maximilian in der Behauptung der neu erworbenen Besitztümer und der Kurwürde zu unterstützen. Es war ein Defensivbund, der uns zeigt, daß die bayerische Politik ihre in Regensburg gewonnene Führung bereits wieder verloren hatte, denn Frankreich schloß dieses Bündnis in der Voraussetzung, daß Maximilian sich in dem Kampfe zwischen Ferdinand und Gustav Adolf neutral verhalten werde. Das aber war Maximilians Meinung nicht, er mißtraute den französischen Bestrebungen und war am allerwenigsten gesonnen, Gustav Adolf auf deutschem Boden festen Fuß fassen zu lassen.

Diese Haltung mußte auf Bayern das Verderben herabziehen, da Maximilian die Macht nicht hatte, Gustav Adolf in seinem Wege behindern zu können.

Zu Beginn des neuen Jahres mehrten sich die Erfolge der schwedischen Waffen Schlag auf Schlag. Demmin, der feste Paß zwischen Pommern und Mecklenburg fiel, dann folgte Kolberg. Zwar gelang Tilly im März die Erstürmung von Neubrandenburg, aber statt vorwärts zu gehen, zog er rückwärts gegen Magdeburg, während Gustav Adolf im April (1631) die Stadt Frankfurt a/O. den Kaiserlichen entriß. Der Kaiser seufzte, als er die Nachricht erhielt, dann ging er hin, um zu — beten. Gegen Tilly aber erhoben sich die Anklagen von Seite der Kaiserlichen, während die Volksmeinung in Norddeutschland jubelnd den Schweden zufiel.

Aber die Fürsten hielten wie bisher zurück. Weder Sachsen noch Brandenburg waren zu einem offenen Anschluß an den Schwedenkönig zu bewegen. Und doch war dieser so lange an ernstem Vorgehen gehindert, als er nicht wußte, ob er Freunde oder Feinde in seinem Rücken hatte.

Im Februar waren die protestantischen Stände der Einladung des Kurfürsten von Sachsen zu einem Konvent nach Leipzig gefolgt. Man beriet bis in den April. Zunächst ward beschlossen, vom Kaiser die Aufhebung des Restitutionsedikts zu verlangen und die Entfernung aller kaiserlichen Truppen vom evangelischem Gebiete. Dann riet Brandenburg, man solle keine fernere Gewalt mehr dulden, keine Kontributionen zahlen, keine Einquartierung, keine Musterung und keinen Durchzug gestatten und zu den Waffen greifen, um diese Beschlüsse durchzusetzen. Der Konvent pflichtete dem bei, es wurde in diesem Sinne beschlossen und ebenso später an den Kaiser und die katholischen Fürsten geschrieben. Wie aber sollte man sich zu Schweden stellen? Georg Wilhelm riet zu offenem Bündnis mit Gustav Adolf, an seine Seite trat der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, aber beiden gegenüber stellte sich Sachsen, und ihm folgten die andern. So ward das Schwedenbündnis verworfen. „Eben jetzt," sagt G. Droysen, „wo die streitenden Mächte ihre Kraft auf das Höchste anspannten und es den blutigen Austrag eines gewaltigen Gegensatzes galt, mißkannten sie ihre Ohnmacht so durchaus, daß sie sich zusammenthaten, um mitten zwischen den Kämpfenden eine, wie sie meinten, selbständige Partei zu bilden: eine Partei der devoten Mißvergnügten dem Kaiser gegenüber; eine Partei der glaubenstreuen Reichspatrioten Gustav Adolf gegenüber; nur daß sie auf das strengste gegen jenen eine schüchterne Defensive, gegen diesen eine faule Neutralität zu beobachten gedachten, mochte kommen, was da wolle. Sie waren geflissentlich blind, getrösteten sich der frommen und fürsichtigen Phrasen und suchten nach immer neuen rettenden Redewendungen in einem Moment, wo nur noch Thaten reden konnten." Wohl niemals hat sich die Unhaltbarkeit des konservativen Sachsentums an der Spitze der deutschen Protestanten deutlicher gezeigt, als damals. Bevor nicht da eine gewaltige Wendung eintrat, mußte alles Sehnen und Streben im Sande verlaufen. Das erste, was man wohl hätte unternehmen müssen, wäre doch der Entsatz von Magdeburg gewesen. Aber nicht nur zu einem so hohen Entschlusse vermochten sich diese salbadernden Egoisten mehr aufzuraffen, sondern Sachsen weigerte sich ebenso, dem Schwedenkönig den Paß durch Wittenberg zu gestatten, es hielt durch die eigene Zweideutigkeit die Kräfte Gustav Adolfs gefesselt. So brach die Katastrophe über die prächtige Elbestadt herein.

Wir erinnern uns, wie Wallenstein von der Belagerung Magdeburgs hatte absehen müssen. Aber der Gedanke war von den Kaiserlichen nicht aufgegeben. Die Ankunft der Schweden belebte den Widerstand der Bürgerschaft aufs neue, ein Bündnis wurde mit Gustav Adolf geschlossen, der schwedische Oberst Falkenberg erschien in der Stadt und organisierte die Verteidigung. Der kaiserliche Feldmarschall Pappenheim hatte die Stadt auf sich genommen. Unausgesetzt drängte er Tilly zu rascher That, aber er erhielt nur soviel Unterstützung, daß er die Stadt blockiren konnte. Erst im März 1631 rückte Tilly selbst vor die Stadt, und bald fielen ihre Außenwerke in die Hände der Kaiserlichen. So zog sich die Belagerung hin bis in den Mai. Die Zeit drängte. Da schlug Pappenheims Feuereifer durch. In dem am 29. Mai abgehaltenen Kriegsrat willigte Tilly in den Sturm auf die Stadt. Falkenberg weilte auf dem Rathause, um mit



Belagerung von Magdeburg im dreißigjährigen Krieg. Aus dem Theatrum Europaeum.

feuriger Rede den gesunkenen Mut der Belagerten neu zu beleben, als die Nachricht kam, die Kaiserlichen gingen auf der Nord- und Südseite zum Sturm über. Er war guten Mutes. Sein Feuer wirkte auf die andern, man stürzte fort zu den Waffen. Aber die Wachen hatten sich überrumpeln lassen. Im ersten Ansturm war Pappenheim an die Stadt und in sie hineingekommen; in den Straßen begann nun der mörderische Kampf. Falkenberg fiel, als es ihm gelungen, Pappenheim in die Enge zu treiben, dieser aber Verstärkung erhielt. Man hat den kühnen Mann den größten Helden aller Zeiten wohl nicht mit Unrecht an die Seite gesetzt. Nach seinem Fall war alles verloren. Immer weiter drangen die Kaiserlichen in die Stadt. „Da ist erst," sagt Khevenhiller, „das Plündern, Rauben, Morden, Jungfrauen und Weiber schänden recht angegangen und über alle Maßen erschrecklich und abscheulich gehauset worden. Vor allem haben sich die Pappenheimischen Völker und Wallonen ausgezeichnet, alles niedergehauen, selbst die Weiber, die kleinen Kinder, die schwangeren Frauen in Häusern und Kirchen, Weltliche und Geistliche, und dermaßen gewütet, daß selbst viele von dem Tilly'schen Volk einen Abscheu davor gehabt haben. In der Katharinenkirche haben sie 53 Weibspersonen die Köpfe abgehauen, man fand sie tot mit gefalteten, zusammgeschlossenen Händen." Aber ein noch weit grauenvolleres Geschick traf die schöne Stadt. Während das Rauben und Morden noch wütete, stiegen plötzlich Flammensäulen empor. Der Brand übernahm die weitere Arbeit, der Sturm fegte in die Flammen und trug sie von Giebel zu Giebel. Bis 10 Uhr abends war die Stadt ein Aschenhaufen. Nur einige 50 Hütten am Fischerufer und die Domkirche blieben unversehrt.

Wer hat den Brand entzündet? Man hat viel darum geforscht und gestritten. Die größte Wahrscheinlichkeit hat die Ansicht für sich, daß ein Teil der Bürger selbst in grauenvollem Opfermut das Schicksal über ihre Vaterstadt herabbeschworen. Die früheren Anklagen gegen Tilly als Mordbrenner müssen schweigen, aber ob von andern oder von den Bürgern selbst der Brand gelegt wurde, wir erkennen in dem Untergang dieser prächtigen Stadt die Tendenz, welche diesem fürchterlichen Kriege einwohnte. Er ging gegen die städtische Kultur, gegen den auf ihrem Boden erwachsenen Protestantismus. Der Brand bewahrte Magdeburg vor einem Schicksal, welches das Selbstleben der alten Hansestadt auch ohne Flammen erstickt haben würde. War auch das Bürgertum einer unfruchtbaren politischen Passivität verfallen, jener Trotz der eigenen Meinung und ein defensives Selbstleben hatte sich auch in diesen Söhnen der alten kulturmächtigen deutschen Bürgerschaft erhalten, und psychologisch ist es sehr wohl zu erklären, daß die Verteidiger Magdeburgs das Schicksal ihrer Vaterstadt nicht zu überleben entschlossen waren, sondern lieber Tod und Untergang unter ihren Trümmern suchten, als Freiheit und Leben der Gnade des blutgierigen Gegners zu überliefern.

Wie die siegende Partei das schauerliche Ereignis auffaßte? Wir erwarten nichts anders, als daß die elende geistige Verwilderung und bauernhafte Verrohung jener Zeit auch dieses herzbrechende Unglück als einen Triumph der wahren Religion auffaßte. Tilly ließ am 25. Mai in der Domkirche ein Tedeum singen, er meldete dem Kurfürsten Maximilian, daß durch „göttlichen Beistand" die Stadt mit stürmender Hand erobert worden sei, das Unglück der Stadt ist ihm nur ein solches, als er damit nicht in den Besitz eines festen und reichen Punktes, sondern eines Trümmerhaufens kam. „Der Feind habe die Feuersbrunst angestiftet mit Fleiß und Bosheit, damit die Stadt den unsrigen nicht zugute komme." Pappenheim erwähnt in einem Schreiben an den Kurfürsten: „er halte dafür, es seien über 20000 Seelen zu Grunde gegangen, und es sei gewiß seit der Zerstörung Jerusalems kein gräulicheres Werk und Strafe Gottes gesehen worden: alle Soldaten seien reich geworden." Die Katholischen brachen in Jubel aus, bald würden nun die Evangelischen ihr Felleisen packen müssen, meinte der Kurfürst von Trier, denn im Reiche werde man sie nicht mehr dulden.

Aber auch auf der Gegenseite zeigte sich der kleinlich verkommene Sinn, indem hier nicht das Beispiel Magdeburgs zündend wirkte und den Verteidigungsmut zu den höchsten Opfern entflammte; nicht wie die Magdeburger an dem Beispiel von La Royelle, erhob sich der egoistische Kleinmut nun an dem Schicksal der Magdeburger Bürger, sondern

man hielt das Vorgehen dieser geflissentlich geheim, um so durch planmäßige Verleumdung Pappenheim und Tilly als Mordbrenner Magdeburgs dem religiösen und nationalen Haß und der allgemeinen Entrüstung der zeitgenössischen und zukünftigen Generation preiszugeben. Also nicht an dem positiven Opfermut der eigenen Partei, sondern nur mehr an dem negativen Haß gegen die Gegenpartei vermochte sich dieser verkommene Geist zu entzünden.

Für den Februar dieses bewegten Jahres hatte man in Regensburg einen Konvent in Frankfurt in Aussicht genommen. Erst im September ward er eröffnet. Er konnte an dem Gang der Dinge nichts mehr ändern. Aber bezeichnend ist das starre und steife Festhalten am Restitutionsedikt von seiten der Klügsten, auch jetzt, nachdem auf der andern Seite bereits eine bedeutende Entscheidung gefallen war. Maximilian hatte dazu geraten, mit gütlichen Mitteln aufzutreten. Er sage das nicht, „weil er gleich die Hand fallen lassen und der gegenseitigen Diskretion sich ergeben," sondern weil er nur den drohenden Gefahren begegnen wollte. Die noch erfolglos Herumratenden wurden von den nahenden schwedischen Truppen aus ihren Sprechlokalen verscheucht.

Aber auch für Gustav Adolf zogen sich die Unterhandlungen mit den Protestanten lähmend hin. Er hatte nach dem Leipziger Konvent auf offenen Anschluß der verbündeten Protestanten gehofft, er sah sich darin getäuscht und mußte einzeln vorgehen. Mit dem Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel schloß er ein „beständiges Bündnis". In Brandenburg erkannte man, daß das gegen die Reichsverfassung gehe, aber Sachsen mit seiner kurzsichtigen Politik der Zurückhaltung und Neutralität ließ dem Schweden die Bahn frei. Der verlangte nun von Brandenburg Einräumung der Festungen Küstrin und Spandau. Der Kurfürst Georg Wilhelm lehnte ab. Gustav Adolf ging nach Berlin, um persönlich den Kurfürsten zu einer „Totalkonjunktion" zu gewinnen. Er erreichte etwas, aber nicht alles. Da kam das Ereignis von Magdeburg. Gustav Adolf, schon zu lange aufgehalten, mußte vorwärts. Er verlangte kategorisch vollen Anschluß Brandenburgs und den Oberbefehl über die gemeinsamen Truppen. Brandenburg hielt zurück. Erst müsse Sachsen sich entscheiden.

Sachsen aber hatte die Allianz mit Schweden abgelehnt; Johann Georg hatte sie abgelehnt trotz des Hinweises, daß Gustav Adolf nur durch dieses Bündnis im stande wäre, Magdeburg zu retten. Zugleich kamen vom Kaiser vage Erklärungen, welche in Sachsen die Hoffnung eines friedlichen Ausgleichs belebten. Hier war an kein Ende zu kommen. So trat Gustav Adolf gegen Brandenburg energischer auf und rückte gegen Berlin vor. Nun kam das Bündnis mit Brandenburg zustande, welches dem Könige eine monatliche Unterstützung von 30,000 Thalern und die vollständige Verfügung über die brandenburgischen Truppen und Festungen einbrachte, alle Gegenforderungen des Kurfürsten aber unerledigt ließ. Das war die Folge der unmöglichen protestantischen Neutralität. Sie gab den Schweden die Führung in Deutschland.

Der Krieg wurde nun mit schärfstem Eifer aufgenommen. Am 15. Juli fiel Greifswalde, die Herzoge von Mecklenburg gingen zur Offensive über und hielten bald ihren feierlichen Einzug in die Residenz. Tilly aber fand von Magdeburg den Weg nicht weiter. Er wandte sich gegen Hessen-Kassel, das von dem Herzog Bernhard von Weimar unterstützt wurde. Tilly erreichte nichts, denn Gustav Adolf drang gegen die Elbe vor und schlug bei Werben ein festes Lager. Der kaiserliche Feldherr mußte dem in Magdeburg bedrohten Pappenheim zu Hülfe ziehen. Bei Burgstall am 27. Juli und am 6. August gerieten die Kaiserlichen mit den Schweden aneinander. Beidemal erhielt Tilly eine nicht unbedeutende Schlappe. Und nun erfolgte ein voller Umschwung in der sächsischen Politik.

Von Wien aus setzte man dem Kurfürsten von Sachsen fortwährend zu, sich dem kaiserlichen Feldherrn gegen Schweden anzuschließen. Aber auch hier wollte Johann Georg nicht über die Neutralität hinaus. Tilly bekam nun den Auftrag, Sachsen zum Anschluß zu nötigen. Maximilian aber gab die Weisung, unbedingt jede Feindseligkeit gegen Sachsen zu vermeiden. Tilly folgte dem kaiserlichen Befehl. Er forderte kategorisch den Anschluß Sachsens. Aber noch mehr hatte er gefordert: die Restitution aller geist-

lichen Güter. Das war ein Bruch der zu Mühlhausen im Jahre 1620 gegebenen Zusagen. Sachsen schlug beides ab, Tilly drohte mit Gewalt.

Nun mußte Sachsen sich nach Hülfe umsehen. Die Allianz mit Schweden wurde ins Auge gefaßt. In Torgau fand eine Zusammenkunft der beiden Kurfürsten von Brandenburg und Sachsen statt. Ein französischer Gesandter erschien, um einen Ausgleich zwischen der Liga und den Protestanten zu vermitteln. Die Liga sollte nicht gegen die Protestanten kämpfen, diese nicht gegen die Liga, andrerseits aber sollte die Liga auch den Kaiser nicht weiter unterstützen. Frankreich stellte den Protestanten die Aufhebung des Restitutionsediktes in Aussicht, und nur so lange sollten die Schweden gegen die Liga vorgehen, bis diese nachgiebiger geworden.

Schon war Tilly in Sachsen eingerückt. Er brandschatzte die Stifter Merseburg, Naumburg und Zeitz. Da schloß Johann Georg die Allianz mit Gustav (1. September). Die oberste Kriegsleitung erhielt der König. Die kurfürstliche Landeshoheit aber wurde in vollem Umfang gewährleistet. Gustav Adolf rückte in das Kurfürstentum ein; am 15. September vereinigten sich die beiden Armeen. Die Entscheidung stand bevor.

Johann Georg trieb zum Angriff auf Tilly. Der hatte Leipzig zur Kontribution und zur Aufnahme einer Besatzung gezwungen. Nun rückten die Schweden mit den Sachsen heran. Am 17. September standen sich die beiden Heere bei Breitenfeld gegenüber. Pappenheim stürmte vor. Er geriet in die Enge. Tilly mußte Sukkurs senden. Ein Abbrechen der Schlacht war nicht mehr möglich. So mußten die Kaiserlichen zwischen 1 und 2 Uhr heran und in die mit „großer Furie" losbrechende Schlacht eintreten. Die Sachsen wurden geworfen. Nur der sächsische General Arnim hielt Stand. Aber Gustav Adolf ersah den günstigen Augenblick. Er warf sich den Kaiserlichen entgegen. Mann an Mann wurde gekämpft. Der Abend sah die kaiserlichen Bataillone zersprengt, durchbrochen, die Regimenter aufgelöst und niedergehauen. Leipzig nahm die Fliehenden auf. Die Nacht hinderte die Verfolgung. Tilly selbst war verwundet, viele seiner Offiziere gefallen. Nur der unermüdlichen Thätigkeit Pappenheims nach der Schlacht hatte der Kaiser es zu danken, daß er aus der Katastrophe etwa 13000 Mann, doch ohne Waffen und Artillerie rettete.

Die Schlacht war von unendlicher Bedeutung. Für den gemeinen Mann in Norddeutschland erhob sich der Schwedenkönig mit diesem Siege als Retter und Erlöser. Er wurde gefeiert wie ein Held, während Tillys Ruf der Unbesiegbarkeit in den Staub sank. Andrerseits aber befreite sie die protestantischen Gebiete von der so hart drückenden Kriegsnot und trug die Fackel hinüber in die Besitzungen des Kaisers und der Liga.

Am härtesten traf die Nachricht von diesem Schwedensiege wohl den Kurfürsten von Bayern. Er hatte von jeder Feindseligkeit gegen Sachsen unbedingt abgeraten, und trotzdem war es ein Teil des Ligaheeres, mit welchem Tilly in Sachsen eingebrochen, das nun zerschmettert war. Maximilian mußte von Sachsen hören, daß alle Freundschaftsversicherungen der Ligisten lauter Heuchelei sei. Von einer anderen Verständigung zwischen Liga und Protestanten, als einer solchen, welche die Forderungen der letzten unbedingt zugestand, konnte jetzt nach dem Breitenfelder Siege keine Rede mehr sein. Aber bei jeder Verständigung hatte nun auch Gustav Adolf ein Wörtchen mitzureden, und zunächst war ihm natürlich ein Ausgleich unerwünscht, denn mit dem Erfolge wuchs sein Vertrauen auf das Erreichbare, und die Grenzen wichen auch ihm zurück, wie sie vor dem siegreichen Wallenstein gewichen waren.

Zwei Möglichkeiten eröffneten sich dem Sieger: entweder direkt mit dem siegreichen Heere gegen die kaiserlichen Erblande vorzugehen, oder Verfolgung Tillys und Kampf gegen die Ligisten. Und da griff Gustav Adolf fehl. Ihn lockte nicht nur der Reichtum der ligistischen Gebiete, welche gegen die Armut der ausgesogenen kaiserlichen Länder gewaltig abstach, sondern er mochte daran denken, mit dem Erfolge des Sieges all diesen geistlichen und weltlichen Fürsten entgegenzutreten und sie rasch auf seine Seite ziehen zu können. Bei solchem Erfolge hätte Bayern sich fügen müssen, und das Feld gegen den Kaiser war frei. Ging er umgekehrt zuerst gegen den Kaiser vor, so war zu fürchten, daß dieser sich fortwährend mit ligistischer Hülfe wieder emporraffte, denn die Seele des

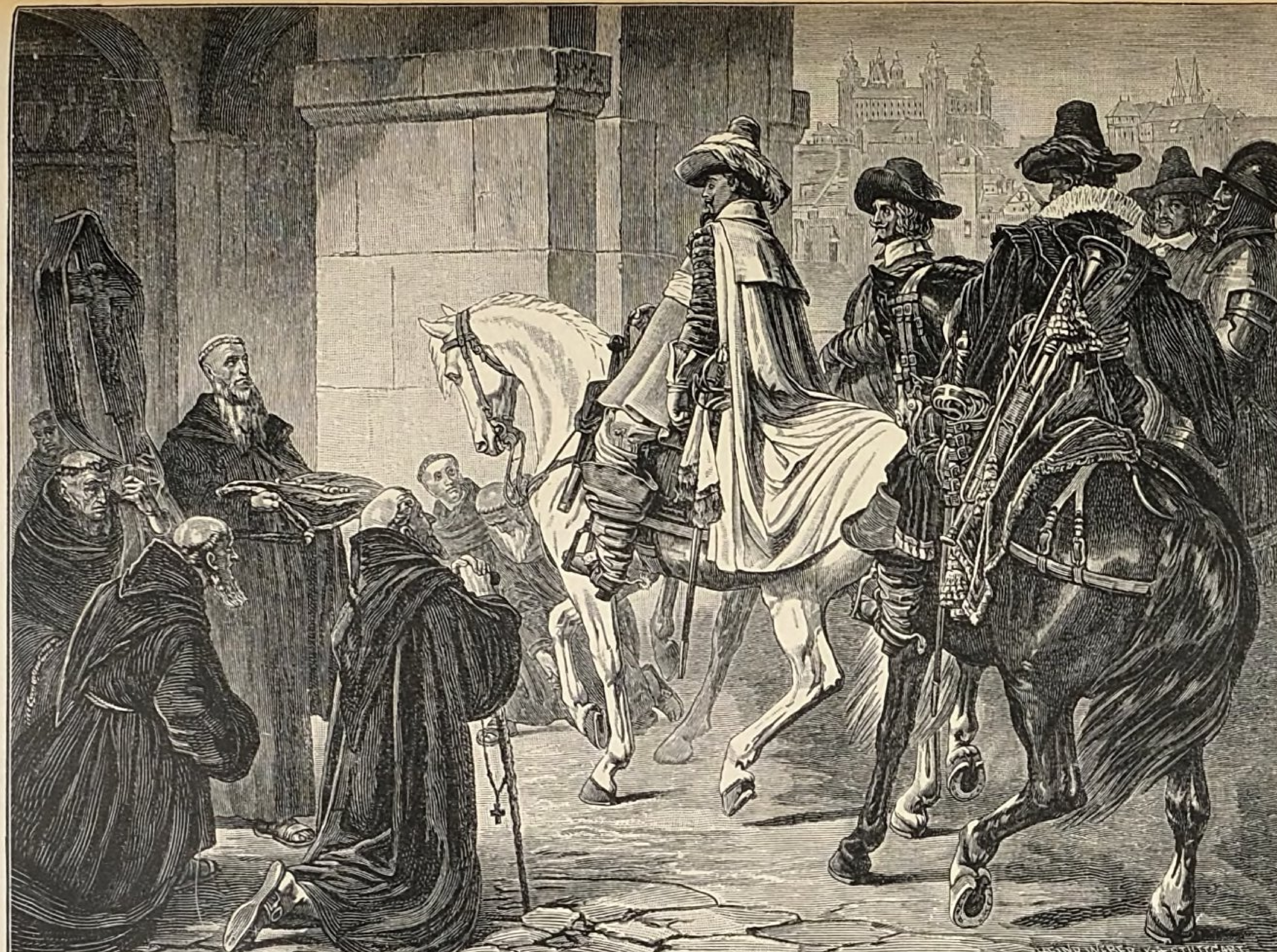
Widerstandes war nicht in Wien, sondern in München. Also zuerst die Liga, dann der Kaiser! Kursachsen erhielt die Aufgabe, gegen Böhmen und Schlesien zu operieren, während Gustav Adolf sich den Bistümern am Rhein und Main zuwandte.

Es galt zunächst die deuschen Streitkräfte zu organisieren. Die großen Fürsten hielten zurück, aber die kleine fürstliche Aristokratie stellte sich Gustav Adolf zur Verfügung, so ein Teil des niedersächsischen Kreises, so die Herzoge von Weimar, so die Fürsten von Anhalt. Unter Banér ward eine zweite Armee gesammelt, welche Magdeburg alsbald gewann, unter Tott eine dritte, die sich Mecklenburgs ganz bemächtigen und das Erzstift Bremen besetzen sollte.

Der König selbst brach über Halle gegen Erfurt auf. Die Stadt ergab sich ohne Widerstand (27. September). Von Erfurt führte der Weg gegen das Stift Würzburg. Am 10. Oktober ward er der Stadt mächtig, am 18. wurde das Schloß im Sturm genommen. Eine unermeßliche Beute fiel dem Sieger in die Hände. Das Stift wurde einer neuen Verwaltung unterstellt, als „Herzog von Franken" empfing der König die Huldigung der Stände. Rücksichtslos gingen die Schweden gegen die geistlichen Güter und Schlösser vor, die einfach eingezogen und an schwedische Offiziere oder deutsche Anhänger verschenkt wurden. Also auch hier kein Blick in die Zukunft. Der einzige Besitzer, aus dessen Gut und Blut diese Massenbesitzungen angehäuft worden waren, erhielt so wenig hier von den Protestanten etwas zurück, wie in den kaiserlichen Landen von den Katholiken dieser Besitzer, dem Volke brachten die Säkularisationen nur sehr geringen Vorteil.

Tilly hatte sich ins Hessische zurückgezogen und sich dort mit anderen kaiserlichen Truppen verbunden. Nun war er zum Entsatze Würzburgs herangerückt. Auf dem Wege dahin hatte sich seinem Heere, welches wieder auf 18000 Mann zu Fuß und 182 Reiterkornets gewachsen war, der Herzog von Lothringen mit 12000 Mann angeschlossen, wohl eine stattliche Macht, mit welcher sich schon etwas bewerkstelligen ließ. Allein der Mann war gebrochen, und außerdem hinderte ihn noch die Diplomatie. Gustav Adolf brach mit geringer Streitmacht gegen ihn vor und fügte ihm abermals einen ordentlichen Schaden zu. Mitte November verließ der Schwedenkönig Würzburg und zwang Frankfurt am Main zu einem Vertrag. Dem folgte ein Vertrag mit Hessen-Darmstadt, dann wandte er sich gegen Mainz. Der Kurfürst wollte unterhandeln. Gustav Adolf schlug das aus. 2000 Spanier übernahmen die Verteidigung der schönen Rheinstadt. Aber schon am 23. Dezember ergaben sie sich dem Gegner, der nun hier wie in Würzburg eine neue Verwaltung einsetzte. So gelang dem Schwedenkönig alles, während er gegen Nürnberg nichts hatte ausrichten können; auch diese Stadt stand im Vertrag mit Gustav Adolf. Aber die alten Grundlagen, auf welchen diese Operationen begonnen hatten, waren längst verlassen. Es war nicht mehr der Protestantenbefreier, der hier am Rhein festlichen Hof hielt und sich anschickte, eine schwedische Herrschaft im Herzen Deutschlands zu errichten, sondern der Mann der Eroberung, der Held des Krieges und der Gewalt. Nichts schien ihn mehr hindern zu können, denn daß von den deutschen Fürsten keiner die Macht und den Mut besaß, ihm den Weg zu verlegen und rückwärts zu weisen, beweist schon die eine Thatsache, daß dem Kurfürsten von Mainz und Trier nur mehr die Wahl zwischen einer französischen Schutzherrschaft oder Unterwerfung unter Schweden blieb, es beweist dies die andere Thatsache, daß nun auch Bayern in eine Haltung geriet, welche der stolze Kurfürst, nur von der Not gezwungen, auf sich zu nehmen vermochte.

Wir erinnern uns des Verteidigungsbundes, den Maximilian mit Frankreich im Mai 1631 geschlossen. Auf Grund desselben rief er nun Ludwig XIII um Hülfe an, um sein Land gegen Schweden verteidigen zu können. Allein Frankreich hielt mit der Hülfe zurück, da Maximilian jeden Augenblick einen Neutralitätsvertrag mit Gustav Adolf haben konnte, d. h. wenn er sich dazu verpflichtete, vom Kaiser abzulassen. Das wies Maximilian zurück. Frankreich aber mußte es gerade in erster Linie um diesen Bruch der Liga mit dem Kaiser zu thun sein, und wenn Max sich nicht gutwillig dazu verstand, brachte ihn vielleicht die Kriegsnot dazu. So ließ Frankreich dem Kriege seinen Lauf.



Der Kapuziner-Guardian Pater Bernhard überreicht auf der Brücke zu Aschaffenburg dem König Gustav Adolf die Schlüssel der Stadt und bittet um deren Schonung. 1631.

Nach der Schlacht von Breitenfeld wollte Max den Frieden. Frankreich sollte vermitteln. Allein der Friede war nun teuer geworden, die Sache Maximilians stand weit schlechter, als wenn er sich früher freiwillig zur Neutralität entschlossen hätte. Der bayerische Rat Jocher unterhandelte mit Frankreich um allgemeinen Frieden. Richelieu aber wollte die Habsburger niederwerfen und dazu bedurfte er des Krieges. Der Herr von Charnaté erschien in München, um den Neutralitätsvertrag Bayerns und der Liga zum Abschluß zu bringen. Max lehnte alles ab. Gustav Adolf würde sich dann Böhmens bemächtigen und zur Kaiserkrone gelangen. So stand es im Dezember 1631.

Aber nicht lange hielt diese ehrenvolle Standhaftigkeit vor. In jener Zeit traf Maximilian mit Tilly in Donauwörth zusammen, und da gewann er vollkommene Einsicht in die Lage der Dinge. 6000 Mann Ligatruppen — das war alles, nachdem die 10000 Mann Kaiserlichen zum Schutze Böhmens abmarschiert waren. Tilly war vollständig ratlos, alle seine Klagen „begleitete er unaufhörlich mit Thränen". Max mußte sich zur Neutralität entschließen. Am Tage vor Weihnachten setzte er den Vertragsentwurf auf, der ihn und die Liga sichern sollte. St. Etienne sollte denselben an Ludwig XIII, Charnaté an Gustav Adolf überbringen. In demselben verpflichteten sich Max und die Ligisten zur Neutralität, verlangten aber dafür die Räumung sämtlicher ligistischen Gebiete; dann sollte Schweden dem Kurfürsten den Besitz der Kurwürde und und der noch in seinen Händen befindlichen pfälzischen Gebiete zugestehen und den kaiserlichen Truppen den ungestörten Rückzug in die Erbländer Ferdinands gestatten. Frankreich war mit diesen Bedingungen einverstanden, denn so erhielt der Krieg die direkte Spitze gegen Habsburg, und Frankreich gewann das Uebergewicht in West-Deutschland. Denn Elsaß zu gewinnen war Richelieus Plan, er verlangte von Maximilian die Auslieferung Mannheims, Trier stellte sich in eben dieser Zeit (21. Dezember 1631) unter den Schutz der Krone Frankreichs. Gustav Adolf aber war nicht der Mann, der gern für andere die Kastanien aus dem Feuer holte. Von einer Freigabe der ligistischen Gebiete wollte er nichts wissen, da hier die Quelle floß, aus der er seine Militärmacht zu unterhalten vermochte; ebenso entschieden wies er die Absichten Frankreichs auf Mannheim und den Elsaß zurück, denn der Rheinstrom war nur sein Gebiet; hier fand er den Weg zum Anschluß an die Holländer.

Richelieu mißtraute dem nordischen Titanen, der sich stark genug fühlte, Europa in eine andere Form zu gießen. Er dachte einen Augenblick daran, mit der Liga gegen Gustav Adolf gemeinsame Sache zu machen. Er riet dem Kurfürsten von Bayern, zu rüsten und seine Armee auf mindestens 20000 Mann zu bringen. Und dann ward sein geheimer Wunsch erfüllt. Denn mit der Neutralität war es ihm nicht ernst. Er hatte Ferdinand direkt verständigt, die Zeit der Waffenruhe mit frischen Rüstungen benützen zu wollen, um gegen Gustav Adolf vorzugehen, wenn dieser eine der ihm diktierten Neutralitätsbedingungen verletze. Jede Gelegenheit werde er ergreifen, dem Kaiser gute Dienste zu leisten. Nur eins ließ Maximilian bei dieser Rechnung außer Acht: die Entschlossenheit Gustav Adolfs, der nicht gesonnen war, sich einem andern Willen zu fügen, der damals selbst Frankreich sehr deutlich zu verstehen gab, er werde thun, was er wolle und nichts anders, und wenn Frankreich damit nicht einverstanden sei, werde es ihn nicht rühren, auch Frankreich noch in die Reihe seiner Feinde eintreten zu sehen. Diese Kühnheit wirkte. Richelieu zog zurück. Gustav Adolf nahm den bayerischen Neutralitätsentwurf nicht nur nicht an, sondern verwarf ihn vollkommen. Er stellte seinen Gegenentwurf auf. Das Mainzer, Würzburger, Fuldaer und Bamberger Stift sollten ihm verbleiben; die Liga habe ihm alle von ihr besetzten protestantischen Plätze auszuliefern und ihre Armee auf 12000 Mann zu reduzieren. Nur Bayern sollte behalten, was es derzeit in den beiden Pfalzen noch inne habe. Ferner sollte die Liga dem Kaiser keine Truppen, keine Kriegsmittel, keine Quartiere, keine Werbeplätze gestatten. Würzburg und Trier nahmen den Vertrag an, Trier räumte sogar Ehrenbreitstein und Koblenz den Schweden ein, und Frankreich riet Bayern zur Annahme.

Wie ein Donnerschlag traf den „Herzog von Bayern" — denn nur von ihm war in dem Vertrag die Rede, nicht von dem „Kurfürsten" — diese Nachricht. Was er mit

unsäglicher Mühe und langjähriger kunstvoller Arbeit errungen, sollte er nun selbst der Gnade des Siegers überliefern. Das ging über sein Können. Zum Schein verhandelte er mit Frankreich und Schweden fort, den Kaiser aber trieb er unausgesetzt zu energischer Rüstung. Es galt die Existenz Bayerns, Maximilian schlug sie in die Schanze. Er konnte mit Gewißheit darauf rechnen, daß die protestantischen Fürsten Norddeutschlands sich mit ihm gegen den nordischen Diktator wenden würden, sobald der Krieg seines religiösen Charakters entkleidet würde.

Denn Gustav Adolf war mit seinen Bündnissen nicht viel weiter gekommen. Brandenburg und Sachsen hielten die Zeit des Friedens für gekommen. Die Zeit sei günstig dazu, wie nie. Ein Friede jetzt, und das Restitutionsedikt mußte fallen. Sie machten den Schweden ihre Vorschläge. Aber ihre Gesandten wurden abgewiesen. Gustav Adolf wollte Krieg, nicht Frieden, und zugleich begann er seine Errungenschaften für die Zukunft zu sichern. Von den Herzogen von Mecklenburg verlangte er die Lösung ihres Verhältnisses zum Reiche und Anerkennung Schwedens als ihres Lehensherrn für alle Zeit. Die Herzoge milderten die Forderung zu einem „vagen Bündnis", welches sie mit Schweden schlossen. Dem französischen Gesandten gegenüber rückte Gustav Adolf mit dem Plane heraus, sich zum „Könige von Franken" machen zu wollen. Da war an keinen Frieden zu denken. Nach dieser Seite eröffnete sich kein Lichtblick für die weitere Entwicklung der deutschen Verhältnisse, aber ahnungsvoll griff Brandenburg seiner Zukunft vor. Unter den Bedingungen, unter welchen Georg Wilhelm für den Frieden eintreten wollte, lautete eine auf Religionsfreiheit in ganz Deutschland. Sachsen war dem natürlich entgegen. Seine Rolle lag in der Vergangenheit. Und an sie klammerte es sich an, um so mehr, als eben zu jener Zeit Brandenburg dem sächsischen Kurfürsten die vermeintlichen Absichten Gustav Adolfs mitteilte, welche nichts weniger bedeuteten, als vollen Umsturz der alten deutschen Reichsverfassung. Nach diesen Plänen wäre Schweden nicht nur zur Herrin der Ostsee geworden, sondern es hätte sich ebenso den stetigen Zutritt auf den Reichsboden erhalten und in Form der Pfandschaft sich all jener katholischen Gebiete am Rhein und Main bemächtigt, welche es dermalen inne hatte. Ein Königtum Franken und die Ostseeherrschaft! Der Plan war nicht schlecht. Er lag gewissermaßen in der Luft. Wallenstein wollte etwas Aehnliches, wie wir hörten, und Preußen hat später diesen Plan zur Wirklichkeit gemacht. Nur eins war an dem Plane verfehlt: die Absicht, dieses ganze große deutsche Gebiet unter schwedische Herrschaft zu stellen. Wenn noch ein Funken deutschen Lebens glühte, mußte er durch diesen kalten Hauch des Nordwinds zur Flamme angefacht werden. Aber dieser Plan ließ sich korrigieren. Es kam vor allem nun darauf an, ob die deutschen Fürsten die Festigkeit haben würden, diese rein schwedische Politik in deutsche Bahnen zurückzulenken. Wir werden sehen, daß sie dies in positiver Weise nicht vermochten, daß aber wohl der negative Egoismus der Fürsten Deutschland zu Hülfe kam, und das Genie Gustav Adolfs selbst den König auf aussichtsvollere Bahnen führte.

Einstweilen setzte Gustav Adolf seinen Willen durch. Es blieb Krieg. Der von Brandenburg und Sachsen in Aussicht genommene Protestantenkonvent wurde aufgegeben. Die Neutralitätsverhandlungen mit der Liga führten zu keinem Resultat. Maximilian mußte erkennen, daß all sein Heil beim Kaiser zu suchen war. Wieder forderte er Frankreich zur bedungenen Hülfeleistung auf. Aber Richelieu hielt an sich. Er unterhandelte weiter mit Bayern, mit Gustav Adolf. Der aber begann mit dem Frühjahr 1632 wieder den Feldzug. Er war des Geredes müde, denn wie Maximilian nur einen Scheinfrieden verlangte, um Zeit zu frischer Rüstung zu gewinnen, so hatte Gustav Adolf erkannt, daß zwischen ihm und dem Bayernfürsten kein dauernder Friede möglich war.

In Wien hatte die Politik allen realen Boden verloren. Man fuchtelte in den Sternen herum. Ferdinand verlangte von Maximilian, er solle es durchsetzen, daß dem Könige von Schweden der Angriff auf die kaiserlichen Erbländer verboten werde. Dann wollte man ein Weltbündnis ins Leben rufen gegen den nordischen Sieger. Selbst Frankreich wurde dafür bearbeitet. Aber wie hier, erfuhr die kaiserliche Politik in Rom eine Abweisung. Was Papst Urban VIII wollte, war nicht unvernünftig. Er wollte

Italien vor dem Kriege bewahren, aber er wollte es, damit er ungestört die Hauptrolle im Lande weiterspielen könne. Er wollte Entfernung der Fremdherrschaft und Anerkennung der Neutralität Italiens, aber hinter dieser vernünftigen Absicht stand der eigene Egoismus. Nur vermitteln wollte er, aber der Friede sollte den deutschen Ketzern keine Zugeständnisse bringen. „Nie seien die Verhältnisse für Frankreich so günstig gewesen, um sich zum Schiedsrichter in den deutschen Angelegenheiten aufzuwerfen, wie jetzt, und deshalb solle man das Gewonnene ungewissen Zufällen nicht preisgeben," so ließ Urban VIII dem französischen Könige melden. Also die romanische Herrschaft in Deutschland — das war des Papstes Gedanke, der in diesem Kriege Neutralität für sich verlangte. Wir kennen diesen Gedanken aus der Zeit der Reformation. So wies er die Habsburger ab. Nur Spanien und die Liga standen an des Kaisers Seite.

In Wien lenkten diese Mißerfolge die Augen der Politiker auf den Mann zurück, der allein imstande gewesen war, der kaiserlichen Politik eine Wirklichkeit zu geben, auf Wallenstein. Die Ohnmacht der Regensburger Redner für deutsche „Liberalität" hatte sich in drastischer Weise dargethan. Von jenem Regensburger Tage rührte alles Unheil. Wallenstein mußte zurückkehren, auf ihn allein setzte man in Wien alle Hoffnung. Maximilian fand sich wohl oder übel in diese Sachlage. Er mochte ahnen, daß er aus dem Regen in die Traufe gerate, aber er konnte nichts dagegen thun. Nach allen Richtungen war seine Politik überflügelt worden, die einst so wuchtige Initiative war seinen Händen vollkommen entwunden.

Maximilian rüstete. Im April 1632 wollte Wallenstein mit seiner Armee fertig sein. Er versprach dem Kurfürsten eilende Hilfe. Aber schneller als der Böhme kam der Schwede. Anfangs Februar fiel das Bistum Bamberg in die Gewalt Gustav Adolfs. Tilly zog hinauf und entriß dem Feinde die Stadt wieder (9. März), dem er gleichzeitig eine nicht unbedeutende, die erste ernste Schlappe beibrachte. Da brach Gustav Adolf selbst auf. Am 15. März rückte er von Frankfurt a. M. ab. Maximilian riet zum Abzug nach Böhmen und zum Anschluß Tillys an Wallenstein. Er vermeinte den Schwedenkönig abzulenken. Aber Tilly zog sich auf Ingolstadt zurück, hier traf Maximilian im Lager ein, man ging wieder über die Donau und wandte sich gegen Rain und Donauwörth, um den Schweden den Uebergang über die Donau zu verlegen. Aber Donauwört fiel, die Schweden gingen über den Strom, nur der Lech noch trennte die beiden Heere. Am 13. April gelang den Schweden auch hier der Uebergang. Tilly warf sich ihnen entgegen. Die Schlacht war da. Sie ging den Ligisten verloren. Tilly selbst wurde verwundet. Die Armee zog sich im Schutze der Nacht auf Ingolstadt zurück. In einer Sänfte langte der alte Kriegsheld am 18. April in der Festung an und erlag zwölf Tage später den erhaltenen Wunden. Nicht mit Unrecht hatte die wittelsbachische Dankbarkeit diesem treuen und selbstlosen Diener Maximilians den Ehrenplatz in der Feldherrnhalle angewiesen. Er war ein Charakter von kernfestem Holze, und mochte er sich gleich als Kriegsmann wie als Denker in den alten Geleisen der Vergangenheit bewegen, er that es mit einer so biederen und innigen Ueberzeugung, mit einer solchen Freiheit von allen egoistischen Gelüsten und Bestrebungen, daß dem Arkaten im Kriegskleide die Achtung aller Zeiten gesichert ist. Daß die Zeitverhältnisse gegen ihn entschieden, war sein Schicksal, nicht seine Schuld.

Gustav Adolf hatte den Eintritt ins Bayerland gewonnen. Augsburg öffnete ihm die Thore. Die katholische Reaktion, welche die letzten Keime des Katholizismus zu vernichten bestrebt war, geriet ins Stocken, die alte Reichsstadt ward dem Protestantismus wiedergegeben. Von Augsburg wandte sich der König gegen Ingolstadt. Maximilian zog sich auf Regensburg zurück. Tilly noch hatte geraten, diese Stadt zu halten, um die Verbindung mit Böhmen und Wallenstein nicht zu verlieren. Der aber ließ nun seinem alten Gegner fühlen, was Friedlands Macht bedeutete. Keinen Finger rührte er, um Maximilian vor schwedischer Vergewaltigung zu schützen.

An den Mauern Ingolstadts mühte sich Gustav Adolf vergebens ab. Die Festung hielt sich. Diesen Augenblick des Stillstands benützte Richelieu, noch einmal die Verhandlungen um Bayerns Neutralität aufzunehmen. Aber Gustav Adolf mißtraute der

Redlichkeit Maximilians, er stellte demgemäß seine Bedingungen so, daß er vor einem Rückfall Bayerns auf die Seite Ferdinands möglichst gesichert gewesen wäre. Er forderte Entlassung alles Kriegsvolks, Auslieferung der festen Plätze, namentlich Ingolstadts, Schadenersatz und Herausgabe alles dessen, was der Kurfürst den Verbündeten Schwedens genommen (d. h. die Pfalz), außerdem 4 Millionen Gulden Kriegskontribution. Maximilian schlug das Begehren ab, und so nahm der Krieg seinen Fortgang.

Maximilian hoffte auf die Hülfe des Friedländers, und ob er ihm nun auch freiwillig den Titel eines „Herzogs von Mecklenburg" zugestand, Wallensteins gekränktes Gemüt war nicht so leicht zu versöhnen. Es wird berichtet, daß er sogar vor der Schlacht bei Breitenfeld mit Gustav Adolf in Verbindung getreten sei, um mit ihm einen Bund zum Nachteil des Kaisers zu schließen. Dann aber zog ihn das Unglück der kaiserlichen Waffen auf diese Seite zurück, hier lockte ihn nun der größere Lohn, hier konnte er seine Bedingungen vorschreiben, unter denen er das Kommando wieder übernehmen wollte. Am 10. Dezember 1631 hatte eine Zusammenkunft Friedlands mit dem Fürsten von Eggenberg stattgefunden, und da kam ein Vertrag dahin zustande, daß Wallenstein für drei Monate das Oberkommando zu übernehmen versprach. Kaum drang diese Kunde in die Oeffentlichkeit, als Offiziere und Mannschaften sich unter seine Fahnen drängten. Wallenstein hatte eine Armee. Der Kaiser mußte ihm alles gewähren. Im April 1632 wurden die Bedingungen fest, unter denen Wallenstein an der Spitze der kaiserlichen Armee blieb. Diese trat unter seinen alleinigen Oberbefehl, der Kaiser verzichtete darauf, anders als durch Friedland selbst seine Befehle zu vermitteln. Der Lohn des Feldherrn sollte in einem Kurhut und in der alleinigen Verfügung über alle im Reich vorzunehmenden Konfiskationen bestehen.

Von dieser Basis aus trat nun Wallenstein zunächst mit Sachsen in Unterhandlung. Der Feldmarschall Arnim übernahm als sächsischer Unterhändler die Führung in dieser Friedenspolitik. Johann Georg war derselben vollkommen geneigt. Wallenstein und Gustav Adolf bestürmten so gleichzeitig den Dresdener Hof. Lange schwankte die Entscheidung. Am 21. Mai 1632 setzten Arnim und Wallenstein die Friedensbedingungen fest. Letzterer sicherte unbedingte Aufhebung des Restitutionsediktes zu. Dann begann Wallenstein seine Operationen in Böhmen. Er trieb die Sachsen hinaus, er drang mit Gewalt auf die Annahme des Friedens, und gerade das machte Johann Georg abermals mißtrauisch. Er wies den Frieden zurück, ohne den Krieg in schwedischem Sinne wieder aufzunehmen.

Unter diesem gleichzeitigen Druck gedieh die Politik Gustav Adolfs zu einer klaren Formulierung ihrer Ziele. Er ließ sich darüber gegen Sachsen aus. Für sich verlangte er zunächst Sicherung seiner Ostseeherrschaft, Abtretung Pommerns, welches dabei Reichsland bleiben sollte; dann müsse ein umfassender Bund der Evangelischen gebildet werden, dessen Direktorium Schweden zufallen solle. Wir können uns denken, daß Sachsen diese Pläne nicht aufnahm. Dagegen hielt man in Brandenburg trotz dieser Eröffnungen an dem Bündnisse mit Schweden fest. Denn dieser Macht gegenüber hatte Gustav Adolf seine Zukunftspläne noch weiter enthüllt. Der schwedische Kanzler Oxenstierna machte den Vorschlag, daß sich der Kurprinz von Brandenburg mit der königlichen Erbin Christine von Schweden vermählen solle. Damit wäre dereinst Brandenburg an die Stelle getreten, welche Gustav Adolf nun für sich beanspruchte. Es war das ein Entwurf, der dem Wachstum des jungen brandenburgischen Staates die weitesten Aussichten eröffnete, ein Entwurf, von dem wir annehmen können, daß er in Berlin eine vielfach freudige Zustimmung fand. Das Schicksal aber entschied anders.

Bei der Nachricht, daß Wallenstein gegen Sachsen vorrücke, hatte Gustav Adolf die Belagerung Ingolstadts aufgehoben. Er wandte sich nun vollends gegen Bayern, und an seinem Vorgehen in diesem Lande erkennen wir, was er wollte. Das Land mußte für den ferneren Krieg unbrauchbar gemacht werden. Alle Nachrichten stimmen darin überein, daß die Schweden hier eine an ihnen bisher nicht gewohnte Kriegsführung aufzunehmen begannen. Flecken und Dörfer wurden geplündert und dann angezündet. Das Landvolk floh in die Wälder. Das war der Krieg in seiner schauerlichen Art, die



Uebergabe der Schlüssel Münchens an Gustav Adolf im dreißigjährigen Krieg.

nicht das Leben erhält und der Fessel entbindet, die man ihm umgelegt, sondern die ihre negative Herrschaft auf den Trümmern des Lebens aufzupflanzen versucht. Dieser Wandel zeigt uns, daß die schwedische Macht ihre Grenze erreicht hatte. Ueber diese Grenze hinaus lag nicht mehr Erhaltung, sondern Vernichtung des Lebens. Es war die natürliche Folge des verfehlten Versuches, aus einer deutschen Entwicklung eine schwedische zu machen, anstatt den Eingriff der schwedischen Macht nur darauf zu beschränken, der gefesselten deutschen Entwicklung eine freie Bahn zu schaffen.

Landshut fiel am 10. Mai. Dem Bürgermeister Spiegelberger drohte der Sieger, Landshut und München zu verbrennen, wenn der Herzog nicht vom Kriege ablasse. Aber er schonte die Stadt und begnügte sich mit einer Kontribution von 100,000 Thalern. Ueber Moosburg und Freising ging der Zug weiter gegen München. Schon vordem hatte die Kurfürstin Elisabeth und der Hof die Residenz verlassen. Die reichsten Bürger waren mit ihrer Habe geflohen. Hohn und Spott folgte den Abziehenden. Dennoch versuchte man zuerst den Widerstand. Aber die Drohungen Gustav Adolfs ließen die Bürgerschaft sich besinnen, der Bürgermeister Ligsalz und einige Patrizier begaben sich nach Freising und überreichten dem Sieger die Stadtschlüssel. 400 000 Thaler forderte der Schwedenkönig als Brandschatzung, er versprach Erhaltung der katholischen Religion und Sicherheit der Person und des Eigentums.

Durch das Isarthor hielt Gustav Adolf am 17. Mai in die bayerische Residenz, in der er nun drei Wochen Aufenthalt nahm, seinen Einzug. In seinem Gefolge befand sich der vertriebene Pfalzgraf. Es läßt sich denken, mit welchen Gefühlen dieser Wittelsbacher das Haus seines feindlichen Bruders betrat. Die Residenz in die Luft zu sprengen, war seine rachsüchtige Forderung, aber Gustav Adolf lehnte dies Mordbrennergeschäft ab. Wohl aber ließ er von seltenen Büchern, Kostbarkeiten, Gemälden einpacken, was ihm gefiel. Das Zeughaus mußte ihm neue Uniformen für seine Soldaten liefern, der Hausmeister verriet ihm den Ort, wo an hundert teils erbeutete prächtige Geschütze vergraben waren. Sie erstanden von den Toten und fielen dem Sieger zu. So traf die bayerische Residenz nun ein gleiches Geschick, wie es Maximilian vor zehn Jahren der Stadt Heidelberg bereitet hatte.

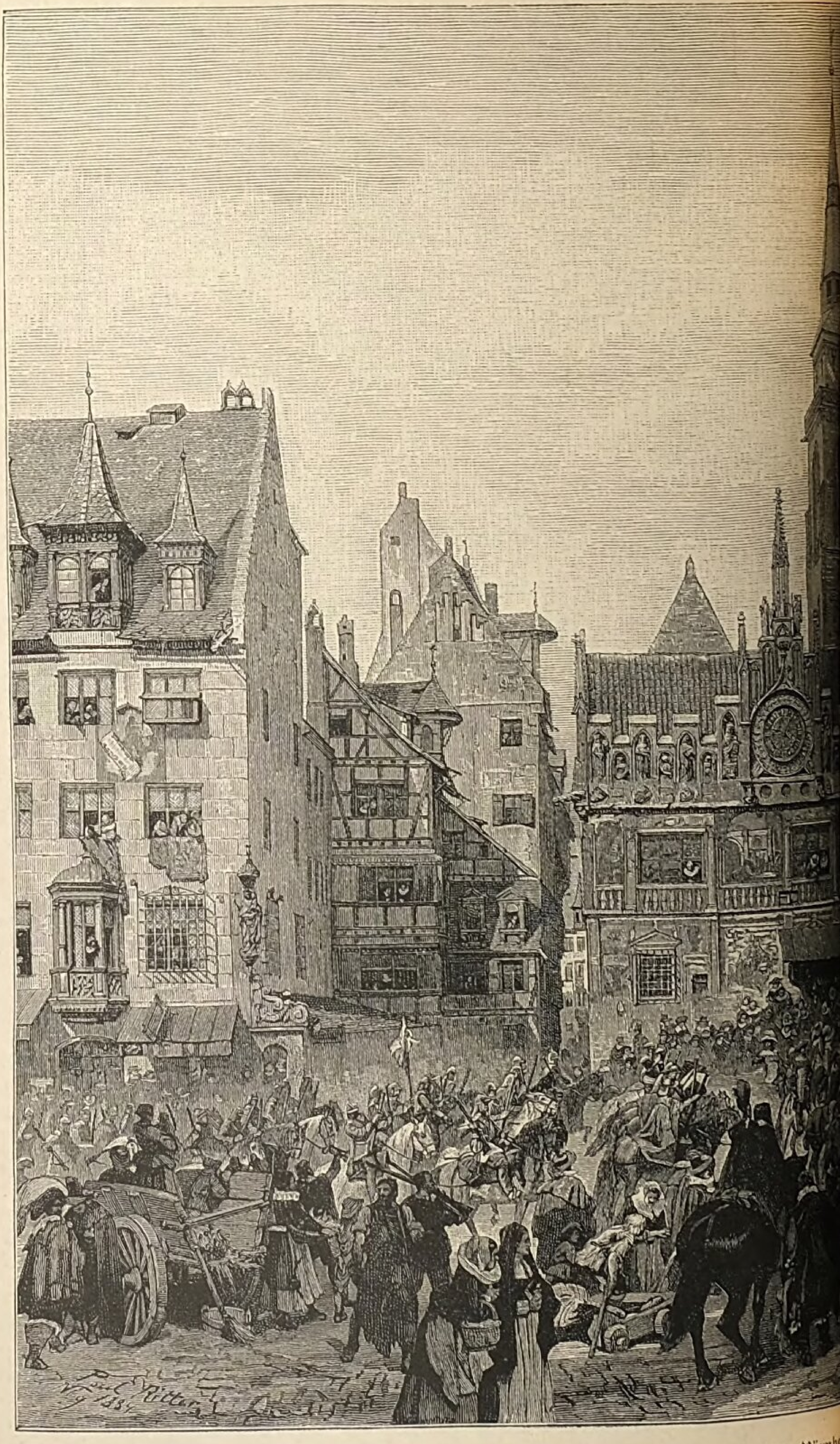
Eine andere Erscheinung aber tritt uns hier nahe, der wir einen Blick der Beachtung schenken müssen. Schon in Landshut hatte Gustav Adolf geklagt, daß die Bauern gar wenig Respekt vor seinen Soldaten hätten. Bei seinem Vorrücken nach dem Oberland erfuhr er diesen Widerstand immer mehr und mehr. Wie wild gewordene Bestien wehrten sich die gequälten Landleute gegen ihre Bedränger. Soldaten und Bauern führten einen scheußlichen Krieg gegeneinander. Und ob auch auf dem Schrannenplatz in München ein Galgen errichtet wurde, an dem fast täglich einige Soldaten ihre Raub- und Plünderungssucht auf Befehl des eigenen Königs mit dem Leben büßten, es ward nicht anders. „Es waren", sagt Khevenhiller, „die bayerischen Bauern, welche seit undenklichen Zeiten in Frieden gelebt, und während andere Länder das äußerste Elend erfahren, gleichsam in Rosen und Violen gesessen, der bei ihnen einquartierten neuen Gäste und derer Forderungen bald überdrüssig geworden und fingen an, Gewalt mit Gewalt zu vertreiben, ihre Habe und die Ehre ihrer Weiber und Töchter zu verteidigen, und zwar auf keine feine, sondern wie bei den bayerischen Bauern gewöhnlich ist, auf eine sehr derbe Weise." Wer ihnen von ihren Bedrängern in die Hände fiel, dem schnitten sie Nasen und Ohren ab, zerschlugen ihnen Arme und Füße und „gingen ganz mörderisch und grausam mit ihnen um." Die Schweden dankten dafür mit anderen Scheußlichkeiten und mit der Einäscherung der Bauerndörfer, deren etliche hundert in Flammen aufgingen. Aber auch nach Schwaben setzten sich diese Bauernaufstände fort, und Gustav Adolf zog darum gegen Memmingen, um Schwaben gleich Bayern zu unterwerfen. So zeigte sich die Bauernschaft in Süddeutschland den nordischen Fremdlingen durchaus feindlich gesinnt, die unverfälschte Sprache der Volksnatur kam hier zum Ausdruck, während die städtische Bevölkerung aller Orten, München nicht ausgenommen, den Schweden sich günstiger zeigte und gar vielmals mit ihnen gemeinsame Sache gegen die Kaiserlichen machte. In dieser Thatsache leuchtete der alte Kampf zweier feindlichen Kulturen wieder empor.

Unsere Anschauung geht dahin, daß Gustav Adolf mit diesem Herumziehen in Süd-Deutschland die Absicht verfolgte, die in Böhmen stehende kaiserliche Macht zu teilen und sie halb auf sich zu locken, während die andere Hälfte von Sachsen festgehalten werden sollte. Aber Wallenstein blieb taub gegen die Hülferufe Maximilians, er hielt seine Scharen zusammen, für Bayerns Rettung rührte er keine Hand, sondern befahl dem Kurfürsten, sich in Eger mit ihm zu vereinigen. In dieser Zeit tiefster Not zeigte sich Maximilians Charakter. Er folgte dem Rufe und führte seine Armee von Stadtamhof über Amberg und Weiden nach Tirschenreut. Am 27. Juni 1632 traf er mit dem Generalissimus des kaiserlichen Heeres in Eger zusammen. Die beiden Gegner umarmten sich, aller Augen waren auf sie gerichtet, „denn jedermann war bekannt, daß der Herzog von Friedland dem Herzog seine Abdankung zur Last legte und daß der Kurfürst sich dagegen einbildete, der Herzog werde es nie vergessen und nicht ungerächt lassen.“ Den Neugierigen fiel es auf, „daß der Kurfürst die Kunst zu dissimulieren weit besser verstanden habe, als der Herzog von Friedland“, denn dieser ließ sich seinen Generälen gegenüber vernehmen: „Nun habe ich den Kurfürsten so weit gebracht, daß er mir gehorsamen und mit der Pick auf der Schulter mir aufwarten muß.“ Die Sterne hatten ihm wohl noch nicht verraten, daß er an dem Orte stehe, wo er, der nun seine Rachsucht ihren Triumph feiern ließ, der Rachsucht seiner Gegner in kurzer Zeit erliegen werde.

Das Vorgehen Wallensteins durchkreuzte die Feldzugspläne Gustav Adolfs. War der Feind nicht zu ihm gekommen, mußte er selbst ihn wohl aufsuchen. So brach er den Feldzug in Schwaben ab und zog gegen Norden. Aber auch jetzt sollte es ihm nicht gelingen, den verlorenen Kurs wiederzugewinnen.

Das kaiserliche Heer betrug nach der Vereinigung mit den Bayern etwa 60000 Mann. Maximilian überließ dem Friedländer die Führung und fügte sich ruhig selbst Anordnungen, die seiner Ansicht widersprachen. Gelassen ertrug er die Launen nnd feindseligen Aeußerungen des böhmischen Emporkömmlings. Ueber Amberg ging der Zug nach Schwabach, die Stadt fiel. Gustav Adolf wandte sich gegen Nürnberg, bezog dort ein großes verschanztes Lager und wartete, da die Stadt reichlich verproviantiert war, den Angriff des Feindes ab. Aber Wallenstein griff nicht an, sondern verschanzte sich an der Seite der Schweden bei der Stadt Fürth. Mit seiner zahlreichen Reiterei suchte er dem Gegner die Zufuhr abzuschneiden und ihn also zum Abzug zu zwingen. Aber auch Gustav Adolf verstärkte sich hier und brachte sein Heer fast auf die gleiche Höhe, wie die des kaiserlichen. Lange hielt das die ausgesogene Gegend nicht aus. Die Entscheidung mußte fallen. Der Schwedenkönig drängte zur Schlacht. Aber Wallenstein hielt sich in seinem Lager. Gustav Adolf ging zum Sturm über. Am 8. September erfolgte der Zusammenstoß. Die Geschütze spielten, wie man es bisher noch nicht vernommen. Aber der Sturm der Schweden ward abgeschlagen. Diese Thatsache genügte, den Stern des nordischen Siegers hinter demjenigen des kaiserlichen Feldherrn in matterem Glanze erstrahlen zu lassen, und diese moralische Schlappe war schlimmer, als alle Verluste, welche die Schweden erlitten hatten. Wenige Tage später brach Gustav Adolf sein Lager ab und zog gegen Süden.

Einen Augenblick hatte der Schwedenkönig geschwankt, wohin er seine Schritte lenken sollte. Der Plan tauchte wieder auf, die Donau hinab nach Oesterreich zu ziehen. Die Bauern in Oesterreich waren wieder in Bewegung, und im Anschluß an das Landvolk hätte der Schwede leicht in Oesterreich ein Feuer entfachen können, zu dessen Beilegung dann auch Wallenstein hätte herbeieilen müssen. Maximilian war dem Abziehenden gefolgt, Wallenstein aber war nach Sachsen aufgebrochen. Die Bauern in Oberösterreich erhoben sich umsonst, denn der König kam nicht, und so erlagen sie den kaiserlichen Truppen. Gleichzeitig aber war auch in Siebenbürgen ein Umschwung erfolgt. Bethlen Gabor war 1629 gestorben. Georg Rakoczy gelang, es die Fürstenwürde zu erwerben. Er trat sofort mit Sachsen und Schweden in Unterhandlung, und eben um die Zeit, da Gustav Adolf zum zweitenmale an die Donau zog, ging das Gerücht, Rakoczy werde von Osten her vorbrechen und ihm die Hand zum Kampfe gegen den Kaiser reichen. Allein Gustav Adolf griff nicht zu. Die



Gustav Adolf in Nürnb



ach dem Gemälde von Paul Ritter.

Nachricht, daß Wallenstein gegen Sachsen ziehe und sich mit Pappenheim, der bisher in Norddeutschland einen wilden Kleinkrieg geführt hatte, vereinigen wolle, trieb ihn abermals zum Abbruch der Operationen in Süddeutschland, und in Gewaltmärschen ging es dem Norden zu. Erfurt war nächstes Ziel, von Erfurt über Naumburg nach Pegau — hier traf der Schwede abermals auf Wallenstein, und der war nicht im Zweifel, daß es nun eine Schlacht galt. Pappenheim, der mit der Beobachtung des Herzogs von Lüneburg beauftragt worden war, wurde schleunigst von Halle zurückgerufen; am 16. November morgens um 2 Uhr kehrte er um, und an der Spitze seiner Kürassiere jagte er zurück in die mittlerweile begonnene Schlacht.

Bei Lützen, „auf der großen Wahlstatt der Völkerschlachten alter und neuer Zeit," fiel die Entscheidung. Schon mit Tagesanbruch wollte Gustav Adolf zum Angriff übergehen. Aber ein starker Nebel hinderte ihn daran. Gegen zehn Uhr begann ein fürchterliches Artilleriegefecht. Bis 2 Uhr tobte die Schlacht unentschieden. Aber die Schweden avancierten. Da jagte Pappenheim mit seinen drei Kavallerieregimentern heran und brachte die Schlacht zum stehen. Er empfing die Todeswunde. Gustav Adolf warf sich nun selbst den feindlichen Reitern entgegen, aber im Nebel kamen seine Leute auseinander. Er geriet in die Reihen der Feinde und wurde am Arm verwundet. Man bemühte sich noch um ihn, als ein zweiter Schuß ihn in den Rücken traf, ein dritter aus nächster Nähe zerschmetterte ihm den Kopf. Der sterbende Pappenheim empfing noch die Nachricht von dem Tode seines großen Gegners. Aber rachewütend drangen die Schweden vorwärts; eine furchtbare Erbitterung ergriff die Scharen des Herzogs Bernhard von Weimar, welcher den linken schwedischen Flügel kommandiert hatte. Die Kaiserlichen mußten zurück, aber die Nacht setzte der Mordarbeit ein Ziel und senkte sich auf das blutige Feld, das in den Händen der Schweden blieb.

Was da bei Lützen geschehen war, bedeutete mehr, als eine gewöhnliche Schlachtentscheidung, mehr als den Tod eines großen Feldherrn, es war der Tod einer großen Sache. Wie mit dem Ende Alexanders des Großen sein mächtiges Reich zerfiel, so mit dem Tode Gustav Adolfs jenes skandinavische Kaiserreich, von welchem der nordische Königslöwe geträumt. „Es liegt nicht außer dem Bereiche der Möglichkeit, daß er das zwar nie eingestandene, aber vielfach angedeutete Ziel der Begründung einer Herrschaft über Deutschland erreicht und so die politische und merkantile Entwicklung dieses Landes um mehr als ein Jahrhundert beschleunigt hätte," meint Gindely. Wir sind der Anschauung, daß der politische Individualismus und Egoismus der deutschen Entwicklung auch von einem Gustav Adolf nicht aus der Welt zu schaffen war, daß ihm vielmehr hier ein Feind gegenüberstand, der mit seiner negativen Macht den genialen König auf die Bahn der Negation drängte und so Schritt für Schritt jene positive Haltung brach, welche der Schwede bei dem Betreten des deutschen Bodens so glänzend zur Schau trug. Wie groß diese Kraft der Reaktion, die Unfähigkeit menschliche Größe zu ertragen und zu fördern, war, zeigt allein schon jene Thatsache, daß die Sage ging, Gustav Adolf sei durch Meuchelmord gefallen, und daß selbst diese Schlangenthat kein Ding der Unmöglichkeit gewesen wäre, zeigt ferner der Umstand, daß am spanischen Hofe von Geistlichen und Weltlichen die Frage ernstlich erörtert wurde, ob es dem Könige von Spanien zustehe, sich des großen Gegners durch Mord zu entledigen. Die Frage wurde an sich bejaht, „man könne dem Morde ohne Skrupel beistimmen," aber eine solche Handlung sei eines mächtigen Königs nicht würdig. Wir erkennen die Macht, welche sich um das deutsche Leben gelegt und die Beschleunigung „seiner merkantilen und politischen Entwicklung" im Banne hielt.

Wir sehen nach andrer Seite. Der Fall Gustav Adolfs mußte in der Stellung seines großen Gegners eine Aenderung bringen. Denn nur gegen ihn war Wallenstein gerufen worden. Der Kaiser war von dem größten Gegner befreit. Der Befreier hatte sein Werk verrichtet. Man bedurfte seiner nicht mehr so sehr. So war es natürlich, daß die Gedanken anfingen, auf jenes Niveau der Alltäglichkeit und Selbstsucht zurückzusinken, auf dem sie vor der Ankunft Gustav Adolfs sich getummelt. Es war nur die Frage, ob Wallenstein der Mann sei, sich zum zweitenmale mit einem Fußtritt abdanken zu lassen.

Der schwedische Staatskanzler Oxenstierna sprang in die Lücke, welche Gustav Adolf gelassen. Schwedens Reichsrat hatte ihn zum „Legaten der Krone im römischen Reich und bei allen Herren" ernannt. Rasch und entschlossen erfaßte der begabte und gewandte Mann seine Stellung und mit nie ermüdender Arbeitskraft und Umsicht begab er sich an die Arbeit. Es galt, die deutschen Kräfte an der Seite Schwedens festzuhalten. So reiste er nach Dresden (Weihnachten 1632), um seine Vorschläge zu machen. Er forderte das Direktorium über die gemeinschaftlichen Truppen für Schweden, höchstens sollte Sachsen das Direktorium über die eigenen Truppen behalten. Wollten die Reichsstände das nicht, so sollten sie sich über einen an Schweden zu leistenden „Recompens" einigen, Schweden würde sich dann zurückziehen und den Reichsständen die Ordnung ihrer Angelegenheiten überlassen. Wir kennen die konservative Haltung der sächsischen Politik und wundern uns nicht über die Abweisung, welche Oxenstierna in Dresden zuteil wurde. Bayern und Sachsen — beiden war es um die Erhaltung des alten deutschen Staatswesens zu thun, in dem beide eine so hervorragende Stellung errungen hatten. Diese Mächte der Vergangenheit stellten sich naturgemäß jeder Aenderung und Fortentwicklung in den Weg.

Anders war es in Brandenburg. Georg Wilhelm acceptierte den Plan Oxenstiernas, einen Konvent der protestantischen Reichsstände zu berufen. Die Abfindung Schwedens aber sollte nicht in Pommern bestehen, da hier Brandenburg eigene Interessen und Rechte geltend machte. Als Oxenstierna bei den Großen nicht rasch genug vorwärts kam, wandte er sich an die Kleinen, um mit ihrer Hülfe die Großen gefügiger zu machen. Mitte März versammelten sich die protestantischen Vertreter der vier obern Kreise, des fränkischen, schwäbischen und der beiden rheinischen, in Heilbronn. Oxenstierna erhielt alles. Das Bündnis mit Schweden wurde erneuert, Oxenstierna erhielt das Direktorium, ein ständischer Rat trat an seine Seite. In Heilbronn erschien auch der Marquis Feuquières und erneuerte im Auftrage Ludwigs XIII. das schwedische Bündnis mit Frankreich, welches letzteres zu einer Subsidienzahlung von einer Million Livres verpflichtete und die Liga preisgab, wenn sie sich nicht zur Neutralität verstehen wollte.

Anfangs August 1633 trat in Frankfurt ein zweiter Konvent zusammen. Brandenburg hatte Sachsen zu bestimmen gesucht, dem Heilbronner Bündnis beizutreten. Aber Sachsen stand bereits in ernster Unterhandlung mit Wallenstein. Mit Ausnahme Kur-Sachsens traten nun in Frankfurt auch die beiden sächsischen Kreise dem Bunde mit Schweden bei. Also die protestantischen Stände standen an Schwedens Seite, über die katholischen Stifter verfügte Oxenstierna ohnedem. Die Basis war gewonnen, auf der man weiterarbeiten konnte. Aber schon der Stillstand aller entscheidenden Aktionen während des ganzen Sommers (1633) zeigt die Bedeutung des Abganges Gustav Adolfs. Es handelte sich darum, neue Gesichtspunkte aufzustellen, neue Wege zu finden, denn einstweilen ging nach dem Tode des bisherigen Führers jeder seinen eigenen Weg. In Schwaben stand Horn, am Oberrhein der Rheingraf Otto Ludwig, am Mittelrhein und im Elsaß operierte der Pfalzgraf Christian von Birkenfeld, am Niederrhein der General Baudissin. In Westfalen und Niedersachsen befehligten Wilhelm von Hessen-Kassel, Georg von Lüneburg und General von Knyphausen, Herzog Bernhard von Weimar stand mit einer größeren Truppenmacht in Franken, in Schlesien vereinigte sich mit den brandenburgischen und sächsischen Truppen ein schwedisches Korps. Die großen Gesichtspunkte fehlten, es fehlte die einheitliche Direktion. So tauchten die Sondergelüste empor. In dem Heere Bernhards und Horns kam es bei Neuburg an der Donau zur offenen Meuterei der Offiziere. Sie verlangten Sicherung des verheißenen Lohnes, und Oxenstierna mußte nachgeben. Er verteilte die eroberten Herrschaften und Güter als Reichslehen unter die schwedischen Offiziere, den Herzog Bernhard von Weimar bedachte er mit dem „Herzogtum Franken". Der schwedische Kanzler war zum Lehensherrn über die Reichsgüter geworden. In Heidelberg, welches der Pfalzgraf Christian von Birkenfeld eben wieder erobert hatte, wurde diese sonderbare Urkunde ausgefertigt (20. Juni 1633).

Den Schweden und Protestanten gegenüber stand auf kaiserlicher Seite in Schlesien Marradas, am Niederrhein und in Westfalen kämpften ligistische Truppen unter Graf



Octavio Piccolomini.

Gronsfeld, in Bayern und Schwaben Kaiserliche unter Aldringen und bayerische Truppen unter Maximilian. Dazu kam die Armee Wallensteins, welche nach der Lützener Schlacht in Böhmen Winterquartiere bezogen und ihre großen Lücken ergänzt hatte.

Nach dem Tode Gustav Adolfs hatte Bernhard von Weimar Kursachsen von den Kaiserlichen gesäubert. Chemnitz, Leipzig mit der Pleißenburg, Zwickau und andere Städte fielen den Schweden wieder zu. Dann war der Herzog mit dem neuen Jahr nach Franken gezogen. Aldringen hatte sich gegen die schwäbischen Städte gewendet. Zunächst vertrieb er in Landsberg die schwedische Garnison, dann zog er gegen Kaufbeuren, Ober-Günzburg und Memmingen. Am 3. Januar 1633 erschien er vor Kempten. Hier traf er auf den heftigsten Widerstand, aber die Stadt erlag der stürmenden Ueberzahl. Bei seinem Vormarsch auf Biberach stieß er auf Horn, der ihn bis zum Lech zurücktrieb.

Maximilian hatte versucht, seine alte Stellung wiederzugewinnen. Noch im Dezember 1632 hatte er von Wallenstein die der Liga gehörigen Pappenheimischen Regimenter zurückgefordert. Zugleich aber drängte er auf Frieden. Er wies auf Sachsen hin, das Wallenstein wohl dafür gewinnen könne. Der aber schickte dem Kurfürsten kein ligistisches, sondern kaiserliches Volk. Er behielt damit auch die Führung der Dinge in Bayern. Maximilian, der sein Hoflager in Braunau genommen hatte, gab sich einstweilen zufrieden, aber auf die weitere Meldung Wallensteins vom 5. Februar 1633, daß er stark rüste und bis zum Frühjahr eine stattliche Armee beisammen haben werde, wies Maximilian auf Regensburg hin. Wenn diese Stadt verloren gehe, sei nicht nur ganz Bayern, sondern auch Passau und Oberösterreich bedroht. Der Friedländer solle ihm also Verstärkung zuschicken. Dann aber ging Maximilian auf Friedensverhandlungen über.

Nach dem Tode Gustav Adolfs hatte sich der Dänenkönig als Friedensvermittler angetragen. Ferdinand hatte ihn angenommen. In den ersten Tagen des Monats Mai sollte in Breslau eine Friedenskonferenz eröffnet werden. Maximilian knüpfte an diese Thatsache an. Er gab dem Friedländer zu bedenken, daß der Zustand des Reichs ein so übler und gefährlicher sei, daß der größte Teil der katholischen Stände von Land und Leuten vertrieben, alle Länder vom Kriege auf das Furchtbarste mitgenommen und ausgesogen seien; er wies darauf hin, daß der Feind den größten Vorteil habe, da alle Festungen, Wasserströme und Pässe in seiner Gewalt seien und es ungeheures Blut kosten werde, ihn aus diesen Vorteilen zu verdrängen; er legte dar, wie die Soldateska verwildert, alle Disziplin erloschen und daher ein guter Ausweg nicht zu hoffen sei, wie die Protestanten sich nach dem Tode des Schwedenkönigs zu neuem Bunde vereinigt hätten und entschlossen wären, alle geistlichen Fürstentümer in weltliche zu verwandeln, Bayern und Oesterreich von Land und Leuten zu vertreiben, und kam dann zum Schluß, daß nichts mehr zu wünschen wäre, als ein mäßiger, beständiger und sicherer Friede. Den zu erlangen, solle man eine letzte große Anstrengung machen, und Wallenstein möge bedenken, daß zu einer großen Armee, wie er sie aufstellen wolle, auch die Mittel nötig seien, sie zu erhalten, „denn es sei im verwichenen Sommer alles geleert worden, und zwar hätten die bayerischen Unterthanen über 12000 Fuhren der Armee zugeführt; der dritte Teil der Pferde sei nicht mehr zurückgekommen, und wenn auch noch etwas da wäre, könnte es wegen Mangels an Pferden nicht mehr zugeführt werden. Wegen diesem Mangel hätten im vergangenen Herbst viele Felder nicht mehr angebaut werden können und werden es im Frühling dieses Jahres noch nicht können. Es sei daher zu besorgen, wenn auch viel Kriegsvolk ins Feld rücke, dasselbe aus Mangel des Unterhaltes Meutereien anfangen, sich konjugieren, alles ohne Unterschied der Freunde und Feinde ausplündern, rauben, ärger als der Feind hausen werde, wie man bisher an vielen Orten, selbst in bayerischen Landen gesehen und erfahren habe. Es sei daher vor allem auf Herbeischaffung von Unterhaltungsmitteln Sorge zu tragen." So schrieb Maximilian von Braunau am 10. Februar 1633. Es ist ein ergreifendes Bild, welches er uns da von dem Zustand seines armen Landes entwirft in einem Augenblick, da der ersten Schwedennot eine zweite Ueberschwemmung folgen sollte. Von Wallenstein erhielt der Kurfürst einige freundliche Worte, an Aldringen aber erließ der Generalissimus den Befehl, sich in der Defensive zu halten. So standen die Dinge bis Anfang April 1633.

Herzog Bernhard hatte mit Anfang März von Bamberg den Feldzug wieder aufgenommen. Er zog der Donau zu. Nur Johann von Werth, der in Bayern ein Truppenkommando übernommen, stand ihm im Wege, wurde aber zurückgedrängt. Am 7. April stand Bernhard bei Donauwörth. Er ging über den Strom, vereinigte sich mit Horn, und beide überschritten alsdann bei Augsburg den Lech, worauf Aldringen sich an die Isar zurückzog. Bei dem Einfall der Schweden muß es gewesen sein, daß Maximilian sich abermals dringend um Hülfe an Wallenstein wandte. Denn dieser zeigte ihm am 16. April an, er habe 10 Regimenter zu Fuß und 2 zu Pferde dem Grafen von Aldringen zugeschickt. „Sie werden aber ihren Weg nicht auf Ingolstadt, — so hatte Maximilian es gewünscht — sondern auf Regensburg nehmen müssen; denn wenn sie gegen Ingolstadt ehender sich begeben thäten, als die Konjunktion (mit Aldringen) geschehen ist, so möchten sie periclitieren." Diesen strategischen Gesichtspunkt könnte man gelten lassen, wenn nicht zugleich mit der Absendung dieser Truppen der erneute Befehl an Aldringen ergangen wäre, sich in der Defensive zu halten und nicht in die Offensive überzugehen, „möge der Feind vornehmen was er wolle." Was sollte das? Solche Hülfe, die stehen blieb und den Feind wirtschaften ließ, wie er wollte, ihm womöglich auswich, konnte Maximilian nichts helfen. Ein Blick auf die Karte belehrt uns über die Bedeutung dieser Maßregeln.

Maximilian wollte offenbar die Linie Ingolstadt—München als Verteidigungslinie benützt sehen. Damit wäre wenigstens das östliche Bayern vor dem Feinde bewahrt geblieben, und vielleicht gelang es von dieser Operationsbasis aus, denselben noch weiter westlich, vielleicht über den Lech zurückzuwerfen. Nun aber dirigierte Wallenstein seine Regimenter auf Regensburg, also weiter nach Osten, er verbot die Offensive, also ein weiteres Vorgehen gegen Westen, und damit gab er den größten Teil des bayerischen Landes dem Feinde preis, während er nur Oesterreich, nicht Bayern gegen denselben deckte. Freilich hemmte die Verstärkung der Kaiserlichen einstweilen die Fortschritte Bernhards gegen Osten, und so bemächtigte er sich bei einer Exkursion gegen Norden des Bistums Eichstädt. Gleichzeitig aber hören wir auch, daß der Kommandant von Ingolstadt, Johann Philipp Kratz, ehedem in kaiserlichen, jetzt in bayerischen Diensten stehend, mit Bernhard wegen Uebergabe dieser Festung in verräterische Unterhandlungen trat. Und ebenso gleichzeitig wandte sich Kratz durch Aldringen wieder an Wallenstein mit der Bitte, ihm wieder seine Gewogenheit zu schenken. Wallenstein aber wies ihn ab, worauf Kratz von Ingolstadt wegritt und vollends in schwedische Dienste trat. Daß die Festung Ingolstadt in jener Zeit in die Gewalt Herzog Bernhards komme, konnte Wallenstein unmöglich wollen, aber war seinem Gedankengange hier eine subalterne Natur auf die Spur gekommen, und suchte sie in dieser groben Weise die Verwirklichung desselben anzubahnen? Diese Sache ist dunkel, doch steht fest, daß Wallenstein nichts that, Bayern vor der Invasion Bernhards zu schützen.

Maximilian beschwerte sich in Wien über die Haltung des Oberfeldherrn. Der Kaiser gab beruhigende Zusagen. Max drang nun in Aldringen, mit ihm zur Offensive überzugehen. Der aber zog sich auf das Verbot Friedlands zurück. Der Kurfürst wandte sich wieder nach Wien, daß Wallenstein aufgefordert werde, seinen Befehl an Aldringen zu ändern, widrigenfalls dem Kurfürsten nichts anders übrig bleiben würde, als solche „Mittel und Wege an die Hand zu nehmen, wodurch sein Land und seine Leute vor solchem vor Augen stehendem Verderben und Untergang möchten errettet und versichert werden." Von Ferdinand abermals aufgefordert, den Befehl an Aldringen zu ändern, that dies Wallenstein nun in der wundersamen Weise, daß er den früheren Befehl zurücknahm und nun den neuen an Aldringen erließ, daß er „keine Belagerung vornehmen und den Feinden keine Schlacht liefern solle, möge ihm auch das Gegenteil befehlen, wer da wolle."

„Der Grund für diese Handlungsweise, durch die Wallenstein sowohl den Kurfürsten von Bayern wie den Kaiser tötlich verletzen mußte, ist nur in den verräterischen Verhandlungen zu suchen, die er gleichzeitig mit Sachsen und Frankreich angeknüpft hatte." So meint Gindely. Wir werden sehen müssen, ob er mit dieser Folgerung das Richtige


trifft? Es ließe sich bis jetzt auch alles so deuten, daß Wallenstein sich mit einem Teile seiner Truppen nicht in Süddeutschland festbeißen wollte, solange im Norden keine endgiltige Entscheidung gefallen war; denn zu einer Entscheidung waren die kaiserlichen Kräfte in Süddeutschland nicht ausreichend, und außerdem konnte dieselbe nur im Norden fallen. Doch sehen wir weiter.

So lange Gustav Adolf auf dem Plan stand, war man in Wien genötigt, an Wallenstein festzuhalten. In dieser sichern Zuversicht war Wallenstein dem Kurfürsten von Bayern gegenübergetreten. Sein Hochmut bekundete sich bei vielen Gelegenheiten, er machte sich den bayerischen Kurfürsten dadurch gewiß nicht freundlicher gesinnt. Es war nun natürlich, daß seit der Katastrophe von Lützen sich dieser alte Gegensatz auch auf der Seite Maximilians von neuem zu beleben begann. Die Lützener Schlacht aber hatte dem Kaiser den Vorteil nicht gebracht, den man erhoffte. Wallenstein war nach Böhmen gegangen und hatte dort Winterquartiere bezogen, während die Schweden und vereinigten Protestanten nicht nur in ihrer Stellung nichts einbüßten, sondern bereits verlorenes Terrain wieder gewannen. Das machte den Wiener Hof zum Frieden geneigt. Wallenstein war nicht entgegen. Aber wenn es zum Frieden kommen sollte, so mußte er ihn herbeiführen, denn wie die Dinge jetzt lagen, war nicht daran zu denken, daß der Kaiser ihm den versprochenen Lohn würde zahlen können. Der Lohn sollte ein Kurhut sein. Woher den nun nehmen? Der brandenburgische war nicht mehr zu haben. Wallenstein selbst hatte seit der Uebernahme seines zweiten Generalates die Hand zur Versöhnung zwischen Sachsen und Brandenburg einerseits und dem Kaiser andrerseits geboten. Er war auf diesem Wege fortgeschritten, und in Wien wußte man wohl, daß der Preis einer Versöhnung in der Aufgabe des Restitutionsediktes bestehen würde. An diesem Gesichtspunkte hielt Wallenstein auch jetzt wie früher fest. Er konnte hoffen, den schwankenden Kaiser auf seine Seite herüberzuziehen und den Einfluß der jesuitischen Kamarilla zu überwinden. An die Möglichkeit, daß die eine oder andere der blind ringenden Parteien zuletzt das Feld allein behaupten würde, glaubte er nicht mehr. „Sein Streben war auf Bildung einer Mittelpartei gerichtet, welche, aus katholischen und protestantischen Elementen bestehend, mächtig genug sein würde, auf Grund eines billigen Kompromisses den religiösen Hader zu stillen und die eingedrungenen fremden Einflüsse und Waffen aus Deutschland auszuweisen. In diesem Bestreben rechnete er zunächst auf den Beistand der Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg." Wir wissen, daß bereits Verhandlungen über die Grundlagen eines Friedens mit dem Wiener Hofe stattgefunden. Kursachsen wiederholte dabei die altprotestantischen Forderungen: Zurücknahme des Restitutionsedikts, Erneuerung der Ferdinandeischen Deklaration, paritätische Besetzung der Reichsgerichte, dann Herstellung von Pfalz und Mecklenburg, Abschaffung der Kontributionen und Konfiskationen, Befriedigung der Schweden und anderes. Dafür war der Wiener Hof nicht zu haben. Aber zwischen Sachsen und dem Wiener Hofe stand Wallenstein, der Sachsen ein bedeutendes Stück näher rückte.

Auf seine Veranlassung fand am 6. Juni 1633 eine Zusammenkunft zwischen Wallenstein und dem sächsischen Generallieutenant Arnim statt. Der letztere forderte Wiederherstellung des Zustandes vom Jahre 1618. Wallenstein wollte nicht soweit gehen, 1622, also die Zeit, da der Kaiser seine Siege über Böhmen errungen, sollte als Normaljahr gelten. Also den Kaiser schützte der General. Dazu aber gestand er im Reich Freiheit der Religion, Wiedereinsetzung der vertriebenen Fürsten und Abfindung der Schweden zu. Aber auch diese Zugeständnisse gingen den Jesuiten am Wiener Hofe, den Vertretern des Papstes und der Liga viel zu weit. Wir müssen hier daran erinnern, daß Maximilian erst im Jahre 1623 die Belehnung mit der Kur erhielt. Es handelte sich nun darum, ob Wallenstein seinen Willen in Wien durchsetzen, oder ob der seiner Gegner siegen würde?

Bis hierher ist alles glatt. „Der Kaiser konnte sich mit diesen Bedingungen versöhnen, wenn sie nicht gegen ihn gemünzt waren und nicht etwa die Restitution der konfiszierten Güter in Böhmen, Mähren und Oesterreich in sich schlossen." Nun aber begegnen wir gerade derartigen Plänen. In Dresden besprach sich der französische Ge-




Die Schlacht bei Lützen.
Aus dem Theatrum europaeum.

sandte Feuquières mit dem Grafen Kinsky, der mit dem Grafen Thurn als das Haupt der böhmischen Exulenten gelten konnte, über die Wiederherstellung der böhmischen Freiheit. Wallenstein sollte die böhmische Krone haben und sich an den Heilbronner Bund gegen den Kaiser anschließen.

Wir müssen auf Wallensteins Lage sehen. Sobald er sich in Unterhandlungen einließ, stand neben den deutschen Protestanten Schweden, hinter diesen Frankreich. Alle diese Mächte mußten in die Verhandlungen mit einbezogen werden. Frankreich hatte den Krieg geschürt, um den Kaiser zu schädigen. Es würde für den Frieden nicht zu haben sein, wenn der Kaiser aus demselben nicht nur nicht geschwächt, sondern gestärkt hervorgehen sollte. Wallenstein mußte also vorsichtig sein, er konnte die bezüglichen Vorschläge Frankreichs nicht kurz von der Hand weisen, solange er nicht die ausschlaggebende Partei der deutschen Protestanten für den Frieden sicher hatte. Ebenso aber hielt Schweden zurück. Oxenstierna verlangte vor jedem Zugeständnisse an Wallenstein offenen Bruch mit dem Kaiser. Richelieu machte dieselbe Bedingung. Wenn es dabei blieb, war das Ziel der Politik Friedlands unmöglich zu erreichen. Er mußte entweder seine Politik aufgeben, oder versuchen, durch Waffengewalt die Annahme derselben bei der Gegenpartei zu erzwingen.

Nun aber trat ein neuer Faktor zu den übrigen, der Wallensteins Lage abermals erschwerte: die Tendenz der spanischen Politik. Die spanischen Gesandten in Wien sprachen schon im Mai 1633 von dem „Verräter“ Wallenstein. In Madrid aber hielt man an dem Manne fest, der im vorigen Jahre die Rettung Habsburgs bewirkt hatte. Aber Wallenstein sollte die spanischen Pläne aufnehmen und zur Durchführung derselben seine Hand bieten. Philipp IV hatte beschlossen, seinem Bruder, dem Kardinal-Infanten Don Fernando, die Verwaltung der Niederlande zu übertragen. Derselbe stand bereits in Italien, um über die Alpen und den Rhein hinab nach Flandern zu ziehen. Unter dem Gouverneur von Mailand, dem Herzoge von Feria, sollte ein starkes Heer im Elsaß aufgestellt werden, welches die Verbindung der italienischen und niederländischen Besitzungen aufrecht erhalten und zu weiteren Operationen gegen Frankreich und Holländer verwendet werden sollte. Also eine spanische Heeresmacht auf deutschem Boden: die spanische Politik als Herrscherin im Reiche und Friedland ihr Diener! Wallenstein hätte ein Verräter sein müssen, wenn er in diesen Unsinn eingewilligt hätte, jetzt, wo es sich in allererster Linie darum handelte, die Autorität des Kaisers im Reiche wieder neu zu befestigen. Er empfand diesen Plan als einen direkten Schlag gegen sich, er empfand es um so mehr, als Feria durch kaiserliches Patent unabhängig von jedem andern Befehlshaber gestellt wurde. Er konnte es nicht dulden, daß Spanien sich dauernd am Rhein festsetze, denn dagegen würde Frankreich die äußersten Anstrengungen gemacht haben. Aber zugleich wird berichtet, Friedland habe sich damals selbst mit dem Gedanken getragen, für Mecklenburg eine Entschädigung in der rheinischen Pfalz zu suchen und hier ein großes friedländisches Reichsfürstentum zu etablieren. Wir wissen, auch Bayern spekulierte auf dieses Land, dessen Kurhut es bereits besaß. Und indem Wallenstein seine Gedanken auf dasselbe Ziel richtete, trat er dem Mann abermals gegenüber, der ihm sein Glück schon einmal zerbrochen. Spanien kam später dem Wunsche Wallensteins soweit entgegen, daß es auf die Niederpfalz zu seinen Gunsten verzichten wolle, falls der Kaiser dieselbe an Wallenstein übergeben würde.

Aus diesem Wirrsal entgegenstehender Tendenzen konnte Wallenstein nur eins helfen: rascher Anschluß der deutschen Protestanten an seine Politik. Der zu den Unterhandlungen verabredete Waffenstillstand war bis zum 10. Juli verlängert worden. Die Gegner Wallensteins begannen mit ihrer Arbeit. Sie erhielten eine wirksame Verstärkung in dem von der Politik Friedlands wirklich und am meisten bedrohten Kurfürsten von Bayern. Kaum hatte er Kenntnis genommen von dem hinterhaltigen Spiel, welches Wallenstein sich gegen ihn und Aldringen erlaubt, als er die katholischen Kurfürsten aufforderte, gemeinsam mit ihm den Kaiser um Absetzung des Oberfeldherrn anzugehen. Einstweilen führte das nicht zum Ziele. Aber Maximilian verlangte von Ferdinand den direkten Befehl an Aldringen, daß derselbe sich dem Kommando des Kurfürsten zu unter-

stellen habe. Er drohte im Verweigerungsfalle mit seinem Abfall. Aber ob er nicht gerade damit seinem Gegner den allergrößten Gefallen gethan hätte? Ferdinand richtete indes einen Befehl an Wallenstein, der den Wünschen des Kurfürsten entsprach. Friedlands Antwort blieb aus. Da ging der Hofkriegsratspräsident Graf Schlick an Wallenstein ab. Er kam im Lager Friedlands an, einen Tag nachdem dieser einen neuen Waffenstillstand mit dem sächsischen General Arnim abgeschlossen hatte (22. August). Schlick protestierte gegen denselben. Wallenstein wies ihn ab.

Aber die Besprechungen mit Arnim waren diesmal andere. Wallenstein soll sich geäußert haben, seine Waffen gegen den Kaiser kehren und das freie Wahlrecht der böhmischen Krone wieder herstellen zu wollen. Die unter Holkas Kommando stehenden Truppen wolle er den Schweden gegen den Kurfürsten von Bayern zur Verfügung stellen. Der Mann war sein Feind, dem er seinen ersten Sturz verdankte, von dem er auch jetzt befürchten mußte, daß er ein gleiches Ziel abermals anstrebe. So wird der letzte Gedanke Wallenstein wirklich vorgeschwebt haben, aber wegen der ersten Zusage belehrt uns wohl das Mißtrauen Arnins wie Oxenstiernas am besten, daß sie nur den Zweck verfolgte, die Schweden gegen den Kaiser zu lähmen. Oxenstierna verlangte dann auch vor jeder weiteren Abmachung offenen Bruch Wallensteins mit dem Kaiser. Das geschah nicht, und daraus ist wohl zu ersehen, daß Wallenstein nicht daran dachte. Nun aber brach der Kaiser zum erstenmal die Kapitulation, welche er mit Wallenstein geschlossen. Wir erinnern uns, daß einer der Punkte lautete, der Kaiser habe nur durch Friedland seine Befehle an das Heer zu erlassen, sich aber jeder direkten Einflußnahme auf dasselbe zu enthalten. Jetzt befahl Ferdinand Aldringen direkt, sich dem Kommando Maximilians unterzuordnen.

Sachsen und Brandenburg hielten trotz der weitgehenden Aussichten, welche Ferdinand ihnen eröffnete, mißtrauisch zurück. Als Arnim von seiner Reise wieder bei der Armee in Schlesien eintraf und der Friedensschluß an die schwedischen Bedingungen geknüpft wurde, ließ Wallenstein zurückmelden, ein Friede könne so lange nicht gemacht werden, als nicht die Ausländer vom Reichsboden weggeschafft seien. Darum solle der beiden Kurfürsten Volk sich mit ihm verbinden und „die Schweden schmeissen". Danach könne man nach Belieben Frieden machen. Das wurde abgelehnt, und so ging Friedland zu neuem Angriff vor. Bei Steinau warf er die Schweden unter Thurn (11. Oktober 1633), dann zog er in die Lausitz. Görlitz und Bautzen mußten kapitulieren. Sachsen und Brandenburg lagen seinem Angriffe offen, seine Reiterscharen schweiften bis in die Nähe von Berlin. Jetzt verlangte Friedland direkt den Anschluß der beiden Fürsten an sein Heer und von dem Einschluß der Schweden in den Frieden wollte er nichts mehr wissen. An dieser Bedingung scheiterte (Ende Oktober) die Einigung abermals.

Mittlerweile aber hatten sich auch auf dem süddeutschen Schauplatz die Dinge gewaltig geändert. Die Expedition Ferias (August bis Oktober) war kläglich gescheitert. Die Vereinigung mit Aldringen war gelungen, Biberach fiel, Konstanz konnte von dem schwedischen General Horn nicht eingenommen werden. Als aber dann auch den schwedischen Heerführern Horn, Bernhard und dem Pfalzgrafen von Birkenfeld die Vereinigung gelang, wandte sich Feria und Aldringen nach dem Elsaß zurück. Sie zogen durch den Sundgau, entsetzten die vom Rheingrafen bedrängte Festung Breisach. Horn und Birkenfeld folgten, und als nun Aldringen seine weitere Mitwirkung an dem spanischen Zuge versagte, saß Feria fest. Beide mußten zurück nach dem Süden, Feria starb bald darauf in München. — Wir erinnern im Vorübergehen daran, daß wir es bei dem uns noch öfter begegnenden Christian von Birkenfeld mit dem Stammvater des heutigen bayerischen Königshauses zu thun haben.

Den Abzug Aldringens aus Bayern hatte Bernhard dazu ausersehen, seinen Krieg an der Donau aufs neue aufzunehmen. Nur der tapfere Johann von Werth stand ihm gegenüber, aber er konnte den Herzog nicht aufhalten, der fast ungehindert bis Regensburg vordrang. Am 15. November 1633 fiel die Stadt. Alle Bitten Maximilians an den Kaiser hatten das Schicksal derselben nicht abzuwenden vermocht, denn Wallenstein maß den Bewegungen Bernhards keine Bedeutung bei. Als es aber nun doch ernst

damit wurde, entschloß er sich, den Obersten Strozzi mit 20 Reiterkompagnien an die Donau zu senden (9. November). Der Kaiser hatte nicht so lange gewartet, sondern gab den direkten Befehl an Gallas, alles bei Eger stationierte Volk, ohne weiteren Befehl von Wallenstein abzuwarten, nach der Donau zu schicken und dem Befehle Maximilians unterzuordnen. „Zum zweitenmal erlaubte sich der Kaiser den Bruch der mit Wallenstein abgeschlossenen Kapitulation und diesmal in entscheidender Weise."

Also vor die Entscheidung gestellt, müssen wir nun genauer zusehen, denn nun muß sich Wallensteins Absicht offenbaren. Zunächst ist es wohl klar, daß die Wandlung der Dinge an der Donau nicht die Schuld Wallensteins, sondern die Folge jener spanischen Marotte war, zur Offensive im Elsaß überzugehen, um von dort aus den Rhein zu gewinnen und die Holländer zu bekriegen. Zur Defensive an der Donau wären die spanischen Korps und die Truppen Aldringens im Verein mit den Bayern vollkommen stark genug gewesen. Aber die alte Antipathie Spaniens gegen Maximilian wollte davon nichts wissen. So entblößte man die Donau, um sich am Rhein Schlappe auf Schlappe zu holen. Wallenstein hatte unterdessen seine Operationen gegen Sachsen und Brandenburg begonnen. Bevor er hier nicht den Rücken gesichert hatte, konnte er im Süden nicht viel machen. Es mußte ihm deshalb darum zu thun sein, seine Kräfte zur Entscheidung im Norden beisammen zu halten. Und da kam nun der Kaiser und machte ihm einen dicken Strich durch die Rechnung, indem er Gallas abberief und Böhmen einem feindlichen Einfall aussetzte.

Am 8. November schrieb Maximilian dem Friedländer, daß Bernhard Regensburg belagere, und ein Angriff auf Passau und Oberösterreich bevorstehe. Am 12. antwortete Wallenstein, er halte Bernhards Vorgehen für ein Manöver, wodurch er ihn vor weiterem Vordringen in Brandenburg, den Aldringen und Feria aber am Vordringen in Niederösterreich abhalten wolle. Nichtsdestoweniger ließ er Strozzi mit jenem Hülfskorps abgehen und wies darauf hin, daß nun auch Aldringen bald einen Teil seiner Truppen würde entbehren und an die Donau senden können. Am 9. bat der Kurfürst wieder um eilende Hülfe. Wallenstein antwortete am 14., Bernhard beabsichtige sich mit Arnim im Vogtlande gegen ihn zu vereinigen. Da fiel Regensburg am 15. und Bernhard wandte sich nicht ins Vogtland, sondern die Donau hinab gegen Straubing, welches er am 18. erreichte. Am Tage zuvor hatte Maximilian an Wallenstein Nachricht gesendet, Bernhard sei im Anmarsch auf das Niederland. Am 22. November meldete Max den Fall Straubings. Es wurde klar, daß Bernhard einen Einfall in Oesterreich beabsichtige. Das rief Wallenstein von seiner Bahn gegen Sachsen und Brandenburg ab. In Gewaltmärschen wandte er sich südwärts und lagerte am 27. bereits in Pilsen. An demselben Tage schrieb ihm Maximilian, wenn nicht bald Hülfe komme, werde außer Ingolstadt der Donaustrom bis Linz in kurzer Zeit verloren sein. „Ich kann zwar nicht mit Gewißheit sagen, ob der Feind ins Land ob der Enns gehen werde, allein soviel weiß ich, daß ich ihn nicht aufhalten kann." Er hoffe, daß ihn Friedland in Betracht seiner vielen, dem Kaiser geleisteten Dienste nicht werde stecken lassen. Also die Gefahr für Oesterreich war noch nicht sicher. Ja, aus Maximilians Schreiben schien eher hervorzugehen, daß die Gefahr vorüber sei.

Am 18. war Straubing gefallen. Bernhard zog weiter gegen Deggendorf (24. November). Die Stadt fiel. Am 27. gab Maximilian dem Friedländer weitere Nachricht über die Fortschritte Bernhards, am 29. schrieb er abermals, daß der Feind den Isarstrom dominiere und sich gegen Vilshofen und Passau wende. An demselben Tage beantwortete Wallenstein das Schreiben vom 27., er sei in starkem Anmarsch gegen den Regenfluß, ersuche aber, ihm von Tag zu Tag, was man von des Feindes Aktionen mit Gewißheit vernehme, Nachricht zu geben.

Am 3. September hatte sich Bernhard rückwärts gewendet auf die Nachricht hin, daß Wallenstein im Anmarsch sei und Anstalten treffe, die Stadt Cham zu belagern. Er ging bei Plattling wieder über die Isar, von da nach Straubing zurück, überschritt die Donau und wandte sich gegen Friedland. Von demselben Tage aber stammt ein Schreiben Wallensteins aus Furth. Er hatte von den Bewegungen des Feindes genaue

Kenntnis und meldete, er könne an der Donau nichts Ersprießliches mehr gegen den Feind thun. „Auch würde in diesen Orten wegen Mangel an Fourage und Proviant die Reiterei in wenig Tagen zu Grunde gehen. Ueberdies sei Arnim mit seiner Armee gegen den Oderstrom gezogen, habe bereits wieder die Stadt Frankfurt a. d. Oder besetzt und nehme seinen Zug weiter nach Schlesien; auch General Banér mit 10000 Mann Schweden folge ihm dahin nach, Knyphausen aber wende sich mit seinem Armeekorps gegen Kulmbach und von da weiter gegen Eger. Bei solcher Gestalt der Sachen habe er es, weil an diesen Orten gegen den Feind nichts zu richten sei, für notwendig erachtet, wieder nach Böhmen zurückzuziehen." Der Kurfürst sei durch die Hülfe Strozzis und die bald zu erwartende Aldringens in der Lage, sich den Winter in der Defensive halten zu können. — Die Sachlage ist wohl klar. Die Diversion Wallensteins hatte so weit gewirkt, Bernhard von seinem Vormarsch gegen Oesterreich abzuhalten. Als nun von anderer Seite Schlesien und Böhmen bedroht wurden, ging Wallenstein wieder zurück und überließ Bayern sich selbst. Am 5. Dezember brach er sein Lager in Furth ab und ging nach Böhmen zurück.

Bernhard bezog Winterquartiere um Regensburg und Straubing und setzte das Land zwischen der Donau und den Städten Cham, Amberg und Neumarkt in Kontribution. Maximilian aber schrieb am 8. Dezember an Wallenstein, er möge seine Armee aus Böhmen führen und den Feind aus Cham und Regensburg vertreiben. Am 17. antwortete Friedland aus Pilsen, es lasse sich in dieser Winterszeit gegen den Feind nichts ausrichten. Der Kurfürst möge warten, bis bessere Zeit käme. Dem Kaiser aber schrieb Wallenstein, „es sei besser die Armada zu erhalten, als sie vor Regensburg zu Grunde zu richten; diese Stadt könne immer den Sommer über wieder erobert werden."

Die Dinge standen nun ähnlich, wie vor der ersten Abdankung Wallensteins. Es handelte sich jetzt darum, ob der „Spiritus" Maximilians abermals die Herrschaft über den Kaiser gewinnen, oder ob sich Wallenstein behaupten würde? Und da klärte sich die Sache bald. Als Maximilians Rat Richel am 12. Dezember in Wien erschien, um Klage über den Abzug Wallensteins nach Böhmen zu erheben, merkte er, daß man gegen Friedland aufzutreten entschlossen war. Der Graf Trautmansdorff war zu Wallenstein gesendet worden, ihn aufzufordern, Böhmen augenblicklich zu verlassen und die Winterquartiere in der Oberpfalz, Franken oder Sachsen zu nehmen und auf Kosten des Feindes zu leben. Also der Kaiser war erzürnt darüber, daß Wallenstein seine Armee auf des Kaisers Kosten zu überwintern Miene machte. Einen gleichen Grund zur Klage hatte ebenso Maximilian, er ließ Richel eine neue Instruktion zukommen, in welcher alle Klagepunkte gegen Wallenstein zusammengefaßt waren. In derselben heißt es: „Zu einer Zeit, wo Aldringens Heer in Bayern nützlich gewesen, habe Friedlands dessen Ankunft verboten, jetzt, wo man nicht mehr operieren kann, wären beide, Aldringen und Feria gekommen, und hätten darin Winterquartiere genommen. Nun seien zwanzig Regimenter in dem kleinen Winkel zwischen dem Inn und der Isar ohne die spanischen einquartiert, und haben dergestalt die Viktualien aufgezehrt, daß nicht einmal sein Hofstaat zu Braunau das Notwendige erhalten könne. Die Folgen können bös werden. Bereits seien viele Tausend Unterthanen in verschiedenen Gerichten aufgestanden, haben rebelliert und gegen sie ausgeschicktes Kriegsvolk geschlagen. Er müsse den Kaiser bitten, Mittel zu ergreifen, den vor Augen stehenden Untergang seines Landes, des ganzen römischen Reiches und der katholischen Religion zu verhindern." Als ein solches Mittel sollte Richel die Absetzung Wallensteins betreiben. Wir halten daran fest, daß Maximilian eingestand, man könne jetzt nicht mehr operieren, wir halten ferner fest, daß sein Laad sich in einem derart ausgesogenen Zustand befand, daß kaum sein Hof den nötigen Unterhalt fand. Woher hätte also Wallenstein denselben nehmen sollen, zumal es hier auf eine wahrscheinlich sehr langwierige Belagerung Regensburgs ankam? Die Furcht, die Armada dort zu Grunde zu richten, scheint also wohl begründet gewesen zu sein.

Wir müssen darauf hinweisen, daß Maximilian die Treue Wallensteins nicht verdächtigte. Was ihn zum Vorgehen trieb, war allein der Umstand, daß er glaubet,

Wallenstein habe es offenbar auf das Verderben Bayerns abgesehen. In Wien aber hatte man den Gedanken an Absetzung Wallensteins bereits selbständig aufgenommen. Nur die Rückkehr Trauttmansdorffs wollte man noch abwarten. Und gerade die Verhandlungen mit diesem mußten Wallenstein abermals darüber belehren, daß man in Wien gemeinsame Sache mit Maximilian gemacht habe, denn Trauttmansdorff machte sich zum Dolmetscher der Klagen Bayerns, so daß Wallenstein in Fluchen und Schelten ausbrach.

In dieser Zeit mehrten sich die Eingriffe des Kaisers in die Anordnungen Wallensteins, und dieser äußerte sich Trauttmansdorff gegenüber, wenn nicht bald Friede werde, so werde im dermaligen Statu alles verloren gehen. Zehn Siege könnten dem Kaiser nichts helfen, aber eine einzige Niederlage wäre hinreichend, alles zu verlieren. Wallenstein hielt an dem Gedanken fest, den Frieden unter allen Umständen zu erhalten, er erkannte vollkommen, daß der Kaiser nur in der Defensive sich noch halten könne, daß eine Offensive nur möglich würde dadurch, daß einer der Gegner aus der Reihe der Bedränger austrat und sich zum Kaiser schlug. Er hatte dies durch die Offensive gegen Sachsen und Brandenburg zu erreichen gehofft. Man rief ihn von diesem Wege ab, und so geriet auch er in die Defensive. Diese einfache Thatsache zu erkennen, waren die Politiker und Theologen in Wien nicht fähig, immer lebendiger trat der Gedanke hervor, den Generalissimus fallen zu lassen.

Auch in Wien wollte man den Frieden, aber man wollte ihn auf andrer Basis, man wollte ihn im Verein mit Maximilian, nicht ohne Rücksicht auf ihn oder gar im Gegensatze zu ihm. Was war nun Wallensteins Absicht gegen Bayern? Sie kann kaum anders gedeutet werden, als daß sie dahin ging, Maximilian vollkommen zu ruinieren, wodurch er in unbedingte Abhängigkeit vom Wiener Hofe, und wenn Wallenstein selbst dominierte, von Friedland geraten wäre, oder aber ihn zum Bruch jenes alten Verhältnisses mit dem Kaiser und zum Abschluß mit dem Gegner zu drängen, wodurch dann Ferdinand-Friedland ebenfalls freie Hand bekommen hätte, mit dem Kurfürsten nach Gutdünken zu verfahren. Nun aber schlossen sich Wien und München enger zusammen, als jemals, sie vereinigten sich gegen Wallenstein, und damit sah dieser sich gezwungen, zur Durchführung seines Planes andere Mittel zu erwählen. Er suchte eine rasche Verständigung mit Sachsen und Schweden zu erlangen. Die Zeit drängte, denn die Mission (Anfangs Januar 1634) des Kapuziners P. Quiroga, des Beichtvaters der Gemahlin Ferdinands III, mußte ihn darüber vollkommen belehren, was man gegen ihn im Schilde führte: eine zweite Armee, unabhängig von Wallenstein, unter dem Thronfolger Ferdinand — das bedeutete nichts mehr und nichts weniger als Absetzung Friedlands. Es war dieselbe Zeit, daß die Vertrauten Wallensteins, sein Schwager Trcka, Graf Kinsky u. a., an Sachsen die Mitteilung gelangen ließen, Wallenstein sei entschlossen, nicht nur mit den beiden Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, sondern auch mit Schweden und Frankreich sich zu verakkordieren."

Am 8. und 9. Jänuar verhandelte Friedland mit Kinsky und dem Obersten Schlief und entwickelte sein Programm: friedliche Verständigung mit den Schweden, Entschädigung der protestantischen Kurfürsten, Verdrängung Spaniens aus Italien. Der letzte Punkt war offenbar darauf gerichtet, Frankreich zum Frieden zu bestimmen. Die Vertrauensmänner dehnten dies weiter aus, indem sie Wallensteins Entschluß, sich am Kaiser und dem Kurfürsten von Bayern zu rächen, den Sachsen mitteilten. Wir behalten fest im Auge, auf welcher Grundlage das Projekt Friedlands beruhte: die Rache an Bayern stand auf seinem Programm obenan. Bayern aber fand am Wiener Hofe Unterstützung. Es kam darauf an, den Kaiser von Maximilian loszureißen. Entschloß sich Ferdinand dazu nicht von selbst, mußte Wallenstein versuchen, ihn dahin zu drängen. Auf diesem schwindelnden Grat bewegte sich seine Politik. Die Verhältnisse gaben die Veranlassung zum ersten Pilsener Schluß.

Am 12. Januar versammelte Wallenstein in seiner Hauptquartier Pilsen alle seine Generale und Obersten zu einem Bankett. Die Nachricht von einem Bruch mit dem Kaiser hatte die Leute in Aufregung gebracht, da sie nur durch Wallenstein zu einer

Bezahlung ihrer Forderungen gelangen konnten. Friedland ließ ihnen darum eine Schrift zur Unterzeichnung vorlegen, welche als ein Bündnis zwischen dem Oberfeldherrn und seinen Offizieren zu betrachten ist. Wallenstein hatte sich geäußert, zurücktreten zu wollen. Die Offiziere beschworen ihn, davon abzustehen. So erklärte er bleiben zu wollen, wenn diese ihm das Versprechen geben würden, treu zu ihm zu halten, sich auf keine Weise von ihm zu trennen, und jeden, der sich von diesem Bündnis absondern wolle, als einen treulosen Mann zu verfolgen und an seinem Leben und Gut Rache zu üben. Dieser Revers ward in Pilsen unterzeichnet. Das bedeutete nichts anderes, als die Selbstherrlichkeit der Armee unter dem Imperator Wallenstein. Man hat gesagt, die Rebellion gegen das oberste Recht des Kaisers, seinen Feldherrn abzusetzen, sei damit ausgesprochen gewesen. Man kann die Sache auch etwas anders auffassen, und diese Auffassung scheint uns natürlicher. Das oberste Recht des Kaisers ging jedenfalls nicht so weit, seinen Retter mit einem Fußtritt zu entlohnen, es ging am allerwenigsten in diesem Falle so weit, da der Kaiser seinem Generalissimus eine unbeschränkte Gewalt der Armee gegenüber vertragsmäßig zuerkannt hatte. Man kann ferner sagen, Wallenstein habe den Gedanken gefaßt, mit diesem vereinigten Druck die Unselbständigkeit des Kaisers aufzuheben, das Gegengewicht der Wiener Diplomaten und Theologenkamarilla zurückzudrängen und den Kaiser zu engstem Anschluß an seine Armee und ihren Feldherrn zu führen. In dieser Hoffnung täuschte sich Friedland.

Ungefähr am 20. Januar kam die Nachricht von den Pilsener Vorgängen nach Wien. Statt den Kaiser von der betretenen Bahn zurückzuschrecken, trieb sie ihn vorwärts.

Am 24. unterzeichnete Ferdinand ein Patent, durch welches Wallenstein für abgesetzt erklärt und das ganze Heer zum Gehorsam gegen den Grafen Gallas verpflichtet wurde. Eine allgemeine Amnestie ward denen angekündigt, welche sich mit Wallenstein eingelassen, nur drei wurden ausgenommen: Wallenstein selbst, Trcka und Illo. Aber das Patent blieb einstweilen geheim. — Nur einer hatte die Absicht Wallensteins teilweise erraten: Maximilian von Bayern. Am 13. Januar erhielt er Kenntnis von den Pilsener Vorgängen. Sofort schrieb er seinem Rate Richel: „Er fürchte, durch diesen Vorgang werde Friedlands Amotion rückgängig gemacht werden." Er sah die Gefahr, welche von dieser Seite drohte, er erkannte den Gedanken Wallensteins, den Kaiser in dieser Weise zum Uebertritt auf Friedlands Seite zu drängen. Und so setzte auch Maximilian mit der Verdächtigung Wallensteins ein. Am 19. Januar ließ er melden, Friedland sinne auf Verrat. Aus dieser Furcht vor Verrat entsprang dann Ferdinands erstes Patent.

Es war nun die Frage, wie man die Exekution vornehmen sollte? Die siegreiche Theologenpolitik war um das Mittel nicht verlegen. Man übergab Leben und Person Wallensteins dem Gutachten und Ermessen seiner Obersten und Generale. Ihnen blieb es überlassen, wie man sich Wallensteins entledigen sollte.

Wallenstein selbst hatte die Friedensverhandlungen weiter betrieben. Am 13. Januar sollte der Herzog von Lauenburg im Auftrage des Kurfürsten von Sachsen zu Wallenstein gehen. Da kam der Oberst Schlief mit seiner Nachricht von einer persönlichen Unterredung mit Friedland. Derselbe sei entschlossen, den Frieden im Reiche auf der Grundlage herzustellen, daß Schweden und Frankreich entschädigt, die Kinder des Pfalzgrafen restituiert und der Herzog von Weimar einen Teil des Elsaßes oder Bayerns erhalten würde, während der Herzog von Bayern aus seinem ganzen Besitze vertrieben werden sollte. Sachsen sollte die Stifter Magdeburg und Halberstadt und die Lausitz bekommen, von dem Gewinnanteil, den sich Wallenstein selbst reservierte, war keine Rede. Die Absicht ist klar. Bayern sollte büßen Hier war der Kurhut, nach welchem Friedland griff. Aber warum sagte er es nicht? Schweden und die deutschen Protestanten würden doch kaum etwas dagegen gehabt haben. Aber Frankreich? Frankreich wollte den Kaiser geschädigt sehen, es hatte Friedland die Krone Böhmens angetragen. Dies lag nicht auf Wallensteins Bahn, während ihm auf dem Wege nach Bayern Frankreich im Wege stand — einstweilen. Es würde sich schon fügen, wenn die Sache mit Schweden

und den deutschen Protestanten zum Klappen käme. So mußte er über seine Belohnung schweigen.

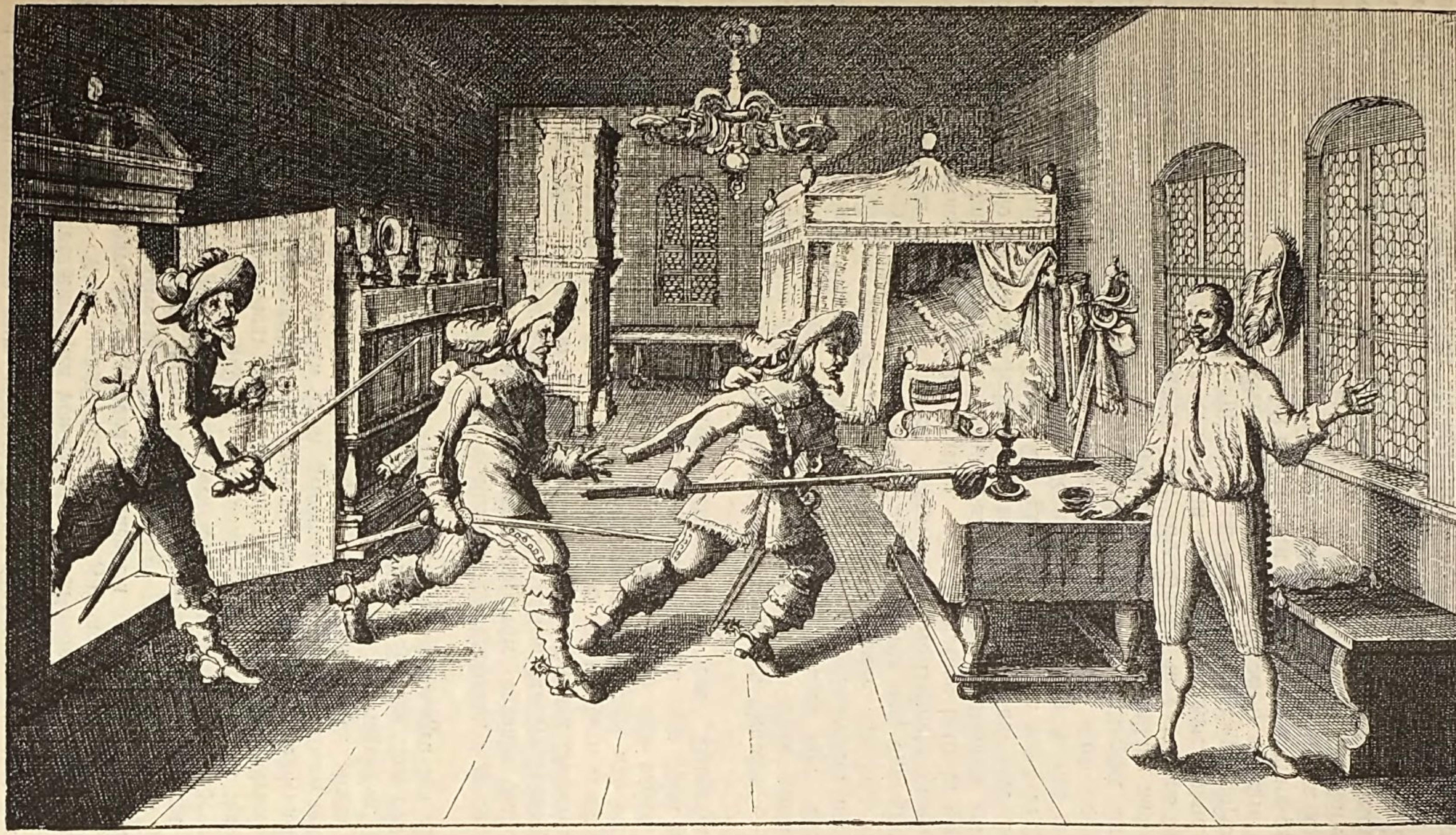
Arnim erhielt nun vom Kurfürsten von Sachsen die Erlaubnis zu persönlicher Verhandlung mit Wallenstein. Aber zunächst sollte er die Zustimmung Brandenburgs einholen. Dieser Aufschub ward verhängnisvoll. Wallenstein drängte, die Reise Arnims zu beschleunigen. Er bereitete alles vor, den Vertrag „fix" zu machen. Am 20. Februar versammelten sich die Offiziere in Pilsen abermals um ihn. Er konnte jetzt seinem Bündnis mit ihnen die womöglich auch gegen den Kaiser zu deutende Spitze nehmen, da er des Abschlusses sicher zu sein glaubte. Er konnte einen Schritt zurück thun, denn nicht der Kaiser, sondern Bayern war sein Ziel. Und so ward ein zweiter Revers unterschrieben, der die Obersten ausdrücklich von ihrer Verpflichtung gegen Wallenstein freisprach, wenn er, was ihm nie in den Sinn gekommen sei, wirklich etwas wider den Dienst und die Hoheit des Kaisers oder der Religion unternehmen sollte. Unter diesem Vorbehalt erklärten die Befehlshaber, den letzten Blutstropfen für ihn einzusetzen. Außerdem gab Wallenstein die Versicherung, er wolle nichts als den Frieden, den eine feindliche Partei am Hofe nicht wünsche, er werde die Friedensbedingungen den Obersten vorlegen lassen.

Am Tage nach diesem Ereignis erhielt Wallenstein die Nachricht, daß der Kaiser seinerseits mit ihm gebrochen habe, daß sich ihm einige Generäle, darunter Gallas und Piccolomini angeschlossen und den Truppen Befehl erteilt hätten, dem Friedländer keinen Gehorsam mehr zu leisten. Bis zum 13. Februar hatte Ferdinand mit Wallenstein wie bisher korrespondiert. Dann brach er ab. Fünf Tage später unterzeichnete er ein zweites Patent, welches Wallenstein, Illo und Trcka des Hochverrates beschuldigte und die Armee zum Gehorsam gegen Gallas, Aldringen, Marrades, Piccolomini und einige andere Generäle anwies. Dieses Patent wurde unmittelbar veröffentlicht. In Wien predigte man von diesem Tage ab von den Kanzeln herunter gegen den „Tyrannen" und „Verräter".

Die Situation war nun klar. Wallenstein und seine reichen Genossen — Hochverräter! Auch die Einfältigsten erkannten den Weg, den man in Wien gewählt, die „treuen Diener" belohnen zu können. Und die treuen Diener fanden sich. Die Reise Arnims hatte sich bis jetzt verzögert. Am 23. Februar brach Wallenstein nach Eger auf. Er war da dem Herzoge von Weimar näher, den er ersuchte, ihm dort die hilfreiche Hand zu bieten. Zugleich forderte er Arnim auf, seine Reise nach Eger zu richten. Diese Festung war ihm sicherer als Pilsen. Körperliches Uebelbefinden hinderte ihn außerdem an entschlossenem und raschem Vorgehen. Oberst Gordon hatte in Eger das Kommando. Er war kaiserlich gesinnt. Ebenso Buttler, der sich Wallenstein unterwegs angeschlossen hatte. Illo und Trcka suchten sich die Zweideutigen auf ihre Seite zu ziehen. Das bewog diese zu rascher That. Der Mord der Verräter ward beschlossen.

Illo, Trcka, Kinsky und der Rittmeister Neumann fanden sich Abends (den 25. Februar) als Gäste Gordons und Buttlers in der Burg ein. Diese ward von zuverlässigen Leuten der Mordgesellen bewacht, die später eine Anzahl Buttlerscher Dragoner einließen. Noch saß man beim Mahle, als diese eindrangen und die Gäste nach kurzer Gegenwehr niederstießen. Nach vollbrachter That eilte Buttler in das Haus des ehemaligen Bürgermeisters Bachhälbel, wo Wallenstein Quartier genommen hatte. Der Kapitän Devereux begleitete ihn. Wallenstein war im Begriffe, das Lager aufzusuchen, als die Mörder eindrangen und den Wehrlosen, bereits Entkleideten, erstachen. Sein Leichnam wurde in ein rotes Tuch gewickelt und zu den übrigen auf die Burg gebracht. Am Morgen wurde die That bekannt, alle Offiziere leisteten den Eid für den Kaiser.

Ein entsetzliches Verbrechen war geschehen. Aber es schenkte dem Kaiser eine Armee. Und der bewies sich dankbar. Er belohnte die Thäter mit den Reichtümern Friedlands und seiner Genossen, deren Rechnung zu begleichen ihm bei einem Frieden schwere Opfer würde gekostet haben. Von Treue gegen den Kaiser darf bei dem Verrat Wallensteins durch seine Offiziere nicht die Rede sein. Die aus aller Welt zusammengelaufenen Herren gingen dahin, wo ihnen die größte Aussicht auf Lohn winkte.



Die Ermordung Wallensteins.

Ebensowenig aber kann von dem „Verräter" Wallenstein die Rede sein. Denn wo kein eigener Wille ist, kann man einen solchen auch nicht verraten. Und der Kaiser hatte keine eigene Meinung, noch hatte er den Mut zu einem eigenen Entschluß. Nur ein unklares Gefühl, das ihm Tag und Nacht keine Ruhe ließ, sagte ihm, daß man seinen Namen zu einer erbärmlichen Schandthat mißbraucht, daß er diesen Mißbrauch selbst zugelassen habe.

In diesem großen Ringkampfe handelte es sich nur darum, ob Friedland das Vertrauen Ferdinands behalten sollte, welches dieser ihm in der Zeit der Not geschenkt hatte, oder ob ein andrer Geist, der seiner theologischen Kamarilla, Herr über ihn bleiben solle? Und in diesem Kampfe stolperte Wallenstein nicht so sehr über die Prügel, die man ihm von Wien aus in den Weg warf, als über seinen eigenen Egoismus, über seine Sehnsucht, an Bayern volle Rache zu nehmen. Hier stand Existenz gegen Existenz, und von diesem Punkte allein ist das Schicksal Friedlands zu verstehen.

Bayern war es, welches Wallenstein zum zweitenmal zu Fall brachte. Wir werden sehen, daß eben die Politik, welcher Friedland Wirklichkeit zu geben versuchte, alsbald vom kaiserlichen Hofe aufgenommen wurde, aufgenommen aber mit Ausschluß jenes persönlichen Elements, welches Wallenstein die Führung unmöglich gemacht und ihn in die Lage gebracht hatte, sich einem andern Willen fügen zu müssen. Sehen wir nur einen Augenblick auf die Richtung, welche Wallenstein eröffnete: Friede mit Sachsen und Brandenburg, Entschädigung des talentvollsten Heerführers der Schweden, des Herzogs Bernhard von Weimar, mit einem Teile Bayerns oder dem Elsaß, Bayern selbst mit der Kur unter die Führung Wallensteins gestellt — und Franzosen und Schweden mußten weichen. Sie hätten jenes Uebergewicht nicht zu behaupten vermocht, zu dem sich nun gerade Frankreich emporschwang. In dieser Vereinigung der östlichen Fürstentümer lag der Halt des deutschen Elementes dem Auslande gegenüber, wie so oftmals früher, so jetzt wieder; daß diese Vereinigung Wallensteins unmöglich schien, so lange Maximilian die Rolle fortspielte, welche er bisher behauptet hatte, war kein so gewaltiger Irrtum, denn wir werden noch sehen, daß gerade Maximilian gegen diese Vereinigung, als sie nachmals zustande kam, und gerade er allein, seine Einwendungen machte, Einwendungen, die für ihn und Bayern ihre volle Berechtigung hatten, nicht aber für Friedland. An dem Gegensatz dieser beiden Persönlichkeiten und ihres Wollens stürzte die Politik Wallensteins, sie stürzte an der falschen Berechnung Friedlands, daß es ihm gelingen werde, den zaghaften Kaiser auf Bahnen fortzureißen, auf denen dann einzig und allein das Genie seines Generalissimus sein Führer und letzter Halt gewesen wäre. Dazu aber hätte er eines unbegrenzten kaiserlichen Vertrauens bedurft, und das findet man bei kleinen Seelen so wenig, wie eigenen Mut.

Der Fall Wallensteins bedeutete für Bayern die Rettung seiner Existenz unter Wittelsbach, und wohl mochte Maximilian die Befreiung von diesem unversöhnlichen Gegner für eine Wohlthat des Himmels ansehen. Allein nicht wie jenes erstemal in Regensburg fiel diesmal die Führung der deutschen Politik Bayern zu. Dem Kurfürsten war jedes Mittel entwunden, eine leitende Stellung zu behaupten. Was Sachsen thun würde, darauf kam es jetzt an. Es ist der Gedanke Wallensteins, Sachsen auf die kaiserliche Seite herüberzuziehen. Aber auch das war nun anders. Der Fall des gefürchteten Generalissimus nahm der Macht des Kaisers einen großen, den größten Teil ihres bisherigen Schreckens. Die kaiserliche Politik hatte keine lebendige Seele mehr. Nur zu bald mußte Ferdinand erkennen, daß ohne die schwerwiegendsten Opfer Sachsen nicht mehr zu gewinnen sei. Und dazu entsprachen diese Opfer nicht einmal mehr dem Gewinn, den sie brachten. Schloß Wallenstein diesen Frieden ab, so war Frankreich fernzuhalten, als der Kaiser sich dazu entschloß, stand Frankreich bereits gerüstet auf dem Plan. Die Diplomaten des Wiener Hofes hatten die kaiserliche Macht ihres Augenlichtes beraubt. Aus ihrem klatschsüchtigen Kreise erhob sich die Sage von Friedlands Verrat.

Die Aussicht auf Frieden war ins weite geschoben. Oxenstierna hatte eine Versammlung der sechs verbündeten Kreise zum 11. März nach Frankfurt berufen. Die

Verhandlungen zogen sich in die Länge, egoistische Tendenzen beherschten die Gemüter, die großen Gesichtspunkte traten vollständig zurück. Oxenstierna war es um die Sicherung eines Gewinnes für Schweden zu thun. Sachsen aber wollte nicht ferner zugeben, daß Schweden die Führung der deutschen Protestanten behaupte. Es verlangte zunächst ein Zurücktreten der beiden sächsischen Kreise unter seine Leitung. Davon wollte Brandenburg noch nichts wissen, und so behauptete sich Schweden an der Spitze. Zugleich aber mischte sich Frankreich ein, welches die Einräumung der Festung Philippsburg verlangte. Oxenstierna schlug das Angebot des Konvents, welches in einer Geldentschädigung, in einem steten Bündnisse und in der Abtretung der von Schweden besetzten katholischen Gebiete bestehen sollte, ab. Es war offenbar, daß Schweden Pommern behaupten wollte, und diese Absicht trieb Brandenburg auf die Seite Sachsens. So erreichte Schweden nicht viel, und die Entscheidung ward dem Konvent entzogen infolge der Entwicklung der Ereignisse auf andrer Seite.

Zunächst verhandelte Sachsen wieder mit dem Kaiser. Dann schoben sich die französischen Bestrebungen in den Vordergrund. Feuquières gewann die vier oberen Kreise mit der Unterstützung des Landgrafen von Hessen-Kassel zur Einwilligung in die Abtretung Philippsburgs, wodurch Frankreich die Möglichkeit gewann, sich auf deutschem Boden weiter auszudehnen. Mit welchen Plänen sich Richelieu trug, ist interessant zu vernehmen. Schweden sollte Pommern, Oxenstierna das Herzogtum Preußen bekommen, Brandenburg aber dafür durch die kaiserlichen Länder, Mähren, Schlesien und die Lausitz entschädigt werden. Für Sachsen sollte Böhmen und Magdeburg gewonnen werden, der Feldmarschall Horn mit den Stiftern Bremen und Lübeck bedacht, Bernhard von Weimar mit Oberösterreich abgefunden werden, während der Bischof von Würzburg restituiert werden sollte. Frankreich selbst gedachte sich des Besitzes von Metz, Toul und Verdun und des Elsasses zu versichern. Dieser Teilungsplan bedeutete nichts mehr und nichts weniger als die Schutzherrschaft Frankreichs über Westdeutschland. Wie Trier sich schon in französischen Schutz begeben hatte, so hätten den gleichen Weg alle die rheinischen und fränkischen Stifter wandern müssen; nicht nur der Rhein, wäre unter die Herrschaft Frankreichs geraten, sondern ebenso wäre es jeder deutschen Macht, die katholischen wie Bayern nicht ausgeschlossen, damit unmöglich geworden, gegen diese romanische Ueberschwemmung Westdeutschlands wirksam aufzutreten. Mit diesem großen französischen Plane berühren wir ein neues Element der damaligen Völkerbewegung, neu insofern, als der bisher flüssige Gedanke, Westdeutschland dem Katholizismus zu erhalten und damit dem Protestantismus sein Wachstum gegen Westen und Süden abzuschneiden, nun eine Verkörperung zu erlangen suchte in der Unterwerfung Westdeutschlands unter französische Herrschaft. Hier trat der Gegensatz aus seiner mystischen Umhüllung heraus und zeigte sich in seiner natürlichen nackten Gestalt als Gegensatz der Nationalität, des Volkswachstums gegen Volkswachstum. Und mit dieser Thatsache gewinnen wir die Grundlage, auf der eine Wiedervereinigung Deutschlands möglich wurde: das theologisch-mystische Element muß zurücktreten, das politisch-natürliche vor. Wir werden diesen Wandel in seinen interessantesten Momenten zu verfolgen haben, ein Wandel, der durch das thatentschlossene Heraustreten des „Kardinals“ Richelieu aus seiner bisherigen Reserve veranlaßt wurde.

Machen wir hier einen Augenblick Halt und sehen wir zurück auf die frühere Entwicklung dieses Völkerringens! In dem zu Verdun abgeschlossenen Vertrage hatten sich die beiden Nationalitäten, Franzosen und Deutsche, endgültig von einander geschieden. Aber ein flüssiges Gebiet war zwischen ihnen beiden geblieben, das lothringische Reich, welches sich von der Nordsee bis tief hinab nach Italien erstreckte. Wir verfolgten die Zersetzung dieses Gebietes im Lauf der Jahrhunderte, wir sahen die letzte vergebliche Anstrengung der Staufer, dasselbe noch einmal zur Grundlage des römisch-deutschen Weltimporiums zu machen. Immer war mit diesen Bestrebungen ein Festhalten des Völkerwachstums auf der alten Stufe der Bauernkultur verbunden. Allein diese war überwältigt worden, die städtische Kultur schritt über die Grenzen des Frankenlandes hinaus und eroberte Nord- und Ostdeutschland, von den Wogen zweier feindlichen Völkerelemente



Die Schlacht bei Nördlingen. Nach Merian.

A Anmarsch des kaiserlichen Heeres.
B Erste Attaque mit der schwedischen Avantgarde.
C Rückzug der Schweden in Gefechtsformierung.
G Dorf Hirnheim.
H Flucht der Reiterei des Herzogs Bernhard.
I Linker Flügel der Schweden unter Bernhard von Weimar.
K Kroaten.
O K. Maj. zu Ungarn u. Card. Infanterie.
P Herzog von Lothringen.
Q Johann de Werth.
R Kaiserliche und spanische Reiterei.
S An diesem Ort haben sich vor der schwedischen Ankunft und vor dem Treffen die kaiserliche und spanische Armee gesammelt und die Schweden erwartet.
T Kaiserliche Batterien.
V Kaiserliches Lager.
X Spanisches Lager.
Y Herzog Bernhard von Sachsen-Weimar.
Z Feldmarschall Horn, rechter Flügel.
† Spanische Reiterei und Fußvolk.

1. Schwedische gelbe Brigaden.
2. Graf Thurns Brigaden.
3. Herzog Bernhards Brigaden.
4. Gustav Horns Brigaden.
5. Die Schotten.
6. Oberst Pful.
7. Württemberger.
8. Oberst Rantzow.
9. Herzog Bernhards Leibregiment.
10. Gustav Horns Leibregiment.
11. Oberst Oxenstjrns Regiment.
12. General-Major Rostein.
13. Hoffirchen Regiment.
14. Major Goldstein.
15. Graf Gratz.
16. Oberstlieutenant Birckenfeld.
17. Brandenstein.
18. Beckermann.
19. Corville.
20. Herzog Ernst.
21. Markgraf von Brandenburg.
22. Ehem.
23. Oberst Dupadel.
24. Generallieutenant Graf Gallas.
25. Marquis de Leganes.
26. General Serbelloni.
27. Piccolomini.
28. Neapolitanische Reiterei.
29. Oberst Leßlier.
30. Wurm- und Salmisches Regiment.
31. Gaspar Toralto. Neapolitaner.
32. Lombardisches Regiment.
33. Kaiserlich deutsches Fußvolk.
34. Principe San Severino. Neapolitaner.
35. Marquis Torrecusa. Neapolitaner.
36. Burgunder.
37. Marquis Lunato. Lombarden.
38. Conte Fuenclara. Spanier.
39. Kaiserliche und ligistische deutsche Völker.
40. Approchen nach der Stadt.
41. K. Ungarische Leib-Regimenter.
42. Kardinal-Infant, Leib-Kompagnie.

umspült wird die vollkommene Zersetzung Lotharingiens vollendet. So tritt uns der Plan Richelieus aus dem Rahmen persönlicher Willkür heraus. Wir erkennen, wie dieser scharfblickende Staatsmann selbst unter dem Gesetze einer Bewegung stand, die aus der Welt zu schaffen kein einzelner Mensch vermochte. Wir erkennen nun aber auch die Folgen, welche das Gelingen der vollkommenen Romanisirung Westdeutschlands auf das übrige Deutschland hätte haben müssen. Ausgeschlossen von dieser stets flüssigen Bewegung des Westens wäre eine Verbauerung des ganzen Nordens und Ostens unvermeidlich gewesen. Und gegen ein solches Schicksal lehnte sich die städtische Kultur Nordostdeutschlands auf. Hier war der Punkt, an dem das bürgerliche Element aus seiner passiven Isolierung heraustreten, hier war der Punkt, von dem aus sich die Vereinigung der ständisch-zerrissenen Entwicklung Deutschlands anbahnen mußte. Bürgertum, Adel und Fürstentum erlangen eine gemeinsame Aufgabe. Aus der Grundstimmung eines in sich geschlossenen religiösen Lebens heraus nimmt die Lyrik den Anlauf zu einer neuen Entfaltung, und Bürgertum, Adel und Fürstentum stellen dieser Liederdichtung ihre Kräfte zur Verfügung. Es sind die Amselrufe eines neu anbrechenden Lebensmorgens.

Der Kaiser hatte nach dem Tode Wallensteins seinen Sohn Ferdinand mit dem Oberkommando beauftragt und ihm den General Gallas an die Seite gesetzt. Die kaiserliche Armee bestand zur Zeit nur in derjenigen Wallensteins, da die Truppen Aldringens und Ferias von einer Epidemie fürchterlich dezimiert worden waren, der auch Feria selbst erlag. Ende Mai (1634) wurden die Truppen um Pilsen konzentriert, Ferdinand III stellte sich an die Spitze und zog aus zur Wiedereroberung Regensburgs. Vor diesem Andrang des Feindes vereinigte sich Bernhard mit Horn (12. Juli), beide erstürmten Landshut, aber am 30. Juli ward ihnen hier die Kunde, daß Regensburg gefallen sei. Dieser Schlag wirkte auf die schwankenden protestantischen Stände der oberen Kreise zurück. Sie schlossen am 26. August den Bund mit Frankreich, in welchem diesem das Recht eingeräumt wurde, sich Philippsburgs zu bemächtigen.

Die Kaiserlichen rückten von Regensburg die Donau aufwärts. Horn und Bernhard wichen zurück. Am 2. September vereinigte sich Gallas mit dem aus Italien unter Don Fernando heranziehenden spanischen Kriegsvolk. Beide wandten sich nun gegen die Reichsstadt Nördlingen. Ein weiteres Zurückweichen konnte nichts helfen. Bernhard entschloß sich zur Schlacht. Am 5. und 6. September entspann sich dieser wütende Kampf, zu dessen Entscheidung der kühne bayerische Reitergeneral Johann von Werth und der Herzog Karl von Lothringen an der Spitze des ligistischen Volkes das Beste thaten. Die Schlacht entschied gegen die Schweden. Es war ein so vollständiger Sieg der Kaiserlichen, daß die Niederlage Tillys bei Breitenfeld wohl wett gemacht wurde. Horn geriet in bayerische Gefangenschaft, in der er lange Jahre blieb, Bernhard selbst wurde verwundet und entkam nur mit Mühe einem gleichem Schicksal, wie es den Waffengenossen getroffen. Der niederschmetternde Eindruck, welchen diese Kunde hervorrief, zeigte sich am deutlichsten in der Thatsache, daß sie den Egoismus der in Frankfurt Versammelten brach und die Mitglieder des Konvents zum Abschluß des schwedischen Bündnisses bestimmte.

Man hat die Schlacht bei Nördlingen zu den entscheidungsvollsten des ganzen Krieges gezählt. Was die Stellung Schwedens betraf, war sie es. Schweden wurde durch sie in die Defensive geworfen, ihm ward die Führung in Deutschland entrissen, aber sie fiel deshalb doch nicht dem kaiserlichen Sieger zu, sondern Frankreich trat nun an Schwedens Stelle. Das aber hätte nur verhindert werden können, wenn Wallensteins Plan nicht gescheitert wäre. Wir werden sehen, daß man am Wiener Hofe sich gezwungen sah, alle Fäden der Wallensteinischen Politik wieder aufzunehmen, daß es sich aber trotzdem zeigte, daß man zu spät kam, Frankreich den Weg nach Deutschland zu verlegen.

Die Kaiserlichen überschwemmten nun die fränkischen und schwäbischen Gaue unter furchtbaren Verheerungen. Stuttgart wurde besetzt. Der Herzog Eberhard III von Württemberg, einer der ergebensten Anhänger der Schweden, floh, sein Land geriet unter kaiserliche Verwaltung. Bis Weihnachten war fast ganz Franken, Schwaben, Württemberg, Baden in der Gewalt der Kaiserlichen. Don Fernando trennte sich von Ferdinand III

und zog über Frankfurt gegen Luxemburg und die Niederlande. Aber in Stuttgart bereits brach der Gegensatz Bayerns zu Habsburg wieder offen hervor. Ein Streit zwischen den Kaiserlichen und den Bayern erhob sich um das Kommando, doch war kein Gedanke daran, daß Maximilian die Stellung hätte wiedergewinnen können, die er einst an der Spitze der Liga und neben dem Kaiser eingenommen. Seine Truppen blieben unter dem Oberbefehle des Königs von Ungarn. Entscheidend aber sollte der Sieg bei Nördlingen insofern werden, als Sachsen die bereits abgebrochenen Verhandlungen mit Ferdinand wieder aufnahm.

Ehe wir dem Gang der Ereignisse in dieser Richtung folgen, müssen wir sehen, welche Veränderung die Nördlinger Schlacht in der Konstellation der europäischen Mächte hervorgerufen. Schon am 15. April 1634 hatten die Holländer mit Frankreich ein Bündnis gegen Spanien abgeschlossen, welches Richelieu zu einer jährlichen Unterstützung Hollands mit zwei Millionen Livres verpflichtete, während die Holländer Spanien zu Lande und zu Wasser bekämpfen sollten. Nach dieser Seite gedeckt, wandte Richelieu seine Aufmerksamkeit auf Westdeutschland. Zunächst Lothringen! Der Herzog Karl hatte sich vor der erdrückenden Uebermacht Frankreichs in die Arme des Kaisers geworfen. Für ihn kämpfte er bei Nördlingen, an seiner Seite blieb er fortan. Am 19. Januar 1634 hatte er auf sein Herzogtum zu Gunsten seines Bruders, des Kardinals Franz von Lothringen, verzichtet, der nun aus dem geistlichen Stande austrat und seine Cousine heiratete. Aber das französische Parlament sprach das Land der Krone Frankreichs zu, und Richelieu schickte sich an, es in seine Gewalt zu bringen. So ward jene Verbindung zwischen Lothringen und Habsburg geknüpft, aus welcher nach hundert Jahren die Vereinigung beider Häuser in dem Bunde Maria Theresias mit Franz Stephan hervorgehen sollte. Es ist bezeichnend, daß das Wachstum Frankreichs gegen Osten den Grund zu dieser habsburgisch-lothringischen Vereinigung legte.

Dasselbe Frankreich aber stellte sich nun auch dem weiteren Vordringen der kaiserlichen Truppen in den Weg. Die wichtigsten Plätze Lothringens wurden besetzt. Der Marschall de la Forie erhielt den Befehl, an den Rhein zu marschieren. Die Schlacht bei Nördlingen aber hatte einen ferneren Wandel hervorgerufen insofern, als sich nun Frankreich an die Stelle Schwedens zu schieben suchte. Oxenstierna war zu weitem Entgegenkommen bereit. Allein seinen Verhandlungen griffen die Ereignisse vor. Philippsburg wurde den Franzosen ausgeliefert (7. Oktober), der Rheingraf Otto Ludwig unterzeichnete einen Vertrag, der Frankreich den ganzen Oberelsaß mit Kolmar und Schlettstadt, nur Straßburg ausgenommen, überlieferte (6. Oktober). Ein Gesandter Oxenstiernas ging nach Paris, um einen Vertrag Frankreichs mit Schweden zustande zu bringen. König Ludwig versprach die Unterhaltung von 12 000 Mann zu Gunsten Schwedens und der vier obern Kreise, er verlangte aber für den Fall, daß er offen mit dem Kaiser brechen würde, die Schutzherrschaft über den Elsaß, die Auslieferung der Festung Breisach und die Schutzherrschaft über jene Fürsten, welche sich von dem Bündnis mit dem Kaiser zurückziehen würden. Das war deutlich. Schweden sollte seine Stellung am Rhein und in Franken zu Gunsten Frankreichs aufgeben. Das ganze linke Rheinufer sollte den Franzosen preisgegeben werden.

Am 28. Dezember nahmen die vier oberen Kreise dieses Bündnis an. Sie gaben ihr Gebiet der Franzosenherrschaft preis. Aber Oxenstierna wollte von einem solchen Bündnis nichts wissen. Schwedens Interesse war in diesem Vertrage nicht bedacht. Frankreich kam ihm entgegen. Die Königin Christine sollte entschädigt werden. Womit? das sagte Frankreich nicht. Oxenstierna aber sollte das Kurfürstentum Mainz erhalten. Noch das ganze Jahr 1635 wurde weiter verhandelt, ohne daß eine Einigung zwischen Frankreich und Schweden erzielt worden wäre.

Den größten Wandel aber erkennen wir darin, daß, wenn auch Bernhard von Weimar versuchte, sich zwischen den einander bekämpfenden Interessen der beiden Mächte selbständig zu erhalten, ihm dies doch nicht gelang. Thatsächlich trat dieser talentvollste Heerführer der Schweden auf die französische Seite hinüber. Er wollte Frankreich in

seinem Interesse benützen, allein das umgekehrte Verhältnis wurde Wirklichkeit, wie wir sehen werden und dies auch gar nicht anders erwarten.

Bis an den Rhein waren die Kaiserlichen vorgedrungen. Hier kam die Bewegung zum Stehen. Wohl gelang ihnen noch im Januar 1635 die Wiedereinnahme der Festung Philippsburg. Aber von der Belagerung Heidelbergs mußten die Bayern abstehen, da Frankreich nach dem Abschluß mit den vier oberen Kreisen seine Heeresmacht hatte einrücken lassen, und ebenso nun Herzog Bernhard mit einem neuen Heere zwischen Worms und Frankenthal Stellung nahm.

So war eingetreten, was Wallenstein durch raschen Abschluß eines Friedens hatte vermeiden wollen: Frankreich stand mit seinen Truppen auf deutschem Boden. Es ist klar, daß eine Einigung Wallensteins mit Sachsen und Brandenburg, der diejenige mit den übrigen Protestanten unbedingt hätte folgen müssen, aller fremden Kriegsnot in Deutschland ein Ende gemacht hätte. Nur einen Fehler hatte der Gedanke des Friedländers: der ihm von persönlicher Rachsucht und Habgier eingegebene Plan der Vernichtung Bayerns. Darüber fiel er. Jetzt nahm man seinen Gedanken wieder auf, jetzt, wo es zu spät war. Aber auch jetzt zeigte es sich, daß in dem Plane Wallensteins ein wahrer Kern stack. Entweder Bayern oder Habsburg — so hieß es auch jetzt wieder. Das alte Nebeneinander beider Häuser war nicht möglich. In Wien erkannte man, daß die hohen Anforderungen Maximilians zurückzuweisen seien. Und es beginnt die Zeit, in der man die frühere Rücksicht auf Bayern beiseite schob. Das zeigte sich sofort bei den nun wieder aufgenommenen Unterhandlungen mit Sachsen.

Sachsen und Ferdinand waren zum Frieden geneigt. Dieser, weil er allmählig einsah, daß die Fortsetzung des Krieges ihm keinen Vorteil bringen könne, der Kurfürst, weil er durch die angemaßte Führung der Protestanten gegen die Schweden erbittert war. Mitte Juni 1634 begannen die Unterhandlungen in Leitmeritz. Die sächsischen Gesandten erklärten, daß sie nur im Namen ihres Kurfürsten unterhandelten und den evangelischen Mitständen nichts vergeben wollten. Der Friede aber sollte allen denen zugute kommen, welche auf Grund der sächsischen Bedingungen demselben beitreten wollten. Grundforderung Sachsens war ewige Gültigkeit des Passauer Vertrags und des Augsburger Religionsfriedens. Die einzelnen Forderungen erstreckten sich auf folgende Punkte; 1. alle mittelbaren und unmittelbaren geistlichen Güter, welche am 1. Januar 1612 im Besitz der Protestanten gewesen seien, sollten ihnen für immer bleiben; 2. die augsburgische Konfession sollte in den Ländern katholischer Obrigkeiten anerkannt und frei gegeben, die deshalb Ausgewiesenen (d. h. vor allem den Protestanten in Oesterreich und Böhmen) sollte die Rückkehr gestattet werden; 3. die Bekenner der Augsburger Konfession sollten der Jurisdiktion der katholischen Geistlichkeit für immer entzogen werden; 4. Kammergericht in Speier und Reichshofrat in Wien sollten zur Hälfte mit Protestanten und Katholiken besetzt werden; 5. das Recht der Konfiskation in den Gebieten der Reichsstände sollte für den Kaiser erlöschen und auf die Landesherren übergehen; 6. die pfälzische Kurwürde sei nach dem Tode Maximilians den Kindern des geächteten Pfalzgrafen (Friedrich war wenige Tage nach der Schlacht von Lützen gestorben) zurückzugeben, die Ober- und Unterpfalz aber müsse ihnen sofort restituiert werden; 7. die Entschädigung der Schweden müsse allein von den Katholiken geleistet werden. — Für Sachsen forderten die Bevollmächtigten erbliche Abtretung der Markgrafschaft Ober- und Niederlausitz, erbliche Einräumung des Erzstiftes Magdeburg und des Stiftes Halberstadt, wollte der Kaiser die Stifter nicht ausliefern, sollte der Egerer Kreis, oder ein entsprechendes Gebiet im Norden Böhmens und einige Einkünfte in Schlesien dem Kurfürsten eingeräumt werden.

Es ist begreiflich, daß der Kaiser nicht sofort zu allem „Ja" sagte. Die Abtretung der Lausitz schmerzte ihn am meisten. Aber die Entschädigung, welche die kaiserlichen Gesandten für die Lausitz und die Stifter Sachsen anboten, wurde von diesem als bei weitem nicht ausreichend rund zurückgewiesen. Der Kaiser mußte weitergehen. Er versuchte es. Aber alles war nicht genug. Dieses Hinauszögern benützte Oxenstierna, dem ohnedies diese einseitigen Verhandlungen Sachsens nicht nach seinem Sinn waren, um Sachsen von einer Verständigung mit dem Kaiser abzuziehen. Er gab dem in Schlesien

stehenden General Banér Befehl, in Böhmen einzufallen. Es war die Zeit, da die Kaiserlichen Regensburg belagerten. Die Belagerung sollte durch die Diversion in Böhmen vereitelt werden. Sachsen schloß sich den Schweden noch einmal an und rückte mit ihnen bis vor Prag. Aber die Nördlinger Schlacht hemmte die Expedition. So wurden die Verhandlungen wieder aufgenommen. Am 19. Juli trafen die kaiserlichen Gesandten in Pirna ein. Die Unterhandlungen zogen sich bis in den November. Dann aber kam man über die Grundlage ins Reine, auf der sich alsbald der Prager Friede erheben sollte.

Der Kaiser gab zu, daß das Restitutionsedikt auf eine Reihe von Jahren suspendiert werde. Kursachsen sollte alle Stifter und geistlichen Güter, welche es im Jahre 1620 inne hatte, auf 50 Jahre, die übrigen protestantischen Fürsten diejenigen, welche sie im Jahre 1627 besaßen, auf 40 Jahre behalten. Sitz und Stimme der in protestantischen Händen befindlichen unmittelbaren Stifter auf dem Reichstag sollten in diesem Zeitraum ruhen. Dem Sohne des Kurfürsten, Herzog August, sollte bis zu seinem Tode das Erzstift Magdeburg bleiben mit der Verpflichtung einer Geldentschädigung für den vormaligen brandenburgischen Administrator Christian Wilhelm. Das Bistum Halberstadt sollte dem Sohne des Kaisers, Erzherzog Leopold Wilhelm, zufallen. Ueber die Entschädigung des Kurfürsten einigte man sich dahin, daß die Ober- und Niederlausitz als Mannslehen erblich an Kursachsen abgetreten werden, der Kaiser aber und seine Nachkommen oberste Lehensherren bleiben sollten. Kursachsen mußte sich verpflichten, die katholischen Einwohner und Stifter bei ihrer Religion und ihrem Rechte zu belassen.

Diesen Bedingungen stimmte der Kaiser bei, aber er bestätigte den Frieden nicht eher, bis er die Zustimmung der katholischen Kurfürsten eingeholt hatte. So wurden die Verhandlungen bis Januar 1635 vertagt. Mainz, Köln und Bayern wurden um ihr Gutachten angegangen, aber nicht Trier, welches in dieser Zeit in offene Verbindung mit Frankreich getreten war. Maximilian stimmte dem Frieden an sich bei, aber er fand seine Rechnung nicht, wenn ihm nur die Oberpfalz verbleiben sollte. So verlangte er die Zuweisung neuer Gebiete, und wie Sachsen mit Magdeburg bedacht worden war, forderte er Regensburg und einige reichsunmittelbare Herrschaften. Zur Sicherstellung seiner Forderungen begehrte er obendrein vom Kaiser die vorläufige Zuweisung einiger kaiserlichen Besitzungen. Das aber wurde in Wien überhört. Es zeigte sich, daß er das Pfand von Oberösterreich zu früh aus der Hand gegeben, und man in Wien begonnen hatte, sich der alten Verpflichtungen gegen Bayern nicht mehr deutlich zu erinnern. Prinzipiell also widersprach Maximilian dem Frieden nicht, er wollte nur größeren Vorteil für sich von demselben. Anders stimmte sein geistlicher Bruder Ferdinand von Köln. Er meinte, der Papst und die geistlichen Fürsten hätten dabei um Rat gefragt werden müssen, da man kein Recht habe, die seit dem Jahre 1555 abhanden gekommenen Kirchengüter und das Restitutionsedikt preiszugeben. Der Kaiser müsse die Entscheidung dem Schwerte anheimstellen, meinte dieser geistliche Friedensbote. Der Kurfürst von Mainz stellte sich indeß nach einigem Sträuben an die Seite des Kaisers.

Gindely teilt uns nun weiter mit, daß der Kaiser auch eine Anzahl Wiener Theologen zu Rate gezogen. Und deren Gutachten sind nun überaus merkwürdig. „Sie wußten, daß der Friede mit Sachsen die Aufhebung des Restitutionsedikts und die definitive Abtretung der Lausitz im Gefolge haben, daß man also weite Gebiete ein- für allemal den Protestanten preisgeben würde. Dagegen war es ihnen auch bekannt, daß Ludwig XIII um dieselbe Zeit mit Ferdinand um einen Frieden zu verhandeln bereit war, wenn ihm das Elsaß abgetreten würde, und daß sich der Papst durch seinen Nuntius in Wien zur Vermittlung angeboten habe. Im Falle man auf dieses Anerbieten einging, war kein Nachteil für die Kirche zu befürchten, sondern ein Vorteil, weil dann die Lausitz kaiserlich blieb. Wenn schon diese Erwägungen bestimmend auf das Urteil der Theologen einwirken mußten, so noch mehr die Einflüsterungen des päpstlichen Nuntius, der sich eifrig für die Befriedigung Frankreichs verwendete und zu diesem Zwecke auch ein Memoriale an den Kaiser richtete."

Von den zwanzig befragten Theologen gehörte die Hälfte den romanischen Nationen an, sechs von ihnen waren Jesuiten, der kaiserliche Beichtvater Lamormain stellte sich

als einundzwanzigster ganz auf die Seite Frankreichs und des Papstes. Von den ersten sprachen sich vierzehn einstimmig dahin aus, der Kaiser könne ohne Gewissensskrupel den Frieden mit Sachsen auf der bezeichneten Grundlage machen; zwei der Jesuiten stimmten dem zu, die vier andern wollten, daß der Kaiser zuvor die Erlaubnis des Papstes einhole, und von diesen verneinten wiederum zwei das Zugeständnis der andern: ohne Schädigung seines Gewissens könne der Kaiser die Friedensbedingungen nicht eingehen.

Nach dem Gutachten der Theologen erstatteten die kaiserlichen Räte das ihrige ab. Ferdinand hielt sich von dieser Beratung fern, weil er „in einer so überaus wichtigen Sache, die das Seelenheil betreffe, keinen selbständigen Entschluß fassen wolle.“ Die Räte sollten die Verantwortung auf sich nehmen. Kläglicher konnte sich wohl die Unselbständigkeit dieser „Kaisernatur“ nicht offenbaren, als sie es hier that, und wir gewinnen hier eine Perspektive rückwärts auf das Verhalten Wallensteins, der seinen kaiserlichen Herrn jedenfalls sehr genau kannte. Das Gutachten der Räte lautete für den Frieden mit Sachsen. Strahlendorf betonte sogar die Unmöglichkeit, der Häresie in Deutschland Herr zu werden und erklärte deshalb jeden weiteren Kampf für verderblich. So entschloß sich der Kaiser für den Frieden. Die politischen Gesichtspunkte hatten den theologischen das Feld abgerungen, aber welchen harten Kampf dies gekostet, ersehen wir aus den Verhandlungen über den Frieden.

Am 2. April 1635 traten die kaiserlichen und sächsischen Unterhändler in Prag zusammen. Bis zum 30. Mai wurden noch einmal alle Punkte durchberaten. Der Friede sollte ganz Deutschland umfassen. Jeder, dem die betreffenden Bedingungen recht seien, sollte ihm beitreten können. Er bestimmte betreffs der geistlichen Güter, daß alle Besitzer derselben bis zum Jahre 1627 wieder restituiert und fortan 40 Jahre in dem Besitz derselben bleiben sollten. Bis zum Ablauf dieser Frist verpflichteten sich beide Teile, eine friedliche Einigung der Streitfragen anzubahnen. Ausdrücklich wurde bestimmt, daß die katholische Kirche fortan ungeschmälert in ihrem Besitz gelassen und ihr auf keine Weise eine Abtei oder Bistum entzogen werde. Der geistliche Vorbehalt erhielt damit Bestand, d. h. das Wachstum des Protestantismus wurde zum Stillstand verurteilt. Ein Vergleich mit den anfänglichen Forderungen Sachsens zeigt, wie weit der Kurfürst sich von der Bahn des fließenden Lebens hatte abdrängen lassen.

Herzog August von Sachsen sollte zeitlebens in den Besitz von Magdeburg treten, aber die vier Aemter Querfurt, Jüterbock, Dama und Borg sollten von dem Stifte abgetrennt und dem Kurfürsten übertragen werden. Dazu kam die Markgrafschaft Lausitz. Das Recht seines Sohnes Leopold Wilhelm auf Halberstadt wurde vom Kaiser gewahrt, er wahrte sich ebenso das Reformationsrecht in seinen Ländern, d. h. er wollte dort die Augsburger Konfession nicht dulden, nur Schlesien wurde ausgenommen. Wir erkennen, wie in dem langhundertjährigen Ringen der beiden Stämme Sachsen und Bayern um Böhmen der letzte Stamm sich behauptete, wie nur in der Lausitz und Schlesien Sachsen den Vorsprung gewann. Aber diese Art von Behauptung war für Oesterreich nur möglich, indem es die Entwicklung Böhmens zum Stillstande zwang.

In das Reichskammergericht sollten fortan Katholiken und Protestanten in gleicher Zahl gewählt werden, die Reichshofratsordnung sollte einem kurfürstlichen Gutachten unterstellt werden. — In der pfälzischen Frage ließ Sachsen seinen Standpunkt fallen. Kur und Länder sollten verwirkt sein, Maximilian in seinem Besitz nicht gestört werden; dagegen wurden die Herzoge von Mecklenburg zu Gnaden aufgenommen, ebenso sollten alle Fürsten, Katholiken und Protestanten, in ihrem Besitz wiederhergestellt werden, den sie vor 1630 inne gehabt. Gegen Frankreich und Schweden versprach Sachsen bewaffnete Hilfe; dem Herzog von Lothringen sollte sein Land wieder erobert werden.

Von der allgemeinen Amnestie wurden ausgeschlossen zunächst der Pfalzgraf, dann die böhmischen und österreichischen Exulanten, dann einige Fürsten und Grafen im Reiche, welche sich mit den Schweden allzutief eingelassen hatten, darunter die Löwenstein, Hohenlohe, Erbach-Isenburg, der Herzog von Württemberg, der Markgraf von Baden-Durlach, die Grafen von Oettingen und Nassau u. a. Sie wurden dem Gutdünken

und der Gnade des Kaisers überliefert. Den Herzogen von Weimar dagegen stellte man die Gnade des Kaisers in etwas nähere Aussicht.

Eine fernere Bestimmung betraf das Heer. Es sollte fortan einen einheitlichen Körper bilden unter dem Titel eines kaiserlichen und Reichsheeres. Ein Teil desselben sollte dem Unterkommando des Kurfürsten, der andere größere (3/4ste) Teil dem kaiserlichen Kommando unterstellt werden. Jenes eine Viertel unter sächsischem Befehl blieb also nur durch die Person des Kurfürsten mit dem kaiserlichen Heere verbunden. Alle Reichsstände ohne Unterschied sollten zum Unterhalt des Heeres beisteuern, alle Ligen, Unionen und sonstige Bündnisse aber aufgehoben, und die Fürsten zum Gehorsam gegen den Kaiser verpflichtet sein. Am 15. Juni wurde also der Prager Friede ratifiziert.

Wir sehen von dem Umstande ab, daß Sachsen so wenig wie der Kaiser auf die Forderungen ihrer Verbündeten und Parteigenossen Rücksicht nahm; wir wollen auch nicht bestreiten, daß eine Macht des nationalen Widerstandes auf dieser Grundlage errichtet werden konnte, aber wir weisen darauf hin, daß die reaktionäre Entwicklung beider Mächte in diesem Frieden vollauf Ausdruck fand. Es konnte nicht anders sein, aber gerade aus demselben Grunde konnte der Friede auch kein allgemeiner für Deutschland werden, da er der Zukunft der deutschen Entwicklung den Riegel vorschob. Nicht Hemmung des protestantischen Wachstums, sondern Befreiung desselben, Förderung des protestantischen Geistes, das war der Weg, den einst das Leben der deutschen Nation gewiesen. Und wie es einstens, da der städtischen Kultur der Weg ins ganze deutsche Volk verlegt wurde, dazu kam, daß diese Kultur ihre Wurzeln in die Lüfte trieb, wie der kühne Geist der deutschen Hansa durch dieses Versagen des deutschen Lebens dazu gezwungen wurde, die fremden Nationen in den Welthandel einzuführen, in welchem sie alsdann die Führerschaft gewannen, so sehen wir uns jetzt nach jenen Elementen um, die in gleicher Weise dem Leben den Weg ins Ausland weisen, dieses befruchten und weiter fördern, bis es im Stande ist, mit der errungenen Schulung und Uebung auf das deutsche Leben als treibende Kraft zurückzuwirken.

Als die Franzosen bei Philippsburg zum erstenmal den Deutschen gegenübertraten (24. Januar 1635), zogen sie den kürzeren. Vor der Tapferkeit, Unerschrockenheit und Kunst der deutschen Kriegführung hielten die französischen Milizen nicht stand. Selbst die Franzosen erkannten die Ueberlegenheit der deutschen Kriegführung an. Als der Kaiser bei dem Vordringen der Franzosen über den Rhein im Mai einen Gesandten, Lustrier, nach Paris schickte, um Klage zu führen gegen die französischen Uebergriffe, schilderte der Gesandte die französischen Truppen wohl als tapfer, aber er tadelte ihren Mangel an Ausdauer, wodurch sie kaum in doppelter Zahl einem deutschen Kriegsheer gewachsen seien. Nun, die entwurzelten deutschen Elemente, namentlich die Repräsentanten jener mittleren deutschen Fürstenaristokratie, die den Gedanken an Wachstum nicht aufgegeben hatte und nicht aufgeben konnte, nahmen die Franzosen in ihre Schule und präparierten sie zum Krieg. Und so komisch es auch klingen mag, daß der französische Gesandte Norté, als er mit allen seinen Versprechungen in Dresden nicht zum Ziele gelangte, als der Kurfürst ihn abwies, trotzdem er ihm eine weit bedeutendere Vergrößerung seines Gebietes, als sie der Kaiser bot, versprach, trotzdem er beteuerte, Ludwig XIII wolle die Wählbarkeit der böhmischen Krone aufrecht erhalten und in Böhmen die freie Religionsübung zur Geltung bringen, dem Kurfürsten erwiderte, Frankreich werde sich deshalb doch nicht abschrecken lassen, den Kaiser zu bekriegen und die deutsche „Libertät“ zu beschützen, es lag ein Kern unbewußter Wahrheit in dieser französischen Parade. Es kommt nicht darauf an, ob Frankreich aus reinem Eigennutz so handelte, es kommt nicht darauf an, ob es später seine Versprechungen erfüllt haben würde, es kommt auch nicht darauf an, daß das romanische und katholische Frankreich sich in geradezu komischer Weise zum Schützer der deutschen Libertät, des deutschen protestantischen Geistes aufwarf, nur die eine Thatsache ist von Bedeutung, daß das wurzellos gewordene, aber zu weiterem Wachstum strebende deutsche Leben gezwungen wurde, seine Zuflucht zu Frankreich zu nehmen, daß diese Macht selbst gezwungen wurde, gegen einen Frieden zu protestieren, mit dessen Verwirklichung gerade Frankreich am allerersten einverstanden sein konnte, gegen

einen Frieden, welcher der deutschen Entwicklung ein für allemal den Stillstand aufgezwungen und sie zum Selbstmorde genötigt hätte.

Das Leben bahnte sich diesen Weg, seitdem Sachsen und Habsburg sich geeinigt, der vom Leben erzeugten Kraft des protestantischen Geistes die weitere Bahn in Deutschland zu verlegen; das Leben gab Frankreich die Macht und militärische Schulung, womit es die Bestrebungen der reaktionären deutschen Mächte am Boden und sich selbst den Weg zur Rückkehr nach Deutschland offen halten konnte. Wir erwarten nun keineswegs, daß Frankreich aus reiner Vorliebe für das deutsche Leben und ohne jeden Eigennutz seine Sendung erfüllen werde; es ist vielmehr nur sein kurzsichtiger Egoismus die treibende Kraft der neu einsetzenden Bewegung, aber diese Kraft reicht gerade hin, der



Kostümbild aus der Zeit des dreißigjährigen Krieges. Nach A. Bosse.

deutschen Opposition einen Rückhalt zu gewähren, ihr die Zukunft und ein ferneres Wachstum zu ermöglichen und so das deutsche Leben in Stand zu setzen, dereinst seinen „erhabenen Retter" freundlichst abdanken zu können.

Der Friede konnte kein allgemeiner werden. Und dennoch bezeichnet er einen Fortschritt auf der natürlichen Bahn der Entwicklung: in Wien rang sich die Einsicht empor, daß es unmöglich sei, der Häresie in Deutschland Herr zu werden. Legte man nun auch um dieselbe einen festen Bann, indem man ihr jedes fernere Wachstum abzuschneiden suchte, mit jener Erkenntnis öffnete sich der Zukunft ein winziges Pförtlein. Wir müssen nun noch einen Blick darauf werfen, wie dieser Friede in Deutschland wirkte.

Zunächst war der Kaiser des Friedens herzlich froh. Und daß ihm nicht daran getastet werde, machte er dem Papste in einer Weise Mitteilung von demselben, die deutlich zeigte, daß Ferdinand in dieser Angelegenheit seinen etwaigen Einspruch nicht beachten werde. Die Hinneigung des Papstes zu Frankreich hatte das Vertrauen des Kaisers in die Politik der Kurie erschüttert.

Die öffentliche Meinung in Deutschland fiel dem Frieden zu. Die brandenburgischen Stände rieten ihrem Kurfürsten zur Annahme des Friedens. Es war natürlich, daß Schweden und Frankreich die größten Anstrengungen machten, den Frieden nicht zu einem allgemeinen in Deutschland werden zu lassen. Dagegen bemühte sich der Kaiser bei den Katholiken, Kursachsen bei den Protestanten, den Frieden durchzusetzen. Die katholischen Bischöfe stellten sich auf die Seite des Kaisers. Auch ihnen leuchtete die Thatsache ein, daß der Protestantismus lebe und nicht mehr aus der Welt zu schaffen sei. Anders aber stellte sich Maximilian zu den Friedensbedingungen. Die Liga existierte thatsächlich nicht mehr. Aber der Friede schloß obendrein eine Wiedererrichtung derselben ausdrücklich aus. Damit war Bayern der Boden entzogen, auf welchem es einst seine Stellung begründet hatte. Außerdem aber hatte der Friede die persönlichen Wünsche Sachsens so weit als möglich befriedigt, während die Ansprüche Maximilians überhört worden waren. Namentlich in der Frage der Kommandoverteilung über die kaiserliche und Reichsarmee wollte er mit Sachsen auf gleichem Fuße behandelt sein. Dem Kaiser war das Oberkommando geblieben, aber ein Teil der Armee war seinem unmittelbaren Befehl entzogen und demjenigen Sachsens unterstellt worden. Maximilian verlangte nun für sich die gleiche Vergünstigung, und der Kaiser bewilligte sie ihm, sodaß wir also eine Reichsarmee haben, welche zur Hälfte vollständig dem Kaiser untergeben war, während das sächsische und bayerische Viertel nur durch ihre Fürsten mit dieser Armee verbunden blieben. Nun nahm Maximilian den Frieden an und publizierte ihn im bayerischen Kreise.

Auf der protestantischen Seite dagegen ließ sich das bisherige Mißtrauen nicht so schnell in ein festes Vertrauen auf die Friedseligkeit des Kaisers umwandeln. Trotzdem traten bis Ende August (1635) fast alle größeren Fürsten Deutschlands dem Frieden bei, unter ihnen vor allen der Kurfürst von Brandenburg, mehrere Herzoge von Sachsen, die Herzoge von Holstein, Mecklenburg, Lüneburg, Braunschweig, Pommern und Württemberg, die Fürsten von Anhalt, Darmstadt, Baden, die Städte Hamburg, Lübeck, Frankfurt, Ulm, Heilbronn, Worms, Speier, Straßburg u. a. Nur der Landgraf von Hessen-Kassel, Bernhard von Weimar und die Erben des Pfalzgrafen verharrten auf der Gegenseite.

Gleichzeitig trat Sachsen mit Schweden wegen Annahme des Friedens in Unterhandlung. Aber Oxenstierna mußte nun erfahren, daß er entweder von seiner Vergrößerungssucht ablassen oder den Krieg aus einer sehr verschlechterten Position fortsetzen mußte. Keinen Fuß breit deutschen Landes, nur eine Geldentschädigung sollte Schweden erhalten. Oxenstierna war niedergeschmettert von dieser Nachricht. Er klagte furchtbar über die Undankbarkeit der Deutschen. Dann lehnte er die Annahme des Friedens ab, indem er erklärte, er werde an den Kurfürsten eine eigene Gesandtschaft schicken.

Das geschah, aber an der Hartnäckigkeit des Kurfürsten scheiterte jede Verständigung. Kurbrandenburg hatte sich indessen für den Frieden entschieden. Seine oberste Bedingung war, daß den Schweden kein Teil von Pommern zugewiesen, auch Stralsund nicht eingeräumt werde. Wollte also Sachsen Brandenburg festhalten, so mußte es alle Forderungen Schwedens nach dieser Seite abweisen. Und nachdem sich Georg Wilhelm an die Seite Sachsens und des Kaisers gestellt, entflammte der Mut des bisher so Zaghaften. Unablässig trieb er zum Angriff auf die Schweden. Aber noch einmal machte Oxenstierna den Versuch, billigere Bedingungen zu erlangen. Er ließ die Forderung einer Landentschädigung fallen und verlangte eine Belohnung in Geld für die geleisteten Dienste, einen Ersatz für die Kriegskosten, zu dem sich einzelne Reichsstände verpflichtet hatten, die Bezahlung der schwedischen Söldner, die pfandweise Ueberlassung einiger Städte bis zur Erledigung dieser Bedingungen. Hier hätte Sachsen festhalten müssen. Aber auch das wies der Kurfürst ab. $2^{1}/_{2}$ Millionen Thaler und Stralsund als Hypothek — das war alles, was er bewilligen wollte. Zugleich aber arbeitete er daran, die deutschen Offiziere im schwedischen Heere durch das Zugeständnis voller Amnestie und eines Geschenkes von 2 Millionen Thalern zu ködern. Das gelang nicht. So blieb es beim Kriege mit Schweden, welches nun vollkommen unter den Willen Frankreichs zu geraten drohte.

Die Starrheit des Kurfürsten von Sachsen war nicht zum Vorteile Deutschlands. Denn trat Schweden damals aus, so war die Stellung Frankreichs eine sehr prekäre. Dadurch aber, daß man Schweden zu der Einsicht drängte, es könne nicht mehr verlieren, wenn es den Krieg fortsetze, sondern eher einen größeren Gewinn davontragen, dadurch daß man die schwedische Macht in den Kampf um ihre Existenz drängte, beschwor man über Deutschland ein Unheil herauf, welches größer war als das erlebte. Nicht um eine große Sache wurde gekämpft, sondern um Gewinn, um das Leben. Alle die kleinen und großen Leidenschaften drängten sich empor und führten zu jenen namenlosen Exzessen und Ausschweifungen, welche den Verfall dieses Völkerringens begleiteten.

Am 8. Februar 1635 schloß Frankreich einen neuen Vertrag mit Holland, der beide Teile zur Aufstellung einer Armee von 30,000 Mann verpflichtete und gegen die spanische Herrschaft in den Niederlanden gerichtet war. Am 11. Juli folgte diesem Vertrag ein andrer Frankreichs mit Savoyen, Parma und Mantua, der sich die Eroberung Mailands zum Zweck setzte. Es ist bezeichnend, daß gegen diese Gefahr Spanien nichts anders übrig blieb, als dem Papste eine Moralpredigt zu halten, um ihn zur Anwendung von Kirchenstrafen gegen Frankreich zu bewegen, welches mit Ketzern in offenen Bund getreten. Die Theologenpolitik kam nicht mehr zum Ziele.

Gleichzeitig war Frankreichs Diplomatie an andern Orten thätig. Noch immer verhandelte es mit Oxenstierna. Die Schweden unter Banér hatten trotz des Prager Friedens in Norddeutschland das Feld behauptet. Jetzt gelang es Frankreich, Knyphausen mit seinen Regimentern bei der schwedischen Fahne festzuhalten, es gelang ihm (12. September 1635), Polen von einem Angriff auf Schweden abzuhalten und einen neuen Waffenstillstand zwischen den beiden Mächten herbeizuführen. So verstärkte sich die Stellung Banérs in Norddeutschland wieder, indes in Süddeutschland der Krieg um die Rheingrenze tobte.

Johann von Werth, dieser unbändige kriegerische Reiterführer, stand hier thatsächlich an der Spitze der Kaiserlichen. Nach der Eroberung von Philippsburg verjagte er die Franzosen aus Speier. Der Herzog Karl von Lothringen drang in den Elsaß ein, ein spanisches Corps bemächtigte sich Triers und nahm den franzosenfreundlichen Kurfürsten gefangen, der nun zehn Jahre seine unfreiwillige Residenz in Wiener Neustadt aufschlagen durfte. Im Juli drangen der Herzog und Werth wirklich in Lothringen ein. Sie standen bei Rambervilliers dem bei Luneville lagernden Laforce drei Monate lang gegenüber. Bei Hallecourt vereinigte sich am 20. Oktober Gallas mit ihnen, der seither gegen Bernhard von Weimar am Rhein operiert und den Schwedenführer und den Kardinal de la Valette nach Metz zurückgedrängt hatte. Aber weiter kam man für diesmal nicht.

Trotzdem waren die Mißerfolge Frankreichs offenbar. Es versuchte nun einen andern Weg. Bernhard von Weimar sollte in seinen Dienst treten. So kam es am 27. Oktober 1635 zu dem Vertrage von St. Germain, welcher den bisherigen Feldherrn der vier oberen Kreise, zu dem Bernhard erst am 2. März gewählt worden war, zum Dienste Frankreichs mit einem Heer von 18,000 Mann verpflichtete. Frankreich versprach dagegen 4 Millionen Livres jährlicher Unterstützung, es versprach dem Feldherrn den Besitz der Landgrafschaft Elsaß und knüpfte also das Interesse dieses deutschen Fürsten an das seine. Aber erst im Oktober 1637 kam der endgültige Abschluß des Vertrags mit Schweden zustande, der die beiden paktierenden Mächte zu gemeinsamem Krieg gegen den Kaiser und Frankreich zu einer Unterstützung Schwedens mit einer Million jährlich verpflichtete. Schweden sollte sich gegen die Erbländer des Kaisers wenden, Frankreich vom Rhein her operieren. So traten die Schweden unter die thatsächliche Führung Frankreichs, welches wie erinnerlich seit dem Auftreten Gustav Adolfs seine Bestrebungen dahin gerichtet hatte, die Angriffe Schwedens direkt gegen den Kaiser zu richten, um so für sich ein freies Aktionsfeld in Westdeutschland zu gewinnen. Außer Schweden und Bernhard von Weimar hatte sich auch Hessen-Kassel dem Bunde mit Frankreich angeschlossen, während gleichzeitige Versuche, Brandenburg auf französische Seite zu ziehen, scheiterten.

Zu Anfang des Jahrs 1636 standen also Frankreich und Bernhard dem Kaiser und Herzog Maximilian in Westdeutschland gegenüber, während auf dem östlichen Kriegsschauplatze Banér von neuem gegen die vereinigten Sachsen, Brandenburger und Kaiserlichen vordrang. Nach lange schwankenden Hin- und Herzügen, bei denen es Sachsen gelang, sich Magdeburgs zu bemächtigen, begegneten sich die Gegner am 4. Oktober 1636 bei Wittstock. Es kam zu einem überaus blutigen Ringen. Die Schweden standen wie eine Mauer und Banér blieb der Sieg. An 11,000 Mann waren auf sächsischer Seite gefallen; einige Tausend gerieten in Gefangenschaft. Sämtliches Geschütz, ein großer Teil der Bagage, selbst das ganze Silbergeschirr des Kurfürsten, wurden dem Sieger zur Beute. Die Niederlage der Schweden bei Nördlingen geriet infolge dieses glänzenden Sieges fast in Vergessenheit.

Aber während hier die Schweden das Feld behaupteten, unternahm Johann von Werth an der Spitze der kurkölnischen und eines Teiles der bayerischen Truppen — die andern operierten unter Götz in den niederrheinischen Gegenden, — seinen berühmt gewordenen Einfall in Frankreich. Ueberall warf er den Feind. Bis in die Nähe von Paris rückte der verwegene Kriegsmann. Aber hier hemmte das Zaudern des spanischen Begleiters Don Fernando den raschen Erfolg. Die Franzosen erholten sich von dem panischen Schrecken, den ihnen dieser Einfall Werths verursacht; Richelieu gelang es, die Bürgerschaft zu bewaffnen; eine Armee von 50,000 Mann trat gegen Werth in die Schranken, der im Herbste seinen Rückzug aus Frankreich bewerkstelligen mußte. Gleichzeitig hatte Gallas einen Einfall in Burgund gemacht, allein die wirkliche einheitliche Direktion fehlte; auch er mußte wieder zurück. So kam es, daß Deutschland abermals den Winter über den Unterhalt für diese Truppenmassen hergeben mußte, während Frankreich nach dieser Seite verschont blieb.

Im Westen und Norden flutete noch alles durcheinander. Im Süden dagegen war es zu einer doppelten Konsolidierung gekommen. Der Kaiser hatte einen Kurfürstentag nach Regensburg berufen. Hauptzweck der Versammlung war die Wahl seines Sohnes Ferdinand III zum römischen Könige. Denken wir zurück an die Lage im Jahre 1630, da Ferdinand II die Kurfürsten zum ersten Mal mit dieser Bitte anging; erinnern wir uns, wie damals das ganze Kurfürstenkollegium sich im hellsten Gegensatz zur kaiserlich-wallensteinischen Politik befand und die Bitte ablehnte, und sehen wir nun, wie Sachsen und Brandenburg sich im Prager Frieden mit dem Kaiser geeint, Mainz nur durch den Kaiser sein Kurfürstentum wiedergewonnen, Bayern sich eben erst, wie wir unten vernehmen werden, inniger als zuvor an Habsburg angeschlossen hatte und Köln nach sich zog, so erkennen wir die Bedeutung des Wandels, der sich da vollzogen. Die pfälzische Kur ruhte, der Trierer Kurfürst saß in Gefangenschaft. Am 7. September traf Ferdinand in Regensburg ein, am 22. Dezember (1636) wurde Ferdinand III zum römischen Könige erwählt. Die bisherigen Befugnisse der Kaisermacht wurden in noch engere Grenzen gebannt, aber Habsburg behauptete trotz der Proteste Schwedens und Frankreichs den Platz auf dem deutschen Kaiserthron. Kaum zwei Monate nach diesem glücklichen Ausgang ist Ferdinand II gestorben. (15. Februar 1637.)

Unser Urteil über Ferdinand II ist in unsrer Darstellung hinreichend enthalten. Vorwürfe verdient der Mann so wenig wie Lob. Seine Natur war eine absolut negative und an keinem Punkte, seine freigebige Gönnerschaft der Künste, seine begeisterte Liebe zur Musik vielleicht ausgenommen, sehen wir ein positives, in die Zukunft wirkendes Element bei ihm hervortreten. Man hat ihm die schonungslose Härte gegen seine Feinde, sein fanatisch religiöses Reaktionsbedürfnis auf's Kerbholz schreiben wollen, man hat weiter von einer rechtsverletzenden kaiserlichen Politik gesprochen, aber wir glauben nicht, daß er an all diesen politischen Vorgängen einen andern, als lediglich passiven Anteil genommen. Daß Impotenz der Impotenz huldigt, ist ein Jammer, aber naturgemäß, es war der Deutschen Schicksal, daß diese steigende Impotenz an die Stelle des beschränkten Kaisers einen noch beschränkteren in seinem Sohne wählte. So ist der Gang des Verfalls, er ist naturgemäß und notwendig, und der Verfall des deutschen Lebens war an den des habsburgischen Geschlechts geknüpft, geknüpft so lange, bis eine der verfallenden



Maria Anna, zweite Gemahlin des Kurfürsten Maximilian I.

Lebensmächte das Ende der Bahn erreicht hatte. Wir wiesen früher auf diesen sich stets wiederholenden Niedergang des Volkslebens und seines Herrschergeschlechtes hin, wir heben den Parallelismus dieser Erscheinungen hier abermals hervor.

Und auch das betonen wir hier wieder: sollte es zu einer Neubelebung kommen, so mußte dieselbe über die alten papierenen Rechte hinwegschreiten. Auf diesem Wege sahen wir den „Emporkömmling" Wallenstein, aber auf diesem Wege jungen Lebens vermochte das altersmüde Habsburg nicht Schritt zu halten; der Kaiser ließ seinen Feldherrn fallen. An welchem Ende die Politik Friedlands scheiterte, haben wir gesehen. Nur auf eins möchten wir den Blick noch wenden.

Das kleinere Fürstentum stand bei dieser ganzen großen Bewegung in vorderster Reihe. Hier war ein Streben zu fernerem Wachstum. Und diesem Wachstum stand nichts im Wege, als die Zersetzung Deutschlands durch erstarrte geistliche Herrschaften. Auf dem Wege gegen dieses Hindernis begegnete sich das Kleinfürstentum mit Schweden. Denken wir uns einmal die Lage umgekehrt: die große kaiserliche Macht verbündet mit diesem revolutionären, in die Zukunft strebenden kleineren Fürstentum, es hätte weder zu einer Fremdherrschaft, noch zu jener reaktionären Festnagelung der deutschen Bewegung kommen können, wie es nun geschah. Auf dieser Bahn war eine festere Begründung der kaiserlichen Herrschaft möglich, aber seitdem das Kurfürstenkollegium durch den Eintritt Bayerns verstärkt worden war, hielt es der kopflos gewordenen und in fremden Ideen und Bestrebungen gepreßten Bewegung des Kleinfürstentums stand. Die Vereinigung der östlichen Fürstentümer um Habsburg führte zu der vollkommenen Konservierung einer alten überlebten Politik; ein Wandel konnte erst eintreten, wenn die einzige dieser östlichen Mächte, der noch eine Zukunft winkte, sich von diesem Bunde loszulösen und so den Weg zu bahnen begann nicht nur gegen Osten, sondern auch zur Vereinigung mit dem deutschen Kleinfürstentum, welches an Habsburg die gesuchte Stütze nicht gefunden.

So ergänzt sich das Bild vollkommen, einerseits das vollständige Unverständnis für die deutsche Entwicklung, andrerseits das Bestreben Ferdinands, diese Entwicklung unter die Herrschaft der katholischen Kirche und Orden zurückzuzwingen. Jene furchtbare Ausbeutung des stets geldarmen Kaisers durch die geistlichen Gründer ist ein notwendiges Komplementbild zu seiner politischen Unfähigkeit. Er ließ naturgemäß seine Schätze dahin fließen, wo er glaubte, daß sie die meisten Zinsen bringen würden, und so begnügte er sich nicht damit, den Glanz der alten Stiftungen wiederherzustellen, sondern zahlreiche Orden verdankten ihm ihre direkte Einführung, so die Barnabiter, die Kamaldulenser, die Paulaner, die unbeschuhten Karmeliter, die reformierten Augustiner, die Benediktiner von Montferrat, die Serviten und irländischen Franziskaner.

Von den Kindern Ferdinands II und der bayerischen Prinzessin Maria Anna starb der älteste Sohn Karl, und so wurde Ferdinand Thronfolger. Der dritte Sohn Leopold Wilhelm widmete sich dem geistlichen Stande. Passau, Straßburg, Halberstadt, Magdeburg, Breslau, Olmütz und die Großmeisterwürde des deutschen Ordens wurden ihm verliehen. Aber die geistlichen Weihen empfing dieser Kaisersohn nie. Von den Töchtern heiratete die ältere Maria Anna im Jahre 1635 den Kurfürsten Maximilian von Bayern. Maximilian hatte zu Anfang des Jahres seine erste Gemahlin, Elisabeth von Lothringen, verloren. Bis dahin arbeitete Maximilian nur für sich, denn weder er, noch sein verheirateter Bruder Albrecht besaßen Kinder. Die Linie Ludwigs des Bayern schien aussterben zu wollen. Nach dem Tode der Lothringerin aber bewarb sich der nunmehr schon 62jährige Fürst (1573 geb.) um die Hand der jungen Kaisertochter, welche als gehorsame Tochter die Hand dem Manne gab, der ihr Großvater hätte sein können. In Wien nahm man die Werbung freundlich auf. Wurde doch so nicht nur die Allianz gefestigt, sondern es eröffnete sich die Aussicht, Bayern auf diesem Wege zu gewinnen, da man kaum annehmen konnte, Maximilian werde noch Nachkommenschaft erzielen. So reiste der Bayernfürst auf der Donau hinab nach Wien. Alle nötigen Gerätschaften und Lebensmittel nahm der sparsame Fürst mit, und das Werk, das er so unverzagten Mutes unternommen, ward damit gekrönt, daß er den Wiener Diplomaten ihre reizenden Aussichten verhängte und Bayern einen Kurprinzen schenkte. Schon am 31. Oktober 1636

erblickte Ferdinand Maria, und zwei Jahre später (30. September 1638) ein zweiter Prinz, Maximilian Philipp, das Licht der Welt.

Während sich so Wittelsbach mit Habsburg verband, verbanden sich die Habsburger unter sich abermals fester. Kaiser Ferdinand III holte sich seine Gemahlin aus dem spanischen Königshause. Auch in diesen Familienverbindungen liegt, wie wir des öfteren angedeutet, ein Element der allgemeinen Bewegung eingeschlossen, und wir können nur sagen, Geschlechter, die lange nur an ihrer eigenen Kraft zehren, müssen diese Kraft bald erschöpfen. Das alte habsburgische Haus stand auf dem Aussterbeetat. Es erlosch bekanntlich ein Jahrhundert später mit dem Tode Kaiser Karls VI. Aber auch der Linie Ludwigs des Bayern drohte das Ende. Diese Verbindungen mit Habsburg konnten dem alternden Geschlechte keine genügende Kraftzufuhr mehr geben. Ferdinand Maria vermählte sich zwar mit einer Prinzessin von Savoyen, aber die Kinder seines Sohnes mit einer Habsburgerin starben alle im jugendlichen Alter, während die Kinder Max Emanuels mit seiner zweiten Gemahlin aus polnischem Hause überlebten. Als aber dann mit Kaiser Karl VII Wittelsbach abermals auf Habsburg zurückgriff, wurde der Verfall des Geschlechtes vollkommen. Mit seinem Sohne Maximilian III erlosch die Linie Kaiser Ludwigs des Bayern. Diesen Verfall der alten Geschlechter müssen wir abwarten, wir werden ihm durch ein Jahrhundert zu folgen haben, bevor wir auf eine Neubelebung des deutschen Lebens von dieser Seite rechnen können.

Ein Wandel trat wenigstens mit der Thronbesteigung Ferdinands III ein. Er war sparsam und machte der unsinnigen Verschwendung am Hofe ein Ende. Noch weniger begabt, wie sein Vater, besaß er infolgedessen auch nicht dessen hochgesteigerten Eifer in religiösen Dingen. Ohne sich im mindesten von dem alten katholischen Herkommen zu entfernen, schob er doch den mächtigen Einfluß der Jesuiten auf die Staatsgeschäfte beiseite. Zum Oberhofmeister ernannte er den Grafen Maximilian von Trauttmansdorff, einen Mann von Rechtschaffenheit und nicht geringer Urteilsfähigkeit. Obgleich Ferdinands Gedanken auf Frieden gerichtet waren, tobte der Krieg doch weiter.

Unentschieden wogten die Kämpfe am Rhein hin und her, nur ein nachhaltiger Erfolg ward errungen. Johann von Werth eroberte die Festung Ehrenbreitstein und nötigte alsdann die Franzosen, ihre Positionen im Kurfürstentum Trier zu räumen. Am 22. Juni aber brachte Bernhard dafür dem kaiserlichen Heere unter Mercy und dem Herzog von Lothringen bei Ray an der Saone eine Niederlage bei. Auch im Norden brachte das Jahr 1637 keine Entscheidung. Dem Vorstoß Banérs gegen Erfurt, Torgau, Leipzig folgte das Eindringen der Kaiserlichen und Bayern unter Geleen, Hatzfeld und Götz in die Elblande. Die Schweden mußten sich nach Stettin und Pommern zurückziehen. Das Herzogtum war nun durch den Tod Bogislaws (1637) frei geworden, und Schweden machte alle Anstrengungen, sich gegen Brandenburg in dem Lande zu behaupten.

Der Tod nahm außerdem in diesem Jahr einen weiteren Feind des Kaisers aus der Reihe seiner Gegner, den Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel (21. September.) Seine Witwe Amalie Elisabeth, welche für den unmündigen Ludwig VI die vormundschaftliche Regierung führte, schloß mit dem Kaiser auf die Bedingungen des Prager Friedens hin einen Waffenstillstand. Gleicherweise verglich sich Ferdinand III mit dem Herzog Eberhard III von Württemberg. Am 27. August 1638 wurde die kaiserliche Verwaltung in Württemberg aufgelöst, und das Land seinem Herzoge zurückgegeben. Die pfälzische Frage wurde von Karl I von England von neuem angeregt, aber sie blieb unerledigt.

Im Jahre 1638 nahm Richelieu den Krieg mit neuem Eifer auf. Aber sowohl die Herzogin-Witwe von Mantua, wie die Regentin von Savoyen, die Witwe des Herzogs Amadeus, zeigten sich dem französischen Bündnis mehr und mehr abgeneigt. Ebenso kam ein französischer Angriff in Artois gegen den Kardinal-Infanten nicht zum Ziel. Ein dritter Vorstoß gegen Spanien endigte sogar mit einer Niederlage der Franzosen bei der Belagerung von Fuentarabia.

Anders gestalteten sich die Dinge auf dem deutschen Schauplatz. Bernhard von Weimar faßte die Eroberung von Breisach in's Auge. Er begann mit der Belagerung

von Rheinfelden. Da kamen die Bayern und Kaiserlichen unter Savelli und Werth und trotz des anfänglichen Vorteils brachte Bernhard den beiden in einer zweiten Schlacht bei Rheinfelden eine volle Niederlage bei. Die feindlichen Heerführer wurden gefangen, Johann von Werth den Franzosen ausgeliefert und in Paris eingeschlossen, Savelli gelang die Flucht, aber er hatte auch so seine Rolle bald ausgespielt. Am 24. März 1638 mußte Rheinfelden kapitulieren, vier Wochen später kapitulierte Freiburg, und nun schritt Bernhard zur Belagerung Breisachs.

Götz zog zum Entsatz heran. Auch der Herzog von Lothringen nahte. So warf sich Bernhard kurz entschlossen auf Götz. Am 9. August schlug er denselben bei Wittenweiher. Als nun Lothringen heranrückte, ging Bernhard auch auf ihn los und warf ihn in der Schlacht bei Tann (15. Oktober 1638). Da kam Götz noch einmal, er wurde abermals geschlagen; Breisach war verloren. Es war eine harte Zeit für die mutige Stadt, die sich bis auf den Tod gegen den Feind wehrte. Am 17. Dezember mußte Breisach kapitulieren, Herzog Bernhard zog in einen Kirchhof ein, denn der größte Teil der Bevölkerung war an Hunger und Krankheit zu Grunde gegangen. Der Generalmajor von Erlach wurde Gouverneur der Festung.

Auch im Norden hatten die Kaiserlichen unter Gallas das Feld wieder geräumt. Banér rückte vor, und Gallas zog sich nach Böhmen und Schlesien in die Winterquartiere zurück. Die Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg verhielten sich neutral.

Friedensverhandlungen in Köln und dann in Hamburg scheiterten. Frankreichs Ansprüche waren zu hoch, Schweden sollte durch die Ueberlassung Stralsunds und Rügens gewonnen werden. Dagegen erhob Kurbrandenburg Einsprache, und so blieb alles, wie es war.

Im Jahre 1639 rückte Banér wieder vor. Am 14. April schlug er die Kaiserlichen bei Chemnitz, dann wandte er sich gegen Böhmen. Gallas konzentrierte seine Truppen bei Prag. Aber die Schweden brachen ein, bis Ende Mai standen sie vor der böhmischen Hauptstadt. Die Stadt hielt stand. Erzherzog Leopold Wilhelm übernahm die Führung der Kaiserlichen in Böhmen, Banér zog sich nach abermaligem Vorstoß zurück, aber Böhmen war von den Schweden nach allen Seiten gebrandschatzt worden.

Während der Kaiser Böhmen schützte, machten die Schweden Fortschritte in Schlesien. Während Piccolomini die Franzosen bei Diedenhofen schlug (7. Juni 1639), verloren die Spanier die Seeschlacht bei Dünkirchen an die Holländer. So wogen Vorteile und Nachteile auf beiden Seiten einander auf.

Herzog Bernhard hätte in Süddeutschland einbrechen können, aber er hielt sich mit der Eroberung des Elsasses auf und vereitelte so den Plan, sich mit Banér gemeinsam gegen den Kaiser und Oesterreich zu wenden. Bei der Ausdehnung seiner Herrschaft über den Elsaß aber stieß Bernhard auf den Widerstand Richelieus, der dieses Land für Frankreich forderte. Bernhard war dafür nicht zu haben. Er wollte ein eigenes Fürstentum, und so trat er allen Forderungen Richelieus energisch entgegen. Sein Ziel war Bildung einer deutsch-protestantischen Partei, die dann imstande gewesen wäre, ohne Rücksicht auf Frankreich mit dem Kaiser zu verhandeln. Er erreichte das Ziel nicht. Anfangs Juli befiel ihn ein hitziges Fieber, dem er nach wenigen Tagen, am 18. des Monats, zu Neuenburg am Rhein erlag. (1639.)

Auf seinem Totenbette hatte er seine Brüder testamentarisch zu seinen Erben gemacht. Ihnen sollte der Elsaß wie sein Nachlaß zufallen. Aber thatsächliche Erben wurden die Franzosen. Am 9. Oktober erkannte das Heer Bernhards den König von Frankreich als Herrn an, Breisach und Freiburg wurden den Franzosen ausgeliefert; der von diesen gewonnene Erlach blieb Statthalter des Königs von Frankreich in der deutschen Festung. An die Stelle Bernhards im Heere traten rasch nach einander der Herzog von Longueville, dann der Graf von Guébriant, dann der Marschall Turenne. So hatte Frankreich nach dieser Seite alles gewonnen. Der Mann, um den sich seit der Nördlinger Schlacht Schweden und Franzosen gleichmäßig bemüht, der hochbegabteste und glänzendste Führer protestantischer Heere seit dem Tode Gustav Adolfs, hatte mit seinem Tode den Platz geschaffen, an dem die Franzosen sich festsetzen konnten. Unter den

sonstigen Bewerbern um Bernhards Heer zogen die Weimarer Brüder, wie der Kaiser, wie die Schweden gegen das geldreiche Frankreich den kürzeren, nur einer hatte eine bessere Aussicht auf Erfolg, Karl Ludwig, der Sohn des Winterkönigs, hinter den sich sein Oheim Karl von England stellte. Aber der Wittelsbacher geriet bei seiner Reise von England nach dem Elsaß Richelieu in die Finger, der ihn vorsichtiger Weise einstweilen in Vicennes hinter Schloß und Riegel setzte.

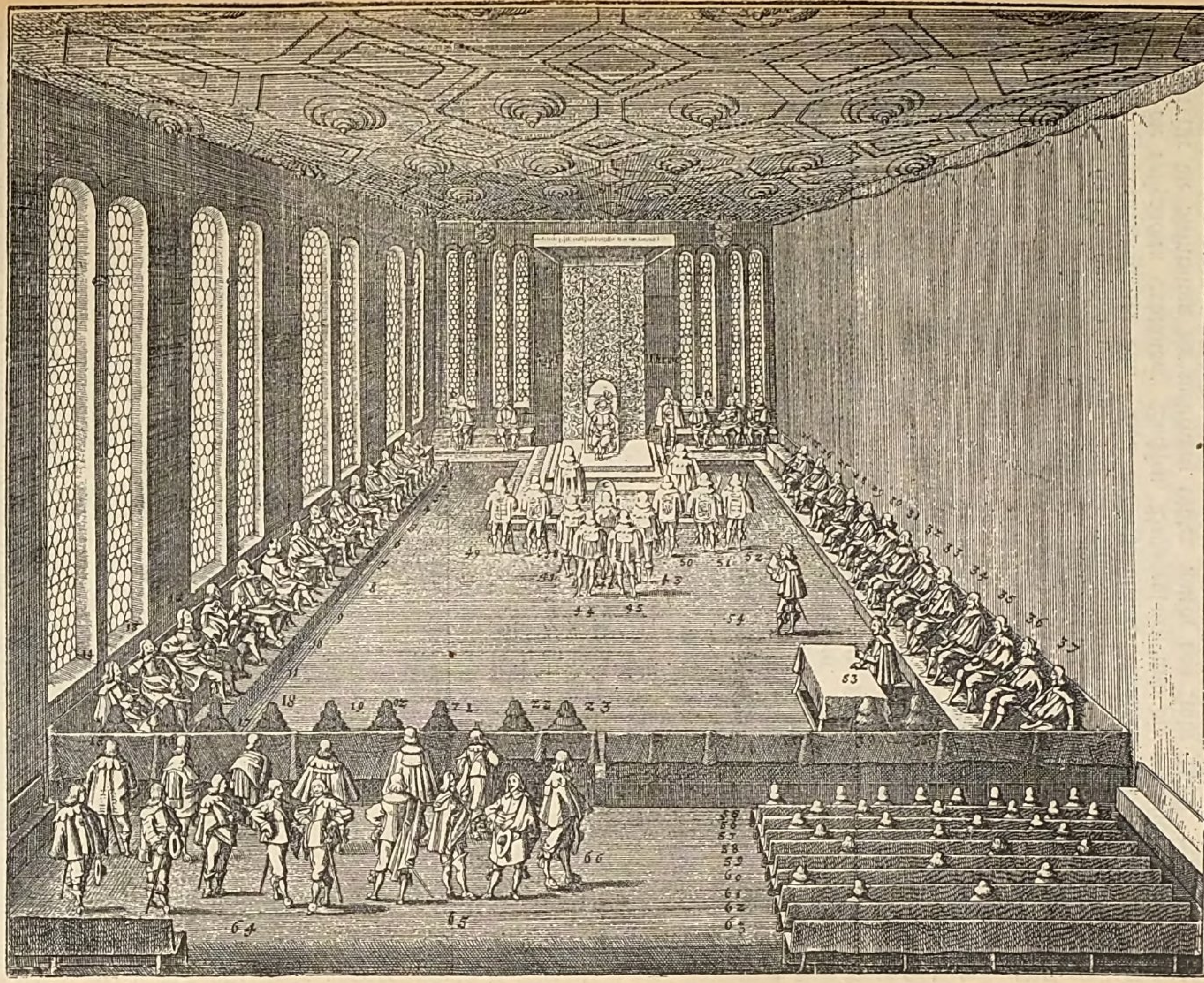
Wie dem Heere Bernhards gegenüber gewann Frankreich auch nach anderer Seite einen Vorsprung. Bernhards Plan von einer deutsch-protestantischen Mittelpartei war mit ihm ins Grab gesunken. So setzten denn von französischer und kaiserlicher Seite die Bewerbungen da ein, wo Bernhard einem eigenen Leben die Bahn zu eröffnen gesucht hatte, und in erster Linie handelte es sich dabei um die Stellungnahme Hessen-Kassels. Die Landgräfin Amalie Elisabeth hatte, wie erinnerlich, einen Waffenstillstand mit dem Kaiser geschlossen. Daraus sollte nun ein Friede und ein Bündnis werden. Und so forderte die Landgräfin Einschluß der Reformierten in den Prager Frieden. In Wien besann man sich, dann lehnte man das ab. Aber andere Katholiken drängten zur Bewilligung dieser Forderung, so namentlich die Kurfürsten von Mainz und Bayern. In Wien besann man sich noch einmal, dann gab man nach, aber zu spät. Die Landgräfin hatte bereits mit Frankreich paktiert. Sie verpflichtete sich, ein Heer von 5000 Mann zu Longueville stoßen zu lassen. Mit dem Tode ihres Führers hatte die dritte Partei Haupt und Halt verloren. Sie schloß den Waffenbund mit den Fremden.

Vergebens waren die Anstrengungen des Kurfürsten von Mainz, der zum 4. Januar 1640 einen Kurfürstentag nach Nürnberg berufen hatte, Hessen-Kassel, wie Braunschweig-Lüneburg auf kaiserlicher Seite festzuhalten. Auch sonst brachte es dieser Kurfürstentag zu keiner Entscheidung. Mit Zustimmung des Kaisers ward der Entschluß gefaßt, endlich nach langer Zeit wieder einmal einen Reichstag zu berufen. Im Jahre 1613 hatte der letzte stattgefunden. Der jetzige sollte am 26. Juli 1640 in Regensburg zusammentreten. Das deutsche Volk, voll tiefster Friedenssehnsucht begrüßte die Berufung mit Freude, aber außer dem Markgrafen Wilhelm von Baden fand sich in der Donaustadt kein einziger Reichsfürst persönlich ein.

So bot dieser Reichstag schon gleich von Anfang ein trauriges Bild. Die Amnestiefrage erhitzte die Gemüter auf das heftigste. Dennoch kam es zu einer vorläufigen Einigung. Darauf trugen die Protestanten ihre alten Beschwerden vor, die Katholiken erwiderten mit den ihrigen. Aber man merkte, daß die allgemeine Not einander näher geführt hatte. Die Sprache auf dem Reichstag blieb gemäßigt, die Katholiken hörten auf, die Existenzberechtigung der Protestanten zu bekämpfen. Ein Umstand ist dabei im Auge zu behalten. Die Vertreter von Braunschweig und Hessen-Kassel beharrten auf der Forderung allgemeiner Amnestie, d. h. sie nahmen sich der Kinder des geächteten Pfalzgrafen, wie aller in diesem Kriege Geächteter an. Hinter diesen Mächten stand Frankreich. Hier war der Punkt, an welchem die Bewegung im Gange erhalten werden sollte. So kündigte der Kaiser den Vertretern dieser Reichsfürsten das freie Geleit und befahl ihnen, nach Hause zurückzukehren.

Die Königin Christine von Schweden hatte als Ort zur Beratung des allgemeinen Friedens die Städte Münster und Osnabrück vorschlagen lassen. Der Kaiser nahm den Vorschlag an. Und so konnte nach einem Jahre langwieriger Verhandlungen der Reichstag im Oktober 1641 geschlossen werden. Der Reichstagsschluß lud alle Stände zur Beschickung des Friedenskongresses ein. Von der allgemeinen Amnestie sollten ausgeschlossen bleiben die kaiserlichen Erbländer, Sachsen, Brandenburg und die pfälzische Sache. Als Termin für die Restitution der weltlichen Güter wurde das Jahr 1630, der geistlichen der 12. November 1627 in Aussicht genommen. Zur Fortsetzung des Kriegs hatte der Reichstag einstweilen 120 Römermonate bewilligt.

In diese Beratungen aber waren zwei Trompetenstöße gedrungen, der eine das Buch des Hippolithus a Lapide (Philipp Bogislaw Chemnitz) „über das Staatswesen in unserm römisch-germanischen Kaiserreich", der andere der Angriff Banérs auf Süddeutschland. Das erste gab einen Abriß der Reichsverfassung. Schon vor Chemnitz hatte



Der Reichstag in Regensburg im Jahre 1640.

Johann Limnäus, der als Hofmeister in die Dienste des Kulmbachischen Kanzlers von Feilitzsch trat, und sich von dieser Grundlage aus zum geheimen Rat und Kämmerer am Ansbachischen Hofe emporschwang, ein umfassendes Werk über das deutsche Staatsrecht begonnen (1629—1645), das erste in diesem Sinne, welches seinem Verfasser den Ehrennamen eines „Patriarchen des Staatsrechts" und eines „Orakels im öffentlichen Recht" eintrug. Er führte da durch, daß das deutsche Staatsrecht nur auf deutschem Gesetz und Herkommen beruhen könne, und alles fremde Recht auszuweisen sei, daß die kaiserliche Gewalt keine schrankenlose, sondern gesetzlich gebundene, daß die Form des Reichs keine monarchische, sondern eine mit aristokratischen Elementen bedeutend vermischte sei. Auf diese Punkte lenkte er die Aufmerksamkeit, und Chemnitz setzte nun da den Hebel an. Seine Arbeit aber trat sofort aus der Theorie ins Leben hinaus. Mit großartiger Leidenschaftlichkeit warf sich Chemnitz der unersättlichen habsburgischen Herrschsucht entgegen, welche die deutsche Fürstenaristokratie in eine Monarchie umgewandelt habe. Die fast unbeschränkte Landeshoheit der deutschen Territorien, deren Herstellung der gegenwärtige Krieg bezwecke, sei ein uraltes Recht. In der Verdrängung der Habsburger von deutschem Boden erblickte er das alleinige Heil. Nicht Frieden, sondern erneuten Haß gegen Habsburg predigt das Libell, und so fanden die großen Gegensätze auch litterarisch ihren bedeutsamen Ausdruck. Chemnitz stand in schwedischem Dienst. Ueber die angedeuteten Punkte wogte der Streit nun fort; wir werden dem Wasser, das aus dieser Quelle sprudelnd emporschoß, noch öfter begegnen. Hier sei nur noch auf ein anderes Anzeichen einer möglichen künftigen Lebenserneuerung hingewiesen, auf den von Limnäus handschriftlich hinterlassenen Fürstenspiegel, in dem uns ein Vorläufer des „Antimacchiavell" vor Augen tritt. „Der Fürst lasse sich nicht bereden, daß seine Reputation an großem Hofhalt oder prächtigen Aufwärtern liege, denn solche Aufwärter sind gute Hochzeitsgäste, sie helfen das Land nicht vermehren, sondern verzehren", meinte der treffliche Mann und wies damit in eine Richtung, aus der einst jener von Frankreich und dem Süden ausgehenden des Fürstenabsolutismus die deutsche Antwort entgegenströmen sollte.

In dem Angriffe Banérs auf Süddeutschland schienen die Theorien des Chemnitz ihre praktische Ausführung finden zu sollen. Als die kaiserlich-bayerische Armee sich Ende 1640 wieder in die Winterquartiere nach Franken, Bayern und Schwaben zurückgezogen hatte, faßte Banér den kühnen Entschluß, den Regensburger Reichstag zu sprengen. Mitten im Winter brach er aus Niedersachsen auf, rückte durch Franken und die Oberpfalz gegen Regenstauf, von da am 21. Januar 1641 gegen Regensburg selbst. Die hartgefrorene Donau erleichterte den Schweden den Uebergang über den Strom. Aber der Kaiser hatte sich vorgesehen, die Donaustadt in Verteidigungszustand gesetzt, und bald war auch die kaiserliche Armee zur Stelle. Banér trat den Rückzug längs der böhmischen Grenze an. Am 21. Mai 1641 ist der schwedische Feldherr gestorben. An seine Stelle trat bald Linnard Torstensson, der genialste Schüler Gustav Adolfs, welcher den Glanz der schwedischen Waffen noch einmal zu hellem Leuchten brachte.

In Lüneburg war Herzog Georg am 2. April gestorben. Die Kaiserlichen benützten die Zeit zu neuen Verhandlungen mit den Welfen. Aber man kam nicht vorwärts. So rückten Erzherzog Leopold Wilhelm und Piccolomini gegen Wolfenbüttel vor, wurden aber von den welfischen, schwedischen und französischen Truppen geschlagen. Doch auch der Feind hatte große Verluste erlitten, und so nahmen die Herzoge von Braunschweig und Braunschweig-Lüneburg den Prager Frieden an (16. Januar 1642).

Während der Kaiser nach dieser Seite an Terrain gewann, verlor er andrerseits die bisherige Bundesgenossenschaft des brandenburgischen Hauses. Kurfürst Georg Wilhelm war am 1. Dezember 1640 gestorben. Sein Sohn und Nachfolger Friedrich Wilhelm wandte sich von der bisherigen Politik Brandenburgs ab. Es wurde ihm dies erleichtert durch den am 14. März 1641 erfolgenden Tod des unter seinem Vater allmächtigen Ministers, des katholischen und kaiserfreundlichen Grafen Adam zu Schwarzenberg. Neutralität und Politik der freien Hand, das war die natürliche Wendung, zu der dieser junge Staat nun zurückkehrte. Ein Zusammenfassen der auseinanderbrechenden Teile,

der brandenburgischen Kurlande mit Preußen und den Jülicher Ländern, von denen jenes an Polen zurückzufallen, dieses sich an die Niederlande anzuschließen die Neigung erneuerten, war die erste Aufgabe des jungen Kurfürsten. So trat er mit Schweden in Unterhandlungen, welche am 24. Juli 1642 zu einem zweijährigen Waffenstillstand und dann zur Verlängerung desselben bis zum Frieden führten. „So genoß die Mark Brandenburg schon jetzt die Wohlthaten des Friedens, nach denen das übrige Deutschland vergeblich seufzte."

Entscheidende Wendungen brachten die folgenden Jahre in der Konstellation der Mächte. Zunächst befestigte Frankreich sein Bündnis mit Schweden abermals am 30. Juni 1641. Dann aber trat mit dem Aufstand der Catalonier und Portugiesen die unnatürlich ausgedehnte spanische Monarchie in ein neues Stadium der Zersetzung. Wie im Norden des Kontinents das seefahrende Volk der Holländer, so gewann nun im Süden das seefahrende Volk der Portugiesen die Freiheit von spanischer Herrschaft. Der Herzog von Braganza wurde zum Könige proklamiert. Richelieu trat mit den Aufständischen in ein enges Bündnis.

Gleichzeitig entzündete sich aber auch in Frankreich ein Aufstand unter der Führung einiger unzufriedenen Großen, so der Herzoge von Bouillon und Guise, wie des Grafen von Soissons. Aber Richelieu wurde desselben bald Herr. Anderenteils erwehrte sich Don Fernando wieder der französischen Angriffe in den Niederlanden und brachte außer andern Erfolgen dem Marschall Guiche bei Honnecourt (26. Mai 1642) eine Niederlage bei. Das bestimmte den bereits zum Frieden mit Spanien neigenden König zu energischer Fortsetzung des Krieges.

Eine Aussicht führte endlich aus diesen Verwicklungen hinaus. Frankreich und Schweden hatten mit dem Kaiser einen Präliminarfrieden geschlossen. In Münster und Osnabrück sollten am 25. Mai 1642 die engeren Verhandlungen beginnen. Aber zum Waffenstillstand verstand man sich nicht. Es wurde weiter gekämpft, da man allseitig hoffte, der Kampf werde die Vorteile des Friedens vergrößern.

Der Marschall Guébriant hatte sich im Januar 1642 in den Jülicher und Klevischen Landen festgesetzt. Der kaiserliche Feldherr Lamboy eilte herbei, wurde aber bei Hulst (zwischen Kempen und Krefeld) vollkommen geschlagen (17. Januar). Neuß öffnete dem Sieger die Thore, und Guébriant schaltete im Herzogtum Jülich und dem Erzbistum Köln wie in einer eroberten Provinz. An die Stelle Lamboys, der in Gefangenschaft geraten war, traten Hatzfeld und Johann von Werth, der endlich gegen Horn ausgeliefert worden war, und nun vom Kaiser und dem Herzog Maximilian zum Generallieutenant der Reiterei bei der Reichsarmee ernannt wurde. Den beiden gelang es, Guébriant nach Niedersachsen hinabzumanövrieren, aber eine Entscheidung folgte nicht.

Dagegen tauchte in dieser Zeit noch einmal der Plan einer engeren Liga der katholischen Reichsstände unter der Führung von Bayern auf. Maximilian sah keinen Ausweg mehr, als den Frieden mit Frankreich und Schweden. Er glaubte denselben durch Verpfändung eines Teiles von Pommern an Schweden, durch Aufgeben des Waffenbundes mit Spanien gegen Frankreich und Holland erreichen zu können. Dazu aber sollten die Kräfte des Reiches selbst wieder zusammengefaßt werden, und das wollte Maximilian durch weitgehende Zugeständnisse an die protestantischen Stände erreichen. Eine solche Einigung hätte dann auf die fremden Mächte in gleicher Weise wie auf den Kaiser ihren Einfluß geltend zu machen gehabt. Ferdinand III aber hielt mit aller Zähigkeit am spanischen Bündnisse fest, und seine Lässigkeit in Bezug auf die Heeresleitung dauerte fort. Erregten diese Umstände Maximilians Unwillen, so die Eingriffe der kaiserlichen Regierung in die Reichsverfassung und die ständischen Rechte sein Mißtrauen. „Schon 1639 faßte er daher den Gedanken, daß die Stände nötigenfalls den Kaiser, soweit es nur ihre Pflicht gegen denselben gestattete, zwingen müßten, die unerläßlichen Reformen im Heerwesen vorzunehmen, sein Reichsregiment zu bessern und vor allem das spanische Bündnis aufzugeben, denn, schrieb er, ‚wo es am Haupte mangelt, da müssen die Glieder selbst sich erhalten, wenn sie nicht den ganzen Leib wollen in die Grube kommen lassen.'"

Auf dem Nürnberger Kurfürstentage (1640) und dem ihm folgenden Reichstage arbeitete er in dieser Richtung. Jetzt versuchte er eine Vereinigung der westdeutschen Stände zur Verteidigung Westdeutschlands. Köln, Mainz und Bayern sollten eine gesonderte Armee aufstellen, deren Leitung von der kaiserlichen gänzlich getrennt sein und vor allem den Schutz des Bundesgebietes im Auge haben solle. „Dem Kurfürsten von Bayern wollte man den bayerischen, fränkischen und schwäbischen Kreis zuweisen, Hatzfeld sollte mit seinem Korps am Rhein verbleiben, aber den Befehlen von Kurmainz, Köln, Trier und Pfalz-Neuburg folgen, die kaiserlichen Immediattruppen dagegen in die kaiserlichen Erblände zurückkehren." Das Projekt kam in diesem Umfange nicht zur Ausführung, aber es wirkte soweit, daß der Kaiser die Anbahnung der Friedensverhandlungen mit Frankreich fester in die Hand nahm.

So sehen wir Maximilian noch einmal energischer hervortreten. Es dauerte dies auch in der Folgezeit an. Aber wir erwarten nicht, daß dem Greise und dem gänzlich erschöpften Lande gelingen werde, woran der Mann in seiner kraftvollen Rüstigkeit und Energie trotz der verhältnismäßig reichen Mittel, die ihm ehedem sein Land noch bot, gescheitert war. Die bayerische Macht als vereinende Centralmacht in Deutschland ist ein Ding der Unmöglichkeit geworden. Wer jene lange Reihe der Entwicklung zurücksieht bis auf die Zerreißung Bayerns unter Friedrich I, dem Staufer, wird die Ursache davon erkennen, die Wittelsbach hinderte, in Deutschland das Erbe der Staufer anzutreten: es war die eine Thatsache, daß Bayerns Wachstum seinen natürlichen Ausweg nach Osten verlor, daß es sich spaltete in ein West- und Ostreich, von denen keines die genügende elementare Kraft besaß, die von der Natur bestimmte Entwicklung in siegreichem Gange zu erhalten. An diesem Grundübel krankte die Entwicklung Bayerns und Oesterreichs durch die Jahrhunderte, und ein neues Hervortreten Maximilians kann auch jetzt nichts anderes zur Folge haben, als daß die feindlichen Kräfte abermals ihren Stoß gegen diese konservativ stabile Macht unternehmen werden.

Noch im Jahre 1642 richtete sich der neue schwedische Angriff unter Torstensson direkt gegen die habsburgischen Länder. Aus Niedersachsen vorbrechend schlug er den kaiserlich gesinnten Herzog von Sachsen-Lauenburg bei Schweidnitz. Bis Olmütz drang er vor und nahm die Festung. Dann wandte er sich nach Schlesien zurück, eroberte Oppeln und bestürmte Brieg. Mittlerweile traten ihm der Erzherzog Leopold und Piccolomini in Schlesien entgegen. Torstensson zog sich zurück. Er vereinigte sich mit den schwedischen Generalen Königsmark und Wrangel und zog dann gegen Leipzig. Am 1. November trat ihm der Erzherzog auch hier gegenüber. Der Schwede nahm die Schlacht auf dem blutgetränkten Felde bei Breitenfeld an. Am 2. November erlag hier die kaiserliche Armee den schwedischen Streichen.

Der Kaiser war in verzweifelter Lage. Aber diesmal standen ihm wenigstens die deutschen Fürsten in überwiegender Mehrzahl zur Seite. So gelang es ihm notdürftig, die Lücken seiner Heeresmacht zu ergänzen.

Ferdinand III hatte mittlerweile daran gearbeitet, die Friedensverhandlungen in Gang zu bringen. Aber Frankreich und Schweden zögerten. Es ist bezeichnend, daß man nun von Wien aus die Theologen noch einmal ins Feld schickte. Der Provinzial des Predigerordens, Georg von Herberstein ging nach Paris, um dem Könige ins Gewissen zu reden. Aber Herberstein fand den Kardinal Richelieu nicht mehr am Leben. Am 4. Dezember 1642 war der große Mann gestorben. Ihm folgte nach seinem letzten Wunsche der Kardinal Mazarin. Aber auch Ludwig XIII folgte seinem ersten Minister bald ins Grab. Am 14. Mai 1643 starb er mit Hinterlassung eines noch unmündigen Sohnes. Die Habsburgerin Anna räumte Mazarin die allmächtige Stelle Richelieus ein, und wenn auch die Lage der Dinge manche Schwankungen hervorrief, der Geist der Politik Richelieus lebte fort. Dies erfuhr Herberstein alsbald. Er wurde von Mazarin kurzer Hand abgewiesen. „Es zeugte von der Einfalt des kaiserlichen Kabinets, wenn es mit Berufung auf die Religion und das Gewissen den Franzosen zumutete, die Beute, die sie mit ungezählten Millionen Geldes und mit dem Blut von Hunderttausenden zu erringen suchten, fahren zu lassen. . . . Vielleicht ist dies der letzte religiöse Appell einer

Großmacht an eine andere feindliche gewesen, dem die leise Hoffnung eines Erfolges beiwohnte." Aber wir erkennen an dem Erfolge, wie diese alte mittelalterliche Denkart fast vollkommen ausgeklungen war.

Das Hervortreten Bayerns, die Niederlage des Kaisers bei Breitenfeld lenkten die Augen der Gegner wieder gegen Süden. Seit dem September 1638 war als Generalfeldzeugmeister der Lothringer Franz Freiherr von Mercy in die Dienste des Kurfürsten von Bayern getreten, wohl der genialste Manövrierkünstler, welchen diese eiserne Zeit hervorgebracht. Die Verteidigung des bayerischen, schwäbischen und fränkischen Kreises hatte Maximilian mit aller Umsicht zu ermöglichen gesucht. Noch einmal hatte er eine Armee von 20000 Mann auf die Beine gebracht. Die am 21. Juli 1643 in Ulm versammelten Stände der drei Kreise hatten beschlossen, den Unterhalt dieser Armee bestreiten zu helfen.

Während des ganzen Jahres 1643 bemühten sich die Gegner, den Eingang in Bayern zu gewinnen. Torstensson wollte von Nordosten her nach Süden vordringen, um vereint mit Guébriant den Kurfürsten Maximilian zu erdrücken. Allein die Belagerung von Freiberg hielt in auf, und so gelang es Mercy, von Johann von Werth und Karl von Lothringen unterstützt, die Franzosen unter Guébriant aus Württemberg zu vertreiben. Werth verfolgte sie bis an den Rhein (Februar). Ein zweiter Vorstoß Guébriants wurde abermals abgeschlagen, und vor Mercy und Werth mußten die Franzosen bis in den Elsaß zurück (Mai). Das war dieselbe Zeit, als der Herzog von Enghien mit dem Siege der Franzosen und Holländer über die Spanier bei Rocroy seine später so glänzende Laufbahn eröffnete (19. Mai). Der „große Condé", wie er nachmals genannt wurde, damals erst 22 Jahre alt, trat als Heerführer der Franzosen mit diesem Siege auf den Plan. Seine erste That war die Vernichtung einer spanischen Armee von fast 30000 Mann. Die Folge des Sieges war die Eroberung von Diedenhofen (10. August), des Bollwerkes von Luxemburg.

Enghien verstärkte nun die Armee Guébriants, und dieser unternahm einen dritten Anlauf gegen Süden. Zwar fiel die Festung Rottweil, aber der Führer selbst wurde verwundet und starb. An Guébriants Stelle übernahm der holsteinische Graf Josias Rantzau einstweilen das Kommando. Aber er fand Mercy auf dem Posten. Bei Tuttlingen erlitt das französisch-weimarische Heer am 24. November eine vollkommene Niederlage. Die Stadt wurde von der Reiterei (Johann von Werth) „so behend umringt, daß niemand heraus kommen können", und die Armee so aufgestellt, „daß denen in der Stadt ohne Hazard hinter sich gar kein Entsatz zukommen, weniger aber die von außen, nämlich die Franzosen, so zu und bei Möhringen gelegen, noch Rosen, der zu Mühlheim logiert, sich der Enden mit einander conjugieren könnte." Das ganze weimarische Heer war tot oder gefangen, und Rosen erlitt selbst noch eine empfindliche Niederlage durch Mercys Bruder und den bayerischen Obersten Johann von Sporck, der, ein geborener Westfale, sich von der niedrigsten Herkunft zu hohen militärischen Würden emporgeschwungen.

Nach diesem Siege stießen die Bayern gegen den Rhein vor. Ueberlingen mußte nach harter Belagerung kapitulieren (20. Mai 1644); Mercy und Werth rückten gegen Freiburg. Aber Turenne war abgesandt worden, sie zu vertreiben, und mit Turenne verband sich nun Enghien. Trotzdem mißlang der Angriff der Franzosen auf Freiburg, wo Mercys Kunst der Verschanzung eine unangreifbare Stellung geschaffen hatte. An diesen Schanzen prallte der Angriff Enghiens ab. Die Bayern hielten sich in einem Treffen, das so furchtbar blutig und mörderisch verlief, wie der lange Krieg es noch nicht gesehen. Mercy brach gegen Villingen auf, die Franzosen wandten sich den Rhein hinab. Philippsburg fiel, dann Mannheim, Worms, Oppenheim, Mainz, Bingen, Kreuznach. Der ganze Mittelrhein war in den Händen der Franzosen, während man in München immer mehr einsah, daß man über die Verteidigung nicht hinauskönne. Friede — das war der Gedanke, der nun um so lebhafter wurde, als die Kaiserlichen von den Schweden in die furchtbarste Lage getrieben wurden.

Torstensson hatte im Jahre 1643 in Schlesien und Mähren gehaust. Hier stand ihm Gallas gegenüber, der an die Stelle Piccolominis getreten war. Der „Heerverderber",

der sich alle Tage seinen ausgiebigen Rausch verschaffte, richtete nicht viel aus. Im September war dann Torstensson plötzlich nach Holstein aufgebrochen. Christian IV von Dänemark hatte seiner langverhaltenen Eifersucht nachgegeben und sann auf Krieg gegen Schweden. Dem kam Torstensson zuvor, indem er in Holstein einbrach. Gallas rückte ihm erst im Juli 1644 an die Elbe nach, da ihn ein Aufstand Georg Rakoczys von Siebenbürgen zurückgehalten hatte. Torstensson brach nun wieder nach Deutschland auf, Gustav Wrangel und Horn führten den dänischen Krieg weiter, der im folgenden Jahre zu dem für Christian IV nachteiligen Frieden von Brömsebroe führte (22. August 1645). Und Gallas zog getreulich wieder hinter Torstensson her, verlor aber dabei fast seine ganze Armee.

Durch Sachsen bewerkstelligte Gallas den Rückzug nach Böhmen, Torstensson folgte. (Januar 1645). Böhmen lag wehrlos vor ihm. Götz eilte herbei, Bayern sandte den General von Werth und den Obersten Sporck dem Kaiser zu Hülfe. Ferdinand selbst eilte nach Prag, um den Widerstand zu organisieren. Aber Torstensson wand sich am kaiserlichen Heere vorbei über Eger, Pilsen nach Budweis. Oberösterreich, Wien war sein Ziel. Die Kaiserlichen rückten nach. Bei Jankau, drei Meilen von Tabor erreichten sie den Feind. Am 6. März 1645 kam es zur Schlacht, die der kaiserlichen Armee ein Ende machte. Nur Johann von Werth rettete sich mit etwa 7000 Mann. Götz war gefallen, Hatzfeld gefangen. Der Kaiser flüchtete in die Oberpfalz, von da nach Regensburg, von da in die deutschen Erbländer. Innerhalb weniger Wochen war ganz Böhmen, Mähren und Oesterreich bis an die Donau erobert. Bis in die Nähe von Wien schweiften schwedische Truppen. Gleichzeitig stieß Rakoczy von Osten abermals vor.

In dieser Zeit der höchsten Not war es, daß Ferdinand III sich wieder Bayerns erinnerte. Er kannte des Kurfürsten Sehnsucht nach Frieden. Es war zu erwarten, daß er jetzt vielleicht einen Sonderfrieden eingehen würde, zu dem Frankreich bereit gewesen wäre, zu dem seine Landstände, seine Unterthanen, Offiziere und Räte, ja selbst seine Gemahlin ihn drängten. Um es nicht dahin kommen zu lassen, bot Ferdinand III für den Fall ausgiebiger Hilfe einen Teil von Schlesien oder von Böhmen dem Kurfürsten als Pfand an. „Nur die Unmöglichkeit für Maximilian angesichts des von Frankreich ihm drohenden Angriffs auf das Anerbieten einzugehen, rettete Böhmen vor einer Teilung." Maximilian hatte die Hand nicht mehr frei. Mit den Vorstößen Bayerns gegen Frankreich hatte sich die bayerische Politik in eine Richtung verbissen, welche für das Land vom höchsten Nachteil werden sollte.

Vor den Mauern Brünns kam Torstenssons Angriff zum Stehen. Seine Macht reichte nicht aus, das gewonnene Terrain zu behaupten. Er mußte zurück. So zog er nach Böhmen, als auch Rakoczy vom Sultan zum Frieden mit dem Kaiser genötigt worden war. Torstensson legte das Kommando nieder, und Gustav Wrangel trat an seine Stelle.

Aber nicht ohne Erfolg blieben die schwedischen Siege. Königsmark hatte sich auf Sachsen geworfen. Der Kurfürst sah sein Land unter den endlosen Raubzügen nutzlos verbluten. Er entschloß sich zum Waffenstillstand mit Schweden (6. September 1645). Kontributionen, Getreide, freier Durchzug und eine Besatzung Leipzigs und Torgaus mußte er dem Gegner zugestehen. Am 31. August setzte er den Kaiser von dem Abschlusse in Kenntnis. Der Waffenstillstand wurde dann bis zum allgemeinen Frieden erneuert.

Wir hörten von dem Eingreifen der Bayern auf den Schlachtfeldern am Rhein und in Böhmen. Aber Maximilian war nicht mehr von einem bleibenden Erfolge auf dem Kriegspfade überzeugt. Er drang in den Kaiser, Frieden zu schließen; er erklärte ihm, nur in dem Falle weiter ausharren zu wollen, wenn der Kaiser einen Teil der Kosten zum Unterhalt des bayerischen Heeres auf sich nehme; er dachte an ein Sonderabkommen mit Frankreich, denn Frankreich war bereit, ihn im Besitze der Kurwürde zu schützen, während ihm nicht sicher war, daß Spanien und der Kaiser sich seiner bei den Friedensverhandlungen annehmen würden. Man hat dem Kurfürsten Mangel an Patriotismus vorwerfen wollen, weil er in der Sorge um die eigene Existenz Kaiser und

Reich aufgeben wollte, aber sozusagen hatte der Kurfürst doch auch ein Land. Ein Volk war ihm anvertraut, für dessen Erhaltung die kaiserliche hohe Politik bisher nicht das mindeste geleistet. Und daß nun dem Kurfürsten der bayerische Patriotismus etwas näher rückte, als der kaiserliche, wäre an sich nicht zu verwundern. Aber daß Maximilian sich weder für die eine noch für die andere Richtung energisch entschloß, kann man ihm vorwerfen, wenn man auf Vorwürfe lüstern ist. Diese Unsicherheit und Unentschlossenheit — wir verstehen sie als das notwendige Resultat der ganzen Entwicklung Bayerns und Maximilians selbst — sollte dem Lande zum Verderben gereichen.

Auf die Nachricht von dem Siege bei Jankau brach Turenne gegen Bayern vor. Mercy wich zurück. Werth, von Jankau kommend, vereinigte sich mit ihm. Beide zogen nun gegen Mergentheim, wo der Feind stand. Am 5. Mai erfocht Mercy über die Franzosen einen glänzenden Sieg. Dieser Sieg war es, der Maximilian noch einmal an der Seite des Kaisers festhielt.

Die Hessen und Königsmark vereinigten sich mit den Trümmern des französischen Heeres. Aus Paris flog der Herzog von Enghien herbei. Am Neckar vereinigte er sich mit Turenne und den Hessen, und nun ging es abermals gegen Süden. Und nun entwickelte Mercy seine ganze Manövrierkunst. „In den zwei Feldzügen (1644 und 1645), in denen ich gegen Mercy gefochten, hat dieser nicht einen Schritt gethan, der nicht das Gepräge höchster Befähigung an sich getragen hätte. Er hat meine Entwürfe so genau vorher gewußt, als wäre er ein Mitglied meines Kriegsrates gewesen." So lautete das Urteil Condés über den Mann, dessen Laufbahn sich nun dem Ende zuneigte.

Bei dem Dorfe Allerheim in der Nähe von Nördlingen begegneten sich der französische Prinz und der lothringische Flüchtling am 3. August 1645. Turenne, Enghien und der Herzog von Grammont standen den deutschen Heerführern Mercy, Werth und Geleen gegenüber. Der Prinz begann den Sturm auf die bayerischen Stellungen, wie bei Freiburg seine Truppen unbarmherzig opfernd. Ganze Regimenter wurden niedergemacht, ohne daß es den Franzosen gelungen wäre, die Bayern zum Weichen zu bringen. Da sank Mercy, von einer Musketenkugel getroffen, nieder. In höchster Erbitterung stürzte Werth vor, trieb den rechten französischen Flügel zurück, verbiß sich aber in die Verfolgung. Gleichzeitig hatte Enghien mit den Hessen den rechten Flügel der Bayern geworfen. Die Schlacht ging den Deutschen durch den Schlachtenmut der Deutschen verloren, und Frankreich hatte die Ehre. Als der siegreiche Johann von Werth am Abend von der Verfolgung zurückkehrte, fand er die Seinen zerstreut, gefangen, tot. Er mußte sich auf Donauwörth zurückziehen. Aber auch der Gegner war so furchtbar dezimiert worden, daß er von weiterem Vordringen gegen Bayern für diesmal abstehen mußte. Die Franzosen zogen sich an den Rhein zurück, Geleen, der an Mercys Stelle getreten war, folgte ihnen.

Die Verhandlungen Maximilians mit Frankreich in den Jahren 1644 und 1645, zu denen der Kurfürst den Jesuitenpater Vervaux nach Paris entsendet hatte, waren resultatlos verlaufen. Die schwedischen Gesandten in Münster, davon in Kenntnis gesetzt, hatten vor den Ränken „dieses alten Fuchses" gewarnt, der nur Zeit zu gewinnen suche, um Frankreich zu betrügen. Man könne nicht eher ein gutes Vernehmen in Deutschland erwarten, als bis die beiden Herzöge von Sachsen und Bayern nicht mehr am Leben wären. Jetzt aber trat Maximilian ernstlicher vor. Er drängte den Kaiser zur Abtretung des Elsasses an Frankreich, um so den Frieden zu erreichen. Ferdinand III indes wies den bayerischen Hofkammerpräsidenten Mändl ab.

Maximilian dagegen mußte erwarten, daß, kam der Friede nicht alsbald zustande, Bayern abermals die nächsten und heftigsten Stöße würde aushalten müssen. So unterhandelte er mit Frankreich fort, aber nicht in der entschiedenen Weise, wie es die Gegner erwarteten. Wohl wies er seine Gesandten Dr. Ernst und Dr. Krebs an, die Abtretung des Elsasses an Frankreich zu befürworten, ja die Errichtung einer achten Kur für die Nachkommen Friedrichs V anzubieten. Er hoffte dadurch Frankreich für die Erhaltung seiner Kur und seiner Landerwerbungen zu gewinnen. Allein ein offenes Zurücktreten von der Seite des Kaisers schlug Maximilian nach wie vor aus. So blieb der Arg=

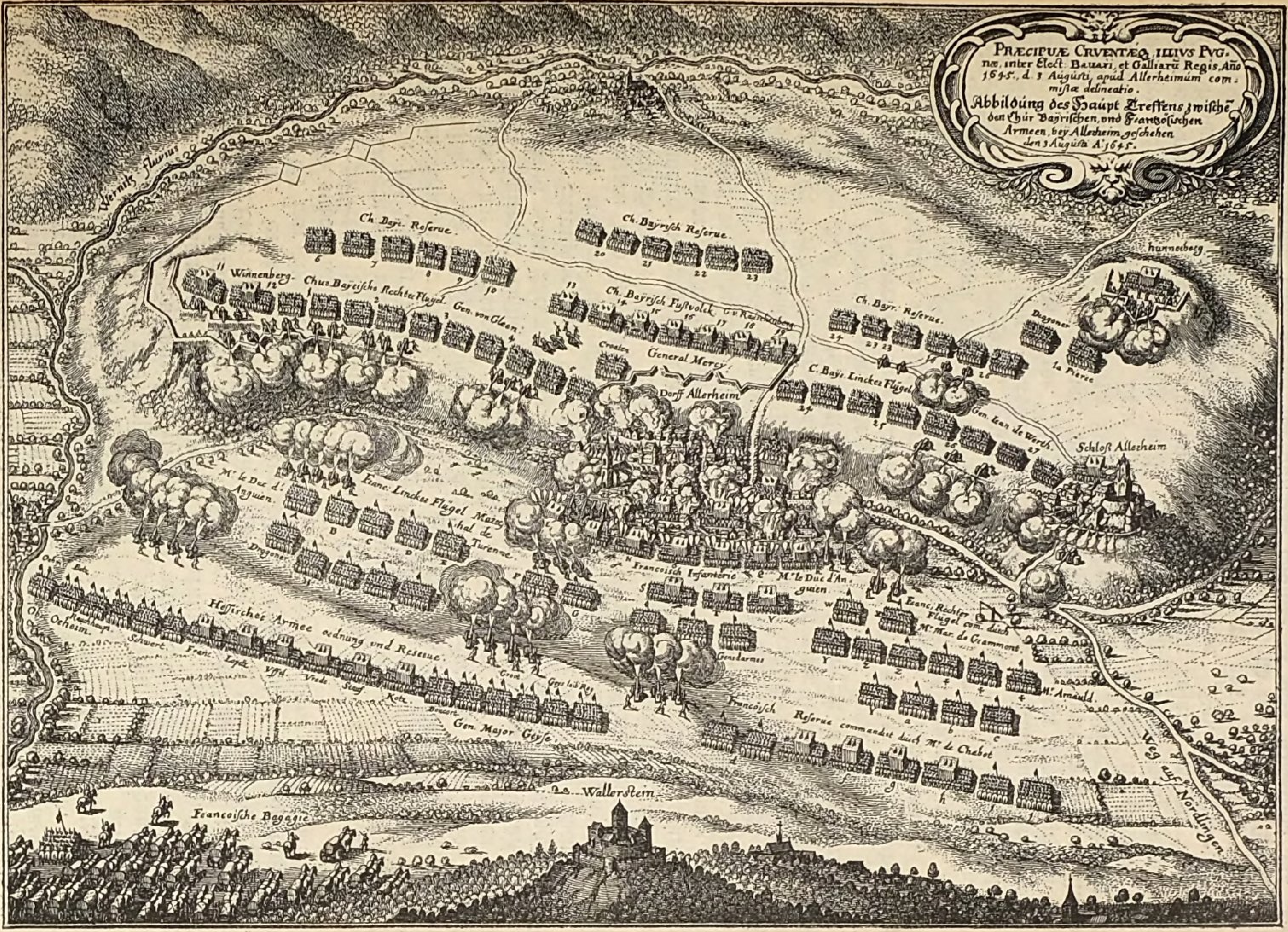
wohn bestehen, der Kurfürst suche nur Zeit zu gewinnen und die Gegner hinzuhalten.

Das Kriegsunheil brach von neuem los und ergoß sich diesmal mit furchtbarem Erfolg über das bayerische Land. Wrangel hatte den Plan Torstenssons aufgenommen und den Krieg wieder in die Erblande des Kaisers, nach Böhmen getragen. Hier trat ihm zu Anfang des Jahres 1646 Erzherzog Leopold Wilhelm entgegen, unterstützt von den Bayern unter Geleen und Werth. Der Krieg zog sich aus Böhmen heraus über Sachsen, Thüringen, Westfalen und Hessen, und im Juli vereinigte sich alsdann Wrangel mit den Franzosen unter Turenne bei Fritzlar. Die vereinigten Heere, an 40 000 Mann stark, wogten dem Süden zu. Aschaffenburg wurde erstürmt, der Zug brauste fort bis an die Donau. Augsburg wurde belagert. Es war dem Fall nahe. Die Schweden drangen über den Lech, über Pfaffenhofen stürmte das Unwetter bis Landshut und Freising an die Isar. Erschrocken floh der Kurfürst aus seiner Residenz nach dem festen Wasserburg. Es war eine greuliche Verwüstung, der das nun zum drittenmal so hart getroffene Land anheimfiel.

Als die kaiserliche Armee mit den Bayern zu Anfang Oktober an der Donau erschien, war Bayern eine verlassene Wüste. Zu Tausenden war das Landvolk mit Kind und Kegel in die Wälder oder über den Inn geflüchtet. Was zurückgelassen worden war, fiel den Feinden zur Beute. Aber auch jetzt hatte das Vorrücken der Kaiserlichen nur den Erfolg, daß sich Franzosen und Schweden nach Schwaben zogen und es dort ebenso machten, wie in Bayern. Die kläglichen Operationen der Kaiserlichen machten es sogar den Schweden möglich, im November noch einmal nach Bayern zurückzukehren. Im Kloster Bruck nahm Wrangel sein Hauptquartier. Bis Dachau und München, selbst bis Landshut, Straubing und Regensburg schweiften wieder die schwedischen Reiter, Weilheim wurde erobert, bis endlich Franzosen und Schweden das Oberland anfangs Dezember verließen und sich gegen Kaufbeuren und Kempten, Mindelheim und Memmingen bis zum Bodensee zogen. Auch der Winter machte dem Kriege kein Ende. Ueber Isny und Leutkirch wandte sich Wrangel gegen Bregenz, welches erobert wurde. Die Stadt Lindau wurde zu Wasser bedroht, hielt aber Stand. In der Schweiz fürchtete man einen Einfall der Schweden. Appenzell und Graubünden traten unter die Waffen. In Bregenz war es, wo den Schweden eine unermeßliche Beute, im Werte von angeblich vier Millionen, in die Hände fiel. Der Kaiser sah nun endlich die Unfähigkeit seiner Generale ein. Er rief den Erzherzog ab und betraute den alten Gallas, der immer noch seinen schwindenden Geist durch beträchtliche Zufuhren von Weingeist zu konservieren suchte, abermals mit dem Oberkommando. Er kam nicht mehr dazu, seine gestärkten Talente gegen den Feind zu verwerten, da er bereits am 25. April 1647 zu Wien starb. An seine Stelle trat Melander von Holzappel, ein Bauernkind aus Nieder-Hadamar an der Lahn, das der Krieg zum Grafen und kaiserlichen Oberfeldherrn emporwirbelte.

In dieser Verjüngung der alten deutschen Aristokratie, der wir in dieser bewegten Zeit auf Schritt und Tritt begegnen, liegt ein Bewegungsmoment jener großen Revolution eingeschlossen, welches in seiner geschichtlichen Tragweite und Bedeutung keineswegs genügend erforscht und erkannt wurde. Auch hier tritt ein Gesetz der physiologischen Entwicklung eines Volkskörpers zu Tage, dessen Erkenntnis wohl einer spezielleren Untersuchung wert wäre, denn auf dieser Verjüngung beruht jene Widerstandsfähigkeit der deutschen Aristokratie zum großen Teile mit, welche in den nächsten anderthalb Jahrhunderten sich zeigte; auf ihr beruht ebenso die Ermöglichung jenes adelig-bürgerlichen Kulturzusammenflusses, wie er sich nun langsam zu vollziehen begann und zur Unterlage des Aufschwungs des deutschen Lebens in neuerer Zeit wurde. Daß der „Heldendichter" Stramberg den Bauernsohn aus dem edlen Geschlechte derer von „Eppelmann" (griech. Melander) zu einem der ersten Deutschen erhob, der Deutschland vor fremder Knechtschaft zu retten suchte, beruht einfach auf der unklaren Einsicht in diese Bewegung aus dem Volksleben heraus, vor welcher der große Krieg die alten Standesschranken hinweggeräumt.

Maximilian war überzeugt, daß die kaiserliche Hilfe nicht ausreiche, sein Land vor plötzlichem Verderben zu retten. Im Januar 1647 traten in Ulm seine Gesandten mit



Die Schlacht bei Allerheim am 6. August 1645.

den Franzosen und Schweden in Unterhandlung um einen allgemeinen Waffenstillstand. Frankreich wollte denselben nur Bayern bewilligen. Schweden war jedem Vertrag entgegen. Die kaiserlichen Gesandten brachen die Unterhandlungen bald ab, als sie von den Forderungen der Gegner hörten. Ihr Bestreben ging nur mehr dahin, auch Maximilian vom Abschlusse abzuhalten. Aber der Kurfürst ging vorwärts, trotzdem der Kaiser ihm vorstellen ließ, daß gerade er seit vier Jahren das größte Hindernis des Friedens gewesen, indem er der Ansicht der Oesterreicher, man könne mit gutem Gewissen, um den öffentlichen Frieden zu erlangen, die geistlichen Stifter säkularisieren, entgegengetreten sei. Zugleich drohte man Maximilian mit einem Abschluß des Kaisers mit den Schweden. Maximilian ließ sich nicht schrecken. Die Rücksicht auf sein Land überwog alle andern in diesem Augenblick. So unterzeichnete er am 14. März den Waffenstillstand.

In demselben überließ Maximilian den Franzosen Heilbronn, den Schweden Memmingen und Ueberlingen, während er von letzteren Rain, Donauwörth, Wemding und Mindelheim zurückerhielt und Augsburg neutral erklärt wurde. Die von den Bayern besetzten württembergischen Festungen wurden Eberhard III wieder ausgeliefert. Das bayerische Heer trennte sich von den Kaiserlichen. Zum Unterhalt desselben erhielt Maximilian den ganzen bayerischen Kreis, die Oberpfalz, diesseitige Unterpfalz und das Bistum Eichstätt angewiesen. Nur die Oberpfalz sollte zum Durchzug der feindlichen Truppenkörper offen bleiben. So kehrte Maximilian nach seiner Residenz zurück, er brachte seinem Lande den lang ersehnten Frieden.

In Wien hatte man diese Wendung erwartet. Und so zeigte sich denn die habsburgisch-wittelsbachische Freundschaft wieder einmal in ihrer wahren Gestalt. Den Kurfürsten als Knecht und Vasallen Habsburgs zu betrachten, hatte man trotz der geistigen Ueberlegenheit Maximilians in Wien niemals aufgegeben. Nur in der Zeit der Not zeigte man ein freundlicheres Antlitz. Jetzt aber brach der Skandal los. Meineid, Bundbrüchigkeit, Majestätsverbrechen, das waren so Exklamationen, wie sie die Wiener Hofluft durchhallten. „Er habe sich eines schwärzeren Majestätsverbrechens schuldig gemacht, als selbst der so hart bestrafte Pfälzer." Die kaiserlichen Minister dachten ernstlich an die Aechtung des Kurfürsten. Aber damit nicht genug: hatte man den Kurfürsten nicht festhalten können auf kaiserlicher Seite, so wollte man wenigstens seine Armee haben.

Schon im Dezember hatte Ferdinand III dem Grafen Gallas Vollmacht erteilt, den Uebertritt der bayerischen Armee in kaiserlichen Dienst zu bewerkstelligen. Der Kaiser selbst richtete direkte Schreiben an die hervorragendsten Generale der bayerischen Armee, Rauschenberg und Johann von Werth, in denen er sie zum Uebertritt in seinen Dienst einlud. Maximilian arbeitete dem Kaiser damit in die Hände, daß er an die Stelle Geleens, der sein Oberkommando mißmutig niederlegte, den Grafen von Gronsfeld erhob. Damit verletzte er den Ehrgeiz Johanns von Werth, der diese Stelle für sich gefordert hatte. In Wien aber sprach man es offen aus, daß dem Kurfürsten über seine Armee keine Verfügung zustehe, sondern dieselbe eine kaiserliche sei und Ferdinand „ganz und gar absolute zugehöre." Es gibt heute noch Geschichtschreiber, welche dieser Ansicht beipflichten und von der „Berechtigung" des Kaisers reden, „sich des bayerischen Heeres zu bemächtigen," obgleich gerade diese Frage, ob Deutschland eine habsburgische Monarchie oder aber ein Föderativstaat war, damals eine der am heftigsten umstrittenen war. Für uns steht jedenfalls fest, daß die ganze bisherige Entwicklung Deutschlands unter der Führung Habsburgs nicht bis zur Verwirklichung und rechtlichen Fundierung der habsburgischen Ansprüche durchgedrungen war, sondern daß der Kaiser selbst mit den Fürsten Verträge schloß, die nicht auf Unterordnung dieser, sondern auf Gleichberechtigung hinwiesen. Und wenn das Zurücktreten Maximilians Verrat war, warum war dasjenige Brandenburgs und Sachsens nicht ebenso Verrat? Warum machte man da von Wien aus nicht den gleichen Versuch, den protestantischen Kurfürsten ihre Heere zu entführen? Dieses willkürliche Zufahren auf der einen Seite und das Zurückhalten auf der andern zeigt uns allein schon, wie es mit dem „Rechte" bestellt war. Nur die Macht entschied. Diese glaubte man in Wien dem Kurfürsten gegenüber zu haben, und darum schlug man

auf ihn los. Maximilian legte diese Gesichtspunkte selbst in einem Cirkularschreiben an seine Offiziere dar.

Die schlimmste Stellung nahmen in diesem Machtstreite jedenfalls die Heerführer der Bayern ein. Sie hatten sich dem Kurfürsten verpflichtet zum Dienste für den Kaiser. Trat Maximilian nun von diesem Dienste zurück, so war das Vorgehen Geleens das allein ehrliche, wenn man mit der kurfürstlichen Politik nicht einverstanden war. Aber Johann von Werth ging weiter. Er ließ sich auf die Lockungen des Kaisers ein, gab in Landshut seinen Offizieren und Obersten den Befehl nach Vilshofen zu marschieren. Von da hoffte er mit der bayerischen Armee den Weg nach Böhmen zum Kaiser zu finden. Die Obersten aber entdeckten den Anschlag, versagten den Gehorsam, da sie so wenig wie die Soldaten in die Dienste des schlecht zahlenden Kaisers treten wollten. Von sämtlichen Regimentern, selbst von dem eigenen, verlassen, mußte Johann von Werth mit seinem Generalwachtmeister Johann von Sporck flüchten. Allein, mit Schimpf und Schande bedeckt, kamen sie beim Kaiser an, der sie jedoch glänzend empfing und zu den ansehnlichsten Stellungen beförderte.

Bayern war aus der Reihe der kriegführenden Mächte ausgetreten. Wenn wir uns nun aber erinnern, wie gerade Bayern es war, welches dem böhmischen Kriege jene folgenschwere Wendung gegen die Reformierten und dann gegen den gesamten Protestantismus gab, so müssen wir sagen, daß Maximilian die Lage verkannte, in der er sich befand. Neutralität für diese Macht mit dieser Politik war ein Unding. Die Neutralität der Lutheraner war möglich, ja selbst die Neutralität Oesterreichs wäre auf dem Wege möglich gewesen, den einst Ferdinand I und Maximilian II vorzeichnete. Aber die Neutralität Bayerns war unmöglich. Und damit gewinnen wir einen Rückblick auf Maximilians bisherige Haltung. Nur als Sieger oder Besiegter konnte er aus dem Kampfe scheiden, den er selbst zu dieser Ausdehnung geführt hatte. Entweder für oder gegen den Kaiser war von Anfang an die Frage. Wir erinnern uns der eifrigen Bemühungen des Pfälzers sowohl wie Ferdinands II um den Münchener Hof. Aber Neutralität — das ging nie und nimmer. Entweder Politik oder Theologie — einen andern Weg gab's nicht. Und wenn jetzt Maximilian nach Neutralität verlangte, so können wir nur sagen, seine alte Spannkraft war gebrochen. Der alte Kanzler Dr. Richel war nicht der einzige, der offen auf die Unhaltbarkeit der Neutralität Bayerns hinwies. Er müsse sich entweder dem Kaiser oder den Franzosen und Schweden anschließen, das letztere würde Deutschland und Oesterreich und der katholischen Religion zu großem Nachteil, dem Kurfürsten aber zu ewiger Schmach gedeihen. Und Maximilian mußte erkennen, daß sein Schritt den allgemeinen Frieden nicht beförderte. Denn mit erneuter Gewalt drangen nun die Gegner auf den Kaiser ein, sie schnellten mit den Friedensbedingungen in die Höhe, es konnte nur die Frage sein, ob man den Kaiser zur Annahme derselben zwingen könne?

Im Juli 1647 war Holzappel gegen die Schweden aufgebrochen, welche unter Wrangel im Norden Böhmens standen. Kaiser Ferdinand war selbst bei dem Heere. Aber große Erfolge erreichte man einstweilen hier nicht. Wohl aber kam Maximilian zur Erkenntnis der Unhaltbarkeit der Neutralität. Spanien hatte im Beginn des Jahres 1647 einen Waffenstillstand mit den Holländern geschlossen und zeigte sich bereit, ihre Unabhängigkeit anzuerkennen. Die spanischen Kräfte wurden gegen Frankreich frei, dieses aber an wirksamem Vorgehen gegen den Kaiser gehindert. So lagen die Dinge noch unentschieden, als Maximilian den Entschluß faßte, den Waffenstillstand aufzugeben und sich dem Kaiser wieder anzuschließen (September). Ein Teil seiner Truppen rückte sofort nach Böhmen zum kaiserlichen Heere ab. Aber auch diesen Schritt that der Kurfürst nur halb. Nur den Schweden hatte er den Waffenstillstand gekündigt, mit Frankreich wünschte er ihn aufrecht zu erhalten. Frankreich wies ihn ab. Dann wurde Spanien nach einer andern Seite in Anspruch genommen. In Sizilien und Neapel, hier unter dem Fischer Masaniello, brach die Revolution aus und gelangte in Neapel zum Siege (Juli 1647).

Die Dinge standen ähnlich wie im Jahre 1646. Es galt den Franzosen und Schweden, ihre alte Position in Bayern wiederzugewinnen und den abtrünnigen Kur-



Das bayerische Heer erhebt sich gegen Johann von Werth, als dieser es 1647 seinem Kriegsherrn untreu machen und verräterisch zum Kaiser überführen will.

Nach dem Gemälde von Schabet.

fürsten zu züchtigen. Anfangs 1648 vereinigte sich Turenne mit den Schweden, da Wrangel allein gegen die kaiserlichen Erblande nun nichts mehr auszurichten vermochte. Die Donaugegenden wurden abermals als nächster Kriegsschauplatz ins Auge gefaßt. Durch Franken und Württemberg wälzte sich die französisch-schwedische Kriegsfurie gegen Süden. Die Kaiserlichen und Bayern wichen zurück bis an den Lech. Bei Zusmarshausen kam es am 17. Mai zu einem mörderischen Treffen, in welchem Holzappel fiel und die Kaiserlichen geschlagen wurden. Montecucculi übernahm das Kommando. Die Lechlinie war nicht zu halten. Man ging auf die Isar und Ingolstadt zurück, dann weiter an den Inn. Die Verteidigung Münchens ward unmöglich. Maximilian floh nach Wasserburg, dann nach Braunau, dann verließ er sein Land und ging nach Salzburg.



Karl Ludwig, Kurfürst von der Pfalz.

So weit war es bisher niemals gekommen. Es war ein grauenhaftes Wüten, dem das bayerische Land anheimfiel. Die Feinde folgten den Kaiserlichen bis an den Inn. Sie versuchten den Uebergang. Aber das Landvolk stand auf, Freund und Feind zu erschlagen, der in sein Land einbreche. Wrangel und Turenne mußten zurück, und die Kaiserlichen zogen ihnen wieder nach. Bei Mamming standen beide Armeen den ganzen Augustmond einander gegenüber. Dann ging Piccolomini, der am 9. Juni das Oberkommando übernommen hatte, vor. Die Schweden zogen sich über Landshut auf Erding, welches in Flammen aufging. Das Land sollte eine Wüste, der Kurfürst dazu gezwungen werden, von der kaiserlichen Sache zu lassen. Die Schweden folgten dem Befehl, sobald ihr Fuß auf bayerische Erde gekommen, alles zu verwüsten, nichts mehr zu schonen, die schrecklichste Rache an dem Fürsten zu nehmen, der durch seine Treulosigkeit das Friedensgeschäft aufhalte, auf's Wort. Entscheidungen fielen nicht mehr, obschon neben Piccolomini Johann von Werth wieder bei den Kaiserlichen stand, obschon Maximilian selbst einen neuen Feldmarschall für die Bayern an die Stelle Gronsfelds erhoben hatte, Adrian von Enkevort. Bei Dachau geriet man noch einmal am 6. Oktober hitzig aneinander, aber Wrangel hatte den Plan geändert.

Der geplante Angriff auf die kaiserlichen Länder hatte in Bayern seine Stoßkraft verloren. Nur dieses Land verfiel der greuelvollsten Verwüstung. Anders im Norden. Als Wrangel sich im Monat Mai gegen das kaiserlich-bayerische Heer wendete, trennte sich der General Königsmark von ihm und ritt mit 4000 Reitern durch die Oberpfalz

nach Böhmen. Es gelang ihm, Fuß zu fassen. Dann vereinigte sich mit ihm der Pfalzgraf Karl Gustav, der mit 4000 Mann und 20 Kanonen herankam. Ein früherer kaiserlicher Oberstlieutenant Ottowalsky wies ihnen den Weg nach Prag. Im Juli fiel die Kleinseite mit dem Hradschin in die Gewalt Königsmarks. Die Altstadt wurde allarmiert und setzte sich in Verteidigungszustand. Bürger und Studenten, selbst Mönche beteiligten sich mit Begeisterung an der Rettung der Stadt. So erwehrte sich der auf dem rechten Moldauufer gelegene Stadtteil der schwedischen Angriffe, obschon Königsmark eine weitere Verstärkung durch das Korps Wittenbergs erhalten hatte. Wittenberg wandte sich bald wieder von Prag ab. Er eroberte Tabor, er zog weiter gegen Linz, rechnend auf den Aufstand der oberösterreichischen Bauern. Die aber wollten von den „Befreiern“ nichts mehr wissen. Doch waren diese Erfolge in Böhmen hinreichend, die Thatkraft Piccolominis in Bayern gefesselt zu halten. Allzuweit durfte er sich nicht von der österreichischen Grenze abziehen lassen.

Am 25. Oktober unternahmen Königsmark und der Pfalzgraf den Sturm auf die Stadt Prag. Es wurde Bresche geschossen. Man drang ein. Aber Schritt für Schritt verteidigten die Bürger den Boden ihrer Vaterstadt. Die Angriffe wurden in den folgenden Tagen erneuert. Es war die Zeit, da Wrangel im Süden die Operationen plötzlich abbrach und sich nach der Oberpfalz wendete. Sein Plan war ersichtlich, von hier aus nun den in Bayern gescheiterten Angriff auf Oesterreich durchzusetzen. Da kam die Kunde von dem am 24. Oktober zu Münster und Osnabrück geschlossenen Frieden. Aber die Friedensglocken läuteten über ein furchtbar verwüstetes Land. Die geteilte Stimmung, die Trauer um die erlittenen Verluste und die Freude, daß das Morden nun endlich ein Ende nehmen sollte, drückte wie vielen andern, so namentlich dem zeitgenössischen Dichter Paul Gerhard die Leyer in die Hand zu einem Liede, das in Deutschland als ein Denkmal an jene furchtbare Zeit fortlebt. Wir begrüßen mit diesen Versen nicht nur das erste Anklingen eines neu erwachenden Lebens, sondern es spiegelt uns zugleich die Thatsache wider, wie sich in den verflossenen Jahrzehnten der Stürme die Nation vollständig mit religiösen Anschauungen angefüllt und durchsetzt hatte. Darum finde es hier als historisches Dokument seinen Platz:

Gottlob nun ist erschollen
Das edle Fried- und Freudewort,
Daß nunmehr ruhen sollen
Die Spieß' und Schwerter und ihr Mord!

Wohlauf und nimm nun wieder
Dein Saitenspiel hervor!
O, Deutschland, singe Lieder
Im hohen vollen Chor!

Erhebe dein Gemüte
Zu deinem Gott und sprich:
Herr, deine Gnad und Güte
Bleibt dennoch sicherlich.

Das drückt uns niemand besser
In unsre Seel' und Herz hinein,
Als ihr zerstörten Schlösser
Und Städte voller Schutt und Stein;

Ihr vormals schönen Felder,
Mit frischer Saat bestreut,
Jetzt aber lauter Wälder
Und dürre wüste Haid';

Ihr Gräber voller Leichen
Und blut'gem Heldenschweiß —
Der Helden, deren Gleichen
Auf Erden man nicht weiß.

Seit dem April des Jahres 1645 waren in Münster und Osnabrück die Kongresse eröffnet worden. Bei der Masse von Fragen, welche sich da zur Lösung herandrängten, war es nicht auffallend, daß eben ein großer Teil derselben unerledigt blieb. Namentlich gelang es nicht, den großen Gegensatz zwischen Frankreich und Spanien, der auf die deutschen Verhältnisse so tiefen Einfluß geübt, aus der Welt zu schaffen. Nach dieser Seite dauerte der Krieg noch über ein Jahrzehnt fort. Aber auch innerhalb Deutschlands blieben der Fragen eine Unmasse übrig, die auf spätere Erledigung harrten. „Das hätte nicht in dem Geiste des Zeitalters gelegen,“ sagt Erdmannsdörfer, bei dem Anlaß jenes großen Pacifikationswerkes etwa einmal von Grund aus aufzuräumen mit allen den unklaren, halbverschollenen, vielbestrittenen und zumeist jeder Thatsächlichkeit entbehrenden reichsrechtlichen Kompetenzen.“ Nicht Deutschland als solches zeigt uns nach dem Frieden ein festes, umschlossenes Bild, um seine Grenzen herum lagert ein „dichter historischer Nebel, gebildet aus verflüchtigten Resten verschollener Thatsächlichkeiten“ — wir brauchen

nur an das alte Lotharingen im Westen, an die burgundischen, arelatischen und italienischen Trümmerreste und im Norden und Osten an die wesenlos gewordenen Reichsrechte über Polen, Böhmen, Ungarn, an die verfallenen Trümmer der deutschen Ordenskolonie zu denken —, wohl aber steigen nun die einzelnen Territorien zu einer festeren Konsolidierung aus der chaotischen Bewegung allmählich empor. Und auf diese territorialen Veränderungen, welche der Friede brachte, wollen wir nun einen kurzen Blick werfen.

Da waren zunächst die kaiserlichen Erblande selbst. Was der Krieg geschaffen hatte, sollte der Friede nicht verderben, und so hielt Ferdinand III mit aller Zähigkeit daran fest, Herr des Schicksals zu bleiben, welches die böhmischen Exulanten getroffen. Der neue Rechtszustand, welcher durch Anerkennung der Gleichstellung von Katholiken, Lutheranern und Reformierten für das ganze übrige Reich in Geltung trat, blieb von den habsburgischen Ländern ausgeschlossen. Es ist nicht zu leugnen, daß der habsburgische Staat auf diese Weise zu einer festeren inneren Konsolidierung gelangte, die ihm die Fähigkeit der Verteidigung gegen Osten und Westen gleicherweise erhöhte. Wir werden die Erfolge davon namentlich den Türken gegenüber bald zu erwähnen haben. Andrerseits aber verloren die habsburgischen Länder damit ein Element der Fortentwicklung in geistiger und kultureller Beziehung, welches seit der Reformationszeit in erster Reihe stand. Oesterreich trat in die Defensive, in eine rein konservative Haltung zurück, und das allein mußte dereinst über seine Stellung zu Deutschland entscheiden.

Wenden wir den Blick von den österreichischen Kernlanden hinweg auf seine Außenmarken, so erinnern wir uns zunächst, daß der Sachsenstamm als Kolonisator an die Stelle des Bayernstammes in den Lausitzen trat. Das war eine Verzichtleistung, welche für die Entwicklung der beiden Stämme von höchster Bedeutung wurde. Wir erinnern im Vorübergehen daran, daß schon in damaliger Zeit die teilweise Entschädigung Schwedens, dann auch Brandenburgs durch Schlesien zur Sprache kam. Es ist ein Fingerzeig in die Zukunft.

Entsprechend diesem Zurücktreten Habsburgs in die Defensive verzichtete man auf die ferneren Versuche, die wir unter spanischer Führung noch von Erzherzog Leopold angestellt sahen, in der Schweiz wieder festeren Fuß zu fassen. Ihr wurde nun eine vom deutschen Reiche unabhängige Stellung im Frieden eingeräumt.

Sehen wir weiter auf den burgundischen Kreis, so hatten die sieben vereinigten Provinzen von Holland die Anerkennung als unabhängiger und souveräner Staat nach achtzigjährigem Kampfe endlich erreicht. Sie schieden aus der Oberhoheit Spaniens, aber auch des Reiches, während merkwürdiger Weise die südlichen, von Spanien behaupteten belgischen Niederlande, die Deutschland weit weniger stamm- und sprachenverwandt waren, im nominellen Verbande mit dem Reiche blieben.

Wie hier der burgundische Kreis in Trümmer fiel, so weiter oben am Rhein die letzten Reste des lothringischen Reiches. Ueber das vielumstrittene Grenzland Lothringen wagten die Diplomaten keinen entscheidenden Spruch. Der Friede zog nicht in dieses Land. Es blieb von den Franzosen besetzt, und sein Herzog führte den Krieg auf eigene Faust fort. Das lothringische Herzogtum verfiel. Des Landes bemächtigte sich Frankreich, während Titel und Herzogsgeschlecht sich in den unfruchtbar werdenden Schooß des habsburgischen Geschlechtes flüchteten.

Ueber den Elsaß dagegen sprachen sich die Friedensparagraphen aus. Aber auch hier brachte die Diplomatenarbeit nur das Gegenteil von unanfechtbarer Klarheit. Die ganze Kunst der Wortkrämer erstreckte sich darauf, die eben bestehenden thatsächlichen Verhältnisse in der Schwebe zu erhalten und die endgültige Lösung der Zukunft zuzuschieben. Thatsache aber war, daß der Elsaß ein von Frankreich erobertes Gebiet geworden. Der Frieden stipulierte dagegen nur, daß Frankreich in die Besitzungen Habsburgs im Elsaß eintreten, dieselben als souveränen Besitz erhalten sollte. Von einem Eintritt Frankreichs in die Reihe der deutschen Reichsstände wurde im Gegensatz zu Schweden abgesehen. Unzweideutig ward ferner die Abtretung von Breisach, wie das Besatzungsrecht von Philippsburg zugestanden. Wie aber stand es mit der Abtretung der „Landgrafschaft" in Ober- und Unterelsaß an Frankreich? Auch sie war habsburgischer Besitz. Ward

dieselbe nun als mittelalterliches Reichsamt oder als Landeshoheit aufgefaßt? Wie stand es ferner mit den zehn elsässischen Reichsstädten? Frankreich erhielt die Landvogtei über dieselben, aber die Reichsstädte selbst sollten dadurch an ihrem Charakter nichts einbüßen. Also das Amt ging an Frankreich als völlig souveräne Befugnis, aber die Städte, auf welche sich das Amt bezog, sollten beim Reiche verbleiben. Wir brauchen nicht weiter in diesen ungeheuerlichen diplomatischen Mischmasch einzudringen. Thatsache war, daß hier das Recht des Stärkeren entschied, und der Stärkere war Frankreich. Thatsache aber war ebenso, daß man durch diese blödsinnige Halbarbeit Deutschland nicht genützt, sondern Frankreich das Thor offen gehalten hat, durch welches es fortwährend in das deutsche Leben einzudringen vermochte.

Sehen wir auf diese Verschiebungen an der Westgrenze, so müssen wir gestehen, daß von der ganzen Stellungnahme der habsburgischen Politik nach dieser Seite, wie sie sich unter Maximilian I in den Jahren 1477—1485 vollzogen hatte, nichts Nennenswertes übrig blieb. Während sich damals diese Stellungnahme im Westen in einer Zeit vollzog, da die Stellung der habsburgischen Politik im Osten sich aufzulösen drohte, so erwarten wir nun von dieser Auflösung im Westen eine schärfere Konzentrierung der österreichischen Kräfte im Osten. So erscheint uns die ganze Bewegung, die Retirade auf den Katholizismus, auf die Defensive und den fürstlichen Absolutismus in den österreichischen Erbländern in ursächlichstem Zusammenhang mit diesem Zusammenbruch seiner Stellung im Westen. Der deutsche Westen stand dem Wachstum des französischen Lebens offen. Die französischen Thorheiten mußten helfen, das Leben derjenigen Stände völlig zu entwurzeln, die sich als unfähig erwiesen hatten, einer neuen Kultur die Wege zu ebnen, die aber noch stark genug gewesen waren, sich dem allgemeinen Aufschwung in den Weg zu stellen, und zu stark, um einfach mit dem Waffen bezwungen werden zu können. Wir werden von der Reichsritterschaft und den Reichsstädten noch sprechen.

Wenden wir uns zunächst zu der zweiten auswärtigen Macht, welche in jenem furchtbaren Kriege eine Hauptrolle spielte. Die Krone Schweden, deren Forderung sich anfangs auf ganz Pommern und Schlesien, dazu einer Kriegsentschädigung von 20 Millionen Thaler erstreckten, erhielt in Wirklichkeit außer einer letzteren in der Höhe von 5 Millionen Vorpommern mit Rügen und einige Teile von Hinterpommern mit Stettin, Garz und andern Städten, der Insel Wollin und dem Frischen Haff, die Stadt Wismar von Mecklenburg, die in weltliche Herzogtümer verwandelten Bistümer Verden und Bremen. Für den Fall des Aussterbens des brandenburgischen Mannesstammes sollte ihr ganz Pommern zufallen. Nur die Stadt Bremen blieb in dem Besitze ihrer bisherigen Reichsfreiheit. Auf Grund dieser deutschen Besitzungen trat Schweden als Reichsstand in den deutschen Reichstag mit Sitz und Stimme ein, auf Grund derselben nahm es ebenso seinen Platz auf den Kreistagen der beiden sächsischen, wie des westfälischen Kreises ein.

So war Schweden im Besitz der Odermündung, durch den Erwerb des Bistums Bremen im Mitbesitz der Weser- und Elbemündung. Nicht nur die Welfenländer waren dadurch rein kontinentale Gebiete geworden, sondern auch Brandenburg drohte ein gleiches Geschick, denn mit dem hinterpommerischen und ostpreußischen Ostseestrand war allein nicht viel anzufangen. Dieser Besitz genügte nur, stetig den Gedanken daran wach zu halten, was man in Vorpommern verloren, und glücklicher Weise hatte Friedrich Wilhelm I, „der große Kurfürst,“ bei seinem mehrjährigen Aufenthalt in Holland erkannt, was der Besitz eines buchtenreichen Meerstrandes, an welchem zugleich ein mächtiger kontinentaler Strom sein Ende erreichte, für das Wachstum eines Landes bedeuten konnte. Der schwedische Traum aber von einem fränkischen Königtum war vergangen, wie die Bestrebungen der pfälzischen Wittelsbacher, diese westdeutschen Volksteile zu einem neuen Leben fortzureißen.

Am Rhein ward die Herrschaft des Krummstabes wiederhergestellt, und wenn auch der Friede dem Erben Friedrichs V von der Pfalz, dem Pfalzgrafen Karl Ludwig, einen Teil seiner Lande, die Unterpfalz wiedergab, wenn auch eine achte Kurwürde für ihn errichtet wurde, so zeigte doch der Verlust der Oberpfalz an Bayern, der wertvollen Land-



Wolfgang Wilhelm von Neuburg.

striche an der Bergstraße an Mainz, wie die Unklarheit der religiösen Verhältnisse, in welcher die Friedensbedingungen das Leben der Kurpfalz ließen, daß hier nicht eine fortschreitende Entwicklung zum Siege gelangt war, sondern eine reaktionäre an Boden gewonnen hatte. Und dieser Umstand allein, die Hemmung des bisherigen Wachstums genügte, um das Leben der pfälzischen Wittelsbacher mehr und mehr dem vaterländischen Boden zu entreißen und zu einem exotischen zu machen, ähnlich jener Entwicklung, welche sich in Norddeutschland in den kontinental umklammerten Welfenländern zu vollziehen begann. Nicht am Rhein fand die schwedische Entwicklung ihre Vereinigung mit der deutschen in dem erträumten fränkischen Königtum, sondern in Schweden selbst durch das Königtum der pfälzischen Wittelsbacher. „Unser höchstes Interesse ist," schrieb der erste Wittelsbacher auf schwedischem Königsthron, Karl X, „den Russen von der Ostsee abzuwehren und zu verhüten, daß er Kurland an sich reiße." So übernahm Schweden-Wittelsbach die germanische Wacht gegen das wachsende Slaventum, gegen Polen und Rußland, und ermöglichte damit Brandenburg das eigene, rein deutsche Wachstum.

Auch in dem Uebertritt der Neuburger Linie zum Katholizismus und ihres Vordringens von der Donau zum Rhein in die Jülicher Lande zeigte sich bereits die Kraft siegreicher Reaktion. Dem weiteren Rückgange aber gebot Brandenburg Halt. In dem Düsseldorfer Provisionalvergleich vom Jahre 1647 wurde die Jülicher Erbfrage in der Weise geregelt, daß dem Neuburger Pfalzgrafen die Herzogtümer Jülich und Berg, dem Kurfürsten von Brandenburg das Herzogtum Cleve und die Grafschaften Mark und Ravensburg verbleiben sollten. Für die Begrenzung beider Bekenntnisse wurde das Normaljahr 1612 festgesetzt. Der westfälische Friede ging über diese Frage hinweg. So gab es also schon eine katholische Linie im pfälzischen Hause, und diese war im Besitz des weitaus größeren Teiles der Jülicher Erbschaft. Daß sie des übrigen Herr werde, war das rastlose, wenn auch vergebliche Bestreben des Pfalzgrafen Wolfgang Wilhelm und seines Sohnes Philipp Wilhelm. Hier hatte der pfälzische Katholizismus wenig Erfolg, um so mehr aber, als 1685 mit dem Aussterben der simmernschen Kurlinie die Kurpfalz an Pfalz-Neuburg fiel. Das Ereignis bedeutete „die Einleitung zur Zerstörung des kirchlichen Friedens in der Pfalz und zum Orleans'schen Kriege."

Wir berührten in diesen Gegenden bereits die damalige Spitze des brandenburgischen Staates und erwähnen nun kurz, daß die Entwicklung Brandenburgs ein Jahrhundert später die gleichen Phasen durchzumachen begann, wie vordem Habsburg unter Maximilian I. Die Erwerbung des Herzogtums Preußen gab Brandenburg die Direktion gegen Osten; die Erwerbung des Jülicher Erbteiles stellte die Verbindung mit dem Westen her. Dazu kam nun eine Arrondierung seiner Kernlande. Der westfälische Friede brachte Brandenburg zunächst als Ersatz für Vorpommern die Bistümer Magdeburg, Halberstadt, Minden und Kamin als weltliche Fürstentümer ein. Magdeburg blieb nur noch im Besitze des sächsischen Prinzen August bis zu dessen Tode (1680), die Stadt selbst behielt ihre Reichsfreiheit, von dem Gebiete des alten Erzbistums blieben die im Prager Frieden abgetretenen vier Aemter bei Sachsen. Die Erwerbung Hinterpommerns erwähnten wir bereits. Ein Blick auf die Karte genügt, um uns zu überzeugen, daß hier etwas ganz Haltloses geschaffen worden war — oder aber, daß der brandenburgische Staat auf ein zukünftiges Wachstum gestellt wurde, denn der Besitz Hinterpommerns ließ den Verlust Vorpommerns nicht verschmerzen, hier stand Brandenburg in natürlichem Gegensatze zu Schweden; durch den Besitz des Herzogtums Preußen war es in ebenso natürlichen Gegensatz zu Polen getreten, durch den Besitz der sächsischen Bistümer zu Sachsen und den Welfenländern, durch denjenigen Cleves zum ganzen Westen, zum Katholizismus, zum wittelsbachischen Hause.

Die Frage: „war der brandenburgische Staat nun damals in der That nichts anders, als eines von den größten deutschen Territorien, welches jetzt von schweren Schicksalsschlägen überwältigt am Boden lag, gleichen Schicksals und gleicher Art mit allen den übrigen, die sich in ähnlicher Lage befanden?", beantwortet Erdmannsdörffer weitsichtig mit dem Hinweis auf diese Thatsache, daß Brandenburg in seiner neuen Gestalt zum Wachsen bestimmt schien. „Diese beiden neu gewonnenen Herrschaften im



Karl Ludwig erhält die achte Kurwürde und nimmt 1649 wieder Besitz von seinen Erblanden.

Nach dem Gemälde von Fortner.

Westen des Reiches und an seinen nördlichen Grenzen stellten den brandenburgischen Staat in Beziehungen, welche, wenn die Durchführung der Lage entsprach, seine Bedeutung weit über das Maß eines deutschen Territorialstaates in den bisherigen Dimensionen hinausführen mußten. Die Umrisse eines norddeutschen Großstaates waren schon hiermit gegeben."

Dieser äußerlichen, rein körperlichen Wachstumskraft entsprach aber ebenso die Aufnahme jenes Geistes der Aktion, die wir bei dem Uebertritt des kurfürstlichen Hauses zum reformierten Bekenntnis erwähnten, eines Geistes, der am Rhein und in der Pfalz eine gesunde Entwicklung zu finden nicht vermocht und das pfälzische Kurhaus in die Revolution hinausgetrieben hatte, und damit berühren wir den Gegensatz, in welchen Brandenburg zu Sachsen getreten war. Auf dem Gegensatze der nicht nur mehr konservativen, sondern reaktionären Entwicklung des lutherischen Kursachsens und des expansiven, körperlich und geistig in Bewegung bleibenden Wachstums Kurbrandenburgs muß sich von nun an unbedingt die Entwicklung der norddeutschen Verhältnisse aufbauen.

Sachsen war es, welches sich mit aller Zähigkeit dem Einschluß der Reformierten in den Augsburger Religionsfrieden widersetzte. Diesmal drang es nicht durch. So wenig es indes eine Bewegung anderswo wollte, so wenig war es selbst zu einer solchen fähig. Die Lausitz wechselte ihren Besitzer, aber der neue Besitzer, Sachsen, erhielt durch diese Verstärkung keine positive Kraftzufuhr. Ja, als ob es vollends dem jungen Rivalen den Platz lassen wollte, legte Johann Georg in seinem Testamente (1652) eine Verfügung nieder, welche die alte albertinische Hausordnung durchbrach und für die jüngeren Söhne drei selbständige fürstliche Besitzungen neben der Kurlinie schuf. Es entsprangen daraus die Linien Weißenfels, Merseburg und Zeitz. Wie alles andere, wies dieser Rückschritt in's Mittelalter auf den Verfall des sächsischen expansiven Lebens. Die Machtminderung Sachsens trug nicht wenig zum Aufschwunge Brandenburgs bei. Eingeklemmt zwischen die festen Grenzen Böhmens, der sächsischen Herzogtümer und Brandenburgs trieb die sächsische Entwicklung zwar nach Osten, gegen Polen hinaus. Aber verlassen vom Leben und dem Geiste, der einst die Reformation geschaffen, endete dieser Ausflug der Albertiner, wie nicht anders zu erwarten, mit ihrer Ueberwältigung durch die katholisch-polnische Entwicklung.

Nicht so in Brandenburg. Diese junge Macht hatte gegen Westen offene Grenzen. Da lagen die rheinischen und westfälischen Bistümer, jene Gebiete, deren Auflösung nur eine Frage der Zeit sein konnte. Entweder machte hier Bayern ernst, oder, da dies nicht zu erwarten war, trat Bayern zurück. Im September 1650 starb Maximilians Bruder, Kurfürst Ferdinand von Köln. In Köln, Lüttich und Hildesheim folgte Ferdinands Neffe, Maximilian Heinrich, während Münster und Paderborn dem wittelsbachischen Hause entzogen wurden. Diese Bewegung ist charakteristisch. Nur noch einmal hat Bayern den alten geistlichen Besitz in vollem Umfange wiederzuerlangen vermocht, in der Zeit, da mit Hilfe Brandenburgs Wittelsbach den Kaiserthron eroberte.

Auch in Mainz und Trier erfolgte um jene Zeit eine Neuwahl, in Mainz ward Johann Philipp von Schönborn (1647) der Nachfolger des Kurfürsten Anselm, in Trier Karl Kaspar von der Leyen (1652) derjenige des alten Philipp Christof.

Sehen wir nun auf Bayern, so war ihm die Unterpfalz nicht zugefallen, ebensowenig war der Plan zur Ausführung gekommen, mit Oesterreich das württembergische Gebiet zu teilen, nur die Oberpfalz und die Grafschaft Cham fielen an Bayern, ebenso verblieb Maximilian die fünfte Kur. Obgleich im Frieden nicht erwähnt, blieb die Stadt Donauwörth auch fürderhin in bayerischem Besitz. In diesen Gebieten hätte Maximilian den protestantischen Glauben nach den Friedenssatzungen dulden müssen, aber er kehrte sich nicht daran, und gegen seine Erklärung, lieber Land, Leib und Leben daranwagen und den Krieg erneuern zu wollen, wagte man von der andern Seite keine weitere Pression mehr auf ihn. Die letzten schwedischen Besatzungen zogen 1650 ab.

So hielt Maximilian bis zuletzt an seiner unfruchtbaren Politik fest. Denken wir uns nun einmal, nachdem wir die weite Bahn mit ihm durchwandert, einen vorurteilsfreien Mann an der Spitze Bayerns, so werden wir sagen müssen, daß die historische

Erbschaft, welche in Maximilians Persönlichkeit nicht nur einen unbewußten, sondern sehr bewußten Vertreter fand, die größte Fessel dieses hochbedeutenden Mannes gewesen ist. Auch der Gewinn, den er davontrug, war weder damit zu vergleichen, was er hätte gewinnen können, noch führte er dem bayerischen Leben ein neues positiv befruchtendes Element hinzu. Die Oberpfalz wurde wieder vollkommen zum Bauernlande herabgedrückt, ihre Entwicklung hing sich von nun an an das Schlepptau der Entwicklung Bayerns. Die kurfürstliche Würde besaß jene lebendige Bedeutung nicht mehr, die sie einst besessen, und wenn wir zurück und vorwärts schauen, so müssen wir sagen, daß, wie die Persönlichkeit Ludwigs des Bayern ein Jahrhundert zu spät auf den Plan trat, wie diejenige Albrechts IV, nun auch der Gewinn der Kurwürde ein Jahrhundert zu spät kam, ein Schicksal, welches sich in der gleichen Weise forterbte und bei dem Gewinn der Kaiserkrone durch Karl VII (1740) abermals zur Geltung gelangte.

„Es werden die Kaiser von ihrer alten Hoheit herabsteigen, ihr Zepter wird zerbrochen und niemals wieder hergestellt werden. Der Verfall des Reiches wird kommen und jedes Volk und jedes Land wird sich einen König setzen und sagen, das heilige Reich brachte uns mehr Last als Ehre.“ So prophezeite vor fünfhundert Jahren eine niedersächsische Nonne, und wenn wir nun auf die deutsche Reichsverfassung sehen, wie sie der westfälische Friede festlegte, so müssen wir sagen, das Prophetenwort ging in Erfüllung. Dem Namen nach schuf ja dieser Friede nichts Neues, er sanktionierte nur gesetzlich, was schon lange thatsächlich existierte, er nahm das Chaos der deutschen Verhältnisse zur Unterlage, das Monstrum der deutschen Verfassung, wie es Samuel von Pufendorf nachmals benannte, wurde reichsrechtlich anerkannt. Der Kaiser blieb, aber er blieb an der Spitze eines losen Staatenbundes, von denen jeder die volle Souveränität für sich beanspruchte. Die Vereinigung der Landesherrn — das war das Reich. Das Reichsgericht war ständisch, das Reichsheer war ein Konglomerat der verschiedensten landständigen Truppenmassen, das Reich als solches hatte keinen Soldaten und, abgesehen von einzelnen kleinen Resten aus alter Zeit, keine Einkünfte. Der Kaiser war vollkommen an die Zustimmung und Mitwirkung der Gesamtheit der Reichsstände gebunden. „Die Reichsstände sollen ohne Widerspruch in allen Beratschlagungen über Reichstagsgeschäfte eines freien Stimmrechtes sich zu erfreuen haben, besonders wenn es darauf ankommt, Gesetze zu machen oder zu erklären, Krieg zu führen, Steuern aufzulegen, Werbungen oder Einquartierungen von Soldaten zu veranstalten, neue Festungen in der Stände Gebieten anzulegen, Frieden oder Bündnisse zu schließen oder anderes dergleichen vorzunehmen.“ Es war Bogislaw Chemitz, von dem wir bereits hörten, der selbst den Ausdruck „Reservatrechte des Kaisers“ gestrichen sehen wollte und dafür die Benennung jura relicta, von den Reichsständen ihm überlassene Rechte vorschlug. Er traf damit den wirklichen Zustand direkt, denn alle Aktion lag bei den Territorialgewalten, während der Kaiser in vollkommene Passivität zurückgedrängt war. Nicht nur mit dem Rechte, Bündnisse unter sich und mit fremden Mächten abschließen zu können, erhielten die Territorien vollkommene Souveränität, sondern gegen kaiserliche Vergewaltigung suchte man sich in der Folgezeit auch dadurch zu schützen, daß man fortwährend den Kreis derjenigen Geschäfte zu erweitern suchte, wo die Majorität nicht galt, wie dies hinsichtlich der religiösen Fragen offen zugestanden worden war. Hier sollte eine gütliche Vereinbarung in Zukunft gelten. Dem Namen nach war allerdings den Ständen das Bündnisrecht beschnitten, es sollte ihnen nicht erlaubt sein, ein Bündnis gegen Kaiser und Reich zu schließen, nun so schloß man es, wie Friedrich V von der Pfalz, gegen den österreichischen Territorialherrn, und die Sache war wieder glatt. Es war klar, daß mit diesem Aufschwunge der territorialen Hoheit auch das andere alte Institut der Reichseinheit, der Reichstag, an wirklicher Bedeutung unendlich verlor. Seit dem Jahre 1663 blieb er in Regensburg permanent zusammen, die Diplomaten traten an die Stelle der Fürsten und Stände, und naturgemäß kam man nun mit seinem Riesenscharfsinn an kein Ende mehr. Weltfragen, wie, welche Gesandten das Recht hätten, auf grünen, und welche, auf roten Sesseln zu sitzen, wurden mit staunenswerter Gründlichkeit erwogen und erledigt. Aber das war noch etwas Positives. Gewöhnlich drehten sich die Verhandlungen

nicht darum, was zu geschehen habe, sondern was nicht zu geschehen habe. Wie elektrisierte Mumien bewegten sich diese gepuderten Perrückenseelen auf dem Pfade der Lebensverneinung.

Reichsjustiz-, Reichskriegs- und Reichsfinanzwesen standen naturgemäß auf gleicher Höhe. Die Reichsarmee wurde zum Faschingszug, der die Lachlust aller, der Fremden wie der Einheimischen, immer mehr erregte. So war das Reich gerade so gemacht, daß das Alte ruhig weiter verfallen, etwas Neues aber nur furchtbar schwer aufzukommen vermochte, da es fortwährend an diesen Ruinen aus alter Zeit, die das ganze Land bedeckten, anstoßen mußte.

Auch auf religiösem Gebiete trug dieser Friede vollkommen das Gepräge allerhöchster Impotenz. Der Krieg war geführt worden von beiden Seiten, um den Augsburger Religionsfrieden und den Passauer Vertrag auf die Seite zu schaffen. Der Friede bestätigte beide feierlich und für immer. Freilich wurden nun auch die Reformierten in diesen Frieden aufgenommen, es wurde bestimmt, daß in Religionsfragen keine Majorität Geltung habe, betreffs der Besitzstreitigkeiten zwischen Katholischen und Protestanten wurde bestimmt, daß alles in dem Religionsverhältnisse und Besitzstande fürderhin bleiben oder restituiert werden solle, in welchem die fraglichen Gebiete am 1. Januar 1624 sich befunden. So wurde allerdings das Restitutionsedikt von 1629 beseitigt, aber ebenso wurde der „geistliche Vorbehalt“ aus der Welt geschafft, da die Religionsveränderung eines geistlichen Würdenträgers in Zukunft den Verzicht auf seine Stelle in sich schloß.

Wäre es der positive Geist der Toleranz gewesen, der zu diesem Abkommen führte, man hätte dasselbe nur begrüßen können, aber nicht Toleranz, sondern die allseitige Ohnmacht führte zu demselben. Diese ward Siegerin über den mittelalterlichen Theologengeist, sie verschaffte der weltlichen Politik endlich Geltung diesem Geiste gegenüber. Daß dieser intolerante Pfaffengeist damit nicht aus der Welt geschafft war, lehrt uns die deutsche Geschichte bis heute so gut, wie der damalige Protest der strengen Katholiken gegen den Frieden. Sie verdammten ihn als eine unverantwortliche Ungerechtigkeit und das Werk reiner Willkür. Der Nuntius Chigi protestierte gegen denselben, und Papst Innocenz X erklärte in einer Bulle alle jene Punkte des Friedensschlusses für ungültig, die den Protestanten besondere Zugeständnisse machten. Ja, er verwarf sogar die Errichtung einer achten Kurwürde, da die Siebenzahl seiner Zeit vom apostolischen Stuhle bestimmt worden sei. Also nicht der Geist der Toleranz, sondern die Impotenz der Intoleranz führte zu diesem Frieden. Doch mit dem Wachstum Frankreichs drehte sich das Blatt bald. Es drängte die Protestanten an die Seite des Kaisers, während die Katholiken sich an Frankreich anschlossen und die Politik der Union ihrerseits aufnahmen. Mit solch' unwiderstehlicher Gewalt beherrschte das Gesetz der Völkerentwicklung und -bewegung den Willen der einzelnen Führer.

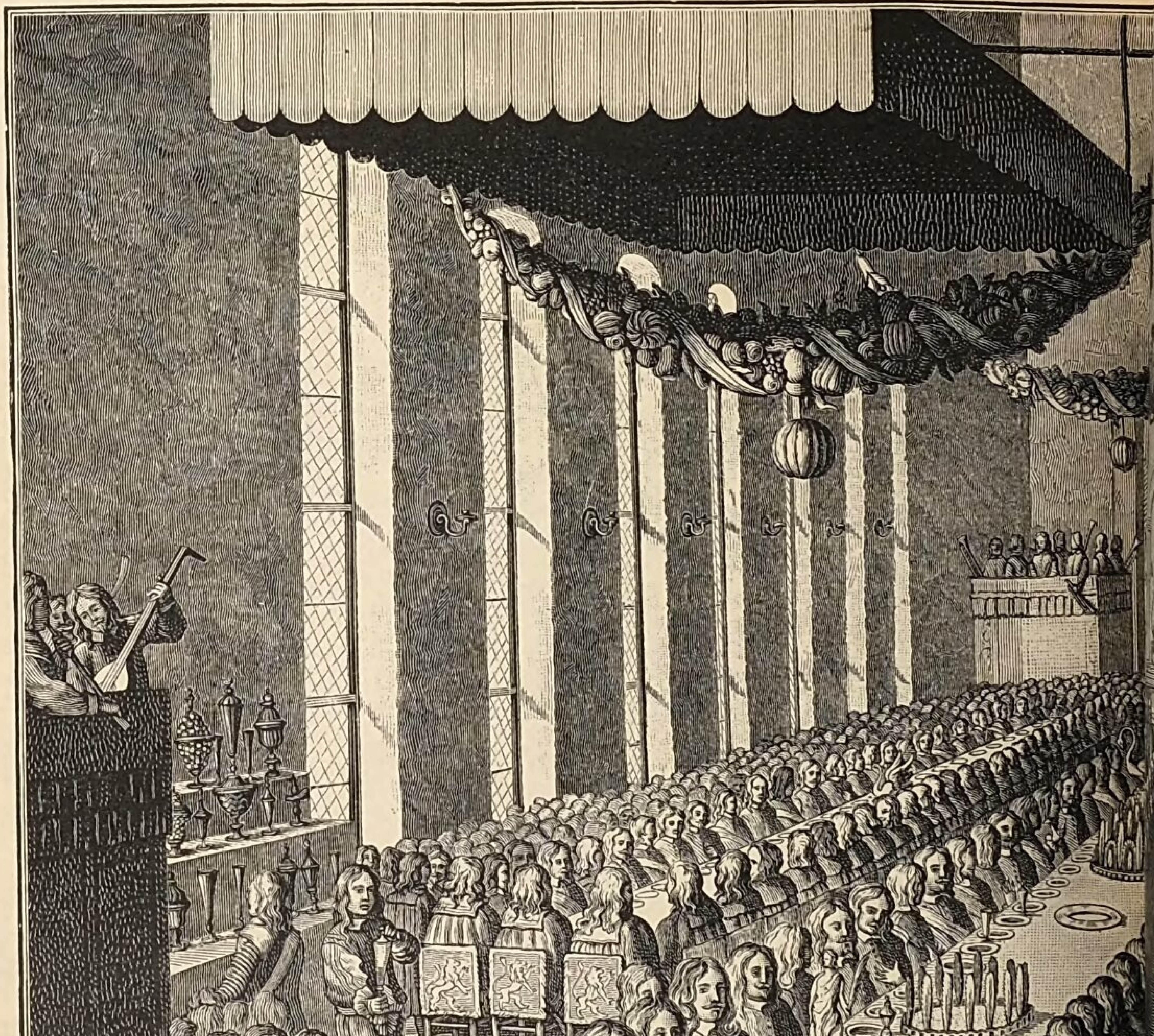
Auf dieser Grundlage einer allgemeinen Amnestie, der Sicherung des beiderseitigen Besitzstandes und damit des Verzichtes auf eine fernere Entwicklung wurde der westfälische Friede abgeschlossen. Am 18. Februar 1649 wurden die ratifizierten Friedensurkunden gegenseitig ausgewechselt. Mit der Execution des Friedens dauerte es allerdings noch eine Weile. Am 21. September unterzeichneten die kaiserlichen Gesandten in Nürnberg den sogenannten „Interimsexekutionsrezeß“, welcher für die Restitution an Land und Leuten und die Abdankung der Truppen bestimmte Termine festsetzte. Das war nun die schönste Gelegenheit zu einer Friedensfeier, welche nicht nur die Gemüter, sondern auch die Mägen von der Köstlichkeit des Friedens überzeugen sollte. Fürst Piccolomini, der kaiserliche Gesandte, veranstaltete ein Festmahl, welches durch die dabei entwickelte Pracht und Kostbarkeit der Speisen und Getränke nicht nur das Staunen der Nürnberger Bürgerschaft erweckte, sondern mit „seiner charakteristischen Dekoration von Gewehrsalven und Pulverdampf“ selbst die Maler und Dichter in Aufregung brachte. Joachim Sandrart malte das Friedensmahl und aus dem Orden der „Pegnitzschäfer“ erklang „in jetzo üblichen hochteutschen Reimarten“ die Leier des Dichters Johann Klaj zu Ehren des „Schwedischen Fried- und Freudenmahls.“ Der Saal des Nürnberger Rathauses war glänzend erleuchtet, vier Musikchöre wetteiferten im Freudensange, und

in vier Gängen, jeder aus 150 Schüsseln bestehend, wurden die mächtigen Schauessen aufgetischt. Dann kamen Früchte auf silbernen Schüsseln, dann das Konfekt. Die Gesundheitstränke auf den Kaiser und die Königin von Schweden wurden aus fünfzehn Geschützen mit Kanonensalven begleitet, während für das Volk ein Ochsenbraten veranstaltet wurde, zu dem der Wein in Fülle floß. Die Lust am Leben war also den lieben Deutschen trotz alledem nicht vergangen, und das war gut. Denn sie war nötig, sollte das weite Leichenfeld sich noch einmal mit frischem deutschem Leben bedecken.



Pfalzgraf Philipp Wilhelm.

Wir wenden uns nun zwei weiteren Gebilden zu, welche die alte Welt der neuen überliefert hatte, der Reichsritterschaft und den Reichsstädten. In dem größten Teile des Reiches, in Oesterreich, Bayern, in fast ganz Norddeutschland war der niedere Adel landsässig geworden und hatte sich der landesfürstlichen Gewalt beugen müssen. Ja, in Bayern hatte Maximilian den fürstlichen Absolutismus zum vollen Siege geführt. Mit ganzer Schärfe trat er noch zuletzt den neu erwachenden landständischen Regungen entgegen. Ein neues Steuergesetz belegte den Adel mit einer ansehnlichen Abgabe, dem gemeinen überbürdeten Mann zu Schutz und Erleichterung. Bayern wurde so der erste größere deutsche Staat, in welchem der fürstliche Absolutismus vollkommen die Oberhand gewann, und die Einsicht und der Reformeifer des Kurfürsten wirkten wohlthätig auf die Zerrissenheit des bayerischen Lebens. Anders war dies in Franken, in Schwaben, am Rhein. Da herrschte der Krummstab weiter, und neben ihm blieben über Tausend jener kleinen souveränen ritterschaftlichen Gebiete bestehen, die wegen ihrer Kleinheit nicht zum Leben und wegen ihrer korporativen Geschlossenheit nicht zum Sterben kommen konnten. Von dieser Seite war keine Lebenserneuerung für Deutschland zu erwarten. Der Westen Deutschlands blieb einstweilen in Unfruchtbarkeit gebannt. An dieses Element des Volkes hatte einst Luther seinen gewaltigen Aufruf erlassen, aus diesem Elemente ging drei Jahrhunderte später der Reichsfreiherr vom Stein hervor. Es lebte etwas in diesen Kreisen, aber es lebte konservativ, da es zu keiner Entfaltung zu kommen vermochte. Es lebte hier jener alte



Schwedisches Friedensmahl im Rathaus zu



Nürnberg 1649. Aus dem Theatrum europaeum.

ungebändigte und ungebrochene Freiheitssinn einer früheren Zeit, und in wie erbärmlichen Erscheinungen er auch in diesen zwischenliegenden drei Jahrhunderten zu Tage trat, als später das Leben über dieses Element sich wieder ergoß und es vom Schlummer erweckte, bot es einen mächtigen Rückhalt gegen das Junkertum der norddeutschen Standesgenossen.

Also eine konservative Macht, die manches Gute aus alter Zeit herüberrettete! Ebenso sah es bei den Reichsstädten aus. Auch diese Gebilde einer früheren Zeit wurden nun zum Ballast der deutschen Entwicklung. Aber auch hier erhielt sich trotz der Verzopftheit manch' kernfestes Denken und Handeln aus alter Zeit, hier war der Boden, aus dem, als das Leben wiederkam, die deutsch-bürgerliche Litteraturentwicklung emporwuchs. In Nürnberg hörten wir bereits die ersten stammelnden Laute, erwähnen wir die drei Städte Hamburg, Frankfurt, Zürich, so haben wir den Ausblick in die Zukunft. Freilich, von einem selbständigen politischen Leben, wie in alter Zeit, konnte auch bei den Städten, welche das Unglück rascher überwanden, keine Rede mehr sein. Nürnberg und Augsburg vor allem erholten sich in Süddeutschland ziemlich schnell bis zu einem gewissen Grade, wie im Norden sich aus der Hansa die Städte Lübeck, Hamburg und Bremen zu einem späteren Aufschwunge retteten, allein der deutsche Handel im großen Stil war doch vernichtet. Gegen den Handel der Holländer, Engländer und Franzosen konnten die deutschen Kräfte nicht mehr aufkommen.

Wir können davon absehen, die blutigen Schauerberichte damaliger und späterer Zeit über die Lage Deutschlands nach dem Kriege hier zu wiederholen. Nicht dem Toten ein Grablied zu singen ist unser Beruf, sondern das Leben zu suchen, wo es uns, wenn auch still und in winzigen Anfängen, wieder begegnet. „Es ist für die allgemeine Würdigung vieler zeitgenössischer Berichte und selbst des aktenmäßigen Materials noch ein anderer Umstand in Betracht zu ziehen," sagt Erdmannsdörffer in seiner groß angelegten Geschichte dieser Zeit. „Es läßt sich nicht verkennen, daß in der fürchterlichen Not jener Zeit auch die deutsche Sprache einem gewissen Hang zum Ungeheuerlichen erlag. In allen Schriftstücken, die von Krieg und Kriegsnot sprechen, gewahrt man eine zur stehenden Manier gewordene Ueberschwänglichkeit fast winselnder Klagetöne; eine fortwährend, so zu sagen, händeringende Ausdrucksweise ist allgemein gebräuchlich geworden. Während das Elend, so groß es war, doch seine wechselnden Grade hatte, kannte für die Beschreibung desselben das Schrifttum der Zeit fast keine Nüancen. Der Superlativ des Entsetzens dominiert fast ausschließlich, und mit einer überaus fruchtbaren Erfindsamkeit ergeht man sich in immer neuen, immer blutrünstigeren Variationen des einen Themas von Blut und Brand, von Trübsal und Hunger." Wir können nur sagen, daß der Eindruck fürchterlich gewesen sein muß, den die Zeit und die Not der Zeit auf die Mitlebenden hervorrief, aber wo solcher Eindruck wenn auch den Superlativ der Sprache zum Ausdruck findet, da lebt etwas, da ist nicht alles zertreten, zerstört und niedergeschmettert.

Halten wir an dem Positiven fest! Zunächst war Deutschland ein menschenarmes Land geworden. Jene Elemente, welche den Eingang in eine neue Kulturperiode nicht gefunden hatten, die alten Mächte der Vergangenheit, Bauerntum und Aristokratie, waren auf das furchtbarste dezimiert worden. Nur jener Eintritt in ein neues kulturelles Arbeitsleben hätte sie vor dem Untergang bewahren können, sie versagten sich der städtischen Kultur, und so räumte das Elend in ihren dichtgedrängten unbeweglichen Reihen auf und schuf Platz für ein Bauerndasein, wie es einst jenseits der großen Volksbewegung sich auszubilden strebte. Dieser Rückgang war unvermeidlich.

Auch das deutsche Bürgertum war durch diesen Krieg, wenn auch nicht vernichtet, so doch in seiner positiven Fortentwicklung entgültig gehemmt worden. Aber der Krieg löste jene starren Massen der Bevölkerung auf, er warf das deutsche Volk aus der Versteinerung in neue Fluktuation. Massenhaft flüchteten die Bewohner des flachen Landes und der offenen Flecken den schützenden Mauern der Städte zu und diese halfen mit ihrer jungen Kraft die furchtbaren Lücken teilweise ausfüllen, welche das Kriegselend in die städtische Bevölkerung gerissen. Dieser Zoll von Menschenkraft an die städtische Kultur

wie ihn nun der Krieg herbeiführte, ist hochbedeutsam für die Einsicht in die frühere sowohl als die spätere Entwicklung. Auf diese Weise verjüngte sich die alt und unfruchtbar gewordene städtische Bevölkerung, das natürlich demokratische Element erhielt einen neuen Zuwachs. „Bauern gibt es jetzt für die Ausdehnung des ackerbaren Landes zu wenig", sagt Samuel von Pufendorf in seiner 1667 zuerst erschienenen Schrift „über die Verfassung des deutschen Reiches." „Daran ist teils der dreißigjährige Krieg schuld, der Deutschland entsetzlich verheert hat, teils der Umstand, daß alle Bauern, wenn ihre Vermögensverhältnisse es irgend gestatten, ihre Söhne sofort ein Handwerk erlernen lassen, da sie alle glücklich preisen, denen es vergönnt ist, in der Stadt zu leben." Wir erkennen, wie die Not hier gewirkt hatte; eine ganze Sinnesänderung, eine vollkommene Erschütterung der alten bäuerlichen Freiheitsliebe war durch die Schläge, welche das Landvolk getroffen, hervorgerufen worden. Wo er konnte, löste sich der Bauer von der Scholle und zog den Städten zu; die Entwicklung zum Handwerk, zu Handel und Industrie, das war diejenige der Zukunft; die alte Bauernkraft, welche Deutschlands Entwicklung auf der früheren Kulturstufe des Ackerbaus hatte festbannen wollen, war durchbrochen und niedergerungen. So setzte die alte Bewegung, welche wir einst in der Entwicklung des Pfahlbürgertums kennen lernten, wieder ein, und gegen diese Bewegung suchte sich die Landaristokratie zu schützen durch volle Einführung der Leibeigenschaft, der die Zurückbleibenden verfielen.

„Die deutschen Städte ragten am Ende des Krieges wie insulare Trümmerstücke der Kultur aus einer Devastation ohne gleichen hervor; ihr politischer Einfluß stand auf dem Nullpunkt", aber sie blieben das Ziel der Lebenserneuerung, die städtische Kultur mußte neu erblühen, bevor es zu einer Wiederbelebung im Großen zu kommen vermochte. Wohl kann man zugeben, daß Deutschland nach dem westfälischen Frieden im eminenten Sinne des Wortes ein Ackerbauland, ein Land leibeigener, an die Scholle genagelter Bauern wurde, daß es gewissermaßen auf das Stadium seiner ersten wirtschaftlichen Periode zurückgeworfen wurde, daß das politische Leben der Städte dem Prozeß der Versteinerung verfiel, daß der niedere ständische Adel sich während des Krieges matt gekämpft hatte; allein auch in dieser Degradierung zu politischer Ohnmacht und in dem Zurücktreten aus großkapitalistischer Isolierung liegt ein Element der Lebenserneuerung. Denn diese einseitigen Machtauswüchse in alter Zeit hatten mehr und mehr das Hindernis gebildet, welches sich der Entfaltung neuen Lebens aus den breiteren Volksschichten heraus in den Weg stellte. Das einseitige Wachstum in die Höhe mußte unterbrochen werden, sollte dasjenige in die Breite an Kraft und Entwicklungsfähigkeit gewinnen, eine Nivellierung war notwendig geworden, und da die Vernunft nicht dazu führte, führte die Not zu dieser Reduktion.

Und das ganze Leben richtete sich nun auf diese Reduktion ein. Der gewaltige Niedergang der Konsumtion in den Städten hielt die Produktion noch lange Zeit am Boden. Damit ward es unmöglich, in die alten Bahnen eines einseitigen städtischen Wachstums wieder einzulenken. Der Mangel an Arbeitskräften auf dem Lande ließ den Arbeitslohn zu außerordentlicher Höhe emporschnellen, so daß einerseits die größere Einnahme, andrerseits die geringere Ausgabe für die täglichen Bedürfnisse — denn die Lebensmittelpreise sanken infolge der geringen Nachfrage bedeutend — gerade den untern Volksschichten eine freiere Entfaltung ihrer Kräfte ermöglichte. Es wurde so eine Masse von Volkskräften in den Kreis einer kulturellen Bewegung hineingezogen, welche bisher thatsächlich davon ausgeschlossen geblieben war.

Die Höhe der Arbeitslöhne einerseits, die furchtbare Verschuldung des Groß- und Kleingrundbesitzes andrerseits drückten in allererster Linie auf die Lebenshaltung des Bauernstandes zurück. Er verlumpte teils vollständig, teils geriet er in Leibeigenschaft, während ein andrer besser gestellter Teil seine Kräfte an die Städte abgab und zu Handwerk und Industrie flüchtete. So stieß die Lebensentwicklung die ungesunden verkommenen Elemente von sich ab, während sie die gesunden zu ihrem eigenen Wachstum verbrauchte. Die Arbeit kam wieder zu Wert, es stellten sich Zustände ein, in denen faktisch die ganz Besitzlosen, die Knechte und Mägde, die bestsituiertesten waren. „In unserem gemeinen

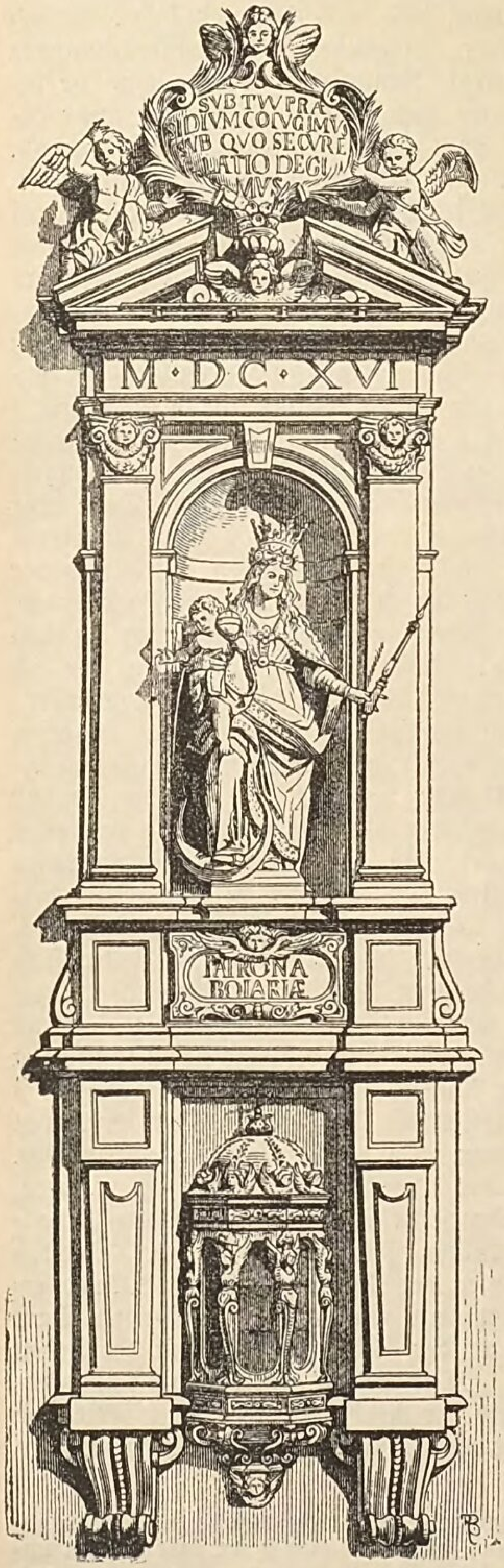
Elend und Trauern", klagt ein Schwarzwälder Bauer in einer Flugschrift vom Jahre 1653, „hat allein noch das Gesind Freud und Mut; wir müssen sie lassen Meister sein, müssen ihnen fast den Säckel zum Gelde geben, ihnen voll auftragen und selber Mangel leiden." Vorschläge einer Knechte- und Mägdesteuer, Lohntaxen und Gesindeordnungen verschlugen da einstweilen nicht viel. Die Arbeitskraft dominierte. Wollte man sie belasten, stellte sie die Arbeit ein, und das Elend ward noch größer. Das war mehr als ein bloßer Waffenkrieg, das war eine vollkommen politische und ökonomische Revolution.

Sie zeigte sich nicht minder in der Verschuldung des Grundbesitzes, in jenem gewaltigen Wechsel des Grundbesitzes, wie ihn der Krieg herbeigeführt hatte. Da streiten sich Bürger, Bauer und Edelmann herum, der erste möchte die seit langen Jahren schuldigen Zinsen, die selbst wieder ein Kapital geworden, von dem Kapitale haben, das er dem Edelmann geliehen. Der aber meint hochnasig, der Krieg und sein Adel habe ihn davon befreit, Zinsen zu bezahlen. Die Erhaltung der Standesreputation gehe allem andern vor. Dagegen wehrt sich der Bürger mit dem verständigen Vorhalt, es sei unbillig, daß unsere Schuldner ihre güldenen Ketten, Armband, Ringe und noch mehreres behalten und den Bürger von ihres Saumsals wegen ihre Kirchen plündern, die Kelche nehmen und in den Tigel werfen müssen. Allein der Edelmann hält an seiner „Standesreputation" fest. Ihn bewahrten kaiserliche Gnadenbriefe vor der Exekution. Diese aber drohte dem Bauern, der ebenso dem Bürger verschuldet war, und auf seine schüchterne Klage, warum gerade er sich von Haus und Hof müsse vertreiben lassen, wirft ihm der Edelmann barsch hin, ob er nicht gehört habe, daß der Adel ein anderes Recht habe, als andere? Da sollte nun wieder der Reichstag helfen, allein der Bauer war da nicht vertreten und so meint er: „Reichstag ist Geldtag! Nach den Römermonaten, die ich schon erlebt habe, müßte ich bereits 600 Jahre alt sein!" (Mitgeteilt von Erdmannsdörffer.)

Dies eine Beispiel für viele! Es zeigt uns, wie festgefahren diese alte ständische Zerrissenheit des deutschen Lebens noch war, trotz des Krieges, trotz des gemeinsam erduldeten Elends. Da durften noch manche Geschlechter vergehen, bis sich die Denkart der einzelnen Volkskreise so nahe kam, daß sie ineinander überfließen und sich zu neuem Leben erheben konnte. Wie langer Zeit bedurfte es, bis aus diesen Edelmannskreisen ein Freiherr vom Stein mit seiner sorgenden Vorliebe für das deutsche Bauerntum hervorzugehen vermochte! Es war die Festlegung des Besitzes an dem Pole der Unproduktivität, des arbeitslosen Lebensgenusses, die alles hemmte, wie dies in allen Zeiten stets die gleiche Erscheinung ist. Aber die steigende Lebensnot half da aufräumen, wo die Gesinnung eine versteinerte blieb, und einstweilen war ein Teil des bürgerlichen Kapitals auf dem Lande engagiert; das eigene Interesse lenkte die Blicke des städtischen Kaufherrn aus ihrer bisherigen einseitigen Richtung über die Mauern der Städte wieder hinaus.*)

Der allgemeine Rückgang der nationalen Volkskraft ließ es zu einer schnelleren Gesundung des nationalen Wohlstandes nicht kommen. Da mußte die Arbeit vermitteln. Jener feine Geist der künstlerischen Ausgestaltung des Daseins ging fast ganz verloren. Namentlich das Kunstgewerbe, das einst in den süddeutschen Städten, in Nürnberg, Augsburg, und zuletzt noch in München so prächtige Blüten getrieben, hatte den Todesstoß empfangen. Wo einst die prangenden Bürgerhäuser der Renaissancezeit das Auge erfreuten, da erhob sich nun aus Schutt und Trümmern ein einfacher nüchterner Bau, der nur dem Zweckdienlichen gewidmet schien und an der Stirne das Zeichen der Arbeit trug, die emsig hinter seinen Mauern sich regte. „Das Leben geistreich zu schmücken, dazu fehlte dem gedrückten Geschlechte der Geist und der Reichtum; aber man fühlte sich des Lebens wieder sicher und glaubte mit bescheidenen Ansprüchen an die Zukunft."

*) Ich teile hier ein drastisches Beispiel zur Beleuchtung jener edelmännischen Gesinnungsversteinerung mit. In einem kleinen Städtchen am Rhein lebten noch in den siebziger Jahren unseres Jahrhunderts zwei Brüder aus altreichsritterlichem Geschlecht. Sie waren vollkommen verarmt. Der eine band Körbe, der andere ging auf den Katzenfang. Eine Nebenlinie lebte in der Nähe von A. in besseren Umständen. Sie bot den Verwandten den Abkauf ihres Adels an. Nur das „von" sollte gestrichen werden. Die Herren Reichsritter aber lehnten das Geld ab, behielten das „von" und sind mit ungebrochenem Wappen in ihrer elenden Krümperhütte gestorben.



Nische mit der Madonna (Erzguß von Hans Krumper) an der Residenz zu München. (Um 1620.)

Mit Zahlen wollen wir nicht viel hantieren. Im einzelnen richtig, in vielem übertrieben, geben sie uns nur Andeutungen des Menschenverlustes, den die Städte zu beklagen hatten. Man hat den Gesamtverlust an Menschen auf 12—13 Millionen, auf die Hälfte oder zwei Drittel der Bevölkerung des Reiches geschätzt; man ließ die Pfalz und Württemberg mit je kaum 50,000 Menschen aus dem Kriege hervorgehen; von der einen Stadt München erzählt man, daß sich ihre Einwohnerzahl von 24,000 auf 9000, in Augsburg von 80,000 auf 18,000, in Landshut von 12,000 auf 2500 Seelen reduziert habe. Die Zahl der Studierenden an der Universität Ingolstadt sei nur noch 17 gewesen. Aber diese Zahlen fließen. Es kommt auf die Zeit an, in welcher, auf die Mittel, mit welchen sie festgestellt wurden. Jedenfalls ist sicher, daß der Verlust ein ganz ungeheurer war.

Verluste an Menschen, Arbeitskräften, Kapitalkräften — da war es natürlich, daß der deutsche Handel, die deutsche Industrie in die zweite und dritte Reihe zurücksanken, daß England, Frankreich, Dänemark, Schweden, Holland die Deutschen auf allen Punkten überflügelten. Und wie mächtig vereinigte gerade damals die lebenschöpfende Macht in Frankreich, England und Holland zu großer Centralisierung alle ihre Kräfte! Wie mußte Deutschland es fühlen, daß fast alle Mündungen seiner großen Ströme in fremden Händen waren! Deutschland war ein kontinentales Bauernland geworden, eine konservative Macht, in welcher nur das weltliche Fürstentum noch Raum zur Aktivität besaß, in welcher die grundbesitzende Aristokratie die Grundlage bildete. Und mit diesem Rückfall in eine längst vergangene Zeit und Kultur hatte das ganze Leben die Gesichtszüge der Rohheit und Verwilderung angenommen. In Sitte und Leben zeigten sich die greulichen Spuren der Kriegszeit. Verlogenheit, Egoismus in Handel und Wandel, wüste Völlerei und eine geradezu lächerliche Abschließung der Stände und Versunkenheit in erbärmlichen Formelkram schritten neben der geistlosen Nachäfferei des Auslandes einher. Was die Fremden Närrisches in Kleidung und Gebahren erfanden, in Deutschland fand es Aufnahme, es wurde überboten von der Impotenz, die jeder geistigen und künstlerischen Anschauung und Gestaltungskraft entbehrte.

Die Standesreputation, der point d'honneur, diese blödsinnigste Erfindung, die



Geschlossene Friedensunterschreibung

(Aus dem Theatrum



zu Nürnberg am 16. Juni 1650.
europaeum.)

Menschen je gemacht, beherrschte das ganze Leben mit geradezu erdrückender Tyrannei. Und wie in der Kleidung vergaß der Deutsche in der Sprache sein Volkstum. Das Alamodewesen machte sich breit. Mit lateinischen und französischen Floskeln sog man die alte Kraft aus der deutschen Sprache heraus, mit der Kraft die Wahrheit, kurz es kam zu vollendeter Gestaltung, wogegen einst schon in der Reformation der nationale Gegenschlag erfolgt und — niedergeworfen worden war. Jetzt waren alle Dämme durchbrochen, und vom Westen und Süden flutete ein Strom welschen Wesens und welschen Gesindels nach Deutschland herein. Von einer Renaissance hatte man einst geträumt, Humanismus nannte sich mit lateinischer Gelehrsamkeit das Streben, die Menschheit zu menschlichem Denken und Handeln aus scholastischer Verzopftheit und dogmatischer Versumpfung zurückzuführen. Die Deutschen antworteten mit der Reformation darauf, einer nationalen Umgestaltung der religiösen Denkart, die zur Allgemeinheit strebte. Aber in wütendem Ringen der deutschen religiösen mit der europäisch-menschlichen Denkart erschöpften sich beide, die Scholastik tauchte aus der Versenkung abermals empor und schüttete das Kind mit dem Bade aus. Die deutsche, jener Grenzzone zwischen Bauern- und Bürgerkultur entwachsene Bewegung wurde zurückgedrängt in die Defensive, als sie sich dem weiteren Vordringen der Befreiung menschlichen Denkens in den Weg stellte. Und nun kam das Romanentum doch über das deutsche Leben, aber es kam in seiner nationalen Verzerrung, und diese gewann den Eintritt ins deutsche Leben. „Der Austausch der Kulturen, die Wechselwirkung der Nationen auf einander ist ein in stetigem Fluß befindlicher historischer Prozeß. Es ist ein fortgesetztes Ueberströmen aus dem Vollen kulturreifer Gesellschaften in die Leere minder entwickelter Kreise" (Erdmannsdörfer). Zu dieser Leere mußte zuerst das deutsche Leben zurückgeführt werden, bevor es zur Aufnahme weiterer Kulturelemente fähig wurde. Jene selbstschöpferische, aber das geistige Wachstum an die bäuerlich-bürgerliche Zone festnagelnde deutsche Errungenschaft verlor für die Welt ihre aktuelle Bedeutung, als sie sich auf dem rein dogmatischen Gebiete vor Anker legte. Ueber Luther schritt Calvin hinaus, Deutschland versagte dieser Fortbewegung seine Kraft. So erschöpfte sich die Energie jener, und als sie zum Stillstand kam, erfolgte der reaktionäre Rückschlag, der gerade das Land am heftigsten traf, welches sich der Fortbewegung versagt hatte. So fand nun der von der Reaktion geborene romanische Absolutismus die deutschen Grenzen offen, und überwältigend zuerst, dann aber auch anregend und anreizend brach er in das deutsche Leben hinein. Die Satiriker begannen ihr Handwerk, und von der Satire stieg die geistige Bewegung fort und fort bis zur positiven Kritik eines Lessing und Kant. Auf diesem weiten Umwege wuchs das deutsche Leben in das Kulturleben Europas hinein, ein andrer war nicht möglich, seitdem die Reformation, die Renaissance, der Humanismus zum Stillstand gekommen.

Aber die Auswüchse sind nicht das Wachstum selbst. Sie überwuchern und behindern dasselbe oft, sie entziehen ihm viele gute und treibende Kraft, sie bedrohen dasselbe sogar mit dem Untergang, aber sie legen auch andrerseits Zeugnis ab, daß noch eine Triebkraft vorhanden. Wo diese zur Konsolidierung gelangt, wird sie die Auswüchse allmählich hemmen. Norddeutschland wird zum Boden der neuen litterarischen und wissenschaftlichen Arbeit, und Norddeutschland ist eine weite Ebene. Da geht jedes Wachstum mehr in die Breite und langsamer in die Höhe, als dort, wo Berge die Thäler umsäumen, und ein weicherer Himmel zum Aufstreben in diese Höhe lockt. Mit seinen simplicianischen Schriften erreichte allein der im hessischen Bergland geborene Grimmelshausen einen weiteren Blick über die Welt, während die Satiriker Norddeutschlands (Lauremberg — Mecklenburger, Schuppius — Hesse-Hamburger, Logau und Gryphius — Schlesier) mit ihrer Weltanschauung ziemlich auf dem flachen Lande blieben. Neben die einzelnen Persönlichkeiten aber stellte sich eine geschlossene Bewegung, die wir als direkte nationale Reaktion auffassen können gegen Fremdländerei. Wir meinen die nach dem Muster der italienischen Akademien im Jahre 1617 zu Weimar von drei sachsen-weimarischen Herzogen, zwei anhaltischen Fürsten und einigen Edelleuten gestiftete „fruchtbringende Gesellschaft", welche sich die Pflege vaterländischer Sitte und Zucht und deutschen Wesens überhaupt zu direktem Ziele setzte. Es ist gewiß hochbedeutsam, daß sich gerade hier

dieses Wachstum nach innen vorbereitete, von wo fast gleichzeitig der Versuch ausging, das Wachstum nach außen zu fördern, daß es gleicherweise weimarische und anhaltische Fürsten waren, die sich hier an die Spitze stellten, wie ein Christian von Anhalt, ein Bernhard von Weimar aus diesen Gegenden zu dem Versuche getrieben wurden, an der Westgrenze Deutschlands einen weiteren Boden zur Entfaltung deutschen Lebens zu gewinnen. Wir können hier auf die in diesen parallelen Bewegungen zur Erscheinung gelangenden Gesetze nur vorübergehend hinweisen, in dieser Richtung aber liegt noch ein weites Feld historischer Forschung, das bis heute fast vollkommen unbestellt blieb.

Hören wir noch, daß die fruchtbringende Gesellschaft, die mit ihrem Vororte (Köthen, Weimar, Halle) wechselte, bis zu ihrer Auflösung 890 Mitglieder zählte, daß zur Aufnahme edle Geburt oder höhere Geistesbildung allein befähigten, daß sich nach dem Muster dieses Ordens zum „neu sprossenden deutschen Palmbaum“ bald andere Gesellschaften mit ähnlicher und weiter greifenden Tendenz zusammenthaten, so die 1633 von Esaias Römpler von Löwenhalt in Straßburg errichtete „aufrichtige Tannengesellschaft“, die 1643 von Philipp von Zesen in Hamburg begründete „deutschgesinnte Genossenschaft“, die 1644 zu Nürnberg durch Harsdörfer und Johann Klaj gestiftete „Gesellschaft der Pegnitzschäfer“, auch „gekrönter Blumenorden an der Pegnitz“ genannt, der dann von Johann Rist im Jahre 1656 zu Wedel im Holsteinischen errichtete „Elbschwanenorden“, so haben wir die Tendenz zu neuem vereintem Wachstum deutlich verkörpert vor uns, und daß Süddeutschland, namentlich Bayern keinen Anteil an diesen Bestrebungen nahm, dürfte uns nicht befremdend erscheinen.

Erdmannsdörffer vergleicht dieses Streben nach Reinigung der „uralten deutschen Heldensprache“ mit dem Auftreten des Turnvaters Jahn und seiner urdeutschen Genossen, er weist auf die beiderseits vorhandene „ehrliche und wohlmeinende Gesinnung“ hin, die ebenso hier wie dort von barocken Auswüchsen oft überwuchert wurde; er erwähnt ebenso der Verschiedenheit des Wirkungskreises: in jener früheren Zeit war das Endziel Einflußnahme auf Sprache und Litteratur, in unserem Jahrhundert aber die Einflußnahme auf die Politik.

Wir greifen nun der geistigen Entwicklung um einige Jahrzehnte vor und nennen hier noch den Mann, der uns mit seinen Gedanken und Schriften als der würdigste Repräsentant des neu einsetzenden geistigen Lebens erscheint. Von den ohne Urteil zusammengestoppelten Büchern der Juristen und Staatsrechtslehrer sah Samuel von Pufendorf ab, als er in den Jahren 1665—67 daranging, seinen kritischen Bericht über die Verfassung des deutschen Reiches zu schreiben. Es ist dieses Buch, das unter dem Pseudonym des Severinus von Monzambono erschien, gewissermaßen als eine Theorie der pfälzischen Revolutionsbewegung zu betrachten, indem es die alten politischen Formeln von Monarchie, Aristokratie, Demokratie als für Deutschland nicht zutreffend zurückweist und lediglich die historische Entwicklung der deutschen Verfassung zum Maßstabe seines Urteils macht. An dem Engländer Hobbes, der zum erstenmal die naturalistische Denkweise und Methode auf die politische und staatstheoretische Forschung übertrug, an dem Holländer Hugo Grotius, dem wissenschaftlichen Begründer des Natur- und Völkerrechts, hatte Pufendorf sich gebildet. Seine Schriften, so vor allem auch das 1672 erschienene Hauptwerk über Natur- und Völkerrecht waren direkte Schläge gegen die scholastische Verzopfung der juristischen Wissenschaft, gegen den fesselnden Zwang des Corpus juris sowohl wie die Herrschaft der Theologie auf juristischem Gebiete. Es war für Deutschland der erste Versuch, ein bloß auf die Vernunft begründetes System des natürlichen Rechtes aufzustellen, und aus dieser Anschauung heraus konnte er darauf hindeuten, daß man die Religion sich selbst überlassen, daß man ihr den Weg zur Vereinigung aller in der neuen Lehre bahnen, daß man aber andrerseits die Reform des Güterbesitzers als eine durchaus notwendige in Angriff nehmen solle. Er will den vorhandenen Föderativstaat erhalten, aber auf die Defensive seiner Natur gemäß beschränkt sehen; ein beständiger Bundesrat solle die Geschäfte besorgen; im übrigen aber ist das Wachstum der Vernunft, die Zügelung der politischen „Leidenschaften nach philosophischer Vorschrift“ das einzige, von dem er das Heil der Zukunft erwartet. So ist er einerseits konservativ, andrerseits

fortschreitend, und wir wundern uns nicht, wenn er seiner Kritik die Wirklichkeit des natürlichen Reichtums des Landes und die Möglichkeit der Handelserweiterung zu grunde legt, wenn er von nationalökonomischen Grundsätzen ausgeht und die Befreiung des wirtschaftlichen Lebens als erste Notwendigkeit betont. Die Ursachen des Verfalls erkannte er sehr richtig in dem Verfall der wertschaffenden Arbeit, in dem Zurückbleiben eines exportfähigen Ueberschusses hinter dem eigenen Bedarf der Nation. So war diese Kritik des Alten, das Leben Hemmenden, wie Pufendorf sie vornahm, ein Wagnis politischer Einsicht und Freimuts, dessen Größe und Bedeutung sich an der Unruhe ermessen ließ, welche gegen diese neuen Theorien auf der Seite der scholastisch verzopften Gelehrsamkeit erwachte.

Geistige Bewegung also war vorhanden. Sie setzte sich fort, bis sie in Leibniz wieder einen ersten Höhepunkt erreichte und von da aus weiter dringend immer größere Kreise des Volkes umfaßte. Wir mußten uns auf diesen Aussichtspunkt hinaufbemühen um so mehr, als sich die Spuren einstigen fortschreitenden Lebens im bayerischen Lande immer mehr verwischen und die Richtung nicht deutlich erkennen lassen, in welche das Leben sich zu ergießen Miene machte. Hier trat jener volle Rückschlag und Stillstand ein, den bäuerliche Versumpfung und geistige Isolierung stets im Gefolge haben.

Maximilian überlebte den Friedensschluß noch um drei Jahre. Sofort hatte der Nimmermüde sich, als das Schwert beiseite gestellt wurde, an die Ordnung seiner Landesangelegenheiten begeben. Aber da konnten Verordnungen allein nur wenig helfen; man mußte die Erneuerung des Lebens selbst abwarten. Namentlich der furchtbar getroffenen Landwirtschaft ließ er noch seine Fürsorge angedeihen. Die herrenlos der Verwilderung anheimgefallenen Ländereien schenkte er verarmten Bauern gegen geringe Bodenzinse, „half strebsamen Hintersassen mit kleinen Dahrlehen zum Ankauf freieigener Grundstücke und begünstigte die Erwerbung und Zusammenlegung größerer Bauerngüter und die Gründung ausgedehnter Einzelhöfe. Die „Landschaftsverordneten" kamen auf seinen Ruf nach München und gegen ihren lebhaften Widerspruch erließ er ein Mandat, das den ganzen Grundbesitz, auch den des Adels und der Geistlichkeit, mit einer Steuer belegte. So ward der Staat in Bayern Herr der Stände, der reine Absolutismus kam hier zum ersten Mal in Deutschland zur vollen Durchführung Die ungemein sparsame Wirtschaftspolitik hatte es dem Kurfürsten ermöglicht, aus dem Kriege selbst noch mit einem Schatze an Bargeld hervorzugehen.

Die ganze Politik Maximilians hat uns bewiesen, daß auf einem Gebiete die „Ketzerei" d. h. die geistige Entwicklung zur Zukunft in Bayern Eingang gefunden. Es war dies auf jenem Wege, auf dem wir mit den Staatsrechtskritikern zusammentrafen. Die politische Autonomie, die territoriale Souveränität wurde von Maximilian so gut verteidigt wie von seinem revolutionären Vetter in der Pfalz. Nicht weniger wie dieser erhielt auch er vom Wiener Hofe den „Ehrennamen" eines Majestätsverbrechers. Und auf dieser Bahn werden wir Bayern seiner Zukunft zustreben sehen.

Auf den sonstigen Gebieten der Geisteskultur fanden wir Maximilian wohl thätig nach allen Seiten, aber einen innigen schöpferischen Anteil nahm er an diesen Bestrebungen nicht. Er war mehr Konservator des Geschaffenen, als daß er einer neuen geistigen Arbeit die Bahnen zur Fortentwicklung freigegeben hätte. Dem entsprechen sein historischer Sinn, seine Bemühungen um die Schöpfung einer tüchtigen Geschichte seines Landes und Hauses, die Bereicherung der von seinem Großvater begründeten Bibliothek, die Sammlung schöner Gemmen und Gemälde, die Verehrung Albrecht Dürers. Den älteren Meistern gab er den Vorzug. In der Beschäftigung mit den Künsten suchte er seine Erholung von den anstrengenden Arbeiten der Regierung.

Namentlich die Verschönerung Münchens lag ihm dabei am Herzen. Bis zum Antritt seiner Regierung hatte die Gothik ihren Todeskampf ausgerungen. Im Geschmacke der neueren Zeit wurde München förmlich umgestaltet und „ihm in Kirchenbauten, Spitälern, Klöstern, Monumenten, Statuen und Malereien der Kranz der Renaissance auf die Stirne gedrückt." Was nützte da die Absperrung gegen die litterarischen Erzeugnisse der Zeit, die, wie uns Heigel mitteilt, von Maximilian durch immer neue

Censuredikte aufrecht erhalten wurde? Hatte man den Humanismus, den rein menschlichen Gedanken, abgelehnt, die Renaissance ließ man herein. Das ganze nackte Göttervolk der Antike, von Amoretten und Ungeheuern umspielt, hielt in München seinen Einzug, und an den tollen Arabesken des Rokoko ging dann die Phantasie auf die Suche, bis die Kraft der Formenschöpfung sich ausgelebt, bis die immer höher aufgebaute Puderperrücke allzu unbequem geworden; dann kam der Zopf und mit ihm der Barokstyl, der Verfall der überhüllenden Form, und dann kam das menschliche Haupt und mit ihm der freimenschliche Gedanke, der nun auch in Bayern Eingang fand und sich in Ludwig I jenen begeistertsten Verehrer der Antike erwarb, der jemals unter der Krone gewandelt. Die Residenz, das Josefsspital und seine Kirche, das Innere der Augustinerkirche in München, das Schloß in Ingolstadt und das Jesuitenkolleg daselbst, die figürlichen Gebilde aus Stein und Holz in der Michaelskirche in München, die Gußwerke Hans Krumpers daselbst, meist nach Entwürfen Peter Candids, dann in der alten Residenz und der Frauenkirche, der Perseus im Grottenhofe, von Schwarz entworfen, von Candid zu künstlerischer Einheit gebracht, von Gerhard gegossen, dann die unzähligen Arbeiten des Kunstgewerbes aus dieser Zeit, die Ausschmückung der Residenz durch die Wandmalereien Peter Candids, der ebenso den Entwurf zu jener Madonna auf der Mariensäule schuf, welche Maximilian im Jahre 1638 zur Erinnerung an die in den Jahren 1832 und 34 überstandene Kriegs- und Pestgefahr errichtete — alles dies zeigt uns das Eindringen der Renaissance in Bayern in überreichem Maße. Freilich war es zunächst die Form, welche man da aufnahm. Es waren meist fremde Künstler, welche diese Kunstübung in



Die Madonna auf der Mariensäule in München.



Der greise Kurfürst übergiebt seinem Sohne Ferdinand Maria die monita paterna.

Nach dem Gemälde von Schabet.

Bayern schufen und dann immer mehr die Einheimischen zurückdrängten, aber wenn einst die Form verwittert und zerfällt, wird der Gedanke zu Tage treten, den sie umschloß, und wie zum Hohne auf alle engherzige jesuitische Prophylaxis wird alsdann dieser Gedanke aus allen Kirchen und Kapellen, aus allen Nischen, von Wänden und Türmen herableuchten, der Gedanke der Renaissance, der Wiedergeburt des menschlichen Denkens und Empfindens, der Gedanke, den in reiner Gestalt zu erfassen der Humanismus erstrebte, den dann scholastische Verzopftheit und bäuerliche Thorheit in den Staub trat. So hat ein Maximilian I, ohne es zu ahnen, der Zukunft vorgearbeitet, indem er die Renaissance ins Land ließ.

Auf einer Wallfahrt nach Betbrunn bei Ingolstadt erkältete sich der greise Kurfürst. Nach Ingolstadt zurückgekehrt, ist er dort im 79. Jahre seines Lebens am 27. September 1651 gestorben. In der Michaelskirche zu München ruhen seine irdischen Reste.

Die Zeiten politischer Ruhe unter Ferdinand Maria und Adelaide.

1651—1679.

Nach dem Tode Maximilians I übernahm seine Witwe, die Habsburgerin Maria Anna für den noch unmündigen Ferdinand Maria in Bayern die vormundschaftliche Regierung. Sie war eine energische Frau, und nicht lange, so munkelte man in Diplomatenkreisen, „man thue Ihre Churfürstl. Dchlt. mit fleiß nicht recht ad negocia anführen, sondern mit allerhand ergötzlichkheit distrahiren, damit Sie untaugentlich zue dem Regiment verbleiben und unser gnädigste Frau, welche man ohnedas für regiersüchtig haltet, sich dessen umb so viel länger praevalieren khönt." So berichtete der bayerische Reichstagsgesandte, Hofrat Dr. Oexle von Regensburg aus an den Grafen Kurz, der seit 1649 als Obersthofmeister und Landhofmeister den Hofstaat und geheimen Rat in München dirigierte, und nun auch an die Spitze der Landesadministration getreten war.

Von dem jungen Kurfürsten selbst erhalten wir aus jenem gleichen Bericht ein Bild, welches, wenn auch aus Urteilen anderer zusammengesetzt erscheint, dennoch die Meinung des freimütigen Oexle nicht verhüllt. „Wenn man sich so früh geselle, so gebe es lauter elende Pflitterling", hatte der alte Pfalzgraf Wolfgang Wilhelm in Bezug auf Ferdinand Marias allzufrühe Vermählung geäußert, aber das Umgekehrte scheint eher richtig zu sein, und so wurde denn auch schon damals die Prognose gestellt, daß der „vom Vater im Greisenalter Erzeugte und unter der Kreuzigung der Aerzte Erzogene" kein hohes Alter erreichen werde. Es war, als ob sich das wittelsbachische Geschlecht in Bayern in der rastlosen Thätigkeit des unvergleichlichen Maximilian erschöpft habe, als suche es nun Ruhe und Erholung. Und so berichtet denn auch Oexle weiter, daß man glaube, der junge Herr neige mehr zur Muße, als zu den Geschäften, er werde, zur Regierung gelangt, den Vergnügungen „faster, dan ernsteren Dingen nachsetzen", zumal weil seine Stimmung eine veränderliche und melancholische sei, werde er den Erquicklichkeiten nachstreben und die Geschäfte den Räten vertrauen; auch möchte es ein halb Innsbruckisches Regiment abgeben, weil bereits Ihrer Kurfürstlichen Durchlaucht Gedanken oft auf einmal mit so viel Ergötzlichkeiten angefüllt, daß sie selbst keine Auswahl mehr darunter machen könnten, und was im Augenblick beliebe, im nächsten wieder verleidet sei. Pater Vervaux habe den Kurfürsten wohl zum Christentum, aber nicht zum Kurfürstentum informiert, und Herr von Metternich denselben wohl der Instruktion gemäß,

aber nicht der Einsicht gemäß erzogen. Auch sei die Erziehung viel zu streng gewesen. Es sei zu fürchten, wenn der Kurfürst zur Regierung und Freiheit gelange, möchte dieselbe in Ausgelassenheit auslaufen, und der Respekt vor der Frau Mutter fallen. Auch zweifle man an der Kapazität. Doch meinen andere, der Verstand werde mit den Jahren kommen. So aus dem Berichte Oexles, den uns Heigel mitteilt.

Wie treten aus dem Kreise der Persönlichkeiten und ihrer Meinungen hinaus und überlassen den offenherzigen Dr. Oexle seinen Feinden in München, deren er bei seinen derben Aeußerungen natürlich mehr hatte, „als Tage im Jahr". Wir suchen eine weitere Perspektive zu gewinnen.

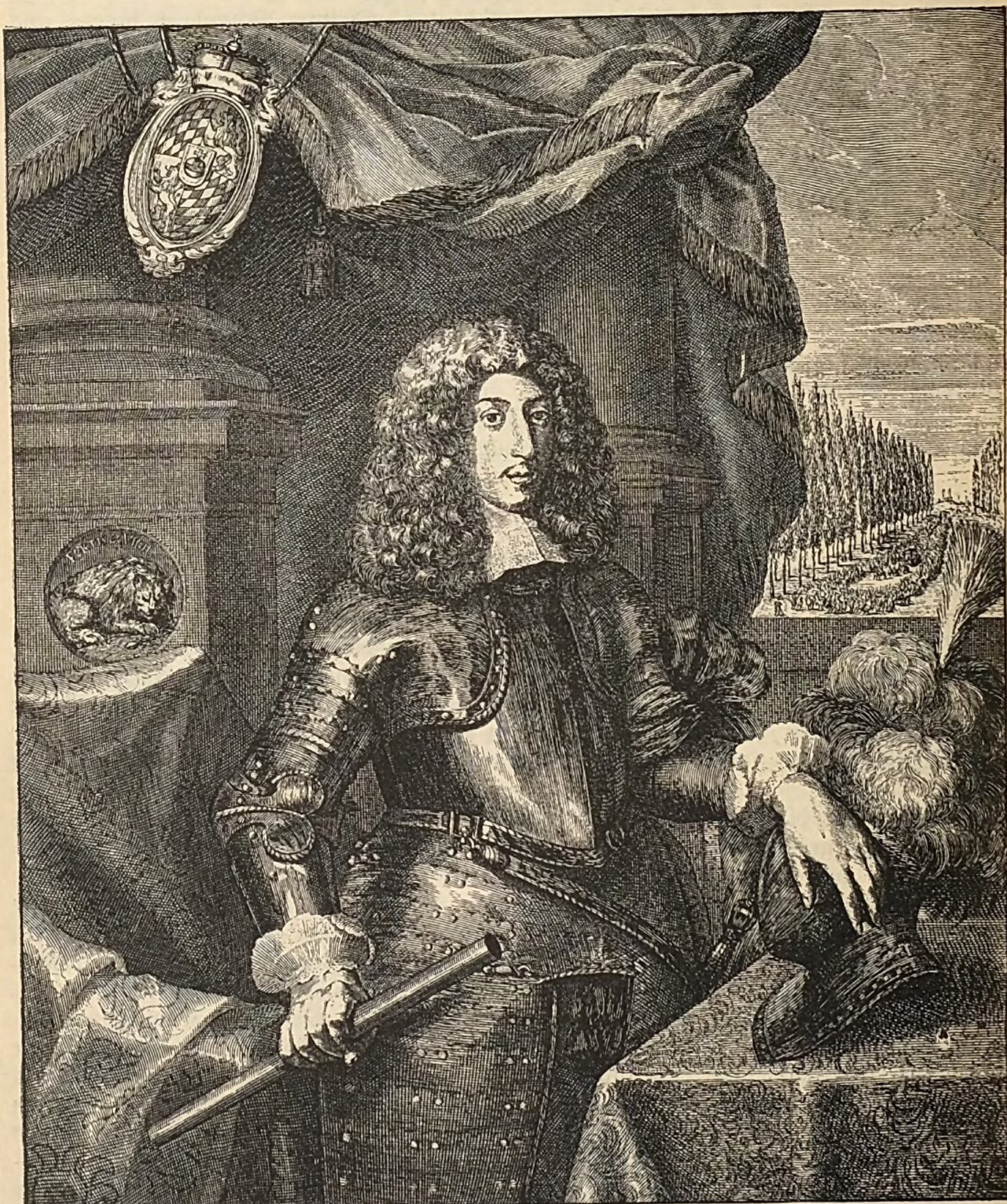
Bayerns heldenmütige Versuche unter Maximilian, sich in das deutsche Leben mit größerem Nachdruck hineinzuschieben und so das freie Feld einer lebendigen Fortentwicklung zu gewinnen, waren gescheitert an seiner Geschichte, die es mit allem Schwergewicht niederhielt und jedem Fortschritt den Stempel der Reaktion und des geistigen Stillstandes aufdrückte. So war es mit der Erlangung der kurfürstlichen Würde, so war es nicht minder mit der Gebietserweiterung in der Oberpfalz. Bayerns Herzblut war für die Errungenschaften dahingeflossen, und zu der hemmenden Macht seiner früheren reaktionären Entwicklung trat nun noch die materielle und geistige Erschöpfung, welche die Kriegsleiden ihm gebracht, hinzu. Nicht hier, sondern im Norden floß einstweilen der Strom des deutschen Lebens. Brandenburg war es, das mit seinem großen Kurfürsten auf die Weltbühne trat in dem Augenblicke, da die konservativen Mächte Sachsen und Bayern vom Schicksal in den Zuschauerraum gedrängt wurden.

Bayern bedurfte des Friedens, und so ward der Mangel an „Kapazität" seines Fürsten kein großes Unglück für das Land, ja dieser Mangel an Temperament und Entschlossenheit hat den Kurfürsten sogar bei den Hofhistoriographen im Range eines Lipowsky einen Wust von Lobeserhebungen und selbst den Vergleich mit einem Antoninus Pius eingetragen, eine Beurteilung, die sich nach der Geschmacklosigkeit des Inhalts, wie der Form, in der sie vorgetragen wurde, vorgetragen im Jahre 1831, als Deutschland die klassische Blütezeit seiner Litteratur bereits erlebt und andere Leute etwas anders schreiben gelernt hatten, wohl von selber richtet. Wir wollen mit etwas größerer Anspruchslosigkeit an die Zeit Ferdinands Marias herangehen und vor allen Dingen keine Helden suchen in einer Zeit, da Bayern keine solchen zu erzeugen vermochte. So glauben wir der Wirklichkeit und ihren wenn auch kleinen und beschränkten Reizen etwas näher zu kommen.

Vor allem blieb der Friede dem Lande in der Regierungszeit Ferdinand Marias erhalten. Zu großen Aktionen kam es nicht, und darum wird sich der Gang der Erzählung auf das Notwendige beschränken können. Wir müssen sehen, was in Bayern in dieser Friedenszeit geschaffen wurde, wir haben dann ferner im Auge zu behalten, wie auf dem europäischen Theater sich die Dinge entwickelten, um später, wenn diese Entwicklung abermals an Bayerns Grenze heranwächst, zu verstehen, welche fernere Anteilnahme dem bayerischen Leben an dem deutschen und europäischen bestimmt war.

Maximilian I hatte noch selbst nach einer Gemahlin für seinen Kronprinzen Umschau gehalten, und da begegnen wir einer Kombination, welche uns wie eine Nachwelle jener alten Bewegung des bayerischen Lebens nach dem Süden, nach Italien erscheint. Wie einst die Erstarkung des Frankenstammes die Bayern zur Verbindung mit den Langobarden trieb, wie dann später der Stillstand der Bewegung des bayerischen Lebens gegen Norden unter Kaiser Ludwig den Blick der Herzoge nach dem Süden lenkte — aus dem mailändischen Herrschergeschlechte der Visconti stammten die Gemahlinnen Stephans III und Ernsts I —, so hatte die Zurückstauung des bayerischen Lebens von Norden her nun abermals eine gleiche Wendung zur Folge.

Wir hörten von der Verbindung Karl Emanuels I von Savoyen mit den Protestanten, mit dem pfälzischen Wittelsbacher kurz vor Ausbruch des dreißigjährigen Krieges. Sein Streben war, der Herrschaft der spanischen Habsburger in Italien ein Ziel zu setzen. Es gelang ihm nicht, im Anschluß an die deutsch-protestantischen Mächte seine eigene Stellung in Italien zu größerer Bedeutung zu erheben. Savoyen blieb unter



Kurfürst Ferdinand Maria von Bayern.

dem Einfluß der um Italien ringenden Mächte Frankreich und Spanien. So lenkte allmählig der Drang zur Selbständigkeit zurück, und im Bunde mit einer der beiden streitenden Mächte suchte Savoyen das Ziel, seine Macht auszudehnen, zu erreichen. Schon Karl Emanuel dachte an eine engere Verbindung mit dem Kaiser. Aber der Kampf Habsburgs um das Veltlin drängte ihn sofort wieder in die Opposition gegen Habsburg. So schloß sich Savoyen 1624 an Frankreich an. Es galt die Niederwerfung der Spanier in Mailand und der Republik Genua. Dann kam der mantuanische Erbfolgestreit. Savoyen trat wieder von der Seite Frankreichs zurück. 1630 starb Karl Emanuel, sein Sohn Viktor Amadeus schloß mit Richelieu Frieden und lieferte den Franzosen das militärisch bedeutsame Pignerolo aus. Christine, des Herzogs Gemahlin, die Tochter Heinrichs IV von Frankreich und der Maria Medici, war die Seele dieses Bundes Savoyens mit Frankreich. Sie übernahm nach dem Tode ihres Gemahls 1637 die Regentschaft.

Das Glück und die Macht Spaniens in Italien neigten sich zum Niedergange, ebenso aber zeigte der Bürgerkrieg in Frankreich, daß die Stellung dieser Macht in Italien nicht so leicht zu behaupten war. Der Plan der Erhöhung des savoyischen Hauses tauchte energischer empor. Auf dem Friedenskongresse in Münster wirkte der Gesandte Christinens für die Erhebung Savoyens zum Kurfürstentum. Das war nicht zu erreichen. Der Kongreß ließ alles beim Alten. Pignerolo blieb in den Händen der Franzosen, eine innigere Verbindung mit dem Reich kam nicht zustande. Trotzdem nun Christine die Abhängigkeit von Frankreich nicht lästig empfand, trotzdem sie versuchte, durch eine Vermählung ihrer am 6. November 1636 geborenen dritten Tochter Adelaide mit dem jungen Könige von Frankreich dieses Band noch enger zu knüpfen, hatte doch gerade der Vorstoß der französischen Macht in Italien den Versuch, am Reiche einen festeren Rückhalt und eine bessere Gewähr der Selbständigkeit zu gewinnen, hervorgerufen. Als von Frankreich nun die neue Verbindung abgelehnt wurde, trafen sich die Bestrebungen zweier Mächte, die fast in gleicher Lage waren, auf halbem Wege.

„Wie eine Braut stand Bayern fortan zwischen zwei Bewerbern: Oesterreich und Frankreich." Die Herrschaft Habsburgs fernzuhalten, dabei aber nicht direkt unter die Uebermacht Frankreichs zu geraten, war das Bestreben Bayerns wie Savoyens, und schon im Jahre 1649 nahm die von Maximilian beabsichtigte Verbindung beider Häuser eine festere Gestalt an. Heigel hat uns in einem seiner kleinen Meisterwerke ein lebendiges Bild dieser Bewegung entworfen. Wir folgen ihm um so lieber, als gerade er trotz der Kleinmalerei seinen Arbeiten eine weitere und tiefere Perspektive zu geben versteht.

Der Traum Christinens von einer Verbindung mit dem geliebten Frankreich mußte aufgegeben werden, denn Kardinal Mazarin, in den Bürgerkrieg mit den Frondeurs verwickelt, vermochte den Spaniern in Italien nicht mit genügender Macht entgegenzutreten. Das mußte auf Christine zurückwirken, sie nahm den Gedanken einer Aussöhnung mit Habsburg auf, und Bayern sollte den Vermittler abgeben. Im Oktober 1650 ging Graf Kurz nach Turin. Die Procuravermählung wurde mit großer Pracht vollzogen, und da, bei dieser neuen Verbindung Bayerns mit Italien fand man die alten Spuren wieder, die einst die Bayern bei gleicher Wanderung in längst vergessener Zeit zurückgelassen. Die Geister vergangener Tage stiegen empor. In einem Ballet erschien Ercinio, der Gründer des boischen Königreichs, auf der Bühne. Diese historische Reminiscenz an die alten keltischen Bojer ist nicht die einzige, die in dieser Zeit lebendig wurde. Heißt es doch in dem am 4. Dezember unterzeichneten Heiratsprojekt, daß die neue Verbindung geschlossen werde, „um die Ehre Gottes zu erhöhen, die christliche Gemeinschaft zu stärken und das schon in uralter Zeit geknüpfte Band der Verwandtschaft zwischen den Häusern Bayern und Savoyen neu zu befestigen." Bei diesem Rückblick in „uralte Zeit" wird wohl die Verbindung der Bayern mit den Langobarden vor allem gemeint gewesen sein. Aber nicht wie damals, wenn dies auch Maximilians Gedanke war, Savoyen von der Seite Frankreichs abzuziehen und zu einer Versöhnung mit Habsburg zu führen, kam es nun zu einem Kampfe der Bayern und Norditaliener um ihre

Freiheit gegen französische Uebermacht, sondern an der Hand Adelaidens schritt die bayerische Politik, wie wir sehen werden, gegen Westen, sie fand ihre Verbindung mit Frankreich, aus der dann noch einmal jener hundertjährige Kampf emporwuchs, den Bayern um die staufische Erbschaft, um die deutsche Kaiserkrone mit Habsburg rang.

In Madrid und Wien wurde an einer Versöhnung zwischen Piemont und Spanien gearbeitet. Maximilian vermittelte dabei. Im Februar 1651 schickte er seinen Geheimsekretär Franziskus Mayr nach Mailand und Turin. Aber Mazarin war indessen in die Defensive gedrängt worden, Christinens Bruder, Gaston von Orleans, beherrschte den französischen Hof. So wollte man in Turin nicht mehr Frieden mit Spanien, sondern einstweilen nur Waffenstillstand, da man von dem System- und Personenwechsel in Paris Günstiges erhoffte. Das aber genügte natürlich Spanien nicht, und so kam weder Mayr in Mailand noch der Hofkammerpräsident Mändel in Wien vorwärts. Um den Turiner Hof rascher zum Entschluß zu drängen, eröffnete der spanische Statthalter in Mailand, Marquis Caracena, im Frühjahr 1651 abermals den Feldzug. In Turin geriet man in die höchste Bestürzung.

Mittlerweile hatte Maximilian beschlossen, die Gattin seines Sohnes nach München holen zu lassen. Er erlebte die Ausführung des Beschlusses nicht mehr. Von der Kurfürstin Witwe instruiert, begab sich im Frühjahr 1652 Graf Kurz an der Spitze einer Gesandtschaft von 350 Personen nach Italien. Die Kurfürstin-Witwe hatte mit Energie das Regiment ergriffen. Eine ausführliche Instruktion ward dem Grafen mitgegeben, in welcher die Forderung des Gehorsams gegen die Kurfürstin-Mutter als erste Forderung an die junge Kurfürstin erscheint. Auch wenn Adelaide sich auf der Heimreise im Zuge befinde, habe doch Kurz die Anordnungen über alles zu treffen. „Es kann zwar der Frau Tochter Liebden bei Allem um ihren Willen gefragt werden, doch dieses mehr per rispetto, als daß er (Graf Kurz) absonderlich so gar solle daran gebunden sein, sondern er soll auf der ganzen Reise alles dirigieren, wie ers wird thunlich und verantwortlich zu sein erachten."

Auch die als Obristhofmeisterin der jungen Kurfürstin mitreisende Gräfin von Wolkenstein erhielt genaue Instruktion. Sie solle in Mailand und Turin „gebührende Gravität entwickeln", und die Fürstin selbst schon während der Reise in allem, was Kleidung, Essen, Trinken, Schlafen, Weidwerk und Gottesdienst betreffe, mit der nötigen regola di vivere vertraut machen. Gehorsam gegen die regierende Kurfürstin war auch hier erstes Gebot. „Prinzessin Adelheid sei schon von Turin her daran gewöhnt, daß nicht der Kurfürst, sondern die Mutter das Regiment führe; sie werde also um so leichter begreifen, daß auch in München der Frau Kurfürstin Sohn ‚Alles mit ihrem Vorwissen, Erlaubnis und Befelch vornehme und auch alle seine Bediente sowohl als der ganze Hofstaat von Uns dependirten, und weil Wir wissen, daß die Madame vor und nach antrettung der regierung ihres Herrn Sohns ihr diese Gewalt und authoritet, wie löblich, nie hatte entziehen lassen, also wollen Wir hoffen, ihr Frau Tochter werde sich hierin auch unserer intention und diesem Herkommen bequemen.'" (Heigel.)

So wurde das Kind abgeholt. Mit seinen politischen Aufträgen kam Kurz nicht an's Ziel. Die mögliche positive Entwicklung, welche diese Verbindung mit Savoyen unter der Führung eines Maximilian hätte nehmen können, ward mit seinem Tode gehemmt. Mit demselben erlosch auch das Leben dieses letzten Gedankens des nie rastenden Fürsten; auf der einen Seite die Tochter Habsburgs, Maria Anna, auf der andern die Tochter Frankreichs, Christine, — da fehlte der Vermittler. Am 10. Mai 1652 traf die bayerische Gesandtschaft in Turin ein. Sechs Tage später brach sie mit der jungen Kurfürstin nach der neuen Heimat auf.

Mit möglichster Umständlichkeit wurde die Reise vollzogen. Ueberall feierlicher Empfang, Essen und Gastereien, bis man endlich nach einem Monate in Kufstein eintraf, wo der junge Kurfürst — er war damals noch nicht ganz sechszehn Jahre alt — mit seiner Gemahlin zum erstenmal zusammentraf. Die Begebnisse dabei sind charakteristisch für den kindischen Geist der Zeit, wir erzählen sie daher nach den Angaben Heigels. Instruktion überall! Der Hofmeister Johann Adolf Wolf, genannt Metternich, sollte die

Fürstin begrüßen und um Erlaubnis bitten, daß auch die in seinem Gefolge befindlichen Kavaliere ihr den Rock küssen dürften. Wenn dies gestattet wäre, sollte Ferdinand Maria selbst „unter dieser Compagnia nicht der erste, auch nicht der letzte, sondern fast in der Mitte gehen und sich ganz nichts vermerken lassen, wer er sei." Werde er von seiner Gattin erkannt, so solle er sich zu ihr setzen und „mit ihrer Liebden diejenige Compliment, auf welche er bereits instruirt ist, ablegen." — Adelaide erkannte ihn nicht, und so mußte Ferdinand Maria ein für diesen Fall vorgesehenes Brieflein überreichen, das über seine Person Aufschluß gab. „Da nun die Churfürstl. Prinzessin solches geöffnet und befunden, daß ihr Herr Gemahel selbsten solches überantwortet, hat sie alsobalden gegen deroselben ihren fehler entschuldiget, und seynd also beede Churfürstl. Personen ein zeitlang mit complimenten und accoglienzen beysamen gebliben, allda mänigklich außer der Frau Gräfin von Wolckenstein als Obristen Hofmeisterin und Herrn von Metternich abgetretten." Nur der Jesuitenpater Vervaux scheint noch gesehen zu haben, wie sich Adelaide dem Gatten „zum allerkeuschesten Kusse übergab." „Nachdem sie ungefehr eine halbe Stundt mit gemeldter conversation vollbracht", reiste Ferdinand Maria zur Mutter zurück, Adelaide folgte etwas langsamer nach.*)

In Wasserburg erfolgte die Begrüßung der alten Kurfürstin. Dann brach der ganze Hofstaat nach München auf mit einer Cavalcade von mehreren Tausend Teilnehmern. Am 22. Juni langte man in der Residenz an, wo „von allen Pasteien, Thürmen und der ganzen Fortifikation" aus 170 Karthaunen und Geschützen ein fürchterlicher Spektakel loskrachte. Drei Tage später folgte in der Hofkapelle die Trauung, und dann jagten sich noch volle drei Wochen lang Vergnügungen aller Art. Mit der eintretenden Stille aber stellte sich auch die Ruhe der Erwägung ein. Ferdinand Maria konnte seiner südländischen Gattin mit seiner knabenhaften Schüchternheit und hausbackenen Nüchternheit nicht imponieren, sie begann zu klagen; ihre Briefe an die Mutter verraten das Heimweh nach dem temperamentvolleren Leben des Südens, wo bereits das leichtere französische Air die Luft durchtränkt, während in München noch die alte habsburgisch-spanische Grandezza in der Person der Kurfürstin-Mutter gravitätisch umherwandelte. So entwickelte sich das Verhältnis der beiden Frauen zu einander zu einem bis zum Tode der alten Kurfürstin (1665) lebendigen Gegensatze, in welchem Ferdinand Maria mitten inne stand ohne Willen und Entscheidung, ein Diener des „wirklichen Souveräns", des Grafen Kurz.

Aus den politischen Verhandlungen zwischen Bayern und Savoyen ward ersichtlich, daß die Gedanken Maximilians tiefer gingen. Auch einen politischen Rückhalt suchte er hier zu gewinnen, der beiden Mächten eine größere Möglichkeit gegeben hätte, zwischen den europäischen Rivalen, Habsburg und Frankreich, ihre Selbständigkeit zu wahren. Gleichzeitig mit diesen bayerischen Bestrebungen tauchten allenthalben im Reiche die alten Neigungen nach festerer Einigung wieder auf, da der Friede doch sehr unsicher zu sein schien. Zuerst geschah dies im oberrheinischen Kreise, dann folgten die Welfen in Norddeutschland. Sie vereinigten sich im Jahre 1652 mit Schweden, als dem Besitzer von Bremen und Verden, und Hessen-Kassel zur Hildesheimer Allianz.

Auch der alte Streit um das Jülicher Erbe schien nun von neuem ausbrechen zu wollen, da Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg das Normaljahr des westfälischen Friedens (1624) statt des im Düsseldorfer Provisionalvergleich festgesetzten Jahres (1612) einzuführen suchte und die katholische Restauration in seinem Herzogtum begann. Da-

*) Es ist der genannte Lipowsky, der den „geschmackvollen" Versuch macht, diese Begegnung Ferdinand Marias mit seiner Gattin mit derjenigen in eine Reihe zu stellen, die wir im ersten Bande dieser Geschichte (Seite 263) von König Autharis und Theodolinde nach den Angaben des Paulus Diakonus erzählten. Ob diese Erzählung für die „Instruktoren" des jungen Kurfürsten das Muster abgegeben hat, können wir nicht sagen. Unmöglich wäre es bei der Sucht nach uralten historischen Reminiszenzen nicht. Aber für denjenigen, der reinste, wundervollste Naturpoesie von schwächlich-romantischem Schäferzauber zu unterscheiden vermag, ist ein Vergleich beider Erzählungen wohl interessant. Lipowsky hat natürlich im Jahre 1831 noch nicht Gelegenheit gehabt, einen solchen Unterschied kennen zu lernen. Authari, der seiner Braut kühn die Wange streicht, und der auf „Complimente instruirte Ferdinand Maria" — es ist nicht immer gut nach Heldenmustern zu suchen.

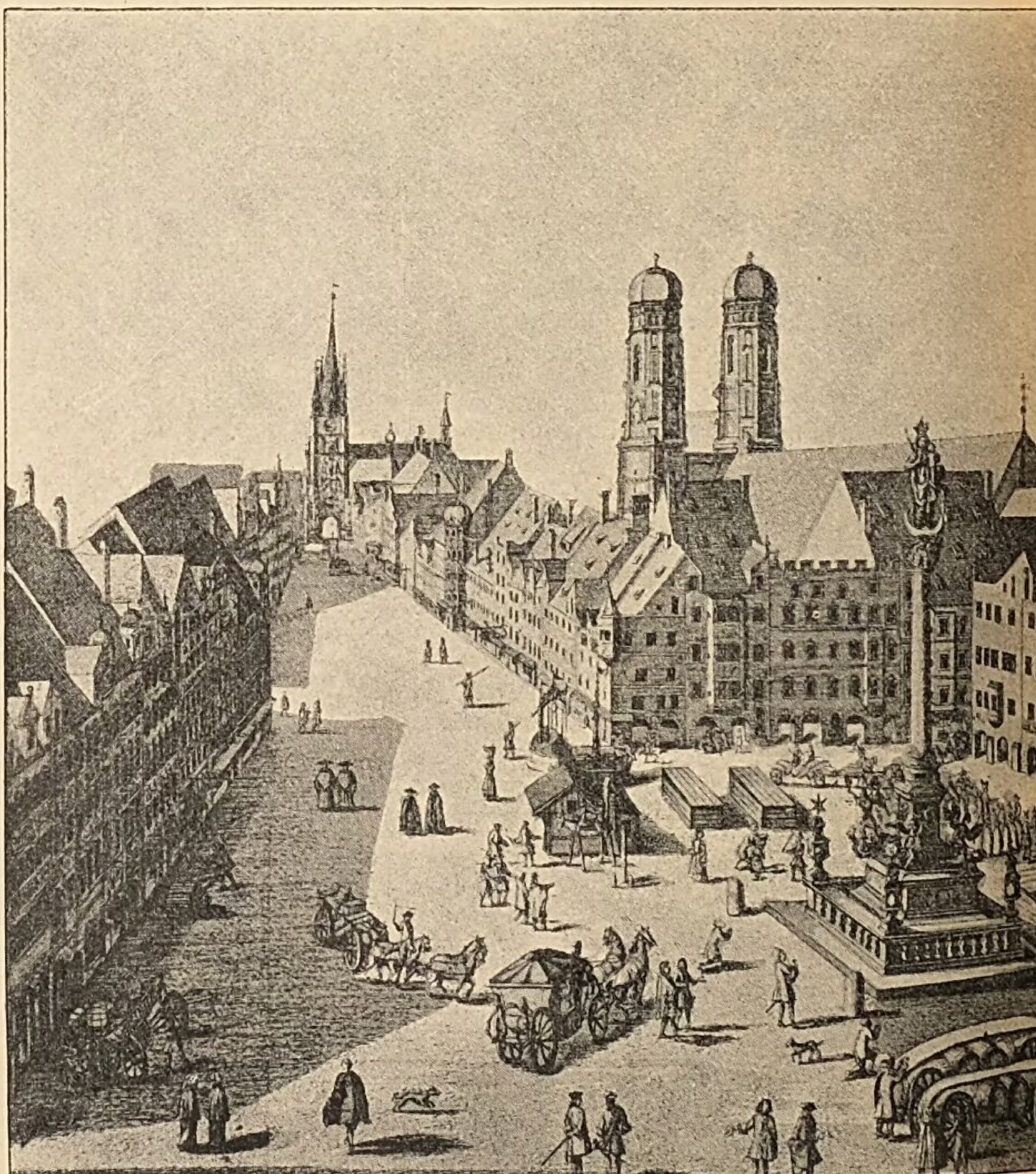
gegen erhob Brandenburg Einsprache und griff zu den Waffen (1651). Aber das Unternehmen stockte alsbald. Die protestantischen Stände in den Jülicher Ländern wollten von Krieg nichts wissen, Holland hielt nach dem Tode Wilhelms II von Oranien (1650) mit der erhofften Hilfe zurück, während der Pfalzgraf sofort Hilfe fand in Brüssel, in Lothringen, in Trier und Köln. Der Kaiser warf sich ins Mittel und die Sache wurde beigelegt.

Zum Oktober 1652 ward dann zur weiteren Ordnung der Friedensbestimmungen der Reichstag nach Regensburg berufen. Habsburg aber hatte außerdem die Wahl Ferdinands IV zum Nachfolger des Kaisers auf dem Herzen. Eine Vorbesprechung Ferdinands III mit den Kurfürsten in Prag eröffnete günstige Aussichten, und am 31. Mai 1653 kam die Wahl Ferdinands IV in Augsburg wirklich zustande. Am 18. Juni folgte die Krönung in Regensburg, am 30. Juni wurde der Reichstag eröffnet.

Schmausereien, Festlichkeiten aller Art, Theatervorstellungen, Demonstrationen des Magdeburger Bürgermeisters Otto von Guericke mit seiner neu erfundenen Luftpumpe wechselten mit den Verhandlungen ab. Dahinein aber erklangen auch ernstere Töne. In England war ein Königshaupt gefallen. Der vertriebene Karl II bat den Reichstag um Unterstützung gegen die Revolutionäre, gegen die „barbarischen Rebellen und Königsmörder.“ Und schon kursierten an den deutschen Universitäten die zündenden Schriften Miltons, der die Sprache der alten Volkstribunen aus dem Grabe der Jahrhunderte wieder hervorsteigen ließ. Dahinein erklangen ferner die Bitten der österreichischen Protestanten gegen die habsburgisch-katholische Vergewaltigung. Nur Brandenburg wagte es, sich der Unterdrückten anzunehmen, erreichte aber nichts. Dann sollten namentlich wieder einmal die ordentlichen Revisionen der Reichskammergerichtsurteile eingeführt werden. Seit mehr als fünfzig Jahren ruhten die unerledigten Prozesse in der Kanzlei des obersten Reichsgerichts. Sie waren in die Tausende gewachsen. Eine Kommission sollte da Ordnung schaffen. Aber sie besann sich, sie besann sich ein Jahrhundert lang, ehe sie die Arbeit begann (1767), um sie alsbald wieder einzustellen, da sie nicht mehr zu bewältigen war. Eine höchste richterliche Entscheidung gab es im Reiche nicht mehr. Auch der Reichshofrat wurde in Diskussion gezogen, natürlich ebenso erfolglos. Die bedeutsamste Wandlung erkennen wir in der Stellung der Reichsstädte. Sie besaßen nun wirklich das Stimmrecht auf dem Reichstage unangefochten. Aber ihre Stimme sollte erst dann zur Geltung kommen, wenn Kurfürsten und Fürstenkollegium sich in den betreffenden Fragen bereits geeinigt. Damit war jede aktive Anteilnahme der Reichsstädte an der Politik einfach ausgeschlossen.

Eine andere Frage betraf die Erhebung neuer Fürsten, wie sie in der Kriegszeit vom Kaiser geübt worden war. Sollten diese Titularfürsten nun auch Sitz und Stimme auf dem Reichstage haben? Die alten Fürsten sträubten sich dagegen. Dem Kaiser lag natürlich daran, das Recht des „Pairsschubs“ zu erlangen. Man einigte sich dahin, daß die bis jetzt Ernannten in den Reichstag eintreten, künftige Ernennungen aber an das Vorwissen und die Zustimmung der Kurfürsten und Stände geknüpft würden.

Auch in der Steuerfrage kam Habsburg nicht zum Ziel. In Berlin war der Umschwung eingetreten. Graf Georg Friedrich von Waldeck trat als erster Ratgeber an die Seite des Kurfürsten. Er führte Brandenburg hinweg von der kaiserlichen Seite auf die Seite der fürstlichen Opposition, welche in den Braunschweigern ihren Mittelpunkt hatte. Mit ganzer Kühnheit griff er den alten Gegensatz der habsburgisch-katholischen Herrschaft zu der Freiheit der protestantischen Welt wieder auf und belebte den Gedanken des Widerstandes gegen die ehrgeizigen Pläne des habsburgischen Kaisertums im Reich. Für Kirchen und Schulen zu arbeiten, die geistige Kultur neu zu fundamentieren, war sein Bestreben, und deshalb sollten die Landesherrn dem Kaiser gegenüber den Säckel zuhalten. So lehnte der Fürstenrat, durch Brandenburg verstärkt, die vom Kaiser geforderten 60 Römermonate ab. Zugleich aber wollte Brandenburg die Parität, wie sie der Friede anerkannt hatte, auch im Kurfürstenkolleg eingeführt sehen. Eine neunte Kür sollte geschaffen werden. Dazu kam es einstweilen nicht. Aber der Reichsabschied bestimmte, daß die drei protestantischen Kurfürsten eine unter ihnen abwechselnde vierte Stimme bei den Beratungen führen sollten.



Der Marienplatz in M

Nach dem Kupfer



…nchen im 17. Jahrhundert.

…von Gottfr. Winkler.

Ebenso wirkte Waldeck für die Wiederherstellung des alten Corpus Evangelicorum Sachsen übernahm noch einmal das Direktorium, aber die wirkliche Führung fiel mehr und mehr an Brandenburg. Der Kaiser merkte das Erstarken der Opposition. Er trieb zum Schluß des Reichstages, der dann auch am 17. Mai 1654 vollzogen wurde.

So gährte es trotz des Friedens an allen Enden, es gährte bald um so mehr, als sich in allernächster Zeit große Ereignisse vollzogen. Da war im Norden die Stadt Bremen, die ihre Reichsfreiheit behauptet hatte. Schweden wollte die Stadt zu dem Stifte haben. Der Krieg begann. Die Stadt hielt sich tapfer, und noch ehe ihre Schicksalsstunde schlug, vollzog sich der Thronwechsel in Schweden.

Aus dem kleinen Fürstentum, daß nur aus Burg und Dorf Kleeburg bestand, war Johann Kasimir, der Bruder des regierenden Pfalzgrafen Johann von Zweibrücken, in die Dienste Gustav Adolfs getreten. Der König gab dem treu ergebenen Fürsten die Hand seiner Schwester Katharina, und aus dieser Ehe erwuchs Karl Gustav, der, in Schweden geboren, sich ganz als Schwede fühlte. Er war ein Mann der Waffen, wir begegneten ihm bei der letzten Belagerung von Prag, aber auch was er mit friedlichem Werke für Schweden schuf, hat die schwedische Geschichte dankbar anerkannt. Gustav Adolf selbst hatte nur eine Tochter, die Königin Christine. Der Wittelsbacher dachte an Ehe mit der Königin, diese aber liebte die Freiheit und für sie schlug sie Königtum und Ehe in die Schanze. Ihr tapferer Vetter sei zu Höherem bestimmt, als auf seines Vaters Gütern als Maier zu sitzen, meinte sie. Zu seinen Gunsten legte sie die Krone von Schweden nieder (25. Februar 1654) und setzte ihren Willen durch, daß Karl Gustav König von Schweden wurde. Mit einer wahren Heldenkühnheit drang nun der Wittelsbacher in die Verhältnisse des Nordens ein. Alles belebte sich wieder, und bald stand die Welt vor einer Menge von neuen Fragen, während im Süden seine königliche Base zum katholischen Bekenntnis übertrat und zwischen asketischen Uebungen und amazonenhaften Tollheiten ihr romantisch-nervöses Dasein verbrachte. Karl Gustav legte alsbald den Streit um Bremen bei, da ihn der Kampf gegen Polen, wo ein schwedischer Wasa auf dem Throne saß, rief. So rettete Bremen einstweilen seine Reichsfreiheit.

Ebenso lohte im Westen der Kampf. Karl von Lothringen war von den Friedensstiftern übersehen worden. Er kämpfte weiter gegen Frankreich, er trat in ein Bündnis mit Condé gegen Mazarin, auf dem Reichstag handelte er mit dem Kaiser um eine Entschädigung für die Herausgabe der noch von ihm besetzten Festungen Hammerstein, Homburg, Landstuhl. Im Dezember 1654 fiel er in das Stift Lüttich ein. Das gehörte dem Wittelsbacher Maximilian Heinrich, Kurfürsten von Köln. Sofort trat wieder Brandenburg für diesen in die Schranken, das zog die Neuburger, die Welfen, selbst den Kaiser nach. Da ward der Lothringer in Brüssel verhaftet, und die Sache hatte ihr Ende.

Aber diese stetigen Beunruhigungen von allen Seiten ließen das Bedürfnis nach festerer Einigung immer lebhafter erwachen. Und da trat nun Waldeck mit einem Unionsplan hervor, der uns wie eine kühne Vorwegnahme der späteren Entwicklung Brandenburgs erscheint. Waldeck geht von der Lage Brandenburgs aus, das in seiner Ausdehnung von Königsberg bis Cleve, auf allen Seiten von feindseligen Ansprüchen und begehrlichen Widersachern umgeben, ohne Bündnisse nicht bestehen könne. Auf kaiserlicher und katholischer Seite seien keine Bundesgenossen zu finden, und so bleibe nichts, als ein protestantischer Fürstenbund. Kursachsen, Kurpfalz, auf die beide aber fürs erste nicht zu rechnen sei, Schweden für seine deutschen Lande, die Braunschweiger, der Administrator von Magdeburg, Hessen, Mecklenburg sollten in dieses Bündnis einbezogen werden. Im Einverständnisse mit diesen sei dann der Kampf auf dem Reichstage gegen die Uebergriffe der kaiserlichen und katholischen Partei wieder aufzunehmen. Dann solle man die Reichskreise gewinnen, in welchen die brandenburgischen Länder liegen, und da Kursachsen sich wahrscheinlich nicht beteiligen werde, so sei es bei festem Willen kaum anders möglich, als daß der Kurfürst von Brandenburg „für das Haupt der anderen Bundesgenossen erkannt, erklärt und beständig gemacht werde.“ Dazu seien die kleineren protestantischen Stände heranzuziehen, auch die Reichsstädte, wie Frankfurt, Hamburg,



Kurfürstin Henriette Adelaide von Bayern.

Lübeck, auch die süddeutschen, Straßburg, Nürnberg, Augsburg, Regensburg. „Sollte es dann zu einem Bruch, den Gott verhüten wolle, kommen, so wären von einer See bis bald an die andere diese Lande zusammengeknüpft, der Rücken frei, der meiste Teil der Elbe, Oder und Weser in der Verbundenen Händen.“ (Erdmannsdörfer.) Aber der protestantische Gesichtspunkt war kein ausschließlicher. Der politische Gedanke hatte die Führung, „allen Reichsständen ohne Unterschied der Religion“ zu dienen erkärte sich Friedrich Wilhelm bereit. Der Verstand sollte gebraucht werden und zu seinem Rechte gelangen. Antihabsburgisch — das war das dabei von Hohenzollern ausgegebene Stichwort.

Da starb am 9. Juli 1654 der kaum erwählte junge König Ferdinand IV. Eine Neuwahl wurde nötig, und nun setzte Waldeck alles ein, Habsburg von der Thronfolge auszuschließen. Und wie ein unumstößliches Gesetz tauchte da abermals die alte Kombination auf, Bayern an die Stelle Habsburgs zu erheben. „Ein bayerisches Kaisertum, aber nicht, wie Kardinal Mazarin es zu schaffen gedachte, als das schutzbefohlene Werk der französischen Politik, sondern gestützt auf Brandenburg und den von ihm geleiteten deutschen Fürstenbund, ähnlich wie hundert Jahre später es der Gedanke Friedrichs des Großen war.“ Natürlich sollte Frankreich das dazu nötige Geld hergeben, aber niemals dürften die deutschen Fürsten seine Waffenhilfe anrufen. Frankreich sollte seine Entschädigung im Kampfe gegen Spanien suchen. Für Brandenburg selbst war zunächst der Gewinn der ganzen Jülicher Lande in Aussicht genommen. Von da schweiften Waldecks Gedanken weiter in jene Zeit, da in den Niederlanden die Oranier wieder zur vollen Herrschaft gelangt sein würden. Brandenburg mit Oranien im Bunde werde eine Macht besitzen, die selbst Frankreich begegnen könnte: „E. Churf. Dchl.“, ruft er dem Kurfürsten zu, „werden durch solchen Weg entweder das römische Reich in Flor und Aufnahme bringen, oder ein groß Teil davon vor sich behalten!“

Aber zur Erlangung all dieser Herrlichkeiten, wie sie der westfälische Reichsgraf, ein Mitglied jenes Volkselementes, das einst Sickingen und Hutten erzeugt, dem später der Reichsfreiherr vom Stein entstammte, in prophetischer Vorahnung erträumte, war die junge brandenburgische Macht noch lange nicht stark genug. Dazu hätte sie nicht nur des eigenen vorwärtsdrängenden, sondern auch des entgegenkommenden Lebens der deutschen Nation bedurft. Und an diesem Punkte fehlte es. Zwar sehen wir in Norddeutschland gewisse Mächte eine nicht ganz ablehnende Haltung einnehmen, aber der Einfluß, den Schweden nun einmal hier gewonnen hatte, war nicht mit ein par losen Verträgen aus der Welt zu schaffen. Schweden widersetzte sich dem Eintritt Brandenburgs in die Hildesheimer Allianz. Dazu gewann eben damals Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg die Vorherrschaft im westfälischen Kreise, in welchem man dann auch sofort Miene machte, die katholische Restauration zu stärken. Andrerseits hatte der Einfall Lothringens in Lüttich und das sofortige Eintreten Brandenburgs für den Kölner Kurfürsten eine Verständigung mit diesem Wittelsbacher gebracht. Es kam zu einer vorläufigen Einigung zwischen Brandenburg und den Welfen, zwischen Brandenburg und Hessen-Kassel. In der Kaiserfrage stellte sich Köln entschieden auf die Seite Waldecks, während Mainz noch für Habsburg arbeitete. Aber alles das erregte nur die Aufmerksamkeit der Brandenburg feindlichen Mächte. Schweden fühlte sich in seiner Vormachtstellung bedroht, die katholischen Fürsten am Niederrhein und in Westfalen fürchteten eine allmählige Umklammerung durch den Protestantismus. Christof Bernhard von Galen, der Bischof von Münster, dachte an die Errichtung eines katholischen Fürstenbundes. Köln stellte sich auf seine Seite, ohne jedoch seine Verbindung mit Brandenburg dadurch lösen zu wollen. Dann trat Philipp Wilhelm in diesen katholischen Bund und suchte demselben eine direkte Spitze gegen Brandenburg zu geben. Alles stand noch in Frage, als der nordische Krieg in das diplomatische Plänespiel hineinplatzte.

Maximilian I hatte seinem Sohne ein politisches Testament hinterlassen, „väterliche Ermahnungen“, in denen namentlich vor leichtfertigem Kriege auf das ernstlichste gewarnt wurde. Zu einem solchen war nun in Bayern weder Lust noch Kraft vorhanden. Die allgemeine Erschöpfung gebot Ruhe, und die Stimmung der Bevölkerung in ihren ein-

zelnen Ständen ging dahin, es sich „in ihrem Sinne bequem zu machen." Ein Blick auf jenen brandenburgischen Plan zeigt uns allerdings die Möglichkeit für Bayern, auf Grund der deutschen Kräfte zur Kaisermacht zu gelangen, aber es hätte doch einer weit größeren politischen Rührigkeit und Entschlossenheit bedurft, als sie Ferdinand Maria besaß, sollte Bayern den Prinzipat wirklich behaupten und ausüben, und nicht, wie dies Brandenburg auch wirklich nicht anders vermeinte, nur die nominelle Führung übernehmen, während die thatsächliche bei Brandenburg lag. Was schwächeren Naturen an positiver Einsicht fehlt, das ersetzt ihnen die Natur gewöhnlich durch ein richtiges Mißtrauen gegen stärkere Naturen. Es kommt zu keiner Fortbewegung bei ihnen, aber es kommt auch zu keinem Unglück. Außerdem aber empfand man in Bayern die habsburgische Gefahr durchaus nicht so akut, wie Waldeck im Norden, wohl aber empfand man das Bedürfnis nach Ruhe. Die Erholung des bayerischen Wachstums war in der kurzen Zeit noch keineswegs bis zu dem Grade fortgeschritten, daß sie über Bayerns Grenzen hinauszuwachsen bestrebt gewesen wäre.

Unter dem 3. März des Jahres 1655 ließ Kurfürst Ferdinand Maria den in München versammelten Verordneten die Mitteilung zugehen, daß er „bei durch Gnade Gottes vollständig erreichtem Alter in Kraft der goldenen Bulle und väterlicher Verordnung, die anererbte landesfürstliche Regierung seiner von Gott verliehenen Land und Leute wirklich angetreten habe." Das war für die Landschaftsverordneten ein günstiger Anlaß, auf ihr stets wiederholtes Begehren nach Berufung eines allgemeinen Landtags, der nun 44 Jahre lang nicht mehr stattgefunden, zurückzukommen. Ferdinand Maria wies dieses Gesuch nicht prinzipiell ab, stellte es aber den Verordneten anheim, zu urteilen, ob bei dem jetzigen Zustand des römischen Reichs sowohl als des eigenen Landes und der Leute und bei den großen Kosten, die damit verbunden seien, es ratsam sei, einen Landtag abzuhalten. Mit diesem halben Versprechen für die Zukunft begnügten sich die Verordneten einstweilen wieder.

Mit der notwendig gewordenen Entlastung des Grundbesitzes hatte man in Bayern nicht auf das Reich gewartet. Schon am 20. Juni 1650 erließ Maximilian I eine Verordnung, daß die durch das Kriegsunglück in Not und Schulden geratenen Unterthanen nicht so ohne weiteres auszupfänden seien. Zuerst sollte man es mit den Gläubigern in Güte versuchen. Gelinge das nicht, so haben Hofrat und Regierung einzutreten und auf erschwingliche Zahlungsfristen zu erkennen. Auch seien die rückständigen Zinsen zu vermindern. Dazu kam bald die weitere Verordnung, daß kein Kapital vor drei Jahren aufgekündigt werden dürfe.

Auch Ferdinand Maria schritt auf diesem Wege fort. Eines seiner ersten Regierungsdekrete ordnete eine Konskription sämmtlicher öde liegenden Güter an und versprach jenen, die öde Güter wieder bemaiern würden, eine Unterstützung mit Bauholz und anderem, sowie Nachlaß der Lehensgebühren. In einer Ausschreibung des Jahres 1655 wird bemerkt: „Es seien zwar bereits jenen drei Freijahre versprochen worden, welche öde Güter wieder in die Höhe bringen, gleichwohl lägen noch viele Gründe öde und bewüchsen sich mit Holz; die Beamten sollten sich daher die Wiederbemaierung dieser Güter um so eifriger angelegen sein lassen; auch noch eine größere Zahl von Freijahren dürfe versprochen werden." Dann wurde weiter und schärfer verordnet, daß die Grundherren ihre öden Güter anderen Bauern zulegen oder binnen Jahresfrist bemaiern sollten; sonst würden sie ihnen von der Vogtherrschaft nach Schätzung gerichtlich verkauft und bemaiert werden.

Mit diesen Begünstigungen fuhr man fort, und die Früchte reiften langsam. Aber die alte Zeit drängte auch hier wieder ein, indem namentlich die Gutszertrümmerungen vermieden werden sollten. Lag doch auf dem Hauptgute auch die Hauptlast. Entzog man also dem Hauptgute einen Teil seiner Renten durch Abtrennung der Nebengüter, so wurden die Hauptgüter zahlungsunfähig. Und so arbeitete denn die Regierung dahin, die Söldner und Tagwerker für die größeren Gutsbesitzer als arbeitende Klasse disponibel zu erhalten, den wirtschaftlichen Aufschwung dieser Menschenklasse aber zu verhindern. Verglichen mit den Plänen eines Becher, von denen wir unten hören werden, waren diese Verordnungen geradezu barbarisch. Die Söldner und Tagwerker sollten keinen Grund-



Karl X, Gustav zu Upsala, zum König von Schweden gekrönt 1654.

Nach dem Gemälde von Pixis.

besitz haben, sie sollten keine Schafe oder anderes Vieh, nicht einmal Tauben halten dürfen, als höchstens zwei Geißen oder eine Kuh. Dagegen sorgte man wieder für Unterstützung der Notleidenden mit Geld und Getreide, scharfe Verfügungen gegen den Wildschaden wurden getroffen, namentlich gegen das Ueberhandnehmen der Wölfe sollten die Jagdmeister alles zur Jagd aufbieten. Eine Wolfshaut wurde mit 3 Thalern bezahlt. Dann wurden weiter Versuche mit nützlichen Züchtungen angestellt, so noch unter Maximilian I mit der Färberweide, unter Ferdinand Maria dann mit Rübsamen, mit dem Obstbau, mit der Pferdezucht. Schon damals wurden aus kurfürstlichen Ställen Hengste in das Landgericht Tölz gesendet mit dem Befehl, daß die Unterthanen sich nur dieser und nur zu schönen Stuten bedienen sollten. Aber nicht alles ward gleich in erfolgreicher Weise getroffen. Sollte z. B. die Pferdezucht wirklich in Aufnahme kommen, so mußte dem Pferdezüchter der allgemeine Markt offen bleiben. Aus militärischen und fiskalischen Gründen aber geschah dies nicht. Der Verkauf der Pferde ins Ausland wurde von der Regierung sehr erschwert. Proteste und Vorstellungen der Landschaftsverordneten fruchteten dabei nichts, und so schnitt die Regierung sich stets wieder in's eigene Fleisch. Die Bauernschaft vor und in dem Gebirge stand von der Pferdezucht mehr und mehr ab und verlegte sich auf Viehzucht, wobei die Gefahr der Preisdrückung nicht so groß war, da sie die jungen Pferde um den billigen Preis innerhalb des Landes nicht mehr verkaufen und sie noch weniger bei dem Mangel an Mitteln völlig aufziehen konnte. Solche Vorstellungen wurden schon unter Maximilian gemacht, allein die Grenze blieb dem Verkauf selbstgezüchteter Pferde versperrt. Nur solche durften außer Landes gebracht werden, welche einen Preis von über 40 Reichsthalern oder 60 Gulden erzielt hatten. Die ausländischen Roßkäufer mußten Erlaubnisscheine bei der Regierung holen, sonst wurden sie mit ihren Pferden bei den Zoll- und Mautstätten nicht durchgelassen.

Während so in Bayern das wittelsbachische Geschlecht sich gewissermaßen eine Zeit lang zur Ruhe setzte, hatte es in einem andern Zweige von der Pfalz her freiere Aktionsfelder gewonnen, auf welchen namentlich der Schwedenkönig Karl Gustav die Welt in Erstaunen setzte. Aber an ihn heran drängten sich auch andere Mitglieder seines Hauses, so aus der Linie Sulzbach, so Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg. Wir müssen diesem Hinausstreben des alten deutschen Fürstengeschlechts um so eher eine kurze Zeit der Aufmerksamkeit widmen, als wir hier nicht nur die Folgen seiner früheren Entwicklung erkennen, sondern sich auf diesem Wege jener große wittelsbacher Bund vorbereiten wollte, der nachmals auch an das bayerische Leben mit Energie wieder heranwuchs. Abgedrängt von dem natürlichen Pfade seiner Entwicklung zur Herrschaft in Deutschland, sehen wir Wittelsbach abermals in die Konkurrenz um diese Herrschaft vom Auslande her eindringen.

Mit der Thronbesteigung Karl Gustavs in Schweden trat der Kampf gegen den polnischen Wasa Johann Kasimir in unmittelbare Nähe. Mit aller Entschlossenheit nahm der Wittelsbacher denselben auf. Durch Pommern sendete er im Juli 1655 ein Heer nach Polen, mit einem zweiten folgte er selbst im August. Ohne Aufenthalt durchstürmte er das polnische Land; alles huldigte ihm; im Oktober waren Warschau und Krakau in seinen Händen, der Polenkönig nach Schlesien geflohen. Gleichzeitig aber erschienen auch die Russen von Osten her auf dem Plan. Ein neues Zeitalter kündigte sich an.

Karl Gustavs Plan war Zertrümmerung und Auflösung des Polenreichs. Das Küstenland, das polnische Westpreußen sollte eine unmittelbare schwedische Provinz werden. Dazu sollten dann Teile von Großpolen, Masovien, Littauen und Polnisch-Livland geschlagen werden, sowie die Herzogtümer Preußen und Kurland. Das übrige polnische Land sollte in kleinere Lehensfürstentümer aufgelöst werden. Germanisierung und Protestantisierung war der Zweck des Unternehmens.

Mit der Verwirklichung dieser Pläne aber war eine selbständige Stellung Brandenburgs gegen Osten nicht zu vereinen. Ueber Schweden also trat das wittelsbachische Geschlecht seinem alten Gegner Hohenzollern wieder gegenüber.

Kurfürst Friedrich Wilhelm rüstete. Er trat mit dem Wiener Hofe in Unterhandlung. Der aber hielt mit der Unterstützung Polens zurück. Polnisch-Preußen stellte sich allein auf Brandenburgs Seite, nur die drei Städte Danzig, Elbing, Thorn versagten

sich dem Bunde. Da kam der Schwede vom Süden heran. Im Dezember 1655 ergab sich Thorn, dann Elbing, er drang weiter ins Herzogtum. Brandenburg wich zurück, es wich zurück bis zum Königsberger Vertrag (Januar 1656), der den Hohenzollern für das Herzogtum Preußen und das ihm jetzt übertragene säkularisierte Bistum Ermeland zum Lehensmann der Krone Schweden machte.

Inzwischen aber war der Aufstand in Polen erfolgt. Die Aussicht auf Unterstützung von außen belebte sich. Karl Gustav stieß wieder gegen Süden vor, aber im April mußte er zurück. Seine kleine Armee war dem unter die Waffen tretenden Volke allein nicht mehr gewachsen. Da entschloß sich Brandenburg zur Waffenhilfe für Schweden. Im Marienburger Vertrag (Juni 1656) wurden ihm vier polnische Woiwodschaften als unabhängiger Besitz zugesagt. Die aber mußten zuerst erobert werden. Am 1. Juli war Warschau den Polen wieder zugefallen, der ganze Süden ward den Schweden entrissen. Da drang Karl Gustav mit Friedrich Wilhelm zum dritten Mal gegen Süden vor. In der dreitägigen Schlacht bei Warschau wurden die Polen besiegt. Aber der Erfolg war kein dauernder, zumal gleichzeitig die Russen in Livland einfielen und Riga bedrohten. Dazu traten die Holländer auf den Plan, welche um die Herrschaft in der Ostsee besorgt waren; dazu kam am 1. Dezember die polnisch-österreichische Allianz. Nur eins war von Erfolg: an der Seite der waffenstarken Schweden hatten die Brandenburger die Feuertaufe empfangen; in der Schule des kühnsten Kriegshelden der Zeit lernte Kurfürst Friedrich Wilhelm die Kunst des Krieges. Das blieb ihm.

Im Oktober stürmten die Preußen gegen Polen vor. Im November öffnete Danzig Johann Kasimir die Thore. Der Adel in Preußen konspirierte gegen Brandenburg. Diese Bedrängnis der Schweden benützte Friedrich Wilhelm. Im Vertrag von Labiau (20. November) entsagte Schweden der Lehensherrlichkeit über das Herzogtum Preußen und Ermeland. Der Kurfürst ward souveräner Herr auf diesem einst polnischen Boden.

Die nordische Frage wuchs weiter. Rakoczy, der Fürst von Siebenbürgen, stieß im Januar 1657 vom Süden her gegen Polen vor. Dadurch wurde Schweden im Norden für den Augenblick entlastet. In Wien aber machte man nun wirklich Ernst mit der Unterstützung Polens. Krakau wurde den Schweden von den Kaiserlichen entrissen. Aber am 2. April 1657 war Kaiser Ferdinand III gestorben. Die habsburgische Politik sah sich vor eine neue Frage gestellt, sie wurde abgelenkt vom Osten, während im Juni auch Dänemark den Krieg gegen Schweden begann. Karl Gustav erkannte, daß er hier in Polen einstweilen nicht weiter zu kommen vermöge. Sofort brach er alle Aktionen ab und wandte sich gegen den neuen Feind. Damit war Brandenburg der Rache der Polen preisgegeben. Aber Friedrich Wilhelm parierte den Schlag. In dem Vertrag von Wahlau trat er von dem Bündnisse mit Schweden zurück. Auch Polen erkannte nun die Souveränität des Herzogtums Preußen an. Seit langer Zeit konnten wir nur mehr von Verlusten des deutschen Volkstums an seinen Grenzen berichten. Hier war ein positiver Gewinn erzielt worden. Brandenburg hatte ihn errungen. Eine treibende wachsende Kraft war in das deutsche Leben eingetreten. In dem Kampf um die Ostgrenze lief der Hohenzoller dem schwedischen Wittelsbacher den Rang ab.

Der erste Schritt war geschehen, um Schweden in die Bahnen einer natürlicheren Politik zurückzuwerfen. Nicht als germanische Vormacht im Osten des Reiches zu stehen, war sein Beruf, nicht Deutschland durch seine Vormachtstellung im Norden vom Meere abzudrängen, war seine natürliche Bestimmung, sondern wie der Gegensatz zu Dänemark einst Gustav Adolf in diese weitaussehenden Bahnen getrieben hatte, so holte der Gegensatz zu Dänemark Schweden nun wieder von diesen Bahnen zurück. Die Vereinigung der skandinavischen Reiche tauchte aus der Versenkung der Vergangenheit noch einmal empor.

Wie ein Ungewitter überzog Karl X das dänische Festland. Im September war er Herr desselben. Frederiksodde fiel im November. Bis zur äußersten Nordspitze der jütischen Halbinsel reichte die schwedische Herrschaft. Und dann kam der Winter. „Gott legte für den König und seine Armee eine Brücke über das Meer.“ Angesichts des auf der Insel Fünen wohlverschanzten Feindes betrat das schwedische Heer am 9. Februar



König Karl Gustavs Zug über den gefrorenen Belt. 1651.

Nach dem Gemälde von Pixis.

1658 den gefrorenen Belt. „Die Reiter mußten absitzen und die Rosse am Zaume führen, die Geschütze wurden auf Schleifen behutsam fortgezogen, denn die Eisdecke war dünn und schwankte unter der aufgebürdeten schweren Last. Wohl schreckte unheimliches Knistern und Krachen Mann und Roß, wohl riß das Geschützfeuer der Feinde ganze Reihen nieder, aber der König, nicht achtend der um ihn sausenden Kugeln und Eissplitter, bewahrte unerschütterliche Ruhe und ritt für Freund und Feind leicht erkennbar seinem Gefolge voran. Plötzlich bricht das Eis, zwei Reiterkompagnien verschlingt die schwarz emporquellende Woge. Auch im Rücken des Heeres donnert weithin das berstende Eis, überall stockt der Angriff, überall zaudern die sonst so Mutigen, — nur ihr Führer schwankt keinen Augenblick. Weit entfernt, seine eigene Person in Sicherheit zu bringen, reitet er unaufhaltsam voraus über die hallende Fläche. Eine Kugel streift sein Auge, Blut überströmt sein Antlitz — er reitet voraus. ‚Blas't, blas't!‘ ruft er den Trompetern zu, und der kriegerische Klang und mehr noch der Anblick ihres Heldenkönigs belebt die Truppen mit neuer Zuversicht. Todesmutig stürmen sie gegen den Feind und zersprengen ihn trotz seiner gedeckten Stellung; auf den genommenen Schanzen begrüßt das schwedische Heer seinen König mit donnerndem Viktoria!“ Fünen war gewonnen.

Aber das Schwerste sollte noch kommen. Der kleine Belt lag hinter den Siegern, der große vor ihnen. Kopenhagen, die dänische Hauptstadt war das Ziel. Da kam die Kunde: der Belt ist zu. In der Nacht vom 15. auf den 16. Februar 1658 wird das neue, größere Wagestück unternommen. „Eine furchtbare Nacht! Sturm umtobt die schweigend vorrückenden Heeresmassen. Kurz vorher hatte Thauwetter die Eisdecke so erweicht, daß die Soldaten durch fußhohes Wasser waten mußten. Stellenweise geriet die Fläche in wellenförmige Bewegung, jeden Augenblick mußte man fürchten, das offene Meer zu finden. Alle Fährnisse und Schrecken waren jedoch nicht im stande, die Tapferen zu hemmen, am 16. Februar stand das schwedische Heer auf der Insel Seeland.“ Der Friede von Roeskild (8. März 1658) war der Lohn dieser einzig dastehenden Waffenkühnheit. Schoonen, Bleckingen und Halland überließ Dänemark an Schweden, außerdem an der norwegischen Grenze die Provinz Bohuslähn und Drontheim und endlich die Insel Bornholm. Zollfreiheit für Schweden im Sund, das Abkommen, daß beide Mächte nicht gegen einander in Bündnisse treten, daß sie vereint allen feindlichen Flotten den Eintritt in die Ostsee verschließen sollten, waren die weiteren Errungenschaften. Schweden war Herr der Ostsee, die politische und merkantile Knechtung des deutschen Meeres schien Thatsache werden zu sollen.

Nach der lebendigen Schilderung Heigels gaben wir das Bild dieses kriegerischen Lebens und Denkens, wie es die waffenwogende Zeit erzeugt hatte. Auch darin lodert uns ein jugendliches Element entgegen, denn nicht blos hier begegnen wir einem so vollkommen reflexionslosen Schlachtensinn, einer solchen Poesie des Krieges ohne große und dauernde politische Resultate, einem so rastlosen Ausschweifen in kriegerischen Thaten und Bravourstücken, wie den noch weit abenteuerlicheren Plänen zu politischen Luftschlössern, die dann vor der harten Berührung mit der Wirklichkeit zergehen, sondern die ganze Zeit erscheint uns durchsetzt davon. Es war die Schule, in der sich das politische Denken zu entwickeln begann. Erst wenn die tosende Sucht nach „Gloire“ sich ausgetobt, wird die Wirklichkeit zu ihrem Rechte kommen können, die Wirklichkeit, welche mit ihren harten Grenzen das Menschendenken umzäunt und ernüchtert.

Die Bedrängnis der Schweden hatte in Brandenburg den Gedanken an Pommern neu belebt. Oesterreich sollte helfen, das deutsche Land von fremder Herrschaft zu befreien. Im Februar 1658 kam das österreichisch-brandenburgische Bündnis zustande. Aber die gleichzeitigen wunderbaren Erfolge des Schwedenkönigs bis zum Frieden von Roeskild hielten das Schwert der Verbündeten einstweilen in der Scheide, und Habsburg wandte sich mit allem Eifer der Kaiserfrage zu.

Seit dem Tode König Ferdinands IV (Juli 1654) hatte Kaiser Ferdinand III sein Streben auf die Wahl des jüngeren Erzherzogs Leopold gerichtet. Bis zum Tode des Kaisers (April 1657) war man mit dieser Absicht nicht durchgedrungen. Die Frage der Nachfolge wurde nun auf das Lebhafteste erörtert, und alle möglichen Kandidaturen



Karl X., König von Schweden (1663).

tauchten auf. Wirkliche Aussicht hatten indessen nur zwei derselben, die Kandidatur des jungen Habsburgers und diejenige des Kurfürsten Ferdinand Maria von Bayern. Trotz der gegenteiligen Bestimmungen des westfälischen Friedens hatte Kaiser Ferdinand III keinen Augenblick aufgehört, unter der Hand seine spanischen Verwandten im Kampfe gegen Frankreich zu unterstützen. So nahm denn auch jetzt der Kampf um die Kaiserkrone vielmehr ein europäisches als ein deutsches Gepräge an.

Frankreich stellte die Kandidatur Bayerns auf und trat für dieselbe mit energischstem Eifer ein. Schon aus diesem Grunde allein ist es begreiflich, daß man in Bayern, wo die Politik seit dem Frieden sich auf die Vertretung der rein bayerischen Interessen zurückgezogen hatte, auch diesen Lockungen gegenüber zurückhielt. Aber auch in Brandenburg sahen wir unter Waldecks Führung den Gedanken an ein bayerisches Kaisertum emportauchen. Der Kurfürst von der Pfalz stand in engem Einvernehmen mit dem französischen Hofe. Mainz und Trier hielten zurück, um so energischer aber trat Kurfürst Maximilian Heinrich von Köln für seinen jungen bayerischen Vetter ein. Es kam hinzu, daß sich der leitende Minister in Köln, Graf Franz Egon von Fürstenberg, sowie sein Bruder Wilhelm durch Frankreichs goldene Gründe gewinnen ließen. So ist eins vor allem sicher: Ferdinand Maria hätte die Kaiserkrone unfehlbar gewonnen, wenn er selbst es gewollt hätte.

Zunächst erkannten wir die Natur des jungen Kurfürsten, die nach derartigen Aufregungen und Anstrengungen nicht lüstern war. „Lieber ein reicher Kurfürst, als ein armer Kaiser!“ Das war die Anschauung am bayerischen Hofe. Dagegen aber tauchte ein ebenso charakteristischer Plan auf, dem Kurfürsten als Beitrag zu den Kosten des Kaisertums von Reichs wegen sieben oder acht Reichsstädte zu eigen zu geben, ein Plan, der gewiß seinen Eindruck nicht verfehlt haben würde, wenn er in der Zeit Albrechts IV. oder in der ersten Periode des Kurfürsten Maximilian erwogen worden wäre. Jetzt aber war die Entwicklung Bayerns nicht eine auf-, sondern eine absteigende geworden.

Außerdem aber stand neben Ferdinand Maria seine Mutter, die Habsburgerin Maria Anna, und neben Maria Anna stand Graf Maximilian Kurtz, der Bruder eines der einflußreichsten Staatsmänner am Wiener Hofe. Wie die ausschlaggebende Stimmung am Münchener Hofe war, geht aus der Nachricht hervor, Dr. Oexle habe sich geäußert, er wolle den Kurfürsten, wenn er die Wahl annehme, so lange schütteln, bis ihm die Kaiserkrone wieder vom Haupte falle. Gegen diese mächtige Negation vermochte der Ehrgeiz Adelaidens allein nichts. Sie hatte mit aller Leidenschaft die Wahl ihres Gemahls erfaßt. Bei ihr gingen die französischen Diplomaten aus und ein. Sie war erfüllt von der Gunst der Lage. Die Mehrheit der Stimmen war für Bayern, Frankreich hatte sich anheischig gemacht, den Kurfürsten gegen jedermann zu verteidigen, es versprach, während der ersten Jahre die Kosten der Standeserhöhung zu tragen. Ein Wort Ferdinand Marias, und seine Gattin war nicht länger „una semplice duchessa di Baviera“. Aber der Kurfürst trug „den Kopf immer gebückt“, und kaum war es seiner feurigen Gemahlin gelungen, den Kopf zu heben und ihn dahin zu bringen, sich zur Annahme der Krone bereit zu erklären, so bog ihm Graf Kurtz den Kopf wieder nieder, und „alles war wieder auf dem alten Fleck!“ Es waren bittere Briefe, die damals Adelaide ihrer Mutter schrieb, aber während sie sich noch mit ihren französischen Freunden bemühte, hatte Ferdinand Maria bereits die bündige Erklärung nach Wien gelangen lassen, daß er die Wahl nicht annehmen und seine Stimme für den Habsburger abgeben werde. (August 1657). Im Januar 1658 kam es dann zwischen Wien und München zu einem festen Vertrag auf Grund dieser Erklärung, welcher Ferdinand Maria den Schutz des künftigen Kaisers gelobte. Trotz der ungeheuren Summen, welche Mazarin für die Gewinnung der Kurstimmen ins Feld führte, mußte er seinen Feldzug verloren geben. Leopold blieb Sieger, Sieger, weil die allein noch mögliche und erfolgreiche Kandidatur Bayerns von diesem selbst mit aller Entschiedenheit abgelehnt worden war.

Die Wiederwahl eines Habsburgers zum deutschen Kaiser hatte eigentlich außer Sachsen alle Kurfürsten gegen sich. Man entschloß sich endlich zu derselben, um den deutschen Verhältnissen die so notwendige Stabilität wenigstens zu erhalten und dieselben

nicht gänzlicher Auflösung preiszugeben. Nun aber kam es darauf an, Frankreich nicht in direkte Gegnerschaft zum Reiche zu drängen. Es mußte ihm der Vorwand entzogen werden, und dies sollte geschehen einerseits durch die Verschärfung der Wahlkapitulation, welche die unbedingte Trennung der kaiserlichen Politik von der spanischen zur ersten Forderung erhob, andrerseits aber dadurch, daß man den Kaiser durch eine thatsächliche Machtschöpfung zwang, an dieser Forderung festzuhalten und sie zu beobachten. Das letzte sollte geschehen durch den Zusammentritt des sogenannten „Rheinbundes“. Am 15. Juli 1658 erklärten die Räte Leopolds, daß man gegen die Wahlkapitulation nichts einzuwenden habe, am 18. folgte zu Frankfurt die einstimmige Wahl des achtzehnjährigen Kaisers.

Gleichzeitig aber war es noch einmal zu einem Streite gekommen, der die tiefe Kluft, welche zwischen den pfälzischen und bayerischen Wittelsbachern obwaltete, offenbarte. Die goldene Bulle verordnete für die Zeit eines Zwischenreichs die Reichsverweserschaft, welche von dem Kurfürsten von Sachsen für die Länder sächsischen Rechts, von dem Kurfürsten von der Pfalz für diejenigen fränkischen Rechts ausgeübt werden sollte. Nun aber war die pfälzische Kurwürde an Bayern gekommen. War damit auch das Reichsvikariat an Bayern übertragen? Bayern behauptete es, während von der Pfalz die Gegenbehauptung aufgestellt wurde, das Reichsvikariat sei ein Ausfluß des Pfalzgrafentums am Rhein. Als der Kaiser starb, gingen von beiden Seiten die Mandate aus. Ein litterarischer Streit begann. Der ganze Ingrimm beider Linien gegen einander kam dabei zum Ausdruck. Als Dr. Oexle in einer Sitzung des Wahlkonvents zu Frankfurt a. Main ein Votum in Betreff der Vikariatsangelegenheit verlas, welches neben historischen Rückblicken ehrenrührige Ausdrücke gegen den Vater des Pfalzgrafen, den Winterkönig Friedrich V, enthielt, sprang Karl Ludwig auf und gebot Einstellung der Vorlesung. Dr. Oexle ließ sich nicht stören. Da warf der Kurfürst mit dem Tintenfaß nach ihm. „Gott hat mich sonderbar behütet,“ berichtete Oexle nach München, „daß, obwohl die kurpfälzische Furie auf mich allein angesehen gewesen, andere benachbarte Beisassen fast mehreres gelitten haben, denn ich, weil die Färberei bloß über meine Handböżeln, angehabten schwarzen Rock und vor mir gelegene Schriftereien abgelaufen. Hätt' er mich an die Schläf' getroffen, wär ich wahrlich des Todes gewesen.“ Aber Oexle ließ sich auch dadurch nicht stören. Der Kurfürst griff an den Degen. „Ich hätte vom Lesen nicht abgelassen, wenn auch der Kurfürst auf mich gehauen und gestochen hätte.“ Oexle wurde für seinen Heldenmut zum Vizekanzler des geheimen Rates ernannt. Der Vikariatsstreit erledigte sich einstweilen durch die Kaiserwahl, im Prinzip kam erst neunzig Jahre später ein Vergleich zustande, während der augenblickliche peinliche Zwischenfall durch beiderseitige Erklärungen notdürftig überkleistert wurde.

Wir hörten von den Bündnisbestrebungen nach dem Frieden. Im Jahre 1655 trat Mainz dem katholischen Fürstenbunde bei. Sein Eintritt bedeutete die Erweiterung des Bundes und seiner Tendenz. Die deutsch-konservativen Mächte, auch die protestantischen, sollten sich in dem Bunde vereinigen. Unter der Führung von Mainz erhielt der Bund seinen antihabsburgischen Charakter, als sich herausstellte, daß das Kaisertum bei Habsburg bleiben würde. Es war natürlich, daß ein solcher Bund nur mit einem festen Rückhalt an eine größere Macht seinen Zweck erfüllen konnte, und da sich eben erst Brandenburg mit Oesterreich zum Kriege gegen Schweden geeint, welches für seine deutschen Besitzungen Mitglied des Bundes geworden war, so blieb nur mehr der Weg nach Frankreich offen. Schon die Wahlkapitulation zeigte diese Hinneigung zu den Interessen Frankreichs, und der Unterschied zwischen diesem Bunde und dem Entwurfe Waldecks wird uns damit vollkommen klar. Frankreich und Schweden traten in den Bund ein, Brandenburg ward damit ausgeschlossen und den Schweden preisgegeben, der Schwerpunkt des Bundes ward nach dem Ausland verschoben, denn nie und nimmer war Mainz imstande, für diese Einigung der deutschen Fürsten einen realen, wirksamen Machtmittelpunkt abzugeben. Wir haben hier das Schema der zukünftigen deutschen Entwicklung vor uns, welches sich in der einfachen Formel ausspricht, daß jede Ablehnung der in Deutschland allein wachsenden jungen Macht des brandenburgischen Staates die deutsche Entwicklung unter die Führung des Auslandes zwingt.

Vier Wochen nach der Kaiserwahl, am 15. August 1658, wurde die neue Bündnisakte von den deutschen Fürsten unterzeichnet. Als Teilnehmer erscheinen die drei geistlichen Kurfürsten von Mainz, Köln, Trier, der Bischof von Münster, der Pfalzgraf Philipp Wilhelm von Neuburg, der König Karl Gustav von Schweden als Herzog von Bremen und Verden, die Herzoge Georg Wilhelm, August und Christian Ludwig von Braunschweig-Lüneburg und der Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel. Am Tage darauf erklärte ebenso Frankreich seinen Beitritt. Aufrechterhaltung der westfälischen Friedensbestimmungen und Verhinderung des Durchzugs fremder Truppen durch ihre Länder zur Teilnahme am Kampfe Habsburgs gegen Frankreich war der offen ausgesprochene Zweck des Bundes. Sehen wir von den geistlichen Fürsten von Mainz, Trier und Münster und außerdem von Hessen-Kassel ab, so waren die andern Teilnehmer nur Mitglieder des wittelsbachischen und welfischen Hauses, also der ältesten Fürstenaristokratie Deutschlands: Köln, Schweden, Pfalz-Neuburg und Braunschweig. Die wittelsbachische Aktionspartei schien in diesem Bunde trotz der verschiedenen religiösen Interessen eine politische Vertretung finden zu sollen. Daß Bayern und Kurpfalz zurückstanden, ist uns nach den Erlebnissen der beiden Mächte in der jüngsten Vergangenheit nicht auffallend. Hier ruhte die Aktion, aber diese Ruhe beraubte den Bund von Anfang an einer energischen Lebensmöglichkeit.

Schwedens Errungenschaften waren auf die Dauer nicht zu behaupten. Die Ostsee ein schwedisches Binnenmeer — das konnten weder die niederländischen Kaufleute, noch konnte es Brandenburg dulden. Karl Gustav empfand das. Der Roeskilder Friede war Stückwerk. Dänemark konnte als selbständige Macht neben diesem Schweden nicht bestehen. Den Bruch des Friedens von der Gegenpartei fürchtend, brach Karl Gustav ihn selbst und rückte im Sommer 1658 vor Kopenhagen. Da aber erhob sich das dänische Volk. Holländische Schiffe erschienen zum Schutze Dänemarks. Es kam im Sund zu einer Seeschlacht, welche der schwedischen Flotte verloren ging. Und nun trat auch Brandenburg auf den Plan. Friedrich Wilhelm fiel in Holstein ein. Der deutschnationale Gesichtspunkt brach hervor, als Brandenburg seine siegreichen Fahnen bis Jütland trug. Die Insel Alsen wurde erobert. Aber weiter kam Brandenburg nicht. Die Flotte fehlte, und die Holländer hielten mit ihrer Hilfe zurück. Erst im November 1659 verstanden sie sich zum Transport der brandenburgischen und kaiserlichen Truppen nach der Insel Fünen. Bei Nyborg kam es zur Schlacht, in der Schwedens beste Kerntruppen fielen.

Die Verzögerung des Angriffs auf das Inselreich hatte dem Angriffe eine zweite Richtung gegeben. Pommern war das Ziel für Brandenburg geworden. Ein zweites kaiserliches Korps traf ein und unterstützte den Brandenburger bei seinem Angriff gegen Stettin. Trotz allen Mißgeschicks stand Karl Gustav ungebrochen. Nach allen Seiten verhandelte er. Da kam der pyrenäische Friede (November 1659), der endlich den langen Kampf zwischen Frankreich und Spanien beilegte. Frankreich wurde frei und trat sofort am Rhein für Schweden ein, die brandenburgischen Provinzen bedrohend. Ebenso erlosch in Wien der Kriegseifer, seitdem Spanien mit Frankreich Frieden gemacht und dieses die von beiden Seiten umworbene Braut, die älteste Infantin Philipps IV von Spanien für Ludwig XIV gewonnen hatte.

Nicht minder drängten die Rheinbundfürsten zum Frieden, ebenso Polen, und in dieser antibrandenburgischen Bewegung versank der nationale Gesichtspunkt sofort wieder. Die Friedensverhandlungen in Danzig und Oliva begannen im Dezember 1659, und als dann im Februar 1660 Karl Gustav, der schwedische Heldenkönig, unvermutet einem heftigen Fieber erlag, da rettete Frankreich seinem einzigen Sohne die wichtigsten Errungenschaften des Friedens von Roeskild. Am 3. Mai wurde der Friede von Oliva mit Polen, dem Kaiser und Brandenburg geschlossen, am 6. Juni folgte ihm der Friede von Kopenhagen mit den Dänen. Die Grenzen Schwedens gegen Dänemark erhielten eine natürliche Ordnung, die unnatürlichen Grenzen Schwedens in Norddeutschland blieben vollkommen bestehen. Der Friede von Oliva gab Polen Westpreußen wieder, Kurland kam an seinen Herzog zurück, während Livland den Schweden verblieb. Rußland erreichte

die Meeresküste nicht. Das Herzogtum Preußen blieb im freien Besitz des Kurfürsten von Brandenburg. Aber was mehr war, der Krieg hatte dieser weitgedehnten Ländermasse das erste Gefühl der Zusammengehörigkeit, die ersten Anfänge einer einheitlichen Verwaltung gebracht. Der landschaftliche Charakter trat zurück.

Die Hauptentscheidung allerdings brachte der Krieg für Frankreich. Seine Macht stand unbesiegt und ohne Nebenbuhler da. Sie erhob sich drohend an der deutschen Westgrenze und machte ihre Stärke dem aufstrebenden Brandenburg gewaltig fühlbar. Das Leben schuf hier einen neuen Gegensatz, der in der Folgezeit von höchster Bedeutung für die Entwicklung Deutschlands geworden. Während die Rheinbundfürsten mit Frankreich paktierten, trat dieses Brandenburg feindlich gegenüber. Die Diplomatie hat diesen natürlichen Gegensatz wohl zeitweise zu verdecken, nicht aber aus der Welt zu schaffen vermocht.

Seit der Schlacht von Mohacs (1526) war die Türkenmacht langsam die Donau hinaufgerückt, und Habsburg war dieser Macht gegenüber meist in der Defensive geblieben. Aber auch die Stoßkraft der türkischen Offensive war im Erlahmen begriffen, und so mußte jetzt mit der Erschütterung der habsburgischen Stellung im Westen des Reichs der Ausgleich nach dieser Seite erfolgen. Wir treten in die Zeit der Montecuccoli, der Grafen Starhemberg, des Prinzen Eugen von Savoyen.

An dem Kriege gegen Polen hatte Fürst Georg Rakoczy II von Siebenbürgen im Bunde mit Schweden sich beteiligt. Aber die Pforte blickte mit Eifersucht auf die Bestrebungen ihres Vasallen, und da ihre Abmachungen und Befehle nichts fruchteten, begann sie den Krieg und entsetzte Rakoczy der Fürstenwürde. Dieser suchte sich bei Kaiser Leopold zu halten, aber im Mai 1660 wurde er von den Türken bei Gyalu geschlagen und verwundet. In Großwardein ist er bald darauf gestorben. Diese Festung fiel wenige Wochen später in den Besitz der Türken. Siebenbürgen sollte ein türkisches Peschalik werden. Das konnte der Kaiser nicht dulden. Und so entspann sich die zweite Reihe der großen Türkenkämpfe, welche erst nach vierzig Jahren zu einem Abschluß gelangen sollte.

Es galt den Besitz Ungarns. Dazu reichten die eigenen Kräfte Ungarns nicht aus. Fremde Truppen kamen ins Land. Der ungarische Adel sah mit Mißtrauen auf diese Stärkung der kaiserlichen Macht, die ungarischen Protestanten ertrugen mit Unwillen den katholischen Restaurationseifer des Wiener Hofes. „Rettung der ungarischen Freiheiten" — so lautete bald die öffentliche Parole, aber in Wirklichkeit bedeutete das den Kampf um die ungarische Freiheit. Das absolutistische Begehren des Wiener Hofes, auch von Montecuccoli in einer Denkschrift vertreten, welche zur Umwandlung Ungarns in ein habsburgisches Erbreich riet, trat mit den Tendenzen der ungarischen Aristokratie, die sich auf die Freiheit des Landes, auf Freiheit der Religion berief, in den schärfsten Gegensatz. Und dieser Gegensatz ward nun belebt durch den Türkenkrieg.

Der Feldzug von 1663 unter der Führung von Montecuccoli, verlief für die Kaiserlichen ungünstig. Seine geringe Macht war den Türkenscharen nicht gewachsen. Am 27. September mußte die Festung Neuhäusel an der Neutra kapitulieren. Die habsburgische Kriegsmacht reichte in diesem Kampfe allein nicht aus. Der Kaiser hatte an das Reich appelliert.

Am 8. Juni 1662 hatte Leopold I den Reichstag nach Regensburg berufen, erst am 20. Januar 1663 ward derselbe eröffnet. Die Forderung der Türkenhilfe, welche der Kaiser stellte, begegnete in Deutschland einer günstigen Stimmung. Aber neben diesem Aufflammen einer alten Stimmung machten sich ebenso andere Bestrebungen geltend.

Da war von dem Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg 1662 ein sogenannter Fürstenverein geschlossen worden, welcher seine Tendenz in direktem Kampfe gegen die „Praeeminenz" der Kurfürsten haben sollte. Es sind uns bekannte Töne. Bayern war einst hier der mächtigste Vorkämpfer, ein Wittelsbacher steht nun abermals an der Spitze. — Im Dezember kam der Kaiser nach Regensburg. Im Februar 1664 wurde die Türkenhilfe beschlossen. Da auch die Rheinbundtruppen als selbständiges Kontingent betrachtet wurden, blieb vom Reiche nicht viel mehr übrig. Die Reichsarmee wurde unter den



Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg erwirbt Jülich, Berg und Ravenstein und hält zu Düsseldorf seinen feierlichen Einzug.

Nach dem Gemälde von Palme.

Befehl des Markgrafen Leopold Wilhelm von Baden gestellt, der den schönen Titel eines „Feldmarschalls der Reichs-Kreis-Armee" erhielt. Zudem hatten einzelne Fürsten bereits selbständige Hilfe dem Kaiser geboten, an ihrer Spitze Brandenburg. Ihm folgten Sachsen, Bayern und andere. Da hatte man auf den Reichstag schon gar nicht mehr gewartet. Aber auf seine Mitgliedschaft des Rheinbundes gestützt, sendete auch Frankreich ein Korps von 6000 Mann, und diese Franzosen haben Tüchtiges geleistet in der Entscheidungsschlacht bei St. Gotthard.

Am 1. August 1664 fiel diese Entscheidung. Die Türken wurden geschlagen. Der Markstein war gesetzt für das weitere Wachstum der Türkenmacht, wenn auch der Schlacht alsbald der so ruhmlose Friede von Vasvar folgte (10. August), der trotz des Sieges Siebenbürgen der Pforte preisgab, wo nun der ungarische Magnat Michael Apaffy, vom Sultan ernannt, die Fürstenwürde behielt. Ebenso blieben Großwardein und Neuhäusel in türkischer Gewalt. Es war die Furcht vor französischen Intriguen, es war die Furcht vor der drohend sich erhebenden ungarischen Magnatenverschwörung, es war der Hinblick auf die spanische Erbschaft, wo Philipps IV Tod erwartet wurde, wo ein schwächlicher, unmündiger Erbe die größten Verwicklungen herbeizuführen drohte, was die Wiener Diplomaten zur Nachgiebigkeit und zum Abschluß dieses zwanzigjährigen Waffenstillstandes bewog. Also noch einmal der Westen, der Oesterreichs Gang gegen Osten hemmend beeinflußte!

Nach diesem Ausblicke wenden wir uns nach Deutschland zurück. Da hatte der Friede eine Menge von Fragen unbeantwortet gelassen, die sich nun aus der alten Zeit an die neue herandrängten. Wir nennen hier nur zwei derselben, von denen die eine in dem Streite Bayerns und der Kurpfalz um das Reichsvikariat eine Rolle spielte.

Kurfürst Karl Ludwig hatte nach dem Frieden seinen halben Anteil an der Stadt Weiden und dem Schlosse Parkstein wieder in Besitz genommen. Die andere Hälfte gehörte dem katholisch gewordenen Pfalzgrafen Christian August von Sulzbach. Beide Teilbesitzer einigten sich 1652 dahin, daß Kurpfalz gegen eine Entschädigung von 200,000 Gulden auf sein Recht als Mitbesitzer verzichtete und den Mitbesitz nur noch pfandweise bis zur Zahlung der Summe behalten sollte. Sulzbach begann nun die katholische Restauration. Dagegen aber erhob sich Karl Ludwig, ließ Truppen einrücken, worauf Ferdinand Maria als Reichsverweser ebenfalls mobil machte. Der Kurpfälzer zog sich zurück.

Nun bestand aber ebenso in der Kurpfalz ein altes Recht, welches dem Kurfürsten gestattete, in seinem eigenen, wie in den benachbarten geistlichen Gebieten alle unehelich Geborenen und alle zugezogenen Leute von unbekanntem Heimatsrecht als seine „Wildfänge", d. h. als ihm leibeigen angehörig zu betrachten. Dem trat nicht nur Ferdinand Maria 1657 entgegen, indem er dieses Recht mit Verlust der Kurwürde und des Erztruchsessenamtes für erloschen erklärte, sondern es entwickelte sich aus dieser pfälzischen Gepflogenheit ein weiterer Streit mit Kurmainz, als dessen Erzbischof 1663 auch die Bischofswürde von Worms erhielt. Neben einer Flut von Rechtsdeduktionen und Streitschriften kam es zu militärischen Aktionen. Die pfälzische Besatzung wurde aus der Stadt Ladenburg vertrieben. Weder des Kaisers noch Brandenburgs Vermittlung wurde angenommen, sondern Karl Ludwig rief die Mächte Frankreich und Schweden als Schiedsrichter an, welche sein Wildfangsrecht bestätigten und nur die Ausschreitungen untersagten. Es war ein Konflikt der alten persönlichen Reichsfreiheit mit dem neuen Unterthanenrechte der Territorialherrn. Und selbst in dieser Frage entschied das Ausland.

Eine andere Frage, die der Friede übrig gelassen hatte, war die Stellung der Reichsstädte. Seit dem Abgang der Staufer beruhte, wie wir wissen, die deutsche Entwicklung zu einem großen Teile auf dem lebendigen Gegensatze der städtischen Kultur gegen die fürstlich-territoriale Aristokratie. Die politische Macht der Städte war nun endlich im Kriege zu Boden gerungen worden. Sollte ihre politische Stellung trotzdem erhalten bleiben? Die Städte sagten „ja", die Fürsten „nein", und an allen Orten entflammte der Kampf. Aber die Städte hatten keinen Bund mehr wie einst. In isolierter Stellung unterlagen die meisten der fürstlichen Macht.



Kaiser Leopold I.

Da fiel Münster der Herrschaft des Bischofs anheim. Er war zu Krieg und Belagerung der Stadt durch Bernhard von Galen gekommen. Die Fürsten unterstützten ihn. Die Stadt mußte sich ergeben. (1661).

Da wandte sich der Kurfürst von Mainz gegen Erfurt. Die Stadt verfiel der Reichsacht. Es kam zum Kampf. Selbst Frankreich wurde gegen die eine Stadt zu Hilfe gerufen. Wir wissen, daß auch religiöse Motive bei allen diesen Dingen mitspielten. Die Protestanten erregten sich für die protestantische Stadt. Aber Erfurt mußte kapitulieren. (Oktober 1664).

Schneller ging es mit Magdeburg. Da war der religiöse Gegensatz nicht. Im dreißigjährigen Kriege war ihre Kraft gebrochen worden. Im Juni 1666 beugte sich die Stadt der brandenburgischen Landeshoheit.

Von dem Vorstoße Schwedens gegen Bremen hörten wir bereits. Er wurde nun erneuert. Da aber war die Sache anders. Der nationale Gegensatz erhielt Bremen die Freiheit. Holland, Brandenburg, Dänemark einigten sich gegen Schweden zum Schutze Bremens. Aber auch das ist bezeichnend: nicht die Hansa, deren Mitglied Bremen war, war imstande, die Reichsfreiheit der Stadt zu erhalten, die Fürsten retteten dieselbe, und an diesem Punkte tritt uns der Verfall der alten bürgerlichen Freiheit und Politik offen entgegen.

Desgleichen kam es in Köln zu einer Auseinandersetzung mit dem Erzbischof Maximilian Heinrich. Die Stadt blieb siegreich, aber nicht die Schwesterstädte hatten ihr geholfen, sondern die Niederlande.

Anders ging es in Braunschweig. Die Stadt mußte sich der Hoheit der Welfenfürsten beugen. (1671).

Und kaum werden wir erwarten, daß die zehn elsässischen Reichsstädte ihre Selbständigkeit gegen Frankreich behaupteten. Im Jahre 1673 besetzte Frankreich die Städte, entwaffnete sie und riß ihre Festungswerke nieder. Nur Straßburg blieb „als letztes Bollwerk deutscher Reichsstandschaft im Elsaß übrig.“

Dem offensiven Charakter dieser Fürstenpolitik steht nun die bayerische Politik im schärfsten Gegensatze gegenüber. Hier bestanden alte Zwistigkeiten mit der Reichsstadt Nürnberg. Aber nicht Waffengewalt, sondern ein Ausgleich auf friedlichem Wege wurde von Ferdinand Maria angestrebt und im September 1660 zu Amberg erreicht. Die Grenzregulierung gegen die Oberpfalz wurde durchgeführt, und im Januar 1661 kam es in München zu einem weiteren Vertrag, nach dem die im Rottenberger Distrikt gelegenen Unterthanen, Zins- und Giltleute von Nürnberg dem Kurfürsten huldigen, dagegen die pfälzischen Unterthanen auf Nürnberger Gebiet in den Aemtern Velden, Betzenstein und Hilpoltstein der Herrschaft zu Nürnberg zufallen sollten. Auch wegen der Religion wurde ein Vertrag geschlossen, der beide Teile befriedigen konnte.

Bei dem Aufsteigen und der Befestigung der fürstlichen Macht in Deutschland treffen wir auf zwei Erscheinungen, welche mit einander in direktem Widerspruch stehen. Es war dies einerseits das Streben der fürstlichen Macht, Herr alles Lebens zu werden und dasselbe in Bahnen fortzuleiten, die man früher schon begangen hatte, andrerseits das Streben, dieses Leben wieder der beraubten Freiheit zuzuführen. Wir sahen den Kampf der Fürstenmacht gegen die Städte, wir verfolgten in Bayern den Kampf des absoluten Fürstentums gegen die Landstände. Wir müssen nun auf den letzten noch einen Blick werfen, um dann zu jenen fürstlichen Reformversuchen überzugehen, die sich sofort als notwendig erwiesen, seitdem das selbsttreibende Leben des Volkes an allen Enden zu Tode gebracht worden war.

Im Jahre 1669 folgte endlich Ferdinand Maria dem unausgesetzten Drängen, noch einmal einen allgemeinen Landtag zu berufen. Es war der erste seit 57 Jahren, es war der letzte für die ganze übrige Zeit der alten bayerischen Verfassung. Aber von 567 einberufenen Personen erschienen nur 317. Und auch diese spalteten sich alsbald. Da war der alte Adel, da waren die neuen Besitzer der alten Edelmannsgüter, welche mit dem Besitz die Edelmannsfreiheit errungen zu haben behaupteten. Dann trat der ständischen Auffassung die staatliche gegenüber. Von der einen Seite behauptete man,

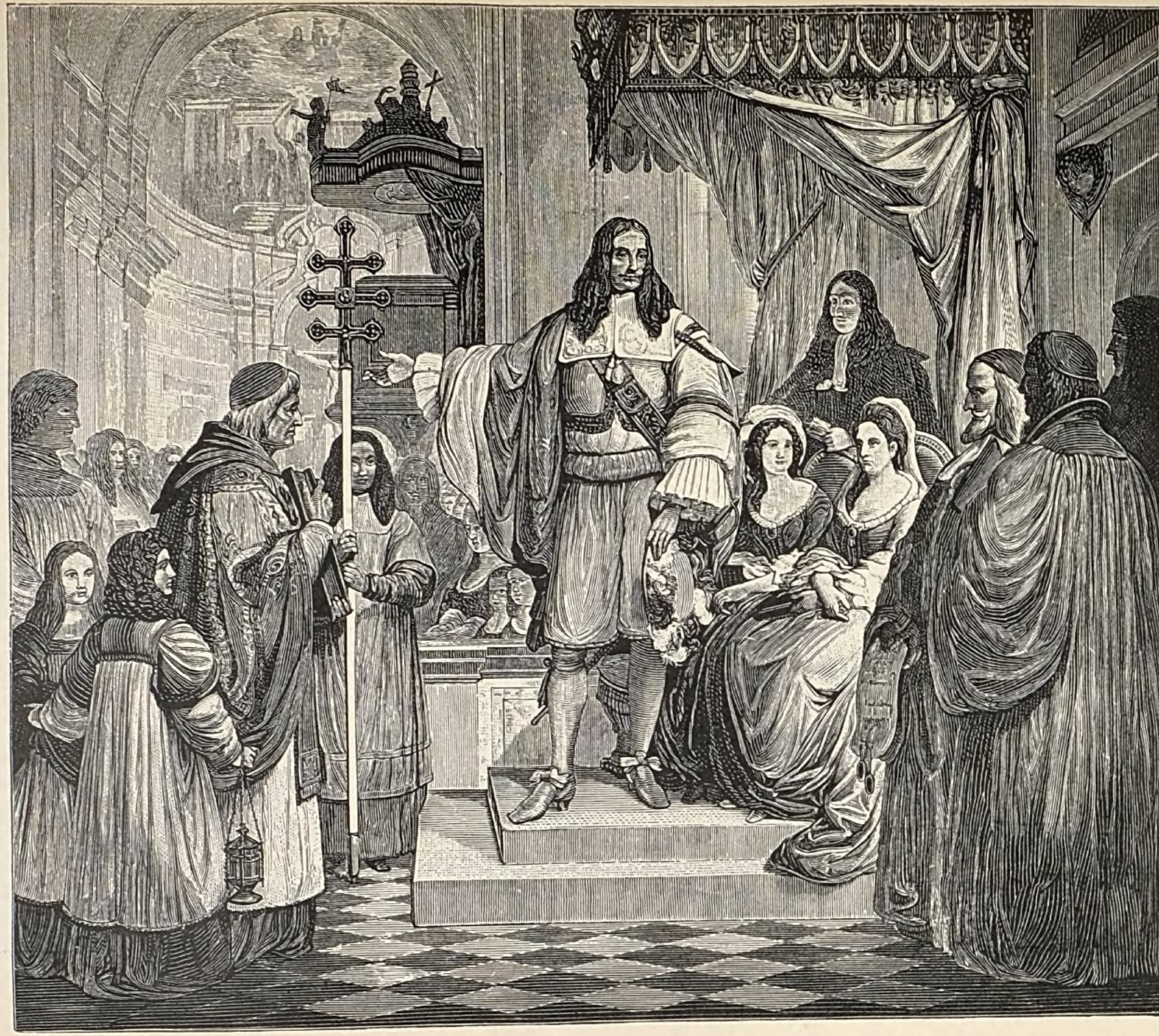
die Landschaft sei zur Beihülfe jener Schulden, die ohne ihre Zustimmung gemacht worden, nicht verbunden; allgemeine Reichsbeschlüsse könnten den speziellen Freiheiten der Landschaft nichts von ihrer Bedeutung nehmen; die Kammergutsbesserung sei keine für immer bindende Verwilligung, so wenig wie der Beitrag zu den Bundeszinsen. Von staatlicher Seite setzte man dem entgegen, die Stände hätten für alles, was zum Nutzen des Landes verwendet worden, einzustehen; sie könnten sich ferner dem vom gesamten Reich gefaßten reichsverfassungsmäßigen Beschlüssen nicht entziehen. Dazu kamen Beschwerden der einzelnen Stände. Es zeigte sich, daß mit der alten Ordnung nicht mehr auszukommen war, und doch wagte die Regierung keine radikalen Schritte. Die Landschaft übernahm schließlich 1,350,000 Gulden zur Verzinsung, besserte das Kammergut auf 150,000 Gulden und trug ebensoviel zu Gesandtschafts- und Garnisonskosten bei. Dafür überließ ihr der Herzog den bisherigen Aufschlag auf Fleisch und Getränke. Es waren die Kosten für das Heer, welche nun namentlich in den Vordergrund traten und sich im Jahre 1674 bereits auf nahezu 900,000 Gulden beliefen und im folgenden Jahre 1,200,000 Gulden erreichten.

Der Gegensatz der Landstände zu den Reichstagsbeschlüssen wird in seiner Bedeutung klar an folgendem Vorgange. Der letzte Reichstag in Regensburg war zu keinem Ende mehr gekommen. Man tagte fort. Im Jahre 1670 sollte ein Reichstagsabschied verfaßt werden. Es kam nicht dazu. Die alte Verfassung hatte den „immerwährenden Reichstag" als letztes krüppelhaftes Kind geboren. Und dieses sonderbare Institut faßte nun im Jahre 1670 einen ganz radikalen Entschluß. Den Landständen sollten da von Reichs wegen die weitgehendsten Verpflichtungen aufgebürdet werden. Die Verpflichtungen waren militärischer Natur. Die Landstände hätten nicht nur für alle Festungen und Garnisonen den Unterhalt zu gewähren, sondern auch den Landesherrn selbst die Mittel zur Handhabung und Erfüllung der dem westfälischen Friedensinstrument nicht zuwiderlaufenden Bündnisse zu bewilligen. Das bedeutete nichts anderes als die reichsgesetzliche Aufhebung des gesamten Steuerbewilligungsrechtes der Landstände.

Diesem im Interesse der Fürstengewalt angenommenen Beschluß versagte der Kaiser die Genehmigung. Das nützte nichts. Man hatte andere Mittel. Denn nun einigten sich die Fürsten direkt gegen die Landstände. „Die Kurfürsten von Köln, Bayern und Brandenburg, der Pfalzgraf von Neuburg und der Herzog von Mecklenburg-Schwerin schlossen eine ewige Defensivallianz, worin sie sich und ihre Nachkommen zu wechselseitigem Beistand gegen alle Versuche der Landstände und Unterthanen, sich den an sie gestellten militärischen Ansprüchen gewaltsam zu widersetzen, verpflichteten." Also ein Bund des Despotismus gegen die Revolution. Es ist verständlich, daß sich Ferdinand Maria in Bayern seit dem Landtage von 1669 mit dem Landschaftsausschusse behalf.

Man sollte nun erwarten, daß mit diesem Zurücktreten des Volkes von jeder aktiven Poltitik die Politik der einzelnen Territorien vollkommen erloschen wäre. Dem aber ist nicht so. Gerade das Gegenteil war der Fall. Je weniger von unten, um so toller politisierte man von oben. Wohl in keinem Zeitalter sind so ausschweifende politische und nationalökonomische Pläne geschmiedet worden, wie damals. Aber dieses Hinauswachsen in die blaue Luft zeigte nur zu sehr, daß es der jungen Pflanze an festem Erdreich gebrach. Das Volksleben war nicht der Boden, in dem sie wurzelte. Es ist bezeichnend, daß nun die Fürsten dem Handel neue Wege zu graben suchten, nachdem die Städte niedergerungen waren, daß aber die Praxis fehlte, welche einst dem Bürgertum seine mächtige Stellung verschaffte. Theorie und Phantasie feierten ihre Orgien. Ein Bauernland war Deutschland geworden, aber die es dazu gemacht, sahen sich nun gezwungen, in die alten Bahnen städtischer Kultur von neuem einzulenken. Nur in den österreichischen Ländern und in den geistlichen Territorien kam die negative Seite des fürstlichen Absolutismus zur vollen Geltung, während wir auf andern Gebieten auch in Deutschland das Zeitalter Colberts mit seinen merkantilistischen Bestrebungen hereinbrechen sehen.

Nur im Vorübergehen sei hier auf das Wirken eines Ernst von Gotha hingewiesen, der dem Geiste der neuen Zeit im Schulwesen Eingang verschaffte, der zu den Uebungen



Karl Ludwig übergibt die 1679 zu Mannheim erbaute, der Sancta Concordia geweihte Kirche dem katholischen, lutherischen und kalvinischen Kultus.

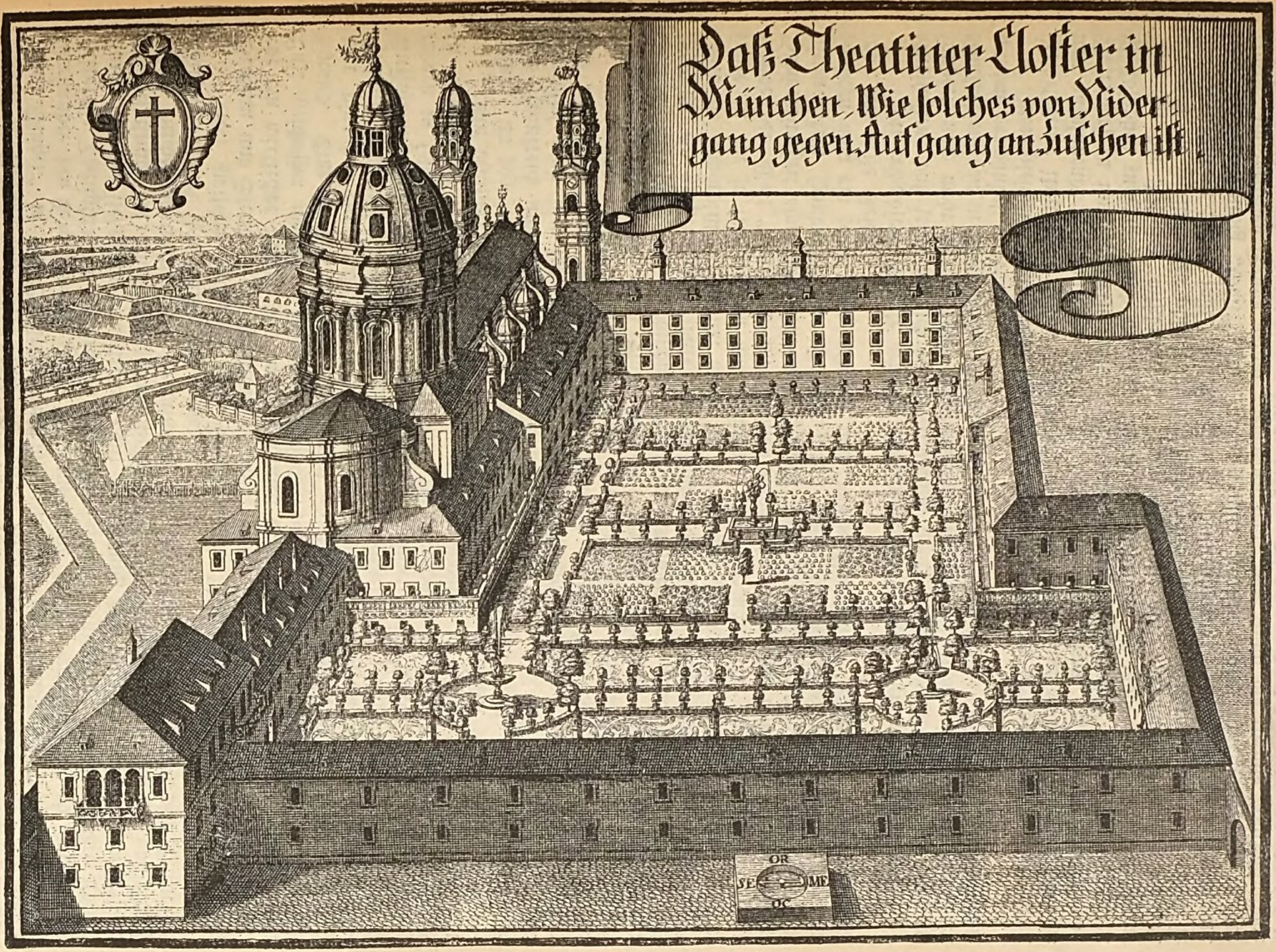
der Schüler auch „deutsche Materien“ verwendet sehen wollte, der die Schüler landesherrliche Verordnungen über die verschiedenen Bereiche des öffentlichen und privaten Lebens zu Uebung und Gedächtnis abschreiben ließ, der den Unterricht „von den natürlichen Dingen“ in den Schulplan aufnahm, der also dem Realismus, der Bildung des Verstandes den Weg bereiten half. Nur andeutend können wir hier auf die angestrengte kulturelle Thätigkeit des Kurfürsten von Brandenburg hinweisen, auf die innere Kolonisation der öde liegenden Landstrecken, auf die Hebung der Industrie, auf die musterhafte Ausgestaltung des brandenburgischen Postwesens, auf seine Sorge für Handel und Schiffahrt, welcher namentlich jene Verbindung der Oder mit der Elbe durch den Friedrichs-Wilhelms-Kanal ihre Entstehung verdankt.

Aber zwischen Schlesien und Pommern lag Brandenburg eingeklemmt, zwischen Breslau und Stettin die Entwicklung Berlins. Dort die Habsburger, hier die Schweden; ehe ein wirkliches Leben sich da zu entfalten vermochte, mußte ihm nach diesen Seiten Luft geschaffen werden. So wuchs einstweilen das brandenburgische Leben in die Welt hinaus. Eine Flotte, das Meer, Kolonien — das waren die Träume, denen man sich hier hingab. Vorausahnend brach hier ein naiv junges Leben in die Bahnen seiner Zukunft. Die Geschlossenheit der französischen Finanzen, der wirtschaftliche und merkantile Aufschwung Hollands, dieses Musterstaates damaliger Zeit, waren die indirekten Triebfedern zu solchem Vorgehen und Denken. Aber in Holland lebte die Freiheit des Volkes, in Deutschland lag sie in tiefem Schlummer, da wollten die Fürsten alles allein machen.

Ein deutscher Fürst erkannte diesen Unterschied, der Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz. Er zog für sein verödetes Land Kolonisten herbei aus Holland, aus der Schweiz, aus Frankreich und England. Der Tabaksbau nahm vom pfälzischen Boden Besitz. Die Kartoffel fand hier ihre erste Pflege. Wie in Brandenburg war es auch hier Holland, das als Musterstaat den Plänen Karl Ludwigs vorschwebte. Auch hier sehen wir bei der Neugründung von Mannheim durch Karl Ludwig die Gedanken in eine viel spätere Zeit vorauseilen. Die neue Stadt sollte zum Hauptthandelsplatze des Oberrheins erhoben werden, sie sollte die Verbindung herstellen zwischen den oberländischen Landen und Holland, ein großer Hafen sollte der Schiffahrt die nötige Stapelstätte bieten. Und rasch sollte sie emporblühen, darum ward sie mit ausgedehntesten Freiheiten bedacht. „Jeder sollte in ihr so frei wohnen und handeln, wie in Holland oder in einem andern freien Lande der Welt,“ hieß es im Gründungspatent. „Für die erste Zeit wurde völlige Handelsfreiheit ohne alle Zölle und Steuern zugesagt; unbeschränkte Gewerbefreiheit trat hinzu: ‚kein Handwerk oder Handwerksleut sollen zu Manheim unter Zünften stehen, sondern mag ein jeder allda arbeiten nach seinem Belieben.‘“ Toleranz in jeder Hinsicht war das erste Gesetz.

Auf religiösem Gebiete gewann dieselbe Ausdruck nicht nur in dem Grundsatze des Kurfürsten, daß jeder Mensch die Berechtigung habe, volle Gewissensfreiheit zu fordern, sondern noch mehr in der 1680 eingeweihten, den drei Religionen gleichmäßig gewidmeten Konkordienkirche in Mannheim, die leider im Orleans'schen Kriege (1689) in einen Schutthaufen verwandelt wurde.

Von gleichem Grundsatze ließ sich Karl Ludwig bei der Wiederherstellung der alten Heidelberger Universität leiten. Spinoza, der Jude, sollte aus Holland kommen, um die neu aufblühende Hochschule zu zieren, die dann, wie wir hörten, auch einen Samuel von Pufendorf zu ihren Lehrern zählte. Volle philosophische Lehrfreiheit wurde dem berühmten Philosophen zugesagt, und nur der Wunsch ausgedrückt, er möge die Freiheit nicht zur Störung der Religion mißbrauchen. Spinoza lehnte ab. „Er wisse nicht, in welchen Grenzen die Freiheit des philosophischen Unterrichts müsse eingeschränkt werden, wenn sie nicht den Schein haben sollte, die Religion zu beunruhigen.“ So lehnte der weise Mann, dem die Bezeichnung „Gott“ zum Inbegriff aller Realität, aller Wirklichkeit, d. h. der Natur, im weitesten Sinne gefaßt, geworden war, jede, auch die kleinste Rücksichtnahme auf fremde Interessen bei seinem philosophischen Streben nach Erkenntnis und Wahrheit ab und wurde in seiner dürftigen, aber von der Freiheit umspielten Klause ein Lehrer der Welt, anstatt in formalem Schuldienste und gesicherter Lebensstellung eine professorale



Theatiner-Kirche und -Kloster im Jahre 1635.

Koryphäe zu werden. Aber trotz der Ablehnung ist der Antrag Karl Ludwigs ein ehrendes Zeugnis für die freieste Gesinnung des deutschen Fürsten.

Wir wenden uns nun ähnlichen Bestrebungen in Bayern zu. Schon das feste Eintreten Ferdinand Marias für die Wahl Leopolds I hatte für Bayern den Vorteil eines österreichisch-bayerischen Handelsvertrags gebracht, welcher den Ausfuhrzoll auf bayerische Produkte, so namentlich auf Holz, auf Gemüse (roter und weißer Kohl, bayerische Rüben, Blumenkohl, Meerrettich, weiße, rote und gelbe Rüben), dann auf Leinwand aus dem bayerischen Walde, auf wollene Strümpfe aus der Au, auf die sogenannten Glas-Paterln, Gläser, Spiegel und Glastafeln aus den oberpfälzischen Fabriken, auf die wollenen Tücher aus den Manufakturen zu Mitterteich und Tirschenreuth, auf Frankenrieder Wetzsteine und Amberger Ocker, auf Bier, Getreide, Schweine u. s. w. nach den österreichischen Erblanden ermäßigte und den Durchfuhrzoll für Erdinger Loden nach der Türkei und Venedig freigab. Auch der Einfuhrzoll auf bayerisches Salz wurde herabgesetzt.

Von der wenn auch einseitigen Fürsorge des Kurfürsten für die Landwirtschaft hörten wir bereits einiges. Aber wie uns die vielen Mandate zur Herstellung der Sittlichkeit, der Ordnung, der Religion, der Schulen belehren, wie verwildernd der Krieg in dieser Richtung gewirkt und die Menschen der Arbeit entwöhnt hatte, so galt es nun auch, durch Belehrung und praktische Uebung jenen Grad der Fertigkeit wieder zu gewinnen und weiter auszubilden, ohne den an eine erfolgreiche Wiederherstellung des allgemeinen Lebens nicht zu denken war. Diesem Zwecke sollte die in Schleißheim errichtete Schule für Feldbau und Viehzucht dienen. Da sollten Versuche mit neuen Nutzpflanzen angestellt, Aufschlüsse und Belehrung gegeben, Pflanzen und Samen gezogen werden. Nur eins übersah man, daß das Leben sich nicht durch Mandate neu erwecken ließ, und wie man in München sich davon überzeugt hatte, daß die alte landständische Verfassung sich überlebt habe, aber sich nicht getraute, den Grund zu einer neuen Ordnung zu legen, so wies man auch die Oberpfälzer mit ihrer Bitte um Wiederherstellung der alten Landesfreiheiten einfach ab. Von oben sollte alles gemacht werden, und da es an Kräften fehlte, rief man die Hilfe der Orden, der alten und neuen, an.

Schon in München hatte Ferdinand Maria, ein Gelübde seines Vaters erfüllend, den unbeschuhten Karmelitern ein Kloster und eine Kirche erbaut. Zur Bildung und Erziehung des weiblichen Geschlechts erhielten italienische Salesianernonnen im heutigen St. Annaviertel eine Unterkunft, die Ursulinerinnen zogen in Landshut ein, das Kloster der Kapuziner in Landshut wurde vergrößert, aber alles das tritt zurück hinter der restaurierenden Thätigkeit, mit welcher der Kurfürst die Oberpfalz heimsuchte.

Die säkularisierten oberpfälzischen Abteien sollten wiederhergestellt werden. Ein Kongreß wurde zu Amberg veranstaltet, der über die notwendigen Schritte beraten sollte. Die Benediktiner zogen in Ensdorf, Reichenbach, Michelfeld wieder ein, die Prämonstratenser in Speinshard, die Cisterzienser in Walderbach, die Bernhardiner in Waldsassen u. s. w. Aber das alles genügte nicht. Als die langersehnte Nachkommenschaft endlich nach einer Kur Adelaidens im Bade Heilbrunn bei Tölz zur Thatsache wurde, erhielten die von der Kurfürstin gegen die Jesuiten begünstigten Theatiner eine Heimstätte in München. Am 28. April 1663 wurde der Grundstein zu jener stattlichen Kirche in München gelegt, die heute noch mit ihrer Prachtkuppel und ihren Türmen mit wunderbar malerischem Eindruck das Auge des Schauenden erfreut. Der Bologneser Agostino Barella hatte den Plan entworfen. Wie ein Echo der römischen Renaissance führt dieser Bau uns in eine geistig belebtere Zeit zurück. Am 11. Juli 1662 war dem Kurfürsten der erste Sohn geboren worden, welcher außer auf eine lange Reihe von andern Namen auf die Namen Maximilian Maria Emanuel getauft wurde. Die Kirche selbst wurde dem hl. Cajetan gewidmet und im Jahre 1675 feierlich eingeweiht. Aus all dem erkennen wir wohl den guten Willen, aber die Wirkung dieser Veranstaltungen wurde bis heute überschätzt.

Noch viel fraglicher erscheinen uns die Bestrebungen, welche von dem Kurfürsten zur Hebung des Handels und Verkehrs gemacht wurden. Wir müssen ihrer gedenken, um ein Urteil über den Geist zu gewinnen, welcher die damaligen Generationen beherrschte.

Diese Bestrebungen knüpfen sich in München an den Namen des aus Speier gebürtigen Dr. Becher, der als Leibmedikus des Kurfürsten an den Hof berufen wurde. Der Mann gehört in die Reihe jener wissenschaftlichen Abenteurer, wie sie die Uebergangszeit hervorbrachte. „Hebung des deutschen Handels und Ueberführung Deutschlands auf die Bahnen des großen Welt- und Seeverkehrs" beschäftigte ihn unabläßig. In seinem „politischen Diskurs" (1668) wendet er sich an seine Landsleute mit der Darlegung: „Wohlan denn, tapfere Deutsche, machet, daß man in der Mappe (d. h. im Atlas) neben Neuspanien, Neufrankreich, Neuengland auch inskünftige Neudeutschland finde; es fehlet euch so wenig an Verstand und Resolution, solche Sachen zu thun, als andern Nationen; ja, ihr habt alles dieses, was dazu vonnöten ist; ihr seid Soldaten und Bauern, wachsam und arbeitsam, fleißig und unverdrossen; ihr könnt auf einmal viel gute Sachen thun, durch ein exemplarisches Leben und gute Ordnung die Indianer zu Freunden und civilen Menschen, ja vielleicht gar zu Christen machen; ihr selbst werdet länger leben, fröhlicher und vergnügter sein, wenn ihr in einem dergestalt angenehmen Climat für keine Nahrung so mühsam sorgen dürft, könnet also nicht allein euch in Indien, sondern euern Freunden auch hieraußen in Deutschland dienen." Er wendete sich weiter gegen das träge und stumpfe Daheimsitzen der Deutschen und gegen die Furcht derselben vor dem Meere. Wir halten daran fest, daß die Kolonisation fremder Länder stets das überschüssige Wachstum einer Volkskraft zur Grundlage hat; von einem solchen konnte aber im damaligen Deutschland keine Rede sein. Neudeutschland blieb ein Traum, es lag auf einem ganz andern Gebiete, als bei den Indianern.

Am merkwürdigsten aber berührt es uns, daß dieser Pläneschmied sich mit seinen Meerphantasien an den Fürsten eines so vollkommen kontinentalen Landes wandte, wie Bayern es damals war. Ferdinand Maria machte Becher folgende Vorschläge. Die Hebung der Handels- und Gewerbewohlfahrt in Bayern beruhe 1. auf der Verbesserung des Münzwesens, 2. der Errichtung eines Kaufhauses, 3. eines Werkhauses, 4. einer Landesbank. Bei Errichtung eines Kaufhauses, wo allerhand Waren aus erster Hand gekauft und ganze Länder damit versehen würden, müsse gesorgt werden: a. für einen guten Ort, b. für gute und wohlfeile Waren, c. für Einkauf der Waren so nah als möglich an ihrem Ursprung in grosso, d. für die Herbeischaffung derselben durch eigenes Fuhrwerk, e. für Ankauf in rohem und natürlichem Zustand. Damit würden die Inländer gewinnen, was bisher das Ausland gewonnen, und viele Manufakturen und Gewerbe entstehen. München sei dazu sehr geeignet. Es bedürfe da nur des Verbotes der Einfuhr fremder Manufakturen und des Befehles, daß die Kaufleute ihre Waren im Lande verarbeiten lassen sollten. Alle Artikel könnten so gut im Inlande wie im Auslande gemacht werden, sei einmal für Konsumtion gesorgt. So sollte aller Großhandel durch das Kaufhaus monopolisiert werden. Das Werkhaus sollte durch das strenge Verbot alles Bettels die nötigen Arbeitskräfte gewinnen. Mit diesem Plane fand Becher Zustimmung am Hofe. Er arbeitete weiter.

In einer zweiten Schrift (Oktober 1664) machte er auf die Armut des Landes aufmerksam, in dem aber noch zehnmal mehr Menschen leben könnten, wenn man Nahrung schaffe. Die Münchener seien neidisch gegen die Fremden, aber das wahre Ziel sei eine nahrhafte Gemeinde. Es gebe in Bayern Hofbediente, Adel, Geistlichkeit, Soldaten, Bürger, Bauern, Gesindel. Von diesen sieben Bevölkerungsklassen seien nur Bürger und Bauern nahrhafte Leute, alle andern lebten von den beiden. Das drücke auf die beiden, und so sei wirklich von ihnen auch nur ein Zehntel eigentlich nahrhaft. Im Lande besäßen höchstens hundert Bürger ein Hauptvermögen, die andern hätten nicht auf acht Tage vorauszuleben. Die Bauern seien arm und nur nahe an den Städten etwas besser daran. Es müsse daher auf Vermehrung der Bürger und Bauern Bedacht genommen werden. Auch herrsche Unordnung, Plackerei, Grobheit. Das locke aber keine Fremden herbei, wo nur Haß und Neid zu erwarten. Das Land sei so konfundiert, die Stände so unter einander vermischt und verwirrt, daß es die höchste Zeit sei, einzuschreiten und den zwei Ständen, als den Prinzipalständen des Staates, eine rechte Nahrung zu verschaffen. — Der Bauernstand schwanke zwischen teuren und wohl-

feilen Getreidepreisen; der Bürger lebe in den Städten teuer, die Handwerke seien übersetzt und, durch die Narrenkappe der Zünfte umwickelt, habe der Handwerker keinen Verlag, betrüge aus Not und habe keinen Segen. Also: Bauern, Handwerker und Handelsleute!

Das waren unzweifelhaft ganz tüchtige Gedanken, welche Bechers Geist vorschwebten, aber die Mittel, welche er zur Verwirklichung derselben vorschlug, zeigten, daß man erst in den ersten Stadien des Experimentierens stand und von einem Wissen und einer Kunst der rationellen Gestaltung der Dinge noch weit entfernt war. Abgesehen von dem abenteuerlichen Plan, daß das neue wirtschaftliche System seine Krönung in einer in Südamerika anzulegenden bayerischen Kolonie erhalten sollte, riefen die Vorschläge Bechers den Widerspruch und das Bedenken weitester Kreise wach. So trat namentlich der seit Oexles Resignation (1667) an dessen Stelle erhobene Vicekanzler Kaspar Freiherr von Schmid gegen Bechers Pläne auf und betonte, daß das Land verderben müsse, wo der Fürst zum Kaufmann werde.

Die heftigste Opposition aber kam aus den Kreisen der Kaufmannschaft selbst. Sie meinten, der Kurfürst wolle ein Monopol machen wie mit dem weißen Bier, steckten sich hinter die geheimen Räte und verhetzten den Pöbel, was allerdings nur wieder zur Folge hatte, daß Ferdinand Maria sich entschloß, „Fremde hereinzurufen, da kein Inländer daran wolle.“ Becher erhielt den Auftrag, nach Holland zu reisen, um dort die geeigneten Verbindungen anzuknüpfen. Um das Jahr 1665 wurde die Errichtung einer General-Handels-Kompagnie zum Beschluß erhoben.

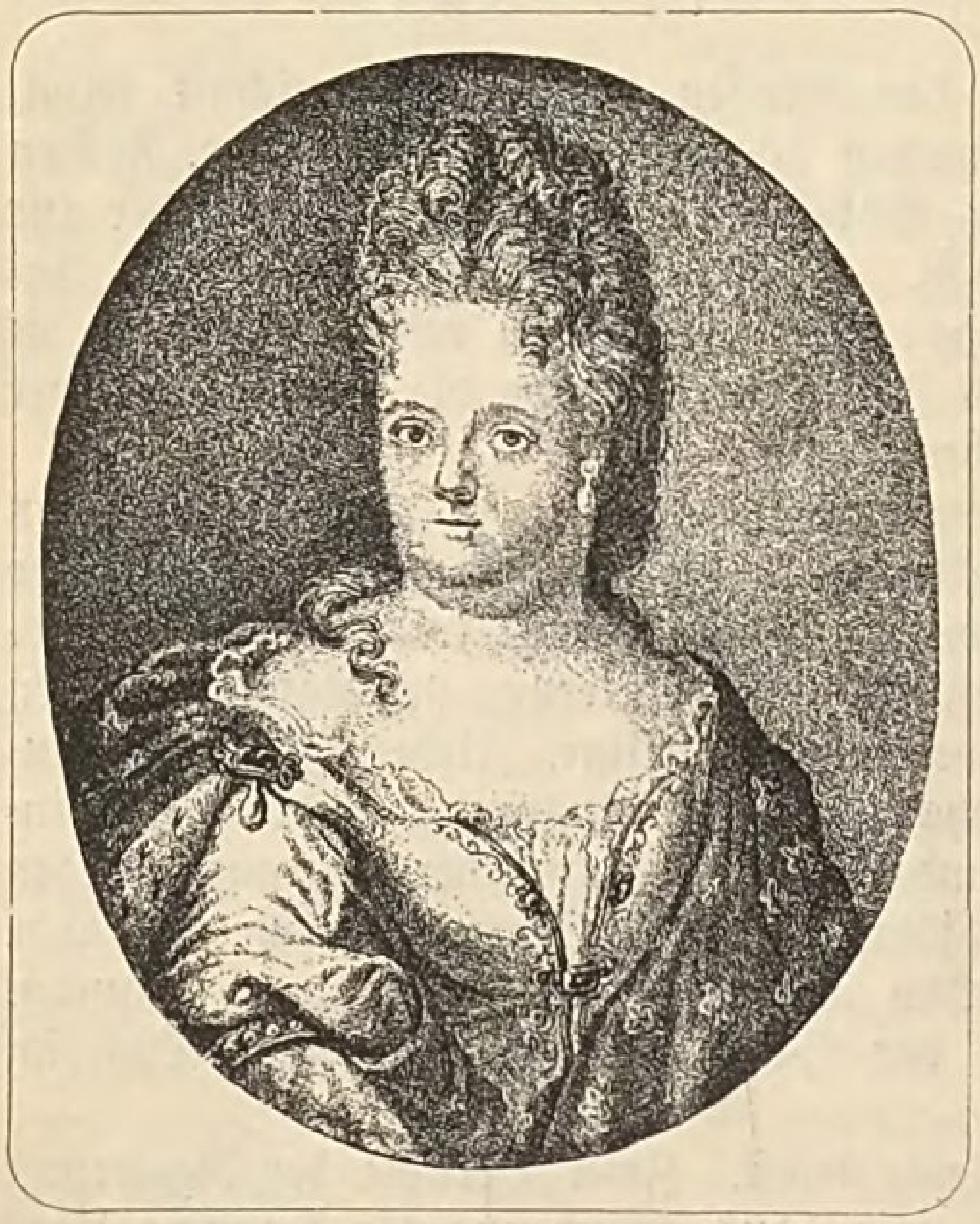
Im September 1665 kehrte Becher von seiner Reise zurück. In einer abermaligen Schrift wies er darauf hin, daß die Manufakturen so gut in Bayern wie anderswo gemacht werden könnten, dadurch werde der Konsum vermehrt und fremdes Kapital ins Land gezogen. Es sei darauf hinzuarbeiten, daß sich die Bevölkerung mit Kapitaleinlagen an der Errichtung eines großen Kauf- und Stapelhauses beteilige. Ueber die Wollmanufaktur ließ er sich vernehmen: es gehe viel rohe Wolle ins Ausland, wodurch den inländischen Tuchmachern ihr Verlag genommen und das Tuch teurer hereingekauft werden müsse. Allein von der Tuchmanufaktur könnten jährlich 30 000 Menschen mehr im Lande ernährt werden. Weit über 70 000 Stück fremden Tuches kämen jährlich nach Bayern. Man solle, um dem abzuhelfen, die Ausfuhr der Wolle verbieten und alles Tuch im Lande arbeiten lassen.

Der Kurfürst wandte sich an die Handelsleute selbst. Zwei Berichte der Regierung von Straubing und Burghausen teilt Freyberg mit, aus denen uns die klägliche Lage des Handelsstandes klar vor Augen tritt. Handelsleute, wirkliche Kaufleute gab's da allenthalben nur sehr wenige. Die Krämer hatten das ganze Geschäft an sich genommen, und mit ihnen konkurrierten die fremden Hausierer. Gegen diese wendeten sich denn auch die Klagen. Wohl trat der Münchener Handelsstand für die freie Konkurrenz ein, aber der kleine Blick, die Furcht vor Neuem und Ungewohntem trat doch deutlich zu Tage. Es waren Krämer, Bauern, die Handel trieben, und von jener alten Kühnheit der früheren deutschen Bürger- und Kaufmannschaft war auch jede Spur verweht. Mit den Leuten ließ sich nichts machen, mit der Theorie allein auch nichts, und so geriet Becher immer mehr ins Abenteuerliche hinaus. Seine Pläne blieben Träume, und wo er sich an die Wirklichkeit wagte, zeigte sich der Mangel jeglicher Praxis. Er selbst ging, nachdem auch sein Plan mit einer „kurbayerischen Seidenkompagnie“ zu Wasser geworden, aus dem Lande hinaus.

Mit China zu konkurrieren, mit England, das die Tuchfabrikation an sich gezogen, mit Frankreich, dessen mächtige Industrie fast ganz Europa beherrschte, ließ sich in der Theorie ganz schön darthun, in der Praxis zeigte es sich, daß das Ding einen Hacken habe, und dieser Hacken war die theoretische Pläneschmiederei von oben, die bäuerliche Indolenz und Kleinigkeitskrämerei von unten.

Die ganze Entwicklung Europas, von Frankreichs Königsthron angefangen bis zum letzten Thrönchen im vielregierten Deutschland, war eine naiv brutale, sowohl was die äußere, als die innere Entwicklung betrifft. Zum erstenmal, möchten wir sagen, floß mit

der Erhebung des absoluten Fürstentums die Erkenntnis von den Lebensbedingungen der einzelnen Volksteile in einem Centrum zusammen, und so suchte man mit den Mitteln der Staatsgewalt diesen Bedingungen gerecht zu werden. Nicht das, was man erreichte — es war bei aller Anstrengung doch nur sehr wenig —, sondern das, was man zu erreichen strebte, ist für uns interessant. Es ist ungemein charakteristisch, zu sehen, wie nun das Fürstentum in die gleichen Bahnen gedrängt wurde, aus denen man das bürgerliche Leben herausgeschlagen hatte; es ist aber ebenso charakteristisch, zu sehen, wie die absolute Fürstengewalt sich gerade in diesen Bahnen vergebens abmühte, und alle Lebenskraft des Volkes scheu und mißtrauisch sich von den merkantilen Bestrebungen der phantasievollen Theoretiker fernhielt. Nicht nur die wirtschaftliche Entwicklung, wie sie uns am ausgeprägtesten in Frankreich im Colbertismus entgegentritt, gehörte zu diesem absoluten System, es gehörte ebenso dazu der despotische Kriegseifer eines Ludwig XIV, der Europa ruinieren sollte, aber Frankreich zuallererst ruinierte, es gehörte dazu die Verfolgung und Vertreibung gewerbefleißiger Bevölkerungselemente aus religionspolitischen Gründen, es gehörten dazu die brutalen Handels- und Tarifkriege, mit denen wir dasselbe Frankreich nun namentlich Holland gegenüber auf den Plan treten sehen. Das gleiche Gesetz sehen wir allenthalben im Großen und im Kleinen die gleiche Wirkung hervorrufen, und erst wenn die Freiheit des Lebens sich all jener Einrichtungen des Despotismus bemächtigt und dieselben nach seinen Forderungen umgeschaffen haben wird, dürfen wir auf ein neues Wachstum rechnen; erst wenn an die Seite der religiösen Freiheitskämpfer die politischen und wirtschaftlichen getreten, wird auch hier der Erfolg emporblühen, und es wird zur Wissenschaft werden, was noch von fanatischer Phantasie beherrscht ist. Zunächst schuf Colbert seinem Könige die Macht, der entweder Europa unterliegen oder die es zur Verteidigung und Freiheit treiben mußte.



Pfalzgräfin Elisabeth Charlotte.

Nur im Vorübergehen können wir auf die Bewegung der katholischen Propaganda hinweisen, wie sie in den fürstlichen und aristokratischen, aber auch teilweise in den gelehrten Kreisen Erfolg um Erfolg errang, wie hier jener Rückgang des geistigen Lebens einsetzte, der stets im Gefolge der absoluten, sich von der Natur loslösenden Reaktion erscheint. Bis zum Schlusse des Jahrhunderts gab es in Deutschland kaum ein fürstliches Haus mehr, welches nicht seinen Apostaten aufzuweisen gehabt hätte. Aber dem entgegen stellte sich die protestantische Lyrik als Wegweiser und Ankündiger einer neuen Lebensentfaltung, dem entgegen stellten sich die Unionsversuche innerhalb der protestantischen Welt und weiter jener aufgeklärte Skeptizismus, wie wir ihm bei einem Karl Ludwig von der Pfalz, dem Sohne der englischen Königstochter begegneten. Dieser Sprosse des einst so ernst reformatorischen Fürstenhauses gab seine Tochter dem französischen Herzog Philipp von Orleans. Elisabeth Charlotte, die tüchtige biedere Pfälzerin ward die Schwägerin Ludwigs XIV, sie trat zum Katholizismus über, wie sie der französischen Kleidermode sich fügte, aber deutsch ist ihr Wesen geblieben trotz der Atmosphäre, in welche man sie verpflanzte. Man hat in alter und neuer Zeit über diesen Religionswechsel der Pfälzerin viel geredet und geschrieben, allein vom theologischen Standpunkte sehen wir hier ab, für die geistige Atmosphäre, in welcher „Liselotte“ aufgewachsen war, war die religiöse Frage wirklich eine „indifferente Sache“, die nur von dem praktischen Nützlichkeitsstandpunkte beurteilt sein wollte.

Im Oktober 1671 fand die Vermählung statt, welche indirekt über das pfälzische Land ein ungeheures Elend heraufbeschwor.

Zugleich aber sehen wir das gesamte religiöse Leben von den Aeußerlichkeiten des Dogmas zurücklenken zu einer mystischen Vertiefung, einer innern praktischen Heiligung. Es ist die Zeit, da die Schriften eines Johann Arnd (vier Bücher vom wahren Christentum), eines Valentin Andreä in weiteren Kreisen Aufnahme fanden, da ein Philipp Jakob Spencer seine erbaulichen Zusammenkünfte in Frankfurt a. Main veranstaltete, aus denen der protestantische Pietismus den Weg in die Welt nahm. Es ist die gleiche Zeit, in welcher die geistlichen Lieder Friedrichs von Spee, dieses werkthätigen Sängers der Menschen- und Heilandsliebe im Jesuitenkleide sich langsam Eingang verschafften. Der erste energische Protest gegen die Hexenprozesse stammt von diesem Manne, der selbst am Krankenbette und in Spitälern sich den Todeskeim holte, der seine rein und innig ertönende Leier nur allzubald verstummen machte. (Gest. 1635). Es ist die gleiche Zeit, in der, wie wir noch hören werden, auch durch das katholische Ordensleben ein frischer Lebens- und Liebeshauch wehte, in der ein Papst Urban VIII den Stifter der barmherzigen Brüderschaft, den Portugiesen Johann Ciudad selig (1630), in der Papst Alexander VIII denselben heilig sprach (1690), in der ferner der Orden der barmherzigen Schwestern des Vincenz de Paula seine erste großartige Ausdehnung gewann.

Mit dem pyrenäischen Frieden des Jahres 1659 treten wir ein in die Periode europäischer Geschichte, welche man das Zeitalter Ludwigs XIV genannt hat. Frankreich erhob sich an die Spitze Europas. Mazarin noch hatte diesen Frieden zum Abschluß gebracht, der Frankreich an der spanischen wie an der belgischen Grenze wertvolle Landstriche und Festungen einbrachte, der ihm in Lothringen und Luxemburg wichtige Errungenschaften erwarb, der dem jungen Könige von Frankreich die Hand der spanischen Infantin Maria Theresia sicherte. Zwei Jahre später ist Mazarin gestorben. Alle beschäftigte die Frage: wer wird nun leitender Minister? Am Morgen nach dem Tode seines Premiers trat Ludwig XIV unter die Schar der Großen und erklärte ihnen, daß er sein eigener Premierminister sein werde. Und wie stand dieser König da an der Spitze seines Landes!

Zwei Milliarden Thaler, berechnete Humboldt, seien Spanien aus seinen Goldquellen geflossen. Aber aus dem aristokratischen und bäuerlichen Leben hatte sich Spanien nicht zu erheben vermocht. Es blieb nur das Durchfuhrland für jene Goldmassen. Industrien erstanden da nicht, und doch konnte man der Produkte der Industrie nicht mehr entbehren. So floß das Geld ins Ausland. In Holland, Frankreich, England bildeten die spanischen Piaster das ungeheuere Betriebskapital für die neu erblühende Industrie und Kaufmannschaft. So sank Spanien Jahrzehnt um Jahrzehnt von seiner volkswirtschaftlichen und politischen Höhe, und an seiner Seite erhob sich Frankreich.

Da hatten Richelieu und Mazarin die Hugenotten, die Parlamente, den hohen Adel niedergerungen, jede Einwirkung fremder Mächte auf die französischen Verhältnisse war abgeschnitten, die Hilfsquellen des Staates flossen, sie flossen mit unermeßlicher Spende, und neben dem Könige, der von ungezähmtem Ehrgeiz brannte, standen ein Colbert als Wirtschaftsminister, ein Condé und Turenne als die berühmtesten Generale ihrer Zeit, eine Schar von Diplomaten, an deren feine Schulung und Ergebenheit in die Dienste ihres Herrn kein anderes Land heranreichen konnte. Dazu die Bewunderung der ganzen Welt und die Potentaten dieser Welt von französischen Frauen und Maitressen beherrscht. Es war nur die Frage, wohin man den Schritt zuerst lenken sollte. Spanien lockte, denn die Entsagung der Infantin war ein Stück Papier, das sich auslegen ließ, wie es eben paßte, aber auch die deutsche Kaiserkrone lockte. Im Jahre 1666 vermählte sich die zweite Infantin Margaretha Theresia, der die Nachfolge in Spanien bestimmt war, mit Kaiser Leopold. Die beiden Fragen flossen in eine zusammen. Das französische Königtum hatte einen Feind, und der hieß Habsburg.

Es ist unzweifelhaft, Frankreich hatte eine geschlossene nationale Kultur und mehr als das, es hatte das Uebergewicht einer höheren Kultur; seine Wissenschaft, seine Litteratur, seine Musik erhoben sich zum Höhenfluge, seine Sprache eroberte die Vormacht-

stellung an den europäischen Höfen. Ohne diese materielle Basis wäre ein Ludwig XIV nicht denkbar. In ihr liegt seine Größe, in ihr seine Entschuldigung. Alles arbeitet in seinem Dienst, selbst deutsche Professoren und Gelehrte standen nicht an, aus der Vergangenheit Frankreichs Recht auf das europäische Kaisertum darzuthun. Karl der Große ward zum Franzosen, die Capetinger seine Erben, ihre Erben die französischen Könige. Demgegenüber sanken die Ottonen, die Salier und Staufer zu gewaltthätigen Usurpatoren herab. Die Erbschaft in Besitz zu nehmen, marschierten die französischen Kolonnen aus.

Im September 1665 starb König Philipp IV von Spanien. Ludwigs XIV bezahlte Gelehrte hatten nicht umsonst gearbeitet. Das sogenannte „Devolutionsrecht" sollte seine Ansprüche auf einen Teil der spanischen Erbschaft darthun. Nach dieser alten brabantischen Rechtssatzung standen die Erbgüter eines Hauses immer den Kindern erster Ehe zu. Des Königs Gemahlin entstammte als einziges Kind einer solchen Ehe. Trotz der feierlichen Entsagung griff Ludwig nach den spanischen Niederlanden.

Die Diplomatie hatte vorgearbeitet. Die Fürsten des Rheinbundes, so namentlich die Bischöfe von Mainz, Köln, Münster, dann Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg standen in französischem Sold. Der kurkölnische Geheimrat, Graf Wilhelm von Fürstenberg, leitete die Verhandlungen im französischen Sinne. Karl II von England hatte Neutralität zugesichert, Spanien wurde durch Portugal beschäftigt, die Unzufriedenen in Oesterreich und Ungarn lehnten sich an Ludwig als ihren Helfer. So begann der erste Raubkrieg Ludwigs XIV im Jahre 1667. Er verlief rasch und ungestört. Turenne, Crequi, d'Aumont bemächtigten sich im Sommer 1667 einer Reihe von festen Plätzen, darunter Lille, im Herbste bezogen die Franzosen auf dem eroberten Gebiete Winterquartiere.

Am 14. Juli hatte Spanien den Krieg erklärt. Es blieb isoliert. Es war natürlich, daß die Holländer sofort die Schwenkung machten aus der Gegnerschaft gegen Spanien zu derjenigen gegen Frankreich. Am 31. Juli schlossen sie mit den Engländern den Frieden von Breda; der Großpensionär Johann de Witt suchte zu vermitteln. Es schien ein Bündnis, eine Koalition des Reiches, der deutschen Fürsten, Englands, Schwedens und Hollands gegen Frankreich erstehen zu wollen. Da kam die polnische Königsfrage. Im Februar 1668 hatte Condé die Franche Comté erobert. Zwei Pfänder hatte Frankreich im Besitz. Es konnte Frieden mit einem namhaften Gewinn machen. Am 15. April kam es zu dem Vertrag von St. Germain en Laye, am 2. Mai folgte der Aachener Friede, der Frankreich eine neue Reihe von Städten an der belgischen Grenze einbrachte.

Die polnische Königsfrage warf ihre Wellen über ganz Europa, sie brachte auch die wittelsbachischen Kreise in neue Bewegung. Wir sehen die Entwicklung zu einer Konstellation drängen, wie sie sich ähnlich einst in den Zeiten der ersten Kaiser aus dem Hause Luxemburg vollzogen hatte, denen gegenüber ein Ludwig der Bayer die Zusammenfassung der deutschen Kräfte versuchte. Wie damals Frankreich das deutsche Leben von Osten her zu umfassen suchte, von Ungarn und Böhmen her, so nun von Polen aus; wie damals die Wittelsbacher sich hinausdrängten nach Ungarn (Otto III), nach Brandenburg und Holland, so sehen wir sie jetzt ihre Macht erstrecken über Bayern und Kurpfalz, Pfalz-Neuburg, Kurköln und Schweden. Und dazu versuchten sie ebenso in Polen Fuß zu fassen.

Philipp Wilhelm war mit Anna Katharina, der Tochter Sigismunds von Polen vermählt. Heigel hat uns das Eintreten dieses Fürsten, „eines der klügsten deutschen Fürsten," wie Pufendorf ihn nennt, in die großen europäischen Bahnen, geschildert. Schon bei Lebzeiten Sigismunds suchte Philipp Wilhelm die Verbindung mit den polnischen Großen. Die Bewerbung um die polnische Königskrone war diesem Wittelsbacher zum ernsten Plane geworden. Als das Gerücht laut wurde, Sigismunds Sohn, Johann Kasimir, wolle dem Throne entsagen, begann er die Arbeit. Zunächst suchte er Schweden für sein Vorhaben zu gewinnen, dann aber ging sein Projekt dahin, „ein Bündnis zustande zu bringen, das sämtliche Fürsten des wittelsbachischen Hauses umfassen sollte." Aber wie verwickelt lagen da die Verhältnisse! Bayern und Kurpfalz in alter, nie

endender Zwietracht, zu der nun das Reichsvikariat neue Nahrung hinzugetragen hatte, Köln im Dienste Frankreichs, in Schweden ein unmündiger König, dessen Mutter Hedwig Eleonore mit ihren Regentschaftsräten zwischen den französischen und kaiserlichen Einflüsterungen hin- und herschwankte. Dennoch entschloß man sich zur Unterstützung der Bewerbung des Neuburgers um den polnischen Thron. Im Juni 1667 schloß Brandenburg mit Schweden einen Vertrag ab, der das gleiche Ziel verfolgte. Es berührt uns merkwürdig, hier einen Wittelsbacher zu sehen, der sich anschickt, im Osten dem Hohenzollern die Bahn abzugewinnen, merkwürdiger noch, daß der Hohenzoller ihm dazu behilflich zu sein versprach.

Auch auf die weitere Einigung der Wittelsbacher ging man in Stockholm ein. Frankreich und Wien gaben sich den Anschein, ebenso für Philipp Wilhelm in Polen wirken zu wollen. Als aber nun im September 1668 die Abdankung König Johann Kasimirs wirklich erfolgte, erkannte man bald, daß nicht viel Aussicht zur Verwirklichung dieser Pläne vorhanden. Frankreich warb für den Herzog von Condé, in Wien begünstigte man den Herzog von Lothringen, Brandenburg hielt zurück, und nur Schweden blieb dem Pfalzgrafen treu. Aber auf der andern Seite standen sich Bayern und Kurpfalz gerade damals ferner wie je. Kurpfalz und Kurmainz schlossen ein Bündnis, welches sich direkt gegen Bayern richtete. (März 1668). So fehlte die Einigkeit überall. Das polnische Projekt ging in die Brüche, der polnische Reichstag wählte am 19. Juni 1669 den einheimischen Magnaten, den Fürsten Michael Wisnowiecki, zum König.

Während nun in derselben Zeit die französische Kriegführung einen Augenblick innehielt, gewann die französische Diplomatie in Wien einen bedeutenden Erfolg. Am 19. Januar 1668 schloß der kaiserliche Minister Fürst Auersperg mit dem französischen Unterhändler Gremonville den ersten Teilungsvertrag betreffs der spanischen Erbschaft. Danach sollte dem Kaiser zufallen Spanien, Westindien, Mailand, Sardinien, sowie die balearischen und canarischen Inseln, Frankreich aber sollte die spanischen Niederlande, die Freigrafschaft Burgund (Franche Comté), das Königreich Navarra, die afrikanischen Besitzungen, die Philippinen, Neapel und Sizilien erhalten. Damit hatte Oesterreich das Prinzip der Teilung offiziell anerkannt. Ludwig XIV hatte den sogenannten „Rechtsboden" gewonnen. Diese Niederlage kostete Auersperg seine Stellung. Im folgenden Jahre trat der ebenso franzosenfreundliche Fürst Lobkowitz an die Stelle des leitenden Ministers am Wiener Hofe.

In der gleichen Zeit, da Wien an die Seite Frankreichs trat, da Brandenburg noch nach dem ihm natürlichen Wege suchte, fiel im Norden eine scheinbare Entscheidung gegen Frankreich. Holland, England und Schweden traten im Januar 1668 zu einer Tripelallianz zusammen, welche sich die Erhaltung des Friedens zum Zweck setzte. Einstweilen aber bemächtigte sich Frankreich, wie wir hörten, noch der burgundischen Freigrafschaft. Dann kam der Aachener Friede, die deutschen Fürsten waren beiseite geschoben, die Auflösung des Rheinbundes wurde Thatsache, aber zu einer Einigung der deutschen Mächte in deutschem Interesse kam es nicht, und so blieb Frankreichs Einfluß auf Deutschland ungebrochen.

Aber auch im Südosten wurde damals eine erste Konsequenz der deutschen Ohnmacht gezogen. Aus dem Ungarnkriege hatte sich die Pforte gegen die Venezianer gewendet. Der Krieg um Candia entbrannte. Verzweifelte Kämpfe wurden da gerungen zwischen der christlichen und moslemischen Welt. Noch einmal erschienen fast alle christlichen Völkerschaften auf dem Kriegsschauplatz. Einst hatte schon Kurfürst Maximilian von Bayern den Venezianern ein Regiment Fußvolk zur Hilfe gesendet. Nun trat Ferdinand Maria in die Fußstapfen des Vaters. Der Oberst von Bühren zog mit einem bayerischen Corps im März 1669 nach Venedig hinab. Er kam, wie die vielen deutschen Hilfsvölker, zu spät. Candia war ein Trümmerhaufen, der sich nicht mehr halten ließ. Ende September gab man den Platz auf. Venedig trat die letzte seiner levantischen Inseln an die Türken ab.

Es war vor allem die Rücksicht auf die Haltung der Holländer gewesen, welche Ludwig XIV in seinem ersten Waffengange aufgehalten hatte. Das Hindernis mußte

beseitigt werden. Der Krieg gegen Holland wurde beschlossene Sache. Holland aber stand mit Schweden und England im Bunde. Also Auflösung dieses Bundes! Die französische Diplomatie wurde damit in zwei Jahren fertig, und da zeigte es sich, daß die aristokratische Kaufmannsgesellschaft nicht fähig war, in den Stürmen der Zeit einen direkten, sicheren Kurs einzuhalten. Der Krieg gegen Holland brachte in Holland selbst die Revolution.

Nicht persönliche Rachsucht allein leitete die Politik Ludwigs XIV. Colbert brauchte die Niederlande, denn die Holländer machten noch jede andere Konkurrenz im Welthandel äußerst schwer, wenn nicht unmöglich. Die niederländische Flotte erstickte jeden Versuch anderer Nationen, jenseits des Ozeans Fuß zu fassen. Die Wohlfahrt Frankreichs schien Colbert von dem Sturze der holländischen Macht abzuhängen. Ein gleiches Interesse hatte aber eigentlich auch England. Und so kamen der Charakterlosigkeit Karls II die thatsächlichen Verhältnisse zu Hilfe. Dazu sann dieser König auf Rekatholisierung Englands. Er hoffte auf Frankreichs Hilfe. Im Juni 1670 trat England von der Tripelallianz zurück und schloß mit Ludwig XIV den Vertrag von Dover. Der Vertrag wurde dann mehrmals erneuert und endlich am 12. Februar 1672 zu Whitehall unterzeichnet und veröffentlicht.

Ebenso setzte Frankreich in Stockholm die Hebel an. Der Hebel, der alles hob, war das Geld. Colbert sorgte dafür. Schon stand eine Armee des Königs zum Angriff auf Holland bereit, als auch Schweden sich zum Bunde mit Frankreich entschloß. (April 1672).

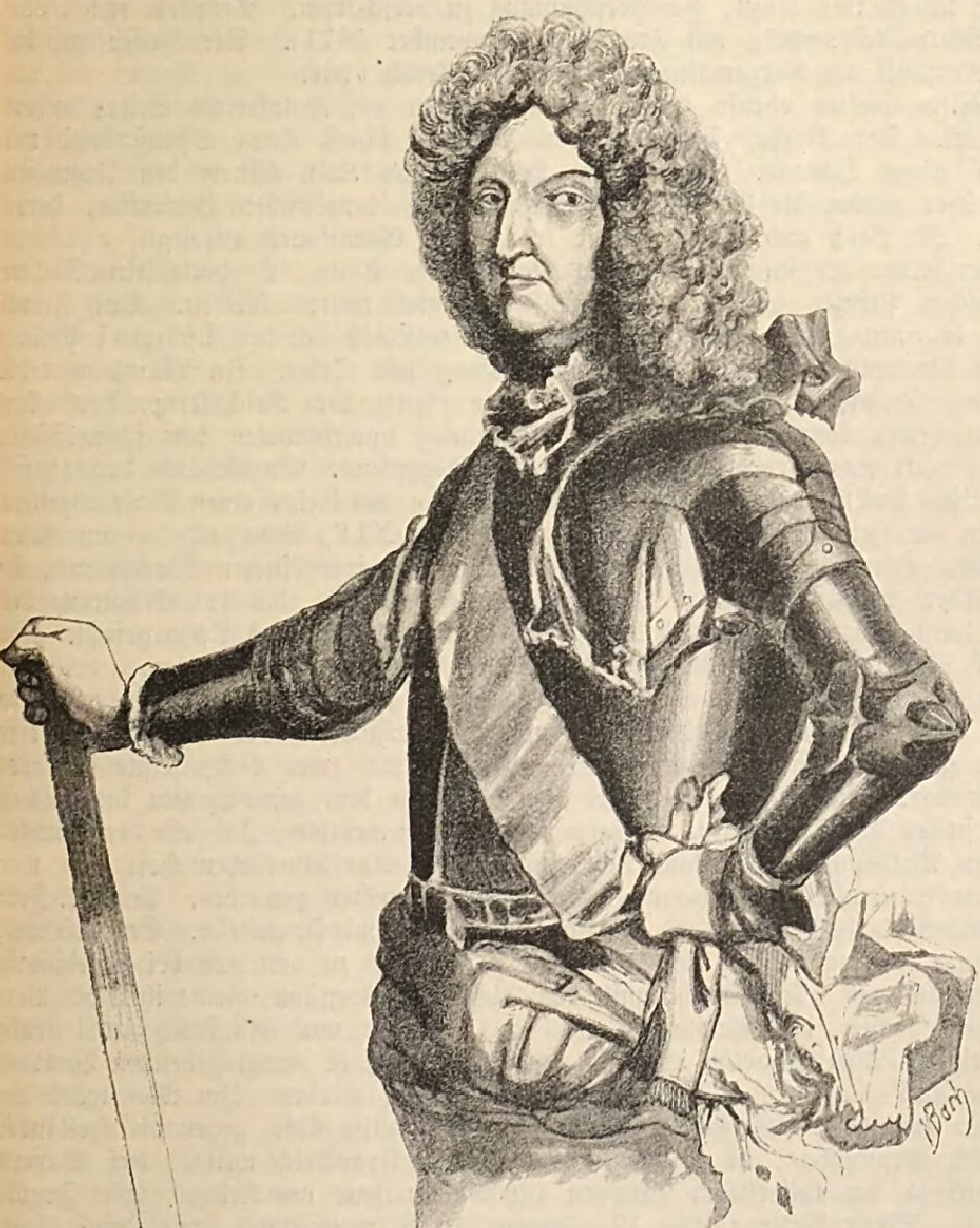
In Deutschland schoß man dagegen mit neuen Plänen und Ideen. Wir hörten von dem wittelsbachischen Projekt. Der Gedanke lebte immer wieder auf. Ebenso stand Kurmainz in regster diplomatischer Thätigkeit: Stärkung des Dreibundes durch die deutschen Fürsten, die Limburger Allianz mit Trier und Lothringen (1668), die Erneuerung des Kurvereins, Werbung bei Sachsen und Brandenburg, ein deutscher Fürstenbund war abermals das Ziel. Aber Mainz als Oberhaupt desselben — das war ein theoretischer Diplomatentraum. Der große Leibniz begann damals von sich reden zu machen. Die Gedanken des jungen Freundes des ehemaligen Mainzer Ministers Boyneburg irrten in dieser Fürstenbundatmosphäre herum und suchten den Ausweg. Erhaltung des westfälischen Friedens — ein konservativer Gedanke — eine Unmöglichkeit, wo von der andern Seite kräftigstes Leben sich zu energischer Ausbreitung anschickt! Da hilft nur Leben als Gegengewicht, und das hatte man in diesen geistlichen Fürstentümern nicht mehr.

Noch riet man herum, diplomatisierte und agitierte, als Ludwig XIV in Lothringen einbrach. Im August 1670 überschritt Marschall Crequi die Grenze. In einem Monat war das Land in französischem Besitz. Der flüchtige Herzog Karl V nahm seine Zuflucht zum kaiserlichen Hofe. Dieser räuberische Einfall, dem nicht einmal eine Kriegserklärung voraufgegangen war, brachte die diplomatischen Ameisen in Bewegung. Aber der kaiserliche Gesandte, der zur Vermittlung nach Paris eilte, erhielt die brutale Antwort: in Lothringen erkenne der König jetzt kein anderes Recht an, als das seinige. Die Bemühungen de Witts in England blieben erfolglos; in Mainz war die Aufregung fürchterlich, aber Leibniz konstatierte die deutsche Ohnmacht, für Lothringen etwas zu thun, er wies weiter darauf hin, daß der Krieg mit Holland drohe. Im August 1671 brachte Johann Philipp von Mainz wieder einmal eine neue Allianz, die Marienburger, in Würzburg zustande, in der die ohnmächtigen Kräfte die Köpfe zusammensteckten: der Kaiser, Mainz, Trier, Münster, Sachsen, Brandenburg-Kulmbach. — Brandenburg? Friedrich Wilhelm ging seinen eigenen Weg. — Bayern? Ferdinand Maria verfiel der Macht des Stärkeren, und der war — seine Frau.

Zunächst leitete Colbert den wirtschaftlichen Krieg Frankreichs gegen das Ausland ein, der sich in erster Linie gegen Holland richtete. Seit dem Jahre 1664 wuchsen die französischen Zolltarife gegen die fremden Industriewaren aus dem Boden, dazu kamen die Schiffahrtsgesetze für die fremden Schiffe in französischen Häfen, welche gleich Cromwells Navigationsakte den ausländischen Handel auf das härteste trafen. Auf beiden Seiten rüstete man. Aber in Holland mit dem Geiste der Defensive, der knausert und

rechnet, in Frankreich mit demjenigen der Offensive, der alle Mittel und Hebel in Bewegung setzt. Im Januar 1672 erließ Ludwig XIV die indirekte Kriegserklärung an die Holländer, indem er ihre Vorstellungen in hochfahrendstem Tone zurückwies.

Als man in Deutschland die Wolken sich türmen sah, steckte man wie ein gewisser Vogel die Köpfe in den Sand, indem man sich einzureden suchte, der holländisch-fran-



Ludwig XIV. Nach dem Gemälde von Rigot.

zösische Krieg gehe Deutschland eigentlich gar nichts an. Und doch war das Gefühl, die dunkle Ahnung allenthalben lebendig, daß es sich hier um einen Kampf handle, der über einen großen Teil deutscher Geschicke entscheiden würde. Wir erinnern uns nur an die Entwicklung des alten lotharingischen Reiches, von dem Frankreich bereits einen großen Teil an sich gerissen hatte. Der andere Teil mußte folgen, gelang es, die holländische Seemacht dem Franzosenkönig zu unterwerfen. Dann war kein Halt mehr, weder in den spanischen Niederlanden, noch in den rheinischen Fürstentümern, noch in der Schweiz. Und da gab es nun am Rhein entlang eine ganze Reihe von Fürsten, welche mit den

Holländern eine alte Rechnung zu begleichen hatten und nun gedachten, dieselbe in Ordnung zu bringen — mit der Hilfe Frankreichs. Wir nennen nur die Wittelsbacher, Maximilian Heinrich von Köln, den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg, dann den Münsterer Bischof Bernhard von Galen, dann selbst Brandenburgs großen Kurfürsten.

Am kaiserlichen Hofe herrschte Verstimmung gegen Frankreich; die Eroberung von Lothringen, die Machenschaften der französischen Diplomaten bei der ungarischen Magnatenverschwörung kamen nun hinzu, die Verstimmung zu verschärfen. Trotzdem schloß Leopold einen Neutralitätsvertrag mit Frankreich (November 1671). Der Kaiser gab die holländische Republik der Vergewaltigung durch Frankreich preis.

Die Welfen hielten ebenso zurück. Einige traten auf Frankreichs Seite, andere blieben neutral. Der Bischof Bernhard von Münster schloß einen Offensivbund mit Ludwig XIV gegen Holland. Maximilian Heinrich von Köln öffnete den Franzosen sein Land. Hier waren die Gebrüder Fürstenberg, die französischen Bedienten, Herrn und Meister. In Neuß und Bonn wurden französische Garnisonen angelegt.

Da war ferner der Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz. Er hatte seine Tochter dem französischen Prinzen vermählt und wollte nun auch neutral bleiben. Von Frankreich erhoffte er einen großen Gewinn. Desgleichen entschloß sich der Pfalzgraf Philipp Wilhelm zur Neutralität. Dazu kamen Württemberg und Trier. In Mainz war die Stimmung den Franzosen feindlich, feindlich aber ebenso dem Reichskrieg, der allein Holland hätte helfen können. Leibniz und Boyneburg unterbreiteten dem französischen Könige das Projekt einer Expedition zur Eroberung Aegyptens. Ein Gedanke drängte sich in die europäische Politik, der nicht neu, der ebensowenig mit diesem einen Male abgethan war. Ludwig der Heilige, Philipp der Schöne, Ludwig XIV, Bonaparte — an diesen Persönlichkeiten zeigt sich die konsequente Entwicklung des französischen Wachstums, sie zieht ihre Fäden herauf bis zum Kaiserreich Napoleons III, bis zur Erbauung des Suezkanales durch Lesseps. Leibniz hatte diesen Kanalbau bereits ins Auge gefaßt. Für Ludwig XIV aber lagen einstweilen die Niederlande bequemer als Aegypten.

Wichtiger aber für uns ist die Nachricht, daß nun auch Bayern aus seiner Reserve heraustrat. Eine selbständige Politik Bayerns ist unmöglich. Der Gedanke an eine größere oder geringere Einigung der deutschen Fürsten lebte zwar noch, zeigte sich aber als unausführbar. Maximilian hatte die Grundlage in dem gemeinsamen katholischen Interesse zu finden gehofft, Philipp Wilhelm rückte das gemeinsame Interesse der Wittelsbacher in den Mittelpunkt. Er kam nicht zum Ziele. Am bayerischen Hofe aber war der jüngste der Fürstenberger, Hermann Egon, Oberſthofmeister geworden. Am 17. Februar 1670 schloß Kurfürst Ferdinand Maria seinen Bund mit Frankreich. Er versprach, der Tripelallianz fern zu bleiben, die Interessen Frankreichs zu vertreten bei Erledigung des spanischen Thrones. Frankreich zahlte ihm eine Jahrespension, stellte ihm die Vermählung einer Tochter des Kurfürsten mit dem Dauphin von Frankreich in lockende Aussicht. Bei dem Tode Leopolds aber, so einigte man sich in einem geheimen Vertrag, sollte Ludwig XIV Kaiser, der Kurfürst römischer König werden. Im Mai ward der Vertrag dahin erweitert, daß Ferdinand Maria das Erzstift Köln gegen die Holländer zu schützen sich verpflichtete; im Januar 1673 erlangte Frankreich weiter, daß Bayern sich dem Durchzug der kaiserlichen Truppen zur Anteilnahme am Kriege gegen Frankreich verschloß. Dieser Vertrag vom 17. Februar 1670 inaugurierte, wie Heigel sagt, die unselige Politik Bayerns, die ein volles Jahrhundert hindurch dem gefügigen Bundesgenossen Frankreichs so schmerzliche Blutopfer auferlegt. „Zum erstenmal wird hier Frankreichs Unterstützung in Aussicht gestellt, um gewisse Ansprüche auf österreichische Landesteile durchzusetzen und zur Aufstellung einer größeren Truppenmacht eine jährliche Subsidienzahlung von 800 000 Gulden zugesichert."

Wir wollen uns nicht mit patriotischen Redensarten abquälen, sondern darauf hinweisen, daß der Gegensatz zu Habsburg Bayern auf diesen Weg naturgemäß drängte. Aber wenn einmal — dann ganz! Mit dieser Halbheit einer französischen Bedientenrolle war Bayerns Heil nicht zu erreichen. Und doch war auch diese Halbheit, wie wir wissen, ein historisches Produkt. Ein Montgelas, ein von bayerischen Vergangenheiten

nicht beschwerter pfälzischer Fürst werden uns dereinst zeigen, wie man auf diesem Wege vorwärts zu kommen vermochte.

Es ist uns nicht befremdlich, daß gerade in dieser Zeit der festen Anlehnung Bayerns an den Westen vom Norden her neue Anstrengungen gemacht wurden, Bayern in Deutschland festzuhalten. Nicht nur, daß Schweden den Plan der Union der Wittelsbacher wieder aufnahm, auch auf Brandenburg weilten die Blicke der bayerischen Diplomaten.

„Ein Bund aller Wittelsbacher wäre stark genug gewesen, nicht nur die Beschlüsse des deutschen Reichtags nach Belieben zu lenken, sondern auch auf die kaiserliche, wie auf die französische Politik wirksamen Druck auszuüben," sagt Heigel. Und trotzdem kam dieser Bund nicht zustande. Es zeigt dies wohl, daß auch in dem Zeitalter absolutistischer Fürstengewalt die unverrückbaren natürlichen Gesetze der Entwicklung ihre Bedeutung behielten und die Volksentwicklung Herr und Lenker der Entwicklung der Dynastien geblieben ist. Ueber diese natürliche Grenze der Volksentwicklung kamen auch die absoluten Fürsten nicht hinaus.

Im Sommer 1672 arbeitete der schwedische Bevollmächtigte Arenten in Düsseldorf. Pfalzgraf Philipp Wilhelm nahm seinen alten Plan wieder auf und frug in München an. Die bayerische Regierung frug darauf in Köln an, wie man sich zur Union der Wittelsbacher zu stellen gedenke? Schon stand die Teilnahme des Kaisers und Brandenburgs am Kriege gegen Frankreich in Aussicht. Anteilnahme am Kriege auf deutscher Seite wollte man nicht, also Neutralität zwischen den kämpfenden Mächten. Das sollte durch den Wittelsbacher Bund ermöglicht werden. Bayern war geneigt, dazu die Hand zu bieten. Ebenso zeigte Kurpfalz die Neigung, den alten Zwist mit Bayern beizulegen. Aber schon tauchten die verschiedenen Tendenzen auf. Die Fürstenberger dachten an eine Einigung von Bayern, Pfalz und Köln unter französischem Schutz, Philipp Wilhelm wirkte dagegen vor allem für den Eintritt Schwedens.

So trafen sich der französische Gesandte de Gravell und der schwedische Arenten im September in München. Schweden will den Frieden und starke Neutralität, Frankreich will ebenso den Frieden und die Neutralität der Wittelsbacher, aber in einem für Frankreich günstigen und für B r a n d e n b u r g ungünstigen Sinne. Der Bund sollte dazu dienen, das Schwert des Kaisers in der Scheide zu halten und Brandenburg zu isolieren. „Als Garant des westfälischen Friedens nahm Ludwig XIV die Waffenhilfe Bayerns in Anspruch, da der Brandenburger zuerst den Frieden gebrochen."

Nun aber hielt Ferdinand Maria zurück. Er schaute nach Wien, er schaute nach Brandenburg. Für die Friedensstimmung des letzteren wollte er sich verbürgen und den Frieden zwischen ihm und Frankreich vermitteln. Mit freundlichen Worten wurden die Werber abgespeist.

Eins hielt indes Ferdinand Maria im Auge: die Union der Wittelsbacher. Er schlug einen Gesandtenkongreß aller beteiligten Fürsten in Ulm vor. Kurpfalz zu gewinnen, setzte Pfalzgraf Philipp Wilhelm alle Hebel an. „Es wäre doch zu unverantwortlich, wenn man dem Untergang des geliebten Vatterlands mit zusammengeschlossenen Armen zusehen und gleichsam als von einem lethargo überfallen, sich nicht einmal rühren, noch zu applicirung dienlicher Arzney die Händt ausstrecken wollte." Kurpfalz kam entgegen. Als dann aber im Januar 1673 die Gesandtenkonferenzen in Ulm begannen, zeigte sich alsbald, daß man sich verrechnet hatte. Die alte Eifersucht zwischen Bayern und Kurpfalz lebte. Sie war nicht tot zu reden. „Anfangs Juni gingen die Herrn Räte auseinander, ohne etwas anderes, als schätzbares Material nach Hause zu bringen." Trotzdem hielt Philipp Wilhelm an seinem Optimismus fest, „am glücklichen Ausgang in futuro sei gar nicht zu zweifeln." Und doch waren bei dem Festmahl am Frohnleichnamstage in Ulm „die Pfaffen so hintereinander gekommen, daß einer dem andern in die Haare gefallen und sich wohl geschlagen." So vertrugen sich die katholischen Geistlichen aus verschiedenen Gegenden mit einander, und nun gar erst sollten Kalviner und Lutheraner auch noch an diesem „Frieden" teilnehmen.

Im August 1673 kam Schweden nochmals auf die Errichtung einer „dritten Partei in Europa" unter wittelsbachischem Banner zurück. Kurpfalz sollte man einstweilen aus

dem Spiel lassen und für sich selbst den Anfang machen. Aber Bayern war auf dem Wege zu Frankreich schon weiter geschritten. Am 10. Februar 1673 hatte es sich mit Württemberg in einen Bund begeben, es zog den Neuburger hinter sich her.

Ganz andere Pläne wurden aber in Köln erwogen. Es handelte sich für Frankreich und seine Bundesgenossen darum, Brandenburg zu gewinnen, und so trat man mit einem vollständigen Teilungsplan der Niederlande an den Kurfürsten Friedrich Wilhelm heran. Danach sollte Frankreich den westlich der Maas gelegenen Teil, also das heutige Belgien und die holländische Provinz Nordbrabant zufallen. Kurköln sollte Utrecht erhalten, Münster Ober-Yssel, der Kurfürst von Brandenburg Geldern und Zütphen, Braunschweig-Lüneburg die Provinz Friesland, Neuburg die Provinz Gröningen, das Haus Oranien aber Holland und Seeland. In Berlin hörte man das an und erfuhr daraus, daß der Krieg gegen Holland unvermeidlich sei. Es war eine lockende Aussicht, aber Friedrich Wilhelm gab sie auf. Was dahinter stand, die unbedingte Uebermacht Frankreichs, erweckte seine Besorgnis. Und so stellte sich Friedrich Wilhelm nicht gegen Holland, sondern auf seine Seite. Am 6. Mai 1672 unterzeichnete er den Bündnisvertrag mit Holland. Schon war der Krieg im Gange, als Brandenburg sich entschloß, mit 20 000 Mann den Holländern zu Hilfe zu eilen.

Im Juni drangen Condé und Turenne auf beiden Rheinufern hinab in das Herzogtum Cleve. Die holländischen Garnisonen übergaben die noch von ihnen besetzten Plätze fast ohne Widerstand. Dann ging es weiter direkt gegen das Herz der Niederlande. Von innerer Zwietracht gelähmt, standen die Holländer dem anbrausenden Sturme gegenüber. Zu Lande schien alles verloren. Zur See ging es besser. In der Schlacht bei Solsbay (7. Juni) behauptete der Admiral de Ruyter gegen die vereinigte englisch-französische Flotte den alten Ruf der holländischen Marine.

Die Holländer baten um Frieden. Teuer wollten sie ihn erkaufen. Aber Ludwig XIV forderte mehr. Da erfolgte der Umschwung. Die Volksstimmung brach gegen de Witt los. Am 20. August wurde er samt seinem Bruder Cornelius de Witt im Haag in scheußlicher Weise ermordet. Die oranische Partei benützte die Gelegenheit, den Prinzen Wilhelm, den Enkel des großen Schweigers, zum Generalstatthalter zu machen. Es kam eine größere Entschlossenheit in die kriegerischen Anstalten der Holländer. Die Schleusen der Kanäle wurden geöffnet, das Land unter Wasser gesetzt. Der Krieg stand.

Gleichzeitig aber hatten die Münsteraner und Kölner sich gegen Holland gewendet. Ober-Yssel wurde erobert, Bernhard von Münster empfing die Huldigung der Ritterschaft. Er ging ganz selbständig auf Eroberungen für Münster aus. Da trat König Ludwig seinem eigenwilligen Genossen in den Weg. Trotzdem ging Bernhard weiter. Er eroberte Drenthe, er wandte sich gegen Gröningen. Die Stadt hielt sich. Sie wurde tapfer verteidigt. Dann brachen die Holländer los und warfen den Bischof aus der Offensive in die Defensive zurück.

Mittlerweile war es dem Kurfürsten von Brandenburg gelungen, den Wiener Hof in Bewegung zu setzen. Am 23. Juni trat der Kaiser zu einem Bunde mit Friedrich Wilhelm zusammen. Aber Oesterreich war es mit dem Kriege nicht Ernst. Das vereinigte Heer rückte zwar im Herbst an den Rhein, aber den Strom zu überschreiten, ließen die rheinischen Franzosenfreunde nicht zu. So wandten sich die Oesterreicher und Brandenburger zunächst nach Westfalen gegen den Bischof von Münster. Für die Holländer geschah von dem deutschen Heere nichts Positives. Es war eine höchst peinliche Lage, in welche sich Friedrich Wilhelm auf Kosten seiner Aktionsfreiheit durch diesen Bund mit dem Kaiser versetzt sah. Freilich kam es dazu, daß die geistlichen Fürsten von Köln und Münster von den Holländern abgezogen wurden, aber im übrigen blieb der Feldzug ohne Erfolg.

Friedrich Wilhelm gab den Plan auf, an der Seite der Kaiserlichen den unthätigen Zuschauer zu spielen. Er sicherte sich zunächst durch einen Vertrag mit Frankreich, der dann im Juni 1673 den Austritt Brandenburgs aus der Reihe der Gegner Frankreichs zur Folge hatte. Der Friede zu Vossem gab ihm sein ganzes Land bis auf Wesel und

Rees zurück. Diese beiden Festungen behielt Frankreich, bis der holländische Krieg beendigt sein würde.

Aber der Krieg wuchs weiter. Aus einem Kriege Frankreichs gegen Holland schien abermals ein europäischer Krieg hervorwachsen zu wollen. Eine Stimmung erwachte im deutschen Reiche, welche uns als eine Regung eines wirklichen, wenn auch noch unklaren Lebens erscheint. Die Volksmeinung protestierte mit kräftigem Ton gegen die Verletzung der deutschen Reichsgrenze und die Vergewaltigung deutscher Fürsten durch die Franzosen. Etwas wie nationale Entrüstung ist es, was uns da begegnet. „Es gelte, sich zusammenzuschließen, alle Verbindungen mit Frankreich zu lösen, den Reichskrieg zu erklären, die Franzosen aus dem Reich zu werfen, sie im eigenen Lande heimzusuchen, den alten Kriegsruhm zu erneuern, die alte Ueberlegenheit der Deutschen über die Gallier neu zu begründen. Keine Unterhandlungen mehr: ‚drauf soll man gehen, Hebebäume unterschieben, Stricke anbinden und mit gesamter Hand den Zug tapfer wagen, das ist, die Reichsfürsten sollten zusammentreten, der deutschen Freiheit unter die Arme greifen, die undeutschen Fremdlinge aus dem Lande jagen und ihre Satisfaktion in derselben Land suchen!'"

„Faßt einen Heldenmut, ihr kühnen Reichssoldaten,
Setzt gegen Eisen Stahl, schlagt auf den Franzmann zu,
Der euch androht den Tod und stört die deutsche Ruh,
Jetzt ist es Zeit, daß ihr könnt üben tapfere Thaten!"

Erdmannsdörffer teilt uns in seiner mehrfach angeführten Geschichte dieses Zeitalters diese Laute aus dem Volksmunde mit. Er macht ferner namentlich darauf aufmerksam, wie die Publizistik sich gerade in dieser Zeit eines Gebietes bemächtigt, welches in Deutschland noch sehr wenig kultiviert worden war: des wirtschaftlichen.

Da führt ein Eberhard Wassenberg aus, wie der Brunnquell alles jetzigen Unheils in der Welt die französische Uebermacht sei. Die Ursache dieser Macht liege einzig und allein in dem Geldreichtum Frankreichs. Das Land aber habe keine so ergiebigen Quellen an Edelmetall, wie Deutschland, Ungarn, Böhmen, nur durch die Thorheit seiner Nachbarn, die ihm um den Preis vieler Millionen die Landesprodukte abkaufen, die sie viel besser selbst erzeugen oder erzeugen könnten, gewinne es diese Macht. Das wird dann an Beispielen dargelegt, es wird aufgefordert, den französischen Produkten die Landesgrenzen zu schließen; es wird auf die Pläne Bechers verwiesen; es wird daran gemahnt, die Wasser- und Verkehrsstraßen zu bessern, wie dies eben in Brandenburg geschehe, dem Fräulein La Mode, die nur die Zärtlichkeit, Wollust und Hoffart begünstige, solle man die Thüre weisen, damit so wieder das Gleichgewicht hergestellt werde. Politik und Wirtschaftslehre verbinden sich hier zu einem festen Ganzen. Ein positives Wollen spricht aus diesen Plänen, aber wir müssen warten auf die Verbreitung, auf das Wachstum der Erkenntnis.

Der Krieg stand. Wohl schalteten die Franzosen noch am Rhein auf und ab mit ungebrochener Macht, wohl bereiteten sie damals (1673) der Reichsfreiheit der elsässischen Dekapolis ein rasches Ende, aber der Widerstand erwachte doch an allen Enden; die Versuche den Frieden herzustellen, mehrten sich und schienen in ein festes Geleise kommen zu wollen.

Schweden nahm, wie wir hörten, die Konstituierung der „dritten Partei" wieder auf, ein Friedenskongreß trat in Köln zusammen, Bündnisse wurden geschlossen, Spanien stand auf dem Punkte, in den Krieg einzutreten. Im Juli und August schlossen Spanien, der Kaiser und Holland eine Allianz; Dänemark und Lothringen traten bei, Sachsen ebenso, Trier zeigte kaiserliche Sympathien und sagte die Uebergabe von Koblenz zu. Brandenburg sollte abermals beitreten.

Im August setzte sich die kaiserliche Armee unter Montecuccoli an den Rhein in Bewegung. Er nötigte Turenne zum Rückzug auf das linke Rheinufer; Bonn kapitulierte, als sich die oranische Armee mit der kaiserlichen verband. (November.) Die Franzosen zogen aus Holland ab, der französische Bediente, Graf Wilhelm von Fürstenberg, wurde in Köln gefangen gesetzt und nach Wien transportiert. Der Friedenskongreß löste sich auf.



Die Residenz zu München im Jahre 1718.

Und wie der Kaiser fortwährend an Bundesgenossen gewann, so verlor Frankreich die seinigen. Im Februar 1674 schloß England Frieden mit den Holländern. In drei Seeschlachten an der Themse und bei der Insel Texel hatten die Ruyter und Tromp die Stärke der niederländischen Flotte dargethan. England focht gegen sie ohne Erfolg, denn die französische Flotte erwies sich als eine unzuverlässige Verbündete. Es waren die beiden letzten Seeschlachten, in welchen der Pfalzgraf Ruprecht, der Sohn des Winterkönigs, als Admiral der englischen Flotte kommandierte. Dem „Kavalier" aus dem wittelsbachischen Hause hat England ein dankbares Andenken bewahrt.

Dem Frieden Englands mit den Holländern folgte am 22. April 1674 der Friede Münsters, dann im Mai derjenige Kölns mit den Generalstaaten. Aber Maximilian Heinrich bat den Franzosenkönig um Verzeihung für den erzwungenen Abfall. „In seinem Herzen bewahre er unverändert die treueste Ergebenheit."

In Mainz war dem Kurfürsten Johann Philipp (12. Februar 1673) Lothar Friedrich von Metternich gefolgt. Mit Trier und Kurpfalz schloß er sofort ein Offensivbündnis gegen Frankreich (10. März). Die Welfen folgten auf gleicher Bahn mit Ausnahme Johann Friedrichs von Hannover. Und neben ihm hielt nur noch Ferdinand Maria von Bayern an dem Bunde mit Frankreich fest, denn auch Brandenburg wandte sich nun wieder den deutschen Genossen zu.

Bayern aber hielt fest trotz der Erklärung des Reichstags in Regensburg, das Reich sei mit der Politik Kaiser Leopolds einverstanden. Was wollte denn Ferdinand Maria? Nichts! Ruhe, Frieden! Frankreich war mit Neutralität zufrieden. Sprang der Kurfürst von dieser Seite ab, so war Krieg die unmittelbare Folge. Und Krieg an der Seite Habsburgs — Wittelsbach wußte, was das bedeutete, Brandenburg sollte es eben wieder erfahren. So stellte Ferdinand Maria ein Heer von 20000 Mann auf, besserte seine Festungen aus, um gegen jeden Zwang seine Selbständigkeit und Freiheit behaupten zu können. Frankreich zahlte ihm dafür mit klingender Münze. Diese nüchterne schwunglose Politik erwies sich für das Land als Vorteil, denn die alten Konstellationen neu zu beleben, wie sie einst in den Schlußjahren des dreißigjährigen Kriegs bestanden hatten, konnte man in Bayern nicht begierig sein. Diener Frankreichs oder Diener Habsburgs — das war das Schicksal Bayerns nun einmal geworden, wenn man Pläne hegte und aktive Politik treiben wollte. Ferdinand Maria verzichtete ohne Ueberwindung auf Pläne und Aktionen, und so erhielt er seinem Lande den Frieden.

Wir wissen wohl, auf die Dauer ging das nicht, wir könnten darauf hinweisen, daß Bayern den Anschluß an deutsche Mächte hätte suchen sollen, allein die Brücke zu Brandenburg war noch nicht geschlagen, die Brücke zur Kurpfalz und damit zur wittelsbachischen Union erwies sich als unreparierbar. Dazu gab es in Deutschland noch keine Macht, welche bedeutend genug gewesen wäre, eine Unterordnung Bayerns fordern zu können, Bayern diese Unterordnung leicht zu machen. Wenn es sich darum gehandelt hatte, Habsburg entgegenzutreten, war immer nur der Gedanke einer Erhebung Bayerns bisher der allein aussichtsvolle gewesen. Bayern war in den Augen auch jener Zeit noch die erste Macht nach Habsburg, und Brandenburg fing eben erst an, die Augen mehr und mehr auf sich zu lenken. Sein ferneres Wachstum wird und muß auch Bayern wieder in Bewegung bringen, wie es die andern Wittelsbacher am Rhein und im Norden bereits in Bewegung brachte. Aber bis Brandenburg wirklich zur zweiten deutschen Macht emporwuchs, hatte es noch eine gute Wegstrecke, einen Weg voll Mühsal, Arbeit und Gefahr. Einstweilen trat Friedrich Wilhelm dem kaiserlich-spanisch-holländischen Offensivbündnis gegen Frankreich bei (1. Juli 1674).

Auf eins weisen wir hier hin: der Kaiser, Spanien und Holland in einem Bunde gegen Frankreich. Die Politik hatte über die Theologie gesiegt, und Frankreich war der indirekte Urheber davon.

Im Frühjahr 1674 hatten die Franzosen den Feldzug aufs neue eröffnet. Nicht Holland, sondern die spanischen Besitzungen waren wieder das Ziel. Die Franche Comté wurde erobert. Dem folgte unmittelbar ein Einfall in die Pfalz. Es war ein greuliches Wüten, dem sich hier, in dem gesegneten Lande an den Ufern des Oberrheins, die Fran-

zosen überließen. Karl Ludwig war durch diese barbarische Kriegführung aufs tiefste erbittert. An Turenne schickte er die Aufforderung, sich ihm zum Zweikampfe zu stellen, da er nicht anders im stande sei, die Rachsucht der Franzosen von seinen armen Unterthanen fernzuhalten. Mit Hohn antwortete Turenne auf diesen ungewöhnlichen Vorschlag und ließ sich in seinem Brand- und Mordgeschäfte nicht weiter stören. Am 16. Juni warf er den Herzog von Lothringen und den kaiserlichen General Caprara bei Sinzheim, wenige Wochen später kämpften die Franzosen glücklich bei Senef gegen den Prinzen von Oranien und die Spanier. (11. August 1674.) Dann begann das Wettlaufen der Kaiserlichen und Franzosen um den Besitz von Straßburg, bei dem die Kaiserlichen den Vorsprung gewannen. Auch der weitere Feldzug verlief ohne Entscheidung. Nach der Schlacht bei Enzheim (4. Oktober) zogen sich beide Teile zurück, Turenne wie Bournonville, der Führer des kaiserlichen Heeres. Als dann am 14. Oktober Friedrich Wilhelm mit seinen 20000 Brandenburgern eintraf, begannen die Reibereien zwischen ihm und dem Oberfeldherrn der kaiserlichen Armee. Ohne weitere Erfolge bezog man die Winterquartiere.

Aber Turenne war bei der Hand. Er fiel über die Ruhenden her, warf Bournonville bei Mülhausen (29. Dezember), schlug die Verbündeten dann bei Türkheim (5. Januar 1675) und drängte sie über den Rhein zurück. Umsonst hatten Friedrich Wilhelm und sein Feldherr Derfflinger alle Tapferkeit aufgeboten, alle Erfolge waren wieder verloren. Der Brandenburger glaubte, der kaiserliche Führer habe mit den Franzosen konspiriert, Bournonville sei ein Verräter gewesen. In einem Bericht über die Retirade von Türkheim erklärte Friedrich Wilhelm, Bournonville habe durch Feuerzeichen Turenne von allen Bewegungen in Kenntnis gesetzt. Der Trägheit, Zerrissenheit und Schlaffheit der Deutschen schrieb Leibniz alles Unglück zu. Mit gleichen Anklagen antwortete man vom Wiener Hofe aus dem Brandenburger. Die Person des Hohenzollern wurde mit Schmähungen überhäuft, und der Ruhm Condés und Turennes stieg hoch und stolz empor. Der Kurfürst stand allein. Aber jetzt zeigte sich sein Charakter, nicht hier am Rhein, sondern im Kampfe gegen den neuen Feind, gegen Schweden.

In Stockholm hatte man sich dem drängenden und zahlenden Frankreich nicht länger zu entziehen vermocht. Eine Ablenkung der brandenburgischen Macht war das Ziel. Man rüstete. Noch weilte Friedrich Wilhelm im Elsaß, als er die Nachricht von dem Einfall der Schweden in die Ukermark erhielt. „Das wird den Schweden Pommern kosten“ — und er brach auf. Nach allen Seiten flogen seine Boten um Hilfe. Man versprach sie ihm. Er selbst eilte nach dem Haag, um mit seinem Schwager die nötigen Vorkehrungen zu treffen. Aber einstweilen blieb er doch auf sich allein angewiesen. So schnell wie seine Gedanken und seine Truppen bewegten sich damals keine andern in Europa.

Am 6. Mai 1675 verließ er den Haag und begab sich nach Franken, wo seine Truppen um Schweinfurt lagerten. Am 28. traf er dort ein, am 29. brach er auf; am 30. erhielt er die Nachricht, die Schweden stünden vor Magdeburg. Der Kommandant der Festung unterhandelte mit dem Feind. Am 21. Juni langte der Kurfürst in Magdeburg an. Der rasche Vormarsch rettete die Stadt.

Und nun gegen das Zentrum der Schweden bei Rathenow. Die Infanterie kam nach. Nur 1200 Mann wurden auf Wagen befördert. Ungefähr 6400 Reiter und Dragoner, dazu 12 Geschütze — das war alles.

Die Stadt Rathenow ist rings von der Havel umflossen. Am 25. Juni früh morgens langte Derfflinger an der Brücke an. Er gewann sie, drang über eine zweite Brücke — ein mehrstündiger erbitterter Straßenkampf — Rathenow war gewonnen, die schwedische Linie im Zentrum auseinandergerissen. So beschloß Wrangel, der schwedische Heerführer, die südliche Abteilung von Brandenburg über Fehrbellin nach dem Norden zu führen. Aber schon hatte der Kurfürst die Brücke bei Fehrbellin über den Rhin, die Pässe bei Cremmen und Oranienburg zerstören lassen, und selbst stürmte er hinter den abziehenden Schweden her. Am 26. erreichte er Barnewitz, am 27. Nauen. Wrangel machte Miene, standzuhalten. Bei dem Dorfe Linum stellte er sich, dann brach er aber-

mals auf und ordnete seine Schweden bei dem Dorfe Hakenberg. Hier kam es am 28. Juni zur Schlacht. Auf dem rechten Flügel der Schweden lag eine kleine Hügelreihe. Der Kurfürst postierte da seine Geschütze. Nach diesem Punkte richtete denn auch Wrangel sofort seinen Angriff. Es begann ein wildes Ringen, das zunächst für den Brandenburger ungünstig sich gestaltete. Aber der Kurfürst, der Prinz von Homburg, Derfflinger ordneten immer wieder die verwirrten Scharen. Um 10 Uhr war alles entschieden. Die Schweden zogen nach Fehrbellin ab. Noch einmal stellte sie der Prinz von Homburg, wurde aber energisch zurückgewiesen. Bei Uebergang über die Fehrbelliner Brücke, dann bei Wittstock kam es am folgenden Tage und am 1. Juli noch zu blutigen Scharmützeln. Dann war das Ziel erreicht. Die Mark war von den Fremden befreit. Wrangel führte die geschwächten Regimenter nach Pommern zurück.

An sich war diese Schlacht keine von großen Dimensionen. Aber ihr moralischer Eindruck war ein großer. An Rathenow und Fehrbellin setzten Volkssage und Volksdichtung an. Der schwedische Waffenruf begann zu bleichen, ein elsässisches Lied feierte den Sieger zum ersten Mal als „großen Kurfürsten". Turenne beurteilte den Erfolg richtig, indem er sagte: „ganz Deutschland wird jetzt seine Gedanken ändern." Hier oben im Norden war Deutschland eine Macht erwachsen, welche wenigstens einen der fremden, waffenstarken und ruhmbedeckten Gegner zu besiegen verstanden hatte. Es war natürlich, daß man das in der Volksstimmung als eine Erleichterung empfand.

Auf dem Umwege über Schweden trat Wittelsbach in den Gegensatz zu Hohenzollern, und gewiß ist es für uns merkwürdig zu sehen, wie nun auch Bayern Miene machte, aus seiner Zurückhaltung herauszutreten. Im Februar 1675 war der schwedische Geheimrat Georg Marschalk in München erschienen, um neue und intimere Fühlung zu suchen. Es gelang ihm vollständig. Am 9. März schloß die nordische Macht mit der süddeutschen einen Vertrag ab, welcher dahin führen sollte, die Politik beider Staaten nach gemeinsam zu beratenden Gesichtspunkten zu regeln, ihr Interesse wechselseitig zu unterstützen, Truppen zu unterhalten und den Frieden wieder herzustellen. Ein „Defensivbündnis" sollte es sein, allein in einem geheimen Artikel sagte Bayern Waffenhilfe im Kriege mit Brandenburg zu. Diese letzte Abmachung legte der Sieg von Fehrbellin lahm, aber Bayern hielt auch fernerhin an seinem Bündnisse mit Schweden fest.

Welche Gedanken damals am Münchener Hofe erwogen wurden, zeigt ein „Entwurf etlicher einfältiger Gedanken über das churbayerische Interesse und Conduite." Der Vicekanzler Kaspar Schmid, der entschiedenste Anhänger des schwedisch-französischen Bündnisses, ist der Verfasser desselben. Wir wollen auf den Gedankengang etwas näher eingehen, da er uns die unwegsamen Bahnen der bayerischen Politik in der Vergangenheit wie in der Zukunft enthüllt.

Spanien, sagt Schmid, stand Bayern im Wege und zwar aus dem Grunde, weil Spanien „in genere keine katholische Familie im Reich in einem solchen Flor und Wachstum ohne Verdruß sehen kann, daß sie mächtig genug wäre, einmal die kaiserliche Krone zu tragen oder sich darüber mit einem vom Hause Oesterreich in Kompetenz einzulassen, und in specie auf das Haus Bayern solche Reflexion zu machen veranlaßt werde, nachdem einmal dieses bereits in vorigen Zeiten einem Herzog von Oesterreich die kaiserliche Dignität streitig gemacht und gegen selbigen sieghaftig behauptet, auch sich bei letzter Wahl zu Frankfurt ausgewiesen, daß außer den damaligen Prinzen vom Hause Oesterreich niemand in Consideration gekommen als Kurbayern und zu dessen Elevation die fremden Kronen am liebsten kontribuiert hätten." Nun aber stehe das Haus Habsburg in Deutschland auf zwei Augen (Leopold war noch ohne Kinder), es müsse also wieder ein Mann aus Spanien wie Karl V kommen, und von einem solchen habe sich Bayern nichts gutes zu versehen, ebensowenig könne es dem kaiserlichen Hofe vertrauen, der in diesem Jahrhundert fast nichts anderes als der Exekutor der Madrider Entwürfe gewesen sei.

Die Figur, welche das Haus Bayern gegenwärtig im römischen Reiche mache und wodurch es über die andern katholischen Familien weit emporgestiegen, habe ihr Fundament im westfälischen Frieden, ohne den man von K u r bayern nicht einmal etwas wisse.

Dieser Friede aber stehe dem Hause Oesterreich und den Plänen eines Karl V im Wege. Es folge also daraus von selbst, „daß bei einer fürseienden Hauptrevolution in Deutschland Kurbayern es nicht mit dem Hause Oesterreich halten, sondern nur auf derjenigen Seiten stehen könne und solle, welche an dem gemeldeten Friedensschluß ein wahres Interesse haben, auch dessen Konservation mit Ernst meinen und ihre consilia und actiones zu solchem Zweck einrichten.“

Dieses Interesse an der Erhaltung des Friedens aber habe Frankreich. Dieses Interesse habe ferner Schweden; beide hätten folglich auch den besten Willen, und darum müsse Kurbayern zu ihnen stehen und alle seine Macht und Klugheit gebrauchen, wenn es in wahrer und reeller Sicherheit leben wolle.

Man könne dagegen verschiedenes einwenden, aber die Gründe würden nicht ausreichend sein, denn die Lage Habsburgs sei nun einmal so, und der Haß Spaniens sei Wirklichkeit, weil man dort eben sehe, daß außer Kurbayern in Deutschland niemand sei, welcher zu der Wahl eines römischen Königs Anlaß geben könnte; und gesetzt auch, man denke in Bayern nicht einmal daran und wäre nicht willens, sich mit solcher Last belegen zu lassen, so würden es doch die Spanier immer glauben, weil man an ihrem eigenen Exempel noch sieht, was der Kaisermantel für ein schöner Habit sei, und wieviel Dinge damit bedeckt werden können, die sonst der Welt nicht gar zum besten in die Augen leuchten würden, denn dafür zu halten, daß ein Prinz von niederem Vermögen als ein Kaiser vom Haus Oesterreich sich mit solcher Dignität nur ruinieren würde, ist wie ein Gespenst, damit man je zuweilen die Kinder und Unverständigen zu erschrecken pflegt, maßen denen, so die rechten Griffe wissen, wohl noch Mittel und Wege bevorstehen, wodurch man sich die Unkosten einer Krönung und etwas stärkere Hofhaltung reichlich und mit Wucher wieder gut thun könnte, und man also dieser Konsideration wegen gar nicht Ursache hätte, einen solchen Bissen fahren zu lassen, wenn die Gelegenheit, selbigen zu erhaschen, sich ereignete.

Bayern aber könne diese Last auch ohne Zuwachs sehr wohl tragen, und so bleibe für Spanien nur zweierlei: entweder Herrn in München zu werden, wie sie es in Wien waren und sind, oder aber Tag und Nacht dahin zu arbeiten, „damit Kurbayern in einen so schlechten Zustand verfalle, daß in diesem Stücke niemand mehr an selbiges gedenken könnte.“ Daraus folge aber, daß Kurbayern nicht die mindeste Sicherheit habe, daß Spanien es nur im gegenwärtigen Zustand lassen wolle, im Falle es anders ein Mittel ausfindig machen könne, Bayern zu „destruieren“.

Schmid wollte nicht alle Maßregeln Frankreichs verteidigen, aber er wies darauf hin, daß all das Unheil, welches die zehn elsässischen Städte, dann die Kurfürsten von Pfalz und Trier betroffen, seinen Ursprung aus der überstürzten Verbindung der österreichischen Waffen mit Kurbrandenburg genommen hätte. Und wenn auch das Reich in den Reichskrieg gegen Frankreich gewilligt hätte, so sei doch diese Erklärung nicht mehr aus der Freiheit der Stimmabgabe geflossen, sondern gleichsam durch Gewalt und Furcht zuwege gebracht worden, denn ein kaiserliches Heer habe auf die Stimmen des Reichstags gedrückt. Die Kraft eines also fabrizierten Reichsbeschlusses reiche nicht weit, und wolle man Bayern mit Gewalt zu gleichem Wege zwingen, so habe es darum noch viel mehr Ursache, den Rückhalt bei der Gegenpartei, also bei Frankreich und Schweden, zu suchen.

Nachdem Schmid dann weiter darauf hingewiesen, daß das Reich eben nichts anders als Spanien und seine Ratschläge sei, spricht er es geradezu aus: „zum wenigsten ist dieses unleugbar, daß Kurbayern an Oesterreich sich nicht vertrauen, noch einer wahren Freundschaft von dannen versichern könne, in Erwägung, daß in der Politik als Grundsatz passieren muß, daß ich von dem nichts Gutes zu gewarten, dessen Interesse dem meinigen entgegenläuft, und zwar in eben dem tertio (Aufrechterhaltung des Friedens), welches zu maintenieren ich mich auf ihn verlassen soll.“

Was soll nun Bayern thun? Partei ergreifen, und zwar sofort! Es soll sich auf die Seite Frankreichs und Schwedens stellen und so Spanien die Aussicht, ein Uebergewicht wieder zu erlangen, ein für allemal abschneiden. So werde Friede werden. Je

weniger man sich vom bayerischen Hofe einer solch „vigeureusen Resolution“ versehe, um so größeren Eindruck würde sie machen. Also Verbindung Bayerns mit dem Prinzen von Condé, damit dieser um so rascher die kaiserlichen Truppen zurückwerfe und dahin bringe, daß sie sich mit ihrem eigenen Fett bekriegen und, da sie das nicht lange aushalten könnten, einen vernünftigen Frieden annähmen. Daß Bayern mit solcher Haltung im Reiche allein stehe, solle man nicht als Argument nehmen, dem Beispiel der andern zu folgen, denn keiner habe bei Vernichtung des westfälischen Friedens so viel zu verlieren als Bayern, Brandenburg aber habe gerade durch diesen Frieden nicht nur nichts gewonnen, sondern „vil mehr ein merklichs eingepüßt“. Darum seine Haltung auf der Seite derjenigen, welche diesen Frieden aus der Welt schaffen möchten.

Ein solcher Entschluß möge gefaßt werden, der nicht nur jetzt wirksam sein würde, sondern der auch in Zukunft dazu dienen könne und werde, daß alle Rechtgesinnten der göttlichen Providenz, die das Haus Bayern zu etwas Größerem definiert zu haben scheine, gleichsam entgegengehen und die fata maturieren helfen, nachdem sie an einem so rühmlichen Exempel gelernt, daß es Kurbayern sei, bei welchem zugleich kluge und herzhafte consilia und nicht weniger unverrückte Treue und Glauben zu finden, und daß es allein von dem kommen müsse, wodurch Deutschland von der bevorstehenden Dienstbarkeit kräftiglich errettet werden solle. (Dem vollen Wortlaut nach mitgeteilt von Heigel.)

Bis zu diesem Grade hatte sich der wittelsbachische Unionsgedanke bereits verflüchtigt. Der innere Zwist im Hause machte die Schöpfung einer starken deutschen Mittelpartei unmöglich. Es wird die Zeit kommen, da sich die Gedanken der deutschen Politik von dieser bisher festgehaltenen Bahn zurückkehren und statt einer Einigung um Bayern andere Wege suchen.

Auf eins weisen wir hier nachdrücklich hin: der Gedanke, sich mit dem aufstrebenden Brandenburger zu verbinden und hier den Rückhalt an einer deutschen Macht zu suchen, der die Dienstbarkeit von Deutschland abzuhalten imstande gewesen wäre, lag vollständig außer jeder bayerischen Berechnung. Schweden stand dem im Wege, und solange diese Macht die Vormachtstellung oder den Schein derselben in Norddeutschland behauptete, war an eine Wendung der Politik in dieser Richtung nicht zu denken. Und doch war Schmid wohl bekannt, daß der Kurfürst von Brandenburg in Deutschland die meiste „jalousie“ gegen Schweden hegte. Brandenburg mußte den Felsen selbst wegwälzen, der sein Leben und Streben im Schatten hielt, und der Kurfürst Friedrich Wilhelm machte unverzagt die Anstalten dazu.

Einstweilen hielt Schweden Bayern noch fest. Der schwedische Reichskanzler Esaias Pufendorf kam Ende 1675 selbst nach München, aber trotz alles Drängens und Mahnens brachte er es zu nichts. Drei Jahre und darüber dauerten noch diese schriftlichen und mündlichen Ermahnungen, und der Verkehr ward auch dann noch nicht abgebrochen, als Schmid selbst im Januar 1678 an Pufendorf meldete, der Kurfürst sei auch gar nicht der Herr dazu, sich in überstürzte Unternehmungen einzulassen. Die „kräftigliche Errettung“ und Befreiung Deutschlands durch Bayern hatte Ferdinand Maria nicht sonderlich begeistert, vielleicht erlaubte sich sein nüchterner Verstand an dieser Möglichkeit sogar einigermaßen zu zweifeln.

Gleichzeitig mit der Befreiung der Mark von den Schweden hatten auch am Rhein die deutschen Waffen einige Erfolge errungen. Am 27. Juli drängte Montecuccoli die Franzosen bei Saßbach zurück. Turenne selbst fiel in der Schlacht. Das Königtum Ludwigs XIV hatte seinen talentvollsten Feldherrn, seinen begeistertsten Anhänger verloren. An seine Stelle trat Condé. Doch er konnte es nicht verhindern, daß die Deutschen auf das linke Rheinufer hinübergingen, freilich ohne dauernden Erfolg zu erringen. An der Mosel wurde der Marschall Crequi am 11. August von den verbündeten Deutschen unter dem Herzog von Lothringen und den braunschweig-lüneburgischen Herzogen an der Conzer Brücke geschlagen. Am 6. September öffnete Trier den Siegern die Thore.

Zugleich sammelten sich im Norden die Feinde Schwedens. Unter dem Eindruck des Sieges von Fehrbellin hatte der Reichstag den Reichskrieg gegen Schweden beschlossen. Die braunschweigischen Herzoge von Celle und Osnabrück riefen ihre Truppen von der

Mosel nach der Heimat. Bernhard von Münster trug sich nun auch hier wieder mit großen Eroberungsplänen. Christian V von Dänemark schloß mit Brandenburg ein enges Offensivbündnis in Gadebusch (25. September 1675). Rügen sollte der Lohn sein und die Rückgabe der den Dänen im Roeskilder Frieden entrissenen Provinzen. Auch die Niederlande erklärten nun Schweden offen den Krieg.

Dieser Koalition war Schweden allein nicht gewachsen. Noch im Jahre 1675 eroberten die Dänen Wismar; im Frühjahr 1676 wurde die Eroberung der Inseln Usedom und Wollin vollendet; auf dem Festland fielen Anclam und Demmin, Braunschweiger und Münsterische Truppen eroberten Bremen und Verden. Dazu wurden in der Seeschlacht von Oeland die Schweden von den Dänen und Holländern geschlagen. Das Meer gehörte den Verbündeten. Karl XI, der junge Schwedenkönig, raffte sich bei der allgemeinen Deroute zuerst auf. Am 14. Dezember siegte er in der blutigen Schlacht bei Lund. Der Krieg ward gestellt.

Ebenso hielten sich am Rhein die kämpfenden Parteien das Gleichgewicht. Zwar eroberte Lothringen die Festung Philippsburg (18. September 1676), aber dafür fiel Freiburg im Breisgau den Franzosen zu (16. November 1677).

Stettin — darauf kam im Norden alles an. Im August 1677 begann Friedrich Wilhelm die Belagerung. Nach hartnäckigster Verteidigung ergab sich die Stadt im Dezember. In Trauerkleidern überreichten Stettiner Kinder und Jungfrauen dem Kurfürsten einen Cypressenkranz und die Stadtschlüssel. Das folgende Jahr brachte die Landung auf Rügen, die Eroberung der Insel (September 1678). Darauf kapitulierten Stralsund im Oktober, Greifswald im November. Die gänzliche Vertreibung der Schweden von deutschem Boden war vollendet. Alles schien gewonnen.

Aber die französische Diplomatie machte einen großen Strich durch die Rechnung der deutschen Waffensieger. Schon im Jahre 1674 hatte Karl II von England versucht, den Frieden wiederherzustellen. Es dauerte zwei Jahre, bis man in Nymwegen zu Beratungen zusammentrat, und dann dauerte es noch lange Zeit, bis die ceremoniellen Fragen erledigt waren. Es ging sehr langsam. Aber immer deutlicher zeigte es sich doch, daß die fremden Mächte Miene machten, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen und die deutschen Fürsten sitzen zu lassen.

Es war im November 1673, daß König Michael von Polen nach kaum vierjähriger Regierung starb. Noch einmal begann das Wettrennen um die freigewordene Königskrone, und wieder sehen wir den Pfalzgrafen Philipp Wilhelm von Neuburg in der vordersten Reihe. „Falls es dem publico zum Besten, der Krone Schweden zu gutem Dienst und dem gesamten Haus zu förderlicher Aufnahme gereichte, wäre er entweder selbst bereit, als Bewerber in Warschau aufzutreten, oder seinen ältesten Sohn, der sich ja allenfalls mit der verwittweten Königin vermählen könnte, zu bewegen, ‚sich zu sacrifizieren'." Es bedurfte dieses großmütigen Opfers nicht, denn die französische Politik behielt die Oberhand. Der Krongroßfeldherr Johann Sobieski wurde im Mai 1674 zum Könige von Polen erwählt. Im Jahre 1676 beendete er den Türkenkrieg und wechselte die Front seiner Stellung gegen Westen. Ein Einfall in Preußen drohte. Schweden und Polen sollten den Brandenburger in die Mitte nehmen.

Ebenso glücklich arbeitete die französische Diplomatie in Ungarn. Dort brach die Revolution von neuem aus. Französisches Geld und die wachsende Unzufriedenheit mit der Wiener Restaurationspolitik trieb die ungarischen Magnaten in den sogenannten Kuruzzenkrieg. Der Brand war nicht auszulöschen. Im Jahre 1678 erscheint Emerich Tökölyi zum ersten Mal im Vordergrund der revolutionären Bewegung.

Auch die Pforte bedrohte Oesterreich wieder mit Krieg. Dazu kam der unaufhaltsame furchtbare Machtverfall Spaniens, dazu das Sinken der Kriegslust in den Niederlanden, die wachsende Macht der Friedenspartei, welche durch die Vermählung Wilhelms von Oranien mit Maria Stuart, der voraussichtlichen Erbin von England (Oktober 1677), die absolute Monarchie am Horizonte Hollands emporsteigen sah und Wilhelms Pläne, wo sie konnte, durchkreuzte. Und trotz seiner stets wieder aufschnellenden Elastizität hatte Oranien im Kriege gegen Frankreich doch nur wenig Glück. Im März 1677 eroberte



Kaspar Schmid von Haslang und Pyrenbach, bayerischer Kanzler.

der französische Marschall von Luxemburg Valenciennes, im April Cambrai, am 11. wurde Oranien, der das gleichzeitig belagerte St. Omer entsetzen wollte, bei Mont-Cassel von Luxemburg geschlagen. St. Omer kapitulierte. Im August belagerte Oranien Charleroi vergeblich. England hielt immer noch zurück. Erst im Januar 1678 schloß es ein Abkommen mit den Generalstaaten zur Herstellung des Friedens. Im März schlossen beide Mächte ein Defensivbündnis gegen jeden Angriff. England rief sein letztes Corps von der französischen Armee ab, und englische Truppen besetzten Ostende und Brügge. Da hielt Ludwig XIV ein. Ypern und Gent wurden noch genommen, aber dann trat der König mit günstigen Friedenserbietungen an Holland heran. Die oranische Kriegspartei strich vor dem allgemeinen Friedensbedürfnis die Segel. Am 10. August wurde der Friede zu Nymwegen unterzeichnet, der Maestricht den Holländern wiedergab, ihr Staatsgebiet also auf den alten Umfang zurückführte und günstige Handelsbedingungen, um welche ja Holland eigentlich gekämpft hatte, den Generalstaaten einbrachte.

Die französische Diplomatie hatte Bresche gelegt in die dicht geschlossenen Reihen der Feinde Frankreichs. Sofort folgte dem Friedensschluß mit Holland derjenige mit Spanien (17. September). Die Franche Comté und eine dritte Reihe von Plätzen in den spanischen Niederlanden fielen den Franzosen zu, darunter Valenciennes und Condé, St. Omer und Ypern, Cambrai und Maubeuge. Frankreich hatte hier eine fast unüberwindliche Offensiv- und Defensivstellung gewonnen, welche in der Zukunft jedes Unternehmen gewaltig begünstigte.

Nun war auch für die übrigen Mächte die Aussicht geschwunden, der französisch-schwedischen Waffenmacht erfolgreich Stand zu halten, zumal Polen Brandenburg, Ungarn und die Türkei Oesterreich bedrohten. Am 5. Februar 1679 unterzeichnete der Kaiser den Frieden für sich und das Reich. Philippsburg blieb beim Reiche. Freiburg wurde den Franzosen zugesprochen.

Am 6. Februar schlossen die braunschweigischen Herzoge und der Bischof von Münster zu Nymwegen Frieden mit Frankreich und zugleich mit Schweden. Auch diesmal blieb die lothringische Frage in der Schwebe. Bremen und Verden fielen an Schweden zurück.

Neben Dänemark blieb nur Brandenburg noch übrig, und gegen Brandenburg hatte nicht nur Frankreich für Schweden gearbeitet, auch dem Kaiser lag das brandenburgische Interesse in Pommern fern, auch am Münchener Hofe verhandelte man mit Sachsen gegen das aufstrebende Brandenburg, und der Gedanke an eine „dritte Partei“ war immer noch nicht zur Ruhe gekommen.

Frankreich hatte den Polenkönig Johann Sobieski zur Teilnahme am Kriege gegen Brandenburg zu treiben versucht. Sobieski sah sich nicht in der Lage, diesem Wunsche nachzukommen. So blieb der neue schwedische Einfall auf die Kräfte Schwedens beschränkt. Gegen Ende November 1678 drang der schwedische Feldmarschall Horn von Livland her in das Herzogtum Preußen ein. Eben war die Vertreibung der Schweden von deutschem Boden vollendet worden. Sofort schickte der Kurfürst eine Heeresabteilung unter Görtzke gegen den neuen Feind. Dann folgte er selbst. Sowie er die Weichsel überschritt, beschlossen die Schweden den Rückzug. Hinter den Fliehenden her der Kurfürst. Auf Schlitten ging es über die Eisfläche des frischen Haffs nach Königsberg. Am 26. Januar wurde die Stadt erreicht. Görtzke hing den Fliehenden an der Ferse. Der Kurfürst brach wieder auf am 28. Januar, über das Eis des kurischen Haffs erreichte er am 31. Heidekrug. Der Schwede bog in die Schneefelder Samogitiens aus, der Kurfürst wieder hinter ihm her. Aber die Gegner hatten auch ohne Schlacht genug. General von Schöning folgte ihnen bis zwei Tagemärsche vor Riga. Noch einmal ein wilder blutiger Kampf, dann hatte das verstümmelte Schwedenheer die schützenden Mauern von Riga erreicht.

Und nun kam der Sieger heim und erfuhr, daß alle seine Bundesgenossen ihn verlassen und ihn der Uebermacht Frankreichs preisgegeben. Sein rheinisches Land war von 30000 Franzosen unter Crequi besetzt. General Sparr zog sich kämpfend gegen

die Weser zurück. Crequi erzwang den Uebergang und stand vor Minden, als die Nachricht eintraf, der Friede sei geschlossen.

Wohl oder übel hatte sich Friedrich Wilhelm fügen müssen. Stettin — das war alles, was er wollte, für das ihm kein Opfer zu groß schien. Aber Ludwig XIV wollte nicht. So wurde der Friede in Saint Germain bei Paris unterzeichnet (29. Juni 1679), der Brandenburg nichts einbrachte, aber auch nichts nahm. Sein Wachstum aufzuhalten hatte man vermocht, es zurückzustauen, wagte man nicht.

Ein ebenso nachteiliger Friede wurde zu Fontainebleau mit Dänemark vereinbart (2. September 1679). Nur eins hatte der Krieg konstatiert: im Norden Deutschlands war eine Macht erstanden, gegen welche Schweden nicht mehr aufzukommen vermochte. Handelte es sich bei letzterem um die Behauptung des einmal Gewonnenen, so bei Brandenburg um neues Wachstum. Schweden trat fürs erste in die Defensive zurück, der Friede von St. Germain ließ die Offensivkraft Brandenburgs ungebrochen.

Und diese Tendenz zu wachsen zeigte sich sofort. Mit leidenschaftlichem Grimm wandte sich der Kurfürst von allen seinen bisherigen Verbündeten ab. An den Kaiser stellte er die Forderung der Herausgabe des Herzogtums Jägerndorf. Und mehr noch: als der letzte Fürst aus dem Hause der Piasten, Georg Wilhelm von Liegnitz-Brieg gestorben war (November 1675), beeilte man sich in Wien, die Fürstentümer als freigewordene Lehen der Krone Böhmens einzuziehen. Brandenburg aber machte Erbansprüche geltend und forderte die Herausgabe auch dieser Fürstentümer. Damit hätte es den Eingang in Schlesien gewonnen, ihm denselben frei zu geben, sah man am Wiener Hofe keine Veranlassung.

Also: im Bunde mit den deutschen Mächten hatte Brandenburg nichts als bittere Verluste und Unterdrückung gewonnen. So drehte sich die Sache um, und im Bunde gegen die deutschen Mächte, im engsten Anschluß an Frankreich suchte das junge Staats- und Volksleben mit naiver Rücksichtslosigkeit die Bahn in die Zukunft zu gewinnen. Interessen — ja! Aber nur noch preußische, keine deutsch-nationalen, die alle ihm gegenüber verleugnet hatten! Das war nun die Parole. Der Gegenschlag erfolgte in diesem jugendlich frischen Leben sofort mit der äußersten Konsequenz.

Im Oktober 1679 schloß Friedrich Wilhelm mit Frankreich eine „engere Allianz", in der er dem Franzosenkönig nicht nur Durchzug durch seine Länder und Rückhalt in seinen Festungen versprach, sondern ebenso gegen Habsburg die entschiedenste Stellung nahm. Kein Prinz aus diesem Hause sollte mehr den Kaiserthron besteigen, der König von Frankreich, der Dauphin oder ein Frankreich durchaus genehmer Kandidat sollte fürderhin die brandenburgische Kurstimme erhalten. Dafür garantierte Frankreich dem Erzürnten seine Besitzungen und zahlte ihm 100000 Livres jährlich auf zehn Jahre.

Wir wissen, daß Bayern schon einen gleichen Vertrag mit Frankreich geschlossen hatte, und Sachsen schloß einen ebensolchen jetzt ab. Drei Kurstimmen standen somit Frankreich in der Zukunft zur Verfügung. Der Kanzler Schmid schien Recht behalten zu sollen mit seiner Meinung, daß Bayern den allein richtigen Weg gewandelt. Die andern folgten jetzt auf gleicher Bahn.

Dieser Rücktritt Brandenburgs von der gesamtdeutschen Sache hat das deutsche Volk darüber belehren müssen, was von der egoistischen und kleingeistigen Politik seiner Fürsten zu erwarten war, daß es nur eine Rettung gab: den heldenhaften Weg wieder zu finden und zu beschreiten, den Brandenburg in dem letzten Kriege gewiesen hatte. Unermeßlichen Leiden und Gefahren ging das deutsche Reich entgegen, Gewehr bei Fuß stand der „große Kurfürst" und schaute zu.

Den Frieden zu Nymwegen überlebte Ferdinand Maria von Bayern nur um einige Monate. Nach der großen Aktionszeit im dreißigjährigen Krieg war in der bayerischen Außenpolitik eine Ruheperiode eingetreten. Ruhe und Erhaltung des Bestehenden war der Gedanke dieses Kurfürsten bis zum Ende. Noch im März 1679 schloß er mit dem Kurfürsten Johann Georg II von Sachsen einen Freundschafts- und Verteidigungsvertrag zur Aufrechterhaltung des Friedens im römischen Reiche sowohl, wie in ihren eigenen Staaten. Der sächsische Kurfürst aber stand ebenso wie der bayerische im französischen

Solde, und auch Johann Georg überlebte Ferdinand Maria nur um Jahresfrist. (Gest. September 1680).

Die Ruhe aber, welche die Regierungszeit Ferdinand Marias Bayern gebracht hatte, lenkte die Lebensäußerungen mehr nach innen. Wir suchen keine mächtigen Kultur- und Kolonisationsthaten in diesem Lande zu jener Zeit, und wenn uns auch die Pläne Bechers einen Augenblick beschäftigten, so war doch die Zeit noch zu fern, wo Bayern auf dem Schienenwege gewissermaßen die Meeresküste gewann und so jenen Aufschwung in Handel und Wandel, in Verkehr und Industrie, in geistiger und künstlerischer Thätigkeit nahm, der es ebenbürtig an die Seite aller andern deutschen und europäischen Kulturmächte emporhob. Also das allgemeine Volksleben träumt noch und ruht, aber durch das beweglichere Leben des fürstlichen Hofes zog eine künstlerisch gestaltende Kraft ihre Reize, und diese Kraft gehörte in erster Linie der Fürstin, welche den Sitten und Gebräuchen ihrer Heimat, Italiens, ihr ganzes Leben treu blieb, nie ihr Turin vergessen konnte und auf einer dem venezianischen „Bucentaur" nachgebildeten Fregatte ihr bayerisches Meer, den herrlichen Würmsee befuhr.

Es wurde bereits erzählt, wie das fürstliche Paar dem sel. Kajetan von Thiena die Kirche und das Kloster der Theatiner weihte, als endlich der langersehnte Erbe erschien. Aber weiter ging der Wunsch Adelaidens. Sie wollte auch ein Lustschloß haben, das ihrer königlichen Abstammung würdig wäre. Diesem Wunsche verdankt das Schloß Nymphenburg seine Entstehung. Heigel hat uns die Entstehung und Vollendung dieses königlichen Schlosses in einem kleinen Prachtwerke geschildert. Wir folgen seinem Bericht. Er weist darauf hin, daß dem Wunsche der Fürstin durch Ausbau der Burg am Würmsee oder durch Anbau an das bereits bestehende Schleißheim hätte genügt werden können. Aber Adelaide wollte etwas Neues. Und so kaufte Ferdinand Maria am 1. Juli 1663 die Schwaige Kemnat nordwestlich von München und verehrte sie samt dem Schloßgut Menzing und einigen vom Kloster Dietramszell gekauften Höfen der Kurfürstin „in die Kindbett". Die ersten Pläne wurden in Turin vom Grafen Castellomonte entworfen, kamen aber nicht zur Ausführung, und so erhielt Barella, der Baumeister der Theatinerkirche, die Aufgabe zugeteilt. Erst im März 1675 erscheint der Bau unter seinem neuen Namen „Nimpfenbourg", denn der alte Name des Ortes war Adelaide „zu gewöhnlich" gewesen. Nur der große Mittelbau des heutigen Schlosses stammt noch aus der Zeit Adelaidens. Er ist schmucklos an sich, aber schon damals durchbrach die schöne Freitreppe die Einförmigkeit der viereckigen Anlage. Auch der Garten wurde im italienischen Stil angelegt, doch trotz alledem vermochte der Neubau einstweilen nicht mit dem älteren Schleißheim zu konkurrieren, das als „vollendet schöner Fürstensitz in italienischer Bauweise" gelten konnte. Nymphenburg blieb einstweilen Jagdschloß. Der umgebende Forst war noch reich besetzt mit Hirschen und anderem Wild. Erst eine spätere Zeit hat Nymphenburg zu dem gemacht, was es heute ist, und seine Geschichte fällt zusammen mit der Geschichte der Regenten Bayerns in den letzten zwei Jahrhunderten.

Auch in München selbst hatte die Kunstliebe Adelaidens Neues zu schaffen versucht. Sie ward dabei von ihrem Gemahl unterstützt, der auf einer Reise nach Italien im Jahre 1667, der einzigen, die ihn je außer Landes führte, die Neigung eingesogen hatte, „sein ganzes Land in Italiens Gefilde umgestalten zu können," wie Lipowsky sich ausdrückt. Ein Flügelbau wurde der Residenz zugefügt und nach italienischem Geschmack verziert und eingerichtet, der Antikensaal wurde mit neuen Statuen, Büsten, Vasen und Altertümern bereichert, ebenso kam in den Gemäldesaal manches Kunstwerk der ersten italienischen Meister. Dazu die innere Ausschmückung der schönen Kapelle, dazu die Erbauung eines Schauspielhauses für italienische Opern.

Schon an andrer Stelle wurde darauf aufmerksam gemacht, wie der Geist der neuen Zeit in den bildenden Künsten in Bayern Eingang gewann. Hier wollen wir diesem Kampf des Alten mit dem Neuen auf dem Gebiete der Musik einige Worte leihen, da es die von Ferdinand Maria errichtete Hofbühne war, auf welcher die italienischen Musiker zum erstenmal in Deutschland mit einem deutschen Tonmeister in Konflikt gerieten.

Wir verfolgten die Entwicklung der Musik in großen Zügen bis zu den beiden Heroen Orlando di Lasso und Palaestrina, wir sahen, mit welch begeisterter Vorliebe diese Kunst am Münchener Hofe, namentlich unter Albrecht V, gepflegt wurde. In dem zwischenliegenden Jahrhundert nun hatte diese Kunst eine Bahn eingeschlagen, welche sie aus dem alleinigen Dienste der katholischen Kirche mächtig hinauszog. Die Ausbildung der dramatischen Musik einerseits und der protestantischen Kirchenmusik andrerseits stehen auf dem Programm der Zukunft.

Schon in Venedig hatte die Musik unter den gewaltigen Meistern Gabrieli und ihrer Schule diesen Fortschritt angebahnt. Da ward die Instrumentalmusik mit der Vokalmusik verbunden, da schritt die Tonkunst in den berühmten Organistenschulen weiter zu voller Emanzipation, zur reinen Instrumentalmusik. Und nun erstand auf dem Boden Toskanas eine neue Art dieser Kunst. Hier bildete sich nicht wie in Rom und Venedig eine neue kirchliche Tonschule, sondern Florenz, die Geburtsstätte der Renaissance, ward nun auch zur Geburtsstätte der dramatischen Musik. Aus dem alten thaten- und kampfliebenden Bürgergeiste der demokratischen Florentiner Republik, aus dem Boden, dem die erste und früheste Kultur und Kunst der Renaissance entstammte, entsproß diese neue Kunstblüte. Hier knüpfte man auch in der Musik bei den Griechen an, damit gewann dieses Wachstum den Boden der freien Menschennatur, und so kam es zu kräftiger und reicher Entfaltung. In die Vergangenheit der Antike stieg man in Florenz suchend und sehnend hinab und brachte aus dem unerschöpflichen Schacht reinen Menschenseins die Zukunft der Oper und des Musikdramas herauf ans Tageslicht. Es war der direkte Gegensatz zu den Kirchenorganisten Venedigs, zu Claudio Merulo und Andrea Gabrieli, aus welchem diese neue Bewegung zur weltlichen dramatischen Musik emporwuchs. Nur einige Hauptpunkte seien erwähnt. Vicenzo Galilei, der Vater des unsterblichen Mathematikers und Astronomen, versuchte sich zuerst in sogenannten Monodien, dramatischen Gesängen für eine einzelne Stimme mit Begleitung eines Instrumentes. Er schuf damit den Vorläufer des Sologesanges. Ihm folgte Jacopo Peri mit der Schöpfung einer ersten Oper. Die Renaissancemusik hatte Wurzel geschlagen im Kampf gegen die Venezianer und ihren Kirchenstil, sie wuchs von Florenz aus über die Welt.

Wie Peri der Schöpfer der ersten Oper ist, so erfand er das dramatische Recitativ. Auf seiner Grundlage schuf Monteverde fort. Er reformierte das Orchester, in welchem er den Streichinstrumenten die Führung übertrug. Diesem Suchen nach möglichster Ausdrucksfähigkeit kam der Tiroler Tieffenbrucker mit seiner Geigenfabrikation entgegen, dem bald die berühmten Norditaliener und Cremoneser Geigenbauer, die Amati, Stradivari, Guarneri, folgten. Das Material war gewonnen. Mit solchen Instrumenten ließ sich alles machen. Torelli komponierte die ersten Konzerte für Sologeige. Das musikalische Virtuosentum wuchs empor. „Hierzu hat, außer dem Musikdrama, das schon an und für sich die Hervorhebung des Individuellen begünstigte, und außer dem Aufkommen der florentinischen Monodie, welche, nachdem sie erst einmal den einzelnen Sänger aus dem Gesamtchor der Stimmen heraushoben, konsequenterweise auch den einzelnen Instrumentalisten vom Gesamtchor der Orchesterstimmen loslösen mußten, ganz besonders der in der Musik noch nachklingende Geist der Renaissance mit beigetragen, welcher, unter der von beschränkenden Gesichtspunkten befreienden Berührung der kontrastierenden Anschauungen dreier Weltzeitalter, ebenfalls die Geltendmachung der Persönlichkeit in jeder Weise begünstigte." Diese Darlegung Naumanns entbehrt zwar einer klaren, greifbaren Stilisierung, aber wir erkennen: auch hier Persönlichkeit, Loslösung, Absolutismus. Das was diese Entwicklung in der Politik bereits zuwege gebracht hatte, sollte sie in der Musik erst später mit der Verbreitung des musikalischen Zopfstiles erreichen, und da standen denn schon die deutschen Meister auf dem Plan, die aus diesem Verfall den Weg in die Zukunft, den Weg aus der Willkür des „Humanismus" in die Gebundenheit der „Humanität" ebneten und wiesen.

Aber jene frühere Zeit schuf zu der späteren die Grundlage. Es war abermals Peri, welcher auch den Generalbaß in die Tonkunst einführte, den wir gleichsam als Gegengewicht gegen den zur Ungebundenheit drängenden Geist des Solistentums be-

trachten können, und wie in der Politik der Geist der Nationalökonomie erwachte, der das willkürliche Denken und Handeln des einzelnen an das Wohl der Allgemeinheit fesselte und ihm die Beachtung desselben immer schärfer, immer mächtiger als das unumgängliche Gebot der Notwendigkeit aufzwang und ins Bewußtsein brachte, so vollzog sich der gleiche Wandel in der Musik. Es ist das Gesetz der Entwicklung des Menschengeistes, welches in dieser Kunst vorahnend wiederklingt.

Dieser Bewegung zu weltlicher Musik in Toskana stellte sich in Rom die Restauration der katholischen Kirchenmusik gegenüber. Da drängten die mächtigen Meister Lotti und Frescobaldi als Reformatoren zur Entfaltung. Es ist die Parallelerscheinung zu der Entwicklung in der katholischen Kirche, namentlich im katholischen Ordenswesen, wo die neuen Orden der Theatiner, die Jünger eines Philippus Neri, eines Franz von Sales und andere die Veräußerlichung der alten Kultusformen mit der Menschenliebe, mit der Sorge für die allgemeine Geistesbildung, mit der hilfreichen Hingabe an die Kranken und Schwachen, neu zu beseelen erstrebten. Wir hörten von dem Emporblühen des Ordens der barmherzigen Brüder, der Vereinigung der barmherzigen Schwestern unter der Führung eines Vincenz de Paula.

Unter Mazarin war es, wo diese musikalische Bewegung den Boden Frankreichs gewann und eroberte. Da erhoben sich denn auch bald ein Lully und Rameau, welche, wie Racine und Corneille auf dem Gebiete der Poesie, Frankreich mit einer nationalen Oper beschenkten. Seit der Wende des 16. zum 17. Jahrhundert verstummen allmählig die Nachrichten über den Kirchenstil in Frankreich. Die Nationalität rang sich aus der Universalität des katholischen Denkens zur Alleinherrscherin empor, sie siegte auf dem Gebiete der Musik, wie auf allen andern Gebieten, und wie dieser Geist der individuellen Volksnatur in Deutschland nur auf religiösem Gebiete, im Protestantismus zum Durchbruch gekommen war, so drängte er in Frankreich trotz des Katholizismus zum Siege und zur Entfaltung auf allen Gebieten. Zwischen diesen doppelten Einfluß von Italien und Frankreich her trat nun mit Adelaide, der Tochter der Französin, die musikalische Entwicklung Bayerns. Auch da müssen wir, wenn wir vom Wiener Hofe absehen, die verschiedenen Kunstzentren wieder ins Auge fassen. Es ist neben dem Hofe der Wittelsbacher der Hof des Erzbischofs von Salzburg, der Palast der Fugger in Augsburg, das alte kunstfrohe Nürnberg, welche unsere Aufmerksamkeit anziehen.

Ueberall in deutschen Landen klingt es und singt es, aber dieses Klingen und Singen hat namentlich im Norden etwas Tiefernstes an sich. Es ist nicht der reine Jubel, der dem nahenden Frühling entgegengrüßt, sondern mehr wie verhaltene Sehnsucht, die in winterlicher Zeit den Glauben an die dereinstige Wiederkehr der Lenzesfreude stärkt und belebt. Aber wenn auch im Norden, an die letzten Niederländer sich anlehnend, die Schule sich zu erheben beginnt, welche dem gewaltigen Dioskurenpaar, Bach und Händel, den Weg zu bereiten berufen schien, so sang man doch auch im Süden nicht bloß den Italienern und Fremden ihre Weisen nach, sondern erreichte unter ihrer Weisung bald eine sonnigere, freiere Höhe.

Zuerst begegnet uns da ein wirklicher Bayer. Es ist Adam Gumpeltzhaimer, der zu Trostberg in Oberbayern das Licht der Welt erblickte (1559). Erinnert er in seinen Kirchenkompositionen, trotzdem er ein Schüler des Augsburger Meisters Enzemüller war, an die Venezianer, so namentlich an Johannes Gabrieli, so ist er doch andrerseits ein tief gemütsinniger deutscher Sänger. „Manche der frommen geistlichen Lieder Gumpeltzhaimers haben durch die in deren musikalischem Ausdruck hervortretende Mischung von hoher Reinheit und süßer Holdseligkeit etwas, was an das erste Hervorsprießen der Primeln und Veilchen in unserem deutschen Lenze mahnt.“ Seine engere Wirksamkeit fiel der Stadt Augsburg zu, wo er an der St. Annakirche Kantor wurde.

Mit ihm noch gleichzeitig wirkte als Organist im Hause der Fugger und später an der Augsburger Domkirche Christian Erbach, der ausgezeichnete Tonsetzer, dessen Heimat Algesheim in der Pfalz ist. Ihm widerfuhr die Ehre, daß er selbst als Mitglied in den großen Rat der alten Reichsstadt gewählt wurde. Er war ein echter Ver-

treter des „deutsch-venezianischen Stiles“, und einzelne seiner Kompositionen lassen sich nur schwer von solchen Johann Gabrielis unterscheiden.

Als dritter im Bunde sei Hans Leo Haßler genannt, von den Italienern nach seinen Vornamen mit „Gianleone“ als einer der ihrigen bezeichnet. In seinem Wesen und Leben spielten die drei Städte Nürnberg, Augsburg, Venedig die Hauptrolle. Zu Nürnberg geboren, ging er als zwanzigjähriger Jüngling mit einer Unterstützung der Fugger zu seiner Ausbildung nach Venedig. „Die Schreibart dieses Meisters im Figuralsatze vereinigt in sich das Höchste und Schönste, was deutsche und italienische Kunst jener Zeit zu leisten vermochte.“ Als Organist trat er, von Venedig zurückgekehrt, in die Dienste der Fugger. Als Kirchenkomponist italienisch, taucht seine deutsche Natur in seinen mehrstimmigen weltlichen Liedern glänzend empor. Auch am Hofe Kaiser Rudolfs II weilte er; es liegt ein gewisser Stolz darin, wie er sich nach seinem Ausscheiden aus dem Dienste Fuggers und dem Uebertritt in die Dienste seiner Vaterstadt als „Norimbergensis“ bezeichnet. Dann aber gewann ihn 1608 der Kurfürst von Sachsen, dessen Gunst und freundliche Gesinnung er indessen nicht mehr lange genießen sollte. Im Todesjahr Kaiser Rudolfs setzte die Schwindsucht Haßlers Leben zu Frankfurt das Ziel (1612). Haßler war Protestant, als solcher ist er gestorben, aber als Protestant wirkte er an katholischen Höfen und Kirchen; die Musik, die Kunst erhob ihn über die konfessionelle Beengtheit hinaus, und wohl konnten die Nürnberger stolz auf ihn sein, so stolz, wie es die Worte des Nürnberger Ratsherrn G. Volckhamer verkünden: „sintemal außer Zweifels, daß dieser Zeit seines gleichen in Teutschland nit ist, und auch unter den Teutschen bis auf diese Zeit kein solcher Componist gefunden worden.“

Von einem vierten, Gregor Aichinger, wissen wir betreffs seines Lebens nicht viel. Sein Geburtsort ist unbekannt, wenn ihn nicht schon sein Name allein der schwäbisch-bayerischen Grenzzone zuwiese. Er steht im festesten Zusammenhang mit den Venezianern, besuchte aber auch Rom. Seine Dienste widmete auch er den Fuggern. Ebenso scheint auf Bayern hinzuweisen, daß er in seiner Motette „Ubi est frater tuus“ die Antwort des Kain, „daß er nicht des Bruders Hüter sei,“ von einer einzigen Stimme ‚ganz trotzig und protzig‘ heruntersingen läßt, und zwar, wie Neumann hinzufügt, „wahrscheinlich nur aus dem Grunde, weil es ihm als eine Verschwendung erschien, die Worte eines solchen Bösewichts noch zu kontrapunktieren.“ Man hat seine Motetten mit zu dem Allerschönsten gezählt, was die deutschen Schüler der Italiener geleistet. In seinen letzten Lebensjahren war Aichinger katholischer Priester in Regensburg.

Nur als eines vermittelnden Zwischengliedes sei hier des Meisters Johann Jakob Froberger erwähnt, der, in Halle als Protestant geboren, zu einem Vertreter der musikalischen Internationalität ersten Ranges geworden ist. Er gehörte zweifelsohne zu den vorzüglichsten Klavierspielern (Cembalisten) und Komponisten. Nicht nur der Schule der niederländischen Klavier- und Orgelspieler verdankte er vieles — war doch Samuel Scheidt, der bedeutendste Schüler Swelimks, Organist in Halle zu Frobergers Jugendzeit, — sondern er war auch direkter Schüler Frescobaldis in Rom, wo er zum katholischen Bekenntnisse übertrat, er besuchte Paris und selbst England, und so vereinigte er die verschiedenen Stilarten zu einem Neuen, indem er die natürliche Klarheit der Italiener mit der Grazie der Franzosen und harmonienreichen Tiefsinn der Deutschen zu vereinigen strebte. Sebastian Bach hielt den Vorläufer hoch in Ehren, und die Herzogin Sibylle von Württemberg, bei der er ein letztes Asyl gefunden, schrieb nach seinem Tode an Huyghens: „allein verbleibe ich leider Gott erbarm's, nur eine geringe hinterlassene Schülerin meines lieben, ehrlichen, getreuen und fleißigen Lehrmeisters sel. Herr Joh. Jakob Froberger;“ an andrer Stelle: „seine edle Compositiones habe ich so lieb und wert, daß ich sie so lang ich lebe nit kann aus Henden lassen.“

Wir erwähnen hier noch Georg Muffats, des größten süddeutschen Orgelmeisters, der ebenfalls Paris und Rom besuchte und dann am Hofe zu Salzburg, später (1690) zu Passau eine ausgezeichnete Wirkungsstätte fand. — Am Hofe zu Salzburg starb ebenso nach wirkungsreichstem Leben im Jahre 1705 Heinrich Franz von Biber. Er gehört zu den frühesten Förderern des Sonatenstils in Deutschland und hat gleich Muffat

viel für Ausbreitung eines selbständigen Instrumentalstiles und einer höheren instrumentalen Virtuosität in Deutschland gethan. Sein Solospiel auf der Geige riß die Zuhörer hin, und Kaiser Leopold erhob den Meister in den Adelsstand. — Verweisen wir noch auf die drei großen Vermittler zwischen Nord und Süd, auf Prätorius, Schütz und Fux, sehen wir bei Schütz den Einfluß der Toskaner, und namentlich denjenigen Monteverdes ihn zur Oper führen, bei dem Steiermärker Fux die Vermittlung zwischen Venedig und dem Norden sich durchringen, so haben wir den Blick in die Zukunft.

Rings um Bayerns Grenzen ertönt neuer Sang, ja aus bayerischem Stamme selbst sehen wir einige bedeutende Musiker hervorgehen, es wäre bei der ruhmreichen Vergangenheit der musikalischen Entwicklung am Münchener Hofe unverständlich, fänden wir hier nicht ebenso ein kräftiges Mithandeln. Johann Kaspar von Kerl, um 1625 in Sachsen (Rudhart reklamiert ihn für Bayern: er sei 1628 bei Ingolstadt geboren), trat im Jahre 1658 als Hofkapellmeister an die Stelle Rudolfs von Lassus, des Sohnes des großen Orlando. Von Kaiser Ferdinand III hatte er eine Empfehlung an Carissimi in Rom erhalten, wo er denn ebensowohl Frescobaldis Unterricht noch genossen haben mag. An seine Persönlichkeit knüpft sich der erste Kampf der Italiener mit den Deutschen, die neue von Ferdinand Maria errichtete Hofbühne war der Tummelplatz der Gegner. Aber die Italiener hatten einen mächtigen Rückhalt an der Kurfürstin, deren Geburtstag Kerl im Jahre 1661 mit einer „Serenata" gefeiert hatte. Ebenso verfaßte er in den ersten Jahren seines Münchener Aufenthalts zwei Opern, „Oronta" und „Erinto", aber die verwöhnten italienischen Hofsänger, die nicht verwinden konnten, daß ein Deutscher ihr Vorgesetzter war und außerdem gegen ihren konzertierenden Stil strengere Anforderungen an sie zu stellen wagte, stellten sich ihm in den Weg. Ueber die innere Natur des Kampfes wird uns nichts mitgeteilt, aber es scheint doch, daß hier der Schüler der Römer denen der Toskaner, der Vertreter des strengen Kirchenstils und des deutschen Tiefsinns, den Vertretern der weltlichen und leichteren Musik und der italienischen Oper gegenüberstand. Schon die Berufung Karls auf den Posten des Sohnes und Nachfolgers Orlando deutet die Richtung an, in der sein Wirkungskreis sich erstrecken sollte. Und dem gegenüber entfaltet sich nun etwas Neues am Münchener Hofe, die Oper. Vergebens ernannte Ferdinand Maria seinen Kapellmeister zum kurfürstlichen Rat, der fortwährenden Reibereien müde, gab Kerl 1673 seine Stellung am Münchener Hofe auf und siedelte nach Wien über. Später ist er nach München zurückgekehrt und 1693 allda gestorben. Nicht seine Opern begründeten seinen Ruf, sondern sein staunenswertes Orgelspiel, seine ebenso für die Orgel komponierten trefflichen Werke. Er war ein Schüler der Römer, ein strenger Stilist, ein Mann, der auf der von Carissimi geschaffenen Grundlage fortarbeitete und in der dramatisch-epischen Behandlung der Cantate mehr zum Oratorium als zur Oper hinüberlenkte. — Ein Schüler Benevolis, Herkules Bernabei, trat an seine Stelle. So halfen die Italiener mit ihrem Virtuosentum, ihren Opern und ihrer weltlichen Musik eine Stimmung verflachen, welche sich in Bayern vor Anker gelegt. Es mußte dahin kommen, bevor eine neue Saat aufzugehen vermochte. Sie halfen aber ebenso die bäuerliche Unbeweglichkeit des bayerischen Lebens durchbrechen, und so bereitete die Musik einem neuen Geistesleben die Wege, vor dem man auf andern Gebieten Bayern mit allen Mitteln der Gewalt und Polizeichikane zu bewahren gesucht hatte.

An dieser Stelle mag noch eines Dichters erwähnt sein, der unter den Neulateinern wohl den ersten Rang einnimmt. Jakob Balde, der Jesuit, zu Ensisheim im Elsaß geboren (1604) kam unter Maximilian I nach Bayern, wo er zu Ingolstadt, München, Landsberg und Neuburg a. Donau wirkte. Rhetorische Vorträge und Dichtungen waren seine Hauptwerke. Ein Versuch auf historischem Gebiet, zu welchem ihn Maximilian I veranlaßte, wurde ihm durch des Fürsten scharfe Censur alsbald und für immer verleidet. Als deutscher Lyriker kam er über die Mittelmäßigkeit nicht hinaus, dagegen hat er mit seiner lateinischen Dichtung, wie Gervinus sagt, „entschieden auf die deutsche Poesie gewirkt. Mehrere Pegnitzer übersetzten Werke von ihm. Andreas Gryphius hat, angeregt durch das Phantasievolle in Baldes Oden, vieles von ihm gelernt." Und

wenn auch seine Oden für Bayern von größerer Bedeutung sind, weil sie so vielfach an denkwürdige Oertlichkeiten und Begebenheiten im Lande anknüpfen, so ist es nicht minder für Bayern bezeichnend, daß dieser Dichter, der einzige von Bedeutung, von dem wir in dieser Zeit aus Bayern hören, sich der lateinischen Sprache als Ausdrucksmittel bediente. So erscheint er wie ein Spätgeborener einer längst vergangenen Zeit. Im Jahre 1668 ist Balde zu Neuburg a. Donau gestorben. Auch in Bayern hat er keinen nennenswerten Nachfolger mehr gehabt.

Am 9. April 1673 hatte ein großes Unglück die Residenz getroffen. Die Hofdame Gräfin Perusa war eingeschlafen, ohne das Licht zu löschen. Die Bettvorhänge fingen Feuer. Ein Mädchen im Nebengemache bemerkte den Brand, eilte herbei und weckte die Schlummernde. Aber beider Bemühungen, das Feuer zu löschen, waren erfolglos. Sie mußten flüchten. Ihr Hilferufen weckte die Schloßbewohner auf, aber schon war das Feuer zu solchem Umfang gediehen, daß die Kurfürstin mit ihren Kindern sich über den Hofgang in das Theatinerkloster zurückziehen mußte. Alles hatte den Kopf verloren und rannte hin und her. Da war keiner, der einen klaren Gedanken zu fassen vermocht hätte. Die ganze gepuderte Gesellschft drängte sich heulend und fragend an Adelaide. Sie allein verlor keinen Augenblick die Besinnung, aber sie allein konnte nicht helfen. So fraß das Feuer weiter und weiter, sprang von Gemach zu Gemach, bis endlich der Baumeister Viscardi den glücklichen Gedanken faßte, durch Einreißen einiger Gemächer dem Feuer die Nahrung zu entziehen und die Flammen unter Schutt und Steinen zu ersticken. Was da an Kunstwerken, Kostbarkeiten und Seltenheiten zu Grunde und verloren ging, läßt sich nur annähernd berechnen. Ferdinand Maria war auf einer Inspektionsreise durch seine Festungen begriffen, als ihn die Unglücksboten erreichten. Er setzte sich zu Pferde und ritt von Straubing über Landshut in einem Zuge nach München zurück. Am 11. April langte er vor der rauchenden Trümmerstätte an. Mit allem Eifer ließ er alsbald die Entfernung des Schutts in Angriff nehmen und den Wiederaufbau betreiben, während er mit seiner Familie den Sommer über Aufenthalt in Schleißheim nahm. Der Kurfürst selbst hatte sich von dem scharfen Ritte einen Schaden zugezogen, der ihn im Jahre 1679 auf das Sterbebett warf. Am 26. Mai 1679 machte die schnell um sich greifende Entzündung seinem Leben ein Ende. Die Leiche wurde von Schleißheim nach München verbracht und in der Cajetanskirche feierlich beigesetzt.

Adelaide war ihrem Gatten drei Jahre im Tode vorangegangen. Am 18. März 1676 war sie an allgemeiner Kräfteabnahme infolge ungenügenden Stoffwechsels gestorben. Die Aerzte schrieben die Krankheit den vielen Geburten und dem rauhen Klima zu.

Italiens Sprache und Kunst war mit ihr in München eingezogen. Italiens Himmel darüber auszubreiten, reichte ihre Macht nicht aus. In der Cajetanskirche wie in dem neu erbauten Opernhaus neben St. Salvator hörte man nur wälsche Laute. Italiener waren die Baumeister ihrer Schlösser zu Dachau und Nymphenburg, von Viscardi stammt die prächtige Kirche zu Fürstenfeld, und italienische Meister schmückten diese Bauten im Innern. Eine ganze Schar von Fremden wurde am Hofe unterhalten, und daß die Einheimischen mit Eifersucht auf die Fremden sahen, läßt sich begreifen. Bei dem eben erwähnten Brande der Residenz sammelte sich eine Menge von Neugierigen um die Feuerstätte. Sie halfen nicht bei dem Löschwerke, aber ihre Meinung gaben sie dahin kund, man möge nicht nur die Brandstifterin nach altem Brauch in die Flammen werfen, sondern auch die vielen Fremden, die nur Unheil ins Land brächten, verjagen.

„Die freundlichen Wünsche blieben glücklicherweise unberücksichtigt, und heute ist man sich darüber klar, daß die Fütterung von ein paar Dutzend Abenteurern das Bayerland nicht ruiniert, dagegen die Hereinziehung eines neuen Kulturelementes durch Ansiedlung von vielen berufenen Vertretern der Künste und der Litteratur für Stadt und Land schätzbaren Gewinn gebracht hat." (Heigel.)

Die Zeit des Uebergewichts der absoluten Fürstenmacht über das Volksleben.

Wittelsbachs Streben nach europäischer Machtstellung.

I.

Die Regierungszeit des Kurfürsten Max Emanuel.

1679—1726.

Die Ehe Ferdinand Marias mit Adelaide von Savoyen, „der Tochter des Allobrogerfürsten," wie die Inschrift auf ihrem Sarge lautet, waren acht Kinder entstammt, von denen indessen nur vier ein höheres Alter erreichten. Es waren die älteste Tochter Maria Anna Christe Viktoria, der Kurprinz Maximilian II Emanuel, der nachmalige Erzbischof von Köln Josef Clemens und die 1673 geborene Violanta Beatrix Maria Theresia, die spätere Gemahlin Ferdinands, des Erbprinzen von Toskana.

Nicht das bedächtige Temperament seines Vaters hatte der Kurprinz geerbt, sondern der Mutter ganze Lebhaftigkeit war auf ihn übergeflossen, und dieses aus fremdem Lande importierte Leben durchzitterte nun das ganze bayerische Land bis in die letzten Winkel hinein. Es sind nicht weniger als zehn Bilder, welche die Wände des bayerischen Nationalmuseums aus der Regierungsepoche Max Emanuels zieren, wohl ein Zeichen, daß man die Lebenszeit dieses Fürsten zu den ruhmreichsten Zeiten Bayerns gezählt hat und zählt. Aber was uns da sofort auffällt, ist die Thatsache, daß neben der Kriegsromantik, welche die Waffenthaten des Kurfürsten verherrlicht, auch dem Leben des Volkes und einzelner Volksteile ein Platz eingeräumt ward, eine Thatsache, der wir seit der Reformationszeit nicht mehr begegnet sind. Das bayerische Volk trat unter Max Emanuel wieder in Aktion, und ist es auch einstweilen nur eine defensive Thätigkeit, so zeigt doch auch diese wieder auf die Erstarkung des bayerischens Lebens hin.

In den höfischen Künsten des Siècle Louis XIV erhielt Max Emanuel die Unterweisung eines Franzosen, des Marquis von Beauveau, in der Behandlung öffentlicher Geschäfte diejenige eines trefflichen bayerischen Beamten, des geheimen Rates Corbinian



Max Emanuel, Kurfürst von Bayern.

Prielmayer. Für den erst siebenzehnjährigen Fürsten übernahm nach dem Tode des Vaters auf ein Jahr der Oheim Max Philipp die Regentschaft. Am 11. Juli 1680 trat Max Emanuel selbst die Regierung an; er sah sich eine Laufbahn eröffnet, die auch ehrgeizigsten Plänen und kühnsten Begierden Befriedigung verhieß. Es wird erzählt, daß Ferdinand Maria seinem Sohne wohlgefüllte Zeughäuser und Schatzkammern hinterlassen habe, der Fürst persönlich also wohl die Mittel besaß, eine eigene Politik zu vertreten und zu verfolgen. Demgegenüber müssen wir aber auch auf das Land selbst sehen, wir müssen fragen, ob diese Mittel des Fürsten als natürliche Erträgnisse eines reichen Lebens erscheinen, oder ob sie ohne diese gesunde Grundlage etwa nur der Sparsamkeit und Rechenkunst früherer Persönlichkeiten entstammten? Und da giebt uns Freyberg einige Auskunft.

Die Landsteuer war in den 28 Jahren der Regierungszeit des Kurfürsten Ferdinand Maria von 160000 bis auf 628000 Gulden gestiegen; die Anlage der Prälaten von 25000 auf 82000 Gulden, jene der Ritterschaft von 6000 auf 20000 und jene des Bürgerstandes von 20000 auf 63000 Gulden.

Die Aufschläge betrugen im Jahre 1654 nur 28000 Gulden; im Jahre 1674 wurden 244000 Gulden eingehoben. Die niedrigste Gesamteinnahme der Landschaft war die des Jahres 1660 mit 253000 Gulden, die höchste die des Jahres 1679 mit 756089 Gulden. Die geringste Ausgabe im Jahre 1659 betrug 238000 und die stärkste im Jahre 1677 940000 Gulden.

Die Verwilligungen der Landschaft zur Ausrüstung und Verpflegung des Heeres stiegen in dem Zeitraum von 1661—1679 allmählig von 70000 Gulden jährlich auf 664000 Gulden und haben sich im Verlaufe der letzten 20 Regierungsjahre Ferdinand Marias auf 5207000 Gulden belaufen.

An Schulden waren im Jahre 1679 zu verzinsen 5300000 Gulden beim Landschaftszinszahlamt, 2240000 Gulden beim Kriegszahlamt, 734660 Gulden beim Hofzinszahlamt. Das Land hatte also eine Gesamtschuld von 8274660 Gulden.

Die Rechnung ist nun sehr einfach, daß eine Aktionszeit zunächst und sehr bald die herzogliche Schatzkammer leeren und, wenn die Aktion keinen positiven Gewinn erzielt, das Land sofort in weitere Schulden stürzen wird, daß also das allgemeine bayerische Leben immer weniger fähig sein wird, aus sich heraus eine neue gesunde und zukunftsreiche Entwicklung zu gebären. Es wird das bayerische Leben noch mehr wie bisher dem Einflusse fremder Mächte anheimfallen und zu seiner eigenen Erhaltung sich auf die Hilfe von auswärts angewiesen sehen. Max Emanuel aber war erst achtzehn Jahre alt. Da rechnet der Mensch für gewöhnlich noch nicht, sondern geht den Impulsen nach, welche ihm eigene Natur und Gelegenheit erwecken. Und mit dieser Thatsache müssen wir rechnen.

Das Jahr der Vormundschaft ging in Bayern ohne große Aenderung vorüber. Ein kaiserlicher Gesandter, Graf Jakob Hartwig Nostitz, erschien im Juli 1679 in München. Er sollte versuchen, Max Emanuel für Habsburg zu gewinnen. Der Regent Max Philipp arbeitete dem behutsam vor, und Nostitz konnte bald nach seiner Ankunft in München berichten, daß ein andrer Wind wehe. „Der Kanzler Schmid scheint etwas perplex und nit von dem Credit zu sein, daß er alles allein durchdringen könne." Aber so schnell war das Schiff nicht zu wenden, denn Frankreich verließ sich auf die solide Macht seiner Unterstützungsgelder, und da Ludwig XIV sich mit dem großen Plane trug, alles an sich zu reißen, was je einmal zu den bereits erbeuteten westdeutschen Territorien in irgend einem Abhängigkeitsverhältnis gestanden, war ihm eben sehr viel daran gelegen, die Reichsstände in der Abhängigkeit zu erhalten, in welche er sie durch seine Soldzahlungen bereits gebracht hatte.

Den Versuch des Kaisers, in München neuen Boden zu gewinnen, parierte man aber auch noch in andrer Weise. Schon in dem Allianztraktat vom 17. Februar 1670 war die Vermählung des Dauphins von Frankreich mit der bayerischen Prinzessin Maria Anna in Aussicht genommen worden. Nun sollte dieser Plan verwirklicht werden, und obendrein dachte man in Versailles, ernstlich daran, dem Kurfürsten Max Emanuel mit

Mademoiselle von Valois, der ältesten Nichte des Königs, zu vermählen. Ende Oktober kam Colbert, der Bruder des berühmten Ministers, nach München. Im November erschien von der andern Seite der kaiserliche Gesandte Graf Franz von Lobkowitz ebenso am bayerischen Hofe, und nun begann das ernste Ringen der beiden feindlichen Mächte um die Person und den Staat des Kurfürsten. Aber „bei diesem Hofe ist nichts zu hoffen, solange nicht der widerwärtige Schmid amoviert worden. Dieser übertrifft die andern Räte cognitione, experientia et eloquentia", schrieb Lobkowitz nach Wien. Doch Schmid zu entfernen sollte Lobkowitz fürs erste nicht gelingen. Trotzdem die Reunionskammern bereits zu arbeiten begannen, trotzdem Lobkowitz selbst Schmid entgegenkam und, als dieser das Entgegenkommen ablehnte, selbst einen Sturm gegen ihn wagte, schlug Schmid alle Angriffe siegreich ab. Am 20. Dezember 1679 wurde der Ehevertrag der Prinzessin Maria Anna mit dem Dauphin unterzeichnet.

Am 26. Januar 1680 kam der Herzog von Crequi, der Sohn des Marschalls, nach München, am 28. erfolgte in der Schloßkapelle die Procuravermählung. Mit großer Pracht wurde die Hochzeit gefeiert. Im Reiche wurde eine Flugschrift verbreitet, welche darauf hinwies, daß nur die Wahl des Dauphins zum römischen Könige einen dauernden Frieden herbeiführen könne. Nur das eine erreichte Lobkowitz, daß Max Emanuel von der Begleitung seiner Schwester nach Frankreich zurückstand.

Doch aus dem Schwanken drängte Frankreich den bayerischen Hof selbst hinaus durch die Eröffnung seiner räuberischen Aktionen an der deutschen Westgrenze. Karl Ludwig von der Pfalz wandte sich hilfesuchend an den ritterlichen, stammverwandten Bayerfürsten, und Max Emanuel ließ sich damals vernehmen, der Teufel möge ihn holen, wenn er je eine Französin heiraten werde.

Bayern mußte Stellung nehmen, hier oder dort, und der Kurfürst neigte auf die kaiserliche Seite, aber Neigung allein gab nicht den Ausschlag. Klagte auch jetzt noch Lobkowitz, es seien der üblen Leute zu viel um den Kurfürsten, so scheint uns doch der Hauptgrund der gewesen zu sein, daß man in Wien nur daran dachte, den bayerischen Hof zu gewinnen, nicht aber daran, ihm feste und runde Anerbietungen zu machen und so die Geldmacht Frankreichs am Münchener Hofe zu paralysieren.

Am 11. Juli 1680 übernahm Max Emanuel selbst die Regierung, und Max Philipp zog sich auf sein Schloß Türkheim zurück. Die Verzögerung der französischen Subsidienzahlung und des Abtrags der alten Schuld verstimmte in München. „Dazu kam, daß fast täglich neue Klagen von Fürsten, die mitten im Frieden durch Frankreich ihres ererbten Besitzes beraubt worden waren, einliefen. Es mußte," schreibt Heigel, „durch solche Brutalität in Max Emanuel, wie in den übrigen Mitgliedern des Kurfürsten- und Fürstenkollegiums das deutsche Gewissen wachgerufen werden, und es liegt kein Grund vor, die Aufrichtigkeit der patriotischen Kundgebungen des jungen Kurfürsten zu bezweifeln." Ueber den nun folgenden Umschwung der bayerischen Politik hat uns der genannte Geschichtsforscher klaren Aufschluß verschafft, und wir müssen uns, ihn zu verstehen, über die allgemeine Lage kurz orientieren.

Die Kulturströmung von Westen nach Osten in dauerndem Flusse zu erhalten, mußte das natürliche Bestreben Frankreichs sein, denn diese Strömung entsprach den natürlichen Bedingungen seines eigenen Wachstums. Frankreich versuchte das Ziel zunächst dadurch zu erreichen, daß es seine Verbindungen an den deutschen Fürstenhöfen möglichst fest und dauernd zu schließen sich angelegen sein ließ. Französische Prinzessinnen und andere Damen erschienen an diesen Fürstenhöfen. So sollte auch Max Emanuel mit einer Nichte des Königs von Frankreich vermählt werden. Das allein genügte nicht. Es gingen die Fluten ebenso rückwärts von Osten nach Westen, und auswärtigen Beobachtern erschien es bemerkenswert, daß am französischen Hofe ebenso deutsche Prinzessinnen an der obersten Stelle standen; so die bayerische Gemahlin des Dauphins, die pfälzische des Herzogs von Orleans. Hätte man sich damit genügen und der Entwicklung Zeit gelassen, das Ungleichartige auszugleichen, so wäre kaum etwas dagegen zu sagen. Allein es handelte sich für Frankreich nicht um den kulturellen Aufschwung

Deutschlands, sondern um die Herrschaft in Deutschland, und dieser die Wege zu ebnen, dazu sollten die dynastischen Verbindungen dienen.

Dieses Gefühl war in Deutschland lebendig. In Flugschriften protestierte man gegen die französischen Heiraten der Fürsten. Der Friede von Nymwegen galt hier nicht als Friede, sondern nur als Waffenstillstand. Wenn die französische Diplomatie die weiteren Wege gebahnt haben würde, würden die französischen Heere auch diese Wege von neuem zu wandern beginnen. Das war in Deutschland sichere Annahme, und dazu eben bedurfte Frankreich des festen Besitzes der deutschen Westmark. Im Elsaß hatte man schon während des Krieges die zehn Reichsstädte der französischen Souveränität gebeugt. Nach dem Frieden mußte sich ebenso die reichsfreie Ritterschaft fügen, und das Landgebiet der Stadt Straßburg wurde in königliche Verwaltung genommen. Nur Straßburg allein stand noch, eine deutsche Insel in französischer Flut, des Schicksals harrend, daß diese Flut auch ihre Dämme durchbrechen werde.

Diese Stadt zu erwerben und außerdem die französische Herrschaft am linken Rheinufer zur Thatsache zu machen, wurden nun bei den Parlamenten von Metz, Breisach und Besançon die sogenannten „Reunionskammern" errichtet. Diese „Wiedervereinigungshöfe" sollten untersuchen, was jemals zu den in den Frieden von Münster und Nymwegen an Frankreich abgetretenen Besitzungen gehört habe. Die Kammern begannen ihr Werk. „Alle deutschen Reichsfürsten, Grafen, Herrn, Geistliche, die im Elsaß Besitzungen hatten, wurden zu Vasallen der Krone Frankreich erklärt." In den Gebieten der Grafen von Mömpelgard (Württemberg), Salm, Saarbrücken, Sponheim (Kurpfalz und Baden), der Pfalzgrafen von Veldenz und Lützelstein, der rheinischen Pfalz, des Fürstentums Pfalz-Zweibrücken (Schweden), des Erzstiftes Trier zogen hinter den französischen Rechtsverdrehern die französischen Truppen ein. Das war Gewaltthat, die alle verletzte, neben dem Reich und seinen Angehörigen den König von Schweden, den Prinzen von Oranien, Spanien, denn auch der größte Teil des Herzogtums Luxemburg wurde von den Franzosen besetzt. Vom Reich aus protestierte man dagegen. Das nützte natürlich nichts. Der Wiener Hof brachte die Reichskriegsverfassung wieder einmal bei dem Reichstag in Regensburg zur Sprache. (Januar 1681.) Ein Beschluß kam zustande. Aber während man sich darüber freute und noch weiter weise Beratungen pflog, war das Schicksal Straßburgs bereits in Erfüllung gegangen.

Gegen die eine Stadt Straßburg hatte Louvois ein Heer von 35000 Mann aufgestellt. Die Stadt ergab sich der Gewalt. Am 30. September 1681 wurde die Kapitulation unterzeichnet. Darin versprach die Stadt: Huldigung dem Könige von Frankreich als ihrem souveränen Herrn und Protektor, Aufnahme einer französischen Garnison, Auslieferung der Waffen und Munition des städtischen Zeughauses. Die innere Stadtverfassung sollte erhalten, die Freiheit der Religionsübung gewährleistet, das Münster aber dem katholischen Kultus zurückgegeben werden. Vauban kam an, die Stadt zu befestigen, er verriegelte den Germanen das Thor Galliens. Am 23. Oktober hielt Ludwig XIV seinen feierlichen Einzug in die Stadt. Der Bischof aus dem deutschen Hause derer von Fürstenberg hielt dem Könige die devoteste Empfangsrede, aber im Zuge des Königs war doch ein Deutscher — Liselotte, die Pfälzerin; sie „heulte", als sie mit ihrem französischen Schwager in die deutsche Stadt zog.

An dem gleichen Tage, an dem Straßburg in die Gewalt der Franzosen fiel, (30. September), besetzten die Franzosen südlich der Alpen die wichtigste Festung des Herzogs von Mantua, Casale; eine dritte Festung, welche für Frankreichs militärische Machtstellung unentbehrlich schien, das spanische Luxemburg, war das nächste Ziel. Damit aber sollte es nicht so rasch gehen. Doch merkwürdig, mehr als der Fall Straßburgs entzündete der von Casale den Kriegseifer am Wiener Hofe. Spanien war nun nicht nur in den Niederlanden, sondern ebenso im Herzogtum Mailand bedroht. Das habsburgische Gesamtinteresse erwachte. Zugleich aber stand ein neuer Türkenkrieg in nächster Aussicht, und diese doppelte Gefahr von Westen und Osten trieb das deutsche Leben noch einmal in die Bahnen der habsburgischen Politik.

Die Stellung Bayerns erregt nun unser Interesse. Es zeigten sich da vor andern vier Möglichkeiten: entweder Festhalten an dem Bunde mit Frankreich — der Kanzler Schmid vertrat diese Meinung immer noch — oder Uebertritt zur kaiserlichen Politik — des Kurfürsten Neigung ging nach dieser Seite —, oder aber die dritte Partei, die Union der Wittelsbacher, die nun um so eher möglich schien, als die Pfalz direkt bedroht war, als Schweden sich von der Raubpolitik Ludwigs XIV persönlich getroffen fühlte und der alte Verbündete Frankreichs durch sein Verhältnis zu Pfalz-Zweibrücken-Kleeburg nun ein Vasall der französischen Krone werden sollte. Am 31. Juli 1680 richtete Esaias Pufendorf an Max Emanuel die dringliche Aufforderung, die wittelsbachische Union nicht aus den Augen zu verlieren; schon strecke Frankreich lüstern seine Arme nach der Pfalz, es sei die höchste Zeit, diese Gefahr durch festes Zusammenstehen der verwandten Fürsten abzuwenden. Der Kurfürst scheint jedoch den Antrag nicht weiter beachtet zu haben. Seine Gedanken begannen sich damals in einer ganz andern Richtung zu bewegen.

Wilhelm III von Oranien war es, der nun mit seiner rastlosen Thätigkeit und Energie die Bildung einer neuen Oppositionspartei gegen Ludwig XIV betrieb. Der alte kurbrandenburgische Minister, Graf Georg Friedrich von Waldeck, stand seit 1672 in niederländischen Diensten. Noch immer schmiedete er neue Bündnispläne; wie ein Alchymist versuchte er immer neue Mischungen, bis endlich die eine gelang.

Im März 1681 schlossen die Niederlande mit Schweden einen „Assoziationstraktat" mit dem Zweck, den Frieden aufrecht zu erhalten und die gewaltsamen Usurpationen Frankreichs zurückzuweisen. Es war dieselbe Zeit, da Kurfürst Max Emanuel und Herzog Max Philipp in Altötting mit Kaiser Leopold zusammentrafen. Lobkowitz hatte die Sache eingefädelt. Der Kaiser beschenkte den Kurfürsten mit einem wertvollen Degen. Nur zu des Kaisers Defensive wollte Max Emanuel denselben gebrauchen. Es war eine erste Annäherung. In Wien arbeitete man auf diesem Wege fort. Aber zunächst schien der Weg Max Emanuel nach einer ganz andern Richtung führen zu wollen, wenn auch diese Annäherung den Kurfürsten dahin gebracht hatte, den Vorgängen am Wiener Hofe eine größere Rücksichtnahme zu schenken. Als ein Jahr später (März 1682) Schweden an Bayern die Einladung gelangen ließ, dem schwedisch-holländischen Bündnis zur Gewährleistung des Friedens von Nymwegen beizutreten, lehnte der Kurfürst das ab mit der Motivierung, daß man nicht wissen könne, „wessen sich kaiserliche Majestät resolviere."

Eine vierte Möglichkeit für Bayern war nun ferner die Bildung einer dritten Partei, aber nicht mit direkter Anlehnung an eine auswärtige Macht, sondern an die deutschen Fürsten. Stand dem bisher, wie wir sehen, das ererbte Mißtrauen der protestantischen Fürsten gegen die katholische Vormacht im Reiche gegenüber, so schien Max Emanuel nun den Weg gefunden zu haben, dieses Mißtrauen zu beseitigen und an Stelle der theologischen Gesichtspunkte die politischen in den Vordergrund treten zu lassen.

Es handelte sich um die Vermählung des Kurfürsten. Frankreich hatte eine Prinzessin angeboten. Max Emanuel hatte den Gedanken aufgegeben. Auch am Kaiserhofe wurden ähnliche Gedanken erwogen, waren aber bisher nicht zu förmlichem Antrag gediehen. Man schaute sich weiter um. Eine Liste war schon im Jahre 1679 entworfen worden, welche Prinzessinnen wohl für den Kurfürsten passen würden. Und da heißt es, wie Heigel mitteilt: „Herzog Hans Georg von Eisenach hat eine Prinzessin, nämlich Eleonora Erdmutha Luise, geboren 1663 (sie war 1662 geboren). Ist sehr schön!"

Noch vor seiner Zusammenkunft mit dem Kaiser war Max Emanuel incognito nach Eisenach gereist, die gerühmte Prinzessin kennen zu lernen. Sie gewann sein ganzes Wohlgefallen, und Max Emanuel beschloß die Vermählung mit ihr. Die Prinzessin aber war protestantisch. Am bayerischen Hofe glaubte man, den Uebertritt der Braut zur katholischen Religion bewirken zu können. Ein Salzburger Domherr, Graf Friedrich von Preysing, ging nach Eisenach ab, die Sache in Gang zu bringen. Da aber platzten die Meinungen auf einander. Von Uebertritt wollte man in Eisenach nichts wissen. Preysing frug wieder bei Max Emanuel an, leitete aber zugleich geheime Verhandlungen mit der Prinzessin selbst ein. Sie erbot sich zur Annahme einer Unterweisung in der katholischen Religion. Dem Jesuitenpater Schmitt sollte diese Aufgabe zufallen. Aber

er war nur zu bekannt. Die Prinzessin wurde in strengster Aufsicht gehalten. „Wie erschrecklich die arme Prinzessin von ihren allarmirten Eltern, von denen Pastoren und anderen Ministren tormentirt und mortificirt wird (meistens aber da sie argwohnen, Sie pflegte haimbliche Verständnus mit mir) mechte ich lieber mit blutigen Zähren beweinen als ich's mit der Tinten beschreiben khann", meldete der gerührte Domherr nach München.

Eleonore selbst erinnerte sich aber auch ihres eigenen Bekenntnisses, der Zwist zwischen ihrem Gewissen und der Unmöglichkeit, ohne Religionsänderung die Gattin des Kurfürsten zu werden, erschien ihr als ein den „todt unfehlbar nachbringentes Unglickh," von keiner andern Estime oder Lieb wolle sie Zeit ihres Lebens nichts mehr hören und außer „größtem Notzwang ihrer Eltern keine Heirat mehr eingehen."

In dieser Herzensnot weihte der Kurfürst seinen Gewissensrat P. Spinelli in das Geheimnis ein, und der sprach sich so schroff und entschieden wie möglich gegen die Verbindung mit einem protestantischen Hofe aus. Der Kurfürst lade damit eine dreifache Todsünde auf sich, denn erstens verdamme die Kirche jede solche Verbindung, zweitens gebe er sein Land und Volk der Gefahr preis, von der Ketzerei angesteckt zu werden, drittens würde er allen Fürsten und Völkern der katholischen Welt ein verfluchtes Aergernis geben, die bisher im bayerischen Hause die festeste Stütze und Säule der wahren Religion verehrten.

Ob nun der Beichtvater Max Emanuel als Jerobeam und Seuchenbringer Bayerns hinstellte, noch hielt der Kurfürst fest. Es wurde weiter gehandelt und verhandelt. Die Münchener Jesuiten wurden um Gutachten angegangen. Sie gaben deren drei ab, welche die Ehe keineswegs unbedingt verwarfen, wohl aber mit Sicherheit auf den Uebertritt der Prinzessin rechneten. Im übrigen verwiesen sie den Herzog an den Papst. Der folgte der Weisung. Aber auch auf anderem Wege war bereits die Nachricht von dem Vorhaben des Kurfürsten nach Wien und Rom gedrungen und vielleicht hörte man da auch etwas von der Hoffnung, der man sich in Eisenach hingab, man werde sich in München nicht scheuen, „eine Evangelische Churfürstin da zu sehen."

Da aber zogen die interessierten Kreise an. Der Wiener Nuntius sprach davon, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen, um den Skandal zu vermeiden, daß der Kurfürst eine Protestantin eheliche. Der Papst müsse den geplanten Schritt direkt verbieten. Der Kurfürst möge „sich erinnern dessen, was der Tacitus saget, daß in Heyraten die gemeine Leuth auf die eyßerliche Leibsgestalt, die große Potentaten aber alzeit auf ihrer status convenienz zu sehen haben, und da S. Chfftl. D. solches nur in icht waß consideriren wollten, köndten Sie Dero Churhauß durch die kayserliche Prinzessin Mariam Antoniam einen richtigen Weg zu einer großen Monarchi pahnen." Der sächsische Plan brachte den Wiener Hof zum Reden. Ein erster Vorschlag wurde gemacht.

Ebenso urteilte man in Rom. Die Dispens wurde rundweg verweigert, dagegen aber die Aussicht, welche die Ehe mit der Kaisertochter, der rechtmäßigen Erbin der spanischen Monarchie, bot, in das lockendste Licht erhoben. Am 23. August setzte Max Emanuel den Herzog von Eisenach von der Lage der Dinge in Kenntnis, worauf Herzog Johann Georg alle weiteren Verhandlungen abschnitt.

Hier war es also noch einmal der Theologengeist, welcher der politischen Entwicklung Bayerns direkt die Bahn versperrte. Denn daß es sich in diesem Falle um etwas mehr als eine bloße fürstliche Brautwerbung handelte, ersehen wir schon, abgesehen von der Aufregung, welche die Absicht Max Emanuels in der Welt hervorrief, aus der einen Thatsache, daß Eleonorens Bruder, Prinz Friedrich August, auch nach dem Abbruch des Verhältnisses in die bayerische Armee eintrat. Als Oberster eines bayerischen Dragonerregiments ist er 1684 an seinen bei der Belagerung Ofens erhaltenen Wunden in Preßburg gestorben. Eleonorens Vater hatte ehedem in brandenburgischen Diensten gestanden und die Feldzüge gegen Polen und Schweden mitgemacht. Eleonore selbst vermählte sich noch im Jahre 1681 mit einem andern Brandenburger, dem Markgrafen Johann Friedrich von Ansbach und elf Jahre später zum zweiten Male mit dem Kurfürsten Johann Georg IV von Sachsen. Durch die Störung dieses Verhältnisses ward Max Emanuel die Brücke abgebrochen, welche zu den norddeutschen Protestanten hinüber-

führte. Das alte Mißtrauen blieb bestehen, und die „Geschichte brandmarkt“ nun wohl die als Bayerns Verheerer, welche Max Emanuel mit ihrem unfruchtbaren Fanatismus in das öde Dilemma zwischen Frankreich und Habsburg zurückwarfen. Nach Nenord blieb der Ausgang verschlossen, nach Osten ward er geöffnet. Der energische Trieb zu Leben und That, wie er sich in diesem Fürsten verkörperte, brachte über Bayern eine Unmasse neuen Unheils. Das verlorene Spiel kündigt sich meist schon in den ersten Zügen an.

Von Bayern zurückgewiesen, hatte sich Schweden direkt an den Kaiser gewendet. Noch im Jahre 1682 trat dieser und bald darauf auch König Karl II von Spanien der schwedisch-holländischen Allianz bei. Ebenso hatte Waldeck eine Vereinigung des fränkischen und oberrheinischen Kreises zu gewaffneter Abwehr der französischen Uebergriffe zustande gebracht, und auch dieser trat Leopold I bei. Die Laxenburger oder Waldecksche Allianz wurde am 10. Juni 1682 vom Kaiser in Laxenburg unterzeichnet.

Die französische Diplomatie hatte, um das Unheil einer österreichisch-bayerischen Heirat abzuwenden, das protestantische Vermählungsprojekt Max Emanuels gebilligt und demselben Vorschub geleistet. Es war eine erste wirkliche Niederlage, die sie mit dem Abbruch der Werbung erlitt. Im September folgte alsdann der Fall Straßburgs. Max Emanuel machte dem französischen Residenten de la Haye in München bei der Nachricht davon „eine schlechte Miene“. Er war entschlossen, zur Verteidigung der deutschen Westgrenze gegen Frankreich die Hand zu bieten, da ihm die Wegnahme Straßburgs als „unjustifizierlicher Friedensbruch“ erschien. So rüstete er, ohne jedoch mit Frankreich vorerst direkt zu brechen.

Ein nach Frankfurt berufener Kongreß kam so wenig mit der Beilegung des Zwistes, wie der Reichstag mit der Beratung der notwendigen Mittel vom Fleck. So arbeitete man in Wien auf dem Wege der Allianzbildungen weiter. Anfangs Dezember 1681 erschien Lobkowitz zum zweiten Mal in München. Es handelte sich um den Beitritt Bayerns in die schwedisch-holländische Allianz. Bayern blieb ihr fern. Dann wurde der Eintritt in die Laxenburger Allianz betrieben. Bayern hielt zurück. Frankreich drohte, Brandenburg, das auf französischer Seite aushielt, warnte. Der Kaiser sei nicht im stande, gegen Osten und Westen zugleich Krieg zu führen, darum solle er Frieden mit Frankreich machen. Was man in Bayern wollte, war Sicherheit einer energischen Rüstung des Kaisers, Sicherheit des eigenen Gebietes. Darum wurde noch das ganze Jahr 1682 verhandelt, und endlich, am 23. Januar 1683 kam in Wien die „Defensiv-Allianz sowohl gegen der Türcken als andrer zustossender Gefahr“ mit Bayern zum Abschluß.

Dem Reiche den Frieden zu erhalten, war Zweck des Bundes. Falls aber Frankreich auch fernerhin „sogenannte Reuniones, präjudicirliche Attentata und Usurpationes“ im römischen Reich vornehmen würde, sollte man mit gemeinsamen Kräften zur Abwehr schreiten. Der Kaiser sollte deshalb gegen die Türken zunächst 15 000 Mann Fußtruppen und 5000 zu Pferd aufstellen, die gleiche Anzahl aber zur Verteidigung der Westgrenze bereit halten. Desgleichen sollte der Kurfürst außer seinem Kriegskontingent für die nächsten fünf Jahre noch 5000 Mann zu Fuß und 3000 Mann zu Pferd unterhalten, die unter dem ausschließlichen Kommando des Kurfürsten mit den kaiserlichen und alliierten Völkern ins Feld rücken sollten. Friede sollte nur unter gemeinsamer Zustimmung geschlossen werden.

In zwei geheimen Artikeln verpflichtete sich der Kurfürst zu sofortiger Aufstellung von 5500 Mann zu Fuß und mit Einschluß der Dragoner von 2500 Mann zu Pferde. Dafür zahlte der Kaiser 250 000 Gulden vor, 450 000 Gulden nach dem offenen Bruch Bayerns mit Frankreich. Diesen Bruch möglichst rasch und unheilbar zu vollenden, mußte die Aufgabe des kaiserlichen Gesandten, des Grafen Kaunitz, sein. Seine Gemahlin half ihm dabei. Man wagte nun, einen direkten Stoß gegen den Kanzler Schmid zu führen (26. Februar 1683). Schon am nächsten Tage fiel die Entscheidung. Durch kurfürstliches Dekret wurde dem Kanzler „aus gewissen erheblichen Ursachen“ strengstens befohlen, „sich dermahlen und bis auf weitere gnädigste resolution von allen publicis und was davon dependiret, sowohl im Rhat, als in der geheimben Canzlei

bey der Expedition völlig zu enteußern." Der Kanzler bat nach solcher Behandlung umgehend um seine Entlassung. Nach fünfzehnjährigem Dienste an erster Stelle schied er aus der Umgebung des Kurfürsten und zog sich auf seine Hofmark Schönbrunn bei Dachau zurück. Der französische Einfluß am Münchener Hofe war gebrochen, Habsburg hatte den vollen Sieg.

Wie hier Bayern traten im Norden der neue Kurfürst von Sachsen, Johann Georg III (1680—1691) und der Herzog Ernst August von Hannover auf die kaiserliche Seite. Nur einer hielt zurück, Friedrich Wilhelm von Brandenburg. Er glaubte nicht an die Möglichkeit eines Krieges mit zwei Fronten für den Kaiser, dazu wühlte seine alte Erbitterung über die Behandlung bei dem letzten Frieden in ihm fort. Aber es lag Wahrheit in seiner Behauptung, das Reich müsse sich nun fügen zur Buße für den Frieden von Nymwegen. Andrerseits aber dachte er jetzt im Bunde mit Frankreich zu gewinnen, was er gegen Frankreich nicht hatte behaupten können, die pommersche Küste. Doch Ludwig XIV überhörte das sehr lange. Erst am 30. April 1683 kam ein neuer Vertrag Brandenburgs mit Frankreich und Dänemark zu stande, welcher seine Spitze gegen Schweden kehrte. Aber zum französischen Kriege kam es zunächst nicht. Die Türkenmacht warf noch einmal ihre Wogen gegen Westen, und gegen sie mußten die Deutschen endlich einen festen Damm zu errichten suchen.

In Ungarn gährte es fort. Jesuitischer und monarchischer Despotismus rang mit der Freiheit des Adels und der Religion um die Herrschaft. Die Protestanten verlangten vollen Schadenersatz für die Vergewaltigungen in den letzten Jahren, und die Katholiken wußten die Wutausbrüche der Gegner nicht schwarz genug auszumalen. Das Oedenburger Dekret vom Jahre 1681 sollte die Ungarn völlig beruhigen. Allein es bot den Protestanten zu wenig und zu wenig auch den fanatischen Restauratoren der Gegenpartei. Bei der Hochzeit Tökölyis mit Helene Zriny, der Witwe Franz Rakoczys, wurde die Verschwörung der Magnaten fertig. Der Aufstand wurde geplant, und der Kuruzzenkrieg begann aufs neue (Juli 1682). Tökölyi warf sich zum souveränen Herrn von Ungarn auf. Er erhielt damals die Nachricht, daß in Konstantinopel die Kriegspartei wieder obenauf gekommen sei. Ludwig XIV intriguierte zudem in Polen gegen Habsburg; aber der Papst vereitelte seine Absichten. König Sobiesky und Leopold I schlossen einen Bund gegen die Türken (31. März 1683) für den Fall, daß Wien oder Krackau angegriffen werde. So bereitete man in Wien den Krieg, allein für die Verteidigung geschah nicht sehr viel. Brandenburg schien recht behalten zu sollen, daß das Reich diesen Gefahren nicht gewachsen sei. Ein Heer von 32000 Mann — das war alles, was man unter dem Herzoge Karl von Lothringen gegen die Türken ins Feld zu stellen vermochte.

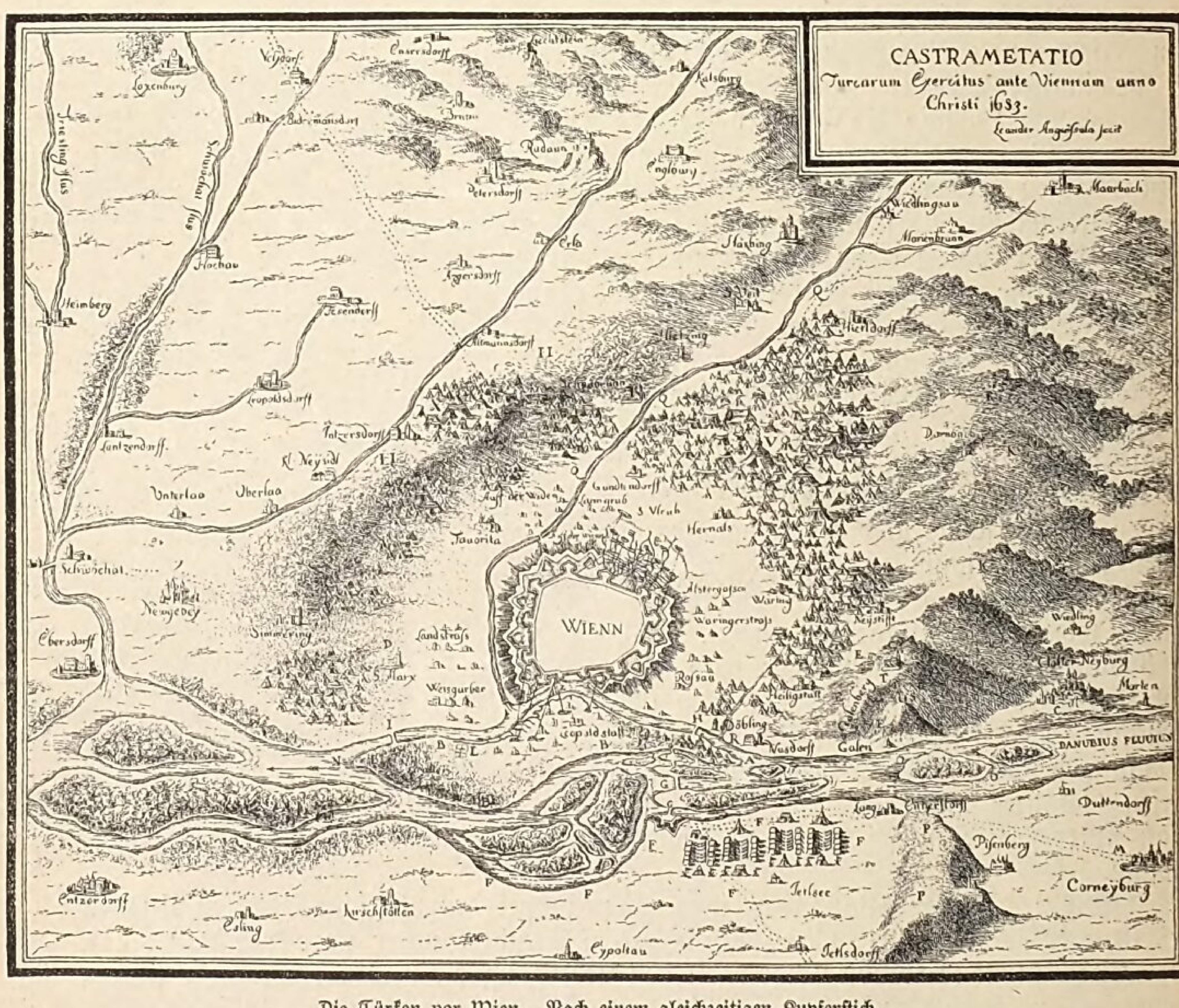
Am 2. Januar 1683 war in Konstantinopel der Roßschweif gegen Ungarn ausgestellt worden. Am 31. März brach das Türkenheer unter Kara Mustapha auf. An der Leitha suchte Karl von Lothringen den Uebergang zu verhindern, wurde aber zurückgeworfen und mußte auf Wien zurückgehen. Wien schien verloren. Plötzlich über Hals und Kopf flüchtete der kaiserliche Hofstaat nach Linz, dann weiter nach Passau. Die jähe Flucht des Kaisers erfüllte die Bürgerschaft mit ungeheurem Schrecken. Eine allgemeine Flucht begann. Tausende von Landleuten suchten Zuflucht in der Stadt. Auf die Festungswerke durfte man nicht vertrauen. Alles war in desolatem Zustand. Man fing an auszubessern. Alles legte Hand an, Studenten, Geistliche, Bürger — alle leisteten Schanzgräberdienste.

Numantinische Heldenthaten sind von der Wiener Bürgerschaft nicht verrichtet worden. Unter eisernem Druck haben die Wiener gethan, was sie mußten, nicht mehr und nicht weniger. Der Held von Wien war der Kommandant, der Graf Rüdiger von Starhemberg. Er hielt aus, er that mehr als seine Pflicht, er verlor die Besinnung keinen Augenblick. Am 14. Juli schlug das Türkenheer (200000 Mann mit 300 Geschützen) in Form eines Halbmonds ein Lager um die Stadt. Der Herzog von Lothringen hatte sich auf das linke Donauufer zurückgezogen. Entsatz konnte er nicht bieten. So beschränkte er sich darauf, Tökölyi im Schach zu halten und möglichst viel Mann-

schaft an die Stadt als Besatzung abzugeben. Am 17. Juli begann das Feuer der türkischen Geschütze seine furchtbare Arbeit.

Achtzehn Stürme wurden binnen sechs Wochen abgeschlagen. Schon lagen ganze Stadtreviere in Trümmer, schon begannen Not und Hunger sich fühlbar zu machen. Die Zustände verschlimmerten sich. Eine Ruhrepidemie brach aus, aber der Verkehr zwischen Starhemberg und dem Herzog von Lothringen blieb erhalten. Endlich gegen Ende August kam die Nachricht baldigen Entsatzes.

König Sobiesky überschritt mit seinen Polen (an 26 000 Mann) am 22. August die schlesische Grenze. In der Ebene bei Tule sammelten sich dann am 7. und 8. Sep-



Die Türken vor Wien. Nach einem gleichzeitigen Kupferstich.

tember die Truppen Max Emanuels, Johann Georgs von Sachsen, des Erzbischofs von Salzburg, die fränkischen und württembergischen Kontingente. Sobiesky übernahm den Oberbefehl über die vereinigten Heeresmassen, (26 000 Polen 27 000 Oesterreicher, 11 000 Bayern, 10 000 Sachsen, 8000 Franken und 2000 andere deutsche Hilfstruppen), deren Stärke sich auf 84—85 000 Mann belief. In der Nacht vom 11. zum 12. September gewahrte man in Wien die lange Reihe der Lagerfeuer.

Kara Mustapha hätte den Aufmarsch des feindlichen Heeres wohl hindern können. Er unterließ es, wie es scheint, aus Geringschätzung des Feindes. Am Fuße des Kalenberges kam es am 12. September zur Schlacht. Sie währte den ganzen Tag. Um 6 Uhr abends stob das Türkenheer auseinander. Wien war gerettet, der letzte Offensivstoß der Osmanenmacht gebrochen worden. Wer hat ihn gebrochen? Die vereinigten östlichen Fürstenmächte. Oesterreich, Bayern, Sachsen, Sobiesky mit seinen Polen. Polen war einstweilen die Vormacht europäischer Kultur gegen Osten geworden. Wir wissen,

daß mit ihm Brandenburg und Schweden rivalisieren. Brandenburg stand noch mit Frankreich im Bunde. Im Süden hatten die katholischen Mächte das Beste gethan. Die Hilfe der ketzerischen Sachsen wurde so unangenehm empfunden, daß sie noch vom Schlachtfelde weg in die Heimat abrückten. Es war die Frage, ob auch im Norden der Protestantismus zurückstehen und dem Katholizismus die Vormacht gegen Osten überlassen werde? Und da war es Frankreich selbst, welches den Umschwung herbeiführte und auch den grollenden Kurfürsten von Brandenburg die Unnatur seiner Stellungnahme erkennen ließ.

Frankreich hatte auf volle Zertrümmerung der deutsch-habsburgischen Macht durch die Türken gehofft. Es empfand den Sieg des Kaisers, der selbst allerdings das wenigste zu diesem Siege gethan hatte, obwohl er eine Medaille auf die Befreiung Wiens prägen ließ, deren Inschrift ihn als Sieger voranstellte, als persönliche Niederlage. Der Kaiser konnte den Türkenkrieg nicht abbrechen. Kara Mustapha war von seinem Großherrn erdrosselt worden, aber der Sultan rüstete aufs neue. Man mußte den Sieg verfolgen. Dabei zeigte sich, daß man nicht im stande war, Frankreich im Westen mit Nachdruck entgegenzutreten. Und diese Lage benützte Ludwig XIV. Er hetzte Spanien zu neuer Kriegserklärung (Oktober 1683) und drang gegen die letzte der drei großen Festungen vor, deren Besitz Frankreichs militärischer Machtstellung einen fast unüberwindlichen Charakter verleihen sollte.

Luxemburg mußte fallen. Vauban und Crequi übernahmen im Frühjahr 1684 die Arbeit. Am 4. Juni 1684 kapitulierte die Stadt. Holland machte seinen Frieden mit Frankreich. Brandenburg hielt immer noch zurück. Am Regensburger Reichstag beherrschte die brandenburgische Stimmung die Mehrheit. Da gab der Kaiser nach. Am 15. August 1684 kam der zwanzigjährige Waffenstillstand des Kaisers mit Frankreich in Regensburg zu stande, welcher die geraubten deutschen und spanischen Gebiete kampflos den Franzosen für diesen Zeitaum überließ.

So war scheinbar Friede. Aber Frankreich hatte den Protestanten in den reunierten Gebieten Duldung zugesagt. Ob es diese Zusage hielt oder nicht, davon hing die Entscheidung der Zukunft ab. Es war die Frage, ob auf dem Gebiete der Duldung Frankreich mit Brandenburg zusammenstehen, oder ob der konfessionelle Gegensatz beide wieder auseinandertreiben würde? Und da zeigte es sich, daß der große Geist, der Frankreichs Aufschwung seit den Zeiten Heinrichs IV herbeigeführt, die Augen zum Sterben geschlossen hatte.

Wir haben hier zweierlei ins Auge zu fassen. Als einst Ludwig der Bayer der bayerischen Entwicklung den Weg nach Franken und Schwaben wies, als er seinem Sohne die Landvogtei im Elsaß überließ, da war es Habsburg gewesen, welches Bayern diese Bahn gegen Westen und Norden verlegte. So übertrug sich der dynastische Gegensatz auf die Entwicklung zweier Staaten, Oesterreichs und Bayerns, welche die Natur auf einander angewiesen hatte. Das letzte wurde zum Warten und zur Ohnmacht verdammt, das erstere durch diesen unnatürlichen Gegensatz in seiner Stellungnahme gegen Osten furchtbar gehindert. Nun ging Habsburg diese Stellung im Westen verloren, und sofort entfalteten sich gegen Osten siegreich seine Kräfte. Aber auch Deutschland gingen die habsburgischen Besitzungen im Westen verloren; Frankreich nahm Elsaß, Frankreich nahm Lothringen, Frankreich streckte seine Arme nach der Pfalz, nach den rheinischen geistlichen Fürstentümern, nach den spanischen Niederlanden. Da sprang Bayern in die Lücke und suchte zu gewinnen, was zu gewinnen war. Aber die alte österreichische Mißgunst zerrte rückwärts und suchte Bayerns Entwicklung gegen Nordwesten abermals zu hemmen.

Bayern aber steht im Bunde mit Oesterreich. Dieser Bund läßt Oesterreichs Ansehen neu emporsteigen. Das bisherige französische Uebergewicht verlor an Ruhm und Ansehen in der Welt, an der Seite Oesterreichs wurde Max Emanuel zum Sieger über die Türken. Dieser natürliche Bund Oesterreichs mit Bayern, diese Wiedervereinigung des ganzen Bayernstammes zu einer Arbeit, zu einem Ziele, erweist seine natürliche Fruchtbarkeit abermals. Aber wir wissen, der Gegensatz Habsburg-Wittelsbach besteht

fort, er wird den Bund der Stammesteile unfruchtbar machen, man wird in Wien kein Verständnis dafür haben, daß auch Bayern aus seiner Arbeit einen Lohn erwartet, daß es auch eine bayerische Entwicklung giebt, die auf ihre Erlösung harrt, daß diese Entwicklung niemals ihre Erfüllung einzig in der Dienstbarkeit für habsburgische Interessen zu erblicken vermag.

In Paris erkannte man sehr wohl, welche Bedeutung dieses Zusammengehen Bayerns mit Österreich hatte. Da empfand man den Verlust des jungen Kurfürsten Max Emanuel besonders schwer. Das Romanentum war in Frankreich in ein zweites Stadium seines Wachstums getreten. Es suchte naturgemäß alle romanischen Völkerschaften (Italien, Spanien) zu überspannen, um mit diesen vereint seinen Kulturgang nach Osten offen erhalten zu können. Bisher stand Habsburg dem im Wege, sowohl in Italien, wie in Spanien. Frankreich versuchte darum, den Habsburgern den Rückhalt am Reich zu entziehen, es griff hinüber über Deutschland nach Osten, es unterhielt und unterstützte die Revolution in Ungarn, es versuchte, den polnischen Thron für einen französischen Prinzen zu gewinnen. Alles scheiterte. Bayern stand an der Seite Habsburgs, in Polen und Ungarn gewann Habsburg Frankreich den Vorsprung ab, mit Hilfe Bayerns, Polens, des Reiches schlug Habsburg die Türken. Da griff Frankreich weiter zurück, das Romanentum nahm den Romanismus zu Hilfe, Frankreich begann den Kampf gegen den Protestantismus.

Der „blaue König", wie die Türken den bayerischen Kurfürsten nach seiner Wappenfarbe nannten, hatte im osmanischen Heerlager sich einen glänzenden Ruf erworben. Als Sieger zog er in Wien ein, und im Juli 1685 feierte er seine Hochzeit mit der Erzherzogin Marie Antonie, dem einzigen am Leben gebliebenen Kinde Kaiser Leopolds von seiner spanischen Gemahlin Margaretha Theresia. Zwar entsprachen die Vorteile, welche dem Kurfürsten bei Abschluß dieser Verbindung eingeräumt wurden, nicht den in München gehegten überschwänglichen Hoffnungen. Die Braut mußte durch Vertrag vom 12. April 1685 nicht bloß auf die österreichischen Lande, sondern auch auf die spanische Erbschaft Verzicht leisten, und nur die Niederlande sollten nach dem Erlöschen der spanisch-habsburgischen Linie an Marie Antonie und ihren Gemahl übergehen. Der Kaiser versprach überdies, am Hofe zu Madrid sich dafür zu verwenden, daß noch bei Lebzeiten König Karls II der Kurfürst als Vicekönig in den vorläufigen Besitz der später zu erbenden Provinz gesetzt werde. Für den Augenblick aber mußte man von dieser Absicht abstehen, denn Ludwig XIV erhob dagegen den lautesten Protest und drohte mit neuem Krieg, wenn man zur Verwirklichung dieser Pläne schreiten würde.

Der Protest nützte Frankreich nicht viel, denn obschon sich der Kurfürst dem Verzicht seiner Gemahlin vollkommen angeschlossen hatte, so besaß dieser Verzicht für Spanien selbst doch keine bindende Kraft. Der König und die Cortes hatten darüber zu entscheiden, und ihre Entscheidung war nicht eingeholt worden. Dem Kaiser selbst aber stand über die spanische Monarchie durchaus kein Verfügungsrecht zu. Gerade am spanischen Hofe aber erstarkte die Anschauung, daß Marie Antonie die bestberechtigte Erbin der spanischen Krone sei, und so trat neben die französische und österreichische Kandidatur jetzt die bayerische mit eigenem Anspruch. Die Aussichten Max Emanuels waren die besten. Der König war Bayern wohlgesinnt, eine bayerische Partei bildete sich am Hofe zu Madrid, der bayerische Gesandte konnte bald berichten, daß einer der vornehmsten Räte geäußert habe, nächst dem Könige gelte der Kurfürst von Bayern dem spanischen Volke als der erste und er werde von vielen der einflußreichsten Männer für ein wahrer spanischer Infant angesehen. Mit Beleuchtung und Freudenfesten feierte man in Madrid die Siege Max Emanuels im Türkenkriege, und als der Sieger von Belgrad im August 1687 verwundet wurde, ordnete der Erzbischof von Toledo in Spanien öffentliche Gebete an. Die Verbindung mit Habsburg führte den bayerischen Wittelsbacher in die Bahnen der großen europäischen Politik hinaus, die Verbindung mit Habsburg erwies sich für Bayern als unfruchtbar. Der alte dynastische Gegensatz behauptete seine negative natürliche Kraft trotz und in dieser Verbindung. Schon die geforderte Verzichturkunde deutet darauf hin, aber mehr noch die Thatsache, daß man die Dienste



Maria Antonia, erste Gemahlin Max Emanuels.

Nach dem Stich von Zimmermann.

und enormen Opfer Bayerns in der Folgezeit ruhig in Anspruch nahm, ohne dem Kurfürsten und seinem Lande eine sichere reale Entschädigung dafür zu bieten, denn das Versprechen bezüglich der Niederlande war ein sehr problematisches.

Da erfolgte am europäischen Wetterhimmel eine gewaltige Verschiebung der bisherigen Konstellation. Am 5. Februar 1685 starb König Karl II von England. Sein Nachfolger war der Herzog von York. In Jakob II erhielt das protestantische England einen katholischen König. Sofort brach der Aufstand aus. In Schottland erhob Graf Archibald Argyle, in England Karls II illegitimer Sohn, der Herzog Jakob von Monmouth „als Engländer und Protestant“ die Fahne der Empörung. Aber Jakobs II Tochter war Protestantin, sie war die Gemahlin des Prinzen Wilhelm von Oranien. Das Interesse Jakobs II wuchs mit demjenigen Ludwigs XIV zusammen. Gegen beide stand Oranien.

Am 16. Mai 1685 starb Kurfürst Karl von der Pfalz, der letzte männliche Sproß der simmernschen Linie. Seine Schwester war die treffliche Elisabeth Charlotte, die Gemahlin des Herzogs von Orleans, dem Bruder Ludwigs XIV. Sollte sie, also Frankreich, Erbin der Pfalz werden? Sollte die Neuburger Linie die Erbschaft antreten? Aber wie es auch kam, das Hauptland des deutschen Kalvinismus hatte eine katholische Herrschaft in Aussicht, die Katholiken erhielten abermals eine Stimme mehr im Kurfürstenkollegium. Damit trat auf der andern Seite die neunte protestantische Kur sofort in Sicht. Zwar versprach Philipp Wilhelm, die protestantische Kirche der Pfalz zu schützen, aber Philipp Wilhelm war ein Herr von mehr als siebzig Jahren, und sein Sohn Johann Wilhelm war ein ergebener Diener der Jesuiten.

Dazu kam die steigende Gewaltsamkeit der Hugenottenverfolgung in Frankreich. Die protestantischen Kreise gerieten in Bewegung. Am 23. August 1685 erneuerte Brandenburg sein altes Bündnis mit Holland. Das Eis war gebrochen. Am 18. Oktober 1685 erfolgte in Frankreich die formelle Aufhebung des Edikts von Nantes. Alle reformierten Prediger wurden verbannt, alle reformierten Kirchen sollten zerstört, keine Art von gottesdienstlichen Versammlungen geduldet werden. Auswanderung aber wurde untersagt: Galeerendienst für die Männer, Einsperrung für die Frauen. Um der „göttlichen Erleuchtung“ bei den Reformierten schneller Eingang zu verschaffen, wurden die grausamsten Mittel in Anwendung gebracht.

Drei Wochen später, am 8. November, erließ Friedrich Wilhelm das Potsdamer Edikt, das in hunderten von Exemplaren in Frankreich verbreitet wurde. Es bot den Verfolgten eine „sichere und freie Retraite“ in die brandenburgischen Lande, „um dadurch die große Not und Trübsal, womit es dem Allerhöchsten gefallen, einen so ansehnlichen Teil seiner Kirche heimzusuchen, auf einige Weise zu sublevieren unt erträglicher zu machen.“ Zu Tausenden strömten die Verfolgten nach den brandenburgischen Landen. Sie brachten denselben die städtische Kultur; die industriellen Elemente überwogen, neues Kapital zog mit ihnen in nicht unbedeutenden Massen nach Deutschland, und wie hier dank ihrer Betriebsamkeit Industrie und Handel einen bedeutenden Aufschwung gewannen, so verlor Frankreich in demselben Maße an seiner produzierenden Volkskraft. Man hat berechnet, daß in den brandenburgischen Ländern durch diese Einwanderer allein dreiundvierzig Arten von Gewerben und Fabrikaten einheimisch gemacht wurden, die früher im Lande nicht vorhanden waren. Aber auch in geistiger Beziehung waren diese Einwanderer dem Lande von größtem Nutzen. „Ihre Prediger, Aerzte, Künstler, Gelehrten, Offiziere führten in den verschiedensten Bereichen Elemente der älteren und vorgeschrittenen intellektuellen Kultur ihres Landes in der neuen Heimat ein.“ Ludwig XIV bezeichnete das Verfahren des Brandenburgers als eine unbefugte Einmischung in die innern Angelegenheiten Frankreichs. Das Band, welches Brandenburg mit Frankreich seit 1675 verbunden, war zerrissen.

Das religiöse Element gewann nochmals neue Bedeutung. Außer in England und Frankreich regte sich der Fanatismus in Savoyen, wo die Verfolgung der Waldenser einsetzte, in Salzburg, wo man gegen die Tiroler Bergleute vorging, und anderswo. Oranien dachte an einen großen Bund der Evangelischen. Er bot Friedrich Wilhelm

die Leitung desselben an. Der Kurfürst ging darauf nicht ein. Ehe das religiöse Element so unzweideutig die Oberhand gewinnen konnte, hatte sich die Verbindung Brandenburgs mit dem Wiener Hofe vollzogen.

Da war Papst Innocenz XI, der vor allem die Aufhebung des Edikts von Nantes in dieser Weise nicht billigte. Das sei keine christliche Methode, meinte er. Schon im Januar 1686 wurde der Vertrag des Kaisers mit Brandenburg betreffs der Türkenhilfe vereinbart. General von Schöning führte ein Korps von über 8000 Mann nach Ungarn hinab. Einer weiteren Einigung aber stand noch die schlesische Frage im Wege, und da trat der ganz kaiserlich gesinnte Kurprinz Friedrich ein. Er traf mit dem kaiserlichen Gesandten Fridag das geheime Abkommen, daß der Schwiebuser Kreis einstweilen an Brandenburg abgetreten, sofort aber nach dem eigenen Regierungsantritt wieder zurückgegeben werden sollte. So wurde der alte Kurfürst schwer hintergangen und getäuscht. Am 22. März 1686 wurde die zwanzigjährige Defensivallianz mit dem Wiener Hofe in Berlin unterzeichnet. Das Bündnis war direkt gegen Frankreich und seine Vergewaltigungen des Reichs „unter dem Titel der Reunionen, Dependenzen und was man sonst prätexieren möchte," gerichtet, es verpflichtete den Kurfürsten ebenso zum Schutze der Kurpfalz gegen Frankreich. Der Kurfürst sollte den Schwiebuser Kreis erhalten, dafür aber auf die schlesischen Fürstentümer verzichten. Ferner versprach Friedrich Wilhelm, stets seine Kurstimme für das Haus Oesterreich abgeben und gegen Frankreich die Wiedergewinnung Lothringens fördern zu wollen.

Damit nicht genug, erreichte nun auch die Waldecksche Allianzpolitik eine erhöhte Bedeutung dadurch, daß sich der Kaiser an die Spitze stellte. Unmittelbar nach dem Vertrag mit dem Kaiser hatte Friedrich Wilhelm mit Oranien eine Unterredung in Cleve. Die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts und der geheime Anschlag Oraniens auf England gaben den Gesprächsstoff. Dann aber kam bei einem Konvent zu Augsburg (9. Juli 1686) ein Bündnis zustande zwischen dem Kaiser, Spanien, Burgund, Schweden, Bayern, dem fränkischen und bayerischen Kreise und den sächsisch-ernestinischen Häusern, dem bald die Kurpfalz, der oberrheinische Kreis und der Herzog von Holstein-Gottorp beitraten. Der Zweck sollte ein defensiver sein. Mit Mißtrauen und Unmut sah man in Frankreich auf diese Dinge hin. Man mußte versuchen, in die Reihe der Feinde ein Loch zu reißen.

Am Hofe zu Madrid wurden neue Anstrengungen gemacht, den österreichischen Einfluß zu brechen. Besonders aber arbeitete der Marquis von Villars am Münchener Hofe, um den Kurfürsten von der Seite des Kaisers abzuziehen. Und diesmal waren es sehr reale Propositionen, welche man dem Kurfürstun machte. Neben der Aussicht auf das Kaisertum wies Frankreich auf die Mediatisierung der Reichsstädte Regensburg, Augsburg, Nürnberg hin, und dieses verständnisvolle Eingehen auf die Tendenzen der natürlichen Entwicklung Bayerns bildete von jeher und bis in die neueste Zeit das Element, welches der französischen Politik so oftmals das Uebergewicht über die habsburgische in München verschaffte. Diesmal mißlang der Wurf. Max Emanuel hielt trotz mancher Verstimmungen an der Seite des Kaisers aus.

Seit dem Jahre 1683 hatte Max Emanual in Ungarn gegen die Türken gekämpft. Jedes Jahr führte er seine Bayern wieder hinab in die Donautiefebene. Er nahm ruhmvollsten Anteil an der Eroberung von Ofen, an der Schlacht von Mohacs (August 1687), welche fast eine entscheidende zu nennen war, er übernahm im Jahre 1688 selbst das Oberkommando der kaiserlichen Armee und führte sie zum Sturm auf Belgrad (6. September). Die Festung fiel. Das ganze Ungarland bis zu den Grenzen der Serben und Bulgaren war wieder im Besitze Habsburgs. „Es war ein Fortschreiten von Sieg zu Sieg, das die stolzesten Hoffnungen erwecken mußte: in den fünf Jahren seit der Schlacht am Kalenberge hatte Oesterreich die Verluste von zwei Jahrhunderten wieder beigebracht, und bei der tiefen Erschütterung der türkischen Macht war, wie es manchem schien, gar nicht abzusehen, wo die Fortschritte der kaiserlichen Waffen halt machen würden. Man hatte sich in Wien beeilt, auch die politischen Resultate der großen Waffensiege zu fixieren. Die blutige Gewaltthat des brutalen und tückischen

Neapolitaners, des Generals Caraffa, in Oberungarn, der durch die entsetzlichen Schlächtereien seines ‚Bluttribunals von Eperies‘ (1687) den geheimen Widerstand des oberungarischen Protestantismus und der national-autonomistischen Kuruzzenpartei mit der Wurzel auszureißen gedachte, war eine verhängnisvolle Einleitung zu der habsburgischen Besitzergreifung in Ungarn." (Erdmannsdörffer.) Im Oktober 1687 berief der Kaiser den Reichstag nach Preßburg. Er konnte den Ungarn ihr Schicksal diktieren. Das Schicksal, welches einst Böhmen getroffen, wurde nun auch den Ungarn bereitet. Die Stephanskrone wurde Erbgut des Mannesstammes im Hause Habsburg. Am 8. Dezember 1687 wurde der junge Erzherzog Josef feierlich zum Könige von Ungarn gekrönt.

Ein Königreich war gewonnen. Der Vereinigung des Bayernstammes waren diese Erfolge vor allem zu danken. Aber von dem Gewinn war der westliche Teil des Bayernstammes ausgeschlossen. Nichts als den Ruhm und einige Trophäen hatte Max Emanual heimgebracht von seinen Siegen. 30000 Bayern hatte der Krieg als Opfer verlangt; die Schätze, die der Vater ihm hinterlassen, waren dem Kurfürsten durch die Finger geronnen; seine Kassen waren leer, und trotz der Subsidien des Kaisers blieb eine kaiserliche Schuld von fast 400000 Gulden übrig. Und schon war ein neuer Krieg entbrannt. Aus dem Osten zog es Bayern nach dem Westen. Die Franzosen wüteten in der Pfalz und am Rhein. Das Erzbistum Köln sollte den Wittelsbachern entrissen werden.

In Köln hatte die französische Diplomatie festes Land gewonnen. Der schwächliche Maximilian Heinrich war seiner Neigung zu Frankreich abermals gefolgt, als Wilhelm Egon von Fürstenberg die Führung der Kölner Politik wieder übernahm. Es war im Jahre 1682, daß Wilhelm Egon in Straßburg an die Stelle seines verstorbenen Bruders Franz Egon als Bischof trat. Jetzt sollte ihm auch das Kölner Erzbistum zugeschoben werden, und Maximilian Heinrich bot die Hand dazu. Am 7. Januar 1688 erwählte das Domkapitel den Straßburger Bischof zum Koadjutor mit der Aussicht auf die Nachfolge.

Aber sofort erhob sich der Widerspruch gegen den französischen Söldling an allen Enden. Max Emanuel machte bei Kaiser und Papst wie bei den Kurfürsten seine Vorstellungen und wies auf die Gefahr hin, welche dem Reiche mit der Auslieferung des zweiten geistlichen Kurfürstentums an den Franzosenfreund drohe. Und Papst Innocenz XI stellte sich auf die Seite der Deutschen. Er versagte der Koadjutorwahl seine Genehmigung. Aber am 3. Juni 1688 starb Maximilian Heinrich. Die Frage trat nun in ein neues Stadium. In Köln ging die Agitation los, und als es am 19. Juli zur Wahl kam, fielen auf Fürstenberg dreizehn, auf den Bruder Max Emanuels, den Herzog Josef Clemens von Bayern neun Stimmen. Keiner hatte die erforderliche Zweidrittelmehrheit, aber Fürstenberg betrachtete sich als gewählt, nahm das Amt in Anspruch und bereitete sich zur Verteidigung desselben vor. Das war ein Gewaltstreich, dem man von der anderen Seite Gewalt entgegensetzte. Papst Innocenz verwarf die Wahl Fürstenbergs und sprach die Anerkennung des bayerischen Prinzen aus. Am 12. Oktober wurde durch den Domherrn von Croy im Namen des vom Papste bestätigten Erzbischofs von allen kirchlichen und weltlichen Würden und Rechten Besitz genommen.

Es war offenbar, der Papst hatte in dem Widerspiel der großen Gegensätze Partei ergriffen, er mochte sich um so mehr dazu gezwungen fühlen, als der Tod Maximilian Heinrichs auch die Bistümer Lüttich, Münster und Hildesheim freigab. Fürstenberg verlor überall. In Münster und Hildesheim trat ihm der Kurfürst von Brandenburg in den Weg, in Lüttich der Einfluß Wilhelms von Oranien. Aber auch Wittelsbach gewann in diesen Stiftern nicht. Besaß der noch nicht volljährige Fürst doch ohnehin schon die Bistümer Freising und Regensburg (seit 1685). Doch später (1694) fiel Lüttich auch Josef Clemens wieder zu und 1714 drang er auch in Hildesheim wieder durch. Diese abermalige Niederlage der französischen Politik am Rhein war für Ludwig XIV der Grund zu neuem Kriege.

Wir treten in die Zeit des dritten „Raubkrieges", auch Orleans'scher Krieg genannt (1688—1697). Fürstenberg dachte nicht daran, sich dem Spruche des Papstes

zu fügen. Er besetzte Bonn, Neuß und Kaiserswert und rief die Hilfe Frankreichs an. Ludwig folgte dem Ruf seines Schützlings. Am 25. September 1688 erschien das Manifest, in welchem Ludwig XIV die gesamte pfälzische Erbschaft in Anspruch nahm. Französische Truppen rückten ins Kölnische ein, die Festung Philippsburg wurde von ihnen belagert. Es nützte nichts, daß Elisabeth Charlotte gegen die Vergewaltigung ihres Heimatlandes protestierte. Sie mußte sich vom Hofe zurückziehen, und so begann sie jene fruchtbare Korrespondenz, deren natürlich gesunde Weisheit noch heute jedem Leser das Herz erfreut. Ihre Briefe wurden in Abschriften in Deutschland verbreitet. Leibniz las die Briefe an ihre Tante in Hannover und sprach sich günstig über dieselben aus.

Kaiser Leopold indeß betrachtete den Krieg gegen Frankreich durchaus nicht als die Hauptsache. Noch im Herbst 1687 zögerte er. Allein gerade die wachsenden Erfolge der deutschen Waffen im Türkenkrieg, die den französischen Waffenruhm in den Schatten zu drängen drohten, verhinderten eine Einigung mit Frankreich. Auch war die Stimmung in Deutschland durchaus antifranzösisch. Er mußte den Fehdehandschuh aufnehmen. So warf die Politik plötzlich die religiösen Tendenzen ganz zurück. Oranien bot dem Kaiser die Hand, ebenso Friedrich III von Brandenburg.

Der Angriff Frankreichs auf Deutschland gab Holland die Bahn frei. Die niederländische Flotte sammelte sich in der Schelde, sie fuhr hinüber nach England und landete am 5. November 1688 in Torbay. „Ein freies Parlament und die protestantische Religion!" Das war der Gruß, den ihr England entgegenrief. Das Heer Jakobs II wich zurück. Am 23. Dezember war alles zu Ende. Jakob II verließ London und floh nach Frankreich. Die „glorreiche Revolution" war siegreich durchgeführt. Oranien bestieg, vom englischen Volke berufen, den Thron Englands.

Ludwig XIV hatte sich des Rheinstroms bemächtigt. Nur Köln und Koblenz erwehrten sich noch der französischen Gewalt. Seine Heere unter dem Dauphin, welchem der Marschall de Lorges beigegeben war, und unter Boufflers überschritten noch im Herbste dem Strom, besetzten das Land bis zum Schwarzwald und streiften bis ins Bayerische hinein. Der Marschall d'Humière nahm Huy an der Maas. Auch den Generalstaaten hatte Ludwig XIV am 19. November den Krieg erklärt. Er hatte sich, wie Jakob II, an Kaiser und Papst gewendet, um von ihnen Beihilfe zur Restauration des katholischen Königs in England zu erlangen. Jede anständige Satisfaktion wollte er dem Reiche im Hinblick auf diesen Fall gewähren. Von beiden wurde er kühl abgewiesen. Nicht um die Religion handle es sich, sondern um die Herrschaft, ließ der Regensburger Reichstag sich vernehmen, es sei unrichtig, wenn die französische Regierung in dieser Frage das katholische Interesse hervorhöbe. Wie anders erklingen uns diese Urteile gegen diejenigen der Zeit, da ein Friedrich V England um Hilfe zu seinem Kampf um Böhmen anrief. Friedrich V war der Revolutionär, den man von Land zu Land trieb, gegen den sich alle Welt kehrte. Oraniens Sache hatte mit der Religion nichts zu thun. Die geistige Entwicklung Europas hatte ein anderes Fahrwasser gefunden. Ein Newton, ein Hales, Chillingworth und Taylor, ein Hobbes und Locke hatten daran gearbeitet, der Vernunft wieder eine Stelle in der Welt zu verschaffen. „Den beiden großen Lehrsätzen von Hobbes, daß alle Macht ihren Ursprung im Volke habe und daß das Ziel aller Macht das Volkswohl sei, fügte Locke das Recht des Widerstands hinzu, die Verantwortlichkeit der Fürsten gegen ihre Unterthanen wegen richtiger Handhabung der ihnen anvertrauten Macht, und die höchste Gewalt der gesetzgebenden Versammlungen als Stimmen des Volkes selbst. In dieser abgerundeten und erweiterten Gestalt offenbarte sich die neue Staatswissenschaft in der Revolution von 1688." Am Vorabend der Revolution enthüllten Newtons „Principia" der Welt seine neue Theorie des Universums (1686). Vernunft und Natur, das waren die beiden großen Worte, mit welchen die Wissenschaft den Thorbogen schmückte, durch welchen England seiner Zukunft entgegenging.

Am Berliner Hofe schwankte der neue Kurfürst noch. Frankreich wies auf Schlesien hin. Aber als Kaiserslautern, Alzey, Oppenheim von den Franzosen eingenommen waren,

als am 29. Oktober Philippsburg fiel, Mainz, Speier, Worms, Heidelberg von den Franzosen besetzt wurden, da mußte man auch in Brandenburg vorwärts. Im Februar 1689 vollzog sich sein Anschluß an die englisch-holländische Allianz.

Die Fürsten des Reichs einzuschüchtern, hatte Louvois mit seinen ersten Vorstößen bezwecken wollen. Brennend und brandschatzend zogen die Franzosen in Franken umher. Melac hauste im Württembergischen. Aber die deutschen Fürsten sammelten sich um den Kaiser. Ganz Europa stand wider Frankreich auf. Um sich gegen die Deutschen zu schützen, gab Louvois den Befehl de brûler le Palatinat.

Als einst die Schwedenmacht in Bayern ihre Grenze erreichte, war ein ähnlicher Plan negativer Macht entworfen worden. Bayern sollte zur Wüste werden. Wir datierten von diesem Entschlusse rachsüchtiger Ohnmacht den Rückgang der schwedischen Herrschaft. Das Gleiche thun wir hier. Die grauenvolle Verwüstung der Pfalz und der Rheinlande, die Brandstätten von Mannheim, Speier, Worms und die unzähligen Feuersäulen, welche aus den blühenden Dörfern emporstiegen, verkündigten der Welt, daß die Kraft und das Wachstum des französischen Volkselements seine Grenze erreicht hatte. Wohl konnten die Feinde die Kaisergräber in Speier schänden und die Asche der Salier in die Winde streuen, aber das still wirkende Leben jener deutschen Gebiete durch eigenes neues Leben zu befruchten vermochten sie nicht. So beschlossen sie, das deutsche Leben in dieser naturgesegneten Grenzzone zu vernichten. Noch heute verkünden die Ruinen des Heidelberger Schlosses, bis zu welcher Grenze die romanisch-französische Stromwelle sich ergossen, aber nur als Hunde- und Schimpfnamen blieben die Namen der französischen Generäle Melac und Montclas in dem Gedächtnis des pfälzischen Volkes haften. So wird die höchste Civilisation zur niederträchtigsten Barbarei, wenn sie mit andern, als den Waffen der Kultur, ihr Wachstum auszudehnen strebt.

Von Januar bis August 1689 dauerte dieses Brand- und Mordgeschäft mit all seinen Greueln. Eine Wüste blieb hinter den abziehenden Franzosen, und vaterlandsloses Mönchsgesindel war schnell genug bei der Hand, die besitzerlos gewordenen Güter an sich zu reißen. Der Rückgang des Protestantismus in der Pfalz datiert von dieser Zeit des Unglücks her, welches die blühende Widerstandskraft des pfälzischen Volkes auf lange Zeit brach und jenem knechtischen Geiste der Resignation das Land öffnete, welcher der Rekatholisierung als unerläßliche Grundlage dienen mußte. Es war daher keine bloße Phrase, welche der junge Herzog von Crequi den flehenden Wormsern entgegenwarf, er müsse noch zwölfhundert Ortschaften den Flammen überliefern, weil die deutschen Fürsten sich mit dem Prinzen von Oranien gegen den katholischen König von England verschworen hätten. So wenig wie bei der Aufhebung des Edikts von Nantes arbeitete die französische Politik in diesem Kriege aus religiösen Motiven, aber sie bediente sich der religiösen Gegensätze als Mittel zum Zweck und dämpfte mit der Vorspiegelung katholischer Gesamtinteressen die nationalen Antipathien gegen den „allerchristlichsten" König.

Am 15. April erklärte Ludwig XIV den Krieg an Spanien, am 17. Mai erfolgte die Kriegserklärung Englands an Frankreich; am 14. Februar hatte das deutsche Reich Frankreich für einen Reichsfeind erklärt, aber der Schutz gegen den Reichsfeind erfolgte mit gewohnter Bedachtsamkeit. Fast ein Jahr lang konnten die drei Heere der Franzosen, am Oberrhein unter Duras, am Mittelrhein unter Boufflers, in Flandern unter d'Humières, ungestört walten. Erst am 8. September 1689 gelang es dem Herzoge Karl von Lothringen, den Franzosen Mainz wieder zu entreißen; am 14. Oktober nahmen die Brandenburger Bonn nach dreimonatlicher Belagerung und vertrieben Fürstenberg.

Im Jahre 1690 kam endlich die große Allianz gegen Frankreich zustande auf Grund eines am 12. Mai 1689 zwischen dem Kaiser und den Generalstaaten geschlossenen Vertrags. Aber große Erfolge brachte die Vereinigung fast sämtlicher europäischen Staaten gegen Frankreich einstweilen nicht. An der Stelle des verstorbenen Herzogs Karl von Lothringen überahm Kurfürst Max Emanuel den Oberbefehl gegen den Dauphin. Aber die verrottete Heeresorganisation und die Intriguen der deutschen Fürsten machten jede energische Operation unmöglich. Man marschierte hin und her. Das war alles

im Jahre 1690 am Rhein. Max Emanuel legte daher den Oberbefehl wieder nieder und ging nach Savoyen. Bis zum Frieden von Ryswijk stritt der Bayernfürst jedes Jahr am Rhein oder in den Niederlanden oder in Italien. Ruhten im Winter die Waffen, so widmete er sich dem Genuß. Die Karnevalsfreuden in Venedig oder pompöse Festlichkeiten in Brüssel boten ihm da der aufregenden Abwechslung genug.

Im Juli 1691 überschritt die Reichsarmee den Rhein, ging aber wieder zurück, als Delorges mit seinem Heere nahte. Auch in den Pyrenäen war der Krieg arm an



Die Zerstörung von Heidelberg. Nach dem Gemälde von F. Diez.

Entscheidungen. Dagegen errang Luxemburg am 1. Juli 1890 den entscheidenden Sieg bei Fleurus über die Verbündeten unter der Führung des Fürsten Georg Friedrich von Waldeck, konnte den Sieg aber nicht ausnützen, da der Kurfürst von Brandenburg den Geschlagenen zu Hilfe eilte. Auch zur See behaupteten sich die Franzosen. Sie hatten alles in allem entschieden das Uebergewicht, und in Italien machte Catinat erhebliche Fortschritte. Nur in Irland fiel ein Schlag zu Gunsten König Wilhelms, der seine Herrschaft sicherte. Am 11. Juli 1690 wurde Jakob II an der Boyne vollständig geschlagen.

Das Jahr 1691 brachte ebensowenig die Entscheidung. Am 9. April fiel Mons den Franzosen in die Hände, aber am 16. Juli starb Louvois. Auf den Tod des

Kriegsministers setzte man günstige Hoffnungen. Sie wurden betrogen. Auch im Jahre 1692 lag der Schwerpunkt des Krieges in den Niederlanden, wo am 30. Juni Namur kapitulierte und der Marschall vom Luxemburg abermals in der blutigen Schlacht bei Steenkerke über die Verbündeten unter König Wilhelm den Sieg errang. (3. August).

Auf diplomatischem Gebiete aber war es kein zu verachtender Sieg, den der Kaiser in Augsburg gewann, als am 24. Januar 1690 sein zwölfjähriger Sohn Josef zum römischen Könige gewählt wurde. Alles hatte Ludwig in Bewegung gesetzt, Max Emanuel wieder auf seine Seite zurückzuziehen. Der Bayernfürst hielt fest, und wenige Wochen nach der römischen Königswahl, die in Augsburg wie in München mit fabelhaftem Glanze gefeiert worden war, zerriß das Familienband völlig, welches den Wittelsbacher an Frankreich knüpfte, durch den Tod der Dauphine, der Schwester Max Emanuels.

Im Januar 1691 versammelte sich im Haag um König Wilhelm eine Anzahl deutscher Fürsten. Auch Max Emdnuel war unter ihnen. Ihm wurde hier die Aufgabe gestellt, dem Herzog von Savoyen gegen Catinat Hilfe zu bringen. Max Emanuel hob den dritten Mann aus und zog nach Italien hinab. Die Eroberung der Festung Carmagnola gelang am 9. Oktober. Aber sonst wurde auch hier gegen Catinat nicht viel erreicht.

Lange vor ihrer Entscheidung hatte die spanische Erbfolgefrage auf die Weltpolitik den tiefgehendsten Einfluß geübt. In Spanien sann man auf eine Lösung der Frage in der Weise, daß die Einheit der spanischen Monarchie erhalten blieb. Man erbaute sich darum dort so wenig für die österreichischen Verwandten, wie für Frankreich. Aber für Frankreich war es unumgänglich, den Versuch einer Angliederung dieser zweiten romanischen Macht zu wagen. Nur durch vermehrten Länderbesitz ließ sich die Suprematie in Europa von Frankreich aufrecht erhalten. Infolge der Verwandtschaft seiner Mutter sowohl als seiner Gemahlin mit dem spanischen Hause konnte Ludwig XIV solche Hoffnungen hegen. Neben ihm stand Kaiser Leopold. Er war nicht bloß das Haupt der deutschen Habsburger, sondern auch der Gemahl der jüngeren Tochter Philipps IV, Margaretha, die vom Vater ausdrücklich und unter Zustimmung der Cortes für erbfähig erklärt worden war. Allein einer Wiedervereinigung aller habsburgischen Länder war man in Spanien nicht gewogen. Auch die übrigen Mächte würden sich dem mit ganzer Macht entgegengesetzt haben. So blieb Leopold nichts übrig, als seinen eigenen Ansprüchen zu Gunsten seines zweiten Sohnes Karl zu entsagen. Erzherzog Karl aber stammte nicht aus der Ehe Leopolds mit der spanischen Königstochter, sondern aus der zweiten Ehe des Kaisers mit Eleonore von Pfalz-Neuburg. Und damit berühren wir den Punkt, an dem das wittelsbachische Geschlecht abermals in Zwietracht mit sich selbst geriet.

Es ist die Gegenbewegung der pfalz-neuburgischen, der neuen kurpfälzischen Linie gegen Bayern, in welcher dieser Zwist vor allem zum Ausdruck kommt. Am 22. Mai 1690 hielt eine zweite Tochter des Kurfürsten Philipp Wilhelm, Maria Anna, als zweite Gemahlin Karls II ihren Einzug in Madrid. Mit einer geradezu erstaunlichen Gewandtheit schob dieses pfalz-neuburgische Haus seine Sprößlinge auf hervorragende Stellungen hinauf, und überall ist es die Konkurrenz mit Bayern, welche uns da als hervorragendstes Moment entgegentritt. Philipp Wilhelm hatte mit seiner hessischen Gemahlin Amalie siebenzehn Kinder erzeugt. Von den Söhnen folgten ihm zwei, Johann Wilhelm und Karl Philipp als Kurfürsten von der Pfalz, ein andrer starb als Chorbischof von Köln, wieder ein andrer als Bischof von Augsburg, ein fünfter, Franz Ludwig, wurde 1716 Kurfürst in Trier, 1729 Erzbischof von Mainz. Von den Töchtern vermählten sich zwei andere mit einem Sobiesky und dem Herzog von Parma. Ueberall in Europa hatte so Pfalz-Neuburg seine mächtigen Verbindungen.

Am Hofe zu Madrid wirkte Maria Anna für das Interesse des Kaisers und ihrer Schwester Eleonore. „Zum Trotz der bayerischen Creaturen“ versprach sie ihrem Bruder Johann Wilhelm die Statthalterschaft in den Niederlanden zu verschaffen. Man denke sich die Pfalz, Jülich und Berg, Neuburg und Belgien in einer Hand. Es war eine stattliche Macht, und lehnte sich dieselbe an das Kaiserhaus in Wien, so war eine

solche Macht wohl im stande, den weitgehendsten Einfluß auszuüben. Die Ehe Maria Annas mit dem Könige von Spanien blieb aber ebenso kinderlos, und so trat das Recht Maria Antoniens, der Gemahlin Max Emanuels doch allmählig in den Vordergrund. Die Königin-Mutter, die Schwester Kaiser Leopolds, vertrat energisch das bayerische Interesse und sie erwirkte ein Dekret vom 12. Dezember 1691, welches Max Emanuel zum Lieutenant Gouverneur et Capitaine generale des Pays-bas mit königlichen Rechten ernannte. Maria Anna tröstete ihren Bruder Johann Wilhelm einstweilen damit, daß der neue Statthalter nicht im stande sein werde, die kostspielige Ehre lange zu behaupten. „Daß der Bayer nit größer werd', laß meine Sorg sein, ich will ihm Feind aufregen, die alle seine Efforts zu Schanden machen." (Heigel.)

Die Ernennung traf den Kurfürsten in Venedig, wo er sich eben von der italienischen Campagne in die Karnevalsfreuden gestürzt hatte. Im Mai 1692 hielt Max Emanuel seinen feierlichen Einzug in Brüssel. Schon im Januar 1692 hatte er den Baron Paumgarten nach Madrid abgeordnet, seinen Dank zu erstatten. Die Instruktion des Gesandten ging dahin, dem König die Verdienste des Kurfürsten um das habsburgische Haus hervorzuheben und darauf hinzuweisen, in welchem Mißverhältnis dazu der bisher zu teil gewordene Lohn stehe. „Und doch habe der Kurfürst für Oesterreich nicht bloß Blut und Leben aufs Spiel gesetzt, sondern auch schon aus eigenen Mitteln Millionen geopfert."

Noch günstiger schienen sich die bayerischen Aussichten zu gestalten, als am 28. November 1692 Maria Antonie zu Wien dem Kurprinzen Josef Ferdinand das Leben schenkte. Aber am 24. Dezember starb die Kurfürstin selbst, und als das von ihr am 12. Dezember abgefaßte Testament eröffnet wurde, zeigte sich, „daß die in den letzten Jahren eingetretene Entfremdung der Ehegatten auch durch die Geburt des Sohnes nicht ausgeglichen war." Marie Antonie verzichtete da abermals feierlich auf Oesterreich und Spanien, sie schloß aber ebenso ihren Gemahl von aller Erbschaft dessen aus, was sie ihr eigen nannte. Als einziger Erbe war ihr Sohn genannt, als dessen Erbe aber der Kaiser.

Max Emanuel protestierte gegen die Gültigkeit dieses Testaments. Er argwöhnte eine unerlaubte Beeinflussung der kranken Gattin durch ihre Verwandten am Wiener Hofe. Aber der Protest nützte nicht viel. Nur eins ersehen wir: der Bund mit Habsburg war in habsburgischem, nicht in bayerischem Interesse geschlossen worden und Max Emanuel begann allmählig das einzusehen. Erinnern wir uns der Anerbietungen Frankreichs einer Mediatisierung der süddeutschen Reichsstädte, so müssen wir sagen, hier bildete bayerisches, in dem Bunde mit Habsburg nur dynastisches Interesse die Grundlage. Und wir werden bald gewichtige Stimmen vernehmen, welche den Kurfürsten auf diesen Unterschied immer mehr aufmerksam machten.

In den Niederlanden wurde Max Emanuel rasch populär. War er auch kein Feldherr, so doch ein tüchtiger General und vor nichts zurückschreckender Soldat. Der Ruhm des Sieges von Belgrad umspielte mit lichtem Schein seine ritterliche Persönlichkeit. Verschwenderisch und genußsüchtig in übertriebenem Maße gab seine lebhafte Natur der Mutter Temperament wieder. Man rühmte ihm von den ersten Jahren seiner Regentschaft eine musterhafte Führung nach. „Er hatte die Einkünfte seiner Erbstaaten für eine prachtvolle Hofhaltung in Brüssel und für öffentliche Zwecke verschwendet. Recht und Gericht war unter seiner Statthalterschaft wieder heimisch geworden. Die Zuchtlosigkeit der Soldateska hatte aufgehört, Gewerke und Handel hatten sich gehoben. Die Verwaltung Max Emanuels war vornehm und lässig, aber sie schonte die korporativen und ständischen Privilegien, und gerade das Gehenlassen der Regierung hatte die Volkskraft nach langer Ermattung wieder rühriger angefacht." Man freute sich in den zehn Provinzen auf die voraussichtliche Loslösung Belgiens vom spanischen Staatsverbande und auf die Selbständigkeit unter diesem Fürsten. Für Max Emanuel konnte der Gewinn der Niederlande als vollendete Thatsache gelten. Aber sein Streben ging weiter.

Wir müssen nun den Gang der Dinge in Deutschland und Europa in kurzen Umrissen verfolgen, denn Bayerns Fürst steht da mit in erster Reihe. Der Regierungsantritt der pfalz-neuburgischen Linie in der Kurpfalz hatte den Katholiken eine neue

Kurstimme eingebracht. Sofort regte sich von der andern Seite das Begehren nach Errichtung einer neuen protestantischen Kur. Der große Kurfürst gab den Anstoß für Hannover. Aber ein Fürst stand dem andern im Wege. Der Kaiser war nicht abgeneigt, den Ausgleich in diesem Sinne herbeizuführen, erfuhr aber auf dem Augsburger Kurfürstentage im Januar 1690, demselben, wo sein Sohn Josef zum römischen Könige gewählt wurde, den energischsten Widerstand. So wandte Ernst August von Hannover sich auf die Seite Frankreichs.

In dieser Zeit taucht noch einmal das Projekt einer Union der Wittelsbacher auf. Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz brachte den Gedanken abermals in Stockholm in Anregung. Aber gleichzeitig gewann Frankreich am Hofe zu Stockholm abermals Boden. Ludwig XIV ließ Karl XI den Vorschlag machen, die Friedensvermittlung in die Hand zu nehmen. Schweden wies das nicht ab, trat aber auch mit Kurpfalz in Verhandlungen ein. Der Kurpfälzer wollte den Kaiser und Spanien in die Union eingeschlossen wissen. Aber das wies man in Schweden zurück mit der Erklärung, „eine auf alle Fürsten, die gerade mit pfälzischen Prinzessinnen vermählt wären, ausgedehnte Allianz sei nicht mehr als Hausunion zu betrachten. Es ließe sich nicht erwarten, daß der deutsche Kaiser und der König von Spanien Wittelsbachische Hauspolitik treiben würden." Nur Schweden, Pfalz und Bayern sollten den Kern bilden. Aber Pfalz und Bayern standen sich in alter Zwietracht gegenüber. Max Emanuel gab zwar, als er 1697 dazu eingeladen wurde, Auftrag, in die Unterhandlungen einzutreten. Doch ein Resultat kam nicht zustande. Nur Frankreich hatte sein Ziel erreicht: Schweden trat für den Frieden ein.

Ebenso funkelte am dänischen Hofe das französische Gold. Nicht minder schien es in Hannover gelingen zu wollen, den Herzog Ernst August zu bewegen, sich an die Spitze einer neutralen Partei zu stellen. Mit Kursachsen und Weimar, wie mit dem Bischof von Münster trat Ernst August in Verhandlungen. Man wollte den Kaiser zwingen, mit Frankreich Frieden zu machen. Diesen Bestrebungen brach man in Wien die Spitze damit ab, daß man das Verlangen Ernst Augusts nach der Kurwürde befriedigte. Am 22. März 1692 unterzeichnete der Kaiser den sogenannten Kurtraktat, welcher die neunte Kur Hannover übertrug und dieses verpflichtete, in allen politischen Verwicklungen das Kaiserhaus mit Truppen und Geld zu unterstützen.

Ludwig XIV geriet über diese Abmachung in den höchsten Zorn. Ebenso aber entfachte die Erhebung der jüngeren Welfenlinie einen Sturm des Unwillens in den fürstlichen Kreisen. Die Seele der Opposition war der Vetter Ernst Augusts, Herzog Anton Ulrich von Wolfenbüttel. Unter seiner Vermittlung schlossen die Herzoge von Sachsen-Gotha und Coburg, Mecklenburg, das Gesamthaus Hessen, Christian V von Dänemark und andere Reichsstände den Verein der korrespondierenden Fürsten (Februar 1693), welcher die Erhebung Hannovers für null und nichtig erklärte. Im März aber trat auch Ludwig XIV diesem Vereine bei. Er hatte in der Zwietracht der Deutschen abermals die Handhabe gefunden, die Widerstandskraft des deutschen Heeres zu lähmen.

Doch die Niederlage König Wilhelms bei Steenkerke (3. August 1692) trieb die Engländer zu den äußersten Anstrengungen. Am 29. Juli 1693 schlug Marschall Luxemburg die Verbündeten unter König Wilhelm zwar abermals bei Neerwinden, aber an dem Widerstande merkte König Ludwig den Geist, welcher gegen ihn unter die Waffen getreten war. Ihn überschlich das Gefühl eines Pyrrhussieges. Am Rhein kam es zu keinen Entscheidungen. Markgraf Ludwig von Baden, der Befehlshaber der Rheinarmee, verlegte sich auf die Defensive. Im Mai wurde Heidelberg von den Franzosen abermals genommen und zum zweitenmal verwüstet, aber der Vorstoß des Marschalls de Lorges gegen Heilbron wurde vom Markgrafen abgeschlagen. Im Winter 1693/94 bot König Ludwig Frieden an. Der Marquis von Sassenage ging nach Brüssel zu Max Emanuel, um ihn mit dem Anerbieten einer Million Livres und der Garantie des Besitzes der belgischen Niederlande zur Vermittlung bei Wilhelm von Oranien zu gewinnen. Die furchtbare Verheerung in seinen Finanzen bewog Ludwig zu diesem Schritte. Frankreich

zeigte sich sehr nachgiebig. Aber die Anerkennung Wilhelms als König von England blieb aus, und so dauerte der Krieg fort.

Wie in Hannover die Kurwürde, so war in Berlin die Königskrone als Preis für die Anteilnahme am Kriege in Aussicht genommen worden. Eberhard Christof Dankelmann stand da an der Spitze. Er leitete die Unterhandlungen betreffs der Rückgabe des Schwiebuser Kreises an Oesterreich, welche endlich am 10. Januar 1695 erfolgte. Von brandenburgischer Seite wurde dabei betont, daß durch diese Abtretung die Ansprüche auf die vier schlesischen Fürstentüümer wieder aufleben sollten. Ein Heer von 50000 Mann stehender Truppen und 10000 Mann regulärer Miliz wurde unterhalten, und trotz des Aufwands für Hof und Militär stand es mit den brandenburgischen Finanzen nicht schlecht. Ein treffliches Postwesen erleichterte Handel und Verkehr. Im Jahre 1694 wurde die Universität Halle gegründet, in Berlin erhob sich die Akademie der Künste und die nach Leibniz Plan entworfene „Societät der Wissenschaften." Ein Pufendorf, ein Schlüter u. a. wirkten in brandenburgischen Diensten. Mit vornehmer Opulenz ging man in dieser Richtung vor. So ward hier trotz der vielen Dinge, die eher eine Zersplitterung und Erschöpfung, als eine konzentrierte Krafteinigung zu befördern schienen, eine lebendige Zukunft im Auge behalten, während Kursachsen sich mit seinen Mätressen fast ausschließlich befaßte.

Die Entfremdung Max Emanuels mit seinen Verwandten am Wiener Hofe hatte den Kurfürst den engsten Anschluß an Spanien und Wilhelm von Oranien suchen lassen. Wir werden später sehen, wie gerade dieser Anschluß an Spanien auf die französische Seite hinüberzog. Einstweilen tauchte am Horizonte eine neue Frage auf, welche Bayern von seiner Bewegung gegen Westen noch einmal nach dem Osten abzuziehen drohte. Max Emanuel sollte eine zweite Ehe eingehen. Der Wille des Königs von Spanien war maßgebend für ihn. Er selbst hatte sich für eine hannoverische Prinzessin entschieden. Gegen diese Verbindung erhob man indessen in Madrid wie in Wien Einspruch. In Spanien verwies man den Kurfürsten auf die Tochter des Polenkönigs Sobiesky, Therese Kunigunde. Die Klippe, welche man in Wien vermeiden wollte, die Freundschaft Hannovers mit Frankreich, trat indeß hier erst recht in Sicht, denn die Königin von Polen war nicht nur von Abkunft Französin, sondern auch ihrem Herzen nach und in ihren Sympathien. In dem Gutachten der bayerischen Räte wurde die polnische Verbindung auch aus diesem Grunde widerraten.

Aber auch ein anderes Ziel trat dabei in Sicht: die polnische Königskrone. Polen allein von den östlichen Königtümern war noch Wahlreich geblieben. Den Söhnen Sobieskys stand kein Erbrecht zur Seite. Doch auch vor dieser Lockung warnten die bayerischen Räte: „Exempla sunt odiosa: Es genügt, an Herzog Otto von Natternberg zu erinnern, der nach mannigfaltigen Stürmen dem König Wenzeslaus in der Regierung Ungarns 1305 folgte, der aber von seinem eigenen Schwiegervater Ladislaus, dem Woywoden von Transsilvanien, dem Vater seiner zweiten Gemahlin Agnes, aus dem Lande vertrieben wurde und starb."

Die Königin-Mutter in Spanien gab den Ausschlag. Sie riet zu der Verbindung mit Polen, und Max Emanuel folgte ihr. Am polnischen Hofe kam man der Absicht Max Emanuels begeistert entgegen. War er doch der alte Waffengefährte des Polenkönigs im Türkenkrieg. „Und wenn es einen Kaiser gäbe, der die ganze Welt beherrschte, und wenn dieser meine Tochter begehrte, so würde ich doch nicht meine Gesinnung gegen den Mann wechseln, dessen Verdienste ich höher schätze, als alle Kronen der Welt," soll Sobiesky sich geäußert haben. Aber es gab diesen „Kaiser der Welt" nicht, und so kam es am 19. August 1694 zur Prokuravermählung in Warschau; am 2. Januar 1695 wurde in Wesel die Hochzeit gefeiert.

Noch andere Entwürfe stützte man in Polen auf diese Verbindung. Vor der Abreise ihrer Tochter zog die Königin den Reisemarschall, Bischof Zalusky, beiseite und ermahnte ihn aufs eindringlichste, alles aufzuwenden, ihren Schwiegersohn, den Kurfürsten, zu Fieden und Freundschaft mit dem französischen Hofe zu bewegen. Ja, Johann Sobiesky suchte den Kurfürsten gegen Oesterreich mißtrauisch zu machen. Zalusky mußte

ein eigenes Memorial übergeben, in welchem ausgeführt war, daß der Kurfürst nur von Frankreich, niemals aber von Oesterreich Freundschaftsdienste und Unterstützung erwarten dürfe. Dringend wurde da zum Abschluß einer geheimen Allianz mit Frankreich geraten. Die Mahnung zum Mißtrauen fiel, wie wir wissen, bei Max Emanuel auf bereits gelockerten Boden, und die längst eingetretene Entfremdung zwischen ihm und dem kaiserlichen Hofe steigerte sich von jetzt ab mehr und mehr.

Wir hörten von den Anstrengungen der französischen Diplomatie, im Reiche eine neutrale Partei zu gründen. Aber bei Max Emanuel erfuhren die Versuche des Marquis von Sassenage einstweilen noch eine volle Ablehnung. Wir müssen im Auge behalten, daß es sich in diesem Kriege immer noch um Behauptung des deutschen Gebietes und die Verteidigung desselben gegen Frankreich handelte. Da traten die territorialen Fragen einstweilen in die zweite Reihe. Die Frage erst nach der größeren Widerstandsfähigkeit der deutschen Mächte, die nur mehr durch eine Konsolidierung dieser Mächte selbst zu erreichen war, trieb die territorialen Fragen in die allgemein deutsche Frage hinein, und auf diesem Eindringen beruhte die spätere Stellungnahme Bayerns in der spanischen Frage. Bayern suchte nach einer offenen Thüre für seine Entwicklung, Frankreich hatte ihm dieselbe gewiesen, aber weder in den Niederlanden, noch in Polen, noch in Spanien lag die Verwirklichung dieser Träume. Dahin sprang man naturgemäß nur, weil um Bayern selbst alles in starrer Versteinerung geschlossen blieb. Ja, wenn die Wittelsbacher die Bahn zu einer festen Union gefunden hätten! Der große Kurfürst von Brandenburg wies einst den Kurfürsten von Sachsen auf die Macht des Hauses Bayern mit den Worten: „Bayern und Pfalz sind ein Haus, aus welchem schon die Kurfürsten und ein König da sind. (Karl Gustav von Schweden). Sollten sie ihre Eifersucht auf einander beiseite setzen, und auch noch die Kaiserwürde an sich bringen, so würde von diesem Hause, wenn es so hoch erhoben und etwa noch durch auswärtige Bündnisse verstärkt würde, weit mehr zu fürchten sein, als vom Hause Oesterreich." Aber daran war nun nicht mehr zu denken.

Es waren die aus einer alten Erbschaft stammenden partikularen Interessen, welche alles hemmten, nicht nur in Bayern, sondern auch im Reich. Denn niemals hätte Frankreich so lange im Kampfe siegreich ausdauern können, stand ihm Deutschland geeinigt gegenüber, und Deutschlands Einigung war unmöglich, so lange nicht das Leben des Volkes selbst sie als natürliches und notwendiges Produkt in die Welt setzte.

Der Krieg stand eigentlich. In den Niederlanden behauptete sich zwar im Jahre 1694 noch Luxemburg, aber am Rhein konnte de Lorges gegen Ludwig von Baden nichts ausrichten, und während Noailles in Spanien Fortschritte machte, zeigte es sich, daß die französische Flotte den vereinigten Holländern und Engländern nicht mehr gewachsen war.

Das Jahr 1695 brachte einen weiteren Rückschritt Frankreichs. Am 4. Januar war der Marschall von Luxemburg gestorben. Der Marschall von Villeroi trat an seine Stelle. Er verlor die wichtigste Eroberung Frankreichs, die Festung Namur. Max Emanuel stürmte die Citadelle, welche Boufflers am 2. September übergab. Am Rhein blieb die Situation die gleiche, in Katalonien mußte Vendôme, welcher an die Stelle von Noailles getreten war, einige Eroberungen wieder aufgeben. In Savoyen verhandelte man um den Frieden, der dann am 29. August 1696 zu Turin unterzeichnet wurde. Ein Loch war in die Reihe der französischen Feinde gerissen worden. Viktor Amadeus erhielt die Aussicht auf das spanische Mailand eröffnet.

Mittlerweile war aber auch die polnische Frage akut geworden. Am 17. Juni 1696 starb König Johann Sobiesky. Sofort stellten sich die Parteien zu leidenschaftlichem Kampfe zusammen. Zwei polnische Armeen, die zur Dämpfung eines Aufstandes in Litthauen und zur Abwehr eines drohenden Tartarenangriffes aufgestellt waren, riefen ihre Führer zu Königen aus. Die Türken rüsteten zu neuem Einfall, der russische Zar Peter mischte sich ein, und selbst in der Königsfamilie standen Mutter und Sohn einander feindlich gegenüber. Da drangen auch an Max Emanuel die Aufforderungen, sich um die polnische Krone zu bewerben. Der Kurfürst hielt zurück, trotzdem seine Aussichten die besten waren.

Mit Frankreich stand die Königin-Witwe eben auf gespanntem Fuße. Ludwig XIV stellte daher seinen eigenen Kandidaten auf, den Prinzen von Conti. Mit ihm rangen um das gleiche Ziel außer den Söhnen Sobieskys, von denen der ältere Prinz Johann seinen thätigsten Gönner, den König Karl XI von Schweden, im entscheidenden Augenblicke verlor, der Herzog Karl von Neuburg und Markgraf Ludwig von Baden. Von dem entthronten König Jakob von England war nur anfangs obenhin die Rede. Der Neuburger trat auch hier in die Bahnen seines Vaters. Aber er war arm. Der Markgraf von Baden zählte auf die Unterstützung des Kaisers. Die blieb aus, und so trat er entrüstet zurück.

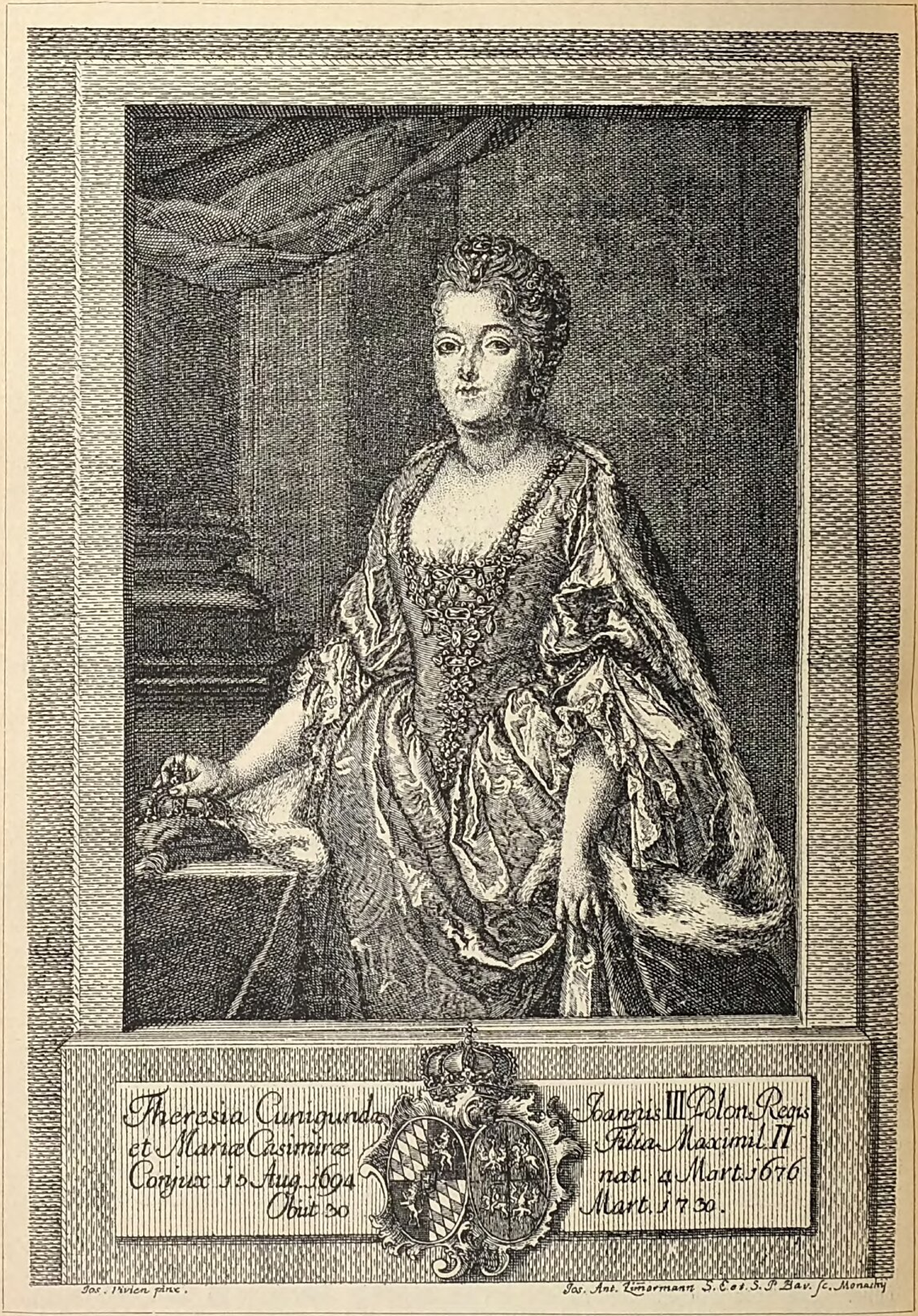
Da forderte die Königin Marie ihren Schwiegersohn auf, offen als Kronbewerber aufzutreten. Max Emanuel wies auf seine Finanzen und meinte, die Traube hänge zu hoch. Die Königin ermahnte abermals und eindringlicher. Max Emanuel hielt zurück. Conti und Jakob — das waren die beiden Gegner, welche um die Krone mit aller Erbitterung rangen. Aber die Zurückhaltung Max Emanuels gab einem andern Bewerber das Feld frei. Man erfuhr in Polen, der Kurfürst August von Sachsen sei zum Katholizismus übergetreten. Seit dem April 1694 war er seinem Bruder Johann Georg IV in der Kurwürde gefolgt. Am 2. Juni 1697 vollzog er zu Baden bei Wien den Uebertritt zur katholischen Kirche. Sein Vertrauter Flemming übernahm die Arbeit in Polen. Auf dem Wahlfelde zu Wola bei Warschau errang er am 27. Juni 1697 über seine Mitbewerber den Sieg. Als August II bestieg er den polnischen Thron.

Damit entfiel Sachsen selbstverständlich das Direktorium des Corpus Evangelicorum. Brandenburg gewann dem Reiche gegenüber freie Bahn. In Sachsen rief der Abfall des Kurfürsten vom evangelischen Bekenntnis ungemeine Aufregung hervor. Seine Gemahlin schied von ihm, seine Unterthanen suchte er durch Beschönigungen und Versicherungen zu beruhigen. Die sächsische reaktionäre Entwicklung, welche wir Schritt für Schritt verfolgten, hatte damit den Gefrierpunkt erreicht. In einem Spottgedicht, in welchem uns die damalige europäische Weltlage in Knittelversen vorgeführt wird, heißt es von Kursachsen:

„Mann Päbstlet jetzund insgemein,
Ich Päbstle mit, es tragt mir eyn.
Des Abfahls außgesetzter Lohn
Hat mir gebracht die Polnisch Cron."

Max Emanuel war damals mit ganz andern Dingen beschäftigt. Schon im Jahre 1694 hatte er den Gedanken erwogen, seinen Kurprinzen Josef Ferdinand zur Erziehung nach Madrid zu senden. Prielmayers Stimme, welche in den auswärtigen Angelegenheiten damals sicher das meiste Gewicht besaß, gab den Ausschlag. Der geheime Rat und alte Instruktor Max Emanuels, der dann auch Bayern bei den Friedensverhandlungen im Haag (1696) vertrat, war von dem Rechte Josef Ferdinands auf das spanische Erbe vollkommen überzeugt. Aber die Reise nach Madrid widerriet er aus manchen Gründen. Einer derselben läßt Bayern zu Wort kommen: „Rücksicht verdiene wohl auch Bayern, das ohnehin zu beklagen habe, daß sein Fürst nicht mehr gleich den Ahnen im alten Stammlande seinen Wohnsitz habe, das schon so viele Millionen für die im dynastischen Interesse geführten Kriege geopfert habe. Wenn man ihm nun auch den Erben des Thrones entrisse, würden die treuen Unterthanen solche Mißachtung bitter empfinden und sich dem Wunsche hingeben, es möchte lieber die ganze spanische Monarchie in Trümmer gehen." Anders werde die Sache, wenn der König von Spanien selbst den Prinzen nach Madrid rufe, denn es bedeute soviel, als förmliche Erbeinsetzung, und dafür könne man wohl hohes Spiel wagen.

Dann aber macht Prielmayer auf einen Umstand besonders aufmerksam. Man solle sich nicht einbilden, daß der Kurprinz jemals ganz Spanien als Erbe erlangen könne. Die französischen und habsburgischen Ansprüche würden auch gegen den Willen des Königs, des Adels und Volkes von Spanien nicht aufgegeben werden. Es würde Krieg kommen. Darum solle man lieber vorsichtig erwägen, was sich ohne Krieg wohl würde behaupten lassen. Die Niederlande und das Königreich Neapel hält Prielmayer



Therese Kunigunde, zweite Gemahlin Max Emanuels.

Nach dem Stich von Zimmermann.

für das sicherste. Die spanische Frage trat nun auch immer mehr für die übrigen Mächte in den Vordergrund, und so erhielt das Friedensbedürfnis eine mächtige Stärkung.

Ludwig XIV ging auch diesmal mit Einzelverhandlungen vor. Savoyen war schon gewonnen. Schweden erbot sich zur Vermittlung. Aber der Mittelpunkt der großen Koalition war nicht der Kaiser, sondern Wilhelm von Oranien, der König von England. Er wünschte für England den Frieden, aber er wollte den Frieden erzwingen, nicht erbitten. Auf Ludwigs Vorstellungen ging er ein, da sie nicht unbillig waren. Der König von Frankreich war bereit, alle Eroberungen außer Straßburgs und des Elsasses zurückzustellen und Oranien als König von England anzuerkennen. Der Kaiser hielt das nicht für genügend. Er dachte an den Tod Karls II von Spanien, und mit seinen Weiterungen verzettelte er die Rückgabe Straßburgs, für welche England einzustehen entschlossen war. Endlich kam man doch auf den Vorschlag Schwedens im Haag zusammen, und Schweden führte den Vorsitz bei den Unterhandlungen.

Am 5. April 1697 verschied Karl XI von Schweden. Er hinterließ seinem fünfzehnjährigen Sohne Karl XII ein schlagfertiges Heer und einen gefüllten Schatz, aber des gefährlichsten Parteigeistes im Innern war auch Karl XI nicht Herr geworden. Zu einem organischen Unterbau der Gesellschaft in Schweden waren kaum einige Fundamente gelegt. Der schwedische Gesandte wohnte bei Nyswyk au einem Schlosse des Oraniers. Hier wurden die Verhandlungen am 9. Mai 1697 eröffnet. Die Waffen ruhten aber während des Kongresses nicht. Am 20. September kamen die Verhandlungen mit den Generalstaaten und England zum Abschluß.

Auf die Stimmung Spaniens und die Friedensverhandlungen suchte Ludwig XIV durch energischere Führung des Krieges in Katalonien einen Druck auszuüben. Am 10. August ergab sich Barcelona an Vendôme. Da erklärte Karl II, er müsse Frieden schließen. Die Bedingungen waren für Spanien günstig genug. Ludwig gab alles zurück bis auf 82 nicht bedeutende Ortschaften. Auch den Holländern wurden alle eroberten Plätze zurückgegeben und ein günstiger Handelsvertrag gewährt. England trat in dieselben Handelsbeziehungen zu Frankreich wie vordem. Dafür verlangte Ludwig von den Generalstaaten, daß sie nicht in die Rückgabe Straßburgs dringen sollten. Das Königtum des Oraniers in England wurde anerkannt, und Ludwig gab das Versprechen, endgültig die Unterstützung der Stuarts fallen zu lassen.

Nun stand der Kaiser allein. Er mußte den Gedanken an die Restitution Straßburgs aufgeben und die Familie Fürstenberg in alle Rechte wieder einsetzen. Am 30. Oktober unterzeichnete der kaiserliche Bevollmächtigte den Frieden. Noch in derseben Nacht aber rückten die französischen Gesandten mit der Klausel heraus, daß die katholische Religion in den zurückgegebenen Gebieten erhalten werden sollte. Dagegen erhob sich am Reichstag zu Regensburg die Opposition. Aber der neue Polenkönig gab Auftrag, die Klausel zu unterzeichnen, und so folgten die andern. Der Kaiser hatte Freiburg und Breisach, das Reich Kehl und Philippsburg, Spanien, Luxemburg zurückerhalten. Schweden wurde in den Besitz von Zweibrücken, Württemberg in den von Mömpelgard wieder eingesetzt. Der Herzog von Lothringen erhielt sein Land zurück, mußte jedoch in einige Abtretungen willigen. So war äußerlich der Friede wiederhergestellt, allein wie es in jenem Spottgedicht heißt:

„Dieweil der Frid zur Mitternacht,
Zur unZeit auf die Wält gebracht,
So ist zu fördhten, das sein Scheyn
Nicht werde lang beständig sein."

Zudem war der Krieg im Osten nicht beendet. Hier hatten die kaiserlichen Waffen die Entscheidung gesucht, nicht im Westen. So verloren sie im Westen, während sie hier vollen Erfolg errangen. Am 11. September 1697 siegte Prinz Eugen bei Zentha und vernichtete fast die ganze türkische Armee. Da kam es zu Friedensunterhandlungen, welche endlich am 26. Januar 1699 zu Carlowitz ihren Abschluß fanden. Alles Land zwischen Donau und Theiß kam an Oesterreich, die Türken behielten das Banat von Temesvar, mußten aber die Festungen schleifen. An dem Frieden nahmen Teil Polen,

welches die Moldau räumte, dafür Kamienik, Podolien und die Okkupationen der Türken in der Ukraine zurückerhielt, Venedig, dem Morea und einig Plätze in Dalmatien wieder eingeräumt wurden, und Rußland. Der Friede war ein Zeichen des Niedergangs des Halbmonds in Europa.

Bei den Friedensverhandlungen in Ryswijk war man der Betrachtung der spanischen Erbfolgefrage mit äußerster Vorsicht aus dem Wege gegangen. Der Blick aller war auf die Zukunft gerichtet, und doch wagte man nicht, an diese Zukunft heranzutreten. Nachdem der Friede wiederhergestellt, trat diese Frage vor allen andern in den Vordergrund. Sofort nach dem Friedensschluß wandte sich Max Emanuel an König Ludwig um Aufschluß über seine Stellung zur spanischen Erbfrage und Unterstützung der bayerischen Ansprüche. Ludwig XIV ging dieser Aufforderung aus dem Wege, aber man blieb von französischer Seite mit dem Kurfürsten in Verbindung.

Vergegenwärtigen wir uns die Aenderung der Verhältnisse, welche die letzten Jahre gebracht hatten. Die österreichische Macht war durch die Eroberung von Ungarn und Siebenbürgens doppelt so groß geworden, als sie vordem war. Aber sie war aufs äußerste erschöpft, und vieles fehlte, daß diese Macht eine innerlich geschlossene und gesicherte gewesen wäre. Die ungarische Revolutution war zurückgedrängt, überwältigt war sie nicht.

Sachsen hatte die polnische Krone gewonnen. Es schien sich zur deutschen Vormacht im Nordosten erheben zu wollen. Aber was es hier gewann, verlor es an moralischem Kredit im Reiche infolge des Uebertritts König Augusts zur katholischen Religion. Von Kaiser und Papst befördert, lehnte es sich fürderhin an die alten Mächte der Reaktion.

Dazu trat jetzt der Moskoviterfürst, Peter von Rußland, auf den europäischen Plan. Er hatte Asow erobert, wohl die Pforte zum schwarzen Meer, aber gleichzeitig richteten sich seine Augen gegen Nordwesten, wo Schweden die Küsten der Ostsee hütete.

Die Suprematie Schwedens im Norden war gebrochen, aber eine sichere Vormachtstellung hatte doch keiner seiner Gegner erreicht. Die Verbindung Sachsens mit Polen konnte gefährlich werden. Dann hätte Schweden die Kämpfe noch einmal durchfechten müssen, welche es unter Karl X mit Polen rang.

Brandenburg hatte unter Friedrich III an Macht verloren. Die Sehnsucht nach der Königskrone beherrschte einstweilen die Gedanken des Kurfürsten und machte ihn zum Diener der habsburgischen Politik.

Holland und England wurden von einer Hand geleitet, der Hand des Franzosenfeindes Wilhelm von Oranien. Die beiden Mächte verfügten über große Mittel, ihre Flotten beherrschten das Meer, und ohne ihre Hilfe war an keine erfolgreiche Politik des Wiener Hofes gegen Frankreich zu denken. Aber der Aktionslust König Wilhelms trat der englische Parlamentarismus und die Friedensseligkeit der englischen Kaufleute dämpfend entgegen. Auch sein Wille war gebunden, „für ein persönliches Interesse oder gar für die Lösung zukünftiger Fragen konnte ein französischer Selbstherrscher die Ersparnisse und das Blut seiner Unterthanen verschwenden: die neubefestigte parlamentarische Verfassung Englands türmte solchen Ausschreitungen des fürstlichen Ehrgeizes unübersteigliche Schranken entgegen."

Aber auch in Frankreich war der Wandel eingetreten. Die Aufhebung des Edikts von Nantes war nur eine Erscheinung des einsetzenden Verfalls. In schroffem Gegensatz zu den Segnungen, wie sie die Anfänge von Ludwigs Selbstregierung verhießen, entrollten sich nun die jammervollsten Bilder der französischen Verhältnisse: Geschäftsstockung, Verarmung, Hunger, Bettel und Verzweiflung, so lautete das trostlose Ergebnis jener Untersuchungen, welche die Regierung über das Gedeihen des Landes und Volkes anstellen ließ. Eine Schuld von 730 Millionen, mit 40 Millionen jährlich zu verzinsen, hatte die Kriegsnot dem Lande auf den Nacken gelegt. Und im Gefolge dieser Mißwirtschaft rissen alle die Uebel wieder ein, welche man einst für immer beseitigt glauben durfte: Privilegien, Steuerfreiheit, Aemterkauf, Unehrlichkeit und Käuflichkeit, Sinken des Kornpreises, des Viehstandes, der Kultur, selbst der Einwohnerzahl. „Wohin der gewaltthätige Arm des französischen Staates in den beiden letzten Jahrzehnten gegriffen

hatte, da war der Verkehr ausgestorben und die Erde unfruchtbar geworden." Aber wie dies auch sein mochte, Frankreich war nicht erschöpft. Noch galt dem Volke die Autorität des rücksichtslosen Selbstherrschers, noch reichte sie hinab bis in die entlegensten Gliederungen des staatlichen Gemeinwesens, noch drangen die Klagen und Leiden der Massen nicht empor über jenen Wall, den die Gloire des Sonnenkönigtums um die Persönlichkeit des Autokraten gezogen, noch lebte in der französischen Gesellschaft der Glaube an die Richtigkeit jenes Machtspruches: l'état c'est moi.

In seiner militärischen Macht ungebrochen, unbesiegt und unangetastet war Frankreich aus dem Kriege geschieden. Demnach lag die Entscheidung über zukünftige Fragen bei ihm und den Seemächten. Kaiser und Reich kamen erst in zweiter Linie dabei in Betracht. Und nun trat Frankreich mit Oranien in die Beratung der spanischen Erbfolgefrage ein, und sofort nach Unterzeichnung des Friedenstraktats durch Spanien begab sich ein französischer Diplomat nach Madrid.

Es war nicht zu leugnen, daß der bayerische Kurprinz Josef Ferdinand der bestberechtigte Erbe des spanischen Thrones war. Auch in Frankreich sah man das ein, aber man war in Frankreich keineswegs gesonnen, das Erbe deshalb einfach fahren zu lassen, so wenig, wie man in Wien daran dachte. Dagegen war eine bayerische Erbfolge sowohl mit den besondern politischen und merkantilen Verhältnissen Englands und Hollands, wie mit der Anschauung vom „europäischen Gleichgewichte" verträglich. Zunächst gelang es König Wilhelm nicht, den Gedanken einer bourbonischen Thronfolge in Paris zu beseitigen. Wohl aber machte Ludwig, indem er an diesem Grundgedanken festhielt, anderweitig so bedeutende Zugeständnisse, daß sich England-Holland wohl hätten zufrieden geben können. Doch sobald das bayerische Erbrecht unberücksichtigt blieb, trat das habsburgische um so energischer hervor, und so forderte König Wilhelm für den Kaiser die spanischen Besitzungen in Italien. Das bedeutete Teilung der spanischen Monarchie, und damit rückte für Frankreich die weit verlockendere Aussicht einer Vergrößerung des französischen Gebietes durch spanische Provinzen in greifbare Nähe, für welche man den Gedanken an eine bourbonische Sekundogenitur in Madrid wohl aufgeben konnte.

Wir wissen, daß man in Bayern den Gedanken an Teilung ebenfalls aufgenommen hatte. Man glaubte hier nicht an die Möglichkeit eines dereinstigen ungeteilten Besitzes der spanischen Monarchie. Und Prielmayer gab, wie Heigel vermutet, zu Anfang des Jahres 1698 sein Gutachten noch einmal in dieser Sache ab. Es wird da die Frage: ob Anschluß an Frankreich oder Festhalten am Wiener Hofe, erläutert. Der Wiener Hof forderte Erneuerung des Bündnisses, zum Lohn versprach er die Unterstützung der Bewerbung des Kurfürsten um den Besitz der spanischen Niederlande. „Obwohl nun der Wiener Hof sich nicht gerade zu großmütigem Anerbieten aufgeschwungen habe, da ja das nämliche Versprechen bei der Heirat des Kurfürsten mit Leopolds Tochter unter der Bedingung des Verzichts auf die übrigen Teile der spanischen Erbschaft gegeben wurde, so habe ein Bündnis mit Oesterreich doch viele Freunde in Bayern und vor allem falle zu seinen Gunsten der Rat des Ahnherrn, Maximilians I, der in seinem Testament die Nachfolger zu engstem Anschluß an Oesterreich mahnte, in die Wagschale. Der Wert der kaiserlichen Verheißung sei aber gar problematisch, die spanische Krone werde nie freiwillig in eine Zersplitterung spanischen Gebietes einwilligen, und nach dem Tode König Karls werde Frankreich gerade den Besitz der Niederlande am eifrigsten verfechten."

Frankreich biete dagegen weit glänzenderen Lohn. Der König wolle nicht bloß auf Neapel und Sizilien verzichten, sondern dem Kurfürsten auch zum Besitz der Kaiserkrone, sowie aller zwischen Inn und Donau gelegenen Lande verhelfen. Aber „Frankreich hat allezeit die Absicht gehegt, die Kaiserkrone vel directe vel indirecte an sich zu bringen, und will höchstens, wie die Geschichte beweist, einen Schattenkaiser machen, der von Frankreichs Gnade abhängt." Die Vergrößerung Bayerns durch deutsches Gebiet wäre zwar ein dankenswerter Gewinn, aber gegen die Wegnahme von Pfalz-Neuburg, Passau u. s. w. spreche als gewichtiger Grund, daß das Recht dazu fehle. Ueberhaupt sei zu besorgen, daß durch ein Bündnis Bayerns mit Frankreich der Kurfürsteneid und „die Conscienz neben dem publico et privato sehr leiden möchten."

So verwarf Prielmayer das Bündnis mit Frankreich, aber auch mit dem Kaiser solle sich Max Emanuel nicht zu sehr einlassen. Wenn die Not es erheische, könne er immer noch Allianzen schließen. Eine ruhige neutrale Haltung sei Bayern angemessen, „in maßen eine Dame von beeden Corrivalen so lang geehrt wird, als lang sye keinem verbundten; sobald sye aber sich mit einem obligieret hat, mindert sich bey diesem gleich die estime, bey dem andern aber waxet der mepris und der Haß neben der Begierd, sich zu rechen." Einstweilen solle Bayern möglichst sparsam mit den eigenen Mitteln sein und versuchen, sich auf eigene Füße zu stellen.

Heigel läßt seine Zustimmung erkennen, daß Prielmayers vorsichtiger Rat bei dem Kurfürsten Eingang gewann. Wir sagen, eine energischere, zielbewußte Stellungnahme Max Emanuels würde das Bessere gewesen sein. Denn wenn man von seinem Rechte überzeugt ist, wartet man nicht darauf, was die zugestehen wollen, welche uns dieses Recht zu verkümmern gerade am meisten gesonnen sind. Volle Initiative an der Seite König Wilhelms von England — das wäre der Weg für Max Emanuel gewesen. Indem der Kurfürst die Initiave aufgab und sich nach Prielmaiers Rat in die Rolle einer von zwei „Corrivalen geehrten Dame" fügte, that er den ersten falschen Zug im politischen Spiel, und die Dame lief Gefahr, als herzlose, eigensüchtige Koquette schließlich, von beiden Bewerbern verlassen, sitzen zu bleiben. Die bayerische Lethargie hatte auch in diesem Falle den Ausschlag gegeben.

In Madrid stützte sich Bayern auf die Großen. Ein Zwist des Kardinals Portocarrero mit der Königin trieb auch den Kirchenfürsten auf die Seite des bayerischen Kurprinzen. Der kaiserliche Gesandte Graf Harrach mußte nach Wien berichten, die bayerischen Aussichten gestalteten sich immer günstiger. Nur die persönliche Gunst Karls II blieb den österreichischen Verwandten erhalten. In der Neigung des Volkes aber machte der französische Marquis d'Harcourt den bayerischen Sympathien bald gewaltige Konkurrenz. Mit Schmausereien, Festlichkeiten und Geld gewann er da raschen Eingang.

Ludwig XIV hatte den Gedanken an eine Teilung der spanischen Monarchie aufgenommen. Er unterhandelte darüber mit König Wilhelm seit dem Frühjahr 1698. Es war dieselbe Zeit, da Max Emanuel seinen Sohn Josef Ferdinand von München nach Brüssel berief, wo der sechsjährige frische Knabe am 24. Mai eintraf. Es war dieselbe Zeit, da der spanische Hof nach Toledo übersiedelte und dem Gafen Harrach die Augen darüber aufgingen, daß sein Kredit im Sinken war. D'Harcourt hatte das Ohr der Königin und ihrer Vertrauten, der Frau von Berlepsch, gewonnen. Aber in Toledo erholte sich der König zusehends. Er stieg wieder zu Pferde, er machte Spaziergänge, er sprach die Leute auf der Straße an, er schien völlig hergestellt. In Madrid sollte deshalb ein Freudenfest veranstaltet werden. Da plötzlich in der Nacht vom 24. Juni trat ein starker, unerwarteter Rückfall ein, Kuriere eilten nach allen Windrichtungen mit allarmierender Botschaft, und wenn sich Karl II auch abermals erholte, die Lösung der auf ganz Europa lastenden Frage mußte so oder so herbeigeführt werden.

Der aufschwellenden Gunst, welcher sich d'Harcourt zu erfreuen hatte, trat Portocarrero mit einem Gutachten des berühmtesten Rechtsgelehrten von Bologna, des Leonardo Pezoli, entgegen, welches sich vollkommen für das Recht des bayerischen Kurprinzen aussprach. Nicht lange danach aber wurde in Madrid ein zweites Dokument bekannt: Der Haager Traktat vom 11. Oktober 1698.

Die Verhandlungen Frankreichs mit den Seemächten waren zu folgendem Ergebnis gelangt: Spanien sollte nach dem kinderlosen Tode des letzten Habsburgers auf spanischem Throne geteilt werden; den größten Teil, das eigentliche Spanien, die Niederlande und beide Indien sollten dem Kurprinzen von Bayern und im Falle seines Ablebens seinem Vater, Max Emanuel, zufallen; der Dauphin sollte mit Neapel und Sizilien, der Erzherzog Karl mit Mailand abgefunden, der Widerspruch eines der Bedachten aber sollte durch gemeinsame Aktion der andern niedergekämpft werden.

Diesen Abmachungen versuchte d'Harcourt Eingang am Madrider Hofe zu verschaffen. Er erklärte Portocarrero, sein König sei bereit, auf die eigenen Ansprüche zu

Gunsten des Kurprinzen zu verzichten, nur müsse das Haus Habsburg für alle Zeiten von der Thronfolge in Spanien ausgeschlossen bleiben und dem Dauphin eine Entschädigung zugestanden werden. Diese Forderung wies der Kardinal ab. Da ließ d'Harcourt ihm eine Abschrift des Haager Traktates in die Hände spielen. Aber die Wirkung war eine andere, als er erwartet hatte. Statt von Bayern, das offenbar um jenen Teilungsplan gewußt habe, zu Frankreich überzutreten, trat der Kardinal nun um so energischer für den Kurprinzen ein. Er wollte ein königliches Testament zu seinen Gunsten. Der spanische Nationalstolz war durch die Einmischung der Westmächte verletzt. König Karl setzte in einem Testamente vom 28. November 1698 den Prinzen Josef Ferdinand zum Universalerben und Thronfolger der ganzen spanischen Monarchie ein. Auch dieses Testament sollte geheim bleiben, aber Max Emanuel zog den französischen Gesandten für England, den Grafen Tallard, ins Geheimnis und versicherte ihm, er werde trotz des Testamentes an den Bestimmungen des Teilungsvertrags festhalten.

Auf neue mit Drohungen versetzte Vorstellungen der französischen Diplomatie in Madrid gab der König von Spanien eine unzweideutige Antwort: er rief den Kurprinzen nach Spanien. So war zur Thatsache geworden, was Prielmayer einst für unwahrscheinlich hielt: dem wittelsbachischen Hause rückte eine Königskrone in greifbare Nähe. An seiner Seite stand Wilhelm von Oranien mit dem festen Entschlusse, dem „Prinzen von Asturien" die Herrschaft über den Hauptteil der spanischen Monarchie behaupten zu helfen. An der Seite Bayerns stand ferner Brandenburg, welches schon 1696 mit Max Emanuel sich geeinigt hatte, die Erbansprüche beider Häuser auf Spanien einerseits, auf Jülich-Berg andrerseits gemeinsam behaupten und ebenso beiden Häusern die Königskrone gewinnen zu wollen. Es ist bezeichnend, daß Wittelsbach dieses Zugeständnis an Brandenburg auf Kosten des eigenen Hauses machte, denn Jülich-Berg war bekanntlich im Besitz der neuburgischen Linie der Wittelsbacher. Es ist ebenso bezeichnend, daß diese erste Annäherung Wittelsbachs an Brandenburg in die Zeit fällt, da von Schweden und Neuburg aus um die Herstellung einer wittelsbachischen Hausunion zum letzten Mal vergeblich verhandelt wurde.

Da, Ende Januar 1699, erkrankte der Kurprinz, „auf den ganz Europa seine Hoffnung setzte." Am 6. Februar ist Josef Ferdinand zu Brüssel gestorben. Die Zeitgenossen suchten nach dem Giftmischer, und die Augen richteten sich nach Wien. Aber ob vergiftet oder nicht, „der Stern, welcher allen denjenigen, so sich der Größe des Hauses Oesterreich widersetzen, unglücklich ist," sagte ein kurbayerisches Manifest im Jahre 1706, „riß diesen jungen Prinzen hin." Der Ausgang zeigt uns wieder, daß das Bündnis Bayerns mit Habsburg keine Lebensfähigkeit besaß.*)

Schon an den Gerüchten, welche sich an diesen Unglücksfall knüpften und bald die Klatschsucht der Höfe erweckten, erkennen wir die Bedeutung des Ereignisses. Max Emanuel war niedergeschmettert. Anfangs wollte er auf alles verzichten. Aber Prielmayer war anderer Meinung. „Nun hat der allgewaltige Gott aus seinen ohnerforschlichen Urteilen den Zwerchstrich darin gemacht, und sehen wir allhier einander darüber an, ohnwissend, wozu wir uns determiniren sollen. Zahlte uns die Kron Spanien unsere in die Niederlande gesteckten Millionen, wollten wir alsdann wohl wieder den Rückweg in Bayern finden."

Ein Artikel des Teilungsvertrags vom Oktober 1698 hatte dem Kurfürsten Max Emanuel die Beerbung seines Sohnes eingeräumt, aber dem Wortlaut der Abkunft ge-

*) Vergiftet oder nicht vergiftet? Ich mußte diese Frage offen lassen, nicht weil meine persönliche Ueberzeugung nicht dahin ginge, Josef Ferdinand sei eines natürlichen Todes gestorben, sondern weil der historische überzeugende Beweis dafür fehlt. Heigel hat zwar in seiner interessanten Arbeit „Kurprinz Josef Ferdinand von Bayern und die spanische Erbfolge" (Quellen nnd Abhandlungen zur neueren Geschichte Bayerns) diese Frage einer genaueren Untersuchung unterzogen, aber der dort gebrachte Beweis ist den Umständen gemäß ein negativer geblieben. Die Glaubwürdigkeit der Zeugen ist als fraglich erwiesen, der Beweis ist erbracht, daß Kaiser Leopold niemals mit einem eventuellen Verbrechen in Verbindung gebracht werden könnte und frei jeder Schuld ist. Aber daraus folgt noch nicht, daß überhaupt keine Vergiftung stattgefunden hat und Josef Ferdinand eines natürlichen Todes gestorben sei. Wir können es annehmen, aber für gewiß ausgeben können wir es nicht.

mäß mußte die Thronfolge erst wirklich eingetreten sein, ehe das Erbrecht des Vaters in Rede kommen konnte. Wilhelm III versuchte, den französischen Hof für eine günstigere



Prinz Eugen.

Auslegung der Bestimmung zu gewinnen. Aber davon wollte Ludwig XIV nun nichts mehr hören. So mußte von neuem beraten und verhandelt werden. Aber ob auch im Spätherbst 1699 ein neuer Teilungsvertrag zwischen Frankreich und den Seemächten

zustande kam, der die französischen Ansprüche mit den spanischen Besitzungen in Italien befriedigen, die altspanische Monarchie nebst den katholischen Niederlanden und den Kolonien dem Sohne des Kaisers zusprechen wollte, so verließ sich doch Frankreich nicht auf diese theoretischen Abmachungen allein, sondern setzte mit seiner Diplomatie um so mehr ein, als der Kaiser mißtrauisch zurückhielt und sich über sein Wollen und Wünschen nicht aussprach.

Immer noch wirkte am Madrider Hofe der geschmeidige Marquis d'Harcourt. Er forderte nicht, er erhob keine Ansprüche, und doch immer mehr wuchs die Anschauung in Madrid, daß nur der Anschluß an Frankreich die einzige Rettung bringe. Mit gleicher Tendenz arbeitete die französische Diplomatie auch in Mailand, Neapel, Brüssel und Rom. Der Kardinal Portocarrero war nun ganz für Frankreich gewonnen. Während dieser stillen Arbeit der Franzosen überließ sich der kaiserliche Gesandte Graf Harrach einer Vertrauensseligkeit, die sich schwer rächen sollte. Noch im September schrieb er nach Wien, der König habe ihm ein Testament zu Gunsten des Erzherzogs in Aussicht gestellt. Allein Karl II war nicht mehr König. Aufstände und Teuerungen erregten die Gemüter in Madrid und schreckten den kranken Mann auf dem Throne. Und überall tauchte die Gestalt des französischen Gesandten hinter diesen Dingen auf. Endlich sah man in Wien auf. Es war zu spät. Das Volk sprach leidenschaftlich für Frankreich. Es bedrohte das Leben der Königin wie der verhaßten Deutschen. Der Papst sprach sich zu Gunsten Philipps von Anjou aus. Die Orsina hatte bei dieser Entscheidung bereits mitgewirkt. Sie war eine geborene Französin und betrieb die Politik als lukratives Geschäft. In ihrem Palaste verkehrte mit Vorliebe der Kardinal Portocarrero. Und mit ihrer Hilfe gewann er in Madrid die Oberhand.

Er entriß dem sterbenskranken König am 6. Oktober 1700 das Pergament, welches den Bourbonen Philipp von Anjou zum Universalerben der spanischen Monarchie ernannte. Am 3. November schloß Karl II die Augen. Am 10. November langte die Berufung des französischen Prinzen in Paris an, am 16. ließ Ludwig seinem Enkel von dem spanischen Botschafter huldigen und setzte alles in Bereitschaft, um König Philipp V auf den Thron der spanischen Habsburger zu führen.

„Il n'y a plus des Pyrenées," sagte Ludwig XIV stolz, als er sich von seinem nach Spanien ziehenden Enkel verabschiedete. Schon am 24. November wurde der Herzog von Anjou in Madrid als König ausgerufen, und alles brachte vor seinem Porträt die Huldigung dar. Von Erzherzog Karl war einstweilen nicht die Rede.

Man hat auf die Falschheit und Zweideutigkeit der französischen Politik, welche zu diesem Ergebnis führte, hingewiesen, aber zu gerne wird dabei übersehen, daß der Wiener Hof nicht minder zweideutig sich verhielt. Denn nicht aus Generösität und Dankbarkeit dafür, daß Max Emanuel einst Maria Antonie die Hand reichte, wurden ihm die spanischen Niederlande in Aussicht gestellt, sondern sie sollten die Entschädigung Bayerns für die in den Kriegen des Kaisers gebrachten großen Opfer bilden, und wie diese Opfer wirklich gebracht worden waren, so hätte auch die Entschädigung eine sichere und von jeden Zufällen unberührte sein müssen. Es war doch nun einmal so, daß mit Gewalt das selbständige Wachstum Bayerns nicht zu vernichten war. Jede kluge österreichische Politik hätte darum den Wünschen des Nachbars, den man weder entfernen noch entbehren konnte, auf das weiteste entgegenkommen müssen. Der Kaiser mußte unumwunden Max Emanuel mit festen Zugeständnissen auf seiner Seite zu halten suchen; sofort nach dem Tode Josef Ferdinands hätte er aus eigener Initiative diesbezügliche Vorschläge nach Brüssel und London gelangen lassen müssen. So erhielt dann König Wilhelm den Rückhalt, dessen er in dieser schwierigen Lage bedurfte. Allein der Wiener Hof hielt auf alle Anfragen Wilhelms an sich, er lehnte schließlich den Hinzutritt zu jedem Teilungsvertrage ab, d. h. er behielt sich die Hand frei in der Hoffnung auf das ganze Erbe. So mußte König Wilhelm Schritt für Schritt vor Frankreich weichen, und nun kam das Testament, welches den Bourbon zum Universalerben einsetzte, da wollte König Ludwig naturgemäß von gar keinem Zugeständnis mehr wissen, selbst von denen nicht mehr, welche er einst den handelspolitischen Interessen der Seemächte gemacht hatte. Daß es

zum Kriege kam, hat der Kaiser selbst durch seine hinhaltigen Zögerungen bewirkt, daß der Krieg ein europäischer wurde, bewirkte der vermessene Stolz des selbstvergötternden Herrschers von Frankreich. Denn ohne sichere Bürgschaften konnte die Politik der Seemächte niemals zulassen, daß Frankreich in dem Herzogtum Mailand, in Neapel und den belgischen Niederlanden seine eigenwillige Herrschaft errichtete.

In den belgischen Niederlanden hatte man ein Gerücht des Jahres 1699 freudig begrüßt, welches die Lösung Belgiens vom spanischen Staatsverbande und die selbständige Herrschaft Max Emanuels verkündigte. Jetzt tauchte das Gerücht wieder auf, daß König Philipp V die Niederlande an Ludwig XIV überlassen, dieser sie aber dem Kurfürsten von Bayern, als seinem engsten Verbündeten, übertragen werde. Aber mit Besorgnis und Unbehagen sah man in Holland auf den Aufschwung, den Belgien unter der Regierung Max Emanuels gewonnen und stetig weiternahm. Unverzüglich hatte Max Emanuel die Herrschaft Philipps V anerkannt, dabei aber die Bestellung als lebenslänglicher Statthalter in Brüssel nachgesucht. So zog der Uebergang der spanischen Krone an die Bourbonen den Kurfürsten auf die französische Seite, abgesehen davon, daß ihn die Stimmung der flandrischen Bevölkerung von der Seite Hollands und Wilhelms von England hinwegdrängte. Die holländischen Garnisonen der sogenannten Barrièrefestungen an der belgischen Westgrenze waren in Belgien als Ketzer verabscheut. Das Recht der Beobachtung der französischen Nordgrenze durch holländische Truppen beruhte auf einem Vertrag mit der spanischen Krone. Jetzt aber waren Spanien und Frankreich eins, das letztere konnte den früheren Zustand nicht länger dulden. Schon am 4. Dezember hatte Philipp V seinem Großvater die ausschließliche Leitung der belgischen Angelegenheiten übertragen. Der Marschall Boufflers unterhandelte mit Max Emanuel und seinem Bruder, dem Erzbischofe Josef Clemens von Köln, der zugleich Bischof von Lüttich war. In Paris überzeugte man sich bald, daß beide Wittelsbacher sich Frankreichs Wünschen fügen würden.

Max Emanuel erteilte den spanischen Gouverneuren der Barrièrefestungen die Weisung, den französischen Besatzungstruppen Einlaß zu gewähren, und so wurden in der Nacht vom 5. zum 6. Februar 1701 die holländischen Garnisonen von den französischen Truppen überrumpelt. Am 13. Februar kam ein französisches Schutz- und Trutzbündnis mit dem Kurfürsten von Köln, am 9. März ein gleiches mit Max Emanuel zu stande. In diesem Vertrage sicherte Frankreich dem Kurfürsten den Besitz Belgiens als erblichen Königreichs und für den Fall des Ablebens oder der Entthronung Leopolds I die Hilfe Frankreichs zur Erlangung der Kaiserkrone zu. Die alte Reichsordnung sollte in Trümmer geschlagen, Wittelsbach an die Stelle der Habsburger in Deutschland erhoben werden. Subsidiengelder von seiten Frankreichs, umfassende Rüstungen von seiten Bayerns waren weitere Hauptpunkte dieser Abmachung.

Wenn Max Emanuel später selbst versicherte, ein freigiebigeres Entgegenkommen des Kaisers würde ihn noch in zwölfter Stunde zur Neutralität bewogen haben, so sagte er damit gewiß die Wahrheit, aber der Kaiser konnte nicht mehr. Der Franzose war gesonnen, keinen Fuß breit der spanischen Erbschaft freiwillig herauszugeben, die günstige Stunde einer friedlichen Regelung war vom Kaiser versäumt worden; jetzt hätten Zusagen von seiner Seite kaum den Wert des Papiers gehabt, auf dem sie verzeichnet standen.

Am 22. Februar 1701 beschlossen die Generalstaaten die Anerkennung Philipps V. Zugleich aber forderte die Republik die Eröffnung einer Konferenz mit französischen Bevollmächtigten, und Ludwig XIV kam ihr entgegen.

Auf die Stimme Englands kam alles an. Die Besetzung Belgiens durch die Franzosen hatte da wie ein Stich ins Wespennest gewirkt. Die großen Handelsherrn fuhren aus ihrer Traumseligkeit auf. Gerüchte liefen um, Frankreich werde die spanischen Kolonien künftig der Einfuhr englischer und holländischer Waren verschließen. Auf dem Londoner Markte fiel das Thermometer bis zum Nullpunkt. Das war die Stimmung, welche König Wilhelm brauchte. Aber immer noch war Erhaltung des Friedens das letzte Ziel der Tories, deren Herrschaft verloren ging, sobald die kriegerische Stimmung der Wighs die Oberhand gewann.

Am 20. März 1701 begannen die Konferenzen zur „Erhaltung des Friedens" im Haag. Gleich in der ersten Konferenz beantragten die Seemächte unverzügliche Räumung Belgiens von französischen Truppen, für die niederländische Union ein neu verbürgtes und ausgedehntes Besatzungsrecht in Luxemburg, Charleroi, Namur, Mons und andern Plätzen, zu dem ein gleiches Besatzungsrecht für die Engländer in Nieuport und Ostende. Den holländischen und englischen Handel wollte man durch Erneuerung sämtlicher älteren Handelsverträge gesichert wissen, überhaupt sollten England und Holland künftig mindestens die gleichen Handelsvergünstigungen in Spanien genießen, wie Frankreich. Dazu kam die Forderung einer feierlichen Erklärung Spaniens und Frankreichs, welche die Verschmelzung beider Monarchien für ewige Zeiten ausschloß, und eine weitere Forderung, den Kaiser durch ein Stück spanischen Gebietes zu entschädigen. Der französische Gesandte d'Avaux wies alles zurück, nur die Handelsbeziehungen ließ er einer weitern Erörterung offen. Diesem brüsken Auftreten seines Gesandten fügte Ludwig die direkte Beleidigung des englischen Volkes hinzu, indem er auf die Forderung der Generalstaaten, den englischen Gesandten zu den Konferenzen zuzulassen, die Antwort geben ließ, er wolle ihn als stummen Beisitzer dulden. Da stimmte das englische Oberhaus für den Krieg und ermächtigte König Wilhelm zum Abschluß von Schutz- und Trutzbündnissen gegen Frankreich. Die Tories des Unterhauses hielten zurück, aber die Stimmung des Volkes in England sprach schon zu laut, als daß sie in Holland hätte überhört werden können.

Vereint forderten die Seemächte nun auch noch die Zulassung des kaiserlichen Gesandten zu den Konferenzen. D'Avaux erwiderte, der Kaiser habe nichts zu fordern. Die Seemächte hielten fest, die Konferenzen waren gesprengt. Mit der Stimmung des englischen Volkes für den Krieg siegte diese Stimmung in Europa. Es galt jetzt noch mit dem Kaiser die nötigen Vereinbarungen zu treffen.

Wir haben die langsame Loslösung Habsburgs aus seiner Stellung im Westen verfolgt; wir sahen in Spanien seine Macht fallen und sinken mit der Entartung des Geschlechts; wir sahen an der Westgrenze des Reichs eine Position nach der andern an die wachsende Macht Frankreichs übergehen, wir sahen aber auch gleichzeitig, wie im Osten die habsburgische Stellung sich immer fester und sicherer konsolidierte, wie hier der Versuch gemacht wurde, das ganze Ungarland der österreichischen Monarchie einzuverleiben. Aeußerlich konnte dieser Prozeß mit dem Jahre 1699 für vollendet gelten, und da, in dem gleichen Momente trat die letzte Entscheidung im Westen an Habsburg heran. Es läßt sich begreifen, daß eine Persönlichkeit, die wie Kaiser Leopold noch in die Zeit der religiösen Gegensätze zurückreichte, andrerseits aber ihre besten Kräfte in dem Kampfe Habsburgs gegen Osten verbrauchen mußte, den westlichen Verhältnissen gegenüber eine ungemein schwankende und unentschlossene Rolle zu spielen verurteilt war. Spanien gegenüber blieb die kaiserliche Politik von Anfang an eine halbe, unentschlossene, zweideutige, sie blieb es um so mehr, als die Persönlichkeit des Herrschers den Einflüsterungen der Jesuiten zugänglich war und blieb, als der einfache Hinweis derselben auf die Thatsache, daß Habsburg im Westen nur zum Ziele gelangen könne im Bunde mit den protestantischen Seemächten gegen das katholische Frankreich, auf den Kaiser des Eindrucks nicht verfehlte. So schob Leopold, ohnedies mit Geistesgaben und Willenskraft nur mäßig ausgestattet, die Lösung dieser Frage fortwährend hinaus, er schob sie hinaus, bis es zur friedlichen Lösung zu spät war. In Frankreich hatte die geistige Entwicklung trotz des Rückschrittes, welchen wir in der letzten Zeit feststellen mußten, doch ein festes Ergebnis erzeugt: die Religion ward zum Werkzeug der Politik. Auch den Kaiser sahen wir auf dieser abschüssigen Bahn die ersten schwankenden Schritte thun, auch er wollte die ketzerischen und rebellischen Mächte England und Holland, sofern sie sich den Interessen des Hauses Oesterreich fügten, „als Werkzeuge der göttlichen Vorsehung" betrachtet wissen, aber immer wieder riß es ihn doch von dieser Anschauung zurück, da es am Wiener Hofe Leute gab, hochgestellte und einflußreiche Leute, welche von einem neuen „Religionskrieg" faselten, welche die Gegnerschaft der Seemächte zu Frankreich nur unter diesem Gesichtspunkte zu verstehen und zu fassen vermochten, welche davon träumten, ein friedliches Abkommen Habsburgs mit Frankreich durch eine Heirat zwischen beiden Häusern

ermöglichen zu können. Da war es natürlich, daß das Mißtrauen der Seemächte gegen die kaiserliche Politik sich als Gegensatz zu dem Mißtrauen des Wiener Hofes gegen die Politik der Seemächte entwickelte. In dieser beiderseitigen negativen Haltung war die beste Zeit dahingegangen. In Wien stand man plötzlich mit dem Tode König Karls II von Spanien vor der Entscheidung.

Aber eine jüngere, vorurteilsfreiere Generation war in der Zwischenzeit emporgewachsen. Sie hatte sich in den Kriegen gegen die Türken eine festere Zuversicht geholt, sie hatte einen Führer, dessen Ruhm die Welt erfüllte, den Prinzen Eugen von Savoyen. Er trat für das unbedingte Erbrecht des kaiserlichen Hauses und für die herzhafte Aufnahme der Waffen ein. Und an seiner Seite stand Graf Johann Wenzel von Wratislaw, der Führer jener Partei, welche sich die Erwerbung der spanischen Gesamterbschaft für den Erzherzog Karl zum Ziele gesetzt hatte. Bei diesen Männern lebte der Gedanke König Wilhelms von England und des holländischen Ratspensionärs Heinsius: Kampf gegen Frankreich.

Stellten die Genannten sich mehr auf die Seite des Erzherzogs Karl, so standen an König Josefs Seite der Staatsminister Fürst Salm und Graf Kaunitz. Der junge, erst dreiundzwanzigjährige König war schon in anderer Luft emporgewachsen. Nicht an die schwerfälligen Rechtsfragen knüpfte er sein Denken, ihm war genug, daß ein Kriegsgrund gegen den alten und furchtbaren Gegner Habsburgs, gegen die Monarchie der Bourbonen vorlag. Nicht das Gesamterbe seinem Bruder zu verschaffen, war der nächste Zweck des jungen Königs, sondern die Benützung der Stimmung Europas gegen Frankreich. „Reorganisation und Aufstellung der kaiserlichen Armee, Allianzen mit dem Auslande, Anspannung der kaiserlichen Autorität dem Reichstag und den deutschen Fürsten gegenüber," das waren die Gedanken dessen, dem das Kaisertum dereinst bestimmt war. Was man von der spanischen Erbschaft an sich reißen würde, sollte man ruhig der Waffenentscheidung überlassen. Nur das Herzogtum Mailand wurde fest ins Auge gefaßt. Und da trafen die Gedanken der Salm und Kaunitz wieder mit denen Eugens zusammen.

Trotzdem dauerte es noch geraume Zeit, bis diese Anschauungen sich durchzuarbeiten vermochten. Die alten Politiker, die Harrach, Mansfeld, Selaburg lagen dem Kaiser in den Ohren, die Jesuiten standen hinter ihnen; in Wien, Paris und Rom arbeiteten sie auf eine Sonderabkunft zwischen den streitenden Dynastien hin. Das Stuartsche und katholische Interesse fand in ihnen die energischsten Vertreter, sie fürchteten die Erfolge des Kaisers an der Seite der Seemächte, da sie mehr als andern gerade den protestantischen Elementen in Europa Vorteil versprachen. So schleppten sich die Beratungen langsam fort. Am 2. August 1701 boten die Seemächte die Defensiv- und Offensivallianz gegen Frankreich an. „Falls Ludwig dem Erzhaus Oesterreich die genügende Gebietsentschädigung und den Seemächten die hinreichenden Bürgschaften versage, wollten die Verbündeten alle Kräfte aufwenden, um aus der spanischen Erbschaftsmasse für den Kaiser: Mailand, Neapel, Sizilien, die toskanischen Küstenplätze und die katholischen Niederlande zu erobern. Sich selbst behielten England und Holland die Erwerbung der transatlantischen Kolonien Spaniens, vor und sie verlangten von Leopold ausdrückliche Gutheißung solcher Eroberungen." Noch einmal ein Wortgetöse um die österreichische „Gesamterbschaft", noch einmal ein Sturmlauf der Jesuiten zu Gunsten des unveränderlich katholischen Charakters von spanisch Amerika — dann begnügt man sich. Auf Grund der letzten Vorschläge der Seemächte wurde am 7. September 1701 die „große Allianz" im Haag unterzeichnet.

Aber weit entfernt, daß man von dieser theoretischen Einigung nun auch zur praktischen gelangt wäre. Noch war kein gemeinsamer Aktionsplan entworfen, und doch war der Krieg schon da und dort entbrannt. In Mailand bedurfte es keiner Kriegserklärung des Kaisers, da es dort ein freigewordenes Reichslehen zurückzufordern galt. So hatte Prinz Eugen das unmöglich Scheinende geleistet. Die Alpenpässe waren von den Franzosen besetzt. Eugen führte sein Heer über die Berge. Dreißigtausend Mann mit Gepäck, Pferden und Geschützen — sie standen auf italienischem Boden, als die Franzosen noch

den Angriff im Thale der Etsch erwarteten. Catinat, der alte erfahrene Stratege, sah sich von dem Genius des Savoyers überflügelt. Ende Juni überbrückte Eugen den Po und schien sich gegen Mittelitalien wenden zu wollen. Dann kehrte er um, warf den General Teassé bei Carpi und überschritt Ende Juli den Mincio, gegen den Oglio, die Grenze des Mailänder Gebietes, vorrückend. Mailand schien verloren. Da ward Villeroi hinabgesendet, dem kühnen Feldherrn des Kaisers entgegenzutreten. Er versuchte es, wurde aber bei Chiari am 2. September mit blutigem Kopfe heimgeschickt. Eugen breitete sich in Oberitalien aus, bezog die Winterquartiere dort, in der Nacht des 1. Februar 1702 holte ein Ueberfall der Kaiserlichen den Marschall Villeroi aus Cremona als Kriegsgefangenen heraus. Vendôme trat an seine Stelle.

Und nun kamen die Harrach und die sonstigen „Kriegskundigen" am Kaiserhofe und forderten von dem Sieger die Eroberung Neapels. Eugen lehnte diese Abenteurerei ab. Vergebens war all sein Drängen, die Hofschranzen zu nachhaltiger energischer Thätigkeit, zur Unterstützung und Erhaltung seines arg verkommenen und am Nötigsten Mangel leidenden Heeres zu bringen. Das ging den Herren gegen die Natur, sie konnten nur reden und schreiben und diplomatisieren und politisieren. Damit schienen alle Erfolge in Italien wieder in Frage gestellt.

Wie hier an den Ufern des Po, so umtoste der Waffenlärm auch schon die Gestade des Rheins. Wir müssen darauf hinweisen, daß der neue König von Spanien, Philipp V, ein Neffe der beiden wittelsbachischen Brüder von Bayern und Köln war. Man hatte sich dieser Verwandtschaft wieder erinnert. Wir müssen ferner bedenken, daß die beiden Wittelsbacher von einer Stellungnahme auf kaiserlicher Seite nicht nur keinen Vorteil, sondern nur erneuten Einsatz und Verlust der eigenen Kräfte zu erwarten hatten, daß sowohl die Stellung Max Emanuels seinem Lande und mehr noch diejenige Josef Clemens' seiner Erzdiözese gegenüber infolge der auf beiden lastenden Schuldenmassen eine äußerst schwierige geworden war. Und nun kam Frankreich und baute ihnen eine goldene Brücke. Alles, was sie wünschen konnten, wurde den Wittelsbachern zugesagt. Die Thatsache, daß Frankreich einst, als ganz Europa ihm den Krieg erklärte, sich diesem Europa gegenüber als Sieger behauptet hatte, rechtfertigte den Schluß Max Emanuels, daß ein im Besitze Spaniens und seiner Hilfsmittel befindliches Frankreich noch weit mehr imstande sein würde, jeden Angriff von sich abzuwehren, und Max Emanuel war zu oberflächlich, um den Unterschied des ehemaligen Frankreichs und des damaligen erfassen zu können. „Wie die bayerische Dauphine kommen," schrieb Elisabeth Charlotte, „hat der schöne Hof schon angefangen in Decadence zu gehen: denn es war der Anfang von der Maintenon-Regierung, die hat alles verdorben, von demselben Augenblick ist alles in Decadence gegangen." Den Verfall Frankreichs sahen die Brüder der Dauphine nicht, und so suchte Josef Clemens gegen das Domkapitel, welches den Kaiser auf seiner Seite hatte, Hilfe bei Frankreich. Am 13. Februar 1701 war der Vertrag zwischen Köln und Versailles zustande gekommen. Frankreich garantierte dem Kurfürsten den Besitz und die Integrität des Kurstaates für alle Fälle. Der Rückhalt, den der Kaiser dem Domkapitel gab, erbitterte den Kurfürsten nur noch mehr. Er rüstete auf eigene Faust, als ihm die Landstände jeden außerordentlichen Kredit versagten. Zu Anfang November 1701 empfing der Kurfürst den Zuzug französischer Hilfsvölker. Sie besetzten Lüttich, Rheinberg und Kaiserswert. Von der andern Seite rückten holländische, pfälzische und brandenburgische Truppen in den Kurstaat, und die Holländer besetzten auf die Aufforderung des Domkapitels hin die Hauptstadt Köln. Die französischen nannten sich „burgundische Kreistruppen"; ihre Gegner, die Holländer, kamen ebenfalls als „Kreisbundestruppen" den kölnischen Landständen zu Hilfe. So waren die Fremden auf deutschen Boden gekommen und begannen den Krieg, ehe daß der Krieg erklärt worden war. Die deutsche Verfassung hatte den Weg dazu geebnet.

Dem Abschuß der großen Allianz hatte Ludwig XIV sofort mit wuchtigen Gegenschlägen geantwortet. Er verbot die Einfuhr englischer Manufakturen und Minenprodukte, er stellte die französische Monopolisierung des Handels mit Amerika und Spanien in Aussicht, er erkannte am 16. September 1701 am Sterbebette Jakobs II den Prinzen

Jakob Stuart als König Jakob III an. Dieser Eingriff in die innern Angelegenheiten Englands entfachte den nationalen Haß der Briten zu mächtiger Wallung. Eben hatte das Parlament die protestantische Nachfolge in England zu Gunsten der Prinzessin Anna, der Tochter Jakobs II und Schwester Marias, der verstorbenen Gemahlin Wilhelms von Oranien, geregelt. Die Arbeit Wilhelms war gesichert. Mit dieser beruhigenden Aussicht ist der dritte Wilhelm von Oranien am 19. März 1702 gestorben.

Den Freund der neuen Königin, Lord Marlborough, hatte Wilhelm III noch als Vollstrecker seines politischen Vermächtnisses bezeichnet, und Anna willfahrte freudig dem Winke, indem sie John Churchill, den Grafen zu Marlborough, zum Oberkommandeur aller englischen Truppen ernannte. In seiner Gemahlin, der ehrgeizigen und geistreichen Sarah Jennings, an der er mit romantischer Neigung hing, besaß Marlborough den besten Anwalt am Hofe. Sie war die intimste Freundin der Königin. Es blieb die englische Politik in den Bahnen, welche Wilhelm III ihr vorgezeichnet.' Jubelnder Beifall erscholl, als der Herold am 15. Mai 1702 die Kriegserklärung gegen Frankreich in den Straßen Londons verkündigte.



König Karl XII von Schweden. Nach einem seltenen Kupferstich.

Marlborough war sofort nach den Niederlanden aufgebrochen, um die Generalstaaten an Englands Seite festzuhalten. Der Ratspensionär Heinsius, der vertrauteste Ratgeber Wilhelms III, saß am Steuer des holländischen Staatsschiffes. Und so kam die Einigung rasch zustande. Aber während sich die westeuropäischen Kulturmächte vollkommen in ihre augenblicklichen Interessen vergruben, zog im Nordosten ein furchtbares Gewitter herauf und beleuchtete mit grellen Blitzen den Untergang des wittelsbachischen Zweiges auf dem schwedischen Thron.

Auf einer Bärenjagd erhielt der junge König von Schweden die Nachricht, daß die Sachsen gegen Riga heranzögen. Sofort eilte er nach Stockholm, und während die meisten den Kopf verloren hatten, erhob er sich plötzlich und sagte: „Ich werde niemals einen ungerechten Krieg führen, dagegen einen mir aufgezwungenen nur durch die Niederwerfung meiner Feinde beenden." Schon im Mai 1700 segelte er von Stockholm ab. Kopenhagen war das erste Ziel. Er erreichte es, und ohne Zaudern fügte sich der Dänenkönig zum Frieden. England und Holland hatten mit knapper Not den dänischen Staat den gewaltigen Griffen des Schwedenkönigs im August 1700 entrissen. (Friede von Travendal).



König Karl XII in der Schlacht bei Narwa. 1700.

Nach dem Gemälde von Hauschild.

Aber noch stand die polnisch-russische Allianz. Sofort wandte Karl XII nun gegen den Zaren die Waffen. Bei Narwa kam es zur Schlacht (20. November 1700), in welcher schwedische Kriegskunst und die Kühnheit des jungen Heldenkönigs den glänzendsten Sieg erfochten. Aber Karl verfolgte den Sieg nicht. Ohne den Zaren zum Frieden zu zwingen, senkte er das Schwert nun gegen den dritten Feind, den ihm verhaßten Polenkönig. Diesen vom Throne zu stürzen war Karls XII brennendes Verlangen. Und in Polen verbiß sich seine Politik. „Ein Entschluß von weltgeschichtlicher Bedeutung war gefallen," sagt Noorden, „Rußland gewann Muße, um seine Kriegsbereitschaft zu vervollkommnen, um während des schwedisch-polnischen Zweikampfes zur Ostsee vorzustoßen und endlich, entweder ein geschwächtes Polen, oder ein entkräftetes Schweden, vielleicht sogar beide Nachbarmächte zarischer Staatskunst zu beugen." So war ein unabsehbares Kriegsfeuer entbrannt. Es war die Frage, ob die Entscheidung, welche im Westen bevorstand, hier im Nordosten herbeigeführt, ob dieses jähe Aufblitzen der alten Kulturgegensätze die Lethargie und egoistische Interessenpolitik des Westens durchbrechen und ihm die Erinnerung an seine erste und letzte Aufgabe, Erhalter und Mehrer der Menschenkultur zu sein, wachrufen würde?

Holland und England erfaßten den Gedanken, das Kriegsfeuer zuvor hier zu ersticken, Frankreich drängte sich an Schweden, aber der Kaiser versagte seine Mitwirkung. So blieb die Thatsache bestehen: der „russische Barbar", wie Peter so gerne hochnasig bezeichnet wurde, blieb der wirkliche und einzige Kulturförderer im Nordosten. Er suchte den Funken aus dem Steine herauszuschlagen, der kalt und versagend vor ihm lag. Er forderte von Westen die Berücksichtigung seines Landes und Volkes, als die einstige spendende Kraft des Westens ihre Thätigkeit einzustellen Miene machte. Den nordischen Krieg zu isolieren, war der letzte ohnmächtige Gedanke der westlichen Schuldiplomaten. So wurde das Schicksal Schwedens entschieden. In furchtbarem Ringen mußte seine von den Kulturmächten des Westens abermals im Stich gelassene Kraft in den endlosen Steppen Rußlands verbluten.

Bald nach der Ueberrumpelung der holländischen Garnisonen war Max Emanuel in sein Stammland geeilt und hatte dort die Rüstung begonnen. Aber wie hoch auch seine ehrgeizigen Pläne wuchsen, in Wirklichkeit war er nicht nur von Habsburg und Kurbrandenburg, sondern auch von Kursachsen, den Welfen und selbst seinen pfälzischen Verwandten weit überflügelt worden. Nur im Bunde mit Frankreich schien sich die Aussicht zu bieten, Bayerns Wachstum zu erhalten und in neue ertragreiche Bahnen zu leiten. Und wie nun Max Emanuel auf den süddeutschen Kreistagen und dem Reichstage selbst gegen den Kaiser arbeitete, so arbeitete Frankreich für ihn. „Eben war die französische Krone auf dem Wege, diesem eifrigen Verbündeten die spanische Cession der belgischen Provinzen zu verschaffen." Dann wies sie den Kurfürsten auf die Eroberung der pfalz-neuburgischen und der kurpfälzischen Gebiete hin, die Königskrone sollte dem Fürsten dieses größten süddeutschen Zukunftsstaates zu teil werden. Dafür verpflichtete sich Max Emanuel zu fortgesetzten Angriffen gegen Habsburg mit einem Heere von 25000 Mann.

Allein die Anstrengungen des Kurfürsten nach der andern Seite blieben erfolglos. Am 22. März 1702 traten die österreichisch-schwäbisch-fränkischen Kreise und die Reichsstände von Ober- und Kurrhein im Nördlinger Vertrag dem großen Bündnisse bei. Doch wenn auch hier den französischen Fortschritten ein Ziel gesetzt wurde, so erlangten die Franzosen umgekehrt in Belgien und Spanien immer mehr die Fülle der Gewalt, gleichzeitig hielten sie die italienischen Fürsten im Schach, und selbst der Papst nahm eine für Frankreich keineswegs ungünstige Haltung an, wenn er auch zunächst nur an die Neutralität Mittelitaliens unter päpstlicher Führung dachte.

Gegen Osten hielt man sich in Wien vollkommen gesichert. Aber in Ungarn und Siebenbürgen war der alte Brand noch keineswegs erstickt, wenn auch die Pforte aus ihrer alten Offensivstellung hinausgeworfen war. Die Vergewaltigung des ungarischen Königreiches durch die österreichischen Beamten und Truppen empörte nicht allein mehr den Adel, sondern auch den Bauernstand, und schon wartete in Polen Franz Rakoczy II

auf den Augenblick, da die Revolution in seinem siebenbürgischen Heimatlande zum Ausbruch kommen würde. Frankreich stellte sich hinter diesen Mann und rechnete schon mit Max Emanuel auf den Vorschub, den eine ungarisch-siebenbürgische Revolution den antikaiserlichen Waffen bringen müsse. Alles in allem hatte Frankreich bei Beginn des großen Krieges im Jahre 1702 keineswegs schlechte Aussichten, und Ludwig XIV durfte dieser europäischen Allianz mit „getrostem Mute" gegenübertreten.

Im Frühjahr 1702 rückte eine französische Armee unter Boufflers zum Angriff gegen Holland vor. Aber Boufflers' Vorstoß litt an Unentschiedenheit. Wohl fiel ihm das linke Rheinufer von Bonn bis Xanten zu, zu einem direkten Stoß in feindliches Gebiet aber kam es nicht. Da erschien am 30. Juni der Herzog von Marlborough am Niederrhein und übernahm den Oberbefehl über die Verbündeten. Er drängte entschlossen zur Offensive. In Holland aber dachte man nur an die Defensive. Trotzdem gelang es Marlborough, den Gegner in die Defensive zu werfen. Im Spätherbst beherrschte er den Maasstrom von Huy bis zum Meere. Lüttich fiel, und nur die Festung Bonn trennte noch die Waffen der Kaiserlichen am Mittelrhein von der Verbindung mit der niederländischen Bundesarmee.

Im Reiche war der Markgraf Ludwig von Baden zum kaiserlichen Generalissimus ernannt worden. Während eine Kriegspartei am Wiener Hofe für kühne Offensive gegen Frankreich vom Oberrhein her eintrat, wollte Ludwig von Baden davon nichts wissen. Defensive schien ihm bei der militärischen Verfassung des Reichs als das einzig Mögliche und Erfolgreiche. Auch hier kam den Kaiserlichen die Unfähigkeit und Unentschlossenheit der französischen Heerführer zu statten. Huxelles und Catinat standen da an der Spitze. Catinat beschränkte sich auf die Deckung des Elsasses und ließ die Festung Landau im Stich. Der Graf von Villars wurde abgesandt, das fortwährende Zurückweichen der Franzosen aufzuhalten und die Offensive zu ergreifen. Doch ehe es noch zur Aktion kam, fiel Landau am 9. September den Kaiserlichen zu. Die Franzosen waren nicht zur Offensive gekommen, wohl aber Max Emanuel, und sein Vorgehen änderte mit einem Schlage den ganzen Kriegsplan.

Der Kaiser hatte versucht, Max Emanuel auf seiner Seite festzuhalten. Er hatte ihm die belgische Statthalterschaft auf Lebenszeit, die Juwelen Maria Antoniens, eine Summe von 400000 Gulden, eine Bürgschaft für eine spanische Schuld von drei Millionen und verschiedene persönliche Auszeichnungen angeboten. Nach der Nördlinger Abkunft Süddeutschlands vom 22. März 1702 waren diese Versuche abermals aufgenommen worden. Wir rufen uns die allgemeine Lage ins Gedächtnis zurück. Es handelte sich um die Existenz Bayerns als selbständige Macht, um seine fernere Entwicklung, oder aber um Angliederung Bayerns an das österreichische Staatsgebiet. Die letztere durchzusetzen, war die Gewalt Habsburgs nicht groß genug, und doch war Habsburg-Oesterreich durch ein feindliches Bayern auf allen Wegen gehindert. Also nicht mit Gewalt, die man nicht hatte, sondern durch Verhandlung und Vertrag mußte man das Ziel zu erreichen suchen. Und da wäre es wieder notwendig gewesen, daß man den Kurfürsten nicht mit vagen Versprechungen, sondern mit festen und runden Anerbietungen, deren Verwirklichung sich sofort vollziehen ließ, entgegengekommen wäre, man mußte ferner der Entwicklung Bayerns, die zu vernichten man nun einmal die Macht nicht hatte, keinerlei Hindernis in den Weg legen, sondern ihr auf alle Weise Vorschub leisten. So hätte man den starken Gegner zu einem stärkeren Freunde gewonnen. Aber an alles dachte man in Wien, nur daran nicht. Man warf der Geldbedürftigkeit und Ehrgier des Kurfürsten einige Brocken hin, dem Vertreter des bayerischen Landes aber versagte man so gut wie alles.

Da machte England einen Vermittlungsvorschlag. Aus der spanischen Erbschaft sollte dem Kurfürsten die sizilische Krone überwiesen, das Bayerland dagegen von Oesterreich eingetauscht werden. In Wien nahm man den Vorschlag an. Im August 1702 war man der Verwirklichung dieses Planes nahe. Die Kuriere flogen zwischen Wien und München hin und her. Da ergriff das alte Zagen die Wiener Diplomaten wieder, und alles fiel ins Wasser. Die festen und stetig vermehrten Zusagen Ludwigs XIV



Belagerung von Ulm durch die Bayern im Jahre 1704.

behielten in München die Oberhand, dazu gesellten sich nationale Kundgebungen gegen das traurige Handelsgeschäft der Dynasten, und Max Emanuel warf die Maske ab.

Am 10. September brachte ein Kurier dem Regensburger Reichstag die Nachricht, daß bayerische Truppen in Eilmärschen gegen Westen rückten. Am Mittag folgte ein zweiter Bote und verkündete, Ulm, des Reiches Festung, sei in die Gewalt der Bayern gefallen. Max Emanuel hatte die Offensive ergriffen. Ganz Südwestdeutschland lag offen vor ihm. Am 28. September 1702 beschloß der Reichstag den Reichskrieg gegen Frankreich und seine Verbündeten.

Jetzt handelte es sich darum, daß Frankreich dem Kurfürsten so rasch als möglich die Hand reichte. Villars überschritt am 14. Oktober im Angesichte Ludwigs von Baden bei Neuenburg den Rhein. Der Markgraf warf sich ihm bei Friedlingen entgegen; seine Kräfte reichten nicht aus; er wurde zurückgeschlagen. Zu weiterer Aktion kam es nicht, da Max Emanuel einen weitern Vorstoß gegen Nordwesten nicht hatte ermöglichen können. Villars ging über den Rhein zurück. Im nächsten Frühjahr sollte der kombinierte Angriff ausgeführt werden.

Immer drückender gestaltete sich die Lage des Kaisers, immer gährender schwoll um Oesterreichs Grenzen der Aufruhr. In Ungarn wuchs die Revolte. Sie fand ihren Rückhalt in Polen, bei Franz Rakoczy, bei Ludwig XIV, und schon suchte auch Max Emanuel Fühlung mit der ungarischen Revolution zu gewinnen. In Wien horchte man auf. Der römische König, die Gesandten Hollands, Englands und Preußens bestürmten den Kaiser, durch umfassende Bewilligungen den Insurgenten das Schwert aus der Hand zu winden. Prinz Eugen drängte zu energischer Strenge. So blieb der Kaiser unentschlossen, weder für den einen noch für den andern Weg konnte er sich entscheiden, und der Aufstand wuchs.

Dazu kamen die furchtbarsten Finanzverlegenheiten. Alle Hilfe der Seemächte war wie ein Tropfen auf einen heißen Stein. Man sah keine positiven Erfolge aus dieser Hilfe erwachsen, alle Zufuhr blieb in der verrosteten Verwaltungsmaschine hängen. Der österreichische Staatsbankerott stand dicht vor der Thür. Und als nun auch endlich Graf Gundacker von Starhemberg die Leitung des Finanzwesens erhielt, als Prinz Eugen zum Präsidenten des Hofkriegsrates ernannt wurde, war doch nicht in einem Tage gut zu machen, was alle die Jahre her verschleudert und versäumt worden war.

So trat man in das neue Kriegsjahr 1703.

Eine Verbindung der französischen Truppen am Oberrhein mit den kurfürstlich bayerischen Stellungen gegen Schwaben, Franken und Oesterreich ob der Enns, vielleicht sogar die Verschmelzung der deutschen, italienischen und ungarischen Offensive zu einem einheitlichen Stoße auf Wien: das war der leitende Gedanke des französischen Kriegsrates geworden. Da waren der Graf Tallard und der Marschall Villars, welche vom Rhein her diesen Gedanken zu verwirklichen suchen sollten.

Und noch einmal hatte der Kaiser im Winter 1702/3 versucht, durch Verhandlungen den Kurfürsten von Bayern von dem Bunde mit Frankreich abzuziehen. Es war keine Vereinbarung möglich. Je karger der Kaiser wurde, um so höher schraubte Max Emanuel seine Forderungen. Neue Verhandlungen hatte er als unfruchtbar zurückgewiesen. (Februar 1703.) Schon hatte der Feldzug begonnen.

Villars stieß gegen die Stellung des Markgrafen von Baden bei Offenburg vor, dann wandte er sich Ende Februar zur Belagerung Kehls. Am 10. März erlag die Festung. Für Mitte Mai hatte Villars seine Vereinigung mit Max Emanuel vereinbart. Am 26. April brach er von Offenburg auf. Das Kinzigthal hinauf zu den Kämmen des Schwarzwaldes ging der Weg. Das Wagestück gelang, und zwölf Tage nach seinem Aufbruch vereinigte sich Villars mit dem Kurfürsten zu Riedlingen an der Donau.

Die Lage Max Emanuels war keineswegs eine günstige gewesen. Stand er auch in fester Position, so drängten doch seit dem Februar österreichische Heerkörper von Inn und Donau, von Tirol und Schwaben her auf ihn ein, aber persönlich war Max Emanuel der überlegenere Feldherr, die kaiserlichen Generale Schlick, Styrum, Gronsfeldt und Gschwindt vermochten nichts Nachhaltiges gegen ihn auszurichten. Am 7. April



Graf Arco opfert sich auf dem Zuge nach Tirol für seinen Fürsten 1703.

Nach dem Gemälde von Martin.

war es ihm sogar gelungen, Brücke und Stadtthor von Regensburg zu besetzen. Und bald darauf kam die Nachricht von dem Anmarsche Villars'. Jetzt hieß es Entschluß fassen, wohin zuerst sich wenden.

Drei Möglichkeiten lagen vor: Unterwerfung Schwabens und Frankens, Angriff auf Tirol und Vereinigung mit Vendome in Oberitalien, dann gemeinsamer Marsch gegen Osten, oder aber die kühnste Offensive sofort gegen Osten, gegen die kaiserlichen Erblande. Villars faßte den letzten Plan ins Auge. Max Emanuel stimmte bei, sprang aber wieder ab, und schließlich entschloß er sich zur Eroberung Tirols. Lähmend und hemmend wirkte schon jetzt auf die Operationen des franco-bavarischen Heeres der Zwiespalt zwischen dem anmaßenden französischen Heerführer und dem von einem überflüssigen Fürstendünkel besessenen bayerischen Kurfürsten. Lähmend wirkte ferner die Verschiedenheit der Grundanschauung beider Verbündeten, von denen Villars nur in der Niederwerfung des Gegners einen wirklichen Erfolg sah, während sich Max Emanuels Sorge zuerst auf den Schutz seines Erblandes richtete. Jener war nur französischer General, dieser aber in erster Linie Landesherr. Villars bezog eine Stellung zwischen Ulm und Donauwörth, indeß der Kurfürst gegen Tirol aufbrach.

In raschem Anlauf bemächtigte sich Max Emanuel der Festung Kufstein, dann weiter den Inn hinauf gegen Innsbruck und den Brenner zur Vereinigung mit Vendome. Aber Vendome kam zu spät. Schon brannte das ganze Land. Die Tiroler traten unter die Waffen, der Volkskrieg brach los. „Von Fürsten und Regierungen noch unterschätzt, oder gänzlich geleugnet, warf in den großen Kriegen jener Epoche gegenwärtig zum erstenmal das Freiheitsbewußtsein der Völker seine entfesselten Kräfte in den Gang der Ereignisse." Max Emanuel mußte zurück. Unter tapferer und einsichtiger Gegenwehr leitete der Kurfürst den Abzug. Aber die große Angriffslinie Ludwigs XIV vom Po bis zur böhmischen Grenze war zerrissen.

Gleichzeitig hatte Ludwig von Baden seinen Zug gegen die Donau angetreten. Die Stellung zu behaupten, welche man einmal eingenommen, galt es jetzt für Villars und Max Emanuel, und so ließ letzterer am 28. August Regensburg besetzen. Ein gleichzeitiger Anschlag auf Augsburg aber schlug fehl. Anfangs September besetzte Ludwig von Baden diese Stadt; er schnitt den Kurfürsten damit von seinem Stammlande ab und drängte das französische Heer von der Iller gegen die Donau zurück. Der feindliche Einfall in Bayern stand bevor, um so mehr, als nun auch General Styrum mit 18000 Mann zur Vereinigung mit dem Reichsfeldherrn auf dem linken Donauufer heranrückte. Villars drohte die Umzingelung, da der mit 60000 Mann am Oberrhein stehende Marschall Tallard keine Miene machte, seinem Waffengenossen zu Hilfe zu kommen. Diese Eifersüchteleien und die klägliche Mißgunst unter den französischen Generalen kennzeichneten sie als halbwüchsige Epigonen einer größeren Zeit, zeigen deutlich den geistigen und materiellen Verfall des einst so blendenden Zeitalters Ludwigs XIV. Doch Villars schlug sich heraus. Benachrichtigt, daß Styrum Anstalten treffe, die Donau zu überschreiten, brach er am 19. September mit Max Emanuel auf und überfiel das Heer Styrums in der Donauebene bei Höchstädt. Der Sieg fiel den beiden zu, das Korps Styrums wurde unter bedeutendem Verluste auf Nördlingen zurückgetrieben.

Villars beabsichtigte die Verfolgung des Feindes in Franken, Max Emanuel aber wollte den Angriff auf den Markgrafen, um von seinem Lande die immer noch drohende Gefahr eines Einfalls fernzuhalten. Ein Vorstoß gegen Augsburg mißglückte. Da legte Graf Villars, der einsah, daß die befangenen Gesichtspunkte Max Emanuels alle Erfolge illusorisch machen würden, das Kommando nieder. Graf Marsin trat an seine Stelle. Aber auch er brachte den Kurfürsten nicht mehr zu einer herzhaften Initiative. Ungehindert konnte der Markgraf von Baden seine centrale Stellung bei Augsburg verlassen und sich in den Winkel zwischen Bodensee und Iller zurückziehen.

Wohl bemächtigte sich Max Emanuel nun doch der Stadt Augsburg, wohl trieb auch Tallard am Speyerbach ein Ersatzkorps der Alliierten auseinander (15. November), wohl fiel darauf Landau den Franzosen wieder zu, wie ihnen am 6. September Altbreisach erlegen war; wohl gelang es dem Kurfürsten noch am 1. Januar 1704, Einlaß

in Passau zu gewinnen, aber wirklich entscheidende Erfolge waren nach allen Seiten verscherzt worden. Man mußte im neuen Jahre fast von der gleichen Grundlage den Feldzug beginnen, wie im abgelaufenen.

Indessen hatte sich doch auch die Stellung des Wiener Hofes nach allen Seiten verschlechtert. Franz Rakoczy hatte den ungarischen Aufstand entfesselt. Er dachte an eine Erhebung Max Emanuels zum Könige von Ungarn. Prinz Eugen fürchtete von einem gleichzeitigen Angriff von Osten und Westen das Schlimmste für Wien. So versuchte er, die Ungarn zu beruhigen. Diese wiesen Unterhandlungen nicht ab, aber sie forderten den Schiedsspruch und die Garantie der Seemächte, und das wies man in Wien stolz zurück. General Heister wurde beauftragt, den Aufstand mit allen Schrecken niederzuwerfen. Er begann die Arbeit, kam aber nicht weit damit, denn das Vorgehen dieses fanatischen Wüterichs aus der Jesuitenschule trieb die noch Schwankenden und Unentschlossenen nun auch unter die Fahnen der Insurgenten. Da kamen die Seemächte auf den Gedanken, sich des Kurfürsten von der Pfalz, des Schwagers Leopolds in Wien als Vermittler zu bedienen. Aber auch Johann Wilhelm richtete nichts aus. Die Jesuiten wiesen den Kaiser auf die Kirchenschätze. Man griff zu, aber bei dieser Geschäftsordnung und Geschäftsführung verschwanden auch diese Hilfsmittel, ohne daß der Zweck, zu dem man sie nahm, erreicht worden wäre. Sollte Oesterreich gerettet werden, so mußte der Retter von außen nahen. Und er nahte.

Prinz Eugen und der Herzog von Marlborough waren beide der Ueberzeugung, daß ein Ende des Krieges nicht abzusehen, wenn man denselben nicht nach einheitlichem großem Plane aufzunehmen vermöchte. Beide waren aber auch durch ihre politische Stellung auf Erfolge angewiesen, Marlborough dem englischen Parlamente und den holländischen Verbündeten gegenüber, Eugen jener alten Wiener Hofpartei, welche immer noch mit den Jesuiten an Ausgleich mit Frankreich dachte. Und so begegneten sich die beiden Feldherrn auf halbem Wege. Schon lange suchte Marlborough der lähmenden Einsprache der holländischen Feldbeputierten ledig zu werden, und Prinz Eugen erkannte die Niederwerfung Max Emanuels als unumgängliche Grundlage zu weiteren Erfolgen. Er machte Marlborough einen dahin zielenden Vorschlag: gemeinsame Operation gegen Max Emanuel. Und Marlborough nahm den Gedanken an, mußte ihn aber vor den zaghaften Verbündeten geheimhalten.

Bis zum Anfang April 1704 war man in Wien und London mit den Vereinbarungen fertig. Marlborough setzte den Generalstaaten gegenüber die Forderung durch, einen Teil des englisch-holländischen Heeres von der Maas und Schelde ablösen zu dürfen. Er sprach von einer Expedition an die Mosel. Alles kam nun darauf an, daß sich der Markgraf Ludwig im Felde behauptete und Max Emanuel jede weitere Verstärkung abschnitt. Das gelang dem Markgrafen nicht. Am 13. Mai ging Tallard bei Breisach über den Rhein und überschritt den Schwarzwald. Er erreichte die Verbindung mit Max Emanuel, gab seine Rekruten ab und zog wieder über den Schwarzwald zurück.

Ende Mai brach Marlborough auf. Am 3. Juni stand er bereits auf dem rechten Ufer des Neckars, und erst jetzt erkannte man in Paris die Absicht dieses Zuges. Auf der Straße nach Ulm rückte er in Eilmärschen vor. Am 12. Juni fand die Zusammenkunft Marlboroughs mit Eugen und dem Markgrafen von Baden in Großheppach statt. Während Eugen die Verteidigung der Bühler Linien gegen die französische Rheinarmee übernahm, vereinigten sich Marlboroughs Truppen am 22. Juni mit dem Markgrafen. Die Frankobavaren waren indeß an Zahl auch dieser vereinigten Armee noch gewachsen. Ueber Donauwörth wollte Marlborough den Krieg direkt nach Bayern tragen und den Kurfürsten durch methodische Verwüstung seines Landes vielleicht zur Unterwerfung zwingen. Ungesäumt ging er ans Werk. Aber auch Max Emanuel hatte sich vorgesehen. Der Schellenberg vor den Thoren Donauwörths war neu befestigt worden, und 10 000 Mann bayerischer Kerntruppen sollten die Verteidigung des bedrohten Punktes übernehmen. Nach siebenstündigem Marsch erschien am 2. Juli nachmittags das feindliche Heer vor dem Schellenberg. Noch arbeitete man an den Schanzen, und so ordnete Marlborough sofort den Angriff an, bevor jene vollends fertiggestellt, bevor weitere Hilfe vom Kur-

fürsten angekommen sei. Arco, der bayerische Befehlshaber, mußte weichen. Wild wälzten sich die Geschlagenen gegen Donauwörth, die englische Reiterei hinterher, und die Stadt fiel in die Gewalt des Gegners. Während der Kurfürst sein Lager bei Lauingen abbrach und sich eilig auf Augsburg warf, drang Marlborough über den Lech verheerend in Bayern ein.

Die Verhandlungen mit Max Emanuel waren eigentlich niemals ganz abgebrochen worden. Im Winter 1703/4 hatte Friedrich I von Preußen den Versuch einer Vermittlung gemacht. Im März war dieser Versuch erneuert worden. Max Emanuel sprach nicht von Neapel, wohl aber von Mailand. Dazu aber wollte er den dauernden Besitz der eroberten Reichsstädte und zur Verbindung Bayerns mit Italien einen Streifen österreichischen Gebietes. Tirol sollte ihm bis zur Verwirklichung dieser Bedingungen als Faustpfand überlassen bleiben. Die Unterhandlungen hatten keinen Erfolg. Jetzt nach dem Siege am Schellenberg knüpfte man von Wien aus neue Verhandlungen mit dem Kurfürsten an. Das alte Angebot einer Entschädigung durch die Markgrafschaft Burgau und das pfälzische Herzogtum Neuburg wurde wiederholt. Aber Max Emanuel hatte den Blick für das Erreichbare und Nützliche verloren. Wie verlockend stellten sich neben dieses karge Angebot die Verheißungen Frankreichs, die bisher fort und fort gewachsen waren und jetzt ganz Belgien nebst Geldern und Limburg, dazu die Vergrößerung aus kurpfälzischem Gebiet, dazu nun noch die ansehnlichsten schwäbischen Reichsstädte und alles Land zwischen den Tiroler Bergen und der Donau, zwischen Lech und Iller umfaßten. Aber in der Kurfürstin, in den Landständen, in dem bayerischen Hofstaate besaß der Wiener Hof mächtige Verbündete. Und schon hatte sich Max Emanuel zur Unterzeichnung des Vertrags bis zum 15. Juli verpflichtet, als die Kunde kam, der Marschall Tallard nahe mit 35000 Mann, und weitere Verstärkung stehe in nächster Aussicht. Da brach Max Emanuel ab, er brach seine Zusage, er setzte das Schicksal Bayerns auf eine Karte. Im Felde sollte die Entscheidung gesucht werden. Und die Entscheidung fiel.



Herzog Johannes von Malbourough, Fürst von Mindelheim.

Im französisch-bayerischen Lager glaubte man nicht an die Möglichkeit eines entschiedenen Angriffs. Aber Eugen war gleichzeitig mit Tallard zur Donau aufgebrochen und er gab nun mit seiner Entschiedenheit dem entschlossenen Willen Marlboroughs über

die zaghafte Hin- und Herzieherei des Markgrafen von Baden das Uebergewicht. Doch noch war die Vereinigung ihrer Truppenkörper nicht erreicht, und eine herzhafte Offensive gegen den heranmarschierenden Prinzen Eugen hätte diesen der Vernichtung preisgegeben, bevor es Marlborough gelingen konnte, ihm Hilfe zu bringen. Alles kam auf die Ausnützung der wenigen Tage an. Und in diesen wenigen Tagen kam man im französisch-bayerischen Lager nicht zu einer entschlossenen Meinung. Max Emanuel hatte zu sofortigem Angriff gedrängt. Die französischen Marschälle meinten, man solle sich auf die Defensive beschränken. Es handle sich ja nur darum, die Gegner zu keinem Erfolge kommen zu lassen. Die Politik sprach hinein, und so verstrich die Zeit. Am 11. August vereinigte sich Marlborough mit Eugen, am 12. sondierten sie die Stellung des Gegners und trafen ihre Vorkehrungen, am 13. kam es zur Schlacht in der Donauebene bei Höchstädt und Blindheim.

Das Schlachtfeld ist eine schmale Ebene, südlich von der Donau, nördlich von Anhöhen begrenzt und von Bächen durchschnitten. Der bedeutendste derselben ist der Nebelbach. Im Osten desselben entwickelten Marlborough und Eugen ihre Kampfreihen. Beim ersten Morgengrauen wurde die feindliche Aufstellung von den beiden Heerführern noch einmal rekognosziert, doch hinderte der dichte Nebel an deutlicher Wahrnehmung. Um 7 Uhr brach die Sonne durch und enthüllte den Frankobavaren die in vollem Anmarsch befindlichen feindlichen Kolonnen. Erst jetzt glaubte man an den Angriff, und erst jetzt begann man in übereilter Hast die eigene Aufstellung zu ordnen.

Die Stellung des französisch-bayerischen Heeres war eine überaus günstige. Als Schlüsselpunkt derselben betrachtete Tallard das Dorf Blindheim und dahinein legte er das Gros der französischen Infanterie. Der Gegner sollte an dem Uebergange über den Nebelbach gehindert werden. Dazu aber war die gänzliche Zurückziehung des französischen Fußvolkes vom Westufer des Baches nicht geeignet. Man hätte die Uferböschung selbst als erste Defensivlinie besetzen müssen.

Marlborough nahm den rechten Flügel des Feindes auf sich, Prinz Eugen den linken, wo Max Emanuel kommandierte. Hier lehnte sich die bayerische Schlachtordnung an die Anhöhen, wo die Artillerie ihre Position nahm und die feindliche Flanke bedrohte, dann an die Dörfer Lutzingen und Oberglauheim. Eugen hatte hier mit unzulänglicher Truppenmacht des durchfurchten Terrains wegen die allerschwerste Arbeit. Erst nach Mittag gelangte er in die wirkliche Gefechtslinie. Nun wogte der Kampf auf der ganzen Linie bis fünf Uhr. Dreimal ward der Angriff Marlboroughs auf Blindheim zurückgeschlagen. Ebenso fruchtlos blieben die Massenopfer Eugens auf dem rechten Flügel. Der Kurfürst hatte außer seiner günstigen Position den Vorteil einer genauen Kenntnis des Terrains auf seiner Seite. Um fünf Uhr trat infolge der allgemeinen Erschöpfung eine Pause ein. Dieselbe wurde von Marlborough zur Aenderung seiner Aufstellung benützt, über deren Bedeutung sich der Gegner erst im letzten Augenblicke klar wurde. Nicht gegen Blindheim warf er sich mehr, sondern gegen das von Tallard bei weitem nicht genügend bedachte Centrum der feindlichen Aufstellung. Und hier gelang endlich bei sinkendem Abend der Durchbruch, es gelang darauf sofort auch der dritte Anlauf Eugens auf den linken Flügel. Nur um Blindheim wogte noch der Kampf. Die Artillerie fuhr gegen den Ort zusammen. Marlborough ließ Unterhandlungen anknüpfen. Französische Offiziere ließen sich hinausführen, um sich von der Aussichtslosigkeit des weiteren Kampfes zu überzeugen. Dann kapitulierte Blindheim. Ungefähr 9000 Franzosen streckten die Waffen und ergaben sich kriegsgefangen.

Die siegreiche Schlacht bei Höchstädt und Blindheim rettete Oesterreich und verhütete den Zusammenbruch des Reichs. Es war die erste Niederlage, welche ein französisches Heer seit den Jahren Ludwigs XIV in offenem Felde erlitten. Der moralische Einfluß des 13. August war darum ein ungeheuer großer. Bei Höchstädt brach die französische Suprematie in Trümmer. Der Kaisertraum des bayerischen Kurfürsten war verflogen. Das Bündnis Oesterreichs mit den Seemächten wurde durch diesen gemeinsamen Waffengang befestigt. Aber ein kaiserlicher Sieg war dieser Sieg nicht. Engländer, Holländer und Preußen hatten das beste gethan, aus eigener kaiserlicher Macht war der Sieg

nicht emporgewachsen, darum kam er dieser Macht auch nur teilweise zugute. Frankreich hatte eine Niederlage erlitten, und diese Thatsache wirkte ernüchternd auf seine Bundesgenossen. Indirekt waren auch die Ungarn hier geschlagen worden. „Die Unglückspost ließ jede Hoffnung auf Vereinigung mit dem Kurfürsten von Bayern schwinden," wird in den Memoiren Rakoczy's versichert, „nur diese Hoffnung aber hatte mich ermutigt, mich in den Krieg, dessen Schwierigkeiten ich richtig vorausgesehen hatte, einzulassen." In Spanien fielen zahlreiche Granden zur Sache der Habsburger ab. In Rom und Neapel wirkte die Botschaft lähmend auf die Fortschritte der Franzosen. Die zentrale Angriffsstellung, welche Frankreich bisher eingenommen hatte, war in der Mitte zerrissen.

Auf Lauingen hatte sich die geschlagene Armee zurückgezogen. Max Emanuel war es, der den Rückzug leitete und in die Verwirrung allmählig Ordnung zurückbrachte. Gelassene Ruhe und feste Selbstbeherrschung drangen nun in der Unglückszeit in diesem Fürsten empor. „In der Nacht vom 13. zum 14. August und in den Tagen, welche dem unseligen Kampfe bei Höchstädt folgten, offenbarte sich, daß, in größere Verhältnisse gestellt, dieser Wittelsbacher Großes gewirkt haben würde." (Noorden.)

Die Sieger waren des Glaubens, eine zweite Entscheidung suchen zu müssen, denn die eigenen großen Verluste ließen den gewonnenen Sieg keineswegs als vollkommen erscheinen. Sie riefen daher den Markgrafen von Baden von der Belagerung Ingolstadts ab. Er folgte unwillig dem Rufe, und erst jetzt, nach sieben Tagen, schickten sich die Verbündeten zum Aufbruch gegen Westen an. Bei Ulm hatte sich die geschlagene Armee die erste Rast gegönnt. Hier, auf die Festung gestützt, beabsichtigte der Kurfürst, den Verbündeten noch einmal die Spitze zu bieten. Es war keineswegs aussichtslos, daß man hier das Unglück des Höchstädter Tages einigermaßen hätte ausgleichen können. Aber da kämpfte Max Emanuel gegen einen unsichtbaren Feind: die Mutlosigkeit der französischen Offiziere war nun ebenso tief gesunken, als ihre Selbstüberhebung vorher hochgeschwollen war. Wie man mit dem Heere glücklich durch den Schwarzwald komme, das war der einzige Gedanke, dessen diese Herren noch fähig waren. Und hinter dieser Kopflosigkeit stand das Gebot Ludwigs XIV. Sofort nach der Kunde von der Niederlage erging an Marsin der Befehl, unverzüglich den Rückzug anzutreten. Doch entsprechend diesem Befehle gab der König seinem unglücklichen Verbündeten die freie Wahl seines Entschlusses zurück. Es stand bei Max Emanuel, sich dem Kaiser zu unterwerfen oder aber an Frankreichs Seite auszuharren. Für den letzteren Fall bestätigte Ludwig dem Kurfürsten alle früheren Abmachungen noch einmal ausdrücklich und übertrug ihm die Stellung als Feldherr und Statthalter in den Niederlanden. Und Max Emanuel hielt aus. Er gab sein Stammland preis, um an Frankreichs Seite um den Wiedergewinn des Verlorenen weiter zu kämpfen. Bayern hatte diesen Entschluß seines Fürsten zu büßen.

Wer sich die langen Kämpfe zwischen Habsburg und Wittelsbach in der Erinnerung vorführt, wer sich vergegenwärtigt, wie diese dynastischen Gegensätze die Entwicklung des Bayernstammes an ihrer Wurzel trafen, wer zurückblickt, wie Bayerns Emporkommen durch Habsburg, Oesterreichs Stellung durch Bayern fortwährend bedroht und behindert wurde, der wird den radikalen Entschluß, den man nun am Wiener Hofe faßte, Bayern zu einer österreichischen Provinz zu machen, begreiflich finden. Es war nur die eine Frage, ob man dazu jetzt die rechten Mittel, ob man den erfolgreichen Weg finden würde?

Die Kurfürstin hatte zuerst den Entschluß gefaßt, mit ihrem Gemahl und ihren Kindern außer Landes zu gehen. Die Besetzung der Illerlinie durch die Kaiserlichen verhinderte die Zusammenkunft beider Gatten in Memmingen. So übertrug Max Emanuel seiner Gemahlin die Regentschaft in Bayern (17. August). Er erwartete, daß man am Wiener Hofe der Tochter Sobieskys mit Schonung begegnen werde. Therese Kunigunde versuchte dem Wunsche des Gatten nachzukommen. Und es war keineswegs ausgeschlossen, dem Gegner auch jetzt noch Bedingungen abzugewinnen, welche einen leidlichen Zustand des getroffenen Landes für die nächsten Jahre verbürgt hätten. Denn die ersten Gerüchte über die begehrlichen Absichten des Wiener Hofes waren in deutschen reichs-

fürstlichen Kreisen den unverhohlensten Aeußerungen lebhafter Entrüstung begegnet. Die härtesten Worte fielen namentlich am Berliner Hofe, auf dessen Gefälligkeit die Seemächte sich gegenwärtig in der immer schwieriger sich verwickelnden nordischen Kriegsfrage, wie auch bei ihren eigenen Kriegsbereitungen angewiesen sahen.

Noch setzten die Besatzungen der uneroberten bayerischen Festungen den Krieg gegen die Kaiserlichen auf eigene Faust fort, und schon die ersten Maßnahmen Oesterreichs sowohl im Felde wie in der Unterhandlung hatten eine tiefe, immer weiter fressende Gährung in der kurbayerischen Bevölkerung wachgerufen. Was die Tiroler kürzlich selbstthätig vollbracht, indem sie ihr Land von fremden Unterdrückern säuberten, es hätte sich gleicherweise hier ins Werk setzen lassen, und dann wäre es bei den allwärts um Oesterreichs Grenzen drohenden Gefahren noch die Frage gewesen, wie weit die österreichischen Pläne und ob sie sich überhaupt verwirklichen ließen. Alle Maßregeln und Forderungen der Kurfürstin aber, welche eine möglichst starke Defensive bezweckten, begegneten bei den privilegierten Ständen dem hartnäckigsten Widerstand. Da wollte man nur Rettung, und diese Rettung hieß in diesen Kreisen Unterwerfung. Statt dem eigenen Mute und der opferwilligen Kraft des Volkes zu vertrauen, ergab man sich lieber der Diskretion des Siegers, einer Diskretion, welche man ihrem Wesen nach kennen zu lernen bereits genügende Gelegenheit gehabt hatte. Denn „mit schonungsloser Habgier und unwürdiger Grausamkeit hatten österreichische Kommissäre und Soldaten in dem eroberten Kurlande zu hausen begonnen. In hastigem Raube galt es mit dem Wohlstande Bayerns die tiefen Abgründe der kaiserlichen Schatzkammer und die leeren Taschen der kaiserlichen Bevollmächtigten zu füllen.“ Und gegen solches Vorgehen entschlossen sich die Vertreter des Landes zu einer mannhaften Gegenwehr — mit Worten und zu dem Gelübde, in München der heiligen Dreifaltigkeit betreffs Abwehr weiterer Not eine Kirche zu bauen.

So jedes Rückhaltes und jeder Aussicht beraubt — denn die Aussicht auf die Erhebung und Bewaffnung des Volkes war der damaligen Diplomatie noch nicht aufgegangen — schloß die Kurfürstin am 7. November 1704 den sogenannten Ilbesheimer Vertrag mit König Josef, demgemäß die Kurfürstin ganz Bayern bis auf das Rentamt München den Oesterreichern zu überlassen, alle Festungen auszuliefern, alle Truppen zu entwaffnen und zu entlassen verspach. Außerdem sollten die aus Tirol entführten Kunstschätze zurückgestellt, die Münchener Festungswerke geschleift und das gesamte noch in Bayern befindliche Kriegsmaterial dem Gegner herausgegeben werden.

„Nicht von Zeitgenossen, sondern erst von späteren Historikern sind ihrer Haltung wegen Bayerns Adel und Klerus des ‚Verrates‘ bezichtigt worden.“ Heigel nimmt die privilegierten Stände gegen diesen Vorwurf in Schutz, muß aber doch den Kleinmut und Egoismus derselben zugestehen, und wenn wir ein späteres Schreiben des Kurfürsten vom 16. Februar 1715 aus St. Cloud in Betracht ziehen, gewinnen wir einen Maßstab für die Beurteilung, wie weit dieser Egoismus einzelner Privilegierten sich damals verstiegen. Der Kurfürst teilte da mit, daß er die Ausschaffung der Juden beschlossen habe, aus Eifer für die Religion und um die Unterthanen von sichtbarem Schaden zu befreien. Ferner aber sollte angezeigt werden, wie viele Landgüter während seiner Abwesenheit in geistliche Hände gefallen, „unter Vorbehalt der dazu erforderlichen landesherrlichen Consense, bis zum näheren Bericht: ob nicht hiedurch dem Adel oder gemeinen Mann ein empfindlicher Schaden zugestanden.“ Wer die allegemeine Unglückslage zu seinem Vorteil ausgebeutet, ist damit wohl genugsam angedeutet, abgesehen davon, daß es auch unter dem Adel nicht wenige gab, welche durch Willfährigkeit und Unterwürfigkeit ihr Geschäft bei den neuen Herrn zu machen sich bestrebten.

Der Vertrag mit der Kurfürstin war geschlossen, aber ausgeführt und beobachtet wurde er nicht, weder von österreichischer noch von bayerischer Seite. Schon gab Kaiser Leopold den Befehl, Prinz Eugen solle um jeden Preis die Kriegsflamme in Bayern ersticken, nötigenfalls sich sogar der kurfürstlichen Familie bemächtigen. Schon schrieb im Januar 1705 ein kaiserlicher Beamter an Prinz Eugen, die Kaiserlichen seien in Bayern einer „sizilianischen Vesper“ ausgesetzt. Immer stärker wuchs die Besorgnis, daß ein allgemeiner Aufstand beabsichtigt werde und die Fäden einer Verschwörung in Brüssel

und München zusammenliefen. Mit diesen Anschlägen hat man später die Gefangennehmung der kurfürstlichen Kinder zu rechtfertigen gesucht. Heigel macht wahrscheinlich, daß das kurfürstliche Paar um solche Agitation wußte; jedenfalls aber glaubte man auf österreichischer Seite an das Einverständnis desselben mit den Agitatoren. Und so dürfte die Nachricht Wagners, die Kurfürstin habe München verlassen, weil sie nicht in Verdacht kommen wollte, als habe sie das Komplott gegen den Kaiser angestiftet oder gebilligt, nicht gar so unwahrscheinlich erscheinen. Es hat wohl bei dem Entschlusse der Fürstin, München zu verlassen, das Gefühl einer steigenden persönlichen Unsicherheit mitgewirkt, wenn nicht den Ausschlag gegeben. Im Februar 1705 verließ Therese Kunigunde plötzlich die Residenz und reiste, um mit ihrer Mutter zusammenzutreffen, nach Venedig. Die Kurfürstin hatte Pässe von dem in Bayern kommandierenden General Gronsfeldt erhalten, aber der Kaiser weigerte die Approbation derselben, wohl ein Zeichen, daß man in Wien die zugesagte freie Bewegung nicht mehr gestatten wollte, daß man entschlossen war, die Kurfürstin in München als Gefangene zu behalten.

In der gleichen Zeit war man in Wien in die Absichten der Bayerischen tiefer eingedrungen. Der kurbayerische Kammerrat und Zeugamtskommissär Baron Lier und der Kammerdirektor Neusönner wurden in Haft genommen wegen dringenden Verdachts, daß der Kurfürst den offenen Bruch des Ilbesheimer Vertrags angeordnet und feindliche Anschäge gegen kaiserliches Recht und Interesse geleitet habe. So sei man, um einen gefährlichen Herd von Intriguen gegen das Kaiserhaus zu zerstören, genötigt gewesen, „den Mißbrauch des Besitzes und Genießung des Rentamts München, wo solche böse consilia geschmiedet und der abgedankte geferliche Soldat seinen Aufenthalt und underschlaipf gefundten, zu entziehen.“ Und der Kaiser hielt sich denn auch für berechtigt, den Ilbesheimer Vertrag gänzlich außer Kraft zu setzen. General Gronsfeldt erhielt den Befehl, sich der Stadt München durch einen heimlichen Ueberfall zu bemächtigen. Nach Einnahme der Stadt sollte sich der General der Prinzen „mit aller Höflichkeit versichern, doch gleichwohlen mit wachsamem Auge beobachten.“ Am 15. Mai wurde der Befehl ausgeführt, am 16. die Stadt übergeben. Der bisher in Landshut residierende kaiserliche Administrator Graf Löwenstein siedelte nach München über und nahm in der Maxburg Residenz. Die Remonstrationen der Kurfürstin Therese wurden abgewiesen, ja, als sie selbst nach München zurückkehren wollte, wurde ihr an der tirolischen Grenze bedeutet, es könne ihr nicht mehr gestattet werden, in Bayern Wohnsitz zu nehmen. Prinz Eugen erwiderte ihr rund, infolge der bayerischen Anschläge auf das kaiserliche Regiment habe der Ilbesheimer Vertrag alle Rechtskraft verloren. So war ganz Bayern in der Gewalt Oesterreichs. Die bayerischen Beamten und die Landstände wurden nach München gerufen, um dem Kaiser im Rathaussaale zu huldigen.

Schon am 28. April 1705 hatte Kaiser Leopold seinem Sohne Josef die Regierung übergeben. Am 5. Mai schied er aus dem Leben. An die Fülle staatsmännischer Aufgaben, die im Laufe des letzten Menschenalters gerade den österreichischen Staatslenkern zugewachsen, hatte weder die Auffassungsgabe noch die Thatkraft des alternden Kaisers herangereicht, sagt Noorden. Denn nicht im Verteidigungswerk Deutschlands gegen Osten, sondern als ein Keil deutschen Angriffs war die bayerische Ostmark einst in das magyarische und slavische Donauland hineingetrieben worden. Diesen natürlichen Beruf hatte man in Oesterreich eine lange Zeit vergessen, und erst jetzt nach den Siegen eines Starhemberg und Eugen war für ein abermaliges Einsetzen deutscher Kulturarbeit und deutschen Staatsgebotes der Boden geebnet. Es war keine Unmöglichkeit, die Verdeutschung sämtlicher dem Erzhause unterworfenen fremdnationalen Gebiete noch jetzt ins Werk zu setzen, denn nicht eine höhere Kultur, nicht ein besseres staatliches Gebilde, nicht ein durch Schule und Bildung, Sprache und nationale Litteratur gefestigter nationaler Geist stellte sich in der ungarischen Opposition der deutschen Herrschaft entgegen, sondern die träge Macht der Gewohnheit, der barbarische Dünkel des magyarischen Vollblutadels, die asiatische Rechtsgewohnheit und Räuberromantik des magyarischen „Volkes“. Aber die seit dem Carlowitzer Frieden gemachten Versuche zur Befestigung der deutschen Herrschaft waren wieder zu lauter Mißgriffen geworden. Weder ein planmäßiges noch ein



Kaiser Josef I.

zivilisatorisches Bewußtsein hatte das Wirken der österreichischen Diplomaten und Feldherrn beseelt. „In den deutschen Provinzen waren keine neuen Kräfte geweckt und in den östlichen Kernlanden waren die eingezogenen Freiheitsrechte durch keine gesetzgeberische Kulturspende vergütet worden. Alle bisherigen Maßnahmen hatten auf augenblickliche Füllung des Staatsschatzes, auf zeitweilige Verpflegung des kaiserlichen Heeres, auf Bereicherung deutscher Militär- und Civilvögte gezielt." So schien es, als ob man nicht die vorhandenen fremden Lebenselemente zu einem höheren Kulturleben zu erheben, sondern als ob man ihre numerische Ueberzahl durch die bloße Heranziehung einer größeren Zahl deutscher Elemente zu erdrücken beabsichtigte. Zu diesem Zwecke schien man nun die Angliederung Bayerns an Oesterreich erstreben zu wollen, nachdem man erfahren, daß die nationale Kraft des Ostens nicht ausreichte, dem vereinigten Bayernstamme erfolgreich zu widerstreben.

Da erfolgte der Thronwechsel in Wien. Der junge Kaiser war in andrer Sphäre erwachsen, als die Voreltern, anderer Blutmischung entstammte er. Die Pfälzerin hatte ihm ein rascheres und lebensmutigeres Temperament in die Wiege gelegt, und in die Lebensanschauung dieses Habsburgers warf der Geist selbstquälerischen Trübsinns, der von der spanischen Ahnin her das Haus der Erzherzöge von Oesterreich durchwandert, keine Schatten. So kam ein frischer Zug in die kaiserliche Verwaltung. Eine unübersteigliche Schranke schien sich zwischen dem Sohne und den abgenutzten Räten seines Vaters emporgethan zu haben. Nur an den Prinzen Eugen schloß er sich aufs engste an. Toleranz in religiösen Dingen, kräftigste Anteilnahme am Kriege gegen Frankreich, das waren die beiden Gesichtspunkte, welche Josef für seine innere und äußere Politik zunächst aufstellte. Der bisherige Einfluß der Jesuiten sank im Kabinette sofort. Gott gebe ihm gute Räte, schrieb der holländische Gesandte wenige Tage nach Josefs Erhebung, und es ist wahrscheinlich, daß dieser Kaiser das Andenken an einen der vollkommensten Fürsten zurücklassen wird. Auf sämtlichen Gebieten des öffentlichen Lebens bekundeten alsbald Kaiser Josefs I Anfänge wenigstens die Absicht der Reform. Es war die Frage, wie weit Zeit und Verhältnisse und eigene Energie ihm gestatten würden, dieselbe durchzuführen.

Josef I dachte sehr hoch von seiner kaiserlichen Würde und war weit entfernt davon, sie nur als ehrwürdigen Titel aufzufassen. Binnen kurzem wurde man da und dort an den deutschen Fürstenhöfen gewahr, daß die kaiserlichen Beamten einen barschen und befehlenden Ton anschlugen. Alle Reichsstände wurden zur Erfüllung ihrer Pflichten strengstens aufgefordert. Reichskammergericht und Reichshofrat erlaubten sich eine Sprache, die bei Fürsten und Kurfürsten in gleichem Maße anstieß. Man hoffte und fürchtete, daß der Kaiser Bayern als Reichsmacht gänzlich beseitigen, daß er die „Theaterkönige" von Brandenburg und Sachsen absetzen und dann die Aufhebung des westfälischen Friedens dekretieren werde.

So wurde die Lage Bayerns durch den Thronwechsel in Wien nur schlimmer, nicht besser. Schon im November 1705 berechneten die Landstände den Kriegsschaden nach Millionen, dazu kamen neue höchste Forderungen. Im Rentamt Straubing lagen bereits 13 Gerichte am Boden, das Rentamt Burghausen war ausgeplündert und ausgebrannt; im Rentamt München wurden die Kriegsschäden allein in elf Aemtern auf 1 944 000 Gulden, im Rentamt Landshut auf zwei Millionen veranschlagt. Ziehen wir nur die offiziellen Zahlen in Betracht, welche die Kaiserlichen an Kontributionen forderten, ohne Rücksicht auf die Schäden, welche Brand und Verwüstung, Raub und Plünderung der Bevölkerung zufügten, so starren uns für die Jahre 1705 und 1706 die Forderungen in der Höhe von fast 6 Millionen Gulden entgegen. Ehe es aber zu diesen geschäftsmäßigen Aufstellungen kam, war bereits im Jahre 1704 eine Erpressungswirtschaft insceniert worden, welche die Brandschatzungen als den ganzen Wohlstand Bayerns ungemein erschütternde Maßregeln erscheinen lassen. Doch wer wollte heute die Handlungen der einzelnen Mitglieder einer unbezahlten raubgierigen Soldateska noch kontrollieren, wer hat damals sich die Mühe genommen, die lauten Klagen und all den Jammer der Geschädigten zu verzeichnen.

So war denn die Mißstimmung gegen die fremden Unterdrücker zum höchsten Grade gewachsen. Sie kam zum Ausbruch, als sich im Spätherbst 1705 das Gerücht verbreitete, der Kaiser beabsichtige, die Prinzen als Gefangene aus Bayern zu entführen. Der Druck am eigenen Leibe, der neue Befehl, daß in Bayern die Rekrutierung der kaiserlichen Regimenter zum Feldzug gegen Frankreich in Italien und gegen die Insurgenten in Ungarn durchgeführt werden sollte, brachten die bisher dumpf wogende Verzweiflung zum sprühenden Ausbruch. Das allgemeine Unglück des Volkes wuchs mit demjenigen seines Herrscherhauses zusammen, und zum erstenmal rang sich ein bayerisches Volksbewußtsein zum Leben empor, als nun im November und Dezember die Bauern und Bürger des Ober- und Unterlandes zu den Waffen eilten, um sich des fremden Joches zu entledigen. Und wenn es noch eines Beweises bedarf, wie sehr die alte Landesvertretung abgewirtschaftet hatte, so mag der Hinweis genügen, daß die privilegierten Stände auch jetzt die Verbindung mit der lebendigen Regung der Volksseele nicht zu finden vermochten, sondern sich, im Dämmerlichte der Zweideutigkeit verharrend, von den Insurgenten ängstlich fern hielten.

„Lieber bayerisch sterben, als in des Kaisers Unfug verderben!" wurde nun plötzlich das Stichwort in Niederbayern, und vor dem Walde rollte es sein Echo zurück ins Gebirge. Fünfhundert Bauern bei Neunburg und Rötz unter dem Pfarrer von Oberviechtach, Florian Müller, Edlen von Altammerthal, machten den Anfang. Ihr Beispiel zündete an der Schwarzach und Vils, am Inn, an der Isar und Donau. Die verborgenen Waffen wurden hervorgeholt, und wo solche fehlten, wurden die Handwerkszeuge zu Waffen. Frühere Offiziere, unter ihnen Gauthier und Maier, der Student Meindl, der Gerichtsschreiber Plinganser, der Münchener Weinwirt Jäger, der ehemalige Kürassierwachtmeister Hofmann und viele andere brave Männer stellten sich an die Spitze. Bald zählte das Heer der Landesverteidiger an 30000 Mann. Aber es fehlte an einheitlicher Leitung, denn scheu hielten die oberen Stände zurück, und die Berufenen ließen die herzhaften gequälten Leute schmählich im Stich. Trotzdem schritt die Bewegung siegreich fort. Ortenburg, Burghausen, Braunau, dann Schärding, Cham und Vilshofen mußten kapitulieren. Der österreichische Oberst Wendt wurde von den Insurgenten geschlagen. Eine Vermittlung, welche mehrere vom Adel versuchten, führte nur zu einem kurzen Waffenstillstand, aber die Verzögerung brach der Bewegung die Stoßkraft.

Schon griff der Aufstand nach München hinein, und die Isarwinkler setzten sich in Bewegung zur Eroberung der Residenz. Von Tölz, Lenggries, Benediktbeuren und Kochel, von Miesbach und Schliersee, von Reigersbeuren, Dietramszell, Tegernsee und Weyarn, von Aibling, Holzkirchen, Gemund, Valley und Starnberg und von manchen andern Orten eilten die Rotten streitbarer Männer zusammen, um in der Weihnachtsnacht den Münchener Landesverteidigern die Hand zu reichen. Hier erwartete man ebenso die Ankunft der Rotten aus Dachau, Weilheim, Erding, Grafing und Haag, man erwartete ferner die nahende Hilfe der Unterländer. Schäftlarn war Versammlungsort der Oberländer. An 3000 Streiter zählte das Heer. Am 24. Dezember 1705 marschierte man nach Bayerbrunn. Aber der Anschlag wurde verraten. Der Pflegerichter Johann Josef Öttlinger von Starnberg, ein Verwandter des Münchener Bürgermeisters Vacchiery, eilte voraus und warnte den Fürsten von Löwenstein. Bedenkliche Nachrichten liefen bei den Insurgenten ein. Man beriet die Umkehr, allein die „furiosen" Tölzer wollten davon nichts hören, und so zog man mutig weiter — in Tod und Verderben.

Gegen Mitternacht am 24. Dezember standen die Insurgenten vor München. Vergeblich war ihr Harren auf die verabredeten Feuersignale. In der Stadt war alles zur Ruhe kommandiert worden. Keiner durfte die Straße betreten. So entschloß man sich draußen zu alleinigem Vorgehen. Eine Schar zog gegen den roten Turm. Der Turm ward genommen, aber vergebens war alles Mühen der Tapfern, die Stadt zu gewinnen. Um 8 Uhr morgens nahte Entsatz. Zugleich machte Oberst de Wendt von der Stadt aus einen Ausfall. Die Landesverteidiger gerieten zwischen zwei Feuer, und ohne Gnade und Barmherzigkeit wurde nun in den Reihen der Unglücklichen gewütet. Es war ein elendes Morden und Schlachten, dessen letzte scheußlichste Scene sich am



Der Metzgermeister Mathias Kraus von Kelheim erhebt sich am 12. Dezember 1705 an der Spitze der Bürger und befreit die Stadt von den Österreichern.

Nach dem Gemälde von Flüggen.

Fuße der Sendlinger Anhöhe und auf dem Sendlinger Friedhofe abspielte. Sepp und Schäffler haben diese Thaten, die nicht zum Ruhme der kaiserlichen Armee und Offiziere gereichen, mit glühendem Zorne geschildert, so daß wir uns hier mit diesem Hinweise begnügen können.

Am 1500 Bauern waren bei München niedergesäbelt worden. All die Blutopfer, all der Aufwand an Heldenmut und Heldenkraft führte zu nichts, weder hier, noch im Unterlande, wohin sich jetzt der österreichische Generalwachtmeister Kriechbaum zur Niederwerfung des Aufstandes wendete. Und auch dahin begleitete den kaiserlichen General die schon bei München so elend geübte Praxis des Wortbruchs, indem man den Verzweifelten Pardon gelobte und dann, wie sie die Waffen gestreckt, die Wehrlosen niederhieb. Innerhalb weniger Wochen war der ganze Aufstand besiegt, und nur der Henker feierte noch sein blutiges Nachfest. Der „monatliche Staatsspiegel" auf den Jänner 1706 konnte berichten: „Von so vielen biß dato schon Gefangenen von diesem Gesindel vernimmt man nicht, daß bey ihnen etwas rechtschaffenes von Teutschen oder Französischen vornehmen Officiers sich aufhalte, vielmehr daß ihre Rotte aus schlechten Leuten und Canaille bestehe, wie es das Exempel des Metzgers (Kraus) zu Kelheim und die Commandantschaft zu Camb bewehret." Der wesentlich gerechte Gott habe noch niemals einen Bauernaufstand gegen die rechtmäßige Obrigkeit gelingen lassen. Die Gepflogenheiten des „wesentlich gerechten Gottes" können wir hier nicht erörtern, aber eine klarer sehende Nachwelt hat dem „Gesindel" Denkmale gesetzt und die „Canaille" mit Ruhmestiteln geehrt, sie hat in ihrem Thun das verzweifelte Aufbäumen einer getretenen Volksnatur erkannt und damit die „Vernunft" der Staatsspiegelleute mit dem ihr zukommenden Brandmal gestempelt.

Ein ungeregeltes ursprüngliches Nationalgefühl, von der Not zum Leben erweckt, ist es, was uns hier begegnete, und wenn wir sehen, in welchen Kreisen des Volkes dasselbe lebte und zum Leben drängte, so erscheint es uns heute Lebenden unbegreiflich, daß man in den oberen Gesellschaftsschichten demselben so geringe Beachtung schenkte. Wohl wissen wir, daß Max Emanuel Nachrichten über die Bewegung einziehen ließ, wohl ging auch bei den Scharen der Insurgenten das Gerücht um, der Kurfürst werde mit einem Heere zu ihrer Unterstützung heranziehen, aber die Bewegung war niedergeschlagen, bevor Max Emanuel noch zu einem Entschlusse gekommen war. Er beklagte das Geschick der Opfer patriotischer Treue, er versuchte aber zugleich, sich von dem Verdachte der Anzettelung oder Einmischung in die Sache der Insurgenten zu reinigen. Es nützte nichts. In Wien nahm man die Bewegung als willkommenen Anlaß, die Ausführung der schon beschlossenen Maßnahmen gegen Bayern und die bayerische Dynastie zu beschleunigen.

Schon am 29. Januar 1705 war vom Kaiser an Kurmainz das Ansinnen gestellt worden, die Achterklärung gegen Bayern und Köln ins Werk zu setzen. Am 18. Februar hatte der Erzkanzler den Antrag dem Fürstenkollegium mitgeteilt, und am 27. November gaben die Kurfürsten ihre Zustimmung zu dem Beschlusse. Trotz des Protestes Karls XII als Herzog von Zweibrücken, trotz nachträglicher Vorstellungen Preußens zu Gunsten der Wittelsbacher wurde am 29. April 1706 in feierlicher Thronsitzung im Rittersaal der Wiener Hofburg über die beiden wittelsbachischen Brüder die Reichsacht ausgesprochen, Max Emanuels „unglücklicher Leib" aus des Kaisers und des Reiches Schutz verstoßen und dem Unfrieden preisgegeben, beiden Brüdern jegliches Reichslehen abgesprochen. So war noch einmal der ganze mittelalterliche Apparat gegen zwei der hervorragendsten Reichsfürsten in Bewegung gesetzt worden, aber es gab der Fürsten genug, welche die Rechtsgiltigkeit des Schrittes in Zweifel zogen und gegen denselben protestierten. Diese Proteste allein zeigen uns, daß das Recht, welches der Kaiser für sich in Anspruch nahm, als ein umstrittenes galt, und der Kaiser selbst sah sich dann auch zu einer entschuldigenden Erklärung genötigt.

Trotzdem schritt Josef I auf dem betretenen Wege weiter. Unter dem Vorwand einer Lustreise wurden die vier ältesten Prinzen Karl Albert, Philipp Moriz, Ferdinand Maria und Klemens August aus München entfernt und durch Tirol nach Klagenfurt

verbracht. Die zwei jüngsten Prinzen, Theodor und Max Emanuel, sowie die neunjährige Prinzessin Maria Anna blieben in München der Obhut der Obristhofmeisterin Frau von Weichs überlassen. Der Titel „Kurprinz“ wurde dem ältesten Prinzen gegenüber nicht mehr anerkannt, die Söhne Max Emanuels waren Gefangene, sie wurden von jeglichem Verkehr mit ihren Eltern abgeschnitten. Heigel hat uns über die Gefangenschaft der Söhne Max Emanuels ausführlichen Bericht erstattet; er hat das Verdienst, namentlich die alten Märchen von roher und unwürdiger Behandlung der Kinder endgiltig beseitigt zu haben. Aus der achtjährigen Gefangenschaft gingen die Prinzen als nach damaliger Anschauung durchaus wohlerzogene und gebildete Jünglinge hervor, aber es ist begreiflich, daß nicht nur die Eltern der Prinzen diesen Schritt des Kaisers auf das schmerzlichste empfanden und ihn als willkürlich und tyrannisch verurteilten.

Und weiter ging der Kaiser. Kurpfalz forderte für seine Dienste die Oberpfalz und die alte Kurwürde mit dem Erztruchsessenamt zurück. Am 30. März 1707 beriet das kurfürstliche Kollegium darüber. Preußen und Sachsen stimmten dagegen, aber Mainz und Trier dafür, sie gaben zu, daß die kurbayerischen Kinder wegen des väterlichen Vergehens „pro civiliter mortuis“ anzusehen seien. Und ob auch das Fürstenkollegium wieder dagegen protestierte, so betrachtete Kaiser Josef dennoch Bayern als verwirktes Lehen und verteilte Stücke desselben an seine Beamten und die Reichsstände, welche ihm ihre Dienste gewidmet hatten. Mit seinen eigenen Erblanden vereinigte er das zwischen den Hochstiftern Salzburg und Passau gelegene Gebiet mit Ried und Braunau. Den kleinen Rest mit der Haupfstadt München ließ er einstweilen unter kaiserlicher Administration. So war der Anfang mit der Zerstückelung Bayerns gemacht. Das alte Reichsland sollte aufhören, selbständig zu existieren. Mit vollster Konsequenz verfolgte man in Wien diesen unerläßlich scheinenden Weg, und wir dürften uns wohl wundern, wenn man nicht versucht hätte auf demselben die alten vielhundertjährigen Gegensätze der Entwicklung beider Stammeshälften endlich einmal aus der Welt zu schaffen. Denn nach der Anschauung jener Zeit gab es eben hierfür keinen andern Weg: Wittelsbach oder Habsburg — so hatte die Frage sich seit lange in dem Bewußtsein der Menschen festgesetzt, und nach dieser Formulierung gab man nun in Wien die Antwort.

Und welche Aussichten boten sich für Oesterreich, wenn es ihm gelang, Bayern zu gewinnen! Die ganze spanische Monarchie wog einen solchen Vorteil nicht auf. Faßte Oesterreich in Bayern festen Fuß, so verfielen Franken und Schwaben von selbst seiner Herrschaft, es kam zu einem süddeutschen Reiche, welches gegen Osten und Westen gleicherweise seinen beherrschenden Einfluß zur Geltung zu bringen vermocht hätte. An diese Aufgabe hätte man von Wien aus alle Kräfte setzen müssen, allein wir werden sehen, daß man diese Hauptaufgabe hier als Nebenaufgabe betrachtete und behandelte; wir werden ferner sehen, daß man in Wien den Mut nicht fand, den Antipathien, welche eine derartige Machterweiterung Oesterreichs auf deutschem Boden bei allen, bei Freund und Feind, erweckte, mit energischer Zähigkeit zu begegnen. Damit aber wurde Bayern von Anfang an zu einem verlorenen Posten für die österreichische Herrschaft, die ihre deutsche Aufgabe zu erfassen und zu vollenden in den habsburgischen Weltwirren längst vergessen und verlernt hatte. Damit aber erschienen auch alle Maßnahmen gegen Bayern und sein Herrscherhaus in jenem zweideutigen Lichte, wo Recht und Unrecht in einanderfließen, wo kurzsichtiger Egoismus und eine auf das Allgemeinwohl gerichtete verschwommene Idee sich wie aufsteigende Nebel bekämpfen.

Abwärts ging es mit dem Siegesruhme und dem Kriegserfolge Frankreichs, an dessen Unüberwindlichkeit Max Emanuel einst alle seine Hoffnungen geknüpft, auf dessen Seite er sich nach dem Unglückstage von Höchstädt trotz der nicht ungünstigen Anerbietungen Eugens und des Grafen Wratislaw abermals geschlagen, mit dessen Truppen er hinab nach den Niederlanden gezogen war, um hier für Frankreichs und die eigene Sache gegen die Verbündeten weiterzukämpfen. Wir müssen die nun folgenden Ereignisse in kurzem Ueberblick verfolgen, um die Stellung zu erkennen, von der aus später Bayern in die Friedensverhandlungen eintrat.

Das Jahr 1705 brachte weder in den Niederlanden, wo Marlborough gegen die Franzosen und Bayern unter Max Emanuel kämpfte, noch am Oberrhein, wo Ludwig von Baden und Villars einander gegenüberstanden, noch in Ungarn, wo die Insurgenten ihren Kampf nicht ohne Glück fortsetzten, Entscheidungen. In Italien aber, wohin Prinz Eugen zum Entsatze des in Turin eingeschlossenen Vetters und Starhembergs eilte, begegnete Vendome dem Versuche Eugens, sich durchzuschlagen, erfolgreich bei Cassano (16. August), worauf Eugen sich an die Tiroler Grenze zurückzog. In Spanien war es dem Erzherzg Karl geglückt, nachdem sich die Engländer der Festung Gibraltar bemächtigt, sich in Katalonien festzusetzen. Am 7. Oktober fiel Barcelona und am 24. nahm Carlos III die Huldigung der Katalonier entgegen. Doch bei Badajoz wurden die Verbündeten über die portugiesische Grenze zurückgedrängt.

Um so entscheidendere Wendungen brachte das Jahr 1706. Eugen hatte den Plan nicht aufgegeben, sich nach Piemont durchzuschlagen. Im Januar 1706 war er nach Wien geeilt, um eine bessere Ausrüstung zu betreiben. Während seiner Abwesenheit traf sein Heer ein neues Unglück. Der an seiner Stelle zurückgebliebene Graf Reventlow wurde am 19. April 1706 bei Calcinato von Vendome überrascht und geschlagen. In völliger Auflösung fand Eugen bei der Rückkehr seine Truppen. Er zog sie nach Riva zurück. Bis in den Mai mußte er auf den Anmarsch der neuen Hilfstruppen warten. Dann wandte er sich gegen die Etsch. Es gelang ihm, Vendome zu täuschen und den Po zu erreichen. Da wurde Vendome abberufen, und an seiner Stelle übernahm der Herzog Philipp von Orleans, der Sohn der Elisabeth Charlotte, die Führung in Italien. An seiner Seite stand der bei Höchstädt geschlagene Marsin. Als militärischer Neuling vermochte der Herzog gegen die Ansichten seiner Unterfeldherrn nicht durchzudringen, und diese Ansichten waren falsch. So kam es bald dahin, daß Eugen die Initiative vollends gewann und den halbentschlossenen Gegner hinter sich herzog.

Seit dem Beginn des Jahres 1706 stand es um die savoyische Hauptstadt sehr schlecht. Zwar wurden die letzten verzweifelten Anstrengungen der Belagerer unter Feuillade noch einmal abgeschlagen, aber das Pulver ging auf die Neige, schon lagen ganze Strecken der Stadtmauer nieder, die baldige Kapitulation stand in Aussicht. Aber Eugen nahte. Er hatte den ganzen Plan der Gegner zu nichte gemacht. Mit staunenswerter Kühnheit hatte er sich durchgearbeitet, und am 2. September stand er an der Seite seines Vetters Viktor Amadeus auf der Höhe der heutigen Superga, östlich von Turin und musterte die Lagerung der französischen Armeen. Er erkannte die schwache Stelle des Gegners, freilich für den Angreifer die gefährlichste. Am 6. September schob er dort seine Kolonnen hinein, am 7. kam es um 11 Uhr morgens zur Schlacht. Um 1 Uhr war sie entschieden, um 4 Uhr zogen die beiden Söhne des savoyischen Fürstenhauses in das befreite Turin. Einen Hauptanteil am Siege hatten die Preußen unter ihrem Führer Leopold von Dessau, dem Fürsten im Soldatenrock, der in solchem Falle nur ein Kommandowort kannte: Siegen oder sterben!

Philipp von Orleans dachte an Deckung Mailands. Aber Feuillade — Marsin war vor Turin gefallen — drang auf Rückkehr nach Frankreich. So räumten die Franzosen ganz Oberitalien, Piemont und Mailand fielen den Verbündeten zu; über den hochmütigen Feuillade ergoß sich der ganze Zorn und Groll des französischen Königs und Volkes, während letzteres dem Herzoge von Orleans gleich einem Sieger zujubelte.

Wie hier im Süden war auch im Norden die Entscheidung gegen Frankreich gefallen. Nicht wie im vorigen Jahre gedachte Marlborough sich in seinen Anordnungen von den zaghaften Generalstaaten meistern zu lassen. Eine Entscheidung sollte gesucht werden gegen Villeroy und Max Emanuel, und Villeroy lief dem Herzoge in die Hände. Bei dem Dorfe Ramillies kam es am 23. Mai 1706 zur Schlacht, in welcher aller persönliche Mut des Kurfürsten von Bayern die taktischen Fehler Villeroys nicht wieder auszugleichen vermochte. Die Schlacht ging den Franzosen verloren, und mehr als die Schlacht. Der geschlagenen Armee folgte Marlborough. Er trieb sie von Stellung zu Stellung. Die bayerische Kanzlei flüchtete von Brüssel nach Lille. Brüssel öffnete die Thore, der Hauptstadt folgten die übrigen großen Städte Brabants, dann die flandrischen

Handelsstädte Gent und Brügge, dann die Festung Oudenaarde, dann selbst Antwerpen am 6. Juni. Und schon hatten die Stände von Brabant die Anerkennung des habsburgischen Thronerben ausgesprochen. Im Juli folgte der Fall von Ostende und Courtray. Da traf Vendome bei der zerbröckelnden französischen Armee ein. Bald war auch er mit Max Emanuel, der den Gegner kannte, im Zwist, und der Fall Menins (22. August 1706) gab dem Bayerfürsten recht, der den Verschanzungen Vendomes einem Marlborough gegenüber jede Bedeutung abgesprochen hatte. Vendome aber blieb in seinen Verschanzungen bei Lille, während Marlborough sich am 6. September der nordbelgischen Scheldefestung Dendermonde bemächtigte. Vendome kam zu nichts mehr, aber er hatte seinem Könige eine Armee gerettet. Der Verbündete seines Königs, Max Emanuel hingegen hatte die niederländische Statthalterschaft verloren.

Auch aus Spanien brachte das Jahr 1706 nur wenig erfreuliche Kunde für Ludwig XIV. Im Juni war es dem englisch-portugiesischen Heere geglückt, in Madrid einzurücken, und wenn auch der Herzog von Berwick die zerstreuten französischen Truppen wieder sammelte und den Verbündeten infolge des Zwistes zwischen Karl III und dem englischen Oberbefehlshaber Peterborough alle Erfolge wieder verloren gingen, so war doch noch keineswegs ein endgültiges Uebergewicht Philipps V festgestellt. Ludwig XIV dachte an Frieden, aber noch viel zu weit stand man auseinander, als daß die Verhandlungen hätten Erfolg haben können.

Ebenso waren Verhandlungen mit den Ungarn ergebnislos verlaufen, und ein Waffenstillstand, welchen die Seemächte vermittelten, hatte nicht zum Frieden geführt. Zwischen dem Schema und den hohen Anforderungen der ungarischen Revolutionspartei und dem landesherrlichen Rechtsstandpunkte war keine Vermittelung möglich. Die Waffen mußten entscheiden, und diese Aussicht auf verschärften Krieg an der Donau nötigte den Kaiser, ein Regiment nach dem andern von der Reichs- und Rheinarmee abzuberufen, so die Westgrenze des Reiches immer mehr zu entblößen und die Streitmacht des Markgrafen von Baden immer weniger aktionsfähig zu machen. O, dieses Reichsheer, mochte man beim Anblick der traurigen Verfassung dieser zusammengelesenen Menschenhaufen verzweifelnd ausrufen, und doch verlangte man am Wiener Hofe von dem Markgrafen „glorreiche Aktionen“. Ein grausamer Spott! Doch alles Leid des einst so gefeierten Feldherrn im Türkenkriege hatte ein Ende, als der Tod ihm am 4. Januar 1707 die Augen schloß. Nicht eine dankende Anerkennung, sondern neue Kränkung hatte der Wiener Hof dem Beklagenswerten kurz vor seinem Ende zugefügt, indem man den Feldmarschall Thüngen mit der provisorischen Leitung des Reichsheeres betraute. Aber auch Thüngen kam zu keinen glorreichen Aktionen, konnte nicht dazu kommen.

Bald hatte sich genugsam gezeigt, daß die Hoffnungen und Befürchtungen, welche man in Deutschland an den Regierungswechsel in Wien geknüpft, kaum zu einem geringen Teil berechtigt waren. An Versuchen, die erschlafften Zügel des kaiserlichen Reichsregiments straffer zu spannen, hatte Josef I es weder dem Reichstage noch den einzelnen reichsständischen Fürstlichkeiten gegenüber ermangeln lassen. Aber Befehlen allein that es nicht. „Im Gegenteil: falls gesteigerten Ansprüchen des Reichsoberhauptes kein Aufwand bauender und pflegender Thätigkeit in deutschen Dingen zur Seite ging, drohte der außergewöhnliche Einsatz eines persönlichen Kaiserwillens das Wachstum reichsständischer Widersetzlichkeit sogar zu befördern, die Zersetzung des deutschen Reichskörpers zu beschleunigen.“

Zur Auflösung und Umgestaltung des unförmlichen und altersschwachen Reichstags entschloß man sich in Wien nicht. Und doch hätte man damit zu allererst beginnen müssen. Wohl rehabilitierte Josef I das bayerische Donauwörth als Reichsstadt, wohl bewahrte er Ulm vor allzu inniger Hinneigung des württembergischen Herzogs, aber zur Emporhebung des städtischen Kollegiums aus der gegenwärtigen Ohnmacht rührte sich kein Finger der kaiserlichen Hand. Wohl schritt weiter des Kaisers Wille gegen die Gelüste der großen Fürsten ein, aber man versäumte es ebenso, die Fürsten von mittlerem Territorialbesitz dem Reichsoberhaupte dauernd zu verbinden. Ja, geradezu zum erbitterten Gegner schuf sich das kaiserliche Regiment das Fürstenkollegium, als es die ver-



Korbinian Prielmeyer, bayerischer Kanzler.

sprochene Revision der Wahlkapitulation und eine neue dauernde Festlegung derselben umging, als es die Reichsstände hart abwies, welche sich befugt glaubten, eine Nachfrage über Belang und Verwendung der kurbayerischen Kriegskontributionen anzustellen, als es Befehl gab, die Einführung Hannovers in den kurfürstlichen Rat der Fürstenbank gegenüber als „Secretissimum" zu betreiben, als es Miene machte, die Wiederbelebung der habsburgisch-böhmischen Kurstimme ebenfalls unter Umgehung der Fürstenbank ins Werk zu setzen. Da erschien denn die über die Wittelsbacher verhängte Reichsacht und die Einziehung Bayerns bald in einem ganz anderen Licht. Das Fürstentum als solches sah sich bedroht, die Wittelsbacher wurden in manchen Augen zu Verteidigern und Märtyrern der vielgepriesenen „deutschen Libertät", und auf dem Reichstag folgte Skandal auf Skandal. Hessen-Kassel zog sich murrend zurück, der Kurfürst Johann Wilhelm von der Pfalz, welcher sich alles Mögliche und Unmögliche eingebildet hatte, das ihm von Kaisers Gnaden zufließen sollte, sah sich in seinen Erwartungen getäuscht. Dazu war der Streit zwischen Holstein-Gottorp und Dänemark um die Besetzung des lübischen Bistums zu einer Schärfe gediehen, daß bald alle europäischen Höfe sich in diesen Zwist verwickelt sahen. Der Zar, Sachsen, selbst Frankreich stellten sich auf die Seite Dänemarks, dagegen drohte Karl XII über Dänemark herzufallen, wenn man den Gottorper Christian August in seinem bereits errungenen Besitz stören würde.

England ergriff Partei für Gottorp, ebenso Holland. Marlborough drängte in Wien zu einem Urteil des Reichshofrates. Man täuschte ihn, und so begannen die Verwicklungen erst recht. Dänemark rüstete, Schweden drohte, da warfen sich die Seemächte dazwischen und vermittelten. Des Dänenkönigs Bruder Karl gab das Schloß Eutin an den holsteinischen Vetter heraus und bezog eine Pension der Seemächte. Aber der dänische Prätendent wollte den Titel eines Bischofs von Lübeck weiterführen, bis der Reichshofrat über sein Recht oder Unrecht entschieden hätte. So kam die Sache wieder nach Wien. Da aber drückte man sich um die Angelegenheit herum. Das Resultat war, daß beide Parteien, die holsteinische wie die dänische, sich in Opposition gegen den kaiserlichen Hof stellten.

Gleiche Mißgriffe Kaiser Josefs traten in der eben damals fälligen münsterischen Bischofsfrage zu Tage. Gleiche Unklugheit ließ die kaiserliche Regierung sich der jungen preußischen Königskrone gegenüber zu Schulden kommen, die mit der Jugend auch die Empfindlichkeit der Jugend besaß. Man beleidigte und ärgerte die Leute, ohne doch die Macht zu besitzen, den eigenen Willen energisch zur Geltung zu bringen. Und doch war Preußen rings von einem Feuer umlodert, welches den König wohl bestimmen konnte, statt der habsburgischen Frage im fernen Südwesten der eigenen Sicherheit und der gewinnverheißenden Lösung der nordischen Wirrsale eine größere Kraft und Aufmerksamkeit zu widmen. Jedes abberufene Regiment des Hohenzollern bedeutete aber für den Kaiser und seine Verbündeten einen empfindlichen Verlust. Und die Zeit kam nun wirklich, wo die nordische Frage in das Reich, in die Entscheidungen der Wiener Hofburg hineinwuchs.

„Vom kaiserlichen Hofe Geringschätzung und Beleidigung, von England und Holland Undankbarkeit über Undankbarkeit, auf dem Schauplatz der osteuropäischen Begebenheiten getäuschter Ehrgeiz und schwedische Mißachtung, dies war die Summe der politischen Erfolge Preußens seit Entzündung des nordischen und französischen Krieges." Da sah König Friedrich nach Osten. Ein Bündnis mit dem Schweden war nunmehr sein Wunsch und Ziel seines ehrgeizigen Denkens. Aber der Schwede hielt wie früher auch jetzt zurück.

Noch im Jahre 1702 hatte Karl XII seinen Einzug in Warschau gehalten. Dann warf er die kurfürstlich sächsischen Truppen bei Klissow (19. Juli), und vier Wochen später öffnete ihm Krakau die Thore. Die Westmächte mischten sich ein und wollten vermitteln. Karl wies sie zurück. In Polen bildeten sich zwei Parteien: die Konföderation von Sandomir umfaßte die Parteigänger Augusts, die Konföderation von Warschau trat für die altpolnische Verfassung ein. Patkul verließ den sächsischen Hof und begab sich zum Zaren. Als dessen Bevollmächtigter kehrte er dann an den Dresdener Hof zurück. Aber alle Diplomatie half gegen den schwedischen Wittelsbacher nicht. Am 1. Mai 1703

schlug er die Sachsen bei Pultusk, im Oktober fiel das wichtige Thorn. Die sachsenfeindliche Partei schrieb die Wahl eines neuen Königs von Polen aus. Im Februar 1704 wurde August des polnischen Thrones verlustig erklärt, aber ehe es zur Wahl kam, ernannte Karl XII aus eigener Machtvollkommenheit den Wojewoden von Posen Stanislaus Lesczinski zum Könige von Polen. Viele Parteigänger Schwedens trieb dieser Gewaltakt auf die Seite des Sachsen zurück, aber Karl XII hielt fest.

Die Haltung seines Verbündeten auf dem wankenden Thron wäre nun wohl die erste Pflicht des Zaren Peter gewesen. Allein er dachte an keine Gefahr vonseite des neuen polnischen Königs. Im übrigen war es ihm nicht unlieb, daß Schweden so tief in Polen steckte, wie in einem Morast. Rußland behielt dadurch freie Hand. Peter fiel in Livland ein. Umsonst bestürmte Patkul den Zaren, nach Polen zu ziehen. Peter ließ sich nicht irre machen. Die Gründung von St. Petersburg mitten in den Sümpfen Ingermanlandes und von Kronstadt mitten im Meere legte Zeugnis dafür ab, was der Zar beabsichtigte. Aus diesen einst schwedischen Gebieten wollte er nimmermehr weichen.

Im Jahre 1704 war es Marlborough gelungen, Preußen von einer Einmischung in die nordeuropäischen Wirren zurückzuhalten. Ebenso zurückhaltend verhielt man sich im Reiche dem Sachsenfürsten gegenüber. August warf sich daher dem Zaren ganz in die Arme. Mit ihm schloß der Sachse zu Grodno ein neues Bündnis ab in der Zeit, da Patkul, Rußlands Gesandter in Dresden, wegen „Verrates“ verhaftet wurde (Dezember 1705). Aber Karl XII hielt den Sieg fest in der Faust. Er durchzog ganz Polen, um die Herrschaft seines Schützlings zu befestigen, sein General Rehnsköld besiegte die Russen im Februar 1706 bei Fraustadt, er trieb die Russen aus Lithauen und Volhynien, und im Frühjahr 1706 schien der lang erwartete Riesenkampf bevorzustehen, der zwischen Rußland und Schweden über die Vorherrschaft in Nordeuropa entscheiden sollte. Da brach Karl plötzlich gegen Westen auf. Am 27. Juni verließ er Volhynien, am 2. August stand das schwedische Heer an der Weichsel, am 1. September trat Karl in Schlesien ein, tags darauf ging er bei Steinau über die Oder, vier Tage später verkündete ein schwedisches Manifest die Besitznahme Sachsens.

Seinen abgerissenen Truppen auf sächsischem Boden reichliche Erholung zu gönnen, war Karls Vorsatz. Das sächsische Land war wehrlos. Wie selten in der Geschichte zeigte sich damals in Sachsen der gänzliche Verfall eines einst so blühenden Volkslebens. Nichts hielt stand. Vom Kurfürsten bis zum letzten Bauern die gleiche Widerstandslosigkeit, die gleiche zaghafte und egoistische Niedertracht! König August stand mit einem Heere von 28,000 Mann in Lithauen. Aber er dachte nicht an Kampf. Zwei seiner Räte, Imhoff und Pfingsten, sandte er mit ausgedehnter Vollmacht an Karl XII, auf „billige und christliche Bedingungen“ hin den Frieden zu suchen. Später ließ er diese beiden Friedensfabrikanten vor Gericht stellen, um seinen Vertragsbruch an dem Zaren, um seine Untreue gegen Polen zu verdecken, da sie ihm über die Friedensbedingungen falschen Bericht erstattet hätten. Diese beiden Gesandten wurden die Opfer einer allerelendesten Kabinetspolitik, denn August war sich keinen Augenblick darüber unklar, daß der Friede mit Schweden nur um den einen Preis zu erlangen sei: Abtretung und Niederlegung der Krone Polens.

Die beiden Bevollmächtigten schlossen am 24. September 1706 zu Altranstädt einen Friedensvertrag ab, der den Verzicht auf die Krone Polens, Anerkennung Lesczinskys, die Auslieferung Patkuls und Freilassung der gefangenen Söhne Sobieskys enthielt. Am 20. Oktober unterzeichnete August den Vertrag, begann indes nach Abschluß des Friedens sofort wieder sein zweideutiges Spiel: er verzögerte die Ausführung des Friedens; er verhandelte heimlich mit dem Zaren in Berlin und Kopenhagen; er ließ sogar seine Truppen bei den Russen stehen, mit denen sie am 29. Oktober bei Kalisch den von Karl mit unzulänglicher Truppenmacht zurückgelassenen General Mardefelt besiegten. August entschuldigte zwar die Teilnahme seiner Truppen an der Schlacht als Versehen, als einen Akt der Notwehr, in Polen aber feierte er den Tag durch prunkende Siegesfeste. Als darauf Karl XII das trügerische Gewebe der sächsischen Politik zerriß, indem er das Friedensinstrument veröffentlichte, mußte August eiligst die polnischen Lande verlassen und

ging nach Sachsen, wo er bei üppigen Gelagen der Not des Volkes und der eigenen Schande vergaß, denn auf mehr als 20 Millionen berechnete man den Schaden, den die schwedische Besatzung dem ausgesogenen sächsischen Lande brachte und mit welcher Verachtung der Schwedenkönig diesen traurigen Ränkeschmied behandelte, zeigt allein die Thatsache, daß August auch nicht in einem Punkte eine Milderung der Friedensbedingungen zu erzielen vermochte. Am 19. Januar 1707 gab er die Unterschrift zu dem älteren Vertrag.

So war denn doch gekommen, was die Seemächte mit aller Anstrengung zu vermeiden gesucht hatten: das Gewitter am Nordosthimmel war über Deutschlands Grenzen hereingebrochen. Der Schwede hatte sich um die Diplomatie der Seemächte nicht gekümmert. Sobald es ihm nötig schien, hatte er die deutsche Grenze überschritten. Das bedeutete Friedensbruch am Reiche, und Sachsen hatte Anspruch auf die Hülfe des Reiches. Aber das Reich war vielen seiner Angehörigen aus dem Gesichtskreis geschwunden. Da gab es Fürsten, welche, wie Kurpfalz und Hessen, wie Holstein-Gottorp und die geächteten Wittelsbacher auf die Hülfe des Schweden in ihren Angelegenheiten warteten, da legten Kurbrandenburg und Kurbraunschweig am Reichstag Verwahrung gegen schwedenfeindliche Beschlüsse ein, und jetzt, im Dezember 1706, endlich gelang es dem Könige Friedrich I von Preußen gegen Anerkennung und Unterstützung des schwedischen Polenkönigs Stanislaus zum Bundesgenossen des nordischen Kriegshelden zu avancieren.

Zu einer gleich traurigen Haltung, wie sie der Reichstag anzunehmen gezwungen war, sah sich der Kaiser genötigt. Josef I war außer sich vor Zorn nnd Unwillen über Karl XII, der mit seinem Einfall in das Reich seiner kaiserlichen Majestät, mit seiner Verletzung des österreichischen Staatsgebietes in Schlesien der Hoheit des Landesherrn so vor aller Welt Hohn gesprochen, aber der Kaiser war völlig ohnmächtig. Man wußte, daß französische Gesandte und solche der geächteten Kurfürsten unausgesetzt den Schwedenspuren folgten, und so mußte man sich in Wien begnügen, Sinzendorff an Karl zu senden, um „dem Schweden ob seines Einfalles in Sachsen Vorstellung zu thun." In Wien fürchtete man die Wiederkehr der Tage Gustav Adolfs. Aber weder zu herzhafter Abwehr noch zu rückhaltloser Unterwerfung unter das Unvermeidliche fand man am Kaiserhofe den moralischen Mut und die notwendige Energie. Sinzendorff richtete mit seiner „Vorstellung" so wenig aus, wie Wratislaw mit seinen weiteren Bemühungen. Was der „wilde Mensch" beabsichtigte, wußte außer ihm keiner.

Dazu kam nun noch die gleiche Unentschlossenheit der Seemächte, deren ganze Kunst jetzt darauf hinausging, den nordischen Krieg wenigstens in den Grenzen Sachsens festzuhalten. Der Winter ging zu Ende, die Frist war abgelaufen, für welche Karl XII für seine Truppen freies Quartier in Sachsen ausbedungen; die Eröffnung der deutschen und flandrischen Campagne stand bevor; doch unbeweglich lagerten die schwedischen Regimenter an Oesterreichs Grenze. Kein Kommando zum Aufbruch und Abzug ward ausgegeben, keine Miene dazu oder zu anderm machte der Schwedenkönig.

Nach dem Tode des Reichsfeldmarschalls Ludwig von Baden hatte Josef I Prinz Eugen an die erledigte Stelle erhoben. Aber er begegnete Schwierigkeiten mit dieser Ernennung, und die Seemächte hatten für Prinz Eugen eine andere Aufgabe ausersehen. Er sollte einen Vorstoß gegen Toulon von Italien aus unternehmen. So setzte Brandenburg die Erhebung des alten Markgrafen Christian Ernst von Bayreuth zum „evangelischen" Reichsfeldmarschall durch. Der Markgraf war ein guter Mann, aber von Kriegführung verstand er nichts, und der Beistand seiner Frau, die ein Vergnügen daran fand, „allenthalben mitzureisen", konnte ihm bei dem Entwurf des Kriegsplanes auch nicht viel helfen. So hatte Villars gegen ihn leichtes Spiel. Nach der unblutigen Durchbrechung der Stollhofener Linien, die einst unter Ludwig von Baden so vortreffliche Dienste zur Verteidigung des Reichsbodens geleistet, drang Villars in Süddeutschland ein. Am 8. Juni schlug er sein Hauptquartier in Stuttgart auf und betrieb von hier aus mit gemütlicher Frechheit die Millionenbrandschatzung, mit der er die leeren Kassen des französichen Staatsschatzes zu füllen gedachte. In Bayern regten sich die nationalen Elemente noch einmal, als französische Streifzügler das Schlachtfeld von Höchstädt durchritten. Villars hatte

im Sinn, den ungarischen Insurgenten die Hand zu reichen, oder aber durch Oberfranken nach Kursachsen zu rücken, um mit Karl XII den jähen Sturz des habsburgischen Hauses in Scene zu setzen.

An den deutschen Fürstenhöfen war natürlich die Panik vollkommen. Man rief nach der Hilfe der Seemächte, und Engländer und Holländer riefen Zeter dagegen über die deutsche Wirtschaft, „die lieber Millionen an Brandschatzung als den zehnten Teil solcher Summe für Waffen steuern.“ Mit dieser doppelten Behinderung kam auch Marlborough in Flandern nicht weiter. Nach einem vergeblichen Ansatz gegen Vendome zog der englische Herzog in das Lager von Meldert zurück und übernahm von hier aus die diplomatische Bearbeitung der hindernden Fürsten.

Der schwedische Wittelsbacher war das große Fragezeichen am politischen Himmel Europas. Die Zeit war gekommen, wo er sich offenbaren mußte, ob Schwedens neuer Aufschwung auf einem festen sittlichen Willen beruhte oder aber ein letztes leuchtendes Aufflackern vor dem Erlöschen bedeutete? Wollte Karl XII mit der Verstärkung seiner Machtstellung im Westen die Bahnen einer neuen befruchtenden Kultur gegen Osten eröffnen, oder aber war all sein Thun nur ein Ausfluß augenblicklicher Reizungen und Gefühle?

„Sieben Jahre des ununterbrochenen Kriegsglücks hatten hingereicht, um in dem geistigen und sittlichen Wesen des fünfundzwanzigjährigen Mannes die Persönlichkeit des achtzehnjährigen Jünglings bis zur Unkenntlichkeit zu entstellen. Eine riesige Naturkraft, die weder durch Selbstzucht noch durch die Schule des Lebens geregelt worden, wogte nun schon als verwüstendes Element einher. Nüchternheit in Speise und Trank, Einfachheit der Bekleidung und Behausung waren Gewöhnungen des Feldherrn geblieben. Jedoch aus Verschmähung des sinnlichen Behagens hatte sich Verachtung der Sitte entwickelt. Lücken der Bildung, welche das Knabenalter gelassen, hatte ein siebenjähriges Lagerleben nicht ausgefüllt. Willensfestigkeit und Selbständigkeit des Entschlusses waren in Starrsinn und Selbstüberhebung ausgeartet.“ Wie einst persönlicher Rachgier der Abbruch des Krieges gegen Rußland und der Sturm gegen den Polenkönig entsprungen war, wie er damals begonnen hatte, der Pflichten gegen seinen Staat, der seiner Natur nichts zu geben vermochte, zu vergessen, so hielt ihn nun ebenso persönliche Antipathie von einem Bunde mit Frankreich zurück. Den grimmig gehaßten Kurfürstenkönig von Sachsen-Polen hatte er gehetzt, bis das Opfer im Staube lag, aber inzwischen war Schwedens baltische Vorherrschaft an Rußland verloren gegangen. In Estland, Livland und Kurland schaltete des Zaren Befehl. Dann war mit dem Abzuge Karls nach Sachsen der Einbruch der Russen in Polen erfolgt, und schon schickte der Zar sich an, von Rußlands Gnaden einen neuen König, den dritten, auf den wankenden Thron des zerrütteten Slavenreiches zu erheben. Und immer noch wußte man nicht, wozu sich der Schwede entscheiden würde.

Da erschien mit dem Frühjahr 1707 der Herzog von Marlborough im Lager von Altranstädt. Er gewann die Gewißheit, daß Karl XII an ein Bündnis mit Frankreich nicht denke, daß er nicht der Meinung sei, sich mit der spanischen Erbfolgefrage zu bemengen, aber er gewann ebenso die Gewißheit einer höchsten Gereiztheit des Königs und seiner Räte gegen den Wiener Hof. Hier setzte Marlborough nun die Hebel ein. Es gelang nicht gleich. In Wien spielte man noch mit dem Gedanken eines Krieges gegen Schweden, obgleich alle Mittel dazu fehlten, obgleich die ungarische Revolution nun vollkommen mit dem Hause Habsburg gebrochen und der Konföderationstag zu Onod am 16. Mai 1707 die Absetzung Josefs I ausgesprochen, obgleich der Türke sich wieder bemerkbar machte, obgleich die Protestanten in Schlesien, Böhmen und Mähren nur auf den Einfall des Schweden warteten, um sich gegen Habsburg zu erklären. Und für Karl XII schien der Tag gekommen, wo es möglich schien, seine Macht sich in aufbauender, statt in zerstörender Thätigkeit entfalten zu lassen. Die preußische Staatskunst arbeitete im Einverständnis mit Hannover an der Errichtung einer protestantischen Tripelallianz mit Schweden, die den Rückhalt suchen sollte an den protestantischen Mächten Europas und so den festen Boden gefunden haben würde, gegen Westen vermittelnd, geger Osten entscheidend ihr Gewicht zur Geltung zu bringen. Schon ging die Rede an

den europäischen Höfen von einem protestantischen Kaisertum und dem Präsidium Preußens im Reiche. Aber Karl XII dachte nicht daran. Wieder mischte sich sein persönliches Empfinden in die Aufgabe der Politik, und den Kaiser zu demütigen nahm sich der Schwedenkönig der schlesischen Protestanten an.

Von Josef I verlangte er in drohender Sprache Bürgschaft für religiöse Duldung der schlesischen Protestanten. Und der Kaiser gab nach und verstand sich zu einem Vertrag, der die Rechte der schlesischen Protestanten gegen jede Bedrückung der katholischen Landesregierung sicherte. Dann brach Karl XII am 1. September gegen Osten auf, „den König Darius im eigenen Lande zu schlagen." Noch einmal ein blitzendes Aufleuchten glänzender Siege und Kriegsthaten, dann erlosch und erstarb das schwedische Meteor bei Pultawa. Am 8. Juli 1709 kam es dort zur Schlacht zwischen Rußland und Schweden, in welcher der schwedische Adler die Flügel zerbrach. Eine volle Niederlage, Vernichtung des Heeres und Flucht des Königs nach der Türkei — Rußland hatte seine europäische Machtstellung gewonnen, der Traum des Wittelsbachers auf schwedischem Throne war verflogen. Als europäische Großmacht zählte das schwedische Staatswesen in den Fragen des Kontinents nicht mehr mit.

Trotz seiner Abneigung war Karl XII indirekt doch zum besten Bundesgenossen Ludwigs XIV geworden. Unbesiegt und ungestört hatte Villars im November seinen Rückzug auf das linke Rheinufer vollführen können. Er schleppte unermeßliche Beute aus Süddeutschland mit nach Frankreich. Karl XII hatte die Energie der Verbündeten nach allen Seiten gelähmt, und nur in Italien hatte der Kaiser weitere Erfolge mit einer konsequenten Energie ermöglicht. Nach dem Abzug der Franzosen aus der Lombardei war am Wiener Hofe die alte Kaiserpolitik wieder zum Leben erwacht. Länger als anderthalb Jahrhundert blieb sie seitdem der Irrstern, der Habsburgs schwankende Schritte hinter sich herzog. Mantua und Mailand sollten als verfallene Reichslehen dem habsburgischen Hause zu gute kommen. Unberücksichtigt ließ man am Wiener Hofe das Interesse Piemonts, dessen Lebensentwicklung man mit dieser norditalienisch-habsburgischen Machtstellung die Barriere vorschob. Dazu lockte Neapel. Der Besitz dieses Königreichs im Süden der Halbinsel versprach den Habsburgern die Hegemonie in ganz Italien. So trafen noch einmal die Interessen des Kaisertums hart zusammen mit denen des Papsttums, und Clemens XI sah sich durch den Feldzug Dauns nach Neapel, der die rasche Eroberung des Königreichs zur Folge hatte, plötzlich mitten hineingezogen in die Streitigkeiten der europäischen Mächte. Es kam bis hart zum Bruch, und wie der Kaiser mit dem Romzuge, so drohte der Papst bereits mit dem Bannstrahl. Fast hätte die Welt noch einmal das Schauspiel erlebt, wie es einst die Kämpfe der deutschen Kaiser mit der Hierarchie geboten. Doch in zwölfter Stunde sah Clemens XI sich zur Nachgiebigkeit genötigt. Kaiser Ludwig der Bayer sollte der letzte bleiben, gegen den mittelalterliche Papstgewalt ihre sengenden Waffen geschwungen.

Diese Unternehmung gegen Neapel hatte die Kräfte der Verbündeten auch in Südeuropa gespalten. Resultatlos verlief daher der Vorstoß der beiden Prinzen von Savoyen gegen die Provence und die südfranzösische Hafenstadt Toulon, resultatlos verliefen Karls III Versuche in Spanien. Noch ehe der neue Oberbefehlshaber für Spanien, der Herzog von Orleans, zur Stelle war, hatte am 25. April 1707 der Marschall Berwick das Heer der Verbündeten bei Almansa geschlagen. Dieser Sieg rettete dem Bourbonen den Besitz der spanischen Kernlande, und Karl III sah sich auf Valencia und Barcelona beschränkt. Den Rest des Jahres widmeten die französischen Feldherren der Eroberung der natürlichen Bergfestung von Katalonien. Um die Mitte September eröffnete Orleans die Belagerung der Festung Lerida. Am 13. Oktober fiel die Stadt in die Gewalt der Franzosen. Damit endete der Feldzug für dieses Jahr.

Von dem neuen Jahre hoffte man in Frankreich die Besserung. Allein das Jahr 1708 brachte neues Unglück. Dem Heere Marlboroughs stand in den Niederlanden Vendome gegenüber, an der Mosel hatte Prinz Eugen Max Emanuel und den Herzog von Berwick gegen sich. Eine Vereinigung der verbündeten Feldherrn ward zur Vernichtung Vendomes beschlossen, und Eugen kam eben recht, um Marlborough, der durch ungünstige



König Karl XII in der Schlacht bei Pultawa.
Nach dem Gemälde von Hauschild.

Nachrichten aus seiner Heimat, sowie durch einige von den Franzosen errungene Vorteile in große Niedergeschlagenheit versetzt worden war, mit neuem Selbstbewußtsein zu erfüllen. Am 11. Juli 1708 kam es bei Oudenarde zur Schlacht, welche Vendome trotz vorzüglicher Maßregeln verloren ging. Nach dem Siege wandte sich das Heer der Verbündeten gegen die Festung Lille. Sie fiel am 22. Oktober. Gent und Brügge und einige andere Städte erfuhren das gleiche Schicksal. Die Grenzen Frankreichs selbst waren bedroht, und Ludwig XIV hatte keine Mittel mehr, die Verteidigung seines Reiches ausreichend zu organisieren. Er dachte an Frieden, und sein Minister Torcy begann mit den Holländern zu unterhandeln.

Während des Monates Mai 1709 unterhandelte Torcy im Haag. Was er zu bieten hatte, war alles, was Frankreich, ohne sich selbst zu vernichten, überhaupt bieten konnte. Philipp V sollte von der spanischen Erbschaft zurückstehen, der König wollte seinen Enkel nicht weiter unterstützen, Straßburg, Breisach, Landau stellte Frankreich dem Reiche zurück. Das alles genügte nicht. Die Verbündeten sprachen von Rückgängigmachung des westfälischen Friedens, sie forderten endlich, daß Ludwig sich verpflichten sollte, seine Waffen mit den ihrigen zu verbinden, falls Philipp V nicht in bestimmter Frist die spanische Erbschaft herausgebe. Da reiste Torcy ab, und Ludwig XIV verwarf die Präliminarien. Eine Proklamation an das französische Volk blieb nicht ohne Erfolg, aber wie bezeichnend ist es, daß dieser König erst in dieser Zeit allergrößter Not den Weg zu seinem Volke zurücksuchte.

Und wieder begann das traurige Waffenwerk. War doch die Zuversicht der Verbündeten auch durch die Siege zur See, welche ihnen den Besitz von Minorca und Sardinien verschafften, zum höchsten Gipfel gestiegen, war der Kaiser am 4. August durch den Sieg bei Trenczyn über Rakoczy der ungarischen Insurgenten Herr geworden.

Drei neue Armeen brachte das vor dem Staatsbankerott stehende Frankreich für den neuen Feldzug auf. Villars befehligte in den Niederlanden, eine zweite Armee wurde unter Berwick ins Alpengebiet gegen Viktor Amadeus geschickt, d'Harcourt sollte den Elsaß decken, und Vendome erhielt den Oberfehl in Spanien.

Die Aufgabe des Marschalls Villars war überaus schwierig. Wohl bewußt, daß er das letzte Heer seines Königs befehligte, hatte er dieses nicht nur vor einer Katastrophe zu bewahren, sondern er sollte zugleich Positives gegen die Verbündeten vollbringen. Den Fall Tournay's (31. August 1709) hatte Villars nicht verhüten können. Als aber nun die Verbündeten zur Belagerung der Festung Mons schritten, beschloß er, die Stadt zu entsetzen. Am 9. September war die Armee noch auf offenem Felde anzugreifen. Schon der Morgen des 10. bereitete den Verbündeten eine unangenehme Ueberraschung. Der ganze Paß bei Malplaquet war über Nacht ein zusammenhängendes Festungsterrain geworden, in welches sich die Franzosen eingegraben. Bald nach Mitternacht am 11. September begann der Aufmarsch der Verbündeten. Um 9 Uhr früh war er vollendet, und die Artillerie begann den Kampf. Es war ein überaus hartes und blutiges Ringen. Von Wald zu Wald, von Baum zu Baum mußten die Verbündeten vor. Gegen ein Uhr führte Eugen, welcher den rechten Flügel kommandierte, alles zu neuem Sturme vor. Villars selbst warf sich ihm mit der Elite der französischen Truppen entgegen. Da erhielt er einen Schuß ins Knie und wurde weggetragen. Boufflers übernahm das Kommando, er kommandierte den Rückzug. Den Verbündeten blieb die Wahlstatt überlassen, aber sie hatten über 22000 Mann verloren, während der Verlust der Franzosen weit geringer war. Boufflers führte die geschlagene Armee in ein Lager zwischen Valenciennes und la Quesnoy zurück, und die Festung Mons fiel am 21. Oktober in die Gewalt der Verbündeten.

Mit diesem Siege der großen Allianz waren die Niederlande für Max Emanuel verloren. Jetzt begann für ihn die Zeit der eigentlichen Verbannung. In Compiègne weilte er auf den ihm von Ludwig angewiesenen Schlössern. Seine Hofhaltung war sehr knapp geworden, aber in Versailles sah es nicht besser aus. In ganz Frankreich gährte es. Alles Getreide wurde von den Bedürfnissen der Armeen verschlungen. Das Volk hungerte. Die Niederlande waren verloren, und von den übrigen Kampfplätzen waren

ebensowenig neue Vorteile zu vermelden. Der Bankerott war in Frankreich an der Tagesordnung. Das Vermögen der Städte war aufgezehrt. Auf dem Lande lohnte sich der



Kaiser Karl VI.

Betrieb der mittleren und minder guten Aecker nicht mehr. Das einst so blühende Land schien vollster Verödung geweiht.

Ludwig kannte die Friedensbedingungen. Trennung Spaniens von Frankreich — das war der Wille Europas. Da trat die Orsini noch einmal mit aller Kraft ein. Sie

schrieb an Torcy, an die Maintenon, an Ludwig. Sie beschwor den König, doch nicht sein eigenes Werk zu zerstören. Als Ludwig begann, die französischen Truppen aus Spanien zurückzurufen, entfachte die Orsini eine spanische Volksbewegung, wie man sie bisher nirgendwo anders gesehen. Alle Franzosen wurden ihrer Aemter entsetzt. Philipp V erklärte, er werde die spanische Krone nicht niederlegen. Alles jubelte ihm zu. Das spanische Volk war ganz Thatkraft, ganz Wille und Entschlossenheit. Freischaren traten zusammen zum Schutze des Königs und des Vaterlandes.

Diese Entschlossenheit imponierte auch in Versailles. Ludwig rief Vendome nicht ab. Und dieser machte mit Hilfe des Volkes den Fortschritten des Habsburgers bald ein Ende.

Das Jahr 1709 bezeichnet den Höhepunkt der Erfolge des habsburgischen Hauses. Es brachte außer den Siegen in den Niederlanden und den Fortschritten in Spanien, außer der Demütigung des Papstes die Unterwerfung der Ungarn. Noch bis zum letzten Augenblicke hatte Rakoczy auf die endliche Hilfe Frankreichs gehofft, er hatte festgehalten an dem Plan, den Kurfürsten von Bayern zum Könige von Ungarn zu machen. Als Max Emanuel, im Jahre 1708 mit dem Kommando über die Rheinarmee betraut, am 1. Mai nach dem Elsaß aufbrach, ließ Kökenyesdi, Rakoczys Bevollmächtigter, um eine Abschiedsaudienz bitten. Weinend beschwor er den Kurfürsten bei allem, was ihm heilig sei, endlich offen zu erklären, was Ungarn zu hoffen habe. Der Kurfürst ließ sich endlich heraus, und das Ergebnis seiner Antwort war ein rundes „Nichts“. Nur die armen Betrogenen könne er beklagen, sagte Max Emanuel. Aber Rakoczy hoffte weiter. Da kam die Niederlage von Trenczyn (4. August 1708). Sie entschied eigentlich das Schicksal Ungarns. Die Bewegung artete nach der religiösen Seite aus, indem die Katholiken sich von den Insurgenten zurückzogen, während die Protestanten fortfuhren, für Duldung und Glaubensfreiheit zu kämpfen. Rakoczy wandte sich nun an Preußen und bot ihm die ungarische Krone für den Kronprinzen Friedrich Wilhelm an. Es war zu spät. Der letzte Waffenversuch schlug fehl. In dem Treffen bei Vadkert am 22. Januar 1710 wurde Rakoczy aufs Haupt geschlagen. Keine Hilfe, keine Aussicht auf Erfolg bot sich mehr, doch Rakoczy hielt immer noch fest, und noch einmal kam er nach dem Tode Josefs I auf seine Vorschläge an Frankreich und Bayern zurück. Es war eine Illusion. Habsburg behauptete sich in dem Besitz der Stephanskrone.

Die allgemeine, stets steigende Notlage hatte Ludwig gezwungen, im Winter 1709/10 abermals Unterhandlungen anzuknüpfen. Sie wurden in Gertruidenburg geführt. Eindringlich warnte Prinz Eugen, man möge nicht wieder in den Fehler erfallen, den König von Frankreich durch allzu hoch gespannte Forderungen aufs äußerste zu treiben. Würden sämtliche Verbündete standhaft bleiben, so könne man ja alles durchsetzen, aber auf diese Standhaftigkeit sei nicht mehr zu zählen. Immer mächtiger würden die Anhänger des Friedens in Holland, immer kühner die Gegner Marlboroughs in England. Und auch des Kaisers Kräfte seien erschöpft. Lange werde er sich nicht auf der Höhe erhalten können. Eugens Stimme verhallte. Die Verbündeten hielten ihre Forderungen aufrecht, und so verliefen auch diese Verhandlungen resultatlos. Es ist merkwürdig, daß gerade Eugen den Gedanken an eine aufrichtige und dauernde Freundschaft zwischen Frankreich und Oesterreich als den eigentlich natürlichen erfaßte und hinstellte, aber es ist wohl ebenso merkwürdig, daß dieser Politiker im Feldherrnkleide sich gezwungen sah, an der Möglichkeit dieser Versöhnung zu verzweifeln, daß er wieder berufen wurde, gegen Frankreich weiter zu kämpfen, bis es gänzlich am Boden liege.

Die Aussicht auf dieses Ziel umdüsterte sich. Die Tories in England gewannen immer mehr das Feld. Immer erbitterter wurde die Stimmung gegen Marlborough. Eugen bot sich an, nach England zn reisen, um die Königin Anna und den Hof für Marlborough umzustimmen. Es war aussichtslos. Noch immer beteuerte die englische Königin ihre treue Anhänglichkeit an den europäischen Bund, aber thatsächlich war England in vollem Rückzug begriffen. Immer geringer wurde die Hoffnung, den Bund der Mächte im Kriege zusammenzuhalten, und nun trat plötzlich ein Ereignis hinzu, das mit einem Schlage jene Hoffnung völlig vernichtete.

Am 17. April 1711 starb Josef I nach kurzer Krankheit an den Blattern, und sein in Spanien weilender Bruder Karl war nunmehr der einzige männliche Sproß des habsburgischen Hauses. Das Ereignis war Frankreichs, es war zugleich Bayerns Rettung.

Am Tage vor dem Hinscheiden Josefs hatte Prinz Eugen, auf des Kaisers Genesung mit Zuversicht hoffend, Wien verlassen, um sich wieder nach dem Kriegsschauplatze zu begeben. In welche Bestürzung warf ihn nun die Trauerbotschaft: denn seinem weitschauenden Blick entging das Unheil nicht, welches durch dieses Ereignis heraufbeschworen wurde. Sofort wandte er sich brieflich an den nunmehrigen Erben der österreichischen Länder und stellte ihm die Notwendigkeit vor, bald nach Deutschland zu kommen, wo seiner Erwählung zum Kaiser kaum neue Hindernisse begegnen würden. Er verhehlte Karl aber ebensowenig, daß nun der Besitz der spanischen Erbschaft fraglich geworden sei.

Karl aber hatte sich gerade jetzt in den Gedanken hineingearbeitet, doch noch die Krone von Gesamtspanien zu erringen. Er mochte und konnte sich von dem Gedanken nicht sobald losreißen, doch noch den ganzen Länderbesitz Karls V unter seinem Scepter wieder zu vereinigen. „Es wäre nicht gut", schrieb er in den letzten Tagen des Mai 1711 an Wratislaw, „nur an die Möglichkeit zu denken, daß Spanien von meinem Hause losgetrennt werden könnte." Und wenn er sich auch dem Gedanken an baldige Rückkehr nach Deutschland nicht verschloß, so dauerte es doch noch sehr lange Zeit, bis er endlich seine Gemahlin Elisabeth als Regentin in Barcelona zurückließ und sich am 27. September nach Italien einschiffte. Am 12. Oktober, an demselben Tage, an welchem er in Frankfurt zum deutschen Kaiser gewählt wurde, stieg er zu Vado ans Land. Er schrieb an die Königin Anna, um durch sie seine Bundesgenossen zu vermögen, am Kriege gegen Frankreich festzuhalten. Aber schon waren die Friedenspräliminarien zwischen England und Frankreich abgeschlossen worden.

Es war vergebens, daß Eugen im Januar 1712 nach London reiste. Schon war Marlborough aller seiner Aemter enthoben und wegen Veruntreuung öffentlicher Gelder in Anklagezustand versetzt worden. Man hatte sich mit dem Gedanken befreundet, Philipp V auf dem spanischen Throne zu sehen, denn Karl repräsentierte nunmehr das Schreckbild einer habsburgischen Hegemonie in Europa, wie sie einst in den Tagen Karls V Wirklichkeit gewesen. So unterhandelte man von England aus mit Ludwig XIV. Für sich verlangte England Anerkennung der Königin Anna und der protestantisch-hannoverischen Thronfolge, Abtretung von Gibraltar und den Negerhandel im spanischen Amerika. Die Holländer sollten Barriereplätze in den spanischen Niederlanden erhalten, desgleichen das Reich am Rhein und Italien in den Alpen. Der Dichter und Unterhändler Prior hatte sich in Versailles der besten Aufnahme zu erfreuen. Ebenso umwarb man in London den französischen Bevollmächtigten Menager und ließ die Franzosen merken, daß man den Frieden um jeden Preis haben wolle.

So traten die französischen Gesandten bald wieder auf, als ob das Zugeständnis der von England aufgestellten Forderungen als Uebermaß von Nachgiebigkeit von seiten Frankreichs gedeutet werden müsse. England opferte das Geschick der Bundesgenossen und die „Freiheit" Europas seinem Bedürfnisse nach Frieden und Handelsverträgen.

Noch einmal hatte Frankreich versucht, einen neuen Erisapfel in den Kreis der Kurfürsten zu werfen. Es redete von einem protestantischen Kaisertum und dem Bruche der habsburgischen Despotie. Schon bei Gelegenheit jenes schwedisch-preußisch-hannoverischen Bündnisses vom Jahre 1706 vernahmen wir diese Musik. Aber diese Pläne warfen in Wien große Schatten, und so war man dann auch jetzt am Kaiserhofe in banger Sorge wegen der Wahlaussichten. Da lief ein eigenhändiges Schreiben König Friedrichs von Preußen am Wiener Hofe ein, welches die Kaiserwürde dem letzten Habsburger zuerkannte.

Kurbayern hatte in Berlin neue Anknüpfung gesucht. Zugleich kamen französische Emissäre dahin mit lockendsten Anerbietungen. König Friedrich wies sie ab. Anfangs Juli 1711 aber wurden Proteste der Kurfürsten von Bayern und Köln gegen die Reichsacht veröffentlicht und von beiden die Ausübung ihres Kurrechts bei der Kaiserwahl beansprucht. Der Wiener Hof wies diese Forderung zurück. Aber auch von Sachsen her erschollen Bedenken gegen den Ausschluß der Wittelsbacher, doch gab endlich der Wille

des englischen Kabinets auch hier den Ausschlag. Die zweckmäßigste Maßregel, Karl aus Spanien zu entfernen, war die möglichste Betreibung seiner Wahl zum Kaiser. So blieben die Wittelsbacher ausgeschlossen. Nur die Kurfürsten von Mainz, Trier und Pfalz kamen persönlich nach Frankfurt, wo alsdann die Wahl Karls VI am 12. Oktober 1711 erfolgte. Schon am 22. Dezember vollendete die Krönung des Habsburgers das Werk.

Und nun gab England seine weitere Meinung kund: Teilung der habsburgischen Monarchie. Karl protestierte im Haag, wo anfangs die Stimmung gegen den zu berufenden Kongreß war, aber man fürchtete noch weitere Vereinbarungen zwischen Frankreich und England. Am 12. Januar 1712 begannen zu Utrecht die Unterhandlungen. Am 9. Februar erschienen auch die kaiserlichen Gesandten. Aber plötzlich standen noch einmal die Verhandlungen ganz still.

Seit dem Tode des Dauphin war sein Sohn, der Herzog von Burgund, wie umgewandelt. Er bewegte sich auf einmal mit verblüffender Sicherheit und Festigkeit. Er dachte an Aufgabe der Eroberungspolitik, Abschaffung des sinnlosen Luxuses bei Hofe, Freiheit im Handel und Verkehr, Ablösung der Staatsschulden, religiöse Toleranz und andere schöne Dinge. Am 12. Februar 1712 starb plötzlich seine Gemahlin Adelaide von Savoyen, am 18. Februar verschied der Herzog selbst, am 8. März starb der älteste seiner Söhne, und dem zweiten Söhnchen drohte gleiches Geschick. Das Volk sprach von Mord, es wies auf den Herzog Philipp von Orleans. Fürchterlich war der Schmerz König Ludwigs, unsagbar litt er von diesem Unglück seines Hauses. Dazu hielten nun plötzlich die Friedensverhandlungen an. Was von Habsburg drohte, drohte nicht minder nun von dieser Seite: eine europäische Hegemonie durch die Vereinigung Spaniens mit Frankreich. Ludwig kam zuvor. Am 12. November 1712 verzichtete Philipp V auf alle Rechte einer einstigen Erbschaft Frankreichs. Sollten die Bourbonen in Spanien aussterben, so sollte das Haus Savoyen ihr Nachfolger werden. Das war eine abermalige Zurücksetzung Habsburgs. Aber Ludwig beschwor die Urkunde, und Lord Bolingbroke, der nunmehrige Führer der englischen Politik, gab sich zufrieden.

Am 11. April 1713 machten England, Portugal, Holland, Savoyen und Preußen ihren Frieden mit Frankreich und Spanien. Die hannoverische Thronfolge in England und Beseitigung der Stuarts wurde in Frankreich anerkannt, Spanien überließ dem Inselreiche Gibraltar und die Insel Minorca, während Frankreich demselben außer andern Zugeständnissen die transatlantischen Besitzungen Neuschottland, Neufundland und die Hudsonbai-Länder einräumte. Durch dieses Abkommen, welches England die günstigsten Handelskonzessionen und den Schlüssel zum Mittelmeer überlieferte, wurde der Grund zu Englands Seeherrschaft gelegt. Holland erhielt das Barriererecht in Belgien wieder und Zugeständnisse im Handelsverkehr. Savoyen wurde reichlich bedacht. Savoyen und Nizza kamen an Viktor Amadeus zurück, der dazu die Insel Sicilien als Königreich erhielt und für sein Haus das Nachfolgerecht in Spanien. Auch sollten dem Herzog die im Turiner Vertrag von 1703 versprochenen mailändischen Gebietsteile (das Gebiet von Vigevano) verbleiben. Preußen verstand sich ebenso zur Unterzeichnung. Es erwarb das Oberquartier von Geldern, die Anerkennung seiner Königswürde und die Souveränität über Neuchatel und Valengin.

Betreffs der Wittelsbacher war beschlossen worden, daß die Kurfürsten von Köln und Bayern in alle ihre Länder und Würden wieder eingesetzt werden sollten. Außerdem sollte Max Emanuel das Königreich Sardinien erhalten und bis zur Wiedereinsetzuug Namur und Luxemburg in seinem Besitze bleiben. Ludwig XIV hatte als Entschädigung Max Emanuels die Niederlande verlangt. Noch am 2. Januar 1712 hatte König Philipp von Spanien zu Gunsten des Bayerfürsten seinen Rechten und Ansprüchen auf die Niederlande entsagt. Aber Holland wollte davon nichts hören. So mußte Ludwig XIV auf eine andere Entschädigung denken. Nun aber hatte man auch vom Wiener Hofe her bereits versucht, sich dem Kurfürsten wieder zu nähern.

In Wien hatte man den Gedanken festgehalten, Bayern zu einer österreichischen Provinz zu machen. Der bisherige kaiserliche Administrator Graf Löwenstein hatte am 23. Mai 1712 eine Unterredung mit Max Emanuel zu Namur, in welcher er dem Kur-



Joseph Clemens, Kurfürst von Köln, Bruder Max Emanuels.

Nach dem Stich von Zimmermann.

fürsten glänzende Aussichten vor die Augen zauberte: Heirat des Kurprinzen Karl Albert mit der ältesten Tochter Kaiser Josefs; diesem Prinzen solle dann die Stellung eines österreichischen Erzherzogs eingeräumt werden, ihm solle der Vater den Anspruch auf Ober- und Niederbayern abtreten, dagegen wolle der Kaiser sich dafür verwenden, daß Max Emanuel im Besitz der Niederlande bleibe. Zugleich ließ Graf Löwenstein die Bemerkung fallen, der Kaiser sei zurzeit noch kinderlos, und nach den habsburgischen Hausgesetzen stehe nichts im Wege, daß der letzte Fürst männlichen Stammes zu Gunsten der Prinzessinnen seines Hauses die Erbfolge festsetze.

Max Emanuel ließ diese Gedanken auf sich wirken, und allmählich entwickelte sich in ihm eine Theorie der Fürstenmacht und Fürstenherrlichkeit, welche das absolutistische Denken der Zeit bis hart an die Grenzen politischen Irrsinns hinanführte. In ihm befestigte sich die elende Anschauung, „daß ein Fürst seine Länder gegen reichere und und mächtigere umtauschen darf, wenn es ohne Nachteil für die Religion geschehen kann.“ Aber des Kurfürsten Forderungen griffen weit über das österreichische Angebot hinaus. Er war zur Abtretung Bayerns an seinen Sohn bereit, falls der Kaiser schon jetzt die Verlobung mit der Erzherzogin ins Werk setzen und zugleich die Braut zur Erbin aller seiner Reiche ernennen würde; für sich forderte er außerdem nicht nur die Niederlande, sondern auch das Königreich Sicilien und weitere Vorteile für seine jüngeren Söhne. Das waren Pläne ohne Maß und Ziel, ohne jedes Urteil für den Vorteil des eigenen Landes, ohne jeden Schätzungsgrad dessen, was zu erringen möglich und nützlich sei.

Josef Klemens, der Bruder des Kurfürsten, warf sich dazwischen. Der Kurfürst von Köln hatte sich einen andern Sinn für Vaterland und Fürstenpflicht bewahrt, als Max Emanuel, der nun schon wieder in Saus und Braus dahinlebte. „Was er an Geld verbrauchte, ist zu wundern“, sagt ein gleichzeitiger Berichterstatter, „daß ihm Frankreich und die Niederlande soviel liefern konnten.“ Aber der Warner blieb an seiner Seite. „Denn obzwarn die Niederlande und Sicilien zwey bis dreimahl considerabler als Bayrland seynd in quantitate, so ist doch jederzeit Bayrland in qualitate besser wegen seiner avantageusen Situation, so von allem Krieg entfernt gelegen, über das ist dießes Unser Vatterland und Euer Liebden und dero Descendenten natürliches Patrimonium,“ ließ Josef Klemens sich vernehmen.

Max Emanuel verteidigte seine Anschauung. Er suchte den Bruder zwar zu beruhigen mit der Nachricht, er habe den Plan eines Tauschgeschäftes „auf hundert Meilen Wegs verworfen“, aber er beleuchtet doch den einen Fall, in dem er an einem Austausch festhalten würde: wenn man ihm Sicilien und die Niederlande als Tauschobjekt anböte. „Da fragte ich Eur Liebden umb Rath, ob ich bei der posteritaet verantworten khunte, solche zwei mächtige Königreich, wan sie beynander sindt, zu refusieren wegen der eintzigen praedilection vor mein Vatterlandt, dan kheine andre ursach khonte ich nicht einwenden, die das interesse oder politique überwindete, Bayern zu preferiren.“ Von Pflicht wußte dieser Fürst nichts; „corrompu dans les moeurs“, wie Fenelon von ihm sagte, zeigt Max Emanuel uns nun auch den vollen Verfall seines geistigen und politischen Denkens. Josef Klemens verwarf diesen Gedanken wiederum, er suchte alles hervor, ihn dem Bruder in möglichst abschreckendem Lichte erscheinen zu lassen, und darauf gab Max Emanuel abermals eine Antwort, welche uns den Sinneswandel des Mannes im klarsten Lichte vorführt. Wir erinnern uns, wie er einst dem Kanzler seines Vaters, Kaspar Schmid, den Abschied gegeben. Und nun verbreitet sich Max Emanuel über das ganze politische System seiner beiden Vorfahren in einer Weise, welche äußerlich die volle Rückkehr seiner Denkart zu Schmid'schen Politik bekundet, innerlich aber sich als himmelweit von derselben unterschieden erweist. Das interessante Schreiben, wie die ganze hieher gehörige Korrespondenz der beiden Brüder hat Heigel mitgeteilt und beleuchtet, und wir folgen ihm eine kleine Wegstrecke.

Josef Klemens hatte darauf hingewiesen, wie einst ihr Großvater die Krone Böhmens und die Kaiserkrone zurückgewiesen. Max knüpfte daran an. „Unser Ahnherr hat die Böhmische Chron, wie E. L. melden refusieret, er war ein gar zu erlauchter regent, eine Chron von der rebellen Handt anzunemmen, und er hat wohl vorsehen miessen, daß er

ein Winterkhönig währ worden, gleichwie es der Pfaltzgraff gewesen, zu schweigen, daß er ersagte Chron nicht mit fueg hätte besitzen khönnen. Zudeme wahre es ein religions Krieg, welchen allein die union zwischen Oesterreich und Bayrn fihr die Catholische erhalten." Welcher Lohn sei ihm dann zu teil geworden, zum Dank dafür, daß er dreißig Jahre lang für Habsburg Krieg geführt und dreißig Millionen geopfert hatte: die Oberpfalz, die nicht mehr als 150000 Gulden abwerfe. „Die Niederlandten oder Sicilien seindt vou einer weit andern importanz, und wan sie auch entlegen, so ist doch eines eine independente Souverainität und das andere ein uhraltes absolutes und einträgliches Königreich. Die Kayserliche Chron ist unserm Anherrn niehmals angetragen worden, aber wol unserm Herrn Vattern, welchen es sein Leben lang gereyet, solche nicht acceptiret zu haben, so E. L. vielleicht nicht wissen werden, ich aber habe seine eigenhändige Manuscripta gelessen, welche nach seinem ableiben in seinem Cabinet gefunden, der Canzler Schmidt und Brielmayr waren darbey, als ich solche schrifften auffgesuecht und weillen ich damals noch in der administration wahre, so haben mihr dise beyde eingeraten, aus sorg, daß dieselbe der Hertzog Max zu lesen bekhomete, zu verbrennen, welches ich auch in ihrer gegenwart gethan. Man gabe große schuldt dem Graffen Khurtzen, wie auch unserer anfrauen, die das interesse ihres Hauses ihren aigenen Kindern vorgezogen. Die tractaten, die unser Herr Vatter mit Franckreich zu Zeiten des Gravels gemacht, gaben dise und noch vühl andere sachen zu erkhennen, dise habe ich alle gelesen und der Chantzler Schmidt hatt mihrs wol expliciret. Diser Chantzler Schmidt hatt mihr auch unsers Herrn Vattern Sistema, unseres Hauses wahres interesse betreffent, wohl begreiffen machen. Dise impression ist mir allzeit geblieben, und ist es uhndisputierlich, daß in vühlen seculis khein solcher Minister als wie er gewesen, welcher schon zu Zeiten unsers anherrens in der geheimben Cantzley seinen anfang gemacht und alle Arcana sider selber Zeit gewust. In meinen jungen jahren seindt mir dise sachen nur obenhin durch den Khopf gangen. Nunmehr rueffe ich meine gedächtnus zuruck und erinnere mich von allem, auch verstehe anietzo, was ich damals nicht begriffen. Auf das gegenwertige zu khommen, ist nun alles in Mora, aber wie ich schon gemeldet, positive khan ich E. L. noch nichts versichern."

Da raffte sich Josef Klemens auf und wandte sich an Torcy, den Minister des Auswärtigen in Frankreich, um Hilfe, den Plan seines Bruders zu durchkreuzen. In Versailles war die Stimmung zuerst ganz gegen den Plan eines Austausches von Bayern. Torcy schrieb in dieser Weise an Josef Klemens. Und so begann eine Korrespondenz, welche von dem Kölner Kurfürsten mit aller Lebhaftigkeit geführt wurde. „Eine Königskrone", schrieb er dem Minister, „kann in seinem Herzen jede andere Erwägung verdrängen." Sein Geburtsland sei Max Emanuel von jeher gleichgültig gewesen, die Niederlande aber oder andere Staaten, die ihm eine Königskrone brächten, von höchster Wichtigkeit. Die Kammerdiener führten bei ihm das große Wort, und so sei sein Bruder ohne jeden bessern Rat, ohne jede bessere Erkenntnis. Torcy möge deshalb seinen ganzen Einfluß verwenden, daß der Austausch nicht zu stande komme.

Josef Klemens war in unnötiger Sorge. Die Versammelten in Utrecht dachten nicht an die Gewährung so weitgehender Entschädigung, wie sie Frankreich für Max Emanuel forderte. Die Holländer wollten von einer wittelsbachischen Nachbarschaft in Belgien nichts wissen, und England widerstrebte mit Rücksicht auf Savoyen der Abfindung mit Sicilien. Endlich einigte man sich dahin, dem Kurfürsten, das „Königreich" Sardinien zuzusprechen.

Noch aber fehlte allen diesen Abmachungen die Zustimmung des Kaisers und des Reiches. Karl VI hatte den Gedanken festgehalten, den Krieg allein gegen Frankreich fortzusetzen. Aber schon im Jahre 1712 hatte sich Prinz Eugen in den Niederlanden auf die Defensive beschränken müssen. Er hatte es nicht verhindern können, daß Villars mehrere der verlorenen Grenzfestungen zurückeroberte. Zu einer Offensive fehlten ihm alle Mittel und Kräfte. Dann trat Eugen im Jahre 1713 an die Spitze des Reichsheeres am Oberrhein. Aber die erbärmliche Verfassung der Reichstruppen, die volle Erschöpfung der Kräfte des Hauses Oesterreich ließen es auch hier zu keinem Erfolge mehr kommen. Im Gegenteil: Villars stand auch hier wieder Eugen gegenüber, er eroberte

Landau, er durchbrach die Schanzen des Schwarzwaldes und nahm nach längerer Belagerung auch Freiburg weg. Da trieb Eugen zum Frieden, und der Kaiser gab endlich nach. Von beiden Seiten wurden die Oberfeldherrn mit den Verhandlungen betraut, und Eugen gelang es, mehrere der Utrechter Bedingungen für den Kaiser zum Besseren zu wenden.

Karl VI hatte schon Ende Dezember 1712 die englischen Friedensbedingungen großenteils zugestanden. Auf Spanien sollte, wenn auch nicht ausdrücklich, so doch thatsächlich verzichtet werden; die Rebellen im Reiche, der Bayer und der Kölner, werden in Gnaden aufgenommen, ersterem sogar Sardinien mit dem königlichen Range zugestanden. Dagegen wurde die savoyische Forderung, Sicilien mit der Königskrone, unabweislich verweigert, überdies verlangt, Viktor Amadeus solle das Vigevanasco zurückgeben. Der Kaiser wollte seinen Besitzstand in Italien einschließlich Mantuas ohne Minderung behaupten.

So trat die habsburgische Politik in die Bahnen jener alten italienischen Kaiserpolitik wieder hinaus, aber der Zeit entsprechend nicht als Reichspolitik, sondern als Politik der habsburgischen Dynastie. Gewinnt diese Richtung an Stetigkeit, so wissen wir, daß Habsburg von seiner deutschen Aufgabe immer mehr abgezogen werden muß; es muß dann notwendig zu einem Erlahmen jener Politik kommen, welche mit dem Anschluß Bayerns an Oesterreich dem Deutschtum eine festere Haltung gegen Osten und gegen Westen eine größere Widerstandsfähigkeit durch Konzentrierung der süddeutschen Elemente zu erwerben suchte.

Im Februar 1713 schwankte Karl VI noch. Er hatte sich mit dem Gedanken befreundet, den englischen und französischen Forderungen für Savoyen und Bayern nachzugeben. Da stellte im März Ludwig XIV neue und schärfere Bedingungen auf. Er forderte nicht nur Einhalt des habsburgischen Wachstums in Italien, sondern Zurückbildung desselben: Mantua, das einst päpstliche Commacchio und Mirandola müßten aufgegeben, dazu dem Kurfürsten Max Emanuel eine Entschädigung für die angebliche Verletzung des Ilbesheimer Vertrags ausgeworfen werden. Ferner tauchten ältere Forderungen wieder auf, wie die Ausstattung der Fürstin Orsini mit einer kleinen Herrschaft und die feierliche Verzichtleistung auf Spanien. In Wien verwarf man die sämtlichen Punkte. Man fügte hinzu, daß außer Mantua und Mirandola auch die toskanischen Küstenplätze zu behaupten seien und die Oberpfalz bei Kurpfalz bleiben sollte. Bei Verweigerung eines Punktes seien die Verhandlungen abzubrechen. Wir sehen, wie plötzlich das Hausinteresse des Kaisers, die Ausdehnung der österreichischen Interessensphäre in Italien und den Niederlanden das Uebergewicht gewinnen. Frankreich verwarf seinerseits dieses Ultimatum des Kaisers, die Vernunft ward wieder abgedankt, und wieder sollte das wahnsinnige Kriegsspiel aufgenommen werden.

Das hatte man in Versailles nicht erwartet, nicht gewünscht. Man lenkte ein, man mäßigte sich und suchte die Verhandlungen wieder anzuknüpfen. Zuerst ließ man die Entschädigungsfrage der beiden Wittelsbacher fallen. Nur die vollständige Restitution Bayerns einschließlich der Oberpfalz wurde verlangt. Wollte der Kaiser die Markgrafschaft Burgau an Bayern übergeben, so könnte Mantua bei Oesterreich bleiben. Der Kaiser gab nicht nach. Sein Mißtrauen gegen die Falschheit der französischen Politik wollte lange nicht weichen. Jede Vermittlung schloß man in Wien aus. Die spanische Armee war durch die im März geschlossene Neutralitätskonvention frei geworden. Sie sollte nun gegen Frankreich am Rhein oder in Italien Verwendung finden. Immer lebhafter griff man den Gedanken auf, das dem Herzoge von Savoyen 1703 versprochene Gebiet von Vigevano wieder an sich zu nehmen. Selbst ein Angriff auf Sicilien schien bevorzustehen.

Dem allen widersprach Eugen. Er predigte den Frieden, und seine Worte fanden endlich Gehör, als Villars Landau binnen wenigen Wochen zu Fall brachte. Da tauchte wieder der Gedanke eines Austausches von Bayern gegen die Niederlande auf. Prinz Eugen bekam den Auftrag, mit Villars zu verhandeln. Als bestimmte Direktion wurde ihm ein Entwurf mitgegeben, der folgende Forderungen aufstellte: 1. für das Reich den

Ryswicker Frieden, Zurückgabe Landaus, Wiederherstellung des Kölners, Wiederherstellung Bayerns, aber ohne Sardinien, ohne jede sonstige Entschädigung. Sardinien könne an die Pfalz kommen. Wenn möglich wäre ein Austausch zwischen Bayern und den Niederlanden anzustreben; eventuel könne zu letzteren noch die Oberpfalz gegeben, und Kurpfalz dann durch ein Gebiet an der Maas (nicht Luxemburg) entschädigt werden. In diesem Falle blieben dann Bayern, Sardinien und Landau dem Kaiser. Oder Max Emanuel nimmt zu den Niederlanden einen Landstrich zwischen Donau, Lech und Inn; das übrige Bayern samt der Oberpfalz wird kaiserlich; Kurpfalz erhält den Maasdistrikt mit Landau, eventuell auch Sardinien. Der Rang der ersten weltlichen Kur könne Bayern zurückgegeben werden. Die Entschädigung der Orsini sei nur im äußersten Notfall zu gewähren; 2. Italien betreffend solle man zuerst auf der Nichtdurchführung der savoyischen Artikel und auf der Nichtabtretung von Sicilien bestehen. Wäre man mit Bayern glücklich, könne man Savoyen gegenüber nachgeben, aber Festungen dürfe der Herzog nicht anlegen auf dem abgetretenen Gebiet, seine Ansprüche auf Spanien dürfe man nicht betonen. Für Sicilien solle er das Vigevanasco zurückgeben, Lothringen eine Entschädigung bezahlen. Von Mantua wäre nichts zu reden, Mirandola könne herausgegeben, auf Spanien aber dürfe keine Verzichtleistung ausgesprochen werden. — Diese Darlegungen lassen uns erkennen, wie die Politik des Wiener Hofes immer noch zwischen Italien und Bayern schwankte.

Karl VI stimmte dem Entwurfe bei, nur noch deutlicher drückte er den Wunsch aus, Max Emanuel in Deutschland nicht zu restituieren, sondern ihn mit den Niederlanden, vermehrt durch Sardinien abzufinden.

Vom 26. November 1713 bis zum 6. Februar 1714 unterhandelte Eugen mit Villars in Rastatt. Frankreich wollte unter allen Umständen den Frieden. Es wollte sich mit der vollen Wiederherstellung Max Emanuels zufrieden geben, kein Italien betreffender Artikel sollte dem Frieden zum Hindernis werden. Ebenso sollte die Erfüllung des 1703 zwischen Kaiser Leopold und Viktor Amadeus geschlossenen Vertrags, die Wiederherstellung Rakoczys, die Ausstattung der Orsini zwar energisch gefordert werden, aber alles mit dem Zusatze: darum solle der Friede nicht verhindert werden. Nur eins wird neu angestrebt: Entschädigung für das eroberte Landau und ein Aequivalent für Freiburg. So stand man vor dem Abschluß.

Da fiel Ludwig XIV der Ilbesheimer Vertrag wieder ein. Er gedachte seines Verbündeten und kam auf die Entschädigungsforderung zurück: Sardinien und Burgau, oder Burgau und Luxemburg. Den Austausch Bayerns hatte man in Versailles vollkommen verworfen. Villars war aufs äußerste betroffen. Zudem sollte er nun für Bayern seine Kräfte einsetzen, und gerade Max Emanuel gehörte zu den am besten gehaßten Persönlichkeiten des französischen Marschalls. Eugen griff zu. Er drohte mit Abreise. Alle möglichen Kleinigkeiten verbitterten die Stimmung der Unterhändler noch mehr. Und Eugen reiste wirklich ab. Aber in Wien wie in Versailles wollte man den Frieden. Und so erhielt Eugen eine neue Einladung, nach Rastatt zu kommen. Er nahm an. Am 25. Februar war er wieder am alten Platz. Und endlich kam der Friede zustande. Der Kaiser ließ Landau den Franzosen. Der Austausch Bayerns war nicht verhindert, sondern von Frankreich dem Gutdünken Bayerns und Oesterreichs anheimgegeben worden. Die Ausstattung der Orsini ward nicht bewilligt. In der bayerischen und italienischen Frage hatte der Kaiser gesiegt. Hier war ihm in der Zukunft legitim erworbener Zuwachs gestattet. Kurpfalz blieb für den Verlust der Oberpfalz ohne Entschädigung. Das Reich erhielt den Ryswicker Frieden mit samt der Ryswicker Klausel zurück, ein Anstoß für die Protestanten. Ueber die spanische Angelegenheit war man hinweggegangen. Philipp blieb im Besitz der spanischen Hauptländer, aber der Kaiser erkannte ihn nicht an, dagegen gewann er die Anerkennung für den Besitz der spanischen Niederlande, von Neapel, Sardinien, Mailand, Mantua, Mirandola und Commacchio. Am 7. März wurden die Präliminarien unterzeichnet. Am 7. September kam es zum Vollzug des Friedensinstrumentes zwischen dem Kaiser, dem Reiche und Frankreich in Baden (Aargau). Der Friede war geschlossen. Aber der Kriegszustand in der spanischen

Hauptfrage dauerte fort. Erst am 17. Februar 1720 kam auch hier der Friede zustande. Er wurde im Haag zwischen Spanien, Frankreich, dem Kaiser, England und Holland unterzeichnet.

Diese Zeit, da ein Austausch Bayerns geplant wurde, war für den Kurfürsten von Köln eine Zeit furchtbarster Aufregung und Unruhe. Nach allen Seiten agitierte er gegen diesen Plan, und als nun gar der mögliche Austausch in dem Friedensinstrument dem Bruder zugestanden wurde, ließ er für Max Emanuel ein Memorandum ausarbeiten, welches die Nachteile eingehend beleuchtete, die aus diesem Geschäfte für Bayern, das Reich, die katholische Religion und selbst für Frankreich erwachsen würden. Namentlich das Reich und die Religion betreffend, sind diese Ausführungen, welche ebenso Heigel mitteilt, interessant genug, um hier eine Würdigung zu finden. „Eine Schwächung Bayerns gefährde den Bestand des Reiches und den Vorteil der katholischen Religion; denn wenn Oesterreichs Herrscherhaus erlöschen sollte und das bayerische durch Gebietsabtretung seine Bedeutung im Reiche eingebüßt hätte, welche katholische Dynastie könnte dann den Sieg der protestantischen Mächte verhindern? Der westfälische Friede habe ja ohnehin den deutschen Protestanten solchen Zuwachs an Gebiet und Einfluß gebracht, daß die kleineren katholischen Staaten und zumal die geistlichen Fürstentümer kaum noch ihre Unabhängigkeit zu wahren vermöchten. Schon sei das Erzstift Köln durch die Uebermacht Brandenburgs ernstlich bedroht, ebenso Mainz, Würzburg und Bamberg durch Sachsen, Trier durch Hessen, Hildesheim, Osnabrück und Paderborn durch Hannover, Lüttich und Münster durch die Generalstaaten. Wenn erst diese Stifter ein Raub der Nachbarn geworden, sollten dann etwa die paar süddeutschen Bischöfe die Erhebung eines Protestanten zum Kaiser, die Ausbreitung der Lehre Luthers und Calvins über ganz Deutschland aufhalten?"

Diese Gesichtspunkte streiften Deutschlands Zukunft, aber sie streiften sie in verneinendem Sinne. Und sehen wir weiter, so dürfte uns nun ein Umstand namentlich auffallen: die früher mehrmals geoffenbarte Absicht Frankreichs, Bayern eine Vergrößerung in Deutschland zu gewähren, ihm den Besitz der süddeutschen Reichsstädte zu verschaffen, begegnet uns in diesen Friedensverhandlungen nicht wieder. Vielleicht mochte gerade das Streben Oesterreichs, das Haus Bayern vom deutschen Reichsboden zu entfernen, den Grund abgegeben haben, daß der Versailler Hof diesen Gedanken als unausführbar fallen ließ.

Das Einvernehmen der beiden wittelsbachischen Brüder wurde durch die Pläneschmiederei Max Emanuel dauernd gestört. Für Josef Klemens war der Bruder ein Mensch, dem Wort und That zweierlei sind. „Ich kenne meinen Mann und kenne seine Listen. Er liebt es, sich auf gut Glück, auf Pläne einzulassen; haben sie Erfolg, gut! sieht er, daß sie fehlschlagen, so stellt er alles in Abrede."

In Bayern hatte das Bekanntwerden jenes Austauschprojektes die größte Bestürzung hervorgerufen. Der Kurfürst schrieb zwar seiner Tochter, er werde unverzüglich Architekten zur Fertigstellung seiner Schlösser nach Bayern senden. Es sollte dies dem Volke den Beweis liefern, daß er an nichts weniger denke, als Bayern aufzugeben. „Aber traue jemand solchen Versicherungen!", schrieb Josef Klemens. „Gleichzeitig wird in Namur, damit nur ja das Volk nicht in Zweifel ziehe, daß der Kurfürst in jenem Lande bleiben werde, eine große Summe Geldes mit dem Wappen des Fürsten als Herrn der Niederlande geprägt, und man verteilt bereits Statthalterschaften, Luxemburg an Graf Arco, Mons an Graf Seefeld, Namur an Marquis Maffei, Brüssel an den Fürsten von Berg! Man will also hier und dort das Volk glauben machen, daß ihm der Landesherr erhalten bleibe!"

Max Emanuel war zur Menschenruine geworden in den langen Jahren der Verbannung, der Kämpfe und Ausschweifungen. Nicht so schnell, als man hätte glauben sollen, fand er den Weg in sein Vaterland zurück. Noch über ein Jahr dauerte es, bis er sich zur Abreise von Paris entschloß. „Mein Bruder hat eine allzu große Aversion, wieder in Bayern zu wohnen, daher um eine Scheuer aus Niederland er eine Stadt in Bayern cedieren würde, um nur außer Landes bleiben zu können, schrieb Josef Klemens

von Köln. Mit Ludwig XIV hatte Max Emanuel einen neuen Vertrag geschlossen (1. März 1714), in welchem der König dem Kurfürsten versprach, für die Frankreich geleisteten Dienste und dargebrachten Opfer zwei Millionen Livres sofort, fünf Millionen in dreijährigen Fristen und für Stellung von 5000 Mann Truppen eine jährliche Subsidie von 720000 Livres auf die Dauer von sechs Jahren zu zahlen. Auch machte Ludwig sich anheischig, die bei holländischen Bankiers versetzten Schmuckstücke und Juwelen des Kurfürsten mit drei Millionen einzulösen. Und wieder stellte Frankreich in Aussicht, ihm nach Absterben des letzten Habsburgers mit ganzer Macht zur Erlangung der Kaiserkrone beistehen zu wollen, abgesehen davon, daß nach dem Absterben der Habsburger Bayern Rechtsansprüche auf gewisse Teile der österreichischen Monarchie geltend zu machen habe.

Also nur verschoben sollte das diesmal mißlungene Werk sein, und die Aussicht in diese glänzende Zukunft mochte mit Ursache davon sein, den alternden Kurfürsten nach seiner Rückkehr ins Vaterland zu einer Lebensweise zu veranlassen, welche er in Paris und Versailles kennen gelernt, welche ihm nun zum Lebensbedürfnis geworden war, die aber ebenso seinen letzten Jahren und seiner Persönlichkeit jenen Zauber vollends raubte, der einst den jungen Fürsten umspielte. Entwurzelt und entkräftet, ohne jeden innern Halt sehen wir das Leben dieses Fürsten sich in Bahnen bewegen, die denen des sächsischen Volkstyrannen nicht unähnlich waren.

Sachsen und Bayern — die Parallele der Entwicklung beider Länder drängt sich uns hier wieder, wie so oft vorher, auf. Wie dort die Führung des Stammeslebens allmählig an das jüngere Brandenburg überging, wie damit das sächsische Leben erst recht seine früher so mächtige und frische Stromkraft verlor, wie ihm die alte Richtung seiner natürlichen Entwicklung vollends abhanden kam, so stellte sich hier im Süden Habsburg-Oesterreich zu Bayern. Auch hier die gleiche Entgleisung, der gleiche Verfall, die gleiche Halt- und Kurslosigkeit, ein Versumpfen des Volkes, wie des Geschlechtes, das an der Spitze des Volkes stand.

Der Kaiser nahm an dem lange über den Friedensschluß ausgedehnten Aufenthalt Max Emanuels in Frankreich Anstoß. Schon im Sommer 1714 wurde in Wien dem Wunsche Ausdruck verliehen, der Kurfürst möge doch endlich, da er sein Land zurückerhalten habe, auch dahin zurückkehren, wohin er als Fürst des deutschen Reiches gehöre. Wir wissen, was Max Emanuel zurückhielt. Dazu kam die langsame Ausführung der Friedensbedingungen, der sich immer noch verzögernde Abmarsch der Kaiserlichen aus dem besetzten Lande. Max Emanuel war keineswegs einer intimen Allianz mit dem Erzhause auf Grundlage einer Vermählung des Kurprinzen abgeneigt, aber er forderte, daß der Wiener Hof nun auch einmal wirkliche Zugeständnisse mache und nicht, wie bisher, bloß Hoffnungen oder nur den Schimmer von Hoffnungen gewähre.

Der Kanzler Unertl ging nach Wien, um den Boden zu ebnen. Aber gerade der Vermählung stellten sich damals Schwierigkeiten in den Weg, denn von mancherlei Seiten angelte man nach der guten Partie. Endlich entschloß sich der Kurfürst zur Heimreise. Er mochte wohl an dem Gedanken einer Verwirklichung jener Aussichten festgehalten haben, welche ihm einst Fürst Löwenstein eröffnete. Allein das einzige Wort „Heirat" machte ihn nicht gefügig. Immer noch war es der Traum, vielleicht die Niederlande auf diesem Wege doch noch gewinnen zu können, welcher Max Emanuel seine Abreise so auffallend verzögern ließ. Im Februar 1715 reiste Baron Malknecht nach Wien, die Stimmung zu erforschen. Er konnte nur Gutes berichten. Ja, Prinz Eugen wirkte jetzt am eifrigsten von allen für eine innige Verbindung beider Häuser. Dennoch lehnte der Kaiser damals den in Aussicht genommenen Besuch des Kurprinzen Karl Albert noch ab, verlieh demselben aber in gleicher Zeit den Orden des goldenen Vließes.

Die fünf bayerischen Prinzen hatten seit dem Tode Josefs I bessere Tage gehabt. Von Klagenfurt nach Graz gebracht, lebten sie dort wirklich als Fürsten und Prinzen. Nun reisten sie der Heimat zu, da gleichzeitig auch Max Emanuel und Therese Kunigunde die Heimkehr beschlossen hatten. Therese hatte den Weg von Venedig durch Tirol gemacht und bei Murnau zuerst wieder bayerischen Boden betreten. Und wie wurde sie

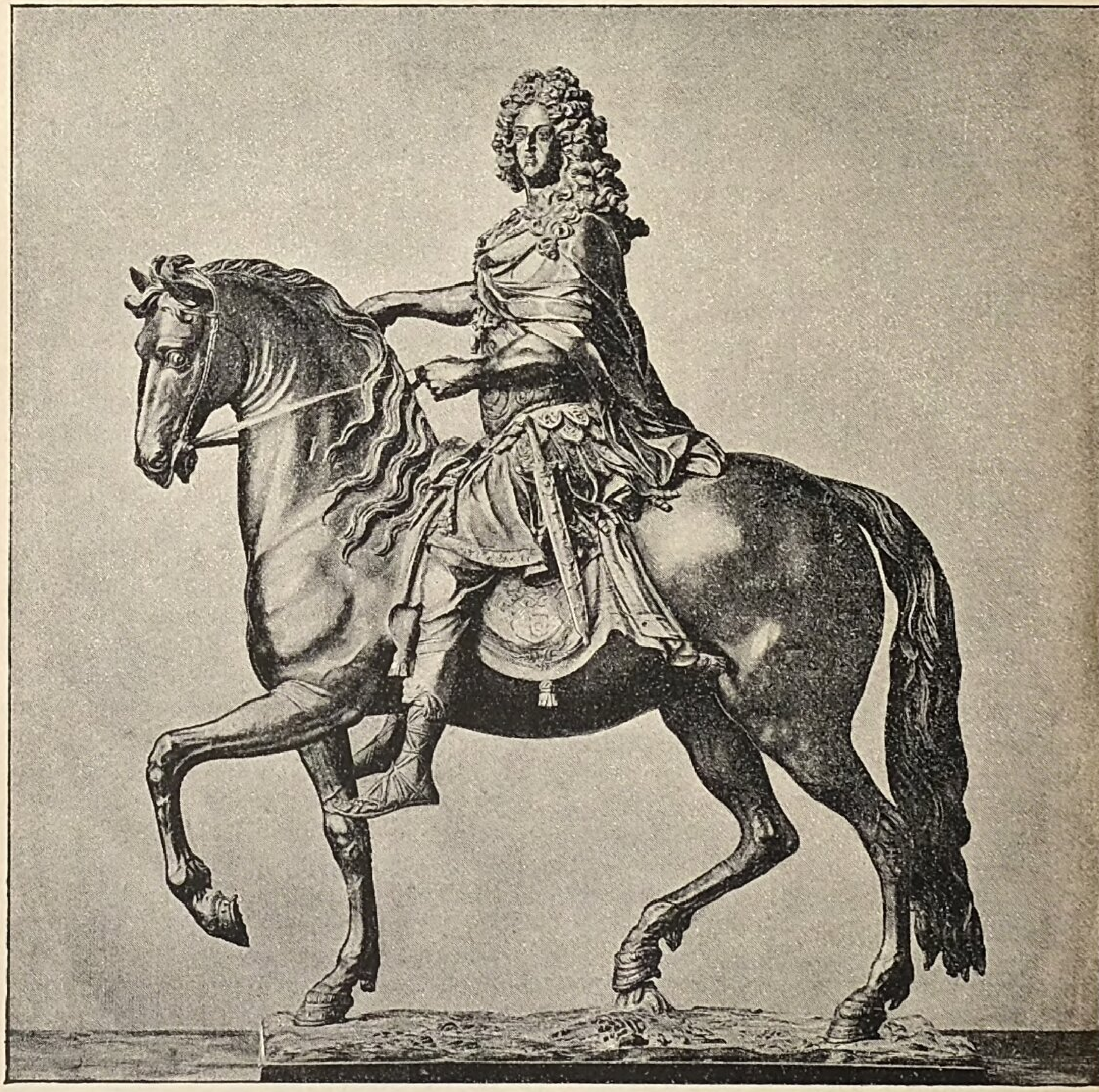
empfangen von dem bayerischen Landvolke! Freudenfeuer loderten, Freudensalven ertönten rings umher. An den Straßen drängten sich die Landbewohner zu tausenden. Der 8. April 1715 fand endlich die ganze kurfürstliche Familie nach langer Trennung im Schloß Lichtenberg am Lech vereinigt. Am 11. erfolgte der Einzug in München. Max Emanuel hatte sich jeden außerordentlichen Empfang verbeten. „Er werde schon die Zeit bestimmen, wann die Burgerschaft ihre Freud haben solle." So zog dieser Fürst in seine Residenz wieder ein, und so groß auch die Freude der Bayern sein mochte, Max Emanuel verstand sein Volk nicht mehr. Er hatte sich einst eine ganz andere, weit glänzendere Zukunft erträumt, und auch jetzt noch träumte er von dieser Zukunft. Wie eine Enttäuschung mochte ihm daher die harte Wirklichkeit der Gegenwart erscheinen, die ihn auszufüllen nicht vermochte.

Militär und das „fürstliche Decorum", das waren und blieben die beiden Gesichtspunkte, welche für Max Emanuel bei den Beratungen über die Besserung des Landelendes im Vordergrund standen. Dabei war natürlich an eine wirkliche Besserung nicht zu denken.

Wer die langwierigen jährlich wiederkehrenden Verhandlungen des Ausschusses der Landschaftsabgeordneten mit der Regierung um die Steuerbeiträge durchgeht, dem wird es wohl klar, in welcher Schule Max Emanuel seine Finanzwissenschaft erlernte. Im Jahre 1718 waren es die Reisen des Kurprinzen und Prinzen Ferdinand nach Italien und Ungarn, der Aufenthalt der Herzoge Philipp und Klemens in Rom, wofür die Landstände um eine Beisteuer angegangen wurden, und wenn auch die Regierung zwei Jahre später den Plan faßte, ein großes Schuldentilgungswerk zu errichten, wenn Max Emanuel darüber selbst mit dem Beichtvater Sigismund Neudecker, dem Kanzler Unertl und dem Hofkammerdirektor Scharfsed vielfach zu Rate ging, die Schulden blieben, die Schulden wuchsen, sie hatten abermals zwei Jahre später bereits die Höhe von 20 Millionen Gulden überstiegen. Verlangte doch Max Emanuel wegen der Ausgaben für die Hochzeit des Kurprinzen die Verwilligung einer ganzen Steuer, verlangte er doch für den Unterhalt des kurprinzlichen Paares den Aufwand von $^2/_3$ Steuer jährlich, wagte er es doch, dem Landschaftsausschuß mitzuteilen: „man befinde sich in der dringendsten Notwendigkeit, zur Bestreitung der sämtlichen Heiratskosten des Kurprinzen und zum Ankauf von Juwelen ein Anlehen von 1500000 Gulden zu machen." Im Jahre 1725 kam er wieder mit einer Forderung von 100000 Gulden für eine Reise des Kurprinzen nach Paris. Und schließlich stellte es sich dann heraus, daß „zur Etablierung des Kurprinzen neben 20000 für die Bischofswahlen" der jüngeren Prinzen mehr als drei Millionen verwendet worden waren, daß die Schuldsumme insgesamt mehr als 27 Millionen betrug.

Neben diesem fast naiven fürstlichen Egoismus zehrte nicht minder der Egoismus der Privilegierten, der Klöster und des Adels am Mark des Landes. Im Jahre 1719 sah sich die Regierung zu der Drohung veranlaßt, den Ständen den Getränk- und Fleischaufschlag wieder zu entziehen, da derselbe ihnen nur gegen Uebernahme der Schulden und in der Meinung überlassen worden sei, „daß diese Auflage gleichförmig, ohne ein oder des andern Verschonung eingeheischt werde." Doch reichten die Klöster und adeligen Brauhäuser so geringe Beiträge, daß dadurch die bürgerlichen und auch die kurfürstlichen Brauhäuser in großen Nachteil kämen. Bei solcher Wirtschaft war natürlich an eine Besserung nicht zu denken, denn die in Frankreich erlernte und geübte Verschwendung abzulegen oder auch nur zu mäßigen, schien dem Kurfürsten seiner Reputation halber ganz unmöglich. Neben einer Unzahl von Lakaien, Läufern, Heyduken, besondern Köchen und Köchinnen für alle Gattungen von Speisen liefen am Hofe allein 36 Kammerdiener zur persönlichen Bedienung des kurfürstlichen Paares und der Prinzen herum. Welsche Sänger und Sängerinnen, französische Tänzer und Tänzerinnen verschlangen unmäßige Summen. In den kurfürstlichen Parken wurde zahlloses Wild gehegt, im Hofstalle über 1400 Pferde gefüttert. Die Ausgaben des Hofzahlamtes betrugen in dem einen Jahre 1720, als man den Plan zur „Schuldentilgung" faßte, über zwei Millionen Gulden. „Der Bauer ist wie ein Mehlsack," witzelten die Höflinge, „er staubt doch, wenn man darauf klopft."

Alles das interessiert uns an sich weniger, aber es dient uns zur Aufklärung über das Denken jener Zeit, über den Verfall Bayern, wie über die für die damalige Zeit kolossale Belastung der Zukunft des bayerischen Lebens. Wir wissen so ohne irgendwelche weiteren Detailmitteilungen, daß das bayerische Leben unfähig sein wird, bei den gegebenen Verhältnissen sich aus sich heraus zu besserer und gesunderer Entwicklung zu erheben, daß auch die beste Gelegenheit, die vorteilhaftesten Konstellationen der allgemeinen Politik



Broncestatue des Kurfürsten Max Emanuel, Modell zu dem großen Reitermonumente zu Brüssel, welches bei der Beschießung im französischen Kriege 1694 zerstört wurde.

für Bayern keinen Vorteil, sondern für den Fall, daß man sie ausnützen wollte, nur neues Unheil bringen können. Und damit hätten wir die Perspektive in die Zukunft, in die Regierungszeit Karl Alberts.

In zahllosen Festgedichten war die Wiederkehr der landesherrlichen Familie nach Bayern gefeiert worden. Der Umschwung des Geschickes schien um so vollständiger, als die Erhebung eines bayerischen Prinzen zum Koadjutor gesichert war, die Ernennung eines andern zum Abt von St. Gallen und die Verleihung eines französischen Bistums an einen dritten als gesichert galten. „Der Kurprinz vollends — so wurde gerade in

der kaiserlich gesinnten Presse ausgeführt — dürfe bereits als Erbe der österreichischen Lande und wohl auch der Kaiserkrone angesehen werden.“ (Heigel.) Aber gerade diese Aussicht verdüsterte sich trotz der Anstrengungen Max Emanuels immer mehr, da Prinz Eugen damals noch dem bayerischen Interesse entgegen das sächsische am Wiener Hofe vertrat. Eugen lenkte indeß bald auf die bayerische Seite herüber. Schon im Jahre 1717 finden wir ihn in vertrauter und freundschaftlicher Korrespondenz mit dem bayerischen Hofe. Er besprach mit Max Emanuel die Möglichkeit eines Besuches des Kurprinzen am Wiener Hofe. Am besten würde sich derselbe machen lassen, wenn Karl Albert selbst an dem Feldzuge in Ungarn sich beteiligen und die bayerischen Truppen die Donau hinabführen würde. Betreffs des Vermählungswerkes versprach er seine Unterstützung, wie auch der Kaiser von demselben eingenommen sei.

Max Emanuel nahm den Vorschlag des Prinzen Eugen an, und im Juni 1717 begaben sich Karl Albert und sein Bruder Ferdinand nach Wien und von dort nach einwöchentlichem Aufenthalt in Prinz Eugens Lager bei Futack.

Die Türken hatten nämlich das den Venetianern im Frieden von Carlowitz (1699) abgetretene Morea wieder an sich gerissen und bedrohten weiter die venetianischen Besitzungen in der Levante. So trat Oesterreich auf Venedigs Seite, und Prinz Eugen erhielt den Oberbefehl im Kriege gegen die Pforte. Das kaiserliche Heer sammelte sich bei Peterwardein, und schon am 5. August 1716 errang Prinz Eugen bei dieser Stadt einen großen Sieg über das osmanische Heer. Dem Siege folgte die Eroberung von Temeswar. Die Pforte suchte den Frieden, Eugen aber drang auf Fortsetzung des Krieges. Belgrad sollte wieder erobert werden. Am 16. August 1717 schlug der Prinz den türkischen Großwesir gänzlich, und so ergab sich Belgrad wenige Wochen später. Damals war es, daß einer seiner Soldaten das schmucklose Lied vom „Prinz Eugen, dem edlen Ritter“ dichtete. Die Folge dieser ruhmreichen Waffenthaten war der Friede von Passarowitz (20. Juli 1718), welcher Temeswar mit dem Banate und Belgrad mit dem nödlichen Teil Serbiens in den Besitz Österreichs brachte, während Venedig nur nur die Insel Cerigo und einige eroberte Plätze in Dalmatien gewann, dagegen auf Morea verzichten mußte. An diesem Kriege hatten die bayerischen Prinzen im letzten Jahre einem wohlgerüsteten Corps von 6000 Mann teilgenommen.

Aber auch jetzt noch schob sich die so lange besprochene Vermählung des bayerischen Kurprinzen mit einer Kaisertochter länger als vier Jahre hinaus. Der Grund davon ist in der Familienpolitik Kaiser Karls VI zu suchen, welche für Europa von so tief einschneidender Bedeutung werden sollte. Wir wenden uns derselben zu, müssen uns aber zuvor in kurzem Ueberblick über die hauptsächlichen Veränderungen in Europa seit dem Ende des spanischen Erbfolgekrieges orientieren.

Wenn auch der Utrechter Friede keine direkte Demütigung Frankreichs gebrach hatte, so hatte er doch den Traum einer europäischen Universalmonarchie zerrissen. Frankreich war absolut erschöpft, und schmählicher ließ sich der Ausgang des Siècle Louis XIV nicht denken, als er sich bei dem am 1. September 1715 eintretenden Tode des Königs in Wirklichkeit zeigte. Heimgesucht von den schwersten Verlusten in seiner Familie, von allen, selbst von der Maintenon, verlassen, waren die letzten Tage Ludwigs trostlos und verödet. Schon am Tage nach dem Tode vernichtete das Parlament den letzten Willen des Königs und gab dem Herzoge Philipp von Orleans die unbeschränkte Regentschaft für die Zeit der Unmündigkeit Ludwigs XIV. Der Sarg des Königs ging unter den Verwünschungen des Volkes aus Paris zur letzten Ruhestätte der Könige Frankreichs in den Denis. Das war das Ende Ludwigs XIV, des Despoten von Frankreich.

Nirgends hatte Frankreich sein Ziel erreicht. In England waren die Stuarts endgültig von der Thronfolge ausgeschlossen worden, und nach dem Tode der Königin Anna (1. August 1714) bestieg der hannöverische Kurfürst Georg Ludwig als Georg I ohne Hindernis den englischen Thron.

Und wie Hannover in England, so hatte sich Habsburg in Italien festgesetzt. Schweden hatte seine Großmachtstellung verloren, und Rußland stand an seiner Stelle. Auf deutschem Boden aber strebte das junge preußische Königtum empor.

Noch vor Abschluß des Utrechter Friedens war am 25. Februar 1713 König Friedrich I von Preußen gestorben. Er hatte das Verdienst, die Entwicklung Preußens mehr und mehr vom Reichskörper unabhängig gestellt und auf die Emanzipation seiner Landesteile vom Reiche gedrungen zu haben. Zugleich war seine Sorge für Kunst und Wissenschaft nicht bedeutungslos für Preußens spätere Entwicklung. Ein ganz andrer Geist folgte nun auf dem preußischen Thron mit dem Sohne Friedrich Wilhelm I. Des Schlimmsten versicherte man sich von diesem früh fertigen, unbildsamen Manne, über dessen „Brutalität" schon vom englischen Hofe aus Klage bei dem Vater geführt worden war. Aber dieser Mann war es, welcher den Mechanismus des preußischen Staates schuf, der der Armee Schulung und Korpsgeist beibrachte und seine Beamten zu jener straffen Pflichttreue und Uneigennützigkeit erzog, welche bald sprichwörtlich mit „preußisch" bezeichnet wurde.

Sein Thun und Lassen will Friedrich Wilhelm auf die Religion zurückführen; er kennt nur die Umgangsformen der Kaserne, aber ein Kern ist in diesem knorrigen Mann von so kräftiger Gesundheit, daß sein Leben allein als eine Reaktion gegen die Ueberzuckerung und Verdorbenheit der damaligen Gesellschaftsformen betrachtet werden kann. Sein eigener Feldmarschall und Finanzminister zu sein, war sein einfaches Regierungsprogramm, Ordnung und Pünktlichkeit sein einziges Streben und Subordination unter die Zwecke des Staates und den sich mit diesen identisch fühlenden königlichen Willen sein höchstes Gesetz. Die Uniform des Soldaten ist seit Friedrich Wilhelm das Hofkleid in Berlin und bald in ganz Europa geworden. Schon im Jahre 1717 nannte ein bewundernder Ausländer Preußen „die hohe Schule der Ordnung und Haushaltungskunst, wo Große und Kleine sich nach dem Exempel ihres Oberhauptesmeistern lernen. Die Zucht macht Leute, und die preußische ist herrlich."

Gewiß, ohne Strenge und Willkür und unnachsichtiges Durchgreifen ließ sich so etwas nicht erreichen, aber Friedrich Wilhelm sagte sich richtig, daß die noch so hohen Kosten seiner Heeresverwaltung unendlich geringer seien, als der Schaden, den ein Einbruch fremder Heere über das unbewachte Land bringen würde. Er war der Ueberzeugung, daß gegen alle die Freiheiten und verkommenen Rechte der Vergangenheit eine gesunde Zukunft nur aufzukommen vermöge, wenn jene Hindernisse mitsamt aus dem Wege geräumt würden. Und so griff er ein in die eigennützigen Rechte der Ritterschaft, wie in diejenigen der Städte, aber er griff ein mit dem Sinne für das Gute und Lebensfähige, und, um nur eins zu erwähnen, woran sich der Fortschritt in eine neue Zeit erkennen läßt, weisen wir auf die Durchbrechung des alten Lehenssystems und die Begünstigung der Manufakturen hin. „Ein Land ohne Manufaktur ist ein menschlicher Körper sonder Leben, ergo ein totes Land, das beständiglich pauvre und elendiglich ist und nicht zum Flor sein Tagelang gelangen kann." Als die ostpreußischen Herrn ihm vorstellten, daß die neue Grundsteuer das ganze Land ruinieren werde, schrieb er an den Rand: „Corios, tout le pays sera ruiné. Nihil Kredo, aber das Kredo, daß der Junker ihr Autorität Niposwollam (das polnische liberum Veto) wird ruinirt werden." Und ein andermal: „Ich komme zu meinem Zweck und stabilire die Souveränität und setze die Krone fest wie einen rocher von bronze." Aber der Mann, der so herrische Sprache führte, erließ im Oktober 1717 eine Verordnung, welche, um dem „höchst deplorablen Zustand des Landvolks in Ansehung alles Wissens und Thuens" Abhilfe zu schaffen, alle Eltern bei nachdrücklicher Strafe anhielt, ihre Kinder zur Schule zu schicken; derselbe Mann trug sich mit der Sorge, die „Justiz gut und kurz zu fassen", er befreite die Bauern auf den königlichen Domänen von der Hörigkeit und hielt es für eine edle Sache, „wenn die Unterthanen statt der Leibeigenschaft sich der Freiheit rühmen." Den Gutsherrn setzte er wenigstens Grenze und Maß in der Behandlung ihrer Hörigen und verbot das „barbarische Wesen, die Unterthanen gottloser Weise mit Prügeln oder Peitschen wie das Vieh anzutreiben." So empfand er es, daß die ständischen Freiheiten das Gedeihen der Gesamtheit hinderten, und darum begann er gegen dieselben den schroffen und schonungslosen Krieg, wie gegen alle andere Verkommenheit. Bequem gelebt hat es sich in dem Staate Friedrich Wilhelms nicht, aber noch niemals hat sich in



Karls XII. Kampf mit den Janitscharen und Gefangennehmung in Varnitza 1713.
(Gemälde von Hauschild.)

der Entwicklung eines Volkes der Uebergang zu freieren und besseren Lebensformen zu vollziehen vermocht, ohne durch die Zwischenepoche einer Diktatur hindurchgegangen zu sein. Der preußische Militärstaat verjüngte den Staatsorganismus des achtzehnten Jahrhunderts. Durch die Beendigung des spanischen Erbfolgekrieges und die Rückkehr seiner Truppen aus Brabant und Italien sah sich Friedrich Wilhelm in den Stand gesetzt, seine energische Aufmerksamkeit den nordischen Verhältnissen zuzuwenden.

Wir erinnern uns, wie Karl XII aus Sachsen nach Rußland abzog, wie ihn am 8. Juli 1709 bei Pultawa das Schicksal erreichte, wie er an diesem einen Tage alles verlor und als Flüchtling der Türkei zueilte. Die Niederlage Karls XII war ein Ereignis, welches in ganz Europa das allergrößte Aufsehen erregte. „Erst jetzt ist der Grundstein Petersburgs mit Gottes Hilfe endgiltig gelegt," schrieb Peter der Große, und es war kein Zweifel, die furchtbare Niederlage hatte das Uebergewicht Schwedens im Norden für lange Zeit, wenn nicht für immer vernichtet.

Von Bender aus suchte der königliche Flüchtling den Sultan in den Krieg mit Rußland zu treiben. Nur die Hilfe des Auslandes noch vermochte Schweden zu retten; denn schon erklärten Sachsen und Dänemark von neuem den Krieg, und der Zar zog gegen Riga heran. Wirklich begann die Pforte den Krieg gegen Rußland, aber er war schnell zu Ende und ohne Resultat für Karl XII. Er blieb trotzdem in der Türkei, er widersetzte sich selbst der Gewalt, mit der man ihn hatte zur Abreise zwingen wollen; er wurde Kriegsgefangener des Sultans, aber er hielt an dem Gedanken fest, den Krieg gegen Rußland wieder zu beginnen.

Da traf ihn die Nachricht, in Schweden plane der Adel die Einsetzung einer Regentschaft. Er reiste ab und eilte gegen Norden. Am 21. November 1714 war er in Stralsund. Schweden hatte fast alles Gebiet jenseits des baltischen Meeres verloren. Die Kassen waren leer, Handel und Industrie lagen darnieder, aber mit Karls Rückkehr kam neue Hoffnung in die Gemüter. Tausende drängten in die Werbestuben, doch konnten die Rüstungen nur langsam und ungenügend betrieben werden. Frankreich zahlte zwar wieder Subsidien, aber die Seemächte hielten sich dem Bunde mit Schweden fern, und England und Preußen traten in die Reihe der schwedischen Feinde.

Für Preußen galt es, die Ordnung der baltischen Frage nicht von andern allein vornehmen zu lassen. In Pommern durfte die schwedische Herrschaft nicht durch eine russische, dänische oder polnische abgelöst werden. Friedrich Wilhelm nahm seine Stellung demgemäß. Ende September 1713 kapitulierte Stettin und übergab sich den Russen. Der Zar aber fand sich zu einem Vertrage bereit, der die eroberte Festung gegen Erstattung der Belagerungskosten einer neutralen Besatzung preußischer und gottorpischer Bataillone überließ und das schwedische Pommern bis zur Peene unter preußische Verwaltung stellte. Sollte Preußen deshalb von Schweden angegriffen werden, so wurde ihm der Beistand der nordischen Verbündeten zugesichert. Mit Recht ist dieser Schwedter Vertrag vom 6. Oktober 1713 einer der wichtigsten genannt worden, die die Krone Preußen je geschlossen. Er enthielt die Anerkennung der Thatsache, daß das Gleichgewicht der baltischen Welt auf Preußen beruhte.

Nun aber nach der Rückkehr Karls XII aus der Türkei erfolgte der Angriff Schwedens auf Preußen. Am 28. April 1715 ging Friedrich Wilhelm ins Feldlager ab. Es folgten der Uebergang nach Usedom, der Sturm auf die Peenemünder Schanze (22. August), die Eroberung von Rügen (15. November), die Kämpfe um Stralsund und der Fall dieser Festung (22. Dezember). Damit war an der Stelle eines überseeischen Staates Preußen die Macht geworden, die politisch und militärisch in Norddeutschland den Ausschlag gab.

Und nun unter dem Einfluß des holstein-gottorpischen Ministers von Görz erfaßte Karl XII den Gedanken an Frieden. Der Krieg sollte nur noch fortgesetzt werden, um Schweden die möglichst besten Bedingungen zu verschaffen. Ein Waffenstillstand mit Rußland kam zustande; dann wandte sich Karl, um für die aufgegebenen Ostseeprovinzen einen Ersatz zu finden, zur Eroberung von Norwegen. Die Ausrüstungen genügten nicht. Das Jahr 1717 verlief unter neuen Rüstungen, und im Herbst 1718 erfolgte ein

weiterer Einfall in Norwegen. Da, bei der Belagerung von Fredrikshald traf ihn am 11. Dezember 1718 die feindliche Kugel, welche dem Löwen des Nordens den augenblicklichen Tod brachte.

Mit dem Tode des Schwedenkönigs änderte sich wie mit einem Schlage die ganze Lage. Nachkommen fehlten. So wurde die jüngere Schwester Karls, Ulrike Eleonore auf den schwedischen Thron berufen. Sie überließ ihrem Gatten, dem Erbprinzen und nachmaligem Landgrafen von Hessen die Regierung, und die Herrschaft der Wittelsbacher auf schwedischen Throne ging damit zu Ende. Der Minister Görz wurde nach formlosem Gerichtsverfahren zum Tode geführt, und die monarchisch-absolutistischen Bestrebungen Karls XII erlagen der Uebermacht der Aristokratenpartei. So war es auch den Wittelsbachern im Norden nicht gelungen, der Zukunft ein Thor zu öffnen. Was der Protestantismus angebahnt, was dann Gustav Adolf weiter erstrebt, was unter Karl XI abermals mit Eifer in Angriff genommen worden war und noch die letzten Jahre Karls XII teilweise erfüllt hatte, das Reformwerk des staatlichen Lebens in Schweden blieb liegen und auf halbem Wege zwischen Mittelalter und Neuzeit erstarrte die Entwicklung des schwedischen Volkes.

Friede! Das war die Losung der neuen Regierung. Der Zar unterhandelte fort, aber nur in der Absicht, Schweden vollends seiner Macht zu beugen und ihm den Todesstoß zu versetzen. Doch schon im Herbst 1719 schloß Hannover seinen Vertrag mit Schweden zu Stockholm, in welchem an Hannover Bremen und Verden gegen Zahlung von einer Million Reichsthaler abgetreten wurde. Diesem Vertrage folgte der Friede Schwedens mit Preußen zu Stockholm am 29. Januar 1720, durch welchen Preußen Vorpommern bis zur Peene, Stettin, Damm, Gelnow, Usedom und Wollin erhielt gegen Zahlung von zwei Millionen Reichsthaler. Endlich im September 1721 bequemte sich auch Rußland zum Frieden. Die Ostseeprovinzen Livland, Estland, Ingermannland und Karelien fielen an Rußland, nur Finnland verblieb bei Schweden, und auf deutschem Boden nur Wismar und das nördliche Vorpommern. Schwedens Großmachtstellung war mit diesem Verluste für immer dahin.

Wir haben also die neue Verschiebung im Norden: Rußland steht als Großmacht an der Ostsee; die welfische Politik, mit dem Ansehen Englands hinter sich, strebt nach der von Schweden eingebüßten führenden Stellung in Norddeutschland: mit diesem Streben tritt das welfische Haus in einen scharfen Gegensatz zum Hause Hohenzollern und treibt dieses zur Beschleunigung seines Wachstums. Außerdem ist Hohenzollern gezwungen, seine Stellung gen Sachsen-Polen wie gegen Habsburg zu behaupten. So sah sich Preußen zu einer Anlehnung an Rußland gezwungen, und umsomehr, als von Hannover bereits der Plan angeregt worden war, „Preußen im großartigen Maßstabe zu plündern".

Während hier im Norden die Entwicklung noch nach den neuen Formen suchte, in welchen sie sich zu entfalten vermochte, waren die Konstellationen des Südens gleichfalls in neue Bahnen eingelenkt. Die Spannung zwischen Spanien und Oesterreich war seit dem Ende des spanischen Erbfolgekrieges bestehen geblieben. Die zweite Gemahlin Philipps V von Spanien, Elisabeth von Parma, ließ sich von ihrem Minister Alberoni in eine abenteuerliche Politik hineindrängen, da sie nicht nur den Plan verfolgte, ihren eigenen Söhnen in den früheren Nebenländern Spaniens selbständige Herrschaften zu gründen, sondern auch an eine Vereinigung Frankreichs mit Spanien dachte. Unter dem Schein, als ob man Oesterreich im Türkenkrieg unterstützen wolle, ließ Spanien Heer und Flotte ausrüsten und die Inseln Sardinien und Sizilien besetzen (1717 und 1718). Dem gegenüber schloß der Kaiser mit Frankreich und England ein Bündnis, welches unter der Voraussetzung, daß auch Holland beitreten werde, den Namen der Quadrupelallianz erhielt (2. August 1718). Auch Viktor Amadeus trat diesem Bunde bei, entsagte dann aber zu Gunsten Oesterreichs der Herrschaft in Sizilien und empfing dafür Sardinien samt dem Königstitel.

Alberoni sah sich nach Bundesgenossen um. Er dachte an Rußland und Schweden, aber am 10. August 1718 wurde die spanische Flotte durch die englische bei Passaro

vernichtet. Ein französisches Heer überschritt unter Berwick die Pyrenäen, und als nun weitere Schläge folgten, ließ Elisabeth Alberoni fallen, und der Abenteurer wanderte ins Exil. Spanien aber nahm die Bedingungen der Quadrupelallianz an. Die Hoffnung auf die Wiederherstellung der Macht Philipps II war damit vernichtet. Auch mit Frankreich glückte es der Königin nicht, da sich Ludwig XV, wie wir noch hören werden, mit Maria Lescinska, der Tochter des entthronten Polenkönigs vermählte.

Im Mittelpunkte der Politik Kaiser Karls VI stand damals die Anerkennung der pragmatischen Sanktion. Im September 1703 hatten die beiden Söhne Kaiser Leopolds I, Joseph I und Karl, einen „wechselseitigen Erbfolgevertrag“ abgeschlossen, wonach bei Ableben Josephs I ohne Söhne seinem Bruder Karl und dessen männlicher Nachkommenschaft die Erbfolge zustehen, und im Falle, daß Karl ohne männliche Nachkommen blieb, die Töchter Josephs I, dann erst die Töchter Karls und ihre Nachkommenschaft zur Succession berufen werden sollten. Damit war die Erbfolgeberechtigung des weiblichen Stammes im Umfang der ganzen deutsch-habsburgischen Monarchie festgesetzt worden.

Joseph I hatte nur zwei Töchter hinterlassen. Im Jahre 1712 wandten sich nun die kroatischen Stände an den Wiener Hof mit dem Anerbieten, zu Gunsten ihrer staatsrechtlichen Verbindung mit Innerösterreich, die Erbfolge der weiblichen Nachkommenschaft anerkennen zu wollen. In Ungarn erfuhr man davon und frug am Wiener Hofe an. Da ließ Karl den Ministern und Geheimräten jenen Erbfolgevertrag vorlegen, der aber dahin abgeändert worden war, daß seine noch zu gewärtigenden Töchter den Vortritt vor den Töchtern Joseps I haben sollten. Drei Jahre nach Erlaß der pragmatischen Sanktion, am 13. April 1716 wurde dem Kaiser ein Sohn geboren. Aber nach wenigen Monaten starb derselbe, und Karl erhielt nur mehr Töchter: im Jahre 1717 wurde Maria Theresia, 1718 Maria Anna und 1724 Maria Amalie geboren. Für Maria Theresia sollte die Nachfolge gesichert werden, und so wurde 1720 den österreichischen Kronländern die Erbfolgeordnung, wie sie in der pragmatischen Sanktion festgelegt worden war, mitgeteilt. Zweck dieser Anordnung war: Befestigung des Thrones, Klarstellung der Succession und die bleibende unauflösbare Verbindung der Königreiche und Provinzen der habsburgischen Monarchie. Die österreichischen Kronländer gewöhnten sich daran, das also proklamierte Gesetz als Grundlage für die Thronfolge zu betrachten.

Nun aber galt es, diesem Gesetz auch die Anerkennung Europas zu gewinnen, und wir sehen, wie eine solche Anordnung namentlich die Hoffnungen, welche man am bayerischen Hofe gehegt hatte, in der Mitte durchschnitt. Die Anerkennung der pragmatischen Sanktion war denn auch die erste Forderung, welche der Kaiser an Max Emanuel stellte, als es sich um die Vermählung seines Kurprinzen mit der jüngeren Tochter Josephs, Maria Amalia handelte. Prinz Eugen hatte diese Verbindung nun mit aller Wärme betrieben, und Max Emanuel wie Karl Albert verstanden sich zur Anerkennung der pragmatischen Sanktion und zur Verzichtleistung auf jeden Anspruch auf österreichische Erbstaaten, aber freilich erst nach der Versicherung des bayerischen Kanzlers Unertl, „daß jene Verträge nur die weibliche österreichische Jura betreffen thun, und man sich hierin der recht nicht begeben hat, die dem Churhaus Bayern in casum zustehen, da Oesterreich sine masculo decidiren sollte.“ Auf Grund dieser diplomatischen Zweideutigkeit wurde am 25. September 1722 der Heiratsvertrag abgeschlossen und die Vermählung mit großen Feierlichkeiten in der Favorita zu Wien vollzogen.

So sehen wir trotz der Vermählung, trotz der erneuten Annäherung den alten Gegensatz zwischen Habsburg und Bayern fortbestehen, und zwei Jahre später kam es denn auch zu einer Konsolidierung der wittelsbachischen Interessen mit dem direkten Hinblick auf Oesterreich und Preußen. Die Macht der Wittelsbacher in Schweden war gebrochen und verdorben, sie hatte Preußens Wachstum wohl aufzuhalten aber nicht aufzuheben vermocht. Als sie sich gegen Osten, gegen Rußland und Polen wendete, vollzog sich im Westen die innigste Verbindung der kurpfälzischen Wittelsbacher mit dem Kaiserhofe. Aber Kurpfalz fand seine Rechnung nicht bei dieser Schwenkung, und da in der Zwischenzeit auch jenes größte Hindernis beseitigt worden war, welches einer Vereinigung

der Wittelsbacher von Pfalz und Bayern früher im Wege gestanden, da das kurpfälzische Haus zum Katholizismus zurückgetreten war, so vollzog sich nun bei der Rückwärtsbewegung beider Entwicklungen in Kurpfalz und Bayern die Vereinigung derselben.

Im Jahre 1716 war Karl III Philipp durch den Tod seines Bruders Johann Wilhelm Kurfürst geworden. Karl Philipp war genußsüchtig und frivol, neben großem Hange zu sinnlichen und weltlichen Vergnügungen, im Banne strenger Bigotterie und priesterlichen Einflüssen unterworfen. Die Jesuiten waren seine Ratgeber und Lenker. So trat die katholische Reaktion mit ihm in der Pfalz in ein erhöhtes Stadium. Es war umsonst, daß die protestantischen Mächte sich ins Mittel legten, umsonst, daß selbst der Kaiser die Gewaltschritte des Kurfürsten offen mißbilligte. Karl Philipp verlegte seine Residenz nach Mannheim und ließ die Jesuiten weiterwirtschaften. So sank das ganze Leben der Pfalz von seiner einstmals so freien Höhe, die Universität Heidelberg verfiel, und die Dunkelmänner führten die Regierung. Ludwig XIV war das Vorbild des Kurfürsten, und wie nachmals das bayerische Hoflager zu Nymphenburg und Schleißheim mit dem Palais Royal an Prunk und Zügellosigkeit wetteiferte, so leuchteten Mannheim und Schwetzingen weithin allen Schmarotzern und Müßiggängern entgegen, und die Verwaltung der Pfalz erwarb sich den traurigen Ruf der „schlechtesten der Welt".

Kaiser Karl VI hatte dem klerikalen Obscurantismus in seinem Lande die Unterstützung entzogen, und gewiß ist es, daß des Kaisers Mäßigung in den kirchlichen Händeln, sein mehr rechtliches als parteiisches Verfahren, den größten Anteil daran hatte, daß sich die pfälzische Politik von der kaiserlichen trennte. Die erste Folge der veränderten Politik war der pfälzisch-bayerische Familienpakt zu München vom 15. Mai 1724, der die seit dem 14. Jahrhundert befolgte Politik des wittelsbachischen Hauses mit einem Male umstieß. Der Streit über das Reichsvikariat, den noch Karl Ludwig so erbittert geführt hatte, wurde jetzt dahin ausgeglichen, daß beide Kurfürsten dasselbe gemeinsam führen sollten. Hier und in allen Gerechtsamen und Interessen versprachen beide Häuser gemeinschaftlich zu handeln, sich gegenseitig zu beschützen und die willkürliche Erhebung neuer Kurfürsten zu hindern. Zu diesem Zwecke verabredete man weiter, daß die beiden Kurfürsten je achttausend Mann zur Verteidigung unterhalten und ihre nächsten Anverwandten, die Kurfürsten von Köln und Trier eine ihren Kräften entsprechende Kriegsmacht aufstellen sollten.

Die Hauptrücksichten, welche diesen Bund veranlaßten, waren die Erbstreitigkeiten beider Häuser, ihre Pläne auf Vergrößerung durch österreichische und preußische Gebietsteile. Kurpfalz wollte Jülich und Berg, entgegenstehend dem Vertrage Philipp Wilhelms mit Preußen, auf seine sulzbachischen Agnaten vererben, und Kurbayern wollte nach dem Aussterben des habsburgischen Mannesstammes einen Teil der österreichischen Erbländer ansprechen. Hinter den vertragschließenden Mächten stand außer den Agnaten und den beiden Kurfürsten von Köln und Trier Frankreich. So lange eine in sich selbst ruhende und von sich selbst getragene Entwicklung beide Länder aufwärts führte, war an eine derartige Vereinigung nicht zu denken gewesen. Wir erkennen also auch aus der nunmehrigen Möglichkeit des Zusammengehens, daß die Entwicklung beider Länder den Höhepunkt ihres Eigenwachstums erreicht und bereits überschritten hatte.

Von seiner Politik einer engsten Verbindung mit Frankreich ließ Max Emanuel nicht mehr. Ihm fiel nun die Aufgabe zu, auch die pfälzische Politik mit der französischen wieder in Einklang zu bringen. Im Jahre 1725 reiste der bayerische Obriststallmeister Graf d'Albert nach Paris, um Frankreich in die wittelsbachischen Interessen hineinzuziehen. Karl Philipp begleitete denselben mit seinen guten Wünschen. Dem aber stand das eben damals geschlossene Bündnis Frankreichs mit Preußen und England im Wege, und die pfälzische Politik schwankte infolgedessen noch einige Zeit zwischen den beiden Polen Wien und Paris.

Zum letzten Mal haben wir nun Max Emanuel als politischen Pläneschmied zu verfolgen, da die Abmachungen, welche jetzt getroffen wurden, die Grundlage zu der späteren Haltung Bayerns legten.

Noch einmal hatte Karl VI sich in das spanische Interesse hineinziehen lassen. Ripperda, ein geborener Holländer und von den Kölner Jesuiten erzogener diplomatischer Abenteurer, erschien 1724 als spanischer Bevollmächtigter in Wien, um für den Infanten Don Carlos um die Hand Maria Theresias, der ältesten Erzherzogin und Tochter Karls VI zu werben. In Wien ging man auf diesen Vorschlag nicht direkt ein, wies aber auch Spanien nicht ab, und so kamen am 30. April und 1. Juni 1725 drei Verträge zwischen Spanien und Oesterreich zustande, von denen der erste in feierlicher Weise die Aufrechthaltung der pragmatischen Sanktion von seiten Spaniens verbürgte. Der zweite Traktat war ein Schutz- und Trutzbündnis, der dritte ein Handelsvertrag. Ein weiterer Vertrag vom 29. August bestimmte, daß jeder der beiden Infanten aus der zweiten Ehe des Königs von Spanien eine der drei Töchter des Kaisers zur Gemahlin erhalte. Mit dieser listigen Ausflucht glaubte man in Wien die freie Verfügung über die Hand der Erbprinzessin sich bewahren zu können.

Infolge der Aussöhnung mit den auf Spaniens Thron gehobenen Bourbons überwarf sich das Kaiserhaus mit seinen alten Freunden England und Holland, und das englische Kabinet betrieb, um die an das spanisch-österreichische Bündnis geknüpften Pläne zu vereiteln, die auf dem Lustschloß zu Herrenhausen geschlossene sogenannte „hannöverische Allianz". Dieselbe vereinte England, Frankreich und Preußen zur Erhaltung des Friedens auf Grund bestehender Besitzverhältnisse zu gemeinsamem Vorgehen. Die Jülicher Frage wurde in diesem Vertrage einem Schiedsgerichte unterstellt.

So standen zwei Bündnisse einander gegenüber, und nun mußten auch die Mächte zweiten und dritten Ranges daran denken, ihre Stellung zu nehmen. Bayern die erste Rolle im Reiche und seinem Hause die Kaiserkrone zu verschaffen, war nach wie vor das Ziel des ehrgeizigen Max Emanuel. Darum suchte er nun erneuten Anschluß an Frankreich, und der französische Hof kam seinem alten Verbündeten entgegen. Es traf die Einladung der Söhne Max Emanuels zu der Hochzeit Ludwigs XV mit Maria Anna, der Tochter Stanislaus Lesczinskis, in München ein. Karl Albert unter dem Namen eines Grafen von Haag, Ferdinand als Graf von Kling, Klemens August, seit 1723 Erzbischof und Kurfürst von Köln, als Abt von Stromberg, und Johann Theodor, seit 1719 Bischof von Regensburg, als Abt von Wasserburg, kamen im September 1725 nach Fontainebleau, wo sie gleich Angehörigen der königlichen Familie mit hohen Ehren aufgenommen wurden. Aber nicht zu Festlichkeiten allein hatte man die Wittelsbacher geladen, sondern auch zu hochwichtigen politischen Beratungen. Bald waren die Verhandlungen im vollen Gange. Heigel hat uns über den ganzen Verlauf derselben Mitteilung gemacht, und so folgen wir ihm.

Am 22. September 1725 sandte der Kurprinz Karl Albert an seinen Vater von Paris aus die Nachricht, der erste Minister Frankreichs, der Herzog von Bourbon, habe ihm Eröffnungen über das Herrenhauser Bündnis gemacht und ihm mitgeteilt, daß der König von Frankreich vor allem den Beitritt Bayerns zu demselben wünsche, oder aber Max Emanuel die Wahl lasse, mit Frankreich ein Separatbündnis zu schließen. Das Bündnis Oesterreichs mit Spanien bedrohe das „europäische Gleichgewicht" — so war der offizielle Name jenes Gespenstes, das damals die nervösen Egoisten schreckte — und nur die Förderung des bayerischen Hauses sei im stande, der Ruhe von Europa Dauer zu geben. Das sei nicht nur die Meinung Frankreichs, sondern auch diejenige Englands und Preußens. Karl Albert nahm die Erweisungen freundlicher Gesinnungen dankbar auf, wies aber zugleich den französischen ersten Minister, wie den Minister des Auswärtigen, Graf Morville, darauf hin, daß es nötig wäre, die beiden andern Kurfürsten des wittelsbachischen Hauses für diesen Bund zu gewinnen. Es waren dies Karl III Philipp von der Pfalz, und dessen Bruder, Franz Ludwig, Kurfürst von Trier (seit 1716). Doch die Verbündeten von Hannover mißtrauten diesen beiden, da sie offenbar in großer Abhängigkeit vom Hause Oesterreich ständen. Es war nämlich damals noch zweifelhaft, ob der Kurpfälzer dem Bündnisse Oesterreichs mit Spanien beigetreten sei, und Karl Albert frug deshalb bei seinem Vater an. Max Emanuel erwiderte darauf am 3. Oktober mit einem langen Schreiben, welches seine politische Denkweise noch einmal unverhüllt darlegte.

Es sei bekannt, wie das Haus Oesterreich darauf hinarbeite, sich zum absoluten Herrn im Reiche zu machen, aber die Unwahrscheinlichkeit einer männlichen Nachkommenschaft trete diesem Plane entgegen. So operiere man am Wiener Hofe darauf hinaus, die älteste Erzherzogin dem Spanier zu vermählen, und durch diese Machtvereinigung drohe dem Reiche der Umsturz seiner Grundgesetze, die Erblichkeit der Kaiserkrone und die Vernichtung der goldenen Bulle. Schon jetzt nehme der größte Teil der furchtsamen Reichsfürsten die Einladungen und Zumutungen des Wiener Hofes wie Gesetze und Befehle hin. Bayern aber habe große Ansprüche an die österreichischen Länder für den Fall des Erlöschens des habsburgischen Hauses, und darum dürfe Bayern niemals darauf eingehen, die pragmatische Sanktion Karls VI anzuerkennen, sondern es müsse alle Mittel hervorsuchen, die weibliche Nachfolge in Oesterreich zu verhindern, ja selbst einem derartigen Vorgehen zuvorkommen, um seine Rechte auf die Nachfolge in Oesterreich zu verteidigen und die Kaiserkrone dem Wittelsbacher Hause zu gewinnen.

Der Weg dazu sei nun gewiesen. Das Bündnis mit den drei vereinigten Mächten sei das beste Mittel. Darauf legt Max Emanuel die Umstände dar, durch welche sein Plan im spanischen Erbfolgekrieg vereitelt wurde. Villeroy, Tallard und Marsin hätten den Verlust der Schlacht bei Höchstätt verschuldet. Nun aber stünden England und mit ihm der Kurfürst von Hannover, der König von Preußen, der zugleich Besitzer der brandenburgischen Kurstimme, auf Frankreichs Seite, und alle seien der Meinung, daß man das europäische Gleichgewicht nicht anders erhalten könne, als durch Erhebung des bayerischen Hauses an die Stelle Habsburgs, wenn der Fall des Erlöschens eintrete. Dennoch ziehe er es einstweilen vor, mit Frankreich in ein Separatbündnis zu treten, und zwar könne als Grundlage desselben der letzte Vertrag dienen, den er mit Ludwig XIV geschlossen (1714). Ihm müsse natürlich dabei die Freiheit bleiben, dem Bunde der drei Mächte beizutreten, wenn er die Zeit für gekommen erachte. Denn einstweilen hindere ihn namentlich religiöses Bedenken, dem Bunde der drei Könige beizutreten, und müßten da zunächst die betreffenden obschwebenden Fragen erledigt werden. Die Subsidienfrage spielte in dem Denken Max Emanuels natürlich die vornehmste Rolle, und darum gab er auch seinem Sohne vor allem eine darauf bezügliche Instruktion. Im Uebrigen erteilte er demselben volle Gewalt, den Vertrag abzuschließen nach eigenem Gutdünken.

Ob Kurpfalz bereits dem österreichisch-spanischen Bunde beigetreten, wolle er nun zu erforschen suchen. Jedenfalls sei das eine sicher, daß ein solches Bündnis die Abmachungen des Kurpfälzers mit Bayern vernichten und die Verpflichtungen Bayerns aufheben würde. Um dem Kurpfälzer jedoch nicht den gleichen Vorwand gegen Bayern zu geben, müsse das Geheimnis gewahrt bleiben. Man müsse unbedingt darauf hinarbeiten, die beiden pfälzischen Kurfürsten für die Sache zu gewinnen und Bayern also ihre Kurstimme zu sichern. Vom polnisch-sächsischen Hofe hatte Max Emanuel Nachricht, daß man sich dort in einer gleich schwankenden Lage befand, denn auch dort war der Kurprinz Friedrich August mit einer josephinischen Prinzessin, der älteren Erzherzogin Maria Josepha vermählt. Max Emanuel legte seinem Schreiben den Entwurf eines Vertrages bei. Aber am 31. Oktober erhielt er von Karl Albert Nachricht, daß sich die Sache verzögerte.

Frankreich nahm mit Rücksicht auf Preußen Anstoß an dem Artikel, welcher den Besitz von Jülich und Berg der Pfalz-Sulzbacher Linie versichern sollte. Der König von Preußen habe großes Zutrauen zu Bayern und Köln, aber gar keines zu dem Kurfürsten von der Pfalz. Dann kam Morville und erklärte, Frankreich könne mit Bayern keinen Separatvertrag schließen ohne die Zustimmung und Genehmigung der andern Teilnehmer der Tripelallianz. Die Subsidienfrage und die Garantie der Kaiserkrone fanden ebenso bei England Widerstand, da man dem englischen Parlamente mit solchen Vorschlägen nicht kommen dürfe. So forderten die Verbündeten den einfachen Beitritt Bayerns, und den lehnte Karl Albert ab, gab aber dem Grafen d'Albert dahingehende Instruktion, daß für den Fall des Beitritts Separatartikel zugestanden werden müßten, welche sich auf die Susidien, auf die Unterstützung Bayerns zur Erlangung seiner Rechte, auf die Hilfeleistung für den Fall bezogen, daß Bayern Bistümer und andere kirchliche



Kaiser Karl VII, Kurfürst von Bayern.

Würden zu erlangen wünsche. Dann sollten die Mächte weiter ihre Hilfe zur Erlangung der Kaiserkrone versprechen, wenn der habsburgische Mannesstamm erloschen sei, und für den Schaden aufkommen, den Bayern durch den Beitritt zum Bunde erleiden würde.

Und wie Karl Albert urteilte Max Emanuel. Der nächste Brief aber, welcher in dieser Sache gewechselt wurde, war ein Schreiben König Ludwigs XV an den „Kurfürsten“ Karl Albert. Max Emanuel hatte die Ausführung seines Planes nicht mehr erlebt. Aber die Grundlage zu jener Politik, welche das bayerische Haus später verfolgte, hatte er selbst noch geschaffen. Noch waren seine Söhne nicht von der Reise zurück, als er seine Kräfte schwinden fühlte und zur Heimkehr mahnte. Es war ein trauriges Sterben. Von Angst und Gewissensbissen gequält, noch auf dem Todesbette dem Nachfolger die richtige Heimzahlung der so leichtsinnig gemachten Schulden empfehlend, ist Max Emanuel im 64. Jahre seines Lebens am 26. Februar 1726 gestorben. Die Kurfürstin, welche auf ihre alten Tage sehr bigott geworden, zog sich in das von ihr gestiftete Kloster der Servitinnen zurück und folgte ihrem Eheherrn vier Jahre später in die Gruft bei den Theatinern.

II.

Die Zeit Karl Alberts

1726—1745.

„Die an sich unbedeutenden Unterhandlungen und politischen Kabalen, welche in den Jahren 1726—1732 alle europäischen Mächte beschäftigten, und welche den Hauptinhalt aller Geschichtswerke über diese Zeit ausmachen, sind nur in einer Beziehung bedeutend, nämlich für die Sittengeschichte. Abgefeimte, moralisch verdorbene, ganz schamlose Menschen regierten fast in allen Staaten, weil man glaubte, ein Diplomat müsse über die Vorurteile gemeiner Moral hinaus sein. Den Staat wollte man entweder mit Militärgewalt oder mit Kniffen auf dieselbe Weise nach Privatrücksichten lenken, wie man die Hofkabale zu leiten gewohnt war, oder man wollte die Regierung führen, wie ein solches Handelsgeschäft geführt wird, welches sich durch Ehrlichkeit nicht mehr aufrecht erhalten läßt.“

So charakterisiert Schlosser die nun anhebende Periode der Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts, und seiner Schilderung liegt ein Kern von Wahrheit zu Grunde, wenn sich auch seinem Blicke die Ursache und die Notwendigkeit jenes allgemeinen Verfalles verhüllen.

Sehen wir nur auf die letztberührten Verhandlungen der bayerischen Wittelsbacher mit Frankreich, England und Kurpfalz, so erkennen wir das Hinauswachsen einer einst natürlichen Entwicklung eines Volksteiles in die überschraubte Richtung rein persönlich-dynastischer Interessen. Vom „Lande“ und „Volke“ Bayern, von den Gesetzen seines natürlichen Strebens ist da nirgends die Rede, nur noch von den „Vorteilen“ und „Rechten“ des Regentenhauses. Autokraten, wie im Westen die französischen Könige, barbarische Tyrannen, wie im Osten ein Peter von Rußland, regierten Europa, und allen den Luftschlössern, die man sich da in einer losgelösten, von der Natur und dem Sondercharakter der Länder und Völker gänzlich absehenden Denkweise zu errichten anschickte, fehlte darum ebenso naturgemäß jene sichere Grundlage, wie sie nur eine wahrhaft sittliche Kraft und die ewigen Grundsätze einer natürlichen und naturgemäßen Entwicklung zu geben vermögen. Ein „höheres“ Diplomatenrezept, erfunden von der Decadence des

französischen Hofes, war maßgebend und diente als Schema den ebenso decadenten Fürstengeschlechtern und staatlichen Organismen des deutschen Südwestens und des europäischen Südens.

An Karl Albert, dem neuen Kurfürsten von Bayern, wird eine tüchtige geistige Ausbildung gepriesen, es wird ihm sogar das Zeugnis ausgestellt, daß er ein warmes Gefühl für Gerechtigkeit und — in jener Zeit eine rühmliche Ausnahme! — Wahrheitsliebe besessen. Die scharf blickende Schwester eines Friedrich preist ihn als „sanft, menschlich, leutselig, er besaß die Gabe, die Herzen zu gewinnen. . . Sein Ehrgeiz war kühner, als sein Genius. Wohl war er ein Mann von hohem Geist, aber Geist allein macht den Mann nicht groß; seine Lage reichte über seine Sphäre, und unglücklicher Weise hatte er niemand um sich, der seine fehlenden Talente ersetzt hätte.“ Allein wir müssen im Auge behalten, daß jenen Schätzungen ebenso der Maßstab des achtzehnten Jahrhunderts zu Grunde lag, sie infolgedessen für uns nicht so ohne weiteres anzunehmen sind.

Die Herzogin von Orleans schrieb schon im Jahre 1718: „die Prinzen von Bayern sollen gar nicht hübsch sein, aber viel Verstand haben; vatert's sich bei ihnen, so werden sie den Grisetten brav nachlaufen.“ Und es „vaterte“ sich leider bei Karl Albert. Nur zu schnell hatte er sich nach seiner Rückkehr aus dem Feldzug gegen die Türken in die am väterlichen Hofe herrschenden Sitten eingelebt. Er huldigte mit Leidenschaft jeder Art höfischen Sports und war bald in eine „ernste Liaison“ mit einem Hoffräulein von Ingenheim verwickelt. So wurde seine Vermählung beschleunigt. Aber das scheue ernste Wesen der Kaisertochter, die den „sprudelnden Esprit“ der nach französischem Vorbild eingerichteten Höfe nicht kannte, den größten Teil des Tages Andachtsübungen widmete und diese dann wieder unterbrach, um „im grünen Mannskleide mit einer kleinen weißen Perrücke“ an einer Parforcejagd teilzunehmen, war nicht geeignet, den Kurfürsten zu fesseln und auf geradem Wege zu halten. In Paris hatte nun Karl Albert seine Kenntnisse nach dieser Richtung erweitert, und diese „Kenntnisse“ suchte er in seiner Heimat zu verwerten.

Wohl zeigte der Kurfürst nach seinem Regierungsantritt den löblichen Willen, in die zerrüttete Finanzlage Bayerns Ordnung zu bringen, aber es ging nicht. Diese schwere Arbeit war für diesen Charakter zu schwer. Und so gewann es denn bald den Anschein, als ob er in Festen und Ausschweifungen das klopfende Gewissen zu betäuben versuchte. „Gutmütig, weichlich, schwach und eitel, frivol aus Neigung, devot durch Erziehung, flog Karl Albert zerknirscht aus den Armen seiner oft gewechselten Geliebten an die Stufen des Altars der 1728 in Nymphenburg erbauten und der heiligen Büßerin Magdalena geweihten Einsiedelei und kehrte von diesem wieder beruhigt zurück in die Boudoirs der Favoritinnen.“ Welche Orgien die Badenburg im Nymphenburger Parke in jenen Tagen gesehen, davon hat sich nur eine Tradition in Mitteilungen aus späterer Zeit erhalten, aber selbst die bösen Eifersuchtsscenen, welche dem Kurfürsten von seiner Gemahlin gemacht wurden, hinderten das tolle Treiben auf die Dauer nicht.

„Ringelrennen, bei denen die Damen des Hofes in Amazonentracht mit Pfeilen nach aufgestellten Liebesgöttern schossen, äußerst kostspielige welsche Opern und französische Schauspiele und Ballete, von welchen eines, mit dem ominösen Titel „Venus zu Paphos“ einst so durchsichtig ausgestattet war, daß die Kurfürstin voll Indignation die Loge verließ, glänzende Maskeraden, Fahrten auf dem Starnberger See mit dem prächtigen Bucentoro, und Jagden mit ungeheuerem Gefolge wechselten in bunter Reihe. Dazwischen kamen dann wieder zahlreiche Prozessionen mit allem Pomp der Kirche und verherrlicht durch die Teilnahme des ganzen Hofes, prunkvolle Wallfahrten nach Altötting, wo eine Votivstatue des Kurprinzen in Silber für dessen Genesung geopfert ward, dann nach Padua zum Schrein des hl. Antonius, dem man einen goldenen Kelch weihte, und endlich nach Loreto, wo eine goldene Lampe auf den Altar gelegt wurde. Auch die mit großem Ernste und vieler Wichtigkeit betriebene Stiftung eines neuen religiösen Ritterordens, dem hl. Georg geweiht, wurde von Karl Albert 1729 vorgenommen. Sein ausgesprochener Zweck war: die Verteidigung der unbefleckt empfangenen allerseligsten Jungfrau Maria.“

Mit solchen nervösen Albernheiten vertrieb man sich auf Kosten der geistigen und materiellen Wohlfahrt des Volkes die Zeit. „Glücklicherweise", meint Heigel, „kam auch jetzt die leichtfertige Verschwendung wenigstens teilweise der Entwicklung der Kunst zu gute: auch unter Karl Albert war der Münchener Hof eine Heim- und Pflegstätte der schönen Künste. Zwar waren noch immer fast ausschließlich französische und italienische Meister bei Ausbau und Ausschmückung von Nymphenburg und Schleißheim beschäftigt, aber diese noch mehrere Jahrzehnte andauernde Herrschaft der welschen Kunst war ein notwendiges Bindeglied, um einen Aufschwung der deutschen Kunst zu ermöglichen." Doch daran dachten wohl die hohen Protektoren der welschen Kunst nicht; nicht das notwendige Bindeglied zu schaffen, war ihr Bemühen, sondern sich zu amüsieren. Und die nationale Kunst ist denn auch in Deutschland nicht im Anschluß an diese Kunstaera entstanden, sondern im schroffsten Gegensatz zu ihr, als ein Lessing auf Shakespeare, als ein Winkelmann auf die Antike zurückwies. Der beste Beweis dafür ist wohl, daß ein Meister wie François de Cuvilliés, der in der That zu den „geschicktesten Vertretern des Stils Louis XV" zählte, zeitweise fast gänzlich aus der Erinnerung des Volkes und der Kunstkenner verschwand, daß er später trotz seiner mehr als siebenhundert Werke geradezu erst wieder entdeckt werden mußte, daß gerade Bayern an dem Aufschwung der nationalen Litteratur und Kunst fast gar keinen Anteil nahm, sondern erst die neueste Zeit und das neue wittelsbachische Königtum derselben in Bayern eine Heimstätte errichteten. Mit dem fortwährenden Streben und Denken eines Albert V, eines Maximilian I ist dasjenige dieser späteren Wittelsbacher in keiner Weise mehr zu vergleichen. Sie mußten abwirtschaften, bevor an jene frühere, gesündere Epoche wieder angeknüpft werden konnte. Und dazu, zur Beschleunigung des Verfalls hat allerdings das Franzosen- und Welschtum im Denken und Leben der bayerischen Hofkreise mächtig beigetragen.



Josef Effner.

Wie eigentümlich berührt uns heute die Nachricht, daß mitten in den Kriegswirren des spanischen Erbfolgekrieges ein Max Emanuel an den Ausbau seiner Schlösser Nymphenburg und Schleißheim dachte, daß es nach seiner Heimkehr im Jahre 1715 eine seiner ersten Sorgen war, auf die Verschönerung seiner Schlösser Unsummen Geldes zu verwenden. Dort sein Land und Volk im tiefsten Elend, in furchtbarer Not, in entsetzlicher geistiger und materieller Verkommenheit, hier ein Fürst, der nichts Wichtigeres

dachte, als sein in der französischen Hofluft geführtes Lotterleben fortsetzen zu können.

Vor der Besetzung Bayerns durch die Oesterreicher war die Bauleitung der kurfürstlichen Bauten in den Händen des Giovanni Antonio Viscardi. Er war es, der die malerische Kirche des Klosters Fürstenfeld erbaute. In Nymphenburg führte er zwei neue Flügel auf. Von 1718 an trat ein einheimischer Künstler — „eine seltene Ausnahme!“ — an seine Stelle, Josef Effner, der früher in Schleißheim beschäftigt gewesen und nun dem Nymphenburger Schlosse wieder zwei Flügel und neue Wirtschaftsgebäude anfügte. In jener Zeit wurde auch der Würmkanal von Pasing über Nymphenburg gebaut, sowie der Garten einer Umgestaltung nach dem Vorbilde der französischen Gartenanlagen Lenotres unterworfen.

So wurde die Stätte bereitet, die in den Tagen der Hochzeit Karl Alberts mit Maria Amalia und dann später noch oftmals neben Schleißheim, Dachau, Starnberg, Fürstenried, zum Mittelpunkte glänzender Festlichkeiten werden sollte. Auf die Einzelheiten einzugehen, ist uns hier nicht möglich. Wir verweisen darum auf Heigels „Nymphenburg“, welcher all diese glitzernden Herrlichkeiten zu einem versöhnlich gestimmten und ebenso stimmenden kleinen Kunstwerke vereinigte. „Kein Zweifel“, so schließt der Beichtvater Max Emanuels seinen Bericht über die Hochzeitsfestlichkeiten vom Jahre 1722, „der Münchener Hof ist einer der glänzendsten in Europa, die Vergnügungen überstürzen sich förmlich! Glückseliges Bayern, einst hat der zornige Mars blutige Greuel über dich verhängt, — in Zukunft wirst du nur ein glückseliges Los genießen!“ Dem Manne war der Gedanke fremd, daß, wer so leichtsinnig das Geld und den Schweiß des Volkes verschwendet, ebenso leichtfertig das Blut desselben opfern wird, wenn es seinem Egoismus notwendig erscheint, daß sich in dieser ganzen extrem nervösen und raffinierten Interieurkunst eines Cuvilliés und seiner Genossen nicht die Gesundheit, sondern der vollkommene geistige Verfall einer Zeitepoche verkündigt.

Eine merkwürdige Illustration jenes geistigen Verfalles bietet uns die nach Effners Plan erbaute Kapelle mit Klause, welche der heiligen Magdalena geweiht wurde. „Der Bau wurde, um elegische Wirkung zu erzielen, so angelegt, als habe man ‚ein wegen seines Alters zu gänzlichem Untergang sich neigendes Werk‘ vor sich; auch das achtzehnte Jahrhundert fand ja wieder Geschmack an Ruinensentimentalität, wie sie schon in den Gärten der Renaissance zu Tage getreten war. Kapelle und Einsiedelei sind, wie eine lateinische Inschrift mitteilt, das letzte, was Max Emanuel und das erste, was Karl Albert bauen ließ; die Ausführung fällt in die Jahre 1725—1728. Der hochbetagte Max Emanuel, dessen Andachtseifer die Todesfurcht gesteigert hatte, soll willens gewesen sein, gleich seinem Ahnherrn Wilhelm V von Freuden und Sorgen der Welt sich gänzlich zurückzuziehen und seine Lebenstage als Büßer in der Klause neben der Magdalenenkapelle zu beschließen.“ Der Tod kam diesem Plane zuvor, aber auch ohne diese Störung glauben wir, die Büßerklause lag den Freuden der Welt doch so bedenklich nahe, daß ein Max Emanuel sein Büßertum kaum anders, als eine reizende und effektvolle Abwechslung hätte auffassen können. Es war eine Schäferspielidee auf anderem Gebiete. Karl Albert dachte vollends nicht an solche Askese; bei der Einweihung der Büßerstätte soll die fröhliche Hofgesellschaft Trinkgläser im Werte von zweihundert Thalern zerschlagen haben.

In der begonnenen Weise wurde mit der Vergrößerung und Verschönerung von Nymphenburg und Schleißheim, Dachau und Fürstenried auch unter der neuen Regierung fortgefahren. Gemälde, Statuen, Uhren und Mosaiken wurden für schweres Geld meist aus Paris bezogen und kostbare Wasserwerke und Kanäle angelegt. Dem von Maximilian I errichteten Prachtbau der Residenz in München fügte Karl Albert einen neuen Flügel an. „Darin befand sich ein mit allem erdenklichen Luxus ausgeschmückter, ungeheurer Prachtsaal für die Versammlungen seines Lieblingsordens, eine dem hl. Georg geweihte Kapelle, Bäder, ein französisches Theater, Gallerien und eine Altane, welche die schönste Aussicht gegen Freising hin bot.“ Aber all diese Herrlichkeit zerstörte im Dezember 1729 eine furchtbare Feuersbrunst. Der Schaden betrug fünf Millionen.

„Die mit Gold förmlich überdeckten sogenannten Kaiserzimmer und das darin befindliche, an Goldstickerei 2½ Zentner schwere, auf 800,000 Gulden gewertete Bett, stammen gleichfalls von diesem Kurfürsten.“ München selbst ließ Karl Albert durch seinen Baumeister Cuvilliés verschönern. Der Törringsche und Preysingsche Palast, sowie das Residenztheater rühren von diesem unermüdlichen Baumeister. Aber wie berührt uns wieder die Nachricht, daß in dem Augenblick, wo ein neuer Krieg in Aussicht stand, wo von den Landschaftsverordneten dargelegt wurde, daß das arme Volk selbst des elendesten Kleienbrotes ermangle, und sich um den Kern bei den Abdeckern zanke“, wo man bald selbst am Hofe den Geldmangel so sehr empfand, daß man die Beköstigung der fremden Gesandten mit trübseligen Glossen umrankte; daß in einem solchen Augenblick die wieder reichlicher fließenden französischen Subsidien teilweise dazu verwendet wurden, für den kurfürstlichen Hofstaat französische Weine und einen ganzen Trödel von Putzsachen, Livréen, Bijouterien, Uhren, Wagen, Goldstickereien, goldene Tressen u. s. w. in Paris zu bestellen, daß die Schuldentilgungskommission die einlaufenden Gelder dazu verwertete, eine Schnur von 101 orientalischen Perlen, welche Max Emanuel in Holland verpfändet hatte, in der gleichen Zeit wieder einzulösen, daß im Jahre 1740 das ebenfalls von Max Emanuel verpfändete goldene Tafelservice gegen Bezahlung der Summe von 800,000 Gulden wieder nach München kam, und man für solche Zwecke dem ausgesogenen Volke eine Extrasteuer auflegte.

Um Geld zu gewinnen, wurde im Jahre 1735 das Lotto in Bayern eingeführt. Neunmal im Jahre wurde zu München durch Ziehung der Lose die Gewinnbegier der Menschen gereizt, und die letzten Sparpfennige der Armut aus der Tasche gelockt. Neue Anleihen kamen hinzu, dazu kam der schon damals ohne Gewissensskrupel geübte Menschenverkauf, indem man die Soldaten für Geld hergab, dazu kam die Verschlechterung der Münze, was ein wahres Zetergeschrei im ganzen heiligen römischen Reiche veranlaßte. Und doch half alles nichts. Der Schuldenstand schwoll immer riesiger an.

Werden wir uns wundern, denselben Irrgeist, der sich in diesem höfischen Treiben offenbart, auch in der Politik wieder zu finden? Und kann man es einem Geschichtsschreiber verdenken, wenn er bei der Einsicht in alle diese Thorheiten, bei der Kenntnisnahme eines Schreibens Karl Alberts, in welchem er gesteht, daß der erste Schritt, den er zu seinem Ziele zu thun habe, der sei, sich in die Arme des französischen Königs zu werfen, „den er immer als seinen alleinigen Halt, als seine einzige Stütze betrachtet habe,“ unwillig ausruft: „Und der Mann will deutscher Kaiser werden!!“ — Gewiß nicht! Aber die Gegenfrage wird man heute stellen: Hätte das damalige Deutschland einen andern Kaiser haben können? Die Zeit Preußens war noch nicht gekommen. Die österreichische Dynastie wankte dem Grabe zu. Was Wunder, wenn man nach dem alten Rezepte, die Wittelsbacher an die Stelle Habsburgs zu setzen, zurückgriff? Was Wunder aber auch, wenn man nun die Kraft der bayerischen Wittelsbacher aufgezehrt fand in einem mehrhundertjährigen erfolglosen Kampfe, in welchem ihm von Deutschland kein einziges Mal eine wirkliche Unterstützung geleistet worden war!

Neue Ideen! Ein Lessing hatte nur eine negative einstweilen, als er sagte, er halte Vaterlandsliebe im besten Fall für eine patriotische Schwachheit. Ein Ramler hatte eine ähnliche, als er auf die „eingeschränkte Menschenliebe“ schalt, „die sich nach dem Stück Erde richtet, worauf die Mutter ihr Kind geworfen hat.“ „Das Reich möge sich ganz auflösen und nach Art der Schweizer Eidgenossenschaft nur als Staatenverein mit einem Bundesrat konstituieren“, meinte ein dritter. Ein vierter predigte den Deutschen die Eintracht, „Bayer und Preuße und Oesterreicher sollten den Geist der Zwietracht und Verfolgung abschütteln und nicht, was Eigennutz und Selbstsucht, sondern was das allgemeine Beste verlange, gemeinsam zur Ausführung bringen.“ Aber nützt es wohl etwas, einem Kranken zu empfehlen, gesund zu werden? Hat man die Mittel nicht, welche die Krankheitsträger zu vernichten und damit die Krankheit aufzuheben vermögen, so wird man abwarten müssen, bis sich die Kraft der Krankheit von selbst erschöpft. Und man hatte jene Mittel nicht.

Vollkommen zermürbt hatten sich die Kräfte der beiden Hälften des Bayernstammes gegenseitig, und damit ward dem preußischen Königtum der Weg nach Deutschland all=

mählich freigegeben. Dazu kam jetzt, daß Rußland im Nordosten sich an die Grenze des deutschen Reiches durchgearbeitet hatte, während im Südosten das Osmanentum den letzten Rest seiner offensiven Jugendkraft einbüßte. Die Interessen Deutschlands erhielten damit naturgemäß und immer mehr ihre Richtung aus der alten Bahn gegen Südosten in die neue gegen Nordosten. In Preußen erstand Deutschland der natürliche Vertreter seiner Zukunft. Nicht eine Bestimmung, sondern eine Entwicklung liegt hier vor uns, von der jedes Glied in ein anderes einer früheren Entwicklung zurückgreift. Darum ist es nicht zufällig, daß gleichzeitig mit dem letzten Kampfe Oesterreichs und Bayerns um die Hegemonie in Deutschland Preußen zum erstenmale energisch als der Führer des deutschen Lebens in die Zukunft auf den Plan tritt.

Am 13. Juli 1726 teilte Ludwig XV dem Kurfürsten von Bayern mit, daß er die Stelle eines ersten Ministers aufgehoben und den früheren Bischof von Frejus zu seinem Vertrauten erhoben habe. Das Ministerium Bourbon war gestürzt, und Fleury, der frühere Erzieher des Königs und baldige Kardinal, übernahm die Regierung in Frankreich. Er war ein sanfter, schmeichelnder, den Ehrgeiz in geistliche Formen hüllender Charakter, ein Leisetreter, der jeder Kriegsgefahr sorgfältig aus dem Wege zu gehen trachtete. Aber während Karl Albert noch mit Frankreich verhandelte, ging er am 1. September 1726 mit dem Hause Oesterreich ein „unzertrennliches Freundschaftsbündnis“ ein. Doch versicherte der Kurfürst seinen Bevollmächtigten in Paris, den Grafen d'Albert, daß dieses Bündnis nichts an seiner wahrhaftigen Zuneigung zu dem Könige von Frankreich ändern solle. Er wünsche nichts sehnlicher, als die Erhaltung des Friedens.

Gleichzeitig hatte auch Preußen sich wieder dem Kaiser genähert. Es hatte sich gezeigt, daß das österreichische Bündnis mit Spanien nicht von Bestand sein konnte, da man in Madrid auf die Hand Maria Theresias für Don Carlos hoffte, in Wien diesem Plan dagegen vollkommen abgeneigt war. Pfalz hatte sich schon im April 1725 in den Wiener Vertrag aufnehmen lassen. Preußen war mit England in Spannung geraten. So zerfielen die unnatürlichen Bündnisse ebenso schnell, als man sie geschlossen hatte. Nun stand der Kaiser zwischen den preußischen und pfälzischen Ansprüchen und suchte sich mit beiden abzufinden. Mit Kurpfalz schloß er am 16. August 1726 einen Vertrag, worin der Besitz von Jülich und Berg den pfälzischen Agnaten versichert wurde, und mit Preußen ging er am 12. Oktober 1726 zu Wusterhausen die Verpflichtung ein, ihm Berg und Ravenstein zu verschaffen und binnen sechs Monaten die pfälzischen Prätendenten zur Einwilligung zu bewegen. Aber auch Frankreich und England hielten nun nicht mehr zurück. Sie versprachen dem König von Preußen auch den Besitz von Jülich. So mußte der Kaiser Farbe bekennen und sich für eine der beiden Parteien entscheiden, und er entschied sich für Preußen und ließ Pfalz fallen. Seit 1727 war man in Wien aufs eifrigste bemüht, die sulzbachischen Agnaten zur Entsagung zu vermögen. Pfalz-Sulzbach hielt zurück. Darauf sprach der Kaiser abermals in dem geheimen Berliner Vertrag vom Dezember 1728 Berg und Ravenstein nebst Düsseldorf dem Könige von Preußen zu. Da wandte sich der Kurfürst Karl Philipp von der Pfalz entschlossen nach der andern Seite. Am 15. Februar 1729 schloß er mit Frankreich den Vertrag zu Marly, und auch Bayern trat diesem Vertrage bei. Dafür daß Frankreich die Bürgschaft für Jülich und Berg übernahm und im Kriege Schutz und Neutralität versprach, „schämte sich der erste Reichsfürst nicht“, den Franzosen vollkommene Teilnahmlosigkeit an einem Kriege des Kaisers zuzusagen. Karl Philipp wollte nicht nur den Kaiser nicht mehr unterstützen, sondern auch durch seine Kurstimme und die seiner Freunde am Reichstage die Teilnahme hemmen. Am Reichstage sowohl als sonst werde er Frankreich so viele Dienste leisten, als die Neutralität nur erlaube, zudem mache er sich anheischig, im Verein mit Bayern auch die Kurfürsten von Köln und Trier zu ähnlichen Verpflichtungen zu gewinnen.

Das genügte Bayern nicht. Wir finden Karl Albert gleichzeitig beschäftigt, um das wittelsbachische Haus eine neue Liga zu sammeln, welche Köln, Pfalz, Mainz, Trier, Bamberg und Würzburg, die Kreise von Franken, Schwaben und Oberrhein neben Bayern und dem bayerischen Kreis umfassen sollte. Wir sehen ihn weiter an dem Plane

festhalten, den alten Vertrag mit Frankreich vom Jahre 1714 zu erneuern, welcher das Aussterben des habsburgischen Mannesstammes in Betracht zog. Graf Törring war es, der in alle diese Pläne eingeweiht war und sie am eifrigsten betrieb. Welchen Zweck jene Liga verfolgen sollte, zeigt die Erinnerung an den Rheinbund vom Jahre 1658, welcher dem neuen Bund als Muster dienen sollte. Fleury hielt zurück, und noch am 26. Mai 1727 mußte Graf Törring mahnen, daß Frankreich endlich auch einmal statt bloßer Worte und Aussichten für die Zukunft wirkliche und reelle Zugeständnisse machen müsse.

Im Juli 1727 hatte sich die Absicht des Kurfürsten dahin verdichtet, daß er an die Errichtung einer wittelsbachischen Union die Hand legte. Die vier Kurfürsten des Hauses, Bayern, Pfalz, Köln und Trier, sollten sich zusammenthun, um eine gewisse Zahl Truppen unterhalten und jedem Partikularkriege entgegentreten zu können. Ferner sollte damit bezweckt werden, daß die vier Kurfürsten weder ein Engagement, noch eine Resolution annehmen sollten, ohne daß alle sich beteiligten; so sollten ihre Stimmen zusammenstehen im Fall einer römischen Königswahl, wie bei jeder andern Gelegenheit. Karl Albert drang jedoch nach wie vor darauf, daß Frankreich zunächst den alten Vertrag mit ihm erneuern solle, und Fleury ließ sich endlich dazu bereitfinden. Am 27. November 1727 wurde der Allianzvertrag zwischen Bayern und Frankreich zu Fontainebleau zum Abschluß gebracht.

Die Königin Elisabeth von Spanien mußte sich mit dem Gedanken abfinden, daß es ihr nicht gelingen werde, die Hand der ältesten Kaisertochter für ihren Infanten Don Carlos zu gewinnen. So schwenkte auch die spanische Politik ab und warf sich nach der entgegengesetzten Seite. Am 9. November 1729 schloß Spanien mit England und Frankreich den Vertrag von Sevilla, der den österreichischen Unterthanen alle ihnen durch die Wiener Verträge zugewendeten Begünstigungen entzog und den Kaiser zu völliger Aufhebung der Ostendischen Handelskompagnie nötigen sollte.

Der Kaiser war isoliert. Nur Preußen und Rußland hielten zu ihm. Karl VI blieb standhaft. Er unternahm die umfassendsten Rüstungen und binnen kurzem befand sich ein kaiserliches Heer kampfbereit an der Grenze der von Spaniern besetzten Herzogtümer Parma und Piacenza. Aber es kam nicht zu offenem Kriege. Die wachsenden Mißhelligkeiten zwischen den Gegnern des Kaisers bewogen England, sich dem Wiener Hofe wieder zu nähern. Prinz Eugen und der englische Gesandte Robinson arbeiteten nach dem gleichen Ziele, und so kam es am 16. März 1731 zu dem zweiten Wiener Vertrag, in welchem Karl VI sich zur gänzlichen Aufhebung der Ostendischen Handelsgesellschaft verpflichtete. England gewährleistete dagegen die pragmatische Sanktion unter der Bedingung, daß die Erzherzogin, welche zur Erbfolge in den österreichischen Staaten berufen würde, weder einem Prinzen aus dem Hause Bourbon, noch einem solchem vermählt würde, dessen Macht das europäische Gleichgewicht gefährden könnte. Binnen kürzester Frist trat auch Holland diesem Vertrage bei, und selbst Spanien entschloß sich nach nochmaligem vergeblichem Versuch, eine der beiden Erzherzoginnen — die jüngste Amalia war am 19. April 1730 gestorben — für Don Carlos als Gemahlin zu erhalten, dem Wiener Vertrag und damit der Anerkennung der pragmatischen Sanktion beizutreten. So hatte denn Karl VI sein Ziel erreicht. Die pragmatische Sanktion war von den hervorragenderen Mächten Europas mit Ausnahme Frankreichs gewährleistet worden. Der Kaiser konnte nun vor das Reich treten und von ihm gleichfalls die Anerkennung seiner Erbfolgeordnung fordern.

Als Karl Albert einst bei der Vermählung Ludwigs XV in Versailles weilte, hatte ihm sein Vater geschrieben (3. Oktober 1725): Ich kann dir mit vollem Grund erklären, daß wir in den Archiven dahier bündige Originaldokumente haben, die über das Recht unseres Hauses auf Ober- und Niederösterreich, Kärnten und Steiermark keinen Zweifel lassen, ohne von einem Anrecht auf die Niederlande und Tirol zu sprechen. Die Mächte werden sich seiner Zeit davon überzeugen. Das fordert uns auf, wachsam zu sein. Wir müssen nicht bloß verhüten, daß uns Uebles begegne, wir müssen zur Förderung unsrer Sache etwas Positives thun, — wir müssen die Kaiserkrone an unser Haus bringen!"

Karl Albert hatte den Gedanken seines Vaters erfaßt und festgehalten, er war wachsam gewesen.

Die Kurfürstin selbst hatte mit Eifer den Plan aufgegriffen, die kaiserliche Erbtochter zur Gemahlin ihres Erbprinzen zu gewinnen. Die Möglichkeit schien damit gegeben, die Erbfrage friedlich und mit dem besten Erfolge für beide Länder zu lösen. Die Vereinigung Bayerns mit Oesterreich hätte sich auf diesem Wege vollziehen und die Stärkung des deutschen Elementes in den österreichischen Ländern erreichen lassen. Aber der Kaiser wollte nicht. Der Prinz von Lothringen war für Karl VI der genehmere Schwiegersohn.

So kam der Herbst des Jahres 1731. Der Kaiser forderte vom Reiche die Annahme seiner Erbordnung, und der Reichstag trat darüber in Beratung. Im Einverständnis mit Sachsen erhob Bayern die ersten Einwendungen dagegen. Die Mehrheit der Reichsstände schien den Einwand Bayerns überhören zu wollen. Da rückte dann Bayern mit schroffem Protest heraus. Unmittelbar darauf schlossen Bayern und Sachsen einen Freundschafts- und Allianzvertrag zur Aufrechterhaltung der Erbrechte beider Kontrahenten, aber ein Wittelsbacher, der Bruder Karl Alberts, der Erzbischof von Köln ging zum Kaiser über und warnte Karl Albert vor dem eingeschlagenen Wege der Opposition. Der Kurfürst wies ihn derbe zurück. Er wünsche nur, „daß sich alle ihrer versprechen und gemachten Bindnussen so wohl erindern möchten", wie er. Vom Wiener Hofe aber sei ihm gerade „mit einem Wort fein sauber nichts gehalten worden." Und wären auch von beiden Seiten alle Bedingungen des früheren Vertrags (von 1726) erfüllt worden, „so sieht diese der Churfürstin wegen gemachte Particular Renunciation von einer an das gesambte Reich anbegehrten garantie contra quoscunque so wenig als der tag der nacht gleich."

Karl Albert arbeitete ein eigenhändiges Memorandum aus, und wir erkennen, wie er sich damit vollständig in den festen Glauben an sein gutes Recht hineinarbeitet. Die Erbangelegenheit vor die Entscheidung des Reichs zu bringen, wie es Köln und Kurpfalz verlangten, lehnte Karl Albert ab, weil die Mehrzahl der Reichsstände auf der Seite Oesterreichs stehe. Außerdem komme bei Erledigung der österreichischen Erbfolge nicht bloß das Reich in Betracht, sondern die Frage sei auch entscheidend für das „europäische Gleichgewicht". Deshalb wolle Bayern die Beiziehung der Krone Frankreich und vielleicht auch Spaniens. Den Vorwurf könne man gegen Bayern nicht mehr erheben, daß es unberufene fremde Mächte in deutsche Angelegenheiten hereinziehe, nachdem der Kaiser außer und lange vor dem Reich England, Holland und sogar Rußland um Garantie der pragmatischen Sanktion angegangen, Mächte, welche dem Reiche noch fremder gegenüber ständen, als Frankreich, der Garant „der inwendigen Reichsverfassung." Um den Krieg zu vermeiden, empfehle sich als nächstliegendes Auskunftsmittel die Doppelheirat zwischen den beiden Erzherzoginnen und den beiden Prinzen des Kurfürsten. „Er, der Kurfürst, habe auf solche Berücksichtigung den gerechtesten Anspruch als ‚gerader Descendent und Erbe Ferdinandi Primi und seiner Gemahlin Anna', und die Oesterreicher würden sich gerne fügen, in das Dominium ihrer alten Herrn, der vom Hause Bayern abstammenden alten Markgrafen, zurückzukehren." (Heigel.)

Die genauere Darstellung der Erbansprüche blieb vorerst noch Familiengeheimnis. Der Konferenzrat Graf Max Preysing ging in vertraulicher Mission nach Wien (1732), um für den Kurprinzen um die Hand der Erbtochter zu werben. Er sollte aber ebenso unumwunden darthun, daß Bayern sich niemals seiner Rechte begeben könne und eine Garantie der Sanktion nicht zu erreichen sei „ohne Stipulierung einiger konsiderabler Lande, der königlichen Würde und Salvierung der Hausrechte." Aber der Kaiser blieb diesen Vorstellungen gegenüber taub. Doch lenkte in derselben Zeit (1733) Kurköln von der kaiserlichen Seite wieder ab und gab das Versprechen, zum Gelingen der bayerischen Pläne beitragen zu wollen. Ein ähnliches Versprechen wurde bald darauf von Kurpfalz gegeben.

Da trat ein Ereignis ein, welches Karl VI wieder um alle bisher errungenen Vorteile zu bringen drohte. Am 1. Februar 1733 starb August II, König von Polen,

Kurfürst von Sachsen, nnd es entspann sich um die Nachfolge auf dem polnischen Thron ein erbitterter Streit, in welchem Karl VI nach einigem Schwanken für Friedrich August, den Kurfürsten von Sachsen, Frankreich aber für Stanislaus Lesczinski, Schwiegervater König Ludwigs XV, Partei nahm. Sachsen hatte sich erst 1732 mit Bayern gegen den Kaiser verbündet. Jetzt übernahm es die unbeschränkte Gewährleistung des kaiserlichen Erbfolgegesetzes, weil sich Friedrich August bei der Bewerbung um die polnische Königskrone den Einfluß des Kaisers sichern wollte. So brach der polnische Erbfolgekrieg (1733—1738) aus. Ludwig XV verband sich mit den nach Erwerbungen in Italien begierigen Herrschern von Spanien und Sardinien. Ein französisches Heer rückte in Lothringen ein und an den Rhein, während Spanien und Sardinien die österreichischen Gebiete in Italien besetzten.

Am Rhein mußte das von dem Prinzen Eugen geführte österreichische Heer, welches durch preußische Truppen verstärkt war, vor der Uebermacht der Verbündeten zurückweichen. Auch in Italien waren die kaiserlichen Waffen unglücklich, und Prinz Eugen, wohl erkennend, daß Oesterreich in diesem rein dynastischen Kriege die Unterstützung des Reiches noch weniger finden werde, als sonst, riet dringend zum Frieden. Hatten sich doch Bayern, Pfalz und Köln geradezu geweigert, den Kriegsfall für das Reich anzuerkennen, und in Manheim zögerte man nicht, trotz der sogenannten Neutralität, den Franzosen allen nur möglichen Vorschub zu leisten. „Während Eugen über die Falschheit des pfälzischen Hofes klagte, der pfälzische Bauer litt, ließ sich der Hof nichts abgehen, und zu Manheim, wie zu Schwetzingen fanden windige Franzosen, wie Noailles, Belleisle und Richelieu, die Führer der Feinde, eine bereitwillige und glänzende Aufnahme."



Maria Theresia.

Am 15. November 1733 aber hatte Bayern durch seinen Gesandten, den Prinzen von Grimbergchen, einen neuen Allianz- und Subsidienvertrag in Versailles abschließen lassen, und Karl Albert hielt in der Folge immer entschiedener an dieser Politik fest, zumal Karl VI sich nicht gewinnen ließ für die von Bayern vorgeschlagene Heirat. Auch Prinz Eugen hatte wieder für Bayern sich bemüht, und seine Vorstellungen, daß man durch die Vermählung der Erzherzogin Maria Theresia mit dem Kurprinzen von Bayern nicht nur günstigere Friedensbedingungen erhalten, sondern auch die Stellung Oesterreichs in Deutschland befestigen und endlich die Durchführung der pragmatischen Sanktion in den deutsch-österreichischen Erbländern sicherstellen würde, riefen auf den Kaiser den tiefsten Eindruck hervor. Von einer Vermählung seiner ältesten Tochter mit einem andern Prinzen, als dem ihr seit langer Zeit schon bestimmten Herzoge von Lothringen, wollte Karl VI freilich nichts hören. Aber er begriff die unerläßliche Notwendigkeit, Frieden zu schließen, und gab daher den Vorschlägen Gehör, welche ihm von Frankreich gemacht wurden. Am 3. Oktober 1735 wurden zu Wien die Präliminarien unterzeichnet, in denen jetzt auch

Frankreich die pragmatische Sanktion garantierte und erklärte, keiner vom Kaiser beabsichtigten Vermählung seiner Töchter widerstreben zu wollen. Von der bei Oesterreich verbleibenden Lombardei gelangten die Bezirke von Novara und Vigevano an den König von Sardinien. Neapel und Sicilien fielen an Don Carlos. Lothringen wurde an Stanislaus Lesczinski verliehen mit der Bestimmung, daß es nach dessen Tode an Frankreich fallen solle. Der bisherige Herzog von Lothringen, Franz Stephan, sollte mit Toskana entschädigt werden, wo das Erlöschen des Hauses Medici in naher Aussicht stand. August III aber wurde allgemein als König von Polen anerkannt, und für Neapel und Sicilien wurde Oesterreich in den Herzogtümern Parma und Piacenza ein ungenügender Ersatz.

Am 12. Februar 1736 fand also die Trauung der Erzherzogin Maria Theresia mit Franz von Lothringen statt. Habsburg und Lothringen sollten nach der Absicht Karls VI künftighin nur mehr ein einziges Haus bilden, und zu dem Ende sollte auch die zweite Kaisertochter Maria Anna dem Bruder des Herzogs, Karl von Lothringen die Hand reichen. Ich habe, so lang der Kaiser lebt", schrieb Karl Albert seinem Bruder Klemens August von Köln, „nichts zu prätendiren, also diesen zu offendiren keine Ursach, wünsche demselben eine mannliche Succession, bey dessen Hintritt aber ohne Manneserben revindiciren wir Unser Recht."

Das Glück und die Ruhe Europas hingen an einer solchen Thatsache. Damit, daß die Heirat einer Prinzessin ganz Europa in Flammen setzen konnte, kennzeichnet sich wohl am besten der öde Geist jener Politik, deren Kunst, „nur in Kunstgriffen und Kniffen, in schlauen Winkelzügen, blendenden Verheißungen und leisetretender Verdächtigung" bestand. Diplomat und Intriguant war dasselbe, und „europäisches Gleichgewicht" war das Schlagwort, mit dem man damals in Europa wirtschaftete. „Man stellte sich Europa als eine große Wagschale und diese beiden Häuser (Frankreich und Oesterreich) als die zwei Schalen derselben vor, woran sich die übrigen Staaten bald auf der einen, bald auf der andern Seite anhängten, nachdem eine derselben das Uebergewicht zu bekommen schien."

Der flüchtige Sonnenblick, welchen die Vermählung seiner Tochter Maria Theresia auf die Lebenstage des Kaisers warf, erlosch bald wieder. Binnen kurzem brach zwischen Rußland und der Türkei ein Krieg aus, und Karl VI ließ sich zur Teilnahme an demselben verleiten. Mit einem ganzen Heere trat er in den Kampf gegen die Pforte. Aber Prinz Eugen war tot (gest. 21. April 1736), und die Hoffnungen auf Gebietserweiterung nach dieser Seite wurden getäuscht. Es kam die Einnahme von Nisch, aber dann folgte ein Unglücksschlag dem andern. Orsowa ergab sich den Türken, am 23. Juli 1739 wurde die kaiserliche Armee bei Krotzka geschlagen, und Belgrad von den Türken belagert. Graf Neipperg schloß voreilig den Frieden am 1. September, durch welchen mit Ausnahme von Temesvar alles, was durch den Passarowitzer Frieden gewonnen worden war, an die Pforte zurückfiel.

So hatte auch nach dieser Seite die Politik Karls VI die große Frage wieder geöffnet, welche infolge der Siege Prinz Eugens bereits zu Gunsten Oesterreichs beantwortet schien. Seiner Nachfolgerin eine gesicherte Regierung zu übertragen, war dem Kaiser nicht mehr beschieden. Noch einmal hatten sich alle die Gegensätze, welche Habsburg im Laufe dieser Zeiten gegen sich wachgerufen hatte, unter Karl VI und nicht zum geringsten Teil infolge seiner eigenen persönlichen Mißgriffe wieder belebt, als er am 20. Oktober 1740 nach kurzer Krankheit in Wien verschied. Der Fall war eingetreten, auf welchen Fleury den Kurfürsten von Bayern vertröstet hatte, mit dem Hervorkehren seiner Erbansprüche zu warten, bis auf den Tag, „da sich zwei Augen schließen."

Im Sommer 1737 war Törring als Gesandter des Kurfürsten nach Frankreich geschickt worden, um zu erforschen, welcher Hilfeleistung sich Bayern für diesen Fall von Frankreich zu versehen habe. Der Graf nahm seinen Weg über Schwetzingen und konnte von da berichten, daß Kurpfalz fest auf Bayerns Seite ausharre. Am Hofe zu Bonn aber hielt man vorsichtig zurück. Klemens August wollte seinen Bruder nicht verletzen und mit dem Erzhause nicht brechen. Im September kam Törring nach Versailles, und

nun begannen fast tägliche Unterhandlungen mit Fleury und Amelot, dem Minister des Auswärtigen. Aber obgleich es Törring gelang, die Franzosen für die Anerkennung der Rechte Karl Alberts zu gewinnen, hielt Fleury doch nach wie vor an seiner Doppelseitigkeit fest. Da schien sich noch einmal die Aussicht auf eine friedliche Lösung zu bieten. Der bayerische Kurprinz sollte mit Maria Anna, der zweiten Tochter des Kaisers vermählt werden. Graf Perusa ging nach Wien, um die Sache zu betreiben. Die Kaiserin Amalia, der Vertraute Karls VI, Bartenstein, waren für denselben, aber Karl VI lehnte abermals ab.

Trotzdem dauerten die Verhandlungen nach beiden Seiten fort. Je ablehnender Fleury sich verhielt, um so mehr suchte man von München aus eine direkte Verständigung mit dem Kaiser selbst. Der beste Weg dazu schien die Unterstützung Oesterreichs im Türkenkrieg. Am 1. September 1738 kam eine dahingehende Konvention zustande, welche dem Kaiser ein bayerisches Hilfskorps von 8000 Mann zuführte. „Nach diesem ist billig zu hoffen," meinte Törring, „daß alles anderst gehe und das Curhaus, umb heunt oder morgen zu dem seinigen zu gelangen, frembder Hülffe, welche allezeit ungewiß, nit mehr werde von nöthen haben." Wirklich schien es so kommen zu wollen. Das Mißgeschick des Großherzogs Franz Stephan im Türkenkrieg — so ging die Rede in Wien — habe den Kaiser bestimmt, seine zweite Tochter mit dem Kurprinzen von Bayern zu vermählen und zu ihren Gunsten das frühere Erbfolgegesetz umzuändern. Man täuschte sich. Gegen alle Ansprüche Bayerns verhielt sich Karl VI schroff ablehnend, ja er versagte selbst seine Unterstützung, als Johann Theodor, der Bruder Karl Alberts, sich um das Bistum Augsburg bewarb. So eröffnete dann der Tod des Kaisers wirklich den Kampf um die österreichische Erbfolge.

Sofort nach dem Hintritte Karls VI begab sich Graf Perusa zu den österreichischen Staatsministern wie zu den Botschaftern der fremden Mächte, um ihnen anzuzeigen, daß Bayern die Tochter Karls VI nicht als Erbin und Nachfolgerin anerkenne. Dazu stellte er das Verlangen, keinen Schritt zu unternehmen, bevor nicht die Erbfolge nach staatsrechtlichen Prinzipien geregelt wäre. Es begann nun ein langer Feder- und Kabinetskrieg über das Testament Kaiser Ferdinands I. Aber da zeigte es sich zuerst, daß nach diesem Testament nicht, wie man auf bayerischer Seite vermutet hatte, nach dem Aussterben der *männlichen*, sondern der *ehelichen* Leibeserben der Söhne Ferdinands den Nachkommen der Tochter, d. h. dem bayerischen Hause die Nachfolge zustehen sollte. Doch der gelehrte Kanzler des Kurfürsten, Unertl, erklärte, die Anwartschaft des bayerischen Hauses sei auch nach obigem Wortlaut zu Recht bestehend. Es müßten zur Erläuterung und Ergänzung der Testamentsbestimmungen notwendigerweise auch die Ehepakten Herzog Albrechts V und der Erzherzogin Anna herangezogen werden, und da werde ausdrücklich nur von *männlichen* Leibeserben gesprochen, so daß unter jenen ehelichen nur männliche dem Sinn- und Wortlaut, wie der Absicht Ferdinands nach verstanden werden könnten. Die Ansichten der Juristen waren geteilt, und selbst in Wien war man von dem Rechte Maria Theresias keineswegs so fest überzeugt, als man sich den Anschein vor der Oeffentlichkeit gab. Ja sogar mehrere Minister waren der Ansicht, daß Kurbayern gerechte Ansprüche erhebe, oder aber, daß man doch den nächsten Verwandten und unbequemen Nachbar durch eine Gebietsabtretung befriedigen solle. Aber Maria Theresia wollte davon nichts hören, trotzdem auch in Volkskreisen Karl Albert zahlreiche Anhänger besaß. „Die Bevölkerung Wiens und des Landes" — so berichtete der preußische Gesandte Borcke am 2. November an den Berliner Hof, „spricht sich so offen und unverhohlen für Bayern aus, daß ohne Zweifel, wenn der Kurfürst an der Spitze von nur zwei Bataillons hierher käme, alles ihm zufallen würde." Dieser Stimmung der deutschen Bevölkerung gegenüber appellierte Maria Theresia, wie wir sehen werden, an die Ungarn, und in dieser Thatsache liegt eine entscheidende Wendung der Entwicklung des Südostens.

„Ich beklage die würdige Königin, ohne daß ich noch eigentlich sagen könnte, auf welcher Seite das meiste Recht sei", schrieb Loë über den Streitfall. „Die Beweisführung, womit das Haus von Bayern seine Rechte unterstützt, haben ihre Stärke und

bereden auf der einen Seite; sobald man aber wieder die Schriften von Wien zu lesen bekommt, so kann man sich kaum entschlagen, ihnen Beifall zu geben. Ich glaube, daß es gewisse Fälle gebe, da das Erbrecht, worüber gestritten wird, nicht wohl einem Teil allein kann zugesprochen werden, und wo ein Vergleich mehr als ein Rechtsspruch die natürliche Billigkeit retten kann. Ich glaube, daß es erlaubt sei, in solchen Fällen, wo um das Erbrecht der größten und wichtigsten Staaten in der Welt gestritten wird, zugleich auf die allgemeine Sicherheit der christlichen Staaten ein vernünftiges Augenmerk zu schlagen und zuweilen das Jus convenientiae mehr gelten zu lassen, als das Corpus juris civilis." Wir glauben das auch. Aber das Vernunftrecht existierte für die damalige Zeit noch nicht, und so ist die Frage, wie Karl Albert für den Fall, daß alle seine Ansprüche einer starren Verneinung und Ablehnung begegneten, sich vorgesehen hatte, dieselben dennoch durchzusetzen.

Wir hörten von Karl Alberts Persönlichkeit genug, um zu wissen, daß für eine energische Durchführung seiner Ansprüche bei seinen übrigen Liebhabereien keine Mittel übrig blieben. Das Land war mit Schulden überlastet, auf Waffentüchtigkeit seines Volkes legte der Kurfürst nur wenig Gewicht. „Freilich kann es nicht verschwiegen werden", sagt Heigel, „daß den Fürsten das Volk selbst nicht höher trug, der geistige Aufschwung, der Ehrgeiz für das Stammland fehlte den Bayern. In den Tagen der Entscheidung, als der Erbfolgekrieg begann, herrschte hier nicht jene gehobene, opferfreudige Stimmung, die den Kriegsherrn zu großen Thaten befähigt und hinreißt, und wenn auch in der äußersten Not und Bedrängnis das Landvolk treu zu seinem Fürsten hielt, mangelte es gerade den Kreisen, welche die führenden sein mußten, an Spannkraft, Beweglichkeit, Heroismus." Nun, weder die Fähigkeiten eines Fürsten, noch die Stimmung eines Volkes sind Produkte des Zufalls, und wenn wir zurückblicken auf die bayerische Entwicklung bis zu den Tagen eines Albrecht IV, wird uns der Grund nicht unbekannt sein, aus dem solche Resultate erwachsen mußten. Woher hätte bei solcher Führung, bei solcher Passivität wohl geistige Spannkraft und Beweglichkeit, woher wohl Heroismus kommen sollen? Das Volk war seines Fürsten würdig, wie der Fürst seines Volkes, und bei Betrachtung solcher Grundlage konnte einem Schlosser wohl die ganze Politik eines Karl Albert als „lächerlich" erscheinen. Sie war ein Luftgebäude, da ihr jeder feste Boden, sowohl im Volksleben, wie im Charakter des Kurfürsten fehlte, und mit Rücksicht darauf müssen alle Versuche scheitern, die Harmonie zwischen dem Wollen und Können des Kurfürsten nachzuweisen. Sie existierte nicht. In seiner Person, wie in seiner Politik fand jener vielhundertjährige Kampf zwischen dem natürlichen Entwicklungsgesetze des bayerischen Staates und der Erbkrankheit einer verhunzten Vergangenheit noch einmal seine Wiederbelebung und Fortsetzung. Und fragen wir nun, ob er anders hätte handeln können, so müssen wir die Frage verneinen. Er war der Sprößling eines sinkenden Geschlechts und hatte vor sich die Produkte einer sinkenden Entwicklung. Daß er Anstrengungen machte, aus dem dauernden Niedergange herauszukommen, ist natürlich, ebenso natürlich aber, daß ihm das in der Art und Weise, wie er sie machte, nicht gelang und auch nicht gelingen konnte.

Stellen wir dem Kurfürsten die „letzte Habsburgerin", die prächtige deutsche Frauengestalt, mit der er nun den alten Kampf zwischen den beiden Häusern zu erneuern sich anschickte, stellen wir ihm Maria Theresia gegenüber, so verblaßt vor der männlichen Kraft und Energie dieses Weibes der Charakter des Bayernfürsten noch mehr, und die Zukunft Oesterreichs erscheint uns vor derjenigen Bayerns in weit sicherer Gestaltung.

Ein dritter trat hinzu, um die bewegenden Gegensätze des deutschen Lebens voll und ganz zu machen. Denn fast gleichzeitig mit dem Thronwechsel in Wien war derjenige in Preußen erfolgt. Ende April hatte sich Friedrich Wilhelm I nach Potsdam bringen lassen. Er wußte, daß sein Ende nahe. Am 30. Mai übergab er seinem Sohne die Regierung, „Staat, Land und Leute, die volle Souveränität." Tags darauf ist er verschieden.

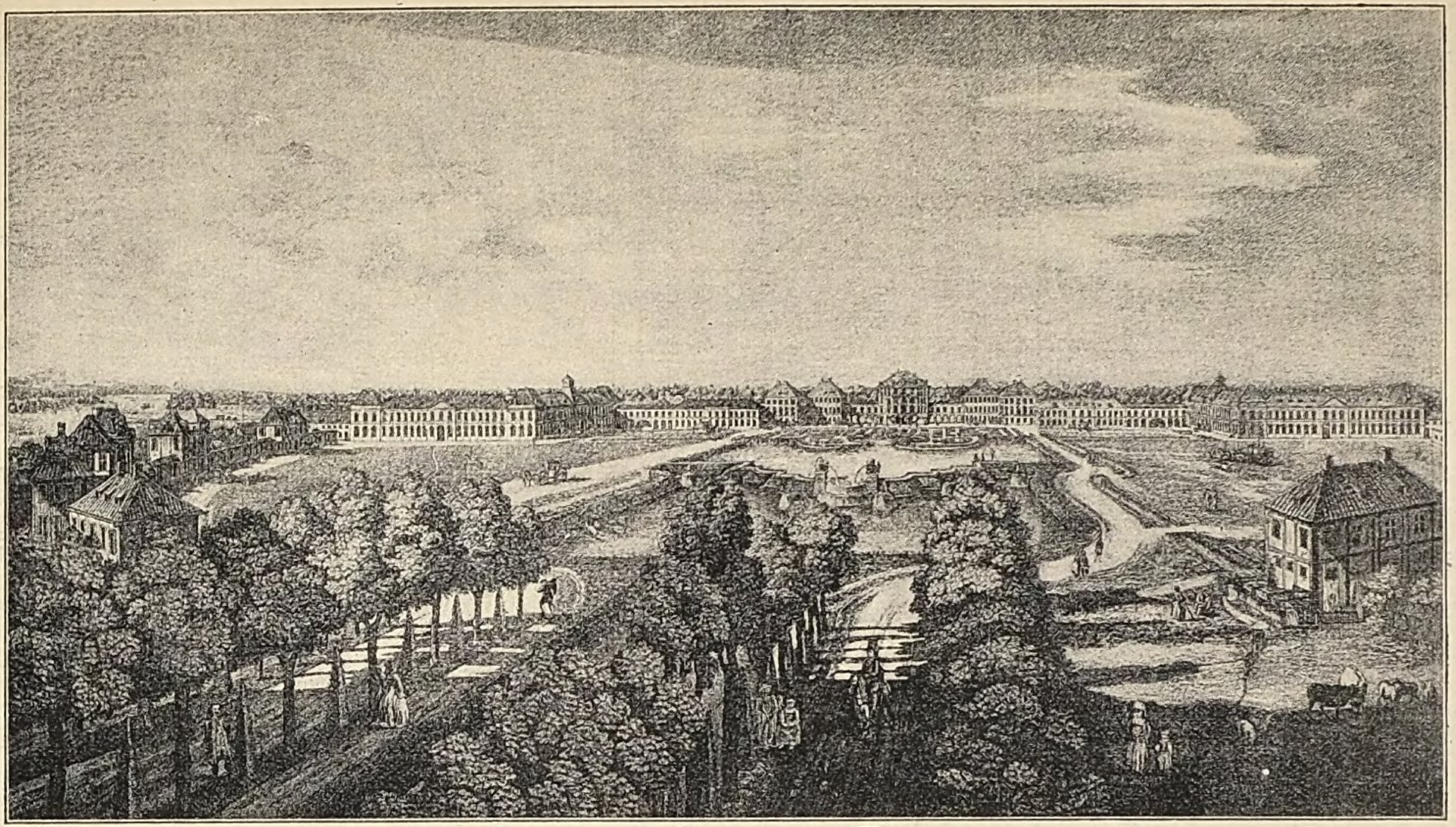
Was in Oesterreich erst zu geschehen hatte, den aus losen Bestandteilen zusammengesetzten Staat zu einem festgefügten Ganzen umzugestalten, in Preußen hatte Friedrich

Wilhelm I das Werk bereits vollbracht. Er war „bis zum Kleinsten herabgestiegen", um alles zu einem einheitlichen und vollendeten Ganzen zusammenzufassen. „Nach denen Principiis, die wir durch die Experienz und nicht aus Büchern gelernt haben", war Friedrich Wilhelm vorgegangen, und wohl waren in der romanisch-germanischen Welt die Kräfte eines Landes noch nie so zusammengenommen worden, wie es durch diesen Soldatenkönig und unumschränktesten der Selbstherrscher geschah. Im Januar 1732 hatten seine Bemühungen die Reichsgarantie der pragmatischen Sanktion trotz des Widerspruchs Bayerns, Sachsens und der Pfalz erzielt. Aber im August traf er mit dem Kaiser in Prag zusammen, und hier fand die Freundschaft Preußens mit Oesterreich ihr Grab. „Ich bitte dich um alles in der Welt", sagte er seinem Sohne im Hinblick auf die Kaiserpolitik, „traue denen Leuten nicht, die auch noch so viele Versprechungen machen." Er sah sich für seine Freundschaft für den Kaiser mit Kränkungen belohnt, und auf seinen Sohn weisend, sagte er einst: „da steht einer, der mich rächen soll." Noch auf dem Sterbebett hatte er seinem Nachfolger von der „invariablen Maxime" der österreichischen Politik gesprochen, Preußen niederzuhalten, und ebenso bezeichnend war eine seiner letzten Anweisungen, die er dem Sohne gab, „vollkommen auf eignen Füßen zu stehen."

Auf die Geschichte Friedrichs des Großen können wir hier nur vorübergehend eingehen, doch sei betont, daß, wenn etwas ihm ermöglichte, diese letzte Anweisung des Vaters zur Wirklichkeit zu machen, so war es nicht nur die materielle Grundlage, welche er ererbte, sondern auch die geistige, welche er sich in seinem Schlosse Rheinsberg bei Büchern, Musik, Kunst und in der Unterhaltung und dem Verkehr mit bedeutenden Menschen selbst erworben hatte. So trat dieser Mann nach einem bewegten Jugendleben, vom Vater mit aller Strenge und selbst mit Härte zu der Maxime erzogen, daß „die Regenten zur Arbeit geboren", an die Spitze seines Staates. Und kaum hatte er die Zügel ergriffen, als der Tod Kaiser Karls VI ihn in die europäische Politik hineinzog und ihn zwang, Stellung zu nehmen. An die Anerkennung der pragmatischen Sanktion fühlte sich Friedrich nicht gebunden, da Oesterreich selbst die Verbindlichkeiten gebrochen hatte, an welche die Nachfolge Maria Theresias geknüpft war. So hatte er freie Hand und konnte nur seinem eigenen Interesse nachgehen.

Wer wird Kaiser? Diese Frage hielt nun Europa in Atem. Das große Haus, welches Spanien und Indien, Italien und die Niederlande beherrscht, und unter dem sich eine neue Macht in Deutschland, Ungarn und Böhmen gebildet hatte, war nun in seinem Mannesstamme vollkommen erloschen. „Der Abgang der älteren, der spanischen Linie hatte einen europäischen Krieg veranlaßt, wie durfte man erwarten — meint Ranke — daß der Abgang der zweiten ohne große Erschütterungen vor sich gehen würde!" Und doch, wie nahe war man einst auf friedlichem Wege des Vergleichs jener Lösung gekommen, welche die spanische Erbfolge später fand, wie hatte auch Prinz Eugen in seinen letzten Lebensjahren noch darauf gedrungen, der österreichischen Erbfolge jene Lösung zu geben, welche in der Stimmung des Volkes, wie eines großen Teils der führenden Persönlichkeiten bereits vorgeklungen hatte: Vereinigung Bayerns mit Oesterreich. Dadurch daß Karl VI seinem Willen nachging und das lothringische Haus an die Stelle des bayerischen schob, wurde die neue Erbfolgefrage erst geschaffen. Denn es ließ sich nicht denken, daß Frankreich den Gemahl Maria Theresias aus diesem Hause zur kaiserlichen Krone gelangen lassen sollte. Hieß dies doch nichts anderes, als Lothringen zur Verwirklichung seiner Ansprüche die Kräfte des Reiches zur Verfügung zu stellen; hieß dies doch nichts anderes, als, da England ohne Zweifel für Oesterreich Partei ergreifen würde, den Krieg der alten großen Allianz gegen Frankreich zu erneuern.

Eine Zeitlang schien es, als ob Frankreich nun selbst nach der Kaiserkrone greifen würde. Andere Stimmen der öffentlichen Meinung wiesen auf den jungen König von Preußen als den geeignetsten Führer der deutschen Nation hin. In Wien dagegen glaubte man die Wahl des Lothringers für sicher halten zu dürfen, und doch hatte Prinz Eugen seinerzeit dahin geurteilt, daß die pragmatische Sanktion nur dann ihre Wirksamkeit erhalte, wenn der Staat sowohl die politische als die militä-



Prospect des Chürfrl. Bairischen Lust Schloses Nymphenbourg wie Solches gegen Abent von seiten des eingangs anzusechen

Vue de Nymphenbourg du cote de L'Entree

rische Macht habe, sie zu handhaben. Und wie sah es da aus! Weder in ihrem geistig nicht hervorragenden Gemahl, noch in den meist schon hochbetagten und altersschwachen Männern, welche die vertrauten Ratgeber ihres verstorbenen Vaters gewesen waren, fand Maria Theresia irgend eine verlässige Stütze. Die militärischen und finanziellen Verhältnisse der Monarchie befanden sich in trostloser Zerrüttung. Die Bevölkerung, Adel und Geistlichkeit, die Schoßkinder der früheren Regierungen, nicht ausgenommen, sah entweder den kommenden Ereignissen apathisch entgegen, oder warf sogar auf einen fremden Landesherrn, auf den Kurfürsten von Bayern, hilfesuchend ihr Auge. Der Zusammenhang der Provinzen war sehr lose, die Landesverwaltung fast ausschließlich in Händen ständischer Ausschüsse, das einzige Vereinigungsband bildete der gemeinschaftliche Herrscher und eine mehr oder weniger langjährige Gewohnheit, die von ihm regierten Länder als befreundet anzusehen. So erhielt sich natürlich jenes Herkommen einer trägen passiven Politik, wie sie sich schon unter Karl VI eingenistet hattet. Nur ein Ziel faßte Maria Theresia gleich von Anfang an energisch ins Auge: die Erhebung ihres länderlosen Gemahls zum deutschen Kaiser.

Graf Colloredo ging an die geistlichen Fürstenhöfe ab, welche fast durchweg österreichisch gesinnt waren. Aber wie täuschte man sich in Wien über die Stimmung der Kurfürsten im einzelnen! Graf Sinzendorff, der nominelle Leiter der auswärtigen Angelegenheiten meinte, in des Königs von Preußen Freundschaft dürfe man alles Vertrauen setzen; die Familie des Kurfürsten von Mainz, die Grafen von Elz, sei stets vom Wiener Hofe mit ausgezeichneten Begnadigungen bedacht worden, und der jetzige Kurfürst Philipp Karl beziehe eine Pension von Oesterreich in der Höhe von 100000 Gulden. Kurköln könne sich nicht lange besinnen, da seine Stifte gut österreichisch seien. Kurtrier sei gut gesinnt, wie die ganze Familie Schönborn, und von Kursachsen sei nichts Feindliches zu erwarten. Kurböhmen hänge ohnedies von Oesterreich ab, und Kurbraunschweig werde lieber für Oesterreich als für einen andern stimmen. So bleibe höchstens Bayern als Gegner Franz Stephans übrig.

In dieser Weise äußerte sich Sinzendorff noch im November 1740, in derselben Zeit, da Friedrich II seinem Gesandten Borcke in Wien schrieb: „Aus Ihrem Schreiben habe ich ersehen, wie man an dem Hofe, wo Sie weilen, noch immer vermessen genug ist, zu glauben, man könne sich im Besitze aller Erbländer ohne Ausnahme gegen Jedermann behaupten. Der Erfolg wird zeigen, ob man sich mit dieser Hoffnung nicht einem Wahne hingibt. Der Kaiser ist tot, das Reich, wie das Haus Oesterreich ist ohne Oberhaupt, die Finanzen Oesterreichs sind zerrüttet, die Armee verwahrlost, seine Provinzen ausgesogen durch Krieg, Seuchen und Hungersnot, wie durch furchtbare Steuerlast, die sie bis zum heutigen Tage zu tragen haben; dazu die hinlänglich bekannten Ansprüche Bayerns und diejenigen Sachsens, die zur Zeit noch unter der Asche glimmen, aber jeden Augenblick hervorbrechen können; die geheimen Anschläge Frankreichs, Spaniens und Savoyens, die gar bald zu Tage treten werden: wie ist es da nur möglich, daß man in Wien solcher Sorglosigkeit sich hingibt und gar nicht die Gefahren beachtet, die sich in solch furchtbarer Zeit gegen jenes unglückliche Haus auftürmen, und wie können so viele klarsehende Männer, die noch im Kronrat sitzen und die keine Schuld an der Verwahrlosung des Landes aus früherer Zeit tragen, sich auf Kosten der Rettung dieser Großmacht vor unseligem Untergang der Täuschung gefangen geben, zu glauben, daß alles auf Befehl so herzhaft für die ungeschmälerte Aufrechthaltung der Erbfolge zu Felde ziehen werde? Hat man vergessen, daß seit langem mehrere kurfürstliche Höfe, gedeckt durch mächtige Staaten, an einem Plan arbeiten, das Haus Oesterreich für immer von der kaiserlichen Würde auszuschließen? Wie wird man sich denn gegen die Ansprüche Bayerns, Sachsens, der Pfalz, des Kurfürsten von Köln und andrer, die sich auf ihre Seite schlagen können, behaupten wollen? Wo sind denn die Hilfsquellen, auf welche man sich verlassen kann? Kann man etwa auf Frankreich zählen? Man weiß zur Genüge, daß man von dieser Seite her keine sonderliche Unterstützung erwarten dürfe. Oder auf England? Es hat vollauf zu thun mit seinem Krieg mit Spanien. Oder auf Holland? Es denkt kaum daran, seinen Verpflichtungen gegen England nachzukommen.

Oder glaubt man, daß Rußland große Anstrengungen machen werde, während es doch beständig auf der Hut sein muß, gegen Angriffe Schwedens und der Pforte? Und wo sind die Fürsten des deutschen Reiches, die sich einer Gefahr oder dem Untergang aussetzen möchten aus Liebe für ein Dynastenhaus, das zu schwach ist, sie zu stützen, und allzuwenig dankbar, um ihre Mühen und Kosten zu lohnen? Das ist und bleibt das Schlimmste, daß man in Wien immer noch im falschen Wahn lebt, es verstehe sich so ganz von selbst, daß man sich ganz umsonst bemühe, oder etwa für schöne Komplimente oder Versprechungen, die nichts kosten. Man wird sich an dem Einen oder dem Andern gewaltig verrechnen, und wenn man in Wien nicht schleunigst hinlängliche kräftige und reale Verbindungen mit solchen eingehen wird, die im stande sind, vor dem Verderben zu retten, das unfehlbar droht, so wird man Gefahr laufen, bald ganz verlassen zu stehen, indem die Wohlgesinnten bald anderweitig Partei ergreifen werden, wo sie ihren Vorteil finden."

Man sieht, der Preußenkönig kannte die Lage Europas im Allgemeinen und die des Wiener Hofes im Besonderen, aber er kannte auch die Geschichte der Freundschaft seines Hauses mit dem Kaiserhofe, die sich für den brandenburgischen Beobachter als eine sehr schmerzhafte und enttäuschungsvolle darstellen mußte. Und Friedrich dachte wieder an Freundschaft und enges Zusammengehen mit Maria Theresia, wenn sich „das Erzhaus mit ihm über gewisse Abtretungen verständige." Aber in Wien sah man die Vorstellungen des Königs als Schwarzmalerei an, man glaubte, der Hilfe des „Parvenüs" nicht zu bedürfen, und so setzte Friedrich seine Truppen in Bereitschaft.

Wir erinnern uns aus früheren Mitteilungen der Ansprüche Brandenburgs auf Teile von Schlesien. Nach der Auffassung damaliger Zeit genügte es, wenn man derartige „Rechte" durch Akten belegen konnte, und Preußen konnte die seinigen belegen. Dem gegenüber halten wir uns an das lebendige Recht des Wachstums, welches der junge preußische Staat unfehlbar dem alternden Kaisertum gegenüber hatte. Einer jungen kräftigen Entwicklung die Zukunft abzuschneiden, hat keine ältere Institution das Recht, und von diesem Gesichtspunkte aus werden uns die Gegensätze klar, welche sich in den Persönlichkeiten Friedrichs und Maria Theresias gegenübertraten. Stützte diese sich auf die Vergangenheit ihres Hauses, stand ihr ihr Erbrecht über allem Zweifel erhaben, so Friedrich auf die Zukunft, durchdrungen von dem Rechte seiner Ansprüche; jene katholisch gläubig, den ererbten Ideen des österreichischen Hauses gemäß, der König mehr als Protestant in seiner Gesinnung, jenen philosophischen Grundsätzen huldigend, welche die englische Philosophie eines Locke entwickelt hatte. Er war „einverstanden mit der Bewegung der Geister nach unbekannten Zielen hin." Die Entwicklung des Menschengeistes, wie sie der Protestantismus angebahnt, wie sie die englische Philosophie vor allem fortgeführt hatte, die Entwicklung des Menschengeistes zur Zukunft fand in ihm eine mächtige Vertretung und Verkörperung. So trat der Gegensatz der preußischen Entwicklung zur österreichischen aus seinem latenten Zustand heraus und empfing Leben und Bewegung durch den Fürsten des jungen Staates.

Am 16. Dezember 1740 überschritt Friedrich die schlesische Grenze. Kurz zuvor hatte sein Gesandter Borcke noch einmal eine Verständigung mit Maria Theresia gesucht. Preußen bot die Garantie des vollen Besitzes der Königin von Ungarn, die Hilfe zur Kaiserwahl des Großherzogs Franz Stephan, wie zur Anbahnung einer Allianz mit Rußland und den Seemächten und ein Darlehen von zwei Millionen Gulden — gegen die Abtretung Schlesiens. „Keinen Zoll breit Landes von allen Erbstaaten," lautete die Antwort, und so ging Friedrich selbst vor, das Verweigerte zu erkämpfen.

Der natürliche Bundesgenosse Oesterreichs wäre Sachsen gewesen, dessen Existenz durch das mächtige Anschwellen des preußischen Staates bedroht wurde. Aber Sachsen stand unter der Herrschaft eines Friedrich August, und dieser unter derjenigen eines Grafen Brühl, wohl des schamlosesten und verlogensten Ausbeuters jener an politischen Abenteurern und diplomatischen Gaunern so ungemein reichen Zeit, und so wartete Sachsen ab, welche vorteilhaften Geschäftskonjunkturen die Ereignisse bringen würden. Sachsen blieb „vorläufig" neutral, nur gegen die Uebertragung der böhmischen Kurstimme

an den Gemahl Maria Theresias erhob der König-Kurfürst von Polen-Sachsen als Gemahl der ältesten Tochter Josephs I Protest.

Wirkliche Hilfe schien für Oesterreich nur von England kommen zu sollen. Aber ein preußisches Truppenkorps bei Magdeburg genügte, den Eifer König Georgs II gegen den „Reichsfeind" Friedrich zu dämpfen.

In diese Ereignisse hinein und von ihnen beeinflußt spielten nun die ränkevollen Verhandlungen um die Kaiserwahl. Kurfürst Philipp Karl von Mainz hielt an der Kandidatur des Lothringers fest und lud den Gemahl der Königin als Inhaber der böhmischen Stimme zur Wahl ein. Dieser Schritt rief die mannigfachsten Proteste hervor, so selbst von seiten Triers, welches im übrigen österreichisch gesinnt war. Und mit dem Kurfürsten Franz Georg von Schönborn ging sein Bruder Friedrich Karl, der Fürstbischof von Würzburg und Bamberg, in dem Belleisle einen zweiten Fleury zu sehen glaubte. Die beiden arbeiteten „zu Frei- und Sicherstellung des katholischen Glaubens" auf eine Versöhnung Bayerns mit Oesterreich hin. Dabei suchte Friedrich Karl die Vermittlung des bayerischen Gesandten am pfälzischen Hofe, des Grafen Joseph Franz von Seinsheim, während Franz Georg seinen Einfluß in Köln in diesem Sinne zu verwerten suchte.

Bei Klemens August, dem Kurfürsten von Köln, indessen trat die Erschlaffung des Geschlechts der bayerischen Wittelsbacher noch weit auffälliger zu Tage, wie bei seinem Bruder Karl Albert. Er war ein wohlwollender, gutherziger Fürst, aber ohne jede Energie. Auch bei ihm „vaterte" es sich im Sinne der Herzogin von Orleans, und sein rein äußerliches Christentum hinderte ihn nicht, sein Land und sich mit einer furchtbaren Schuldenlast zu beladen und ein Leben „voll Eitelkeit, Prachtliebe und Genußsucht" zu führen, in welches er sich seinen natürlichen Neigungen und den Gepflogenheiten der damaligen Zeit folgend nur zu schnell und gründlich hineinfand. Daß er die pragmatische Sanktion anerkannt und sich für diese Anerkennung hatte bezahlen lassen, hinderte ihn ebensowenig, nach dem Tode des Kaisers sich jeder Verpflichtung entbunden zu fühlen. Und so ging es denn hin und her am Hofe zu Bonn, je nachdem die eine oder andere Partei die Oberhand gewann und mit Bewilligungen und Versprechungen um sich warf.

Wie sich Kurpfalz und Bayern zu Oesterreich stellten, wissen wir bereits, und in der Frage der Kaiserwahl behauptete Kurpfalz die gleiche feindliche Stellung gegen den Wiener Hof. Bayerns Absichten aber blieben vor der Oeffentlichkeit noch verhüllt. Wohl stand es bei Karl Albert seit lange fest, als Bewerber um die Kaiserkrone aufzutreten, aber während Graf Törring mit seiner Absicht unverhohlen heraustrat, hielt Kanzer Unertl zurück. Ihm schien eigentlich keiner der Kandidaten geeignet, weder der Gemahl Maria Theresias, noch Hannover, noch Sachsen. „Auch das Kurhaus Bayern, wenn er als ein wahrer civis romanus urteilen sollte, stände nicht in der Verfassung und in den Kräften, das römische Reich der Gebühr nach zu verwalten und zu souteniren, und demselben würde die Kaiserkrone mehr zum Zerfall und Abkommen, als gedeihlicher Aufnahme seines eigenen Landes gereichen." (Heigel.) Deshalb warnte Unertl vor feindlichen Schritten gegen Oesterreich, und riet, einstweilen eine mehr abwartende Politik zu verfolgen.

Karl Albert war andrer Meinung. Er instruierte seinen Gesandten Seinsheim für den Fürstbischof von Würzburg so, daß man seine Meinung wohl erkennen konnte, und noch deutlicher trat dieselbe in der Instruktion für den nach Mainz und Trier abgehenden Grafen Königsfeld hervor. „Die Kaiserwürde sei im Hause der Wittelsbacher nicht neu und von bayerischen Fürsten immer noch mit Würde getragen worden. Fiele die Wahl des Kollegiums auf Bayern, so dürfe man ebensowenig an seinem patriotischen Willen zweifeln, wie an seiner Kraft, die Ruhe im Reiche aufrecht zu erhalten und den vordem so oft gestörten Frieden zu sichern."

Für Karl Albert aber hing alles von der Haltung Frankreichs ab, und Kardinal Fleury belog alle Welt. Er suchte Oesterreich in dem Glauben zu erhalten, daß die Fortdauer eines guten Verhältnisses mit Frankreich möglich sei; gegen Preußen äußerte er sich, daß er für Bayern gern etwas thun möchte und zur Unterstützung Preußens bereit sei. Die pragmatische Sanktion sei dabei nicht hinderlich. „Wir sind ihr zwar im

letzten Artikel des Friedensvertrags von 1735 beigetreten, aber mit der Klausel: die Rechte Dritter vorbehalten.“ Und während Frankreich Maria Theresia versicherte, man werde auf das treueste seine Verpflichtungen erfüllen, gebrauchte man dem Münchener Hofe gegenüber dieselbe Wortwendung und stellte die Unterstützung Frankreichs in Aussicht. Man frug an (3. November 1740), welcher Mittel Karl Albert bedürfe, um seine Truppen auf den Kriegsfuß zu bringen, auf welche Stimmen er bei der Kaiserwahl rechnen könne u. s. w. Der Kurfürst verlangte vorab eine Million Gulden. Fleury bewilligte 400 000 Gulden. So ging das Gaukelspiel fort mit einer verblüffenden Unverschämtheit auf der einen Seite, mit einer ebenso verblüffenden Vertrauensseligkeit auf der andern, der österreichischen Seite.

Aber schon drängte eine andere Partei am französischen Hofe aus der Thatlosigkeit heraus. „Jetzt oder nie sei der ersehnte Augenblick gekommen, wo Frankreich den Sieg über das Haus Oesterreich vollenden könne, indem es eine Macht gänzlich vernichte, die allein noch die Freiheit Europas verteidigte. Das Haus Oesterreich muß auf einige Provinzen eingeschränkt werden, so daß es nur noch eine untergeordnete Rolle im Reiche spielen kann. Den Fürsten Bayerns kann man Böhmen überlassen, sie werden auch dann noch weder reich noch mächtig genug sein, um die übrigen Reichsstände zu bestechen oder in Furcht zu setzen, und somit die Krone in ihrem Hause erblich zu machen, sie werden immer die Freundschaft, die Hilfe und den Schutz der Franzosen nötig haben und gezwungen sein, sich den Absichten des Hofes zu Versailles gefügig zu zeigen.“ So lautete das Programm des Grafen Belleisle, der an die Spitze der Kriegslustigen trat und nun auch auf den König entscheidenden Einfluß gewann.

Der Wahltag war für den Anfang des Jahres 1741 ausgeschrieben worden. Nun näherte man sich der Zeit, und die Sache des Großherzogs stand noch keineswegs verzweifelt. Er sah seinen Vorteil in möglichster Beschleunigung der Wahl, die bayerische Partei dagegen setzte alle Hebel in Bewegung, dieselbe aufzuschieben. Kurpfalz begann diese Aktion. Karl Albert schloß sich an, ebenso betonte Preußen, daß eine Verzögerung wünschenswert erscheine, und Köln unterstützte diese Forderung. Vier Stimmen also waren für, vier gegen den Aufschub. So ward das Auskunftsmittel gefunden, zunächst nur die Gesandten der Kurfürsten zusammentreten und die „Präliminarkonferenzen“ beginnen zu lassen. Dieser Botschaftertag, der sich alsbald mit den harmlosesten Dingen, wie Ceremoniell- und andern Weltfragen beschäftigte, wurde denn auch am 1. März 1741 eröffnet.

Den günstigsten Anlaß zu scharfsinnigen Erörterungen und damit zur Verzögerung lieferte die böhmische Wahlstimme. Wer sollte sie ausüben? Der Großherzog? Das litt die Gegenpartei nicht. Die böhmischen Stände? Dagegen protestierte Oesterreich. So beantragten Preußen, Bayern, Pfalz und Köln, daß die böhmische Kurstimme für diesmal ruhen soll. Kam es zu diesem Beschlusse, so war es um die Wahl des Großherzogs geschehen. Also von Wien aus setzte man alles ein, den Beschluß zu hintertreiben. Und so änderte sich plötzlich die anfängliche Stimmung. Oesterreich betrieb nun den Aufschub, während die Gegenpartei in der Beschleunigung ihr Heil sah.

Während man sich so in Frankfurt mit gelehrten Diskussionen und Intriguen herumzog, hatten die Fürsten eine Versammlung in Offenbach eröffnet, um ihre Stellung den Kurfürsten gegenüber zu wahren. Es galt namentlich dem Fürstbischof von Würzburg darum, in einem festgeschlossenen Fürstenverein ein Gegengewicht gegen die Einseitigkeit und Willkür des Kurfürstenkollegiums zu schaffen. Wir kennen diese alte Rivalität, aber auch diese neue Bewegung führte zu keinem besseren Resultat als die früheren.

In dieses Getriebe von Gegensätzen und Intriguen rollten nun plötzlich die Donner von Osten her. Die Ereignisse in Schlesien bildeten den Angelpunkt der politischen Entwicklung im Reich sowohl, wie in Europa.

Friedrich II hatte die Verhandlungen mit Oesterreich fortsetzen lassen. Abtretung Schlesiens — dafür bot er nach wie vor seine Hilfe an. Maria Theresia, auf die Unterstützung der Seemächte vertrauend und immer noch der sichern Zuversicht, auch Frankreichs Hilfe haben zu können, wenn sie wolle, lehnte alles ab. So ging Friedrich seinen

Weg fort. Er ließ sich nicht irre machen. Rasche Entscheidung — das war vorerst alles, worauf er seine Sorge zu lenken hatte.

Die Verhältnisse in Schlesien kamen ihm dabei zu Hilfe. Man möchte fast sagen, der dreißigjährige Krieg ging dort noch immer fort, denn die Wiederherstellung des Katholizismus, die in jener Epoche in Böhmen durchbrach und dann auch in Schlesien unternommen wurde, war doch hier auf mannigfaltigen Widerstand gestoßen. Sie war von Karl XII, wie wir uns erinnern, bei seinem Vordringen nach Sachsen aufgehoben worden, allein bei dem Beginn der neuen Regierung schien sie wieder in Angriff genommen zu werden. In Wien glaubte man an jene schwedische Konvention nicht mehr gebunden zu sein. Besorgt schaute man in Schlesien auf die neuen Maßregeln, auf das Vorrücken österreichischer Truppen. So wurden von einem Teile der Bevölkerung die Preußen geradezu als Freunde und Erretter betrachtet. Selbst die Landeshauptstadt Breslau hieß den Preußenkönig bei seiner Ankunft willkommen. Er hatte binnen wenigen Wochen Schlesien so gut wie erobert. Schwerin besetzte die Grenzplätze am Gebirge. So war das Ziel eigentlich schon erreicht, bevor der wahre Kampf begonnen. Erst um die Mitte März war Oesterreich soweit, eine Armee unter Neipperg ins Feld schicken zu können.

„Als Friedrich sich zu offenem Kampfe gegen Oesterreich entschloß, konnte er nur auf einen Alliirten im Reiche zählen, auf den Kurfürsten von Bayern," sagt Heigel. Uns, die wir zurücksehen, erscheint diese Sachlage als natürlich, und es drängt sich der Gedanke auf, daß man sie auch damals so auffassen mußte. Aber Friedrich war für die damalige Zeit noch nicht „der Große", und Preußen hatte erst darzuthun, was es vermochte. So wird es uns begreiflich, daß die Versuche eines Bündnisses zwischen den Höfen zu Berlin und München noch lange Zeit auf Schwierigkeiten stießen, ja, daß man an einen derartigen Versuch gar nicht von vornherein dachte. Frankreichs Hilfe — das war der überkommene Grundsatz, nach welchem man in Bayern vorging. Und es mußte sich ebenso erst erweisen, daß Frankreichs Hilfe für die Entwicklung Bayerns durchaus nicht zureichend war.

Erst zu Anfang des Jahres 1741 wurde der preußische Kriegsrat von Klinggräffen als Gesandter nach München abgeordnet. Von der Persönlichkeit des Kurfürsten berichtete er seinem Hofe mit voller Anerkennung „der hervorragenden wohl ausgebildeten Geistesanlagen, des hohen Gerechtigkeitsgefühles und des großen Arbeitseifers, den er Tag für Tag bethätigt." Vor allem war es Graf Törring, welcher bei jeder Gelegenheit auf ein festes Bündnis zwischen Preußen, Frankreich und Bayern drang. Aber erst die bevorstehende Verbindung Englands mit Oesterreich machte Friedrich für den Gedanken eines Bündnisses mit Frankreich empfänglicher.

Klinggräffen hatte Weisung, sich vor allem über den Stand der miltärischen Kräfte Bayerns zu unterrichten. Und da sah es allerdings traurig genug aus. Nur langsam gingen die Rüstungen vor sich. Mit der Reiterei war es schlimm bestellt, an Geschützen war kein Mangel, aber sowohl bei der Artillerie, als bei den übrigen Waffengattungen fehlte es an den nötigen Offizieren. In zwei Monaten, meinte Törring zwar, werde alles ergänzt und kriegsbereit sein. Aber das war für den Preußenkönig, der von militärischer Schulung einen andern Begriff hatte, eine Illusion, und Klinggräffen erwiderte denn auch Törring bei Gelegenheit, daß man mit der Feder allein wohl nicht die hohen Ansprüche Bayerns durchzusetzen vermöge. Er sei erstaunt gewesen, bei seiner Ankunft in München alles so ruhig und lässig zu finden. Aehnliche Vorstellungen machte Klinggräffen dem Kurfürsten. Bayern könne sich keine bessere Gelegenheit wünschen, um seine gerechten Ansprüche gegen Oesterreich geltend zu machen, als die jetzt gebotene, da schon die preußischen Truppen allein die ganze Heeresmacht Oesterreichs beschäftigten.

Karl Albert hielt zurück. Ohne Frankreich wagte er keinen solchen Schritt. Und statt auf das gebotene Bündnis einzugehen, entwickelte der Kurfürst zuerst einmal seinen Plan betreffs seiner Bewerbung um die Kaiserkrone. „Von seinem altteutschen in den Adern wallenden Geblüt angefrischt," wollte er als Kandidat der Kaiserkrone auftreten, schrieb er an Friedrich. Gerade in dieser Frage aber hatte der König Grund genug, mit bestimmter Zusage ebenso zurückzuhalten, denn Preußen war es keineswegs darum



Klemens August, Kurfürst von Köln.

zu thun, diese allgemeine Frage mit seiner eigenen Politik zu verquicken. So blieb alles unentschieden, Karl Alberts Arbeitsamkeit konnte keinen Ersatz für die ihm fehlende wirkliche Thatkraft bieten.

Erst gegen Ende März erkärte Bayern offen den beiden Kurfürsten von Mainz und Trier, daß es sich um die Kaiserkrone bewerben wolle. In Bonn wurde unter Drohungen und Versprechungen vom Grafen Colloredo die Stimmung für Oesterreich bearbeitet. Welche Gefahr für die Religion lag nicht in einer Verbindung Bayerns mit dem ketzerischen Preußen! Und den Kapitelherrn enthüllte der österreichische Gesandte, Preußen und Bayern hätten sich über ein Projekt der Säkularisation der Stiftsgüter verständigt.

„Es lag nahe — sagt Heigel — an solchen Plan zu denken. Der Zug der Zeit ging nach Bildung größerer Staaten, durch Einverleibung der vielen kleinen Territorien, die sich nicht aus eigener Kraft erhalten konnten und überhaupt nur den Schein eines selbständigen politischen Daseins hatten, hätten die lebensfähigeren deutschen Territorien solche Verstärkung an Land und Leuten gewonnen, wie sie die Entwicklung des modernen Staatswesens unumgänglich forderte.“ Wir werden dem Säkularisationsprojekt wieder begegnen, aber hoch bezeichnend ist es für die Entwicklung Bayerns und Karl Alberts, daß gerade er dieses Vorhaben auf das bestimmteste ableugnete und die Unmöglichkeit der Durchführung solcher Pläne darthat. Und doch war diese Frage seit dem Beginn der wittelsbachischen Herrschaft in Bayern eine der bewegenden Fragen fort und fort gewesen, und doch war es gerade die Nichterfüllung dieses Strebens, welche die Entwicklung Bayerns hinter derjenigen der andern Territorien Deutschlands zurückgehalten halten hatte und ferner zurückhielt. Während Karl Albert seine Erklärung betreffs der Wahlkandidatur an Mainz und Trier abgab, gelang es Colloredo, Köln auf die Seite Oesterreichs zu ziehen. Klemens August verstand sich zur Anerkennung der „Königin von Böhmen und Ungarn“, allerdings mit der Klausel, daß die Rechte eines Dritten nicht geschädigt werden dürften, und Colloredo frohlockte: „Die Union der Wittelsbacher ist gesprengt!“

Nun war es für die Gegenpartei Zeit, die ferneren Fortschritte der österreichischen Diplomatie zu hemmen. Belleisle, der französische Wahlbotschafter, eilte nach Bonn, und und ihm gelang es, den Kölner wieder auf andere Gedanken zu bringen. Ihm gelang es ebenso in Dresden, wo Graf Brühl mit seiner windigen Politik ungestört fortgefahren war.

Dazu mußte man in Wien allmählig auch zu der bitteren Ueberzeugung gelangen, daß auf England-Hannover keineswegs in dem Umfange zu rechnen sei, wie man geträumt. Lord Hyndford wurde in das Feldlager Friedrichs abgeschickt und mit der Erzielung eines Vergleichs beauftragt. Aber der Vergleich sollte für Oesterreich die Verpflichtung einer größeren Landabtretung an Preußen enthalten, und solche „Hilfe“ hatte Oesterreich nicht nötig.

Auf ein anderes Abkommen war freilich jetzt kaum mehr zu zählen, seitdem Friedrich den ersten Sieg über die Oesterreicher davongetragen hatte. Die erste Armee, welche Oesterreich ins Feld brachte, war dem Preußenkönig sehr gefährlich geworden. Die geschickte Strategie des Grafen Neipperg brachte die preußischen Stellungen in Unordnung, so daß diese, mit der Stirn gegen Berlin gewandt, vorrücken mußten, und unbezweifelt war die Ueberlegenheit der nationalen Reiterei, die Neipperg ins Feld führte. „Es war kein anderes Mittel für mich übrig, als den Feind anzugreifen,“ schrieb Friedrich an den Dessauer. Am 10. April 1741 marschierten die Preußen bei Mollwitz auf den Gegner. Der Vorteil war eine Zeitlang auf österreichischer Seite, so daß der König von seinen Generalen genötigt wurde, sich aus dem Schlachtgetümmel zu entfernen. Dann aber brachen sich an dem Kleingewehrfeuer der preußischen Infanterie die Angriffe der Oesterreicher, und die Wahlstatt blieb den Preußen.

Der Sieg hatte eine mächtige Wirkung. Gesandte Sachsens und Englands erschienen und gaben beruhigende Versicherungen; Belleisle kam an und mit ihm die Vertreter mehrerer deutschen Höfe. „Aller Herren Länder sind hier vertreten,“ schrieb der junge Törring an Karl Albert, „der König von Preußen scheint durch seinen Sieg die

Diktatur in Europa erlangt zu haben" (22. April). Die Verhandlungen betreffs der Bündnisse wie der Kaiserwahl lenkten in ein anderes Fahrwasser und erhielten eine größere Energie. Ludwig August Fouquet, Graf von Belleisle, „der gewandteste Schüler des alten Herzogs von Villars", gewann über die hinterhaltige Politik Fleurys am französischen Hofe nun wirklich die Oberhand.

Sofort nach dem Tode des Kaisers hatte der ehrgeizige und eitle Graf für Ludwig XV ein Gutachten über die Erfordernisse der Zeitlage ausgearbeitet, dessen Kerngedanke war: Frankreich darf nur schwache Nachbarn haben, darum müsse man den jetzigen Augenblick gegen Oesterreich, den alten Rivalen, benützen. Das lothringische Haus dürfe nicht zur Kaiserkrone gelangen, sondern man müsse Bayern erheben, „das schon wiederholt der Krone Frankreichs wichtige Dienste leistete und bisher nur Undank erntete." Die österreichischen Länder wären aufzuteilen: Habsburg sollte auf Ungarn zurückgedrängt, die Niederlande und Luxemburg zu Frankreich geschlagen werden; Böhmen und das österreichische Schwaben sollten an Bayern fallen, Schlesien an Preußen, in die italienischen Besitzungen mögen sich Spanien und Sardinien teilen. So erhalte man die Grundlage zu einem großen Bündnisse und entziehe den Seemächten allen Einfluß, während Frankreich zum Schiedsrichter Europas würde.

Mit seinen Bestrebungen in dieser Richtung schob sich Belleisle mitten hinein in das wogende Getriebe der Hoffnungen auf der einen, der Befürchtungen auf der andern Seite. In Mainz, Trier und Bonn setzte er zunächst den Hebel an, und bald merkte man, daß Frankreich an der Wahl des Kurfürsten von Bayern mit allem Hochdruck arbeitete. Auch am Dresdener Hofe gewann Belleisle den Vorsprung, und bald handelte es sich nur mehr um den Preis der sächsischen Kurstimme. Die schwierigsten Aufgaben stellten sich ihm in Preußen entgegen. Am 26. April kam Belleisle in das preußische Feldlager vor Brieg. Aber Friedrich wollte erst Thaten sehen. Worte genügten ihm nicht. „Ehe dies nicht geschieht, darf man auf mich nicht mehr rechnen, als auf ein Baumblatt im Herbstwind," und so reiste der Franzose nach München, um den Kurfürsten zu Thaten zu bewegen.

Die Verzögerungen Englands, die Zweideutigkeiten der Wiener Diplomatie brachten die Sache in schnelleren Gang. Friedrich II schloß am 4. Juni seinen Bund mit Frankreich. Er erklärte sich zur Aufgabe seiner Ansprüche auf Berg zu Gunsten des jungen Pfalzgrafen von Sulzbach bereit, er versprach den Kurfürsten von Bayern bei der Kaiserwahl zu unterstützen. Dagegen verpflichtete sich Frankreich, dem Kurfürsten ein Hilfskorps zum Feldzug gegen Oesterreich zur Verfügung zu stellen, und Schweden zum Bruch mit Rußland zu veranlassen, damit die Operationen der preußischen Armee im Rücken gedeckt bleiben, endlich garantierte es dem Könige den Besitz von Niederschlesien und Oesterreich gegen Jedermann.

Bisher hatte man sich in München auf wortreiche Proteste beschränkt. Karl Albert wagte keinen Schritt ohne die Beteiligung Frankreichs. In einem geradezu kläglichen Verhältnisse stand sein Wollen mit dieser Abhängigkeit von fremder Hilfe. Doch erst im April hatte er die Zusage einer kräftigen Unterstützung von Frankreich erlangen können. Mortaigne kam im Auftrage Belleisles nach München, um den Kriegsplan mit Törring auszuarbeiten. Demgemäß sollten die bayerischen Truppen sobald als möglich in Böhmen einrücken und direkt auf Prag losgehen, dann erst den Weg nach Linz und Wien einschlagen.

Am 18. Mai kam der Marschall Belleisle selbst nach Nymphenburg. Er wurde mit hoher Auszeichnung empfangen und bald waren die Beratungen im vollen Gange. Von dem Kurfürsten berichtete Belleisle nach Frankreich nur das Allergünstigste. Er sei ein Mann von ehrlichstem Freimut und Biedersinn, von kühnem Geist und von gründlichem Verständnis und genauer Kenntnis der Staatsgeschäfte. Der König dürfe voll auf ihn vertrauen. Aber die anderweitigen Versicherungen Belleisles banden dem preußischen Gesandten nicht die Augen zu. „Ich fürchte, daß Frankreich den Kurfürsten nur mit Hoffnungen abspeisen will, sonst hätte es sich seiner längst thatkräftiger annehmen müssen," berichtete Klinggräffen an seinen Hof.

In Nymphenburg verweilte damals auch der Wahlbotschafter Spaniens, der Graf von Montijo. Für diesen Mann schien der Krieg mit Oesterreich schon deshalb unvermeidlich, weil der Gemahl Maria Theresias sich „eigenmächtig das Recht der Verleihung des Ordens vom goldnen Vließ anmaße, das doch nur Spanien zustehe*). Belleisle brachte jetzt einen Vertrag Bayerns mit Spanien zu stande, der am 28. Mai von Montijo und Törring unterzeichnet wurde. Beide Mächte verpflichteten sich, mit allen Mitteln zu verhindern, daß der Großherzog von Lothringen die deutsche Krone erlange; dagegen sollte Spanien alles aufbieten, dem Kurfürsten von Bayern die Kaiserkrone zu verschaffen. Zur Vervollständigung seiner Rüstung bezahlte Spanien dem Kurfürsten 80 000 Gulden monatlich, und als besonderen Beweis von der Freundschaft Sr. katholischen Majestät 800 000 Livres sofort nach Ratifizierung dieses Vertrags, als Ersatz für die großen Verluste Bayerns im spanischen Erbfolgekrieg. Die neu anzuwerbenden Truppen sollten dafür aber auch Verwendung in Italien zu Gunsten Spaniens finden. Der Vertrag blieb geheim.

Aber bald erregte die Kunde von dem Abschlusse eines Vertrags zwischen Frankreich und Bayern, „der am 18. Mai in Nymphenburg vollzogen und am 4. Juni in Versailles ratifiziert worden sei", die Aufmerksamkeit Europas. Demzufolge hätte Frankreich 60 000 Mann Infanterie und 12 000 Mann Kavallerie gegen Oesterreich ins Feld zu stellen versprochen, welche der Kurfürst befehligen und unterhalten solle. Ferner hätte sich Frankreich verpflichtet, für die Kaiserwahl Karl Alberts einzutreten, demselben zum Unterhalt dieser Truppenmasse monatlich 2 Millionen Livres zu bezahlen (15 Monate lang) während dafür der Kurfürst alle Länder und Städte Frankreich zugesprochen habe, die von der französischen Armee eingenommen würden. Für den Fall aber, daß Frankreich die Eroberungen bei dem Friedensschlusse dennoch zurückgeben müßte, sollte das Reich für Bezahlung aller an Bayern geleisteten Subsidien haftbar sein. Ferner sei ausbedungen worden, daß alles eroberte Gebiet in den Niederlanden mit Einschluß der Barrièreplätze bei Frankreich verbleiben sollten. Die Krone Spanien sei in die Allianz eingeschlossen worden, ebenso der König beider Sizilien, dem Bayern zum Angriff auf die österreichischen Besitzungen in Italien 12 000 Mann zur Hilfe senden würde, während Spanien die Kosten für den Unterhalt dieser Armee zu bestreiten hätte.

Von französisch-bayerischer Seite wurde der Abschluß eines solchen Vertrags sofort geleugnet. Aber die öffentliche Meinung beruhigte sich nicht so schnell, und noch bis in die neueste Zeit hat sich der Streit um die Existenz dieser „bayerischen Verräterei" am Reiche hinausgezogen und immer wieder belebt. Da hat nun neben Droysen sich Heigel das Verdienst erworben, diesen sogenannten „Nymphenburger Vertrag" als eine Fabel nachgewiesen zu haben, und seine Darlegungen überzeugen wohl davon, daß wir es bei diesem Vertrage mit einer Manipulation zu thun haben, die bestimmt war, Bayerns Politik vor dem Reiche in Mißkredit zu bringen.

In der folgenden Zeit hatte Belleisle noch fortwährend damit zu ringen, Frankreich überhaupt zu thatkräftigerem Vorgehen zu bewegen, ja, als im Juni sein ganzer Kriegsplan in Versailles umgestoßen wurde, eilte er selbst nach Frankreich, und erst am 25. Juli konnte er an Karl Albert berichten, endlich sei der Kurfürst der französischen Hilfe sicher, der 15. August für den Rheinübergang der „Hilfsvölker des Kurfürsten von Bayern" festgesetzt. Das unabläßige Drängen des Königs von Preußen habe diesen Erfolg bewirkt, und Karl Albert solle nun vorläufig Passau besetzen, damit der Preußenkönig endlich einmal eine That sehe. Aber der Kurfürst hielt auch jetzt noch zurück, denn Frankreich hatte mit ihm keinerlei feste Abmachungen getroffen, und als er am 16. August zur Stipulierung von neuen Vertragspunkten kam, zeigte es sich, daß das französische Kabinet sich auch dem Bundesgenossen gegenüber „freie Hand" behalten wollte. „Bei glücklichem Ausgang des Feldzuges sollte Bayern wohl ein Stück von der Beute erhalten, aber als Geschenk seines Beschützers, die Berechtigung des Erbanspruchs kam gar nicht in Betracht."

*) Dieser Krieg ist leider immer noch in Aussicht, da der Kaiser von Oesterreich den Orden des goldnen Vließes trotz der „gerechten Ansprüche" Spaniens weiter verleiht.

Von Versailles kehrte Belleisle nach Frankfurt zurück, um die Agitation für Bayern weiter zu betreiben, und bald mußten auch die letzten Zweifel auf österreichischer Seite darüber schwinden, daß Frankreich sich selbst am Kriege gegen Maria Theresia beteiligen werde. So versuchte man von Wien aus abermals eine Verständigung mit Frankreich und Bayern. Man bot jenem Luxemburg, diesem die Niederlande, aber Fleury wies das Anerbieten zurück. Fast gleichzeitig stellte Oesterreich den weiteren Versuch an, Bayern durch Vermittlung des Papstes Benedikt XIV von Gewaltschritten zurückzuhalten. Im Juli erhielt der österreichische Wahlgesandte in Frankfurt Auftrag, durch den päpstlichen Nuntius Doria mit Bayern in Unterhandlung zu treten. Die Königin wünsche dem nah verwandten bayerischen Haus zu Wachstum und Aufnahme zu verhelfen, nur müsse dieses Wachstum auf Kosten Preußens gesucht werden. Doria lehnte die Vermittlung ab. Und ebenso gleichzeitig mit diesen Anerbietungen an Frankreich und Bayern hatte man solche an Preußen gelangen lassen. Doch mit dem gleichen Erfolg. Ja, die Verbündeten mußten alsbald zu der Erkenntnis gelangen, daß derartige gleichzeitige Anerbietungen nur darauf berechnet seien, Uneinigkeit und Mißtrauen unter die Gegner Oesterreichs zu säen und Zeit zu besseren Rüstungen zu gewinnen.

Trotzdem fuhr man in Wien in dieser Weise fort. Ein jüdischer Geldwechsler erschien in Bayern, um mit dem Kanzler Unertl zu unterhandeln. Die Kaiserin-Witwe Amalie machte dem Kurfürsten direkte Anerbieten. Karl Albert legte ihr gegenüber seine Forderungen genauer dar: das Land ob der Enns, die österreichischen Vorlande, die Schöpfung eines Königtums von Franken oder Schwaben für ihn. Darauf ließ man sich in Wien nicht ein, drohte aber mit dem baldigen Einbruch von 30000 Ungarn, „die sich angeboten haben, ohne Sold und andern Lohn Verwüstung, Mord und Brand nach Bayern zu tragen, zufrieden mit dem, was sie sich selbst holen werden!“ Ernst gemeinte Anträge, erwiderte der Kurfürst der Kaiserin, werde er mit seinen Verbündeten in Beratung ziehen, aber man möge nicht wähnen, „daß er sich noch länger hinhalten und die ohnehin schon vorgerückte günstige Jahreszeit gänzlich verstreichen lassen wolle.“

Und als nun der päpstliche Nuntius doch Anfang September in Nymphenburg erschien, um abermalige Vorschläge zu machen, konnte Karl Albert nicht mehr zurück. Der Kurfürst war Preußen näher getreten, und am 7. Juni hatte König Friedrich auf ein Schreiben desselben mit den allerfestesten Versicherungen seiner Freundschaft und persönlichen Achtung geantwortet. Aber Friedrich wollte etwas. Er bemühte sich fortan, den Kurfürsten vor einer allzu intimen Verbindung mit Frankreich abzuziehen. Die Hilfe Frankreichs — ja, solange sie notwendig war, aber die Herrschaft Frankreichs in Deutschland direkt oder indirekt durch einen Frankreich durchaus ergebenen Kaiser, das mußte Friedrich zu verhüten suchen. Und demzufolge trafen denn auch die beiderseitigen Anschauungen schon bei der Beratung des Kriegsplanes aufeinander.

Belleisle hatte Karl Albert zu überzeugen gesucht, es sei in diesem Jahre zu spät zu einem Vorstoß gegen Wien und zu einer Belagerung der österreichischen Hauptstadt. Darum sollte man sich zunächst gegen Böhmen und Prag wenden, die Operationen dann bis zur Elbe ausdehnen und mit der Einnahme von Oesterreich bis zur Enns den Feldzug beendigen. Kaum hörte Friedrich von diesem Plane, als er losfuhr: der Weg nach Wien stehe offen. Ihn müsse man einschlagen und keinen andern. „Das ist das einzige Mittel, um den Krieg mit einem Schlag zu Ende zu führen; durch einen Einfall in Böhmen werden Sie ihn nur in die Länge ziehen und Oesterreich nur beleidigen, statt ihm den Stoß ins Herz versetzen.“ General Schmettau wurde mit Ueberbringung dieses Memoire nach München beauftragt. Aber Friedrichs weiterer Rat, ohne auf die Franzosen zu warten, sollte Karl Albert direkt selbst den Vorstoß ins Werk setzen, wurde beiseite gelegt, denn der Kurfürst war kein Feldherr, unter seiner zahlreichen Generalität war kein einziges militärisches Talent von einiger Bedeutung, das bayerische Heer selbst war mehr ein zusammengeraffter Haufen, keine disziplinierte Truppe, und seine Reihen minderten sich durch Desertation täglich, da die Leute sich lieber, falls sie ergriffen würden, hängen lassen wollten, als aus Mangel an Sold und Nahrung Hungers zu sterben.

Trotzdem brachte es Schmettau dahin, daß man wenigstens einmal anfing. In der Nacht vom 30. zum 31. Juli besetzte der General Minuzzi Passau. Das Ausfallthor gegen Oesterreich war in bayerischen Händen. Und endlich rückten auch die Franzosen heran.

Schon am 1. August hatte Friedrich seinen Wahltagsgesandten Auftrag gegeben, künftig immer mit den Gesandten von Frankreich, Bayern, Pfalz und Köln zu handeln, um die Erhebung Karl Alberts zu fördern. Ebenso setzte er seinen Einfluß bei den andern Kurfürsten für Bayern ein. Schon am 6. August teilte Karl Albert dem Pfälzer mit, die mainzischen Minister hätten ihm die Wahlstimme ihres Herrn zugesagt. Aber Mainz belog in der gleichen Zeit den Wiener Hof ebenso noch mit seiner „unwandelbaren“ Freundschaft. Da kamen die Franzosen. Am 15. August überschritten 10000 Mann den Rhein. In den nächsten Tagen folgten drei andere Kolonnen. Ein Diplom Ludwigs XV ernannte den Kurfürsten von Bayern zum Befehlshaber der Truppen. Da fiel Mainz um. Am 4. September gaben die Minister des Kurfürsten die urkundliche Versicherung, daß Karl Albert die Mainzer Kurstimme erhalten solle.

Und nun folgte auch Sachsen. Es kam ein Vertrag zwischen Bayern und Sachsen zu stande, der diesem Mähren als Königreich, Obermannshartsberg und Oberschlesien ohne Neisse versprach. Sachsen sollte dafür vor allem selbst thätigen Anteil am Kriege nehmen.

Aus Trier kamen bald ähnliche Nachrichten des Umschwungs. Man mußte sich fügen, ob man wollte oder nicht, und auch in Hannover erinnerte man sich am 13. September, daß Karl Albert am 22. April einmal einen Brief geschrieben, der noch zu beantworten sei. Jetzt kam die Antwort König Georgs und mit ihr die Zusage der hannöverischen Wahlstimme. Bald war man einig, daß die böhmische Stimme diesmal ruhen solle, und der Erzkanzler ließ, „da alle Schwierigkeiten gehoben schienen“, bekannt geben, er werde am 4. November den Wahltag persönlich eröffnen.

Heigel hat dargethan, daß die sogenannte Rechtsfrage sehr bald aufhörte, eine wirkliche Rolle im österreichischen Erbfolgestreite zu spielen. Die Gelehrten schrieben zwar noch immer langweilige Gutachten und selbst dicke Folianten über die interessante Materie, und je tiefsinniger und dicker, je weniger in der Oeffentlichkeit man sich um sie bekümmerte, aber die Frage war nunmehr die, „wer die Neigung des Volkes so zu gewinnen vermöge, daß es sein eigenes Interesse mit der Sache des Thronbewerbers verknüpfe, und wer die Kraft besitze, seine Ansprüche am wirksamsten gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen.

„Die Franzosen waren im Anmarsch, aber sie eilten nicht sehr, auf „dem Felde der Ehre“ zu erscheinen. Schmettau drängte, und endlich am 20. August wurde ein Vorschlag angenommen, die bayerischen Truppen bis an die Enns zu führen. Nach der Aussage des Kurfürsten beliefen sie sich auf 21000 Mann. Da hätte es dieser fürchterlichen Vorsicht wohl nicht so sehr bedurft, die immer noch wartete, bis die weißblauen Schleifen an den Hüten der Franzosen in Sicht wären. Ein anderes Korps sollte in Böhmen einrücken. Vereinigung mit der preußischen Armee blieb vorab noch Hauptziel.

„Ich gebe zu, und es ist über allen Zweifel erhaben, daß der Plan Ew. Majestät, wonach ich geradenwegs auf Wien losgehen sollte, von allen der vorteilhafteste für unsere gemeinsame Sache, der ruhmvollste für mich und der gefährlichste für die Oesterreicher, mit einem Wort, eine Idee, würdig des Herzens und des Geistes Ew. Majestät, ich bewundere sie und brenne vor Begierde, sie auszuführen, aber — ein großes Hindernis liegt vor, das mir für den Augenblick unüberwindlich erscheint, der Mangel an schwerem Geschütz.“ So schrieb Karl Albert am 10. August dem König von Preußen, und erst jetzt wurde die Rüstung eifriger betrieben. Aber weder die spanischen noch die französischen Subsidiengelder reichten aus, und so wurde bei der Geistlichkeit des Landes unter Androhung der Exekution ein Darlehen aufgenommen und anderweitige Steuern eingeführt.

Am 7. September begab sich Karl Albert zu den bei Schärding lagernden Truppen, aber nicht ohne vorher noch dem Marienbilde in Altötting einen Besuch abgestattet zu

haben. Am 11. September wurde aufgebrochen, am 12. erreichte das bayerische Heer die Landesgrenze. Ein Kurier forderte die Landschaft in Linz zur Unterwerfung auf, und der Aufforderung wurde entsprochen. Am 14. wurde Linz erreicht. Ungefähr 40000 Mann betrug die Armee, welche sich hier nun zu weiterem Vormarsche sammelte. Am 30. rückten die Truppen über die Enns in Niederösterreich ein, während der Kurfürst am 2. Oktober in Linz die feierliche Landeshuldigung entgegennahm.

Bei so glücklichem Fortschritt faßte Karl Albert den Vorschlag König Friedrichs nochmals ins Auge, gegen Wien zu marschieren. Am 27. September berichtete er darüber dem Preußenkönig. Die Sachsen müßten in Böhmen einrücken, die Franzosen aus der Oberpfalz vordringen und die preußische Armee gleichzeitig einen Vorstoß unternehmen. Dadurch wäre die Armee Neippergs umzingelt und verloren, und „was sollte mich dann hindern können, geraden Weges unmittelbar auf Wien loszugehen, um Ihren Plan zur Ausführung zu bringen und dadurch zu beweisen, wie ich die erlauchten Anweisungen, die Sie mir geben wollen, zu schätzen weiß? . . . Ich habe das Beispiel Ew. Majestät vor Augen, ich will's befolgen! Sie verdanken ja alle Erfolge Ihrer eigenen Festigkeit, Ihrem Mut und Ihrem Eifer — mit einem solchen Führer an der Seite kann ich niemals irre gehn!"

Karl Albert merkte nicht einmal, welche Satire auf sich selbst er da schrieb. Sachsen, Frankreich, Preußen sollten den Neipperg halten — dann wollte er auf Wien losgehen. Und dazu wollte er seinen Mut an dem Beispiel Friedrichs entzünden. Er schien wirklich Wort halten zu wollen. Am 16. Oktober zog er in die Klosterveste Mölk ein, am 21. standen seine Truppen in St. Pölten, nur noch zehn Meilen von Wien.

Aber auch in Wien hatte man bei dem Nahen der Gefahr nicht länger gezögert. Unzureichend waren die Hilfsquellen der deutsch-österreichischen Länder, um in diesem Kampfe zu bestehen. Die kühne Entschlossenheit Maria Theresias eröffnete ihr eine neue. Im Mai hatte sie den ungarischen Landtag zusammenberufen. Am 20. Juni traf sie in Preßburg ein. Sie wurde begrüßt mit einem vielstimmigen: „Es lebe unser Herr und König!" Am 25. empfing sie die Stephanskrone. Die Begeisterung für die schöne und mutige Frau ward geweckt, aber noch lange zogen sich die Verhandlungen hin. Erst am 11. September wurde ihr endlich die Hilfe Ungarns zugesichert, der Kampf gegen die Feinde der Königin wurde zur Nationalsache der Magyaren. Ein allgemeines Kriegsaufgebot ward erlassen, ja der Königin Wunsch ging in Erfüllung, ihren Gatten als Mitregenten anerkannt zu sehen.

Aber auch jetzt wäre es für Maria Theresia bereits zu spät gewesen, wenn die Gegner einmütig und entschlossen ihren Weg fortgesetzt hätten, denn so schnell, wie sie versprochen wurde, war die versprochene Hilfe nicht am Platze. Man bedurfte einige Monate zur Rüstung. So griff die Königin zu neuen Verhandlungen, um die nötige Zeit zu gewinnen.

Dem Preußenkönige bot Maria Theresia Niederschlesien mit Breslau für seine Hilfe. Der Großherzog selbst bat Friedrich um die brandenburgische Kurstimme. Friedrich ließ erwidern: Der Kurfürst von Bayern wird Kaiser und der König von Preußen niemals ein Verräter seiner Freunde (14. September). Gleichzeitig wandte man sich von Wien aus mit neuen Anträgen an Frankreich und Bayern. Man bot letzterem alle habsburgischen Besitzungen in Italien, die Niederlande mit Ausnahme des für Frankreich bestimmten Luxemburg, endlich Vorderösterreich mit dem Breisgau, dazu den Königstitel. Belleisle nahm nicht an. Aber dennoch wirkten diese Vorschläge auf ihn. Was er wollte, wissen wir. Fleury selbst hatte es einst unverhohlen geäußert: nicht Vernichtung, sondern Schwächung Oesterreichs. Sachsen, Preußen und Bayern sollten sich etwas erholen an österreichischem Gebiet, aber eine neue Großmacht an die Stelle der alten zu setzen, kam Frankreich nicht in den Sinn. „Von vier ungefähr gleich großen und mächtigen und unter einander uneinigen und eifersüchtigen deutschen Staaten hatte Frankreich nichts mehr zu besorgen."

Die Wirkungen solch' einseitiger Erwägungen zeigten sich bald. Noch zwei Tagemärsche standen Franzosen und Bayern vor Wien. Trotz der emsigen Arbeit an den

Schanzwerken war nicht zu erwarten, daß die Hauptstadt sich lange werde halten können. Jeder Brief Friedrichs wiederholte die dringliche Mahnung: Auf gegen Wien! Schmettau drängte in den Kurfürsten. Am 20. Oktober aber bog Törring, der bayerische Feldmarschall, über die Donau nach Krems ab, am 21. traf Karl Albert, wie wir hörten, in St. Pölten ein, aber nach acht Tagen ging er nach Mölk zurück. Der Angriff auf Wien war aufgegeben.

Wer das verschuldet, hat Heigel nachgewiesen. Frankreich und Preußen rangen um den Einfluß bei dem Kurfürsten. Der französische Einfluß überwog und blieb denn auch Sieger. „Während Karl den diplomatischen Erfolgen Belleisles bewundernde Anerkennung zollt, läßt keine Aeußerung — in dem von Heigel aufgefundenen Tagebuch des Kurfürsten — darauf schließen, daß er den überlegenen Genius Friedrichs von Preußen zu würdigen verstanden hätte. Trotz seiner guten Gründe habe er den lebhaftesten Vorstellungen des Königs von Preußen, gegen Wien nur nachgegeben, um dem Könige gefällig zu sein und seiner Freundschaft nicht verlustig zu gehen. Mit dieser militärischen Scheinpromenade aber war Belleisle durchaus nicht einverstanden, und so bewirkte er den Abmarsch nach Böhmen. Friedrich, in der Meinung, die Eifersucht gegen Sachsen habe den Kurfürsten zur Umkehr bewogen, schrieb dazu später: „Der Kurfürst bewies dadurch, daß er gar nichts vom Kriege verstehe . . . Dieser Hauptfehler war die Quelle alles Unheils, das in der Folge über Bayern kam."

Und so ist es gekommen, daß man sich auf beiden Seiten gleichzeitig zu plötzlicher Aenderung der ursprünglichen Richtung entschloß: Bayern zog gegen Böhmen, der König von Preußen schloß ein Abkommen mit Oesterreich. Erst später gingen Karl Albert über das Verhalten der Franzosen die Augen auf: „Die Franzosen wollten es immer mit der Gais halten und dem Kohl nicht weh thun lassen, sie wollten selbst nicht, daß ich Herr von Wien werde, ihr Prinzip war: den Einen durch den Andern schwächen, um schließlich die Teilung des Löwen vornehmen zu können."

Noch anders nahm sich für Preußen die Ansicht der Verhältnisse aus. Fast ohne Schwertstreich war man in Oesterreich tief eingedrungen. Warum verzögerte man diesen Marsch so lange, und dann, als er unternommen war, so auffällig? Warum gab man dem Könige Grund zur Klage über Törring, „diesen Zauderer zu ungelegener Zeit", der gar nichts von der Leitung eines Heeres verstehe, über den Kurfürsten selbst, der seine Zeit mit Festen und Gastereien vertrödle? Warum verzögerte man am bayerischen Hofe die urkundliche Sicherstellung jener Zugeständnisse, welche man Preußen für die brandenburgische Kurstimme gemacht hatte? Dazu mißtraute Friedrich immer mehr der französischen Politik, und zwar mit Recht. Er hatte Kunde von neuen Unterhandlungen mit Oesterreich, und „um nicht der letzte zu sein, der verschlungen wird", faßte er selbst die Hand, welche man ihm vom Wiener Hofe entgegenstreckte. Friedrich war nervös geworden, und diese Nervosität machte ihn zum „Verräter" an seinen Freunden.

Am 9. Oktober kam der König in Klein-Schnellendorf mit Neipperg, Hyndford und General Lentulus zusammen. Er erhielt die Zusage der Abtretung Niederschlesiens mit den Festungen, Neisse sollte sich zum Schein noch vierzehn Tage verteidigen, dann kapitulieren. Die österreichische Armee wurde zur Abwehr der Franzosen und Bayern frei. Es kam, wie es verabredet worden war. Neipperg zog ab, Neisse kapitulierte, aber ein Punkt wurde nicht erfüllt. Auf Ehrenwort hatte man sich beiderseits zu unverbrüchlicher Geheimhaltung des Abkommens verpflichtet, doch am Wiener Hofe hatte man nichts Eiligeres zu thun, als die Sache unter die Leute kommen zu lassen. So sah sich Friedrich seiner Zugeständnisse entbunden, und von oben herab dementierte er denn auch alle Ausstreuungen des Wiener Hofes über den mit ihm abgeschlossenen Waffenstillstand, ja, er schloß mit Bayern einen neuen Bündnisvertrag, der die im Vertrage vom 4. Juni unerledigt gebliebenen Punkte regulierte. Ebenso wurde ein Vertrag mit Kurpfalz vereinbart, welcher den Pfalzgrafen von Sulzbach als Erben Karl Philipps die Nachfolge in Jülich und Berg mit Ausnahme des bisher schon preußischen Anteils zusicherte.

„Man kann nicht mit Pech zu thun haben und die Hände rein behalten," sagt Carlyle zu Friedrichs Vorgehen, aber für Preußen konnte es im Grunde einerlei sein, ob

Bayern oder Oesterreich die Kaiserkrone gewann, nur das konnte Friedrich nicht einerlei sein, daß eine Macht, welche bisher Frankreich immer noch als gewichtiger Gegner ein Halt geboten, gänzlich vernichtet und das Uebergewicht Frankreichs über Oesterreich, wie über Bayern und damit über ganz Deutschland ausgedehnt würde. So brach er ab, als er die Tendenz Frankreichs erkannte, Staaten zu schaffen, die unter sich feindlich und von denen keiner für sich der Macht Frankreichs gewachsen war. Er wollte die Uebermacht von Oesterreich nicht brechen, um französische Ketten zu schmieden. Aus diesen Betrachtungen und Gegensätzen ist der Vertrag von Klein-Schnellendorf entsprungen.

Auch der Feldzug in Böhmen bereitete dem einrückenden Heere keine großen Schwierigkeiten. Das Volk strömte in hellen Haufen herbei, um den neuen Gebieter zu begrüßen, die Städte wurden ihm zu Ehren beleuchtet, Adel und Klerus erboten sich freiwillig zur Huldigung. Schon am 19. November traf Karl Albert in Jagdschloß Horzeliz ein, das nur mehr eine Stunde von Prag entfernt liegt. Die Verteidigungsanstalten, welche man getroffen hatte, reichten bei weitem nicht aus. Rettung konnte nur eine reguläre österreichische Armee bringen. Aber Neipperg, der seine Armee zur Rettung Wiens aus Schlesien hatte herbeiführen sollen, war nicht so schnell mit seinen Bewegungen, und auch der Großherzog Franz brachte, als er nun den Oberbefehl übernahm, kein frischeres Leben in die Operationen. So wurde Prag am 25. November 1741 fast im Angesichte des großherzoglichen Entsatzheeres durch einen nächtlichen Sturm erobert. Am 24. November waren die Sachsen eingetroffen und bei dem Erfolge war es der später berühmt gewordene Graf Moritz von Sachsen, welcher den Löwenanteil an der Waffenthat für sich in Anspruch nehmen konnte. Karl Albert schrieb den Erfolg anderen Mächten zu. „Wie die Sachen jetzt so höchst gefährlich ausgesechen, war es ein vollkommenes Miracul und ein Werk, so Gott, die Mutter Gottes und der heilige Johannes Nepomucenus augenscheinlich befördert haben."

Am 19. Dezember wurde der eigentliche Huldigungsakt mit größter Pracht begangen. Die Krönungsfeier auf dem Hradschin bildet gleichsam die Peripetie im Drama, das mit so glänzenden Erfolgen begann und in den grauenvoll verwüsteten bayerischen Landen seinen Abschluß fand", sagt Heigel. Karl Albert drängte zum Entscheidungskampf mit der in voller Auflösung begriffenen österreichischen Armee. Aber die französischen Generäle dachten nur an Winterquartiere, nicht an neue Märsche und Treffen, und der errungene Vorteil erschien dem Kardinal Fleury vollkommen ausreichend. So gelang es dem Großherzog, seine Armee in Sicherheit zu bringen und an der Donau neue Steitkräfte zu sammeln. Und die Lage war denn auch bald wieder so weit verändert, daß Karl Albert, um nach München zurückzugelangen, den Umweg über Sachsen und Franken nehmen mußte.

Am 16. Oktober waren in Frankfurt abermals „Privatkonferenzen" über die Wahl eröffnet worden. Der spätere kurfürstliche Rat und Bibliothekarius Andreas Felix von Oefele berichtet indes, daß in einem Zimmer neben dem Konferenzlokale Spieltische aufgestellt waren, „so mit eben solcher Hitz als das Konferenzzimmer besucht worden," und nach ein paar Partien l'Hombre wußten die Herren in der Allongeperrücke „mit einer so ernsthaften Miene von dem Römer abzuziehen, daß man glauben sollte, sie hätten die ganze Zeit mit so wichtigen Geschäften durchgebracht, daß dem römischen Reiche auf späte Jahre damit vorgesorget worden" (Heigel). Es läßt sich denken, daß bei derartiger Geschäftsbehandlung die Geschäfte selbst kaum vom Flecke rückten, bis endlich König Friedrich geradezu den Termin zum Beginn des großen Werkes festzusetzen sich erkühnte.

„Mein Wille ist," so hatte Friedrich seinem Wahlgesandten bedeutet, „daß Sie durchaus keinen Aufwand machen, daß Sie mehr durch das Gewicht meiner Stimme, als durch den äußerlichen Glanz und Verschwendung Geltung und Ansehen genießen sollen." Wie durchaus verschieden war diese Haltung derjenigen der andern deutschen Kurfürsten, namentlich Bayerns, gegenüber. Dort alles wirkliches Sein, das des Scheins entbehren zu können glaubt, hier nur Schein, der mit gleißendem Außenwerke die innere Hohlheit zu verbergen sich bemühte. Karl Albert wird uns aus seinem Tagebuche über dieses Zwitterwesen noch genugsam unterrichten.

Endlich am 4. November wurden die „wirklichen" Präliminarkonferenzen eröffnet, und jetzt erst kam es denn auch zur ernsten Zurückweisung des österreichischen Wahlbotschafters. Brandau protestierte, aber sein Protest wurde für wertlos erklärt. Doch daß es sich da in Frankfurt um eine deutsche Angelegenheit handelte, konnte man nicht mehr behaupten, so sehr übertrumpften der französische und spanische Gesandte mit ihren Festen, ihrem Auftreten und Ansprüchen alle andern. Am 9. Dezember kam der Kurfürst von Köln in die Wahlstadt, und er, „offenbar in der Absicht, sein Haus glänzend zu repräsentieren, entfaltete hier einen bis dahin unbekannten Luxus und verschwenderische Freigebigkeit." Für jedermann „von Distinktion" gab es im Deutschherrnpalast, dem Quartier des Kurfürsten, freie Mittagstafel, die daher Tag für Tag umschwärmt war, wie ein Bienenkorb." So berichtet Heigel, der uns von diesem Scheinleben ein Bild entwirft, welches den tiefen Verfall deutschen Lebens nur zu deutlich offenbart. Doch kam man endlich so weit, den 24. Januar 1742 als Wahltag festzusetzen. Aber wie hatte sich die Lage seitdem verändert! Jeder Tag brachte neue Nachrichten von den Fortschritten der Oesterreicher in Bayern. Von Norden sah das scharfe Auge Friedrichs auf alle diese Vorgänge; er allein behielt sein Gleichgewicht und hütete sich, durch allzu kräftige Unterstützung der Franzosen vom „Verbündeten zum Unterthanen" herabzusinken, und in ganz Deutschland brach die Stimmung durch, daß diese französische Aktion nicht anders enden werde, als mit deutschen Verlusten an Frankreich.

Dazu kam nun der überraschende Waffenerfolg der Oesterreicher, dazu der Umstand, daß Frankreich seine Kriegsoperationen zu dämpfen begann, daß es den einzigen Mann, der in Böhmen den Rückzug hätte aufhalten können, den Marschall Belleisle, von der Armee abberief und durch den Marschall Broglie, eine für diesen Posten durchaus unzulängliche Kraft ersetzte.

„Hätte sich das Kriegsglück nur wenige Wochen früher auf Seite Oesterreichs gewandt, so hätte der Großherzog ohne Zweifel die Mehrheit der Kurstimmen für sich erlangt," urteilte König Friedrich. Aber jetzt hielt er, jetzt hielt mit ihm Mainz fest an der Wahl des Kurfürsten von Bayern, und so gelang es Karl Albert, die neuen Versuche Maria Theresias, einen Umschwung in Frankfurt zu erzielen, abzuschlagen.

Von Prag hatte Karl Albert sich über Dresden, Leipzig, Bayreuth nach München begeben. Aber schon der nächste Tag brachte eine Hiobspost. Maria Theresia hatte ihren Retter gefunden, den Grafen Ludwig Andreas von Khevenhüller. Er hatte die Schanzen an der Enns durchbrochen; Segur war in Linz eingeschlossen, die Grenze Bayerns bedroht. „Ebenso waren in Steiermark die bayerischen Truppen in Gefangenschaft geraten, von Tirol aus drohten bewaffnete Bauernrotten in Südbayern einzufallen, die von General Bernclau geführten Panduren und Kroaten verwüsteten schon die fruchtbaren Innufer" (Heigel). Von trüben Ahnungen erfüllt, verließ Karl Albert seine Residenz wieder und begab sich im Januar nach Mannheim, wo gerade die Doppelhochzeit des Prinzen Klemens von Bayern und des Pfalzgrafen Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach mit zwei Töchtern des Kurfürsten von der Pfalz gefeiert wurde. Auch Klemens August kam von Frankfurt herbei, so daß alle Mitglieder des wittelsbachischen Hauses in Mannheim vereinigt waren. „Der wittelsbachische Familienbund, der ein oder zwei Jahrhunderte vorher von größtem Gewicht hätte sein müssen, erhielt jetzt eine Art Parodie; denn armseliger als diese Kaiserkomödie haben wenig politische Schauspiele geendigt, wobei ein Blinder den andern führte," sagt Häusser. Und wie sehr dieser Bund zur Parodie geworden, zeigt Karl Albert selbst in seinem von Heigel veröffentlichten Tagebuch. „Alle Tage waren nun durch prächtige Feste ausgefüllt, es gab glänzende Opern, herrliche Straßenbeleuchtung, kurz Vergnügen und Pracht, wohin man sah. Ich aber konnte nur mit geteilten Empfindungen anwesend sein, da bange Sorge an meinem Herzen nagte und mich nicht zur Ruhe kommen ließ; ich mußte ja immerfort an die meinem Vaterlande drohende Gefahr denken." Und dazu die andere Sorge, ob in Frankfurt nicht noch in letzter Stunde ein Umschwung erfolgen werde.

Da endlich am 24. Januar traf der junge Graf Elz, ein Neffe des Kurfürsten von Mainz, in Mannheim ein und brachte die Nachricht, daß in Frankfurt alles glück-

lich abgelaufen und Karl Albert einstimmig zum Kaiser ernannt sei. Bald folgte ihm der Erbreichsmarschall Graf Pappenheim mit der offiziellen Verkündigung des Wahlergebnisses. Und nun wieder Tag um Tag Audienzen und Festlichkeiten und Glückwünsche, und dazwischen die Botschaften aus Bayern: Linz sei gefallen, Passau sei übergeben, ganz Bayern in Gefahr, vom Feinde überschwemmt zu werden. „Ich mußte gute Miene zum bösen Spiele machen und mich zum Einzug in Frankfurt rüsten, wo man aufs Fröhlichste meiner Ankunft harrte.“

„Auf der Stelle und ohne Zeitverlust müssen 24 Pferdedecken mit Silber auf das reichste ausgestattet, gemacht werden; bei solchen Gelegenheiten darf man nicht an die Oekonomie denken. In Bezug auf das Mantelkleid lasse ich hier ein reiches und ein schwarzes machen. Auch arbeitet man hier an einem Mantel für die Kaiserin.“ So schrieb Karl Albert von Mannheim aus seinem Botschafter, dem Grafen Seinsheim, so rüstete er zum Einzug in Frankfurt. Und weiter! „Durch auserlesene Pferde, goldstarrende Karossen und Reichtum der Gewänder suchte jeder Botschafter den andern zu überbieten. Der Kurfürst von Mainz ward in rotsamtner Portechaise von Heiducken getragen. Der Kölner saß hoch zu Roß, ebenso alle ersten Wahlbotschafter, in Gold- und Silberbrokat gekleidet, auf den Hüten tief herabwallende Federn, die Begleiter der geistlichen Kurfürsten in violettem Habit, die übrigen Kavaliere in schwarzer Manteltracht“. Eine ganze Armee — auf 18000 Mann wurden die Begleiter der Kurfürsten und ihrer Vertreter geschätzt — war bei der Wahl aufgezogen. Und nun erst der Einzug, der dann wieder überboten wurde durch die enorme Prachtentfaltung bei der Krönung. „Alles ist darüber einig, daß keine Krönung jemals herrlicher und glänzender war, als die meine, der Luxus und die Verschwendung, die sich in allem kundgaben, übersteigen alle Vorstellung,“ berichtet Karl Albert selbst.

So feierte man den neuen Kaiser in Frankfurt, so verschwendete man Geld und Gut, so ließ man eine Armee in gleißender Pracht aufmarschieren zu Festen und Komödien, während die Erblande dieses Kaisers dem Greuel der Verwüstung anheimfielen und sein Volk zitterte vor gänzlichem Untergang. Schmachvoller ist wohl nie äußere Prachtentfaltung verwendet worden, die ekelhafte Fäulnis eines politischen Zustandes und die abstoßende Lüge einer gesellschaftlichen und nationalen Entwicklung zu überdecken, als es bei dieser Kaiserfeier in Frankfurt geschah. Wochen und Monate ließ man verstreichen mit solchem Flitterwerk, und kaum hie und da begegnet man einem Gedanken an das allein Notwendige: wie man dem nun schon länderlosen Kaiser wieder zu einer wirklichen Machtstellung verhelfen könne.

Der 12. Februar war als Krönungstag festgesetzt worden. Heigel gibt uns einen Bericht über diesen Tag, der uns die Lage nach ihren zwei Seiten mit geradezu schaudererregenden Thatsachen schildert. Während der Gedanke an die Vorgänge in Bayern die Seele peinigte, quälten den Leib des Kaisers Gicht und Steinschmerzen so furchtbar, daß der Arme kaum noch gehen und stehen konnte und oft gänzlich die Besinnung verlor. Tausende von Festgästen kamen nach Frankfurt, die vornehmsten Kavaliere drängten sich in den Vorzimmern des kaiserlichen Prunkgemachs, aber hier saß am Schmerzenslager allein Frau Sorge und berichtete von Kapitulationen und Niederlagen, von rauchenden Dörfern und kläglich jammerndem Volk. „Der anbrechende Morgen sah mich auf meinem Lager, Leiden des Körpers und Geistes stürmten grausam auf mich ein. Dennoch beschworen mich meine Freunde und alle, die mir aufrichtig (?!) zugethan waren, die Ceremonie nicht länger aufzuschieben, da meine Feinde daraus Kapital schlagen möchten ... So mußte ich denn die Schwäche des Körpers zu überwinden und die seelische Aufregung zu bemeistern suchen.“ „Als die Sturmglocken ertönten, Musik in allen Straßen ertönte und Kanonenschüsse den Takt gaben, wurde dem neuen Cäsar, dessen Name heute auf aller Lippen lebte, der schwere Ornat angelegt, man hob den armen, kranken Mann auf einen reichgeschmückten Zelter, die Krönungsfeier nahm ihren Anfang.“ — Und da, mitten in diesem sinnlosen Tumult geht dem Kaiser Karl VII plötzlich der Gedanke auf: „Wir sind nur Menschen!“ — „Nie fühlte ich so tief, daß ich nur ein schwacher Mensch, ja mehr als andere, all den Gebrechen unterworfen, welche eine Welt in sich birgt, die scheinbar mir

unterworfen ist." Solcher fürchterlichsten Mahnungen bedurfte es, um den Tagesgötzen jener Zeit das Gefühl ihres wirklichen Seins für Augenblicke zurückzurufen. Nicht Anklage erheben wir, noch fordern wir Verantwortung, aber den Verfall des bayerischen



Kurfürst Karl Albert wird 1742 in Frankfurt zum deutschen Kaiser gekrönt.
Nach dem Gemälde von Otto.

und deutschen Volkslebens vermögen wir hier, in diesem Doppelspiel von Schein und Sein, zu erkennen, wie kaum irgendwo anders.

Verhängnisvoll ward für Karl VII der Sturz des englischen Ministeriums Walpole, an dessen Stelle Lord Carteret, ein erbitterter Gegner Frankreichs, trat. Von England flossen nun die Geldspenden, und diese setzten den Wiener Hof in Stand, seine Rüstungen aufrecht zu erhalten und zu erweitern. Weniger als je dachte Maria Theresia an Frieden.

Segur war die Behauptung Oesterreichs übertragen, aber durch die Einnahme von Tabor und Budweis war sein Corps von der Hauptarmee abgeschnitten worden, und so wurde seine Stellung fast unhaltbar. „Schonet das Land nicht, um es zu erhalten!" — hatte Maria Theresia dem Grafen Kinsky geschrieben, und ihrem Befehle kamen die Panduren und Kroaten pünktlich nach. Die französischen und bayerischen Generale verharrten diesem zu allem entschlossenen Vorgehen gegenüber in ihrer alten Unthätigkeit und Zwietracht. Bei Waidhofen zog Khevenhüller die aus Italien herausgezogenen Regimenter und die slavischen und magyarischen Freischaren zusammen. Am 31. Dezember führte er sie über die Enns. Segur gab das Städtchen Enns sofort auf und zog sich nach Linz zurück. Bald war Niederösterreich wieder in der Gewalt Maria Theresias, und mit der Einnahme von Schärding (8. Januar) war der Weg nach München geöffnet. „Ohne Widerstand ergossen sich die Reiter der Steppe über die bayerische Niederung und überzogen das Land mit allen Greueln des Krieges." Sie brennen und sengen wo sie können, und folgen ganz und gar nicht dem Beispiel, das ich ihnen gegeben habe," klagte Karl Albert.

In dieser höchsten Not wandte sich Karl an den Preußenkönig. Ein Einfall in Mähren sollte Khevenhüller aus dem bayerischen Lande zurückrufen. Schon im Dezember hatte Friedrich wieder zu den Waffen gegriffen. Er glaubte sich an die Abmachung von Klein-Schnellendorf nicht mehr gebunden, da das Geheimnis keinen Tag gewahrt worden war. Am 19. Dezember hatte Schwerin Troppau, am 27. Dez. Olmütz besetzt. Der König ließ sich von Karl Albert gewinnen, den weiteren Vorstoß mit den Sachsen und dem Corps Polastrons zu wagen. Iglau wurde als erstes Ziel ins Auge gefaßt. Aber Sachsen und Franzosen fügten sich nur ungern dem Oberbefehl des Preußenkönigs, und bald sollte auch dieses Unternehmen an dem Widerwillen und der Kurzsichtigkeit der Verbündeten scheitern.

Am 30. Januar 1742 trat Friedrich in Olmütz an die Spitze seiner Truppen. Neue Schläge hatten inzwischen die Bayern erlitten. Am 17. Januar war Törring von Bernclau und Menzel bei Schärding geschlagen worden. Am 24. hatte Segur die Stadt Linz dem Gegner übergeben, an dem gleichen Tage war Passau gefallen, wohin Bernclau sich von Schärding aus gewendet hatte. Tags darauf wurde die Festung Oberhaus gleichfalls übergeben. Es war die Zeit, da man in Frankfurt die Kaiserwahl feierte.

Auch von Süden her erfolgte nun der Einfall in Bayern. Grenadiere, Kroaten und Tiroler Bauern führte General Stentsch über die Grenze. Am 14. Dezember standen die Oesterreicher vor Traunstein. In Niederbayern hielt sich nur noch Straubing. Die Städte an der Isar, Deggendorf, Landau, Dingolfing, Landshut, wurden rasch nach einander überwältigt. Wie der Krieg da geführt wurde, ist aus dem Befehle Maria Theresias, das Land nicht zu schonen, sowie aus den Nachrichten Khevenhüllers selbst zu ersehen. Nicht um höhere Interessen ging das Ringen, sondern lediglich um das tiefstehende Ziel persönlicher Herrschaft. „Diese Unmenschen", so nennt Khevenhüller selbst seine halbwilden Rotten, „übten Mordbrennerei aus Lust. Unschuldige wurden an den Stadtthoren oder Bäumen aufgehängt, Kirchen und heilige Gefäße geplündert und schimpflich verunreinigt, den Bauern der Landfahnen Nasen und Ohren abgeschnitten, ehrbaren Weibern und Mädchen auf dem Rücken ihrer gebundenen Männer und Väter Gewalt angethan, Kinder gespießt, in die Flammen geschleudert, den Hunden vorgeworfen." Nur die Greuel des dreißigjährigen Krieges kamen den Bestialitäten gleich, die damals in Bayern verübt wurden.

„In ganz Bayern hat alles den Kopf verloren!" schrieb der venetianische Gesandte am 24. Januar 1742, und diese Thatsache allein genügt uns, den Verfall des bayerischen Lebens in seinem ganzen Umfange zu erkennen. Die Landbewohner flüchteten mit Kind und Kegel der Stadt München zu, die Wohlhabenden der Münchener Bürgerschaft flüchteten hinwiderum den schwäbischen Reichsstädten zu, und am 31. Januar gab die Landschaft dem Kaiser Nachricht von der bevorstehenden Uebergabe der Stadt.

„Wir bedauern, daß Allerhöchstderoselben wür derzeit mit diesen odiosen und betriebten Vorstellungen ungelegenst fallen müssen, allein — Not kennt kein Gebot!"

Am 10. Februar verließ Törring, der sich von Schärding in die Hauptstadt geworfen, mit allen Truppen die Residenz. Die Uebergabe an Menzel vollzog sich in den nächsten Tagen ohne irgend einen Versuch des Widerstandes. Es war die Zeit, da man in Frankfurt die Krönungsfeier beging.

So war denn das ganze Bayerland mit Ausnahme von Ingolstadt, Straubing und Landsberg in österreichischer Gewalt. „Wieder wurde, wie im spanischen Erbfolgekrieg, eine Kommission zur Verwaltung der kurbayerischen Lande in München aufgestellt, und die ausführliche Beschreibung, die sich Maria Theresia von allen Besitzungen und Einkünften der alten Herrschaft ausarbeiten ließ, beweist, daß sie nicht daran dachte, das besetzte Gut leichten Kaufes wieder herauszugeben." (Heigel.) Schon konferierte Bartenstein mit den englischen Diplomaten über die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen, die man dem Kaiser als Ersatz für seine Erblande geben wollte. Also wieder einmal ein Tauschprojekt.

Während nun die Historiker meist heute noch über die Haltung Max Emanuels im spanischen Erbfolgekrieg mit patriotischen Entrüstungen und Verurteilungen sehr freigebig sind, finden nur sehr wenige Worte die gleiche Haltung Maria Theresias gegen Kaiser Karl VII in analoger Weise zu charakterisieren. Und doch war auch für Maria Theresia das höchste Ziel die persönliche Herrschaft. Auch sie stellte sich einem rechtmäßig erwählten Kaiser mit Waffengewalt gegenüber und stützte sich gegen Karl VII nur allein auf das „Recht des Krieges".

In Prag war die Stellung der Bayern und Franzosen, namentlich durch die übermütige Haltung der letzteren, welche die Volksstimmung aufs tiefste erbitterte, nicht minder gefährlich geworden. Und als König Friedrich nun Anfang Februar seinen Zug gegen Mähren unternahm, war die ganze Lage schon aussichtslos geworden. Zwar fiel am 15. Februar Iglau, die Grenze von Niederösterreich wurde erreicht, und schon durchrüttelte der alte Schrecken vor einer Belagerung wieder die Bevölkerung der österreichischen Hauptstadt. An Khevenhüller erging die Aufforderung, zurückzukommen und Wien zu schützen. Er überhörte dieselbe. Der König von Preußen werde nicht weit kommen, meinte er. Er wird gewußt haben, wie sich Sachsen und Franzosen zu diesem Zuge gestellt hatten, und dazu darf man annehmen, daß Friedrich selbst die Belagerung und Einnahme Wiens und die damit verbundene völlige Umwälzung aller Verhältnisse nicht beabsichtigte. Eine Diversion war der Zweck dieses Zuges. Der Zweck wurde nicht erreicht, und so besiegelte der Rückzug das traurige Schicksal Bayerns. Oesterreich war für den Augenblick Herr der Situation.

Und das Reich? — Die Reichsstände zeigten sich in ihrer ganzen impotenten Erbärmlichkeit. „Man führte den Kaiser auf den Thron," klagt Loë, „man machte ihm die schönsten Komplimente, und wenn er seine Macht zeigen wollte, so war niemand da, der ihm recht beistehen wollte." Friedrich hatte zwar versucht Bayern zu helfen, aber die Unzuverlässigkeit der Bundesgenossen brachte ihn selbst in eine gefährliche Lage. Wenn ihm aber nun auch Oesterreich anbot, ihm Niederschlesien durch einen förmlichen Friedensschluß abzutreten, so genügte ihm das jetzt nicht mehr. Er forderte weiter Oberschlesien mit Glatz. Das wollte Maria Theresia nicht bewilligen. Sie machte nochmals den Versuch die preußische Armee zurückzuwerfen. Der Versuch mißlang. Am 17. Mai 1742 errang Friedrich, und diesmal er selbst, seinen zweiten Sieg bei Chotusitz und Czaslau, und dieser Sieg brachte ihm den Frieden mit Oesterreich. Glatz, Oberschlesien bis an die Oppa — mit dieser Abtretung gab sich Friedrich im Frieden von Breslau (11. Juni 1742) zufrieden.

„Der König von Preußen," schreibt Karl, „hatte einen seiner Adjutanten zur französischen Armee abgeordnet, um über alle Vorgänge genau informiert zu werden. Da war vom Rückzug und von der Demoralisierung der ganzen Armee nur das Trostlosestes zu berichten. Ich weiß nun nicht, ob die gefährliche Lage selbst oder die Unthätigkeit der Franzosen, die er als Mangel an gutem Willen auslegte, oder Ueberdruß am Krieg, oder einzig Selbst-

sucht die Ursache war, kurz, der Fürst faßte plötzlich den Entschluß, seine Bundesgenossen im Stiche zu lassen und einen Separatfrieden zu schließen, der ihm ganz Oberschlesien und den größten Teil von Niederschlesien mit der Grafschaft Glatz sicherte. Mir machte er erst von der vollendeten Thatsache Mitteilung." Die Lage war damit von Grund aus geändert. Zwar hoffte Karl VII auf die Hilfe des Reiches, aber wie sah er sich da enttäuscht: „Des Kaisers Bruder, der Kurfürst von Köln, gab das schlimmste Beispiel, indem sich seine Teilnahme an der Erhöhung seines Hauses darauf beschränkte, daß er bei Wahl und Krönung unerhörten Luxus entfaltete, — schon im nächsten Jahr versagte er ihm jeden Beistand und schloß sich aufs engste an seine Feinde an, und dieses unnatürliche Bündnis dauerte bis zum Tode Karls VII fort." (Heigel.) Und wie der Kölner, so der Trierer, der Mainzer, so auch die Kirchenfürsten zweiten und dritten Ranges, welche der Argwohn beherrschte, der Kaiser trage sich, von Preußen und England ermuntert, mit Säkularisationsgedanken. Was nützte es, daß Karl VII dagegen die bündigsten Versicherungen gab.

Dazu kam, daß nun auch Sachsen seine Truppen aus Böhmen zurückzog. Und damit war der Fall Prags unvermeidlich. England, dem die Vernichtung Frankreichs die Hauptsache war, wandte sich an Karl, um ihn zum Frieden zu vermögen. Der Kaiser war ja bereit dazu, aber alles lehnte sich doch in ihm gegen die Zumutung auf, nun im Kampfe gegen Frankreich sich Elsaß und Lothringen und die burgundische Freigrafschaft als Königreich zu erwerben. Man lieferte ihm schwarz auf weiß den Beweis, daß Frankreich ihn zu verraten keinen Anstand nehme; er fuhr auf, aber zu energischem Entschlusse kam er nicht. Wie hatte Lord Carterets Plan, die geistlichen Fürstentümer zu säkularisieren, die geistlichen Fürsten gegen den Kaiser in Harnisch gebracht! „Die Lage ist verzweifelt, das nackte Elend ist mein Loos, ich habe keine Freunde, keine Truppen, kein Geld und soll noch den Schein der Größe wahren, da ich doch in Wirklichkeit so ganz klein geworden bin." So war die Bilanz, die dieser „Narr des Glückes", wie er sich selbst nannte, am Ende seines ersten Kaiserjahres zog.

Die kriegerischen Wechselfälle des Jahres 1743, sowie die Heldenthaten der bayerischen Freischärler unter einem Gschrey, Luckner, Thürrigl vermögen wir hier nicht im einzelnen zu verfolgen. Wenn kein gänzlicher Umschwung erfolgte, so vermochte Bayern aus eigener Kraft seine Stellung nicht mehr zu behaupten. Und der Umschwung erfolgte fürs erste nicht. Belleisle sah sich trotz der Absendung einer neuen französischen Armee unter Maillebois gezwungen, die Stadt Prag aufzugeben. Der Krieg hatte sich mehr nach Böhmen gezogen, und so gelang es Seckendorff, der an Törrings Stelle mit dem Oberbefehl über die bayerischen Truppen betraut worden war, Bayern vom Feinde zu säubern. Am 19. April 1743 konnte Karl in München einziehen, doch war das nur ein kurzes Aufflackeren des Kriegsglücks. Zehn Tage später zog Maria Theresia in Prag ein und am 12. Mai wurde sie zur Königin von Böhmen gekrönt.

Inzwischen hatte Khevenhüller den Feldzug gegen Bayern wieder eröffnet. Bei Schärding ging er über den Inn und drang durch das Rotthal gegen Pfarrkirchen vor. Die französischen Besatzungen zogen sich zurück, und so wurde Seckendorff bei Simbach von seinen Verbündeten abgeschnitten. Schritt für Schritt mußte Seckendorff zurück, und der Kaiser verließ München wieder (Ende Mai). Er begab sich nach Augsburg, dann wieder nach Frankfurt, während Seckendorff, um Bayern zu schonen, am 27. Juni in Niederschönfeld einen Waffenstillstand mit Khevenhüller einging, der bestimmte, daß die bayerischen Truppen als neutrale außer Aktion treten, und Bayern den Oesterreichern wieder überlassen werden sollte. Die Uebergabe von Braunau und Straubing, ja sogar von Ingolstadt und Eger wurde den Oesterreichern zugesagt, und ob auch Karl VII gegen diese eigenmächtige Verfügung seines Oberfeldherrn protestierte, es nützte nichts. Seckendorff hat später selbst zugestanden, daß er schon im Jahre 1743 an einer Versöhnung der beiden Häuser gearbeitet habe.

An dem gleichen 27. Juni hatten die Franzosen unter Noailles eine Niederlage bei Dettingen erlitten, denn nun war England mit einer Armee auf den Kriegsschau-



Bürger und Soldaten unter Luckner und Gschrag verteidigen Straubing tapfer gegen die eingedrungenen Oesterreicher 1742.

Nach dem Gemälde von Otto.

platz getreten, welche sich ihrer Bestimmung zufolge, die pragmatische Sanktion Karls VI aufrecht zu erhalten, die „pragmatische“ nannte.

Diese Waffenerfolge Oesterreichs waren die Vorläufer weiterer diplomatischer Siege. Am 13. September 1743 kam zu Worms der Abschluß des definitiven Vertrags zwischen Oesterreich, England und Sardinien gegen die Bourbonen von Spanien und Neapel zu stande, und am 14. Oktober wurde dieser Vertrag ratifiziert. Diesem folgte am 20. Dezember der Abschluß des Defensivbündnisses zwischen Oesterreich und Sachsen. Der König von Preußen witterte hinter diesen Verträgen Unrat, der Entschluß, wieder zu den Waffen zu greifen, belebte sich.

Für Bayern aber hatte einstweilen die Schlappe, welche Karl von Lothringen am Rhein erlitt, nur noch traurigere Folgen. „Dieser Rückzug, so beschämend für diese Prahler, die immer nur wohlfeile Eroberungen machten, ohne auf ernsten Widerstand zu stoßen, hat das arme Bayern vollends vernichtet. Das ganze Land war von Truppen überschwemmt, die Einwohner zwang man, zuerst den Treueid zu schwören, um sie in Sicherheit zu wiegen, dann wurden sie mit einer unter christlichen Völkern unerhörten Unmenschlichkeit behandelt. Die Armeen nahmen hier die Winterquartiere und belasteten das Volk durch Brandschatzungen und andere Abgaben so übermäßig, daß sich viele genötigt sahen, ihre Häuser zu verlassen und ihr Heil in der Flucht zu suchen. Welch ein betrübendes Schauspiel für mich, der ich Kaiser genannt bin, aber unthätig zuschauen muß, wie mein Land unter entsetzlichem Unglück erdrückt wird, ohne Hilfe bringen zu können.“ So jammerte der Kaiser in seinem Tagebuch (Heigel).

Noch mehr der Schmach: Der Bruder Karls, Klemens August von Köln, nahm die hannöverischen Truppen in sein Gebiet auf. Der neue Kurfürst von Mainz, Graf Johann Friedrich von Ostein, für den die Anhänger des Wiener Hofes im Domkapitel den Kandidaten der kaiserlichen Partei, des Kaisers jüngsten Bruder zu Fall gebracht hatten, ließ sich nun von seinen Gönnern gebrauchen und veröffentlichte, ohne den Kaiser zu fragen, österreichische Brandschriften, worin die Frankfurter Wahl als ein nichtiger Akt erklärt wurde, und Karl nur als Kurfürst von Bayern tituliert war! Zwar gelang es dem Kaiser gegen Ende des Jahres, die Wahl seines Bruders Theodor zum Bischof von Lüttich durchzusetzen, aber fast zu gleicher Zeit trat Sachsen wie wir hörten, zur Sache der Gegner über.

Doch gerade dieser Uebermut des Wiener Hofes trieb noch einmal die alten Verbündeten des Kaisers zu größerer Anstrengung. Dachte Maria Theresia schon, Bayern ohne viel Gerede zu behalten, so trat ihr nun der nordische Gegner von neuem in den Weg, der einen solchen Machtzuwachs Oesterreichs in Deutschland unter keinen Umständen hätte zugeben können. Friedrich erbot sich freiwillig, dem Kaiser hilfreiche Hand zu leisten.

Die neuere Forschung hat ein Moment zu Tage gefördert, welches uns zeigt, wie instinktiv Preußen damals schon die Rolle zu ergreifen suchte, welche ihm nachmals zugefallen ist. Friedrich gedachte die Reichskreise selbst zur Bewaffnung zu treiben. An die Spitze wollte dann der König mit dem Titel eines immerwährenden Generallieutenants der Reichstruppen treten, den er von dem Kaiser begehrte. „Wäre der Besieger des österreichischen Heeres, wie er es verlangte, an die Spitze der Reichstruppen getreten, so hätte damit das Reich die Anerkennung der militärischen Hegemonie Preußens in Deutschland ausgesprochen; es wäre ein erblicher Majordomat im Reiche geschaffen worden, neben welchem das abgelebte Wahlkaisertum in den tiefsten Schatten getreten wäre. Aber wie hätten die Zeitgenossen blöden Blickes und trägen Herzens, die kühne prophetische Formel des Preußenkönigs verstanden, das künftige Zauberwort der deutschen Auferstehung!“ (Koser.)

Der Tod des Feldmarschalls Khevenhüller (26. Januar 1744) konnte als günstiges Vorzeichen aufgefaßt werden. Er war es ja gewesen, der zuerst wieder frisches Leben und neuen Mut in die österreichische Kriegführung gebracht hatte. An seine Stelle trat Graf Traun, der in Italien durch den Fürsten Lobkowitz ersetzt wurde. So

brachte denn das Jahr 1744 erst die eigentlich entscheidende Stellungnahme der Mächte. Der deutsche Krieg wurde zum europäischen.

Schon war am 22. Februar die spanisch-französische Flotte mit der englischen bei den hyerischen Inseln zusammengetroffen. Frankreich trat aus seiner versteckten Rolle heraus und erklärte am 15. März England, am 26. April Oesterreich offen den Krieg. In ganz Europa flammte die Fackel der Zwietracht mächtiger empor, in den Nieder-



Kurfürst Johann Wilhelm von Pfalz-Neuburg verschönert Düsseldorf und legt daselbst die berühmte Gemäldegallerie an.

landen, in Italien, in Deutschland und auf allen Meeren der alten und neuen Welt kam es zu erbitterten Kämpfen. Von günstigster Bedeutung für die Sache des Kaisers versprach der im Mai 1744 in Frankfurt abgeschlossene Unionstraktat zu werden. Frankreich, Preußen, Kurpfalz und Hessen traten mit dem Kaiser in einen Bund zusammen, der Aufrechthaltung der bisherigen Reichsverfassung, Verteidigung der kaiserlichen Stellung Karls und Befreiung und Erhöhung Bayerns bezweckte. Auch die übrigen deutschen Fürsten sollten nach der Absicht Friedrichs beitreten. „Der Kaiser konnte sich der

Hoffnung hingeben, daß diese Reformen eine kräftigere Konzentrierung der Centralgewalt und damit einen Aufschwung des Reiches zur Folge haben würden" (Heigel).

Graf Traun war am 10. April in München eingetroffen und übernahm das Kommando. Er sollte mit raschem Vorstoß die bayerischen Truppen, welche um Donauwörth, Kehl und Philippsburg zerstreut in den Winterquartieren lagen, aufheben. Aber Traun zögerte und kam erst am 9. Mai, auf wiederholtes Drängen Maria Theresias, bis gegen Heilbronn. Die bayerischen Truppen hatten Zeit gehabt, sich bei Heidelberg zu sammeln und dann bei Philippsburg ein festes Lager zu beziehen, welches auch dem Prinzen Karl von Lothringen uneinnehmbar erschien. So dachte dieser den Rhein zu überschreiten und die Franzosen im eigenen Lande zu bekriegen. Trotz der französischen Armee, welche unter Marschall Coigny in einer Stärke von 35 000 Mann bei Speier stand, trotz der 20 000 Mann Bayern Seckendorffs bei Philippsburg erzwang Prinz Karl in den Tagen vom 1. bis 3. Juli den Uebergang.

Es nützte nicht viel, denn schon war Friedrich II auf dem Marsche. „Historisch" — sagt Ranke — „liegt das Hauptmoment dieser neuen Unternehmung darin, daß ein Kaisertum, welches auf französischer Unterstützung beruhte, zugleich aber der Waffen des Königs von Preußen bedurfte, nicht zu behaupten war; hätte der König den Kaiser erhalten, hätte er zu demselben in ein Verhältnis treten können, wie etwa der Kurfürst von Hannover zu Oesterreich, so würde sich ein wittelsbachisches deutsches Kaisertum haben denken lassen. Aber Karl VII war viel zu schwach zu einer einfachen Bundesgenossenschaft, er würde allezeit von Frankreich abhängig geblieben sein." Und damit berühren wir den inneren Gegensatz der Interessen der Verbündeten, an welchem das Unternehmen scheitern mußte. Frankreich mußte die Abhängigkeit des deutschen Kaisers zu erhalten suchen, Friedrich mußte der französischen Uebermacht in Deutschland entgegenarbeiten, und ein derartiges Eindringen Preußens in die deutsche Centralverwaltung, wie es Friedrich zu ermöglichen sich bemühte, konnte wiederum Frankreich nicht zugeben.

Darum nötigte wohl Friedrichs II Einfall in Böhmen (am 14. August) den Wiener Hof, seine Pläne auf Elsaß und Lothringen aufzugeben. Am 10. September kapitulierte Prag und an dem Tage, da Prinz Karl sich mit dem aus Bayern herbeigeeilten Batthyany zu Mirotitz vereinigte, ergab sich ebenso Frauenberg dem Könige von Preußen (2. Oktober). Als aber Karl von Lothringen den Rückzug über den Rhein ungehindert angetreten, und die Franzosen, jetzt unter Noailles, und die Bayern unter Seckendorff ihn ebenso ungehindert hatten ziehen lassen, als dann Seckendorff so langsam als möglich gefolgt war, war Friedrich zur Einsicht gekommen, daß er von dieser Seite keine Unterstützung seiner Operationen in Böhmen zu erwarten habe. Sein Einfall in dieses Land hatte wirklich nur den Erfolg, daß er sich selbst die ganze Last des Krieges auf den Hals lud. Ob Seckendorff aus bösem Willen, aus strategischer Unfähigkeit oder aus Mangel an dem was zum Kriegführen gehört, also handelte, ist bis heute eine offene Frage. Wohl gelang es ihm jetzt, Bayern zum zweitenmale von den Oesterreichern zu säubern, allein der Fehler, den er dadurch beging, daß er nicht mit Friedrich II nach einem Plane arbeitete, ließ diesen augenblicklichen Erfolg in Bayern nichtig erscheinen. Am 18. September verließ Karl VII Frankfurt, um sich an die Spitze seiner Truppen zu stellen. Am 22. Oktober traf er in Dachau bei seinem Heere ein und am andern Tage feierte er seinen Einzug in München. Er fühlte sich als Sieger, aber dieses Gefühl sollte bald einem andern weichen. Denn am 26. November mußten die Preußen Prag wieder räumen, nachdem es dem Prinzen Karl von Lothringen und dem Feldmarschall Traun gelungen war, den Preußenkönig, ohne eine Schlacht zu liefern, aus Böhmen hinauszumanövrieren. So waren auch alle Anstrengungen und Opfer dieses Feldzuges wieder vergebens.

Pajol, der Geschichtsschreiber der Kriege Ludwigs XV, urteilt, daß die beiden französischen Generale den Rückzug des Prinzen Karl nach Böhmen hätten in völlige Auflösung verwandeln können, man hätte den Prinzen zwischen Franzosen und Preußen bringen und so die Entscheidung herbeiführen müssen. Argenson, der französische Minister des Auswärtigen, schrieb damals an Noailles, man könne die Verfolgung und das Ver-

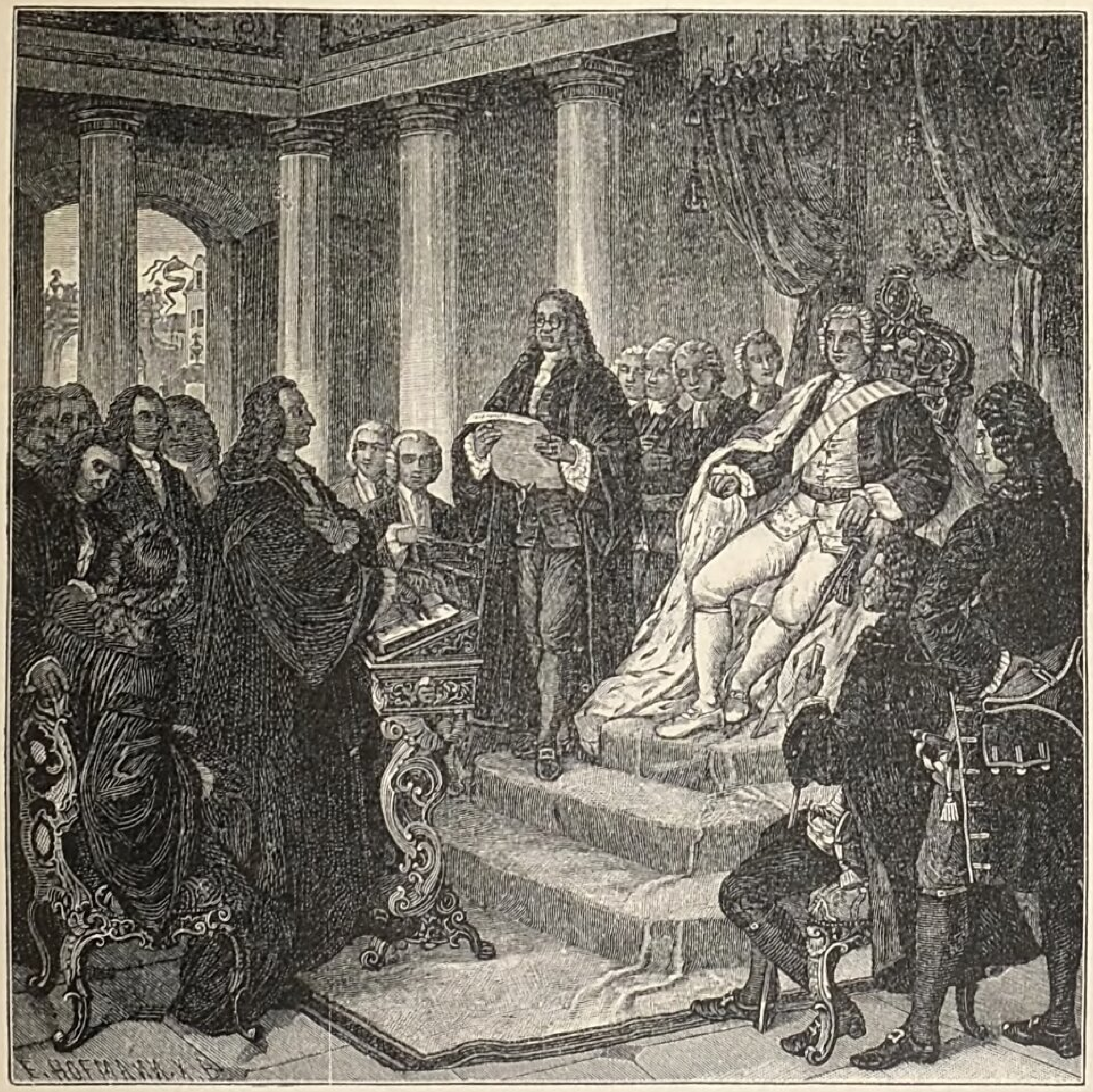
derben des österreichischen Heeres nicht mit zu großem Eifer betreiben. Das sei das einzige Mittel, den König von Preußen bei seinen Engagements festzuhalten und ihn von der Treue seiner Verbündeten zu überzeugen.

Aber gerade, was Friedrich hätte überzeugen sollen, geschah nicht. Noailles begnügte sich nach einem ganz bedeutungslosen Vorstoß die Mär zu verbreiten, von zweiunddreißig österreichischen Grenadierkompagnien seien nur elf Mann über den Rhein entkommen, sowie von einem fluchtartigen Rückzug der Oesterreicher schöne Worte zu machen. Der Sorge um den Elsaß enthoben, wandten sich die Franzosen zur Eroberung Freiburgs, die für Friedrich von gar keiner Bedeutung war, und Seckendorff dachte an Bayerns und seine eigene Aussöhnung mit Oesterreich. Angefeindet vom eigenen Heere wie von den Generälen der Verbündeten, ohne Hoffnung, eine Aenderung herbeiführen zu können, war er entschlossen, sein Kommando niederzulegen. Noch wartete er die Befehle zum Einrücken in die Winterquartiere ab, um dann selbst nach München zu gehen, sein Vorhaben auszuführen. Und er führte es aus, trotzdem man auf eine neue Invasion der Oesterreicher in Bayern gefaßt sein mußte.

Karl VII hatte noch immer nicht den Glauben verloren, durch seinen Mahnruf Frankreich wecken zu können, wenn ihm auch die geringe Lust, welche die Franzosen zeigten, den Krieg fortzusetzen, große Unruhe bereitete. Seit die kaiserliche Armee wieder in Bayern war, sprachen sie von nichts als den Winterquartieren, und so glaubte der Kaiser, man wolle ihn an der vollen Befreiung seiner Stammlande hindern. Die Franzosen hingegen mißtrauten der lahmen Kriegführung Seckendorffs, und verschlossen die Augen vor der Gefahr einer neuen österreichischen Invasion in Bayern. Was kümmerte sie das? „Er verstehe die Vorliebe des Kaisers für seine Hauptstadt München," schrieb Ludwig XV dem Bedrängten, „aber er möchte diese Vorliebe nicht so entschieden und so ausschließlich zur Geltung gebracht sehen. Auch die lebhaftesten persönlichen Wünsche müßten bisweilen hinter dem zurückstehen, was die Grundregeln der Kriegführung und Politik und was die dringendsten Bedürfnisse erheischen." Umsonst waren alle Ermahnungen Friedrichs zu entschlossenen Vorkehrungen, die Gefahr von Bayern abzuwenden, umsonst alle Versicherungen seines Gesandten Chambrier, daß der König ausharren würde, umsonst, daß sich nun endlich der Kaiser selbst aufraffte und zu einer andern Sprache mit Frankreich den Mut fand. Alle Operationen hingen ab von der Erhaltung Bayerns. Wenn man gezwungen sei, sich gegen den Lech zurückzuziehen, müsse man weiter bis über den Rhein. Der König von Preußen werde um alles in der Welt suchen, sich von einem Bund loszumachen, bei dem er nur den gewissen Verlust finden würde. Man hätte in Frankreich schon von dem Glauben abkommen können, die Bewegungen einer Armee aus einer Entfernung von 200 Meilen leiten und vom Schreibtische aus die Manöver der Generäle dirigieren zu können. Die Vorstellungen nützten nichts. Das Frankreich der Condé und Türenne war gestorben, tot für immer, und was das neue Frankreich der Segur, Coigny, Noailles und Belleisle an Rückzügen geleistet hatte, stand einzig in der Geschichte der Kriege da.

So gewann denn die Stimmung, welche Seckendorff veranlaßt hatte, sein Kommando niederzulegen, am Münchener Hofe breiteren Boden. Man erwog die Möglichkeit eines Abkommens mit Oesterreich. Während Friedrich noch immer mit aller Anstrengung daran arbeitete, die Union der Fürsten aufrecht zu erhalten, brach dieselbe schon nach allen Seiten auseinander. Da traf ihn die Nachricht, daß der Kaiser am 20. Januar 1745 gestorben sei. Die Lage war mit diesem plötzlichen Schlage vollkommen verändert.

Schon waren die Oesterreicher wieder Herren der Oberpfalz und des Donaugebietes; schon eröffnete sich die bittere Aussicht, daß der Kaiser zum dritten Mal sein Land als Flüchtling verlassen müsse. „Barmherziger als der eigene Verbündete, hatte die große Gegnerin Karls Heimweh geehrt und ihren Kriegsvölkern befohlen, bei erneutem Vordringen in das Bayerland die Hauptstadt München zu schonen: die ihn bei seinem Leben durch sein Erbland und sein Kaiserreich hin und her gescheucht, sie gönnte dem Müden zum Sterben Raum und Rast auf der väterlichen Erde" (Koser). Ein Geschwür



Markgraf Friedrich von Baireuth stiftet die Universität Erlangen 1743.

Nach dem Gemälde von Barthelme.

am Herzen, das sich zu seinen alten körperlichen Gebrechen gesellte, neue Unglücksnachrichten beschleunigten das Ende. Als der Kaiser fühlte, daß seine Lebenskräfte im Erlöschen, zog er die Hände seiner Kinder an die welken Lippen und flüsterte: „Meine armen Kinder, mein armes Vaterland, o vergebt einem armen Vater!" — So erlosch der Kaisertraum, den Wittelsbach geträumt, so verflogen die Hoffnungen, welche Bayern an diesen letzten Krafteinsatz geknüpft, und wie die Leiden furchtbar waren, welche dieses Wollen ohne Können hervorgerufen, so die Nachwehen furchtbar, die diese letzte Periode des mehr als zweihundertjährigen Kampfes Wittelsbachs mit Habsburg um die deutsche Kaiserkrone nach sich zog. Wir werden die Nachwellen dieser Sturmbewegung noch eine lange Zeit zu verfolgen haben.

III.

Die Zeit Maximilian III Josefs

1745—1777.

Sehen wir vom Jahre 1745, dem Todesjahre des letzten wittelsbachischen Kaisers, zurück auf die ganze Periode, welche die Entwicklung Bayerns seit der Zeit Albrechts IV durchlaufen, so werden wir erkennen, daß hier ein in sich geschlossenes Werden vor uns steht, welches in der Zeit und Gestalt Maximilians I den Höhepunkt erreicht und von da ab zum Niedergange neigt. Die in dieser ganzen Epoche lebendigen Gedanken kündigten sich uns schon in der Geschichte Albrechts IV an, der die Teile des westlichen Bayernstammes vereinigte, der durch Einverleibung der umliegenden Städtegebiete dem städtischen Leben zu größerem Aufschwung zu verhelfen suchte, der die alte Macht des Adels zurückwies in engere Schranken, der sich in den härtesten Gegensatz zu Habsburg hineinarbeitete, und bei dessen Söhnen dann nicht nur der Gedanke an die Kurwürde, sondern auch an die Königs- und Kaiserkrone wieder lebendig wurde.

Diese Bestrebungen schienen Erfolg bringen zu wollen, so lange Habsburg sich auf seinen Weltbahnen bewegte, und die Extreme des europäischen Herrschafts- und des habsburgischen Familiengedankens die österreichische Politik beherrschten. Als aber Habsburg, vom Westen zurückgedrängt, seine Kräfte mehr und mehr gegen Osten und Süden kehrte, als es notgedrungen die alte Bestimmung der deutschen Südostmark wieder aufleben ließ und in die natürlichen Bahnen seines ehemaligen Wachstums zurücklenkte, verlor Bayern die Fähigkeit, die vereinigende Macht der deutschen Elemente zu werden, es verlor sie nun um so mehr, als seine eigene geistige Entwicklung durch das Thor der Zukunft nicht hinausgedrungen war, und also kein einziges fortschrittliches Element für die Berechtigung seiner Führerschaft in Deutschland in seinem Leben wirksam war. Mit dieser Verneinung seines eigenen Lebens wurden die überkommenen Bestrebungen nach Wachstum und Herrschaft in einem größeren Teile von Deutschland zur Unmöglichkeit, und selbst ein Maximilian I hatte seine Macht und seinen Einfluß nicht auf dem Fortschritt des deutschen Lebens aufzubauen vermocht, sondern nur der Rückschritt dieses allgemeinen Lebens hatte ihm seine Machtstellung ermöglicht. So oft dann auch der Kampf wieder aufgenommen wurde, Bayern mußte stets gegen Habsburg zurückstehen. Aeußerst bezeichnend für den Tiefstand der bayerischen Entwicklung ist es, daß es die Kurwürde



Maximilian III Josef.

nicht erlangte, so lange die kurfürstliche Entwicklung, wie noch im sechszehnten Jahrhundert, eine wirkliche und hohe Bedeutung hatte, sondern erst dann, als auch diese Entwicklung des Kurfürstenkollegiums sich zum Niedergange neigte, daß ferner auch die Kaiserkrone erst an Bayern zurückkam, als schon andere mächtigere Faktoren das deutsche Leben zu beherrschen begannen, daß selbst dann zur Behauptung dieser imaginären Würde Wittelsbach sich als zu schwach erwies.

Diese Entwicklung in ihren wechselnden Phasen zu verfolgen, wird nun unsere Aufgabe sein. Ihr Kern besteht darin, daß Bayern zu einem südwestdeutschen Fürstentum werden, daß die Zurückdrängung seines Wachstums von Osten die Verbindung Bayerns mit seiner alten Geschichte vollkommen zerreißen, daß also ein neues Gebilde entstehend muß, welches seine Lebensbedingungen auf einer andern Grundlage findet und weiterbildet, als sie das alte Bayern hatte. In dieser Entwicklung wird daher notwendig die Konsequenz gezogen werden müssen von jener durch die Staufen bewirkten Trennung des Bayernstammes in ein West- und Ostreich, wie ebenso von jener Verbindung des bayerischen Westreiches mit den pfalzrheinischen Gebieten. Die Folge davon wird sein, daß nun die schon unter Herzog Ludwig I lebendig gewordene Frage um den Besitz der ostbayerischen Bistümer Salzburg, Passau, Regensburg, Freising, wie um den Besitz der altstaufischen Besitzungen in Schwaben sich in neuer Form beleben wird. Einstweilen abermals von Oesterreich zurückgeworfen, wendet sich Bayern seinem inneren Leben zu, und auf diesem Gebiet erwarb sich die Persönlichkeit Max III Josefs ein vom bayerischen Volke gesegnetes Andenken, das Andenken unvergleichlicher Güte und Edelsinns.

Maximilian III Josef war unter vier Geschwistern das zweite. Zwei Schwestern und ein Bruder waren früh gestorben, so noch im Unglücksjahr 1743 die fast achtzehnjährige Theresia Benedikta, deren Tod dem Kaiser ein so furchtbares Weh bereitete. Eine ältere Schwester, Antonie Maria, welche später (1747) den Kurfürsten Friedrich Christian von Sachsen heiratete, und zwei jüngere Schwestern, Maria Anna, die spätere Gemahlin des Markgrafen Ludwig Georg von Baden-Baden, und Josefa Maria, die nachmalige Gemahlin des deutschen Kaisers Josef II, bildeten mit dem Kurfürsten die Nachkommenschaft des letzten wittelsbachischen Kaisers. Max Joseph selbst war am 28. März 1727 zu München geboren, und noch auf dem Sterbebette hatte Kaiser Karl VII den noch nicht 18jährigen Jüngling für mündig erklärt. „Man mag es einen Zufall nennen — jedenfalls war es ein höchst glücklicher — sagt Prantl, „daß Kurfürst Karl Albert zum Lehrer des Erbprinzen den Würzburger Professor Johann Adam Ickstatt wählte, welcher durch größere Reisen (in Frankreich, Holland, Großbritanien) den Blick seines hochbegabten Geistes erweitert hatte und hierauf in Marburg als Schüler zu den Füßen Christian Wolffs gesessen war.“ Dem Zusammenwirken dieser beiden Männer, des Lehrers und Schülers, werden wir in der Folge eine vornehmliche Aufmerksamkeit zu widmen haben.

Es war bei dem Alter des Fürsten und der Lage der Dinge natürlich, daß zunächst in dem inneren Organismus keine großen Umwälzungen erfolgten. Max Josef hielt an den Räten seines Vaters fest. Graf Xaver Pangraz von Preysing übernahm wieder das Amt eines Obersthofmeisters, Maximilian Franz Graf von Tattenbach dasjenige eines Oberststallmeisters, der Graf von Königsfeld wurde Oberstkämmerer und Gesandter am Reichstag. Ebenso traf Graf Josef Franz von Seinsheim, der jüngere dieses Namens, in die Dienste des Kurfürsten, während Unertl als Kanzler des geheimen Rates und Praidlohn als Vizekanzler in ihrer Stellung verblieben. Der Graf von Törring behielt das Oberkommando der bayerischen Truppen, während Seckendorff, aus dem bayerischen Dienste zwar ausgeschieden, ohne spezielle Rolle in der nächsten Zeit der vornehmlichste Ratgeber des Kurfürsten blieb.

Gleich nach dem Ableben des Kaisers drängten sich die Gesandten der verbündeten Mächte an Max Josef heran, ihn bei der Sache der Bundesgenossen festzuhalten. Aber allen Anstrengungen zum Trotz gewann Seckendorff mit seinen Friedensvermittlungen die Oberhand. Er schrieb dem Könige von Preußen, daß der siebenzehnjährige Kurfürst ein frommes Kind sei, das man in solche Dinge nicht verwickeln dürfe, und so wogte

denn der Streit der Parteien noch längere Zeit am Münchener Hofe schwankend hin und her.

Am 8. Januar war zu Warschau eine Quadrupelallianz zwischen Oesterreich, Sachsen, England und Holland abgeschlossen worden, deren Absicht die Verkleinerung und Beraubung Preußens war. Doch Sachsen hielt noch zurück. Gegen Subsidien versprach es eine Armee von 30000 Mann zu Verteidigung Böhmens stellen zu wollen. und so erhielt auch dieser Bund vorab mehr den Charakter der Defensive. Doch was Friedrich II für Bayern befürchtet hatte, war teilweise noch zu Lebzeiten Karls VII eingetreten. Der österreichische Feldzeugmeister von Thüngen war mit 12000 Mann aus Böhmen in die Oberpfalz eingedrungen und hatte am 6. Januar die Belagerung von Amberg begonnen. Segur, der zum Entsatz herbeieilte, mußte gegen Kehlheim zurück. Am 13. Januar war darauf der Freiherr von Raab als Gesandter nach dem fränkischen Kreise aufgebrochen, um den Fürstbischof für eine geheime Friedensvermittlung zu gewinnen, und bald war man in Wien von diesem Schritte des Münchener Hofes unterrichtet. Auch in Berlin und Frankreich dachte man an Frieden, aber die Ansichten gingen weit auseinander.

Vom Sterbebette des Kaisers gehen zwei Versionen aus, welche gleichsam als politisches Testament Karls VII von den Parteien aufgegriffen und verwertet wurden. In der einen heißt es, der Kaiser habe seinem Sohn und Nachfolger das Versprechen abgenommen, den Frieden mit der Königin von Ungarn zu schließen, in der andern, der Vater habe dem Sohn geraten, treu bei den Verbündeten der Frankfurter Union auszuharren. Den wirklichen Umständen entspricht weder die eine noch die andere Erzählung. Noch hatte sich der Wiener Hof nicht ausgesprochen, also konnte Karl auch nicht zum Frieden raten. Noch hatte er selbst die Hoffnung nicht ganz aufgegeben, daß Frankreich sich nicht doch noch zu größerer Energie aufraffen werde. Auf seine Verbündeten zählte der Kaiser immer noch, und so gibt die Politik, welche der Nachfolger einschlug, wohl den besten Anhalt für das, was der Kaiser gesagt haben mochte: mit dem festen Stützpunkt auf seine Bundesgenossen den Frieden zu suchen. Daraus machten dann beide Parteien, was ihnen paßte, und in diesem Gegeneinander spielte Seckendorff seine überaus zweideutige Rolle. Das nunmehr energisch hervortretende Begehren des Wiener Hofes nach einem Separatfrieden mit Bayern, wodurch die Frankfurter Union gesprengt worden wäre, erleichterte Seckendorff bald seine schlau berechnende Thätigkeit.

In München waren alle Minister, mit Ausnahme Törrings, für den Frieden. Die Kaiserin und der Kurfürst waren der gleichen Meinung, wenn auch letzterer auf das Andenken des Vaters größere Rücksicht nahm. Schon am 22. Januar nahm er den Titel eines Erzherzogs von Oesterreich an, der Gedanke an die Kaiserkrone war von vornherein von ihm verworfen worden. Die bevorstehende Kaiserwahl schädigte den Münchener Hof sogar mehr, als gut war, und über die Gefahr, in welcher man schwebte, war man sich noch keineswegs klar. Man gedachte, sich mit Sachsen zu vereinigen, dem die Stimme zu geben, der am ehesten hoffen könne, auch die andern Stimmen der Kurfürsten zu erhalten. Ebenso wollte man Sachsen bereden, sich vorläufig an der Berufung der böhmischen Kurstimme zur Wahl nicht zu beteiligen. Ueber das Reichsvikariat suchte man ein Verständigung mit dem Mannheimer Hofe.

Seckendorff arbeitete im Stillen weiter. Wir können seine Machinationen nicht im einzelnen verfolgen. Am 20. Februar war sein Plan fertig. Er wollte die Vermittlung mit dem Wiener Hofe und eine direkte Verständigung in die Hand nehmen, und er gelangte zum Ziel. Schritt für Schritt bemächtigte er sich der Führung des Friedensgeschäftes.

Als man in Wien den Tod Karl Alberts vernommen, kam man überein, die kurböhmische, österreichische und burgundische Stimme wieder in Aktivität zu setzen und eine Vereinigung der Reichskreise auf ehemaligem Fuße wieder zustande zu bringen. Allen Anstößen wegen der kurböhmischen Stimme dachte man auszuweichen und im Bunde mit den Seemächten es dahin zu bringen, Frankreich an Einmischung in die Kaiserwahl zu

hindern und seine Truppen von deutschem Grund und Boden wegzuschaffen. Man wollte sich gegen Bayern und Kurpfalz billig und willfährig zeigen, den jungen Max Josef durch liebreiche Aeußerungen gewinnen, Sachsen auf österreichische Seite ziehen, dessen Interesse stets bei Preußens Gegnern liege, um also die kaiserliche Würde an das Erzhaus Oesterreich zurückzubringen. Dazu sollten die Seemächte mithelfen, und Kurköln an seine ehemaligen Verbindlichkeiten erinnert werden. Wäre die „Freiheit der Wahl" also hergestellt, müsse die Wahl selbst möglichst beschleunigt werden. Hatte man bisher daran gedacht, sich für die Verluste in Schlesien an Bayern möglichst schadlos zu halten, so trat nun der Gedanke an die Wiedereroberung Schlesiens energisch in den Vordergrund. Erklärungen in diesem Sinne gingen mit Vorlage der österreichischen „Aussöhnungspunkte" an die Höfe von England, Mainz und Köln, wie nach Holland ab. Zunächst dachte man an Vermittlung durch befreundete Mächte. Dann aber, als man durch Seckendorff von der Stimmung des Münchener Hofes Kenntnis erhielt, faßte man den Gedanken an direkte Verständigung auf.

Der Graf Collorado wurde demgemäß instruiert. Er sollte mit einem bayerischen Abgeordneten, wozu Seckendorff den Fürsten von Fürstenberg vorschlug, an einem dritten Orte in geheimer Sitzung die Präliminarien beraten. Um Bayern festzuhalten auf der betretenen Bahn, sollten die Kriegsoperationen fortgesetzt werden. So rüstete man in Wien mit aller Macht zum bevorstehenden Feldzug, Thüngen erhielt Befehl, die Truppen gegen München vorrücken zu lassen, damit sich zeige, ob Bayern an dem Bunde mit Frankreich festhalten werde. Andrerseits ließ man Seckendorff wissen, daß man sich am österreichischen Hofe aus „ganz besonderen Gründen sehr equitable finden und solche acceptable conditiones thun lassen werde", zu denen man später nicht mehr würde zu haben sein.

Aber in München schwankte man fort. Man zögerte und kam zu keinem energischen Entschluß. Ja, am 20. März veröffentlichte man ein Cirkularreskript, welches zum Schlusse kurz und bündig erklärte, daß man zu einem dauernden Frieden wohl geneigt sei, aber von den angestammten Erbrechten nicht das mindeste nachlassen, sondern durchaus reserviert haben wolle. Dieser kräftigen Sprache aber entsprachen die militärischen Vorbereitungen keineswegs. Alles war in furchtbarer Unordnung, und als nun Batthyany am 21. März mit 11 000 Mann in drei Kolonnen bei Passau, Schärding und Braunau über den Inn rückte, fiel alles über den Haufen. An allem Notwendigsten mangelte es, keine Munition, keine Magazine, selbst bei Hunderten, die man den Winter über verpflegt hatte, keine Waffen! Am 29. März mußte Vilshofen kapitulieren. Die bayerische Armee begann den Rückzug. Seckendorff drängte fort und fort zu schleunigem Abschluß. Da gab man in München nach. Am 12. April kam Fürstenberg nach Füssen, wo er von Collorado bereits erwartet wurde.

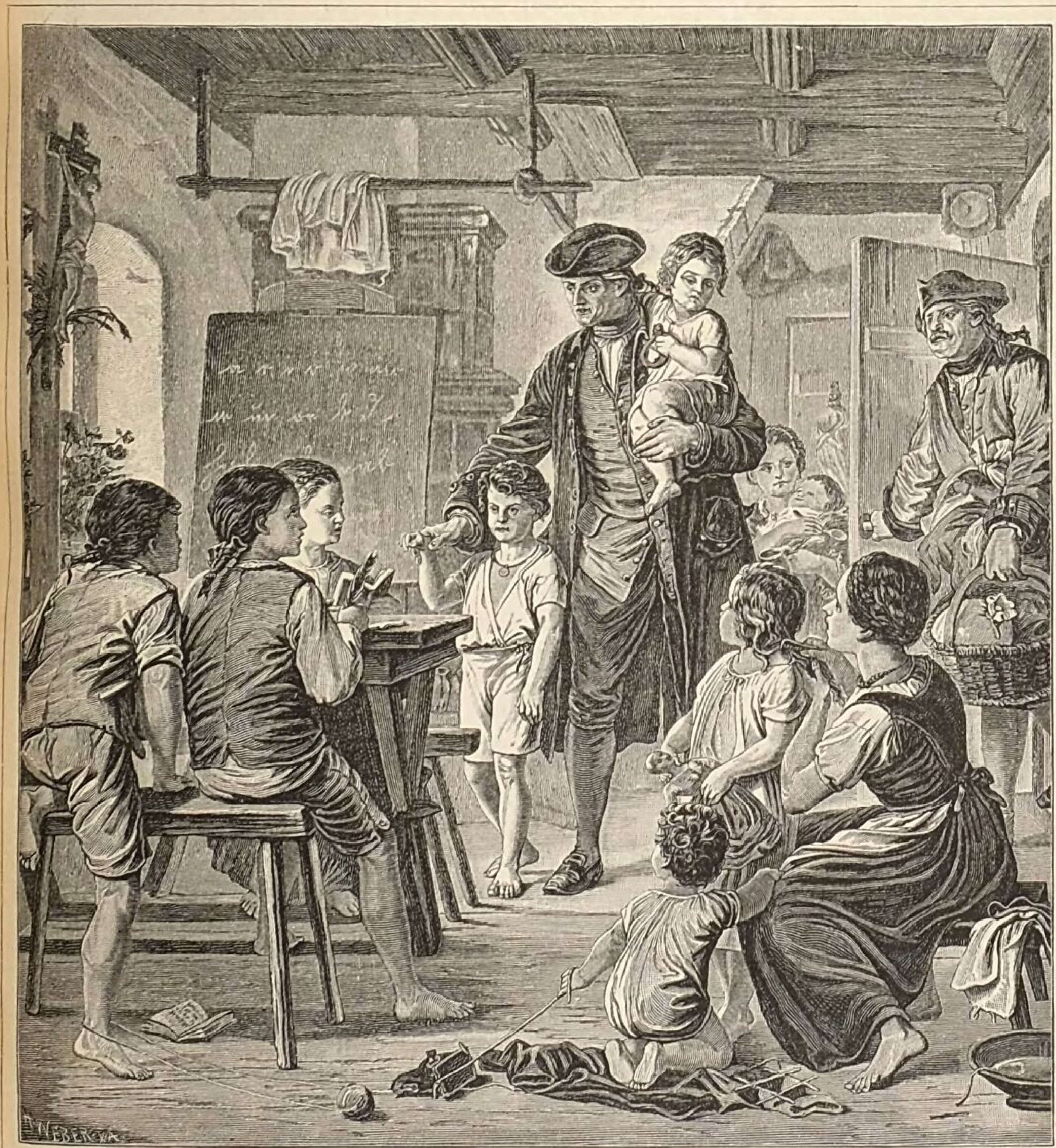
Ehe wir über das Resultat der Verhandlungen berichten, wollen wir einen Blick auf den Zustand des Landes während und infolge dieses Krieges werfen. „Bayern war der Wohnsitz des Elendes, das die Wut des Krieges umherpflanzte, der Geist der Nation ermattet; die Kassen waren ausgeleert, die Felder lagen teils ungebaut, teils verwüstet; die Nahrungsquellen waren versiegt; überall zeigten sich dem Auge die traurigsten Spuren der Verheerung; die Unterthanen seufzten unter dem Druck der Armut, die Industrie erschlaffte, ein gräßlicher Schwarm physischer Uebel bedeckte das Vaterland." So berichtet Rothammer, der Biograph Maximilian III. — Zu den dreißig Millionen Schulden, welche Kaiser Karl VII von dem Vater Max Emanuel überkommen hatte, waren noch zehn Millionen hinzugekommen, so daß die ganze Schuldenlast bei vierzig Millionen Gulden betrug. Die Summe sämtlicher Roheinnahmen des Staates betrug nicht mehr als 5 300 000 Gulden und nach Abzug der Perzeptionsgelder blieben nur noch 2 600 000 Gulden. Da nun die Zinsen der Staatsschulden allein zwei Millionen wegnahmen, so blieben für den Hof und Staat nur 600 000 Gulden, eine so geringe Summe, daß Max Josef der verzweifelte Gedanke kam, Land und Leute zu verlassen, und in spanische Dienste zu treten, um den teuern Hofstaat zu ersparen.

Freiberg teilt mit, daß Seckendorff nach dem Abzug der Oesterreicher am 6. Oktober 1742 zwei Land- und zwei Standsteuern ausschrieb, da Rat geschafft werden mußte, wie man die Truppen den Winter über verpflegen wollte. „Ungeheuer war der Bedarf an Fourage und Getreide. Die Verordneten des Ober- und Unterlandes konferierten häufig mit dem Ministerium. Der Landschaftskanzler schrieb damals, ‚so tief sei ihm das Herz noch nie gesunken, als jetzt, selbst dann nicht, als die Feinde mit langen Messern sein Haus durchsucht und als er neun Stunden auf dem Karren gesessen, um als Geisel weggeschleppt zu werden.‘ Für die sechs Sommermonate waren 600 000 Gulden an den Feldmarschall zu entrichten. Die Landschaft bot 80 000 Gulden monatlich. Dagegen sollte das Eingreifen der Generalität und des Kriegszahlamts in die ständischen Gefälle unterbleiben, die Kriegsscharweck gemindert werden, die Einheischung der Anlagen durch die Landschaft geschehen. Es wurden bereits 1742 für die kaiserliche und französische Armee 143 821 Scheffel Hafer, 421 113 Zentner Heu, 377 797 Zentner Stroh gefordert. Dazu kam die Quartierlast, und alles nagte bereits am Hungertuch. Die Aufschläge auf die gewöhnlichen Steuern hatten seit 1738, 1739 und 1740 zusammen mehr als $1^1/_2$ Millionen betragen. Zu den monatlichen 80 000 Gulden von der Landschaft sollte nun jeder Hof 3 Gulden Anlage = 54 000 Gulden, die Geistlichkeit 10 000 Gulden, der Adel 2000, die Bürger 2000, die Kollegien 1000, die Landschaft dazu noch 11 000 Gulden reichen. Ueberdies wurden sämtliche Pfarreien in drei Klassen mit 12, 8 und 4 Gulden belegt. Von den Höfen waren damals noch in Feindesgewalt 7722, von den Franzosen besetzt 3576. Statt des Geldes forderte Seckendorff später Getreide.

So war der Stand der Dinge Ende 1742. Weit über die Hälfte der steuertragenden Höfe war noch in fremden Händen. Am 14. Juni 1743 besetzten die Oesterreicher unter Bernclau und Palfy München wieder und verließen es erst im Oktober 1744. In dieser Zeit schaltete in Bayern eine österreichische Administration. Wie, ersehen wir am besten aus einer Erläuterung, welche Rat Thierböck bei den späteren Verhandlungen in Salzburg schriftlich verfaßte. Von 100 bayerischen oder pfälzischen Unterthanen würden keine zehn anzutreffen gewesen sein, die in dieser Zeit nicht einoder zweimal ausgeplündert worden seien. Die Kontributionen seien ohne Maß und Ziel ausgeschrieben worden. Die unter königlicher (also feindlicher) Administration im Rentamt Straubing verfügte Untersuchung über den Notstand habe ergeben, „daß alle erlittenen Schäden, Geld, praestationes und andere zu Kriegszeiten üblichen exactiones vom Januar 1742 biß ohngefehr im Oktober 1743 soviel an Geld betroffen, als früher 70 ordinari Steuern abgeworffen hätten, eine Summa, so bey der Nachweld nicht glauben funden würde, wann solches nit theils per evidentiam facti, theils per jurata elogia testium bestärcket wäre." Die Leute seien in solche Not geraten, daß sie das gefallene Rindvieh zur Nahrung genommen und mit Weib und Kind den Pflug selbst gezogen hätten. Denn hätte man im November 1743 die Winterquartiere so angelegt, daß auf die einzelnen Unterthanen der Betrag von 12 oder 15 ordentlichen Steuern gekommen sei. So wäre es fortgegangen ohne Unterlaß mit Forderungen, Schanzarbeiten, Fuhren, Durchmärschen, neuen Steuern, und eingetrieben worden sei das alles mit der äußersten Grausamkeit und Härte, so daß schließlich die Unterthanen truppenweise von Haus und Hof gelaufen. Ein schöner Zug seltenen Kindessinnes verdient hier erwähnt zu werden, es ist die in diese traurige Zeit fallende Gründung des ersten Waisenhauses in München durch Johann Poppel, einen armen Faßbinderssohn aus der Au, der zahlreiche elternlose Kinder aufnahm und unterrichtete.

Daß dieses Landeselend auf den Friedensabschuß wirkte, ist wohl sicher, wenn auch in der ganzen diplomatischen Korrespondenz zum Friedenswerke man nur äußerst selten einem Hinweis auf die Notlage begegnet, wohl das beste Zeichen, daß die Stimme des Volkes nicht gar zu laut in diese federführenden Kreise drang, so wenig wie das Volk etwas von dem Friedenswerke erfuhr. Indeß, wird uns berichtet, sei dem Friedenswerke allenthalben Beifall gespendet worden. Die Freude am Hofe und in der Stadt München entziehe sich der Beschreibung, und für den Augenblick habe man alles ausgestandene Leid ver-

gessen. Trotzdem spalteten sich die Meinungen bald über die Nützlichkeit desselben, auch der Kurfürst selbst soll später wiederholt seinem Unmut über den voreiligen Frieden Ausdruck verliehen haben. Wohl war der Friede geboten, aber die Unfähigkeit der bayerischen Minister und Unterhändler erwirkte einen Frieden, der wohl allgemein das größte Mißfallen hervorrief.



Johann Poppel, ein armer Faßbinderssohn aus der Au, gründet das erste Waisenhaus in München.

Nach langem Aufschub kam es am 22. April in Füssen zur Unterzeichnung der Präliminarien. Es war ein vollkommener Akt der Unterwerfung, der sich da vollzog. Der Kurfürst verzichtete für sich und sein ganzes Haus auf alle der pragmatischen Sanktion widersprechenden Ansprüche, dafür trat er wieder in den vollen Besitz seines Landes; er versprach dem Gemahl Maria Theresias seine Stimme bei der künftigen Kaiserwahl, und in einem Separatartikel verpflichtete er sich zur Ueberlassung einer Anzahl Truppen an die Gegner Frankreichs und Preußens gegen Subsidien, welche die Seemächte zu

leisten hätten. Also ein vollständiger Umschwung und obendrein nicht einmal Beendigung des Krieges für Bayern. Nur auf der andern Seite sollten von nun an bayerische Truppen kämpfen. Ja, der Unterhändler Fürstenberg hatte eine so vollkommene Unfähigkeit zur Führung eines derartigen Geschäftes dargethan, daß er sich nicht einmal die bereits zugesagte Einstellung der Kontributionen nach Unterzeichnung des Friedenswerkes zusichern ließ, und auf österreichischer Seite war man perfide genug, aus dieser Unfähigkeit Fürstenbergs das größtmöglichste Kapital zu schlagen. Praidlohn berechnete später, daß die Nichteinstellung der Kontributionen dem Lande einen solchen Schaden zufüge, daß weder das von Oesterreich gereichte „Douceur" von 400000 Gulden noch die voraussichtlichen Subsidien für ein Jahr denselben zu decken vermögen.

Der Graf von Törring wurde seines Amtes enthoben, und Seckendorff begann die Reformation der bayerischen Armee. Schon einen Monat später schrieb dieser Ueberläufer zur österreichischen Fahne dem Grafen Collorado, daß das Korps Segurs auf 3000 Mann angewachsen sei, und Bayern binnen vier Wochen 4000 Mann zu Pferde und 8000 Mann zu Fuß ausrüsten könne. Im künftigen Jahre könne das Korps ohne Mühe auf 20000 Mann vermehrt werden, denn der Fuß hierzu sei da, und es komme nur darauf an, daß man das „oeconomicum und militare besser einrichtet". Man fragt mit Erstaunen, ob sich diese Hilfsquellen jetzt so plötzlich aufschlossen, oder ob sie auch früher da waren, und man sie nur nicht zu benützen verstand.

Ebenso rücksichtslos, wie dieser Unterwerfungsakt abgepreßt worden war, wurde er durchgeführt, und als dann Graf Chotek Mitte Juni als Gesandter Oesterreichs nach München kamen, wußte er es durchzusetzen, daß die bayerischen Truppen auch gegen Preußen Verwendung finden könnten. Natürlich, daß derartige Dinge, als sie in die Oeffentlichkeit drangen, die Freude am Frieden bald verstummen ließen, und die Volksstimmung auf das allerbitterste erregten. Man sah sich genötigt, mit Polizeimaßregeln vorzugehen, und auch hierzu gab Seckendorff, gegen den sich die öffentliche Wut in leidenschaftlichen Drohschriften kundgab, die Mittel an die Hand. Aber wenn man ihm den Rat gab, sich mit dem Raube unsichtbar zu machen, und die so hochgepriesene Liebe zu dem Kurfürsten und zu dem Lande in der lutherischen Kirche gottesfürchtig an den Nagel zu hängen, so war der Verdacht, er sei für seine Handlangerdienste bezahlt worden, nicht unbegründet. Eben war ihm vom Wiener Hofe die Deckung seiner „Auslagen" zugesagt worden. Doch man bedurfte seiner am Münchener Hofe noch, und so gab man seiner Drohung, er werde Mittel finden, „allen dergleichen Insolentien auszuweichen," nach.

Wer die Katastrophe von Füssen verschuldet, wird wohl jedem klar, der in die hochtrabende Denkschrift der Franzosen und die Randbemerkungen Friedrichs von Preußen einen Blick wirft. „Wenn dieses Memoire," grollte der Preußenkönig, „für Kinder und Novizen geschrieben ist, so ist es gut; aber es ist nicht anzunehmen, daß ein Minister es verfaßt haben soll: das sind vage Chimären, die sich mit der größten Selbstgefälligkeit breit machen, leichtfertiges Gerede ohne Grundgedanken, und wenn das alles ist, was man von Frankreich erwarten kann, so beklage ich gar sehr die Fürsten, die sich mit ihm verbinden." Wenn die Denkschrift salbungsvoll erklärte, den Kurfürsten und die Kaiserin-Witwe wegen des Geschehenen nicht tadeln zu wollen, so entrang sich ihm der unwillige Zwischenruf: „Wollte man denn, daß der Kurfürst sich noch gefangen nehmen ließ? Ich verlange von den Franzosen mehr Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit, und weniger Gleichgültigkeit für die Interessen ihrer Verbündeten, und dann wird man sehen, daß es eine unbedingte Notwendigkeit war, was der Kurfürst that." Frankreich bedauerte, jetzt dem Könige von Preußen die beabsichtigte kraftvolle Diversion an den österreichischen Grenzen nicht mehr machen zu können, ließ aber anderweiten Ersatz hoffen; Friedrich machte die Glosse: „Wenn Frankreich ebenso vorteilhafte Diversionen wie die bayerische für den König von Preußen ins Werk setzen will, so beschwört man es, die Mühe zu sparen." Als er dann weiter las, daß er auf dem flandrischen Kriegsschauplatz die Diversion zu erwarten habe, spottete er noch verächtlicher: „Wenn der König von Preußen frisch aus dem Tollhaus käme, so möchte man ihm weismachen können,

daß der Feldzug in Flandern ihm eine große Hilfe gewähre; aber weder er noch der letzte Tambour seiner Armee sind verrückt genug, um es zu glauben.“ Der Hinweis auf das Beispiel Ludwig XIV und den durchschlagenden Erfolg des flandrischen Feldzugs von 1712 ward mit der unbestreitbaren Thatsache abgefertigt: „Das war auch ein ganz andrer Mann, dieser Ludwig XIV.

So war in Bayern der Friede wieder hergestellt, wenn auch im Solde der Seemächte Bayerns Truppen noch an der Fortsetzung des Feldzuges Anteil nahmen, bis endlich nach weiteren vier Jahren der allgemeine Friede zustande kam. Die Bedeutung des Füssener Friedens aber wird erkennbar, wenn man sich vorhält, wie durch ihn faktisch ein bisher tiefbewegendes Element aus der bayerischen Entwicklung ausschied: das Streben einer Wiederausdehnung der bayerischen Herrschaft gegen Süden und Osten. Freilich erfolgte auf österreichischer Seite nicht gleich eine äquivalente Schwenkung. Man gab Bayern seinem Regentenhause zurück, aber auf die spätere Einverleibung Bayerns verzichtete man keineswegs für immer. Das Ausscheiden dieses Elementes aus der österreichischen Entwicklung zu bewirken, blieb der Zukunft vorbehalten. Und in dieser Richtung hat denn namentlich eine Frau ihre ganze Willensstärke zur Geltung gebracht, die Pfalzgräfin Maria Anna von Sulzbach, die Base des Kurfürsten Karl Theodor, die Gemahlin des Herzogs Klemens von Bayern. Schon gegen die Konzessionen des Füssener Friedens ging von dieser Seite ein stillschweigender Protest aus. In einem förmlichen Vertrag übertrugen der Herzog Klemens und seine Gemahlin alle ihre Ansprüche an den Kurfürsten von der Pfalz. Auf Betreiben derselben energischen Frau wurden auch die alten Hausverträge zwischen Bayern und der Rheinpfalz am 31. Oktober 1745 wieder erneuert und dadurch Oesterreich eine unangenehme Ueberraschung bereitet, während Karl Theodor selbst den lange schwebenden Streit über das Reichsverweseramt mit Maximilian Joseph am 24. März 1745 dahin geordnet hatte, daß an die Stelle der gemeinsamen Amtsführung, welche die frühere Uebereinkunft von 1724 festgesetzt hatte, eine abwechselnde trat. So übernahm Bayern nach dem Tode Karls VII die Führung des Reichsvikariats zuerst, später folgte Pfalz.

Für König Friedrich von Preußen war der Abschluß des Füssener Friedens ein schwerer Schlag. Die Frankfurter Union war thatsächlich vernichtet. Aber so auf sich gestellt, fand er seine ganze Elastizität und bewundernswerte Kraft wieder. Die Warschauer Allianz, welche Oesterreich mit Sachsen, England und Holland geschlossen, ging auf eine gänzliche Wandlung in der Machtstellung Preußens hinaus. Ende Mai rückten die Oesterreicher über Landeshut in Schlesien ein. Friedrich brach aus seinem Lager bei Frankenstein auf und griff an. Der Sieg am 4. Juni bei Hohenfriedberg zeigte, daß Friedrich auch ohne Bundesgenossen stark genug war, Schlesien zu behaupten. Langsam folgte er der geschlagenen Armee nach Böhmen. Aber die zweimonatlichen Manöver, welche dann folgten, brachten den König wieder in ein ungünstiges Verhältnis zu seinen Gegnern, so daß er seine Stellung südlich von Jaromiriz mit der nördlichen bei Soor vertauschte. Hier überraschte ihn der Prinz Karl von Lothringen am 30. September. Aber wieder gelang es dem König, durch überraschend schnelle Anordnungen und kühne Angriffsstöße den an Zahl weit überlegenen Gegner völlig zu schlagen. Dieser zweite Sieg befreite ihn von seinen Gegnern, doch räumte Friedrich Ende Oktober Böhmen und bezog Winterquartiere in Schlesien. Am 26. August hatte er mit Georg II von England Frieden geschlossen. Die Beendigung des Krieges schien bevorzustehen. Oesterreich und Sachsen aber hielten die Hand am Schwerte und holten nun zu einem Hauptstreiche aus. Ein Angriff auf die Mark Brandenburg, durch Karl von Lothringen von der Lausitz, durch die Sachsen von Leipzig her ausgeführt, sollte den König zu Boden werfen. Aber Friedrich durchkreuzte den Anschlag. Er sammelte 35 000 Mann bei Bunzlau, schlug die Vorhut der Oesterreicher am 23. November bei Katholisch-Hennersdorf und veranlaßte ihre Hauptmacht nach Böhmen zurückzugehen, während Fürst Leopold von Dessau den entscheidenden Sieg bei Kesselsdorf erfocht (15. Dezember), der ganz Sachsen in die Gewalt der Preußen brachte und am 25. Dezember zum Frieden von Dresden führte. Die Abmachungen bestätigten den Frieden von Breslau vom

Jahre 1742. Schlesien blieb in preußischem Besitz, während Friedrich II die mittlerweile am 13. September 1745 in Frankfurt vollzogene Wahl des Großherzogs Franz Stephan von Lothringen zum deutschen Kaiser anerkannte. Gleich Preußen hatte auch Kurpfalz gegen die Wahl des Gemahls Maria Theresias Protest erhoben. Karl Theodor wurde nun in den Dresdener Frieden eingeschlossen, und im März 1746 erfolgte denn auch von pfälzischer Seite die Anerkennung der böhmischen Wahlstimme und des erwählten Kaisers.

Zwischen England und Oesterreich einerseits, Frankreich, Spanien und Neapel andererseits, dauerte der „österreichische" Erbfolgekrieg fort. Erst zu Beginn des Jahres 1748 trat ein Friedenskongreß zu Aachen zusammen. Im April kamen hier Frankreich, England und die Generalstaaten wegen der Friedenspräliminarien überein, und am 18. Oktober 1748 erfolgte endlich der Abschluß, den Oesterreich und die anderen Mächte im Dezember ratifizierten. Sämtliche Kontrahenten garantierten Friedrich II den Besitz Schlesiens und der Grafschaft Glatz und mit dieser Ausnahme von neuem die pragmatische Sanktion. Preußen wurde zum ersten Mal als europäische Macht neben Oesterreich anerkannt. Oesterreich trat ferner Parma, Piacenza und Guastalla dem Infanten Don Philipp und seiner Nachkommenschaft ab und überließ dem König von Sardinien die 1743 zugesprochenen Gebiete von Anghiera und Vigevano, eines Teils des Fürstentums Pavia und die Herrschaft Bobbio, außer Piacenza, wofür Sardinien mit Geld entschädigt wurde. England und Frankreich restituierten einander die im Kriege abgenommenen Kolonien, die Franzosen gaben ihre niederländischen Eroberungen auf und erkannten die protestantische Kirche in England, gegen welche sie abermals einen Stuart ins Feld geführt hatten, an. Was der Krieg bezwecken sollte, Habsburg aus Deutschland zu verdrängen, war nicht erreicht worden. Der Gemahl Maria Theresias hatte die Kaiserkrone gewonnen, und der Kühnheit dieser Frau war es gelungen, sich in ihrem angestammten deutschen Besitze zu erhalten. „Bis zum Dresdener Frieden", schrieb sie, „habe ich agiert, alles hazardiert und alle Kräfte angespannt, weil ja meinen Erblanden nichts Unglücklicheres geschehen könnte, als in preußische Hände zu fallen, wie denn, wenn ich nicht immer gesegneten Leibes gewesen, gewiß niemand mich abgehalten hätte, diesem so meineidigen Feinde selbst entgegenzuziehen. Wie ich jedoch gesehen, daß ich zum Dresdener Frieden die Hand bieten mußte, so habe ich auf einmal meine Denkungsart geändert und dieselbe nur auf den inneren Zustand meiner Länder gerichtet, um die erforderlichen Maßregeln zu ergreifen, durch welche die deutschen Erblande gegen ihre zwei mächtigsten Feinde, Preußen und die Pforte, trotz des Mangels an Geld und an Festungen, trotz der Schwäche der Heere, beschützt werden könnten."

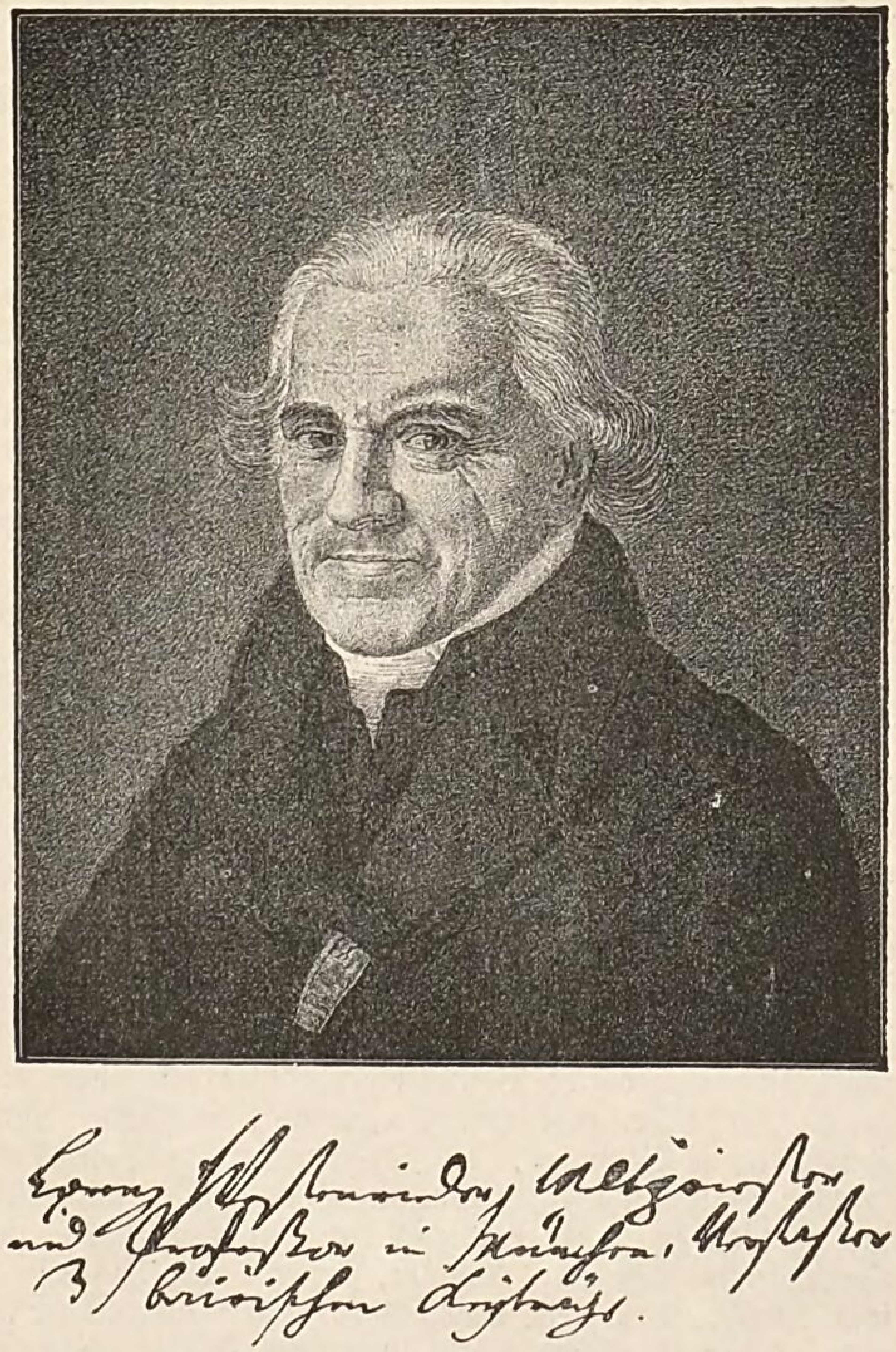
So bezeichnete die Königin selbst den großen Umschwung, der sich in der österreichischen Entwicklung vollzogen hatte. Dieselbe war in die Defensive zurückgetrieben worden. Oesterreichs Wachstum hatte seine äußeren Grenzen erreicht. Die Frage der Zukunft war, ob es sich in denselben werde erhalten können? Und diese Frage zu lösen, wandte sich die Entwicklung nach innen. Maria Theresia begann den Ausbau des österreichischen Staates.

Gleichzeitig mit dem östlichen Teile des Bayernstammes sehen wir die Entwicklung der westlichen Stammeshälfte in ähnliche Bahnen gedrängt. Auch Max Josef begann seine Regierung mit einer bewußten Reform der inneren Politik, „mit Erfüllung der edelsten Fürstenpflicht, sein Volk aufgeklärt und glücklich zu machen." Bayern lenkte, was so lange versäumt worden war, auf sein eigenes inneres Dasein zurück, um dort das Feuer des Lebens wieder zu entzünden, welches denn auch nach außen wärmend und erleuchtend zu bringen vermochte.

Im Jahre 1785 hat Wilhelm Rothammer es unternommen, eine Biographie Maximilians III von Bayern zu schreiben und sie „der durchlauchtigsten Kurfürstin von Bayern Witwe Marien Annen Sophien" zu widmen. Er beginnt die Darstellung mit folgendem charakteristischem Satze: „Die Vernunft bestimmt dem menschlichen Verdienste seine verhältnismäßigen Vorzüge. Unsere Handlungen gewinnen oder verlieren an ihrem Werte nach den mannigfaltigen Gesichtspunkten, aus denen sie betrachtet

werden müssen.“ Wir treten in das Zeitalter der Aufklärung, und Aufklärung ist es, die Rothammer mit seinem schwulstigen Werkchen erzielen möchte. Sehen wir, welche Verhältnisse die Arbeit auf diesem Gebiete beengten oder förderten.

Die erste Erziehung Max Josefs lag in den Händen der Jesuiten Weinberger und Stadler, sowie des kurfürstlichen Rates Seelmayer. „Allein der hoffnungsvolle Prinz hatte das Unglück, in finstere Tage und in einen Erdstrich zu fallen, in welchem die Vernunft an die Ketten des Aberglaubens, an das Joch priesterlichen Despotismus geschmiedet und der Verstand in einen Wirrwarr von Sophismen verhüllet waren.“ „Eine Menge moralischer Uebel, jener des Verstandes und des menschlichen Geistes, hatte sich in Bayern rund umher gelagert. Die unruhscheuen Musen flohen es, und die Sitten der Bayern waren im Ganzen rauh, geschmacklos und unpoliert. Die Gelehrsamkeit war ein blos materiales, maschinenähnliches Handwerk, und die Wissenschaften waren in der Alleingewalt der Dümmlinge.“



In ganz Bayern gab es sechs Buchhandlungen, deren Absatz sich fast nur auf Erbauungsbücher und Räubergeschichten beschränkte und auf dergleichen Produktionen beschränkte sich der Produzent. Beinahe wertlos für den Fortschritt der deutschen Geistesbildung ist daher das damalige Schrifttum des katholischen Südens, zu den Schöpfern und Heroen jener großen Litteraturepoche stellte Bayern nicht einen Mann. Wenn in den Nicolai'schen Briefen vom Jahre 1762 behauptet ist: „Man kann wohl sagen, daß die katholischen Provinzen in Deutschland, sobald von den schönen Wissenschaften die Rede ist, fast ganz auszuschließen sind,“ so ist dabei, sagt Heigel, nicht an den prahlerischen Partikularismus des Berliners zu denken, — aufgeklärte Bayern schildern ebenso düster die Verwahrlosung der Zustände ihres Vaterlandes, wo vor der Jesuiten- und Obscurantenherrschaft ein Aventin so hoch alle deutschen Zeitgenossen überragt hatte. „Rührend erscheint die Klage Westenrieders, wenn er in den Aufsätzen mit dem wunderlichen Titel: Ob wir klüger handeln als Sachsen, Preußen und Oesterreicher? zugesteht: ‚Werke des Nachdenkens, der Künste, der Oekonomie, mit einem Worte des Ernstes, worin ein Mann mit Männern redet, finden in Bayern keinen Absatz; was soll auch aufmuntern sich anzustrengen, wo kein Unterschied der Köpfe? Die allgemeine Sprache

lautet: Ich lerne nichts, weil ich nichts brauche! Ueberall Mangel an Bürgersinn, überall Teilnahmslosigkeit an dem, was ins Große, ins Zukünftige geht!'"

Wir müssen davon absehen, hier auch nur in einiger Breite jene große geistige Bewegung verfolgen zu wollen, welche das achtzehnte Jahrhundert erfüllte. Bekanntlich trat seit dem Anfang des 18. Jahrhunderts auf dem geistigen Gebiete allmählig ein so tiefgreifender Umschwung ein, daß einzelne Zweige der Wissenschaft geradezu ihre erste Entstehung von jener allgemeinen Strömung ableiten müssen, alle übrigen aber durch dieselbe in entscheidender Weise eine epochemachende Wandlung erfahren. „Daß ohngefähr die Mitte des vorigen Jahrhunderts, welches nicht mit Unrecht die eigenen Zeitgenossen als das historische oder als das gelehrte bezeichneten, für den Fortschritt der Wissenschaft unendlich belangreicher war, als das Zeitalter der Reformation, ist tief in dem Wesen und Wirken der älteren Universitäten begründet, welche in vieler Beziehung auch nach der Reformation die Träger einer stagnierenden scholastischen Tradition blieben." Und dabei lassen die protestantischen Universitäten kaum einen Unterschied erkennen.

„Sicherlich hat niemals eine Bewegung in ihren letzten Folgen so mächtig zur Befreiung des menschlichen Geistes von allen abergläubischen Schrecken beigetragen, als die Reformation. Sie errichtete eine Menge Kirchen, in denen der Geist eines maßvollen und teilweisen Skeptizismus, der so lange zur Quelle von Gesetzlosigkeit gedient hatte, sich frei bewegen und mit dem Sinne für Ordnung verbinden durfte. Sie entfernte eine Menge dogmatischer und ritualer Vorstellungen, die fast ganz allein das Gebiet der Religion eingenommen hatten, und machte jenes stetige Fortschreiten möglich, zufolge dessen die Theologie seitdem nach der Seite des Sittlichen ihren Schwerpunkt genommen hat. Vor allem minderte sie das Uebergewicht des Klerus, und bereitete dadurch den Weg zur allgemeinen Säkularisierung des europäischen Geistes, die ein so bezeichnendes Merkmal der neuen Zivilisation geworden ist." Allein so groß die Wohlthaten sind, kann man doch nicht ableugnen, daß die Reformation eine Zeitlang die Uebel gerade vermehrte, die sie beseitigen wollte. Die Ueberzeugung, daß die Vernunft auf jedem Zweig der Theologie ebenso und mit derselben unbeugsamen Strenge ihre Anwendung finde, wie jede andere Form der Spekulation, war den Menschen des Reformationszeitalters noch fremd. „Der Glaube stellte sich dem Geiste immer als Inhalt einer außerhalb des allgemein Gesetzlichen stehenden Erkenntnisform dar, als die Vernichtung oder Unterlassung des urteilenden Denkvermögens.

Treten wir an den Anfang des achtzehnten Jahrhunderts zurück, so sehen wir den deutschen Adel seine Herrschaft über mehr als Halbeuropa ausdehnen. Die sächsischen Albertiner hatten Polens Königskrone gewonnen, die hannöverischen Welfen traten an die Spitze des englischen Parlaments, die Pfälzer Wittelsbacher behaupteten noch die Herrschaft in Schweden, die Oldenburger in Dänemark und dann auch in Rußland, deutsche Prinzessinnen wurden die Gemahlinnen und Mütter der französischen Könige und in nicht zu ferner Zeit auch der russischen Zaren, ganz abzusehen von Habsburgs Herrschaft in Böhmen, Mähren, Ungarn und Italien. „Man darf nicht übersehen," sagt Nitzsch, „daß diese Schöpfungen und Resultate der deutschen Aristokratie glänzende genannt werden müssen. Mit Recht hat Häusser betont, daß das deutsche Fürstentum und der deutsche Adel vor der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts außerordentliche militärische Resultate gewonnen haben. Im Jahre 1697 wurde die französische Macht zum Stehen gebracht, 1714 war sie in eine große Niederlage hineingerissen. Gleichzeitig hat die österreichische Armee den türkischen Krieg mit den größten Erfolgen begonnen und 1718 Ungarn erobert. In den Kämpfen mit Polen und Schweden erlangte Brandenburg 1660 die Souveränetät in Preußen und 1720 im Frieden von Stockholm den Besitz der Odermündung. Die militärischen Erfolge der hohen deutschen Aristokratie hatten kriegerische Reformen in ganz Europa zur Folge: durch Türenne und Marlborough bildete sich die neue Taktik der Infanterie, durch Eugen die der Kavallerie.

Aber alle diese Erfolge bildeten höchstens eine materielle Grundlage für die Neugestaltung des deutschen Lebens. Direkt haben sie zu derselben nichts beigetragen, denn neben dem Adel entbehrten die städtischen Interessen Deutschlands in diesem Zeitraum

jeder Entwickelung. Die deutsche Industrie, und mit ihr die allgemeine deutsche Bildung hat vielleicht nie tiefer gestanden, als in der ersten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts. Die französische Industrie beherrschte seit Colbert den Süden, die englische den Norden, es war die Zeit, wo Sprache, Litteratur und französisches Zeremoniell und Modenarrheit Deutschland mit mächtiger Flut überschwemmten. Dieser einseitig aristokratischen Entwicklung Deutschlands stellte sich die Entwicklung in den anderen europäischen Kulturländern als eine durchaus verschiedene gegenüber. In Frankreich, England, Dänemark, den Niederlanden stützte sich die Entwicklung einerseits auf das Bürgertum der großen Handelsplätze wie Paris, London, Kopenhagen, Amsterdam und den Gegensatz dieses Bürgertums zu einer mächtigen Aristokratie. Aus diesem Gegensatze heraus wurden der Verkehr, die Politik, Litteratur, Kunst und Wissenschaft dieser Völker geboren.

Anders in Deutschland. Goethe schildert die litterarische Epoche, in der er geboren ward, als aus der vorhergehenden durch Widerspruch entwickelt. „Deutschland, solange von auswärtigen Völkern überschwemmt, von anderen Nationen durchdrungen, in gelehrten und diplomatischen Verhandlungen an fremde Sprachen gewiesen, konnte seine eigene unmöglich ausbilden. Es drangen sich ihr zu so manchen neuen Begriffen auch unzählige fremde Worte nötiger und unnötiger Weise mit auf, und auch für schon bekannte Gegenstände ward man veranlaßt, sich ausländischer Ausdrücke und Wendungen zu bedienen. Der Deutsche, seit beinahe zwei Jahrhunderten in einem unglücklichen, tumultuarischen Zustande verwildert, begab sich bei den Franzosen in die Schule, um lebensartig zu werden, und bei den Römern, um sich würdig auszudrücken ... Man war eben nirgends, am wenigsten bei sich zu Hause." So kam Goethe zu dem Urteil, daß der deutschen Poesie ein Gehalt fehlte, „und zwar ein nationeller". An Talenten war niemals Mangel. Da fing innerhalb des protestantischen Teiles von Deutschland und der Schweiz sich dasjenige gar lebhaft zu rühren an, was man Menschenverstand zu nennen pflegte. Die Schulphilosophie geriet in Verachtung, die neue Philosophie war „ein mehr oder weniger gesunder und geübter Menschenverstand, der es wagte, ins Allgemeine zu gehen, und über innere und äußere Erfahrungen abzusprechen." Und in dieses junge Regen trat nun „durch Friedrich den Großen und die Thaten des siebenjährigen Krieges die erste wahre und höhere Poesie." Die Preußen und mit ihnen das protestantische Deutschland gewannen also für ihre Litteratur einen Schatz, welcher der Gegenpartei fehlte, und dessen Mangel sie durch keine nachherige Bemühung hat ersetzen können." Aus den Regungen nationalen Gefühls entsprang Lessings „Minna von Barnhelm", und „diese Produktion, zwischen Krieg und Frieden, Haß und Neigung erzeugt, war es, die den Blick in eine höhere, bedeutendere Welt aus der litterarischen und bürgerlichen, in welcher sich die Dichtkunst bisher bewegt hatte, glücklich eröffnete.

Schon die kirchliche Spaltung ließ es zu einer rascheren Hebung der deutschen Nation aus geistiger Gesunkenheit nicht kommen. Vorbereitend und langsam die Technik ausbildend, hatten die gelehrten Dichter, Schriftsteller und Gesellschaften des siebzehnten Jahrhunderts gewirkt, aber so lange in den katholischen Ländern der alles beherrschende Einfluß der Jesuiten dem Eindringen der neuen geistigen Lebenselemente abwehrend entgegentrat, die sich im protestantischen Norden, trotz der im ganzen noch furchtbar mangelhaften Beschaffenheit der niederen und höheren Bildungsanstalten, bereits zu regen und zu entwickeln begannen, war an eine innere Einigung und Erstarkung des deutschen Lebens nicht zu denken. Noch immer war die Bildung in den höheren Schichten der Gesellschaft eine vorzugsweise oder ausschließlich französische, in den mittleren, die die ihrige auf gelehrten Schulen und Universitäten empfangen hatten, eine zunftmäßig lateinische, die nichtadeligen und nichtgelehrten Klassen, die eigentlichen und unbewußten Hüter deutscher Sitte und Sinnesart, blieben nicht allein allem fremd, was damals für höhere Bildung galt, es war für ihre geistige Bildung überhaupt in den protestantischen Ländern kaum gesorgt, und in den katholischen wurden sie vielfach absichtlich in Finsternis und Verdummung erhalten. Nimmt man hinzu, daß es nicht bloß an einer Stadt fehlte, die als der geistige und litterarische Mittelpunkt Deutschlands hätte gelten können, sondern daß es damals auch noch nicht einmal eine in allen ihren Teilen angenommene

Schriftsprache gab; daß die Wissenschaft noch fortwährend viel lieber im lateinischen als im deutschen Kleide auftrat, die Dichtung nicht davon abstehen zu wollen schien, sich von durchaus oder wenigstens halbfalschen Lehrsätzen leiten zu lassen, und dabei der Nachahmung fremder, und was noch viel schlimmer war, sehr fehlerhafter Muster treu zu bleiben; daß jede Erinnerung an die Zeit vor dem dreißigjährigen Kriege und damit auch alles höhere und kräftigende geschichtliche Bewußtsein in den allermeisten, die jetzt schrieben und lasen, erloschen, unsere ältere volkstümliche Dichtung so völlig in Vergessenheit geraten war, daß erst wieder auf gelehrtem Wege der Zugang zu ihr mühsam gefunden werden mußte, bevor die neue Zeit von ihr Vorteil ziehen konnte; endlich daß in dem Volke überhaupt und in den Männern der Litteratur insbesondere sich nicht einmal das Bedürfnis nach nationaler Selbständigkeit und nationaler Geltung regte; so wird es begreiflich, daß es einer vollständigen Wiedergeburt des deutschen Lebens selbst bedurfte, wenn wir wieder zu einer Litteratur mit einem echten und reichen Lebensgehalte gelangen sollten." Und diese Wiedergeburt vollzog sich denn auch in jener doppelten Weise, wie Goethe sie schilderte: durch das Wachstum des gesunden Menschenverstandes, durch die Wiederbelebung und den Fortschritt jenes alten protestantischen Geistes und durch den neuen politischen Inhalt, den Friedrich II von Preußen mit seinen Thaten dem deutschen Leben gab.

Industrie und Vernunftglaube sind zwei Parallelerscheinungen, welche uns auf einer gewissen Stufe der Entwicklung eines Volkes stets wieder begegnen. Die Schätzung, welche man der Industrie zu Teil werden läßt, die Grundsätze, nach welchen man sie ordnet, und die Bahnen, in welche man sie leitet, bestimmen nicht nur den allgemeinen Wohlstand der Völker, sondern wirken auch ohne Unterlaß mit zur Bildung ihres besonderen Charaktergepräges und folglich zur Umwandlung ihrer Meinungen."

Sehen wir auf den innigen Zusammenhang dieses Werdens, so erscheinen uns die in Bayern gemachten Versuche einer höheren geistigen Volksbildung fast problematisch. Wir wissen, daß sie nur zu wirklichen und dauernden Erfolgen führen können, wenn es gelingt, die materielle Basis für dieselbe zu schaffen. Und gerade hier setzte denn auch der Eifer Max Josefs unverzüglich ein. Er machte den Anfang mit der Verbesserung des tief herabgekommenen Staatshaushaltes. Wie es da stand, wurde oben bereits in Kürze erzählt: so ungünstig als möglich. Aber Max Joseph fing im eigenen Hause zuerst an. Die enormen Ausgaben der Hofhaltung wurden auf das der damaligen Zeit unentbehrlich scheinende Maß herabgesetzt und zwar dadurch, daß man nicht den prächtigen Hofstaat des Kaisers einfach aufhob, sondern daß man die hohen Besoldungen namentlich der obersten Hof- und Verwaltungsämter teils verminderte, teils ganz einzog. Man faßte den hohen Adel von dieser Seite, ihm die Pflicht, dem Staatswesen zu dienen, wieder lebendiger ins Bewußtsein zu rufen. Freilich, die Notwendigkeit, alles von oben machen zu müssen, die namentlich von Ickstatt vertretene Anschauung von der Nützlichkeit des aufgeklärten Despotismus ließen eine volle und durchgreifende Reform vorerst nicht erwarten. Das noch vom Vater überkommene Hofschranzentum bezog allein an Pensionen über 200000 Gulden, und wie groß das Beamtenheer war und blieb, ersehen wir aus der Thatsache, daß noch im Jahre 1777 von den 4351426 Gulden Einnahmen allein 3108000 Gulden für den Hof, Zivilverwaltung, Zinsen und Schuldentilgung verwendet werden mußten, währen das Heerwesen den Rest der Einnahmen verschlang und für Schul- und Kulturausgaben nichts übrig blieb, so daß die karg bemessenen Zuschüsse aus den ordentlichen Einnahmen nicht gedeckt werden konnten.

Mit dem ständischen Ausschuß kam es auch unter der neuen Regierung zu neuen Kämpfen. Aber der Kurfürst setzte seinen autokratischen Willen durch. Natürlich, daß die Klagen gegen die Ausländer aus diesen Kreisen ertönten, daß man dem Kurfürsten empfahl, aus den Eingeborenen seine geheimen Räte zu wählen. Die Spitze war gegen Ickstatt gerichtet, der den Reformgeist im Kurfürsten wachgerufen hatte und nun am Leben erhielt. Ickstatt hatte den Kurfürsten angetrieben, die Landschaftsverordneten zu berufen (1745). Er forderte von ihnen Eintreibung der Steuerrückstände, Abtretung der Verwaltung des Aufschlags und des Stempels an die Hofkammer, sowie die nötigen Sum-

men zur Schuldentilgung. Die Abgeordneten erwiderten mit einer klagereichen Denkschrift, denn gerade die adeligen Mißstände, gegen welche man bisher äußerst schonend vorgegangen war, wurden von jenem Befehl, die Rückstände einzutreiben, hart betroffen. Ickstatt riet auf jene Denkschrift hin zur Beseitigung der ständischen Verfassung. Da warf sich ihm der Jesuitenpater Stadler und die Kaiserin-Witwe in den Weg, aber wenn auch nicht förmlich, so wurde doch thatsächlich das Steuer- und Finanzwesen unter der rücksichtslosen Leitung des Freiherrn von Berchem in autokratischem Sinne eingerichtet und verwaltet. Eine Steuer nach der andern wurde dem Lande auferlegt, eine Abgabe nach der andern erfunden. Der gute Kurfürst nahm freilich einmal mit Schrecken wahr, daß sein begünstigter, allmächtiger Direktor der Geldangelegenheiten ein türkischer Pascha sei. Das Einzige, was dem Bedrücker der Armen darauf widerfuhr, war, daß der Kurfürst dem Minister versicherte, daß er eine schwere Verantwortung auf sich lade.

Daß das bayerische Leben sich aus sich selbst heraus neu erheben würde, war nicht zu denken. Alle Versuche der Regierung, das Nationalkapital durch Emporbringung der Landeskultur, Hebung der Viehzucht und Hopfenbau, Regelung und Mehrung der Fischereien, Anlegung von Obstgärten, Förderung des Kleebaus und Gründung von Fabriken zu mehren, blieben schon aus dem Grunde unfruchtbar, weil aus dem Volke heraus keine Antwort auf diese Anregungen erfolgte. „Der Kurfürst hätte gern den Bauer erleichtert, er erließ Reskripte zur Beförderung der Betriebsamkeit, der Gewerbe, der Fabriken, er ließ Deputationen ernennen, mit Staatsgeldern allerlei unterstützen, stellte besoldete Diener und Schreiber zu diesem Zweck an und gab den Schreibenden Titel. Es fiel aber dem schwachen Manne nicht ein, seine leidenschaftliche Jagdliebe zu beschränken, damit der benachbarte Adel ebenfalls aufhöre, des Bauern mühsamen Erwerb dem Wilde preiszugeben. Der Kurfürst ließ strenge auf seine Jagdgesetze halten, der rohe Adel, dem die Herrschaften und Güter im Lande gehörten, der Despotismus der Beamten, welche die Jagdverordnungen aufrecht hielten, vernichteten daher die Kultur, die man in der Schreibstube förderte. Das Wild vernichtete die Felder, der nicht privilegierte Landmann war in seinen täglichen Geschäften, in der Benutzung seines Eigentums auf jede Weise beschränkt. Die Pedanten des Kabinets und ihre Schreiber mischten sich in Alles. Es wurden große Summen aufgewendet, um Waren im Lande verfertigen zu lassen, die man besser und wohlfeiler vom Auslande kommen lassen konnte; diese Fabriken, und die Leute, die man dabei gebraucht hatte, waren dann dem Staate eine Zeit lang lästig und verschwanden, sobald der Zuschuß des Staates aufhörte." Die großen und vielseitigen Lasten auf Grund und Boden unterdrückten jeden Aufschwung im Keime, und der Bauer kalkulierte nicht unrichtig, als es sich um Wiederanbau der durch den Krieg verödeten weiten Landstrecken handelte: „Je mehr ich durch meine Arbeit einnehme, um so mehr muß ich an Gilden und Zehnten präftieren; was soll ich mehr bauen, als ich gerade brauche, wenn gleich der Pfarrer und der Amtmann, der Steurer und der Mauthner bei der Hand sind, mir das Beste wieder abzunehmen?"

Die erwerbenden und produzierenden Kräfte des Landes standen in einem allzugroßen Mißverhältnis nach einer Seite. Später hat Ickstatt auch hierhin sein Augenmerk gelenkt und den Grund nicht unrichtig in der jesuitischen Erziehungspraxis zu erkennen geglaubt. War doch schon im Jahre 1673 ein Dekret an die Universität erlassen worden, welches den überhandnehmenden Andrang zu den Studien beseitigen sollte. „Da schier jedermann," hieß es da, „und sogar gemeine Bürgers- und Handwerks-, ja auch teils Bauers- und unvermögliche Leute ihre Kinder ad studia applizieren, woraus dann allerhand Ungelegenheiten erfolgen, indem bei den Handwerkern, zumal denen, die gute Köpfe erfordern, ein Abgang an tauglichen Subjekten sich bezeigt und daher solche Gewerbe, wie die Erfahrung giebt, mehrenteils an die unkatholischen Orte, allwo man die studia nicht also indifferenter zuläßt, gezogen werden, dahingegen die unvermöglichen Bauernkinder, solange sie in studia sind, gemeiniglich dem Bettel obliegen und den Gemeinden sehr beschwerlich sind, auch wenn sie die studia absolviert, wegen der großen Menge dieser Leute weder im geistlichen noch im weltlichen Stand fortkommen mögen, sondern andere mit Beschwerden und schlechter Ehre vor der Thüre liegen müssen;

sollen Arme nur unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden.“ Hundert Jahre später war das Uebel nur noch größer geworden. Die zahlreichen Bettelstudenten und Pfarrkandidaten trieben sich haufenweise gleich Vagabunden umher. Ein Unterkommen ließ sich nicht für alle finden, obwohl der bayerische Säkularklerus für nicht weniger als 10800 Mann neben 5100 Ordensgeistlichen Raum hatte, und auch von diesen Geistlichen mußten viele Ueberzählige noch vom Bettel leben. „Sie zogen von einem Pflegegericht ins andere, bettelten mit zerrissenen Kleidern und schmutzigem Aeußeren von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf.“



Peter von Osterwald.

So wurde denn im März 1762 den Vorstehern der verschiedenen Jesuitenschulen befohlen, alle diejenigen Studierenden auszuschließen, die arm, talentlos oder träge und von schlechten Sitten seien. Allein mit Ausschluß ließ sich das Uebel nicht heilen. Der unbewußte Drang nach besserer Lebenshaltung, wie er im Zulauf zu den Studien sich offenbarte, war durch Polizeimaßregeln nicht zu stillen. Es mußte dafür gesorgt werden, daß die also sich herandrängenden Kräfte zu produktiver Arbeit ausgebildet würden, und dazu zeigten sich die Jesuitenschulen bei weitem nicht geeignet. Denn nicht anders, als die künftigen Kleriker wurden da alle diejenigen vorgebildet, welche sich der Jurisprudenz oder anderen weltlichen Fächern widmen wollten. „Die bayerischen Gelehrtenschulen — sagte später (1777) Lori — waren ausschließlich auf den geistlichen Stand berechnet, und alle künftigen Minister, Edelleute, Räte, Offiziere, Beamten, Kaufleute u. s. w. haben sich nach dem gemeinen Leisten eines Landpfarrers oder Religiosen erziehen lassen müssen. Da bekannt ist, daß der Gipfel der geistlichen Gelehrsamkeit bisher in der scholastischen Philosophie bestanden, und daß zur Erlernung derselben neben etwas Latein nur die Disputierkunst und die aristotelische Metaphysik erfordert wurde, so ist leicht zu ermessen, warum die deutsche Sprache, die historischen, physikalischen, mathematischen und noch andere zum Leben unentbehrliche Wissenschaften gar nicht oder auf eine höchst unvollkommene Art, nur für den Schein in den Jesuitenschulen gelehrt wurden. Aus diesen sind nach einem mehr als achtjährigen Aufenthalt die leeren Köpfe in die Juristenfakultät u. s. w. gekommen.

Schon Ickstatt hatte auf dieses Mißverhältnis die Aufmerksamkeit hingelenkt. „So lange alles zum Lateinlernen und Studieren zugelassen wird, der gemeine Mann sich glücklich schätzt, wenn aus seinem Sohn nur ein Herrle oder Münch werden kann; wenn ein Drittel der Nation sich zu Rats- und Richterstellen oder anderen Aemtern zu verwenden sucht, solange kann es um Nationalfleiß und Arbeitsamkeit nicht zum Besten aussehen; der Zehrstand wird mit Kandidaten überhäuft, die der Regent unmöglich alle zu versorgen im stande ist. Sie sehen sich also genötigt, unter dem venerierlichen Priesterrock aus dem, so in unserer geheiligten Religion für das größte Geheimnis gehalten wird, ein Gewerbe zu machen: faule Pflastertreter und zuletzt lateinische Soldaten und gelehrte Bauern abzugeben." So wurde durch den direkten Einfluß der Jesuitenschulen der Nährstand entkräftet und der Zehrstand mit so vielen zum Besten des gemeinen Wesens nichts beitragenden Arbeitern überfüllt.

Einen anderen, direkt in das soziale Leben eingreifenden Punkt, legte Ickstatt schon 1752 dem Kurfürsten in seiner Verteidigungsschrift dar, mit welcher er sich gegen die Anklage der Fanatiker, er benütze seine Professur und Direktorenstellung der Universität Ingolstadt, welche er seit 1746 bekleidete, dazu, den lutherischen Geist in Bayern zu verbreiten, verwahrte. Er leugnete nicht, daß er sich öfters geärgert, „daß man hiesiger Landen denen Mönchen- und sonderlich Frauen-Clöstern in Acquirierung weltlicher Güter allzu freye Hand lasse und nicht nach dem Exempel des Erzbischof und Kurfürsten zu Maynz eine gewisse Summe bestimme, welche zu vermachen oder auf andern Weg hineinzubringen erlaubt wäre; um so mehr, als ich wahrgenommen, daß die Frauen-Clöster die meisten reichen Parteyen hinwegfischen und den jungen Mägdingen der Beruf schon in der zartesten Jugend durch Zuckerwerk und andere dergleichen Dinge einflössen, folgliche denen Landes-Unterthanen, Bräun, Mayern und Guts-Inhabern, welche öfters sechs und mehrern Geschwistern auszufertigen haben, nichts als magere Heurathen übrig lassen, wobei nach und nach alles verderben und zu Grunde gehen muß; zumalen da der Geistlichkeit feine modi collectandi und klüglich ausgedachte Erfindungen, dem Unterthan das Geld publici ingenio aus dem Beutel zu finanzieren, von Tag zu Tag überhand nehmen."

Doch diesen Augiasstall gründlich zu reinigen, vermochte man nicht, so lange nicht die Quelle des Unrats verstopft war. Wies Ickstatt auch in seiner „akademischen Rede von dem Einfluß des Nationalfleißes und der Arbeitsamkeit der Unterthanen auf die Glückseligkeit der Staaten", die er am 28. März 1770 zur Feier des Geburtstages des Kurfürsten hielt, darauf hin, daß der überhandnehmende Bettel, die Wallfahrten, die Feiertage beschränkt werden müßten, daß man den Geistlichen- und Beamtenstand ohne Nachteil auf die Hälfte reduzieren könne, daß die Zahl der Gymnasien und Lateinschulen auf eine kleine Zahl herabgesetzt, dagegen das so geringgeschätzte niedere Schulwesen nach den Grundsätzen des bürgerlichen Lebens eingerichtet werden müsse, daß in Dorf- und Landschulen neben Religion, Pflichtenlehre und Unterricht im Lesen, Schreiben und Rechnen, auch das Vorzüglichste aus der Landwirtschaft gelehrt werden solle, daß vor allem in den Märkten und Städten für künftige Handwerker, Geschäftsleute und Künstler Realschulen angelegt werden müßten, wo Mathematik und Naturwissenschaften im weitesten Umfang zu lehren und durch Instrumente und Experimente begreiflich zu machen wären: so vermochte er selbst doch erst nach der vier Jahre später erfolgten Aufhebung des Jesuitenordens diesem Plane seine weitere, Erfolg versprechende Ausarbeitung angedeihen zu lassen. Der ihn dabei leitende Grundgedanke aber erwies sich vollkommen als eine Frucht des Aufklärungszeitalters im besseren Sinne. Man müsse neue Anstalten schaffen und dabei vor allem von dem Grundsatze ausgehen: „daß alle und jede Landeseinwohner und Unterthanen ein auf den gesellschaftlichen Verband gegründetes Recht haben, daß man sie nach ihrem Stand und Beruf in jenen Gegenständen, Kenntnissen und Wissenschaften unterrichte, ohne welche sie weder ihren häuslichen Geschäften noch bürgerlichen gesellschaftlichen Pflichten, insoweit eines jeden Standes Vollkommenheit erfordert, ein Genüge leisten können." Die Schaffung solcher Anstalten erklärte er als eine „Pflicht" des Landesherrn.

Die Schulen aber der einseitigen Verwaltung der Kirche und der Orden zu entziehen, will er gut besoldete und tüchtige Schulmeister angestellt sehen, und „die Großen der Erde möchten gegen diesen Punkt nichts einwenden, hierauf käme alles an, keine Ausgaben wären edler oder würden mehr Zinsen tragen." Es war die Beschäftigung mit der im Jahre 1747 in Berlin zuerst eingerichteten Realschule und den daher fließenden Versuchen, welche Ickstatt diesen Gedanken erfassen und festhalten ließ, es war dann die Organisation der Mainzer Schulen, welche ihm als Leitfaden auf diesem Gebiete diente. Kluckhahn hat dies in seiner trefflichen Arbeit über Ickstatt des weiteren dargethan. Das Ideal aber, welches Ickstatt vorschwebte, war für das damalige Bayern nicht zu erreichen. Wie wenig dort wirklich für neue Kulturaufgaben geschehen konnte, zeigten uns die oben angeführten Zahlen. Wir werden die Nichtverwirklichung um so begreiflicher finden, wenn wir bedenken, daß auch bis heute die volle Verwirklichung jenes Ideals vom Staate noch nicht erreicht worden ist. Die Flügel, welche zu diesem fernen Ziele tragen sollten, mußten erst wachsen, und dann in langer angestrengter Arbeit geübt und erprobt werden. Aber Ickstatts Lebenswerk blieb, wie wir sehen werden, ein fruchtreiches und segenvolles.

Schon im Jahre 1726 war endlich auch an der Universität Ingolstadt ein Lehrstuhl für allgemeine Geschichte errichtet worden. In den Jahren 1722 und 1723 hatte Max Emanuel die medizinische Fakultät mit einem Grundstück zur Anlage eines botanischen Gartens und mit einem anatomischen Theater ausgestattet. Als nun im Jahre 1746 Ickstatt die Oberleitung der Universität übernahm, wurde der Studienstoff schnell erweitert. Neue Lehrstühle für Natur- und Völkerrecht, für Kameralrecht und Feudalrecht wurden errichtet, Weishaupt der ältere wurde zum Lehrer der Institutionen ernannt. Dazu kam im Jahre 1748 ein neuer Lehrstuhl für Hebammenkunst; dann endlich wieder auf Ickstatts Betrieb wurde der alte geistige Bann gebrochen, der die Universität bisher gefesselt hatte. Im Jahre 1752 bestimmte die Regierung, daß das Commercium litterarium mit Akatholicis unvermeidlich sei und sich nicht über Gebühr einschränken lasse." Die Professoren durften sich nun ohne Zensur nichtkatholische Bücher zu ihrem Gebrauch verschaffen und über solche mit gehöriger Vorsicht auch in ihren Vorlesungen sprechen, ja im Jahre 1751 kam es dahin, daß ein Protestant an der katholischen Universität promoviert wurde. Der alte Schulplan wurde zuerst von der medizinischen Fakultät durchbrochen. Im Jahre 1752 verkündete ihr ein Dekret, daß zum medizinischen Doktorgrade das philosophische Magisterium nicht mehr erforderlich sei. Die Jesuiten remonstrierten dagegen, aber erfolglos. Dann kam mit dem kurfürstlichen Leibarzt Wolter der Reformator des medizinischen Studiums. Auf seinen Antrag wurde das System Boerhave als Norm des ganzen Unterrichts aufgestellt, und im Jahre 1760 finden wir die erste Einrichtung eines chemischen Laboratoriums, welches der Leitung des Stadtapothekers Rousseau unterstellt wurde. So ward der Chemie und feineren Anatomie der Eingang in den Universitätsbetrieb verschafft und trotz der Gegendemonstrationen der scholastischen Fanatiker blieben die neuen Einrichtungen erhalten.

Um den Zusammenhang dieses Werdens nicht zu zerreißen, wollen wir nun eines Mannes gedenken, der als vorzüglichster Mitstreiter Ickstatts angesehen werden muß, des kurbayerischen geheimen Rates Johann Georg von Lori. Im Jahre 1746 kam er als juristischer Repetitor nach Ingolstadt, wurde zwei Jahre später außerordentlicher Professor für Kriminalrecht und Rechtsgeschichte. Im Jahre 1751 von einer italienischen und Schweizerreise zurückgekehrt, wurde er zum zweiten Ordinarius der Institutionen ernannt, und nun brach der schon vorher eingeleitete Kampf des Wolffianers mit den Jesuiten in helle Flammen aus. Pfarrer Ecker, welcher, wie Lori sich ausdrückte, „einen Eckius im Kopfe hatte, weil ihm das Schicksal dessen Stelle und etwas vom Namen gelassen hatte", gab von der Kanzel herab dem Streite gegen die „Lutheraner" eine Form, welcher die Regierung nicht mehr ruhig zusehen konnte. Ickstatt verfaßte auf diesen Angriff und eine Vorladung des Kurfürsten hin die erwähnte Denkschrift, und blieb er auch in der Sache siegreich, so mußte doch Lori des Friedens halber seinen Platz räumen. Er wurde zum Hofrat ernannt und siedelte 1752 nach München über, wo sich ihm im Bergkolle-

gium bald eine neue und vielseitige Thätigkeit eröffnete. Im Jahre 1755 unternahm er eine Reise durch Böhmen und Norddeutschland. Er kam nach Berlin: „Vidi Romam!“ ruft er aus, „in Berlin und Potsdam haben wir die exercitia bewundert. Friedrich ist sein eigener Major. Wir glaubten in einer neuen Weit zu sein, so sehr ist alles von anderem unterschieden.“ In Leipzig trat er in innigen Verkehr mit Gottsched und seinen Anhängern, Frau Gottschedin wurde „sein Schatz“, und „die Ketzerinnen sind doch artige Menschen.“ Gottsched veranlaßte die Ernennung Loris zum Mitgliede „der Gesellschaft der freien Künste in Leipzig“. Das Jahr 1756 führte ihn wieder in die Schweiz, und also vorbereitet gab er sich an sein Hauptwerk, die Gründung einer bayerischen Akademie der Wissenschaften. Sein Amtskollege im Bergamte, der treffliche Dominik von Limbrunn, wie Lori ein geborener Bayer (aus Viechtach im bayerischen Wald), stellte sich sofort und energisch an seine Seite. Förderung und Verbreitung des Wissens und Bekämpfung des Unwissens und des Aberglaubens war das Ziel, die Heranziehung der hervorragendsten Männer Bayerns und Süddeutschlands der Weg zu demselben. München sollte zum geistigen Mittelpunkt des südlichen Deutschlands werden.

Am 12. Oktober 1758 traten mit den beiden zuerst der Hofrat Stubenrauch, Advokat Bergmann, der Lehrer Stigler vom Kadettenkorps, der Ministerialsekretär Lipowsky, dann die Benediktiner Döpfel, Amort und Goldhofer von Polling, Probst Innocenz und Leeb von Schlehdorf, Kennedy von den Regensburger Schotten, Pfarrer Miedamer von Dingolfing, die Augustiner Mayer und Merz, der Theologieprofessor Huber und der Hofkaplan des Herzogs Klemens Wagenecker zusammen. Der Bergwerkspräsident Graf Sigmund von Haimhausen wurde zum Präsidenten erwählt, der Minister Graf Törring und der Kanzler Kreitmayer für die Sache gewonnen. Haimhausen trug die Sache dem Kurfürsten vor, „und ergriffen von der hohen Bedeutung des Unternehmens und von Freude und Bewunderung erfüllt“, unterzeichnete der Kurfürst die ihm vorgelegte Stiftungsurkunde und den von Lory verfaßten Entwurf akademischer Gesetze am Tage der Feier seines Geburtsfestes am 28. März 1759.

Nur dem Namen nach war schon Karl Albert einst als Kurprinz an die Spitze einer nach ihm benannten litterarischen Gesellschaft, der Academica Albertina, getreten, welche durch die Herausgabe des Parnassus Boicus an der Pflege der neuerwachenden deutschen Litteratur Teil zu nehmen suchte. Die Kriegszeiten hatten den Keim wieder erstickt. Nun knüpfte die Stiftungsurkunde an jenen Parnassus Boicus wieder an, aber Gottsched riet von dieser Berufung ab. Fast ein „lautes Gelächter“ habe ihm diese Anknüpfung hervorgerufen. „Um Gottes Willen! Gedenken doch E. G. dieses Parnassus in den Schriften der Gesellschaft nicht mehr, wenn Sie nicht alle ihre Bemühungen bei dem größten Teile von Deutschland lächerlich machen wollen,“ schrieb der Leipziger Gelehrte an Lori.

Die neue „churbayerische Akademie der Wissenschaften“ teilte sich in eine historische und eine philosophische. Max Joseph verlieh ihr ein eigenes Siegel und die Selbstzensur für die Arbeiten ihrer Mitglieder, deren die junge Gesellschaft schon nach einem Jahre 96 zählte. Durch die öffentlich ausgesprochenen Worte: „Ohne Vaterlandsgeschichte keine Vaterlandsliebe“, ermunterte er besonders das Wirken der historischen Klasse, welche denn auch bald einen Oefele zu ihren Mitgliedern zählte. Kennedy, Braun, von dem wir noch bei der Förderung der bayerischen Schulreform hören werden, und Osterwald, ja selbst der Protestant Lambert wurden als Professoren an die neue Anstalt berufen, welche schon 1763 ihre eigene Buchdruckerei erhielt. Auch das astronomische Observatorium auf dem Gasteig entstand und wurde von dem Direktor des geistlichen Rates geleitet.

Die junge Anstalt entfaltete alsbald eine frische nnd vielseitige Thätigkeit. Im Jahre 1762 erschien der erste Jahrgang eines astronomisch-physikalischen Kalenders, 1763 der erste Band der akademischen und zugleich der erste Band der von Pfeffel redigierten Monumenta Boica. Im gleichen Jahre eröffnete Kennedy seine Vorlesungen über Physik in deutscher Sprache, 1764 leitete Osterwald die ersten Anfänge zu einer Ver-

besserung der bayerischen Geographie ein, worauf 1766 eine verbesserte Karte von Bayern erschien. Heinrich Braun erhielt die öffentliche Professur für deutsche „Sprach-, Dicht- und Redekunst", und gab eine deutsche Sprachlehre und ein „deutsch-orthographisches Wörterbuch" (1767) heraus.

„In keinem andern Lande hat je und in so kurzer Zeit eine Akademie den Nutzen gestiftet und den Einfluß gehabt, dessen sich die bayerische rühmen kann," und diese unmittelbare Wirkung der Akademie in ihrer ersten Zeit beruhte in erster Linie auf dem Unterschiede ihrer Bestrebungen und dem allgemeinen Bildungsstande des Volkes, auf dem Gegensatze des alten verrotteten Geisteslebens zu dem jungen und verheißungsvollen Streben der ersten Mitglieder. Kamen doch aus den Reihen der Dunkelmänner sofort die allererbärmlichsten Angriffe. Fünfhundert Jesuiten, an ihrer Spitze der Beichtvater des Kurfürsten, Daniel Stadler, erklärten ihr den Krieg. Sie beanspruchten die Zensur über die Schriften der Akademiker. Sie wurden abgewiesen. Da begann man von der Kanzel gegen die „Religionsfeinde" zu wüten. Der Zorn des Himmels, der sich in Mißwachs und Hagel bekunde, sei die Folge ihres Treibens. Pater Seidel in Landshut prophezeite in einem Singspiel des Landes Untergang. Andere folgten seinem „erhebenden" Beispiel, so der Franziskaner Leo Rauch, der das Volk gegen die Buchdruckerei der Akademie, „die Werkstätte des höllischen Feindes", mit Erfolg aufstachelte, und dem Pater Sterzinger von den Theatinern wurde es nicht verziehen, daß er in eindringlicher Rede gegen den Hexenglauben, „einen tausendjährigen, ehrwürdigen Glauben", Front zu machen gewagt hatte. Aus diesem Gegensatze gegen die Volksverdummung der vom Alter her privilegierten Religionspächter floß der unmittelbare Einfluß der Akademie in ihren ersten Jahren, die Akademiker wurden gezwungen, im Leben stehen zu bleiben und auf die Fragen des Lebens zu antworten, das Leben bewahrte sie vor allzu früher einseitiger Versimpelung in rein theoretischen Dingen. Aber in demselben Gegensatze, der einen großen Teil ihrer positiven Schöpfungskraft von vornherein beschlagnahmte, mag auch die Hauptursache der Thatsache erkannt werden, daß sich das bayerische Institut nach fünfzehnjährigem Bestehen noch immer nicht des Ruhmes der norddeutschen Schwesterinstitute erfreute. Der damalige Vizepräsident Graf Morawitzky versuchte zwar dem Kurfürsten diese Erscheinung damit zu erklären, daß er auf die Kameraderie und Käuflichkeit der Journalisten, „auf das große Geschrei" hinwies, welches in Norddeutschland über ein glücklich gelegtes Ei erhoben werde, auf das gelehrte Windmachen und gegenseitige Beräuchern, allein es ist wohl nicht zu verkennen, daß die bayerische Akademie in ihren Bestrebungen und Arbeiten damaliger Zeit weit mehr jenes universellen Charakters entbehrte, wie ihn die norddeutschen Akademien aufwiesen, und sich zunächst als ein bayerisches und mehr territorial beschränktes Institut entfaltete und entfalten mußte. Ein kräftigeres allgemeines Wirken vermochte sie erst in einer vorgeschritteneren und abgeklärteren Periode zu entwickeln, nachdem der natürliche lokale Charakter der Anfangsepoche sich mehr verwischt und die inneren Streitigkeiten beigelegt waren, welche Lori für eine Reihe von Jahren seiner Stiftung fast ganz entführten. Aber an dem geistigen Befreiungswerke des bayerischen Volkes hat die Akademie ihren mächtigen Anteil genommen. Hören wir die aufgeklärten Geistlichen gegen Aberglauben predigen, sehen wir einen Grafen Savioli für den verachteten Landmann in die Schranken treten und die Entlastung desselben von drückenden Fronen und bureaukratischer Willkür fordern; schildert ein Graf Haßlang schonungslos die sozialen und politischen Gebrechen und gießt er seinen bittersten Spott über den verrotteten Zunftzwang, der „dem geschickten Arbeiter, wenn er arm ist, den ihm von der Natur verliehenen freien Gebrauch seines Kopfes oder seiner Hände versagt, und ihn zu lebenslänglicher Dienstbarkeit verdammt", wenn er sich nicht entschließen kann, „mit irgend einer zahnlosen Meisterswitwe oder buckligen Meisterstochter vor den Altar zu treten"; sehen wir auf das Streben des ersten Akademiepräsidenten, des Grafen Haimhausen, die Wissenschaft zu großen praktischen Zielen, zur Entfaltung der Industrie und des Nationalreichtums zu verwerten: so wissen wir, wohin die gemeinsame Arbeit der Aufgeklärten aus allen Ständen in Bayern ging: gegen den alten Schlendrian, für die Verwertung der tüchtigsten Kräfte des eigenen Volkes zum allgemeinen Besten. Freiheit

des Handels, meinte Haßlang, sei zum Aufschwung notwendig, und jenes Land sei das reichste, welches die größte Bevölkerung zähle und die ausgebreitetste Industrie besitze. Kein Malchus hatte nach dem naiven Erkennen den Blick verwirrt, und so strebte man einer neuen Zeit entgegen, einer Zeit, die allerdings sich ebensowenig aus dem Nichts erschaffen ließ, wie irgend etwas anderes. Aber es war eine Frage der Zukunft, wann und wie Bayern in seiner Art den praktischen Pfaden folgen werde, die Friedrich von Preußen mit seiner Eroberungs- und Kolonisationspolitik bereits damals mit einer unvergleichlichen Energie zu wandeln begonnen hatte. Auch für Bayern mußte die Zeit kommen, da nicht mehr dynastisches Begehren und eitles, dumpfes Empfinden, sondern die klare Erkenntnis die Entwicklung des politischen Körpers in Bahnen leitete, auf welchen die Abrundung einer volkswirtschaftlichen Gesamtheit und die Schöpfung eines aus sich selbst heraus lebenden und lebensfähigen politischen Organismus zur Möglichkeit würde. Zu ihrem Fortbestehen, zu ihrer dereinstigen befruchtenden Wirksamkeit hatte die Akademie den Grund gelegt. Schon zählte ein Lorenz Westenrieder zu ihren Mitgliedern, ein Mann, der uns in der folgenden Periode mit seiner ungemeinen Thätigkeit und Arbeitslust erfreuen wird; schon hatte im Jahr 1776 Ferdinand Maria Baader seine trefflichen Vorlesungen über Naturkunde und Oekonomie eröffnet, eine Erscheinung, welche über die Zukunft hinausweist, in welcher diese Thätigkeit des menschlichen Geistes sich zur vollen Wissenschaft entfalten sollte.



Heinrich Braun.

Sehen wir von diesem Höhepunkte, an welchem auch endlich in Bayern den Wissenschaften die Freiheit und der Schutz des Staates gewährt wurde, nun hinaus ins Land, so zeigen uns Erscheinungen hier und dort, wie der Kampf des dämmernden Lichtes mit völliger Finsternis auch in anderen Kreisen seine Mitstreiter weckte und fand. In Burghausen bildete 1759 eine „sittliche landwirtschaftliche Gesellschaft“, und selbst am Sitze der wunderthätigen Madonna, in Altötting, gründete der geistliche Rat Hoppenbichl im Jahre 1766 eine „Gesellschaft der schönen Wissenschaften“. Von der Ernennung des Tegernseer Benediktiners Heinrich Braun zum Lehrer der deutschen Sprache

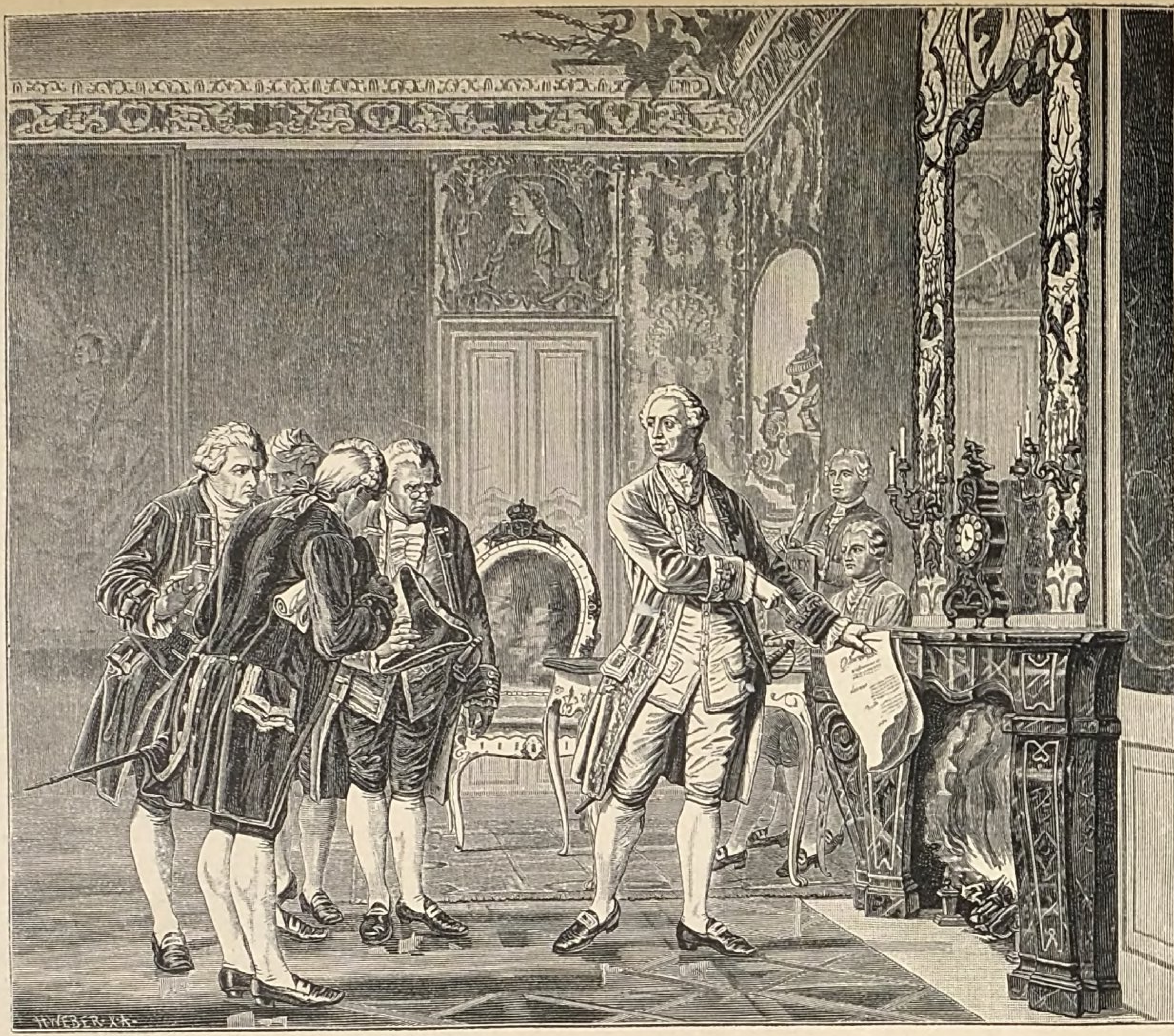
und Beredtsamkeit hörten wir bereits, und endlich war man dann auch in Regierungskreisen soweit, daß man sich entschloß, einen soliden Unterbau für die Volksbildung in der Elementarschule zu schaffen. Im Jahre 1770 begann die Reform mit einer Verordnung betreffs Neueinteilung der Schulen in sechs Klassen. Braun hatte den Plan dazu entworfen. Im folgenden Jahre wurde die Schulpflichtigkeit aller Kinder ohne Ausnahme zum Gesetz erhoben; ein wunder Punkt blieb einstweilen noch die feste Besoldung der Schullehrer. Auch diese Reform ging nicht ohne Widerstreit durch. Das Wort „lutherisch" erwies sich den Gegnern immer noch als eine vortreffliche Waffe gegen alles Bessere. Aber langsam kam man vom Fleck. Im Jahre 1771 entstand das „Real-Land-Schul-Institut" in Hepperg bei Ingolstadt, in welchem Elementargegenstände und Oekonomie gelehrt werden sollten. Die Einrichtung ging indes bald wieder zu Grunde. Am Militärspitale in München wurde der eigentliche Anfang einer chirurgischen Schule gemacht. Aber erst die berühmte Bulle Klemens XIV, „Dominus ac Redemptor", welche am 21. Juli 1783 die Aufhebung des Jesuitenordens dekretierte, schuf Raum für eine Reform im weiteren Maßstabe.

Zunächst wurde eine „Jesuiten-Fundations-Güter-Deputation" niedergesetzt, um den Vermögensstand der Jesuitenanstalten aufzunehmen. Die Jesuitengüter sollten nicht „incameriert", sondern für die Schulen verwendet werden. Dann aber handelte es sich um die Neuorganisierung der bisher von den Jesuiten geleiteten Schulen, und da wurde nun Plan auf Plan entworfen. Die Theoretiker stürzten sich an die Arbeit, die Hauptaufmerksamkeit indes zogen alsbald die Bestrebungen Ickstatts und Brauns auf sich. Ickstatt erhielt noch im Jahre 1773 den Auftrag, einen Schulplan zu entwerfen. In einer öffentlichen Akademierede trug er am 27. März 1774 seine Ansichten vor. In einem Studienplan gab er alsdann die nähere Ausführung seiner freimütigen Grundsätze. Aber ihm stellten sich sofort die alten Mächte in den Weg.

Gleichzeitig war Braun durch seinen Gönner Osterwald, den Direktor des geistlichen Rates, veranlaßt worden, einen Schulplan einzureichen. Der Kurfürst hatte eine Kommission eingesetzt, welche die Sache erledigen und zugleich für die einzelnen Zweige als Schuldirektorium fungieren sollte. Aber der Streit blieb nicht auf die Kommission beschränkt. Die Oeffentlichkeit beteiligte sich an demselben, zahlreiche Broschüren erschienen, und unter allen, namentlich als Führer der Opposition, that sich ein noch junger Geistlicher hervor, der in der humoristischen Litteratur Deutschlands noch eine bedeutende, wenn auch viel zu wenig bekannte Stellung einnehmen sollte, Anton Bucher, der nachmalige Pfarrer von Engelbrechtsmünster.

Nicht unerwartet trifft uns die Nachricht, daß aus finanziellen Gründen der Vorschlag scheiterte, weltliche Lehrer neben den geistlichen anzustellen. An den Gymnasien und Lyceen blieben die Exjesuiten als nunmehr staatlich angestellte Professoren, da der Staat für ihre Unterkunft zu sorgen hatte. Nur der einzige Bucher wurde zum Rektor der deutschen Schulen ernannt. Aber sein Freimut erweckte ihm bald die grimmigsten Hasser. Als er in einer Predigt Vorschläge zur Reinigung des wie nirgendwo anders zum leeren Formendienst gewordenen katholischen Kultus laut werden ließ, als er, zum Rektor des Gymnasiums ernannt, Vorschriften erließ, „die auf Neigungen und Versuchungen der Jugend gebührend Rücksicht nahmen, alles Treibhausartige aus der Anstalt zu verbannen und diese so umzugestalten suchte, daß die Schüler wirklich für das Leben Nutzen zögen"; als er dann gar im Jahre 1775 eine öffentliche Rede hielt, in welcher er das Lob des ehrlichen Arbeiterstandes sang, „der sich vor dem Dünkel der halbwissenden, bevorzugten Stände durchaus nicht zu beugen brauche, und helleres Licht verbreite, als mancher Heiligenschein", da rief solche Vermessenheit den stürmenden Unwillen der „Pädagogen" hervor, die Exjesuiten schrieben brennende Episteln gegen den öffentlichen Sünder, und Bucher wurde seiner Lehrstelle enthoben.

Die Kommission hatte mittlerweile aus den Plänen Ickstatts und Brauns ein Mittelding geschaffen, welches in der Schulordnung vom 8. Oktober 1774 in Wirksamkeit trat. In derselben wurde die Stufenfolge von Trivialschule, Realschule, Gymnasium, Lyceum festgesetzt. In der Trivialschule wurde der Lernstoff erweitert, durch Einführung



Max III verbrennt die ihm von den Finsterlingen überreichte Proscriptionsliste seiner trefflichsten Männer.

Nach dem Gemälde von Hauschild.

von Fleurys historischen Katechismus und des Elementarbuches der gemeinnützigen Kenntnisse; die Realschule, ein „neuer, hier unbekannter Gegenstand, sollte zwei Klassen umfassen, in welcher der Lernstoff der Trivialschule weiter und eingehender behandelt wurde. In der ersten Klasse begegnen uns Schönschreiben, Rechtschreiben, Etymologie des Deutschen, Geographie, biblische Geschichte, Rechnungsübungen, Naturgeschichte, Landwirtschaft; in der zweiten schriftliche Aufsätze, Syntax, Geographie, biblische Geschichte, allgemeine Geschichte, praktische Geometrie, Naturgeschichte mit Denkübungen, Haus- und Landwirtschaft. Bei dem Gymnasium wurden „gewohnheitshalber" die alten Namen der fünf Klassen beibehalten. Als neuer Stoff erregen namentlich deutsche und lateinische Aufsätze, dann Geschichte der Gewerbe und Erfindungen unsere Aufmerksamkeit. Am Lyceum wurde die Absolvierung des philosophischen Kurses als Bedingung des Uebertritts in das theologische Studium gemacht. Als neuer Gegenstand kam dort die Geschichte der Philosophie hinzu.

Auf Ickstatts Sonderplan, für den er Erlaubnis erhielt, denselben für Ingolstadt praktisch in Anwendung zu bringen, können wir hier nicht näher eingehen. Nur einiges sei erwähnt, wodurch sich derselbe als ein besonders tief und weitgreifender darstellt. Schon in der „Dorf- und Landschule" wollte er Naturlehre mit Berichtigung früherer Vorstellungen eingestellt sehen. In der Realschule ward den künftigen Künstlern, Gewerbetreibenden und Handelsleuten mehr Rechnung getragen, auf den Gymnasien wurde Geschichte der Gelehrten und der Wissenschaften betrieben, dann Unterricht über die besseren lateinischen, griechischen und d e u t s c h e n Autoren erteilt, ebenso in den physikalischen Wissenschaften „zur Einsicht in das Wesen und in die Eigenschaften der Dinge", während am Lyceum Vernunftlehre, Ontologie, Geschichte der Philosophie, Staatengeschichte, praktische Philosophie und natürliche Theologie neben Naturrecht begegnen.

Von diesen vorgeschrittenen Forderungen kam man indeß bald zurück. Neue Streitigkeiten begannen. Eine Menge von „Erinnerungen" und „Gegenerinnerungen", „Vorschläge" und „Gegenvorschläge" überflutete die Regierung, und als Ickstatt im Jahre 1776 starb und Osterwald zu kränkeln begann, kam Braun als alleiniger Direktor des Schulwesens obenauf. Er machte neue Pläne, die indessen keinen Fortschritt gegen Ickstatt, sondern einen bedeutenden Rückschritt erkennen lassen. Als einer seiner heftigsten Gegner trat Bucher mit neuen Publikationen in die Schranken, doch konnten dadurch Brauns bleibende Verdienste um die Reform des bayerischen Schulwesens nicht verkleinert werden.

Wir verfolgten die geistige Revolution, welche auf dem Gebiete des Schulwesens in Bayern, gestützt und getragen von Männern wie Ickstatt, Lori, Limbrunn, Braun, Bucher und anderen sich durchzusetzen wußte. Der Kern derselben bestand darin, daß die Leitung des Unterrichts und der Volksbildung zum erstenmal in die Hand der weltlichen Gewalt gelegt und den Realien eine richtige Stelle unter den Lehrgegenständen angewiesen wurde. Demselben Streben nach Stärkung der Staatsgewalt folgte Max Josef bei der Neueinrichtung des geistlichen Ratskollegiums und den in dieser Richtung erlassenen Dekreten. Wir treten mit diesen Bestrebungen mitten in den Kampf der Zeit, der auf diesem Gebiet ein Werk zu Tage gefördert hatte, das wie kaum je ein anderes, im ganzen christlichen Abendlande das allergrößte Aufsehen hervorrief.

Im Jahre 1763 erschien Justinus Febronius des kurtrierischen Weihbischofs Johann Nikolaus von Hontheim. Das pseudonyme Werk verfolgte den Zweck, den Umfang der päpstlichen Gewalt zu untersuchen, und sie in die richtigen Grenzen zu weisen, in welchen sie sich zum Segen der Christenheit zu bewegen habe. Indem die Träger dieser Autorität die Grenzen überschritten, haben sie unzählige wohlberechtigte Klagen der gesamten, namentlich aber der deutschen Christenheit hervorgerufen, die große Kirchentrennung verursacht, und diese Grenzüberschreitung ist noch jetzt die Hauptursache der fortgesetzten Spaltung der Kirche. Febronius beschwört daher den Papst, auf die Wege der alten christlichen Tradition zurückzukehren und den Kurialisten ferner kein Gehör zu schenken, welche nur alles aufbieten, um die Einheitsbestrebungen zu nichte zu machen. Das System der kirchlichen Verfassung, welches Hontheim nun entwirft, trifft im Wesentlichen mit

dem der gallikanischen Schule zusammen. Der Grundgedanke des Werks ist die Leugnung der monarchischen Verfassung der katholischen Kirche: nach Febronius erhalten Papst und Bischöfe ihre Gewalt von der Kirche, welche durch das Generalkonzil vertreten wird, das über dem Papste steht. Er leugnet nicht den Primat, wohl aber, daß derselbe notwendig mit dem römischen Bischofsstuhl verbunden ist. Ohne Annahme und Zustimmung der Kirche sind die Dekrete des Papstes weder in Dingen der Disziplin noch des Glaubens irreformabel; viele dem Papste jetzt zustehenden Rechte, wie die Konfirmation der Bischofswahlen, die Postulation, Konsekration und Absetzung der Bischöfe, Errichtung neuer Bischofssitze, Kanonisation u. a. sind zufällige Rechte des Primates. Angemaßte und falsche Rechte aber seien z. B. die Unfehlbarkeit, die Gewalt in weltlichen Dingen, die mit den Bischöfen konkurriende Gerichtsbarkeit. Dann werden eine Reihe den Bischöfen widerrechtlich entzogene Befugnisse angeführt. Darum müsse die Kirche in all diesen Dingen in den Zustand der ersten Jahrhunderte zurückkehren, in die Zeit, „ehe die pseudo-isidorischen Dekretalen die gesammte Gesetzgebung derselben gefälscht und zu Gunsten Roms umgeworfen habe.“ Und da die römische Kurie, ja selbst die allgemeinen Konzilien sich unfähig erwiesen hätten, diese Reform und dadurch die durch sie bedingte Wiedervereinigung der getrennten Kirchengesellschaften zu bewerkstelligen, so sei es an den weltlichen Fürsten, der Kirche die Freiheit wieder zu verschaffen. Jeder Fürst, namentlich aber der Kaiser, solle in seinem Reiche das anordnen, wodurch die Geltung des alten Rechts wiederhergestellt würde; zu dem Zweck sollen sie auch ein allgemeines und Nationalkonzile, selbst gegen den Willen des Papstes, einberufen, und eventuell den Gehorsam in den von der Kurie angemaßten Dingen verweigern.

Das war nun ein Werk, wie es die Zeit brauchte. Das allgemeinste Aufsehen fiel ihm zu, es erschienen Nachdrucke und Uebersetzungen in vielen Sprachen. Der Papst ließ dasselbe sofort verurteilen, bei zehnjähriger Galeerenstrafe wurde den Unterthanen des Kirchenstaates die Lektüre desselben verboten. Aber ob auch die Bischöfe es ablehnten oder sich neutral verhielten, die weltliche Gewalt nahm dasselbe auf und schöpfte aus demselben, was sie brauchen konnte. Namentlich Maria Theresia und ihr Sohn, Joseph II warfen sich zu Schützern des Buches auf, welches eine massenhafte Polemik hervorrief, an der sich auch die Jesuiten von Ingolstadt beteiligten. Die weiteren Schicksale des Buches und Autors berühren uns hier nicht, genug, daß wir in Bayern sofort auf die Aufnahme des wie ein neues Evangelium begrüßten Werkes stoßen.

Im Jahre 1766 erschien unter dem Pseudonym Veremunds von Lochstein die von Peter von Osterwald im Auftrage des Kurfürsten verfaßte Schrift: „Gründe sowohl für als wider die geistliche Immunität in zeitlichen Dingen.“ Der Verfasser war ein aus dem Fürstentum Nassau-Weilburg stammender Konvertit, der zuerst im Dienste des Kardinals und Fürst-Bischofs Johann Theodor von Bayern als Hofrat und Kabinetssekretär gestanden war. Im Jahre 1760 berief Max Joseph ihn nach München und ernannte ihn alsbald zum geheimen Rat und weltlichen Direktor des kurfürstlichen geistlichen Rates. In dieser Stellung nahm Osterwald den Hauptanteil an des Kurfürsten kirchenpolitischen Reformen und entwickelte in jener Schrift zunächst nur objektiv die von klerikaler Seite aufgestellten Gründe für die geistliche Imunität, zog dann aber mit scharfen Gründen, wenn auch ruhig, zu Felde gegen die kurialistische Theorie, besonders des Kardinals Bellarmin. In gewandter Weise bekämpfte er deren Lehre, daß die Kirche „die souveräne Beherrscherin aller christlichen Staaten“, der Papst ein „Herr aller Herren, ein König aller Könige, ein Fürst aller Fürsten“ sei, „welcher ihnen sowohl weltliche als geistliche Gesetze vorzuschreiben, sie im Uebertretungsfalle mit der Exkommunikation, Absetzung, Beraubung des Regiments oder sonst zu bestrafen“ die Macht habe, und stellte derselben die Lehre gegenüber, daß „die weltliche Macht in geistlichen Dingen unumschränkt und souverän, folglich von der geistlichen Macht völlig independent“ sei, daß somit die geistliche Imunität in zeitlichen Dingen nur in dem bürgerlichen Rechte ihren Grund haben könne. Die Argumente Osterwalds sind wesentlich Febronius entlehnt. Die Schrift rief einen Sturm hervor. Der Fürstbischof Klemens Wenzel von Freising erließ ein öffentliches Verbot dagegen, welches auch an den Kirchenthüren des Kurfürstentums an-

geschlagen wurde. Das Werk widerstreite den „wahren Grundsätzen der Kirche,“ und könne „ohne schwere Sünde nicht gelesen werden“. Da schritt die landesherrliche Gewalt ein. Durch kurfürstlichen Erlaß vom 29. August 1766 wurde das Ausschreiben des Fürstbischofs von Freising als ein „offenbarer Eingriff“ in die „Landeshoheitsrechte“ für null und nichtig erklärt, da Veremund von Lochstein nicht von Glaubenssachen, sondern nur von „landesherrlichen Gerechtsamen und Befugnissen“ spreche; die Gegenschriften, die erschienen waren, wurden mit der Abhandlung Bellarmins über die Gewalt des Papstes in zeitlichen Dingen für die bayerischen Lande verboten, weil darin irrige und grundfalsche Maximen in betreff der Grenzen der beiderseitigen Mächte aufgestellt, die Rechte der weltlichen Staaten auf eine verwegene Art angetastet und verächtlich behandelt, die Autorität der geistlichen Macht hingegen und das Regiment der Kirche mit einem politischen confundiret“ werde. Der Kurfürst selbst unternahm es, eine zweite Auflage des „Veremund“ durchzusehen und ernannte den Verfasser am 30. August 1768 zum ersten Direktor des geistlichen Rates, trotzdem die Schrift bereits am 26. Mai 1767 von der jesuitischen Camarilla am römischen Hofe auf den Index der verbotenen Bücher gesetzt worden war.

Damit nicht genug wurde auch alsbald der Versuch gemacht, die Grundsätze Veremunds auch in die Praxis überzuführen. Es wurde eine durchgreifende Umgestaltung des Ratskollegiums vorgenommen. Die Ueberzeugung drängte sich auf, daß die Räte geistlichen Standes allzu abhängig seien, um die landesherrlichen Rechte mit Erfolg verteidigen zu können. In einer späteren bayerischen Denkschrift (1782) wurde dargethan, daß „Leute geistlichen Standes, die weder Familie noch Kinder haben, ohnehin sehr selten Pflichten für den Staat fühlen. Fürst, Vaterland, Unterthanen, ja Religion selbst sieht der durch den Bischof schlecht erzogene und schlecht disziplinierte Klerus meist nur als Werkzeuge seines Eigennutzes und besseren Unterhaltes an. Der Bischof allein ist sein Fürst, sein Vaterland und Oberherr. Der Kopf ist ihm von dem Gewirre kanonischer Immunitätsgrillen immer so berauscht, daß er glaubt, er sei dem Staate gar keinen Gehorsam schuldig.“ Der geistliche Rat wurde darum im Jahre 1768, wie es vor dem Konkordat von 1583 üblich geworden war, wieder in überwiegender Anzahl mit Räten weltlichen Standes besetzt. „Alsbald begann eine schärfere Handhabung der Kirchenhoheitsrechte und eine umfassende Thätigkeit der staatskirchenrechtlichen Gesetzgebung, nachdem bereits im Jahre 1764 ein neues Amortisationsgesetz erlassen worden war.

Um der Erbschleicherei vorzubeugen und die Pflichtteilberechtigung der Kinder zu schützen, wurde befohlen, daß von den Klöstern und geistlichen Korporationen in der Zukunft nicht mehr als 2000 Gulden an Geld und Wert angenommen werden dürfte. Max verbot ferner die willkürliche Aufnahme in die Klöster, er wollte die für das allgemeine Leben immer unfruchtbarer werdende Menschensorte bis auf eine gewisse Zahl absterben lassen; sämtliche Einsiedler, die sich nur von „freiwilligem Almosen“, d. h. von Bettel und Nichtsthun ernährten, wurden zusammengefangen und in ein Arbeitshaus gesteckt. „Für die Erlangung neuer Pfründen jeder Art wurde das bayerische Indigenat als Vorbedingung erklärt; Verlöbnisse wurden „als bloß weltliche Handlungen,“ der weltlichen Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit unterworfen; die Bücherzensur, wurde ohne jede Berücksichtigung der kirchlichen, insbesondere der bischöflichen Bücherzensur, den landesherrlichen Behörden zur ausschließlichen Handhabung überwiesen; für die Ablegung der feierlichen Ordensgelübde wurde ein gewisses Lebensalter vorgeschrieben“; die Klosterkerker, in denen sich gerade neuerdings infame Szenen abgespielt, wurden abgeschafft, „die Verhängung von Gefängnis- und Leibesstrafen den Ordensoberen untersagt, der Bettel der Mendikantenorden und damit zugleich die Zahl der aufzunehmenden Novizen eingeschränkt, die Verbindung inländischer Klöster mit auswärtigen General- und Provinzialoberen gelockert und der landesherrlichen Oberaufsicht unterworfen; die geistlichen Bruderschaften wurden unter strenge Ueberwachung genommen und die Errichtung neuer Bruderschaften von der landesherrlichen Genehmigung abhängig gemacht; die Kirchenbaulast und die Verwaltung des Kirchenvermögens wurde durch landesherrliche Verordnungen geregelt; endlich wurde als allgemeiner Grundsatz ausgesprochen, was bisher

in einzelnen Fällen geübt worden war, daß für alle geistlichen Verordnungen und Gesetze das landesherrliche „Placet" erforderlich sei. Eine Verminderung der Feiertage wurde im Jahre 1772 von Papst Klemens XIV erwirkt." So wurden die meisten schon 1772 von Ickstatt gemachten Vorschläge nun in die Praxis übergeführt, und Peter von Osterwald und seine Freunde unternahmen es, die landesherrlichen Verordnungen in kirchlichen Dingen zu erläutern und zu verteidigen.

„Die bayerischen Bischöfe konnten zu den gewaltthätigen Uebergriffen der Regierung in das Kirchenwesen nicht stillschweigen, ohne ihr Gewissen zu verletzen." Sie, die bisher, ohne ihr Gewissen zu verletzen, zu aller Verkommenheit ruhig geschwiegen hatten, fühlten nun, da es sich um wenigstens für die damalige Zeit Besseres handelte, berufen, die Verteidiger der Kirche zu werden. „In einer umfassenden Denkschrift beschwerten sich die Bischöfe darüber, daß die landesherrlichen Verordnungen den Gesetzen und der Lehre der Kirche widerstritten; sie beklagten, daß das Konkordat von 1583 verletzt, durch den geistlichen Rat in die bischöfliche Amtsgewalt eingegriffen, die Handhabung der Zucht über den Klerus gehindert, Geistlichkeit und Kirchengut der weltlichen Gerichtsbarkeit und der landesherrlichen Besteuerung unterworfen, mit einem Wort die ganze Hierarchie und Disziplin der Kirche untergraben werde."

Und nicht auf die geistlichen Kreise blieb die Mißstimmung über die Maßregeln der Regierung allein beschränkt, da dieselben, wie wir schon hörten, es nicht verschmähten, das unwissende Volk gegen die Neuerer zu bearbeiten und ihm die Meinung beizubringen, „als ob eine große Veränderung, wo nicht gar ein völliger Umsturz der katholischen Religion" im Werke sei. Wurde doch im Jahre 1778 in München ein Schriftchen, „des Herrn Trublet auserlesene Gedanken über den Unglauben" verbreitet, welches die Verbesserung des Schulwesens geradezu als eine Gefahr für den Glauben bezeichnete. „Bis daher ist der Landmann noch immer glücklich gewesen, daß er von dieser gefährlichen Seuche nicht angesteckt worden. Allein da man anfängt auch auf dem Lande aller Orten die Schulen, wo sie nicht sind, einzuführen, wo sie sind, zu verbessern; da man anfängt, den Verstand derjenigen, die allein für den Pflug geboren sind, zu kultivieren, ihre Vernunft zum Denken geschickt zu machen, sie an das Bücherlesen zu gewöhnen, wie fürchten wir, daß nicht auch solche verführerische Bücher, von denen unser Deutschland leider! ganz überschwemmt ist, gelesen, und ihre gottlosen Grundsätze angenommen werden." Offenherziger ist wohl selten dargelegt worden, daß zur Erhaltung der „Hierarchie und kirchlichen Disziplin", welche so abschreckende Früchte gezeitigt hatte, das Unverständnis derjenigen, „die allein für den Pflug geboren sind", die Gedankenlosigkeit und Denkunfähigkeit des Volkes die einzige und unbedingte Grundlage bilden und bilden müssen. Und diese letzteren in umfassendem Maße zu heben, waren die Dekrete und Verordnungen des Kurfürsten, wie wir sehen werden, noch lange nicht mächtig genug. Auch da bewährte sich die Macht der Trägheit, wie sie in der bayerischen Geistesentwicklung so erschreckend erfolgreich ausgebildet und so furchtbar zu Tage getreten war.

Einen Einblick in diese allgemeine geistige Verkommenheit zu gewinnen, wollen wir eine kurze Strecke der Darstellung des trefflichen Karl von Spruner folgen, welche er in seinen Charakterbildern aus der bayerischen Geschichte über diese Zustände giebt. Ein überwiegend großer Teil des Klerus wandte seinen damals noch allmächtigen Einfluß auf das niedere Volk nicht dazu an, dasselbe sittlich zu heben, sondern es nur konfessionell zu dressieren, ja sogar seinen Aberglauben und seine oft wahrhaft lästerlichen Begriffe von Gott und göttlichen Dingen zur Füllung der eigenen Tasche auszubeuten. Quirinus- und Walburgisöl, Amulette in allen möglichen Farben und Gestalten, Hexenpantöffelchen, Teufelsgeißeln und Monikagürtel, Lucaszettel, geweihte, an Reliquien angerührte Bildchen, wunderkräftige Rosenkränze waren einträgliche Handelsartikel der Klöster, ja von den sogenannten Scheyrer Kreuzchen sollen in guten Jahren 40000 Stück abgesetzt worden sein. Das ganze Ablaßwesen und Lohnbeten nach Hunderten von bezahlten Rosenkränzen war in seiner grassesten Gestalt wieder im Schwunge. Wallfahrten und Bruderschaften, einst aus wahrhaft christlichem Geiste entstanden, wurden auf die em-



Friedrich Michael von Zweibrücken.

pörendste Weise mißbraucht, um auch dem Aermsten mit der Perspektive jenseitigen tausendfachen Lohnes, diesseits den letzten Kreuzer zu eigennützigen Zwecken oder nutzlosem Prunke abzulocken. Erst die unter dem Vorsitze des Grafen Spreti niedergesetzte Kommission ermittelte die großen in den Klöstern aufgespeicherten Reichtümer dieser Bruderschaften und geistlichen Bündnisse. Der Säkularklerus allein hatte in Bayern die Zahl von 10 800 Mitgliedern erreicht, deren jedoch immer Hunderte überzählig waren. Diese bettelten nun, zerlumpt und schmutzig, im Lande herum und wurden an hohen Fest- und Wallfahrtstagen wie Knechte von den Pfarrern zur Aushilfe gedungen. Wahrhaft gotteslästerlichen Unfug trieben die Bettelmönche mit der Unzahl von meist gut bezahlten heiligen Meßopfern, welche oft dutzendweise in eines gefaßt, dargebracht, oder wie ein gewinnbringender Handelsartikel zu Tausenden an ihre Ordensbrüder nach Italien spediert wurden, wo man sie „billiger" las. Der Anbau des Feldes, nicht des Geistes, war die Hauptsorge der meisten Pfarrer, welche selbst so naiv waren, sich von den Ordinariaten Kapläne auszubitten, die von der Landwirtschaft etwas verstünden. Hier zogen einige mit malerisch gestülpten Hüten, gepuderten Haaren, farbigen Strümpfen und tressenbesetzten Röcken, als galante Gäste der gnädigen Gutsherrschaft, oder, wenn sich's traf, auch in Gesellschaft von Wilderern zur Jagd; dort verbrachten andere ihre Zeit auf der Bierbank in anrüchiger Gesellschaft mit Würfeln und abgerissenen Karten, wieder andere pfuschten als Winkeladvokaten oder, wenn sie siegelmäßig waren, den Notaren ins Handwerk. Die Pfarrwohnungen zeigten sich nicht selten als schmutzige Bauernstuben, in denen Tiere und Menschen in schönster Eintracht lebten; die Kirchen wie vernachlässigte Scheunen, die heiligen Bilder unkenntlich, von Schimmel und Spinnweben bedeckt, die Paramente zerfetzt, der Tabernakel mit dem Allerheiligsten unverschlossen, das Taufwasser voll Würmer. So war es damals im frommen Bayerland mit der Religion und ihren Dienern beschaffen, und diese Schilderung ist nicht etwa das Produkt böswilliger Fantasie, versichert Spruner, sondern meist wörtlicher Auszug aus den Visitationsakten.

Wo möglich noch schlimmer stand es in den Klöstern. In ihren Mauern herrschten gar häufig nur Unwissenheit, Neid, Faulheit, Völlerei und rohe Genußsucht in den männlichen, kindische Spielereien mit Heiligenbildern, Herabplappern unverstandener Gebete, Zank und bittere Feindschaften, Eifersucht auf die oft nicht sehr unschuldige Gunst des Pater Beichtvaters, die selbst so weit ging, daß er besonders Bevorzugten beim heiligen Abendmahle mehrere Hostien auf einmal reichte, in den weiblichen; brutale Verfolgungssucht in den meisten. Jede menschenwürdige Regung des Geistes wurde in heimlichen Gerichten, bei den Frauen selbst mit raffiniert lüsterner Scheußlichkeit durch Schläge, Foltern und unbarmherziger Kerkerhaft bestraft. Die unglücklichen Opfer standen unter dem eisernen Gesetz der „heiligen Obedienz", welches oft das Eckelhafteste und Sinnloseste, was Klosterwitz erdenken konnte, als Beweis christlicher Demut forderte. Sie waren schutz- und rettungslos der Willkür ihrer unvernünftigen und rohen Oberen verfallen. Solche heimliche Tyrannei hatte den allzu aufgeklärten Pater Nonos Gschall zu Oberaltaich mit Hunden gehetzt und zum Selbstmord getrieben; sie hatte eine junge Nonne im Angerkloster zu München in einem verpesteten Loche zum Tode verdammt, aus dem das schuldlose Opfer, gebrochen an Geist und Körper, erst nach sechs Jahren erlöst wurde. Es läßt sich denken, welch schweren Stand da eine Regierung haben mußte, die entschlossen war, das Unheil zu hemmen und die Quelle zu verstopfen, die ihren Unrat aus diesen Brutstätten der Dummheit und Niedertracht stromweise über das Land ergoß.

Die Macht der Gewohnheit zeigte sich in ihrem ablehnenden Wesen gegen jede Aenderung, als die Aufhebung des Jesuitenordens in Bayern bekannt wurde. Hatte doch seine zweihundertjährige Herrschaft im Lande das ganze bayerische Leben mit einer Fülle von Elementen durchsetzt, welche auch die Interessen des einzelnen Bürgers und Bauers mit denjenigen des Ordens zu verknüpfen verstanden. So wundert es uns nicht, daß in den Wirtshäusern die Schimpfreden auf den Papst widerhallten, und an den Straßenecken die ärgsten Schmähschriften auf Klemens XIV angeheftet wurden. In

Bayern wurde auf die Gesellschaft bald das Wort der Schrift angewendet: „Sie ist nicht gestorben, sie schläft nur!“, und wir sahen bereits, welche Stellung den Exjesuiten im Unterrichtswesen eingeräumt wurde.

Von der Grundlage ausgehend, daß ein Umschwung der geistigen Entwicklung Bayerns nicht zu erwarten war, bevor nicht ein solcher in der volkswirtschaftlichen Haltung eingetreten war, wenden wir unsere Aufmerksamkeit nun nach dieser Seite. Um die Wunden, die der Krieg dem Lande geschlagen hatte, zu heilen, ließ sich der menschenfreundliche Regent nicht bloß möglichste Sparsamkeit angelegen sein, sondern war auch bemüht, dem Lande neue Hilfsquellen zu erschließen. Was in Bayern damals auf dem Gebiete geistiger Produktivität erzielt wurde, läßt sich nur mit dem verhältnismäßigen Wohlstande der Residenzstadt München erklären, welcher zu der finanziellen Notlage des Landes in großem Kontraste stand. Von der Residenz indeß wußte der Hoffourier des Pfalzgrafen Friedrich Michael auch nur zu erwähnen, daß die Häuser „sehr hoch und von außen her mit allerhand Stukkatur geziert seien, welches so lange es neu ist, sehr guten Ansehens, allein bald hernach ein gar schlechtes Alter gewinnt.“ Das Land hielt er für eines der fruchtbarsten, „der gemeine Mann sehr fromm.“ Der Notlage des letzteren abzuhelfen, sehen wir Haimhausen bedächtig seine Maßnahmen treffen. Im Jahre 1751 zum Rat, Obristmünzmeister und Oberbergwerksdirektor ernannt, verbesserte er die Münzeinrichtungen, berief den bekannten Münzmeister Dr. Jaster von Mainz und wies dem durch seine Arbeiten berühmt gewordenen Modelleur Fr. Andreas Schega eine seiner Befähigung entsprechende Thätigkeit zu. Nicht minder schöpferisch ging er im Berg- und Hüttenwesen vor. Unterstützt von dem Geognosten Mathias Flurl wußte er die in verrottetem Zustande vorgefundenen Einrichtungen so zu heben, daß sie in vielen Dingen für ganz Deutschland mustergiltig wurden. Auch die Gründung der Porzellanfabrik, welche 1747 in Neudeck bei der Vorstadt Au aus kleinen Anfängen emporwuchs, knüpft sich an den Namen Haimhausen. Das Verfahren bei Anfertigung des Meißener Porzellans wurde noch immer geheimgehalten. Trotzdem war es geglückt, teilweise hinter das Geheimnis zu kommen, und an die Anstalten von Meißen, Wien, Höchst und Fürstenberg reihte sich nun die bayerische als fünfte an.

Der Hafnermeister Johann Niedermeyer, der in der Schäfflergasse in München seine Werkstatt hatte, war in seiner Jugend nach Sachsen gekommen und hatte sich einige Kenntnisse des Meißener Geheimnisses angeeignet. Er begann zu probieren. In Bayern selbst, im Landgericht Wegscheid, fand er eine brauchbare Erde. Der Kurfürst wurde aufmerksam. Er ließ einen Hilfsarbeiter aus der Wiener Porzellanfabrik kommen. Allmählig kam man weiter, und im Jahre 1758 siedelte die junge Fabrik in das dem linken Schloßflügel gegenüberstehende Haus in Nymphenburg über. Schon 1762 glaubte ein Italiener den Nymphenburger Erzeugnissen den zweiten Rang zuerkennen zu dürfen. Freilich, widrige Geschicke und Mißgriffe blieben nicht aus. Aber die Anstalt wuchs trotz alledem weiter, wenn sich auch die Hebung des Nationalwohlstandes nicht so schnell bewerkstelligen ließ. Andere Unternehmungen der Hofkammer, so mit den Eisenhüttenwerken Max-Josephsthal und Kiefer scheiterten dagegen gänzlich.

Noch nach einer andern Seite fielen die Blicke des Kurfürsten. Die Folge des so gänzlich im Argen liegenden niederen Schulwesens wie der dauernden Kriegsnot war eine wahrhaft erschreckende Verwilderung der Sitten, und gegen diese versuchte man es in der ersten Hälfte der Regierungszeit Max Josefs mit grausamer Härte. Man glaubte, durch Hängen, Köpfen und Rädern — in München allein wurden während Max Josefs Regierungszeit neunundachtzig Hinrichtungen vollstreckt — dem Uebel Einhalt thun zu können. Selbst noch im Jahre 1773 ertönt die Klage: „Man lebt leider dermalen in solchen Zeiten, wo aus Nachlässigkeit des weltlichen Cleri und der Beamten die gemeinen Schulen auf dem Land völlig verwahrlost und das meiste Landvolk ohne genugsamen Unterricht in dem Christentum und guten Sitten aufwächst. Was Wunder denn, wenn unter dem gemeinen Volk alle Laster und insonderheit die Dieb- und Räubereien solchergestalt überhand nehmen, daß alles Hängen, Köpfen und Radbrechen nicht zureichen will, diesem Uebel Einhalt zu thun.“ Abnahme des Wohlstandes, Abnahme der Geistespflege,

Verwilderung des Volkes, Mehrung der Verbrechen, Niedergang der Steuerkraft und dem gegenüber eine rasche Steigerung der Steuerlast — das war der trostlose Zustand, dem sich Max Josef gegenüber sah. Als Mittel gegen solche Verwilderung erschien ihm die Reform der Gesetze, und in dem Freiherrn Wigulaus Aloys von Kreitmeyer fand er den ihm dazu notwendigen Gehilfen. Nach dem Abgang Unertls wurde Kreitmeyer im Jahre 1750 zum Vizekanzler ernannt. Er erhielt den Auftrag, das Strafrecht zu verbessern und einen Codex criminalis zu verfertigen. Kreitmeyer entledigte sich dieses Auftrages innerhalb eines Jahres. Schon 1751 erschien der Codex und wurde am 7. Oktober durch Mandat zum Gesetz erhoben. „Dieses Gesetzbuch ist nicht mit Tinte, sondern gleich dem drakonischen mit Blut geschrieben. Die Mittel, welche zur Aufrechthaltung der öffentlichen Sicherheit und Erzwingung des Rechtsstandes angeordnet werden sollen, müssen, wie die Gesetze selbst, ethisch, d. h. zweckmäßig, dem Sittengesetz angemessen sein: diese Mittel aber sind in Kreitmeyers Codex nichts weniger als dem Moralgesetz angemessen; denn außer Schlagen und Peitschen, Brennen, Zwicken und noch andern schrecklichen Martern der Tortur, Henken, Köpfen, Rädern, Vierteilen derjenigen, welche durch böse Handlungen diese Sicherheit gefährden oder auch nur in etwas die in Rechtsgesetze verwandelten moralischen Vorschriften übertreten, kommen keine anderen Vorschriften vor." Das Empörendste aber in diesem Gesetze war, daß die strengen Gesetze nur für das gemeine Volk galten und man den vornehmen Verbrecher schonte, oder mit geringen Strafen belegte. Grausamer noch als die Strafe war die Ermittlung der Schuld. Die Folter mit allen ihren greulichen Variationen blieb da in Thätigkeit. Mit dieser Schergengerechtigkeit stach man in ein Wespennest. Jetzt erst scheuchte man die Nachtvögel auf und erhielt einen wirklichen Einblick in den Umfang der Verelendung der ganzen Bevölkerung. Das Land zeigte sich auf einmal voll von Gaunern, Schelmen, Dieben, Mördern und Verbrechern aller Art. Schergen und Schinder und Scharfrichter hatten Jahr aus Jahr ein alle Hände voll zu thun, und „nie sind in einem Lande mehr Menschen hingerichtet worden, als in den zwanzig Jahren, in welchen dieses Gesetzbuch galt." Nur in dem einen, zudem wenigst bevölkerten Rentamt Burghausen fanden in dieser Zeit 1100 Hinrichtungen statt. Was es nützte, ersehen wir aus der Thatsache, daß die Henkersarbeit nicht ab- sondern zunahm.

Besseres Glück hatte Kreitmeyer mit seinem Zivilkodex, welcher seinem Scharfsinn ein glänzendes Zeugnis erteilt, obschon dem Charakter der Persönlichkeit und des Zeitalters gemäß, nicht eigentlich Neues, sondern nur größere Bestimmtheit der Begriffe und lichtvolle Darstellung die Hauptstärke des Gesetzbuches ausmachen. Nicht durch Aufstellung eines neuen Systems oder Umgestaltung wichtiger Disziplinen hat Kreitmeyer bahnbrechend auf die Rechtsentwicklung gewirkt, sondern zu sehr am Ueberlieferten und Hergebrachten festhaltend, war es vielmehr sein ungewöhnlich praktischer Blick, seine ausgedehnten praktischen Kenntnisse, seine staunenswerte Belesenheit, seine Leichtigkeit und Energie des Schaffens, sein durchdringender Verstand, was dem Werke zu statten kam. Von jenem ernst philosophischen Geiste, mit welchem kaum ein Jahrzehnt später der Mailänder Marchese von Beccaria, durch Montesquieu angeregt, die Untersuchungen „über Verbrechen und Strafen" anstellte, Untersuchungen, welche im ganzen gebildeten Europa das höchste Aufsehen erregten und auf die Gesetzgebung der verschiedensten Länder nachhaltigen Einfluß ausübten, findet sich in Kreitmeyers Arbeiten noch keine Spur. Nach dem Tode des Kanzlers Praidlohn (1758) rückte er als Kanzler an die Spitze der Staatsgeschäfte. Durch ihn errang Bayern die Ehre, auf dem Gebiete der Justizkodifikation den übrigen deutschen Staaten vorangegangen zu sein, eine Thatsache, welche wir in ihrer symptomatischen Bedeutung für die damalige Entwicklung Bayerns kaum hoch genug anschlagen können.

Eine andere, nicht minder bedeutsame Erscheinung war das allmähliche Wiedererwachen des sozialen Geistes in kleinen, aber doch in die Zukunft weisenden Keimen. Das Waisenhaus zum hl. Andreas in München legt noch heute Zeugnis ab von dem stillen segensvollen Walten eines armen Faßbinderssohnes aus der Au. Im Winter des Jahres 1742 sammelte Johann Poppel zuerst ungefähr dreißig Knaben und Mäd-



A. W. Kreitmeyer von Offenstetten.

chen, die verkommen und verlassen als Waisen ihr elendes Dasein hungernd und bettelnd dahinlebten. Er ward ihr Vater, und sein Werk wuchs, ob er gleich angefeindet und mit Verleumdungen überschüttet wurde von denen, deren Stellung und Beruf sie zu freudiger Anteilnahme hätte bewegen sollen. Das Waisenhaus wurde gebaut, und Max Josef unterstützte die gute Sache, es wurde gebaut mit Rücksicht auf das spätere Leben der Pfleglinge.

Ganz anders die 1771 zu Hepperg gegründete Real-Landschule, in welcher als Gegenbild der nichts mehr schonende rein industriell-materialistische Sinn in die Erscheinung trat. Da sollten auch Waisen zusammengebracht werden, dreihundert an der Zahl, aber keines der Kinder durfte unter sieben Jahre alt sein — „früher wären sie ja zur Arbeit noch unfähig gewesen.“ Zum Flachs- und Wollspinnen, Band- und Florwirken, Spitzenklöppeln, Zwirnen und Nähen sollten die Kleinen abgerichtet und daneben in Wirtschaft, Küche und Garten verwendet werden. Aber die kaufmännische Spekulation entsprach nicht der pomphaften Ankündigung, und ein großer Teil der Kinder verkam im Elend. So erreichte glücklicherweise das mehr als Strafarbeits- denn als Waisenhaus erscheinende Institut kein hohes Alter. Es wurde nach sieben Jahren von dem Nachfolger Max Josephs aufgehoben.

Im Jahre 1747 war in München eine Doppelhochzeit gefeiert worden. Der Kurfürst vermählte sich mit der sächsischen Prinzessin Maria Anna, und seine älteste Schwester, Maria Antonie, reichte dem sächsischen Kurprinzen Friedrich Christian die Hand. Nun, wo das kursächsische Haus zum Katholizismus zurückgetreten und die Entwicklung Sachsens zum Stillstand gekommen war, fand Wittelsbach den Weg zum Anschluß an Norddeutschland wieder. Damals leuchtete noch einmal das Schloß Adelaidens und Max Emanuels in märchenhafter Pracht. Des Kurfürsten Schwester Maria Antonie war eine hochbegabte Sängerin, Komponistin und Malerin. „Den Schmuck ihres Jahrhunderts, die Blume der deutschen Prinzessinnen,“ nannte sie Friedrich der Große, der nach Beendigung des siebenjährigen Krieges mit ihr lebhaften Briefwechsel unterhielt. Welch warme Verehrung der große König, der von den Frauen im allgemeinen ein so ungünstiges Urteil hegte, der seltenen Frau widmete, bezeugen die Worte, womit er sich nach einem Aufenthalt der Kurfürstin in Sanssouci über seine Einsamkeit tröstete: ‚Ich rufe mir mit süßer Genugthuung ins Gedächtnis zurück, daß hier in diesem Zimmer Diva Antonia mich mit ihrem Besuche beehrte; ich blicke mit Andacht auf die Stätten, die ihr Fuß berührte; ich erinnere mich jedes einzelnen Wortes, das sie sprach, ich glaube sie noch vor mir zu sehen, zu hören‘ (Heigel).

Während diese Tochter Kaiser Karls VII wittelsbachische Kunstliebe nach Dresden trug und dort einen Kreis von hervorragenden Musikern und Malern um sich sammelte, schien das bayerische Hofleben ganz in altväterischer Genügsamkeit erstarren zu wollen. Nur die Musik fand in der kurfürstlichen Familie treue Pflege, da alle Mitglieder derselben selbst ausübende Musiker waren. Freilich beherrschte noch vollkommen französische und italienische Musik und Komödie das Feld, und erst in den sechziger Jahren begann man endlich am deutschen Schauspiel auch in München Geschmack zu finden. Die Verketzerung der „lutherischen Dichter“ verfing nicht mehr, da man aus Klopstocks Messias, aus Höltys und der Stollberge Schriften ihren christlichen Sinn, ihren glühenden Patriotismus erkannt, der Kurfürst Lessings „Minna von Barnhelm“ und „Emilia Galotti“ als seine Lieblingsstücke erklärt, und seine Gemahlin nicht verschmäht hatte, als deutsche Schriftstellerin aufzutreten.

Schon im Jahre 1755 war der Gedanke einer Verbindung der jüngsten Tochter Karls VII, der Prinzessin Josefa, mit dem ältesten Sohne der Kaiserin Maria Theresia aufgetaucht. Doch der Plan wurde fallen gelassen, und Josef verlobte sich mit Isabella von Parma. Was die Blicke des Wiener Hofes nach München richtete und sie auch nach der Vermählung des österreichischen Thronfolgers in dieser Richtung festhielt, war die Aussicht auf Landerwerb durch solche Verbindung, da Max Josefs Ehe kinderlos blieb. „Namentlich Fürst Kaunitz, der im April 1753 die Führung der auswärtigen Angelegen-

heiten übernommen hatte, trug sich schon früh mit Annexionsplänen. Aber der siebenjährige Krieg fiel ein und verschob das Konzept des Wiener Hofes.

Es ist hier nicht der Ort, den Gang des siebenjährigen Krieges im einzelnen zu verfolgen. Nur im großen Ueberblick können wir uns die Lage vergegenwärtigen und die Veränderungen betrachten, welche er hervorrief. Nach Beendigung des österreichischen Erbfolgekrieges waren Maria Theresia und ihr Minister Kaunitz unablässig bemüht gewesen, Bundesgenossen zu finden, deren Beistand die Wiedererwerbung des verlorenen Schlesiens ermöglichen könnte. Es gelang durch den am 1. Mai 1756 mit Frankreich abgeschlossenen Vertrag von Versailles. Es war ein Defensivvertrag, hervorgerufen durch das Bündnis, welches Friedrich II am 16. Januar mit England geschlossen hatte. Schon am 11. Januar 1757 trat auch Rußland diesem Defensivbündnis bei und noch im gleichen Jahre, am 1. Mai 1757, hatte Kaunitz beide Mächte soweit gebracht, die Ansprüche Oesterreichs ganz und voll vertreten und durchsetzen zu wollen.

Friedrich kam dem geplanten Angriff durch Angriff zuvor. Er bemächtigte sich des sächsischen Landes. Dresden mußte am 15. Oktober 1756 kapitulieren. In mächtigen Wogen durchbrausten nun die Kriegsfluten das mittlere Europa. Am 17. Januar 1757 hatte der Reichstag den obschwebenden Krieg als Reichskrieg erklärt, zu dem auch Bayern sein Kontingent stellte, während es die noch übrigen Truppen (6800 Mann) gegen eine jährliche Subsidie an Frankreich überließ. Im Juli vereinigten sich diese Truppen bei Nürnberg mit der sogenannten Reichsarmee, einem Haufen von Menschen, der eher alles andere als eine Truppe genannt werden konnte. Am 6. Mai hatte Friedrich der Große bei Prag die Oesterreicher in blutiger Schlacht besiegt, aber am 18. Juni ward er durch den Feldmarschall Daun bei Kolin gezwungen, die Belagerung der böhmischen Hauptstadt aufzugeben und Böhmen selbst zu räumen. Schließlich behauptete aber die unverdrossene Kühnheit des Preußenkönigs das Feld. Am 5. November schlug er die Franzosen und die Reichsarmee bei Roßbach, am 5. Dezember errang er seinen großen Sieg über die Oesterreicher bei Leuthen, der Schlesien dem Könige wiedergab.

Prinz Josef Friedrich von Sachsen-Hildburghausen hatte das Kommando der bei Roßbach geschlagenen Reichsarmee niedergelegt. Am 16. Februar 1758 ernannte Kaiser Franz I den Pfalzgrafen Friedrich Michael von Zweibrücken zum Oberbefehlshaber der Reichsarmee, und an der Spitze dieser Truppe hat denn der Stammvater des heutigen bayerischen Königshauses geleistet, was zu leisten war. Nach der Schlacht bei Roßbach hatte sich die geschlagene Armee in ein Lager bei Nürnberg zurückgezogen. Am 15. Mai 1758 trat sie unter dem neuen Befehlshaber den Marsch nach dem westlichen Böhmen an. Hier vereinigte sie sich mit einem österreichischen Korps und erwartete den Anmarsch der österreichischen Hauptarmee. Ihr gegenüber hielt Prinz Heinrich von Preußen die Stadt Pirna besetzt. Daun, der nun heranrückte, beabsichtigte den Prinzen im Rücken zu fassen und von Dresden abzuschneiden. Aber die Nachricht von dem Siege der Preußen bei Zorndorf über die Russen und von der bevorstehenden Rückkehr des Königs von Preußen nach Sachsen hinderte die Ausführung des Planes. Prinz Heinrich war in Gefahr. Der königliche Bruder eilte herbei, Daun zu einer Schlacht zu locken. Aber Daun überraschte den König am 14. Oktober bei Hochkirch und schlug ihn. In voller Ordnung indeß erreichte Friedrich Schlesien.

Ein Vorstoß des Pfalzgrafen Friedrich Michael gegen Torgau und Leipzig mißglückte, und der Pfalzgraf führte die Reichsarmee nach Franken in die Winterquartiere.

Das Jahr 1759 sollte den kombinierten Angriff der Gegner gegen Berlin bringen. An 400000 Mann standen gegen den König von Preußen unter den Waffen. Er sah sich auf die Defensive beschränkt. Am 12. August traf ihn der schwerste Schlag. Bei Kunersdorf siegten die Russen und Laudon über ihn, am 4. September übergab Schmettau Dresden, und es war der Pfalzgraf, welcher den Fall der sächsischen Hauptstadt herbeigeführt hatte, doch gelang es dem General Wunsch, Torgau und Wittenberg wieder für den Preußenkönig zu besetzen. Friedrich wollte nun Daun mit möglichst großen Verlusten aus Sachsen vertreiben. Er entsandte den General Fink in Dauns Rücken. Daun aber griff am 21. November den General bei Maxen an und zwang das ganze

preußische Korps zur Waffenstreckung. Mit diesem berühmt gewordenen „Finkenfang" schloß der sächsische Feldzug im Jahre 1759. Daun überwinterte in der Nähe der sächsischen Hauptstadt, die Preußen lagen in unmittelbarer Nähe, die Reichsarmee aber ging wieder nach Franken zurück.

In den folgenden Jahren wurde mit wechselndem Erfolge weitergekämpft. Friedrich wehrte sich mit der ganzen Kraft der Verzweiflung, und schon rechneten Preußens Widersacher mit Sicherheit auf seinen Untergang. Da starb am 5. Januar 1762 die Kaiserin Elisabeth von Rußland, und ihr Nachfolger Peter III schloß Waffenstillstand und dann Frieden mit Preußen (6. Mai). Am 22. Mai folgte diesem Abkommen der Friede Preußens mit Schweden. Hierdurch verschwanden alle Gefahren im Norden, und obwohl die Gewaltsamkeiten Peters III eine Bewegung hervorriefen, die seiner Laufbahn in kurzem ein Ziel setzte, so war doch von der neuen Gebieterin, seiner Gemahlin, die durch seine Katastrophe emporkam, kein Rückfall in das alte System zu erwarten. Katharina II entzog dem Bündnisse mit Oesterreich die alte offensive Tendenz gegen Preußen. Und während Maria Theresia so die Unterstützung der Russen verlor, entging ihr auch die andere, welche in der Verbindung mit Frankreich lag.

Denn endlich war es der französischen Nation zum Bewußtsein gekommen, daß sie durch den gleichzeitigen siebenjährigen Seekrieg mit England unberechenbare Verluste erlitt. England hatte diesen Krieg gegen Frankreich und später auch gegen das mit Frankreich verbündete Spanien geführt, um den Besitz und die Behauptung der allseitigen Ansiedelungen und Erwerbungen in und außerhalb Europas. Um Kanada namentlich begann schon im Jahre 1755 das Ringen. Die Engländer hielten den Zeitpunkt für günstig, die Franzosen gänzlich vom nordamerikanischen Festlande zu vertreiben. So wurde gekämpft im Mittelmeer, in Spanien, in Italien, Afrika und Nordamerika. Es war das Ringen Englands um die Vorherrschaft als kolonisierende Weltmacht. Und von Jahr zu Jahr stieg die Ueberlegenheit der britischen Flotte. Schon fühlte man sich stark genug, die spanische und französische Seemacht zugleich niederzuwerfen. Doch dem Friedensbedürfnis des englischen Volkes kam der Thronwechsel zu Hilfe. Am 25. Oktober 1760 folgte Georg III seinem Großvater als König von Großbritannien und Irland und Kurfürst von Hannover. Der junge König glaubte erst in den vollen Besitz der Krone zu gelangen, wenn er sich der Partei entledigte, die bisher am Ruder gewesen war. Am 3. Oktober 1761 stürzte Pitt, und das verhaßte Regiment Bute begann im Mai 1762. Sofort stellte Bute die Subsidienzahlung an Preußen ein. Am 3. November 1762 wurden zu Fontainebleau die Friedenspräliminarien Großbritanniens, Frankreichs und Spaniens unterzeichnet, denen Portugal am 22. November beitrat. Im Pariser Frieden vom 10. Februar 1763 gab Bute eine Reihe von Eroberungen auf, doch behielt Großbritannien Kanada, die Inseln Kap Breton, Granada, Dominique, S. Vincent und Tabago und die ostindischen Gebiete und empfing Florida von Spanien. Diese großen Veränderungen legten auch Maria Theresia den Gedanken an Frieden nahe. Sie mußte sich in den Verlust Schlesiens finden, und auch Kaunitz widersetzte sich trotz seiner Abneigung gegen Preußen ihren Bestrebungen nicht länger. Aus dieser Verflechtung der Dinge entsprang der Friede, der zuletzt zu Hubertusburg zustande kam.

Vom Wiener Hofe selbst war der Antrag dazu ausgegangen. Sachsen vermittelte. Die Grundbedingung war, daß Friedrich zu keiner Abtretung irgend einer Art verpflichtet sein sollte. Was er unter dem mannigfaltigsten Wechsel von Glück und Unglück und unter den größten Anstrengungen auf Leben und Tod vereinigt hatte, das wollte er auch behaupten. Am 30. Dezember 1762 hatten auf dem Schlosse des Kurprinzen von Sachsen die Verhandlungen begonnen. Am 5. Februar erfolgten die Friedenspräliminarien, und nachdem Großbritannien und Frankreich am 10., das deutsche Reich am 11. Februar ihren Frieden gemacht hatten, unterzeichneten die Bevollmächtigten am 15. den definitiven Frieden, womit der siebenjährige Krieg endete. Das Reich wurde in den Frieden eingeschlossen. Oesterreich und Preußen entsagten gegenseitig allen Ansprüchen auf Land und Leute, Preußen behielt seine schlesischen Eroberungen, die Friedensschlüsse von Breslau und Berlin (1742) und von Dresden 1745 wurden erneuert. Kaiserin-Königin

und König garantierten einander alle deutschen Besitzungen und verabredeten einen Handelsvertrag zum Besten ihrer Unterthanen. Der westfälische Friede und alle Reichsgrundgesetze wurden bestätigt. In Geheimartikeln versprach Friedrich II dem Erzherzog Josef die brandenburgische Kurstimme zur römischen Königswahl und die Förderung des österreichischen Anwartschaftsgesuches auf Modena. Der Dresdener Friede wurde dann auch mit Sachsen bestätigt.

Im November 1763 starb Isabella, die Gemahlin des österreichischen Thronfolgers. Der Hubertusburger Friede hatte den Verlust Schlesiens endgiltig bestätigt. Was Wunder, wenn sich nun die Blicke der Wiener Diplomaten wieder ganz nach jener Seite richteten, die man ehedem verfolgt und dann mit der Aussicht auf Schlesien verlassen hatte. Maria Theresia drang auf sofortige Wiedervermählung ihres Sohnes, und Josefa, die bayerische Prinzessin, war es, welche dem Thronfolger zur zweiten Gemahlin bestimmt wurde. Als Josef im März 1764 nach Frankfurt zur Königswahl reiste, wurde die Gelegenheit zu einer Annäherung wahrgenommen. Aber Josef wies den Gedanken ab. Erst ein Jahr später gab er dem Drängen der Mutter nach und traf mit Max Josef und seiner Schwester in Straubing zusammen. Es war ein trauriger Bund, der da eingegangen wurde. Am 10. Januar 1765 wurde der Ehekontrakt zu München unterzeichnet, am 23. zu Schönbrunn die Trauung vollzogen. Was der neuen Königin an Schönheit abging, suchte sie nach Vermögen durch ein freundliches Wesen zu ersetzen, allein der Ersatz reichte für einen Josef nicht aus. Er blieb seiner Gattin fremd, und der Mann, dem man sonst gewöhnlich Leutseligkeit und Liebenswürdigkeit im Uebermaße nachgerühmt, hatte für die arme Frau nur harte Worte und frostige Zurückweisung. Am 28. Mai 1767 schon ist Josefa an den Blattern gestorben. Kein Mensch kümmerte sich darum, am wenigsten der eigene Gemahl, der selbst dem Leichenbegängnisse fern blieb. Eine politische Ehe — das ganze Menschenwidrige und Menschenunwürdige offenbarte sich in dieser österreichisch-bayerischen Spekulation.



Kaiserin Josefa.

Daß sich das bayerische Volk infolge der Kränkungen, welche eine bayerische Fürstin in Wien erfahren hatte, von neuem mit antiösterreichischen Gefühlen durchdrang, daß die Beziehungen zu Max Josef nun völlig erkalteten, war kein Grund, den Plan einer Erwerbung Bayerns leichter Hand aufzugeben. Man erwog, daß der Kaiser, wenn der Tod des Kurfürsten eintreten sollte, Ober- und Niederbayern als erledigte Reichslehen, andere bayerische Territorien als Lehen der böhmischen Krone einzuziehen das Recht habe. Auch eine Schenkung Kaiser Sigismunds an seinen Tochtermann und Nachfolger Albrecht wurde zur Begründung der österreichischen Rechte auf Bayern angezogen.

Hatte nun auch Preußen im Hinblick auf das Wachstum Rußlands eine Verständigung mit Oesterreich nicht zustande gebracht, welche diesem Wachstum der russischen Macht gegen Westen ein Ziel hätte setzen können; zwang vielmehr die alte Verstimmung der deutschen Seemächte Preußen, auf Rußland Rücksicht zu nehmen, so daß statt einer Zurückweisung Rußlands eine gemeinsame Teilung Polens in Aussicht genommen und

durch den Vertrag vom 15. August 1772 durchgeführt wurde, so war doch nicht daran zu denken, daß Preußen aus gleicher Sorge, einen neuen Krieg zu vermeiden, die Pläne Oesterreichs hinsichtlich der Erwerbung deutscher Gebiete würde zur Wirklichkeit werden lassen. Die Kunde davon, daß man in Wien, um in Deutschland Meister zu werden, darauf denke, Toskana gegen Württemberg auszutauschen, und bei Ausgang der bayerischen Wittelsbacher Bayern zu annektieren, erregte den Preußenkönig auf das heftigste. In dem Gedanken, diese Dinge abzuwenden, begegnete sich die preußische Politik noch einmal mit der bayerischen Max Josefs.

Von tiefer Besorgnis vor den Absichten des Wiener Hofes erfüllt, hatte Max Josef auf den alten wittelsbachischen Hausvertrag von Pavia (1329) zurückgegriffen, nach welchem beim Absterben einer der beiden wittelsbachischen Linien die überlebende alle Besitzungen wieder vereinigen sollte. Diese alte Abmachung neu zu bestätigen, hatte Max Josef mit dem Kurfürsten Karl Theodor von der Pfalz schon im Jahre 1766 (5. September) einen Erbvertrag abgeschlossen. Dem ersten folgte ein zweiter am 26. Februar 1771, welcher die Nachfolge regelte, und ein dritter am 17. Juni 1774, gemäß welchem einer dem andern schon gegenwärtig den Mitbesitz sämtlicher beiderseitigen Länder einräumte, doch so, daß derselbe zwar gegen jede Anmaßung des Besitztums vor einem Dritten volle Wirkung haben, aber so lange der beiderseitige Mannesstamm dauere, zu keinem Gebrauch gegen einander dienen solle.

Nach diesen Verträgen sollten beide Staaten einen vereinigten Staat bilden, dessen Haupt- und Residenzstadt München sein sollte. Aber auch Karl Theodor hatte keine legitimen Kinder. Es mußte darum auch der Herzog Karl von Zweibrücken als voraussichtlicher Erbe der pfälzischen Kur ins Einverständnis gezogen werden. Allein trotz dieser Abmachungen gewannen die Aussichten des Wiener Hofes mehr und mehr Wahrscheinlichlichkeit einstiger Erfüllung. Kaiser Josef, seit dem Tode seines Vaters Franz (1765) zum Mitregenten Maria Theresias ernannt, hatte dem Vorschlage der Staatskanzlei, die bayerischen Landstriche sofort nach Ableben Max Josefs militärisch zu besetzen, seine Zustimmung erteilt. Wesentlich unterstützt wurden diese Absichten durch den Kurfürsten Karl Theodor, welcher von preußischer Seite für Jülich und Berg fürchtete, und in Wien eine Vereinbarung über die bayerische Nachfolge in Vorschlag brachte. Aber über Bayerns Schicksal wachte eine treffliche Frau. Kaum drangen Gerüchte über die Austauschverhandlungen in die Hofkreise, als Maria Anna, die Witwe des Herzogs Klemens von Bayern, sich an Karl von Zweibrücken und König Friedrich von Preußen wandte, den ersten zur Opposition, den zweiten zur Hilfe auffordernd. In diesem Momente der Ungewißheit über das künftige Geschick des bayerischen Staates ist Max III Josef gestorben.

Am 8. Dezember 1777 erkrankte der Kurfürst plötzlich. Man tappte herum nach dem Wesen der Krankheit, und namentlich der unwissende Leibarzt Dr. Sänftl sprach noch von „Röteln", als die andern Aerzte längst erkannt hatten, daß es die Blattern waren. Nach langem, entsetzlichen Leiden ist der Kurfürst der tückischen Krankheit am 30. Dezember erlegen. Es war eine wirkliche aufrichtige Landestrauer, die sich am Sarge des „Vielgeliebten" kundgab und denselben zur letzten Ruhestätte bei den Theatinern begleitete.

Es war im Jahre 1770, daß eine große Teuerung über das Land hereinbrach, welche auch in den folgenden Jahren anhielt. Mißwachs, weltliche und geistliche Kornwucherer — man fand selbst bei Pfarrern halbverfaultes Getreide unter den Miststätten versteckt — verkehrte Maßregeln, die Absperrung von Ländchen zu Ländchen, hatten das Uebel erzeugt und verschlimmert. Wohl hörte der Kurfürst von harten Zeiten, aber das Schranzentum verbarg ihm die Größe des Uebels. Da, eines Samstags, als er zur Kirche fuhr, warf sich ihm ein Haufen verhungernder Leute in den Weg und flehte den Fürsten um Hilfe an. Max erkannte mit Schrecken die Lage und versprach ihnen seine Fürsorge. Er befahl die Oeffnung der Getreideböden wie der Kassen. Alles war leer. „Dem Volke muß geholfen werden," sagte er, und suchte zu helfen, so gut er es verstand. In Holland wurde eine Anleihe gemacht, in Schwatz und Verona kaufte der



Herzog Karl von Zweibrücken.

Kaufmann Sabbadini Getreide, welches auf allen Schrannen des Landes um billigen Preis abgegeben wurde. In den Wildparken des Kurfürsten wurde das Wild abgeschossen und das Fleisch unter die Armen verteilt. Allein die Niedertracht schlich sich auch hier wieder ein. Es fanden sich Leute, die auf Kosten des Volkes Wucher trieben. Zwei von ihnen ließ Max hinrichten. Aber trotz der bei Weitem nicht ausreichenden und zu spät getroffenen Fürsorge brach der Hungertyphus aus und raffte von der damaligen Bevölkerung Bayerns fast den zwanzigsten Teil hinweg. Es kann nicht in Abrede gestellt werden, daß in dieser schweren Zeit auch manche Stifter und Klöster sich ihrer Mission wieder eindringlicher erinnerten, und namentlich die Cisterzienserabtei Waldsassen machte von ihrem Reichtum so ausgedehnten Gebrauch, daß die härteste Not der Oberpfalz wenigstens einigermaßen gemildert werden konnte. Doch einer derartigen Not nachhaltig vorzubeugen, und zu begegnen, zeigten sich die Staatseinrichtungen jener Zeit ebenso wenig gewachsen, als sich von der Einsicht des Volkes in die Maßregeln der Regierung eine Unterstützung erwarten ließ. Das Mittelalter mit seiner ganzen geistigen Urteilslosigkeit beherrschte noch dieses Land, und dem Mittelalter in Bayern ein Ende zu machen, war Max III Josefs unablässiges und erfolgreiches Streben.

IV.

Die Uebergangszeit unter Karl Theodor

1777—1799.

Mit Maximilian III Josef war die wittelsbachische Linie Kaiser Ludwigs des Bayern erloschen und ein Nachkomme jenes Pfalzgrafen Rudolf, des älteren Bruders Kaiser Ludwigs, war der Erbe des bayerischen Landes. „Die pfälzische Kur, das Erbteil der älteren Linie, absorbierte die bayerische, die im Gegensatz mit ihr gegründet worden war. In Bayern, wo sich in Verbindung mit der angestammten Dynastie eine eigentümliche Politik nach innen und außen gebildet hatte, konnte es unmöglich gefallen, daß diese nunmehr hinter eine andere, ihrerseits ebenfalls eigentümlich entwickelte, zurücktreten sollte. Ein Mißverhältnis war hierbei unvermeidlich." (Ranke.)

Hatte sich auch jener Gegensatz der wittelsbachischen Hauptlinien im Laufe des letzten Jahrhunderts gemildert, da ja nicht der Stamm jener pfälzischen Kurfürsten folgte, der sich durch den hohen Eifer, mit dem er den Protestantismus verteidigte, einen großen Namen in der Welt gemacht hatte, so bestand er doch innerhalb der beiderseitigen Entwicklungen fort und trat nur gleichsam in jenes ferner liegende frühere Stadium zurück, welches wir bei der Vereinigung des pfälzischen Gebietes mit dem Herzogtum Bayern vorfanden und kennen lernten. Jener protestantische Stamm der pfälzischen Kurfürsten war längst abgegangen und das inmitten der religiösen Kämpfe zum Katholizismus zurückgetretene Haus Neuburg war ihm gefolgt, und diesem wieder vor vierzig Jahren das Haus Sulzbach, welchem Karl Theodor angehörte. Von mütterlicher Seite her war er ein Enkel der Arenberg; in der Nähe von Brüssel geboren, wohin seine frühesten Jugenderinnerungen reichten. Die späteren Jugendjahre verlebte er in Mannheim, das eben im Gegensatz zum protestantischen Heidelberg zur Hofstadt erkoren, zu einer gewissen Blüte emporkam, die er dann, als er zur Regierung gelangte, mit allem Eifer förderte. Nun wurden unter dem erstgeborenen Sohne des Herzogs Johann Christian von Pfalz-Sulzbach die ursprünglich zusammengehörigen wittelsbachischen Gebiete, die Kurfürstentümer Bayern und Pfalz am Rhein, wieder vereinigt. Karl Theodor war von Jesuiten

erzogen worden, seine ganze Neigung wandte er der Poesie, Musik und Kunst zu. Im Juli 1741 übernahm er die selbständige Verwaltung des Sulzbacher Ländchens; am 17. Januar 1742 hatte er sich zu Mannheim mit der Prinzessin Elisabeth Augusta, der ältesten Tochter des verstorbenen Pfalzgrafen Josef Karl von Sulzbach vermählt, und noch zum Schlusse brachte ihm das gleiche Jahr durch den Tod des Kurfürsten Karl Philipp (31. Dezember 1742) die Erbschaft des rheinpfälzischen Kurfürstentums.

Entschiedener Wittelsbacher und entschiedener Katholik — so charakterisierte sich seine Persönlichkeit in den ersten Jahren seiner Regierung. Wie er die österreichischen Anerbietungen ausschlug, so bekämpfte er ebenso gegen das eigene Interesse der eigenen Familie den von Karl VII ausgedachten Plan, die Stifter Salzburg und Passau zu säkularisieren und mit Bayern zu vereinigen.

Karl Theodors Persönlichkeit stellt sich uns dar, als ein Produkt der Verfallszeit. Wohl verkehrte er mit Voltaire und sparte nicht mit schmeichelhafter Anerkennung seiner geistigen Größe, allein ein wirklich befreiendes geistiges Element vermochte sich in ihm auf die Dauer nicht zur Herrschaft emporzuringen. Ein wohlwollendes, mildes und sorgenloses Gemüt, sehen wir den Mann in der Jugend den sinnlichen und künstlerischen Genüssen des Lebens fröhnen, wir sehen den alternden Mann später gleich seinem Vorbilde Ludwig XIV zur Bigotterie und Frömmelei herabsinken. In seiner Jugendzeit galt er um seiner Verdienste um Kunst und Wissenschaft willen im ganzen Reich als großmütiger Medicäer, und Mannheim, wo von jesuitischer Seite alles aufgeboten wurde, um den konfessionellen Hader in der Pfalz und in Deutschland immer aufs Neue anzufachen, wurde nicht von Wieland allein als „Herd des Lichts“ gefeiert. Aber Heidelberg, die einst hervorragendste Stätte protestantischer Wissenschaft lag in todähnlichem Schlafe, und dort neues Leben zu erwecken, vermochte Karl Theodor nicht.

Im Jahre 1763 gründete er die Academia Theodoro-Palatina, die bald auch die Lessing, Klopstock, Wieland und Schiller zu ihren Mitgliedern zählte; 1770 bildete sich die physikalisch-ökonomische Gesellschaft, 1775 die „deutsche Gesellschaft“, von welcher die Anregung eines ersten Hof- und Nationaltheaters ausging. „Gewiß ein merkwürdiges Schauspiel!“ sagt Heigel. „Von einem halb jesuitischen, halb französisierenden Hofe gehen die wichtigsten Elemente zur Förderung deutsch-nationaler Bildung aus!“ Musik und bildende Künste fanden am Mannheimer Hofe die eifrigste Pflege. 1757 wurde die Akademie der bildenden Künste gestiftet, 1758 ein Kupferstich- und Handzeichnungenkabinet angelegt, 1767 eine Sammlung von Antiken und Gipsabgüssen, die für Goethe und Lessing mächtige Anregung bot. Zahlreiche Künstler siedelten sich in Mannheim, Heidelberg und andern pfälzischen Städten an. Der Grund war gelegt, aus welchem später Bayern die prächtigsten Früchte erwachsen sollten.

Die Pfalz bot ein erträgliches Bild von Wohlstand und Thätigkeit, soweit diese Vorzüge in despotischen Staaten gedeihen können; wenn auch der Hof viel vom Staatsvermögen verschlang und die Verwaltung nichts weniger als trefflich war, so hatte doch Karl Theodor im Gegensatz zu den nichtswürdigen Regierungen seiner letzten Vorgänger gezeigt, was in diesem Lande, selbst mit mäßiger Anstrengung, zu erreichen sei. Das Land bot, wie Häusser mitteilt, nicht mehr jenes trübe Gemälde von Dumpfheit, Druck und Armut, sondern es war wenigstens die Oberfläche zu einem gefälligen Ganzen umgestaltet. Eine Menge von industriellen Schöpfungen, Fabriken jeder Art, Salinen, Bergwerken, Anstalten zum gemeinsamen Wohle, glänzende Bauten erhoben sich auf dem Boden eines Landes, das nach zwei furchtbaren Zerstörungsepochen zwei lange sorglose und elende Regierungen bigotter Weichlinge hatte dulden müssen. Daher das Lob, das die dankbaren Zeitgenossen der ersten Zeit Karl Theodors so verschwenderisch gezollt haben. Sie übersahen, außer anderen Schattenseiten, namentlich nur Eins, das durchaus künstliche des Wohlstandes. Nach wie vor seufzte der Ackerbau unter der Last des Feudalwesens, der Jagdlust, und der vielen Feiertage, die auch protestantische Orte mitfeiern mußten. Darum dauerten auch die Auswanderungen trotz der scharfen Verbote fort. Pennsylvanien verdankt dieser Auswanderung aus der Pfalz den größten Teil seiner deutschen Bevölkerung. Kein Wunder, daß man schon in den sechziger Jahren in der Pfalz eine

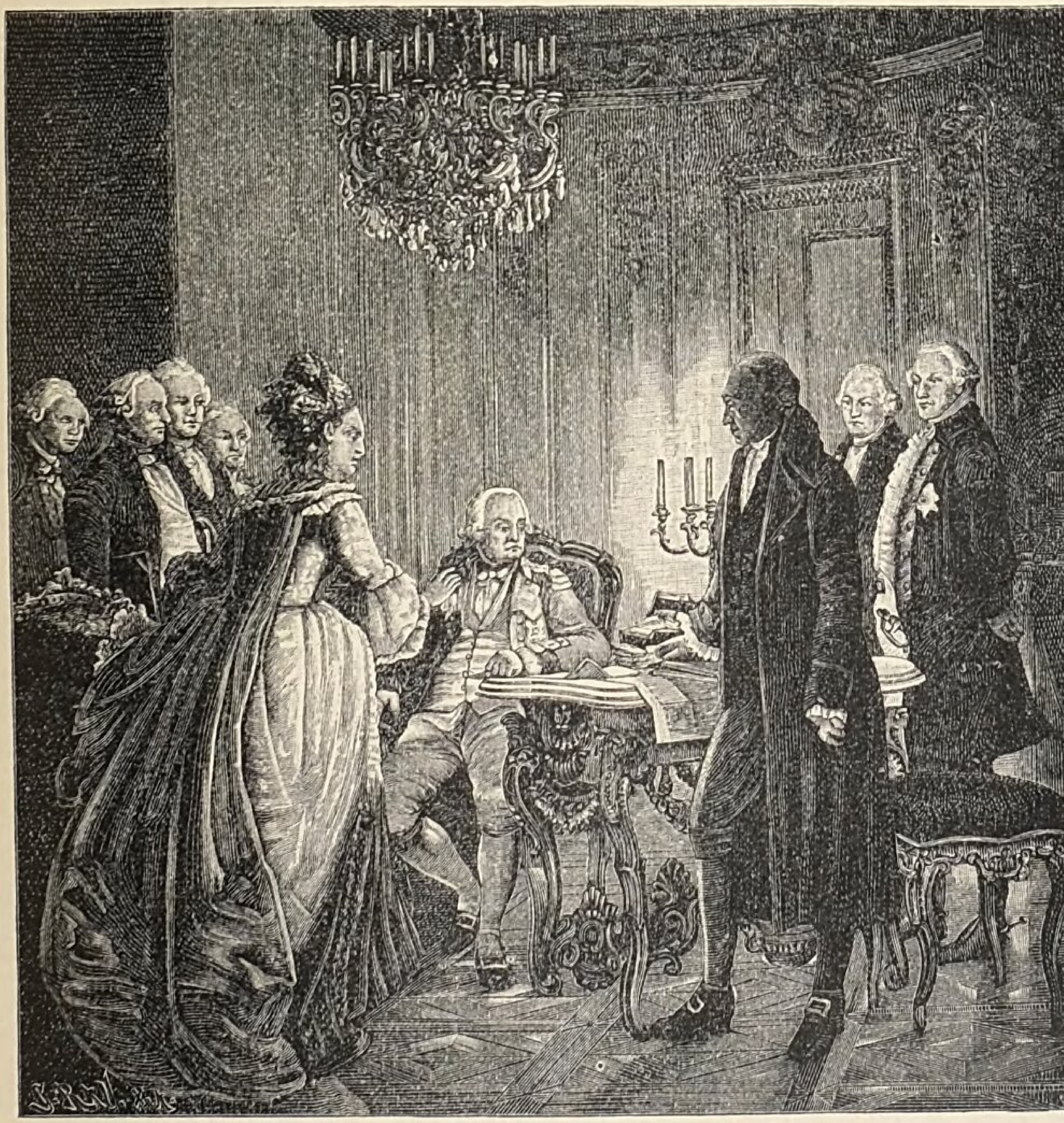
konstante Abnahme der Bevölkerung und eben solches Steigen der Zahl der Besitzlosen wahrnahm.

Vieles von dem, was da auf dem Gebiete der Kunst und Wissenschaft geschah, was an Bauten und Anlagen geschaffen wurde, entsprang dem Wunsche nach fürstlichem Glanze. Anderes, was von oben geschaffen wurde, ward nicht durch fürstliche Aufmunterung, sondern durch die uneigennützige Thätigkeit Einzelner fruchtbar und bedeutend gemacht. Doch war es immerhin schon viel, daß hier so manches geistige Streben Raum fand, zu gedeihen, und man konnte es der patriotischen Lobrednerei wohl zugute halten, wenn sie alles, was Glänzendes geschah, der Person des Fürsten als unsterbliches Verdienst zurechnete, während man alles Schlimme als gegen seinen Willen geschehen ansah. Der „Wohlstand der Nation" war nicht, wie Wilhelm von Humboldt sich ausdrückt, Zweck des damaligen Staates, sondern Mittel zum Zweck, da eine wohlhabende Bevölkerung dem Fürsten naturgemäß mehr zu leisten vermochte, als eine arme. Und nur aus diesem Grunde gestand man dem Volke „als unerlaßbare Bedingung dieses Wohlstandes" einen höheren Grad der Freiheit zu.

So hatte sich Karl Theodor ein Land geschaffen, in welchem er sich wohl befand, als plötzlich der Tod des trefflichen Kurfürsten Max Josef ihn zur Herrschaft über ein Land und Volk berief, die mit seinem alten Besitz nicht nur nicht die mindeste Aehnlichkeit besaßen, sondern in vielem einen direkten Gegensatz bildeten. „Die sonnigen Rebgelände am Rhein und Neckar sollte er vertauschen mit dem Bayerland, dessen Hochlandnatur damals als rauh und unwirtlich galt; statt der aufgeweckten, leichtblütigen Pfälzer sollte er umgeben sein von derben, verschlossenen, mißtrauischen Bayern, die auf den feingebildeten Fürsten den Eindruck von Halbbarbaren machen mußten." Nicht, wie es thatsächlich der Fall war, sollte Bayern an Pfalz fallen, so daß also Kurpfalz das Hauptland gebildet hätte, sondern die Hausverträge bestimmten ausdrücklich, daß München die Haupt- und Residenzstadt der vereinigten Kurlande bleiben müsse. Und dazu besaß Karl Theodor nicht einmal selbst legitime Nachkommen, so daß nach seinem Tode all sein Besitz dem letzten Stamme des wittelsbachischen Zweiges zufallen mußte, der Linie der Herzoge von Zweibrücken. Was Wunder also, wenn er, ganz seiner persönlichen Neigung folgend, den Versuch machte, sich an den lästigen Bestimmungen des Erbvertrags vorbeizudrücken und seine Kurpfalz zum Mittelpunkt eines Staates zu machen, der nicht im Süden Deutschlands, sondern an den Ufern des Rheins hinab seine Grenzen ziehen sollte. Wir werden noch sehen, daß sich in diesem Streben ein anderes offenbarte, als ein rein fürstliches Belieben, daß in dem Augenblicke, wo die Pfalz ihrer alten Entwicklung entgiltig entsagen sollte, aus dem Schoße der Vergangenheit noch einmal ein kurzes Regen zum Tageslichte emporstieg, das wir längst vergessen und begraben glaubten. So grüßt mit gleich rötlichem Scheine die Sonne den werdenden wie den versinkenden Tag.

Karl Theodor wohnte gerade dem Schlußgottesdienste des Jahres bei, als der Kurier von München ihm die Nachricht vom Tode seines Verwandten brachte. Seine erste Empfindung war schmerzliche Ueberraschung und Unruhe, aber noch in der folgenden Nacht entschloß er sich zur Abreise, und am 2. Januar 1778 zog er in seine neue Residenz München ein. Schwierige Verhältnisse harrten seiner, denn Karl Theodor hatte sich in ein gefährliches Netz verstricken lassen. Für Oesterreich schien nun die passende Gelegenheit gekommen, Bayerns Existenz als selbständiger Staat mit raschem Griff ein Ende zu machen, und der neue Kurfürst war, wie wir hörten, dem Wiener Hofe entgegen gekommen.

„Mit dem Versprechen, seine zahlreichen Bastarde reichlich zu versorgen, und mit der Drohung, gewaltsam einzuschreiten, hatte man den pfälzischen Kurfürsten zu gewinnen gewußt." Niederbayern, die Herrschaft Mindelheim, die Oberpfalz, die Landgrafschaft Leuchtenberg und andere Herrschaften — darin bestand die vorläufige österreichische Forderung. Am 3. Januar 1778 unterzeichnete der pfälzische Gesandte in Wien einen Vertrag, der das Wesentliche der österreichischen Forderung zugestand, und Oesterreichs Drohung, mit den Waffen einzuschreiten, bestimmte den eingeschüchterten Kurfürsten, den Vertrag vom 3. Januar am 14. Januar zu bestätigen.



Herzogin Maria Anna bestimmt den Herzog Karl von Zweibrücken den Verzicht auf die bayerischen Lande zu Gunsten Oesterreichs zu verweigern 1778.

Nach dem Gemälde von Doepler.

Erst jetzt, als schon österreichische Truppen über die Grenze rückten, machte der Kurfürst durch Verkündigung der Beschlüsse dem zweideutigen Spiel ein Ende. Ein Schrei der Entrüstung ging durch das Land, sobald der Wiener Vertrag ruchbar wurde. Aber wohl kaum wären die Wünsche Kaiser Josefs und die Umtriebe seines Ministers Kaunitz des Erfolges verlustig gegangen, wenn nicht plötzlich von anderer Seite der Ausführung dieser Pläne der energischste Widerstand entgegengestellt worden wäre.

Sobald Gerüchte von den Abmachungen Karl Theodors in die Hofkreise drangen, und zugleich die Nachricht von umfassenden Kriegsrüstungen des Kaisers Schrecken verbreiteten, trat die Herzogin Maria Anna, die beherzte Patriotin, mit Karl August von Zweibrücken und König Friedrich von Preußen in Verbindung, damit der Plan Kaiser Josefs vereitelt werde. „Hocherfreut über Maria Annas Hilferuf zeigte sich Friedrich der Große. Ihn verdroß es ungemein, daß Oesterreich einen Staat des deutschen Reiches angegriffen hatte, dessen Unversehrtheit er, sowie jeder andere Reichsstand gewährleistet hatte; noch vor dem Eintreffen der Zuschrift Maria Annas war deshalb von ihm ein Botschafter, Graf Eustach von Görtz, heimlich nach Bayern geschickt worden, um dort auszukundschaften, was es denn eigentlich mit diesem sonderbaren Verhalten des Kurfürsten für eine Bewandtnis habe. Görtz kam am 6. Februar 1771 gegen Abend in München an und wurde sogleich von André (Geheimsekretär der Herzogin) in das vor dem Neuhauser Thor gelegene Gartenpalais der Herzogin geführt, wo der Graf unter Tags verborgen bleiben sollte. Noch spät am Abend des 6. Februar stellte sich Görtz in der Herzog-Max-Burg Maria Anna und dem Herzog Karl vor, und hatte dann am 7. Februar in einem Gemache des Dachgeschosses jenes Schlosses eine bis tief in die Nacht währende geheime Konferenz mit Herzog Karls Ministern, von Hohenfels und von Esebeck, die entscheidend für den Bestand des bayerischen Staates war. Am ersten Abend wies der Graf seine Vollmacht vor und erklärte dem Herzog, was ihm sein König befohlen, daß nämlich, wenn der Herzog standhaft bleibe, und die Zustimmung zum Abtretungsakt verweigere, Friedrich II seine ganze Macht aufbieten werde, um Bayerns, seines einstigen Erbes, Zerreißung zu verhindern. Herzog Karl versprach, was man von ihm forderte. Nun wurden den nächsten Abend die Verabredungen über den Gang besprochen, welche die diplomatischen Geschäfte zu nehmen hätten. Gemäß denselben sollte der Herzog den von ihm verlangten Beitritt nicht nur ablehnen, sondern in einem öffentlichen Aktenstücke erklären, daß er nicht zustimme, und diese Weigerung an den Münchener und Wiener Hof, sowie an den Reichstag nach Regensburg senden; den König von Preußen aber habe der Herzog zur Gewährleistung der Hausverträge aufzurufen, welche innerhalb der letzten Jahrzehnte zwischen Kurbayern und Kurpfalz errichtet worden seien. Zu gleicher Zeit sollte sich Karl an Frankreich mit der Bitte wenden, diese Macht wolle ihn in seinen Gerechtsamen gegen die Angriffe des Hauses Habsburg-Lothringen schützen. Damit endete die Unterredung.“ In München blieb sie geheim, und wenn nicht Graf Görtz durch eine Denkschrift offenbart hätte, was damals in der Herzog-Max-Burg beschlossen worden war, so würde, fügt Erhard hinzu, nur unvollständig ans Tageslicht gekommen sein, „was damals eine Frau, ausgezeichnet durch feinen und gebildeten Verstand, edle Gesinnung und warme Vaterlandsliebe, für Bayerns politische Erhaltung that.“

Die lange Zögerung Karl Augusts erklärt Heigel nach den Memoiren Christians von Mannlich, des herzoglichen Hofmalers, aus der Besorgnis, eine direkte Bitte an Preußen um Schutz würde dem Protektor eine Entschädigung verlangen lassen, eine Entschädigung durch Jülich oder Berg. Nun aber war davon nicht die Rede, und nun warf Karl August, der bis dahin den österreichischen Lockungen nur nichtssagende Redensarten entgegengesetzt, entschlossen die Maske ab, und erklärte dem Kurfürsten in Ausdrücken, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, er werde nie eines momentanen Gewinnes halber seine Einwilligung zu einem Handel geben, den die Ehre seines Hauses verbiete. Und so bot denn Preußen zum zweiten Male seinen ganzen Einfluß auf, Oesterreichs Hand von Bayern fern zu halten und die Selbständigkeit dieses zu retten. Seine Vorstellungen fanden in Wien nur taube Ohren. Da warf der König sein Schwert in die Wagschale. Der bayerische Erbfolgekrieg begann.

Das Vorgehen Kaiser Josefs war nicht nach dem Willen Maria Theresias, welche sich mit aller Entschiedenheit gegen den „Gewaltstreich“ ausgesprochen hatte. Sie sah die Einmischung fremder Mächte, namentlich Preußens, voraus, und riet darum zum Ausgleich durch friedliche Verabredungen. Aber ihre Gegenvorstellungen wurden von ihrem Sohne nicht beachtet, eine Kränkung empfindlichster Art für die alternde Regentin. Allerdings war Kaiser Josef der Meinung, König Friedrich werde sich hüten, der Verwirklichung der mit Pfalzbayern getroffenen Verabredungen allein mit Waffengewalt entgegenzutreten. Auch hatte er auf die Hilfe Frankreichs gerechnet. Die Politik Ludwigs XVI aber ging einen anderen Weg, als die seiner Vorgänger. Sie enthielt sich der thätigen Einmischungen in deutsche Angelegenheiten. Um so weniger war nun Maria Theresia geneigt, den drohenden Krieg mit Preußen allein auszufechten.

Bald standen sich an den beiderseitigen Grenzen zwei zahlreiche Heere gegenüber, das eine von einem sieggewohnten Führer, dem Könige von Preußen, dem „Helden des Jahrhunderts“ befehligt, während an der Spitze des anderen der Kaiser stand, von Begierde brennend, mit einem so ruhmreichen Gegner seinen ersten Waffengang zu thun. „Fast noch mehr als an die vergangenen Feldzüge wird man an einen anderen, welcher achtundachtzig Jahre später noch folgte, gemahnt, wenn man die Oesterreicher eine feste Position zu Königgrätz nehmen, und die Preußen von Schlesien und Sachsen über Nachod und Gabel gegen dieselben heranrücken sieht. Man hätte auch damals einen Kampf auf Leben und Tod erwarten sollen. Allein dazu waren die Zwecke, die man vor Augen hatte, doch nicht angethan. Im Jahre 1778 galt es nicht den Besitz einer großen Provinz, noch auch, wie später, um eine devensive Entscheidung über die Machtstellung überhaupt.“ (Ranke.) Diese Aussicht war der damaligen Zeit noch nicht nahe gerückt. Und der Sachlage gemäß begnügte man sich denn auch beiderseits mehr mit der Drohung als mit wirklicher Ausführung militärischer Aktionen. Kaiser Josefs Kriegseifer war bald gedämpft, als ihm Tags die Fliegen keine Ruhe gönnten und ihn nachts die Sorgen um die Zukunft quälten.“ „Unsere Lage ist sehr kritisch,“ schrieb er seiner sorgenden Mutter. „Der Feind ist überall stärker als wir und dabei sehr geschickt und kühn, wir werden viel Not haben. Aber wenn wir uns hier nicht halten, müssen wir uns entschließen, dem Könige Böhmen preiszugeben. Nur ein günstiger Augenblick, ein wenig göttliche Gnade könnte allen Uebelständen abhelfen.“

Solcher trüben Nachrichten bedurfte es kaum mehr, um Maria Theresia zu entschlossener That zu drängen. Ohne Wissen ihres Mitregenten schrieb sie an den verhaßten Gegner, ihn ihrer Sehnsucht nach Frieden und ihrer Bereitwilligkeit zur Einigung versichernd. Es war noch eben rechtzeitig. Die Verhandlungen begannen, nicht ohne die Einwirkung von Rußland, welches auf Preußens Seite stand.

Freilich, solche Einmischung der Mutter war nicht nach dem Geschmacke des Kaisers. „Ich bin in die schrecklichste Lage versetzt,“ grollte er, „unmöglich kann der König, durch das Vorgehen Eurer Majestät aufgeblasen, andere Bedingungen stellen als lächerliche; die Ehre der Monarchie und meine eigene sind preisgegeben, und will ich beide retten, so bin ich in die traurige Notwendigkeit versetzt, die Welt von der Verschiedenheit unserer Ansichten in Kenntnis zu setzen und von der persönlichen Schwäche Eurer Majestät Zeugnis zu geben.“ Mit edlen Worten wies Maria Theresia die Vorwürfe zurück, und sie hatte die Genugthuung, daß es zu einem zweiten Feldzug nicht kam, sondern noch vor Beginn der Krieg durch den am 18. Mai 1779 zu Teschen abgeschlossenen Frieden beendigt wurde. Ein dreifacher Vertrag wurde an diesem Tage, dem Geburtstag der Kaiserin, unterzeichnet, zwischen Oesterreich und Pfalz-Bayern, Oesterreich und Preußen; und Sachsen und Pfalz-Bayern. Danach verzichtete Oesterreich auf seine Ansprüche gegen Abtretung des Innviertels und gestattete die vorher angefochtene dereinstige Vereinigung Ansbach-Bayreuth mit Preußen; Pfalz-Bayern verpflichtete sich zur Abfindung der Forderungen, welche der Kurfürst von Sachsen, als Neffe des verstorbenen Kurfürsten Maximilian Josef erhoben hatte, durch Zahlung von vier Millionen Thalern. Diese Bestimmungen, sowie die Integrität der bayerisch-pfälzischen Lande wurden gleichzeitig von

Frankreich und Rußland garantiert. In den Machtverhältnissen des deutschen Reiches hatte der Friede nichts geändert.

„Ich habe heute," schrieb Maria Theresia am 23. Mai, dem Tage, da im Dome zu St. Stephan der feierliche Gottesdienst abgehalten wurde, an Kaunitz, „glorios mit einem Te deum meine Laufbahn beschlossen und das, was ich wegen der Ruhe meiner Länder mit Freuden übernommen, so schwere Opfer es mich gekostet, mit Gottes Hilfe beendigt. Das Uebrige wird nicht mehr in Vielem bestehen." Sie sollte Recht behalten. „Der Wunsch um den Alleinbesitz der Krone, der Josef in Stunden des Unmuts beschleichen mochte, ging am 29. November 1780 in Erfüllung, aber um einen Preis, den er selber niemals zugestanden hätte: Maria Theresia wurde in der Kaisergruft bei den Kapuzinern mit ihrem treugeliebten Gatten vereinigt."

Friedrich II hatte von diesem Ereignis den Eintritt einer neuen Ordnung der Dinge in Oesterreich vorausgesagt. In welcher Richtung sich dieselbe bewegen würde, hatte ihm der bayerische Erbfolgekrieg gezeigt. Er war das Werk Josefs II und des Grafen Kaunitz. Und während also Maria Theresia ihr großes Tagwerk beschloß, blieb dem alternden Philosophen in Sanssouci eine Aufgabe übrig, an deren Lösung er einst schon bei Errichtung der Frankfurter Union im Jahre 1744 gedacht hatte: die Errichtung eines deutschen Staatenbundes gegen das überhandnehmende Wachstum der österreichischen Macht. Wir werden ihn auf diesem Wege zu begleiten haben.

Karl Theodor aber war keineswegs erbaut von dem Resultate des Erbfolgekrieges, er grollte seinem Verwandten, Herzog Karl, er war verstimmt gegen seine bayerischen Unterthanen, er war ohnedies ungern von Mannheim geschieden, und so ist es erklärlich, daß eine gewisse Apathie über ihn kam, welche den geringen Anteil, den er bisher an den öffentlichen Angelegenheiten genommen hatte, noch mehr verminderte. Und doch hatte der Erfolgekrieg die Grundlage eines Staates geschaffen, dem, richtig geleitet, eine bedeutende Zukunft erwachsen mußte.

Zu dem alten Bestande des bayerischen Herzogtums, den Herzogtümern Ober- und Niederbayern, die, in die vier Rentämter München, Burghausen, Landshut und Straubing zerfallend, auf 576 Quadratmeilen etwa 880 000 Einwohner zählten, der Oberpfalz mit 130 Quadratmeilen und 200 000 Einwohnern und den schwäbischen Herrschaften Mindelheim, Wiesensteig u. a. mit 10 Quadratmeilen und etwa 20 000 Einwohnern waren nun die kurpfälzischen Lande hinzugekommen, bestehend aus der eigentlichen Rheinpfalz mit Simmern, Laudern und Veldenz, die auf 150 Quadratmeilen ungefähr 300 000 Einwohner zählten, aus den Herzogtümern Jülich und Berg mit 276 000 Einwohnern auf 130 Quadratmeilen, dann den Fürstentümern Neuburg a. Donau und Sulzbach, von welchen das erste auf 52 Quadratmeilen etwa 88 700 Einwohner, das andere auf 26 Quadratmeilen 41 300 Einwohner zählte. Der Gesamtflächeninhalt der vereinigten pfalz-bayerischen Gebiete betrug demnach 1074 Quadratmeilen mit ca. 1 800 000 Einwohnern.

Aus diesem ganzen Gebiete bestanden die Einkünfte des Staates, d. h. des Regenten, aus den Steuern, welche von der Landschaft und aus den Anlagen, welche von der Hofkammer ausgeschrieben wurden. Die Besteuerung selbst war eine höchst konfuse und ungerechte, und nicht nur mit ihrer Höhe, Mannigfaltigkeit und ungleichen Verteilung lastete sie auf dem Volke, sondern fast mehr noch durch die Art und Weise, auf welche die Steuern eingetrieben wurden. Nicht nur, daß hierdurch ein ganzes Heer von Beamten nötig wurde, so begünstigte auch die Unübersichtlichkeit und Verworrenheit des Rechnungswesens Bestechung, Betrug und Unterschlagung in hohem Grade. So konnte es denn kommen, daß von den 7 500 000 Gulden, welche jährlich in Bayern, Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach an Steuern und Hofanlagen, dann Forst-, Salz-, Bräu-, Jagd- und Gerichtsgefällen durchschnittlich erhoben wurden, nur 5 600 000, also etwa drei Vierteile in die kurfürstlichen Kassen flossen. Beinahe 2 000 000 Gulden verschlang allein die Erhebung der Abgaben selbst wieder."

Von diesen reinen Einnahmen von $5^1/_2$ Millionen Gulden nahmen die Kosten der öffentlichen Verwaltung ungefähr zwei Fünftel (1 900 000 Gulden) in Anspruch, der



Kurfürst Karl Theodor.

Unterhalt eines kriegsuntüchtigen und darum nutzlosen Militärs kostete 1250000 Gulden, der Hofstaat fast eben so viel, während eine Million zur Verzinsung der Staatsschulden und für Abschlagszahlungen verwendet wurden. Wie groß der Betrag der bayerischen Staatsschuld eigentlich war, wußte niemand. Gleichzeitige Angaben schwanken zwischen 70 bis 138 Millionen Gulden.

Nicht besser als im Herzogtum Bayern sah es in den rheinischen Gebieten mit der Verwaltung der öffentlichen Gelder aus. Auch hier verschlangen ein mächtiger Hofstaat, eine kriegsuntüchtige Armee und die Zinsen der Staatsschuld weit mehr als die Hälfte der reinen Einnahmen, welche in der Rheinpfalz und Simmern nur 1700000 Gulden in Jülich und Berg nicht mehr als 1500000 Gulden jährlich betrugen. Auch hier standen die Beamten in dem Rufe, bestechliche Richter, unredliche Finanzverwalter und willkürliche Bauerntyrannen zu sein.

Sagen uns nun schon allein diese Zahlen, daß da für wirkliche Kulturaufgaben, für Schulen, Volksbildung, Verbesserungen des wirtschaftlichen Lebens und der Verkehrswege, wie für die hundert Aufgaben, welche ein geordnetes Staatswesen zu erfüllen hat, nichts, oder nur sehr wenig blieb, so kommt hinzu, daß auf dem Volke nicht nur der weltliche, sondern auch der geistliche Staat als eine Last lag, die mit ihrem überzähligen Personenstande und dem Bettel der Mönchsorden auf Bürger und Bauer mit einer Wucht drückte, daß an ein rasches Erheben und Emporblühen nicht zu denken war.

Der Anfall der rheinpfälzischen Gebiete hatte für den bayerischen Staat die Folge, daß sein Charakter als ausschließlich katholischer Staat thatsächlich doch alteriert wurde, denn in der Pfalz hatten die Protestanten an Zahl trotz aller heimlichen und offenen Bedrückung das Uebergewicht. Allein die Willensmeinung Karl Theodors, welche sich gleich nach seinem Regierungsantritt in der Kurpfalz dahin ausgesprochen hatte, daß der Ausbreitung der katholischen Lehre aller Vorschub zu leisten, keine Protestanten mehr anzustellen und eine Proselytenkaste zu gründen sei, erhielt nun durch die Vereinigung mit dem ausschließlich katholischen Altbayern einen festesten Rückhalt. Eine Zeit der Reaktion und des Gewissenszwanges war mit Karl Theodor über die Pfalz gekommen, wie bisher keine; die Protestanten wurden aus allen Regierungskollegien hinausgedrängt und Katholiken traten an ihre Stelle. Selbst unter den Amtleuten gab es bald keine Protestanten mehr, und die Jesuiten hatten freie Bahn, zu schalten und zu walten, und hundertfach verschlungen waren die Fäden, aus denen sie das Netz ihrer Seelenfischerei flochten. Auf der reformierten Kirche lasteten Intoleranz, Ungleichheit und alle Sünden einer gewissenlosen Verwaltung; „denn was von dem Verfolgungsgeiste der pfälzischen Regierung Seltsames erzählt wird, kann nur durch die fast unglaublichen Züge der Simonie, Lüderlichkeit und Habsucht der Kirchenbehörden überboten werden.“ Pfalz-Bayern war kein paritätischer Staat, sondern die reformierte Kirche war auf den Aussterbeetat gesetzt, und die katholische Religion sollte zur alleinherrschenden werden; dem 1766 öffentlich verkündigten Duldungsedikte widersprach die 1771 im Vertrag mit Bayern getroffene geheime Abmachung, daß nur Katholiken zu den vorgesetzten Landesbehörden zu nehmen seien. So schien auch die Vereinigung mit der Pfalz Bayern die Erlösung aus den alten geistlichen Banden nicht bringen zu sollen, welche eine Entartung des priesterlichen Standes hervorgerufen hatten, die Bayern gegen Ende des 18. Jahrhunderts an die Seite der verkommensten romanischen Länder, auf gleiche Stufe mit Spanien und Italien zu setzen drohte, denn aus sich selbst heraus hätte sich unter solchem Regiment der protestantische Geist der Pfälzer kaum je wieder zu erheben vermocht.

Dazu kam nun die Verstärkung der stabilen Lebenselemente in der Pfalz durch den bayerischen Adel. Es wimmelte in den bayerisch-pfälzischen Provinzen von Grafen, Freiherrn, Rittern und Edlen, die meist ohne Vermögen und Grundbesitz nur von der Gnade des Kurfürsten eine „standesgemäße“ Versorgung zu erlangen hoffen konnten. Und neben diesem zahlreichen schmarotzernden Hofadel trat nun der alte bayerische Landadel, der, auf mehr denn 1000 Schlössern, Hofmarken und Edelsitzen zerstreut lebend, mehr eine erste Klasse des Bauernstandes, als eine in sittlicher und geistiger Beziehung hervorragende Klasse bildete. Eine erste Klasse von Lakaien — eine erste Klasse von Bauern — so zeigte sich der baye-

rische Adel mit wenigen rühmlichen Ausnahmen als Gesamtheit. „In seinem Umgange auf den Ortsgeistlichen, den Förster und die wohlhabenden Bauern beschränkt, blieben die Sitten dieses Landadels wie seine Ausdrucksweise jene seiner Umgebung. Durch den Mangel an Kommunikationen und Zeitungen von der Welt abgeschlossen, waren seine Anschauungen über dieselben jene eines Kindes. Aus keinem anderen Grunde, als weil er nichts von ihnen wußte, haßte und verabscheute er Franzosen und Lutheraner, Schwaben und Zigeuner, Russen und Juden, Norddeutsche und Italiener mit gleichem Grimme. Und wie ihm alles Fremde verdächtig, so erschien ihm auch alles Neue verwerflich, Mit Mißtrauen trat er dem einen, hartnäckige Abwehr setzte er dem andern entgegen." Von jenem harten Geschlechte, das einst bei Ausgang des Mittelalters noch einem Albrecht IV so schwere Stunden bereitet hatte, hatte sich ein Kern erhalten, der nicht in der Offensive, wohl aber in der Defensive eines kindisch starren Eigensinns, das emporquellende Leben nicht nur in einzelnen Punkten niederzuhalten vermochte. Die ganze rückgängige Kulturbewegung zum selbstzufriedenen Bauerntum war über den bayerischen Adel gekommen, aber damit ist keineswegs gesagt, daß diese Menschenklasse des bayerischen Landjunkertums auch an allen freundlicheren Zügen Mangel gelitten hat.

Was ein halbpatriarchalisches Leben an genrehafter Poesie und idyllischer Lebensruhe aufzuweisen hat, war auch hier noch zu finden, so jener stille Zusammenhalt der Familie, eine fast unbegrenzte Gastfreundschaft, Biederkeit und Gediegenheit im häuslichen, ein unverdorbenes Gefühl für die Ehre des Hauses im geselligen Verkehr, und dazu die nicht nur dem Adel, sondern dem ganzen bayerischen Volke einwohnende natürliche Herzensgüte und Nächstenliebe. Aber ebenso war der Bevölkerung jene tiefstehende Anspruchslosigkeit gemein, die von dem falschen Glaubenssatze des industriellen Zeitalters, man lebe, um zu arbeiten, nichts wußte, sondern ihre Arbeit soweit beschränkte, als die Befriedigung der unumgänglichen Bedürfnisse nur eben gestattete, die sich hinsichtlich der inneren und äußeren Ausstattung des Lebens mit Behaglichkeit und Gemütlichkeit, leiblichem und geistigem Genusse damit begnügte, was eine frühere Zeit geschaffen, und ihre altväterisch beschränkten Lebensgewohnheiten forterbte von Geschlecht zu Geschlecht, wie die alten Möbel, welche die alten Behausungen zierten. Was er produzierte, verbrauchte nicht der Adelige, sondern der Hauptteil der Bevölkerung, und wie jenem für die Verbesserung des Besitzes, für Verschönerung seines Hauses, für Befriedigung geistiger Bedürfnisse, die er nicht empfand, nichts übrig blieb, wie der Staat kein Geld aufzubringen vermochte für die geistige und sittliche Hebung des Volkes und die Volksbildung, so gediehen auch in München nur jene Industrien, welche zur Befriedigung des sinnlichen Menschen oder zur Erhöhung des Lebensgenusses dienten, trotz des sonstigen industriellen Verfalls zu höherer Blüte. Das Einzige, was den Münchener noch aus seiner Lethargie zu rütteln vermochte, war die Befriedigung seiner Sinne, das Interesse, das er an den rein tierischen Funktionen der menschlichen Existenz, am Essen, Trinken und Fortpflanzen, nahm." So gab es im Anfang der neunziger Jahre in München allein 59 Brauhäuser, 150 Bierwirte, 19 Branntweinbrennereien, 12 Chokolademacher, 25 Weinwirte, an 50 Kaffeehäuser, die zugleich als Spielhäuser dienten u. s. w., von der großen Zahl von Bäckern, Metzgern, Müllern u. s. w. ganz zu schweigen. Auch die Luxusgewerbe waren noch ziemlich zahlreich im Vergleich zu den nützlichen, wie denn auf 2 Korbmacher 6 Riemer, 15 Tuchmacher, 6 Säckler, 4 Spengler, 4 Zeugmacher und 8 Seifensieder nicht weniger als 24 Spitzenmacherinnen, 107 Stadtmusiker, 37 Goldschmiede, 58 Friseure und Perückenmacher kamen. Stellen wir dem entgegen, daß es im Jahre 1792 in ganz Ober- und Niederbayern nur 7 Buchhandlungen und 12 Buchdruckereien gab, deren Hauptartikel Gebetbücher, Räubergeschichten und Kalender waren, so begreifen wir jenen Zustand des Aberglaubens, der Unduldsamkeit, Bigotterie und geistigen Beschränktheit, in welchem Altbayer und Oberpfälzer auch jetzt noch verharrten.

München war die einzige Stadt im diesseitigen Bayern von einiger Bedeutung, aber ihre Blüte war eine künstliche, hervorgerufen durch die Anwesenheit und die Thätigkeit des Hofes. Durch eigene Kraft, durch Thätigkeit und Anstrengung seiner Bürger geschah in München so gut wie nichts. Im Jahre 1778 gab es in Ober- und Nieder-

bayern, Oberpfalz, Neuburg und Sulzbach, also auf einem Flächenraum von 730 Quadratmeilen nur 40 Städte, während in dem ungleich kleineren, aber gewerbthätigen Kursachsen damals schon an 200 zu finden waren. Sehen wir diesen Gegensatz, erinnern wir uns des eingemauerten Zustandes, in welchem das geistige Leben nicht nur, sondern auch das Handelsleben in Bayern sich befand, wie die Handelswege verödeten und verfielen, und der an sich nicht spekulative Sinn der Altbayern mit ihnen fast vollkommen erlosch, so wird uns die Nachricht nicht überraschen, daß in Altbayern die Wohlhabenheit in jedem Jahre mehr abnahm und die Bevölkerung sich verminderte. Während in der Oberpfalz seit 200 Jahren der Ackerbau wieder mehr zugenommen hatte und die Rodung der Waldungen andauerte, freilich nicht ohne Verlust für den Betrieb des Berg- und Hüttenwesens, während dort in den letzten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts soviel Getreide gebaut wurde, daß man selbst an Nachbargebiete abgeben konnte, während dort also die Nähe der fränkischen Handelsstädte auf den Landbau ermunternd wirkte, und Kartoffel-, Hopfen-, Tabak-, Flachsbau und selbst die Viehzucht mit Hilfe eigens angesäter Futterkräuter zu schönem Erfolge gediehen, regte sich im städtearmen Altbayern noch nichts, machte die Viehzucht im bayerischen Oberlande noch keine Fortschritte und der altbayerische Bauer erschlaffte, er, dem die Natur so viel gegeben hatte, daß er selbst in damaliger Zeit, trotz seiner Trägheit, immer noch zu den reichsten Bauern Deutschlands sich zählen konnte. Aber es fehlte im Lande an dem belebenden Gegensatze. An der Möglichkeit, für eine Mehrproduktion in Märkten und Städten einen lohnenden Absatz zu finden, und das einzige München war nicht im stande, diesen Gegensatz wieder neu zu erwecken und lebendig zu erhalten.

Sehen wir nach dieser Schilderung der Zustände im Lande auf die Veränderungen, welche der Regierungswechsel in der geistigen Führerschaft hervorrief, so bietet sich uns auch da nur ein wenig erfreuliches Bild. Nach dem bisher Gesagten ist es begreiflich, daß die Reformbestrebungen des verstorbenen Kurfürsten nur geringen positiven Rückhalt an dem Geiste der Bevölkerung selbst finden konnten, daß sie ebenso kaum tief in denselben hineinzubringen vermochte. Ein Schlag von der anderen Seite und in anderer Richtung mußte die erzielten Ergebnisse darum wieder voller Vernichtung aussetzen. Und diese Schläge blieben nicht aus, denn von Mannheim waren die Exjesuiten mit eingewandert, die, von anderem Schlag als die bayerischen und im Kulturkampf der Pfalz geschult, nun ihr System in Bayern wieder zu beleben und das Kirchenregiment an sich zu reißen suchten. Bald war ihr maßgebender Einfluß auf die Regierung überhaupt gesichert, und da ihnen daran gelegen sein mußte, den Fürsten über die wahre Volksstimmung zu täuschen, mußte das freie Wort verstummen. Man kann sagen, daß erst dieser neue Kampf mit den Dunkelmännern das bayerische Volk in weiteren Kreisen aufgerüttelt und zum Eintritt in eine neue Zeit vorbereitet hat.

Heigel erzählt nach den Memoiren Mannlichs, des Hofmalers Herzog Karls von Zweibrücken, wie sich die Kavaliere jeden Tag im Vorzimmer der „aufgehenden Sonne" drängten. „Jeden Tag stellte sich auch ein Prälat mit großem goldenen Kreuz auf der Brust im Vorzimmer ein, ein Mann von ordinären, wenig einnehmenden Gesichtszügen. Er blieb bescheiden in einem Winkel unter den geringeren Höflingen, die ihm alle auszuweichen schienen, obwohl sie sich höchst ehrerbietig gegen ihn bezeigten. Der heilige Mann, der so beharrlich im Hofdienst war, gab offenbar auf alles acht, was er sah und hörte, er machte den Eindruck eines Fuchses, der eben aus seinem Busche schleicht und vorsichtig spioniert, bis er sich völlig offen zu zeigen wagt. Es war der bekannte Pater Frank." Frank war eines Posthalters Sohn aus der Markgrafschaft Baden und nachher Jesuit im Elsaß, wo er als Missionar auf dem Lande gebraucht wurde. Nach Vertreibung der Jesuiten aus Frankreich kam er nach Mannheim. Von allen Jesuiten, die ich in meinem Leben kannte, war er der Dümmste, oder besser zu sagen, der einzige Dummkopf", erzählt der Kabinetssekretär Karl Theodors, Stephan Freiherr von Stengel, aus dessen Memoirenwerk Heigel interessante Mitteilungen machte. „Ein Plauderer von der ersten Klasse," fährt Stengel fort, „und der unverschämteste Lügner; denn da er beständig und von allem, von Religions-, von Staatsverhältnissen, von Hofintriguen, von Fa-

milienangelegenheiten alles durcheinander schwätzte, so vergaß er oft in der nämlichen Viertelstunde, was er zuvor bejaht oder verneint hatte, und da es ihm an Wissenschaft und Geschicklichkeit gebrach, so mußte er seinem Interesse oder seinen Leidenschaften durch Lügen forthelfen. Auf der Kanzel plauderte er was ihm in den Sinn kam mit einer ekelhaften, dummen Plattheit heraus, und auch da war er unverschämt genug, Wunderwerke als Tagesgeschichten, wie sie ihm taugten, zu erdichten. In dem Beichtstuhl gab er sich vorzüglich mit den Weibern ab, kuppelte da den Müttern für ihre Töchter und den Mädchen Männer, wie es ihm einfiel. Diese letzte Eigenschaft, und daß er mit einer sanften Schafsmiene sich allenthalben in die weiblichen Familien- und Herzensangelegenheiten zu schleichen wußte, verschaffte ihm Zulauf und Anhänger, und er war kaum einige Monate in Mannheim, so war er beinahe ausschließlich der Gewissensrat aller Frauen von Stande in der Stadt.“ So kam der Mann empor, und daß er es bis zum Beichtvater des Kurfürsten brachte, war nach solch „gediegener“ Grundlegung seiner Karriere kein Wunder.

Frank war in letzter Eigenschaft als der geistliche Mentor des Kurfürsten nach Mannheim gekommen, und hier fand er in Lippert, dem späteren Geheimrat und geheimen Kabinetssekretär, bald ein williges Werkzeug zur Ausführung all seiner unverschämten Pläne. „Dieser Lippert,“ berichtet der edle Westenrieder, „war schon Professor zu Ingolstadt, dann Hofkammerrat, Hofbibliothekar und geheimer Archivar, dann Landesgerichtsrat und geheimer Rat in geistlichen Ratssachen. Er war ein Erzdeklamator wider die Jesuiten; ist aber ein Renegat für dieselben geworden und befand sich wohl dabei. Er ging ehemals wie ein Bettelmann in einem abgeschabten Kleide und kleinen Hütlein unbeachtet herum und man hörte eben nichts Schlimmes von ihm; aber seit er geheimer Referendär ist, war er ein grausames hartherziges Untier gegen die Geistlichkeit, ein grausamer Inquisitor und wurde allenthalben gehaßt. Seine Regierung kann die Regierung des bayerischen Robespierre genannt werden. Er that alles unter dem Schein des Religionseifers.“ Auch der spätere Landshuter Pfarrer, der treffliche Alois Dietl, einer der wenigen Bayern, zu denen der Geist der neuen deutschen Litteratur hinabdrang, erhielt von der geistigen Rohheit des Inquisitors eine Probe zu schmecken.

Freilich, in ein paar Jahren ließen sich die unter Max Josef errichteten Anstalten nicht wegräumen und durch andere ersetzen, aber dennoch verbot schon am 15. März 1779 ein kurfürstliches Mandat allen Buchdruckern in Bayern, ohne Bewilligung des Zensurkollegiums oder sonstigen kurfürstlichen Spezialbefehl irgend etwas zu drucken. Am 26. September 1780 wurde diese Verordnung von neuem eingeschärft. Das Zensurkollegium verwahrte sich gegen die neue Beschränkung, welche die Erlaubnis gewisser Schriften an die vorherige Beratung mit dem einen oder anderen Ordinariat band. Es werde dahin kommen, daß die „stets des Drucks begierigen Schriftsteller“, der Verschleppungen und Chikanen müde, ihre Werke ohne Zensur im Auslande würden drucken lassen, was bald den Ruin der inländischen Buchdrucker herbeiführen müsse. Die neue Ordnung werde überdies eine Quelle beständigen Haders mit dem geistlichen Rat werden. „Wir wissen, was zum Glauben und Religion directe gehört, aber auch was man durch die Worte indirecte oder quasi zum Schaden der Gerechtsame der weltlichen Macht dahin zog.“ Sprach hier noch der Geist Hontheims und Osterwalds, so antwortete die kurfürstliche Regierung im Februar 1783 mit dem weiteren Verbot, weder in Zeitungen noch Intelligenzblättern irgend ein Buch oder eine Druckschrift anzukündigen. Wieder erhob das Zensurkollegium dagegen seine Stimme, aber schon zeigt die Aengstlichkeit des Tones, welch furchtbarer Druck bereits durch die Frank und Lippert ausgeübt wurde.

Bestand der Kern der Reform unter Maximilian Josef darin, daß er die weltlichen Angelegenheiten den geistlichen Händen entzog und nach weltlichen Gesichtspunkten zu regeln suchte, wahrte man damals eifersüchtig die Rechte der Landesregierung gegen die Ordinariate, so forderte die neue Regierung jetzt die geistlichen Behörden selbst auf, das Volk durch Hirtenbriefe vor der vergiftenden Seuche „unchristlicher“ Bücher zu warnen, und immer häufiger ergingen Mahnungen, die Zensoren möchten strenger zu Werk gehen, und die übrigen Landesbehörden vorsichtiger die Einschwärzung schlechter Bücher verhin-

dern. „Dekret folgte auf Dekret; alle sind darauf berechnet, jenen Obscurantismus zu befestigen, dessen Herrschaft Karl Theodors letzte Regierungsjahre zur traurigsten Periode der bayerischen Regierung stempelt.“ Selbst die Bücher der Zensurräte wurden der ordnungsmäßigen Zensur unterworfen, das Jesuitensystem der gegenseitigen Beaufsichtigung war also im vollsten Umfange Wirklichkeit. Es wundert uns nicht, wenn wir von Heigel hören, daß die Oberlandesregierung sogar schließlich eine Besserung darin zu sehen glaubte, wenn das Zensurkollegium ganz aufgehoben und die Zensur der Polizeidirektion über-



Mannheim, ein Hauptsitz der Kunstbildung unter Kurfürst Karl Theodor.
Nach dem Gemälde im k. Nationalmuseum in München.

tragen würde. Doch der Kurfürst verwarf den Antrag, und so blieb der „einzige Dummkopf“ des Jesuitenkollegiums Herr der Zensorenversammlung und des geistigen Lebens in Bayern.

Daß bei solchem Geiste an der Spitze gerade jene Anstalten, welche den höchsten Ruhm Max III Josefs ausmachen, das Erziehungswesen und der Volksunterricht, entsetzlich zu leiden hatten, ist nicht verwunderlich. Die früheren Kämpfe und Mißhelligkeiten hatten sich auch in die Zeiten der neuen Regierung hineinerstreckt, und das Jahr 1780 brachte wieder eine ganze Sintflut von Streitschriften und Pamphleten, so daß der ganze

bisher erreichte Schulbestand wieder vollständig in Frage gestellt schien. Da nahm die Sache plötzlich eine von niemanden geahnte Wendung. Es war zur Schlichtung der Differenzen und zur Festlegung eines bleibenden Schulplanes noch im Januar 1781 eine eigene Kommission unter dem Präsidium des Grafen von Morawitzky niedergesetzt worden, in welcher außer dem Vizekanzler J. von Pettenkofer unter den sieben geistlichen Assessoren auch noch Braun, aber auch zwei Exjesuiten, und unter den fünf weltlichen Assessoren der Hofrat von Vacchiery, Gärtner und Lippert sich befanden. Eine äußere Wirksamkeit dieser Kommission wurde nicht bemerkbar, aber ganz unerwartet vernahm man plötzlich, daß die sämtlichen Studienanstalten von den Geistlichen der Klöster übernommen werden sollten.

Max Josef hatte, wie wir uns erinnern, das Vermögen des Jesuitenordens im Dienste der Schule und Volksbildung zu verwenden Miene gemacht, aber die endgiltige Regelung der Sache hinausgeschoben, und endlich versäumt, so daß das Vermögen bis jetzt keinem gehörte und durch eine eigene Kommission verwaltet wurde. Karl Theodor nahm nun die „Regelung“ der Sache in die Hand. Für den ältesten seiner vielen natürlichen Söhne, den „Fürsten von Bretzenheim“ gedachte er eine sogenannte bayerische Zunge des Malteserordens zu gründen. Er wollte zu diesem überflüssigen Zweck einige überflüssige Klöster aufheben und von reichen Klöstern bedeutende Summen einfordern. Der Papst hatte schon eingewilligt, als man auf den Einfall kam, die ganz unnützen Mönche dadurch zu retten, daß man die für Anstalten und Lehrer bestimmten Jesuitengüter dem Fürsten von Bretzenheim und den Maltesern preisgab. Die Mönche der Orden, deren Güter bedroht waren, erboten sich, das unentgeltlich zu leisten, was mit dem Ertrage der Jesuitengüter hatte bezahlt werden sollen. Darauf wurden denn die für Lehre und Religion geschenkten Güter zur Ausstattung adeliger mit Kreuz und Stern geschmückter Malteserritter verwendet, an deren Spitze der Fürst von Bretzenheim als Großprior stand. „Auf solche Weise kamen die Malteser nach Bayern, nahmen die Güter der Jesuiten in Besitz und hatten weiter keinen anderen Zweck ihres Daseins, als die Früchte zu verzehren, welche diese Güter eintrugen. Diese für unser Zeitalter seltsame Anstalt hatte nur den Beifall des Hofadels, für den diese einträglichen Stellen bestimmt waren, und wurde mit Gleichgiltigkeit, ja mit Verachtung betrachtet von den niederen Ständen, welchen die Vergeudung der Güter eines ihnen immer noch ehrwürdigen Ordens durch größtenteils lüderliche Leute ein sündhafter Greuel war. Helldenkende und gutgesinnte Männer in Bayern seufzten, daß durch diese ganz zwecklose Maßregel eines der schönsten Institute in Bayern, das so schnell aufgeblühte Erziehungswesen, wieder eine rückgängige Bewegung nahm.“ Aber der Kurfürst hatte eine Versorgungsanstalt für seine unehelichen Söhne gewonnen und für einen Hofadel, der nach Häussers Charakteristik ohne Grundsätze und ohne Wissen, aber mit der Kavaliersehre prahlte und über alles mit Kennermiene urteilte, der den Voltairianer und Freigeist zur Schau trug, im Herzen aber von Aberglauben erfüllt war, der grob, herrisch und übermütig gegen unten, kriechend, feig, unterthänig gegen oben, in leichtsinniger Verschwendung das Geld verschleuderte, für das ihm sein Gewissen, die Ehre seines Weibes, die Unschuld seines Kindes feil gewesen. Und das Volk, das niedergedrückte, in den Staub getretene Volk, erhielt statt seines „Rechtes“, wie Ickstatt einst dargethan, seine erbärmliche Bildung wieder als ein Almosen aus der Hand der Mönche, die ein Uebriges gethan zu haben glauben, wenn sie von ihren fetten Pfründen für den Unterhalt sämtlicher höherer Bildungsanstalten des Landes eine jährliche Beisteuer von 47 000 Gulden zu entrichten beschlossen, und sämtliche Bildungsanstalten mit billigen Klostergeistlichen besetzten. Alles im Lande war von diesem Arrangement befriedigt, der Kurfürst und die Staatskasse, die Prälaten und die Malteser, nur die Schulen gingen darüber zu Grunde.

„Geknickt war die Hoffnung,“ sagt Prantl, „auf die durchgreifende Hebung der Universität, welche unter der vorhergehenden Regierung zu schönen Früchten heranzureifen begonnen hatte, und gerade die Besseren mußten von einem unheimlichen Bewußtsein über die Zeitlage, in welcher sie sich befanden, ergriffen werden; was Wunder, wenn in Bälde der eine oder andere mehr sprudelnde Kopf von weitgreifenden Reform-

plänen und auch phantastischen Träumen sich hinreißen ließ." Männer von freierer Gesinnung durften nicht wagen, die Köpfe zu erheben, sondern konnten höchstens, wie der treffliche Bucher sich ausdrückt, „ein Bischen die Augen von der Erde erheben, sich unter einander ansehen und über den Druck der Zeit philosophisch lächeln," und so sehr schien die Zeit verwandelt zu sein, daß Westenrieder an den Historiker Pfeffel in Versailles schrieb: „Wir reden, wenn wir stolz thun wollen, immer von verflossenen Zeiten, und nennen jene unvergeßlichen Tage das goldene Säkulum."

Bei der unter solchen Verhältnissen in Bayern allseitig herrschenden und fortwährend steigenden Mißstimmung wurde der Boden bereitet zu geheimen Verbindungen und Anschlägen. Ein Schritthalten mit dem Geiste der Zeit war nicht mehr möglich und namentlich herrschten traurige Zustände an der Universität Ingolstadt, welche ohne Hof, ohne Adel, ohne Theater, ohne gesellschaftliches Leben sei, und jeden ankommenden Studenten nur als einen den Bürgern auf drei Jahre hingeworfenen Raub betrachte, die Forteristenz der Hochschule immer mehr in Frage gestellt sei. Von den Führern der juristischen Fakultät, Adam Weishaupt, dem Professor für Kirchenrecht, Geschichte und Moralphilosophie ging nun die Gründung des „Illuminatenordens" aus, dessen Zersprengung im Jahre 1785 allenthalben so gewaltiges Aufsehen erregte. Die Universität als solche beteiligte sich nicht, wohl aber gelang es Weishaupt, einige Kollegen aus der juristischen Fakultät zum Bunde beizuziehen. Die rührigsten und thätigsten Mitglieder des Ordens standen außerhalb der Universität, so daß das Register derjenigen Personen, welche der Universität angehörten nnd zugleich wirkliche Illuminaten waren, erschöpft sein dürfte, wenn außer dem Stifter noch genannt werden: die Professoren Krenner und Semer, der Bibliothekar Drexl, die Repetitoren Duschel und Hübner, der Aktuar Bauer und einige Studenten (Baron Bartels, Frauenberg, Danzer u. a.) Aber auf die Universität fiel der Schlag zurück, der dann den Orden traf, „denn von da an waren die finsteren Mächte entfesselt und jeder bessere Universitätslehrer schwebte in der Gefahr, auf die niedrigste Denunziation hin als Illuminat schwere Leiden erdulden zu müssen."

Schon im Jahre 1776 hatte Weishaupt, durch seine Studien über die Freimaurerorden bewogen, den Versuch gemacht, eine Gesellschaft der „Perfektibilisten" zu gründen, doch änderte er den Namen bald in „Illuminaten". Er kam nicht weit mit seinen Bemühungen. Erst durch den im Jahre 1780 angeknüpften Verkehr mit dem Freiherrn von Knigge kam der Orden zu einer Verbindung mit der sogenannten eklektischen Maurerei", und das „Bündnis der Edelsten, eine heilige Legion unüberwindlicher Priester für Weisheit und Tugend" nahm seinen Anfang. Wir erkennen das Kindische und Halbmystische, welches sich um diese Gesellschaft wand, wenn wir der inneren Einrichtung einen Augenblick der Betrachtung gönnen.

Weishaupt wollte die damals übliche Aufklärungsrichtung verbreiten und in forcierter Beschleunigung auf den Standpunkt der betreffenden Litteratur Norddeutschlands heben, daher er Mitgliedern seines Bundes vor allem die Schriften der Aufklärer und französischen Encyklopädisten empfahl. Also nicht wie dort aus dem Leben heraus sollte sich der neue Geist entwickeln zur Freiheit und Herrschaft, sondern durch künstliche Treibhauszucht, durch Geheimthuerei und Geheimbündelei, ein überaus charakteristisches Merkmal für die Entwicklung Bayerns. In solchem Streben wird man trotz der Uebertreibungen ein Verdienst erkennen dürfen, anders aber stellt sich das Urteil, sehen wir die Form und Organisation, welche Weishaupt dem Orden zugedacht, sehen wir vor allem auf die etwaige Möglichkeit eines Erfolges und gesunden Wachstums. Ein Gemisch von Aufklärung, Geheimbündelei und Jesuitismus sollte da mit Hilfe einer alles durchdringenden Spioniererei zu einem Ganzen verwachsen, eine Unnatur, die in sich selbst von Anfang an den Keim des Verderbens trug.

In die Pflegeschule des Ordens, die Klasse der „Minervalen", wurden die Einzuweihenden mit berechneter Feierlichkeit eingeführt. Wie die Jesuiten verzichteten die Illuminaten auf ihre persönliche Einsicht und ihren eigenen Willen, versprachen blinden Gehorsam gegen alle Satzungen und Oberen; sie gelobten ewiges Stillschweigen und unverbrüchliche Treue, die Verbreitung nützlicher Einsicht unter den Menschen im Sinne

des Ordens, die Aufopferung von Gut, Ehre und Blut für ihn und die geduldige Ertragung aller von dem Orden zuerkannten Strafen. Freunde und Feinde der Gesellschaft sollten auch die des einzelnen sein. Unter beständiger Aufsicht der ihnen unbekannten Oberen arbeiteten die Minervalen für den Orden und spionierten nach allen Seiten; wie die in die Ordensgeheimnisse eingeweihten Oberen, die „Areopagiten", führten sie meist dem klassischen Altertum entlehnte Ordensnamen, unter denen die Korrespondenz stattfand; Weishaupt nannte sich Spartacus, weil er seine Mitmenschen als Mitsklaven betrachtete, die er befreien sollte, Knigge Philo, Costanza Diomedes, von Bassus Hannibal, von Zmackh Cato, Feder in Göttingen Aurelius, Nicolai in Berlin Lucianus u. s. f. Länder und Städte erhielten gleichfalls Namen aus dem Altertum, der Hauptsitz des Ordens hieß Graezia, d. h. Bayern (!), und dieses neue Griechenland umschloß dann die Städte Ephesus (Ingolstadt), Eleusis (gleichfalls Ingolstadt, aber nur in der Sprache der tiefer Eingeweihten) Erzerum (Eichstätt), Athen (München), Theben (Freising), Delphi (Landshut), Korinth (Regensburg), Sparta (Ravensburg), Edessa (Frankfurt), Rom (Wien). Die Schrift bestand zum Teil aus Chiffern, die Zeitrechnung war die altpersische. Unter dem Vorsitz eines Vorstehers hielten die Minervalen, die an einem Orte wohnten, regelmäßige Zusammenkünfte ab mit Vorträgen und Vorlesung von Arbeiten. Ein wunder Punkt waren die Finanzen. Auf allerhand vagen Wegen verfolgte Weishaupt die ausschweifendsten Pläne und scheuchte damit ernste Naturen vielfach zurück. Auch lag er in stetem Zwist mit den ihm zu unbotmäßigen Genossen, unreine Motive drängten sich ein in die Bundeslehren, und der Bund drohte zusammenzubrechen, ehe er eigentlich kräftig geworden war.

Erst Knigge gewann der Sache rasch eine Reihe vornehmer und gelehrter Männer, und der Orden wuchs an Zahl. Im Jahre 1781 kam Knigge nach Bayern, um mit Weishaupt die höheren Grade auszuarbeiten, aber vieles gefiel ihm nicht, so mißbilligte er namentlich die Einmischung des Ordens in politische Angelegenheiten. Auch nahm er Anstoß an Weishaupts jesuitischer Maxime, man dürfe sich zum Guten der nämlichen fragwürdigen Mittel bedienen, welche die Jesuiten zum Bösen anwendeten. Knigge bildete das System aus. Ueber den Minervalen erhoben sich die Freimaurerei und die Mysterien, deren höchste Grade, Magus und Rex, nie ausgearbeitet worden sind. Aber wie es bei derartigen Bündnissen stets kommt und kommen muß, man erreichte die Grenze, über welche man mit eigener Macht nicht hinaus konnte. So mußten die bestehenden politischen und sozialen Gegensätze von selbst dahin führen, daß man dahin strebte, daß die Macht in bessere Hände komme." Nicht Revolution sollte dahin führen, sondern der naturgemäßen Entwicklung sollte nachgeholfen werden und die Monarchen außer Stand gesetzt werden, Böses zu thun, darum müßten alle wichtigen Staatsämter mit Illuminaten besetzt sein; Schulen jeder Art, Presse, Buchhandel, jede Bildungsanstalt sollte in ihre Hände gespielt werden. Auch den Frauen sollte dabei eine Rolle zufallen, doch blieb es einstweilen bei dem Plane. Der Schriftsteller Bode war eine wertvolle Erwerbung für den Orden. Fürsten, Gelehrte, Dichter — selbst Goethe und Herder — traten ihm bei, die Verbindungen reichten von Paris bis Warschau, von Dänemark bis Italien; in katholischen und protestanischen Ländern fand er Anklang, Karl August von Weimar, Ferdinand von Braunschweig, Ernst II von Gotha nahmen Anteil an demselben, über 2000 Mitglieder gehörten ihm an.

Aber Weishaupt überwarf sich mit Knigge. Der trat aus, ihm folgten andere, so Utzschneider, und die Geheimnisse drangen in die Oeffentlichkeit, sie erreichten das Ohr Karl Theodors. Mit dem Streben nach Macht hatten sich die politischen Umtriebe von selbst eingestellt. Die Unzufriedenen überhaupt schlossen sich den Illuminaten an. Sehr positiv dachte man an einen Thronwechsel in Bayern, und blickte auf Kaiser Josef II, als auf einen Regenten, unter welchem der Zweck des Ordens seiner Verwirklichung genähert werden könne. Und da Karl Theodor auf den von Oesterreich eifrigst betriebenen Plan, Bayern dorthin abzutreten und dafür die Herrschaft über die Niederlande einzutauschen, wirklich einging, hatten hierbei einige Illuminaten nachweisbar die Hände im Spiel, während andere, z. B. Montgelas, ihre Hoffnung auf den Thronfolger der pfalz-

zweibrückenschen Linie, auf Maximilian Josef, den Bruder Karl Augusts, setzten. Die Vereitelung des Austauschplanes durch Preußen, von der wir noch hören werden, bewog Karl Theodor, die ganze Sache als blinden Lärm zu bezeichnen, die bisherigen Helfer aber nicht bloß fallen zu lassen, sondern auch zu verfolgen, und hierdurch ward das Signal gegeben für die längst lauernden Finsterlinge, und „die Illuminaten, welche an sich anfangs einen idealen, oder wenn man will, einen ideologischen Zweck verfolgt hatten, aber im Verlaufe sich zu verwerflichem politischem Treiben hinreißen ließen, wurden nun unterschiedslos zum Gegenstand einer über jedes Ziel hinausschießenden Verfolgung. Die Exjesuiten wiesen triumphierend darauf hin, zu welchen Resultaten die Aufklärung führe, und schürten und hetzten in perfidester Weise; Jost strebte nach dem Amte eines Groß-Inquisitors, Frank und Lippert übernahmen mit Freuden das Geschäft, hunderte von strebsamen Männern zu verdächtigen, ins Gefängnis zu bringen oder zu vertreiben, kurz, einen Vernichtungskampf gegen den ganzen modernen Geist zu beginnen. In Bälde galt es als genügende Denunziation, wenn von jemanden gesagt wurde, daß er ein Buch geschrieben habe", und „wer nicht ganz dumm war", sagt Bucher, „war keine Nacht im Bette sicher." „An Lippert und Frank schlossen sich bald mehrere ängstliche Finsterlinge und Menschenhasser an, welche äußerlich fromm und innerlich voll Unrat jeden rechtschaffenen Mann verleumdeten, ihn um Hab und Gut, um Ehre und guten Namen brachten. Viele edle Männer, welche den Illuminaten ganz fremd gewesen, z. B. Milbiller (der Geschichtschreiber) und Schubauer, wurden des Vaterlands verwiesen oder verließen es selbst. Was vor Jahren der Dominikanerprior von Landshut, Pater Jost, vorgeschlagen, die Errichtung eines Ketzergerichts, ward nun von Frank und Lippert in Ausführung gebracht. Die Trausnitz zu Landshut und das gelbe Zimmer in München wurden bald ein Schreckensname jedes Biedermannes." Es wurde der sog. Illuminateneid für alle Staatsdiener und Geistliche eingeführt, die Briefe auf der Post wurden geöffnet, die Lehre der Kantischen Philosophie, von der der spätere Landshuter Pfarrer Dietl erwartete, daß sie „der Grund- und Eckstein einer neuen Philosophie" werden würde, wurde verboten, die Vorlesungen über Geschichte der Philosophie wurden sistiert, da Weishaupt sie ehedem abgehalten hatte, und wie man gegen die Teilnehmer am wirklichen Bunde mit aller Strenge verfuhr, so beschränkte sich die Aufsicht bald nicht mehr nur über Gedrucktes und Geschriebenes, sondern sie erwuchs zur geheimen Inquisition. Eine unbedachte Aeußerung im Kreise guter Freunde wurde sorgfältig der Behörde überbracht, und selbst das Benehmen des Familienvaters im Innern seines Hauses der spionierenden Kontrolle unterstellt, ja im Jahre 1794 war man bereits so weit, daß sich der Direktor Schneider nicht scheute, dem Bücherzensurkollegium den Vorschlag zu machen, auch über die Reden und Sitten zu wachen, „nachdem überall in Wirtshäusern und alibi so ärgerliche Reden geführt würden." Der „närrische Schneider", wie Westenrieder ihn nennt, wurde abgewiesen, aber er setzte das Verbot der Werke Wielands und Friedrichs des Großen (!) durch und begab sich daran, die Schauspiele Lessings zu kassieren.

„Dem Schutz des kurialistischen Systems gegen litterarische Befehdung jedweder Art, entsprach auf kirchenpolitischem Gebiet eine enge Verbindung der bayerischen Regierung mit dem römischen Hof. Seit dem Beginn des achtzehnten Jahrhunderts hatte Bayern zu verschiedenen Zeiten versucht, Landesbischöfe zu erhalten. Schon Maximilian Emanuel hatte sich in Rom um die Gründung einer bayerischen Landeskirche, jedoch vergeblich, bemüht; unter Karl Albrecht war der Plan entworfen worden, durch Säkularisierung der umliegenden Bistümer die Grundlage zu einem bayerischen Königreich und zu einer Landeskirche zu gewinnen; nach Vereinigung der pfälzischen und bayerischen Gebiete nahm Kurfürst Karl Theodor den Gedanken wieder auf, die Gewalt der Fürstbischöfe und der deutschen Metropoliten von seinen Territorien auszuschließen, nachdem er von denselben vergeblich die Bestallung inländischer Generalvikare für den bayerischen Teil ihrer Diözese verlangt hatte" (Sicherer). Er folgte darin dem territorialistischen Zuge der Zeit, aber er versuchte es nicht, wie Kaiser Josef II, namentlich den Stiftern Salzburg, Passau und Augsburg gegenüber, in eigenmächtiger Weise, sondern im engsten Anschlusse an Rom. Die Kurie willigte zwar nicht in die Errichtung von Landesbis-

tümern, aber sie erklärte sich bereit, für die pfalzbayerischen Gebiete einen ständigen Nuntius in München mit den gleichen Vollmachten aufzustellen, wie sie bisher die Nuntien zu Köln, Wien und Luzern ausgeübt hatten. „In einer Zeit," sagt Sicherer, „in welcher das febronianische System auf Grund des göttlichen Rechts der Bischöfe dem Papste die beanspruchte Mitregierung in den einzelnen Diözesen bestritt, in welcher bereits die deutschen Erzbischöfe ‚zur Herstellung der ursprünglichen bischöflichen Autorität', zur ‚Restabilierung der deutschen Kirchenfreiheit' gemeinschaftliche Schritte unternommen hatten, war es für die Kurie ein Vorteil von außergewöhnlichem Werte, mit Unterstützung des größten katholischen Reichsstandes nach dem österreichischen Hofe die bestrittenen päpstlichen Machtbefugnisse in einem ansehnlichen Teile von Deutschland ausüben zu können.

Die liberalen kirchenrechtlichen Anschauungen des Gallikanismus, Febronianismus, Josefinismus hatten auch in den Kreisen der höchsten geistlichen Aristokratie Deutschlands bei den vier Erzbischöfen von Mainz, Köln, Trier und Salzburg den Gedanken erweckt, sich eine selbständigere Stellung gegenüber dem päpstlichen Stuhl zu verschaffen und insbesondere die willkürlichen Eingriffe der päpstlichen Nuntien in die deutschen Kirchenangelegenheiten zurückzuweisen. Die Errichtung der Münchener Nuntiatur (1783) gab den Anstoß zu energischem Vorgehen. Im Jahre 1786 trat in Ems ein Botschafterkongreß der vier Erzbischöfe, Karl Josef von Mainz, Maximilian Franz von Köln, Klemens Wenzeslaus von Trier, sowie des Grafen von Colloredo, des Erzbischofs von Salzburg, zusammen, von welchem die am 25. August von den Erzbischöfen unterzeichnete „Emser Punktation" ausging, die mit Begleitschreiben an Kaiser und Papst übersendet wurde. Die Erzbischöfe erklärten, den Papst als Primas anerkennen zu wollen, aber nur im Sinne der alten Kirche. Sie verweigerten darum die Anerkennung der aus den pseudoisidorischen Dekretalen hergeleiteten Rechte und Ansprüche der Papstgewalt, verwarfen alle der bischöflichen Gewalt nachteiligen Exemtionen und Reservationen, die Appellationen, die Eingriffe der päpstlichen Nuntien, den von Gregor VII eingeführten Bischofseid, die Annaten- und Pelliengelder und anderes. Kaiser Josef II stellte sich auf die Seite der Erzbischöfe, aber der päpstlichen Politik gelang es, den ganzen Angriff abzuschlagen. Sie setzte gegen die Erzbischöfe den Hebel bei den Bischöfen ein, sie gewann den Kurfürsten von Pfalz-Bayern zum Bundesgenossen, der eben die Errichtung der Münchener Nuntiatur gewünscht hatte, um sein Land dem Einfluß auswärtiger Bischöfe entziehen zu können. Der Papst gewährte ihm die Erhebung eines zehnjährigen außerordentlichen Zehntens von den Gütern der Geistlichkeit, und so stellte sich Bayern bei der Verhandlung über die Nuntiaturfrage am Regensburger Reichstag 1788 auf die päpstliche Seite, aber noch verhandelte man, als vom Westen her die Posaune erscholl, die einen ganz anderen Kampf ankündigte, ein Kampf, der die so harten Formen, in welchen sich die Gegensätze des Lebens verschlossen hatten, gänzlich zu zertrümmern und so dem Lebensinhalte neuen Fluß zu ermöglichen strebte. Unter dem Eindruck des nahenden Sturmes, der Papsttum und geistliches Fürstentum gleich bedrohte, gaben die Erzbischöfe ihren Streit mit der Kurie auf.

Für Bayern aber ist es merkwürdig zu sehen, mit welch jesuitischen Maximen man in diesem Streite operiert hatte. Da bediente man sich der päpstlichen Gewalt, um die Macht der Bischöfe lahm zu legen; Erlasse, welche den päpstlichen und landesherrlichen Anordnungen widerstritten, wurden von der Regierung kraft des Rechts des placetum regium unterdrückt, während dieselbe Regierung andererseits betonte, die Einwilligung des Papstes in die Erhebung des Zehnten von der Geistlichkeit sei nicht als eine „unumgängliche Notwendigkeit", sondern „bloß aus besonderer zu seiner päpstlichen Heiligkeit hegenden Zuneigung und Verehrung" nachgesucht worden. „Weder kanonische Rechte, noch Reichsgesetze verbieten die Auflagen, womit der Landesregent nach den Bedürfnissen des Staates die Geistlichkeit in Ansehung ihrer besitzenden Temporalien verhältnismäßig belegt." Es ist der alte zweideutige Weg, den wir die bayerische Kirchenpolitik seit den Tagen Luthers immer wieder beschreiten sehen.

Andreas Buchner, der selbst dem geistlichen Stande angehörte, meint, daß noch andere Absichten bei diesem innigen Zusammengehen mit Rom nebenher liefen. „Um kräftiger auf die als Neuerer verdächtigen Illuminaten, welche oft bei ihren Landesbischöfen Schutz fanden, wirken zu können, kam Pater Frank auf den Gedanken, den hl. Vater zum unmittelbaren Gehilfen anzurufen, und unter dessen höchsten Auspizien jeden Widerstand der unteren Behörden zu beseitigen. Sehr willig schickte Papst Pius VI auf des Kurfürsten Verlangen in der Person des Titularbischofs Zoglio mit sehr ausgedehnten Vollmachten einen Nuntius nach München; unter der Protektion desselben konnten ein Frank und Lippert mit jedem Geistlichen verfahren, wie es ihnen beliebte." Aber da damals gerade im weltlichen Klerus das kurialistische System wenig Freunde zählte, wuchs infolge dieser Vorgänge die Zahl der Unzufriedenen im Lande fortwährend.

Vergleichen wir die Haltung der bayerischen Regierung unter Karl Theodor gegen die fortschreitende geistige Entwicklung des deutschen Volkes mit derjenigen eines Wilhelm IV gegen die Bewegung der Reformation, so finden wir eine vollkommene Analogie. Damals gelang es, das neue Leben von Bayern fernzuhalten, ihm jetzt abermals einen Damm entgegenzusetzen, war aber das bayerische Leben lange nicht mehr stark genug. Wir hörten, wie das einseitige Bauerntum der bayerischen Entwicklung erschüttert worden war, und vor der Gewalt der siegreich fortschreitenden Umwälzung brach die Polizeiwirtschaft, wohl die traurigste, welche Bayern je erlebt, in Trümmer, und wurde hinweggefegt wie Spreu vom Winde. Selbst der Vorbereitungen einer Revolution von unten, wie wir sie in der Folge zu beobachten noch Gelegenheit haben, bedurfte es kaum mehr, von oben kam die Revolution über das bayerische Land, und darin mehr als in allem anderen dokumentiert sich ein wirklicher Sieg des Zeitgeistes, dem zu huldigen nun selbst die Machthaber sich gezwungen sahen.

Die Gunst des an sich gegen den Fremden mißtrauischen bayerischen Volkes hatte Karl Theodor durch seine ersten Machenschaften mit Oesterreich verscherzt. Man fühlte es nur zu sehr, daß er Land und Leute nur als Krämerware betrachtete, aber von den Pflichten eines Herrschers keinen Begriff hatte. Wohl hatte sich der Kurfürst scheinbar zufrieden geäußert über den Ausgang des Erbfolgekrieges und den Teschener Frieden, aber man erkannte aus seinem Vorgehen gegen die Männer, welche er für die Urheber des Scheiterns seiner Pläne hielt, welche geheime Gedanken in ihm fortlebten. Den Zahlmeister der Herzogin Maria Anna, Namens Andrä, ließ er bald nach Abschluß des Friedens ohne Untersuchung und Rechtsspruch einsperren; die um Bayern hochverdienten Räte Lori und Obermüller, welche sich laut mißbilligend gegen den Vertrag mit Oesterreich ausgesprochen, pensionierte er und verwies sie plötzlich aus München. Dazu wurden alle „Patrioten" aus der Umgebung des Kurfürsten entfernt und ausschließlich pfälzische Höflinge sorgten dafür, daß er von jeder andern, als einer unangenehmen Berührung mit seinen Unterthanen ferngehalten bleibe, um jede friedliche Verständigung zu verhindern. „Je weniger sich der Fürst verhehlen konnte, daß ihm das altbayerische Volk nur erzwungene Devotion, nicht aufrichtige Zuneigung entgegenbringe, desto festere Wurzel faßte der Entschluß, sich dieses Landes zu entledigen, und die österreichischen Diplomaten, und vor allen der gewandte Graf Lehrbach verstanden es trefflich, als glänzenden Ersatz eine burgundische Königskrone in verlockendem Licht zu zeigen."

Im Jahre 1778 war es die Unterstützung der Zarin, welche Preußen stark genug gemacht hatte, Oesterreich mit aller Energie entgegenzutreten. Die österreichische Diplomatie hatte nun mittlerweile diese ungünstige Position, in welcher sie sich damals befunden, zu heben gesucht. Im Jahre 1781 kam die Allianz Oesterreichs mit Rußland zustande. Der Krim halber war ein neuer Konflikt zwischen Rußland und der Türkei ausgebrochen. Kaiser Josef trug sich einen Augenblick mit großen Eroberungsplänen im Osten, die er an der Seite Rußlands auszuführen gedachte, stand aber davon ab und ließ Rußland die Krim gewinnen, ohne selbst etwas zu erwerben. Andere Pläne beschäftigten ihn wieder, die Erwerbung Bayerns. Man war ja die russische Allianz nicht sowohl neuer Eroberungen im Orient wegen eingegangen, als vielmehr um dem verhaßten Könige von Preußen die Unterstützung der Zarin zu entziehen. Jetzt stand Oester-

reich mit der Zarin im Bunde, jetzt griff es auf jenen Plan zurück. „Und hatte man erst," sagt Fournier, „durch diese Erwerbung das eigene Gewicht in Deutschland vermehrt, den Staat abgerundet und sichergestellt, durch weitgreifende Acquisitionen in Oberitalien den Einfluß auf die ganze Halbinsel für sich allein gewonnen, dazu im Inneren die Verhältnisse geeint und gefestigt, dann war es Zeit, auf die orientalischen Projekte mit aller Kraft zurückzukommen, und als vorwaltende Macht Mitteleuropas diese Frage wie jede andere, die sich ergeben mochte, mit dem Uebergewicht seiner Stimme zu entscheiden." Das war der Kern dieser Kaunitz-Josefinischen Entwürfe, sie waren in ihrer universalen Tendenz durchaus revolutionär und hatten naturgemäß alle jene Mächte zu Gegnern, die wie Frankreich und Preußen ein lebendiges Gefühl für ihre Zukunft hegten. Nur das einstweilige Zurücktreten Frankreichs hatte überhaupt dieses Auswachsen österreichischer Entwürfe erst ermöglicht. Das bisherige Gegengewicht gegen das österreichisch-habsburgische Streben war zu schwach geworden.


Adam Weishaupt.

In einem Schreiben vom 4. April 1784 riet Kaunitz dem Kaiser, den günstigen Augenblick zu benützen. Friedrich II stand isoliert. Bayern gegen die Niederlande, mit Ausnahme von Luxemburg, Limburg und Namur, die Josef an die Erwerbung Salzburgs zu wenden gedachte, auszutauschen — so war der Plan. Aber mitten in die Verhandlungen fiel der Ausbruch der Feindseligkeiten mit Holland. Josef hatte die Generalstaaten zur Aufgabe des Barriererechtes in den österreichischen Niederlanden gezwungen. Jetzt forderte er sie zur Aufhebung der Scheldesperrung auf. Die Generalstaaten verweigerten das. Ein österreichisches Kriegsschiff, welches die Durchfahrt forcierte, wurde beschossen. Josef erklärte den Krieg, aber Frankreich warf sich dazwischen, und der Kaiser stand zurück.

Diese Aktion hatte wie ein Allarmsignal gewirkt. Dazu kam nun das bayerische Projekt. Im August 1784 erhielt der österreichische Gesandte zu München, Freiherr von Lehrbach, den Auftrag, mit dem Kurfürsten die Unterhandlungen einzuleiten. „Das Königreich Burgund", so wurde Karl Theodor vorgestellt, „stoße fast unmittelbar an die Rheinpfalz an, trage alljährlich sechs Millionen Gulden rein und mache einen Kurfürsten von der Pfalz zum größten und selbst zum gebietenden Herrn in diesen schönen, fruchtbaren Ländern, zum Beherrscher des Rheinstromes, sei angefüllt mit vielen großen Städten, sorgfältig angebaut, wohlhabend durch Handel und Manufakturen, die Einwohner frei und gebildet, ganz anders als die rohen Bayern, an feinen Genüssen des Lebens großer Ueberfluß: das wäre ein Land für einen solchen Herrn." Und Karl Theodor leuchtete das ein, nur verlangte er mehr, als man ihm anbot. So stand die Sache Ende 1784, als man die Notwendigkeit erkannte, den Herzog Karl von Zweibrücken und Frankreich in das Geheimnis zu ziehen und ihre Zustimmung zu erlangen.

Damals, am 6. Oktober, waren die Schüsse aus holländischen Kanonen auf die österreichische Brigantine abgegeben worden. Der Kaiser hatte diese „Impertinenz" nicht

erwartet. Er hatte ebensowenig erwartet, daß Frankreich, wie es nun geschah, sich auf die Seite der Holländer stellen werde. Aber sofort war sein weiterer Plan gefaßt. Frankreich wollte vermitteln. Josef wollte den Holländern gegenüber nachgeben, wenn Frankreich sich in der bayerischen Frage auf seine Seite stellen würde. Frankreich sollte den Herzog von Zweibrücken zu dem Tausche bestimmen, und der russische Gesandte Romanzow bekam Befehl, dem Herzog die erste Eröffnung zu machen.

Deutschland schien in die Verwicklungen mit Holland unmittelbar hineingezogen zu werden, denn an den deutschen Fürstenhöfen arbeiteten die Gesandten Hollands nicht minder emsig, als die des Kaisers. Dazu war das Vorgehen des Wiener Hofes nur zu sehr geeignet, die Befürchtungen, die man im Reiche hegte, mächtig zu steigern. „Man gedachte der despotischen Gewalt, die sich der Kaiser in seinen Erblanden, welche doch ein Teil des Reiches seien, anmaße; der ungewöhnlichen Autorität, die er unter dem Vorwande der Rechtspflege auf die Reichsgerichte, in den Kreisen, auf dem Reichstage ausübe, und wie er dann doch die Unthätigkeit des Reichstags zu verlängern, die beiden Religionen in Zwietracht zu halten trachte; besonders auch der Versuche, die geistlichen Fürstentümer an sein Haus zu bringen."

Diese und andere Besorgnisse waren es, welche dem Preußenkönig die Bahn nach Deutschland freigaben. Isoliert, von allen Mächten mit seinen Allianzbewerbungen zurückgewiesen, betrat Friedrich der Große die nationale Bahn. Schon um Kaiser Karl VII hatte er einst im Jahre 1744 eine Union der deutschen Fürsten gegen Habsburg zu sammeln getrachtet. Mit dem Tode des Kaisers stürzte der eben begonnene Bau wieder zusammen. Dann war im Lauf der Jahre der Unionsgedanke von anderer Seite wieder aufgegriffen worden, aber feste Gestalt hatte er in der Flut der Ereignisse nicht zu gewinnen vermocht, da namentlich ein solches Projekt, welches von Baden ausging, die Mitgliedschaft Preußens ausschließen zu müssen glaubte.

Nun nahm Friedrich II den Gedanken wieder ernster auf, dem Kaiser eine Union deutscher Fürsten entgegenzustellen nach dem Muster, meinte er, des schmalkaldischen Bundes, denn die großen historischen Erinnerungen schwebten ihm immer vor, nur sollte diesmal die Religion keine trennende Rolle spielen. Im Oktober 1784 hatte er einen Entwurf dazu aufgesetzt, sein Minister Hertzberg arbeitete ihn weiter aus, aber der König schwieg wieder: die holländischen Irrungen beschäftigten ihn unmittelbar.

Da belebte der Herzog Karl von Zweibrücken den Gedanken wieder, die kleineren Fürsten begegneten Preußen auf halbem Wege, und was bisher nicht gelungen war, nun gelang es. Der russische Gesandte am kaiserlichen Hofe, Romanzow hatte sich nach Karlsberg begeben und dem Herzog den Plan des Austausches der österreichischen Niederlande gegen Bayern mitgeteilt. Er forderte die Einwilligung des Herzogs zu dem Austausch und bot ihm eine Million Gulden, wie deren der Kurfürst $1^1/_2$ und Prinz Maximilian, Karl Augusts Bruder, $^1/_2$ Million erhalten sollte. Er versicherte, der König von Frankreich sei im Allgemeinen einverstanden, der Herzog, wie der Kurfürst würden am besten für sich selbst sorgen, wenn sie einen Antrag, der so höchst vorteilhaft sei, annähmen; möge aber der Herzog einverstanden sein oder nicht, so werde die Sache doch zustande kommen.

Aber so verlockend auch der Plan war, muß man es doch bei alle den Ausstellungen, zu denen die moralische und soziale Führung des Herzogs Karl Anlaß gab, als eine politische Handlung anerkennen, daß er sich nicht berücken ließ. Er war bereits auf den Plan vorbereitet worden. „Der Gedanke, daß das Fürstenhaus sich von einer braven und ihm ergebenen Bevölkerung nicht losreißen dürfe, trat in Zweibrücken sehr wirksam im Gegensatz zu Karl Theodor auf: dem dynastischen Gefühle wohnte etwas Echtes inne." Ebenso kannte Karl besser die Absichten und Meinungen des französischen Hofes, und so zögerte er keinen Augenblick, dem Grafen Romanzow eine vollkommen abschlägige Antwort zu erteilen: denn sein Antrag enthalte nichts anderes, als die Unterdrückung des Schwächeren zu Gunsten des Stärkeren; er würde damit die Wohlfahrt seines Hauses und die deutsche Verfassung untergraben; er könne nicht denken, daß die Kaiserin von Rußland einen Plan befördere, durch den alles vernichtet werden würde, was sie im

Jahre 1779 in Verbindung mit Frankreich und Preußen gegründet habe. Gleichzeitig nahm er nun aber die Unterstützung des Königs von Preußen gegen ein Vorhaben in Anspruch, das nur auf eine Entfernung des Hauses Wittelsbach aus Deutschland und dessen Zerstörung gerichtet sei. Er that das in den feurigsten Ausdrücken und sagte: er werde sich eher unter den Ruinen Bayerns begraben lassen, als dazu einwilligen.

Karl August hatte den Grundgedanken der Wiener Politik erkannt und verstanden. Derselbe ist uns nicht auffallend, ja, aus der Entwicklung der beiden Dynastien Süddeutschlands leuchtet uns diese Konsequenz, mit der man in Wien nach dem gesteckten Ziele rang, als eine vollkommen natürliche entgegen. Aber für den Augenblick kam Friedrich II diese Nachricht von der tapferen Ablehnung des Zweibrückeners doch unerwartet. Dazu war die Kunde von den geheimen Plänen in die Oeffentlichkeit gedrungen, und wie ein Wetterstrahl wirkte sie in Deutschland und Europa. Man sprach davon, daß Luxemburg und Namur an Frankreich kommen sollten. Und wenn auch die Befürchtungen, welche Friedrich II von den Absichten des Wiener Hofes hegte, teilweise zu weit in die Zukunft griffen, so war doch thatsächlich der Fall, daß man das Resultat seiner letzten Politik und Kriegführung, die Erhaltung und Unabhängigkeit von Bayern, rückgängig zu machen im Begriffe stand. Das durfte und konnte er nimmer zugeben, und so war denn der Augenblick für die preußische Politik gekommen, der ihr den Eintritt in die Reichspolitik, in die nationalen Bahnen eröffnete. Das bedrohte Fürstentum ersah zum ersten Male allgemeiner in Preußen seinen natürlichen Retter und Beschützer.

Karl Theodor, erschreckt durch den Sturm, welcher die öffentliche Meinung durchbrauste, ließ von oben herab erklären, daß alles, was man von seiner Einwilligung sage, aus der Luft gegriffen sei. Dennoch war er gerade jetzt geneigter als vorher, Oesterreichs Anerbieten anzunehmen, wie denn auch der Kaiser jetzt auf die Abtretung der gesamten Niederlande und die Verwilligung des königlichen Titels unumwundener einging, als bisher. Kaunitz war entschlossen, in der Sache festzuhalten. Aber schon war Friedrich an der Arbeit. Er gedachte die Stimmen von Sachsen, Hannover, Mainz, Trier und anderer Fürsten zu vereinigen, um gegen alles zu protestieren, was der Kaiser im Widerspruch mit der Reichsverfassung unternehmen wolle. Der Herzog von Gotha war einer der feurigsten. Er erklärte, die deutschen Fürsten müßten eine Armee aufstellen, um ihre Länder und Personen vor dem Joche Josefs zu sichern, und dieser kleine Fürst schwang sich sogar zu allgemeineren Betrachtungen auf und sprach davon, daß „die Rechte der Menschheit" keine Verjährung erdulden könnten, er wies dabei selbst auf das Beispiel von Amerika hin.

Die Aufregung wirkte in Bayern. Am 12. Februar 1785 erklärte der Kurfürst alles für falsch, was von einem zwischen ihm und dem kaiserlichen Hofe „beschlossenen und unterzeichnet worden sein wollenden Länderaustausch" erzählt werde. Die Landstände waren eben mit der Bewilligung der Postulate für das laufende Jahr beschäftigt gewesen, hatten aber mit derselben innegehalten, als die Gerüchte verlautbarten. Mit der Erklärung des Kurfürsten noch nicht zufrieden, forderten sie ihn auf, das gesamte In- und Ausland überzeugend zu beruhigen, damit die Nachkommen einst den Zeitpunkt segnen möchten, wo die Dauer des wittelsbachischen Stammhauses gesichert und die Stände vollkommen beruhigt werden, wo sie sich von der einen oder andern Seite zu wechselseitiger Treue verbunden haben." Das Land hielt hierin einstimmig zu seinen Ständen. In der Bevölkerung, den Ständen und der Verwaltung selbst sprach sich die öffentliche Meinung in diesem Sinne mit wachsender Entschiedenheit dahin aus. Der Minister, Graf Seinsheim, der bisher nur für die Behauptung der Privilegien der Landstände gesprochen, erschien jetzt an der Spitze derselben, um sich dem Vorhaben unbedingt zu widersetzen. Wie im Jahre 1778 so treten auch im Jahre 1785 die beiden vornehmsten Damen, die verwitwete Kurfürstin und die Herzogin Klemens, mit ihrem alten Eifer für das Land hervor. So bereitete der Zweifel, ob der Plan endgiltig aufgegeben worden sei, der preußischen Politik den Weg.

Vom 17. März 1785 stammt der Entwurf einer „reichsverfassungsmäßigen Verbindung der deutschen Reichsfürsten", der von König Friedrich angenommen wurde. Der Entwurf wurde an die verschiedenen Höfe versandt. Die Kleinstaaten zeigten sofort Neigung zum Beitritt, aber in Hannover und Dresden waren nicht geringe Schwierigkeiten zu überwinden, ehe die Berliner Konferenzen zwischen Hertzberg, von Beulwitz (Hannover) und Graf Zinzendorf (Sachsen) am 29. Juni 1785 beginnen konnten. Am 23. Juli 1785 endigten sie mit der Unterzeichnung des Fürstenbundes. In elf öffentlichen Artikeln, denen die Entwürfe des hannöverischen Ministers zu Grunde gelegt waren, vereinigten sich die Verbündeten zur Aufrechterhaltung des alten Reichssystems und zur Wahrung der Rechte jedes Reichsstandes und eröffneten allen patriotischen gleichgesinnten Ständen ohne Konfessionsunterschied den Eintritt in die Union. In geheimen und geheimsten Artikeln wurde energisch gegen den bayerischen Ländertausch, gegen jede Säkularisation oder Zerstückelung protestiert und verabredet, falls alle Vorstellungen in einem solchen Falle nichts nützen würden, solle jeder der drei Alliierten 15 000 Mann aufstellen; ferner einigten sich die Verbündeten über ein gemeinsames Vorgehen bei einer neuen Königswahl, über die Wahlkapitulation u. a. Friedrich ratifizierte den Fürstenbund am 21. August 1785. Es war der erste deutsche Schutz- und Einigungsbund unter Preußens Führung, ein Bund gegen die Absicht des Wiener Hofes, sich zum Herrn des Reiches zu machen, der Scheidegruß des großen Königs an Deutschland. Dem Bunde traten bei: Sachsen-Weimar, Sachsen-Gotha, Hessen-Kassel, Braunschweig, Anhalt, Baden, Pfalz-Zweibrücken, Brandenburg-Ansbach, Osnabrück, Mainz und die Herzoge von Mecklenburg. Da standen der Wiener Hof und Karl Theodor von ihren Wünschen zurück; der Gedanke, Bayern auszutauschen, wurde vertagt, nicht aufgehoben. Das Intriguenspiel dauerte indessen fort. Denn wieder neun Jahre später hatte sich der österreichische Minister Thugut sogar mit Robespierre, dem Mörder seiner eigenen Kaisertochter, verständigt, das ohnehin unhaltbare Belgien für die Erwerbung Altbayerns zu opfern. Bei allen Abmachungen der kaiserlichen Diplomatie mit Frankreich während der Revolutionskriege tauchte die Abtretung Bayerns an den Kaiserstaat auf, und noch kurz vor dem Tode des Kurfürsten wurde in München eifrig darüber verhandelt.

Die Pfalz als Kernland eines burgundischen oder austrasischen Königtums — wie sie es einst noch unter dem Staufer Friedrich I gewesen war, so hätte sie es nun wieder werden sollen. Die alte natürliche Entwicklung dieses Gebietsteiles schien wieder einzusetzen, und wie damals die Vereinigung mit Bayern es war, welche dieser Entwicklung ein Ziel setzte, so sehen wir diesen Gegensatz auch jetzt wieder in alter Lebendigkeit auftreten. Hatten doch schon die Neuburger Kurfürsten nach einem ähnlichen Ziele gestrebt. Ihre Ausdehnung den Rhein hinab in die Jülicher Lande schien sie dem Ziele näher zu bringen, aber ebenso war es damals Bayern, welches der pfälzischen Entwicklung die weitere Bahn verlegte. Max Emanuel gewann die Statthalterschaft der Niederlande. Und nun zum dritten Male zog Bayern die pfälzische Entwicklung von ihrer Bahn ab, und diesmal bedeutete diese Thatsache nichts mehr und nichts weniger, als die Vernichtung der selbständigen Entwicklung der Rheinpfalz, die Auflösung des ältesten weltlichen Kurfürstentums, das sich auf dem Grenzgebiete zwischen den alten Herzogtümern Franken und Schwaben erhoben hatte.

Ein westdeutsches Fürstentum zu werden, war die natürliche Tendenz des bayerischen Staates, seitdem die Beseitigung der habsburgischen Monarchie sich als Unmöglichkeit herausgestellt hatte. Aber wenn wir trotzdem die Entwicklung beider Länder noch eine Zeit lang zwischen den alten Polen hin- und herschwanken sehen, so erkennen wir die Macht einer natürlichen Triebrichtung und ebenso, daß die Bestrebungen Karl Theodors doch eine andere Grundlage hatten, als diejenige rein persönlichen Beliebens.

Gleichzeitig aber müssen wir hier einer andern Thatsache gedenken, welche uns die Verschiebung der alten Entwicklung Bayerns deutlich zeigt. Bei den Beratungen des Fürstenbundes in Berlin war darauf hingewiesen worden, daß man auch das immer weiter schreitende Eindringen österreichischer Prinzen in die Stifter des Reiches nicht gestatten dürfe. Es sei die Besetzung derselben aus dem Reichsadel zu empfehlen. Da-

mals widersprach Sachsen diesem Plan, da ja ein sächsischer Prinz zum Besitz einer der vornehmsten geistlichen Würden, des Kurfürstentums Trier und des Bistums Augsburg gelangt war. An Stelle dieser radikalen Aenderung begnügte man sich mit dem von den protestantischen Mächten vorgeschlagenen Einspruch gegen Zergliederungen und Säkularisationen der Stifter.

Jener sächsische Prinz, Klemens Wenzeslaus von Trier, aber war von mütterlicher



Karl Theodor läßt durch Rumford den englischen Garten bei München anlegen.

Seite ein Habsburger, und am Kaiserhofe hatte er einst seine Laufbahn begonnen. Das sächsische Interesse stand also hier dem habsburgischen näher. Außerdem aber handelte es sich gerade in jener Zeit darum, den jüngsten Sohn Maria Theresias zu versorgen. Am 7. August 1780 war Max Franz zum Koadjutor von Köln und am 16. zum Koadjutor von Münster erwählt worden. Als nun am 15. April 1784 Max Friedrich, der Kurfürst von Köln, starb, wurde der österreichische Erzherzog sein Nachfolger in beiden Stiftern. Der Gegensatz gegen Preußen hatte die Wahl des Habsburgers erleichtert, aber was uns näher angeht, ist der Umstand, daß damals Wittelsbach aus der Stellung, welche es früher durch seine nachgeborenen Söhne in den katholischen Stiftern einnahm,

vollständig herausgedrängt war, daß auch hier Habsburg sich anschickte, der Erbe der Wittelsbacher zu werden.

Erinnern wir uns der früheren Zeiten, wie unter einem Maximilian I, einem Max Emanuel und selbst noch unter Kaiser Karl VII bayerische Wittelsbacher die Bistümer Köln, Münster, Paderborn, Hildesheim, Osnabrück fast unausgesetzt besetzt hielten, wie ihnen die Probstei Berchtesgaden, die Hoch- und Deutschmeisterwürde, die Bistümer Regensburg, Freising, Lüttich zeitweilig zufielen; wie es fast gleichzeitig einem Philipp Wilhelm von der Pfalz gelang, seinen Söhnen die Stifter Worms, Augsburg, Breslau, Trier und selbst Mainz zu gewinnen, so erkennen wir den Unterschied der damaligen politischen Stellung der Wittelsbacher in ihren Außenwerken im Reiche zu der jetzigen vollauf. Das Wachstum Preußens verlegte den pfälzischen Wittelsbachern den Weg weiter hinab zum Niederrhein, wie es den schwedischen Wittelsbachern den Weg in Norddeutschland verlegt hatte, Preußen stellte sich Karl Theodor in den Weg, als er die Niederlande erringen wollte, und dem Wachstum Preußens stellte sich wieder Habsburg in Köln und Münster entgegen, dasselbe Habsburg, welches die bayerische Entwicklung von allen Seiten fast unentrinnbar umklammert hielt. So wuchs das Interesse der bayerischen Selbständigkeit mit demjenigen des preußischen Staates mehr und mehr zusammen. Ein Zusammengehen mit Preußen aber war für Wittelsbach nur möglich, wenn man von der ererbten Bahn der pfälzischen Entwicklung zum „burgundischen Königtum" endgiltig abließ, denn über die niederrheinischen Länder erstreckte sich nun die Interessensphäre des preußischen Staates. Ebenso vom Osten abgeschnitten, sah Pfalz-Bayern sich darauf beschränkt, das politische Uebergewicht in den alten Herzogtümern Schwaben und Franken zu gewinnen und eine Vereinigung seiner beiden Gebietshälften durch Ausdehnung über Süddeutschland zu erringen. Bayern mußte zum südwestdeutschen Fürstentum werden, eine Entwicklung, die schon einst in der Vereinigung des pfälzischen mit dem bayerischen Gebiete vorgezeichnet lag, damals aber nicht zustandekommen konnte, weil die natürliche Triebrichtung beider Länder noch ihr altes Uebergewicht behauptete. Erst jetzt, nachdem die Abwärtsbewegung der bayerischen wie der pfälzischen Entwicklung Thatsache geworden, trafen sie an dem alten Punkte wieder zusammen, und nun verschmolzen beide zu einer einzigen neuen Entwicklung, die ihr Ziel naturgemäß nicht mehr in einer Weltstellung des wittelsbachischen Hauses haben konnte, sondern innerhalb der südwestdeutschen Gebiete ihre Grenzen finden mußte und fand. Damit fiel die Tendenz, eine kolonisatorische Macht nach außen zu sein, von selbst, und die innere Civilisation und Kulturarbeit erlangte für ihr Wachstum die freie unbegrenzte Bahn.

Wir erkennen den Wechsel der Entwicklungsrichtung nun vollkommen, und die Zeit Karl Theodors ist darum als eine Uebergangszeit zu bezeichnen, als eine Zeit, in welcher altbayerische, altpfälzische und neubayerische Motive wirr durcheinander gehen, sich befehden und ausgleichen, in der von der alten Sehnsucht der bayerischen Wittelsbacher, zu einer Weltstellung zu gelangen, allmählig Abstand genommen wird, dagegen die altpfälzische Tendenz noch einmal um so höher emporlodert, bis auch diese, von Preußen zurückgebogen, zu erlahmen beginnt und das Motiv der neuen bayerischen Entwicklung klar und klarer zu Tage tritt.

Es liegt in dieser abstrakten Betrachtung der Dinge, in der alles Persönliche und augenblicklich Form-Gebende zurücktritt hinter die Notwendigkeit, in der selbst die sogenannten leitenden Persönlichkeiten unter das Gesetz dieser Notwendigkeit gestellt werden, etwas ungeheuer Reizendes, denn nur auf diesem Wege ist eine Erkenntnis jener höheren Gesetze möglich, nach welchen die Völkerentwicklungen sich bewegen.

Der Fürstenbund war das Vermächtnis Friedrichs des Großen an die deutsche Nation. In ihm liegt der Gedanke einer selbständigen Stellungnahme des deutschen Volkes eingeschlossen. Nach der Lage der Dinge war eine solche nur mehr im Anschluß an Preußen möglich. Es war der bewußte Bruch mit einer Politik, die Jahrhunderte lang Deutschland in Abhängigkeit vom Auslande erhalten hatte, und als solcher wurde die That Friedrichs im Auslande, namentlich in Versailles, empfunden. Dem gegenüber rang sich damals denn auch sofort der Gedanke empor, das deutsche Reich sowohl von

Oesterreich als von Preußen zu sondern, eine Gedanke, wie er nachmals im Rheinbunde Form gewann. Und dieses Zwischenglied in der Kette war notwendig, um die Entwicklung jener Staaten zum Ziele zu führen, welche von einem Anschlusse an Preußen eine solche Förderung ihrer Entwicklung zunächst nicht zu erwarten hatten. Unter ihnen nimmt Bayern die erste Stelle ein. Der Kampf der preußischen mit der französischen Entwicklung tritt darum von jetzt an langsam in Sicht. Bayern gegen Oesterreich zu schützen, mußte die Aufgabe Preußens auch in Zukunft bleiben, aber Bayerns natürlicher Anspruch an die Zukunft war größer, als bloße Erhaltung seiner Existenz, und dieses Mehr zu verwirklichen, reichte der preußische Schutz nicht aus.

Nach Sanssouci, wo der „Held des Jahrhunderts" einsam klösterlich lebte, richteten sich noch einmal die Blicke Europas, als Friedrich nun die Augen schloß. „Ohne Bedauern gebe ich den Lebenshauch, der mich beseelt, der wohlthätigen Natur zurück, die mir ihn verliehen, und meinen Körper den Elementen, aus denen er zusammengesetzt ist," sagte er in seinem Testament. Am 17. August, bald nach zwei Uhr morgens, ist Friedrich, im Lehnstuhl sitzend, schlummernd in die Arme des Todes gesunken. Ohne Ahnung von den gewaltigen Kämpfen, welche Europa so bald in Flammen setzen und eine neue Weltordnung schaffen sollten, ist der Mann gestorben, dessen ganzes Leben und Denken wie eine Vorbereitung dieser mächtigen Revolution betrachtet werden kann.

Als Friedrich Wilhelm II den preußischen Thron bestieg, überreichte ihm ein in nicht eigentlich offizieller Mission in Berlin anwesender französischer Edelmann eine ausführliche Denkschrift. Es war der Graf von Mirabeau. Was er verlangte, war Reform: Freiheit des Handels und Verkehrs, freie Teilnahme der Nation an den Angelegenheiten des Staates, eine lebendige Bewegung aller Kräfte. Dazu müsse vor allem die Sonderstellung der Aristokratie vernichtet werden. Die Aristokratie erdrücke von einem Ende der Erde zum andern das menschliche Geschlecht; das Interesse der Könige liege in populären Maximen. Er fordert Unabsetzbarkeit der Richter, unbeschränkte Toleranz, welche auch den Juden bürgerliche Freiheit gewähren müsse, vollständige Freiheit der Presse, die den Fürsten selber erleuchte und belehre, die Abschaffung der Todesstrafe. „Es ist," sagt Ranke, „als sähe man den Genius der Zeit neben dem eintretenden Könige erscheinen, um ihn in seine Bahnen zu reißen." Mirabeau fand in Berlin keinen Anklang. Seine Schrift war in der Form eine Satyre auf die Regierung des verstorbenen Königs, ihr Inhalt wurde abgelehnt. Der Genius der alten, absterbenden Zeit bemächtigte sich des eintretenden Königs, Preußen gab die geistige Führung Deutschlands und Europas aus der Hand, und ein anderes Feld sollte sich bald für Mirabeau bieten: in der französischen Revolution fand er die Bewegung, welche er zu seinen Zielen bedurfte.

In dem Zusammenhang der Dinge steht die französische Staatsumwälzung am Schluß der alten Zeit. Ihre welthistorische Bedeutung ist, daß sie die aristokratische Gestaltung des Lebens der Christenheit, wie sie vom Mittelalter überliefert ist, morsch geworden, über den Haufen wirft und den Anstoß gibt zur Begründung des modernen Lebens, zur Begründung der Herrschaft der Demokratie in Europa. Ein jeder weiß, daß man einen gewissen Zug der französischen Revolution, den Zug der Kirchenfeindlichkeit, der Litteratur des 18. Jahrhunderts in die Schuhe schiebt. Die bösen Encyklopädisten haben das alles gethan. Das ist aber nicht der Fall. Sie haben nur Teil an dem Werden. Die Leidensgeschichte eines Jahrhunderts ist es, welche die Herzen des Volkes fähig machte und dazu zwang, seine Gefühle zu ändern, und nur dadurch hat diese Litteratur eine so mächtige Stellung erringen können. Wie war es denn in England, welches der Philosophie Frankreichs fast um drei Menschenalter voranschritt? Die englischen Freidenker, die Locke, Berkeley, Toland, Collins, Tindal, die Clarke, Wolleston und Ferguson mit ihrem großen Gefolge sind die direkten Väter der französischen Encyklopädisten. Aber — diese Philosophie florierte in England eine Zeit lang, wirkte auf die Denkungsart der oberen Volksschichten ein und ging dann wieder vorüber. Ein halbes Jahrhundert war England wieder so kirchenfreundlich und christlich, wie je. Eine Litteratur, und wäre es auch die mächtigste, ist für sich allein nie imstande, innerhalb

eines halben Jahrhunderts die ganze Gesinnung eines Volkes zu ändern. Es sind andere Momente, andere große und unmittelbare Ursachen, die solches hervorbringen. Wohl aber weist uns die Existenz einer solchen Litteratur darauf hin, nach den Ursachen und Momenten dieser Art zu forschen. Und die Gunst der Umstände fand sich in Frankreich. Sie war es, welche der neuen Litteratur Thüre und Thor öffnete und sie in kurzer Zeit zur Herrscherin über Kopf und Herz der Franzosen nicht nur, sondern Europas machte. Kirchenfeindschaft ist mit dabei, aber sie ist nicht ausschlaggebend. Sie ist nur gewissermaßen als notwendiges Element zweiten Grades der Bewegung beigemengt, notwendig insofern, als die diesseitigen Forderungen und Ansprüche der Menschen die Verheißungen des Jenseits in den Hintergrund schoben. Seit Newton und Leibniz war in den Wissenschaften eine neue Aera emporgestiegen. Die Naturwissenschaften nahmen einen großartigen Aufschwung. Die Phantasie entzündete sich an den bisherigen Ergebnissen der neuen wissenschaftlichen Arbeit und nahm ihre Ziele teilweise vorweg. Damit trat die Entwicklung aus den Bahnen schrittweiser historischer Bewegung in die des Radikalismus hinaus.

In den zwanziger Jahren des Jahrhunderts begann es in Frankreich. Mit Montesquieu und Voltaire fing es an. Montesquieu an sich haltend, vorsichtig, Voltaire vorwärts drängend, anmaßlich, erobernd; Montesquieu vornehmlich die Geschichte und Gesetzgebung ins Auge fassend, Voltaire überallhin seine geistreichen Streifzüge machend. In dieser Zeit sind die Litteraten, Voltaire voran, dem bestehenden Religionswesen feindlich gesinnt, nicht der Religion als solcher. Dabei blieb es nicht. Es kamen Leute, die darüber hinausgingen, die die Sache viel stärker und gröber hinaussagen, so Holbach, so Helvetius. Die Encyklopädisten, die Diderot und d'Alembert halten sich mehr auf einer litterarischen Linie, der Esprit findet bei ihnen vornehmliche Pflege. Und zuletzt kam der größte, er stellte sich neben Voltaire — Jean Jacques Rousseau. Er ist Deïst wie Voltaire, aber er packt die Dinge radikal. Mit der Kraft seines Geistes und Gemütes weist er aus der Verschrobenheit und Verzwicktheit des damaligen Gesellschaftslebens auf die Natur. Er macht den allertiefsten Eindruck. Alles führt er auf die Natur zurück, und alles verwirft er, was Geschichte, Gewohnheit, Fortschritt in der Kultur hinzugefügt haben. Diese Litteratur drang in alle Gebiete ein und bemächtigte sich aller Kreise. Die Wissenschaft wurde in allen ihren Schriften popularisiert, dazu die elegante feine Sprache, so wirkten die Leute. Hatten die Engländer die Quelle zum Fließen gebracht, so gruben die Franzosen ihren Wellen nun die Bahnen durch ganz Europa.

Nicht die französischen Zustände haben wir hier zu schildern, aber die französischen Zustände sind typisch für einen großen Teil Europas und darum müssen wir sie einen Augenblick betrachten. Es war so, daß alle politische Praxis bei dem Ministerium und dessen Agenten lag. In der Welt hatte sich niemand anders mit Politik zu befassen. Man sah es nicht gern, ja, man strafte solche, die durch Schriften oder sonstwie gegen die Agenten der Regierung vorgingen. Das hatte zur Folge, daß diejenigen, welche nicht zur Regierung gehörten, von Politik praktisch gar nichts erfuhren und ihnen dann alles so fremd wurde, daß sie über nichts mehr Bescheid zu geben wußten. Andererseits waren die Regierungsmänner auch keine Staatsmänner, sondern Routiniers, die nach einer gewissen Schablone die Geschäfte abwickelten. Es war also recht wenig zur Heranbildung eigentlicher Staatsmänner vorhanden. So teilte sich die Nation. Die einen verstanden von Politik praktisch gar nichts, die andern wußten theoretisch nichts von ihr, da sie sich nur praktisch mit ihr beschäftigten. Die Geschichte, aus der man hätte Politik lernen können, war das Stiefkind der französischen Litteratur. Nur Montesquieu beschäftigte sich mit Geschichte, und vielleicht ist gerade das der Grund, weshalb seine Schriften verhältnismäßig so geringen Anklang fanden. Diejenigen also, welche jetzt mit der Politik anfingen, wußten eigentlich von ihr gar nichts. Man meinte, das sei auch nicht nötig, das brauche man nicht erst zu lernen, die gesunde Vernunft reiche da schon ganz allein aus. Wenn wir diese Anschauungen im Auge behalten, begreifen wir den contrat social von Rousseau, der in den sechziger Jahren erschien. Der Grundirrtum war nicht der, daß man Natur,

Vernunft und Erkenntnis zu Rate zog, sondern daß man eine Abstraktion zur Herrschaft bringen wollte, daß man aus den Augen verlor, wie man es nicht mehr mit einer weichen bildsamen Masse, sondern mit einer festen und starren Form zu thun habe, deren Bestand immerhin besser war, als die Formlosigkeit, der man unbedingt verfallen mußte, ging man im Sturmschritt zur Zertrümmerung der alten Form vor. Dieser Gegensatz zwischen Theorie und Praxis bestand in Frankreich fort, er ließ sich nicht überbrücken; so kam die Revolution, die vollständige Zertrümmerung der alten Staatsform.

Dieser Gegensatz bestand aber auch außerhalb Frankreichs, und Frankreich stand in der Welt nicht allein. Es war ein Teil des Abendlandes, ein Teil der Christenheit. Die Christenheit ist ein Komplex von Völkern, der zusammengehört, der zusammen lebt, dessen Leiden und Freuden nicht beschränkt bleiben auf einzelne Teile, sondern sich allen fühlbar machen. Solche Leiden sind unter allen Verhältnissen derartig, daß der Wille zu helfen mit der Sympathie erwacht. Früher gab es eine bestimmte Form für das Eingreifen eines Volkes in die Angelegenheiten eines anderen: da stand an der Spitze des Abendlandes der römische Kaiser. Dann kam eine Zeit, in der der Papst obenan stand. Auch er würde hier den Versuch gemacht haben, einzugreifen. Aber diese alten Formen bestanden thatsächlich nicht mehr. Die nationale Entwicklung war über sie hinausgewachsen, und man hätte jetzt erst eine Form finden müssen, in welcher die Gesammtheit auf den einzelnen Teil hätte einwirken können. Wohl wäre es dazu gekommen, allein es war nicht mehr notwendig. Ehe Europa die Form gefunden hatte, stand es bereits im Kampf mit Frankreich. Man bediente sich der Zwischenform der Koalition, wie sie das Zeitalter Ludwig XIV ausgebildet hatte, aber nicht wie damals galt es einen Krieg um die Macht, sondern um Prinzipien; nur bediente sich der geistige Kampf noch einmal derselben materiellen Mittel, wie einst der materielle Kampf um das „europäische Gleichgewicht."

Europa war damals nicht eine Versammlung von Völkern unter der Führung eines Kaisers oder Papstes, sondern eine Versammlung von Völkern, die nur Gewohnheiten und Interessen verknüpften. Die fünf Großmächte waren es, die sich in den Kämpfen des 18. Jahrhunderts der Reihe nach emporgearbeitet haben: Frankreich, England, Oesterreich, Preußen und Rußland. Von ihnen stand England im 18. Jahrhundert im Gegensatz zu Frankreich. Es handelte sich um das Uebergewicht zur See. England trug den Sieg davon. Dann aber ist England absorbiert worden durch die Kämpfe in Nordamerika und Ostindien. In Folge davon hat es mit den kontinentalen Angelegenheiten weniger zu thun als je. Unter den drei andern Mächten bildeten drei Fragen vor allen die Interessensphäre.

Die erste Frage war die deutsche Frage. Wir kennen sie. Sie war im 17. Jahrhundert die Frage nach dem Siege zwischen zwei religiösen Parteien. Der 30jährige Krieg löste sie nicht. Im 18. Jahrhundert war die Frage die der beiden deutschen Großmächte. Der siebenjährige Krieg löste sie nicht. Es ist vorauszusehen, daß dieser Kampf noch einmal losbrechen wird.

Die zweite Frage ist die osmanische. Im 17. Jahrhundert hatte Oesterreich dieselbe zu beantworten versucht. Die Türken wurden über Belgrad hinausgeworfen. Seit dem Anfang des achtzehnten Jahrhunderts schlug Rußland den Weg nach Konstantinopel ein. Die österreichische Politik geriet ins Schwanken. Einmal will Oesterreich sich ausdehnen nach dem Süden, ein andermal nach dem Osten, dann wieder nach dem Westen. Mißtrauisch auf Rußland legte es demselben Hindernisse in den Weg. Nun ist in der Zeit nach dem siebenjährigen Krieg die osmanische Frage auf die Spitze getrieben worden durch den Ehrgeiz Katharinas II. Ein Krieg zwischen Oesterreich und Rußland drohte. Der König von Preußen aber stand im Einvernehmen mit Rußland. Er fand hier ebenso seinen Halt gegen Oesterreich. Und so wurden die Blicke in anderer Richtung abgelenkt: es kam zur ersten Teilung Polens. Das war die dritte Frage, die polnische. Diese Frage bildete zu gleicher Zeit ein Band und einen Gegenstand der Eifersucht zwischen den drei Mächten.

Wir hörten, wie diese Fragen kurz vor dem Ausbruch der französischen Revolution aufgerührt wurden. Es drohte ein ungeheurer Konflikt. Rußland geriet in den Krieg

mit der Pforte, und Kaiser Joseph II stellte sich an Rußlands Seite. Am 8. Februar 1788 erließ er die Kriegserklärung an den Sultan. Den inneren Schwierigkeiten in Belgien und Ungarn hoffte er durch äußere Erfolge begegnen zu können. Aber die Erfolge blieben aus. Der Feldzug von 1788, an dem der Kaiser sich persönlich beteiligte, endete mit Verlusten. Dazu kam die Tripelallianz zwischen Preußen, England und Holland, welche einen doppelten Krieg befürchten ließ. Die Niederlande strebten der offenen Revolution zu, und die Mißerfolge der kaiserlichen Waffen im Osten machten die Belgier kühner und kühner. Das bürgerliche Element der Brabanter Stände verweigerte 1789 seine Mitwirkung bei der Steuerbewilligung. Der Kaiser hob die ständischen Privilegien auf, aber von Paris her kam die Nachricht vom Sturm auf die Bastille und von den Niederlagen der königlichen Truppen. Die Existenz Oesterreichs stand auf dem Spiel. Der Kaiser mußte zurück in Belgien wie in Ungarn. Er ist in diesem Augenblick gestorben (20. Februar 1790). Ihm folgte in der Kaiserwürde sein Bruder Leopold. Sofort schlug er die entgegengesetzten Bahnen ein und machte nach allen Seiten Konzessionen. Im Vertrag von Reichenbach (26. Juli 1790) gab er die orientalischen Pläne auf und trat vom Kriege an der Seite Rußlands zurück. Aber Oesterreich blieb im Bunde mit Rußland. Das hatte die Folge, daß das Verhältnis zwischen Oesterreich und Preußen nicht ins Reine kam. Nur eines hatte Oesterreich in Deutschland gewonnen: der Reichenbacher Vertrag war der Tod des Fürstenbundes. Die unentschlossene faserige Politik des preußischen Hofes trieb die kleinen Fürsten von Preußens Seite hinweg. Leopolds Mäßigung gab die Möglichkeit einer Aussöhnung mit Oesterreich. Der Fürstenbund verschwand spurlos, nicht einmal eine ernstliche Reform der kaiserlichen Wahlkapitulation ließ sich erreichen. In dieser Zeit, kurz nach der Beilegung des so nahe drohenden europäischen Konfliktes trat die vierte Frage, die französische, in die europäische Politik ein.

Es war das Jahr 1791. Bisher lag es den europäischen Mächten fern, in Frankreich anzugreifen. Man war vielmehr mit der eigenen Schwächung Frankreichs zufrieden. Das wurde nun anders durch die Flucht des Königs (20. und 21. Juli 1791) und seiner Gefangennahme. Dadurch wurde die Sachlage klar. Man fühlte sich solidarisch getroffen. Leopold II zuerst. Er war der Bruder der Königin Marie Antoinette. Er stand im Bunde mit Frankreich seit dem siebenjährigen Kriege. Seine Stellung als deutscher Kaiser kam hinzu. Die Erklärung vom 4. August 1789, welche die Abschaffung der Feudalrechte betraf, hatte mehrere deutsche Fürsten im Elsaß und Lothringen mitgetroffen. Dazu kam die Civilkonstitution des Klerus, welche Straßburg, Trier und andere Prälaten zu den Gegnern Frankreichs trieb. So that denn Leopold II den ersten Schritt. Er richtete anfangs Juli ein Zirkular an alle deutschen und europäischen Höfe mit der Aufforderung, gemeinsam in Frankreich das Königtum herzustellen und zu behaupten. Er ließ fragen, ob man sich nicht in Unterhandlungen einlassen wolle zum Zweck, die notwendigen Mittel festzustellen? Preußen trat sofort bei. Ende August 1791 trat man in Pillnitz bei Dresden zusammen. Zwei Wege standen offen: der der Waffengewalt und der der Demonstration. Man beschritt den zweiten. Aber die Sache wurde auf die lange Bank geschoben, und so überholte das Ereignis vom 13. September, wo Ludwig XVI die Verfassung von 1791 annahm und beschwor, die Pillnitzer Beschlüsse. Der Krieg schien in die Ferne geschoben, und dennoch kam es zum Kriege. Das propagandische Element der französischen Revolution drängte ganz von selbst auf diese Bahn. Am 20. April 1792 erfolgte die Kriegserklärung Frankreichs an Oesterreich. Mit Preußen hatte man nichts zu thun. Oesterreich trat also aus der orientalischen Politik heraus. Zu gleicher Zeit aber drängte sich die polnische Frage aufs neue in den Vordergrund.

König Stanislaus August von Polen, der Günstling der Kaiserin Katharina, war auf die österreichische Seite hinübergetreten. Am 3. Mai 1791 hatte er dem Reichstage in Warschau einen Verfassungsentwurf vorgelegt, welcher die Erblichkeit der Krone im sächsischen Kurhause sichern sollte. Damit schien für Polen gesorgt zu sein und dem Umsichgreifen Rußlands das Ziel gesetzt. Aber Katharina machte am 2. Januar 1792

ihren Frieden mit den Türken zu Jassy und nun benützte sie die Verwicklung der deutschen Mächte mit Frankreich zur Ausführung ihrer Pläne gegen Polen.

Die deutschen Mächte standen zwischen zwei Feuern. Das Franzosentum im Westen drohte mit Angriff, das Slaventum im Osten mit Verminderung des alten deutschen Besitzstandes. Welche Stellung sollte man dem gegenüber einnehmen? Wollte man handeln, so mußte es mit ganzer ungeteilter Kraft nach der einen Seite geschehen, um freie Hand zu bekommen nach der andern. Aber Friedrich II Auge wachte nicht mehr über Deutschland, sein Nachfolger war ein unselbständiger Charakter, der wohl hie und da einmal einen tüchtigen Gedanken faßte, ihn aber sofort wieder fallen ließ, wenn seine Hertzberg und Bischoffwerder mit ihrer „höheren Staatsweisheit" dagegen auffuhren. Es war kein Halt in dem König.

Zu gleicher Zeit wechselte auch in Oesterreich wieder die Herrschaft. Nach dem Tode Leopolds II (1. März 1792) folgte der junge Franz, der von allem nichts verstand und gedankenlos glaubte, Europa noch einmal mit der abgegriffenen Lügenpolitik des achtzehnten Jahrhunderts in Ordnung bringen zu können. Er nahm die Josephinischen Eroberungspläne wieder auf und hoffte durch den französischen Krieg den Austausch von Belgien gegen Bayern erreichen zu können. Für die Anteilnahme am französischen Kriege gedachten die Haugwitz und Lucchesini dagegen Preußen in Polen und in den pfälzischen Landen am Niederrhein zu belohnen. Pfalzbayern sollte dafür im Elsaß bedacht werden. So rüstete man gegen Frankreich, während Katharina Polen occupierte und sich da zur Herrin machte. Das war der Beginn der Revolutionskriege, eine verfehlte, unsaubere Sache von Anfang an.

Die beiden deutschen Mächte thaten ihre Pflicht gegen Osten nicht, und Rußland wurde da ganz übermächtig. In Frankreich wollte man das Recht des Königs wieder herstellen. Hier sollte es scheinbar ganz uneigennützig zugehen. Das aber war nicht zu vereinen mit dem schnöden Gedanken an Erwerbungen in Polen und anderswo. Eins oder das andere wird das Uebergewicht bekommen. Der König von Preußen wird auf die polnische Seite gezogen werden, auf der ja die Minister schon stehen. Und so stellt sich das Eingreifen Friedrich Wilhelms II gegen die Jakobiner mehr als eine vorübergehende königliche Laune dar.

Es war natürlich, daß man in München den Regungen im Westen gespannte Aufmerksamkeit zuwandte. Ein Krieg mit Frankreich mußte die pfälzischen Lande zu allererst in Mitleidenschaft ziehen. Karl Theodor riet davon ab, dem Vulkan sich zu nähern, er möge sich selbst verzehren. Er benutzte die Reichsverweserschaft nach dem Tode Leopolds II zu dringender Abmahnung. „Ist die Staatsveränderung für die Franzosen wohlthätig, so mische sich keine fremde Macht darein; ist sie ihnen verderblich, so werden sie früh oder spät die königliche Gewalt selbst wieder herstellen. Krieg aber wird alle Parteien Frankreichs unter dieselbe Fahne versammeln; man sperre lieber die Grenze und lasse keinen Franzosen auf deutschen Boden, er sei Royalist oder Republikaner." Die Anschauung war absolut richtig, aber wie wird sich Bayern stellen, wenn die Absichten der deutschen Großmächte offenbar werden? Von den Franzosen droht den pfälzischen Landen Unheil, die „Retter" Preußen und Oesterreich denken an Gewinn aus bayerischen Gebieten, der eine am Niederrhein, der andere in Bayern selbst. Da konnte wohl kaum die Rede davon sein, daß Bayern sich einer oder der andern Partei mit Begeisterung anschloß. Man mußte versuchen, so gut es gehen wollte, durch die beiderseits drohenden Klippen hindurchzukommen. Bayern mußte lavieren. Das ist die ihm aufgedrungene Notwendigkeit, so lange diese Koalition gegen Frankreich besteht, sie wird es um so mehr, wenn die Erfolge gegen Frankreich ausbleiben, wenn Frankreich statt der zugedachten Niederlagen den Sieg erstreitet. Denn was wird man Bayern geben, wenn der Elsaß nicht wiedergewonnen, wenn Belgien verloren wird? Ganz von selbst drängt sich alsdann die alte Politik Bayern noch einmal als die natürliche auf, an der Seite des siegreichen Frankreich seine Sicherheit und vielleicht eine Entschädigung auf Kosten der deutschen Nachbarn zu suchen. Es mag betrübend sein, die absolute Unmöglichkeit einer deutschen Politik für Bayern darthun und anerkennen zu müssen, aber sie hatte

dieselbe Berechtigung, wie die undeutsche Politik Oesterreichs, wie diejenige Preußens, ja, sie hatte eine größere, da Bayern zu einer energischen Initiative nach irgend einer Seite viel zu schwach war und thun mußte, was man ihm aufzwang, während in Berlin und Wien lediglich kleinlicher Egoismus und kurzsichtige Erwerbssucht am Ruder saßen.

Preußen und Oesterreich standen geeint zum Kriege. Bayern sollte den größten Teil der Zeche bezahlen. „Der oberste Grundsatz der Friedericianischen Politik, der so oft mit dem Schwert und der Feder behauptete Entschluß des großen Königs, dem Hause Oesterreich unter keinen Umständen eine Machterweiterung im Reiche zu gestatten, wurde in kläglicher Schwäche aufgegeben — ‚aus feiger Habgier', wie Friedrich einst auf ähnliche Vorschläge geantwortet hatte." Aber die Einigung dauerte nicht lange. Ueber Bayern hinaus verlangten die kaiserlichen Unterhändler auch das soeben durch Preußen rechtmäßig erworbene Ansbach-Bayreuth. In Berlin war man empört, und in dieser Stimmung, ohne feste Ziele, zog man gegen die französischen Jakobiner. Am 20. September war der Feldzug des Jahres 1792 zu Ende. Die Kanonen hatten bei Valmy gespielt. Dann ging das Heer der Verbündeten zurück und die Franzosen drangen vor. In den nächsten Wochen kamen sie nach Speier, Worms, Mainz, Frankfurt. Custine war hier der Haupt-Mann. Ein anderer war der General Dumouriez. Er wandte sich nach dem Zusammentreffen mit den Preußen nach den Niederlanden. Am 6. November gewann ihm der Sieg bei Jemappes die ganzen belgischen Niederlande. Clerfait führte die Oesterreicher in die Winterquartiere hinter Erft und Roer.

„Am heutigen Tage beginnt eine neue Epoche der Weltgeschichte," hatte Goethe am Tage von Valmy verkündet. Das monarchische Europa trat den Rückzug an vor der französischen Demokratie. Savoyen fiel wie Belgien in die Gewalt der Franzosen. „Krieg den Palästen, Friede den Hütten!" So erscholl der Ruf mit frenetischem Siegesjauchzen durch die Reihen der Volksfreunde und erfüllte die noch ungeordneten Freiheitskämpfer mit einer unermeßlichen sittlichen Kraft. Die französische Revolution tritt allenthalben über Frankreichs Grenzen hinaus. Sie soll die Welt beglücken. Sardinien, das deutsche Reich, Holland, Oesterreich, Preußen, Spanien und England müssen gegen Frankreich unter die Waffen treten. So entsteht im Winter 1792/93 ein Weltkrieg. Aber Oesterreich und Preußen schauen nach dem Osten.

Katharina II geht allen voran. Sie ist gegen die Franzosen ganz und gar. Aber sie beteiligt sich nicht am Kriege. Sie treibt nur die Kämpfer der „Legitimität" gegen Frankreich und setzt sich selbst in Polen fest. Preußen fordert darum einen bestimmten Anteil an Polen, und Oesterreich willigt ein. Seinerseits schlägt Oesterreich den bayerischen Tausch vor, und Preußen willigt auch ein. Sollte es zu diesem Tausche nicht kommen, will Oesterreich sich einen Eingriff in Polen offen halten. So einigt man sich zum Feldzug des nächsten Jahres.

Wieder haben wir also den Krieg im Westen und das ganze Sinnen und Trachten der Mächte im Osten. Das ist wieder ein schlechtes Prognostikon für den Krieg. Die Oesterreicher sollten auf Belgien losgehen, die Preußen auf Mainz und dann weiter. Der Prinz von Koburg und Clerfait dringen in Belgien ein, und Dumouriez wird bei Neerwinden geschlagen (18. März 1793). Im französischen Heere begann die Desertion. Dumouriez mußte fliehen — zu den Oesterreichern wegen seiner Pläne für Ludwig XVII. Belgien fiel rasch in die Gewalt der Oesterreicher. Aber man hatte kein festes Ziel im Auge. Die Preußen nahmen Mainz und rückten in die Pfalz, die Engländer wandten sich gegen Dünkirchen, die Oesterreicher dachten an den Elsaß und die Picardie. Das Schlimmste aber war der innere Zerfall der Koalition und daran war die polnische Angelegenheit schuld.

Preußen konnte die Alleinherrschaft der Russen in Polen nicht dulden. Es versammelte die Hälfte seines Heeres an der Ostgrenze und Katharina willigte in eine zweite Teilung Polens (Januar 1793). Preußen okkupierte darauf den ihm bestimmten Teil, außer Thorn und Danzig, jene großpolnischen Lande um Posen und Gnesen. Oesterreich teilte man die Abmachungen mit. Aber daß Preußen so viel bekommen sollte, war nicht die Meinung des Wiener Hofes. Der Kaiser entließ seine Räte und vertraute die Lei-

tung der Geschäfte dem grimmigsten Preußenhasser, dem Minister Thugut. Der wollte nun im Trüben fischen und die europäische Lage zu einer Eroberungspolitik im großen Maßstabe ausbeuten. Flandern und Elsaß, Bayern, Italien, die Donauländer und Polen — erschienen ihm alle als begehrenswerte Objekte. Sein Haß gegen Preußen stieg noch, seit der Herzog von Zweibrücken sich nun wider den bayerisch-belgischen Tauschhandel verwahrte und Preußen, allmählig den gemachten Fehler erkennend, rundweg erklärte, ohne die freie Zustimmung des Hauses Wittelsbach dürfe der Tausch nicht stattfinden. So reichte Thugut der Zarin die Hand zur Niederhaltung Preußens in Polen, und Katharina schlug ein. Sie warf sich zum Protektor Polens auf und hetzte Polen gegen Preußen. Der Krieg im Westen stockte, denn der König von Preußen schaute nun unausgesetzt nach Osten. Die Preußen verließen nach der Niederlage Wurmsers auf dem Gaisberge bei Wörth und Fröschweiler die Pfalz und das unglückliche Land lernte abermals die „Wohlthaten“ einer französischen Besetzung kennen. Und schon umspannte die revolutionäre Propaganda die halbe Welt, schon gab das Genie eines Carnot den Heeren der Freiheitsstreiter eine neue, mächtige Organisation, schon waren die Truppen selbst im Kampfe geübter geworden und schon standen an ihrer Spitze jene jungen verwegenen Führer, welche eine rücksichtslose Begeisterung vorwärts trieb, vorwärts, immer vorwärts zum Siege, denn die Geschlagenen und Weichenden empfing die Guillotine. Das Mißverständnis zwischen den deutschen Mächten zog den Krieg in die Länge und rettete Frankreich, es gab der Zarin die entscheidende Stellung im Osten. Im September 1793 kam der neue Teilungsvertrag zustande, aber Katharina hatte Polen unmittelbar und mittelbar in ihrer Gewalt, und Oesterreich und Preußen waren die Genarrten. Es war die Zeit, als der junge General Hoche seine ersten glänzenden Siege über die Oesterreicher vorbereitete (Nov. 1793).


Kaiser Franz I.

Wie lange werden die Kräfte Frankreichs reichen? Ein allgemeiner Weltbrand stand bevor. Nach Italien, Holland, Deutschland, England, Dänemark, Schweden und der Pforte schickten die Franzosen ihre Agenten. In der Mitte der Verbündeten stand nun England. Da war der große Minister Pitt. Er bot dem Preußenkönige Subsidien, und Friedrich Wilhelm war zufrieden. Auch Oesterreich sollte Subsidien zahlen. Da kam eine neue Diversion. Katharina war mit Polen fertig. Sofort dachte sie wieder an die Türkei. Oesterreich trat an ihre Seite. Venezien, Mailand war das Ziel. So begann der Feldzug von 1794. Frankreich kämpfte an allen seinen Grenzen. Der Hauptkriegsschauplatz waren wieder die Niederlande. Der Prinz von Koburg und der Herzog von York standen da an der Spitze gegen Pichegru. Sie machten Fortschritte bei Landrecies und Chateau Cambresis. Aber die Siege wurden nicht ausgebeutet. Pichegru konnte bald wieder die Offensive ergreifen. Da kam eine abermalige Diversion — der Aufstand in Polen, und Oesterreich dachte an Aufgabe der Niederlande.

Daß die Polen sich nicht alles das ruhig würden gefallen lassen, was die politischen Schachspieler da machten, war zu erwarten. So fing die Bewegung an im Herbst 1793. Es verständigten sich Heer und Bürger, und man beschloß, Kosciusko, einen bekannten Emigranten, an die Spitze der Bewegung zu rufen. Katharina zog damals ihre Truppen aus Polen, um sie gegen die Türkei zu führen. Das polnische Heer sollte

zur Sicherheit vermindert werden. Diese Absicht trieb die Polen zur That. Sie hatten Glück, und die Aufmerksamkeit lenkte sich vom Westen ab und dem Osten zu. Der französische Krieg trat in die zweite Linie zurück. Kosciusko wollte den Aufstand gegen Rußland richten. Aber die deutschen Mächte gingen nicht mit ihm. Die Magnetnadel wies nach Preußen hin und verkündete Glück. Die russischen Truppen waren weit entfernt. Oesterreich hatte seine Streitkräfte in Italien, in den Niederlanden, am Rhein. Preußen allein blieb übrig. Der König drang in Polen ein. Es wurde der Krieg geführt Mai, Juni und Juli. Die Polen wurden geschlagen. Krakau fiel (15. Juni). Kosciusko ging auf Warschau zurück und richtete sich dort zur Verteidigung ein. Vor Warschau lagen die Preußen mit ihrem König und die Russen unter dem General Fersen. Da begann die Zwietracht zwischen Preußen und Russen. Katharina wollte nicht, daß Preußen allein mit dem Aufstand fertig werde. Andererseits standen sich im preußischen Lager Lucchesini und Bischoffwerder gegenüber. Statt rasch vorzugehen, beschloß man systematische Belagerung der polnischen Hauptstadt. So gewann der Aufstand im Rücken der Preußen Zeit, sich zu organisieren. Die Belagerung Warschaus mußte aufgegeben werden.

Das hatte den Rückschlag nach der anderen Seite zur Folge. Die Preußen führten den Krieg nur so weit, als sie von den Franzosen genötigt wurden. Der Krieg erlahmte, und nicht die Siege der Franzosen, wie der Jourdans bei Fleurus (Juni 1794), sondern der direkte Befehl Thuguts brachte es fertig, daß Clerfait Belgien aufgab, daß er zurückging über den Rhein, so daß also den Franzosen die Niederlande und der linke Rhein in die Hände fielen. Da stellte Pitt die Subsidienzahlung an Preußen ein und dieses kam in eine sehr widerwärtige Lage. Der König dachte an den Frieden mit Frankreich. Einstweilen rückten 20000 Mann nach Polen ab. Aber es war zu spät. Die Entscheidung in Polen fiel den Russen zu. Kosciusko ließ seine Truppen zerstreut. Zu spät raffte er sich auf, Fersen zu überfallen. Suworow kam heran und rückte auf Warschau. Kosciusko wurde geschlagen, verwundet und gefangen bei Maciejowice (10. Oktober). Suworow hatte freies Feld. In Praga richtete man sich auf eine Belagerung ein. Aber Suworow stürmte am frühen Morgen (4. November). Das Blutvergießen dauerte vier Stunden, und Suworow depeschierte nach Petersburg: „Praga raucht und Warschau zittert!“ Warschau mußte kapitulieren (7. November) und Polen lag zu Füßen der Russen.

Katharina dachte nun wieder an Konstantinopel und verbündete sich gegen Preußen mit Oesterreich. Anfangs 1795 kam der Vertrag zustande (3. Januar). Oesterreich sollte Erwerbungen in der Türkei, Venezien und den bestimmten Teil von Polen erhalten. Oesterreich erhielt ungefähr 1000, Rußland 2000, Preußen 800 Quadratmeilen. Der Vertrag der beiden Kaiserhöfe war direkt gegen Preußen gerichtet. So suchte Preußen seinen definitiven Frieden mit Frankreich. Das verstand sich eigentlich ganz von selbst, denn Oesterreich, sein Bundesgenosse, stand ihm in Polen gegenüber. Es kam nur noch auf die Bedingungen an, welche Frankreich stellte.

Die Lage der Dinge in Frankreich war damals die, daß zwei Parteien einander entgegenstanden: eine gemäßigte und eine radikal-jakobinische. Die Meinung der letzten war auch nach außen auf Eroberung und Propaganda erpicht. Als in dem belgischen Kriege die Oesterreicher abzogen, mußten die Engländer und Holländer nach Holland ausweichen. Dazu traten aber jetzt die Sympathien der holländischen Revolutionäre mit den französischen. Pichegru drang im Dezember in Holland ein, und machte Holland französisch. Das brachte die jakobinische Meinung nach oben. Wie nun die Preußen herankamen, griffen beide Parteien zu und meinten, Preußen solle mit Frankreich in Bündnis treten. Das wollte der König nicht. Was denn? Die Franzosen hatten Belgien und das linke Rheinufer. Die Preußen hatten selbst Besitzungen am linken Rhein. Wie wird es sich nun damit stellen? Die Franzosen sagten: das gehört uns. Das kann Preußen nicht zugeben. Also kann es zu keinem Frieden kommen? Doch, man fand einen Mittelweg. Die Frage über das linke Rheinufer sollte aufgeschoben bleiben bis zum allgemeinen Frieden. Dann wurde festgesetzt, daß Preußen bei einem

Verlust auf dem linken Rheinufer auf dem rechten sollte entschädigt werden. Zum Schutze von Norddeutschland wurde ferner eine Demarkationslinie vereinbart. So wurde der Friede von Basel am 5. April 1795 zwischen Preußen und der französischen Republik geschlossen.

Preußen hat bei dem Bunde gegen Frankreich den ersten Fehler gemacht, indem es die Teilung Polens in die Politik des Westens hineinschob. Zweitens hat Preußen in den Verhandlungen über die Teilung Polens den Vorwurf erweckt, hinterhaltig gegen Rußland und Oesterreich gewesen zu sein, natürlich waren diese es nicht minder gegen Preußen. Dann bleibt auf Preußen sitzen, daß es das linke Rheinufer ohne Not den Franzosen überlassen hat. Zuletzt hat es das Prinzip der Entschädigung zuerst ausgesprochen, und zwar der Entschädigung auf Kosten seiner deutschen Mitbrüder. Halbheit und Erbärmlichkeit kennzeichnet die preußische Politik in dieser Periode, und diese Halbheit und Erbärmlichkeit der führenden Mächte in Deutschland übertrug sich auf die Mächte zweiten und ferneren Ranges.

Wir haben das Jahr 1795. Eine verhängnisvolle Wendung für den französischen Krieg ist durch den Rücktritt Preußens eingetreten. Aber Oesterreich war nicht weniger in Unehre geraten. Freilich dachte man in Wien an große Eroberungen. Aber mochten sie noch so groß sein, sie konnten kein Aequivalent bieten für die Eroberungen, welche Frankreich und Rußland gemacht hatten. Oesterreich hat von seinem alten Gegengewichte gegen Frankreich bedeutend verloren. So blieb es einstweilen im Bunde mit Rußland, und in dieser Stellung nötigte es Preußen, die mit Rußland verabredete Teilung Polens einfach gutzuheißen. England trat hinzu, und diese Trippelallianz bekam neben der Spitze gegen Frankreich eine zweite gegen Preußen. Einstweilen indeß hatte Thugut den Krieg mit Frankreich zu führen.

Die Situation ist nun so, daß die Franzosen auf dem linken Rheinufer stehen und ihnen gegenüber auf dem rechten von der Schweiz bis an den Niederrhein die Oesterreicher. Außerdem stehen die Oesterreicher im Apennin und in Sardinien.

Karl Theodor hatte dem von Westen heranziehenden Gewitter mit Besorgnis entgegengesehen. Dasselbe abzulenken oder zurückzuwerfen war Bayern viel zu schwach. So machte man den lächerlichen Versuch, Pfalz-Bayern gegen die geistigen und moralischen Einflüsse der gefährlichen Nachbarn hermetisch abzusperren. Zeitungen und Broschüren aus Frankreich mitzubringen, wurde verboten. Die waren auch bald kaum mehr nötig, denn die Franzosen kamen selbst. Immer noch spukte das Illuminatengespenst vor den furchtsamen Augen der regierenden Kreise herum, und doch mußte die Regierung sich andererseits davor hüten, die Franzosen durch allzu offenes und schroffes Vorgehen zu verletzen und herauszufordern. Dem verfehlten Angriff der Preußen war im Oktober 1792 der Vorstoß der Franzosen gegen Lautern und die Pfalz gefolgt. Karl August mußte im Februar 1793 seine Residenz Zweibrücken verlassen und ging nach Mannheim. Sein Wunderschloß Karlsberg, dessen kostbare Kunstschätze von den Sansculotten mit vandalischer Wut zerstört und verschleudert wurden, ging in Flammen auf, und das dreitägige Verheerungswerk vernichtete fast die letzte Spur von der einstigen Existenz jener zahllosen Bauwerke. Die Einnahme von Mainz beschloß das Eroberungswerk der Franzosen. Die linke Rheinseite war in ihrem Besitz.

Schlimmer aber noch war, daß die Stimmung des linksrheinischen Volks für die französischen Republikaner sich zu äußern begann. „Jetzt hörte man wie nach langem Druck und angewohntem Kriechen auf einmal die freigewordene öffentliche Stimme furchtbare Anklagen aussprach gegen das „väterliche" Regiment Karl Theodors; der Hochmut nichtswürdiger Beamten, die ihre Stellen erbten oder kauften, und wie ihre Väter, wahre Landplagen wurden, die Chikanen des Gerichts, die Sportelsucht und andere Justizkniffe, das Aufsaugersystem der Steuerbeamten ward jetzt mit grellen Farben geschildert und das Land bereitete sich schon vor, seine Nationalität gegen die verführerische fremde Freiheit auszutauschen." Da gab es arge Mißklänge in die Feier der fünzigjährigen Regierung des Kurfürsten. „Sollen wir jubilieren," verkündete ein überrheinischer Bauersmann, „daß wir fünfzig Jahre lang im Schweiß unseres Angesichts unser Feld bauen durften, um die Schweine

und Hasen seiner Excellenzen zu füttern? Oder sollen wir jubilieren, weil man uns oft mitten aus unserer nötigen Arbeit herausriß, um Landschreibern und Oberbeamten in der Fronde große Häuser bauen und nach ihren zusammengestohlenen Landgütern bequeme und kostbare Straßen führen zu müssen? Oder gar, daß er uns und unser sauer erworbenes Eigentum einer Rotte von adeligen und unadeligen Dieben, Kammerdienern, Dirnen, Projektenmachern preisgab?"

Namentlich die jüngere Generation warf sich entschlossen in die Arme der Revolution, und ließ sich auch nicht leugnen, daß das Land viele der kostbarsten Bürgschaften altgermanischer Volksfreiheit auf diesem Wege zurückerhielt und des Feudalwesens in Kirche und Staat sehr rasch entledigt wurde, so mußte man diese Güter doch teuer bezahlen. Die Pfalz blieb neun Jahre hindurch der Kriegsschauplatz, auf dem sich die Heere hin- und herschoben, und von allen Seiten wuchs die Härte, mit der man die Einwohner behandelte.

Karl Theodor hatte ja nicht umhin gekonnt, seine Truppen für den Krieg gegen Frankreich zum Reichsheere stoßen zu lassen, aber den französischen Generalen gab er beschwichtigende und schmeichelhafte Versicherungen seiner Freundschaft. „Das Alter hatte den Fürsten übermäßig vorsichtig gemacht und er glaubte fortwährend, die Pfalz von Frankreich, die Herzogtümer Jülich und Berg von Preußen, Bayern von Oesterreich in Anspruch genommen zu sehen. Diese Rücksicht auf die Lage seiner Besitzungen gab Anlaß zu einer Zurückhaltung, einer Abneigung gegen jede politische Thätigkeit und einer Furcht, sich irgendwie bloßzustellen, welche böswilligerweise als Feigheit bezeichnet wurde," schrieb Montgelas, der damalige Zweibrückensche Minister. Wir hörten, daß jene Besorgnis nicht unbegründet war.

An der Spitze der pfälzischen Regierung stand damals der Minister Graf von Oberndorff, als Gouverneur der Festung Mannheim fungierte der Generallieutenant von Belderbusch. Mannheim war in dem Kampfe der Franzosen mit den Deutschen von höchster Bedeutung. Schon im Januar 1793 hatte General Custine dem Kurfürsten ein Bündnis mit Frankreich antragen lassen. Er versprach dafür den Schutz der Pfalz gegen jedermann. Aber Oberndorff wies die Vermittler ab, und von Oesterreich und Preußen liefen Abmahnungen und Drohungen ein. Weder das eine noch das andere vermochte die pfälzische Regierung von der Linie abzuziehen, welche sie sich vorgezeichnet hatte: als Reichsstand dem Kaiser Heeresfolge zu leisten, als souveraine Macht aber die vollkommenste Neutralität im Kampfe zu wahren. Anders verhielt sich in dieser Frage der Herzog Karl August von Zweibrücken. Er machte aus seiner Abneigung gegen die Franzosen kein Hehl, büßte für seine Gesinnungstüchtigkeit allerdings auch mit der vollsten Verwüstung seines Ländchens. Aber auch die Stellung des Kurfürsten ließ sich auf die Dauer kaum behaupten. Schon im Herbst 1793 nahm Mannheim eine kleine Abteilung kaiserlicher Truppen als Besatzung auf. Der Kaiser forderte bald mehr; er verlangte die volle Auslieferung der Festung oder Uebergabe des Kommandos an die Kaiserlichen. Dagegen behauptete man von pfälzischer Seite, Mannheim sei nicht Reichsfestung, sondern pfälzischer Besitz und suchte ängstlich den Zumutungen des Wiener Hofes auszuweichen. So haderte man fort bis zum Ende des Jahres 1794. Mainz und die Rheinschanze bei Mannheim waren die letzten Plätze auf dem linken Rheinufer, die noch von den Deutschen besetzt waren. Da ward auch die Rheinschanze aufgegeben am 24. Dezember 1794, und wenn auch die Bedingung zugestanden wurde, Mannheim dürfe nicht beschossen werden, so hingen die Franzosen dieser Klausel den Zusatz an: „so lange der Krieg ausschließlich auf dem linken Rheinufer geführt werde." (Heigel.)

Es blieb bei der feindseligen Haltung der beiden süddeutschen Höfe auch, als sich im Februar 1795 der einundsiebenzigjährige Kurfürst in zweiter Ehe mit der neunzehnjährigen Erzherzogin Marie Leopoldine vermählte, und schon im nächsten Monat tauchten Gerüchte auf, in Paris sei im Namen des Kaisers ein Friedensplan in Vorschlag gebracht worden, wonach an Frankreich das ganze linke Rheinufer überlassen, dagegen Oesterreich wieder in den Besitz der Niederlande gelangen, dieselben aber gegen das Herzogtum Bayern vertauschen sollte. Es war die Zeit, da Preußen den Baseler Frieden

vorbereitete. In Paris bekämpften sich damals zwei Anschauungen. Die eine wollte Frieden mit Oesterreich, dafür sollte Bayern geopfert werden; die andere dachte an den Uebertritt des Kurfürsten auf die Seite der Baseler Verbündeten. Die letztere Anschauung war auch die des preußischen Ministers Hardenberg. Ob nun auch Thugut das Märchen von einer Friedensverhandlung des Wiener Hofes mit Frankreich als „abgeschmackte kindische und fabelhafte" Ausstreuungen zurückwies, so erhielt sich in München doch der Verdacht, daß die Selbständigkeit Bayerns durch den Kaiser nicht weniger bedroht sei, als durch die Franzosen. „Dazu kam, daß der unversöhnliche Gegner der Republik, der Neffe des Kurfürsten, Karl August von Zweibrücken, am 1. April 1795 gestorben war und der Nachfolger Max Josef, der vor der Revolution dem französischen Militärverband angehört hatte, den Gedanken mit Hilfe der Republik für Zweibrücken und die elsässischen Herrschaften reichen Ersatz zu gewinnen, durchaus nicht so entschieden wie sein Bruder von der Hand wies." So rückte das Schicksal Mannheims seiner Erfüllung näher. Schon im Mai wurde offenbar, daß die Franzosen einen Anschlag auf die Stadt planten. Die zweibrückensche Politik arbeitete auf einen Frieden Karl Theodors mit Frankreich hin. Den Kaiserlichen blieb das nicht verborgen. Allein zu einem energischen Vorgehen, die Stadt Mannheim zu retten, machten sie keine Anstalten.

Das Schicksal des Feldzugs hing von dem Schicksal der Stadt Mainz ab. Seit Oktober 1794 umlagerten die Franzosen diesen Platz. Aber erst ein Angriff von der rechten Rheinseite her hätte den Fall desselben herbeiführen können. Am 6. September gingen die Franzosen bei Düsseldorf über den Rhein. Die Stadt kapitulierte. Clerfait wich vor der französischen Armee bis hinter den Main zurück und General Kleber rückte vor Mainz. Gleichzeitig setzte sich Pichegru von der Mosel her gegen Mannheim in Bewegung, denn nun war ja der Krieg auf das rechte Rheinufer hinübergedrungen, die Klausel für Erhaltung Mannheims also hinfällig geworden. Oberndorff bat um Verhaltungsmaßregeln in München. Man ermächtigte ihn zur Kapitulation „bei wirklich sich ergebendem Notfalle." Am 20. September 1795 ward darauf die Stadt Mannheim den Franzosen übergeben. Heigel hat untersucht, ob der betreffende äußerste Notfall damals eingetreten war, und mußte die Frage verneinen, vielmehr wäre die Stadt zu halten gewesen und hätte gehalten werden müssen selbst auf die Gefahr einer Beschießung hin, die dann doch später durch die Kaiserlichen um so nachdrücklicher ins Werk gesetzt wurde, da sich kurz nach der Einnahme Mannheims das Kriegsglück wieder zu den Kaiserlichen Fahnen wandte.

Karl Theodor geriet nun erst recht in eine traurige Stellung. Aber seiner zweideutigen, schwankenden und unentschiedenen Haltung verdankte er dieselbe zu allermeist. Der Realpolitiker Montgelas bezeichnete es später als unverantwortlich, daß ein für den Kaiser so beleidigender Schritt, wie die Uebergabe Mannheims, „ohne jeden politischen Zweck" unternommen wurde. „Offenbar hätte man entweder den zuerst (gegen Oesterreich) eingegangenen Verpflichtungen getreu bleiben sollen, ohne sich um ein zweck- und erfolgloses Bombardement zu bekümmern, oder nach einem so auffallenden Schritt sich mit Frankreich verbünden, um die österreichische Armee über den Inn zurückzudrängen, allermindestens aber eine entschiedene, durch hinreichende Streitkräfte gewahrte Neutralität aufrecht zu erhalten. Nichts von allem dem geschah, vielmehr operierte das kurfürstliche Kontingent nach wie vor an der Seite der Oesterreicher."

Diese sahen sich durch den Fall Mannheims zu entschlossenem Handeln gedrängt. Und schon am 24. September traf die Franzosen unter Pichegru eine Niederlage. Wurmser führte seine Armee gegen Mannheim, während Clerfait gegen Jourdan rückte. Mannheim hatte alle Schrecken einer harten Belagerung nun dennoch auszustehen. Die Stadt wurde von Montaigu auf das hartnäckigste verteidigt, allein die gleichzeitigen Erfolge Clerfaits gegen Jourdan und Pichegru entschieden endlich ihr Schicksal. Am 22. November wurde die fast in einen Schutthaufen verwandelte pfälzische Residenzstadt den Kaiserlichen übergeben, nachdem über 21000 Bomben in die Stadt gefallen, ein Teil des Schlosses, das Theater und das wertvolle physikalische Kabinet vernichtet und kein Haus unbeschädigt geblieben war. Das rücksichtslose Schalten der Kaiserlichen in

der Pfalz, sowie das Vorgehen gegen den Minister Oberndorff und den zweibrückenschen Minister Salabert, dazu die Entwaffnung der bayerisch-pfälzischen Truppen bereitete die Stimmung vor, welche nachmals Bayern auf die Seite der Franzosen trieb.

Mit dem Baseler Frieden hatte das müde System der damaligen preußischen Politik seine würdige Krönung erhalten. Es zeigte sich bald, daß mit dem Staate der revolutionären Propaganda kein wirklicher Friede zu schließen war. Die Jourdan und Pichegru verletzten ohne Scheu die von Preußen ausbedungene Demarkationslinie und gingen über den Rhein. Preußen rührte sich nicht. Als ob es seine deutsche Aufgabe vergessen habe und nun in der Zwitterstellung eines slavisch-deutschen Mischstaates verharren wolle, überließ es Südwestdeutschland seinem Schicksal. Es nützte nichts, daß die kaiserlichen Heerführer Wurmser und Clerfait die Franzosen noch einmal zurückwarfen, denn fern lag der kaiserlichen Politik der Reichsgedanke. Kaiser Franz war bereit, das linke Rheinufer zu opfern, wenn nur Bayern dem österreichischen Staate einverleibt würde, wenn man in Italien seiner Ausdehnung nicht zu enge Grenzen stäcke. Darüber entbrannte der neue Kampf mit Frankreich. Die Entscheidung verschob sich von den Ufern des Rheins hinab an die Gestade des Po und hier war es, wo der junge Bonaparte nun seinen mächtigen Siegeslauf begann.


Hardenberg.

Gleichzeitig führte das Aufleben des alten Gegensatzes noch einmal eine Konstellation herbei, wie wir sie im Anfange des Jahrhunderts zu sehen gewohnt waren. Von Süddeutschland aus sollte den Operationen der Franzosen in Italien die nötige Unterstützung zu teil werden; von diesen beiden Seiten richtete Frankreich, wie einst in der Zeit Max Emanuels, seinen neuen Angriff gegen Habsburg. Im April und Mai 1796 erfocht Bonaparte über die Oesterreicher und Sardinier seine Siege bei Montenotte und Millesimo, bei Dego und Ceva und setzte die Sarden außer Aktion. Dann richtete er seinen Angriff auf die zurückweichenden Oesterreicher und schlug sie bei Lodi (10. Mai); am 15. Mai zog er in Mailand ein. Nun galt es den Kampf um Mantua. Am Rhein stand indessen Wurmser Moreau mit der Rhein- und Moselarmee, dem Erzherzog Karl Jourdan mit der Sambre- und Maasarmee gegenüber. Jourdan überschritt den Rhein, wurde aber von Erzherzog Karl am 15. Juni bei Wetzlar geschlagen und mußte an den Rhein zurück. Moreau ging darauf bei Nacht über den Strom und drängte nun seinerseits die Oesterreicher zurück. Auch Jourdan ging wieder zum Angriff vor. Aber Erzherzog Karl warf sich zwischen die französischen Heerhaufen und schlug Jourdan abermals bei Würzburg (3. September).

Vor dem Herannahen der Franzosen hatte Karl Theodor die Residenz München verlassen und die Regierung seinem Minister übertragen. Er floh nach Sachsen. „Den 22. August", berichtet Westenrieder, „in der Früh um 6½ Uhr ist der Kurfürst Karl Theodor fortgereiset. Es waren 5—6 sechsspännige Wägen, welche heut bis Altötting kommen. Wiewohl das hiesige Publikum gar nicht traurig bei der Nachricht war, weil man hoffte, daß die zurückgelassenen Interimsregenten gegen die Bürger Achtung tragen und die entsetzliche Vermehrung der Juden, die Vermehrung der Kaffee- und Bierhäuser, die Volksbevölkerung mit Lumpenleuten, das Lumpen und Tanzen und Spazierengehen (welches alles unter Karl Theodors Regierung herrschend geworden, weil er, was man ihm vorstellte, teils nicht geglaubt, teils davon anders gedacht haben mag, und weil er

diejenigen, welche eben eine Zeit lang Favoriten waren, thun ließ, was sie wollten; daher alles bergab ging) abstellen würden, so haben doch beim Anblick dieser Abfahrt, die in der That rührend war, einige Leute geweint. Auch mir standen die Thränen in den Augen. Der Robespierre Lippert hat sich nicht mehr getraut, hier zu bleiben, und hat den Kurfürsten nicht mehr ausgesetzt bis er ihn mitnahm. Er ist also auch fort." Obwohl nun Moreau durch die Niederlage Jourdans bei Würzburg dem drohenden Angriff einer weit überlegenen österreichischen Macht preisgegeben war, konnte er doch, Dank der Kopflosigkeit und Mattherzigkeit der von dem Kurfürsten eingesetzten Regentschaft, noch im letzten Augenblick über Bayern eine schmähliche Demütigung verhängen. Eine Deputation kam ins französische Lager, um einen zu schleunigem Rückzug gezwungenen Feldherrn um Friede und Freundschaft zu bitten. Am 7. September 1796 wurde zu Pfaffenhofen ein Vertrag unterzeichnet, der gegen Gewähr eines Waffenstillstandes den pfalz-bayerischen Gebieten eine sehr bedeutende Kontribution auferlegte. Unmittelbar darauf mußte Moreau abziehen, nicht ohne für sein noch ausstehendes Guthaben ausreichende Pfänder mitzuschleppen.

Aber die Erfolge der Kaiserlichen in Deutschland wurden durch diejenigen Bonapartes in Italien mehr als wett gemacht. Auch der Erzherzog Karl vermochte es nicht, dem Siegeslaufe des jungen Helden ein Halt zu gebieten, und Oesterreich sah sich zum Frieden genötigt, der nach dem Waffenstillstand von Leoben zu Campo-Formio zum Abschluß kam (17. Oktober 1797). In demselben verzichtete Oesterreich auf die Niederlande und die Lombardei und gestattete, daß letztere, durch eine Reihe von Gebieten verstärkt, zu einer cisalpinischen Republik umgestaltet werde. Oesterreich versprach ferner, den Herzog von Modena durch den Breisgau zu entschädigen. Die Jonischen Inseln und die venetianischen Gebiete an der albanischen Küste fielen an Frankreich, dafür wurde Oesterreich durch Istrien, Dalmatien, die venetianischen Inseln im adriatischen Meer, die Mündungen von Cattaro, die Stadt Venedig und ein Stück des venetianischen Landgebietes ausgestattet. In Rastatt sollte in kürzester Zeit ein Kongreß von Bevollmächtigten Frankreichs und des Reichs zusammentreten, um den Reichsfrieden zu bewerkstelligen. Was dem Reiche zugedacht war, besagten die 14 geheimen Artikel. In ihnen versprach Kaiser Franz seine Mitwirkung zur Abtretung fast des ganzen linken Rheinufers an Frankreich. Auf dem Rhein sollte die Schifffahrt frei sein, auf der Maas alle Zölle und Abgaben fallen. Oesterreich verzichtete auf die Grafschaft Falkenstein und das Frickthal, und Frankreich versprach ihm behilflich zu sein zur Erwerbung des Bistums Salzburg und des Innviertels. Für jede weitere Vergrößerung Frankreichs auf Kosten des Reiches sollte Oesterreich ein Aequivalent erhalten. Preußen sollte zwar seine linksrheinischen Besitzungen zurückerhalten, aber keinerlei Erweiterung gewinnen. So zog der Kaiser seine Hand vom Reiche ab. Deutschland schien ein Teilungsobjekt zwischen Frankreich und Oesterreich werden zu sollen, wie es Polen zwischen Rußland und den deutschen Mächten geworden war. Damit aber war allen egoistischen Leidenschaften und Interessen Thür und Thor geöffnet. Deutschlands Westgrenze stand den Franzosen offen, die nun ihr freies Spiel im Reiche beginnen konnten.

Ein kaiserliches Dekret lud die Reichsstände zu dem Kongresse nach Rastatt mit der heuchlerischen Vorspiegelung, „auf der Basis der Integrität Deutschlands Verfassung und Wohlfahrt zur bleibenden Wonne der friedliebenden Menschheit auf Jahrhunderte zu befestigen." Und da drängten sich denn die Diplomaten nach hunderten heran und bewarben sich wetteifernd durch Schmeichelei und Bestechung um die Gnade der hochmütigen Fremden. Am 9. Dezember 1797 wurde der Kongreß eröffnet, und schon am 17. Januar 1798 erklärte Frankreich den Erstaunten, daß es das ganze linke Rheinufer begehre. Die weltlichen Fürsten sollten durch geistliche Güter entschädigt werden, aber die ausbedungene Vergrößerung Oesterreichs in Italien lag nicht mehr in der Absicht der Franzosen. Trotzdem wurde die Abtretung des linken Rheinufers bis zur Nette gegen Preußens Wunsch beschlossen, und damit war denn für Preußen die Aufgabe gestellt, für eine möglichst reiche Entschädigung der weltlichen Fürsten einzutreten und die Beschränkung der Säkularisationen, wie sie der Wiener Hof im eigenen Interesse wünschte,

zu verhindern. Waren doch die geistlichen Fürsten bisher die bewährtesten Stützen des habsburgischen Kaisertums gewesen. Auch den bayerischen Eroberungsplänen der Hofburg wurde nun von Berlin her scharf widersprochen. Die alte Politik Friedrichs des Großen schien von neuem aufleben zu wollen, und schon erkannte Bonaparte in der Haltlosigkeit der Territorialgewalten in Rastatt, daß Deutschland zur Begründung seiner nationalen Einheit heranreife. Nur der feste Punkt fehlte noch, an den sich die Entwicklung der Zukunft anzulehnen vermochte.

Der Rastatter Kongreß brachte das Entschädigungsgeschäft nicht zum Abschluß, da Kaiser Franz sich entschloß, die Entscheidung über die österreichischen Forderungen von neuem durch den Krieg herbeizuführen und England und Rußland sich an seine Seite stellten. Am 30. März 1799 rief Oesterreich den Grafen Metternich ab und erklärte die sämtlichen zu Rastatt getroffenen Abmachungen für ungiltig. Was namentlich Pfalz-Bayern durch die Revolutionskriege gelitten hatte, läßt die Instruktion seiner Gesandten Preysing, Reinhart, Zentner und Schlemmer nur zu deutlich erkennen. Ohne die Nachteile der einzelnen zu berechnen, oder Entschädigung für das zu fordern, was die Aemter Neustadt, Germersheim, Lautern, Lauterecken, Veldenz, Bacharach, Simmern, Stromberg, Kreuznach und Alzey durch die Armeen gelitten hatten, schlug man doch die Kriegsopfer auf 84 Millionen Gulden an. Dazu kamen die Verluste der Kirchen und Schulen, welche beträchtliche Summen ausmachten. Doch noch ehe es darüber zu Verhandlungen kamen, ward der Kongreß gesprengt.

Da begegnen wir in den letzten Regierungsjahren Karl Theodors einem Entschluß, der für die Entwicklung Bayerns ungemein charakteristisch ist. Auf auswärtige Hilfe konnte der Kurfürst kaum zählen. Seine überrheinischen Länder schienen für immer verloren, und ein Ersatz ließ sich kaum hoffen. Da drängte die Not zur Selbstbesinnung. Er appellierte an die Hilfe seiner Unterthanen. Das ganze Land sollte in Verteidigungszustand gesetzt werden durch Vermehrung der regulären Miliz auf fast 40000 Mann und die Aufstellung von 50- bis 60000 mobilisierter Landesverteidiger. Fürst und Volk sollten sich zur Verteidigung der Landesfreiheit die Hand reichen. Dazu bedurfte man bedeutender Geldmittel und die zu bekommen, sollten die Stifter und Klöster eine Summe von 15 Millionen reichen. Der Papst genehmigte die Besteuerung des geistlichen Vermögens, aber der Prälatenstand und der Landschaftsausschuß widersprachen. Es kam zu Verhandlungen, doch der Kurfürst begann mit der Ausführung des Verteidigungswerkes. Da mußte er empfinden, wie sehr das Vertrauen von seiner Persönlichkeit und den Bestrebungen seiner Regierung gewichen war. Er mußte die Vollendung seines Planes der Zukunft überlassen, denn die demokratischen Elemente mißtrauten diesem Fürsten teils, teils verstanden sie ihn nicht, während die feudalen Elemente, Adel und Geistlichkeit, naturgemäß einer solch direkten Verbindung des Fürstentums mit der großen Masse des Volkes widersprechen mußten.

Wir erkennen, auf welchen Faktoren die Fortentwicklung Bayerns zunächst immer wieder beruhte: auf dem Willen des ganzen Volkes zur Selbständigkeit und auf der Möglichkeit, die Mittel des ganzen Landes zu diesem Zwecke in Fluß zu bringen. Die Beschlaglegung eines so großen Teiles des Volksvermögens durch die privilegierten Klassen mußte diesem Willen früher oder später weichen. Der Kampf, der seit der Herrschaft der Wittelsbacher in Bayern niemals entschieden worden war, mußte endlich seiner Entscheidung entgegengeführt werden.

Karl Theodor erlebte den Wandel nicht mehr. Bei Wiederausbruch des Krieges stand das bayerische Volk ratlos und verzweifelt. Ueber achtzigtausend Oesterreicher waren noch im Dezember 1798 in Bayern eingerückt. Der Kurfürst schien sich seines Volkes nicht mehr sicher zu fühlen, und man bestärkte ihn in dem Glauben, die Bayern wollten rebellieren. Die Oesterreicher sagten laut, daß der Kurfürst sie habe kommen lassen. Noch jagte ein beunruhigendes Gerücht das andere, als plötzlich die Kunde von schwerer Krankheit des Kurfürsten ins Publikum drang. Während er mit einigen Höflingen L'hombre spielte, traf ihn ein Schlagfluß. Vier Tage lag er ohne Besinnung, am fünften starb er. „Beim Hintritt des Max Josef den 30. Dezember 1779 zerfloß

die ganze Stadt und die ganze Nation in Thränen. Heute frohlockte alles, und jeder wünschte dem anderen Glück. Man erwartete mit Ungeduld die Proklamation des neuen Kurfürsten Maximilian (IV) Josef. Diese geschah vor der Residenz und in verschiedenen Gassen von 4½ Uhr bis es Nacht wurde, und das Jubelgeschrei und das Vivatrufen des Volkes durchdrang die Wolken. Die Regimenter, die Dikasterianten wurden sogleich in die neue Pflicht genommen, und Boten und Posten gingen durch alle Thore. Am freudigsten ging es heute in den Wirtshäusern zu. Man hatte nur eine Gesinnung und man zerstieß sich tausendmal die Gläser in den Händen, um selbe recht zu bekräftigen. Den Mannheimern, die man überlaut hohnneckte, war anders zu Mut. Die Meisten verdienten's nicht besser, und sie haben uns seit 1779 arg mitgespielt." So erzählt Westenrieder in seinen Tagebuchblättern.


Stein.

Eine Menge Anekdoten erzählte man sich während der kurzen Krankheitsdauer des Kurfürsten. Und wie jener Bauer, als man ihm zurief, als er zum Thore hinauswollte, das Thor sei gesperrt, seiner Stimmung Ausdruck gab mit den Worten: „Vor 21 Jahren hättet ihr das Thor sperren sollen, damit er nicht hereingekommen wäre," so verrieten die erscheinenden Flugblätter eine nicht weniger feindliche Stimmung gegen die Person des verstorbenen Kurfürsten sowohl, als gegen seine Räte.

Blicken wir heute auf die Regierungszeit Karl Theodors zurück, so werden wir zugestehen müssen, daß, wenn auch der Geist und das Streben der Zeit von ihm nicht erfaßt wurde, doch das ganze Leben nicht in so tiefe Schatten gehüllt lag, wie es jenen Leuten erscheinen mochte, welche die hellere Zeit eines Maximilian III und dann wiederum diejenige eines Max IV miterlebten. Nicht nur der Antagonismus der bayerischen Bevölkerung gegen die Person des Kurfürsten ist es, der diese Zeit so unerquicklich machte, sondern auch und mehr als jener das Ringen zweier ganz verschiedenen Entwicklungen nach Ausgleich und Einigung, der pfälzischen mit der bayerischen. Trat in diesem Ringen der Gegensatz beider Bevölkerungselemente offen hervor und hatte dasselbe zunächst die Folge, daß die Entwicklung des pfälzischen Staates ihrer vollen Auflösung entgegen ging, so wurden doch andererseits die guten Elemente, welche die Vereinigung mit der Pfalz in das bayerische Leben hineinwarf, die Elemente, die den Gleichschritt mit der Zeit einzuhalten versucht, in Bayern nicht minder lebhaft bekämpft, als die ganze fremde Art und Weise des Kurfürsten und die „Wickeleien, Schwätzereien und Niederträchtigkeiten" der Pfälzer.

So fanden sich, als der Kurfürst die gewiß nicht unbillige Neuerung traf, daß auch Handwerksleute der Vorstadt Au innerhalb der Stadt München Arbeit suchen dürften, die selbstgenügsamen Bürger durch diese Verordnung in ihrer „Nahrung" beschränkt, und der Stadtrat fuhr so protzenhaft los, daß der Kurfürst seine Abreise nach Mannheim beschloß. Natürlich wendete sich nun der Zorn der Bürgerschaft gegen den Magistrat, der den „Ruin der Stadt" herbeigeführt habe, und eine Deputation ging ab,

den Kurfürsten demütig um Rückkehr zu bitten. Karl Theodor leistete der Aufforderung, wenn auch erst nach einiger Zeit, Folge, und nun wurde er als „Wohlthäter" in überschwänglicher Weise gefeiert. Das Leben in Bayern war eben stehen geblieben, und das Bild würde falsch sein, wenn man nur einzelne Klassen als stillstehende hinzeichnen wollte. Es stockte und war erstarrt in allen Kreisen des bayerischen Volkes, auch in den bürgerlichen Kreisen, deren Gefühl für Selbständigkeit so wenig ausgebildet war, daß man die Entfernung des Hofes als „Ruin der Stadt" empfand.

Und nicht besser erging es dem Manne von Seite dieser Bürgerbauern, den heute wohl jeder Münchener zu den hervorragendsten Wohlthätern der bayerischen Hauptstadt zählt, dem Amerikaner Benjamin Thompson, nachmaligen Grafen von Rumford. Dieser Mann hatte auf einer Reise nach Wien im Jahre 1783 die Aufmerksamkeit des Kurfürsten in so hohem Grade erregt, daß ihn derselbe für immer an seinen Hof lud. Thompson löste sein Dienstverhältnis, in welchem er zu England stand, und folgte der Einladung im Jahre 1784. Als Oberst und Flügeladjutant trat er in bayerische Dienste. Sein Ziel und Streben war, Gutes zu thun, und auf den verschiedensten Gebieten fand er bald dazu Gelegenheit. Das nächstgelegene Feld seiner Thätigkeit war die Abstellung von Mißbräuchen aller Art und die Entwicklung der Hilfsquellen des Kurfürstentums, das unter dem Joch der Priesterschaft träge sich fortschleppte. Schon 1785 ernannte ihn die Akademie der Wissenschaften, die ihm ihre Fortexistenz und Nichtverschmelzung mit der Mannheimer Akademie zu danken hatte, zu ihrem Ehrenmitglied. Dann beschäftigte ihn in den nächsten Jahren vornehmlich die Reform des Heerwesens. Sein erstes Unternehmen war die Militärwerkstätte in Mannheim, der die neuerrichtete und mit den besten Maschinen ausgestattete Kanonengießerei in München folgte. Dann galt es Ordnung, Disziplin und Sparsamkeit bei der Armee einzuführen, um den Soldaten zum Bürger und den Bürger zum Soldaten zu erziehen. Dazu wurden Militärschulen errichtet, wo nicht bloß die Soldaten und ihre Kinder, sondern auch die Kinder der benachbarten Bauern auf Kosten des Landesherrn im Lesen, Schreiben und Rechnen unterrichtet und mit den hiezu nötigen Büchern und Schreibmaterialien versehen wurden. Weiter verteilte der nun zum Kriegsminister Ernannte, gesunde und kräftige Militärpferde unter das Landvolk zur Zucht, errichtete die noch bestehende Münchener Veterinäranstalt, betrieb die Gewehr- und Säbelfabrikation, begründete das Militärfuhrwesen und den Generalstab, verwendete die Kavallerie als Besatzung der Landesgrenzen und führte Militärgärten und Arbeitshäuser ein. Der auf Wunsch des Kurfürsten in den sumpfigen und verwahrlosten Isarauen bei München angelegte Militärgarten, in welchem die Zöglinge der Militärakademie im Festungsbau unterrichtet wurden, erhielt außer einer Schweizerei und einer Militärmühle verschiedene andere dem öffentlichen Vergnügen gewidmete Gebäude und verwandelte sich so in jene Zierde Münchens, die als „englischer Garten" heute und immer die Freude und Lust jedes Bürgers wie fremden Besuchers der bayerischen Hauptstadt ist. Zugleich leitete Rumford den Abbruch der München umgebenden Festungswerke am Neuhauser-, Sendlinger- und Schwabingerthor und öffnete damit dem Wachstum der Stadt eine neue Zeit und ein neues weites Gebiet. Dann hoffte der gleichzeitig mit der Polizeiverwaltung betraute Kriegsminister dem so fürchterlichen Uebel des damaligen Bettelwesens in Bayern abhelfen zu können. Das Land, und hauptsächlich die Städte, waren von Stromern und Bettlern, die gelegentlich auch Dieberei trieben, durchschwärmt und zwar nicht etwa von Krüppeln und Bresthaften, sondern kräftigen Leuten, welche der fast unfruchtbar gewordenen Arbeit das Faullenzen vorzogen. Durch Kavalleriepatrouillen wurden die Bettler im Lande aufgehoben. Das Wohlthätigkeitswesen wurde organisiert, Arbeitshäuser wurden errichtet, in denen durch Reinlichkeit im Aeußeren, in Kleidung und Wohnung, dann durch geregelte Arbeit den Bettlern und Armen wieder ein Gefühl für ein menschenwürdiges Dasein erweckt werden sollte. Da gab es dann Küche, Speisesaal, Backhaus, Werkstätten für Zimmerleute, Schmiede, Drechsler und andere Handwerker mit allen erforderlichen Einrichtungen; da wurde eine weitere Reihe von Räumen für Weber aller Art, Tuchmacher, Tuchscherer, Färber, Sattler, Wollsortierer, auch für Wohnungen und Magazine eingerichtet und der Auer

Mühlbach zum Betriebe einer Walkmühle, einer Färberei und eines Waschhauses benützt. Warme Räume, warmes Essen und Lohn erhielten die Arbeiter, und die Unternehmung gelang. Nicht bloß die Bekleidung der bayerischen Armee wurde da geliefert, sondern es ward auch ein Jahresertrag erzielt, der sich zu Zeiten auf 10000 Gulden belief. Die Ordnung in Person, so wirkte Rumford für das Wohl aller, er belächelte die Illuminaten nicht weniger, als die Jesuiten, und ob auch gerade in seiner Zeit in Bayern über Verfinsterung geklagt wurde, so wäre es doch verkehrt, ihn als einen Feind des Lichts betrachten zu wollen. Er wußte zu wohl, daß Erleuchtung allein noch nicht genüge, sondern die Zeit erwartet werden müsse, in der sich die Augen des Volkes wieder an größere Helle gewöhnt hätten.

Als Karl Theodor starb, war Rumford in England, um die dortige Gesandtschaft zu übernehmen. Dazu kam es nicht. Er aber blieb einstweilen in England und verweilte auch später nur mehr als Privatperson einige Zeit in München. Den Rest seines Lebens widmete er wissenschaftlichen Arbeiten und namentlich physikalischen Experimenten, mit denen er manche wichtige Erfolge errang. König Max II traf gewiß mit der Meinung der späteren Münchener Bürger zusammen, als er Zumbusch und Miller den Auftrag zur Ausführung eines prächtigen Standbildes gab, das heute neben denen des Generals Deroy, des Philosophen Schelling und des Optikers Fraunhofer die Maximiliansstraße in München ziert.

Der moderne Staat.

Aus den Bahnen der europäischen in die der deutschen Politik.

I.

Maximilian (IV) I Josef.

Bayerns Streben, die Hegemonie in Deutschland zu erlangen, war endgiltig gescheitert. Die staatlichen Mächte Deutschlands hatten sich diesem Streben mit kurzen Unterbrechungen versagt. Bei seiner geistigen Unbeweglichkeit und der Armut an bedeutenden Persönlichkeiten fehlte Bayern der innere Beruf, die führende Macht der deutschen Nation zu werden, bei der Unmöglichkeit, Zugang zum Meere zu gewinnen, bei seiner geographischen Lage und der engen Begrenzung durch natürliche und politische Verhältnisse, bei seiner Armut an Mitteln zur Entwicklung einer starken Geld- und Kriegsmacht, welche zur Begründung seines Uebergewichts in den deutschen Verhältnissen notwendig gewesen wäre, fehlte ebenso der äußere Beruf zu einem umspannenden Wachstum. Die überwiegende Macht Oesterreichs an der Seite, war Bayern ausgeschlossen von einer großen politischen Stellung und doch zugleich auch wieder aufgefordert, dieselbe zu erstreben. Dieser Widerspruch zwischen Können und Wollen drängte dahin, die Stellung, welche aus eigener Macht nicht zu erreichen war, sich durch die Hilfe anderer zu verschaffen. Das wittelsbachische Haus ward dadurch immer wieder in die Bahnen einer unvermittelten europäischen Politik hinausgeworfen, und auf diesen Bahnen schien nun die Entwicklung Bayerns, der Pfalz und aller noch wittelsbachischen Gebiete der vollen Auflösung entgegenzurollen. Auch jetzt, nach dem Tode Karl Theodors, drohte dem seiner schönsten Provinzen beraubten Lande wieder das Verderben. Es war ein unsäglich trauriger Zustand, in welchem sich Bayern befand. Die Maitressen-, Pfaffen- und Beamtenwirtschaft der letzten Regierung hatte das bayerische Leben vollends geknebelt. Selbst die tüchtigsten Mitglieder dieses engherzigen Beamtenheeres vermochten sich nicht über das Bestreben maßloser Bevormundung des Volkes, ohne alle Rücksicht auf dessen Ansichten und Wünsche, zu erheben, in seiner großen Mehrzahl aber betrieb es ohne Bewußtsein des Staatszweckes, wie ohne Kenntnis der Mittel zu dessen Erreichung, nur nach den Bedürfnissen und Launen des Augenblicks sein schleppendes Tagwerk in der Art und Weise, welche dem Vorteil des eigenen Beutels am besten zusagte, Unter solchen Verhältnissen vermochten die von oben ohne Beharrlichkeit eingeleiteten, in der Ausführung vernachlässigten, in Folge der beständigen Ebbe der Landeskassen schon in der Entstehung siechenden Reformen, nicht zu gedeihen. Die Finanzlage verschlimmerte sich von Jahr zu Jahr, allein Karl Theodor hatte, von Günstlingen, Pfaffen und

Maitressen umgeben, der Not des Landes ungeachtet, in schwelgerischer Pracht dahingelebt. Für seine zahlreichen Beischläferinnen und deren Kinder wurden ungeheure Summen mit unbegreiflicher Vernachlässigung aller wahren Staatszwecke vergeudet und jede Rücksicht, jedes Recht geopfert. So kam es, daß das Volk in allen Schichten sich von diesem Herrscher, der ihm von Anfang an ein Fremdling gewesen, grollend hinwegwandte, daß die Flüche und Verwünschungen, welche seinen Sarg begleiteten, sich mischten mit dem hoffnungsfrohen Jauchzen, welches dem neuen Herrscher entgegentönte, aber auch mit dem stillen Grollen, wie es dem Nahen einer Revolution voranging. Die Lehren der Revolution hatten auch in München Eingang gefunden und jener Ablösung des Herrscherwillens vom Willen des Volkes, wie sie in den Austauschplänen Karl Theodors in so krasser Weise Ausdruck gefunden hatte, schien nun aus Volkskreisen die Antwort zu werden, indem die „Jakobiner in München" an dem Gedanken der Errichtung einer Schwesterrepublik in Bayern ihre übelgelaunte Phantasie weideten.

In solcher Lage, während die Massen in dumpfem Schlummer verharrten, ein Teil der Gebildeten mit revolutionären Gedanken kindisch spielte, hielt Max Josef von Zweibrücken seinen Einzug in Bayern und mit ihm eine neue Zeit. Die Revolution mußte kommen, und sie kam von oben. Die Lage des Landes war der Art, daß der Kurfürst selbst erklärte, er würde in den ersten Tagen seiner Regierung den Mut verloren haben, wenn er nicht zuversichtlich auf die Unterstützung seiner lieben und getreuen Bayern gerechnet, und dieses Vertrauen kam ihm denn auch aus dem größten Teile des patriarchalischen Volkes so recht aus Herzensgrund entgegen. „Na, Maxl, weil nur du da bist!" so begrüßte ein biederer Münchener den neuen Herrn.

Maximilian Josef war der Sohn Friedrich Michaels, des Herzogs von Zweibrücken, den wir als Reichsfeldmarschall im siebenjährigen Kriege kennen lernten. Unter seinen Erziehern übte nachhaltigen Einfluß auf ihn der spätere zweibrückensche Minister Abbé Salabert. Als nachgeborner Sohn eines nachgebornen Prinzen schien ihm keine hervorragende Laufbahn bestimmt zu sein. Weder zum Thron geboren noch erzogen, behielt er jenes frische Element seines Lebens unverkümmert, welches, weil dem Volksleben so nahestehend, auf dasselbe wieder so mächtig zu wirken vermag. Man kann sagen, seine Natur blieb von jenem überschraubten Gottesgnadentum des damaligen Fürstentums unberührt, die natürliche Entwicklung erhob in ihm einen Mann aus dem Leben des Volkes zum Herrscher empor. Weder durch Größe des Charakters und Willens, noch durch Größe des Verstandes wurde er von seinen Bayern geschieden, dafür aber besaß er eine Menge jener Eigenschaften, welche ihn gerade dem natürlichen Fühlen des Volkes liebenswürdig erscheinen ließen und nahe brachten. „In der äußeren Erscheinung, in dem ganzen Thun und Lassen des heiteren, lebensfrischen Mannes sprach sich wahres menschliches Wohlwollen aus; am liebsten hätte er jede Familie seines Landes in einer behaglichen Lage gewußt, unglücklich mochte er niemand sehen, und wenn ihm Not unmittelbar vor Augen kam, war es ihm fast nicht möglich, den Versuch zur Hilfe zu unterlassen. Auch hatte er stets eine kleine Schwäche für fröhliche Gesellen, die es leicht nahmen mit dem Leben; trug oftmals Sorge für unbemittelte Familien, die gerne Champagner tranken und bezahlte nichts lieber, als fremde Schulden. Mit heiterem Humor und unbefangener Teilnahme trat er Hohen und Niederen entgegen, hatte auch für den Geringsten ein freundliches Wort und bereitete selbst ferner Stehenden unerwartet einen frohen Augenblick; Angeber waren ihm widerwärtig, Strafurteile milderte er oft, freigebig war er ohne Maß, geliebt wollte er von allen sein. Ein guter Ehemann und guter Vater, lebte er ein einfaches, mäßiges Leben; früh legte er sich zur Ruhe, spätestens sechs Uhr stand er auf und erteilte schon um diese Zeit formlose Audienzen; vom Prunke war er ein Feind. Als er in späteren Jahren Tegernsee erwarb, richtete er sich dort ganz seinen Neigungen entsprechend ein; Blumen und Singvögel füllten seine Zimmer; die mit dem wunderbaren Reiz der Voralpen ausgestattete Natur begünstigte das fürstliche Stillleben; weit und breit in der Umgegend war er persönlich gekannt, hier hatte er eine stattliche Kuh geschenkt, dort die Hochzeit ausgerichtet, in manchem Hause erschien er als Pathe, und viele dankten ihm Hilfe aus großer Not."

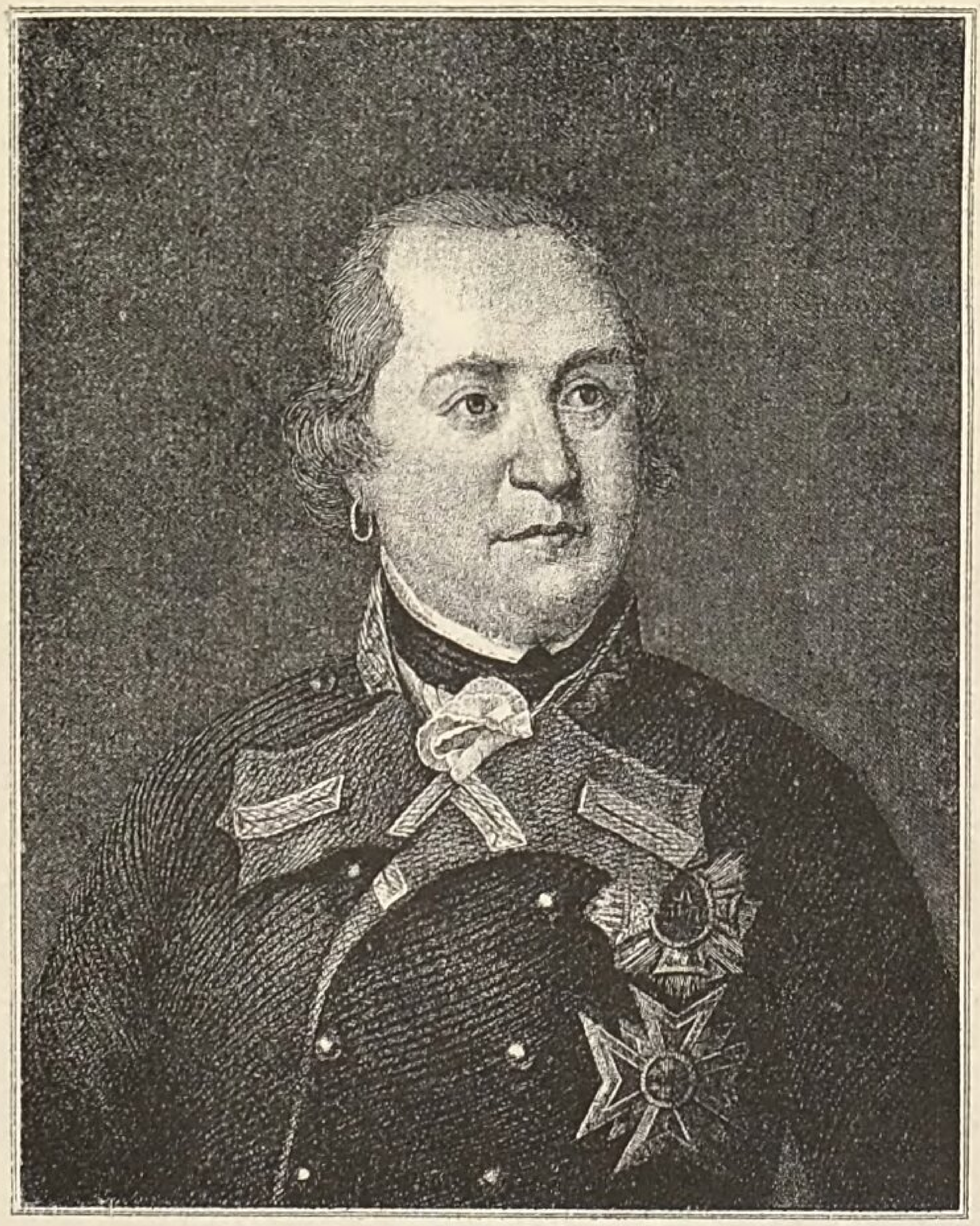


Vater Max im Kreise der Seinen bei der Gründung von Bad Kreuth.

Nach dem Gemälde von H e c k e l im Königl. Nationalmuseum in München.

So wirkte er im Kleinen nach dem Drange seines Herzens, während das Große seinem beengten Blicke entschwand.

Als Prinz hatte er einst die Einladung angenommen, in französische Dienste zu treten. Gleich seinem Vater übernahm er im Jahre 1777 als Oberst die Führung des Regiments d'Alsace und wohnte bis zum Ausbruch der Revolution fast ununterbrochen in Straßburg. 1785 vermählte er sich mit Wilhelmine Auguste, einer Prinzessin von Hessen-Darmstadt. „Während die übrigen deutschen Fürsten," schreibt Heigel, „nur durch die Erfolge der napoleonischen Waffen zu Franzosenfreunden umgewandelt wurden, entsprach bei Max Josef, der die glücklichsten Tage seines Lebens in Frankreich und in französischen Diensten verlebt hatte, die Politik der persönlichen Neigung." Unruhen bei Ausbruch der Revolution nötigten den Prinzen, seinen Wohnsitz in Mannheim zu nehmen. Hier verkehrten die Emigranten bei ihm, bis die Belagerung Mannheims durch die Franzosen ihn weiter trieb nach Darmstadt und später nach Rohrbach an der Bergstraße. Durch das unvermutete Ableben des älteren Bruders Karl August (1. August 1795) wurde er regierender Herzog von Zweibrücken, aber sein Land war von den Franzosen besetzt. Nun konnte er auch als präsumtiver Erbe des kinderlosen Kurfürsten von Pfalz-Bayern gelten. Er besuchte München, und die Kunde, daß er die Austauschpläne des Wiener Hofes trotz angebotener Geldsummen stets bekämpft habe, erwarb ihm bald Sympathien. Noch 1786 erhob er gegen neuerliche Tauschpläne offen Protest am Regensburger Reichstag und trat mit dem Berliner Hofe in Verbindung. Trotz aller Proteste dauerten die Verhandlungen Karl Theodors mit dem Wiener Hofe fort, und schon schien sich Bayerns Schicksal mit dem Einrücken der österreichischen Armee erfüllen zu sollen, als der Tod Karl Theodors plötzlich die ganze Lage veränderte. Wie weit die Austauschpläne gediehen waren und mit welchem Fanatismus sie von Hofschranzen noch am Sterbebette Karl Theodors betrieben wurden, erzählt Sprunner in seinen Charakterbildern aus der bayerischen Geschichte.



Maximilian (IV) I Josef.

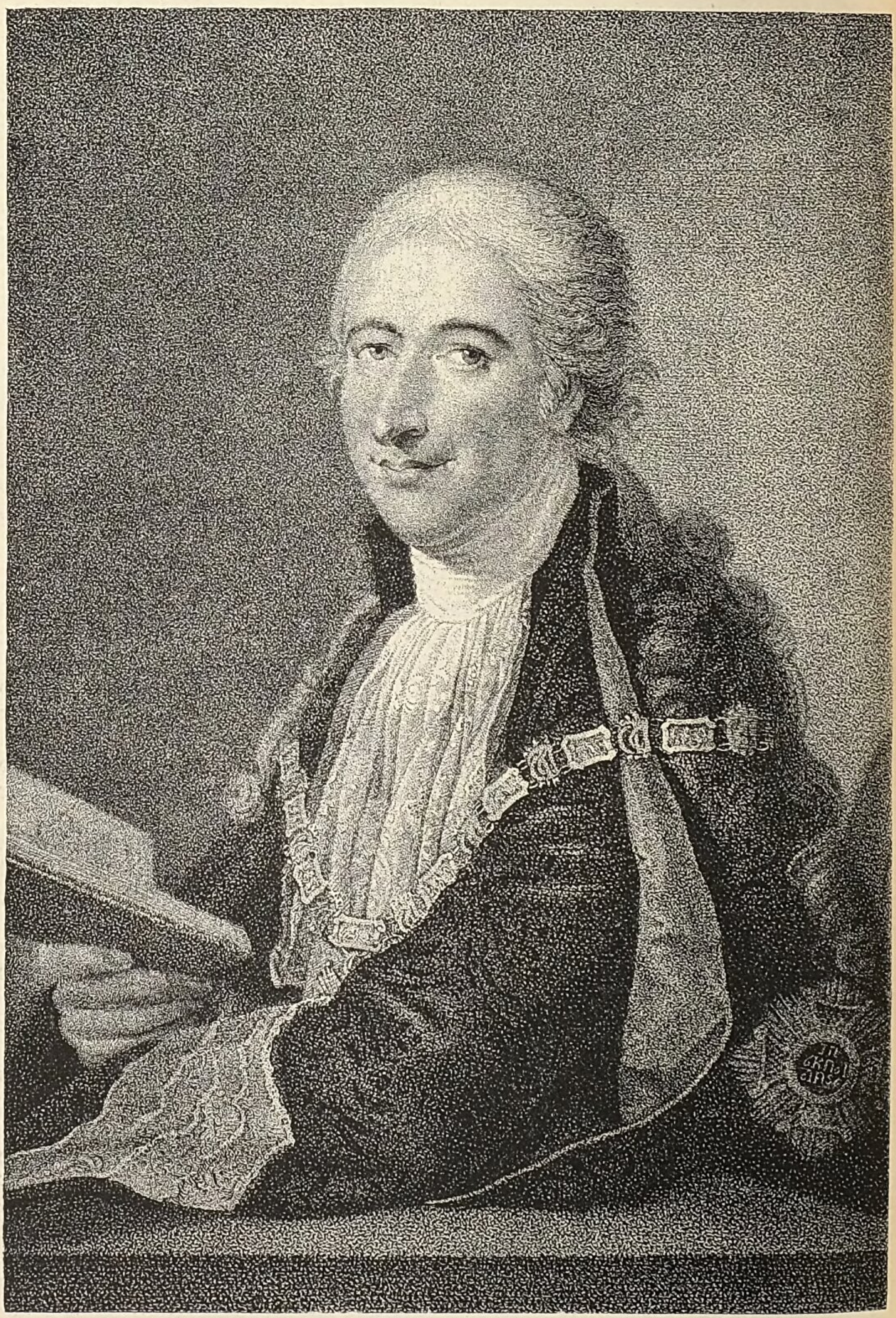
Umjubelt von den Bayern, die in ihm ihren Erlöser erblickten, traf Max Josef vier Tage nach Karl Theodors Ableben, am 20. Februar 1799, in München ein. Der feierliche Einzug war bis nach den ersten Trauerwochen verschoben worden. Schon hatte sich die Meinung allgemeiner dem Kurfürsten zugewendet. Selten ist wohl ein neuer Regent mit so allgemeiner Begeisterung, mit so überzeugungsvollem Glauben an eine

bessere Zukunft aufgenommen worden, und selten bedurfte wohl ein Fürst dieses Vertrauen, diese Liebe in höherem Grade, als damals Max IV Josef, denn Bayern stand vor dem Abgrund. Alles war herabgekommen. Die Staatsverwaltung ohne Ansehen, ohne Einheit im Recht, die Aemter durch schamlose Käuflichkeit und den herrschenden Nepotismus in den Händen der gewissenlosesten und unfähigsten Subjekte. Anwartschaften, selbst der Weiber auf dieselben, wie auf eine Erbpacht, die sich dann einen Mann dazu suchten oder einen erbärmlich bezahlten Löhner dazu aufstellten. Das pfalz-bayerische Beamtentum zählte sogar eine Mademoiselle Grenzhauptmauthnerin und eine Frau Oberforstmeisterin zu seinen Mitgliedern. Der Staatsschatz war leer, dazu die Schulden ohne Verhältnis zur Einnahme, und alles mit einem dichten Schleier umhüllt, um die saubere Wirtschaft, bei der ein großer Teil in die Taschen der hohen und niederen Einnehmer verschwand, dem Kurfürsten zu verbergen. Weder der Ertrag der Staatsgefälle, noch der Schuldenstand konnte zuverlässig angegeben werden. Die Steuerlast des Landes war in der Entwicklung gehemmt, Industrie und Handel durch Monopole und Privilegien gelähmt, der kleine Grundbesitz durch eine drückende Taxordnung, durch eine mangelhafte Rechtspflege, durch eine Anzahl bäuerlicher Lasten beschwert. Die Landschaft — die damaligen Landstände, — die sich selbst wieder postulierten, war ein Gespött des Landes und ein sklavisches Werkzeug in den Händen der Camarilla. Das Heer war tief herabgekommen, schlecht organisiert, schlecht geübt, Rumfords wohlmeinende Reformen wieder ganz ins Stocken geraten. Auf dem Papier 23000 Mann betragend, waren es in Wirklichkeit kaum 15000 Mann, schlecht gerüstet, großenteils von unfähigen, durch Kauf oder Hofgunst zu ihren Stellen gelangten Offizieren befehligt.

Doch auch das Volk selbst bot wenig Trost und Hoffnung. Seit in jenen Tagen Ludwigs des Bayern und Albrechts IV die bayerische Entwicklung auf sich selbst zurückgeworfen und von der städtischen Entwicklung der fränkischen und schwäbischen Lande abgeschnitten worden war, hatte der Seelenschlaf eines behäbigen Sonderlebens das altbayerische Volk immer tiefer umfangen. Selbst die Trompetenstöße der Reformation hatten da nur mehr einen matten Augenaufschlag zu bewirken vermocht. Dann hatte man sich wieder zur Ruhe begeben, und der konservativste aller deutschen Stämme stand nun dem schwerfälligen niedersächsischen Volksstamm näher, als den oberländischen Nachbarn. Die einst von Bayern besiedelte Ostmark hatte den Vortritt gewonnen und überflügelte das Mutterland also, daß die beiden stammverwandten Lande bald in demselben feindlichen Verhältnisse zu einander standen, wie Kursachsen und Brandenburg: „hier die ältere, vornehmere, aber zurückgebliebene Macht, dort der ehrgeizige glückliche Emporkömmling." Politischer Haß trennte den Altbayer von Oesterreich, und gegen Schwaben hin bildete der Lech die unüberbrückbar scheinende Grenze, die den nachbarlichen Verkehr fast vollkommen lahmlegte. Zu einer starren geschlossenen Masse war dieses Volk zusammengewachsen, das in der Abwehr des Fremden seinen eigentlichen Lebensberuf zu erkennen schien. Dabei in den Alpen, wie im Walde und in der Donauebene die gleichen Grundzüge eines einheitlichen unbeweglichen Charakters. Rüstige Tapferkeit, unverwüstliche Lebenslust und gemütliche Schlauheit, überall der gleiche naive Stammesstolz, die gleiche unverbrüchliche dynastische Treue. Im Guten wie im Schlechten wies der Bayer aller Stände und aller Himmelsstriche diese gleichen Züge auf. Das städtische Leben war fast ganz zur Ruhe gegangen, und wenn wir der alten Bedeutung Regensburgs gedenken, so stellt sich selbst München am Ende des vorigen Jahrhunderts und noch tief in dieses Jahrhundert hinein, nicht viel anders dar, als eine Land- und Bauernstadt. Unter Max III Josef hatte es eine Zeit lang geschienen, daß sich hier im Herzen Altbayerns eine belebende, geistig befruchtende Zentrale zu bilden beginne, es war ein Vorklang einer erst in der Zukunft nahenden Zeit. Die Zeit Karl Theodors hatte auch diesen Zug fast gänzlich wieder verwischt. „Am Schlusse des alten Jahrhunderts lebten in München drei Protestanten, die amtlich als Katholiken galten und zum Abendmahl nach Augsburg hinüberfuhren. Auf Schritt und Tritt begegnete der Wanderer den alten Erinnerungen des streitbaren Katholizismus; zu den Füßen der Mariensäule auf dem Schrannenplatz stand der Genius, der den Drachen der Ketzerei zerschmettert. Das Volk

glaubte fest, ein Protestant sehe ganz anders aus, als ehrliche Christenmenschen; in den Fastnachtszügen erschien der Luther mit seiner Kathi neben dem bayerischen Hiesel und dem Schinderhannes; noch während der napoleonischen Feldzüge ließ ein altbayerisches Bataillon ein Bild des heiligen Petrus Spießruthen laufen, weil der Heilige seiner Herde das erbetene gute Marschwetter versagt hatte. Die gesamte neue Litteratur war „lutherisch deutsch, blieb diesen Hinterwäldlern verpönt und unbekannt." Die Kraft des Landes lag in den Bauern und in einigen Geschlechtern des Adels. Aber in diesen Adel hatte sich die neue und alte Verkommenheit tief hineingefressen. Großenteils arm, auf den Hof-, Kriegs- und Staatsdienst angewiesen, besaß er die Mittel zu einer edleren Bildung nicht und befand sich in tiefster Unwissenheit. Auch der begüterte Adel war meist tief verschuldet, lebte großenteils am Hofe in üppigem Müßigang, von der Sittenlosigkeit und unsinnigen Verschwendung desselben angesteckt. Wenige nur beklagten in stiller Zurückgezogenheit des Vaterlandes Verfall, aber Rat und Hilfe fanden sie nicht. Die Geistlichkeit, trotzdem gerade sie unter ihren Mitgliedern nun die besten und patriotischsten Männer zählte, war doch der größten Mehrzahl nach in toten Formen befangen, und der Unterricht, ihr von Karl Theodor wieder übergeben, wurde im höchsten Grade vernachlässigt. „Vielen fehlte der Wille, den meisten der Mut, dem kläglichen Aberglauben entgegen zu treten, während viele von fanatischer Unduldsamkeit erfüllt, nur in der ausschließlichen und unumschränkten Herrschaft der katholischen Kirche im Sinne des maßlosesten Kurialismus das Heil ihres Strebens suchten." Das Landvolk, von Aberglauben erfüllt und der Erpressung der Beamten schutzlos preisgegeben, war tief entsittlicht. Der größte Teil desselben hatte keinen freien eigenen Besitz, sondern befand sich, von Fronen und Gilten abgesehen, in völliger Abhängigkeit von seinem Grund- und Gerichtsherrn, meist nur in leibrechtbarem, d. h. auf die Lebenszeit des Grundherrn beschränkten Besitze. Dazu die Verwaltung, in der schrankenlose Polizeiwillkür herrschte, der Leichtsinn im Finanzwesen, wo die zu unglaublichen Summen angewachsenen Zahlungsrückstände die Hilfsmittel der Zukunft allein schon zu verschlingen drohten, während der Leichtsinn, mit dem man die Staatsschulden anwachsen ließ, den Staat um allen Kredit brachte, der trostlose Zustand der Gesetzeshandhabung, die trotz der theoretischen Reformen Kreitmayers in ihrer Ausdehnung auf die Praxis hängen geblieben war und durch Verleihung und Verkauf der Gerichtsbarkeit zum sporteltragenden Geschäfte für Fürst und Stände erniedrigt worden war.

Sofort nach dem Regierungsantritt hatte Max Josef dem Regiment der Lippert und Zedtwitz ein Ende gemacht und das Ministerium neu organisiert. Durch Dekret vom 25. Februar 1799 wurden vier Konferenzminister für Auswärtiges, Finanzen, Kultus und Justiz ernannt und ihre Befugnis auf das ganze Land erstreckt. Die eigentliche innere Verwaltung ward den Landesdirektionen übertragen, während der Kurfürst selbst die Militärangelegenheiten unmittelbar leitete. Die Seele des Ministeriums wurde der Graf Max Josef Montgelas, der die überaus wichtige Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm. Montgelas, einem alten savoyischen Geschlechte entstammend, hatte schon früh durch seine scharfe Beobachtungs- und Auffassungsgabe die weitere Aufmerksamkeit erregt, „wie denn auch ein seltener Einklang der Feinheit des Tones eines Hof- und Weltmannes mit vielseitigem und gründlichem Wissen bei ihm anzutreffen war. Die Gunst des verstorbenen Kurfürsten hatte er durch seinen Eintritt in den Illuminatenorden verloren. Er fand eine Zuflucht am Hofe des Herzogs Karl August von Zweibrücken, wo er in rascher Carriere bis zum Minister emporstieg. Mit dem Nachfolger Karl Augusts kam Montgelas nach Bayern, wo er schon am 21. Februar zum wirklichen geheimen Staats- und Konferenzminister ernannt wurde. „Wenn es wirklich die erste und oberste Tugend eines Staatsmannes wäre, daß er ganz in dem Staat, dem er dient, aufgehe, so könnte gegen seine Regierungsprinzipien kein Vorwurf erhoben werden," sagt Heigel. „Er will nichts anderes, als die Kräfte des seiner Leitung anvertrauten Bayern nach innen und außen so gestärkt sehen, daß es allmählig gleichberechtigt in die Reihe der größeren Mächte eintreten könne. Deshalb betrachtete er jede Frage lediglich aus dem Gesichtspunkte der Opportunität." Mit solchen Grundsätzen



Graf Max Josef Montgelas.

lenkte er die auswärtige Politik Bayerns aus dem alten Dilemma zwischen Reichsstandschaft und souveräner Macht mit aller Entschlossenheit in eine neue Bahn. Es galt ihm einzig die Umstände zu benützen, wie sie sich im Laufe der Jahre entwickeln würden, um Bayern zu dem ersehnten Ziele hinaufzuführen. Daß dies in dem gegenwärtigen Zeitpunkte die einzige Notwendigkeit und ebenso die einzige Möglichkeit war, Bayerns Selbständigkeit zu retten, hatte Montgelas sofort erkannt, und diesen Prinzipien blieb er denn auch mit der ganzen absoluten Konsequenz des Realpolitikers getreu. Er fand es lächerlich, daß Karl August von Zweibrücken mit Frankreich nichts zu thun haben wollte. Frankreich erschien ihm von dem Augenblick, da die „folie revolutionnaire" der Danton und Robespierre aufhörte, auch wieder bündnisfähig, ja als die wirkliche Schutzmacht der germanischen Freiheit. „Ihm war es eine erfreuliche Thatsache, daß diese Einsicht, als Preußen den Baseler Frieden einging, auch in Bayern immer mehr Freunde gewann; das Beispiel Preußens galt ihm als Signal zu besserer Erkenntnis der wahren Interessen der deutschen Staaten."

Das Vorgehen Oesterreichs gegen Bayern in den letzten Lebenstagen Karl Theodors ließ keine andere Erklärung zu, als daß Kaiser Franz mit Einwilligung des Kurfürsten das alte Projekt der Einverleibung Bayerns zu betreiben gedenke. Die bayerischen Regimenter sollten vereinzelt in österreichische Abteilungen aufgelöst werden, während österreichische Soldaten in bayerische Uniformen gesteckt wurden. Der unerwartete Tod des Kurfürsten vereitelte den Anschlag. Max Josef suchte die alten Beziehungen zu Frankreich wieder anzuknüpfen. Der Leere der Kassen sollte zunächst durch die Aufhebung des Malteserordens abgeholfen werden, denn man bedurfte Geld. Man mußte versuchen, sich „ohne irgend Anstoß zu erregen, der drückendsten Verpflichtungen zu entledigen und ein festes politisches Programm aufzustellen". Aber die Aufhebung des Malteserordens reizte den Zorn des russischen Zaren Paul. Unter dem Einfluß des Herzogs Wilhelm*) und infolge des unklugen Verhaltens des österreichischen Gesandten erfolgte alsbald ein völliger Umschwung am Münchener Hofe. Der Herzog selbst wurde nach Gatschina gesandt, eine Vermählung des Kurprinzen Ludwig mit der Großfürstin Katharina ins Auge gefaßt, Bayern unter russischem Schutz gestellt und mit Frankreich offen und barsch gebrochen. Nicht für lange! Denn Zar Paul befreundete sich in kurzer Zeit mit dem Gedanken einer französischen Allianz, und auf Antrieb der russischen Regierung lenkte darauf Bayern in die Bahn seiner früheren Politik zurück. Es nahm seine Beziehungen zu Frankreich wieder auf.

Man hat gesagt, der Krieg der zweiten Koalition gegen Frankreich, der im Jahre 1799 anhub, sei von den Franzosen provoziert worden. Aeußerlich hat man da wohl recht. Aber wir kennen kein junges Wachstum unter der Sonne, welches nicht die Tendenz hätte, die Produkte eines älteren Wachstums, die ihm den Weg zur freien Entfaltung verlegen, zu vernichten und aufzusaugen. War die Verteidigung, zu der nun Europa abermals zusammentrat, natürlich, so die Propaganda der französischen Politik ebenso. Aber in Preußen, wie in Oesterreich war das lebendigste Gefühl das der Eifersucht gegen einander. So blieb auch der junge König Friedrich Wilhelm III bei der Neutralität seines Vorgängers, während die österreichische Politik jetzt wie vorher auf den gemeinen Territorialvorteil gespannt blieb. Man wollte nur Aequivalente. Man wollte Mantua und die päpstlichen Legationen. Die Seele der ganzen Agitation war noch Rußland. Der Nachfolger Katharinas, Paul, war voll der Grundsätze der Legitimität, voll des Hasses gegen Frankreich und seine anarchistischen Prinzipien. Die Wegnahme von Malta durch Bonaparte gab unter anderm den ersten Anstoß zum Kriege.

*) Karl I, Pfalzgraf von Birkenfeld 1560—1600
Christian I, Pfalzgraf zu Birkenfeld-Bischweiler 1598—1654
Christian II, Pfalzgraf von Birkenfeld-Bischweiler 1637—1717 Begründer der königlichen Linie in Bayern (s. d.) | Karl II, Pfalzgraf zu Birkenfeld-Gelnhausen 1638—1704
Friedrich Bernhard † 1739 | Johannes 1698—1780
Karl Ludwig 1745—1789 | **Wilhelm** 1752—1837 Begründer der herzoglichen Linie in Bayern (s. d.)

Die Malteser wandten sich an den Zaren. Er wurde Großmeister des Ordens und schloß mit England einen Vertrag gegen Frankreich. Neapel fand sich bereit zum Beitritt. Oesterreich hielt aus, bis es sah, daß es an der Seite Frankreichs nicht zu seinem Vorteil kommen könne. Dann trat es der Koalition bei. Nur Preußen blieb zurück. Die Franzosen blieben auf ihrer Bahn. Sie steckten das Königreich Sardinien ein und machten Neapel zur Republik. Von der Nordsee herab bis Kalabrien erstreckte sich der neue Kriegsschauplatz. Diese lange Ausdehnung der Linie schwächte die französische Heeresmacht. Die Verbündeten machten die größten Fehler, von den Flügeln aus operieren zu wollen. In den Niederlanden und in Neapel wollte man angreifen. Für die Franzosen war das Gefährlichste und Wirksamste, wenn man den Hauptschauplatz nach Süddeutschland verlegte, um nach dem Siege in Frankreich selbst einzudringen. Italien war Nebenschauplatz. Das sah man nicht ein. Man war geblendet durch die Gier nach italienischem Besitz. Nach Italien sandte man also die meisten Truppen. Der Erzherzog Karl hatte am Lech nur 90000 Mann. Dadurch gab man den raschen Sieg aus der Hand. Der Krieg begann mit dem Angriff der Franzosen.

Anfangs März 1799 gingen die Franzosen unter Jourdan über den Rhein. Vom Süden drangen sie gleichzeitig in Tirol ein. Der Erzherzog Karl rückte hier entgegen und schlug den Feind am Bodensee bei Osterach. Jourdan ging zurück, Karl rückte nach und schlug ihn zum zweiten Mal bei Stockach. Auch Bernadotte zog nun vom Neckarthal an den Rhein zurück. Jourdan legte den Oberbefehl nieder und das Direktorium vereinigte die deutsche Armee mit den in der Schweiz aufgestellten Streitkräften. Diese gesamte Kriegsmacht stand nun unter Massena. Der Rastatter Kongreß hatte fortgetagt, bis die von Oesterreich freventlich inscenierte Ermordung des französischen Gesandten der Welt zeigte, daß der Krieg wieder tobe. Jetzt löste der Kongreß sich auf, und die süddeutschen Reichsstände, auch Bayern, stellten ihre Reichstruppen ins Feld, und unter dem Volk bildete sich eine Art natürlicher Landwehr, welche den Streifzügen und Räubereien der Feinde mit bäuerlichen Waffen entgegentrat.

Während sich hier im Westen Deutschlands der kleine Krieg entfaltete, waren die Franzosen auch in Italien geschlagen worden. Suworow kam mit seinen Russen heran und bedrängte die Franzosen im April. An der Adda wurden sie in mehreren Treffen geschlagen. Sie mußten zurück gegen Alessandria und Turin. Suworow rückte nach. Er drängte Moreau hinab bis zur Riviera. Suworow hätte noch weiter nachdringen und in Frankreich einfallen sollen. Davon war nicht die Rede. Die Oesterreicher wollten nur Land und Festungen, und Suworow war gehindert. Das gab den Franzosen die Möglichkeit, noch einmal um die Entscheidung zu kämpfen. Macdonald kam von Neapel herauf und suchte die Vereinigung mit Moreau. Sie wollten den Feind strategisch umfassen. Macdonald sollte nach Genua, Moreau über die Bocchetta ziehen. Aber Suworow warf sich Macdonald in den Weg. In der Schlacht an der Trebbia (17. bis 20. Juni 1799) wurde Macdonald endlich zum Weichen gebracht. Nun mußte auch Moreau wieder zurück, bis Joubert ihm neue Streitkräfte zuführte. Suworow rückte wieder heran, und am 13. August wurden die Franzosen wieder geschlagen bei Novi. Joubert selbst fiel.

Die Engländer wollten jetzt in den Niederlanden vorgehen und Oesterreich sollte eine Diversion machen. Erzherzog Karl sollte Frankreich vom Rhein her angreifen und Suworow den Erzherzog gegen Massena in der Schweiz ersetzen. Dadurch kamen die Russen glücklich aus Italien hinaus. Das alles mißlang. Massena wartete nicht auf die Ankunft Suworows. Am 26. September griff Massena die Oesterreicher und Russen in der zweiten Schlacht bei Zürich an und schlug sie. Suworow hatte seinen heldenhaft kühnen Zug über die Alpen nur gemacht, um zu erfahren, was geschehen war. Er schlug sich durch immer über Berge und Schluchten. Die Oesterreicher wollten in Italien alles haben, und das führte zum Bruch mit den Russen. Paul erklärte, er könne nicht mehr mit den Oesterreichern handeln, und Suworow bekam Befehl, sich zurückzuziehen.

Bei Zürich erhielt die Koalition den ersten Schlag. Rußland trat ab. Die weiteren Schläge, die sie zum Grabe führten, brachte das Jahr 1800. Bonaparte war wieder da. Er war aus Egypten herbeigeeilt, um, wie er sagte, Frankreich zu retten. In Paris hatte er schnell den festen Grund zu seiner Herrschaft gelegt und ging nun zur Armee nach Italien ab, nachdem seine Friedensvorschläge von England und Oesterreich abgelehnt worden waren. In Berlin hielt man an der Neutralität fest, in Petersburg errang Bonaparte sich die Freundschaft und Bewunderung des Zaren. Von Italien und vom Rhein her sollte Oesterreich über den Haufen gerannt werden.

Die gewaltigen Siege bei Marengo und Hohenlinden entschieden für Bonaparte und Frankreich. Während er sich noch mit den Vorbereitungen zum italienischen Feldzug befaßte, den er dann mit seinem kühnen Zug über den St. Bernhard in Scene setzte, ging Moreau über den Rhein und drängte mit fortwährend siegreichen Gefechten den österreichischen Befehlshaber Kray bis an die Donau zurück. Auch bei Ulm war für Kray kein Bleiben. Er mußte nach Nördlingen, dann nach Neuburg zurück. Im Juli erreichten die Franzosen die Isarlinie und dehnten sich über Bayern aus. Kray setzte sich am Inn. Der Waffenstillstand von Parsdorf (15. Juli 1800) überließ das südliche Deutschland auf unbestimmte Zeit den Franzosen. Mittlerweile war Bonaparte in Italien eingedrungen. Mailand und Pavia fielen, die Cisalpinische Republik erhob sich aus den Trümmern, bei Montebello wurden die Oesterreicher geschlagen (9. Juni) bei Marengo vernichtet (14. Juni). Desaix und Kellermann hatten die Entscheidung hier zu Gunsten Frankreichs herbeigeführt. Der österreichische General Melas bequemte sich zum Waffenstillstand, Bonaparte ging nach Paris zurück. Der Waffenstillstand wurde verlängert durch den Vertrag von Hohenlinden (20. September 1800), der die Festungen Philippsburg, Ingolstadt und Ulm den Franzosen überließ. Man arbeitete an dem Frieden. Nur noch einmal sollte das Schlachtenglück versucht werden. Bei Hohenlinden, östlich von München, kam es am 3. Dezember zu gewaltiger Schlacht. Die österreichisch-bayerische Armee wurde geschlagen; über den Inn, die Salza, die Traun folgten den Fliehenden die siegreichen Franzosen. Sie gingen über die Enns. Wien war verloren. Vom Süden das Etschthal herauf drängte Macdonald, Oesterreich erklärte sich zum Frieden bereit. In Lüneville wurde derselbe beraten.

Im Juni hatte der Kurfürst München verlassen und sich nach Amberg begeben. Die Residenz wurde sofort von den Franzosen besetzt. Am 30. Juni kam Moreau selbst und quartierte sich in Nymphenburg ein. Da sehen wir denn auf einmal bei der Entfernung des Kurfürsten und der Anwesenheit der Republikaner die Idee der Freiheit in München emporsteigen. Daß eine Regierung wie diejenige Karl Theodors zur Befestigung des dynastischen Gefühles nicht hatte beitragen können, ist wohl natürlich. Sein Vorgehen gegen die Illuminatenbewegung hatte die verbotene Frucht vielen nur noch kostbarer erscheinen lassen. Die Antipathie gegen die so sehr bevorzugten „Pfälzer" wirkte nach, sie wurde in Flugschriften auch jetzt wieder laut, und die Bevorzugung der Pfälzer wurde einer der stehenden Vorwürfe, welche man auch dem neuen Kurfürsten machte. Da wurde dargethan, daß Süddeutschland für das republikanische System reif sei, weit eher als Norddeutschland, wo die Regierungen nie so verwerflichen asiatischen Prunk und Despotismus entfaltet hätten. Auch sei der Norddeutsche „moralischer und zufriedener", wie man naiver Weise zugestand. In Süddeutschland dagegen, wo das Volk „unter einer Aristokratie von Adel und Pfaffen, auch Patrizierjoch gebeugt, die sich auf seine Kosten in aller Art Schwelgerei herumtummeln," sei schon seit langer Zeit der Plan reif, die Fesseln zu sprengen. Man dachte an Revolutionierung Bayerns, Schwabens, Frankens, Tirols und Salzburgs, um, im Anschluß an die Schweiz, die süddeutsche Republik zu schaffen. Man wandte sich an Moreau und hoffte auf die Hilfe der Franzosen, aber der Zug der Zeit ging in Frankreich nach anderer Richtung. Zu den antidynastischen, bayerisch und süddeutsch partikularistischen Bestrebungen traten keltische Phantastereien, man erhoffte „das Erwachen der Nationen nach einem Jahrtausend," es gesellten sich ferner hinzu die ersten demokratisch-sozialen Anwandlungen, welche in den „Zehn Geboten für Bürger und Bauern im lieben bayerischen Vaterland"

Ausdruck fanden. Vorangestellt sind da folgende Fragen: „Was ist der dritte Stand, Bürger, Bauern, bis jetzt in der politischen Ordnung gewesen? Nichts, sie sind bis zum Lastvieh herabgewürdigt! — Was will er, wollen sie? Gleiche Menschen sein! — Was ist er, sind sie wirklich? Alles!“ Darum wird denn verlangt: Aufhebung der niederen Gerichtsbarkeit, Ablösung der Scharwerke und des Zehents, verhältnismäßige Steuerbelegung, Vereinfachung des Beamtenwesens und wahre Landesrepräsentation. Das alles war nun auch unter einem Fürsten durch Reform zu erzielen. Aber daran dachte man in der Hitze des Augenblicks nicht. Fand sich doch selbst der Dichter der „bayerischen Revolution“, der die demokratische Fahne mit komisch-kühner Begeisterung schwang:

„Krieg und ewige Bataille
Jeder heuchelnden Kanaille;
Allen wahren Demokraten
Naher und entfernter Staaten,
Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft!“

Ein anderer brachte „bayerische Nationallieder am Ende des 18. Jahrhunderts und im letzten Jahre der Sklaverei“, und da wird denn auch schon der springende Punkt sichtbar, an welchem eine bayerische Revolution scheitern mußte, an der Apathie und Versunkenheit des Volksgeistes:

„Der Bayer, von der Pfaffenbrut
Von jeher auferzogen,
Ist abergläubisch, aber gut,
Und wird euch erst gewogen,
Wenn er das alles wirklich fühlt
In seinen Wiesen, Feldern,
Zu Haus und in den Wäldern,
Was aus der Freiheit Füllhorn quillt.“

Der Bayer hatte einen mächtigen Vorzug vor dem übrigen Deutschland, ihm stand in großer Menge und vorzüglicher Güte ein „fünftes Element“ nach Kreitmayers Ausspruch zur Verfügung: das Bier. Ohne Rücksichtnahme auf die Geschichte der bayerischen Bierbrauerei wäre die Geschichte Bayerns gar nicht zu verstehen. Ließen sich doch bei dem großen Kruge, angefüllt mit so edlem Naß, ganz schöne und ungeheuer kühne Sprüche machen, aber mit dem ausgeschlafenen Rausche war die Begeisterung vorüber, und zu gleich kühnen Thaten kam es nicht. Als nun die Franzosen abzogen und der Kurfürst wieder in München erschien, wallte es wohl noch eine kurze Zeit auf und ab, aber die Sache muß den regierenden Kreisen doch bald so ungefährlich erschienen sein, daß wir nicht einmal von einem Einschreiten gegen die Bewegung hören. Zudem war der Kurfürst selbst mit Frankreich ein Bündnis eingegangen, und die durch Bonaparte hervorgerufene Aenderung der Tendenz der bisherigen französischen Politik mochte wohl auch die kühnsten Demokraten bewegen, einstweilen ruhig zu sein und ihre Sache auf bessere Zeiten zu verschieben. So endete für diesmal die „bayerische Revolution“.

Während noch die bayerischen Truppen bei Hohenlinden an der Seite der Oesterreicher fochten, war unter russischer Vermittlung ein Plan vereinbart worden, wonach Bayern für die von Frankreich geforderten Abtretungen reiche Entschädigung durch alle angrenzenden fürstbischöflichen Gebiete — Salzburg und Passau eingeschlossen — erhalten sollte. Am 9. Februar wurde der Friedensvertrag zu Lüneville unterzeichnet. Vermöge desselben ging das ganze linke Rheinufer definitiv an Frankreich über und die Schadloshaltung der hievon betroffenen Fürsten, sollte durch Säkularisationen erwirkt werden. Aber der einzige geheime Artikel bestimmte Passau, Berchtesgaden und Salzburg dem in Italien seiner Länder beraubten Großherzog von Toskana. Die Differenzen, welche daraus mit Rußland hätten entstehen können, hoben sich von selbst durch die Ermordung Kaiser Pauls I (24. März 1801). Sein Nachfolger, Alexander, näherte sich sofort wieder England. Bayern hatte seinen ebenso mächtigen wie wohlwollenden Schutzherrn verloren. Jene Reste des lotharingischen Reichs, das einst in dem burgundischen Königtum seine Wiederauferstehung erleben zu wollen schien, waren endgiltig an Frank-

reich abgetreten. Die Thalfurche des Rheins bildete die Grenze zwischen dem deutschen Reiche und der französischen Republik.

Das Reich hatte dem Lüneviller Frieden im Prinzipe beigestimmt. Aber die Gestaltung der einzelnen Entschädigungen war der Zukunft vorbehalten. In Paris, bei dem ersten Konsul der Republik, lag die Entscheidung. Die Beschlüsse des Reichstags in



Napoleon I. Nach dem Gemälde von E. Meissonier.

Regensburg erhielten durch ihn die Sanktion und beliebige Veränderung. Da war es ganz natürlich, daß die kleineren deutschen Fürsten aus Furcht vor Preußen und Oesterreich sich unter den direkten Schutz Bonapartes stellten. „Die Verweltlichung des heiligen Reiches, die Vernichtung der geistlichen Staaten wurde dem Reichstage auferlegt durch das Schwert des fremden Siegers.“ Ohne diesen mächtigen Eingriff wäre man zu so radikaler That in Deutschland wohl noch lange nicht gekommen. Und wieder drängte

sich die alte Politik der einzelnen Mächte in den Vordergrund. Während Frankreich darauf sann, durch seinen Schutz den Einfluß Oesterreichs in Westdeutschland für immer zu vernichten, ging Preußen den gleichen Weg, aber im Gegensatz zu Frankreich. Die Mittelstaaten sollten zu einem neuen Bunde unter Preußens Führung zusammentreten, und so die Selbständigkeit des deutschen Volkes gewahrt bleiben. Wer die Führung dieses Bundes erringen werde, Preußen oder Frankreich, war eine Machtfrage. Die Entscheidung mußte dahin fallen, wo das größere Schwergewicht politischer und militärischer Gewalt lag und das war nicht Preußen.

Weit energischer und klarer, als die herumratenden preußischen Minister, erfaßte und beurteilte der bayerische Minister Montgelas die Lage des Augenblicks. Er erkannte, daß die bayerische Dynastie von Oesterreich alles zu fürchten, von Bonaparte alles zu hoffen habe. Rasch entschlossen, trat er bald nach dem Frieden an die Spitze der französischen Partei in Deutschland, und Bonaparte wußte Bayern Dank dafür. Der skrupellose Realist sah nicht ganz mit Unrecht in Bayerns Vorzeit nur eine Geschichte der versäumten Gelegenheiten. Jetzt endlich, da die Welt aus den Fugen ging, galt es das Glück an der Locke zu fassen. Bestand das Reich bisher durch die Existenz seiner Einzelglieder, so mußte Montgelas den ersten Feind da erblicken, wo gegen die Existenz seiner Einzelglieder fort und fort gearbeitet wurde und das war, was Bayern anbetraf, der Wiener Hof.

„Wie das Geschmeiß hungriger Fliegen stürzte sich Deutschlands hoher Adel auf die blutigen Wunden seines Vaterlandes. Talleyrand aber eröffnete mit cynischem Behagen das große Börsenspiel um Deutschlands Land Leute und sagte gleichmütig, wenn ein deutscher Edelmann noch eine Regung von Scham empfand: „il faut étouffer les regrets“. Die hochgeborenen Bekämpfer der Revolution bettelten um seine Gnade, machten seiner Maitresse den Hof, trugen seinen Schoßhund zärtlich auf den Händen, stiegen dienstfertig zu dem kleinen Dachstübchen hinauf, wo sein Gehilfe Matthieu hauste, — der Schlaueste aus jener langen Reihe begabter Elsässer, deren Arbeitskraft und Sachkenntnis Bonaparte gern bei seinen deutschen Geschäften benutzte. Das Geld der kleinen Höfe, das sie niemals finden konnten, wenn das Reich sie zur Verteidigung des Vaterlandes aufrief, floß jetzt in Strömen; jedermann in der diplomatischen Welt kannte den Tarif der französischen Unterhändler und wußte, wie hoch der Kurswert einer Stimme im Fürstenrate des Reichstags sich stellte“ (Treitschke). Am 25. Februar 1803 kam der „Reichsdeputationshauptschluß“ zu stande, am 27. April wurde durch den jüngsten Reichsschluß die Vernichtung von hundert und zwölf deutschen Staaten ausgesprochen. „Wenige unter den großen Staatsumwälzungen der neuen Geschichte erscheinen so häßlich, so gemein und niedrig, wie diese Fürstenrevolution von 1803,“ sagt der preußische Hofhistoriograph. „Die harte, ideenlose Selbstsucht triumphierte; kein Schimmer eines kühnen Gedankens, kein Funken einer edlen Leidenschaft verklärte den ungeheuren Rechtsbruch. Und doch war der Umsturz eine große Notwendigkeit; er begrub nur, was tot war, was die Geschichte dreier Jahrhunderte gerichtet hatte. Die alten Staatsformen verschwanden augenblicklich, wie von der Erde eingeschluckt, und niemals ist an ihre Aufrichtung gedacht worden. Die fratzenhafte Lüge der Theokratie war endlich beseitigt. Mit den geistlichen Fürsten stürzten auch das heilige Reich und die Weltherrschaftsansprüche des römischen Kaisertums zusammen.“ Das war die erste Folge, welche die große Revolution für Deutschland brachte.

Höchst wesentlich war es nun für Bayern, in diesem allgemeinen Sturmlaufe nicht von andern überholt und unter die Füße getreten zu werden. Und dafür sorgte Montgelas. Er hatte erkannt, daß Bayern sicherer und besser zu den ihm zukommenden Entschädigungen gelangen könnte, wenn es aus dem allgemeinen Strom hinaustrat und sich auf den festen Boden eines Sondervertrags mit Frankreich begab. So wurde denn im Monat August 1801 in Paris ein Friedensvertrag abgeschlossen, welcher die früheren freundschaftlichen Beziehungen zu Frankreich wieder herstellte, den Lüneviller Frieden bekräftigte, und dem Kurfürsten eine vollständige Entschädigung für seine Verluste garantierte. Montgelas ist es, dem Bayern seine neue Stellung in Deutschland und damit

in Europa zu danken hat. Sein scharfer Verstand, sein durchdringender Blick erkannte schnell die Situation des Augenblicks und den Vorteil, der sich aus demselben ziehen ließ. Für ihn bestand keine Gefahr, durch Eindrücke der Phantasie oder des Gefühls bestochen zu werden. Seine ungewöhnliche historische Belesenheit diente ihm, wie seine juristischen Kenntnisse zur Ausführung seiner Pläne, aber kein historisches Gefühl hinderte ihn an der Ausnützung des Augenblicks. Seiner selbst, seiner Arbeitskraft und Geschäftsgewandtheit stets sicher, verstand er zu warten, zu lauern und zu schleichen, ein Vorteil, der ihm in dem Getriebe der napoleonischen Politik besonders zu statten kam. Und erschien dann die Gelegenheit, so griff er zu, rücksichtslos und unbedenklich, ja, wenn es sein mußte, mit schonungsloser Gewaltsamkeit. Das Prinzip zu den Säkularisationen hatte der ehemalige Illuminat ganz zu dem seinigen gemacht. Ebenso unbedenklich warf er die Freundschaft Oesterreichs beiseite, als er erfuhr, daß es der Wunsch des Wiener Hofes sei, die Isar bis zum Einfluß in die Donau zum Grenzstrome beider Staaten zu machen, wobei nur ein Bezirk um München ausgeschlossen bleiben sollte, damit diese Hauptstadt nicht hart an die bayerische Grenze zu liegen komme. Und die Belassung der Residenz in bayerischem Besitz stellte man am Wiener Hofe unverfroren genug noch als besondere Rücksicht hin. Montgelas teilte die Pläne Frankreich und Rußland mit, und das genügte, die Verhandlungen einstweilen zum Stillstand zu bringen. Aber die Stellung war genommen: Bayern gegen Oesterreich. Es war eine Thatsache, wie man sie in Wien seit lange nicht mehr kennen gelernt hatte, und diese Stellung behaupten zu können, arbeitete Montgelas an der Verbesserung der Armee, die er in kurzem auf 28—30000 Mann bringen ließ, er befestigte sein Verhältnis zu Frankreich und Rußland, welche eben damals damit beschäftigt waren, ohne Wissen und ohne die Mitwirkung Oesterreichs die inneren Angelegenheiten Deutschlands zu regeln.

Die Besetzung von Salzburg, Berchtesgaden und Passau durch die Oesterreicher trieb auch die preußische Politik wieder zu einer festeren Annäherung an Bayern, und im Jahre 1803 wurde endlich durch den Reichsdeputationsrezeß vom 26. April die Angelegenheit des deutschen Reiches geregelt. Bayern erhielt für seine Verluste in der Pfalz die geistlichen Fürstentümer Würzburg, Bamberg, Augsburg, das Bistum Freising und einen Teil des Hochstifts Passau und die Probstei Kempten, zwölf Abteien, viele geistliche Rechte und Einkünfte in Augsburg und siebzehn Reichsstädte und Reichsdörfer, darunter Ulm, Nördlingen, Memmingen, Kempten, Schweinfurt, Kaufbeuren, Rotenburg, Windsheim u. a., ungefähr 270 Quadratmeilen mit 854,000 Seelen. Während die Stadt Augsburg Reichsstadt blieb, wurde die Stadt Passau mit Bayern vereinigt. Doch noch nicht waren diesmal Nürnberg und das wichtige Regensburg zu erlangen gewesen, und Montgelas bemerkt denn auch, daß Bayern durch alle jene Erwerbungen zwar noch nicht zu einer vollständigen Abrundung gelangte, wohl aber dahin, zum eigentlichen Kernpunkt der Besitzungen des regierenden Hauses zu werden. Die Zwitterstellung zwischen zwei ungefähr gleich starken und dabei doch so verschiedenen Gebietsteilen, wie es Altbayern und das pfälzische Kurfürstentum gewesen, war zu Gunsten Bayerns glücklich beseitigt und entschieden. Der Grund zu einem neuen Staatswesen war gelegt, da die beiden Hauptursachen, die Städtenrunde des Landes und die Selbständigkeit der geistlichen Territorien, an denen einst jede feste Begründung des wittelsbachischen Staates in Süddeutschland immer wieder gescheitert war, hinweggeräumt waren. Freilich blieb auch jetzt noch manches zu wünschen und zu erstreben, und Montgelas Worte zeigen uns die Richtung, nach welcher die Blicke des bayerischen Realpolitikers ausschweiften.

So ging denn aus den vielhundertjährigen Kämpfen der politischen Kräfte im Reiche die fürstliche Gewalt als die einzige Siegerin hervor. Die hierarchischen, die kommunalen, die aristokratischen Staatsbildungen des alten Deutschlands waren bis auf wenige Reste vernichtet. „Was nicht fürstlichen Blutes war“, sagt Treitschke, „sank in die Masse der Unterthanen hinab; der Abstand zwischen den Fürsten und dem Volke, der in dem Zeitalter der absoluten Monarchie immer größer geworden, erweiterte sich jetzt noch mehr.“ Aber dieser gewaltsamen Nivellierung der Volkskreise bedurfte es, um endlich jene trennenden, alles Leben hemmenden Schranken zu beseitigen, durch welche das

sinkende Zeitalter der ständischen Entwicklung die einzelnen Volksteile von einander geschieden und ihre fernere Entwicklung lahmgelegt hatte.

War hier im Süden und Südwesten des Reiches die Geschichte scheinbar stehen geblieben, so brach nun plötzlich mit der Brutalität der Revolution der moderne Staat über diese Gebiete herein, alle die alten Formen und Formenreste mit einem Schlage hinwegfegend, und was sich da jetzt „bayerisch" nennen sollte, war ein Gemisch von Bayern, Schwaben und Franken, von Altherzoglichen, Bischöflichen, Reichsstädtischen, klösterlichen und sonstigen Unterthanen. Aber mit der Hinwegräumung dieser kleinen und kleinsten Barrièren, die den Gesichtskreis fast bis zur Erblindung allem ferner Stehenden gegenüber eingeengt hatten, brach eine Lichtwelle aus anderer höherer Region in diese Volkskreise; das Morgenrot einer deutschen Geistesbildung hatte diesem Geschlechte in seiner Kindheit geleuchtet, und über die trennenden Schranken kleinlicher Wirklichkeit war man hinweggeflogen auf den Flügeln der Sehnsucht in den Himmel des Allgemein-Menschlichen, in die Lichtzone eines idealen Kosmopolitismus. Von hier fand man nun die Bahn zurück zu der Auffassung deutschen Wesens, deutschen Sinnes und deutscher Art. Der Schwabe und Franke, der sich nicht so schnell, als die Verwandlung vor sich gegangen, als Bayer zu fühlen vermochte, der Pfälzer, der seinen neuen Namen „Badenser" noch nicht recht verstand, alle diese nach Willkür und Gelegenheit ein- und ausrangierten Volksteile, vermochten sich wieder als Deutsche zu fühlen. Die deutsche Geistesbildung leuchtete ihnen allen, und die kleinen Schranken waren gefallen, welche jeden kühneren Aufschwung bisher gefesselt und am Boden gehalten hatten. Wer wollte behaupten, daß auch die Schranken, welche man eben gezogen, nicht durch einen neuen Sturm wieder gebrochen oder verändert werden könnten? Und diese Unsicherheit, dieses Gefühl, nicht mehr zu wissen, wohin man gehörte, trieb die Leute in den einen, alle umfassenden Tempel des deutschen Gesamtbewußtseins. Die Idee eines einheitlichen nationalen Zusammenlebens wurde erfaßt, sie bohrte sich um so tiefer in die Herzen ein, als die Hindernisse groß und größer erschienen, die ihrer Verwirklichung im Wege standen.

Frankreich hatte den Gedanken des Kosmopolitismus in seiner Art aufgegriffen. Ein Nebeneinander von Völkern, darüber nur die ruhmreiche Nation und über ihr und allen der neue Kaiser, die Seele des neuen Kosmos. Im Mai 1804 nahm Bonaparte den Kaisertitel an. „Es lag vor Augen, die Krone, womit der Usurpator unter dem Segen des Papstes seinen Scheitel schmückte, war das Diadem der Cäsaren und der Karolinger. Der römische Kaisertraum ging von den Habsburg-Lothringern auf die Napoleons über." In Wien fühlte man das. Aber die Politik entbehrte der Energie. Wohl behielt man den alten Namen eines römischen Kaisers noch bei, aber man fügte den neuen eines „Kaisers von Oesterreich" vorsichtig und in dem Gefühle hinzu, daß doch ein „Kaiser bleibe, wenn von zweien nur einer verloren gehe. Wer die Macht besaß, wird der wirkliche Träger der karolingischen Kaiserkrone werden. Oesterreich und Frankreich werden darum zu ringen haben. Ein neuer Krieg ist in Sicht.

Mit diesem Momente erst gewannen die neugeschaffenen süddeutschen Mittelstaaten ihre wirkliche Bedeutung. Der französische Imperator warf sich zum Protektor der deutschen Fürstenfreiheit auf. Um so williger horchte man in Bayern auf diese Lockungen, als die alten Bestrebungen Oesterreichs, Bayern niederzuhalten oder ganz zu gewinnen, wieder lustig im Gange waren. Da gab es Zwistigkeiten über die österreichischen Enklaven in der Markgrafschaft Burgau, noch mehr solche über böhmische Enklaven in der Oberpfalz, welche die Souveränität Bayerns in dem größten Teil der Oberpfalz, des Herzogtums Sulzbach und des Nordgaus lahmzulegen drohten. Dazu dann das altgewohnte impertinente Auftreten der Oesterreicher Bayern gegenüber. Schon überschritten die russischen Truppen die Grenze in der Richtung nach Oesterreich hin, schon sammelten sich die Armeen Oesterreichs an den Ufern des Inn und der Etsch — es ließ sich erkennen, daß man Bayern die gewünschte Neutralität nicht würde zugestehen. Bayern mußte sich entscheiden, und es entschied für Frankreich. Am 29. August 1805 wurde der Allianzvertrag mit Frankreich in Bogenhausen unterzeichnet. Baden und Darmstadt schlossen sich

an, dann auch Württemberg. Die vier mitteldeutschen Staaten standen im französischen Lager.

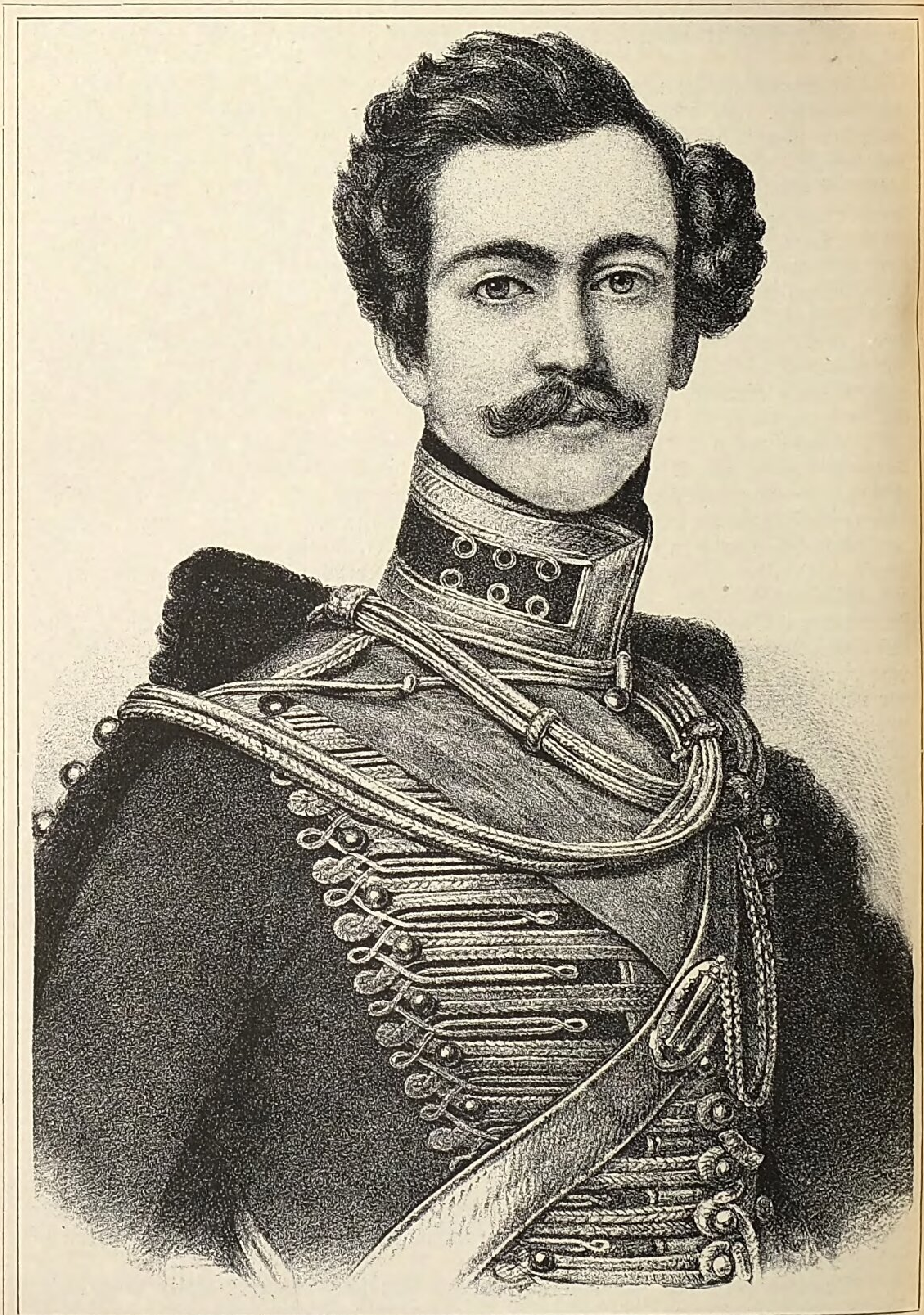
Montgelas erzählt uns selbst die schwierige Lage, in welcher sich der Kurfürst damals befunden. Schon hatte er freiwillige Verpflichtungen gegen Frankreich übernommen, als Mitte September Fürst Schwarzenberg in München erschien, den Kurfürsten zum Anschluß an Oesterreich zu bewegen. Hinter Schwarzenberg stand die österreichische Armee, bereit bei Ablehnung der Vorschläge sofort in Bayern einzurücken. Die bayerischen Truppen dagegen lagen noch vollkommen unvorbereitet in Friedensquartieren zerstreut, und der Protektor war weit entfernt. In dieser beängstigenden Lage verlor der schwache Kurfürst den Kopf. Er nahm die österreichischen Vorschläge trotz der entgegenstehenden Abmachungen mit Frankreich an. Da bat Montgelas um seine Entlassung. Aber Max Josef hatte sich schneller, als man voraussetzte, gefaßt und bereitete sich zur sofortigen Abreise nach Würzburg. Das war gleichbedeutend mit Ablehnung der österreichischen Vorschläge. Fürst Schwarzenberg hielt sich für mystifiziert, und schon am 23. Sept. 1805 besetzten die Oesterreicher München. Alles bayerische Gebiet zwischen Inn und Donau war in ihrer Gewalt.

In den ersten Oktobertagen befand sich die ganze bayerische Armee in den Bistümern Bamberg und Würzburg um die Person des Kurfürsten versammelt, und obgleich es an Parteigängern Oesterreichs in Bayern nicht fehlte, begleitete doch die allgemeine Volksstimmung die Armee mit Begeisterung und frohen Wünschen. Am 1. Oktober überschritt Napoleon den Rhein. Am 20. Oktober ergab sich Mack mit seiner ganzen Armee, und Ulm fiel in die Hände des Kaisers. Der Weg nach München und weiter nach Wien stand offen. Am 24. begrüßten die Münchener den siegreichen Kaiser der Franzosen mit Begeisterung; am 28. brach er nach Haag auf, tags darauf kam der Kurfürst nach München zurück und begab sich sofort mit dem Kurprinzen ins kaiserliche Hauptquartier nach Linz. Am 13. November zog Napoleon in Wien ein. Kaiser Franz war nach Preßburg geflüchtet. Am 2. Dezember fiel die Entscheidung in der Dreikaiserschlacht bei Austerlitz. Schon hatte Rußland Preußen für den Wiedereintritt in den Krieg gewonnen. Jetzt floh der Zar nach Rußland, und Preußen blieb Gewehr bei Fuß stehen, da die Friedensverhandlungen in Preßburg emsig betrieben wurden. Montgelas kannte seinen Weg. Separatverträge mit Frankreich bürgten nun für den höchsten Gewinn. Am 8. Dezember kam der erste Vertrag Bayerns mit Frankreich zustande. Napoleon verpflichtete sich, zu Gunsten Bayerns von Oesterreich die Abtretung von Vorarlberg, der Markgrafschaft Burgau, der Reichsstädte Augsburg und Lindau, der Grafschaften Montfort und Hohenems und der Hochstifter Eichstädt und Passau zu verlangen.

Ebenso wie Bayern schlossen Württemberg und Baden, dann auch Preußen Separatverträge mit dem Sieger von Austerlitz. Am 15. Dezember 1805 erhielt Preußen gegen Abtretung von Neuchatel und Ansbach an Frankreich das Kurfürstentum Hannover. Am 16. Dezember tauschte Montgelas Ansbach gegen das Herzogtum Berg ein. Während also das altbayerische Gebiet eine günstige Abrundung im Norden erfuhr, ward ihm im Süden eine gleiche durch die Erwerbung Tirols zu teil. Freilich mußte Montgelas sich für diesen Gewinn zur Aufgabe Würzburgs entschließen.

So kam am 26. Dezember 1805 der Preßburger Friede zustande. Die Bekanntmachung des Ergebnisses, welches den Bestand Oesterreichs im ganzen sicherte, ernüchterten die bayerischen Politiker auf der Bierbank, die schon alle Königreiche und Provinzen des alten Kaiserstaates verteilt und Bayern zum Haupterben desselben eingesetzt hatten. Der Zorn derselben wandte sich zunächst gegen Montgelas. Aber der wütende Sturmlauf wurde abgeschlagen.

Napoleon hatte den Zeitpunkt ausersehen, einen schon länger gehegten Plan, seine Familie mit der ältesten Fürstenfamilie Europas zu verbinden, auszuführen. Eugen Beauharnais, der Stiefsohn Napoleons, nunmehr zum Vicekönig Italiens erhoben, sollte sich mit der ebenso geistvollen wie schönen Prinzessin Amalia Augusta von Bayern vermählen. „Auf dem Punkte, wo einmal die Dinge angekommen waren“, sagt Mont-



Eugen Beauharnais.

gelas, „wäre es schwierig gewesen, die Zustimmung zu verweigern.“ Aber man verlangte von bayerischer Seite einen Gegendienst: die Erhebung Bayerns zum Königreiche, seine Gleichstellung mit Oesterreich und Preußen. Napoleon stimmte zu, und im 7. Artikel des Preßburger Friedensvertrags bestätigte Kaiser Franz die neue bayerische Würde. Aber auch Württemberg folgte auf gleicher Bahn, und in München wieder verspottete man das neue Königtum des Württembergers, während man in Bayern nur von einer „Wiederherstellung des bayerischen Königtums“ sprach, sich also mit historischen Draperien zu umkleiden suchte, deren man in Württemberg entbehren mußte. Es war ja gewiß, daß, wie alle die andern Stammesentwicklungen den Weg zur Königskrone gesucht und zum Teil gefunden hatten, auch die Entwicklung Bayerns an diesem natürlichen Ziele, das man schon mehr als vierhundert Jahre immer wieder unter den verschiedensten Formen zu erreichen gesucht hatte, nicht vorbeikonnte, aber die gleiche historische Entwicklungsbahn war es, auf der auch das württembergische Herzogsgeschlecht wandelte, und mit der gleichen Berechtigung, seitdem es diesem Geschlechte gelungen war, in Schwaben eine Stellung zu erringen, die alle früheren Nebenbuhler weit hinter sich zurückließ. Die Naivetät einer jüngeren Entwicklung aber sprach sich darin aus, daß sie nicht nach historischen Legitimationen suchte, sondern ohne viele Worte nahm, was zu haben war und ihr diente. Oder hätte sich nicht, so gut man in Bayern auf einen „König“ Garibald zurückgriff, nicht auch für Württemberg einer der alten Alemannenkönige als historischer Pate auftreiben lassen?

Am 30. Dezember traf Napoleon in München wieder ein. Am 27. war die Verlobung der bayerischen Prinzessin mit dem Vicekönige von Italien bekannt geworden, und während nun der Kaiser in der Residenz weilte, erfolgte die Proklamation des Kurfürsten zum König. Am 1. Januar 1806 verkündete ein Herold in München das freudige Ereignis. „Durch die unerschütterliche Treue Unserer Unterthanen“, verlas der Herold, „und die vorzüglich bewiesene Anhänglichkeit der Bayern an Fürst und Vaterland hat der bayerische Staat sich zu seiner ursprünglichen Würde emporgehoben. Wir haben Uns daher entschlossen, zur Begründung der Unabhängigkeit der Uns von der Vorsehung anvertrauten Nation den dem vormaligen Beherrscher derselben angestammten Titel eines Königs von Bayern anzunehmen und diesen Entschluß feierlich heute in Unserer Residenzstadt bekannt zu machen.“ Fest folgte nun auf Fest und den Schluß derselben bildete die Vermählung der bayerischen Prinzessin mit dem Thronerben von Italien. Welche banausischen Erinnerungen wurden dabei wieder aus der historischen Dekorationskammer hervorgeholt! Aber der klare Blick des Ministers Montgelas hatte erkannt, daß nun die Hindernisse allmählig zu schwinden begannen, welche die Entwicklung Bayerns seit Jahrhunderten fort und fort gehemmt hatten. Dafür aber, daß Bayern sich nicht im Franzosen- und Keltentaumel verliere, begann schon damals ein Mann zu sorgen, ein Mann von kaum zwanzig Jahren, der bald das prächtige Wort für seine deutsche Empfindung fand und sie offen fort und fort bekundete: „Nur der Mann ist groß, der für sein Vaterland wirkt. So wirkte Preußens großer Friedrich, Bonaparte nur für seinen eigenen Ehrgeiz.“ Es war der Sohn des neuen Königs von Bayern, der Kronprinz Ludwig.

Was der Friede von Preßburg für Oesterreich und das Reich bedeutete? Oesterreich entsagte seinen Rechten, die es bisher im deutschen Reiche besessen, es gestattete die Auflösung der Reichsritterschaft, die stets treu zu Habsburg gehalten, sowie die Einziehung der Kirchengüter durch die Landesfürsten. Die eigentümlichsten Bildungen unseres nationalen Lebens verschwanden, die Reichsstädte, die Reichsritterschaft, die geistlichen Fürstentümer. Damit verschob sich die Stellung des deutschen Adels und des Bürgerstandes vollständig. Oesterreich selbst aber verlor mehrere seiner Provinzen im Umfang von einem Fünftel seines Gesamtgebietes und alle seine Hafenplätze. „Es wird keinen Reichstag mehr zu Regensburg geben, denn Regensburg wird zu Bayern geschlagen werden; es wird kein deutsches Reich mehr geben, und dabei werden wir es bewenden lassen“, schrieb Napoleon am 31. Mai 1806 an Talleyrand. Am 1. August ließ Napoleon durch seinen Gesandten in Regensburg erklären, er erkenne kein deutsches Reich mehr an, und gleichzeitig sagten sich der König von Bayern und fünfzehn andre deutsche

Fürsten vom Reiche los, „um dadurch den innern und äußern Frieden Süddeutschlands zu sichern, für welchen, wie die Erfahrung schon lange und auch neuerdings gezeigt, die deutsche Reichsverfassung keinerlei Bürgschaft mehr biete."

Schon am 12. Juli 1806 war in Paris der Grundvertrag unterzeichnet worden, kraft dessen Napoleon als Protektor des Rheinbundes den einzelnen Gliedern in Betreff der Besteuerung, Konskription, Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit vollkommenes Hoheitsrecht zuerkannte, gegen die Verpflichtung, eine bestimmte Anzahl Truppen zu des Kaisers Verfügung bereit zu halten. Da entsagte Kaiser Franz am 6. August der deutschen Kaiserwürde, nannte sich Franz I, Kaiser von Oesterreich und entzog seine sämtlichen Staaten dem deutschen Reichsverband. Und wieder belohnte die Großmut des Protektors die Willfährigkeit der „Satrapen." Die Stadt Regensburg, wo der Reichstag bisher seinen Sitz gehabt, wurde dem neuen Königreich Bayern einverleibt. (1810.) Die Rheinbundakte verschaffte Bayern ferner Nürnberg und die Besitzungen einer großen Anzahl reichsständischer Fürsten und Grafen, sowie der Reichsritterschaft in Franken und Schwaben, soweit solche innerhalb oder an der neuen Grenze lagen. Das „heilige römische Reich deutscher Nation" war aufgelöst. Die Reichsgesetze samt dem Reichstag und Reichsgericht wurden abgeschafft.

Aber — wo war nun ein Halt für diese Franzosenfreunde dem herrischen Geiste des Imperators gegenüber? Waren nicht die Tage Ludwigs XIV wiedergekehrt? Lag nicht Südwestdeutschland geknechtet vor den Füßen des fremden Eroberers? Freilich, er schmeichelte den Dienern mit ihrer Freiheit. Aber der arme Buchhändler Palm aus Nürnberg wurde erschossen, als er ein Schriftlein verbreitete, welches von „Deutschland in seiner tiefsten Erniedrigung" handelte, und schon hatte man in Bayern am eigenen Leibe erfahren, welche Kosten aus dieser Protektorschaft erwuchsen. Da sollte freilich alles bezahlt und vergütet werden, was die französische Armee verbrauchte. Aber der Kaiser „versprach immer, hielt aber nie Wort, und zahlte lieber mit Gebietserweiterungen auf Kosten seiner Freunde, als daß er in die eigenen Kassen griff."

Und da zeigte es sich dann, wie sehr die Entwicklung Südwestdeutschlands und diejenige Preußens sich innerlich bereits einander genähert, wie die eine durch die andere gefördert oder gehemmt wurde. In dem Vertrage von Schönbrunn (15. Dezember 1805), dann weiter in dem von Paris (15. Februar 1806) hatte Preußen sich ganz dem Willen Napoleons gebeugt. Die Umwandlung Hollands in ein bonapartisches Königreich, die Stiftung des Rheinbundes waren unerhörte Demütigungen Preußens. Wissen wir doch, wie sehr bei der Stiftung eines Fürstenbundes seit den Tagen Friedrich Wilhelms I die preußische Politik mit der französischen rivalisierte. Auch jetzt noch sah Preußen nach der Gründung eines „norddeutschen" Bundes aus. Aber fortwährend fand es die französischen Intriguanten auf seinem Wege. Dann folgten weitere Beunruhigungen durch Verhandlungen Napoleons mit England und Rußland. Da ordnete man am 9. August 1806 in Preußen die Mobilmachung der Armee an.

Die Welt erlebte nun ein trauriges Schauspiel. Preußen blieb isoliert. Oesterreich war zu erschöpft. Von England und Rußland war thatkräftige Unterstützung nicht zu erwarten. Von einem norddeutschen Bunde konnte bei der Eifer- und Eigensucht der kleinen Potentaten nicht die Rede sein. Und die süddeutschen Staaten, Bayern voran, stritten nun an der Seite Frankreichs gegen die Macht, die einst Bayern die Existenz erhalten und gerettet hatte. Es war das allerdings die notwendige Konsequenz jener einen Thatsache, welche den Rheinbund geschaffen hatte. Montgelas glaubt, daß schon im Februar bei Napoleon der Gedanke an Krieg mit Preußen feststand, denn damals bot er dem Könige von Bayern das noch in Preußens Besitz befindliche Bayreuth an. Was Bayern insbesondere betrifft, so gesteht der Minister ebenso unzweideutig zu, daß von einer selbständigen Entscheidung nicht mehr die Rede sein konnte. Man mußte sich dem Willen des Imperators beugen. „Durch ein allzu entschiedenes Interesse der Sicherheit und der Selbsterhaltung" war Bayern an Frankreich gebunden. Man erinnerte sich außerdem des kleinlichen Geistes und hochfahrenden Tones, mit dem Preußen in den Jahren 1802 und 1803 Bayern begegnet war. Es ist derselbe hochfahrende Ton, der



Huldigung der neuerworbenen Provinzen vor Max Josephs Königsthron.

Nach dem Gemälde von Köckert.

noch heute in den Geschichtsbüchern norddeutscher Geschichtsschreiber (s. Treitschke) den Altweibersommer feiert. Ebenso war deutlich geworden, daß man in Preußen niemals an die Dauer der Abtretung des alten markgräflichen Ansbach geglaubt hatte. Und nun stellte sich einfach die Frage so, welcher Staat in Franken herrschen sollte? Preußen oder Bayern? Bayreuth war der Kampfpreis, den Napoleon dem Könige von Bayern bot. Also auch hier eine kleingeistige Kurzsichtigkeit auf beiden Seiten, welche notwendigerweise beiden Teilen zum Unheil ausschlagen mußte. „Zwei Staaten, welche seit so vielen Jahren in scheinbar vertrauter Beziehung standen, betraten nun verschiedene Wege, um sich so bald nicht wiederzufinden."

In den ersten Tagen des Oktobers rückten die beiden Armeen in Thüringen gegen einander. Die Doppelschlacht von Jena und Auerstädt am 14. Oktober 1806 entschied das Schicksal Preußens. Davoust rückte in Berlin ein, und in München feierte man den Sieg des „erhabenen Protektors der bayerischen Nation mit lautem Jubel." Napoleon bot dem Gegner Waffenstillstand, um das Land desselben unterdessen zu organisieren und so die Mittel zur Fortsetzung des Krieges zu gewinnen. Die bayerische Armee hatte unter dem Prinzen Jerome Bonaparte zum Teil in Sachsen, zum Teil in Franken zur Unterwerfung des Bayreuther Gebietes operiert und an der Schlacht selbst keinen Anteil genommen. Jetzt rückte die in Sachsen befindliche Division, nachdem Sachsen seinen Frieden mit Napoleon gemacht und dem Rheinbunde beigetreten war, unter dem Kommando des Kronprinzen Ludwig nach Polen.

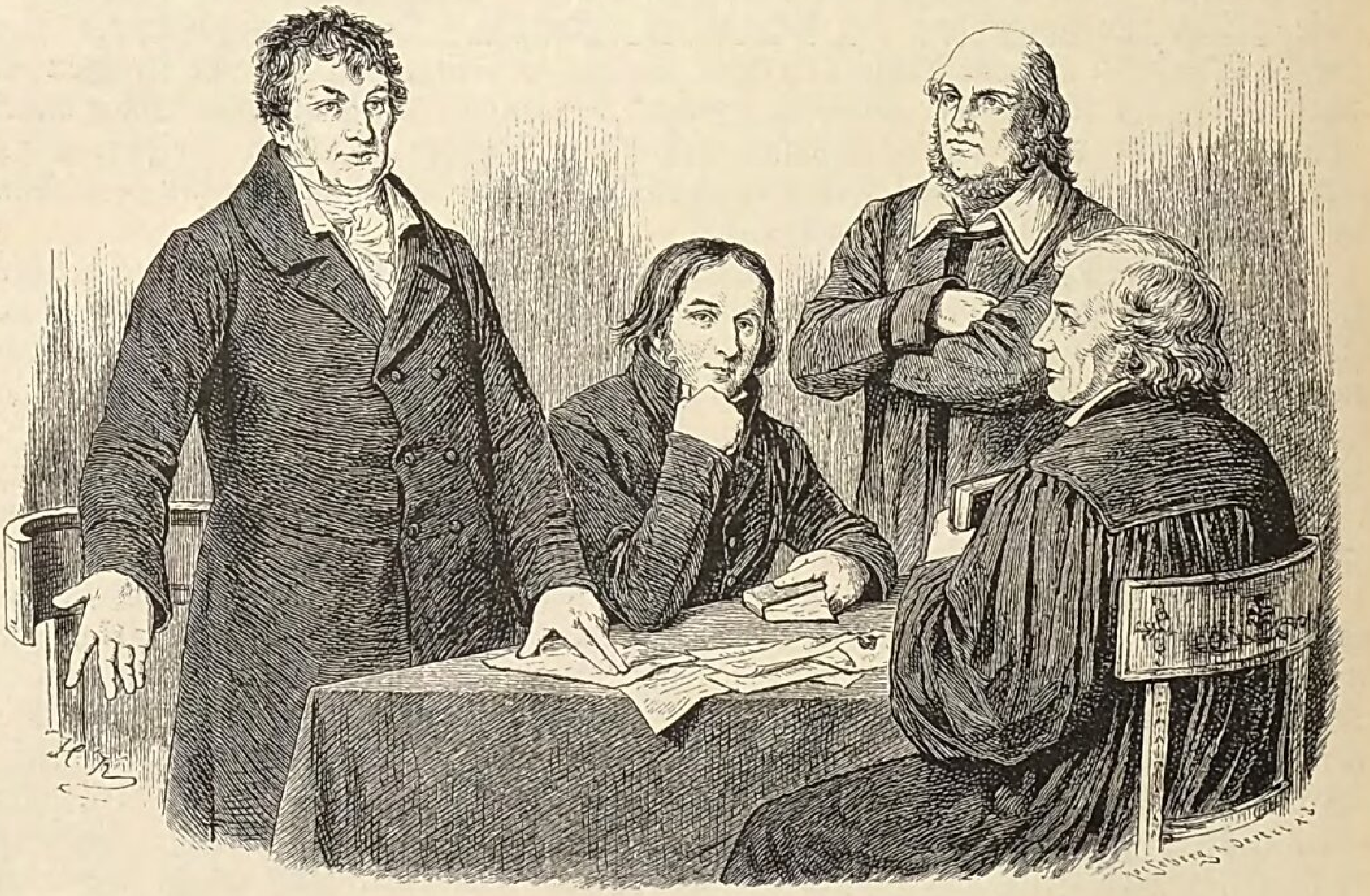
Der Kronprinz hatte in Paris hinter die Koulissen der Cäsarenherrschaft gesehen. Aus Abneigung, sich an den bevorstehenden Ereignissen zu beteiligen, bat er den Vater um die Erlaubnis zu einer Reise nach Spanien. Dieselbe wurde gewährt. Aber Napoleon war andrer Meinung. Er wollte den Prinzen bei der Armee haben. „Ich sähe es gern, daß Sie sich gewöhnten, Ihre Armee selbst zu befehligen. Es ist dies eine vorteilhafte Eigenschaft für jeden Souverän, vor allem aber vorteilhaft für die Stellung, in welcher sich gegenwärtig ein König von Bayern befindet." Ludwig fügte sich und trat in Warschau an die Spitze der bayerischen Division.

Der Feldzug in Polen hatte bisher nur zweifelhafte Ergebnisse gehabt. Wohl war das Schlachtfeld von Eylau von Napoleon behauptet worden (6. Februar 1807), aber der Sieg ward teuer erkauft, und die Lage der Sieger war eine verzweifelte zu nennen. Wieder bot der Kaiser Preußen den Frieden an. Doch das Mißtrauen Friedrich Wilhelms ließ einen Glauben an die schönen Verheißungen nicht aufkommen. Der Krieg dauerte fort. Da war es denn in den Kämpfen bei Pultusk vom 10. bis 16. Mai, in denen Kronprinz Ludwig sich die ersten „kriegerischen Lorbeern" errang, Lorbeern, auf welche er wohl selbst am liebsten verzichtet hätte. Die Narewlinie wurde behauptet, Ludwig und sein Mentor, der General Wrede, wurden von den Truppen im Lager jubelnd begrüßt. Dann folgte die Schlacht bei Friedland (14. Juni 1807) und der Verrat des Zaren. Preußen mußte den Frieden nehmen, wie er geboten wurde. Am 7. und 9. Juli wurde der Friede zu Tilsit unterzeichnet, „der grausamste aller französischen Friedensschlüsse, unerhört nach Form und Inhalt", sagte Treitschke. „Nicht der rechtmäßige König von Preußen trat dem Sieger einige Landesteile ab, sondern der Eroberer bewilligte aus Achtung für den Kaiser aller Reußen die Rückgabe der kleineren Hälfte des preußischen Staates an ihren Monarchen." Das Werk Friedrichs des Großen schien vernichtet, durch das Bündnis des östlichen Barbarentums mit dem neuen abendländischen Cäsarismus schien das Schicksal Europas besiegelt und insbesondere das natürliche und geschichtliche Recht der deutschen Nation ausgelöscht zu sein."

Aber nicht lange! Da besann sich das deutsche Volk, dessen Gesamtbestand durch die Fürstenpolitik an den Rand des Verderbens geführt worden war, auf dieses Recht. Es war in den Tagen nach Tilsit, als Kronprinz Ludwig nach Berlin kam und bei Schadow eine Büste Friedrichs des Großen bestellte. Es war in dieser traurigsten Zeit, daß er den Gedanken faßte, dem deutschen Genius einen Ehrentempel, die Walhalla zu erbauen. „Von Berlin aus richtete Ludwig am 3. August 1807 an Johannes von Müller die erste Anfrage, welche deutschen Männer und Frauen er der Ehre, in Walhalla auf-

genommen zu werden, für würdig halte.“ (Heigel.) Sollte es eine Verheißung der Zukunft, sollte es ein Grabdenkmal werden? Und heimgekehrt nach München, begann Ludwig jenen edlen Verkehr mit den Männern der Kunst und des Wissens, bei denen damals das wirkliche Deutschtum fast allein einen letzten Repräsentanten gefunden zu haben schien. So umspielte der erste Strahl geistiger Befreiung mit lockendem und befruchtendem Schein das politische Elend des deutschen Volkes. Von Innen mußte die Freiheit kommen, aus der Seele des Volkes heraus, wenn sie überhaupt kommen sollte. Und sie kam.

Preußen ging voran. Hier hatte das Werden und Wachsen der letzten Jahrhunderte das Gefühl dem Volke gegeben, daß ein Volk ein Individuum sei und die Zertrennung eines Volkswesens gleichbedeutend mit dessen Vernichtung. Und aus diesem Gefühle des inneren Einsseins wuchs nun das Streben nach äußerer Wiedervereinigung



Fichte, Arndt, Jahn, Schleiermacher.

empor. Aber mit diesem Bewußtwerden der engeren Nationalität strebte noch ein Weiteres zum Tageslichte, das sich entzündete an dem Allfranzosentum des neuen Cäsarenreiches, das seinen Rückhalt fand an den geistigen Schätzen, welche die mächtige Arbeit der vorhergehenden Generation zu Tage gefördert: es war die Idee von Alldeutschland. Indem der preußische Staat sich innerlich zusammenraffte, machte er sich zu eigen, was Deutschlands Dichter und Denker während der letzten Jahrzehnte über Menschenwürde und Menschenfreiheit, über des Lebens sittliche Zwecke gedacht hatten, und erst jetzt wurde Preußen der deutsche Staat, unter dessen schwarzweiße Fahnen sich die Besten und Kühnsten aus allen Stämmen des Vaterlandes sammelten. Jetzt wurde zur Wahrheit, was einst Fichte von dem Vaterlande „des wahrhaft ausgebildeten christlichen Europäers“ gesagt hatte: „im allgemeinen ist dieses Vaterland Europa, insbesondere ist es in jedem Zeitalter derjenige Staat, der auf der Höhe der Kultur steht. . . . Der sonnenverwandte Geist wird unwiderstehlich angezogen werden und sich hinwenden, wo Licht ist und Recht.“ Licht und Recht aber waren nicht mehr in Frankreich. Als dort die Revolution erwachte, hielt die deutsche Geschichte den Atem an, und während die Heere des monarchischen Europas gegen die französischen Freiheitsverkünder zu Felde zogen, hielten die

Völker zurück. Nun war die Revolution in Frankreich besiegt, die geistige Eroberung der Idee war von einem Manne in die äußerliche militärische umgesetzt worden, und dieser eine Mann lastete mit seinem völkervernichtenden System bereits wie ein Alp auf allem Werden in Europa. Gerade diese Thatsache aber zwang die von ihm so stolz verachteten „Ideologen" auf den Boden der Wirklichkeit niederzusteigen, und aus der Berührung der Muttererde entsproß ihnen alsdann jene mächtige Kraft, welche das Notungsschwert zu schmieden vermochte, unter dem das Reich des neuen Cäsar in Trümmer sank. An die Stelle der Generation eines Goethe und Schiller, eines Lessing und Kant trat die Generation der Stein und Humboldt, der Fichte und Scharnhorst, der Blücher und Gneisenau, und wie sehr hier ein wirkliches Niedersteigen aus dem Gebiete der reinen Idee in dasjenige der ideendurchwogten Wirklichkeit stattfand, kann man selbst aus kleinen Einzelheiten, so aus der Ehrfurcht, welche Stein trotz der Charakter- und Meinungsverschiedenheit einem Goethe, dem großen Dichter, bei einer Begegnung in Köln bezeugte, erkennen. Ernst Moritz Arndt hat uns die in ihrer schlichten Einfachheit so bewundernswerte Episode geschildert.

Wir können hier nicht ins einzelne jener großen Zeit eindringen und die Verdienste jener großen Männer, denen sich ein Schleiermacher, Schill und Jahn und so viele andere zur Seite stellten, nach Gebühr würdigen. Jeder dieser Boten einer großen Auferstehung brachte sein Bestes in den heiligen Wettstreit. „Und was diese Edelsten alle in ihrem Ringen einte und ihrer Hoheit Bürgschaft war: das, ja das war nicht der Haß allein und das Rachegefühl gegen den fremden Bedrücker — es war vielmehr der schöne Eifer, Ehre und Tüchtigkeit des eigenen Volkes hoch zu bringen, es war der Schöpfergeist des nationalen Lebens." Im Winter von 1807 zu 1808 hielt Fichte im Berliner Akademiegebäude vor zahlreichen Hörern seine „Reden an die deutsche Nation." Fichte, der alte begeisterte Lobredner der Prinzipien der französischen Revolution, erkannte in dem „Usurpator" den Zerstörer dieser Prinzipien, er erkannte in dem jetzigen Frankreich, das dem Despoten dienstbar geworden, den Verleugner der Menschenrechte. Und so wirkte denn sein nationaler Geist segensreich und schöpferisch, weil er die Weihe der Humanität, der Gerechtigkeit und Ehrenhaftigkeit empfangen hatte. Der Bonapartismus erzeugte die Freiheitskriege, die europäische Empörung der Nationen gegen ihren Eroberer, d. h. gegen seine mittelalterliche Anmaßung, Land und Leute sich mit den Waffen anzueignen. „Das eroberte Mittelalter selbst protestierte gegen diese Rückkehr des Korsen zum Mittelalter mit dem „Nationalgefühl". Damit sagten sie: „Wir gehören uns selbst!", eine höchst wertvolle neue Stufe in der Entwicklung der Prinzipien der neuen Zeit.'

Unter dem Druck des Bonapartismus brach sich die nationale Anschauung Bahn, nicht nur im Norden, wenn auch hier der Druck am härtesten war, am stärksten, sondern ebenso im Süden. Droben setzte sich dieses Gefühl sofort in Thatbereitschaft und politisches Streben um, im Süden, so in Bayern in den Kreisen der Jakobi, Jacobs und Thiersch, blieb es einstweilen auf akademische Erörterungen beschränkt. „Es kam zum ersten Mal", sagt Häusser, „wie eine Ahnung über die Gemüter, daß alle diese Kreise in inniger Verwandtschaft zu einander ständen, und daß auch in die stille Abgeschlossenheit des Studierzimmers politische Anforderungen eindringen könnten." Gegen die abenteuerlichen Pläne des napoleonischen Weltreichs erhob sich der Gedanke der Staatenfreiheit, derselbe Gedanke, für den einst der Neugründer des preußischen Staates gegen den vierzehnten Ludwig gefochten hatte. Aus den kosmopolitischen Ideen einer abstrahierenden Philosophie rang sich das Bewußtsein der Volksindividualität empor, man fühlte sich nicht nur dem Zukunftshimmel der Allmenschheit, sondern ebenso der Gegenwartswirklichkeit der Eigenart verpflichtet, welche die Natur jedem Individuum, jeder Familie, jedem Geschlecht, Stamm und Volke verliehen. Hatten jene kosmopolitischen Ideen die Schranken durchbrechen helfen, welche die einzelnen Teile vom Ganzen getrennt, so erkannte man nun, daß die Entwicklung des Ganzen doch wieder auf der freien Entwicklung seiner Teile beruhe. Und diese Empfindung ward lebendig im Norden, wo eine begeisterte Schülerschar Ludens Erörterungen folgte, wie im Süden,

wo man sich der eben erlangten Souveränität kindlich und königlich zu freuen begann, sie ward um so stärker, als der Druck, welcher eine gesunde Entwicklung am Boden hielt, härter und grausamer wurde. Das System Montgelas hielt zwar noch aus, weil es das erste feste staatsmännische System überhaupt war, welches in Bayern zu wirklichem Dasein gelangte, aber neben dieses System trat eine Strömung, die Elemente umschloß, von denen die Zeit, da Montgelas seine Lehrjahre durchgemacht, noch keine Ahnung besaß. Montgelas beschuldigt die „Professoren" des Hasses gegen Napoleon, er wirft ihnen vor, daß sie nicht mehr vermochten, das Gefühl des Hasses gegen den Völkertyrannen von der Sache des Vaterlandes zu trennen, daß sie sich vom Vaterlande geradezu abgewendet hätten, weil sie es mit seiner mißliebigen Person in Verbindung sahen. „Die Grundlage dieser Gesinnung war nicht immer so sträflich, als es den Anschein gewinnen konnte; man wünschte nicht eigentlich den Umsturz der Regierung, sondern nur sie zu einer Aenderung ihres Systems zu nötigen."

Was aber dieser Strömung in Professorenkreisen eine besondere Bedeutung verlieh, war der Umstand, daß als Haupt dieser Gemeinde, „welche sich in der Gemeinsamkeit der deutschen Pflichten und der deutschen Hoffnungen zusammenfand," kein anderer gelten konnte, als der Kronprinz Ludwig. „Sein Auftreten", sagt Heigel, „vor dem Krieg von 1809 läßt sich nicht anders erklären, als daß in ihm die Abneigung gegen die Unnatur des Napoleonischen Systems zu bitterstem Haß aufgewachsen, daß ihm, dem leidenschaftlich Empfindenden, die Stellung inmitten der kaltblütig Berechnenden, der servil Gearteten, der wohlgesinnten Beschränkten unerträglich war, daß in seiner Brust kein anderes Gefühl mehr Raum hatte, als das Verlangen: Fort mit den Lahmen und Lauen, deren politisches Evangelium feige Genügsamkeit! Fort mit allen Befürchtungen, Wünschen und Vorurteilen, welche den Deutschen hindern, sein Vaterland mit rechter Liebe zu lieben und die Welschen mit rechtem Zorn zu hassen!" Wir werden es begreiflich finden, daß Anschauungen des Kronprinzen, wie sie sich in folgenden Versen aussprechen, nicht diejenigen Montgelas und seines Königs sein konnten:

„Als Europa schmachtete in Ketten,
Fühlte ich in mir die Kraft zu retten,
Mich erhob die drohende Gefahr.
Hätt' für immer auf den Thron verzichtet,
Retter meines Vaterlands zu sein,
Wenn durch mich des Feindes Macht zernichtet,
Wenn geendiget der Menschheit Pein."

Dieses Ideal des königlichen Tyrtäus der deutschen Freiheit konnte nie und nimmer dasjenige des leitenden Ministers sein, der mit der ganzen Spannkraft seines Geistes Bayern durch die Klippen hindurchzusteuern sich abgemüht hatte. Und wie sehr wir auch die rücksichtslose aufopfernde Begeisterung des jungen Fürsten bewundern, wie sehr es auch erfreut, wenn Döllinger erzählt, es gehöre zu den frühesten Erinnerungen seines Knabenalters, „daß damals in Franken und wohl auch anderwärts neben dem Freiherrn von Stein der Name des Kronprinzen genannt wurde, dessen freimütig deutscher Sinn wie ein Licht in der Finsternis schien," die Aufgabe des Ministers und Königs war eine andere, als diejenige des kühnen Prinzen.

Es ist das Jahr 1808. In demselben lernte Napoleon eine Macht kennen, an deren Dasein er bisher kaum gedacht: die Macht des Volksgefühls, der Begeisterung einer brutal beleidigten, in ihrem tiefsten Empfinden gekränkten Nation für ihre Freiheit und Selbständigkeit. „Die Welt hatte sich längst darein gefunden, in jedem neuen Monat von neuen Gewaltstreichen zu vernehmen. So erfuhr sie jetzt Schlag auf Schlag, daß Ostfriesland mit Holland vereinigt worden, daß Toskana dem französischen Kaiserreiche, die adriatischen Provinzen des Kirchenstaates dem Königreich Italien einverleibt seien, daß Napoleons Truppen in Rom eingerückt, daß sie in Portugal eingebrochen waren und das Haus Braganza aufgehört hatte, zu regieren. Aber fast unglaublich klangen selbst dieser des Grauens gewohnten Zeit die entsetzlichen Nachrichten, die im Mai 1808

aus dem Schlosse Marrac bei Bayonne kamen: wie Napoleon die spanischen Bourbonen zu sich gelockt, wie er dann den Vater und Sohn gleich wütenden Bestien auf einander gehetzt, beide zur Abdankung gezwungen und seinen Bruder Josef auf den spanischen Thron erhoben hatte. Er schwelgte in Banditenstreichen; eben dort brachte er jenes schmutzige Handelsgeschäft mit der Krone Sachsen-Warschau zustande. In sechs Wochen dachte er der spanischen Wirren ledig zu sein und das alte Wort: ‚es gibt keine Pyrenäen mehr!' zur Wahrheit zu machen" (Treitschke). Da erhob sich ganz Spanien wie ein Mann gegen den Tyrannen für seine Unabhängigkeit, für die Rechte seines Königshauses und seiner alten Kirche. Der Volkskrieg entbrannte, und alle edlen und alle finstern Leidenschaften der Spanier gährten in dem furchtbaren Aufstand dieser Royalisten ohne König wild durcheinander: ihr patriotischer Stolz, ihre Treue, ihr Heldenmut, aber auch ihr starrer Fremdenhaß, ihre bigotte Unduldsamkeit, ihre unmenschliche Grausamkeit; zugleich aber erwachten in dem naiv unerfahrenen, sich selbst überlassenen Volke die ersten unklaren Träume des politischen Radikalismus. England griff zu und unterstützte den Aufstand durch britische und hannoverische Regimenter. Wellington zog nach der pyrenäischen Halbinsel, und ihm gelang es, fünf Jahre lang eine letzte Kraft des Widerstandes aufgespart und lebendig zu erhalten. Schon das erste Kriegsjahr brachte Kunde von Niederlagen der napoleonischen Armee, wie man sie bisher nicht gehört hatte: in Portugal kapitulierte Junot, bei Baylen streckte Dupont mit seinem Corps die Waffen. Die andalusische Armee ging dahin, als ob die Erde sie verschlungen. Und als dann auch im Februar 1809 den Generalen des Imperators die Erstürmung von Saragossa gelang, umleuchtete der Glanz eines Heroismus die blutgetränkten Ruinen der Stadt, wie seit den Tagen von Numantia und Jerusalem die Welt ihn nicht mehr erblickt. Solche Beispiele von Heldenmut und Vaterlandsliebe zündeten. Das Feuer war ausgebrochen in Spanien, seine Funken trug der Sturmwind hin über ganz Europa bis zu den Ufern der Wolga und Moskwa.

Noch einmal verstand es Napoleon, die Welt über seine Stellung und Stimmung zu täuschen, als er zu den „großen Ideen von Tilsit" zurückkehrte und in der Erneuerung des Tilsiter Freundschaftsbundes mit Rußland nun der Erfurter Fürstenversammlung den Zaren als seine politische und moralische Stütze vorführte. Hier wurde unter vierwöchentlichen Festlichkeiten (17. September bis 14. Oktober) und dem Schein eines Freundschaftsbundes der beiden Kaiser eine Politik der Eroberung und Vergewaltigung in höchstem Stile geplant. Während Napoleon jenseits der Pyrenäen weilte, sollte der Zar die Ruhe in Deutschland erhalten. Aber sicher war Napoleon der russischen Hülfe keineswegs. Montgelas riet er von der gewünschten Verbindung des bayerischen Kronprinzen mit einer russischen Prinzessin ab: „Heute stehe ich mit dem Kaiser von Rußland gut, morgen kann ich schlecht mit ihm stehen; er zeigt sich allerdings günstig gegen mich gesinnt, allein die öffentliche Meinung in seinem Land ist unserer Verbindung entgegen; auch der Adel widerstrebt ihr, und wer bürgt mir dafür, daß er im Stande sein wird, ihn zu bemeistern?"

In Oesterreich war an die Stelle der schmiegsamen und charakterlosen Politik eines Thugut und Cobenzl die kraftvolle des Grafen Johann Philipp von Stadion getreten. Wie in Preußen der Freiherr von Stein, so suchte auch Stadion durch zeitgemäße Reformen das österreichische Staatsleben zu kräftigen und zu verjüngen. Ein frischer Strom patriotischer und kriegerischer Begeisterung ergoß sich über die Länder des doppelköpfigen Kaiseradlers, und Napoleon horchte auf. Er wußte, der Krieg war unvermeidlich, und so rüstete er. Noch einmal trat da bei den Rheinbundfürsten Oesterreich in Konkurrenz mit Frankreich. In dem Hauptquartier des Erzherzogs Karl verfaßten Gentz und Friedrich Schlegel jene geharnischten Proklamationen, die in ganz Europa Aufsehen erregten und als Vorboten glorreicher Thaten betrachtet wurden. Oesterreich als Verfechter des Völkerrechts und der europäischen Freiheit! Oesterreich als Prediger der Vaterlandsliebe, des Abscheus gegen fremde Unterjochung und Tyrannei! Oesterreich als Kämpfer für Freiheit und Eigentum, für Nationalexistenz und Nationalrecht! Das alles war so neu und deutschen Ohren so ungewohnt, daß man es nicht zu glauben ver-

mochte und mißtrauisch nach den geheimen egoistischen Absichten suchte, welche unter den pomphaften Worten verborgen lagen. Und da meinte denn auch Montgelas, die Ausdrucksweise gewisser Proklamationen, in denen verkündigt würde, daß das Glück der Völker nicht von der Ausdehnung des Gebietes ihrer Fürsten abhänge, scheine anzudeuten, daß man auf die Zustände des Jahres 1803 oder selbst noch weiter zurückgreifen wolle, und ein Manifest des Königs von Bayern beschwerte sich in bitterem Tone über die verführerischen Proklamationen, „welche nur die Rechte der Souveräne angriffen und einen die bürgerliche Ordnung untergrabenden Schwindelgeist zu verbreiten suchten.“ Doch ehe man noch recht zur Besinnung kommen konnte, war der Krieg schon da, und Bayern blieb an der Seite Napoleons, wie die übrigen Rheinbundfürsten, Preußen hielt das Schwert in der Scheide und Oesterreich stand abermals isoliert dem Schlachtendenker gegenüber. Als nun die Oesterreicher gegen Bayern vorrückten, da fanden sie keine Parteigänger. „Hole der Teufel die Oesterreicher! Sie sollen nur kommen, so werden wir sie empfangen!“ hieß es da, und bei Verlesung der Proklamation nach der Besetzung Münchens verliefen sich die Gaffer, und nur einer blieb zurück, der nach Beendigung der Vorlesung einfach fragte: „Und darnach“? — Ja, darnach! Nicht nur in Regierungskreisen, sondern auch im Volke mißtraute man den letzten Absichten des Wiener Hofes.

Max Josef hatte den Wunsch geäußert, es möge dem Kronprinzen das Oberkommando über das ganze bayerische Armeecorps anvertraut werden. Napoleon ging nicht darauf ein. Die 40,000 Mann waren ihm zu wertvoll, um sie einer Gefahr auszusetzen. So übernahm Ludwig das Kommando der ersten bayerischen Division. Aber in welcher Stimmung: dem Fürsten Esterhazy hatte er vor nicht langer Zeit das Versprechen gegeben, Bayern werde sich seiner wahren Pflicht erinnern, sobald den Oesterreichern ein erster Schlag glücken würde. „Dann zählt auf mich! Mich habt ihr mit Leib und Seele!“ Und nun mußte er unter Oberleitung des Kaisers seine Truppen zum Siege über diejenigen führen, denen er den Sieg von Herzen wünschte. Bei dem Abschied von ihm erhielt Feuerbach den Eindruck, der Kronprinz suche den Tod.

Die Division des Kronprinzen sollte München decken. Am 16. April 1809 aber forcierten die Oesterreicher bei Landshut den Uebergang über die Isar; am nämlichen Tage rückte Feldmarschall Jellalich in die bayerische Hauptstadt ein, und österreichische Heeresabteilungen verbreiteten sich über ganz Bayern. Aber schon flog Napoleon heran, und Ludwig fiel die Aufgabe zu, seine Ansprache an die Bayern zu verdolmetschen. „Vorwärts gegen die Canaillen!“, so schloß die brutale Apostrophe. Am 19. kam die Division des Kronprinzen bei Arnhofen ins Gefecht. General Thierry wurde nach Offenstetten zurückgedrängt. Die Bayern vereinigten sich mit den Kolonnen Davoust's. Am 20. traf Napoleon im Städtchen Abensberg ein. Und nun begann die Reihe jener denkwürdigen Schlachttage an der Donau, in denen der Korse, wie kaum jemals seine ganze Meisterschaft an den Tag legte. Offenstetten wurde genommen. Das 1. Infanterieregiment und die Chevauxlegers ernteten Napoleons ganzen Beifall. Er gab für den nächsten Tag die Parole aus: „Bavière et bravour!“ und umarmte den Kronprinzen vor der Armee. Den bei Abensberg geworfenen Feind traf bei Landshut ein zweiter Schlag. Schon am 21. abends war die Stadt im Besitze des Siegers. Tags darauf führte der Kronprinz die bayerischen Reiter bei Eggmühl zum Sturm auf den Weinberg, und wieder gelang das Werk. Die Einnahme von Regensburg vollendete die Siegesreihe an der Donau und der Kaiser schrieb an Max Josef: „Wir sind in einer ganzen Reihe von Schlachten Sieger geblieben, wobei sich Ihr Sohn ohne Furcht und Tadel bewährt hat.“ Am 26. April rückte der Kronprinz in das von Jellalich eiligst verlassene München ein. Was die Patrioten ersehnt, die allgemeine Erhebung, die Sprengung des Rheinbundes, blieb aus. „Als Soldat“, sagt Heigel, „hatte Ludwig dazu mitwirken müssen, daß ein Band, das dem Politiker unheilvoll, dem deutschen Mann unerträglich erschien, noch fester geknüpft werde!“

Das Schwerste aber blieb zu thun übrig. Denn während nun Napoleon über den Inn hinüber zum zweiten Mal in das Herz der österreichischen Lande vorstieß,

während er Wien besetzte, und bei Aspern selbst sein Stern für einen Augenblick erbleichte, um erst bei Wagram (5./6. Juli 1809) sich wieder in vollem Glanze zu erheben, erstand ihm wie in Spanien nun in Tirol ein Feind, dessen Kraft und Waffe, er immer noch hochmütig unterschätzte. Der Preßburger Friede hatte, wie wir uns erinnern, Tyrol an Bayern gebracht, und da war denn auch die ganze Reform- und Kulturwut über dieses Land hereingebrochen, wie wir sie später bei Betrachtung der inneren Verhältnisse in Bayern zu schildern haben werden. Ein neuer Name „Südbayern", eine neue Kreiseinteilung, die veränderte Organisation der Verwaltung, der Justiz, des Stiftungswesens, Eingriffe in das Kirchenvermögen und in die Besetzung der geistlichen Stellen, Wegführung der widerstrebenden Landesbischöfe von Chur, Trient und



Andreas Hofers letzter Gang. Von F. Defregger.
(Nach einer Photographie aus dem Verlag von Fr. Hanfstängl in München.)

Brixen, höhere Besteuerung, Abschaffung der alten Verfassung, neue Mauthverhältnisse und vor allem die verhaßte Konskription erzeugten um so größeren Unwillen, als dem Lande bei der Besitznahme der unveränderte Fortbestand der alten Zustände gesichert worden war. Grobe Beamte steigerten den Mißmut, und so brach, als Oesterreich zum Schwerte griff, gehetzt von österreichischen Parteigängern, der Aufstand aus. Durch zuverlässige Boten wurde eine geheime Verbindung mit Erzherzog Johann, dem Liebling der Gebirgslande, unterhalten. Der österreichische General Chasteler zog den Aufständischen mit einer kleinen Abteilung durch das Pusterthal zu Hülfe, während sich Andreas Hofer an die Spitze der Insurgenten stellte. In dem wackern Sandwirt im Passeyerthal vereinigten sich die kindliche Einfalt und Treue seines Stammes, und hoch von Norddeutschland herunter jubelte man dem Tüchtigen zu, der mit seiner kühnen Schützenschaar zum Range eines deutschen Nationalhelden emporstieg. „Hier war alles vereinigt,

was dies romantische Geschlecht erheben und begeistern konnte: die wilde Schönheit des Hochgebirges, die rauhe Heldenkraft treuherziger Naturmenschen, der ehrliche Kampf für Sitte, Recht und Glauben der Väter, das malerische Gewimmel einer freien Volkserhebung — Kapuziner und Bauern, Gebirgsschützen und Sennerinnen bunt durcheinander. Einseitigkeit", sagt Treitschke, „ist das gute Recht jeder großen Leidenschaft; die Erbitterten konnten und wollten nicht sehen, daß die Mönche und die Bauern des Hochgebirges sich vom deutschen Vaterland gar nichts träumen ließen, daß ihr Aufstand ebenso sehr den wohlthätigen Reformen als der bureaukratischen Härte der bayerischen Regierung galt, daß die Macht der gedankenlosen Gewohnheit, der finstere Haß gegen die Ketzerei und die alte partikularistische Abneigung wider den bayerischen Nachbarstamm an dem Heldentum dieses Bauernkriegs reichen Anteil hatten." Neben Hofer stellten sich als Führer des Aufstandes der kühne, starke und schlaue Speckbacher, Martin Teimer von Schlanders und Josef Straub. Feuerzeichen von Berg zu Berg kündeten die Stunde der Erhebung an, und die ersten Unternehmungen waren von wunderbarem Erfolg gekrönt. Während die bayerischen und französischen Truppen nach einem unglücklichen Gefecht bei Sterzing im Pusterthal (11. April 1809) unter steten Kämpfen und großen Beschwerden über den steilen Schellenberg und Brenner gen Innsbruck zogen, die Niederlage durch Verwüstung und Thaten des Schreckens rächend, wurde die bayerische Besatzung der Hauptstadt nach tapferstem Widerstand am Berge Isel zur Ergebung gezwungen und Innsbruck selbst eingenommen. (12. April). Unter diesen Umständen blieb dem französischen General Bisson bei seiner Ankunft am Isel nichts übrig, als durch schimpfliche Kapitulation mit den Bauern seine ganze Heeresabteilung, 4000 Mann stark, in Kriegsgefangenschaft zu liefern. Zugleich wurde auch im Vintschgau und im Etschthal das verhaßte Joch abgeworfen, Trient und Roveredo den Franzosen entrissen.

Nicht in Tirol konnte das Schicksal des Landes entschieden werden. Dasselbe hing ab von dem Glück oder Unglück der österreichischen Hauptarmee. Und mit den Hiobsposten von der Donau kam die Kunde von der Annäherung frischer Truppen unter Wrede und Lefevbre. Am 11. Mai wurde der Staubpaß von den Bayern erstürmt, der österreichische General Chasteler bei Wörgl zurückgeworfen und Schwaz in Asche gelegt. Dann fiel Innsbruck den bayerischen und französischen Feldherrn wieder zu, und Leidenschaft und Rache der Soldaten wüteten gegen die Bezwungenen. Mit Mord, Kirchenschändung, Raub und Brand, Mißhandlung von Greisen, Weibern und Kindern war ihr Vorrücken bezeichnet", und solche Schandthaten riefen das ganze Volk zum Verzweiflungskampfe auf. Am Iselberge kam es am 29. Mai zur zweiten Schlacht. Der Kapuziner Haspinger ging mit dem Kruzifix, die treuen Bergbewohner fanatisierend, unerschrocken vor ihren Reihen her, und die Bayern mußten zurück. Innsbruck ging abermals verloren. Zu gleicher Zeit warfen die Vorarlberger die französisch-württembergischen Truppen und besetzten Bregenz. Glückliche Streifzüge nach Konstanz, Lindau, Murnau und Kempten erhöhten allerseits den Mut der Landesverteidiger.

Da fuhr in die zuversichtliche Siegestrunkenheit die Kunde vom Waffenstillstand zu Znaim wie ein Blitzstrahl hinein. Entmutigung und Unschlüssigkeit bemächtigten sich der Aufständischen. Die Oesterreicher zogen ab und räumten das Land den Franzosen und Bayern, deren rachesprühende Proklamationen bald durch Thaten des Schreckens und wilder Grausamkeit überholt wurden. Verzweiflungsvoll griff das getäuschte Volk zum dritten Mal zu den Waffen. An der Eisack bei Brixen und der Pontlatzer Brücke am Inn kam es im August noch einmal zu wilden grausamen Kämpfen, und zum dritten Mal gelang Hofer die Einnahme von Innsbruck. Aber nur kurze Dauer währte der Traum von Unabhängigkeit. Der Abschluß des Wiener Friedens (14. Oktober 1809) machte die Truppen der Gegner frei. Von drei Seiten drängten sie in das unglückliche Land, den Tod der Waffenbrüder durch wilde Kriegsgreuel rächend. Da brach die Widerstandskraft des hingeopferten Volkes zusammen. Speckbacher und andere Führer suchten ihr Heil in der Flucht. Nur Hofer stand noch. Kronprinz Ludwig richtete an ihn die Aufforderung, unnützes Blutvergießen zu vermeiden und sicherte allen Aufständischen volle Amnestie zu. Aber Haspinger redete dem „Oberkommandanten" ein,

daß alles, was von Frieden und Preisgebung Tirols durch den Wiener Hof vorgebracht werde, nur eitle Lügenbotschaft sei, und wirklich nahm Hofer, obwohl er schon dem Kronprinzen seine Unterwerfung angezeigt hatte, den Kampf aufs neue auf. So kam es am 2. November nochmals zu blutigem Treffen am Berge Isel. Hofer verlor und wandte sich zur Flucht, während der Kronprinz noch am nämlichen Tage in Innsbruck wieder einzog, deren gut bayerisch gesinnte Bevölkerung ihn mit unverhohlener Freude empfing. Oesterreich hatte das treue Volk verlassen und im Wiener Frieden nur ein paar armselige Worte für dessen Amnestie gefunden. Sie waren unnötig, da der milde Max ohnehin mit freudigem Herzen verzieh. Hofer schrieb aus seinem Versteck in den Eiswüsten der Oetzthaler Ferner im felsenfesten Vertrauen auf seinen Kaiser zweimal vergebens an ihn und fiel endlich durch Verrat in die Hände der Franzosen. Sein glaubenstreues tapferes Herz verblutete am 20. Februar 1810 in den Festungsgräben von Mantua. „Die Erhebung der Oesterreicher versank in Blut und Kot,“ und während die Wiener Zeitungen überströmten von Festberichten zu Ehren der Prokuravermählung der Kaisertochter Maria Louise mit dem Sohne des „Rats und Assessors der Stadt Ajaccio Carlo Bonaparte“, fanden sie keine Zeit, der Hinrichtung Andreas Hofers, der sich für die habsburgische Dynastie geopfert hatte, mit einem Wörtchen Erwähnung zu thun.“ (Heigel).

„Denken Sie sich, sie haben mir meinen Hofer erschossen!“ war der Ausruf Max Josefs, als er die Nachricht erhalten hatte. Er war es, der den Sohn Speckbachers auf eigene Kosten studieren ließ, und Kronprinz Ludwig besuchte das Haus Hofers in Passeyer, um dem unglücklichen Weibe und den Kindern Trost zuzusprechen. „Der Kronprinz von Bayern“, schrieb damals Bettina von Armin, „ist die angenehmste unbefangenste Jugend, ist so edler Natur, daß ihn Betrug nie verletzt . . . er ist eine Blüte, auf welcher der Morgentau noch ruht, er schwimmt noch in seiner eigenen Atmosphäre, d. h. seine besten Kräfte sind noch in ihm.“ Auf seine enthusiastische Natur hatte die Opferwilligkeit, die Begeisterung, der Heldenmut der Tiroler einen förmlich berauschenden Eindruck gemacht. „Hier war verwirklicht“, schreibt sein Biograph Heigel, „was ihm die lodernde Phantasie längst als Pflicht des eigenen Vaterlandes hatte erscheinen lassen: so glorreiches Beispiel rief alsbald die alten Sympathien, die alten Hoffnungen wach. Aus dieser Stimmung und nicht wie Montgelas meint, aus Unmut über das Schwanken des Kriegsglücks wird die an sich überraschende Thatsache zu erklären sein, daß sich in der Seele des Jünglings die in Abensberg und Eggmühl empfangenen Eindrücke so rasch verflüchtigten, daß er seinen Widerwillen gegen den französischen Despotismus so offen, wie vor dem Kriege, kundgab, daß er in den Tirolern, obwohl sie nach erfochtenem Siege allenthalben die bayerischen Wappenschilder in Trümmer schossen und die Doppeladler wieder aufpflanzten, nicht Feinde, sondern natürliche Bundesgenossen erblickte. Ein Thronfolger, der inmitten einer partikularistisch gesinnten, nur den Vorteil des Augenblicks würdigenden Umgebung offen und laut jenen Streitern, in welchen die Seinen nur Rebellen erblickten, Waffenglück und Sieg wünschte, konnte nur ein Narr oder ein großer Mensch sein!“ Und wie trieb er es damals! An der Tafel des Kronprinzen erhielt Lefevbre den Eindruck, „wenn er die Augen schließe nach den Gesprächen seiner Umgebung urteilen zu müssen, nicht im französischen, sondern im österreichischen Lager zu sein.“ In öffentlicher Gesellschaft hatte Ludwig die Gesundheit der Tiroler getrunken und ein Pereat dem Napoleon gebracht; das Glas zerschellte, so heftig war diese Kundgebung. Und so leidenschaftlich der Kronprinz haßte, so leidenschaftlich wurde er gehaßt. „Dieser Prinz wird niemals auf den Thron steigen“, rief der neue Cäsar dem österreichischen Gesandten zu, und als der Plan der Vermählung mit Marie Louise und der Scheidung von Josefine zur Reife gedieh, äußerte er: „des Vicekönigs Eugen Kinder sind ja auch Enkel des Königs Max, und Bayern wäre doch eine schöne Entschädigung.“ Ja, schon verstieg sich der Zornige zu Drohungen, welche dem Kronprinzen von Bayern ein ähnliches Schicksal verkündigten, wie es dem Herzog von Enghien bereitet worden war: „Wer will mich hindern, diesen Prinzen erschießen zu lassen?“ Der Prinz aber hielt fest an seiner Begeisterung für die „deutsche Revolution.“

So sehen wir ein Element emporwachsen, fort und fort zur Höhe und Freiheit streben, welches der Politik des leitenden Ministers Montgelas dereinst die notwendige Ergänzung geben muß und wird. In dem Kronprinzen von Bayern kündigt sich eine neue Zeit an, eine Zeit, die zu dem Wahlspruche Montgelas: „ein starkes Bayern!" die Ergänzung sucht in einem starken Deutschland. „Narr oder Genie?" In München schien man sich mit seiner Taxation mehr nach der ersteren Seite zu wenden, und das kündigt uns einen zweiten Kampf an, den Kampf des selbstgenügsamen partikularistischen Altbayerntums mit der einer geistig belebteren Zone entwachsenen Natur der neuen Dynastie. Wir werden diese Entwicklung nach ihren beiden Richtungen zu verfolgen haben.

Napoleon vollzog jetzt eine meisterhafte diplomatische Schwenkung. Er hatte mit dem Frieden eine Kaiserstochter als Gemahlin gewonnen, er war eingeführt in die Reihe der ersten Fürstenfamilien Europas und er vergaß darum rasch die Versprechungen, welche er vor dem Kriege den Bayern gegeben hatte, „sie so groß zu machen, daß sie, um sich gegen Oesterreich zu schützen, seiner Hülfe nicht mehr bedürfen sollten." Der Wiener Friede vom 14. Oktober brachte nicht die Zertrümmerung des habsburgischen Staates. Zwar mußte Oesterreich seine letzten Positionen an der Adria aufgeben, es mußte zu Gunsten Bayerns auf Salzburg, Berchtesgaden und das Innviertel verzichten, ebenso auf Westgalizien und einen Teil von Ostgalizien mit der Stadt Krakau zu Gunsten des Herzogtums Warschau. Der Villacher Kreis in Kärnten, sowie Krain, das Triester Gebiet, Friaul, Kroatien und einige andere im Südwesten der Save gelegene Landstriche wurden mit Dalmatien, Istrien und Ragusa zu dem neuen Staat der „Illyrischen Provinzen" verbunden. Für Bayern hatte der Friede die weitere Folge, daß es die Festung Ulm an Württemberg abtrat, dafür aber mit Nürnberg, Regensburg, dem Fürstentum Bayreuth entschädigt wurde, während Tirol nun geteilt und sein südlicher Teil zu Italien geschlagen wurde. Für die deutschen Erwerbungen sollte Bayern die Summe von 30 Millionen entrichten. So war das gesamte preußische Franken an Bayern gekommen, Napoleon stand mit Oesterreich in festem Bunde, aber gerade dadurch erhielt sein Verhältnis zu Rußland und Bayern den ersten Stoß. Vergebens hatte der Zar Alexander seinen Wunsch aussprechen lassen, Galizien möge in seinem Besitzstand nicht angetastet werden. Napoleon ging seine Bahn weiter. Die Vergrößerung des Herzogtums Warschau konnte als ein weiterer Schritt zur Herstellung der Republik Polen angesehen werden. Der Tilsiter Freundschaftsbund hatte ein Loch bekommen, aber mit Oesterreich verbündet, konnte Napoleon den großen Anschlag gegen Rußland, das bisher immer die Schranke seiner ehrgeizigen Pläne gebildet hatte, ungestört reifen lassen.

In Bayern aber empfand man tief, daß der Gewinn von kaum 300,000 Seelen den ungeheuern Opfern nicht entsprach. Dazu war dieser Gewinn einstweilen unfruchtbar, da mit der Uebernahme dieser arg verschuldeten Territorien der peinlichen Finanznot nicht nur nicht abgeholfen werden konnte, sondern vielmehr neue Lasten daraus erwuchsen. Dem Volke mußten außerordentlich hohe Steuern aufgebürdet und trotzdem noch enorme Anleihen gemacht werden. „Und wenn auch in Bayern der Druck des neuen Cäsarentums nicht so schmerzlich empfunden wurde, wie im grausam mißhandelten Preußen, so waren sich doch auch hier schon Fürst und Volk bewußt geworden, daß Ländergewinn und militärischer Glanz durch Abhängigkeit von fremden Interessen — der Rheinbund war ja nur noch ein Werkzeug bonapartischen Ehrgeizes — teuer erkauft seien." Der eigentliche Souverän des bayerischen Königreichs war der französische Gesandte, der für pünktliche Ausführung der Befehle Napoleons zu sorgen hatte. Einstweilen mußte Montgelas an sich halten; er mußte aus der Not eine Tugend machen und den brutalen Zwingherrn durch Gehorsam und Gefügigkeit zu entwaffnen suchen. So öffentlich! Aber im Stillen wuchs die Gemeinde derer, welche an dem Bewußtsein gemeinsamer Pflichten aller deutschen Stämme festhielten, und an der Spitze derselben stand nach wie vor der Kronprinz Ludwig.

Die Jahre 1810 und 1811 waren vornehmlich den innern Angelegenheiten gewidmet, auf deren Entwicklung wir später zurückkommen werden. Die Schaffung neuer Zustände wird immer an eine Grenze gelangen, an der die Träger einer neuen Idee sich

gezwungen sehen, entweder zurückzustehen oder den Versuch zu machen, durch Ueberspannung auch dieses Hindernis zu überwältigen. Aber die Hindernisse mehren sich nun fort und fort, die gebahnten Wege verlaufen sich in die Wildnis der Natur, der bisherige Ideenträger muß nun selbst, da seine Kräfte fast zum Uebermaß angespannt sind, zum Kulturschöpfer werden, und an dieser Ueberspannung muß er zu Grunde gehen.

Als im Jahre 1806 die preußische Monarchie zusammenstürzte, das größte damalige Produkt unserer politischen Entwicklung, machte sich das Bewußtsein geltend, daß man durch allgemeine Reformen einen neuen Widerstand ermöglichen müsse. Das Nationalgefühl erwachte in dem Augenblick, als der letzte Halt unserer nationalen Bildung zusammenbrach. Mit Recht hat Julian Schmidt darauf aufmerksam gemacht, daß in derselben Zeit eine neue Wendung in unserer Litteratur zu Tage tritt. Sie steht unter dem Eindruck eines Gefühls von der allgemeinen unbefriedigenden Lage der deutschen Verhältnisse: man fand, daß die klassische, wie die französische Litteratur verbraucht sei und dem deutschen Geiste nicht mehr entspreche; man wandte sich allen möglichen fremden Gebieten zu, der spanischen, italienischen, indischen, endlich der altdeutschen Litteratur: es waren die ersten Anfänge der Romantik, die, was Preußen und Deutschland betrifft, ihren höchsten Repräsentanten in dem unvergleichlichen, unglücklichen Heinrich von Kleist, dem Dichter der Hermannsschlacht und des Prinzen von Homburg, der Penthesilea und des Käthchens von Heilbronn, empfing. „Wer also unter den Deutschen mag ihn bewundern?“ Ihn, den französischen Imperator, frägt der deutsche Vater den deutschen Sohn in Kleists Katechismus der Deutschen. Und das Kind antwortet: „Die obersten Feldherrn etwa und die Kenner der Kunst.“ — „Und auch diese, wann mögen sie es erst thun?“ — „Wenn er vernichtet ist.“ — Auf dem Grunde dieser Geistesanschauung, welche die geistigen Schätze aller Völker und Zeiten mit denjenigen der deutschen Eigenarbeit zu verschmelzen suchte, erhob sich die neue Bewegung des deutschen Volksgeistes. In die Wirklichkeit des deutschen Idealismus rettete sich alles Edle und in ihm erhielt die Menschheit wiederum ein Selbstgefühl, das sie befähigte, die Tyrannei des revolutionären Kaiserreiches zu brechen. Das Streben nach dem idealen Staate, der Kampf um die Beteiligung des Volkes an den Staatsdingen, war durch die Revolution siegreich entschieden worden. Der diesem Siege verräterisch entgegenwirkende Gewaltmensch, den das Nachwehen der großen Revolution noch eine Weile fortgetragen, mußte sich auf einen neuen Kampf gefaßt machen. Die Revolution war über den Unterschied der Völker hinweggegangen, die Nationen sind es dann gewesen, welche den siegreichen Kampf zu Ende geführt haben. Die Nationen sind wach gerufen worden durch die Vorgänge in Frankreich, die Nationen sind wach geblieben. Sie erfüllten sich mit dem Gedanken, daß der ideale Staat nur auf der Grundlage und durch Vermittlung des nationalen Staates zu erringen sei. Und um den nationalen Staat setzte nun der Kampf gegen den bonapartischen Universaldespotismus und Militarismus ein.

Auch dieser Gedanke, daß die Nationalität, die Individualität der Völker die Grundlage aller weiteren gesunden Entwicklung abzugeben habe, kam indes nicht von ungefähr. Die Natur selbst hat ihn erweckt. Er blitzte dort auf, wo die kaiserliche Universalkaserne an die Natur selbst hinanrückte. Das war im spanischen Volkskriege, das war in Tirol, das war nun in Preußen, als das Volk selbst, und nicht nur die Dynastie allein den toten und ertötenden Schematismus des napoleonischen Militärstaates zu empfinden bekam. Aber stärker und mächtiger als irgendwo anders mußte der Konflikt emporlodern, als nun die napoleonische Weltmacht daran ging, die ungebrochene Natur des Russentums ihrem System zu beugen. Da fand die natürliche Opposition des russischen Lebens gegen die nivellierenden Tendenzen der westeuropäischen Kultur ihren festesten Rückhalt in der stockreaktionären Opposition des Altrussentums. Diese konservative Partei der altrussischen Aristokratie hatte sich keineswegs wie in Westeuropa schon überlebt, sondern stand noch fest in dem ganzen Organismus des russischen Lebens. Und so fand hier nun Napoleons Militärmacht die natürliche Grenze. Die barbarische Natur des Ostens stellte sich als direktestes Hindernis dieser Kultur in den Weg, die keine mehr war, die selbst jeden Fortschritt des Russentums zur Kultur mehr gehindert, als befördert hätte.



Rückzug der Franzosen aus Rußland. Von Franz Adam.
(Mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin.)

So kam es, daß der Sturz des Reformministers Speransky in Petersburg als ein „erster Sieg über die Franzosen" gefeiert werden konnte.

Schon am 31. Dezember 1810 hatte sich Alexander durch einen Ukas, welcher einen russischen Zolltarif anordnete, von den Satzungen des Kontinentalsystems, mit dem Napoleon bekanntlich allen geschäftlichen und brieflichen Verkehr mit England hatte vom Kontinent ausschließen wollen, losgesagt; er hatte dann den Gedanken Napoleons an Wiederherstellung der polnischen Republik zu paralysieren gesucht, dadurch, daß er nun selbst diesen Gedanken aufnahm und sich den Polen als Protektor anbot. Allein diese mißtrauten ihm, immer noch erwarteten sie ihr Heil von Frankreich. So blieb Rußland in dem im Jahre 1812 ausbrechenden Kriege isoliert, während Napoleon über die Kräfte von Halbeuropa gebot. Selbst Oesterreich und Preußen mußten ihm Heeresfolge gegen Rußland leisten. Aber Deutschlands höchstes Selbstgefühl weilte nicht bei den österreichischen und preußischen Regimentern, die dem Korsen folgten, es war verkörpert in dem Freiherrn von Stein und dem tapfern Ernst Moritz Arndt. Sie waren hinübergeeilt nach Rußland, und von Steins eisernem Mute, der den Krieg fortsetzen wollte bis nach Kasan und Sibirien hinein, floß ein Hauch hinüber auf die schwankende Beweglichkeit des Zaren. Deutschlands höchstes Selbstgefühl war verkörpert in den Gneisenau, Scharnhorst, Clausewitz, die nun ihre Stellungen im preußischen Dienste quittierten, in jenen deutschen Offizieren, die in Rußland Dienste nahmen, in jener tapfern Schaar deutscher Patrioten, die den Freiherrn von Stein umgab. So stellte sich der deutsche Geist neben die heilige Wut des russischen Volkes, das den Zug der Heiden gegen Moskau mit todesmutiger Entschlossenheit erwartete.

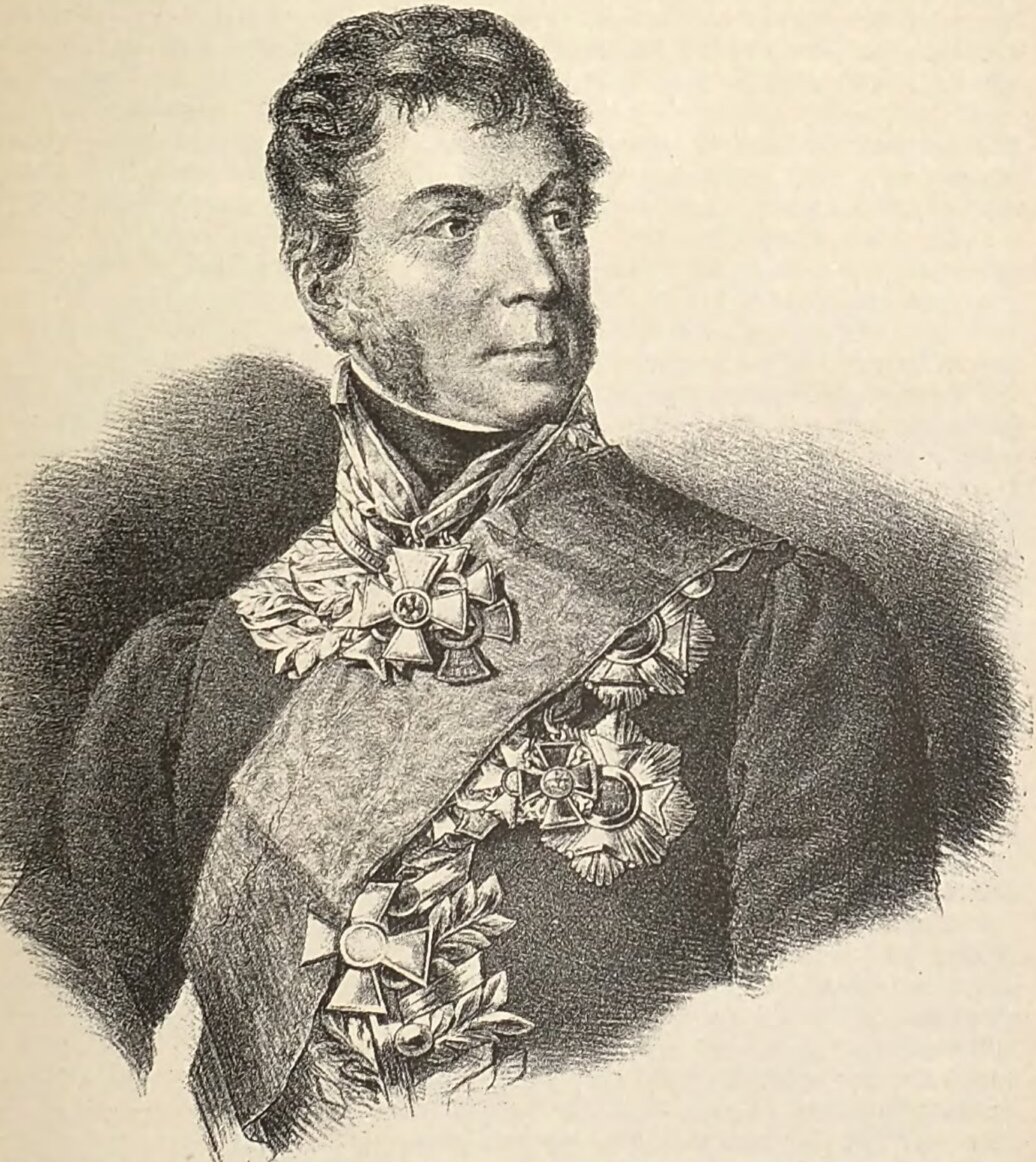
In den Schneefeldern Rußlands fand die große Armee des Franzosenkaisers ihr Grab. Auch die Gebeine von 30,000 wackern Bayern bleichten unter dem eisigen Himmel des nordischen Landes. Nur wenige, und selbst diese meist siech und krank, sahen die Heimat wieder. Das Land hatte die Blüte seiner Jugend zu beklagen. Allein es blieb keine Zeit, den Verlust zu beweinen. Denn rückwärts wälzte sich nun die Woge. Hinter den fliehenden Franzosen drangen die siegreichen Russen über Deutschlands Grenze. „Jetzt oder nie", schrieb der grimme York seinem Könige und trennte eigenmächtig sein preußisches Armeecorps von der Sache des Cäsars. Und „jetzt oder nie" hallte es in ganz Preußen wieder, während Napoleon neue Opfer von seinen Bundesgenossen verlangte und den Bayern und Rheinbundfürsten neue Rüstung befahl. Am 13. März 1813 erklärte Preußen an Frankreich den Krieg. Wie sollte man sich nun in Bayern zu diesen Dingen stellen? Es war natürlich, daß man von hier aus einen viel weiteren Weg zurück zur allgemein deutschen Sache hatte, als von Preußen und Oesterreich, wo man nur widerwillig den Spuren des fremden Tyrannen gefolgt war. Und dieser Entfernung entsprach die Zeitdauer, deren man bis zu dem Kreuzwege bedurfte, wo einst die bayerische Politik mit der französischen zusammengeflossen war, und wo sie sich nun auf dem Rückwege von ihr wieder scheiden mußte. Es wäre unbillig, an dieser Stelle fremden Erwägungen vor bayerischen den Vorzug zu geben, und so möge denn Montgelas selbst uns die weitere Entwicklung der Dinge in Bayern schildern:

„Was bei dieser Lage der Dinge von Seite Bayerns geschehen solle, war eine Frage, mit der sich unser Kabinett sehr ernstlich beschäftigte. Frankreich war allerdings geschwächt, aber keineswegs besiegt und konnte sich leicht wieder kräftigen, wie dies schon zweimal unter viel ungünstigeren Umständen geschehen war. Oesterreich behauptete ihm gegenüber den äußeren Anschein freundschaftlicher und vertraulicher Beziehungen, indem es nur den Frieden und außerdem sehr eingeschränkte Zugeständnisse zu verlangen schien, höchst gemäßigte Anforderungen, welche im allgemeinen Interesse lagen. Von den Lasten, durch die andere Staaten so schwer bedückt wurden, war unser Land befreit geblieben. Das Kontinentalsystem bildete den einzigen thatsächlichen Beschwerdepunkt, war aber zu allgemein anerkannt und auf zu bestechende Vorwände begründet, als daß es einen triftigen Anlaß zur Klage hätte geben können. Zudem hatten wir dasselbe, gleich dem größten Teil Deutschlands und selbst Europas, aus scheinbar freier Ueberzeugung angenommen, und wenn auch die Uebermacht Napoleons auf diesen Entschluß nicht ohne

Einfluß gewesen war, so trug er doch das Gepräge voller Selbstbestimmung an sich. Ueberdies berührte dieses System unser Land, wo weder Industrie noch Handel vorherrschte, keineswegs empfindlich; es hatte sogar die Zolleinnahme anfangs gehoben, indem viele nicht mehr widerrufliche Bestellungen den erhöhten Eingangsabgaben unterlagen. Wenn man außerdem die nicht unwahrscheinlichen Absichten Oesterreichs und Preußens auf den Wiedererwerb von Tirol, beziehungsweise Franken, in Betracht zog, so bot sich Frankreich als die natürliche Stütze gegen derlei bedenkliche Hintergedanken dar. Die Neutralität wäre freilich, bei dem Zustande der Erschöpfung, in dem sich das Land befand, am erwünschtesten gewesen; wenn aber auch, wie man hoffen und selbst erwarten durfte, Oesterreich eine solche gern gesehen hätte und sie von den Alliierten zugestanden worden wäre, so ließ sich doch von Seite Napoleons die gleiche Bereitwilligkeit durchaus nicht gewärtigen. Da der Entgang des bayerischen Kontingentes seine Streitkräfte um so viel verminderte, mußte er notwendig einen Entschluß dieser Art als förmlichen Abfall von seiner Sache ansehen. Ich bemühte mich, diese ganze Gestaltung der Verhältnisse in einer Denkschrift klar darzulegen, die ich dem Kronprinzen überreichte, als ich ihm im Herbst 1812 in Salzburg meine Aufwartung machte; Seine königliche Hoheit schien auch durch meine Erörterungen überzeugt, welche sich noch in seinen Händen befinden müssen.

„Demgemäß wurde beschlossen, die Notwendigkeit des Friedens in Paris nach Kräften geltend zu machen und alles aufzubieten, um dem französischen Kaiser diese Wahrheit zur Ueberzeugung zu bringen. In ganz gleichem Sinne äußerte ich mich auch gegenüber dem Fürsten Schwarzenberg, als er durch München reiste, um seine während des Krieges unterbrochenen Funktionen als Botschafter in Paris wieder aufzunehmen. Während unserer lange dauernden Unterredung zeigte der Fürst die vollste Uebereinstimmung mit meinen Ansichten und forderte mich auf, die betretene Bahn zu verfolgen, ein Truppencorps zur französischen Armee stoßen zu lassen, aber allenfallsigen weitergehenden Anforderungen nicht zu entsprechen, um unsere Kräfte nicht völlig zu erschöpfen, vor allem aber die Kavallerie, als eine kostbare und notwendige Waffengattung, zu schonen. So wurde denn auch ein Corps von 3500 Mann marschfertig gemacht, um unter General Raglowich im Voigtland zu dienen, jedoch fast ausschließlich aus Infanterie gebildet. Allen weiter erhobenen Ansprüchen der französischen Gesandtschaft entzog man sich unter dem Vorwand der erlittenen gewaltigen Verluste und der Schwierigkeit, dieselben zu ersetzen. . . . Die einzelnen Heeresabteilungen wurden durch Aufruf einer weiteren Klasse Konskriptionspflichtiger ergänzt; außerdem formierte man 18 Infanteriebataillone, teils aus freiwillig Zugegangenen, teils aus solchen, welche bereits ausgedient hatten, aber noch unverheiratet waren; ferner ein Chevauxlegers- und zwei Husarenregimenter. Alle Beamten, welche zur Kriegsdienstleistung geneigt und in ihren Stellungen nicht ganz unentbehrlich waren, desgleichen die Kandidaten für den Staatsdienst wurden unter Eröffnung der Aussicht auf Avancement zum Eintritt in das Heer aufgefordert; auch erhielten einzelne Zivilbeamte die Bewilligung, sich zeitweise vertreten zu lassen. Eine königliche Ordonnanz organisierte die Landwehr, wie sie nach der damals geltenden Verfassung von 1808 wenigstens grundsätzlich bestand. Durch einen Aufruf an den Patriotismus des Volkes wurden manche zu freiwilligen Gaben veranlaßt und erwachte bei den einzelnen ein reger Eifer, sich zu bewaffnen, auszurüsten und einzuüben, so daß die Regierung mit Befriedigung wahrnehmen konnte, wie weder Unglücksfälle noch große Umwälzungen im Stande seien, das lebendige Gefühl für die Ehre des Vaterlandes bei dem bayerischen Volke zu ersticken. Der Schuldentilgungskasse, welche die Kosten der Aushebung und Ausrüstung der Armee zu tragen hatte, überwies man zu diesem Zwecke den Ertrag einer außerordentlichen Auflage, die bis zum Ende des Krieges erhoben wurde und jährlich ungefähr vier Millionen abwarf. Alle diese Hülfsmittel, in Verbindung mit der hervorragenden Thätigkeit der Beamten, ermöglichten es, die in Rußland erlittenen Verluste, wo nicht völlig, doch der Hauptsache nach auszugleichen, und zum allgemeinen Erstaunen gelang es, ein wohlbewaffnetes und mit allem Nötigen versehenes Armeecorps von 20,000 Mann zum Frohnleichnamstag 1813 in einem Lager

bei Schwabing zu vereinigen, wo es von dem Könige gemustert wurde. An die Spitze desselben stellte man den General Wrede, welcher damals allein den Grad eines Generals der Kavallerie einnahm und deshalb schon durch seinen Rang ganz natürlich zu einem solchen Beweise des Vertrauens berufen schien, welchen auch seine früheren Leistungen bei verschiedenen Anlässen zu rechtfertigen geeignet waren." Von kleineren Vorfällen, die gegen ihn sprachen, „war damals keine Rede mehr, indem gewaltige Ereignisse das



Fürst von Wrede.

Andenken an derlei untergeordnete Vorfälle vernichtet hatten. Dagegen versprach man sich viel von seiner glänzenden Tapferkeit, seinem öfters bewährten richtigen, klaren und durchdringenden Blick, sowie seinem Eifer für die Ehre des Landes und den Ruhm der Armee.

„Vorläufig sicher gestellt durch diese Vorbereitungen, welche alles umfaßten, was sich für den Augenblick thun ließ, vermied man jede bestimmte Erklärung, die in Frankreich

hätte Anstoß geben können." So wartete Montgelas die Ereignisse ab. Für jene Begeisterung des Kronprinzen Ludwig, wie sie sich in den Versen an Preußen aussprach:

„Einzig dein Friedrich war, einzig bist, Preußen, nun du,
Unvergleichbar glänzest du ewig in der Geschichte,
Preußen! Dein Name läßt denken das Herrlichste nur!"

fehlte dem Minister das Verständnis. Vielleicht ebenso fern mochte ihm der Gedanke liegen, den Lerchenfeld, der nachmalige Staatsminister, damals in einer Denkschrift niederlegte: die Verbindung Bayerns mit Württemberg, Baden, Würzburg, Sachsen und der Schweiz zur Garantie der Neutralität Süddeutschlands anzustreben, eine Machtvereinigung, wie sie ähnlich einst die „Jakobiner in München" zur Herstellung der süddeutschen Republik zu bewirken gedachten. Diese Art der Zurückhaltung war nicht Montgelas Sache. Nur im Handeln hatte er seinen Vorteil gefunden, das Nichthandeln zum Prinzip zu erheben, war auch jetzt nicht seine Meinung, nur mußte zuvor die Zeit enthüllen, an welchem Punkte für Bayern der Hebel am besten und vorteilhaftesten einzusetzen sei.

Am 20. und 21. Mai hatte Napoleon die nicht entscheidende Schlacht bei Bautzen gewonnen, an welcher das bayerische Corps unter Oudinot teilnahm. Die französische Armee drang nun noch bis Breslau vor, worauf es zum Waffenstillstand am 4. Juni kam. Oesterreich hatte denselben vermittelt. In Oesterreich wollte man keinen Krieg. Als er dennoch kam, war man zufrieden, daß die Franzosen zur Offensive griffen, um ihre Gegner zum Frieden nachgiebiger zu machen: „denn Oesterreich wünschte wohl den Einfluß Frankreichs zu beschränken und seine eigenen Verhältnisse günstiger zu gestalten, fürchtete aber insgeheim das Uebergewicht Preußens. Es wäre ihm lieb gewesen, einen Frieden auf solcher Grundlage herbeizuführen, daß Frankreich stark genug bliebe, um Preußen die Wage zu halten, jedoch seine drohende Stellung in Italien und Deutschland einbüßte, ihm selbst aber zur Wiedererwerbung seiner verlorenen Gebietsteile dienlich würde." Aber auch Oesterreich mußte erfahren, daß im gewaltigen Strom elementarer Bewegungen der vorsichtig klügelnde und rechnende Diplomat stets überholt wird von der Wucht der Ereignisse selbst. Wohl willigte Napoleon in einen Kongreß, der zu Prag am 5. Juli unter der Vermittlung Oesterreichs zusammentreten sollte, allein Metternich erreichte durch seine Reise nach Dresden nicht viel mehr, als diese nichtssagende Einwilligung. Der Krieg nahm seinen Fortgang, und am 13. August endlich erließ nun auch Oesterreich seine Kriegserklärung gegen Frankreich. Napoleon hatte das nicht erwartet. Immer wieder hatte er mit der Hoffnung gespielt, Oesterreich wieder ganz auf seine Seite ziehen zu können. Nun war die Zeit des Waffenstillstands von Oesterreich zur Rüstung, von Preußen zur Vollendung seiner Rüstung, von Rußland zur Aufstellung weiterer Streitkräfte benützt worden. Die Lage hatte sich gänzlich verändert.

Die bayerische Regierung vernahm den Wiederbeginn des Krieges sehr ungern. „Weder Ziel noch Ende desselben war ersichtlich, und er berührte nicht im geringsten irgend ein wesentliches Interesse des Landes." Allein auch der kaltblütig blickende Montgelas mußte sich bald überzeugen, daß der Geist, welcher dieser neuen Koalition gegen Frankreich einwohnte, ein anderer war, als jener kleinlich hin- und herzerrende Kirchturmsgeist, der alle früheren Bündnisse stets zum Schaden der Verbündeten hatte auslaufen lassen. Von Anfang an nahm die Koalition eine ganz entschiedene Stellung an. Man war bestrebt, jeden Grund zu Mißhelligkeiten zu beseitigen, indem sofort über den Zweck des Bündnisses, wie über die Interessen der Beteiligten feste Bestimmungen getroffen wurden, wie dies durch die Verträge vom 14. und 15. Juni, dann 8. September 1813 geschah. England versprach allen Alliierten Subsidien, wogegen dieselben mit gewaltigen Streitkräften zu Land und zur See aufzurücken sich verpflichteten. Außer den gewöhnlichen Vertragsklauseln wegen gegenseitiger Gewährleistung der Besitzungen und Gemeinsamkeit aller Unterhandlungen über den Frieden wurden in Betreff der allgemeinen europäischen Interessen feste Grundsätze verabredet. Es waren dies: die Neugestaltung der preußischen Monarchie nach dem Stande des Jahres 1806, die Wiedereinsetzung Oesterreichs in einen Besitzstand annähernd gleich dem von 1805; die Rück-

erstattung der braunschweigischen Lande an ihre Regentenfamilie; die Abtretung eines Teiles der preußischen Besitzungen in Niedersachsen und Westfalen mit 30,000 Einwohnern, namentlich des Bistums Hildesheim, an Hannover; die Auflösung des Rheinbunds und völlige Unabhängigkeit aller neben Preußen und Oesterreich noch bestehenden deutschen Staaten; endlich eine künftiger Uebereinkunft vorbehaltene Verfügung über das Großherzogtum Warschau. Diese Verabredungen waren klar und bestimmt. Sie schlossen mit dem früheren System der Annexionen und Begehrlichkeiten ins Ungemessene ab. Der Bestand des Bestehenden wurde von den deutschen Großmächten und ihren Verbündeten garantiert, und das war endlich der Boden, auf dem allein sich nun auch für Bayern eine Wiederannäherung an die Verbündeten bewerkstelligen ließ. Bayerische und deutsche Vaterlandsliebe schlossen sich nun nicht mehr gegenseitig aus.

„Unsere Allianz mit Frankreich" legt nun Montgelas dar, „war die natürliche Folge von Umständen gewesen, die ich weiter oben erörtert habe: sie war weder aus besonderer Vorliebe für diesen Staat, noch aus Haß gegen irgend einen andern, sondern lediglich deshalb abgeschlossen worden, weil sie dem Lande Sicherheit und Nutzen versprach, auch bei der damaligen Lage Deutschlands die feste Stütze, deren wir nicht entbehren konnten, sonst nirgends sich darbot. Diese Politik hatte uns auch in der That bedeutende Vorteile gewährt, wenn sie gleich nicht das Maß dessen erreichten, was zu erwarten gewesen wäre, hätten wir es nicht mit einem so mißtrauischen Regenten wie Napoleon zu thun gehabt. Wie schon bemerkt, war das Königreich Bayern im Jahre 1810, unmittelbar nach dem Wiener Frieden, zu derjenigen Abrundung und Abgrenzung gelangt, welche seiner Lage am besten zusagte; es war aber auch seine Stellung gegenüber den fremden Mächten nicht minder befriedigend. Das Uebergewicht Frankreichs und dessen enge Verbindung mit Rußland gewährten Sicherheit gegen die Gelüste Oesterreichs und das Uebelwollen Preußens. Uebrigens bewegte sich auch mit diesen Staaten unser Verkehr in gefälligen Formen, und Bayern nahm dabei unvermerkt einen Ton der Gleichheit an, welche auf seine Souveränität begründet war und es zum Rang einer europäischen Macht erhob. In der Schwäche Oesterreichs und Preußens lag unsere Stärke, wie andererseits der Kern von Unabhängigkeit, der durch ihr bloßes Dasein in Europa sich erhielt, neben dem Einfluß Rußlands auf das Tuilerienkabinett, wegen allenfalls von Paris aus beabsichtigter Uebergriffe Beruhigung gab. Dort war man übrigens, schon wegen der geographischen Lage des Landes nächst Oesterreich und an der äußersten Grenze des Rheinbundes, geneigt, uns mit Schonung zu behandeln. Die theoretischen Verpflichtungen, welche wir im Jahre 1806 durch den Beitritt zu denselben eingegangen hatten, zeigten sich in keiner Weise belästigend. Es war zweimal gelungen, die Pläne einer Organisation Deutschlands zu vereiteln, mit denen ein vorlauter Eifer sich befaßte; im Innern des Landes äußerte weder der Bundesprotektor noch der beabsichtigte Bundesrat irgendwie wahrnehmbare Einwirkung; abgesehen endlich von einzelnen Ausbrüchen übler Laune, denen in Napoleons Nähe kaum zu entgehen war und die er nicht selten als politische Triebfedern zu benützen suchte, wurden die Beziehungen zwischen Paris und München stets in anständiger und würdiger Art, innerhalb der bestehenden Uebung und auf dem Fuße völliger Gleichheit erhalten. Das Kontinentalsystem, welches heutzutage wieder mehr Verteidiger findet, konnte allerdings für eine Bedrückung gelten und wurde damals insbesondere wegen der rücksichtslosen Art seiner Durchführung als solche empfunden. Auch die Bestimmung der Rheinbundakte, welche alle Kontinentalkriege als den Beteiligten gemeinschaftlich erklärte, war lästig und konnte je nach Umständen noch lästiger werden; allein bis dahin hatte man diesen Mißstand weniger empfunden, weil thatsächlich noch kein Krieg geführt worden war, der nicht unsern eigenen Interessen entsprochen und durch kurze Dauer seinen Druck weniger empfindlich gemacht hätte. Erst der unvorsichtige und unerklärliche Feldzug des Jahres 1812 gegen Rußland bedrohte diese für uns so günstige Gestaltung der Dinge, denn wie immer auch dessen Ausgang sich gestaltete, konnte er nur das bestehende Gleichgewicht stören und die Lage Europas verändern. Wir mußten ihn notwendig bedauern und konnten nur mit

einem gewissen Widerwillen den Verpflichtungen nachkommen, welche wir damals fast mit ganz Europa teilten. Um so mehr mußten die unglücklichen Ergebnisse dieses Krieges und die daran sich knüpfenden Folgen für uns bedenklich erscheinen. Man fühlte das Herannahen großer Ereignisse: in der allgemeinen Politik vollzog sich ein Umschwung, alte Leidenschaften erwachten und bisher unterdrückte Gesinnungen drohten gefährlich zu werden. Diese Gestaltung der Menschen und Dinge konnte auf das Schicksal erheblich einwirken und es in einem einzigen Tage alles dessen berauben, was in mehreren Jahren mit so vieler Mühe errungen worden war. Dennoch trachtete man, soviel als möglich der vorsichtigen und anscheinend unparteiischen Handlungsweise Oesterreichs sich anzuschließen; man suchte jedermann zu schonen, nach keiner Seite Uebelwollen zu erwecken und, ohne noch das Bündnis mit Frankreich aufzugeben, bei jeder Gelegenheit den Wunsch nach Frieden und die Absicht kundzugeben, zu dessen Herstellung wie immer thunlich mitzuwirken. Ein derartiges Verfahren ließ sich beobachten, so lange der Wiener Hof selbst im Bunde mit dem französischen Kaiser oder doch wenigstens neutral verblieb; es wurde aber von dem Augenblick an bedenklicher, wo auch dieser sich für die Koalition erklärte, denn nun vertrat ganz Europa eine Sache, für die sich auch die Volksstimme mehr und mehr aussprach. Wohl konnten wir auf unsere Armee rechnen, welche niemals ihrer Pflicht ungetreu wurde; sie hatte beim Beginn des Feldzugs und bei dem Marsche an den Inn unzweideutig kundgegeben, wie sie keine andere Politik kenne, als die ihres Kriegsherrn, und keine andere Pflicht, als die, ihm zu gehorchen. Allein manche Offiziere machte doch ihr Interesse der Sache des Gegners geneigt, und es wäre möglich gewesen, daß sie sich dadurch beeinflussen ließen. Auch die große Masse der Bevölkerung zeigte sich ruhig, treu und ergeben; gleichwohl gab es Unzufriedene und ließ sich befürchten, daß, gleichwie das 1809 geschehen, die von Seite der Alliierten verbreiteten Proklamationen in Franken und den übrigen neuerworbenen Provinzen manche Geister aufregen und vielleicht bedenkliche Unruhen veranlassen möchten, was um so leichter möglich war, als die große Ausdehnung der alliierten Heere und ihre bereits errungenen Siege solchen Aufrufen bedeutenden Nachdruck verliehen. Ueberdies gewährte eine Armee von 40,000 Mann, worin die gesamte Wehrkraft des Landes bestand, an sich nur geringen Schutz gegen die weit überlegenen Truppenmassen, welche jeden Augenblick über uns herfallen konnten. Wir besaßen weder einen Waffenplatz, noch sonst eine feste Stellung, noch auch eine gesicherte Rückzugslinie, so daß eine einzige Niederlage alles vernichten und den Bestand der Monarchie selbst in Frage stellen konnte. Frankreich bedurfte aller seiner Hülfsmittel zur eigenen Verteidigung, überließ uns unserem Schicksal und zog allmählich alle seine Truppen hinweg. Auch das Armeecorps, welches Marschall Augereau, Herzog von Castiglione, in Franken zusammengezogen hatte, wurde zur großen Armee einberufen, und dessen Abmarsch isolierte uns vollständig. Ein Einfall von Böhmen aus stand in Aussicht, während wir gleichzeitig am Inn festgehalten waren; alle etwa noch aufzubringenden Streitkräfte konnten nur langsam verfügbar gemacht werden, dagegen war die Gefahr dringend und der Gang der Ereignisse ein rascher. Wohl hatten für den Augenblick die Alliierten fast ihre gesamten Streitkräfte auf einen weit entlegenen Punkt vereinigt; allein schon ein detachiertes Truppencorps von einiger Stärke, wie deren da und dort aufgetaucht waren, genügte, um uns die größten Verlegenheiten zu bereiten. Ungeachtet der äußersten Bedenklichkeit dieser Lage entschloß sich gleichwohl König Maximilian Josef nicht leicht, von einem Bündnisse zurückzutreten, das er mit Ueberlegung geschlossen, und aus welchem er lange Zeit hindurch große Vorteile gezogen hatte. Er sendete Offiziere in das große französische Hauptquartier, um dort Rat und Hülfe zu erholen; allein es war weder das eine noch das andere, ja nicht einmal eine Antwort zu erlangen. Auch zu der uns nächstliegenden Armee des Vizekönigs von Italien wurden Adjutanten abgesendet, allein sie gerieten teils in Gefangenschaft, teils konnten sie nicht bis zum Prinzen gelangen; übrigens war dieser selbst durch die völlige Unzulänglichkeit seiner Streitkräfte bereits auf die Führung eines reinen Defensivkampfes beschränkt. Erst als die feste Ueberzeugung gewonnen war, daß von Frankreich nichts zu hoffen sei, beschloß man, etwaigen Eröffnungen seiner Gegner Gehör

zu schenken. Dieselben erfolgten wirklich von Seiten Rußlands, dessen gemäßigte Gesinnungen ihm den Wunsch einflößten, jedermann rücksichtsvoll zu behandeln und insbesondere die Fürsten durch freien Entschluß und Erwägung ihrer eigenen Interessen für die Verteidigung einer Sache zu gewinnen, welche es für die der ganzen Menschheit hielt, während ihm zudem seine Politik nie gestatten konnte, uns der Willkür Oesterreichs zu überliefern. Durch ein eigenhändiges Schreiben vom 31. August 1831 lud Kaiser Alexander den König ein, sich den alliierten Höfen anzuschließen. In demselben versprach er seine Unterstützung und Besitzgewährschaft, ließ allerdings die Notwendigkeit einiger Abtretungen zum Zweck der Grenzberichtigung durchblicken, doch würden dieselben nur wenig einträgliche und ohnedies abgeneigte Gebietsteile betreffen, auch reichlich vergütet werden, da er (der Kaiser) die Macht Bayerns nicht nur zu erhalten, sondern selbst zu erhöhen wünsche; damit war die Aufforderung verbunden, einen Vertreter mit Instruktionen und Vollmachten zu versehen. Diese Anträge wurden mit Freude und Dankbarkeit angenommen, denn sie kamen bei der damaligen Lage der Dinge höchst erwünscht: in diesem Sinne erfolgte auch die Antwort des Königs. Nur einige notwendige Vorsichtsmaßregeln, bezüglich deren noch Antworten abzuwarten waren, verzögerten die Eröffnung der Unterhandlungen, zu deren Führung der General Graf von Wrede bevollmächtigt wurde. Es wäre nicht wohl möglich gewesen, dieselbe jemand anderem zu übertragen, da er allein vermöge seiner Stellung mit den Alliierten einen Verkehr anzuknüpfen vermochte, ohne den Verdacht des französischen Gesandten zu erwecken, dem die Verhandlungen notwendig verborgen bleiben mußten, bis sie zu einem Ergebnis geführt hätten: man war also gezwungen, sich auf ihn zu verlassen, so fremd er auch der Politik bisher gewesen war. Es wurden ihm die nötigen Vollmachten und Instruktionen von möglichster Ausführlichkeit zugesendet: sie bezweckten die Erhaltung der Souveränität und des damaligen Besitzstandes des Königreichs, sowie die Zusicherung einer vollständigen und wohlgelegenen Entschädigung für allenfallsige Abtretungen, zu denen wir uns entschließen würden. Es wäre in der That schwer gewesen, mehr zu erlangen, denn da allenthalben nur von Gerechtigkeit und Wiederherstellung früherer Zustände gesprochen wurde, war die Gelegenheit nicht günstig, um eine Vergrößerung anzustreben; auch hätte eine solche nur als Ersatz für die Kriegskosten beansprucht werden können, die man jedoch allgemein durch Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit für hinreichend vergütet erachtete, und überdies hätte man nicht gewußt, auf wessen Kosten dieselbe zu erlangen sei. Nachdem General von Wrede die gebräuchlichen militärischen Vorkehrungen getroffen und sich überzeugt hatte, daß nicht allenfalls streifende Abteilungen seine persönliche Sicherheit gefährden würden, begab er sich nach Ried, einer kleinen Stadt im Innviertel, und trat dort in mündlichen Verkehr mit dem Prinzen Reuß und dem Baron Hruby, der seit seiner Entfernung von München im Gefolge des österreichischen Hauptquartiers sich befand. Er lehnte die Mitwirkung des Herrn von Ringel ab, dessen Absendung ihm angeboten worden war, ja schien sogar diesen Vorschlag als ein Zeichen des Mißtrauens in seine Befähigung oder Pflichttreue anzusehen; dagegen kam er zweimal zu mir nach Bogenhausen, um Verhaltungsbefehle und Erläuterungen nachzusuchen, die ihm auf der Stelle zu teil wurden. Mehrmals gestalteten sich die Verhandlungen sehr lebhaft und selbst einigermaßen erbittert, ja die österreichischen Bevollmächtigten drohten sogar mit der Kündigung des Waffenstillstandes, der für die Dauer der Besprechungen mündlich abgeschlossen worden war; allein zuletzt gelang es doch, sich zu verständigen, und durch den am 8. Oktober 1813 zu Ried unterzeichneten Vertrag wurde Bayern der Bundesgenosse Oesterreichs und ein Gegner Frankreichs, an dessen Seite es nun so viele Jahre lang gekämpft hatte."

Diese Darstellungen Montgelas zeigen den Mann, der wußte, was er wollte und um was es sich handelte, aber sie verhüllen uns eine Seite der Entwicklung, die für die Zukunft Bayerns von allergrößter Bedeutung war. Montgelas ging von der für ihn begreiflichen Voraussetzung der Erhebung Bayerns „zum Rang einer europäischen Macht" aus. Aber Bayern lag in Deutschland, und nur als deutsche Macht war Bayerns Einfluß in Europa dauernd sicherzustellen. Dieses Deutschland wieder zum

Rang einer selbständigen europäischen Macht zu erheben, war Bayerns erster Beruf. Und diesen Gesichtspunkt vertrat der Kronprinz Ludwig mit dem ganzen Feuer seines lebhaften Temperaments. Wir haben oben auf die notwendige Ergänzung hingewiesen, welche der Politik des leitenden Ministers nach dieser Seite werden mußte. Der Rieder Vertrag schuf diese Ergänzung, und an ihm hat der Kronprinz Ludwig den größten Anteil. Die Einlenkung Montgelas in die neuen Bahnen war kein Werk des Augenblicks, sondern vollzog sich zögernd und langsam, man möchte sagen wider den eigenen Willen des Ministers.

In den letzten Tagen des März, als Friedrich Wilhelms Aufruf an sein Volk ergangen war und bald durch die norddeutschen Gaue das Landsturmlied erscholl:

„Ha, Windsbraut sei willkommen,
Willkommen, Sturm des Herrn!“

hatte Montgelas einem Briefe an den Kronprinzen die deutsame Bitte hinzugefügt, der Prinz möge gestatten, daß der Minister fortan in politischen Fragen häufiger ihn um sein Urteil befrage, und die Versicherung, daß er, Montgelas, auch früher in solchen Fragen anders gehandelt haben würde, wenn für ihn nicht die Sorge für das Interesse des Staates die erste Pflicht gewesen wäre. Der Kronprinz antwortete verbindlich und entwickelte nun mit dem Ungestüm eines Mannes, der für seine Ueberzeugung, für die Wahrheit seiner eigensten Idee eintritt, dem Minister während der folgenden Monate seine politischen Anschauungen. Da hieß es dann stets wieder: Los von Napoleon! Fort mit dem Rheinbund! Anfangs riet Ludwig zur Neutralität während der Dauer dieses Krieges. Der Kronprinz verhehlte sich nicht, daß ein Wechsel des bisherigen Systems den Verlust Tirols zur Folge haben müsse, aber er hielt dagegen, daß ein Aushärren an der Seite Frankreichs Bayern vollends in dessen Sturz verwickeln müsse.


Metternich.

Montgelas und König Maximilian waren dagegen von der Unvermeidlichkeit dieses Sturzes noch keineswegs überzeugt. Die Siege Napoleons bei Bautzen (20. Mai) und Dresden (26. und 27. August) schienen eher das Gegenteil vorauszusagen. Dann aber, wenn Napoleon sich abermals behauptete, war das Schicksal Tirols mehr denn je entschieden. Bayern konnte hoffen, den Besitz desselben dauernd zu behaupten. Dazu kam für Montgelas die Erwägung, ob Oesterreichs anscheinend freundliche Gesinnung von Dauer sein würde oder nur eine Maskierung weiterer Absichten bedeutete. Das alte Mißtrauen war aus seiner Seele noch keineswegs geschwunden. Erst die Einladung Rußlands gab ihm da, wie wir sahen, eine größere Beruhigung. Von österreichischer Seite liefen die Beweise für die Festigkeit seiner Gesinnung nur ganz langsam ein. So ließ General Frimont, als von seinen Leuten am Inn einige bayerische Patrouillen aufgehoben worden waren, dieselben sofort wieder mit der Erklärung in Freiheit setzen, er habe sich mit den Bayern nicht zu schlagen. Ein weiterer Beweis kam erst in allerletzter Stunde.

Wrede hatte die Unterhandlungen mit den österreichischen Parlamentären begonnen. „Um durch persönliche Fürsprache ein rascheres Tempo zu erwirken, scheute er vor einem

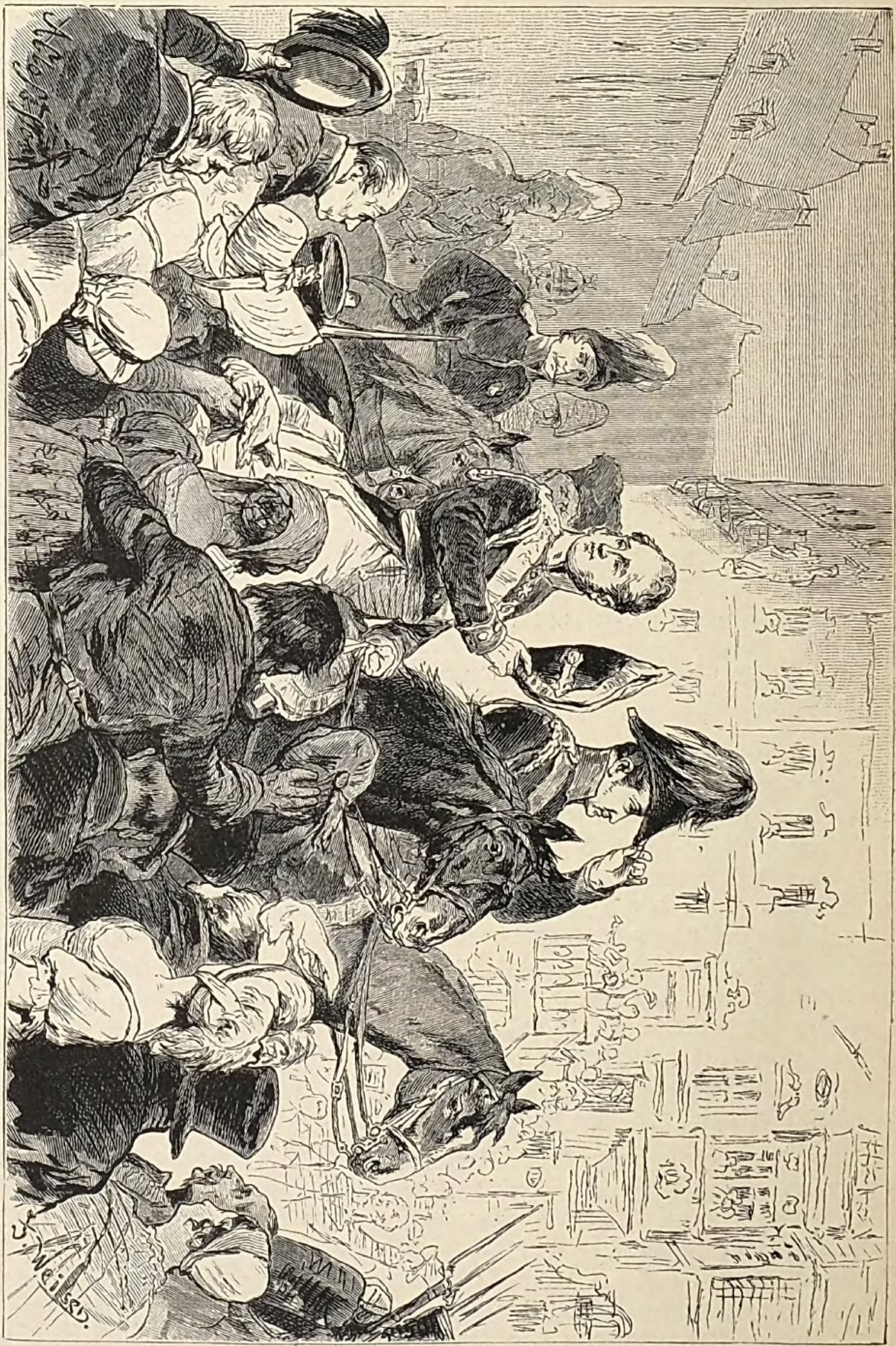
Parforceritt nicht zurück. Er verließ Braunau am 19. September und traf am 20. früh morgens in dem Landhause des Ministers in Bogenhausen ein. Auch König Max kam dahin; Ergebnis der Unterredung war die Absendung eines Schreibens an Napoleon, das die Erklärung enthielt, Bayern werde fortan neutral bleiben. Noch am nämlichen Tage kehrte Wrede nach Braunau zurück und setzte die Unterhandlungen mit Baron Hruby fort. Allein die erwartete Vollmacht zum Abschluß des Vertrags ließ abermals auf sich warten. Da jetzt auch die Oesterreicher ‚unangenehm zu werden begannen‘ und mit Abbruch der Unterhandlungen drohten, sandte der General seinen Adjutanten, Fürsten Taxis, nach München. Am 5. Oktober kam derselbe nach Nymphenburg. Er erhielt den Eindruck, daß Montgelas immer noch zu temporisieren wünsche. Da setzte er sich wieder zu Pferde, um seinen General von den neuen Hindernissen zu benachrichtigen. Am 6. Oktober kam er nach Ried. Am Abend desselben Tages brach Wrede zum zweitenmal nach der Hauptstadt auf. Am Morgen des 7. Oktober stand er wieder in Bogenhausen vor dem König und dem Minister. Wieder führte er alle die Gründe für einen Systemwechsel an, welche schon so oft der Kronprinz als zwingende bezeichnet hatte. Und jetzt ging die Forderung natürlich über die Neutralität hinaus auf Anschluß an die Verbündeten. Jetzt aber konnte Wrede auch mit gutem Gewissen versichern, daß Metternich in Bezug auf den westlichen Nachbarn nicht mehr an der Politik der Kaunitz und Cobenzl festhalten wolle. „Der seit mehr als hundert Jahren bald offen, bald heimlich zwischen den Höfen von Wien und München obschwebende Kampf müsse endlich beseitigt werden, so lautete Metternichs Programm, und Süddeutschlands Verhältnisse müßten eine solche Regelung erfahren, daß Bayern als ein wirklicher Mittelstaat nimmer nötig haben solle, gegen Oesterreich den Schutz Frankreichs anzurufen. Mit solchen Vorstellungen überwand der General die Bedenken des Ministers, der in der Neutralität Bayerns den größeren Vorteil erblickte, und des Monarchen, der das Bündnis mit Napoleon und Frankreich nicht mit leichtem Herzen opferte. Kaum hatte der König die Vollmacht für Wrede unterzeichnet, bestieg dieser wieder sein Pferd; am 8. Oktober morgens 3 Uhr kam er in Ried an, und wenige Stunden später war der Rieder Vertrag unterzeichnet.“ (Heigel).

Es war die Mäßigung Oesterreichs, der offen bekundete Wille, mit dem System der Vergangenheit für immer zu brechen, was Bayern nunmehr die Möglichkeit gab, die dargebotene Hand zu ergreifen. Diese Versöhnung allein konnte den freudigen Wiedereintritt Bayerns in die deutsche Waffengenossenschaft erwirken und damit jenen Traum erfüllen, der eines Mannes ganzes Denken und Fühlen bisher durchwoben: des Kronprinzen Ludwig. Mit dem bisher festgehaltenen politischen System des Ministers ging es in der Zukunft allein nicht mehr; ein Faktor war in die bayerische Politik siegreich und bestimmend eingedrungen, der sich in der Person des Kronprinzen verkörperte: der Gedanke, daß Bayern nur im Anschluß, nicht im Gegensatz zu Deutschland das Ziel seiner eigenen Entwicklung zu erreichen vermochte. Aus dem Grunde mußten wir der Entwicklung zum Rieder Vertrag eine eingehendere Aufmerksamkeit widmen, da mit ihm Bayern eine neue Station seines Werdens erreichte, von der damit auch für die Entwicklung Deutschlands eine neue Bahn sich erschloß.

Durch den Vertrag von Ried erhielt Bayern volle Garantie für den Fortbestand als unabhängiges Königreich und den Besitz der Provinzen, die bei Abschluß des Traktates den Staat Bayern bildeten, oder doch vollen Ersatz für etwa notwendige Abtretungen. Für die Zurückgabe von Tirol, Salzkammergut, Inn- und Hausruckviertel an Oesterreich wurden jetzt schon die Territorien von Würzburg und Aschaffenburg, sowie durch einen geheimen Artikel die Einräumung derjenigen Landstriche, die zwischen der Pfalz, deren Abtretung von Frankreich erzwungen werden sollte, und dem rechtsrheinischen Gebiet einen ununterbrochenen Zusammenhang herstellen würden. Der Rieder Vertrag enthielt, wie Treitschke richtig bemerkt, drei feste Schläge Oesterreichs gegen Preußen, aber daß es so kommen konnte, lag nicht zum kleinsten Teil an der Unklarheit der preußischen Politik selbst. Bayerns Wiedereintritt in die deutsche Genossenschaft be-

deutete demnach für Bayern nichts anders, als die Wiedereröffnung der alten Frage des deutschen Dualismus.

Wenn Metternich namentlich von Treitschke und andern stolz getadelt wird, weil er „den gefährlichsten und böswilligsten Staat des Rheinbundes von jeder Verpflichtung



Einzug der Alliirten in Paris am 31. März 1814. Zeichnung von J. Weiser.

gegen Deutschland freisprach," und ihm die Behauptung des „Raubes von 1802, 1807 und 1809" gewährte, so bekundet dieser Vorwurf nur eine vollständige Unkenntnis des Leitmotives der bayerischen Entwicklung, die entweder aufgelöst oder aber, wenn erhalten, dann auch befähigt werden mußte, die Hindernisse, welche sich ihr seit Jahrhunderten in

den Weg gestellt, endlich bei dieser großen deutschen Revolution für immer zu beseitigen; es verhüllt ein solcher Vorwurf ebenso nur schlecht einen andern Hintergedanken: daß nämlich mit der Erhaltung und Anerkennung Bayerns auch allen den andern Mächten ihre Selbständigkeit zurückgegeben werden mußte, die mit Bayern die gleichen Pfade gewandelt, daß also auch Preußen den Gedanken einer Kassierung so mancher Gebiete endgültig aufzugeben hatte. Für Deutschland aber bedeutete die Erhaltung Bayerns in dem Umfange, wie ihn die große deutsche Revolution gebracht hatte, zunächst noch etwas ganz anders. Sie war gleichbedeutend mit der Erhaltung der Errungenschaften überhaupt, welche die Umwälzung herbeiführte. Denn begann man erst die Schraube zurückzuwinden, so war eine Grenze der „Wiederherstellungen" nicht mehr abzusehen, und ein Zurücksinken in den früheren trostlosen Zustand wäre durchaus nicht ausgeschlossen gewesen. Daß bei dem sich schon damals ankündenden Rückwärtsfieber, welches dann später in der innern Politik in voller Stärke ausbrach und Deutschland die traurigsten Tage brachte, die Schraube sofort bei Bayern einhakte und seine Fortexistenz sicherte, war ein Glück für Deutschlands Entwicklung, ein Glück, dessen ganze belebende Folge nur durch die Thorheit des später wieder zur Herrschaft gelangenden Kleingeistes dem deutschen Volke zum größeren Teile verkümmert wurde.

Außerdem aber bemerkt Heigel gegen den Vorwurf, „daß der Uebertritt Bayerns vor der Schlacht bei Leipzig erfolgte, also zu einer Zeit, da die Wagschalen des Kriegsglücks für die Verbündeten und Napoleon noch ziemlich gleich standen, daß dann Bayern mit seiner Armee an den folgenden Kämpfen teilnahm und erst durch seinen Anschluß an die deutsche Sache der Uebertritt der übrigen Rheinbundstaaten und somit die Auflösung des Bundes, an dem Napoleon bisher eine so bedeutende Stütze gehabt hatte, veranlaßte." Der beste Beweis aber für die Bedeutung der That Bayerns ist der furchtbare Zorn Napoleons. „Der König von Bayern hat sich einer feigen Verräterei schuldig gemacht. Uebrigens, es ist der Fußtritt eines Esels, aber der Löwe ist noch nicht tot. Ich kam, um ihnen ihren Wrede totzuschlagen und über die Leiber der ganzen bayerischen Armee hinwegzuziehen. Der König wird mich nächstes Jahr wieder sehen, und er soll sich daran erinnern! Es war ein kleiner Fürst, den ich groß gemacht habe; es ist ein großer Fürst, den ich klein machen werde." „München in einen Aschenhaufen zu verwandeln," das war der blutdürstige Gedanke dieses Millionenmörders.

In der „Völkerschlacht" bei Leipzig am 18. Oktober 1813 war der Bonapartismus nach einem mehrtägigen harten Kampfe zusammengebrochen. Napoleon mußte den großen Rückzug, der bei Moskau begonnen, fortsetzen. Sofort nach dem Rieder Vertrag waren die am Inn stehenden Bayern und Oesterreicher unter dem Oberbefehl Wredes vereinigt worden und zum Kampfe nach dem Norden aufgebrochen. Wrede erhielt auf dem Marsche an den Main die Nachricht von der Niederlage Napoleons und faßte den Entschluß, der französischen Armee bei Hanau den Weg zu verlegen. In der Annahme, daß Napoleon mit der Hauptmasse auf Koblenz gegangen sei, stellte er sich bei Hanau quer über die Straße von Fulda nach Frankfurt auf, die Stadt und den Main im Rücken, den Lamboiwald vor der Front, eine Brigade jenseits des Waldes vorgeschoben. Napoleon griff am 30. an; eine Batterie von 30 französischen Geschützen, welche General Drouot geschickt plazierte, und der bei den Bayern eintretende Munitionsmangel entschieden bald den Kampf zu Gunsten Napoleons. Wrede wurde beiseite geworfen, und die Franzosen gewannen die Straße. Nochmals versuchte Wrede am 31. die Arrièregarde Napoleons abzuschneiden. Er nahm Hanau wieder, wurde aber verwundet, und der ihm nachfolgende österreichische Kommandeur gab bald den weiteren Kampf auf. „Als brave Soldaten müssen wir unser Möglichstes thun," hatte Wrede auf die Meldung erwidert, daß es nicht eine Nebenabteilung, sondern der fliehende Kaiser selbst sei, der mit seinen Garden vor ihm stand. Und mit Ernst bethätigte er den guten Willen den neuen Freunden und Verbündeten trotz der vielfach ungünstigen Lage.

In die Entwicklung des weiteren Feldzugs gegen Frankreich griff Wrede wiederholt maßgebend, wenn auch manchmal eigenmächtig ein. Seine Verwundung, anfangs für schwer gehalten, heilte rasch und hinderte ihn nicht an weiterer Teilnahme. So

blieb der Wunsch des Kronprinzen unerfüllt, selbst an der Spitze der Bayern den Feldzug in Frankreich mitzumachen, ebenso aber der, als Führer einer Division unter Wrede an dem Zuge Alldeutschlands gegen den sinkenden Imperator teilzunehmen. Am 31. Januar 1814 schrieb Wrede an Schwarzenberg, den österreichischen Oberbefehlshaber, er könne ohne Hungers zu sterben in der dermaligen Stellung nicht länger bleiben. „Ich bin der Meinung, daß wir so bald als möglich Terrain gewinnen müssen und sehe mit Sehnsucht dem entgegen, was Euer Durchlaucht beschließen wollen." Ohne jedoch diese Entscheidung abzuwarten, marschierte er noch am nämlichen Tage vorwärts und meldete dies mit dem lakonischen Zusatze: „daß er auf der Straße von Brienne, wo er vorrückte, den Feind angreifen werde, wo er ihn finde." Ihm gebührt daher die Priorität dieses Entschlusses. Derselbe hatte den Sieg bei La Rothière zur Folge, woran die bayerische Reiterei den bedeutsamsten Anteil nahm. Tüchtige Dienste leistete Wrede ferner in dem Treffen bei Bar sur Aube, und unerschrocken hielt er mit Blücher an der Idee des direkten Vormarsches gegen Paris fest. Am 31. März 1814 hielten die Verbündeten nach Erstürmung des Montmartre ihren Einzug in Paris. Den Aufenthalt in der französischen Hauptstadt benützte Wrede hauptsächlich dazu, die Auslieferung der in früheren Kriegen von den Franzosen aus bayerischen Städten erbeuteten Gallerie- und Bibliothekschätze zu erwirken. Auch zur Mitwirkung an diplomatischen Unterhandlungen besonders wegen Regelung der bayerischen Territorialverhältnisse wurde Wrede von seinem Könige beauftragt.

Napoleon dankte am 20. April mit einer Pension von zwei Millionen Franken ab und erhielt die Insel Elba als Besitztum zugewiesen, wo er eine Art kleiner Souverän sein sollte. „Der Mensch ist am Boden", äußerte Stein in seiner derben Sprache, aber der Mensch stand bald wieder auf, denn mit dem Weichen des furchtbaren Druckes tauchte auch jener dynastische Kleingeist wieder aus der Versenkung empor, der einst alle die furchtbaren Niederlagen Europas herbeigeführt hatte. Die Bourbonen und die Emigranten kehrten mit ihren Anschauungen nach Frankreich zurück. Das Prinzip der „Legitimität", kraft dessen ihnen Frankreich als Erbgut zukäme, widersprach auch dem letzten Schein der Volkssouveränetät, welche die große Revolution hatte begründen wollen. Dieses Königtum, welches der Fremde und der Vergangenheit angehörte und „nichts gelernt und nichts vergessen hatte," war vom Anfang dem Untergang geweiht.

Ungeheurer Jubel begrüßte den am 30. Mai 1814 zwischen Frankreich einer-, Oesterreich, Preußen, Rußland und England andererseits abgeschlossenen sogenannten „ersten Pariser Frieden," der Frankreich die Grenzen vom 1. Januar 1792 beließ. Seine weiteren Bestimmungen übergehen wir, weil sie nur kurzen Bestand hatten. Die weitere Regelung der Verhältnisse, namentlich der inneren deutschen Angelegenheiten blieb einem Kongreß vorbehalten, welcher am 16. September in Wien eröffnet wurde. Aber wie täuschte man sich in seinen großen Hoffnungen, die man auf diese Arbeit der Fürsten und Diplomaten gesetzt hatte! Und wie schob sich alsbald in die sofort wieder eintretende Zwietracht der Waffengenossen der listige Kalkul der Gegner spaltend und weiter zersetzend hinein! Wie wurden die Beratungen über die inneren Angelegenheiten Deutschlands alsbald das treue Gegenbild der Verhandlungen der Großmächte untereinander! Wie floh vor diesem „tanzenden Kongreß", der mit seinen Festlichkeiten ganz ungeheuere Summen verschlang, die Göttin Vernunft von dannen und wie schien es, als ob dieses alte Fürstentum mit seinem schwätzenden Diplomaten- und Intriguantengefolge der ganzen Welt seine ratlose Impotenz zu schöpferischen Thaten habe offen darlegen wollen. Als ob es nie eine Begeisterung der Freiheitskriege gegeben, als ob die Völker immer noch die toten Schachfiguren wären, die man beliebig hin- und herschieben könne, so wurde da verhandelt. Die bankerotte Geistesöde dieser Größen einer vergangenen Welt wandte ihr Medusenantlitz der Bewegung der Völker zu und mit konvulsivischen Zuckungen begann die Bewegung zu erstarren. Vorschläge auf Vorschläge wurden da gemacht zu einem Bundesvertrage, der Oesterreichs Uebergewicht, Preußens Einfluß fest begründen sollte, während namentlich Bayern und Württemberg ihre neuerworbene Selbständigkeit und Unabhängigkeit auf das ängstlichste und hartnäckigste zu wehren suchten. Der Freund

des Vaterlandes, der vor allem ein gegen außen einiges, starkes, eng verbundenes Deutschland wünschte und wünschen mußte, konnte auf die damaligen Bestrebungen aller gegen einander nur mit bitterem Unmute blicken. Nach siebenmonatlichen Unterhandlungen zu Wien, welche die Verständigung eher ferner als näher gebracht — denn schon unterhandelte ein Teil der früheren Kampfgenossen mit dem gemeinsam bekämpften Frankreich gegen die übrigen Bundesgenossen — fuhr wie ein Blitzstrahl in diese traurige Gesellschaft die Kunde von der Wiederkehr Napoleons. Mit fabelhafter Schnelligkeit durchzog der Kaiser das Land von der Meeresküste bis nach Paris. Die Bourbonenherrschaft fiel um, wie vom Winde geblasen, und noch einmal erhob sich ganz Frankreich, um unter dem Adler des Kaisers an den verhaßten Fremden die Schmach seiner Niederlage zu rächen.

Da ward dann die unabweisbare Notwendigkeit die beste Friedensstifterin. Die Großmächte verständigten sich über ihre Ansprüche, die lange ins Stocken geratenen Unterhandlungen über Deutschlands zukünftige Verfassung wurden wieder aufgegriffen und führten in sehr kurzer Zeit zu dem Bundesakte vom 8. Juni 1815, die zu schlecht war, um lange darüber zu reden. Was später Deutschland für seine Fortentwicklung hat büßen und bluten müssen, in der absoluten Ideenlosigkeit dieses traurigsten aller Verfassungswerke lag der Grund davon.

Inzwischen hatte Europa die Waffen wieder gegen den Kaiser ergriffen. Mit größter Anstrengung rüstete auch Bayern eine Armee von 64 000 tapferen und freudig begeisterten Streitern aus. Sie erhielten die Mittelstellung zwischen der Armee Schwarzenbergs und Blüchers. Der Marschall Vorwärts äußerte sich über diese Nachbarschaft sehr befriedigt. „Ich freue mich der vereinten Waffengenossenschaft, mein lieber Fürst Wrede, da ich Sie uf mein linken Flügell weiß, so bin ich um meine Flanke unbesorgt. ihren siegreichen Degen wird der Feind wohl wieder Empfinden, möge demnach der Sieg Sie mit neuen Lorbern krönen. Es ist die unbegrenzte Hochachtung, womit ich dem Herrn mein verehrter Fürst Dehro gehorsamster Diener und treu waffenbruder Blücher.“ An den entscheidenden Kämpfen teilzunehmen, fanden indes die Bayern diesmal keine Gelegenheit. Wellington und Blücher warfen bei Waterloo das hunderttägige Kaisertum über den Haufen, und Europa war seinen Zwingherrn los. In elf Tagen standen die Verbündeten wieder vor Paris. Napoleon hatte die Gelegenheit versäumt, nach Nordamerika zu entkommen. So fiel er den Engländern in die Hände. Die hielten ihn fest und brachten ihn nach St. Helena, wo er recht sicher war. Hier blieb er, aber nicht ruhig: er diktierte Memoiren und machte dem englischen Kommandanten das Leben sauer; auch jetzt blieb er bei seiner alten Gewohnheit, und das war die Lüge, welche er von früh an bis an sein Ende kultiviert hat. Er starb am 5. Mai 1821.

Frankreich mußte nun seinen Frieden schließen mit dem Ausland — den zweiten Pariser Frieden vom 20. November 1815. Der erste im vorigen Jahre war noch gnädig gewesen. Jetzt aber stand die Sache anders. Wieder war kostbares Blut geflossen, wieder hatte man ungeheuere Kriegskosten opfern müssen. Es war eine Uebereinstimmung, Frankreich so zu schwächen, daß es nicht mehr imstande sei, die Welt in Brand zu setzen. Aber der Zar Alexander? — Man müsse den westfälischen Frieden und Ludwigs XIV Eroberungen korrigieren: das war die allgemeine Stimme. Frankreich hätte sich darein ergeben müssen, aber es war nicht die Meinung aller. Wellington wollte Deutschland nicht auf Kosten Frankreichs bereichern, und zwar wollte er es zu Gunsten der neuen Regierung und zu Englands Gunsten nicht. Und England vertrat die Meinung Wellingtons. Der Zar stand zudem noch in der Periode der Großmut, der Ideen von Gerechtigkeit und Friede für Europa. Er gefiel sich in der Rolle des Beschützers, und dabei dachte er an die Entscheidung der orientalischen Frage. Dazu sollte Frankreich helfen. Deutschland sollte also nicht erstarken. Wenn aber die Deutschen einig waren, so setzten sie ihren Willen durch. Aber wir hörten von dieser Einigkeit. Oesterreich ließ Preußen im Stich, und so blieb auch dieser Friede für Frankreich sehr gnädig: einige kleine Grenzabtretungen, 700 Millionen Kriegsentschädigung, die Unterhaltung eines Bundesheeres von 150,000 Mann während der fünf nächsten Jahre.

Europa hatte mit Frankreich gefochten seit langer Zeit, seit dem Jahre 1792. Sein Augenmerk war nun, daß Frankreich nicht zu neuem Kriege Anlaß gebe. Darum wurden Wälle aufgeworfen, darum das Königreich der Niederlande geschaffen, darum Preußen bis an die Grenze Frankreichs vorgeschoben, darum Sardinien gegen Frankreich verstärkt, darum die Kriegskontribution und Okkupation. Das nützte nicht hinreichend. Frankreich selbst mußte zur Ruhe kommen. Daran dachte man bei der zweiten Restauration der Bourbonen.

Als Napoleon einst gegen Rußland zog, gab er seinen Agenten in Polen die Anweisung, für die Entwicklung des nationalen Geistes der Polen zu sorgen, aber die Entwicklung des liberalen Geistes niederzuhalten. Als ob sich der nationale Geist, das Bewußtsein der Volksindividualität pflegen ließe ohne die Freiheit der Individuen! In dieses Dilemma egoistischer Kurzsichtigkeit waren auch die verbündeten Mächte geraten. Da kam Napoleon wieder und jagte den Königen einen heilsamen Schrecken ein. Man besann sich, und am 22. Mai 1815 versprach eine Kabinetsordre des Königs von Preußen seinem Volke eine Verfassung, und die Bundesakte vom 8. Juni lautete in ihrem 13. Artikel: „In allen Bundesstaaten wird eine landständische Verfassung stattfinden." Selbst der Zar versprach den Polen eine Konstitution und den Genuß der Nationalität. Auch in Frankreich sollte nun entschieden zwar, aber liberal regiert werden. Das war der Erfolg des neuen Schreckens, den Napoleon über Europa verbreitet hatte. Aber man war noch weiter gegangen. Die Idee des allgemeinen Friedens strebte nach Verwirklichung, sie durchlief, wie alle neue Ideen eben damals die jugendliche Periode des Mystizismus. Im November kam ein merkwürdiges Aktenstück zustande, eine Akte, wodurch sich die Mächte gegenseitig verbanden, von jetzt ab sich nach der Lehre Christi zu richten, sich als Brüder zu betrachten und ihre Völker als eine einzige christliche Nation anzusehen. So entstand die „heilige Allianz", ein unklarer, unpraktischer Gedanke, der ein Schemen blieb. Doch war er wichtig als Symptom der europäischen Stimmung, wichtig in den Gedanken, die auf praktische Verwirklichung zielten. Eine internationale Behörde sollte zwischen den Kongressen, die von nun an stattfinden sollten, errichtet werden. Da sollten die dringenden Fragen europäischen Interesses beraten und verhandelt werden. Aber England, das Land der „Menschen erster Klasse", für die es nur Engländer und andere Menschen, Menschen geringerer Sorte gab, wollte nicht. Es ließ sich nicht durchführen, schon deshalb nicht, weil die Verwirklichung dieses Gedankens die unverfälschte Stimme der Völker und Volksteile, also die wirkliche Demokratie, keine scheinbare, voraussetzt. Diese Sehnsucht nach dem Mittelalter, wie sie die ganze romantische Geistesströmung bekundete, gehörte der Vergangenheit, nicht der Zukunft an. Mit diesem unklaren Zauber ließ sich nichts machen. Es war eine Uebersetzung des Revolutionsspruches „Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit" in die mittelalterliche Sprache der hierarchischen Monarchie „Gerechtigkeit, Liebe, Brüderlichkeit", eine Anschauung, welche die werdende Erkenntnis der „Internationalität", bei der die Nationalität, die Individualität der Nationen und ihrer Glieder die unumgängliche Grundlage bildet, auf den Kopf stellte. Was wollte man damit in einer Zeit, wo selbst die kleineren Volksteile, wie Württemberg und Bayern, mit aller Begeisterung an dem Wörtlein „Souveränetät" festhielten, wo ein Metternich alsbald Herr wurde über die Maschinerie der heiligen Allianz und sie als Polizei gegen die überspannte Romantik der Deutschtümler oder die revolutionären Patrioten in Deutschland, die Carbonari in Italien und die Liberales in Spanien mißbrauchte?

Was war denn Metternich anders, als der lächelnde Diener des Herrn Franz, der nichts so sehr liebte, als die Ruhe? Aufgaben? Ja, es gab deren in Oesterreich genug, die Hülle und Fülle, aber es geht so schwer. Man hatte gar keine Gedanken, keinen Sinn dafür. Der Absolutismus war doch viel einfacher, als diese Herkulesarbeit. Also Ruhe und Stagnation! Ruhe überall, in ganz Deutschland, in ganz Europa! Der Zar muß gewonnen werden dafür. „Vermittelst Ausnahmegesetzen kann jeder Dummkopf regieren", sagte später Camillo Cavour, und der ganze Metternichsche Staat war ein Ausnahmegesetz.

Und da war Preußen. Das gerade Gegenteil von Oesterreich! Aus der glorreichen Zeit allgemeinster Volksarbeit trat es unmittelbar in die neue Zeit hinein. An der Spitze stehen ruhmreiche Leute, die Generale Blücher, Gneisenau, Bülow und wie sie alle heißen; daneben die Staatsmänner Stein, Humboldt, Hardenberg, welche es Preußen möglich gemacht hatten, mit dieser erstaunlichen Masse von Kräften in die Entscheidung einzutreten. Was da geleistet worden ist, bedarf des Abschlusses. Stein und Hardenberg sind an der Arbeit. Hardenberg will eine Vertretung des Volks, eine nationale Repräsentation. Es ist das ein Werk der Opportunität, denn die Bevölkerung hat sich reif dazu gezeigt. Ueberall haben die Leute bei der Katastrophe die Hände angelegt. Dadurch haben sie sich würdig gezeigt, auch im Frieden mitzuwirken. Aber es ist auch ein Werk der Notwendigkeit. Preußen bedarf der Zusammenfassung aller Kräfte. Preußen kann in dem auseinanderstrebenden Zustand nicht bleiben. Es muß sich mit Deutschland identifizieren. Und wenn ihm das gelingt, wenn es seine Völker auf das innigste befriedigt, so ist es dadurch eine Hoffnung, ein Leitstern für das übrige Deutschland geworden, und dieses wird sich an das neue Preußen, an das Preußen der freien Volksarbeit anschließen. Aber die Repräsentation ist noch nicht da. Und mit diesem Schlußstein fehlt auch die Garantie für die Erhaltung der übrigen Errungenschaften der letzten großen Zeit. Diese Garantie liegt allein in dem Willen des Königs.

Bis jetzt ist Friedrich Wilhelm III noch still. Er ist eine schüchterne Natur und unbeholfen. Die Kräfte, die ihn da umwogen, ziehen ihn nicht an, sondern stoßen ihn ab. Entschlossene Schritte hatte er bis 1813 vollständig vermieden, einer der Gründe, warum Preußen bis dahin immer den kürzeren zog. Die Reform Scharnhorsts hatte ihn nur kurze Zeit ganz erfüllt. Jetzt war die Gefahr vorüber, und die frühere Natur des Königs tauchte wieder auf. Da gab es denn Leute genug, welche den Reformen entgegenstanden. Das alte Preußen war ja auch noch da, und dieses alte Preußen wollte von Hardenbergs Plänen nichts wissen. Sollte doch die Prärogative des Adels wegfallen, hatte Hardenbergs Werk doch die allgemeine Gleichheit im Gefolge, gab es in Preußen doch noch Provinzialstände, in denen der Adel eben alles war! Da setzte nun die reaktionäre Opposition ein. Professor Schmalz zog gegen den Tugendbund los, gegen die Liberalen, die mit ihm und den Jakobinern in Frankreich in Verbindung ständen. Der König schlug zwar die ganze Sache nieder, aber Schmalz bekam gleich darauf einen Orden. Wofür? frug man, und der Spektakel ging los. — Ein anderes war die Thätigkeit des „Rheinischen Merkurs", der unter der Leitung von Görres stand. So gewaltig hatte dieser kühne Litterat einst die Keule gegen Napoleon geschwungen, daß dieser ihn die fünfte Großmacht nannte. Und als nun der Friede kam und der rheinische Merkur die leuchtenden Augen nach innen wandte, da schracken die Leute zusammen und sie haben das Licht ausgelöscht. Es war ihnen unbequem.

In Preußen war auch vieles zu thun. Vieles war neu hinzugekommen, das halbe Sachsen, das schwedische Vorpommern, die Territorien der Kurfürstentümer Trier und Köln, die Bistümer Paderborn und Münster, eine ganze Menge kleinerer Gebiete, so daß die Hälfte des Staates neu war. Man gab sich an die große Arbeit. Ein Staatsrat wurde gebildet, der die höchsten und besten Kräfte des Staates in sich vereinigte. Maaßen, der Finanzminister, schuf ein Zollgesetz, das für die tief gesunkenen Finanzen eine große Hülfe bot und dabei zugleich in die Zukunft wies, die Zukunft des späteren preußisch-deutschen Zollvereins. Ebenso hatte Boyen, der Kriegsminister, die Hände voll Arbeit. Viel wurde da geschaffen, aber im Stillen, auswärts sah man nur die halb oder noch weniger gelungenen Resultate. In der Oeffentlichkeit frug man nach der Richtung der Staatsentwicklung im allgemeinen. Man sah auf Hardenberg. Das war ein tüchtiger Mann, aber ohne Charakterstärke. Er bot dem Könige kein Gegengewicht, keinen Halt gegen die reaktionären Ohrenbläser. Stein hätte besser an die Stelle gepaßt, aber Stein war dem Könige nicht sympathisch. Die Sache ging nicht, wie sie hätte gehen sollen. Statt kühner energischer Arbeit legte man sich auf Erkundigungen. Die Notabeln aus allen Ständen sollten um ihre Meinung gefragt werden. Das konnte zu gar nichts führen. Hätte man die Leute zusammenkommen lassen, so wäre eine Ver-



1. 2. 3. 4. 5. 6. 7. 8. 9. 10. 11. 12. 13. 14. 15. 16. 17.

1. Kaiser Franz von Oesterreich. 2. Kaiserin von Oesterreich. 3. Herzog von Leuchtenberg. 4. Alexander, Kaiser von Rußland. 5. Königin von Bayern. 6. Friedrich Wilhelm III, König von Preußen. 7. Ludwig, Kronprinz von Bayern. 8. Freiherr v. Tettenborn. 9. Prinz v. Ligne. 10. Kaiserin von Rußland. 11. Maximilian, König von Bayern. 12. Herzog v. Wellington. 13. Freih. v. Stein. 14. Fürst v. Metternich. 15. Fürst v. Talleyrand. 16. Wilh. v. Humboldt. 17. Fürst v. Hardenberg.

Fest beim Fürsten v. Metternich während des Wiener Kongresses. Von F. Weiser.

ständigung möglich gewesen. So aber erhielt man einen großen Brei von Meinungen, mit denen man nichts anzufangen wußte. So ging die Zeit dahin, und es geschah nichts. Und schon hatte Metternich den Ansatzpunkt gefunden für seinen Doktrin der Faulheit. Statt die Führung zur Einigung Deutschlands zu behaupten, verlor Preußen die Führung und geriet unter die Führung von Metternich.

Aber es war neben der Einigung Deutschlands, neben dem Streben zur Nation noch etwas: die Idee der Freiheit. Und auch da war Metternich konsequenter, als Napoleon. Er haßte den nationalen Gedanken nicht minder, wie den liberalen, und gegen die Vertreter beider hetzte er, wo er konnte, die Polizei. So hätte dann alles wieder einschlafen und der ganze traurige Zustand der Vergangenheit wieder eintreten können, wenn nicht eins gewesen wäre: die Mittelstaaten. Für die nationale Einigung direkt viel zu thun trotz Oesterreichs, trotz Preußens, hatten sie nicht die Macht. So gedieh der nationale Gedanke hier weiter nach der Richtung des Partikularismus. Aber für den Gedanken der Freiheit? Auch da konnten die Mittelstaaten keine führende Rolle übernehmen, aber sie konnten diesem Gedanken eine Zufluchtsstätte bieten, wo er weiter zu leben vermochte, so lange ihm das Gebiet der deutschen Großmächte versagt blieb. Und das haben sie dann auch gethan. Vor allem Bayern!

Im ersten Pariser Frieden hatte Bayern Tirol und Vorarlberg an Oesterreich wieder abgetreten. Als Entschädigung erhielt es dafür das Großherzogtum Würzburg und einen Teil des ehemals mainzischen Gebietes auf dem rechten Rheinufer, das Fürstentum Aschaffenburg. Dazu trat es auch noch das Inn- und Hausruckviertel und das stets zum bayerischen Kreise gehörige Salzburg an Oesterreich ab. Es erhielt dafür ein buntes Gemisch von ehemals pfälzischen, bayerischen, zweibrückenschen, mainzischen, speyerischen, dann nassauischen, hessischen und badischen Gebietsteilen, nebst den Besitzungen zahlloser kleinerer Reichsstände und Reichsritter, dann die ehemals fuldischen Aemter Hammelburg und Brückenau und die hessischen Aemter Alzenau, Miltenberg, Amorbach und Heubach. Als dann der zweite Pariser Friede geschlossen war, bildete Bayern einen Staat von 1380 Quadratmeilen mit $3^1/_2$ Millionen Einwohnern. Dessen größerer Teil umfaßte in einem zusammenhängenden Gebiete nun die alten bayerischen Herzogtümer Ober- und Niederbayern (mit Ausnahme der eben erwähnten Abtretungen an Oesterreich), die neuburgische und die sogenannte obere Pfalz nebst Sulzbach, von Schwaben die Gebiete der Hochstifte Augsburg und Kempten, dann vieler Reichsstädte, vor allem Augsburgs, Reichsstände, Abteien und eines Teiles der schwäbischen Ritterschaft, von Franken die ehemaligen Bistümer Würzburg und Bamberg, die Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth, die fränkischen Reichsstädte, vor allem Nürnberg und die Gebiete der fränkischen Abteien und Stifter, der ehemaligen Reichsstände und Reichsritterschaft, der fränkischen Ritterkantone, endlich das ursprünglich zum rheinischen Kreise gehörige Fürstentum Aschaffenburg, einen Teil von Kurmainz und ein paar ehemals fuldische Aemter, zusammen mit etwa 3,140,000 Einwohnern. Der kleinere Teil auf dem linken Rheinufer bestand aus jenem Gemisch von Territorien, wie wir sie oben angeführt und enthielt etwa 430,000 Einwohner auf ungefähr 100 Geviertmeilen. Die beiden Teile des bayerischen Staates blieben von einander getrennt, trotzdem Oesterreich das feste Versprechen gegeben hatte, im Fall des Erlöschens der männlichen Linie im Hause Baden die Ansprüche Bayerns auf die altpfälzischen Lande zu berücksichtigen. Metternich hatte sein Versprechen vergessen.

Aber durch den Zuwachs, den Bayern erhalten, durch die Erwerbung der wohlkultivierten fränkischen und schwäbischen Provinzen war erst für Bayern die Möglichkeit einer wirklich modernen Staatsentwicklung geschaffen worden. Das Bauerntum des altbayerischen Landes hatte sein Uebergewicht verloren, und eine neue Zeit begann.

Es war natürlich, daß man bei jeder Grenzerweiterung und Grenzverschiebung, wie sie in den Kriegsjahren so vielfach stattgefunden hatten, darnach strebte, dem neuen Staate eine einheitliche Organisation zu geben. So hatte es Organisationen geregnet. Endgültig ließ sich die Sache erst jetzt regeln. Von welchen Gesichtspunkten man dabei ausging, müssen wir nun sehen.

Für das neue Bayern ergaben sich vor allem folgende Aufgaben: einheitliche Organisation im Innern, Regelung seiner Stellung nach außen. Es galt da, seine Stellung zu finden vor allem gegen Oesterreich und Preußen. Der Dualismus war nun einmal durch die deutsche Bundesakte in Permanenz erklärt worden, und da mußte denn Bayern sehen, wie es sich in diesem Konglomerat von dynastischen Interessen und Gegeninteressen am besten zurechtfand. Dann galt es für Bayern seine Stellung zu finden gegenüber dem Geiste der Zeit, und damit hing dann wieder seine Stellung gegenüber seiner Geschichte und Vergangenheit auf das innigste zusammen. Bayern hatte sich endlich dem neuen Geiste der deutschen Litteratur und Wissenschaft vollkommen erschlossen. Es wundert uns also nicht, wenn sich da etwas zeigte, was wie eine Reformation auf religiösem Gebiete aussieht. Sie mußte kommen unbedingt. Bayern hatte aber ebensowenig seine alte Stellung zu Rom definitiv aufgegeben, wenn es auch in politischer Hinsicht vollkommen die Praxis seiner protestantischen Landsleute angenommen hatte. Da gab es demnach etwas zu regeln. Es mußte zu einer Klarstellung zwischen der neuen Kirchenpolitik Bayerns und der römischen Kurie kommen. Die Zeit eines wirklichen Konkordates war für Bayern angebrochen. Beide Arbeiten, die an der inneren Verfassung und am Konkordate mit Rom, mußten gleichzeitig vorgenommen werden, denn sie bildeten gewissermaßen eine Frage, die Frage des modernen bayerischen Staates.

Schon am 11. Februar 1800 hatte ein kurfürstlicher Erlaß verkündet, daß man die unabweisbar gewordene Erneuerung der gesellschaftlichen und politischen Einrichtungen auf dem Wege der Gesetzgebung zu bewirken die Absicht habe. „Zur Zeit", hieß es da, „wo den Staaten große und gefährliche Erschütterungen drohen, müssen Staatsgebrechen schnell und mit Entschlossenheit geheilt werden, wenn man anders Anarchie vermeiden will . . . . Neuerungen Einhalt zu thun, welche aus neuen, allgemein als gültig anerkannten Grundsätzen fließen, welche das unaufhaltbare Fortschreiten des menschlichen Verstandes und das Bedürfnis der Zeit jeder achtsamen Regierung abnötigen, liegt einmal in unsern Kräften so wenig, als es in unsern Kräften liegt, einen Strom aufzuhalten; man muß mit Klugheit, bei Zeiten und mit Entschlossenheit das ableiten, was man nur mit großem Nachteile, vielleicht nur mit Verlust des Ganzen eine Zeit lang aufhalten könnte. . . . Wer eine Regierung hindert, nach reinen, allgemein gut erkannten Grundsätzen zu wirken, schreiende Ungerechtigkeiten abzustellen, Einheit in die Ausübung dieser Grundsätze zu bringen, wer Mißbräuche beibehalten, sie oft vermehren, palliative Mittel anwenden, oder auch nur wider den Gang des menschlichen Verstandes halb wegschaffen will: der ist ein wahrhaft revolutionärer Mensch." Der gleiche Erlaß deutete für alle deutlich erkennbar den Gang an, den die Regierung zu nehmen beabsichtigte. „Der Fürst darf sich, um seiner Pflicht, für die Erhaltung des Ganzen zu sorgen, genügen zu können, nicht ängstlich um die Form kümmern; was thut die Form zur Sache, wenn nur der Staatszweck zum Wohl des Ganzen erreicht wird; die Erreichung des Zieles steht höher, als die Beobachtung der Form."

Um nun durchgreifen zu können, wendete sich Montgelas zunächst gegen alle die Institutionen, von denen die Möglichkeit eines Widerstandes zu befürchten war. Zunächst also gegen die Trümmer der alten Landstände. Mit harten Worten lehnte der Kurfürst im Jahre 1800 die vom Ausschusse begehrte Berufung eines Landtages ab. Der Ausschuß fügte sich und bewilligte, was begehrt worden war. Als dann 1803 durch Einziehung der Klöster der Prälatenstand der Landschaft fortgefallen war, konnten die Stände in alter Weise nicht wieder zusammentreten, und als Bayern durch die Erwerbungen des Preßburger Friedens sich neu zusammensetzte, wollte die Regierung den altbayerischen Ständen keinen Einfluß auf die Maßregeln für das nunmehrige Königreich einräumen. Mit den wenigen Worten: alle besondern Verfassungen und landschaftlichen Korporationen der einzelnen Provinzen sind aufgehoben, beseitigte eine Verordnung vom 1. Mai 1808 die ganzen Reste einer früheren, verfallenen Entwicklung. Das Feld zum Neubau war frei. Montgelas gedachte Bayern eine neue Verfassung zu geben. Aber er war doch zu sehr Sohn des abgelaufenen absolutistischen Jahrhunderts, zu sehr Gesinnungsgenosse Napoleons, als daß aus dieser Verfassung etwas Ordentliches hätte werden können.

Eine aus Abgeordneten der höchst besteuerten Landeigentümer, Kaufleute und Fabrikanten gebildete Nationalversammlung sollte künftig das Königreich vertreten. Aber die Diskussion sollte beschränkt bleiben auf die Kommissäre des Königs und die drei Kommissäre der Versammlung. Alle Initiative, alle Beschlußfähigkeit blieb bei der Regierung. Doch auch diese stumme Volksvertretung erschien noch zu gefährlich. Sie wurde niemals berufen.

Neben den Landständen waren natürlich auch die alten Gemeindeverfassungen der Städte, Märkte und Dörfer mit ihren Einöden und Weilern vom Erdboden hinweggefegt worden. Die Dorfführer wurden zu Organen der Landgerichtsverwaltung gemacht, und die Magistrate ihrer Polizei- und Gerichtsgewalt beraubt. Schon 1803 traten an die Stelle aller Gemeindeobrigkeiten von der Regierung ernannte Lokalbehörden. Die Gemeindeverwaltungen waren Staatsbeamte geworden. Es war der Geist des Absolutismus, der diese Dinge schuf und mit dröhnendem Stoße die Thüre dem Staate einbrach, hinter der sich das Sonderleben der Gemeinden bis zur vollen Unfruchtbarkeit entwickelt hatte.

Dem Adel gegenüber verhielt sich Montgelas schwankend. In der ersten Zeit seiner Amtsführung betrachtete er zwar den Adel nur als Ungerechtigkeit gegen alle, welche demselben nicht angehörten, außerdem aber als Unbequemlichkeit für eine kräftige Regierung. „Es ist ungerecht, erklärte das kurfürstliche Reskript vom Jahre 1800, die Früchte der gesellschaftlichen Verbindung im Staate zu genießen, ohne zu den Lasten und Ausgaben desselben verhältnismäßig beitragen zu wollen. Alle Einwohner des Landes, ohne Ausnahme, müssen gleichheitlich nach dem Maße ihrer Kräfte die Staatszwecke erreichen helfen. Die Pflicht, für das Wohl einer ganzen Nation zu sorgen, fühlen wir besonders schwer und bedenklich in einem Lande, wo die Bedürfnisse des Staates und des Volkes mit den Vorrechten und Befreiungen vieler einzelnen Individuen so sehr und so oft im Widerspruch stehen.“ Wir erinnern uns dieser alten Privilegien des Adels in Bayern, des Vorrechtes des Amtsgenusses, der Steuerbefreiung, der Edelmannsfreiheit, welche den damit Beliehenen namentlich die Gerichtsbarkeit auch auf den einschichtigen Teilen des adeligen Landgutes, die Ausübung des kleinen Waidwerks in allen landesherrlichen Waldungen gestattete, ferner den Ausschluß der Weiber von der väterlichen Erbschaft festsetzte, den Mannesvorteil des Erstgeborenen bei Teilung der Erbschaft gab und ihre Herrschaften, Hofmarken, Edelsitze mit Polizei, Scharwerk, Bräugerechtigkeit u. s. w. bekleidete. Im Jahre 1804 wurde die persönliche Edelmannsfreiheit enge beschränkt und durch Verordnung vom 26. April 1808 wurde sie gänzlich aufgehoben. Die Verfassung von 1808 beließ dem Adel nur seinen Titel, stellte ihn aber bezüglich der Staatslasten den übrigen Staatsbürgern ganz gleich. Er bildete keinen besonderen Teil der Volksvertretung und hatte kein ausschließliches Recht auf Staatsämter, Staatswürden und Staatspfründen. Aber Montgelas war auch von Adel und Montgelas wurde mit der Zeit auch Großgrundbesitzer, und nach dieser Seite kühlte sich dann sein radikaler Eifer mit der Erfahrung merklich ab, daß schroffe Eingriffe und fundamentale Aenderungen in den Eigentumsverhältnissen durchaus nicht immer das Beste der Allgemeinheit bewirkten. Er war des Adels politisch sicher. Widerstand war von der Seite nicht mehr zu fürchten, und so wurden denn durch Edikte des Jahres 1808 die kleineren Fideikommisse und Gutsgerichte aufgehoben, aber dem Adel das Recht gelassen, allein von allen Bayern Majorate zu errichten. Eine neue Adelsmatrikel schloß den Adel außerdem wieder fester zusammen. Die größeren Gutsherren erhielten Gerichtsbarkeit, Polizei, Patronat, Aufsicht über Kirchen und Schulen, Recht auf Gefälle in Bergwerken, Forsten, Fischereien und auf gemessenes Scharwerk und Zehnten gesichert. Die mediatisierten Reichsfürsten und Reichsgrafen, welche dem neuen Königreich einverleibt waren, gewannen durch die Deklaration vom 19. März 1807 eine hervorragende Stellung. Freilich hing dieselbe, wie des Adels überhaupt, von der Gunst und Gnade des Ministers ab, und außerdem waren ihre Beamten der gleichen Ordnung unterworfen, wie die Beamten des Staates. Der gutsherrlichen Willkür war damit doch eine enge Schranke gezogen, wie ja auch die ungemessenenen Scharwerke in gemessene umgestaltet und diese selbst für ablösbar erklärt wurden. Aber die ministerielle Willkür blieb bestehen.

So war die Regierung die politisch allein berechtigte Macht geworden. Der Hebung des Beamtenstandes mußte sie darum vor allem eine ganz besondere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir hörten bereits von der Umwandlung des Ministeriums im Jahre 1799. Neue Bestimmungen für den Wirkungskreis der höchsten Behörden folgten dann 1801, 1805, 1807 und 1808. Montgelas übernahm neben dem Ministerium des Auswärtigen 1805 auch das neugebildete Ministerium des Kultus und das die Polizei umfassende Ministerium des Innern, dann nach dem Tode des Grafen Hompesch im Jahre 1809 auch noch das der Finanzen. Als Zentralbehörde wirkte die Generallandesdirektion in München, für die Oberpfalz die Landesdirektion in Amberg, für Pfalzneuburg eine solche in Neuburg. Als Unterbehörden traten an die Stelle der früheren kurfürstlichen Pflegegerichte die überall gleichförmig organisierten Landgerichte, zunächst noch Verwaltung und



Königin Caroline.

Justiz umfassend. Bei der Säkularisation im Jahre 1803 wurden diese Behörden neu organisiert, und namentlich nun die Justiz von der Verwaltung getrennt. Im Jahre 1806 folgte abermals Neuorganisation, ebenso im Jahre 1808. Damals wurde das ganze Königreich in fünfzehn Kreise eingeteilt, die dann wieder im Jahre 1809 in neun Kreise zusammengezogen wurden. Zentralisation war die Absicht, und diesem Ziele entsprechend wurde denn auch die Stellung der Beamten neu bestimmt. Schon im Jahre 1801 wurde „die Entlassung einer Staatsdieners nach bloßer Willkür für ungerecht und für das gemeine Beste höchst nachteilig" erklärt. Eine Reihe von Verordnungen regelte dann einzelne Rechtsverhältnisse des Staatsdienstes, bis endlich am 1. Januar 1805 die „Haupt-Landes-Pragmatik über die Dienstverhältnisse der Staatsdiener, vorzüglich in Bezug auf ihren Stand und Gehalt" in Kraft trat, ein Gesetz, das nach dem Ausspruche Max Seydels eine der größten Leistungen des Ministeriums Montgelas und für die Geschichte, nicht nur des bayerischen, sondern auch des deutschen Staatsdienerrechtes epochemachend geworden ist.

Gute Beamte zu erhalten, war das erste Ziel des Ministers. Kenntnis und Rechtschaffenheit forderte der Kurfürst schon im Jahre 1799 von den Anwärtern. Dann wurden am 25. Juni des gleichen Jahres und am 14. August 1803 die ersten einschneidenden Vorschriften über den Studiengang, die Vorbereitungspraxis und die Staatsprüfungen der Staatsdiener erlassen. Von allerhöchster Bedeutung war natürlich hinsichtlich der zweiten Forderung der Rechtschaffenheit eine ordentliche Besoldung. Bisher waren die Beamten im allgemeinen schlecht bezahlt, und noch dazu, namentlich die unteren Gerichtsbeamten, auf Sporteln angewiesen, bei deren Einziehung die größten Ungerechtigkeiten allmählig Gewohnheit geworden waren. Die Besoldung wurde nun durch die Hauptlandespragmatik geregelt, betreffs der Sporteln aber hatte schon der neuburgische Deputationsabschied des Jahres 1799 entschieden, daß die jährlichen Gerichtssporteln von der Staatskasse eingezogen und den Beamten dafür ein hinlängliches Gehalt aus der Staatskasse ausbezahlt werden sollte. Diese Bestimmung wurde sofort von den kurfürstlichen Beamten auf die Beamten der Hofmarksherrn ausgedehnt. Im Jahre 1802 folgte eine weitere Verordnung für die Landgerichte, welche für alle Beamten, Aktuare und Schreiber Besoldungen anordnete und den Bezug von Sporteln und Taxen durchaus verbot. Ein Zuwiderhandeln sollte bestraft werden, als wenn der Beamte Geschenke von den Parteien angenommen, oder Gelder veruntreut hätte. Die Bestimmungen wurden dann später noch mehrmals wiederholt. Es ist wohl natürlich, daß diese Anordnungen erst in der Zukunft wirksam werden konnten, da sich Rechtschaffenheit nicht andekretieren ließ, daß ebenso die Verhältnisse zunächst ein „Vielregieren" herbeiführten, welches manche Schattenseiten aufzuweisen hatte, und eine Beruhigung nicht eintrat. Aber die Beamten fühlten auch, daß sie in der Hand der Regierung waren, sie wurden zum Zweck der „Amalgamierung" der verschiedenen neuen Landesteile vielfach hin- und hergeschoben; dadurch ging allerdings die Möglichkeit eines Einlebens in die lokalen Verhältnisse verloren, die Erwerbung der nötigen Lokal- und Personalkenntnisse wurde sehr erschwert, ja fast unmöglich gemacht, und naturgemäß stellte sich mit der Hebung des Beamtenstandes in dieser Weise auch die Blüte der „bureaukratischen Auswüchse" ein. So wirkten die im Prinzip gerechtfertigten Maßregeln in der Praxis nicht selten schädlich, und an Klagen und Opposition fehlte es denn auch nirgendwo. Doch der Mechanismus gelangte zur Funktion, es wurden Beamten erzogen, welche nur eines Winkes ihres allmächtigen Vorgesetzten bedurften, um willfährig jede Anordnung zu vollziehen. Es fehlte nun die andere Seite der Ausbildung, daß die Beamten Fühlung mit dem Volkswillen und der Volksmeinung gewannen, doch von dem erwachenden Leben im Volke selbst war diese Ergänzung bald zu erwarten.

Das Heerwesen hatte der Kurfürst seiner eigenen Sorge vorbehalten, und es gelang da manche wohl angebrachte Neuerung. Der Verkauf der Offiziersstellen wurde abgeschafft, das Kadettenkorps zu München neu eingerichtet; eine Schule zur Heranbildung von Unteroffizieren wurde gegründet, das Lazaretwesen verbessert und Ordnung in die Militärökonomie gebracht. Das Kantonsreglement vom 4. Februar 1805 führte,

wenn auch mit manchen Ausnahmen, die Dienstpflichtigkeit aller Bayern und die Auswahl durch das Los ein, und die Verfassung von 1808 sprach allgemein aus: die Truppen werden durch den Weg der allgemeinen Militärkonskription ergänzt.

Und nun die Finanzen! Da sah es furchtbar aus. Weder der Stand der Staatsschuld noch der Staatsgefälle konnte zuverlässig angegeben werden; über dem landschaftlichen Steuer- und Aufschlagswesen lag ein dicker Schleier, wahrscheinlich, wie die Regierung vermutete, um das Unverhältnismäßige in demselben zu verbergen. Es wurde Hilfe angekündigt, Hilfe auf dem kürzesten Wege. Dazu sollte eine allgemeine Steuerregelung, welche die Steuern gerecht verteile, führen. Auch das kurfürstliche Kammergut sollte der Besteuerung unterworfen, die klösterlichen und adeligen Bräuhäuser sollten zu denselben Leistungen, wie die bürgerlichen herangezogen werden. Aber so einzelne Maßregeln halfen nicht viel. Es mußte da eine vollkommene Revolution kommen. Und so wurde denn schon im neuburgischen Deputationsabschied von 1799 verkündigt, daß es in Zukunft nur zwei Steuern geben solle: eine Landsteuer und eine Konsumtionssteuer. Beide Steuern sollten, die eine den Flächeninhalt des Grund und Bodens, die andere der Größe der Konsumtion entsprechend, von jedem Besitzer und Konsumenten ohne Ausnahme entrichtet werden. Im Dezember 1800 wurde dann, um die „unaussprechlichen" Forderungen der französischen Armee zu befriedigen, ein allgemeiner Kriegskostenvorschuß als progressive Vermögenssteuer auferlegt, zu der Adel, Pfarrer, Klöster, Kammergüter ohne Unterschied herangezogen wurden. 1807 fielen die Steuervorrechte der gefreiten Stände; 1809 sprach die Verfassung aus: ein und dasselbe Steuersystem soll für das ganze Königreich sein, der Adel wird in Rücksicht auf die Staatslasten den übrigen Staatsbürgern ganz gleich behandelt. Die herkömmlichen, nur einzelnen Gegenden angehörenden Steuern wurden aufgehoben und durch gleichartige Abgaben für das ganze Land, wie Haus- und Gewerbesteuer, ersetzt. Aber alle jene Maßregeln schienen nicht ausreichen zu wollen. Der immer wiederkehrende Kriegszustand verschlang enorme Summen, er verschlang aber außerdem einen großen Teil der Arbeitskraft und Arbeitsleistung des Landes, und was da noch besonders durch die Säkularisation gesündigt worden war, ließ sich nicht mehr gutmachen.

Der Reichsdeputationsrezeß von 24. März 1803 hatte nach einigen in keiner Weise gesicherten Vorbehalten für Schulen u. s. w. alle Güter der fundierten Stifter und Klöster, in den alten sowohl als den neuen Besitzungen katholischer sowie augsburgischer Konfessionsverwandten der freien und vollen Verfügung der Landesherren zur Erleichterung ihrer Finanzen überlassen. Es wurde da von den Vertretern der Legalität ein Rechtsbruch vollzogen, der in keiner andern Geschichte seines Gleichen hat. Wohl hatten sich die alten geistlichen Anstalten größtenteils überlebt, wohl war es ein dunkles Gefühl des nach Freiheit der Entwicklung und Zweckmäßigkeit in der Wahl der dazu erforderlichen Mittel strebenden Menschengeistes, welches solche Maßregeln an die Hand gab. Aber hätte man sich auf diesen Standpunkt des zur Freiheit strebenden Menschen- und Volksgeistes gestellt, man könnte die Revolution als eine berechtigte ansehen. So aber trat der Staat, und zwar der in Deutschland durch die absoluten Fürsten verkörperte Staat, an die Stelle des Volksgeistes, und die Revolution gedieh nicht zum Vorteil aller, sondern zum Vorteil der einzelnen.

Die unermeßlich reichen Domstifter, die sonstigen Stifter und Klöster hatten es versäumt, von ihren Reichtümern jenen zweckmäßigen Gebrauch zu machen, welcher allein die Anhäufung derselben in ihrer Hand rechtfertigen, die Nachteile ihrer gänzlichen Entziehung aus dem freien Verkehr aufwiegen konnte. Die Zwecke, zu denen eine frühere Zeit die Kirche mit solchen Gütern bereichert hatte, waren vollkommen in Vergessenheit geraten. Die Gemeinnützigkeit dieser Anstalten schwand von Tag zu Tag mehr, die volkswirtschaftlichen Nachteile ihres Bestehens häuften sich in dem gleichen Maße. Und doch lag in der Gemeinnützigkeit, wie in den volkswirtschaftlichen Vorteilen, die einst mit diesen Anstalten verknüpft waren, die allein reale Legitimation, die alleinige Berechtigung ihrer Existenz. Die „Rechtsgelehrten" mögen da vielfach anderer Ansicht sein, allein damals überflutete ein frischer Strom aus dem unverjährbaren Rechte der Natur das versunkene

und versumpfte Leben der Justiz, und dieser Strom schwemmte die Trümmer einer verfallenden, vollkommen unreparierbaren Einrichtung hinweg, die für die gesunde Fortentwicklung nur mehr ein Hemmnis bedeutete. Nicht die Säkularisation an sich ist daher der Rechtsbruch, sondern die Thatsache, daß sie von Leuten durchgeführt wurde, welche von dem Naturrechte des Volkes nichts wußten und wissen wollten, welche für sich gerade den Rechtsstandpunkt vertraten, den sie hier der Kirche gegenüber außer Geltung setzten. Wir sahen, welche sonderbaren Mischungen von Anschauungen aus Vergangenheit und Gegenwart, aus der Zeit des Mittelalters, das man nun romantisch zu besingen begann, und aus der Zeit der Revolution und der Erkenntnis der Menschenrechte sich bei der Stiftung der heiligen Allianz quirlend emporhoben, und nur aus diesem unklaren, mystisch-naturalistischen Gedankenchaos heraus läßt sich auch diese Maßregel erklären. Daß dabei reales Wissen und reelle Politik nur sehr wenig und sehr unklar mitwirkten, zeigt am allerbesten die Art und Weise, in welcher man an die Ausführung dieses Entschlusses ging. Nicht dem Staate, wie man wollte, sondern den Individuen allein hat diese Maßregel den großen Nutzen gebracht, der Staat lud dabei nur das Odium der Erschütterung des Glaubens an die Heiligkeit gegebener Gewährsleistung auf sich, indem er, der Bekämpfer jeder Revolution, sich hier vollkommen auf den Boden der revolutionären Prinzipien stellte, ohne dabei doch den Sockel einer wirklichen Repräsentation der Volksgesamtheit ersteigen zu können.

Das Defizit der Finanzen mit einem Male und, wie man hoffte, auf immer zu beseitigen, ist keineswegs gelungen. Ein großer Teil der in den Stiftern und Klöstern aufgehäuften Schätze ward durch die Gewissenlosigkeit der mit der Einziehung beauftragten Beamten unterschlagen, durch die Unwissenheit derselben und die übereilten Veräußerungen mutwillig verschleudert. Die Masse des Volkes wollte oder konnte die in viel zu großen Komplexen feilgebotenen Güter nicht kaufen, sie wurden daher wenigen einzelnen Spekulanten, welche sich durch den Wiederverkauf im einzelnen bereicherten, zu Spottpreisen zugeschlagen. So wurde ein ungeheures Vermögen einfach zerstört, die Staatskassen blieben leer, nicht einmal das beständige Defizit des laufenden Dienstes wurde gedeckt. Humboldt sagt einmal, die Vernunft habe wohl die Fähigkeit, vorhandenen Stoff zu bilden, aber nicht die Kraft, neuen zu erzeugen. Von der Bildungsfähigkeit der Vernunft merkte man aber in dieser Angelegenheit nichts, wohl aber umsomehr von der zerstörenden Kraft der Unvernunft. Der Begriff „Säkularisation" wurde nach seiner positiven Seite gar nicht erfaßt. Bedeutet er die Verwendung weltlicher Mittel zu weltlichen Zwecken, so mußte man darauf denken, durch Erhaltung nicht durch Zerstörung diese Güter der Allgemeinheit nutzbar zu machen, und das konnte nur durch direkte Anlage bei dem Volke selbst geschehen. Aber der tote Götze des absoluten Staates rührte daran, und es erlosch ihre Lebenskraft, während das lebendige Volk nur das Nachsehen hatte. Ringseis erzählt in seinen Erinnerungen einige Beispiele der Art und Weise, wie man da vorging, und wenn auch sein im Prinzip verschrobener Standpunkt keineswegs der unsrige ist, so wird man doch erkennen und zugeben, daß an die Stelle dessen, was man da in blinder „Kulturwut" zerschlug, nur die Leere trat, aber ein Ersatz für Zerstörtes noch lange nicht geschaffen werden konnte. Es war das Unglück, daß ein rein negativer Gedanke dem ganzen Werke zu Grunde lag — die Negation der alten Zeit und der in ihr herrschenden Mächte.

Auf die prinzipielle Stellung, welche der Staat der Kirche gegenüber einzunehmen suchte, werden wir zurückkommen, hier sei nur im Anschluß an die obige Darstellung auf die Stellungnahme Montgelas im allgemeinen hingewiesen. Bis zum Frühjahr 1809 hatte er den Schutt aufgeräumt, der in Kirche und Schule, Gewerbe, Ackerbau, Finanzen und Heer seit Jahrhunderten aufgehäuft worden war. „Für jede seiner durchgreifenden Anordnungen lag eine Rechtfertigung in den Zuständen, welche er vorfand." Härten und Unbesonnenheiten blieben dabei natürlich ebensowenig aus, wie Fehl- und Uebergriffe denn wo hätte die Regierung allein alle die Kräfte zur Durchführung hernehmen sollen, deren sie bedurfte, um nur das Gute ihrer Absicht zu verwirklichen? Diese guten Kräfte waren bei dem entarteten Zustande der Gesamtheit nur äußerst spärlich vorhanden, und

so wurde das Harte noch härter durch die Werkzeuge, deren man sich bedienen mußte. Aber auch in der Persönlichkeit des leitenden Ministers selbst lag eine große Ursache des vielfachen Mißlingens. Man denke sich diesen Mann, verbunden mit einer Vertretung des Volkes, die seinem aufgeklärten und energischen Willen die besten Wege und Mittel an die Hand gegeben, das Einzelne vor Augen gerückt, und damit den Schematismus des Ganzen je nach den Umständen verändert und angepaßt hätte — die Maßregeln des Ministers würden sich durchweg als heilsam und einer gesunden Entwicklung günstig erwiesen haben. Aber nach dieser Seite versagte die Natur Montgelas vollkommen. Alles regieren und alles allein regieren — das war sein Wille, es war es um so mehr, als im Volk selbst sich kaum eine Teilnahme weder für noch gegen seine Bestrebungen geltend machte. So schien die im Jahre 1804 ausgesprochene Befürchtung, daß die Vernunft bestimmt sei, in Bayern zum Spott, zum Aergernis und zum Greuel zu werden, wie es die Freiheit in Frankreich geworden, nicht unberechtigt zu sein. Andere freilich meinten, man müsse Bayern, das man bisher nur mit Wehmut nannte, jetzt mit Freuden nennen und statt daß die vorige Pfaffen- und Maitressenregierung Verachtung, fast Abschau erregte, errege die jetzige einen sehr hohen Grad von Achtung, ja sie verdiene, als Muster zur Nachahmung empfohlen zu werden.

In Bayern selbst war die letzte Stimmung weit verbreitet. Das Bestehende, welches von Montgelas angegriffen wurde, hatte lange schon nur mehr wenige Anhänger gehabt. Bürger und Bauern betrachteten einen Zustand, in welchem sie die Zurückgesetzten und Gedrückten waren, mit feindlicher Abneigung, und manchem schien jede Veränderung schon eine Verbesserung. Soweit Montgelas gegen die überlieferten Zustände und Verhältnisse auftrat, hatte er alle die vielen, der Aufklärung anhangenden Elemente im Bürger- und Bauern-, im Lehrer- und Priesterstande für sich, welche Illuminaten gewesen, oder doch unter dem Einfluß der Illuminaten erwachsen waren. „Durch den Illuminatismus haben sich," schreibt Schenk, der spätere bayerische Generaldirektor der Finanzen, im Dezember 1800 aus München, „unter den Geschäftsleuten und Landpfarrern weit mehr Kenntnisse und Aufklärung verbreitet, als man unter diesen Klassen in unserem Vaterlande, dem Herzogtum Berg, findet, aber mit der Aufklärung hat sich wegen des langen Druckes derselben unter der vorigen Regierung eine Abneigung gegen Religion und gegen die bestehende Regierungsform, überhaupt eine solche Reformsucht gepaart, daß die Franzosen selbst gestehen, nirgendwo einen so leicht entzündbaren Revolutionsstoff wie in Bayern und dem Herzogtum Württemberg gefunden zu haben."

Wie Montgelas auch arbeitete, der Finanznot wurde er nicht Herr. Hier setzte die Zeit die Grenze seiner Allmacht, indem sie von der neuen Kultur die ersten Knospen zeitigte, aber Blüten und Früchte der Zukunft vorbehielt. Es stand so schlimm mit den Finanzen, daß oft nicht einmal die Gehalte der Beamten ausbezahlt werden konnten, daß man Anlehen zu den allerungünstigsten Bedingungen machen und selbst zu Zwangsanlehen seine Zuflucht nehmen mußte. Die Kassen blieben leer. „Ein im Jahre 1810 zusammenberufenes Finanzkomité erklärte die Verbindung des laufendes Dienstes mit der Staatsschuld sowohl in den oberen Verwaltungsbehörden, als in den Kassen für den hauptsächlichsten Mißstand des bisherigen Finanzhaushaltes, da hierdurch die Uebersicht, die Bestimmung und Einhaltung fester Etats sehr erschwert, die Verwendung aller vorhandenen Mittel zur Deckung der täglichen Bedürfnisse ohne alle Rücksicht auf die Rechte der Staatsgläubiger sehr erleichert wurde. Es ward sonach die Trennung der Staatsschuld sowohl bezüglich der Verwaltung und der Beamten, als der Kassen von der übrigen Finanzverwaltung beschlossen." So konnte sich der laufende Dienst wohl freier bewegen, allein vor der angehäuften Schuldenmasse von 118230604 Gulden, wie sie am 1. Oktober 1811 sich ergab, konnte auch dem Mutigsten der Mut sinken.

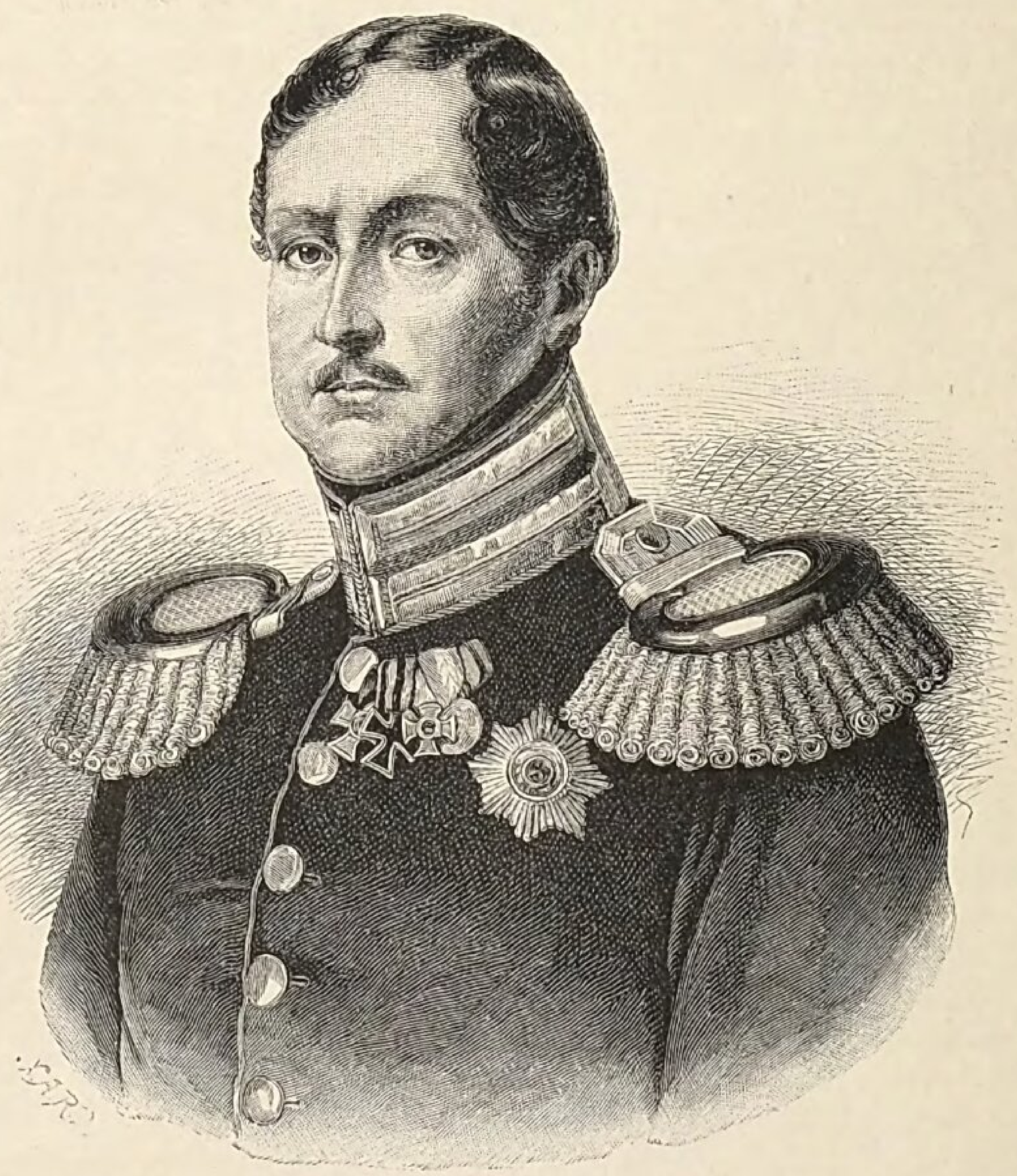
Waren doch viel zu viele Mitteldinge erst zu schaffen, bevor sich ein wirklich allseitiges Aufblühen des bayerischen Lebens, das ohnehin durch die schwere Not der Kriegszeit am meisten gelähmt wurde, erwarten ließ. Schon im Oktober 1799 war von der Generallandesdirektion am sämtliche Landgerichte der Auftrag ergangen, „über die Verfassung der hie und da bestehenden Leibeigenschaft umständlichen Bericht zu erstatten,

da seine kurfürstliche Durchlaucht gnädigst gesinnt sei, diese Leibeigenschaft nicht nur bei seinen eigenen, sondern auch bei andern Gerichts- und Hofmarchsunterthanen gegen eine billige Ablösungssumme aufheben zu lassen." Ueberall finde, erklärte der Kurfürst, der Ackerbau und der Fleiß des Landmannes Hindernisse; sehr oft ist er der Willkür und dem Spiele einiger wenigen preisgegeben. Erfolg hatten die Aufforderungen der Regierung zunächst nicht, bis endlich die Konstitution des Jahres 1808 entschlossen durchgriff und die einfache Entscheidung brachte: „Die Leibeigenschaft wird da, wo sie noch besteht, aufgehoben!" Die Auflösung des Verhältnisses erstreckte sich sowohl auf die rein persönliche, als auch auf jene Leibeigenschaft, die mit dem Besitze eines Gutes verbunden ist. Im ersten Falle hörten alle Wirkungen der Leibeigenschaft, Dienste, Abgaben und andere Verbindlichkeiten, ohne Entschädigung auf, der Unterthan trat in den Zustand des freien Bürgers, es erlosch aller Dienstzwang, die Entrichtung des Leibzinses, der Anspruch des Herrn auf Verlassenschaft, die Abzugsgelder bei der Verheiratung und alle anderen Gebühren. In dem zweiten Falle, wo die Leibeigenschaft mit dem Besitze eines Gutes verknüpft war, wurde dem Leibeigenen zwar auch volle Freiheit wiedergegeben, es erloschen aber nur jene Verbindlichkeiten, die als spezielle Wirkungen der Leibeigenschaft anzusehen waren, wie Leibzins, Abzugsgebühren u. s. w. Die Gesamtheit der übrigen Abgaben nahm die Natur und den Namen der jährlichen Grundabgaben an, die Dienstleistungen wurden als Giltscharwerke beurteilt. Ganz allgemein endlich wurden die letzten Reste des Dienstzwanges beseitigt, da das noch bestehende Recht oder Herkommen, nach welchem die Unterthanen oder deren Kinder auf gewisse Zeit dem Grund- oder Gerichtsherrn zu dienen angehalten wurden, nur eine Art von Leibeigenschaft war (vgl. Hausmann).

Zugleich mit dieser Wegräumung alter Trümmer gab sich die Regierung an die positive Arbeit der Verbesserung und Hebung der landwirtschaftlichen Zustände überhaupt. Welche Ziele man sich da stellte, zeigt die Verordnung vom 23. April 1799: a. die Trockenlegung der Möser; b. die Verteilung der Gemeindegründe zur Kultur; c. die Judikatur in allen Streitigkeiten über die Kultur öder Gründe, Zweimähdigmachung der Wiesen, Aufhebung der Brache u. dgl. in zweiter und letzter Instanz; d. Beförderung der Zerteilung großer Höfe, Bemaierung der öden Güter und Zubaugüter; e. die Bewilligung zum Häuserbau und Ansiedlungen; f. die Verbesserung der Zehent-Ordnungen. Mächtige Strecken Landes wurden kultiviert, wozu man fremde Ansiedler ins Land rief, und schon im April 1802 wird aus München berichtet: „Es werden diesen Frühling und Sommer viele hundert Kolonisten aus den Rheingegenden, besonders Mennonisten, die seit 50 Jahren in den unterpfälzischen Ländern so manchen wüsten Strich Landes in fruchtbare Aecker und Wiesen umgewandelt haben, erwartet, um die öden Gegenden dieses Landes anzubauen. Zwischen München und Dachau werden für dieselben bereits viele neue Häuser gebaut, weil sich selbst in der Nähe der Hauptstadt viel hundert Tagwerk eines fruchtbaren, aber unbenützten Bodens befinden." Das Beispiel dieser Fremden blieb nicht ohne günstige Einwirkung auf die einheimische Bevölkerung. „Ueberall", heißt es in einem Bericht von 1803, „scheint es, als ob der bayerischen Nation die Binde stets mehr und mehr von den Augen fiele, die Mönchtum und Druck verschiedener Art seit Jahrhunderten so fest geknüpft hatten. Es ist der bisher schlummernde Geist der Kultur mächtig erwacht und fängt an, die heilsamsten Wirkungen zu äußern. Das von fremden Ansiedlern gegebene Beispiel der verbesserten Kultur wird bereits hin und wieder mit noch besserem Erfolge von bayerischen Bauern, sonst so großen Feinden solcher Neuerungen, nachgeahmt."

Freilich schoß man im Eifer auch manchmal über das Ziel, so namentlich bei der Abteilung der öden und der Aufteilung der Gemeindegründe, und erreichte die beabsichtigte Wirkung nicht. Ebenso zeigte sich bei den Gutszertrümmerungen auch bald die Gegenseite, daß der Zug der Zeit nicht auf Kleinwirtschaft, sondern auf Großbetrieb hinausging. Im Jahre 1803 gab die Regierung ihre Anschauungen über die Fortschritte der Gutszertrümmerungen zuversichtlich kund. Der „Besitzer werde dadurch meist vor Vergantung gerettet, indem er durch Verkauf der einzelnen Grundstücke eine weit größere Summe erziele, als beim Verkauf des Ganzen"; dann ergebe sich der Vorteil,

daß „bei der Auflösung kleinere Oekonomien entstehen, und diese immer in besserem Zustande sind", während „die zu vielen und zerstreuten Gründe bei einem Gute es von selbst schon teils zu kostbar, teils unmöglich machen, sie mit Nutzen und gut zu bebauen; endlich wird als wichtigster Vorteil dargestellt, daß durch die Zertrümmerungen „das Zusammentauschen der Gründe, das Arrondieren möglich wird," — „wodurch allein sich jede Landwirtschaft von allen Fesseln befreien kann, man die Hälfte an Zeit und Arbeitslohn beinahe gewinnt." So war man bestrebt, kleinere Oekonomien, und damit die Grundlage zur Existenz einer größere Zahl von Familien und Besitzern zu schaffen, denn theoretisch war die Regierung vollkommen überzeugt, daß „das Eigentum insbesondere eine der vollkommensten Bedingungen der unternehmenden und belohnenden Kulturfortschreitungen sei. Aber bald erkannte man doch die Zweischneidigkeit dieser Maßregeln. „Es mußte ja," sagt Hausmann in seinem trefflichen Werkchen über die Grundentlastung in Bayern, „bei der völlig gleichheitlichen Verteilung der Gemeindegründe dieser Zuwachs an Grund und Boden bei den einzelnen Wirtschaften die verschiedenartigste Wirkung üben, besonders für die Viehzucht bei den größeren Grundbesitzern. Bei den Zertrümmerungen andererseits wurde allerdings manche Familie von der drückenden Schuldenlast befreit, war aber dann bei der zu weit gehenden Zerstückelung doch nicht mehr in der Lage, überhaupt einen selbständigen Wirtschaftsbetrieb weiterzuführen." So bremste man denn langsam zurück, und holte, was sehr zu bemerken ist, vor künftigen Entscheidungen über die Austeilung öder Gründe das Urteil der Feldbauern und Landwirte selbst ein, ob die Maßregel passend und angebracht sei. Die Gutszertrümmerungen aber hatten einen schwunghaften Handel in Grundstücken erzeugt, der nichts weniger war, als was die Regierung erstrebt hatte: Aufbesserung und Hebung der landwirtschaftlichen Kultur. Auch da wurden künftig Gutachten aus dem Kreise der Wirtschaftsvorstände eingeholt, namentlich darüber, ob nach der beabsichtigten Abtrennung einzelner Gründe der Rest des Gutes so beschaffen sei, daß darauf bleibend und für immer eine bäuerliche Feldwirtschaft zur vollständigen Nahrung einer Familie fortgetrieben werden könne. Wenn nicht, so wurden die Pläne ohne weiteres abgelehnt.


Friedrich Wilhelm III, König von Preußen.

Dem Namen nach abgeschafft, blieb die Leibeigenschaft in ihren äußeren Erscheinungen doch noch vielfach erhalten, da wir hörten, wie Montgelas zurücktrat, als die

Frage, ob Grundherrlichkeit mit ihrer Polizei und Gerichtsbarkeit fortbestehen solle, ernstlich erwogen wurde. Die Grundherrlichkeit blieb in ihrem eingeschränkten Zustand erhalten, die mit ihr verknüpften Leistungen und Abgaben griffen nach wie vor schwer in die bäuerlichen Wirtschaften ein und die Erbitterung stieg und wurde allgemein gegen dieses Institut, das für den Geist der damaligen Zeit eben nicht paßte. Aber von Seite der Regierung wagte man nicht, eine weitere Umgestaltung des Grundherrlichkeitsverhältnisses vorzunehmen. Dieselbe blieb damit der Zukunft vorbehalten.

Sehen wir nun auf die Thätigkeit der Regierung für Hebung der Gewerbe, des Handels und Verkehrs, so finden wir dort eine nicht geringere Regsamkeit. „Die Landespolizei", äußerte das Postulatreskript von 1800, „war von jeher auf falsche Grundsätze gebaut, sie erstickte alle Industrie und lähmte allen Commerce. Es gab allenthalben Monopole und Privilegien, welche dem Anhäufen des Nationalreichtums hinderlich waren." — „Ueberzeugt", heißt es in einer Verordnung vom 31. März 1801, daß „ein ganz freier Verkehr, sowohl im Innern, als mit Benachbarten, den Wohlstand der Unterthanen befördert, und somit auch auf den Staatskörper den wohlthätigsten Einfluß behauptet, ist unser Augenmerk unabläßig dahin gerichtet, denselben von den Fesseln zu entledigen, die ihm die Gesetzgebung älterer Zeit aufgelegt hat, und die, so bemessen sie damals sein mochten, gegenwärtig nicht mehr dem Bedürfnisse und dem Geiste des Zeitalters anpassen." Und so ging es denn auch da an die Wegräumung der alten Schranken; der Bier- und Brotzwang wurde aufgehoben, das Recht der Zünfte wurde beschränkt, der Verkauf selbstverarbeiteter Stoffe jedem durch das ganze Land gestattet, die Einfuhr verarbeiteter, die Ausfuhr unverarbeiteter Stoffe erleichtert, die Nachsteuer bei Uebersiedelung von Kammergütern in Städte und Flecken aufgehoben, und bei Auswanderung aus Bayern auf Retorsionsfälle beschränkt. Im Jahre 1804 ging Montgelas weiter, als er durch eine Anzahl von Verordnungen dahin strebte, den Zusammenhang der Zünfte zu brechen, und den Gewerbebetrieb nur von der obrigkeitlichen Bewilligung abhängig zu machen.

Der Staat sollte die einzige Schranke für den einzelnen bilden, daher denn die sogenannte Wohlfahrtspolizei nach allen Seiten hin ausgeübt wurde. Die Gefängnisse wurden umgestaltet, Arbeitshäuser angelegt, und Feuerbach, der in der Schule Kants erwachsene Begründer der neuen Rechtswissenschaft, mit Abfassung eines neuen Strafgesetzbuches beauftragt. Das Schießen und Läuten bei Gewittern, um das Einschlagen zu verhüten, ward verboten, aber eine allgemeine Feuerversicherung angeordnet; militärische Streifzüge wurden gegen die Bettler unternommen, aber zugleich die Niederlassung und Verheiratung der Armen erleichtert; die öffentlichen Wege wurden mit Obstbäumen bepflanzt, die Brücken eingerissen, neue nach anderem Systeme gebaut und Landstraßen nach allen Richtungen hin angelegt. 1801 wurde das Irrenhaus in München, 1804 die Taubstummenanstalt zu Freising gegründet. Dann wurde der Verkauf von Arzneien durch Marktschreier verboten. Kuhpockenimpfung, die Verlegung der Begräbnisplätze außerhalb der Ortschaften, Hebammenunterricht und Aufstellung eines besoldeten Arztes bei jedem Landgericht anbefohlen, kurz, in den verschiedensten Lebensverhältnissen eine große Zahl ähnlicher Bestimmungen getroffen.

Die alten Barrieren, welche den freien Verkehr gehemmt hatten, waren weggeräumt. Aber jenseits der Barrieren war Gras gewachsen, eine Urwildnis, die alten Straßen waren mit ihrer Verödung verfallen, und so mußte die Regierung weitergehen und auch noch Straßen anlegen. Es ist nun der ganz gleiche Zustand, den wir auf geistigem Gebiete treffen. Auch da fielen die alten Barrieren, Bayern wurde dem allgemeinen geistigen Verkehr erschlossen. Aber die Wege und Verkehrsmittel waren verfallen, und auch da mußten neue Einrichtungen nach allen Seiten getroffen werden, um dem freigewordenen Leben die Bahn zu graben.

„Weil es den liberalen Gang der Wissenschaften aufzuhalten schien," war wenige Wochen nach dem Regierungsantritt des Kurfürsten das Zensurkollegium aufgehoben worden und dafür eine Zensurkommission mit der Anweisung zu einem bescheidenen und liberalen Verfahren errichtet. Westenrieder, Babo, Imhof und andere, die selbst in der

lebendigen Zeitbewegung standen, wurden zu Mitgliedern der Kommission ernannt, welche jedoch auch im Jahre 1803 in der Ausübung ihres Amtes beschränkt wurde, weil die Zensur für Bücher und Schriften weder „gerecht, noch zweckdienlich, noch hinreichend" schien. Nur Zeitungen und politische Blätter blieben fürderhin der Zensur unterworfen.

„Die Erziehung des Volkes fanden wir ganz vernachlässigt," schrieb der Kurfürst bald ebenso nach seinem Regierungsantritt. „Der Zweck der beträchtlichen geistlichen Stiftungen wurde nicht erreicht; wir haben bereits einige, das nützliche Fortschreiten des menschlichen Verständnisses hemmende Hindernisse hinweggeräumt und einige Lehrstühle besser und zweckmäßiger besetzt." Sofort hatte der Kurfürst die Einziehung der Güter des bayerischen Malteserordens und deren Wiederverwendung zum ursprünglichen Zweck angeordnet. Allerdings wurde dann die Sache noch im Juli 1799 wieder rückgängig gemacht, weil Rußland Einspruch erhoben hatte, und blieb bis zum Jahre 1808 eingestellt. Aber der Wille der neuen Regierung hatte sich damit doch schon offen ausgesprochen. Ebenso wurde im Oktober 1802 der alte geistliche Rat aufgehoben und zur Leitung und Beaufsichtignng der deutschen und lateinischen Schulen eine eigene Behörde, das Generalschuldirektorium eingerichtet. Demselben wurde wenige Monate später eine dreifache Stufenleiter von Schulbehörden — Oberkommissariate, Lokalschulinspektionen, Inspektorate — untergeben; auch das fränkische und schwäbische Schulwesen wurde schon 1804 der obersten Leitung des Direktoriums unterstellt. Im Herbst 1805 wurde in der Gliederung der Behörden eine teilweise Aenderung vorgenommen, das Generalschuldirektorium als selbständige Behörde aufgehoben und durch ein „geheimes Schul- und Studien-Bureau" im Ministerium ersetzt, auch die Geschäfte der Oberkommissariate den Landesdirektionen unter Beigebung technischer Referenten überwiesen. Generalschuldirektor, später Präsident des geheimen Schul- und Studienbureaus, war bis zum 23. Januar 1807 der zum geheimen Rat ernannte Regensburger Domkapitular Josef Maria Freiherr von Fraunberg, später Erzbischof von Bamberg. Damit war die Leitung des gesamten Schulwesens dem Klerus entzogen, und unter Fraunbergs Führung wurde nun die allgemeine Schulpflicht der Kinder geregelt, die Errichtung von Landschulen befördert, für die Verbesserung der Schuldotation und der Lage der Schullehrer Sorge getragen, „denn dieser Stand gehört zu den wichtigsten und achtungswürdigsten, wie zu den mühe- und verdienstvollsten mit seinen vielen und schweren Pflichten." Dann wurden Sonn- und Feiertagsschulen, sowie Industrieschulen errichtet, und am 3. Mai 1804 in einem Lehrplane die allgemeinen Grundsätze aufgestellt, nach welchen von nun an zu Werke gegangen werden sollte. „Es soll von allen notwendigen Kenntnissen und Fertigkeiten, die für das gemeine bürgerliche und wissenschaftliche Leben von vorzüglicher Wichtigkeit sind, ein sicherer und dauerhafter Grund gelegt werden", und demgemäß wurde den Realien „eine vorzügliche Stelle unter den Lehrgegenständen eingeräumt." An die Priester, welche den Lokalschulkommissionen beigegeben waren, erging am 11. Januar 1803 eine ernste Mahnung, ihre Pflicht nicht zu versäumen. „Sind etwa," heißt es da, „die Landschulen bereits ehrwürdige Bildungswerkstätten der aufblühenden Menschheit? Wie manche erzieht leider methodisch zur Dummheit und Immoralität. Auf! Der Träge und Thor nur säumt, es ist Verrat an der guten Sache, wenn ihr euch tüchtiger Mitwirkung in den Schulen weigert, rottet alle Vorurteile und Gebrechen aus, lasset die Jugend nicht eine ihr unverständliche Zeile lesen oder lernen!" „Für die Mittelschulen — Realklassen, Gymnasien, Lyceen — erschien am 24. Juni 1804 ein auf das realistische Prinzip gegründeter neuer Lehrplan. Auch die konfessionelle Eigenschaft der Schulen sollte aufgehoben werden, durchaus folgerichtig, seitdem die weltliche Gewalt das Unterrichtswesen unter ihre ausschließliche Leitung genommen hatte." In einer kurfürstlichen Entschließung vom November desselben Jahres wurde es geradezu ausgesprochen, daß der Kurfürst „die Schulen nicht als religiöse Institute betrachte und sie auch nicht als solche behandeln lasse." Der Hierarchie werde er deshalb keinen Einfluß auf das Schulwesen gestatten, sowie er weder eine katholische noch protestantische Lehrmethode erkenne, vielmehr nur derjenigen seinen Beifall geben

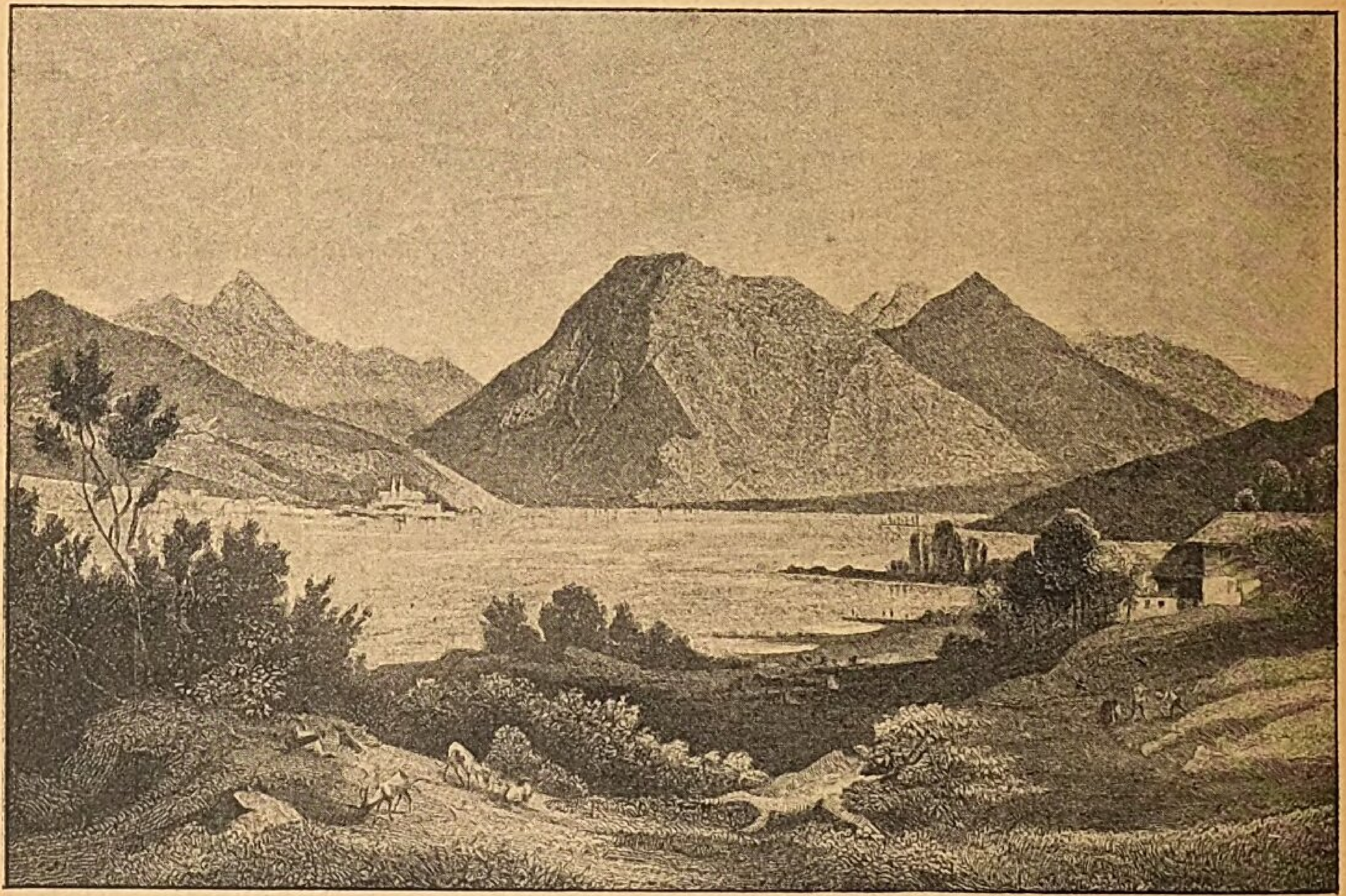
werde, welche nach dem Urteil sachverständiger Männer und durch die Erfahrung als zweckmäßig erfunden werde.

Auch die Universitäten — zu der alten Landesuniversität Ingolstadt war die Universität Würzburg hinzugekommen — wurden nun vollständig säkularisiert. „Durch die Organisationsakte vom 3. November 1803 wurde die Würzburger Universität systematisch und vollständig ihres mittelalterlichen Charakters entkleidet und zu einer allgemeinen Staatsbildungsanstalt, die keinem besonderen Interesse fortan zu dienen habe, umgeschaffen." Die Universität Ingolstadt wurde ebenso vollständig aus ihrem kirchlichen Boden herausgerissen, und um mit ihrer jesuitischen Vergangenheit zu brechen und sie der geistlichen Gewalt des Bischofs von Eichstätt zu entziehen, nahm man im Mai des Jahres 1800 die nahende Kriegsgefahr zum Vorwand, sie von Ingolstadt nach Landshut zu verlegen. Am 21. April 1802 wurde die einweilen provisorische Uebersiedlung in eine definitive verwandelt, der Universität der offizielle Name „Ludwig-Maximilians-universität" beigelegt. Eine neue Organisation erfolgte dann 1804 wie in Würzburg und die Verordnung, welche nach Erwerbung der Königswürde am 29. März 1807 bestimmte, daß die Promotionen nicht mehr „unter kaiserlicher und päpstlicher Autorität", sondern im Namen des Königs vorgenommen werden sollten, daß ferner der Eid auf das Tridentinum wegzufallen habe, verkündigte den vollen Bruch mit der Vergangenheit. Wie für die Würzburger Hochschule die Regierung sich bemühte, die besten Lehrer Deutschlands heranzuziehen, wie an Schleiermacher, Heinrich Voß und G. F. Creuzer vergebliche, dagegen an Döllinger (den Vater), Paulus, Niethammer, Schelling, Hufeland erfolgreiche Berufungen ergingen, so suchte man ebenso der Landshuter Universität die besten Lehrkräfte zu verschaffen. Savigny, Feuerbach, Ast traten da neben den Eingeborenen Sailer, Gönner, Mittermaier und manchen andern tüchtigen Leuten als Lehrer auf. Gleichzeitig mit der Säkularisierung der Universität Würzburg wurde die Hochschule der Bischöfe von Bamberg aufgehoben, und nur ein Lyceum mit philosophischem und theologischem Lehrkurse daselbst belassen. Dasselbe Schicksal traf im folgenden Jahre die von den Augsburger Fürstbischöfen gegründete Hochschule Dillingen. Die ehemalige markgräflich-ansbachische Universität Erlangen aber blieb, als sie im Jahre 1810 an Bayern fiel, bestehen und entwickelte sich unter der neuen Herrschaft zu einer Hochwarte der Wissenschaft in bayerischen Landen.

Erinnern wir uns, wie einst die Emanzipation des Staates von der Kirche eine volle Zurückweisung der letzteren zur Folge hatte, und sich im Protestantismus eine neue religiöse Genossenschaft erhob, wie dann in Frankreich der Katholizismus bei der Säkularisierung des Staates die ganzen Stürme der Revolution in erster Reihe auszuhalten hatte, und vor der Statue der „Göttin Vernunft" seine Altäre in Trümmer sanken, so müssen wir notwendig eine Wendung des alten Verhältnisses zwischen Staat und Kirche auch in Bayern erwarten. Von Lossagung und Abfall konnte nicht die Rede sein, daran dachte man auch nicht, allein die Prinzipien der Reformation und Revolution hatten dennoch mit solcher Kraft eine Berücksichtigung gefordert, daß sich ihnen gegenüber die alte Herrschaft der Hierarchie in Bayern nicht mehr aufrecht erhalten ließ. Wie aber wollte der bayerische Staat, der an Revolution in dem Sinne, wie sie in Norddeutschland, England, Frankreich durchgebrochen war, nicht dachte, seinem bisher vollkommen berechtigten Mitherrscher das Gebiet seiner Herrschaft beschränken? Montgelas hatte den Grundsatz der Staatsomnipotenz zu dem seinigen gemacht. Aber in allen anderen Staaten hatte die Volksmeinung und der Volkswille bei dieser Revolution den allergrößten Einfluß behauptet und ausgeübt. In Bayern sollte das alles nur von oben herab dekretiert werden. Das ging nicht. Es ging um so weniger, wenn man erst einmal die Auseinandersetzungen mit der Kirche über die Beschränkung ihrer Rechte ernstlich in Angriff nahm. Daß sie nicht gutwillig zurücktreten würde, war vorauszusehen, ebenso aber, daß sie sich ihres Einflusses auf die Volksmeinung und den Volkswillen als einer Waffe gegen den Staatsabsolutismus bedienen würde. So drängte sich dem Staate von selbst der moderne Gedanke, auf das Volk zurückzugreifen, auf. In einer Verfassung allein konnte Bayern der Zustand gesichert werden, den es im stürmi-

schen Fortschreiten erreicht hatte. Wir hörten, daß Montgelas auch diesen Gedanken an eine Volksvertretung bereits aufgegriffen hatte, aber eine Verfassung, welche gleichzeitig die Pflichten und Rechte der Regierung festlegte, und die letzteren in weitgehender Weise beschnitt, war nicht seine Meinung. An dieser inneren Inkonsequenz und Einseitigkeit ist dann das System Montgelas gestürzt.

„Wir haben schon mehrmals unseren ernstlichen Willen bekannt gemacht" — so heißt es in einem grundlegenden, die Verhältnisse zur geistlichen Gewalt betreffenden Erlasse vom 7. Mai 1804 — „daß die geistliche Gewalt in ihrem eigentlichen Wirkungskreise nicht gehemmt werden und daß unsere weltliche Regierung in ganz geistlichen



Tegernsee.

Gegenständen des Gewissens und der Religionslehre sich nicht einmischen solle .... Wir würden demnach gänzlich mißverstanden werden, wenn man glauben könnte, daß wir unsere weltliche Gewalt, Gegenstände des bischöflichen Oberhirtenamtes, über innere Kirchenangelegenheiten weiter ausdehnen wollten, als um Mißbräuche, welche dem Wohle des Staates nachteilig werden könnten, abzuhalten .... Dagegen werden wir aber auch nie dulden, daß die Geistlichkeit und irgend eine Kirche einen Staat im Staate bilde, daß dieselbe in ihren weltlichen Handlungen und mit ihren Besitzungen den Gesetzen und den gesetzmäßigen Obrigkeiten sich entziehe; wir werden die Rechte unserer obersten Aufsicht immer strenge ausüben lassen; wir werden unsere landesfürstliche Mitwirkung in Gegenständen, welche zwar geistlich sind, aber die Religion nicht wesentlich betreffen und zugleich irgend eine Beziehung auf den Staat und das weltliche Wohl der Einwohner desselben haben, nicht ausschließen lassen, wie wir die Seelsorger, als Volkserzieher in Religion und Sittlichkeit, nicht als bloße Kirchendiener, sondern zugleich als Staatsbeamte betrachten."

Demgemäß wurden, sagt Sicherer, während die weltliche Gewalt das weltliche Gebiet ungeschmälert für sich behauptete, und in gewissen Gegenständen nichts ohne ihre Mitwirkung geschehen ließ, für die ganz geistlichen Gegenstände der Religionslehre und des Gewissens die landesfürstlichen Oberaufsichtsrechte festgehalten, teilweise sogar ver-

schärft. Eine Verschärfung in der Form erfuhr das landesherrliche Placet, welches schon nach dem bisherigen Recht für alle geistlichen Verordnungen erforderlich war; es wurde die ausdrückliche Erwähnung der landesfürstlichen Bestätigung im Eingang der Ausschreibungen verlangt, ein Verlangen, gegen welches von bischöflicher Seite, unter „voller Anerkennung des landesherrlichen Rechtes der Bestätigung" selbst, Einsprache erhoben wurde. Nach der Errichtung einer bayerischen Gesandtschaft in Rom wurde auch der Verkehr mit dem heiligen Stuhl der landesherrlichen Aufsicht unterworfen. Sicherer hat in seinem vortrefflichen Buche „Staat und Kirche in Bayern" die weitere Entwicklung dieser Verhältnisse bis zur Erklärung von Tegernsee ausführlich dargethan, so daß wir uns hier, unter Hinweis auf ihn, auf das Notwendige und die Ergebnisse beschränken können.*)

Die Verfassung, welche das neue Königreich erhalten sollte, mußte notwendig Rücksicht nehmen auf das Verhältnis, welches die Regierung zu Rom einzunehmen gedachte, andererseits wurde die Verfassung selbst durch dieses Verhältnis beeinflußt, wie sie die Beratungen mit Rom beeinflußte. Also beide Angelegenheiten ließen sich nur nebeneinander behandeln und ordnen. Bayern war ein gemischt konfessioneller Staat durch den erhaltenen Zuwachs geworden. Die Verfassung mußte demnach unbedingt die Rechte der Protestanten und Nichtkatholiken berücksichtigen. Nun aber war nach der Auffassung des römischen Stuhles die Zulassung der Protestanten zum Genuß der bürgerlichen Rechte und zur freien Religionsausübung in einem bisher katholischen Lande „eine schwere Verletzung der religiösen Verpflichtungen des Regenten, eine zum Verderben der Kirche gereichende, den Bestand der katholischen Kirche untergrabende Neuerung." Ebenso wie die Religionsfreiheit wurde in Rom die Freiheit der Presse und des Buchhandels beurteilt, Punkte genug zur Verhandlung. Prinzip stellte sich da gegen Prinzip, die ganze Vergangenheit gegen den Geist der neuen Zeit. Der Kampf mußte zu Ende geführt werden. So hatte man sich denn schon im Mai 1802 in München mit der Ausarbeitung von Entwürfen für ein Konkordat mit der Kurie beschäftigt. Im September 1803 wurde ein pfälzischer Geistlicher, der Freiherr Kasimir Häffelin zum Gesandten in Rom ernannt. Montgelas glaubte sich des Mannes sicher. Klug und geschmeidig wußte Häffelin sich stets in die herrschende Richtung zu fügen. Schwierigkeiten liebte er nicht zu besiegen, sondern zu umgehen; um die Wahrung von Prinzipien kümmerte er sich wenig, wenn er nur den nächstliegenden Zweck erreichte. Mit dieser Wahl charakterisierte sich Montgelas System. Ueberall durchgreifend, schien er gerade hier dem prinzipiellen Kampf ausweichen zu wollen. „Ein geeigneter Unterhändler, so lange Montgelas' feste Hand das Steuerruder führte, erlag Häffelin fast widerstandslos den Forderungen der kurialistischen Staatsmänner, sowie er ein Schwanken der eigenen Regierung zu bemerken glaubte." Was die Kurie verlangte, war nicht mehr und nicht weniger als Herstellung des katholischen Staates in Bayern. Die ganze moderne Gesetzgebung sollte beseitigt, die katholische Religion zur herrschenden erhoben werden. Rom stellte sich abermals dem Werden der Zeit entgegen, und suchte Bayern auf jener Stufe der Stagnation zu erhalten, auf der es nun fast drei Jahrhunderte lang verweilt hatte. So lange das Reich dem Namen nach bestand, konnte man bei der Kurie an ein Reichskonkordat denken, dem dann die Einzelmächte sich gefügt hätten. Mit dem Zusammenbruch des Reiches im Jahre 1806 verdünnte sich dieser Gedanke zu einem solchem an ein Konkordat mit den nichtpreußischen und nichtösterreichischen Ländern. Dem aber stellte sich in Bayern das Streben der endlich erlangten Souveränetät der Landeskirche gegenüber, und gerade diesem Gedanken widerstrebte Rom mit aller Macht. Man suchte Zeit zu gewinnen, bis sich die hochgehenden politischen Wogen geglättet und ein dauerhaftes Resultat erzielt sei. Aber es blieb bei der bayerischen Souveränetät.

*) Für denjenigen, der sich genauer über diese überaus wichtige Entwicklungsphase des bayerischen Lebens unterrichten will, verweisen wir außerdem auf „Heigel: Anteil des Kronprinzen Ludwig am Verfassungswerke", „Lerchenfeld: Die bayerische Verfassung und die Karlsbader Beschlüsse" und desselben: „Aus den Papieren des Ministers von Lerchenfeld".

Die bisherigen gegenseitigen Unterhandlungen hatten nur offenbart, wie weit man auseinander stand. Rom forderte die Aufhebung des gesamten bayerischen Kirchenstaatsrechts, wie es sich im Laufe der Jahrhunderte ausgebildet hatte. Dem stand in Bayern das natürliche Wachstum zur vollen Souveränetät auch auf kirchlichem Gebiete gegenüber. Eine Einigung war unmöglich, und so mischte sich schon im Jahre 1806 ein Element ein, welches die Sache nicht entscheiden, sondern unentschieden hinausschieben sollte: das Element der Zweideutigkeit. Nicht schriftlich, aber mündlich erklärte man dem bayerischen Gesandten, „daß der päpstliche Stuhl die Ausübung mancher Rechte, welche er nie in einer Uebereinkunft zugesteht, geschehen lasse und daß man also von diesen Rechten bei den Unterhandlungen nicht sprechen dürfe.“ Als der bayerische Gesandte darauf hinwies, daß der König einige dieser Rechte teils schon ausgeübt hätte, teils auch ferner ausüben würde, wurde ihm zur Antwort, „daß man dies thun, aber nicht vorher sagen und verlangen soll, daß der Papst selbst die Freiheit der Bischöfe beschränke.“ Die Jesuitendiplomatie der verlogensten Zeit trat also an die bayerische Politik heran, und es war die Frage, ob man in München sich auf diese Bahn der Zweideutigkeit würde hinüberziehen lassen. Und das geschah. Man sah darauf, daß die stipulierten Artikel möglichst großen Spielraum gewährten und verschiedener Auslegung fähig wären. Auf diesem bösen Wege hielt man noch einmal an, als die Tiroler im Jahre 1807 den Kampf für ihre Kirche gegen Bayern vorzubereiten begannen. Damals schien es, daß man in Bayern lieber den Kampf mit Rom aufnehmen, als sich mit zweideutigen Stipulationen zufrieden geben wolle. Anschließend an die im Jahre 1808 erlassene Verfassung hatte die bayerische Regierung ein Religionsedikt (vom 24. März 1809) erlassen, welches auf der Grundlage eines früheren Edikts vom Jahre 1803 fortbauend, die weltliche Gesetzgebung als die Grundlage für die Rechtsgestaltung der Kirche im Staate erklärte, und seinerseits wieder zur Grundlage des Edikts vom Jahre 1818 wurde. Dann trat auf beiden Seiten eine Pause ein, bis zum Sturze des napoleonischen Kaisertums im Jahre 1814. Neue Ideen begannen die Politik der europäischen Mächte zu beherrschen. „Der Kampf, in welchem der Sohn der Revolution besiegt worden war, hatte sich zu einem Kampfe gegen die Revolution selbst und deren Ergebnisse umgestaltet, und wenn gleich der Abschluß des Friedens keineswegs die alte Rechtsordnung und die alten Gebietsverhältnisse wieder herstellte, so wurde doch für die Zukunft die Bekämpfung der revolutionären, die Befestigung der konservativen Elemente ein Losungswort der europäischen Politik.“ Natürlich kam dieser Wandel vor allen der katholischen Kirche zu gut. „Das Wiedererwachen des religiösen Lebens, die mächtig aufstrebende romantische Richtung in Kunst und Litteratur trat dem politischen Umschwung unterstützend und fördernd zur Seite.“ Aber Rom wollte nicht nur eine konservative Politik, es wollte eine volle Restauration. Ging man aber soweit, bis über die Revolution selbst zurück, so war Bayern, das Produkt dieser Revolution, in seinem vollen Bestande bedroht, und hier kamen denn auch die Konkordatsarbeiten, welche in den folgenden Jahren in allen europäischen Staaten wieder aufgenommen wurden, vor allem wieder in Fluß. Bayern hatte auch in dieser Beziehung den allergrößten Anteil daran, daß die Grenze endgiltig festgesetzt werde, über welche man nicht mehr rückwärts zu gehen gedenke. Schon im Juli 1814 beauftragte Montgelas die Ministerial-Kirchensektion wieder mit der Aufnahme ihrer Arbeiten, und am 10. August 1815 erhielt der bayerische Gesandte Häffelin die Weisung, sich von Neapel wieder nach Rom zu begeben. Die Kurie beharrte einstweilen bei ihren alten Ansprüchen. Bis zum Dezember des Jahres 1816 kam man nicht viel weiter. Da brachte ein Kurier der bayerischen Regierung Depeschen Häffelins nebst einem abgeschlossenen Konkordat, welches zur Ratifikation vorgelegt werden sollte. Montgelas ließ dasselbe prüfen, und da erfuhr er denn, daß Häffelin fast in allen Punkten entgegen dem Wortlaut und Geist der erhaltenen Instruktion sich auf die Forderungen der Kurie eingelassen. „Man brachte in Erfahrung,“ sagt Montgelas, „daß seine Begierde nach Erlangung des Kardinalshutes, wozu ihn weder Geburt noch Aufführung berechtigten (er hatte nicht weniger als vierzehn natürliche Kinder, gab bei seinem Erscheinen in Rom anfänglich allerlei Aergernis und

erwies sich mit seiner Niederlassung in Neapel im Jahre 1808 als der eifrigste Höfling und Schmeichler Murats und seiner Gemahlin) ihn dazu trieb, alle diese Fehltritte durch Dienstfertigkeit und Nachgiebigkeit in Vergessenheit zu bringen." Den Vorstoß Roms zu parieren, blieb Montgelas keine Gelegenheit mehr. Bei der Rückkehr des Königs von Wien wurde er unvermutet aller seiner Aemter enthoben und ein neues Ministerium trat an seine Stelle. (2. Februar 1817).

Das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernahm Aloys Graf von Rechberg, das des Innern Karl Friedrich Graf von Thürheim, das der Finanzen Maximilian Freiherr von Lerchenfeld. Der bisherige Justizminister Heinrich Graf von Reigersberg übernahm den Vorsitz im Ministerrate, und wie er, trat auch der Kriegsminister, Johann Nepomuk Graf von Triva in das neue Ministerium wieder ein. Gleichzeitig wurde auch die oberste beratende Stelle des Königreichs umgestaltet, der bisherige geheime Rat durch den Staatsrat ersetzt, welchem außer den Ministern, die Generaldirektoren der Ministerien und eine größere Zahl von Staatsmännern, unter ihnen auch der Feldmarschall Fürst Wrede mit dem Rang eines Staatsministers angehörten. Das neue Ministerium war weit entfernt davon, „ein kompaktes einiges Ministerium zu bilden; vielmehr waren in ihm die verschiedensten staatsrechtlichen Ansichten, wenn auch dem konstitutionellen Rechte bis zu einem gewissen Grade huldigend oder dasselbe doch mindestens als eine unvermeidliche Notwendigkeit betrachtend, in mannigfachen Abstufungen vertreten." Verschieden waren die Ansichten ebenso, wo sie auf das kirchliche Gebiet hinaustraten. Lerchenfeld, ein offener, gerader Charakter, wies stets wieder auf den geraden Weg. Er wollte lieber den Kampf auf ehrliche Weise zu Ende führen, als die römische Kasuistik zu der seinigen machen, und ihm vor allen gebührt das Verdienst, die schwankende Haltung der Rechberg und Thürheim vor allzu großen Konzessionen an die Kurie bewahrt und wenigstens die Prinzipien des modernen Staatslebens gewahrt zu haben. Die Konkordatsverhandlungen kamen nun verhältnismäßig rasch zum Abschluß. Schon am 5. Juni 1817 unterzeichnete Häffelin einen Konkordatsentwurf, der abermals seiner Instruktion vollkommen zuwiderlief. Namentlich der 17. Artikel bestimmte wiederum die Aufhebung des gesamten Kirchenstaatsrechts durch das Konkordat. Rechbergs Bruder ging nach Rom, konnte aber an dem Geschehenen nicht viel mehr ändern, und so ward das Konkordat vom Könige am 24. Oktober genehmigt. Um einen teuren Preis hatte Bayern seine Landeskirche mit zwei Erzbischöfen (München und Bamberg) und sechs Bischöfen (Augsburg, Passau, Regensburg, Würzburg, Speier und Eichstätt) erkauft, von denen der König drei unbedingt, die andern fünf auf Grund einer Kandidatenliste ernennen durfte, und nur die Bestimmung des Konkordats selbst, daß dasselbe als Staatsgrundgesetz verkündigt werden sollte, gab ein Rechtsmittel an die Hand, um die im Konkordat selbst aufgegebenen Prinzipien der modernen Gesetzgebung zu wahren. Die Regierung hatte hiermit die Rechte des Staates gegenüber der Kirchengewalt, soweit dies nach Abschluß des Konkordats noch möglich war, gesichert, aber sie hatte andererseits die Waffe der Zweideutigkeit, die man ihr in Rom in die Hand gedrückt, festgehalten, und sich somit selbst in eine schwierige Lage versetzt, eine Lage, an der die Entwicklung Bayerns bis auf den heutigen Tag noch krankt. „Das Konkordat ist eine stete Quelle des Unfriedens geworden und es bleibt eine stete Gefahr für den Staat. Der Grund hiervon liegt in dem Mangel an Aufrichtigkeit und Wahrheit, der sich durch die Verhandlungen zieht." Es war nun die Aufgabe, das Konkordat, aus dessen Nichtdurchführbarkeit die Regierung der Kurie gegenüber kein Geheimnis gemacht hatte, in die Verfassung einzureihen, um so der Geltung des kanonischen Rechts die Schranke durch die weltliche Gesetzgebung zu ziehen, wie dies im Konkordat selbst vorgesehen war.

Es war in der gleichen Zeit, in welcher die Regierung die Aufnahme der Konkordatsarbeiten im Jahre 1814 wieder anbefahl, daß auch die Arbeiten zur Neubegründung der Verfassung wieder begonnen wurden. Durch königliche Reskripte vom 17. September 1814 war unter dem Vorsitze des Justizministers ein Ausschuß von Staatsdienern zur Revision der Konstitution vom 1. Mai 1808 niedergesetzt und demselben die

neu zu entwerfende Verfassung in den Grundzügen vorgezeichnet worden. Diese Grundzüge schon widersprachen durchaus den Anforderungen des kurialistischen Systems, indem sie bei völliger Religions- und Gewissensfreiheit an der Freiheit der Presse, der gleichen Pflicht der Staatsbürger ohne Unterschied des Standes und Ranges zur Tragung der Staatslasten, der Aufhebung aller besonderen Privilegien und manchem anderen festhielten. In Bezug auf Volksvertretung zog das Reskript sehr enge Grenzen, da sämtliche Grundholden von vornherein vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen bleiben sollten, da sie ohnehin schon durch die Grundherren vertreten seien. Allein innerhalb der Kommission ging man noch weiter, da die Majorität an der Anschauung Montgelas festhielt, „die eigentlichen Repräsentanten der Nation könnten nur der König und die Beamten" sein. Das Wort „deutsch" wurde so ängstlich vermieden, wie der Name Napoleons. Nur Lerchenfeld hielt auch hier an einer wirklichen Volksvertretung fest. So kam nach langen Sitzungen nichts heraus, was auch nur den Namen einer Verfassung verdient hätte und der König lehnte den Kommissionsentwurf ab. Max Josef weilte damals in Wien. Der Kronprinz weilte an seiner Seite und ihm ward der Entwurf mitgeteilt. Er schrieb nun seine Bemerkungen dazu in einem ausführlichen Memorandum, das der grundsätzlichen Gegnerschaft seiner Anschauungen zu denen des leitenden Ministers vollen Ausdruck gab. „Setzt die Regierung nicht fest, daß ohne Stimmenmehrheit der leitenden Stände keine Gesetze, Auflagen, Schulden gemacht werden können, so wäre besser, es würde gar keine Verfassung; denn eine Mittel darbietende, um jene dennoch zu machen, erreicht weder den Zweck, gegen Willkür sicher zu stellen, noch bessert sie das staatswirtschaftliche Vertrauen und würde statt Zufriedenheit nur Mißvergnügen im Volke bewirken, weil ihm vorkäme, die Regierung wolle scheinen, was sie sein nicht will. Sei Bayerns Verfassung die dem Volke am meisten Rechte gibt. Um so größer nur wird die Anhänglichkeit an den Thron, desto fester wird er sich gründen auf Liebe und Einsicht. Man erwarte aber nicht anfangs den Nutzen, welcher sich ergibt, wo solche Verfassung schon Jahrhunderte wirket. Ungeschicklichkeit wird es in Bayern geben, überflüssige Anstände auch in der Folge; was auf Erden ist vollkommen? Aber das Gute wird vergleichslos mehr sein. Wenn einmal seine Verfassung mit dem Bayer verwebt sein wird, und die Jugend sie gleichsam mit der Muttermilch eingesogen wird haben, dann erst wird ihre Wirkung herrlich sich zeigen. Lange Zeit braucht es, bis die Eiche erwachsen; dann ist sie aber auch tief gewurzelt, wanket im Sturme nicht."

Gefahr kann er in der Mitwirkung der Stände nicht erblicken. „Das heißt eine schlechte Meinung haben von dem herrlich in treuer Anhänglichkeit erprobten bayerischen Volke, es fähig wähnend, die zur Staatserhaltung nötigen Auflagen abzuschlagen." Voll und unbeschränkt soll den Kammern das Recht der Initiative zustehen. „Das Beste des Volks und seines Königs erheischt, daß sowohl jeder Standesherr, wie Abgeordnete jeden zum Wohl des Landes oder einer Klasse, einer Körperschaft geeignet haltenden Vorschlag in seiner Kammer zur Beratung thun darf, desgleichen wegen Abschaffung des für schädlich geglaubten." Den Fluß und die Entwicklung der Dinge will Ludwig erhalten sehen, „denn das vermögen Menschen nicht, etwas für immer anzuordnen, seien es Einrichtungen oder Verfassungen; es wäre auch nicht gut, wenn sie es könnten; unaufhaltsam schreitet die Zeit; aber dafür sollten sie Sorge tragen, daß Anordnungen gesetzlich vorgenommen werden könnten, aber möglichst zu vermeiden, daß sie nicht gewaltsam geschehen. Darum stehe notwendig jedem Mitgliede das Recht zu, in seiner Kammer Aenderungen in der Verfassung vorzuschlagen und für solche zu stimmen." Gegen Verletzung der Verfassung sollte ausreichende Sicherheit geboten werden, und ebenso sollte das Prinzip der Verantwortlichkeit aller Staatsbeamten Ausdruck finden. Die im Entwurf vorgeschriebene Beschränkung der Zusammensetzung der zweiten Kammer erschien dem Kronprinzen zu engherzig. Jeder Unterthan, der ein Steuersimplum von 7 Gulden 30 Kreuzer bezahlt, soll Wahlrecht besitzen, mag er Grundbesitzer, Bürger oder Grundhold sein. Diäten hielt der Kronprinz für schädlich; wenn aber solche gereicht werden müßten, wegen der Dürftigkeit der Gewählten, so sollten die Wählenden solche bezahlen, nicht aber die Staatskasse. Der Vorschlag des Kronprinzen, daß „jeder

Christ seiende Teutsche" in Bayern zu allen Aemtern zugelassen werden solle, fand keinen Anklang. Jedoch wurde am Schlusse des Titels die Freizügigkeit gegenüber den anderen Bundesstaaten bis zu einem gewissen Grade zugestanden. Auch Gewissens- und Preßfreiheit wollte Ludwig jedem Bürger eingeräumt wissen, allein als es dann später zur Beratung dieses Punktes kam, hatte er seine Ansicht dahin geändert, daß politische Preßfreiheit ohne großen Nachteil nicht zu behaupten sei, wenn nicht ein deutscher Bundesbeschluß dieselbe gestatte.

Einstweilen hatten diese Vorschläge keine Wirkung, da das Verfassungswerk wieder beiseite gelegt wurde. Erst nach dem Sturze des Ministers Montgelas wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Montgelas hatte seine Gegner in München, wie in Wien und Rom. Am Münchener Hofe bildete der Kronprinz selbst das Haupt der Opposition. Er bewirkte denn auch den Sturz des Ministers, und der an Montgelas' Stelle tretende neue Finanzminister von Lerchenfeld erkannte bald, daß er in einer liberalen repräsentativen Verfassung eine kräftige Stütze für die finanzielle Ordnung und das allgemeine Staatsvertrauen finden werde. Denn sowohl bei dem Heere, das Wrede bis zu einem Bestande von 100 000 Mann, mit fast 15 000 Pferden ergänzt hatte, als bei den Ministern fand Lerchenfeld kein Verständnis für die wirkliche Lage des Staates, dessen Kredit auf das tiefste erschüttert, dessen Finanzlage eine furchtbare war. Wurden doch selbst damals die Privatgelder des Königs, obwohl sie von 360 000 Gulden, die sie im Jahre 1804 betragen hatten, nach und nach auf 600 000 Gulden gestiegen waren, abermals um 260 000 Gulden erhöht, da die Kabinetskasse infolge des Mißbrauchs, der mit der übergroßen Güte des Königs getrieben wurde, an einem chronischen Defizit litt. Die Hofpensionen allein waren von 29 000 Gulden, die sie im Jahre 1792 betragen hatten, auf 214 000 Gulden im Jahre 1818 gestiegen, und ohne Rücksicht auf die vorhandenen Mittel wurde jedem Bittsteller die Anweisung auf die Kabinetskasse gleich mitgegeben. Bei solcher Willkür war an eine Gesundung der Finanzverhältnisse nicht zu denken, und so begreifen wir schon aus diesem Grunde Lerchenfelds mannhaftes Eintreten für eine möglichst liberale Verfassung.



Allegorisches Bild auf die Verfassung.

Eine andere Ursache zur Beschleunigung des Verfassungswerkes war aber die Notwendigkeit, das Konkordat zu veröffentlichen. Die Kurie hatte keinen Grund gehabt, ihrerseits mit der Veröffentlichung zurückzuhalten. Das Bekanntwerden des Konkordats wurde denn auch mit ebenso stürmischer Freude von den Anhängern des kurialistischen Systems begrüßt, wie es bei den Gegnern, namentlich bei den bayerischen Protestanten Erbitterung und Besorgnis hervorrief. Selbst Fraunberg erklärte den Abschluß des Konkordats für identisch mit dem Wideraufleben aller Inquisitionsschrecken und der Vernichtung des Protestantismus in Bayern. Die Gleichberechtigung aller Konfessionen schien alles Ernstes in Frage gestellt. Vorstellungen der protestantischen Kirchenräte und der protestantischen Städte gelangten an den König, und Lerchenfeld bezeichnete in einem Briefe an den Kronprinzen die schleunige Aufhebung des Konkordates als einzigen Ausweg. Der Kronprinz wies diesen Antrag zurück. Das Konkordat sei vom König unter-

zeichnet; daß er's treu zu halten vorhabe, dessen sei er gewiß. „Was würde aus teutscher Treue werden, wenn es anders!" In diesem Dilemma wies Staatsrat Zentner auf die Verfassung. Auf seinem Antrag wurde beschlossen, das Konkordat zugleich mit einem konstitutionellen Edikt über die Religionsverhältnisse in Bayern zu publizieren und die Hauptbestimmungen in die Verfassungsurkunde selbst aufzunehmen. Einstweilen aber wurden die Protestanten beruhigt durch eine königliche Erklärung, welche ihnen den Fortbestand ihrer Rechte und eine feste Garantie derselben durch die zu erwartende Konstitution zusicherte. Und so begann denn im Dezember 1817 die Vorberatung des Verfassungswerkes, dessen Schlußprotokolle am 22. Mai 1818 unterzeichnet wurden.

Vom heutigen Standpunkte ist die Verfassung nicht zu beurteilen. Für die damalige Zeit aber entsprach sie allen billigen Wünschen. „Freiheit der Gewissen und gewissenhafte Scheidung und Schützung dessen, was des Staates und der Kirche ist, Freiheit der Meinungen mit gesetzlichen Bestimmungen gegen den Mißbrauch, gleiches Recht der Eingeborenen zu allen Graden des Staatsdienstes und zu allen Bezeichnungen des Verdienstes, gleiche Berufung zur Pflicht und zur Ehre der Waffen, Gleichheit der Gesetze und vor dem Gesetz, Unparteilichkeit und Unaufhaltsamkeit der Rechtspflege, Gleichheit der Belegung und der Pflichtigkeit ihrer Leistung, Ordnung durch alle Teile des Staatshaushaltes, rechtlicher Schutz des Staatskredits und gesicherte Verwendung der dafür bestimmten Mittel; Wiederbelebung der Gemeindekörper durch die Wiedergabe der Verwaltung der ihr Wohl berührenden Angelegenheiten; eine Standschaft — hervorgehend aus allen Klassen der im Staate ansässigen Staatsbürger —, mit den Rechten des Beirats, der Zustimmung, der Willigung, der Wünsche und der Beschwerdeführung wegen verletzter verfassungsmäßiger Rechte, — berufen, um in öffentlichen Versammlungen die Weisheit der Beratung zu verstärken, ohne die Kraft der Regierung zu schwächen; endlich eine Gewähr der Verfassung, sichernd gegen willkürlichen Wechsel, aber nicht hindernd das Fortschreiten zum Bessern nach geprüften Erfahrungen," so verkündigten die Einleitungsworte die Prinzipien der aus königlichem „freiem Entschlusse" gegebenen Verfassung. Dieselbe gab eine Vertretung in zwei Kammern. In die Kammer der Reichsräte sollten außer den Prinzen des königlichen Hauses, den Großwürdenträgern und den mediatisierten Standesherrn, als erblichen Mitgliedern, eine Anzahl von Beisitzern auf Lebenszeit durch den König berufen werden; in der zweiten Kammer sollten zwei Vierteile den Bauernstand, ein Vierteil den niedern Adel und Klerus und ein Viertel die Bevölkerung der Städte vertreten. Doch sollte die gesamte Volksvertretung in jeder politischen Funktion nur das Interesse des ganzen Staates als entscheidend anerkennen. Der Weg aus der ständischen Vertretung für Vertretung des ganzen Volkes, von der „Ständeversammlung" zu dem 1848 ins Leben getretenenen „Landtag" war damit eigentlich schon im Prinzip offen gehalten. Eine zweite Korrektur mußte die Zeit ebenso bald bringen: Drei Vierteile Bauern, Adel und Geistlichkeit — das ging nicht. Das geistig belebtere Element, das Element der wiederaufstrebenden Städtekultur mußte unbedingt nach einer ihm günstigeren Verschiebung der Vertreterzahl und nach einer Schwächung der konservativen Uebermacht, wie sie da vorlag, streben.

Am 26. Mai 1818 verkündeten Glockengeläute und Kanonendonner die Uebergabe des königlichen Geschenkes an das bayerische Volk. Am folgenden Tage leistete der Kronprinz als der Erste den Eid auf die Verfassung. Der Weg war gewiesen, auf dem die Fortentwicklung des bayerischen Volkes zur Freiheit sich ungestört hätte vollziehen können, und die Besten des Volkes jubelten denn auch hoch auf, als das Ereignis bekannt wurde. „Es ist in vieler Beziehung jetzt eine große Freude, Bayern anzugehören", schrieb Feuerbach an Tiedge, „der Himmel ist heiter, die Lüfte wehen frisch, die Sümpfe sind bewegt und die Nachteulen fliehen in die Finsternis. Kein Land ist wohl jetzt in Europa, wo freier gesprochen, freier geschrieben, offener gehandelt würde, als hier in Bayern. Man sollte nicht glauben, was ein großes Königswort, wie unsere Verfassung, in kurzer Zeit für Dinge thun kann. Erst mit dieser Verfassung hat sich unser König Ansbach und Baireuth, Würzburg und Bamberg erobert." Und der alte Freiherr von Stein äußerte sich: „Die neue bayerische Konstitution ist eine wichtige

Erscheinung: es wird alles darauf ankommen, wie sie ausgeübt wird; unterdessen für den Moment, sei es wie es wolle, der ausgestreute Same wird aufgehen und reifen, und die Nachkommen werden die Namen derer, die ihn ausgestreut haben, mit Achtung und Dankbarkeit nennen, worauf die keinen Anspruch haben, deren Machwerke an die epistolae obscurorum virorum erinnern." Stein erwartete, daß das Vorgehen Bayerns Preußen noch fester an seine gegebene Zusage binden und zur Erfüllung der von ihm erregten Hoffnungen nötigen werde.

So war die Entwicklung Bayerns im Sturmschritt vorangeeilt über die Entwicklung des übrigen Deutschlands hinaus. Der Weg vom Mittelalter zum neunzehnten Jahrhundert wurde in dem Zeitraum eines Menschenlebens zurückgelegt, und wenn auch vieles die Eile, mit der man vorgegangen war, verriet, die Grundlage war doch geschaffen, auf der Bayerns Entwicklung mit der Zeit fortzuschreiten vermochte. Aus dem Gefühl heraus, daß Bayern die physische Stärke nicht besaß, eine leitende Rolle zu spielen, trat hier das Königtum mit seiner Entwicklung auf die Linie der Volksentwicklung zurück und suchte in dieser an moralischer Kraft zu gewinnen, was ihm an physischer Kraft abging. Für den alten Begriff des Königtums war Bayern zu klein, es war kein Raum da für die Entfaltung einer Königsmacht und Königswürde, wie sie die Zeit aus dem Jahrhundert Ludwigs XIV und seiner Nachfolger kennen gelernt hatte. Kam es nun doch dazu, daß sich diese romanisch-romantische Königsidee in Bayern festzusetzen suchte, so bedeutete dieses den Kampf der Dynastie mit der Volksentwicklung, ein Kampf, der nicht anders, als tragisch zu enden vermochte. Gerade diesen Kampf aber suchte man nun von auswärts sofort nach Bayern hineinzutragen. Die romantische Idee der Monarchenwürde, wie sie in Preußen und Oesterreich damals gepflegt wurde, setzte sich in den direktesten Gegensatz zu diesem Volkskönigtum, und neben die Verfechter des königlichen Absolutismus trat Rom, das große Hindernis aller modernen Entwicklung, um dem modernen bayerischen Staate das Fortleben mit allen Kräften zu erschweren. Gerade gegen solchen Angriff aber war die Natur des Kronprinzen nicht gestählt genug.



Ludwig I als Kronprinz.

An den romantischen Ideen des Zeitalters hatte er sich vollgesogen, und wenn er auch in seinem künstlerischen Schaffen weit über die Einseitigkeit dieser Ideen hinausgriff, auf kirchenpolitischem wie auf politischem Gebiete blieb sein Wollen begrenzt. Das mußte den Rückschlag bringen, wenn ihm von der Entwicklung des übrigen Deutschlands auf politischem Gebiete keine befreiende Hülfe wurde. Und diese Hülfe blieb aus. Steins Erwartung wurde getäuscht. Preußens innere Entwicklung versank in dem Sumpfe der Reaktion, und wenn auch nicht zu einer direkt ausgesprochenen Reaktion, so kam es in Bayern doch ebensowenig zu einer dem frischen Anfange entsprechenden frischen Fortbildung. Von dem politischen Gebiete abgedrängt, warf sich die Masse seiner geistigen Kräfte auf das Gebiet der Kunst und steigerte hier den Reichtum des inneren bayerischen Lebens zu einer sieghaften, die Welt beherrschenden Fülle.

Wenige Wochen nach der Verfassung waren die noch fehlenden Edikte erschienen, unter ihnen zuletzt die beiden „Anhänge zu § 103 der II. Beilage zur Verfassungsurkunde", das Konkordat und das Edikt über die inneren kirchlichen Verhältnisse der Protestanten. In Rom war man über die bayerische Verfassung und die Stellung, welche dem Konkordate angewiesen worden war, nicht wenig aufgebracht. Es kam die Nachricht, daß man von der Kurie aus öffentlich gegen die bayerische Verfassung vorzugehen entschlossen sei. So schickte Rechberg den Kanonikus Helfferich an den Papst, um ihn über die Lage der Dinge aufzuklären. Das bayerische Volk war mündig geworden und der König hatte diese Mündigkeit durch die Verfassung selbst anerkannt. Damit erhielt natürlich die alte Vormundschaft, wie sie die Kirche in den vergangenen Jahrhunderten geführt hatte, ihren Abschied. Es wurde der Einfluß der Kirche auf das rein religiöse Gebiet beschränkt, während das Volk seine eigene Vertretung auf dem politischen Gebiete übernahm. Der König ließ dementsprechend der Kurie eröffnen, ohne die Mitwirkung der Kammern könne er an dem gegebenen Zustande nun nichts mehr ändern. Die Kurie möge daher von öffentlichen Schritten absehen und die Stellung des Königs gegenüber der öffentlichen Meinung seines Landes und Deutschlands und gegenüber seinen protestantischen Unterthanen berücksichtigen. Da aber that Häffelin, der bayerische Gesandte in Rom, abermals einen Schritt, den er niemals verantworten konnte und welcher die Stellung des Königs abermals erschwerte. Er übergab am 27. September dem Kardinal Consalvi eine Note, in welcher er im Namen des Königs erklärte, das Konkordat solle in allen seinen Teilen aufrecht erhalten und ausgeführt werden, das Religionsedikt gelte nur für die Protestanten, für die Katholiken sei das Konkordat die einzige Norm. Das Edikt aber war Bestandteil der Verfassung, galt also für alle. In Rom hingegen griff man diesen Strohhalm der offenbarsten Unwahrheit wieder auf, und in einer Allokution des Papstes vom 2. Oktober wurde der König ob seines Eifers für die katholische Religion öffentlich belobt. Da war dann schon davon die Rede, daß der König der katholischen Religion „einen von Tag zu Tag reichlicheren Zuwachs" verschaffen werde.

Wieder war es Lerchenfeld, der die Eigenmächtigkeit des Gesandten Häffelin direkt und offen zu brandmarken wünschte. Er betonte, daß zu einer solchen Erklärung, wie sie da im Namen des Königs abgegeben worden sei, die Regierung nicht berechtigt wäre. Die Verfassung binde sie. Rechberg aber scheute vor entschiedenen Schritten zurück, und so einigte man sich zu einer Form der Mitteilung an Rom, welche in „gemäßigten Ausdrücken" den verfassungsmäßigen Standpunkt der Regierung wenigstens wahrte. Rom gab sich natürlich nicht damit zufrieden, verhandelte nun aber direkt mit der bayerischen Regierung. Am 13. Januar 1819 ging ein Schreiben Consalvis an Rechberg ab, welches alle Bestimmungen der Verfassung, welche die Gleichberechtigung der Konfessionen aussprachen, als unvereinbar mit den göttlichen Prinzipien der katholischen Religion erklärte. Weit entfernt, der katholischen Religion, der Religion des Souveräns und der Mehrheit der Unterthanen irgend einen Vorzug einzuräumen, werde die Achtung, welche man nur der Wahrheit schulde, vom Gesetze ebenso für die Sekten von Luther und Calvin, wie für die katholische Religion, die allein wahre Religion, verlangt. Den innern Widerspruch dieser sogenannten Wahrheit mit der Aeußerung

derselben, mit der zweideutigen unwahren Praxis, welche man zur Verfechtung der Wahrheit ins Feld führte, bemerkte man am römischen Hofe so wenig jetzt, wie früher oder später. Rom zog daher die Konsequenz, daß es den Katholiken nicht erlaubt sei, den bedingungslosen Eid auf die Verfassung zu leisten, welche die freie Wahl des Glaubensbekenntnisses und die Gleichberechtigung der christlichen Konfessionen aussprach.

Diese Erklärung geschah in dem Augenblicke, da die Eröffnung des ersten Landtages unmittelbar bevorstand. Der erste Landtag war auf den 23. Januar 1819 einberufen. Die Eröffnung verzögerte sich hauptsächlich dadurch, daß nun die Leistung des Verfassungseides durch die in den Landtag berufenen Geistlichen auf ernste Schwierigkeiten stieß. Namentlich die Erzbischöfe von München und Bamberg weigerten sich nun der Eidesleistung. Die Regierung aber erklärte eine bedingte Eidesleistung für verfassungswidrig. So fand der Nuntius in München einen Ausweg. Der Eid wurde öffentlich unbedingt geleistet, eine Verwahrung aber, daß man sich zu nichts verpflichte, was der Glaubenslehre oder den Gesetzen Gottes und der katholischen Kirche widerstreite, und der Eid lediglich die bürgerliche Ordnung betreffe, zu den Akten des Ministeriums des Innern gelegt. Nur der Erzbischof von Bamberg verweigerte nach wie vor jeden Eid. Die Kammer aber betonte in ihrer Antwort auf die Thronrede sofort, daß sie die Verfassung in ihrer Gesamtheit aufrecht erhalten wolle, trotzdem der Pfarrer von Kleinaitingen bemerkte, die Worte „die Verfassungsurkunde in ihrer Gesamtheit" enthielten einen den „Regeln der Aesthetik" widerstreitenden „ganz überflüssigen Beisatz."

Mit Mut und Vertrauen ging nun die Kammer der Abgeordneten an die Arbeit. Sie zählte unter ihren 115 Mitgliedern manche Männer von Talent und Bildung, so den hervorragenden Juristen Seuffert, den etwas zu doktrinären und langatmigen Staatsrechtslehrer Behr, den schlagfertigen und gewandten Rabulisten Hornthal, den Freiherrn von Aretin, den in Finanz- und Steuersachen vielerfahrenen Utzschneider, den kalten und besonnenen Socher. Aber das Geschick mußte erst erworben werden. Die Geschäftsführung war noch nicht geregelt und wurde auch nicht geregelt. Man sprach und debattierte frisch von der Leber weg ohne politische Voraussicht, ohne Kenntnis der Tragweite der eigenen Handlungen, ohne die richtige Erwägung der gegebenen Verhältnisse, daß es ein anderes sei, eine Idee im allgemeinen zu vertreten und anzuerkennen, und wieder ein anderes, sie auf ihre praktische Durchführbarkeit zu prüfen, ein anderes, sie als Leitstern für die Entwicklung in der Zukunft im Auge zu behalten, ein anderes, ihre Verwirklichung sofort und rücksichtslos anzustreben, hatte man noch nicht erkannt. Und da kam denn manches vor, was die Empfindlichkeit des Königs reizte, der meist von Leuten umgeben war, die von der Verfassung nichts wissen wollten und unter ihrem Einflusse stets die Rechte der Krone bedroht sahen. Man mußte sich eben erst auf beiden Seiten wieder an einander gewöhnen und Fehltritte und Fehlgriffe wurden dabei auf beiden Seiten gemacht. Namentlich aber wurde der hoffnungsfrohe Enthusiasmus der ersten Tage gedämpft, als nun Lerchenfeld am 15. Februar die Darstellung der finanziellen Lage des Landes den Landständen übergab. Ein Defizit von 3½ Millionen Gulden für das laufende Jahr, der Antrag auf Einführung neuer Maut- und Stempelgefälle und andere Abgaben erschreckten die ungewohnten Blicke der Abgeordneten auf das heftigste. Doch langsam arbeitete man sich in die Zahlen hinein und trotz heftiger Diskussionen wurde das Budget in der Hauptsache genehmigt. Andere Anträge aber drohten die bedenklichsten Folgen zu haben, so derjenige Hornthals, das Militär auf die Verfassung zu beeidigen, so der Antrag Behrs auf Erlassung einer Zensurordnung, der zu langen Debatten über die Preßfreiheit führte.

Vergegenwärtigen wir uns die Zeitlage, die Stimmung in Deutschland, so müssen wir erkennen, welche Bedeutung derartige Kämpfe, die an sich keineswegs so mächtig waren, gewinnen mußten. Eben damals ward Kotzebue ermordet, eine That, die man für das Symptom einer allgemeinen revolutionären Verschwörung hielt. Am 18. Oktober 1817 schon war das Wartburgfest gefeiert worden, und die Staatsmänner hatten die Köpfe zusammengesteckt, als sie hörten, welche Schriften da verbrannt — selbst der Gensdarmeriekodex fiel den Flammen zum Opfer —, welche Reden da gehalten, welche Lieder

da gesungen worden waren. Dann brachte Görres in Koblenz anfangs 1818 eine Adresse an den König von Preußen zustande, welche denselben agitatorisch an sein Versprechen erinnerte, seinem Volke eine Verfassung zu geben. Dann folgte die böse That Sands an Kotzebue am 23. März 1819. Das machte ungeheures Aufsehen, man dachte an eine geheime Fehme, man glaubte, jetzt gehe es an alle Fürsten und höheren Beamten, Arndt und Jahn wurden gemaßregelt, der erstere von seinem Lehramt suspendirt, Kamptz übernahm die Führung der preußischen Polizei, und an ihn hing sich eine Anzahl elender Gesellen, denen es eine Freude machte, in diesem trüben Wasser zu fischen. Görres sollte verhaftet werden, er floh nach Frankreich; selbst an den Freiherrn von Stein, an Gneisenau, an den preuß. Gesandten in der Schweiz, Justus von Gruner, wagte man sich mit unglaublicher Frechheit.



Damals, am 31. März, wandte sich Rechberg an die deutschen Großmächte mit der vertraulichen Anfrage, wessen man sich von ihnen zu versehen haben würde, wenn man sich genötigt sehe, die Verfassung aufzuheben. Die Antwort Preußens vom 11. Mai war ehrlich und recht. Sie verwies den König von Bayern namentlich darauf, daß er selbst „den gegründeten oder vermeintlichen Anspruch der Nation auf eine solche Verfassung ausdrücklich anzuerkennen nicht gescheut habe", sie warnte vor der Gefahr eines Gewaltschrittes und riet an, vornehmlich zu erwägen, ob die Verfassung nicht selbst Mittel biete zur Befestigung des königlichen Ansehens. Es war die Folge davon, daß man sich mit dem Begriff der Souveränetät, wie man ihn aus der alten Zeit überkommen hatte und demjenigen, wie ihn die neue Zeit zu bilden im Begriffe stand und namentlich den kleineren Staaten aufdrängte, noch nicht zurechtzufinden wußte. Man trennte noch die Souveränetät des Königs von derjenigen des Volkes und stellte sie zu einander in Widerspruch, statt das Volk als eine Einheit zu betrachten, welche das

Königtum ein-, nicht ausschloß, und demgemäß auch die Einheit der Souveränetät zu erkennen. Der König hätte den „Vorwurf" eines Gentz, in Bayern mit der Verfassung „ein vollständig abgerundetes System königlicher Demokratie" begründet zu haben, nicht als Vorwurf, sondern als Anerkennung einer einfachen, von ihm selbst gewollten Thatsache hinnehmen müssen, allein die Fäden nach jener Zeit, aus der Maximilian hervorgegangen, waren noch zu stark und zogen ihn rückwärts statt vorwärts. Die Anfrage Rechbergs, dieses durchaus schwankenden unklaren Charakters, blieb ohne weitere äußere Folgen, wenn auch seine Geschäftsführung der bayerischen Regierung den Charakter seiner eigenen Halbheit und Zweideutigkeit aufgedrückt hat. Statt Aufhebung der Verfassung ergriff er nun den Gedanken an Auflösung der Kammer. Die besonnene Partei im Ministerium behielt indessen die Oberhand, und der Brief des Kronprinzen an Wrede, der den Bruch „als der Uebel größtes" bezeichnete, stärkte die Haltung der Verfassungsfreunde im Ministerium. „Abgaben ohne des Landtags Zustimmung", schrieb Ludwig, „dürfen nicht gefordert werden, so bestimmt es die Verfassungsurkunde, die wir halten müssen, wir haben sie beschworen." Er wußte von der verräterischen Haltung Rechbergs nichts. Und so folgte denn am 25. Juli der feierliche Schluß des ersten Landtags durch den Schwager des Königs, den Herzog Wilhelm in Bayern. Aber der Abschied verursachte wegen der Rügen und scharfen Ausdrücke, mit denen die verfassungswidrigen Bestrebungen einzelner Angehörigen der zweiten Kammer zurückgewiesen wurden, trotz der dann folgenden anerkennenden Worte „einen etwas unangenehmen Eindruck". Doch ward der Abschluß des schweren Werkes wenigstens nach außen hin mit Ruhe und Würde vollzogen.

Aber noch einmal wurde die verfassungsmäßige Entwicklung des Landes von der ernstesten Gefahr bedroht. Die deutsche Entwicklung erreichte eben damals die dritte Stufe, den Höhepunkt. Auf ihr spielte Metternich die Hauptrolle. Er und sein Herr Franz sahen, was diese Dinge bedeuteten für sie und die Tendenz der österreichischen Politik. Preußen sollte nicht durch seine innere Politik und das Erwachen eines Volksgeistes für Oesterreich gefährlich werden. Aber auch Bayern und Baden, das ebenfalls eine Konstitution erhalten, sollten nicht mit der Revolution spielen, und Metternich ging nach Teplitz und setzte dort bei Friedrich Wilhelm die schon bei einer früheren Konferenz in Aachen begonnenen Lektionen fort. Der König sagte ihm grade heraus: Binden Sie Hardenberg! Und Hardenberg wurde gebunden. Mit dem Reichstage war es für die zwanzig weiteren Jahre Friedrich Wilhelms III für Preußen vorbei und selbst seinem Nachfolger legte er dann noch dringend ans Herz, keinen Reichstag zu berufen. In seinem Testamente bestimmte er, „daß kein königlicher Regent befugt sein soll, ohne Zuziehung sämtlicher Agnaten in dem königlichen Hause irgend eine Aenderung oder Einleitung zu treffen, wodurch eine Veränderung in der Verfassung des Staates, namentlich in Beziehung auf die ständischen Verhältnisse und die Beschränkung der königlichen Gewalt bewirkt oder begründet werden könnte." Metternich hatte diese kategorischen Umwandlungen in den Anschauungen Friedrich Wilhelms hervorgerufen. Das war etwas, ein großer Sieg, aber es war nicht alles. Es mußte jetzt in Deutschland eingegriffen werden gegen Unruhen und Revolution. Im August traf man sich in Karlsbad. Zehn größere Regierungen waren vertreten, auch Bayern durch Rechberg. Und da kamen die traurigen Karlsbader Beschlüsse zustande. Das Zeitungswesen, die Litteratur, die Universitäten und Schulen gerieten unter polizeiliche Aufsicht. Man hatte Zensur statt Preßfreiheit. Man wollte den bösen Zeitungen an den Leib. Sie sollten unterdrückt werden. Ihre Mitarbeiter aber fanden an keiner andern Zeitung Unterkunft. Das war Polizeigewalt, kein Gesetz und Recht. Die Leute wurden um Existenz und Brot gebracht durch eine Ordre von oben. An den Universitäten sollten alle Vereine aufgehoben werden, ein Regierungsbevollmächtigter sollte die Lehren der Professoren, die Führung der Studenten bewachen. Ein einmal abgesetzter Professor sollte in Deutschland nicht wieder angestellt werden. Das war wieder Polizeigewalt. Eine Untersuchungskommission trat in Mainz zusammen und der Bundestag wurde zur Annahme der Beschlüsse gezwungen. Metternich war voll Jubel. Die deutschen Regierungen hatten

sich zu einer beispiellosen Einheit erhoben und errangen die Bewunderung des reaktionären Europas, wie denn ebenso die Belobigung des russischen Zaren. Wir aber empfinden es als eine Schmach, als einen Hohn auf die Nation, daß man fünf Jahre lang trotz ausdrücklichster Versprechungen nichts thut, und dann das erste, was man thut, das ist, daß man das ganze deutsche Volk unter polizeiliche Aufsicht stellt. „Zäumt man nicht das Pferd verkehrt“, meinte der Kronprinz von Bayern in seiner Grundehrlichkeit schon im September, „wo Einheit sein soll, gegen außen, dawider ist man, im Innern aber zur Unterdrückung der Freiheit, dafür wird sich eifrig bemühet.“

Rechberg hatte natürlich den Karlsbader Beschlüssen wieder ruhig zugestimmt. Er hielt das, wie vormals die Verhandlungen um das Konkordat, wie die dann folgende Anfrage bei den Großmächten, für „auswärtige“ Angelegenheiten und teilte seinen Kollegen im Ministerium nichts davon mit. Aber Lerchenfeld stand auf der Hut. Am 25. September forderte er den Kronprinzen auf, seinen ganzen Einfluß aufzubieten, um die Beratung der Angelegenheit in der Ministerkonferenz zu bewirken. Erst am 3. Oktober aber erhielt er wirkliche Kenntnis von den Bundesbeschlüssen und da sagte er denn seine Meinung offen und unverblümt. „Daß man soweit zu gehen versuchen könne, habe ich nicht für möglich erachtet; noch weniger aber, daß ein Minister, der auf die Staatsverfassung den Eid abgelegt, seinem Könige je dazu anraten könne, solche Bestimmungen zu genehmigen, welche nicht nur der Verfassung gerade entgegen laufen, sondern die Basis derselben, die Selbständigkeit, die Souveränetät und innere Unabhängigkeit vernichten und den König von Bayern auf eine viel tiefere Stufe stellen, als je der Kurfürst, als je der geringste Fürst des Reiches gestanden.“ Wieder weist er den Kronprinzen auf die Notwendigkeit einer Konferenz und seiner Anwesenheit in München hin. Ludwig selbst hatte mittlerweile ebenfalls Kenntnis von den „sauberen“ Bundesbeschlüssen erhalten und sofort an den König deshalb geschrieben. „Unwiderstehlich drängt es mich, mein Herz Ihnen auszuschütten, wozu das neulich auf dem Bundestag Vorgefallene mich veranlaßt. Sie werden mir es nicht verübeln, wenn ich mit Ihnen rede, wie ich es für meine Pflicht halte. Ich kenne Sie, gütiger, liebevoller Vater, und darum spreche ich ohne Rückhaltung mit grenzenlosem Vertrauen. Sie haben aus edlem freiem Antriebe Bayern das wohlthätige Geschenk einer Verfassung für alle Zeiten gegeben, und wir haben sie beschworen, wovon uns niemand entbinden kann. Sie können nicht wollen, daß eine Verletzung derselben, also ein Eidbruch geschehe; keiner Ihrer Minister, wie keiner Ihrer Unterthanen darf sie verletzen, wodurch er meineidig würde, und keiner also darf raten, daß gestattet werde, von Ihren Unterthanen einen vor das Mainzer Tribunal ziehen zu lassen, denn es wäre ein Bruch unserer Verfassung, vermöge welcher niemand seinem ordentlichen Richter entzogen, noch ein Gesetz ohne Zustimmung der Stände gegeben werden darf, folglich auch nicht in betreff der Presse. Gräßlich ist der in dem Entwurf einer provisorischen Exekution Art. 7 liegende Sinn, vermöge dessen, wenn z. B. ein Bundestagsbeschluß eine Veränderung in Bayerns Verfassung befähle, und dessen König nicht meineidig sein wollte, also zu gehorchen verweigere, derselbe durch militärische Gewalt zu zwingen wäre. Es gibt Gegenstände, die nur durch Bundesbeschlüsse bewirkbar sind, so z. B. daß, indem die vielen inneren Mauten aufgehoben würden, Deutschland nur eine erhalte; wenn sie aber (wie eben dieser hier, so wünschenswert er gleich ist) von der Art sind, daß bayerischerseits die Regierung ohne ständische Einwilligung nicht darüber entscheiden kann, kann, bis diese erfolgt, nichts anders gesagt werden, als: daß die Regierung den Gegenstand auf dem nächsten Landtage vorschlagen werde. Seine Verfassung halten, ist nicht herabwürdigend, wohl aber, sich von andern Mächten Gesetze vorschreiben lassen. Ich spreche sehr frei, aber Sie verübeln es mir nicht, der ich von dem durchdrungen bin, was Sie für Bayern gethan! Auch das wäre verwerflich, wenn Bundesbeschlüsse Sie in dem, was Sie auf Ihren Landtagen vorzuschlagen hätten, Beschränkungen unterwerfen wollten. Mißtrauisch gegen das sein, was da kommen möchte, ist doch wirklich nicht zu verargen. Herrlich ragen Sie, geliebter Vater, vor allen Fürsten und Königen Deutschlands hervor, der Sie, ohne versprochen zu haben, Ihrem Volke das gaben, was andere, trotz ihrer Verpflichtungen

dazu, dem ihrigen vorenthalten. Nachdem Bayern durch widrige Umstände an seiner physischen Stärke verloren, hat es durch die von Ihrer Liebe und Weisheit empfangene Verfassung um eben so viel, wo nicht mehr, an moralischer Kraft gewonnen; im In- und Auslande steht Bayern nunmehr in hohem Ansehen, was freilich denen nicht recht sein kann, die Bayern bevormunden möchten, die es wieder in die Unbedeutendheit zurückzubringen wünschten, in der es während der letzten Jahrhunderte vegetierte. Das ist Ihr Wille nicht, der Sie für Bayern gethan haben, was kein Regent vor Ihnen, nach Ihnen keiner thun wird. Liebster Vater! Das sind mehr denn äußere Angelegenheiten; diese greifen tief in die heiligsten Rechte Ihres Volkes wie Ihrer Krone. Darf ich meine innigsten Wünsche aussprechen, so ersuche ich Sie, die Meinung Ihres Staatsrates über diese Angelegenheit zu vernehmen. Noch steht Bayern ehrwürdig da; würden Sie aber bestätigen, was neulich die Bundestagsgesandten beschlossen, dann sänke Bayern hinab, und unwiderbringlich verloren wäre das Vertrauen auf seine Regierung wie in dem Innern, so in der Fremde. Vergebung, wenn ich zu offen gesprochen; aber mit einem geliebten und verehrten Vater, dem besten aller Väter, glaube ich nicht offen genug reden zu können."

In demselben Sinne und mit schroffster Geradheit schrieb Ludwig zugleich an Rechberg, dem er schon am 17. September die unzweideutige Mitteilung gemacht hatte, daß er, wenn er einst Bayerns Krone tragen sollte, „unmöglich die genannten Beschränkungen der Bayerns Beherrscher zustehenden Rechte annehmen könnte, auch dann nicht, wenn sich selbst dermalen unterzogen würde, was ihn tief schmerzen sollte."

Der warme Appell des Kronprinzen an Ehre und Pflicht wirkte. Die Sache wurde der Ministerkonferenz vorgelegt. Rechberg fand sich mit seiner „äußeren" Angelegenheit isoliert und Lerchenfelds Anträge, daß die Beschlüsse über die Universitäten, die Presse und die Einsetzung einer Untersuchungskommission in Mainz mit der Klausel veröffentlicht werden sollten, „sofern sie der in der Bundesakte und den Staatsverträgen anerkannten Souveränetät, der Verfassung und den bestehenden Gesetzen nicht entgegenständen", wurden angenommen. Die Exekutionsordnung dagegen wurde gar nicht veröffentlicht, und nicht Rechberg, sondern der Vater der bayerischen Verfassung selbst, Zentner, ging als Vertreter der Regierung zu den Ministerkonferenzen nach Wien ab, wo eine Auslegung des 13. Artikels der Bundesverfassung im Metternich'schen Lügengeiste dahin erfolgen sollte, daß mit den dort versprochenen Verfassungen nicht „repräsentative" zu verstehen seien, sondern so etwas, wie die ständischen Postulatslandtage Oesterreichs.

Bayern aber stand in der Opposition schon nicht mehr allein. Schon am 1. Oktober hatte der württembergische Bundestagsgesandte von Wangenheim an Lerchenfeld wegen der gefaßten Beschlüsse geschrieben. Er frug, „ob es in dem geduldigen, gutmütigen, ja frommen Deutschland nicht mit Gewalt dahin gebracht werden soll, daß Sands abscheuliche That weniger abscheulich erscheine, weil abscheulichere ihr folgen werden? Wer zuerst aus der Rechtssphäre heraustritt, reißt auch für alle andern die Grenze des Rechts ein; Gewalt steht dann gegen Gewalt, und das Urteil, ob sie sittlich oder unsittlich angewendet wurde, können Menschen nicht mehr fällen." Gegen die geplante Vergewaltigung trug er darauf an, „einen Bund im Bunde für den Bund auf Recht und Vertrauen zu gründen", und Bayern, das „von Natur zum Führer im Streite gegen das Unrecht berufen" sei, solle vorangehen. In der Zeit, da es kein Deutschland gab, sei Bayern „dem europäisierenden Souveränetätsschwindel" verfallen, jetzt aber könnte eine wahre bayerische Politik, „welche deutsche Grundsätze und Handlungen gebietet, ein geneigtes Gehör und einen bundesmäßigen Willen finden", jetzt könne „Bayern auf einen Schlag ganz Deutschland, Deutschland Bayern ganz gewinnen, und darum, redlicher, tapferer Lerchenfeld, darum schreibe ich Dir und bitte, thue, was Du vermagst und thue es bald!" Lerchenfeld erklärte diese Verbindung wohl als wünschenswert, hielt aber doch vorsichtig zurück, trotzdem er seinen Gefühlen gegen die „heimlich verbundene Aristokratie, ihre Kühnheit und ihren krassen Egoismus, der sie die heiligsten Rechte der Souveränetät entschlossen über Bord werfen läßt, nur um ihre Kaste unver-

sehrt in ihren alten Verhältnissen zu bewahren", freiesten Lauf ließ. So blieben diese Triasvorschläge Wangenheims ohne Folge, da Lerchenfeld der Festigkeit der württembergischen Regierung mißtraute. In Wien aber wußte Zentner die Auslegung des 13. Artikels der Bundesverfassung geschickt zu verhindern. Vorzugsweise an dem Widerstande Bayerns scheiterte also der Plan Metternichs, die repräsentativen Verfassungen aus der Welt zu schaffen, und es blieb damit die Möglichkeit der Ausbildung des öffentlichen, politischen Geistes in einem Teile von Deutschland erhalten.

Auch ein Besuch von Gentz, dem offiziellen Wiener Antirevolutionär, in München änderte an der Haltung der bayerischen Regierung einstweilen nichts, vielmehr wurde jetzt, um weiterem eigenmächtigem Vorgehen des Ministers der äußeren Angelegenheiten für immer vorzubeugen, festgesetzt, daß der Ministerrat sich allwöchentlich einmal zu versammeln habe und die Art der Gegenstände bezeichnet, welche dem Gesamtministerium zur Beratung vorzulegen seien. Und hier ward nun auch die weitere Regelung des Verhältnisses des weltlichen Staates zur Kirche durchberaten. Auf die Rüge der bayerischen Verfassung durch die Kurie war bisher keine Antwort erteilt worden. Erst im Dezember 1819 ging eine solche ab, welche in der Form verbindlich, dem Inhalte nach kein einziges Zugeständnis enthielt und die gerügten Verfassungsbestimmungen als ein die Krone bindendes unabänderliches Gesetz erklärte. Die Kurie stand nun vor der Frage, ob sie den Kampf aufnehmen oder den Rückzug antreten sollte? Sie entschloß sich zu letzterem. Consalvi willigte endlich, wenn auch mit schwerem Herzen, in die Formel der Regierung, welche mit dem Hinweis auf die bestehende Gesetzgebung besagte, „daß das Konkordat ebenso wie das nur die äußeren Religionsverhältnisse der königlichen Unterthanen betreffende Edikt als konstitutionelles Gesetz zu achten sei und danach sämtliche königlichen Landesstellen wiederholt würden angewiesen werden." Lerchenfeld hatte auch diese Fassung veranlaßt, da er aus dem Vorschlage Consalvis, die königlichen Behörden sollten angewiesen werden, „sich in keinem Falle von den Bestimmungen des Konkordates zu entfernen", die später zugestandene Absicht Consalvis richtig herausgewittert hatte, dem Konkordate in allen Fällen, wo seine Bestimmungen den Bestimmungen des Edikts widersprächen, die normative Geltung zu sichern. Am 18. April 1821 erklärte der Kardinalstaatssekretär die endgültige Annahme der vom Könige vorgeschlagenen Formel durch den heiligen Vater. Am 23. September desselben Jahres verkündigte der Nuntius die Circumscriptionsbulle feierlich in der Domkirche zu München, nachdem vier Tage vorher der getroffenen Verabredung gemäß die vereinbarte königliche Erklärung über den Verfassungseid und über die landesherrliche Geltung des Konkordats durch das Regierungsblatt von Tegernsee aus bekannt gemacht worden war. Mit dieser berühmten Erklärung von Tegernsee vom 15. März 1821 schloß der nun fast zwanzigjährige Kampf der bayerischen Regierung mit der Kurie ab. In kleinen Satzwendungen klang der große Prinzipienstreit aus, ohne daß der Gegensatz aus der Welt geschafft worden wäre. „Das Verhältnis von Religionsedikt und Konkordat", sagt Sicherer, „ist eine leicht zu lösende Rechtsfrage, wenn die landesherrliche Geltung des Konkordats zu bestimmen ist; es ist eine unter großen Erschütterungen zu lösende Machtfrage, wenn der Vorrang der päpstlichen vor der königlichen Gesetzgebung verwirklicht werden will. Dann ist der Widerstreit zwischen Religionsedikt und Konkordat nicht der Widerstreit zweier Rechtsquellen, welche demselben Rechtskreise angehören, sondern der Widerstreit zweier Rechtssysteme, der Kampf zweier Herrscher, welche im Lande um das Uebergewicht ringen, mit Einem Worte der Kampf um die Souveränetät."

Inzwischen war die Zeit der zweiten Ständeversammlung herangerückt. „Landräte, Landräte!" schrieb der Kronprinz an Lerchenfeld, da man hoffte, den weiteren Ausbau des repräsentativen Systems durch das in der Pfalz bereits bestehende Institut der Landräte in allen Kreisen bewirken zu können. Auf den 15. Januar 1822 wurde der Landtag einberufen und am 26. durch eine Thronrede eröffnet. Das wichtigste Ergebnis dieses Landtags war das Zustandekommen des Hypothekengesetzes, das noch heute in Geltung ist, aber der Versuch, die pfälzischen Landräte in allen Kreisen einzuführen, scheiterte. Am 2. Juni schloß der Kronprinz den Landtag. Unmittelbar nach

Verlesung des Landtagsabschiedes ergriff er das Wort: „Und nun sei mir gestattet, da ich zum erstenmal die Ehre habe, unsern allerinnigst verehrten Vater und König in dieser erhabenen Versammlung zu vertreten, daß ich laut meine Anhänglichkeit ausspreche an unsere Verfassung, die wir Seiner Liebe und Weisheit verdanken." Der Damm war damit allen sichtbar aufgerichtet, an welchem alle weiteren reaktionären Strömungen gegen die Verfassung zurückstrudeln mußten. In den ersten Oktobertagen kamen die Kaiser Franz und Alexander zum Besuche nach Tegernsee. Der Kronprinz und Wrede waren anwesend, und diesem Umstande war es zu danken, daß auch diese Zusammenkunft zunächst keine schädliche Wirkung hatte. Dann kam am 30. Dezember auch Metternich vom Kongreß zu Verona nach München. Er verließ nach wenigen Tagen die bayerische Hauptstadt, nicht ohne daß ihm abermals einige Aussicht auf ein Eingehen in seine Pläne zur Unterdrückung des „revolutionären Geistes" in Deutschland eröffnet worden wäre. Wrede war diesem Herrn aus dem Wege gegangen. Dazu aber war es gelungen, des Königs Mißtrauen gegen Lerchenfeld zu erwecken. Reigersberg trat bald darauf aus dem Ministerium (Juli 1823) und Zentner übernahm die Verwaltung der Justiz. Er war nun der einflußreichste Mann im Ministerium und fand den Ausweg: keine Verletzung des Buchstabens der Verfassung, aber möglichst beschränkende Auslegung im Sinne und Geist der Metternich'schen Politik. Und so kam man denn Oesterreich immer mehr entgegen, trotzdem der Kronprinz sich gegen jede weitere Beschränkung der Preßfreiheit wie gegen die Aufhebung der Oeffentlichkeit der ständischen Verhandlungen ausgesprochen hatte. Wenn auch nicht mit allzu rigoroser Strenge wurden die Karlsbader Beschlüsse jetzt doch in Bayern durchgeführt.

Es war nicht zu erwarten, daß die Neuschöpfung äußerer Lebensformen nun auch sogleich das Leben selbst zu prächtigerer Entfaltung führen würde. Lerchenfeld erkannte, daß kein Finanzplan, keine Steuerreform, sondern die Hebung des wirtschaftlichen Zustandes, die Beseitigung der Hemmnisse, die einer solchen entgegenstanden und damit die Hebung der Steuerkraft des Landes erst erfolgreiche Abhülfe bringen werde. Diese Hebung mußte aber zuallererst in der Befreiung des Grundes und Bodens von den Feudallasten, dann in der Förderung der gewerblichen Thätigkeit und des Handels gesucht werden. Und wie es sein Prinzip war bei den Konkordatsverhandlungen, die Rechte des Staates vor allem nur deshalb zu wahren, um die Möglichkeit der Heranbildung eines tüchtigen Klerus und wahrer Volkserzieher zu erlangen, so war es auch hier die positive Schöpferkraft des echten Staatsmannes, welche Lerchenfelds Charakter erst seine volle Bedeutung gab. Im Juli 1820 hatte er den Rheinkreis besucht und die dortigen Einrichtungen mit der lebhaftesten Teilnahme kennen gelernt. „Die hohe Achtung vor dem Gesetze, die in diesem Kreise allgemein besteht, spricht für die kräftige und rücksichtslose Handhabung der Gesetze und für die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, wodurch das Volk die Gesetze näher kennen lernt und sich von der treuen Anwendung derselben überzeugt. Die Gerichte bezeigen allenthalben hohe Achtung und strenge Berücksichtigung des allgemeinen Staatsinteresses, nirgends die kleinliche Eifersucht und Gehässigkeit gegen die gerechten Ansprüche des Fiskus. Die geringste Veruntreuung wird hier streng und rücksichtslos bestraft, nirgends der Beamte auf Kosten des Staates begünstigt. Die finanzielle Verwaltung dieses Kreises ist durch die Einfachheit der Abgaben und die Art ihrer Erhebung sehr begünstigt. Der richtige und vollständige Bezug der ganzen Schuldigkeit ist im höchsten Grade gesichert; durch die genaueste und vollständigste Kontrolle für die richtige Verrechnung und rechtzeitige Einsendung der Gefälle gesorgt. Das System der Abgaben ist auf einen lebhaften Verkehr, den hohen Grad von Thätigkeit und Industrie berechnet, der sich auch im Rheinkreise allenthalben bezeigt. Die volle Freiheit, seine Kräfte nach seinem Gutdünken zu benützen, hat im allgemeinen die Bildungsfähigkeit dieser betriebsamen Menschen um so mehr erhöht und ihren spekulativen Geist ausgebildet, als mit dieser Freiheit auch die vormundschaftliche Sorge für jene, die sich nicht vollkommen ernähren können, verschwunden ist, und nur der durch physische Gebrechen gänzlich Unfähige eine Berücksichtigung in den öffentlichen Depots der Hilflosen ansprechen kann. Demungeachtet trifft man keine Bettler und im all-

gemeinen einen hohen Grad des Wohlstandes, besonders in der üppigen, herrlichen Gegend zwischen den Vogesen und dem Rhein. Im allgemeinen herrscht Zufriedenheit, mehr als man nach den Aeußerungen einiger Abgeordneten aus diesem Kreise bei dem Landtage hätte erwarten sollen. Allgemein war man mit den Resultaten desselben sehr zufrieden." Und so wünschte denn auch Lerchenfeld für ganz Bayern vor allem eine größere Zahl selbständiger, entlasteter Existenzen zu schaffen. Der Staat als größter Grundherr sollte damit vorgehen, daß alle unständigen Grundgefälle, auch die Handlöhne und Zehnten in ständige jährliche Abgaben umgewandelt, für die Ablösung sämtlicher Grundabgaben aber mäßige und billige Bedingungen festgesetzt würden. Die eingehenden Ablösungskapitalien sollte der Staat dazu verwenden, auch die grundherrlichen Rechte der Privaten anzukaufen, um so nach und nach den Grundholden insgesamt die alten Fesseln zu lösen. Die Pläne Lerchenfelds kamen nicht zur Ausführung. Ebensowenig führten die Bestrebungen für eine bessere Gestaltung der Verkehrs- und Handelsverhältnisse zu einem befriedigenden Ziel. Es dauerte noch eine Zeit, bis die Verhandlungen über einen süddeutschen Zollverein ein Ergebnis brachten. Dem Kronprinzen Ludwig aber schwebte schon im Jahre 1824 der Plan vor, „daß dahin zu trachten sei, daß Mautverband mit Preußen, dann mit ganz oder größtem Teil von Deutschland, Oesterreich braucht nicht dabei zu sein." Preußen war für Ludwig überhaupt das Land, dem man in wirtschaftlicher Beziehung nachzustreben habe, und von der stillen Arbeit, deren man sich damals in Preußen unterzog, hat ja erst Treitschke in seiner lebensvollen Art eine umfassendere Darstellung gegeben. Damals wußte man im allgemeinen noch wenig davon.

In den Sommer 1824 fallen auch die Unterhandlungen über die Erneuerung der ursprünglich nur auf fünf Jahre gefaßten Karlsbader Beschlüsse. Im Mai war Metternich in Tegernsee gewesen und hatte sich mit Zentner geeinigt. Der alte kategorische Widerstand ward aufgegeben, und der Bundestagsgesandte erhielt die Ermächtigung zur Erneuerung der Beschlüsse von 1819 mit dem Beifügen, daß man dieselben wie bisher durchführen werde. Nur in dieser Beschränkung lag ein schüchterner Versuch, den früher gemachten Vorbehalt zu wiederholen. Und so wurde denn auch die Oeffentlichkeit der Landtagssitzungen auf das mindeste Maß beschränkt. Zum 19. Februar 1825 war der Landtag einberufen, am 2. März wurde er feierlich eröffnet. Durch Belegung der Tribünenplätze für den Hof, das diplomatische Corps, den Staats- und Reichsrat waren die Plätze für das Publikum um fünfzig vermindert worden und auch diese sollten nur gegen auf den Namen lautende Eintrittskarten freigegeben werden. Dazu kam, daß die Regierung von ihrem nominellen Recht diesmal zuerst Gebrauch machte, gewählten Beamten den Urlaub zu den Sitzungen zu verweigern. So blieb denn Hofstetten, Köster, von Weinbach, Behr, Schoppmann und Kurz der Eintritt in die Kammer versagt. Am 12. September wurde der Landtag geschlossen. Schon machte sich in Bayern bemerkbar, was Gervinus über die konstitutionellen Ordnungen in Deutschland sagte, daß sie durch die Kontrolle der weit überlegenen absoluten Mächte in ihrem Wachstum absichtlich zurückgehalten, zu einem bloßen Scheinleben zurücksanken. „Ohne große Gegenstände, beraubt des Interesses an einer vaterländischen Gemeinsamkeit und an dem einzigen Organ der Zusammengehörigkeit, hätte das ständische Leben in Deutschland unter allen Umständen verkümmern und verkommen müssen. Die innewohnenden Schäden aller kleinstaatlichen Existenz brachen daher jetzt wie eine nicht zu hemmende Seuche hervor, die Beschränkung der Ansichten und Aussichten, die Verengung der Herzen, die stumpfe Befriedigung bei kleinlebigen Verhältnissen, die Erstickung des Nationalsinnes unter dem Stammgeist, die Mut- und Gedankenlosigkeit, die einen überkommenen Zustand als unausweichlich hinnimmt. Die sittliche und nationale Frische der Befreiungsjahre verschwand bis auf ihre letzten Reste."

Am 12. Oktober feierte Maximilian sein Namensfest. Noch hatte er die Glückwünsche von allen Seiten standhaft in mehrstündiger Audienz entgegengenommen. Abends war Ball bei dem russischen Gesandten Woronzow, dem der König beiwohnte. Er kürzte aber den Cercle ab, beschleunigte seine Spielpartie und fuhr dann um halb zehn Uhr

nach Nymphenburg zurück. Um halb sechs Uhr wollte er geweckt sein, befahl er dem Kammerdiener. Am andern Morgen fand man den König tot in seinem Bette. „Einen liebevolleren und milderen König hat die Erde wohl kaum getragen, dessen Glück im Wohlthun bestand." So schrieb Lerchenfeld seinem Bruder, und dieses Urteil ward bestätigt durch die allgemeine Trauer, der das Volk in allen Kreisen Ausdruck gab. Noch heute umspielt die treue Erinnerung des bayerischen Volkes den „Vater Max" mit dem milden Leuchten der Liebe und Dankbarkeit.

II.

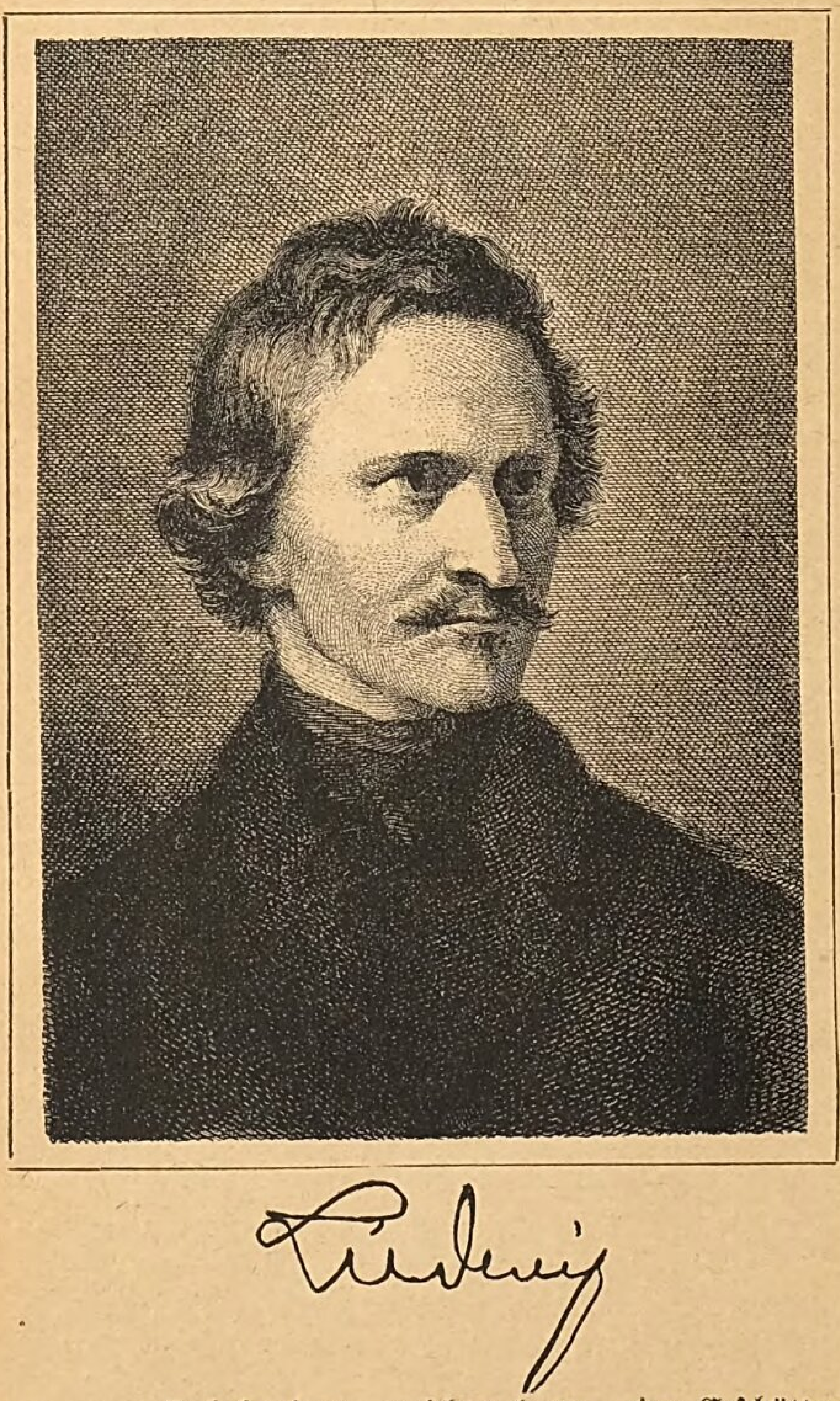
Ludwig I.

1825—1848.

Ludwig I. war am 25. August 1786 in Straßburg als Sohn des damaligen Generalmajors Pfalzgrafen Max Josef von Zweibrücken und dessen erster Gemahlin, der Pfalzgräfin Marie Wilhelmine Auguste, einer geborenen Prinzessin von Hessen-Darmstadt, geboren. Kaum 10jährig verlor er die Mutter im Jahre 1796. Der Vater vermählte sich 1797 wieder mit der badischen Prinzessin Karoline. Erinnern wir uns der Zeit, in welche die Jugendjahre Ludwigs fielen, so haben wir den äußeren historischen Hintergrund seines Werdens. Er sah noch das Hofleben in Schwetzingen und Karlstein, er hörte den Aar der Revolution über seinem Haupte rauschen, und mußte vor den Jakobinern fliehen von Straßburg nach Mannheim, von Mannheim nach Darmstadt, von Darmstadt nach Rohrbach; er vernahm noch als Kind die Nachricht, daß das Haupt seines Paten, Ludwig XVI., auf der Guillotine fiel und dann erlebte er in schnellem Wechsel die Geschicke Bayerns und der Pfalz, die seinen Vater zum Kurfürsten, dann zum Könige erhoben, ihn selbst aber als Kronprinzen nach München führten. Dann kam Napoleon, der Kampf Montgelas, „gegen alles Alte" in Bayern, es kamen die Kriege Preußens und Oesterreichs gegen den korsischen Imperator, der Zusammenbruch des alten deutschen Kaiserreiches. Im Jahre 1803 bezog er, begleitet von seinem bisherigen Religionslehrer Sambuga, einem frommen und gebildeten Geistlichen der Sailerschen Richtung, die Landesuniversität Landshut. Hier gewann der Professor für Moralphilosophie, Sailer, der „katholische Mystiker", den nachhaltigsten Einfluß auf die geistige Entwicklung des Prinzen. Im folgenden Wintersemester besuchte Ludwig die Universität Göttingen. „Begeisterte Verehrung brachte er dem Geschichtsschreiber Johannes Müller entgegen, dessen Werke seine Lieblingslektüre noch im späten Alter blieben, wie sie ihrer Gefühlswärme und ihres deutschen Patriotismus halber das Ideal seiner Jugend waren." Dann waren es die griechischen Klassiker, deren Schönheit ihm der treffliche Jakobi offenbarte. Auch der edle Thiersch stand im regsten Gedankenaustausche mit dem Prinzen über hellenische Kunst und Geschichte, und den deutschen Klassikern, Schiller und Goethe voran, widmete er höchste Verehrung. Ein Besuch der Kunststätten Italiens im Herbst 1804 weckte dem Achtzehnjährigen den Sinn und die nie erloschene Begeisterung für die Kunst, auf deren Altar er die Weihegaben seines innersten Wesens fort und fort und bis an sein Ende niederlegte.

Den Eintritt des Kronprinzen in das öffentliche Leben, seine stets umfassendere Anteilnahme an den Geschicken der Gegenwart haben wir in den früheren Blättern verfolgt. Und so woben sich denn aus den Elementen einer tiefbewegten Zeitströmung die Elemente

in dem Wesen und Charakter Ludwigs I. zusammen. Die Renaissance mit ihrem diesmal durch den Aufschwung in Litteratur und bildender Kunst, in Musik und Wissenschaft erzeugten ernstdeutschen Charakter wirkte auf ihn, wie die Reformation, die in der doppelten Erscheinung als protestantischer Mystizismus und mehr noch als katholischer Mystizismus nun auch in Bayern eine Heimstätte fand und sich dem Radikalismus der Aufklärungszeit, wie er noch in Montgelas und seiner Gefolgschaft sich so mächtig verkörperte, entgegentrat. Man hat die Romantik als katholische Renaissance bezeichnet, und gerade darin unterscheidet sich diese deutsche Renaissance von der früheren des Cinquecento, daß sie keine einseitig antikisierende blieb, sondern auch das Mittelalter neu zu beleben versuchte. Das Zurückstreben zu Geschichte und Nationalität gab ihr diesen Charakter, und in diese geistige Bewegung drangen auf politischem Gebiete die Resultate ein, welche die französische Revolution und Volksbewegung gezeitigt. Das Leben trat in Gegensatz mit dem Abgelebten und nicht die wirkliche und lebendige Schönheit Italiens war es, welche, die Romantiker begeisterte, sondern Italien als Ruine, der Katholizismus als Mumie es war der verkrüppelte Volksgeist, der hermetisch abgeschlossen durch eine teils stupide, teils nichtswürdige Geistlichkeit sich unaufgeklärt und naiv erhalten hatte, es war die matte lebensuntüchtige Poesie des Vergangenen. Namentlich für Bayern aber war das Eindringen des Sailerschen Christentums mit seiner mystischen Innerlichkeit von höchster Bedeutung. Es war dies doch nichts anderes in letzter Linie als eine geistige Erschütterung jenes konsequent mechanischen Lehrgebäudes, das der Jesuitismus der vergangenen Jahrhunderte errichtet hatte, eine Erschütterung, die trotz der Versicherungen Sailers von seinem Festhalten an den Glaubenslehren seiner Kirche und trotz seines Eintretens für die Jesuiten die Stelle freimachte, an welcher bisher der extreme Konfessionalismus herrschend und ausschließlich herrschend gestanden hatte, und an diese Stelle ein Etwas schob, das innerlich nicht fest und geschlossen genug war, um ein Auseinanderströmen der Meinungen nach allen Seiten zu verhüten. Gerade dem gläubigen Individualismus war da der weiteste Spielraum geboten. Sailer aber war Ludwigs Lehrer und noch im Jahre 1841 erließ dieser den Befehl, „die sämtlichen Bischöfe darauf aufmerksam zu machen, wie auch in kirchlichen Sachen jedes Uebertreiben den Keim des Todes in sich trage und daß im Geiste Sailers, dem echt apostolischen, die jungen Geistlichen



gelehrt und erzogen werden sollen.“ Nach dieser Seite hin war also die Natur des neuen Königs keineswegs eine geschlossene, sie blieb offen und empfänglich für alle Regungen des Augenblicks, ihr fehlte es ebenso an einer festen positiven Erkenntnis des Glaubens wie des Wissens, und gerade diese Anlage seiner Natur möchten wir, wie sie auf politischem Gebiet die Ursache war, daß seine Regierung mehr den Charakter der rastlosen Vielgeschäftigkeit annahm, als sie System, Klarheit und planvolle Energie verriet, auch als die Ursache davon bezeichnen, daß auf künstlerischem Gebiete seine schöpferische Thätigkeit sich zu so unvergleichlichem Erfolge emporrang. Auf dem Gebiete der Kunst, dem Gebiete, wo der Glaube das starre Gewand des Konfessionalismus abstreift und das Wissen seine wetterleuchtenden Ahnungen hineinspielt, warf Ludwigs Natur Anker, und was er da in dem von den Musen fast verlassenen Bayern wirkte, wird ihm Deutschland für alle Zeiten zu danken haben. Wir können leider hier gerade dieser produktivsten Seite seines Wirkens nur im Vorübergehen gedenken und verweisen darum auf die schöne Biographie Heigels, auf das Werk von Reidelbach, welches dem künstlerischen Schaffen Ludwigs seine volle Aufmerksamkeit zuwendet und auf das Buch von Sepp, von denen die beiden letzten leider durch überhäufte Superlative den ruhigen Eindruck zu oft beeinträchtigen.

In ganz Deutschland hatte man die überschwänglichsten Hoffnungen auf Ludwigs Regierungsantritt gesetzt. Hatte er doch aus seiner freisinnigen Denkweise nie ein Hehl gemacht. Zuviel Mensch, zu sehr selbständiges Individuum war er der Mann nicht für die damalige Königsschablone, allein König geworden, sah er sich zwischen den Zwang dieser Schablone und die Erwartungen der liberalen Heißsporne gestellt, und der Kampf, an dem der Kronprinz hatte vorbeigehen können, mußte vom Könige aufgenommen werden. Der Kampf war ein zweifacher; es galt, das Königtum in eine neue Form zu gießen — dem stemmte sich der reaktionäre Zeitgeist entgegen — und es galt den Kampf um die Entwicklung einer jungen nichtbayerischen Dynastie mit der starren Natur des Altbayerntums. Von Außen und Innen gehemmt, hat Ludwig sich durchzuringen versucht. Nicht als König ist es ihm gelungen, wohl aber, als er nicht mehr König war. Der „alte Ludwig“ ist die Figur geworden, an welche das Volk in Bayern mit unerschöpflicher Fülle die goldenen Fäden seiner dankbaren Erinnerung geknüpft hat.

Ludwig erhielt im Bade Brückenau die Nachricht von dem Tode seines Vaters. Am 18. Oktober 1825 kam er in München an und übernahm am folgenden Tage die Regierung. An den Eid auf die Verfassung knüpfte er herzliche Worte an die Staatsdiener: „dasjenige, was der von mir gesprochene Eid als König, an der Stelle meines erlauchten Vaters mir auferlegt, zu erfüllen, habe ich den besten Willen und erwarte von der Gnade Gottes, daß er mir die Kraft dazu verleihen werde. Schwer ist es, nach einem König, wie der uns entrissene war, zu herrschen, ihn zu erreichen, unmöglich. "Von allen Seiten wurde seine Thronbesteigung begrüßt. Die Dichter der Romantik, ein Platen, ein Rückert feierten das Ereignis mit freudiger Begeisterung. „Sei du ein christlicher Fürst“, rief ihm Görres zu, „Säule zugleich dem Glauben und Schützer der Geistesfreiheit und dein Beispiel möge die Zeloten von zweierlei Art verstummen machen, die beide miteinander unvereinbar halten.“ Jene alte Bedeutung des Begriffes „Glauben“, welcher das Eingeständnis des „Nichtwissens“ enthielt, schien den Leuten einen Augenblick wieder in die Erinnerung gekommen zu sein. Aber auch die Gegner der Verfassung meldeten sich zum Wort. Der König sei an die Verfassung nicht gebunden, meinte ein ehemaliger Abgeordneter, wenn sie ihn Gutes zu thun hindere. Es war, sagt Heigel, ein Wiederhall von Wünschen und Forderungen der Kabinets der Großmächte, es war aber ebenso ein Widerhall der Wünsche aus dem Lager der ultramontanen Zeloten. Aus dem Grundakkord ergibt sich die Tonart der anhebenden Symphonie.

Die Hauptfrage für die innere Entwicklung Bayerns bildeten in damaliger Zeit die Finanzen. Ludwig wandte ihr seine erste Fürsorge zu. „Fünf Millionen Pensionen in einem Staate wie Bayern! So kann und darf es nicht weiter gehen“, äußerte der König gegen General Heydeck, den Adjutanten Wredes. An der Armee müsse eine Million erspart werden. Und so ernannte er schon am 24. und 25. Oktober zwei Komissionen

zur Beratung über Ersparungen im Civil- und Militäretat des Staatshaushaltes. Die Kommissionen strichen unbarmherzig, bis Heydeck dem Könige, der den langen Sitzungen unermüdet beiwohnte, zurief: Majestät, mager darf die Armee wohl sein im Frieden, aber Blut, Nerven und Knochen müssen ihr doch bleiben." Aber die Million wurde erspart durch Aufhebung der kostspieligen Garden und Vereinfachung des Montursystems.

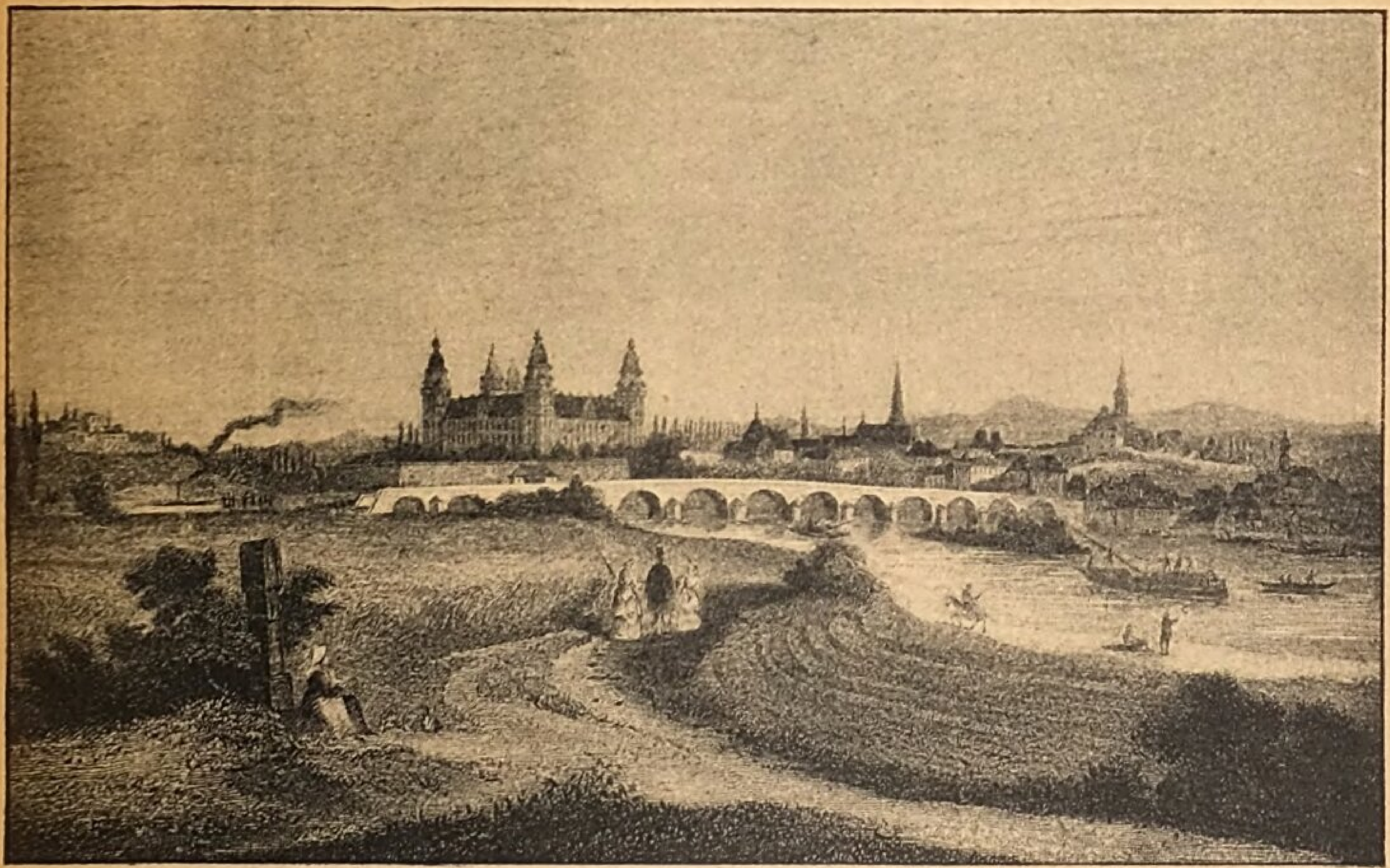
Auch in der Staatsverwaltung sollte durch Vereinfachung gespart werden. Der Besoldungsetat vom Minister an wurde geregelt, viele Stellen eingezogen, das Generalfiskalat, das Medizinalkollegium, das geheime Taxamt aufgelöst. Und zum erstenmale seit langer Zeit konnte dem Beifall spendenden Landtage im Jahre 1827 verkündigt werden, daß das Defizit gehoben, der Einklang zwischen Einnahmen und Ausgaben hergestellt sei. Lerchenfeld, der bisherige Finanzminister wurde entlassen, an seine Stelle trat Neumeyer, dann Armansperg, den der Volksmund bald in Sparmannsperg umtaufte. Aber Lerchenfeld war nicht nur Finanzminister gewesen, sondern er war im Ministerium, wie wir sahen, der Vertreter der liberalen Ideen, der Kämpfer für Verfassungstreue und Souveränetät, er hatte in ununterbrochenem Briefwechsel mit dem Kronprinzen gestanden, und manche, die meisten Handlungen des letzteren zu Gunsten der Freiheit und der Selbständigkeit Bayerns ließen sich auf Anregungen Lerchenfelds zurückführen. Der Mann wurde nun seines Postens enthoben, aber der König schickte ihn als Gesandten an den Bundestag in Frankfurt. Die Selbständigkeit im Innern sollte gewahrt werden, darum erfolgte am 24. November 1825 die Aufhebung des Censuredikts, das infolge der Karlsbader Beschlüsse in Bayern eingeführt worden war. Am Wiener Hofe geriet man in Aufregung, aber Ludwig störte sich nicht daran. Er sei nur Gott und der beschworenen Konstitution verantwortlich; da nun Kaiser Franz nicht der liebe Gott, und Metternich ganz gewiß nicht die Konstitution sei, könne man sich die Schlußfolgerung selbst ziehen.

Die strenge Beobachtung der Verfassung! Zu dieser gehörte aber auch das Konkordat, und dasselbe bestimmte in seinem 7. Artikel, daß der König, „um einen Beweis Allerhöchst-Ihrer Bereitwilligkeit gegen den heiligen Stuhl zu geben, einige Klöster der geistlichen Orden beiderlei Geschlechts entweder zum Unterrichte der Jugend in der Religion und den Wissenschaften, oder zur Aushilfe der Seelsorge, oder zur Krankenpflege, im Benehmen mit dem heiligen Stuhle mit angemessener Dotation herstellen lassen" werde. Der König hielt sich an dieses Versprechen. Nach einer Zusammenkunft mit Kaiser Franz bei einer Wallfahrt nach Altötting wurde die Herstellung einiger Orden in Angriff genommen. Dieses und die Entlassung einiger Protestanten aus dem Staatsrate erregte die furchtsamen Gemüter der Augsburger Konfessionsverwandten, aber an „Pfafferei" und Begünstigung einer ihre Befugnisse überschreitenden Hierarchie dachte Ludwig nicht, vielmehr wurde nun auch der Plan, den Münchener Protestanten ein geräumiges Gotteshaus zu erbauen, rasch in Angriff genommen. Man scheute die Gegensätze der Lebensanschauungen nicht mehr, da aus ihnen die Bereicherung des Lebens selbst erwächst. München blieb eine Stadt des freien Ringens der Geister, und auf dieser Bahn ist die bayerische Landstadt zu einer deutschen, zu einer europäischen Großstadt erwachsen.

„Ich will aus München eine Stadt machen, daß niemand Deutschland kennen soll, der München nicht kennt!" sagte der königliche Protektor. Und in dieses werdende München verlegte er im Jahre 1826 die alte Hochschule von Ingolstadt-Landshut. Volkserziehung war Ludwigs Ziel. Alle Kreise sollten mit einander in Fühlung bleiben. Der König glaubte an die Aufgabe und Macht der Kunst, zu sittigen und zu bilden. Er hoffte von ihrer Pflege einen geistigen Aufschwung des bayerischen Stammes, vor allem der Bevölkerung Münchens. Martin Wagner wirft einmal in einem Briefe an den König die Frage auf, welchen Eindruck wohl die eben erst erworbenen Kunstwerke des Altertums auf die städtische Bevölkerung machen werden. „Leider, meint er, „den Meisten wird der Bierkrug noch immer lieber sein, doch mit der Zeit und thätiger Handhabung kann sich vieles verbessern!" Und wenn man auch Heigel beipflichten muß, daß „der Labetrank nichts von seiner Anziehungskraft verloren habe," so muß man ebenso mit ihm erkennen, daß der Kunstsinn der Münchener Bevölkerung fort und fort gewachsen

ist. Die Popularität der Künstler, der mächtige Aufschwung des Kunsthandwerks und Kunstgewerbes in Bayern sind die besten Zeugen dafür.

Dieser Gesichtspunkt war auch einer der maßgebenden bei der Verlegung der Universität, und Ringseis hat denselben allen Befürchtungen gegenüber tapfer verfochten. Den wissenschaftlichen Geist, die höheren wissenschaftlichen Ideen zu erwecken, hätten bisher alle deutschen Universitäten mehr oder weniger angestrebt. „Jedoch auf fast keiner unserer Universitäten waren die Mittel gegeben, Anschauungen, Gefühle und Urteile einer anderen Art zu erregen, die fast ebenso eingreifend ins Leben, als diese: nämlich Kunstanschauungen, Kunstgefühle, Kunsturteile. ‚Die Kunst besänftigt die Sitten und läßt kein Verharren in Wildheit zu.‘ Das Schöne, Wahre und Gute: Kunst, Wissenschaft und Religion, hängen innig zusammen; . . . so wie die Kunst auf die Wissenschaft,



Aschaffenburg.

so wirkt diese auf jene zurück, eine belebt, erhebt, begeistert die andere eine bewahrt die andere vor Einseitigkeit. — Auf den meisten, besonders den kleineren Universitäten, fehlten auch die Gelegenheiten zur höheren gesellschaftlichen Bildung." Der König gab diesen Ausführungen seinen vollen Beifall und die Entscheidung fiel am 26. Oktober 1826 zu Gunsten Münchens.

Volkserziehung! Auch die Akademie sollte diesem Programme dienstbar gemacht werden. Wir erinnern uns, wie dieses Institut anfangs naturgemäß seine Entwicklung nach der Richtung eines bayerischen Lokalinstitutes genommen hatte. „Da Bayern," schrieb Ringseis, „bei seinem gegenwärtigen großen Aufschwung die Eifersucht größerer Staaten erregt hat, wie selbst das schon öfter in Zeitungen ergossene diplomatische Gift zeigt; da seine physischen Kräfte nicht mächtig genug sind; da es ihm nicht gelungen, sich mit den übrigen kleinen deutschen Staaten in einen Bund zu vereinen; so muß es seine Stärke suchen in der vollkommenen Entwicklung aller seiner geistigen Kräfte und in der dadurch zu gewinnenden öffentlichen Meinung." Aber die Akademie war aus ihren Kinderschuhen herausgewachsen, sie wehrte sich gegen diese „praktische" Verwendung, wie sie der König forderte; „zu einem Vollziehungsorgan für konkrete Staatszwecke sei sie nicht geschaffen," und sie „müsse ihren rein wissenschaftlichen und universellen Charakter

möglichst bewahren.“ So trat die Akademie nur insofern mit der Universität zusammen, daß ihre Sammlungen eine größere Verwertung fanden und einige ihrer Mitglieder zugleich Lehrstühle an der Universität übernahmen.

Der Volkserziehung suchte Ludwig zu dienen durch die Befürwortung der Errichtung historischer Lokalvereine, die dann bald in allen Provinzen fröhlich erblühten. Die Denkmale der Kunst und Geschichte sollten durch sie vor dem Untergang gerettet werden. Sein historischer Sinn berührte sich hier mit seiner Liebe zur Kunst und beide vereint sollten befruchtend wirken auf die Belebung des Nationalgeistes, für welche nichts so förderlich sei, als das Studium der vaterländischen Geschichte; daß dieses Wissen aber nicht bloß aus Büchern, sondern am besten aus lebendiger Anschauung gewonnen werde, war seine Meinung. Daher seien alle Gemeinden zu verpflichten, verkündete das in ganz Deutschland Aufsehen erregende Edikt vom Jahre 1827, für die Erhaltung alter Gemälde, Grabdenkmäler, edler Werke der Kleinkunst, sowie aller auf Entwicklung des Gemeindewesens, der kommerziellen und industriellen Verhältnisse bezüglichen Monumente und Dokumente Sorge zu tragen, auch vorläufig wenigstens summarische Verzeichnisse an die Regierungen einzusenden.

Allein nicht nur den Künstlern und Studenten sollte die erzieherische Kraft echter Kunst zu gute kommen, sondern dem ganzen Volke. „Er wollte nichts für sich allein genießen, alle seine Unternehmungen waren für die Oeffentlichkeit, für die Allgemeinheit bestimmt. Als 1829 die Fresken in den Münchener Hofgartenarkaden enthüllt wurden, gab er nicht zu, daß eine Wache aufgestellt werde. ‚Man muß, ohne Mißtrauen zu zeigen, den Geringsten im Volke an den Anblick des Schönen gewöhnen!‘ Als Rottmann von einer Studienreise nach Italien und Griechenland eine Fülle herrlicher Landschaftsbilder seinem königlichen Gönner heimbrachte, beschloß dieser sofort, die eines Claude Lorrain würdigen Kunstwerke zum Gemeingut zu machen. Sie wurden allen zugänglich gemacht, wie sie bis heute das Entzücken aller sind.“ (Heigel.) Gerade dieses Wirken vor und für die Oeffentlichkeit mußte die ehemalige Meinung des Publikums bald korrigieren, welches die schon vom Kronprinzen außerhalb der Stadt errichtete herrliche Glyptothek schlechtweg das „närrische Kronprinzenhaus“ betitelt hatte. Und als dann erst der Ernst der Regierung von ihm gewichen, avancierte er zum „g'spaßigen Herrn“, dessen köstlicher Humor, dessen schlagender, oftmals beißender Witz ihn mit allen Kreisen der Bevölkerung in immer intimere Fühlung brachte.

Der Anblick des Schönen, der Verkehr mit dem Edlen sollte das Volk erziehen, und da war es denn wieder die Zusammensetzung des Lehrkörpers an der neuen Hochschule, welche vielen Beifall, auch viele Verurteilung erweckte. Es lag im Plane des Königs der Universität ein würdiges Haus zu errichten. Einstweilen erhielt sie den Wilhelminischen Palast angewiesen, wo fast alle wissenschaftlichen Sammlungen vereinigt waren. Den Ehrgeiz und Eifer der einheimischen Gelehrten zu ermuntern, gingen Berufungen an die tüchtigsten Lehrer Deutschlands. Luden, Raumer, Tieck, Thibaut, Mittermaier, Oken, Görres und Schubert erhielten solche Einladungen. Nur die drei letzten nahmen an. „Der König von Bayern sammle die Demagogen,“ meinte man in Berlin, als Görres nach München kam, während man in Bayern die Berufung Hormayers, der nur „mittelbar durch litterarische Thätigkeit auf die geistige Hebung des bayerischen Volkes und die Förderung des Staatskredits nach außen wirken“ sollte, nicht verstand. Hatte dieser Mann doch bei dem Tyroler Aufstand die bayernfeindlichste Rolle gespielt. In katholischen Kreisen dagegen wurde die Ernennung Okens, des Herausgebers der „Isis“, des Hauptteilnehmers am Wartburgfeste, des ungläubigen Naturphilosophen mit Kopfschütteln begleitet, und der theologische Rationalist Paulus, dem Jesus nur „der reine Mensch war, aber ein Mensch, der in der ganzen übrigen Menschengeschichte seinesgleichen nicht hat, der weise Lehrregent, der der Menschheit ein neues Gesetz und Vorbild der Geistesrechtschaffenheit und der Ueberzeugungstreue bis zum Tod gegeben und dadurch das Wohlergehen der Menschheit gefördert hat,“ die Berufungen eines Baader, Schubert, Eschenmeyer in seinem „Sophronizon“ als eitel Jesuitenwerk hinstellte. Der kühne Anselm von Feuerbach aber ließ sich aus seinem Ansbacher Ver-

bannungsorte vernehmen: „Unser König scheint nach einem wohlangelegten Plan aus entgegengesetzten Elementen seine neue Schöpfung bauen zu wollen. Und so ist's gut! Wasser und Feuer verträgt sich in der Natur auch nicht, und doch grünt die Saat und keimt die Frucht!" „Ueberhaupt," sagt Prantl, „war die Zeit von 1826—1830 eine Glanzperiode der Münchener Universität, schon 1826 begannen dort eine förderliche Wirksamkeit an der philosophischen Fakultät Frank, Meilinger, Fr. v. Baader, Siber, Zuccarini, Sendtner (Aesthetiker), an der juridischen Stürzer, an der medizinischen Döllinger; im Jahre 1827 treffen wir Oken, Schmeller und Schorn, 1828 Schelling, Desberger, Görres, 1829 Puchta; später dann (1831) Krause." Neben den genannten sei namentlich noch Thiersch erwähnt, der als einer der bedeutendsten Kenner des klassischen Altertums damals noch bei Ludwig in hoher Gunst stand.



Königin Therese.

Bald zeigte sich denn auch der Erfolg der „glücklichsten That", wie Schelling die Verlegung der Hochschule nannte. Die Frequenz stieg mehr als um das Doppelte. 1630 Studenten besuchten die Universität München, und der König versicherte bei der feierlichen Eröffnung, es sei auch seine lebendigste Ueberzeugung, daß auf dem Gebiete der Wissenschaft jeder Zwang, jede Censur, auch die billigste, verderblich wirke, weil sie statt des gegenseitigen Vertrauens, bei dem allein die menschlichen Dinge gedeihen, den Argwohn einsetze. Freilich war nach dieser großen äußeren und inneren Revolution nicht zu erwarten, daß sich nun gleich alles ohne weitere Reibung entwickeln werde. „Anwandlung des Neides von seite eingeborener Gelehrten, die Ueberhebung von seite Berufener führten zu Gehässigkeiten." Dazu kam die religiöse Spaltung, dazu die Einflüsse der politischen Entwicklung Deutschlands. Das neue „Protestantenviertel" erhielt bei den Altmünchenern eine ähnliche Bedeutung, wie die mittelalterlichen Judengassen. Aber einstweilen war Leben da, und mit Boisserée konnte man von dem „großartig hohen Sinne" des Königs hoffen, „daß der allerdings noch bunte, chaotische Zustand der Münchener Universität sich auf eine heilsame Weise ordnen werde." (Heigel.)

Den Verlust der Rheinpfalz hatte Ludwig nie verschmerzen können. Er fühlte sich als Pfälzer, und sein Temperament war auch mehr pfälzisch, als bayerisch. Seit seiner Thronbesteigung setzte er darum die Bemühungen um den Wiedergewinn der Rheinpfalz nur um so energischer fort. Ein Tauschprojekt wurde in Karlsruhe zurückgewiesen. Ein Besuch bei Metternich auf Schloß Johannisberg brachte nichts als glatte Worte

ein. Da suchte Ludwig, den alten Pfaden der bayrischen Politik folgend, einen Rückhalt am Zaren zu gewinnen. Gleichzeitig mit ihm war Nikolaus zur Regierung gekommen. Ludwig erblickte darin eine günstige Vorbedeutung und schrieb dem Beherrscher aller Reußen: „Ich sehe in Rußland die stärkste Stütze Bayerns, ich wiederhole es, dies ist mein politisches Glaubensbekenntnis." Aber auch der Zar wich aus. Da starb im Jahr 1827 der Großherzog Friedrich von Baden. Der Streit begann aufs neue, Denkschreiben wurden gewechselt, die Presse regte sich für und wider auf, die Höfe gerieten einen Augenblick in Bewegung ob der anscheinend „frivolen", im Grunde ziemlich unschuldigen Mittel, deren sich Ludwig zur Stimmungsmache bediente, dann verlief die Sache, wie der Sponheimer Handel, im Sande. Dem verlorenen engeren Heimatlande sang Ludwig aus romantischer Erinnerung die Verse nach:

Der Pfalzgraf bei Rhein,
Er wandert allein
In dem heimatlichen Land.
Wie lieb er daselbe auch hat,
So geht er doch schweigend den Pfad
Und nicht will er werden erkannt.

Bayerns Wachstum nach außen war abgeschlossen. Nicht auf dem Wege der Eroberung, sondern einzig auf dem der kulturellen inneren Entwicklung lag fürderhin sein Heil. Auch auf diesem Wege ließen sich die bayerischen Grenzen erweitern, und es ist ein Verdienst Ludwigs, daß er seine Augen nach dieser Seite nicht verschloß. Er hatte ein Herz für die Knebelung des deutschen Verkehrs durch die zahllosen Binnenmauthen. Vergebens hatte der von Friedrich List, dem ersten kühnen Bahnbrecher nationalökonomischer Erkenntnisse in Deutschland, gegründete süddeutsche Handelsverein schon im Jahre 1819 beim Bundestage um die Verwirklichung des Artikels 19 der Bundesakte nachgesucht und erklärt: „Es ist die Stimme der ganzen Nation, welche um Aufhebung der Zölle im Innern von Deutschland und um Wiedervergeltungsmaßregeln gegen fremde Nationen flehentlich bittet. Während die Grenzen aller europäischen Staaten dem Kunstfleiß und den Produkten der Deutschen sich erschließen, steht Deutschland in der Mitte wie eine europäische Almende, auf welcher die Fremden nach Gelüsten ihre Herden weiden. Während die Türken und Spanier dem Verkehr in den Marken ihres Landes freien Spielraum geben, steht Deutschland dem Deutschen feindlich gegenüber. Unsere Landstraßen sind durch Zollbäume gesperrt, und unsere Flüsse durch Stapelrechte und See- und Wasserzölle unfahrbar gemacht." Doch von dem totgeborenen Bundesrat war keine neue Lebensschöpfung zu erwarten. Die Verhandlungen von lebendiger Einzelmacht zu Einzelmacht mußten und konnten damals allein zu einem Ziele führen. Und diesen Weg beschritt König Ludwig. Wie er mit dem alten, noch von Montgelas vertretenen Prinzip der bayerischen Politik gebrochen und sich dahin bestimmt hatte: „Europäische Großmacht sein wollen, ist unpassend; aber Teutschlands dritte Macht ist Bayern: in dieser Stellung muß es handeln und behandelt werden"; wie er seinem Lehrer Sailer betreffs der Erziehung seines Sohnes Max mitteilte: „Teutsch soll Max werden, ein Bayer, aber teutsch vorzüglich, nie Bayer zum Nachteil der Teutschen!" so folgte er im Hinblick auf den Verkehr der Maxime: „Beseitigung der Hindernisse des Handels und Verkehrs und Gestattung möglichst freier Bewegung in selben." Und so schloß er mit Württemberg am 18. Januar 1828 den ersten Zollvertrag ab. Die angrenzenden Staaten sollten zum Beitritt eingeladen werden. Der Verein sollte ganz Süddeutschland umfassen. Da kam die Nachricht von dem am 14. Februar 1828 zwischen Preußen und Hessen-Darmstadt abgeschlossenen Zollverein. Dem süddeutschen Verein war dadurch die Fortentwicklung unmöglich gemacht. In München geriet man in Bestürzung und in Verlegenheit. König Ludwig, der für seinen eigensten Gedanken Feuer und Flamme gewesen, sah seinen Weg durch Preußen durchkreuzt. Einen Augenblick brodelte da aus dem Kessel der Vergangenheit noch einmal das Wolkengespenst einer Anlehnung an Frankreich empor, dann aber griff die besonnene Ueberlegung ein und schuf jenes erste Unterpfand der deutschen Einigung, den preußisch-deutschen Zollverein. Ludwig griff auf seinen schon

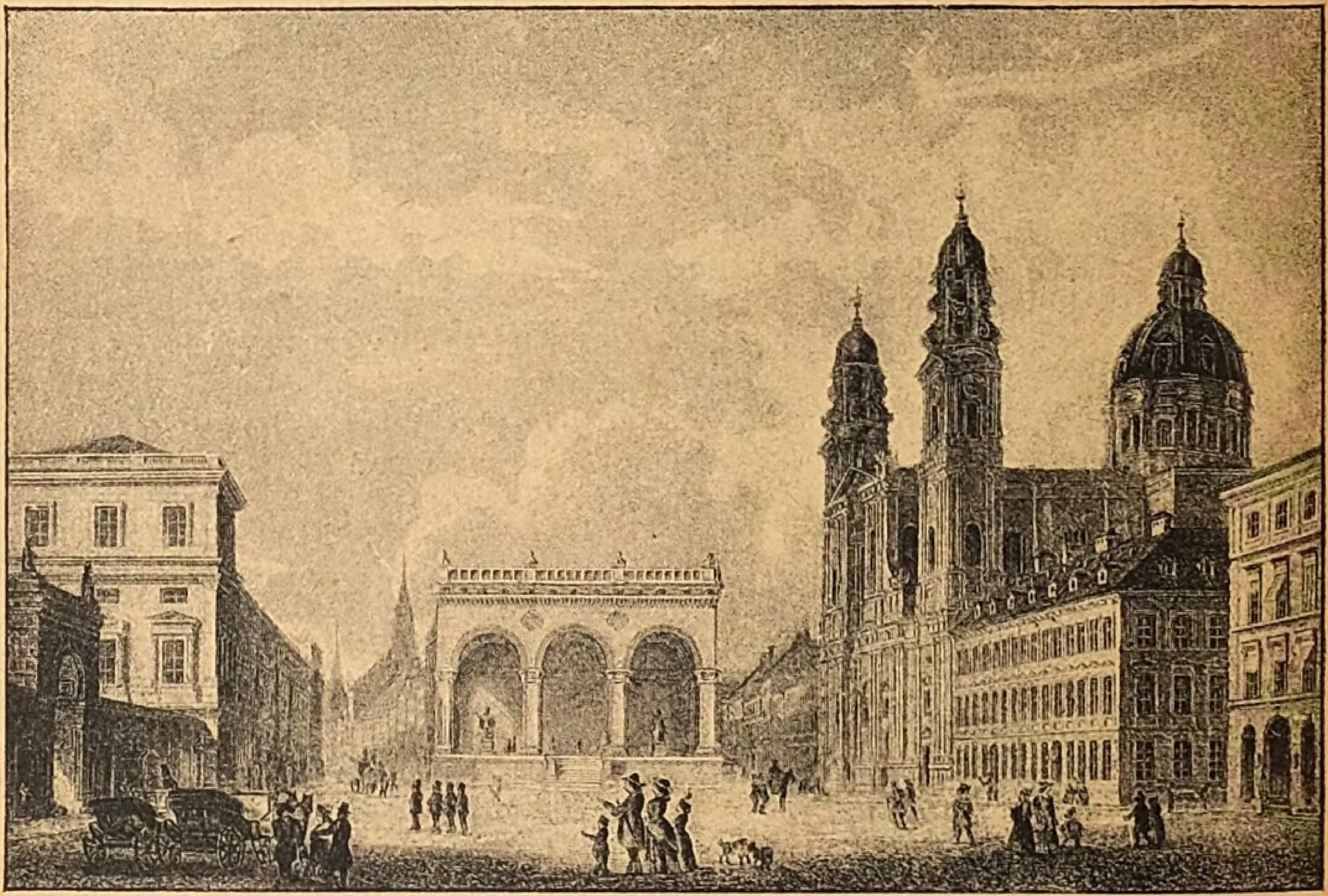
1824 geäußerten Gedanken zurück: „daß dahin zu trachten sei, daß Mautverband mit Preußen werde, dann mit ganz oder größten Teil von Deutschland, Oesterreich braucht nicht dabei zu sein." Der Baron Cotta ging im September mit geheimen Aufträgen Armanspergs nach Berlin, und im März 1829 kam der Vertrag zu stande, der die Grundlage des später ins Leben gerufenen Zollvereins bildete und ein System begründete „wonach Nord- und Süddeutschland zusammenschmelzen, und diese undeutsche Demarkation ganz verschwindet." Oesterreich aber hatte den Beitritt abgelehnt, sein Schicksal in der Zukunft war damit entschieden.

Am 17. November 1827 eröffnete Ludwig seinen ersten Landtag mit einer Thronrede monumentalen Stils: „Wie ich gesinnt bin, wie ich für gesetzliche Freiheit, des Thrones Rechte und die eines jeden schützenden Verfassung bin, dieses jetzt zu versichern wäre hoffentlich überflüssig, desgleichen, daß ich Religion als das wesentlichste ansehe und jeden Teil bei dem ihm Zustehenden zu behaupten wissen werde." Aber in den drei eigenhändigen Konzepten, die Heigel mitteilt, verrät sich schon ein leises Schwanken. Der König selbst merzte die betreffenden Sätze aus, und so nahm man seine Kundgebung mit Vertrauen und Freude entgegen. Kein Punkt von Wichtigkeit war übergangen. „Verbesserung der Rechtspflege, Einführung des Steuerdefinitivums, Erleichterung des Verkehrs und der Landwirtschaft durch Zollordnung und Kulturgesetz, Einführung des Landratinstitutes waren zeitgemäße Verheißungen, auch ein Gesetzentwurf zu einer auf das Prinzip der Oeffentlichkeit und Mündlichkeit gegründeten Gerichtsordnung wurde in Aussicht gestellt." Von Geschworenengerichten wollte indes Ludwig nichts wissen. Die Einigkeit zwischen Regierung und Volksvertretung blieb erhalten, und die Tagung führte zu einem wichtigen Ergebnis. Der im pfälzischen Rheinkreise schon längst bestehende Landrat wurde mit einigen Aenderungen auch in den übrigen Kreisen eingeführt und der Verfassung damit ein fester Unterbau gegeben. „Wohl besaßen diese den französischen Generalräten nachgebildeten Landesversammlungen nur beschränkte Befugnisse, sie führten keine eigenen Verwaltungsgeschäfte, sondern hatten nur die Kreisumlagen und außerordentlichen Ausgaben zu bewilligen; immerhin gewährten sie den Regierten die Möglichkeit, durch Bitten, Beschwerden, Gutachten in den Gang der Verwaltung einzugreifen und die Macht des Staatsbeamtentums einigermaßen zu beschränken."

Die Ersparungen am Militäretat fanden den Beifall der öffentlichen Meinung, und in dieser Hinsicht begann für Bayern damals eine wirklich glückliche Periode, „die Abstellung des bewaffneten Friedens." Auch der spätere Gang der deutschen Politik und die Mißgeschicke, welche Bayern infolge der Vernachlässigung seiner Armee trafen, vermögen an diesem Urteil nichts zu ändern, da Gewaltmaßregeln keine absolute Naturnotwendigkeit sind, sondern nur die relativ notwendige Folge von Versäumnissen, die Rache, welche die getretene Vernunft an ihren Vergewaltigern nimmt. Dem zum Prinzip werdenden Militarismus Norddeutschlands stellte sich damals in Süddeutschland der schüchterne Hinweis auf die Schweizer Volksmiliz entgegen, eine Unmöglichkeit, so lange die rein dynastischen Prinzipien die Politik der fürstlichen Konkurrenten in so maßgebender Weise beherrschten. Den Weg aus diesem Dilemma unserer Volksentwicklung wies damals schon Ludwigs ahnungsvolles Streben: hinter dem zum Stillstand kommandierten Bau der Türkenkaserne in München erhoben sich bald die beiden Pinakotheken.

Seit dem Thronwechsel erhoben die Klerikalen ihre Stimme immer lauter. In der Eos und anderen Zeitschriften priesen sie das katholische Altbayern als das Land wittelsbachischer Treue. Der Kampf des alten Bayern mit den neuen Provinzen begann und bald sprach man hier und selbst in der Diplomatie von einer ultramontanen „Kongregation", die in München nach bourbonischem Muster ihr geheimes Wesen treiben sollte. Die Gerüchte waren falsch, die Befürchtungen übertrieben, aber die Erhebung Eduards von Schenk, eines jungen Rheinländers, der sich die Gunst des Monarchen durch seine romantischen Dramen errungen hatte, zum Minister des Innern, gab den Befürchtungen neue Nahrung. Schenk war Konvertit, als solcher den Protestanten verdächtig, und dazu kam nun die steigende Begünstigung der Klosterwiederherstellungen durch den König.

Aber auch den Zeloten der andern Richtung that der König noch lange nicht genug. Man fühlte heraus, daß es mehr die ästhetische Seite war, die ihn zum Christentum und zur Kirche hinzog, als eine feste, klare, ihrer selbst bewußte, lebendige Ueberzeugung, wie denn überhaupt sein Sinn für die Wahrheit und das Recht mehr von der Phantasie als von einem klaren, selbständigen Bewußtsein getragen wurde. „Eine Religion, welche die Kunst verwirft", äußerte er selbst, „kann nicht die wahre sein, deshalb steht der Protestantismus dem Katholizismus nach." Und so lebte denn der ganze äußere Pomp der Kirche wieder auf. Der König stellte die alten Hausbräuche der Wittelsbacher wieder her, wusch am Grünen Donnerstag den Armen die Füße, schritt mit dem ganzen Hofe in der Frohnleichnamsprozession andächtig hinter dem Sanktissimum einher; er gab



Die Feldherrnhalle in München.

der Hauptstadt ihr altes Wappen, das von Montgelas pensionierte „unaufgeklärte Mönchlein" wieder; er erlaubte den Ober-Ammergauern und andern wieder die alten schönen Passionsspiele und gab den Mönchen und Nonnen in wachsender Zahl ihre Klöster zurück. Aber der alte Geist war nicht mehr derselbe. Wie die Jesuiten nach der Wiederherstellung ihres Ordens nie wieder zu dem alten Einfluß kamen, so gelangten auch diese Neugründungen der Benediktiner, Kapuziner, Franziskaner nicht mehr zu der früheren Bedeutung. Nur da, wo der Zeitgeist, die Bedürfnisse des fortschreitenden Jahrhunderts in die Klostermauern eindrangen, erwachte noch einmal ein neues Leben. Die Schulschwestern und Schwestern der Barmherzigkeit gelangten zu hohem Ansehen, während die Wiederbelebung der anderen mönchischen Einrichtungen meist keinen andern Erfolg hatte, als die Verlängerung eines Todeskampfes, dessen traurige Zuckungen nur Mitleid und hie und da, wenn er bis zu Teufelsaustreibungen und anderem Narrenwerk sich steigert, allgemeineres Entsetzen wachruft. Für die Wiedereinlassung der Jesuiten, die er als Fanatiker verabscheute, war Ludwig indessen nie zu haben. Schon im Jahre 1826 wurden auch Klerikalseminare zu Speyer und Freising neu eingerichtet, die schon bestehenden höher dotiert. Dazu sollten Knabenseminarien auf eine neue Belebung des religiösen kirchlichen Geistes wirken. Aber gerade diese nach den Bestimmungen des

Tridentinums getroffene Einrichtung fand bei den Katholiken Widerspruch. Man erwartete von diesem Isolierungsprinzip keine guten Früchte; man fühlte, daß Kraft und Selbständigkeit not that vor allem, die nur das Leben selbst, das Leben in der Oeffentlichkeit, nicht ein solches hinter Mauern zu geben vermochte; man sah, wie die Zeit eine andere geworden, die Gegenwart sich als eine demokratische Macht zu entwickeln begann, wie mit unwiderstehlicher Gewalt sich der dritte und vierte Stand in die Geschichte drängte, wie alle Welt las, schrieb und reiste, und der einfältigste Landmann aus seiner alten Unbefangenheit herausgezogen und in die fieberhaften politischen und kirchlichen Bewegungen versetzt wurde, wie das beginnende Leben der Presse und der konstitutionellen Verfassungen die Erkenntnisse und Mithilfe auch des einzelnen forderte. All das war an Seminarien nicht zu erreichen. Es genügte nicht mehr, das Volk im Glauben zu unterrichten und darin zu bewahren, sondern die Zeit erforderte, daß der Priester auch für die wirkliche Welt erzogen und gebildet werde, und so nahte sich denn der Geist der Zeit von dieser Seite der Kirche, und säkularisierte, verweltlichte sie im wahren Sinne des Wortes. Der Kampf um religiöse Streitfragen ist gelinde geworden im Vergleich zu dem Kampfe der Kirche um ihre Stellung in dieser Welt, und in diesem Kampfe der Kirche um weltliche Dinge stand auch der Romantiker Ludwig, der „große Ultramontane“ in der vordersten Reihe der kirchlichen Gegner. Von katholischer Seite hat man dies sehr wohl gefühlt. Lange Klagen ergossen sich über die vielen Eingriffe der Staatsregierung in, wie man meinte, kirchliche Angelegenheiten. Die Klagen verhallten unerhört, ja mit dem verderblichen Versuche, die Kirchendiener in Staatsdiener zu verwandeln, ist man wohl kaum in einem Staate weiter gegangen, als in Bayern unter dem als durchaus reaktionär verschrieenen Ministerium Abel. Jedoch in nichtkatholischen Kreisen und im Auslande sah man nur den romantisch leuchtenden Zauberschein, der das Wesen der Sache thatsächlich und bis zur Unkenntlichkeit verhüllte und nach dem Gesetze jeder auf sich selbst, nicht auf äußerlichem Machwerke beruhenden historischen Entwicklung gerade das beförderte, was er vereiteln sollte: die Entwicklung, das Wachstum des liberalen, des demokratischen Geistes.

Was hatte es zu sagen, daß Ludwig Tilly in der prächtigen Feldherrnhalle ein Denkmal setzte, daß er die Einführung des Gustav-Adolf-Vereins verbot, daß er den Protestanten die Bezeichnung „evangelisch“ verweigerte, daß er selbst die Einführung konfessioneller Schulen befürwortete, daß er die Büste Luthers anfänglich aus der Walhalla fern hielt, da er dem sächsischen Mönche „die Zerrüttung der Nation durch deren religiöse Spaltung“ als Patriot nicht verzeihen konnte: er dokumentierte damit bloß, daß seine bewußte historische Erkenntnis über die Außenwerke nicht hinausgedrungen war, während seine historischen Ahnungen ihn fort und fort über diese selbstgesteckte Schranke hinüberrissen. War doch allein sein Zugeständnis der freien, unbehelligten Forschung an die Wissenschaft eine durchaus protestantische That, die unbewußte Anerkennung jenes Prinzips, daß die Wissenschaft ihre höchste Autorität nur in sich selber, nicht aber in dem Dogma einer Staats- oder Kirchengemeinschaft habe.

Die eigene Unklarheit, die in der Unklarheit der damaligen Bewegung keinen festen Boden, keinen Rückhalt zu finden vermochte, war die Ursache jener Schwankungen in des Königs Stimmung von Pol zu Pol, so daß er einerseits den Gedanken der Zukunft wohl erfaßte, „daß das Kammerwesen progressiv das Königtum verschlingen werde“ und andrerseits der Freiheit doch wieder seine Harfe lieh, wie in dem Gedichte „Königsgefühl“.

„Herrlich über freies Volk zu walten,
Nicht nach Willkür grenzenlos zu schalten,
Sondern in den Schranken, die bestehn,
In den Edelen sein Volk erhöhn.
Ein zum Himmel hebendes Empfinden,
Gegen welches alle Mühen schwinden,
Wenn Erfolg das heiße Streben krönt,
Wenn im Volk das Gute frisch gedeihet,
Welchem er sein Leben ganz geweihet,
Wird erkannt, was früher ward verhöhnt.“

Ueber dieses Dilemma der eigenen Stimmung täuschte er sich dann wieder hinweg, indem er für sich den Regierungsgrundsatz festhielt: „die bayerische Verfassung ist keine repräsentative Verfassung, sondern eine rein monarchische, beschränkt durch eine Standschaft, welcher nicht mehr zusteht, als jener Bezirk der Rechte, den die Verfassung vom Jahre 1818, und später sanktionierte Grundgesetze der Standschaft einräumen." Von der neufranzösischen Lehre, daß der König nur herrsche, nicht regiere, wollte er nichts wissen, trotzdem er ahnte, daß seit der französischen Revolution auch das Privilegium der Könige in Diskussion stand. Sein ästhetisches Fühlen riß ihn über diesen Zwiespalt hinüber: „frühe schon soll der Jugend die Liebe zum Vaterlande und zu dem angestammten Fürstenhause geweckt und genährt werden." Die Liebe sollte das Band aller bilden, ein, wie er noch erkennen sollte, sehr veränderliches Prinzip, namentlich da, wo ihr nicht die Wahrheit, sondern die Romantik zu Grunde lag. Und doch kannte er die Wahrheit, er bekannte sie auch da, wo sie mit seiner dynastischen Romantik in Widerspruch trat. Denn von den Wittelsbachern würdigte er nur zwei, den Pfälzer Friedrich den Siegreichen und den Kurfürsten Maximilian I, der Aufnahme in die Walhalla, und wenn auch diese engbegrenzte Auswahl keineswegs der historischen Gerechtigkeit entspricht, so entsprach sie doch dem subjektiven Gefühle des auswählenden Königs. Dem Geist der neuen Zeit aus wirklicher Begeisterung huldigend, war Ludwig doch nicht stark genug, den Geist der absoluten Fürstenzeit, der er entstammte, von sich abzuthun, und blitzartig, selbst über die Verschönerung der Romantik hinaus, befiehl ihn wohl diese alte Herrenlaune, und es begegnete ihm, daß er mit dem Rufe „der König, der König!" einem Vorübergehenden auf der Straße den Hut vom Kopfe schlug. Es war ein Ausbruch des Gefühls der Ohnmacht, der lebendigen Entwicklung eine Schranke ziehen zu können, des Gefühls, das zu einer solchen Erbitterung sich zu steigern vermochte, daß Ludwig unter seiner Regierung Strafen zuließ, welche die Erinnerung an jenen orientalischen Imperatorendienst wachriefen: wie die schmähliche Abbitte der verurteilten Demagogen vor dem Bildnisse des Königs. Und doch war dieser gleiche Mann einer der größten und begeistertsten Verehrer von Schiller, dem Sänger Tells. Wohl hatte auch er einst als Kronprinz versucht, „der Freiheit eine Gasse" zu bahnen, aber eingeklemmt zwischen die reaktionär-absolutistischen Bestrebungen Oesterreichs und des deutschen Nordens, abgeschlossen vom Westen durch den eigenen Haß Ludwigs gegen Frankreich, rauschte die Welle nun zurück, und auf ihrem schäumenden Rücken trug sie das bayerische Königsschiff, es bald den Klippen der Reaktion, bald den Schlünden der Revolution hinwerfend, eine Fahrt, bei der nur ein schwärmender Romantiker seinen träumerischen Gleichmut zu bewahren vermochte. Aber die durch die Zeitverhältnisse damals in Ludwig erzeugte Königsromantik ist seinem Geschlechte zum Verhängnis geworden. Sie übertrug sich auf den Enkel, den Sohn einer preußischen Prinzessin, und diese zwiefache Verstärkung einer Geistesrichtung, die dem Werden der Zeit absolut widersprach, konnte nicht anders, als in Wahnsinn und Untergang enden. Nicht der Souveränetätsdünkel der kleinen Kronen war es, der, wie Treitschke meint, diese vielfachen Widersprüche erweckte, sondern es war die innere Lüge einer Entwicklung, die an den Resultaten der großen Volksbewegung glaubte festhalten zu können, ohne dem Privilegium des Königtums etwas zu vergeben, die die Ideen der Freiheit vertrat auf einem Gebiete, auf wissenschaftlichem, künstlerischem oder religiösem, und sie von den andern der sozialen und politischen Entwicklung fernzuhalten sich bestrebte, die an der Macht des alten Fürstentums sich anzuklammern suchte in einer Zeit, welche den Herrschern wohl noch gestattete, große Menschen, nicht aber mehr große Könige zu sein.

Diese Entwicklung zwischen zwei Polen aber wurde nach Bayern fort und fort hineingetragen von außen, denn einerseits vermochte die bayerische Entwicklung sich nur bis zu einem gewissen Grade von derjenigen des reaktionär monarchischen Europas zu emanzipieren, auf diese aber selbst umgestaltend zu wirken, besaß Bayern die Kraft nicht; andrerseits aber war die Abneigung des Königs gegen Frankreich nicht imstande, die einfache Konsequenz der geographischen Lage eines Teiles von Bayern aufzuheben; die Pfalz berührte Frankreichs Grenze, eine geistige Demarkationslinie war da nicht zu

ziehen. Man denke sich nur, wie noch ganz anders das Bild Ludwigs uns leuchten würde, wenn sein Wollen, der innerste Trieb seiner Natur zur Freiheit auch nur eine leise Unterstützung in einer allseitig als legal anerkannten freiheitlichen Entwicklung der übrigen deutschen Volksteile gefunden hätte, wenn ihm statt fortwährenden Kampfes und Widerspruchs ein ruhiges Ausleben vergönnt gewesen wäre. Die Königsschablone war es, die dieses Heldendasein vergiftete, und daß ihm selbst dies nicht verborgen blieb, ihm, der als Künstler der Freiheit des Individuums nur die Schranke der Schönheit setzte, dafür haben wir die unwiderleglichsten Beweise. Stunde für Stunde, Tag für Tag, das ganze Jahr und die langen Jahre hindurch ohne Ende sich mühend, suchte er in der Kunst die Freiheit des Geistes wieder zu gewinnen. Gleich Friedrich dem Großen „ein angeketteter Galeerensklave auf dem Schiffe des Staates", hätte er wohl in dem Absolutismus des Fürstentums die Möglichkeit eines Ausgleiches finden können. Aber gerade dieser Weg war ihm versperrt, die Verfassung stand ihm da entgegen, und so war es, als ob die Lehre von den „Menschenrechten" nur für alle andern, nicht aber auch für die Fürsten gepredigt worden wäre. Diesen Zwiespalt mußte sein für das Wahre so empfängliche Gemüt tief empfinden:

„Mich nicht meiden
Kann ich, scheiden
Fürst von Menschen nicht
Es versteinert schnell die Krone,
Wie der Blick vor der Gorgone,
Furchtbar gräßlichem Gesicht."

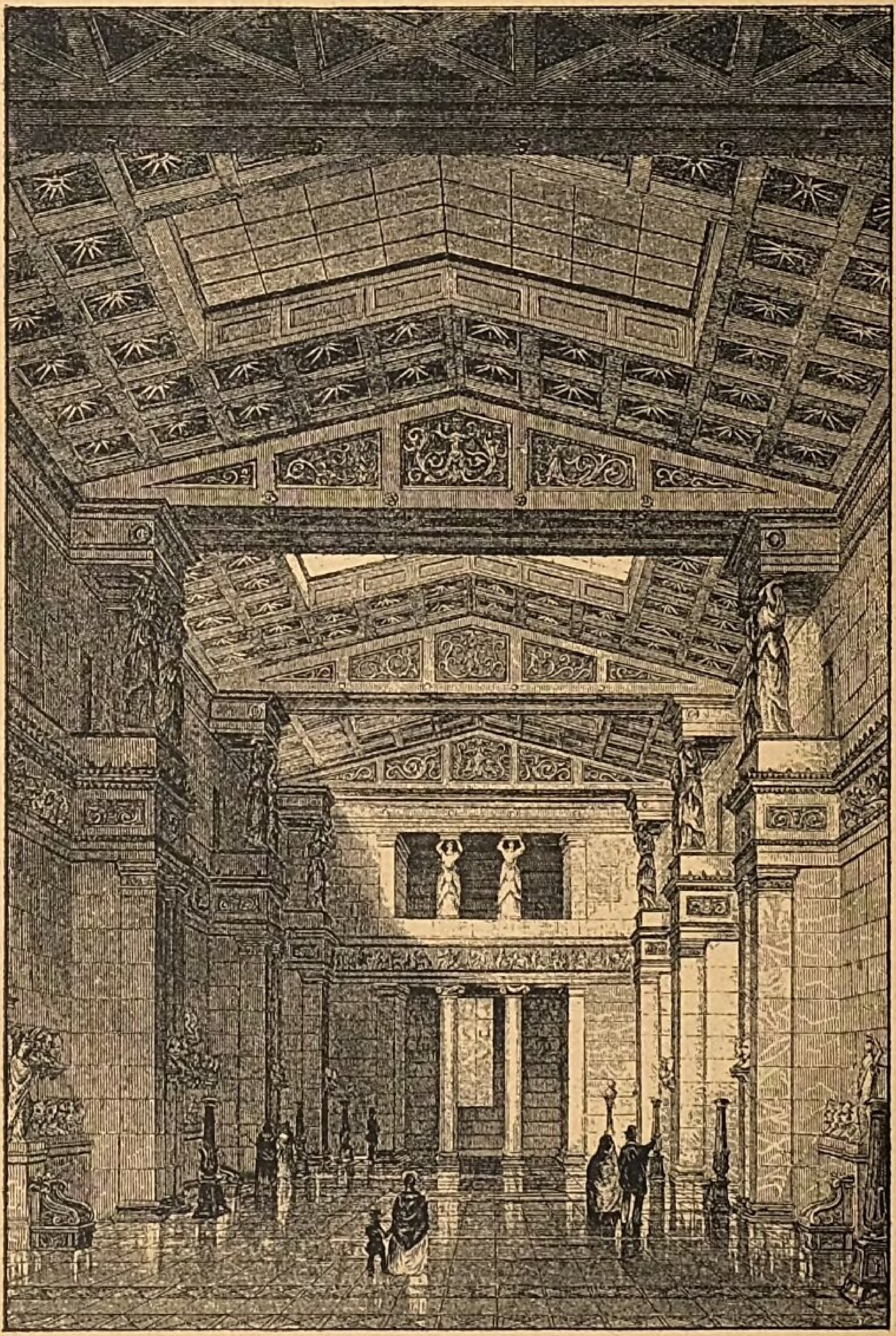
Jeder romantische Zauber des Königtums weicht in solchen Weihestunden der Erkenntnis weit von dannen, und wehmütiger ist wohl nie die Klage über „der Könige Loos" erklungen, als aus dem Munde dieses gekrönten Sängers:

„Von des Hofes Zwang umgeben,
Schon ein Toter in dem Leben,
Wie ein Götterbild von Stein,
Thronen in des Schlosses Mauern
Soll der König, soll vertrauern,
Immer abgesondert sein.
Was dem Aermsten selbst gewähret,
Er auf seinem Thron entbehret,
Frohen Umgangs heitre Lust.
Wie an Fäden soll er handeln,
Gleichwie auf der Bühne wandeln,
Seiner Rolle sich bewußt.
Abgewogen, abgemessen
Sei ihm alles, soll vergessen,
Daß er Mensch ist, immer kühl
Soll sein Herz nie höher schlagen,
Einsam, freudlos soll er ragen,
Abgestorben dem Gefühl.
Ach! worauf sein Blick nur weilet,
Von Verläumdung wird's ereilet,
Sei er noch so gut, so rein,
Andres Ansehn es erlanget,
Und der Himmel selbst empfanget
Gleich davon der Hölle Schein."

Und dieses Wahrheitsgefühl für Leben und Menschsein verließ ihn nicht, gleichviel ob ihn die Leidenschaften über des Königtums Schranken hinüberrissen und er dem Verlangen nach Leben und Freiheit in künstlerischem Erwarten die Zügel schießen ließ, oder er den Trauermantel der Entsagung über sein Antlitz zog und in seine dunklen Falten seine sehnenden Klagen weinte:

„Gestattet, daß ich von dem Lebensbaume
Zuweilen doch ein einz'ges Blättchen pflücke,
Mich wieder wende zu dem frühren Glücke,
O, wecket mich nicht aus dem flücht'gen Traume,
Mißgönnt mir nicht die kurze freie Stunde,
Wenn ich ein Sklave bin im ganzen Tage,
Daß meine Seele wiederum gesunde.
Doch ruft's von überall mir her: „Entsage!
Entbehrung stehet mit dem Thron im Bunde,
Dir bleibet nur der ew'gen Sehnsucht Klage."

„Selten", sagt Treitschke," „hat eines Mannes Kopf so wunderliche Widersprüche friedlos neben einander beherbergt. Hellenischer Schönheitssinn und bigott katholische Gläubigkeit; ehrliche Liebe zum Volke und eine Ueberschätzung der königlichen Würde, die der Selbstvergötterung nahe kam; schwärmerisches Teutonentum und wittelsbachischer Dynastenstolz — das alles trat unvermittelt zu Tage, da die Natur dem Könige von den schlichten Gaben des Menschenverstandes, des Taktes, der Mäßigung nur wenig geschenkt hatte. Die Harmonie, die er an Kunstwerken so wohl zu schätzen wußte, war seiner Persönlichkeit versagt." Dieses kühle philiströse Urteil überrascht uns nicht. Unvermittelt war in Ludwigs Wesen überhaupt nichts; die Geschichte Bayerns, die Geschichte seiner eigenen Jugend, die Verhältnisse, in welche er nun gestellt, vermitteln uns alles, und dieses für alles, für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft so empfängliche Wesen durfte nur vertrauend seinem Künstlergenius folgen, um die Harmonie zu erlangen, für die er an Kunstwerken ein so inniges Verständnis zeigte. Selten hat wohl Menschenverstand mit größerem Takte der Wahrheit die Ehre gegeben, als dies Ludwig gethan, da die ganze Wahrheit an ihn herantrat und von ihm klipp und klar ein „Ja" oder „Nein" verlangte. Wir werden dies aus folgenden Ereignissen erkennen.



Das Innere der Walhalla.

Im Juli 1830 war das Bourbonenregiment in Frankreich gestürzt worden. Das neue Frankreich hatte über das alte gesiegt. Das Bürgerkönigtum Louis Philippes erhob sich, und der Geldsack begann seine Herrschaft. In Brüssel antwortete man mit der Losreißung Begliens von Holland. Leopold von Coburg zog dort als konstitutioneller König ein. In Warschau begann das Polentum noch einmal einen aussichtslosen Kampf gegen den russischen Zwingherrn, und die Polen wurden die Märtyrer der europäischen Revolution. Auch in Deutschland begann es zu rumoren, Braunschweig

wechselte seinen Herzog, Hessen-Kassel und Sachsen mußten der Bewegung Zugeständnisse machen, in Italien und der Schweiz gährte es. In Bayern blieb alles ruhig, aber des Königs Stirn umwölkte sich. Am Jahrestage der Leipziger Schlacht, am 18. Oktober 1830 hatte er den Grundstein zur Walhalla gelegt. Es war für Ludwig ein Festtag, der schönste seiner Regierungszeit. Aber die Ereignisse warfen ihre Schatten nach Bayern hinein. Aus Rücksicht auf die deutschen Großmächte wurden einige Redakteure aus München ausgewiesen. Die politische Erregung wuchs, ein Teil der Presse trat in direkte feindselige Opposition gegen Regierung und König.

In der Weihnachtswoche wurde die Ruhe der Hauptstadt mehrmals durch rohen Unfug der Studenten gestört. Von Revolution war keine Rede, politische Zwecke waren keine da, nur unbestimmter tastender Thatendrang. Aber das Militär war aufgezogen, Verhaftungen wurden vorgenommen, Einflüsterungen von einer großen Verschwörung fanden bei Ludwig Glauben. Schon am 27. September hatte er Lerchenfeld nach Frankfurt geschrieben, der preußische Bundestagsgesandte solle beim Bundestage eine Verschärfung der Zensur beantragen, namentlich bezüglich der Besprechung innerer Landesangelegenheiten, jedoch solle verheimlicht werden, daß diese Motion von ihm ausgegangen. Am 21. Oktober kamen die dahin zielenden Bundesbeschlüsse zustande. So wurde „jeder rasche Schritt, den die Opposition vorwärts machte, durch einen Schritt nach rückwärts gestraft und die gesetzliche Ordnung wurde durch Maßregeln zu behaupten gesucht, die nicht nur die Revolution, sondern auch die Reform ächteten." (Heigel). Jetzt nach den Unruhen in München, an denen sich namentlich Mitglieder der „Germania" beteiligt, befahl Ludwig die Schließung der Universität und die Ausweisung aller in München nicht heimatsberechtigten Germanen. Minister Schenk erhob Bedenken, Ludwig nahm den Ausweisungsbefehl zurück, aber mit äußerster Strenge drang er auf Bestrafung und selbst vor einer gewissen Art von Kabinetsjustiz scheute er in seiner Erbitterung nicht zurück. Sein Argwohn war erregt, namentlich die Hochschule bekam ihn zu fühlen, der er nun die bisherige Gunst entzog. Am 28. Februar 1831 erließ Minister Schenk eine Preßverordnung, welche die Besprechung innerer Angelegenheiten der Zensur unterwarf. Das war eine grelle Abkehr von dem bisher beobachteten milden Verfahren, es war eine offene Verleugnung der eigenen Grundsätze des Königs.

In diese aufgeregte Zeit fielen die Landtagswahlen. Die Opposition gewann die Majorität, aber man erfuhr, daß fünf von den 54 in die Kammer gewählten Staats- und Gemeindebeamten keinen Urlaub erhalten hätten. Der König war formell im Recht, aber es war offenbar, daß nur die liberale Gesinnung der Gewählten diese Maßregel veranlaßt hatte. Eingaben wurden gemacht. Die Nürnberger nannten die Verordnung vom 28. Januar geradezu verfassungs- und eideswidrig, sie beschwerten sich über die Ausschließung der Männer, die das meiste Vertrauen des Volkes genießen. Aus dem Algäu wurde die Anklage erhoben, die Regierung habe sich nur der durch die Ereignisse des Juli jetzt glücklich zernichteten hohen Allianz gefällig erweisen wollen. „Wir sollen eine bloße Schein-Repräsentation besitzen und doch so gutmütig sein zu glauben, wir hätten eine wahre. Die Minister eilen, sich die traurige Verlassenschaft Karls X anzueignen; doch auch sie haben falsch gerechnet wie das deplorable Ministerium. Repräsentanten! Enthüllet dem Könige den furchtbaren Abgrund, an den heuchlerische Frömmlinge ihn führten!"

Im bayerischen Volksblatt verfocht Eisenmann die liberalen Lehren Rottecks mit warmem Herzen, der Belgier Coremans predigte in seiner Freien Presse und bearbeitete, wie der Franke Wirth in der „Deutschen Tribüne", die Abgeordneten und den Landtag.

In der Thronrede, womit der König am 1. März den Landtag eröffnete, betonte Ludwig seinen konstitutionellen Standpunkt. „Das kann ich sagen, gewissenhafter als ich hält niemand die Verfassung, ich möchte nicht unumschränkter Herrscher sein. Nicht nur selbst die Verfassung zu beobachten, auch sie beobachten zu machen, habe ich geschworen, werde unerschütterlich darin sein und unerschütterlich sein wird Bayerns Treue." Es war das Altbayerntum, welches den Kampf begonnen hatte mit dem Neubayerntum, und der Kampf wogte um die Person des Königs. Die Pfälzer und Franken standen fast sämtlich zu

der liberalen Fahne, das Altbayerntum trat unter die Führung des Ultramontanismus zurück. Zu Beginn der Verhandlungen erhob Freiherr von Closen eine heftige Beschwerde gegen die willkürlichen Verhaftungen in München. Er gehörte zu den fünf Abgeordneten, denen der Urlaub verweigert worden war. Sofort hatte er sein Amt niedergelegt, um in die Kammer eintreten zu können. Jetzt beantwortete die Regierung unklugerweise seinen Antrag auf gesetzliche Sicherung der persönlichen Freiheit mit der Frage, ob er ein Recht habe, in der Kammer zu sitzen, da er doch noch als Beamter gewählt worden sei? Mit erdrückender Mehrheit wurde dieses Bedenken abgewiesen und die heftigsten Angriffe regneten gegen das Ministerium nieder, namentlich gegen den „bayerischen Polignac", den Vater der Preßordonnanz. Selbst Ignaz Rudhart, „der wieder mit dem herzerwärmenden Feuer seiner Beredsamkeit für die Sache des gemäßigten Liberalismus eintrat", rief nach Reform und beklagte, nicht ohne Hinweis auf die Einwirkung von außen, die eingetretene Spaltung. Eine geheime Polizei sei organisiert worden, warf man der Regierung vor, und darauf gab Ludwig selbst die schöne Antwort in einem Gespräche mit Closen: „Da wollte ich lieber Geld ins Wasser werfen, als einen Kreuzer für geheime Polizei ausgeben."

Dem Geist der Verfassung widersprach die Preßverordnung. Der König war bereit, sie teilweise zurückzunehmen. Ja, er entließ Schenk, nachdem er von einigen Rednern förmlich in Anklagestand versetzt worden war. Alles das genügte nicht. Die Volksvertreter verlangten unverkümmerte Preßfreiheit. „Alles oder Nichts!" rief Seuffert, der einflußreiche Präsident der Abgeordnetenkammer. Und Reichsrat Maurer erwiderte: „So werden Sie Nichts bekommen!" Die Annahme des Gesetzes wurde abgelehnt, und wieder wurde die ministerielle Rücksichtnahme auf Oesterreich und Preußen als Abhängigkeit von fremdem Einfluß gedeutet. Sollte doch nur die Besprechung der inneren Angelegenheiten völlig frei gegeben werden. Das Verhalten der Kammer ist überraschend, stimmte aber zu der kritiklosen Vermischung freiheitlicher Ideen, wie sie vom Westen einströmten, und reaktionärer, jeder freiheitlichen Entwicklung ins Gesicht schlagender Maßregeln, wie sie die Furcht vor Altbayern erregte. Die liberalen Organe bekämpften die Geschworenengerichte, da von einer Volksjury in Altbayern nur die strengsten Urteile zu gewärtigen seien. Am kleinlichsten und verworrensten aber zeigten sich die Abgeordneten bei der Budgetberatung. Die Ausgaben für den Freskenschmuck der Arkaden, den Bau der Pinakothek, des Kursaals von Brückenau und andrer öffentlichen Gebäude wurden beanstandet. Die Civilliste des Königs sollte um ein Viertel gekürzt werden, und die Verhandlungen darüber mußten den Monarchen tief kränken, da doch Jedermann wußte, daß er von seinem Einkommen nichts für sich, alles für die Kunst verwendete. Rudhart und Closen wiesen darauf hin, aber die liberalen Herren blieben steif. Der Argwohn hatte ihren Blick verfinstert. Die Pfälzer und Franken standen gegen die Altbayern, der Eremit von Gauting, Baron von Hallberg, rief die Bauern auf und bat den König in einer Ergebenheitsadresse, er möge den Bauern nur einen Wink geben und „in Einer Stunde haben Ew. Majestät keine lebenden Feinde mehr." Die altbayerische Bauerngesinnung regte sich gegen die gewerbefreundlichen Maßregeln der Regierung. Gewerbefreiheit wurde als eine Gefahr „für die physische Kraft und Männerstärke des bayerischen Volkes" verschrieen, und die Aussicht auf Bayern als einen „Kirchhof voll wandelnder Leichen" eröffnet. Der Radikalismus auf allen Seiten vor- und rückwärts machte seine Bocksprünge, nur wenig Bedeutendes brachte dieser Landtag zustande. „Bayern ist keine meerumflossene Insel", sagt Heigel, „und keine Großmacht, Rücksichten auf die übrigen deutschen Regierungen, die nach dem Falle Warschaus in Unterdrückung aller Reformideen Schutz gegen die Revolution suchten, konnten aber gar nicht umgangen werden. Unzeitige Hartnäckigkeit der Volksvertretung mußte die Regierung eines Mittelstaates um so rascher der Reaktion in die Arme treiben." Am tiefsten war der Wandel in Ludwigs eigener Stimmung.

„Erobert von der Prosa wird die Welt", klagt der aus den poetischen Träumen seiner Jugend Gerissene, und in seiner „Königsklage" offenbart er die Wandlung, die in seinem Innern vorgegangen, in ergreifender Weise:

„Ein Verlassner in der Menge,
Wandle wie ein Schatten stumm,
Einsam selber im Gedränge,
In der Heimat fremd herum.
Sagt, was habet ihr gewonnen,
Wenn mein Wesen sich umeist,
Wenn der frohe Sinn zerronnen,
Dumpf und trüb erstarrt der Geist?"

Aber immer wieder versuchte er die freiere Sphäre seiner früheren Tage wiederzugewinnen, und ob auch seine Schwester, die Kaiserin Karoline Auguste, ihn unablässig mit frommen Ratschlägen bearbeitete, beantwortete er den Kammerbeschluß der Einstellung des Pinakothekbaues hochsinnig mit der Anweisung einer halben Million aus eigenen Mitteln und der Schmälerung seiner Civilliste folgte eine großartige Schenkung an die Armen der Vorstadt Au. Trotz alledem war es Wahrheit geworden, was er in obigen Versen sagte: Ludwig stand in seinem Lande allein, und auch das neue Ministerium schien kaum danach angethan, ihm eine wirkliche Stütze gewähren zu können. Ludwig Fürst zu Oettingen-Wallerstein, ein Mann von liberalen Allüren, trat an die Stelle Schenks. Auch die Minister und Ministerverweser Zentner, Stürmer und Armansperg traten von ihrem Posten zurück, und Freiherr von Giese wurde Minister des Aeußern, Zu Rhein der Justiz, Wirschinger der Finanzen, Weinrich des Krieges. Einen ausgesprochenen Charakter besaß das Ministerium nicht, und so schien es nur eine Frage der Zeit, ob Ludwig sich dem mächtig aufblähenden Klerikalismus ganz in die Arme werfen würde.

Verfassungstreue, Unparteilichkeit der Regierung, Anerkennung der Heilsamkeit einer konstitutionellen Opposition, Förderung des deutschen Interesses — mit diesen Stichworten begann Wallerstein in dem auf seine Veranlassung gegründeten Regierungsorgan, der Staatszeitung, seine Aktion. Aber schon am 1. März 1832 folgte ein Verbot jeder Association zu politischen Zwecken. Liberale und Klerikale fuhren auf und arbeiteten gegen den „Polizeistaat". Die Presse rasselte ärger denn je; Aufstand, Desertion, Rebellion — so ging es in großen und kleinen Blättern, in Zeitschriften und Flugblättern. In der Rheinpfalz hatte der neue Freiheitsruf der Pariser ein schallendes Echo gefunden. Hier war der natürliche Boden für eine Agitation im Großen gegeben. Die Hemmung des freien Verkehrs durch die Zolllinien Frankreichs und des preußisch-hessischen Vereins, die Abgerissenheit von dem Lande, auf welches man mit seiner politischen und sozialen Entwicklung angewiesen war, machte hier das Gefühl einer Uebervölkerung besonders rege und „die öffentliche Meinung, die vor der neuen Erscheinung des Massenelends noch ganz hilflos stand, pries das Abströmen köstlicher nationaler Kräfte als ein wirksames soziales Heilmittel". So überschäumte denn der Wille zur Freiheit, die hier in allererster Linie notthat, alle Grenzen, Polen wurde das Musterbild der Völker, ein einiges, freies Deutschland wurde verlangt, „das mit dem freien Frankreich treu verbündet, ihnen den Druck der Binnenmauten, der Plackereien der Censur und der Polizei von den Schultern nehmen sollte." Und wie Görres in dem neuen Regierungssystem „nichts als eine Nachäffung des juste milieu der Pariser" erblickte, so kündigte, dem großen Ultramontanen gleich, der Radikalste der Radikalen, Dr. Siebenpfeiffer, den Justemilianern den Krieg an. Und zu Siebenpfeiffer gesellte sich der fränkische Jurist Wirth, der in seiner „Tribüne", mit welcher er von Stadt zu Stadt vor der Polizei flüchtete, die ersten Keimgedanken des Sozialismus verkündigte. Wie Siebenpfeiffer die Zeit ersehnte, da alle Oberbehörden aus Volkswahlen hervorgehen, die „ausgehöhlten Throne stürzen" und das göttliche Recht in die Wälder von Rußland fliehen würde, so wollte Wirth kein Feind der Fürsten sein, da er ihnen ja die großartigste, göttliche Aufgabe zuerteile, „allen besitzenden Klassen ein hochherziges Beispiel zu geben und freiwillig auf äußere Macht zu verzichten."

Da schloß sich die bayerische Regierung ganz den Karlsbader Beschlüssen bezüglich der Presse an, und durch den Beschluß vom 5. Juli 1832 wurde die Grenze freier Meinungsäußerung enger als je gezogen. Da die Presse geknebelt, suchte man Ersatz

in öffentlichen Volksversammlungen. Siebenpfeiffer lud im Mai 1832 alle Freunde der Freiheit zu einem Nationalfest auf der Schloßruine zu Hambach ein. Am Jahrestag der Erteilung der bayerischen Verfassung, am 26. Mai, kam man dort zusammen. Und da wurden denn feurige Reden gehalten, Republik und Einheit für Deutschland verlangt, eine Frankfurter Deputation überreichte Wirth ein Schlachtschwert, Adressen liefen ein von den amis du peuple in Paris, von dem Nationalkomité der Polen. Die Erregung wuchs und wuchs, war aber in ihrer idealen Grundehrlichkeit viel zu wenig positiv, um irgend etwas anders zu bedeuten, als die unklare Gährung jungen Traubenblutes bedeutet, aus dem nach langer Klärung einmal ein vorzüglicher Wein werden soll. Freilich mußte man Obacht geben, daß der Most die Faßreifen nicht sprengte, und so ging Wrede nach dem Rheinkreise mit einem Truppencorps ab, um die Ruhe herzustellen. Aber was nun kam, war nicht notwendig: die erbitterte Härte, die man bei den Verhaftungen und Verurteilungen walten ließ.



König Otto von Griechenland.

Auch im Untermainkreise gährte es, und hier kamen die politischen Vergehen nicht wie in der Pfalz vor die Assisen, sondern vor die Polizeigerichte. Die Prozesse hatten da weit ernstere Folgen, zumal Ludwig selbst von Milde nichts wissen wollte, da man hinter ein Komplott gegen sein und seines Ministers Leben gekommen zu sein glaubte. Auf einem Waldfest in Gaibach hielten Behr und Eisenmann Reden, nicht so radikal, wie in der Pfalz, aber doch genug, um den einmal erweckten Argwohn zu verstärken. Dazu kam dann das klägliche Attentat auf die Frankfurter Wache. Das Ende vom Liede waren 142 politische Prozesse bei den bayerischen Gerichten im Jahre 1834. Zuchthausstrafe — damit endeten diese. Gegen Behr und Eisenmann ging man besonders scharf vor. Nach mehrjähriger Untersuchungshaft wurden beide zur Festungsstrafe auf unbestimmte Zeit und zur Abbitte vor dem Bildnisse des Königs verurteilt. Begnadigungsgesuche der Verurteilten, welche namentlich bei Behr wenig Selbstgefühl verrieten, wurden von Ludwig nicht beachtet. Er bestand auf der Abbitte vor seinem Bilde. „Es ist beklagenswert", sagt Heigel, „daß Niemand in der Umgebung des Königs damals den Mut besaß, an Ludwigs edlere Gefühle zu appellieren und dem sonst so klaren großen Geiste darzuthun, daß jene unglücklichen deutschen Jünglinge und Männer, wenn auch auf Umwegen und Irrwegen, doch nur dem unwiderstehlichen Zug nach einer politischen Entwicklung folgten, wie unselig die Einschränkung des freien Worts, durch welche die Intelligenz zu ewigem Schmugglerkrieg mit jener Geistesmaut

gezwungen wurde!" Erst das Jahr 1848 gab den Verurteilten ihre Freiheit und ihr Bürgerrecht zurück.

Ludwig hatte angefangen, seine alten Grundsätze zu verleugnen. Nur zu vollem Despotismus zurück führte der nun betretene Weg. Das mußte ihm mit der Zeit klar werden, und von diesem Momente erwarten wir die Umkehr.

Es war eine natürliche Folge dieser Sinneswandlung, daß sein Argwohn sich verallgemeinerte und die Regierung nun gegen das Universitätswesen überhaupt und jeden freisinnigen Lehrer vorging. Dreizehn Professoren wurden von ihren Stühlen entfernt, unter ihnen Oken, Seuffert und Schönlein. Der erstere sollte schon 1832 nach Erlangen versetzt werden, legte aber seine Professur nieder und ging nach Zürich.

Es war dieselbe Zeit, da Ludwigs Bestrebungen auf einem andern Gebiete zur Reife gediehen. Am 7. Mai 1832 gab die endgiltige Entscheidung der Großmächte den Griechen in der Person des Prinzen Otto, dem zweiten Sohn Ludwigs, einen Basileus. Und wie anders erscheint uns Ludwig in dieser Sache! Ehrlicher, begeisterter wie er hatte wohl keiner den Kampf der Hellenen um Befreiung vom Türkenjoche verfolgt. Immer wieder hatte er den Helden sein aufrichtigstes Lob gespendet, immer wieder hatte er, was in seinen Kräften stand, zum Siege der guten Sache gethan. Hellas' Unabhängigkeit war ihm „eine Sache des Herzens" geworden, und was er da that, geschah „aus aufrichtiger und tief empfundener Sympathie." Gegen die Berufung seines Sohnes sagte er in seiner Einfachheit, „er könne nicht wünschen, daß die Reinheit seiner Absicht durch eine Belohnung in falsches Licht gebracht werde." Aber die Mächte stimmten für den Sohn des Philhellenen, und Griechenland begrüßte die Wahl Ottos mit einstimmigem Enthusiasmus. Freilich war dies ein Boden, welcher der romantischen Natur des Königs die ausgiebigste Nahrung bot, aber er stand mit seiner Romantik nicht allein. Leise und unbewußt zog hier noch einmal die alte natürliche Bestimmung des Bayernstammes zur Kolonisation des Ostens eine leuchtende Welle und trug die alte Sehnsucht über die festen Mächte des Widerstandes, über Oesterreich und die Türkei, hinab in die flüssige Bewegung an den Hängen des Pindos und Erymanthus. Und wie noch in allerneuester Zeit die Bewegung in Bulgarien den ernstgemeinten Vorschlag, ob man nicht versuchen solle, der bayerischen Auswanderung nach diesem Lande ein breites Bett zu graben, hervorrief, so erwartete man damals in Bayern von der dauernden Verbindung mit Griechenland einen fröhlichen Aufschwung des eigenen Lebens. „Man erwartete, daß den bayerischen Handelsstädten wieder wie im Mittelalter der levantinische Handel in die Hand gespielt, daß einem Teil der mittellosen Bevölkerung Bayerns ein weit günstigeres Asyl in den Fluren am Eurotas und Alpheus, als im fernen Amerika geboten, daß den Produkten bayerischer Gewerbthätigkeit eine reiche Absatzquelle eröffnet werde." Auch das war Romantik, aber ihr, wie dem stolzen Gedanken, „aus den Enkeln erhabener Ahnen wieder ein Volk zu bilden, dieser Ahnen wert", wie nicht minder den Bestrebungen Ludwigs, durch „teutsche, gründliche, kriegerische Bildung" den Hellenen die Kraft des Widerstandes und eine sichere Grundlage ihrer Fortentwicklung zu verschaffen, lag doch die Ahnung jener tiefen Wahrheit zu Grunde, daß nur ein Zusammenfassen der europäischen Kulturkräfte, eine Gesundung und Hebung der europäischen Gesamtkultur imstande sein würde, Europa im Weltkampfe bestehen zu lassen, daß nur auf diesem Wege die Möglichkeit gegeben war, der Freiheit und dem Wachstum der Kultur die Bahn offen zu halten nach der Türkei, nach Rußland und Asien hinein. Das war der Weg, den eine instinktive Wallung der Vernunft den damaligen Mächten Europas wies, ein Weg, der durch nichts zu ersetzen, durch nichts zu umgehen ist, auch durch kriegerische Aktionen nicht, welche auf die Dauer gerade das vereiteln, was sie bewirken sollen: statt Auf- und Anschluß der Nationen und Länder Absperrung und Abschluß.

Der Traum Ludwigs ging bekanntlich nicht in Erfüllung. Sein Sohn besaß nicht jene politische Begabung, nicht jene notwendige Energie und klare Entschlossenheit, um den riesigen Schwierigkeiten, die sich ihm allenthalben berghoch entgegenstellten, begegnen zu können. Nach einer aufregenden und mühevollen Regierung kehrte er im Jahre 1863 nach seiner Heimat zurück, und die Griechen erkannten erst später die vortrefflichen

Seiten in der Natur ihres vertriebenen ersten Königs an. So endete diese griechische Episode in der bayerischen Geschichte mit einem materiellen Defizit für Bayern, aber mit einem großen idealen Gewinn. An der Seite der edelsten Geister Europas und selbst vor ihnen hat Bayerns König und Volk für die Freiheit der Hellenen seine Opfer in Geld und Gut, Leben und Blut dargebracht. Als herrlichstes Denkmal dieser von der Verschmelzung alter und neuer Ideale durchrauschten Zeit stehen in München die Propyläen, eine Erinnerung an den Freiheitskampf der Hellenen, eine Erinnerung an König Ottos Thronbesteigung, eine Erinnerung an Ludwigs eigenen Freiheitskampf, denn einige Tage nach seiner Thronentsagung gab er den Auftrag zum Beginne der Vorarbeiten. An der Kunst der Hellenen hat Ludwig seine innere Freiheit wiedergewonnen.

Es war natürlich, daß nach den hochgehenden politischen Wogen der letzten Jahre eine Reaktion eintrat. Den Landtag vom Jahre 1834 finden wir in besserem Einvernehmen mit der Regierung, als die früheren. Die Verhandlungen über die Civilliste liefen rasch und glatt ab. Sie wurde mit 2,350,000 Gulden für den König und 80—100,000 Gulden für einen volljährigen Prinzen dauernd festgelegt. Eine Opposition wagte sich nicht hervor, da die Führer fehlten. Allgemeine Zustimmung fanden die Regierungsvorlagen über die Ausdehnung des Zollvereins, der 1833 durch einen Handelsvertrag erweitert wurde. Preußen, Bayern, Württemberg, Sachsen, die beiden Hessen und die thüringischen Staaten bildeten nun ein großes Zoll- und Handelsgebiet, und am 1. Januar fielen unter dem Jubel der Bevölkerung die zahlreichen Schranken im Innern der Vereinsstaaten. Die Gründung einer Hypotheken- und Wechselbank wurde angenommen, das Gesuch der Juden um Emanzipation und bürgerliche Gleichstellung aber ins Weite geschoben. Von größerer Wichtigkeit waren die Verhandlungen über die neuen Gewerbe- und Ansässigmachungsgesetze, welche einen Rückschritt in der freiheitlichen Entwicklung bedeuteten, da sie die Niederlassung an einen höheren Census banden. Nur auf dem religiösen Gebiete trat eine stärkere Opposition hervor. Rudhart donnerte da gegen die Vermehrung des „sittlichen Schmutzes" durch die Franziskanerklöster. Der Streit über die gemischten Ehen brach wieder los, und der Papst erließ eine Instruktion, welche eine passive Beteiligung und Anerkennung durch die Pfarrer gestattete.

Für das Fabrikwesen im Großbetriebe konnte Ludwig sich nicht begeistern, und so blieb die Entwicklung Bayerns hier zurück. Ebenso wurde Bayern in der Vervollkommnung des Landbaus von Württemberg weit überflügelt, während der Handelsverkehr einen mächtigen Aufschwung nahm. Im Jahre 1834 wurde die erste Industrieausstellung in München eröffnet, deren Nutzen sich so deutlich bewährte, daß eine periodische Wiederkehr ähnlicher Unternehmungen beschlossen wurde. An eine umfassende Reform der landwirtschaftlichen Verhältnisse, namentlich die Durchführung der Ablösung aller grundherrlichen Rechte wagte sich die Regierung nicht heran. Länger als zwanzig Jahre blieb der schon 1819 angestrebte Kulturgesetzentwurf auf dem Programm, ohne daß er durchgeführt wurde. So wurden denn in der inneren Wandlung dieser Verhältnisse wesentliche Fortschritte nicht erzielt. Ebenso wiederholten sich die Klagen über den Verfall der Landstraßen, über die geringe Sorge von Fluß- und Brückenbauten, über die bei weitem nicht genügende Berücksichtigung der Bedürfnisse für Volksschulen und Unterricht.

Diese „Prosa" des Alltagslebens lag überhaupt der Erkenntnis der damaligen Zeit noch ziemlich ferne, und so sehen wir die Aufmerksamkeit der Regierung mehr den höheren, als den niederen Sphären zugewendet. Im Jahre 1833 wurden in allen Kreisen Landwirtschafts- und Gewerbeschulen errichtet, sowie zwei polytechnische Anstalten in Nürnberg und Augsburg begründet. Die polytechnische Centralschule in München bestand schon seit 1827.

Aber welch' allseitiges Erwachen hatte die Aufhebung der geistigen Kontinentalsperre in Bayern herbeigeführt! Wie regten sich da die Kräfte auf allen Gebieten, von dem künstlerischen ganz zu schweigen! Die Arbeiten Sömmerings und Ohms auf dem Gebiete der Elektrizität, Steinheils auf demjenigen der Mechanik und Optik, Reichen-

bachs und Fraunhofers, Merz's und Niggls, Ertls und Josefs von Baader auf dem gleichen Felde, Mannhardts, des Uhrmachers, Königs, des Erfinders der Schnellpresse, Sennefelders auf dem Gebiete des Steindrucks, Strixners auf dem des Farbendrucks, Hanfstängls auf dem der Photographie, Gabelsbergers, des Erfinders der Stenographie, und ihrer vielen, vielen Mitarbeiter und Schüler brachten Bayern zu Weltruhm. Und Bayerns Kontinentalität, das Haupthindernis seiner früheren Entwicklung zu brechen, war Ludwigs ahnungsvoll die Zukunft erfassendes, unausgesetztes Streben. Romantik und klarer Verstand einigten sich da zu positiven Schöpfungen.

Nicht den Volksschulen, aber den höheren Schulen, nicht den Landstraßen, aber den höheren Verkehrsstraßen der Neuzeit wandte Ludwig eine vorzügliche Aufmerksam-



Propyläen.

keit zu. „Als Napoleon I.", erzählt Sepp, die große Heerstraße nach Metz und an den Rhein baute, sprach er: ‚Dies Werk wird die Erfolge meiner Schlachten überdauern!' Doch bald baute der Sohn eines englischen Kohlenarbeiters, Stephenson, der in der Jugend nicht einmal lesen und schreiben gelernt hatte, ganz andere Straßen, und je schneller darauf die Bewegungsmaschinen dahin rasseln, desto rascher schlagen die Pulse des Völkerlebens, desto näher sind sich die Länder gerückt und die Staaten kleiner geworden, ja der Erfinder hat zu einer größeren Umwälzung in der Geschichte der Reiche und Völker den Anstoß gegeben, als Alexander der Große, Cäsar oder Bonaparte mit all ihren Siegen."

Ludwig hatte den Gedanken erfaßt, den einst schon Karl der Große gehegt, das schwarze Meer mit der Nordsee zu verbinden. Er führte ihn aus. Am 22. Mai 1836 begann der Bau des Donaumainkanals, am 25. Mai 1845 fuhr das erste eiserne Schleppboot Amsterdam-Wien die 47 Stunden lange Flußbahn von Bamberg in die Altmühl.

Ein zweiter Plan, München mittels Benützung von Amper, Ilm und Isar und ergänzender Kanalbauten in unmittelbare Verbindung mit der Donau zu bringen, blieb unausgeführt, denn mittlerweile rückte die Dampfkraft in ihre Recht ein, und die Eisenbahn ertrotzte sich die Anerkennung der Welt. Schon im Jahre 1819 hatte Ludwig auf eigene Kosten im Nymphenburger Hofgarten ein Modell Baaders herstellen lassen,

das ohne Dampf bewegt wurde; jetzt wurden, da man in Deutschland noch ziemlich mißtrauisch auf die neue Erfindung herabsah, die ersten Schienen zwischen Fürth und Nürnberg gelegt. Am 7. Dezember 1835 brauste zum erstenmal die Dampfmaschine über diese Strecke. Nun griff der König den Plan auf, eine große Eisenbahnlinie von der nördlichen bis zur südlichen Landesgrenze durchzuführen. Dazu bedurfte es eines Zwangsabtretungsgesetzes und mit dem Entwurf eines solchen trat Wallerstein 1837 vor den Landtag. „Die Saat von Drachenzähnen", „Revolution", „Begünstigung der Geldaristokratie", „Du sollst nicht begehren Deines nächsten Gut", so tönte es aus der Versammlung in allen Tonarten, aber das Gesetz ging durch. Damit war der Rückweg für Bayern in seine alte Traumzeit für immer abgeschnitten. Die Eisenbahnen und in kurzem der Telegraph dazu schufen den materiellen Boden zur Einigung Deutschlands, ja noch mehr, jene großen Ahnungen der französischen Revolutionäre von einer einzigen großen Menschheit thaten den ersten Schritt in die Wirklichkeit, erst jetzt war der Kultur die Möglichkeit gegeben, die Welt zu erobern. Die Verhältnisse jedes fernen Erdenwinkels rückten in immer greifbarere Nähe, sie rückten heran an jeden einzelnen Menschen, und die Bestrebungen jedes einzelnen, seine Freuden und Leiden teilten sich der Gesamtheit mit. Allerdings eine Revolution, aber keine auf Bayern beschränkte, sondern eine die ganze Erde umfassende! „Der Duft der Pflaume ist weg, äußerte mir bereits 1827 Goethe, und doch gab es damalen in Teutschland keine Dampfeisenbahnen!", meinte Ludwig allerdings später, doch wer wird heute jener Liebe zur „guten, alten Zeit", die sich in der Romantik noch einmal so inbrünstig verkörperte, verdenken, daß ihr der Abschied von der Vergangenheit so schwer wurde?

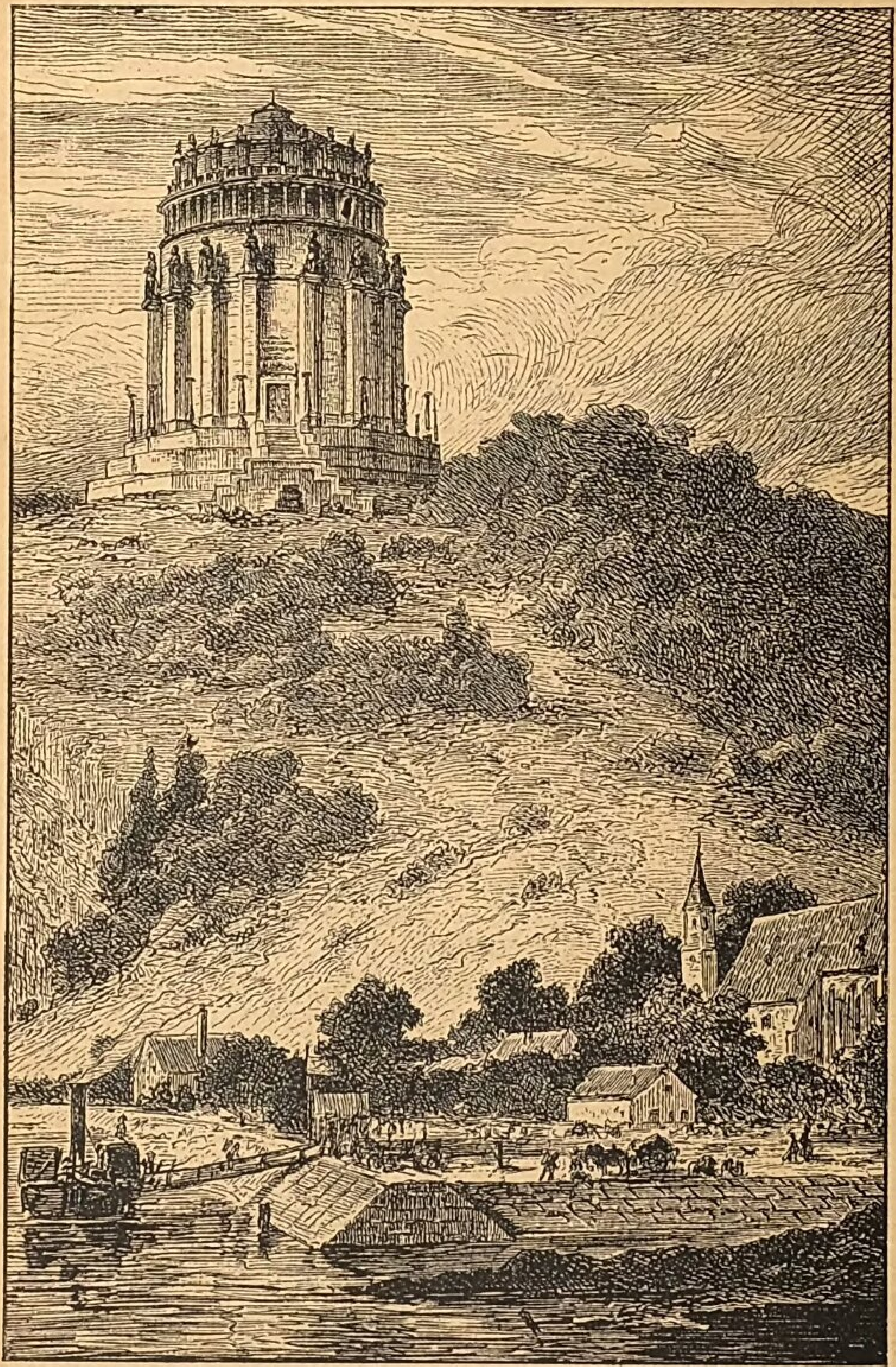
Alte und neue Zeit bekämpften sich in Bayern, wie überall in der heftigsten Weise. Die Stadt Landsberg wollte sogar die Jesuitenschulen wieder haben. Die Regierung wies sie ab. Doch versprach sich Ludwig von der Verwendung klerikaler Lehrkräfte bei der Erziehung der Jugend und für die Finanzen des Staates den besten Erfolg. Aber auf dem Landtag 1837 kam es darüber zu heftigen Kämpfen. Einstweilen entschied das Konkordat für Wallerstein, der allerdings die Frage, „ob Institutionen, die aus den sozialen Verhältnissen des Mittelalters hervorgegangen und für die Verhältnisse unentbehrlich waren, auch in unserer Zeit noch notwendig oder nützlich seien" dem Landtage gegenüber offen ließ. Dazu kam, daß der Minister über die Verwendung der vielumstrittenen Erübrigungen aus den Staatseinnahmen, über welche der König frei verfügen zu dürfen glaubte, mit dem Finanzministerium in Konflikt geriet und im Staatsrat für das Selbstbewilligungsrecht der Stände bei Festsetzung des Budgets eintrat. Keinem entschieden genug, weder dem Könige, noch den ultramontanen Eiferern, suchte der Minister um seine Entlassung nach. Sie wurde ihm am 25. Oktober 1837, und an seine Stelle trat der bisherige bayerische Ministerialrat Abel. Seine Erhebung bedeutete den Sieg jener Partei, die einst mit Görres dem neuen Könige zugerufen, ein Schirmvogt des katholischen Glaubens zu sein, „damit Bayern wieder werde, was es zuvor gewesen, ehe sie das Gegenteil ihm angelogen, ein Schild und Eckstein der deutschen Kirche." Aber Bayern baute schon an seiner zweiten Eisenbahnstrecke zwischen München und Augsburg, und König Ludwig selbst war im Jahre zuvor in Griechenland gewesen. Diese verschärften Gegensätze mußten unbedingt zu einer Auslösung führen.

Mit unausweichlicher Notwendigkeit war die Romantik dem romanischen Ufer zugetrieben und hatte namentlich dem Katholizismus eine mächtige Verstärkung zugeführt. In dem Kampfe der Nationalitäten um ihr gutes Recht und ihre Existenz war der zuerst in der französischen Revolution aufstrebende Gedanke des Kosmopolitismus wieder zurückgetreten, jetzt aber trat er wieder vor. Das Eindringen des Mystizismus in die katholische Kirche war die notwendige Folge davon, daß ihr der irdische Boden immer knapper zugemessen wurde, neben diesem mystischen Kosmopolitismus aber regte sich nun ein neuer zum Dasein, der gerade dem Heraustreten der Volksmassen aus der alten mystischen Sphäre auf das reale Gebiet der Volkswirtschaft sein Dasein verdankte. Es war der Sozialismus. Einstweilen drangen nur leih- und ahnungsweise diese Lehren

auf deutschem Boden ein, dagegen trat hier der Gegensatz der katholischen Universalkirche zum modernen nationalen Staate um so schroffer hervor. Daß diese Bewegung zuerst in den Rheinlanden begann, war der geschichtlichen Entwicklung dieser Gegenden nur entsprechend. Es war der Kampf um die gemischten Ehen, der die rheinischen Bischöfe zu einem festeren Anschluß an Rom trieb und so den ersten preußischen Kulturkampf eröffnete. Im Verlaufe wurde der Erzbischof von Köln, Klemens Droste zu Vischering, dann auch der Erzbischof Dunin von Gnesen und Posen in Haft gebracht. und das gab das Signal zu einer allgemeinen Katholikenbewegung. Wie polterte der alte Görres los in seinem Athanasius, wie entlud sich da sein alter Haß gegen Preußen und den Protestantismus, und wie bald fand sich die Meute ein, die mit ihm die Hetze gegen Preußen in ganz Bayern aufnahm. Die Katholiken Deutschlands sahen auf Ludwig und sonnten sich in den kühnsten Hoffnungen, und wenn auch Ludwig nie an solche Pläne, wie sie da gehegt wurden, gedacht haben mag, er ließ sich einen Augenblick bethören und dachte an das Beispiel des großen Kurfürsten von Bayern, Maximilian I. Dem Wüten der Presse gegen Preußen ließ man freien Lauf, er nahm aus Görres' eigenen Händen den Athanasius entgegen, der indirekt Ludwig selbst beschimpfte, da dort die Kinder gemischter Ehen mit der fanatischen Benennung „zwieschlächtiger Bastarde" abgethan wurden. Und Ludwig selbst lebte in gemischter Ehe. Aber als Preußen beim Bundesrat Schritte that, das feindliche Verhalten der bayerischen Presse zu hemmen, ließ Ludwig erklären, er verdamme das undeutsche und nichtswürdige Treiben des Redakteurs der Neuen Würzburger Zeitung und sei entschlossen, denselben von dem Blatte zu entfernen. Gleichzeitig aber richtete Abel ein vertrauliches Entschuldigungsschreiben an die bayerischen Bischöfe, in welchem derselben Zeitung ob ihrer Haltung im Kölner Bischofsstreite dankenswerte Anerkennung gezollt wurde. Der König werde bei seinen kirchlichen Grundsätzen unerschütterlich verharren. „Allerhöchst dessen Name wird in der Geschichte fort und fort neben jenem seines großen Vorvordern Max I erglänzen und es werden späte Enkel noch segnend ihre Dankgebete zu dem Ewigen dafür emporsenden, daß er seiner heiligen Kirche in den Zeiten hoher Bedrängnis zum zweiten Mal einen Schirmherrn aus dem Wittelsbacher Stamme gegeben, der für ihr gutes Recht mit unerschüttertem Mute eingestanden ist und die Verteidiger derselben um sich geschart, ermutiget, gekräftiget und siegreich zum Ziele geführt hat." Das war die Meinung Ludwigs? — Nein, es war die Meinung derer, die sich seiner zu ihren Zwecken bedienen wollten. Er selbst war Katholik aus Ueberzeugung. Sein Königs- und Menschenrecht war ihm in eines verwachsen. Noch wußte er sie nicht zu trennen. Aber am 12. Oktober 1839 fand die Enthüllung der Reiterstatue des Kurfürsten Maximilian I statt. Reliefs sollten am Sockel angebracht werden, die Bedeutung des Kurfürsten zu versinnbildlichen. Die Reliefs blieben fort. „Politische Gründe veranlassen mich", sagte der König, „keine einzelnen Beziehungen durch Andeutungen hervorzuheben, sondern Maximilian I groß durch sich selbst, wie es dem Kenner genügt, allein darzustellen." Das war eine persönliche Absage Ludwigs an das ultramontane Demagogentum. Im Jahre 1840 starb Friedrich Wilhelm III. Sein Nachfolger Friedrich Wilhelm IV legte den Streit mit der Kirche bei. Der erste preußische Kulturkampf endete mit einem vollen Rückzug.

Ueber allen Zwist, über alle religiöse Zwiespalterei rettete sich Ludwig stets wieder in die Anschauung der Gesamtheit des deutschen Volkes. Ihm wurde der Ausbau des Kölner Domes zur Ehrensache des deutschen Volkes, er selbst stiftete dem Dome die prächtigen Glasgemälde nach Fischers Kartons; ein fernes Grollen im Westen, das Deutschland vor den Krieg mit Frankreich zu stellen drohte, rief Beckers Rheinlied hervor, und von München antwortete der Wiederhall mit einem schönen Becher, den ein Handschreiben Ludwigs begleitete: „Es sind Worte, zu seiner Zeit gesprochen, die in jeder zu wiederholen, die Ihr Lied: der teutsche Rhein enthält, die Anklang finden in allen teutschen Herzen. Sie sind hinlänglich, damit ihres Verfassers Name unsterblich werde. Aus diesem vergoldeten silbernen, von mir angegeben wordenen Pokale, den ich Ihnen hiermit schicke, trinken Sie oft, das singend: Sie sollen ihn nicht haben, den

freien teutschen Rhein!" Die Anlage der Festung Germersheim folgte der französischen Drohung und selbst der Bund gab sich eine bessere „Bundeskriegsverfassung". Dann wieder hochsinnig an die historische Entwicklung der deutschen Stämme anknüpfend, gab Ludwig seinem Lande eine neue Einteilung, welche die Grenzen der Stämme berücksichtigte. Die heutige Kreiseinteilung Bayerns stammt aus jener Zeit (1837). Am Tage nach der Eröffnung der Walhalla, am Jahrestag des siegreichen Einzugs der Deutschen in Leipzig (19. Okt. 1842), legte Ludwig den Grundstein der Befreiungshalle in Kehlheim, ein Denkmal an die Befreiung Deutschlands im Jahre 1813. „Sinken wir nie zurück in der Zerrissenheit Verderben! Das vereinigte Deutschland, es wird nie überwunden!" Der nationale Geist war es, der Ludwig aufrecht erhielt. Erinnern wir uns, wie unzertrennlich dieser mit dem Geiste der Freiheit verknüpft war, so kann uns das Ministerium Abel nur als eine Episode erscheinen, freilich als eine solche, die ihre traurigen Spuren zurückließ, indem sie die alten Gewalten noch einmal mit einem Scheinleben erfüllte, das nationale Leben Bayerns von seiner aufstrebenden Bahn zurückzuzerren und wieder an das konfessionell verwandtere Oesterreich zu fesseln suchte und damit jener blutigen Katastrophe vorarbeitete, die im Jahre 1866 Deutschland bis ins innerste Herz erschütterte. Die wirtschaftlichen Interessen, die Interessen der Zukunft zogen Bayern an Preußens Seite, die konfessionellen Interessen, die Interessen der Vergangenheit zerrten Bayern an die Seite Oesterreichs zurück. Ludwig folgte ahnungsvoll der ersten Weisung, er vermählte im Oktober 1842 seinen Sohn und Thronfolger Max mit der preußischen Prinzessin Marie. Wieder eine „gemischte Ehe", und das in einer Zeit, wo Abel am Ruder stand!



Die Befreiungshalle bei Kelheim.

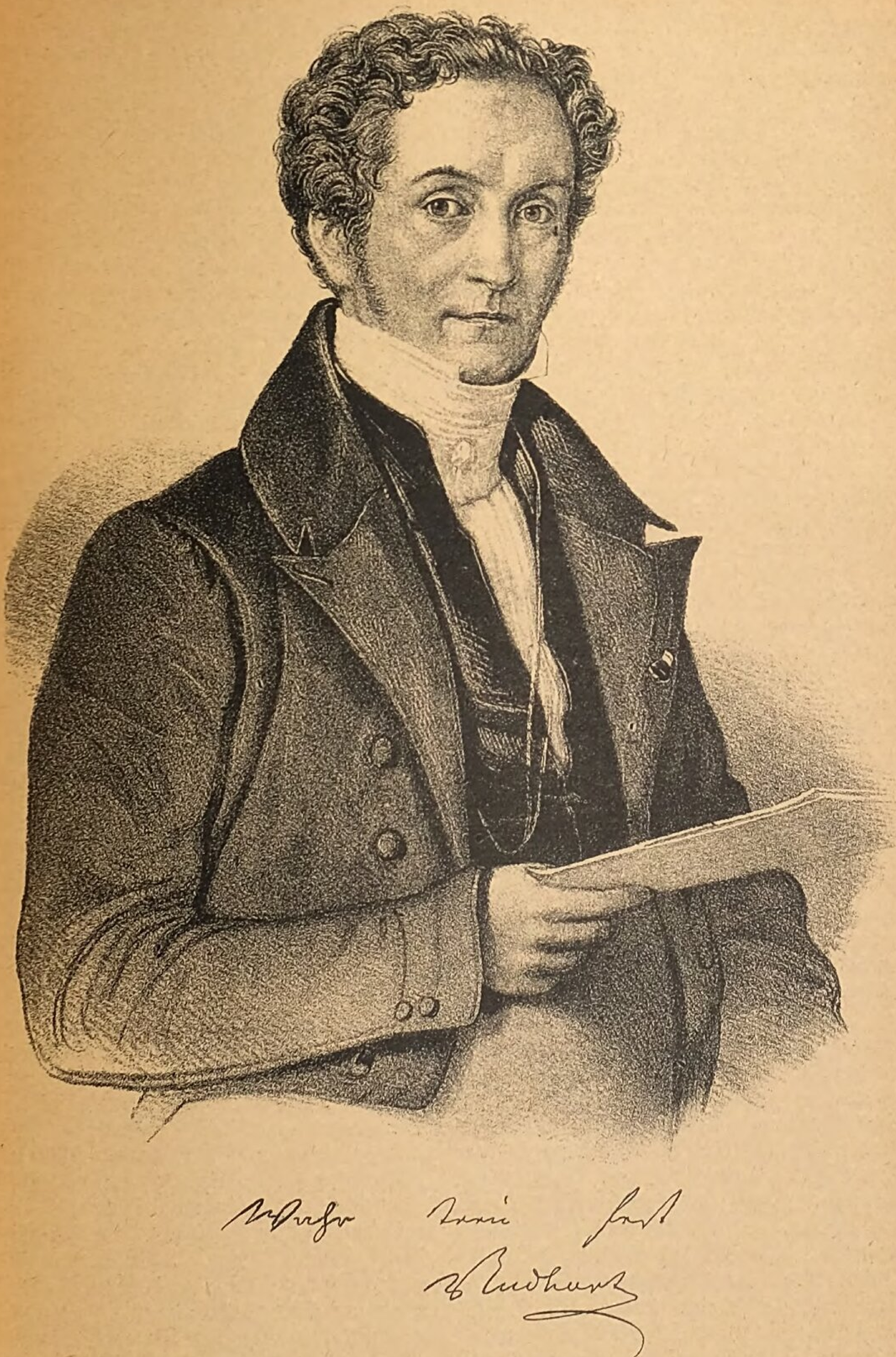
Es ist keine Frage, daß, wie der Nationalismus nunmehr die katholische Theologie zu einer neuen Sammlung veranlaßt hatte, auch jener politische Kulturkampf das Denken weiterer Volkskreise aus dem Indifferentismus emporrüttelte, und die konfessionellen

Gegensätze sich neu verschärften. Es ist ebensowenig eine Frage, daß dem Hauptschlagwort der katholischen Polemik, der Protestantismus sei nichts anders, als der sich selbst aufhebende Prozeß der Willkür, die tolle und hoffnungslose Irrfahrt des von seiner allgemeinen Lebensgrundlage los gerissenen, auf eigene Faust wirtschaftenden, religiösen Subjekts, ein Kern von Wahrheit zu Grunde liegt, aber nicht jener Wahrheit, wie sie in der katholischen Anschauung vertreten ist. Denn daß eben der Glaube nichts anders ist, als die Annahme einer Gewißheit da, wo eben zum Beweise der Gewißheit die Kenntnis und Mittel fehlen, daß somit jede Loslösung und Erweiterung des protestantischen Dogmas einen Fortschritt zum Wissen im Gefolge hatte, wurde von den katholischen Theologen bei dieser Entwicklung vollkommen übersehen. Und diese starre Abscheidung beider Prinzipien begegnet uns denn auch in jener Zeit in den äußeren Lebenserscheinungen. Wir brauchen nur an einen Mann wie David Strauß und dem gegenüber an den Unfug zu erinnern, der katholischerseits mit dem „heiligen" Rock zu Trier getrieben wurde. Alle Leidenschaften wurden aufgewühlt, und mit welcher Besorgnis man diese Thatsache auch auf katholischer Seite betrachtete, zeigt Möhler, wenn er schreibt: „Man leistet unsrer Kirche einen schlimmen Dienst, wenn man sie in diese Bahn des Kampfes leitet, wo leider, wie wir alle Tage sehen, alles Ungeschick der Politik, alle nötige oder überflüssige Reaktion, alle Sünden des Unverstandes im Regimente auf dieselbe als vermeintliche Staatslehrerin zurückfallen und die heiligsten Interessen des Menschen gefährden . . . Und bliebe es dabei stehen, daß bloß ausgezeichnete Geister ohne herzliche Anhänglichkeit an die Kirche ihr Talent einsetzen, um durch die Kirche ihre staatlichen Theorien ins Leben einzuführen, so wäre es noch zu verschmerzen. Wir hätten wenigstens Gelegenheit, den Geist und den Mut litterarischer Vormänner zu bewundern. Aber es hängt sich an dies Beispiel ein Schweif litterarischer Niederträchtigkeit, die uns mit tiefem Ekel erfüllt, wo Leute ohne Sitte, ohne Geist, ohne Beruf diesen Weg betreten und alle Schuld ihres Ungeschicks auf die Kirche wälzen, Männer, die unsere Kirche verfechten um Geld und Gunst, und dieselbe als Mittel brauchen, ihre unsauberen Zwecke zu erreichen". Das innere Christentum, wie es Sailer gepredigt, wurde überwältigt von jener älteren Richtung des Jesuitismus, welcher die Herrschaft erlangt. Die Hierarchie stand einer inneren Fortentwicklung im Wege und es war die Münchener Schule mit den von Görres begründeten historisch-politischen Blättern, welche gerade diesem Wiederauftreten der Hierarchie mit aller Macht vorarbeitete. Unter dem Zeichen dieses Kampfes stand das Ministerium Abel, dessen Wirken für eine Zeit lang Ludwigs Wollen vollkommen in den Hintergrund drängte.

Freilich wurde es in dieser bewegten Zeit zu einer Streitsache ersten Ranges, als Ludwig im Jahre 1838 in romantischer Aufwallung beschloß, bei der Armee die Kniebeugung vor dem Sanktissimum als Ehrenbezeugung einzuführen. Ein Drittel der Armee war protestantisch, sie mußte diese Vorschrift als unausführbare Zumutung empfinden. Aber Abel war dem Herrn zu Willen, und Döllinger wollte beweisen, daß die Kniebeugung gar nicht als religiöser Akt zu betrachten sei, sondern einen Teil des Exercitiums bilde, wozu einfach die Ordonnanz vom Kriegsministerium ausgehe. Das war ein theoretisches Ausweichen, denn die lebendige Frage war, welchem Geiste diese Maßregel entsprungen, und der war, allen sichtbar, ein romantisch-katholischer. Gegen diesen also wandte sich der Federkrieg, der nun entbrannte. Dazu kamen andere Maßregeln, wie die Verschärfung der Zensur, die Abänderung der verfassungsmäßigen Bestimmung, welche den Konfessionswechsel von Minderjährigen untersagte und der Proselytenmacherei Thür und Thor öffnete. Die „Buhldirne" Journalistik wurde geknebelt, der Metternichsche Geist begann seine Herrschaft, und das bayerische Publikum sollte wieder möglichst vom gemeinsamen deutschen Leben abgeschlossen werden. Die Jesuiten, unter dem Namen Redemptoristen, kamen zu immer größerer Macht, die Zahl der bayerischen Klöster mehrte sich fort und fort, der Universität wurde eine neue Studienordnung aufgedrungen, welche strengen Studiengang einführte und die Auswahl der Zwangskollegien so einseitig festsetzte, daß der individuellen Wahl fast keim Spielraum mehr blieb. Beamten und Lehrer waren materiell unglaublich gedrückt, der Gehalt eines außerordentlichen Pro-

fessors war niedriger, als der gewöhnliche Sold eines Kammerdieners. Die Protestanten waren in ihrer religiösen Freiheit mannigfach beeinträchtigt und beengt, aber daß dies direkt und bewußt zu Gunsten der Katholiken geschehen sei, wird von diesen auf das heftigste geleugnet, und dürfte, was wenigstens Ludwig persönlich angeht, keinem Zweifel unterliegen. Aber indirekt schlugen diese Maßregeln doch zu Gunsten des Katholiken aus, wie sie die Ansprüche und Forderungen derselben fortwährend vermehrten. So war die kirchliche Parität, wie sie die Verfassung versprochen, thatsächlich verschoben. Das positive Christentum zu heben, war Abels Bestrebung, er verbot im Jahre 1842 das Besprechen abweichender Glaubenslehren auf der Kanzel und die dadurch hervorgerufene böswillige Störung des Religionsfriedens. Natürlich wurde dagegen von dem Ordinariat München-Freising sofort Einsprache erhoben, da ein Verbot der Polemik in Glaubenssachen eine Beschränkung der freien Verkündigung des göttlichen Wortes und eine Förderung des Indifferentismus sei.

So war denn das bayerische Geistesleben wieder vollkommen auf das Gebiet der Ungewißheit hinübergetreten, und je weiter man da vordrang, um so höher steigerte sich natürlich der Fanatismus. Der König selbst mußte das Wachstum desselben erfahren, als am 13. November 1841 seine protestantische Stiefmutter, die Königin Karoline, starb. Die Trauerfeierlichkeiten wurden in einigen katholischen Kirchen in unwürdiger Weise abgehalten, und der Bischof von Augsburg, der ein feierliches Traueramt abhielt, bekam vom Papste direkt einen Verweis, daß er öffentliche Gebete angeordnet habe „für eine Fürstin, die in der Ketzerei wie aufs offenbarste gelebt und so ihr Leben beschlossen hatte." „Ja, Du hast Dich nicht gescheut, von ihrem Tod also zu sprechen, als wenn sie von Gott aus dieser Zeit zum ewigen Leben berufen worden sei . . . Du wirst das Aergernis wieder gut machen und Deine treuen Schafe je nach Ort und Zeit auf geeignete Weise zu schützen nicht unterlassen gegen den eitlen Trug jener Ohrenschmeichler, welche lügnerisch ausbreiten, ein dem katholischen Glauben und der katholischen Gemeinschaft fremder Mensch könne, wenn auch so gestorben, zum ewigen Leben gelangen." Der König fand dieser in jeder Dogmenkirche berechtigten Arroganz gegenüber den Schlüssel nicht, er ließ auf seine Meinung von dem Sailer'schen Christentum hinweisen und sagte dem Fanatismus abermals ab. Doch zu einer festen eignen Haltung vermochte er erst dann zu kommen, als sich die Wogen immer mehr auf das reale Gebiet der Politik zurückwälzten und dort in konkreten Forderungen der Geist zu Tage trat, welcher diese Bewegung trug. Die innere Unmöglichkeit des Abelschen Systems, die Kirche zum Staatsinstitut zu machen und durch sie das Volk zu regieren, erkannte er erst, als Volk und Kirche, Demokratie und Klerikalismus immer mehr gemeinsame Sache gegen den Abelschen Polizei- und Bureaukratenstaat machten. Einstweilen beruhigte er sich in seinem Gewissen und noch im Jahre 1867 konnte er mit Recht den Vorwurf einer Protestantenverfolgung zurückweisen, indem er ironisch sagte, daß Belege dafür wohl seien, „daß ich die erste protestantische Kirche in München auf Staatskosten bauen ließ, wie auch in Kissingen, daß der erste protestantische Minister in Bayern von mir angestellt wurde, daß ich protestantische Präsidenten ernannte und an den Orten, wo nur protestantischer Gottesdienst war, auch nur Protestanten ernannte. Gerade zu jener Zeit waren meine beiden Kammerlakaien Protestanten, Protestant mein Freund Heinrich Freiherr von der Tann. Als ich Abels Uebertreibungen inne geworden, sagte ich ihm offen, was Kultus beträfe, kein Vertrauen mehr in ihn zu haben, und übergab auch sein Ministerium dem Freiherrn von Schenk." Heute dürfte wohl kein Zweifel mehr darüber obwalten, daß des Königs Wollen ein durchaus ehrliches war, daß aber die ganze Unwahrheit der damaligen Entwicklung, welche immer noch und heftiger denn je die Frage diskutierte, ob der Staat der Kirche, die Kirche dem Staate unterworfen sei, sich auf die äußeren Regierungshandlungen des Königs übertrug. Die Religion, das positive Christentum, der Glaube gehen den Staat nichts an. Er hat auf diesem Gebiete weder Schutz- noch Polizeigewalt auszuüben, er hat nicht dafür zu sorgen, daß Katholiken, Protestanten, christliche Staatsbürger erzogen werden, sondern Menschen, daß auf seinem Gebiete der freien Entwicklung zur Wahrheit kein Hemmnis in den Weg gestellt werde — am wenigsten von ihm selbst.



Wer den Bergen zu nahe steht, übersieht ihre Höhe nicht. Erst mit der Entfernung treten die Nebenhöhen zurück, und das Ueberragende zeigt sich in seiner ganzen, gewaltigen Größe. Und zu nahe stand jene Zeit, um den Unterschied zu erkennen, der zwischen der sonnenklaren Lehre eines Wilhelm von Humboldt über Staatserziehung und derjenigen seiner nebelumwallten Zeitgenossen obwaltete. König Ludwig apellierte an das Vertrauen seines Volkes. Aber seine Regierung nährte das Mißtrauen. Wieder wurde vielen der zum Landtag 1840 Berufenen der Urlaub verweigert. Die Opposition war ohne Kopf, und so verliefen die Debatten zwar ziemlich glatt, aber die Verfassungsgesetzgebung nach irgend einer Seite weiter auszubauen, wurde auch nicht einmal der Versuch gemacht. Nur auf dem religiösen Gebiete dauerte die alte Empfindlichkeit und unfruchtbare Zänkerei fort, und Abel präzisierte seinen Standpunkt dahin, daß er wiederholt gegen das „Hereinziehen moderner Begriffe" protestierte, die statt des ständischen das repräsentative Prinzip unterschieben wollten. Da erwachte die Opposition selbst in der Reichsratskammer, und Kronprinz Max schloß sich ihr an; in der Kammer der Abgeordneten sammelten sich die Elemente des Widerstandes um den freisinnigen Bürgermeister von Regensburg Thon-Dittmer. Der Rechnungsbericht ergab die Ansammlung von 23 Millionen „Erübrigungen" in den Jahren 1835 bis 1838. Der König glaubte die freie Verfügung über solche Staatsgelder zu haben, da die Verfassung keine bestimmten Anordnungen für solche Fälle vorgesehen hatte, und Abel verfocht dieses „Königsrecht" mit brutaler Konsequenz, die selbst zu einem Duell zwischen ihm und seinem Vorgänger Wallerstein führte. In der Landtagssitzung vom Jahre 1842|43 zeigte die Spaltung eine weitere Ausdehnung. Wieder waren Urlaubsverweigerungen in weitgehender Weise erfolgt, die Kniebeugungsfrage führte zu heftigem Kampfe, aber schon konnte Thon-Dittmer auf das Erwachen Deutschlands hinweisen, das der liberalen Opposition in Bayern einen neuen Rückhalt zu gewähren begann. Freilich zu einer umfassenden Reform der Justiz konnte es auch diesmal nicht kommen. „Es mußte erst der Geisteshauch einer gewaltigen politischen Bewegung durch die deutschen Lande gehen, ehe man begriff, daß ein frischer Gesetzesorganismus der Gesamtheit die Lebensnerven der einzelnen Territorien nicht ertöte, sondern kräftige." (Heigel.) Die Erübrigungsfrage wurde wieder Gegenstand des Streites, aber die Kammer erkannte an, daß es nur dem Könige zu danken sei, daß Ueberschüsse Verlegenheit bereiteten, und genehmigte die Regierungsvorlage, um „dem verehrten Monarchen den Dank des Vaterlandes zu bezeugen." Aber das Volk stand nicht hinter der Kammer. Im Leben des Volkes fühlte man das System, Abel hatte aus dem konstitutionellen Staate einen Patrimonialstaat gemacht, der Verfassung drohte die volle Erniedrigung zu einem unwürdigen Scheinkonstitutionalismus, wie es ja mit dieser Betonung ihres ständischen Charakters, mit dem Zurückgreifen auf die Lebensform einer abgestorbenen Vergangenheit gar nicht anders sein konnte. Gegen das System der Regierung begann darum im Landtage 1845 der allerheftigste Kampf.

Der Liberalismus in Deutschland war allgemeiner erstarkt. Aus den Wolken des Kosmopolitismus auf die Muttererde des Vaterlandes zurückgeworfen, hatte er hier neue Kraft gesogen. Der treffliche Gustav von Lerchenfeld, der tapfere Sohn eines tapferen Vaters, des ehemaligen Finanzministers und Bundestagsgesandten, trat damals in den Landtag ein und wurde einer der Führer der Opposition gegen das Ministerium Abel. Eiserner Fleiß hatte ihn zur Autorität in Finanzsachen gemacht, er wurde Budgetreferent und blieb es bis zum Jahre 1866. „Beseitigung der Ursachen", welche Mißstimmung erregten, war seine erste Forderung. Gleichzeitig nahm im Reichsrat Fürst Karl Wrede, der Sohn des Feldmarschalls, den Kampf gegen Abel auf. Er forderte Ministerverantwortlichkeit mit dem Hinweis auf die „schlimme Lage, in welche die Verwaltung des Ministers von Abel das Land gebracht habe", und legte seine Anträge direkt dem Könige vor. Prinzipiell trat Wallerstein an seine Seite, wenn er auch die rauhe Form bekämpfte, und die Klage erhob sich von katholischer Seite gegen die „zwei Fürsten", die die Rolle mit Schüler und Siebenpfeiffer, den „Herren des Radikalismus" vertauscht hätten. Der Antrag Wallersteins gegen Duldung der mit den Jesuiten ver-

wandten Orden wurde in der Reichsratskammer angenommen, in der Kammer der Abgeordneten ging Abel gegen ihn vor und sang das Lob der Redemptoristen in allen Tonarten. Ein Adressensturm erhob sich für und gegen die Orden, und schon wies Höfler darauf hin, es sei eine alte Erfahrung, „daß in Teutschland jeder Sturm auf dem kirchlichen Boden entsteht und dann erst in der Anwendung seiner Grundsätze politisch werde", wohl ein Beweis dafür, wie sehr die politische Entwickelung des bayerischen Volkes noch in den Kinderschuhen steckte. Noch ehe der Kampf den Höhepunkt erreichte, wurde der Landtag im Mai 1846 plötzlich geschlossen. Ludwig war an der Führung der kirchlichen Angelegenheiten durch Abel irre geworden. Eine Staatsratssitzung im Februar 1845 war auf den König nicht ohne tiefen Eindruck geblieben, und als nun gar in einer Reichsratssitzung im Jahre 1846 der Bischof von Augsburg beantragte, darüber abstimmen zu lassen, ob das Konkordat oder die Verfassung in streitigen Fragen den Vorzug verdiene, war die Lage der Dinge so klar wie möglich. „Mit Abel geht's nicht mehr!" äußerte Ludwig bald darauf, und nun trat auch die Frage an ihn selbst heran, wie der König sich zum Menschen zu stellen habe. Die Entscheidung über die innere Unwahrheit der politischen und geistigen Entwicklung Deutschlands mußte von diesem Könige, der sich und andere nicht zu belügen vermochte, gefällt werden.

Es war in den ersten Oktobertagen des Jahres 1846, daß die Tänzerin Lola Montez nach München kam. Ein Weib von Schönheit, geistiger Begabung, bizarrer Fantasie und südlich-feurigem Temperamente, mußte sie auf den König-Künstler, als sie ihm vorgestellt wurde, den tiefsten Eindruck machen. Und Ludwig gab sich diesem Eindrucke mit feuriger Herzhaftigkeit hin:

„In dem Süden ist die Liebe,
Da ist Licht und da ist Glut . . ."

sang er und pries die Andalusierin, „schlank und zart, wie die Gazelle." Das ging niemanden etwas an, aber spießbürgerliche Prüderie, Klatsch und Gemeinheit steckten die Finger in die Sache, und der Gestank brach aus und verbreitete sich über ganz Bayern.

Anfänglich soll die Annäherung des Königs an die Fremde von den Trägern des herrschenden Regierungssystems gar nicht ungern gesehen worden sein, und Thatsache ist, daß frühere Herzensgeschichten von dieser Seite gar milde Beurteilung fanden. Lola selbst erzählte, die Jesuiten hätten bereits während ihres Aufenthaltes in Paris den Versuch gemacht, sie für Bekehrungszwecke (es handelte sich um einen russischen Grafen Medem) zu gewinnen. „Sie will die Zumutung nicht nur zurückgewiesen, sondern auch Guizot, dem die häufigen Bekehrungen russischer Edelleute in Paris bereits auffällig waren, verraten und dadurch den ersten Anstoß zur Aufhebung des Jesuitenordens in Frankreich gegeben haben. Jedenfalls", sagt Heigel, „ward erst dann, als ihre sehr weltliche Richtung in München klarer hervortrat, der Sturm gegen das Verhältnis entfacht." „Seit diesem Augenblick erst geschah es, daß die Person des Königs vor aller Welt in die Debatte gezogen, daß seine Privatverhältnisse dem Publikum auf das ungeziemendste preisgegeben wurden; man erinnere sich wohl: nicht die radikalen, sondern die glaubenseifrigen Tagesblätter, die eigentlich reaktionären Stimmen der Politik waren es, welche damals zuerst die Neigung des Königs höhnisch berührten und von allgemeiner Aufregung, von erschreckenden Zuständen desselben Landes sprachen, welches sie bis dahin als Eldorado des Glücks und der Zufriedenheit gepriesen hatten."

Als Mensch angegriffen, nahm Ludwig den König zu Hilfe, um die Rechte des Menschen zu schützen. Das war erklärlich, aber es widersprach dem Geiste der Zeit. Ein absolutes Königtum, umgeben von Maitressen und Schranzen, war nur in der Zeit denkbar, als das Pfaffentum die Führung hatte. Lola aber war eine erbitterte Feindin der Klerikalen, deren Einflüsse sie mit allen Mitteln entgegenarbeitete.

Am 15. Dezember 1846 verfügte der König, daß ein besonderes Ministerium für Kirchen- und Schulwesen errichtet und dieses Amt dem Minister des Innern, Abel, der es bisher nebenbei verwaltet, entzogen wurde. Die kirchliche Partei schrieb diese Verfügung auf die Rechnung der Tänzerin.

„München", sagt Heigel, „war das Asyl für alle hierarchischen Planmacher geworden, hier war eine Kongregation versammelt, die sich aus allen Ländern und allen politischen Parteien rekrutierte. Das Häuschen des deutschen O'Conell", Josef Görres in der Schönfeldstraße, sah in seinen Räumen französische Legitimisten, radikale polnische Emigranten und Schweizer Jesuiten. Ihre Organe führten den heftigsten Kampf gegen den Liberalismus, gegen die ‚Götzendiener der gottleugnenden Vernunft und Sendboten der Fleischbefreiung und ihres orgiastischen Kultus', und verfolgten mit Strenge jeden Schritt der Regierung, der für die Alleinherrschaft des streng katholischen Prinzips gefährlich zu werden schien. Während diese Ultra's nur eine Richtung in der katholischen Welt darstellten, führten sie dreist alle ihre politischen Schachzüge im Namen der ganzen Kirche aus und erinnerten dabei mit Vorliebe daran, daß die Kirche ihr Recht um ein halbes Jahrtausend weiter zurückdatiere, als die älteste Dynastie. Gerade weil bei Gelegenheit des galizischen Aufstandes im ultramontanen Lager selbst Zwiespalt ausgebrochen, die Schweizer Sonderbundsbewegung unterdrückt war und zugleich Lamennais seine gewichtigen Schläge gegen die Kirche der Vergangenheit führte, galt es jetzt, den Posten in Bayern um jeden Preis zu behaupten. Wie seltsam sticht von des Apostels Wort über die Bürgerpflichten die Erklärung Görres' ab: ‚Wenn der Geruch der Verwesung durch die Gesellschaft hindurchgeht und der Uebermut keine Grenzen mehr kennt, so thun die Brunnen des Abgrunds sich auf, und die Fluten brechen über sie herein; in der Sprache der Menschenkinder wird es eine Revolution genannt, in der Sprache der Ueberirdischen ist es ein Umschwung nach dem Richtmaß ewiger Ordnung von der Vorsehung zugelassen." Die kirchliche Partei hatte den Widerstand der Regierungen gegen die deutschkatholische Bewegung geschürt, die man als Geburt des Radikalismus verdächtigte. Im Jahre 1846 dagegen, als die hierarchische Propaganda sich für schwere Verluste zu entschädigen suchte, konnte Rohmer in seiner ‚Meinungsäußerung eines Konservativen gegen den Ultramontanismus in Bayern' die Anklage gegen die Klerikalen, daß ihnen die Religion nur als Deckmantel für destruktive politische Tendenzen dienen, mit thatsächlichen Beweisen aufrecht erhalten."

Geistlichkeit, Adel, Bürgerschaft schlossen sich ab gegen die Geliebte des Königs. Ludwig war unwillig, erbittert. Er gewährte die Genugthuung, welche die Abgewiesene gefordert hatte: die Erhebung in den Adelsstand. So wollte Lola den Eintritt in die höheren Gesellschaftskreise erzwingen. Aber zur Erlangung des Adels war das bayerische Heimatsrecht erforderlich, und dieses wurde ihr vom Staatsrate verweigert. Der König beharrte auf seinem Willen, er machte Abel energische Vorstellungen, er fühlte die Verweigerung seines Wunsches als persönliche Beleidigung. Die Minister beschlossen trotzdem die Ablehnung und übergaben am 11. Februar 1847 ein Schriftstück, das ihre Gründe und Ansichten entwickelte, das vielbesprochene „Memorandum".

„Es gibt Augenblicke im öffentlichen Leben", beginnt dasselbe, „wo Männern, die das unschätzbare Vertrauen ihres Monarchen zur obersten Leitung in ihren verschiedensten Zweigen berufen hat, nur noch die betrübende Wahl offen steht, entweder der Erfüllung der heiligsten, durch den Eid, durch Treue, Anhänglichkeit und Dankbarkeit besiegelten Pflichten zu entsagen, oder in gewissenhafter Erfüllung dieser Pflichten die schmerzliche Gefahr des Mißfallens ihres Monarchen nicht zu beachten. In solcher Lage sehen die treugehorsamst Unterzeichneten durch den allerhöchsten Beschluß, der Senora Lola Montez das bayerische Indigenat durch königliches Dekret zu verleihen, sich versetzt, und sie sind alle eines Verrats an den Euerer Majestät gelobten höchsten Pflichten unfähig." Dann wird die bedenkliche Stimmung des Landes über das bekannte Verhältnis geschildert, das Nationalgefühl sei verletzt, „weil Bayern sich von einer Fremden regiert glaubt und so mancher Thatsache gegenüber nichts diesen Glauben zu entwurzeln vermag", der Unwille der Bischöfe wird nachdrücklich betont, die Angriffe gegen den König in der ausländischen Presse werden erwähnt, der Mißmut und die verdächtige Haltung der Armee hervorgehoben. „Die Sache des Königtums steht auf dem Spiel." Beharre der König auf seinem Entschluß, so müßten die Minister zurücktreten von ihrem Posten.

„Ist dies das einzige Exemplar?" fragte der König die Ueberbringer des Tadelsvotums. Es wurde bejaht. Aber nicht lange, so war das Aktenstück in der Presse und durchlief die Zeitungen im Aus- und Inland. Wie es hineinkam, wird verschieden erzählt, aber von ultramontaner Seite meinte man: „Die Veröffentlichung des Memorandums können wir nur als ein Glück ansehen, trotzdem daß man diesen Akt fortwährend als einen inkonstitutionellen verdammt hat, denn es vertrat Sittlichkeit und Recht, die Wurzel alles sozialen Lebens der Völker, und es wollte dieselben nicht der Willkür eines sittenlosen Weibes opfern, das die Krone wie das Land befleckte."



Lola Montez.

Diesen Wächtern der sogenannten Sittlichkeit gegenüber schrieb der Frankfurter Historiker Böhmer: „Jedenfalls haben über Lola mehrere den Kopf verloren, als nur Einer. Das Memorandum der Minister scheint mir, wenn ich es als eine treugemeinte Warnung betrachte, unschicklich, unzweckmäßig und roh. Wenn es aber als ein glorreiches exit oder exeunt gelten soll, so finde ich es viel zu ungenügend motiviert. Was lag denn an dem Indigenat? Hat man doch auch anderes über das Gewissen gebracht, was schwerer wiegt, als eine Tänzerin, als eine emanzipierte Bettine". Der König urteilte nicht anders. Er schrieb seinem Sohne Otto: „Aufsagschreiben, von Abel eigenhändig aufgesetzt, hatte ich von ihm, Gumpenberg, Seinsheim und Schenk gemeinschaftlich unterzeichnet erhalten, nämlich Niederlegung ihrer Ministerstellen, wenn ich ein Indigenat verleihen, also Gebrauch meines Kronrechts machen würde, da ich nur verbunden, den Staatsrat darüber zu vernehmen (wie denn in den ersten Jahren meiner Regierung, obgleich Einstimmigkeit dawider, ich eines erteilt). Sie glaubten, ich würde zu Kreuze kriechen und — ich nahm gedachte Entlassungen an."

„Alle meine Minister habe ich entlassen!" rief Ludwig, als er in aufgeregtester Stimmung in die Abendgesellschaft seiner Freundin kam, „das Jesuitenregiment hat aufgehört in Bayern!" Dieses Wort wurde rasch bekannt. Menschen- und Königsrecht waren ihm immer noch untrennbar, und aus dieser gehobenen Kampfesstimmung erklang ein Sonett, welches den Weg in die Tagesblätter fand:

Ihr habt mich aus dem Paradies getrieben,
Für immer habet ihr es mir umgittert,
Die ihr des Lebens Tage mir verbittert,
Doch macht ihr mich nicht hassen, statt zu lieben.

Die Festigkeit, sie ist noch nicht zersplittert,
Ob mir der Jugend Jahre gleich zerstieben,
Ist ungeschwächt der Jugend Kraft geblieben,
Ihr, die ihr knechten mich gewollt, erzittert!

Mit dem, wie ihr gen mich seyd, giebt's kein Gleichnis,
Die eignen Thaten haben euch gerichtet,
Des Undanks, der Verleumdungen Verzeichnis.

Die Wolken fliehn, der Himmel ist gelichtet,
Ach preis' es, das entscheidende Ereignis,
Das eure Macht auf ewig hat zernichtet!

Ludwig täuschte sich. Der Kampf war noch lange nicht zu Ende. Nach dem Zipfel der Sittlichkeitsfahne, den er den Ministern aus der Hand geschlagen, haschten nun alle möglichen Hände, und neue Moralkonsorten drangen auf ihn ein.

Staatsrat Maurer wurde zur Bildung eines neuen Ministeriums berufen. Er übernahm das Portefeuille der Justiz, und an seine Seite treten für das Innere Freiherr von Zu Rhein, für den Krieg Generalmajor von Hohenhausen, für die Finanzen Staatsrat Zenetti. Maurer war der erste protestantische Minister in Bayern, er unterzeichnete das Indigenatspatent, beschwor aber den König, der unausbleiblichen Folgen halber keinen Gebrauch davon zu machen. Das geschah nicht, und so wurde die Standeserhöhung der listigen Tänzerin ein neues Agitationsmittel gegen sie und den König. Nicht nur die Ultramontanen arbeiteten in der gewohnten Weise fort, sondern auch die radikalen Demokraten, die Vertreter der „Freiheit" und der „Menschenrechte" gaben die groben Fäuste dazu her, auf den Menschen Ludwig zu schlagen, um den König zu treffen.

Der Professor für Philologie, Lasaulx, fühlte sich gedrungen, die Universität als moralischen Richter in die Sache zu ziehen! Er stellte im Senat den Antrag, „die Hochschule möchte als erste sittliche Korporation im Staate dem Minister, der für die Sittlichkeit eingetreten, ihre Anerkennung zollen." Der König antwortete darauf mit der sofortigen Entsetzung Lasaulx's von seinem Lehramte. Da beschloß ein Teil der Studentenschaft, dem beliebten Lehrer eine Ovation darzubringen, die indes auf eine Demonstration vor dem Hause der Tänzerin, der nunmehrigen Gräfin von Landsfeld hinauslief. Den Studenten schloß sich der „vornehme und gemeine Pöbel" an, der durch Lolas freches Auftreten nur in noch größere Wut geriet und den König selbst, der herbeigeeilt war, auf seinem Heimwege gröblich beschimpfte. Ludwig suchte nach den Anstiftern des Skandals und verfügte in seiner Erbitterung die Entlassung oder Versetzung mehrerer klerikalen Professoren. Wieder freuten sich die Liberalen, und der Jubel im Hoftheater, der freudige Empfang bei einer Reise durch Franken und die Pfalz, welche Ludwig im Juni unternahm, bestärkten ihn in der Annahme, daß seine Gegner lediglich in ultramontanen Kreisen zu suchen seien. Auch von den auswärtigen Kabinetten erhielt er auf die Anzeige des im Kronrat vorgenommenen Wechsels die befriedigendsten Antworten.

In Bayern aber wuchs die Erbitterung der Klerikalen, als nun die Regierung die Missionen unterdrückte, die Ablegung des Gelübdes an ein höheres Lebensalter der Nonnen band und sonstige Verfügungen traf, die einen Rückschritt von der extremen Bahn des Abelschen Regiments bezeugten. Die Ultramontanen sahen in all diesem die Hand der Spanierin, während zu Rhein später versicherte, so lange er und seine Amtsgenossen im Rate der Krone saßen, habe fremder Einfluß sich nicht ein einzigesmal in Staatsangelegenheiten zwischen den Thron und seine Räte zu drängen vermocht. Die Universität wurde wieder freier gestellt und der Abelschen Zwangsjacke entledigt, die Reform der Gesetzgebung auf freisinniger Grundlage wurde in Aussicht gestellt, Ludwig willigte in die Trennung der Justiz von der Verwaltung, der preußische Entwurf zu einer deutschen Wechselordnung wurde von Bayern genehmigt, und auf Zuraten Maurers bewilligte der König jetzt ebenso die Begnadigung Behrs und Eisenmanns, während Ludwig einstweilen von der Befreiung der Presse absah.

Im September wurde der Landtag einberufen. Es sollte ein reiner „Postulatslandtag" sein und nur die Mittel zu neuen Eisenbahnbauten gewähren. Der Landtag ließ sich darauf nicht ein und brachte seine Beschwerden vor. Freiheit der Presse wurde verlangt und die Krone um Vorlage eines neuen Preßgesetzes gebeten. Ruland rügte die Professorenabsetzung und riß die Kammer zur vereinten Mißbilligung dieser Polizei-

maßregel hin. Auf die Bitte des Landtags betreffs der Preßfreiheit ging Ludwig nicht ein, eine Verordnung vom 16. Dezember gab indes die Besprechung der inneren Angelegenheiten wieder frei.

Das Vermittlungsministerium vermochte sich nicht zu halten. Ludwig war ungehalten über die Ausdehnung, welche man die Landtagsverhandlungen hatte nehmen lassen, er war ebenso ungehalten darüber, daß sich die besseren Kreise nach wie vor seiner Geliebten verschlossen. „Welcher stolzen Frau aus diesen gerühmten besseren Ständen wäre es wohl anders ergangen, wenn sie jung, schön und hilflos in die Welt geschleudert worden wäre? Und ist etwa die und die wirklich besser? Ich kenne sie alle und halte den Unversuchten ihre gepriesene Tugend nicht allzu hoch!" meinte er nun, wie er vordem gemeint hatte: „Hieße sie Loyola Montez, so bliebe alles still!" Mit der härtesten Konsequenz schrieb er einem alten Vertrauten: „Wenn Sie eingeladen werden wo der König ist, und wenn Sie dann doch nicht erscheinen, so sieht dieses der König für Beleidigung gegen ihn an und des Königs Ungnade zieht ein solches Benehmen nach sich." Auch Maurer hatte die Uebernahme des Ministeriums nur mit der Bedingung zugesagt, wenn ihm gestattet werde, der Gräfin Landsfeld fern zu bleiben.

Natürlich mußten diese fortwährenden Abweisungen auf die Gräfin selbst schlimmer als Nadelstiche wirken. Sie geriet in eine unglaubliche Wut und scheute sich nicht, dieselbe an allem und jedem auszulassen. Das ganze anarchistische Temperament der Südländerin trat in krassen Erscheinungen hervor, sie benützte ihre Stellung zu fortwährenden Intriguen und Angriffen, und der König stellte sich ritterlich hinter sie, ihrem Einfluß einen Spielraum gewährend, der über den Kreis einer Privatperson weit hinausgriff. So trat das Ministerium zu Rhein-Maurer zurück, und Wallerstein übernahm im Dezember die Bildung eines neuen Ministeriums. Er selbst wurde Minister des Aeußern, Beisler Justizminister, Heres übernahm die Finanzen. Ohne Zweifel hatte hier des Königs Willen den Ausschlag gegeben, aber die Erhebung des Staatsrates Berks wurde dem direkten Einfluß der Gräfin unterschoben, zumal diese selbst mit ihren prahlerischen und übermütigen Aeußerungen nicht zurückhielt. Und jetzt legte sich die öffentliche Meinung über den Pfad des Königs — eine feste unübersteigliche Schranke. Hatte Ludwig den König zu Hilfe genommen, um sein Menschenrecht zu schützen, so machte man den König für die Uebergriffe verantwortlich, deren sich der Mensch schuldig gemacht zu haben schien.

Freisinnige Anordnungen des Ministeriums, wie die Beschränkung des Aufenthalts der schweizerischen Jesuitenflüchtlinge, der Erlaß einer freisinnigen Studienordnung, die Berufung Fallmerayers an die Stelle des eben verstorbenen Görres, die größere Freiheit der Presse genügten der stürmischen Zeit nicht mehr. Das Volk trat wieder in das politische Leben ein, und alle geistigen Kräfte wendeten sich der Politik zu. Und schon zu Anfang des neuen Jahres eröffnete München das Vorspiel zur dritten europäischen Revolution.

Mitglieder der Studentenverbindung Palatia hatten an den Gesellschaften der Gräfin Landsfeld teilgenommen. Sie wurden aus dem Corpsverbande ausgestoßen und gründeten eine neue Verbindung, Alemannia, die nun ganz den Charakter von Lolafreunden annahm und den erbittertsten Streit in die Hochschule hineintrug. Und über die Hochschule hinaus drang das wüste Treiben in die übrigen Schichten der Münchener Bevölkerung. Daneben die radikale Presse, der das Königtum ein Dorn im Auge, daneben die ultramontane, die von sittlicher Entrüstung überschäumte und dem Volke die Verachtung dieses Königs beizubringen suchte, daneben dann wieder ein Minister Berks, der die Alemannen pries als die Vertreter der wahren Sittlichkeit und Humanität gegenüber dem „anmaßenden Wesen der übrigen übersprudelnden, mitunter verdorbenen Universitätsjugend" und also die Erbitterung nur ins Maßlose steigerte.

Da starb der alte Görres, der erste Gegner der Gräfin Landsfeld. Sein Begräbnis am 31. Januar 1848 bot willkommenen Anlaß zu einer Demonstration großen Stils. Die Polizei hatte alle Reden und Gesänge verboten, aber der Leichnam wurde demonstrativ an der Residenz vorbeigetragen, Bürgerschaft und Geistlichkeit beteiligten sich am Zuge. Der am 2. Februar beantragte Fackelzug mußte unterbleiben, am 7.

wurden die Alemannen von den andern Studenten aus der Universität hinausgewiesen. Wallerstein begab sich selbst zur Universität, um die Ruhe herzustellen. Es nützte nichts. Die Aufregung wuchs, Tumultscenen wiederholten sich in den nächsten Tagen, Lola stürzte sich selbst unter die Menge, wurde mißhandelt und mußte in die Theatinerkirche flüchten.

Da erfuhr am 10. Februar die Hauptstadt, die Universität sei geschlossen. Binnen zwei Tagen sollten alle nicht heimatberechtigten Studenten München verlassen. Die Bürgerschaft versammelte sich auf dem Rathause und schickte eine Deputation nach der Residenz, die Zurücknahme der Maßregel zu erbitten. Die Menge wälzte sich vor das Schloß. Der König gab den Bescheid, er ließe sich nichts abtrotzen, sondern werde mit seinem Staatsrat die Sache in Erwägung ziehen. Da ging die Menge zu Thätlichkeiten über und demolierte einige öffentliche Gebäude. Noch in der Nacht schrieb der König dem Bürgermeister, die Universität solle mit nächstem Sommerhalbjahr wieder eröffnet werden. „Mir liegt das Wohl der Bürger am meisten am Herzen, das bewies ich seit mehr denn 22 Jahren". Am nächsten Morgen entschloß er sich auf den Rat seiner Minister zur Entfernung der Gräfin Landsfeld, und bald folgte die Kunde, der König habe zur sofortigen Wiedereröffnung der Universität Erlaubnis gegeben. Mit brausendem Jubel wurden diese Nachrichten begrüßt.

Der konstitutionelle König! Ludwig hatte tief empfinden müssen, daß die Unwahrheit der Zeitentwicklung sich seinem Leben mitzuteilen begann. Konstitutioneller König und freier Mensch waren zwei nicht zu vereinbarende Dinge. Da gab es keine Privatangelegenheiten mehr.

> Was dem Aermsten selbst gewähret,
> Er auf seinem Thron entbehret,
> Frohen Umgangs heitre Lust.

Der Volkswille hatte das Opfer seiner Neigung von ihm gefordert, und als er das Opfer gebracht, wollte das Volk ihm ein Dankfest feiern. Er aber sah reiner und klarer, er empfand den Jubel als Siegesjubel, des Sieges über ihn und lehnte den Fackelzug ab. „Eine begünstigte Hauptstadt hat sich gegen ihren Fürsten, gegen den Fürsten empört, dem sie alles verdankt, was sie ist; sie hat ihren Schild befleckt und um eine verhaßte Herrschaft wieder möglich zu machen, hat sie einen König gekränkt, der seine Schwächen haben mag, der aber ein wohlwollender und treuer und deutscher Fürst ist und der um München solchen Undank nicht verdient hat." Ringseis hatte den Zustand Münchens drastisch bezeichnet: „Es regnet Dreck! Man kann bald nicht mehr Speichel genug auftreiben, um nach Gebühr auszuspucken." Ja, es regnete Dreck, die Unlauterkeit der Motive, die tollste Vermischung und Vermengung aller möglichen Bestrebungen lag offen zu Tage, und eine ehrliche Geschichtsschreibung wird anerkennen müssen, daß von allen keiner reiner aus dieser Bewegung hervorging, als der König selbst. An dem Mantel seiner inneren Ehrlichkeit, seines unverfälscht menschlichen Fühlens glitt aller Schmutz ohne Haft zu Boden.

In der Barerstraße umtobte auch nach der Abfahrt die Menge das Haus der Gräfin. Ludwig begab sich selbst dahin und forderte die Leute auf, sein Eigentum in Frieden zu lassen. Es war ein symbolischer Ausspruch, der auf die ganze Bewegung paßte.

Der Stein des Anstoßes war fort. Aber die Ruhe kehrte nicht zurück. Ueber die bayerische Bewegung ergoß sich die deutsche, die europäische und deckte sie zu. Die Revolution war da und erhob die Frage der Zeit aus dem Dunstkreis des Persönlichen in eine weitere allgemeine Sphäre. Die alte Zeit und die neue traten in Kampf mit einander und rangen blutig um die Zukunft.

„Die deutsche Einigungsidee konnte zeitweise niedergehalten, doch nicht unterdrückt werden. Daß in der Bundespolitik keine der Würde und Bedeutung Deutschlands entsprechende Zentralgewalt geboten sei, mußte sich jedem als Ueberzeugung aufdrängen, der zusah, was der Bund that, oder vielmehr, was er nicht that. Nach Außen war der deutsche Bund nicht geachtet, in Bezug auf die inneren Verhältnisse war nicht einmal auf dem Gebiet der materiellen Interessen die organische Einigung vollkommen gelungen

und ebenso wenig war in vielen Staaten die Einräumung der durch die Bundesverfassung zugesicherten Volksrechte zur Wahrheit geworden. Von dem Frankfurter Organ konnte eine Belebung des nationalen Selbstgefühls nicht ausgehen, eine Reform der deutschen Verhältnisse erschien als das dringendste Zeitbedürfnis, und jetzt schien die Zeit gekommen zu sein, an die Lösung der staatlichen Aufgabe Deutschlands heranzutreten." (Heigel). Die Kultur war mit neuen großen Aufgaben an Deutschland herangetreten. Zu ihrer Bewältigung bedurfte es des Zusammenfassens aller Kräfte. Der nationale Gedanke und der Gedanke der Freiheit erhoben sich vom Schlummer und fanden in den Erfordernissen der Zeit ihre Stärkung, ihre unzertrennliche Einheit. Napoleon hatte einst beide zu trennen gesucht, den Polen die Nationalität, aber nicht die Freiheit geben wollen.



Der Thronsaal im Festsaalbau in München.

Die Geschichte schritt über ihn hinweg. Metternich hatte beides in Ketten geschlagen, Volkstum und Freiheit, und nun erhoben sich beide, ihren Tyrannen zu stürzen. Die Februarrevolution in Paris gab das Zeichen zum Angriff.

Von der badischen Kammer ging die Forderung eines Nationalparlamentes aus. In Bayern antworteten die Bürger der alten freien Reichsstadt Nürnberg mit einer ernst und würdig gehaltenen Adresse an den König, der Monarch solle durch zeitgemäße Reformen die Initiative zu einer Neugestaltung der deutschen Verhältnisse ergreifen. Den mangelhaften politischen Zuständen schrieb man die Schuld an den herrschenden Notständen zu. Während die Wohlhabenden mit ängstlicher Besorgnis auf die großen Erschütterungen in der Handelswelt blickten, wo infolge eines übermäßig gesteigerten Kredit- und Wechselwesens eine Reihe von Zusammenbrüchen eintrat, die Tausende um Hab und Gut brachten, ertönte in den Hütten der Notschrei der Hungernden, die bei der wachsenden Teuerung der durch zwei unergiebige Jahre verminderten Nahrungsmittel ihre Lebensbedürfnisse nicht mehr befriedigen konnten. Berichte über furchtbaren Mangel, der in Oberschlesien Hungerseuchen bewirkt und in vielen Fabrik- und Gewerbegegenden irische Notscenen hervorgebracht habe, riefen, verbunden mit Agitationsschriften und

dem überall herrschenden Elend, eine große Aufregung hervor. Zum ersten Male kamen die zunehmende Verarmung, die große Ungleichheit des Besitzes und der Lebensgenüsse in ihrer vollen Höhe zum Vorschein. Man erblickte einen Abgrund von Jammer und Elend, in dem sich der Proletarierstand befand und aus welchem das Verderben über die ganze Gesellschaft hereinzubrechen drohte. Immer mächtiger drängte sich die Notwendigkeit politischer und sozialer Reformen auf.

Die Revolution von 1789 hatte die Grundlage der politischen Freiheit geschaffen. Von dem errungenen Boden aus lenkten sich nun ganz von selbst die Blicke auf die soziale Lage der unteren Volksschichten. Aber man hielt noch an dem Prinzip der freien Entfaltung und Bewegung der Kräfte fest, und war das hervorstechendste Merkmal der vorrevolutionären Gesellschaft die ökonomische und soziale Gebundenheit, so trat nun das Prinzip des Spiels der freien Kräfte, welches dem beweglichen Charakter der industriellen Gesellschaft entsprach, in den Vordergrund der wirtschaftlichen Entwicklung. Dieses Prinzip der freien Konkurrenz trug aber den Keim eines sozialen Zersetzungsprozesses in sich. Da es dem wirtschaftlich Schwachen keinen Schutz gewährte und andrerseits großartige Kapitalsanhäufungen mit der Notwendigkeit eines Naturgesetzes hervorrief, so trat allmählig ein Zustand ein, der eine Minorität von Besitzenden und eine Ueberzahl von Besitzlosen aufwies. Hielt man nun auch noch an dem Prinzip der freien Konkurrenz weiter fest, so mußte sich dasselbe notwendig als Kampf aller gegen alle auswachsen. Ließ man dieses Prinzip fallen, so bedeutete das nicht mehr und nicht weniger, als die Herrschaft des Kapitals. Aus den wirtschaftlichen Konsequenzen der großen Revolution war ein neuer privilegierter Stand hervorgegangen, der seine Macht nicht weniger ausnutzte, als die Privilegierten der alten Gesellschaft. Unter dem Einflusse der Dampfmaschine und der technischen Fortschritte sowie der Errungenschaften auf dem Gebiete des Verkehrs- und Transportwesens nahm die fabrikmäßige Großindustrie gegenüber dem handwerksmäßigen Kleinbetrieb einen ungeahnten Aufschwung; aber gleichzeitig lockerte sich der soziale Organismus in allen seinen Fugen und wuchs die Masse der besitzlosen, abhängigen Lohnarbeiter mit rapider Schnelligkeit. Der Mittelstand schrumpfte immer mehr zusammen. Die mit überlegenen Kapitalkräften arbeitende Großindustrie untergrub langsam seine Existenz und absorbierte die im Kampf aller gegen alle aufgeriebenen Individuen, welche nunmehr nur noch als Nummer in der unheimlich anwachsenden Masse der Lohnproletarier erscheinen. Armut und Reichtum, Elend und Luxus begegneten sich auf demselben Schauplatze, in dem Weichbilde der Stadt, als soziale Kontraste aufreizendster Natur. Dazu kommt, daß dem Besitzlosen immer mehr die Hoffnung, sich durch Fleiß und Geschicklichkeit emporzuringen, genommen wurde. So war wieder eine Welt des Widerspruchs geschaffen, und dieser Widerspruch trat um so schärfer in das Bewußtsein der Massen, je konsequenter und energischer sich andrerseits das aus der französischen Revolution überkommene Prinzip der politischen Freiheit und Gleichheit entwickelte. Weit energischer, als schon während der ersten französischen Revolution, wo schon Baboeuf seine phantastischen Pläne verfolgt hatte und Robespierre für das Recht auf Arbeit schwärmte, trat in der nunmehrigen Bewegung eine direkt antikapitalistische Unterströmung ein, die zwar einerseits die Kraft der revolutionären Bewegung vermehrte, andrerseits dieselbe dann wieder lähmte, indem sie, selbst noch viel zu sehr im Flusse, es nicht zu einer konkreten Politik zu bringen vermochte und dann die demokratische Bewegung auf das Prinzip der konstitutionellen Monarchie festnagelte infolge ihrer radikalen, vollkommen unrealisierbaren Ausschweifungen. Diese antikapitalistischen sozialen und kommunistischen Strebungen waren es, welche die Bourgeosie zum Kompromiß mit der Monarchie im konstitutionellen Staate naturgemäß hindrängten.

Es ist natürlich, daß sich der Sozialismus in denjenigen Ländern zuerst organisierte, wo auch die Großindustrie sich am frühesten entwickelte, wie in diesen Ländern ebenso die ersten Spuren einer sozialreformatorischen Litteratur sich finden: St. Simon, Fourier, Owen in Frankreich und England. Es ist ebenso natürlich, daß sich der Umgestaltung des nationalen Lebens in ein internationales, wie Verkehr, Handel, Gewerbe

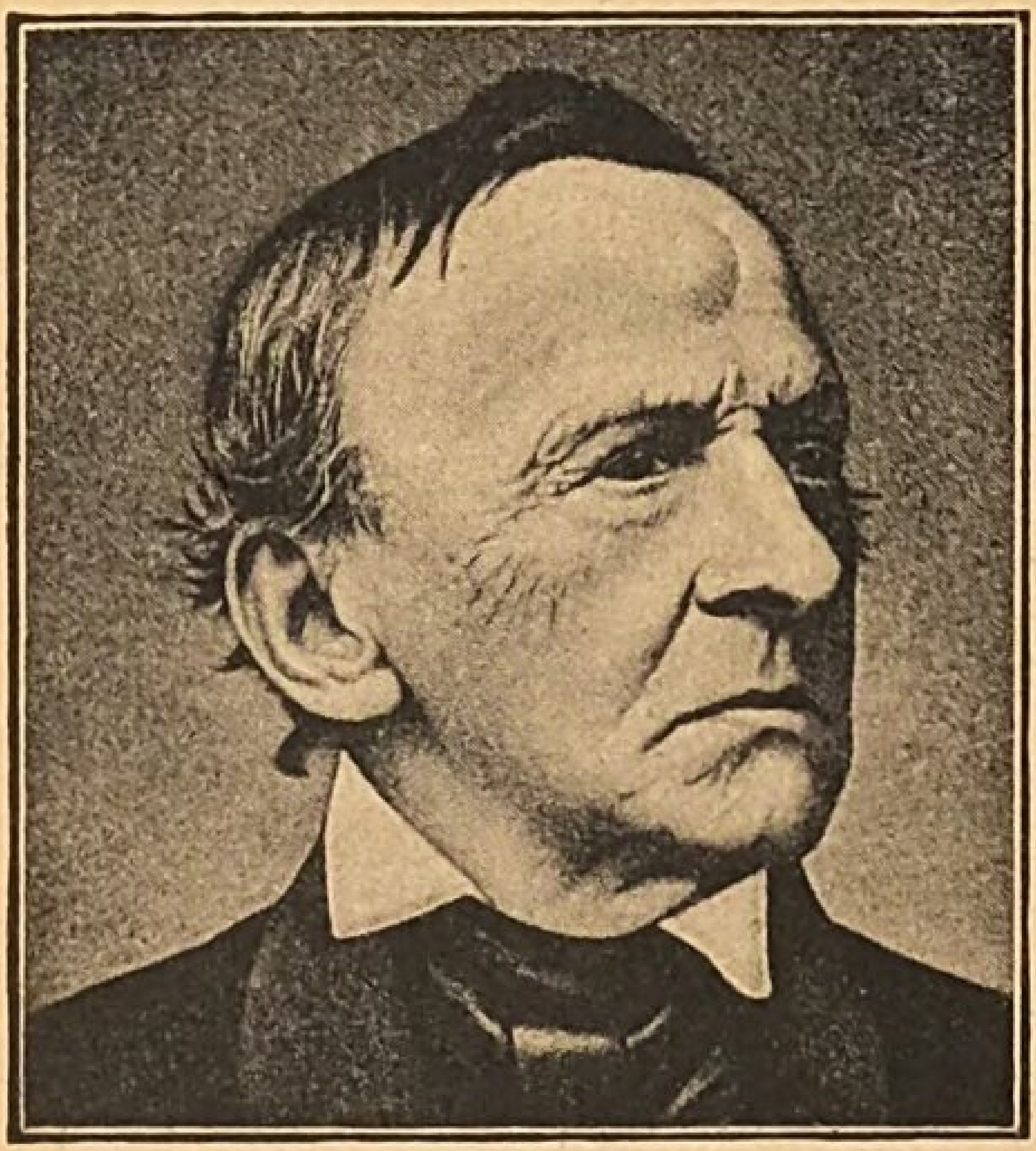
und Industrie dieselbe bewirkten, der Gedanke einer internationalen Vereinigung aller Kommunisten gegenüberstellte. In Deutschland faßte der sozialistische Gedanke erst Fuß mit dem Eintritt des deutschen Lebens in dieses internationale Verkehrsleben. Wohl traten schon früher bei Heinse, Klinger, Fichte sozialistische Gedankenäußerungen hervor, aber sie drangen nicht über den Kreis der Sozialphilosophen. Erst der sich allmählig herausbildende sozialökonomische Gegensatz von Kapital und Arbeit, von Bourgeoisie und Proletariat bereitete den Boden dieses jungen Wachstums. Zu derselben Zeit, da in Frankreich die politische Machtperiode der industriellen Gesellschaft begann, traten die sozialistischen Wortführer Cabet, Buchez, Considérant, Louis Blanc, Proudhon und andere auf und erschien die soziale Frage auf der Tagesordnung. Schon sprühten dort die Funken der sozialen Revolution, während in Deutschland der Sozialismus fast noch ausschließlich die Domäne radikaler Schriftsteller blieb. Erst die Entstehung des Zollvereins arbeitete auch hier in großem Maßstabe der jungen Bewegung vor. Namentlich in Norddeutschland entwickelte sich eine mächtige Industrie, die alte zünftische Ordnung wurde mehr und mehr durchbrochen, und die massenhafte Völkerwanderung der Arbeitskräfte in die Städte begann. In den großen Zentralisationspunkten der Industrie wuchs nun das Proletariat aus der Erde heraus. Zunächst erschien die soziale Frage in der Gestalt des pauperistischen Gespenstes, das drohend an die Pforte der Gesellschaft pochte. Dann setzte die agitatorische Bearbeitung der Proletariermassen ein. In den „deutsch-französischen Jahrbüchern" vertraten seit 1844 Runge, Marx, Engels, Herwegh, Bruno Bauer vor allen die kommunistische Sache. Indeß ihre Arbeit blieb naturgemäß zunächst rein verneinend: in der rücksichtslosesten Kritik der bestehenden Gesellschaftsordnung bestand einstweilen ihre größte Stärke. In der „Rheinischen Zeitung", welche in Darmstadt erschien, verkündeten dann Marx, Heß und Grün die kommunistische Lehre. Marx und Engels traten schon damals entschiedener aus dem Flusse der Ideen heraus und legten den Grund zu dem „wissenschaftlichen Sozialismus", der aus der Einsicht in den ökonomischen Bau der Gesellschaft das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu erwecken bestrebt war. „Selbstbewußte Teilnahme" des Proletariats an dem Umwälzungsprozesse der Gesellschaft war das Ziel, und so erschien 1848 das von den beiden abgefaßte „Manifest der kommunistischen Partei", mit dem sie sich an die Spitze der Bewegung schwangen und auf den älteren französischen und englischen Sozialismus in tiefgreifender Weise umgestaltend zurückwirkten.

Die Revolution von 1848 brachte nun naturgemäß auch die Arbeiterbewegung in Fluß. Aber eine selbständige, zielbewußte Rolle zu spielen, war dieser revolutionären Partei noch nicht möglich. Es fehlte an der Organisation, an der Bildung und Disziplin des Einzelnen, an der inneren Konsistenz, und so ward denn von den Arbeitern nur die Parole ausgegeben, mit der revolutionären demokratischen Bourgeoisie gemeinsame Sache zu machen. Dieses extreme, damals noch vollkommen verschwommene Element wirkte also in der Bewegung mit, es trug die Bewegung hinab in die Massen des Volkes, aber es setzte der Bewegung indirekt auch selbst wieder das Ziel, denn die Natur macht keine Sprünge von Keimen zu festen Gebilden, und in die Keimform der Gesellschaft wieder hinabzusteigen, war eine ebensolche Unmöglichkeit. Der Sozialismus mußte sich erst selbst zu einem höher und feiner entwickelten Organismus heranbilden, bevor er auf die Umbildung der Gesellschaft einen maßgebenden Einfluß zu erringen vermochte.

Zunächst blieb es also bei jenen großen Zeitforderungen, wie gleiche Rechte für alle Glieder des Volkes, Aufhebung aller Privilegien, freie Presse, freies Versammlungs- und Vereinigungsrecht, volle Gewissens- und Lehrfreiheit, Oeffentlichkeit und Mündlichkeit des Gerichtsverfahrens, Verminderung der stehenden Heere und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Die Bundesregierung raffte sich auf und versprach „dem deutschen Volke" den Fortschritt mit dem Geiste der Zeit und den Willen, alles zur Erfüllung der Volkswünsche aufzuwenden. Das genügte nicht mehr. Das Volk hatte seine Sache selbst in die Hand genommen und war nicht gesonnen, sie wieder der schläfrigen Bundesregierung zu überlassen.

In München flossen alte und neue Bestrebungen zusammen. Die Nürnberger hatten schleunige Einberufung der Volksvertretung erbeten, die meisten bayerischen Städte schlossen sich an. Dann war Berks noch da, der Lolaminister. Das Volk forderte seine Entfernung. Fürst Leiningen, der Präsident der Reichsratskammer, richtete eine diesbezügliche Mahnung an den König. Ludwig schlug beides ab. Sein Eisenkopf wollte von weiterem Nachgeben nichts wissen. Aber er stand allein, und so drängten die Massen ihn zurück.

Am 1. März hatte ein Erlaß die Zusammenberufung der Stände zum 31. Mai verkündigt. Am 2. März kam es vor dem Hause des verhaßten Ministers zu Exzessen. Am 3. März versammelten sich die Bürger im Rathause, und eine Adresse wurde entworfen, welche die Einberufung der Kammern wiederum dringend erbat. Fürst Leiningen wandte sich abermals an den König und riet, die Forderungen zu bewilligen. Ludwig wich einen Schritt zurück: Berks wurde entlassen und die Einberufung der Kammern auf Ende März zugesagt. Das nützte nichts. Die Unruhe dauerte fort. „Die Paphlagonier und Wursthändler sprachen in den Bierhäusern von Tyrannendruck und Völkerlenz." Dazu kam die Veröffentlichung der Briefe Leiningens. Der König ward an das Memorandum Abels erinnert. Er befahl dem Fürsten Karl Wrede, die Waffen zu gebrauchen. Generalmarsch wurde geschlagen, Kanonen fuhren vor der Residenz auf — da stürmte die Bürgerschaft das Zeughaus. Jetzt wich Ludwig ganz zurück. Es hieß plötzlich, die Stände würden am 16. März zusammentreten. Wrede solle die Stadt verlassen. Prinz Karl, des Königs Bruder, kam und bestätigte die Nachricht. Die königliche Familie, die Minister drangen in den Monarchen, weiter nachzugeben, und am 6. März erschien die königliche Proklamation.


König Ludwig in älteren Jahren.

Sie verhieß was man wollte: Ministerverantwortlichkeit, vollständige Preßfreiheit, Verbesserung der Wahlordnung, Besserstellung der Beamten u. s. w. und ordnete die unverzügliche Beeidigung des Heeres auf die Verfassung an.

„Bayern erkennt in diesem Entschlusse die angestammte Gesinnung der Wittelsbacher. Ein großer Augenblick ist in der Entwicklung der Staaten eingetreten. Ernst ist die Lage Teutschlands. Wie ich für teutsche Sache denke und fühle, davon zeugt mein ganzes Leben. Teutschlands Einheit durch wirksame Maßnahmen zu stärken, dem Mittelpunkte des vereinten Vaterlandes neue Kraft und nationale Bedeutsamkeit mit einer Vertretung der deutschen Nation am Bunde zu sichern, und zu dem Ende die schleunige Revision der Bundesverfassung in Gemäßheit der gerechten Erwartungen Teutschlands herbeizuführen, wird mir ein theurer Gedanke, wird Ziel meines Strebens bleiben.

Bayerns König ist stolz darauf, ein teutscher Mann zu sein.

Bayern! Euer Vertrauen wird erwiedert, es wird gerechtfertigt werden! Schaaret euch um den Thron! Mit eurem Herrscher vereint, vertreten durch eure verfassungsmäßigen Organe, laßt uns erwägen, was uns, was dem gemeinsamen Vaterlande Noth thut! Alles für mein Volk! Alles für Teutschland!"

Das war wieder die alte Sprache Ludwigs, wie sie einst in den Zeiten vor der Reaktion so oft erklungen war. Und diese Sprache verstand man in Bayern, man verstand sie in allen deutschen Landen. Wo ein deutscher König so vorging, konnten die andern nicht zurückbleiben. Und so fand denn der bayerische Jubel seinen Widerhall überall auf deutscher Erde.

Dazu wurde die Instruktion bekannt, welche der bayerische Bundestagsgesandte erhielt. „Nicht bloß Verstärkung der deutschen Kriegsmacht nach Außen thut jetzt Noth",

hieß es da, „auch jenes geistige Element muß gekräftigt werden, welches eigentlich die Heere der Befreiungsepoche hervorrief, deren Schlachten schlug und die Entscheidung zu Gunsten des Rechts lenkte: der damals erst auftauchende deutsche Gedanke besiegte Napoleon! .... Der Bundestag muß ächter Mittelpunkt nationaler Einheit werden, soll Deutschland der riesenhaft bewegten Zeit auch riesenhaft entgegentreten. Deutschlands Gesamtinteresse muß die Sonderinteressen überwiegen, das notwendig selbstthätig und autonom bleibende Leben der einzelnen Bundesstaaten darf nicht ferner das Gesamtleben absorbieren. Damit aber dem also werde, ist eine Revision des Bundesvertrags unerläßlich!"

Die Entlassung des Ministeriums erfolgte und am 8. März wurde Thon-Dittmer, der populäre Führer der Linken in der Kammer, zum Minister des Innern ernannt. So waren die Ereignisse im Sturme fortgeschritten, erst jetzt kam der König zur Besinnung.

Was er gethan hatte, lag nicht außerhalb seines Gedankenkreises. Wir kennen ja seine Ziele, die er schon als Kronprinz hegte. Für den Augenblick verdunkelt, brachen sie immer wieder vor, zum letztenmal noch in unentstellter Frische in der Proklamation vom 6. März. Aber wir kennen auch seine Persönlichkeit, seinen guten Glauben an das unveräußerliche Recht der freischaffenden Individualität. Und diese Persönlichkeit mußte die Art und Weise tief und schmerzlich empfinden, wie man ihr alles, Zugeständnis um Zugeständnis, mit Gewalt abgedrungen hatte. Nicht nur die Freiheit des Königs, die Freiheit des Menschen war mit solchen Thatsachen einfach aufgehoben. Die Unwahrheit der Zeitentwicklung trat klar und deutlich vor die Seele des Königs, er wandte sich von ihr ab mit der ganzen harten Entschlossenheit seines Wesens. Mit ihr war ihm jeder Kompromiß nach dieser Erkenntnis unmöglich.

Als am 16. März in München neue Unruhen ausbrachen — die des Landes verwiesene Gräfin sei wieder da, hieß es — als Ludwig dazu schreiten mußte, durch einen Erlaß ihr das bayerische Indigenat zu entziehen, als selbst die Minister Thon-Dittmer und Beisler den Behörden die Anweisung gaben, die Gräfin, falls sie sich auf bayerischem Boden betreten ließe, verhaften und auf die nächste Festung bringen zu lassen, mußte Ludwig unwiderstehlich den Zwiespalt empfinden, der zwischen einem derartigen Königtum und dem Menschen bestand. Er nahm die Gräfin nicht mehr in Schutz und konnte es auch nicht mehr, da er ihren Charakter erkannt hatte, allein immer wieder schonungslos diese Sache aufgerührt zu sehen, mußte ihm den tiefsten Wiederwillen erregen. Da faßte er den Entschluß, die Krone niederzulegen.

Sepp erzählt, Thon-Dittmer habe dem Könige einige Vorlagen zur Genehmigung und Unterschrift unterbreitet. Der König war dazu bereit. „Das habe er vorausgesehen," erwiederte der Minister, „Majestät haben keine Wahl als zu unterschreiben, denn der Beschluß des Ministeriums ist bereits mit Ihrer Namensunterschrift expediert." Da sei Ludwig einen Schritt zurückgetreten und habe seinen Minister mit flammendem Blicke fixiert: „Also mich braucht man nicht mehr? wenn es so steht, dann weiß ich, was ich zu thun habe!"

Die Anekdote klingt unecht, aber sie bezeichnet die Stimmung der Zeit. Der König bedurfte eines derartig groben Anstoßes nicht mehr, und sprach es auch mehrmals selbst aus, daß nur sein freier Entschluß ihn zur Abbankung geführt hatte. „Nicht Sklave zu werden, wurde ich Freiherr", schrieb er an Wagner. Es war so. Aus der Lüge heraus führte ihn sein Genius zur Freiheit.

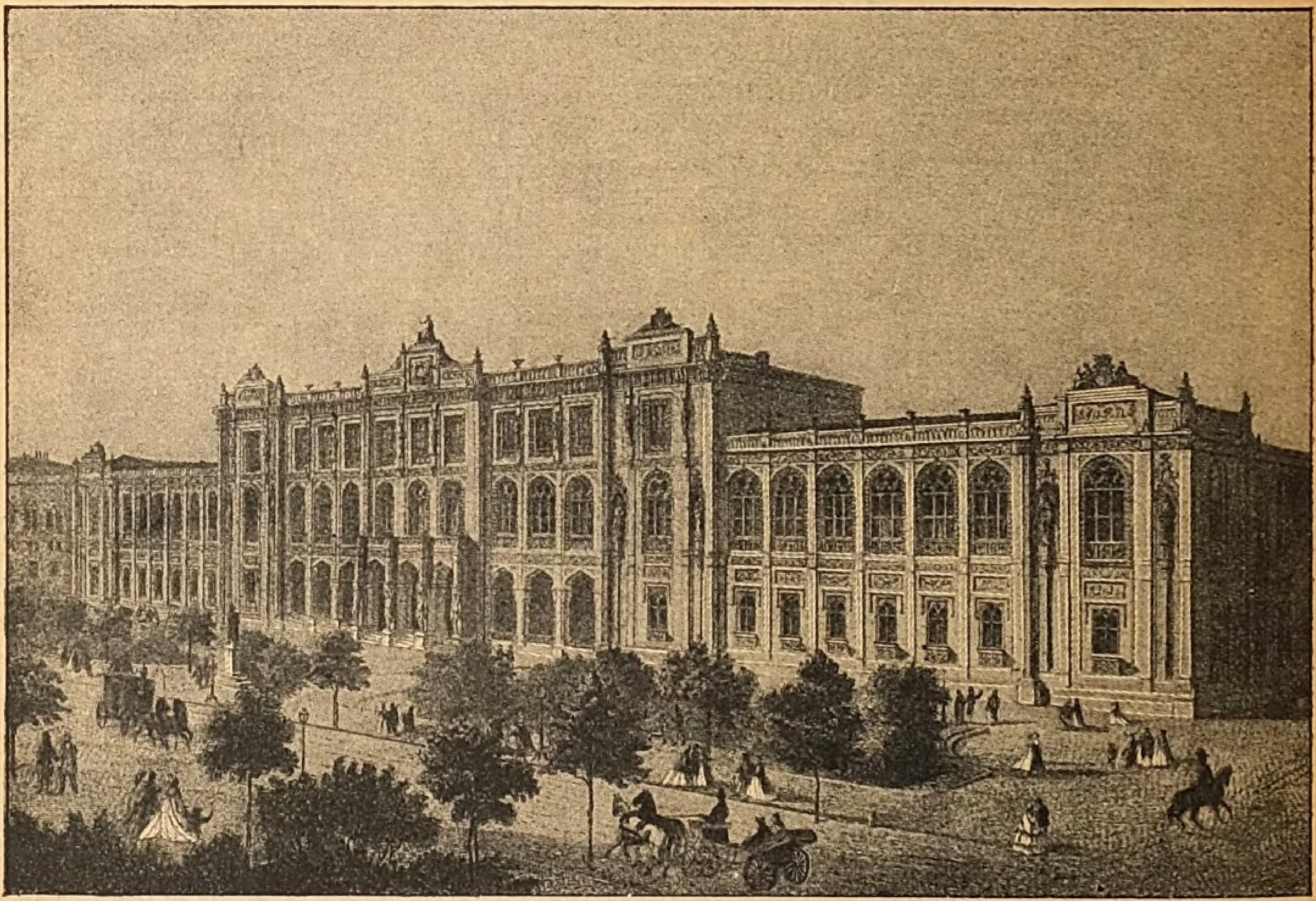
Am 18. März wurde das Gerücht von der Abdankung laut. Man vermutete eine Palastrevolution, weil die Proklamation vom 6. März in den konservativen Hofkreisen mißliebig sei. Die Landwehr und die Freicorps sammelten sich, um den König zu schützen. Auch der Reichsrat sandte eine Ergebenheitsadresse.

Am 19. März erklärte Ludwig im Familienrat seinen Entschluß. Man bestürmte ihn von allen Seiten, von seinem Vorhaben abzustehen. Er blieb fest. Am 20. März unterzeichnete er die Verzichturkunde.

Der Morgen des nächsten Tages brachte dem aufgeregten Lande Gewißheit, das Abschiedswort König Ludwigs:

„Bayern, eine neue Richtung hat begonnen, eine andere als die in der Verfassungsurkunde enthaltene, in welcher ich nun im 23. Jahre geherrscht. Ich lege die Krone nieder zu Gunsten meines geliebten Sohnes, des Kronprinzen Maximilian. Treu der Verfassung regierte ich, dem Wohle des Volkes war mein Leben geweiht; als wenn ich eines Freistaats Beamter gewesen, ging ich mit den Staatsgeldern um. Ich kann Jedem offen in die Augen sehen. Und nun meinen tiefgefühlten Dank Allen, die mir anhingen. Auch vom Throne herabgestiegen, schlägt glühend mein Herz für Bayern, für Teutschland!"

Die Wahrheit war vor ihn hingetreten ganz und klar, er fühlte und sagte es, daß er der „letzte König" gewesen, und mit allertreuester Konsequenz gab er der Wahrheit die Ehre. Wie er einst sein Menschenrecht an das Königsrecht gebunden glaubte,



Das National-Museum in München.

wie er es nicht vermochte, den Fürsten vom Menschen zu scheiden, so hatte er noch in letzter Stunde geglaubt, sein Menschenwerk sei gebunden an seine Königsmacht. Der Künstlerdeputation, die ihm in einer Adresse ihren Schmerz über seine Abdankung ausdrückte, erwiederte er: „Drei Stunden habe ich gebraucht zu dem Entschlusse, mich von der Krone zu trennen, aber drei Tage zur Resignation auf die Kunst." Wie mochte ihm das Herz geblutet haben bei diesem Gedanken. Aber er täuschte sich. Die herrlichen Denkmale in München wie in fast allen Städten Bayerns bezeugen, daß sein Werk nicht unvollendet blieb, und was der „alte Ludwig" für Bayern gethan, hat ihm, dem „vom Throne Herabgestiegenen", Bayerns und Deutschlands Volk mit einer unvergleichlichen Liebe und Anhänglichkeit später gedankt.

Schon am 28. März konnte er seinem Sohne Otto bei der Mitteilung von seiner Thronentsagung schreiben: „In München bin ich jetzo wohl der fröhlichste Mensch," wohl ein beredtes Zeugnis dafür, daß seine hellenische Begeisterung keine gemachte, sondern eine echte, der reinen Menschlichkeit seines eigenen Wesens harmonisch entsprungene war. Und wenn Sepp seinem Buche „Ludwig Augustus" das Motto voransetzt: „Das war ein König!", so wollen wir diese Skizze mit dem weniger prunkhaften, aber um so schlichteren und innigeren Worte beschließen: „Das war ein Mensch!"

Schluß.

Wenn wir die Entwicklung der letzten vierzig Jahre in einem Schlußbilde zusammenzufassen suchen, so geschieht dies aus mancherlei Gründen. Zunächst steht uns die Zeit zu nahe, um ein bis ins einzelne dringendes historisches Urteil möglich erscheinen zu lassen. Darum stellen wir uns weiter zurück und versuchen nur die großen hervorleuchtenden Züge in ihrer Folge zu erfassen. Ferner aber würde eine ins einzelne dringende Darstellung einen weit größeren Raum beanspruchen, als er ihr je in einer allgemeinen Geschichte eingeräumt werden könnte. Dann haben wir von Anfang an unsern Standpunkt dahin fixiert, daß keine Zeit, also auch die zuletzt vergangene nicht, für die Erkenntnis der Gesamtentwicklung eines Volkes vor einer andern an sich einen Vorzug beanspruchen kann, und endlich sind wir der Ueberzeugung, daß jeder, welcher die Entwicklung Bayerns von Anfang an mit uns verfolgte, auch der jüngst vergangenen Epoche gegenüber, deren Ereignisse weit allgemeiner, als die früheren bekannt sind, seinen Standpunkt finden wird.

Der Kampf der Demokratie um den nationalen und idealen Staat, wie ihn die französische Revolution entzündete, hat ganz Mitteleuropa in Mitleidenschaft gezogen, und wenn seine Errungenschaft bisher auch nicht jene abstrakte politische Freiheit war, wie man sie sich einst vorgestellt, so doch eine Summe von politischen Freiheiten. Diese bildeten die Leiter, an welcher man zur vollen Freiheit emporstrebte. Sie gaben dem Leben der Völker wieder eine größere Beweglichkeit, sie schufen aber auch andererseits die Möglichkeit einer ernsten Beleuchtung und Betrachtung der sozialen Zustände. Die soziale Frage tauchte damit naturgemäß sofort auf, als die politische Freiheit sich zu verwirklichen begann. Anders, als auf dem Boden der Demokratie aber war die Lösung der sozialen Frage nicht möglich, und eben darum mußte die soziale Frage selbst wieder zu einer eminent politischen werden.

In Deutschland war die Zeit der sozialen Frage noch nicht gekommen. Wir sahen ihr erstes Hervorbrechen in der Vorbereitungszeit der Revolution vom Jahre 1848. Mit der Zurückdämmung der Revolution trat auch sie wieder in den Hintergrund. Der Kampf um den nationalen Staat behauptete in Deutschland einstweilen das Uebergewicht.

Die Revolution hatte Preußen gezwungen, sich seiner natürlichen Aufgabe für Deutschland wieder einmal zu erinnern. Preußen erhielt eine Verfassung. Damit trat, wenn auch nicht sofort, da ein Romantiker, ein Mann der eben abgelaufenen Zeit, Preußen diese Verfassung gegeben hatte, die Bedeutung der süddeutschen Verfassungsstaaten, die bisher dem liberalen Gedanken eine Zufluchtstätte geboten, allmählig von selbst zurück, und die Frage über das allgemeine Schicksal Deutschlands, welche schon einst den Wiener Kongreß beschäftigt hatte und dort, weil für diese Sorte von Diplomaten zu schwer, beiseite geschoben worden war, drängte sich wieder vor. Diese Frage umschloß die Frage des deutschen Einheitsstaates, diese diejenigen des Verhältnisses Preußens zu Oesterreich, des Verhältnisses der Mittelstaaten zu den deutschen Großmächten, und in sie hinein spielte fortwährend die Frage des Verhältnisses Deutschlands zum Auslande, zunächst zu Dänemark, welches eben damals mit der Vergewaltigung der deutschen Herzogtümer Schleswig und Holstein begann, dann zu Frankreich, dessen kontinentales Uebergewicht der Einigung Deutschlands fort und fort hemmend im Wege stand, dann zu Rußland, dessen schwankende Haltung zwischen asiatischer und europäischer Kultur die Interessen Deutschlands und in weiterem Kreise die gesamten Kulturinteressen Europas fortwährend alterierte.

Die Entwicklung Bayerns stand naturgemäß in dieser Zeit unter dem Einflusse der deutschen Gesamtentwicklung. Ausschlaggebend vermochte sie dieselbe nicht zu beeinflussen, und die Gesamtentwicklung Deutschlands war beherrscht durch die schwankende Halbheit

der preußischen Entwicklung während der nächsten zehn Jahre, so lange der Romantiker Friedrich Wilhelm IV. an der Spitze der preußischen Regierung stand.

Welche Bahnen die innere Entwicklung Bayerns einschlug, haben wir nun kurz zu verfolgen. Der neue König, Maximilian II., war nicht wie einst sein Vater schon als Kronprinz mit thätigem Eifer in der Politik hervorgetreten. Hatte er sich auch der liberalen Opposition in der Kammer der Reichsräte gegen das Regiment Abels angeschlossen, so war doch seine Zeit meist ruhig verflossen bei seinen Studien und Arbeiten, denen er in beschaulichem Stillleben auf seiner in altdeutschem Stile wieder hergestellten Burg Hohenschwangau oblag. „Er hatte nur eine Leidenschaft: zu lernen," sagt Riehl von ihm, und diese Leidenschaft blieb ihm sein Leben lang. Sein Vater, eine Natur von individuellstem Gepräge, temperamentvoll, urwüchsig, von nie rastender schöpferischer Kraft nimmt in der Geschichte seiner Zeit, auch abgesehen von seinem Königtum, eine, vielleicht die hervorragendste Stelle ein. Der Sohn dagegen meinte von sich selbst: „Wäre ich nicht in einer Königswiege geboren, so wäre ich am liebsten Professor geworden." Er war seinem innersten Wesen nach eine conciliante, wenn man so sagen darf geradezu konstitutionelle Natur. Seine Gewissenhaftigkeit, sein rastloser Fleiß, seine Pflichttreue und Selbstbezwingung zeigen nicht das Genie, aber den Charakter. „Eine liebenswürdige, man kann sagen, vornehme Bescheidenheit, der Widerwille gegen alle Ostentation waren ihm angeboren", sagt Heigel. „Geistig ungemein regsam, von ebenso vielseitiger wie gründlicher Bildung, auch voll warmer, zuweilen sogar leidenschaftlicher Empfindung, neigte er sich doch gerne fremdem Rat."

Seine Studien hatte er in Göttingen und Berlin gemacht, und namentlich in Göttingen war der protestantische Geist der Geschichtslehrer Heeren und Dahlmann nicht ohne tiefen Eindruck auf ihn geblieben. Selbst der Gedanke an Uebertritt zum Protestantismus tauchte in ihm auf, jedenfalls ein schönes Zeichen für den Ernst, mit dem er seinen Lerneifer bethätigte. In Berlin waren es denn vor allen Raumer und Ranke, welchen er die Erweiterung seiner historischen Kenntnisse zu danken hatte, und der damalige Docent, Dr. Dönniges, trat in den engeren Kreis seiner Freunde. Von den Münchenern Gelehrten gewann vor allen Schelling die Zuneigung und Achtung des Prinzen. Er sollte ihm den Zwiespalt zwischen der Lehre christlicher Offenbarung und exakter Wissenschaft vermitteln. Während das Leben selbst sich müde und abgehetzt von der rein dialektischen Konstruktion eines Hegel, wie von der idealistischen Verflüchtigung der Dinge in Gedanken, welche Schelling, der Philosoph der deutschen Romantik, in so schwungvoller Weise betrieben hatte, abwendete, und die Realität wieder aufzusuchen begann in der kritischen Sinnenmäßigkeit eines Ludwig Feuerbach und dem allerdings zunächst nihilistischen Pessimismus eines Schopenhauer, blieb Schellings königlicher Schüler der mystischen Traumwelt getreu, welche der greise Theosoph mit unablässig sorgender Mühe zu einem Heiligtum der Zukunft auszubauen bestrebt war. Aber die Realität des Lebens selbst hinderte Maximilian, sich ganz in dieser Mystik zu verlieren. Dem Umgange mit Schelling entzog seine praktischere Natur Anregungen, welche sich für das Leben der Wissenschaft in Bayern als in höchstem Grade befruchtend erweisen sollten. „Einen Edelmann im wahren Sinne des Wortes", so nannte Fallmerayer den Kronprinzen, „ein seltener Seelenadel durchdringt all sein Thun und Handeln, und er besitzt Eigenschaften, die ihn ganz zum Regenten befähigen, hohe Gewissenhaftigkeit, unwandelbaren Rechtssinn, unvergleichliches Wohlwollen für alle Menschen und vollkommene Sittenreinheit."

In der Politik vermochte eine solche Natur nicht in die Tiefe der damaligen Zeitbewegung zu bringen. „Konservativ-liberal", wie er sich selbst nannte, betonte er den Stolz, sich „einen konstitutionellen König nennen zu können", aber zum Bahnbrecher war er nicht geschaffen. Volksfreundlich in romantischem Sinne, gewährte er, was unerläßlich schien, aber die gleiche romantisierende Grundstimmung seines Wesens ließ ihn nie mit gleich radikaler Erkenntnis seine Stellung erfassen, wie sein Vater sie erfaßt hatte.

Am Morgen des 21. März 1848 leistete Maximilian in Gegenwart des Staatsrates und einer Anzahl von Kammerabgeordneten in der Residenz den Eid auf die Ver-

fassung. Seine Brüder, die Prinzen Luitpold und Adalbert, begleiteten ihn. „Der König, mein vielgeliebter Vater, hat mir aus freier Entschließung, die Krone des Reiches übergeben. . . . Die Verfassungsurkunde ist die Basis, von welcher alle Verbesserungen ausgehen müssen; Ich werde stets bemüht sein, im Geiste derselben zu regieren." So lautete die Ansprache an die Versammlung. Eine Proklamation wandte sich an das Volk:

„Bayern! Mein vielgeliebter Vater und König hat geruht, mir die Krone zu übertragen. Tief ergriffen fühle ich das ganze Gewicht der Verpflichtungen, das er mir auferlegt. — In einer Zeit besteige ich den Thron, die mit ihren großen Anforderungen das In- und Ausland mächtig bewegt. Auf Gottes allmächtigen Schutz vertraue ich und auf meinen redlichen Willen, dieser Zeit Gebot zu verstehen und zu vollbringen. Wahrheit will ich in allem — Recht und gesetzmäßige Freiheit im Gebiete der Kirche wie des Staates. — Auf der Bayern Treue hoffe ich, auf die seit Jahrhunderten bewährte Liebe zu ihrem Fürsten. — Bayern, steht mir bei in meinem festen Vorhaben, Euch auf die Stufe zu erheben, zu der Ihr als ein freies Volk berufen seid, ein Achtung gebietender Staat im einigen deutschen Vaterlande."



Die Erwartung aller richtete sich zunächst auf die für den folgenden Tag zu erwartende Eröffnung der Ständeversammlung. „In dem der Landtagseröffnung vorhergehenden Gottesdienste seinen Namen im Kirchengebete hörend, stürzten ihm die Thränen aus den Augen, die er mit seinen Händen bedeckte, in solch gewaltigem Weinen ausbrechend, daß seine Schultern sich bewegten," schrieb Ludwig I seinem Sohne Otto. Nachmittags, am 22. März, erfolgte die Eröffnung des Landtags und Max verlas die Thronrede:

Nach dem Willen meines vielgeliebten Vaters Majestät, eines Fürsten von hohen Regententugenden, besteige ich den Thron. Großes hat derselbe in seiner dreiundzwanzigjährigen Regierung vollbracht; nicht bloß in Stein und Erz, auch in unseren Herzen wird dankbar dessen Gedächtnis fortleben.

Die Grundsätze meiner Regierung habe ich in meiner Proklamation von gestern und der vom 6. März ausgesprochen.

Treu und gewissenhaft werde ich ihre Verheißungen erfüllen, und ich bin stolz, mich einen konstitutionellen König zu nennen.

Damit jede Erinnerung an frühere Verwirrungen schwinde, habe ich beschlossen, eine Amnestie für alle politischen Verbrechen und Vergehen zu erlassen.

Ich habe Veranlassung getroffen, daß den Ständen des Reiches ohne Verzug Gesetzesvorlagen gemacht werden:

über Verantwortlichkeit der Minister,
über Preßfreiheit,
über die Wahlen zur Kammer der Abgeordneten,
über alsbaldige Vervollständigung der Vertretung der Pfalz,
über Ablösung der Grundlasten und
über die Beratung neuer Gesetzbücher.

Außerdem sollen vorgelegt werden:

Die Grundlagen der Gesetzgebung über die Gerichtsorganisation, über das Strafrecht, an welches sich die Abfassung eines Polizeistrafgesetzbuches anreihen wird.
die in Leipzig beratene allgemeine Wechselordnung, und ein Gesetz über die Organisation der obersten Kirchenbehörde der Israeliten.

Späterer Vorlage behalte ich vor:

Die bereits zugesagte Gesetzgebung in der Rechtspflege mit Oeffentlichkeit, Mündlichkeit und Schwurgerichten, ferner
ein Gesetz über die in der IX. Verfassungsbeilage angedeutete Fürsorge für Staatsdiener und deren Hinterbliebene, dann deren Ausdehnung auf die übrigen Angestellten des Staats, endlich
ein Gesetz über die Verbesserung der Verhältnisse der Israeliten.

Ich beabsichtige, die Abschaffung des Lotto ins Werk zu setzen, so bald der Stand der Staatseinnahmen im Hinblick auf die Bedürfnisse der bewegten Zeit es gestattet. Jedenfalls wird im nächsten Budget so weit nötig, die Ersetzung dieser Einnahme durch eine andere eintreten. Auch habe ich zum Zwecke einer zeitgemäßen Volksbewaffnung eine umfassende Umarbeitung der Landwehrordnung anbefohlen.

Lassen Sie uns diese Gesetzesvorlagen mit Ruhe und Gründlichkeit prüfen.

Die Bewegung der Zeit und die großen Interessen des Vaterlandes erheischen eine innigere Vereinigung aller deutschen Stämme. Auch ich habe für die Vertretung des Volkes am Bunde ungesäumt Einleitungen getroffen.

In einen neuen Abschnitt unseres öffentlichen Lebens sind wir eingetreten. Der Geist, der Europa durchdringt, gebietet es.

Nicht bloß Bayern, sondern Deutschland richtet das Auge auf die Beratungen, die bevorstehen. Männlicher Freimut möge sie bezeichnen, aber auch weise Mäßigung und Fernhalten von auflösenden, zerstörenden Tendenzen.

Das Ergebnis dieses Landtages bestimmt Bayerns Stellung in Deutschland.

Lassen Sie uns vorleuchten allen seinen Stämmen! Unser Wahlspruch sei Freiheit und Gesetzmäßigkeit."

Brausender Jubel folgte dieser offenen und ehrlichen Ansprache. Das war weit mehr, als man erwartet hatte. Und der Jubel setzte sich fort und breitete sich aus über das Land. Mit einem Schlage hatte Maximilian das alte Verhältnis wieder hergestellt, zwischen Volk und Fürst war das alte, alles ertötende Mißtrauen gewichen. Aber auch der innere Charakter der deutschen Revolution hatte sich mittlerweile geändert. Man redete nicht mehr offen von der Republik, desto energischer aber von der Volkssouveränetät. Die Monarchen möchten bleiben, aber nur als Vollstrecker des Volkswillens, meinte man. Das Volk brauche ganze Männer, welche entschieden für seine Rechte und seinen Wohlstand einträten, dem Taglöhner reichliche Nahrung, dem Arbeiter Befreiung vom Joche des Kapitals, dem kleinen Bauern ein ausreichendes Ackermaß verschaffen würden. Also Krieg den Aristokraten, den Geldsäcken, den hartherzigen Egoisten! Am 21. März hatte

Friedrich Wilhelm IV. seine Proklamation an das deutsche Volk erlassen, worin er verkündete, daß er sich zur Rettung Deutschlands an die Spitze des Gesamtvaterlandes gestellt, daß er als neuer, konstitutioneller König Führer der freien, wiedergeborenen deutschen Nation sein wolle. Deutschlands Freiheit, Deutschlands Einheit — unter der Führung Preußens! Ganz Deutschland wies dieses Ansinnen zurück, vor allem in Süddeutschland erscholl ein Schrei der Entrüstung. Die Münchener sprachen in einer Adresse von einer ganz ungerechtfertigten Anmaßung. Das Vertrauen zu Preußen war hier infolge der Ereignisse der letzten zwanzig Jahre vollkommen erloschen. Man fühlte und wußte es, daß in dieser Zeit die Führung zur Freiheit nicht im Norden, sondern im Süden Deutschlands gelebt hatte, und daß sich der Partikularismus in diesem Gefühle stärkte, war ebenso natürlich wie thatsächlich. Ja, wenn der Riß zwischen Krone und Volk in Bayern noch bestanden hätte! Aber eben hatte er sich geschlossen, und mit Mut und Zuversicht ging Maximilian seinen Weg. Eben erließ er eine Amnestie für alle Wald- und Feldfrevel, die durch die herrschende Not veranlaßt worden seien, er schaffte die Kniebeugungsfrage aus der Welt, indem er den früheren Militärbefehl zurücknahm; er gab Befehl, den Arbeitsuchenden, soweit immer möglich, durch den thätigsten Betrieb der öffentlichen Unternehmungen Arbeit zu geben: alle Eisenbahn-, Wasser- und Straßenbauten sollten, soweit es nur immer die Mittel der Staatskasse erlaubten, sofort in Angriff genommen und in ungehinderter Thätigkeit erhalten werden, auch außerdem sei dafür zu sorgen, daß die Arbeitsquellen auf jede mögliche Arbeit erweitert würden; er setzte einen Preis aus für eine Arbeit, welche die Mittel angeben solle, durch welche der materiellen Not der unteren Volksklassen Deutschlands und besonders Bayerns am zweckmäßigsten und nachhaltigsten abgeholfen werden könne. Daneben sorgte er für die Verjüngung des Heeres: „König, Heer und Nation umschlinge nur Ein Interesse, des theuern Bayerlandes heiligste Güter — Freiheit, Ehre und Unabhängigkeit zu schirmen und zu erhalten!“ Von jener preußischen Einsmacherei wollte er nichts wissen.



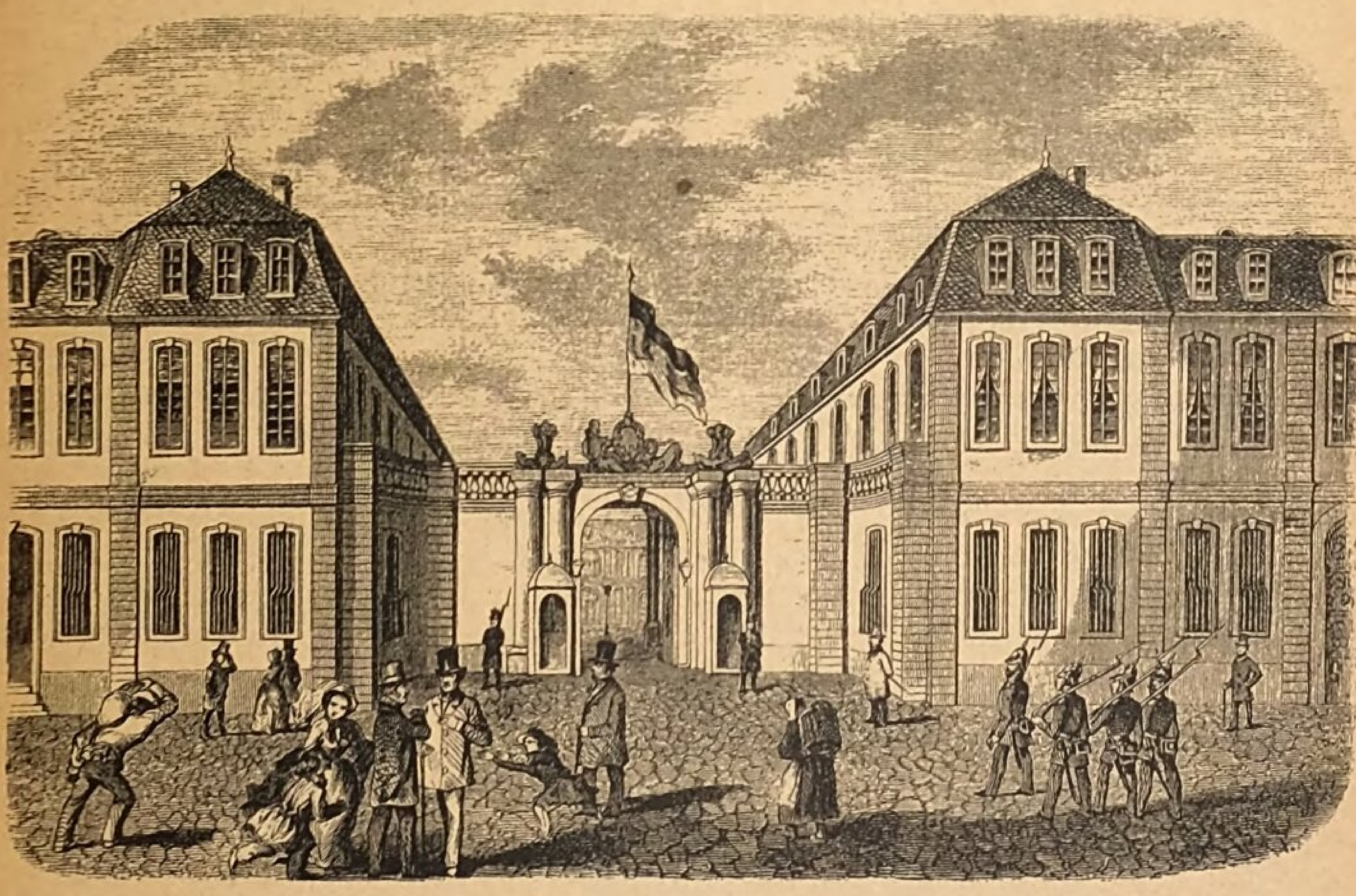
Denkmal König Ludwig I.

Aber im Westen Deutschlands, am Rhein und Main, im Schwarzwald und Oden-

wald, dem alten Boden des Bauernkriegs, erhielt sich die Bewegung zur Republik. Die Hecker und Struve traten in die republikanisch-sozialistische Revolution ein. Ihre Freischaren wurden im April von Bundestruppen zwar geworfen, allein die Idee arbeitete fort. Dieser Nebenbewegung gegenüber hatten die Liberalen die Berufung der Nationalversammlung nach Frankfurt betrieben. Am 18. Mai wurden ihre Sitzungen eröffnet. Und am 14. April hatte auch König Max seine Bayern zur Wahl der Abgeordneten für eine deutsche Nationalvertretung aufgefordert. Eine provisorische Centralgewalt sollte für Deutschland errichtet werden. Ueber die Gestaltung derselben gingen aber die Meinungen weit auseinander. Die Triasidee gewann anfangs viele Anhänger; ein Direktorium von drei Mitgliedern, deren eines von Oesterreich, ein anderes von Preußen, das dritte von den kleinen Staaten zu bezeichnen sei — das war die Meinung. In der bayerischen Regierung aber erhielt sich die Besorgnis vor einer Mediatisierung. Dieser arbeiteten König und Minister entgegen. Max erließ schon am 6. Mai einen Aufruf, welcher die Bayern zur Ruhe mahnte und sie von den revolutionären und republikanischen Umtrieben zurückrief. Im Verlauf der Beratungen aber änderte der Präsident der Nationalversammlung, Heinrich von Gagern, seine Ansicht wieder. Nicht mehr Preußen, der Erzherzog Johann sollte das Reichsverweseramt übernehmen und so statt des dreiköpfigen ein einheitliches Direktorium geschaffen werden. Am 29. Juni erfolgte darauf die Wahl des Erzherzogs zum Reichsverweser. Preußen unterwarf sich dem Beschluß. Hannover folgte bald und Bayern zuletzt. König Max war mit dem Vorgehen der Nationalversammlung nicht einverstanden. Aber in Paris hatte eben Cavaignac die bewaffneten Proletariermassen zu Boden geschlagen. Die Revolution ebbte zurück, und König Max erwartete die Folgen für Deutschland. Was man in Bayern wollte, sagte Minister Graf von Bray vor Schluß des bayerischen Landtags: Opfer ja, für ein einiges, kräftiges, verjüngtes Deutschland, aber zu diesen Opfern dürfe nicht gehören „die reiche fruchtbringende Mannigfaltigkeit und Eigentümlichkeit der deutschen Volksstämme, und was Bayern insbesondere betrifft, unser glorreicher Name, unsere in Deutschland stets eingenommene hohe Stellung unter einer tausendjährigen Dynastie.“ Die Kammer stimmte ihm vollkommen bei, und so erfolgte am 4. Juni der Schluß derselben.

Sechsundzwanzig Gesetze erwähnte der Landtagsabschied als neu, unter ihnen die wichtigsten: das Gesetz die ständische Initiative betreffend, das Gesetz über Ministerverantwortlichkeit, dann vor allem das neue Gesetz über die Wahl der Landtags-Abgeordneten. Nicht mehr nach Ständen sollte fürderhin gewählt werden, sondern aus der freien Wahl des ganzen Volkes gingen die Abgeordneten nunmehr hervor, ein Abgeordneter auf 31,500 Seelen. Wähler kann jeder volljährige Staatsbürger sein, welcher dem Staate eine direkte Steuer bezahlt und wegen keines Verbrechens verurteilt ist. Von den Wählern werden die Wahlmänner bezeichnet, welche das 25. Lebensjahr zurückgelegt haben müssen, von diesen die Abgeordneten, deren Minimalalter das zurückgelegte 30. Lebensjahr sein sollte. Der Intelligenz und dem Besitze des allgemeinen Vertrauens finden wir damit den Weg geöffnet, ohne Rücksicht auf Stand, Glaubensbekenntnis, Vermögen. — Ein anderes Gesetz hob die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit auf und beseitigte damit alle noch bestehenden Natural-Frohndienste, das Mortuarium (Abgabe von der toten Hand), den Blutzehent, den noch nicht zur Erhebung gekommenen Neubruchzehent, dann alle rein persönlichen im Grundherrlichkeitsverband wurzelnden Abgaben. Dann gebot das Gesetz die Fixierung aller unständigen Gefälle, Zehnten und Besitzänderungsabgaben in unveränderlichen Abgaben von der Natur eines Bodenzinses und gewöhnlicher Hypothekenlasten. Dann erleichterte das Gesetz die Ablösung. Für die Bewirtschaftung des Bodens, die Emanzipation des Bauernstandes und die Erhöhung der landwirtschaftlichen Kultur und des Bodenwertes in Bayern sind die Wohlthaten des Gesetzes für die damalige und folgende Zeit nicht hoch genug anzuschlagen. Dann ging das Jagdrecht auf fremdem Grund und Boden an die Grundeigentümer selbst über, und dieselbe Anschauung, welche die Aufhebung des grundherrlichen Verbandes bewirkte, führte auch die Ablösbarkeit des Lehensverbandes herbei: sämtliche Lehen (mit wenigen Ausnahmen) konnten demnach in wirkliches Eigentum verwandelt werden. Die Rechts-

pflege wurde von der Verwaltung selbst in den untersten Behörden getrennt, der privilegierte Gerichtsstand der Standesherrn u. s. w. sollte aufhören. Damit verschwanden allein 184 Herrschafts- und Patrimonialgerichte, deren Gerichtsbarkeit den Landgerichten überwiesen wurde. Die zweite große Reform trat mit dem 1. Januar 1849 ins Leben: ein Gesetz führte die altdeutschen, seit Jahrhunderten zurückgedrängten und gleichsam geächteten Schwurgerichte, dann die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit im Strafverfahren ein, wodurch das Justizleben wieder in innigere Berührung mit dem Volksleben selbst trat. Selbst in Gemeindesachen sollte fortan Oeffentlichkeit der Verhandlungen stattfinden, das Volk sollte von seinen Angelegenheiten Kenntnis erhalten. Dann regelte ein neues Gesetz die Freiheit der Presse und des Buchhandels. Die damals noch notwendig erscheinenden bestehenden Beschränkungen wurden ermäßigt, und so wurde der Ausgleich verschiedener Ansichten das eigentliche Berufsfeld der Presse. Wissenschaft und Praxis,



Das Bundestagspalais in Frankfurt a. M.

Fortschritt und Drang der höher Gebildeten wie die einfache Ansicht des Bürgers und Bauers konnten nun in den Organen der Presse ihre Vertretung finden. Jener Zeit, der unter vielen andern Zeitungen die heute zu großer Bedeutung gekommenen „Münchener Neuesten Nachrichten" entstammen, entsproß eine geradezu erdrückende Fülle von Preßgründungen aller politischen Färbungen, von denen allerdings viele, unter ihnen besonders die radikalen, den zwei Jahre später folgenden neuen Preßbestimmungen zum Opfer fielen. Aber auch der deutsche Humor war mit dem neuen Leben wieder erwacht. Schon 1845 feierten die „Fliegenden Blätter" ihr Wiegenfest, das bedeutendste Witzblatt Deutschlands bis heute, an dessen Seite im Jahre 1848 in Berlin der „Kladderadatsch" trat. In der Grundstimmung beider, der künstlerisch-gemütlichen des süddeutschen, der politisch-satirischen des norddeutschen Blattes, verrät sich der Kulturboden, dem beide entsprossen. Durch Einführung der gewährten Gesetze wurde der Rechtsstaat in Bayern gegründet, eine frische und freie innere Reform hatte mit großem Erfolge begonnen. Es war nun die Frage, wie Bayern sein Verhältnis zu der neuen Reichsgewalt regeln würde.

Am 11. Juli kam der neue Reichsverweser Erzherzog Johann nach Frankfurt. Der alte Bundestag legte die Ausführung seiner Befugnisse in seine Hand. In rich-

tigem Gefühle, daß das damalige Preußen eher ein Hindernis, als ein Förderer der nationalen Einigung war, hatten sich die Sympathien von Preußen hinweg- und, namentlich in Süddeutschland, Oesterreich mit aller Entschiedenheit wieder zugewendet. Aber auch diesem Reichsverweser gegenüber betonte das königlich-bayerische Ausschreiben: So wie Bayern schon vor dreißig Jahren mit Begründung verfassungsmäßiger Freiheit vorangeschritten ist, so wie es unsere erste Regierungshandlung war, diese Freiheit zeitgemäß zu entwickeln und fortzubilden, so und auf solchem Rechtsboden schließen wir uns auch dem Reichsverweser und in ihm dem gesammten deutschen Vaterlande freudig an." (1. August). Nach zwei Seiten also machte die bayerische Regierung Front: gegen die Vernichtung ihrer Unabhängkeit durch die Centralgewalt, gegen die Vernichtung ihrer Existenz durch die Demokraten und Radikalen. Schon am 12. August warnte sie energisch wieder vor dem Eintritt in die eben damals allenthalben auftauchenden demokratischen Vereine, die nun ihre Wühlarbeit begannen. Sie kamen in München nicht zum Ziele, um so mehr aber, wie wir sehen werden, dann in der Pfalz und in Baden.

In Frankfurt hatte mittlerweile die Nationalversammlung die langwierige Beratung der „deutschen Grundrechte" und der künftigen Verfassung Deutschlands begonnen. Sie geriet aber durch die schleswig-holsteinische Frage bald in eine Krise von weitgreifender Wirkung. Eine drängende Einmischung fremder Diplomatie ließ den König von Preußen die Beendigung des dänischen Krieges, welchen er seit April im Namen des deutschen Bundes für die Befreiung der Herzogtümer vom Dänenjoche führte, erwünscht erscheinen. Waffenstillstandsverhandlungen mit Dänemark wurden begonnen, aber die Nationalversammlung verwarf dieselben, da sie keinen die Rechte Schleswig-Holsteins schädigenden Frieden genehmigen wollte. Trotzdem erteilte Erzherzog Johann den Verhandlungen mit einiger Einschränkung seine Zustimmung. Preußen schloß darauf am 26. August den Vertrag von Malmö ab, der die Vereinigung der Herzogtümer thatsächlich zerriß und alle Errungenschaften preisgab. Ein Sturm der Entrüstung brach in Frankfurt aus, wohin sich die Herzogtümer gewendet hatten. Die Nationalversammlung verwarf auf Antrag Dahlmanns den Vertrag, aber sie war ohne Waffe. Die gemäßigte Partei drang daher, als sich der Sturm einigermaßen gelegt, auf die Erneuerung der Beratung, und am 16. September nahm die Nationalversammlung ihren früheren Beschluß zurück und genehmigte den Vertrag. Aber die Waffenstillstandsfrage war zur Parteisache erhoben worden, und nun zog die radikale Minorität zu Felde. Ihr Ziel war Sprengung der Versammlung und Republik. Ein wütender Krawall brach los, die Abgeordneten General von Auerswald und Fürst Lichnowsky wurden vom Pöbel ermordet, und erst am 18. September gelang es den herbeigeeilten preußischen und österreichischen Truppen nach einem blutigen Straßenkampfe die Ruhe herzustellen. Diese nun anhebende Greuelzeit verkündigt uns den Niedergang der Bewegung. Die Gegenrevolution begann ihren blutigen Siegeslauf.

Mit dem Jahresschluß wurden endlich die Grundrechte verkündet, und die Versammlung ging nun an die Besprechung der wichtigsten Teile der Reichsverfassung. Dabei trat die Frage in den Vordergrund, ob Oesterreich in den neuen Bundesstaat eintreten oder ausgeschlossen werden solle, und die Parteien gruppierten sich darüber ganz neu: eine konstitutionelle Mehrheit stellte sich unter Gagern, einen Bundesstaat mit preußischer Führung anzustreben (Kleindeutsche), ihnen standen die Großdeutschen gegenüber, welche sich namentlich aus den Vertretern Oesterreichs und Süddeutschlands zusammensetzten und denen die Linke sich anschloß. Gagern, der inzwischen an die Spitze des Reichsministeriums getreten war, stellte den Antrag auf einen engeren Bundesstaat ohne Oesterreich, jedoch unter Herstellung eines Unionsverhältnisses des letzteren zu Deutschland. An den zum Beschluß erhobenen Antrag knüpfte sich die Frage des Reichsoberhauptes, welches bei diesem neuen Bundesstaate zweifellos der Krone Preußens zufallen mußte.

Schon die Grundrechte, welche den Einzelstaaten als Norm dienen und durch keine Verfassung und Gesetzgebung eines Einzelstaates eine Aufhebung oder Beschränkung erfahren sollten, weckten den mannigfaltigsten Widerspruch. In Bayern erklärte sich das

Volk beinahe einstimmig dagegen. Die Beschlüsse über die Reichsverfassung machten den Zwiespalt nur noch größer. Kaiser Ferdinand legte zu Olmütz am 2. Dezember die Krone nieder, und seines Bruders ältester Sohn Franz Josef bestieg den erschütterten Thron, mit der Absicht, seine Reiche wieder zu einem geschlossenen Ganzen zu vereinigen.



Königin Marie von Bayern.

König Maximilian hatte anfangs der „Triasidee" gehuldigt, dem Plane, neben den beiden deutschen Großmächten eine dritte Vereinigung der Mittel- und Kleinstaaten unter Bayerns Führung zu errichten und die Centralgewalt einem dreigliedrigen Direktorium zu übertragen. Dieser Plan fiel, wie wir hörten. Dann aber schloß sich Max

jenen Maßnahmen der Fürsten an, welche den Sturz der neuaufgerichteten Centralgewalt zur Folge haben mußten. „Noch Anfangs September war Max mit der von Friedrich Wilhelm geplanten Gründung eines Fürsten- oder Königs-Kollegiums, ‚welches mit der Centralgewalt die höchste Souveränetät von Deutschland darstelle‘, einverstanden und entwarf selbst den Plan eines ‚deutschen Staatenhauses‘, welchen Friedrich Wilhelm als ‚Meisterstück‘ begrüßte. Schon im nächsten Monat aber forderte der König von Preußen auf, ‚gegen die Usurpationen der jetzigen und künftigen Centralgewalt, gegen Haupt und Reichstag Front zu machen‘, und Max pflichtete dieser Anschauung bei."

Aber Maximilian mißtraute den Absichten Preußens. Er trat mit dem Könige Wilhelm von Württemberg in Verhandlung, und beide einigten sich zu einer unmittelbaren Anfrage in Berlin. Am 22. November legte der bayerische Gesandte dem preußischen Minister den Entwurf eines Vertrags vor, in welchem von einer Nationalvertretung des deutschen Volkes nicht mehr die Rede war. Das Verfassungswerk der Paulskirche müsse der Prüfung der deutschen Regierungen unterbreitet werden; die künftige Reichsgewalt werde durch die Könige Deutschlands und nur durch diese ausgeübt und zwar durch ein dreigliedriges Direktorium, den Vertretern Preußens, Oesterreichs und der übrigen oder, falls Oesterreich ausscheide, Preußens, Bayerns und der übrigen; der Vorsitz darin sollte nach festem Turnus wechseln; neben dem Direktorium stehe ein aus Abgeordneten aller Regierungen gebildetes Staatenhaus. Also eine Einigung Deutschlands ohne Centralgewalt und ohne Volksvertretung. Preußen schob die Beratung dieses Vorschlags einstweilen zurück. Damit schien den beiden süddeutschen Königen der Beweis für Preußens ehrsüchtiges Streben erbracht. Sie wandten sich um Schutz an Oesterreich.

In dieser Zeit war es, daß Preußens schwankende Haltung alles verdarb; Oesterreich, unter Schwarzenbergs Leitung stellte der Revolution die Rückkehr vom Bundesstaate zum Staatenbunde als offenes Ziel gegenüber, und dieses Ziel sollte einfach auf militärischem Wege erreicht werden. Unterstützt wurde Schwarzenberg in seiner schroffen Haltung durch ein Gesuch Bayerns um Verbleiben Oesterreichs im Bunde zum Schutze der Mittelstaaten gegen Preußen, um Gleichstellung Bayerns mit Preußen in der künftigen Bundesverfassung und im Direktorium, endlich um Auflösung des Frankfurter Parlaments und bewaffnete Unterdrückung jeden Aufstandes. Nichts anderes verlangte Württemberg, und so wies Oesterreich alle die vagen Vermittlungsvorschläge Preußens mit kalter Ruhe zurück. In jenen Tagen wurde der Boden präpariert, aus welchem mit unumgänglicher Konsequenz der Krieg von 1866 hervorwachsen mußte. Wenn Preußen sich jemals wieder auf seine Vergangenheit, auf sein Werden und seine Geschichte besann, war der Krieg da. Der reaktionären, alles natürliche Werden, alles Sehnen des deutschen Volkes verneinenden Haltung Oesterreichs, der kurzsichtig egoistischen Haltung Bayerns, Sachsens, Hannovers und Württembergs, der schwankenden und lahmen Haltung Preußens war dieses traurige Resultat zu danken.

Der Geist der Reaktion hat für Bayern zweierlei zur Folge, zunächst ein Erstarken des Partikularismus und daran anschließend in weiteren Fortschritten das Wiederaufstreben des „europäisierenden Souveränetätsschwindels", dann in zweiter Linie das Wiederauftreten des klerikal-feudalen Elements. „Daß Bayern die Wagschale des Gleichgewichts in Deutschland anvertraut und seine Lage im Herzen Europas nicht gering anzuschlagen sei, ist ein diplomatisches Axiom und eine Lehre der Geschichte. Kraft dieser Bedeutung hat der große Kurfürst Maximilian I. den Untergang des deutschen Reiches um beinahe zwei Jahrhunderte aufgehalten. Der Mißbrauch dieser Position unter Max Emanuel hat langjährige Verwirrung im ganzen Abendlande angerichtet." So meinte noch Sepp im Jahre 1869. Die Geschichte hat uns gelehrt, daß Maximilian I. infolge jenes Axioms die Kraftentwicklung Bayerns um eben dieselbe Zeit zurückgeworfen hat, daß Bayern, seitdem es aufgehört hatte, ein deutsches Grenzland zu sein, seit dem Verluste der Ostmark, nur immer wieder zu seinem eigenen Schaden den alten Trieb zu einer europäischen Machtstellung wiederbelebte, in gänzlicher Verkennung der Thatsache, daß seine Aufgabe fürderhin nicht mehr in einer äußeren Machtstellung, sondern lediglich in

der Entwicklung seiner inneren Kräfte, in der möglichsten Ausgestaltung seines eigenen Kulturlebens bestehen konnte. In dieser Richtung suchte das Königtum Ludwig I. seine Hauptstärke und fand sie zum Heile Deutschlands und Bayerns, in dieser Richtung folgte den väterlichen Spuren Maximilian II. Zu einer klerikal-feudalen Reaktion kam es unter ihm im eigentlichen Sinne nicht, sondern Bayern ging in geistig-wissenschaftlicher Beziehung Deutschland voran, um so mehr aber setzte die politische Reaktion in jenem Sinne wieder ein, der einst schon Montgelas' System, als er von europäischer Machtstellung Bayerns träumte, zu Fall gebracht hatte. Mit dem Ministerium von der Pfordten erreichte diese reaktionär-partikularistische Entwicklung Bayerns in der neu anhebenden allgemeinen Reaktionsperiode den Höhepunkt.

Am 1. Dezember 1848 schied Thon-Dittmer aus dem Kabinet. Bald darauf wurden die Wahlen zum Landtag zum erstenmale nach der neuen Wahlordnung vollzogen. Und da zeigte es sich denn: Altbayern stand gegen Neubayern; dort gewann das klerikal-konservative Element einen vollkommenen Sieg, es wurden Abel, Obercamp, Graf La Rosée, Sepp und eine Anzahl mit diesen übereinstimmender katholischen Geistlichen gewählt. Und ihnen gegenüber trat die Mehrzahl der Abgeordneten aus den neuen Provinzen. Sie bildeten zum erstenmale eine geschlossene Linke und forderten in ihrem Programme unbedingte Unterordnung der einzelnen Staaten unter die Reichsverwesung und entschlossene Durchführung des konstitutionellen Systems. 69 der Abgeordneten übergaben dem Minister die schriftliche Erklärung, daß sie den Verfassungseid nur in der Ueberzeugung leisteten, daß sie an der Anerkennung der Reichsgesetze, insbesondere der Grundrechte durchaus nicht gehindert seien. Am 22. Januar 1849 erfolgte die feierliche Eröffnung. Die Thronrede war farblos. Der Nationalversammluug und der Grundrechte wurde gar nicht gedacht. Die brennende Frage der Zeit ward mit wenigen nichtssagenden Worten umgangen. Schon bei der Beratung der Adresse auf die Thronrede brachen darum die heftigsten Kämpfe aus. Man wollte von den Ministern eine offene Erklärung, und diese reichten ihr Entlassungsgesuch ein (8. Februar), führten aber einstweilen die Geschäfte provisorisch fort. Da, am 24. Februar, wurde der Kammer ein Gesetzentwurf wegen Aufbringung der Matrikularbeiträge für die deutsche Centralgewalt, wonach 1,622,000 Gulden erforderlich waren, vorgelegt. Man merkte die Absicht, durch den thatsächlichen Beweis, daß die Einigung Deutschlands nur neue Lasten bringe, die Begeisterung für diesen Gedanken zu dämpfen. Darauf antwortete der Finanzausschuß der Kammer mit dem Antrag auf Rückerstattung des sog. griechischen Anlehens, welches der Abgeordnete Kolb auf mehr als 1,500,000 Gulden berechnete. Das war für die Regierung eine heikle Frage, um so mehr, als die Linke mit neuen Enthüllungen drohte. In aller Eile ward darum die Kammer vertagt (8. März), aber der Bericht über das griechische Anlehen war ins Publikum gedrungen und erregte dort ungeheures Aufsehen. König Ludwig leistete für die große Schuld Griechenlands aus seinem Privatvermögen sofort vollen Ersatz. Die Kammer war vertagt als zum 10. April, die Vertagung wurde verlängert bis zum 21. April, dann bis zum 13. Mai. Die zur Entscheidung drängende deutsche Frage war Ursache der Verzögerung.

Am 28. März hatte die Nationalversammlung zu Frankfurt die Uebertragung der erblichen Kaiserwürde an den König von Preußen beschlossen. Sofort richtete König Max an Friedrich Wilhelm ein Schreiben, worin der Hoffnung Ausdruck gegeben war, Preußen werde die von der Demokratie gebotene Hand nicht annehmen. Friedrich Wilhelm antwortete, die unqualificable Deputation werde so empfangen werden, daß die deutschen Fürsten wohl endlich ihr Mißtrauen ablegen könnten. Umsomehr aber sei es jetzt Pflicht der legitimen Regierungen, dem Monarchen des stärksten rein deutschen Staates als Kommissar der rechtmäßigen Obrigkeiten eine provisorische Centralgewalt zu übertragen, damit nicht länger Erzherzog Johann als Kommissar der Revolution eine unberechtigte Gewalt ausübe. Also Centralgewalt wollte Preußen werden, aber es rechnete mit der Gutmütigkeit der deutschen Regierungen, und da verrechnete es sich. Nur gezwungen hatten diese den Wünschen des Volkes Rechnung getragen bisher, nur gezwungen würden sie ihm weiter Rechnung tragen. Aber der Bund mit der Demokratie war dem Roman-

tiker auf dem preußischen Throne ein unfaßbarer Gedanke. „Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können", sagte er Beckerath, „der wäre ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent."

In Bayern war die Kammermehrheit und das Land im Süden der Donau mit der Erhebung Preußens nicht einverstanden. Aber in Franken und in der Pfalz war die Gährung des Volkes gewaltig, und die Linke der Abgeordnetenkammer bestand konsequent auf der unbedingten Unterwerfung unter die Beschlüsse der Nationalversammlung auch in diesem Falle. Da kam das neue Ministerium: von der Pfordten, ein geborener Bayer, aber bisher Ministerpräsident im Königreich Sachsen, übernahm das Auswärtige, Lesuire den Krieg, Aschenbrenner die Finanzen, Kleinschrot die Justiz, Forster das Innere und Ringelmann den Kultus. Von der Pfordten gab den Ton an. Max hatte in ihm den konsequentesten Vertreter seiner partikularistischen Gesinnung gefunden. Sofort erklärte er der deutschen Centralgewalt, daß die bayerische Regierung eine unbedingte Gültigkeit der Reichsverfassung nicht anerkenne. Dagegen protestierte er ebenso gegen die Auffassung, daß die Absicht bestehe, auf die Zustände vor dem März 1848 zurückzulenken.


König Friedrich Wilhelm IV von Preußen.

Wieder versuchte Bayern wie einst im Jahre 1813 die Zeitgrenze nach rückwärts für die Restauration ein für allemal festzulegen, aber in der Pfalz bereitete sich ein neuer Aufstand vor, und die dann einbrechende Reaktion schwemmte unter Oesterreichs Führung den bayerischen Damm hinweg: der alte Bundestag kam wieder.

In der Pfalz betrachtete man das Verfahren der bayerischen Regierung als Auflehnung gegen die Reichsverfassung, man beschloß den Widerstand, bis sich dieselbe der Reichsregierung unterwerfe. Ein Landesverteidigungsausschuß wurde eingesetzt, ein Reichskommissar erschien, vom Reichsministerium gesendet, in der Pfalz. Eisenstuck überschritt seine Vollmacht, und die Revolution brach aus. Bei dem gesamten Militär in der Pfalz begann eine vollständige Auflösung. Massenweise desertierten die Leute, entweder direkt zu den Aufständischen, oder nach der Heimat. Wenige Tage später brach der Aufstand

in Baden aus. Am 17. Mai verwandelte eine Versammlung in Kaiserslautern den Bundesausschuß mit geringer Stimmenmehrheit in eine provisorische Regierung. Aber eine Organisation der revolutionären Kräfte gelang auch dieser nicht. Wohl stürmten von allen Seiten Freiwillige herbei, flüchtige Barrikadenkämpfer, wühlerische Demagogen, ausgewanderte Polen, Handwerksburschen, unstäte Abenteurer, Turner und jugendliche Schwindelköpfe, wohl kam man durch Beiträge und Zwangsbesteuerung zu Geld, wohl erhielt sich die Aufregung bei Beamten und Heer, doch an Widerstandsfähigkeit gewann die Bewegung durch diese Untermengung mit fremden und anarchistischen Elementen nicht.

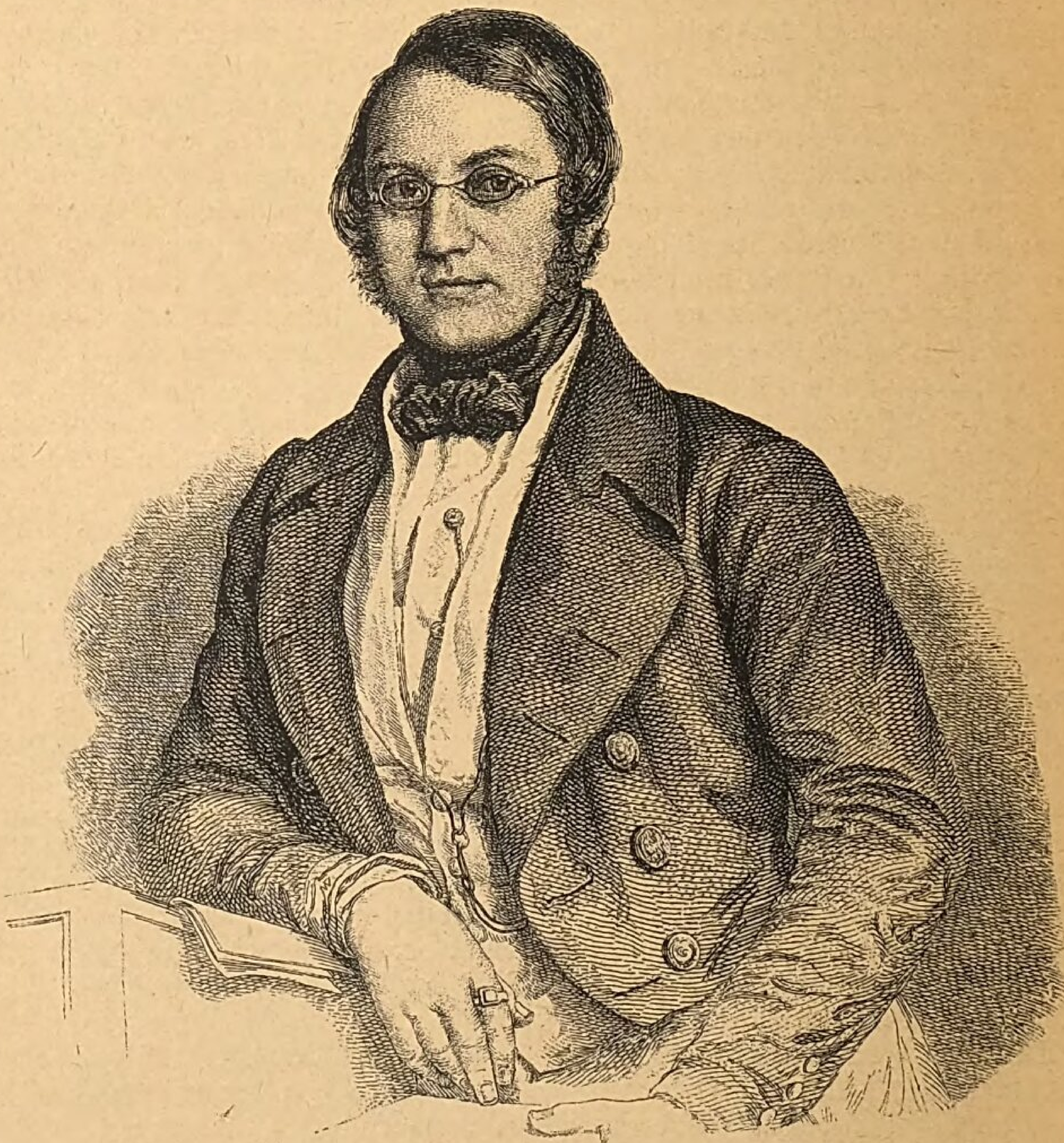
Trotz aller Demonstrationen wich das neue Ministerium von seinem Programm: Nichtanerkennung der unbedingten Gültigkeit der Reichsverfassung, Ablehnung der Kaiserwahl, Protest gegen den Ausschluß Oesterreichs wie gegen den von der Nationalversammlung angestrebten Einheitsstaat, nicht ab. Am 19. Mai legte es dieses Programm mit neuer Erklärung der wiedereröffneten Kammer vor. Diese antwortete mit der dem Adreßentwurf angehängten Erklärung, daß dem Ministerium jede Unterstützung zu versagen sei und mit dem dringenden Ersuchen an den König um Anerkennung der Reichsverfassung und Bildung eines neuen Ministeriums. Aber weder die Entlassung erfolgte noch eine Kammerauflösung, sondern das Ministerium ließ eine Zuschrift verlesen, welche die Pfalz als im Zustand des Aufruhrs befindlich darstellte und den Abgeordneten dieses Regierungsbezirkes die fernere Teilnahme an den Kammersitzungen bestritt. Der Kammerpräsident Hegnenberg-Dux sekundierte dem Ministerium, indem er den Ausschluß der Pfälzer eigenmächtig verfügte. Darauf verließ die ganze Linke den Saal. Die Kammer war beschlußunfähig. Eine ähnliche Scene erfolgte am folgenden Tage, und als am 10. Juni die Beschwerde gegen den Präsidenten zum Vortrag kommen sollte, verfügte eine königliche Proklamation die Auflösung der Kammer.

Noch bevor ein Befehl zur Unterwerfung des rheinischen Aufstandes durch Waffengewalt ergangen war, hatte sich Bayern an Preußen um Hilfe gegen die Rebellen in der Pfalz gewendet. Am 13. Juni hielt der Prinz von Preußen Kriegsrat in Mainz, am 20. war er mit der Pfalz fertig, und General Fürst Taxis besetzte dieselbe mit bayerischen Truppen. Ihm voran war an die Pfälzer eine königliche Proklamation vom 10. Juni, dem Tage der Kammerauflösung, gegangen, in welcher der König den Verführern verdiente Strafe, den Verirrten aber seine Gnade verkündete. Gleichwohl verhängte der General den Kriegszustand über das ganze Land, und die Gerichte schritten mit der äußersten Strenge ein. Noch, nachdem das Amnestiegesetz promulgiert worden war, wurde durch ein einziges Urteil des Appellationsgerichts zu Zweibrücken gegen 333 Personen Anklage auf Hochverrat erkannt, und die Angeklagten einem Spezialgericht überwiesen. Daneben fungierten die Zuchtpolizei- und Militärgerichte mit äußerster Strenge. Selbst dem Fragmentisten Fallmereyer, der einst des Königs Gunst genossen, wurde nun, als er mit Uhland und dem Reste der Nationalversammlung nach Stuttgart abgezogen war, ein Steckbrief nachgesendet.

Das Werk der Nationalversammlung war vollkommen gescheitert. Als die preußische Kaiserwahl erfolgte, rief Oesterreich seine Abgeordneten ab; als nun Preußen die Aufstände allenthalben niederwarf, und die Nationalversammlung die preußische Intervention als Reichsfriedensbruch erklärte, rief auch Preußen seine Abgeordneten nach Hause. Und so lichtete sich denn die Zahl der Zurückgebliebenen zusehends. Nur die Linke blieb schließlich übrig und siedelte nach Stuttgart über, wurde aber dort am 18. Juni mit Waffengewalt an der Fortsetzung ihrer Beratungen gehindert. So schwand jene Institution, auf welche Deutschland so große Hoffnungen gesetzt, kläglich dahin.

An Preußen hatte die Nationalversammlung den erhofften Rückhalt nicht zu finden vermocht, und ob auch die Regierungen von deutscher Einheit und Gesamtvertretung redeten, keine meinte es ehrlich damit, und jede dachte sich darunter etwas anderes. Zuerst voll Furcht vor der Revolution hatte man halbe Zusagen gemacht, dadurch Zeit gewonnen, bis der Eifer hier und dort erlahmte oder sich in wilden Phantastereien überschlug. Dann kam die Reaktion, sie gewann den Sieg, und an die Stelle der deutschen Volksbewegung trat nun wieder der alte ekelhafte Zank der Kabinette.

Am 26. Mai 1849 war in Berlin das „Dreikönigsbündnis" zwischen Preußen, Sachsen und Hannover abgeschlossen worden zum Zweck der wechselseitigen Verteidigung gegen innere und äußere Feinde, der Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit der Einzelstaaten. Auf diesem Wege suchte Preußen seinen Plan eines engeren Bundes unter seiner Führung und eines weitern Bundes zwischen diesem und Oesterreich durchzusetzen. Sachsen und Hannover hatten ihren Beitritt an die Zustimmung von Bayern und Oesterreich, sowie den Beitritt von ganz Deutschland geknüpft. Oesterreich aber wies die Sache von der Hand, und Bayern verschob seine Erklärung auf später.



Minister von der Pfordten.

Es beharrte auf der Ablehnung jeder Reichsverfassung mit monarchischer Spitze. Während nun die Preußen die Revolution in Pfalz und Baden niederwarfen, eilte von der Pfordten nach Berlin (23. Juni) und verhandelte dort vierzehn Tage über Modifikationen der Reichsverfassung, ohne zu einem Resultate zu kommen. Er verlangte den Eintritt Oesterreichs in den Bundesstaat und abwechselndes Bundespräsidium zwischen Oesterreich und Preußen, im übrigen aber die Ueberweisung der ganzen Regierungsgewalt an das Fürstenkollegium, also Wegfall des Reichsvorstandes. Und als dann der ungarischen Revolution in den ersten Wochen des Juli das Ende drohte, erließ von der Pfordten am 12. ein Zirkular an alle bayerischen Gesandtschaften, es sei jetzt klar, daß Preußen keine andere Absicht verfolge, als rechtswidrige Vergrößerung der eigenen Macht; damit

sei ein Krieg zwischen ihm und Oesterreich in dichte Nähe gerückt, und man müsse nur wünschen, daß ein solcher nicht weitere europäische Verwicklungen hervorrufe. Im August hatte die Reaktion in Ungarn und Italien den vollen Sieg errungen, und nun besann man sich in München und Stuttgart nicht länger, in aller Form eine definitive Ablehnung des Bündnisses vom 26. Mai in Berlin anzuzeigen. Oesterreich würde nun, wie man meinte, dem aufdringlichen Preußen die Wege weisen.

Doch Oesterreich war nicht so kriegslustig. Es verständigte sich mit Preußen am 30. September zu der gemeinsamen interimistischen Uebernahme der Befugnisse des Reichsverwesers, welcher im August sein Amt niedergelegt hatte, und die Mittelstaaten sahen sich darauf beschränkt, neue Pläne zu einer Bundesverfassung zu schmieden. Von der Pfordten begann wieder damit. Auf ihn wirkte es sehr ermutigend, daß die unter dem Eindruck der Niederlagen der Demokratie neugewählte Kammer in ihrer Haltung zeigte, daß seine Politik weit entschiedener als früher auf die Unterstützung des Landes rechnen könne. Das Ministerium erhielt eine größere Sicherheit gegen etwaige Anklagen dadurch, daß das Gesetz über die Ministerverantwortlichkeit dahin abgeändert wurde, daß für eine Ministeranklage nunmehr die Uebereinstimmung beider Kammern gefordert wurde. Ein Gesetzentwurf wegen bürgerlicher und politischer Gleichstellung der Juden fiel durch, ein sehr mäßiges Amnestiegesetz, ein Gesetz über mehrere entehrende Strafen, ein Gesetz über den Militärkredit, Gesetze gegen Presse und Aufruhr fanden Annahme. Die Reaktion wagte auch im Innern Bayerns ihre ersten Schritte. Wir wissen, daß sie da nicht sehr weit kommen kann, denn der König stand dem im Wege.

Mit Selbstbewußtsein hatte von der Pfordten am 7. November in der zweiten Kammer erklärt: „Das Ziel der bayerischen Politik darf ganz allein die Ausbildung der bayerischen Souveränetät sein." Am 28. November erhielt er das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone, am 22. Dezember wurde er zum Ministerpräsidenten erhoben, und schon um Weihnachten 1849 legte er den Königen von Württemberg, Sachsen, Hannover den Entwurf einer neuen deutschen Bundesverfassung im österreichischen Sinne vor. Es galt die Sprengung der preußischen Union, der ja auch Sachsen und Hannover nach dem Vertrage vom 26. Mai noch angehörten. Nun kam die Zeit, da die Wahlen zum Reichstag nach Erfurt anzuordnen waren, aber Sachsen schickte keine Abgeordneten und Hannover sagte sich von dem Dreikönigsbündnisse los. Dazu kam nun auch Bayern mit seinem Entwurfe eines Vierkönigsbündnisses (Bayern, Württemberg, Sachsen, Hannover), wohl des kläglichsten Machwerkes dieser pläneschmiedenden Periode. Preußen hielt an seinem Plane fest. 21 Bundesstaaten waren an seine Seite getreten, für den 15. Januar 1850 waren die Wahlen für das Volkshaus im Gebiete der Union ausgeschrieben worden, am 20. März trat das Parlament in Erfurt trotz des österreichischen Widerspruches zusammen und genehmigte den vorgelegten Verfassungsentwurf en bloc. Da berief Oesterreich alle Mitglieder des alten deutschen Bundes nach Frankfurt zum 10. Mai. Preußen antwortete mit der Einladung der zur Union gehörigen Fürsten nach Berlin. Oesterreich erklärte den alten Bundestag nur für suspendiert, aber nicht für aufgelöst, und da mittlerweile die preußische Union langsam zerbröckelte, eröffnete Oesterreich am 2. September die Bundessitzungen wieder — ohne Preußen.

Dahinein spielte nun die dänische Frage — das Ausland England, Rußland, Frankreich sprachen da mit, und Deutschland, zerrissen wie nie, mußte sich fügen. Dahinein spielte der hessische Verfassungskonflikt, dahinein der drohende Konflikt zwischen Preußen und Oesterreich, welches kategorisch die Auflösung der Union und Anerkennung des Bundestags forderte. Die dänische Frage wurde zurückgeschraubt auf den Punkt, wo sie vor dem Kriege gestanden, d. h. alles Blut, alle Opfer waren umsonst, Deutschland lieferte Schleswig-Holstein an Dänemark aus, und im April 1850 war man bereits so weit mit der „Wiederherstellung des Bundes" gekommen, daß man gegen einander zu rüsten begann. Oesterreich rüstete gegen Preußen, Preußen gegen Oesterreich, Bayern gegen Preußen, und dabei stand schon jenseits der Vogesen der neue Präsident der französischen Republik, Louis Napoleon, der für Frankreich nach dem linksrheinischen Bayern angelte. Während Preußen um solchen Lohn das Bündnis Frankreichs rund ausschlug, während

es sich nun in elendester Lage den russischen Forderungen fügte und den Frieden mit Dänemark schloß, hetzten die Mittelstaaten ruhig weiter zwischen Wien und Berlin.

Inzwischen hatte in Hessen der Minister Hassenpflug, „der Hessen Fluch“, nach kurzer Amtsführung das ganze Land in Allarm gebracht. Er suchte mit seinem Herrn Friedrich Wilhelm von Hessen Hilfe am Bundestage und begab sich nach Frankfurt. Preußen aber ließ erklären, ein Einschreiten des vorgeblichen Bundestages in Kurhessen nimmermehr dulden zu wollen. Oesterreich wies diese Erklärung mit der Drohung zurück, Gewalt gegen Gewalt setzen zu wollen. Von der Pfordten, trotzdem von einer Versöhnung der beiden Großmächte bedroht, schnaubte den preußischen Gesandten an, Bayern werde keinen Schritt zurückweichen, Preußen werde den Krieg haben, wenn es ihn begehre; er verfügte neue Rüstungen und Verstärkung des bei Aschaffenburg stehenden Korps. In der hessischen Sache stand Rußland hinter Oesterreich, und mit diesem Rückhalte entschloß Schwarzenberg sich zu energischem Vorgehen gegen Preußen. Am 11. Oktober 1850 hatten die Monarchen und leitenden Minister von Oesterreich, Bayern und Württemberg eine persönliche Zusammenkunft in Bregenz, wo ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Preußen und die Aufstellung eines Heeres von 200,000 Mann verabredet wurde. „Ein alter Soldat macht nicht viele Worte, aber er folgt dem Rufe seines Kaisers, wohin es auch sei“, ließ sich der König von Württemberg bei der Tafel vernehmen, und der Kaiser, ebenso kriegsatmend, erwiderte, stolz darauf zu sein, mit solchen Kameraden vor den Feind zu gehen.

Die Expedition nach Kurhessen wurde mit allem Eifer betrieben; am 1. November überschritten die Bayern die hessische Grenze, die Oesterreicher folgten. Dann die für Deutschlands trübe Zustände so charakteristische „Schlacht bei Bronzell“ (8. November)— Preußen erklärte das Zusammentreffen der beiderseitigen Vorposten für ein „Mißverständnis“ und zog sich zurück. Daß bayerische Truppen dem Ministerium Hassenpflug Unterstützung geleistet hatten im Kampfe gegen die verfassungsmäßigen Rechte des hessischen Volkes, fand man schon gar nicht mehr der Entschuldigung wert, sondern von der Pfordten erklärte auf heftige Angriffe der bayerischen Kammer mit cynischer Offenheit: „die hessische Verfassung war uns äußerst gleichgültig, uns kam es auf die Sprengung der preußischen Union an.“ Ja, die Vergewaltigung der Mittelstaaten, welche Preußen von der Hand gewiesen, wurde ihm nun infolge seiner fortwährenden schwächlichen Haltung, wodurch es allseitig das Vertrauen verlor, von den Mittelstaaten, von Bayern im Bunde mit Oesterreich und Rußland angedroht, und nicht bloß angedroht, sondern teilweise thatsächlich vollzogen, denn nicht Bayern, nicht Schwarzenberg, sondern dem jungen Kaiser Franz Joseph, war es allein zu danken, daß ein Krieg, dessen Ende nicht abzusehen war, verhindert wurde. Er bot in letzter Stunde die Hand zur Versöhnung und schickte seinen Minister Schwarzenberg zu Verhandlungen mit Manteuffel nach Olmütz.

Ein innerer Grund zum Kriege lag aber gar nicht vor, denn Preußen dachte nicht an den Schutz der hessischen Verfassung, Friedrich Wilhelm war in diesem Sinne gleich reaktionär gesinnt, wie die österreichische Regierung, er empfand den gleichen Widerwillen gegen die revolutionäre Haltung des hessischen Volkes, der hessischen Beamten und Offiziere und war mit einer Exekution zur Herstellung der kurfürstlichen Macht im Grunde einverstanden. Nur die Thatsache, daß man in Deutschland immer noch an einen größeren oder geringeren Liberalismus der preußischen Regierung glaubte, konnte den Eindruck erwecken, daß Preußen hier zurückweiche, während es im Grunde mit dem reaktionären Vorgehen gegen Hessen vollkommen einverstanden war. Um so greller aber trat die absolute Unfähigkeit der preußischen Politiker zu tage, die Preußen in eine solche Lage gebracht hatten, um so schwerer trifft sie der Vorwurf, daß sie in eitler Verblendung Deutschland und Europa bis hart an den Krieg hinanführten — um einiger Förmlichkeiten wegen. Es war der unvereinbare Widerspruch zweier Prinzipien, welcher dieses bewirkt hatte: Preußen wollte die Hegemonie im engeren Deutschland; diese ließ sich nur direkt auf der breiten Unterlage des deutschen Lebens erreichen, und auf diese Unterlage verzichtete man aus kurzsichtigem Widerwillen gegen die Demokratie.

Am 28. und 29. November 1850 verhandelten Manteuffel und Schwarzenberg in Olmütz. Manteuffel, ein Konservativer reinsten Wassers, gestand dort ohne Gewissensbisse die österreichischen Forderungen sämtlich zu: vorbehaltlose Auflösung der preußischen Union, unbedingte Anerkennung des Bundestags, die Exekution in Kurhessen, die Unterwerfung Schleswig-Holsteins unter Dänemark. Der Bund der österreichischen Reaktion mit Rußland hatte diese Niederlage Preußens herbeigeführt, der Bund der österreichischen Reaktion mit Rußland dirigierte die „freien Konferenzen“ in Dresden, welche über die Verfassung Deutschlands entscheiden sollten. Am 23. Dezember wurden dieselben eröffnet. Die langen Verhandlungen lieferten kaum ein Ergebnis. Preußen und Oesterreich verständigten sich außerhalb der Konferenzen über die volle Wiederherstellung des alten Bundestags, und am 27. März 1851 forderte Preußen die übrigen Unionsregierungen zur Wiederbeschickung desselben auf. Aeußerlich war man damit wieder in der Zeit vor 1848 angelangt, innerlich strebte man nach demselben Ziele. Die Grundrechte des deutschen Volkes wurden beseitigt, die Verfassungen der Einzelstaaten steuerten rückwärts, rückwärts die ganze Gesinnung der Diplomaten, und hoffnungsvoll durchzogen die Missionsprediger der Jesuiten wieder die deutschen Lande, um bei der allgemeinen Reaktion als Bannerträger voranzugehen.


Hassenpflug.

Aber auch das letzte Institut sollte nun hinweggefegt werden, welches auf eine politische Entwicklung Deutschlands in der Zukunft hingedeutet hatte: der preußisch-deutsche Zollverein. Von der Pfordten war bestrebt, die handelspolitische Führerschaft Preußens durch den Eintritt Oesterreichs in den Zollverein zu beseitigen. Diesen Bestrebungen begegnete man in Berlin mit sofortiger Bewilligung der früher abgewiesenen Forderungen Hannovers. Der am 7. September 1851 mit Hannover abgeschlossene Zollvereinigungsvertrag, dem dann in kurzem Oldenburg und Schaumburg-Lippe beitraten, ward zur Grundlage eines geschlossenen Handelssystems. Aber er war über die Köpfe der andern Vereinsmitglieder hinweg abgeschlossen worden, und diese weigerten sich nun, dem Vertrage beizutreten. Da kündigte Preußen den alten Zollvereinsvertrag, erließ aber zugleich eine Einladung zu einer Konferenz in Berlin für den April 1852, um die Erneuerung des Zollvereins auf Grundlage des Septembervertrags zu bewirken. Nun setzte Oesterreich den Hebel ein. Am 5. Januar 1852 wurde in Wien eine Zollkonferenz eröffnet, führte aber zu keinem Resultate. Eine zweite Zollkonferenz der Mittelstaaten unter Führung Bayerns folgte am 6. April zu Darmstadt. Diese Darmstädter Koalition trat nun geeinigt in die am 19. April in Berlin eröffneten Konferenzen ein. Preußen aber wies alle Zumutungen der Verbündeten zurück, und die Konferenz wurde vertagt. Ebensowenig vermochte man sich im September zu einigen. Eine Separatkonferenz im gleichen Monate in München trieb Preußen zum Bruch. Es erklärte, vor unbedingter Anerkennung des Septembervertrags mit den einzelnen Regierungen in keine weiteren Verhandlungen eintreten zu können. Die Koalierten suchten nun behufs Gründung eines süddeutschen Zollvereins mit dem Wiener Kabinet anzuknüpfen. Dieses aber trat mit Berlin in geheime Unterhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrags, der am 19. Februar 1853 zustande kam. Also im Stich gelassen, fügten sich die Koalierten den preußischen Forderungen, der Zollverein wurde auf der neuen Grundlage erneuert, und der Versuch war mißlungen, den Zollverein aus der materiellen in die politische Sphäre zu verschieben. Die wirtschaftliche Funktion des Vereins war das eigentlich erhaltende und treibende Prinzip, und auf dieser Basis besaß Preußen thatsächlich die Suprematie. So blieb es die leitende Hauptmacht des deutschen Zollvereins, und der Schachzug der groß-

deutschen Politik scheiterte an den thatsächlichen Verhältnissen. Auch weitere Versuche von der Pfordtens in dieser Richtung mißlangen, wie sein Streben auf Anerkennung Bayerns als Großmacht nicht anders erwarten ließ, da dasselbe einer nervösen Ueberreizung, nicht aber der ruhigen Erkenntnis der thatsächlichen Verhältnisse entsprang. In dem deutschen Bunde hatte Preußen den Gegner erkannt, der seiner Entwicklung im Wege stand. Diesen Bund zu entfernen oder in seinem Sinne umzugestalten, mußte fortan sein Ziel bleiben. Dieses Ziel zu erreichen, konnte, wie wir wissen, nur auf der Grundlage einer Wiedererweckung des allgemeinen deutschen Lebens gelingen, und eine solche war von der kurzsichtigen Verblendung jener Jahre nicht zu erwarten.

Am 28. Februar 1851 trat in München ein außerordentlicher Landtag zusammen. Die Reaktion in Hessen, der Untergang der deutschen Sache in Schleswig-Holstein, ein Vorstoß der bayerischen Bischöfe gegen die Verfassung, die Gefährdung des Zollvereins beherrschten die Stimmung der Kammer, welche im übrigen die Politik des Ministeriums billigte, indem sie jeden Antrag gegen dieselbe verwarf. Eigentlich gebrach es an Vorlagen, und, vom Adel und Klerus nochmals bedroht, erfolgte am 7. Juli eine Vertagung. Am 1. Oktober traten die Kammern wieder zusammen, doch erkaltete allmählich das Verhältnis zwischen Regierung und Zentrum, da für Verfassungsänderungen, wie sie die Minister verlangten, keine Stimmung war. Namentlich aber wurde eine Kreditforderung für die kurhessische Expedition rund abgelehnt. Das Bestreben, dem monarchischen Grundprinzip in der Verfassung einen unzweideutigeren Ausdruck zu geben, war gescheitert. Kurze Zeit vor dem Landtagsschlusse, der am 28. Mai 1852 erfolgte, hatten die Großmächte im Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 Bestimmungen über die Person des zukünftigen Königs von Dänemark getroffen, welche die Rechte des Augustenburgers auf die Herzogtümer ausschloß. Der deutsche Bund nahm von dieser Anordnung als solcher keine Notiz, aber Bayern weigerte sich, diesem Vertrage beizutreten.

Die Zeit der allseitigsten Inanspruchnahme des Königs und der Regierung durch die inneren und äußeren Angelegenheiten benützte Graf Reisach, der Erzbischof von München-Freising zur Berufung einer Konferenz der bayerischen Bischöfe nach Freising. Dieselben berieten die kirchlichen Zustände Bayerns in der Zeit vom 1. bis 20. Oktober 1850. Als Beratungsgegenstände wurden bezeichnet: das künftige Verhältnis der Kirche zum Staat, die innern kirchlichen Verhältnisse, besonders die Hebung der Kirchenzucht, die Wahrung der kirchlichen Lehre in den hohen und niedern Schulen, die Priesterexerzitien, die Volksmissionen und besonders die Errichtung bischöflicher Knabenseminare und in diesen die Wahrung des kirchlichen Charakters. Reisach war Jesuitenschüler, dann hatte er als Studienrektor des Kollegiums der Propaganda in Rom gewirkt, bis ihn 1836 König Ludwig auf den Bischofsstuhl nach Eichstätt berief. Im Januar 1847 zum Erzbischof von München erhoben, verlor er jedoch bald die Freundschaft Ludwigs als er sich in der Lolaperiode dem Throne mit Mahnungen zu nahen wagte. Reisachs Bemühen führte denn schon im Oktober 1848 zu jener Konferenz der deutschen Bischöfe in Würzburg, wo der Feldzug der deutschen Kirche zur Befreiung derselben von staatlicher Bevormundung beschlossen wurde. An diese Konferenz reihte sich nun die Versammlung der bayerischen Bischöfe in Freising. „Für das Konkordat — das ganze Konkordat — nichts als das Konkordat“ war die Parole, und die gefaßten Beschlüsse wurden in einer Denkschrift niedergelegt und verbreitet: Beseitigung des Religionsedikts und des königlichen Placets, Freiheit der Klostergründung sowie des Urteils darüber, welche Klöster für die Verhältnisse und Bedürfnisse der Kirche passend, wie viele und wo dieselben zu errichten und für welche kirchlichen Zwecke sie zu verwenden seien; freie Verfügung über die inneren Angelegenheiten der Klöster; Erklärung der Lyceen als bischöfliche Anstalten, untrennbare Verbindung derselben mit den Seminarien und Ernennung der Professoren an denselben durch die Bischöfe; das Recht zur Gründung und Leitung von Schulen, Berücksichtigung der Bischöfe und ihres Willens bei der Anstellung von Lehrern und Schulvorständen, keinerlei Beschränkung in Erwerbung neuen Kirchengutes: das waren die hauptsächlichsten Forderungen der Denkschrift. So weit als nur

immer möglich, kam Maximilian den Wünschen der Bischöfe entgegen, aber der Episkopat war nicht zufrieden. Noch zweimal in den folgenden Jahren erneuerte er seine Gesuche, und Reisach reichte außerdem im Jahre 1853 und 1855 noch gesonderte Vorstellungen ein. Um den Störenfried loszuwerden, suchte Maximilian beim Papste die Erhebung des Erzbischofs zum Kardinal nach. Das Gesuch wurde genehmigt, und Reisach verließ München im Dezember 1855 und siedelte nach Rom über. Bei der Vorbereitung für das beabsichtigte allgemeine Konzil hat er dann noch unter Pius IX. eine bedeutende Rolle gespielt. Auf diese Weise aber erreichte Maximilian, was ihm Döllinger in seiner Gedächtnisrede nachrühmte: den religiösen Frieden, die vollständige Abwesenheit aller konfessionellen Beschwerden und kirchlichen Reibungen in den übrigen Jahren seiner Regierungszeit.

Wie hier der kirchlichen Reaktion ein Halt geboten wurde, so trat Bayern, obwohl namentlich seit Eintritt des Grafen Reigersberg ins Ministerium übertriebene Bevormundung und kleinliche Plackereien zu gerechten Klagen Anlaß boten, auch auf politischem Gebiete nicht ganz aus der Bahn einer vorwärts schreitenden Entwicklung heraus. Gerade der Glaube an die göttliche Mission des Königtums hielt Maximilian von jeglicher Oktroyierung und gewaltsamen Unterbrechung des Verfassungsrechtes zurück, obschon ihm das Beispiel seiner fürstlichen Nachbarn, wie auch die eigene Entwicklung Bayerns manchmal die Versuchung eines Staatsstreiches naheführte. Allein lieber Stabilität, als durch voreiliges Eingehen auf neue Fragen die bisherigen Errungenschaften in Frage stellen, war die Maxime seiner in konservativem Geiste energischen Natur. Um der Erhaltung willen müsse man lieber auf Verbesserungen verzichten und gegenüber der modernen Auffassung des Konstitutionalismus verwies er auf die religiöse Begründung der Staatsidee, wie sie ihn der Philosoph der deutschen Romantik gelehrt hatte. Und kam es dann auch zu scharfen Angriffen auf die reaktionäre Politik seines Ministeriums von Seite seiner geistigen Freunde, so glaubte Maximilian hinwieder, als konstitutioneller Fürst die verantwortlichen Minister gewähren lassen zu müssen. Wir werden sehen, daß da, wo Maximilian, an Minister und Kammern nicht gebunden, nach der Eingabe seiner innersten Ueberzeugung vorgehen konnte, seine Natur einen ganz andern Charakter aufwies. Da war es nicht Konservierung des Errungenen, womit er sich begnügte, sondern bewegtes, lebendiges Fortschreiten, ein unentwegter Drang zu freien geistigen Schöpfungen. Auf dieses Gebiet reichte von der Pfordtens reaktionäre Macht nicht hinüber, und da war es, wo Bayern seine eigenste Aufgabe ergriff und festhielt, trotz der grimmigen Verstimmung, welche in altbayerischen Kreisen gegen die meist protestantischen „Ausländer" und „Norddeutschen" mit der Zeit erwachte. Aber selbst einem Geschlechte entstammend, das auf der Bahn aus dem Gemüts- zum Verstandesleben eine weitere Strecke zurückgelegt hatte, als das altbayerische Volk, empfand der König es als seine erste Aufgabe, auf diesem Wege zu bleiben und die Führung der Volksentwicklung zu größerer Verstandesreife mit allen Mitteln zu fördern. Auf dieser Bahn ist ihm, dem reifen Manne, manche siegreiche That gelungen, während sein Sohn, als Jüngling, auf diesen Pfad gestellt, im Kampfe romantischer Gemütsseligkeit mit kritischem Realismus, im Kampfe des altbayerisch bäuerlichen Gemütslebens mit dem neubayerisch städtischen Wirklichkeitsstreben erlag.

Die Erneuerung der Zollvereinsverträge führte am 29. Oktober 1853 zur Einberufung eines außerordentlichen Landtags zum 26. November. Von der Pfordten wie Reigersberg glaubten der Opposition des letzten Landtags keine besondere Bedeutung beilegen zu sollen. Sie brachten darum ein Nachpostulat des Kriegsministers von 6500000 Gulden. Zum größten Teile steckte in dieser Summe die Ausgabe für die hessische Expedition, welche durch ein neues Anlehen gedeckt werden sollte. Dann kam eine die neue Gerichtsorganisation betreffende Vorlage. Die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung war nämlich noch nicht durchgeführt. Volk und Kammer wollten darauf nicht verzichten, während der Adel dieser Neuerung widerstrebte. Die Minister zeigten in der ungewöhnlichen Form einer schriftlichen Mitteilung dem Präsidium der Kammer der Abgeordneten an, daß die Gerichtsorganisation weder ganz noch teilweise,

weder jetzt noch in der künftigen Finanzperiode ins Leben treten solle. Als es darauf zu einer lebhaften Verhandlung kam, wurde der Landtag am 4. Februar 1854 vertagt.

Auf den 16. Oktober 1854 wurde der Landtag wieder einberufen, und es erfolgte die Vorlage dreier im Zusammenhang stehender Gesetzentwürfe, welche alle drei auf Stärkung des konservativen Elementes berechnet waren. Das erste betraf die „Bildung der zweiten Kammer". Das Gesetz trat auf den Standpunkt von 1818 zurück und sollte eine Repräsentation nach Ständen wieder einführen, in denen auch die Geistlichkeit als solche eine Rolle spielte. Die beiden andern Vorlagen betrafen die Familienfideikommisse und die Einführung bäuerlicher Erbgüter. Nur das letzte ging durch, welches, auf die Kreise diesseits des Rheins beschränkt, jedem Landeigentümer gestattete, aus jedem Grundbesitz bis herab auf 6 Gulden Steuersimplum ein untrennbares Erbgut zu bilden. Das Gesetz über die Errichtung adeliger Fideikommisse wurde dagegen nun zum drittenmal verworfen, und nicht minder scharf ging der Referent Weis gegen das neue Wahlgesetz vor. Auch dieses Gesetz fiel. Da wurde der König bedrängt, das Gesetz einfach zu oktroyieren, aber diese Zumutungen scheiterten an dem hohen Rechtssinne und der Gewissenhaftigkeit Maximilians. Wieder erschien eine Kreditforderung des Kriegsministers, diesmal in der Höhe von 15 Millionen, welche teils zur Deckung bereits stattgehabter Ausgaben, teils zur Kriegsbereitschaft während der orientalischen Wirren bestimmt seien. Nur ungefähr 8 Millionen wurden bewilligt, aber ein Teil des Zentrums wies durch den zweiten Präsidenten Weis die Auffassung von der Pfordtens zurück, daß ihm diese Bewilligung als Vertrauensvotum gelte. Die Erbitterung stieg bei diesen Verhandlungen namentlich zwischen den Ministern und den Führern des Zentrums Hegnenberg, Lerchenfeld und Weis zu einem hohen Grade. Bei der Beratung des Budgets stellte der Abgeordnete Pauer den Antrag einer Adresse an den König. Die Kammer nahm den Antrag an, wurde aber am 25. März 1855 aufgelöst.

Es war natürlich, daß die stärkste Macht der Reaktion nun ihre Zeit gekommen glaubte, da in dem Zaren Nikolaus die deutschen Fürstenhöfe den starken Schutzherrn monarchischer Machtherrschaft erblickten. Allein dem Vorstoße der russischen Macht gegen die Türkei stellten sich die Westmächte in den Weg, auch Oesterreich und Sardinien sahen sich im Verlaufe der Ereignisse gezwungen, der Ausbreitung Rußlands an der Donau entgegenzutreten, und so wurde mit der Zurückweisung der russischen Macht auch jener Tendenz einer unter russischer Führung erneuerten christlichen Propaganda ein Ziel gesetzt. Der Krimkrieg endete damit, daß die Türkei im Pariser Frieden in das europäische Völkerrecht aufgenommen wurde (März 1856). Der Reaktion wurde demnach die unabsehbare Bahn eines Rückganges bis ins Mittelalter hinein verlegt, aber das Schwergewicht der europäischen Entwicklung war zugleich vollkommen verschoben. Deutschland als solches kam kaum in Betracht, während aller Augen dem neuen Schiedsrichter Europas, dem Kaiser der Franzosen, Napoleon III, sich zuwendeten. So hatte auch hier trotz des gewollten Rückschrittes die Zivilisation ihre Herrschaft behauptet. Der Krimkrieg befreite Europa von dem russischen Alp, der bisher so schwer auf ihm gelastet, er zeigte die thönernen Füße des russischen Kolosses. Die Folge aber war für Deutschland, daß Oesterreich seinen bisherigen Rückhalt an Rußland vollkommen einbüßte und die Sympathien Rußlands sich langsam Preußen zuwendeten. Dazu trat Sardinien und mit ihm Italien in immer schrofferen Gegensatz zu Oesterreich und begann seine Befreiungsarbeit, und damit begann auch für Preußen wieder die Zeit, sich seiner alten natürlichen Aufgabe, „die Linke in Deutschland, der siegreiche Rebell gegen Kaiser und Reich, die germanische Revolution, der philosophische und freie Staat zu sein," wieder zu erinnern, eine Erinnerung, welche unter der romantisch-persönlichen Führung Friedrich Wilhelms IV vollkommen abhanden gekommen war. Bei dieser Wiederbelebung der alten prinzipiellen Gegensätze mußte Bayern infolge der Politik von der Pfordtens in eine eigentümliche unheilvolle Stellung geraten.

Auf dem am 15. September 1855 eröffneten neugewählten Landtage kam schon in der Adresse auf die Thronrede die Ausbildung der deutschen Bundesverfassung wieder zur Sprache. Die Kammer war noch weniger gefügig, als die frühere, und die ersten

Vorlagen des Ministeriums befriedigten durchaus nicht. Namentlich die in Aussicht gestellte sehr große Steuererhöhung erregte heftigen Unwillen, dann aber zeigte es sich, daß namentlich in der Pfalz ungehörige Beeinflussung der Wahlen stattgefunden hatte, worauf die Wahlprüfungskommission acht Mandate für nichtig erklärte. Die sofort vorgenommenen Neuwahlen führten unter den acht Neugewählten sieben Männer der Opposition in die zweite Kammer ein. Die bisher gemäßigte Zentrumspartei war in der Auflösung begriffen, und die schroffere Scheidung von links und rechts begann sich langsam zu vollziehen. Bei der Prüfung der Staatsrechnungen kam es zu lebhaften Kämpfen, und selbst in der Kammer der Reichsräte erhob sich ein scharfer Protest gegen das Ministerium, welches eine Million Gulden von den für Eisenbahnbauten bestimmten Geldern für das Industrie-Ausstellungsgebäude verwendet hatte. Ein Gesetzentwurf betreffs der neuen Gerichtsorganisation, welcher frühere Errungenschaften wieder vollkommen preisgab, mußte wegen der allgemeinen Entrüstung im Lande zurückgenommen werden. Ein zweiter Gesetzentwurf blieb bei einer halben Maßregel stehen, indem zwar 32 Bezirksgerichte mit kollegialer Verfassung und mit dem Institut des Einzelrichteramtes organisiert wurden, zugleich aber die Landgerichte in ihrem gemeinschaftlichen Wirkungskreis für Justiz und Verwaltung beibehalten und die Notariatsgeschäfte in die Hände landgerichtlicher Nebenbeamten gelegt wurden. Die Zwitterstellung der Landgerichte wurde dadurch erst recht auffallend, und diese Einrichtung konnte keine andere, als nur eine vorübergehende Bedeutung erlangen. Erst die neue Gesetzgebung (Gesetz vom 10. November 1861) machte diesem unhaltbaren Zustand durch wirkliche Trennung der Justiz und Verwaltung, sowie durch Einführung des Notariats für die nichtstreitige Rechtspflege ein Ende.

Die Finanzgesetze erregten nicht minder die Aufmerksamkeit der Kammer. Die Versuche der Geistlichkeit, von der Kapitalrentensteuer befreit zu werden, scheiterten. Das Budget veranlaßte langwierige Debatten, in denen namentlich Lerchenfeld mit unermüdlichem Eifer gegen eine neue Steuererhöhung kämpfte. Die Abstriche der Kammer an dem Budget des Kriegsministers drohte einen konstitutionellen Konflikt herbeizuführen, da der Landtagsabschied vom 1. Juli 1856 rundweg erklärte, der König werde die unabhängige Bestreitung der nötigen Ausgaben anordnen und behalte sich vor, an den nächsten Landtag die desfallsigen Nachweisungen und Vorlagen wegen Deckung des sich ergebenden Mehrbedarfs gelangen zu lassen.

Vor Wiedereinberufung der Kammern hatte die Regierung den Gesetzgebungsausschuß versammelt, um ein neues Strafgesetzbuch vorzubereiten. Derselbe wurde jedoch am 20. März 1858 wieder aufgehoben, da sich eine Einigung nicht erzielen ließ.

Zum 25. September 1858 wurde der Landtag wieder berufen, aber als am 29. die Wahl zum zweiten Präsidenten auf den Abgeordneten Dr. Weis fiel, der sich mit seinen scharfen staatsrechtlichen Kritiken die Ungnade der Regierung zugezogen hatte, erfolgte am 30. die Auflösung des Landtags.

Der zum 15. Januar 1859 einberufene Landtag aber brachte erst recht den Sturm gegen das Ministerium. Die Einschüchterung freisinniger Beamten, die ungesetzliche Bevormundung der Gemeinden, der Vernichtungskampf gegen die unabhängige Presse und gegen jede freie Regung in wirtschaftlichen wie in politischen Dingen hatten die Gegner des Ministeriums im ganzen Lande vermehrt. Prinz Luitpold hatte den Landtag am 26. Januar 1859 feierlich eröffnet, der dann bis zum 26. März beisammenblieb. Es war da eine so aufgeregte Stimmung gegen das Ministerium zu Tage getreten, daß selbst der Landtagsabschied den Schmerz des Königs über den Gang und die Art der Verhandlungen betonte, in denen so sehr alles Maß überschritten worden sei. Schon die Adresse der zweiten Kammer vom 19. März hatte gegen von der Pfordten die Anschuldigung erhoben, in Bezug auf die schleswig-holsteinische Frage ein Werkzeug der russischen Politik zu sein und im Streite Oesterreichs mit Frankreich auf der Seite des letzteren zu stehen. In seiner Rechtfertigung wies der Minister zwar nach, daß er die dänische Politik in den Herzogtümern stets bekämpft, Bayerns Beitritt zum Londoner

Traktat von 1852 verhindert und Preußen zum Einstehen für Oesterreichs Interessen in Italien aufgefordert habe, allein seine Zeit war abgelaufen.

Mehr als je erforderte die außerdeutsche Entwicklung ein Zusammenstehen aller deutschen Kräfte, und mehr als je jagte man dem Phantome nach, in der Einigkeit einen Ersatz für die Einheit zu suchen. Die deutsche Einigkeit aber war damals so unmöglich, wie früher oder später, und gerade König Max sollte erfahren, daß alle seine Vermittlungsversuche in dieser Richtung scheiterten, scheiterten zunächst an der ängstlichen eigenen Haltung, die auf dem zerfließenden Boden der Bundesverfassung den Bau der Zukunft aufzuführen strebte. Er beklagte die Mißachtung, in welche die Bundesverfassung bei dem deutschen Volke gesunken war; er wollte dem Bundestag einen erweiterten Berufskreis und die Lösung schöner gemeinnütziger Aufgaben zuweisen; er glaubte in ihm eine Stütze gegen die Opposition im eigenen Lande gewinnen zu können, aber von der Pfordten, welcher die Zweischneidigkeit solcher Bestrebungen erkannte, ging nur mit Widerstreben daran, schon im November 1855 in Frankfurt den Antrag stellen zu lassen, die Bundesversammlung möge die Anfertigung gemeinnütziger Gesetze über ein deutsches Handelsgesetzbuch, deutsches Heimatsrecht, gemeinsame Münze, Maß und Gewicht und deutsche Auswanderung in Beratung nehmen. Dazu wäre Einhelligkeit aller Stimmen erforderlich gewesen, und wo war darauf zu rechnen? Alle derartige Anträge hatten eine sofortige Spaltung in preußische und österreichische Parteigänger zur Folge, und diese Spaltung wurde um so offenbarer, seitdem im Herbst 1857 der schwererkrankte König Friedrich Wilhelm von Preußen die Leitung der Staatsgeschäfte in die Hände seines Bruders Wilhelm gelegt hatte. Damit trat in Preußen an die Stelle des romantischen Theoretikers der einfache soldatisch-geschulte Praktiker, der es geradezu aussprach: „wer Deutschland regieren will, muß es sich erobern; à la Gagern geht es nun einmal nicht." Deutsche Einheit ward wieder das unverhohlene Ziel der preußischen Politik, und dieses Prinzip errang nun Schritt für Schritt die Oberhand. Ein neues, mit einigen liberalen Namen geschmücktes Ministerium trat an die Spitze Preußens in einer Zeit, da in Bayern der Kampf des Ministeriums mit der zweiten Kammer den Höhepunkt erreichte. Damit war den reaktionären Bestrebungen Reigersbergs und von der Pfordtens die Aussicht abgeschnitten. Von der Pfordten erkannte, daß man in gewissen Fragen der Kammer nachgeben müsse. Und nun erzählt Sybel, abweichend von allen andern Darstellungen, abweichend auch von dem Charakter König Maximilians, den Hergang wie folgt. Der König habe nach der Möglichkeit eines Nachgebens gefragt, nach allem Vorangegangenen, ohne eine tiefe Demütigung der Krone. „Nichts leichter als dies, erwiderte der unerschütterliche Pfordten; Majestät erlassen ein Manifest: Meine Minister haben in letzter Zeit mehrfache Differenzen mit den Kammern gehabt, Ich aber will Frieden haben mit Meinem Volke. Und so geschah es, während Pfordten mit dem Bundestagsgesandten, Freiherrn von Schrenk, die Stelle tauschte. Der von dem Staatsstreichminister erfundene Satz: Ich will Frieden haben mit meinem Volke — wurde zu einem populären Schlagwort, auf welches während der späteren preußischen Verfassungswirren jeder Bayer mit patriotischem Stolze hinwies, ohne zu ahnen, daß Bayern die Erhaltung seines allerdings hohen Ruhmes, niemals einen Bruch seiner Verfassung erlebt zu haben, in erster Linie dem Prinzen von Preußen verdankte."

Das klingt allem bisher Bekannten gegenüber wie eine Schnurre, und wenn das Erzählte auch mit dem Charakter von der Pfordtens zu vereinbaren wäre, so doch nicht mit demjenigen des Königs selbst, der den Ehrennamen „das Gewissen auf dem Throne" sich mit Recht errungen. Mag von der Pfordten dem Könige entgegengekommen sein, Maximilian hat jenen berühmt gewordenen Ausspruch in einer andern Gesinnung gethan, als von Sybel es darstellt. Es war der feste, eigene Entschluß des Königs, den reaktionären Bestrebungen seiner Minister ein Ziel zu setzen.

Die Spannung zwischen Oesterreich und Preußen dauerte fort. Dazu sah sich Oesterreich nach einer andern Seite verwickelt. In Italien war seine Herrschaft nicht zu behaupten, so lange dort die Konstitutionellen in Sardinien einen Rückhalt fanden. Also die Konstitution in Sardinien mußte gestürzt werden. Der liberale wie der nationale

Gedanke Italiens sollte hier ins Herz getroffen werden. Aber hinter Sardinien stand Frankreich, und als nun Oesterreich seine Truppen in der Lombardei zu verstärken begann, rief Cavour Freiweilige aus ganz Italien unter das Banner Savoyens, und Garibaldi, der große revolutionäre Führer, stellte sich an die Spitze der nationalen Freischar. Um nun Frankreich zu fesseln, sollte der deutsche Bund bewaffnet für Oesterreich eintreten. Aber auch da waren die Meinungen gespalten. In Süddeutschland, in München und Augsburg, in Stuttgart und Darmstadt, sah man nur den Erbfeind, den zu Boden zu werfen eine nationale Ehrensache sei. In Preußen aber gedachte man der Dinge in Schleswig-Holstein und Olmütz, die Bestrebungen Oesterreichs, den preußischen Zollverein zu sprengen und die süd- und mitteldeutschen Staaten in eine österreichische Zolleinigung zu führen, waren in frischem Andenken, dazu fühlte man instinktiv heraus, daß das gegen Oesterreichs Herrschaft zur Einheit und Freiheit ringende Italien der wirkliche Bundesgenosse Preußens sei, und so stand Oesterreich im Kampfe allein. Am 4. Juni 1859 gewann Mac Mahon die Schlacht bei Magenta, am 24. schlugen die Italiener und Franzosen den Kaiser von Oesterreich bei Solferino. Preußen hatte mobil gemacht, um dem etwa fortdauernden Kampfe an den Grenzen des deutschen Bundesgebietes das Ziel zu stellen. Aber am 8. Juli einigte sich Napoleon mit Oesterreich im Waffenstillstand zu Villafranca und ließ die Sache der Revolution im Stich. Die Antwort war in Italien, wo Sardinien im Frieden von Zürich (November 1859) die Lombardei bis zum Mincio gewann, die Aufforderung Cavours an die Häupter der nationalen Bewegung in Parma und Modena, in Florenz und Bologna durch allgemeine Volksabstimmung die Verschmelzung mit Sardinien verfügen zu lassen, was prompt und mit musterhafter Sicherheit geschah; in Deutschland aber, wo die Meinung gespalten war, wo in Preußen die liberale Hinneigung zu Italien bei weiten überwog, während in Süddeutschland die



Das Siegesthor in München.

ultramontane Partei das ganze Volk zu schwarz-gelber Begeisterung fortgerissen hatte, war die Antwort die Gründung des Nationalvereins, eines Philistervereins der sogenannten Gothaer, aber doch für die preußische Spitze. Die Ideen von 1848 lebten wieder auf. Es galt die freiheitliche Entwicklung Deutschlands und die Verbreitung der nationalen Ideen. Es galt den Bundestag zu beseitigen und durch ein Parlament zu ersetzen, Preußen die Hegemonie in Deutschland zu verschaffen, Oesterreich aus Deutschland auszuschließen und nur ein Unionsverhältnis mit ihm einzugehen. Aber der Bundestag hörte kaum von deutscher Einheit reden, als er auffuhr und den Verein aus Frankfurt ausweisen ließ, der dann in Koburg unter dem Schutze des Herzogs Ernst eine Heimstätte fand. Zugleich ging Oesterreich gegen den Verein durch Aufstachelung der einzelnen Bundesregierungen vor, aber trotz der Abneigung dieser gegen die neuen Bestrebungen, faßte der Verein auch in Süddeutschland Fuß, wo namentlich in Bayern die Abgeordneten Völk, Brater und Barth mit Buhl und Crämer den Grund zu einer nun stetig wachsenden nationalen Partei in Süddeutschland legten. Braters „Süddeutsche Zeitung" in München vertrat nun in täglichem journalistischem Kampfe das Programm einer Einigung Deutschlands unter Preußens Führung, freilich blieb die Mehrheit des Volkes diesem Programm vollkommen fremd und abgeneigt.

Am 9. April 1859 hatte von Schrenk das Ministerium des königlichen Hauses und des Aeußern übernommen; an seine Seite traten für die inneren Angelegenheiten Neumaier, für die Justiz Mulzer, für die Finanzen Pfeuffer und Lüder für den Krieg, während von Zwehl an der Spitze des Kultusministeriums blieb. Am 2. Juli wurde der Landtag zum 20. einberufen. Eben war der Friede von Villafranca geschlossen worden, noch zitterte die Erregung in allen Gemütern. Der Krieg hatte gezeigt, woran Deutschland krankte, in kleinlicher Eifersucht hatte Oesterreich die Forderung Preußens zurückgewiesen, daß ihm der Oberbefehl über das Bundesheer übertragen werde; darauf war Preußen neutral geblieben und Oesterreich geschlagen worden. Jetzt mußte etwas für die Bundesreform geschehen. Auch die Fürsten begriffen das. Aber als am 12. August der Antrag Völks über die Reform der Bundesverfassung in der zweiten bayerischen Kammer zur Sprache kam, wurde der Landtag vertagt.

Was sollte nun geschehen? König Max stellte sich die undankbare Aufgabe, eine Versöhnung der beiden Großmächte zu vermitteln. Dabei tauchte sein alter Lieblingsplan, die Triasidee, wieder auf. Aber wie sollte man zu einer Bundesreform kommen? Hannover und Kurhessen waren mit der alten Bundesverfassung vollkommen zufrieden, Oesterreich und Preußen empfanden es als das Notwendigste, daß zunächst eine Reform der Bundesverfassung zu erstreben sei, die vier Königreiche hatten mit Darmstadt und Nassau einen gemeinsamen Antrag auf Reform gestellt, aber sobald man an die Beratung der Mittel und Wege dazu kam, gingen die Meinungen nach allen Seiten auseinander. Oesterreich widersprach dem preußischen Plan der Zweiteilung des Oberbefehls, weil sich Bayern einer Unterstellung unter österreichischen Oberbefehl widersetzen würde. In diese Beratungen drang nun die Erregung Deutschlands über die wiedererwachte hessische Verfassungsfrage. Während Preußen auf Korrektur der Bundesexekution und ihrer reaktionären Folgen vom Jahre 1852 drang, also ein Zurückgehen auf die Verfassung von 1831 beantragte, sah sich Bayern mit dem Bundesrate dazu verurteilt, das elende Machwerk jener Reaktionszeit zu verteidigen. In allen schwebenden Fragen wuchs der Zwiespalt, statt sich zu mindern. Und dazu sah Deutschland ängstlich nach Westen. In Italien schritt die Entwicklung zur Einheit ihren revolutionären Weg ungestört fort. Napoleon ließ das geschehen und bezahlte sich dafür mit Nizza und Savoyen. Nachdem hier die „natürlichen Grenzen" hergestellt waren, warf Frankreich die Blicke nach Osten. Das linke Rheinufer! Preußen konnte dabei große Dienste leisten. Napoleon ließ den Vorschlag einer persönlichen Zusammenkunft nach Berlin gelangen. Der Prinzregent setzte die Grundbedingung fest, daß die Grundlage aller Verhandlungen die Unverletzlichkeit des deutschen Gebiets sein müsse. Bereits hatte auch König Max seinen Besuch in Baden-Baden während des üblichen Sommeraufenthaltes des Prinzen angemeldet; auch der König von Württemberg wollte kommen, und so lud der Regent dorthin auch den

französischen Kaiser ein und machte die bevorstehende Zusammenkunft durch Zirkular den deutschen Höfen bekannt. Dies bewirkte aller Orten ein nervöses Unbehagen, erzählt Sybel, bei dem König von Hannover aber, dem schon der Besuch des Königs Max in Baden mit Sorge und Verdruß erfüllte, die tiefste Gemütsbewegung. Längst war ihm der Prinzregent mit seinen liberalen Ministern und Bundesreformen verdächtig; das napoleonische Kaisertum aber betrachtete er vollends als die Fleischwerdung des teuflischen Geistes. Er reiste nach Berlin, den Prinzregenten von einer derartigen Verbindung zurückzuhalten. Derselbe dürfe nur nach Baden-Baden gehen, wenn er den Kaiser von Oesterreich und alle deutschen Fürsten zu einer Zusammenkunft einlade. Der Regent lud zunächst den König von Hannover selbst ein und schrieb zu gleichem Zweck an den König von Sachsen. „Ich konnte niemand einladen," sagte er nachher, „und niemand ausschließen, aber ich wollte nicht, daß es aussehe, als dächte ich etwas hinter dem Rücken Deutschlands zu thun."

Am 14. Juni kam der Regent in Baden an, wo König Max schon eingetroffen war. Ebenso erschienen die drei andern Könige (Württemberg, Sachsen, Hannover) und eine Anzahl kleinerer Fürsten. Sofort betonte der Regent, keine Gebietsveränderungen auf Kosten Deutschlands oder deutscher Staaten zulassen zu wollen, und so empfing er den Kaiser Napoleon am 15. Juni an der Spitze einer Schar gekrönter Häupter, denen der französische Kaiser in den folgenden Tagen seine persönliche Friedensliebe beteuerte. Am 17. Juni reiste Napoleon wieder ab, ohne eigentlich etwas erreicht zu haben. Aber neben diesen Besprechungen der äußeren Angelegenheiten Deutschlands kam es zu solchen über die inneren Streitfragen. Die großdeutsch gesinnten Fürsten, die vier Könige, Darmstadt und Nassau berieten die hessische Verfassungsfrage, kamen aber zu keinem Beschluß, dann wandte man sich zu der von Preußen begehrten Reform der Bundeskriegsverfassung. Alle Stimmen waren einig für Ablehnung des preußischen Antrags, aber was man thun sollte, darüber waren die Meinungen verschieden. Endlich begnügte man sich mit dem Auftrage für König Max, mit dem Prinzregenten namens der deutschen Fürsten sowohl hierüber, als über die Unterdrückung des Nationalvereins mit möglichstem Nachdruck zu unterhandeln.

Am 19. Juni fand diese Verhandlung zwischen den beiden Fürsten statt. Zuerst vertrat König Max die Dreiteilung des Bundesheeres; der preußische Plan, daß im Kriegsfalle die norddeutschen Bundestruppen unter den Oberbefehl Preußens, die süddeutschen unter denjenigen Oesterreichs treten sollten, sei für die deutschen Souveräne nicht annehmbar, da er ihnen die Verfügung über ihre Truppen nähme. Preußen möge also seinen Plan zurückziehen. Daran sei nicht zu denken, erwiederte der Prinz entschieden, beide Pläne kämen vor den Bund zur Entschließung. Die Einheit sei an sich das Beste, jedoch ergebe sich bei der Größe der Heere und der Entfernung der Kriegstheater die Zweiteilung von selbst. Bei der Dreiteilung aber proklamiere man die Anarchie; die Einsprüche und Verwahrungen der im Hauptquartiere anwesenden fürstlichen Kommissare würden alle Bewegungen des Bundesheeres lähmen. Wie richtig der Prinzregent sah, hat Oesterreich und Bayern im Jahre 1866 erfahren müssen. Die Zweiteilung aber, meinte König Max, wäre die Teilung Deutschlands nach der Mainlinie. Sie wäre, erwiderte der Prinz, eine momentane Maßregel für die Dauer des Krieges. Ebenso geringen Erfolg hatte der König mit dem Begehren, dem Nationalverein energisch entgegenzutreten. Der Prinzregent verweigerte jede Verfolgung, so lange keine strafbaren Handlungen vorlägen. Und nun setzte König Max den Hebel ein, eine Annäherung Preußens an Oesterreich zustande zu bringen. Der Prinzregent erklärte sich bereit dazu unter der einfachen Bedingung, daß Oesterreich endlich aufhöre, Preußen als Emporkömmling zu betrachten und es aufrichtig als gleichberechtigte Großmacht anerkenne. „Oesterreich hat die Lösung der Frage in der Hand; sobald es aufhört, Preußen schaden zu wollen, wird der Ausgleich leicht erreichbar sein." König Max meinte darauf, Preußens Haltung während des letzten Krieges habe ihm sehr geschadet; man habe geglaubt, Preußen zögere absichtlich, um Oesterreich in das Unglück geraten zu lassen. Der Prinz fragte: „Wann wurde damals deine Armee marschfertig?" „Im Juli," antwortete der König, „gerade als deine Aufforderung ankam." „Nun ganz

dasselbe hat mir auch Prinz Friedrich von Württemberg gesagt; wie wäre es geworden, wenn ich schon im April hätte marschieren wollen? Nein, wir haben gezögert, um nicht das französische Hauptheer von Anfang an auf deutschen Boden zu ziehen. Oesterreich aber hat zu Villafranca lieber auf eine Provinz verzichtet, als daß es uns einen Siegesruhm gegen Frankreich gegönnt hätte."

König Max betrieb nun bei der Wiener Hofburg das Werk der Versöhnung mit allem Eifer. Am 26. Juli fand die Zusammenkunft des Prinzregenten mit dem Kaiser Franz Josef in Teplitz statt. Der erstere machte seine Vorschläge: Preußen würde bereit sein zu gemeinschaftlicher Abwehr gemeinschaftlicher Gefahr, also zur Abwehr eines französischen Angriffs auf die Besitzungen beider Staaten, es wäre denn, daß der Krieg von Oesterreich provoziert würde; worauf Franz Josef sofort erklärte, nie einen Krieg provozieren zu wollen, und falls er sich zu einem Angriff gezwungen glaube, ihn nur nach Verständigung mit Preußen zu unternehmen. Ferner sei, proponierte der Prinz, gemeinsamer Widerstand gegen etwaige französische Annexionsgelüste auf die Schweiz, Belgien und Holland zu leisten. Einen Angriff Sardiniens werde Deutschland als Kriegsfall betrachten, wenn deutsches Gebiet dabei verletzt werde. Nun kamen die gewünschten Gegenleistungen Oesterreichs, und die Harmonie verschwand. Den Wechsel im Vorsitz des Bundestags lehnte der Kaiser ab, ein altes Ehrenrecht seines Hauses sei für ihn unantastbar. Fortschritte in der ständischen Gesetzgebung Oesterreichs, sowie Gleichberechtigung der Konfessionen erklärte er für innere Angelegenheiten, über die er keinen schriftlichen Vertrag eingehen könne, sprach jedoch mündlich die Absicht aus, auf dieser Bahn vorwärts zu schreiten. In der Frage über die in Frankfurt schwebende Verhandlung der Bundeskriegsverfassung erhielt Preußen keine bindende Erklärung, noch weniger über die schleswig-holsteinische Sache.

So hatten alle diese Verhandlungen die deutsche Angelegenheit kaum einen Schritt vorwärts gebracht. Die wirkliche oder vermeintliche Souveränetät der Fürsten hatte sich überall als das große Hindernis erwiesen, vor welchem die Entwicklung sich staute. Noch konnte man den Gedanken nicht fassen, daß eine freiwillige Beschränkung der Souveränetät, wenn auch von Preußen gefordert, doch nicht zu Gunsten Preußens, sondern zu Gunsten des deutschen Volkes ausschlagen müsse, und deshalb notwendig sei.

König Max hielt trotz der Ablehnung durch Preußen an seiner geliebten Triasidee fest, denn einheitliche Leitung schien weder ihm, noch der Mehrheit der Kammern in Bayern annehmbar. So wandte er sich von den preußischen Reformplänen ab, in der Meinung, eine uneigennützigere Freundschaft bei Oesterreich zu finden, dessen Reformideen nicht über die Schranken eines Staatenbundes hinausreichten. Als im August 1860 die Eröffnung der München-Wiener Eisenbahn erfolgte, wurde ein wahres Verbrüderungsfest zwischen Oesterreich und Bayern begangen. Die Tonart der nächsten Zukunft war damit angeschlagen.

Im Innern schritt die Entwicklung Bayerns rege fort. Das im Frühjahr 1859 gebildete Ministerium zeigte sich eifrig bemüht, die noch fehlenden und seit langer Zeit beratenen und den Forderungen der Zeit gemäß verbesserten Gesetzbücher vor die am 3. Januar 1861 eröffneten Kammern zu bringen. Der Ausspruch des Königs: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke" — begann zur Wahrheit zu werden, und die drei Gesetzentwürfe des Strafgesetzbuches, des Polizeistrafgesetzbuches und des Einführungsgesetzes für das ganze Königreich wurden von der Kammer der Abgeordneten am 10. September und von der Kammer der Reichsräte beinahe mit Stimmeneinhelligkeit angenommen und vom Könige genehmigt, dazu kam das neue Gerichtsverfassungsgesetz vom 10. November, durch welches die im Grundlagegesetz vom 4. Juni 1848 aufgestellten Grundsätze ihre endliche praktische Lösung erlangten. Polizeiübertretungen wurden durch die neueste Gesetzgebung vor die Gerichte verwiesen und der Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden entzogen, wodurch die oft bis ans Grenzenlose streifende Willkür glücklich beseitigt wurde. Dann wurde das Notariat durch Gesetz vom gleichen Datum geschaffen. Die Notare waren nach demselben öffentliche vom Könige ernannte Beamte, und ihren Wirkungskreis bildeten die Geschäfte der nichtstreitigen Rechtspflege. Die

Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung wurde nun thatsächlich zur Wirklichkeit, und ebenso machte die neue Gesetzgebung den Vexationen und Willkürlichkeiten der Presse durch die Polizei ein Ende. Mit gerechter Befriedigung konnte der König auf die erfolgreiche Arbeit des Landtags im Landtagsabschied vom 20. November zurückblicken, zumal er die Freude hatte, gleichzeitig ein anderes Streben zum glücklichen Ziele geführt zu sehen: das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch, welches mit der schon im Jahre 1850 zustande gekommenen allgemeinen deutschen Wechselordnung von unberechenbaren Vorteilen für die Entwicklung des Handels sein mußte. Am 21. Februar 1856 hatte der bayerische Gesandte am Bundestag auf Anregung Maximilians neben anderen Anträgen auf Förderung wichtiger Angelegenheiten durch den Bund auch den Antrag auf Ausarbeitung und Einführung eines für alle Bundesstaaten gemeinsamen Handelsgesetzbuches gestellt. Die deutschen Regierungen hatten den Antrag genehmigt. Eine Kommission trat in Nürnberg zusammen und beendigte nach drei Jahren ihre erfolgreiche Arbeit. Die Bundesversammlung billigte den Entwurf und lud die Regierungen ein, demselben Gesetzeskraft zu verleihen, Preußen that dies schon im Frühjahr 1861, Bayern folgte am 10. November 1861. Wieder war ein Glied zur Einigung Deutschlands geschaffen.

Um so mehr mußte man bedauern, daß die Bestrebungen der beiden deutschen Großmächte einen immer feindseligeren Charakter annahmen. Oesterreich hielt an seiner Auffassung fest, nimmermehr auf seine historische Stellung als erste deutsche Macht verzichten zu können und lehnte demzufolge einen Vermittlungsvorschlag des sächsischen Ministers Beust zur Bundesreform ab, ebenso aber einen anderen des badischen Ministers Roggenbach, welcher als Grundlinien eine starke deutsche Centralgewalt unter preußischer Führung, ein aus Volkswahlen hervorgegangenes Parlament und ein Bündnis dieser Union mit Oesterreich festhielt. Neben einem großen Nationalstaat habe Oesterreich keine Zukunft; schnell genug würde dieser die deutschen Oesterreicher in seine Kreise hereinreißen, meinte man nicht ohne Berechtigung in Wien, übersah aber dabei, daß mit dem gegenwärtigen Zustand, bei dem Oesterreich zu beharren gedachte, die Zukunft Deutschlands erst recht in Frage gestellt war, und alle jungen Lebenskräfte mit Entschiedenheit aus demselben herausdrängen mußten. Bei dem fortgesetzten Widerstande Oesterreichs mußte es endlich dahin kommen, was im Jahre 1848 vermieden worden war: die Vereinigung Preußens mit allen Elementen des Fortschritts in Deutschland. Und wenn nun auch Preußen eben damals in die Konfliktszeit eintrat, den Konflikt der Regierung mit der Kammer um die Heeresreform, stellte diese doch eben damals ebenso entschieden die Forderung auf, daß die Regierung für die Berufung eines deutschen Parlaments und die Schöpfung einer preußisch-deutschen Centralgewalt ohne Zögern und energisch einzutreten habe. Vollkommen unabhängig von dem inneren Konflikt Preußens entwickelte sich das gegnerische Verhältnis der beiden Großmächte weiter; es trat dies offen zu Tage bei der Verhandlung Preußens über einen Handelsvertrag mit Frankreich, dann noch mehr bei der Berufung des Frankfurter Fürstentages durch Kaiser Franz Josef.

Am 28. Februar 1863 wurde der Landtag in Bayern aufgelöst und auf den 21. März eine Neuwahl angeordnet. Es schien dies nötig, weil begründeter Zweifel obwaltete, ob der Gesetzgebungsausschuß bis zum 14. Dezember 1864, wo die sechsjährige Wahlperiode ablief, die Gesetzgebungsarbeiten vollenden könnte. Am 23. Juni eröffnete der König den Landtag und in seiner Rede betonte er, daß seine mit anderen Regierungen eingeleiteten Versuche einer Bundesreform gescheitert seien, daß er ebenso dem von der preußischen Regierung im Namen des Zollvereins mit Frankreich abgeschlossenen Handelsvertrag in seiner dermaligen Fassung nicht beigetreten sei.

Ueber diesen Vertrag teilte Schrenk am 3. Juli der Kammer Näheres mit. Im Juli 1860 sei die erste Mitteilung von Preußen erfolgt, daß Frankreich einen Handelsvertrag mit Deutschland einzugehen wünsche; darauf habe Bayern Ermächtigung zur Einleitung der Verhandlungen gegeben. Im April 1861 seien die Forderungen Frankreichs mitgeteilt worden, worauf man das äußerste Maß der Zugeständnisse bezeichnet und zugleich die Ueberzeugung ausgesprochen habe, daß eine Verständigung mit Oester-

reich notwendig sei, bevor man sich an Frankreich binde. Darauf sei von Preußen erwidert worden, ohne Scheitern der Verhandlungen befürchten zu müssen, ließe sich dies zulässige Maß nicht aufrecht erhalten, da Frankreich größere Zugeständnisse verlange. Anfangs April 1862 sei dann plötzlich der fertige Vertrag mit Tarif übermittelt worden, mit dem Bemerken, daß die von Bayern vorgeschlagenen Tarifsätze nicht berücksichtigt werden konnten. Auf die kategorische Alternative: „Entweder Ablehnen oder Annehmen," habe die Regierung den Handelsvertrag einfach abgelehnt.

Die Handelsvereinsfrage hatte indeß noch eine andere Seite, welche der Minister nur schüchtern andeutete. Der preußisch-deutsche Zollverein hatte eine größere Bedeutung gewonnen als internationale Handelsmacht. Da waren Handelsverträge mit Mexiko, Montevideo, Uruguay, Persien, Argentinien, Paraguay, Chile, mit der Türkei, China und Siam abgeschlossen worden. Dazu kamen in Europa und im Inland Verträge mit Bremen, Neapel, den Jonischen Inseln und Sardinien. Zu Beginn der sechziger Jahre aber nahm er neben dem ökonomischen einen politischen Charakter an, und eine zweite Krisis bereitete sich damit vor. Im Westen Europas war durch den englisch-französischen Handelsvertrag vom Januar 1860 ein geschlossenes Handelsgebiet geschaffen worden, dem sich fast alle großen Industriestaaten des Erdteils angeschlossen hatten. Von England war sein Schutzzoll, von Frankreich sein Prohibitivsystem aufgegeben worden. Belgien, Italien und die Schweiz lenkten alsbald in die neue Strömung der europäischen Handelspolitik ein, und auch Deutschland mußte Stellung dazu nehmen. Preußen nahm nun das Anerbieten Frankreichs auf und benutzte die gebotene Gelegenheit mit dem ihm längst lästig gewordenen Schutzzollsystem zu brechen und sich in das Fahrwasser des Freihandels zu begeben. Ein Einwand war gegen den Gang der Verhandlungen von keiner Seite erhoben worden, auch von Bayern nicht. Erst als die Aufforderung zur Ratifikation des Vertrags erging, trat in Bayern, Württemberg und Hessen-Darmstadt eine entschiedene Opposition hervor. Es wurde gegen den Vertrag eingewendet, er mache zu weitgehende Zugeständnisse an Frankreich und beraube die Industrie des Zollvereins ihres Schutzes. Auch erschwere er die Zolleinigung mit Oesterreich. Preußen habe in seinen Verhandlungen mit Frankreich wieder einmal so recht seine eigenmächtige Handlungsweise hervorgekehrt. Diese Einwände aber fielen, wenn man in Erwägung zog, daß Oesterreich im Juli 1862 mit einem neuen Zolleinigungsprojekt hervorgetreten war, welches zunächst nur den Zweck verfolgte, den Zollverein zu sprengen, den deutsch-französischen Handelsvertrag zu vereiteln, die kleineren, mit Preußen unzufriedenen Staaten zur Lösung des Vertragsverhältnisses zu reizen und so die Weiterentwicklung des bisherigen Bundes zu verhindern, welcher den stärksten Hebel des preußischen Einflusses in Deutschland abgegeben hatte. Schon am 7. Mai 1862 protestirte daher das Wiener Kabinet gegen den neuen Handelsvertrag, und die meisten Mittelstaaten unterstützten den Kaiserstaat bei diesem Vorgehen und drängten ihn zu Schritten, welche seinen Anschluß an den Zollverein anbahnen sollten. So rückte denn Graf Rechberg im Juli 1862 mit einem Präliminarvertrag heraus, der einen „deutsch-österreichischen Zollbund" schaffen und so den Vertrag von 1853 erfüllen sollte. In Wahrheit aber lag ihm die Absicht zu Grunde, auf Umwegen für Oesterreich eine kommerzielle Machtstellung in Deutschland zu erringen, auf welche der Kaiserstaat vom ökonomischen Standpunkte aus nicht Anspruch erheben konnte, sondern nur vom politischen. Preußen wies die Zumutung zurück und setzte seine Verhandlungen mit Frankreich fort. Mit den dissentierenden süddeutschen Staaten fand zunächst ein lebhafter Notenwechsel statt, wobei Preußen beharrlich auf der Anerkennung des französischen Vertrags bestand und von ihr die Fortsetzung des Zollvereins überhaupt abhängig machte. Verschärft wurde der Konflikt noch, als Preußen, offenbar in der Absicht, sich für den etwaigen Verlust des Zollvereins einen Ersatz zu schaffen, am 28. März 1863 mit Belgien einen Handels- und Schifffahrtsvertrag abschloß. Dem König Maximilian ging die Sache sehr nahe. Er erblickte in der Auflösung des Zollvereins ein Unglück, hoffte aber immer noch, daß die Mittelstaaten durch entschiedenes Auftreten Preußen zu einer Aenderung seiner Bundes- und Handelspolitik bestimmen würden. Dies wurde auch im

März 1863 bei einer in München tagenden Generalkonferenz sämtlicher Vereinsstaaten damit versucht, daß Bayern den Vermittlungsantrag stellte, der unter Uebergehung des französischen Vertrags das österreichische Zolleinigungsprojekt auf die Tagesordnung brachte. Preußen wies den Antrag mit der Erklärung zurück, daß es nicht unterlassen werde, das Verhältnis des Zollvereins zu Oesterreich zu regeln, und die diesbezüglichen Beziehungen über das Jahr 1865 — dem Ablaufjahre des Zollvereins — hinaus in einer den beiderseitigen Interessen entsprechenden Weise zu gestalten. In der Folge aber steuerte Bayern auf die Schaffung eines Sonderbundes los, seine Pläne fanden jedoch keinen Beifall. Des Wartens und Verhandelns müde, kündigte Preußen Ende 1863 die Zollvereinsverträge allen denjenigen Staaten, welche die Ratifikation des französischen Handelsvertrages nicht bis zum 1. Oktober 1864 vollzogen haben würden.

Mittlerweile aber hatte sich in dem Verhältnisse Oesterreichs zu Preußen eine weitere Entwicklung zum Schlechteren vollzogen. Am 24. September 1862 hatte der nunmehrige König Wilhelm den Gesandten in Paris Otto von Bismarck-Schönhausen zum Ministerpräsidenten erhoben. Er hatte nicht gezögert, dem österreichischen Gesandten Grafen Karolyi gegenüber seine Ansichten mit rückhaltsloser Offenheit klarzulegen. „Unsere Beziehungen zu Oesterreich — sagte er — müssen besser oder schlechter werden; wir wünschen von Herzen das erstere, müssen uns aber bei Oesterreichs Verhalten auf das letztere vorbereiten.“ Er erwähnte Oesterreichs feindselige Thätigkeit in den Preußen benachbarten Staaten, welche in Berlin jede Sympathie für Oesterreich vernichten müsse. Er bat den Gesandten dringend, den gefährlichen Irrtum, daß bei einem französischen Angriffe beide Mächte unfehlbar verbunden bleiben würden, in Wien nach Kräften entgegen zu treten; nur von Oesterreichs deutscher Politik werde es abhängen, ob die alte Intimität sich wieder herstellen lasse; wenn nicht, so würde ein Bündnis Preußens mit einem Gegner Oesterreichs so wenig ausgeschlossen sein, als im entgegengesetzten Falle eine feste und treue Verbindung gegen gemeinschaftliche Feinde. Oesterreich habe die Wahl, seine gegenwärtige antipreußische Politik mit den Stützen einer mittelstaatlichen Koalition fortzusetzen, oder eine ehrliche Verbindung mit Preußen zu suchen. Zu letzterer zu gelangen sei Preußens sehnlichster Wunsch, sie könne aber nur durch das Aufgeben des uns feindseligen Treibens an den deutschen Höfen gewonnen werden. Karolyi hielt daran fest, daß Oesterreich unmöglich seinen traditionellen Einfluß auf die deutschen Höfe aufgeben könne; das würde seine Herausdrängung aus Deutschland bedeuten. „Nun, so verlegt,“ erwiderte Bismarck, „euren Schwerpunkt nach Ofen.“ — Das war deutlich gesprochen. Oesterreich sollte also gewissermaßen auf den Altenteil gesetzt werden, und zu dieser Expropriierung forderte Bismarck Oesterreichs Zustimmung. Daß diese Thatsache zugleich alle älteren Mächte Deutschlands treffen würde, sah Bismarck sehr wohl. Die Sympathien der Welfen, Wettiner und Wittelsbacher, der altfürstlichen deutschen Geschlechter mußten unfehlbar den Habsburgern zufallen, und Preußen mußte mit dieser Thatsache rechnen. In Wien aber rechnete man ebenso damit, und noch mehr, man rechnete mit der Apathie des deutschen Volkes gegen den in Berlin aufsteigenden Gewaltmenschen, man rechnete mit der innerlichen Zerklüftung des preußischen Volkes, da eben der Konflikt der Regierung mit der Volksvertretung zum Höhepunkt strebte. Also nicht die wenigen freundlichen Tendenzen, sondern die Masse der feindlichen Tendenzen gegen Preußen behaupteten das Uebergewicht, und zu der ruhigen Erwägung des seit mehr als einem Jahrhundert andauernden Verfalles der habsburgischen Macht gelangte man nicht. Nicht in dieser eigenen natürlichen Kraftminderung erblickte man die Ursache des Verfalles, sondern in der jugendlichen Kraftmehrung Preußens, und diese falsche Anschauung führte Oesterreich aus einer berechtigten konservativen Stimmung zu einer unberechtigten reaktionären.

Ganz entgegen seiner bisherigen Politik nahm Oesterreich nun den einst bei Preußen so scharf verdammten Plan eines Bundes im Bunde auf. Am 2. April 1863 empfing König Wilhelm in Gastein den Besuch des Kaisers von Oesterreich. Franz Josef teilte ihm mit, daß er die Absicht habe, auf den 16. August alle deutschen Fürsten nach Frankfurt zu laden, zu persönlicher Beratung und Entscheidung über eine neue deutsche Bundesverfassung. Einen ausgearbeiteten Verfassungsentwurf legte der Kaiser nicht vor, son-

dern skizzierte nur mündlich die Hauptpunkte: Bundesdirektorium aus fünf Mitgliedern, ein Bundesparlament, aus Delegierten der deutschen Kammern bestehend, mit lediglich beratender, nicht beschließender Stimme. Er übergab dann dem Könige eine Denkschrift zur näheren Begründung seiner Absichten. Die Notwendigkeit einer Bundesreform wurde darin in krassen Farben dargethan, aber ebenso, daß bei Preußens Widerspruch die Absicht bestehe, einen Bund im Bunde zu gründen. Der König erwiderte durchaus freundlich, aber ohne sich zu etwas zu verbinden. In einem Resumé der mündlich gemachten Bemerkungen aber legte er noch am gleichen Tage seine Ansichten nieder: zunächst kein Fürstenkongreß, sondern Ministerkonferenzen, nicht nur beratende, sondern auch beschließende Stimme für das Bundesparlament, und dieses nicht aus Delegierten der Kammern, sondern aus direkter Volkswahl hervorgehend. Schließlich machte der König darauf aufmerksam, daß man einen solchen Kongreß nicht einem Scheitern aussetzen dürfe, da der Revolution kein größerer Dienst erwiesen werden könne. Franz Josef aber schritt weiter. Noch am Abend des 3. August brachte ein kaiserlicher Adjutant die amtliche vom 31. Juli datierte Einladung nach Frankfurt. König Wilhelm ließ das Resumé am 4. August mit einem Schreiben an den Kaiser abgehen, in welchem er die Einladung ablehnte. Der Kaiser ging vorwärts. In Wien wurden trotz der Ablehnung Preußens die Einladungsschreiben versandt. Von Berlin aber wurde in zwei ministeriellen Depeschen das Erstaunen darüber ausgesprochen, daß nach der österreichischen Denkschrift die bisherige Bundesverfassung schon zu existieren aufgehört habe, dann aber wurde es als der Würde des Königs nicht entsprechend bezeichnet, an einer Versammlung teilzunehmen, deren unendlich wichtiger Zweck mit ihm nicht vorher beraten worden sei. Zugleich betonte Preußen vor allem, daß es eine Ausdehnung der Bundesgewalt nur dann genehmigen könne, wenn ihre Beschlüsse an die Zustimmung eines aus Volkswahlen hervorgegangenen Parlaments gebunden würden.

In Wien gab man der Reformakte ihre schließliche Fassung, teilte unter anderem die dritte Stimme Bayern zu und räumte den Kammerdelegationen eine beschließende Stimme ein. Nach diesen Vorbereitungen trafen die Fürsten am 16. August in Frankfurt ein. Wie kein zweiter wurde da vor allen Maximilian gefeiert. Sein edler gerader Charakter, seine volkstümliche Haltung hatten ihm Freunde im weiten Deutschland erworben und unter den Fürsten ehrte ihn, wie keinen, allseitiges Vertrauen. Die vier Könige traten entschlossen an die Seite des Kaisers, und König Max erwiderte in der ersten Sitzung am 17. August auf die Anrede des Kaisers mit freudiger Zustimmung. Hatte man doch wie einst bei den Dresdener Konferenzen die Parole ausgegeben, die Versammlung dürfe die Stadt nicht verlassen, ohne daß etwas erreicht sei. Dem Könige von Preußen überbrachte der König Johann von Sachsen persönlich die Einladung der Versammlung zur Teilnahme nach Baden. Allein Bismarck widerstrebte der Teilnahme Preußens durchaus, und so blieb die Reise Johanns erfolglos. Allein siegessicher setzte die Fürstenversammlung ihre Beratungen fort.

Mit ihr tagte zugleich in Frankfurt eine Versammlung von 300 Mitgliedern aller deutschen Kammern außer Oesterreich. Schon am 22. August kam dieselbe zu einem Beschluß, welcher die volle Zurückweisung des kaiserlichen Beschlusses enthielt: Parlament aus Volkswahlen, Gleichberechtigung der beiden Großmächte im Bunde, Beschließung der künftigen Verfassung durch die Regierungen und das Parlament.

Ebenso aber beschloß der Fürstentag selbst in seiner letzten Sitzung am 1. September das Festhalten am Bunde und den Ausschluß eines engeren Bundes im Bunde, auf welchen die österreichischen Wünsche gerichtet waren. Der angenommene Verfassungsentwurf wurde dann nach Berlin gesendet, von wo am 15. September die Antwort kam, daß Preußen zu weiteren Verhandlungen über eine Bundesreform durch Ministerkonferenzen bereit sei, wenn vorher ein Einverständnis über drei entscheidende und unerläßliche Grundsätze erzielt worden: 1) das Recht des Veto für Preußen und Oesterreich gegen die Erklärung eines Bundeskriegs, da Preußen als europäische Großmacht seine auswärtige Politik nicht unbedingt in den Dienst des Bundes stellen könne; 2) volle Gleichstellung mit Oesterreich im Bunde, also Wechsel im Präsidium der obersten Bundes-

behörden; 3) könne Preußen in eine Erweiterung der Bundeszwecke und damit in eine Beschränkung seiner Unabhängigkeit nur dann willigen, wenn ihm eine Garantie geboten würde, daß dieses Opfer den Gesamtinteressen der deutschen Nation und nicht anderen Partikularinteressen zugute komme: eine solche Garantie erkenne aber Preußen nur in einem aus direkten Volkswahlen hervorgegangenen deutschen Parlament, da die vorgeschlagene Delegiertenversammlung gerade im Gegenteil eine Vertretung des Sondertums darstellen würde. Bei anderer Gelegenheit erläuterte Bismarck seine Anschauung noch weiter, indem er sagte: „was das deutsche Parlament betrifft, so beruht unser Standpunkt nicht auf einer politischen Theorie, sondern auf materiellen preußischen Interessen, welche mit denjenigen der Mehrheit der deutschen Nation identisch sind. Nicht die deutschen Regierungen, sondern das deutsche Volk im überwiegenden Teile hat mit uns gleiches Interesse. Preußen braucht ein Gegengewicht gegen die dynastische Politik der Regierungen, und kann dasselbe nur in der Nationalvertretung finden.“ Damit hatte Preußen den Weg für die Zukunft gefunden, während Oesterreich seine Bahn auf allen Seiten verlegt sah. Als Rechberg die preußischen Forderungen zurückweisen und den engeren Bund im Bunde offen betreiben wollte, stieß er auf dasselbe Widerstreben der Mittelstaaten, dem einst Preußen begegnet war. Schon in Frankfurt hatte der bayerische Minister von Schrenk die Aeußerung gethan: wir wollen keinen Bund ohne Oesterreich, aber auch keinen Bund ohne Preußen. Bei dieser Anschauung blieb er auch jetzt, und so war man auseinander gegangen, ohne daß etwas erreicht worden war. Die deutschen Regierungen hatten dargethan, daß sie unfähig seien, dem deutschen Volke eine passende Lebensform allein zu geben, das Volk mußte selbst mithelfen, eine solche zu finden, und die rückhaltslose Anerkennung dieser Thatsache durch Preußen verschaffte diesem den gewaltigsten Vorsprung auf der Bahn in die Zukunft.

König Max war mit den besten Hoffnungen von Frankfurt nach München zurückgekehrt und die Bevölkerung der Hauptstadt hatte ihm einen begeisterten Empfang bereitet. Im Oktober reiste er auf Anraten der Aerzte zur Stärkung seiner Gesundheit nach Rom, aber es war ihm nicht beschieden, im friedlichen Asyl der Villa Malta zu genesen.

So lange die Deutschen unter sich blieben, konnte die Gutmütigkeit dem „historischen Rechte“ ihre Feste feiern, sobald aber das Ausland an Deutschland herantrat, galt nur mehr die Macht, da galt es eine energische Berücksichtigung der Forderungen der Gegenwart und des Zeitgeistes. Und das Ausland kam — das historische Recht flog in die Luft. Die dänische Frage bestand darin, ob Deutschland oder Dänemark in den Herzogtümern Schleswig-Holstein herrschen sollte? Entschied man sich für Deutschland, so konnte die Antwort nur wieder sein, daß die lebendigen Mächte, nicht aber der tote deutsche Bund diese Rechte auszuüben habe. Damit fiel das historische Recht des Augustenburgers von selbst, damit fielen auch jene Bestrebungen, welche sich, auf historischen Theorien, nicht aber auf realen Lebensfaktoren beruhend, romantisch für die Rechte des Augustenburgers engagierten.

Friedrich VII von Dänemark hatte, dem Drängen des dänischen Volkes nachgebend, die Hand dazu geboten, das Band zu zerschneiden, welches die Herzogtümer verfassungsmäßig vereinte und die Verträge zu vernichten, welche die Rechte der Herzogtümer verbürgt hatten. Noch ehe er zur Ausführung schreiten konnte, ereilte den König ein plötzlicher Tod. Der durch den Londoner Vertrag zum Nachfolger bestimmte Prinz Christian von Holstein-Glücksburg bestieg den dänischen Thron (15. November 1863) und vollzog, von den Kopenhagenern gedrängt, das neue Verfassungsgesetz. Zugleich aber nahm der Erbprinz Friedrich von Augustenburg durch eine Proklamation vom 16. November Besitz von der Regierung der vereinigten Herzogtümer Schleswig-Holstein und schickte sich an, sein Recht mit allen Mitteln gegen Dänemark geltend zu machen. Für ihn aber begeisterte sich das deutsche Volk in dem Gefühle, daß durch ihn dem deutschen Leben in den Herzogtümern eine neue Vertretung geschaffen werden könne. In den Kammern, in Vereinen und Volksversammlungen schlug die nationale Begeisterung in lohenden Flammen empor. „Schleswig-Holstein meerumschlungen“ wurde die Nationalhymne des

damaligen Deutschlands. Aller Augen richteten sich nach Frankfurt. Der Bund sollte die Vertretung des deutschen Gesamtwillens in die Hand nehmen. Die Meinungen waren geteilt. Mehrere Regierungen erkannten die Rechte des Augustenburgers an, unter ihnen auch Bayern. Bayern konnte das, es hatte seiner Zeit gegen den Londoner Traktat gestimmt und denselben niemals anerkannt. Der Bund konnte es ebenso, denn niemals war ihm, wie von der Pfordten betonte, der Traktat zu Gesicht gekommen. Aber die beiden Großmächte konnten es nicht, denn sie hatten dem Traktate zugestimmt, welcher die Erbfolge des Augustenburgers in den Herzogtümern ausschloß. So sah sich Bismarck genötigt, der ganzen öffentlichen Meinung Deutschlands, welche Lostrennung der Herzogtümer verlangte, einen Schlag ins Gesicht zu geben, denn was er wollte, durfte er nicht sagen. Er fand für Preußen keinen Vorteil dabei, „einen Krieg zu führen, um im günstigsten Falle einen neuen Großherzog einzusetzen, der aus Furcht vor preußischen Annexionsgelüsten im Bunde gegen uns stimmt, und dessen Regierung ein bereitwilliges Objekt österreichischer Umtriebe sein würde, ungeachtet aller Dankbarkeit, die er Preußen für seine Erhebung schulden möchte.“ Ihm gelang es, Oesterreich bei seiner Anschauung festzuhalten, daß man nicht die Thronfolgefrage, sondern die Verletzung der Verträge durch Dänemark zum Ausgangspunkt nehmen, also einstweilen an der Erbfolge des Dänenkönigs in den Herzogtümern festhalten müsse. Das widersprach nun vollends dem Wunsche des deutschen Volkes, und nicht nur im übrigen Deutschland, sondern in der preußischen Kammer selbst kam es zu den erregtesten Stürmen gegen die Auffassung der beiden Großmächte. Wie dann, wenn Dänemark sich der Drohung der Exekution gefügt und sein neues Verfassungsgesetz zurückgenommen hätte? Die Herzogtümer wären bei Dänemark geblieben und Deutschlands Wunsch blieb unerfüllt.

Der Münchener Stadtrat erließ an den in Italien weilenden König die Bitte, zurückzukehren, und der König folgte sofort. Inzwischen hatte der Bund, der Haltung der beiden Großmächte Rechnung tragend, am 28. November die Ansprüche beider Prätendenten abgewiesen, am 7. Dezember den Antrag der beiden Großmächte angenommen: Exekution gegen den König-Herzog Christian IX von Holstein, um ihn zur Ausführung der Bundesbeschlüsse von 1860 und 1863, zu einer guten Einordnung der Herzogtümer in den dänischen Gesamtstaat zu nötigen: dies bildete freilich einen scharfen Kontrast zu dem populären Rufe: los von Dänemark. Ein Sturm der Entrüstung brach los. Ueberall begannen sich jetzt die zahllosen Lokalvereine für Schleswig-Holstein in festere Verbände und Landesvereine zu organisieren; die Führer der beiden großen Parteien, des Nationalvereins und des Reformvereins schrieben eine große Versammlung zum 31. Dezember nach Frankfurt aus, und jetzt wuchs noch einmal an Bayern eine allgemein deutsche Aufgabe heran, die Probe auf seine „europäische Großmachtstellung“, von der von der Pfordten so tief durchdrungen war, sollte gemacht werden. Eine zahlreiche Volksversammlung in Augsburg forderte den König Max auf, sich an die Spitze des deutschen Volkes zu stellen, das treffliche bayerische Heer nach Holstein zu führen und als Retter der Nation den Herzog Friedrich dort einzusetzen. Im Prinzip trafen diese Bestrebungen die Meinung des Königs, aber in der Praxis fühlte er sich solcher Aufgabe nicht mehr gewachsen. „Getreu meinen Pflichten als deutscher Bundesfürst und wohl erwägend die Lage der Dinge, hoffe ich der Zustimmung aller Besonnenen sicher zu sein, wenn ich das vorgesteckte Ziel bei dem Bunde und durch den Bund zu erreichen strebe,“ schrieb dieser durch und durch gewissenhafte und treu konstitutionelle Fürst am 17. Dezember seinem leitenden Minister. Er hatte, wie kaum einer in Bayern, die Thatsache erkannt, daß die Zeit der Gewaltoperationen für Bayern abgelaufen, daß eine selbständige Machtentwicklung Bayerns nach außen den thatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprach.

Der Bundesbeschluß hatte die Exekution in Holstein den vier Staaten Sachsen, Hannover, Preußen und Oesterreich übertragen. Oesterreich überließ Preußen den Oberbefehl, am 24. Dezember überschritten die Bundestruppen die Grenzen Holsteins und Schritt für Schritt überließen die Dänen den Vorückenden im tiefsten Frieden ihre Stellungen. Aber hinter den Truppen erfolgten die Proklamationen des Augustenburgers zum Landesherrn durch das Volk. Dieser kam selbst nach Kiel und errichtete dort

eine Art Regierung. Bis an die Eider waren die Bundestruppen vorgerückt. Hinter derselben aber setzten sich die Dänen fest, den Besitz von Schleswig zu behaupten. Oesterreich und Preußen verlangten die Aufhebung der Novemberverfassung, die den früheren Vereinbarungen, wie dem Londoner Abkommen widerspreche. Christian IX schlug das Geforderte ab, und so erklärten die Großmächte, die Exekution auch auf Schleswig ausdehnen zu wollen. Der Bundestag stimmte weder dieser Maßregel zu, noch der verlangten Ausweisung des Augustenburgers, und so entschlossen sich die beiden Großmächte zu eigenmächtigem Vorgehen.

Vom 19. bis 22. Dezember war Beust in München gewesen, und dort war mit der bayerischen Regierung der Plan vereinbart worden, daß zunächst Bayern in Frankfurt schleunige Prüfung des Augustenburger Erbrechts beantragen solle. Preußen aber bestritt dem Bundestage das Recht zu dieser Prüfung, und in Wien kam die Meinung auf „der verbrecherischen Narrheit der Mittelstaaten“ ein Ende zu machen, müßten Oesterreich und Preußen der Besetzung durch den Augustenburger zuvorkommen und die Entscheidung der gefährlichen Frage in die eigene Hand nehmen. Von der Pfordten war in voller Thätigkeit. Er stellte im Bunde den bayerischen Antrag, er übernahm den Bericht über Augustenburgs Erbrecht, er beherrschte mit seiner schlagfertigen Dialektik die Mehrheit der Versammlung in Frankfurt, aber Bismarck nannte seine Arbeit parteiisch und oberflächlich. Und hinter von der Pfordten stand König Max. Eine Zeit furchtbarer innerer Kämpfe war für ihn angebrochen, die seine letzten Lebenskräfte vollends aufzehrten. Am 14. Januar 1864 wurde über den Antrag der Großmächte am Bunde abgestimmt, die Inpfandnahme Schleswigs zum Zweck der Aufrechthaltung der verhaßten Verträge von 1852 zu begehren. Der Antrag fiel, und nun verkündeten die Gesandten der Großmächte deren Entschluß, unabhängig vom Bunde als europäische Großmächte, die Sache in die eigene Hand zu nehmen. Da war denn Ueberraschung, Verwirrung, Entrüstung gewaltig. Bayern erhob sich mit feierlicher Verwahrung aller Rechte des Bundes, und von Frankfurt aus verbreitete sich die Entrüstung strahlenförmig über ganz Deutschland. Am 16. Januar wurde Dänemark das Ultimatum gestellt, binnen 48 Stunden die Verfassung zurückzunehmen oder des Einmarsches preußischer und österreichischer Truppen gewärtig zu sein. Dänemark lehnte ab. Am 19. Januar gingen die Preußen über die Elbe, am 20. übernahm der greise Feldmarschall Wrangel den Oberbefehl.

König Max war voll tiefen Kummers über dieses Vorgehen, sein Minister Schrenck in höchster Aufregung, als er den Traum einer bayerischen Triashegemonie verfliegen sah. Aber beiden war klar, daß man sich nicht mit dem Schwerte in der Hand, wie es jüngst noch eine Versammlung in München verlangt hatte, in den Weg stellen könne noch dürfe. Im tiefsten Herzen verabscheute Maximilian ein Blutvergießen zwischen Deutschen und Deutschen. Im Sinne der bisherigen grimmigen Agitation war ein Handeln unmöglich. Doch selbst der Gedanke, die vielleicht sich aufdringende Hilfe Frankreichs gegen eine Vergewaltigung der Mittelstaaten durch die beiden Großmächte anzunehmen, blieb Schrenck in dieser aufgeregten Zeit nicht fremd. Es sind, wie wir erkennen, die alten Gedankenkombinationen, welche hier in letzter Nachflut noch einmal das bayerische Denken leise bewegen. König Max blieb es erspart, nach irgend einer Seite einen Entschluß zu fassen. Während in Würzburg eine Ministerkonferenz der Mittelstaaten zusammentrat, die es zu positiven Beschlüssen so wenig zu bringen vermochte, wie die dann nachfolgenden Kommissionsberatungen in Frankfurt, versuchte man von Wien aus, den König Max auf die Seite der Großmächte zu ziehen. Der Erzherzog Albrecht kam nach München, mit Maximilian persönlich zu beraten. Zurück konnte der König nicht, wenigstens nicht im Augenblick ohne Uebergang, aber wie spricht der Auftrag an seinen Minister für die Güte seiner rein menschlichen Gesinnung, eine vermittelnde Antwort für den Erzherzog zu finden, so daß dieser nicht ganz ohne Aussicht einer Verständigung scheide.

Der König lag krank zu Bett. Ein Rotlauf hatte seine linke Brustseite ergriffen, der sich bald weiter und weiter ausdehnte, Störung des Blutumlaufs, dann Blutver-

giftung herbeiführte, so daß schon am 10. März Mittags der Tod eintrat. Die Trauer über den Verlust dieses trefflichen Fürsten war in München, in Bayern, in ganz Deutschland eine so tiefe und allgemeine, wie sie sein hochedler Charakter in Wahrheit ver-



Monument König Maximilian II.

diente. Der preußische Gesandte schrieb über das Ereignis: „Man kann nicht eigentlich sagen, daß der König der Aufregung und den Seelenleiden infolge der letzten politischen Verwicklungen erlegen sei. Aber nachdem ihn die anmaßenden Münchener Stadtbehörden mit einer nicht genug gerügten Insolenz gewissermaßen zur Rückkehr in die Heimat

gezwungen, nachdem ihn der eitelste aller selbstbewußten Professoren, Pfordten, über die wirkliche Lage der Dinge getäuscht und ihn mit zudringlichem Rate veranlaßt hatte, sich durch das bedenkliche Handschreiben zu kompromittiren: da war der König in eine Lage gekommen, aus der erlöst zu sein, vielleicht kein Unglück ist. Es war eine Last auf seine Seele gelegt, die er nicht tragen konnte. Ohne Uebergang war er in Widerspruch geraten mit seinen Traditionen und Neigungen. Zwischen der übernommenen Verpflichtung und der Unmöglichkeit sie zu erfüllen, sah er keinen Ausweg. Die Mission des Erzherzogs Albrecht hat alle in dieser Lage natürlichen Zweifel und Besorgnisse mit doppelter Lebhaftigkeit angeregt; die innerlichen Kämpfe mußten auf sein körperliches Befinden den nachteiligsten Einfluß haben und die Kraft zum Widerstande gegen die Krankheit vermindern. Sein Herz war voll von Wohlwollen und sein Geist geläutert durch ernstes Streben und durch den stets von ihm gesuchten Verkehr mit den edelsten geistigen Größen seiner Zeit. Was an ihm nicht genügte, hatte großenteils seinen Grund in seiner Kränklichkeit."

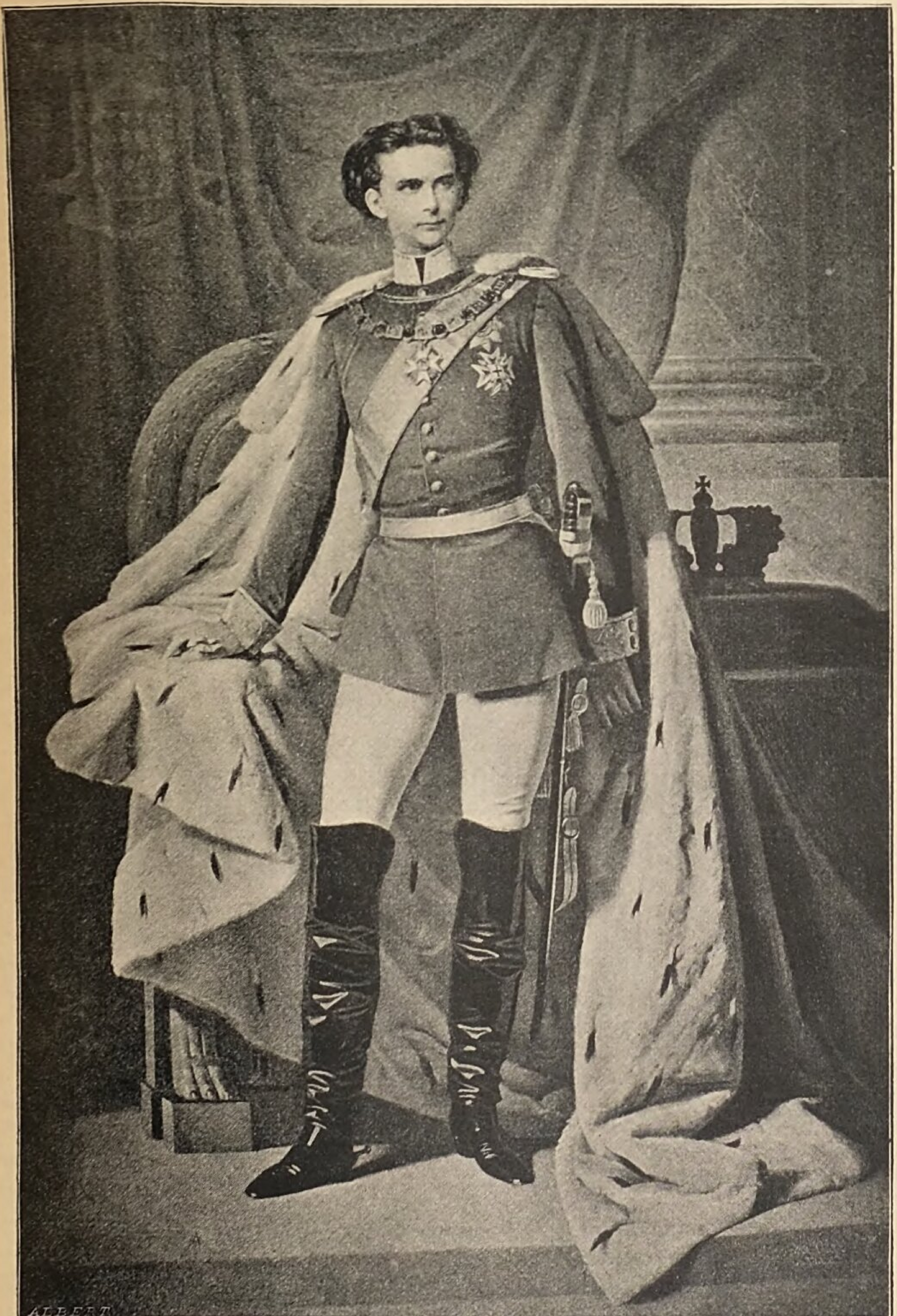
Ein Kopfleiden hatte den König durch sein Leben begleitet und ließ schon früher manchmal Ernstes befürchten. Diese Befürchtungen erfüllten sich nicht, aber einen schwächenden Einfluß auf die organischen Thätigkeiten schreibt der Sektionsbericht des Leibarztes Gietl demselben dennoch zu. Derselbe Bericht hebt die außerordentliche Energielosigkeit des Organismus gegenüber dem entstehenden und wachsenden letzten Uebel hervor. Schmerzlos dehnte sich die Krankheit aus, ohne jede Reaktion, ohne Fieber, ohne jegliche Thätigkeit des übrigen Organismus dem wachsenden Uebel gegenüber, und schließlich ohne Kampf erlahmte das Herz.

Ein einfacher und überaus wohlwollender Charakter, hatte Maximilian die Liebe zu den Künsten und Wissenschaften vom Vater ererbt, und was er namentlich auf wissenschaftlichem Gebiete schuf und schaffen ließ, wird für Bayern und durch Bayern für Deutschland eine unvergänglich ruhmvolle Errungenschaft bleiben. Gegen jede Gewaltthätigkeit im Innern wie nach außen setzte sich seine ruhige Denkungsart und seine Gewissenhaftigkeit zur Wehre. Bayern hat allein den hohen Ruhm, daß in jener reaktionären Zeit keine Oktroyierungen stattfanden. Aber vielleicht lähmte gerade die zu weit gehende Gewissenhaftigkeit in dem Suchen nach dem Rechten, welche dann naturgemäß die Grenzen des lebendigen Rechtes zum Vorteil des Ueberlieferten und Absterbenden verschob, die Energie und Thatkraft des Königs. Ein Mann des Friedens, ein Gegner aller Konflikte, eine durch und durch konstitutionelle Natur, konnte er in keiner unglücklicheren Zeit zur Regierung kommen, als damals, wo alle Gegensätze so scharf und feindlich sich behaupteten, wo dann zuletzt in Preußen eine abermalige Periode des schroffsten Absolutismus durch Bismarcks Politik sich anzubahnen schien. Ohne der Kirche abgewandt zu sein, duldete er doch kein klerikales Regiment. Die Religion des Herzens und Gemütes war es, welcher er huldigte, und mit welcher er es fertig brachte, daß unter seiner Regierung die schroffsten kirchlichen Gegensätze in Bayern fast ganz zurücktraten. Den inneren Gegensatz der bayerischen Politik, welche in der Reform veralteter Einrichtungen allen deutschen Stämmen voranleuchten wollte, und dabei doch an Oesterreich und mit diesem gerade an historischen Antiquitäten der Vergangenheit festhielt und sich von ihnen beherrschen ließ, zu brechen, gelang Maximilian nicht. So konnte es kommen, daß er selbst an den litterarischen Bundesgenossen irre wurde, die er selbst nach München berufen hatte. „Sybel, der anerkannte Stimmführer der Fremdenkolonie wurde zu politischem Glaubensbekenntnis aufgefordert. Als ein Memorandum, das die Aussichtslosigkeit der großdeutschen Idee betonte, beim Könige ungnädige Aufnahme fand, verzichtete Sybel auf sein Lehramt und verließ das Land; Bluntschli folgte seinem Beispiel, Dönniges war schon früher mit einem auswärtigen diplomatischen Posten betraut worden" (Heigel). Eben dieser Zwiespalt einer doppelten Entwicklung Jungwittelsbachs, welches die geistigen und materiellen Errungenschaften des Zeitalters seinem Lande mitzuteilen unermüdlich bestrebt war, mit den Mächten des Beharrens in Altbayern, deren fortgesetzten Einwirkungen das neue Königsgeschlecht seit seiner Einwanderung aus der Pfalz ausgesetzt war, bildete das tragische Moment im Leben dieses Königs und verwickelte ihn in den Kampf des zu einer Neu-

gestaltung strebenden deutschen Lebens mit der traditionellen Machtstellung Bayerns nach außen, welcher in der Ernennung Pfordtens zum Ministerpräsidenten und dann zum Bundestagsgesandten einen so sprechenden Ausdruck fand. Dieser Kampf setzte sich nach dem Tode des Königs fort, aber daß er zuletzt in eine so folgenschwere Niederlage Bayerns auslief, wird man wohl nicht mit Unrecht zum größten Teile dem Umstande zuschreiben dürfen, daß Deutschlands Friedensfürst zwei Jahre zu früh die Augen schloß und damit die dem jugendlichen Charakter des Volkes entsprechende Aktionslust Preußens die volle und freie Bahn gewann. „Würde ich die Ueberzeugung gewinnen, daß die Republik den höheren Interessen und dem Heile meines Volkes zuträglicher sei als die Monarchie, so würde ich auf der Stelle bereit sein, meine Krone niederzulegen," so hatte Maximilian einst zu einem Vertrauten gesprochen. Eine solch' hohe Anschauung war nur bei einem deutschen Fürsten und in damaliger Zeit nur bei einem bayerischen möglich, eben darum wäre gerade dieser Mann wie kein zweiter fähig gewesen, mit höchster Selbstverleugnung die Form zu finden, welche Deutschland, jenem brudermörderischen Kampfe vom Jahre 1866 auszuweichen, vielleicht die Möglichkeit gegeben hätte. Das Vertrauen, welches man allseitig diesem Könige in Deutschland entgegenbrachte, ist das ehrendste Zeugnis für seinen unantastbaren unbestechlichen Charakter, und wenn wir Konflikte fanden, sie lagen in seiner Zeit und in seiner Lage.

Sein Sohn, Ludwig II, der nun den Thron bestieg, war am 25. August 1845 geboren, damals also $18^1/_2$ Jahre alt. Scharfe Fassungsgabe und rasche Entschlußkraft paarte er mit durchaus selbständigem Willen, aber fremd der politischen Welt und den Geschäften fehlte es diesem Willen an der realen Unterlage der Lebenserfahrung und Lebenskenntnis. Die Ereignisse, welche sich bald an den Jüngling mit so brutaler Gewalt herandrängten, waren allerdings nicht im stande, seiner Jugend den vorwärts strebenden Geist zu rauben, gaben aber der Ideenrichtung des Königs jene folgenreiche Wendung, die einerseits sein Leben mit einem so schwungvoll märchenhaften Abglanz umwoben, andererseits den Konflikt dieser hochidealen Menschennatur mit der Wirklichkeit zu einer so tragischen Endkatastrophe geführt hat, wie sie in den Annalen der Menschheit kaum ihresgleichen haben wird. Eine ruhige Ausbildung und harmonische Gestaltung seines inneren Wesens, das, aus der Anschauungsweise der Vergangenheit emporgewachsen, die Gegenwart und Zukunft mit jugendlicher Seelenkraft zu erfassen suchte, war ihm in den Stürmen der Zeit nicht vergönnt, und so mußte die des inneren Gleichgewichts entbehrende Natur, die sich immer ängstlicher vor jeder harten Berührung mit der Wirklichkeit zurückzuziehen suchte, zusammenbrechen, als endlich diese Wirklichkeit doch mit allerhärtestem Zwange und unausweichbarer Notwendigkeit an ihn herantrat. Es wäre wohl eine der interessantesten psychologischen Aufgaben, der Entwicklung dieses Königskindes, der letzten berauschenden Blüte am absterbenden Zweige, zu folgen. Wir müssen uns aus naheliegenden Gründen auch nur den Versuch hierzu versagen, da die Zeit, da dieses bayerische Königsmärchen auf den festen Boden der Geschichte tritt, noch nicht gekommen.

Die handelspolitischen und die schleswig-holsteinischen Verhandlungen wurden von Monat zu Monat drängender. Preußen verlangte die Entscheidung in der Angelegenheit des Handelsvertrages, den es im Jahre 1862 mit Frankreich geschlossen hatte. In München zögerte man. Am 2. Mai 1864 fehlten die Gesandten von Bayern, Württemberg, Hessen-Darmstadt und Nassau bei der Wiedereröffnung der Berliner Zollkonferenz. Noch einmal ließ Bayern in Wien wegen eines süddeutschen Zollvereins verhandeln. Man kam zu keinem Resultate, da Oesterreich einstweilen mit Preußen Hand in Hand ging. Immer deutlicher ward es, daß Bayern so wenig wie irgend ein anderer der oppositionellen Staaten, sich dem deutschen Zollverein entziehen könne, und trotzdem Minister Schrenck, weil er sich mit der Ablehnung zu weit vorgewagt hatte, seine Entlassung einreichte, befahl ihm König Ludwig, in Berlin den Beitritt zum Zollverein anzuzeigen. Dies geschah am 28. September, drei Tage vor dem letzten Termin. So war nun auch diese Krisis für den Zollverein glücklich überwunden, und gleichzeitig der Anschluß an das System der westeuropäischen Verträge bewerkstelligt. Leider sollte



König Ludwig II beim Antritt seiner Regierung.

diese Entwicklung nicht ungestört von statten gehen, denn in sie hinein schob sich abermals die deutsche Frage, an der dänischen entzündet, und warf für einen Augenblick alle bisherigen Errungenschaften über den Haufen.

Den Krieg gegen Dänemark hatten die beiden deutschen Großmächte fortgeführt, bis Dänemark, überall geschlagen, sich zum Frieden bereit erklärte. Derselbe wurde am 30. Oktober 1864 zu Wien endgiltig beschlossen. König Christian IX entsagte allen seinen Ansprüchen auf die drei Herzogtümer und erkannte schon im voraus alle Verfügungen an, die Preußen und Oesterreich etwa über dieselben treffen würden. Preußen und Oesterreich übernahmen für die Herzogtümer einen Teil der dänischen Staatsschuld, im Betrage von 30 Millionen Thalern, verzichteten auf Ersatz der Kriegskosten, behielten sich aber vor, dieselben von den Herzogthümern erstatten zu lassen.

Mittlerweile hatten in Bayern von der Pfordten und Schrenck zum zweiten Mal ihre Rollen vertauscht. Am 4. Oktober hatte Schrenck die erbetene Entlassung erhalten, am 4. Dezember trat von der Pfordten an seine Stelle, und Schrenck übernahm am 8. Dezember wieder die Stellung als Bundestagsgesandter in Frankfurt. Am 26. Dezember erhielt der Ministerialrat von Pfretzschner das Handelsministerium. Ein Wechsel in der politischen Haltung Bayerns trat damit nicht ein. Vergebens hatte von der Pfordten noch am 12. März auf Weisung des verstorbenen Königs den Antrag auf Anerkennung Augustenburgs in Frankfurt gestellt. Der Wiener Friede hatte nun die Herzogtümer in die Hände Oesterreichs und Preußens gebracht. Was sollten sie damit beginnen? Deutschland hatte die Herzogtümer gewonnen, aber die alten Rivalen waren gemeinsame Besitzer. Die Rivalität trat nun, da die Deutschen wieder unter sich waren, wieder in ihr altes Recht.

Hatten auch die Großmächte den Einspruch des Bundestags nicht wollen gelten lassen, so stand doch die Bundesmehrheit nach wie vor fest in ihrer Ueberzeugung von dem Rechte des Bundestages, die ganze Frage zu regeln, von dem unanfechtbaren Anspruch Augustenburgs auf die Thronfolge, von der Notwendigkeit des neuen souveränen Mittelstaates Schleswig-Holstein. In vollem Gegensatze zu dieser Partei hatte Preußen von jeher weder jene Kompetenz des Bundestages, noch die Ansprüche Augustenburgs anerkannt. Dazu aber hieß es Preußen einen Schnitt ins eigene Fleisch zumuten, begehrte man seine Mithilfe zur Schöpfung eines neuen Mittelstaates, also zur Stärkung derjenigen Partei, welche ihm alle die Jahrzehnte hindurch am gehässigsten im Wege gestanden war. Preußen forderte also nun im November konsequent den Abzug der sächsischen und hannöverischen Exekutionstruppen, da nach der Abtretung der Herzogtümer die Exekution gegenstandslos geworden. Dieses Verlangen erregte nicht geringe Aufregung, aber Preußen setzte seinen Willen durch. Der Bund war hier beseitigt, Preußen und Oesterreich hatten das zukünftige Schicksal der Herzogtümer in der Hand, und gerade zu dieser Entscheidung suchte nun Oesterreich den Bund wieder hereinzuziehen. Oesterreich hatte im Vertrage vom 16. Januar 1864 versprochen, diese Frage nur im Einverständnis mit Preußen zu behandeln. Dann hatte es im Mai den Mittelstaaten zugesagt, die Frage nicht ohne Mitwirkung des Bundes entscheiden zu lassen, und begonnen, sich für den Augustenburger zu interessieren. Dann hatte es wieder den Gemeinbesitz mit Preußen angetreten und diesem sogar die Annexion der Fürstentümer angeboten — wenn Preußen Oesterreich anderweit einen entsprechenden Ländergewinn zuwende. König Wilhelm lehnte es ab, weil Oesterreich an Schlesien dachte. Dann kam man in Wien wieder auf den Augustenburger zurück, schlug vor, diesem die Herzogtümer zu überlassen und das Anrecht der Oldenburger demnächst zu prüfen. Preußen erklärte, keinen dieser Prätendenten ausschließen zu wollen, lehnte aber einstweilen die Forderung Oesterreichs ab, indem es als Vorbedingung feststellte, zur Sicherung seiner staatlichen Interessen und der allgemeinen Interessen Deutschlands müsse Preußen verlangen, daß die Militärorganisation der Herzogtümer zu der seinigen in ein festes Verhältnis gesetzt, die Seestreitkräfte für die preußische Marine nutzbar gemacht und das Handels- und Schifffahrtswesen gegen künstliche Hemmungen geschützt würden. Oesterreich hatte keinen Begriff für diese Thatsachen. Statt mit dem lebendigen Preußen

Hand in Hand zu gehen und hier seine Stärke zu suchen, jagte es dem Phantom der österreichischen Hegemonie in Deutschland nach und erklärte die Erhaltung des Bundesrechts für eine Lebensfrage für Oesterreich.

Natürlich ward diese Divergenz bald ruchbar und befeuerte den Eifer des eifrigen von der Pfordten, sich in eine Sache zu mischen, die ihn im Grunde nichts mehr anging. König Max war tot, Bayern hatte aus seinem allzu voreiligen Engagement für Augustenburg den freiesten Rückweg offen. Aber die eigene Neigung und der Haß der bayerischen Ultramontanen gegen Preußen hielt Pfordten auf dem eingeschlagenen Wege. Wieder drängte er zu einem Antrage im Bunde zu Gunsten Augustenburgs. Bismarck mahnte Karolyi, Oesterreich solle Bayern zurückzuhalten suchen, geschehe dies nicht, werde Folgendes entstehen:

> in jedem Fall eine wirkliche Verschleppung der Lösung, denn abgesehen davon, daß im Bunde nichts schleunig erledigt werden kann, würden auch wir dann mit unseren Brandenburger Erbansprüchen hervortreten, was neue Verwicklungen hervorrufen müßte —
>
> falls aber Bayern in der That die Mehrheit gewänne, so würde ein Konflikt zwischen Preußen und dem Bunde gegeben sein, den wir nicht scheuen, den Ihr selbst aber so dringend zu vermeiden wünscht. Wir würden dabei unser ganzes Volk in Waffen hinter uns haben; möge man sich hüten, die Sache auf die Spitze zu treiben.

Dann am 22. Februar 1865 erschienen die preußischen Forderungen: Anschluß der Herzogtümer an den Zollverein und das preußische Zollsystem, Ueberlieferung des Post- und Telegraphenwesens an Preußen, Oberaufsicht über den zu bauenden Nord-Ostsee-Kanal, Abtretung von Friedrichsort, Sonderburg-Düppel und den Mündungen des Kanals. Vor allem aber Heer und Flotte der Herzogtümer würden einen Teil der preußischen Kriegsmacht bilden, Rendsburg Bundesfestung mit preußischer Besatzung werden, die ganze Militärgesetzgebung Preußens in den Herzogtümern gelten, preußische Beamten die Aushebung der Rekruten und Matrosen vollziehen, die Truppen den preußischen Fahneneid leisten und nach des Königs Anordnung unter Umständen auch preußische Garnisonen beziehen, und im Krieg und Frieden dem Könige als ihrem Kriegsherrn unterstellt sein. Vor der Sicherung dieser Einrichtungen werde Preußen seine Herrschaftsrechte in den Fürstentümern keinem anderen Landesherrn übertragen. Oesterreich lehnte diese Vorschläge ab und erkannte in ihnen nicht einmal eine Grundlage für fernere Verhandlungen. Beust und Pfordten arbeiteten an den deutschen Höfen fort. Am 19. März unterzeichnete der österreichische Minister Graf Mensdorff ein zustimmendes Zirkular an die Mittelstaaten und meldete nach Berlin, daß der Antrag der Mittelstaaten die vertrauensvolle Erwartung ausspreche, Oesterreich und Preußen würden nunmehr Augustenburg als Herzog einsetzen. Oesterreich wünsche unmittelbare Beschlußfassung über den Antrag. In Berlin erkannte man, daß Oesterreich mit den Mittelstaaten gemeinsame Sache gemacht habe, und erließ als erste Antwort darauf die Ordre König Wilhelms an den Marineminister, wodurch die Verlegung der preußischen Marinestation von Danzig nach Kiel verfügt wurde; als weitere Antwort sprach Bismarck dem Grafen Karolyi sein Bedauern aus, daß Oesterreich schon Verpflichtungen auf der anderen Seite übernommen habe. „Wir gelangen," sagte er, „an einen Scheideweg, von dem ich wünsche, daß er uns nicht zu weit auseinander führen möge; aber so wie die Sachen stehen, lauten unsere Karten auf divergierende Linien, und wir können für diese Reise nicht in das Coupé steigen, welches Sie bereits mit anderen teilen."

Im Bundestage nahmen die Dinge den angekündigten Verlauf. Am 27. März 1865 brachten Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt den verabredeten Antrag ein. Oesterreich begehrte Abstimmung binnen acht Tagen, eine Mehrheit von neun Stimmen gegen sechs entschied für Oesterreich. Darauf erklärte Savigny, daß Preußen die vertrauensvolle Erwartung nicht erfüllen werde, vielmehr jetzt die alten Brandenburger Erbansprüche auf ungefähr die Hälfte der Herzogtümer anmelde. Am 6. April wurde trotzdem der Antrag zum Beschluß erhoben. Dennoch blieb einstweilen alles beim Alten,

und Pfordten tröstete sich damit, daß er mit dem bayerischen Landtag nun machen könne, was er wolle.

Dieser trat am 30. März 1865 wieder zusammen. In der Sache der Herzogtümer war er gleicher Anschauung mit der Regierung. Dann beriet er einen Gesetzentwurf, welcher zweijährige Finanzperioden festsetzte. Fortschritt und Pfälzer konstituierten sich als vereinigte Linke, für welche die Frage der deutschen Centralgewalt eine offene war. Ebenso wurden Gesetzentwürfe über ein Gemeindeedikt und Gewerbefreiheit vorgelegt und König Ludwig II begnadigte durch eine allgemeine Amnestie alle politischen Verbrecher. Und während die Kammern an die Regierung den Antrag stellten, dahin zu wirken, daß Schleswig-Holstein seine inneren Angelegenheiten unter dem rechtmäßigen Herzog Friedrich selbständig ordnen könne, ging Bismarck weiter und forderte von Oesterreich gemeinsame Ausweisung des Augustenburgers aus Kiel. Zugleich schlug er vor, den Landtag in Schleswig-Holstein zu berufen zur Feststellung des engeren Anschlusses an Preußen in einzelnen Stücken und der inneren Selbständigkeit im Uebrigen. Pfordten bewunderte diesen Antrag, aber die Großmächte kamen zu keiner Einigung. In Preußen wie bald darauf in Oesterreich erwogen bereits die Ministerräte die Chancen eines Krieges.

„Kein Mensch und kein Staat," sagt Sybel, „kann seine Vergangenheit auslöschen, und wie seit 100 Jahren die Dinge gewachsen waren, fand Oesterreich das Gedeihen seiner Macht in der Zersplitterung Italiens und Deutschlands, Preußen aber das seine, wie Italien, in der Einheit des großen Vaterlands. Zweimal hatte Oesterreich den nordischen Rivalen von diesen Bahnen abgelenkt, unter Metternich durch schmeichelnde Ueberredung, unter Schwarzenberg durch Androhung übermächtiger Gewalt. Jetzt war die Frage zum dritten Male gestellt. Oesterreich verbot dem Alliierten die Verwertung der Siegesfrucht für sich und Deutschland; es verbot sie auf Grund des alten Bundesrechts. Wenn es auf diesem Boden verharrte, so hatte Preußen nur die Wahl zwischen einem neuen Olmütz und dem Bruch des Bundes." Und Oesterreich verharrte. Zwar versuchte Oesterreich noch einmal eine Einigung, aber die preußische Forderung, den Augustenburger auszuweisen, wies es rund ab, trat dagegen mit dem Gedanken hervor, eine freiwillige Abreise desselben zu veranlassen. Der Erbprinz aber verweigerte die Abreise.

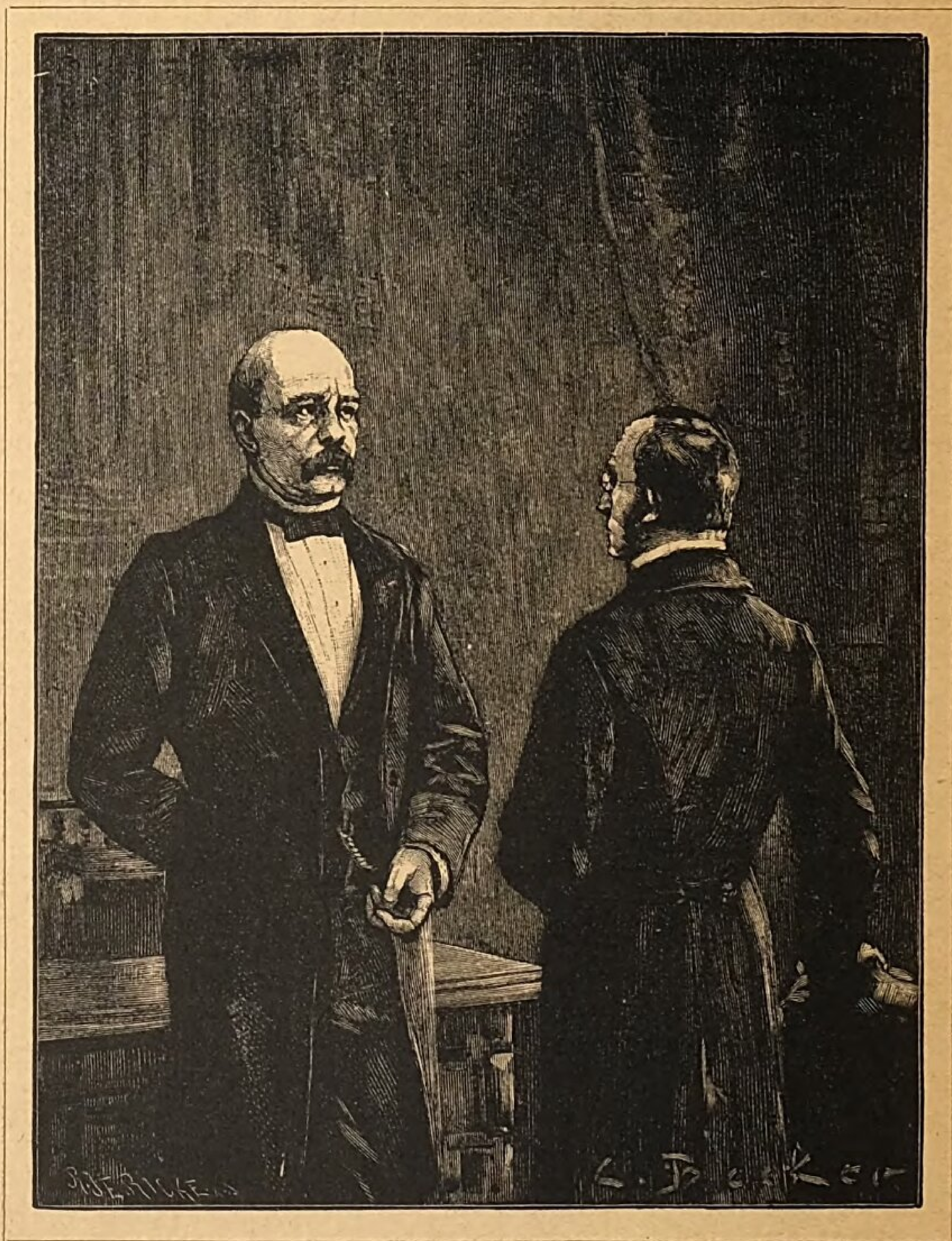
Nun hatte Bismarck seine Ansprüche durch die preußischen Kronjuristen prüfen lassen, und der Erfolg dieser Prüfung war eine runde Aberkennung aller Ansprüche des Augustenburgers auf die Thronfolge. Welche Sprachverwirrung aber damals in Deutschland herrschte, zeigen folgende Darlegungen Sybels. „Das Syndikat der Kronjuristen mußte entscheiden, ob Staats- und Völkerrecht die höhere Autorität besitzt oder Privatfürstenrecht, ob ein vor Jahrhunderten festgestelltes Erbrecht jedem Agnaten ein unantastbares Personalrecht verleiht, oder ob die gesetzgebende Gewalt des Staates zur Einführung einer neuen Thronfolgeordnung befugt ist, mit anderen Worten, ob das Kronrecht nach den Grundzügen des Feudalsystems, oder nach der englischen Auffassung der letzten Jahrhunderte zu beurteilen ist. Die Mehrheit des Kronrats nahm hier den modernen, die Minderheit den feudalen Standpunkt. Mit der Ansicht der Mehrheit stimmte Bismarck, der angeblich feudale Junker; es ist auf der anderen Seite ein Zeichen der damaligen Verschiebung aller Begriffe, daß ein großer Teil der liberalen Parteien den feudalen Sätzen der Minderheit zujauchzte." Das Urteil der Kronjuristen hatte für Preußen zunächst die einfache praktische Bedeutung, daß ihm nun das Februarprogramm zum überwundenen Standpunkt wurde. Die Thronfolge des Augustenburgers war ein- für allemal ausgeschlossen.

Auf der Reise nach Gastein berief König Wilhelm zum Juli eine Ministerkonferenz nach Regensburg. Zunächst wurde da die Absendung eines Ultimatums nach Wien beschlossen: Ablehnung jeder Verhandlung über die Zukunft der Herzogtümer, bis dort die Autorität hergestellt ist. Wenn dies geschehen, so ist Preußen über Oldenburgs Einsetzung zu unterhandeln bereit. Die Augustenburger Kandidatur ist ausgeschlossen, so lange der Erbprinz in seiner usurpatorischen Stellung beharrt. Lehnt Oesterreich ab, so befinde sich Preußen im Stande der Notwehr und würde einseitig durch General

Herwarth das Erforderliche vorkehren. Weitere Entschlüsse binde Preußen an das Ergebnis der in Gastein beabsichtigten Zusammenkunft der beiden Monarchen.

Nun reiste der König mit Bismarck weiter, hatte aber am 23. Juli noch eine Unterredung mit dem bayerischen Ministerpräsidenten in Salzburg.

Seit dem Bundesbeschlusse vom 6. April wartete von der Pfordten in großer Unruhe auf den Verlauf der österreichisch-preußischen Verhandlung. Er stand mit Beust in fortdauernd vertraulicher Korrespondenz, war aber nicht abgeneigt, auf Preußens Wünsche



Bismarcks Konferenz mit dem Ministerpräsident von der Pfordten.

einzugehen, wenn nur das Bundesrecht gewahrt blieb. Zornig fuhr er auf, als er von dem preußischen Verlangen der Ausweisung des Augustenburgers hörte, zumal damals die bayerischen Kammern gerade den besagten Beschluß zu dessen Gunsten faßten. Zuerst vertraulich dem Prinzen Reuß, dann öffentlich den Kammern gab er die Erklärung ab, daß, wenn das Bundesrecht in Schleswig-Holstein nicht geachtet werde, Bayern keinen Grund mehr sehe, ferner noch Mitglied des deutschen Bundes zu bleiben. In wahren Jubel setzte dann wieder seine Stimmung um, als Bismarck ihm vertraulich Kunde von Preußens Bereitwilligkeit, die Frage der schleswig-holsteinischen Militärhoheit der Be-

ratung des Bundestags zu unterbreiten, zukommen ließ. Damit, rief er, sei die wesentliche Schwierigkeit beseitigt; jetzt werde Preußen sehen, daß es keinen besseren Freund als Bayern habe, daß niemand eine lautere Stimme als er für Preußens berechtigte Forderungen erheben werde. Am 10. Juli ließ Pfordten den preußischen Minister um eine persönliche Zusammenkunft bitten. Bismarck bezeichnete den 23. Juli und Salzburg, da ich nicht weiß, bemerkte er, was nach Gastein aus mir wird. Eben hatte Pfordten mit Beust einen neuen Antrag am Bunde verabredet, betreffend die Berufung der Stände in den Herzogtümern, die Aufnahme Schleswigs in den Bund, die Uebernahme der Exekutions- und dänischen Kriegskosten durch die Gesamtheit des Bundes. In Salzburg teilte er denselben Bismarck mit. Dieser hatte nicht viel einzuwenden, denn für die beiden ersten Punkte war nun die Zeit vorbei, die Uebernahme der Kriegskosten aber machte den ganzen Antrag der durchlauchtigen Versammlung in Frankfurt schlechthin ungenießbar. Bismarck erging sich nun seinerseits rückhaltlos über die Lage in den Herzogtümern und wies mit hohem Nachdruck auf den Unwillen seines Königs gegen das usurpatorische Benehmen des Augustenburgers hin. Pfordten räumte darauf ein, daß es bei dieser Sachlage für Preußen unmöglich sei, den Augustenburger ohne weiteres anzuerkennen, meinte aber, daß ein unterwürfig gewordener Augustenburger doch wieder zu Gnaden angenommen werden könne. In diesem Sinne erbot er sich, auf den Prinzen nachdrücklich zu wirken. Bismarck wies dies nicht ab. Betreffs der preußischen Februarforderungen und der Militärhoheit begnügte man sich mit dem Ausdruck des beiderseitigen versöhnlichen Willens, und Bismarck deutete dabei an, daß Preußen sich vielleicht mit einer auf bestimmte Zeit bemessenen Militärkonvention begnügen könne. Um so kräftiger aber erklärte er dem bayerischen Staatsmann, daß der hoffentlich auf Schlesien und Böhmen zu lokalisierende Krieg unvermeidlich sei, wenn Oesterreich dem Regensburger Ultimatum nicht entspreche, und Pfordten fand unbedenklich den Inhalt des letzteren berechtigt, weil in der That Preußens Ehre bei den jetzigen Beschwerden engagiert sei. Nach einer Audienz bei König Wilhelm reiste Pfordten nach München zurück und versicherte, in Oesterreichs Hand liege es jetzt, den Bruch zu verhüten oder herbeizuführen. Bei dem Augustenburger wie in Wien setzte er alsdann kräftig mit seinen Vermittlungsversuchen ein.

In Wien gelang es noch einmal, um das preußische Ultimatum herumzukommen dadurch, daß man nun den Herzogtümern gegenüber zum vierten Male die Haltung wechselte, Bundesstaat und Mittelstaaten zurückschob und einen erneuten Versuch proklamierte, mit Preußen gemeinsam die deutschen Angelegenheiten zu leiten. Diesen Willen gab der Gasteiner Vertrag vom 14. August Ausdruck, welcher unter gemeinsamer Souveränetät Schleswig der preußischen, Holstein der österreichischen Verwaltung überwies, dann bestimmte, daß die Herzogtümer dem Zollverein beitreten, die Herstellung des Kanals Preußen überlassen bleiben sollte, während der Kaiser Lauenburg gegen Zahlung von $2\frac{1}{2}$ Millionen dänischer Thaler dem Könige von Preußen überließ. Ferner sollte Preußen den Kieler Hafen mit dem Rechte der Befestigung und das Mitbesatzungsrecht in Rendsburg erhalten. Aber welche Konflikte rief diese Abkunft, die man meist als preußischen Sieg betrachtete, in der öffentlichen Meinung Europas hervor! Alle liberalen Zeitungen waren einig mit dem Proteste der Franzosen, daß man mitten im 19. Jahrhundert die Völker wie Viehherden verhandelte. Bayern, Sachsen und Hessen-Darmstadt hatten eben am 27. Juli den von Pfordten mit Bismarck besprochenen Antrag in Frankfurt eingebracht. Er wurde unter die Bank geschoben. Pfordten zeigte sich resigniert über den preußischen Triumph, Beust schäumte auf gegen die schwächliche Haltung Oesterreichs, wohl am nächsten aber traf eine Aeußerung Napoleons zum Ziele, welcher dem preußischen Gesandten Goltz gegenüber beklagte, daß Preußen mehr und mehr von seinem überlieferten Berufe zurücktrete, sich an die Spitze der nationalen Bewegung in Deutschland zu setzen; wenn der König ein liberales und nationales Programm aufstelle, wozu er keines Krieges bedürfe, so würden alle liberalen Elemente in Deutschland ihm zufallen, und man würde die elenden parlamentarischen Zänkereien und die traurige Frage der Herzogtümer vergessen. Bismarck wies dieses Ansinnen zurück mit Hinweis auf die Schwäche, Konfusion

und Einseitigkeit der liberalen Parteien. Der echte Kern erfolgreicher und nationaler Bestrebungen könne nur in einem starken Preußen und in einer selbständigen preußischen Politik liegen. Napoleon hatte sich die Erlaubnis zu einer nationalen Politik in Italien mit Savoyen und Nizza bezahlen lassen; gleiche Gedanken hegte er Deutschland gegenüber, und solchen Preis zu bezahlen, waren weder König Wilhelm noch Bismarck gesonnen. So blieb es bei der Kabinetspolitik mit all ihren traurigen Auswüchsen und Konsequenzen, aber daß Bismarck von derselben nicht abweichen konnte, lag ebenso sehr an der rein doktrinären Haltung der deutschen Liberalen, wie an seiner eigenen absolutistischen Neigung.

Am 4. November stellten die drei Verbündeten vom 27. Juli ihren Antrag beim Bunde wieder zur Beratung. Der Antrag ging wieder an den Ausschuß, d. h. er wurde begraben, und darauf gaben die Antragsteller zu Protokoll, daß sie alle ihnen nach dem Bundesrecht zu Gebote stehenden Mittel erschöpft hätten, und sie deshalb in dieser Angelegenheit, so lange nicht dem Bunde zu einem auf der Grundlage des Rechts beruhenden Beschlusse Aussicht geboten würde, ihre Aufgabe und Thätigkeit am Bunde als abgeschlossen betrachten und sich auf eine feierliche Verwahrung gegen jede dieser Grundlage fremde Abmachung beschränken würden.

Der Gasteiner Vertrag hatte seiner Natur nach nur einen Augenblick versöhnend zu wirken vermocht. Preußen war mit Oesterreichs Vorgehen in Holstein nicht zufrieden; dieses weigerte sich, Wandel zu schaffen, da Oesterreich in der Verwaltung Holsteins keiner Kontrolle unterstehe. Oesterreichs Mißtrauen gegen Preußen war zum höchsten gestiegen durch die Reise Bismarcks nach Paris und Biarritz, wo er mit Napoleon zusammentraf, dann noch mehr durch den am 31. Dezember abgeschlossenen Handelsvertrag des Zollvereins mit Italien, welcher dem neugebildeten Staate die Anerkennung seitens der deutschen Mächte brachte. Erinnern wir uns, wie im Jahre 1859 die fürchterlichste Aufregung Süddeutschland durchbebte, als Italien zum Kriege gegen Oesterreich ging und Preußen Gewehr bei Fuß stehen blieb, wie noch vor kurzem die Erwähnung eines Handelsvertrags mit Italien von Pfordten und seinen Genossen kühl abgewiesen wurde, so sollte man meinen, nun, wo sie diesem Vertrage doch zustimmen mußten, wollten sie nicht die wirtschaftlichen Interessen ihrer Länder vernachlässigen und verletzen, die Einsicht in das wirklich Lebendige wäre ihnen damit aufgegangen, und Pfordten vor allem würde die Bestattung des formalistisch Toten mit ruhiger Konsequenz zugegeben haben. Aber die deutsche Professorennatur war zu zähe, um einen solchen Wandel mit aller Entschiedenheit ganz zu vollenden und doch — ein entschiedener Anschluß Pfordtens an Preußen würde den damals wühlenden Beust vollkommen isoliert, er würde Oesterreich zum Nachgeben gezwungen, den Krieg vermieden und Bayerns größten Vorteil gewahrt haben. Kein Gedanke daran! Im Februar 1866 war es mit der preußisch-österreichischen Allianz zu Ende, der Meinungsaustausch über Schleswig-Holstein wurde eingestellt, der Krieg war in Sicht, Pfordten war der Meinung, Oesterreich sei politisch, militärisch und finanziell nicht in der Lage, denselben zu führen, sondern es treffe die Vorbereitungen dazu nur, um die Mittelstaaten vorzuschieben, sie im letzten Augenblick sitzen zu lassen und sich auf deren Kosten mit Preußen zu verständigen, er meinte ferner die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen sei immer noch das Beste, er meinte zum Schluß, Frankreich hetze in Berlin zum Kriege, um dabei die bayerische Pfalz zu erwerben, und trotz alledem rannte er auf seiner doktrinären Bahn fort, getrieben und gepeitscht von der fanatisch erregten öffentlichen Meinung der bayerischen Ultramontanen. „Ich würde gleich auf Ihre Seite treten," äußerte Pfordten dem preußischen Gesandten, „wenn das Fundament Ihrer Erörterungen nach meiner Ansicht ein richtiges wäre." Bei einer weiteren Unterredung mit dem Prinzen Reuß meinte er, als dieser die Frage der Bundesreform zur Sprache brachte, Preußen müsse stärkeren Einfluß in seiner Machtsphäre empfangen, der deutsche Südwesten aber freiere Hand behalten, um dann mit dem Norden und Oesterreich eine Art von Staatenbund zu bilden. Wollte man so weit nicht gehen, so würde er nichts dagegen haben, wenn die Großmächte zunächst eine stärkere Stimmenzahl im Bundestag erhielten; es sei überhaupt ein Grundfehler in der Bundesverfassung,

daß die Stimmenverteilung nicht im Verhältnis zu der realen Macht der Einzelstaaten stehe; der unnatürlich große Einfluß, welcher dadurch den Mittelstaaten zuwachse, sei für dieselben mehr eine Gefahr, als ein Nutzen.

Die Gefahr stieg von Tag zu Tag. Schon kurz nach Jahresanfang hatte Oesterreich mit seiner Rüstung begonnen. Am 8. März ließ Pfordten in einer Depesche an Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau seine Ueberzeugung aussprechen, daß, wenn Oesterreich und Preußen ihre Streitigkeiten mit Umgehung des Bundes ausmachen wollten, die übrigen Staaten sich jeder Teilnahme enthalten müßten; wenn aber der Bund von einem der streitenden Teile angerufen würde, dürfe kein Bundesglied zurückbleiben. Er sollte nicht lange warten. Schon am 16. März forderte eine österreichische Zirkulardepesche für den Fall, daß Bismarck eine ungenügende oder ausweichende Antwort auf die Frage, ob Preußen den Bundesfrieden gewaltsam zu stören beabsichtige, gäbe, die Mobilmachung des ganzen Bundesheeres gegen Preußen. Weitere acht Tage später (24. März) frug Preußen in gleicher Weise an, ob es im Falle die österreichischen Rüstungen zum Kriege führten, auf Beistand der Bundesgenossen zählen könne? Zugleich aber nahm Bismarck von diesen Vorgängen den Anlaß für eine erste Ankündigung seiner Pläne zu einer großen Bundesreform. Reuß hatte schon am 8. März dem Minister von der Absicht Bismarcks vertrauliche Mitteilung gemacht. Zunächst sollte behufs Revision der Bundesverfassung ein deutsches Parlament aus direkten Volkswahlen berufen werden. Pfordten nahm diese Eröffnungen mit gemischten Gefühlen auf: Reform, ja — aber welche? Ein Parlament aus Volkswahlen war ihm weniger genehm, als ein solches aus Delegierten der einzelnen Kammern. Der Depesche vom 24. legte Bismarck nun für Bayern eine ausführliche Depesche über die Parlamentsfrage bei, worin er Pfordtens Vorbehalte und Einwendungen besprach: Keine vorgängige Verhandlung mit Oesterreich, keine Vorberatung zwischen den Regierungen über die dem Parlamente zu machenden Vorlagen, da das nur zu Schreibereien führe, die dann zu den Akten gelegt würden, sondern Einberufung des Parlaments zu einem bestimmten Tage, denn dadurch zwänge man die Regierungen, sich bis zu demselben über die Vorlagen zu einigen; keine Kammerdelegationen, da dieselben der Nation gegenüber keine Autorität besitzen würden. „Direkte Wahlen und allgemeines Stimmrecht," fuhr die Depesche fort, „halte ich für größere Bürgschaften einer konservativen Haltung, als irgend ein künstliches, auf Erzielung gemachter Majoritäten berechnetes Wahlgesetz." So forderte Bismarck Pfordten auf, es möge das Münchener Kabinet gemeinschaftlich mit dem Berliner beim Bundestage den Antrag auf Einberufung eines deutschen Parlaments zu einem bestimmten Termin stellen. Der Vorschlag hatte keinen Erfolg. Pfordten konnte aus seinem Schaukelsystem nicht heraus — weil es seiner ehrlichen Ueberzeugung von dem Heile Bayerns entsprach. So nahe auch sein neuester Entwurf einer Bundesreform dem Projekte Bismarcks kam, eine Verständigung blieb auch da unmöglich, da Pfordten auch den neuen Bund nur mit beiden Großmächten und nicht mit Preußen allein hergestellt wissen und am wenigsten sich auf eine Bundesverfassung mit parlamentarischer Grundlage ohne Oesterreich einlassen wollte. Pfordten war kein Montgelas. Er glaubte Bayerns Interesse zu vertreten, wenn er zwischen beiden feindlichen Mächten vermittelte. Auch hinderte ihn die Stimmung in Bayern an einer energischen Erkenntnis der Sachlage. An seinen Kollegen im Ministerium hatte er auf seiner Bahn nach Preußen hin keine Stütze, und auch König Ludwig war erschrocken über Bismarcks Empfehlung eines demokratischen Bundesparlaments. Und so gingen denn am 31. März zwei gleichlautende Noten nach Wien und Berlin, in welchen nicht auf Vernichtung, sondern auf Verbesserung des Bundes angetragen und die beiden Mächte aufgefordert wurden, der bayerischen Regierung den Verzicht auf bewaffneten Angriff und die Bereitwilligkeit zu Verhandlungen über die Wahrung des Bundesfriedens auszusprechen.

Am 8. April war die Offensiv- und Defensiv-Allianz zwischen Preußen und Italien unterzeichnet worden, am 9. brachte Preußen seinen Antrag, ein Parlament zu berufen, beim Bundestage ein, und Pfordten sorgte dafür, daß der Antrag nicht direkt abgewiesen, sondern einem Ausschuß zur Beratung übergeben wurde. Noch den ganzen

Monat April hindurch spielte Pfordten seine unfruchtbare Vermittlerrolle fort. Am 9. Mai endlich befahl König Ludwig die Mobilmachung; am 14. fand eine neue Konferenz der mittelstaatlichen Minister in Bamberg statt, und hier konnte auch Pfordten sich der preußenfeindlichen Stimmung nicht mehr entziehen, denn Oesterreich hatte nun die Angel mit derjenigen Speise ausgeworfen, auf welche diese Herren unfehlbar anbeißen mußten: die schleswig-holsteinische Sache sollte dem Bunde zur Entscheidung unterbreitet werden.

Am 23. Mai eröffnete König Ludwig den bayerischen Landtag persönlich. Er forderte die Heeresrüstung. An demselben Tage wurde der greise Prinz Karl, der Bruder Ludwigs I, zum Oberbefehlshaber und General von der Tann zum Generalstabschef ernannt. Was man in Bayern von Preußen hielt, entwickelte Professor Edel von Würzburg in einer konfusen Rede, die mit der Erkenntnis schloß, die Politik Preußens sei die Politik der Revolution. Die ganze Kammer pflichtete dem weisen Manne bei, und nur eine kleine Minderheit wagte noch einmal den schüchternen Antrag auf Bayerns Neutralität. Pfordten wies sie zurück. In dem gleichen Tone stimmte die Kammer der Reichsräte.

Am folgenden Tage nahm der Bundestag den Bamberger Antrag auf allgemeine Abrüstung einstimmig an. Oesterreich und Preußen erklärten, sie würden am 1. Juni die Voraussetzungen angeben, unter denen sie zur Abrüstung bereit seien. Oesterreich erklärte ferner, es werde entwaffnet, wenn in Schleswig-Holstein der rechts- und verfassungsmäßige Zustand hergestellt sei; zu diesem Behufe stelle es die Frage der Herzogtümer den Entschließungen des deutschen Bundes anheim, das heißt es brach zum vierten Male seine Verpflichtungen gegen Preußen, obgleich Preußen auf solches Vorgehen rund und deutlich den Kriegsfall gesetzt hatte.

Zu dem von Napoleon ins Auge gefaßten Friedenskongreß sollte Pfordten als Bevollmächtigter des Deutschen Bundes reisen. Der Kongreß scheiterte an der Weigerung Oesterreichs. Am 10. Juni sandte Bismarck den deutschen Regierungen seinen Bundesreformplan, an demselben Tage ging von der Tann zu Benedek nach Olmütz, den gemeinsamen Kriegsplan zu beraten. Und noch einmal erklärte Pfordten dem Prinzen Reuß, dies bedeute durchaus noch nicht, daß Bayern Krieg gegen Preußen führen wolle. Es war derselbe Tag, da Holstein von den Oesterreichern geräumt wurde. Preußen hatte erklärt, daß nach dem Bruch des Gasteiner Vertrags durch Oesterreich in den Herzogtümern einfach der frühere Zustand der gemeinsamen Verwaltung eintrete, demzufolge würde Holstein wieder von preußischen Truppen besetzt, und Oesterreich freigestellt, ebenso seine Truppen wieder nach Schleswig zu führen. Als nun am 7. Juni die preußischen Truppen in Holstein einrückten, gab Gablenz den Oesterreichern den Befehl, an die Südgrenze, nach Altona abzuziehen. So übernahm Manteuffel am 10. Juni in Rendsburg auch die Regierungsgewalt in Holstein, und als nun die preußischen Kolonnen gegen Altona vorrückten, ging Gablenz über die Elbe und eilte auf den hannoverschen, hessischen und bayerischen Bahnen zum Hauptheere nach Böhmen. Nun drehte man in Wien den Spieß um, beschuldigte Preußen der Gewaltthat, des Bruchs des Gasteiner Vertrags, den Oesterreich schon gebrochen hatte, und forderte den Bundestag auf, mobil zu machen, um der preußischen Selbsthülfe ein Ende zu machen. Auch dieser Antrag war wieder rechtlich unstatthaft. Allein darauf kam es ja schon lange nicht mehr an. Worauf es ankam, sagt uns indirekt ein Brief Pfordtens an Bismarck vom 11. Juni.

Er entwickelte noch einmal die Unmöglichkeit für Bayern, in einen Bund auf parlamentarischer Grundlage mit nur einer der beiden Großmächte einzutreten und fuhr dann fort: „Die Entscheidung über Krieg und Frieden steht unmittelbar bevor. Sie liegt meiner festen Ueberzeugung nach in Ihrer Hand, denn sie liegt in dem Entschlusse Preußens über die Herzogtümer. Wollen Sie die Annexion um jeden Preis, auch um den des Kriegs, dann ist der Krieg unvermeidlich. Entschließt sich Preußen, auf die Annexion zu verzichten, so ist der Krieg unmöglich. Wollte Oesterreich aus irgend einem andern Grunde Krieg beginnen, so bliebe es ganz gewiß isoliert; kommt es zum Kriege um der Herzogtümer willen, so, glaube ich wenigstens, wird Preußen isoliert bleiben. Gott ist mein Zeuge, daß mich weder Abneigung gegen Preußen, noch Sympathie mit Oester-

reich leitet. Als Deutscher bitte und beschwöre ich Sie, gehen Sie nochmals ernstlich mit Ihrer starken Seele zu Rate, ehe das entscheidende Wort gesprochen wird, dessen Folgen unberechenbar sind."

Die ehrliche Herzensangst des Mannes berührt uns tief sympathisch, aber er fand den Ausweg nicht aus seiner Herzogtümertheorie. Handelte es sich denn noch darum? Durchaus nicht! Weder in Berlin noch in Wien. Die Frage, welche jetzt behandelt wurde, war die deutsche Frage. Pfordten hätte das aus Bismarcks Reformplan erkennen können, er hätte es erkennen können, wenn er seine Blicke dahin gewendet hätte, wo in weiterer Perspektive die Hauptlinien der deutschen Politik haarscharf hervortraten und erkannt wurden: in Frankreich. Schon am 3. Mai hatte Thiers in einer seiner großen Reden mit der ganzen Wucht seiner meisterhaften Klarheit und geschlossenen Beweisführung, allerdings auch mit einer schamlosen Verfälschung der weltkundigsten Thatsachen die Dinge dargelegt, wie man sie außerhalb Deutschlands erkannte: nimmermehr dürfe Deutschland zur politischen Einheit gelangen; seine Zersplitterung sei ein alter Satz des europäischen Staatsrechts und die Bedingung des französischen Uebergewichts in Europa; Preußens Zweck gehe aber unverkennbar auf die Schöpfung der deutschen Einheit durch einen siegreichen Krieg gegen Oesterreich; den Ausbruch dieses Kriegs unmöglich zu machen, sei also die erste Pflicht jedes französischen Patrioten; dazu bedürfe es keiner Rüstung Frankreichs, sondern nur des Verbotes, daß Italien sich an diesem verwerflichen Kriege beteilige; dann würde Preußen keine Schilderhebung wagen, und das Gleichgewicht Europas gesichert sein. — Das Gleichgewicht Europas — das Uebergewicht Frankreichs — so lagen die Dinge. Die Frage war, ob Frankreich die Einheit Italiens dem Wiener Hofe dafür preisgeben sollte, daß Oesterreich die Selbständigkeit Deutschlands den Franzosen opferte.

„Wie irren sich diejenigen," hatte Pfordten vor nicht langer Zeit geäußert, „welche bei Bismarck persönliche Ehrsucht vermuten. Er ist der verkörperte preußische Staatsgedanke; er ist kein prinzipieller Gegner Oesterreichs, im Gegenteil, er möchte mit diesem gehen, aber stets unter der Bedingung, daß es einer berechtigten preußischen Politik nicht immer Hindernisse bereite: dieser Gedanke ist ein durchaus deutscher, und eben deshalb setze ich Vertrauen in den Mann, welcher sein hauptsächlichster Vertreter ist." Aber die Herzogtümertheorie verwirrte ihm das Konzept fort und fort; er verstieg sich noch bis zu jener halben Höhe, daß er dem preußischen Gesandten erklärte, wenn Preußen aus dem Bunde austreten wolle, würde Bayern das gleiche thun, und dann könne Bayern in ein näheres Schutz- und Trutzverhältnis, aber niemals in ein neues Bundesverhältnis mit Preußen allein treten. Es war zu spät.

Am 11. Juni rief Oesterreich die Hilfe des Bundes gegen Preußen an, das durch die Besetzung Holsteins einen Akt der Selbsthilfe begangen. Das ganze Bundesheer sollte gegen Preußen mobil gemacht werden. Am 14. Juni wurde darüber abgestimmt. Der Antrag Oesterreichs wurde mit einigen Modifikationen angenommen, und Preußen erklärte seinen Austritt aus dem Bunde, diesen selbst aber für aufgelöst. Der Krieg war da.

Am 16. Juni erklärte der bayerische Bundestagsgesandte, Bayern sei zur Leistung der Bundeshilfe entschlossen. Am gleichen Tage, an welchem in Frankfurt die Abstimmung erfolgt war, hatte Bayern mit Oesterreich den Vertrag von Olmütz geschlossen. Und nun wirbelten in der allgemeinen Bewegung noch einmal alle alten bayerischen Bestrebungen empor. Das „diplomatische Axiom" und die „Lehre der Geschichte", daß Bayern die Wagschale des Gleichgewichts in Deutschland anvertraut sei, traten noch einmal in Kraft, und das Gefühl dafür, daß schon seit langer Zeit Bayern keine selbständige äußere Politik mehr verfolgte, sondern fortwährend zwischen den Großmächten hin- und hergeworfen wurde, war vollständig verloren. Erst die reale Erfahrung, daß die Entscheidung nicht bei Bayern lag, konnte von diesem romantischen Traume erwecken, und diese Erkenntnis drängte sich schon zu Beginn des Kampfes auf und lähmte trotz der Anfeuerung der bayerischen Presse die Aktion des Heeres von Anfang an.

Nach dem Olmützer Vertrage sollte Prinz Karl von Bayern das Kommando über das 7. und 8. Bundeskorps selbständig führen aber gemäß dem zu vereinbarenden Plane und den Direktiven Benedeks. Dabei sollte die Hauptaufgabe der vereinigten Armeen die Deckung des eigenen Gebietes ihres Kriegsherrn bleiben. Oesterreich wollte das zugestehen, so weit nicht die Deckung der eigenen Gebiete im Widerspruch mit dem Hauptzweck des Krieges, d. h. der möglichsten Vereinigung der Streitkräfte stehe. Das aber, die Vereinigung des bayerischen Heeres mit dem österreichischen in Böhmen, wurde von



Prinz Karl von Bayern.

Pfordten wieder umgeworfen. Wenn Oesterreich sich Preußen gegenüber für zu schwach halte, so sei gerade dies ein Grund, sich ihm nicht anzuschließen; Bayern werde sich Oesterreich nicht unterordnen, welches immer glaube, über Bayern wie über eine Provinz verfügen zu können. Auch das von Oesterreich gestellte Verlangen, die Hälfte der bayerischen Truppen nach Böhmen zu schicken, wurde von Pfordten mit dem Bemerken abgelehnt, daß dann die andere Hälfte von den Preußen würde gefangen werden. Dann eröffnete Pfordten dem sächsischen Gesandten gegenüber seine weiteren Pläne. Bayern gedenke in der allgemeinen Krisis seine Machtstellung zu erweitern und den bleibenden Oberbefehl über die Truppen der süddeutschen Staaten zu erlangen. Also ein selbständiger

süddeutscher Bund unter bayerischem Oberbefehl, mit eigenem Zollverein und eigener Bundesarmee. Dieser Plan wurde bekannt und erregte in Süddeutschland das Mißtrauen gegen Bayern. Dann wurde die Olmützer Punktation bekannt mit dem Artikel, in welchem sich Bayern im Fall eines Gebietsverlustes territoriale Entschädigung ausbedang. Das Mißtrauen stieg, es stieg vor allem in Karlsruhe, wo man unter dieser Bedingung den alten Wunsch Bayerns nach der Erwerbung der badischen Pfalz wieder aufleben sah. Pfordten schien also jetzt an den Sieg Oesterreichs zu glauben, denn gegen Oesterreichs Suprematie suchte er Bayern vor allem zu decken. Sein Wunsch war demgemäß, Preußen nicht allzusehr besiegen zu lassen, und da auch die andern Bundesgenossen ihre Augen überallhin schweifen ließen und alle möglichen Separatzwecke verfolgten, so konnte Napoleon, der ebenso die Niederlage und den ihr folgenden Hilferuf Preußens unfehlbar erwartete, einstweilen ganz zufrieden sein. Auch er wollte Preußen nicht allzusehr besiegen lassen.

Aber das ungezogene Preußen siegte überall, in Norddeutschland, in Süddeutschland, in Böhmen. Binnen Monatsfrist standen seine Heere auf dem Marchfelde, und die preußischen Wachtfeuer leuchteten hinüber nach Wien. Was nun?

Prinz Karl war ein tüchtiger Soldat, seine Truppen gut und von wackerer Haltung, aber die unglückliche Stellung Bayerns übertrug sich auf die Armee. Trotz des Gegenbefehls des Prinzen rückte das achte Korps unter dem Prinzen von Hessen nach dem Main ab und erleichterte so den Preußen ihre Aufgabe. Das Oberkommando Bayerns war also nur nominell, nominell wie seine Stellung als Bewahrer des Gleichgewichts. Am 3. Juli erfolgte die Schlacht bei Königgrätz; am Ende des Monats lag Bayern ungeschützt der preußischen Invasion offen.

Nach der Schlacht bei Königgrätz bot Bismarck den süddeutschen Staaten Frieden und Bündnis an. Bayern lehnte ab mit Rücksicht auf den Olmützer Vertrag. Am 21. Juli berieten die süddeutschen Minister über den Gesamtrücktritt von dem Bunde mit Oesterreich. Die Stimmung im Lande war in vollster Verwirrung. Da kam die Kunde, daß die Verhandlungen in Nikolsburg begonnen hätten. Oesterreich war also weniger rücksichtsvoll. Von der Pfordten eilte nach Nikolsburg und kam dort am 23. an. Die Dinge lagen nunmehr sehr ungünstig für Bayern. Als der Minister unangemeldet und ohne preußischen Paß durch die Vorposten gedrungen war, empfing ihn Bismarck: „Wissen Sie, daß ich Sie als Kriegsgefangenen verhaften lassen könnte?“ Darauf machte er ihn mit den Bedingungen bekannt, unter denen Bayern dem Frieden beitreten könne. Für sein Leid fand Pfordten bei den österreichischen Freunden nur geringen Trost. So entschloß er sich gleich den übrigen süddeutschen Staaten sein Heil demnächst in Separatverhandlungen in Berlin zu suchen. Am 28. Juli erlangte er noch einen Waffenstillstand, welcher am 1. August in Wirksamkeit trat und am 22. August in Berlin zum Frieden führte. Bayern kam bei demselben am allerschlechtesten weg.

Zunächst war am 13. August der Friede Preußens mit Württemberg zustande gekommen: Württemberg bezahlte 8 Millionen Gulden, erneuerte die Zollvereinsverträge unter der Maßgabe, daß jedem Kontrahenten der Austritt sechs Monate nach erfolgter Kündigung freistehe. Was die süddeutsche Union unter Bayerns Führung anging, so war man derselben in Württemberg abgeneigt. Varnbüler erklärte also, daß der Wortlaut des französischen, von Preußen genehmigten Vermittlungsvorschlages: die deutschen Staaten im Süden des Mains haben die Freiheit, unter sich eine Union zu bilden, den Süddeutschen wohl die Befugnis nicht aber die Verpflichtung zu dieser Union gebe, und Bismarck erklärte sich mit dieser Auffassung einverstanden. Baden aber war mit Württemberg ganz derselben Meinung. So blieb die süddeutsche Union auf dem Papiere. Damit aber erwuchs eben denselben Staaten das Bedürfnis eines starken Schutzes nach außen, und so kamen Bismarck und Varnbüler überein, den vorgeschlagenen Artikel über Garantie des beiderseitigen Besitzes zu einem besonderen, einstweilen geheimen Schutz- und Trutzbündnis weiter zu entwickeln, welches bei einem Kriege die Truppen Württembergs unter preußischen Oberbefehl stellte.

Baden, mit welchem am 17. August der Friede zustande kam, wollte noch weiter gehen. Außer der Zahlung von 6 Millionen Gulden, der Wiederherstellung des Zollvereins und der Annahme gewisser Bestimmungen über das Eisenbahnwesen, wollte Baden mit Preußen eine Militärkonvention schließen, durch welche das badische Armeekorps in einen festen Verband mit dem preußischen Heere treten und zur Sicherung seiner Grenze eine preußische Besatzung nach Rastatt verlegt werden sollte. Bismarck konnte darauf mit Rücksicht auf die französischen Bedingungen: bis zur Mainlinie — nicht eingehen. So kam also hier wie in Württemberg das Schutz- und Trutzbündnis zustande.

Mit Pfordten hatte Bismarck schwereren Stand. Sein Verlangen nach einer erdrückenden Kontribution von 30 Millionen Gulden und einer Landabtretung von halb Oberfranken erklärte Pfordten für das Ende Bayerns. Glücklicherweise gestalteten sich die politischen Verhältnisse so, daß Bismarck seinen Wunsch, Bayern billigere Bedingungen stellen zu können, beim Könige durchzusetzen vermochte. Schon jetzt schien die Aufregung in Frankreich über Preußens Machtzuwachs einen Krieg unmittelbar heraufbeschwören zu wollen. Benedetti überreichte im Auftrage Napoleons Bismarck eine Forderung der Grenzen von 1814 (Landau und Saarlouis), mit den übrigen Teilen der Pfalz solle der Großherzog von Hessen entschädigt werden. Dieser Antrag wurde dann noch erweitert auf Mainz, die ganzen linksrheinischen Besitzungen Bayerns und Hessen-Darmstadts. Nicht einen Zoll breit deutscher Erde, lieber Krieg, war Bismarcks Entschluß, und so teilte er Pfordten die französischen Forderungen mit der Frage mit, ob Bayern bereit sein würde, im Kampfe gegen die auswärtigen Gegner fest und treu mit Preußen, der Deutsche mit dem Deutschen, zusammenzustehen? Die Antwort war unzweifelhaft: die beiden Männer umarmten sich, und so erwarb Bayern durch Unterzeichnung des Schutz- und Trutzbündnisses Erhaltung seines Landbesitzes und Deckung der Rheinpfalz gegen etwa sich wiederholende Gelüste Frankreichs. Der Friedensvertrag vom 22. August enthielt demnach nur noch die Abtretung der zwei Bezirksämter Orb und Gersfeld in Unterfranken und die im preußischen Landkreise Ziegenrück gelegene Enklave Kaulsdorf in einem Gesamtumfange von zehn Quadratmeilen mit 33,000 Einwohnern. Freilich die schwere Kontribution von 30 Millionen Gulden wurde nicht erlassen. Dazu wurde der Zollverein wiederhergestellt, und Bayern erkannte die Bestimmungen über Eisenbahnen (kommissarische Vereinbarung zweckdienlicher und liberaler Grundsätze über Eisenbahnen und Eisenbahnverkehr) und die Nikolsburger Präliminarien an, welche die freie Ordnung der Verhältnisse Norddeutschlands Preußen überließen.

Pfordten sprach es unverhohlen aus, daß er den Vertrag als befriedigend und dankenswert anerkenne, und König Ludwig schrieb dem preußischen Monarchen am 30. August:

„Nachdem der Friede zwischen uns geschlossen, und eine feste und dauernde Freundschaft zwischen unsern Häusern und Staaten begründet ist, drängt es mich, dieser auch einen äußeren symbolischen Ausdruck zu geben, indem ich Ew. Königlichen Majestät anbiete, die ehrwürdige Burg Ihrer Ahnen zu Nürnberg gemeinschaftlich mit mir zu besitzen. Wenn von den Zinnen dieser gemeinschaftlichen Ahnenburg die Banner von Hohenzollern und Wittelsbach vereinigt wehen, möge darin ein Symbol erkannt werden, daß Preußen und Bayern einträchtig über Deutschlands Zukunft wachen, welche die Vorsehung durch Ew. Königliche Majestät in neue Bahnen gelenkt hat."

Mit diesem schlichten und schönen Ausdruck seiner echtdeutschen Gesinnung war Bayerns Vergangenheit geschlossen, der Weg in die Zukunft gewiesen. Bayern hatte die Bahn wiedergefunden, auf welcher es auch in frühesten Zeiten seine größten und erfolgreichsten Thaten für Deutschland vollbracht hatte, es war die Bahn zur Einigkeit des bayerischen mit dem sächsischen Stamme. Das „diplomatische Axiom" und die „Lehre der Geschichte" waren korrigiert; freilich daß die Korrektur auf dem Kriegspfade erfolgte und nicht durch freie Erkenntnis und freie Vereinbarung hat Bayern großen Nachteil gebracht, einen Nachteil, der bis heute auf die Entwicklung Deutschlands seinen Einfluß geübt.

Am 27. August 1866 trat der bayerische Landtag zusammen. Er genehmigte den Friedensvertrag und die Kreditforderung von 30 Millionen Gulden. Die zweite Kammer bat die Regierung, sie möge die Einigung Deutschlands unter Mitwirkung eines freigewählten und mit den erforderlichen Befugnissen ausgestatteten Parlaments erstreben. Auf Volksversammlungen in Lindau, Kempten, Memmingen und München entschied man sich gegen die Trennung Deutschlands durch die Mainlinie. Die Erkenntnis der französischen Absicht drang ins Land, und damit gewann die Fortschrittspartei einen gesunderen Boden, wenn auch die Reichsratskammer einstweilen noch ihren Bestrebungen entschiedenen Widerspruch entgegensetzte. Aber an den thatsächlichen, vor allem den ökonomischen Verhältnissen mußte dieser Widerstand allmählig erlahmen.

Am 10. Dezember kam von der Pfordten um seine Entlassung ein, welche er am 29. erhielt. Er teilte mit dem Prinzen Karl das Schicksal des Sündenbocks, aber ganz gewiß waren die Beschuldigungen gegen beide ungerechtfertigt. Der Hauptgrund des Unglücks lag in der allgemeinen leidenschaftlichen Voreingenommenheit des bayerischen Volkes, wenn auch Pfordten im einzelnen sich den Situationen nicht gewachsen zeigte. Nicht für fremdes Unrecht hatte Bayern büßen müssen, sondern für die eigene Thorheit des Volkes, welches in seiner Leidenschaftlichkeit jede ruhigere Besinnung niederdrückte. An Pfordtens Stelle trat als Minister des Auswärtigen und des Königlichen Hauses am 31. Dezember Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst.


Fürst Chlodwig von Hohenlohe-Schillingsfürst.

Schon in der ersten Kammer hatte sich derselbe für einen engeren Anschluß Bayerns an Preußen entschieden ausgesprochen, doch als Minister sah auch er sich gezwungen, der Gegenströmung Rechnung zu tragen.

Am 18. Januar 1867 trat der Landtag wieder zusammen. Die Fortschrittspartei brachte sofort einen Antrag auf Anschluß Bayerns an den norddeutschen Bund ein. Hohenlohe gab dagegen am 19. Januar seine Erklärung des Inhaltes ab, daß Bayern keinem staatlichen Bunde unter dem Protektorate einer fremden Macht (Frankreichs oder Oesterreichs) mehr beitreten werde, die Regierung erstrebe vielmehr ein Bündnis mit Preußen, welches Bayern gegen bestimmte Garantie der Souveränetät des Königs für den Kriegsfall gegen das Ausland der Führung Preußens unterstelle. Die Ultramontanen und Anhänger Oesterreichs blieben dem Anschlusse an Preußen entgegen, freilich blieb ebenso ihr Rat einer süddeutschen Union ein frommer Wunsch. Zu Hohenlohes Plan bedurfte es einer Erhöhung und Neuorganisation des Heeres und der Wehrkraft, und ein diesbezüglicher Antrag wurde neben dem Antrag der zweiten Kammer auf Vorlage eines freisinnigen Schulgesetzes eingebracht. Im März wurde der Landtag vertagt. Es war die Zeit, da die Luxemburger Frage den Krieg Frankreichs mit Preußen in bedrohliche Nähe rückte.

Anfangs Februar hatten auf Hohenlohes Antrag Konferenzen der süddeutschen Regierungen in Stuttgart getagt, welche die Erhöhung der Wehrkräfte unter einer den Prinzipien der preußischen nachgebildeten Wehrverfassung beschlossen. Allgemeine Wehr-

pflicht, Aufhebung der Stellvertretung, Einteilung in aktives Heer, Reserve und Landwehr war das Programm. Aber die Grundlage aller Entwicklung in die Zukunft blieb, wie sie es bisher gewesen, der Zollverein, und ihm müssen wir nun in kurzem Ueberblick einige Aufmerksamkeit widmen.

In den letzten Jahren der dritten Zollvereinsperiode vor 1866 war ein mächtiger Aufschwung des deutschen Handels und der deutschen Industrie zu Tage getreten. Die nationale Produktion nahm eine rapide Entwicklung. Zahlreiche auswärtige Märkte wurden von der tüchtigen Handelspolitik der führenden Macht dem deutschen Gewerbefleiße erschlossen, und um so höher müssen diese Leistungen geschätzt werden, wenn man bedenkt, daß die staatenbundliche Verfassung des Zollvereins eine einheitliche und entschiedene Politik unendlich erschwerte. Deshalb hängt die materielle Blüte des Vereins auch so eng mit der preußischen Machtentfaltung zusammen. Dem Vereine fehlten die Organe, welche seine Bewegung im Weltverkehr stützten. Trotzdem war der Einfluß des Zollvereins auf die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft von ungeheurer Tragweite. So betrug im Jahre 1834 der Wert der Zollvereinseinfuhr an Ganzfabrikaten 14,706 Millionen Thaler, im Jahre 1858 dagegen schon 35,102 Millionen Thaler. Als dann die Einfuhr zurückging, zeigte die Ausfuhr in denselben Artikeln eine andauernde aufsteigende Bewegung. Wies dieselbe 1834 einen Wert von 83,719 Millionen Thalern auf, so betrug sie 1858 203,683 Millionen Thaler. Es hatte also eine enorme Erweiterung der deutschen Exportfähigkeit stattgefunden. Der Gesamtaus- und Einfuhrverkehr des Zollvereins betrug 1834: 249,5, 1844: 384,9, 1858: 672,3 und 1864: 737,4 Millionen Thaler. Es konnte nicht ausbleiben, daß sich die öffentliche Meinung in Deutschland dem Institute immer mehr zuwandte. Wie Bayern an diesem Aufschwung partizipierte, zeigen allein die 12 goldenen, die 24 silbernen und 77 bronzenen Medaillen, welche es sich neben 56 ehrenvollen Erwähnungen auf der Pariser Weltausstellung im Jahre 1867 für seine vortrefflichen Leistungen eroberte.

Als nun der Krieg die Auflösung des Zollvereins gebracht hatte, bildete zunächst nur der norddeutsche Bund eine geschlossene Zolleinheit von 7540 Geviertmeilen mit 30 Millionen Einwohnern. Der Ertrag der Zölle und der gemeinsamen Verbrauchsabgaben floß fortan in die Bundeskasse. Ein Verein staatsrechtlicher Natur war gegenüber dem alten Zollverein von nur völkerrechtlicher Natur gewonnen. In dieser einheitlichen Verfassung konnten die Staaten des norddeutschen Bundes die Bürgschaft einer ersprießlichen volkswirtschaftlichen Entwicklung erblicken. Ganz anders die 9 Millionen Einwohner Süddeutschlands. Ihnen drohte die Gefahr einer völligen Isolierung. Aber die erbitterte Stimmung Süddeutschlands gegen den preußischen Sieger wurde überwunden von der ökonomischen Einsicht, und dem Wachstum dieser Einsicht konnte man in Preußen die Entwicklung der Dinge überlassen. Schon im Juni 1867 traten die leitenden Minister der Südstaaten, Hohenlohe, Varnbüler (Württemberg), Freydorf (Baden) und Dalwigk (Hessen) in Berlin zu einer Konferenz zusammen, um unter dem Vorsitze des Grafen Bismarck über eine neue Gestaltung des Zollvereins zu verhandeln. Bismarck beantragte, die Zollgesetzgebung den Regierungen und der Volksvertretung gemeinsam zu übertragen und zwar sollten demgemäß Vertreter der süddeutschen Staaten sowohl in den Zollbundesrat wie in das norddeutsche Parlament eintreten. Hohenlohe behielt sich seine Entschließung vor. Graf Tauffkirchen ging dann nach Berlin, um für Bayern bessere Bedingungen zu erhalten. Das „Liberum Veto", d. h. das Recht der Verwerfung unbequemer Beschlüsse, wurde ihm nicht zugestanden, wohl aber erhielt Bayern im Zollbundesrate 6 statt 4 Stimmen, auch wurde seinem Vorschlag stattgegeben, daß die Vertretung der Zollvereinsbevölkerung den Namen „Zollparlament" und dieses gleich jeder andern parlamentarischen Körperschaft seine Geschäftsordnung und Disziplin selbständig ausüben sollte. Bayern griff damit dem Gedankengange Bismarcks bereits vor, und so wurden die neuen Zollvereinsverträge am 8. Juli 1867 unterzeichnet.

Die neue Zollgemeinschaft charakterisierte sich als Uebergangsprodukt, das gleichermaßen in den staatsrechtlichen Verhältnissen des alten deutschen wie des modernen norddeutschen Bundes wurzelte. Durch die Einsetzung eines Zollbundesrats und eines Zoll-



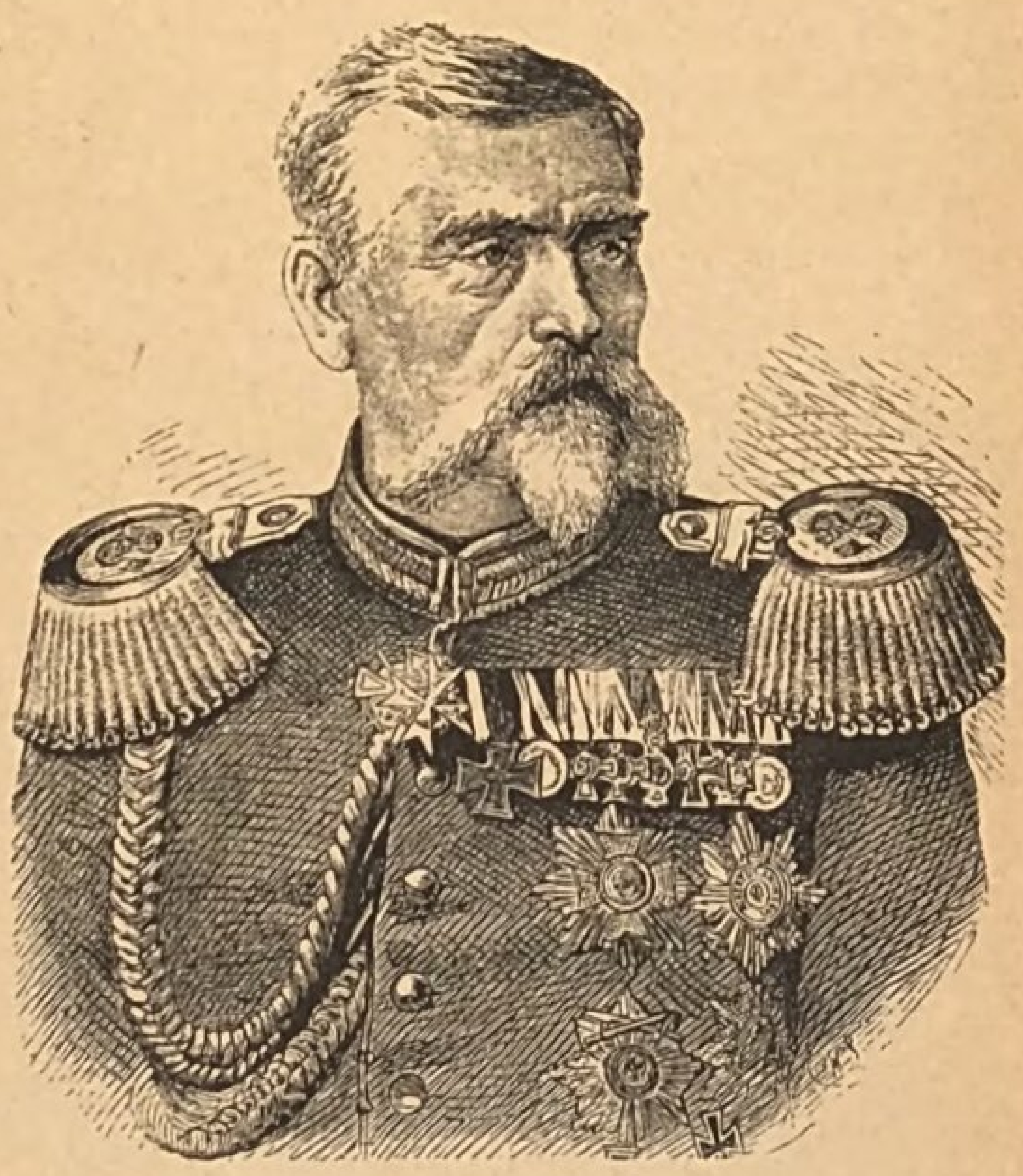
Kaiser Wilhelm I.

parlaments an die Stelle der früheren Generalkonferenzen war man aus dem Staatenbunde heraus dicht an die Grenze des Bundesstaates gedrungen. Das natürliche Schwergewicht des preußischen Staates wirkte da schon mit aller Konsequenz, aber gerade Preußen war in peinlichster Weise bedacht, dem Selbständigkeitsgefühle der süddeutschen Staaten Rechnung zu tragen und vermied ängstlich selbst den Schein einer Pression. Als sich im Juni 1868 der württembergische Abgeordnete Probst im Zollparlament gegen jede Erweiterung der Kompetenz desselben aussprach, entgegnete Bismarck: So lange als Sie nicht in freier Entschließung erkennen, daß Ihrer Selbständigkeit im höchsten und weitesten Sinne am besten damit gedient ist, und so lange nicht aus dem Grunde Ihres allgemeinen Nationalgefühls diejenige Majorität der Süddeutschen, die überhaupt staatliche Einrichtungen will, erklärt, es sei ihr Wille, sich dem norddeutschen Bunde anzuschließen, so lange deliberieren Sie in Ruhe über die Gegenstände des Zollvereins." Der neue Zollverein umschloß nun ein Gebiet von 9675 Geviertmeilen mit nahezu 40 Millionen Einwohnern. Das war eine Macht, welche im Daseinskampfe dem Auslande gegenüber Stand zu halten vermochte. Sofort entwickelte sich eine rege Thätigkeit. Am 12. Oktober 1867 erfolgte die Aufhebung des Salzmonopols, durch welches namentlich Bayern einigermaßen betroffen wurde, allein auf der andern Seite gewann man auch wieder. Durch Gesetz vom 26. Mai 1868 wurde sodann die gleiche Besteuerung des inländischen Tabaks für das gesamte Zollgebiet eingeführt, ferner erfolgten Abänderungen der Zollordnung und der Zollstrafgesetzgebung, auch wurden mehrere wichtige Handels- und Schifffahrtsverträge abgeschlossen, so mit Italien, Spanien, der Schweiz und Japan. Am 9. März 1868 wurden durch einen Handels- und Zollvertrag die Beziehungen zu Oesterreich in klarer Weise geregelt. Ein Gesetz vom 17. Mai 1870, das unter mannigfachen Kämpfen zustande gekommen war, brachte einen vereinfachten Zolltarif.

Im September 1867 war der Landtag in Bayern wieder zusammengetreten; Hohenlohe legte am 8. Oktober den neuen Zollvertrag vor. Die Mehrheit der zweiten Kammer nahm denselben an, aber die Kommission der Reichsräte verwarf denselben. Die altbajuvarische Staatsromantik war in dieser Versammlung nicht so leicht durch neue Ideen und Thatsachen zu bemeistern. Da aber legte sich das Volk selbst ins Mittel. Die Aufregung ward so bedeutend, daß man Unruhen befürchten mußte, und so nahm denn Hohenlohe den Widerborstigsten der Reichsräte, den Freiherrn von Thüngen, mit nach Berlin, wo der Freiherr die Dinge auch einmal von einer andern Seite anschauen lernte. Nach ihrer Rückkehr beantragte der Ausschuß am 30. Oktober die bedingungslose Genehmigung und die Reichsratskammer nahm die Verträge am folgenden Tage an. Unzweideutig hatte sich Hohenlohe von der alten Vermittlerrolle Bayerns, die dem Lande soviel Unheil gebracht hatte, losgesagt, umsomehr aber entflammte er den unauslöschlichen Haß der Ultramontanen und Partikularisten gegen sich. Im Einverständnisse mit Bismarck sandte Hohenlohe, als die Luxemburger Frage ganz Deutschland in Allarm brachte, den Grafen Taufffirchen nach Wien, um zu sondieren, wie sich Oesterreich zu einem preußisch-französischen Kriege stellen würde. Bismarck hatte den Vorschlag Hohenlohes zu Allianzvorschlägen erweitert, allein Beust, der nun in Wien das Staatsruder führte, lehnte dieselben ab. Wohl aber hatte Hohenlohe offen dargethan, daß er für eine preußenfeindliche Politik mit Anlehnung an das Ausland nicht mehr zu haben sei, wie sehr auch gerade damals die Aufregung in den altbayerischen Kreisen gestiegen war infolge eines Schulgesetzentwurfes, den die Regierung im Mai 1867 einer Fachmännerkommission unterbreitete. Die Klerikalen traten in Versammlungen zusammen, der Episkopat protestierte gegen die Trennung der Schule von der Kirche und die „Entchristlichung" des Unterrichts. Aufsicht über die Schule, selbständige Verwaltung des Kirchenvermögens — das waren die Ziele dieser Bewegung, welche dem Gefühle entsprang, daß ein neuer Geist dem alten in Bayern die Herrschaft streitig mache. Freilich, der alte Geist! In Oesterreich hatte er sich eben erst wieder bewährt. Als das Land in höchster Not war, ging der Minister den hohen Klerus, dem das Konkordat die freie Verwaltung der kolossalen Kirchengüter zugewandt, um eine größere Anleihe an. Das Ersuchen wurde abgeschlagen und der hohe Klerus bekundete seine

Vaterlandsliebe mit einem Almosen von 200,000 Gulden für die Pflege der Verwundeten.

Bei den ersten Zollparlamentswahlen im Jahre 1868 machten die Ultramontanen die regsten Manöver, und es gelang ihnen, in 26 von 48 Wahlkreisen durchzudringen. Der Führer der Klerikalen, Jörg, interpellierte nun in der zweiten Kammer am 26. März 1868 die Regierung dahin, sie möge den allgemeinen direkten Wahlmodus auch für die Landtagswahlen einführen. Die Regierung lehnte das ab, die Hetzereien der Beamten und Geistlichen wurden mit Pensionierung und Versetzung beantwortet. 1869 lehnte der Landtag Jörgs Antrag wegen des neuen Wahlmodus ab, aber auch das Schulgesetz wurde von der Reichsratskammer verworfen, da die in klerikalem Sinne vorgeschlagenen 63 Verbesserungen von der zweiten Kammer größtenteils abgelehnt worden waren. Dagegen wurde die freisinnige Gemeindegesetzgebung vollendet, eine neue Civilprozeßordnung und eine neue Ordnung des Militärstrafrechts und des Strafverfahrens eingeführt. Am 28. April wurde der Landtag geschlossen. Sein Mandat, welches er seit 1863 geführt, war erloschen; zum Mai wurden die Neuwahlen angeordnet.


General von der Tann.

Auf der in München zwischen Bayern, Württemberg und Baden abgehaltenen Militärkonferenz kam im Oktober 1868 eine Einigung wegen der süddeutschen Festungen zustande und in den folgenden Jahren wurde die neue Heeresformation durchgeführt: zwei Armeekorps von je zwei Divisionen mit dem Kommando in München und Würzburg. Am 8. Januar 1869 wurden die Generale von der Tann und Hartmann zu Korpsführern, und Prinz Luitpold, der Oheim des Königs, zum Generalinspektor ernannt.

In Rom rüstete man zum Konzil. Fürst Hohenlohe, der Bayern nicht zum „deutschen Kirchenstaate" gemacht sehen wollte, frug in einer Zirkulardepesche vom 9. April 1869 an die bayerischen Gesandten bei den verschiedenen europäischen Mächten an, ob man nicht gemeinschaftlich zu einer Verwahrung oder Protestation schreiten solle? Zu diesem Zwecke schlug er eine Konferenz vor. Allein die Antworten lauteten ablehnend. Hohenlohe wandte sich darauf an die süddeutschen Staaten und an Preußen wegen gemeinsamer Schritte, fand aber auch hier wenig Anklang. Zuletzt ließ er sich von den Fakultäten der Universitäten München und Würzburg Gutachten über gewisse kirchenrechtliche und dogmatische Fragen einsenden und übergab dieselben der Oeffentlichkeit. Dadurch aber verdarb er es bei den Klerikalen, die sich nun bald „Patrioten" nannten, erst recht. Die Wahlen im Mai 1869 zeigten ihm dies. Den Ultramontanen fielen 79 Stimmen gegen 75 zu. Einige Wahlbeanstandungen schufen Stimmengleichheit, 72 zu 72, und nun konnte man sich über keinen Präsidenten einigen. Die Kammer wurde aufgelöst. Bei den neuen Wahlen aber erschienen 80 Ultramontane gegen 74 Liberale. Tags darauf, am 26. November 1869 bot das Ministerium seine Entlassung an. Ludwig gewährte sie nur den Ministern des Innern und des Kultus, Hörmann und Gresser; an ihre Stelle traten Braun und Lutz, welcher außerdem schon Justizminister war. Mit einer versöhnlichen Thronrede wurde der neue Landtag am 17. Januar 1870 eröffnet. Aber die Adreßdebatten in beiden Kammern zeigten bald, daß keine Versöhnung zu erzielen sei. Die Reichsratskammer gab ihrem Mißtrauen gegen das Ministerium offenen Ausdruck. Die Hinneigung zu Preußen, Cäsarismus, Militarismus, preußische Steuer-

schraube — das waren die Stichworte. Sieben anwesende Prinzen, darunter die Oheime des Königs, Luitpold und Adalbert und der Bruder Ludwigs, Prinz Otto, stimmten dem Adreßentwurfe zu. Der König aber ließ dem Präsidenten des Reichsrats melden, er werde weder eine Deputation empfangen, noch die Adresse annehmen. Der zweiten Kammer erging es ähnlich. Der König empfing die Deputation nicht, ließ sich aber die Adresse, von Archivkonservator Jörg in Landshut ausgearbeitet, einsenden. Darauf gab Hohenlohe am 15. Februar seine Entlassung ein, und der König genehmigte das Gesuch am 7. März mit den Ausdrücken hoher Anerkennung. Seine Kollegen hatten Hohenlohe bei den Redestürmen, welche über ihn hereinbrachen, nur lau unterstützt; nur Döllinger, der seit 1868 im Reichsrate saß, hatte ihm zugestanden, daß die Bahn der äußeren Politik Bayern vorgezeichnet sei, und auch ein andrer Minister keinen andern Weg gehen könne, wollte er anders ehrlich und nicht bloß nach dem Buchstaben der Verträge mit dem norddeutschen Bunde handeln. Nachfolger Hohenlohes wurde Graf Bray. Am 30. März entwickelte er sein Programm. Haltung der Verträge und Wahrung der Unabhängigkeit und freien Selbstbestimmung Bayerns. Er wollte also die augenblickliche Lage Bayerns und Deutschlands festhalten. Damit aber verlegte er der Fortentwicklung Deutschlands auf Kosten Bayerns den Weg. Entweder Einhaltung der Verträge auch ihrem Geiste, d. h. dem Geiste der Fortentwicklung, entsprechend, oder Bruch derselben — ein anderer Weg war nicht da, und bei dem nächsten Zusammenstoß mußte sich die Klarheit dieses kategorischen Entweder—Oder offen erweisen.

Dieser Zusammenstoß romantischer Ideen und realer Lebensforderungen erfolgte, als in die erregten Kammerverhandlungen über die Reduktion der Ausgaben für das Heer die französische Kriegserklärung hineinplatzte. Alle Winkelzüge waren damit unmöglich. Entweder — oder! War der „Bündnisfall" gegeben oder nicht? Getreu der Herzogtümertheorie von 1866 konstruierten die Patrioten sich nun eine spanische Thronstreittheorie heraus; dieser Thronstreit gehe aber nicht Deutschland, sondern allein Preußen an. Demgemäß beantragte der Ausschuß der zweiten Kammer unter der Führung Jörgs, den vom Kriegsminister geforderten Militärkredit nur für bewaffnete Neutralität zu bewilligen. Das war also Bruch der Verträge. Aber wie vom Sturmwind ward dieser Anschlag der „Patrioten" hinweggefegt. Schon am 10. Juli hatte die Regierung der französischen Regierung die Mitteilung zukommen lassen, Bayern werde sich von dem übrigen Deutschland nicht trennen. Am 16. Juli gab König Ludwig den Befehl zur Mobilmachung der Armee, am 17. gab die Bevölkerung Münchens ihr Einverständnis mit dieser Anordnung durch eine großartige Huldigung zu erkennen, an dem gleichen Tage, da Dr. Sigl nach Paris telegraphierte, die Patrioten würden keinen Kreuzer bewilligen. Am 18. wurde jener Antrag vom Kammerausschuß beschlossen, am 19. debattierte man über denselben, und da kam denn die zwiegespaltene Stimmung vollends zum Ausdruck. Dr. Sepps begeisterte Rede übertönte alles Gezischel, ihn hatte die Wirklichkeit erfaßt und mit dieser trieb er das romantische Gespenst von dannen. Die Kammer verwarf den Kommissionsantrag mit 89 gegen 58 Stimmen und bewilligte den geforderten Kredit in der Höhe von 18 Millionen Gulden mit 101 gegen 47 Stimmen. Ohne Debatte und einstimmig aber nahm diesen Beschluß nun die Kammer der Reichsräte am folgenden Tage an. An demselben 20. Juli noch wurde Preußen der Beitritt Bayerns zur Aktion gegen Frankreich mitgeteilt, und die Antwort König Wilhelms zeigte mit ihrem freudigen Danke, wie sehr man die Tragweite dieses Schrittes zu würdigen wußte. Die bayerischen Armeekorps wurden der dritten Armee unter dem Oberbefehle des Kronprinzen Friedrich Wilhelm von Preußen zugeteilt. Am 27. kam derselbe nach München, und ein allgemeiner Enthusiasmus empfing ihn. Größer als jene vielen Siege, welche Bayern nachher auf den Schlachtfeldern Frankreichs gewann, war dieser eine erste große Sieg über sich selbst, denn er hat Deutschland davor bewahrt, zur preußischen Provinz zu werden, und wenn auch der preußische Militarismus faktisch zunächst sein großes Uebergewicht vor der andern Entwicklung des deutschen Volkes behauptete, so ist doch mit Sicherheit bei dem Eintreten der Abspannung der allgemeinen europäischen Gereiztheit ein um so entschiedeneres Emporstreben der übrigen Kulturelemente zu erwarten. Daß diesen

heute schon ein günstigerer Boden in Bayern als in Preußen gegeben ist, werden wir zum Schlusse noch zu erwähnen haben.

Der Krieg, an welchem die bayerische Armee gleich von den ersten Schlachten an den ruhmvollsten Anteil nahm, mußte über Deutschlands Geschick entscheiden. „Der Geist ist der Herrscher, die Gedanken sind die Herren der Heerscharen.“ Der Usurpator der französischen Freiheit, der einst den verwegenen Schwur gethan: Die demokratische Republik soll der Gegenstand meines Kultus, ich will ihr Priester sein. . . . Zum Pranger will ich verdammt sein an dem Tage, wo ich, ein Verbrecher und Verräter, es wagen sollte, eine frevelnde Hand an die Rechte des Volkes zu legen — sei es durch Betrug mit seiner Zustimmung, oder durch Macht und Gewaltthat gegen dieselbe“ — wurde von dem deutschen Volk in Waffen von seinem Throne gehoben. Das Volk aber, welches diesen Usurpator immer noch gut genug gefunden hatte, ein andres Volk von der Bahn zur Freiheit und nationalen Wiedergeburt durch ihn und eine Staatsstreichsarmee zurück treiben zu lassen, bekam die fürchterliche Faust des im Kriege geeinten tief erzürnten Deutschlands zu fühlen. Ein Racheakt, wie ihn nur die bis zur Verzweiflung getretene Natur zu vollziehen vermag.



Döllinger.

Der Krieg — nein nicht der Krieg, die Vernunft, der Geist und Gedanke mußten aber auch über die Stellung Bayerns zum norddeutschen Bunde entscheiden. Deutschland kannte keine Mainlinie, als eine fremde Frevlerhand an sein Heiligtum, seine Volksindividualität, an seine Nationalität rührte, als Deutschland zu den Waffen griff. Deutschland kannte keine Mainlinie auf dem Gebiete der nationalen Wirtschaft. Das deutsche Volk war eins und in diesem Einssein fühlte es seine Kraft und Selbständigkeit. Daß diesem Gefühle auch nach außen ein staatlicher Ausdruck verliehen werden müsse, war allen klar, mit Ausnahme jener wenigen geistig Zurückgebliebenen, welche infolge ihres ultramontanen Fanatismus nur den konfessionellen Riß einer vergangenen Zeit zu erfassen vermochten, während sie alle einigenden Momente der Gegenwart, der Kultur und Natur des Gesamtvolkes übersahen.

Noch während des Krieges wurden also die Verhandlungen über Bayerns Verhältnis zum norddeutschen Bunde begonnen. Schon im September kam die Bewegung in Fluß. Adressen gingen an den König, in Volksversammlungen und Reden wie in der Presse kamen die Wünsche des bayerischen und deutschen Volkes zum Ausdruck. Und die Regierung schenkte dem Willen des Volkes Beachtung und trat mit Berlin in Unter=

handlung. Ein Bevollmächtigter sollte nach München kommen. Delbrück, der Präsident des Bundeskanzleramts erschien in der bayerischen Hauptstadt. Die ersten Verabredungen wurden getroffen. Bismarck hielt fest an seiner Politik, die Initiative Bayern wie bisher zu überlassen. Aber die ersten Vorschläge ließen kaum ein günstiges Ergebnis hoffen. Doch die Ereignisse drängten vorwärts, und man ergriff in München die Initiative ganz und energisch. Die Minister Bray, Lutz und Pranckh reisten am 20. Oktober nach Versailles. Am 23. November kamen die Verhandlungen zum Abschluß.

„Die nationale Idee besteht, das läßt sich nicht wegleugnen; es handelt sich nur darum, der Idee jenes Bett zuzuweisen, wo sie zu unsrem Frommen wirkt" — so hatte der Kriegsminister von Pranckh noch vor der Entscheidung zum Kriege sich geäußert, und Ludwig II selbst hatte auf das Danktelegramm König Wilhelms geantwortet: „Mit Begeisterung werden meine Truppen an der Seite ihrer ruhmgekrönten Waffengenossen für deutsches Recht und deutsche Ehre den Kampf aufnehmen. Möge er zum Wohl Deutschlands und zum Heile Bayerns werden!", dann hatten bei den Entscheidungskämpfen bei Beaumont, Bazeilles, Balan und Sedan die bayerischen Krieger den ersten Kranz errungen — und von Bayern hätte nun der Einigung Deutschlands ein wirkliches Hindernis bereitet werden sollen? Die Opfer mochten schwer sein, Ludwig II brachte sie. „Der Geist ist der Herrscher", und diesem Herrscher beugte sich auch König Ludwig.

Wollte man ein alle umschließendes deutsches Reich, so mußte man es so wollen, daß es wirklich lebte und zu leben vermochte. Man setzte also fest, daß ein gemeinsames Organ des Reichs dessen gesetzgebende Gewalt ausübe und diese Gewalt übertrug man dem Bundestage und dem Reichstage. Das Reich erhielt eine selbständige Reichsgewalt, und hienach erlitt die Souveränetät der Einzelstaaten folgende Einschränkungen. Das Reich ist unauflöslich, d. h. kein einzelner Staat und kein Teil eines solchen vermag einseitig auszutreten. Die Verfassungen der Einzelstaaten wie auch die Gesetze und Verordnungen derselben sind durch die Verfassung des Reichs insoweit für aufgehoben oder abgeändert zu erachten, als dieselben mit ihr im Widerspruch stehen oder nicht vereinbar sind. Die Reichsgesetze erhalten ihre verbindliche Kraft im ganzen Reiche durch ihre Verkündigung von Reichs wegen. Es bedarf also weder der Publikation noch der Genehmigung durch die Einzelstaaten. Die Reichsgesetze gehen ferner den Landesgesetzen vor, und die Reichsgewalt hat die Entscheidung, ob ergangene Reichsgesetze oder Reichsverordnungen der Verfassung entsprechen oder nicht. Sowohl Verfassungen als Gesetze der Einzelstaaten können durch Reichsverfassungsgesetze wie durch gewöhnliche Reichsgesetze abgeändert werden. Bei Verfassungsstreitigkeiten in Einzelstaaten besitzt die Reichsgesetzgebung das Recht authentischer Auslegung oder Abänderung, wenn in einem Einzelstaate, in dessen Verfassung eine Behörde zur Entscheidung über Verfassungsstreitigkeiten nicht vorgesehen ist, ein solcher Streit entsteht, oder wenn es auf Anrufen eines Teiles dem Bundesrate nicht gelingt, den Streit gütlich auszugleichen. Der Reichsgewalt gebührt das Recht der Ueberwachung der Ausführung der Reichsgesetze und der Beaufsichtigung der Regierungen der Einzelstaaten in allen zur Zuständigkeit des Reichs gehörigen Angelegenheiten. Hierin ist nicht nur das Recht zur unmittelbaren Kenntnisnahme und zum unmittelbaren Befehl, sondern auch die Befugnis enthalten, von den Regierungen der Einzelstaaten Auskunft zu erfordern und denselben die Vollziehung der Reichsvorschriften aufzugeben, auch dieselben erforderlichenfalls im Wege der Reichsexekution hierzu anzuhalten.

Von den 58 Stimmen des Bundesrats erhielt Bayern nun 6 zugewiesen, während es zum Reichstage 48 Abgeordnete sandte. Der König trat an den Bundespräsidenten das Recht Krieg zu führen und Frieden zu schließen ab und stellte die bayerische Armee von der Zeit der Mobilmachung unter den unmittelbaren Befehl des Bundesfeldherrn. Das bayerische Gesandtschaftswesen wurde wesentlich umgeändert und alle Konsulate aufgehoben, doch wahrte sich Bayern im übrigen seine eigene Diplomatie, dazu die Verwaltung des Heerwesens, der Post, Telegraphen und Eisenbahnen, seine besondere Bier- und Branntweinsteuer und blieb ebenso von den Bestimmungen der neuen deutschen Bundesverfassung über Heimats- und Niederlassungsverhältnisse unberührt; im Bundes-



Die Bayern vor Paris unter General Hartmann.

Nach dem Gemälde von Bleibtreu (mit Genehmigung der Photographischen Gesellschaft in Berlin).

rate wurde ferner ein diplomatischer Ausschuß aus den Bevollmächtigten der Königreiche Bayern, Sachsen und Württemberg unter Vorsitz Bayerns gebildet, deren Veto von 14 Stimmen genügen sollte, jede Verfassungsänderung zu hindern. Der deutsche Reichstag genehmigte trotz der Ausnahmebestimmungen diesen Vertrag am 9. Dezember mit 195 gegen 32 Stimmen.



Bismarck.

Schon am 30. November 1870 richtete König Ludwig an sämtliche deutsche Fürsten und die Senate der drei freien Städte ein Schreiben mit der Anfrage, ob sie einverstanden seien, wenn mit der Präsidialmacht des Bundes der Titel eines deutschen Kaisers verbunden würde? Gleichzeitig ließ er durch seinen Oheim, den Prinzen Luitpold, im Hauptquartier zu Versailles dem Könige von Preußen ein Schreiben überreichen, worin er den Wunsch aussprach, daß die dem Bundespräsidium zustehenden Rechte durch Wiederherstellung eines deutschen Reiches und der Kaiserwürde ausgeübt werden sollten. Es war ein so hochherziger, von so tief patriotischem Geiste eingegebener Entschluß, daß auch ohne die später erfolgten sogenannten Enthüllungen zu begreifen ist, wie es dem Könige schwer gewesen sein mußte, denselben zu fassen. Aber gerade die Schwere des Opfers erhöht den Wert der Gabe und den Ruhm des Gebers.

Wie sehr Bayern zwischen zwei Stimmungen hin- und hergeworfen wurde, den Stimmungen, fließend aus der ganzen bisherigen Geschichte des Landes und andrerseits aus der nicht abzuweisenden Schwere der augenblicklichen allgemeinen deutschen Verhältnisse, zeigte sich namentlich in den zehntägigen Verhandlungen der zweiten Kammer über die Verträge von Versailles. Trotzdem die Reichsratskammer dieselben bereits am 31. Dezember mit allen gegen eine Stimme (Frankenstein) genehmigt hatte, stellte der

Ausschuß der zweiten Kammer einen Gegenantrag, der jedoch am 21. Januar von 102 gegen 48 Stimmen (zwei Drittel waren erforderlich) verworfen wurde. Die Minister Lutz und Pranckh reisten nach Berlin, wo am 29. Januar 1871 die Verträge über den Beitritt Bayerns zum deutschen Reiche im Bundeskanzleramt ratifiziert wurden. Der verlangte Militärkredit von 36 Millionen Gulden ging mit 146 gegen 4 Stimmen durch. Die Landtagssession schloß am 13. Februar. Bei der Kaiserproklamation in Versailles war Bayern durch die Prinzen Otto, Luitpold und Leopold vertreten, von denen letzterer, ein ganzer Soldat, noch jüngst bei Villepion ein neues Lorbeerreis zu seinen bisherigen mit tapferster Ausdauer und Umsicht sich erkämpft hatte. Bei den Wahlen zum ersten Reichstage am 3. März erlangten die Klerikalen in Bayern nur 18 Stimmen gegen 30 Liberale.

Die nationale Frage war damit für Deutschland entschieden — in ihrem Kerne. Sie war gewachsen unzertrennlich von dem Wachstume des Liberalismus, denn Nationalität und Freiheit erkannten wir als die sich gegenseitig bedingenden Grundelemente der neueren Entwicklung. Freilich, die neue Kaiserwürde war keine Gabe des Volkes, aber, geschaffen in den Tagen nationalen Hochgefühls, man begnügte sich mit dem Gedanken, daß doch nur die aufopfernde Gesamtarbeit des Volkes die Möglichkeit dieser Errungenschaft geschaffen und man frug nicht mit doktrinärem Eigensinn nach der Rechtsquelle, aus welcher die neue Fürstenwürde hervorgegangen war. Ob aber nun auch die Erkenntnis eines Wilhelm von Humboldt, daß unsere stehenden Armeen den Krieg mitten in den Schooß des Friedens hineinbringen, daß Kriegsmut nur in Verbindung mit den schönsten friedlichen Tugenden, Kriegszucht nur in Verbindung mit dem höchsten Freiheitsgefühle ehrwürdig erscheine, daß durch die Trennung beider die Kriegszucht in Sklaverei, der Kriegsmut nur in Wildheit und Zügellosigkeit ausarte, sich zum Siege durchringen würde, war in der Trunkenheit der überwältigenden Siege und Niederlagen, in der Pulverdampfumfüllung jener Tage noch kaum zu hoffen. Und infolge der Trennung des Liberalismus von diesen seinen ältesten geistigen Grundlagen drang denn auf militärischem Gebiete immer mehr jene Thatsache ein, daß der Krieger, mit Aufopferung seiner Freiheit zur Maschine wurde; es zeigte sich, „wie verderblich es sein muß, wenn beträchtliche Teile der Nationen lange Jahre hindurch im Frieden nur zum Behufe des möglichen Krieges in diesem maschinenmäßigen Leben erhalten werden.“ Immer deutlicher tritt zu Tage, daß die Befreiung vom Militarismus nur auf dem Wege eines wirklichen kulturellen Fortschritts zu erreichen sei, daß aber jene Hoffnung, durch gegenseitige Ueberbietung der Kriegsrüstung die Abrüstung herbeizuführen, eine irrige ist, daß eine solche militärische Belastung der Nationen nur auf Kosten ihres ganzen anderweitigen Kulturlebens möglich ist und bei fortgesetzter Steigerung den Zusammenbruch der ganzen nationalen Lebenskraft unbedingt zur Folge haben muß.

Eine zweite Folge dieser durch den Krieg und die Thorheit, welche ihn veranlaßte, herbeigeführten Herrschaft des Militarismus war die neue Stärkung der romantischen Lebensanschauung auf allen Gebieten. Das Imperatorentum einer vergangenen Zeit erlebte eine neue Kultusperiode, isoliert und losgerissen von der unaufhaltsam fortschreitenden realen Entwicklung des Völkergeistes flüchtete es sich in das Bereich der Idee, es drang in die Kostümkammer der Vergangenheit und führte in Bayern zunächst jenen tragischen Konflikt herbei zwischen Romantik und Wirklichkeit, welcher in der Katastrophe jenes idealen Märchenkönigs einen so unendlich traurigen Ausgang nahm.

Eine dritte Folge jener von der Notwendigkeit erzwungenen, nicht in freier Einsicht errungenen deutschen Einheit war die Wiederbelebung der klerikalen Elemente, welche namentlich das bayerische Leben bis in seine letzten Nervenstränge durchrüttelte. Wir werden auf diese Kämpfe kurz zurückkommen.

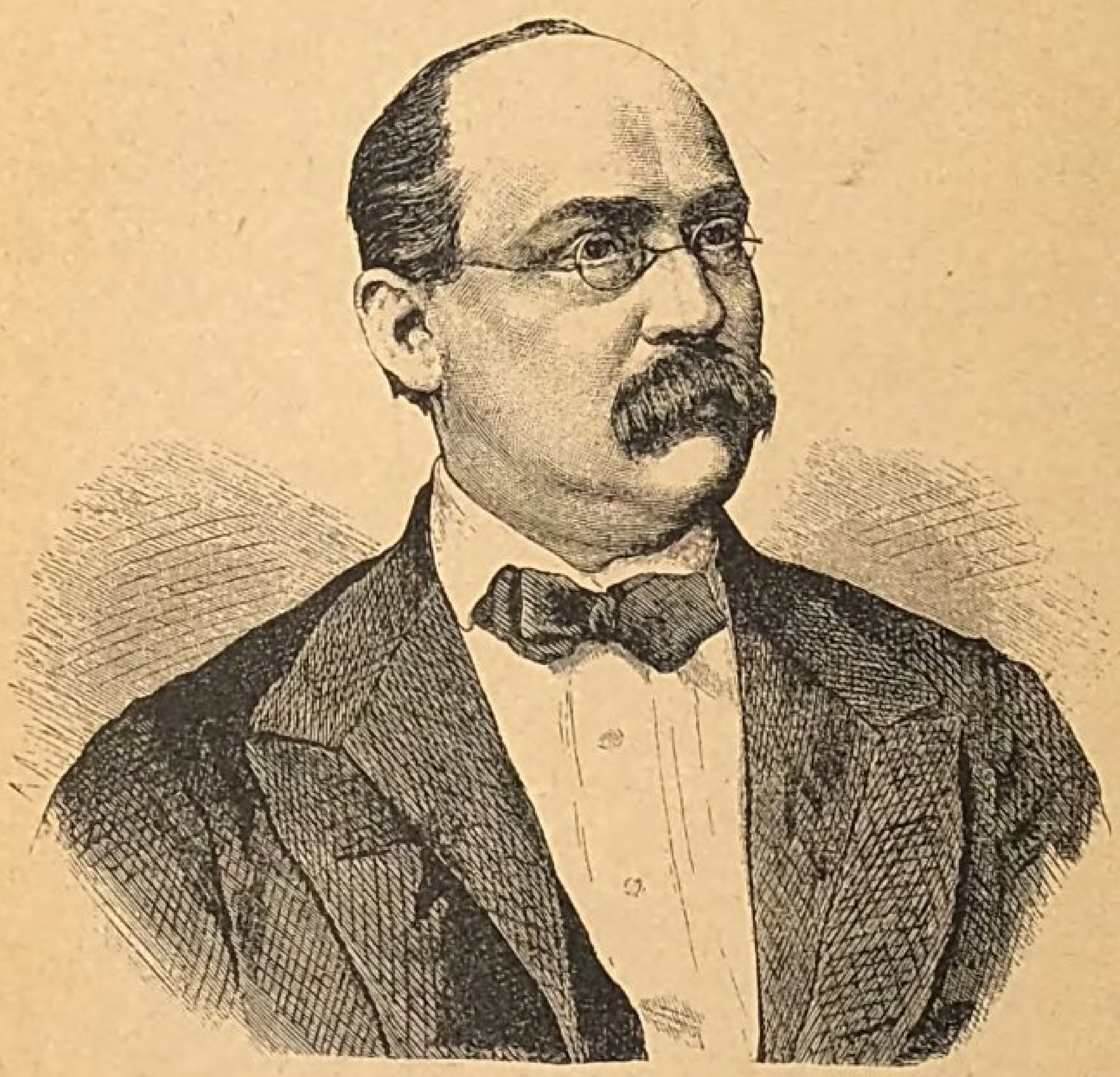
Eine vierte Folge aber war jene nun wirklich eintretende Verwilderung des liberalen Geistes auf wirtschaftlichem Gebiete, welche den Boden dazu schuf, aus dem nun auch in Deutschland zwei neue Lebensprinzipien mit stets steigender Energie sich erhoben.

Der Kampf um die Nationalität und die Freiheit des Individuums war ein einheitlicher. Beide Prinzipien waren untrennbar von einander. Seit 1848 war der Li-

beralismus immer mehr von dem einst demokratischen Boden hinübergetreten auf den Boden des politischen Kompromisses mit der Fürstengewalt. Nachdem so auf politischem Gebiete die liberale Bewegung ihre Grenze erreicht hatte, bemächtigte sie sich um so energischer des wirtschaftlichen Gebietes. Dadurch aber wurden auch hier die demokratischen Elemente zu einer Selbsthilfe gezwungen. In England bildeten sich die „Trades Unions“, in Deutschland gab Schulze-Delitzsch die praktische Anregung zur Organisation des Genossenschaftswesens. Diese Art der Sozialreform lag ganz im Sinne der liberalen Bourgeoisie; mit allen Kräften nahm sie sich der Sache an, um sie bald vollständig zu beherrschen. Allenthalben traten diese genossenschaftlichen Verbände in den Vasallendienst der fortschrittlichen Parteien. Diese Art des Associationswesens war nichts anders, als eine Abschlagszahlung der Bourgeoisie an die Demokratie, ein kleines Palliativmittel gegen die fortschreitende Proletarisierung der Gesellschaft, welche die Kapitalherrschaft notwendig im Gefolge hatte. Weit entfernt, ein absolutes Mittel zur Lösung der sozialen Frage zu sein, trug dieses Mittel vielmehr noch wesentlich dazu bei, das revolutionäre Klassenbewußtsein der Arbeiter zu heben; insbesondere gilt dies von den mit allgemeinen Bildungstendenzen operierenden deutschen Gewerkvereinen, die in der That nichts weiter waren und noch sind, als eine zweischneidige Waffe in der Hand der Fortschrittspartei.

Die allgemeine Bildung und die politische Schulung hat den Arbeiter nicht frei gemacht; denn dazu, zu der Beherrschung der Leidenschaft durch die Vernunft, bedarf es einer längeren und tieferen Bildung Generationen hindurch, aber sie hat ihm einstweilen einen empfänglicheren Sinn eingeimpft für die Gegensätze und Widersprüche der modernen Gesellschaft und ihm die Fähigkeit gegeben, die eigentlichen Brennpunkte der sozialen Frage zu erfassen. So machte sich denn seit Anfang der sechziger Jahre im Arbeiterstande eine Strömung bemerkbar, welche eine energischere, bewußtere Handhabung der wirtschaftlichen Klasseninteressen forderte. Ferdinand Lassalles Flugschrift „Ueber den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“ stellte das erste zielbewußte Programm des vierten Standes auf. Die Bewegung zur organisatorischen Arbeit setzte ein, am 22. Mai 1863 erfolgte die Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Lassalle wurde Präsident und unternahm seine großen Agitationsreisen. Ueberall enthusiastisch empfangen, wurde er wie ein Messias gefeiert; wo er auftrat, ging es her, „wie bei der Stiftung einer neuen Religion.“ Ein eifriger Bundesgenosse erstand dem ungeheuer geschickt arbeitenden Manne in dem Mainzer Erzbischof von Ketteler. Eine Ahnung ging dem katholischen Bischofe von der ungeheuern internationalen Tragweite dieser Arbeiterbewegung auf. Noch vermengten sich die Ideen, zu einer politischen Parteikonstruktion fehlte noch der feste Boden, Lassalle selbst war Monarchist. Volkskönigtum im wahren Sinne des Wortes war seine leitende Idee. Nach seinem Tode aber im Jahre 1864 erfolgte gegen diese monarchische Strömung der Gegenschlag. Am 28. September 1864 wurde in London der Bund der „roten Internationale“ gegründet, an dessen Spitze die Marx, Engels, Bebel und Liebknecht traten. Das „Kokettieren mit den Hohenzollern“ wurde verworfen, und damit entfernte sich die Bewegung zwar einerseits von dem Punkte, an welchem vielleicht eine Anknüpfung an die politische Wirklichkeit möglich gewesen wäre, andererseits aber erreichte sie in dieser Verfolgung radikalerer Ideen die ihrer Natur nach notwendige und konsequente Ergänzung in dem Prinzip der Internationalität. Liberalismus und Nationalität — Sozialismus und Internationalität, das waren die beiden großen Gegensätze, unter denen sich nun die Fortentwicklung in Europa vollzog. Und während der erste nun erst in Deutschland zu seinen größten Siegen vordrang, spaltete sich die Sozialdemokratie naturgemäß, da ihre Entwicklung eben durch diese Siege zurückgestaut wurde. Erst nach Erledigung der deutsch-nationalliberalen Frage, erst mit dem Einsetzen des Kampfes gegen den Sozialismus, erfolgte im Mai 1875 die Vereinigung aller Sozialisten auf dem Gothaer Kongreß. Der radikale internationale Sozialismus wurde als Ziel der Fortentwicklung ins Auge gefaßt. Die Bewegung, auf dem wirtschaftlichen Boden entsprungen, mündete auf dem politischen, und hier angelangt, war die Aufstellung von Zwischenzielen eine Notwendigkeit. Daß diese praktische Beschränkung auf zunächst Erreichbares einen Gegenschlag nach

der radikalen Seite hervorrief und die anarchistischen Elemente auf die Bahn des Verbrechens trieb, war vorauszusehen; die Regierung suchte dem vorzubeugen durch das am 21. Oktober 1878 erlassene Ausnahmegesetz „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie", ein Gesetz, welches die eigentliche Sozialdemokratie nicht schwächte, sondern stärkte, und welchem entweder der direkte Kampf oder aber die Beseitigung des Gesetzes folgen mußte. Das riesige Anwachsen der sozialistischen Stimmen bei den Reichstagswahlen zeigt den nicht zu leugnenden Fortschritt der Bewegung; die soziale Frage beherrscht das Ende des 19. Jahrhunderts. Der Gedanke des Sozialismus und der Internationalität ist als ein in seinem Kerne berechtigter von den Regierungen anerkannt; es handelt sich jetzt nur darum, die Form seiner Verwirklichung zu finden, und das kann nur auf dem Wege des politischen Kampfes geschehen. Nicht die Gewalt, sondern einzig und allein der Fortschritt der Kultur, die rückhaltlose und selbstverleugnende Arbeit an der geistigen und materiellen Hebung des ganzen Volkes gibt die Mittel zur Lösung an die Hand.


Staatsminister v. Lutz.

Verfolgten wir hier in kurzem Ueberblick die Bewegung zu Internationalität und Altruismus auf dem realistischen Gebiete der Volkswirtschaft und Politik, so haben wir nun kurz einen Blick auf eine Parallelbewegung zu den gleichen Zielen auf dem romantischen Gebiete des kirchlichen Lebens zu werfen. Und dieser Kampf war es, welcher in Bayern die größte Anteilnahme erweckte, dessen unentschiedener Ausgang aber gerade dem Eindringen jenes realistischen Denkens auch noch Bayern den Weg eröffnete.

Immer weiter zurückgedrängt von der Möglichkeit realer Machtentfaltung, sah sich die katholische Kirche genötigt, in der Vergrößerung ihrer moralischen Macht einen Ersatz zu suchen. Diese Bewegung setzte mit der Verkündigung des Dogmas von der unbefleckten Empfängnis der Jungfrau Maria (8. Dezember 1854) durch Pius IX ein. Dieser folgte zehn Jahre später eine päpstliche Encyklika samt angehängtem Syllabus, in welcher gerade alles das, worauf die Zeitgenossen als auf Errungenschaften des modernen Staats- und Geisteslebens stolz sein zu dürfen glaubten, in feierlichstem Tone verdammt und verworfen wurde. Also Umkehr zu den Grundsätzen der mittelalterlichen Hierarchie! Zur pomphaften Eröffnung dieser Bahn erfolgte im Jahre 1862 die große Heiligenpromotion, dann 1867 das Säkularfest Petri, 1869 das eigene Priesterjubiläum Pius' IX und am 8. Dezember desselben Jahres die glanzvolle Eröffnung des vatikanischen Konzils, aus welchem am 18. Juni 1870 die Verkündigung des Dogmas von der päpstlichen Unfehlbarkeit hervorging. Es war der Tag vor der Kriegserklärung Frankreichs an Deutschland. Im Gefolge dieses Krieges kam es am 3. und 9. Oktober 1870 zur Auflösung der weltlichen Papstherrschaft. Rom wurde die Hauptstadt des vereinigten Königreichs Italien. Im Gefolge jenes Konzilbeschlusses kam es in der Kirche zum Schisma, indem sich die Altkatholiken von derselben trennten und das „Unding" eines nach 1800 Jahren aufgestellten neuen Dogmas verwarfen.

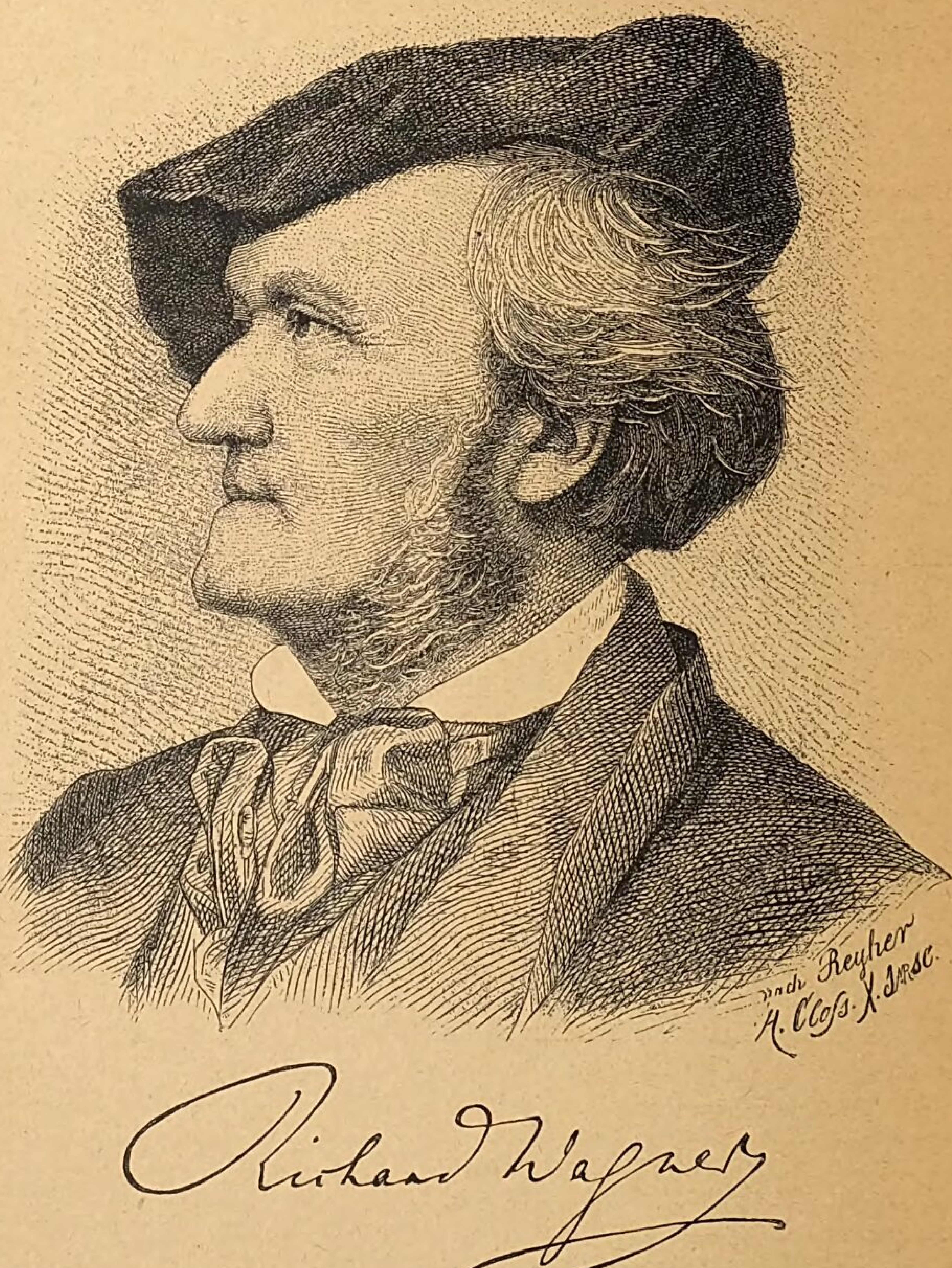
Am 19. Januar 1870 hatte Döllinger sich bereits gegen das Unfehlbarkeitsdogma öffentlich ausgesprochen, am 24. Juli erklärten sich 44 Professoren und Dozenten der Münchener Universität gegen das Dogma. Am 9. August erließ die Regierung das

zweischneidige Verbot der Veröffentlichung der Konzilsbeschlüsse ohne vorherige Einholung staatlicher Genehmigung. Die Bischöfe kümmerten sich um das Verbot nicht, und der Erzbischof von Bamberg bedrohte, als ihm die nachgesuchte Erlaubnis zur Veröffentlichung verweigert wurde, die Gegner der Konzilsbeschlüsse mit dem Kirchenbann. Von den theologischen Professoren der Universität verlangte der Erzbischof von München die Unterzeichnung eines Reverses, worin sie sich für Anerkennung der Konzilsbeschlüsse aussprechen sollten. Sechs gehorchten, drei verweigerten die Unterschrift: Döllinger, Friedrich und Silbernagel. Der akademische Senat gab den sechs Unterwürfigen einen Verweis und protestierte gegen das Vorgehen des Erzbischofs. Dieser versuchte indessen Döllinger auf seine Seite zu ziehen. Das gelang nicht, und so wurden Döllinger und Friedrich am 17. April 1871 mit dem großen Banne belegt. Die Universität erwählte darauf Döllinger zum Rektor und nahm Friedrich in den Senat auf. Als am 5. Mai 1871 eine Adresse mit 12000 Unterschriften den König bat, dem Unfehlbarkeitsdogma mit allen Mitteln entgegenzutreten, war der Umschlag bei Ludwig bereits erfolgt. Am 28. Februar 1870 hatte er an Döllinger geschrieben: „Ich hoffe zu Gott, er möge Ihnen noch viele Jahre in ungetrübter Frische des Geistes und der Gesundheit des Körpers verleihen, auf daß Sie den zu Ehren der Religion und Wissenschaft übernommenen Kampf zu wahrer Wohlthat der Kirche und des Staates glorreich zu Ende führen können. Ermüden Sie nicht in diesem so ernsten und folgenschweren Kampfe, und mögen Sie stets von dem Bewußtsein getragen werden, daß Millionen vertrauensvoll zu Ihnen als Vorkämpfer und Hort der Wahrheit emporschauen und der sicheren Hoffnung sich hingeben, es werde Ihnen und Ihren unerschrockenen Mitstreitern gelingen, die jesuitischen Umtriebe zu Schanden zu machen und dadurch den Sieg des Lichtes über die menschliche Bosheit und Finsternis zu erringen. Das walte Gott und darum will ich ihn bitten aus Grund der Seele."

Bei der Wiederkehr des Geburtstages Döllingers im folgenden Jahre (28. Februar 1871) schrieb Ludwig in noch begeisterter Stimmung: „Gleich dem Lande bin ich stolz, Sie den Unsrigen nennen zu können, und hege die frohe Zuversicht, daß Sie, wie bisher, als Zierde der Wissenschaft und in erprobter Anhänglichkeit des Thrones noch lange Ihr ruhmreiches Wirken zum Besten des Staates und der Kirche bethätigen werden. Kaum habe ich nötig, hervorzuheben, wie hoch mich Ihre so entscheidende Haltung in der Unfehlbarkeitsfrage erfreut. Sehr peinlich berührt mich dagegen, daß Abt Hamberg seiner innern richtigen Ueberzeugung zum Trotz sich blindlings unterworfen hat. Er thut es, wie ich vermuten darf, aus „Demut". Dies ist meiner Ansicht nach eine sehr falsch verstandene Demut; es ist eine niedrige Heuchelei, offiziell sich zu unterwerfen und nach außen eine andere Ueberzeugung zur Schau zu tragen, als jene, von welcher das Innere erfüllt ist. Ich freue mich, daß ich mich in Ihnen nicht getäuscht habe, und ich habe es immer gesagt, daß Sie mein Bossuet, er dagegen mein Fénelon ist. Jammervoll und mitleiderregend ist die Haltung des Erzbischofs (Scherr von München), der so bald schon in seinem Elan nachließ; sein Fleisch ist eben stark, und sein Geist ist schwach, wie er aus Versehen einst selber in einem seiner Hirtenbriefe verkündet hat. Sonderbare Ironie des Zufalls! Stolz bin ich dagegen auf Sie, wahrer Fels der Kirche, nach welchem die im Sinne des Stifters unserer heiligen Religion lebenden Katholiken in unerschütterlichem Vertrauen und hoher Verehrung blicken dürfen."

Mochte dies die persönliche Ueberzeugung des Königs sein, er war nicht bloß Persönlichkeit, sondern auch König, und als solcher hatte er die Konsequenzen für sein Land aus jenem kirchlichen Kampfe zu ziehen. Die Regierung konnte den Bischöfen nur mit gesetzmäßigen Mitteln entgegentreten, die immer kühner das Haupt erhoben. Und diese gesetzmäßigen Mittel gaben dem Könige keine Handhabe zur Verwirklichung seiner persönlichen Anschauungen. Ebensowenig aber war zu erwarten, diese Mittel auf gesetzmäßigem Wege zu erlangen. An der rauhen Wirklichkeit erlahmte die Flugkraft der königlichen Seelenschwingen, der König zog den Menschen nach sich, und bald darauf gab Ludwig dem eben verhöhnten Erzbischof Gregorius Erklärungen ab, welche das gerade Gegenteil von seinen Aeußerungen gegen Döllinger enthielten. Zwar nahm Graf Bray, der die Bischöfe möglichst ungestört wollte walten lassen, am 22. Juli seine Ent-

lassung, und an die Spitze des Ministeriums trat der Graf Hegnenberg-Dux, ein Mann von durchaus lauterem Charakter und tiefdringender Kenntnis. Am 27. August wies darauf Lutz das Ansinnen des Erzbischofs zurück, der Staat möge die Kirche bei Verbreitung des neuen Dogmas unterstützen. Daß man die Absicht des „päpstlichen Staatsstreichs" verstanden hatte, der auf „Vernichtung der Nationalitäten und Herstellung einer



mechanischen Einheit der Menschheit" gerichtet sei, zeigte sich auf dem ersten Altkatholikenkongreß, der vom 22. bis 24. September in München tagte. Um Döllinger gruppierten sich Männer, wie Reinkens, Schulte, Huber, Friedrich, Windscheid, Michelis, Loyson. Doch es trat zu Tage, daß man in Bayern die Initiative aufgegeben und sich auf defensive Maßregeln der Kirche gegenüber beschränkte. Der Vorschlag, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche auf gesetzlichem Wege neu zu regeln, so endlich aus der drückenden Zweideutigkeit zwischen Konkordat und Edikt herauszukommen, fand keinen

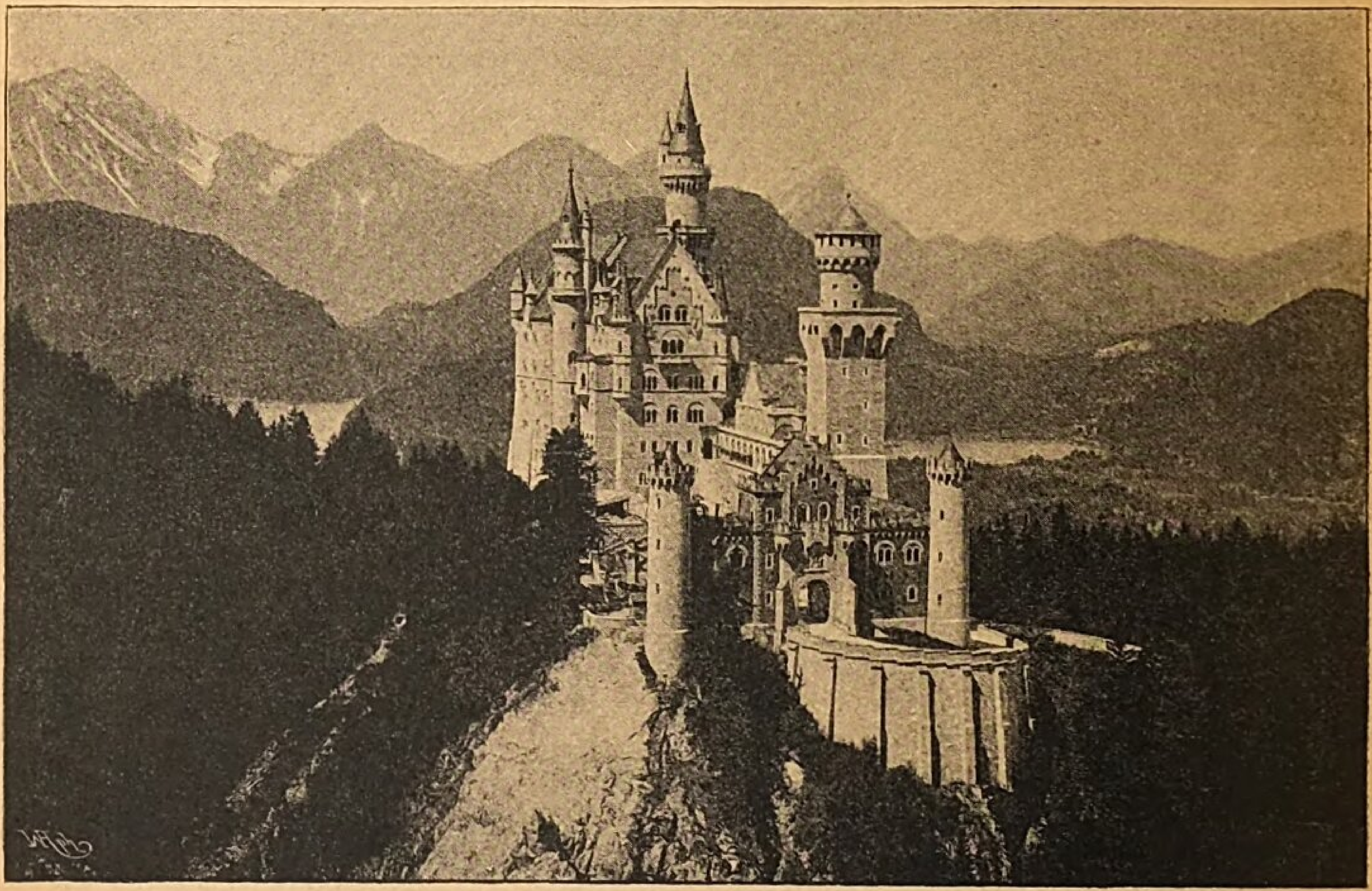
Anklang. Ebenso sahen sich die Altkatholiken in ihrer Hoffnung auf direkte Unterstützung durch die Regierung getäuscht. Die Bitte um Ueberlassung einer der Stadtkirchen in München wurde vom Kultusminister abgeschlagen, Reinkens nicht als Bischof für Bayern anerkannt. Diese Anerkennung, wurde im April 1874 erklärt, könne nur infolge der Aenderung eines Verfassungsgesetzes gewährt werden, und da zeigte sich denn, daß einer solchen annoch die geschichtliche Entwicklung des bayerischen Volkes im Wege stand. Der Regierung blieb nichts übrig, als auf der neutralen Linie zu verharren und extreme Anforderungen von beiden Seiten zurückzuweisen.

Bei den Landtagsverhandlungen im September 1871 interpellierte der liberale Abgeordnete Herz mit 45 Gesinnungsgenossen das Gesamtministerium betreffs seiner Stellung zur kirchlichen Frage und tadelte den Kultusminister, dessen Worten die entsprechenden Handlungen nicht gefolgt seien. Am 14. Oktober beantwortete Lutz die Interpellation dahin, daß er im Konkordate von 1818 keine Schranke der Gesetzgebung erblicke, und allen katholischen Staatsangehörigen, welche das Unfehlbarkeitsdogma nicht anerkennen wollten, den staatlichen Schutz verspreche, namentlich aber das religiöse Erziehungsrecht der Eltern diesem Dogma gegenüber anerkenne und alle Eingriffe in die Rechte des Staates mit den verfassungsmäßigen Mitteln abwehren werde. Hierin sahen die Ultramontanen eine Kriegserklärung, und da Lutz niemals darauf rechnen konnte, in Bayern selbst die Mittel zu einer erfolgreichen Politik, noch weniger aber zu einer Verfassungsänderung bewilligt zu erhalten, wandte er sich dahin, wo nun die geeinte deutsche Nation ihre Gesamtvertretung hatte, an das Reich und den Reichstag. Diesen Weg hatte die klerikale Partei ihm verlegen wollen. Der Antrag Schüttinger vom 13. Dezember, daß die Vertreter Bayerns im Bundesrat einer Aenderung der Reichsverfassung nur nach vorher erteiler Zustimmung des bayerischen Landtags beitreten dürften, wurde am 9. Februar 1872 verworfen. Hegnenberg hatte bei der Beratung dieses Antrags, sowie derjenigen über die Bischofsbeschwerden wegen des altkatholischen Pfarrers Renftle in Mehring, dann desjenigen über die Aufhebung der diplomatischen Stellen des Auslandes mit Ausnahme von Oesterreich, seinen ganzen moralischen Einfluß in die Wagschale gelegt. Wie schwer und schmerzlich diese verwirrten Verhältnisse auf dem seinem Bayerlande treu ergebenen Manne lasteten, zeigt seine Rede vom 27. Januar 1872, in der er entrüstet über die Winkelzüge klerikaler Parteitaktik den Führern seinen „Fluch der Lüge" zudonnerte, das enthüllt die Einsicht, welche er in einem zwei Tage nach jener Rede geschriebenen Briefe niederlegte: „wenn man das Land rettungslos dem Einheitsstaate in den Rachen jagen will, so kann ich es leider nicht hindern." Denn wohin konnte diese innere Zwietracht anders führen, wenn klerikaler Fanatismus jedem selbständigen Fortschreiten mit der Zeit in Bayern den Weg verlegte und die Regierung zwang, in allen dahinzielenden Fragen den Schutz und die Hilfe des Reiches anzurufen? Hegnenberg ist am 2. Juni 1872 gestorben und sein Verlust ist für sein engeres Vaterland unersetzt geblieben, denn gerade seine Charakterstärke, sein Seelenadel, die er auch als Staatsmann in seltenem Maße besaß, wären für Bayerns Entwicklung in der folgenden Zeit von kaum zu überschätzender Bedeutung gewesen.

Im Reichstage war unterdessen auf die Initiative des Ministers Lutz der sogenannte Kanzelparagraph angenommen worden, wodurch die Agitation von der Kanzel herab gegen Staatsgesetze untersagt wurde. Unter dem Nachfolger Hegnenbergs, Pfretzschner, kam es zu einem lebhaften Zusammenarbeiten mit dem Reichstag. Das Jesuitengesetz wurde am 6. September 1872 veröffentlicht und die Jesuiten ausgewiesen. Im Juni 1873 folgten den Jesuiten die Redemptoristen. Eingaben der Bischöfe an den König um Schutz der bestehenden Orden und gegen die Errichtung konfessionell gemischter Schulen blieben ohne Erfolg. Den Reichsgesetzen über Einführung der obligatorischen Civilehe und Beurkundung des Personenstandes vom Jahre 1875 stimmte Minister Fäustle im Bundesrat gleichfalls bei. Andere schon bestehende Reichsgesetze nahm Bayern mit Aufgabe seiner Reservatstellung gleich in der ersten Session des Reichstags an, so das Gesetz über Freizügigkeit, über Erwerbung und Verlust der Staatsangehörigkeit, über Einführung der allgemeinen deutschen Wechselordnung, über gegenseitige Gewährung der Rechtshilfe und

das Strafgesetzbuch des norddeutschen Bundes; sodann 1872 das Gesetz über die deutsche Gewerbeordnung, 1873 das Gesetz über die privatrechtliche Stellung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, 1875 das deutsche Quartiergesetz. Auch auf andern Gebieten zeigte die Regierung den ernsten Willen, dem Geiste der Zeit soviel als möglich Rechnung zu tragen und den reaktionären Mächten die Zukunft abzugraben.

Hatte man noch in der Nachwirkung romantischer Geschichtsauffassung unter Maximilian II mehr dem höheren Schulwesen, als der Hebung der Volks- und Mittelschulen Fürsorge und Aufmerksamkeit gewidmet, so betrat man nach ihm den realistischen Weg, den Bau vom Boden auf zu beginnen, nicht vom Dache herab. Die Schulreform, welche seit 1869 geruht hatte, wurde nun wieder in Angriff genommen. Fachmännisch gebildete Kreis- und Bezirksschulinspektoren wurden durch die Landräte in den einzelnen Kreisen eingeführt. Im September 1873 erschien eine Verordnung über Vermehrung der Volksschulen und Umwandlung der konfessionell getrennten und konfessionell gemischten Schulen.



Neu-Schwanstein.

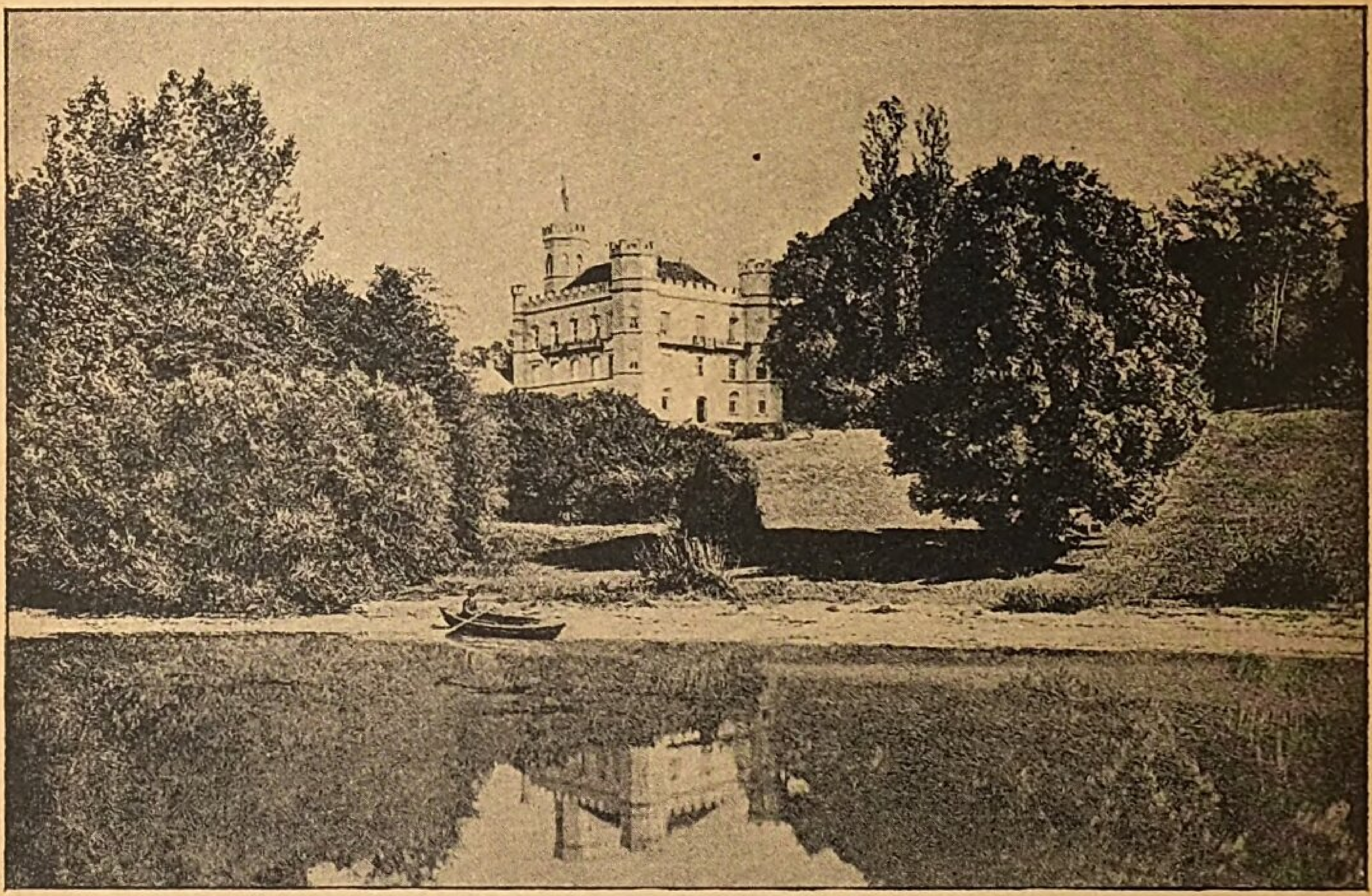
Statt die Kammer zu befragen, sollten die Gemeinden über Verwirklichung dieser Maßregeln entscheiden. Alle Erziehungsanstalten, auch die Seminarien wurden unter staatliche Oberaufsicht gestellt und so einer im nationalen Sinne freieren Zukunft vorgearbeitet. Natürlich blieben die Klerikalen nicht müßig. „Nieder mit Lutz!" Das wurde damals der allgemeine Schlachtruf, und bei den Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 zeigte sich der Erfolg der ultramontanen Agitation: die Klerikalen siegten wieder in 32, die Liberalen nur in 16 Wahlbezirken. Doch schon war der Zwiespalt in die Partei der „Patrioten" hineingebrochen. Der in Preußen eröffnete Kulturkampf zwang die Ultramontanen zu politischer Organisation. An die Stelle der bisher mehr religiösen Taktik mußte die weltliche politische Arbeit treten. In Bayern aber erfolgte dieser Wandel nur bei einem Teile der Ultramontanen. Sigl stellte sich an die Spitze der extrem katholischen Richtung mit radikaler Tendenz gegen Preußen und das Reich, Jörg schloß sich mit den Seinigen der Taktik des Centrums im deutschen Reichstage an. Hirtenbriefe und Adressen an den König sollten nach oben, und die dummdreiste Behauptung, daß man das bayerische Volk „lutherisch" und „preußisch" machen wolle, verbunden mit

andern schreckhaften Märchen, nach unten Stimmung machen. Man irrte sich in der Adresse, denn nicht der preußische und lutherische Geist war es, der die Herrschaft des altbajuvarischen Geistes bedrohte, sondern der allgemeine geistige Aufschwung, welcher der nationalen Einigung folgte, das sichtbare Emporblühen wirklich städtischer Kultur und wissenschaftlicher Bildung war es, der man unter der preußischen und lutherischen Etiquette zu Leibe wollte. Es war der Kampf des altbayerischen Bauerntums gegen die neubayerische städtische Entwicklung, der Kampf der Romantik gegen den Realismus, welcher bewußt und unbewußt die Köpfe erhitzte. Aber bei den Landtagswahlen im Jahre 1875 war das Ergebnis für die Ultramontanen, welche durch Hirtenbriefe und im Beichtstuhl agitiert hatten, kein besonders ermutigendes. Sie erlangten nur zwei Stimmen Mehrheit (79 Ultramontane gegen 77 Liberale), und als infolge der heftigen Debatten bei der Adreßberatung das Ministerium um seine Entlassung bat, verweigerte Ludwig sowohl diese, wie die Annahme der Adresse und sprach in einem Handschreiben dem Ministerium sein Vertrauen und seine Zufriedenheit aus. Damit war dem prinzipiellen Kampfe die Grenze gesteckt, und den Ultramontanen blieb nur das Feld der Agitation in Versammlungen und Presse und das der kleinlichen Plackereien der Minister. Der Finanzminister von Berr trat darum von seinem Posten zurück, und der bisherige Ministerialdirektor von Riedel, wohl einer der tüchtigsten Finanzminister Deutschlands in neuerer Zeit, übernahm im November 1877 die Führung des bayerischen Finanzwesens. Er schlug auf dem Landtage im Jahre 1879 zur Minderung des Defizits von 25 Millionen die Erhöhung der Malzsteuer von 5 auf 6 Mark pro Hektoliter vor. Der Antrag wurde bewilligt und führte die bayerischen Finanzen rasch und gründlich zum Gleichgewicht zurück.

Schritt für Schritt mußte dem neuen Geiste der Boden erobert werden. Erst im Jahre 1878, nach dem Tode Pius' IX und der Abberufung des Nuntius Bianchi, der durch Masella ersetzt wurde, gelangte man zu einer Einigung mit Rom betreffs der Wiederbesetzung der erledigten Bischofsstühle. Aber auch ein anderes, stilleres Wirken zum Fortschritt zeitigte nun seine ersten Früchte. Hatte noch David Friedrich Strauß es für nötig gefunden, mit schwerer philologisch-philosophischer Gelehrsamkeit die Kritik der Bibel zu unternehmen, so kündigte sich in den 1878 erschienenen Ketzerbriefen aus Rom von M. G. Konrad eine andere, jüngere Art der deutschen Litteratur an, die mit jugendlich keckem Sprunge über die Barrière der gelehrten Forschung hinwegsetzte und aus dem Flusse des Lebens und der Wirklichkeit heraus ihr Urteil zu bilden suchte. Ein gleiches Streben zeigte sich auf dem Gebiete der Künste, als im Juli 1879 die internationale Münchener Kunstausstellung eröffnet wurde. Und als dann am 24. und 25. August das Fest zur 700jährigen Regierung der Wittelsbacher begangen wurde, verhallten die Kampfrufe einen Augenblick, und alle Parteien einigten sich mit dem Volke zu einer großartigen Huldigung für den König und das wittelsbachische Haus.

Der Kampf um die Schule! In diesem realen Stichworte hatte die ultramontane Partei im Reichstage wie im bayerischen Landtage ihren Einigungspunkt gewonnen. Im Jahre 1881 kam der Kampf in Bayern zum Ausbruch. Hafenbrädl stellte den Antrag auf Beseitigung des siebenten Schuljahres; ein neues Wahlgesetz, welches die geheime Abstimmung einführte, das Verhältnis von einem Abgeordneten auf 31500 Seelen festsetzte, damit die Zahl der Wahlkreise von 47 auf 63 erhöhte, aber an dem System der indirekten Wahlen festhielt, wurde angenommen, und so erhielten die Ultramontanen 87 Sitze, die Konservativen 3, die Liberalen 69 bei den Neuwahlen im Juli. Sofort erneuerten die Ultramontanen ihre Angriffe auf Beseitigung der Simultanschulen, Ablehnung des Dispositionsfonds, Aufhebung der obligatorischen Civilehe und Aufhebung des 7. Schuljahres. Nun aber war es die Reichsratskammer, welche den Kampf aufnahm und sämtliche Anträge ablehnte. Ebenso fiel hier die Entscheidung zu Gunsten der „Tegernseer Erklärung“, gegen welche der klerikale Angriff als Antwort auf ein königliches Handschreiben an den nunmehrigen Ministerpräsidenten Lutz gerichtet worden war. In jenem Schreiben vom 23. Februar 1882 hatte Ludwig das Festhalten an den unzweifelhaften und notwendigen Rechten des Staates gegenüber den klerikalen Bestrebungen nachdrücklich betont, und damit aufs neue die Grenze aller rückläufigen Be-

wegungen festgestellt. Um so mehr aber richtete nun die klerikale Mehrheit des Münchener Magistrates ihren Angriff gegen die Altkatholiken und Simultanschulen, von denen letzteren zwei in katholische Schulen umgewandelt wurden. Und während nun im Jahre 1884 die Klerikalen ihre Bestrebungen fortsetzten, unter andern einen Antrag betreffs Errichtung einer katholischen Geschichtsprofessur, einen weiteren betreffs Trennung des Geschichtsunterrichts an Gymnasien nach Konfessionen einbrachten — ersterer wurde genehmigt, letzterer im Reichsrate abgelehnt —, zeigten die Reichstagswahlen, daß nun auch Bayern unter den Einfluß jener Strömung getreten, welche die Zeit zu beherrschen begann. Neben 34 Ultramontanen, 9 Nationalliberalen, 3 Deutschfreisinnigen schickte Bayern zum erstenmale zwei Sozialdemokraten in den Reichstag, deren Stimmenzahl von 2519 im Jahre 1871 auf 34 899 im Jahre 1884 in Bayern gewachsen war, um im Jahre 1887 die Höhe von 54 774, im Jahre 1890 diejenige von 101 100 zu erreichen,



Schloß Berg.

eine Erscheinung, welche nicht zum geringsten Teil ihren Grund in der Verschuldung des bäuerlichen Kleinbetriebes hat. Denn nach der Zeitschrift des kgl. bayerischen statistischen Bureaus kamen in Bayern zur zwangsweisen Versteigerung:

1885:	1318	Anwesen mit einer Gesamtgrundfläche von	11 457 ha,
1886:	1348	" " " " "	8 582 "
1887:	1111	" " " " "	7 935 "
1888:	1514	" " " " "	10 438 "

Davon entfielen auf den Kleingrundbesitz (bis zu 10 Hektar gerechnet) in allen vier Jahren mehr als 80 Prozent, auf den mittleren Grundbesitz (von 10 bis 100 Hektar) zwischen 16 und 19 Prozent, auf den größeren Grundbesitz (über 100 Hektar) nur zwischen 0,1 und 0,4 Prozent. Jene Masse der Kleingrundbesitzer fiel somit der Proletarisierung zu, und aus diesem wirtschaftlichen Uebelstande bezog die Sozialdemokratie in erster Linie das Wachstum ihrer Kräfte. In zweiter Reihe steht naturgemäß der Aufschwung des industriellen Lebens in Bayern, welcher eine weitere Proletarisierung der Arbeiterklasse im Gefolge hat. Die steigende wirtschaftliche Not der unteren Bevölkerungsklassen

ist der Gewalthebel, dessen sich hier die Kultur zur Vernichtung des romantischen Geistes und zur Emporhebung des realistischen Geistes mit steigendem Erfolge bedient.

In der Zeit nun, da dieser Kampf auch in Bayern einsetzte, verklang dort ein Königsleben mit herbem Akkord, der wohl den Abschluß einer vergangenen Entwicklung bezeichnete, zugleich aber auch wie eine prophetische Zornmahnung in die Zukunft hinübertönte. Wenige Tage nach dem Schlusse des Landtags im Jahre 1886 wurde das Land durch das tragische Ende seines unglücklichen Königs in tiefste Aufregung versetzt. Wie war es nur gekommen? Ludwigs II Entwicklung hat ihren Boden in der ganzen Entwicklung der Zeit. Wir sehen ihn im kirchenpolitischen Kampfe begeistert für Döllinger einstehen, so lange dieser Kampf das Gebiet der Idee nicht verließ. Als er auf das Gebiet der politischen Praxis hinaustrat, zog Ludwig sich zurück. Diese reingeschäftlichen Dinge des Alltaglebens sagten seiner Natur nicht zu. Seine Entwicklung hatte die Richtung genommen nach idealeren Zielen, sie war zusammengeschlossen mit der Entwicklung der deutschen Kunst. Wir haben also dieser hier einen Augenblick der Aufmerksamkeit zu widmen.

Die mächtige Geistesarbeit der Dichter und Musiker, der Philosophen und Kritiker hatte am Ende des vorigen Jahrhunderts und zum Anfang des unserigen eine Stofffülle und Gedankenmasse zutage gefördert, die in relativ ähnlicher Weise nur in der Zeit der Renaissance erreicht worden war. Auch diese neue Periode des Schaffens war eine Zeit der Renaissance, aber in doppelter Weise. Sie brachte uns nicht nur eine Renaissance des klassischen Altertums, sondern ebenso eine solche der Romantik, des Mittelalters. Man drang zur Erkenntnis der Aehnlichkeit aller jugendlichen Völkerentwicklungen und in diese Zeit der goldenen Jugend drangen die Künstler und Dichter forschend, sehnend, träumend und gestaltend hinab. Peter von Cornelius war der letzte der großen Geistesheroen, der aus jener mächtigen Gesamtströmung seine übermenschengroßen Werke schuf. Nicht nur das klassische Altertum beseelte er wieder mit seinem eigenen Schöpfergeiste, sondern nicht minder das germanische Altertum, ja er drang von hier weiter vor in das christliche Altertum, und mit dieser allumfassenden Schöpferkraft, der kein Stoffgebiet versagte, war er der Mann für einen Ludwig I. Freilich noch mit ihm spaltete sich die im Werden begriffene Baukunst der Malerei unter der Einwirkung der Renaissance, des Papsttums, der kirchlichen und politischen Reaktion nach einer nationalen und einer thatsächlich romanisierenden Richtung. Cornelius blieb diesem Nazarenertum fern. Sein romantisches Zurückgreifen auf die altdeutsche Kunst, Dichtung und Geschichte, seine Versuche ihrer Verknüpfung mit unserer neuen klassischen Litteraturperiode, blieb ein mächtiger Fortschritt, weil er die Malerei wieder zum Ausdruck der nationalen Empfindung, unserer inneren Eigentümlichkeit machte. Allen Stoffen gegenüber, die ihm Geschichte und Mythe der ganzen Welt boten, eine rein deutsche Art der Auffassung und Betrachtung erhalten zu haben, bleibt sein unbestreitbares Verdienst für alle Zukunft. Die moderne Kunst hat dieser geistreichen, tiefdringenden Auffassung und Bewältigung des Ganzen und der eigentümlich großartigen Komposition des Einzelnen nichts Aehnliches an die Seite zu setzen. Nicht naiv, sondern bewußt, reflektierend, von einer ernsten Hoheit des Sinnes erscheint diese Kunst, welche den Geist und die Seele zu packen sucht, freilich indem sie sich immer direkter und unvermittelter an diese wandte, auch jene natürliche Vermittler, die Sinne, fast ganz außer Acht ließ. Farben und Formen sind hart und von ernstem und liebevollem Studium der Natur und des Lebens ist da wenig zu merken. Gedanken und Gedankenkompositionen, die fast unmittelbar auf Gedankenerzeugung ausging! „Der neuesten Zeit längst fremd und unverständlich geworden, wie sie ihm, hat er das Nahen des Tages unserer nationalen Größe doch am frühesten in seinen Werken verkündigt, ja, ihn mit seltenem Erfolg heraufführen geholfen.“

Cornelius suchte seine Stoffe in Kunst, Dichtung, Geschichte und Mythus, aber die Stoffe waren ihm Mittel zum Zweck einer hohen Gedankenoffenbarung, eines übermächtigen Innenlebens. Auf jenem äußerlichen Wege folgten ihm seine Jünger. Mit ihnen kam der Verfall, die Theatermalerei. „Der berühmte Münchener Wallenstein kommt über die Bühne nicht hinaus.“ Da war es Anselm Feuerbach, der es unter-

nahm, die Renaissance von neuem zu beleben. Nicht im Aeußeren suchte er die Originalität, sondern darin, daß jedes seiner Kunstwerke „aus der tiefsten Seele des Menschen“ komme. Er fand die Natur in den alten Meistern wieder und unter ihrer Führung gelangte er zu ihr selbst zurück. Sein Wollen ward nicht verstanden. Sie sagten ihm, seine Kunst sei nicht in Rapport mit der Zeit, mit dem Leben. Er erwiderte, „ein ganzes Füllhorn schöner Gaben sei bereit auszuströmen, wenn jemand sich die Mühe nehmen wollte, nur die Hand hinzuhalten.“ Dies war 1859. Aber in allen Verhältnissen blieb ihm eines — die Natur. „Wie in mir eine Fundgrube poetischer Dinge schlummert, die ihrer Auferstehung harren, so ist es vor allem jenes unbesiegbare Naturgefühl, welches hervorbrechen wird als Individuum — bald — so hoffe ich.“ Das war 1860. Aber erst zwanzig Jahre später, kurz vor seinem Tode, streckte nach dem Vorangehen des Grafen von Schack wieder einer die Hand hin: „Der König von Bayern hat königlich gehandelt. So ist nun die zehnjährige Wanderschaft der Medea zu Ende und sie hat ihre Heimat gefunden. Glaube mir, nach fünfzig Jahren werden meine Bilder Zungen bekommen und sagen, was ich war und was ich wollte.“

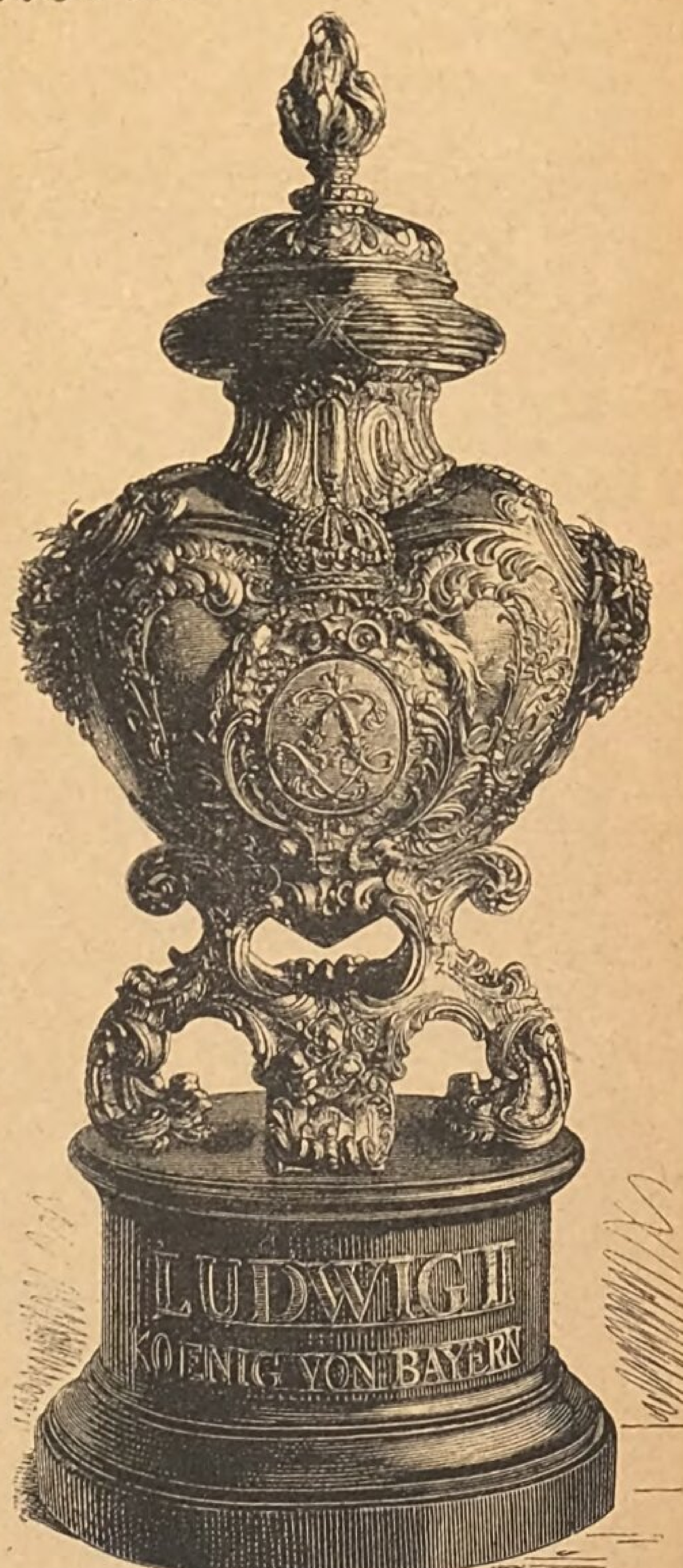


Am Sarge Ludwig II.

Also nach fünfzig Jahren! Woher aber kam dieses Nichtverständnis, mit welchem Feuerbach sein ganzes Leben zu kämpfen hatte? Die Zeit stand unter anderer Herrschaft. Die romantische Lebensanschauung hatte ihren Weg zu vollenden, sie erreichte damals das Gebiet der Musik, der romantischsten aller Künste. Hier fand sie naturgemäß den günstigsten Boden zu ihrer ferneren Entwicklung, denn nicht an Begriffe und Logik gebunden, wie sie auf dem Gebiete der Poesie es immer noch blieb, fand sie hier jene reichen, eine Welt der Wunder glaubhaft machender Mittel, die ihr den Weg in

das Reich des Fantastischen und Ueberschwänglichen unendlich weit erschlossen. Was die Musik hier wagen konnte, war keiner andern Kunst vergönnt, da die Musik hier vielfach nicht einmal die Schranken zu überschreiten brauchte, die auch ihr, wie allen Künsten, durch die Ausdrucksfähigkeit ihres Materials gezogen sind.

Die Romantik ging diesen Weg, und an die Entwicklung der Romantik geknüpft war die geistige Entwicklung des bayerischen Königsgeschlechtes. Ludwig I und Cornelius — Max II und der Zopf der Romantik in der Theatermalerei (Fresken im Nationalmuseum, Koulissenarchitektur des Maximilianeums) — Ludwig II und Richard Wagner. Die natürliche Veranlagung und die mächtige Zusammenfassung alles Lebendigen in der Romantik und aller Ueberschwänglichkeit einer noch unvergohrenen, Neues mit Altem verquickenden Lebensanschauung — Liszt hatte eine sozialistisch-mystische, Wagner eine revolutionäre Periode — das waren die Elemente, welche Ludwigs Schicksal besiegelten, welche jenen furchtbaren Kampf zwischen einer prosaischen Wirklichkeit und einem überpoetischen Traumleben, welches zur Verwirklichung rang, in seiner von tiefsten Ahnungen durchschauerten Seele entfachten. Ludwig war ohne Weib. Was Wunder, daß er das Weib überall mit der Seele suchte, das ihm die Wirklichkeit nicht bot, daß er es da suchte und zu finden glaubte, wo es als Idee zutage trat: in der Romantik, welche im Gegensatz zur klassischen Kunst weiblichen Charakters ist. Und wie setzte dieses Sehnen nach Wirklichkeit später noch im Wahne zu realistischem Drange um? Seine Kunstbauten, seine Märchenschlösser, ja selbst die Aussendung von Leuten, welche ihm ein „Königreich" entdecken sollten, spiegeln in furchtbarstem Wiederschein jenen Kampf zwischen Wirklichkeit und Romantik, der seine arme Seele durchtobt hatte. In der Vorahnung dieses Auswachsens hatte einst Goethe klassisch das Gesunde, romantisch das Krankhafte genannt, aber in dieser Erweiterung des Empfindens lag die Vorbedingung zur Erweiterung der Ausdrucksmittel. Und erst mit dieser zum Höchsten gesteigerten Empfindungsart, welche das Feinste belebend zu erfassen suchte, wurden jene technischen Mittel zutage gefördert, ohne welche ein neuer Aufschwung der modernen Kunst nicht zu denken gewesen wäre. Die Romantik lieferte dem Realismus die Technik.



Urne mit dem Herz Ludwig II.

Im Jahre 1863 stellte Richard Wagner in seinem Vorwort zu seinem Bühnenfestspiel die bange Frage auf: Wird sich ein Fürst finden, der auf meine mit dem gebräuchlichen Opernstil brechenden Intentionen eingehen und die Bahn mir ebnen wird, daß meine Schöpfung, das neue Musikdrama, dem deutschen Volk zur lebendigen Anschauung gebracht wird? Ein Jahr später hatte sich der Fürst gefunden, dessen Sinn empfänglich „für die Glut melodischer Dichtung" König Ludwig II. Er gewährte nicht bloß dem Meister reiche Mittel, damit er ganz seinem Genius leben könne, sondern er-

blickte seit jener Zeit unentwegt eine Ehrenpflicht darin, die Ausführung der künstlerischen Gedanken des berühmtesten lebenden Komponisten auf jede Weise zu fördern. Auf der Gasteighöhe in München sollte sich ein Theaterfestbau erheben, zu dem der größte damals lebende Architekt in Deutschland, Gottfried Semper, die Pläne entwarf. Da trat den idealen Träumern die Wirklichkeit hart und schroff in den Weg. Das Theater wurde nicht gebaut, Richard Wagner mußte aus München hinaus, und so wurde im entlegensten Winkel des Königtums jener Kunsttempel errichtet, der bald zu einem Mekka



Prinz Ludwig von Bayern.

für die ganze musikalisch-dramatische Welt zu werden bestimmt war. Bayreuth erhielt jenes königliche Geschenk, welches München kurzsichtig von der Hand gewiesen. Die Wirklichkeit aber hatte dem Könige den Weg gewiesen. Er ließ von ihr und wanderte mit seinen Träumen in die Einsamkeit der wunderbaren Alpenwelt. Hier schuf er sich seine Märchenwelt, aber im Schaffen überlastete er seine Kabinetskasse mit einer Schuld von 13½ Millionen Mark. Wieder die rauhe Wirklichkeit — und keine Hilfe. So kam, was kommen mußte. Der Wahnsinn, der schon seit langen Jahren sein Opfer heimtückisch umschlichen, brach offen aus, unheimliche Gerüchte mahnten an das Nahen der

Katastrophe. Am 4. Juni 1886 erhielt der Obermedizinalrat und Kreisirrenarzt von Gudden den Auftrag, den König in Hohenschwangau zu beobachten. Das Resultat war die Erklärung von vier Irrenärzten, der König sei in hohem Grade seelengestört und leide seit vielen Jahren an Verrücktheit. Am 7. Juni beschloß der Ministerrat in Anwesenheit des Prinzen Luitpold, die Einsetzung einer Reichsverweserschaft, welche dem Prinzen Luitpold, als dem nächsten Agnaten, da Ludwigs Bruder, Prinz Otto, seit 1875 der



Prinzeß Therese.

nämlichen Krankheit unheilbar verfallen war, und unter der Behandlung der Irrenärzte im Schlosse Fürstenried stand, zu übertragen sei. Am 9. Juni begab sich eine Kommission nach Hohenschwangau, dem Könige die Uebernahme der Regentschaft durch des Königs Oheim anzuzeigen und Ludwig selbst in Gewahrsam zu nehmen. Die Sendung mißglückte. Die Kommission reiste, aus der Haft, in welche der König sie gebracht hatte, entronnen, nach München zurück, und dann führte Gudden ohne Kommissionsbeistand seinen Auftrag aus. Am 12. Juni Morgens $3^3/_4$ Uhr erfolgte die Abreise von Schwanstein nach Schloß Berg am Starnberger See. Am Pfingstfeste, den 13. Juni entzog sich der König

seinen Wächtern und suchte und fand in den dunklen Fluten des Starnberger Sees sein Ende. Furchtbares Menschenweh auf einem Königsthrone! Ganz Europa erschauerte bei dieser Kunde, und lange, lange hat es gedauert, bis das unfaßbar Scheinende begriffen, bis die wild wallende Erregung in Akkorden traurigster Wehmut verklang.

Den Kampf der Romantik mit der Wirklichkeit, in dem jenes Königsherz gebrochen, nahm nun eine ruhigere, im Leben und Wirken selbst gefestigte Natur in Bayern auf. Den Prinzregenten Luitpold hatte in seiner Jugend nie der Traum eines Königsreifes umspielt, die Schlichtheit seines vom Vater ererbten echt wittelsbachischen Wesens war nie berührt worden von einem Gedankengange und einer Erziehungsweise, wie sie leider den geborenen Kronprinzen noch eigentümlich ist. Und gerade diese stillwirkende Ruhe wirkte versöhnend und beruhigend auf die Empfindungen des Volkes zurück, und man vertraute dem Sohne des Mannes, der einst, die Freiheit des Menschen zu retten, dem Zwange der Königskrone entsagt hatte.

Mit ruhiger Entschlossenheit wies der Prinzregent sofort alle jenen offenen und versteckten Bestrebungen fanatischer Parteipolitiker zurück, welche aus dem allgemeinen Wirrsal einen Nutzen für ihre Sache herauszuschlagen sich bemühten. Schon bezeichnete man den Freiherrn von Frankenstein als zukünftigen Ministerpräsidenten, den noch König Ludwig zwei Tage vor seinem Tode hatte zu sich bescheiden lassen. Aber Luitpold schnitt die Reise mit der Erklärung ab, daß der ultramontane Führer in Hohenschwangau nicht zugelassen würde. Und nachdem die Kammern in geheimer Sitzung über die Notwendigkeit einer Regentschaft waren aufgeklärt worden, nachdem ferner die Dotationsvorlage von 342 857 Mk. vom Landtag genehmigt worden war, legte der Prinzregent am 28. Juni den Eid auf die Verfassung ab. Am 11. Juli wurde der Landtag geschlossen. Der Landtagsabschied betonte den festen Verband des bayerischen Staates mit dem deutschen Reiche und bezeichnete denselben als einen Faktor der glücklichen Zukunft Bayerns. Nach dieser Seite also war die Meinung des Regenten unzweifelhaft festgestellt. Was die Meinung in Bezug auf die im Innern zu nehmende Richtung war, sollte ebensowenig lange verborgen bleiben. Mit der merkwürdigen Begründung, daß ihm von den Ultramontanen alle Schuld an der traurigen Katastrophe zugemessen werde, hatte das Gesamtministerium am 5. Juli um seine Entlassung gebeten. Der Prinzregent verweigerte dieselbe am folgenden Tage, indem er den Ministern seine „volle Anerkennung" aussprach und sie ersuchte, auch ferner im Amte zu bleiben, „da er des Rates so diensterfahrener, erprobter Männer nicht entbehren möchte." Naturgemäß wurde jetzt der Verkehr mit dem preußischen Hofe, von welchem sich König Ludwig II ganz zurückgezogen hatte, ein belebterer. Kaiser Wilhelm weilte schon im Juli in München, Bismarck kam im August, des Prinzregenten ältester Sohn, Prinz Ludwig, besuchte die Armeekorpsmanöver in Straßburg und im November den kaiserlichen Hof in Berlin. Dem Besuche des Prinzen folgte der des Prinzregenten im Dezember, und der warme Empfang, welcher ihm von der Berliner Bevölkerung geboten wurde, zeigte, wie man ihm Dank wußte für sein energisches Eintreten für Deutschlands nationale Gesamtentwicklung.

So sind wir denn der jüngsten Zeit nahe gekommen. Eine Aufzählung weiterer Ereignisse ist hier nicht am Platze. Wir kennen die Motive, welche in der heutigen Entwicklung Bayerns eine Hauptrolle spielen, und die neue Regierung hat es bewiesen, daß sie einer ruhigen Fortentwicklung die Bahn nicht zu verschließen sucht. Freilich, ob das Tempo dieser Fortentwicklung bewegt genug ist, um von einer stürmischen Entwicklung nicht überholt zu werden, ist eine Frage der Zukunft. Daß die Regierung im Jahre 1888 einem erneuten Andrange extremer ultramontaner Forderungen widerstand, daß sie den Ansturm der Bischöfe auf Religionsedikt und Placet zurückwies, zeigt, wie die alte Zwitterstellung noch heute fortwirkt und fortwirken wird, bis jene volle Energie sich wiederfindet, welche sich auch in Wort und That dazu bekennt, wozu die Ueberzeugung verpflichtet. Aber nicht auf dem Wege der Gewalt, sondern auf demjenigen der kulturellen Arbeit auf allen Gebieten, in allen Schichten der Bevölkerung wird diese Energie zu finden sein, und diesen letzten Weg scheint die Entwicklung nehmen zu wollen. Die im September 1888 in München abgehaltene Katholikenversammlung erregte schon mehr ein heiteres Staunen, als wirkliche Teilnahme, der Prinzregent aber ließ das Huldi-



Luitpold, Prinzregent von Bayern.

Nach dem Gemälde von W. v. Miller.

gungstelegramm der Fanatiker unbeantwortet. Prinz Ludwig, der Stimmführer der Zukunft, begrüßte im folgenden Jahre die deutschen Turner in München mit einem warmen Appell zum Festhalten an unserer nationalen Entwicklung, und die im gleichen Jahre eröffnete erste Münchener Jahresausstellung von Kunstwerken aller Nationen zeigte, daß die Wittelsbacher Bundesgenossen gefunden auf dem Gebiete der Kunst. Ein breiter Strom modernen Geistes brach mit dieser bemalten Leinwand über Bayern herein, und daß man dies auf der Gegenseite empfand, zeigten die Kultusdebatten des bayerischen Landtags im Jahre 1890. Aber auch hier wieder trat Prinz Ludwig in die Bresche. Als Sproße des wittelsbachischen Hauses, als Enkel Ludwigs I, als Sohn des Prinzregenten, dieses weniger nach außen und damit auch auf die Kunstentwicklung bestimmend und beeinflußend, sondern mehr im Stillen und persönlich wirkenden Förderers der Künste, trat Ludwig in der Reichsratskammer den ultramontanen Politikern entgegen, welche das wirkliche und bedeutendste Reservatrecht Bayerns, die Pflege der Kunst, ihren einseitigen Parteiinteressen zu opfern bereit waren. Und seine frische, feurige Darlegung, gleich bedeutsam für die gegenwärtige, wie für die zukünftige Entwicklung, gewann den Sieg.

So zeigt sich auf allen Gebieten das Bestreben zu einem Umschwung, zu freierer und besserer Entfaltung aller geistigen und modernen Kräfte, und gehen die Kampfeswogen auch noch so hoch, so zeigt sich darin, daß eine mächtige Kraft sie bewegt, ebenso aber gewährt gerade jene Thatsache der Hoffnung Raum, daß von den endlichen Siegesfrüchten auch den weitesten Kreisen der Bevölkerung ein beglückender Anteil zufallen möge. Die Wittelsbacher haben Bresche gelegt in die einseitig militärisch-konventionelle Erziehungsweise deutscher Prinzen: Herzog Karl Theodor ist eine allseitig anerkannte Autorität auf dem Gebiete der Augenheilkunde, gleich ihm ist Prinz Ludwig Ferdinand Doktor der Medizin; der älteste Sohn des Prinzregenten ist ein Musterlandwirt und zugleich eine geradezu fachmännisch und wissenschaftlich gebildete Persönlichkeit auf dem Gebiete des modernen Verkehrswesens, wie dies seine kenntnisreichen und weitblickenden Darlegungen bei Beratung der Regulierung des Mains erwiesen, und des Prinzregenten einzige Tochter, empfand es als eine „große Ehre und Auszeichnung“, als die Akademie der Wissenschaften sie mit Zusendung des Diploms der Ehrenmitgliedschaft erfreute. Der moderne Geist der Wirklichkeit ist eingedrungen in dieses Königsgeschlecht; aus dem Traumlande der Romantik und theatralischen Scheinlebens segeln seine Sprossen frisch und frohgemut dem Strande realsten Gegenwartslebens zu, um dort mit den Besten des ganzen Volkes um die nie welkenden Lorbeerkränze echtesten Menschentums zu ringen Vorwärts und glückliche Fahrt! Denn schon schimmert den Vorwärtsdenkern die Zukunft herein, durch die Nebel des Ungewußten glimmen die ersten Strahlen des Morgenrotes. Bergfeuer lodern, und selbst in der Vergangenheit sucht der Mensch die Menschennatur wieder zu erfassen. In die Massen der Bildwerke aus der Zopfzeit der Romantik warf Fritz von Uhde siegreich seine Kinderbilder, sein Abendmahl, seinen Gang nach Bethlehem, und vor dieser stummen Menschen- und Herzensandacht verstummt das laute Geplärre romanisch-romantischer Gebetsformeln.

Das deutsch-nationale Leben wiederzugebären im edelsten Menschensein ist das Streben dieser Kunst, zu deren Ausübung Uhde und mit ihm so viele hunderte deutscher Künstler, Dichter und Denker nach Bayern zogen. Hier, und nur hier allein ist in Deutschland der Boden geschaffen zur Entscheidung dieses Geisterkampfes, dessen Inhalt Heinrich v. Reder, der Sänger aus bayerischem Frankenlande, prophetisch verkündet in seinem Meisterliede:

„Wotan schwebt, der Geist des Lichtes,
Zum Gefolg bekränzte Helden,
Lichtverklärten Angesichtes . . .
Zahlreich ist das Heer der Streiter,
Täglich sich die Reihen mehren,
Wo die Wahrheit steht im Kampfe,
Flammen ihre blanken Wehren . . .
Ihre Fahnen werden fliegen,
Wo es dunkelt noch auf Erden,
Weil die Geister Ruh' nicht finden,
Bis befreit die Menschen werden
Von dem Wahn und allen Fesseln,
Die den Geist gebannt in Schranken.
Forschend ruhn und rasten nimmer
Im Gehirne die Gedanken,
Bis die goldne Zeit gekommen,
Wo sich alle Rätsel lösen,
Vor der Sphinx im Menschenherzen
Vor dem Guten und dem Bösen . . .“

Bis die goldne Zeit gekommen! Nicht in der Vergangenheit liegt sie, sondern in der Zukunft! Noch steht die Brücke zu jener in Bayern erhalten. Aber Stein um Stein bröckelt ab. Alle Flickarbeit der Zukunftsfeinde reicht nicht mehr aus, und einer nach dem andern legt resigniert die Kelle nieder. Wie lange wird es noch dauern, bis keiner mehr hilft, dieses Sisyphoswerk zu vollbringen? Dann aber, wenn alle gegangen, wenn alle hinüber sind in die gegenwartgewordene Zukunft, mag sie zusammenstürzen — die Brücke zur Vergangenheit! — Wie lange noch? —



Tafel I.

Regententafel in Bayern.

Die Linie Kaiser Ludwigs.

Wilhelm IV, der Standhafte, geb. zu München 1493, succediert seinem Vater Albrecht IV, dem Weisen, 18. März 1508, unter Vormundschaft, selbständig 1511, nimmt seinen Bruder Ludwig zum Mitregenten 1514, gest. in München 7. März 1550.

Gemahlin: Jakobäa Maria, Tochter Philipps I, Markgrafen von Baden (geb. 25. Juni 1507, gest. 16. November 1580).

Albrecht V, der Großmütige, geb. 29. Februar 1528 in München, Herzog in Bayern 7. März 1550, gest. in München 24. Oktober 1579.

Gemahlin: Anna, Tochter Kaiser Ferdinands I (geb. 7. Juli 1528, gest. 16. Oktober 1590).

Wilhelm V, der Fromme, geb. zu Landshut 29. September 1548, Herzog von Bayern 24. Oktober 1579, nahm den Sohn zum Mitregenten 1. Dezember 1594, dankte ab 15. Oktober 1597, gest. 7. Februar 1626.

Gemahlin: (seit 1568) Renata, Tochter Franz I, Herzogs von Lothringen (geb. 20. April 1544, gest. 22. Mai 1602).

Maximilian I, der große Kurfürst, geb. in München 17. April 1573, Mitregent 1. Dezember 1594, Herzog 15. Oktober 1597, Kurfürst von Bayern und Reichs-Erztruchseß 25. Februar 1623, erwarb die Oberpfalz 22. Februar 1628, gest. in Ingolstadt 27. Februar 1651.

Gemahlin 1: Elisabeth Renata, Tochter Karls II, Herzogs von Lothringen, am 6. Februar 1595 (geb. 9. Oktober 1574, gest. 4. Januar 1635).

Gemahlin 2: Maria Anna, Tochter Kaiser Ferdinand II, am 15. Juli 1635 (geb. 13. Januar 1610, gest. 25. September 1665. Von ihr:

Ferdinand Maria, geb. in München 31. Oktober 1636, Kurfürst von Bayern 27. September 1651 unter Vormundschaft der Mutter und des Oheims Albrecht VI, dem Leuchtenberger und Reichsgrafen zu Haag, selbständig 27. September 1654, gest. 26. Mai 1679.

Gemahlin: Adelheid Henriette Maria, Tochter Viktor Amadeus I, Herzogs von Savoyen seit 25. Juni 1652 (geb. 6. November 1636, gest. 18. März 1676).

Maximilian II Maria Emanuel Kajetan, geb. in München 11. Juli 1662, Kurfürst unter Vormundschaft seines Oheims Max Philipp, Landgrafen von Leuchtenberg 26. Mai 1679 bis 11. Juni 1680, in der Reichsacht 1706—1714, restituiert 1714, schloß mit Kurpfalz (s. d.) 15. Mai 1724 den ersten bayerisch-pfälzischen Familienpakt und Erbvertrag, gest. in München 26. Februar 1726.

Gemahlin 1: Marie Antonie, Tochter Kaiser Leopolds I am 15. Juli 1685 (geb. 18. Januar 1669, gest. 24. Dezember 1692).

Gemahlin 2: Theresia Kunigunde, Tochter Johannes IV Sobieski, Königs von Polen, am 12. Januar 1695 (geb. 4. März 1676, gest. 10. März 1730). [Die drei Kurprinzen aus erster Ehe Leopold Ferdinand, Anton, Josef Ferdinand starben als Kinder. Letzterer ward durch Testament König Karls II, 14. November 1689 zum Erben der spanischen Monarchie bestimmt und starb als Prinz von Asturien 6. Februar 1699.] Aus zweiter Ehe folgte:

Karl Albrecht, geb. zu Brüssel 6. August 1697, Kurfürst von Bayern 26. Februar 1726, König von Böhmen 7. Dezember 1741, deutscher Kaiser als Karl VII, 24. Januar 1742, gekrönt 12. Februar 1742, gest. in München 20. Januar 1745.

Gemahlin: Maria Amalia, Tochter Kaiser Josefs I, am 5. Oktober 1722 (geb. 22. Oktober 1701, gest. 11. Dezember 1756).

Maximilian III **Josef**, geb. in München 28. März 1727, Kurfürst von Bayern 20. Jan. 1745 schloß neue Allianz- und Erbverträge mit Kurpfalz 1761, 1766, 1771 und 1774, gest. in München als letzter seines Mannesstammes, 30. Dezember 1777.

Gemahlin: Maria Anna, Tochter Augusts III, Königs von Polen, Kurfürsten von Sachsen, am 9. Juli 1747 (geb. 29. August 1728, gest. 17. Februar 1797).

In Bayern erbt die Linie Pfalz-Sulzbach (s. d).

Aus der Ludwigischen Linie sind noch besonders zu bemerken:

Ludwig, Bruder Wilhelms IV, Mitregent 1514—1545.

Ernst, Bruder Wilhelms IV, Administrator von Passau, 1517, Erzbischof von Salzburg 1540, resigniert 1554, gest. 1560.

Mechtilde, Tochter Herzog Wilhelms IV, geb. 12. Juli 1532, vermählt mit Philibert, Markgrafen von Baden-Baden 17. Januar 1557, gest. 2. November 1565.

Ferdinand, Sohn Albrechts V, geb. 20. Januar 1550, begründete die Linie der Grafen von Wartenberg, welche 3. August 1736 erlosch, gest. 30. Januar 1608.

Ernst, Sohn Albrechts V, geb. 17. Dezember 1554, Bischof von Freising 18. Oktober 1566, Bischof von Hildesheim 7. März 1573, Bischof von Lüttich 30. Januar 1581, Abt von Stablo 11. Februar 1581, Kurfürst und Erzbischof von Köln 23. Mai 1583, Bischof von Münster 18. Mai 1585, gest. 17. Februar 1612.

Philipp Wilhelm, Sohn Wilhelms V, geb. 22. September 1576, Bischof von Regensburg 27. Mai 1595, Kardinal „von Bayern" 6. September 1597, gest. 18. Mai 1598.

Ferdinand, Sohn Wilhelms V, geb. 6. Oktober 1577, Probst von Berchtesgaden 1595, Abt zu Corvey und Stablo 1612, Bischof von Hildesheim Februar 1612, Kurfürst und Erzbischof zu Köln 12. März 1612, Bischof von Lüttich 16. März 1612, Bischof von Münster 12. April 1612, Bischof von Paderborn 13. September 1618, gest. 13. September 1650.

Albrecht VI, der Leuchtenberger, Sohn Wilhelms V, geb. 13. April 1584, Landgraf von Leuchtenberg 1646, vertauscht dieses Gebiet 18. März 1650 gegen die Reichsgrafschaft Haag, gest. 5. Juli 1666. (Er war vermählt mit Mechtilde, der Erbin von Leuchtenberg, 26. Februar 1612.)

Maria Anna, Tochter Wilhelms V, geb. 8. Dezember 1574, gest. 8. März 1616, vermählt 23. April 1600 mit Ferdinand II, deutschem Kaiser.

Magdalena, Tochter Wilhelms V, geb. 4. Juli 1587, gest. 25. September 1628, war vermählt 11. November 1613 mit Wolfgang Wilhelm, Pfalzgrafen von Neuburg.

Maximilian Philipp Hieronymus, Sohn Maximilians I, geb. 30. September 1638, Landgraf von Leuchtenberg 5. Juni 1650, Vormund für Maximilian II 26. Mai 1679 bis 11. Juli 1680, gest. 20. Mai 1705. Leuchtenberg fiel an Bayern zurück.

Maximilian Heinrich, Sohn Albrechts VI, des Leuchtenbergers, geb. 8. Oktober 1621, Probst zu Berchtesgaden und Abt zu Stablo 1650, Bischof von Hildesheim und Lüttich 13. September 1650, Kurfürst und Erzbischof von Köln 26. Oktober 1650, Bischof von Münster 1. September 1683, gest. 3. Juni 1688. (Haag fiel an Bayern zurück.)

Albrecht Sigmund, Sohn Albrechts VI, des Leuchtenbergers, geb. 5. August 1623, Bischof von Freising 20. Februar 1652, Bischof von Regensburg 30. Juli 1668, gest. 4. November 1685.

Maria Anna, Tochter Ferdinands Maria, geb. 17. November 1660, gest. 20. April 1690, war vermählt 7. März 1680 mit Ludwig, Dauphin von Frankreich und Navarra.

Josef Klemens, Sohn Ferdinands Maria, geb. 5. Dezember 1671, Bischof von Freising und Regensburg 4. November 1685, Kurfürst und Erzbischof von Köln 19. Juli 1688, Probst von Berchtesgaden 1688, Bischof von Lüttich 20. April 1694, von 1706 bis 1714 in der Reichsacht, 1714 restituiert, Bischof von Hildesheim 31. Dezember 1714, gest. 12. November 1723.

Philipp Moriz Maria, Sohn Maximilians II Emanuel, geb. 5. August 1698, Bischof von Paderborn und Münster 14. und 21. März 1719, gest. 12. März 1719.

Klemens August, Sohn Maximilians II Emanuel, geb. 17. August 1700, Probst von Berchtesgaden und Bischof von Regensburg 26. März 1716, Bischof von Münster 26. März 1719, Bischof von Paderborn 27. März 1719, Kurfürst und Erzbischof von Köln 12. November 1723, Bischof von Hildesheim 8. Februar 1724, Bischof von Osnabrück, 4. Mai 1728, Hoch- und Deutschmeister 17. Juli 1732, gest. 6. Februar 1761.

Theodor Johann, Sohn Maximilians II Emanuel, geb. 3. September 1703, Bischof von Regensburg 29. Juli 1719, Bischof von Freising 23. Februar 1727, Bischof von Lüttich 23. Januar 1744, Kardinal „von Bayern" 19. Januar 1746, gest. 27. Januar 1763.

Antonia Maria Walpurgis, Tochter Kaiser Karls VII, geb. 18. Juli 1724, gest. 23. April 1780, war vermählt mit Friedrich Christian, Kurfürsten von Sachsen, seit 20. Juni 1747.

Maria Anna Josefa Augusta, Tochter Kaiser Karls VII, geb. 7. August 1734, gest. 7. Mai 1776, war vermählt 20. Juli 1755 mit Ludwig Georg, Markgraf zu Baden-Baden.

Josefa Maria Antonia Walpurgis, Tochter Kaiser Karls VII, geb. 30. März 1739, gest. 28. Mai 1767, war vermählt 23. Januar 1765 mit Josef II, deutschem Kaiser.

Tafe

Die heutige herzoglich

Wilhelm, Großneffe Christian
geb. zu Gelnhausen 10. Nov. 1752, katholisch 15. August 1769, seit 16. Febr. 1799 Herzog in Baye
vermählt seit 30. Jan. 1780 mit Maria Anna, Schwester **Maximilians** I Jo

Prinz
geb. und gest. 6. Mai 1782.

Maria Elisabeth
geb. 5. Mai 1784, gest. 1. Juni 1849, vermählt seit 9. März 1808 mit Alexander Berthier, Herzog von Neufchâtel, Fürst von Wagram, gest. 1. Juni 1815.

ge
8.
ve
te

ge
3.
ve
T

Ludwig Wilhelm
geb. in München 21. Juni 1831, verzichtete auf die Succession im Majorate zu Gunsten seines Bruders Karl Theodor, vermählt (morganatisch) seit 28. Mai 1857 mit Henriette Mendel, geb. 31. Juli 1833, erhoben zur „Freifrau von Wallersee" 1. Juni 1859.

Wilhelm Karl
geb. 24. Dez. 1832, gest. 13. Febr. 1833.

Helene
geb. 4. April 1834, vermählt seit 24. August 1858 mit Maximilian Anton Lamoral, Erbprinz v. Thurn und Taxis, gest. 26. Juni 1867.

Elisabeth Amalie Eugenie
geb. 24. Dez. 1837, verm. seit 24. April 1854 mit Franz Josef I, Kaiser von Oesterreich, geb. 18. Aug. 1830.

Karl Theodor
geb. in Possenhofen 9. Aug. 1839, Dr. med., Herzog von Bayern 15. Nov. 1888, vermählt seit

11. Febr. 1865 mit 1. Sophia, Tochter Johanns, Königs von Sachsen, geb. 15. März 1845, gest. 9. März 1867.

29. April 1874 mit 2. Maria Joseph[a], Tochter Don Miguel[s], Infanten von Portuga[l], geb. 19. März 1857

Amalie Marie
geb. 24. Dez. 1865.

Sophie
geb. 20. Febr. 1875.

l II.

he Linie in Bayern.

ns II. von Pfalz-Birkenfeld,
rn, regierte im Herzogtum Berg 17. Dez. 1803 bis 6. Febr. 1806, gest. in Bamberg 8. Jan. 1837,
sef, Königs von Bayern, geb. 18. Juli 1753, gest. in Bamberg 4. Febr. 1824.

Pius August
b. zu Landshut 1. Aug. 1786, Herzog in Bayern
Jan. 1837, gest. in Bayreuth 3. August 1837,
rmählt seit 26. Mai 1807 mit Amalie Luise, Toch-
r Ludwig Marias, Prinzen von Arenberg, geb.
10. April 1789, gest. in Bamberg 4. April 1823.

Maximilian Josef
b. in Bamberg 4. Dez. 1808, Herzog in Bayern
August 1837, gest. in München 15. Nov. 1888,
rmählt seit 9. September 1828 mit Ludovica,
ochter Maximilians I Josef, Königs von Bayern,
geb. 30. August 1808.

Marie Sophie Amalie
geb. 4. Okt. 1841
vermählt seit 3. Febr. 1859
mit Franz II, König beider
Sicilien, geb. 16. Jan. 1836.

Mathilde Ludovica
geb. 30. Sept. 1843
vermählt seit 5. Juni 1861
mit Ludwig Maria,
Graf von Trani,
gest. 8. Juni 1886.

Toter Prinz.
8. Dez. 1845.

Sophie Charlotte Auguste
geb. 28. Febr. 1847,
verm. seit 28. Sept. 1868
mit Ferdinand von Orleans,
Herzog von Alencon,
geb. 12. Juli 1844.

Maximilian Emanuel
geb. 7. Dez. 1849,
vermählt seit 20. Sept. 1875
mit Amalie,
Tochter Augusts, Prinzen von
Sachsen-Coburg-Gotha,
geb. 21. Okt. 1848.

Siegfried
geb. 10. Juli
1876.

Christof
geb. 22. April
1879.

Elisabeth
geb. 25. Juli
1876.

Marie
geb. 9. Okt.
1878.

Ludwig Wilhelm
geb. 17. Jan.
1884.

Franz Joseph
geb. 23. März
1888.

Tafel III.

Kurfürsten aus der Linie Pfalz-Simmern.

Friedrich III, der Fromme, geb. in Simmern 14. Februar 1515, succedierte seinem Vater Johann II von Simmern 18. Mai 1557, als Pfalzgraf von Simmern, trat Simmern seinem Bruder Georg ab, als er nach Erlöschen der alten Kurlinie in Otto Heinrich, 12. Februar 1559 Kurfürst von der Pfalz wurde (s. Uebersicht Tafel II). Er trat am 2. Juni 1566 zum Calvinismus über und starb in Heidelberg 26. Oktober 1576.

Gemahlin 1: Maria seit 12. Juni 1537, Tochter Kasimirs, Markgrafen von Brandenburg-Kulmbach (geb. 11. Oktober 1519, gest. 31. Oktober 1567 zu Heidelberg).

Gemahlin 2: Amalie seit 25. April 1569, Tochter Gumberts IV, Grafen von Nüenaar und Meurs (geb. um 1540, gest. 10. April 1602) in Lorbach.

Ludwig VI, der Leutselige, geb. in Simmern 4. Juli 1539, Kurfürst von der Pfalz 26. Oktober 1576, war Lutheraner, gest. in Heidelberg 22. Oktober 1583.

Gemahlin 1: Elisabeth seit 8. Juli 1560, Tochter Philipps des Großmütigen, Landgrafen von Hessen (geb. 13. Februar 1539, gest. 24. März 1582).

Gemahlin 2: Anna seit 12. Juli 1583, Tochter Edgards II, Fürsten von Ostfriesland (geb. 26. Juni 1562, gest. 27. April 1621).

Friedrich IV, der Aufrichtige, geb. zu Amberg 5. März 1574, Kurfürst von der Pfalz 22. Oktober 1583, unter Vormundschaft seines Oheims Johann Kasimir, selbständig 16. Januar 1592, Calvinist, gest. zu Heidelberg 9. September 1610.

Gemahlin: Luise Juliane seit 23. Juni 1593, Tochter Wilhelms I, des Schweigers, Prinzen von Oranien (geb. 31. März 1576, gest. 15. März 1644).

Friedrich V, geb. auf Schloß Deinschwang 26. August 1596, Kurfürst von der Pfalz 9. September 1610, unter Vormundschaft des Pfalzgrafen Johann II von Zweibrücken bis 26. August 1613, zum König von Böhmen in Prag gekrönt 4. November 1619, „der Winterkönig", verlor, geächtet, 25. Februar 1623 die Kurwürde und das Amt als Erztruchseß an Bayern, gest. in Mainz 29. November 1632.

Gemahlin: Elisabet Stuart seit 24. Februar 1613, Tochter Jakobs I, König von England (geb. 19. August 1596, gest. in London 23. Februar 1662).

Karl I Ludwig, geb. 1. Januar 1618 zu Heidelberg, in seine Erblande restituiert als Kurfürst von der Pfalz und Reichs-Erzschatzmeister 24. Oktober 1648, gest. bei Edingen 28. August 1680.

Gemahlin 1: Charlotte 22. Februar 1650, Tochter Wilhelms V, Landgrafen von Hessen-Kassel (geb. 30. November 1627, geschieden 14. April 1657, gest. zu Kassel 26. März 1686).

Gemahlin 2: Luise morganatisch seit 1657, Freiin von Degenfeld, erhoben zur Raugräfin von der Pfalz, gest. 28. März 1677. Ihre Nachkommen waren die Raugrafen von der Pfalz, die 1702 im Mannesstamme erloschen.

Karl II, geb. zu Heidelberg 10. April 1651, Kurfürst von der Pfalz 28. August 1680, starb als letzter des Mannesstammes der Kurlinie Pfalz-Simmern 26. Mai 1685 in Heidelberg. Erbe die Linie Pfalz-Neuburg (s. d.).

Gemahlin: Wilhelmine Erneftine seit 30. September 1671, Tochter Friedrichs III, Königs von Dänemark (geb. 20. Juni 1650, gestorben zu Lichtenberg in Sachsen 23. April 1706).

Zu erwähnen sind aus der Simmern'schen Linie noch:

Elisabeth, Tochter Friedrichs III, des Frommen, geb. 30. Juni 1540, gest. 8. Februar 1594, war vermählt mit Johann Friedrich II, Herzog von Sachsen-Gotha (gest. 19. Mai 1595).

Johann Kasimir, Sohn Friedrichs III, geb. 7. März 1543, Pfalzgraf zu Neustadt und Lautern 27. Januar 1578, Administrator der Pfalz 22. Oktober 1583 bis zum Tode, wurde Calvinist, gest. zu Heidelberg 16. Januar 1592.

Dorothea Susanna, Tochter Friedrichs III, geb. 15. November 1544, gest. 8. April 1592, war vermählt mit Johann Wilhelm, Herzog von Sachsen-Weimar (gest. 2. März 1573).

Anna Elisabeth, Tochter Friedrichs III, geb. 23. Juli 1549, gest. 20. September 1609, war vermählt mit 1. Philipp August II, Landgraf von Hessen-Rheinfels (gest. 30. November 1583; 2. Johann August, Pfalzgraf von Veldenz und Lützelstein (gest. 18. September 1611).

Kunigunde Jakobäa, Tochter Friedrichs III, geb. 9. Oktober 1556, gest. 26. Januar 1586, war vermählt mit Johann dem Aelteren, Grafen von Nassau-Dillenburg seit 13. September 1580 (gest. 8. Oktober 1606).

Maria, Tochter Ludwigs VI des Leutseligen, geb. 24. Juli 1561, gest. 29. Juli 1589, war vermählt mit Karl IX, König von Schweden, seit 11. Mai 1579 (gest. 30. Oktober 1611).

Luise Juliane, Tochter Friedrichs IV, geb. 16. Juli 1594, gest. 28. April 1640, war vermählt mit Johann II, Pfalzgrafen von Zweibrücken (gest. 9. August 1635), seit 13. Mai 1612.

Elisabeth Charlotte, Tochter Friedrichs IV, geb. 7. November 1597, gest. April 1660, war vermählt mit Georg Wilhelm, Kurfürsten von Brandenburg (gest. 1. Dezember 1640), seit 14. Juli 1616.

Ludwig Philipp, Sohn Friedrichs IV, geb. 23. November 1602, Pfalzgraf von Simmern 9. September 1610, Stifter der jüngeren Linie Pfalz-Simmern, gest. zu Krossen 6. Juni 1655. Gemahlin: Marie Eleonore, Tochter Joachim Friedrichs, Kurfürsten von Brandenburg, geb. 1. April 1607, gest. 18. Februar 1675. [Die Tochter beider, Elisabeth Marie Charlotte, geb. 24. Oktober 1638, gest. 22. Mai 1664, war vermählt mit Georg III, Herzog von Schlesien in Liegnitz und Brieg (gest. 14. Juli 1664), seit 20. Oktober 1660.] — Mit dem Sohne Ludwig Philipps, Ludwig Heinrich, geb. 11. Oktober 1640, Pfalzgraf von Simmern 6. Juni 1655, gest. 3. Januar 1674, starb die jüngere Linie Simmern wieder aus.]

Ruprecht, der Kavalier, Sohn, geb. 27. Dezember 1619, 1643 Herzog von Cumberland, englischer Generalissimus und Admiral, gest. zu London 29. November 1682.

Eduard, Sohn Friedrichs V. geb. 16. Oktober 1624, Katholik 1645, gest. in Paris 23. März 1663, vermählt mit Anna, Tochter Karls I von Gonzaga und Kleve, Herzogs von Mantua, Montferat, Nevers und Réthel.

Henriette Maria, Tochter Friedrichs V, geb. 17. Juli 1626, gest. 20. Dezember 1651, war vermählt seit 16. Mai 1651 mit Sigismund Rakoczy, Fürst von Siebenbürgen.

Sophie, Tochter Friedrichs V, geb. 14. Oktober 1630, „die große Kurfürstin“, Erbin von Großbritannien und Irland 22. März 1701, gest. 8. Juni 1714, war vermählt mit Ernst August (Kurfürst von Hannover seit 23. Januar 1698) seit 17. Oktober 1658. [Eine Tochter beider ist die „philosophische Königin“, Sophie Charlotte, zweite Gemahlin König Friedrich I in Preußen.)

Elisabeth Charlotte, Tochter Karls I Ludwig, geb. 27. Mai 1652, katholisch 15. November 1671, gest. 8. Dezember 1722 zu St. Cloud, war vermählt seit 21. November 1671 mit Philipp I, Herzog von Orleans (gest. 9. Juni 1701).

Tafel IV.

Die Kurlinie Pfalz-Neuburg in ihren vornehmlichsten Vertretern.

Philipp Ludwig (s. Uebersicht Tafel II), geb. zu Zweibrücken 2. Oktober 1547 als ältester Sohn des Pfalzgrafen Wolfgang von Zweibrücken, erhielt Neuburg, Pfalzgraf von Neuburg 11. Juni 1569, war Lutheraner, führte lange Streitigkeiten mit Brandenburg um die Jülich-Kleve'sche Erbschaft, gest. zu Neuburg a. Donau 1614.

Gemahlin: Anna seit 27. September 1574, Tochter Wilhelms IV, Herzog von Jülich, Kleve und Berg (geb. 1. März 1552, gest. 16. Oktober 1632 zu Höchstädt). Sein Sohn:

Wolfgang Wilhelm, geb. zu Neuburg 4. November 1578, katholisch heimlich in München 19. Juli 1613, öffentlich in Düsseldorf, 25. Mai 1614, Pfalzgraf von Neuburg 22. August 1614, erhielt 12. November provisorisch Jülich und Berg, gest. in Düsseldorf 20. März 1653.

Gemahlin 1: Magdalena seit 11. November 1613, Tochter Wilhelms V, Herzogs von Bayern, geb. 4. Juli 1587, gest. 25. September 1628 zu Neuburg.

Gemahlin 2: Katharina Charlotte seit 11. November 1631, Tochter Johannes II, Pfalzgrafen von Zweibrücken, geb. 11. Januar 1615, gest. in Düsseldorf 21. März 1651. (Ihre beiden Kinder starben vor der Mutter.)

Gemahlin 3: Maria Franziska seit 9. Mai 1651, Tochter Franz Egons VIII, Grafen von Fürstenberg-Heiligenberg, geb. 18. Mai 1633, wieder vermählt an Markgraf Leopold Wilhelm von Baden-Baden, gest. 7. März 1702. Wolfgang Wilhelms Sohn aus erster Ehe:

Philipp Wilhelm, geb. zu Neuburg 4. Oktober 1615, Pfalzgraf zu Neuburg 20. März 1653, erhielt durch den Teilungsvertrag von Kleve 19. September 1666 die Herzogtümer Berg und Jülich, 1670 die Grafschaft Ravenstein, succedierte Karl II, aus der Linie Simmern (s. d. Tafel III) 26. Mai 1685 als Kurfürst von der Pfalz, gest. in Wien 12. September 1690.

Gemahlin 1: Anna Katharina Konstanze, seit 9. Juni 1642, Tochter Sigismunds III, Königs von Polen, geb. 7. August 1619, gest. zu Köln 9. Oktober 1651. (Von ihr hinterblieben keine Kinder.)

Gemahlin 2: Elisabeth Amalie Magdalena seit 3. September 1653, Tochter Georgs II, Landgrafen von Hessen-Darmstadt, geb. 30. März 1635, katholisch 1. November 1653, gest. zu Neuburg 4. August 1709. Von ihr die beiden folgenden Kurfürsten:

Johann Wilhelm, geb. zu Düsseldorf 19. April 1658, Kurfürst von der Pfalz 12. September 1690, erhielt 23. Juni 1708 das alte Erztruchseßamt von Kurpfalz mit der Oberpfalz zurück (Max Emanuel von Bayern, damals in der Reichsacht s. d.) und trat das Erzschatzmeisteramt an Hannover ab, gest. in Düsseldorf 18. Juni 1716.

Von seinen beiden Gemahlinnen: 1. Maria Anna Josefa seit 25. Oktober 1678, Tochter Kaiser Ferdinands III, gest. zu Wien 14. April 1689 und 2. Anna Maria Luise seit 5. Juni 1691, Tochter Casimirs III, Großherzogs von Toskana, gest. 18. Februar 1743, blieben ihm keine Kinder; so folgte sein Bruder

Karl III Philipp, geb. zu Neuburg 4. November 1661, Kurfürst von der Pfalz 18. Juni 1716, schloß 15. Mai 1724 mit Kurbayern den ersten pfälzisch-bayerischen Familienpakt und Erbvertrag ab, gest. in Mannheim als letzter der Kurlinie Neuburg 31. Dezember 1742. Ihr folgte die Kurlinie Pfalz-Sulzbach (s. d. Tafel V und Uebersicht Tafel II). — Von seinen drei Gemahlinnen: 1. Luise Charlotte seit 10. August 1688, Tochter Boguslaws, Fürsten Radziwill, Witwe Ludwigs Markgrafen von Brandenburg, gest. zu Brieg 23. März 1695; 2. Theresia Katharina seit 15. Dezember 1701, Tochter Josef Karls, Fürsten Lubomirski, gest. zu Innsbruck 17. Januar 1712; 3. Violante Therese, Tochter Sebastian Franz', Grafen von Thurn und Taxis, gest. in Mannheim 2. November 1734, hinterblieben ihm nur Töchter, von denen Elisabeth Auguste Sophie, geb. 17. März 1693, gest. 30. Januar 1728, sich mit Josef Karl, Erbprinzen von Pfalz-Sulzbach vermählte, der indes wegen zu frühen Todes (18. Juli 1729) nicht mehr zur Regierung kam.

Bemerkenswerte Mitglieder der Linie Pfalz-Neuburg:

Anna Maria, Tochter Philipp Ludwigs, geb. 18. August 1575, gest. 11. Februar 1643, war vermählt seit 9. September 1591 mit Friedrich Wilhelm I, Herzog von Sachsen-Altenburg (gest. 7. Juli 1602).

August, Sohn Philipp Ludwigs, geb. 2. Oktober 1582 (begründet die Kurlinie Pfalz-Sulzbach (s. Uebersichtstafel II und Tafel V).

Johann Friedrich, Sohn Philipp Ludwigs, geb. 23. August 1587, erhielt die Aemter Hilpoltstein, Heideck und Allersberg 22. August 1614, stiftete die Linie Pfalz-Hilpoltstein, die 19. Oktober 1644, da alle seine Kinder vor ihm starben, mit ihm wieder erlosch.

Sämtlich Kinder des Kurfürsten Philipp Wilhelm:

Eleonore Magdalena Theresia, Tochter des Kurfürsten Philipp Wilhelm und seiner zweiten Gemahlin Elisabeth, geb. 6. Januar 1655, gest. 19. Januar 1720, war vermählt seit 14. Dezember 1676 mit Leopold I, deutschem Kaiser (gest. 5. Dezember 1705).

Ludwig Anton, Bruder der vorigen, geb. 9. Juni 1660, Hoch- und Deutschmeister 15. Januar 1685, Bischof von Worms 12. November 1691, Bischof von Lüttich 26. April 1694, gest. in Lüttich 4. Mai 1694.

Franz Ludwig, Bruder der vorigen, geb. 24. Juli 1664, Bischof von Breslau 30. Juni 1683, Bischof von Worms 12. Juli 1694, Hoch- und Deutschmeister 13. Mai 1694, Kurfürst und Erzbischof von Trier 20. Februar 1716, abdicierte hier 8. März 1729, Kurfürst und Erzbischof von Mainz seit 29. Januar 1729, gest. in Breslau 19. April 1732.

Marie Sophie Elisabeth, Schwester der vorigen, geb. 6. August 1666, gest. 4. August 1699, war vermählt seit 30. August 1687 mit Peter II, König von Portugal (gest. 9. Dezember 1706).

Maria Anna, Schwester der vorigen, geb. 28. Oktober 1667, gest. 16. Juli 1740, war vermählt seit 29. Oktober 1690 mit Karl II, König von Spanien und Indien (gest. 1. November 1700).

und seiner 2. Gemahlin Elisabeth.

Philipp Wilhelm August, Bruder der vorigen, geb. 19. November 1668, gest. 5. April 1693, war vermählt seit 29. Oktober 1690 mit Anna Maria Franziska, Tochter Julius Franz', letzten Herzogs von Sachsen-Lauenburg (gest. 13. Juni 1672). Ihre Tochter Anna Maria ward die Gemahlin des Herzogs Ferdinand Maria von Bayern.

Dorothea Sophie, Schwester der vorigen, geb. 8. Juli 1670, gest. 15. September 1748, war vermählt mit: 1. seit 17. September 1690 Odoardo II, Herzog von Parma und Piacenza (gest. 6. September 1693); 2. Franz I Maria, Herzog von Parma und Piacenza (gest. 26. Februar 1727).

Hedwig Elisabeth Amalie, Schwester der vorigen, geb. 18. Juli 1673, gest. 11. August 1722, war vermählt seit 25. März 1691 mit Jakob Ludwig Sobieski, Sohn Johannes III, Königs von Polen (gest. 19. Dezember 1737.)

Tafel V.

Die Kurlinie Pfalz-Sulzbach mit ihren vornehmlichsten Vertretern.

August, (s. Tafel II Uebersicht und Tafel IV Pfalz-Neuburg) geb. zu Neuburg 2. Oktober 1582 als dritter Sohn Philipps Ludwig, Pfalzgrafen von Neuburg-Sulzbach, Pfalzgraf von Sulzbach 22. August 1614, gest. zu Windsheim 14. August 1632. — Gemahlin Hedwig seit 12. Juni 1620, Tochter Johann Adolfs, Herzogs von Holstein-Gottorp, geb. 23. Dezember 1603, gest. in Nürnberg 22. März 1657. Ihr Sohn

Christian August, geb. in Sulzbach 26. Juli 1622, Pfalzgraf von Sulzbach unter Vormundschaft 14. August 1632, selbständig 26. Juli 1640, wurde in Neuburg 16. Januar 1656 katholisch, gest. zu Sulzbach 23. April 1708. — Gemahin: Amalie Magdalena, Gräfin von Nassau-Siegen, seit 3. April 1649, Wittwe des schwedischen Feldmarschalls Grafen Hermann von Wrangel, geb. 12. September 1615, wurde katholisch, gest. zu Sulzbach 24. August 1669. Ihr jüngster Sohn

Theodor Eustach, geb. zu Sulzbach 14. Februar 1659, Pfalzgraf zu Sulzbach 1708, gest. zu Dinkelsbühl 11. Juli 1732. — Gemahlin: Marie Eleonore Amalie seit 9. Juni 1692, Tochter Wilhelms, Landgrafen von Hessen-Rheinfels-Rotenburg, geb. 25. September 1675, gest. zu Sulzbach Januar 1720. Ihre Söhne Josef Karl Emanuel, Erbprinz, und Johann starben bereits 1729 und 1699. So folgte der Dritte:

Johann Christian Josef, geb. in Sulzbach 23. Januar 1700, Pfalzgraf von Sulzbach 11. Juli 1732, gest. zu Sulzbach 20. Juli 1733. — Gemahlin: 1. Maria Anna seit 15. Februar 1722, Tochter des Grafen Franz Egon de la Tour d'Auvergne, Erbin des Marquisats Bergen op Zoom, geb. 24. Oktober 1708, gest. zu Hilpoltstein 28. Juli 1728; 2. Eleonore Philippine Christine Sophie seit 25. Januar 1731, Tochter Ernst Leopolds, Landgrafen von Hessen-Rheinfels-Rotenburg, geb. 17. Oktober 1712, gest. zu Neuburg 23. Mai 1759. — Johann Christians Sohn aus erster Ehe.

Karl IV Philipp **Theodor**, geb. in Drogenbusch bei Brüssel 11. Dezember 1724, Pfalzgraf von Sulzbach unter Vormundschaft des Kurfürsten Karl III Philipp von der Pfalz 20. Juli 1733, selbständig 11. Dezember 1742, wurde nach Karls III Philipp Tod 31. Dezember 1742, Kurfürst von der Pfalz, schloß 8. August 1761, 22. September 1766, 26. Februar 1771 und 17. Juni 1774 Allianz- und Erbverträge mit Kurfürst Maximilian III Josef von Bayern und folgte ihm 30. Dezember 1777 als Kurfürst von Bayern. Mit ihm erlosch in München der Mannesstamm der Linie Sulzbach 16. Februar 1799. Erbe Linie Birkenfeld (s. d. Tafel VI und Tafel VII).

Gemahlin: 1. Elisabeth Maria Aloysia Auguste, Tochter Josefs Karl, Erbprinzen von Pfalz-Sulzbach seit 17. Januar 1742, geb. 17. Januar 1721, gest. in Weinheim 17. August 1794; 2. Maria Leopoldine seit 15. Februar 1795, Tochter Ferdinands, Erzherzogs von Oesterreich-Este und Modena-Breisgau, gest. bei Wasserburg 23. Juni 1848.

Aus der Sulzbacher Linie stammt ferner:

Anna Christiane Luise, Tochter der Pfalzgrafen Theodor Eustach, geb. 5. Februar 1704, gest. 12. März 1723, war vermählt seit 15. März 1722 mit Karl Emanuel III, König von Sardinien (gest. 19. Februar 1773).

Tafel VI.

Die Hauptvertreter der Linie Pfalz-Birkenfeld
seit Christian II. (S. Uebersicht Tafel II.)

Christian II, Sohn Christians I, Pfalzgrafen zu Bischweiler (gest. 6. September 1654), Enkel Karls I von Birkenfeld (s. Uebersicht), geb. zu Bischweiler 22. Juni 1637, Pfalzgraf zu Bischweiler 6. September 1654, erbte durch den Tod seines Vetters Karl Otto 30. März 1671 Birkenfeld, erheiratete die Anwartschaft auf die Grafschaft Rappoldstein, die ihm 18. Juni 1673 zufiel, trat sie 1699 seinem Sohn Christian ab, überließ ihm 1707 auch Bischweiler, gest. in Birkenfeld 26. April 1717. — Gemahlin: Katharine Agathe seit 5. September 1667, Erbtochter des letzten Grafen von Rappoltstein, geb. 15. Juni 1648, gest. 16. Juli 1683. Ihr Sohn

Christian III, geb. zu Straßburg 7. November 1674, Pfalzgraf zu Birkenfeld, 26. April 1717, prätendierte seit September 1731 die Nachfolge in Zweibrücken, wurde aber erst durch Vertrag mit Kurpfalz 29. Dezember 1733 Pfalzgraf zu Zweibrücken, gest. Zweibrücken 3. Februar 1735. — Gemahlin: Karoline seit 21. September 1719, Tochter Ludwig Cratos, Grafen von Nassau-Saarbrücken, geb. 12. August 1704, gest. 25. März 1774. Ihr Sohn:

Christian IV, geb. in Bischweiler 16. September 1722, Pfalzgraf zu Zweibrücken-Birkenfeld 3. Februar 1735, unter Vormundschaft der Mutter und des Kurfürsten von der Pfalz, mündig 20. Juli 1740, wurde katholisch 11. Februar 1758, verunglückte zu Petersheim auf der Jagd 5. November 1775. — Gemahlin (morganatisch): Maria Anna Camasse seit 3. September 1757. Ihre Nachkommen sind die „Freiherrn von Zweibrücken", die 25. April 1859 im Mannesstamme erloschen. Es succedierte der Neffe Christian IV von seinem Bruder Friedrich Michael.

Karl II **August** Christian, geb. zu Düsseldorf 29. Oktober 1746, Pfalzgraf (Herzog) von Zweibrücken 5. November 1775, gest. zu Mannheim 1. April 1795. — Gemahlin: Marie Amalie seit 12. Februar 1774, Tochter Friedrich Christians, Kurfürsten von Sachsen, geb. 26. September 1757, gest. 20. April 1831. Da ihr einziger Sohn Karl August Friedrich bereits 21. August 1784 starb, succedierte der jüngere Bruder Karls II, Maximilian IV Josef (s. königliche Linie Tafel VII).

Aus der Linie Pfalz-Birkenfeld stammen ferner:

Karoline Henriette Christine, Tochter Cristians III, „die große Landgräfin", geb. 9. März 1721, gest. 21. März 1774, war vermählt seit 12. August 1741 mit Ludwig IX, Landgrafen von Hessen-Darmstadt (gest. 6. April 1790).

Friedrich Michael, Sohn Christians III, geb. zu Rappoltsweiler 27. Februar 1724, regierte in Rappoltstein seit 15. Juni 1746, wurde katholisch 8. Dezember 1746, gest. in Schwetzingen 15. August 1767. Stammvater der königlichen Linie in Bayern. — Gemahlin: Maria Franziska seit 6. Februar 1746, Tochter des Erbprinzen Josef Karl von Pfalz-Sulzbach, geb. 15. Juni 1724, gest. 15. November 1794. — Von ihren Kindern sind außer Karl II August Pfalzgrafen (s. o.) und Maximilian IV Josef (s. Tafel VII königliche Linie) zu nennen:

Maria Amalia Auguste, geb. 11. Mai 1752, gest. 15. November 1828, war vermählt seit 29. Januar 1769 mit Friedrich August (III) I, Kurfürsten, dann König von Sachsen (gest. 5. Mai 1827).

Maria Anna, geb. 18. Juli 1753, gest. 4. Februar 1824, die „Retterin der Selbständigkeit Bayerns", war vermählt seit 30. Januar 1780 mit Wilhelm, Herzog in Bayern, Großneffen Christians II von Pfalz-Birkenfeld, dem Begründer der heutigen herzoglichen Linie in Bayern (s. d. Tafel VIII).

Tafel

Die königliche Lin

1. Maximilian I

geb. zu Mannheim als Sohn **Friedrich Michaels** (s. Tafel VI) 27. Mai 1756, regierte
Christian (s. Tafel VI) 1. April 1795 als Herzog von Zweibrücken, dem Kurfürsten K
nannte sich 1. Januar 1806 König von Bayern als **Maximi**

1. Gemahlin **Auguste** Wilhelmine Maria, seit 30. Sept. 1785, Tochter Georg Wilhelms, Prinz von Hessen-Darmstadt, geb. 14. April 1765, gest. zu Rohrbach 30. März 1796.

Toter Prinz geb. 5. Septbr. 1799.

Maximilian geb. 28. Oktbr. 1800, gest. 12. Febr. 1803.

Elisab geb. 13. N evangelisch gest. 14. De verm. seit 1823 mit F Wilhel König von gest. 2. Ja

2. **Ludwig I** Karl August geb. zu Straßburg 25. August 1786, König von Bayern 13. Okt. 1825, dankte an seinen Sohn ab 20. März 1848, gest. zu Nizza 29. Febr. 1868. Vermählt mit Therese Charlotte Luise seit 12. Oktober 1810, Tochter Friedrichs, Herzog von Sachsen-Altenburg, geb. 8. Juli 1792, gest. zu München 26. Okt. 1854.

Auguste Amalie geb. 21. Juni 1788, gest. 13. Mai 1851, verm. seit 14. Januar 1806 mit Eugène de Beauharnais, Vizekönig von Italien, später Herzog von Leuchtenberg und Fürst von Eichstätt, gest. 21. Februar 1824.

Marie **Amalie** Auguste geb. 9. Oktbr 1780, gest. 24. Jan. 1794.

3. **Maximilian II** Josef geb. in München 28. Nov. 1811, König von Bayern 20. März 1848, gest. in München 10. März 1864, verm. mit Marie Friederike Franziska Auguste Hedwig seit 12. Oktbr. 1842, Tochter Wilhelms, Prinz von Preußen, geb. 15. Okt. 1825, katholisch 12. Okt. 1874, gest. zu Hohenschwangau 17. Mai 1889.

Mathilde geb. 30. August 1813, gest. 25. Mai 1862, verm. seit 26. Dezbr. 1833 mit Ludwig III, Großherzog von Hessen und bei Rhein, gest. 13. Juni 1877.

Otto I Friedrich Ludwig geb. zu Salzburg 1. Juni 1815, König von Griechenland 7. Mai 1832, bestieg den Thron 25. Jan. 1833, dankte ab 24. Okt. 1862, gest. zu Bamberg 26. Juli 1867, verm. seit 22. Nov. 1836 mit Amalie, Tochter Augusts, Großh. von Oldenburg, geb. 21. Dez. 1818, gest. zu Bamberg 20. Mai 1875.

Theodelinde geb. 7. Oktober 1816, gest. 12. April 1817.

geb Pr 18 Au her

4. **Ludwig II** Otto Friedrich Wilhelm geb. zu Nymphenburg 25. August 1845, König von Bayern 10. März 1864, wegen Geisteskrankheit 10. Juni 1886 regierungsunfähig, ertränkte sich im Starnberger See 13. Juni 1886.

5. **Otto I** Wilhelm Luitpold Adalbert Waldemar geb. zu München 27. April 1848, geisteskrank, König von Bayern unter der Regentschaft seines Oheims Luitpold 13. Juni 1886.

7. **Ludwig** Leopold geb. zu München 7. Januar 1845, präsumtiver Thronerbe, verm. seit 20. Febr. 1868 mit Maria Theresia, Tochter Ferdinands, Erzherzog von Oesterreich-Este.

Leopold Maximilian, geb. 9. Febr. 1846, verm. seit 20. April 1874 mit Gisela Luise Maria, Tochter Franz Josefs I, Kaisers von Oesterreich, geb. 12. Juli 1856.

Elisabeth geb. 8. Januar 1874.

Augusta geb. 28. April 1875.

Georg geb. 2. April 1880.

geb

Ruprecht geb. zu München 18. Mai 1869.

Adelgunde geb. 17. Oktober 1870.

Maria geb. 6. Juli 1872.

Karl geb. 1. April 1874.

Franz geb. 10. Oktober 1875.

Mathilde geb. 17. August 1877.

Wolfg geb. 2. 187

Linie in Bayern.

…milian IV. Josef,
… in Rappoltstein seit 27. März 1778, succedierte dem Bruder Karl II. August
… Karl Theodor 16. Februar 1799 als Kurfürst von der Pfalz und von Bayern,
…milian I Josef, gest. in Nymphenburg 13. Oktober 1825.

2. Gemahlin Karolina Friederike Wilhelmine, seit 9. März 1797, Tochter Karl Ludwigs, Erbprinzen von Baden, geb. 13. Juli 1776, gest. zu München 13. November 1841.

…beth … Nov. 1801, … 1830, … Dezbr. 1873, … 29. Novbr. … Friedrich Wilhelm IV, … Preußen, … Jan. 1861.

Amalie geb. 13. Nov. 1801, gest. 8. Nov. 1877, verm. s. 21. Nov. 1822 mit Johann, König von Sachsen, gest. 29. Okt. 1873.

Sophie geb. 27. Jan. 1805, Zwilling, gest. 28. Mai 1872, verm. seit 4. Novbr. 1824 mit Franz Karl, Erzh. von Oesterreich, gest. 8. März 1878.

Marie geb. 27. Jan. 1805, Zwilling, gest. 13. Sept. 1877, verm. seit 24. April 1833 mit Friedrich August II, König v. Sachsen, gest. 9. Aug. 1854.

Ludovica geb. 30. Aug. 1808, verm. s. 9. Sept. 1828 mit Maximilian, Herzog in Bayern, gest. 15. Nov. 1888.

Karoline geb. 21. Juli 1810, gest. 4. Febr. 1821.

Charlotte Auguste (später **Karoline** Auguste) geb. 8. Februar 1792, geschieden Aug. 1814, gest. 9. Febr. 1873, vermählt seit 8. Juni 1808 mit
1. Wilhelm I, Kronprinz, später König von Württemberg, gest. 25. Juni 1864.
2. seit 10. Novbr. 1816 mit Franz I, Kaiser von Oesterreich, gest. 2. März 1835.

Karl Theodor geb. 7. Juli 1795, gest. 16. Aug. 1875, verm. mit
1. morganatisch 1. Oktober 1823 Sophie Petin, erhoben zur „Freifrau v. Bayrstorff" 1. Okt. 1823, gest 22. Febr. 1838. (Die Töchter wurden 1841 „Gräfinnen v. Bayrstorff.")
2. morganatisch Mai 1859, Henriette Schöller, erhoben zur „Frau v. Frankenburg" 1. Juni 1859, gest. 20. April 1866.

Luitpold … in Würzburg 12. März 1821, Prinz-Regent von Bayern 10. Juni 1886, verm. seit 15. April 1844 mit Auguste, Tochter Leopold II, Großherzog von Toskana, geb. 1. April 1825, gest. 26. April 1864.

Adelgunde geb. 19. März 1823, verm. seit 30. März 1842 mit Franz V, Herzog von Modena, gest. 20. Nov. 1875.

Hildegarde geb. 10. Juni 1825, gest. 2. April 1864, verm. seit 1. Mai 1844 mit Albrecht, Erzh. von Oesterreich, (geb. 3. Aug. 1817).

Alexandra geb. 26. August 1826, geisteskrank, gest. in München 8. Mai 1875.

Adalbert geb. 19. Juli 1828, gest. 21. Sept. 1875, verm. seit 25. Aug. 1856 mit Donna Amalia Felize Pilar, Tochter Franz de Paulas, Infant von Spanien, geb. 12. Okt. 1834.

Ludwig Ferdinand geb. 22. Oktober 1859, Dr. med., verm. seit 2. April 1883 mit Donna Maria Della Paz, Tochter Isabellas II, Königin von Spanien, geb. 23. Juni 1862.

Alphons geb. 24. Januar 1862.

Isabella geb. 31. Aug. 1863, verm. seit 14. April 1883 m. Thomas Albert Viktor von Savoyen, Herzog von Genua, geb. 6. Febr. 1854.

Elvira geb. 22. Nov. 1868.

Clara geb. 11. Oktober 1874.

Ferdinand geb. 10. Mai 1884.

Adalbert geb. 3. Juni 1886.

Therese geb. 12. November 1850.

Arnulf Franz Josef geb. 6. Juli 1852, vermählt seit 12. April 1882 mit Therese, Tochter Aloys Josefs, Fürsten von Lichtenstein, geb. 28. Juli 1850.

Konrad … 22. Novbr. 1883.

Heinrich Luitpold, geb. 24. Juni 1884.

…mg … Juli …

Hildegard geb. 5. März 1881.

Notburga geb. 19. März 1883 gest. 24. März 1883

Wiltrude geb. 10. Novbr. 1884.

Helmtrudis geb. 22. März 1886.

Dietlinde geb. 2. Jan. 1888, gest. 14. Febr 1889.

Gundelinde Maria Josefa geb. 26. Aug. 1891.

Tafel VI

Uebersicht über die Verzweigungen der W

1. Rudolf I
älterer Bruder Kaiser Ludwig des Bayern. 1294—1319.

2. Adolf I. 1319—1327.

3. Rudolf II, 1327. Kurfürst 1329—1353, schließt mit Kaiser Ludwig den Erbvertrag von Pavia, 4. August 1329.

4. Ruprecht I, 13
Kaiser Karl IV spricht ihm 2
den alleinigen Besitz de
bekräftigt diese Bestimmung i
1356 Bayern aus dem Kur

5. Ruprecht II, der junge Kurfürst. 1390—1398.

6. Ruprecht III, Kurfürst 1398, deutscher König 1400—1410.

7. Ludwig III, der Bärtige, Kurfürst 1410—1436.

Johann
Pfalzgraf zu Neumarkt 1410—1443.

Stephan I
Pfalzgraf zu Zweibrücken und Simmern 1410 –14

8. Ludwig IV
Kurfürst 1436—1448.

Christof
1439, Unionskönig von Norwegen, Schweden u. Dänemark. Ohne Kinder gest. 1448.
Pfalz-Neumarkt an Otto I von Moosbach (s. d.)

Friedrich von Simmern, der Hundsrücker 1459—1480.

Ludwig
von Zweibrücken

Philipp
1448—1508. (Statt des Unmündigen übernahm zunächst dessen Oheim
9. Friedrich I, der Siegreiche, die Regierung und die Kurwürde bis 1476. Ihm folgte dann sein Neffe
10. Philipp 1476—1508.

Johann I und **Johann II**
1480 –1557.

Kaspar.

1489

14. Friedrich II wird Kurfürst als solcher **Friedrich III** (siehe die Kurlinie Pfalz-Simmern. Diese Linie stirbt 1685 aus. Erbe: die Neuburger Linie (s. d.)

Ludwig II 1514–

Wolfgang
1532—1559. Stammvate
rigen pfalzgräflichen Lin
Neuburg-Sulzbach
fürst Ott-Heinrich

11. Ludwig V
Kurfürst 1508—1541.

12. Friedrich II
Kurfürst 1544—1556.

Ruprecht
(Gegner Albrechts IV von Bayern im Landshuter Erbfolgekrieg, gest. 1504.

Philipp Ludwi
1569—1614, Stifter d
lichen Linie Pfalz-Neub

13. Ott-Heinrich
von Pfalz-Neuburg wird Kurfürst von d. Pfalz 1556—1559. Mit ihm erlischt die alte Kurlinie. Die Kur an die mittlere Linie von Pfalz-Simmern (s. d.) Pfalz-Neuburg an Wolfgang von Zweibrücken (s. d.).

Philipp
von Pfalz-Neuburg.

Wolfgang Wilhelm von Neuburg
geb. zu Neuburg 4. Nov. 1578, gest. zu Düsseldorf 20. März 1653 (s. Neuburger Linie.)

August
geb. zu Neubur
Pfalzgraf vo
1622, gest. zu
1632 (s. d.

15. Philipp Wilhelm
wird 1685 Kurfürst von der Pfalz als Erbe der älteren Simmernschen Linie (s. d.). Diese jüngere Linie stirbt 1742 aus. Erbe: die Linie Sulzbach (s. d.)

16. Dessen Ur
wird 1742 K
Pfalz als Erb
schen Linie (s.
fürst von Ba
Linie Kaiser L
stirbt mit ihm
Sulzbach aus
Zweibrücken-

VIII.

Wittelsbachischen Linien in der Pfalz.

1353—1390.
22. Mai 1354 zu Colmar
des Kurrechtes zu und
in der goldenen Bulle.
fürstenrate ausgeschlossen.

-1459.

Otto I von Moosbach 1410—1461,
erbt Neumarkt 1448.

der Schwarze
-Veldenz 1459—1489

Otto II
1461—1499. Ohne Erben. Seine
Güter fallen an die Kurlinie
zurück.

Alexander
(seit 1491 allein) bis 1514.

—1532.

Ruprecht
gest. 1544, Stammvater der Vel-
denzischen Linie, die 1694 aus-
starb; Veldenz an Simmern
zurück.

ter aller üb-
nien, erhält
von Kur-
1557.

vig
der kurfürst-
burg (s. d.).

von Sulzbach
rg 2. Oktober 1582,
on Sulzbach 22. Aug.
Windsheim 14. Aug.
Sulzbacher Linie).

nkel **Karl Theodor**
urfürst von der
be der Neuburgi-
d.) und 1777 Kur-
yern als Erbe der
udwigs (s. d.), 1799
die Linie Pfalz-
s. Erbe: die Linie
-Birkenfeld. (s. d.)

Johann
gest. 1604, Stifter der neu-
zweibrückenschen Linien, von
denen die zweibrückensche 1661
erlosch, die von Landsberg 1681,
die dritte, die schwedische, einer-
seits mit König Karl XII von
Schweden, andererseits (die Klee-
burgische) 1731 mit Herzog
Gustav Samuel Leopold aus-
starb. Erbe: die Linie von Birken-
feld (s. d.)

Ott-Heinrich
gest. 1604.

Karl
gest. 1600. Stifter der birken-
feldschen heutigen königlichen
Linie.

Dessen Urenkel **Christian III**
erbt 1731 Zweibrücken (s. unter
Johann).

17. Dessen Enkel **Maximilian IV**
wird 1799 Kurfürst von Bayern
und der Pfalz, als Erbe aller
von Wolfgang begründeten Linien.
König von Bayern als Maxi-
milian I, 1805—1825 (s. die König-
liche Linie.)

Inhalt.

Der moderne Staat.

Aus den Bahnen der europäischen in die der deutschen Politik 711 bis Schluß.

I. Maximilian (IV) I Josef 711—787.

II. Ludwig I. 787—827.

Verzeichnis der Vollbilder zu „Das Neue Bayern“.

Schwann, Mathieu,

Das neue Bayern Illustrierte Geschichte des bayerischen Lands und Volks von der Wiedervereinigung Altbayerns bis auf die Neuzeit. Mit zahlreichen Illustrationen nach ersten Meistern

Stuttgart 1894